Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/11

18. 02. 87

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987

Inhaltsverzeichnis

		Autoren	Seite
Vorwort			XXI
Einleitung			XXIII
Benutzerhinweis			XXVIII
TEIL A: DIE WIRTSCHAFTSSYSTEME			
Kapitel I **Grundsachverhalte und Grundfragen des Wirtschaftens in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR**		Gutmann/ Schüller	1
	Zusammenfassung		1
1.	Versorgungsproblem und Lenkungsaufgaben		2
2.	Ordnungsbedingtheit des Wirtschaftens		3
2.1.	Bewältigung der Lenkungsaufgabe durch die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland		4
2.2.	Bewältigung der Lenkungsaufgabe durch die Wirtschaftsordnung der DDR		5
2.3.	Interdependenz von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen		5
3.	Außenhandelsorientiertes Wirtschaften		6
3.1.	Ausgangslage		6
3.2.	Lenkungsfragen des Außenhandels		6

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 121 (223) — 142 00 — La 16/87 — vom 18. Februar 1987. Federführend ist der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen. Die Materialien sind auch dem Herrn Präsidenten des Bundesrates zugeleitet worden.

		Autoren	Seite
3.3.	Verflechtungsmerkmale		7
3.4.	Internationalisierung der Produktion		8
3.5.	Grad der finanziellen Verflechtung		8
Kapitel II			
Entstehung und Entwicklung der Wirtschaftssysteme in beiden Teilen Deutschlands nach dem II. Weltkrieg, ihre geistigen und normativen Grundlagen sowie die wirtschaftspolitischen Leitbilder			11
1.	Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung	Fischer	11
	Zusammenfassung		11
1.1.	Die deutsche Tradition und die Politik der Besatzungsmächte		11
1.2.	Die normativen Grundlagen der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik		12
1.3.	Die wichtigsten Bestandteile des Systems der sozialen Marktwirtschaft		14
2.	Entstehung und Entwicklung des Wirtschaftssystems der DDR nach dem II. Weltkrieg	Thalheim	17
	Zusammenfassung		17
2.1.	Die geistigen und normativen Grundlagen des Wirtschaftssystems der DDR		19
2.2.	Die Vorbereitung der sozialistischen Planwirtschaft		20
2.3.	Der „planmäßige Aufbau des Sozialismus"		21
2.4.	Das „Neue ökonomische System" und das „Ökonomische System des Sozialismus" (1963—1970)		22
2.5.	Der 8. Parteitag der SED (1971) und die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik"		23
2.6.	Übergang zur „intensiv erweiterten Reproduktion"		23
2.7.	Die Rolle der Wirtschaftswissenschaft		24
Kapitel III			
Die Interdependenz von politischer und wirtschaftlicher Ordnung			26
1.	Grundgesetz und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland	Scholz	26
	Zusammenfassung		26
1.1.	Die offene Wirtschaftsverfassung		27
1.2.	Sozialer Rechtsstaat und Grundrechte		28
1.3.	Staatliche Zuständigkeiten		29
2.	Die verfassungsrechtlichen und die politischen Grundlagen der DDR-Wirtschaft	Mampel	33
	Zusammenfassung		33
2.1.	Der Zusammenhang zwischen den politischen und den ökonomischen Grundlagen		34
2.2.	Die Durchsetzung der Suprematie der SED über die Wirtschaft		34
2.3.	Die Eigentumsordnung		36
2.4.	Organisation, Leitung und Planung		36
2.5.	Die Währungs- und Finanzsysteme		37
2.6.	Die Außen- und Valutawirtschaft		37
2.7.	Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB)		37

		Autoren	Seite
3.	Eigentum und wirtschaftliches Handeln in beiden deutschen Staaten	Leipold	38
	Zusammenfassung		38
3.1.	Zur ordnungspolitischen Bedeutung der Eigentumsordnungen		38
3.2.	Die Eigentumsordnung der Bundesrepublik Deutschland		39
3.2.1.	Handlungsrechtliche Grundlagen		39
3.2.2.	Ökonomische Wirkungen		40
3.3.	Die Eigentumsordnung der DDR		41
3.3.1.	Handlungsrechtliche Grundlagen		41
3.3.2.	Ökonomische Wirkungen		42
Kapitel IV			
Marktwirtschaftliche Steuerung und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland			45
1.	Das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft	Neumann	45
	Zusammenfassung		45
1.1.	Freiheit wirtschaftlichen Handelns am Markt und sozialer Ausgleich		46
1.2.	Marktwirtschaftliche Koordinierung		47
1.2.1.	Private Güter und öffentliche Güter		47
1.2.2.	Funktionen der Marktpreise		47
1.2.3.	Privates Interesse und gesellschaftlicher Zweck		48
1.2.4.	Wettbewerbsbeschränkungen		49
1.2.5.	Unternehmen und Märkte		49
1.2.6.	Entlohnung der Produktionsfaktoren		50
1.3.	Der Staat in der sozialen Marktwirtschaft		52
1.3.1.	Externe Effekte und natürliche Monopole		52
1.3.2.	Stabilisierungs- und Beschäftigungspolitik		53
1.3.3.	Sozialpolitik		53
1.3.4.	Träger der Wirtschaftspolitik		55
2.	Grundlagen der Wettbewerbspolitik	Schüller	56
	Zusammenfassung		56
2.1.	Das Grundproblem der Wettbewerbspolitik		57
2.2.	Historische und konzeptionelle Grundlagen der Wettbewerbspolitik		57
2.3.	Gesetzliche Grundlagen der Wettbewerbspolitik		58
2.4.	Die Entscheidungs- und Einflußträger der Wettbewerbspolitik		61
2.5.	Hauptinstrumente der Wettbewerbspolitik		62
2.5.1.	Kartellpolitik		62
2.5.2.	Politik der Mißbrauchsaufsicht		65
2.5.2.1.	Geltende Regelung		65
2.5.2.2.	Anwendungsprobleme		67
2.5.3.	Politik der Fusionskontrolle		68
2.5.3.1.	Geltende Regelung		68
2.5.3.2.	Ergebnisse		68
2.5.3.3.	Probleme		68
2.6.	Ungelöste Probleme der Wettbewerbspolitik		70

		Autoren	Seite
3.	Beschäftigungs- und Stabilitätspolitik	Cassel	72
	Zusammenfassung		72
3.1.	Stabilität als wirtschaftspolitische Aufgabe in der sozialen Marktwirtschaft		73
3.1.1.	Inflation, Stagnation und Arbeitslosigkeit als Problemfelder der Stabilitätspolitik		73
3.1.2.	Ziele, Instrumentarium und Träger der Stabilitätspolitik		75
3.2.	Konzeption und Praxis der nachfrageorientierten Stabilitätspolitik in den 60er und 70er Jahren		77
3.2.1.	Das stabilitätspolitische Erbe der 60er Jahre		78
3.2.2.	Herausforderungen der Stabilitätspolitik seit 1973		80
3.3.	Aktuelle Wandlungen der stabilitätspolitischen Konzeption		81
3.3.1.	Die stabilitätstheoretische und politische Wiederentdeckung der Angebotsseite		81
3.3.2.	Ansätze angebotsorientierter Stabilitätspolitik seit 1982		82
3.4.	Optionen der Stabilitätspolitik im Spannungsfeld von zyklusorientierter Nachfragesteuerung und potentialorientierter Verstetigungsstrategie		83
4.	Struktur-, Umwelt-, Forschungs- und Technologiepolitik	Gahlen	85
	Zusammenfassung		85
4.1.	Strukturwandel, Wirtschaftswachstum und Umweltprobleme		85
4.2.	Strukturwandel und Strukturprobleme in Marktwirtschaften		86
4.3.	Gezielte Erhaltung		87
4.4.	Geordnete Strukturanpassung		89
4.5.	Zukunftssicherung: Neue Technologien und Umweltschutz		91
4.5.1.	Ökologische Sicherung des Wirtschaftswachstums		91
4.5.2.	Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch staatliche Forschungs- und Technologiepolitik		93
4.6.	Zur Rolle des Staates und der EG beim Strukturwandel		95
Kapitel V			
Die Planung und Lenkung der Wirtschaftsprozesse in der DDR			96
	Zusammenfassung	Thalheim	96
1.	Das Leitbild der „sozialistischen Planwirtschaft"		99
1.1.	Die ideologischen Grundlagen		100
1.1.1.	Die Realisierung der sozialistischen Eigentumsverfassung		100
1.1.2.	Wirkungen der Verstaatlichung		101
1.1.3.	Die Bedeutung von Partei und Staat für das Wirtschaftssystem		101
1.1.4.	Der Grundcharakter der zentralen Planung		102
1.1.5.	Naturale und wertmäßige Planung und die Rolle der Preise		103
1.1.6.	Einkommensverteilung und -umverteilung im System der zentralen Planung		103
1.2.	Planaufstellung und Planrealisierung		104
1.2.1.	Wesenszüge der Planwirtschaft in der DDR		104
1.2.2.	Planziele und Ressourcen		105
1.2.3.	Die Wachstumsorientierung der Planung		105
1.2.4.	Die Bilanzmethode als Mittel zur Koordinierung		106

		Autoren	Seite
1.2.5.	Die Rolle der Betriebe im Planungsprozeß		107
1.2.6.	Leitung und Kontrolle		108
1.2.7.	Die „Stimulierung" der Wirtschaftenden		109
2.	Der institutionelle Aufbau des Wirtschaftssystems (Leitungssystem, Organisationsstruktur)	Erdmann/ Krakat	111
2.1.	Prinzipien der Leitung und Organisation	(Krakat)	111
2.1.1.	Leitungsbegriff		111
2.1.2.	Leitungsprinzipien		111
2.2.	Organe der Wirtschaftsführung, der zentralen Planung und der Wirtschaftsverwaltung	(Erdmann)	112
2.2.1.	Leitungsebenen		112
2.2.2.	Die zentrale staatliche Leitung		114
	— Der Ministerrat und die Staatliche Plankommission		114
	— Die Wirtschaftsführung und die Wirtschaftsverwaltung		114
2.3.	Wirtschaftende Einheiten mit staatlichen Leitungsfunktionen		117
3.	Informationsgewinnung, Planausarbeitung und Plankoordination	Erdmann/ Krakat/Meyer	118
3.1.	Gewinnung und Setzung der Planziele	(Erdmann)	119
3.1.1.	Ausarbeitung der Planziele		119
3.1.2.	Grundlagen der Informationsgewinnung		120
3.2.	Arten der Pläne		120
3.2.1.	Materielle und finanzielle Planung		121
3.2.2.	Zeiträume der Planung		121
3.2.3.	Prognosen		121
3.2.4.	Langfristige Planung		121
3.2.5.	Fünfjahrplanung und Jahresplanung		122
3.2.6.	Zentrale staatliche Quartals-, Monats- und Dekadenplanung		123
3.3.	Planausarbeitung und Plankoordinierung		123
3.3.1.	Grundzüge		123
3.3.2.	Schwerpunkte der Planmethodik		124
3.3.3.	Ausarbeitung und Abstimmung der staatlichen Planentwürfe		125
3.3.4.	Der verbindliche Plan		127
3.4.	Instrumente der Planung und der Informationsgewinnung	(Meyer)	127
3.4.1.	Vorbemerkung		127
3.4.2.	Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als zentrales Planungsinstrument		128
3.4.3.	Rechnungsführung und Statistik: Datenerfassungsgrundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung		129
3.4.4.	Das Bilanzierungssystem		131
3.4.5.	Kennziffern, Normative und Nomenklaturen		133
3.4.6.	Problembereiche des volkswirtschaftlichen Bilanzierungssystems		134
3.4.7.	Informationsverarbeitung und Informationsübermittlung	(Krakat)	135
4.	Lenkung und Kontrolle der Wirtschaftsabläufe	Beyer/Klein	137
4.1.	Lenkungs- und Kontrollbedarf der sozialistischen Planwirtschaft	(Beyer)	138

		Autoren	Seite
4.2.	Entscheidungsspielräume und Eigeninitiative		139
4.3.	Lenkungsmethoden und -instrumente		139
4.3.1.	Administrative und politische Lenkung		140
4.3.2.	Indirekte (parametrische) Lenkung		140
4.3.3.	Lenkungsfunktion des Wirtschaftsrechts	(Klein)	141
4.4.	Das Anreizsystem		142
4.5.	Das Netz der Kontrollen		143
5.	Preise und Preispolitik	Haffner	147
5.1.	Die Funktionen der Preise und ihre Entwicklung		147
5.2.	Das heutige Preissystem der DDR		149
5.3.	Organe und Instrumente der Preispolitik		150
6.	Ausgewählte Problembereiche der zentralen Wirtschaftsplanung und -lenkung		152
6.1.	Effizienz- und Stabilitätsprobleme	Gutmann	152
6.2.	Wissenschaftlich-technischer Fortschritt	Lauterbach	156
6.3.	Umweltpolitik	Hohmann	158
7.	Reformbedarf und Reformfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR	Thalheim	160
	Kapitel VI		
	Die einzelwirtschaftlichen Handlungsbereiche in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	Hax/ Piorkowsky	164
	Zusammenfassung		164
1.	Unternehmen und Betriebe im gesamtwirtschaftlichen Funktionszusammenhang		165
2.	Entwicklungstendenzen von Betriebs- und Unternehmensformen		166
2.1.	Entwicklungstendenzen der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland	(Hax)	166
2.1.1.	Entwicklung der Unternehmen nach Anzahl und Größe		166
2.1.2.	Die Rechtsformen der Unternehmen		167
2.1.3.	Gründungen, Liquidationen und Insolvenzen		167
2.1.4.	Die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen		168
2.2.	Entwicklungstendenzen von Betriebs- und Unternehmensformen in der DDR	(Piorkowsky)	169
2.2.1.	Die Eigentumsformen der Betriebe		169
2.2.2.	Die Rechtsformen der Betriebe		170
2.2.3.	Die Formen der Zusammenschlüsse von Betrieben		171
3.	Die Handlungsbedingungen der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland	(Hax)	172
3.1.	Die Autonomie der Unternehmen		172
3.1.1.	Marktwirtschaftliche Steuerung und Autonomie		172
3.1.2.	Begrenzung der Autonomie durch den Markt		172

		Autoren	Seite
3.1.3.	Begrenzung der Autonomie durch den Staat		172
3.2.	Finanzierung und Kapitalmarkt		173
3.2.1.	Formen der Beteiligungsfinanzierung		173
3.2.2.	Notwendigkeit des Eigenkapitals		173
3.2.3.	Voraussetzungen der Beteiligungsfinanzierung		174
3.2.4.	Der rechtliche Rahmen der Beteiligungsfinanzierung		174
3.3.	Die Stellung der Arbeitnehmer im Unternehmen		175
4.	Handlungsbedingungen der Kombinate und volkseigenen Betriebe in der DDR	(Piorkowsky)	176
4.1.	Das Kombinat als wirtschaftliche Grundeinheit		176
4.2.	Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung		177
4.3.	Das betriebliche Rechnungswesen		177
4.4.	Das Prinzip der Einzelleitung		178
4.5.	Der Entscheidungs- und Handlungsbereich des Kombinatsbetriebes		179
Kapitel VII			
Geld und Kredit in beiden Wirtschaftssystemen		Thieme	182
	Zusammenfassung		182
1.	Funktionen und Abgrenzungen von Geld und Kredit		183
2.	Institutionen und Organisationen der Geld- und Kreditversorgung		185
3.	Ziele und Instrumente der Geld- und Kreditpolitik		187
4.	Probleme einer zieladäquaten Geldpolitik		189
Kapitel VIII			
Die öffentliche Finanzwirtschaft als Systemelement		Hedtkamp	192
	Zusammenfassung		192
1.	Die unterschiedliche Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft in den Wirtschaftssystemen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR		194
2.	Funktionen der öffentlichen Finanzwirtschaft		195
2.1.	Die Rolle der öffentlichen Finanzwirtschaft in der Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland		195
2.1.1.	Lenkende Funktion		195
2.1.2.	Verteilungsfunktion		195
2.1.3.	Stabilisierungsfunktion		195
2.2.	Die Rolle der öffentlichen Finanzwirtschaft im zentralen Planungssystem der DDR		196
2.2.1.	Die Lenkung von Gütern und Produktionsfaktoren in eine bestimmte Verwendung		196
2.2.2.	Die Finanzen im Dienste zentraler (Mengen-)Planung		196
3.	Politische und administrative Aspekte des öffentlichen Haushalts		197
3.1.	Haushaltsaufstellung, finanzpolitische Willensbildung und Haushaltsvollzug in der Bundesrepublik Deutschland		197

		Autoren	Seite
3.2.	Haushaltsplanung und -vollzug im Rahmen des politischen und ökonomischen Systems der DDR		197
4.	Die Struktur der öffentlichen Einnahmen		198
4.1.	In der Bundesrepublik Deutschland		198
4.2.	In der DDR		199
5.	Die Struktur der öffentlichen Ausgaben		202
5.1.	In der Bundesrepublik Deutschland		202
5.2.	In der DDR		202
6.	Entwicklungstendenzen der öffentlichen Finanzwirtschaft in der Nachkriegszeit		203
6.1.	In der Bundesrepublik Deutschland		203
6.2.	In der DDR		203
Kapitel IX			
Die Außenwirtschaftssysteme		Derix/ Haendcke-Hoppe	205
	Zusammenfassung		205
1.	Prinzipien und rechtliche Grundlagen		207
1.1.	Außenhandelsfreiheit als konstitutives Gestaltungsprinzip des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik Deutschland		207
1.1.1.	Das Außenwirtschaftsgesetz als rechtliche Grundlegung der Außenhandelsfreiheit		207
1.1.2.	Das handelspolitische Instrumentarium		208
1.2.	Staatliches Außenwirtschaftsmonopol als konstitutives Prinzip des DDR-Wirtschaftssystems		209
1.2.1.	Die staatliche Außenwirtschaftsorganisation als Garant des Außenwirtschaftsmonopols		209
1.2.2.	Auswirkungen der Reformierung in den 80er Jahren		210
1.2.3.	Das handelspolitische Instrumentarium		211
2.	Preisbildung im Außenhandel		212
2.1.	Die Marktpreisbildung im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland		212
2.2.	Die gespaltenen Preissysteme in der DDR		212
2.2.1.	Die Außenhandelspreisbildung		212
2.2.2.	Die inländische Verrechnung der Außenhandelspreise		212
3.	Monetäre zwischenstaatliche Beziehungen		213
3.1.	Der Geld- und Kapitalmarkt als Ausgleichsmechanismus in der Bundesrepublik Deutschland		213
3.1.1.	Freier Zahlungsverkehr bei voller Konvertibilität		213
3.1.2.	Internationale Kapital- und Kreditbeziehungen		213
3.2.	Der Zahlungsausgleich unter den Bedingungen der DDR-Binnenwährung		214
3.2.1.	Überwiegender bilateraler Ausgleich		214
3.2.2.	Internationale Finanzbeziehungen		214

		Autoren	Seite
4.	Integration		215
4.1.	Die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften (EG)		215
4.1.1.	Integrationsziel: Wirtschaftsunion		215
4.1.2.	Supranationale Organe		216
4.1.3.	Methoden und Instrumentarien		216
4.2.	Die DDR als Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)		217
4.2.1.	Ziele und Interessenlage		217
4.2.2.	Souveränitätsprinzip und Koordinierungsorgane		218
4.2.3.	Methoden und Instrumentarien		218
4.3.	Verhandlungen zwischen EG und RGW		219
5.	Mitgliedschaft in internationalen Wirtschaftsorganisationen		219
5.1.	Die Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartner multilateraler Wirtschaftsorganisationen und Abkommen		219
5.2.	Bilateralität als herrschendes Prinzip für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der DDR		220
Kapitel X			
Die Arbeitsverfassung			224
1.	Die Arbeitsverfassung der Bundesrepublik Deutschland	Lampert	224
	Zusammenfassung		224
1.1.	Definition der Begriffe „Wirtschaftsverfassung" und „Arbeitsverfassung"		225
1.2.	Die Arbeitsverfassung als wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsverfassung		225
1.3.	Die Prinzipien der Arbeitsverfassung der Bundesrepublik Deutschland		226
1.4.	Die reale Ausgestaltung einzelner Dimensionen der Arbeitsverfassung		226
1.4.1.	Berufswahl und Berufsausbildung		226
1.4.2.	Die Ordnung der Arbeitsmärkte		227
1.4.3.	Die Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte		228
1.4.4.	Arbeitsmarktprozeßpolitik		228
1.4.5.	Arbeitnehmerschutzpolitik		229
1.4.6.	Die Ausgestaltung der Arbeitnehmerrechte im Betrieb und im Unternehmen		229
2.	Die Arbeitsverfassung der DDR	Zimmermann	232
	Zusammenfassung		232
2.1.	Ideologisch-theoretische Grundlagen der Arbeitsverfassung		232
2.2.	Arbeitsverfassung als Bestandteil der Wirtschaftsverfassung		233
2.3.	Prinzipien der Arbeitsverfassung		234
2.4.	Die Ausgestaltung einzelner Dimensionen der Arbeitsverfassung		235
2.4.1.	Berufslenkung, Planung und Lenkung des Arbeitskräfteeinsatzes		235
2.4.2.	System der Entlohnung		235
2.4.3.	Arbeitsvertrag, Arbeitszeit, Urlaub		236
2.4.4.	Der Betrieb und die Mitwirkungsrechte der Werktätigen		237

Seite

TEIL B: VERGLEICHENDE DARSTELLUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN ENTWICKLUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER DDR SEIT 1970 ... 241

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Einleitende Bemerkungen zum Vergleich von Entwicklung und Struktur der Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ... 241

Verzeichnis der Bearbeiter ... 244

Erläuterungen ... 246

Einführung: Probleme der Statistik ... 247

Umfang der veröffentlichen Statistik ... 248

Zuverlässigkeit ... 249

Vergleichbarkeit ... 250

1. Produktionsfaktoren ... 253

1.1. Bodenschätze ... 253

1.1.1. Bundesrepublik Deutschland ... 253

1.1.2. DDR ... 254

Quellen und Literaturhinweise zu 1.1. ... 256

1.2. Bevölkerung ... 257

1.2.1. Wohnbevölkerung und Altersstruktur ... 259

1.2.1.1. Bevölkerungsstand ... 259

1.2.1.2. Bevölkerungsentwicklung ... 259

1.2.1.3. Altersaufbau ... 259

1.2.2. Natürliche Bevölkerungsbewegung ... 261

1.2.2.1. Geburtenentwicklung und Fruchtbarkeit ... 261

1.2.2.2. Ehen, Scheidungen, Familienstand ... 264

1.2.2.3. Sterblichkeit ... 266

1.2.3. Wanderungen ... 267

1.2.3.1. Außenwanderungen ... 267

1.2.3.2. Binnenwanderungen ... 268

1.2.4. Bevölkerungsdichte und -verteilung ... 269

1.2.5. Bevölkerungsvorausschätzung ... 270

1.2.6. Private Haushalte ... 271

Fußnoten, Quellen und Literaturhinweise zu 1.2. ... 272

1.3. Erwerbstätigkeit ... 273

1.3.1. Erwerbspersonen und Erwerbsbeteiligung ... 274

1.3.2. Arbeitslosigkeit ... 278

1.3.3. Arbeitszeit ... 280

1.3.4. Sozio-ökonomische Gruppen ... 280

		Seite
1.3.5.	Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen	281
1.3.6.	Ausländische Erwerbstätige	282
1.3.7.	Qualifikationsstruktur	283
	Fußnoten und Literaturhinweise zu 1.3.	284
1.4.	Investitionen und Anlagevermögen	285
1.4.1.	Überblick	286
1.4.2.	Entwicklung und Struktur der Investitionen	288
1.4.2.1.	Entwicklung	288
1.4.2.2.	Struktur der Investitionen	290
1.4.3.	Anlagevermögen	293
1.4.4.	Kapitalintensität	294
1.4.5.	Indikatoren zur Investitionsfinanzierung	297
	Fußnoten, methodische Hinweise und Literaturhinweise zu 1.4.	299
1.5.	Umweltschutz	301
1.5.1.	Umweltprobleme	302
1.5.2.	Gesetzliche Grundlagen und Maßnahmen	306
1.5.2.1.	Gesetzliche Grundlagen	306
1.5.2.2.	Umweltschutzmaßnahmen	307
1.5.3.	Internationale und innerdeutsche Zusammenarbeit	310
	Fußnoten, Quellen und Literaturhinweise zu 1.5.	311
2.	**Bildung und Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung**	314
2.1.	Bildung und Ausbildung Der Aufbau der Bildungs- und Ausbildungssysteme, die Entwicklung der Anzahl der Schüler und Studenten sowie der Bildungsbeteiligung	314
2.1.1.	Überblick	315
2.1.2.	Der Aufbau der Bildungs- und Ausbildungssysteme	318
2.1.2.1.	Die allgemeinbildenden Schulen	318
2.1.2.2.	Die beruflichen Schulen und das berufliche Ausbildungswesen	318
2.1.2.3.	Die Hochschulen	320
2.1.3.	Anzahl der Schüler und Studenten sowie Bevölkerung im Bildungsalter	320
2.1.4.	Die Bildungsbeteiligung im zeitlichen Vergleich	322
2.1.4.1.	Der relative Schulbesuch in den Bildungs- und Ausbildungssystemen	322
2.1.4.2.	Bildungsbeteiligung der 15- bis unter 25jährigen	322
	Fußnoten, methodische Hinweise, Quellen und Literaturhinweise zu 2.1.	324
2.2.	Wissenschaft, Forschung und Entwicklung *	327
2.2.1.	Einführung	328

* DDR-Teil in Zusammenarbeit mit dem Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg (Dr. Günter Lauterbach)

		Seite
2.2.2.	Die Organisation in der Bundesrepublik Deutschland	328
2.2.2.1.	Wissenschaft	329
2.2.2.2.	Staat und Wirtschaft in der Wissenschaft	329
2.2.3.	Die Organisation in der DDR	329
2.2.3.1.	Die Akademie der Wissenschaften (AdW)	330
2.2.3.2.	Hochschulforschung	330
2.2.3.3.	Industrieforschung in der DDR	331
2.2.4.	Die forschungspolitische Strategie in der Bundesrepublik Deutschland	331
2.2.5.	Die forschungspolitische Strategie in der DDR	332
2.2.6.	Aufwendungen und Beschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland	333
2.2.6.1.	Öffentlicher Sektor	333
2.2.6.2.	Private Wirtschaft	334
2.2.7.	Aufwendungen und Beschäftigte in der DDR	336
2.2.7.1.	Akademie der Wissenschaften und Hochschulen	336
2.2.7.2.	Industrie	337
2.2.8.	Instrumente der Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland	337
2.2.8.1.	Großforschungseinrichtungen	337
2.2.8.2.	Direkte Projektförderung	338
2.2.8.3.	Indirekt-spezifische Förderprogramme	338
2.2.8.4.	Indirekte Förderprogramme	338
2.2.8.5.	Technologietransfers, Unternehmensgründungen	339
2.2.9.	Instrumente der Forschungspolitik in der DDR	339
2.2.9.1.	Planungsinstrumente	339
2.2.9.2.	Forschungsfinanzierung und -stimulierung	339
2.2.9.3.	Förderung des Technologietransfers und Forschungskooperationen	340
2.2.10.	Resumee	340
	Fußnoten, 2 Anhänge, Quellen und Literaturhinweise zu 2.2.	341
3.	**Produktion und Produktivität**	345
3.1.	Industrie	345
3.1.1.	Überblick	347
3.1.1.1.	Datenlage	347
3.1.1.2.	Entwicklung von Produktion und Beschäftigung nach Industriebereichen 1970 bis 1983	347
3.1.1.3.	Beitrag der Industriebereiche zum industriellen Wachstum	347
3.1.2.	Leistungsvergleich	350
3.1.2.1.	Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	350
3.1.2.2.	Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	353
3.1.2.3.	Metallerzeugung und -bearbeitung	359

Seite

3.1.2.4. Steine und Erden ... 363
3.1.2.5. Wasserversorgung ... 364
3.1.2.6. Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau ... 365
3.1.2.7. Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik ... 374
3.1.2.8. Textilgewerbe ... 378
3.1.2.9. Restliche Verbrauchsgüterindustrien ... 380
3.1.2.10. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ... 384
3.1.3. Leistungsentwicklung 1970 bis 1983 ... 389
Fußnoten, methodische Hinweise, Quellen und schematische Darstellung zum Industrievergleich zu 3.1. ... 393
3.2. Die Energiewirtschaft ... 403
3.2.1. Ausgangslage und Ausmaß der Ölverteuerung ... 405
3.2.1.1. Struktur des Primärenergieverbrauchs 1973 ... 405
3.2.1.2. Preisveränderungen für Importenergien 1973 bis 1984 ... 405
3.2.1.3. Auswirkungen auf die Handelsbilanz ... 406
3.2.2. Energiepolitische Reaktionen ... 407
3.2.2.1. Ziele der Energiepolitik ... 407
3.2.2.2. Energiepolitische Maßnahmen ... 407
3.2.2.2.1. Energiepolitische Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland 407
3.2.2.2.2. Energiepolitische Maßnahmen in der DDR ... 411
3.2.3. Entwicklung des Energieverbrauchs 1973 bis 1984 ... 412
3.2.3.1. Primärenergieverbrauch und Wirtschaftswachstum ... 412
3.2.3.2. Entwicklung des Energieverbrauchs in den einzelnen Verbrauchssektoren 1973 bis 1984 ... 414
3.2.3.2.1. Bundesrepublik Deutschland ... 414
3.2.3.2.2. DDR ... 416
3.2.4. Umstrukturierung des Energieverbrauchs ... 416
3.2.4.1. Primärenergie ... 416
3.2.4.2. Elektrizitätswirtschaft ... 418
3.2.4.3. Fernwärme ... 419
3.2.5. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen ... 419
Fußnoten, Quellen und Literaturhinweise zu 3.2. ... 420
3.3. Landwirtschaft** ... 422
3.3.1. Agrarverfassung der Bundesrepublik Deutschland, Ziele und Instrumente der Agrarpolitik ... 423
3.3.2. Agrarverfassung der DDR, Ziele und Instrumente der Agrarpolitik 424
3.3.3. Struktureller Wandel in der westdeutschen Landwirtschaft ... 425
3.3.4. Hoher Grad der Betriebskonzentration in der DDR ... 429

** Der Landwirtschaftsteil wurde in Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Dr. Konrad Merkel, Technische Universität Berlin sowie Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, und Herrn Karl Hohmann, Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, erstellt.

		Seite
3.3.5.	Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft	432
3.3.6.	Produktionsfaktoren und Betriebsmitteleinsatz	432
3.3.7.	Produktion und Produktivität der Landwirtschaft	438
3.3.8.	Förderung der Landwirtschaft durch Erzeugerpreise und Subventionen	443
3.3.9.	Landwirtschaftliche Einkommen	449
3.3.10.	Landwirtschaft und Umwelt	452
3.3.11.	Erfolge, Fehlentwicklungen, Korrekturansätze der Agrarpolitik	453
	Fußnoten, Literaturhinweise und Begriffserläuterungen zu 3.3.	454
3.4.	Verkehrswesen	458
3.4.1.	Verkehr in der Gesamtwirtschaft	459
3.4.2.	Verkehrsinfrastruktur	460
3.4.3.	Verkehrsleistungen	462
3.4.3.1.	Güterverkehr	462
3.4.3.2.	Personenverkehr	463
3.4.4.	Planung und Entwicklungstendenzen	465
3.4.5.	Post- und Fernmeldewesen	466
	Literaturhinweise zu 3.4.	466
3.5.	Groß- und Einzelhandel	467
3.5.1.	Arbeitsstätten	468
3.5.2.	Beschäftigte	468
3.5.3.	Eigentumsformen	469
3.5.4.	Betriebsformen	470
3.5.5.	Investitionen	472
	Fußnote, Quellen und Literaturhinweise zu 3.5.	472
3.6.	Sozialprodukt	473
3.6.1.	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und ihre Methodik in Ost und West	474
3.6.2.	Die „produzierenden Bereiche": Vergleich in jeweiligen Währungen	475
3.6.2.1.	Vorbemerkung	475
3.6.2.2.	Nettobeiträge der Wirtschaftsbereiche	475
3.6.2.3.	Beschäftigung nach Wirtschaftsbereichen	477
3.6.2.4.	Nettobeitrag je Beschäftigten	477
3.6.3.	Die „produzierenden Bereiche": Leistungsvergleich	478
3.6.3.1.	Modellrechnung	478
3.6.3.2.	Vergleich mit anderen Ergebnissen	479
	Fußnoten zu 3.6	481
4.	**Einkommen und Lebenshaltung**	482
4.1.	Einkommen	482
4.1.1.	Einkommensverteilung und Verteilungspolitik	483

		Seite
4.1.1.1.	Stufen der Einkommensverteilung	483
4.1.1.2.	Verteilungspolitische Ziele	483
4.1.1.3.	Ansatzpunkte der Verteilungspolitik	484
4.1.1.4.	Tarifvertragssystem und Lohngestaltung	486
4.1.2.	Gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung	488
4.1.2.1.	Gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung	488
4.1.2.2.	Gesamtwirtschaftliche Einkommenskomponenten	489
4.1.2.3.	Gesamtwirtschaftliche Lohnquoten	490
4.1.3.	Durchschnittliche Erwerbseinkommen	491
4.1.3.1.	Arbeitnehmerverdienste und Einkommen aus selbständiger und genossenschaftlicher Tätigkeit	491
4.1.3.2.	Bruttolöhne und -gehälter nach Wirtschaftsbereichen und Industriezweigen	494
4.1.4.	Belastung der Erwerbseinkommen mit Abgaben	495
4.1.4.1.	Einkommensteuer	495
4.1.4.2.	Sozialabgaben	498
4.1.4.3.	Einkommensabzüge zusammen	498
4.1.5.	Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen	499
4.1.5.1.	Entwicklung des Haushaltseinkommens	499
4.1.5.2.	Nettoeinkommen der Arbeitnehmer-Haushalte	500
4.1.5.3.	Nettoeinkommen der Rentner-Haushalte	501
4.1.5.4.	Einkommensschichtung nach sozialen Haushaltsgruppen und der Höhe des Nettoeinkommens	502
4.1.5.5.	Einkommensschichtung der Arbeitnehmer-Haushalte nach der Haushaltsgröße und der Höhe des Nettoeinkommens	503
4.1.6.	Um Kaufkraftunterschiede bereinigte Einkommen	503
	Fußnoten, methodische Hinweise, Quellen und Literaturhinweise zu 4.1.	504
4.2.	Preise und Kaufkraft	506
4.2.1.	Überblick	507
4.2.2.	Die Konsumgüterpreise	508
4.2.2.1.	Entwicklung	508
4.2.2.2.	Gegenwärtige Preisverhältnisse	509
4.2.3.	Verbrauchsstrukturen und Warenkörbe	510
4.2.4.	Kaufkraftvergleich	511
4.2.4.1.	Messung der relativen Kaufkraft	511
4.2.4.2.	Die Kaufkraftrelationen bei westdeutschem Konsumverhalten	512
4.2.4.3.	Die Kaufkraftrelationen beim DDR-Konsumverhalten	514
4.2.5.	Zusammenfassung der Ergebnisse	517
	Fußnoten, methodische Hinweise, Quellen und Literaturhinweise zu 4.2.	518
4.3.	Indikatoren der Lebenshaltung	520

		Seite
4.3.1.	Begriffliche Abgrenzung	521
4.3.2.	Die allgemeine Versorgungslage	521
4.3.3.	Privater Verbrauch	523
4.3.4.	Der Verbrauch von Nahrungsgütern (Pro-Kopf-Verbrauch)	525
4.3.5.	Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern	528
4.3.6.	Tourismus	530
4.3.6.1.	Reiseintensität	530
4.3.6.2.	Reiseziele Inland	530
4.3.6.3.	Reiseziele Ausland	531
	Fußnoten, Quellen, Literaturhinweise zu 4.3.	532
4.4.	Wohnungswirtschaft	533
4.4.1.	Wohnungsversorgung	534
4.4.1.1.	Wohnungsbestand, Wohnungsgröße und Eigentum an Wohnungen	534
4.4.1.2.	Altersstruktur und Ausstattung	534
4.4.2.	Mietenniveau	536
4.4.2.1.	Mietenpolitik	536
4.4.2.2.	Mietbelastung der Haushalte	537
4.4.2.3.	Subventionierung der Mieten	538
4.4.3.	Wohnungsbauleistungen	539
4.4.3.1.	Überblick	539
4.4.3.2.	Wohnungsneubau: Bauleistung und Ausstattungsmerkmale	540
4.4.3.3.	Erneuerung des Altbaubestandes	541
4.4.4.	Förderung der Bautätigkeit	542
	Fußnoten, methodische Hinweise, Quellen und Literaturhinweise zu 4.4.	545
5.	**Öffentlicher Haushalt und soziale Sicherung**	547
5.1.	Staatshaushalt	547
5.1.1.	Die Rolle des Staatshaushalts	548
5.1.2.	Zur Abgrenzung des Staatssektors	548
5.1.3.	Grundzüge der Finanzverfassung	549
5.1.4.	Quantitative Aspekte der Staatstätigkeit	551
5.1.5.	Einnahmen des Staatssektors	553
5.1.5.1.	Steueraufkommen	553
5.1.5.1.1.	Bundesrepublik Deutschland	553
5.1.5.1.2.	DDR	553
5.1.5.2.	Sozialbeiträge	555
5.1.5.3.	Gebühren und sonstige Einnahmen	555
5.1.5.4.	Nicht ausgewiesene Einnahmen im Staatshaushalt der DDR	556
5.1.5.5.	Vergleich der Einnahmenseite	556
5.1.6.	Aufgaben- und Ausgabenstruktur	557

		Seite
5.1.6.1.	Ausgaben nach volkswirtschaftlichen Arten	557
5.1.6.2.	Ausgaben nach Aufgabenbereichen	559
5.1.7.	Finanzpolitik als Bestandteil der Prozeßpolitik in der Bundesrepublik Deutschland	561
5.1.7.1.	Finanzpolitik und wirtschaftliche Entwicklung in den siebziger Jahren	561
5.1.7.2.	Zur Diskussion um die Staatsverschuldung	563
5.1.8.	Zur Rolle und Bedeutung öffentlicher Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland	563
	Fußnoten und methodische Hinweise zu 5.1.	564
5.2.	Hauptaspekte der sozialen Sicherung	566
5.2.1.	Organisation und Sicherungskreis	569
5.2.2.	Finanzierung	570
5.2.3.	Ausgabenentwicklung	571
5.2.4.	Leistungen	572
5.2.4.1.	Altersversorgung	573
5.2.4.2.	Invalidität	580
5.2.4.3.	Hinterbliebenenversorgung	583
5.2.4.4.	Krankheit	584
5.2.4.5.	Leistungen bei der Geburt und der Betreuung von Kindern	585
5.2.4.6.	Kindergeld	588
5.2.4.7.	Verlust des Arbeitsplatzes	589
5.2.4.8.	Sozialhilfe/Sozialfürsorge	592
5.2.5.	Schlußbetrachtung	592
	Fußnoten, Quellen und Literaturhinweise zu 5.2.	594
6.	**Außenwirtschaft**	596
6.1.	Außenhandel	596
6.1.1.	Einleitung	597
6.1.2.	Weltwirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Außenhandels	598
6.1.3.	Entwicklung des Außenhandels	599
6.1.4.	Warenstruktur	604
6.1.5.	Regionalstruktur	607
6.1.5.1.	RGW-Handel	607
6.1.5.2.	Handel mit Entwicklungsländern	609
6.1.5.3.	Handel mit den westlichen Industrieländern	610
	Fußnoten und methodische Hinweise zu 6.1.	614
6.2.	Spezialbereiche der Außenwirtschaft	615
6.2.1.	Zahlungsbilanz	616
6.2.1.1.	Bundesrepublik Deutschland	616
6.2.1.2.	DDR	619

		Seite
6.2.2.	Entwicklungshilfe	622
	Fußnoten zu 6.2.	625
7.	**Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten**	626
7.1.	Innerdeutscher Handel	627
7.1.1.	Grundlagen, Rahmenbedingungen	627
7.1.2.	Entwicklung	628
7.1.3.	Wirtschaftliche Bedeutung und Warenstruktur	630
7.1.4.	Besondere Formen des Leistungsaustauschs	632
7.2.	Sonstige Wirtschaftsbeziehungen	633
	Fußnoten und Literaturhinweise zu 7.	634
7.2.	Sonstige Wirtschaftsbeziehungen	633
	Tabellenanhang zu Teil B	636

Verzeichnisse zu Teil A und Teil B

Verzeichnis der Schaubilder 797

Verzeichnis der Übersichten 799

Abkürzungsverzeichnis 807

Stichwortverzeichnis 811

Benutzerhinweis

1. Allgemeine Hinweise zur Gliederung

Zu jedem Themenkomplex befindet sich vor der ausführlichen Sachdarstellung eine kurze, überblickartige Zusammenfassung des Gesamtinhalts sowie eine Wiederholung der Gliederung des folgenden Textes.

Entsprechend sind die Anmerkungen und bibliographischen Angaben jeweils auf diese Themenkomplexe bezogen und diesen unmittelbar nachgestellt.

2. Zitierweise

Anmerkungen erscheinen im Text lediglich als Fußnotenziffern und werden jeweils am Ende des entsprechenden Abschnitts erläutert (siehe 1.). Quellen bzw. Fundstellen werden hierbei lediglich mit Autor, Erscheinungsjahr und gegebenenfalls Seitenzahl angegeben. Eine vollständige Bezeichnung der Titel erfolgt in der sich anschließenden Bibliographie.

Die Angaben zu Gesetzestexten verbleiben in abgekürzter Form in Klammern innerhalb des Textes und werden in der Bibliographie nicht aufgeführt.

3. Bibliographie

Bibliographische Angaben sind den einzelnen Themenkomplexen zugeordnet (siehe 1.) und beinhalten neben den im Text verwendeten Quellen auch Angaben zu weiterführender Literatur.

4. Abkürzungsverzeichnis

Im Text verwendete Abkürzungen werden in einem gesonderten Abkürzungsverzeichnis erläutert. Grundsätzlich richtet sich die Ausschrift dabei nach folgenden Quellen: Kirchner, Hildebert: Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache. Bearb. v. H. Kirchner u. F. Kastner. Berlin, New York. Walter de Gruyter. 3. ern. u. erw. Aufl. 1983 Koblischke, Heinz: Großes Abkürzungsbuch. Abkürzungen — Kurzwörter — Zeichen — Symbole. Leipzig. 3. durchges. Aufl. 1983.

Im Interesse der Leserfreundlichkeit wurde beim Kapitel III.1. ein Verzeichnis der dort zahlreich verwendeten speziellen Abkürzungen unmittelbar nachgestellt.

5. Stichwortverzeichnis

Zur besseren Orientierung des Lesers wurde ein Stichwortverzeichnis angefertigt, das insbesondere die vergleichende Betrachtung gleicher oder ähnlicher Sachverhalte in den beiden Wirtschaftssystemen innerhalb des Gesamtwerks erleichtern soll.

Vorwort

Zu dem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, den der Bundeskanzler dem Deutschen Bundestag erstatten wird, legt die Bundesregierung Materialien vor, die der Urteilsbildung über deutschlandpolitisch wichtige Sachverhalte dienen sollen.

Sie setzt damit die Reihe der Unterrichtungen fort, die entweder von ihr selbst oder in ihrem Auftrag jeweils von einem Gremium von Wissenschaftlern erarbeitet worden sind.

Soweit es sich bei diesen Unterrichtungen um Grundtatsachen der Deutschlandpolitik und ihre Entwicklung handelte, hat die Bundesregierung selbst solche Materialien ausgearbeitet. Dies ist mit den Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1970 und 1973 geschehen. Sie dienten der Information über die Entwicklung der Deutschlandfrage und den Stand der innerdeutschen Beziehungen.

Soweit es sich um Unterrichtungen über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede wichtiger Lebensbereiche in beiden Teilen Deutschlands handelte und damit um Fragen, zu denen der Beitrag unabhängiger Wissenschaftler erforderlich war, wurden diese Materialien von jeweils von der Bundesregierung berufenen wissenschaftlichen Kommissionen ausgearbeitet und wissenschaftlich verantwortet.

Nach den Materialien 1971, 1972 und 1974 sind die hier vorgelegten Materialien die vierten dieser Art. Ihr Thema sind die wirtschaftlich-soziale Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR seit 1970 sowie — über diese Zeitspanne zurückgreifend — die Entstehung, die Gestalt und die Funktionsprobleme der beiden so unterschiedlichen Wirtschaftssysteme in Deutschland. Teilweise nehmen die Materialien 1987 damit Themen wieder auf, die in den bisherigen wissenschaftlichen Materialien schon behandelt worden sind. Teilweise gehen sie darüber aber auch wesentlich hinaus.

Eine Fortsetzung früherer Berichterstattungen stellt vor allem die vergleichende Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im geteilten Deutschland dar. Mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, das für diesen Teil verantwortlich zeichnet, stand dasselbe Institut zur Verfügung, das schon 1971 und 1974 den Großteil der damaligen Aussagen erarbeitet hatte. Um dem Leser einen Vergleich mit den früher dargestellten Entwicklungen zu ermöglichen, bestand der Auftrag darin, die Beschreibung und den Vergleich zwischen den Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR soweit wie möglich nach den gleichen Maßstäben wie damals durchzuführen.

Schon dieser Teil geht aber in doppelter Weise über eine bloße Fortschreibung früherer Berichte hinaus. Er benutzt neue Maßstäbe und Methoden, wo der heutige Forschungsstand dies erfordert, und er behandelt auch neue Sachgebiete, z. B. Forschung und Wissenschaft in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, Fragen der staatlichen Haushalte und die Probleme des Umweltschutzes.

Mehr und anderes als eine Aktualisierung früherer Aussagen stellt aber vor allem der Teil über die Wirtschaftssysteme der Bundesrepublik Deutschland und der DDR dar.

Er ist in dieser Form neu. Zwar enthielten schon die Materialien 1972, die dem Vergleich der Rechtsordnungen in Deutschland gewidmet waren und daher auch z. B. das Arbeitsrecht und das Wirtschaftsrecht behandelten, und die Materialien von 1974, die u. a. die Wirtschaftsverfassungen zum Gegenstand hatten, wesentliche Aussagen über wichtige Bereiche der Wirtschaftssysteme. Diese selbst, ihre Entwicklung und ihre Funktionsprobleme rücken aber mit den jetzt vorgelegten Materialien zum ersten Mal voll in den Blickpunkt.

Ich messe dem eine besondere, auch politische, Bedeutung bei. Der Teil über die Wirtschaftssysteme greift mit der Frage nach der Rolle der Wirtschaftsordnungen Fragen auf, die sonst nur in Hochschulseminaren behandelt werden. Er verfolgt die Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und

der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR seit den ersten Nachkriegsjahren. Er erörtert den Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsverfassung und der staatlich-gesellschaftlichen Verfassung in beiden Staaten in Deutschland und führt die Darstellung der einander so entgegengesetzten Wirtschaftssysteme — diese teils direkt vergleichend, teils sie in getrennter Darstellung gegenüberstellend — bis in einzelne Bereiche wie die Geld- und Kreditwirtschaft, das Finanzwesen oder die Arbeitsverfassungen hinein, durch.

Eine solche Darstellung entspricht nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Rolle, die die Fragen der wirtschaftlichen Ordnung im Schicksal des geteilten Deutschlands tatsächlich spielen. Immer mehr erweisen sich die Wirtschaftssysteme als ausschlaggebend für die Entwicklung des wirtschaftlich-sozialen Leistungsstandes und des Leistungsgefälles zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Daß dieses Leistungsgefälle so stark ausgeprägt ist, liegt nicht an einer geringeren Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft unserer Landsleute in der DDR. Ebenso wenig darf aber auch die Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik als ein isoliertes Phänomen gesehen werden. Es ist vielmehr auch deutschlandpolitisch von großer Bedeutung, sich ein Bild davon zu machen, wie freiheitliche Verfassung von Staat und Gesellschaft und freiheitliche Verfassung der Wirtschaft zueinander gehören und der Grad von Freiheit in allen Bereichen von Politik und Gesellschaft ursächlich ist auch für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

In die wissenschaftliche Verantwortung für das Gesamtwerk teilen sich die von mir berufene Wissenschaftliche Kommission, die Autoren der einzelnen Beiträge und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Die Kommission hat die Konzeption und die Gliederung für den Teil über die Wirtschaftssysteme erarbeitet und hat die Autoren vorgeschlagen, die die einzelnen Beiträge verfaßt haben. Die Kommission hat mich ferner bei der Gestaltung des Auftrages für den Teil über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beraten. Sie hat sämtliche Texte kritisch diskutiert und den Autoren Empfehlungen für Ergänzungen und wechselseitige Anpassungen gegeben. Einige ihrer Mitglieder haben selbst als Autoren mitgewirkt. Die Kommission hat aber nicht redaktionell in die Beiträge eingegriffen. Die wissenschaftliche Verantwortung für jeden einzelnen Beitrag blieb bei dem jeweiligen Autor. Die in der Wissenschaft tatsächlich bestehende Pluralität von Auffassungen sollte nicht künstlich überbrückt werden.

Die Kommission hat mir das Ergebnis ihrer Arbeit im Dezember 1986 überreicht.

Die Bundesregierung hat auf meinen Vorschlag beschlossen, das Werk dem Deutschen Bundestag als Materialien zum diesjährigen Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland zuzuleiten. Sie hat bei dieser Gelegenheit bekräftigt, daß in der Situation des geteilten Deutschlands solche Beiträge unabhängiger Wissenschaftler als Orientierungshilfen von hoher Bedeutung sind. Zugleich hat sie nochmals betont, daß diese von Wissenschaftlern verantworteten Materialien keine amtlichen Stellungnahmen der Bundesregierung darstellen können.

Der Wissenschaftlichen Kommission und allen Wissenschaftlern, die mitgewirkt haben, spreche ich meinen herzlichen Dank und meine Anerkennung aus. In besonderer Weise gilt dieser Dank Herrn Professor Dr. Karl C. Thalheim, der als Vorsitzender die Arbeit der Wissenschaftlichen Kommission geleitet hat.

Bonn, im Februar 1987

Heinrich Windelen

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Einleitung

Deutschlandpolitik, soll sie realistisch sein, setzt Kenntnis der Tatsachen und Entwicklungen in den beiden Staaten in Deutschland voraus. Diese Forderung wäre auch dann zwingend, wenn es sich bei der Entwicklung der Nation seit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur ausschließlich um eine staatliche Teilung bei Fortbestand gleichartiger innerer Ordnungen gehandelt hätte. Sie gewinnt ein noch wesentlich größeres Gewicht dadurch, daß die staatliche Teilung die Grundlage für die Auseinanderentwicklung in fast allen Lebensbereichen wurde. Gewiß sind damit keineswegs alle Gemeinsamkeiten verschwunden. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hat dies in der 205. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. März 1986 bei der Abgabe des Berichts der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland unterstrichen. Er stellte fest, daß „die deutsche Kultur — und es gibt nur eine deutsche Kultur — ein wesentliches Element für das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen" bleibt und daß wir uns des (gemeinsamen) Erbes unserer Geschichte „bewußt bleiben müssen, wollen wir unsere Zukunft bewältigen". Der Kanzler sagte aber auch: „Die prinzipiellen Gegensätze zwischen den beiden Staaten in Deutschland bleiben bestehen."

Dies gilt heute für fast alle Lebensbereiche. Ob im Rechts- oder im Bildungswesen, ob auf dem Gebiete der Kunst oder des kirchlichen Lebens, ob schließlich in der Entwicklung der Wissenschaften oder der Wirtschaft — nirgends können die rein faktischen, das Leben der Menschen bestimmenden Entwicklungen verstanden werden ohne einen Blick auf die Unterschiede der politisch-gesellschaftlichen Systeme, in deren Rahmen sie sich vollziehen.

Für ein Urteil darüber, welches die Gegensätze, aber auch die noch vorhandenen Gemeinsamkeiten sind und welches Gewicht sie für die Gestaltung der Deutschlandpolitik haben, ist wissenschaftliche Arbeit auf allen Gebieten, die für die Lebenswirklichkeit einer Nation von Bedeutung sind, unentbehrlich. Die Ergebnisse dieser Forschung sollen der Politik als eine wesentliche Grundlage für sachgerechte Entscheidungen zur Verfügung stehen. Ebenso wichtig ist es, allen politisch Interessierten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die ein realistisches und möglichst objektives Bild über Tatsachen und Entwicklungen in der DDR im Vergleich mit der Bundesrepublik vermitteln. Neben der — ebenso unentbehrlichen — reinen Fachliteratur muß es deshalb Veröffentlichungen geben, die nach Auswahl der behandelten Themen wie nach der Art der Darstellung geeignet sind, den Anforderungen eines breiten Leserkreises zu genügen.

Ein solcher Versuch ist erstmalig in den drei umfangreichen Bänden der „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation" gemacht worden, die die damalige Bundesregierung in den Jahren 1971, 1972 und 1974 vorlegte. Entsprechende Veröffentlichungen gibt es in der DDR nicht. Nachdem seit dem Erscheinen der damaligen „Materialien" eine geraume Zeit verstrichen ist, entschloß sich der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, eine Neubearbeitung zunächst für diejenigen Teile in Gang zu bringen, die sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in beiden Staaten in Deutschland beschäftigen. Die Ziele, die ihm dabei vorschwebten, hat der Minister in seinem Vorwort zu den hier vorgelegten „Materialien" dargelegt, auch die Gründe dafür, daß die „Materialien 1987" einen in dieser Form neuen Teil — Teil A — über die Wirtschaftssysteme der Bundesrepublik Deutschland und der DDR enthalten. Eine vergleichende Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR seit 1970 enthält Teil B; dieser wurde vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin erarbeitet.

Am 14. Januar 1985 berief Bundesminister Windelen eine Wissenschaftliche Kommission, um die Fragen der Konzeption für die Darstellung der Wirtschaftssysteme in Teil A zu klären und Vorschläge für die dafür heranzuziehenden Autoren zu machen. Aufgabe der Kommission war es ferner, über die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung vorgelegten Vorschläge für den Teil B zu beraten und für eine Abstimmung zwischen beiden Teilen zu sorgen. Die Notwendigkeit einer solchen Abstimmung ergab sich nicht nur daraus, daß einige Themen, wie z. B. der Staats-

haushalt, die Forschungs- und die Umweltpolitik in beiden Teilen behandelt werden, sondern auch daraus, daß die Darstellung von Entwicklungsverläufen und die theoretische Analyse niemals völlig voneinander zu trennen sind. Der Leser wird also im Teil A über die Wirtschaftssysteme auch manche faktischen Entwicklungen behandelt finden, wie umgekehrt im Teil B eine Anzahl systematischer Feststellungen und Erläuterungen enthalten sind.

Die Wissenschaftliche Kommission setzte sich folgendermaßen zusammen:

Vorsitzender:

Prof. Dr. Karl C. Thalheim (Freie Univ. Berlin und Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin)

Mitglieder:

Prof. Dr. Wolfram Engels (Univ. Frankfurt, Herausgeber der „Wirtschaftswoche")

Prof. Dr. Wolfgang Förster (Freie Univ. Berlin und Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin)[1]

Prof. Dr. Gernot Gutmann (Univ. Köln und Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin)

Prof. Dr. Ernst Helmstädter (Univ. Münster, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung)

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp (Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, Univ. Frankfurt)

Prof. Dr. Manfred Neumann (Univ. Erlangen-Nürnberg, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft)

Prof. Dr. Alfred Schüller (Univ. Marburg, Leiter der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, Marburg).

Wissenschaftlicher Sekretär:

Dr. Christian Meyer (Freie Univ. Berlin).

Ebenso wie bei den früheren „Materialien" waren auch diesmal völlige wissenschaftliche Unabhängigkeit und Anerkennung des wissenschaftlichen Pluralismus die gesicherte und unverzichtbare Grundlage für die Arbeit sowohl der Wissenschaftlichen Kommission als auch der von ihr vorgeschlagenen Autoren.

Die dringlichsten Aufgaben der Kommission waren zunächst die Erarbeitung einer in sich geschlossenen Konzeption für den Teil A über die Wirtschaftssysteme und von Vorschlägen für die vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen für diesen zu beauftragenden Autoren. Für Teil B haben im Rahmen des DIW Spezialisten für die Wirtschaft der Bundesrepublik und der DDR aus verschiedenen Fachabteilungen zusammengearbeitet. Für den Teil A war es nur in wenigen Fällen möglich, wissenschaftlich ausgewiesene Bearbeiter zu finden, die einen Teilbereich zugleich für beide Systeme behandeln konnten. Große Teile des Wirtschaftssystems der DDR konnten von Mitgliedern und Mitarbeitern der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen in Berlin, der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme in Marburg sowie des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft in Erlangen bearbeitet werden. Darüber hinaus mußte — besonders für das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland — eine breite Basis der Bearbeitung durch die Heranziehung zahlreicher Sachkenner außerhalb dieser Institute geschaffen werden.

In einer Reihe von Sitzungen befaßte sich die Kommission dann eingehend mit den vorgelegten Manuskripten, auch mit denjenigen des vom DIW bearbeiteten Teils B; daraus ergaben sich Empfehlungen an die Autoren, die der inneren Geschlossenheit des Gesamtwerks, vor allem des Teils A, dienen sollten. In aller Regel sind die Anregungen und Ratschläge der Kommission von den Autoren in der Endfassung berücksichtigt worden.

Diese intensive Beratung der Texte durch die Kommission ändert jedoch nichts an der Verantwortung für den Inhalt: Teil B wird vom DIW verantwortet, die Verantwortung für die Einzelbeiträge im Teil A liegt bei deren Autoren. Hier besteht ein wichtiger Unterschied gegenüber den „Materialien" von 1971, 1972 und 1974: Damals wurde die Gesamtverantwortung für alle Kapitel von der vom Minister berufenen Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe und ihrem Leiter (Prof. Dr. Peter Christian Ludz) getragen. Das kam darin zum Ausdruck, daß die Autoren bei den einzelnen Abschnitten nicht genannt wurden. Diesmal gibt es eine solche gemeinsame Gesamtverantwortung der Wissenschaftlichen Kommission nicht; ihre Vorschläge an die Autoren waren Ratschläge, keine Verpflichtungen. Die Beiträge sind deshalb jetzt von ihren Verfassern gekennzeichnet.

Ungeteilte Verantwortung trägt dagegen die Kommission als Ganze für den Aufbau und die Gliederung des Teils A über die Wirtschaftssysteme sowie für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen diesem Teil und der Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Teil B.

Der Teil über die Wirtschaftssysteme ist wie folgt aufgebaut: Das erste Kapitel beschäftigt sich mit Grundsachverhalten und Grundfragen des Wirtschaftens in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, vor allem mit der Ordnungsbedingtheit des Wirtschaftens und der Tatsache, daß beide deutsche Staaten hochentwikkelte Industrieländer mit schmaler eigener Rohstoffbasis, daher in hohem Maße auf den Außenhandel angewiesen sind.

Die folgenden beiden Kapitel skizzieren die Entstehung und Entwicklung der beiden Wirtschaftssysteme infolge des Wirksamwerdens radikal verschiedener Grundauffassungen von Wirtschaft und Gesellschaft seit dem Kriegsende. Sie untersuchen das ganz verschiedene Verhältnis von wirtschaftlicher und staatlich-politischer Ordnung im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR-Verfassung sowie die nicht weniger unterschiedlichen Eigentumsordnungen, insbesondere deren Einfluß auf wirtschaftliches Handeln. Teils direkt miteinander vergleichend, teils nacheinander, aber unter einer einheitlichen Fragestellung darstellend geben diese ersten drei Kapitel also Auskunft sowohl über grundsätzliche Funktionsprobleme der marktwirtschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik und der planwirtschaftlichen Ordnung der DDR als auch über die Entstehung und Bedeutung ihrer geistigen, politischen und rechtlichen Grundlagen.

Die Kapitel IV und V sind der jeweils gesonderten Darstellung des heutigen Systems der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR im Lichte ihrer jeweiligen Funktionsprinzipien und ihrer wichtigsten Funktionsprobleme gewidmet. Die Kommission war der Überzeugung, daß diese Darstellungen der als individuelle Ganzheiten in sich so verschiedenen Wirtschaftssysteme nicht in das Prokrustesbett eines direkten und durchgehenden Vergleichs gezwängt werden sollten. Das Kapitel IV behandelt daher das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft, sowie — als ein Spiegelbild ihrer wichtigsten heutigen Entwicklungs- und Funktionsprobleme — einige der Felder und Bereiche, auf denen sich das Verhältnis von Staat und Wirtschaft im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft entscheidet, also die Wettbewerbspolitik, die Beschäftigungs- und Stabilitätspolitik sowie die Struktur-, die Umwelt-, die Forschungs- und Technologiepolitik.

Entsprechend dem ganz anderen Aufbau und den teilweise ganz anderen Problemen einer planwirtschaftlich verfaßten Wirtschaft behandelt das Kapitel V nicht nur das Leitbild der sozialistischen, weitgehend auf Staatseigentum beruhenden Planwirtschaft und seine Entwicklung und auch nicht nur den institutionellen Aufbau des Wirtschaftssystems mit seiner Leitungs- und Organisationsstruktur, sondern auch die Querschnittprobleme, vor denen die planwirtschaftlich verfaßte, vom Staat beherrschte Wirtschaft der DDR tatsächlich steht. Dabei geht es vor allem um die Informationsgewinnung, die Planvorbereitung, Planausarbeitung und Plankoordination, die Lenkung und Kontrolle der Wirtschaftsabläufe sowie die in einem solchen System sich ganz anders stellenden Probleme der Preise und der Preispolitik. Die Effizienz- und Stabilitätsprobleme werden ebenso wie die Forschungs- und Umweltpolitik als ausgewählte zusätzliche Problembereiche behandelt. Das Kapitel schließt mit einer Analyse des Reformbedarfs und der Reformfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR.

Mit den Kapiteln VI bis X betritt die Darstellung dann wieder den Pfad einer entweder direkt vergleichenden oder nach gleichen systematischen Fragestellungen vorgehenden Darstellung. Diese Kapitel behandeln die wichtigsten betriebswirtschaftlichen Sachverhalte, die beiden Geld- und Kreditsysteme, die öffentliche Finanzwirtschaft als Systemelement, die Außenwirtschaftssysteme sowie die für die Stellung der Arbeitnehmer in den beiden Systemen ausschlaggebenden Arbeitsverfassungen.

Die Kommission ist sich bewußt, daß auch diese umfangreiche Darstellung noch Lücken aufweist. Zum Beispiel haben so wichtige Bereiche wie die Agrar-, die Energie- und die Verkehrswirtschaft im Teil A keine Darstellung gefunden. Sie mußten ausgeklammert werden, um einen bestimmten vorgegebenen Umfang der Darstellung nicht zu sprengen. Der Leser kann aber wegen der ordnungspolitischen Verfassung dieser Bereiche auf den Teil B verwiesen werden, der bei der Analyse der Entwicklungen in diesen Bereichen auch auf die ordnungspolitischen Zusammenhänge eingeht.

Die Kommission war darum bemüht, daß unnötige Wiederholungen vermieden wurden. In manchen Fällen waren solche freilich im Interesse eines in sich geschlossenen Gedankengangs unumgänglich.

Es ging der Kommission aber ohnehin nicht um absolute Vollständigkeit, sondern darum, die politischen, rechtlichen und ökonomischen Vorstellungen sichtbar zu machen, die in den beiden so konträren Wirtschaftssystemen Gestalt gewonnen haben. Der Leser soll verstehen, warum und in welcher Weise die persönliche Freiheit und die individuellen Handlungsrechte, die Forderungen nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, nach individueller und kollektiver Wohlfahrt in den beiden Systemen so verschieden ausgeprägt sind und welche Rolle dabei so unterschiedliche und doch aufeinander bezogene Elemente wie die Eigentumsverfassung und der Wettbewerb bzw. die staatliche Planung, die staatlichen Eigentumsrechte sowie die alles beherrschende Staatspartei spielen. Die genannten Grundwerte unterscheiden sich sowohl im Inhalt als auch in den Prioritäten.

Wie die Elemente, aus denen sich eine Wirtschaftsordnung zusammensetzt, im einzelnen einander zugeordnet sein sollten, das ist auch unter Wissenschaftlern, die die soziale Marktwirtschaft insgesamt bejahen, immer wieder umstritten. So hat es darüber in der Kommission und unter den Autoren verschiedene Meinungen gegeben, die sich in der Darstellung widerspiegeln. Der Leser wird aber, wie die Kommission zuversichtlich glaubt, in der hier vorgelegten Darstellung der verschiedenen Aspekte und Teile der Wirtschaftssysteme aus der Feder verschieden denkender Autoren die Erkenntnis bestätigt finden, daß es keines Dogmatismus bedarf, um zu einer im grundsätzlichen gemeinsamen Beurteilung der Wirkungsweise der beiden Wirtschaftssysteme zu kommen.

Ein spezielles Problem für die Konzeption des Gesamtwerks war die Verbindung der beiden Hauptteile A und B. Daß sie denkbar eng gestaltet werden konnte, war dadurch gewährleistet, daß der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, der Kommission angehörte und sich an ihrer Arbeit intensiv beteiligte. Wie die beiden Teile zusammengehören, wurde bereits ausgeführt. Im Teil A wird der ordnungstheoretische und ordnungspolitische Rahmen dargestellt, innerhalb dessen sich die in Teil B behandelten Entwicklungen vollziehen und ohne dessen Kenntnis der Charakter und die Bedeutung vieler quantitativer Entwicklungen nicht verstanden werden können; umgekehrt ist die Kenntnis der faktischen Entwicklungen für die Analyse der Funktionsweise und der Leistungsfähigkeit der Systeme unentbehrlich.

Nach der diesen „Materialien" gestellten Aufgabe sind sie nicht in erster Linie für Fachgelehrte auf dem Gebiet der Deutschlandforschung bestimmt, auch nicht vorwiegend für wirtschaftswissenschaftlich Gebildete, sondern für die politisch Tätigen und Interessierten. Die Autoren waren demzufolge aufgerufen, sich einer Sprache zu bedienen, die auch für den nicht fachlich Gebildeten verständlich ist. Die Wissenschaftliche Kommission hat es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben angesehen, auf eine entsprechende „Leserfreundlichkeit" der Texte zu achten. Sie hofft jedoch, daß die systematische Darstellung und Gegenüberstellung auch für den Fachmann von Wert ist und ihm zusätzliche Erkenntnisse vermitteln wird.

Der Leser wird feststellen, daß die Terminologie der Wirtschaft in den beiden Staaten in Deutschland sich ebenso auseinanderentwickelt hat wie die Wirtschaftssy-

steme selbst. In der DDR beruht das zum Teil auf den ideologischen und theoretischen Wurzeln im Marxismus-Leninismus; darüber hinaus hat sich aber aus den Bedürfnissen der Planung und Lenkung heraus eine in der Bundesrepublik Deutschland weithin unbekannte Fachsprache entwickelt. Beispiele dafür sind u. a. die folgenden Termini: Wirtschaftliche Rechnungsführung, Prinzip des demokratischen Zentralismus, Kennziffern, Verflechtungsbilanzen, Ökonomische Hebel, Gegenplan, Grundfonds, Gesellschaftliche Fonds. Die Autoren der „Materialien" sind bemüht gewesen, solche Termini entweder durch sinngemäße Ausdrücke der westlichen Fachsprache zu ersetzen oder, wenn das nicht möglich war, sie zu erläutern. Dabei war auch zu berücksichtigen, daß gleiche Begriffe auf beiden Seiten nicht immer den gleichen Inhalt haben. So versteht man z. B. unter „Steuern" in der DDR etwas anderes als in der Bundesrepublik Deutschland; Gewerkschaften sind hier wie dort Arbeitnehmerorganisationen, aber nach ihrer Aufgabenstellung und durch ihre Unterordnung unter die herrschende SED in der DDR etwas wesentlich anderes als in der Bundesrepublik.

Von den Mitgliedern der Wissenschaftlichen Kommission haben Teile der „Materialien", und zwar im Rahmen des Teiles A bearbeitet: Prof. Dr. Gernot Gutmann, Prof. Dr. Manfred Neumann, Prof. Dr. Alfred Schüller, Prof. Dr. Karl C. Thalheim. Außerdem haben am Teil A der „Materialien" als Autoren mitgearbeitet: Dipl.-Volkswirt Achim Beyer (Institut für Gesellschaft und Wissenschaft, Erlangen), Prof. Dr. Dieter Cassel (Univ. Duisburg), Dr. Hans Heribert Derix (Univ. Köln), Dipl.-Kaufmann Kurt Erdmann (Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin), Prof. Dr. Dr. Wolfram Fischer (Freie Univ. Berlin), Prof. Dr. Bernhard Gahlen (Univ. Augsburg), Dipl.-Volkswirt Maria Haendcke-Hoppe (Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin), Prof. Dr. Friedrich Haffner (Univ. München), Prof. Dr. Herbert Hax (Univ. Köln), Prof. Dr. Günter Hedtkamp (Univ. München), Dipl.-Ing.agr. Karl Hohmann (Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin), Dr. Werner Klein (Univ. Köln), Dipl.-Kaufmann Dr. Klaus Krakat (Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin), Prof. Dr. Heinz Lampert (Univ. Augsburg), Dr. Günter Lauterbach (Institut für Gesellschaft und Wissenschaft, Erlangen), Privatdozent Dr. Helmut Leipold (Univ. Marburg), Dr. Erika Lieser-Triebnigg (Wissenschaftliche Fachdienste des Deutschen Bundestages, Köln (Bonn)), Prof. Dr. Siegfried Mampel (Freie Univ. Berlin), Dr. Christian Meyer (Freie Univ. Berlin), Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky (Fachhochschule Hamburg), Prof. Dr. Rupert Scholz (Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, Berlin; Univ. München), Prof. Dr. H. Jörg Thieme (Univ. Bochum), Dr. Hartmut Zimmermann (Freie Univ. Berlin).

Zu den Bearbeitern des vom DIW verantworteten Teils B vgl. die von Prof. Dr. Krupp verfaßte Einleitung zu diesem Teil und die dort enthaltene Bearbeiterliste.

Die Benutzung der „Materialien" soll durch kurze Zusammenfassungen der einzelnen Abschnitte sowie durch ein Stichwortregister erleichtert werden. Die den einzelnen Kapiteln beigegebenen Literaturhinweise sollen für ein erweitertes und vertieftes Studium der in den „Materialien" behandelten Themenbereiche Hilfestellung leisten.

Die redaktionelle Vorbereitung für den Druck, die nicht zur Aufgabe der Wissenschaftlichen Kommission gehörte, wurde für Teil A von Dr. Christian Meyer und Horst Ulrich besorgt, die auch das Stichwortregister für das Gesamtwerk erstellten, für den Teil B vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Berlin, im Dezember 1986

Im Auftrage der Wissenschaftlichen Kommission für die „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1987"

Der Vorsitzende:

Prof. Dr. Karl C. Thalheim

[1] Prof. Dr. Förster mußte wegen schwerer Erkrankung seit Oktober 1985 seine Mitarbeit in der Kommission einstellen.

Teil A: Die Wirtschaftssysteme

Kapitel I

Grundsachverhalte und Grundfragen des Wirtschaftens in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR

Gernot Gutmann/Alfred Schüller

Zusammenfassung

Aufgabe sowohl der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland als auch der der DDR ist es, die Verwendung der verfügbaren Produktionsfaktoren in einem durch industrielle Fertigung und ständigen Wandel der Lebensumstände und der Produktionsbedingungen gekennzeichneten arbeitsteiligen Prozeß so zu lenken, daß eine möglichst gute Versorgung mit Gütern materieller und immaterieller Art zustande kommt. Diese vermittels der Wirtschaftsordnung zu bewältigende Lenkungsaufgabe erfordert Vorkehrungen sowohl zur Informationsgewinnung und Wissensnutzung als auch zur Motivierung, nach neuem Wissen zu suchen und Leistungen zu erbringen. Die Leistungsmotivation ist durch Formen der Leistungskontrolle zu ergänzen.

In der Bundesrepublik Deutschland wird diese Lenkungsaufgabe dezentral gelöst. Wettbewerb und Gewinnanreiz bewirken, daß das verstreut vorhandene Wissen bestmöglich zur Knappheitsminderung genutzt und durch den wettbewerblichen Marktprozeß verbreitet wird. In der DDR hingegen wird das Wirtschaftsgeschehen überwiegend zentral gelenkt. Da die entsprechenden Methoden der Gewinnung und Verarbeitung des für die Planung relevanten Wissens und die Motivation der im Rahmen dieser Ordnung wirtschaftenden Menschen Mängel aufweisen, werden — abweichend vom Prinzip der zentralen Lenkung — auch indirekte Lenkungsinstrumente und Anreizmittel eingesetzt.

Als rohstoffarme hochindustrialisierte Länder mit relativ kleinen Binnenmärkten sind beide deutsche Staaten zur Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung angewiesen. Auch die Lenkungsaufgabe des Außenhandels wird in beiden deutschen Staaten unterschiedlich gelöst. In der Bundesrepublik Deutschland bedeutet Außenhandel eine Internationalisierung des Marktgeschehens. Die zentralverwaltungswirtschaftliche Binnenordnung der DDR erfordert staatliche Lenkung des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs. Folgen der andersartigen Außenwirtschaftsordnungen sind ein vorwiegend intra-industrieller (substitutiver) Außenhandel der Bundesrepublik mit meist westlichen Partnern und ein inter-industrieller (komplementärer) Außenhandel der DDR vor allem mit der UdSSR und den RGW-Ländern sowie eine vergleichsweise zur DDR ständig wachsende Internationalisierung der Produktion und eine hohe finanzielle Auslandsverflechtung der Bundesrepublik.

Inhalt Seite

1. Versorgungsproblem und Lenkungsaufgabe 2

2. Ordnungsbedingtheit des Wirtschaftens 3

2.1. Bewältigung der Lenkungsaufgabe durch die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland 4

2.2. Bewältigung der Lenkungsaufgabe durch die Wirtschaftsordnung der DDR 5

Kapitel I

Seite

2.3. Interdependenz von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen 5

3. Außenhandelsorientiertes Wirtschaften 6

3.1. Ausgangslage 6

3.2. Lenkungsfragen des Außenhandels 6

3.3. Verflechtungsmerkmale 7

3.4. Internationalisierung der Produktion 8

3.5. Grad der finanziellen Verflechtung 8

1. Versorgungsproblem und Lenkungsaufgabe

a) Menschliche Bedürfnisse und Wünsche lassen sich nur dann und in solchem Umfang befriedigen, als die hierfür erforderlichen Sachgüter und Dienstleistungen verfügbar sind. Die meisten dieser Güter sind knapp in dem Sinne, daß die an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit verfügbare Menge nicht ausreicht, um alle Bedürfnisse und Wünsche, die sich darauf richten, völlig befriedigen zu können. Es ist daher die Aufgabe sowohl der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland wie der der DDR, die Individuen, die Gruppen und den Staat mit all den Gütern möglichst gut zu versorgen, die zur Verwirklichung der vielfältigen Ziele der Lebenserhaltung und der Lebensgestaltung nötig sind.

b) Um das zu erreichen, müssen ständig Entscheidungen darüber getroffen werden, für welche Verwendungszwecke die der Menge und Qualität nach immer nur begrenzt gegebenen Bestände an Produktionsfaktoren im arbeitsteiligen Prozeß des Wirtschaftens eingesetzt werden, welche Güter also mit dem verfügbaren menschlichen Arbeitsvermögen, mit dem vorhandenen Kapital (Gebäude und Einrichtungen, Maschinen, Werkzeuge, Vorräte an Hilfs- und Betriebsstoffen) sowie mit den natürlichen Hilfsquellen (Rohstoffe, natürliche Wachstumskräfte, Boden als Standort der Produktion, Gewässer, Luft) erzeugt werden sollen (Allokation der Produktionsfaktoren).

Da sich das Wirtschaften in beiden deutschen Staaten arbeitsteilig in und im Verkehr zwischen vielen wirtschaftenden Einheiten vollzieht, ist es dem einzelnen nicht möglich, alle Bedürfnisse und Wünsche der vielen Menschen und den sich daraus ergebenden Bedarf an Gütern qualitativ und quantitativ unmittelbar zu kennen. Ebensowenig ist er in der Lage, alle angewandten oder anwendbaren technischen Möglichkeiten der Produktion, alle vorhandenen Rohstoffvorkommen oder die Bestände an Kapital zu überblikken. Es muß daher ein Verfahren geben, das es ermöglicht, die unterschiedlichen Grade von Knappheit und Begehrtheit der einzelnen Güter und Produktionsfaktoren sowie die ständigen Veränderungen dieser Knappheitsgrade zu erkennen und die Verwendung der Produktionsfaktoren so zu lenken, daß alle arbeitsteiligen Einzelvorgänge sachlich, zeitlich und räumlich richtig ineinandergreifen, damit so eine möglichst gute Versorgung mit Gütern zustande kommt. Diese Lenkungsaufgabe muß vermittels der Wirtschaftsordnung bewältigt werden. Da der einzelne Mensch nur Teilstücke des ganzen Wirtschaftsprozesses zu überblicken vermag, muß in der Wirtschaftsordnung industrialisierter Länder eine Ratio zur Geltung kommen, die es ermöglicht, Knappheit so gut wie möglich zu mindern[1]. Die Wirtschaftsordnungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR lösen dieses Lenkungsproblem in unterschiedlicher Weise und unterschiedlich gut.

c) Die Bewältigung der Lenkungsaufgabe wird dadurch erschwert, daß die einer Gesellschaft innewohnende Dynamik immerzu Veränderungen bewirkt. Die Bevölkerung wächst oder sie schrumpft; die Ziele und Wünsche der Menschen wandeln sich; politische Ereignisse und neue Erkenntnisse verändern die Lebensumstände. Die Lenkungsaufgabe erschöpft sich daher nicht darin, einen gegebenen Bestand an Produktionsfaktoren so in die alternativen Verwendungen zu dirigieren, daß die heutigen Bedürfnisse und Wünsche möglichst gut befriedigt werden können. Auch die Wirtschaft selbst ist ständig in Entwicklung begriffen. Aus dem erzeugten Sozialprodukt wird fortlaufend ein bestimmter Teil investiert, damit die Arbeitsproduktivität gesteigert, die künftige Produktion erweitert, die Versorgung mit Gütern verbessert und der Wohlstand erhöht werden kann. In beiden Teilen Deutschlands ist daher die in hohem Maße durch industrielle Fertigung gekennzeichnete Wirtschaft auf Wachstum angelegt.

Die Dynamik der Wirtschaft drückt sich freilich nicht alleine in der Vergrößerung des Kapitalstocks und in einer mengenmäßigen Ausweitung der Produktion schon bekannter Güter mit Hilfe bereits bekannter Herstellungsverfahren aus. Neue Herausforderungen und Probleme machen neue Problemlösungen erforderlich. Durch Forschung und Entwicklung, Ersteinführung neuer Organisations- und Fertigungsverfahren sowie neuer Produktarten (Innovation) und durch Verbreitung dieser neuen Verfahren und Erzeugnisse müssen neue Aufgaben — und alte Aufgaben auf neue Weise — bewältigt werden. Diesem ständigen Prozeß der Entwicklung ist die Wirtschaft der DDR ebenso unterworfen wie die der Bundesrepublik

Deutschland, jedoch erweist sich die Wirtschaft der Bundesrepublik hinsichtlich der Anpassungsflexibilität und der Innovationsaktivität und damit hinsichtlich der Bewältigung der Lenkungsaufgabe aufgrund ihrer marktwirtschaftlichen Ordnung gegenüber der DDR als leistungsfähiger. Der Wettbewerb auf den Märkten des Inlands und auf den Weltmärkten stimuliert und zwingt nämlich dazu, Leistungsvorsprünge in der Form neuer Produkte und neuer Verfahren zu erringen und Leistungsvorsprünge anderer Wettbewerber aufzuholen, den Innovationsprozeß also voranzutreiben. Das steht nicht im Widerspruch zu der Beobachtung, daß die Industrie der Bundesrepublik in manchen Bereichen gelegentlich hinter den führenden Industrienationen, vor allem den USA und Japan, im internationalen Wettbewerb zurückbleibt. Die zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnung der DDR hingegen hat zur Folge, daß die Wirtschaft bei der Einführung und Verbreitung neuer Verfahren und neuer Produkte Schwächen aufweist und Impulse für neue Technologien in beträchtlichem Umfang aus der Bundesrepublik Deutschland und aus anderen westlichen Industrieländern empfängt, wenngleich sie andererseits gegenüber anderen Staaten des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) Technologiegeber ist[2].

2. Ordnungsbedingtheit des Wirtschaftens

a) Damit Entscheidungen über die Verwendung von Produktionsfaktoren so getroffen werden, daß das Lenkungsproblem sowohl in seiner gegenwartsbezogenen wie auch in seiner zukunftsbezogenen Dimension möglichst gut gelöst wird, müssen die Entscheidungsträger ausreichendes Wissen über alle relevanten Daten besitzen. Da jedoch das für den gesamten Wirtschaftsprozeß letztlich notwendige Wissen auf alle an ihm beteiligten Menschen verstreut ist, dem Prozeß der Arbeitsteilung also eine Wissensteilung entspricht, können sich Wirtschaftssubjekte, die Dispositionen zu treffen haben, nicht damit begnügen, nur ihre jeweils eigenen unvollständigen Kenntnisse zu nutzen. Sie müssen sich zusätzliches Wissen von anderen Partnern des arbeitsteiligen Verkehrs beschaffen und darüber hinaus nach neuem Wissen suchen. Es entsteht daher die Frage, auf welche Art und Weise durch die Wirtschaftsordnungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR die Entscheidungsträger in den Besitz jenes Wissens gelangen, auf das ihre Dispositionen gründen, wie also entscheidungsrelevante Kenntnisse erworben, verbreitet, gespeichert und genutzt werden und ob und wie darüber hinaus neues Wissen erworben und angewendet wird.

b) Um sich aber möglichst großes Wissen anzueignen und es den Dispositionen zugrunde zu legen, müssen die Entscheidungsträger hierzu motiviert sein. Eine Wirtschaftsordnung muß Vorkehrungen und Mechanismen bereithalten, die entsprechende Leistungen stimulieren und erzwingen, damit das wirtschaftliche Entscheiden und Handeln nicht nur den jeweiligen Entscheidungs- und Handlungsträgern selbst gegenwärtige und zukünftige Vorteile bringt, sondern auch anderen wirtschaftenden Menschen, mit denen sie arbeitsteilig verbunden sind.

c) Die Formen der Informationsgewinnung und Wissensnutzung, der Motivierung zur Suche nach neuem Wissen und zur Leistungsbereitschaft sowie die Formen des Leistungszwangs werden in den in einer Volkswirtschaft vorzufindenden Formen der Planung arbeitsteiliger Vorgänge, der Ausübung von Eigentumsrechten an sachlichen Produktionsmitteln, der unternehmens- und betriebsinternen Willensbildung, der formalen Unternehmens- oder Betriebsziele und der Leistungskontrolle, in den Formen der Entstehung des Tauschmittels Geld und dessen Funktionen sowie in den Formen der Preisbildung sichtbar. Diese Elemente des alltäglichen Wirtschaftens gründen ihrerseits in bewußt gestalteten rechtlichen und in historisch gewachsenen sozialen Regeln. Die letzteren stellen allgemein anerkannte Verhaltensmuster dar, die sich in Sitten, Gebräuchen, Gewohnheiten und allgemeinen Erwartungen dokumentieren. Die in einer Gesellschaft konkret bestehenden Regeln des Rechts und der Konvention, welche die vorfindbare Ausprägung der genannten Formen des Wirtschaftens begründen, und damit das Entscheiden und Handeln der wirtschaftenden Menschen bedingen, bilden die Wirtschaftsordnung einer Gesellschaft. Die jeweils realisierte Wirtschaftsordnung beeinflußt weitgehend den Ablauf des Geschehens in allen Bereichen der Wirtschaft.

d) Nach dem zweiten Weltkrieg entstand in der Bundesrepublik Deutschland eine grundsätzlich marktwirtschaftliche Ordnung, in der DDR eine Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs (vgl. II.1. und II.2.).

In der DDR gibt es politische und staatliche Instanzen, denen die Planung der Verwendung von Produktionsfaktoren sowie der Erzeugung von Sachgütern und Dienstleistungen obliegt. Diese Planungsorgane sollen dafür sorgen, daß von den Spitzengremien der Partei und des Staates fixierte Ziele durch den Wirtschaftsprozeß erreicht werden. Sie erteilen den Betrieben vielfältige Aufgaben und Auflagen hinsichtlich Art und Menge der Güterherstellung sowie der hierbei zu verwendenden sachlichen Produktionsmittel und der Arbeitskräfte (zentrale Planung des wirtschaftlichen Geschehens). Im Aufbau der zentralisierten Planungsorganisation, der eine ebensolche Leitungsorganisation entspricht, manifestiert sich eine vorherrschend hierarchische Entscheidungsstruktur. — In der Bundesrepublik Deutschland gibt es zwar auch politische Gremien (Parlamente, Ministerien) und andere Träger der Wirtschaftspolitik (Bundesbank, Tarifparteien), die versuchen, den Wirtschaftsablauf in und zwischen den Wirtschaftseinheiten so zu steuern, daß bestimmte wirtschaftspolitische Ziele

erreicht werden, jedoch erteilen sie den Unternehmen keine Befehle, die aus zentral ausgearbeiteten Plänen über den volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß abzuleiten wären. Die Unternehmungen entscheiden auf der Grundlage vorwiegend privaten Eigentums an den Produktionsmitteln im Rahmen der wirtschaftspolitisch gesetzten Daten über ihr jeweiliges Produktionsprogramm und das innerbetriebliche Geschehen autonom (dezentrale Planung des wirtschaftlichen Geschehens mit vorherrschend dezentraler Entscheidungsstruktur).

2.1. Bewältigung der Lenkungsaufgabe durch die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland

a) Werden die Entscheidungen über den Einsatz von Produktionsfaktoren und über die Produktion von Gütern sowie über deren Verwendung, wie das in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist, dezentralisiert in entscheidungsautonomen Wirtschaftseinheiten (Unternehmungen, private und öffentliche Haushalte) getroffen und vermittels der Märkte koordiniert, dann trägt dies dazu bei, daß die Wirtschaftseinheiten ihre jeweils eigenen Ziele verwirklichen können. Hierzu gehören die Ziele der Beschäftigten in den Unternehmen, die der Kapitaleigner und solche der Unternehmensorganisation in ihrer Gesamtheit ebenso wie die Ziele der privaten und der öffentlichen Konsumenten. Das gilt selbst dann, wenn die vielfältigen Zwecke der verschiedenen Wirtschaftssubjekte im vorhinein nicht miteinander harmonieren, sondern zumindest teilweise divergieren. Eine weitgehende Zielkonvergenz entsteht über den wettbewerblichen Marktprozeß. Die von den Wirtschaftseinheiten getroffenen Planentscheidungen beruhen zunächst auf ihrem Wissen über die jeweiligen konkreten Umstände und die örtlichen Gegebenheiten. Die Entscheidungsträger in den Unternehmungen kennen weitgehend die technischen Möglichkeiten ihrer Betriebe und deren Ausstattung mit Produktionsfaktoren und sie wissen, wo und von wem Produktionsmittel aller Art beschafft werden können. Sie verfügen über Erfahrungen hinsichtlich der zweckmäßigen Formen der Organisation des betrieblichen Geschehnisablaufs und sie sind in der Lage, sich allgemein zugängliche, aber auch unternehmensindividuell erworbene wissenschaftliche Erkenntnisse nutzbar zu machen. Darüber hinaus verfügen sie aber auch über Wissen hinsichtlich der Ziele, die andere Wirtschaftssubjekte anstreben, und über die unterschiedlichen Knappheitsgrade der Produktionsfaktoren und Produkte. Die Kenntnis dieser Umstände wird vorwiegend im Tauschverkehr an den Märkten durch die Beobachtung von Preisen und Preisveränderungen, der Veränderungen von Liefer- und Bezugsfristen, der Angebots- und Nachfragemengen und anderer Marktgrößen gewonnen, die den Einzelwirtschaften Chancen und Risiken ihrer möglichen Dispositionen angeben (vgl. IV.1). Durch diese Marktsignale erhalten die Eigentümer der Unternehmungen oder das von ihnen beauftragte Management Hinweise darauf, wie Eigentumsrechte im eigenen Interesse genutzt werden können. Gleichzeitig vermitteln dieselben Marktsignale Weisungen darüber, wie diese Eigentumsrechte volkswirtschaftlich richtig ausgeübt werden müssen, damit die unternehmerischen Gewinn- und Rentabilitätsziele tatsächlich erreicht werden können.

b) Die Unternehmer sind deshalb dazu motiviert, die Marktinformationen ihren Entscheidungen zugrunde zu legen und darüber hinaus nach neuem Wissen zu suchen, weil sie durch den Wettbewerbsprozeß dazu gezwungen werden, und weil sowohl die ständige Anpassung an Veränderungen der Marktgrößen wie auch die Suche nach und das Nutzen von Wissensvorsprüngen vor den Wettbewerbern Einkommens- und Gewinnchancen eröffnen. Für eine Unternehmung ist es nämlich lebenswichtig, durch die Erzeugung von Gütern und deren Absatz Gewinne zu erzielen, also rentabel zu sein (Prinzip der Gewinnerzielung). Gewinnchancen motivieren dazu, Innovationen vorzunehmen. Sie sind unverzichtbar für die wettbewerbliche Dynamik des Wirtschaftsprozesses und für die Bewältigung der Lenkungsaufgabe im Interesse einer möglichst guten Versorgung mit Gütern in Gegenwart und Zukunft. Als Einkommen für die Kapitaleigner sind Gewinne erforderlich, um die Beschaffung neuen Risikokapitals zu ermöglichen, sei es durch Einlagenerhöhung seitens der bisherigen Kapitaleigner oder sei es durch Neuausgabe von Aktien und anderen Formen der Hereinnahme neuer Kapitaleigner in das Unternehmen. Nicht ausgeschüttete Gewinne (Rücklagen) sind unentbehrlich für die Selbstfinanzierung von Investitionen und damit für die Zukunftssicherung des Unternehmens. Auch ist zusätzliches Fremdkapital regelmäßig nur bei günstigen Gewinnerwartungen zu erhalten (vgl. VI.1.).

c) Freilich sind die Preise, die sich auf den Märkten in der Bundesrepublik Deutschland bilden, nicht immer Wettbewerbspreise. Sie bilden sich zum Teil auch unter Beschränkungen der wettbewerblichen Entscheidungs- und Handlungsfreiheit von Marktteilnehmern, die von anderen Anbietern oder Nachfragern aufgrund von Marktmacht verursacht werden. Auch wirtschaftspolitische Eingriffe des Staates oder supranationaler Gremien beeinflussen die Preisbildung. Das führt dazu, daß Preise auch verzerrt über die Knappheitsverhältnisse informieren können.

d) Märkte und Preise sind jedoch nur für die Produktion von privaten Gütern als Instrumente der Wissensvermittlung und Entscheidungskoordinaten geeignet. Private Güter sind solche, bei denen es möglich ist, dann, wenn jemand ein Gut nutzt, auszuschließen, daß es auch von einem anderen genutzt wird. Güter, bei denen dieses Ausschlußprinzip nicht gilt oder nicht gelten soll, bezeichnet man als öffentliche und als meritorische Güter. Bekannte Beispiele für öffentliche Güter sind das Gut Rechtssicherheit und das Gut innere Sicherheit. Güter dieser Art sind nicht geeignet, auf Märkten angeboten und nachgefragt zu werden. Sie lassen sich nur dann herstellen, wenn ihre potentiellen Nutznießer durch den Staat dazu gezwungen werden können, durch Steuerzahlung einen entsprechenden Kostenanteil zu tragen (vgl. IV.1.3.1.). An die Stelle individueller, einzelwirtschaftlicher Planentscheidungen, wie sie bei der Her-

stellung von privaten Gütern getroffen werden, treten hier politische Gremien, deren Entscheidungen durch den Prozeß der demokratischen Willensbildung gekennzeichnet werden.

2.2. Bewältigung der Lenkungsaufgabe durch die Wirtschaftsordnung der DDR

a) Die zentralen Entscheidungsinstanzen in der Wirtschaft der DDR bedienen sich zur Informationsgewinnung verwaltungsmäßiger Kommunikationswege. Hierbei spielen Meldungen und Anweisungen eine wesentliche Rolle. Ein wichtiges Hilfsmittel der Planung und der Vermittlung von Wissen ist die Bilanzierungsmethode (vgl. V.3.4.4.). Mit ihrer Hilfe versucht man, Knappheitsgrade von Gütern und Produktionsfaktoren zu erkennen und Pläne miteinander zu koordinieren, also die Lenkungsaufgabe zu bewältigen. Dies gelingt freilich nur in unzureichendem Maße. Wenngleich die Wirtschaft der DDR — vergleicht man sie mit anderen Zentralverwaltungswirtschaften sowjetischen Typs — ein relativ hohes Versorgungsniveau erreicht, leidet sie dennoch an gravierenden Informations- und Motivationsproblemen, die Funktionsstörungen und Versorgungsschwierigkeiten bewirken (vgl. V.6.1.).

b) Um realistische Planentscheidungen treffen und Güterbilanzen, in denen Aufkommen und Bedarf an Gütern oder Gütergruppen einander gegenübergestellt werden, ausgleichen zu können, benötigen die hierarchisch gegliederten Planungsorgane in großem Umfang Wissen, das nur den jeweils nachgeordneten Instanzen oder den Kombinaten und Betrieben unmittelbar bekannt ist. Dieses Wissen muß aus den Betrieben abgefragt und über die verschiedenen Ebenen der Planungshierarchie hinweg zentralisiert werden. Man weiß aber, daß Wissen nur in sehr begrenztem Umfang überhaupt zentralisiert werden kann. Das gilt selbst dort, wo es keinerlei Widerstände gibt, eigenes Wissen anderen zu vermitteln. Die Entscheidungsgremien einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, wie sie in der DDR besteht, leiden schon aus diesem Grund an einem Wissensdefizit. Es kommt noch hinzu, daß die in den Betrieben und in den unteren Stufen der Planungshierarchie Beschäftigten aus Erfahrung wissen, daß jene Informationen, die sie abgeben, zu solchen Planauflagen führen können, die es ihnen sehr erschweren, die jeweils eigenen Ziele zu verfolgen. Es kommt daher im einzelwirtschaftlichen Interesse zu Informationsverfälschungen. Dieses Defizit an Wissen zwingt dazu, den Kombinaten und Betrieben begrenzte Entscheidungsspielräume zuzugestehen (vgl. V.4.2.) und das betriebliche Geschehen nicht nur vermittels direkter Planauflagen über ihr Produktionsprogramm zu beeinflussen, sondern es auch vermittels indirekter Lenkungsinstrumente (ökonomische Hebel der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der materiellen Interessiertheit) zu steuern (vgl. V.4.3.2.). Dadurch entsteht freilich das Problem, daß die Einzelwirtschaften ihre begrenzten Entscheidungskompetenzen zur Verwirklichung eigener Interessen ausnutzen können, auch wenn diese mit den Interessen der politischen Spitzengremien konfligieren.

c) Eine wesentliche Ursache für dieses Defizit der Information und der Wissensnutzung bei zentraler Wirtschaftsplanung ist die Art und Weise, wie im Rahmen der Wirtschaftsordnung der DDR Leistungen belohnt werden. In Zentralverwaltungswirtschaften des sowjetischen Typs, wie in der DDR, besteht nämlich das Formalziel der volkseigenen Betriebe und der Kombinate in der Erzielung von Einkommen, insbesondere von Prämien für die Erfüllung erteilter Planauflagen (Prinzip der Prämienerzielung aufgrund von Planerfüllung). Die staatlichen Entscheidungsträger versuchen, die Interessen der Betriebsangehörigen mit den politisch festgesetzten Zielen dadurch in Übereinstimmung zu bringen, daß sie aus der Menge von Planauflagen bezüglich der Art und des Umfangs der Gütererzeugung, der Verwendung von Materialien und Energie, des zu erzielenden Gewinns, der zu erreichenden Arbeitsproduktivität, des Absatzes oder anderer Größen, die man dem Betrieb zur Erfüllung vorgibt, jeweils eine oder mehrere als prämienrelevant erklären. Erfüllung der prämienrelevanten Kennziffern bringt dann den Beschäftigten Einkommenszuschläge in planmäßig vorgesehenem Umfang. Werden die Kennziffern übererfüllt, hat das höhere als die planmäßigen Prämien zur Folge, und werden sie nicht erfüllt, wird das durch teilweisen Verlust planmäßig vorgesehener Prämienauszahlungen bestraft. Auf diese Weise sollen die Betriebsleitungen und die Belegschaften an Planerfüllung und -übererfüllung interessiert werden (vgl. V.4.4.). Wie in einem späteren Abschnitt noch darzulegen sein wird, bewirkt jedoch die Kombination der beiden Ordnungselemente zentrale Planung und Prämiierung erfüllter Planauflagen Strategien der Betriebsleitungen und Belegschaften, die beträchtliche gesamtwirtschaftliche Effizienz- und Stabilitätsprobleme mit sich bringen (vgl. V.6.1.).

2.3. Interdependenz von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen

Die beiden unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen haben nicht nur Konsequenzen hinsichtlich der besseren oder schlechteren Bewältigung der wirtschaftlichen Lenkungsaufgabe. Da die Wirtschaftsordnung mit den übrigen Teilbereichen der gesamten Gesellschaftsordnung wechselseitig verbunden ist (ordnungspolitische Interdependenz), von diesen anderen Teilordnungen also beeinflußt wird und sich ihrerseits auf diese auswirkt, bleibt festzustellen, daß die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik mit der politischen Ordnung einer parlamentarischen Demokratie und der Verfassung einer freiheitlichen Gesellschaft korrespondiert (vgl. III.1.), die zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnung der DDR hingegen mit einer Gesellschaftsordnung, in der Freiheitsrechte vielfältig beschränkt und die Bürger in beträchtlichem Umfang willkürlichem Zwang durch Institutionen der Partei und des Staates ausgesetzt sind (vgl. III.2.).

3. Außenhandelsorientiertes Wirtschaften

3.1. Ausgangslage

Die Teilung Deutschlands nach dem II. Weltkrieg hatte für die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zur Folge, daß der frühere Binnenhandel zu einem erheblichen Teil unterbunden wurde. Es entstanden faktisch zwei neue, wesentlich verkleinerte Wirtschaftsgebiete. Ihre wirtschaftliche Struktur war nach Durchführung des Potsdamer Abkommens vom 2.8.1945 vor allem gekennzeichnet durch eine extreme Verdichtung der Bevölkerung infolge der Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen, die sich in der Bundesrepublik konzentrierte, durch die Verminderung der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Forsten infolge der Gebietsabtrennungen im Osten mit einem geschätzten Verlust der Ernährungsbasis für 13,5 Mill. Menschen sowie durch den Verlust des oberschlesischen Steinkohlereviers[3].

Berücksichtigt man weiterhin die Verminderung anderer Naturvorräte und die durch Kriegszerstörung und Demontage dezimierte Kapitalausstattung, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß die wirtschaftliche Existenzgrundlage beider Gebiete in hohem Maße von einer weitergehenden Verflechtung in die internationale Arbeitsteilung als in den früheren Jahrzehnten abhängig sein würde.

Eine entsprechende Wirtschaftspolitik war nach 1945 zunächst durch folgende Umstände erschwert:

- Westdeutschland war wegen der Einbeziehung Ost- und Südosteuropas in den sowjetischen Machtbereich darauf angewiesen, den bisherigen Osthandel durch einen verstärkten Westhandel zu ersetzen. Mitteldeutschland blieb bei weitgehendem Verlust seines herkömmlichen Westhandels nur die Möglichkeit einer Intensivierung des Osthandels.
- Über den Außenhandel entschieden die vier Zonenbefehlshaber je für sich nach zentralverwaltungswirtschaftlichen Methoden.

In der DDR wurde außerdem der Ausbau der Schwerindustrie mit dem Ziel betrieben, die Wirtschaft nach dem Stalin'schen Industrialisierungsmodell vom Westen unabhängig („störfrei") zu machen.

Unter diesen Bedingungen konnte weder in den Westzonen noch in der sowjetisch besetzten Zone eine den veränderten strukturellen Gegebenheiten Rechnung tragende Außenwirtschaftsentwicklung in Gang kommen.

Heute weisen beide deutschen Staaten, gemessen an der Entwicklung der Export- und Importquoten, also dem Anteil des Außenhandels am Sozialprodukt bzw. am Nationaleinkommen, insgesamt eine hohe Außenhandelsverflechtung auf. Die Quoten der Bundesrepublik liegen allerdings deutlich über denjenigen der DDR (vgl. Teil B, Kap. 6.1.).

Nun ist allerdings der Außenhandel keineswegs um so nützlicher, je größer die Export- und Importquoten sind. Es kommt vielmehr darauf an, wie der Außenhandel für die Bewältigung des Knappheitsproblems nutzbar gemacht wird. In diesem Zusammenhang interessieren erstens die lenkungswirtschaftlichen Bedingungen des Außenhandels beider Staaten in Deutschland und zweitens die daraus entstehenden Besonderheiten der jeweiligen außenwirtschaftlichen Verflechtung.

3.2. Lenkungsfragen des Außenhandels

Außenhandel ist ein Mittel, um die Arbeitsteilung über die Grenzen eines Landes hinaus zu verbessern und dadurch die produktiven Kräfte entsprechend ihrer Knappheit in die bestmöglichen Verwendungen zu lenken. Zur Erzielung entsprechender Austauschvorteile sind vor allem folgende Probleme zu lösen:

1. Vorteile der Arbeitsteilung sind zu entdecken. Hieraus erwächst ein Such- oder Informationsproblem.
2. Es muß erlaubt und vorteilhaft sein, entdeckte Austauschvorteile zu nutzen. Dazu sind Handlungsmöglichkeiten und -anreize erforderlich.
3. Da mit der Realisierung von Austauschvorteilen normalerweise Zahlungen zwischen den beteiligten Volkswirtschaften ausgelöst werden, entsteht ein Ausgleichs- oder Zahlungsbilanzproblem.

Die praktischen Möglichkeiten der Lösung dieser Probleme hängen entscheidend von der jeweiligen Wirtschaftsordnung und der Ordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ab.

Unter den marktwirtschaftlichen Bedingungen, wie sie in der Bundesrepublik vorherrschen, können die Wirtschaftssubjekte bei prinzipiell ungehindertem Güteraustausch durch Ermittlung der Inlands- und Auslandspreisverhältnisse unter Beachtung des Wechselkurses der Währungen unmittelbar Erkenntnisse über die Vorteilhaftigkeit des Außenhandels gewinnen. Diese Preisrelationen sind keineswegs nur durch Kosten, sondern vor allem durch unternehmerische Handlungen und Erwartungen auf der Angebots- und Nachfrageseite bestimmt. Die entsprechenden Entscheidungen, durch Gewinnanreiz und Wettbewerbsdruck stimuliert und durch das Erfordernis des Zahlungsbilanzausgleichs begrenzt, begründen Struktur, Umfang und regionale Verteilung des marktwirtschaftlichen Außenhandels. Der internationale Wettbewerb um neue, bessere und billigere Produkte, Produktions-, Finanzierungs- und Absatzme-

thoden wirkt der Monopolisierung entgegen und ist für kleinere Länder besonders wichtig, weil deren Märkte vielfach zu eng sind, um die volle Nutzung der Vorteile der Massenproduktion zu erlauben. Offene wettbewerbliche Märkte, auf denen viele Unternehmen aus zahlreichen Ländern Güter anbieten und nachfragen, vergrößern das Potential an alternativen Beschaffungs- und Absatzmöglichkeiten, dienen damit der erhöhten Flexibilität, Berechenbarkeit und Sicherheit der Unternehmensplanung und wirken insgesamt wie eine weltweite „Versicherung auf Gegenseitigkeit"[4], freilich ohne die Unsicherheit gänzlich beseitigen zu können; dies schon deshalb nicht, weil aus dem Vorgang des Zahlungsbilanzausgleichs Unsicherheiten entstehen. Wenn z. B. das Inland insgesamt nachhaltig aus der internationalen Arbeitsteilung höhere Erlöse erzielt als das Ausland gegenüber dem Inland, so führt dies zu Aufwertungs- oder Inflationstendenzen im Inland. Dadurch kann der Konkurrenzvorteil der Inlandsbetriebe gemindert oder gar aufgehoben werden. Insgesamt werden durch die marktwirtschaftlichen Verfahren des Zahlungsbilanzausgleichs (entweder unmittelbar durch Veränderungen des Wechselkurses oder mittelbar durch Variationen der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage), soweit sie nicht durch massive Staatseingriffe gestört sind, die handeltreibenden Unternehmen vor volkswirtschaftlich ungerechtfertigten Vor- oder Nachteilen im internationalen Wettbewerb geschützt. Zugleich bestehen gute Aussichten, daß Produktionssteigerungen an den günstigsten und Produktionsschrumpfungen an den ungünstigsten Standorten herbeigeführt werden.

In dem Maße, in dem nach der Währungsreform vom 20. 6. 1948 die Preise im westlichen Teil Deutschlands wieder den Grad der Güterknappheit realistisch anzeigen und die Wirtschaftseinheiten ab 1949 auf eigene Rechnung die Dringlichkeit der Einfuhr und die Zweckmäßigkeit der Ausfuhr von Gütern und Kapital im internationalen Preisvergleich bestimmen konnten, entwickelte sich rasch ein vielseitiger (multilateraler) Außenhandel mit einem weitgegliederten arbeitsteiligen Anschluß an die Weltwirtschaft. Dieser vollzog sich in dem von den supranationalen Regeln des Internationalen Handelsabkommens (GATT), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und ab 1958 der Europäischen Gemeinschaft (EG) bestimmten Rahmen, der an den Fundamentalprinzipien der Marktwirtschaft orientiert ist[5]. Nach dem zugrunde liegenden Ordnungsverständnis streben die beteiligten Volkswirtschaften in dem Maße der „Sozialintegration" zu, in dem der Außenhandel zu einer engen binnenmarktähnlichen Tausch-, Preis- und Zahlungsgemeinschaft der Bürger führt (W. Röpke).

Unter den zentralverwaltungswirtschaftlichen Bedingungen der DDR ist den Wirtschaftseinheiten (von Ausnahmen abgesehen, siehe Kap. IX) jeglicher Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland verboten. Hierzu sind prinzipiell nur spezialisierte Außenhandelsunternehmen (AHU) befugt. Sie sind einer umfassend geplanten und organisierten staatlichen Außenwirtschaftslenkung unterworfen. Art, Umfang und regionale Aufteilung der Außenwirtschaftsbeziehungen sind dabei für den jeweiligen Planungszeitraum in hohem Maße mengen- und wertmäßig festgelegt. Die staatlich festgesetzten Inlandspreise für Export- und Importgüter sind keine Knappheitspreise und stehen in keinem direkten Zusammenhang mit den Weltmarktpreisen. Die Verknüpfung von Inlands- und Auslandspreisen über Wechselkurse ist deshalb ebenfalls auf der Basis von staatlichen Bewertungen vorzunehmen. Auch die Entdeckung von Austauschvorteilen im internationalen Handel und die Anreize zu ihrer Nutzung beruhen auf zentralgesteuerten Verfahren. Der Zahlungsbilanzausgleich wird durch strenge Gebote und Verbote bei Devisenerwerb und Devisenverwendung ebenfalls zentral bestimmt.

Alle diese Maßnahmen dienen folgenden Zielen: Abschirmung der Binnenwirtschaft gegen die Vielfalt spontaner Einflüsse, wie sie mit wettbewerblichen Märkten im allgemeinen und mit dem freien internationalen Wirtschaftsverkehr im besonderen verbunden sind; Einordnung des Außenhandels in die zentrale Volkswirtschaftsplanung; Stärkung der Zusammenarbeit und der planmäßigen Abstimmung der Arbeitsteilung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) untereinander.

Die Nutzeffekte dieses Außenhandels lassen sich nicht nach marktwirtschaftlichen Maßstäben messen. Sie erfordern primär eine Beurteilung nach politischen Kriterien. Tatsächlich hat die UdSSR mit den nach 1945 im Gebiet der heutigen DDR eingeführten Methoden der zentralverwaltungswirtschaftlichen Binnen- und Außenwirtschaftslenkung den Weg für eine enge wirtschaftliche Verflechtung beider Länder gewiesen. Die sich nach dem Verständnis der UdSSR von Integration vollziehenden politischen, militärischen, ökonomischen und ideologischen Prozesse im Warschauer Pakt und im RGW sind durch einen vorrangig auf die sowjetischen Interessen ausgerichteten Bilateralismus gekennzeichnet. Dieser „›integrative Bilateralismus‹ mit deutlicher Sowjetzentrierung"[6] drückt sich darin aus, daß in der DDR die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und dem sozialistischen Staatenbund Verfassungsrang hat. Dies liegt auch im Interesse der politischen Führung der DDR, zumal deren Sicherheit nach innen und außen durch die UdSSR garantiert wird. Damit wird allerdings die Wahrnehmung von wirtschaftlichen Vorteilen aus einem weltoffenen internationalen Wettbewerb und einem entsprechenden multilateralen Handelsverkehr weitgehend ausgeschlossen.

3.3. Verflechtungsmerkmale

Substitutiver versus komplementärer Güteraustausch

Die Bundesrepublik Deutschland ist wirtschaftlich eng mit den industrialisierten Ländern des Westens verflochten (Teil B — Abschn. 6.). Dabei ist ein verstärkter Austausch von Gütern zu beobachten, die prinzipiell ersetzt („substituiert") werden können. Diese Entwicklung zum sog. „intra-industriellen" Außenhandel ist von einer Intensivierung des Wettbewerbs um technische Neuheiten und qualitativ hochwertige Produkte begleitet. Für Länder, die wie die

Bundesrepublik nur über eine geringe Ausstattung an natürlichen Ressourcen verfügen und dafür u. U. — wie z. B. in den 70er Jahren — erheblich steigende Einfuhrpreise zahlen müssen, entscheidet sich in diesem Wettbewerb, in welchem Maße wachsende Einkommen im Außenhandel erzielt werden können. Dieser Wettbewerb wird im Wechselspiel zwischen vorstoßenden (innovatorischen) und nachstoßenden (imitatorischen) Aktivitäten wirksam.

Wettbewerbsvorsprünge eines Landes im „intra-industriellen" Außenhandel setzen Unternehmen mit überlegener Innovationsfähigkeit und mit einem entsprechend hohen Leistungs- und Anpassungsvermögen der Beschäftigten voraus. Allerdings stehen den binnenwirtschaftlichen Expansionschancen im Export stets die Gefahren des importbedingten Absterbens von veralteten Branchen gegenüber. Dies führt dann häufig zum Ruf der bedrohten Produzenten nach staatlichen Überlebenshilfen. Kommt es zur Herauslösung dieser Branchen aus dem weltwirtschaftlichen Wachstumsverbund, so reduziert sich die Zahl der Märkte, auf denen über den Außenhandel steigende Einkommen realisiert werden können.

Der Außenhandel der DDR konzentriert sich in hohem Maße auf die RGW-Länder; allein der Außenhandelsanteil der UdSSR beträgt annähernd 40 vH (s. Teil B — Abschn. 6). Dominierend ist der komplementäre („inter-industrielle") Austausch, wie er eigentlich nur für Länder typisch ist, die relativ reich an natürlichen Rohstoffen sind. Der vorherrschende Ergänzungscharakter des Außenhandels ist im wesentlichen auf die zentrale Binnen- und Außenwirtschaftslenkung, die Einbeziehung des überwiegenden Teils des DDR-Außenhandels in die auf verbindlichen Materialbilanzen basierende Planabstimmung mit der UdSSR und den übrigen RGW-Ländern sowie auf deren Exportschwäche zurückzuführen. Die UdSSR kann mit dieser Form der regionalen Spezialisierung die Brenn- und Rohstoffbilanzen der DDR und die darauf aufbauende Produktions- und Außenhandelsplanung im Bereich der Verarbeitungsindustrie wesentlich beeinflussen. Die politischen und wirtschaftlichen Ordnungsbedingungen, die eine dominierende Stellung der UdSSR bei der Versorgung der DDR mit Roh- und Brennstoffen und eine starke Konzentration ihres Warenaustauschs auf den Handel mit der UdSSR zur Folge haben, sind zugleich von einer Art, daß von ihnen nur ein geringer Anreiz und ein schwacher Druck auf die Betriebe ausgeht, Spezialisierungsvorteile im weltwirtschaftlichen Innovations-, Qualitäts- und Substitutionswettbewerb zu entdecken und zu nutzen. Deshalb läuft die DDR im internationalen Wettbewerb um technische Neuerungen meist hinterher und ist darauf angewiesen, im Wege des Technologieimports und durch technisch-ökonomische Strategien der Imitation Anschluß an die Entwicklung im Westen zu suchen.

3.4. Internationalisierung der Produktion

Als wichtiger Indikator für den Grad der internationalen Verflochtenheit einer Volkswirtschaft gilt das Ausmaß der transnationalen Produktion, gemessen am Anteil des Eigenhandels (des sog. „Intra-Unternehmenshandels") multinationaler Unternehmen, am gesamten Außenhandel und an der Entwicklung der Direktinvestitionen, womit Gründungen von ausländischen Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen, der Erwerb von maßgeblichen Beteiligungen an ausländischen Unternehmen und die Ausstattung dieser Unternehmen, Zweigniederlassungen oder Betriebsstätten mit Kapital gemeint sind.

Die Produktion multinationaler Unternehmen hat sich in den letzten Jahren deutlich rascher erhöht als das Weltsozialprodukt; ihr Anteil daran wird inzwischen auf über 25 vH geschätzt. Entsprechend dürfte auch der Anteil des Intra-Unternehmenshandels am gesamten Außenhandel rapide zugenommen haben. Für die Bundesrepublik wird er auf 20 bis 40 vH geschätzt[7].

Bis zum Jahre 1973 lagen die ausländischen Direktinvestitionen im Inland durchschnittlich über den westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland. Etwa seit 1974 sind die Abflüsse durchgehend mehr als doppelt so hoch wie die Zuflüsse. Geht man davon aus, daß die Entwicklung der Direktinvestitionen erkennen läßt, wie die in- und ausländischen Investoren die langfristigen Einkommenschancen eines Landes beurteilen, so indizieren länger anhaltende überwiegende Abflüsse eine rückläufige internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die wachsende Internationalisierung der Produktion, die Ausdruck eines intensiven weltweiten Wettbewerbs um Marktanteile, Innovations- und Kostenvorsprünge, um Neuerungen in den Produktions-, Absatz- und Finanzierungsmethoden ist, setzt einen entsprechenden Handlungsspielraum für unternehmerische Suchprozesse bei prinzipiell offenen Handels- und Währungsgrenzen voraus. Von daher ist es verständlich, daß die DDR bislang keine vergleichbaren Ansätze zu einer entsprechenden Entwicklung zeigt (vgl. Kap. IX). Kennzeichnend für die unterschiedliche Situation in den beiden deutschen Staaten ist, daß die Automobilhersteller in der Bundesrepublik nicht nur die Hälfte ihrer Fahrzeugproduktion exportieren, sondern zugleich im Ausland mehr produzieren als die DDR im Inland (vgl. Teil B, Abschn. 3.1.).

3.5. Grad der finanziellen Verflechtung

Der hohe Grad der finanziellen Auslandsverflechtung der Bundesrepublik Deutschland, ihre bedeutende Stellung auf den internationalen Finanzmärkten sind u. a. daran zu erkennen, daß die DM heute zweitwichtigste Anlage- und Reservewährung der Welt ist, daß die Bundesrepublik die dritthöchste Quote im IWF hat, ein starker Partner im Europäischen Währungssystem (EWS) ist und seit vielen Jahren zu den Hauptgläubigerländern der Welt zählt. Wichtigste Voraussetzung dafür ist die 1958 in der Bundesrepublik eingeführte freie Verwendbarkeit („Konvertibilität") der DM. Sie erlaubt es jedermann, dort zu kaufen und dorthin zu verkaufen, wo die besten Bezugs- und Absatzmöglichkeiten bestehen. Im Bereich der internationalen Finanzmärkte, vor allem der Geld- und

Kreditgeschäfte und des Wertpapierhandels, ist die uneingeschränkte Konvertibilität die unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß Inländer Kapital in jeder Form entsprechend ihren jeweiligen Bedürfnissen anlegen können und daß umgekehrt Ausländer dieselbe Freiheit im Inland haben. Das Kapital kann so in die Gebiete mit günstigen Entwicklungschancen fließen.

Bei konvertiblen Währungen werden die Zahlungen zwischen den am internationalen Austausch Beteiligten im Wege des sog. Zahlungsverkehrs abgewikkelt. Ob hierbei mit einzelnen Ländern Überschüsse oder Defizite entstehen, ist unerheblich, denn infolge der Konvertibilität können Überschüsse im Zahlungsverkehr mit verschiedenen Ländern ohne weiteres zum Ausgleich von Zahlungsdefiziten mit anderen Ländern verwendet werden. Indem der Zahlungsverkehr multilateralen Außenhandel sichert und dabei die Partner an der größeren Seite der Zahlungsbilanz orientiert, trägt er wesentlich zur Erhöhung der Auslandsverflechtung bei.

Der so entstandene finanzielle Verbund der Bundesrepublik mit der übrigen Welt ist wiederum Voraussetzung und Begleiterscheinung eines intensiven Wettbewerbs im Bankgeschäft, der zunehmenden Internationalisierung der Produktion und insgesamt einer weltoffenen Arbeitsteilung.

Der zentralgeleitete Ausgleich der Zahlungsbilanz der DDR schließt die Freiheit der grenzüberschreitenden Verwendung der Mark der DDR aus. Unter Verzicht auf die freie Konvertibilität der Währung wird hierbei der Zahlungsausgleich durch direkte Lenkung des Wirtschaftsverkehrs mit dem Ausland hergestellt, und zwar mit Hilfe eines staatlichen Devisenmonopols, das als Nachfrage- und Angebotsmonopol eingerichtet ist. Zu den Begleiterscheinungen dieses Verfahrens des Zahlungsbilanzausgleichs gehören nicht nur das prinzipielle Verbot der Ein- und Ausfuhr von eigenen und fremden Zahlungsmitteln, sondern der Verrechnungsverkehr und der Bilateralismus. Im Verrechnungsverkehr, wie er z. B. im RGW praktiziert wird, werden die beiderseitigen Konten in vertraglich vereinbarten Zeitabständen aufgerechnet, wobei bestimmte Regelungen für die Behandlung der entstandenen Salden gelten. Weil nun aber ein Gläubigerland mit einem Nettoguthaben in der Verrechnung, bestehend aus inkonvertibler Währung, nichts anfangen kann und die Ausräumung von nichtkonvertiblen Salden in der Verrechnung erfahrungsgemäß immer eine mißliche Sache ist, versucht man, sie von vornherein durch entsprechende Außenhandelslenkung zu vermeiden. Weil dies nicht vollständig gelingt, werden im Verrechnungsverkehr gewöhnlich bestimmte Kreditlinien vereinbart. Dadurch wird die Tendenz des Verrechnungsverkehrs zur Bilateralität des Handels zwar gemildert, nicht aber beseitigt. Angestrebt wird meist ein Ausgleich der Zahlungsbilanz mit jedem Land, wodurch sich der Austausch zwangsläufig an der kürzeren Seite der Zahlungsbilanz orientiert. Der Bilateralismus ist deshalb stets von starken Autarkieneigungen begleitet. Dies mag auch erklären, warum die Exportquote der DDR kleiner ist als die der Bundesrepublik, obwohl normalerweise kleinere Länder höhere Exportquoten als größere Länder haben.

Die seit den 70er Jahren im RGW für außerplanmäßige Lieferungen und zur Abtragung blockinterner Lieferdefizite teilweise bestehende Praxis des Saldenausgleichs in konvertibler Währung läßt auf der Ebene der Zentralbanken einen schwachen Ansatz zur Multilateralisierung des Zahlungsverkehrs erkennen. (Die DDR ist allerdings bislang nicht daran beteiligt.) Auch der Versuch, über die Internationale Investitionsbank (IIB) des RGW kurzfristige Überbrükkungskredite und mittel- und langfristige Kredite für die Durchführung von Investitionsvorhaben im „gemeinsamen Interesse" der RGW-Länder zu mobilisieren, läßt rudimentäre Ansätze von internationalen Kredit- und Kapitalmarktbeziehungen zwischen den Zentralbanken der RGW-Länder erkennen.

Obwohl die DDR insgesamt einen sehr geringen Grad der Verflechtung mit den internationalen Finanzmärkten aufweist, bemüht sie sich um eine verstärkte Ausnutzung der Vorteile des Zahlungs- und Kreditverkehrs in konvertiblen Währungen. Zwischen 1972 und 1975 hat sie fast alle der bis dahin bestehenden streng bilateralen Verrechnungsabkommen mit den nichtsozialistischen Industrie- und Entwicklungsländern zugunsten des Zahlungsverkehrs in konvertibler Währung aufgelöst. Frei verwendbare Devisen ermöglichen der DDR die schnelle Finanzierung von Importen zur Beseitigung von Lücken und Fehlern bei der Planverwirklichung und eine rasche Reaktion auf jegliche Art von unerwarteten Störungen des Wirtschaftsablaufs.

Zugleich ist die DDR allerdings ebenso intensiv bemüht, einen erheblichen und wachsenden Teil ihres Außenhandels mit westlichen Ländern auf Kompensationsbasis, also durch den Abschluß von direkten (devisensparenden) Gegengeschäften abzuwikkeln. Faktisch wird damit ein Bilateralismus in verschärfter Form praktiziert. Die enge handelspolitische Verflechtung der DDR mit dem RGW-Raum ist gekennzeichnet durch chronische Devisenknappheit und Kreditabhängigkeit; diese hat sich in den 70er Jahren mit dem Wirksamwerden der Weltmarktpreissteigerungen für Rohstoffe und Energie deutlich verstärkt. Die daraus entstandenen nachhaltigen terms of trade-Gewinne der UdSSR dürften wesentlich dazu beigetragen haben, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der DDR zeitweilig dramatisch zu verschärfen.

Fußnoten

1 Vgl. dazu Eucken 1960, S. 6f.
2 Vgl. dazu Schoppe 1983, S. 345-362.
3 Vgl. dazu DIW 1947, Meyer 1953.
4 Hasse 1982.
5 Vgl. dazu Gröner, Schüller 1984.
6 Meier 1986.
7 Vgl. dazu Hesse 1983.

Literatur

DIW (Hrsg.): Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme. Berlin. Verlag Albert Nauck & Co. 1947.

Kapitel I

Eucken W.: Die Grundlagen der Nationalökonomie. Berlin, Göttingen, Heidelberg. Springer Verlag. 7. Aufl. 1959.

ders.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen, Zürich. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 3. Aufl. 1960.

Gröner H., Schüller A.: Konzeptionen und Praxis internationaler Wirtschaftspolitik. In: Wirtschaftspolitik im Systemvergleich. Hrsg. Cassel D. München. Verlag Vahlen. 1984. S. 117—142.

Gutmann G., Klein W., Paraskewopoulos S., Winter H.: Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 2. Aufl. 1979.

Gutmann G.: Volkswirtschaftslehre. Eine ordnungstheoretische Einführung. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz. Verlag W. Kohlhammer. 1981.

Hasse R.: Die Sicherungsfunktionen des Wettbewerbs. ORDO. (Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft). Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. Bd. 33/1982. S. 149-164.

Hayek F. A. v.: Arten der Ordnung. In: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. Hrsg. Hayek F. A. v., Tübingen, Zürich. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1969. S. 32-46.

ders.: Die Verfassung der Freiheit. Tübingen, Zürich. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1971.

ders.: Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft.In: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. Hrsg. Hayek F. A. v., Erlenbach-Zürich. Verlag E. Rentsch. 1952. S. 103-121.

Hensel K. P.: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 3. Aufl. 1979.

ders.: Grundformen der Wirtschaftsordnung. Marktwirtschaft-Zentralverwaltungswirtschaft. München. Verlag C.H. Beck. 1972.

Hesse H.: Aufgaben und Beschränkungen der nationalen Wirtschaftspolitik in einer außenhandelsorientierten Volkswirtschaft. In: Perspektiven der deutschen Wirtschaftspolitik. Hrsg. Siebert H. Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. 1983. S. 123-141.

Lampert H.: Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland. München-Wien. Verlag G. Olzog. 8. Aufl. 1985.

Leipold H.: Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 4. Aufl. 1985.

Meier Chr.: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der UdSSR am Ende der Fünfjahrplanperiode 1981-1985. In: FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen. (Hrsg.). Berlin. Heft 1/1986.

Meyer F. W.: Der Außenhandel der westlichen Besatzungszonen Deutschlands und der Bundesrepublik 1945-1952. In: Wirtschaft ohne Wunder. Hrsg. Hunold A. Erlenbach-Zürich, Stuttgart. Verlag E. Rentsch. 1953. S. 258—285.

Schmidt P.-G.: Internationale Währungspolitik im sozialistischen Staat. Theoretische Grundlegung und empirische Überprüfung am Beispiel der DDR. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1985.

Schoppe S. G.: Die intrasystemaren und die intersystemaren Technologietransfers der DDR. In: Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme. Hrsg. Gutmann G. Stuttgart u. New York. Gustav Fischer Verlag. 1983. S. 345—362.

Zur Freizügigkeit im Kapitalverkehr der Bundesrepublik mit dem Ausland. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. Juli 1985. S. 13—24.

Kapitel II

Entstehung und Entwicklung der Wirtschaftssysteme in beiden Teilen Deutschlands nach dem II. Weltkrieg, ihre geistigen und normativen Grundlagen sowie die wirtschaftspolitischen Leitbilder

1. Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland Entstehung und Entwicklung

Wolfram Fischer

Zusammenfassung

Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland hat viele Väter. Von den zunächst sehr unterschiedlichen Vorstellungen, die sowohl innerhalb der Besatzungsmächte wie bei den deutschen Nachkriegspolitikern diskutiert wurden, setzten sich seit 1948 vor allem die amerikanischen, wettbewerbsorientierten Marktwirtschaftler und die deutschen Neo-Liberalen durch; sie schufen in der Währungs- und Wettbewerbsordnung zwei Grundpfeiler des Wirtschaftssystems. Die sozialpolitischen Komponenten wurden hingegen stark von christlich-sozialen Vorstellungen geprägt, während die sozialistischen Forderungen nach Verstaatlichung zumindest der Grundstoffindustrien und einem umfassenden staatlichen Lenkungssystem zunächst von der britischen Labour-Regierung, dann auch von der SPD und den Gewerkschaften in Deutschland zurückgezogen wurden. Diese brachten jedoch die Mitbestimmung als wichtiges Element in die Wirtschaftsverfassung ein, wobei sie von dem christlich-sozialen Flügel der CDU unterstützt wurden. Auf die Agrar- und die Wohnungswirtschaft wurden die Regeln des Wettbewerbs nur teilweise angewendet, andere Bereiche wie der Bergbau zumindest vorübergehend ausgelassen. Insgesamt ist das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik trotz der Zulassung monopolartiger Gruppen, z. B. auf dem Arbeitsmarkt, und zahlreichen Ausnahmen, die durch die Politik der Europäischen Gemeinschaft noch verstärkt wurden, auf dem Prinzip des durch den Markt geregelten Wettbewerbs aufgebaut, an dem sich grundsätzlich jedermann beteiligen kann.

Inhalt Seite

1.1. Die deutsche Tradition und die Politik der Besatzungsmächte 11

1.2. Die normativen Grundlagen der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik 12

1.3. Die wichtigsten Bestandteile des Systems der Sozialen Marktwirtschaft 14

1.1. Die deutsche Tradition und die Politik der Besatzungsmächte

Wirtschaftssysteme können das Ergebnis einer historischen Entwicklung sein, in der sich Normen und Institutionen, die zu unterschiedlichen Zeiten entstanden sind, übereinander schichten. Dies ist in den meisten der westlichen Industriestaaten der Fall. Ein Wirtschaftssystem kann jedoch auch in kurzer Zeit durch bewußte Entscheidungen von Machthabern mit festen Überzeugungen geschaffen werden. Dies trifft auf den Ostblock zu. Im Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland verbinden sich beide Elemente. Einerseits sind darin zahlreiche traditionelle Bestandteile eingegangen, die bei Kriegsende existierten und auch in der Besatzungszeit nicht angetastet wurden, andererseits haben die Besatzungsmächte sowie Regierung und Parlament der Bundesrepublik besonders in der Anfangsphase einige grundlegende Entscheidungen getroffen, die bis heute das Wirtschaftssystem im westlichen Teil Deutschlands prägen. Die Währungsordnung, die

Wettbewerbsordnung, die föderale Finanzverfassung, die Prinzipien der Außenwirtschaftspolitik und die Arbeits- und Sozialordnung sind im wesentlichen zwischen 1947 und 1957 konzipiert und in Kraft gesetzt worden. Damit entstand ein Wirtschaftssystem, das nach einem seiner Schöpfer, Staatssekretär Professor Müller-Armack, als „Soziale Marktwirtschaft" bezeichnet wird. Mit ihr sollte im freien Teil Deutschlands bewußt ein „dritter Weg" zwischen „Kapitalismus" und „Sozialismus" beschritten werden, sollte die Effizienz einer vom Markt gesteuerten, dem Wettbewerb ausgesetzten Wirtschaft mit den aus Gründen der Gerechtigkeit notwendigen sozialen Korrekturen versehen werden. Bei der Konzeption dieser Wirtschaftsordnung wirkten vor allem liberale und christlich-soziale Traditionen zusammen.

Nicht auf jedem Gebiet fingen die Besatzungsmächte und die Begründer der Bundesrepublik Deutschland jedoch vollständig neu an. So ließen sie ganz selbstverständlich all jene Elemente des Wirtschaftssystems bestehen, die ihren eigenen Grundüberzeugungen entsprachen. Dazu gehörte für die meisten die Bewahrung des privaten Eigentums, auch an Produktionsmitteln, und das Recht zur Entfaltung der Persönlichkeit, auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Symbolisch dafür mag sein, daß das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 in Kraft blieb. Ebenso übernahm man die seit der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869 in Deutschland bestehende Gewerbefreiheit. Sie war auch nach 1933 nicht aufgehoben worden. Denn der Nationalsozialismus hatte das wirtschaftliche System nicht grundlegend umgestaltet, sondern nur mit einem weitreichenden, aber nicht systematisch durchdachten Netz von Verwaltungsmaßnahmen überzogen.

Die Besatzungsmächte behielten zunächst die meisten dieser Maßnahmen bei, so den Lohn- und Preisstopp, das Bezugsscheinsystem für die Zuteilung von Lebensmitteln, Bekleidung und Wohnraum, die Bewirtschaftung der Grund-, Roh- und Betriebsstoffe, die Produktionsvorschriften und die Ablieferungspflicht bewirtschafteter Güter sowie die Kontrolle des Außenhandels und Devisenverkehrs. Bis zum Sommer und Herbst 1948 blieben die drei Westzonen schlecht funktionierende Zentralverwaltungswirtschaften, durchsetzt mit Elementen eines Schwarzen Marktes, aber auf dem Fundament einer grundsätzlich noch geltenden bürgerlichen Rechtsordnung.

Die Besatzungsmächte hatten unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft. Für die französische Besatzungsmacht standen Sicherheitsinteressen im Vordergrund. Sie mißbilligte die von England erwogene Sozialisierung der Grundstoffindustrien, weil damit einer neuen deutschen Regierung große wirtschaftliche Machtmittel in die Hände gegeben worden wären. Auch für die amerikanische Besatzungsmacht machte die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien keinen Sinn. Sie sah darin weder ein Mittel zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit noch zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Um die großen Unternehmenskomplexe aufzulösen, ordneten die Amerikaner daher nicht nur eine vorübergehende treuhänderische Verwaltung, sondern die Entflechtung der größten Konzerne bei Kohle, Stahl, in der Chemie und bei den Banken an. Die Herstellung von genügend Wettbewerb — auch durch die Verhinderung von Kartellen — erschien ihnen wichtiger als die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum.

Dies war anfänglich von einigen Mitgliedern der britischen Labour-Regierung gefordert und im Oktober 1946 von Außenminister Bevin als Politik seiner Regierung verkündet worden. In Deutschland vertraten die gleiche Forderung nicht nur KPD und SPD, sondern ursprünglich auch wichtige Teile der CDU, so daß sie in deren Ahlener Programm von 1947, in die hessische Verfassung von 1946 und in ein nordrhein-westfälisches Gesetz von 1949 aufgenommen wurde.

Wenn diese Pläne zur Verstaatlichung der Grundstoffindustrien auch in der britischen Zone nicht durchgeführt wurden, so lag das weniger an der Veränderung wirtschaftspolitischer Überzeugungen als an der weltpolitischen Lage, die es der britischen Besatzungsmacht 1949 geraten erscheinen ließ, gegen das nordrhein-westfälische Gesetz ihr Veto einzulegen[1]. An die Stelle der Verstaatlichung der Unternehmen des Grundstoffsektors trat die internationale politische Kontrolle, die 1951 von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) übernommen wurde.

Auch eine Bodenreform ist nach dem Krieg in Angriff genommen worden. Die Gesetze wurden meist auf Veranlassung der Besatzungsmächte von den deutschen Landtagen verabschiedet, in Niedersachsen jedoch direkt von der Besatzungsmacht oktroyiert. Sie brachten angesichts der vorwiegend klein- und mittelbetrieblichen Besitzstruktur in Westdeutschland allerdings wenig. Betroffen waren Güter über 100 ha (in der britischen Zone über 150 ha) oder über einem Einheitswert von 130 000 Reichsmark (Nordrhein-Westfalen). Nur etwa 200 000 ha konnten auf diese Weise rund 55 000 Neusiedlern und 26 000 Landwirten mit geringem Besitz zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus wurde das Privateigentum an Grund und Boden nicht angetastet.

Den wichtigsten Beitrag der alliierten Besatzungsmächte zur Etablierung des Wirtschaftssystems der späteren Bundesrepublik bildete die Währungsreform vom 20. Juni 1948. Sie beseitigte den durch die Kriegsfinanzierung verursachten Geldüberhang, entzog damit dem Schwarzen Markt den Boden und schuf die Voraussetzung für eine stabile Währung und normale Kalkulationen in Unternehmen und Haushalten[2].

1.2. Die normativen Grundlagen der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik

Wenige Tage nach der Währungsreform hob die Verwaltung für Wirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet unter Ludwig Erhard — gegen den Rat vieler Sachverständiger bei den Alliierten wie in den west-

deutschen Parteien, auch in der CDU — zahlreiche Bewirtschaftungsvorschriften auf und stellte damit die Weichen für die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft. In dem „Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform" vom 24. Juni 1948 wurden diese Prinzipien zum ersten Male rechtskräftig niedergelegt. Freilich blieben zunächst große Bereiche wie die Wohnungswirtschaft und der Außenhandels- und Devisenverkehr ausgespart.

Die theoretischen Grundlagen für diese Politik waren schon in den zwanziger und dreißiger Jahren gelegt und selbst während der nationalsozialistischen Herrschaft öffentlich diskutiert worden. 1937 hatten Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth eine Schriftenreihe mit dem Titel „Ordnung der Wirtschaft" begründet, die Franz Böhm, der später als Professor der Rechte wie als Bundestagsabgeordneter das Wettbewerbsrecht entscheidend prägen sollte, mit einer programmatischen Schrift „Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung" eröffnete. Der Ordo-Liberalismus der Freiburger Schule um Eucken, der einen starken Staat, vor allem einen sich gegen Interessengruppen durchsetzenden Gesetzgeber forderte, wurde eine der wichtigsten geistigen Voraussetzungen für die Wirtschaftsordnung der späteren Bundesrepublik Deutschland. Wenn er sich auch nie voll durchsetzte, so hat er doch immer wieder Anstöße zum Denken in Ordnungen, z. B. im Wettbewerbsrecht, der Außenwirtschaft oder der Währungspolitik, gegeben.

Ähnlich, wenn auch weniger auf die ordnungsetzenden Kräfte des Staates bauend als auf die individuellen Kräfte mündiger Bürger vertrauend, forderten die z. T. aus der Wiener Schule stammenden Neo-Liberalen, die damals vorwiegend im westlichen Ausland lebten, eine Beendigung der Verwaltungswirtschaft und den Wiederaufbau marktwirtschaftlicher Regelungsmechanismen, nicht nur um ein effizienteres Wirtschaftssystem durchzusetzen, sondern auch um die Entscheidungsfreiheit und damit Würde des Einzelnen wieder herzustellen. Friedrich von Hayek hatte 1944 in England und den USA seine gegen Nationalsozialismus wie Sozialismus gerichtete Schrift „The Road to Serfdom" veröffentlicht; der seit 1937 in der Schweiz lebende Wilhelm Röpke hatte in zahlreichen Büchern den Zusammenhang von Wirtschaftssystem und menschlich-moralischen Grundwerten erläutert. Auch der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums, dem seit 1949 Erwin von Beckerath vorsaß, forderte die Beschränkung der öffentlichen Hand auf marktkonforme Eingriffe. Erst im Laufe der sechziger Jahre setzten sich die von Keynes geprägten Ökonomen politisch stärker durch. Ihnen erschien es sowohl nötig wie auch möglich, daß der Staat die Globalsteuerung der Wirtschaft übernehme. Ihren Höhepunkt erreichte diese Politik unter Bundeswirtschaftsminister Schiller (1966—1972), der eine Feinsteuerung der Konjunktur anstrebte und nach dem Konjunktureinbruch von 1967 auch Erfolg damit zu haben schien.

In der Betonung des Zusammenhangs von Wirtschaftssystem und Grundwerten trafen sich die Liberalen mit den in der Anfangsphase in der CDU/CSU besonders starken Christlich-Sozialen, die teils von der katholischen Soziallehre, teils von evangelisch-sozialen Traditionen herkamen, teilweise sich jedoch auch als „Sozialisten aus christlicher Verantwortung" verstanden und den „Kapitalismus" ablehnten bzw. für tot erklärten. Der herausragendste Theoretiker der ersten Richtung war über viele Jahrzehnte der Jesuitenpater Nell-Breuning. Die letzteren scharten sich vor allem um die Frankfurter Hefte, die Walter Dirks und Eugen Kogon herausgaben. Die Praktiker kamen überwiegend aus der katholischen Arbeiterbewegung. Sobald es zu der konkreten Ausprägung der Wirtschaftsordnung kam, taten sich zwischen Liberalen und Christlich-Sozialen und auch innerhalb beider Gruppen mitunter erhebliche Unterschiede auf. Sie zeigten sich besonders in Fragen der Mitbestimmung oder Vermögensbildung der Arbeitnehmer, der Ausgestaltung der Sozialversicherung oder der Rolle von Verbänden (vor allem der Gewerkschaften), unmittelbar nach der Währungsreform jedoch auch in der Frage, wie weit die Marktkräfte freigegeben werden sollten. So forderten die Sozialausschüsse der CDU „im Sinne einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft" gesetzliche Beschränkungen der Handelsspannen, einen sofortigen Lastenausgleich, befristete Höchstpreise u. a. mehr[3].

Vielen dieser Forderungen stimmte auch die SPD zu. Insgesamt trat sie jedoch bis zum Godesberger Programm von 1959 für eine Wirtschaftsplanung und -lenkung durch den Staat ein. So sah sie beispielsweise in den Bewirtschaftungsgesetzen, wie sie vor dem Sommer 1948 gang und gäbe waren, nicht Notmaßnahmen, sondern Versuche, „die Dinge grundlegend zu verankern, die als notwendig erachtet werden, um die gesamte Wirtschaft nach einem bestimmten Prinzip zu regeln, zu lenken, zu planen"[4].

Ähnliche Positionen hatte 1947 auch die Interzonenkonferenz der Gewerkschaftsbünde aller Besatzungszonen und Groß-Berlins eingenommen, wenn sie als zweiten Punkt — nach der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands — den „Aufbau eines Systems geplanter und gelenkter Wirtschaft" und die „Vergesellschaftung der für die Lenkung der Gesamtwirtschaft wichtigen Schlüsselindustrien, Kredit- und Versicherungsinstitute" forderte. Auch im Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1949 ist noch die dreifache Forderung nach volkswirtschaftlicher Planung, Kontrolle unternehmerischer Macht (vor allem durch Sozialisierung) und gleichberechtigter Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu finden[5].

Im Wirtschaftsrat wie im Bundestag setzten sich jedoch die bürgerlichen Parteien durch, die trotz des Ahlener Programms der CDU mit großer Mehrheit an privatem Eigentum, der Vertragsfreiheit und der freien Wahl von Beruf und Arbeitsplatz festhielten. Sie bevorzugten dezentrale Lenkungsmechanismen, plädierten zumeist für kleinere und mittlere Unternehmen und lehnten Machtzusammenballungen, sei es in privaten oder öffentlichen Händen, ab. Sie entwickelten in stetiger Auseinandersetzung mit sozialistischen Positionen die Politik der Sozialen Marktwirtschaft.

Wenn diese in den Augen vor allem der Ordo-Liberalen nicht konsequent genug, in den Augen vieler Christlich-Sozialer zu „kapitalistisch" war, so zeigt das die Kompromisse an, die bei der Arbeit an den konkreten Problemen im Nachkriegs-Deutschland geschlossen wurden[6].

Der Erfinder des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft", Müller-Armack, definierte sie als „eine ordnungspolitische Idee", deren Ziel es sei, „auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden". Denn er war der Meinung, daß auf „der Grundlage einer marktwirtschaftlichen Ordnung . . . ein vielgestaltiges und vollständiges System sozialen Schutzes errichtet werden" könne[7].

1.3. Die wichtigsten Bestandteile des Systems der Sozialen Marktwirtschaft

Die einzelnen Elemente und Institutionen zur Verwirklichung dieser „ordnungspolitischen Idee" sind im wesentlichen im Laufe eines Jahrzehnts geschaffen, wenn auch seitdem vielfach erweitert und verändert worden. Am schnellsten stand die Währungsordnung, da sie auf alliierter Anordnung beruhte und nicht den mühsamen Prozeß der parlamentarischen Beratung und Kompromißfindung durchlaufen mußte wie andere wirtschaftliche Grundgesetze (z. B. das Kartellgesetz von 1957, die Mitbestimmungsgesetze von 1951 und 1976 oder die Betriebsverfassungsgesetze von 1952 und 1972). Schon im Frühjahr 1948 hatte jedoch der Wissenschaftliche Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet darauf hingewiesen, daß eine Währungsreform nur dann sinnvoll sei, „wenn eine grundlegende Änderung der bisherigen Wirtschaftslenkung mit ihr verbunden ist. Als isolierter technischer Vorgang wäre sie wertlos, wenn nicht sogar gefährlich. Durch die Währungsreform wird die wirksame Nachfrage so beschränkt, daß eine totale Verbrauchsregelung und Zwangsbewirtschaftung gegenstandslos wird"[8].

Die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung war daher ein wichtiger Schritt zur endgültigen Etablierung einer markt- und wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung aus deutschem Recht, die bis dahin im wesentlichen auf alliierten Verordnungen beruht hatte.

Ob das Grundgesetz diese Wirtschaftsordnung für die Bundesrepublik festgeschrieben hat, ist umstritten. Der Kölner Staatsrechtler H. C. Nipperdey hat diese Frage bejaht, sich mit seiner Meinung jedoch nicht durchgesetzt. Aber auch die gegenteilige Auffassung, daß das Grundgesetz in Fragen der Wirtschaftsverfassung „neutral" sei, ist umstritten. Richtiger ist wohl zu sagen, daß es für eine Reihe von gesetzgeberischen Lösungen, aber nicht für alle denkbaren offen ist. Indem der Parlamentarische Rat ein ganzes Bündel von bürgerlichen Freiheitsrechten in die Grundrechte aufnahm, schloß er eine strikte Zentralverwaltungswirtschaft aus. Die Verstaatlichung von Unternehmen wurde weder ge- noch verboten. Sie kann nur unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und gegen angemessene Entschädigung vorgenommen werden. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts hat sich der Verfassungsgeber „nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden". Dies ermögliche „dem Gesetzgeber, die ihm jeweils sachgemäß erscheinende Wirtschaftspolitik zu verfolgen, sofern er dabei das Grundgesetz beachtet", d. h. die Grundrechte der Bürger nicht außer Kraft setzt[9].

Zu diesen Grundrechten gehören das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit, das auch das Recht einschließt, einen privaten Gewerbebetrieb zu eröffnen und zu betreiben oder zu diesem Zwecke sich mit anderen zu verbinden. Ferner gehören dazu die Vereinigungsfreiheit, die es erlaubt, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu bilden, die Freizügigkeit, die es jedermann gestattet, sich an jedem Orte der Bundesrepublik oder auch außerhalb niederzulassen, die freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, die nur unter bestimmten Bedingungen eingeschränkt werden kann, vor allem aber das Recht auf Eigentum, auch an Produktionsmitteln, das ebenfalls nur unter bestimmten Bedingungen aufgehoben werden darf. Das Grundgesetz erlaubt zwar sehr unterschiedliche wirtschaftspolitische Entscheidungen und Prioritätensetzungen, jedoch nicht die totale Kontrolle der wirtschaftlichen Tätigkeit der Bürger — umgekehrt auch nicht die willkürliche Ausnutzung von Eigentums- oder Machtpositionen einzelner ohne Rücksicht auf die Sozialbindung des Eigentums. So kann nach dem Grundgesetz zwar einzelnen, nicht aber allen wirtschaftenden Bürgern das Recht auf die Ausübung der Gewerbefreiheit streitig gemacht werden. Insofern sind Privateigentum und die Prinzipien des Wettbewerbs am Markt im Grundgesetz eben doch festgeschrieben.

Da Wettbewerb den Kern jeder Marktwirtschaft ausmacht, ist das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen aus dem Jahre 1957, das seitdem mehrfach novelliert wurde, als das „Grundgesetz der Sozialen Marktwirtschaft" bezeichnet worden. Zwar gelang es den Ordo-Liberalen nicht, es so rigoros zu gestalten, wie sie es für notwendig erachteten. Im Laufe der Beratungen wurden zahlreiche Ausnahmen von dem Kartellverbot zugelassen, dieses aber doch als das Prinzip der Wettbewerbsordnung der Bundesrepublik Deutschland festgelegt. Ergänzt wurde es durch eine, freilich wiederum nicht sehr straff formulierte Fusionskontrolle. Sie ist erst mit der Novelle von 1973 schärfer gefaßt worden. Als „Hüter des Wettbewerbs" wurde das Bundeskartellamt geschaffen. Damit weicht die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik von allen vorhergehenden Wirtschaftsordnungen in Deutschland, die Kartelle nicht nur zugelassen, sondern durch die Rechtsordnung geschützt und zeitweise (I. Weltkrieg, NS-Zeit) als Instrumente der staatlichen Wirtschaftslenkung benutzt hatten, an einem entscheidenden Punkte ab. Mit der Verankerung des Wettbewerbs als Grundregel des Wirtschaftsprozesses wurde zugleich die dezentrale Lenkung des Wirtschaftsablaufs im Wirtschaftssystem der Bundesrepublik gesetzlich festgeschrieben.

Das Gesetz konnte freilich weder das Entstehen von unerlaubten Kartellen völlig verhindern, noch die

Zunahme von Fusionen vermeiden. Die Zahl der nach § 23 des Gesetzes angezeigten Fusionen wuchs von 15 im Jahr 1958 auf 269 im Jahr 1972, und der Konzentrationsgrad stieg in wichtigen Industriesektoren an. Nach der Verschärfung des Gesetzes 1973 fiel zwar die Zahl der nach den ursprünglich angewandten Kriterien anzuzeigenden Fusionen, die nach den neuen Bestimmungen zu meldenden wuchsen aber bis 1980 weiter bis auf 635 an. Erst seitdem hat sich ihre Zahl leicht verringert[10].

Als ein Argument für die Notwendigkeit größerer Unternehmenseinheiten wird die wachsende Verflechtung der bundesdeutschen Wirtschaft mit der europäischen und der Weltwirtschaft angeführt. Unternehmen, die im nationalen Maßstab groß erscheinen mögen, seien es nicht auch auf dem europäischen Markt, geschweige denn auf dem Weltmarkt. Obwohl dieses Argument nicht unumstritten ist, sind in der Bundesrepublik in den letzten Jahren — ähnlich wie in anderen Industrieländern — einige spektakuläre Fusionen genehmigt worden; andererseits wacht das Bundeskartellamt weiterhin darüber, daß die Marktmacht selbst für einzelne Produkte innerhalb der Bundesrepublik nicht zu groß wird. Was noch erträglich erscheint, entscheiden jedoch in letzter Instanz die Gerichte, bei denen sich die Auffassung des Kartellamts nicht immer durchsetzt. Die gerichtliche Nachprüfung von Entscheidungen einer Behörde gehört jedoch zu den Grundelementen der Rechts-, Staats- und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Vom Wettbewerb ausgenommen oder ihm nur beschränkt unterworfen sind auch im Wirtschaftssystem der Bundesrepublik einige wichtige Sektoren, vor allem solche mit traditionellen Monopolen öffentlicher Unternehmen: im Kommunikations- und Verkehrssektor oder bei der Energieerzeugung und -verteilung. Bis 1967 waren auch im Kreditsektor die Zinsen mit behördlicher Genehmigung kartellartig festgelegt. Auch notleidende Industriezweige, zu denen ursprünglich die Mühlen und der Kohlenbergbau, dann die Textilindustrie und neuerdings der Stahl und die Werften gehören, sind vorübergehend oder auf Dauer von den Bestimmungen des Kartellgesetzes ausgenommen bzw. durch staatliche Subventionen systemwidrig gestützt worden, wozu immer stärker Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft beitragen.

Für die Landwirtschaft gelten nicht-marktkonforme Eingriffe nicht erst seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Hier wurden die ersten Marktordnungen, die einen Preiswettbewerb nur mehr sehr beschränkt zuließen, schon 1950 erlassen. Ein Getreidegesetz sollte mit Hilfe staatlicher Preisfestsetzungen, Marktinterventionen und Einfuhrlenkungen die Existenzfähigkeit vor allem der bäuerlichen Betriebe sichern. Ähnliche Gesetze wurden für die Zuckerwirtschaft, die Milch- und Fettwirtschaft, die Vieh- und Fleischwirtschaft 1951, den Fischfang 1955 und den Weinbau 1961 verabschiedet. Die Europäische Gemeinschaft hat diese Marktordnungen seit ihrem Bestehen weiter perfektioniert.

Die Wettbewerbsordnung in der Bundesrepublik wird jedoch gestützt durch die Außenwirtschaftsordnung. Seit ihrem Bestehen war die Bundesrepublik bemüht, sich voll in eine liberale Weltwirtschaft einzugliedern. 1950 trat sie der OEEC und der von dieser gegründeten Europäischen Zahlungsunion, die die Konvertibilität der Währungen vorbereitete, 1951 dem GATT und 1952 dem Internationalen Währungsfonds bei; 1958 führte sie die freie Konvertibilität der DM ein. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehr als 95 vH aller Einfuhren aus OEEC-Ländern liberalisiert. Die Grundregeln für die Außenwirtschaft sind im Außenhandelsgesetz von 1961 niedergelegt. Es stellt fest, daß der „Waren-, Dienstleistungs-, Kapital-, Zahlungs- und sonstige Wirtschaftsverkehr mit fremden Wirtschaftsgebieten sowie der Verkehr mit Auslandswerten und Gold ... grundsätzlich frei" ist. „Beschränkungen sind nach Art und Umfang auf das Maß zu begrenzen, das notwendig ist, um den in der Ermächtigung angegebenen Zweck zu erreichen. Sie sind so zu gestalten, daß in die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung so wenig wie möglich eingegriffen wird"[11].

Mit der Integration in die Europäische Gemeinschaft wurden diese Prinzipien durch vertragliche Regelungen zwischen den Mitgliedern konkretisiert, andererseits aber gegenüber Nicht-Mitgliedern manche Schranken errichtet, die die Bundesrepublik allein in dieser Weise kaum angestrebt haben würde. Dies gilt besonders für die Einfuhr von agrarischen Gütern, aber auch für die Textilindustrie, zu deren Schutz weltweit Abkommen getroffen worden sind. Neuerdings trifft dies auch für die Stahlindustrie zu. Andererseits hat die Bundesrepublik innerhalb der Gemeinschaft wie auch im GATT im allgemeinen darauf hingewirkt, daß der Außenhandel soweit wie möglich von Beschränkungen frei bleibt.

Der Dienstleistungsverkehr ist hingegen — auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft — nicht in gleichem Umfang liberalisiert worden wie der Warenverkehr. Noch immer hemmen nationale Bestimmungen auch in der Bundesrepublik die Niederlassung und Betätigung ausländischer Banken, Versicherungen, Transportunternehmen und Freier Berufe. Völlig frei ist hingegen der Tourismus, und auch der Wanderung von Arbeitskräften dürfen innerhalb der Gemeinschaft keine Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Im Zahlungs- und Kapitalverkehr hat die Bundesrepublik sich von Anfang an um Liberalisierung bemüht und nur zur Aufrechterhaltung der Stabilität der DM, gerade in Zeiten, in denen sie unter besonders starkem Aufwertungsdruck stand, diskriminierende Bestimmungen gegen ausländisches Kapital vorübergehend eingeführt. Im Unterschied zu anderen Ländern hat die Bundesrepublik die Konvertibilität ihrer Währung, seit sie 1958 eingeführt worden war, niemals aufgehoben; sie tritt im Internationalen Währungsfonds für die Aufrechterhaltung eines möglichst freien Zahlungs- und Kapitalverkehrs ein, was ihr freilich durch den notorischen Überschuß im Außenhandel erleichtert wird, der auch passive Bilanzen im Kapitalverkehr oder bei Dienstleistungen und unent-

geltlichen Übertragungen (von Gastarbeitern u. a.) meist ausgleicht.

Die Bank Deutscher Länder, die schon im Frühjahr 1948 noch vor der Währungsreform auf Grund alliierter Vorschriften entstand, hatte zumindet in den ersten Jahren in einem sehr viel schwierigeren außenwirtschaftlichen Umfeld zu handeln als ihre Nachfolgerin, die 1957 gegründete Bundesbank. Sie ist als „Hüterin der Währung" von der Bundesregierung unabhängig, wohl aber zur Zusammenarbeit mit ihr verpflichtet. Nicht immer stimmten die Auffassungen beider völlig überein. Verschiedentlich steuerte die Zentralbank eine striktere Geldpolitik, als es der jeweiligen Bundesregierung lieb war; verschiedentlich trat sie auch eher für eine Aufwertung der DM ein als die Regierung. Zu dauerhaften Konflikten zwischen beiden ist es jedoch nicht gekommen, so daß die Unabhängigkeit der Zentralbank als ein Grundpfeiler der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik nicht gefährdet worden ist. Im Innern reguliert sie Geldmenge und Zins. Für die Überwachung der Banken und Versicherungen, die seit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre in einigen anderen westlichen Industrieländern zu den Aufgaben der Zentralbank gehört, sind in der Bundesrepublik hingegen besondere Bundesaufsichtsämter zuständig. Daß der Kreditsektor einer besonderen staatlichen Aufsicht unterliegt, gehört zu den Merkmalen des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik und unterscheidet es von der Wirtschaftsordnung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Ob die Arbeits- und Sozialordnung der Bundesrepublik ein integrierender Bestandteil des Wirtschaftssystems ist oder eher wie ein systemwidriger Fremdkörper wirkt, ist umstritten. Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft waren davon überzeugt, daß Eingriffe des Staates, die die Ergebnisse des Marktes korrigieren, nicht nur nicht ausgeschlossen werden dürften, sondern daß sie für die Soziale Marktwirtschaft systemnotwendig seien. Die Notwendigkeit der Bewirtschaftung des Wohnraums für eine Zeit, bis das Marktgleichgewicht ungefähr wiederhergestellt sein würde, wurde kaum bestritten. Auch in der Agrarpolitik setzte sich ein hohes Maß von schützenden, lenkenden, regulierenden und ausgleichenden Staatseingriffen durch. Das Landwirtschaftsgesetz von 1955 bestimmte, daß „die Landwirtschaft mit den Mitteln der allgemeinen Wirtschafts- und Agrarpolitik — insbesondere der Handels-, Steuer-, Kredit- und Preispolitik — in den Stand zu setzen" sei, „die für sie bestehenden naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen" [12].

Die gleiche Ausgleichs- und Schutzfunktion des Staates besteht in der Bundesrepublik in Anknüpfung an Traditionen aus dem 19. Jahrhundert für die Arbeitnehmer. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts haben die deutschen Bundesstaaten Arbeiterschutzbestimmungen erlassen, seit den 1880er Jahren das Deutsche Reich Sozialversicherungen entwickelt. In der Bundesrepublik sind sie nicht grundsätzlich verändert, sondern reformiert worden. Ein wichtiger, wenn auch bis heute umstrittener Schritt war die Dynamisierung der Renten 1957, die den Rentnern Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung garantierte, zugleich auf Dauer jedoch die Rentenversicherung mit einem hohen Risiko belastet. Im gleichen Jahr wurde die Rentenversicherung auch auf die selbständigen Handwerker und 1960 auf die Bauern ausgedehnt, 1972 die freiwillige Versicherung von Freiberuflern und Hausfrauen ermöglicht. Nach einer umfangreichen wissenschaftlichen und politischen Debatte wurde die Sozialversicherung von dem alten Prinzip des Kapitaldeckungsverfahrens auf das Umlageverfahren umgestellt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit setzte sich nämlich die Auffassung durch, daß Renten nur aus dem laufenden Sozialprodukt bezahlt werden können, daß also die jeweils im erwerbsfähigen Alter stehende Generation die Bedürfnisse der aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen Generation mit decken müsse. Seitdem gilt in der Rentenversicherung der „Generationenvertrag" als normative Grundlage.

Der Arbeitnehmerschutz ist besonders für Frauen und Jugendliche weiter entwickelt worden. Neu hinzu kam 1951 ein Kündigungsschutzgesetz, das seitdem mehrmals novelliert wurde und die Dispositionsfreiheit der Arbeitgeber erheblich einschränkt. Eine zentrale Rolle bei allen Personalfragen nehmen die Betriebsräte ein, deren Funktionen zunächst im Betriebsrätegesetz von 1952 definiert und seitdem vor allem 1972 erweitert worden sind. Neu hinzu kam die Mitbestimmung, die 1951 zuerst in der Montanindustrie, 1976 dann für alle Unternehmen mit mehr als 2 000 Arbeitnehmern gesetzlich eingeführt wurde. Betriebsräte und Gewerkschaften haben seitdem erhebliches Gewicht nicht nur in Personalfragen, sondern in allen strategischen Unternehmensentscheidungen, da sie die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder in mitbestimmten Unternehmen stellen.

In diesen Gesetzen haben sich nach langen Debatten und zahlreichen Kompromissen der Arbeitnehmerflügel der CDU und die SPD gegen die Liberalen und Unternehmervertreter in CDU und FDP durchgesetzt. Sozialisten und Vertreter der christlichen Soziallehre haben somit erhebliche Korrekturen an der Sozialen Marktwirtschaft vorgenommen. Doch ist nicht zu verkennen, daß trotz der Zulassung monopolartiger Gruppen, z. B. auf dem Arbeitsmarkt, das Prinzip des durch den Markt geregelten Wettbewerbs, an dem sich grundsätzlich jeder Private beteiligen kann, das Grundelement des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik darstellt, worin es sich von dem der DDR grundsätzlich unterscheidet.

Fußnoten

[1] R. Steininger (1985), S. 135—150.
[2] H. Möller (1976), S. 433—486.
[3] G. Ambrosius (1977), S. 185.
[4] Zitiert nach G. Ambrosius (1977), S. 136.
[5] S. Mielke u. F. Vilmar (1983), S. 194.
[6] R. Blum (1969).
[7] A. Müller-Armack (1947). Zitiert nach H. Lampert (1978), S. 95.
[8] Der Wissenschaftliche Beirat (1950), S. 25f. R. Klump (1985), S. 66.
[9] Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen. Bd. 4. S. 17f. H. Lampert (1978), S. 104f.

[10] R. Klump (1985), S. 83.
[11] H. Lampert (1978), S. 209f.
[12] H. Lampert (1978), S. 225f.

Literatur

Abelshauser W.: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945—1980. Frankfurt a. M. Suhrkamp. 1983.

Ambrosius G.: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945—1949. Stuttgart. Deutsche Verlagsanstalt. 1977.

Berg-Schlosser D.: Die Konstituierung des Wirtschaftssystems. In: Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz. Hrsg. Becker J., Stammen T., Waldmann P. München. Fink. 1979. S. 93—121.

Blum R.: Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus. Tübingen. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1969.

Böhm F.: Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung. Stuttgart, Berlin. Kohlhammer. 1937.

ders.: Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung. Tübingen. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1950.

Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Hrsg. v. d. Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Tübingen. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). Bd. 4/1955.

Erhard L.: Wohlstand für Alle. Düsseldorf. Verlag Econ. 1957.

Heusgen C.: Ludwig Erhards Lehre von der Sozialen Marktwirtschaft. Ursprünge, Kerngehalt, Wandlungen. Bern, Stuttgart. Verlag P. Haupt. 1981.

Hoppmann E. (Hrsg.): Die konzertierte Aktion. Kritische Beiträge zu einem Experiment. Frankfurt a. M. Athenäum-Verlag. 1971.

Issing O. (Hrsg.): Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1981.

Klump R.: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kritik neuerer wirtschaftshistorischer Interpretationen aus ordnungspolitischer Sicht. Wiesbaden. Verlag Steiner. 1985.

Lampert H.: Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland. München, Wien. Verlag G. Olzog. 6. Aufl. 1978.

Mielke, S. u. Vilmar, F.: Die Gewerkschaften. In: Benz, W. (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1. Politik. Frankfurt a. M. Fischer Verlag. 1983. S. 192—237.

Möller H.: Die westdeutsche Währungsreform von 1948. In: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876—1975. Deutsche Bundesbank (Hrsg). Frankfurt a. M. Verlag F. Knapp. 1976. S. 433—483.

Müller-Armack A.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration. Bern, Stuttgart. Verlag P. Haupt. 2. Aufl. 1976.

ders.: Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte. Bern, Stuttgart. Verlag P. Haupt. 2. Aufl. 1981.

Röpke W.: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart. Erlenbach-Zürich. Verlag E. Rentsch. 1942.

Satzky H.: Grundsätze, Entstehung und Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). In: Kartelle und Kartellgesetzgebung in Praxis und Rechtssprechung vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Hrsg. Pohl H. Wiesbaden. Verlag Steiner. 1985. S. 229—240.

Scharf C. u. Schröder H.-J.(Hrsg.): Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945-1949. Wiesbaden. Verlag Steiner. 1977.

Starbatty J.: Ordoliberalismus. In: Geschichte der Nationalökonomie. Hrsg. Issing O. München. Verlag F. Vahlen. 1984. S. 187—203.

Steininger R.: Die Sozialisierung fand nicht statt. In: Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945—1949. Hrsg. Foschepoth J. u. Steininger R. Paderborn. Verlag Schöningh. 1985. S. 135—150.

Wandel E.: Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948. Die Rekonstruktion des westdeutschen Geld- und Währungssystems 1945—1949 unter Berücksichtigung der amerikanischen Besatzungspolitik. Frankfurt a. M. Verlag F. Knapp. 1980.

Watrin C.: The Principles of the Social Market Economy — its Origins and Early History. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Tübingen. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). Bd. 135 (1979). S. 405—425.

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, Gutachten 1948 bis Mai 1950. Hrsgg. vom Bundeswirtschaftsministerium. Göttingen. Verlag Schwartz. 1950.

2. Entstehung und Entwicklung des Wirtschaftssystems der DDR nach dem II. Weltkrieg

Karl C. Thalheim

Zusammenfassung

Die Wirtschaft der DDR ist, wie es in ihrer Verfassung festgeschrieben ist, „sozialistische Planwirtschaft". Die geistigen Grundlagen dieses Wirtschaftssystems liegen im Marxismus-Leninismus. Danach ist die wichtigste Voraussetzung der Verwirklichung des Sozialismus die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel". Die wichtigste der Formen der „Vergesellschaftung" in der DDR, das „Volkseigentum", trägt eindeutig den Charakter von Staatseigentum. Trotz der fast völligen Sozialisierung

gibt es in der DDR noch immer soziale Unterschiede. Diese werden von der SED damit erklärt, daß die DDR noch nicht das Stadium des Kommunismus erreicht habe, sondern dabei sei, die „entwickelte sozialistische Gesellschaft" zu schaffen, für die das „ökonomische Grundgesetz des Sozialismus" gilt. Das zweite Grundprinzip des marxistisch-leninistischen Sozialismus ist die zentrale Planung, deren wirtschaftspolitisches Leitbild im Kapitel V.1.2. behandelt wird.

In den Anfängen — so auch in der ersten Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 — wurde das Ziel der „sozialistischen Planwirtschaft" noch nicht deutlich. Tatsächlich wurde diese jedoch besonders seit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" weitgehend vorbereitet („Bodenreform", „Sequestrierung" und spätere Enteignung der industriellen Groß- und vieler Mittelbetriebe, Anfänge der zentralen Planung 1948). Der von Ulbricht 1952 angekündigte „planmäßige Aufbau des Sozialismus" wurde vor allem im Zusammenhang mit der Volkserhebung vom 17. Juni 1953 zeitweise unterbrochen, dann aber bald durch immer stärkere Angleichung an das sowjetische Wirtschaftssystem fortgeführt (Agrarkollektivierung 1960). Die immer deutlicher werdenden Effizienzschwächen dieses Systems führten 1963—1970 zum „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft", dem bis heute am weitesten gehenden Versuch einer Reform des traditionellen Wirtschaftsystems der DDR. Es sollte die administrative Befehlswirtschaft durch ein „in sich geschlossenes System ökonomischer Hebel", d. h. Methoden indirekter (parametrischer) Lenkung ersetzen. Den Betriebsleitungen wurde dadurch ein größerer Entscheidungsspielraum gegeben. Das führte jedoch vielfach zur Diskrepanz zwischen den betrieblichen Entscheidungen und den Zielen der Staats- und Parteiführung. Infolgedessen begann mit dem VIII. Parteitag der SED 1971 eine neue Periode der Rezentralisierung. Bessere Versorgung der Bevölkerung wurde stark betont, wobei jedoch höhere Leistung als notwendige Voraussetzung gefordert wurde (Prinzip der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik").

In den siebziger Jahren wurde es immer deutlicher, daß das bis dahin vorwiegend extensive Wachstum durch intensives, d. h. durch Mehrleistung der eingesetzten Produktionsfaktoren ersetzt werden müsse („intensiv erweiterte Reproduktion"). Größte Bedeutung wird dabei den Ergebnissen von Wissenschaft und Technologie und ihrer raschen Umsetzung in die Produktion beigemessen. Daß dies Veränderungen des bisherigen Wirtschaftssystems voraussetzt, ist der SED-Führung klar; sie ist jedoch zu tiefgreifenden Reformen nicht bereit, wie auch wieder der XI. Parteitag im April 1986 gezeigt hat. Die wichtigste Veränderung ist bisher die bedeutende Aufwertung der Kombinate als genereller Organisationsform für Industrie und Bauwesen, wobei den Kombinatsleitungen größere Entscheidungsbefugnisse übertragen wurden; diese bleiben jedoch auch weiterhin an zahlreiche direktive Regelungen gebunden.

Die Rolle der Wirtschaftswissenschaft (Politökonomie) bei der angestrebten Verbesserung der Wirtschaftsleistung ist bescheiden, nicht zuletzt wegen der Alleinherrschaft der marxistisch-leninistischen Ideologie.

Inhalt

	Seite
2.1. Die geistigen und normativen Grundlagen des Wirtschaftssystems der DDR	19
2.2. Die Vorbereitung der sozialistischen Planwirtschaft	20
2.3. Der „planmäßige Aufbau des Sozialismus"	21
2.4. Das „Neue Ökonomische System" und das „Ökonomische System des Sozialismus" (1963—1970)	22
2.5. Der VIII. Parteitag der SED 1971 und die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik"	23
2.6. Der Übergang zur „intensiv erweiterten Reproduktion"	23
2.7. Die Rolle der Wirtschaftswissenschaft	24

2.1. Die geistigen und normativen Grundlagen des Wirtschaftssystems der DDR

Die Wirtschaft der DDR ist, wie es in der Verfassung der DDR steht, „sozialistische Planwirtschaft". Die geistigen Grundlagen dieses Wirtschaftssystems sind also im Sozialismus zu suchen. Diese Feststellung genügt jedoch nicht zu ihrer Erklärung; denn der sozialistischen Ideologien hat es viele gegeben, und mit ihnen können verschiedene Ordnungsformen des Wirtschaftens gedanklich fundiert werden. Auch die Berufung auf den klassischen Marxismus allein reicht nicht aus; denn auch das jugoslawische System der „Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe" und einer — nur partiell realisierten — „sozialistischen Marktwirtschaft" beruft sich ebenfalls auf Marx. Klar wird die ideologische Position der DDR jedoch dadurch, daß die SED sich und den von ihr beherrschten Staat als „marxistisch-leninistisch" bezeichnet; damit ist eindeutig, daß die SED als „sozialistisch" nur das in der Sowjetunion entwickelte wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische System anerkennt. So heißt es im jetzt gültigen Programm der SED [1]: „Im Sozialismus ist die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus, die herrschende Ideologie". Alle anderen sozialistischen Richtungen werden von ihr als revisionistisch oder sozialreformerisch oder als „linker Radikalismus" abqualifiziert.

Unter Berufung auf Marx, Engels und Lenin wird sowohl in offiziellen Dokumenten — so auch im Programm der SED — als auch in nahezu der gesamten Literatur der DDR der Kapitalismus in den düstersten Farben geschildert. Die Wandlungen, die er seit der Entstehung der marxistischen Kapitalismuskritik durchgemacht hat und die die Lage der unselbständig Arbeitenden erheblich zu deren Gunsten verändert haben, insbesondere die Entwicklung vom Laissez-Faire-Liberalismus zur heutigen sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, werden von der SED nur in geringem Umfang zur Kenntnis genommen. Wer an die Fähigkeit des Kapitalismus glaubt, Wirtschaftskrisen und grundlegende Widersprüche, Klassen und Klassenkampf zu überwinden, huldigt nach ihrer Auffassung „imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Theorien" [2].

Dieser Kapitalismus kann nach SED-Meinung die Daseinsprobleme der Menschheit nicht lösen und ist infolgedessen zu einem Hemmnis der gesellschaftlichen Entwicklung geworden. Aber er ist nach dieser Meinung durch die behaupteten Erfolge des Sozialismus dem Untergang geweiht, er ist „sterbender Kapitalismus". Da Lenin als höchstes — und damit nach seiner Auffassung letztes — Stadium des Kapitalismus den Imperialismus bezeichnet hat (Werke, Bd. 22, S. 189—309), spricht man auch jetzt noch in der DDR von „Imperialismus", wenn der heutige „Kapitalismus" gemeint ist.

Im Gegensatz zu diesem düsteren Bilde des „sterbenden Kapitalismus" erscheinen der Sozialismus und als Endziel der Kommunismus in der Ideologie der SED in leuchtenden Farben. Nach dem Parteiprogramm der SED befreit der Sozialismus „die Werktätigen von Ausbeutung und Unterdrückung". Er eröffnet für alle Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit, „ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entfalten, eine hohe Bildung zu erwerben, ihre demokratischen Rechte und Freiheiten aktiv zur Vorwärtsentwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu nutzen, ihre Persönlichkeit aktiv zu entwickeln . . . Der Sozialismus gibt allen Menschen die Perspektive eines glücklichen Lebens, einer erfüllten Zukunft" [3]. In der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft" vollzieht sich nach dieser Auffassung eine stetige Hebung des materiellen und geistigen Lebensniveaus.

Wichtigste Voraussetzung der Verwirklichung des Sozialismus ist für die SED ebenso wie für den klassischen Marxismus die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel". Diese Voraussetzung ist in der DDR erfüllt, wenn unterstellt wird, daß die dort entwickelten Formen des „sozialistischen Eigentums" wirklich „vergesellschaftetes" Eigentum seien. Tatsächlich trägt die wichtigste dieser Formen, die als „Volkseigentum" bezeichnet wird, jedoch eindeutig den Charakter von Staatseigentum. Das wird besonders durch folgende Tatbestände dokumentiert: die Fachminister, also Staatsfunktionäre, werden offiziell als die „direkten Vorgesetzten" der Generaldirektoren der volkseigenen Kombinate bezeichnet; diese ebenso wie alle anderen Leiter von Betrieben oder Institutionen in Volkseigentum werden von Staatsfunktionären ernannt und abberufen; die Gewinne dieser Betriebe fließen dem Staatshaushalt zu, Verluste werden — allerdings nur unter bestimmten Bedingungen — aus diesem gedeckt. Das Dogma, daß alle Werktätigen sich durch diese Eigentumsform als Mitbesitzer der Produktionsmittel fühlen und dadurch zu hohen Leistungen motiviert werden, wird durch die wirtschaftliche Wirklichkeit der DDR jedoch nur sehr partiell bestätigt.

Daß der Staat in der DDR faktisch auch Eigentümer des überwiegenden Teils der Produktionsmittel und dadurch Arbeitgeber für den größten Teil aller Arbeiter und Angestellten ist, gibt ihm, noch verstärkt durch die zentrale Planung, ein Machtpotential, für das in der Weltgeschichte wenig Vergleichbares zu finden ist. Insoweit ist die Realität in der DDR sehr fern von der Engelsschen Prognose, daß der Staat im Sozialismus „absterben" werde. Nach Engels werde dann an die Stelle der Regierung über Personen die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen treten, ohne daß er allerdings dabei deutlich gemacht hätte, in wessen Händen denn Verwaltung und Leitung liegen sollten.

Die Aufhebung des „Staates als Staat" setzte Engels gleich mit der Aufhebung aller Klassenunterschiede und Klassengegensätze; diese seien im Kapitalismus mit der (vertikalen) Arbeitsteilung verbunden, die eine von „direkt-produktiver Arbeit befreite" Klasse entstehen läßt, „die die gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft besorgt". Der Sozialismus werde auch diese durch Arbeitsteilung bedingten Klassenunterschiede beseitigen. Daß dies in der DDR noch nicht geschehen ist, kann wohl nicht bezweifelt werden. Es gibt noch Unterschiede im Einkommen — vor allem, wenn man die Vorteile hinzurechnet, die

bestimmte Funktionsträger genießen —, in den Arbeitsbedingungen, im Prestige, in der Altersversorgung u. a. m. Aufschlußreich ist, daß im Programm der SED diese sozialen Konsequenzen der vertikalen Arbeitsteilung nur am Rande angesprochen werden.

Daß es in der DDR noch immer soziale Unterschiede gibt (die jedoch von der offiziellen Ideologie nicht mehr als Klassengegensätze betrachtet werden), wird von der SED damit erklärt, daß die DDR noch nicht das Stadium des Kommunismus erreicht hat. Nach der offiziellen Deutung ist die DDR dabei, die „entwikkelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen". Als „ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus" wird die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität angesehen[4]. Daß die Wirtschaftspolitik im „real existierenden Sozialismus" diesen Anforderungen keineswegs voll entspricht, zeigen sowohl ihre bisherigen Ergebnisse als auch die ständigen Experimente zur Verbesserung der Wirtschaftsweise des gegenwärtigen Wirtschaftssystems der DDR.

Die Erwartungen der Schöpfer des marxistischen Sozialismus gingen dahin, daß mit sozialistischer Produktionsweise eine sehr hohe Produktion erreicht werden könne. Engels sprach sogar von „einer praktisch schrankenlosen Steigerung der Produktion selbst". Die Konfrontierung mit den ökonomischen Tatsachen ließ freilich derartig utopische Erwartungen zerrinnen. Das jetzige Programm der SED legt den Nachdruck darauf, daß in der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft" das Leistungsprinzip gilt, das als Grundprinzip der Verteilung im Sozialismus bezeichnet wird. Der von Honecker mehrfach wiederholte Satz, daß das, was verteilt werden kann, vorher erarbeitet werden muß, geht in die gleiche Richtung. Die Wachstumsorientierung der sozialistischen Wirtschaft bleibt unbestritten.

Neben dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln ist das zweite Grundprinzip des marxistisch-leninistischen Sozialismus die zentrale Planung. Deren wirtschaftspolitisches Leitbild wird in Kapitel V.1.2. behandelt, worauf hier verwiesen sei.

2.2. Die Vorbereitung der sozialistischen Planwirtschaft

Als am Ende des II. Weltkrieges die nationalsozialistische Diktatur zusammenbrach, hatten die vier Besatzungszonen in Deutschland noch die gleiche Wirtschaftsordnung: eine (unvollkommene) Zentralverwaltungswirtschaft mit einer Fülle von Interventionen und partieller Planung, jedoch bei fortbestehendem Privateigentum an den Produktionsmitteln und einer landwirtschaftlichen Produktion, die sich — abgesehen von den nördlichen Teilen der sowjetischen Besatzungszone mit hohem Anteil der landwirtschaftlichen Großbetriebe — überwiegend in bäuerlichen Familienwirtschaften vollzog.

Auch in der sowjetischen Besatzungszone schien sich zunächst in dieser Beziehung nichts Grundsätzliches zu ändern. In dem am 11. Juni 1945 veröffentlichten Gründungsaufruf der KPD wurde sogar als Forderung bezeichnet: „Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums". Der Begriff Sozialismus kam in dem Gründungsaufruf nicht vor[5]. Auch in der ersten Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 ist das Wort „sozialistisch" noch nicht zu finden, sie ließ auch nicht erkennen, daß eine Planwirtschaft angestrebt wurde. Nach Art. 21 wurde „das Eigentum von der Verfassung gewährleistet", obwohl allerdings nach Art. 25 alle Bodenschätze, alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte sowie die Betriebe des Bergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energiewirtschaft „in Volkseigentum zu überführen" waren. „Bauern, Handel- und Gewerbetreibende" sollten in der Entfaltung ihrer privaten Initiative unterstützt werden (Art. 20). Zum Verfassungsgrundsatz wurde die „sozialistische Planwirtschaft" erst mit der neuen Verfassung von 1968 erklärt (vgl. dazu Kap. III.2.).

Als die DDR sich als Staat konstituierte, war jedoch die Systemumwandlung in Politik und Wirtschaft bereits weit stärker vorangegangen, als das aus den offiziellen Dokumenten zu erkennen war. Dafür waren von entscheidender Bedeutung die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht und die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ohne eine Befragung der Mitgliedschaft am 21. April 1946. Zwar waren neben ihr noch 2 (später 4) andere „antifaschistische" Parteien zugelassen, die z. T. den systemändernden wirtschaftspolitischen Maßnahmen entgegenzutreten versuchten. Da jedoch hinter der SED die Sowjetische Militäradministration (SMAD) mit ihrer ganzen Machtfülle stand, entwickelte sich in der SBZ faktisch rasch ein Einparteiensystem sowjetischen Typs.

Die wichtigsten Maßnahmen, mit denen bereits in dieser Periode Eigentums- und Wirtschaftsordnung erheblich umgestaltet wurden, waren die folgenden:

a) Die bereits im Herbst 1945 durchgeführte sog. „Bodenreform", d. h. die entschädigungslose Enteignung allen landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes (Besitzungen über 100 ha) ohne Belassung eines Restgutes. Etwa zwei Drittel der enteigneten Landmasse wurden in sog. „Neubauernbetriebe" aufgeteilt, der Rest in „Volkseigene Güter" umgewandelt. Die neuen Kleinbetriebe hatten eine Durchschnittsgröße von 7—8 Hektar — zu wenig für eine dauernde Existenzfähigkeit; es ist deshalb anzunehmen, daß die Führungsgruppe der SED von vornherein mit einer späteren Kollektivierung der neu geschaffenen bäuerlichen Familienbetriebe rechnete.

b) In der Industrie die „Sequestrierung" und spätere Enteignung der Großbetriebe und eines

erheblichen Teils der Mittelbetriebe unter sehr weitgehender Auslegung der alliierten Bestimmungen über die „Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben" (Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945). 200 der größten Betriebe wurden 1946 unter ganzem oder partiellem Verzicht auf deren Demontage in Form sog. „Sowjetischer Aktiengesellschaften" (SAG) in sowjetisches Eigentum übernommen, einige Jahre später an die Regierung der DDR zurückgegeben. Der Anteil der verstaatlichten Betriebe (einschl. der SAG-Betriebe) an der Bruttoproduktion der Industrie dürfte bereits im Sommer 1949 etwa 75 vH betragen haben.

c) Die sofortige Schließung aller Banken und Versicherungsunternehmen, die im Gegensatz zu Westdeutschland nie wieder zur Betätigung zugelassen wurden.

d) Anfänge der zentralen Planung (Halbjahresplan für die zweite Hälfte 1948, vor allem für die Grundstoffindustrie, erster Volkswirtschaftsplan für die gesamte Sowjetische Besatzungszone als Zweijahresplan für die Jahre 1949/50, vorwiegend als Wiederaufbauplan). Mit dem ersten Fünfjahrplan für die Jahre 1951—1955 begann dann die volle Rezeption der in der Sowjetunion entwickelten Methoden der zentralen Planung.

Ohne Zweifel war das Ziel der SED von vornherein die sozialistische Umgestaltung ihres Machtbereiches, auch wenn sie sich zunächst ein anderes Gesicht zu geben versuchte; das war Taktik, nicht zuletzt begründet in der Hoffnung, diesen Machtbereich auf ganz Deutschland ausdehnen zu können.

2.3. Der „planmäßige Aufbau des Sozialismus"

Als am 9. Juli 1952 die II. Parteikonferenz der SED begann, war also schon ein guter Teil des Weges zur „sozialistischen Planwirtschaft" beschritten; immer deutlicher hatte es sich gezeigt, daß der SED-Führung dabei die Rezeption der Ideologie des Marxismus-Leninismus und der Grundsätze und Methoden der Wirtschaftsgestaltung vorschwebte, die in der Sowjetunion in der Stalinzeit entwickelt worden waren. Für dieses Ziel der Sowjetisierung stand in erster Linie der mächtigste Mann in der Parteiführung, Walter Ulbricht; er erklärte auf dieser Konferenz, daß in der DDR „der Sozialismus planmäßig aufgebaut" werden solle. Das konnte nur bedeuten, daß die Privatwirtschaft auch aus denjenigen Bereichen der Wirtschaft verschwinden sollte, in denen bisher noch große Teile individuell geführt wurden — vor allem in der Landwirtschaft und dem Handwerk, jedoch nur noch zu einem Fünftel in der Industrie, zu etwa einem Viertel im Einzelhandel.

Die Methoden, mit denen die sozialistische Wirtschaft auf Kosten der Privatwirtschaft ausgedehnt wurde, waren vielgestaltig; eine zentral geplante und gelenkte Wirtschaft bietet dafür vielerlei Möglichkeiten (z. B. durch differenzierte Materialversorgung und Besteuerung). In der Landwirtschaft waren Träger der Kollektivierung die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) mit drei Typen, deren Typ III bereits einen hohen Grad von Kollektiveigentum und -bewirtschaftung aufwies. Ein ähnlicher Weg der Kollektivierung sollte im Handwerk durch die Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) beschritten werden; doch konnten diese zunächst noch kaum Boden gewinnen. In der Industrie wurde der größte Teil der noch verbliebenen Privatbetriebe in den Jahren 1956—1959 in Halbstaatliche Betriebe (Betriebe mit staatlicher Beteiligung) in der Rechtsform von Kommanditgesellschaften umgewandelt, bei denen der Staat eine hohe Beteiligung hatte; reine Privatbetriebe gab es in der Industrie seither kaum noch. Einen ähnlichen Charakter tragen im Einzelhandel die „Betriebe mit Kommissionsverträgen", die es im Unterschied von den halbstaatlichen Betrieben in der Industrie auch heute noch gibt. Es handelt sich dabei um private Einzelhandelsbetriebe und Gastwirte, die auf vertraglicher Basis unter Verzicht auf Geschäfte auf eigene Rechnung Waren für Rechnung eines sozialistischen Handelsbetriebes vertreiben. Die halbstaatlichen Industriebetriebe wurden im Jahre 1972 ebenso wie ein erheblicher Teil der PGH in „Volkseigentum" überführt.

Neben diesen Formen der partiellen Verstaatlichung bereits bestehender Betriebe und der Kollektivierung nahm der sozialistische Anteil vor allem dadurch zu, daß das wirtschaftliche Wachstum sich so gut wie ausschließlich im sozialistischen Bereich vollzog. Denn Investitionen wurden im wesentlichen aus dem Staatshaushalt finanziert; die Einkommen der noch verbliebenen Privatbetriebe wurden so exorbitant hoch besteuert, daß sie keine Möglichkeit für die Finanzierung von Investitionen hatten, außerdem wurden ihnen dafür auch keine Produktionsmittel, Baustoffe usw. zur Verfügung gestellt.

Infolgedessen stieg zwischen 1950 und 1959 der Anteil sozialistischer Betriebe am „gesellschaftlichen Gesamtprodukt" von 59,4 vH auf 79,9 vH, der Anteil der Privatbetriebe sank von 40,6 auf 15,6 vH (außerdem 4,6 vH in halbstaatlichen Betrieben). In der Land- und Forstwirtschaft hatten sozialistische Betriebe (zu denen auch die LPG gerechnet werden) 1950 erst einen Anteil von 12,1 vH, 1959 dagegen bereits von 47,6 vH. Bei den Beschäftigten insgesamt ging der Anteil der Privatbetriebe zwischen 1955 und 1959 von 39,8 vH auf 24,4 vH zurück[6]. In den 50er Jahren wurden von der SED Organisation und Methoden der Planung und Lenkung immer mehr an das in der Sowjetunion entwickelte System angeglichen. Das ließen die ersten beiden Fünfjahrpläne für die Jahre 1951—1955 und 1956—1960 deutlich erkennen.

Die Entwicklung in dieser Periode verlief jedoch nicht völlig geradlinig. Ein Politbürobeschluß vom 9. Juni 1953, der besonders durch eine Verstärkung der Abwanderung in die Bundesrepublik Deutschland ausgelöst wurde, kündigte u. a. eine Anzahl an Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der kleinen und mittleren Privatbetriebe sowie der Einzelbauern an.

Da jedoch die vorher beschlossene Erhöhung der Arbeitsnormen nicht rückgängig gemacht wurde, kam es zu der Volkserhebung am 17. Juni 1953, in deren Folge die Verstaatlichung bzw. Kollektivierung — wenn auch nur kurzfristig — verlangsamt wurde. Die „Entstalinisierung" in der Sowjetunion seit dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 ließ in mehreren Staaten des Sowjetblocks im Bereich des Wirtschaftssystems Hoffnungen auf Reformen der starren Befehlswirtschaft entstehen. Derartige Vorstellungen wurden jedoch von den Parteiführungen abgelehnt. Die Arbeiterunruhen in Posen im Juni 1956 und der ungarische Aufstand im Oktober 1956 haben die negative Haltung der SED-Führung gegenüber allen Reformideen wesentlich mitbestimmt.

Immerhin zögerte diese zunächst, den „Aufbau des Sozialismus" mit Gewaltmitteln zu betreiben. Das geschah in der Landwirtschaft erst 1960, nachdem Initiativen in dieser Richtung bereits 1959 festzustellen waren (Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, neue Musterstatuten für die LPG). Es wurde zwar damals kein formalrechtlicher Zwang zum Beitritt zu den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ausgeübt; der wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Druck auf die Privatbauern war jedoch so stark, daß eine große Zahl von ihnen die Flucht in den Westen vorzog und die übrigen meist wider Willen in die LPG eintraten. Bereits 1961 war deshalb der sozialistische Anteil am Bruttoprodukt der Land- und Forstwirtschaft auf 88,5 vH gestiegen (darunter 72,1 vH „genossenschaftlich").

Im Jahre 1960 schien zeitweise auch den privaten Handwerkern die Kollektivierung durch Produktionsgenossenschaften bevorzustehen. Die SED-Führung hat dann jedoch auf eine Kollektivierungskampagne beim Handwerk verzichtet — vor allem wohl aus der Erwägung heraus, daß die ohnehin schlechte Versorgungslage der Bevölkerung durch das Verschwinden der privaten Handwerksbetriebe weiter beeinträchtigt würde. Immerhin entfielen Ende 1961 bereits 34 vH der Leistungen des Handwerks auf Produktionsgenossenschaften.

2.4. Das „Neue Ökonomische System" und das „Ökonomische System des Sozialismus" (1963—1970)

Entgegen den Hoffnungen, die die SED-Führung auf die Stabilität einer „sozialistischen Planwirtschaft" setzte, geriet die DDR-Wirtschaft Anfang der 60er Jahre in erhebliche Turbulenzen. Die mit dem Siebenjahrplan für 1959 bis 1965 verkündete „ökonomische Hauptaufgabe", die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in wenigen Jahren einzuholen und zu überholen (vor allem hinsichtlich des Lebensstandards der Bevölkerung), erwies sich rasch als utopisch. Auch die Rückstände gegenüber der Bundesrepublik in den Erträgen der Landwirtschaft und in der Arbeitsproduktivität konnten nicht verringert werden; letztere gab Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 mit 25 vH an.

In der Sowjetunion und den übrigen RGW-Ländern entwickelte sich damals eine lebhafte Diskussion über Korrekturen am bestehenden Wirtschaftssystem; sie war in der Sowjetunion besonders mit dem Namen des Charkower Nationalökonomen Liberman verknüpft. Die DDR war das erste dieser Länder, in dem der Versuch gemacht wurde, solche Korrekturen zu verwirklichen; das war das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft", das Ulbricht auf der Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrates am 24. Juni 1963 ankündigte.

Das „Neue Ökonomische System" (NÖS) ist bis heute der am weitesten gehende Versuch einer Reform des traditionellen Wirtschaftssystems der DDR geblieben. Sein entscheidender Grundgedanke war, die administrative Befehlswirtschaft durch ein „in sich geschlossenes System ökonomischer Hebel" zu ersetzen. Bei diesen handelt es sich um Methoden indirekter (parametrischer) Lenkung, d. h. die Festsetzung von Rahmenbedingungen, die die Betriebe und — in wesentlich geringerem Umfang — die Angestellten und Arbeiter zu einem bestimmten Handeln oder Unterlassen veranlassen sollen (vgl. dazu V.1.2., V.4.3.1. und V.4.3.2.).

Das Vorwiegen indirekter Lenkung bedeutete, daß den Betriebsleitungen ein größerer Entscheidungsspielraum gegeben wurde. Dem Betriebsgewinn als Maßstab der Betriebsleistung und dem mit seiner Erwirtschaftung verbundenen Prämiensystem fiel im NÖS eine wichtige Rolle zu. Diese Funktion des Gewinns wurde jedoch durch die Mängel der starren administrativen Preisbildung erheblich beeinträchtigt. Im Rahmen des NÖS wurde zwar in den Jahren 1964 bis 1967 eine Preisreform durchgeführt, die jedoch an den starren und unelastischen Methoden der Preisbildung nichts änderte.

Als unerwünschte Wirkung des erweiterten Entscheidungsspielraums der Betriebe stimmten die von diesen getroffenen Entscheidungen besonders in strukturpolitischer Beziehung nicht immer mit den von der Staats- und Parteiführung gesetzten Zielen überein. Deshalb wurde mit einem Staatsratsbeschluß vom 22. April 1968[7] die „Planung volkswirtschaftlich strukturbestimmender Erzeugnisse, Verfahren und Technologien" zum Kernstück der zentralen Planung erklärt. Tatsächlich ergaben sich jedoch gerade dadurch mannigfache Disproportionen.

Nachdem das NÖS im Jahre 1968 in „Ökonomisches System des Sozialismus" umbenannt wurde, waren die letzten Jahre der Reformperiode insgesamt durch ein Neben- und z. T. Gegeneinander verschiedener Konzeptionen und Tendenzen gekennzeichnet, was die Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems erheblich beeinträchtigte. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die die DDR zu Anfang der siebziger Jahre erneut geriet, wurden eine — wenn auch nicht die entscheidende — Ursache für den Sturz Ulbrichts, der auf dem 16. ZK-Plenum am 3. Mai 1971 als Erster Sekretär des ZK der SED zurücktrat und durch Erich Honecker ersetzt wurde.

2.5. Der VIII. Parteitag der SED 1971 und die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik"

Der VIII. Parteitag der SED vom 15. bis 19. Juni 1971, der bereits im Zeichen der neuen Führung stand, bedeutete faktisch das Ende des NÖS, wenn auch einige in diesem entwickelte Instrumente und Methoden erhalten blieben. Die „ökonomische Hauptaufgabe" wurde folgendermaßen neu formuliert: „Weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität"[8]. Diese neuformulierte „ökonomische Hauptaufgabe" wurde auch vom IX. und X. Parteitag (1976 und 1981) unverändert übernommen; die Bedeutung von Wissenschaft und Technik („wissenschaftlich-technische Revolution") wird besonders seit dem X. Parteitag der SED sehr stark hervorgehoben. Honecker betonte in seiner Hauptrede auf dem VIII. Parteitag sehr stark die Notwendigkeit besserer Versorgung der Bevölkerung, für die vor allem Stabilität und Kontinuität erreicht werden müßten. Allerdings unterstrich er auch die Voraussetzungen, die dafür geschaffen werden müßten. Was damit gemeint war, verdeutlichte er später so: „Es kann nur das verteilt werden, was vorher erarbeitet worden ist". Dieser Zusammenhang wird seither als „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" bezeichnet — eine Formulierung, die als eines der gültigen Grundprinzipien der Wirtschaftspolitik der SED ständig wiederholt wird. Ursprünglich war diese These dahin verstanden worden, daß eine Verbesserung des Lebensstandards die Werktätigen zu höherer Leistung motivieren werde. Jetzt wird sie aber, wie die zitierte Honeckersche Definition zeigt, so ausgelegt, daß die höhere Leistung vorangehen muß, wenn der Lebensstandard steigen soll.

Bemerkenswert war, daß in der vom VIII. Parteitag beschlossenen „Direktive" für den Fünfjahrplan 1971—1976 die seit langem stereotyp gebrauchte Formel „Planung und Leitung der Wirtschaft" konsequent in „Leitung und Planung" umgewandelt wurde — scheinbar nur eine formale Veränderung, tatsächlich aber ein Anzeichen dafür, daß wieder mit stärkerer Zentralisierung zu rechnen war. Dafür sprach auch, daß in der „Direktive" der im NÖS so häufig gebrauchte Begriff der „ökonomischen Hebel" überhaupt nicht mehr verwendet wurde.

Abgesehen von der großen Bedeutung, die in der Neufassung der „ökonomischen Hauptaufgabe" der Hebung des Lebensstandards beigemessen wird, ließ die damals gewählte Formulierung bereits eine wesentliche Einsicht der SED-Führung erkennen: daß das zukünftige Wirtschaftswachstum überwiegend nur noch durch Intensivierung erreicht werden könne.

2.6. Der Übergang zur „intensiv erweiterten Reproduktion"

In den folgenden Jahren einer teilweisen Rezentralisierung war zunächst ein klares wirtschaftspolitisches Konzept nicht zu erkennen. Jedoch verstärkten sich die Diskussionen und Erwägungen darüber, wie das von der Führung der SED seit jeher angestrebte stetige und rasche Wachstum auch für die Zukunft gesichert werden könne. Dieses Wachstum war lange Zeit vor allem extensiv, d. h. ein Mehr an Produktion wurde dadurch erreicht, daß zusätzliche Produktionsfaktoren eingesetzt wurden: Mehr Kapital für Investitionen, zusätzliche Arbeitskräfte besonders in den Zweigen, denen Priorität zugestanden wurde. Kaum möglich war allerdings in der DDR von Anfang an eine extensive Steigerung der Agrarproduktion, da zusätzlicher Boden nur in sehr geringem Umfang in Nutzung genommen werden konnte. Tatsächlich ist die landwirtschaftliche Nutzfläche zwischen 1950 und 1984 sogar von 6,53 auf 6,24 Mill. Hektar zurückgegangen.

Besser sah es bei den Arbeitskräften aus, vor allem durch die sehr weitgehende Mobilisierung der Frauenarbeit, in geringerem Umfange auch der Arbeit von Rentnern. Die Zahl der Berufstätigen stieg von 7,2 Mill. im Jahre 1950 auf 8,5 Mill. im Jahre 1984, obwohl die Wohnbevölkerung sich in der gleichen Zeit von 18,4 auf 16,7 Mill. verringerte.

Bereits zu Ende der sechziger Jahre wurde jedoch immer deutlicher, daß Grenzen eines extensiven Wachstums erreicht waren, vor allem durch Ausschöpfung der Arbeitskraftreserven, aber auch durch die Schwierigkeiten für eine wesentliche Erhöhung der Investitionen.

Bereits auf dem VIII. Parteitag wurde deshalb nachdrücklich betont, daß das geforderte weitere erhebliche Wirtschaftswachstum nur intensiv, nicht mehr extensiv sein könne, d. h. also durch Mehrleistung der eingesetzten Produktionsfaktoren (höhere Arbeits- und Kapitalproduktivität, höhere Bodenerträge) erreicht werden müsse. In marxistischer Terminologie heißt das „intensiv erweiterte Reproduktion".

Die Hauptaspekte des intensiven Wachstums, die Honecker auf dem X. Parteitag im Jahre 1981 als die „10 Grundsätze für die ökonomische Strategie der 80er Jahre" aufzählte, wurden im wesentlichen schon 1971 genannt. Er sagte auch, daß daraus wesentliche Schlußfolgerungen für die Leitungstätigkeit gezogen werden müßten, daß „ein neues Herangehen an die Leitung, Planung und Organisierung der Versorgung der Bevölkerung notwendig geworden ist". Worin dieses Neue jedoch bestehen sollte, wurde noch wenig klar.

Offenbar ist erst in den folgenden Jahren das gegenwärtig gültige wirtschaftspolitische Konzept entwickelt worden. Die politökonomische Diskussion war in dieser Zeit sehr lebhaft; sie kreiste besonders um die Frage, welche Konsequenzen sich aus dem entschiedenen Übergang zu intensivem Wirtschaftswachstum

ergeben müßten. Da generell die Ergebnisse von Wissenschaft und Technologie (im Sprachgebrauch der DDR: „der wissenschaftlich-technischen Revolution") als entscheidender Faktor dafür angesehen wurden, richtete sich die Kritik besonders gegen die „Innovationsträgheit", d. h. die zu langsame Einführung dieser Ergebnisse in die Produktion. Ein namhafter Politökonom der DDR, Harry Nick, kam angesichts dieser Systemschwäche zu der Erkenntnis, daß jede Innovation mit einem Risiko verbunden sei, das „immer auch den möglichen Fehlschlag einschließt". Es müsse deshalb dem Risiko ein wesentlich bedeutsamerer Platz in der gesamten Wirtschaftstätigkeit eingeräumt werden[9]. Dies bezieht sich besonders auf die Kostenrechnung der Betriebe, in der das Risiko überhaupt keine Rolle spielt. Das ist natürlich ein starkes Hemmnis für die Bereitwilligkeit der Betriebs- bzw. Kombinatsleitungen zur Realisierung von Innovationen. Nicks Forderung, daß unter dem Aspekt der Intensivierung und der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts „eine wesentliche Weiterentwicklung von Leitung, Planung und ökonomischer Stimulierung der sozialistischen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit (Hervorhebung von mir. Th.) notwendig" sei, ging besonders weit. Aber auch andere Politökonomen der DDR äußerten sich ähnlich, wenn auch in der Regel vorsichtiger. Die übliche Formel war (und ist bis heute) „Vervollkommnung des Systems der Leitung, Planung, ökonomischen Stimulierung und wirtschaftlichen Rechnungsführung".

Im Mittelpunkt der seit dem Ende der siebziger Jahre realisierten Neuerungen steht die bedeutende Aufwertung des Kombinats (vgl. dazu Kap. V.7. und Kap. VI.) als genereller Organisationsform für Industrie und Bauwesen, partiell auch andere Wirtschaftsbereiche (Verkehr, Handel). Mit dieser Stellung des Kombinats hofft die SED-Führung, die Probleme sowohl der Information als auch der Entscheidungsfindung besser in den Griff zu bekommen. Das Kombinat als horizontal oder vertikal orientierte Zusammenfassung einer größeren Anzahl von Betrieben zu großen Wirtschaftseinheiten unter einheitlicher Leitung soll die übergeordneten Organe — also vor allem die Ministerien, die Staatliche Plankommission und die Bezirkswirtschaftsräte — von Detailfragen entlasten und ihnen damit eine Konzentration auf Grundsatzfragen ermöglichen. Die Entscheidungsprozesse in der DDR-Wirtschaft wurden dadurch in doppelter Weise verändert: den Kombinatsleitungen wurde ein Teil der Kompetenzen übertragen, die vorher bei zentralen Instanzen, besonders den Ministerien, lagen, andererseits auch ein Teil der Kompetenzen der Direktoren der zum Kombinat gehörigen Betriebe. Auf diese Weise soll die Initiative der Generaldirektoren der Kombinate gefördert werden, die aber auch weiterhin an zahlreiche direktive Regelungen gebunden bleiben.

Die Übertragung größerer Entscheidungsbefugnisse an die Kombinatsleitungen soll vor allem dazu dienen, deren Eigeninitiative sowohl hinsichtlich der Methoden zur Realisierung der Planauflagen als auch besonders hinsichtlich der Bereitschaft zu Innovationen zu verstärken. Hierzu soll die Integrierung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in die Kombinate beitragen. In ähnlicher Weise soll die Eingliederung von Außenhandelsbetrieben — allerdings bei doppelter Unterstellung (vgl. dazu Kap. IX.1.2.2.) — die Marktorientierung der Produktion, besonders im Hinblick auf den Export in das „nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet" verbessern. Einige der heutigen Maßnahmen wecken Erinnerungen an das Neue Ökonomische System von 1963 bis 1970, obwohl die damalige Vorstellung von dem „in sich geschlossenen System ökonomischer Hebel" sich als Illusion herausgestellt hatte (vgl. dazu Kap. V.1.); ein solches „in sich geschlossenes System" besteht heute noch weniger als damals.

Was sonst bisher an Veränderungen am Wirtschaftssystem der DDR vorgenommen wurde, war eine „Reform in kleinen Schritten"[10]. Daß mit grundsätzlichen Veränderungen dieses Systems in naher Zukunft nicht zu rechnen ist, hat der XI. Parteitag der SED im April 1986 erneut gezeigt. Was in den Hauptreden von Honecker und dem Vorsitzenden des Ministerrats, Stoph, an beabsichtigten Veränderungen angekündigt wurde, ist sehr bescheiden und läßt die entscheidenden Grundlagen dieses Systems unberührt.

2.7. Die Rolle der Wirtschaftswissenschaft

Auf dem XI. Parteitag der SED wurde erneut stark unterstrichen, daß die Parteiführung eine entscheidende Verbesserung der Wirtschaftsleistung durch Wissenschaft und Technologie erwartet. Diese Hoffnungen beziehen sich vor allem auf die Naturwissenschaften; viel weniger wird in diesem Zusammenhang die Politökonomie genannt. In der Tat hat diese offenbar der Wirtschaftspolitik in der DDR bisher nur wenig Hilfe für eine Verbesserung des Wirtschaftssystems geben können.

Die Ursachen dafür liegen vor allem nach wie vor in der Alleinherrschaft der marxistisch-leninistischen Ideologie. Zwar ist auf dieser Grundlage die politische Ökonomie als „Wissenschaft von den Gesetzen der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung der materiellen Güter auf den verschiedenen Entwicklungsstufen der menschlichen Gesellschaft" entwickelt worden; sie wird als „eine entscheidende theoretische Grundlage des wissenschaftlichen Kommunismus" bezeichnet[11]. In diesem Sinne wird politische Ökonomie an den Universitäten und Hochschulen der DDR gelehrt, und es gibt für dieses Gebiet eine Anzahl größerer Forschungsinstitute; zu nennen sind besonders mehrere Institute der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, das Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, das Institut für sozialistische Wirtschaftsführung der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner" in Berlin (Ost), das Ökonomische Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission und das Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung beim Zentralkomitee der SED.

Die Wissenschaftler, die an diesen Hochschulen und in diesen Instituten arbeiten, sind großenteils sehr um Ergebnisse bemüht, die in der Praxis der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsleitung verwendet werden

können; die Ergebnisse dieses Bemühens sind jedoch bescheiden. Auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gibt es bisher kein geschlossenes theoretisches System der Wirtschaft im „entwickelten Sozialismus". Das ist für die Überwindung der offenkundigen Effizienzschwächen des Wirtschaftssystems der DDR ein erhebliches Hemmnis. Die Mehrzahl der Politökonomen in der DDR ist offenbar davon überzeugt, daß tiefergreifende Reformen als die bisher vorgenommenen notwendig sind; sie haben diese Einsicht aber bei den maßgebenden Politikern nicht durchsetzen können. Die Gründe dafür werden an späterer Stelle behandelt (vgl. Kap. V.7.).

Fußnoten

1 Programm und Statut der SED vom 22. Mai 1976, S. 48.
2 Programm 1976, S. 53.
3 Programm 1976, S. 47/48.
4 Programm 1976, S. 55.
5 „Zur ökonomischen Politik der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik", 1955, S. 13.
6 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1960/61, S. 7/8.
7 Gesetzblatt 1968 I Nr.9, S. 223—226.
8 Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED. (Bd. 1, S. 61f.).
9 Vgl. Nick 1978, S. 396—419.
10 Thalheim und andere 1984; Cornelsen, Scherzinger 1984.
11 Autorenkollektiv, Ltg. Schönefeld, 1984, S. 298.

Literatur

Autorenkollektiv (Ltg. Schönefeld R.): Wörterbuch des wissenschaftlichen Kommunismus. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1984.

Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED. Berichterstatter: Erich Honecker. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1986.

Cornelsen, D., Scherzinger A.: DDR-Wirtschaftssystem. Reform in kleinen Schritten. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. H. 2/1984. S. 200—223.

Country Studies of Eastern Europe and Yugoslavia. In: East European Economies: Slow Growth in the 1980's. Vol. 3. Washington. Joint Economic Committee, Congress of the United States. US. Government Printing Office. 1986.

Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1986.

Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Erster bis fünfter Tätigkeitsbericht. Bonn. 1954—1969.

Gleitze B., Thalheim K. C., Buck H., Förster W.: Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland. Bd. 9. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1971.

Krol G. J.: Die Wirtschaftsreform in der DDR und ihre Ursachen. In: Schriften zur Kooperationsforschung. A. Studien. Bd. 4. Tübingen. J.C.B. Mohr Verlag. 1972.

Lenin W. I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Werke. Bd. 22. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1960. S. 189—309.

Leptin G., Melzer M.: Economic Reform in East German Industry. In: Economic Reforms in East European Industry. Hrsg. Nove A. und Zielinski J. G. Oxford / London / New York. Oxford University Press 1978.

Mitzscherling P. u. a.: System und Entwicklung der DDR-Wirtschaft. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Sonderheft 98. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1974.

Nick H.: Probleme der Vervollkommnung der gesellschaftlichen Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. H. 4/1978. S. 396—419.

Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Zusammenstellung von Beschlüssen der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie Gesetzen und Verordnungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. 11. Juni 1945 bis 21. Juli 1955. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1955.

Programm und Statut der SED vom 22. Mai 1976. Mit einem einleitenden Kommentar von Karl Wilhelm Fricke. Köln. Verlag Wissenschaft u. Politik. 1976.

Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1971.

Roesler J.: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. In: Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte. Bd. 11. Berlin (Ost). Akademie-Verlag 1978.

Thalheim K. C.: Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteldeutschland. In: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China. Bd. 1. Hrsg. Jahn G., Bissing W. M. Frhr. v. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1961. S. 267—343.

ders.: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland. Bd. 1. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1964.

Thalheim K. C., Erdmann K., Haendcke-Hoppe M., Homann W., Krakat K.: Gegenwärtige Reformansätze im Wirtschaftssystem der DDR — Renaissance des „Neuen Ökonomischen Systems"? In: FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. H. 1/1984.

Zur Wirtschaftspolitik der SED. Bd. 1. 1945 bis 1949. In: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. (Hrsg.). Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1984.

Kapitel III

Die Interdependenz von politischer und wirtschaftlicher Ordnung

1. Grundgesetz und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland

Rupert Scholz, unter Mitarbeit von Erika Lieser-Triebnigg

Zusammenfassung

Das Grundgesetz ordnet die Wirtschaft und regelt ihre Verhältnisse nach den verfassungsrechtlichen Prinzipien des demokratischen und sozialen Rechtsstaates (Art. 20/28 GG) sowie innerhalb derer nach den Grundrechten, unter denen vor allem die wirtschaftlich relevanten Grundfreiheiten der allgemeinen Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG), der Berufs- und Gewerbefreiheit (Art. 12 GG) sowie der Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) von Bedeutung sind. Das Grundgesetz verzichtet auf jede ordnungspolitisch geschlossene Wirtschaftsverfassung, wie sie namentlich im System einer sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft vorgegeben wird. Die Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes ist offen bzw. „neutral".

Neutralität der Wirtschaftsverfassung in diesem Sinne bedeutet vor allem inhaltliche Offenheit in der konkreten wirtschaftspolitischen Gestaltung. Der Staat hat grundsätzlich das Recht, nach Maßgabe der jeweiligen Situation und seines jeweiligen wirtschaftspolitischen Zweckmäßigkeitsentscheids zu verfahren, wobei ihm als Mittel der politischen Gestaltung prinzipiell alle Formen der Wirtschaftslenkung (Planung, Lenkung im engeren Sinne, Aufsicht, Eigenwirtschaft) zur Verfügung stehen. Grenzen sind den wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates dort gesetzt, wo sie auf einzelne Verfassungsbestimmungen, namentlich auf die vorgenannten Grundrechte und ihre Freiheitsgarantien, stoßen. Diese setzen allen staatlichen Maßnahmen zur Gestaltung oder Beeinflussung der Wirtschaft definitive Grenzen.

Das Sozialstaatsprinzip ermächtigt den Staat, in prinzipiell allen Bereichen des sozialen Bedarfs, der sozialen Sicherheit und der sozialen Ordnung gestaltend, leistend und ordnend tätig zu werden. Das Rechtsstaatsprinzip und die Grundrechte garantieren auf der anderen Seite die freiheitlich-autonomen Handlungs-, Funktions- und Organisationsbereiche der Gesellschaft, zu denen vorrangig auch die wirtschaftliche Entfaltung gehört. Insgesamt gewährleistet das Grundgesetz ein ebenso sozial- und rechtsstaatlich wie freiheitsrechtlich garantiertes Fundament an individualer und institutioneller Wirtschafts-, Eigentums- und Gewerbefreiheit, das für jede vom Staat im einzelnen bevorzugte oder beeinflußte Wirtschaftsordnung ein Mindestmaß an freiheitsrechtlich-dezentralen Wettbewerbs- und Marktstrukturen als Voraussetzung jener Freiheitsrechte und ihrer wirksamen Entfaltung bedingt.

Inhalt Seite

1.1. Die offene Wirtschaftsverfassung 27

1.2. Sozialer Rechtsstaat und Grundrechte 28

1.3. Staatliche Zuständigkeiten 29

1.1. Die offene Wirtschaftsverfassung

Das Grundgesetz verfaßt das Verhältnis von Staat und Gesellschaft und damit auch die Ordnung der Wirtschaft nach den Prinzipien des demokratischen und sozialen Rechtsstaates (Art. 20/28 GG). Diese Prinzipien stehen im wechselseitigen Zusammenhang, wobei das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit seine weitere und nähere Konkretisierung durch die Grundrechte erfährt (Art. 1 ff. GG). Diese gewährleisten in umfassender Weise Freiheiten und damit soziale Chancen auf ebenso persönlich-individuale Entfaltung wie auf freie Selbstorganisation. Die Grundrechte verkörpern ebenso subjektiv-rechtliche Ansprüche und entsprechende Abwehrrechte gegenüber dem Staat wie objektive Rechtsgrundsätze, die zum einen die freiheitlich-autonomen Handlungs- und Organisationsbereiche der Gesellschaft und zum anderen diejenigen Funktionen benennen, die von Seiten der Gesellschaft dem Staate und seinen Aktivitäten freiheitsrechtlich vorgegeben sind[1]. In diesem Sinne begründen die Grundrechte auch funktionelle Freiheitsgarantien für den einzelnen Bürger wie für die Gesellschaft insgesamt — Garantien, die die staatlichen Zuständigkeitsansprüche insoweit begrenzen.

Die hierauf gegründeten Ordnungen der Gesellschaft, auch die der Wirtschaft, sind gestaltungsmäßig prinzipiell offen, weil ihre konkrete gesellschaftspolitische Vollendung maßgebend bei den Bürgern bzw. bei der Gesellschaft selbst liegt. Der freiheitlich-soziale Rechtsstaat i. S. des Grundgesetzes verzichtet der Gesellschaft gegenüber auf jeden volldeterminierten Ordnungsanspruch[2]. Die vom Grundgesetz geschaffene Gesellschaftsordnung unterscheidet sich damit elementar von der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die solche Freiheiten und funktionellen Autonomien der Gesellschaft nicht anerkennt, die aus den Prinzipien des Marxismus-Leninismus vielmehr den politisch und ökonomisch vorbestimmten Ablauf aller gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse abzuleiten und alle gesellschaftlichen Handlungs- und Organisationssysteme den eigenen ideologischen Vorgaben unterzuordnen sucht[3].

Für die verfassungsrechtliche Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik bedeutet dies, daß aus dem Grundgesetz keine bestimmte Ordnungsform im Sinne eines wirtschaftsverfassungsrechtlich geschlossenen Ordnungssystems abgeleitet werden kann. Die grundgesetzliche Wirtschaftsverfassung ist vielmehr offen bzw. wie häufig formuliert wird — „neutral".

„Neutralität" in diesem Sinne bedeutet vor allem inhaltliche Offenheit in der konkreten wirtschaftspolitischen Gestaltung. Ihre Grenze findet die inhaltliche Offenheit der Verfassung erst dort, wo wirtschaftspolitische Gestaltungen namentlich durch den Gesetzgeber an die Grenze eines bestimmten geschlossenen Ordnungssystems stoßen.

„Neutralität" im Sinne der offenen Wirtschaftsverfassung bedeutet aber nicht, daß der Staat sich der Wirtschaft gegenüber etwa in dem Sinne „neutral" zu verhalten hätte, daß ihm politische Maßnahmen der Lenkung, der Aufsicht, der Planung oder der sonstigen zielpolitischen Vorgabe verschlossen wären; wirtschaftsverfassungsrechtliche „Neutralität" bedeutet mit anderen Worten also nicht wirtschaftspolitische Passivität des Staates. „Neutralität" im Sinne der offenen Wirtschaftsverfassung bedeutet schließlich auch Offenheit im wirtschaftspolitischen Gestaltungsinstrumentarium; der Staat entscheidet prinzipiell selbst darüber, mit welchen Instrumenten er wirtschaftspolitisch aktiv wird (Lenkung, Aufsicht, Planung usw.).

Der Gesetzgeber hat hiernach vor allem das verfassungsrechtliche Mandat, über die konkreten Ordnungsbelange der Wirtschaft auf der Grundlage seines politischen Zweckmäßigkeitsentscheids und seiner aktuellen Situationsanalyse zu entscheiden[4]. Der Gesetzgeber verfügt dagegen über kein ordnungspolitisch geschlossenes bzw. gar ideologisch definiertes Gestaltungsrecht. So toleriert das Grundgesetz weder eine (sozialistische) Zentralverwaltungswirtschaft noch eine rein liberalistische Marktwirtschaft[5]. Zwischen den Extremen solcher Positionen bzw. derart geschlossener Ordnungssysteme besteht jedoch ein breiter Gestaltungsspielraum für den Gesetzgeber, der sich auch — je nach Situation, je nach Bedarf und wirtschaftspolitischer Vorgabe — durchaus einzelner Facetten auch solcher Ordnungssysteme bedienen kann. Dies darf jedoch nur in der konkreten Situation und im konkreten Gestaltungsentscheid, nicht dagegen mit dem Anspruch der absoluten oder abstrakten Ordnungsgebung bzw. für die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit geschehen. So können im Ausnahmefall z. B. auch zentrale Planungssysteme für einzelne Sektoren der Wirtschaft in Betracht kommen, sofern bei diesen entsprechende Notwendigkeiten, etwa auf der Grundlage bestimmter Krisen- oder Mangelsituationen, bestehen; lediglich für die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit sind zentrale Planungssysteme ausgeschlossen. Dies ergibt sich aus den konkreten Verfassungsentscheidungen, die das Grundgesetz auch für die Wirtschaft und ihre Ordnung bereitstellt. Das Grundgesetz steckt einen ordnungspolitisch zwar offenen, verfassungsrechtlich im übrigen aber durchaus stringenten Regelungsrahmen ab, der die staatliche Wirtschaftspolitik ebenso im ermächtigenden wie im begrenzenden Sinne bindet. Dieser Regelungsrahmen ergibt sich vor allem aus den vorgenannten Grundentscheidungen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, wobei hinsichtlich der wirtschaftlichen Freiheiten wiederum die nachstehend im einzelnen vorzustellenden Grundrechte eine herausragende Rolle spielen. Nur innerhalb dieses Regelungsrahmens verfügt der Gesetzgeber über wirtschaftspolitische Gestaltungsfreiheit. Offene Wirtschaftsverfassung im Sinne des Grundgesetzes heißt hiernach ebenso Offenheit im Sinne von konkreter, situationsgemäßer Gestaltbarkeit wie zum anderen Offenheit im Sinne eines ordnungspolitisch auch dauerhaften Offenhaltens.

Das Grundgesetz läßt sich damit auch nicht auf die Ordnungsvorstellung etwa einer „sozialen Marktwirtschaft" festlegen[6], gleichgültig welche aktuelle Ausgestaltung oder welche entwicklungsmäßige Stufe diese jeweils erfahren hat. So konturenmäßig unbestimmt der Begriff der „sozialen Marktwirtschaft" im einzelnen auch ist, so verkörpert ihre Idee im Ergebnis

doch ein bestimmtes Ordnungs- oder Gestaltungskonzept, das vom Gesetzgeber nicht verabsolutiert werden darf, andererseits von ihm aber solange bzw. insoweit verfolgt werden darf, wie damit keine ordnungspolitisch abschließende (verabsolutierende) Entscheidung für die gesamte zukünftige Ordnung der Wirtschaft insgesamt angestrebt wird[7]. Das Konzept sowie die zurückliegenden Entwicklungen der „sozialen Marktwirtschaft" sind daher, wie sich aus den im folgenden noch näher darzustellenden Zusammenhängen von sozialer Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten ergibt, durchaus verfassungsmäßig. Verfassungsmäßigkeit in diesem Sinne bedeutet jedoch nicht Verfassungspflichtigkeit. Oder mit anderen Worten: Die Ordnungsform einer „sozialen Marktwirtschaft" stellt eine verfassungsrechtlich mögliche und zulässige, verfassungsrechtlich aber nicht zwingende Ordnung der Wirtschaft dar.

1.2. Sozialer Rechtsstaat und Grundrechte

Die nicht nur sozial-, sondern auch wirtschaftspolitisch wichtigsten Ordnungs- und Gestaltungsermächtigungen des Staates folgen aus dem Sozialstaatsprinzip. Denn dies ermächtigt und beauftragt den Staat in grundsätzlich allen Bereichen des sozialen Bedarfs, der sozialen Sicherheit und der sozialen Ordnung zur Gestaltung, Leistung und Ordnungsgebung[8]. Inhaltlich orientiert sich das Sozialstaatsprinzip an der aktuellen gesellschaftlich-sozialen Situation, es benennt keinen vorab umrissenen Aufgaben- oder Zuständigkeitskatalog für den Staat. Als Funktionsauftrag ist das Sozialstaatsprinzip konkretisierungsbedürftig; seinen konkret gültigen Inhalt bestimmen die aktuelle (wirtschaftliche und soziale) Situation sowie der auf diese gegründete staatliche Gestaltungsentscheid. In diesem Sinne verkörpert das Sozialstaatsprinzip einen permanenten Konkretisierungsauftrag, den das Grundgesetz an den Gesetzgeber und sein aktuelles sozial- sowie wirtschaftspolitisches Gestaltungsermessen richtet[9]. Die Grenzen aller staatlichen, auch sozialstaatlich legitimierten Entscheidungen liegen in den Grundrechten und im Rechtsstaatsprinzip. Beide regeln die Gesellschaftsordnung nach liberalen Grundsätzen, indem sie alle staatlichen Ordnungsansprüche zugunsten bürgerlicher und gesellschaftlicher Selbstentfaltung begrenzen. Zwischen Grundrechten und Rechtsstaatsprinzip einerseits und Sozialstaatsprinzip andererseits besteht insoweit ein komplexes Wechselverhältnis, das einerseits gegenseitige Begrenzungen, zum anderen aber auch wechselseitige Ergänzungen enthält.

Den Ausgleich zwischen staatlichen Handlungsermächtigungen und freiheitsrechtlichen Handlungsschranken für den Staat besorgt das im Rechtsstaatsprinzip verwurzelte Prinzip des Übermaßverbots, demzufolge alle Eingriffe des Staates in grundrechtlich geschützte Bürgerfreiheiten — gemessen nach Eingriffszweck und Eingriffsausmaß — ebenso erforderlich wie verhältnismäßig sein müssen. So sind alle unverhältnismäßigen Ordnungs- oder Gestaltungsansprüche staatlicher Zuständigkeitsträger, vor allem des Gesetzgebers, durch die Grundrechte und das Rechtsstaatsprinzip beschränkt. Andererseits sind staatliche Maßnahmen der sozialen Ordnung und Sicherheit mit dazu berufen, gesellschaftliche Autonomien und bürgerliche Freiheitsräume auch in ihren sozialen Voraussetzungen wie Rahmenbedingungen zu sichern und zugunsten sozialer Gerechtigkeit wie sozialen Ausgleichs zu regulieren[10].

Die für die freiheitlich-rechtsstaatliche Wirtschaftsordnung maßgebenden Grundrechte finden sich in der Eigentumsgarantie des Art. 14 GG, in der Garantie der Berufs- und Gewerbefreiheit des Art. 12 GG, in dem sog. allgemeinen Hauptfreiheitsrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit gemäß Art. 2 Abs. 1 GG, die — soweit nicht die Grundrechte aus Art. 12 und Art. 14 GG vorgehen — auch die Freiheit der unternehmerisch-wirtschaftlichen Betätigung, der Wettbewerbs- sowie der Vertragsfreiheit umfaßt[11], die Garantie der Vereinigungsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 1 GG, die auch das Recht der wirtschaftlichen Selbstorganisation — also namentlich das Recht zur Bildung von wirtschaftlichen Verbänden und Personal- sowie Kapitalgesellschaften, nicht dagegen das Recht zur Bildung von Kartellen oder sonstigen wettbewerbsbeschränkenden und damit freiheitswidrigen Zusammenschlüssen — einschließt[12], sowie schließlich die Garantie der Koalitionsfreiheit in Art. 9 Abs. 3 GG, die die freiheitliche Bildung und Betätigung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie deren Recht vor allem zur Tarifautonomie und zum prinzipiell staatsfreien Arbeitskampf (Streik und Aussperrung) gewährleistet[13]. Die letztere Garantie der Koalitionsfreiheit bildet das maßgebende Fundament der grundgesetzlichen Arbeitsverfassung, die analoge Strukturen wie die grundgesetzliche Wirtschaftsverfassung aufweist und mit dieser im engen Zusammenhang steht[14].

Die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG schützt das Eigentum im umfassenden Sinne, wobei zwischen persönlichem Eigentum, Verbrauchseigentum und dem Eigentum an den Produktionsmitteln kein verfassungsrechtlicher Unterschied gemacht wird[15]. Der verfassungsrechtliche Eigentumsbegriff orientiert sich wesentlich an den ökonomischen Funktionen vermögenswerter Rechte, schützt namentlich jeden Vermögenserwerb, der auf dem Einsatz eigener Arbeits- und/oder Kapitalleistung beruht[16]. So reicht der verfassungsrechtliche Eigentumsbegriff über den des bürgerlichen Rechts hinaus, indem grundsätzlich jedes vermögenswerte Recht geschützt wird[17]: angefangen vom bürgerlich-rechtlichen Sacheigentum über Forderungsrechte, gesellschaftsrechtliche Mitgliedschaftsrechte (z. B. Aktienrechte), Patentrechte, Warenzeichen- und Urheberrechte bis hin zu einzelnen Positionen auch öffentlich-rechtlicher Vermögensrechte, etwa im sozialversicherungsrechtlichen Bereich[18]. Als „elementares Grundrecht" und besondere „Wertentscheidung des Grundgesetzes für den sozialen Rechtsstaat"[19] gliedert sich die Eigentumsgarantie in die subjektiv-rechtliche Anspruchsposition des einzelnen Bürgers und in die objektiv-rechtliche Gewährleistung des Eigentums als Rechtsinstitut[20]. Die Eigentumsgarantie sichert im wirtschaftlichen Bereich die eigenverantwortliche und ökonomisch autonome Betätigung nach den Prinzipien der

Privatnützigkeit und der grundsätzlich freien Verfügungsbefugnis[21]. Wirtschaftsverfassungsrechtlich entfaltet die Eigentumsgarantie damit zwei grundsätzlich bedeutsame Funktionen: einmal in Gestalt des Schutzes und der Garantie auch des Rechts am Unternehmen (Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb)[22] und seiner grundsätzlich freien, privaten sowie individualen Nutzung nach den Regeln wirtschaftlicher Rentabilität und persönlichen Erfolgs wie Risikos[23]; zum anderen in Gestalt des auch allgemein vorausgesetzten Privateigentums an den Produktionsmitteln und ihrer entsprechend freien und privatnützigen Nutzung. An der letzteren Feststellung ändert auch die Sozialisierungsermächtigung des Art. 15 GG nichts, die zwar bestimmte Produktionsmittel einer allgemeineren Enteignungsermächtigung zugunsten des Staates bei Vorliegen eines entsprechenden Gemeinwohlgrundes unterwirft, andererseits aber entsprechende Sozialisierungsmaßnahmen, die in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht praktisch geworden sind, der adäquaten Enteignungsentschädigung zugunsten der betroffenen Eigentümer unterstellt und damit an der prinzipiellen wertmäßigen Güterverteilung nichts zu ändern imstande ist[24].

Aus dem allgemeinen Schutzprinzip des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln folgt mittelbar und notwendig eine wirtschaftliche Ordnung, die den tatsächlichen Wirtschaftsablauf nach den ökonomischen Funktionsgesetzlichkeiten von Privatautonomie, dezentraler Verteilung von Rechtsträgerschaft, Nutzung, Chancen und Risiko sowie in der Konsequenz dessen im Sinne einer grundsätzlich wettbewerblich funktionierenden Marktordnung verfaßt[25]. Dies bedeutet indessen keine Aufgabe des Prinzips der offenen Wirtschaftsverfassung, weil die konkrete Gestaltung der jeweils gültigen Eigentumsordnung wesentlich in der Hand des Gesetzgebers liegt (vgl. Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG) und weil auch das private Eigentumsrecht den sozialstaatlichen Vorbehalten besonderer, in der Regel wiederum vom Gesetzgeber zu konkretisierender Gemeinwohlbindungen unterliegt (Sozialbindung des Eigentums gemäß Art. 14 Abs. 2 GG). Gerade der sozialstaatliche Gesetzgeber ist vielfältig ermächtigt, Inhalt und Gebrauch des Eigentums in sozialverpflichtender Weise zu regulieren, wobei ebenso konkrete Nutzungsbeschränkungen wie auch unternehmensverfassungsrechtliche Sozialstrukturen in Betracht kommen[26]; in letzterer Hinsicht ist vor allem auf das Beispiel der arbeitnehmerischen Mitbestimmung im Unternehmen hinzuweisen[27].

Markt und Wettbewerb verkörpern ungeachtet dessen realtypische Ordnungs- und Funktionsmuster einer Eigentumsverfassung, die sich zum prinzipiellen Privateigentum an den Produktionsmitteln bekennt und daher auch vom Gesetzgeber die Bereitstellung entsprechender Ordnungsgrundlagen für eine entsprechend freiheitlich-dezentrale Eigentumsordnung namentlich im ökonomischen Bereich gewährleistet[28].

Das gleiche ergibt sich aus der Garantie der Berufs- und Gewerbefreiheit nach Art. 12 GG. Denn dieses Grundrecht gewährleistet jede sinnvolle wirtschaftliche Betätigung und fordert im ökonomischen Bereich damit auch ihrerseits eine wesentlich markt- und wettbewerbsmäßig funktionierende Grundordnung freier beruflicher und gewerblicher Betätigung[29].

In der gleichen Richtung sind schließlich die Grundrechtsgarantien der freien Entfaltung der Persönlichkeit gemäß Art. 2 Abs. 1 GG und der (auch) wirtschaftlichen Organisationsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 1 GG sowie schließlich die arbeitsverfassungsrechtliche Grundgarantie der Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 3 GG wirksam.

Die Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes enthält und gewährleistet im Lichte des sozialen Rechtsstaates und seiner grundrechtlichen Freiheitsgarantien demnach ein freiheitsrechtlich garantiertes Grundmaß an individualer und institutioneller Eigentums- und Gewerbe- bzw. Wirtschaftsfreiheit, das seinerseits für jede — vom zuständigen Gesetzgeber konkret berufene und ausgestaltete — Wirtschaftsordnung ein Mindestmaß an freiheitsrechtlich-dezentralen Wettbewerbs- und Marktstrukturen als Ergebnis wie Voraussetzung der eigentumsrechtlichen und gewerbe- bzw. wirtschaftsfreiheitlichen Grundrechtsgarantien bedingt.

1.3. Staatliche Zuständigkeiten

Im System der offenen Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes verfügt der Staat über eine ganze Reihe von Zuständigkeiten zur konkretisierenden Ausgestaltung. Der Staat ist in seiner Wirtschaftspolitik prinzipiell frei. Begrenzt werden seine Zuständigkeiten durch die vorgenannten Prinzipien des sozialen Rechtsstaats, vor allem also durch die Grundrechte. Systematisch spricht man entweder allgemein von der staatlichen Zuständigkeit zur Wirtschaftslenkung oder in weiterer Differenzierung von der staatlichen Wirtschaftsplanung, der Wirtschaftslenkung im engeren Sinne, der Wirtschaftsaufsicht und der staatlichen Eigenwirtschaft.

1.3.1.

Die Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftsplanung sind wesensgemäß auf die langfristige Beeinflussung von kompletten Wirtschaftsabläufen, sei es der gesamten Volkswirtschaft, sei es von regionalen oder sektoralen Teilen derselben, gerichtet. Planungsmaßnahmen können prinzipiell ebenso indikativer wie imperativer Art sein, sie können ebenso makroökonomische wie mikroökonomische Daten setzen. Die Grenze aller staatlichen Planungsbefugnisse setzt jedoch das Verbot der staatlichen Planwirtschaft bzw. Zentralverwaltungswirtschaft. Nach Maßgabe des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit werden demgemäß auch zentrale Planungen imperativer Art nur unter sehr strengen Voraussetzungen in Betracht kommen können, namentlich dann, wenn keine andere Möglichkeit besteht, definitiven Gefahren-, Krisen- oder Mängelsituationen zu begegnen.

Die wichtigsten Felder der sektoralen und regionalen Wirtschaftsplanung finden sich im Bereich der sog. Entwicklungsplanung sowie — als Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern — auf den Gebieten der „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und „der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (Art. 91a Abs. 1 Ziff. 2 und 3 GG).

Makropolitisch kommt die größte Bedeutung der Globalsteuerung nach dem StWG vom 8. 6. 1967 (BGBl. I S. 582) in Verbindung mit dem Verfassungsauftrag zur Wahrung des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts" (vgl. Art. 109 Abs. 2 GG) zu. Hiernach haben Bund und Länder bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen darauf zu achten, daß diese „im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen" (§ 1 S. 2 StWG). Dieses sog. „magische Viereck" benennt zugleich die wichtigsten verfassungsmäßigen Grundziele der staatlichen Wirtschaftspolitik. Diese Ziele könnten in der weiteren Zukunft durch die verfassungsgesetzliche Aufnahme einer verfassungsgesetzlichen Staatszielbestimmung zugunsten des Umweltschutzes erweitert werden[30]. Eine solche Verfassungsnovellierung wird z. Z. im Bundestag und Bundesrat diskutiert, wobei auch der Zusammenhang einer solchen Staatszielbestimmung Umweltschutz mit den Zielprojektionen des § 1 StWG zur Debatte steht[31].

1.3.2.

Von Maßnahmen der Wirtschaftslenkung (im engeren Sinne) spricht man überall dort, wo der Staat mit interventionistischen Mitteln den Wirtschaftsablauf zur Erreichung bestimmter wirtschaftspolitischer Ziele reguliert, ohne bereits wirtschaftsplanerisch tätig zu sein und andererseits nicht bei der bloßen (defensiven) Wirtschaftsaufsicht (zu dieser anschließend unter 1.3.3.) zu verharren. Systematisch ist zwischen hoheitlich eingreifender und leistungsmäßig fördernder Wirtschaftslenkung zu unterscheiden.

Die hoheitlich-eingreifende Wirtschaftslenkung reicht von Qualifikationserfordernissen für einzelne Berufe über Auflagen, bestimmte Handlungs- oder Organisationsangebote, Erlaubnis- und Verbotsvorbehalte bis hin zu Konzessionierungen. Lenkungsmaßnahmen der Wirtschaftsförderung finden sich nicht nur dort, wo der Staat mit entsprechenden Geboten und Verboten, sondern auch wo er mit unterstützenden Maßnahmen auf den Wirtschaftsablauf Einfluß nimmt, wie z. B. durch Subventionsgewährungen, Finanzhilfen (vgl. §12 StWG) und Steuervergünstigungen, Beratungs- und Qualifikationshilfen und sonstige Dienstleistungsangebote[32].

1.3.3.

Die Wirtschaftsaufsicht beschränkt sich im Gegensatz zur Wirtschaftslenkung darauf, bestimmte (autonome) Wirtschaftsbereiche lediglich defensiv vor bestimmten Gefahren oder Mißbräuchen zu schützen. Wichtige Beispiele hierfür sind die Kartellaufsicht zur Sicherung des freien Wettbewerbs[33], die Versicherungsaufsicht zur Sicherung eines funktions- und leistungsfähigen Privatversicherungswesens[34] und die Kreditaufsicht zur Sicherung eines soliden und funktionierenden Kreditgewerbes[35].

1.3.4.

Da die offene Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes keine rein privatwirtschaftliche Marktwirtschaft als ausschließliches (geschlossenes) Ordnungssystem konstituiert oder voraussetzt, ist der Staat auch berechtigt, einzelne Wirtschaftsaufgaben aus dem privatwirtschaftlichen Wettbewerb herauszunehmen, innerhalb desselben mit besonderen Zuständigkeiten auszustatten oder sogar in die eigene Zuständigkeit zu übernehmen. Im letzteren Falle spricht man von der staatlichen Eigenwirtschaft bzw. den öffentlichen Unternehmen, die auf öffentlichem Eigentum beruhen[36]. Innerhalb der öffentlichen Unternehmen ist zu unterscheiden zwischen Unternehmen, die bestimmten öffentlichen Aufgaben, namentlich solchen der Daseinsvorsorge, dienen und solchen, die — insoweit ganz mit der Privatwirtschaft vergleichbar — allein erwerbswirtschaftliche (fiskalische) Zwecke verfolgen. Im ersteren Falle kann von der staatlichen Sozialwirtschaft, im zweiten Falle von der staatlichen Erwerbswirtschaft gesprochen werden[37].

Das grundgesetzliche Sozialstaatsprinzip ermächtigt den Staat zur Übernahme sozialwirtschaftlicher Eigenzuständigkeiten insbesondere dort, wo es um die genannten Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge geht (z. B. Post, Bahn, sonstige Verkehrsbetriebe sowie Versorgungsbetriebe des allgemeinen zivilisatorischen Bedarfs). Im Rahmen solcher Unternehmungen kann der Staat auch eigene Monopole errichten (Verwaltungsmonopole), wie z. B. das staatliche Monopol der Arbeitsvermittlung im Rahmen der Bundesanstalt für Arbeit[38].

Solche Monopole schließen jeden privaten Konkurrenten aus, sind jedoch bei Vorliegen entsprechend überragender Gemeinwohlgründe verfassungsmäßig[39].

Für rein erwerbswirtschaftliche (fiskalische) Unternehmen des Staates fehlt es dagegen an einer vergleichbar aufgabenmäßigen Legitimation. Reine Gewinnerzielung ist keine Staatsaufgabe. Dennoch läßt sich aus dem Grundgesetz kein allgemeines Verbot entsprechend erwerbswirtschaftlicher Staatsbetätigung ableiten, wie sich namentlich aus dem Umstand ergibt, daß das Grundgesetz sogar den — freilich nur in historischen Ausnahmen vorgegebenen — Sonderfall des staatlichen Finanzmonopols toleriert (vgl. Art. 108 Abs. 1 GG); diese verfassungsrechtliche Toleranz beschränkt sich jedoch auf die bereits bei Inkrafttreten des Grundgesetzes vorhandenen Finanzmonopole; die Neueinrichtung oder zusätzliche Schaffung von Finanzmonopolen wäre verfassungsrechtlich abzulehnen[40]. Wenn der Staat sich durch öffentliche Unternehmen in Konkurrenz zur Pri-

vatwirtschaft begibt, untersteht er prinzipiell und ebenso wie der Private den allgemeinen Schranken des Wettbewerbsrechts[41]; darüberhinaus können sich grundrechtliche Grenzen solcher Staatsbetätigung — wie insbesondere bei den Verwaltungsmonopolen — ergeben.

Fußnoten

[1] Materialien 1974, Tz 262.
[2] Materialien 1974, Tz 262.
[3] Materialien 1974, Tz 263.
[4] Vgl. BVerfGE 4, 7 (17f.); 7, 377 (400); 25, 1 (19f.); 30, 292 (317ff.); 50, 290 (366ff.); Ehmke, 1961, 16ff., 68ff.; Scheuner, 1971, S. 9ff.; Materialien, 1974, Tz 318, 320ff..
[5] Materialien 1974, Tz 322.
[6] Vgl. hierzu bes. BVerfGE 4, 7 (17f.); 7, 377 (400); 25, 1 (19f.); 30, 292 (317ff.); 50, 290 (366ff.).
[7] Materialien 1974, Tz 318, 334ff.
[8] Vgl. BVerfGE 5, 85 (198); 22, 180 (204); 27, 253 (283); 33, 303 (334f.).
[9] Vgl. bereits Materialien, 1974, Tz 276; s. a. Scholz 1976, S. 120.
[10] s.m.w. Nachw. Materialien 1974, Tz 290ff.
[11] Vgl. z. B. BVerfGE 4, 7 (16); 8, 274 (328); 14, 263 (282f.); Nipperdey/Wiese, 1962, S. 741, 785, 869, 881ff., 886ff., 903ff.; Dürig, 1985, Art. 2 I RdNr. 43, 48ff., 53ff.
[12] Vgl. näher hierzu Scholz, 1985, Art. 9 RdNr. 60 ff.; Papier, 1977, S. 87ff.; vgl. auch BVerfGE50, 290 (353ff.); zur Spezialproblematik des verfassungsmäßigen Kartellrechts und der Verfassungsmäßigkeit einer Konzentrationskontrolle sh. Krüger, 1950; Scholz, 1985, Art. 9 RdNr. 63f., 152f.; ders., 1971, bes. S. 26ff., 38ff., 61ff.; ders., 1981, bes. S. 83ff., 137ff., 187ff.
[13] Vgl. z. B. BVerfGE 4, 96 (106); 38, 281 (305ff.); 44, 322 (340); 50, 290 (366ff.); BAGE 21, 201 (205); BAG AP Art. 9 GG Arbeitskampf Nr. 43; Säcker, 1969, S. 71ff.; Brox/Rüthers, 1982, S. 30ff.; Scholz, 1985, Art. 9 RdNr. 278ff., 299ff., 309ff.
[14] Vgl. näher z. B. sowie m.w. Nachw. Scholz, 1979, S. 511ff.
[15] Vgl. bereits Materialien, 1974, Tz 324; s. des weiteren sowie m.w. Nachw. bes. Wendt, 1985, S. 9ff.
[16] Vgl. z. B. BVerfGE 1, 264 (277f.); 14, 288 (293f.); 16, 94 (113); 30, 292 (334).
[17] Vgl. z. B. BVerfGE 1, 264 (276); 4, 7 (26); 14, 263 (277f.); 18, 85 (90); 18, 121 (131ff.); 25, 371 (407); 35, 377 (378); 36, 281 (290); 49, 244 (247ff.); 50, 290 (344); 65, 196 (209); 68, 361 (367ff.).
[18] Vgl. z. B. BVerfGE 4, 219 (240f.); 15, 167 (200); 40, 65 (83); 53, 257 (289ff.); 64, 87 (97ff.); BVerfG, NJW 86, 39ff..
[19] Vgl. BVerfGE 14, 163 (277).
[20] Vgl. BVerfGE 20, 351 (355); 24, 367 (389); 26, 206 (222); 42, 263 (293); 50, 290 (339); 68, 193 (222).
[21] Vgl. BVerfGE 24, 367 (389); 30, 292 (334); 31, 229 (239f.); 37, 132 (140); 42, 64 (76); 42, 263 (294); 50, 290 (339); 52, 1 (30); 53, 257 (290); 61, 82 (108); 68, 361 (374f.).
[22] Vgl. BVerfGE 1, 264 (277f.); 13, 225 (229); 45, 272 (296); 50, 290 (339ff.); 58, 81 (112); eher einschränkend nur BVerfGE 51, 193 (221f.).
[23] S.a. BVerfGE 50, 290 (344).
[24] Vgl. Papier, 1977, S. 84ff.; Scholz, 1976, S. 120ff..
[25] Vgl. Scholz, 1976, S. 123ff.
[26] Vgl. hierzu m.w. Nachw. schon Materialien, 1974, Tz 323, 324, 331ff.
[27] Zur Verfassungsmäßigkeit des MitbestG vom 4. 5. 1976 (BGBl. I S. 1153), s. BVerfGE 50, 290 (339ff.).
[28] Vgl. z. B. Rupp, 1974, S. 35; Leisner, 1975, 1ff.; Scholz, 1976, S. 124ff.
[29] Vgl. Scholz, 1985, Art. 12 RdNr. 78ff.
[30] Vgl. Gesetzesantrag der Grünen vom 9. 2. 84 (BT-Drucks. 10/990); Antrag der SPD vom 25. 5. 84 (BT-Drucks. 10/1502); Antrag des Landes Hessen vom 22. 5. 84 (BR-Drucks. 247/84); Antrag des Landes Schleswig-Holstein vom 18. 6. 84 (BR-Drucks. 307/84).
[31] S. hierzu die Gesetzgebungsinitiative des Landes Berlin zur Änderung des § 1 StWG vom 16. 10. 85 (BR-Drucks. 487/85).
[32] S. hierzu den Überblick und die Systematik bei Joost, 1985, 545ff., 581ff., 615ff.
[33] S. hierzu §§44ff. GWB i.d.F. vom 24. 9. 80 (BGBl. I S. 1761).
[34] S. hierzu §§90ff. VAG i.d.F. vom 13. 10. 83 (BGBl. I S. 1261).
[35] S. hierzu §§ 4ff. KWG i.d.F. vom 11. 7. 85 (BGBl. I S. 1472).
[36] Zur hiesigen Problematik s. m.w. Nachw. bes. BVerwGE 17, 306 (308ff.); 39, 329 (330 ff.); BVerwG, BayVBl. 81, 601f.; BGH, DÖV 76, 633ff.; Püttner, 1985; Emmerich, 1969 b; Klein, 1968; Scholz, 1976, S. 131ff.; Scholz, 1985, Art. 12 RdNr. 401ff.
[37] Vgl. Scholz, 1985, Art. 12. RdNr. 402ff.
[38] Vgl. dazu BVerfGE 21, 245 (249ff).
[39] Vgl. näher und m.w. Nachw. Scholz, 1985, Art. 12 RdNr. 406ff.
[40] Vgl. z. B. BVerfGE 14, 105 (111ff.); Scholz, 1985, Art. 12 RdNr. 106, 248, 404, 406.
[41] Vgl. BGH, DÖV 76, 633ff.; Mestmäcker, 1969, 1ff.; Emmerich, 1969 a; Scholz, ZHR 1969, 97ff.; Scholz , 1978, S. 16ff.

Literatur

Brox, H./Rüthers, B., 1982, Arbeitskampfrecht, Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz, Verlag W. Kohlhammer, 2. Aufl., 1982

Dürig, G., 1985, in: Maunz, T./Dürig, G., Grundgesetz, Kommentar, München, Verlag C.H. Beck, Loseblattsammlung, 24. ErgLfg. 1985, Art. 2

Ehmke, H., 1961, Wirtschaft und Verfassung, Karlsruhe, Verlag C.F. Müller, 1961

Emmerich, V., 1969 a, Der unlautere Wettbewerb der öffentlichen Hand, Tübingen, Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1969

Emmerich, V., 1969 b, Das Wirtschaftsrecht der öffentlichen Unternehmen, Bad Homburg v.d.H./Berlin (West)/Zürich, Verlag Gehlen, 1969

Joost, G., 1985, Wirtschaftsförderung — Methoden und Probleme staatlicher Intervention in der sozialen Marktwirtschaft, in: BayVBl. 1985, S. 545ff., 581ff., 615ff.

Krüger, H., 1950, Grundgesetz und Kartellgesetzgebung, Göttingen, Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, 1950

Klein, H.-H., 1968, Die Teilnahme des Staates am wirtschaftlichen Wettbewerb, Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz, Verlag Kohlhammer, 1968

Leisner, W., 1975, Privateigentum ohne privaten Markt?, in: BB 1975, S.1ff.

Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, Hsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1974

Mestmäcker, E.-J., 1969, Die Abgrenzung von öffentlich-rechtlichen und privatwirtschaftlichem Handeln im Wettbewerbsrecht, in: NJW 1969, S. 1ff.

Nipperdey, H.C./Wiese, G., 1962, Freie Entfaltung der Persönlichkeit, in: Bettermann, K.A./Nipperdey, H.C., die Grundrechte, Berlin (West), Verlag Duncker und Humblot, 1962, Bd. IV/2, S. 741ff.

Kapitel III

Papier, H.-J., 1977, Unternehmen und Unternehmer in der verfassungsrechtlichen Ordnung der Wirtschaft, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Verlag de Gruyter, Berlin (West)/New York, Heft 35, 1977, S. 55ff.

Püttner, G., 1985, Die öffentlichen Unternehmen, Stuttgart/ München/ Hannover, Verlag R. Boorberg, 2. Aufl., 1985

Rupp, H.-H., 1974, Grundgesetz und „Wirtschaftsverfassung", Tübingen, Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1974

Säcker, H.-J., 1969, Grundprobleme der kollektiven Koalitionsfreiheit, Verlag Handelsblatt, Düsseldorf 1969

Scheuner, U., 1971, Die staatliche Einwirkung auf die Wirtschaft, Wirtschaftsrechtliche Aufsätze 1946-1970, Frankfurt/ Main, Athenäum-Verlag 1971

Scholz, R., 1969, Wettbewerbsrecht und öffentliche Hand, in: ZHR Bd. 132, 1969, S. 97 ff.

Scholz, R., 1971, Konzentrationskontrolle und Grundgesetz, Stuttgart, Verlag F. Enke, 1971

Scholz, R., 1976, Grenzen staatlicher Aktivität unter der grundgesetzlichen Wirtschaftsverfassung, in: Duwendag, D., Der Staatssektor in der sozialen Marktwirtschaft, Berlin (West), Verlag Duncker und Humblot, 1976, S. 113ff.

Scholz, R., 1978, Wettbewerbsrechtliche Klagen gegen Hoheitsträger: Zivil- oder Verwaltungsrechtsweg? in: NJW 1978, S. 16ff.

Scholz, R., 1979, Bundesarbeitsgericht und Arbeitsverfassung, in: Gamillscheg, F./Hueck, G./Wiedemann, H., 25 Jahre Bundesarbeitsgericht, München, Verlag C.H. Beck, 1979, S. 511ff.

Scholz, R., 1981, Entflechtung und Verfassung, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 1981

Scholz, R., 1985, in: Maunz, T./Dürig, G., Grundgesetz, Kommentar, München, Verlag C.H. Beck, Loseblattsammlung, 24. ErgLfg. 1985, Art. 9, 12

Wendt, R., 1985, Eigentum und Gesetzgebung, Hamburg, Verlag J. Heitmann, 1985

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel (auch im Plural)
BAG AP	BAG = Bundesarbeitsgericht AP = Arbeitsrechtliche Praxis, Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayVBl.	Bayrische Verwaltungsblätter
BB	Der Betriebs-Berater
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BR-Drucks.	Bundesrat-Drucksache
BT-Drucks.	Bundestag-Drucksache
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
ErgLfg.	Ergänzungslieferung
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz)
i.d.F.	in der Fassung
i.S.	im Sinne
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
RdNr.	Randnummer
StWG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
Tz	Textziffern
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer

Anmerkungen zur Zitierweise

Bei den Entscheidungen ist nach der Bandangabe hinter dem Komma die Seite angegeben, auf der der Abdruck der Entscheidung beginnt. Der Teil der Entscheidung, auf den im Text Bezug genommen wurde, ist durch Angabe der betreffenden Seite(n) in Klammern hinzugefügt worden, z. B. BVerfGE 4, 7 (17 f.).

Die bei den Materialien (1974) aufgeführten Textziffern (Tz) und die Randnummern (RdNr.) bei den Kommentaren sind den einzelnen Abschnitten vorangestellt und dienen der raschen Auffindung von Stellen.

2. Die verfassungsrechtlichen und die politischen Grundlagen der DDR-Wirtschaft

Siegfried Mampel

Zusammenfassung

Die Ordnungsform der Wirtschaft wird in der DDR durch die Verfassung entsprechend der Struktur ihrer Staats- und Gesellschaftsform festgelegt. Deren Elemente sind die führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), deren Suprematie, sowie das sozialistische Eigentum und die Leitung und Planung der gesellschaftlichen Entwicklung, die für den ökonomischen Bereich als sozialistische Planwirtschaft zu einer Zentralverwaltungswirtschaft führt.

Die Suprematie der SED über die Wirtschaft wird mit Hilfe ihrer Organisation, gesetzlicher Bestimmungen, der Personalpolitik und der „Arbeiter- und Bauern-Inspektion" als eines Kontrollorgans besonderer Art durchgesetzt.

Das sozialistische Eigentum besteht aus dem gesamtgesellschaftlichen Volkseigentum, dem genossenschaftlichen Gemeineigentum sowie dem Eigentum gesellschaftlicher Organisationen.

Für die Leitung und Planung der Volkswirtschaft gilt das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Sie richtet sich nach den staatlichen Volkswirtschaftsplänen. Der demokratische Zentralismus bedeutet die Unterordnung der unteren Einheiten, vor allem der volkseigenen Betriebe, die das Volkseigentum zu nutzen und zu bewirtschaften haben, unter die jeweils höheren, verbunden mit einer gewissen Selbständigkeit der unteren, die aber niemals zu einer Selbstverwaltung führt.

Das Währungs- und Finanzsystem wird vom Staat festgelegt. Die Außenwirtschaft, einschließlich des Außenhandels und der Valutawirtschaft, ist staatliches Monopol.

Die Stellung der Gewerkschaften, des Freie Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), ist verfassungsrechtlich so festgelegt, daß dieser als Massenorganisation in die Staats- und Gesellschaftsorganisation unter der Suprematie der SED eingefügt ist. Der FDGB kann nur insoweit von seinen Rechten als Interessenvertreter Gebrauch machen, wie es die SED gestattet.

Inhalt Seite

2.1. Der Zusammenhang zwischen den politischen und den ökonomischen Grundlagen 34

2.2. Die Durchsetzung der Suprematie der SED über die Wirtschaft 34

2.3. Die Eigentumsordnung 36

2.4. Organisation, Leitung und Planung 36

2.5. Das Währungs- und Finanzsystem 37

2.6. Die Außen- und Valutawirtschaft 37

2.7. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) 37

Kapitel III

2.1. Der Zusammenhang zwischen den politischen und den ökonomischen Grundlagen

Die Verfassung der DDR[1] gibt deren Wirtschaft eine spezifische Ordnungsform. Diese Wirtschaftsordnung ist in die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR eingelagert, wie sie zunächst im Gegensatz zur Verfassung von 1949[2], die ein parlamentarisch-demokratisches System, freilich ohne Gewaltenteilung, vorsah, in der Wirklichkeit geschaffen worden war, sodann 1968 verfassungsrechtlich verankert wurde.

Die DDR hält sich für einen sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern (Art. 1 Abs. 1 Satz 1)[3] und die Volkswirtschaft wird als sozialistische Planwirtschaft bezeichnet (Art. 9 Abs. 3 Satz 2). Das gemeinsame Beiwort „sozialistisch" ist als „marxistisch-leninistisch" zu verstehen. Die Staats-und Gesellschaftsordnung der DDR und mit ihr deren Wirtschaftsordnung sind nach der Lehre des Marxismus-Leninismus gestaltet.

Die Struktur der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung weist drei Elemente auf. Diese bestimmen auch die Wirtschaftsordnung.

Das wichtigste Strukturelement ist die Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, also der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die als „führend" bezeichnet wird (Art. 1 Abs. 1 Satz 2). Sie wird gegenüber dem Staat und gegenüber der Gesellschaft ausgeübt, die damit zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zusammenwachsen. Es gibt zwar auch noch andere Parteien: die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU), die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die National Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). Indessen erkennen sie in ihren Satzungen die „führende Rolle" der SED vorbehaltlos an und sind daher nicht autonom. Nach marxistisch-leninistischer Auffassung wird in der DDR-Gesellschaft, die eine Klassengesellschaft sei, die Herrschaft durch die Arbeiterklasse, für die die SED als Zusammenschluß der „fortschrittlichsten Angehörigen der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und der anderen Werktätigen"[4] handelt, im Bündnis mit den anderen Klassen ausgeübt. Ausdruck dieses Bündnisses ist auf verfassungsrechtlicher Grundlage (Art. 3) die Nationale Front der DDR. Wegen der Rolle der SED im Mehrparteiensystem der DDR hat sie nur formalen Charakter. Weil die Stellung der SED auf die Dauer angelegt und daher nicht in Wahlen, die die Auswahl unter verschiedenen politischen Richtungen ermöglichen, legitimiert wird, sondern verfassungsrechtlich festgelegt ist, ist sie als Suprematie (Vorherrschaft) über Staat und Gesellschaft zu bezeichnen. Diese Suprematie besteht auch im wirtschaftlichen Bereich. Die Wirtschaftsordnung erhält durch sie das wichtigste Gepräge.

Das zweite Strukturelement der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR ist das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln. Dieses ist von der SED als vermeintlicher Sachverwalterin der Arbeiterklasse als materielle Grundlage ihrer Herrschaft geschaffen worden, weil nach marxistisch-leninistischer Lehre das Eigentum an den Produktionsmitteln die politische Macht in jeder Gesellschaftsordnung vermittelt. Nach dem festen Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz und den anderen Schichten des Volkes wird das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln als unantastbare Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung bezeichnet (Art. 2 Abs. 2). Diese Eigentumsart ermöglicht es der SED, die Suprematie über die Wirtschaft auszuüben, ohne Rücksicht auf private Eigentümer an den Produktionsmitteln nehmen zu müssen.

Das dritte Strukturelement der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung ist die Leitung und Planung der gesellschaftlichen Entwicklung, welche die Verfassung ebenfalls als unantastbare Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung nennt (Art. 2 Abs. 2). Nach marxistisch-leninistischer Lehre nimmt die gesellschaftliche Entwicklung einen gesetzmäßigen Verlauf, der letztlich zum Kommunismus führt. Die zur Zeit erreichte Etappe in der DDR wird als entwickelte sozialistische Gesellschaft bezeichnet. Die gesetzmäßige Entwicklung der Gesellschaft darf nach marxistisch-leninistischer Lehre nicht dem Selbstlauf überlassen werden. Sie muß vorangetrieben werden. Diese Aufgabe obliegt der marxistisch-leninistischen Partei, in der DDR also der SED. Deshalb wird Leitung und Planung der gesellschaftlichen Entwicklung für erforderlich gehalten, und zwar nach dem Willen der SED. Diese bedient sich dazu des Staatsapparates. Für den wirtschaftlichen Bereich ergibt sich daraus die sozialistische Planwirtschaft als Grundlage der Volkswirtschaft. Ihre zentrale Instanz sind die höchsten Machtorgane des Staates unter der Suprematie der SED. So ist die sozialistische Planwirtschaft als eine Zentralverwaltungswirtschaft zu werten.

2.2. Die Durchsetzung der Suprematie der SED über die Wirtschaft

Die Suprematie der SED über die Wirtschaft wird mit Hilfe ihrer auf dem Statut[5] beruhenden Organisation, gesetzlicher Bestimmungen, der Personalpolitik und eines Kontrollorgans, der „Arbeiter-Bauern-Inspektion", durchgesetzt.

a) Der Organisationsaufbau der SED beruht auf dem Strukturprinzip des demokratischen Zentralismus. Dieser vereinigt in sich den Grundsatz, demzufolge alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für die nachgeordneten Organe verbindlich sind, straffe Parteidisziplin zu üben ist und die Minderheit sowie der einzelne sich den Beschlüssen der Mehrheit diszipliniert unterordnet, mit der Wahl aller Parteiorgane von unten bis oben. In der Praxis besteht ein Übergewicht der höchsten Organe über die nachgeordneten. Die Wahlvorschläge werden jeweils von den übergeordneten Organen gemacht und lassen eine Auswahlmöglichkeit nicht zu, so daß die zur Verwirklichung aller Beschlüsse der übergeordneten Organe verpflichteten Parteimit-

glieder keine andere Möglichkeiten haben, als die vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen.

Das höchste Organ der SED ist der Parteitag. Er beschließt unter anderem das Parteiprogramm. Das zur Zeit geltende Parteiprogramm[6] bestimmt ausführlich die ökonomische Politik der Partei, die vom Staatsapparat zu verwirklichen ist. Dabei wird die sogenannte Hauptaufgabe mit der Forderung nach einer weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität festgelegt. Diese Forderung ist bei der Verfassungsrevision von 1974[7] als Auftrag an alle Staats- und Wirtschaftsorgane, gesellschaftliche Organisationen und Bürger in die Verfassung (Art. 2 Abs. 1 Satz 1) aufgenommen worden.

Der Parteitag tritt nur alle fünf Jahre zusammen. Er kann deshalb für die Arbeit der Partei wenig wirksam werden. Deshalb ist das Zentralkomitee (ZK) zwischen den Parteitagen das höchste Organ der Partei und leitet ihre gesamte Tätigkeit. Weil dieses Organ relativ groß ist (seit 1986 165 Mitglieder und 57 nicht stimmberechtige Kandidaten) und nur einigemal im Jahr zusammentritt, bestehen das Politbüro, dem die politische Leitung der Arbeit des ZK zwischen dessen Plenartagungen obliegt, und zur Leitung der laufenden Arbeit, hauptsächlich zur Durchführung und Kontrolle der Parteibeschlüsse und zur Auswahl der Kader (Personalpolitik), das aus den Sekretären bestehende Sekretariat. An der Spitze von Politbüro und Sekretariat und damit der Partei steht der Generalsekretär. Das wöchentlich tagende Politbüro trifft die grundlegenden Entscheidungen der Partei. Das Zentrum der Macht bilden der Generalsekretär und diejenigen Mitglieder des Politbüros, die gleichzeitig Sekretäre sind. Die Sekretäre sind für bestimmte Sachgebiete zuständig. Sekretär für Wirtschaft ist Dr. Günter Mittag, gleichzeitig Mitglied des Politbüros, der damit die Wirtschaftspolitik der DDR entscheidend beeinflußt.

Mit vom Parteitag, dem ZK sowie vor allem vom Politbüro und vom Sekretariat gefaßten Beschlüssen und Direktiven wirkt die SED auf die Wirtschaft der DDR ein.

Im ZK bestehen zur praktischen Verwirklichung der Politik der Partei und deren Beschlüssen mit hauptamtlichen Mitarbeitern besetzte Abteilungen, die nach Sachgebieten gebildet sind. Die für die einzelnen Wirtschaftszweige gebildeten Abteilungen wirken unter dem Sekretär für Wirtschaft auf die zuständigen Ministerien und anderen zentralen Staatsorgane ein.

Die in den Bezirken, Städten, Kreisen und Stadtbezirken bestehenden Parteiorganisationen haben unter anderem die staatlichen Organe ihres Wirkungsbereichs auch auf wirtschaftlichem Gebiet bei der Durchführung der Beschlüsse und Direktiven der Partei anzuleiten und zu unterstützen. Auch sie haben für die politische und organisatorische Arbeit Sekretäre, die Sekretariate bilden und über einen Apparat verfügen.

Das Fundament der Partei sind die Grundorganisationen, die an den Orten der Beschäftigung der Parteimitglieder, also auch in den Betrieben, bestehen. Zu ihren Aufgaben gehört unter anderem die Sicherung des politisch-ideologischen und organisatorischen Einflusses der Partei zur Verwirklichung ihrer führenden Rolle, also ihrer Suprematie, in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Leitungen der Grundorganisationen (Sekretäre) haben kein formelles Weisungsrecht. In den Betrieben haben die Sekretäre der Betriebsparteiorganisationen mit den Leitern der Betriebe (Direktoren der Betriebe) eng zusammenzuarbeiten. Für die Praxis bedeutet das, daß sie erheblichen Einfluß auf das Geschehen in den Betrieben haben.

b) Die Suprematie der SED wird auch für die Wirtschaft durch gesetzliche Bestimmungen gesichert. Unter den Regelungen, nach denen der Ministerrat (die Regierung) der DDR gemäß der Verfassung (Art. 76 Abs. 2) die Volkswirtschaft zu leiten hat, werden im Ministerratsgesetz an erster Stelle die Direktiven der SED genannt[8]. Die Minister und Leiter der anderen zentralen Staatsorgane werden verpflichtet, die Durchführung vor allem der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse in eigener Verantwortung zu sichern und die hierzu erforderlichen Entscheidungen zu treffen[9]. Die Kombinate haben nach der Kombinatsverordnung ihre Tätigkeit in Verwirklichung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse und dem Auftrage des sozialistischen Staates gemäß auszuüben[10]. Das gilt auch für die volkseigenen Betriebe[11].

c) Die Besetzung der verantwortlichen Stellen in der Wirtschaft mit Parteimitgliedern oder doch zuverlässigen Anhängern der SED-Führung unter Berücksichtigung der fachlichen Eignung sorgt für die Durchsetzung der Suprematie dieser Partei. Einer entsprechenden Personalpolitik (Kaderpolitik) dient das „Nomenklatursystem". Es besteht ein Verzeichnis von Positionen, die nur von der SED oder mit deren Zustimmung besetzt werden dürfen (Nomenklatur).

Dieses geht von den Positionen in den zentralen Staatsorganen bis zu den Fachdirektoren und Meistern der mittleren Betriebe. Auf der Ebene der Regierung wird die personelle Sicherung der Suprematie der SED durch den Vorsitzenden des Ministerrates garantiert, der von der stärksten Fraktion der Volkskammer, das heißt wegen der Zusammensetzung der Volkskammer durch Einheitswahlen nach dem Willen der SED von der Fraktion dieser Partei benannt und mit der Bildung des Ministerrates beauftragt wird (Art. 79 Abs. 2). Auf den anderen Ebenen ist der Ministerrat für eine der führenden Rolle der Arbeiterklasse entsprechende Personalpolitik (Kaderpolitik) verantwortlich[12]. Dieser Verantwortlichkeit kann er nachkommen, weil die leitenden Positionen in der Wirtschaft durch den Staat oder durch vom Staat berufene Funktionäre besetzt werden. So beruft der zuständige Minister die Generaldirektoren der

Kombinate[13], diese berufen die Fachdirektoren des Kombinats[14] und die Direktoren der Kombinatsbetriebe[15]. Die Direktoren der volkseigenen Betriebe werden vom Leiter des zuständigen übergeordneten Organs berufen[16]. Diese ernennen die Fachdirektoren der volkseigenen Betriebe[17]. Die Belegschaften der Betriebe haben keinen Einfluß auf die Besetzung von Führungspositionen in der Wirtschaft.

d) Die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI) kontrolliert im Auftrag der SED und der unter der Suprematie dieser Partei stehenden Regierung vor allem den wirtschaftlichen Bereich. Ihre Rechtsgrundlage ist ein gemeinsamer Beschluß des ZK der SED und des Ministerrates der DDR[18]. Die ABI untersteht sowohl dem ZK der SED als auch dem Ministerrat. Sie hat unter anderem Einfluß auf die Erfüllung der Produktionspläne und auf die Vervollkommnung der Leitung und Planung zu nehmen. In Ausübung der Kontrolle hat die ABI umfangreiche Befugnisse, so das Recht auf Auskunftserteilung, das Recht, Vorschläge zu machen, Auflagen zu erteilen, Maßnahmen und Weisungen auszusetzen und von den übergeordneten Leitern deren Aufhebung zu verlangen, sowie dahinzuwirken, daß Schuldige zur Verantwortung gezogen werden.

2.3. Die Eigentumsordnung

Die Verfassung kennt drei Formen des sozialistischen Eigentums: 1) das gesamtgesellschaftliche Volkseigentum, 2) das genossenschaftliche Gemeineigentum werktätiger Kollektive und 3) das Eigentum gesellschaftlicher Organisationen der Bürger (Art. 10. Abs. 1).

Das Volkseigentum ist die wichtigste Form des sozialistischen Eigentums. Sein Subjekt ist die als Staat organisierte Gesellschaft. Somit ist das Volkseigentum staatliches Eigentum. Was Objekt des Volkseigentums ist, legt die Verfassung zwingend fest[19]. Privateigentum daran wird audrücklich für unzulässig erklärt (Art. 12 Abs. 1). Darüber hinaus kann jeder Gegenstand, auch wenn er nicht zu den Produktionsmitteln gehört, Volkseigentum sein.

Subjekte des genossenschaftlichen Gemeineigentums sind in erster Linie die Vereinigungen (Kollektive), deren Stellung verfassungsrechtlich festgelegt ist (Art. 46), also die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sowie die Produktionsgenossenschaften der Handwerker, Fischer und Gärtner, aber auch andere sozialistische Genossenschaften, wie die Konsumgenossenschaften und die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften. Auch was Objekt des genossenschaftlichen Gemeineigentums ist, wird durch die Verfassung zwingend festgelegt[20] (Art. 13).

Subjekte der dritten, volkswirtschaftlich nur wenig bedeutenden Form des sozialistischen Eigentums sind die SED, ihre Gefolgsparteien und die Massenorganisationen, wie etwa der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Jeder Gegenstand kann zu dieser Form des sozialistischen Eigentums gehören.

Außer dem sozialistischen Eigentum besteht verfassungsrechtlich gewährleistet das persönliche Eigentum der Bürger. Es handelt sich um Eigentum, das zur Befriedigung deren materieller und kultureller Bedürfnisse dient (Art. 11 Abs. 1). Sein Gebrauch darf den Interessen der Gesellschaft, das heißt denen des sozialistischen Staates, nicht zuwiderlaufen (Art. 11 Abs. 3). Mittelbar durch die Verfassung geschützt wird das Eigentum der kleinen Handwerker und anderen Gewerbetreibenden, soweit es, obwohl es aus Produktionsmitteln besteht, überwiegend auf persönlicher Arbeit beruht. Denn nach der Verfassung dürfen diese auf gesetzlicher Grundlage tätig sein und werden in Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die sozialistische Gesellschaft vom Staat gefördert (Art. 14 Abs. 2.).

Der Boden in der DDR kann in allen Eigentumsarten und -formen bestehen, ist also nicht zwingend Volkseigentum (Staatseigentum). Die Verfassung unterwirft ihn jedoch Sonderbestimmungen. Danach gehört er zu den kostbarsten Naturreichtümern der DDR. Er muß geschützt und rationell genutzt werden. Land- und forstwirtschaftlich genutzter Boden darf nur mit Zustimmung der verantwortlichen staatlichen Organe seiner Zweckbestimmung entzogen werden (Art. 15 Abs. 1).

Für die nichtsozialistischen Eigentumsarten[21], deren Volumen im Verhältnis zum sozialistischen Eigentum klein ist, läßt die Verfassung Enteignungen zu. Sie sind nur für gemeinnützige Zwecke auf gesetzlicher Grundlage und gegen angemessene Entschädigung zulässig.

Sie dürfen nur erfolgen, wenn auf andere Weise der angestrebte gemeinnützige Zweck nicht erreicht werden kann (Art. 16). Enteignete Objekte werden Volkseigentum. Der Rechtsweg ist verfassungsrechtlich nicht verbürgt und durch die einfache Gesetzgebung allenfalls zur Feststellung der Person des Berechtigten eröffnet. Die staatliche Verwaltung kann also in Verfolgung der Politik der SED ungehemmt verfahren.

2.4. Organisation, Leitung und Planung

Die Nutzung und Bewirtschaftung des Volkseigentums erfolgt grundsätzlich durch die volkseigenen Betriebe und staatlichen Einrichtungen (Art. 12 Abs. 2 Satz 3). Seit Jahren sind die Kombinate die grundlegenden Wirtschaftseinheiten, ohne daß die Verfassung dem Rechnung getragen hätte. Sie bestehen aber aus Betrieben (Kombinatsbetriebe). Der Nutzung des Volkseigentums durch den Staat sollen die sozialistische Planwirtschaft und das Wirtschaftsrecht dienen (Art. 12 Abs. 2 Satz 2). Die Leitung ist Aufgabe des Ministerrates (Art. 76 Abs. 2 Satz 1). In der Planwirtschaft der DDR sind die Wirtschaftspläne, die nach den Vorgaben der SED-Führung als Fünfjahrespläne und als Jahresvolkswirtschaftspläne von der Volkskammer formell beschlossen werden, Grundlage der Leitung der Wirtschaft. Für die Leitung und

Planung der Volkswirtschaft gilt das von der Partei auf den Staat übertragene Strukturprinzip des demokratischen Zentralismus. Für den Staatsapparat und die Wirtschaft bedeutet es die Unterordnung der unteren Einheiten unter die jeweils höheren, verbunden mit einer begrenzten Selbständigkeit der unteren. Wie im Staatsapparat kann sich der demokratische Zentralismus in der Wirtschaft unterschiedlich entfalten. Er ist vereinbar mit der Verlagerung von Kompetenzen von der Zentrale auf untere Einheiten, die diese im Sprachgebrauch der DDR „eigenverantwortlich" macht. Stets bleibt aber der höheren Instanz das Recht, die Entscheidung der unteren zu korrigieren. Die Eigenverantwortlichkeit sozialistischer Betriebe führt also nicht zu einer Selbstverwaltung autonomer, nur unter der Rechtsaufsicht des Staates stehender Körperschaften (Dezentralisation), sondern nur zu einer Dekonzentration. Die sozialistischen Betriebe stehen zwar unter dem Schutz der Verfassung und in ihre Rechte darf nur auf der Grundlage der Gesetze eingegriffen werden (Art. 41 Abs. 3 und 4). Die Rechte der Betriebe sind also einschränkbar. Ob Eingriffe eine gesetzliche Grundlage haben, kann aber gerichtlich nicht nachgeprüft werden. Denn es bestehen gemäß dem Strukturprinzip der Gewalteneinheit kein Verfassungsgericht und keine Verwaltungsgerichte. Die Zuständigkeit der Zivilgerichte ist nicht gegeben.

2.5. Das Währungs- und Finanzsystem

Die Festlegung des Währungs- und Finanzsystems ist Sache des sozialistischen Staates. Abgaben und Steuern dürfen nur auf der Grundlage von Gesetzen erhoben werden (Art. 9 Abs. 4).

2.6. Die Außen- und Valutawirtschaft

Die Außenwirtschaft einschließlich des Außenhandels und der Valutawirtschaft ist staatliches Monopol (Art. 9 Abs. 5). Staatliches Monopol bedeutet nicht, daß nur eine zentrale Instanz Außenwirtschaft einschließlich des Außenhandels und der Valutawirtschaft betreiben darf. Die Ausübung des Monopols kann auch unteren Einheiten übertragen werden, sofern diese staatlich oder vom Staat gebildet sind.

2.7. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB)

Zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter, Angestellten und der Angehörigen der Intelligenz bestehen auf verfassungsrechtlicher Grundlage die „freien Gewerkschaften, vereinigt im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund" (FDGB) (Art. 44, Abs. 1). Der FDGB ist als Massenorganisation in die Staats- und Gesellschaftsorganisation der DDR eingefügt, erkennt in seiner Satzung die „führende Rolle" der SED an und folgt der Politik der Partei. Wenn die Verfassung bestimmt, daß die Gewerkschaften unabhängig sind und niemand sie in ihrer Tätigkeit einschränken oder behindern darf (Art. 44 Abs. 2), so besagt das nur, daß sie nicht zum Staatsapparat gehören, also keine Staatsgewerkschaften sind, schließt aber nicht aus, daß der FDGB als gesellschaftliche Massenorganisation unter der Suprematie der SED steht. Die Verfassung räumt dem FDGB umfangreiche Mitbestimmungsrechte in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, das Recht auf Abschluß von Vereinbarungen mit staatlichen Organen sowie die Leitung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten ein (Art. 44 Abs. 3, Art. 45, Abs. 1-3).

Alle Staatsorgane und Wirtschaftsleiter sind verpflichtet, für eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Sorge zu tragen (Art. 45 Abs. 4). Wegen der Suprematie der SED über den FDGB macht dieser aber von seinen Rechten nur den Gebrauch, den ihm die marxistisch-leninistische Partei gestattet. Da es eine Verfassungs- und eine Verwaltungsgerichtsbarkeit in der DDR nicht gibt und die Arbeitsgerichtsbarkeit für entsprechende Streitigkeiten nicht zuständig ist, kann der FDGB seine verfassungsrechtlich eingeräumten Rechte nicht gerichtlich geltend machen.

Fußnoten

[1] vom 6. 4. 1968 (GBl. DDR I S. 199) in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. 10. 1974 (GBl. DDR I S. 429)

[2] vom 7. 10. 1949 (GBl. DDR I S. 4)

[3] Artikel ohne Bezeichnung sind solche der Verfassung von 1968/1974

[4] Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, angenommen auf dem IX. Parteitag der SED in Berlin (Ost) vom 18.—22. 5. 1976

[5] wie Fußnote 4

[6] angenommen auf dem IX. Parteitag der SED in Berlin (Ost) vom 18.—22. 5. 1976

[7] Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. 10. 1974 (GBl. DDR I S. 429)

[8] § 3 Absatz 1 Satz 1 Gesetz über den Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. 10. 1972 (GBl. DDR I S. 253)

[9] § 14 Absatz 1 Satz 2 a. a. O. wie Fußnote 8

[10] § 1 Absatz 2 Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatsbetriebe und volkseigenen Betriebe vom 6. 11. 1979 (GBl. DDR I S. 355)

[11] § 31 Absatz 1 Satz 3 a. a. O. wie Fußnote 10

[12] § 13 Absatz 2 Satz 2 a. a. O. wie Fußnote 8

[13] § 24 Absatz 1 Satz 2 a. a. O. wie Fußnote 10

[14] § 25 Absatz 3 Satz 2 a. a. O. wie Fußnote 10

[15] § 25 Absatz 1 Satz 2 a. a. O. wie Fußnote 10

[16] § 32 Absatz 2 Satz 1 a. a. O. wie Fußnote 10

[17] § 33 Absatz 2 Satz 2 a. a. O. wie Fußnote 10

[18] Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. 8. 74 (GBl. DDR I S. 389)

[19] Aufgeführt werden die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandsockels, Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, der Seeschiffahrt sowie der Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeanlagen.

[20] Es sind das die Geräte, Maschinen, Anlagen, Bauten der landwirtschaftlichen, handwerklichen und sonstigen sozialistischen Genossenschaften sowie die Tierbestände der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und das aus genossenschaftlicher Nutzung des Bodens sowie genossenschaftlicher Produktionsmitteln erzielte Ergebnis.

[21] Außer den genannten Eigentumsarten bestehen das Eigentum privater Vereinigungen, das Eigentum an Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, das Eigentum ausländischer Staaten und der ausländischen kapitalistischen Unternehmen.

3. Eigentum und wirtschaftliches Handeln in beiden deutschen Staaten

Helmut Leipold

Zusammenfassung

In der Bundesrepublik Deutschland, in der das Eigentum grundsätzlich an allen Vermögensformen gewährleistet ist, dominiert das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Dadurch eröffnet sich ein breites Spektrum der individuellen Vermögensbildung als einer wichtigen Grundlage selbstverantwortlicher Lebensgestaltung, des freien Unternehmertums und wettbewerblicher Güter- und Vermögensmärkte.

In der DDR herrscht das staatliche und genossenschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln vor. Die privatunternehmerische Betätigung ist dadurch auf Randbereiche des Wirtschaftens beschränkt. Auch das Spektrum der privaten Vermögensbildung ist im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland stark eingeengt. Konsequenzen der vorherrschenden Eigentumsformen sind divergierende Verfügungs- und Aneignungsrechte im Bereich der staatlichen Leitungsorgane und betrieblichen Entscheidungsträger sowie schwache Anreize für effizientes Wirtschaften.

Inhalt Seite

3.1. Zur ordnungspolitischen Bedeutung der Eigentumsordnungen 38
3.2. Die Eigentumsordnung der Bundesrepublik Deutschland 39
3.2.1. Handlungsrechtliche Grundlagen 39
3.2.2. Ökonomische Wirkungen 40
3.3. Die Eigentumsordnung der DDR 41
3.3.1. Handlungsrechtliche Grundlagen 41
3.3.2. Ökonomische Wirkungen 42

3.1. Zur ordnungspolitischen Bedeutung der Eigentumsordnungen

Die Wirtschaftssysteme der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unterscheiden sich — wie in den vorhergegangenen Kapiteln dargelegt worden ist — grundlegend in ihren rechtlichen Eigentumsordnungen. Diese haben einen bestimmenden Einfluß darauf, wie die Menschen wirtschaftlich handeln. Die Unterschiede werden besonders am Produktionsmitteleigentum deutlich, das Gegenstand kontroverser ordnungspolitischer Beurteilungen ist. Während in der Bundesrepublik Deutschland das private Eigentum an Produktionsmitteln dominiert, sind diese in der DDR nahezu vollständig sozialisiert. Der Vergleich der eigentumsrechtlich abgegrenzten Unternehmensformen und deren Anteile am Sozialprodukt kann die Unterschiede aufzeigen.

Nach einer Untersuchung des Europäischen Zentralverbandes der öffentlichen Wirtschaft [1] erwirtschafteten im Jahre 1982 die Privatunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland einen Anteil an der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche von 89,3 vH. Dementsprechend betrug der Anteil derjenigen Unternehmen, an deren Nennkapital oder Stimmrechten öffentliche Eigentumsträger zu 50 vH und mehr beteiligt waren, 10,7 vH.

In der DDR werden die Betriebe in sozialistische (volkseigene und genossenschaftliche), in halbstaatli-

che und private unterteilt. Die jeweiligen Anteile am Nettoprodukt betrugen hier 1982 für die sozialistischen Betriebe 96,5 vH, für die halbstaatlichen 0,6 vH und für die privaten 2,8 vH[2].

Dieses unterschiedliche Zahlenbild der Eigentumsordnungen umfaßt bezüglich der Bundesrepublik Deutschland wohlgemerkt nur die Tätigkeit der öffentlichen Unternehmen und nicht den weiten Bereich der Staatstätigkeit.

Die Eigentumsordnungen sind Gegenstand grundsätzlich kontroverser Diskussionen. Während das Privateigentum gemäß dem liberalen und rechtsstaatlichen Eigentumsverständnis als der wichtigste Garant für eine freie Gesellschaft und selbstveranwortliche Lebensgestaltung gilt, sehen die Vertreter der marxistischen Gesellschaftstheorie darin die eigentliche Ursache ökonomischer Ausbeutung und sozialer Klassengegensätze. Analog dazu unterliegt das sozialistische Eigentum divergierenden Begründungen und Bewertungen[3].

Insgesamt markieren die Eigentumsordnungen aus liberaler, mehr aber noch aus marxistischer Sicht die entscheidende Trennungslinie zwischen den Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen der beiden deutschen Staaten. Dieser Umstand unterstreicht die Bedeutung dieser Teilordnung, erleichtert jedoch nicht gerade das Vorhaben, die ökonomischen Funktionen und Wirkungen zu analysieren.

Losgelöst von den unterschiedlichen ordnungspolitischen Ausformungen und Bewertungen haben die Eigentumsordnungen in beiden deutschen Staaten gemeinsame Aufgaben zu erfüllen. Hier wie dort müssen sie „auf der einen Seite über die Zuordnung der Lebens- und Wirtschaftsgüter an ihre Rechtsträger, die Eigentümer, befinden und auf der anderen die Rechtsstellung der Eigentümer hinsichtlich ihrer Befugnisse an der Sache als Eigentumsgegenstand bestimmen"[4]. Demgemäß umfassen die Eigentumsordnungen erstens Zuordnungsnormen und zweitens Befugnis- oder Handlungsnormen.

Die konkrete Gestaltung der Zuordnungsnormen ist bereits in den vorhergehenden Kapiteln (vgl. III.1./2.) dargelegt worden, so daß hier eine knappe ökonomische Interpretation genügt. Daneben begründet das Eigentumsrecht stets auch Befugnisnormen, d. h. die Rechte der Verfügung, der Nutzung und des Besitzes. Für die ökonomische Analyse des Eigentumsrechts empfiehlt es sich, vor allem zwischen Verfügungs- und Aneignungsrechten zu differenzieren. Verfügungsrechte umfassen die Kompetenz, Güter für Zwecke der Produktion und des Verbrauchs zu erwerben, zu verändern und zu veräußern, was die Leitung und Organisation von Unternehmen einschließt. Aneignungsrechte betreffen die Möglichkeit, die Erträge aus der Verfügungsmacht über Güter exklusiv anzueignen, aber auch die Haftung für die dabei entstehenden negativen Folgen.

Für die ökonomische Analyse des Eigentums empfiehlt es sich weiterhin, diese Rechte in einem weitgefaßten Eigentumsverständnis als Handlungsrechte zu interpretieren. Darunter werden auf Gesetz, aber auch auf Sitte, Gewohnheit oder Macht beruhende Verhältnisse verstanden, durch die der wirtschaftliche Handlungsbereich von Personen und Personengemeinschaften abgegrenzt wird. Damit soll dem Tatbestand Rechnung getragen werden, daß ökonomisches Handeln nicht nur vom Eigentumsrecht im engen juristischen Sinne, sondern auch von vielfältigen anderen rechtlichen und sozialen Bedingungen abhängig ist[5].

3.2. Die Eigentumsordnung der Bundesrepublik Deutschland

3.2.1. Handlungsrechtliche Grundlagen

Die Grundstruktur der ökonomischen Handlungsrechte wird durch das Grundgesetz vorgezeichnet. Die maßgebenden Regelungen sind das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das die wirtschaftliche Handlungsfreiheit umfaßt (Art. 2 Abs. 1), das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen und Koalitionen zu bilden (Art. 9 Abs. 3), das Recht der freien Berufs- und Arbeitsplatzwahl (Art. 12) und die Gewährleistung des Privateigentums auch an Produktionsmitteln (Art. 14). Danach hat das Eigentum ebenso wie die angeführten wirtschaftlichen Freiheiten den Rang eines elementaren Grundrechts. Ihm kommt nach einer Feststellung des Bundesverfassungsgerichts „im Gesamtgefüge der Grundrechte die Aufgabe zu, dem Träger des Grundrechts einen Freiheitsraum im vermögensrechtlichen Bereich sicherzustellen und ihm damit eine eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens zu ermöglichen"[6]. Damit ist die ordnungspolitische Grundfunktion des Eigentums präzise bestimmt.

Wesentlich für diese Funktion ist die universelle Gewährleistung des Eigentums, d. h. in der Bundesrepublik Deutschland kann jedermann prinzipiell an allen Vermögensobjekten Eigentum erwerben. Die Bedeutung dieser generellen Zuordnungsnorm wird erst im Vergleich zur Eigentumsordnung der DDR deutlich, die bestimmte Vermögensobjekte zwingend gesonderten Eigentumsträgern zuordnet und damit andere vom Erwerb ausschließt. Dagegen differenziert Art. 14 GG nicht zwischen verschiedenen Vermögensformen, z. B. zwischen Produktiv- oder Gebrauchsvermögen. Er schützt vielmehr alles Eigentum in prinzipiell gleicher Weise. Gewährleistung des Erwerbs und des Schutzes beziehen sich auf Sacheigentum, Immaterialgüterwerte, Versicherungsansprüche, Anwartschaftsrechte oder Sachgesamtheiten, unabhängig davon, ob es sich um privates oder öffentliches Vermögen handelt[7]. Es läßt also Raum für die Entfaltung privater und öffentlicher Unternehmen. Letztere haben bestimmte Versorgungsaufträge zu erfüllen. Die ökonomische Begründung dafür liefert die Theorie öffentlicher Güter und des Marktversagens, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann (vgl. IV.1.).

Neben der generellen Eigentumszuordnung ist die Gewährleistung der privaten und damit selbstverantwortlichen Vermögensdisposition wichtig. Privatei-

gentum bedeutet, über das eigene Vermögen gemäß eigenen Interessen und Fähigkeiten und ohne direkten Bezug zu kollektiven Zwecken verfügen zu können. Darin besteht der zweite wesentliche Unterschied zur Eigentumsordnung der DDR, die vom Gebot der Zweckbindung des sozialistischen Eigentums für kollektive Aufgaben geprägt ist. Die in Art. 14 Abs. 2 GG festgelegte Sozialpflichtigkeit schreibt keine konkreten Verfügungen oder Nutzungen vor. Vielmehr hat der Gesetzgeber Beschränkungen zu setzen, die bei der individuellen Vermögensdisposition zu beachten sind. Im folgenden sollen die sich aus dem Eigentumsrecht und anderen wirtschaftlichen Grundrechten ergebenen ökonomischen Wirkungen für private Haushalte und Unternehmen näher bestimmt werden.

3.2.2. Ökonomische Wirkungen

Die generelle Eigentumsgewährleistung ermöglicht den privaten Haushalten eine selbstverantwortliche Vermögensdisposition mit vielfältigen Alternativen. Das Anlagespektrum umfaßt verschiedene Formen des unverzinslichen oder verzinslichen Finanz- und Sachvermögens. Zum unverzinslichen Finanzvermögen zählen Bargeld, Devisen und Sichtguthaben, zum verzinslichen dagegen Sparguthaben, Kreditforderungen, Schuldverschreibungen, Forderungen aus Lebens- und Rentenversicherungen, börsennotierte Staatsschuldtitel oder Industrieanleihen. Beim Sachvermögen steht eine entsprechend breite Anlagenpalette zur Wahl. Neben dem vielfältigen Angebot an Gebrauchsgütern, Schmuck oder Gold bieten sich verschiedene Möglichkeiten an, Produktivvermögen zu erwerben, sei es mittels eines eigenen Unternehmens, oder in Form von Aktien oder Investmentzertifikaten. Schließlich ist der Erwerb von Haus- und Grundbesitz eine weitere Anlagemöglichkeit.

Zinserträge sowie Gewinne aus Vermögensanlagen stellen neben dem Arbeitseinkommen einen gewichtigen Faktor des ökonomischen Wohlstands in der Bundesrepublik dar. Vielfach bildet die Vermögensanlage eine zentrale Grundlage der Existenzsicherung. Welche Vermögensanlagen gewählt werden, bleibt jedem Haushalt selbst überlassen, wobei die alternativen Erträge und spezifischen Risiken individuell abzuwägen sind[8]. Die Verknüpfung von Verfügungs- und Aneignungsrechten, die das Privateigentum vermittelt, stimuliert die einzelnen Haushalte dazu, die günstigste Anlageform zu entdecken und Verluste so weit wie möglich zu vermeiden.

Der enge Bedingungszusammenhang zwischen Privateigentum, individuellen Handlungsrechten und effizienter Vermögensdisposition gilt auch für den Unternehmensbereich. Die Unternehmertätigkeit basiert in einer Privatrechtsordnung auf einem Bündel von Verträgen, in denen sich Arbeitnehmer, Lieferanten, Verpächter oder Kreditgeber zu Leistungen verpflichten, für die sie vom Unternehmer vertraglich fixierte Entgelte erhalten[9]. Die Aufgabe des Unternehmers besteht darin, die Leistungen zu marktfähigen Gütersortimenten zu kombinieren und diese auf eigenes Risiko am Markt zu verwerten. Die unternehmerische Betätigung ist somit zwar nicht an die Verfügung über konkretes Eigentum, wohl aber an vertrags- und eigentumsrechtliche Handlungsfreiheiten gebunden. Werden — wie in den sozialistischen Eigentumsordnungen — die Produktionsmittel ausschließlich oder vorrangig staatlichen und genossenschaftlichen Eigentumsträgern zugeordnet, bleibt für private unternehmerische Aktivitäten kein oder nur ein eng begrenzter Spielraum. Die Erfahrungen in der DDR und in anderen sozialistischen Systemen liefern dafür genügend Belege.

Offensichtlich kann nur die Institution des Privateigentums ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten für die Unternehmertätigkeit garantieren. Die mit dieser Institution verknüpften Verfügungs- und Aneignungsrechte bilden — neben anderen wirtschaftlichen Grundrechten — eine unverzichtbare Grundlage für ein dynamisches Unternehmertum und für funktionsfähige Vermögensmärkte. Ebenso wie im Haushalts- erweist sich auch im Unternehmensbereich die Verknüpfung von Verfügungs- und Aneignungsrechten als stimulierende Regelung. Dies wird besonders in den Personenunternehmen deutlich. Hier stehen die genannten Befugnisse in gebündelter Form dem Eigentümer zu, der zugleich die Unternehmerrolle ausübt. In dieser Funktion bestimmt der Eigentümer die Unternehmenspolitik, kontrolliert die Leistungsbeiträge der vertraglich an das Unternehmen gebundenen Faktoreigner, eignet sich den Gewinn an und haftet unbeschränkt für entstehende Verluste. Zudem kann er das Unternehmensvermögen veräußern. Unter diesen Bedingungen liegt die Annahme nahe, daß die Eigentümer nach hohen Gewinnen streben. Das Gewinnstreben ist ein wirksamer Antrieb für unternehmerische Initiativen. Da es das Angebot bedarfsgerechter Güter und den sparsamen Einsatz der Ressourcen stimuliert, ist es unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten positiv zu beurteilen. Hierzu bedarf es jedoch der wettbewerblichen Kontrolle des unternehmerischen Handelns.

Ein analoger Zusammenhang zwischen privaten Handlungsrechten und wettbewerblichen Marktprozessen gilt grundsätzlich auch für die Unternehmen in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft. Im Regelfall delegieren die Anteilseigner die laufende Unternehmensführung an Manager. Aus dieser „Trennung von Eigentum und Leitung" läßt sich jedoch noch kein genereller Funktionsverlust des privaten Eigentums ableiten. Bei freiem Veräußerungsrecht können die Aktionäre durch An- und Verkauf von Aktien ihre Zustimmung oder Ablehnung darüber ausdrücken, wie das Verfügungsrecht durch die Manager ausgeübt wird. Aufgrund der Vielzahl laufender Kauf- und Verkaufsentscheidungen indizieren Aktienkursunterschiede die Einschätzungen der relativen Gewinnpotentiale von Unternehmen. Sinkende Aktienkurse können sowohl die Eigenkapital- als auch die Außenfinanzierung erschweren, wodurch Freiräume des Managements eingeengt werden (vgl. VI.1.).

Danach scheint es geboten, die These von der eigentumsabhängigen Managermacht zu relativieren. Sofern auf den Absatz- und Vermögensmärkten der

Wettbewerb funktioniert, werden die Manager zu einer rentabilitätsorientierten und effizienten Unternehmensführung gezwungen.

Der hier angesprochene Zusammenhang zwischen Eigentum und Wettbewerb läßt sich generalisieren: Der Marktwettbewerb ist ein effizientes Entdekkungs- und Lenkungsverfahren. Seine gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit zeigt sich besonders bei der Kapitallenkung. Der Aufbau eines produktiven Realkapitalstockes in Form neuer Produktionskapazitäten und der Entwicklung neuer Industriezweige vollzieht sich in einem langwierigen und risikoreichen Prozeß. Die dezentralisierte Kapitallenkung, die durch die Vielzahl unabhängiger unternehmerischer Aktivitäten vorangetrieben und durch laufende Marktbewertungen kontrolliert wird, bietet im Vergleich zu zentralisierten Lenkungsalternativen die beste Gewähr für die Entdeckung und Realisierung einer volkswirtschaftlichen effizienten Vermögensstruktur. Diese wiederum bildet eine wichtige Basis des ökonomischen Wohlstands. Denn die Wohlfahrt einer Gesellschaft ist — neben ihren Gesetzen und Institutionen — eine Funktion ihrer totalen Vermögensstruktur[10]. Das Privateigentum ist für die Entfaltung wettbewerblicher Güter- und Vermögensmärkte deshalb wichtig, weil es den generellen Gütererwerb und selbstverantwortliche wirtschaftliche Entscheidungen gewährleistet. In Verbindung mit den anderen wirtschaftlichen Handlungsrechten (vgl. Abschnitt 3.2.1.) ermöglicht das Privateigentum die Entfaltung einer Wettbewerbsordnung, die ihrerseits die unverzichtbare Grundlage des technischen Fortschritts und des wirtschaftlichen Wohlstands ist. In dieser Funktion erhält das private Eigentum an Produktionsmitteln seine grundlegende ökonomische Legitimation.

Das Eigentum bedarf jedoch der Kontrolle durch den Wettbewerb. Diesen Bedingungszusammenhang hat Eucken[11] in einer auch heute noch gültigen Form erkannt: „Wie also Privateigentum an Produktionsmitteln eine Voraussetzung der Wettbewerbsordnung ist, so ist die Wettbewerbsordnung eine Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt." In Verbindung mit dem Privateigentum bedarf deshalb das wettbewerbliche Marktgeschehen der bewußten staatlichen Gestaltung. Diese Ordnungsaufgabe ist nur eine andere Umschreibung des verfassungsrechtlichen Gebots der Sozialpflichtigkeit des Eigentums gemäß Art. 14 Abs. 2 GG. Diesen Auftrag hat der Gesetzgeber durch eine Vielzahl rechtlicher und wirtschaftspolitischer Maßnahmen, etwa durch das Gesellschafts-, Arbeits-, Wettbewerbs- oder Bodenrecht, weithin erfüllt (vgl. Kap. VI.3.1.3).

3.3. Die Eigentumsordnung der DDR

3.3.1. Handlungsrechtliche Grundlagen

Auch in der DDR wird die Struktur der wirtschaftlichen Handlungsrechte durch die Verfassung vorgezeichnet. Die maßgebende Regelung ist Art. 9, wonach die Volkswirtschaft der DDR auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln beruht und als sozialistische Planwirtschaft zu organisieren und zu leiten ist.

Beim sozialistischen Eigentum gilt das gesamtgesellschaftliche Volkseigentum als höchstentwickelte und vorherrschende Form. Die volkswirtschaftlich als wichtig eingestuften Ressourcen und Produktionsmittel sind zwingend in dieses Eigentumsverhältnis zu überführen. Demgemäß sind die Betriebe in der Industrie sowie im Verkehrs-, Banken- und Versicherungswesen zu fast 100 vH, in der Bauwirtschaft zu 75 vH und im Handel zu 60 vH in volkseigenem Besitz.

Das gesamtgesellschaftliche Volkseigentum bedeutet faktisch Staatseigentum, denn das Volk oder die Gesellschaft repräsentieren juristisch und ökonomisch nicht identifizierbare soziale Abstrakta, die faktisch nicht als verantwortliche Eigentumsträger in Frage kommen. Diese Rolle übernimmt der sozialistische Staat, dem das zum Volkseigentum gehörende Vermögen zugeordnet ist. Der Staat selber repräsentiert jedoch ein höchst differenziertes Gebilde planender, leitender und kontrollierender Instanzen mit je eigenen Zuständigkeiten. Die Zuordnung des staatseigenen Vermögens und die jeweiligen Befugnisse daran sind daher durch eine Vielzahl konkreter Verordnungen zu regeln. Daraus folgt, daß die Handlungs- und speziell die Verfügungsrechte über das staatseigene Vermögen weitgehend zentralisiert sind.

Die Betriebe sind demgemäß nicht Eigentümer des Staatsvermögens, gleichwohl nutzen und verwalten sie es. Die damit verbundenen Befugnisse hat man ursprünglich mit der Rechtsfigur der „operativen Verwaltung", neuerdings — wie im Vertragsgesetz von 1982 — mit der Konstruktion der „Fondsinhaberschaft" gekennzeichnet. Den Betrieben wird danach ein Bündel begrenzter Handlungsrechte zugestanden, die sie im eigenen Namen und auf eigene Rechnung, allerdings nach Maßgabe staatlicher Zwecke und Vorgaben ausüben. Dadurch verbleiben den Betrieben nur eng begrenzte und zudem planerfüllungsbezogene Verfügungs- und Aneignungsrechte[12].

Innerhalb der Skala der objektspezifisch abgestuften Eigentumsformen nehmen das genosssenschaftliche Eigentum und das volkswirtschaftlich weniger bedeutsame Eigentum der gesellschaftlichen Organisationen den nächsten Rang ein. Die Genossenschaften lassen sich in Produktions-, Handels- und Wohnungsbaugenossenschaften unterteilen. Hierbei spielen Produktionsgenossenschaften, z. B. die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG), die Gärtnerische Produktionsgenossenschaft (GPG) oder die Produktionsgenossenschaft des Handwerks (PGH) die wichtigste Rolle.

Im Unterschied zu den volkseigenen Betrieben befinden sich die Vermögensobjekte, wie Anlagen, Bauten, Geräte, Bodenflächen oder Tierbestände, im Eigentum des jeweiligen Genossenschaftskollektivs.

Die Eigentumsregelungen können am Beispiel der LPG, dem wichtigsten Genossenschaftstyp, verdeut-

licht werden. Der von den Mitgliedern eingebrachte Boden bleibt formalrechtlich deren Eigentum. Die Verfügungsrechte daran erwirbt jedoch die Genossenschaft — wie auch die Erträge der genossenschaftlichen Produktion sozialistisches Eigentum sind. Auch die bei der Gründung der LPG von den Mitgliedern eingebrachten „Inventarbeiträge", z. B. Gebäude oder Vieh, wurden in sozialistisches Eigentum überführt, wobei die über den Pflichtbetrag hinausgehenden Beiträge vergütet oder gutgeschrieben wurden. Individuelles Eigentum bilden die Nebenwirtschaften in Gestalt der persönlichen Hauswirtschaft in der LPG oder des Hausgartens in der GPG. So dürfen die LPG-Mitglieder höchstens 0,25 ha je Mitglied und 0,5 ha je Haushalt bewirtschaften. Daneben ist die Haltung von Kleinvieh erlaubt, wobei rund 5 vH der gesamten Tierbestände privat gehalten werden[13].

Der Umstand, daß das Genossenschaftskollektiv Eigentumsträger ist und die Mitgliederversammlung das oberste Entscheidungsorgan darstellt, verleiht dem Genossenschaftseigentum den Charakter des Gruppeneigentums. Seine Nutzung unterliegt allerdings einer Reihe rechtlicher Beschränkungen, die faktisch die Dominanz staatlicher Interessen begründen. So sind die Genossenschaften in die staatliche Planung eingebunden, wodurch die jeweiligen Verfügungs- und Nutzungsrechte dem Gebot der staatlichen Zweckbindung unterworfen sind. Zudem unterliegt der Eigentumserwerb zusätzlich der Beschränkung, daß nur Gegenstände erworben werden können, die für die Planerfüllung erforderlich sind. Zusätzlich zum Planerfüllungsgebot sind die Befugnisse zur Bildung und Verwendung der genossenschaftlichen Fonds durch Musterstatuten reglementiert. Schließlich sind die einzelnen Genossenschaften und hierbei besonders die Produktionsgenossenschaften unter massivem staatlichen Druck zustandegekommen, so daß die stets herausgestellte „Freiwilligkeit der Mitgliedschaft" ein formales Postulat war und ist. Aufgrund der angeführten Beschränkungen besteht zwischen dem genossenschaftlichen und dem staatlichen Eigentum eine weitgehend ökonomische Übereinstimmung.

Wegen der Dominanz des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums verbleibt für privates Produktionsmitteleigentum nur wenig Raum. Nach Art. 14 Abs. 2 sind private Handwerks- und Gewerbebetriebe zulässig, sofern sie auf überwiegend persönlicher Arbeit beruhen und auf gesetzlicher Grundlage tätig sind. Das Betreiben privater Betriebe bedarf der staatlichen Genehmigung. Nach einer Phase der Zurückdrängung zeichnet sich seit 1976 eine vorsichtige Förderung privater Betriebe und hierbei des privaten Handwerks ab, indem verstärkt Gewerbegenehmigungen erteilt, Kredite zugewiesen und Steuervorteile gewährt werden. Gegenwärtig sind rd. 180 000 Personen selbständig, d. h. 2 vH der Beschäftigten, davon 62 vH als Handwerker, 21 vH als Einzelhändler und Gastwirte, 7 vH als freiberuflich Tätige, der Rest als selbständige Bauern und Gärtner[14]. Die privaten Betriebe sind den örtlichen Staatsorganen unterstellt und auf diese Weise in die zentrale Planung eingebunden.

Aus den dargestellten Regelungen wird deutlich, daß die Eigentumsordnung der DDR durch spezifische Zuordnungsnormen charakterisiert ist. Sie räumt dem staatlichen und genossenschaftlichen Eigentum absoluten Vorrang vor dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln ein. Wie bereits erwähnt, markiert diese objektspezifische Abstufung und die Zuordnung zu gesonderten Eigentumsträgern den ersten grundlegenden Unterschied zur Eigentumsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Der zweite grundlegende Unterschied besteht in der generellen Zweckbindung des sozialistischen Eigentums. Seine Nutzung und Verwendung hat im „Interesse der Gesellschaft" zu erfolgen. Dieses wird von der Parteiführung konkretisiert, die sich als der eigentliche Repräsentant der gesellschaftlichen Interessen versteht und die staatlichen Organe als Instrument zur Durchsetzung ihres Willens benutzt. Die konkrete Festlegung der Zwecke erfolgt durch die zentrale staatliche Planung und Leitung der Volkswirtschaft (vgl. Kap.V.).

Zwischen dem Eigentums- und dem staatlichen Planungs- und Leitungsrecht besteht somit ein enger Verbund. Während das Eigentumsrecht vor allem die Zuordnung der Vermögensgegenstände normiert, regelt und spezifiziert das Planungs- und Leitungsrecht in Verbindung mit einer Fülle wirtschaftsbereichsspezifischer Verordnungen und über laufende Anweisungen die konkreten ökonomischen Handlungsrechte. Aufgrund dieser Interdependenz lassen sich auch die ökonomischen Wirkungen des sozialistischen Eigentums nicht trennscharf bestimmen.

3.3.2. Ökonomische Wirkungen

Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln beeinflußt unmittelbar die Vermögensdisposition der privaten Haushalte. Die Grundsätze der Unteilbarkeit und Unantastbarkeit des Volkseigentums schließen eine anteilige Zuordnung zu einzelnen Haushalten aus. Daraus ergeben sich Konsequenzen für den Bereich der Vermögensobjekte, die privat erworben werden können und disponierbar sind. Beim Finanzvermögen stehen als Anlagemöglichkeiten Geld, Westdevisen, verzinsliche Sparguthaben und Einzahlungen in die Lebens- und Unfallversicherung zur Auswahl. Bezüglich der Geldhaltung ist besonders der Erwerb von Westdevisen attraktiv, weil diese in der DDR als Zahlungsmittel für hochwertige (meist westliche) Konsumgüter sowie für knappe Dienstleitungen bevorzugt werden. Die Ersparnisse werden überwiegend (88 vH) in Form von Spareinlagen bei den Kreditinstituten getätigt, wobei der Zinssatz für jederzeit fällige Spareinlagen 3,25 vH beträgt. Das Versicherungssparen hat nur eine geringe Bedeutung, für das Wertpapiersparen stehen keine Anlagemöglichkeiten zur Verfügung.

Die eigentumsbedingte Beschränkung der Alternativen kommt besonders beim Sachvermögen zum Ausdruck. Als Anlagemöglichkeiten kommen hier der Erwerb dauerhafter Konsumgüter einschließlich Schmuck oder Sammlungen sowie von Wohnungen

und Häusern in Frage. Allerdings ist der private Bau von Häusern oder der Kauf von Wohnungen stark eingeschränkt. Der Neubau von Wohnungen erfolgt überwiegend über staatliche und genossenschaftliche Träger. Zwar befinden sich noch rund 55 vH aller Wohnungen in Privateigentum. Dabei handelt es sich allerdings meist um Altwohnungen, deren Mieten noch auf dem Vorkriegsstand liegen. Da privates Eigentum am Produktionsvermögen weitgehend ausgeschlossen ist, verbleibt der Erwerb dauerhafter Konsumgüter als wichtigste Anlageform, wobei allerdings häufig lange Wartezeiten und hohe Preise in Kauf zu nehmen sind.

Die Eigentumsordnung beeinflußt indirekt auch die Einsatzmöglichkeiten des Arbeitsvermögens. Da die selbständige Berufsausübung stark eingeschränkt ist, ergeben sich Beschäftigungsmöglichkeiten nahezu ausschließlich innerhalb des sozialistischen Sektors, in dem der Staat als Arbeitgeber das Recht auf Arbeit, allerdings zu den von ihm festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen garantiert.

Für den Produktions- und Unternehmensbereich lassen sich die ökonomischen Wirkungen des sozialistischen Eigentums nur im Zusammenhang mit der zentralen staatlichen Planung und Leitung bestimmen. Wie dargelegt, sind die Handlungsrechte sowohl über das staatliche als auch über das genossenschaftliche Vermögen weitgehend zentralisiert und auf eine Vielzahl staatlicher Leitungsinstanzen verteilt. Charakteristisch ist die abgestufte Hierarchie der Befugnisse, die vom Politbüro der SED sowie dem Ministerrat, den Ministerien und staatlichen Ämtern über die Planungsorgane der Bezirke und Gemeinden bis hin zu betrieblichen Entscheidungsinstanzen reicht.

Die Struktur der Handlungsrechte innerhalb der sozialistischen Leitungsinstanzen läßt sich am Beispiel der Industrieministerien veranschaulichen. Sie sind zuständig für die Planung und Leitung der Industriezweige und für die Kontrolle der unterstellten Kombinate und Betriebe. Die von diesen Ministerien in Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Instanzen aufgestellten Fünfjahres- und Einjahrespläne sind für die unterstellten Direktoren die verbindliche Grundlage der Unternehmensführung. Die Verfügungsrechte über das Produktionsprogramm, die Investitionen, den Faktoreinsatz und die Verteilung der Unternehmensergebnisse sind also weitgehend zentralisiert. Diesen umfangreichen Befugnissen stehen jedoch nur minimale persönliche Aneignungsrechte gegenüber. Der Minister und seine Stellvertreter können sich weder den Unternehmenserfolg aneignen oder Teile des Vermögens veräußern, noch haften sie persönlich für Verluste oder Minderungen des Volksvermögens. Gewinne sind neben anderen Abführungen dem Staatshaushalt zuzuweisen, aus dem in der Regel auch Verluste zu begleichen sind. Konkurse zahlungsunfähiger Betriebe sind in der Praxis bisher in der DDR nicht bekannt. Daraus wird deutlich, daß für die staatlichen Leitungsinstanzen die Divergenz zwischen Verfügungs- und Aneignungsrechten die charakteristische Struktur der Handlungsrechte darstellt.

Diese Struktur setzt sich sowohl in den volkseigenen Kombinaten und Betrieben als auch in den genossenschaftlichen Betrieben fort. Aufgrund der Zentralisierung der Verfügungsrechte werden die Kompetenzen der betrieblichen Entscheidungsträger eng begrenzt. Da die Produktionssortimente, der Faktoreinsatz sowie die Preis-, Investitions- und Finanzierungsentscheidungen in ihrer Grundstruktur zentral vorgegeben werden, verbleiben lediglich plandetaillierende und -ausführende Befugnisse. Das systemspezifische Erfolgsziel der sozialistischen Betriebe bildet das Planerfüllungsprinzip, das mit materiellen Sanktionen in Form der Prämien gekoppelt ist. Die Verteilung und Aneignung des Unternehmenserfolgs, speziell die Zuführungen für den Prämien-, Investitions- oder Sozialfonds wie auch die Verwendung der Fondsmittel sind in starkem Maße reglementiert, so daß die ohnehin schwachen Aneignungsrechte durch die planbestimmte Zweckbindung weiter ausgehöhlt werden.

Sowohl für die betrieblichen Entscheidungsträger als auch für die staatlichen Leitungsorgane ist somit die Divergenz zwischen Verfügungs- und Aneignungsrechten charakteristisch. Es gehört zu den Grundeinsichten der ökonomischen Theorie der Eigentumsrechte, daß diese Handlungsstruktur nur schwache Anreize für eine effizienzbedachte Wirtschaftsweise vermittelt[15]. Diese Einsicht wird auch von sozialistischen Ökonomen geteilt. So stellt Jassin[16] fest, „. . . daß die Methoden zur Leitung des gesellschaftlichen Eigentums, die auf der Trennung der Nutzungs- und Verfügungsfunktion beruhen, die wirtschaftlichen Triebkräfte schwächen. Sie . . . erschweren die Kontrolle und verhindern, daß diese wirklich vom ganzen Volk getragen wird". Ein sichtbarer Beleg für das mangelnde Eigentümerbewußtsein bildet der umfangreiche staatliche Kontrollapparat[17]. Dieser Apparat entwickelt ein bürokratisches Eigenleben und vermag so nur mäßige Disziplinierungseffekte zu erzielen. Die staatliche Kontrolle kann die fehlende originäre Eigentümermotivation weder ersetzen noch auf administrativem Wege erzwingen. Aufgrund der ursächlich in der Handlungsrechtsstruktur angelegten motivationalen Defizite wirtschaften die staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe mit einer geringen Effizienz und niedrigen Kapital- und Arbeitsproduktivität. Das sozialistische Eigentum ist daher eine wesentliche Ursache für den vergleichsweise zur Bundesrepublik Deutschland deutlich niedrigeren ökonomischen Wohlstand der DDR.

Fußnoten

[1] Die öffentliche Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, 1984, S. 32ff.
[2] Statistisches Jahrbuch der DDR, 1984, S. 97.
[3] Vgl. Leipold, 1983.
[4] Jakobs 1965, S. 700.
[5] Vgl. Schüller, 1983.
[6] Vgl. dazu Benda, 1984.
[7] Vgl. Geiger, 1960.
[8] Vgl. dazu Hartwig und Thieme, 1984.
[9] Vgl. Böhm, 1967.
[10] Krüsselberg, 1984, S. 4.
[11] Eucken 1952, S. 275.
[12] Vgl. Brunner, 1983.
[13] Einzelheiten vgl. Herzog, 1982; Handbuch DDR-Wirtschaft, 1985, S. 187f.

Kapitel III

[14] Vgl. Handbuch DDR-Wirtschaft, 1985, S. 61.
[15] Schüller, 1983.
[16] Jassin 1985, S. 465.
[17] Vgl. Handbuch der DDR-Wirtschaft, 1985, S. 118.

Literatur

Benda E.: Eigentum als Grundrecht. In: Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. Bonn (Hrsg.). Symposion XII: Eigentum als Grundrecht und Element der Ordnungspolitik. Stuttgart und New York. Gustav Fischer Verlag. 1984. S. 3—19.

Böhm F.: Der Zusammenhang zwischen Eigentum, Arbeitskraft und dem Betreiben eines Unternehmens. In: Das Unternehmen in der Rechtsordnung. Festgabe für H. Kronstein aus Anlaß seines 70. Geburtstages. Hrsg. Biedenkopf K. H., Coing H., Mestmäcker E. J. Karlsruhe. Verlag C.F. Müller. 1967. S. 11—40.

Brunner G.: Das staatliche Eigentum in der Wirtschaftsverfassung der Honecker-Ära. In: Recht, Wirtschaft, Politik im geteilten Deutschland. Festschrift für Siegfried Mampel zum 70. Geburtstag. Hrsg. Zieger G. Köln, Berlin, Bonn, München. 1983. S. 485-515.

Die öffentliche Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft (CEEP) (Hrsg.). Die öffentliche Wirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Brüssel-Berlin. 1984.

Eucken W.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Bern und Tübingen. A. Francke AG Verlag und Verlag J.C.B. Mohr/Paul Siebeck. 1952.

Geiger W.: Die Eigentumsgarantie des Artikels 14 (GG) und ihre Bedeutung für den sozialen Rechtsstaat. In: Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung. Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung. Köln und Opladen. Westdeutscher Verlag 1960. S. 185—212.

Handbuch DDR-Wirtschaft. Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Reinbek bei Hamburg. Rowohlt Taschenbuch Verlag, 4. erw. u. aktual. Aufl. 1985.

Hartwig K.-H. und Thieme H. J.: Determinanten der Vermögensstruktur und Anpassungsprozesse im Systemvergleich. In: Vermögen im Systemvergleich. Hrsg. Krüsselberg H.G. Stuttgart und New York. Gustav Fischer Verlag. 1984. S. 89—104.

Herzog H.-J.: Genossenschaftliche Organisationsformen in der DDR. Tübingen. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1982.

Jacobs O.-W.: Das Eigentum als Rechtsinstitut im deutschen und sowjetischen Recht. In: Rabels Zeitschrift für ausl. und internat. Privatrecht. Tübingen. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1965. S. 654—725.

Jassin J. G.: Gesellschaftliches Eigentum, ökonomische Stimuli und wirtschaftliche Rechnungsführung. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. Berlin (Ost). Verlag Volk und Welt. Sept. 1985. S. 459—469.

Krüsselberg H. G.: Vermögen im Systemvergleich — die Problemstellung. In: Vermögen im Systemvergleich. Hrsg. Krüsselberg H.-G. Stuttgart und New York. Gustav Fischer Verlag. 1984. S. 1—17.

Leipold H.: Eigentum und wirtschaftlich-technischer Fortschritt. Eine dogmenhistorische und systemvergleichende Studie. In: Otto A. Friedrich-Kuratorium (Hrsg.). Grundlagen, Eigentum und Politik. Bd. 7. Köln. Druckerei J.P. Bachem. 1983.

Schüller A. (Hrsg.): Property Rights und ökonomische Theorie. München. Verlag F. Vahlen. 1983.

Kapitel IV
Marktwirtschaftliche Steuerung und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

1. Das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft

Manfred Neumann

Zusammenfassung

Dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft liegt die Idee zugrunde, das Prinzip der Freiheit des wirtschaftlichen Handelns am Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden. Die Rolle des Staates besteht darin, eine Rahmenordnung zu schaffen und zu erhalten, in der sich individuelle Initiativen unter Wettbewerb entfalten können; öffentliche Güter anzubieten; externe Effekte zu korrigieren und im Fall natürlicher Monopole regulierend oder durch öffentliche Unternehmen in den Marktprozeß einzugreifen; durch Geld- und Fiskalpolitik zur makroökonomischen Stabilisierung beizutragen und durch Sozialpolitik einen sozialen Ausgleich herbeizuführen.

Durch marktwirtschaftliche Koordinierung wird unter Wettbewerbsbedingungen erreicht, daß private Interessen letztlich in den Dienst gesellschaftlicher Zwecke gestellt werden, ohne daß diese Zwecke selbst zum Ziel des individuellen Handelns gemacht werden. Durch marktwirtschaftliche Koordinierung werden die Produktionsfaktoren in ihre jeweils bestmöglichen Verwendungen gelenkt, und technischer Fortschritt, der zur Wohlstandssteigerung führt, wird angeregt. Die auf diese Weise erreichbare Steigerung des allgemeinen Wohlstands ist ein zentrales, auch sozialpolitisch wesentliches Element der sozialen Marktwirtschaft.

Durch besondere sozialpolitische Maßnahmen soll darüber hinaus ein soziales Netz bereitgestellt werden, um bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Behinderung und im Alter eine menschenwürdige Existenz zu sichern. Dadurch werden die Risiken der marktwirtschaftlichen Koordinierung individuell leichter tragbar, die Sozialpolitik selbst wirkt insoweit produktiv. Eine Sozialpolitik dagegen, die auf Umverteilung mit dem Ziel einer Egalisierung der Einkommen ausgerichtet ist, kann durch Verzerrung und Einebnung von Leistungsanreizen kontraproduktiv wirken.

Inhalt Seite

1.1. Freiheit wirtschaftlichen Handelns am Markt und sozialer Ausgleich . 46
1.2. Marktwirtschaftliche Koordinierung 47
1.2.1. Private Güter und öffentliche Güter 47
1.2.2. Funktionen der Marktpreise 47
1.2.3. Privates Interesse und gesellschaftlicher Zweck 48
1.2.4. Wettbewerbsbeschränkungen 49
1.2.5. Unternehmen und Märkte 49
1.2.6. Entlohnung der Produktionsfaktoren 50
1.3. Der Staat in der sozialen Marktwirtschaft 52
1.3.1. Externe Effekte und natürliche Monopole 52
1.3.2. Stabilisierungs- und Beschäftigungspolitik 53
1.3.3. Sozialpolitik 53
1.3.4. Träger der Wirtschaftspolitik 55

Kapitel IV

1.1. Freiheit wirtschaftlichen Handelns am Markt und sozialer Ausgleich

Die Idee, die dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegt, besteht darin, das Prinzip der Freiheit wirtschaftlichen Handelns am Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden [1]. Damit ist ein Spannungsverhältnis beschrieben, das einerseits für den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von größter Bedeutung war, andererseits aber auch eine ständige Herausforderung an die Wirtschaftspolitik stellt. Durch die soziale Marktwirtschaft sollen einerseits die aus der Privatinitiative stammenden Antriebskräfte mobilisiert und andererseits Fehlentwicklungen, namentlich Inflation, Arbeitslosigkeit und Armut eingedämmt und soweit wie möglich vermieden werden. Leitend war bei der Einführung der sozialen Marktwirtschaft die aus historischer Erfahrung gewonnene Einsicht, daß eine menschenwürdige Ordnung der Wirtschaft nicht von selbst entsteht, sondern der politischen Gestaltung bedarf. Einen hohen Rang nimmt dabei die Sozialpolitik ein. Insoweit setzt sich die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft vom Prinzip des Laissez-faire ab, von der Auffassung, daß bei staatlicher Abstinenz von wirtschaftspolitischen Eingriffen eine sich selbst überlassene freie Marktwirtschaft als eine akzeptable Wirtschaftsordnung spontan entstehe. Soziale Marktwirtschaft setzt sich andererseits ab von einer Lenkung der Wirtschaft durch umfassende staatliche Interventionen.

Grundlage des Prinzips der Freiheit am Markt ist die Überzeugung, daß wirtschaftliche wie politische Entscheidungen den Interessen der Individuen dienen und letztlich von Konsumenten und Wählern bestimmt werden sollten. Grundlage ist also das Prinzip der Souveränität von Konsumenten und Wählern. Daraus folgt, daß die Wirtschaftsordnung wie auch die politische Ordnung so gestaltet sein sollte, daß die Bedürfnisse und Wünsche der Individuen zur Geltung kommen. Angenommen wird dabei, daß die Individuen selbst am besten wissen, was ihren Interessen dient. Aus dieser individualistischen Grundorientierung ergibt sich, daß der Ausgang des Wirtschaftsprozesses prinzipiell offen ist. Angesichts der Vielfalt unterschiedlicher individueller Zielsetzungen ist es unmöglich, konkrete Ziele der Wirtschaftstätigkeit inhaltlich festzulegen. Das wäre nur in einer autoritären Wirtschaftsordnung möglich, in der eine kleine Gruppe von Personen die Ziele der Wirtschaft formuliert und diese mittels bürokratischer Lenkungsmethoden, wie sie für die Wirtschaft der DDR typisch sind, auch durchsetzen kann. Das würde aber dem der sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegenden Prinzip der Souveränität der Individuen widersprechen [2]. Deswegen kann die Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft nicht als ein Instrument aufgefaßt werden, mit dessen Hilfe konkrete wirtschaftliche Ziele, wie z. B. ein Wirtschaftswachstum in vorgegebener Höhe, eine bestimmte Zusammensetzung des Sozialprodukts, erreicht werden sollen. Es wäre deshalb auch verfehlt, die dezentrale Entscheidungsstruktur, die für eine Marktwirtschaft charakteristisch ist, als ein Organisationsprinzip zu interpretieren und sie so gestalten zu wollen, wie ein Wirtschaftsunternehmen die unternehmensinterne Kompetenzverteilung durch Hierarchie und Delegation festlegt. Da sich in einer sozialen Marktwirtschaft das Ziel der Wirtschaft inhaltlich nicht konkret benennen läßt, kann man auch keine auf ein solches Ziel hin angelegte Organisation entwerfen.

Die soziale Marktwirtschaft ist vielmehr eine Rahmenordnung, durch die gewährleistet werden soll, daß sich individuelle Initiativen entfalten können. Sie sollte so gestaltet sein, daß die Individuen die Chance besitzen, ihre jeweiligen Interessen zu verfolgen und im Rahmen der marktwirtschaftlichen Koordination und der durch die Gesetzgebung gezogenen Grenzen auch zu verwirklichen. Dahinter steht die — unten näher begründete — These, daß einem marktwirtschaftlichen System eine eigene Rationalität innewohnt, die von Adam Smith mit der Metapher von der „unsichtbaren Hand" umschrieben wurde: Wenn jedes Individuum seine Interessen verfolgt, dann sorgt der für eine marktwirtschaftliche Ordnung konstitutive Mechanismus des Wettbewerbs dafür, daß langfristig ein Ergebnis zustande kommt, das niemand bewußt angesteuert hat, das aber gleichwohl gesellschaftspolitisch akzeptabel ist.

Die Aufgabe des Staates ist nach dieser, vom Prinzip der Konsumenten- und Bürgersouveränität bestimmten Konzeption darauf beschränkt, den Bewegungs- und Handlungsspielraum der Individuen im Marktprozeß und im Prozeß der politischen Willensbildung zu sichern. Der Staat muß also Institutionen bereitstellen und erhalten, die der Sicherung des Friedens nach außen und innen, also auch des sozialen Friedens, wie der individuellen Freiheit dienen.

Grundlage der Sicherung der individuellen Freiheit ist der Rechtsstaat. Durch die Verfassung werden dem Individuum eine Reihe von unveräußerlichen Grundrechten verliehen. Dazu gehören Persönlichkeitsrechte wie Freizügigkeit und Freiheit der Berufswahl, dazu gehört auch die Sicherung des Eigentums an Sachen. Dazu zählt ferner das Prinzip der Herrschaft der Gesetze, nach dem nur allgemeine, d. h. für alle Bürger gleichmäßig gültige Regeln aufgestellt werden dürfen und keine persönlichen Vorrechte, keine Privilegien bestehen dürfen. Die Rolle des Staates besteht in diesem Rahmen darin, diese Rechte zu sichern. Erforderlich dazu ist der Einsatz von Ressourcen, um etwa äußere Sicherheit durch Gesetzgebung, Justiz und Verwaltung zu gewährleisten. Die Verfügung über die dazu notwendigen Ressourcen verschafft sich der Staat durch die Erhebung von Steuern.

Im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft nehmen einen besonderen Rang diejenigen Institutionen und staatlichen Interventionen ein, die zur Sicherung des sozialen Friedens notwendig sind. Von herausragender Bedeutung sind dabei die Institutionen der Sozialpolitik sowie die makroökonomische Stabilisierungspolitik durch geld- und fiskalpolitische Eingriffe, die auf Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Inflation abzielen. Sozialpolitische Maßnahmen geraten leicht in den Verdacht, die marktwirtschaftliche Ordnung zu untergraben. Die Idee, soziale Marktwirtschaft strebe

auch einen sozialen Ausgleich an, wird deshalb nicht selten verdächtigt, als Einfallstor für willkürliche staatliche Interventionen zu dienen. In der Tat stellt die Aufgabe, zwischen der Herstellung und Sicherung der Marktwirtschaft und der Erreichung eines sozialen Ausgleichs eine Balance zu finden, besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine nicht leicht zu bewältigende wirtschaftspolitische Herausforderung dar.

Zusammenfassend läßt sich die soziale Marktwirtschaft durch konstituierende und ergänzende Elemente charakterisieren: Konstituierende Elemente sind der Rechtsstaat mit Eigentums- und Wettbewerbsordnung. Ergänzende Elemente sind Sozialpolitik und makroökonomische Stabilisierungspolitik.

1.2. Marktwirtschaftliche Koordinierung

1.2.1. Private Güter und öffentliche Güter

Charakteristisch für eine moderne Industriewirtschaft ist die weit getriebene Arbeitsteilung. Sie bildet die Grundlage für die hohe Produktivität. Sie erfordert andererseits eine Koordination des Verhaltens der Einzelnen. Alle Koordinationsmethoden lassen sich auf zwei Grundtypen reduzieren, auf Anordnungen im Rahmen bürokratischer Lenkungssysteme, wie sie z. B. für die Wirtschaft der DDR typisch sind, und den Marktmechanismus, der primär den Preis der Güter und Dienstleistungen als Koordinationsinstrument benutzt.

Der Preismechanismus ist als Koordinationsmittel jedoch nicht universell verwendbar. Um seinen Anwendungsbereich abzustecken, lassen sich private und öffentliche Güter unterscheiden. Als Unterscheidungskriterium dient das Ausschlußprinzip. Unter Verwendung dieses Kriteriums wird ein Gut dann als privates Gut bezeichnet, wenn die Nutzung des betreffenden Gutes durch ein Individuum die gleichzeitige Nutzung durch ein anderes Individuum ausschließt. Ein Gut wird dann als ein öffentliches Gut bezeichnet, wenn das Ausschlußprinzip nicht gilt. Einige Beispiele mögen diese Begriffsbildung verdeutlichen: Private Güter sind Nahrungsmittel und Kleidung. Beispiele öffentlicher Güter sind die Institutionen zur Gewährleistung äußerer und innerer Sicherheit, öffentliche Straßen und die der Allgemeinheit dienenden Einrichtungen der Erziehung und des Gesundheitswesens. Öffentlichkeit eines Gutes bedeutet nicht notwendigerweise, daß das Ausschlußprinzip von der Natur der Sache her unanwendbar ist. Vielfach wird es nur deshalb nicht angewendet, weil es zu kostspielig wäre oder weil es aus verteilungspolitischen Gründen nicht erwünscht ist. Wenn das Ausschlußprinzip nicht gilt, wenn also jedermann das Gut nutzen kann, ist eine Versorgung der Bevölkerung mit diesem Gut durch marktwirtschaftliche Koordination nicht möglich. Da niemand von der Nutzung ausgeschlossen wird, kann ein Preis nicht erhoben werden. Das wiederum hat zur Folge, daß sich kein privates Unternehmen findet, das bereit wäre, das öffentliche Gut anzubieten; denn es wäre nicht in der Lage, auf dem Markt einen Preis zu erzielen, durch den die Produktionskosten gedeckt werden können. Aus diesem Grund müssen öffentliche Güter durch den Staat bereitgestellt werden, der die Kosten des Angebots öffentlicher Güter durch die Erhebung von Steuern deckt. Die Anwendung marktwirtschaftlicher Koordination ist daher auf private Güter beschränkt, die freilich den größten Teil der volkswirtschaftlichen Produktion ausmachen. Etwa 80 vH des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland entfallen auf private Güter.

1.2.2. Funktionen der Marktpreise

Im Rahmen der marktwirtschaftlichen Koordination spielen Preise eine doppelte Rolle: Sie sind erstens Knappheitsindikatoren und vermitteln damit Informationen. Zweitens schaffen sie Anreize für wirtschaftliches Handeln der Individuen, der Haushalte und der Unternehmen, die sich von ihrem privaten Interesse leiten lassen.

Informationsfunktion der Preise

Niemals und niemandem sind die Bedürfnisse aller Konsumenten und die Produktionsmöglichkeiten der Produzenten bekannt. Es ist deshalb prinzipiell unmöglich, in einer auf Konsumentensouveränität beruhenden Wirtschaft, einen zentralen Plan aufzustellen, der allen individuellen Bedürfnissen Rechnung trägt und alle Produktionsmöglichkeiten ausschöpft. Jedes Individuum ist aber sehr wohl in der Lage, seine eigenen Bedürfnisse festzustellen und nach ihrer Dringlichkeit zu ordnen. Jeder einzelne Produzent verfügt über die Kenntnis seiner eigenen Produktionsmöglichkeiten und kann sie durch Innovationen erweitern. Die Vielfalt und Komplexität des gesamten Wissens einer Volkswirtschaft, das an keiner Stelle zentral verfügbar ist, spiegelt sich in den Marktpreisen wider; denn die relative Höhe eines Preises und insbesondere die Änderung eines relativen Preises zeigt den Grad der Knappheit eines Gutes an. Das komplexe Verhältnis zwischen der Dringlichkeit des Bedarfs, wie er von den Konsumenten empfunden wird, und den Produktionsmöglichkeiten wird daher durch den Marktpreis in einer einzigen Größe quantifiziert.

Anreizfunktion der Preise

Die in Marktpreisen konzentrierten Informationen schaffen dann Anreize für wirtschftliches Verhalten, Konsumenten wie Produzenten werden veranlaßt, knappe Güter sparsam zu verwenden. So löst zum Beispiel die Verknappung von Rohstoffen, die sich in erhöhten Rohstoffpreisen widerspiegelt, die Suche nach Alternativen aus und führt zu Substitutionsprozessen, durch die die wirtschaftlichen Auswirkungen der eingetretenen Verknappung gemildert werden. Demgegenüber führt nach aller Erfahrung eine Rationierung, die in bürokratischen Lenkungssystemen typische Reaktion auf eine Verknappung, zu Engpässen, Produktionsstillegungen und insgesamt zu einer vergleichsweise schlechteren Versorgungslage der Konsumenten.

Der Preismechanismus vermittelt ferner Anreize zur Anpassung der Produktion an Änderungen der Nachfrage. Wenn zum Beispiel als Folge einer Vergrößerung der Bevölkerung, einer Zunahme der Einkommen oder infolge von Geschmacksänderungen die Nachfrage nach einem bestimmten Produkt steigt, so würde der Preis dieses Gutes bei unverändertem Angebot relativ zunehmen. Wenn eine solche Preissteigerung eintritt, entstehen bei den Produzenten Gewinne, so daß auf das eingesetzte Kapital ein Ertrag erzielt wird, der die Normalverzinsung des Kapitals übersteigt. Das führt zu einem Anreiz, die Produktion zu vergrößern. Ist der Marktzutritt frei, herrscht auf dem betreffenden Markt also Wettbewerb, so wird die Ausdehnung der Produktion durch das Auftreten neuer Anbieter beschleunigt und verstärkt. Die Vergrößerung des Angebots führt, wenn bei Verzögerungen der Angebotsanpassung der Preis zunächst relativ gestiegen ist, zu einer Senkung des Preises solange, bis auf das in dem betreffenden Produktionszweig eingesetzte Kapital nur mehr eine Normalverzinsung erzielt wird.

Ein ähnlicher Vorgang spielt sich ab, wenn es einem Unternehmen gelingt, die Produktionstechnik durch Innovationen zu verbessern, so daß die Durchschnittskosten der Produktion verringert werden. Die dadurch erreichte überdurchschnittliche Rentabilität des eingesetzten Kapitals veranlaßt den Innovator wie auch Imitatoren, die Produktionskapazitäten durch Anwendung der neuen Technik zu vergrößern. Das führt zu einer Senkung des Marktpreises. Durch Innovation und Diffusion von Neuerungen kommen die Kostenvorteile, die zunächst zu einer Erhöhung der Kapitalerträge führen, letztlich den Konsumenten in Form niedrigerer Preise zugute.

1.2.3. Privates Interesse und gesellschaftlicher Zweck

Motor dieses Prozesses der Anpassung der Produktion an sich wandelnde Bedürfnisse und der Einführung kostensenkender technischer Neuerungen ist das Gewinnstreben der Unternehmen, ist ihr Bemühen, einen möglichst hohen Kapitalertrag zu erzielen. Antriebskraft des Prozesses ist also die Privatinitiative, die Verfolgung der eigenen Interessen. In diesem Zusammenhang spielt das Privateigentum eine entscheidende Rolle. Man kann mit großer Sicherheit davon ausgehen, daß der Eigentümer einer Firma darauf bedacht ist, den Kapitalwert seines Unternehmens durch kostengünstige Gestaltung der Produktion und die Wahrnehmung von Marktchancen zu vergrößern. Es ist viel weniger sicher, ob ein Angestellter oder Beamter, der fremdes Eigentum oder gar Staatseigentum verwaltet, diese Ziele mit gleicher Intensität verfolgt.

Die Transmission der ökonomischen Vorteile, insbesondere der Innovationen, zu den Konsumenten erfolgt durch den Wettbewerb. Dieser hat zwei Gesichter. Auf der einen Seite verschafft er dem Innovator Gewinnchancen. Auf der anderen Seite zwingt er diejenigen Produzenten, die der Neuerung nicht folgen, letztlich zum Ausscheiden aus dem Markt. Joseph Schumpeter hat deshalb von einem Prozeß der „schöpferischen Zerstörung" gesprochen. Das ist ein durch Anonymität ausgezeichneter Vorgang. Durch Neuerungen verdrängt werden Produkte, Produktionsverfahren und Organisationsformen wirtschaftlicher Betätigung. Dominant ist dabei das schöpferische, das wohlstandssteigernde Element. Zum Ausscheiden aus dem Markt sind nur diejenigen verurteilt, die die Chancen, die eine Anpassung an Neuerungen bietet, nicht nutzen. Eine Wettbewerbsordnung bietet aber immer auch die Möglichkeit des Eintritts in den Markt und damit die Chance, an den Früchten der Wohlstandssteigerung, die durch Innovation geschaffen wird, teilzuhaben.

Durch die Verfolgung privater Interessen wird bei Wettbewerb jeweils ein Zustand angesteuert, den man als pareto-optimal bezeichnet. In einem Pareto-Optimum ist es nicht mehr möglich, irgend ein Individuum ökonomisch besser zu stellen, ohne die Lage eines anderen verschlechtern zu müssen. Solange ein Pareto-Optimum noch nicht erreicht ist, bestehen deshalb Gewinnchancen für Unternehmer, die unter Wettbewerbsbedingungen auch genutzt werden. Die Konzeption eines Pareto-Optimums ist dabei natürlich eine heuristische Fiktion. Niemand ist in der Lage, für eine konkrete Situation einer Wirtschaft ein solches Pareto-Optimum zu beschreiben, geschweige denn, es herbeizuführen. Dennoch kann man davon ausgehen, daß unter Wettbewerbsbedingungen eine vom privaten Interesse geleitete Wirtschaft sich gewissermaßen immer auf dem Weg zu einem Pareto-Optimum befindet, in dem alle Produktionsmöglichkeiten und das gesamte, verstreut vorhandene Wissen der Gesellschaft ausgeschöpft werden.

Wettbewerb als Entdeckungsverfahren

Konstitutives Element dieses marktwirtschaftlichen Koordinierungsprozesses ist die Verbindung von Privatinteresse und Wettbewerb. Die Unternehmer planen die Produktion auf Grund ihrer Einschätzung der Nachfrage sowie der von ihnen erwarteten zukünftigen Entwicklung der Nachfrage. Zutreffende Prognosen und die ihnen entsprechende Produktion werden durch Gewinn und damit durch eine überdurchschnittliche Rentabilität des eingesetzten Kapitals belohnt. Der Gewinn ist jedoch der Erosion durch den Wettbewerb ausgesetzt. Ein dauerhafter Gewinn erfordert deshalb bei Wettbewerb ständig neue Leistungen. Fehleinschätzungen des Marktes und seiner Entwicklung werden durch den Preismechanismus aufgedeckt und führen zu Verlusten.

Wettbewerb ist darüber hinaus ein äußerst leistungsfähiges Verfahren zur Entdeckung neuer Wege. Dazu gehören die Entdeckung neuer Produktionsverfahren, die Entwicklung und Einführung neuer Produkte sowie die Verwirklichung neuer Organisationsformen.

Neue Produkte werden nicht von den Konsumenten erfunden, sondern von Unternehmen entwickelt, die sie am Markt im Wettbewerb anbieten. Über den wirtschaftlichen Erfolg einer Neuerung entscheiden dann die Verbraucher. Die mit der Einführung neuer Pro-

dukte verbundene Werbung wird in der Öffentlichkeit vielfach als Manipulation der Verbraucher kritisiert. Dieser Vorwurf ist unter Wettbewerbsbedingungen jedoch weitgehend unberechtigt. Die Hauptwirkung der Werbung besteht in einer Veränderung der Marktanteile einzelner Anbieter durch die Aktivierung latent vorhandener Nachfrage der Verbraucher. Diejenigen Produzenten, die die latenten Verbraucherwünsche am besten treffen und die dank überlegener Produktionstechniken zu niedrigen Preisen anbieten können, benötigen den geringsten Werbeaufwand und haben den größten Markterfolg.

Entsprechendes gilt für die Entdeckung neuer Produktionsverfahren und die Realisierung neuer Organisationsformen. Eine marktwirtschaftliche Ordnung ist ein offenes System, offen gegenüber Veränderungen. Jedem, der über das notwendige Wissen und die Finanzmittel verfügt, steht es frei, experimentell neue Techniken zu erproben, und er kann damit rechnen, im Erfolgsfall durch Vorsprungsgewinne prämiert zu werden. Doch gleichgültig, ob die Experimente kommerziell erfolgreich waren oder nicht, durch den Ausgang des Experiments wird der Stand des gesellschaftlichen Wissens erhöht. Besonders in Wirtschaftszweigen, in denen sich ein rascher technischer Wandel vollzieht, stehen vielfach mehrere Produktionsverfahren miteinander in Konkurrenz, deren Leistungsfähigkeit noch nicht endgültig beurteilt werden kann. Ob sie den in sie gesetzten Erwartungen entsprechen, kann sich erst bei ihrer Anwendung zeigen. In der Konkurrenz an den Märkten erweist sich dann, welches der eingesetzten Verfahren zu den niedrigsten Kosten und damit zunächst zum höchsten Gewinn für den Anwender führt. Durch die Konkurrenz mehrerer Unternehmer beschafft so der Markt die Information über die jeweils beste Technik und lenkt dann in einem Diffusionsprozeß dieser Technik die Ressourcen in die überlegene Richtung.

Demgegenüber tendieren bürokratische Verfahren der Wirtschaftslenkung zur Abschließung und Erstarrung. Erstens können bürokratische Lenkungsverfahren nicht den gleichen Bestand an dezentral vorhandenem, zentral aber niemals verfügbarem Wissen, ausnutzen, wie das in der marktwirtschaftlichen Koordinierung möglich ist. Zweitens werden in einem bürokratischen Lenkungssystem, um Kontrolle und Übersicht zu erhalten, um Überraschungen auszuschalten und Rückwirkungen von unvorhergesehenen Ereignissen auf das Gesamtsystem gering zu halten, Innovationen gegenüber Routine und Tradition zurückgedrängt[3].

1.2.4. Wettbewerbsbeschränkungen

Die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Koordinierung wird beeinträchtigt, wenn durch private Macht der Marktzutritt für neue Konkurrenten behindert wird und wenn durch Absprachen und horizontale Zusammenschlüsse von Produzenten der gleichen Branche der Wettbewerb beschränkt wird. Obgleich die Neigung zu wettbewerbsbeschränkenden Absprachen und Fusionen verbreitet ist, kann die Entwicklung von monopolistischer Marktmacht doch durch wettbewerbspolitische Maßnahmen wirkungsvoll in Schach gehalten werden. Von größter Bedeutung ist dabei, daß die nationale Wettbewerbspolitik durch eine auf Öffnung der Märkte hin ausgerichtete Außenhandelspolitik ergänzt wird. Für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland spielt der Außenhandel als Mittel zur Erhaltung offener Märkte eine außerordentlich wichtige Rolle. Die in jüngerer Zeit ständig gestiegene Außenhandelsverflechtung der deutschen Wirtschaft hat wesentlich dazu beigetragen, daß trotz industrieller Konzentration der Wettbewerbsgrad der deutschen Wirtschaft nicht grundlegend beeinträchtigt worden ist. Gerade durch die zunehmende Außenhandelsverflechtung, die nicht zuletzt durch den Gemeinsamen Europäischen Markt beschleunigt wurde, sind Märkte von einer Größe entstanden, die es erlaubt haben, die größenbedingte Kostendegression auszuschöpfen, ohne daß gleichzeitig der Wettbewerbsgrad nennenswert vermindert werden mußte[4].

1.2.5. Unternehmen und Märkte

Gewissermaßen als Schaltstellen innerhalb der marktwirtschaftlichen Koordination fungieren Unternehmen, in denen arbeitsteilige Prozesse ablaufen, die nicht marktmäßig koordiniert, sondern hierarchisch organisiert sind. Die Größe der Unternehmen kann dabei in drei Dimensionen abgesteckt werden, durch den Marktanteil bei einem gegebenen Produkt (horizontale Größe), die Tiefe der Produktion, ausgedrückt durch die Anzahl der aufeinander folgenden Produktionsprozesse (vertikale Größe), und die Zahl der verschiedenen Produkte, die erzeugt werden (konglomerate Größe). Im Wettbewerb der Unternehmen untereinander vollzieht sich auch ein Wettbewerb unterschiedlicher Organisationsformen. Vertikale und konglomerate Größe werden maßgeblich dadurch bestimmt, ob und inwieweit eine hierarchische Organisation geringere Kosten verursacht als eine marktmäßige Koordinierung.

Bei der vertikalen Größe geht es darum, zu entscheiden, ob die Eigenproduktion eines Rohstoffs oder Vormaterials bzw. die Weiterverarbeitung eines Erzeugnisses im eigenen Unternehmen günstiger ist als der Kauf bzw. der Verkauf am Markt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Märkte nicht kostenlos funktionieren. Am Markt entstehen für das einzelne Unternehmen Such- und Informationsbeschaffungskosten im Einkauf wie im Vertrieb. Ferner sind mit dem Markt Risiken verbunden, die innerhalb einer hierarchischen Organisation nicht entstehen. Dafür erwachsen aus einer hierarchischen Organisation spezifische Kosten der interbetrieblichen Koordinierung. Für ein Unternehmen wird es immer vorteilhaft sein, einen weiteren Produktionsprozeß vertikal zu integrieren, wenn dadurch die Kosten insgesamt vermindert werden können. Eine vertikale Integration führt dann zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gegenüber den Konkurrenten und wird sich durchsetzen. Unter Wettbewerbsbedingungen führen organisatorische Innovationen dieser Art letztlich auch zu einer Besserstellung der Konsumenten. Etwas

Ähnliches gilt hinsichtlich der konglomeraten Größe von Unternehmen. Vielfach lassen sich unteilbare Produktionseinheiten oder Absatzwege sowie Forschungseinrichtungen besser nutzen, wenn das Produktionsprogramm eines Unternehmens eine größere Zahl von Gütern umfaßt. Horizontale Größe kann durch Kostenvorteile, die sich aus einer Größendegression ergeben, bedingt sein; sie kann aber auch durch horizontale Zusammenschlüsse von Unternehmen entstehen, die auf die Begründung von Marktmacht abzielen. Nicht auszuschließen ist allerdings auch, daß vertikale und konglomerate Zusammenschlüsse die Marktmachtverhältnisse verändern, indem sie die Marktzugangsmöglichkeiten für Konkurrenten beeinträchtigen.

Die mit der marktwirtschaftlichen Koordinierung verbundenen Aufwendungen, insbesondere die Such- und Informationskosten, können durch Spezialisierung von Unternehmen des Groß- und Einzelhandels vermindert werden. Auch hier gelten jedoch die für vertikale Integrationsprozesse getroffenen Feststellungen. Für Großunternehmen kann es vorteilhaft sein, Handelsfunktionen zu integrieren und insoweit den selbständigen Handel auszuschalten. Der Wettbewerb aber ist die Grundlage dafür, daß sich die jeweils kostengünstigsten und dadurch für die Verbraucher vorteilhaftesten Organisationsformen durchsetzen.

Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht

Als Zielsetzung der Unternehmen kann man im allgemeinen Gewinnstreben oder — anders ausgedrückt — die Maximierung des Kapitalwerts der Unternehmung annehmen. Auf den ersten Blick scheint eine solche Annahme nur bei Unternehmen, bei denen sich Leitungsmacht und Kapitaleigentum in einer Hand befinden, selbstverständlich zu sein. Das ist bei der weit überwiegenden Zahl der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland der Fall. Daneben gibt es jedoch eine nicht geringe Zahl von Großunternehmen, namentlich großer Aktiengesellschaften, die eine breite Streuung des Kapitalbesitzes aufweisen und deren Leitung in der Hand von Personen liegt, die selbst über keinen bestimmenden Kapitalbesitz verfügen. Bei einer solchen Trennung von Kapitaleigentum und Leitungsmacht könnte bezweifelt werden, ob die für die Funktionsweise einer Marktwirtschaft konstitutive Gewinnorientierung des Verhaltens vorausgesetzt werden kann. Tatsächlich gibt es jedoch auch bei Trennung von Eigentum und Leitungsmacht Mechanismen, die dahin tendieren, die Funktionsfähigkeit der Märkte zu erhalten.

Die Unternehmensleitungen unterliegen erstens der Kontrolle durch den Kapitalmarkt. Dadurch werden sie angehalten, eine Maximierung des Kapitalwerts der Unternehmen anzustreben. Wenn sie diesem Ziel nicht folgen, sinkt der an den Aktienbörsen registrierte Marktwert der Firma unter den potentiellen Ertragswert. Es wird dann schwieriger, Eigenkapital für Expansionspläne zu erlangen und Kredite zu bekommen. Es wird ferner für andere Unternehmen leichter, Beteiligungen an der betreffenden Firma zu erwerben und einen beherrschenden Einfluß zu gewinnen. Ein zweiter Kontrollmechanismus stellt die Konkurrenz an den Gütermärkten dar. Wenn auf mögliche Gewinnchancen verzichtet wird, verringern sich die Möglichkeiten der Finanzierung einer Expansion oder der Forschung und Entwicklung zur Verbesserung der Kostensituation. Das Unternehmen verliert Marktanteile und gerät in Gefahr, von Konkurrenten überflügelt und schließlich vom Markt verdrängt zu werden. Durch Konkurrenz an den Gütermärkten wird den Unternehmen also eine auf Gewinnerzielung ausgerichtete Strategie aufgezwungen. Ein dritter ergänzender Kontrollmechanismus stellt die Konkurrenz am Arbeitsmarkt für Führungskräfte dar.

1.2.6. Entlohnung der Produktionsfaktoren

Aus der marktwirtschaftlichen Koordinierung folgt unter Wettbewerbsbedingungen eine leistungsgerechte Entlohnung der am Marktprozeß beteiligten Produktionsfaktoren. Die Entlohnungssätze bzw. Nutzungspreise der Produktionsfaktoren sind gleich dem Marktwert ihrer Grenzproduktivität und spiegeln damit die Knappheitsrelationen der Produktionsfaktoren wider. Diese wiederum beruhen auf der Gütern nachfrage, die sich aus der Kaufkraft der Konsumenten und ihren Bedürfnissen ergibt.

Eine solche, an der Leistung orientierte Entlohnungsstruktur übt eine wichtige Lenkungsfunktion aus. Das sei zunächst am Beispiel der Arbeit veranschaulicht. Wenn die Entlohnung nach dem Wert der Grenzproduktivität höher ist als die subjektiv empfundene Arbeitslast, wird sich das Arbeitsangebot vergrößern. Die Nachfrage nach Tätigkeiten in den betreffenden Berufen wird steigen, und vermehrt wird eine Ausbildung für diese Berufe gesucht. Das steigende Angebot an Arbeitsleistungen führt zum Abbau von Knappheit und damit auch zu einer tendenziellen Übereinstimmung des Wertes des Grenzprodukts der Arbeit mit der subjektiv empfundenen Arbeitslast. Diese Anpassungsprozesse vollziehen sich im allgemeinen jedoch verhältnismäßig träge. Deshalb tritt als Folge von Strukturwandlungen nicht selten ein Überangebot in bestimmten Berufen auf, so daß die Entlohnung — entsprechend dem verminderten Wert der Grenzproduktivität — sinkt und nicht mehr der subjektiv empfundenen Arbeitslast entspricht. Aus diesem Grund wird die Entlohnung in solchen Fällen nicht selten als ungerecht empfunden.

Ein analoger Zusammenhang gilt für die übrigen Produktionsfaktoren. Wenn die Rentabilität des Kapitals in einem Wirtschaftszweig — etwa auf Grund von Veränderungen der Nachfragestruktur oder als Folge von Innovationen — steigt und die Rentabilität des Kapitals in andern Wirtschaftszweigen übertrifft, so wandert Kapital in die höher rentierliche Produktionsrichtung und wird aus anderen Produktionsrichtungen abgezogen.

Die dem Kapital und dem Boden im Preisbildungsprozeß zufallenden Leistungsbeiträge fließen als Einkommen den Eigentümern der betreffenden Produktionsfaktoren zu. Insoweit spielt die Vermögensverteil-

lung eine bestimmende Rolle auch für die Einkommensverteilung. Je ungleicher die Vermögensverteilung ist, um so ungleicher ist dann auch die Verteilung des aus Kapital- und Bodeneigentum stammenden Einkommens. Man sollte dabei jedoch bedenken, daß der Anteil der Vermögenseinkommen am Volkseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland nur etwa 20 vH beträgt, so daß die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung, die aus dieser Quelle stammt, nicht überschätzt werden sollte.

Quasirenten und Renten

Im Marktprozeß entstehen neben den durch die Grenzproduktivität bestimmten Faktoreinkommen Quasirenten und Renten. Als Quasirenten werden temporär entstehende Gewinne bezeichnet, die aus Nachfrageveränderungen bei verzögerter Angebotsanpassung sowie aus Innovationen erwachsen. Die Quasirenten sind der Erosion durch den Wettbewerb ausgesetzt. Die Quasirenten sind „Kraftstoff und Schmiermittel" des Wettbewerbsprozesses. Demgegenüber sind Renteneinkommen funktionslos. Sie entstehen aus der Preisbildung für unvermehrbare Produktionsfaktoren als Differenz zwischen dem tatsächlichen Markteinkommen und demjenigen (fiktiven) Einkommen, das bei der nächstbesten Verwendung des Produktionsfaktors erzielt werden könnte. Beispiele für Renten sind vor allem Einkommen aus dem Eigentum an unvermehrbarem, besonders fruchtbarem oder an günstigen Standorten gelegenem Boden sowie Einkommen aus unvermehrbaren Bodenschätzen. Neben diesen, aus naturbedingter Knappheit erwachsenen Renten gibt es Renteneinkommen, die durch künstlich geschaffene Knappheit bedingt sind. An erster Stelle sind hier Gewinne zu nennen, die auf der Ausübung von monopolistischer Marktmacht beruhen. Marktmacht wird freilich nicht selten durch staatliche Subventionierung und Konzessionierung sowie durch Außenhandelsprotektion geschaffen, so daß die Renten in diesen Fällen auf staatliche Maßnahmen zurückgehen. Es ist offensichtlich, daß Unternehmen, die auf Gewinnerzielung bedacht sind, auch versuchen werden, solche staatlich geschaffenen Vorzugsstellungen und die damit verbundenen Renteneinkommen zu erlangen. Nicht selten freilich werden durch die zur Erlangung und Erhaltung staatlicher Begünstigungen wie auch zur Begründung und Aufrechterhaltung monopolistischer Marktmacht Aufwendungen erforderlich, durch die ein Teil der Renten für die Unternehmen selbst verloren geht. Zum Teil verwandeln sich auch Monopolrenten in Kosten. Da der Konkurrenzdruck abgeschwächt ist oder gar völlig fehlt, verringern sich auch die vom Markt ausgehenden Zwänge zu kostensparendem Einsatz der Produktionsfaktoren und zur Suche nach kostensparenden Produktionsprozessen.

Gewerkschaften

Die Festlegung der Nominallohnsätze erfolgt in erheblichem Umfang durch Kollektivvereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Diese Abweichung vom Muster der Wettbewerbspreisbildung wird im allgemeinen dadurch gerechtfertigt, daß an vielen Arbeitsmärkten ohne gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer ein tendenzielles Machtübergewicht der Arbeitgeberseite bestehe. Ein solches Übergewicht, das zu einem gedrückten Lohnniveau führen würde, soll durch Marktmacht ausgeglichen werden, die auf Grund der gewerkschaftlichen Organisation entsteht.

Tatsächlich werden die Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften dadurch beschränkt, daß wohl die Höhe der Nominallohnsätze kollektiv vereinbart werden kann, die Reallöhne aber nicht Gegenstand von Tarifverträgen sind; denn die Bildung der Preise derjenigen Güter, die von den Arbeitnehmern gekauft werden, vollzieht sich an den Produktmärkten. Es ist deshalb umstritten, inwieweit durch Gewerkschaften die Entwicklung der Reallöhne beeinflußt werden kann und in der Vergangenheit beeinflußt werden konnte. Nicht bestritten ist dagegen, daß die interindustrielle Lohnstruktur gewerkschaftlichem Einfluß unterworfen ist.

Soweit Gewerkschaften den Zugang von Arbeitnehmern zu Berufen oder bestimmten Tätigkeiten kontrollieren können, sind sie wie Monopole in der Lage, das Arbeitsangebot zu verknappen und auf diese Weise Monopolrenten zu erzielen, die den Arbeitnehmern in Form höherer Löhne zugute kommen. Eine solche Möglichkeit der direkten Einflußnahme auf das Arbeitsangebot besteht für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland wegen des Grundsatzes der negativen Koalitionsfreiheit nicht. Nach diesem Grundsatz kann kein Arbeitnehmer zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft gezwungen werden. Soweit auf den Absatzmärkten der Unternehmen Wettbewerb herrscht und die Faktorentlohnung deshalb nur gerade gleich dem Wert des Grenzprodukts der Arbeit ist, besteht für die Gewerkschaften keine Möglichkeit, Reallöhne zu erzwingen, die ein Renteneinkommen enthalten. Soweit jedoch monopolistische Marktmacht von Unternehmen vorhanden ist, sei sie durch Absprachen oder durch Konzentration bedingt, oder soweit Unternehmen — insbesondere regional — über Nachfragemacht verfügen, können Gewerkschaften auf Grund ihres im Streikrecht verankerten Drohpotentials einen Teil der von den Unternehmen erwirtschafteten Renten für die Arbeitnehmer erstreiten.

Mitbestimmung

Die Möglichkeit der Gewerkschaften, auf die Höhe der Reallöhne Einfluß zu nehmen, wird dadurch beeinträchtigt, daß die Unternehmen auf Lohnerhöhungen mit Rationalisierungsinvestitionen und arbeitssparenden technischen Neuerungen reagieren und auf diese Weise die Nachfrage nach Arbeitsleistungen reduzieren können. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurden von gewerkschaftlicher Seite Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer verlangt. Durch gesetzgeberische Maßnahmen wurden nicht unerhebliche Mitbestimmungsrechte auch eingeführt (vgl. Kapitel X.1.4.6.).

Einerseits kann ein durch Mitbestimmungsrechte verbesserter Informationsfluß zwischen der Unternehmensleitung und den Arbeitnehmern günstige Wirkungen auf die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer haben und dazu beitragen, daß Formen der Arbeitsorganisation gefunden werden, die eine hohe Arbeitsproduktivität und damit auch ein hohes Niveau der Reallöhne ermöglichen. Auf der anderen Seite kann die Mitbestimmung gerade bei kritischer Wirtschaftslage die Einführung von Neuerungen, durch die zunächst Arbeitsplätze verloren gehen, hemmen. Die an sich möglichen nachteiligen Folgen der Mitbestimmung werden in der Bundesrepublik vermutlich dadurch in engen Grenzen gehalten, daß die Mitbestimmungsregelungen, denen die miteinander konkurrierenden Unternehmen unterworfen sind, nach ihrer Größe differieren. Außerdem werden durch die Auslandskonkurrenz Sachzwänge geschaffen, denen sich auch mitbestimmte Unternehmen nicht entziehen können.

1.3. Der Staat in der sozialen Marktwirtschaft

1.3.1. Externe Effekte und natürliche Monopole

Die Leistungsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Koordinierung findet dort ihre Grenze, wo es um die Bereitstellung öffentlicher Güter geht (vgl. IV.1.2.1.), wo von privater Wirtschaftstätigkeit externe Effekte ausgehen und wo natürliche Monopole existieren.

Externe Effekte

Externe Effekte privater Wirtschaftstätigkeit haben zur Folge, daß sich die Konsequenzen der wirtschaftlichen Aktivität in den Ertrags- und Kostenrechnungen der privaten Wirtschaftseinheiten nicht vollständig widerspiegeln. Umweltbelastungen durch Produktion und Konsum sind ein in jüngerer Zeit besonders stark beachteter Fall negativer externer Effekte. Günstige Auswirkungen, die aus Erfindungen und Innovationen erwachsen und vom Erfinder oder Innovator nicht vollständig angeeignet werden können, weil die Erfindung den Charakter eines öffentlichen Gutes annimmt, sind ein Beispiel für positive externe Effekte. Man hat in den Fällen des Auftretens externer Effekte häufig von einem Marktversagen gesprochen. Das aber ist etwas irreführend, denn von vornherein ist — wie bei öffentlichen Gütern — der auf privater Abwägung von Vor- und Nachteilen beruhende marktwirtschaftliche Koordinierungsmechanismus nicht in der Lage, ein optimales Ergebnis herbeizuführen, wenn wegen externer Effekte die private Wirtschaftsrechnung nicht alle volkswirtschaftlich relevanten Größen erfaßt. Bei negativen Effekten gehen in die Kostenrechnung der Produzenten nicht die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten ein, und bei positiven externen Effekten werden die volkswirtschaftlichen Erträge in der privaten Wirtschaftsrechnung nicht vollständig erfaßt. Wenn negative oder positive externe Effekte auftreten, kann staatliches Handeln angezeigt sein. Durch staatliche Maßnahmen ist dann anzustreben, daß die externen Effekte in der einzelwirtschaftlichen Wirtschaftsrechnung berücksichtigt werden. Wenn staatliches Handeln unterbleibt, ist es eher angebracht, von einem Versagen des Staates als von einem Versagen des Marktes zu sprechen.

Eine Korrektur negativer externer Effekte kann durch staatliche Auflagen, durch Gebührenerhebung oder durch Steuern herbeigeführt werden, eine Korrektur positiver externer Effekte durch Subventionen. Man muß dabei jedoch bedenken, daß die staatlichen Eingriffe selbst Kosten verursachen. Da diese Kosten höher sein können als die volkswirtschaftlichen Kosten, die aus den externen Effekten erwachsen, ist ein staatliches Eingreifen zur Korrektur externer Effekte in manchen Fällen unzweckmäßig. Bei der Abwägung der volkswirtschaftlichen Kosten von Staatseingriffen muß berücksichtigt werden, daß die Aufwendungen für die staatliche Verwaltung sowie die Subventionen, die zum Ausgleich positiver externer Effekte gezahlt werden, durch die Erhebung von Steuern finanziert werden müssen. Dadurch werden andere wirtschaftliche Aktivitäten belastet und beeinträchtigt.

Darüber hinaus muß in Betracht gezogen werden, daß staatliche Belastungen privater Produktion, die zur Kompensation negativer externer Effekte vorgenommen werden, und staatliche Begünstigungen zum Ausgleich positiver externer Effekte zu rentensuchendem Verhalten einladen. Dadurch entstehen Aufwendungen, durch die die Effizienz der Allokation von Produktionsfaktoren beeinträchtigt wird und unerwünschte Verteilungswirkungen erzeugt werden.

Aus diesen Erwägungen folgt das Subsidiaritätsprinzip: im Zweifelsfall verdient die marktwirtschaftliche Koordination den Vorzug, und staatliche Eingriffe bedürfen sorgfältiger Begründung. In vielen Fällen ist es zweckmäßiger, durch eine entsprechende Ausgestaltung der privaten Verfügungs- und Eigentumsrechte eine Internalisierung externer Effekte zu ermöglichen, als staatliche Interventionen vorzunehmen.

Meritorische Güter

Aus der Existenz externer Effekte kann in manchen Fällen die Notwendigkeit des Angebots sog. meritorischer Güter resultieren. Beispiele sind Schulbildung auf Grund allgemeiner Schulpflicht, Maßnahmen des öffentlichen Gesundheitswesens wie Schutzimpfungen, Pflicht zu Sicherheitsüberprüfungen von Kraftfahrzeugen durch den TÜV. Scheinbar handelt es sich hier um das Angebot öffentlicher Leistungen, die von den Betroffenen gar nicht gewünscht werden, also ihren individuellen Präferenzen widersprechen, so daß ein Konflikt mit dem für die Marktwirtschaft grundlegenden Prinzip der Konsumentensouveränität zu bestehen scheint. In Wirklichkeit geht es aber darum, positive externe Effekte zu erzeugen (z. B. durch Schulpflicht) oder negative externe Effekte zu vermeiden (z. B. durch Maßnahmen der Seuchenverhütung).

Natürliche Monopole

Eine weitere Beschränkung der Leistungsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Koordination wird durch die Existenz natürlicher Monopole gegeben. Sie beruhen darauf, daß die Durchschnittskosten mit zunehmender (horizontaler, vertikaler oder konglomerater) Größe eines Unternehmens sinken, so daß sich das größere Unternehmen stets gegenüber kleineren Konkurrenten im Vorteil befindet und diese vom Markt verdrängt. Die mit der Entstehung eines natürlichen Monopols verbundene Marktmacht würde zu einer ungünstigen Versorgungslage für die Verbraucher führen, wenn der Staat nicht korrigierend eingriffe. Das kann auf unterschiedliche Weise geschehen. In manchen Fällen wird die Produktion des betreffenden Gutes öffentlichen Unternehmen übertragen. Das ist in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend auf dem Gebiet der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung der Fall. Der Staat kann aber auch private Unternehmen zulassen und dann regulierend durch Preisvorschriften oder durch wettbewerbsrechtliche Mißbrauchsaufsicht tätig werden. Das ist in der Bundesrepublik in manchen Ausnahmebereichen des Wettbewerbsrechts, wie dem Verkehrswesen, Versicherungswesen und der Bankwirtschaft der Fall. Nicht alle öffentlichen Unternehmen und schon gar nicht alle Beteiligungen des Staates an privaten Unternehmen in der Bundesrepublik sind freilich durch die Existenz natürlicher Monopole begründet. Einige sind das Ergebnis historischer Zufälle und andere das — noch nicht bereinigte — Erbe einer staatsinterventionistischen Politik früherer Epochen.

1.3.2. Stabilisierungs- und Beschäftigungspolitik

Zu den staatlichen Aufgaben, deren Erfüllung zur Sicherung der Leistungsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung notwendig ist, gehören auch Stabilisierungs- und Beschäftigungspolitik, die darauf ausgerichtet sind, Inflation und Unterbeschäftigung zu vermeiden oder zumindest einzudämmen.

Inflation

Inflationen haben zwei nachteilige Wirkungen. Erstens wird die Informationsfunktion des Preissystems beeinträchtigt. Das ist besonders deshalb der Fall, weil Inflationen gewöhnlich mit variabler Preissteigerungsrate ablaufen. Für die Wirtschaftssubjekte ist deshalb nicht erkennbar, ob und inwieweit die Zunahme eines Preises inflationsbedingt ist, oder inwieweit es sich um die Änderung eines relativen Preises handelt, durch die eine Änderung der Knappheitsverhältnisse angezeigt wird. Durch diese Beeinträchtigung der Informationsfunktion des Preissystems wird die Geschwindigkeit des marktwirtschaftlichen Anpassungsprozesses herabgesetzt. Die Flexibilität der Wirtschaft verringert sich. Zweitens gehen von einer Inflation unkontrollierte Verteilungswirkungen aus. Soweit eine Inflation dadurch entsteht, daß staatliche Haushaltsdefizite durch Schaffung von Zentralbankgeld finanziert werden, kann die Inflation auf eine — vom Parlament nicht sanktionierte — Besteuerung hinauslaufen. Diese hat ihrerseits nachteilige Anreizwirkungen und beeinträchtigt dadurch Wachstum und Beschäftigung.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Sicherung der Währung und damit die Aufgabe einer Vermeidung inflationärer Entwicklungen einer von der Regierung unabhängigen — wenn auch zur Unterstützung der Regierungspolitik verpflichteten — Notenbank, der Deutschen Bundesbank, übertragen worden. Die Unabhängigkeit der Notenbank war für den bisherigen Erfolg der Inflationsbekämpfung von hervorragender Bedeutung.

Arbeitslosigkeit

Unterbeschäftigung und damit Arbeitslosigkeit kann auf zwei Ursachenkomplexe zurückgeführt werden, auf konjunkturelle und auf strukturelle Gründe. Konjunkturellen Schwankungen des Beschäftigungsgrades kann durch geld- und fiskalpolitsche Maßnahmen — Geldmengenexpansion und -kontraktion sowie Veränderungen des staatlichen Haushaltsdefizits bzw. -überschusses durch Steuer- oder Ausgabenänderungen — entgegengewirkt werden. Die Erfolgschancen einer solchen antizyklischen Stabilisierungspolitik sind jedoch, nicht zuletzt wegen der außenwirtschaftlichen Verflechtungen der deutschen Wirtschaft, begrenzt. Eine gewisse Eindämmung konjunkturell bedingter Beschäftigungsschwankungen läßt sich gleichwohl erreichen. Schwieriger zu bekämpfen ist strukturelle Arbeitslosigkeit, die — vielfach ausgelöst durch plötzliche Änderungen außenwirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie durch Änderungen im Bevölkerungswachstum — vor allem durch Beschränkungen der Flexibilität von Preisen und Löhnen sowie durch Beschränkungen der regionalen und beruflichen Mobilität der Arbeit bedingt ist. Nachhaltig verringert werden kann eine solche strukturelle Arbeitslosigkeit durch die Erhöhung der Flexibilität der Wirtschaft. Ergänzend kann der Staat durch Änderungen des Steuersystems die Anreizstrukturen verändern und auf diesem Wege die Mobilität der Arbeit fördern und die Realkapitalbildung anregen.

1.3.3. Sozialpolitik

Die in der sozialen Marktwirtschaft angestrebte Verbindung des Prinzips der Freiheit wirtschaftlichen Handelns am Markt mit dem des sozialen Ausgleichs kommt darin zum Ausdruck, daß dem in der marktwirtschaftlichen Koordinierung Raum gegebenen individuellen Erwerbsstreben in der Sozialpolitik die Idee der gesellschaftlichen Solidarität an die Seite gestellt wird. Ohne Zweifel ist eine marktwirtschaftliche Ordnung hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit jedem alternativen Koordinationsverfahren überlegen. Das allein ist sozialpolitisch hoch einzuschätzen, denn durch die marktwirtschaftliche Ordnung ist die Armut für breite Schichten der Bevölkerung überwunden worden[5].

Kapitel IV

„Soziales Netz"

Eine marktwirtschaftliche Ordnung kann jedoch, mindestens vorübergehend, erhebliche, funktional nicht gerechtfertigte Ungleichheiten und — bei erschwerter Anpassungsfähigkeit — Arbeitslosigkeit mit sich bringen. Im Marktprozeß fallen die wirtschaftlichen Erfolge der marktwirtschaftlichen Koordination zuerst denjenigen zu, die Innovationen durchführen, sowie denjenigen, die sich im Anpassungsprozeß behaupten können. Es gibt aber immer Personenkreise, namentlich Ältere, Kranke und Behinderte, schlecht Ausgebildete und von wirtschaftlichem Mißgeschick Betroffene, die sich im Prozeß der „schöpferischen Zerstörung" auf der Seite der Verlierer befinden und in einem sozialpolitisch nicht gelenkten Prozeß verarmen würden. In der sozialen Marktwirtschaft besteht Sozialpolitik deshalb erstens darin, denjenigen, die zeitweilig aus unterschiedlichsten Gründen von Erwerbslosigkeit betroffen sind, durch vorübergehende Unterstützung eine Wiedereingliederung in den Wirtschaftsprozeß und damit die Teilnahme am Wohlstandswachstum zu ermöglichen. Sozialpolitik besteht zweitens darin, diejenigen, die auf Grund ihres Alters, wegen Krankheit oder Behinderung einen Wiedereinstieg nicht finden können, einen aus Steuern oder sonstigen Abgaben finanzierten menschenwürdigen Unterhalt zu sichern. Mittel zur Erreichung dieser Ziele sind Sozialversicherung (Rentenversicherung, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) und Sozialhilfe.

Eine allgemeine Bejahung des Prinzips einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung kann nur erwartet werden, wenn gegenüber den Risiken, die eine solche Ordnung für den Einzelnen mit sich bringt, eine sozialpolitische Absicherung garantiert wird. Ja, manche Risiken der Teilnahme am Wettbewerbsprozeß, zum Beispiel bei Entscheidungen über Berufs- und Ortswechsel, die für das Funktionieren einer marktwirtschaftlichen Ordnung unabdingbar sind, werden vermutlich dann eher übernommen, wenn mit einer sozialpolitischen Absicherung gerechnet werden kann. Sozialpolitik leistet deshalb einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität und Funktionsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Auf der anderen Seite schaffen die wirtschaftlichen Erfolge einer Marktwirtschaft den finanziellen Spielraum für die Verwirklichung sozialpolitischer Maßnahmen.

Sozialpolitik als Umverteilungspolitik

Diesem Verständnis der Sozialpolitik, als eines zur Wettbewerbsordnung komplementären Systemelements der sozialen Marktwirtschaft, als eines sozialen Netzes zur Sicherung der Funktionsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung, steht die alternative Auffassung gegenüber, nach der Sozialpolitik eine Umverteilungspolitik mit dem Ziel der Egalisierung der individuellen Einkommen ist. Diese letztere Auffassung hat in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger Jahren zunehmend an Boden gewonnen, wenn sie die Sozialpolitik auch niemals vollständig beherrscht hat[6].

Immerhin hat das Ausmaß der Einkommensumverteilung durch Steuern, Sozialabgaben und Transfers sowie durch Subventionen und Steuervergünstigungen erheblich zugenommen, und das Arbeitsrecht wurde zugunsten eines verstärkten Arbeitsschutzes umgestaltet. Im Kernbereich der Sozialpolitik, in der Sozialversicherung, kam es in den siebziger Jahren zu starken Kostensteigerungen. Das Rentenreformgesetz von 1972 brachte erhebliche Leistungsverbesserungen, u. a. die Einführung der flexiblen Altersgrenze, die Rente nach Mindesteinkommen und die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige und andere Personenkreise. Ein ähnlich starker Ausgabenanstieg auf Grund von Leistungsverbesserungen war in der gesetzlichen Krankenversicherung zu verzeichnen.

Von den Verfechtern einer auf Verteilungsangleichung abzielenden Sozialpolitik wird zu wenig berücksichtigt, daß die Größe des verteilbaren Sozialprodukts von der Verteilung selbst abhängig ist. Durch die Einebnung von Anreizstrukturen als Folge einer egalisierenden Umverteilungspolitik wird das verteilbare Sozialprodukt bzw. sein Zuwachs vermindert. Die Kapitalakkumulation wird beeinträchtigt und die Flexibilität des Gesamtsystems wird verringert. Die Entstehung struktureller Arbeitslosigkeit wird begünstigt, so daß gerade Probleme, denen man durch sozialpolitische Maßnahmen zu begegnen suchte, durch eine auf Egalisierung ausgerichtete Verteilungspolitik verschärft werden.

Marktkonformität der Sozialpolitik

Aus der Idee, daß die Sozialpolitik ein zur marktwirtschaftlichen Koordinierung komplementäres Systemelement der sozialen Marktwirtschaft darstellt, folgt, daß sozialpolitische Maßnahmen den marktwirtschaftlichen Koordinationsprozeß selbst nicht stören sollten. Beeinflußt werden kann und soll dagegen das Ergebnis des Marktprozesses. Als Kriterium dient hier das Prinzip der Marktkonformität.

Durch sozialpolitische Maßnahmen kann durchaus das Arbeitsangebot beeinflußt und damit indirekt auch ein Einfluß auf die Höhe der Reallöhne ausgeübt werden. Zum Beispiel wird durch den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot verringert und dadurch der Reallohn tendenziell erhöht. Nicht marktkonform wäre es dagegen, wenn man einen höheren Reallohn durch die Festsetzung von Mindestlöhnen oder durch sonstige Eingriffe in den Prozeß der Lohnbildung erreichen wollte. Mindestlöhne haben — wie Mindestpreise — den Effekt, daß ein Überschußangebot entsteht. Sie führen zu Arbeitslosigkeit bei den Gruppen von Arbeitnehmern, die durch die Festlegung von Mindestlöhnen begünstigt werden sollten. Auf Gütermärkten, auf denen zum Schutz von Produzenten Mindestpreise festgesetzt werden, entsteht, wie das Beispiel der Agrarpolitik zeigt, eine nicht absetzbare Überschußproduktion. Wenn der Staat Höchstpreise fixiert, um Verbraucher zu begünstigen, verringert sich das Angebot, es entstehen Warteschlangen, und es müssen Rationierungen vorgenommen werden. Beispiele dieser Art finden sich insbesondere in der

Geschichte der Wohnungswirtschaft. Marktkonform ist es dagegen, das Angebot durch steuerliche Begünstigungen oder Subventionen zu vergrößern, um auf diese Weise eine Senkung der Preise herbeizuführen. Marktkonform ist es auch, die Verbraucher durch Transferzahlungen zu unterstützen, wie das etwa im Wohnungswesen in Form des Wohngeldes geschieht.

1.3.4. Träger der Wirtschaftspolitik

Träger der Wirtschaftspolitik sind in der Bundesrepublik Deutschland die gesetzgebenden Körperschaften der verschiedenen föderativen Ebenen, namentlich des Bundes und der Länder, die Verwaltungen der Gebietskörperschaften, die Bundesbank, die Sozialversicherungsträger und die Justiz. Zu den Trägern der Wirtschaftspolitik werden meistens auch die Tarifvertragsparteien gezählt. Ihnen obliegt bei der in der Bundesrepublik Deutschland herrschenden Tarifautonomie ein erhebliches Maß der Verantwortlichkeit für die wirtschaftliche Stabilität, d. h. die Vermeidung von Inflation und Arbeitslosigkeit.

Diese Vielfalt der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger spiegelt das Prinzip einer dezentralen politischen Willensbildung wider, das einer marktwirtschaftlichen Ordnung angemessen ist. Durch abgestufte Dezentralisierung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips können die verschiedenen Interessen der Regionen sowie der Gruppierungen in der Bevölkerung wirtschaftspolitisch zur Geltung kommen. Geltend machen können sich aber auch Interessengruppen, die teils in den Parlamenten selbst vertreten sind, teils lobbyistisch Einfluß nehmen. Allzuoft besteht das Ziel dieser Interessengruppen darin, Protektion im Wettbewerb zu erhalten, um so den jeweils vertretenen Gruppen Renteneinkommen zu verschaffen. Da die Parteien in der Konkurrenz um Wählerstimmen an kurzfristig sichtbaren Erfolgen interessiert sind, gelingt es den auf kurzfristige Abhilfe durch Staatsintervention bedachten Interessengruppen sehr häufig, ihre Wünsche erfüllt zu sehen.

Dem gegenüber fällt es sehr viel schwerer, auf die Rationalität der marktwirtschaftlichen Koordinierung zu setzen, die meistens nur mittelfristig oder gar langfristig, dann aber nachhaltig Erfolge versprechen kann. Aus diesem Grund spielt die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft als solche eine nicht zu unterschätzende Rolle, mag sie nicht selten auch als Ideologie abgetan werden. Das Beharren auf der Leitbildfunktion der sozialen Marktwirtschaft verschafft einen festen Standpunkt, der es erlaubt — nicht zuletzt im Blick auf die Erfahrungen der Vergangenheit —, die Vorteile einer durch ein soziales Netz abgesicherten marktwirtschaftlichen Ordnung zur Geltung zu bringen.

Dabei besteht ständig das Problem, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Prinzip der Freiheit am Markt und dem des sozialen Ausgleichs zu finden und zu erhalten. Wird das Prinzip des sozialen Ausgleichs vernachlässigt, gerät der gesellschaftliche Konsens, der die marktwirtschaftliche Ordnung trägt, in Gefahr. Erlangt die sozialpolitische Komponente ein zu großes Gewicht, so erweitern sich die Spielräume für rentensuchendes Verhalten von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und anderen Interessengruppen. Die Flexibilität der Wirtschaft nimmt ab, und die Leistungsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Koordination verringert sich zum Schaden aller.

Fußnoten

[1] A. Müller-Armack 1976, S. 243
[2] Vgl. dazu Neumann 1982, S. 2ff.
[3] Vgl. Wissenschaftlicher Beirat (1979), S. 7f.
[4] a. a. O., S. 11
[5] Vgl. C. C. von Weizsäcker (1984).
[6] Vgl. Wissenschaftlicher Beirat (1985), S. 18ff.

Literatur

Lampert H.: Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland. München, Wien. Verlag G. Olzog. 8. überarb. Aufl. 1985.

Müller-Armack A.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration. Bern und Stuttgart. Verlag P. Haupt. 2. Aufl. 1976.

Neumann M.: Theoretische Volkswirtschaftslehre. Produktion, Nachfrage und Allokation. Bd. 2. München. Verlag F. Vahlen. 1982.

Weizsäcker C. Chr. v.: Was leistet die Property Rights-Theorie für aktuelle wirtschaftspolitische Fragen? In: Ansprüche, Eigentums- und Verfügungsrechte. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. NF Bd. 140. Hrsg. Neumann M. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1984.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Staatliche Interventionen in einer Marktwirtschaft. Bonn. 1979.

ders.: Strukturwandel für Wachstum und mehr Beschäftigung. Bonn. 1985.

2. Grundlagen der Wettbewerbspolitik

Alfred Schüller

Zusammenfassung

Im Konzept der sozialen Marktwirtschaft ist die Sicherung wettbewerblicher Märkte ein tragendes Element der Wirtschaftspolitik. Für die Frage, wie diese Aufgabe am besten zu bewältigen ist, gibt es im wesentlichen zwei Auffassungen:

Erstens die Konzeption des funktionsfähigen Wettbewerbs. Sie mißt die Wirksamkeit des Wettbewerbs an der Erfüllung einzelner wirtschaftspolitischer Ziele. Zielabweichungen soll mit Eingriffen in das Marktgeschehen begegnet werden. Zweitens die Konzeption der Wettbewerbsfreiheit. Nach ihrem Wettbewerbsverständnis soll sich der Staat zur Vermeidung rechtsstaatlich fragwürdiger Interventionen darauf beschränken, wettbewerbsbeschränkende Verträge und Verhaltensweisen nach allgemeinen Regeln zu verbieten. Der wettbewerbspolitische Kurs in der Bundesrepublik Deutschland ist seit den 70er Jahren verstärkt von der Auseinandersetzung um die Praktikabilität und Vorzüge beider Konzeptionen geprägt, wie die geltenden Gesetzesgrundlagen zeigen:

- Das „Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb" (UWG). Es soll Betrug, Irreführung, Zwang, Bedrohung und Verstöße gegen die guten Sitten verhindern und dadurch den „Leistungswettbewerb" sichern. Dieser Begriff gilt neuerdings in nicht unerheblichem Maße als anfällig für ein im Widerspruch zur Konzeption der Wettbewerbsfreiheit stehendes Wettbewerbsverständnis.
- Das „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen" (GWB). Es geht von einem prinzipiellen Kartellverbot aus, läßt jedoch viele Ausnahmen zu, die für das Bundeskartellamt (BKartA) als zuständiger Behörde interventionistische Genehmigungsrechte und Aufsichtspflichten begründen. Das BKartA hat daneben eine bis heute vielfach als problematisch angesehene Kontrollaufgabe gegenüber marktbeherrschenden Unternehmen zu erfüllen. Schließlich obliegt dem BKartA eine nicht minder umstrittene Fusionskontrolle.
- Die Wettbewerbsregeln des EG-Vertrages. Sie gelten gegenüber dem nationalen Recht prinzipiell als vorrangig, verbieten alle Vereinbarungen und Verhaltensweisen, durch die der zwischenstaatliche Handel und der freie Wettbewerb in der Gemeinschaft behindert werden können. Sowohl in den „Freistellungen" vom Verbot der Wettbewerbsbeschränkungen als auch in der konzeptionellen Grundanlage haben die EG-Wettbewerbsregeln viel Gemeinsames mit dem GWB.

Zu den ungelösten Problemen der Wettbewerbspolitik werden meist die Fusionskontrolle, die wettbewerblichen Ausnahmebereiche mit zahlreichen hoheitlich sanktionierten Wettbewerbsbeschränkungen und — im Zusammenhang damit — eine unzureichende Politik der Marktöffnung (Deregulierung) genannt.

Inhalt Seite

2.1. Das Grundproblem der Wettbewerbspolitik 57
2.2. Historische und konzeptionelle Grundlagen der Wettbewerbspolitik 57
2.3. Gesetzliche Grundlagen der Wettbewerbspolitik 58
2.4. Die Entscheidungs- und Einflußträger der Wettbewerbspolitik 61
2.5. Hauptinstrumente der Wettbewerbspolitik 62
2.5.1. Kartellpolitik 62

Seite

2.5.2. Politik der Mißbrauchsaufsicht 63

2.5.2.1. Geltende Regelung 63

2.5.2.2. Anwendungsprobleme 67

2.5.3. Politik der Fusionskontrolle 68

2.5.3.1. Geltende Regelung 68

2.5.3.2. Ergebnisse 68

2.5.3.3. Probleme 68

2.6. Ungelöste Probleme der Wettbewerbspolitik 70

2.1. Das Grundproblem der Wettbewerbspolitik

Das Grundgesetz (GG) enthält in Art. 74 Abs. 16 einen Regelungsauftrag zur Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung. Ein verfassungsrechtliches Gebot für eine bestimmte Wettbewerbspolitik folgt daraus allerdings nicht. Gleichwohl ist jede Art von Wettbewerbspolitik von den verfassungsrechtlichen und -politischen Zielen bestimmt. So ist der Gesetzgeber nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gehalten, die Freiheitsverbürgungen der Art. 2, 9, 12 und 14 GG (vgl. Kap.III.1.) zu schützen. Diese in einem engen Funktionszusammenhang stehenden individuellen Handlungsfreiheiten können z. B. im wirtschaftlichen Bereich nur effektiv werden, wenn Wahlmöglichkeiten bestehen und diese für die eigenen, frei bestimmten Zwecke genutzt werden können.

Aus diesem Prozeß der Wahrnehmung von Wahlmöglichkeiten erwächst unvermeidlich Wettbewerb. Sich des Wettbewerbs als Auswahlverfahren im Wirtschaftsprozeß zu bedienen, ist deshalb zweckmäßig, weil die wesentlichen Bedingungen nicht bekannt sind, die das wirtschaftliche Handeln freier Menschen bestimmen. Der wettbewerbliche Prozeß zeichnet sich gegenüber anderen Selektionsverfahren vor allem dadurch aus, daß in ihm ständig neue Gelegenheiten geboten und Anreize hervorgebracht werden, um Tatsachen zur besseren Verwendung menschlicher Fähigkeiten und materieller Ressourcen zu entdecken und zu nutzen. Ohne den „Wettbewerb als Entdekkungsverfahren" [1] blieben diese Tatsachen entweder unbekannt oder würden nicht genutzt.

Die verfassungsrechtliche Garantie der grundrechtlichen Freiheiten setzt prinzipielle Wettbewerbsfreiheit voraus. Immer wieder ist nun aber zu beobachten, daß die Freiheit zu wettbewerblichen Aktionen und Reaktionen zugleich als das Recht zu ihrer Beschränkung aufgefaßt wird. In dem Maße aber, in dem die Wirtschaftssubjekte in ihren Wahlmöglichkeiten beschränkt werden, entsteht das Problem der Marktmacht, die das Gegenstück zur Wettbewerbsfreiheit ist. Wer schließlich nur noch einem einzigen Abnehmer oder Lieferanten (also einem Monopolisten) gegenübersteht, hat keine Ausweichmöglichkeiten mehr für eine bessere Nutzung seiner Fähigkeiten und Ressourcen. Wettbewerb ist damit ausgeschlossen.

Im Konzept der sozialen Marktwirtschaft ist die Sicherung eines möglichst großen individuellen Entfaltungsspielraums durch eine rechtsstaatlich verfaßte, sozialgebundene Politik der Wettbewerbsordnung ein tragendes Element der Wirtschaftspolitik.

Wettbewerbspolitik besteht in der Aufgabe, gegen Regelungen zur Entstehung oder Ausübung von Marktmacht vorzugehen. Hierzu zählen vor allem erstens die Entstehung von monopolistischen Marktstellungen durch internes Unternehmenswachstum, zweitens die kartellförmige Abstimmung des Marktverhaltens von miteinander konkurrierenden selbständigen Unternehmen und drittens der Zusammenschluß (die Fusion) bisher selbständiger Unternehmen (externes Unternehmenswachstum).

Der durch internes Wachstum gewonnene Markteinfluß wird meist als Ausdruck eines volkswirtschaftlich erwünschten Leistungserfolgs und deshalb als wettbewerbspolitisch unbedenklich angesehen. Dagegen wird in den beiden anderen Fällen angenommen, daß die Unternehmen ein gemeinsames Handlungskonzept zur Gewinnung von Marktmacht verfolgen. Im Kartellfall geschieht dies durch Absprache wichtiger wettbewerbsrelevanter Aktionsparameter, vor allem der Preise, wobei im übrigen die unternehmerische Selbständigkeit erhalten bleibt. Im Fusionsfall entsteht aus bisher selbständigen Unternehmen eine neue größere unternehmerische Einheit. Dadurch können substantielle Wahlmöglichkeiten im Marktgeschehen verlorengehen.

2.2. Historische und konzeptionelle Grundlagen der Wettbewerbspolitik

Das Ringen um die Frage, ob der Staat im Marktgeschehen nur eine Zuschauerrolle oder eine wichtige Ordnungsaufgabe zur Sicherung der wirtschaftlichen Freiheit haben soll, ist kennzeichnend für die Entwicklung der Wettbewerbspolitik in Deutschland: Nach der Wirtschaftskrise von 1873 kam es zur Wiederbelebung einer hochprotektionistischen Außenhandelspolitik. Hinter den neuen Zollmauern konnten, ungestört von der ausländischen Konkurrenz, Kartelle entstehen. Diese wurden in der Nationalökonomie von Vertretern der damals herrschenden Lehre der Historischen Schule als zwangsläufige Erscheinung und als Beitrag zur Konjunkturdämpfung,

Kostensenkung und Produktivitätssteigerung positiv beurteilt. Beeinflußt von dieser Vorstellung hat das Reichsgericht am 4. 2. 1897 in einem für die Entwicklung der deutschen Wirtschaftspolitik folgenschweren Urteil ausdrücklich festgestellt, daß die Freiheit zur Kartellbildung mit dem Prinzip der Vertrags- und Gewerbefreiheit zu vereinbaren ist. Die ohnehin vom Schutzzoll begünstigte Neigung zur Kartellierung erhielt dadurch einen so starken Auftrieb, daß Deutschland in der Folge zum klassischen Land der Kartelle wurde. Zwar wurden durch die „Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen" von 1923 die Kartelle unter staatliche Aufsicht gestellt, doch konnte die Vermachtung der Wirtschaft dadurch nicht entscheidend aufgehalten werden.

Nach dem II. Weltkrieg führten die Besatzungsmächte eine allgemeine Dekartellierung durch; doch wurde diese schon bald wieder rückgängig gemacht. Nach 1948 begannen dann die Vorarbeiten für ein deutsches Kartellgesetz. Zwei gegensätzliche Auffassungen standen sich dabei gegenüber. Die Vertreter der einen Konzeption, an ihrer Spitze Franz Böhm, forderten ein ausnahmsloses Kartellverbot, eine präventive Fusionskontrolle sowie die Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen. Die andere Konzeption, vertreten von Industrieverbänden und Kartelljuristen, sah eine weitgehende Kartell- und Konzentrationsfreiheit bei voller Rechtsschutzgewährung für entsprechende Verträge durch den Staat vor.

Nach beinahe zehnjährigen, leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen gelangte man schließlich 1957 zu einem Kompromiß, dem „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen" (GWB). Seitdem spitzt sich die Frage, wie das Grundproblem der Wettbewerbspolitik konzeptionell am besten zu bewältigen ist, im wesentlichen auf zwei konkurrierende Auffassungen mit unterschiedlichen Konsequenzen für die Wettbewerbspolitik zu[2]:

— Die Konzeption des funktionsfähigen Wettbewerbs (Schaubild 1).

  Sie fragt nach den Beiträgen, die der Wettbewerb leisten kann, um bestimmte wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen. Unterstellt werden empirisch nachweisbare Kausalzusammenhänge zwischen Marktstruktur und Marktverhalten einerseits und bestimmten Marktergebnissen andererseits. Auf der Grundlage entsprechender Referenzmodelle wird festgestellt, inwieweit die existierenden Wettbewerbsformen zu zieladäquaten Marktergebnissen führen. Nach Ermittlung der Soll-Ist-Abweichungen in einem entsprechenden Struktur-, Verhaltens- und Ergebnistest sind dann die für erforderlich gehaltenen zieladäquaten Angleichungen der gegebenen Wettbewerbsformen an die Wettbewerbsnormen des jeweiligen Referenzmodells mit wettbewerbspolitischen Mitteln herbeizuführen.

— Die Konzeption der Wettbewerbsfreiheit (Schaubild 1).

  Sie betrachtet den Wettbewerbsprozeß als einen komplexen dynamischen Vorgang der Aktion und Reaktion, wobei als unbekannt gilt, in welchen Formen und mit welchen Ergebnissen sich die Marktphänomene konkret äußern können. Damit wird ausgeschlossen, daß sich das Marktgeschehen auf einfache Beziehungen zwischen Marktstruktur, Marktverhalten und Marktergebnisse zurückführen läßt. Dies wird damit begründet, daß die wesentlichen Umstände nicht bekannt sind, die das Handeln der Wettbewerber, vor allem der dynamischen Unternehmer, bestimmen. — Die Wettbewerbspolitik soll in staatlich normierten Regeln zur Herstellung und Sicherung der Wettbewerbsfreiheit auf offenen, dehnungsfähigen Märkten bestehen. Die Regeln sollen allgemeingültig sein und Verträge und Verhaltensweisen mit wettbewerbsbeschränkendem Charakter verbieten. Normen, die an einen bestimmten Grad der Wettbewerbsbeschränkung Rechtsfolgen knüpfen, insonderheit alle gegen „marktbeherrschende Unternehmen" gerichteten Vorschriften, werden als Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip abgelehnt.

Umstritten ist dagegen, ob es neben den relativ einfachen Tatbeständen vertraglicher Wettbewerbsbeschränkungen nicht auch Fälle von Konkurrenzbehinderungen gibt, denen mit einem generellen „per se-Verbot" im Sinne des Konzepts der Wettbewerbsfreiheit nicht beizukommen ist. Hierbei wird z. B. daran gedacht, daß Monopolisten den Wettbewerb durch Marktzugangserschwerungen beschränken könnten. Auch brauche ein dominierender Marktführer sich so lange nicht wettbewerbsbeschränkend zu verhalten, wie ihm die Konkurrenten freiwillig folgten; und im Falle eines engen Oligopols könnten Verhaltensbeschränkungen durch die Marktstruktur entstehen. Auch bei Fusionen sei nicht generell erkennbar, ob hierdurch eine volkswirtschaftlich effektivere Ressourcenverwendung oder nur der Ausschluß von aktuellen oder potentiellen Konkurrenten beabsichtigt sei[3].

2.3. Gesetzliche Grundlagen der Wettbewerbspolitik

Der wettbewerbspolitische Kurs in der Bundesrepublik ist von der Auseinandersetzung um die Praktikabilität und Vorzüge der beiden Konzepte geprägt. Dies lassen die Regelungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), des GWB und die Wettbewerbsregeln der EG erkennen[4].

1) Das UWG soll verhindern, daß sich die Konkurrenten einen leistungswidrigen Vorteil im Wettbewerb durch Betrug, Irreführung, Zwang, Bedrohung oder Verstoß gegen die guten Sitten verschaffen können. Diesem Zweck sollen ebenso das Rabattgesetz, die Zugabeverordnung, das Warenzeichengesetz, das Patentgesetz und das Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen dienen. — Alle diese dem Schutz eines „fairen", „anständigen", „erlaubten" Wettbewerbs (vielfach auch „Leistungswettbewerb" genannt) dienenden Normen verweisen auf Ansprüche eines in hohem Maße vom Richterrecht geprägten ethisch-kulturellen Wertbezugs der markt-

Schaubild 1

Konzeptionen der Wettbewerbspolitik

	Konzeption des funktionsfähigen Wettbewerbs	Konzeption der Wettbewerbsfreiheit
Allgemeines Ziel	Sicherung bestimmter gesamtwirtschaftlich gewünschter Funktionen und Formen des Wettbewerbs. Maßstäbe sind bestimmte Ziele der Wirtschaftspolitik (Vollbeschäftigung und optimaler Einsatz der Ressourcen; Stabilität der Beschäftigung; hoher technisch-organisatorischer Fortschritt und hohes Wachstum; gerechte Einkommensverteilung).	Sicherung der Wettbewerbsfreiheit und der daraus erwachsenden Vorteilhaftigkeit wettbewerblicher Marktprozesse.
Spezielle wettbewerbspolitische Ziele	Funktionsfähiger Wettbewerb im Sinne von vollkommenem, unvollkommenem, wesentlichem, wirklichem Wettbewerb oder von optimaler Wettbewerbsintensität. Herbeiführung eines gesamtwirtschaftlich „richtigen" Verhaltens der Marktteilnehmer.	Wettbewerb frei von Beschränkungen, d. h. Fehlen von Zwang, Betrug, Irreführung, Täuschung. Gewährleistung eines hinreichenden Ausmaßes an Spielraum zum Einsatz wettbewerbsrelevanter Aktionsparameter.
Wettbewerbstheoretisches Referenzmodell (Norm der Wettbewerbspolitik)	Neoklassische Modelle der Preistheorie (vollkommene, unvollkommene Konkurrenz, weite oder enge Oligopole mit mäßiger Produktdifferenzierung usw.).	Systemtheoretische Erklärung der Marktprozesse, aus denen Wettbewerbsfreiheit aufgrund von allgemeinen Spielregeln erwächst, die größtenteils durch die Rechts- und Wirtschaftsordnung gesetzt sind.
Art der Verknüpfung der Marktfaktoren	Marktstruktur→Marktverhalten→Marktergebnisse, interpretiert als direkte Wirkungskette.	Komplexes Marktsystem mit zirkulärer Kausalität der Marktfaktoren.
Relevanter Markt	Wird als vorgegebener Tatbestand in räumlicher, zeitlicher und sachlicher Hinsicht unterstellt.	Als nicht vorgegeben unterstellt, sondern im Marktprozeß immer wieder neu zu entdeckender Tatbestand.
Wettbewerbspolitisches Verfahren zur Ermittlung des Ist-Zustands (Wettbewerbstest)	Feststellung, ob auf dem untersuchten Markt die tatsächlichen Markteigenschaften mit den festgelegten Normen übereinstimmen (Einzelfalltest mit behördlichem Ermessensspielraum).	Feststellung, ob Beschränkungen der Wettbewerbsfreiheit vorliegen (Tatbestandsprüfung ohne behördlichen Ermessensspielraum).
Wettbewerbspolitisches Mittel	Sicherung oder Änderung der Marktstruktur (z. B. durch Fusionsverbot, Entflechtung), des Marktverhaltens (durch Kartellverbot, Mißbrauch wirtschaftlicher Macht); Marktergebnisauflagen (Ausbeutungs- und Behinderungsmißbrauch). Zulassung von Beschränkungen des Wettbewerbs je nach den Zielen der Wirtschaftspolitik; Zulassung von Bereichsausnahmen aus wohlfahrtsökonomischen Gründen.	Aktive staatliche Sicherung der Wettbewerbsfreiheit aller Marktteilnehmer durch Schaffung und Überwachung der Spielregeln, die als per se-Verbote für wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen wirksam werden, konkret als Kartell- und Monopolisierungsverbot.

wirtschaftlichen Ordnung. Heute wird in der Rechtsprechung zum UWG die Sicherung des „Leistungswettbewerbs" in den Vordergrund gestellt, wobei teilweise auch branchenübliche Maßnahmen der Verkaufsförderung durch die Hersteller als Verstoß gegen die „guten kaufmännischen Sitten" angesehen werden; damit besteht die Gefahr, daß aktive Wettbewerbshandlungen in Frage gestellt werden.

2) Das seit dem 1. 1. 1958 geltende GWB wird häufig als „Grundgesetz" oder als „Magna Charta" der sozialen Marktwirtschaft bezeichnet. Als Vorbild dient die auch dem amerikanischen Antitrustrecht zugrundeliegende Konzeption der Wettbewerbsfreiheit. Allerdings wurden zahlreiche Regelungen aufgenommen, die für die Konzeption des funktionsfähigen Wettbewerbs typisch sind. Charakteristisch für die Mischkonzeption des GWB sind seine vier wettbewerbsbeschränkenden Tatbestandgruppen: 1) Kartellverträge und -beschlüsse (§§ 1—14) und verwandte Wettbewerbsregeln (§§ 28—33); 2) Sonstige Verträge (§§ 15—21); 3) Marktbeherrschende Unternehmen (§§ 22—24) und 4) wettbewerbsbeschränkendes und diskriminierendes Verhalten (§§ 25—27).

Vom generellen Verbot der Wettbewerbsbeschränkung des § 1 gibt es zahlreiche Ausnahmen: Völlig ausgenommen sind das Post- und Fernmeldewesen, die Bundesbahn, andere Schienenbahnen des öffentlichen Verkehrs, die Bundesbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau, das Branntweinmonopol, die Unternehmen des Montanbereichs. Für diese totalen Ausnahmebereiche gelten gesonderte gesetzliche Vorschriften (z. B. das Bundesbankgesetz, der Montanunionvertrag). — Partielle Ausnahmen beziehen sich auf die Schiffahrt sowie auf Fluglinienunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, die Land- und Forstwirtschaft sowie die Energie- und Wasserversorgung. Für diese Ausnahmen, die der Mißbrauchsaufsicht des Kartellamts unterliegen, gelten ebenfalls meist gesonderte gesetzliche Vorschriften wie das Kreditwesen- und das Landwirtschaftsgesetz. Nicht unter das GWB fallen die Arbeitsmärkte und die auf ihnen vorherrschenden Preisabsprachen der Tarifparteien. Der wettbewerblichen Kontrolle weitgehend entzogen sind die Arbeitsvermittlung, der Bildungssektor, die gesetzlichen Krankenkassen, große Bereiche des Gesundheitswesens, die Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Das GWB wurde 1966, 1973, 1976 und 1980 novelliert. Besondere Bedeutung kommt der 2. Novelle zu: Mit ihr wurde durch das Verbot der Preisbindung der zweiten Hand für Markenwaren und des abgestimmten Verhaltens die Konzeption der Wettbewerbsfreiheit gestärkt. Zugleich wurden aber auch zentrale Aspekte der Konzeption des funktionsfähigen Wettbewerbs betont: zum einen durch eine Verschärfung der Eingriffsmöglichkeiten gegenüber marktbeherrschenden und marktmächtigen Unternehmen (§§ 22 Abs. 1; 26 Abs. 2 GWB), womit der Kreis der unter die Mißbrauchsaufsicht fallenden Unternehmen wesentlich erweitert wurde; zum anderen durch die Einführung einer Fusionskontrolle gemäß §§ 23ff. GWB. Dem liegt die Auffassung zugrunde, daß nicht mehr die Kartellierung, sondern das fortschreitende externe Unternehmenswachstum das Hauptproblem der Wettbewerbspolitik ist. Auch wurden im Interesse der Mittelstandsförderung vertragliche Wettbewerbsbeschränkungen legalisiert, die in Form von Wettbewerbsregeln gemäß § 28 zum Schutz des sog. „Leistungswettbewerbs" vereinbart werden können.

Mit der 3. und 4. Novelle wurde die Fusionskontrolle auf das Pressewesen sowie auf vertikale und konglomerate Zusammenschlüsse ausgeweitet. Außerdem wurde die Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen ein weiteres Mal verschärft. Für kleine und mittlere Unternehmen wurde ein besonderer Schutz vor Behinderungen durch „marktmächtige" Konkurrenten eingeführt (§ 37a Abs. 3 GWB). Weil sich das mit der 2. Novelle erweiterte Diskriminierungsverbot faktisch nur gegen den Mißbrauch der Angebotsmacht, nicht aber, wie vom Gesetzgeber beabsichtigt, gegen Nachfragemacht einsetzen ließ, wurde mit der 4. Novelle in § 26 Abs. 3 GWB eine bessere Erfassung von Diskriminierungen der Nachfrageseite angestrebt. Damit sollen im Rahmen der Gewährleistung des „Leistungswettbewerbs" insbesondere die Marktchancen kleiner und mittlerer Unternehmen im Wettbewerb mit Großunternehmen besser gesichert werden. Hierzu wurde das Diskriminierungsverbot auf Unternehmen ausgedehnt, die nicht auf ihrem „relevanten Markt" beherrschend sein müssen, sondern lediglich eine Position mit „überlegener Macht" haben, ohne damit schon den Wettbewerb beschränken zu können.

3) Die Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrages bezwecken die Sicherung eines fairen Wettbewerbs, offene Märkte für Waren, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren im Rahmen der Zollunion sowie die Beseitigung von Wettbewerbsverfälschungen in der Gemeinschaft. Die Wettbewerbspolitik richtet sich deshalb gegen Kartelle und andere Marktaufteilungen sowie den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch Monopolisierung, insbesondere durch vertikale und horizontale Unternehmenskonzentration, gegen Verfälschung des Wettbewerbs durch nationale Subventionen (Beihilfen), staatliche Handelsmonopole und öffentliche Unternehmen, gegen Handelsbeschränkungen aufgrund unterschiedlicher Rechts- und Verwaltungsbestimmungen, Steuervorschriften, Patent- und Warenzeichenregelungen. Die Wettbewerbsregeln sind dem nationalen Wettbewerbsrecht gegenüber vorrangig und gelten unmittelbar. Um gegen Verstöße wirksam vorgehen zu können, besitzt die Kommission, das Exekutivorgan der EG, weitreichende Ermittlungs-, Nachprüfungs-, Entscheidungs- und Sanktionsbefugnisse gegenüber Unternehmen und Unternehmensvereinigungen.

Die Wettbewerbsregel des Art. 85 Abs. 1 verbietet — weitergehend als das GWB — per se alle Vereinbarungen und jede Art der Verhaltensabstimmung, durch die der Handel zwischen den Mitgliedstaaten spürbar behindert, eingeschränkt oder verfälscht wird. Diese sogenannte Zwischenstaatlichkeitsklausel hat den Zweck, auf dem Gebiet des Kartellrechts den Geltungsbereich der EWG-Wettbewerbsregeln von dem des nationalen Wettbewerbsrechts abzugrenzen.

Nach Art. 85 Abs. 2 sind Absprachen gemäß Abs. 1 nichtig. Abs. 3 erlaubt Ausnahmeregelungen für wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen aus bestimmten wohlfahrtsökonomischen Gründen, z. B. zur Förderung des Mittelstandes, zur Erhöhung der Versorgungssicherheit, zur Sicherung von Spezialisierungsvorteilen, zur Unterstützung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts. Diese sogenannten Freistellungen vom Verbot des Art. 85 Abs. 1 sind an den Nachweis spürbarer Vorteile aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gebunden. Die Anwendung von Art. 85 Abs. 3 ist zu untersagen, wenn die Unternehmen durch die Absprache den Wettbewerb für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren ausschalten können.

Art. 86 verbietet — ohne Ausnahmen — die mißbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung in der EG oder eines wesentlichen Teils derselben durch ein oder mehrere Unternehmen, soweit dadurch der Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigt wird. Die wichtigsten Anwendungsfälle dieser Verbotsvorschrift sind Verstöße gegen den Grundsatz der Markteinheit, Diskriminierungen und sachlich ungerechtfertigte Beschränkungen der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit der Marktgegenseite. Die Praxis der Mißbrauchskontrolle stößt konzeptionell auf ähnliche Schwierigkeiten wie der bis 1973 geltende (ziemlich wirkungslose) § 22 GWB. Der Europäische Gerichtshof hat im „Continental Can"-Urteil vom 21.2.1972 auf der Grundlage des Art. 86 auch die Möglichkeit der Fusionskontrolle eingeräumt. Allerdings setzt die Durchführung die schwer nachweisbare Existenz einer „marktbeherrschenden Stellung" und deren Erweiterung durch den Aufkauf von Wettbewerbern und mißbräuchliche Ausnutzung voraus.

Im Widerspruch zur marktwirtschaftlich ausgerichteten Wettbewerbspolitik der EG stehen die Bereichsausnahmen, die wettbewerbsverzerrenden nationalen Subventionen (Beihilfen) und die staatlichen Handelsmonopole. Die beiden wichtigsten Bereichsausnahmen beziehen sich auf die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und die EG-Agrarmarktordnung. Der EGKS-Vertrag läßt nach Bedarf preis- und produktionsregulierende Eingriffe planwirtschaftlicher Art zu; Kernstück der europäischen Agrarmarktordnung ist ein durch vielfältige binnen- und außenwirtschaftliche Markteingriffe abgesichertes System von gemeinsamen Mindestpreisen. Auch die Verkehrswirtschaft gilt unter Berufung auf ihre „Besonderheiten" (Art. 75) als Ausnahmebereich von den Wettbewerbsregeln. Allerdings hat der Gerichtshof der EG 1986 entschieden, daß die EG-Wettbewerbsregeln auch auf den Flugverkehr, der in den meisten Mitgliedsländern zu den Bereichsausnahmen zählt, anwendbar sind, und zwar unabhängig von dem Bestehen einer gemeinsamen Luftverkehrspolitik. Damit kann die EG-Kommission von dem in Art. 89 verankerten Recht Gebrauch machen, wettbewerbswidriges Verhalten zu untersuchen und zu unterbinden.

Obwohl Art. 92 direkte und indirekte staatliche Subventionen an Unternehmen prinzipiell als wettbewerbsverfälschend verbietet, ist diese Vorschrift durch Ausnahmeregelungen für gefährdete Branchen und Unternehmen sowie für entwicklungsschwache Regionen in erheblichem Maße eingeschränkt. — Art. 37 EWG-Vertrag verpflichtet die Mitgliedsländer, ihre staatlichen Handelsmonopole abzuschaffen oder in einer Weise umzuformen, die als vertragsgerecht gilt. Mit Ausnahme der französischen und italienischen Tabakwarenmonopole sowie der deutschen und französischen Alkoholmonopole wurden inzwischen die meisten Handelsmonopole der Vorschrift des Art. 37 angepaßt.

In der Verbindung von Verbots- und Mißbrauchsprinzip sowie in der wohlfahrtsökonomischen Begründung der „Freistellungen" stimmen die Wettbewerbsregeln der EG weitgehend mit der wettbewerbspolitischen Konzeption des GWB überein. Ihrer wirksamen Anwendung stehen allerdings immer noch erhebliche Unterschiede in der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik der Mitgliedsländer entgegen. Vor allem wird der Weg zu binnenmarktähnlichen Verhältnissen durch unterschiedliche Steuern, Rechts- und Verwaltungsvorschriften, nationale Industrie- und Sicherheitsnormen, Beschränkungen des Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs und vielfältige andere „unsichtbare Handelshemmnisse" behindert.

2.4. Die Entscheidungs- und Einflußträger der Wettbewerbspolitik

Die Aufgaben der Wettbewerbspolitik sind unterschiedlichen Entscheidungsträgern zugeordnet. Die Legislative ist für die rechtlich-institutionellen Vorkehrungen zur Gewährleistung einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbspolitik zuständig. Wichtigstes Exekutivorgan ist das Bundeskartellamt (BKartA), das als selbständige Bundesbehörde zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft gehört. Die Zuständigkeit des BKartA bezieht sich auf die Kartellarten der §§ 4,6 und 7 GWB (siehe Übersicht 2), die zulässigen Preisbindungen und -empfehlungen gemäß §§ 16 und 38a GWB, die Fusionskontrolle (§§ 23—24a GWB), alle Wettbewerbsbeschränkungen, die über das Gebiet eines Bundeslandes hinausreichen, schließlich auf Bundespost und Bundesbahn. Auf Landesebene sind die Landeskartellbehörden, organisatorisch den jeweiligen Wirtschaftsministerien zugeordnet, tätig. — Zuständig für Sonderkartelle („Ministerkartelle") nach § 8 und Exportkartelle nach § 6 Abs. 1 (siehe Schaubild 2) sowie für Entscheidungen über Anträge auf Erlaubnis von Fusionen gemäß § 24 III GWB (siehe Schaubild 4) ist der Bundesminister für Wirtschaft („Ministererlaubnis").

Im legislativen und exekutiven Gestaltungsbereich bestehen unter dem Einfluß von Interessenverbänden ständig Bestrebungen zur Durchsetzung von Ausnahmeregelungen. Vor diesem Hintergrund dient die Errichtung der Monopolkommission durch die 2. Novelle zum GWB gemäß § 24 Abs. 3 GWB u. a. dazu, den Einfluß der Wirtschaft auf die legislative und exekutive Gestaltung der Wettbewerbspolitik zugunsten einer unabhängigen Beratungs- und

Kontrollinstanz zurückzudrängen. Diese Kommission — nach der Rechtsstellung dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vergleichbar — hat nicht nur Stand und Entwicklung der Unternehmenskonzentration zu beurteilen und die Entscheidungspraxis über marktbeherrschende Unternehmen und zur Fusionskontrolle gemäß §§ 22 bis 24a GWB zu würdigen, sondern auch Vorschläge für Gesetzesänderungen zu machen. So hat sich die Kommission im III. Hauptgutachten (1978/1979) für die Einführung der Unternehmensentflechtung in das deutsche Wettbewerbsrecht ausgesprochen, um den allgemeinen Prozeß der Unternehmenskonzentration zum Stillstand zu bringen[5].

Alle zwei Jahre erstellt die Kommission ein sog. Hauptgutachten. Bis 1986 sind sechs dieser Gutachten erschienen. Außerdem kann die Bundesregierung bei der Kommission sog. Auftragsgutachten bestellen. Nach der vierten, seit 1980 geltenden GWB-Novelle ist der Bundesminister für Wirtschaft gehalten, im Falle von sog. Gemeinwohlentscheidungen in Verfahren der Fusionskontrolle (siehe Schaubild 4) bei der Kommission ein Sondergutachten einzuholen. Von 1975 bis 1986 sind 16 Sondergutachten erschienen. Die Kommission kann darüber hinaus in eigener Initiative sog. Ermessensgutachten erstellen.

Die bisherigen Gutachten sind sowohl von Elementen der Konzeption der Wettbewerbsfreiheit als auch der Konzeption des funktionsfähigen Wettbewerbs bestimmt:

- Die Wettbewerbspolitik soll bevorzugt bei den die Marktstruktur beeinflussenden Bedingungen der Wirtschafts- und Rechtsordnung (Gesellschafts-, Steuer-, Patent-, Kapitalmarktrecht, Subventionspolitik) ansetzen;
- die Fusionskontrolle soll vor der Mißbrauchsaufsicht und anderen Formen der Verhaltenskontrolle rangieren;
- für die Ministererlaubnis soll der Regierung ein weiter Ermessensspielraum zustehen, wenn es um hochrangige Ziele (wie etwa die Vollbeschäftigung oder die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit) geht;
- in Fällen, in denen — wie etwa in den Ausnahmebereichen oder bei staatlichen Monopolstellungen — die Voraussetzungen für wettbewerbliche Märkte wegen vorherrschender staatlicher Regulierungen (noch) nicht bestehen, tritt die Monopolkommission für eine Politik der Marktöffnung (Deregulierung) ein, notfalls für weitgehende staatliche Eingriffe in das Geschäftsgebaren der betreffenden Unternehmen. So hat die Kommission 1983 in ihrem 13. Sondergutachten der Bundesregierung geraten, der Stahlindustrie weitere Subventionen erst nach Verwirklichung „gesamtwirtschaftlich optimaler" Unternehmensstrukturen zu gewähren. Offen bleibt dabei allerdings, ob es brauchbare Kriterien gibt, um diesen Zustand zu kennzeichnen und festzustellen, wann er erreicht ist.

2.5. Hauptinstrumente der Wettbewerbspolitik

2.5.1. Kartellpolitik

Die erste tragende Säule der Wettbewerbspolitik ist das Kartellverbot des § 1 GWB; es hat vor allem folgende Anwendungsprobleme:

1) Es ist unsicher, ob die Wettbewerbsbeschränkung durch kartellförmige Verhaltenskoordinierung zwischen Konkurrenten Gegenstand, Folge oder Zweck des Vertrages sein muß. Die Gegenstandstheorie, lange Zeit in der Rechtsprechung bestimmend, hat den Vorzug hoher Rechtssicherheit, weil das Kartellverbot nur Verträge betrifft, die die Parteien zu wettbewerbsbeschränkendem Verhalten verpflichten. Allerdings kann nach dieser Auslegung das Kartellverbot weitgehend wirkungslos werden. So sind die Einkaufs- und Verkaufskooperationen nach der Gegenstandstheorie nur dann untersagt, wenn die Mitgliedsfirmen sich verpflichtet haben, ausschließlich bei diesen Gemeinschaften zu kaufen oder über diese zu verkaufen. Vertragsbedingungen, die de facto auf eine Exklusivbindung hinauslaufen, wären dagegen kartellrechtlich zulässig.

Nach der Folgetheorie kommt es auf die Wirkung der Vereinbarung an. Dadurch kann allerdings ein kartellrechtlich zunächst unbedenklicher Vertrag unter veränderten Wettbewerbsbedingungen den Verbotstatbestand erfüllen, wodurch Rechtsunsicherheit entsteht. Heute dominiert in der Rechtsprechung die Zwecktheorie. Danach liegt eine Wettbewerbsbeschränkung auch ohne vertragliche Festlegung vor, wenn sie den gemeinsamen wettbewerbsbeschränkenden Zweck der Kontrahenten erfüllt. Auch diese Auslegung des § 1 GWB ist problematisch.

2) In § 1 GWB gibt es nämlich keine klaren Anhaltspunkte dafür, was eine Beschränkung des Wettbewerbs ist. Unumstritten sind Gruppenboykotts, gemeinsame Ressourcenmonopolisierung oder Preisabsprachen. Nachdem die Rechtsprechung — vor allem im sog. Teerfarben-Urteil[6] von 1971 — unter Berufung auf die Gegenstandstheorie gleichförmiges Verhalten als nicht verbotswidrig erklärt hatte, konnten wettbewerbsbeschränkende Abreden beliebig mit einem unausweichlichen Marktzwang erklärt werden. Um die Gefahr der massenhaften Umgehung des Kartellverbots zu bannen, hat der Gesetzgeber in der 2. Novelle zum GWB (1973) mit dem § 25 Abs. 1 GWB ein Verbot der Verhaltensabstimmung eingeführt. Darunter fallen allerdings auch weiterhin nur solche Fälle, in denen sich zwei oder mehrere Unternehmen über künftiges Wettbewerbsverhalten bewußt verständigen. Es bestehen jedoch erhebliche Schwierigkeiten, ein solches „kollusives Parallelverhalten" nachzuweisen, zumal ihm auch eine Verbandsempfehlung zugrunde liegen kann. Diese und andere Umgehungsformen des Kartellverbots (hierzu gehören vor allem vertikale Preisempfehlungen, die auf eine faktische Preisbindung hinauslaufen können) versucht das GWB mit dem prinzipiellen Empfehlungsverbot des § 38 auszuschließen. Allerdings wird dieses Verbot durch die Zulassung der sog. Mittel-

standspreisempfehlung gemäß § 38 Abs. 2 Nr.1 und von Wettbewerbsregeln nach § 28 GWB abgeschwächt, durch die Verbände bestimmte Spielregeln festlegen können, nach denen der Wettbewerb stattfinden soll.

3) Es gibt vom Kartellverbot eine Reihe von Ausnahmen (siehe Schaubild 2). Sie beruhen teils auf Fehlannahmen über die Bedingungen wettbewerblicher Prozesse, teils auf wohlfahrtsökonomischen Begründungen: So wird von den beantragbaren Konditionen- und Rabattkartellen (§§ 2 und 3) eine Verbesserung der Markttransparenz erwartet, wobei übersehen wird, daß damit preiswirksame Wettbewerbshandlungen unterbunden werden. Mit Hilfe von Strukturkrisenkartellen (§ 4) können die Kosten der Kapazitätsanpassung im Kartellpreis auf die Abnehmer gewälzt werden. Das Ergebnis ist höchst zweifelhaft. Je mehr nämlich der Kartellpreis angehoben wird, desto größer wird infolge des hierdurch beschleunigten Nachfragerückgangs die Überkapazität. Sie aufzukaufen und stillzulegen, erfordert einen noch höheren Kartellpreis, der wiederum den Existenzspielraum der Unternehmen in der gegebenen Marktsituation verschlechtert. Das Strukturkrisenkartell verfehlt also für den Fall, für den es nach § 4 GWB gedacht ist, seinen Zweck.

Die volkswirtschaftliche Fragwürdigkeit von Rationalisierungskartellen gemäß §§ 5 und 5a ergibt sich daraus, daß das, was aus wettbewerblichen Prozessen hervorgeht, nämlich die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Unternehmen und die Verbesserung ihrer Marktergebnisse, im wesentlichen bereits bekannt sein muß, damit es zum Gegenstand eines Kartellvertrags gemacht werden kann und von allen beteiligten Unternehmen beachtet wird. Dies widerspricht aber dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Wenn es richtig ist, daß im Wettbewerbsprozeß ständig Rationalisierungen hervorgebracht werden, so engen Rationalisierungskartelle dafür den Spielraum um so mehr ein, je straffer sie organisiert sind[7]. Fraglich ist auch, ob Kooperationskartelle gemäß § 5b GWB geeignet sind, die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmungen zu fördern. Der organisatorisch-bürokratische Regulierungsbedarf funktionsfähiger Kartelle ist häufig mit einem Verlust an Möglichkeiten für ein erfolgreiches Wettbewerbsverhalten verbunden.

Exportkartelle sind gemäß § 6 GWB wie auch nach den Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrages erlaubt, wenn sie sich auf dritte Märkte beziehen. Praktisch beeinflußt aber jedes Exportkartell die Marktverhältnisse auch im Inland, da sich — wegen der Interdependenz der Märkte — eine Wettbewerbsbeschränkung auf irgendeinem Markt auf allen Märkten auswirkt. Bisweilen werden internationale Kartelle als Exportkartelle ausgewiesen, wobei in einem geheimen Zusatzprotokoll ein Schutz für den jeweiligen nationalen Markt vereinbart wird. Die Kartelle werden beim Bundeskartellamt offiziell als Exportkartelle angemeldet und damit legalisiert. Gäbe es nicht das „Trojanische Pferd" der legalen Exportkartelle, wären das Zustandekommen und die laufende Organisation internationaler Kartelle weniger leicht[8]. — Auch das der Zulassung von Importkartellen zugrundeliegende Argument der Gegenmachtbildung begünstigt die Ingangsetzung von Prozessen der internationalen Wettbewerbsbeschränkung.

4) Die kartellbehördliche Mißbrauchskontrolle gegenüber den Verbotsausnahmen verleitet bei der Entwicklung von Maßstäben zur Beurteilung der Frage, ob die Marktverhältnisse nur unwesentlich beeinflußt werden, leicht dazu, den jeweils höchsten Grad der Wettbewerbsbeschränkung zur Norm zu erheben und auf diese Weise den Prozeß der weiteren Wettbewerbsbeschränkung zu rechtfertigen und vor allem zugunsten von Großunternehmen zu beschleunigen[9].

2.5.2. Politik der Mißbrauchsaufsicht

2.5.2.1. Geltende Regelung

Die Politik der Mißbrauchsaufsicht seitens des BKartA, instrumentell zwischen Kartell- und Fusionsverbot angesiedelt, zeigt an, daß das GWB marktbeherrschende Positionen prinzipiell nicht ausschließen, wohl aber ihren Mißbrauch verhindern will. Der Mißbrauchsaufsicht obliegt die wettbewerbspolitische Aufgabe, Unternehmen mit erhöhtem Markteinfluß daran zu hindern, ihren der Wettbewerbskontrolle entzogenen Handlungsspielraum, aufgefaßt als Unternehmens- oder Marktmacht, zum Nachteil anderer Marktteilnehmer zu nutzen. Vielmehr sollen entsprechende Unternehmen zu wettbewerbsanalogen Handlungen angehalten werden, damit die Wettbewerbsfreiheit auch auf Märkten mit marktbeherrschenden Unternehmen gesichert werden kann. Im einzelnen geht es darum, die Märkte für Außenseiter offen zu halten, Mitkonkurrenten und Marktteilnehmer anderer vor- oder nachgelagerter Wirtschaftsstufen vor leistungsfremden Behinderungen und vor Ausbeutung im Wettbewerb zu schützen.

Der wichtigste Bereich der Mißbrauchskontrolle bezieht sich auf § 22 GWB und die damit zusammenhängenden Vorschriften, wozu insbesondere die §§ 24 Abs. 1 (Kontrolle von Zusammenschlüssen) und das Verbot der Diskriminierung und Behinderung nach § 26 Abs. 2 gehören. Weder nach der ursprünglichen Fassung des § 22 noch nach der Tatbestandsgrundlage, wie sie mit der 1. Novelle des GWB (1965) geschaffen wurde, bot sich dem BKartA eine für hinreichend erachtete Möglichkeit, marktbeherrschende Unternehmungen ausfindig zu machen. Deshalb wurde in der 2. Novelle (1973) der Mißbrauchsbegriff auf Unternehmen mit „überragender Marktstellung" ausgedehnt. Damit konnte der Kreis der unter die Mißbrauchsaufsicht fallenden Unternehmungen erheblich (im wesentlichen unter Beschränkung auf Fälle von Angebotsmacht) erweitert werden. (Zur heute geltenden Regelung des § 22 siehe Schaubild 3).

Schaubild 2

Kartellarten nach dem GWB

Kartellart / Regelungsbereich	Konditionenkartell (§ 2)	Rabattkartell (§ 3)	Strukturkrisenkartell (§ 4)	Formen- und Typenkartell (§ 5)
Gegenstand des Kartellvertrags	Einheitliche Anwendung von Geschäfts-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen.	Einheitliche Rabattregelung.	Organisierter Kapazitätsabbau bei Absatzrückgang infolge nachhaltiger Nachfrageschrumpfung.	Einheitliche Anwendung von Normen und Typen.
Regelung im GWB	Anmeldepflichtig. Wirksam, wenn das BKartA nach 3 Monaten nicht widerspricht. Widerspruch möglich bei Mißbrauch der erlangten Marktstellung.	Anmeldepflichtig. Erlaubnis bei Nachweis, daß Rabatte leistungsbedingt sind, nicht diskriminierend wirken und nicht die Verbraucher schädigen.	Erlaubnis möglich, wenn Kapazitätsanpassung ohne Kartellvertrag nicht gelingt und Gemeinwohlinteresse besteht.	Erlaubnis möglich, wenn durch Rationalisierung die Leistungsfähigkeit der betreffenden Unternehmen verbessert werden kann.
Erwartetes Marktergebnis	Wettbewerbsfördernde Wirkung durch Erhöhung der Markttransparenz.	Wettbewerbsfördernde Wirkung durch größere Preisklarheit.	Erleichterung der Ausscheidung bei Überkapazitäten.	Effekt der Leistungssteigerung größer als Effekt der Wettbewerbsbeschränkung.
Zahl der 1984				
— beim BKartA legalisierten,	46	6	1	22
— bei den Landeskartellbehörden legalisierten Kartelle	7	—	—	2
Insgesamt	53	6	1	24

Spezialisierungskartell (§ 5a)	Kooperationskartell (§ 5b)	Ausfuhrkartell (§ 6)	Einfuhrkartell (§ 7)	Gemeinwohl-, Sonder- oder Ministerkartell (§ 8)
Spezialisierungsbedingte Rationalisierung.	Rationalisierung durch wirtschaftliche Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen.	Sicherung und Förderung des Exports.	Schutz vor ausländischer Anbietermacht.	Beschränkung des Wettbewerbs aus überwiegenden Gründen der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls.
Erlaubnis möglich, wenn „wesentlicher" Wettbewerb bestehen bleibt.	Erlaubnis möglich, wenn Wettbewerbsbeschränkung nicht „wesentlich" ist und die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen fördert.	„Reine" Ausfuhrkartelle (ohne Inlandswirkung) sind freigestellt; solche mit Inlandswirkung erlaubnisfähig, wenn Inlandsbeschränkung im Dienste der Auslandsbeschränkung steht.	Erlaubnis möglich, wenn deutsche Bezieher keinem oder nur unwesentlichem Wettbewerb der ausländischen Anbieter gegenüberstehen.	Erlaubnis durch den Bundesminister möglich, wenn unmittelbare Gefahr für eine Branche besteht und andere Maßnahmen nicht hilfreich sind.
Effekt der Leistungssteigerung größer als Effekt der Wettbewerbsbeschränkung.	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von mittelständischen Unternehmen gegenüber Großunternehmen.	Sicherung der Chancengleichheit im internationalen Wettbewerb.	Sicherung der Chancengleichheit im internationalen Wettbewerb.	Überwindung einer schwerwiegenden Branchenkrise.
45	54	56	—	—
4	62	—	—	—
49	116	56	—	—

Schaubild 3

Mißbrauchskontrolle nach § 22 GWB

Begriff der Marktbeherrschung (§ 22 Abs. 1)	Ein Unternehmen ist marktbeherrschend, soweit es als Anbieter oder Nachfrager einer bestimmten Art von Waren oder gewerblichen Leistungen 1. ohne Wettbewerber ist oder keinem wesentlichen Wettbewerb ausgesetzt ist oder 2. eine im Verhältnis zu seinen Wettbewerbern überragende Marktstellung hat.
Marktbeherrschende Marktformen: — Monopolfall (§ 22 Abs. 2 GWB)	Es wird vermutet, daß ein Unternehmen marktbeherrschend im Sinne des Abs. 1, Satz 1 ist, wenn es für eine bestimmte Art von Waren oder gewerblichen Leistungen einen Marktanteil von mindestens einem Drittel hat.
— Oligopolfall (allgemeine Vermutung § 22 Abs. 2)	Als marktbeherrschend im Sinne des Abs. 1, Satz 1 gelten auch zwei oder mehr Unternehmen, soweit zwischen ihnen . . . ein wesentlicher Wettbewerb nicht besteht und soweit sie in ihrer Gesamtheit die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllen.
(spezielle Vermutung für § 22 Abs. 2 gemäß § 22 Abs. 3)	Es wird vermutet, daß die Voraussetzungen des Abs. 2 vorliegen, wenn . . . a) drei oder weniger Unternehmen zusammen einen Marktanteil von 50 % oder mehr haben oder b) fünf oder weniger Unternehmen zusammen einen Marktanteil von zwei Dritteln oder mehr haben.
Ausschluß der Monopolvermutung (§ 22 Abs. 3)	Die Vermutung gilt nicht, wenn das Unternehmen im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr Umsatzerlöse von weniger als 250 Mill. DM hatte.
Ausschluß der Oligopolvermutung (§ 22 Abs. 3)	Die Vermutung gilt nicht, soweit es sich um Unternehmen handelt, die im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr Umsatzerlöse von weniger als 100 Mill. DM hatten.
Maßstäbe für die Beurteilung einer „überragenden Marktstellung" (§ 22 Abs. 1, Satz 2)	Marktanteil, Finanzkraft, Zugang zu den Beschaffungs- und Absatzmärkten, Verflechtungen mit anderen Unternehmen sowie rechtliche oder tatsächliche Schranken für den Marktzutritt anderer Unternehmen.
Begriff des Mißbrauchs (§ 22 Abs. 4) — für den Behinderungsmißbrauch — für den Ausbeutungsmißbrauch (Orientierung am Vergleichsmarktkonzept)	Ein Mißbrauch im Sinne des Abs. 1 liegt insbesondere vor, wenn ein marktbeherrschendes Unternehmen . . . 1. die Wettbewerbsmöglichkeiten anderer Unternehmen in einer für den Wettbewerb auf dem Markt erheblichen Weise ohne sachlich gerechtfertigten Grund beeinträchtigt; 2. Entgelte oder sonstige Geschäftsbedingungen fordert, die von denjenigen abweichen, die sich bei wirksamem Wettbewerb mit hoher Wahrscheinlichkeit ergeben würden; hierbei sind insbesondere die Verhaltensweisen von Unternehmen auf vergleichbaren Märkten mit wirksamem Wettbewerb zu berücksichtigen; 3. ungünstigere Entgelte oder sonstige Geschäftsbedingungen fordert, als die das marktbeherrschende Unternehmen selbst auf vergleichbaren Märkten von gleichartigen Abnehmern verlangt, es sei denn, daß der Unterschied sachlich gerechtfertigt ist.
Mittel des Bundeskartellamtes (§ 22 Abs. 5)	Soweit Unternehmen ihre marktbeherrschende Stellung . . . mißbräuchlich ausnutzen, kann die Kartellbehörde ein entsprechendes Verhalten untersagen und Verträge für unwirksam erklären . . . Zuvor soll die Kartellbehörde die Beteiligten auffordern, den beanstandeten Mißbrauch abzustellen.

2.5.2.2. Anwendungsprobleme

Sie beziehen sich vor allem auf die Sachverhalte „Marktbeherrschung" und „Mißbrauch":

- Marktbeherrschung: Die Bestimmung der Marktbeherrschung nach § 22, die im wesentlichen nach Marktanteilskriterien erfolgt, setzt die möglichst präzise Abgrenzung des Bereichs der wirksamen Konkurrenzbeziehungen, also des sog. relevanten Marktes, voraus. Dies ist deshalb wichtig, weil mit der Abgrenzung des relevanten Marktes zugleich über dessen Beherrschung entschieden wird[10]. Die bislang dazu erarbeiteten Verfahren sind allerdings aus der Sicht der Konzeption der Wettbewerbsfreiheit (siehe Schaubild 1) schwerwiegenden methodischen Einwänden ausgesetzt. Auch die im geltenden § 22 Abs. 1 neben dem Marktanteil angeführten Beurteilungsmaßstäbe sind ursächlich kaum nach relevanten und irrelevanten Faktoren zu differenzieren. Es gibt keine objektiven Maßstäbe, um z. B. die Finanzkraft eines Unternehmens, den Grad der Marktzugangsbeschränkungen im Absatz- und Beschaffungsbereich, die Intensität der Verflechtung mit anderen Unternehmungen objektiv zu messen. Besonders wettbewerbsaktive Unternehmen gewinnen nicht selten eine „überragende" Marktstellung und sind damit der Gefahr ausgesetzt, daß ihre erfolgreichen Wettbewerbsvorstöße in den Verdacht einer mißbräuchlichen Ausnutzung von Marktmacht geraten.

- Mißbrauch: Unternehmensmacht im Sinne der offiziellen Auffassung zu § 22 kann einmal durch Diskriminierung oder Behinderung, zum anderen durch Ausbeutung mißbräuchlich ausgenutzt werden. Im Falle des Behinderungsmißbrauchs geht es vor allem um Handlungen, die je nach den Umständen wettbewerbsfördernd oder wettbewerbsmindernd wirken können, wie etwa diskriminierende Preisdifferenzierungen, Sonderkonditionen, Ausschließlichkeitsbindungen, Koppelungsgeschäfte, Vertriebsbeschränkungen, Verwendungsbeschränkungen und andere sog. Bindungen. Wegen der wettbewerbspolitischen Ambivalenz sind diese Bindungen nach § 18 GWB nicht verboten, sondern der Mißbrauchsaufsicht unterworfen. Gegenüber marktbeherrschenden Unternehmen besteht demzufolge die Vermutung, daß sie mit Hilfe von Maßnahmen der genannten Art vorhandene Marktmacht absichern und ausbauen, an sich leistungsfähige Unternehmen verdrängen und die Märkte für Newcomer in unangemessener Weise schließen können.

Allerdings sind zur Entscheidung darüber, wann Handlungen nach den §§ 22, 26 Abs. 2 und § 37a Abs. 3 GWB eine mißbräuchlich behindernde Wettbewerbsbeschränkung darstellen, Eingriffskriterien notwendig. Die Möglichkeit, sich dabei an den Zielen und Motiven der Unternehmen zu orientieren, führt aus naheliegenden Gründen nicht weiter. In den vergangenen Jahren hat sich das BKartA, ausgehend von der Referenzsituation des sog. „Leistungswettbewerbs", an Kriterien des „Nichtleistungswettbewerbs" orientiert. Dabei ist unbestritten, daß Irreführung, Täuschung, Nötigung und Betrug als Nichtleistungswettbewerb im Sinne des UWG (siehe Abschnitt 2.3.) aufzufassen sind. Darüber hinaus steht und fällt die Beurteilung, ob Leistungs- oder Nichtleistungswettbewerb vorliegt, mit der Frage, wie der Einsatz von unternehmerischen Aktionsparametern und die daraus hervorgehenden Ergebnisse zu werten sind. Dabei ist folgendes zu berücksichtigen:

Der dynamische Wettbewerbsprozeß ist dadurch gekennzeichnet, daß ständig neue Formen der unternehmerischen Leistungserstellung und -vermarktung entwickelt werden. Dies setzt nicht nur rechtliche Vertragsfreiheit, sondern vor allem die Möglichkeit der freien Bestimmung der Vertragsform und des Vertragsinhalts, also effektive Vertragsfreiheit, voraus, was je nach Wettbewerbslage auch die unterschiedliche Behandlung von Vertragspartnern zur Folge haben kann. Deshalb wird in der Erweiterung des Diskriminierungsverbots des §26 gemäß der 4. Novelle zum GWB (siehe Abschnitt 2.3.) und dem hierzu (vor allem zur Bekämpfung von Nachfragemacht im Handel) entwickelten Konzept des „Nichtleistungswettbewerbs" eine Abkehr vom Schutz der sich auf Wettbewerbsfreiheit gründenden Marktprozesse gesehen[11]. Inzwischen wird auch von seiten des BKartA eingeräumt, daß — abgesehen von den das UWG betreffenden Leistungsmerkmalen — die Abgrenzung zwischen Leistung und Nichtleistung unbrauchbar ist[12]. Deshalb wird in § 22 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 GWB auf die Verhaltenswirkungen abgestellt und als mißbräuchlich bezeichnet, wenn ein marktbeherrschendes Unternehmen die Wettbewerbsmöglichkeiten anderer Unternehmen in einer für den Wettbewerb am Markt erheblichen Weise und ohne sachlich gerechtfertigten Grund beeinträchtigt. Leitender Gedanke für die Anwendung dieser Regel ist die Annahme, daß eine Vielzahl von Wettbewerbern am ehesten wirksamen Wettbewerb erwarten läßt. Weil diese Annahme nicht verallgemeinert werden kann, stößt auch diese Regelung auf ordnungspolitische Bedenken.

Während sich der Behinderungsmißbrauch sowohl gegen Konkurrenten der gleichen Marktseite als auch gegen Marktteilnehmer vor- und nachgelagerter Wirtschaftsstufen sowie von Drittmärkten richtet, wird der Ausbeutungsmißbrauch vor allem gegenüber Vorlieferanten und Abnehmern wirksam. Um Ausbeutung festzustellen, sind wiederum Maßstäbe für die Beurteilung von ausbeutungsfreien Leistungsverhältnissen erforderlich. Insbesondere bei der Vermutung von mißbräuchlichen Preisstellungen ist zu fragen, ob das BKartA Preise anordnen kann, die sich auf den betreffenden Märkten bei wirksamem Wettbewerb herausgebildet hätten. Entsprechende „als ob"-Wettbewerbspreise lassen sich jedoch immer nur hilfsweise konstruieren, etwa nach dem Vergleichsmarkt-Konzept, das seit der 4. GWB-Novelle (1980) § 22 Abs. 4, Satz 2 Nr. 2 GWB zugrunde liegt. Dabei werden mißbrauchsverdächtige Preise mit solchen Preisen verglichen, die auf vergleichbaren (vor allem ausländischen) Märkten mit einer (vermutlich) höheren Wettbewerblichkeit gelten. Wegen der Individua-

lität der jeweiligen Vertragsbeziehungen und der Schwierigkeit, Wettbewerbsintensitäten bei ständigem Wandel der Marktabläufe zu schätzen, fehlen hierbei dem BKartA unvermeidlich justitiable Maßstäbe, so daß dieses Verfahren im Verdacht des direkten Preisinterventionismus und entsprechender Verhaltenskontrollen steht.

Das Mißbrauchsprinzip, anstelle eines umfassenden Kartellverbots und einer wirksamen Fusionskontrolle eingeführt, stößt unter rechtsstaatlichen und wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten auf erhebliche Bedenken. Die bisherigen Erfahrungen zeigen auch, daß auf diesem Wege keineswegs Versäumnisse der Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik gegenüber Konzentrations- und Vermachtungserscheinungen korrigiert werden können. Das günstigste, was erreicht werden kann, besteht wohl darin, daß „die Mißbrauchskontrolle schon durch ihr Vorhandensein als eine Beschränkung des Handelns der Mächtigen und als Schutz der weniger Mächtigen wirkt" [13].

2.5.3. Politik der Fusionskontrolle

2.5.3.1. Geltende Regelung

Mit der Fusionskontrolle, der Einrichtung der Monopolkommission und der laufenden Information der Öffentlichkeit über die Konzentrationsentwicklung hat der Gesetzgeber das prinzipielle Kartellverbot und die Mißbrauchsaufsicht durch eine dritte Säule der Wettbewerbspolitik ergänzt. Die Fusionskontrolle ist vor allem auf nachträgliche Wirksamkeit hin angelegt. In gewichtigen Fällen ist sie nach § 24a GWB auch zwingend präventiv. Zudem kann jedes Fusionsvorhaben fakultativ beim BKartA angemeldet und von diesem vorbeugend kontrolliert werden (siehe Schaubild 4).

Unter die obligatorische präventive Fusionskontrolle nach § 24a Abs. 1 GWB fielen 1985 etwa 140 Unternehmen. Die anmelde- und anzeigepflichtigen Zusammenschlüsse können dann auf eine mögliche Untersagung hin überprüft werden, wenn die zu untersuchenden Fälle „mittelständische" Unternehmen betreffen, die unter die Toleranzklauseln des § 24 Abs. 8 fallen; dies war bisher in mehr als 40 vH der dem BKartA seit 1973 angezeigten Zusammenschlüsse der Fall. Bei der Prüfung, ob die materiellen Untersagungsvoraussetzungen des § 24 Abs. 1 GWB vorliegen, ist festzustellen, ob durch einen Zusammenschluß eine marktbeherrschende Stellung gemäß § 22 entsteht oder verstärkt wird, wobei die beteiligten Unternehmen versuchen können, sich dem Fusionsverbot mit Hilfe der sog. Abwägungsklausel oder der Ministererlaubnis zu entziehen.

2.5.3.2. Ergebnisse

Die bisherige Praxis der Fusionskontrolle zeigt zunächst einmal folgendes Zahlenergebnis: Von 1973 bis Ende 1984 wurden 5 877 Zusammenschlüsse vollzogen. Hinzu kommen 2 141 Anmeldungen von Zusammenschlußvorhaben gemäß § 24a (siehe Schaubild 4). Von den 5 877 vollzogenen Fällen waren 2 236 nicht kontrollpflichtig gemäß § 24 Abs. 8, 1 930 erwiesen sich als nachträglich kontrollpflichtig und 1 711 kamen nach präventiver Kontrolle zustande. Von den gemäß § 24a angemeldeten Fällen sind 84 Vorhaben aufgegeben worden, 22 erwiesen sich als nicht kontrollpflichtig, bei 32 wurde die Fusion untersagt. Allerdings wurde von den insgesamt 61 Untersagungen gemäß § 24 rund ein Drittel durch Gerichtsinstanzen wieder aufgehoben oder im Laufe des Rechtsmittelverfahrens zurückgenommen. Der Bundesminister für Wirtschaft hat seit der Einführung der Fusionskontrolle im Jahre 1973 elf Ministererlaubnisverfahren entschieden. Dabei wurden vier Erlaubnisse (zum Teil mit Auflagen), eine Teilerlaubnis und zwei Ablehnungen ausgesprochen. Vier Anträge wurden von den Antragstellern wegen mangelnder Erfolgsaussichten zurückgenommen. Damit wurden weniger als die Hälfte der elf Anträge positiv entschieden. Als nicht unproblematisch wird die Befugnis des Ministers angesehen, die Erlaubnis mit Auflagen und Beschränkungen zu versehen, da ihre Durchsetzbarkeit zweifelhaft erscheint.

Auf etwa 100 werden die Fälle geschätzt, in denen Unternehmenszusammenschlüsse in Erwägung gezogen, diese Pläne aber fallen gelassen wurden, nachdem sie informell mit dem BKartA erörtert und rechtliche Bedenken geltend gemacht worden waren [14].

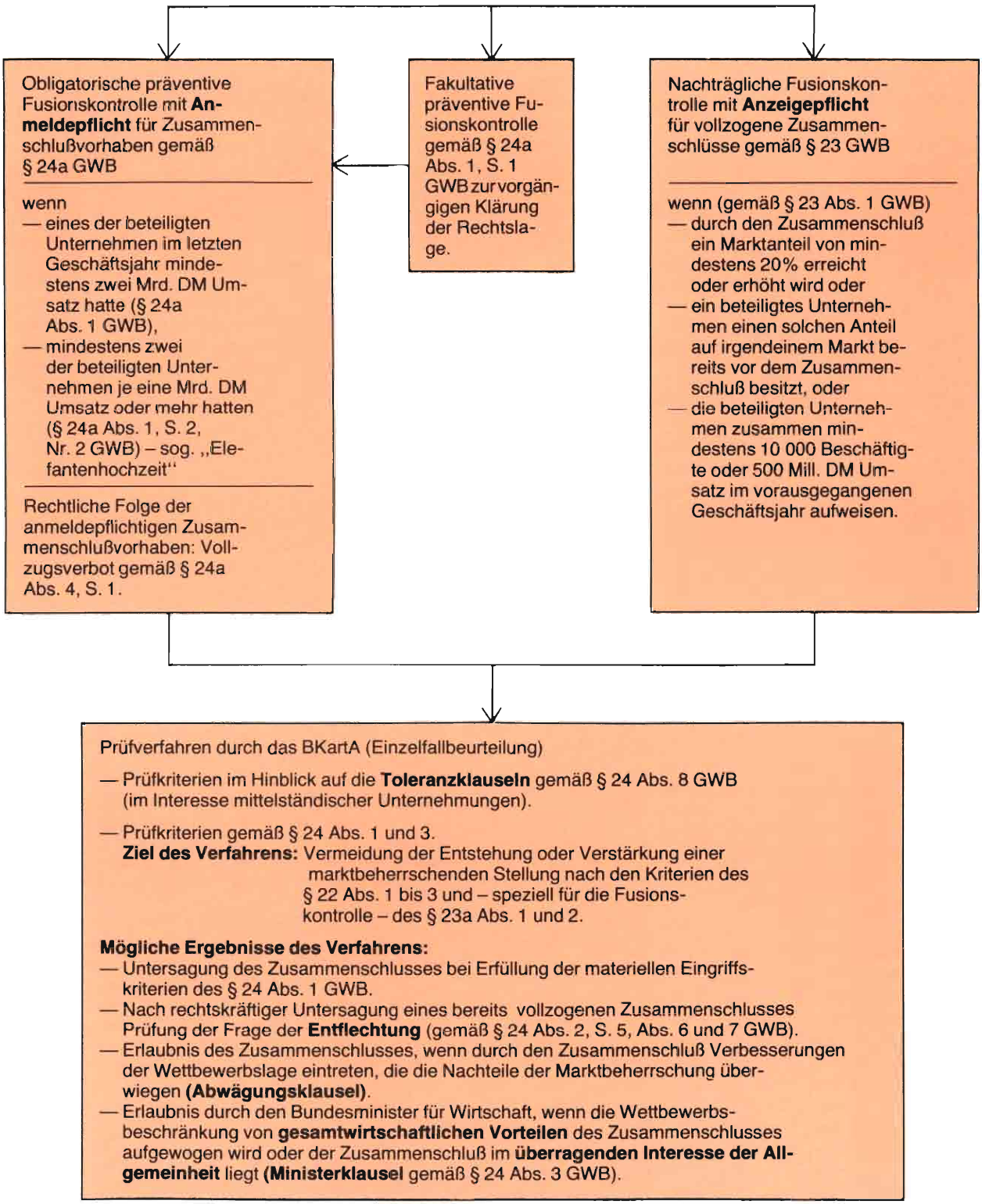
In der Verhinderung einer größeren, wenn auch exakt nicht nachweisbaren Zahl von geplanten Zusammenschlüssen wird ein besonderer wirtschaftspolitischer Erfolg der Fusionskontrollpolitik gesehen. Allerdings ist es fraglich, ob die zwischen 1980 und 1984 rückläufige Zusammenschlußaktivität [15] darauf zurückzuführen ist, daß die Fusionskontrolle bereits im Vorfeld greift, denn 1984 und 1985 ist wieder ein Anstieg der vollzogenen Zusammenschlüsse auf 575 bzw. 709 zu verzeichnen. Im Jahre 1986 sind die vollzogenen Zusammenschlüsse weiter auf 802 angestiegen.

2.5.3.3. Probleme

Besondere Anwendungsprobleme ergeben sich durch die Orientierung des Prüfverfahrens an der Entstehung oder Verstärkung einer „marktbeherrschenden" Stellung. Diese muß nicht unmittelbar erreicht sein, sondern kann in Zukunft als Folge des Zusammenschlusses erwartet werden. Die Prognose von hypothetischen Marktergebnissen stellt jedoch eine Überforderung der wettbewerbspolitischen Instanzen dar. Dies gilt vor allem für Mischkonzerne, die aus branchenübergreifenden (konglomeraten) Fusionen hervorgehen. Da diese Unternehmen auf den unterschiedlichsten Märkten tätig sind, läßt sich ihre wettbewerbsbeschränkende Wirkung nach den Kriterien des § 22 GWB — etwa anhand des Marktanteils auf einem „relevanten Markt" — nicht ermitteln. Es wird deshalb von der Monopolkommission in ihrem VI. Hauptgutachten (1984/1985) vorgeschlagen, die Fusionskontrolle vom Marktbeherrschungsbezug zu lösen und zumindest bestimmte Großfusionen, denen immer die Wirkung einer erheblichen Wettbewerbs-

Schaubild 4

Kontrollpflichtige Zusammenschlüsse gemäß § 24 GWB



verschlechterung unterstellt wird, per se zu verbieten. Dabei wird offensichtlich auf Konglomeratszusammenschlüsse von der Art Daimler-Benz/AEG und auf die Konzentration wirtschaftlicher Macht angespielt, die den Banken aus dem Zusammenfallen von Eigenbesitz, Depotstimmrecht und Aufsichtsratsmandaten erwächst.

Die Schwierigkeiten, die die Gerichte heute mit dem Nachweis der Marktbeherrschung haben (siehe Schaubild 4), läßt sie im Zweifelsfalle eher zugunsten der Fusion entscheiden. Als praktisch nicht durchsetzbar hat sich bisher auch die vom Gesetz vorgesehene Entflechtung von rechtskräftig untersagten Zusammenschlüssen erwiesen, wenngleich dieser Nachteil durch die zwischenzeitliche Erweiterung der Präventivkontrolle gemildert sein mag.

Besonders problematisch ist die sog. Ministererlaubnis aus Gründen des Gemeinwohls. Mangels hinreichender ökonomischer Begründung wird diese letztlich aus politischen Erwägungen erteilt. Auf diese Weise kann jede Fusion von der Regierung erlaubt werden. Dabei besteht für die Politiker stets die Versuchung, Großunternehmen zu begünstigen, weil bei ihnen am ehesten eine Ausstrahlung auf Gesamtwirtschaft und Gemeinwohl (vor allem im Hinblick auf die Beschäftigung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit) vermutet wird. Auch die Abwägungsklausel bietet — neben den Toleranzklauseln — (siehe Schaubild 4) vielfältige Möglichkeiten, um die Fusionskontrolle zu schwächen.

Die genannten Probleme werden von den Vertretern des Konzepts der Wettbewerbsfreiheit auf die der geltenden Fusionskontrolle zugrundeliegende Konzeption des funktionsfähigen Wettbewerbs zurückgeführt. Hoppmann[16] sieht darin den Hauptkonstruktionsfehler der Fusionskontrolle, der dazu führt, daß in der Rechtsanwendung die Sicherung des Marktsystems durch allgemeine, universell anwendbare Regeln der Konzentrationsbekämpfung immer mehr aus den Augen verloren wurde und wird.

2.6. Ungelöste Probleme der Wettbewerbspolitik

Das GWB gilt als der erste ernsthafte Versuch, in Deutschland eine rechtsstaatlich verfaßte Politik der Wettbewerbsordnung zu einem tragenden Element marktwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik zu machen. Dadurch ist es insbesondere im Bereich der horizontalen und vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen in einem beachtlichen Maße gelungen, das Vordringen der privaten Vermachtung der Wirtschaft durch Kartelle zu verhindern. Im Bereich der Fusionskontrolle wird der Rechtszustand angesichts starker Konzentrationsbestrebungen vielfach als unbefriedigend empfunden, zumal auch das gegenwärtige Aktienrecht zur externen Unternehmenskonzentration anreizt[17]. Kritisiert wird auch, daß das GWB bei weitem nicht für alle Bereiche der Volkswirtschaft gilt. Dies zeigen die zahlreichen in Abschnitt IV.2.3. genannten Ausnahmebereiche. Sie ermöglichen hoheitlich sanktionierte Wettbewerbsbeschränkungen und Monopolisierungen, die in ihrer volkswirtschaftlichen Fragwürdigkeit gegenüber privaten Vermachtungserscheinungen häufig unterschätzt werden. Dabei handelt es sich in den meisten Fällen um äußerst hartnäckige Wettbewerbsbeschränkungen mit Kontrollproblemen, die angesichts der bekannten Schwäche der Staatsaufsicht nicht zufriedenstellend gelöst werden können. Dagegen lassen sich mit privaten Wettbewerbsbeschränkungen bei prinzipiell offenen Märkten meist keine nachhaltigen Erfolge erzielen. Freier Außenhandel ist deshalb ein wirksames Mittel gegen Kartelle und Monopole, weil er den Spielraum für Preiserhöhungen einengt. Die unter die Bereichsausnahmen fallenden wirtschaftlichen Aktivitäten sind nun aber gerade dadurch gekennzeichnet, daß die wirtschaftliche Existenz ihrer Anbieter durch den internationalen Wettbewerb kaum bedroht ist.

Angesichts der einseitigen Ausrichtung der Wettbewerbspolitik auf privatwirtschaftliche Aktivitäten fordert Hoppmann[18] im Interesse einer wirtschaftspolitischen Gesamtentscheidung für eine Wettbewerbsordnung institutionelle Vorkehrungen und rechtliche Sicherungen gegen hoheitliche Beeinträchtigungen des Wettbewerbs. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung empfiehlt in seinem Jahresgutachten 1985/86[19] mehr dynamischen Wettbewerb durch eine Politik der Marktöffnung (Deregulierung), vor allem im Post- und Fernmeldewesen, im Luft- und Güterverkehr, im Baurecht, in der Energieversorgung, im Gesundheitswesen und im Bereich des Ladenschlußgesetzes.

Fußnoten

1 Vgl. Hayek v., 1969, S. 249ff.
2 Vgl. Hoppmann, 1972, S. 7ff.; 1974, S. 5ff.; Kantzenbach/Kallfass, 1981, S. 103ff..
3 Vgl. Lenel, 1980, S. 59ff.
4 Wettbewerbsrecht und Kartellrecht, 1984; Möschel, 1983.
5 Zur Kritik dieses Vorschlags im einzelnen siehe Lenel, 1982, S. 61ff.
6 Im sog. Teerfarbenfall war es den Herstellern von Teerfarbstoffen gelungen, in der EG fünf nationale Märkte trotz Beseitigung der Handelsschranken so voneinander abzuschotten, daß unterschiedliche Preisniveaus gesichert werden konnten. Dies gelang dadurch, daß der bedeutendste Anbieter in einem Land von den anderen Konkurrenten in der EG stillschweigend als Preisführer anerkannt wurde. Gleichfalls auf informellem Wege wurden von Zeit zu Zeit einheitliche Preiserhöhungen vorgenommen; und da die Produkte ohne Zwischenhandel an die Verarbeiter verkauft wurden, war die Preisabstimmung kaum zu gefährden.
7 Vgl. Heuß,1980, S. 693.
8 Vgl. Molsberger, 1978, S. 49.
9 Vgl. Mestmäcker, 1984, S. 153.
10 Vgl. Mestmäcker, 1959, S. 11.
11 Vgl. Gröner, 1982, S. 79ff.
12 Vgl. Niederleithinger, 1982, S. 65ff.
13 Vgl. Lenel, 1980, S. 58.
14 Bericht des Bundeskartellamtes für das Jahr 1983/84, 1985, S. 119ff.;Gutzler, 1984, S. 8f.
15 Die jährlich vollzogenen Zusammenschlüsse erhöhten sich von 34 im Jahre 1973 auf 635 im Jahre 1980 und gingen dann auf 505 im Jahre 1983 zurück.
16 Vgl. Hoppmann, 1982, S. 144.

[17] Vgl. dazu Schüller, 1979, S. 325ff.; Fehl/Oberender, 1986, S. 137ff.

[18] Vgl. dazu Hoppmann, 1982, S. 145.

[19] Bundestagsdrucksache 10/4295 vom 22. 11. 1985, S. 156ff.

Literatur

Berg H.: Wettbewerbspolitik. Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. München. Verlag F. Vahlen. 2. Aufl. Bd. 2/1985. S. 230—291.

Bundeskartellamt (Hrsg.): Bericht für das Jahr 1983/1984. Deutscher Bundestag — 10. Wahlperiode. Bonn. Drucksache 10/3550.

Fehl U. und **Oberender** P.: Kapitalmarktordnung und Wettbewerb. Zum Einfluß gesellschaftlicher Dimensionen der Kapitalmarktordnung auf den Wettbewerbsprozeß. In: Zur Interdependenz von Unternehmens- und Wirtschaftsordnung. Hrsg. **Leipold** H., **Schüller** A. Stuttgart und New York. Gustav Fischer Verlag. 1986. S. 137—151.

Gröner H.: Nichtleistungswettbewerb und Behinderungsmißbrauch. In: Die Mißbrauchsaufsicht vor dem Hintergrund der Entwicklungen der neueren Wettbewerbstheorie. Hrsg. **Röper** B. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1982. S. 79ff.

Gutzler H.: 10 Jahre Fusionskontrolle. Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland. Neue Zürcher Zeitung. Fernausgabe Nr. 35 vom 12./13.2.1984, S. 9—10.

Hayek F. A. v.: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. In: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze von F.A. von Hayek. Tübingen. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1969. S. 249—265.

Herdzina Kl.: Wettbewerbspolitik. Stuttgart und New York. Gustav Fischer Verlag. 1984.

Heuß E.: Artikel „Wettbewerb", Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft. Stuttgart und New York, Tübingen, Göttingen und Zürich. Gustav Fischer Verlag, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Vandenhoeck & Ruprecht. Bd. 8/1980. S. 679—697.

Hoppmann E.: Fusionskontrolle. Tübingen. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1972.

derselbe: Volkswirtschaftliche und wirtschaftspolitische Bedeutung des Kartell- und Monopolrechts. In: Normenzwecke und System-Funktionen im Recht der Wettbewerbsbeschränkungen. Hrsg. **Hoppmann** E., **Mestmäcker** E.-J. Tübingen. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1974. S. 5—19.

derselbe: Wettbewerbspolitik in Deutschland. Unternehmer zwischen Markt und Staat. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. Wirtschaftspolitische Chronik des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Köln. Heft 3/1982. S. 144.

Kantzenbach E.und **Kallfass** H.H.: Das Konzept des funktionsfähigen Wettbewerbs — workable competition. In: Handbuch des Wettbewerbs. Hrsg. **Cox** H., **Jens** U., **Markert** K. München. Verlag F. Vahlen. 1981. S. 103—127.

Lenel H.O.: Mehr Laissez faire? ORDO (Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft). Stuttgart und New York. Gustav Fischer Verlag. Bd. 31/1980. S. 51—68.

derselbe: Zwei Stellungnahmen zur Regelung der Entflechtung. In: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht. Tübingen. Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1982. S. 61—73.

Mestmäcker E.-J.: Das marktbeherrschende Unternehmen im Recht der Wettbewerbsbeschränkungen. Tübingen. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 1959.

derselbe.: Recht und ökonomisches Gesetz. Über die Grenzen von Staat, Gesellschaft und Privatautonomie. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 2. Aufl. 1984.

Möhlenbruch D.: Betriebswirtschaftliche Probleme einer Kontrolle der Nachfragemacht des Handels. Unter besonderer Berücksichtigung der Marktabgrenzung und des Diskriminierungsverbotes. Göttingen. Verlag O. Schwartz & Co. 1985.

Möschel W.: Recht der Wettbewerbsbeschränkungen. Köln, Berlin, Bonn, München. Verlag C. Heymanns. 1983.

Molsberger J.: Internationale Wettbewerbsbeschränkungen. In: Internationale Wirtschaftsordnung. Hrsg. **Gröner** H., **Schüller** A. Stuttgart und New York. Gustav Fischer Verlag. 1978. S. 45—55.

Monopolkommission: Hauptgutachten 1978/1979 (III), 1982/1983 (V), 1984/1985 (VI). Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 1980, 1984, 1986.

Niederleithinger E.: Probleme der Mißbrauchsaufsicht aus der Sicht des Bundeskartellamtes. In: Die Mißbrauchsaufsicht vor dem Hintergrund der Entwicklungen der neueren Wettbewerbstheorie. Hrsg. **Röper** B. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1982. S. 65ff.

Noll B.: Wettbewerbs- und ordnungspolitische Probleme der Konzentration. Spardorf. Verlag R. F. Wilfer. 1986.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1985/1986. Deutscher Bundestag — 10. Wahlperiode. Bonn. Drucksache 10/4295.

Schlieder W. Ch. und **Schröter** H.: Europäische Wettbewerbspolitik. In: Handbuch des Wettbewerbs. Hrsg. **Cox** H., **Jens** U., **Markert** K. München. Verlag F. Vahlen. 1981. S. 485—532.

Schönwitz D.: Wettbewerb als Aufgabe. Bemerkungen zur ordnungspolitischen Konzeption der Monopolkommission. In: Wirtschaftsdienst. Hamburg. H. IX/1984. S. 462—468.

Schüller A.: Eigentumsrechte, Unternehmenskontrollen und Wettbewerbsordnung. ORDO (Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft). Stuttgart und New York. Gustav Fischer Verlag. Bd. 30/1979. S. 325—346.

Wettbewerbsrecht und Kartellrecht. München. C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung (Oscar Beck). 10. neubearbeitete Aufl. 1984.

3. Beschäftigungs- und Stabilitätspolitik

Dieter Cassel

Zusammenfassung

In Marktwirtschaften wie der Bundesrepublik Deutschland führt die einzelwirtschaftlich-dezentrale Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses gesamtwirtschaftlich oft zu unerwünschten Ergebnissen, wie Arbeitslosigkeit, Stagnation, Konjunktur- und Inflationszyklen. Es ist deshalb die Aufgabe der Beschäftigungs- und Stabilitätspolitik, solche Fehlentwicklungen rückgängig zu machen oder erst gar nicht entstehen zu lassen, d. h. gleichzeitig für einen hohen Beschäftigungsstand, ein stabiles Preisniveau sowie für angemessenes und stetiges Wachstum zu sorgen.

Wie der dazu erforderliche Einsatz des geld-, fiskal-, einkommens- und währungspolitischen Instrumentariums erfolgen soll, ist indes umstritten. In der Bundesrepublik Deutschland dominierte bis Anfang der 80er Jahre eine keynesianische Sichtweise: Hiernach hat der Staat das zyklische Ausgabeverhalten der Privaten durch gegengerichtete geld- und fiskalpolitische Impulse auszugleichen und so für eine stetige, die jeweiligen Produktionsmöglichkeiten auslastende Entwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage zu sorgen. Dieses Konzept einer antizyklischen Nachfragesteuerung („Globalsteuerung") hat sich im Stabilitätsgesetz von 1967 konkretisiert und das stabilitätspolitische Handeln von Regierung und Bundesbank in den 60er und 70er Jahren wesentlich geprägt.

Die seit Mitte der 70er Jahre anhaltende Wachstumsschwäche, die von Zyklus zu Zyklus gestiegene Massenarbeitslosigkeit sowie die bislang schwerste Nachkriegsrezession von 1980—82 haben vor dem Hintergrund neuer weltwirtschaftlicher, technologischer und demographischer Herausforderungen zu einer eher neoklassisch geprägten Sichtweise der Möglichkeiten und Grenzen der Stabilitätspolitik geführt: Der Staat soll hiernach weitgehend auf die antizyklische Nachfragesteuerung verzichten und statt dessen versuchen, Stagflation, Wachstumsschwäche und strukturelle Arbeitslosigkeit „angebotsseitig", d. h. durch Programme zur Verbesserung der Wachstums- und Effizienzbedingungen der Produktion zu überwinden („Angebotssteuerung"). Ob sich eine stärker angebotsorientierte Stabilitätspolitik — wie sie seit 1983 auch in der Bundesrepublik Deutschland ansatzweise erkennbar ist — politisch durchsetzen läßt und ob sie vergleichsweise erfolgreicher ist, bleibt abzuwarten.

Inhalt

		Seite
3.1.	Stabilität als wirtschaftspolitische Aufgabe in der Sozialen Marktwirtschaft	73
3.1.1.	Inflation, Stagnation und Arbeitslosigkeit als Problemfelder der Stabilitätspolitik	73
3.1.2.	Ziele, Instrumentarium und Träger der Stabilitätspolitik	75
3.2.	Konzeption und Praxis der nachfrageorientierten Stabilitätspolitik in den 60er und 70er Jahren	77
3.2.1.	Das stabilitätspolitische Erbe der 60er Jahre	78
3.2.2.	Herausforderungen der Stabilitätspolitik seit 1973	80
3.3.	Aktuelle Wandlungen der stabilitätspolitischen Konzeption	81
3.3.1.	Die stabilitätstheoretische und -politische Wiederentdeckung der Angebotsseite	81

Seite

3.3.2. Ansätze angebotsorientierter Stabilitätspolitik seit 1982 82

3.4. Optionen der Stabilitätspolitik im Spannungsfeld von zyklusorientierter Nachfragesteuerung und potentialorientierter Verstetigungsstrategie 83

Literatur 84

3.1. Stabilität als wirtschaftspolitische Aufgabe in der Sozialen Marktwirtschaft

3.1.1. Inflation, Stagnation und Arbeitslosigkeit als Problemfelder der Stabilitätspolitik

In Marktwirtschaften führt das Zusammenspiel einzelwirtschaftlicher Entscheidungen, die von Konsumenten, Produzenten, Arbeitnehmern, öffentlichen Haushalten usw. täglich millionenfach getroffen und über Märkte koordiniert werden, gesamtwirtschaftlich zu Ergebnissen, die nicht immer erwünscht sind. Halten sich z. B. Investoren zurück, nimmt der sachliche Produktionsapparat kaum noch zu und veraltet; die damit bei normaler Auslastung produzierbare Wertschöpfung — das sogenannte Produktionspotential — wächst deshalb ebenfalls deutlich langsamer oder stagniert sogar (Wachstumsschwäche; Stagnation). Variiert die Höhe der von Privaten, dem Staat oder dem Ausland insgesamt entfalteten Nachfrage im Laufe der Zeit, entstehen Schwankungen der realwirtschaftlichen Aktivität, die sich in steigenden oder fallenden Wachstumsraten des tatsächlich produzierten realen Sozialprodukts niederschlagen (Konjunkturzyklen; Wachstumszyklen); dabei kommt es regelmäßig zu Über- oder Unterauslastungen des Produktionspotentials (Aufschwung; Boom bzw. Abschwung; Rezession). Bei Wachstumsschwäche oder Stagnation fehlen meist Arbeitsplätze, in der Rezession werden sie vernichtet oder zeitweise nicht besetzt; folglich findet dann ein Teil der Arbeitssuchenden keine Beschäftigung (Arbeitslosigkeit; Unterbeschäftigung). Außerdem kommt es häufig zu länger anhaltenden Prozessen allgemeiner Preissteigerungen (Inflation), die regelmäßig in Form kompletter Inflationszyklen — d. h. mit erst steigenden und dann fallenden Inflationsraten (akzelerierte bzw. dezelerierte Inflation) — ablaufen.

Solche Entwicklungen treten in marktwirtschaftlichen Systemen in vielfältigen Kombinationen und mit unterschiedlicher Intensität auf; ihr Erscheinungsbild wie ihre politische Bewertung können sich deshalb im Zeitablauf erheblich wandeln. So bestand im Anschluß an die auf J. M. KEYNES zurückgehende Analyse der Weltwirtschaftskrise von 1929—33 nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst die Furcht vor zu geringem Wirtschaftswachstum und dauerhafter Unterbeschäftigung. Statt dessen setzte in den westlichen Marktwirtschaften ein kräftiges Wachstum ein, das die konjunkturellen Aspekte stärker in den Vordergrund rückte. Seit Mitte der 60er Jahre prägte dann das Inflationsproblem die wirtschaftspolitische Diskussion im In- und Ausland: Stieg das Preisniveau in der Vorkriegszeit meist nur im Boom und bildete es sich im nachfolgenden Abschwung wieder zurück, hielt nun die Inflation über den gesamten Konjunkturzyklus an und reagierte selbst bei schärferen Rezessionen allenfalls mit sinkenden Raten. Als dann Mitte der 70er Jahre noch das Stagnationsproblem hinzutrat, rückte die Kombination beider Phänomene — die „Stagflation" — und der mit ihr verbundene tendenzielle Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses.

Angesichts derartiger Erfahrungen wird dem Staat in marktwirtschaftlichen Systemen allgemein die Aufgabe zugewiesen, die Voraussetzungen für ein relativ stetiges, inflationsfreies Wirtschaftswachstum zu schaffen und eingetretene Fehlentwicklungen rückgängig zu machen. Dies vor allem deshalb, weil Massenarbeitslosigkeit, anhaltende Stagnation und Inflationszyklen mit hohen wirtschaftlichen und sozialen Kosten verbunden sind: In Rezessionen entstehen Wohlfahrtsverluste durch ungenutzte Produktionsmöglichkeiten, wobei insbesondere eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zur schweren Belastungsprobe für die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird; stagniert die Wirtschaft über einen längeren Zeitraum, werden mögliche Wohlfahrtsgewinne verschenkt, erhöhen sich die strukturellen Anpassungslasten und verschärfen sich die Verteilungskämpfe; und schließlich sind die Phasen akzelerierter und dezelerierter Inflation mit unerwünschten Allokations-, Beschäftigungs- und Umverteilungseffekten verbunden, die im Extremfall einen völligen Vertrauensschwund in die Währung und in die Leistungsfähigkeit der Geldwirtschaft nach sich ziehen können.

Wie die erforderliche Stabilitätspolitik im einzelnen aussehen soll, ist indes umstritten. Diese Kontroverse ist begründet in den unterschiedlichen Sichtweisen des Funktionierens marktwirtschaftlicher Systeme, wie sie z. B. in der keynesianischen und neoklassischen Theorie zum Ausdruck kommen. Die keynesianische Erklärung der gesamtwirtschaftlichen Aktivitätsschwankungen geht von der Vorstellung aus, daß der private Sektor einer Marktwirtschaft instabil ist, d. h. von sich aus Abweichungen von der erwünschten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hervorruft oder bei abrupten Störungen (shocks) oder allmählichen Änderungen (shifts) nicht mehr dahin zurückfindet. Entscheidend ist dabei die erwartungsabhängige Nachfrage der privaten Konsumenten und Investoren, die entweder zu groß oder zu gering ist, um das Produktionspotential gleichmäßig und inflationsfrei auszulasten. In dieser Sichtweise marktwirtschaftlicher Prozesse fällt es dem Staat zu, das zyklische Nachfrage- bzw. Ausgabeverhalten der Privaten durch gegengerichtete, also antizyklische Impulse auszugleichen und so eine stetige, das Produktionspotential jeweils auslastende Entwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage zu gewährleisten („Nachfragesteuerung"; „Globalsteuerung").

Hierbei mißt der Post-Keynesianismus, der zwar weder mit der authentischen Lehrmeinung von J. M. KEYNES noch mit den heute vertretenen neo-keynesianischen Positionen übereinstimmt, der aber Konzeption und Praxis der Globalsteuerung in den 50er und 60er Jahren wesentlich geprägt hat, der Geldpolitik eine eher untergeordnete Rolle zu: Da sie aus postkeynesianischer Sicht über Veränderungen des Zinsniveaus bzw. der Kreditkosten der Investitionen — und deshalb ziemlich unsicher und allenfalls zeitverzögert — wirkt, erscheint sie für einen treffsicheren antizyklischen Einsatz wenig geeignet; statt dessen soll sie — insbesondere im Aufschwung — das Zinsniveau niedrig halten, um die positiven Ertragserwartungen der Investoren nicht zu beeinträchtigen („Politik des billigen Geldes"). Das Hauptgewicht der Nachfragesteuerung verlagert sich somit auf die Ausgaben- und Einnahmenvariationen des Staatshaushalts („antizyklische Fiskalpolitik"): Keynesianer gehen davon aus, daß sie die gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponenten — und damit Produktion und Beschäftigung — vergleichsweise direkt, gut prognostizierbar und ziemlich rasch beeinflussen. Inflation wird nicht durch ein zu hohes Geldmengenwachstum, sondern durch autonome Erhöhungen der Güternachfrage oder der Produktionskosten erklärt; Vermeidung und Bekämpfung von Inflation sind deshalb ebenfalls weniger Aufgabe der Geldpolitik, als vielmehr der fiskalischen Feinsteuerung der einzelnen Nachfragekomponenten einerseits sowie der einkommenspolitischen Beeinflussung der kostenbestimmenden Faktorpreise — insbesondere der Lohnsätze — andererseits. Nach keynesianischer Auffassung kommt somit dem Staat die Aufgabe zu, durch kurzfristiges diskretionäres, vorzugsweise fiskal- und einkommenspolitsches Gegensteuern die wirtschaftliche Aktivität zu stabilisieren und das Wachstum der Wirtschaft zu fördern („Stop-and-go-Strategie").

Dem keynesianischen Instabilitätspostulat stellt die neoklassische — und darauf aufbauend die von M. FRIEDMAN ausgehende monetaristische — Theorie die Hypothese einer dem privatwirtschaftlichen Sektor innewohnenden Stabilität entgegen. Hiernach ist das Konsum-, Investitions- und Geldnachfrageverhalten nicht so unstetig, wie es aus keynesianischer Sicht erscheint; es läßt sich vielmehr durch vergleichsweise stabile Verhaltensfunktionen beschreiben. Nach monetaristischer Auffassung kommt es immer dann kurz- und mittelfristig zu realwirtschaftlichen Aktivitätsschwankungen und langfristig zu Veränderungen der Inflationrate, wenn die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte durch exogene, insbesondere wirtschaftspolitisch verursachte shocks gestört werden und daraufhin Anpassungsreaktionen zu Wiederherstellung der Gleichgewichtslage einsetzen. Die daraus folgenden Anpassungsprozesse werden als Ausdruck der Dynamik des privatwirtschaftlichen Sektors und der besonderen Stabilitätseigenschaften marktwirtschaftlicher Systeme gewertet. Inflations- und Wachstumszyklen dürfen deshalb aus monetaristischer Sicht auch nicht ohne weiteres mit „Instabilität" oder „Ungleichgewicht" identifiziert werden; denn sie sind ein Zeichen dafür, daß der privatwirtschaftliche Sektor die z. B. von der Wirtschaftspolitik, technischen Neuerungen, Tarifvereinbarungen oder Auslandseinflüssen ausgehenden Störimpulse effizient durch Mengen- und Preisanpassungen auf den Märkten verarbeitet, in stabilisierende Bewegungen umsetzt und schließlich absorbiert.

Monetaristisch gesehen, verursacht somit im wesentlichen das geld- und fiskalpolitische Verhalten des Staates die beobachtbaren Schwankungen von Inflations- und Wachstumsrate, während der Privatsektor in zweifacher Hinsicht stabil ist: Er produziert keine sich selbst verstärkenden Schwankungen und absorbiert relativ rasch auf ihn einwirkende shocks und shifts. Die stabilitätspolitische Maxime des Monetarismus lautet folglich: kein antizyklisches Verhalten, sondern eine strikte Verstetigung der Wirtschaftspolitik („Stabilisierung der Stabilisierungspolitik"), um unnötige Anpassungsprozesse und daraus resultierende unerwünschte gesamtwirtschaftliche Folgen zu vermeiden. Gefordert wird insbesondere eine geldpolitische Steuerung, durch die die Wachstumsrate der Geldmenge längerfristig konstant gehalten und so bemessen wird, daß das zu erwartende Wirtschaftswachstum inflationsfrei finanziert werden kann („regelgebundene Geldmengenpolitik"). Freilich muß die Notenbank hierzu in der Lage sein, was auf Dauer nur in einem System flexibler Wechselkurse gewährleistet erscheint. Die Geldmengenpolitik genießt vom monetaristischen Standpunkt aus deshalb Priorität, weil die von ihr ausgehenden Impulse kurz- und mittelfristig das realwirtschaftliche Geschehen und langfristig die Inflationsrate dominant beeinflussen („Dominanz monetärer Impulse"). Dagegen fallen der Fiskalpolitik in diesem Konzept primär struktur- und allokationspolitische Aufgaben zu: Ihr Ziel muß es sein, die Anpassungsfähigkeit des privaten Sektors durch eine gleichmäßige und solide Haushaltsführung („regelgebundene Fiskalpolitik") sowie durch adäquate Gestaltung der Rahmenbedingungen privatwirtschaftlichen Handelns zu verbessern. Da überdies Inflation als monetär verusacht gilt, bleibt kein Raum für spezifische einkommenspolitische Maßnahmen.

Ende der 70er Jahre wurde die Diskussion um die Eignung alternativer stabilitätspolitischer Konzeptionen in zweifacher Hinsicht belebt: zum einen durch die theoretische Analyse „rationaler Erwartungen", zum anderen durch das politische Konzept der „Angebotssteuerung". Unter rationaler Erwartungsbildung versteht man das Bestreben der Wirtschaftssubjekte, alle erhältlichen Informationen zu nutzen, um die letztlich eintretenden Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen vollständig zu antizipieren, d. h. in ihren Dispositionen vorwegzunehmen. Wird ein solches Verhalten unterstellt, läßt sich modelltheoretisch die Unwirksamkeit sowohl der antizyklischen Fiskal- als auch der Geldpolitik zur Erzielung realwirtschaftlicher Effekte ableiten. Anders als im Konzept der PHILLIPS-Kurve, nach dem eine sinkende Arbeitslosenquote mit zunehmenden Inflationsraten einhergeht, so daß Inflation und Arbeitslosigkeit in einer stabilitätspolitisch nutzbaren Austauschbeziehung („trade off") stehen, wäre es demnach unmöglich, mittels expansiver Geld- und Fiskalpolitik die Arbeitslosigkeit heute um den Preis einer höheren Inflations-

rate morgen zu senken; denn die vollständige Antizipation der künftig höheren Inflationsrate würde sofort zu einer Inflationsbeschleunigung führen und keinerlei Realeffekte zulassen. So plausibel freilich diese Hypothese erscheint, so umstritten ist nach wie vor die Frage, inwieweit rationales Erwartungs- und Antizipationsverhalten der Marktakteure in der Realität gegeben ist. Das in den 70er Jahren zu beobachtende Schwinden der Geldillusion, die aufkommende Inflationsmentalität und die damit verbundene Wirkungserosion expansiver Nachfragepolitik deuten jedoch auf einen wahren Kern dieses Denkansatzes hin.

Der zweite Anstoß zur Belebung der stabilitätspolitischen Grundsatzdiskussion ging von der Wirtschaftspolitik vor allem Großbritanniens und der USA aus. Angesichts der immer drängenderen gesamtwirtschaftlichen Probleme gab man in diesen Ländern mit dem Amtsantritt von M. THATCHER (1979) und R. REAGAN (1981) die bis dahin praktizierte antizyklische Nachfragesteuerung auf; seitdem versucht man, Stagflation, Wachstumsschwäche und strukturelle Arbeitslosigkeit „angebotsseitig", d. h. durch Programme zur Verbesserung der Wachstums- und Effizienzbedingungen der Produktion zu überwinden. Die sich hieran anschließende Diskussion um Möglichkeiten und Chancen einer primär „angebotsorientierten" Stabilitätspolitik hat jedoch bisher noch nicht zu einem geschlossenen stabilitätspolitischen Handlungskonzept geführt. Der Grundgedanke besteht darin, statt an den Komponenten der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage an den Bestimmungsfaktoren des Gesamtangebots bzw. des Produktionspotentials anzuzusetzen: Durch Steuerentlastung und Deregulierung bei grundsätzlicher Konstanz der Geld- und Fiskalpolitik sollen die Rentabilitätserwartungen der Wirtschaft erhöht und zugleich stabilisiert werden; dies fördere die Investitions- und Innovationstätigkeit, beschleunige den Anstieg von Produktion und Einkommen und führe schließlich zu höherer Beschäftigung ohne den sonst zu befürchtenden Preisauftrieb. Wenngleich hiermit auf eine stabilitätspolitisch beachtenswerte, im Rahmen der Nachfragesteuerung weitgehend vernachlässigte Kausalkette verwiesen wird, so erscheint es fraglich, ob eine ausschließlich wachstums- und effizienzorientierte Angebotsstrategie unter allen Umständen ausreicht. Der SACHVERSTÄNDIGENRAT nimmt jedenfalls in seinen Jahresgutachten seit 1976 eine vermittelnde Position ein, indem er die Bedeutung der Angebotssteuerung würdigt, ohne die Nachfragesteuerung gänzlich abzulehnen: Er befürwortet eine „Doppelstrategie", bei der die Mittelwahl davon abhängt, ob die jeweiligen Instabilitäten nachfrage- oder angebotsseitig ausgelöst sind.

3.1.2. Ziele, Instrumentarium und Träger der Stabilitätspolitik

In der Bundesrepublik Deutschland verbindet man ungeachtet dieser Kontroversen mit „Stabilitätspolitik" die Verpflichtung des Staates, das aus den Zielen Geldwertstabilität bzw. Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und Zahlungsbilanzgleichgewicht bestehende „magische Viereck" zu realisieren. Schon der EWG-Vertrag von 1957 fordert in Artikel 104 von jedem Mitgliedsland, für einen hohen Beschäftigungsstand, ein stabiles Preisniveau sowie ein Gleichgewicht der Zahlungsbilanz zu sorgen. Im selben Jahr wird in der Bundesrepublik Deutschland die Notenbank durch § 3 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank von 1957 (BBkG) verpflichtet, die Währung zu sichern, d. h. insbesondere den Geldwert stabil zu halten. Wenige Jahre später wird im § 2 des Gesetzes über die Bildung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von 1963 (SVRG) die Forderung nach angemessenem und stetigem Wirtschaftswachstum aufgenommen. Schließlich enthält § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft von 1967 (StabG) nicht nur den bis heute unveränderten Zielkatalog, sondern zugleich einen Hinweis auf die ordnungspolitische Einbindung und theoretische Bezugsbasis der Stabilitätspolitik:

> „Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen."

Die Verfolgung jedes Einzelzieles ist hiernach als ein Beitrag zum „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht" zu werten, das freilich erst dann erreicht ist, wenn alle Ziele gleichzeitig realisiert sind und dies mit Mitteln geschieht, die nicht gegen die Funktionsprinzipien der Marktwirtschaft verstoßen. Prioritätssetzungen zugunsten einzelner Ziele — z. B. der Preisniveaustabilität oder der Vollbeschäftigung — sind hiermit ebensowenig vereinbar wie dirigistische Eingriffe in den Preismechanismus — z. B. Lohn- und Preisstopps.

Dagegen hat der Gesetzgeber darauf verzichtet, die Ziele zu operationalisieren: Er hat weder Zielvariablen noch -werte bestimmt, so daß dem ökonomischen Erkenntnisfortschritt wie dem wirtschaftspolitischen Gestaltungswillen bei der Zielnormierung so gut wie keine Grenzen gesetzt sind. Immerhin ist die Bundesregierung nach § 2 StabG verpflichtet, im Rahmen ihres „Jahreswirtschaftsberichts" die von ihr für das laufende Jahr jeweils angestrebten und für erreichbar gehaltenen Zielwerte anzugeben.

Wenngleich diese „Jahresprojektionen" immer nur situationsbezogene Momentaufnahmen sind, lassen sie doch einen im Zeitablauf recht wandelbaren Zielanspruch erkennen (Übersicht 1). So legte sich die Bundesregierung unmittelbar nach Erlaß des StabG für den Zeitraum von 1967—71 noch auf eine sehr enge Zieldefinition fest:

- Hoher Beschäftigungsstand:
  = Arbeitslosenquote von 0,8 vH, definiert als prozentualer Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der abhängigen Erwerbspersonen.

- Preisniveaustabilität:
  = jährliche Änderungsrate des Preisindex des Bruttosozialprodukts von 1,0 vH.
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht:
  = Anteil des Außenbeitrags am Bruttosozialprodukt von 1,0 vH.
- Angemessenes Wirtschaftswachstum:
  = jährliche Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 4,0 vH.

Später wurden die Zielvariablen mehrfach gewechselt, die Punktziele häufiger durch Bandbreiten ersetzt und vor allem die Zielwerte an die sich tendenziell verschlechternden Istwerte angepaßt. Wie der Soll-Ist-Vergleich zeigt (Übersicht 1), ist es dennoch selten gelungen, alle vier Ziele gleichzeitig zu realisieren.

Um die stabilitätspolitischen Ziele zu erreichen, bedarf es unabhängig von ihrer konkreten Auswahl und Normierung eines Systems effizienter Instrumente. Sie werden traditionell der Fiskal-, Geld-, Außenwirtschafts- und Einkommenspolitik zugeordnet, deren wesentliche Träger in der Bundesrepublik Deutschland die Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden; §§ 1, 3 und 16 StabG) und die Deutsche Bundesbank (§§ 3 und 13 ff. BBkG) sind. Darüber hinaus werden Bundesbank, Bundespost, ERP-Sondervermögen und die bundesunmittelbaren Körperschaften auf die stabilitätspolitischen Ziele verpflichtet (§ 13 StabG). Schließlich sind auch Gewerkschaften und Unternehmensverbände im Rahmen der „Konzertierten Aktion" (§ 3 StabG) einbezogen. Die Vielfalt der mit unterschiedlichen, sich teilweise überschneidenden Kompetenzen ausgestatteten Träger der Stabilitätspolitik in einem demokratisch-föderati-

Übersicht 1

Zielindikatoren in der Bundesrepublik Deutschland:
Jahresprojektionen der Bundesregierung und Ist-Werte, 1968 bis 1986

Ziele	Angemessenes Wirtschaftswachstum		Preisniveaustabilität		Hoher Beschäftigungsstand		Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	
Zielindikatoren	Prozentuale Veränderung des realen Bruttosozialprodukts gegenüber dem Vorjahr[1]		Prozentuale jährliche Änderungsrate des Preisindex des privaten Verbrauchs		Arbeitslosenquote (prozentualer Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der abhängigen Erwerbspersonen)		Prozentualer Anteil des Außenbetrags am nominalen Bruttosozialprodukt[2]	
Jahr	Projektion	Ist	Projektion	Ist	Projektion	Ist	Projektion	Ist
1968	4,0	6,5	2,5	1,9	1,4	1,4	2,7	3,3
1969	4,5	7,9	2,0	2,5	1,0	0,8	2,2	2,4
1970	4,0—5,0	5,9	3,0	3,5	1,0	0,7	1,5—2,0	2,1
1971	3,0—4,0	3,3	3,0	5,4	1,0	0,8	1,5—2,0	2,1
1972	2,0—3,0	3,6	4,5	5,6	1,0	1,1	1,5—2,0	2,2
1973	4,0—5,0	4,9	5,5—6,0	7,1	1,0	1,2	1,5—2,0	3,2
1974	0—2,0	0,4	8,0—9,0	7,0	2,0	2,6	1,5—2,0	4,4
1975	2,0	−1,8	6,0	6,2	3,0	4,7	3,0—3,5	2,8
1976	4,0—5,0	5,3	4,5—5,0	4,4	4,5	4,6	2,5	2,5
1977	5,0	3,0	4,0	3,8	4,0	4,5	2,0	2,5
1978	3,5	3,2	3,5	2,6	4,5	4,4	2,0	2,9
1979	4,0	4,0	3,0	4,2	4,0	3,8	2,5	0,8
1980	2,5	1,9	4,5	5,5	3,5—4,0	3,8	0	−0,2
1981	−1,0—0	−0,2	4,5	6,1	5,0	5,4	0—0,5	1,0
1982	1,0—1,5	−1,0	5,0	4,8	7,0	7,5	1,5	2,3
1983	0	1,5	4,0	3,2	9,5	9,1	2—2,5	2,3
1984	2,5	2,5	3,0	2,5	<9,0	9,1	2,5	2,9
1985	2,5	2,5	2,0	2,0	<9,0	9,3	2,5—3,0	3,9
1986	3,0	2,4	1,5	−0,5	8,5	9,0	4,0	3,6

[1] Bis 1979: reales Bruttoinlandsprodukt; Ist-Werte in Preisen von 1976.
[2] Außenbeitrag: = Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland einschließlich der DDR.

Quelle: Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, lfde. Jge; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfde. Jge.

ven Staat wie der Bundesrepublik Deutschland gibt einen Hinweis auf die Schwierigkeiten, die einer raschen und koordinierten Entscheidungsfindung entgegenstehen; schon aus diesem Grund ist keine „Stabilitätspolitik aus einem Guß" zu erwarten.

Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn außerdem die Vielzahl der stabilitätspolitischen Instrumente und Eingriffsmöglichkeiten mit ihren spezifischen Anwendungsbedingungen, Haupt-, Neben- und Folgewirkungen sowie Wirkungsverzögerungen (time lags) in Betracht gezogen wird. Kern der herkömmlichen Stabilitätspolitik sind die fiskalpolitischen Instrumente zur Steuerung der volkswirtschaftichen Gesamtnachfrage. Sie wirken unmittelbar durch Variation der Staatsausgaben oder mittelbar durch steuerliche Beeinflussung der privaten Konsum- und Investitionsausgaben, wobei die Zins- und Liquiditätseffekte der dabei entstehenden Haushaltsdefizite und -überschüsse (öffentliche Schulden- und Einlagenpolitik) zusätzlich eine Rolle spielen. Sind die stabilitätspolitischen Ziele gefährdet, so sieht z. B. das StabG folgende Eingriffsmöglichkeiten vor:

- Je nach Erfordernis können Haushaltsausgaben vorgezogen oder gestreckt, erhöht oder gesenkt und zwischen einzelnen Titeln verlagert werden (§§ 6ff. StabG). Die Bundesregierung hat dazu einen mittelfristigen Finanzplan aufzustellen und fortzuschreiben („MifriFi"; § 9 StabG) sowie mehrjährige, bei Bedarf einsetzbare Investitionsprogramme aufzustellen („Investitionsplanung"; §§ 10f. StabG).
- Symmetrisch dazu können auf der Einnahmenseite die Einkommen- und Körperschaftsteuersätze bis zu 10 vH angehoben oder gesenkt, die Steuervorauszahlungen angepaßt sowie die Steuerabzüge für Investitionen durch zusätzliche Abschreibungen erhöht oder durch Aussetzen der degressiven Abschreibungen und der Sonderabschreibungen verringert werden (§§ 26ff. StabG).
- Haushaltsüberschüsse aus stabilitätspolitischen Mehreinnahmen oder Ausgabenkürzungen sind der Konjunkturausgleichsrücklage — einem Sonderkonto bei der Bundesbank — zuzuführen und bewirken einen direkten Liquiditätsentzug; sie sind in Rezessionen zur Defizitfinanzierung heranzuziehen (§§ 5f. und 15f. StabG).
- Darüber hinaus wird der Bundesfinanzminister ermächtigt, erforderlichenfalls bis zu 5 Mrd. DM Kredit bei der Bundesbank aufzunehmen (§ 6 StabG); andererseits kann die Kreditaufnahme der Gebietskörperschaften bei den Geschäftsbanken limitiert werden, falls sonst der Kapitalmarkt überfordert würde („Schuldendeckel"; §§ 19ff. StabG).

Dieser Maßnahmenkatalog erscheint durchaus zweckmäßig und ausreichend, ist aber hinsichtlich der grundsätzlichen fiskalpolitischen Eingriffsmöglichkeiten weder erschöpfend noch verbindlich; er sollte das fiskalpolitische Handeln erleichtern und beschleunigen, indem das StabG die Bundesregierung ermächtigt, bei Bedarf die in ihm enthaltenen Maßnahmen durch einfache Rechtsverordnung zu ergreifen. Tatsächlich hat die Bundesregierung nur anfänglich von diesem Instrumentarium Gebrauch gemacht. Schließlich war es mit dem damaligen Wirtschaftsminister K. SCHILLER der Schöpfer des StabG selbst, der im Aufschwung 1970 das StabG auf parlamentarischen Druck hin nicht anwandte und statt des im Gesetz vorgesehenen „nicht rückzahlbaren" einen „rückzahlbaren" Konjunkturzuschlag zur Einkommensteuer auf den Weg brachte. Seitdem ist Fiskalpolitik von allen Bundesregierungen praktisch am Maßnahmenkatalog des StabG vorbei diskretionär und nach politischer Opportunität getrieben worden.

Mit der im StabG verankerten Schulden- und Einlagenpolitik der Gebietskörperschaften wird bereits die Grenze zur Geldpolitik überschritten, die ansonsten in die Kompetenz der Deutschen Bundesbank fällt. Diese kann mit ihrem Instrumentarium das Zinsniveau oder das Geldmengenwachstum zu steuern versuchen („zinsorientierte" bzw. „mengenorientierte" Geldpolitik); sie zielt damit letztlich — wie die Fiskalpolitik — auf eine stabilitätsgerechte Entwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage — wenn auch auf unterschiedlichen Wirkungskanälen. 1976 ist die Deutsche Bundesbank zur Steuerung der „Zentralbankgeldmenge" (Bargeldumlauf und Mindestreserven, berechnet zu konstanten Reservesätzen vom Januar 1974) — d. h. zu einer mengenorientierten Geldpolitik — übergegangen; seitdem ist sie bestrebt, das Wachstum dieses Geldaggregats mit Hilfe ihres Mindestreserve-, Refinanzierungs- und Offenmarktinstrumentariums innerhalb eines jeweils im voraus festgelegten Zielkorridors zu halten. Dies wird jedoch erschwert, sobald die Bundesbank verpflichtet ist, zur Erfüllung internationaler Währungsvereinbarungen der Bundesregierung am Devisenmarkt zu intervenieren, wie dies bis 1973 im Festkurssystem von BRETTON WOODS, danach in der EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSSCHLANGE und seit 1979 im EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSSYSTEM (EWS) wiederholt der Fall war.

Darüber hinaus kann die Bundesregierung nach dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) auch die Instrumente der Devisen- bzw. Kapitalverkehrskontrolle sowie der Zoll- und Kontingentpolitik einsetzen, um die Zahlungsbilanz oder den Wechselkurs zu beeinflussen. Einkommenspolitisch ist die Bundesregierung schließlich nach § 3 StabG gehalten, Gebietskörperschaften und Tarifparteien durch Orientierungsdaten zu einem gleichzeitig aufeinander abgestimmten Verhalten zur Erreichung der stabilitätspolitischen Ziele — d. h. zu einer stabilitätsgerechten Haushalts- und Tarifpolitik — zu bewegen („Konzertierte Aktion").

3.2. Konzeption und Praxis der nachfrageorientierten Stabilitätspolitik in den 60er und 70er Jahren

Im Rahmen dieser grundsätzlichen Gestaltungsmöglichkeiten kann sich die jeweilige Stabilitätspolitik von Periode zu Periode erheblich voneinander unter-

scheiden — je nachdem, wie die Einzelziele festgelegt sind, welche Politikbereiche und Einzelinstrumente dominieren, welche strategischen Variablen kontrolliert werden und nicht zuletzt, ob eine kurzfristig-antizyklische oder längerfristig-regelgebundene Strategie verfolgt wird. Dies wiederum ist eine Frage nach den jeweils aktuellen stabilitätspolitischen Herausforderungen wie auch nach der wirtschaftspolitischen Sichtweise, mit der alternative Konzeptionen begründet sind.

3.2.1. Das stabilitätspolitische Erbe der 60er Jahre

In der Bundesrepublik Deutschland war die Stabilitätspolitik der 50er Jahre noch ganz darauf gerichtet, den Produktionsapparat wieder aufzubauen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die deutsche Wirtschaft international zu integrieren. Die vom damaligen Wirtschaftsminister L. ERHARD im Verein mit dem Notenbankpräsident K. BLESSING geführte Wirtschaftspolitik setzte dabei auf die Schaffung von Arbeitsplätzen durch günstige ordnungs- und währungspolitische Rahmenbedingungen und war damit recht erfolgreich: Die deutsche Wirtschaft wuchs in den 50er Jahren real mit einer Rate von über 7 vH pro Jahr, verhalf zwei Millionen Arbeitslosen zur Erwerbstätigkeit, gliederte Hunderttausende von Flüchtlingen ein und erreichte durch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland z. B. zum INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS (IWF; 1952) und zur EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT (EWG; 1957) auch international immer größeres Gewicht.

Wenn während dieser Zeit die Preisniveaustabilität nicht ernsthaft in Gefahr geriet, ist dies der Geldpolitik der Notenbank zu verdanken: Ihr gelang es von der Währungsreform 1948 bis zur Konvertibilität der DM 1958, die jeweiligen Preisauftriebstendenzen durch Straffung der geldpolitischen Zügel stets rechtzeitig zu bremsen. Dagegen spielte die Fiskalpolitik eine weitgehend passive Rolle; sie konnte dies um so mehr, als die internationale Konjunktur noch nicht im Gleichschritt verlief, so daß Auf- und Abschwünge im Inland meist durch Gegenimpulse aus dem Ausland abgefangen wurden. Diese günstige Konstellation änderte sich jedoch grundlegend, als der IWF Ende 1958 unter Beibehaltung fester Wechselkurse die Konvertibilität der Währungen erreichte: Die DM erwies sich rasch als unterbewertet; es kam zu einem exportinduzierten Aufschwung, der bald auf einen wenig ergiebigen Arbeitsmarkt traf und dann eine Welle von Preissteigerungen nach sich zog. Anfänglich noch auf monetärem Gegenkurs, aber von der Fiskal- und insbesondere der Wechselkurspolitik der Bundesregierung nicht hinreichend unterstützt, mußte die Deutsche Bundesbank den Verlust ihrer geldpolitischen Handlungsfähigkeit erkennen und dem Inflationsprozeß praktisch freien Lauf lassen.

Dies änderte sich erst, als die Inflationsbeschleunigung 1965 den Aufwertungsdruck auf die DM verringerte. Die Bundesbank nutzte den hierduch wiedergewonnenen Handlungsspielraum und ging bis Anfang 1967 auf Restriktionskurs. Hatte sich das Investitionsklima 1965/66 durch produktivitätsüberschreitende Lohnerhöhungen ohnehin schon verschlechtert und trugen Bund, Länder und Gemeinden mit ihren Ausgabenkürzungen ebenfalls zum Abschwung bei, so war es doch die verspätet und abrupt einsetzende monetäre Antiinflationspolitik, die zur ersten ernsthaften Nachkriegsrezession in der Bundesrepublik wesentlich mit beitrug (Schaubild 5.I.): Die Inflationsrate erreichte in der Spitze zwar nur 4 vH und die Rezession fiel — gemessen an späteren Abschwüngen — mit einem leichten Rückgang des Sozialprodukts in 1967 um 0,5 vH und einer kurzfristig auf 3,2 vH gestiegenen Arbeitslosenquote recht mild aus; dennoch wurde darüber nicht nur die Regierung ERHARD durch die GROSSE KOALITION abgelöst, sondern auch die schon länger diskutierte konzeptionelle Neuorientierung der Stabilitätspolitik beschleunigt. Sie wurde durch die rasche Verabschiedung des „Stabilitätsgesetzes" (StabG) im Juni 1967 vorerst abgeschlossen. Das StabG, seinerzeit im In- und Ausland als das „Grundgesetz" der modernen Stabilitätspolitik angesehen, sollte die Fiskalpolitik aus ihrer selbstgewählten Passivität befreien und sie neben der Geldpolitik zur zweiten Säule einer nachfrageorientierten antizyklischen Globalsteuerung machen.

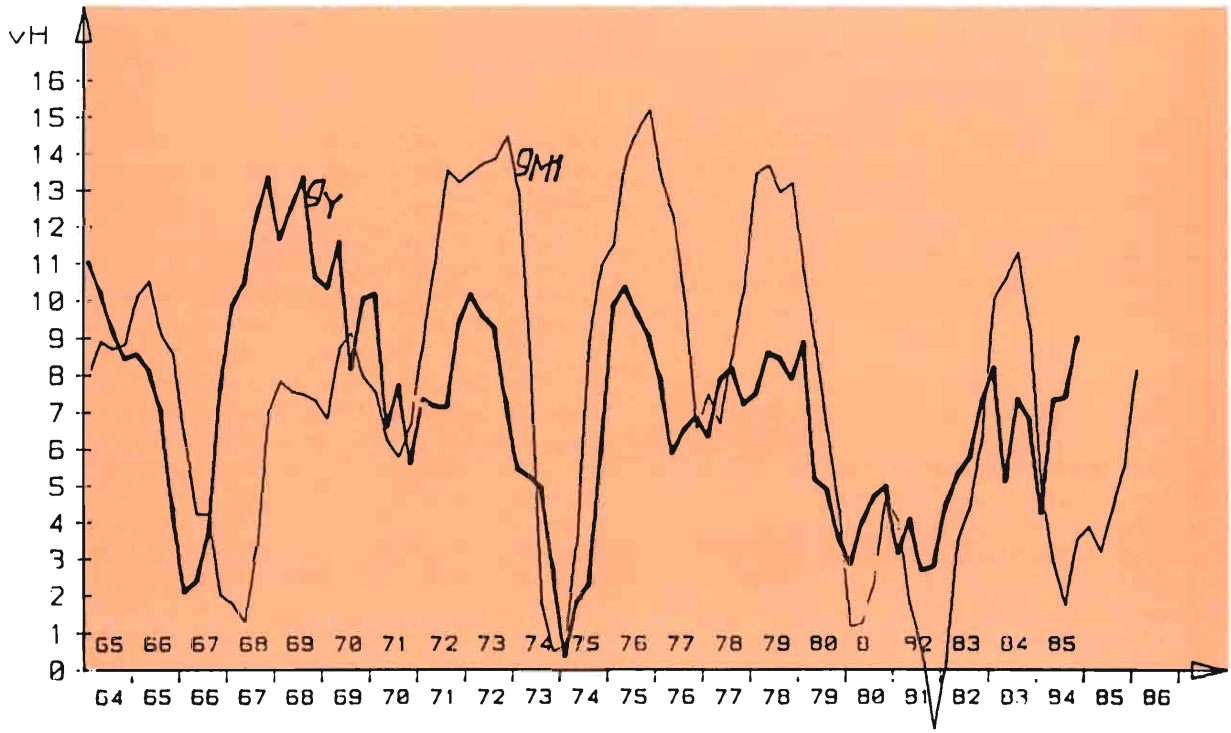
Die Bundesregierung setzte ihr neues Instrumentarium sogleich zur Rezessionsbekämpfung ein und legte noch 1967 zwei expansive Konjunkturprogramme im Umfang von insgesamt 7,8 Mrd. DM auf, die mit dem seit Mitte 1967 eingeschlagenen geldpolitischen Expansionskurs zusammenfielen. Der bald darauf einsetzende kräftige Aufschwung war für viele bereits die Bestätigung für die Tauglichkeit des neuen Konzepts einer bewußt antizyklisch geführten Geld- und Fiskalpolitik.

Eine zweite Bewährungsprobe stellte sich jedoch schon 1969, als die Zeichen der konjunkturellen Überhitzung bereits unverkennbar waren: Die Leistungsbilanz verzeichnete Rekordüberschüsse, das Produktionspotential war voll ausgelastet, am Arbeitsmarkt herrschte Überbeschäftigung, die Löhne stiegen mit zweistelligen Raten und der Inflationsprozeß kam erneut in Gang. Statt die Nachfrage zu dämpfen — wie im StabG vorgesehen — und die DM rechtzeitig aufzuwerten — wie vom Sachverständigenrat nachhaltig empfohlen —, setzte die Bundesregierung ihre expansive Wirtschaftspolitik bis zum Herbst 1969 fort und ermunterte zudem die Bundesbank, ihre zinsorientierte „Politik des billigen Geldes" beizubehalten. Als die Bundesregierung schließlich im Oktober 1969 die DM um 3,9 vH aufwertete und mit einem zweijährigen Programm zur Ausgabenkürzung und Steuerstillegung in Höhe von insgesamt 16,2 Mrd. DM reagierte, standen die Chancen für eine Begrenzung der Inflation ziemlich schlecht — mehr noch: Die Bundesbank hatte die kurze Periode flexibler Wechselkurse im Herbst 1969 nicht konsequent genug für restriktive Maßnahmen genutzt und war danach gezwungen, sich weitgehend in den Dienst der Stabilisierung der zunehmend unterbewerteten DM bzw. des überbewerteten Dollars zu stellen. Durch die erforderlichen Devisenmarktinterventionen verlor sie bis zur Freigabe des Dollar-Kurses im Frühjahr 1973

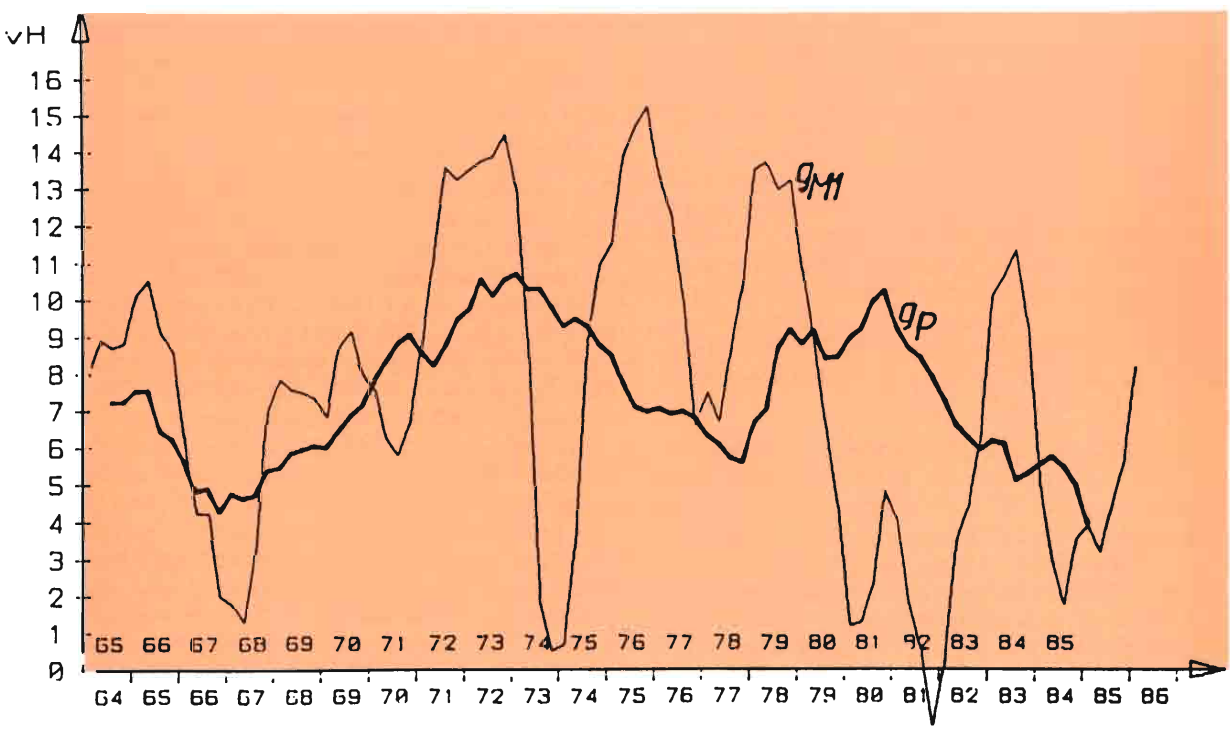
Schaubild 5

Geldmengenentwicklung, Konjunktur- und Inflationszyklen in der Bundesrepublik Deutschland, 1964 bis 1985

I. Wachstum der Geldmenge M1 (g) und des realen Bruttosozialprodukts (g_Y)



II. Wachstum der Geldmenge M1 (g) und des Preisindex der Lebenshaltung (g_p)



Eigene Berechnung jährlicher Änderungsraten in vH auf der Basis von Quartalsdurchschnitten; g_Y (g_p) gegenüber g um die durchschnittliche Inflationsrate (Wachstumsrate) in Höhe von 4,1 (3,2) Prozentpunkten nach oben und einen durchschnittlichen time lag von 4 (6) Quartalen nach links verschoben.

praktisch die Kontrolle über das inländische Geldangebot, so daß die Inflationsrate 1973—74 auf die seither nicht wieder erreichte Marke von 7 vH hochschnellte (Schaubild 5.II.).

3.2.2. Herausforderungen der Stabilitätspolitik seit 1973

Es war das erklärte Ziel der Bundesbank, diese Hypothek möglichst rasch wieder abzutragen. Hierzu bot sich Gelegenheit, als das System der festen Wechselkurse im Frühjahr 1973 zusammenbrach und die Notenbanken ihre geldpolitische Autonomie wiedergewannen. Anders als 1965—67, mußte jedoch die nun eingeleitete scharfe Restriktionspolitik zu einer Krise führen, weil sich das stabilitätspolitische Entscheidungsfeld inzwischen gewandelt hatte und neue Herausforderungen anstanden:

- Die Inflation war 1969—73 höher und hatte länger angehalten als Mitte der 60er Jahre, so daß sich anstelle von Geldillusion zunehmend Inflationsmentalität ausbreiten konnte. Außerdem hatte die verstärkte internationale Integration zu einem weitgehenden Gleichlauf von Wirtschaft und Politik in den westlichen Industrieländern geführt, so daß der stabilitätspolitisch ausgelöste Abschwung im Inland nicht mehr durch eine gute Auslandskonjunktur abgefedert werden konnte.

- Die Freigabe des Dollar-Kurses 1973 brachte für die deutsche Wirtschaft ungewohnte strukturelle Anpassungslasten, zumal die Exportwirtschaft nicht mehr durch eine unterbewertete DM begünstigt wurde. Ohnehin war die Exportwirtschaft dem wachsenden Wettbewerb der Schwellenländer ausgesetzt und geriet auf den etablierten Märkten zunehmend unter Anpassungszwang — ein Vorgang, der durch den bis 1974 deutlich steigenden Leistungsbilanzüberschuß zunächst noch verdeckt blieb.

- Weit größere Störungen der Produktionstätigkeit gingen jedoch von den beiden Ölpreisexplosionen von 1973 und 1979 aus, die nicht nur als Ausdruck eines weltweiten Umverteilungskampfes zu sehen sind, sondern auch als ein Moment der abrupten Entwertung von Teilen des Sachkapitals. Hinzu kam der Beginn der von der Mikroelektronik ausgelösten und nach wie vor anhaltenden „technologischen Revolution".

- Eher längerfristig strukturändernd wirkten sich auch die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zunehmend auf den Arbeitsmarkt drängenden geburtenstarken Jahrgänge, der wachsende Anteil der Ungelernten sowie tarifpolitisch herbeigeführte Verkrustungen am Arbeitsmarkt (Lohnnivellierung, Sozialpläne, Kündigungschutz, Arbeitszeitregelungen) aus. Hinzu kamen politische Strömungen, welche die „Belastbarkeit" der Sozialen Marktwirtschaft durch Investitionslenkung, Umweltauflagen und Umverteilungsmaßnahmen zu testen verlangten und überdies weiteres Wirtschaftswachstum als nicht mehr so zentral ansahen.

Die im Gleichklang mit fast allen westlichen Notenbanken 1973—74 von der Bundesbank durchgehaltene Antiinflationspolitik traf somit in der Bundesrepublik Deutschland auf eine Wirtschaft, die weder über die Anpassungsbereitschaft noch über die nötige Anpassungsfähigkeit verfügte, um die zwangsläufigen Kosten der monetären Inflationsbekämpfung in erträglichen Grenzen zu halten: So kam es zu einer deutlichen Rezession, in deren Verlauf das reale Sozialprodukt um 1,7 vH schrumpfte (1975) und die Zahl der Arbeitslosen zeitweise auf 1,2 Mio. (1975) stieg, während sich die Inflationsrate erst 1976 deutlicher zurückbildete und 1978 ihren tiefsten Stand erreichte.

In dieser kritischen Phase zeigte sich die Problematik der fiskalischen Globalsteuerung gleich in zweifacher Hinsicht: in der Einkommens- wie in der Haushaltspolitik. Einkommenspolitisch gelang es nicht, die Tarifparteien im Rahmen der Konzertierten Aktion (§ 3 StabG) rechtzeitig auf eine stabilitätsgerechte Tarif- und Arbeitsmarktpolitik einzustimmen, die der zu erwartenden Inflationsabschwächung, der ölpreisbedingten Verringerung des Verteilungsspielraums sowie der technologischen und demographischen Herausforderung hätte Rechnung tragen müssen. Und haushaltspolitisch waren die Länder und Gemeinden nicht zu der erforderlichen antizyklischen Haushaltsführung zu bewegen; zwar legte der Bund 1974—75 mehrere expansive Konjunkturprogramme im Gesamtvolumen von 15,8 Mrd. DM auf und entlastete die Privaten durch eine Einkommensteuerreform mit 13,7 Mrd. DM, doch kürzten die Gemeinden angesichts der rückläufigen Steuereinnahmen vor allem ihre Investitionsausgaben so stark, daß die öffentlichen Haushalte insgesamt schon 1976—77 wieder kontraktiv wirkten. Als die Bundesbank im Frühjahr 1974 ihre Restriktionspolitik aufgab, war jedenfalls der Weg frei für einen neuerlichen Aufschwung, der 1976 einsetzte und von 1978 an von einer wieder ansteigenden Inflationsrate begleitet war (Schaubild 5.I. und 5.II.).

Die vierjährige Wachstumsperiode reichte jedoch nicht aus, um das zuvor entstandene Beschäftigungsproblem zu lösen: Obwohl 1980 über 1 Mio. Arbeitsplätze mehr besetzt waren als 1976, sank die Zahl der Arbeitslosen um 200 000 nur unwesentlich; sie blieb mit zuletzt knapp 900 000 ungewöhnlich hoch. Hieran änderte die anhaltende Ausgabenexpansion des Bundes ebensowenig, wie das mit 15,9 Mrd. DM ausgestattete Zukunftsinvestitionsprogramm von 1977; im Gegenteil: Die seit 1974 expansive Fiskalpolitik des Bundes führte zu einer sprunghaft ansteigenden Nettokreditaufnahme, die zeitweise bis zu 44 vH (1975) der gesamten inländischen Geldvermögensbildung beanspruchte und die Gefahr einer Verdrängung privater kreditfinanzierter Ausgaben durch den Staat („Crowding-out-Effekt") heraufbeschwor. Hinzu kam, daß der gestiegene öffentliche Schuldendienst den Spielraum für staatliche Investitionsausgaben immer mehr einengte. Die Wirksamkeit der Fiskalpolitik hatte sich somit weitgehend unter dem Druck des öffentlichen Schuldenberges erschöpft, während die Einkommenspolitik an den unüberwindlichen Gegensätzen zwischen den Tarifparteien — 1977 ver-

ließen die Gewerkschaften aus Protest gegen die Mitbestimmungsklage der Unternehmer die Konzertierte Aktion — gescheitert war.

Ende der 70er Jahre bestand somit ein noch größerer stabilitätspolitischer Problemstau als 1973: Der Inflationsprozeß war erneut in Gang gekommen, obwohl weder Wachstumsschwäche noch Arbeitslosigkeit überwunden waren.

Als die DM von 1979/80 an gegenüber dem Dollar unter zunehmenden Abwertungsdruck geriet und zu kursstützenden und damit binnenwirtschaftlich liquiditätsverknappenden Devisenmarktinterventionen herausforderte, ging die Initiative des stabilitätspolitischen Handelns erneut auf die Bundesbank über: Wie die Notenbanken der westlichen Partnerländer, versuchte auch sie, der Inflation durch eine restriktive Geldmengenpolitik zu begegnen. Hierdurch war eine weltweite Rezession vorprogrammiert, deren Tiefe und Dauer von der Schärfe wie vom Gleichlauf der monetären Antiinflationspolitik der westlichen Welt mitzuverantworten ist. In der Bundesrepublik selbst ließ die Rezession von 1980-82 das reale Sozialprodukt absolut schrumpfen und die Zahl der Arbeitslosen auf über 2,3 Mio. steigen, führte dafür aber die Inflationsrate bis 1985 auf ein mit Preisniveaustabilität vereinbares Maß zurück (Übersicht 1; Schaubild 5.I. und 5.II.).

3.3. Aktuelle Wandlungen der stabilitätspolitischen Konzeption

3.3.1. Die stabilitätstheoretische und -politische Wiederentdeckung der Angebotsseite

Im Rückblick auf die im Zeichen der nachfrageorientierten Stabilitätspolitik stehenden 60er und 70er Jahre erscheinen die praktischen Ergebnisse der Globalsteuerung wenig ermutigend: Das wiederholte „stop and go" hat in der Bundesrepublik Deutschland wie anderswo nicht zu mehr Stabilität, sondern offenbar zum Aufschaukeln von Inflation und Arbeitslosigkeit geführt.

Dies dokumentiert sich anschaulich in den aus jahresdurchschnittlichen Werten der Inflationsrate und Arbeitslosenquote gebildeten „PHILLIPS-Spiralen", die sich immer weiter vom stabilitätspolitischen Zielquadrat entfernen (Schaubild 6). Dabei fällt vor allem die in den beiden letzten Schleifen von 1970—78 und 1979—85 sprunghaft gestiegene Arbeitslosenquote auf, in der zunehmend strukturelle Verwerfungen des Arbeitsmarktes bzw. eine Zunahme der zyklusresistenten („strukturellen") Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt. Diese Entwicklung geht auf eine Reihe von Konstruktionsfehlern der antizyklischen Nachfragesteuerung zurück, die auch von keynesianisch orientierten Ökonomen gesehen werden:

— Die theoretisch postulierte Rückführung des zur Rezessionsbekämpfung herbeigeführten Anstiegs von Staatsausgaben- und Staatsschuldenquote stieß praktisch auf politischen Widerstand. Das zyklusdurchschnittliche Anwachsen der Defizitquote ließ den staatlichen Schuldendienst zu Lasten der Investitionsausgaben anwachsen. Die aufkommenden Zweifel an der Wiederholbarkeit der antizyklischen Therapie, verbunden mit der Ewartung künftiger Steuererhöhungen, dämpfte die Ausgabenneigung der Privaten, so daß zusätzlicher fiskalpolitischer Handlungsbedarf entstand.

— Stabilitätspolitisch primär an den Komponenten der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage anzusetzen, wurde fragwürdig, als strukturelle Probleme, nicht aber Anzeichen einer allgemeinen Nachfrageschwäche in den Vordergrund rückten. Unzureichender Strukturwandel und nachlassende Wachstumsdynamik bedeuteten, daß sich die Erfolgsaussichten für die Nachfragesteuerung verschlechtern mußten und die Lösung der angebotsseitigen Probleme verzögert wurde.

— Die antizyklische Geld- und Fiskalpolitik lief Gefahr, die Wirtschaft entgegen der eigenen Absicht zu destabilisieren, sobald Haushalte und Unternehmen ihre Inflations- und Politikillusion verloren und immer weniger nach jenem Verhaltensmuster auf expansive und kontraktive Maßnahmen reagierten, das der theoretischen Wirkungsanalyse der Globalsteuerung zugrunde liegt.

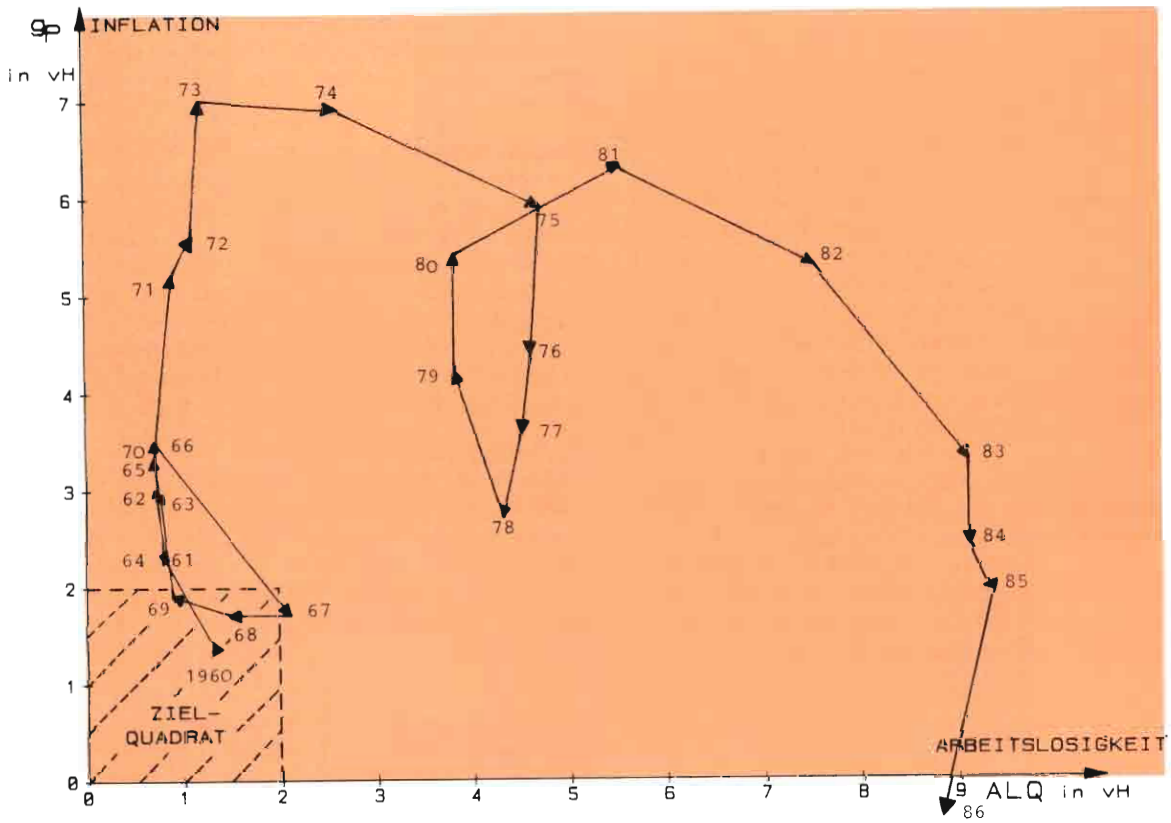
— Schließlich erwiesen sich in einer Zeit, in der Anpassungsfähigkeit besonders gefordert war, Größe und Beharrungsvermögen des Staatssektors als schwere Hypothek, während die von der öffentlichen Neuverschuldung über das jeweils geldpolitisch induzierte Maß hinaus hochgehaltenen (Real-) Zinsen privatwirtschaftliche Investitionen erschwerten, die doch Voraussetzung für eine rasche Umstrukturierung des Produktionsapparates waren. Mehr noch, die Unternehmen legten ihre Eigenmittel, statt sie zu investieren, in renditeträchtigen Staatsschuldtiteln an.

Durch die Kritik an der Nachfragesteuerung motiviert und von der mikroökonomischen Fundierung der Makroökonomik getragen, entwickelte sich in den 70er Jahren mit der „Angebotstheorie" („supply-side economics") ein Denkansatz, der die Wachstums- und Effizienzbedingungen der Produktion — eben die gesamtwirtschaftliche Angebotsseite — wieder stärker ins Blickfeld rückte. Er knüpfte an eine Denktradition an, die von A. SMITH über J. A. SCHUMPETER und W. EUCKEN zu F. A. VON HAYEK bis in die Gegenwart überliefert ist, aber unter der Prädominanz des Keynesianismus weitgehend in Vergessenheit geraten war. Wurde in der Monetarismus-Debatte um die relative Wirksamkeit der Geld- und Fiskalpolitik als Stabilitätspolitik im Kern noch rein nachfragetheoretisch argumentiert, so stellte die Angebotstheorie nun die Produktionsfunktion mit Menge und Qualität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital als ihren Argumenten in den Mittelpunkt der Betrachtung. Sie erklärt Wachstumsschwäche und strukturelle Massenarbeitslosigkeit folglich nicht mit einem generellen „Nachfragemangel", sondern mit mangelnder Real- und Humankapitalbildung aufgrund

Kapitel IV

Schaubild 6

Inflation (g_p) und Arbeitslosigkeit (ALQ) in der Bundesrepublik Deutschland, 1960 bis 1985



g_p — Jahresdurchschnittliche Änderungsrate des Preisindex der Lebenshaltung in vH p.a.

ALQ — Jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote — bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen — in vH.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Tabelle VIII.3. und 7., lfde. Jge.

unzureichender Investitionen und Ersparnisse, mit einer zu langsamen Umsetzung und Ausbreitung von Innovationen sowie mit der Inflexibilität des ökonomischen und politischen Allokationssystems; kurzum: als Folge des Mangels an dauerhaft rentablen Produktionsmöglichkeiten. Die wirtschaftspolitische Lösung wird deshalb von einer Strategie erwartet, die mittel- und langfristig auf ein beschleunigtes Wachstum des Produktionspotentials durch Verbesserung des quantitativen und qualitativen Faktoreinsatzes zielt. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Anreize zum Sparen und Investieren, zu mehr Leistung sowie zur Anpassung an neue Umweltbedingungen und Strukturen zu verbessern.

3.3.2. Ansätze angebotsorientierter Stabilitätspolitik seit 1982

Hatte sich somit der Reiz der antizyklischen Nachfragesteuerung Anfang der 80er Jahre in den Augen vieler erschöpft und war das StabG trotz wiederkehrender Verletzungen seiner Ziele schon seit 1975 nicht mehr angewendet worden, mußte die praktische Stabilitätspolitik angesichts der neuerlichen Rezession von 1980-82 nach neuen Lösungswegen suchen. Der damalige Bundeswirtschaftsminister selbst stellte im Herbst 1982 ein angebotsorientiertes Konzept gegen Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit zur Diskussion („LAMBSDORFF-Papier"). Die Weichenstellung zugunsten der Angebotspolitik wurde darin in folgenden Postulaten deutlich:

- weniger Staatsinterventionismus, rasche Entbürokratisierung, Präferenz für marktwirtschaftliche Problemlösungen, mehr Wettbewerb und mehr Selbständigkeit;
- mittelfristige Haushaltskonsolidierung bei zunächst konstanter, später zu verringernder Abgabenbelastung der Privaten, und Verringerung der Staatsquote;
- Umstrukturierung von öffentlichen Einnahmen und Ausgaben zugunsten investiver, leistungs-, innovations- und wachstumsfördernder Verwendung; sowie
- Anpassung des gewachsenen Systems der sozialen Sicherung an die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten und Stärkung der subsidiären privaten Selbstvorsorge.

Damit wurden weitgehend Empfehlungen zum politischen Programm erhoben, die der SACHVERSTÄNDIGENRAT in seinen Jahresgutachten seit 1976 wiederholt ausgesprochen und in seinem Sondergutachten vom Oktober 1982 (Ziff. 63 ff.) zu einer umfassenden angebotsorientierten Strategie verdichtet hatte und die der Bundesregierung seit 1979 verschiedentlich auch vom WISSENSCHAFTLICHEN BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT — zuletzt in seinem konjunkturpolitischen Gutachten von 1983 — nahegelegt worden waren. Der Regierungswechsel im Herbst 1982 und seine Bestätigung in der Bundestagswahl vom 6. März 1983 gab diesem Programm eine Chance der Verwirklichung.

Um auf Dauer mehr Wachstum, Beschäftigung und Preisniveaustabilität zu erreichen, schwenkte die neue Bundesregierung tatsächlich auf diese wissenschaftlich und politisch vorgezeichnete Linie ein. Sie verpflichtete sich auf ein längerfristig angelegtes angebotsorientiertes Handeln, das sie in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1984 (Ziff. 2) unter folgende Grundsätze stellte:

- „ordnungspolitische Neubesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft, insbesondere verläßliche und widerspruchsfreie wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, Stärkung der Leistungs- und Risikobereitschaft, Sicherung des Wettbewerbs und Verringerung bürokratischer Hemmnisse;
- Wiederherstellung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit des Staates, Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, Rückführung des Staatsanteils, qualitative Verbesserung der Ausgabenstruktur und eine leistungsfreundlichere Besteuerung;
- eine Sozialpolitik, die sich von den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität leiten läßt und die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme dauerhaft gewährleistet; sowie
- intensives Bemühen um europäische und weltwirtschaftliche Konzertierung und Kooperation zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Ausweitung des Welthandels und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit."

Die Handlungsschwerpunkte lagen zunächst eindeutig im Bereich der Haushaltspolitik: Die Bundesregierung bremste seit 1983 die Ausgabenexpansion und drückte sie unter die Rate des Wirtschaftswachstums, so daß sich die Staatsquote zurückzubilden begann; sie entlastete die Kreditmärkte durch eine — selbst bei Anrechnung der ausgeschütteten Bundesbankgewinne — deutliche Rückführung der Nettokreditaufnahme; und sie konnte den Rückgang der staatlichen Investitionsausgaben zumindest stoppen. In der Steuerpolitik versuchte die Bundesregierung, die private Investitions- und Innovationstätigkeit zu fördern, indem sie 1983—84 die Gewerbe- und die Vermögensteuer senkte, Sonderabschreibungen für mittelständische Betriebe sowie für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen zuließ, Existenzgründungen erleichterte und die Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmern begünstigte. Schließlich wurden für 1986 und 1988 leistungs- und familienbegünstigende Entlastungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer von über 20 Mrd. beschlossen. Dagegen hat die politische Auseinandersetzung über die Details weitergehender Steuerreformen, die Umschichtung der Ausgabenblöcke zugunsten der investiven Verwendung, den erwünschten Bürokratie- und Subventionsabbau, die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Betriebe sowie die Reform der sozialen Sicherungssysteme — insbesondere des Gesundheitswesens — gerade erst begonnen.

Schon jetzt und unmittelbar auf dem Arbeitsmarkt wirksam dürften hingegen die 1983 eingeführten Regelungen zum Vorruhestand, zur Teilzeitarbeit und zur Rückkehr von ausländischen Arbeitnehmern sein. Im übrigen setzte die Bundesregierung in der Beschäftigungspolitik — außer auf die Wachstumsdynamik — vor allem auf die tarif- und arbeitszeitpolitische Kompromißfähigkeit der Tarifparteien. Dies um so mehr, als die staatlicherseits zu wahrende Tarifautonomie Arbeitgebern und Gewerkschaften notwendigerweise eine Mitverantwortung für die Vollbeschäftigung auferlegt und die Angebotsorientierung diese Form der „Privatisierung des Beschäftigungsrisikos" auch einfordert. Die Bundesregierung hat sich jedenfalls bisher den Forderungen von Opposition und Gewerkschaften nach einem herkömmlichen „Beschäftigungsprogramm" versagt.

3.4. Optionen der Stabilitätspolitik im Spannungsfeld von zyklusorientierter Nachfragesteuerung und potentialorientierter Verstetigungsstrategie

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit 1983 wieder auf Wachstumskurs, der zunächst die Kurzarbeit und dann die betrieblichen Arbeitskraftreserven abgebaut hat — und nun zunehmend auf den Arbeitsmarkt durchschlägt: Immerhin wurden 1985 bereits 180 000 Arbeitsplätze zusätzlich besetzt; dies reichte freilich gerade aus, um die „Berufsanfänger" und die nun wieder verstärkt aus der „stillen Reserve" heraustretenden Erwerbspersonen aufzunehmen, so daß die Zahl der Arbeitslosen nur unmerklich sank. Da der anfänglich exportinduzierte Aufschwung zunehmend von wiederbelebten dynamischen Wachstumskräften getragen und vom weltweiten Ölpreisverfall zusätzlich begünstigt ist, dürfte er dauerhafter und kräftiger ausfallen als seine nachfrageinduzierten Vorläufer. Hierdurch eröffnet sich erstmalig seit Anfang der 60er Jahre wieder die Chance, durch einen zwar langsamen, aber nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit unter Bewahrung der bestehenden Preisniveaustabilität das stabilitätspolitische „Zielquadrat" von 2 × 2 vH Arbeitslosigkeit und Inflation bis Ende der 80er Jahre zu erreichen (Schaubild 6).

Diese Option setzt voraus, daß das stabilitätspolitische Handeln stetig, vorhersehbar und glaubwürdig ist. Der Geld- und Fiskalpolitik wird deshalb empfohlen, sich am Wachstum des Produktionspotentials zu orientieren („potentialorientierte Verstetigungsstrategie"): Die Bundesbank hätte hiernach ihre Geldmen-

genaggregate — wie in den letzten beiden Jahren — kontinuierlich mit 3—5 vH p.a. auszudehnen; und die Bundesregierung wäre gehalten, das Ausgabenwachstum — zumindest bis zur Haushaltskonsolidierung — unterhalb des Potentialwachstums von 2—3 vH p.a. zu halten. Hierdurch würden sich Staatsquote und Neuverschuldung längerfristig auf ein Maß zurückbilden, das dem Privatsektor wieder mehr Entfaltungsspielraum ließe. Gepaart mit einer deutlichen Verringerung des Abgaben- und Regulierungsdrucks sowie mit einer Strukturreform der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben und der sozialen Sicherungssysteme, könnte die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik wieder soviel Eigendynamik entwikkeln, daß arbeitsplatzschaffende Anpassungen lohnender erscheinen als der Ruf nach staatlicher Hilfestellung oder das Ausweichen in die „Schattenwirtschaft".

Fraglich ist jedoch, ob sich eine solche Strategie auf Dauer im politischen Kräftefeld einer parlamentarisch-föderativen Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland durchhalten läßt. Ein besonderes Problem angebotsorientierter Politik besteht nämlich darin, daß sie zur kurzfristigen Erzielung wahltaktisch verwertbarer Ergebnisse wenig geeignet ist. Wo aber nahende Wahltermine rasche Erfolge verlangen, sind schnell die Strategien gewechselt. Hinzu kommt, daß in der angebotsorientierten Stabilitätspolitik prozeßpolitische Aktivitäten zugunsten der ordnungspolitischen Gestaltung zurücktreten. Gerade die Ordnungspolitik ist jedoch wegen ihrer Langzeiteffekte äußerst anfällig gegen die Kurzatmigkeit des politischen Alltags. Es ist deshalb zu befürchten, daß die notwendigen Reformen — z. B. im Bereich der Agrarmärkte, der Subventionen oder des Arbeits-, Sozial- und Wettbewerbsrechts — auf halbem Wege steckenbleiben oder erst gar nicht in Angriff genommen werden.

Offene Flanken bietet die angebotsorientierte Stabilitätspolitik nicht zuletzt aber auch in der Lohnpolitik der Tarifparteien wie in den Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland. Während die Bundesregierung bei der Lohnpolitik auf das Mittel der Überzeugung einerseits und die ordnungspolitische Gestaltung des Tarif- und Arbeitsrechts andererseits verwiesen ist — also nicht direkt auf die Verhandlungsergebnisse der Tarifparteien einwirken kann —, hat sie in der Außenwirtschafts- und Wechselkurspolitik durchaus unmittelbare Einflußmöglichkeiten. Gewiß stellen die stark verflochtenen internationalen Güter- und Kapitalmärkte sowie die damit zusammenhängende Konjunktur- und Inflationssynchronisation ein besonderes Gefahrenmoment einer auf binnenwirtschaftliche Autonomie bedachten Stabilitätspolitik dar; dennoch sollte in Absprache mit den Integrations- und Handelspartnern der Bundesrepublik Deutschland durch möglichst freien Güter- und Kapitalverkehr sowie durch weitgehend flexible, zumindest aber anpassungsfähige Wechselkurse sichergestellt sein, daß ein Höchstmaß an außenwirtschaftlicher Absicherung der potentialorientierten Geld- und Fiskalpolitik besteht. Auf keinen Fall dürfte die Bundesbank — wie in den 70er Jahren wiederholt geschehen — die Kontrolle über die Geldmenge gegen ihren Willen verlieren oder — bedingt durch ihre selbstgewählte Wechselkurspolitik — von sich aus preisgeben. Das seit Herbst 1985 wieder deutlich über dem Zielkorridor liegende Geldmengenwachstum läßt freilich für 1988 und danach neue Probleme erwarten.

Literatur

Cassel D., Thieme H. J.: Stabilitätspolitik. In: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Bd. 2. München. Verlag F. Vahlen. 2. Aufl. 1985. S. 293—359.

Deutsche Bundesregierung (Hrsg.): Jahreswirtschaftsbericht. Bonn. Bundestagsdrucksache. 1968 ff.

Engelen-Kefer U.: Beschäftigungspolitik. Eine problemorientierte Einführung mit einem Kompendium beschäftigungspolitischer Fachbegriffe. Köln. Bund Verlag. 2. Aufl. 1980.

Friedrich H.: Stabilisierungspolitik. Wiesbaden. Verlag Gabler. 2. Aufl. 1986.

Körner H., Uhlig, Chr. (Hrsg.): Die Zukunft der Globalsteuerung. Karl Schiller zum 75. Geburtstag gewidmet. Bern, Stuttgart. Verlag P. Haupt. 1986.

Lambsdorff Graf O.: Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Bonn. Mimeo. 9. September 1982.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Jahresgutachten. Bonn. Bundestagsdrucksache. 1964 ff.

Siebert H. (Hrsg.): Perspektiven der deutschen Wirtschaftspolitik. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz. Verlag W. Kohlhammer. 1983.

Wehling H.-G. (Hrsg.): Arbeitslosigkeit. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz. Verlag W. Kohlhammer. 1984.

Welfens P. J. J.: Theorie und Praxis angebotsorientierter Stabilitätspolitik. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 1985.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Konjunkturpolitik — neu betrachtet. Gutachten. Bonn. Mimeo. 1983.

4. Struktur-, Umwelt-, Forschungs- und Technologiepolitik

Bernhard Gahlen

Zusammenfassung

Die Entwicklung einer Volkswirtschaft vollzieht sich unter einem ständigen Wandel ihrer Struktur. In der Bundesrepublik Deutschland wird dieser Strukturwandel größtenteils durch marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse bewältigt; private Unternehmer und Haushalte passen ihre Produktions- und Konsumentscheidungen den Änderungen der relativen Preise an. Vor allem aus sozialpolitischen und die Versorgungssicherheit betreffenden Gründen wird der marktwirtschaftliche Anpassungsprozeß jedoch durch staatliche Eingriffe ergänzt. Nach den 1968 beschlossenen „Grundsätzen sektoraler Strukturpolitik" hat der Staat dabei die Aufgabe, den Strukturwandel zu erleichtern und zu fördern. Von den traditionellen Zielen der Stukturpolitik — der gezielten Erhaltung, der geordneten Anpassung und der vorausschauenden Gestaltung der Wirtschaftsstruktur — wird somit vor allem auf die beiden letzten Ziele abgestellt.

Die praktizierte Strukturpolitik weicht von den aufgestellten Leitlinien allerdings erheblich ab. So ist es bis heute trotz mehrfachen Ankündigungen nicht gelungen, die überhöhten Subventionen nachhaltig abzubauen. Dies wird besonders bei der erhaltenden Strukturpolitik kritisiert, da durch die bewußte Erhaltung einzelner Wirtschaftsbereiche andere diskriminiert werden. Der Staat sollte sich vielmehr darauf konzentrieren, die Anpassung der Wirtschaftsstruktur wegen der unvermeidlichen Härten für die Betroffenen in geordneten und sozial vertretbaren Bahnen ablaufen zu lassen. Darüber hinaus trägt der Staat nach den „Grundsätzen" die Verantwortung für die Zukunftssicherung. Im Rahmen seiner Forschungs- und Technologiepolitik muß er das strukturpolitische Gestaltungsziel jedoch konkretisieren. Da die Durchführung von Innovationen originäre Unternehmeraufgabe ist, sollte er die Forschungsförderung des privaten Sektors vor allem durch indirekte Maßnahmen betreiben. Im Rahmen seiner Umweltpolitik muß er klare Rahmenbedingungen für einen sparsamen und vorsorgenden Umgang mit der Natur schaffen, da der Marktmechanismus allein ökologische Belange nur unzureichend berücksichtigt.

Inhalt Seite

4.1. Strukturwandel, Wirtschaftswachstum und Umweltprobleme 85
4.2. Strukturwandel und Strukturprobleme in Marktwirtschaften 86
4.3. Gezielte Erhaltung 87
4.4. Geordnete Strukturanpassung 89
4.5. Zukunftssicherung: Neue Technologien und Umweltschutz 91
4.5.1. Ökologische Sicherung des Wirtschaftswachstums 91
4.5.2. Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch staatliche Forschungs- und Technologiepolitik 93
4.6. Zur Rolle des Staates und der EG beim Strukturwandel 95

4.1. Strukturwandel, Wirtschaftswachstum und Umweltprobleme

Wirtschaftswachstum ist immer mit Strukturwandel verbunden. So ist auch die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland durch tiefgreifende sektorale Strukturwandlungen gekennzeichnet. Dieser Wandel ist zum großen Teil über marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse bewältigt worden. In einigen Fällen haben staatliche Instanzen

durch finanzielle Hilfen, Außenhandelsschutz und Wettbewerbsbeschränkungen die Geschwindigkeit der Anpassungsprozesse verringert oder sogar gestoppt; gefährdete Bereiche wurden erhalten. Zudem unternehmen staatliche Instanzen immer wieder den Versuch, zukunftsweisende Industrien zu fördern. Durch eine solche Strukturpolitik werden die Ergebnisse des Marktmechanismus korrigiert.

In den letzten Jahren sind Umweltbelastungen als eine langfristige Begleiterscheinung der Industrialisierung und Verstädterung zunehmend ins Bewußtsein getreten. Vor allem durch die Diskussion um das Waldsterben und den Einzug „grüner" Parteien in zahlreiche Parlamente erhielt die Umweltpolitik ein zunehmendes Gewicht. Die Umweltprobleme wurden jedoch schon viel früher erkannt und die ersten Gesetze zum Schutz der Umwelt bereits in den 60er Jahren verabschiedet. Umwelt- und Strukturprobleme weisen zahlreiche Gemeinsamkeiten auf. Daher werden sie in diesen Materialien gemeinsam behandelt.

4.2. Strukturwandel und Strukturprobleme in Marktwirtschaften

Im Zeitablauf ändert sich die Zusammensetzung einer gesamtwirtschaftlichen Größe erheblich. Waren z. B. 1950 in der Bundesrepublik Deutschland noch fast 25 vH der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, so waren dies 1985 weniger als 5,5 vH. Andererseits stieg der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich an. Dies ist ein Beispiel für eine Änderung der sektoralen Beschäftigungsstruktur. Im Teil B dieser Materialien wird eindrucksvoll dokumentiert, wie stark sich die Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen Variablen geändert hat. Dieser Strukturwandel ist eine immanente Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung. Wachstum ist nach allen Erfahrungen nie „mehr von demselben". Dies gilt unabhängig vom Wirtschaftssystem. Änderungen der Wirtschaftsstruktur werden vor allem durch die Entwicklung der Technik, durch geänderte Wünsche der Konsumenten und den Wandel der internationalen Arbeitsteilung bestimmt. In jedem Wirtschaftssystem erfolgt der Strukturwandel unter großer Unsicherheit über zukünftige Entwicklungen. Da es keine zentral geplante Weltwirtschaft gibt, steht der Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR vor demselben Unsicherheitsproblem.

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung stellt die Übernahme dieser Unsicherheit einen Hauptzweck der Unternehmertätigkeit dar. Auf eigenes Risiko muß das Unternehmen die Chancen und Risiken des Strukturwandels auf sich nehmen. Der Markt ist dabei ein unpersönliches Entdeckungsverfahren und ein unpersönlicher Mechanismus, der zur Strukturanpassung zwingt. Damit erfolgen im Idealfall die Änderungen in der Struktur „unsichtbar" durch im Wettbewerb stehende Marktteilnehmer. Dieser dynamische Wettbewerb arbeitet über Änderungen der relativen Preise. Dabei zeigt der relative Preisanstieg einer bestimmten Güterart deren zunehmende Knappheit an. Unternehmen und Haushalte reagieren auf diese Preissignale, indem sie Produktion, verwendete Technologien und Konsum anpassen. Die relativen Preise reagieren aber nicht nur: Sie signalisieren auch Wandel durch Produkt- und Prozeßinnovationen.

Diese Prinzipien marktwirtschaftlicher Bewältigung des Strukturwandels waren in den letzten 20 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland heftig umstritten. Staatliche Interventionen stehen immer im Spannungsfeld zur marktwirtschaftlichen Ordnung. Obgleich das idealtypische Marktsystem sozialen Aufgaben oft nicht nachkommen kann, ist sehr genau zu prüfen, ob dieses angebliche Marktversagen strukturpolitische Eingriffe rechtfertigt. In den folgenden Ziffern werden einige gängige Argumente kurz beleuchtet, die in den letzten 20 Jahren die strukturpolitische Debatte geprägt haben.

Das erste Argument — Nachfrageschwäche — hat viel mit dem allgemeinen Wachstumspessimismus der 70er und 80er Jahre gemein. Es muß streng zwischen gesamtwirtschaftlicher Stagnation und partiellen Sättigungserscheinungen auf einzelnen Märkten unterschieden werden. Letztere sind im Strukturwandel eine Selbstverständlichkeit. Sie spiegeln sich im System der relativen Preise wider und können deshalb vom Markt berücksichtigt werden. Strukturpolitischen Handlungsbedarf begründen sie noch nicht.

Entscheidend für den Strukturwandel ist die Rolle des technischen Fortschritts. Die Debatte hierüber wird in der Bundesrepublik Deutschland ambivalent geführt. Auf der einen Seite sehen Stagnationstheoretiker keine Basisinnovationen mehr. Beklagt wird z. B. ein Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Auf der anderen Seite ist die Furcht vor dem technischen Fortschritt ein Dauerthema. Es gab unzählige Untersuchungen über die Auswirkungen der Mikroelektronik auf dem Arbeitsmarkt. Nach übereinstimmender Meinung aller Gremien der wirtschaftspolitischen Beratung ist es jedoch keine sinnvolle Aufgabe der Strukturpolitik, die Richtung des technischen Fortschritts direkt zu steuern.

Auf Änderungen in der internationalen Arbeitsteilung wird im Zusammenhang mit Strukturwandel immer wieder hingewiesen. Sie sind für ein exportorientiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland besonders wichtig, aber auch sie können vom marktwirtschaftlichen Anpassungsprozeß bewältigt werden.

Über das Verhältnis der Strukturpolitik zur Wirtschaftspolitik insgesamt konnte in den letzten Jahren zunehmend Klarheit erzielt werden: Die Strukturpolitik ist kein Substitut für die Verstetigungspolitik. Auch kann sie die Wachstums- und Antiinflationspolitik weder ersetzen noch ergänzen.

Heute ist bekannt, daß die globale Konjunktursteuerung in den 60er und 70er Jahren selektiv gewirkt hat, d. h. einzelne Unternehmen und Branchen je nach Größe, Auslandsverflechtung, Kapitalintensität usw. in unterschiedlichem Ausmaß getroffen hat. So wurde beispielsweise die Bauwirtschaft von der Globalsteuerung überdurchschnittlich stark beeinflußt. Hieraus wurde mitunter die Schlußfolgerung gezogen, daß die

Globalsteuerung durch die Strukturlenkung ersetzt werden müsse. Dieser Weg weist jedoch angesichts der Mißerfolge der Globalsteuerung genau in die falsche Richtung. Nach den offenkundigen Problemen mit einer staatlichen Globalsteuerung spricht nichts dafür, nun direkt zur Strukturlenkung überzugehen. Dagegen wäre eine Verstetigung dem Strukturwandel in jedem Fall dienlich, da er in diesem wirtschaftlichen Umfeld relativ reibungslos ablaufen kann.

Es ist kein Zufall, daß in Perioden eines nicht befriedigenden wirtschaftlichen Wachstums strukturpolitischer Handlungsbedarf angemahnt wird. Die Härten des Strukturwandels werden bei mangelnder Dynamik bedrohlich. Dies ist aber kein Problem der Strukturpolitik, sondern eines der Wachstumspolitik.

Die Fähigkeit des Preismechanismus, den Strukturwandel zu steuern, wird bei Inflation erheblich beeinträchtigt. Die Erfahrung lehrt, daß mit steigenden Inflationsraten auch deren Schwankungen im Zeitablauf zunehmen. Die für den Strukturwandel entscheidenden Signale relativer Preisänderungen sind dann von den Wirtschaftssubjekten nicht mehr so einfach zu erkennen. Dadurch wird die Faktorallokation verschlechtert und der Strukturwandel verzögert. Mit der „Vernebelung" der Preissignale durch Inflation nimmt die Unsicherheit der Wirtschaftssubjekte über ihre Produktions- und Konsumentscheidungen zu — auch die Unsicherheit über den zukünftigen Kurs der Wirtschaftspolitik. Die Folge ist eine Verkürzung der Planungshorizonte. Investitionen werden dann zurückgestellt und Innovationsaktivitäten gebremst.

Hieraus folgen einige Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Strukturlenkung durch den Preismechanismus:

— Die mikroökonomische Politik muß für die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs und für einkalkulierbare Regulierungen sorgen.

— Die makroökonomische Politik muß für ein angemessenes, stetiges Wirtschaftswachstum bei Preisniveaustabilität sorgen.

Die angesprochenen Punkte, die häufig als Begründungen für die Strukturpolitik angeführt werden, können das Ausmaß der strukturpolitischen Aktivitäten des Staates nicht rechtfertigen. Im Laufe der Wirtschaftsgeschichte hat sich der Staat in eine Fülle strukturpolitischer Interventionen verstrickt. Diese wurden i. d. R. sozialpolitisch oder mit dem Argument der Versorgungssicherheit (z. B. Landwirtschaft, Kohle) begründet. Ferner meinte man, im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft die Anpassungsprozesse an den Strukturwandel sozial abfedern zu müssen (z. B. Stahl). Dementsprechend ist die sektorale Strukturpolitik ein traditioneller Bereich der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Bereits 1968 hat die Bundesregierung „Grundsätze sektoraler Strukturpolitik" beschlossen, die auch heute noch gültig sind. In ihnen wird die Aufgabe des Staates wie folgt beschrieben: „Von der staatlichen Politik muß erwartet werden, daß sie den Strukturwandel erleichtert und fördert. Unvermeidliche Anpassungen aufzuhalten bedeutet, auf Wachstumsmöglichkeiten zu verzichten. Damit würde aber auch den Bemühungen um Stabilität des Preisniveaus entgegengewirkt" [1]. Von den traditionellen Zielen der Strukturpolitik — Erhaltung, Anpassung, Gestaltung — wird demnach vor allem auf die Anpassung und die Gestaltung abgestellt. Das Erhaltungsziel wird relativiert. Die Grundsätze sollten „in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft als Leitlinie dienen und bei allen wirtschaftspolitischen Entscheidungen beachtet werden" mit der Konsequenz, „jene finanziellen Hilfen abzubauen, die im Widerspruch zu den Grundsätzen der sektoralen Wirtschaftspolitik stehen und lediglich die Aufgabe haben, den bestehenden Zustand zu erhalten" (ebenda).

Eine Bestandsaufnahme der praktizierten Strukturpolitik liefert ein anderes Bild. Wie aus Übersicht 2 hervorgeht, wurde sie durch die „Grundsätze der sektoralen Strukturpolitik" nicht entscheidend beeinflußt. Die Subventionen (Finanzhilfen des Bundes sowie Steuervergünstigungen) für Betriebe oder Wirtschaftszweige haben sich nach dieser Abgrenzung von 1975 bis 1985 nahezu verdoppelt. Während der Anteil der Erhaltungshilfen an den Steuervergünstigungen deutlich zugunsten der Anpassungshilfen gesenkt wurde (von 34 vH auf unter 10 vH), gelang dies bei den Finanzhilfen nicht. Hier hat sich die Struktur kaum verändert. Mehr als ein Drittel der Finanzhilfen des Bundes fließt nach wie vor in den Erhaltungsbereich.

Die Strukturprobleme der 80er Jahre sind doppelter Natur: Auf der einen Seite gelingt die Anpassung an den unvermeidlichen Strukturwandel nur unter großen Opfern, auf der anderen Seite fehlt es der Wirtschaftsstruktur an ausreichender Zukunftsorientierung. Dabei sind beide Aspekte nicht isoliert zu sehen: Wenn in einer dynamischen Wirtschaft die Zukunftsperspektiven unklar sind, dann wird der Status quo verteidigt.

Die teilweise heftigen strukturpolitischen Diskussionen, die in den 60er und 70er Jahren geführt wurden, haben zu sinnvollen Abklärungen beigetragen. So ist man sich heute darüber einig, daß eine umfassende staatliche Strukturpolitik über Positiv- und Negativlisten kein erstrebenswertes Ideal ist. Es ist nicht die Aufgabe staatlicher Instanzen anzugeben, wohin die Reise gehen bzw. wohin sie nicht mehr gehen soll. Eine solche „Strukturpolitik aus einem Guß" würde sie überfordern. Es geht heute auch nicht mehr um den Ersatz des Wettbewerbsprinzips. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht nun vor allem die Reform des Subventionswesens. Dies wird im folgenden an den traditionellen Zielen der Strukturpolitik — Erhaltung, Anpassung und Gestaltung — verdeutlicht.

4.3. Gezielte Erhaltung

In den geltenden Grundsätzen der sektoralen Strukturpolitik der Bundesregierung kommt dem Ziel der Strukturerhaltung kein nennenswerter Stellenwert zu. In der Realität ist dies ganz anders. So stellt z. B. das DIW in der Strukturberichterstattung 1983 fest: „Unter den Subventionen dominieren eindeutig die

Erhaltungssubventionen, die überwiegend in die Bereiche Landwirtschaft, Bergbau und Schiffbau fließen".

Generell läßt sich Strukturerhaltung als Aufgabe der Strukturpolitik nicht ablehnen. Gründe hierfür sind vor allem der nicht voll liberalisierte Welthandel und das Argument der Versorgungssicherheit. Danach kann ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland z. B. nicht auf eine eigene Landwirtschaft oder Kohlebasis verzichten.

Jeder durch staatliche Eingriffe geschützte Wirtschaftsbereich ist für die Volkswirtschaft außerordentlich kostspielig. I. d. R. steigen diese Kosten sogar im Zeitablauf. Folglich kann sich eine bewußte Erhaltung einzelner Branchen oder Wirtschaftsbereiche nur auf einige wenige Ausnahmebereiche beschränken. Deren Auswahl ist das Ergebnis politischer Entscheidungen.

Sind einzelne Bereiche wegen einer Krisensituation dem Wettbewerb erst einmal entzogen, ist dies meist endgültig. Für die betroffenen Bereiche werden dann außerökonomische Erwägungen dominierend. Sämtliche Gremien der wirtschaftspolitischen Beratung fordern deshalb: Es sollte immer wieder geprüft werden, ob sich die Bedingungen für die Abschirmung vom Marktgeschehen nicht in der Zwischenzeit geändert haben. Regulierungen könnten nie endgültigen Charakter haben. Zusammenhänge mit den anderen Sektoren der Volkswirtschaft sollten stärker beachtet werden. Derartige Forderungen finden in der offiziellen Strukturpolitik jedoch kaum einen Widerhall.

Bei der Beurteilung von strukturpolitischen Maßnahmen ist die Kenntnis von deren Zielsetzung wichtig. Eingehend auf den Erhaltungsbereich Kohle heißt es z. B. im 9. Subventionsbericht: „Vorrangiges Ziel der Kohlepolitik der Bundesrepublik Deutschland ist die optimale Nutzung der heimischen Kohlelagerstätten, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Gleichzeitig kommt dem deutschen Steinkohlebergbau für die Bergbaureviere (Ruhrgebiet, Saarland, Aachener Revier, Ibbenbüren) auch eine wesentliche Bedeutung zu"[2]. Diese Verbindung regional- und versorgungspolitischer Zielsetzungen kann nicht überzeugen.

Übersicht 2

Struktur der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für Betriebe oder Wirtschaftszweige 1975 bis 1985.

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
	in Mio. DM										
Finanzhilfen	4 889	4 642	4 999	6 577	7 168	7 784	7 017	6 387	6 114	7 432	7 488
davon (in vH):											
— Erhaltungshilfen	*37,3*	*36,8*	*44,4*	*44,5*	*42,8*	*44,9*	*43,6*	*37,2*	*36,9*	*38,9*	*37,8*
— Anpassungshilfen	*43,0*	*45,7*	*42,1*	*39,0*	*35,4*	*32,8*	*31,9*	*36,9*	*39,3*	*41,2*	*34,9*
— Produktivitätshilfen (Ziel: Gestaltung)	*19,7*	*17,5*	*12,5*	*15,7*	*21,4*	*22,0*	*24,1*	*25,5*	*23,2*	*19,0*	*25,8*
— Sonstige Finanzhilfen	—	—	*1,0*	*0,8*	*0,4*	*0,3*	*0,4*	*0,4*	*0,6*	*0,9*	*1,5*
Steuervergünstigungen	8 153	8 607	12 084	12 083	12 276	13 292	12 447	12 825	14 944	16 381	17 619
davon (in vH):											
— Erhaltungshilfen	*34,0*	*32,2*	*26,4*	*25,4*	*19,2*	*16,6*	*13,5*	*13,2*	*11,1*	*10,0*	*9,5*
— Anpassungshilfen	*61,0*	*63,7*	*57,6*	*58,1*	*60,8*	*61,9*	*71,2*	*73,6*	*74,3*	*75,5*	*76,6*
— Produktivitätshilfen (Ziel: Gestaltung)	*5,0*	*4,0*	*3,8*	*3,8*	*4,3*	*4,3*	*5,8*	*2,8*	*4,8*	*5,6*	*5,4*
— Sonstige Steuervergünstigungen	—	—	*12,2*	*12,7*	*15,7*	*17,2*	*9,5*	*10,4*	*9,8*	*8,9*	*8,6*
Summe	13 042	13 249	17 083	18 660	19 444	21 076	19 464	19 212	21 058	23 813	25 107

[1] bis 1984 Ist-, 1985 Soll-Werte.

Quelle: Subventionsberichte der Bundesregierung, lfd. Jg.

Der Bezug auf die Regionalpolitik stützt sich auf die These, daß die Erhaltung des Steinkohlebergbaus auch Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Industrien, die dort regional angesiedelt sind, sichere. Mit einer derartigen regionalpolitischen Begründung ließe sich aber jede Strukturerhaltung begründen. Damit bleibt im Kohlebergbau nur die Zielsetzung „Versorgungssicherheit" als Argument zur bewußten Erhaltung übrig.

Die Arbeitsproduktivität im Bergbau war 1980 in den USA fast viermal und in Japan fast fünfmal so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland. Die importierte Steinkohle wurde, soweit sie ins Land kam, im Verhältnis zur deutschen Kohle immer billiger. In der Wissenschaft ist das Konzept der „Versorgungssicherung" angesichts der flexiblen und leistungsfähigeren Förderkapazität in anderen Ländern umstritten. Einig ist man sich aber darüber, daß ein „Recht auf Überversorgung" nicht begründet werden kann.

Dem Bergbau könnte für die Bereitstellung von „Versorgungssicherheit" eine Sicherheitsprämie zugestanden werden. In den letzten Jahren wurden von mehreren Gremien der wissenschaftlichen Politikberatung hierzu konkrete Vorschläge vorgelegt, die jedoch sämtlich im politischen Bereich wenig beachtet wurden. Dasselbe gilt für konkrete Vorschläge für einen begrenzten Wettbewerb und mehr Wirtschaftlichkeit in den Erhaltungsbereichen.

Die Erfahrungen mit der praktizierten Erhaltungspolitik sind durchweg negativ. Daher ist dafür zu sorgen, daß nicht weitere Erhaltungsbereiche geschaffen werden. Im Ansatz sollte wenigstens versucht werden, in den Erhaltungsbereichen ökonomische Gesichtspunkte stärker zu betonen.

4.4. Geordnete Strukturanpassung

Obgleich in einer dynamischen Volkswirtschaft der Strukturwandel ein normaler Vorgang ist, der auf der einen Seite neue Möglichkeiten eröffnet, führen die ihn begleitenden schmerzhaften Anpassungsprozesse auf der anderen Seite immer wieder zum Widerstand gegen ihn. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn wichtige Branchen betroffen sind. Hier kommt es leicht zu einer Koalition von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politikern aus den Regionen gegen die Strukturanpassung.

Der Widerstand gegen den Strukturwandel ist ein typisches Beispiel für das Auseinanderfallen partikulärer und gesamtwirtschaftlicher Wohlfahrtsvorstellungen. Dabei liegen die Vorteile der Strukturanpassung auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene. Sie kommen der Mehrheit der Bevölkerung zu Gute und sind deshalb für den einzelnen zumindest kurzfristig nicht direkt fühlbar. Demgegenüber sind die Lasten für die vom Strukturwandel negativ Betroffenen enorm. Der Verlust des Arbeitsplatzes oder des Betriebes übersteigt in jedem Fall den „Schwellenwert der Fühlbarkeit". Weil der Wohlstandsgewinn der Mehrheit — zumindest kurzfristig — pro Kopf geringer ist als der Pro-Kopf-Wohlstandsverlust der betroffenen Minderheit, kommt es zum Widerstand gegen den Strukturwandel. Obendrein sind die Bereiche, die auf der Schattenseite des Wandels stehen, meist bekannt und gut organisiert.

Die Widerstände gegen den Strukturwandel sind somit leicht zu erklären. Es ist jedoch eine ganz andere Frage, ob es sinnvoll und gesamtwirtschaftlich vertretbar ist, ihnen nachzugehen. Vergleicht man die Entwicklung in den USA, Japan und Europa, dann hat offenkundig Europa zu sehr den Versuchungen nachgegeben, den Strukturwandel zurückzustauen. Beim Strukturwandel müssen Konflikte zwischen Effizienz- und Verteilungsgesichtspunkten abgewogen werden. Das amerikanische System betont stärker Effizienz- als Verteilungsgesichtspunkte. In Europa und in der Bundesrepublik Deutschland ist dies traditionell umgekehrt: Betont wird eher der soziale Besitzstand und das Konsensdenken. Dieses europäische Modell funktionierte bis zu Beginn der 70er Jahre ganz gut. Bei nachlassender Wachstumsdynamik ergaben sich jedoch die bekannten Schwierigkeiten.

Es dürfte deutlich geworden sein, daß der Strukturwandel immer wieder zu Härten für die Betroffenen führt. Daher ist der Wunsch an die Politiker verständlich, ihn in geordneten und sozial vertretbaren Bahnen ablaufen zu lassen. Man will einerseits eine Vergeudung volkswirtschaftlicher Werte vermeiden. Ein zu rasches Schrumpfen von Branchen soll andererseits ebenfalls verhindert werden. Es geht um eine „geordnete Anpassung".

Eine solche „soziale Interventionspolitik" ist auf den ersten Blick einleuchtend. In der Praxis ist sie jedoch problematisch. Wenn auf der Grundlage irgendwelcher Kriterien Branchen identifiziert werden, denen eine ungenügende internationale Wettbewerbsfähigkeit bescheinigt wird, kann daraus noch nicht gefolgert werden, daß einzelne Unternehmen in diesen Branchen keine Chance mehr haben. Jede „Absterbeordnung" oder „Negativliste" beruht auf gegenwärtig verfügbaren Informationen. Diese geben allerdings kaum Aufschlüsse über Spezialisierungspotentiale, die u. U. in der Zukunft realisiert werden können. Außerdem belegt die Wirtschaftsgeschichte, daß die Entwicklung von Branchen nicht geradlinig verläuft: Innovationsschübe oder Neuerungen auf komplementären Märkten können das Bild rasch ändern.

Eine Anpassungshilfe führt leicht dazu, daß sie zu einer Dauermaßnahme wird. Darüber hinaus diskriminiert sie nicht nur zwischen Branchen, sondern auch zwischen Unternehmen, d. h. sie führt zu Wettbewerbsverzerrungen. In den „Grundsätzen der sektoralen Strukturpolitik" werden zur Vermeidung solcher negativen Folgen Leitsätze formuliert, z. B.:

- Die Notwendigkeit der Anpassung müsse die gesamte Branche betreffen und nicht nur einzelne Unternehmen.
- Es müsse deutlich sein, daß die Anpassung langfristig erforderlich ist und daß sich die Struktur der Branchen grundlegend ändern wird. Dies sei durch objektive Daten zu belegen.

- Das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe" habe zu gelten. Möglichkeiten der Gemeinschaftshilfe seien auszuschöpfen.
- Subventionen dürften nicht der dauerhaften Erhaltung dienen. Sie sollten zeitlich befristet und degressiv gestaltet werden.
- Hilfe sollte nur dann gegeben werden, wenn die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Branchen langfristig zu erwarten ist.

Die Orientierung der praktischen Strukturpolitik an diesen Leitsätzen ist von den Gremien der wirtschaftspolitischen Beratung immer wieder angemahnt worden. In der Praxis wird jedoch oft gegen sie verstoßen.

Der politische Druck legt es den staatlichen Instanzen nahe, bei Strukturkrisen zu intervenieren. Sie übersehen dabei leicht, daß der Marktmechanismus nicht nur ein Entdeckungsverfahren, sondern auch ein unpersönliches Verfahren zum Ausschluß vom Markt ist. Diesen marktwirtschaftlichen Selektionsmechanismus sollte man nicht ohne Not durch bürokratische Regulierungen ersetzen.

In der Vergangenheit hat sich die Politik in eine Fülle von Interventionen verstrickt, die im krassen Gegensatz zu den Grundsätzen der sektoralen Wirtschaftspolitik stehen. Da sie damit jedoch in der Kontinuität von Interventionen steht, kann sie sich aus der Verantwortung nicht beliebig befreien. Subventionen wurden lange damit begründet, daß abrupte Strukturwandlungen abgefedert werden müßten. Für viele Sektoren sind sie inzwischen zu Rahmenbedingungen geworden. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören auch die zahlreichen direkten und indirekten Handelshemmnisse.

In der Bundesrepublik Deutschland werden die Prinzipien des freien Welthandels hoch eingeschätzt. Der „neue Protektionismus" ist nicht populär. Handelshemmnisse und Subventionen werden immer wieder mit dem Argument verteidigt, daß derartige Maßnahmen bei den Konkurrenten auf den Weltmärkten üblich seien. Für ein so stark in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung integriertes Land wie die Bundesrepublik klingt dies aber wenig überzeugend. Auch zieht der Einwand nicht, daß viele dieser Entscheidungen über Rahmenbedingungen des Strukturwandels in internationalen Organisationen getroffen werden. In ihnen ist die Bundesrepublik Deutschland i. d. R. Mitglied und hat zumindest ein Mitspracherecht bei den Entscheidungen.

Es ist auch unter den Politikern weitgehend unumstritten, daß eine weitere Liberalisierung des Welthandels und ein Abbau von Subventionen nötig ist. Zu einer Umsetzung dieser Absichtserklärungen ist es allerdings kaum gekommen. Auf die Dauer schadet es der Glaubwürdigkeit der Politik, wenn sie einem Prinzip verpflichtet bleibt, ohne es umzusetzen. Dies gilt insbesondere in der Strukturpolitik. Hier fließen erhebliche Steuermittel an einzelne Begünstigte, die sich mittlerweile daran gewöhnt haben. Folglich gilt es hier, Besitzstände anzugreifen. Bei der Umsetzung sollte immer auf die Stetigkeit und Einkalkulierbarkeit der Rahmenbedingungen geachtet werden.

Es ist umstritten, ob der globale oder der partielle Subventionsabbau die bessere Lösung ist. Häufig wird der globale Ansatz kritisch mit dem Ausdruck „Rasenmähermethode" belegt: Die Situation bei den einzelnen Subventionsempfängern sei ganz unterschiedlich. Nur wenn auf die jeweiligen Besonderheiten eingegangen werden könnte, wäre eine sachgerechte Politik möglich.

Dies ist grundsätzlich richtig. Jedoch zeigt die Wirtschaftsgeschichte, daß die Strukturpolitik nicht erfolgreich war, wenn sie den staatlichen Schutz oder die staatliche Unterstützung im Einzelfall reduzieren wollte. So waren die Hilfen im Stahlbereich entgegen mehrfacher Versprechen Ende 1985 nicht ausgelaufen. Meist treffen bei der Einzelfallbetrachtung partikuläre Interessen mit gesamtwirtschaftlichen Zielen aufeinander. Die partikulären Interessenvertreter haben dabei i. d. R. ein größeres Durchhaltevermögen. Auch haben sie meist plausible Argumente wie etwa: Welche Bedeutung hat schon eine geringe Subventionierung angesichts des bisherigen Subventionsvolumens? Das Ausbleiben der zusätzlichen Subventionen stellt den gesamten Erfolg in Frage!

Der Strukturpolitik wird häufig der Vorwurf gemacht, daß sie „fallweise" eingreife. Gefordert werden Regeln und Konzepte. In diesem Zusammenhang muß deutlich unterschieden werden, ob es sich um zusätzliche Interventionen des Staates oder um den Ausstieg aus der Interventionswirtschaft handelt.

Für zusätzliche Staatseingriffe kann es keine allgemeinen Regeln geben. Die Wirtschaftssubjekte dürfen sich nicht darauf verlassen können, daß ihnen staatliche Instanzen die Anpassung via Subventionierung abnehmen. Dies käme einer Sozialisierung der Verluste gleich. Folglich muß im Einzelfall entschieden werden. Es kommen höchstens Regeln in Betracht, die die Verfügbarkeit der Mittel begrenzen: Neue Subventionen nur, wenn überproportional bei anderen Staatshilfen gespart wird. Hierdurch würden auch die Substitutionsbeziehungen zwischen den verschiedenen Hilfsmaßnahmen des Staates verdeutlicht.

Für den Ausstieg aus dem Außenhandelsschutz und aus der Subventionspraxis wird man demgegenüber um Regeln kaum herumkommen. Da nach den bisherigen Erfahrungen wenig dafür spricht, daß Politiker im konkreten Fall — Landwirtschaft, Kohle, Stahl, Bahn, Werften etc. — die Kraft haben, ihr allgemeines Prinzip Subventionsabbau durchzusetzen, sollten sie sich selbst durch einen generellen „Subventionsabbaufahrplan" binden. Nur durch eine solche Bindung gewinnen sie Freiheitsspielräume zurück.

Die gegenwärtigen Diskussionen über eine effizientere Anpassung an den Strukturwandel haben auch Konsequenzen für eine große Steuerreform. Eine Umgestaltung des Steuersystems durch Reduzierung der Freibeträge und der marginalen Steuersätze wäre ein sinnvoller Beitrag zur Wachstums- und Beschäftigungspolitik. Bei einem Abbau der Subventionen müßte diese Steuerreform noch nicht einmal aufkom-

mensneutral sein. Nach übereinstimmender Ansicht der Experten würde dies langfristig zu mehr Beschäftigung führen, als die bisherigen Anpassungsinterventionen sichern konnten.

4.5. Zukunftssicherung: Neue Technologien und Umweltschutz

Die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in einigen wichtigen Bereichen hat die Förderung zukunftsweisender Produktionszweige und Technologien in den Vordergrund der Strukturpolitik treten lassen. Gleichzeitig sind in den letzten Jahren die Umweltschäden besonders deutlich in das Bewußtsein der Öffentlichkeit getreten. Eine vorausschauende Industriepolitik betreibt Zukunftssicherung, indem sie im Rahmen der Umweltpolitik die Umweltbelastung reduziert und mit den Instrumenten der Forschungs- und Technologiepolitik die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichert. Beide Politikbereiche sind im Zusammenhang zu sehen, weil heute nur noch ein qualitatives Wirtschaftswachstum, das auf knappe Ressourcen und auf die Umwelt Rücksicht nimmt, von der Bevölkerung akzeptiert wird und weil dieses qualitative Wachstum nur bei entsprechender internationaler Wettbewerbsfähigkeit erreichbar ist. Ökologie und Technologie gehören zusammen. Die Entwicklung neuer Umwelttechnologien ist ein Beispiel hierfür.

Umweltschäden und ein technologisches Zurückbleiben in einzelnen Bereichen sind nicht Fehlentwicklungen, die einem bestimmten Wirtschaftssystem angelastet werden können. Die historische Erfahrung zeigt, daß die planwirtschaftlichen Wirtschaftssysteme weder bei der Technik an der Spitze stehen, noch den Raubbau an der Umwelt vermieden haben.

Vor allem dem Ordoliberalismus, der in der Bundesrepublik Deutschland Tradition hat, kommt das Verdienst zu, die Aufgabe staatlicher Instanzen in der Schaffung von Rahmenbedingungen herausgearbeitet zu haben. Wenn nun Umweltgüter keinen Marktpreis haben, wenn das gesellschaftspolitische Ziel „Verbesserung der Arbeitsbedingungen" nicht in privatwirtschaftliche Zielvorstellungen eingeht und wenn zudem die „Erschöpfbarkeit der Ressourcen" nicht Eingang in das Marktgeschehen findet, dann kann der Marktmechanismus nicht von sich aus zur Erhaltung der Umwelt, zu besseren Arbeitsbedingungen und zur Entwicklung rohstoffsparender Technologien führen. In diesen Fällen sind die staatlichen Instanzen gefordert, dem Marktgeschehen Daten zu setzen. Die Entscheidungsprozesse der dezentralen Wirtschaftseinheiten müssen sich dann innerhalb dieser Rahmenbedingungen bewegen.

Der Datenkranz der Industriepolitik muß so ausgestaltet sein, daß die Unternehmen bei ihren Entscheidungen am Markt die Lösung von Zukunftsproblemen nicht geringer bewerten als es aus langfristigen gesellschaftspolitischen Gründen notwendig ist. Vernachlässigen sie die Einsparung von Ressourcen, werden zukünftige Wachstumsspielräume und Beschäftigungsmöglichkeiten eingeschränkt. Werden die Investitionen zu sehr zurückgefahren und sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu gering, weil auch hier der Markt die externen Effekte dieser auf die Zukunft gerichteten Tätigkeiten nicht ausreichend vergütet, verengen sich die zukünftigen Entscheidungsspielräume. Dabei gehen auch Beschäftigungsmöglichkeiten verloren. Aus allen genannten Gründen ist es gerechtfertigt, daß staatliche Instanzen sich besonders der Zukunftsvorsorge annehmen.

4.5.1. Ökologische Sicherung des Wirtschaftswachstums

Umweltbelastungen sind kein Tagesproblem. Sie sind als langfristige Begleiterscheinung der Industrialisierung und Verstädterung entstanden. Zu Beginn einer wirtschaftlichen Entwicklung wird auf Umweltprobleme i. d. R. wenig Rücksicht genommen. In den meisten Entwicklungsländern sind die Überwindung des Hungers und die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen wichtigere Ziele. Aber auch in den großen Industrieländern hatte der Umweltschutz nach dem Zweiten Weltkrieg noch keine Priorität: Im Vordergrund stand der Wiederaufbau und die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand. In der Wissenschaft und in der Politik wurde die Umweltproblematik bald erkannt. Bereits 1950 schrieb K. W. Kapp sein einflußreiches Buch über „Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft". 1961 erklärte in den USA Präsident Kennedy den Umweltschutz zu einem nationalen Ziel. Noch im selben Jahr wurde in der Bundesrepublik der „blaue Himmel über der Ruhr" zu einem Wahlkampfthema. Von der Regierungserklärung 1969 an und mit den gleichzeitig in Angriff genommenen Umweltprogrammen der Bundesregierung erhielt der Umweltschutzgedanke politisch ein immer größeres Gewicht. Es wurden zahlreiche Gesetze und Verordnungen zur Luft- und Wasserreinhaltung, zum Lärmschutz und zur Abfallbeseitigung erlassen.

Es ist nicht richtig, daß — wie vielfach behauptet — Wirtschaftswachstum und Umweltschutz unvereinbar sind. Auch bei einem „Nullwachstum" bliebe die Belastung der Umwelt aufgrund der Altlasten zu hoch. Daher kann es bei der Minderung der Luft- und Wasserverunreinigung, bei der Abfallbeseitigung, bei der Lärmbekämpfung und beim Bodenschutz nicht um den Ausstieg aus der Industriegesellschaft gehen. Die Zielsetzung eines verstärkten Umweltschutzes erfordert vielmehr eine Umstrukturierung des Wachstumsprozesses zur Verminderung der Altlasten und in Richtung auf ein qualitatives Wachstum, das auf knappe Ressourcen und die Belastung der Umwelt verstärkt Rücksicht nimmt.

Ohne wirtschaftspolitische Maßnahmen enthält der Preismechanismus keine Signale für den Umweltschutz, d. h. er berücksichtigt die ökologischen Erfordernisse nicht. Der Staat muß daher Rahmenbedingungen für einen sparsamen und vorsorgenden Umgang mit der Natur setzen. Hierzu gibt es prinzipiell zwei Möglichkeiten:

- Der Staat kann einen rechtlichen Rahmen vorgeben. Damit werden die Bedingungen für die Inanspruchnahme von Umwelt in Form von Auflagen, Abgaben, Geboten, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Umweltbewirtschaftungsplänen festgelegt.
- Neben diesen ordnungsrechtlichen Ge- und Verboten hat der Staat die Alternative, den Marktmechanismus auch im Umweltschutz durch Kompensations- und Zertifikationslösungen zur Wirkung kommen zu lassen. Danach dürfen umweltbelastende Unternehmen in einer abgegrenzten Region untereinander mit sog. „Umweltbenutzungslizenzen" handeln, nach denen sich der jeweils maximale Schadstoffausstoß bemißt. In ihrer Gesamtheit müssen die betreffenden Unternehmen jedoch die staatlichen Auflagen erfüllen.

Bei der Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente in die Umweltpolitik ist man in der Bundesrepublik Deutschland zurückhaltend. Im Umweltbundesamt werden im Rahmen eines Forschungsschwerpunktes „Einsatz marktwirtschaftlich orientierter Instrumente in der Umweltpolitik" Erfahrungen, die in anderen Ländern mit diesen Instrumenten gewonnen werden, ausgewertet und die Möglichkeit einer Übernahme solcher Regelungen in die deutsche Umweltpolitik untersucht. Das Bundeskabinett hat darüber hinaus die betroffenen Ressorts beauftragt zu überprüfen, „. . . ob und inwieweit bestehende Regelungen zur Luftreinhaltung (TA Luft, Großfeuerungsanlagenverordnung) durch zusätzliche, marktwirtschaftlich orientierte Instrumente ergänzt werden können. Dabei sollte insbesondere untersucht werden, ob die Einführung von übertragbaren Emissionsrechten ein geeignetes und wirtschaftliches Instrument des Umweltschutzes darstellt". Ein erster Teilbericht einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesministers des Innern kam zur Ablehnung von Emissionszertifikaten wegen erheblicher ökonomischer Mängel und ökologischer Risiken.

Die interministerielle Arbeitsgruppe empfahl die Einführung einer Kompensationsregelung in die Luftreinhaltepolitik. Dadurch könnte von nachträglichen Anordnungen zur Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen abgesehen werden. Dieser Vorschlag ist inzwischen bei der Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der neuen TA Luft in ihrer verschärften Form von 1985 berücksichtigt worden. Damit wird ein erstes marktwirtschaftliches Element in die auflagenorientierte Umweltpolitik eingebaut. Es ist verständlich, daß in der ersten Aktionsphase nach dem Bewußtwerden der Umweltkrise Auflagen Priorität hatten. Es galt zunächst, Standards in der Qualität des Wassers und der Luft durchzusetzen. Auflagen sind zwar ökonomisch nicht besonders effizient, da sie Unternehmen mit großen und geringen Vermeidungskosten von Emissionen gleich behandeln, dafür sind sie aber ökologisch sicherer. Nach der Gewährleistung der ökologischen Sicherheit muß das Kriterium der ökonomischen Effizienz allerdings an Bedeutung gewinnen. Hier sind Kompensationsregelungen ein Schritt in die richtige Richtung: Die Umweltpolitik setzt Rahmenbedingungen. Die Unternehmen haben aber Spielräume, selbst die kostengünstigere und wirkungsvollste Strategie zur Minderung der Umweltbelastungen zu entwikkeln.

Zur Zeit werden in der interministeriellen Arbeitsgruppe auch die Möglichkeiten und Grenzen für den Einsatz von Abgaben nach dem Verursacherprinzip geprüft. Auch dies ist bereits ein altes Thema in den Auseinandersetzungen um marktwirtschaftliche Elemente in der Umweltpolitik. Abgaben stellen für die Unternehmen Anreize zur Verminderung der Schadstoffemissionen dar. Die Abgaberegelung betont demnach Effizienzgesichtspunkte. Sie regt auch zu einer Umweltforschung an, die dazu dient, die Grenzen des technischen Standes immer weiter hinauszuschieben. Sie hat allerdings den Nachteil, daß sie auch unvermeidbare Restemissionen besteuert.

So wenig, wie Wirtschaftswachstum und Ökologie Gegensätze sein dürften, sollten bei der Lösung der Umweltprobleme auch keine Dirigismen Vorrang haben. Die Wirtschaftswissenschaft hat im Forschungszweig Umweltökonomik in den letzten Jahren zahlreiche Wege gewiesen, wie bei ökologischer Sicherheit effizientere Lösungen möglich sind. Die notwendigen staatlichen Rahmenbedingungen sollten dabei verbindlich und einplanbar sein. Bei der Erfüllung der Normen sollte aber auch auf den Einfallsreichtum der Unternehmer gesetzt werden. Marktwirtschaftliche Erfahrungen belegen, daß dasselbe Ziel mit verschiedenen Mitteln erreicht werden kann.

Der Schutz der Umwelt ist inzwischen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor geworden. Dies belegt bereits Übersicht 3, in der lediglich die Ausgaben des öffentlichen Sektors für den Umweltschutz zusammengestellt sind. Sie nahmen im betrachteten Jahrzehnt stärker als das reale Sozialprodukt oder die öffentlichen Ausgaben zu. Derzeit werden öffentliche und private Umweltausgaben insgesamt auf ca. 2 vH des Bruttosozialprodukts, das sind ca. 34 Mrd. DM, geschätzt. Die geschätzten Wohlfahrtsverluste durch die Umweltbelastungen betragen 3 bis 5 vH des Bruttosozialprodukts im Jahr. Demnach lassen sich für die Bundesrepublik Deutschland Schäden in einer Größenordnung von 50 bis 85 Mrd. DM pro Jahr errechnen. Hinzu kommen die Altlasten. Die gestiegenen Umweltschutzausgaben sind demnach immer noch nicht angemessen.

Die Umweltbelastung läßt sich im nationalen Alleingang nur unzureichend reduzieren. Sie stellt ein internationales Problem dar. Die Bundesrepublik Deutschland könnte in den internationalen Organisationen diesbezüglich eine Vorreiterrolle übernehmen, da sie mitten in Europa von den Umweltproblemen besonders betroffen ist. Auch die Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarländern, speziell der DDR, könnte hier weiter verstärkt werden.

Umweltschutz ist teuer. Die Kosten sind aber unvermeidbar, wenn es um die Weiterentwicklung der Industriegesellschaft geht. Hinweise auf inflationäre Auswirkungen oder auf einen Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit lassen sich nicht erhär-

Übersicht 3

Ausgaben des öffentlichen Sektors für den Umweltschutz 1971 bis 1981 (in Mio. DM)

Jahr	Investitionen	laufende Ausgaben	insgesamt
1971	4 044	2 284	6 328
1972	4 198	2 639	6 837
1973	4 577	3 177	7 754
1974	4 972	3 713	8 685
1975	5 190	4 214	9 404
1976	5 947	4 577	10 524
1977	5 471	5 005	10 476
1978	6 657	5 587	12 244
1979	8 012	6 229	14 311
1980	9 329	6 791	16 120
1981	8 502	7 461	15 963

Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik.

ten. Umweltschutz verschenkt keine Wachstumschancen und vernichtet gesamtwirtschaftlich auch keine Arbeitsplätze.

Nach Schätzungen werden in der Umweltindustrie in etwa 1 000 Betrieben mehr als 0,18 Mill. Arbeitnehmer beschäftigt. Ihr wird ein Jahresumsatz von 16 Mrd. DM zugeschrieben. Direkt und indirekt sind nach Angaben des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung über 0,4 Mill. Menschen in der Bundesrepublik Deutschland in Umweltindustrien tätig[3]. Die deutsche Umweltforschung hält einen internationalen Spitzenplatz.

In der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ist das Umweltbewußtsein mittlerweile erfreulich hoch. Mit erheblichem finanziellen Einsatz wird auf die verschiedenen Umweltkrisen reagiert. In der Zukunft wird es verstärkt darauf ankommen, die notwendigen Rahmensetzungen nicht nur mit Auflagen, sondern auch mit marktwirtschaftlichen Instrumenten durchzusetzen.

4.5.2. Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch staatliche Forschungs- und Technologiepolitik

Im Strukturbericht 1970 heißt es: „Im Bereich der sektoralen Strukturpolitik steht die Entwicklung zukunftsweisender, für den gesamtwirtschaftlichen Fortschritt wichtiger Produktionszweige im Vordergrund“[4]. Genannt werden dann die Bereiche Luft- und Raumfahrt, Datenverarbeitung und Kernenergie. Heute würde man sie durch die neuen Schlüsseltechnologien ergänzen. Am politischen Ablauf hat sich nichts geändert: Der Staat stellt Defizite bei „zukunftsträchtigen Produktionen“ fest und mindert sie durch seine Förderungsmaßnahmen.

Bis heute ist die industriepolitische Zielsetzung „Gestaltung“ oder „Zukunftssicherung“ unbefriedigend verfolgt worden. Zwischen dem Gestaltungsziel und der marktwirtschaftlichen Ordnung besteht ein Spannungsverhältnis, das noch nicht genügend abgeklärt ist. Die Verlautbarungen der Bundesregierung schaffen hier wenig Klarheit. Auf der einen Seite wird das Ziel „Zukunftssicherung“ oder „Gestaltung“ vor allem in der Forschungs- und Technologiepolitik stark in den Vordergrund gestellt. Auf der anderen Seite wird betont, daß in einer marktwirtschaftlichen Ordnung vor allem die Unternehmer für dieses Ziel die Verantwortung tragen.

Die Wachstumsschwäche der 80er Jahre mit ihren Beschäftigungseinbrüchen hat das Augenmerk nicht nur auf die strukturschwachen Bereiche der deutschen Wirtschaft gelenkt. In Frage gestellt wurde auch ihre Fähigkeit, im internationalen Wettbewerb bei Produkt- und Prozeßinnovationen mitzuhalten. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wurde ein Schwerpunktthema in der Strukturberichterstattung 1983. Die von den Wirtschaftsforschungsinstituten vorgelegten Ergebnisse können die These von einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit nicht bestätigen. Dennoch wird vielfach gefordert, daß die Technologiepolitik zur Verbesserung der technologischen Leistungsfähigkeit beitragen müsse.

Strukturpolitik ist Teil der Angebotspolitik. Die Forschungs- und Technologie (FuT)-politik wiederum ist Teil der Strukturpolitik. Sie versucht, das strukturpolitische Ziel „Gestaltung“ oder „Zukunftssicherung“ zu konkretisieren. Diese Zusammenhänge werden in der Bundesrepublik Deutschland häufig nicht genügend beachtet. Die Abstimmung der FuT-Politik mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik läßt Wünsche offen.

Forschung, Entwicklung und Investitionen sind notwendige Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und ein angemessenes Beschäftigungsniveau. In einer Marktwirtschaft ist nicht automatisch sichergestellt, daß diese Zukunftssicherung in ausreichendem Umfang erfolgt. Zwar sind die Durchführungen von Innovationen und Investitionen originäre Unternehmeraufgaben, die man im reinen Marktmodell nicht fördern muß. Wegen externer Effekte und zahlreicher Regulierungen sind hier jedoch staatliche Korrekturen angebracht. Wichtig ist, daß die Problematik nicht nur auf die FuT-Politik reduziert wird.

So geht es bei der Zukunftssicherung in einer sozialen Marktwirtschaft zunächst darum, daß der Staat seine eigenen Aufgaben mittel- bis langfristig plant. In zahlreichen Politikbereichen — wie Umwelt, Forschung, Bildung, Verkehr, Infrastruktur etc. — beeinflußt der Staat die Wirtschaftsstruktur. Zudem wäre es für das Klima für Innovationen und Investitionen förderlich, wenn die Aufgabenabgrenzung zwischen dem privaten und öffentlichen Sektor klarer definiert werden würde.

Darüber hinaus kann der Staat vor allem durch die Ausgestaltung des Steuersystems auf vielfältige Weise private FuE-Anstrengungen fördern bzw. weniger belasten. Aufgrund der üblichen Subven-

tionsargumente ist es sinnvoll, bei der Besteuerung zwischen FuE-Ausgaben und Investitionen auf der einen Seite und dem Konsum auf der anderen Seite zu differenzieren.

Bei der Subventionierung von Zukunftsausgaben im Rahmen der FuT-Politik ist umstritten, ob direkt und projektbezogen oder indirekt vorgegangen werden soll. Wie die Übersicht 4 zeigt, wurde bis 1976 der direkten Projektförderung eine zunehmende Bedeutung zugewiesen. Seit 1978 verläuft die Entwicklung wieder in die umgekehrte Richtung: Der indirekten Forschungsförderung wird nun ein immer stärkeres Gewicht beigemessen. Neben der direkten und der indirekten Forschungsförderung gewinnt in jüngster Zeit auch die indirekt-spezifische Förderung als Mittelweg an Bedeutung.

Auf den ersten Blick scheinen die Vorteile der direkten staatlichen Forschungsförderung offenkundig zu sein. Bestimmte Projekte und Programme können gezielt durchgeführt werden. Dabei ist ein konzentrierterer und effektiverer Mitteleinsatz möglich. Weiterhin wird oft vorgebracht, daß weit in die Zukunft gerichtete Vorhaben oft von der Privatwirtschaft nicht aufgegriffen werden könnten und deshalb zumindest eine staatliche Starthilfe nötig sei. Viele Projekte der Großtechnologie hätten darüber hinaus eine Größenordnung, die sogar eine langfristige staatliche Förderung unabdingbar mache. Im internationalen Wettbewerb mit den USA und Japan müsse auch in der Bundesrepublik Deutschland der Staat bei neuen Technologien die Schützenhilfe geben, die auch die Konkurrenten in anderen Ländern erhielten.

Übersicht 4

Direkte und indirekte staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) in der gewerblichen Wirtschaft 1974 bis 1984 (in Mio. DM)

Jahr[1]	Direkte FuE-Förderung[2]	Indirekte FuE-Förderung	Indirekt-spezifische FuE-Förderung	Verhältnis direkte: indirekte+indirekt spezifische FuE-Förderung
1974	1 654	353	—	4,7 : 1
1975	1 853	149	—	12,4 : 1
1976	1 525	106	—	14,4 : 1
1977	1 593	155	—	10,3 : 1
1978	1 921	144	—	13,3 : 1
1979	2 579	482	—	5,4 : 1
1980	2 744	573	—	4,8 : 1
1981	2 878	672	—	4,3 : 1
1982	3 645	701	89	4,6 : 1
1983	2 900	896	150	2,8 : 1
1984	—	1 051	190	—

[1] bis 1982 Ist-, ab 1983 Soll-Werte.

[2] Ohne Bundesministerium der Verteidigung.

Quelle: Bundesbericht Forschung VII, Bundesministerium für Forschung und Technologie 1984.

Diese Argumente für die direkte staatliche Einflußnahme auf die Entwicklung neuer Technologien klingen überzeugend. Die durchgeführten Wirkungsanalysen der Projektförderung zeigen jedoch, daß die Erfolgsbilanz nicht sehr beeindruckend ist. Darüber hinaus hat die Konzentration der Mittel auch dazu geführt, daß sie nur wenigen großen Unternehmen zukommen. In vielen Fällen stellt sich schließlich die Frage, ob die durchgeführte Förderung überhaupt notwendig war und ob es nicht Mitnahmeeffekte gegeben hat.

Vor allem aber fehlen für die Auswahl von neuen Wachstumsfeldern weitgehend die Kriterien. Eigentlich ist es in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Aufgabe der Unternehmen herauszufinden, welche neuen Produkte und Verfahren wettbewerbsfähig sind. Dieses marktwirtschaftliche Entdeckungsverfahren wird in der gestaltenden Industriepolitik durch politische Entscheidungen ersetzt. Es ist dabei nicht erstaunlich, daß in fast allen Ländern dieselben Prioritäten gesetzt werden. Seit Beginn der 70er Jahre konzentrieren sich die staatlichen Zukunftsprogramme zunehmend auf die Mikroelektronik und auf die Biotechnologie.

Schließlich ist fraglich, warum spezifische profitable Entwicklungen der staatlichen Unterstützung bedürfen. Jede Selektion von Projekten und Programmen beinhaltet, daß gegen andere Entwicklungen im Strukturwandel diskriminiert wird. Bis auf wenige begründete Ausnahmen, in denen die staatliche FuT-Politik ihre Ziele präzise bestimmen kann, ist die direkte Forschungsförderung somit kein geeignetes industriepolitisches Instrument[5].

Unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten ist die indirekte Förderung der direkten überlegen. Hier wird der Komplex Investitionen und Innovationen subventioniert. Die staatlichen Instanzen stehen hier nicht vor dem Prognoseproblem, die neuen Arbeitsplätze produktspezifisch festlegen zu müssen. Zwei Einwände werden immmer wieder gegen die indirekte Forschungsförderung vorgebracht: die undifferenzierte Förderung nach dem „Gießkannenprinzip" und das Problem der Mitnahmeeffekte. Das „Gießkannenprinzip" widerspricht der Mentalität des politischen Planers. Dennoch ist es zur FuE-Förderung angemessen: Der Forschungstatbestand an sich ist zu fördern. Mitnahmeeffekte sind sowohl bei der direkten als auch bei der indirekten Förderung unvermeidbar.

Mit der „indirekt spezifischen" Forschungsförderung oder mit der Empfehlung „indirekt selektiver" Maßnahmen wurde angesichts des Informationsdefizits der Politik ein Kompromiß vorgeschlagen. Die Richtung des Strukturwandels könne zwar nicht mit ausreichender Gewißheit vorgegeben werden. Aus Verteilungsgesichtspunkten könne man jedoch auf ein Mindestmaß an politischer Kontrolle nicht verzichten.

In neuerer Zeit gewinnt die Einsicht Zustimmung, daß sich die Herausforderungen der Zukunft nicht durch politische Programmaussagen und bürokratische Reglementierungen bewältigen lassen. In der Strukturpolitik gewinnt damit das „Engpaßkonzept", bei dem auf ganz bestimmte Hemmnisse im Strukturwandel abgestellt wird, an Bedeutung. In den letzten Jahren wurde in diesem Zusammenhang vor allem auf den Mangel an Risikokapital verwiesen. An Spargeldern besteht in der Bundesrepublik Deutschland kein Mangel. Sehr wenig Geld fließt jedoch in der Form von Risikokapital in den Unternehmenssektor. Vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen und speziell bei neuen Unternehmen ist der Bedarf an Risikokapital groß. Die Börse kommt in der Bundesrepublik Deutschland ihrer Funktion als Vermittlungsstelle für Risikokapital noch kaum nach.

4.6. Zur Rolle des Staates und der EG beim Strukturwandel

Die Ausführungen zur Industrie- und Umweltpolitik haben verdeutlicht, daß dem Staat auch in der Marktwirtschaft ein erhebliches Gewicht zukommt. Dabei geht es nicht darum, die Steuerung über den Markt durch eine umfassende Investitionslenkung zu ersetzen, sondern vielmehr darum, dem Markt klare Rahmenbedingungen vorzugeben.

In der Vergangenheit haben sich staatliche Instanzen beim Strukturwandel in zahlreiche — teils widersprüchliche — Interventionen verstrickt. Der Subventionsabbau ist daraufhin zu einem Hauptziel der Wirtschaftspolitik geworden, ohne daß bisher Erfolge vorzuweisen sind. Die Zusammenhänge zwischen partikulären und gesamtwirtschaftlichen Interessen werden zunehmend bewußt. Die politische Durchsetzbarkeit des Subventionsabbaus wird dadurch allerdings nicht erleichtert.

Das Zurückbleiben Europas gegenüber den USA und Japan in den 80er Jahren hat die internationale Dimension der Thematik ins Bewußtsein gerufen. Die Möglichkeiten verschiedener Wirtschaftsordnungen bei der Bewältigung des Strukturwandels werden einer vergleichenden Analyse unterzogen. Erörtert werden auch Möglichkeiten und Grenzen der Europäischen Gemeinschaft. Die Chancen des europäischen Binnenmarktes werden noch nicht ausreichend genutzt. In vielen Bereichen behindert die EG den wirtschaftlichen Wandel. Erste Ansätze zu einer Kooperation in der Technologiepolitik sind jedoch zu erkennen.

Fußnoten

1 BT-Drucksache 5/2469, Ziff. 9

2 BT-Drucksache 10/352, Ziff. 32.

3 Vgl. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Strukturberichterstattung 1983, S. 195ff.

4 BT-Drucksache 6/761, Ziff. 33—35.

5 Zur Begründung der anderen Akzente, die die Bundesregierung bei der FuE-Förderung im allgemeinen — und bzgl. der direkten Projektförderung im besonderen — setzt: Vgl. den Bundesbericht Forschung 1984. Bundestagsdrucksache 10/1543. S. 11.

Literatur

Bombach G., Gahlen B., Ott A.E. (Hrsg.): Probleme des Strukturwandels und der Strukturpolitik. In: Schriftenreihe des Wirtschaftswissenschaftlichen Seminars Ottobeuren. Bd. 6. Tübingen 1977.

Bombach G., Gahlen B., Ott A. E. (Hrsg.): Technischer Wandel. Analyse und Fakten. In: Schriftenreihe des Wirtschaftswissenschaftlichen Seminars Ottobeuren. Bd. 15. Tübingen 1986.

Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.): Bundesbericht Forschung 1984. Bundestagsdrucksache 10/1543 v. 4. 6. 1984.

Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Zehnter Subventionsbericht. Bonn Bundestagsdrucksache 10/3821 v. 12. 9. 1985.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Erhöhter Handlungsbedarf im Strukturwandel. Strukturberichterstattung 1983. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. H. 79/1984.

Gahlen B. (Hrsg.): Strukturberichterstattung der Wirtschaftsforschungsinstitute. Tübingen. 1982.

Horn E. J.: Weltwirtschaftliche Herausforderung. Die deutschen Unternehmen im Anpassungsprozeß. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. (Hrsg.). Kiel. 1983.

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Strukturbericht 1983. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Hamburg.

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Strukturberichterstattung 1983. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Bd. 1. Berlin, München. Verlag Duncker & Humblot.

Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (Hrsg.): Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1977.

Nelson R. R.: High-Technology Policies. A Five-Nation Comparison. Washington. London 1984.

OECD (Hrsg.): Positive Anpassungspolitik — Strukturanpassung durch Marktwirtschaft. BMWI-Studienreihe 42. Bonn 1984.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen (Hrsg.) Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturbericht 1983. Bd. 1. Berlin. Verlag Duncker & Humblot.

Umweltbundesamt (Hrsg.): Jahresbericht 1984. Berlin. 1985.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Strukturwandel für Wachstum und mehr Beschäftigung. BMWI Studienreihe 45. Bonn.

Kapitel V
Die Planung und Leitung der Wirtschaft in der DDR

Zusammenfassung

Karl C. Thalheim

Die ideologischen Grundlagen des Wirtschaftssystems der DDR liegen im Marxismus-Leninismus; für diesen ist die zentrale Planung ein ebenso unverzichtbares Grundelement sozialistischer Wirtschaft wie die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel". Dementsprechend legt die Verfassung der DDR fest, daß ihr Wirtschaftssystem eine sozialistische Planwirtschaft ist.

Das sozialistische Eigentum in der Form des sog. „gesamtgesellschaftlichen Volkseigentums" ist de facto Staatseigentum. Infolge der nahezu restlosen Sozialisierung und Kollektivierung kann es selbständige Wirtschaftsführung und private unternehmerische Initiative in diesem System nicht geben; eine bescheidene — begrenzte — Ausnahme ist das private Handwerk.

Träger der Macht auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht ist die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) mit dem Politbüro und dem Sekretariat des Zentralkomitees als Machtzentren. Die sog. „Massenorganisationen", besonders die im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) zusammengeschlossenen Gewerkschaften sind Hilfsorganisationen der SED ohne wirkliche Autonomie.

Für die Machtstellung der SED ist das Prinzip des „demokratischen Zentralismus" von großer Bedeutung; sein Kernstück ist die unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren für die unteren Organe und für alle Parteimitglieder. Dieses Prinzip gilt auch für die infolgedessen hierarchisch aufgebaute Wirtschaft.

Der „Wirtschaftsmechanismus" der DDR wird in der offiziellen Terminologie in der Regel durch vier Kategorien gekennzeichnet: Leitung, Planung, Stimulierung, wirtschaftliche Rechnungsführung. In der Planung der DDR steht die Wirtschaft im Vordergrund; sie umfaßt jedoch außerdem u. a. das Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, Erholungswesen und Tourismus, Bereiche der Kultur sowie jugendpolitische Aufgaben. Besondere Bereiche bilden die Maßnahmen der „Sozialistischen ökonomischen Integration" im RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) sowie die Territorialplanung.

Wirtschaftsplanung im Sinne der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs bedeutet die Vorausbestimmung der wirtschaftlichen Entwicklung für eine bestimmte Periode mit der Absicht, festgelegte Ziele zu realisieren. Diese Planung erfolgt zentral; sie ist für die wirtschaftenden Einheiten (Betriebe und Betriebszusammenschlüsse, vor allem Kombinate) vollzugsverbindlich. Da vom Politbüro der SED die Grundziele für die Wirtschaftspläne festgelegt werden, ist dieses faktisch das oberste Entscheidungsorgan. Ausgearbeitet werden die Pläne dann von der Staatlichen Plankommission, den Fachministerien und den Räten der Bezirke unter Mitwirkung der Kombinatsleitungen.

Für jede vollzugsverbindliche Planung gibt es vier grundlegende Aufgaben: die Festlegung der Ziele, die Kenntnis der im Planungszeitraum verfügbaren Ressourcen, die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen diesen und den Planzielen sowie die Ex-ante-Koordination der wirtschaftlichen Vorgänge im Planungszeitraum. Dabei müssen Prioritäten für die Verteilung des verfügbaren Potentials gesetzt werden, vor allem hinsichtlich seiner Verwendung auf die vier großen Verwendungsbereiche: Investitionen, Staatsbedarf einschließlich Rüstung, Export, individueller Konsum.

Die Planwirtschaft der DDR war von Anfang an wachstumsorientiert und ist es auch heute. Hauptziel war und ist der Ausbau des Industriepotentials der DDR. An die

Stelle des früheren extensiven Wachstums tritt heute in erheblichem Umfange intensives Wachstum. Lange Zeit hindurch waren die Planziele überwiegend quantitativ; wegen des Übergangs zu intensivem Wirtschaftswachstum werden sie zunehmend durch qualitative ergänzt.

Da die DDR-Wirtschaft eine Geldwirtschaft ist, muß sowohl natural (mengenmäßig) als auch wertmäßig (finanziell) geplant und es müssen beide Seiten in Übereinstimmung gebracht werden. Durch Aufstellung und Realisierung der Pläne wird auch über fast alle Einkommen der Bevölkerung entschieden. Die geplanten Geldeinkommen müssen durch das geplante Angebot von Konsumgütern und Dienstleistungen materiell gedeckt werden, was deshalb schwierig ist, weil die Konsumenten ihre Nachfrage innerhalb der Grenzen ihres Einkommens frei gestalten können. Eine „Konsumentensouveränität" wie in der Marktwirtschaft gibt es jedoch in diesem System nicht.

Wichtigste Koordinierungsmethode ist die Bilanzierung; mit ihr soll jenes Gleichgewicht zwischen Bedarf und Möglichkeiten seiner Deckung hergestellt werden, das in der Marktwirtschaft durch die Marktkräfte, vor allem die Preise bewirkt wird. In den auf verschiedenen Ebenen erstellten Bilanzen werden das Aufkommen an Gütern und Leistungen und ihre Verwendung einander gegenübergestellt. Zu unterscheiden ist zwischen gesamtwirtschaftlichen Bilanzen (z. B. der Bilanz der Entstehung und Verwendung des Realeinkommens der Bevölkerung) und den Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzen (MAK-Bilanzen). Im Jahre 1984 wurden von ca. 600 bilanzierenden Organen 4 575 MAK-Bilanzen erarbeitet; mit ca. 2 200 Bilanzen wurde über drei Viertel der Produktion zentral entschieden.

Bei der riesigen Zahl der Güter und Dienstleistungen in einer modernen Industriegesellschaft kann sich die Bilanzierung nur auf eine beschränkte Zahl von Gütern erstrecken, die zu Globalgrössen aggregiert werden. Dadurch erhalten die Kombinate und Betriebe einen gewissen eigenen Spielraum für die Gestaltung ihrer Produktion. Die Plankennziffern gehen den Betrieben zunächst als staatliche Aufgaben zur Ausarbeitung ihrer Planentwürfe zu; an der Plandiskussion sollen die Werktätigen beteiligt werden. Aus der Endfassung der jährlichen Volkswirtschaftpläne werden dann die verbindlichen staatlichen Planauflagen als Grundlage für die Kombinats- und Betriebspläne abgeleitet.

Der Wandel von extensivem zu intensivem Wirtschaftswachstum erfordert eine Aktivierung der Betriebe in Planung und Plandurchführung. Es ist jedoch keineswegs selbstverständlich, daß die angestrebte widerspruchsfreie Verbindung der zentralen Planung mit eigenverantwortlicher Inititative der Betriebe wirklich zustandekommt. Eine geeignete Organisationsform dafür glaubt die SED in der Kombinatsbildung gefunden zu haben; die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den Ministerien und den Kombinatsleitungen ist jedoch nicht eindeutig.

Ein unentbehrliches Planungsinstrument ist die mit dem „System von Rechnungsführung und Statistik" eng verbundene volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Im Unterschied zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in nichtsozialistischen Ländern werden jedoch nur die in den „materiellen Bereichen" erzeugten Güter und Leistungen, nicht aber der größte Teil der Dienstleistungen dem „Nationaleinkommen" zugerechnet. Wichtigster Teil der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist Planung und Bilanzierung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts (Summe der im produzierenden Bereich erzeugten materiellen Güter und Leistungen) und des Nationaleinkommens (Gesamtprodukt minus Produktionsverbrauch). Zur Planung und Abrechnung der Erzeugnisse und Leistungen wurde die Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur mit etwa 100 000 Positionen der Bereiche Industrie, Bauwirtschaft sowie Land- und Forstwirtschaft geschaffen. Ein seit 1977 verbindlicher zentraler Artikelkatalog enthält ca. 82 Millionen Artikel. Mit zahlreichen Kennziffern wird die Menge der zu produzierenden Güter festgelegt; zugleich soll die effektive Verwendung der hierzu notwendigen Produktionsfaktoren gewährleistet werden. Die augenblicklich gültige Planungsordnung für 1986–1990 enthält 93 staatliche Plankennziffern mit weiteren 61 Untergliederungen. Hauptkennziffern für die Leistungsbewertung der Betriebe sind seit 1984: Nettoproduktion, Nettogewinn, Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung, Export; damit wurde die bis dahin gültige Hauptkennziffer „Industrielle Warenproduktion" abgelöst, die jedoch für die Planung nach wie vor bedeutsam ist.

Als wesentliche Instrumente zur Erforschung und Darstellung der planwirtschaftlichen Bewegungsprozesse werden seit dem Ende der sechziger Jahre die mathematisch-kybernetischen Verfahren sowie die Datenverarbeitungstechnik stark gefördert.

Hinsichtlich des Zeitraums der Planung werden unterschieden: Prognosen für 20 und mehr Jahre, langfristige Konzeptionen für 10-15 Jahre, Fünfjahrpläne und Jahresvolkswirtschaftspläne. Die kontinuierliche Verbindung zwischen dem Fünfjahrplan und den Jahresplänen ist ein noch ungenügend gelöstes Problem.

Die grundsätzlichen Bestimmungen für die verschiedenen Phasen der Planausarbeitung enthält die „Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR" für den jeweiligen Fünfjahreszeitraum; sie wird ergänzt durch die „Rahmenrichtlinie für die Planung in den Kombinaten und Betrieben der Industrie und des Bauwesens." Beide zusammen füllen etwa 1 300 Seiten des Gesetzblattes der DDR.

Zur Sicherung der Planerfüllung und der sonstigen wirtschaftspolitischen Ziele wurde in der DDR ein vielgestaltiges System der Leitung und Kontrolle entwickelt. Das erklärte Ziel ist eine Interessenidentität zwischen den Betrieben und der Zentrale. Gleichzeitig sollen die Rolle der zentralen Planung verstärkt, aber auch die Rechte der Kombinate und Betriebe erweitert werden. Tatsächlich bleibt in erheblichem Umfang unmittelbare staatliche Lenkung bestehen. Diese wendet sowohl direkte („administrative") als auch indirekte („parametrische") Lenkungsmethoden an. Eine wesentliche Aufgabe hat dabei das Wirtschaftsrecht; dabei kommt dem Wirtschaftsvertragsrecht besondere Bedeutung zu.

Das Anreizsystem umfaßt alle diejenigen Maßnahmen, die die Motivationsstruktur der wirtschaftenden Menschen positiv beeinflussen sollen („Stimulierung"). Zu unterscheiden ist dabei die ideelle und die materielle Stimulierung („Prinzip der materiellen Interessiertheit"); letztere wird vor allem durch das Prämiensystem realisiert.

Der Sicherung der Planerfüllung dient ein in den letzten Jahren erheblich ausgebautes Netz systemtypischer Kontrollen. Eines der wichtigsten gesellschaftlichen Kontrollorgane ist die seit 1963 bestehende „Arbeiter- und Bauern-Inspektion". Für die Kontrolle in den Betrieben ist die Position und Funktion des Hauptbuchhalters wichtig.

Obwohl es in diesem System keinen Markt-Preis-Mechanismus gibt, kann auch die zentrale Planung auf Preise nicht verzichten; daher hat die Preisbildung eine sehr wichtige, aber bisher nur sehr unzureichend gelöste Aufgabe. Die Preise dienen der Erfüllung staatlicher Planaufgaben und anderen gesellschaftlichen Zielvorstellungen, sind aber auch selbst Gegenstand staatlich-administrativen Handelns, da sie von Behörden festgesetzt oder aufgrund von gesetzlichen Regelungen (z. B. Kalkulationsrichtlinien) in den Kombinaten gebildet werden. Durch differenzierte Abgaben einerseits, Preisstützungen andererseits entstehen unterschiedliche Preisebenen, besonders zwischen Produzentenpreisen („Betriebspreis") und Verbraucher- bzw. Verwenderpreisen („Industriepreis").

Für einen effizienten Einsatz der Produktionsfaktoren haben die Preise der Produktions- und Investitionsgüter grundlegende Bedeutung. Die administrativ gebildeten Preise erfüllen dabei ihre Aufgabe als Knappheitsindikatoren jedoch nur sehr ungenügend. Die Betriebspreise sind stark kostenorientiert, und zwar an den Durchschnittskosten, nicht an den Grenzkosten. Infolge der einseitigen Kostenorientierung wird die Nachfrage, d. h. die Bewertung durch die Verbraucher, zu wenig berücksichtigt. Was der im Sinne des Systems „richtige Preistyp" ist, bleibt unentschieden, nachdem verschiedene Experimente mit neuen Formen der Preisbildung wieder aufgegeben wurden.

Ziel der Preispolitik in der DDR war von Anfang an eine möglichste Stabilität besonders der Verbraucherpreise. Für Grundnahrungsmittel, Nahverkehrstarife und Mieten wird diese auch heute durch ständig wachsende Subventionen aus dem Staatshaushalt aufrechterhalten, während höherwertige Güter zum großen Teil künstlich verteuert werden.

Entgegen den Kernthesen der marxistischen politischen Ökonomie ist das Wirtschaftsgeschehen der DDR keineswegs frei von Störungen und Disproportionen.

Tatsächlich weist es eine Reihe von Effizienz- und Funktionsschwächen auf; deren Folgen sind die im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland niedrige Arbeitsproduktivität, mangelhafte Rentabilität der Produktion, geringe Flexibilität, unzureichende Versorgung des Gemeinwesens mit vielerlei Produktarten und bestimmte gesamtwirtschaftliche Instabilitäten. Wenn es in der DDR auch keine statistisch offen ausgewiesene Arbeitslosigkeit gibt, so doch eine versteckte Unterbeschäftigung ebenso wie eine nicht offen ausgewiesene Erhöhung des Preisniveaus. Im Gegensatz zu den lange gehegten Erwartungen ist es der DDR bis heute nicht gelungen, in der Effizienz der Wirtschaft und dem Lebensstandard der Bevölkerung die Bundesrepublik Deutschland einzuholen, geschweige denn zu überholen.

Veränderungen am „Wirtschaftsmechanismus" sind zwingend. Das gilt besonders im Hinblick auf die als zentral angesehene Umstellung von extensivem zu intensivem Wirtschaftswachstum, da letzteres wesentlich schwieriger zentral geplant werden kann als extensives. Hierbei wird dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt ein hoher Stellenwert eingeräumt. Die personellen und finanziellen Voraussetzungen im Bereich von Forschung, Entwicklung und Ausbildung sind dafür nicht schlecht. Jedoch setzt sich der technische Fortschritt im Wirtschaftssystem der DDR im Vergleich zu den Zielen der SED-Führung viel zu langsam durch, was vor allem auf das (weitgehend systembedingte) Innovationsverhalten der Betriebe und Kombinate zurückzuführen ist („Innovationsträgheit").

Spezielle Probleme ergeben sich bei der Abstimmung von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz. Hierbei sind in der DDR — teils ideologie- und systembedingt, teils ressourcenbedingt — beachtliche Defizite festzustellen.

Angesichts dieser großen und schwierigen Aufgaben stellt sich die Frage, in welcher Weise und in welchem Umfang das Wirtschaftssystem der DDR reformfähig ist. In der DDR selbst wird das Wort „Reform" kaum gebraucht, man spricht von „Vervollkommnung" oder „Weiterentwicklung" des Wirtschaftssystems. Eine „sozialistische Marktwirtschaft" wird entschieden abgelehnt. Die DDR muß daher weiterhin auf die zwei stärksten Antriebskräfte der Marktwirtschaft verzichten: den Wettbewerb und das individuelle Erfolgs- und Gewinnstreben. In den Vordergrund gerückt wird die „soziale Sicherheit und Geborgenheit als feste Lebensqualität".

Das wichtigste Experiment der DDR in Richtung auf „Vervollkommnung des Wirtschaftssystems" ist gegenwärtig der Ausbau der Kombinate und ihrer Funktionen, damit verbunden auch eine gewisse Dezentralisation der Entscheidungen, jedoch immer in den Schranken der zentralen Planung.

Ein wesentlicher Teil der Ursachen des Produktivitätsrückstandes der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland könnte nur durch eine tiefgreifende Reform des Wirtschaftssystems beseitigt werden, die jedoch bisher nicht beabsichtigt ist. Stattdessen ist das Bemühen erkennbar, das bestehende System durch eine Summe kleinerer Korrekturen leistungsfähiger zu machen. Jedoch sind einige fundamentale Probleme bisher ungelöst. Von einem Systemwandel in der Wirtschaft der DDR kann bisher nicht die Rede sein, und ein solcher ist auch nicht beabsichtigt.

1. Das Leitbild der „sozialistischen Planwirtschaft"

Karl C. Thalheim

Inhalt Seite

1.1. Die Grundlagen 100
1.1.1. Die ideologischen Grundlagen 100
1.1.2. Die Realisierung der sozialistischen Eigentumsverfassung 100
1.1.3. Wirkungen der Verstaatlichung 101
1.1.4. Die Bedeutung von Partei und Staat für das Wirtschaftssystem 101
1.1.5. Der Grundcharakter der zentralen Planung 102
1.1.6. Naturale und wertmäßige Planung und die Rolle der Preise 103

Kapitel V

Seite

1.1.7. Einkommensverteilung und -umverteilung im System der zentralen Planung 103

1.2. Planaufstellung und Planrealisierung 104

1.2.1. Wesenszüge der Planwirtschaft in der DDR 104

1.2.2. Planziele und Ressourcen 105

1.2.3. Die Wachstumsorientierung der Planung 105

1.2.4. Die Bilanzierungsmethode als Mittel zur Koordinierung 106

1.2.5. Die Rolle der Betriebe im Planungsprozeß 107

1.2.6. Leitung und Kontrolle 108

1.2.7. Die „Stimulierung" der Wirtschaftenden 109

1.1. Die Grundlagen

1.1.1. Die ideologischen Grundlagen

Daß die Wirtschaft der Zukunft eine sozialistische und eine geplante Wirtschaft sein würde, war bereits eine Grundüberzeugung des klassischen Marxismus. Für die ideologische Begründung der Planwirtschaft spielt die vom Marxismus und in schärfster Form vom Marxismus-Leninismus geübte Kritik an der angeblich „anarchischen" Marktwirtschaft, in der die wirtschaftlichen Vorgänge durch den Markt und die sich auf diesem bildenden Preise koordiniert werden, eine wesentliche Rolle. Gerade heute sieht die Ideologie der SED in den zyklisch wiederkehrenden Krisen des Kapitalismus, d. h. der unternehmerischen Marktwirtschaft, einen Beweis dafür, daß diese Wirtschaftsordnung nicht über genügend immanente Gleichgewichtskräfte verfüge. Eine kontinuierliche proportionale Entwicklung könne nur durch eine wissenschaftlich begründete Planwirtschaft gesichert werden. Die gegenwärtig hohe Arbeitslosigkeit in den hochindustrialisierten westlichen Ländern wird von der SED-Propaganda ständig als Beweis für die Unterlegenheit der Marktwirtschaft angeführt, und es wird ihr die angebliche Krisenlosigkeit der „sozialistischen Planwirtschaft" gegenübergestellt. Jedoch haben auch kommunistisch regierte Länder mit zentraler Planung wie besonders Polen und Rumänien heftige Wirtschaftskrisen erlebt, und auch in der DDR hat es dreimal — zu Anfang der 60er, zu Anfang der 70er, dann zu Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre — erhebliche wirtschaftliche Turbulenzen gegeben (vgl. dazu V.6.1.).

Eine weitere These geht dahin, daß durch eine Planwirtschaft eine „planmäßige proportionale Entwicklung" der Wirtschaft gesichert sei. Auch diese These stimmt nicht mit der Realität überein; diese zeigt, daß auch in einer Planwirtschaft Disproportionen entstehen können, ja daß diese nicht selten gerade durch die Planung hervorgerufen werden, wenn diese die Entwicklungsmöglichkeiten falsch eingeschätzt oder die richtige Koordination der verschiedenen Planteile verfehlt hat.

Die geistigen Väter des Marxismus-Leninismus erwarteten ferner, daß mit zentraler Planung auf der Grundlage des „sozialistischen Eigentums" an den Produktionsmitteln ein wesentlich rascheres Wachstum der Wirtschaft erreicht werden könne als mit marktwirtschaftlichen Methoden; damit würde der Weg zur Überflußwirtschaft und zur Schaffung der Grundlagen des Vollkommunismus eröffnet. Solche Erwartungen, wie sie z. B. den utopischen Planungszielen Ulbrichts für die DDR (1958) und Chruschtschows für die Sowjetunion (1961) zugrundelagen, sind jedoch bisher durch die Wirklichkeit nicht bestätigt worden. Diese Enttäuschungen haben dazu geführt, daß die Planziele inzwischen realistischer geworden sind.

Weder Marx noch Engels haben sich viele Gedanken darüber gemacht, wie eine zentrale Planung auf der Grundlage sozialistischen Eigentums gestaltet werden und funktionieren solle. Als die Bolschewiki in der russischen Oktoberrevolution 1917 die Macht an sich rissen, gab es dafür weder praktische Erfahrungen noch eine ausgebildete Theorie. Erst unter Stalin wurde — vor allem mit dem Ziel eines raschen Industriewachstums — die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs entwickelt; ihre Kernstücke sind das totale „sozialistische" Eigentum an den Produktionsmitteln, die in der Tendenz ebenfalls totale Planung vor allem des wirtschaftlichen Geschehens und dessen größtenteils administrative (direktive) Leitung durch behördliche Instanzen. Dieses in der Sowjetunion in seinen Grundzügen bis heute unverändert gebliebene System wurde seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges schrittweise auf die Sowjetische Besatzungszone bzw. auf die spätere Deutsche Demokratische Republik übertragen.

1.1.2. Die Realisierung der sozialistischen Eigentumsverfassung

Wie es die Verfassung der DDR festlegt, ist ihr Wirtschaftssystem eine sozialistische Planwirtschaft. Damit sind zwei entscheidende Grundelemente des Wirtschaftssystems festgeschrieben. Sozialismus bedeutet in der Wirklichkeit der DDR vor allem die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel". Der Prozeß der Umwandlung einer überwiegend auf Privateigentum beruhenden in eine im wesentlichen sozialistische Wirtschaft wurde in Abschnitt II.2. darge-

stellt. Die jetzigen Anteile der Eigentumsformen am Nettoprodukt zeigt für Ende 1983 die Übersicht 11 (vgl. VI.2.2.1.).

Die Produktionsmittel — und damit auch die Betriebe — sind überwiegend „gesamtgesellschaftliches Volkseigentum", in wesentlich geringerem Umfang „genossenschaftliches Gemeineigentum werktätiger Kollektive" (vor allem der LPG in der Landwirtschaft und der PGH im Handwerk). Beide Formen gelten als sozialistisches Eigentum. Daß das „gesamtgesellschaftliche Volkseigentum" de facto Staatseigentum ist, wurde in Kap. II.2. dargelegt. Der Staat ist in der DDR also nicht nur Träger der Planung, sondern er hat gegenüber den „volkseigenen" Kombinaten und Betrieben auch die unmittelbaren Weisungs- und Handlungsrechte des Eigentümers. Allerdings gilt dies nicht primär gegenüber den Produktionsgenossenschaften. Doch sind diese so in die gesamtstaatliche Planung eingebunden, daß ihre Möglichkeiten zu autonomen Entscheidungen sehr begrenzt sind. Der Anteil der noch verbliebenen Privatbetriebe ist so minimal, daß von ihnen keine Störungen für die beherrschende Rolle des Staates in der Planung ausgehen können.

In der Auslegung, die die SED dem Begriff „Sozialismus" gibt, ist dieser also in der DDR so gut wie völlig realisiert. Eine — freilich bescheidene — Ausnahme bildet lediglich das private Handwerk, dem seit 1976 wieder Schonung und in beschränktem Ausmaß Förderung gewährt wird. Ende 1984 gab es 81 089 private Handwerksbetriebe mit 258 125 Beschäftigten; in 2 733 „sozialistischen" PGH arbeiteten 164 199 Menschen. Außerdem gibt es noch im Einzelhandel und Gaststättenwesen Betriebe mit „Kommissionsverträgen" und eine kleine Zahl von Privatbetrieben.

1.1.3. Wirkungen der Verstaatlichung

Die Verwirklichung des Sozialismus in dem so verstandenen Sinne hatte für die DDR sowohl gesellschaftlich als auch ökonomisch tiefgreifende Wirkungen. Die marxistische Ideologie sieht in der „Vergesellschaftung" vor allem den Weg zur Überwindung der behaupteten „Ausbeutung" der unselbständigen Arbeitnehmer, der Unternehmer ist für sie der ausbeutende Kapitalist, die Bedeutung der unternehmerischen Initiative will sie nicht anerkennen. Die nahezu restlose Sozialisierung bedeutet, daß es selbständige Wirtschaftsführung, private unternehmerische Initiative in diesem System nicht geben kann. Der Masse der Arbeiter und Angestellten tritt deshalb auch nicht eine große Zahl einzelner Unternehmer, sondern als fast einziger Arbeitgeber der nahezu allmächtige, von der Einheitspartei geführte Staat gegenüber.

Für die Beurteilung der Wirkungen der Ausschaltung der unternehmerischen Initiative ist wesentlich, daß die herrschende Ideologie uneingeschränkt das wirtschaftliche Wachstum bejaht; dieses kommt aber nicht von selbst, sondern muß durch bewegende Kräfte ausgelöst werden. Einer sozialistischen Wirtschaft stellt sich deshalb die sehr ernste Frage, was als dynamische Kraft an die Stelle der privaten unternehmerischen Initiative gesetzt werden kann.

In den meisten Wirtschaftszweigen, besonders in der Industrie und der Landwirtschaft, ist durch die totale Sozialisierung die Betriebs- und Unternehmensstruktur erheblich beeinflußt worden, und zwar in Richtung einer betrieblichen Konzentration von ungewöhnlichem Ausmaß. Diese wurde möglich, weil der Staat als nunmehriger faktischer Eigentümer unumschränkt Betriebe zusammenlegen oder auch auflösen konnte. Neue Betriebe, deren Errichtung aus öffentlichen Mitteln finanziert wurde, entstanden und entstehen weiterhin in aller Regel von vornherein als Groß- oder Größtbetriebe, wie z. B. das Eisenhüttenkombinat Ost in Eisenhüttenstadt (früher Stalinstadt) oder das Petrolchemische Kombinat in Schwedt a. d. Oder. Ideologisch spielte dabei eine Rolle, daß der klassische Marxismus uneingeschränkt an die ökonomische Überlegenheit des Großbetriebes glaubte. Hieraus entwickelte sich ebenso wie in der Sowjetunion, die auch in dieser Beziehung als Vorbild diente, z. T. eine „Gigantomanie", besonders in der Landwirtschaft (vgl. dazu Teil B 3.3.4.). In der Industrie ging die Zahl der Industriebetriebe von 23 582 Ende 1950, von denen 17 543 privat waren, auf 3 653 Betriebe Ende 1984 zurück, die fast sämtlich staatlich, in ganz beschränktem Umfang genossenschaftlich waren.

Eine weitere Form der Konzentration, bei der Betriebe als örtlich-technische Einheiten mit beschränkter wirtschaftlicher Selbständigkeit weiter bestehen können, sind die Kombinate, die inzwischen für die gesamte Industrie und Bauwirtschaft sowie Teile der übrigen Wirtschaft zur maßgebenden Organisationsform geworden sind (vgl. dazu Kap. VI.4.). Diese ist für die Vorstellungen der SED von den die Dynamik auslösenden Kräften von großer Bedeutung: Von den Leitern der Kombinate wird erwartet, daß sie einen entscheidenden Beitrag vor allem für Intensivierung und Innovation leisten. Da ihnen in der jetzigen Phase der Entwicklung des Wirtschaftssystems der DDR ein größerer Entscheidungsspielraum zugewiesen wird, als das in der Vergangenheit — abgesehen von der Zeit des „Neuen Ökonomischen Systems" — der Fall war, kann man annehmen, daß sie dadurch zu mehr eigener Initiative motiviert werden; doch bleibt diese in ein beengendes Netz von direktiven Regelungen und von Kontrollen eingebunden (vgl. dazu V.1.2.6. und V.4.).

1.1.4. Die Bedeutung von Partei und Staat für das Wirtschaftssystem

Da die totale Sozialisierung den Staat faktisch zum Eigentümer des größten Teils der Wirtschaft macht, ist es auch für die Analyse des Wirtschaftssystems von größter Bedeutung, wie dieser Staat beschaffen ist und wer der wirkliche Träger der Macht in ihm ist. Nach sowjetischem Vorbild ist dies in der DDR eine einzige, mit fast totaler Machtfülle ausgestattete Kaderpartei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die sich selbst als „den bewußten und organisierten Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes" bezeichnet. Das bedeutet die Konzentration der politischen Macht und damit auch der grundlegenden Entscheidungen über

die Wirtschaft bei einer sehr kleinen Führungsgruppe. Von diesem innersten Kern der Parteiführung sollen deshalb auch die wesentlichen Anstöße für die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung ausgehen. Das eigentliche Machtzentrum auch für die Wirtschaftspolitik ist das Politbüro des ZK der SED (mit gegenwärtig 18 Mitgliedern und 7 nicht stimmberechtigten Kandidaten); alle grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen werden von ihm getroffen. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED — derzeit Erich Honecker — ist der eigentliche Regierungschef der DDR, nicht der Vorsitzende des Ministerrates. Von wesentlicher Bedeutung ist ferner das Sekretariat des Zentralkomitees; vor allem diejenigen Sekretäre, die gleichzeitig Mitglieder des Politbüros sind, wie z. B. der führende Wirtschaftspolitiker der SED, Dr. Günter Mittag, haben großen Einfluß. Der Ministerrat, der sich zum größten Teile aus Fachministern für die einzelnen Wirtschaftszweige zusammensetzt, ist in allen grundsätzlichen Fragen von den Beschlüssen des Politbüros abhängig.

Der Einfluß der herrschenden Partei beschränkt sich aber nicht auf diese oberen Entscheidungsgremien; er ist auf allen Ebenen der Wirtschaft zu finden, bis hinein in die Kombinate und Betriebe. Mit wenigen Ausnahmen sind nicht nur die Minister und die Funktionäre der Wirtschaftsverwaltung, sondern auch die Generaldirektoren der Kombinate und die Direktoren der Betriebe Mitglieder der SED, damit auch der Parteidisziplin unterworfen. Hinzu kommt, daß auch die sog. „Massenorganisationen", besonders die im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) zusammengeschlossenen Gewerkschaften, Hilfsorganisationen der SED ohne wirkliche Autonomie sind.

Die neben der SED zugelassenen vier Parteien haben keinen wirtschaftspolitischen Einfluß, können aber ebenfalls als Hilfsorganisationen der SED von Bedeutung werden. So hat z. B. die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Jahre 1960 aktiv an der Kollektivierungskampagne in der bäuerlichen Landwirtschaft mitgewirkt.

Für die Machtstellung der herrschenden Partei ist das in der Sowjetunion entwickelte Prinzip des „demokratischen Zentralismus" [1] von großer Bedeutung. Ursprünglich galt dieses Prinzip für die Organisation der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion; es wird jedoch auch als Organisations- und Leitungsprinzip für Staat und Wirtschaft angesehen. Es umfaßt nach der offiziellen Definition die Wählbarkeit aller leitenden Organe der Partei von oben bis unten, die regelmäßige Rechenschaftslegung der Parteiorgane vor ihren Parteiorganisationen, straffe Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit sowie unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren für die unteren Organe und für alle Parteimitglieder. Da in der Realität das Prinzip der Wählbarkeit der leitenden Organe lediglich formalen Charakter hat, ist nach westlichem Verständnis im „demokratischen Zentralismus" der Zentralismus weit stärker ausgeprägt als die aktive Mitwirkung.

Die Anwendung dieses Prinzips auf die Wirtschaft bedeutet, daß deren Aufbau hierarchisch gestaltet ist; so wird z. B. in der DDR der zuständige Fachminister als „der direkte Vorgesetzte" der Generaldirektoren der zu seinem Bereich gehörigen Kombinate bezeichnet. Für die Wirtschaft wird das Prinzip des „demokratischen Zentralismus" heute definiert als „die Verbindung der zentralen staatlichen Planung der Grundfragen der gesellschaftlichen Reproduktion mit der eigenverantwortlichen Planung der Betriebe und örtlichen Organe sowie der Initiative der Werktätigen bei der Gestaltung und Durchführung des Planes" [2]. Dabei kommt der zentralen staatlichen Leitung und Planung und der Verbindlichkeit der zentralen Beschlüsse gegenüber den örtlichen Organen und den untergeordneten Wirtschaftseinheiten der Primat zu.

1.1.5. Der Grundcharakter der zentralen Planung

Das zweite entscheidende Element des Wirtschaftssystems der DDR ist die zentrale Planung. Wirtschaftsplanung in diesem Sinne bedeutet die Vorausbestimmung der wirtschaftlichen Entwicklung in einem Staat oder Territorium für eine bestimmte Periode mit der Absicht, festgelegte Ziele zu realisieren. Nach einer bekannten Formulierung Walter Euckens bedeutet das im extremen Grenzfall, daß nur eine Zentralstelle darüber entscheidet, „was und wo und wieviel und wie produziert wird und wie die Verteilung des Sozialprodukts stattfindet" [3]. Ein solches System bezeichnete Eucken als die Politik zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses, die sich der Ordnungsform der „Zentralverwaltungswirtschaft" als des dominierenden Elements bedient.

Eine zentral geplante Wirtschaft unterscheidet sich von einer Marktwirtschaft nicht dadurch, daß überhaupt geplant wird, sondern daß dies nicht dezentral, durch Betriebe und Haushaltungen, sondern zentral durch Behörden bzw. politische Instanzen erfolgt. Das setzt voraus, daß die planenden Instanzen mit erheblicher Machtfülle ausgestattet sein müssen, damit die Pläne realisiert werden können. So ergibt sich aus dieser Notwendigkeit eine enge Verbindung zum politischen Machtapparat, wie andererseits das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln diesem einen wesentlichen Teil seiner Machtgrundlage liefert.

Die Planung in der DDR ist für alle von ihr Betroffenen, d. h. also vor allem für die wirtschaftenden Einheiten (Betriebe und Betriebszusammenschlüsse) vollzugsverbindlich. Formal kommt das dadurch zum Ausdruck, daß die Pläne als Gesetze verkündet werden. Es werden also nicht nur die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens festgelegt, sondern die Pläne setzen konkrete Ziele, deren Realisierung — soweit es sich um ökonomische Ziele handelt — vor allem in den Betrieben aller Wirtschaftsbereiche zu erfolgen hat. Deshalb ist es von großer Bedeutung, wer diese Ziele setzt und nach welchen Gesichtspunkten das erfolgt. Da vom Politbüro der SED auch die Grundziele für die Wirtschaftspläne festgelegt werden, ist dieses faktisch das oberste Planungsorgan; es arbeitet dabei eng mit dem Sekretariat des Zentralkomitees der SED zusammen. Auf der Grundlage dieser Entscheidungen wer-

den die Pläne dann von der Staatlichen Plankommission, den Fachministerien und den Räten der Bezirke unter Mitwirkung der Kombinatsleitungen ausgearbeitet.

Lange Zeit hindurch waren die Planziele überwiegend quantitativ, es wurden Wachstumsraten nicht nur für die Gesamtwirtschaft oder ganze Wirtschaftszweige, sondern auch für zahlreiche einzelne Produkte festgelegt. Der Übergang zu Methoden des intensiven Wirtschaftswachstums hat jedoch die notwendige Folge, daß die festgelegten Planziele stärker als früher qualitativer Natur sind, besonders Zielstellungen für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Einsparung von Energie und Rohstoffen, für Innovationen sowie für die Maßnahmen der „sozialistischen ökonomischen Integration" im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

1.1.6. Naturale und wertmäßige Planung und die Rolle der Preise

Kompliziert wird die Planung dadurch, daß die Wirtschaft der DDR — wie auch die der übrigen Ostblockländer — keine naturale Zuteilungswirtschaft, sondern eine Geldwirtschaft ist. Die Kosten der Betriebe werden in Geld berechnet, sie produzieren für den Absatz und erhalten für ihre Erzeugnisse Geld. Das Problem, das in der marxistischen Theorie als das der Ware-Geld-Beziehungen bezeichnet wird, ist deshalb für die DDR von Bedeutung, da sie sich nach der offiziellen Auffassung — ebenso wie die Sowjetunion — noch nicht im Kommunismus, sondern erst in der Phase des „Aufbaus des entwickelten Sozialismus" befindet, in der auf die Verwendung des Geldes noch nicht verzichtet werden kann.

Damit stellt sich der Planung eine schwierige Aufgabe: es muß sowohl natural, mengenmäßig als auch wertmäßig (finanziell) geplant werden. Da es sich dabei um zwei Seiten der gleichen Vorgänge handelt, müssen diese verschiedenen Pläne in Übereinstimmung gebracht werden.

Wertmäßige (finanzielle) Planung bedeutet, daß ein großer Teil der naturalen (mengenmäßigen) Vorgänge mit Preisen belegt werden muß, besonders dann, wenn es sich um Aggregierung von Einzelgrößen handelt. So kann die Planung z. B. etwa die Ziele für die Produktion der einzelnen Erzeugnisse des Maschinenbaus mengenmäßig festlegen, über dessen Gesamtproduktion sagt eine bloße Mengenangabe (z. B. in Tonnen) aber sehr wenig aus, eine Aggregierung kann nur auf wertmäßiger Basis, also unter Benutzung von Preisen erfolgen.

In der Wirtschaft der Bundesrepublik wird der größte Teil der Preise im Marktprozess gebildet; dadurch sollen diese die relativen Knappheiten der Güter und Dienste richtig wiedergeben. Sie bilden damit die Grundlage für die Entscheidungen der Betriebe und Haushalte über Produktion und Verbrauch sowie generell die Basis für eine Wirtschaftsrechnung, mit der eine bestmögliche „Allokation der Ressourcen" (d. h. Verteilung der verfügbaren Produktionsfaktoren auf die möglichen Verwendungszwecke) erreicht werden kann.

Eine solche marktmäßige Preisbildung gibt es in der DDR nicht, die Preise werden behördlich festgelegt. Grundlage dafür bilden nicht die Grenzkosten, sondern die Durchschnittskosten zuzüglich eines normierten Gewinnaufschlags, dessen Basis verschiedentlich gewechselt hat. Derart entstandene Preise geben nur ausnahmsweise die relativen Knappheiten der Güter und Dienste richtig wieder. Sie können daher auch nicht die Aufgabe erfüllen, die vorhandenen Ressourcen zu optimaler Verwendung zu bringen; denn die Rationalität wirtschaftlicher Entscheidungen, die sich auf dergestalt entstandene Preise stützen, ist fragwürdig.

1.1.7. Einkommensverteilung und -umverteilung im System der zentralen Planung

Von erheblicher Bedeutung ist, daß durch die Aufstellung und Realisierung der Pläne auch über fast alle Einkommen der Bevölkerung entschieden wird, und zwar sowohl über die Höhe der Geldeinkommen als auch über die diesen gegenüberstehende Warenmenge. Löhne und Gehälter werden nicht, wie großenteils in der Bundesrepublik Deutschland, vereinbart, sondern staatlich festgesetzt (vgl. dazu Kap. X.2.), ebenso auch die Sozialrenten. Damit kann die Staatliche Plankommission für den größten Teil der Bevölkerung die Höhe des Geldeinkommens in der Planungsperiode als feste Größe einsetzen. Da durch Mehrleistung zusätzlich Prämien verdient werden können, ist allerdings eine beschränkte Überschreitung dieses Grundbetrages möglich. Nicht exakt voraussehbar sind die Einkommen der Mitglieder von Produktionsgenossenschaften, besonders der LPG-Mitglieder, da diese von dem Gesamtertrag der LPG und damit auch von den nicht beeinflußbaren Witterungsbedingungen abhängen.

Lange Zeit hindurch bestand die Tendenz, die Einkommen der Masse der Bevölkerung stark zu nivellieren. Heute geht generell die Tendenz dahin, die Höhe der Arbeitseinkommen mehr als bisher nach der Leistung zu staffeln, was der Entwicklung zu intensivem Wachstum gemäß ist.

In der Propaganda der DDR wird stark betont, daß ihren Bewohnern aus den sog. „Gesellschaftlichen Fonds" ein zusätzliches Einkommen zufließt (sog. „zweite Lohntüte"). In der Tat machen diese einen erheblichen Teil der gesamten Staatsausgaben aus. Ein Teil der Aufwendungen aus den „Gesellschaftlichen Fonds" sind jedoch normale Staatsausgaben, so die Ausgaben für Volks- und Berufsausbildung, die Hochschulen, das Gesundheitswesen. Echte zusätzliche Ausgaben, die man als „Sekundärverteilung" der Einkommen bezeichnen kann, sind die beträchtlichen Subventionen für die Niedrighaltung der Preise für Grundnahrungsmittel, einige wenige ausgewählte Industriewaren, für Mieten und die Tarife der Nahverkehrsmittel. Auf diese Weise werden die Kosten des Existenzbedarfs niedriggehalten; dem stehen auf der anderen Seite die im Vergleich zur Bundesrepublik

Deutschland erheblich niedrigeren Arbeitseinkommen und Sozialrenten gegenüber, so daß die Realeinkommen nach wie vor beträchtlich unter dem Niveau in der Bundesrepublik Deutschland liegen.

Eine wesentlich schwierigere Aufgabe als die Planung der Geldeinkommen ist deren materielle Dekkung durch das geplante Angebot von Konsumgütern und Dienstleistungen, sowohl hinsichtlich des Gesamtvolumens als auch hinsichtlich seiner Struktur. Da die Produktion von Konsumgütern bei der Festlegung von Eckdaten der Planung im Wettbewerb mit Staatsbedarf, Investitionen, Rüstung und Export steht — Bereiche, denen von der Partei- und Staatsführung in der Regel Priorität beigemessen wird —, besteht immer die Gefahr, daß das geplante Gesamtvolumen der Konsumgüter hinter dem Geldeinkommen der Konsumenten zurückbleibt. Da die Wirtschaft der DDR keine naturale Zuteilungswirtschaft, sondern eine Geldwirtschaft ist, haben die Konsumenten die Möglichkeit, ihre Nachfrage innerhalb der Grenzen ihres Einkommens frei zu gestalten. Die Struktur dieser Nachfrage kann von der Zusammensetzung des von der Planung festgesetzten Angebots abweichen, was zu Versorgungsstörungen führt.

Die Wirtschaftsführung der DDR ist bestrebt, die Entstehung solcher Diskrepanzen vor allem durch die Preispolitik zu verhindern (vgl. V.5.). Daß das nur beschränkt gelingt, beweist die Entstehung eines beträchtlichen Sparvolumens, das mindestens z. T. auf das Fehlen eines den Käuferwünschen entsprechenden Güterangebots zurückzuführen ist. Soweit die Kombinate und Betriebe in der Lage sind, ihre aggregierten Planauflagen zu variieren, können sie versuchen, durch die von ihnen abzuschließenden Wirtschaftsverträge mit staatlichen oder genossenschaftlichen Handelsbetrieben ihre Produktion besser an die effektive Nachfrage anzupassen. Das gelingt keineswegs immer.

Insgesamt hat sich jedoch seit Beginn der siebziger Jahre die Versorgung der Bevölkerung verbessert. Sie ist aber immer noch z. T. quantitativ — z. B. mit Ersatzteilen, Erzeugnissen höheren technischen Standards sowie Kraftwagen —, vor allem aber qualitativ unzureichend. Das beweisen die immer wieder aus der DDR zu hörenden Klagen über ein unzureichendes Angebot. Dafür ist z. T. auch der wenig effiziente und von der Planung vernachlässigte Handelsapparat verantwortlich, bei dem sich die ungenügende Motivation durch individuelle Initiative besonders bemerkbar macht. Diese unbefriedigende Versorgungslage ist eine der Ursachen dafür, daß Verbesserungen des „Wirtschaftsmechanismus" nicht nur diskutiert, sondern — wenn auch in beschränktem Umfang — realisiert wurden.

1.2. Planaufstellung und Planrealisierung

1.2.1. Wesenszüge der Planwirtschaft in der DDR

In der heutigen Terminologie der Wirtschaftspolitik und der politischen Ökonomie der DDR wird der „Wirtschaftsmechanismus" der DDR in der Regel durch vier Kategorien gekennzeichnet: Leitung, Planung, Stimulierung, wirtschaftliche Rechnungsführung. Nicht genannt und als selbstverständlich unterstellt wird dabei das „sozialistische Eigentum" an den Produktionsmitteln (vgl. dazu V.1.1.2.).

Leitung und Planung gehören im DDR-System eng zusammen. Lange Zeit hindurch war in der offiziellen Terminologie die Reihenfolge umgekehrt; bis Anfang der siebziger Jahre lautete sie „Planung und Leitung". Als 1971 diese Reihenfolge geändert wurde, ließ dies erkennen, daß auf die dirigistischen Methoden im Vergleich zum „Neuen Ökonomischen System" wieder stärkeres Gewicht gelegt wurde.

„Planwirtschaft" kann in verschiedenen Formen auftreten, auch wenn sie mit sozialistischem Eigentum an den Produktionsmitteln verbunden ist. Denkbar wäre auch unter dem Vorzeichen des Sozialismus eine nicht vollzugsverbindliche Rahmenplanung, die sowohl der staatlichen Wirtschaftspolitik als auch den wirtschaftenden Einheiten Entscheidungshilfen geben soll. Diese wirtschaftenden Einheiten ständen dann zwar in sozialistischem Eigentum, wären jedoch in ihren Entscheidungen über die Gestaltung der Wirtschaftsprozesse frei; die Koordination würde über den Markt und eine marktmäßige Preisbildung erfolgen. Die Erreichung bestimmter, in den Plänen festgelegter Ziele würde durch den Einsatz finanz- und wirtschaftspolitischer Instrumente erleichtert werden. Ein Wirtschaftssystem dieser Art stände einer „sozialistischen Marktwirtschaft" sehr nahe.

Die Planwirtschaft der DDR ist jedoch völlig anders geartet. Bereits oben (vgl. V.1.1.5.) wurde darauf hingewiesen, daß sie für alle Betroffenen vollzugsverbindlich ist. Ihre Verabschiedung durch die Volkskammer als Gesetz hat jedoch lediglich akklamatorische Bedeutung. Im wesentlichen gilt das auch für die Erörterung der Planentwürfe auf den Parteitagen der SED (für die Fünfjahrpläne) bzw. auf den Plenartagungen ihres Zentralkomitees (für die Jahrespläne). Die auf den Partei- und Plenartagungen gehaltenen Hauptreden sind jedoch deshalb wichtig, weil aus ihnen die wirtschaftspolitischen Absichten der Führung, besonders auch hinsichtlich Veränderungen der wirtschaftspolitischen Grundlinie, ersichtlich werden.

Die Planung in der DDR beschränkt sich nicht auf die Wirtschaft. Zwar steht diese im Vordergrund; jedoch erstreckt sich die Planung außerdem auch auf das Bildungswesen, das Gesundheits- und Sozialwesen, Körperkultur und Sport, Erholungswesen und Tourismus, Bereiche der Kultur, des Fernsehens und des Rundfunks sowie jugendpolitische Aufgaben. Besondere Bereiche bilden die Maßnahmen der „sozialistischen ökonomischen Integration" sowie die Territorialplanung. Die methodischen Grundlagen für die laufende Fünfjahrplanperiode sind durch die „Anordnung über die Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1986—1990" vom 7. Dezember 1984 festgelegt. Bei dem Umfang der zu planenden Bereiche kann es nicht verwundern, daß diese Planungsordnung über 1 000 Seiten des Gesetzblattes der DDR füllt.

Jede vollzugsverbindliche Planung dieser Art setzt die Lösung von vier grundlegenden Aufgaben voraus: die Festlegung der Ziele, auf deren Erreichung die Planung ausgerichtet werden soll, die Kenntnis der im Planungszeitraum für die Erreichung dieser Ziele verfügbaren Ressourcen, die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Planzielen und Ressourcen und die Ex-ante-Koordination der wirtschaftlichen Vorgänge im Planungszeitraum, die in der Marktwirtschaft durch den Marktmechanismus und die marktmäßige Preisbildung bewirkt wird (vgl. dazu IV.1.2.).

Da im Gegensatz zur Marktwirtschaft die Ziele des Wirtschaftens durch die zentrale Planung bestimmt werden, ist es von größter Bedeutung, wer diese Ziele setzt und nach welchen Gesichtspunkten dies erfolgt. In der DDR werden die grundlegenden Ziele von der Führungsgruppe der SED, den Mitgliedern des Politbüros und den Sekretären des Zentralkomitees, festgelegt. Die Ausarbeitung der Pläne erfolgt auf dieser Grundlage durch die Staatliche Plankommission, die für einzelne Bereiche zuständigen Fachministerien, die Bezirkswirtschaftsräte sowie die Kombinatsleitungen.

1.2.2. Planziele und Ressourcen

Die Festlegung realistischer Planziele ist nur möglich, wenn die planenden Instanzen genaue Kenntnis des Potentials (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Energieträger, Produktionsmittel, Boden, Transportmöglichkeiten) haben, das im Planungszeitraum für die Verwirklichung der angestrebten Ziele zur Verfügung steht. In keiner Volkswirtschaft ist dieses Potential so reichlich vorhanden, daß alle erwünschten Ziele gleichzeitig realisiert werden könnten. Für die rohstoffarme DDR gilt das in noch stärkerem Maße als für die Bundesrepublik Deutschland. War die Knappheit der Ressourcen in den ersten Jahren nach Kriegsende besonders durch die sowjetischen Demontagen und die von der Sowjetunion geforderten Reparationsleistungen verursacht, so verlagerten sich diese Ursachen später mehr und mehr auf die im Vergleich zur sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik systembedingt geringere Effizienz der DDR-Wirtschaft. Die Wirtschaftsführung der DDR stand und steht deshalb vor der Aufgabe, Prioritäten hinsichtlich der Verwendung des im Planungszeitraum verfügbaren Potentials festzusetzen.

Eine Grundentscheidung, die in dieser Beziehung auf der obersten Ebene getroffen wird, ist die über die Verteilung der verfügbaren Ressourcen auf die vier großen Verwendungsbereiche: Investitionen, Staatsbedarf einschl. Rüstung, Export, individueller Konsum. In der DDR wird daneben noch die Kategorie der „gesellschaftlichen Konsumtion" gestellt. Sie umfaßt solche Bedürfnisse, die aus sog. „gesellschaftlichen Fonds" (vgl. V.1.1.7.) befriedigt werden. Deren Abgrenzung gegenüber dem Staatsbedarf ist jedoch nicht eindeutig. Bei dieser Verteilung sind neben den im Lande selbst vorhandenen Produktionsmöglichkeiten auch die möglichen Importe zu berücksichtigen, besonders für Rohstoffe und Energieträger.

In der DDR waren die Ziele, denen Priorität zugestanden wurde, lange Zeit hindurch — und sie sind es großenteils auch heute noch — in nicht geringem Umfange politisch bestimmt; so wird z. B. die fortschreitende Integration in den wirtschaftlichen Ostblock (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) und besonders der Ausbau der wirtschaftlichen Verflechtung mit der Sowjetunion nicht in erster Linie aus ökonomischen, sondern überwiegend aus politischen Gründen angestrebt. Die Verpflichtung zur Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der DDR mit denen der Sowjetunion und der übrigen Mitgliedsländer des „Rates für GegenseitigeWirtschaftshilfe" ist ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die Plangestaltung; er hat in einigen Bereichen, in denen eine Arbeitsteilung innerhalb des RGW angestrebt wird, bereits erhebliche Bedeutung gewonnen. Auch rüstungswirtschaftliche Ziele haben in der DDR schon frühzeitig eine wichtige Rolle gespielt und tun das auch heute noch.

1.2.3. Die Wachstumsorientierung der Planung

Die Planwirtschaft der DDR war von Anfang an wachstumsorientiert. Die SED-Führung sah in einem raschen Wirtschaftswachstum einen wesentlichen Beweis für die behauptete Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft gegenüber einer „kapitalistischen" Marktwirtschaft. Daß in Wirklichkeit die marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland rascher wuchs als die Wirtschaft der DDR, war und ist für die Führung der DDR eine große Enttäuschung, die auch für ihre Politik in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung ist.

Rasches Wirtschaftswachstum wird von der Führung der DDR nach wie vor bejaht, wenn auch die damit verbundenen ökologischen Gefahren deutlicher als früher gesehen werden, zumal diese in der DDR durch die überragende Rolle der Braunkohle als Energieträger besonders stark sind. Gewandelt haben sich jedoch der Charakter und die Quellen des angestrebten Wachstums: an die Stelle des früheren extensiven Wachstums tritt in großem Umfange intensives Wachstum (vgl. dazu II.2.6.).

Die Entscheidungen über die Bereiche, deren Wachstum bevorzugt gefördert werden soll, bestimmen weitgehend die zukünftige Struktur einer Volkswirtschaft. In den fast vier Jahrzehnten der Planwirtschaft in der DDR haben die Prioritäten der Zielsetzung mehrfach gewechselt, doch blieb der Ausbau des Industriepotentials als Hauptziel unangetastet. Besonders deutlich wurde das daran, daß ein ungewöhnlich hoher Anteil der Investitionen auf die Industrie entfällt; deren Anteil an den Anlageinvestitionen stieg von 44,2 vH im Jahre 1949 auf 56,8 vH im Jahre 1984, liegt also weit über dem Industrieanteil an den Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen westlichen Industrieländern. Andere Bereiche, denen eine solche Priorität nicht zuerkannt wird, blieben deshalb unterentwickelt, so fast alle Konsumgutindustrien, das Verkehrswesen und der Gesamtbereich der Dienstleistungen, lange Zeit einschl. des Wohnungsbaus. Erst seit Anfang der sieb-

ziger Jahre wird bei der Entscheidung über die Investitionen dem Konsum eine größere Aufmerksamkeit gewidmet; doch hat die unzureichende Produktionskraft der DDR-Wirtschaft immer wieder dazu geführt, daß anderen Aufgaben, besonders dem Ausbau der Energiewirtschaft einschl. des Braunkohlenbergbaus sowie der für den Export wichtigen Industriezweige, ein Vorrang eingeräumt werden mußte.

Im Anfang war die Wachstumspolitik besonders auf die Unabhängigkeit der DDR von westdeutschen Lieferungen und Diensten gerichtet (in einer Periode besonders scharfer Auseinandersetzungen als „Störfreimachung" bezeichnet). Dies sollte vor allem durch den Ausbau des Braunkohlenbergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie und des Schwermaschinenbaus, ferner auch des vorher sehr kleinen Hafens Rostock zu einem Überseehafen von ansehnlicher Leistungsfähigkeit erreicht werden. Später haben Ausbau der Liefermöglichkeiten für die Sowjetunion sowie Ostblockintegration die Struktur des angestrebten Wachstums erheblich mitbestimmt. Unmittelbar durch Befehle der Sowjetunion bedingt war die Neuentwicklung des Uranerzbergbaus und der beträchtliche Ausbau der vorher ganz unbedeutenden Werftindustrie; die Erzeugnisse dieser beiden Zweige gehen ganz bzw. größtenteils in die Sowjetunion.

1.2.4. Die Bilanzierungsmethode als Mittel zur Koordinierung

Die Instanzen, denen nach Festlegung der Prioritäten die Ausarbeitung der Pläne obliegt, sehen sich dabei einem ungeheuer umfangreichen Komplex von Tatbeständen gegenüber, innerhalb dessen eine unüberschaubare Vielzahl von Beziehungen besteht. Je höher entwickelt (und damit auch arbeitsteiliger) eine Volkswirtschaft ist, desto komplizierter wird dieses Geflecht. Jede Volkswirtschaft, welcher Ordnungsform sie sich auch bedient, steht deshalb vor der Aufgabe, alle diese Vorgänge zu koordinieren.

In der Marktwirtschaft vollzieht sich die Koordinierung über den Markt, unter dem Einfluß des Wettbewerbs und mit der Möglichkeit der Orientierung an Knappheitspreisen (vgl. dazu Kap. IV.). In der vollzugsverbindlichen Planwirtschaft muß dagegen die Koordinierung bereits ex ante innerhalb der Pläne und durch diese erfolgen. Einen unmittelbaren Ausdruck findet die Koordinationsaufgabe dadurch, daß jeder konkrete Plan aus einer Fülle von Teilplänen besteht, zwischen denen die richtigen Proportionen hergestellt werden müssen.

Die Erfahrungen in der DDR zeigen, wie schwierig diese Aufgabe ist, nicht zuletzt deshalb, weil die DDR-Wirtschaft eine Geldwirtschaft ist. Es müssen also neben den naturalen (Mengen-)Vorgängen ebenso die monetären und finanziellen Größen geplant und mit den naturalen Größen in Übereinstimmung gebracht werden. Die dazu verwendeten Preise sind nach der Planungsordnung die „gesetzlichen Preise", d. h. entweder solche, die staatlich bzw. von „den zuständigen Organen" festgesetzt oder von den Betrieben entsprechend den Rechtsvorschriften selbständig gebildet werden. Diese Preise füllen jedoch die Funktion als Knappheitsmesser nur recht unvollkommen aus (vgl. V.1.1.6. und V.5.).

In den Anfängen mußten die Planer der DDR bei der Aufstellung der Pläne noch mit recht primitiven Methoden arbeiten. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die Fortschreibung von dem erreichten Stande aus; dabei konnte jedoch den inzwischen eingetretenen strukturellen Veränderungen nicht in genügendem Umfang Rechnung getragen werden. Seither sind die Methoden der Planung wesentlich verfeinert worden, z. T. unter Übernahme von in westlichen Ländern entwickelten Methoden. Dazu gehören besonders solche der Ökonometrie sowie die Konstruktion von Optimierungsmodellen für die Verwendung der vorhandenen Ressourcen. Wichtig ist auch die Verbesserung der Technik der Planausarbeitung, besonders durch die elektronische Datenverarbeitung. Doch ist auch ein noch so vollkommenes Computersystem nicht der Überfülle der Daten gewachsen, die eine hochentwickelte Industriewirtschaft unausgesetzt hervorbringt.

Die Planungsmethoden der DDR sind seit langem durch die Methode der Bilanzierung gekennzeichnet. Dieser fällt in der Planwirtschaft die Aufgabe zu, jenes Gleichgewicht zwischen dem Bedarf und den Möglichkeiten seiner Deckung herzustellen, das in der Marktwirtschaft durch die Marktkräfte bewirkt wird. Vor allem von der Staatlichen Plankommission, aber auch von den Ministerien der Finanzen und für Verkehrswesen, der Staatsbank und dem Amt für Preise werden gesamtwirtschaftliche Bilanzen ausgearbeitet, z. B. die Bilanz der Entstehung und Verwendung des Realeinkommens der Bevölkerung, die Bilanz des Außenhandels und der internationalen Valutabeziehungen sowie die Transportbilanz. Die sog. MAK-Bilanzen sollen dagegen die Grundlagen für die Entscheidungen über einzelne Güter oder Gütergruppen schaffen (vgl. V.3.4.4.). In diesen Bilanzen werden für das betreffende Gut oder die Gütergruppe die in der Planungsperiode verfügbaren Mengen (aus eigener Produktion, Lagerbeständen und Importen) den möglichen Verwendungen (für inländischen Bedarf, Reservenbildung und Export) gegenübergestellt. Die Planung hat dann darüber zu entscheiden, welchen Verwendungszwecken die verfügbaren Mengen des betreffenden Gutes zugeführt werden sollen. Diese Entscheidung steht natürlich in engem Zusammenhang mit der oben behandelten Setzung von Prioritäten für die angestrebten Ziele.

Unter den aus dem Westen übernommenen Methoden spielt eine wichtige Rolle die von dem amerikanischen Nationalökonomen russischer Herkunft Wassily Leontief entwickelte Input-Output-Methode, die in der DDR als „Verflechtungsbilanzierung" bezeichnet wird. Sie bedeutet eine wichtige Verfeinerung der ursprünglichen Bilanzierungsmethode.

Das Ideal für eine vollzugsverbindliche Planung wäre eine Bilanzierung, die alle in der Wirtschaft vorkommenden Güter in einer gesonderten Bilanz erfaßt. Dies ist jedoch völlig unmöglich, einmal wegen der riesi-

gen Zahl dieser Güter (vgl. V.3.4.3.), zum anderen wegen der Interdependenz der wirtschaftlichen Vorgänge. Die Bilanzierung kann sich daher immer nur auf eine beschränkte Zahl von Gütern erstrecken, die meist aggregierte (zusammengefaßte) Größen sind.

Dies hat wichtige Konsequenzen: die Kombinate und Betriebe erhalten dadurch einen gewissen eigenen Entscheidungsspielraum für die Gestaltung ihrer Produktion. Zum anderen bedingt die Spezifizierung der Produktionsauflagen einen Kontakt mit den Abnehmern, damit die Erzeugung dem Bedarf und den Absatzmöglichkeiten entspricht, vor allem bei Konsumgütern. Diese Konkretisierung der Planauflagen soll besonders durch die vom Vertragsgesetz (vgl. V.4.3.3.) vorgeschriebenen Verträge zwischen Herstellern und Abnehmern erreicht werden. Mit ihnen soll das Prinzip der „Einheit von Plan, Bilanz und Vertrag" durchgesetzt werden.

Im Planungssystem der DDR wird die Bilanzierung je nach der Bedeutung des betreffenden Gutes auf verschiedenen Ebenen vorgenommen, für besonders wichtige Güter durch die Staatliche Plankommission, für eine große Anzahl weniger wichtiger Güter durch damit beauftragte Kombinate, die dabei jedoch an strenge Regeln gebunden sind.

Mit der Bilanzierung wird über die Verwendung der verfügbaren Ressourcen entschieden. Sie tritt damit an die Stelle der marktmäßigen „Allokation der Ressourcen", d. h. der sich vorwiegend aus den Entscheidungen der Unternehmungen und Haushalte ergebenden Verteilung der Ressourcen in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Wie diese in der DDR verwendet werden, entscheidet der Plan und damit letztlich die politische Führung der DDR. Eine „Konsumentensouveränität" kann es deshalb in diesem System nicht geben; die Wünsche der Konsumenten haben nur einen ziemlich geringen Einfluß darauf, wie insgesamt das verfügbare Produktionspotential verwendet wird.

1.2.5. Die Rolle der Betriebe im Planungsprozeß

Die Informationen über das vorhandene Potential sowie über die Planerfüllung in der vorhergehenden Planperiode, die sowohl für die Setzung der Planziele als auch für die Bilanzierung notwendig sind, müssen vorwiegend aus den Kombinaten und Betrieben kommen. Die Zuverlässigkeit dieser Informationen ist für das Gelingen der Planung von großer Bedeutung. Die Eigenart der Planwirtschaft selbst führt jedoch dazu, daß sie oft nicht genau sind. Nach der offiziellen Ideologie — die allerdings heute nicht mehr völlig unbestritten ist — decken sich zwar das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse und das Interesse der einzelnen Betriebe; doch entspricht diese Annahme keineswegs immer der Wirklichkeit. Die Betriebe haben oft ein Interesse daran, ihr wirkliches Potential zu verschleiern, um möglichst „weiche", d. h. leicht erfüllbare Planauflagen zu erhalten. Reformbestrebungen am Planungs- und Leitungssystem sind deshalb vielfach auf die Verbesserung der Informationsmöglichkeiten der Zentralinstanzen gerichtet.

Die Kombinate und Betriebe sind es auch, in denen die Pläne — soweit es sich um ökonomische Ziele handelt — vor allem ausgeführt werden müssen. Den planenden Instanzen in der DDR ist deshalb klar, daß die Planung umso realistischer wird, je mehr es gelingt, die Betriebe und die in ihnen Tätigen aktiv am Planungsprozeß zu beteiligen. In die Planaufstellung sind deshalb die Betriebe mit eingeschaltet. Die aus den ersten Erwägungen der zentralen Planungsinstanzen stammenden Ziele werden ihnen als „staatliche Plankennziffern" bekanntgegeben; diese sind nach der Formulierung der gültigen Planungsordnung „die verbindlichen Zielstellungen und die Grundlage der Wirtschaftstätigkeit". Ein großer Teil dieser Kennziffern ist quantitativer Natur; doch finden sich auch solche qualitativer Art, z. B. für die Arbeitsproduktivität, den Erneuerungsgrad der Produktion, die Selbstkostensenkung in vH.

Die Plankennziffern gehen den Kombinaten und Betrieben zunächst als staatliche Aufgaben zur Ausarbeitung ihrer Planentwürfe zu; sie haben diese Entwürfe vor der jeweils nächsthöheren Instanz zu „verteidigen". An der Plandiskussion sollen die Werktätigen beteiligt werden; die faktische Bedeutung dieser Beteiligung ist jedoch für die Masse der Arbeiter und Angestellten sehr gering. Von einer eigentlichen Mitbestimmung kann jedenfalls dabei nicht die Rede sein.

Aufgrund der ihr vorliegenden Unterlagen erstellt die Staatliche Plankommission die Endfassung der jährlichen Volkswirtschaftspläne und der Fünfjahrpläne. Nachdem diese von der Volkskammer als Gesetze beschlossen wurden, erhalten die Kombinate, Betriebe, Einrichtungen und sozialistischen Genossenschaften die zur Durchführung der Pläne notwendigen staatlichen Planauflagen; diese sind verbindlich und bilden die Grundlage für die Kombinats- und Betriebspläne. Wie weit diese Planauflagen realistisch sind, kann freilich erst im Laufe der Planperiode festgestellt werden.

Im „traditionellen" Wirtschaftssystem der DDR sollten durch die zentrale Planung alle wesentlichen Wirtschaftsvorgänge im Voraus bestimmt werden. Das erwies sich jedoch bald als unmöglich, und mit dem „Neuen Ökonomischen System" von 1963 wurde erstmalig der Versuch gemacht, neben der zentralen Planung auch die Initiative der Betriebsleitungen als dynamische Kraft der Wirtschaftsentwicklung einzuschalten. Der Wandel von extensivem zu intensivem Wirtschaftswachstum macht eine solche Aktivierung der Betriebe in Planung und Plandurchführung unabdingbar. Nach den jetzigen Vorstellungen der SED-Führung sollen sich die zentralen Planentscheidungen auf „Grund- und Hauptfragen der volkswirtschaftlichen Entwicklung" konzentrieren. Die Generaldirektoren der Kombinate sollen langfristige Entwicklungskonzeptionen für ihren Bereich vor allem für die Intensivierung entwickeln. Wie die „Grund- und Hauptfragen" aber gegenüber den betriebsinternen Zielstellungen abzugrenzen sind, ist keineswegs eindeutig. Damit entsteht bereits bei der Planung das Problem der Kompetenzabgrenzung zwischen Zentralinstanzen und Kombinatsleitungen, das, wie im

folgenden darzulegen ist, bei der Plandurchführung eine noch wichtigere Rolle spielt als bei der Planerstellung selbst. Es ist gerade im Zeichen der angestrebten Intensivierung des Wirtschaftswachstums zu einem Zentralproblem des Wirtschaftssystems der DDR geworden (vgl. dazu Kap. V.4.).

Für die Betriebe ist ferner von wesentlicher Bedeutung, daß die Wirtschaft der DDR eine Geldwirtschaft ist und daß ihnen ein Teil der Planauflagen nicht in naturaler Form, sondern in Geldform erteilt wird. Das gilt generell für die Anwendung des Prinzips der „Wirtschaftlichen Rechnungsführung", das (neben anderen Aufgaben, vgl. dazu VI.4.2.) die Betriebe zu rentabler Wirtschaftsführung veranlassen soll. Diese müssen also versuchen, Kosten und Erlöse in Übereinstimmung zu bringen und darüber hinaus einen Gewinn zu erzielen, der — soweit er nicht die Quelle für Prämienzahlungen bildet — dem Staatshaushalt zufließt und außerdem zur direkten Investitionsfinanzierung dienen soll. Da die Preise aber nicht in einem Marktprozeß gebildet, sondern behördlich festgesetzt werden (vgl. dazu V.5.), ist die Erzielung der Rentabilität und deren Höhe von Faktoren abhängig, die von den Betrieben nicht direkt beeinflußt werden können.

1.2.6. Leitung und Kontrolle

Die rechtliche Verbindlichkeit der Pläne bedeutet noch nicht, daß sie auch in die Wirklichkeit umgesetzt werden; selten werden die Ergebnisse genau mit den Plandaten übereinstimmen. Probleme entstehen sowohl durch Übererfüllung als auch durch Untererfüllung, die der letzteren sind allerdings viel gewichtiger, besonders wenn es sich um die Untererfüllung in solchen Produktionsstufen handelt, deren Erzeugnisse für weiterverarbeitende Betriebe wichtig sind.

Es wurde oben bereits darauf hingewiesen, daß sich nach der offiziellen Ideologie das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse und das Interesse der einzelnen Betriebe und der in ihnen Tätigen unter den Voraussetzungen sozialistischer Eigentumsverhältnisse decken, daß aber diese Annahme keineswegs immer der Wirklichkeit entspricht. Dies zeigen u. a. die ständig wiederkehrenden Klagen über die „Innovationsträgheit" der Betriebsleitungen und über zu geringe Leistungen der Werktätigen.Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines Leitungssystems, dessen wichtigste Aufgabe die Sicherung der Planerfüllung ist.

Wie in Kapitel V.1.1.4. ausgeführt, wird in der DDR die Verbindung der zentralen staatlichen Planung mit der Initiative der Betriebe und der Werktätigen als Anwendung des Prinzips des „demokratischen Zentralismus" auf die Wirtschaft deklariert. Daß damit eines der schwierigsten Probleme angesprochen ist, mit dem das Wirtschaftssystem der DDR sich auseinanderzusetzen hat, bleibt in der DDR weitgehend unerörtert. Es ist keineswegs selbstverständlich, daß eine solche widerspruchsfreie Verbindung zentraler Planung mit eigenverantwortlicher Initiative der Betriebe zustandekommt. Das zeigt die geschichtliche Erfahrung; denn, wie in Abschnitt II.2.4. dargelegt, scheiterte das „Neue Ökonomische System" von 1963 vor allem an den Divergenzen zwischen dem größeren Entscheidungsspielraum, der den Betriebsleitungen damals eingeräumt wurde, und den von Partei und Staat gesetzten Zielen.

Nachdem in den siebziger Jahren die Wirtschaftspolitik der SED überwiegend durch die Rückkehr zu den traditionellen Methoden zentralistischer Leitung gekennzeichnet war, steht sie heute vor den Aufgaben, die der Übergang zu intensivem Wachstum stellt. Daß diese nicht gelöst werden können, ohne daß die Initiative der Betriebsleitungen und der Werktätigen wesentlich verstärkt wird, ist der SED-Führung klar. Das bedeutet eine Erweiterung der Kompetenzen der Leiter der wirtschaftenden Einheiten, ohne daß die Verbindlichkeit der zentralen Planung dadurch in Frage gestellt werden soll. Die dieser Notwendigkeit genügende Organisationsform der Wirtschaft glaubt die SED in der Kombinatsbildung gefunden zu haben.

Die Kombinatsleitungen sollen nicht nur die übergeordneten Organe mit zuverlässigeren Informationen versorgen und ihnen die Entscheidungsfindung erleichtern bzw. Detailentscheidungen abnehmen; darüber hinaus wird von ihnen eigene Initiative erwartet, besonders hinsichtlich schnellerer Innovationen und der Einführung neuer Techniken. Die SED-Führung sieht, wie es Honecker auf dem XI. Parteitag der SED im April 1986 formulierte, in den Kombinaten mit ihren Betrieben „das Rückgrat der sozialistischen Planwirtschaft der DDR". Er bezeichnete es als wesentlich, „die zentrale staatliche Leitung und Planung immer wirkungsvoller mit der schöpferischen Aktivität der Werktätigen, der eigenverantwortlichen Tätigkeit der Kombinate, Betriebe, Genossenschaften und der örtlichen Staatsorgane zu verknüpfen". Daß jedoch der zentralen Planung und Leitung auch weiterhin die überragende Rolle zufällt, bewies Honecker wenige Sätze später mit der folgenden Feststellung: es wirke sich positiv aus, daß die zentralgeleiteten Kombinate „direkt den Ministern unterstellt sind, die im Auftrag von Partei und Regierung die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Leistungsentwicklung im jeweiligen Bereich wahrnehmen. Diese Verantwortung wird . . . weiter ausgebaut"[4].

Eine erhebliche Schwierigkeit liegt darin, daß die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den Ministerien und den Kombinatsleitungen keineswegs klar ist. Eindeutig ist die Aufgabe der Kombinatsleiter, die innerbetrieblichen Methoden zur Planerfüllung weitgehend unter eigener Verantwortung zu entwickeln, obwohl auch dafür zentral nicht wenige generelle Regelungen getroffen werden. Darüber hinaus sollen sie aber auch über das Produktionsprogramm innerhalb des Spielraums, der ihnen durch die unvermeidliche Unvollständigkeit bzw. Aggregiertheit der Planauflagen gegeben ist, selbständig entscheiden, und vor allem sollen sie für Innovationen sorgen. Dies sind die entscheidenden Punkte, in denen die Kompetenzen der Kombinatsleiter mit den von Partei und Regierung festgelegten Zielen und Aufgaben in Konflikt geraten können.

Die „eigenverantwortliche Tätigkeit" der Kombinate könnte sich sicherlich dann am besten entwickeln, wenn die zentrale Leitung der Wirtschaft sich zur Durchsetzung ihrer Ziele ausschließlich oder doch überwiegend indirekter (parametrischer) Methoden bedient. Diese sollen ja vor allem die Betriebsleiter zu einem bestimmten Handeln oder Unterlassen bewegen, das im Sinne der Intensivierung der Wirtschaft liegt, z. B. zur sparsamen Verwendung von Kapital (der „Grundfonds") oder generell durch Aufwertung des Betriebsgewinns zu rentabler Wirtschaftsführung. Tatsächlich hat die DDR-Führung seit Beginn der achtziger Jahre solche Methoden wieder stärker zum Zuge kommen lassen, z. B. durch die Einführung der „Abgabe für gesellschaftliche Fonds", die als eine Art Lohnsummensteuer die Betriebsleitungen zu sparsamer Verwendung von Arbeitskräften veranlassen soll. Von Bedeutung ist auch die Umgestaltung der Hauptkennziffern der Betriebsleistung; waren sie vorher vorwiegend auf die reine Produktionsleistung abgestellt, so spielt jetzt außerdem der Absatz — sowohl hinsichtlich der Leistungen für die Bevölkerung als auch des Exports — sowie der Betriebsgewinn eine wichtige Rolle. Diese Veränderung der Hauptkennziffern der Leistung kann wohl als eine besonders wirksame Maßnahme zur Erreichung eines intensiven Wirtschaftswachstums bezeichnet werden.

Neben diesen indirekten Methoden steht jedoch immer noch eine große Zahl direktiver Methoden und Instrumente (vgl. dazu V.4.3.). Versucht man einmal, sich an Hand des gesamten Geflechts der direktiven Regelungen z. B. über die Investitionen ein Bild darüber zu machen, welcher Spielraum für eigenverantwortliche Entscheidungen den Generaldirektoren der Kombinate auf diesem wichtigen Gebiet bleibt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß dieser doch recht eingeschränkt und im Laufe der letzten fünf Jahre eher kleiner geworden ist[5].

Immerhin ist unzweifelhaft, daß im Zuge der „Reform in kleinen Schritten" die Kompetenzen speziell der Generaldirektoren der Kombinate gewachsen sind. Um aber von vornherein die Sicherung der Ziele der Zentrale zu gewährleisten, ist gleichzeitig auch das Netz der Kontrollen ausgebaut und die Kompetenzen der Kontrollinstanzen sind erweitert worden (vgl. V.4.5.). Besondere Bedeutung kommt dabei der 1981 geschaffenen Staatlichen Bilanzinspektion zu. Der Tendenz des Wandels zu intensivem Wachstum entspricht die verstärkte zentrale Qualitätskontrolle durch das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung.

Auch diese Erweiterung und Vertiefung des Netzes der Kontrollen bedeutet eine weitere Beschränkung des Dispositionsspielraums der Kombinats- und Betriebsleiter. So bleibt die Verteilung der Entscheidungskompetenzen zwischen den Zentralinstanzen einerseits, den Kombinaten andererseits ein fundamentales Problem der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Die Aufgabe, sowohl die Rolle der zentralen Planung hinsichtlich von Grundsatzfragen als auch gleichzeitig die Initiative der Kombinatsleitungen zu verstärken, ist nicht mit Unrecht als eine Art von ökonomischer Quadratur des Kreises bezeichnet worden. Ob sie unter den heutigen Bedingungen besser gelöst werden kann als vor fast einem Vierteljahrhundert im „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung", muß mindestens als sehr fraglich bezeichnet werden.

1.2.7. Die „Stimulierung" der Wirtschaftenden

Neben Leitung und Planung erscheint im Viereck der Sachbereiche des Wirtschaftssystems als dritter Hauptbereich die „Stimulierung", d. h. die Motivierung der in der Wirtschaft Tätigen zu quantitativ und qualitativ höherer Leistung. Eine solche zu erreichen, ist gerade im Zeichen des Übergangs zu intensivem Wirtschaftswachstum von größter Bedeutung. Die Notwendigkeit der Motivierung gilt in erster Linie für die leitenden Wirtschaftsfunktionäre, ganz besonders für die Generaldirektoren der Kombinate. Im Gegensatz zu den Unternehmern bzw. Unternehmensleitern in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland stehen diese nicht unter dem ständigen Druck der Konkurrenz. Es müssen also andere Mittel gefunden werden, um sie zu maximaler Leistung zu motivieren oder aber die Hindernisse für eine solche zu beseitigen; letzteres gilt, wie schon an anderer Stelle gesagt, besonders für die Überwindung der „Innovationsträgheit". Bei der Aufwertung des Kombinats hat wahrscheinlich auch die Erwägung eine Rolle gespielt, daß es leichter ist, fähige und zu eigenen Initiativen motivierte Leiter für etwas über 300 Kombinate zu finden als für mehrere tausend VEB[6]. Ungelöst bleibt jedoch das Problem, das sich aus der Doppelstellung der Generaldirektoren als Beauftragte von Partei und Staat einerseits, als Wirtschaftsmanager andererseits ergibt.

Ein weiteres Problem entsteht dadurch, daß ein Teil der Aufgaben und Kompetenzen, die früher bei den Betriebsleitern lagen, auf die Kombinatsleitungen übergegangen ist. Die Leiter der einzelnen Kombinatsbetriebe haben nach der Neuorganisation praktisch im wesentlichen nur technisch-organisatorische Aufgaben, während alle wichtigen ökonomischen Entscheidungen — in den Grenzen, die ihnen die zentrale Planung und die staatliche Leitung ziehen — Aufgabe der Kombinatsspitze sind. Es ist anzunehmen, daß dadurch bei den Betriebsleitern die Motivierung zu eigenen Initiativen geschwächt wird. Das kann besonders bei den sehr großen Kombinaten, zu denen zahlreiche Betriebe mit oft Tausenden von Beschäftigten gehören, in denen deshalb die Kombinatsleitung den Betriebsdirektoren die Entscheidung in vielen Einzelheiten überlassen muß, negative Wirkungen haben.

Die Ziele der „intensiv erweiterten Reproduktion" können nur dann erreicht werden, wenn auch die Masse der Arbeiter und Angestellten zu höherer Leistungsbereitschaft motiviert werden kann. Nach der Lehre des orthodoxen Marxismus hätte eigentlich die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln genügen müssen, um den „neuen sozialistischen Menschen" hervorzubringen, für den nach einem bekannten Ausspruch von Marx die Arbeit „das erste Lebensbedürfnis" geworden ist. Die Erfah-

rung zeigt jedoch, daß nur ein kleiner Teil der „Werktätigen" die erhoffte Hochleistung ohne spezielle „Stimulierung" zu erbringen bereit ist. Aus diesem Grunde ist ein umfangreiches Netz von Maßnahmen entwickelt worden, die eine solche Stimulierung bewirken sollen. Sie gliedern sich in die beiden großen Gruppen der ideellen und der materiellen Stimulierung. Im Rahmen der ideellen Stimulierung spielt der „sozialistische Wettbewerb" eine wichtige Rolle. Zur materiellen Stimulierung, mit denen die „materielle Interessiertheit" der Arbeiter und Angestellten angesprochen wird, gehören vor allem die verschiedenen Arten der Prämien, ganz besonders die Leistungen aus dem Betriebsprämienfonds und die Jahresendprämie (vgl. dazu V.4.4.).

Die Wirtschaftliche Rechnungsführung war in der Sowjetunion bereits zu Lenins Zeiten das Mittel, mit dem eine Übereinstimmung zwischen den volkswirtschaftlichen und den betriebswirtschaftlichen Zielen hergestellt werden sollte. Sie ist für die innerbetriebliche Gestaltung und damit auch für die Erreichung der Ziele der Intensivierung von großer Bedeutung. Hierzu sei auf Kap. VI.4.2. verwiesen.

Fußnoten

[1] Vgl. Hamel 1966.
[2] Kinze, Knop, Seifert 1975, S. 33.
[3] Eucken 1952, S. 58/59
[4] Neues Deutschland vom 18. April 1986, S. 6.
[5] Thalheim 1985.
[6] Das Statistische Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1986 (S. 103) nennt folgende Zahlen für die bestehenden Kombinate: Zentralgeleitete Kombinate in der Industrie 129, im Bauwesen 21, im Verkehrswesen 3, in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft 12, in anderen Bereichen der Volkswirtschaft 8; Bezirksgeleitete Kombinate in der Industrie 95, im Bauwesen 31, im Verkehrswesen 17.

Literatur

Autorenkollektiv (Ltg. Koziolek H. u. a.): Grundfragen der sozialistischen Wirtschaftsführung. In: Schriften zur sozialistischen Wirtschaftsführung. Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED (Hrsg.). Berlin (Ost). Dietz Verlag. 2. völlig überarb. u. erg. Aufl. 1985.

Autorenkollektiv (Ltg. Mittag G.): Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1969.

Autorenkollektiv (Ltg. Schönefeld R.): Wörterbuch des wissenschaftlichen Kommunismus. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1984.

Autorenkollektiv (Ltg. Schüßler G.): Der demokratische Zentralismus — Theorie und Praxis. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1981.

Cassel D. (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im Systemvergleich. Konzeption und Praxis der Wirtschaftspolitik in kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftssystemen. München. Verlag F. Vahlen. 1984.

DDR-Handbuch: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.). 2 Bd. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 3. überarb. Aufl. 1985. (Darin besonders die Artikel: Betriebsformen und Kooperation; Finanzsystem; Finanzplanung und Finanzberichterstattung; Information; Planung; Politische Ökonomie; Preissystem und Preispolitik; Qualität der Erzeugnisse; Sozialistischer Wettbewerb; Wirtschaft; Wirtschaftsrecht).

Eucken W.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Bern und Tübingen. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 1952.

Friedrich G., Richter H., Stein H., Wittich G. (Hrsg.): Leitung der sozialistischen Wirtschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1983.

Großer G. (Hrsg.): Wissenschaftlicher Kommunismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium. Berlin (Ost). Deutscher Verlag der Wissenschaften. 8. Aufl. 1984.

Gutmann G. (Hrsg.): Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme. Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen. Heft 30. Stuttgart und New York. Gustav Fischer Verlag. 1983.

Haendcke-Hoppe M.: Privatwirtschaft in der DDR. Geschichte — Struktur — Bedeutung. In: FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. H. 1/1982.

Hamel H.: Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands. Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland. Bd. 5. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1966.

Hamel H. (Hrsg.): BRD — DDR. Die Wirtschaftssysteme. Soziale Marktwirtschaft und sozialistische Planwirtschaft im Systemvergleich. München. Verlag C.H. Beck. 4. Aufl. 1983.

Kinze H.-H., Knop H., Seifert E. (Hrsg.): Volkswirtschaftsplanung. Lehrbuch. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 2. Aufl. 1975.

Klein W.: Prozeßpolitische Hauptinstrumente der Wirtschaftspolitik in der DDR. Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen. Heft 24. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 1975.

Kosta J.: Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus. Probleme und Alternativen. Köln. Bund Verlag. 1984.

Steeger H. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft. Volkswirtschaftsplanung. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1980.

Thalheim K. C.: Das Wirtschaftssystem der DDR in der Fünfjahrplanperiode 1981—1985. Kontinuität oder Wandel? 9. Die Entscheidungen über Investitionen als Beispielsfall. In: FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. Heft 4/1985. S. 29—33.

Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik der DDR. Mit Beiträgen von K. Erdmann u. a.. Studien zur Deutschlandfrage. Bd. 8. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1984.

2. Der institutionelle Aufbau des Wirtschaftssystems (Leitungssystem, Organisationsstruktur)

Kurt Erdmann/Klaus Krakat

Inhalt

		Seite
2.1.	Prinzipien der Leitung und Organisation	111
2.1.1.	Leitungsbegriff	111
2.1.2.	Leitungsprinzipien	111
2.2.	Organe der Wirtschaftsführung, der zentralen Planung und der Wirtschaftsverwaltung	112
2.2.1.	Leitungsebenen	112
2.2.2.	Die zentrale staatliche Leitung	114
	— Der Ministerrat und die Staatliche Plankommission	114
	— Die Wirtschaftsführung und die Wirtschaftsverwaltung	114
2.3.	Wirtschaftende Einheiten mit staatlichen Leitungsfunktionen	117

2.1. Prinzipien der Leitung und Organisation

Klaus Krakat

2.1.1. Leitungsbegriff

Ausgehend von dem in der DDR herrschenden Begriffsverständnis versteht man unter „Leitung" allgemein ein gesellschaftliches Verhältnis, welches für die Durchsetzung von zweckbestimmtem Verhalten von Menschen notwendig ist. Hiervon ausgehend, besteht die Grundfunktion jeder Leitung innerhalb des in der DDR bestehenden Wirtschaftssystems darin, ein Hauptinstrument zur Realisierung der Wirtschaftspolitik der SED zu sein. Eine so verstandene Leitung wird sowohl durch allgemeine Leitungsfunktionen (Zielbestimmung, Planung, Entscheidung, Organisation, Kontrolle) als auch durch besondere Leitungs- bzw. Organisationsprinzipien bestimmt[1].

2.1.2. Leitungsprinzipien

Sogenannte Leitungsprinzipien stellen in ihrer Gesamtheit ein System von Verhaltensnormen und Verfahrensregeln mit Grundsatzcharakter dar, nach denen sämtliche Leitungsorgane bei der Durchführung der ihnen zugewiesenen Aufgaben ihre Aktivitäten auszurichten haben. Sie dienen der „planmäßigen" Gestaltung jeglicher Leitungs-, Organisations- und Informationsprozesse innerhalb der gesamten Wirtschaftshierarchie und können als charakterische Wesensmerkmale des in der DDR organisierten Wirtschaftssystems angesehen werden. In der Regel werden folgende Leitungsprinzipien betont:

Das Prinzip der Einheit von Politik und Ökonomie

Nach diesem Prinzip werden ökonomische Tatbestände einerseits zwar als eine entscheidende Basis für die Politik der SED betrachtet. Andererseits bilden die zu lösenden wirtschaftlichen Aufgaben nur einen Bestandteil der gesamten Politik der DDR, der „notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik"[2] zuzuordnen sei. In der Realität schlägt sich dieser Grundsatz in einer steten Anpassung wirtschaftlicher, technischer und wissenschaftlicher Zielstellungen an die politisch-ideologischen Interessen der SED und des Staates nieder.

Das Prinzip des Demokratischen Zentralismus

Der demokratische Zentralismus ist das marxistisch-leninistische Grundprinzip der Organisation und Leitung von Partei, Staat und Wirtschaft (vgl. V.1.1.3.).Ideologisch wird dieses Prinzip legitimiert durch die Annahme des Marxismus-Leninismus, nach der eine sozialistische Gesellschaft einer einheitlichen Führung durch die Arbeiterklasse und deren Partei bedarf. Auf eine Kurzform gebracht bedeutet das: Konzentration der Grundsatzentscheidungen in einer Zentrale und Dezentralisation der Entscheidungsbefugnisse auf nach- bzw. untergeordnete Staats- und Wirtschaftsorgane. Auf diese Weise soll die Einheit in grundlegenden und wesentlichen Fragen gewahrt werden, ohne daß dadurch die Vielfalt von Einzelheiten und lokalen Besonderheiten unberücksichtigt bleibt, wie sich das vor allem in der den Kombinaten und Betrieben überlassenen „Eigenverantwortung" bei der Durchführung von Planungsaufgaben zeigt.

Kapitel V

Das Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung

Dieses Prinzip verpflichtet jeden Leiter bzw. jedes Leitungsorgan, sämtliche Fragen seines Verantwortungsbereichs unter Einhaltung gegebener Rechtsvorschriften und der Anweisungen des übergeordneten Leiters oder Leitungsorgans selbständig zu entscheiden. Es wird durch eine strenge Über- und Unterordnung realisiert. Das drückt sich insbesondere in dem „Linie-Stab-System" aus. Nach diesem System wird für jeden Linienbereich innerhalb einer gegebenen Leitungsstruktur ein Leiter eingesetzt, der für diesen Bereich voll verantwortlich ist und Weisungsrechte gegenüber den ihm unterstellten Mitarbeitern hat. Im Rahmen seiner Tätigkeiten bedient sich jeder Leiter (bzw. Leitungsorgan) zur Beratung und zur Vorbereitung von Entscheidungen sowie bei der Lösung von Aufgaben bestimmter spezialisierter Mitarbeiter oder Abteilungen, der Stabsorgane.

Die Einheit von Produktions- und Territorialprinzip

Das Produktionsprinzip bildet die Grundlage der zentralen Leitungstätigkeiten der verschiedenen Industriezweige durch die jeweiligen Industrieministerien unter Einbeziehung territorialer, horizontaler und vertikaler Gliederungsaspekte. Der regionalen Leitung, Planung, Produktionskoordinierung und Arbeitsteilung im Bereich der Bezirke und Kreise, die durch das Ministerium für die örtliche Wirtschaft wahrgenommen werden, entspricht das Territorialprinzip.

In der politökonomischen Literatur werden noch weitere Leitungsprinzipien genannt, die jedoch nicht die Schwergewichtigkeit der vorgenannten Prinzipien aufweisen[3]. Hierzu zählen u. a. das Rentabilitätsprinzip und das Prinzip der Kontrolle der Durchführung der von zentralen Leitungsorganen festgelegten Beschlüsse.

2.2. Organe der Wirtschaftsführung, der zentralen Planung und der Wirtschaftsverwaltung

Kurt Erdmann

2.2.1. Leitungsebenen

Die wirtschaftliche Leitungshierarchie der DDR gilt seit Beginn der 80er Jahre als ein „zweistufiges Leitungssystem", generell gekennzeichnet durch zwei Ebenen: Die Ebene der Staatlichen Leitungsorgane und die Ebene der Wirtschaftsorganisationen und Wirtschaftseinheiten. Die vertikale Gliederung der Leitung unterscheidet sich grundsätzlich durch das Zweig- oder Produktionsprinzip und das Territorialprinzip. Verstanden wird darunter der Bereich der zentralgeleiteten Wirtschaft einerseits sowie der entsprechend der Verwaltungsstruktur regional nach Bezirken, Kreisen und Gemeinden gegliederte Bereich der „örtlich geleiteten" Wirtschaft andererseits (vgl. Schaubild 7).

Auf der zentralen staatlichen Leitungsebene steht an erster Stelle die eigentliche Führung der DDR, repräsentiert durch das Politbüro und das Zentralkomitee der SED auf der Parteiebene sowie den Ministerrat und sein Präsidium auf der staatlichen Ebene. Nach der DDR-Verfassung (Art. 76) ist „der Ministerrat als Organ der Volkskammer die Regierung der DDR". Faktisch liegt die Führung jedoch in den Händen der SED-Spitze.

Die Ministerien und anderen zentralen Staatsorgane der DDR mit wirtschaftsleitenden Funktionen (vgl. Schaubild 7) sind generell Organe des Ministerrates. Die Leiter wichtiger Instanzen sind Mitglieder des Ministerrates. Andere zentrale Staatsorgane, deren Leiter nicht Mitglieder sind, sind dem Ministerrat unterstellt (§ 9 Ministerratsgesetz)[4]. Der Vorsitzende des Ministerrates ist „für die Anleitung und Kontrolle" regional gegliederter Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden zuständig (§ 12,5 Ministerratsgesetz).

Unter dem Aspekt der Wirtschaftsorgane lassen sich generell drei Gruppen[5] unterscheiden:

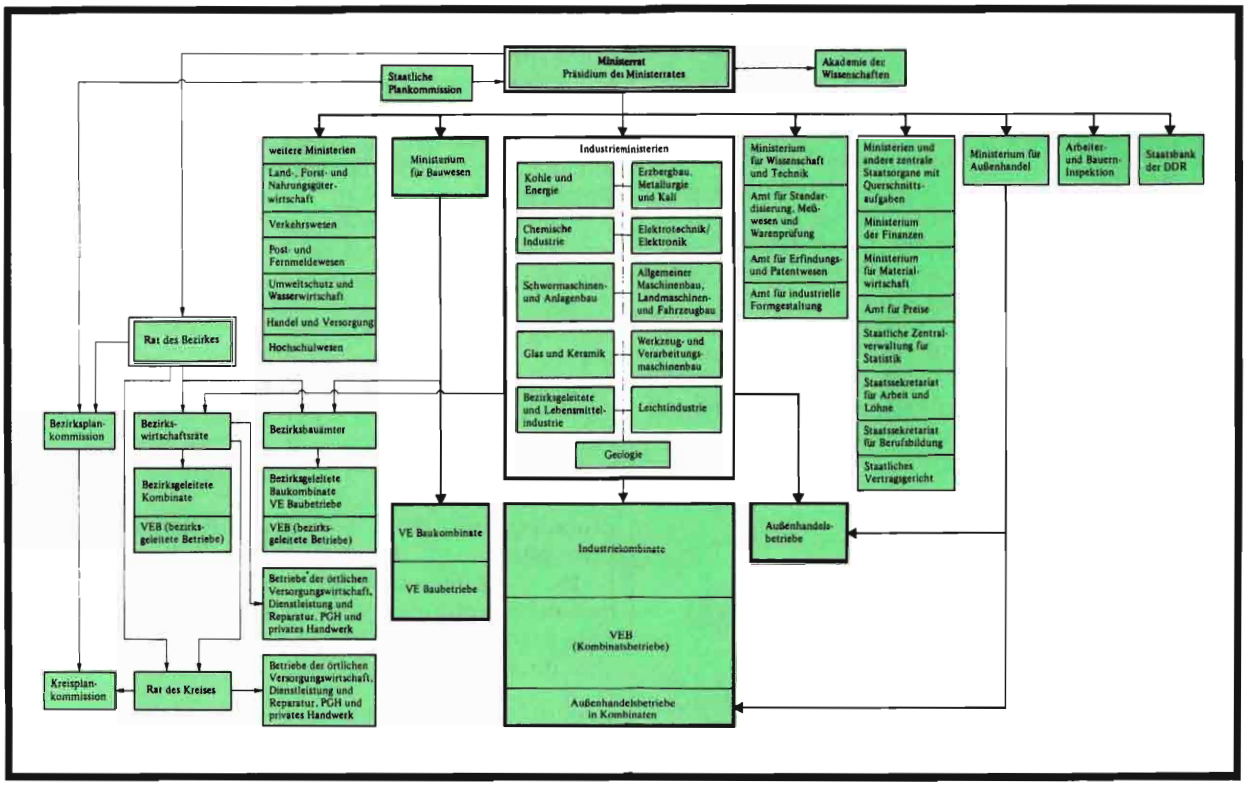
- Industrieministerien und wirtschaftsleitende Ministerien für spezielle Wirtschaftsbereiche, in der DDR auch „wirtschaftszweigleitende Staatsorgane" genannt (z. B. Ministerium für Außenhandel, Ministerium für Bauwesen).
- Ministerien und andere zentrale staatliche Organe mit sogenannten Querschnittsaufgaben, in der DDR teilweise auch als Funktionalorgane oder „wirtschaftsfunktional leitende Staatsorgane" bezeichnet (z. B. Ministerium der Finanzen, Ministerium für Wissenschaft und Technik).
- Zentrale staatliche Instanzen mit Leitungs- und Kontrollfunktionen für einen bestimmten Bereich (z. B. Amt für Preise, Amt für Standardisierung, Meß- und Warenprüfung).

Den Industrieministerien unterstehen 129 zentralgeleitete Kombinate, den Ministerien anderer Wirtschaftsbereiche (u. a. Bau- und Verkehrswesen, Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft) weitere 44 zentralgeleitete Kombinate. Im Jahre 1985 gab es in der DDR 173 zentralgeleitete Kombinate. Gemessen an 129 zentral- und 95 bezirksgeleiteten Kombinaten der Industrie insgesamt beträgt für die bezirksgeleiteten Industrie-Kombinate der Anteil an der Beschäftigtenzahl knapp 7 vH und an der Produktion (industrielle Warenproduktion) rund 4,7 vH. Der Anteil ist also im Vergleich zum zentralgeleiteten Wirtschaftsbereich relativ klein[6].

Bei der Leitung der örtlich- oder bezirksgeleiteten Wirtschaft ist grundsätzlich eine doppelte Unterstellung zu unterscheiden. Die örtlichen Wirtschaftseinheiten sind einmal dem örtlichen Rat (z. B. Rat des Bezirkes oder Kreises), zum anderen den zuständigen „Fachorganen", z. B. dem Bezirkswirtschaftsrat als dem „wirtschaftsleitenden Organ des Rates des Bezirkes" und darüber hinaus vielfach auch einem zustän-

Schaubild 7

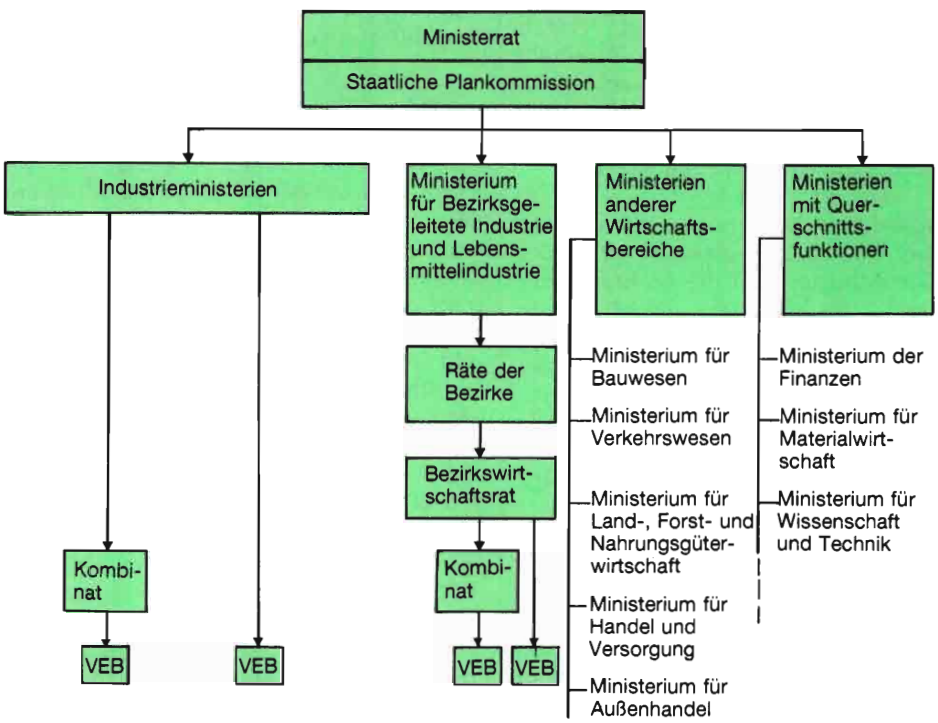
Vereinfachte Leitungsstruktur der Volkswirtschaft der DDR



Friedrich u. a. 1983

Schaubild 8

Leitungsprinzip der Volkswirtschaft der DDR



Autorenkollektiv 1986, 34.

digen Fachministerium, insbesondere dem Ministerium für bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie, unterstellt (vgl. Schaubild 8).

Alle zentralen staatlichen Organe der Wirtschaftsleitung sind Haushaltsorganisationen, sie werden aus dem Staatshaushalt finanziert. Dagegen gilt für alle wirtschaftenden Einheiten das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung (vgl. VI.4.2.). Es bedeutet vereinfacht den Status einer juristischen Person in Verbindung mit einer relativen ökonomischen Eigenständigkeit einer Wirtschaftseinheit, deren wirtschaftliche Tätigkeit dem Zwang der Gewinnerwirtschaftung und der grundsätzlichen Selbstfinanzierung im Rahmen des Plans unterliegt.

Die spezielle Leitungsstruktur des Wirtschaftssystems der DDR läßt ganz überwiegend keine oder nur sehr bedingte Vergleichsmöglichkeiten mit Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland zu.

2.2.2. Die zentrale staatliche Leitung

Der Ministerrat und die Staatliche Plankommission

Der Ministerrat steht als Regierung der DDR an der Spitze des gesamten Staatsapparates. Ihm obliegt die Leitung aller gesellschaftlichen Bereiche, hauptsächlich aber die Leitung und Planung der Volkswirtschaft[7]. Laut Verfassung der DDR gilt er als Exekutivorgan der Volkskammer, faktisch besitzt er nach dem Politbüro und dem Sekretariat der SED die höchste Machtposition. Nach mehreren Veränderungen seit 1954 gilt gegenwärtig das Gesetz über den Ministerrat der DDR aus dem Jahre 1972[8]. Hinweise von SED-Generalsekretär Honecker auf dem XI. Parteitag der SED lassen eine Stärkung der Macht des Ministerrates[9] erkennen. Als oberste Planungs- und Verwaltungsinstanz kontrolliert und koordiniert er innerhalb der Leitungshierarchie die Arbeiten aller nachgeordneten Ministerien, Ämter und anderer Institutionen sowie der Kombinate und Bezirke der DDR mit den regionalen Staatsorganen, den örtlichen Räten.

Der Ministerrat besteht aus Ministerien und anderen zentralen staatlichen Leitungsinstanzen („Organe des Ministerrates"). Die Minister und die Mehrzahl der Leiter zentraler staatlicher Instanzen sind Mitglieder des Ministerrates. Sie bilden aus ihrer Mitte ein Präsidium des Ministerrates, das in erster Linie die operative Arbeit des Wirtschafts- und Verwaltungsapparates organisiert (vgl. Schaubild 9). Einige zentrale Instanzen, deren Leiter dem Ministerrat nicht als Mitglieder angehören, sind dem Ministerrat unterstellt.

Der Ministerrat erläßt Rechtsnormen und Beschlüsse mit gesetzlicher Wirkung. In Verbindung mit der Staatlichen Plankommission soll er wichtige wirtschafts- und strukturpolitische Ziele erarbeiten, bestätigt die volkswirtschaftliche Planung und die Staatsbilanzen und soll die Zusammenarbeit mit den anderen RGW-Ländern im Rahmen der „Sozialistischen ökonomischen Integration" gewährleisten (vgl. IX).

Zentrale Planungsinstanz der DDR ist die Staatliche Plankommission (SPK)[10]. Ihr unterstehen Bezirks-, Kreis- und Stadtplankommissionen. Als Organ des Ministerrates wird sie seit den 60er Jahren als der „ökonomische Generalstab" bezeichnet. Für die Wirtschaftspraxis ist sie jedoch weit mehr als nur eine Stabstelle. Laut Statut ist „die Staatliche Plankommission als Organ des Ministerrates für die gesamtstaatliche Planung der Entwicklung der Volkswirtschaft und die Kontrolle der Durchführung der Pläne verantwortlich . . .". Ihr obliegt sowohl die Umsetzung der von der Partei- und Staatsführung getroffenen Planentscheidungen als auch die Erarbeitung grundlegender Regelungen des Planungsrechts.

Die SPK leitet und koordiniert den gesamten mehrphasigen Planungsprozeß zwischen den zentralen Leitungsorganen und der Ebene der Kombinate, Betriebe sowie anderen wirtschaftenden Einheiten. Hierzu verfügt sie über ein umfangreiches Instrumentarium (vgl. V.3.4.). Das 1966 gegründete „Ökonomische Forschungsinstitut" bei der SPK untersucht grundlegende Fragen der ökonomischen und sozialen Entwicklung in der DDR. Der SPK unterstehen bedeutsame, mit umfangreichen Eingriffsrechten ausgestattete Kontrollorgane, so insbesondere die „Zentrale Staatliche Inspektion für Investitionen" und die „Staatliche Bilanzinspektion".

Grundsätzlich besitzen alle Leitungsorgane der Volkswirtschaft in der DDR bestimmte Planungsfunktionen, entweder, wie aus den Schaubildern ersichtlich, gegenüber unterstellten Wirtschaftseinheiten oder für den jeweiligen Bereich oberster Wirtschaftsbehörden. Zu nennen sind hierzu vor allem die Ministerien für Außenhandel, für Finanzen, für Materialwirtschaft sowie für Wissenschaft und Technik; ferner gehören dazu die Staatsbank, das Amt für Preise, das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung sowie die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik.

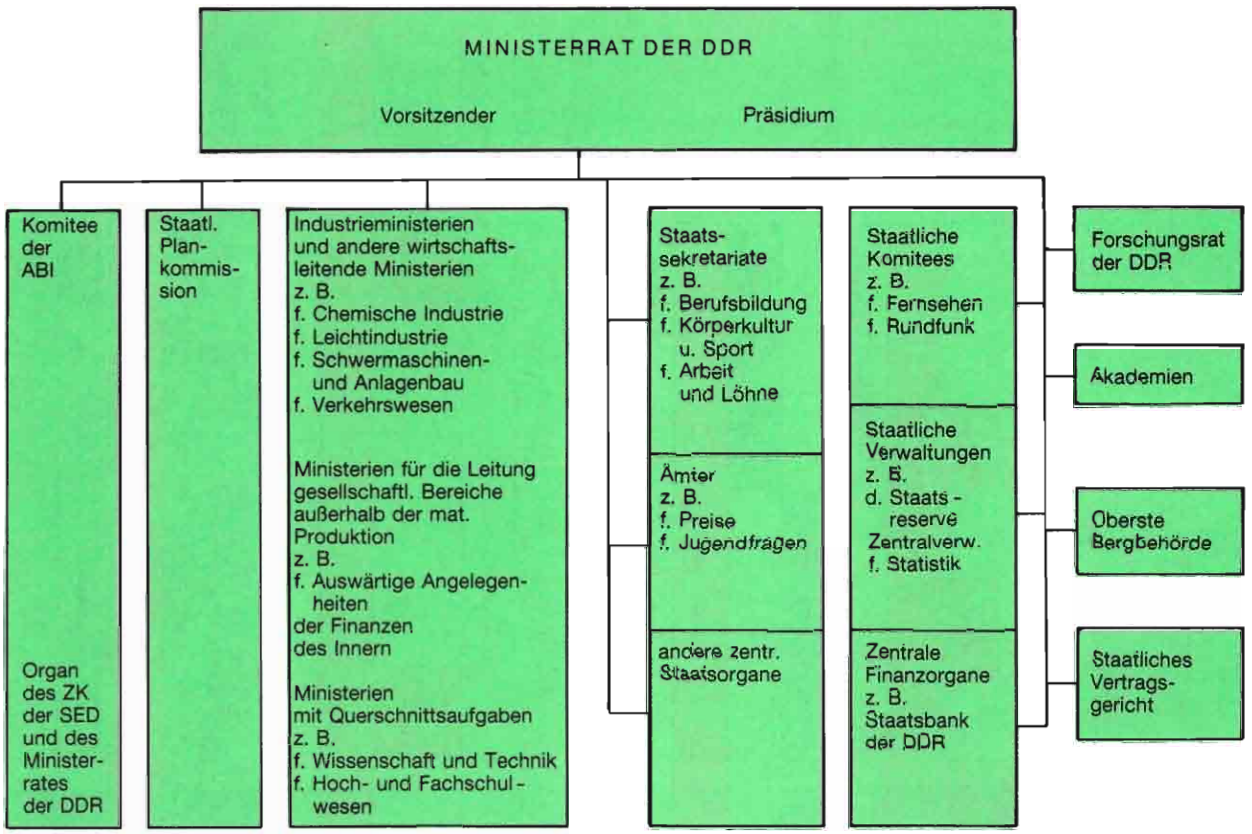
Die Wirtschaftsführung und die Wirtschaftsverwaltung

Die Wirtschaftsleitung der Industrie war seit dem Ende der vierziger Jahre bis zur Mitte der 60er Jahre häufiger umorganisiert worden. Das Ausmaß der damit verbundenen Veränderungen, vor allem der Leitungs- und Planungskompetenzen auf der mittleren Leitungsebene der Wirtschaftseinheiten, ist aus der nachfolgenden „synoptischen Übersicht" (Schaubild 10) ersichtlich, die aus der DDR-Literatur entnommen wurde. Ihre Autoren haben allerdings einige gravierende Brüche im Ablauf geglättet. Die Gesamtentwicklung von der Errichtung eines globalen Industrieministeriums 1948, bis zum gegenwärtigen Stand von 11 Industrieministerien seit Mitte der 70er Jahre, war infolge mehrmaliger Experimente am Wirtschaftssystem durch mehrfache Instabilität der Leitungsstrukturen gekennzeichnet.

Die Industrieministerien tragen als staatliche Leitungsorgane die Verantwortung für die gesamte Wirtschaftsentwicklung in den von ihnen geleiteten Industriezweigen. Sie werden vom Minister nach dem

Schaubild 9

Der Ministerrat der DDR und die Arten seiner zentralen Organe



ABI: Arbeiter- und Bauern-Inspektion.

Quelle: Autorenkollektiv 1984, 315.

Prinzip der Einzelleitung (vgl. 2.1.) und damit der persönlichen Verantwortung gegenüber dem Ministerrat geleitet. Den Industrieministerien obliegt Anleitung und Kontrolle der ihnen unterstellten Kombinate, Betriebe oder der in der DDR mit dem Sammelbegriff „Einrichtungen" charakterisierten unterschiedlichen Instanzen und Institutionen (z. B. im Forschungsbereich). Die Leitungsfunktion der Industrieministerien wurde im Verhältnis zu den Funktionen der ihnen unterstellten zentralgeleiteten Kombinate in den letzten Jahren nachdrücklich aufgewertet. Honecker betonte auf dem XI. Parteitag der SED 1986 die bedeutsame gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Minister für die Leistungsentwicklung der Kombinate[11].

Für die wirtschaftsleitenden Ministerien anderer Wirtschaftsbereiche der DDR, wie Bauwesen, Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, Verkehrswesen sowie Handel und Versorgung gelten im wesentlichen vergleichbare Leitungsprinzipien wie für die Industrieministerien. Unterschiede bestehen in erster Linie in einer zumeist komplizierteren Struktur. Ihr Verantwortungsbereich umfaßt fachlich sowohl in zentraler als auch in regionaler Leitung geführte Wirtschaftseinheiten und andere Institutionen (z. B. Ministerium für Bauwesen: Zentralgeleitete Baukombinate, die auch anderen Ministerien unterstehen, oder Kreisbauämter unter örtlicher und fachlicher Leitung).

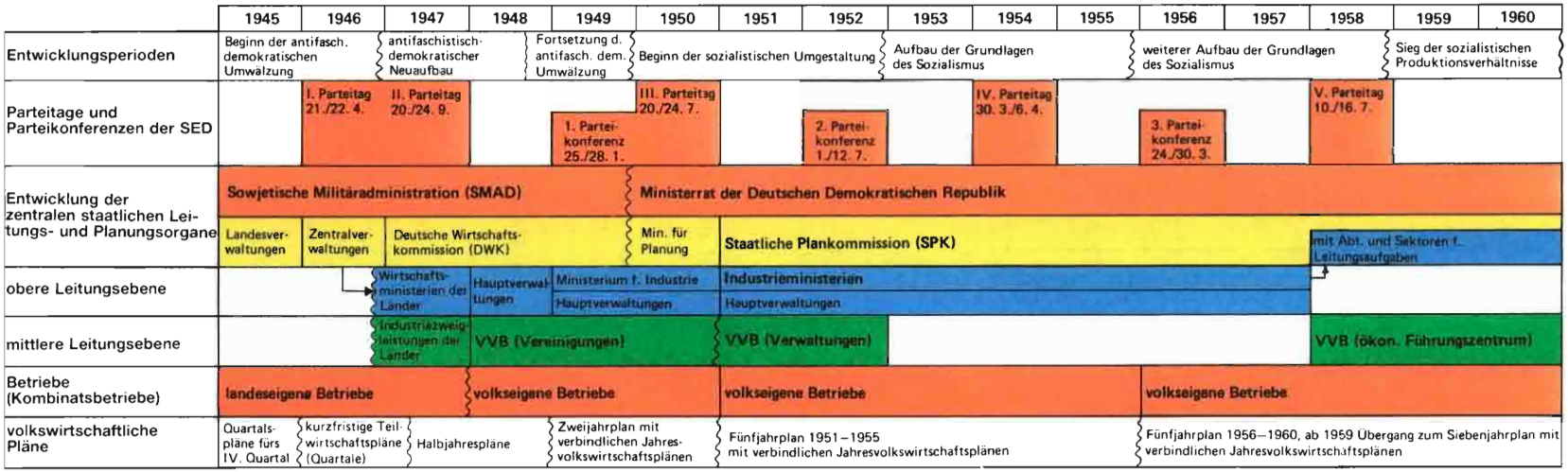
Eine weitere wichtige Gruppe in der Wirtschaftsleitung bilden die Ministerien und andere zentrale staatliche Organe mit Querschnittsaufgaben oder Funktionalaufgaben[12]. Hierzu zählen neben der oben bereits erwähnten Staatlichen Plankommission insbesondere die Ministerien für Wissenschaft und Technik, für Materialwirtschaft, für Finanzen, für Justiz, für Umweltschutz und Wasserwirtschaft. Außerdem gehören hierzu eine Reihe wichtiger Ämter und Staatssekretariate sowie spezielle staatliche Einrichtungen.

Für die Mehrzahl der zentralen staatlichen Organe der Wirtschaftsführung der DDR existieren in der Bundesrepublik keine vergleichbaren Instanzen, was nachfolgend beispielhaft gezeigt werden soll.

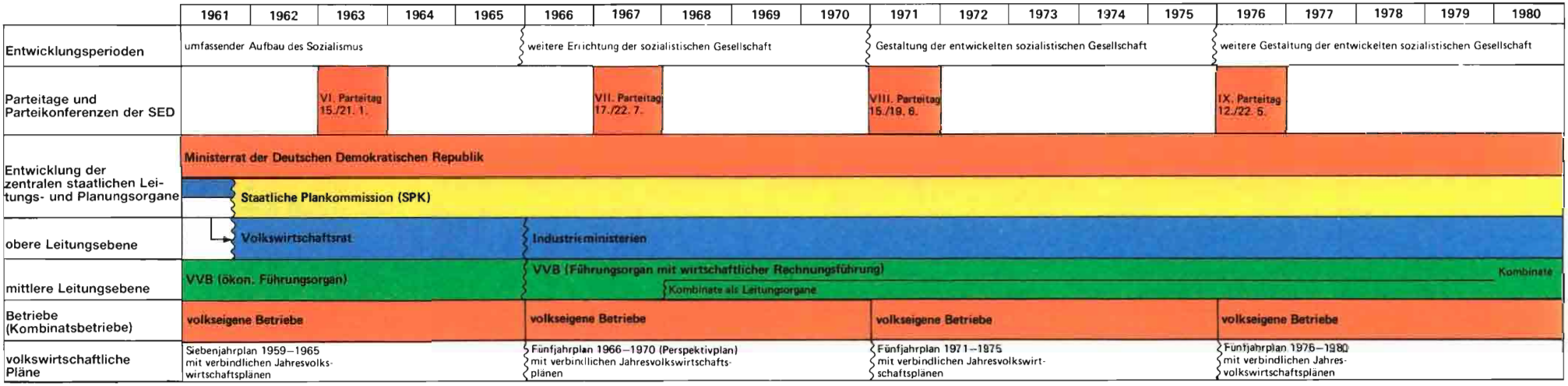
Mit Wirkung vom 1. 1. 1984 erhielt das Staatliche Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung (ASMW) ein neues mit umfassenden zusätzlichen Kompetenzen für neue Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der Volkswirtschaft verbundenes Statut[13]. Durch diese Aufwertung erhält das

Schaubild 10

Synoptische Übersicht über die Entwicklung einiger grundlegender Elemente der Leitung und Planung der zentralgeleiteten Industrie von 1945—1980.



Synoptische Übersicht über die Entwicklung einiger grundlegender Elemente der Leitung und Planung der zentral geleiteten Industrie von 1961—1980



Quelle: H. H. Kinze, H. Knop, L. Seifert (Hrsg.): Sozialistische Volkswirtschaft. Hochschullehrbuch, Berlin

ASMW den Rang eines zentralen Amtes, ähnlich einer Staatlichen Plankommission für Technik und Qualität[14].

Das „Amt für Preise" ist die entscheidende Preisbehörde der DDR, u. a. verantwortlich für die Erarbeitung der Grundsätze der staatlichen Preispolitik, für die Preisdisziplin in der Volkswirtschaft und die Durchsetzung von Preisbeschlüssen des Ministerrates[15]. Abgesehen von besonderen, dem Ministerrat vorbehaltenen Fällen, ist das Amt für Preise prinzipiell für Preisfestsetzungen zuständig; dezentrale Preisfestsetzungen, delegiert an Ministerien und Kombinate, erfolgen im Auftrag und mit Zustimmung des Amtes für Preise (vgl. Kap. V.5.). Gleichzeitig fungiert es als „zentrales staatliches Kontrollorgan" für Preise und Kosten.

Das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne hat ein umfangreiches Aufgabengebiet, so u. a. die Durchsetzung der Ministerratsbeschlüsse zur Lohn- und Tarifpolitik, die Ausarbeitung tarifvertraglicher Festlegungen und die Erschließung von Arbeitskräftereserven in Zusammenarbeit mit dem FDGB (vgl. Kap. X.) und der Einführung von rationellen Arbeitsverfahren.

In dem sehr engmaschig geknüpften Netz spezieller staatlicher Kontrollinstanzen (grundsätzlich erfüllen alle staatlichen Organe neben Leitung und Planung auch Kontrollfunktionen) sind neben wichtigen staatlichen Instanzen (z. B. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Staatliche Finanzrevision) vor allem das globale gesellschaftliche Kontrollorgan der DDR, die Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) zu nennen (zur Kontrolle vgl. V.4.5.).

Neben den staatlichen Kontrollinstanzen steht das dichte Netz des gesellschaftlichen Kontrollgefüges völlig im Dienst der Durchsetzung staatlicher Interessen. Besonders in den wirtschaftenden Einheiten spielen die SED und der anderen gesellschaftlichen Organisationen in der Wirtschaftspraxis sowohl für die ökonomischen Leitungsinstanzen als auch als Kontrollorgane eine wichtige Rolle (SED-Parteisekretäre in Betrieben, Rat der Parteisekretäre in Kombinaten sowie analoge Organisationsformen der DDR-Gewerkschaft und des Jugendverbandes FDJ) für die Wirtschaftspraxis. In einer Reihe von Fällen eröffnet allerdings ein von Partei- und Staatsführung nicht beabsichtigtes Zusammenwirken ökonomischer und gesellschaftlicher Kontrollinstanzen im Kombinat oder Betrieb Möglichkeiten zur Manipulation staatlicher Zielsetzungen zugunsten vorteilhafter Planerfüllung in den wirtschaftenden Einheiten. Hierzu zählt beispielsweise die Praxis einer nicht systemkonformen Übereinkunft zwischen sich offiziell gegenseitig kontrollierenden Instanzen (z. B. zwischen Hauptbuchhalter, Parteisekretär und Betriebsdirektor).

Der Bereich der örtlichgeleiteten Wirtschaft (Territorialprinzip der Leitung) mit den örtlichen Räten als Leitungsinstanzen[16] ist neben dem Bereich der über die Ministerien zentralgeleiteten Wirtschaft die wesentliche zweite wirtschaftsleitende Ebene in der Leitungshierarchie.

Den örtlichen Räten unterstehen „Fachorgane"[17], so insbesondere der Wirtschaftsrat (beispielsweise eines Bezirkes oder eines Kreises), der u. a. zuständig ist für die Leitung, Planung und Kontrolle der regionalen Wirtschaftsentwicklung, besonders hinsichtlich der Arbeitskräfte und der Infrastruktur. Zu den ihnen unterstellten Wirtschaftseinheiten gehören insbesondere örtlich geleitete Kombinate und Betriebe der Industrie, des Bauwesens, der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, des Nahverkehrs, des Handels, der Dienstleistungen und der kommunalen Versorgung. Erhebliche Probleme bestehen in der Zusammenarbeit der regionalen Leitungshierarchie und der zentralgeleiteten Wirtschaftseinheiten im jeweiligen Bereich. Im Interesse einer besseren regionalen Wirtschaftsentwicklung sollen die örtlichen Räte zukünftig eine Reihe von Funktionen und Kompetenzen gegenüber der zentralgeleiteten Wirtschaft verstärkt geltend machen. Die Interessen der beiden Leitungsebenen kollidierten bereits häufig in der Vergangenheit, wobei von der Wirtschaftsführung die zentralgeleitete Wirtschaft eindeutig bevorzugt wurde. Die faktische Wirtschaftsmacht großer Kombinate (vgl. Kap. VI.4.) hat diese Situation seit Beginn der 80er Jahre zu Lasten des regionalen Bereichs verschärft.

2.3. Wirtschaftende Einheiten mit staatlichen Leitungsfunktionen

Kurt Erdmann

Die staatlichen Leitungsfunktionen von Kombinaten und vergleichbaren Instanzen (z. B. im Handel) sind vor dem Hintergrund der dargestellten Grundzüge der Leitungshierarchie unter verschiedenen Aspekten zu sehen: Einmal gemäß den geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der DDR, zum anderen unter den nicht immer damit übereinstimmenden Bedingungen der Wirtschaftspraxis.

Nach der Kombinatsverordnung von 1979[18] gilt das Kombinat als die grundlegende Wirtschaftseinheit im Wirtschaftssystem (vgl. Kap. VI.4.). Allerdings erfordert die gesamtwirtschaftliche Aufgabenstellung des Kombinats eine laut Kombinatsverordnung durch Organisationsregelungen festzulegende Einordnung sowie weisungsgebundene Unterstellung der Kombinatsbetriebe und damit eine Einschränkung ihrer Selbständigkeit und ökonomische Eingliederung in das Kombinat.

Mit Blick auf seine vorrangigen Wirtschaftsfunktionen zählt nach Auffassung maßgeblicher Wirtschaftsjuristen der DDR das Kombinat nicht zum Kreis der „wirtschaftsleitenden Staatsorgane", sondern zu den „wirtschaftsleitenden Organen" der zweiten Leitungsebene[19]. Der Kombinatsleiter erhält jedoch unter Hinweis auf seine größere Sachkenntnis staatliche Leitungsfunktionen delegiert, z. B. die Ausarbeitung von Energie-, Material- und Erzeugnisbilanzen (vgl. V.3.4.) oder — unter bestimmten Voraussetzungen — die Berechtigung zu dezentralen Preisfestsetzungen. Er ist in einer problematischen Doppelfunktion sowohl staatlicher Funktionär als auch zugleich Manager. Wie auf dem XI. Parteitag der SED 1986 zu hören war, hat die SED gegenwärtig nicht die Absicht,

die Funktionen der Kombinatsdirektoren zu Lasten von Leitungsfunktionen des Staatsapparates auszuweiten. Eher ist die gegenteilige Tendenz einer stärkeren Zentralisierung staatlicher Leitungsfunktionen in der Spitze des zentralen Staatsapparates erkennbar. Es ist eine offene Frage, ob damit dem Phänomen der faktischen Wirtschaftsmacht der Kombinate und ihren Konflikten mit der staatlichen Leitungshierarchie entgegengewirkt werden soll.

Fußnoten

[1] Friedrich u. a. 1979, S. 25
[2] Kinze u. a. (Hrsg.) 1982, S. 42
[3] Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus 1983, S. 560 u. 561; Ökonomisches Lexikon H-P 1979, S. 402.
[4] Gesetz über den Ministerrat der DDR. GBl. I 1972, Nr. 16, S. 253—256
[5] Autorenkollektiv (Ltg. Heuer) 1985 S. 71/72
[6] Statistisches Taschenbuch der DDR 1986, S. 29
[7] Mampel 1982, S. 1060
[8] Gesetz über den Ministerrat der DDR. GBl. I 1972, Nr. 16, S. 253
[9] Honecker 1986, S. 6
[10] Statut der Staatlichen Plankommission. GBl. I 1973, S. 417 bis 420
[11] Honecker 1986, S. 6
[12] Mampel 1982, S. 1104
[13] Statut des Staatlichen Amts für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung. GBl. I 1985, Nr. 37, S. 417—420
[14] Thalheim u. a. 1984, S. 37
[15] Autorenkollektiv (Ltg. Heuer) 1985, S. 362
[16] „Der örtliche Rat ist das Zentrum der wirtschaftsleitenden Tätigkeit des sozialistischen Staates im Territorium" (Autorenkollektiv Ltg. Heuer 1985, S. 73)
[17] Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR. GBl. I, Nr. 18, S. 217
[18] GBl I 1979, Nr. 38, S. 355ff.
[19] Autorenkollektiv (Ltg. Heuer) 1985, S. 114—122

Literatur

Autorenkollektiv: Sozialistische Betriebswirtschaft. Industrie. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1986.

Autorenkollektiv (Ltg. Heuer U. J.): Wirtschaftsrecht. Lehrbuch. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1985.

Friedrich G., Richter H., Stein H., Wittich G. (Hrsg.): Leitung der sozialistischen Wirtschaft. Einführung. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 2. überarb. Aufl. 1979.

Honecker E.: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED. Neues Deutschland vom 18. 4. 1986.

Kinze H.-H., Knop H., Seifert E. (Hrsg.): Sozialistische Volkswirtschaft. Hochschullehrbuch. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1983.

Kinze H.-H., Knop H., Seifert E. (Hrsg.): Volkswirtschaftsplanung. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1982.

Mampel S.: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar. Frankfurt/M. Alfred Metzner Verlag. 2. Aufl. 1982.

Ökonomisches Lexikon H-P: Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 3. neu bearb. Aufl. 1979.

Statistisches Taschenbuch der DDR 1986. Hrsgg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1986.

Thalheim K. C., Erdmann K., Haendcke-Hoppe M., Homann W., Krakat K.: Gegenwärtige Reformansätze im Wirtschaftssystem der DDR — Renaissance des „Neuen Ökonomischen Systems"?. FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. Heft 1/1984.

Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus: Berlin (Ost). Dietz Verlag. 5. überarb. und erg. Aufl. 1983.

3. Informationsgewinnung, Planausarbeitung und Plankoordination

Kurt Erdmann, Klaus Krakat, Christian Meyer

Inhalt Seite

3.1. Gewinnung und Setzung der Planziele 119
3.1.1. Ausarbeitung der Planziele 119
3.1.2. Grundlagen der Informationsgewinnung 120
3.2. Arten der Pläne 120
3.2.1. Materielle und finanzielle Planung 121
3.2.2. Zeiträume der Planung 121
3.2.3. Prognosen 121
3.2.4. Langfristige Planung 121
3.2.5. Fünfjahrplanung und Jahresplanung 122
3.2.6. Zentrale staatliche Quartals-, Monats- und Dekadenplanung ... 123
3.3. Planausarbeitung und Plankoordinierung 123

Seite

3.3.1. Grundzüge ... 123

3.3.2. Schwerpunkte der Planmethodik ... 124

3.3.3. Ausarbeitung und Abstimmung der staatliche Planentwürfe ... 125

3.3.4. Der verbindliche Plan ... 127

3.4. Instrumente der Planung und der Informationsgewinnung ... 127

3.4.1. Vorbemerkung ... 127

3.4.2. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als zentrales Planungsinstrument ... 128

3.4.3. Rechnungsführung und Statistik: Datenerfassungsgrundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ... 129

3.4.4. Das Bilanzierungssystem ... 131

3.4.5. Kennziffern, Normative und Nomenklaturen ... 133

3.4.6. Problembereiche des volkswirtschaftlichen Bilanzierungssystems ... 134

3.4.7. Informationsverarbeitung und Informationsübermittlung ... 135

3.1. Gewinnung und Setzung der Planziele

Kurt Erdmann

3.1.1. Ausarbeitung der Planziele

In der Praxis der zentralen staatlichen Planung der DDR wird die Rangfolge aller grundlegenden Planziele durch die Führungsspitze der SED unter Mitwirkung des Ministerrates der DDR festgelegt. Der XI. Parteitag der SED im April 1986 bestätigte nachdrücklich die führende Planungsmacht der SED im Zusammenwirken von „Partei und Regierung der DDR“ [1]. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit der Staatlichen Plankommission.

Es werden nicht nur langfristige Ziele festgelegt, sondern gleichermaßen taktische Entscheidungen über Korrektur und Anpassung an veränderte Ziel-Mittel-Relationen oder über die Verfahrensweisen zur Zielrealisierung gefällt. Nicht zuletzt geht es auch darum, die Interessen der Wirtschaftsführung gegenüber den häufig divergierenden Interessen der Wirtschaftseinheiten durchzusetzen. Als richtungsweisende wirtschaftspolitische Leitlinie für die Planziele hat die SED auf dem XI. Parteitag neben der Fünfjahrplandirektive ihre „ökonomische Strategie zur Entwicklung der Volkswirtschaft mit dem Blick auf das Jahr 2000“ vorgelegt, die an Intensivierungsziele des letzten Jahrzehnts anknüpft [2].

Der im Detail komplizierte Abstimmungsprozeß zur Zielfindung vollzieht sich in mehreren Planungsphasen (vgl. V.3.3.). Ein allgemeiner Planansatz wird zuerst auf der obersten Ebene der Wirtschaftsführung unter Berücksichtigung aller Planinformationen für die Abstimmung der wichtigsten quantitativen und qualitativen Ziele mit dem verfügbaren Wirtschaftspotential erarbeitet, und zwar in quantitativer Hinsicht u. a. für Wirtschaftswachstum, Bedarfsdeckung der Bevölkerung, Investitionen, Export und Import, Rüstung sowie in qualitativer Hinsicht u. a. für Material- und Energieeinsparung, Erzeugnisqualität, Innovationsbeschleunigung.

Durch Planinformationen (vgl. V.3.1.2.), statistische Berichterstattung sowie die von Ministerien und Kombinaten zu erarbeitenden Konzeptionen einer eigenen lang- und mittelfristigen Planung tragen die Wirtschaftseinheiten zur Zielfindung bei.

In einem durch die jeweilige Planungsordnung methodisch verbindlich geregelten „Prozeß der Planausarbeitung“ [3] bekommen die Wirtschaftseinheiten zuerst von „oben“ staatliche Planziele vorgegeben, um einen detaillierten Planentwurf nach Maßgabe des eigenen Potentials zu erstellen. Erst nach Zusammenfassung aller Planentwürfe erläßt die Wirtschaftsführung verbindliche Planauflagen für den Planzeitraum. Insbesondere im Rahmen der Ausarbeitung eines Planentwurfs für den Jahresplan soll die „Mitwirkung“ der Belegschaft erhebliche Bedeutung haben. Verbindlich vorgegeben ist eine „Plandiskussion“ oder „Planberatung“; sie dient der Erhöhung und Verbesserung der gestellten Aufgaben. Dagegen obliegen wesentlich längerfristige Aufgaben prinzipiell der obersten Wirtschaftsführung mit Unterstützung durch Ministerien und Kombinate.

Die „Direktive“, die auf Parteitagen der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft erlassen wird, enthält grundlegende Ziele für eine Fünfjahrplanperiode. Sie bilden die Ausgangsbasis für ein späteres Gesetz über den Fünfjahrplan. Das Fünfjahrplangesetz soll prinzipiell die Grundlage für die jährlichen Volkswirtschafts- und Staatshaushaltspläne bilden. Für die Fünfjahrplanperiode werden umfangreiche Bestimmungen in Form einer „Ordnung der Planung der Volkswirtschaft“ und einer „Rahmenrichtlinie“ mit gesetzlich verbindlicher Wirkung für die jährliche Planung in Kombinaten und

Betrieben erlassen (vgl. V.3.3.2.); bezweckt wird damit die bestmögliche Koordinierung aller Planziele. Die Fünfjahrplanaufgaben und die jährlichen Volkswirtschaftspläne können durch Beschlüsse des Politbüros der SED sowie des Ministerrates der DDR ergänzt und korrigiert werden. Solche Abweichungen von ursprünglichen Zielen werden jedoch fast nie publiziert. Erfahrungsgemäß finden in der Fünfjahrplanperiode außerdem eine Vielzahl methodischer Veränderungen (z. T. im Gesetzblatt veröffentlicht) statt; in der Vergangenheit wurde dadurch zumeist eine Kontinuität des Planverlaufs beeinträchtigt.

3.1.2. Grundlagen der Informationsgewinnung

Grundlegende Voraussetzung für Zielsetzungen und Planentscheidungen ist eine hinreichende Informationsgrundlage, bestehend aus:

- Informationen über die aktuelle Wirtschaftssituation
- Ergebnissen und Erfahrungen früherer Planzeiträume
- Erwartungen, Schätzungen und Berechnungen über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere über das im Planzeitraum verfügbare Potential, über RGW-Verpflichtungen und Ziele der längerfristigen Planung.

In den Anfängen der zentralen staatlichen Planung in der DDR beschränkte sich die Festlegung wirtschaftspolitischer Entwicklungslinien weitgehend auf einen Kompromiß zwischen einer erfahrungsbezogenen prozentualen Fortschreibung des Wirtschaftswachstums („Planung auf Berichtbasis") und den politischen Zielsetzungen der SED. Mit den Reformversuchen der 60er Jahre verstärkte sich der Anspruch, durch ein umfassendes System der Informationsgewinnung eine besser fundierte Planung zu erhalten. (vgl. V.3.4.7.). Nach Einschätzung aus der Staatlichen Planungskommission war die „vorhandene Informationsbasis" im Jahre 1970 noch „unzureichend" [4]. Inzwischen ist der Umfang der statistischen Informationen für die Planung gewachsen; die Verfahren und Methoden zur Planabrechnung wurden verbessert und das Kontrollnetz der Wirtschaftsführung wurde verdichtet.

Neuere Entwicklungen im Wirtschaftssystem führten jedoch zu erschwerten Bedingungen für die Informationsgewinnung. Hierzu zählt vor allem der Übergang vom extensiven zum intensiven Wirtschaftswachstum (vgl. II.2.6.) Ein zunehmender Bedarf an substantiellen Informationen als Folge wesentlich komplexerer Wirtschaftsabläufe, eine steigende Informationsflut (in der DDR wird für „1986 bis 1990 mit einem jährlichen Informationszuwachs von 10—15 vH gerechnet") [5] von zweifelhaftem Planungswert sowie eine ungenügende Informationsselektion sind wichtige Ursachen für eine unzureichende Fähigkeit von Planzentrale und Kombinatsführung, das Informationsproblem zu lösen. Zusätzliche Unsicherheiten für die Planung resultieren aus rasch wechselnden außenwirtschaftlichen Bedingungen.

Zur Vorbereitung der Planentscheidungen bedient sich die DDR heute zunehmend auch moderner mathematischer Methoden. Die Bemühungen um den Einsatz volkswirtschaftlicher Teilverflechtungsbilanzen (als Methode einer vereinfachten mathematischen Darstellung der Beziehungen zwischen verschiedenen Produktionsfaktoren und der Berechnung der Auswirkungen bei Veränderungen) haben zugenommen. Die daraus resultierenden Fortschritte in der Planausarbeitung sind schwer abschätzbar.

Zu den wichtigsten verbindlich vorgegebenen Elementen des bestehenden Informationssystems gehören „komplexe ökonomische Planinformationen" und eine große Zahl „statistischer Berichtsinformationen", deren Umfang mit der Planungsordnung vorgegeben wird [6]. Für Wirtschaftseinheiten und staatliche Organe sind diese Informationen über den Stand von Planung und Planvollzug Bestandteil des generellen Kennziffernsystems der Planung. Die „komplexe ökonomische Planinformation" ist neben den vorgegebenen staatlichen Plankennziffern [7] Bestandteil aller einzureichenden Planentwürfe zum Fünfjahrplan und zu den Jahresplänen.

Grundlage ist ein umfangreicher Katalog mit über 400 generellen und spezifischen Kennziffern der Planungsinformation, mit dem die jeweiligen Bereiche über den gesamten Produktionsprozeß Auskunft geben sollen [8].

Die Ermittlung zukünftiger Proportionen zwischen Wirtschaftsbereichen, Industriezweigen und Regionen sowie planbare Aussagen über Schlüsselfaktoren des technischen Fortschritts sind wichtige Planungsinformationen. Hinweise auf eine teilweise noch unbefriedigende Qualität von Informationen und Analysen, beispielsweise für die Aufgaben der Kostensenkung [9] oder für den Leistungsvergleich [10], verdeutlichen bestehende Schwierigkeiten.

Im Interesse einer verbesserten Planung wurde in den letzten Jahren auf der Ebenen der Kombinate die Informationsbeschaffung und Planung für längere Zeiträume intensiviert. Die Kombinate sind daher seit Beginn der 80er Jahre im verstärkten Maße gehalten, durch spezifische Entwicklungskonzeptionen ihren Beitrag zur staatlichen langfristigen Planung selbständig zu verbessern. Derartige Beiträge werden „als strategische Führungsinstrumente der Minister und Generaldirektoren" [11] von allen Wirtschaftszweigen, Kombinaten und Betrieben verlangt, um Strukturveränderungen besser durchzusetzen und um aus den Branchen frühzeitige Warn- oder Korrektursignale speziell für den Außenwirtschaftsbereich zu erhalten. Bisher konnten viele Kombinate derartige Aufgaben nur unzureichend erfüllen.

3.2. Arten der Pläne

Über die Vielfalt der für das Wirtschaftssystem der DDR relevanten Pläne kann im folgenden nur eine grobe Skizze vermittelt werden.

3.2.1. Materielle und finanzielle Planung

Bei der Planung des Wirtschaftsgeschehens steht die Wirtschaftsführung der DDR vor der Aufgabe, ein System von Einzelplänen zu schaffen, mit dessen Hilfe die vielfältigen Wirkungszusammenhänge zwischen den ökonomischen Aktivitäten und Größen quantitativ erfaßt und dann entsprechend den staatlichen Zielvorstellungen geformt und gelenkt werden können. Für jede Plangröße eines Einzelplans bestehen in einem oder mehreren anderen Plänen Korrelate. Daher ist eine disproportionenfreie Abstimmung aller Plangrößen des gesamtwirtschaftlichen Plangefüges eine höchst komplizierte und schwierige Koordinierungsaufgabe. Sie wurde bisher trotz verschiedener Verbesserungsbemühungen in der bürokratischen Planungspraxis der DDR stets nur unzulänglich erfüllt. Dieses gilt insbesondere für eine reibungsfreie Abstimmung zwischen der materiellen (güterwirtschaftlichen) und der finanziellen Planung, deren unbefriedigende Verknüpfung Honecker auf dem XI. SED-Parteitag 1986 ausdrücklich kritisierte [12].

In einer Zentralplanwirtschaft, in der Geld als Tauschmittel und Recheneinheit (Wertmaßstab) dient, sind die finanzielle Planung und die Wertplanung unverzichtbare Ergänzungen zur güterwirtschaftlichen Planung der Wirtschaftsprozesse. Wertplanung bedeutet eine güterwirtschaftliche Planung auf der Basis von staatlich festgesetzten Preisen. Vor jeder neuen Wirtschaftsperiode müssen die Expansion des Güter- und Geldkreislaufes insgesamt und die Veränderungen der miteinander korrespondierenden Teilströme des Geld- und Güterkreislaufes aufeinander abgestimmt werden. Gelingt das nicht, ergeben sich daraus an anderer Stelle des zentralgeplanten Wirtschaftsprozesses Störungen bei der Erfüllung der Planziele.

Zu den Aufgaben der Finanzplanung gehört in der DDR vor allem die Planung der Einnahmen und der Ausgaben des Staatshaushaltes, der Kreditschöpfung und Kredittilgung, des Bargeldumlaufs, der Geldeinnahmen und Geldausgaben der Bevölkerung (Planung der kaufkräftigen Nachfrage in Abstimmung mit der Warenbereitstellung), der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Kombinate und Betriebe und die Planung und Abrechnung der Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland.

3.2.2. Zeiträume der Planung

Das verschiedene Zeiträume umfassende Plansystem bildet die Ausgangsbasis zur Gestaltung eines breitgefächerten Plangefüges der DDR-Volkswirtschaft. Unterschieden werden Prognosen für 20 und mehr Jahre, langfristige gesamtwirtschaftliche oder branchenspezifische Konzeptionen für 10 bis 15 Jahre, Fünfjahrespläne und Jahresvolkswirtschaftspläne, die außerdem in eine kurzfristige operative Quartals-, Monats- und Dekadenplanung aufgegliedert werden. Ein nach wie vor ungenügend gelöstes Kernproblem bildet die kontinuierliche Verbindung zwischen dem Prinzip relativ isoliert erarbeiteter Jahresvolkswirtschaftspläne und dem Fünfjahrplan. Bereits seit den Reformversuchen der 60er Jahre hat sich die DDR-Wirtschaftsführung intensiv mit dem Ausbau eines „nach Jahren untergliederten" Fünfjahrplanes befaßt.

3.2.3. Prognosen

Prognosen dienen zur Vorbereitung der längerfristigen Planung. Sie sollen als Grundlage für die von der Wirtschaftsführung der DDR erstellten längerfristigen Programme und Konzeptionen eine Vorschau auf wichtige ökonomische und technische Entwicklungsvarianten in einem Zeitraum von Jahrzehnten vermitteln. Die Grenzen zwischen Prognose und langfristiger Planung verlaufen fließend. Nach 1967 war die Wirtschaftsführung der DDR mit ihrem System der Prognostik vor allem infolge einer unzureichenden Methodik gescheitert. In den 80er Jahren soll ein inzwischen verändertes Prognosesystem eine wichtige „planvorbereitende Funktion" vermitteln [13].

Wenn man weiß, daß sich zahlreiche Prognosen in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik als irrig herausgestellt haben, so kann man sich die Schwierigkeiten vorstellen, für einen längeren Zeitraum sowohl ökonomisch als auch technisch realistische Perspektiven zu entwickeln und für einen praktikablen Planansatz in den Griff zu bekommen. Manche Risiken lassen sich vermindern, doch sind damit die Unsicherheiten der Zukunft nicht beseitigt. Prognoseirrtümer und daraus resultierende Fehlannahmen der zentralen Planung können tiefgreifende volkswirtschaftliche Nachteile haben.

3.2.4. Langfristige Planung

Auf der Ebene der zentralen staatlichen Planung konzentriert sich die Wirtschaftsführung der DDR derzeit auf „Schwerpunkte der langfristigen — konzeptionellen Vorbereitung des Fünfjahrplans" [14]. Die Erarbeitung stützt sich auf eine Anzahl von gesetzlich vorgeschriebenen, möglichst in Varianten zu erstellenden „langfristigen Konzeptionen und Programmen", z. B. zu „Schwerpunkten des wissenschaftlich-technischen Fortschritt" oder „territorialen Entwicklungskonzeptionen für die Bezirke" [15]. Mit Blick auf die hohe Außenwirtschaftsverflechtung und die politische Bindung der DDR im RGW (vgl. Kap. I) besitzt bereits in dieser Planungsphase die Abstimmung im Rahmen der „sozialistischen ökonomischen Integration" mit den Vorhaben der UdSSR und der anderen RGW-Ländern vorrangige Bedeutung.

Gleichzeitig sind die Ministerien und Kombinate auf ihrer Planungsebene verbindlich verpflichtet, in eigener Regie „Veredlungskonzeptionen" (zuvor: Entwicklungskonzeptionen) [16] im Vorfeld eines Fünfjahresplans auszuarbeiten. Veredlungskonzeptionen gelten als verbesserte strategische Führungsinstrumente (insbesondere zur Innovationsplanung) der Wirtschaftspolitik einer „umfassenden Intensivierung" [17] sowie ebenfalls als ein Bindeglied zwischen langfristiger Planung und Fünfjahrplan. Ein Kombinat erhält dazu eine besondere Nomenklatur von 42 Kennziffern als zentrale Vorgabe. Eine Veredlungs-

konzeption umfaßt sowohl entscheidende Leistungsziele der Ministerien und Kombinate als auch die zu ihrer Verwirklichung notwendige Lösung ökonomischer und technischer Aufgaben. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt in der Vorbereitung eines Fünfjahrplans soll das damit ermittelte Potential durch Vorverträge und Vorbilanzierung [18] in die Planung einbezogen werden. Die bestehenden Schwierigkeiten, generelle Erkenntnisse der längerfristigen Planung in Fünfjahrplanaufgaben umzusetzen, werden in der DDR nicht bestritten [19].

Eine Gegenüberstellung ausgewählter Merkmale von Prognosen, Konzeptionen und Plänen im nachfolgenden Schaubild 11 verdeutlicht das Grundprinzip planvorbereitender Funktionen von Prognosen oder Konzeptionen der längerfristigen Planung einerseits und der verbindlichen Zielstellungen sowie der dafür einzusetzenden Mittel im Fünfjahrplan und im Jahresvolkswirtschaftsplan andererseits.

3.2.5. Fünfjahrplanung und Jahresplanung

Der Bereich zentraler staatlicher Planung in der DDR umschließt zwei Phasen:

Erstens die mittelfristige Planung der Wirtschaftsentwicklung über einen Zyklus von 5 Jahren mit der Fest-

Schaubild 11

Gegenüberstellung der Merkmale von Prognosen, Konzeptionen und Plänen [1]

	Volkswirtschaftliche Prognosen	Langfristige Konzeptionen	Fünfjahrplan	Jahrespläne
Reichweite	20 bis 30 Jahre	10 bis 15 Jahre	5 Jahre	1 Jahr
Gültigkeitsdauer	unterschiedlich nach Prognosegegenstand	10 bis 15 Jahre	5 Jahre	1 Jahr
	ständige Prognosearbeit	periodische Präzisierung und Erweiterung des Zeithorizontes	Vorbereitung mit langfristigen Konzeptionen	präzisierter Abschnitt des Fünfjahrplanes
Verbindlichkeit	Arbeitsgrundlage	orientierende Festlegungen	Gesetz	Gesetz
Verantwortung	ausgewählte Staats- und Wirtschaftsorgane, ausgewählte Kombinate	ausgewählte Staats- und Wirtschaftsorgane, ausgewählte Kombinate und Betriebe	Staats- und alle Wirtschaftsorgane, alle Kombinate und Betriebe	Staats- und Wirtschaftsorgane, alle Kombinate und Betriebe
Gegenstand	ausgewählte Prozesse, ausgewählte wirtschaftliche Proportionen	Hauptrichtungen der Entwicklung, entscheidende volkswirtschaftliche Proportionen	alle Grundprozesse der volkswirtschaftlichen Entwicklung und volkswirtschaftlichen Proportionen	alle volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozesse und volkswirtschaftlichen Proportionen
Ergebnis	Varianten der möglichen volkswirtschaftlichen Entwicklung	volkswirtschaftliche Entwicklungsstrategien	Plan für 5 Jahre	Plan für 1 Jahr
Bilanzierung	grobe Bilanzierung	Vorbilanzierung	umfassende Bilanzierung	umfassende Bilanzierung
internationale Zusammenarbeit (RGW)	internationaler Erfahrungsaustausch; gemeinsame Ausarbeitung von Prognosen	internationale Koordinierung ausgewählter Konzeptionen; gemeinsame Arbeiten an abgestimmten Problemen	internationale Koordinierung in Vorbereitung und bei der Ausarbeitung der Pläne; Abschluß von Vereinbarungen und Abkommen	internationale Abstimmungen; Vereinbarungen und Abkommen

[1] Kinze, Knop, Seifert, 1983, S. 113.

legung der Ziele und Lösungsrichtungen für diesen Zeitraum.

Zweitens eine kurzfristige, an Hand der Aufgaben des Fünfjahrplans präzisierte jährliche („nach Jahren untergliederte") Volkswirtschaftsplanung[20] einschließlich einer vorgegebenen weiteren Aufschlüsselung von verbindlichen Planauflagen bis zur Dekadenplanung für die laufenden Wirtschaftsprozesse.

In beiden Fällen wird erstmals seit 1981 grundsätzlich nach Kombinaten geplant[21]. Abgesehen von Ministerrat und Staatlicher Plankommission sind die wesentlichen Instanzen für die Ausarbeitung von Fünfjahrplan und Jahresplänen die Ministerien und andere „zentrale Staatsorgane", die Kombinate, Räte der Bezirke und „Sozialistische Genossenschaften"[22], meistens selbst zugleich auch Gegenstand der Planung und nicht nur Planungsorgan.

Das Prinzip der Ausarbeitung eines Fünfjahrplanes unterscheidet sich vor allem im etwas gröberen Raster von der Aufstellung der Ziele des Jahresplans. Die methodisch genau geregelte Kennziffernnomenklatur der Planungsordnung 1986 bis 1990 umfaßt — nach vorheriger Planabstimmung zwischen Wirtschaftseinheiten und Zentrale — bei der verbindlich vorgegebenen „Staatlichen Planauflage" für die Fünfjahrplanziele der zentral geleiteten Kombinate nur rund 81 statt 156 Positionen bei den Zielen für den Jahresplan[23].

Ähnliches gilt für das Verfahren der materiellen Bilanzierung als „Gerüst des Planes". Dem Ziel, einen „nach Jahren untergliederten Fünfjahrplan" zu erhalten, dienen seit Mitte der 70er Jahre verschiedentlich veränderte methodische Regelungen, ohne daß bisher befriedigende Resultate erreicht werden konnten.

3.2.6. Zentrale staatliche Quartals-, Monats- und Dekadenplanung

Für Kombinate und Betriebe besteht eine grundsätzliche Pflicht zur Planaufschlüsselung des vorgegebenen Volkswirtschaftsplans auf Arbeitskollektive und Arbeitsplätze nach sachlichen und zeitlichen Aspekten innerhalb des Planjahres. Um eine möglichst kontinuierliche Planerfüllung durch einen reibungslosen Planprozeß zu gewährleisten, waren in vielen Wirtschaftsbereichen bereits seit 1981 „ausgewählte staatliche Planauflagen jeweils vor Beginn des Quartals nach Monaten zu planen"[24], die dann durch den Ministerrat bestätigt wurden. Mit Jahresbeginn 1985 trat dann eine wesentlich umfassendere Regelung zur Quartals- und Monatsplanung[25] in Kraft, die ebenfalls sowohl die Planung als auch die materielle Bilanzierung regelt.

Ab Jahresbeginn 1986 wurde zusätzlich eine Bestimmung zur Dekadenplanung für ausgewählte staatliche Plankennziffern wirksam[26], die in das Genehmigungsverfahren des Ministerrates bei der Quartals- und Monatsplanung einbezogen ist. Neben einer Verbesserung der vielfach kritisierten mangelhaften Kontinuität der Fertigung sollen damit die Wirtschaftseinheiten ein flexibleres Instrument für kurzfristige Planänderungen erhalten. Das Erfordernis verbindlicher zentraler staatlicher Regelungen der operativen Planung bis zum Dekadenzeitraum in den Kombinaten und Betrieben ist ein bemerkenswertes Indiz für bestehende Funktionsschwächen des gesamten Systems von Planung und Bilanzierung in der DDR.

3.3. Planausarbeitung und Plankoordinierung

3.3.1. Grundzüge

Nach dem Planungsmodell der DDR setzt die Abstimmung zentraler wirtschaftlicher Zielvorstellungen (vgl. V.3.1.1.) mit dem Leistungspotential einer Volkswirtschaft ein Vorgehen in mehreren Planungsetappen innerhalb eines festgelegten Zeitraumes voraus, und zwar sowohl für Fünfjahrpläne als auch für den Jahresvolkswirtschaftsplan.

Erstes Ziel der Wirtschaftsführung ist eine eher grobe Struktur volkswirtschaftlicher Proportionen. Um die Beziehungen zwischen dem Gesamtverbrauch von Rohstoffen, Energie und Arbeitskraft sowie der gesamten Erzeugung an Investitions- und Konsumgütern oder Dienstleistungen in der Volkswirtschaft der DDR in der komplizierten Verflechtung eines Planes zu erfassen, ist die Herstellung eines gesamtwirtschaftlichen Rechnungszusammenhangs notwendig. Hierzu dienen vor allem Verfahren einer bilanzmäßigen Gegenüberstellung von Aufkommen und Verwendung in der Staatlichen Plankommission. Über Statistik und Berichte aus Ministerien, Kombinaten und Betrieben sind diese für ihre jeweiligen Wirtschaftsabschnitte beteiligt. Es werden grundsätzliche Entscheidungen über Produktion und Verwendung des Sozialproduktes gefällt. Das Ergebnis bildet eine entscheidende Grundlage zur Bestimmung eines zentralen staatlichen Planansatzes oder eines Planprojektes beim Jahresplan und beim Fünfjahrplan. Dieser Planansatz ist die Ausgangsbasis für vorzugebende „Staatliche Planaufgaben" des Ministerrates und der Staatlichen Plankommission auf dem Weg über die Ministerien und die örtlichen Räte an die Ebene der Wirtschaftseinheiten.

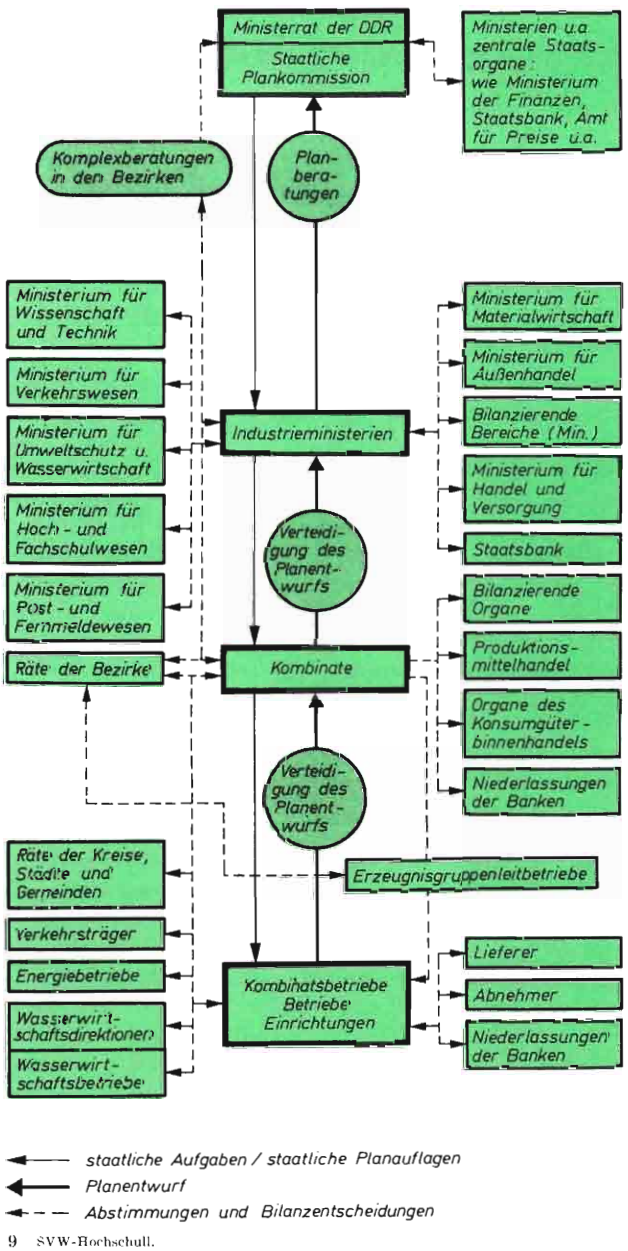
Mit den „Staatlichen Planaufgaben" wird ein gesetzlich befristeter Prozeß der Ausarbeitung und Koordinierung eines Planentwurfes der Volkswirtschaft unter Beteiligung aller dafür verantwortlichen Instanzen ausgelöst. Der Prozeß verläuft in einer ersten Planungsrunde entsprechend den Bedingungen der zentralgeleiteten und der örtlichgeleiteten Wirtschaft sowohl vertikal zwischen den Ebenen der Wirtschaftsführung und den der Wirtschaftseinheiten als auch horizontal in erforderlicher Präzisierung und Abstimmung zwischen Instanzen oder Wirtschaftseinheiten (vgl. dazu die Schaubilder 12 und 13 des grundsätzlichen Ablaufs einer Ausarbeitung).

Damit werden naturale, monetäre und regionale Daten und Verflechtungen für eine bestimmten Zeitraum in einem Planentwurf zusammengefaßt und in einer zweiten Planungsrunde nach Korrekturen durch die Wirtschaftsführung als verbindlicher Volkswirtschaftsplan ausgearbeitet. Die Wirtschaftseinheiten

Kapitel V

Schaubild 12

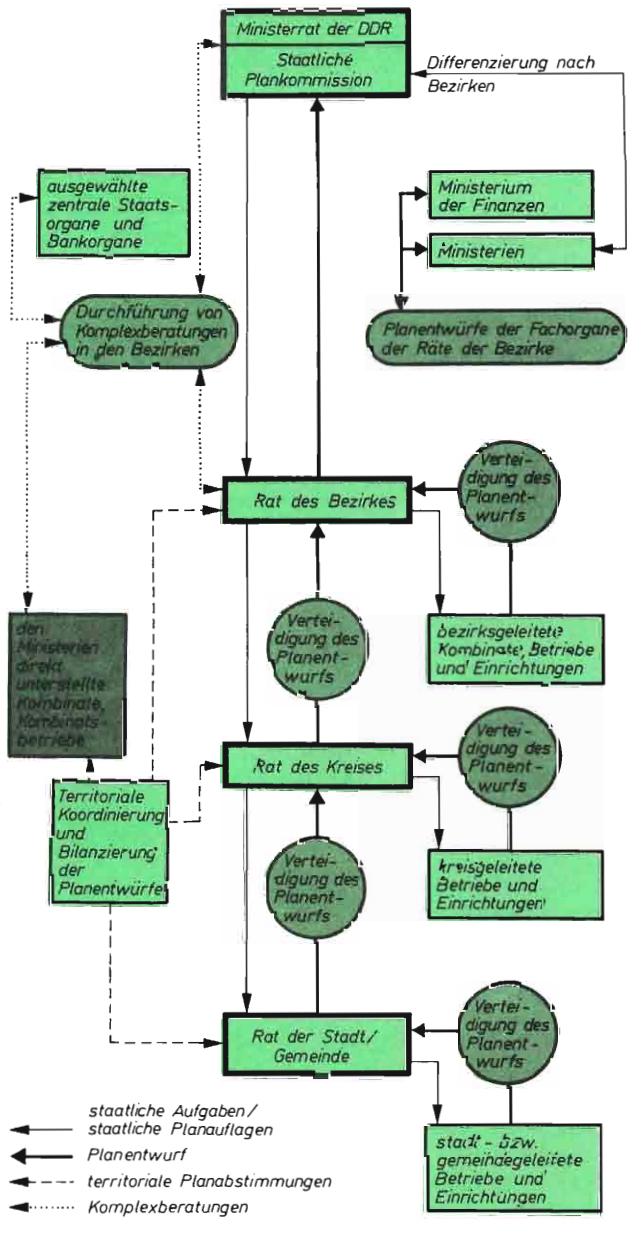
Grundsätzlicher Ablauf der Ausarbeitung des Fünfjahresplanes und der Jahresvolkswirtschaftspläne nach dem Produktions- bzw. Zweigprinzip (Industrie)



9 SVW-Hochschull.

Schaubild 13

Grundsätzlicher Ablauf der Ausarbeitung des Fünfjahresplanes und der Jahrespläne in den örtlichen Staatsorganen nach dem Territorialprinzip



Quelle: H. H. Kinze, H. Knop, E. Seifert, . . . a. a. O., S. 129—130

erhalten dann verbindliche „Staatliche Planauflagen". Eines der wesentlichen Kriterien der Wirtschaftstheorie der politischen Ökonomie im Planungsmodell der DDR ist die Dialektik des Zusammenwirkens („Einheit") von zentraler staatlicher Planung und „eigenverantwortlicher Planung" der Wirtschaftseinheiten. In der Wirtschaftspraxis allerdings läuft das im wesentlichen auf die Aufgabe einer möglichst optimalen Einordnung der Kombinate und Unterordnung der Betriebe unter die Bedingungen der staatlichen Planung hinaus. Mittel und Wege sind durch ein ausgedehntes Instrumentarium sowie eine umfangreiche Planmethodik gesetzlich geregelt.

3.3.2. Schwerpunkte der Planmethodik

Zwei umfangreiche Vorschriften von insgesamt etwa 1300 Seiten bilden das Kernstück einer verbindlichen

Planmethodik der DDR sowohl für die Fünfjahrplanung als auch für die Jahresplanung.

Die Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1986 bis 1990[27] („Planungsordnung") enthält in 17 Planteilen alle grundsätzlichen Bestimmungen für die verschiedenen Phasen der Planausarbeitung und -koordinierung sowohl für Organe im zentralen Staatsapparat als auch insbesondere für die Ebene der Wirtschaftseinheiten der Kombinate und Betriebe. Diese in 32 Abschnitte aufgegliederten 17 Planteile lassen sich in mehrere Gruppen zusammenfassen. Dazu gehören einmal die für die gesamte Volkswirtschaft geltenden methodischen Vorschriften allgemeiner Art (z. B. Vorschriften für Berechnung der volkswirtschaftlichen „Effektivität", ein umfangreicher Kennziffernkatalog und andere allgemeine Bestimmungen); zweitens zählt dazu eine Gruppe mit Festlegungen für die Planung spezieller Wirtschaftsbereiche (z. B. Industrie, Bauwesen, Landwirtschaft, Außen- und Binnenhandel, Verkehr); drittens gehören dazu in allen Wirtschaftsbereichen geltende volkswirtschaftliche Aufgaben (u. a. Rationalisierung, Arbeitsproduktivität, Einsatz von Wissenschaft und Technik, Materialökonomie, Umweltschutz, Wasserwirtschaft); viertens geht es um die Planung von staatlichen oder gesellschaftlichen Bereichen (Bildungswesen, Gesundheits- und Sozialwesen, Verkehrswesen, Jugendpolitik, Post- und Fernmeldewesen, Kultur); hinzu kommen fünftens einige besondere Planteile (z. B. volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Planung in reduzierter Form). Außerdem sind Vordrucke, Anweisungen zur Berechnung der geforderten Aufgabenstellung u.ä. vorgegeben. Als Folge jährlicher umfangreicher gesetzlicher Ergänzungen und Korrekturen war eine in der Vergangenheit wiederholt als Produktivitätsvorteil betonte planmethodische Stabilität nicht zu bewerkstelligen.

Eine „Rahmenrichtlinie für die Planung in den Kombinaten und Betrieben der Industrie und des Bauwesens"[28] konkretisiert und ergänzt vorrangig für die Jahresplanung die volkswirtschaftliche „Planungsordnung" für den Bereich der Kombinate und Betriebe in 10 Planteilen, aufgegliedert in generell für alle Betriebe gültige (hier beispielhaft zitierte) 44 Einzelpläne:

0) Koordinierende Pläne (z. B. sozialistische Rationalisierung, sozialistische ökonomische Integration)

1) Produktion (u. a. Produktionsplan, Kapazitätsplan)

2) Absatz (u. a. Exportplan, Bedarfs- und Marktforschung)

3) Wissenschaft und Technik (u. a. Forschung und Entwicklung)

4) „Grundfondsreproduktion" (u. a. Investitionen, Instandhaltung)

5) Materialökonomie (u. a. Materialplan, Energieplan)

6) Arbeitsproduktivität und Arbeitskräfte (u. a. Lohnplan)

7) Arbeits- und Lebensbedingungen[29] (u. a. Finanzierung)

8) Finanzen und Kosten (u. a. Kostenplan, Liquiditätsplan)

9) Transport (u. a. Gütertransportbedarf, Güterumschlag)

Wichtigstes Ziel, vor allem beim Jahresvolkswirtschaftsplan, ist die möglichst weitgehende inhaltliche Verflechtung und Abstimmung zwischen Planteilen und einzelnen Plänen der Kombinate und der Kombinatsbetriebe. Daneben existiert eine größere Anzahl spezieller planmethodisch relevanter Bestimmungen, obwohl seit 1975 mit den beiden oben genannten Vorschriften bereits eine wesentliche Zusammenfassung wichtiger Einzelbestimmungen erreicht worden war.

3.3.3. Ausarbeitung und Abstimmung der staatlichen Planentwürfe

Der Verlauf der Planausarbeitung sowohl für den Fünfjahrplan als auch für den Jahresvolkswirtschaftsplan ist laut Planungsordnung ein „kontinuierlicher Prozeß des Zusammenwirkens" aller für die Planung verantwortlichen Stellen. Im Vordergrund der Planausarbeitung stehen die „Erteilung staatlicher Aufgaben" innerhalb der Leitungshierarchie sowie eine unerläßliche gleichzeitige „Koordinierung und Bilanzierung der Planentwürfe" durch die dafür zuständigen Instanzen[30]. Im Verlauf der „Ausarbeitung, Abstimmung und Verteidigung der Planentwürfe"[31] bildet die Abstimmung der Koordinierung den Angelpunkt der Planung.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht der DDR ergeben sich zwei Hauptpunkte der Plankoordinierung. Die „internationale Plankoordinierung" bildet in der langfristigen Planung die Hauptmethode einer gegenseitigen Abstimmung der Mitgliedsländer des RGW im Rahmen der sozialistischen ökonomischen Integration, sie ist als spezieller Planteil Bestandteil der Planungsordnung (vgl. Kap. IX). Ein besonderer Integrationsplan gehört ebenfalls zu den Bestimmungen der Betriebsplanung[32]. Wesentlich bedeutsamer ist zweifellos der Hauptpunkt: Plankoordinierung der Volkswirtschaft. Mit ihr, als genereller Methode einer vertikalen und horizontalen Abstimmung, sollen im Verlauf des Prozesses der Planausarbeitung Planziele und Entwicklungsproportionen der Volkswirtschaft mittels vielfältiger Verfahren möglichst weitgehend in Einklang gebracht werden. Für alle an der Planung beteiligten Instanzen besteht eine generelle Pflicht zur Abstimmung; der Prozeß der Bilanzierung wird als integrierter Bestandteil der Plankoordinierung verstanden (vgl. V.3.4.). Vorgegeben sind bestimmte Formen der Plankoordinierung (Beratungen, Abstimmungen und Konsultationen) sowie die Form ihrer Ergebnisse (z. B. Abstimmungsprotokolle, Koordinierungsverträge). Grundsätzlich ist die Phase der Plankoordinierung als eine Art Optimierungsinstrument für den Planentwurf anzusehen, ohne dabei die Vielzahl möglicher Schwierigkeiten und Fehlsteuerungen zu verkennen, die sich bei der gegenseitigen Abstimmung im gesetzlich festgeleg-

ten Zeitraum der Ausarbeitung des volkswirtschaftlichen Planentwurfs aller am Planprozeß beteiligten Instanzen (vgl. nachfolgendes Schaubild Nr. 14) ergeben können.

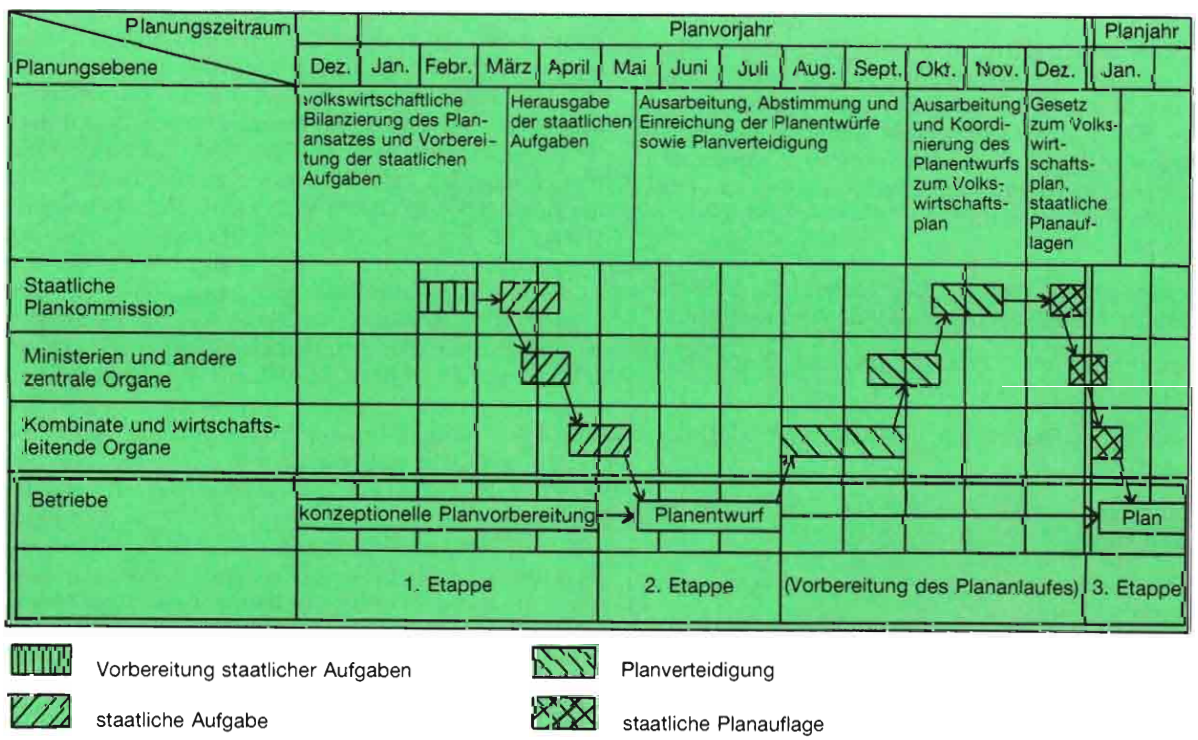
Dabei bestehen innerhalb der den Wirtschaftseinheiten vorgegebenen Planaufgaben unterschiedliche, staatlich determinierte Prioritäten (z. B. bei den für die DDR-Volkswirtschaft besonders wichtigen „Staatsaufträgen" für eine vorrangige Entwicklung der Mikroelektronik oder Robotertechnik). Sie sind mit entsprechenden vorrangigen Kompetenzen in der zentralen staatlichen Plankoordinierung ausgestattet. In den Bestimmungen der Planungsordnung werden für die „Planabstimmungen" ausdrücklich „Schwerpunkte des Planentwurfs"[33] einschließlich deren wichtigsten Bestimmungsfaktoren in Art und Umfang angegeben. Dazu aufgelistet sind außerdem Koordinierungsfunktionen zentraler Staatsorgane (so u. a. für die Gebiete Wissenschaft und Technik, Energie- und Materialökonomie, Außenhandel oder Investitionsplanung). Solche ausführlichen Angaben sind nicht nur Indizien für bisherige Verfahrensmängel der Planung, sondern verdeutlichen ebenfalls Probleme in der zeitlichen Bewältigung aller vorgegebenen Koordinierungsaufgaben.

Einige Beispiele demonstrieren die große Zahl unterschiedlicher Planungsaktivitäten und Abstimmungsprozesse sowie die vielfältigen staatlichen Anforderungen. Zum einen sind in der Ausarbeitung des Planentwurfs durch ein Kombinat zahlreiche volkswirtschaftliche Bedingungen (z. B. Sparmaßnahmen im Verlauf eines längerfristig festgelegten Intensivierungsprogrammes, Exportanforderungen oder bestimmte Innovationsschwerpunkte) zu beachten, zum anderen sind es gleichermaßen die Aufgaben der generell vorgeschriebenen breit gefächerten Fertigungsprogramme eines Kombinats (kombinatstypische Erzeugnisse, selbstgefertigte Rationalisierungsmittel, Ersatzteile, innerbetriebliche Leistungen und Verpflichtung zur anteiligen Produktion von Konsumgütern).

Neben den bereits oben erwähnten Planprioritäten für „Staatsaufträge" — vor allem für sogenannte Spitzenerzeugnisse, die unter der Parteikontrolle der SED vorrangig geplant und bilanziert werden — gibt es eine verbindlich geregelte Vorlaufplanung für bestimmte Bereiche. Hierzu zählt z. B. der Vorlaufplan Wissenschaft und Technik, der einen Zeitraum von 3 Jahren umfaßt, beginnend mit der Jahresplanung 1986. Hierdurch werden Bedingungen geschaffen, die den ohnehin begrenzten Spielraum der kombinatseigenen Planung noch weiter einengen. Hinzu kommen die im Zusammenhang mit der Planung verbindlich vorgegebenen Bilanzierungsrechnungen (vgl. V.3.4.). Außerdem hat in diesem Stadium der Planung das Vertragssystem mit vorläufigen Kontrakten oder Protokollen über Lieferungen und Leistungen bereits einen wichtigen Stellenwert erlangt.

Schaubild 14

Übersicht über die Zeitabschnitte für die Ausarbeitung und Einreichung der Jahrespläne der Kombinate und Betriebe — Prinzipdarstellung



Quelle: Autorenkollektiv 1986, S. 140

Die wichtige Verflechtung der Betriebe innerhalb eines Kombinats zählt offiziell nicht zu diesen Koordinierungs- oder Abstimmungsaufgaben. Für Kombinatsbetriebe besteht in der Praxis kaum ein großer Unterschied darin, ob sie staatliche Planauflagen über das Kombinat oder lediglich kombinatsinterne Auflagen der Kombinatsleitung erhalten.

Der Umfang der auf Ministerien, Kombinate und örtliche Räte aufgeschlüsselten Leistungsanforderungen in Form „Staatlicher Planaufgaben" als „Mindestanforderungen" zur Ausarbeitung eines detaillierten Planentwurfs in einem festgelegten Zeitraum ist für den Fünfjahrplan mit generell mehr als 70 und für den Volkswirtschaftsplan mit über 130 Positionen staatlicher Plankennziffern sowie einer weiteren Zahl branchenspezifischer Positionen[34] ausgewiesen. Ansätze zum Abbau einer übermäßigen Planbürokratie hat es in der Wirtschaftsgeschichte der DDR wiederholt gegeben. Die Einführung einer reduzierten Kennziffernomenklatur für die Ausarbeitung der Planentwürfe der Volkswirtschaftspläne[35] ist ein weiterer Versuch der Rationalisierung.

Das Ausmaß möglicher Schwierigkeiten und Probleme, die bereits in der Phase des Planentwurfs auftreten, ist an Hand dieser grob skizzierten Anforderungen und Bedingungen unschwer erkennbar. Für Kombinate und Betriebe gibt es bereits in der Phase der Ausarbeitung des Planentwurfs manche Manipulations- und Variationsmöglichkeiten der Staatlichen Planaufgaben zu ihrem Vorteil, die durch staatliche Kontrolle nur unzulänglich erfaßbar sind. Sie verdeutlichen die Interessengegensätze zwischen Wirtschaftsführung und Wirtschaftseinheiten. Das bekannteste Problem ist das der „weichen Pläne", d. h. der Versuch der Realisierung der „bequemsten Strategie"[36], um bereits beim Planentwurf für die vorteilhaftesten Bedingungen der Planerfüllung zu sorgen und gleichzeitig genügend „Reserven" für weitere jährliche Leistungssteigerungen und Kostensenkungen im Fünfjahrplan zu lassen. Ein anderes bereits im Planentwurf offenes Kardinalproblem der DDR ist seit jeher die unbefriedigende regionale Plankoordinierung im Hinblick auf die Infrastruktur der Bezirke und Kreise mit den Aufgaben der zentralgeleiteten Wirtschaftseinheiten in der jeweiligen Region. Der Einbau von massiven Korrektur- und Kontrollmöglichkeiten bei der Gestaltung des Planentwurfs ist deshalb aus der Sicht der DDR-Wirtschaftsführung unumgänglich und verständlich. Dazu zählen vor allem die „Planberatung" oder „Plandiskussion" des gesamten Entwurfs mit der Belegschaft zwecks zusätzlicher Leistungsmobilisierung unter Leitung der Betriebsgewerkschaft. Zum anderen ist für den Planentwurf auf jeder Stufe (vgl. Schaubilder Nr. 12—13) vor der jeweils höheren Instanz ausdrücklich eine sogenannte „Planverteidigung" vorgeschrieben, in deren Verlauf die Wirtschaftseinheiten in der Regel zusätzliche Aufgaben erhalten. Auf dem „Rückweg" von der Ebene der Wirtschaftseinheiten zur Zentrale erfolgt eine stufenweise Planaggregation aller Daten des Planentwurfs bis hin zur Staatlichen Plankommission. Parteispitze, Regierung der DDR und Staatliche Plankommission beginnen danach mit einer erneuten Phase der Abstimmung und Überarbeitung des Planentwurfs nach Maßgabe aktueller zentraler staatlicher Leitlinien. Erfahrungsgemäß resultiert daraus eine allgemeine Erhöhung des ursprünglichen Aufgabenniveaus des Plans.

3.3.4. Der verbindliche Plan

Der, wie oben skizziert, im Verlauf von Planvorbereitung (Konzeption), Planansatz oder -projekt und Planentwurf entwickelte gesamtwirtschaftliche Plan erhält nach einer Anpassung an aktuelle Bedingungen mit seiner Bestätigung durch die Volkskammer der DDR Gesetzeskraft (Gesetz über den Fünfjahrplan oder Jahresvolkswirtschaftsplan). Danach beginnt in einer weiteren abschließenden Planungsrunde die Übergabe nunmehr verbindlicher „Staatlicher Auflagen" über alle Stellen der Planungsebenen bis zu den wirtschaftenden Einheiten. Der Umfang der Positionen der Kennziffernnomenklatur hat sich im Verlauf dieser Phase im Vergleich zu den vorangegangenen Werten der „Staatlichen Planaufgaben" etwas erhöht. Die vollzogenen Änderungen auf zentraler Ebene haben für Ministerien, Kombinate und Betriebe zumeist eine abermalige Ausarbeitung und Abstimmung, zumindest aber eine umfangreiche Revision zur Folge. Grundsätzlich besteht jedoch keine Haftung übergeordneter Stellen oder ein Ausgleichsanspruch von Wirtschaftseinheiten für zwischenzeitlich erfolgte zentrale Planänderungen.

Der nur skizzenhaft erläuterte Ablauf der Ausarbeitung und Abstimmung des Plans unterliegt gegenwärtig in der Wirtschaftspraxis einer Anzahl von Manipulationen und Störungen. Die Beseitigung solcher Mängel und Fehler sind von jeher das Ziel von Reformbemühungen. Im Gegensatz zu anderen RGW-Ländern hat die DDR in letzter Zeit keine Versuche zum Abbau der wachsenden Planungsbürokratie unternommen. Das Netz verbindlicher Planungsvorschriften ist vielmehr enger geworden. Dieser Trend zur Erweiterung der zentralen staatliche Planung hat in erster Linie politische Gründe, er soll die Machtposition der SED stärken.

3.4. Instrumente der Planung und der Informationsgewinnung

Christian Meyer

3.4.1. Vorbemerkung

Das Ziel der Volkswirtschaftsplanung in der DDR ist die Herstellung und Sicherung wichtiger volkswirtschaftliche Proportionen. Ein hierfür unabdingbares Planungsinstrument ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Diese nimmt jedoch nicht nur ex-ante Planungsfunktionen wahr, sondern dient ebenso ex-post der Kontrolle und statistischen Abrechnung der volkswirtschaftlichen Produktionstätigkeit. Somit ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung unmittelbar mit dem System von Rechnungsführung und Statistik, welches ausgehend von den Betrieben die entsprechend aufbereiteten Daten zur Verfügung zu stellen hat, verbunden.

Neben der doppelten Funktion der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, den Wirtschaftsprozeß zu planen und abzurechnen, darf ihre dritte, die ideologische Funktion, nicht übersehen werden: Als theoretische Grundlage für die Planung und Bilanzierung der Volkswirtschaft wird die „marxistisch-leninistische Reproduktionstheorie" reklamiert, womit ein grundsätzlicher Unterschied zur „unwissenschaftlichen bürgerlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung" gegeben sei[37]. Diese ideologische Komponente führt gegenüber dem in westlichen Ländern benutzten volkswirtschaftlichen Rechnungssystem zu einem unterschiedlichen Konzept der Erfassung gesellschaftlicher Produktionstätigkeit: Nur die in den sogenannten materiellen Bereichen erzeugten Güter und Leistungen zählen als sozialproduktrelevante Produktion. Als produzierende Wirtschaftszweige, in denen „Nationaleinkommen" geschaffen wird, gelten: Industrie und produzierendes Handwerk, Bauwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Binnenhandel und sonstige Betriebe des produktiven Sektors (u. a. Projektierungsbetriebe, Verlage, textiles Reinigungswesen, hauswirtschaftliche Reparaturkombinate, Rechenbetriebe). Zu den nichtproduzierenden Wirtschaftsbereichen zählen: Dienstleistende Wirtschaft, kulturelle und soziale Einrichtungen, staatliche Verwaltung und gesellschaftliche Organisationen. Diese Bereiche schaffen definitionsgemäß nicht nur kein Nationaleinkommen, sondern werden darüber hinaus als Verbraucher des in der produktiven Sphäre geschaffenen Nationaleinkommens abgerechnet.

Vor diesem Hintergrund ist klar, daß die in der westlichen Statistik als zentrale volkswirtschaftliche Kategorie verwendete Größe des Bruttosozialprodukts ganz anders bestimmt ist als die des Nationaleinkommens. Bei empirischen Wirtschaftsvergleichen westlicher und östlicher Volkswirtschaften müssen folglich entsprechende Umrechnungen erfolgen (vgl. hierzu Teil B, Abschnitt 3.6. Sozialprodukt).

Aber auch die betriebliche Rechnungsführung ist in der DDR ideologisch bestimmt. In der betrieblichen Praxis der DDR stellen Kosten den Geldausdruck für den zur Herstellung eines Gutes oder einer Leistung als „gesellschaftlich notwendig anerkannten Aufwand" dar. Dadurch erhält der Kosteninhalt eine „zentralplanwirtschaftliche Determination"[38].

Diese spezifische Verschränktheit ordnungspolitischer Gegebenheiten und ideologischer Auffassungen strukturiert das ganze System der Planung und der Erfassung und Aufbereitung von Daten in der Wirtschaft der DDR.

3.4.2. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als zentrales Planungsinstrument

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR ist ein komplexes Gebilde mit zahlreichen Einzelbilanzen, deren Abstimmung sehr kompliziert ist. Allerdings besitzen die verschiedenen Einzelbilanzen unterschiedliches Gewicht: Wichtigster Teil der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist die Planung und Bilanzierung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens.

Diese zentralen Aggregatsgrößen hängen wie folgt zusammen:

Gesellschaftliches Gesamtprodukt (= Summe der im produzierenden Bereich erzeugten materiellen Güter und produktiven Leistungen)

./. Produktionsverbrauch (= Abschreibungen, Materialverbrauch, Mieten etc.)

= produziertes Nationaleinkommen

Der Funktion nach wird ausdrücklich die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Planung von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Statistik unterschieden. Allerdings soll es sich hierbei nicht um zwei nebeneinander bestehende Abrechnungssysteme handeln. „Die statistische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist in ihren Widerspiegelungsprinzipien (Definitionen, Berechnungsvorschriften, Systematiken und Nomenklaturen) mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Planung paßfähig verbunden."[39].

Institutionell gesehen sind jedoch Planungsfunktion und die statistische Abrechnung zwei verschiedenen zentralen Organen zugeordnet: Der Staatlichen Plankommission einerseits und der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik andererseits. Damit ergibt sich ein ständiger und gewiß nicht problemloser Abstimmungsbedarf bei der Aufbereitung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Ihrer Planungsfunktion nach hat die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung die Aufgabe, die Planung der volkswirtschaftlichen Grundproportionen, insbesondere der Proportionen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens zu gewährleisten. Diese Aufgabe wird von der Staatlichen Plankommission (SPK) wahrgenommen. In der „Planungsordnung 1981—1985" wurden hierfür folgende zentrale Ziele benannt: gesellschaftliche Zielsetzungen für die Bedürfnisbefriedigung, die Intensivierung und Rationalisierung, der wissenschaftlich technische Fortschritt, der Außenhandel und die sozialistische ökonomische Integration (Teil Q, S. 5). Hingegen ist in der „Planungsordnung 1986—1990" von den gesellschaftlichen Zielen der Bedürfnisbefriedigung nicht mehr die Rede. Orientiert an vermeintlichen Sachzwängen heißt es dort: „Bei der Durchführung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist von den Anforderung der ökonomischen Strategie für die 80er Jahre insbesondere den wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Bedingungen und Erfordernissen der intensiv erweiterten Reproduktion auszugehen." (Teil Q, S. 5) Hierauf aufbauend werden verschiedene volkswirtschaftliche Entwicklungspfade planerisch durchgespielt und dem Ministerrat zur Entscheidung vorgelegt. Demnach scheint es ein rein rechnerisches Problem zu sein, die objektiv beste Entwicklungsvariante zu bestimmen. Dies ist allerdings nur unter der modelltheoretisch zulässigen, jedoch praktisch nicht haltbaren Annahme gegeben, daß alle tatsächlich wirkenden Größen bekannt und auch quantifizierbar sind.

Wer bestimmt die Wege und Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung? In der DDR gibt es weder eine Konsumentensouveränität, die sich über Marktprozesse Geltung verschaffen kann; noch gibt es in der DDR wegen der dominierenden Rolle der SED eine politisch gesehen demokratisch zu nennende Einflußnahme der Bevölkerung auf diese Ziele. Allerdings deutet die von der Wirtschaftsführung oftmals betonte Rolle des Konsums für die Leistungsbereitschaft der Bevölkerung darauf hin, daß der Konsument nicht völlig außer acht gelassen wird. Zudem haben sich Zugeständnisse an einen wachsenden Lebensstandard als unerläßlich erwiesen, um die politische Machtstellung der SED nicht zu gefährden. Dennoch gilt, daß alle volkswirtschaftlichen Variantenrechnungen von vornherein nur insoweit objektiv sind, wie es die vorgegebenen politisch bestimmten Strukturen der DDR zulassen.

Neben der zentralen Bilanz des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens enthält die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung noch folgende weitere wichtige Bilanzen: Bilanz der Bevölkerung, der Berufstätigen und der Arbeitskräfteressourcen, Außenhandelsbilanz, Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung, Finanzbilanz des Staates u. a. mit der Staatshaushaltsbilanz und der Kreditbilanz.

3.4.3. Rechnungsführung und Statistik: Datenerfassungsgrundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Im Unterschied zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Planung steht bei der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Statistik die Datengewinnung und Berechnung im Vordergrund. Institutionell gesehen ist hierfür die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS) zuständig. Ihr obliegt die Organisation des Systems von Rechnungsführung und Statistik, welches im Jahre 1966 in der DDR eingeführt wurde, um die bis dahin nebeneinander bestehenden Informationsgebiete „Rechnungswesen der Betriebe" und „betriebliche und volkswirtschaftliche Statistik" zu vereinheitlichen.

Gesetzlich ist Rechnungsführung und Statistik wie folgt bestimmt: „Rechnungsführung und Statistik ist das einheitliche System der Erfassung, Verarbeitung, Speicherung, Berichterstattung und Auswertung der für die Leitung, Planung, wirtschaftliche Rechnungsführung und Kontrolle notwendigen zahlenmäßigen Informationen der Volkswirtschaft entsprechend der beschlossenen Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik"[40]. Die einschlägigen Festlegungen für die Anwendung von Rechnungsführung und Statistik gelten für Staatsorgane, Kombinate, Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen.

Das im Kern volkswirtschaftlich konzipierte System von Rechnungsführung und Statistik hat zweifelsohne sein zentrales Standbein in der betrieblichen Rechnungsführung und Statistik. Dies ergibt sich aus der Stellung der Betriebe als Grundeinheiten der Volkswirtschaft und der hier zu leistenden Primärerfassung ökonomischer Vorgänge (s. Schaubild 15).

Die auf Belegen (Primärdokumenten) oder auf Medien der elektronischen Datenverarbeitung zu erfassenden betrieblichen Vorgänge sind zu Kennziffern aufzubereiten, die für die Informations- und Analysetätigkeit notwendig sind. Zwecks Rationalisierung der Datenerfassung werden zunehmend verbindliche datenverarbeitungsgerechte Primärdokumente durch die SZS eingeführt. Zur Sicherung der Einheitlichkeit und Eindeutigkeit der Erfassung bedarf es auf jeden Fall eines ausführlichen Apparates einschlägiger Vorschriften. Die wichtigsten Ordnungs- und Durchsetzungsinstrumente von Rechnungsführung und Statistik sind:

a) Die „Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik". Sie werden von der SZS in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Plankommission herausgegeben und sind in allen Betrieben, Kombinaten, Staats- und wirtschaftsleitenden Organen verbindlich anzuwenden. Auf ca. 1 200 Seiten enthalten die „Definitionen" verbindliche Festlegungen für alle Bereiche der Volkswirtschaft über den Inhalt volkswirtschaftlicher Systematiken, ökonomischer Begriffe und Kennziffern. Insoweit ergänzen sie die planmethodischen Regelungen der für die Fünfjahresplanung gültigen Planungsordnung, in welcher der Inhalt von Begriffen und Kennziffern nicht definiert wird.

b) Volkswirtschaftliche Systematiken: Die einheitliche Erfassung der ökonomischen Prozesse in Rechnungsführung und Statistik basiert auf volkswirtschaftlichen Systematiken, wodurch die Vergleichbarkeit und Aggregationsfähigkeit der betrieblichen Daten und Kennziffern gesichert werden soll.

Zu den wichtigsten der ca. 100 volkswirtschaftlichen Systematiken gehört die „Betriebssystematik", welche von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik verbindlich festgelegt wird. Im Unterschied zur „Schlüsselsystematik", in der Betriebe nach dem Unterstellungsverhältnis im System der Leitung gruppiert sind, werden in die Betriebssystematik die Betriebe nach dem Schwerpunkt der Produktion neun Wirtschaftsbereichen zugeordnet. Die Betriebssystematik ist die Grundlage für die Berechnung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens.

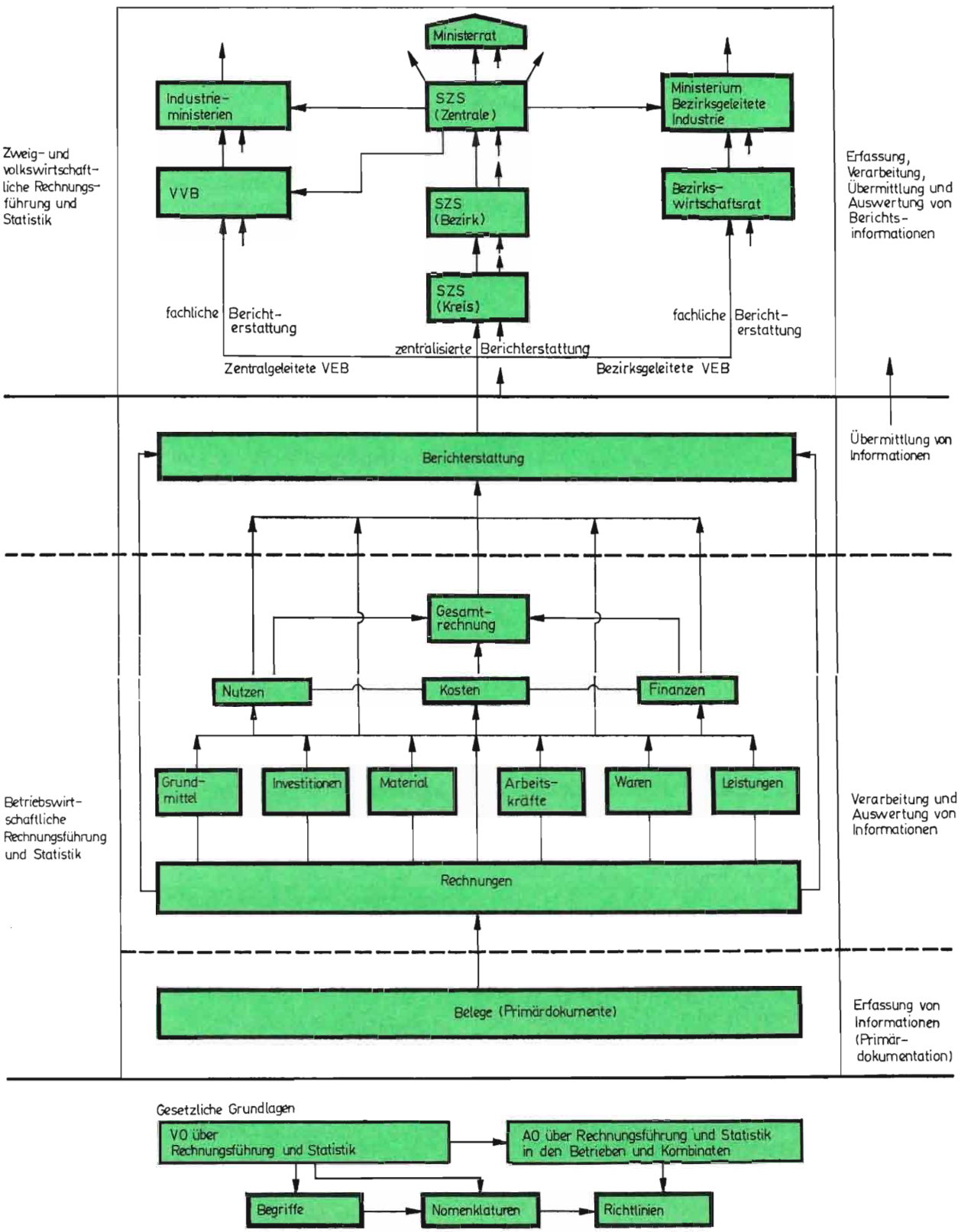
Zur detaillierten Erfassung der Gesamtproduktion bestimmter Erzeugnisse ist die Betriebssystematik prinzipbedingt ungeeignet, da hierbei betriebliche Nebenproduktionen nur mit ihrem aggregierten Gesamtwert erfaßt werden. Um die Erzeugnisse und Leistungen planen und abrechnen zu können, wurde die Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur (ELN) geschaffen.

Die ELN ist in der DDR die verbindliche Systematik für die

— Planung, Bilanzierung und Abrechnung der Produktion, des Ex- und Imports und der Materialwirt-

Schaubild 15

Datenfluß und Ebenen von Rechnungsführung und Statistik



Quelle: G. Forbrig u. a., Rechnungsführung und Statistik in der Industrie (Lehrbuch), 1978, S. 32/33

schaft auf allen Ebenen der Volkswirtschaft nach Erzeugnissen

- Preisbildung der Erzeugnisse
- Artikelkatalogisierung.

Die ELN umfaßt ca. 100 000 Positionen von Erzeugnissen der Bereiche Industrie (einschl. produzierendes Handwerk), Bauwirtschaft sowie Land- und Forstwirtschaft.

Basierend auf der ELN ist der zentrale Artikelkatalog, der ca. 82 Millionen Artikel enthält und seit 1977 für die Volkswirtschaft der DDR verbindlich ist. Inwieweit die damit angestrebte Rationalisierung zwischenbetrieblicher Prozesse erreicht werden kann, bleibt wegen der Fülle der Daten und des Erfassungsaufwandes fraglich. Ebenfalls auf der ELN beruht die seit 1968 eingeführte Binnenhandels-Schlüsselliste (HSL). Im Unterschied zur ELN ist sie zum Teil tiefer gegliedert; sie umfaßt allerdings nur den der Konsumtion dienenden Teil der Erzeugnisse.

Zur Sicherung der Einheitlichkeit der betrieblichen Abrechnung dient der volkswirtschaftliche Kontenrahmen. In diesem sind verschiedene Kontenklassen verbindlich festgelegt, nach denen die betriebliche Abrechnung zu erfolgen hat. Damit soll die Einheitlichkeit bei der wertmäßigen Erfassung ökonomischer Prozesse gewährleistet werden.

3.4.4. Das Bilanzierungssystem

In Marktwirtschaften werden Angebot und Nachfrage durch die Preisbewegung in Übereinstimmung gebracht. Die sich auf den Märkten bildenden Preise bestimmen folglich die Verteilung der Produktionsfaktoren (Allokation). In der Wirtschaftspraxis wird der Verlauf dieses Prozesses durch Mobilitätshemmnisse für die Produktionsfaktoren und staatliche Interventionen beeinflußt.

Die zentrale Planwirtschaft der DDR hingegen erfordert einen anderen Mechanismus, die Produktionsfaktoren so zu verteilen, daß Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht gesetzt werden. Das hierfür angewandte Instrument ist die Bilanzierung: Durch die Gegenüberstellung von Aufkommen an Gütern und Leistungen und ihrer Verwendung sollen volkswirtschaftliche Gleichgewichts- und Proportionalitätsbedingungen hergestellt werden. Die Frage der Verwendung bzw. des Bedarfs an Gütern und Leistungen ergibt sich bei der zentralen Planung des Wirtschaftsprozesses aus den von der SED gesetzten ökonomischen und politischen Zielen. So ist die in der DDR verwendete Größe des „volkswirtschaftlich begründeten Bedarfs an Erzeugnissen" ein politisch festgelegtes Datum. Dieser Größe wird das Aufkommen an Arbeitskräften, Ausrüstungen, Industrieanlagen, Energieträgern und Roh- und Werkstoffen bilanzmäßig gegenübergestellt. Um eine effektive Verwendung der volkswirtschaftlichen Ressourcen sicherzustellen, müssen neben mengenmäßigen Festlegungen für die einzelnen Güterarten zugleich auch Normen aufgestellt werden, die den Verbrauch von Arbeit, Material und Maschinen regeln. Dieser Normierungsaufwand ist zwingend notwendig, um die Funktion der Marktpreise, die Knappheit von Gütern anzuzeigen, durch Mechanismen zentraler Planung zu ersetzen. Naturale Kategorien bilden den Kern der zentralen Planung. Die Einheit von materieller und finanzieller (monetärer) Planung wird zwar in der DDR immer — auch gesetzlich — gefordert. Doch selbst DDR-Ökonomen räumen ein, daß dies bislang eher ein Postulat sei als eine auch nur annähernd gelöste Aufgabe.

Die für den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß zentralen materiellen Proportionen werden in der DDR durch Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzen (MAK-Bilanzen) erfaßt. Die MAK-Bilanzen dienen der Planung und Steuerung der Wirtschaftsprozesse und bilden die Grundlage für die Realisierung der Absatz- und Versorgungsbeziehungen zwischen Produzenten, Handelsorganen und Verbrauchern.

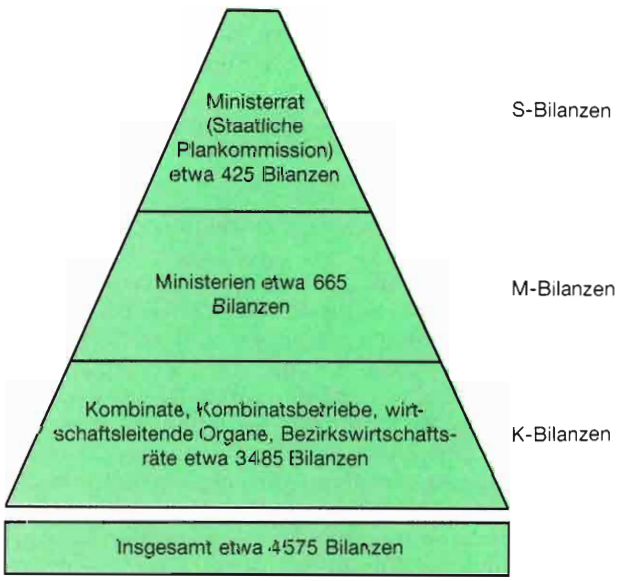
Die MAK-Bilanzierung ist hierarchisch nach Stufen der Bilanzverantwortlichkeit gegliedert (Bilanzpyramide, s. Schaubild 16). Die Bilanzverantwortung ist eine gesetzlich im Bilanzverzeichnis festgelegte Wahrnehmungspflicht für Staats- und wirtschaftsleitende Organe sowie Betriebe und Kombinate zur Erarbeitung, Realisierung und Kontrolle der Bilanzen der materialwirtschaftlichen Beziehungen. Bei der Festlegung der Bilanzverantwortlichkeit ist sowohl die Stellung der einzelnen Organe und Betriebe im Leitungssystem als auch deren Anteil am Aufkommen bzw. der Verwendung der zu bilanzierenden Erzeugnisse maßgebend. Die übertragene Bilanzverantwortung schließt ein, daß die Verantwortung nicht nur für Bilanzpositionen in nachgeordneten Betrieben besteht, sondern auch für solche, die in anderen Unterstellungsbereichen hergestellt und verbraucht wurden. Grundsätzlich gilt, daß jedes Organ oder jeder Betrieb, welchem die Bilanzverantwortlichkeit für bestimmte Erzeugnisse obliegt, die erstellten Bilanzen beim jeweils übergeordneten Organ zur Bestätigung vorzulegen hat.

Die Staatsplanbilanzen (S-Bilanzen) sind die zentralen MAK-Bilanzen, mit denen die mengenmäßigen Hauptproportionen der Volkswirtschaft der DDR festgelegt werden. Verantwortlich hierfür als bilanzierendes Organ ist die Staatliche Plankommission. Der Ministerrat hat in diesem Fall die Bilanzen zu bestätigen. Die Ministerbilanzen (M-Bilanzen) enthalten insbesondere volkswirtschaftlich wichtige zwischenzweigliche materielltechnische Verflechtungen zur detaillierteren Untergliederung der Staatsplanbilanzen. Die M-Bilanzen stehen unter der Verantwortung der zuständigen Ministerien. Sie werden von diesen ausgearbeitet und sind dem ihnen übergeordneten Organ — der Staatlichen Plankommission — zur Bestätigung vorzulegen. Die von den Kombinaten, Kombinatsbetrieben und wirtschaftsleitenden Organen ausgearbeiteten und zu verantwortenden Kombinatsbilanzen (K-Bilanzen) sind von den Fachministerien zu bestätigen. Sie umfassen einzelne Sortimente der S- und M-Bilanzen wie auch ergänzende Sortimente. Im Jahre 1984 wurden für den Volkswirt-

schaftsplan von ca. 600 bilanzierenden Organen 4 575 MAK-Bilanzen erarbeitet. Mit ca. 2 200 Bilanzen (425 S-Bilanzen, 665 M-Bilanzen und ca. 1 100 von Fachministern bestätigte Kombinatsbilanzen) wurde über Dreiviertel der Produktion zentral entschieden. Es ist davon auszugehen, daß die zu Anfang der 70er Jahre begonnene Erhöhung der zentral bilanzierten Positionen kontinuierlich auf den heute erreichten Stand angewachsen ist.

Schaubild 16

Die Bilanzpyramide in der DDR



Stand: Volkswirtschaftsplan 1984

Das Bindeglied zwischen den S-, M- und K-Bilanzen und der Organisation der zwischenbetrieblichen Beziehungen sind die Produktions- und Lieferpläne und die abgeschlossenen Wirtschaftsverträge. Durch den Prozeß der Bilanzierung ergeben sich eine Reihe komplizierter „Bilanzrechtsverhältnisse", die „eine Art von Planungsrechtsverhältnissen" sind[41]. Von daher kommt den Wirtschaftsverträgen eine besonders wichtige Rolle zu (vgl. V.3.4.).

In der MAK-Bilanzierung werden seit 1983 fünf verschiedene Typen von Bilanzen angewendet:

a) *Energieträgerbilanzen:* Hiermit soll ein rationeller Einsatz der Energieträger gesichert werden. Die Energieverbraucher sind zu einer exakten Begründung und Nachweisführung verpflichtet. Mit Hilfe entsprechender Verflechtungsrechnungen sollen Substitutionsbeziehungen zwischen den Energieträgern erfaßt werden.

b) *Roh- und Werkstoffbilanzen sowie Bilanzen für Zuliefererzeugnisse:* Hiermit soll erreicht werden, daß die materiellen Fonds in allen Bereichen der Volkswirtschaft mit höchster Effektivität eingesetzt werden. Bei der Planung der Roh- und Werkstoffe wird der vollständige Einsatz anfallender Sekundärmaterialien zur Substitution von Primärmaterial angestrebt.

c) *Ausrüstungsbilanzen:* Mit diesen Bilanzen soll die Produktion von Ausrüstungen für den Export, den Anlagenbau, die Investitions- und Generalreparaturvorhaben gesichert werden.

d) *Konsumgüterbilanzen:* Hiermit wird die Versorgung des Staates, der Bevölkerung und des Exports geplant. Die Prognostizierung der Nachfrageentwicklung der Bevölkerung ist jedoch mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren belastet, was folglich eine Planung dieses Bereichs sehr erschwert.

e) *Industrieanlagenbilanzen:* Mit diesen Bilanzen sollen die bestätigten Investitions- und Generalreparaturvorhaben sowie die Vorhaben des Anlagenexports durch Nutzung aller Reserven materiell gesichert werden.

Wie das System von Rechnungsführung und Statistik, bedarf auch die MAK-Bilanzierung entsprechender Regelungen. Die wichtigsten planmethodischen Instrumentarien sind:

a) *Planungsordnung:* In ihr sind die Festlegungen über die Rechte und Pflichten der Beteiligten und die konkrete Vorbereitung, Ausarbeitung und Realisierung der MAK-Bilanzen im Prozeß der Fünfjahr- und Jahresplanung enthalten.

b) *Bilanzierungsverordnung:* Sie ist die gesetzliche Grundlage der MAK-Bilanzierung und ist im wesentlichen mit den Bestimmungen der Planungsordnung identisch.

c) *Bilanzverzeichnis:* Hierin wird die Grundnomenklatur für die MAK-Bilanzierung und für die Bedarfsplanung und Abrechnung festgelegt. Zudem wird die Bilanzverantwortung der am Bilanzierungsprozeß Beteiligten staatlich verbindlich geregelt. Die im Bilanzverzeichnis verwendete Nomenklatur basiert auf der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur (ELN), welche die Grundlage des zentralen Artikelkataloges und der Binnenhandelsschlüsselliste ist.

d) In der *„Schlüsselsystematik* der Staatsorgane" sind die für die MAK-Bilanzierung entscheidenden Verantwortungsbereiche der Staats- und wirtschaftsleitenden Organe geregelt.

Aufgrund ihres Aufbaus können die MAK-Bilanzen nur Auskunft darüber geben, welcher Verantwortungsbereich wieviel Material zur Erfüllung seiner Planaufgaben erhält. Mit der Hilfe von Verflechtungsbilanzen hingegen soll unabhängig vom Unterstellungsverhältnis im Leitungssystem der DDR dargestellt werden, welche Erzeugnisse und Leistungen für die Herstellung eines bestimmten Erzeugnisses oder einer bestimmten Leistung notwendig sind. Die hier auf volkswirtschaftlicher Ebene wichtigste Bilanz ist die Verflechtungsbilanz des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Mit ihrer Hilfe sollen die materiellen Grundproportionen der Volkswirtschaft der DDR erfaßt werden. Auf diese Weise wird versucht, den Materialverbrauch in Relation zur Gesamterzeugung statistisch abzurechnen, wie auch entsprechende Variantenrechnungen für die Planung durchzufüh-

ren, wieviel Material für eine bestimmte Gesamterzeugung notwendig ist. Solche Verflechtungsbilanzen, die gegenwärtig 118 Erzeugnisgruppen umfassen, sind von der Staatlichen Verwaltung für Statistik für die Jahre 1968, 1972, 1977 und 1982 erstellt worden. Unter Hinweis auf Erfahrungen anderer sozialistischer Staaten wird in der DDR selbst darauf hingewiesen, daß die ersten Auswertungsergebnisse frühestens zwei Jahre nach Ablauf des Berichtszeitraums vorliegen. Bei der angestrebten Erweiterung der Nomenklaturpositionen auf bis zu 200 werden „komplizierte Fragen der Informationsgewinnung" eingeräumt[42]. Hinzu kommt, daß die für die Vergangenheit ermittelten Verflechtungsbeziehungen wie der Material- und Energieverbrauch je Erzeugniseinheit infolge des technischen Fortschritts sich beständig verändern. Folglich können solche Art von Verflechtungsbilanzen kaum sehr wirksame Instrumente für die mittel- und langfristige Planung sein. Die wichtigste Rolle bei der Verflechtungsbilanzierung nimmt augenblicklich die Natural-Wert-Verflechtungsbilanz ein. Sie wurde „zum zentralen Verflechtungsmodell in der Staatlichen Plankommission" entwickelt[43]. Ihr Hauptvorteil liegt darin, daß die Bilanzpositionen auf der Grundlage der für den Planungsprozeß bestätigten MAK-Bilanzen (in erster Linie S- und M-Bilanzen) gegliedert sind. Zudem erfolgt eine Gliederung nach 16 Wirtschaftsorganen, wodurch sowohl der Leitungsstruktur nach Ministerien Rechnung getragen wird wie auch eine Kombination der in Naturalform erstellten MAK-Bilanzen mit den in Preisen ausgedrückten Bereichskennziffern erzielt wird. Das Hauptanwendungsgebiet der Natural-Wert-Verflechtungsbilanz wird in der DDR in der Fünfjahrplanung gesehen.

Die praktische Verwertbarkeit der verschiedenen angewandten Verflechtungsbilanzen hängt entscheidend von der Aktualität und Handhabbarkeit der zur Verfügung stehenden betrieblichen Daten ab. Dies ist allerdings nur mit weiteren Schritten zu einer durchgehenden EDV-gerechten Gestaltung des Bilanzierungsprozesses möglich, was in absehbarer Zeit nicht erreicht werden wird.

3.4.5. Kennziffern, Normative und Nomenklaturen

Wie bereits gesagt, erfordert die zentrale Planung der DDR zahlreiche Kennziffern, mit denen die Menge der zu produzierenden Güter festgelegt und die effektive Verwendung hierzu notwendiger Produktionsfaktoren gewährleistet werden soll.

Je nach Funktion lassen sich die verschiedensten Kennziffern unterscheiden: Plan- und Abrechnungskennziffern, qualitative und quantitative, materielle und finanzielle, volkswirtschaftliche und betriebliche u. a.

Für die Volkswirtschaftsplanung ist in der jeweils gültigen „Planungsordnung" die Kennziffernnomenklatur, i. e. die Zusammenfassung aller staatlichen Plankennziffern, festgelegt. In der augenblicklich gültigen „Planungsordnung 1986—1990" sind dies 93 Plankennziffern mit weiteren 61 Untergliederungen (Teil A, S. 29—37). Die staatlichen Plankennziffern sind zum einen anzuwenden als staatliche Aufgaben zur Ausarbeitung der Planentwürfe zum Fünfjahrplan und den Jahresvolkswirtschaftsplänen und zum anderen als staatliche Planauflagen zur Durchführung der Pläne. Sie sind in der „Planungsordnung 1986—1990" wie folgt gegliedert:

1. *Produktion und Leistungen,* darunter industrielle Warenproduktion, Nettoproduktion, Produktion an Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung, Bauproduktion u. a.
2. *„Sozialistische ökonomische Integration", Außenhandel und Valutabeziehungen,* darunter Export und Import gegliedert nach sozialistischem und nichtsozialistischem Wirtschaftsgebiet. Exportrentabilität, Valutaeinnahmen aus Export in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet gesamt und nach Währungsgebieten u. a.
3. *„Sozialistische Rationalisierung",* darunter Arbeitsproduktivität auf Basis der industriellen Warenproduktion und der Nettoproduktion, Schichtarbeit, Arbeitskräfteeinsparung aus dem Einsatz von Robotertechnik u. a.
4. *Wissenschaft und Technik,* darunter Arbeitszeit-, Material- und Energieeinsparung durch Maßnahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Erneuerungsgrad der Produktion u. a.
5. *Grundfonds, Investitionen und Generalreparaturen,* darunter Rationalisierungsinvestitionen, Grundfondsquote auf Basis der Nettoproduktion (Verhältnis der eingesetzten Maschinen und Bauten zur Nettoproduktion), Projektierungsleistungen u. a.
6. *Materiell-technische Versorgung und Materialökonomie,* darunter Aufkommen und Verwendung von Sekundärrohstoffen, Senkung des spezifischen Einsatzes volkswirtschaftlich wichtiger Roh- und Werkstoffe, Normative des Energie-, Material- und Verpackungsmittelverbrauchs, Normative der Vorratshaltung u. a.
7. *Arbeitskräfte, Lohn und Bildungswesen,* darunter Anzahl des Produktions-, Leitungs- und Verwaltungspersonals, Lohnfonds der Arbeiter und Angestellten u. a.
8. *Finanzielle Kennziffern und materielle Stimulierung,* darunter Nettogewinn, Selbstkostensenkung, Kosten je 100 M Warenproduktion, Kosten für Leitung und Verwaltung, Nettogewinnabführung, Zuführung zum Kultur- und Sozialfonds, Projektgebundene Preisstützungen.

Für jede der staatlichen Plankennziffern ist festgelegt, ob sie in der Jahres- oder Fünfjahresplanung und in welchen Bereichen sie anzuwenden sind.

Mit dem Volkswirtschaftsplan 1984 sind folgende „Hauptkennziffern der Leistungsbewertung" eingeführt worden: Nettoproduktion, Nettogewinn, Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung, Export. Als „weitere wichtige qualitative Kennziffern der Leistungs- und Effektivitätsentwicklung" gelten:

Arbeitsproduktivität auf Basis Nettoproduktion, Kosten je 100 Mark Warenproduktion, Materialkosten je 100 Mark Warenproduktion und Produktion volkswirtschaftlich wichtiger Erzeugnisse, insbesondere neuentwickelter Erzeugnisse und solcher mit dem Gütezeichen „Q" [44]. Damit wurde die bis dahin gültige Hauptkennziffer „industrielle Warenproduktion" abgelöst, deren Probleme — Aufblähung durch Materialverschwendung und Kooperationsbeziehungen — seit langem unstrittig waren [45].

Um die Hauptkennziffern der Leistungsbewertung in der täglichen Arbeit der Betriebe und Arbeitskollektive wirksam zu machen, wurden entsprechende Volumen- und Wertkennziffern eingeführt. Diese sollen einfach, überschaubar und unmittelbar durch die Arbeitskollektive beeinflußbar sein. Als solche Kennziffern werden angewendet: Produktion in Stück, Sortiment und Wert, Erreichung bzw. Überbietung der geplanten Qualitätsvorgaben wie der Normative für die kalendertägliche Auslastung der Maschinen und Ausrüstungen, Minuten- bzw. Stundenleistung [46].

Es genügt jedoch nicht, Hauptkennziffern der Leistungsbewertung vorzugeben, sondern es gilt zu sichern, daß in der Produktion so effektiv wie möglich mit Arbeit, Material und Energie umgegangen wird. Hierzu werden eine Vielzahl von Normen festgelegt. Normen sind vor allem Richtwerte für den höchstzulässigen Aufwand an Arbeit (Arbeitszeitnormen) und Material- und Maschinenverbrauch. Die Normen werden „technisch-ökonomisch" festgelegt und müssen der Produktivitätsentwicklung entsprechend beständig verändert werden, um die angestrebte Effektivität auch tatsächlich zu erreichen. Normative sind von den Staatsorganen festgelegte und bestätigte Normen, die in der Regel auf Vorschlägen der Betriebe und Kombinate beruhen. Im Jahre 1982 wurden mit etwa 12,5 Mill. betrieblichen Normen mehr als 95 vH des Grundmaterials und etwa 60 vH des Verbrauchs an Hilfs- und Reparaturmaterial erfaßt; 10 vH der Materialkosten in Industrie und Bauwesen wurden noch nicht durch Normen geregelt. Angestrebt wird, daß 80—90 Prozent des Verbrauchs der volkswirtschaftlich wichtigsten Materialien mit staatlichen Normativen erfaßt werden sollen. Dies führt zwangsläufig zu einer Ausdehnung der Nomenklatur der Normative des Materialverbrauchs [47].

Weitere wichtige volkswirtschaftliche Nomenklaturen — i. e. zusammenfassende Verzeichnisse —, die als Arbeitsmittel zur Ordnung der zahlreichen Erfassungsobjekte dienen, sind: die Staatsplannomenklatur (S-Bilanzen der MAK-Bilanzierung), die Bilanznomenklatur, Nomenklatur und Verzeichnis der Abschreibungssätze für Grundmittel.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Bilanzierungsprozedur langwierig und bürokratisch ist. Auf plötzliche Engpässe im Materialbereich, Veränderungen der Produktionsprozesse durch den technischen Fortschritt und Bedarfsänderungen kann das Bilanzierungssystem in der DDR nur sehr verzögert und unflexibel reagieren. Dies zeigt sich u. a. darin, daß es kaum einen Jahresplan gibt, der nicht im Lauf eines Planjahres verändert worden ist. Auch die in der DDR stark forcierte Ausweitung der elektronischen Datenverarbeitung wird an diesen grundsätzlichen Strukturproblemen nicht wesentliches ändern können.

3.4.6. Problembereiche des volkswirtschaftlichen Bilanzierungssystems

1. Welche Art von Daten erhoben wird, hängt von der Fragestellung und dem Informationsbedarf ab. Das volkswirtschaftliche Rechnungswesen der DDR weist wie die in den westlichen Ländern verwendeten Rechnungssysteme dieselbe grundlegende Schwäche auf: Es ist einseitig auf die Bemessung wirtschaftlichen Wachstums ausgerichtet. Negative Folgen des Wirtschaftswachstums, wie sie sich am deutlichsten in der stark zunehmenden Belastung der Umwelt zeigen, werden in der Größe des Nationaleinkommens — die zentrale Maßzahl für das Wirtschaftswachstum in der DDR — entweder gar nicht erfaßt oder aber in pervertierter Form: Die Beseitigung von Umweltschäden als das Nationaleinkommen steigernde Leistung. In dem Maße, wie durch Fehlentwicklungen aufgezwungene Leistungen letzterer Art zunehmen, verliert das Wirtschaftswachstum seine Funktion als Indikator steigender gesellschaftlicher Wohlfahrt.

   Im Kennziffernkatalog der DDR gibt es keine Maßzahl, die für die Betriebe solche Art von Produktion lohnend macht, welche die Umwelt wenig oder gar nicht belastet. Alle in der DDR angewandten Kennziffern zur Effektivitätsmessung sind folglich mit dem Mangel behaftet, daß sie die nicht gewollten sog. „externen Effekte" der Produktion unberücksichtigt lassen [48].

2. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR weist ein weiteres strukturelles Problem auf: Mehr als 20 vH der Berufstätigen der DDR sind im „nichtproduzierenden Bereich" tätig. Ihre Leistungen werden lediglich als nationaleinkommenverbrauchend eingestuft mit der Folge, daß Aufwands- und Ergebnisrechnungen für diese Bereiche gar nicht aufgestellt werden: Jedoch ist in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion der letzten Jahre zunehmend die Meinung vertreten worden, die nichtproduzierenden Bereiche in die volkswirtschaftlichen Effektivitätsbetrachtungen miteinzubeziehen. Dies ist sicherlich nicht zuletzt vor dem Hintergrund der für die 80er Jahre von der SED propagierten Strategie des ressourcensparenden Wachstums zu sehen [49].

3. Die in den einschlägigen Bestimmungen und wirtschaftspolitischen Verlautbarungen immer wieder postulierte Einheit von materieller und finanzieller Planung verweist auf einige tieferliegende Probleme. Der materiellen Planung wird zwar die dominierende Stellung eingeräumt (vgl. MAK-Bilanzierung). Doch führt diese zu einer sehr hohen kaum überschaubaren Anzahl von Kennziffern. Zudem müßten unter Effektivitätsgesichtspunkten Normative des Arbeitszeitaufwandes herausgegeben werden, die den wechselnden Bedingungen des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts ständig anzupassen wären. Hinzu kommt

die Schwierigkeit, wie die unterschiedliche Qualität der geleisteten Arbeit zu bewerten ist. Daher ist eine praktisch durchführbare Leistungsbewertung und Kontrolle der Betriebe nur mittels einer Geldrechnung möglich. Hier jedoch entsteht das Problem, wie die Preise festzusetzen sind. Zur Vermeidung von Disproportionalitäten müssen die Preise Gleichgewichtspreise sein, d. h., sie müssen die naturalen Knappheitsverhältnisse widerspiegeln. Es wäre folglich — rein theoretisch betrachtet — ein Preissystem zu entwickeln, welches direkt die Änderungen der naturalen Größen zum Ausdruck bringt. Die Planungspraxis der DDR wie der anderen sozialistischen Länder zeigt, daß noch nicht einmal die naturalen Größen und Verflechtungen hinlänglich erfaßt sind. Dies ist auch nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die in der Jahresplanung der DDR zu erfassenden ökonomischen Beziehungen mit zwischen 2 und 20 Milliarden angegeben werden. Somit können auch die schon immer staatlich festgesetzten Preise grundlegende Strukturprobleme nicht lösen. Vielmehr führt die materielle und finanzielle Planung zu einem Nebeneinander zweier Rechnungssysteme. Die beständig geforderte Einheit beider Bereiche wird nicht erreicht werden[50].

3.4.7. Informationsverarbeitung und Informationsübermittlung

Klaus Krakat

Unter dem Begriff „Informationsverarbeitung" kann im weitesten Sinne der gesamte Prozeß der Erfassung, Speicherung, Verknüpfung, Ausgabe und Übertragung von Informationen verstanden werden. Mit „Informationsverarbeitung" im engeren Sinne ist dagegen das Reproduzieren, Identifizieren, Vergleichen, Sortieren, Zuordnen, Komprimieren und nicht zuletzt die rechnerische Verknüpfung von Informationen gemeint.

Aus der Sicht der Datenverarbeitungstechnik umfaßt die Informationsverarbeitung die Gesamtheit der organisatorischen, programm- und gerätetechnischen Verfahren für die Programmsteuerung und zum Erfassen, Eingeben, Speichern, Verknüpfen und Ausgeben der Informationen.

Der Prozeß der Informationsverarbeitung wird insbesondere durch die Berücksichtigung von Verfahren und Methoden der Mathematik, Statistik, Operationsforschung und Wirtschaftskybernetik unterstützt (Algorithmierung von Aufgaben). Diese stellen die Basis verschiedener problemorientierter Anwendungslösungen dar (Rechner-Software).

Sowohl die Nutzung der mathematisch-kybernetischen Verfahren als auch die Datenverarbeitungstechnik selbst werden in der DDR seit dem Ende der sechziger Jahre als „wesentliche Instrumente" der Leitung, Planung und Kontrolle mit mehr oder weniger Erfolg durch die Partei- und Wirtschaftsführung stark gefördert. Vor allem in den für jeden Fünfjahrplanzeitraum gültigen „Planungsordnungen" und „Rahmenrichtlinien" (vgl. V.3.3.4.) wird i. d. R. festgelegt, welche Informationen in den Kombinaten und Betrieben erfaßt, verarbeitet und an übergeordnete Leitungsorgane weitergeleitet werden müssen. Die Informationserfassung und -weiterleitung soll durch datenverarbeitungsgerechte Belege (Datenträger) unterstützt werden. Im Mittelpunkt der betrieblichen Informationsverarbeitung stehen ohne Zweifel die Sachgebiete des Systems der Rechnungsführung und Statistik (vgl. V.3.4.3.).

In der DDR versucht man sowohl in Anpassung an westliche Systemlösungen als auch seit dem Beginn der siebziger Jahre in Kooperation mit den übrigen RGW-Ländern, insbesondere mit der Sowjetunion, sämtliche Informationsprozesse innerhalb von Wirtschaftseinheiten (institutionsorientiert) oder für bestimmte Aufgabenbereiche (funktionsorientiert) mit Hilfe von rechnergestützten Informationssystemen zu realisieren. Ein solches Informationssystem kann im weitesten Sinne als ein dialogorientiertes Mensch-Maschine-Kommunikationssystem bezeichnet werden, welches Leitungsorganen die für die Leitung, Planung und Kontrolle notwendigen Informationen möglichst schnell (durch direkten Datenzugriff) zur Verfügung stellen soll. In der DDR hat man sich über die siebziger Jahre hinweg lange Zeit ohne besonders nachhaltigen Erfolg darum bemüht, derartige Informationssysteme z. B. für Kombinate und Betriebe zu entwickeln und einzuführen. Grenzen wurden ihr insbesondere gesetzt durch:

- die knappen und vergleichsweise relativ wenig leistungsfähigen Datenverarbeitungsanlagen einschließlich Speichertechnik;
- die z. T. unwirtschaftliche Nutzung der knappen Rechnerkapazitäten sowie
- die unbefriedigende Nutzung der Möglichkeiten von Mathematik, Statistik usw. für die rechnerische Datenverknüpfung.

Diese Hemmnisse führten u. a. auch dazu, daß man eine ebenfalls angestrebte integrierte Informationsverarbeitung in breitem Rahmen erst seit Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre realisieren konnte. Bei dieser Form der Informationsverarbeitung handelt es sich um die Beantwortung der Frage, welche Daten (Informationen) von betrieblichen Funktionen gemeinsam genutzt und wie sie in einer Datenbank „strukturiert" werden, so daß gestellte Aufgaben redundanzarm (Redundanz = Weitschweifigkeit) und zugriffsfreundlich erfüllt werden können.

In der DDR geht man gegenwärtig dazu über, auf der Basis von Universalrechnern (des „Einheitlichen Systems der elektronischen Rechentechnik (ESER)" der RGW-Länder) sowie arbeitsplatzorientierter Mikrorechner (z. B. Büro- u. Personalcomputer sowie Prozeßrechner) eine „neue Generation" betrieblicher rechnergestützter Informationssysteme aufzubauen. Erklärtes Fernziel ist es, mit Hilfe solcher Einzel-Informationssysteme das gesamte Informationswesen innerhalb des bestehenden Leitungssystems (unter Nutzung neuester Technologien) auszubauen, um die Leitung, Planung und Kontrolle der zentralen Staatsorgane noch effizienter zu gestalten.

Kapitel V

Fußnoten

1 Honecker 1986, S. 5/6.
2 ibid., S. 6
3 Planungsordnung 1986—1990: Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1986—1990 vom 7.12.1984. Teil A. GBl. SDr. vom 1.2.1985, Nr. 1190a. Teil A, S. 5—16.
4 Autorenkollektiv (Ltg. Steeger) 1970, S. 171.
5 Donda, Neumann 1985, S. 16
6 Planinformationen und Berichtinformationen sind Kennziffern und Berichte über den Wirtschaftsprozeß von Kombinaten und Betrieben.
7 Kennziffern sind nach DDR-Darstellung „exakt definierte Größen gesellschaftlicher Erscheinungen und Prozesse, mit deren Hilfe in der Planung, Rechnungsführung und Statistik das Niveau, die Struktur und die Entwicklung dieser Erscheinungen und Prozesse absolut oder relativ dargestellt, geplant, abgerechnet und analysiert wird" (Autorenkollektiv 1984a, S. 456). Hierzu gehören z. B. Industrielle Warenproduktion, Produktion neuentwickelter Konsumgüter in Menge und Wert, Exportrentabilität.
8 Planungsordnung 1986—1990: Teil A, S. 62—75.
9 Autorenkollektiv 1985, S. 81—85.
10 Heske, Waschkau 1985, S. 65—72.
11 Autorenkollektiv 1985, S. 29.
12 Honecker 1986, S. 6.
13 Kinze, Knop, Seifert 1983, S. 112.
14 Planungsordnung 1986—1990: Teil A, S. 99.
15 ibid., S. 105.
16 ibid., S. 100.
17 Autorenkollektiv 1985 (a), S. 329.
18 Autorenkollektiv (Ltg. Heuer) 1985, S. 199.
19 Kinze, Müncheberg, Sange 1981, S. 182.
20 Planungsordnung 1986—1990: Teil A, S. 6.
21 Kinze, Knop, Seifert 1983, S. 264.
22 Planungsordnung 1986—1990: Teil A, S. 5/6.
23 ibid., S. 29ff.
24 Planungsordnung 1981—1985. Teil A, S. 25.
25 Anordnung über die Quartals- und Monatsplanung sowie über die Freisetzung und effektive Verwendung materieller Fonds, GBl. I 1984, Nr. 35, S. 417—429.
26 Anordnung über die Dekadenplanung ausgewählter staatlicher Plankennziffern, GBl. I 1985, Nr. 28, S. 320—322.
27 Sonderdruck des GBl. der DDR vom 1. 2. 1985 Nr. 1190 a bis 1190r (Teil A—Teil R).
28 Anordnung über die Rahmenrichtlinie für die Planung in den Kombinaten und Betrieben der Industrie und des Bauwesens — Rahmenrichtlinie — vom 7. Dez. 1984, Sonderdruck des GBl der DDR v. 1. 2. 1985, Nr. 1191.
29 Betrifft die Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaft, entsprechende Maßnahmen und ihre Finanzierung.
30 Planungsordnung 1986—1990: Teil A, S. 5.
31 ibid., S. 8—13.
32 Anordnung über die Rahmenrichtlinie, S. 16.
33 Planungsordnung 1986—1990: Teil A, S. 9.
34 ibid., S. 5—24. In der Fasssung der Anordnung Nr. 2 über die Ergänzung zur Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1986—1990, GBl I Nr. 14, S. 185—240.
35 Planungsordnung 1986—1990: Teil A, S. 24/25.
36 Hamel 1977, S. 182.
37 Lexikon Volkswirtschaftsplanung 1980, S. 230.
38 Förster 1967, S.131.
39 Ökonomisches Lexikon 1978, S. 751.
40 Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11. 7. 1985, GBl der DDR Teil I, Nr. 23, § 1.
41 Autorenkollektiv 1981, S. 65f.
42 Autorenkollektiv 1981, S. 155.
43 Scholl 1985, S. 25.
44 Anordnung Nr. 4 über die Ergänzung der Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1981—1985 vom 31. März 1983 in GBl der DDR, Sonderdruck Nr. 1122.
45 Cornelsen u. a. 1984, S. 200ff.
46 Autorenkollektiv 1985, S. 19f.
47 Köhler u. a. 1984, S. 344.
48 Meyer 1984, S. 3—52.
49 ibid.
50 Hensel 1954, S. 186f.

Literatur

Autorenkollektiv: Grundfragen der sozialistischen Wirtschaftsführung. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 2. völlig überarb. u. erg. Aufl. 1985(a).

Autorenkollektiv: Planungsordnung 1986—1990. Wichtiges Instrument zur Verwirklichung der ökonomischen Strategie. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1985.

Autorenkollektiv: Sozialistische Betriebswirtschaft. Industrie. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1986.

Autorenkollektiv: Staatsrecht der DDR. Lehrbuch. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 2. vollständig überarb. Auflage. 1984.

Autorenkollektiv: Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus. Stichwort: „Kennziffer". Berlin (Ost). Dietz Verlag. 6. Aufl. 1984. (a) S. 456/457

Autorenkollektiv (Ltg. Heuer, U.-J.): Wirtschaftsrecht. Lehrbuch. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1985.

Autorenkollektiv (Ltg. Köhler G., Fülle H., Pinkau K.): Materielle Bilanzierung. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1981.

Autorenkollektiv (Ltg. Schönknecht R., Klimenko W. L.): Leitung der chemischen Industrie in der DDR und in der UdSSR. Leipzig. Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie. 1983.

Autorenkollektiv (Ltg. Steeger H.): Planung der Volkswirtschaft der DDR. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1970.

Autorenkollektiv (Ltg. Thiele H.): Handbuch der Planung für Kombinate und Betriebe. Industrie. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1982.

Autorenkollektiv der Staatlichen Plankommission (Ltg. Rost H.): Planungsordnung 1986—1990. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1985.

Cornelsen D., Melzer M., Scherzinger A.: DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. DIW (Hrsg.). Berlin. Verlag Duncker & Humblot. H. 2/1984. S. 200—223.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Handbuch DDR-Wirtschaft. Reinbek b. Hamburg. Rowohlt Taschenbuch Verlag. 1984. S. 117ff.

Donda A., Neumann K.: Hauptentwicklungsrichtungen von Rechnungsführung und Statistik. In: Vergesellschaftungsprozeß und seine Wirkungen auf Rechnungsführung und Statistik. Karl-Marx-Universität Leipzig (Hrsg.). Wissenschaftliche Beiträge. Leipzig. 1985.

Erdmann K., Melzer M., Keren M.: Entwicklungskonzepte für die DDR-Wirtschaft im Experiment. 10. Symposion der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen am 22./23. 11. 1984 (Hrsg.). Berlin. Heft 7/1984.

Förster W.: Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1967.

Förster W., Erdmann K., Krakat K.: Wirtschaftsprüfung in der DDR und in anderen Staatshandelsländern. In: Coenenberg A. C., Wysocki K. von (Hrsg.). Handwörterbuch der Revision. Spalte 17744/45. Stuttgart. Verlag C. E. Poeschel. 1983.

Friedrich G. u. a. (Hrsg.): Leitung der sozialistischen Wirtschaft. Lehrbuch. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1983.

Gutmann G. (Hrsg.): Das Wirtschaftssystem der DDR. Stuttgart/New York. Gustav Fischer Verlag. 1983.

Hamel H. (Hrsg.): BRD — DDR. Die Wirtschaftssysteme. München. Verlag C. H. Beck. 1977.

Hensel P.: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 1954.

Heske G., Waschkau H.: Erkenntnisse und Probleme bei der Ausarbeitung eines Kennziffernsystems zur Leistungsbewertung von Kombinaten und Betrieben. In: Wissenschaftliche Zeitschrift. Hochschule für Ökonomie Bruno Leuschner (Hrsg.). Berlin (Ost). H. 1/1985.

Honecker E.: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED. Neues Deutschland vom 18. 4. 1986.

Kinze H.-H., Münchenberg K., Sange H.: Langfristige Planung. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1981.

Kinze H.-H., Knop H., Seifert E. (Hrsg.): Sozialistische Volkswirtschaft. Hochschullehrbuch. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1983.

Leipold H.: Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich. Stuttgart. Verlag Uni-Taschenbücher. 1985.

Lexikon der Wirtschaft. Bd. Volkswirtschaftsplanung. Hrsg. Steeger H. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1980.

Köhler G., Reuß K. H.: Die weitere Vervollkommnung der Bilanzierung bei der Durchsetzung der intensiv erweiterten Reproduktion. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Heft 3/1984. S. 344f.

Meyer C.: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR. München. Verlag V. Florentz. 1984.

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik. Teil I—IV. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1980.

Ökonomisches Lexikon. 3 Bde. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 3. neu bearb. Aufl. 1979—1980.

Scholl G.: Die umfassende Intensivierung und neue Anforderungen an die Effektivitätsentwicklung, -planung und -messung. In: Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften der DDR. Effektivität der Volkswirtschaft in der intensiv erweiterten Reproduktion. Berlin (Ost). Akademie Verlag. 1985. S. 25f.

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Betriebssystematik. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1975.

Gesetzestexte

Anordnung Nr. 4 Über die Ergänzung der Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1981—1985 vom 31. März 1983 in GBl der DDR, Sonderdruck Nr. 1122.

Anordnung über die Nomenklatur für die Planung, Bilanzierung und Abrechnung von Material, Ausrüstungen und Konsumgütern zur Ausarbeitung und Durchführung der Jahresvolkswirtschaftspläne — Bilanzverzeichnis — vom 13. 4. 1983. GBl der DDR, Sonderdruck 688/14.

Anordnung über die Schlüsselsystematik der Staatsorgane, der den zentralen Staatsorganen unterstellten Kombinate, der wirtschaftsleitenden Organe, Versorgungsbereiche und Fondsträger sowie der Bezirke. GBl der DDR, Sonderdruck Nr. 1078/3.

Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinaten vom 6. 8. 1985. GBl der DDR, Sonderdruck 800/1.

Verordnung über die Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzierung — Bilanzierungsverordnung — vom 15. 11. 1979. GBl der DDR Teil I, Nr. 1, § 7.

Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11. 7. 1985. GBl der DDR. Teil I. Nr. 23, § 1.

4. Lenkung und Kontrolle der Wirtschaftsabläufe

Achim Beyer, Werner Klein

Inhalt

		Seite
4.1.	Lenkungs- und Kontrollbedarf der sozialistischen Planwirtschaft	138
4.2.	Entscheidungsspielräume und Eigeninitiative	139
4.3.	Lenkungsmethoden und -instrumente	139
4.3.1.	Administrative und politische Lenkung	140
4.3.2.	Indirekte (parametrische) Lenkung	140
4.3.3.	Lenkungsfunktion des Wirtschaftsrechts	141
4.4.	Das Anreizsystem	142
4.5.	Das Netz der Kontrollen	143

Kapitel V

4.1. Lenkungs- und Kontrollbedarf der sozialistischen Planwirtschaft

Achim Beyer

Der systembedingte Lenkungs- und Kontrollbedarf wird durch folgende Tatbestände bestimmt: Eine vollständige zentrale Planung aller wirtschaftlichen Prozesse ist nicht möglich. In der Planungszentrale müßten so viele Detailprobleme vorausschauend geplant, gelenkt und darüber hinaus laufend kontrolliert werden, wie sie selbst beim Einsatz modernster Datenverarbeitungstechnik nicht bewältigt werden können. Viele Prozesse und Probleme lassen sich zudem nur schwer oder gar nicht in Zahlen und Daten erfassen. Dieses Phänomen wird mit zunehmender Industrialisierung noch komplizierter. Entsprechend äußern sich auch namhafte Politökonomen in den sozialistischen Ländern.

In den sozialistischen Planwirtschaften gibt es folglich vielfältige Lenkungs- und Kontrollprobleme. Sie werden verstärkt durch die Tatsache, daß an den komplizierten Wirtschaftsabläufen verschiedene Personen und Institutionen beteiligt sind, deren Interessen und Motivationen häufig voneinander abweichen. Der in der DDR-Literatur häufige Hinweis auf eine „prinzipielle Interessenübereinstimmung" besagt, daß eine Interessenidentität die Ausnahme darstellt.

Zur Minimierung daraus resultierender ökonomischer Probleme ist es deshalb notwendig, bereits bei der Aufstellung von Plänen über geeignete Koordinationsinstrumente und -methoden vorhandene und mitunter gravierende Divergenzen bzw. Interessenkonflikte auszugleichen. Noch schwieriger ist es, die Erfüllung der Pläne zu sichern, da die Einrichtungen und Personen, welche die Pläne aufstellen, nicht identisch sind mit denen, die zu ihrer Realisierung beitragen.

Die DDR verfügt über ein Lenkungs-, Leitungs- und Kontrollsystem, welches in seiner Grundstruktur von den „Prinzipien der sozialistischen Planwirtschaft" bestimmt ist, in der realen Ausgestaltung aber häufig verändert wurde, weil die mit bestimmten Regelungen beabsichtigten Wirkungen oftmals nicht eintraten. Gründe dafür liegen in den sich verändernden inneren und äußeren Bedingungen der Volkswirtschaft (z. B. zunehmende Industrialisierung, Wirkungen der ‚wissenschaftlich-technischen Revolution', Abhängigkeiten vom Weltmarkt), aber auch in systemtypischen Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte. Von Bedeutung sind ferner logische Schwachstellen, wenn z. B. Teile des Lenkungs- und Kontrollmechanismus bzw. -systems nicht eindeutig miteinander harmonieren oder sich gar widersprechen.

Die häufig verwendeten Begriffe Leitung, Lenkung und Steuerung sind in der DDR-Literatur nicht eindeutig definiert; meist wird Leitung mit direkten Eingriffen und verbindlichen Weisungen verbunden, während bei der Steuerung eine Entscheidungsmitwirkung der Betroffenen zugestanden wird. Der Terminus „Lenkung" ist in der DDR weniger gebräuchlich[1], meist als Synonym zu „Leitung". Eine Zuordnung der jeweils zur Anwendung kommenden Methoden und Instrumente zu den Begriffen ist ebenfalls nur tendenziell gegeben und keineswegs eindeutig.

Wegen zahlreicher, teilweise grundsätzlicher Mängel der Leitung, Planung, Lenkung und Kontrolle wirtschaftlicher Prozesse gibt es nicht-plankonforme Verhaltensweisen auf den verschiedenen Ebenen (in der DDR häufig als „mangelnde Plandisziplin" bezeichnet):

Den Betrieben, Kombinaten und anderen Einrichtungen wird vorgeworfen, ihre wirklichen Leistungsmöglichkeiten nicht aufzudecken, sondern vorhandene Reserven zu verschleiern; damit seien bereits die Pläne „nicht realistisch". Solche „weichen Pläne" könnten zwar von den Betrieben relativ leicht erfüllt und auch übererfüllt werden, das damit verbundene „betriebsegoistische Verhalten" widerspreche aber vielfach gesamtgesellschaftlichen Interessen. Die an die Planungszentrale gelieferten Informationen (vor allem in Form statistischer Daten über die Produktionsprozesse sowie Forschung und Entwicklung) seien oft zugunsten der Betriebe „geschönt", d. h. manipuliert. In den Produktionsstätten würden Material und Ersatzteile, aber auch Arbeitskräfte „gehortet" und damit dem dringend notwendigen Einsatz an anderer Stelle entzogen. Bemerkungen über „diskontinuierliche Produktion" sind Legion; den Kombinaten und Betrieben wird vorgehalten, daß die bevorzugte Produktion von für sie „vorteilhaften Erzeugnissen" zu Engpässen in der Versorgung mit Konsumgütern führt, aber auch Zulieferprobleme in der weiterverarbeitenden Industrie verursacht, was weitere „Disproportionen" zur Folge hat. Kritik richtet sich auch gegen den leichtfertigen Umgang mit Anlagen und Maschinen, die Vergeudung von Material und anderen knappen Mitteln, unzureichende Nutzung der Arbeitszeit u. v. m.

Von der in der DDR derzeit praktizierten Organisationsstruktur des Wirtschaftsprozesses werden wesentlich die Methoden und Instrumente der Lenkung und Kontrolle der Wirtschaftsabläufe bestimmt.

Das Hauptproblem besteht darin, die möglichst plankonforme Durchführung der Pläne zu organisieren. Damit verbunden ist die Ausarbeitung, Etablierung und Verwirklichung eines auf die Erfüllung der zentralen Pläne orientierten Lenkungsmechanismus und deren organisatorische Regelungen. Dabei spielt die Gestaltung des Kennziffernsystems eine zentrale Rolle.

Neben der Planung und der Lenkung ökonomischer Prozesse ist die ständige Kontrolle der Planerfüllung sehr wichtig; es handelt sich dabei um das Problem der Akzeptanz von Zielvorgaben der politischen Zentrale in ökonomischer Hinsicht seitens der Betriebe und der dort Beschäftigten. Eine freiwillige Unterordnung unter die von der Zentrale vorgegebenen Zielvorstellungen ist keineswegs die Regel. Die Harmonie bleibt utopische Vorstellung. Die Planungszentrale muß sich durch Kontrollen verschiedener Art die Gewißheit vom „plankonformen Verhalten" verschaffen. Andererseits wirkt bereits die Existenz von Kon-

trollen in gewissem Umfang disziplinierend auf das Verhalten der Wirtschaftseinheiten.

Die Kontrollmechanismen sind nicht streng von den Steuerungs- und Lenkungsinstrumenten zu trennen. Neben dem Soll-Ist-Vergleich im Sinne einer Planabrechnung gibt es die ‚Rechenschaftslegung' auf verschiedenden Ebenen, die statistische Berichterstattung, die Finanzkontrolle und operative Kontrollen, um nur einige wenige Formen zu nennen. Sie alle sollen Schwachstellen bei der Planung und beim Planvollzug aufdecken und Vorschläge zu deren Verbesserung bringen.

Die Geschichte der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Länder zeigt in diesem Zusammenhang ein interessantes Phänomen auf: je mehr Entscheidungsspielräume den nachgeordneten Organen eingeräumt werden (müssen), um so intensiver und umfänglicher werden die organisatorischen, inhaltlichen und methodischen Lenkungs- und Kontrollmaßnahmen, welche dazu dienen sollen, die „strikte Einhaltung der Plandisziplin" zu gewährleisten.

Die verschiedenen Maßnahmen sollen dazu dienen, ein plankonformes Verhalten der ‚nachgeordneten Einheiten' zu sichern, die von der Zentrale aufgestellten Pläne zu erfüllen, die theoretische und praktische Problematik Flexibilität/Stabilität lösen zu helfen und andere Grundsatzfragen der „sozialistischen Planwirtschaft" zu beantworten.

Da es in einer hochtechnisierten Wirtschaft immer weniger möglich ist, die sensiblen Wirtschaftsprozesse mittels administrativer Anweisungen zu leiten und zu lenken, gleichzeitig aber die (politisch bedingte) Furcht vor zu starker Dezentralisation vorhanden ist, geht es um die ‚optimale Abstimmung' zwischen direkten und indirekten Maßnahmen.

In der Realität der DDR-Wirtschaft überwiegen derzeit die administrativ-organisatorischen Lenkungs- und Leitungsinstrumentarien.

4.2. Entscheidungsspielräume und Eigeninitiative

Den der Planungszentrale nachgeordneten Einheiten — Ministerien, Kombinaten, Betrieben, Abteilungen, Kollektiven etc. — können nur zu besonders wichtigen Schwerpunkten bzw. ausgewählten Produkten spezifizierte, detaillierte Plankennziffern vorgegeben werden. In allen anderen Fällen muß sich die Zentrale auf die Ausarbeitung globaler Vorgaben („aggregierte Kennziffern") beschränken, die stufenweise innerhalb der hierarchischen Organisation weitergegeben werden.

Das bedeutet, daß die nachgeordneten Einheiten nicht völlig unselbständig sind, sondern über Freiräume verfügen, die sowohl verschieden groß sein, als auch sehr differenziert genutzt werden können. Die Kombinate und Betriebe neigen meist dazu, bei der Auslegung der zentralen Planvorgaben ihre eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen (in der DDR als „ressortegoistisches" bzw. „betriebsegoistisches" Verhalten kritisiert); es gibt ein betriebswirtschaftlich motiviertes Autarkiestreben der Kombinate.

Die Partei- und Staatsführung in der DDR erwartet allerdings ein systemkonformes Verhalten: die nachgeordneten Organe sollen die von ihnen erwartete ‚Eigeninitiative' ausschließlich im Rahmen des von der Zentrale vorgegebenen Planes entfalten. Damit ist eine spezifische Auslegung des „Prinzips des demokratischen Zentralismus" verbunden. Das erklärte Ziel besteht darin, eine Interessenkonformität zwischen den Betrieben und der Zentrale zu schaffen.

Die verschiedenen ökonomischen Experimente in den sozialistischen Ländern waren und sind immer wieder vom Verhältnis zwischen der Zentralisierung einerseits und der ‚Eigeninitiative' der Produktionseinheiten andererseits bestimmt.

Die derzeitige Konzeption verfolgt eine dichotomische „Dialektik": gleichzeitig sollen der Zentralismus verstärkt und die Rechte der Kombinate und Betriebe erweitert werden. Die zentrale Planung müsse zwar ausgebaut werden aber gleichzeitig davon abgehen, eine Vielzahl konkreter Entscheidungen zu treffen und detaillierte Naturalkennziffern festzulegen. Ihre Aufgabe sei es vielmehr, solche Bedingungen zu sichern, bei denen die Betriebe/Kombinate von sich aus hohe ökonomische Ergebnisse erwirtschaften.

Die Kombinate sollen bereits bei der Planung der Wirtschaftsprozesse ihrer „Mitverantwortung" gerecht werden: von den Generaldirektoren der Kombinate wird erwartet, daß sie als „politische Funktionäre[2]" an der Aufstellung von solchen Plänen ‚mitwirken', die inhaltlich den Beschlüssen der SED-Führung entsprechen.

Bei der Planrealisierung wird eine ‚Mitwirkung' der Betriebe und Kombinate in noch höherem Maße erwartet; die begriffliche Unterscheidung zwischen ‚Mitwirkung' und ‚Mitbestimmung' ist auch von inhaltlicher Bedeutung: es wird lediglich die Möglichkeit einer ‚Mitwirkung' eingeräumt. Damit ist die Bandbreite der Entscheidungsspielräume und der Eigeninitiative der Kombinate und Betriebe vorprogrammiert: sie können bei der Festlegung von Zielvorstellungen nur begrenzt tätig werden (die wichtigen Entscheidungen behält sich die Parteiführung vor); hingegen sollen sie bei der Beantwortung der Frage nach dem ‚Wie' der Planerfüllung um so aktiver sein.

In der Praxis nutzen die Kombinate und Betriebe bei der Detaillierung der zentralen Zielvorgaben ihren Informationsvorteil und entscheiden bei der Planrealisierung über die technischen Alternativen. Damit verstärkt sich aus der Sicht der Zentrale der Lenkungs- und Kontrollbedarf.

4.3. Lenkungsmethoden und -instrumente

Die insbesondere für die Plandurchführung anzuwendenden Lenkungsmethoden und -instrumente können — das zeigt die Geschichte der Wirtschaftspolitik

sozialistischer Länder — innerhalb des Grundmodells ‚sozialistische Planwirtschaft' sehr unterschiedlicher Art sein. Meist werden sowohl direkte („administrative") als auch indirekte („ökonomische") Lenkungsmethoden angewandt[3].

Bemerkenswert ist, daß in der DDR selbst „das System der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung in seiner Gesamtheit als wichtige politökonomische Kategorie bisher wenig untersucht worden"[4] ist und es deshalb an einer begrifflichen Klarheit mangelt. Das ist um so erstaunlicher, als es sich dabei um ein ordnungstheoretisch zentrales Problem handelt: der Einsatz bestimmter Instrumente wirkt sich nicht nur auf die reale ökonomische Entwicklung aus, sondern hat auch Konsequenzen für die Wirtschaftsordnung, für das Verhältnis von Zentralismus und „Eigeninitiative" (dezentrale Tendenzen).

4.3.1. Administrative und politische Lenkung

Ausgehend von dem Grundsatz des Primats der zentralen staatlichen Leitung und Planung der Wirtschaft liegt es nahe, daß die politische und staatliche Führung nicht nur die Planziele festlegen will, sondern auch direkt und unmittelbar über die Durchsetzung ihrer Intentionen zu bestimmen versucht. Sie erläßt dazu Anweisungen, Verordnungen oder andere rechtliche Normen unterschiedlichen Inhalts.

In der Vielzahl der zentralen Dokumente haben die „Planungsordnungen" einen hohen Stellenwert. Die Planungsordnungen werden durch eine Fülle weiterer Bestimmungen präzisierend und ergänzend unterstützt. Besondere Bedeutung kommt dabei den in Statuten und anderen Verordnungen fixierten Regelungen über die Organisationsstruktur der Wirtschaft zu. Mit der Festlegung der Unterstellungsverhältnisse werden die Rechte und Pflichten der verschiedenen Organe, aber auch die Weisungslinien und -befugnisse abgesteckt und damit Verhaltensregeln vorgegeben, so z. B. mit der „Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatsbetriebe und volkseigenen Betriebe vom 8. 11. 1979"[5].

Direkte zentrale Einwirkungsmöglichkeiten auf das betriebliche Geschehen in den Wirtschaftseinheiten sind — über die Planungsregelungen hinaus — mittels administrativer Eingriffe übergeordneter Organe gegeben, von denen häufig Gebrauch gemacht wird. Die operativen Weisungen haben eine wichtige Lenkungsfunktion, da nicht alle Probleme durch rechtliche Regelungen vorhersehbar erfaßbar sind, sie können aber auch zu dem häufig kritisierten „kleinlichen Administrieren" führen, was die Handlungsspielräume der Betriebe zugunsten der Zentrale übermäßig einengt, die Eigeninitiative hemmt, die Risikobereitschaft mindert, aber auch das Vertrauen in die Verläßlichkeit langfristiger Regelungen mindert.

Die Wirtschaftsgeschichte der DDR ist gekennzeichnet durch ein ständiges Experimentieren mit verschiedenen administrativen Lenkungsmethoden und -instrumentarien. Eine besondere Rolle spielen dabei quantitative Kennziffern (mengenmäßige Planauflagen), deren Erfüllung durch die Betriebe und Kombinate von der Zentrale vorrangig und ohne Abstriche verlangt wird. In jüngster Zeit hat die Bedeutung qualitativer Kennziffern (z. B. Materialverbrauch, Energieverbrauch) stark zugenommen. Aber auch dabei handelt es sich aufgrund ihrer Verbindlichkeit um direktive Lenkungsinstrumente.

Ein wichtiges ‚politisches' Lenkungsinstrument sind die auf die Erfüllung und Übererfüllung der zentralen Pläne gerichteten Kampagnen, die meist von Funktionären der SED, aber auch der ‚Massenorganisationen' (in erster Linie FDGB) initiiert und organisiert werden. Besonders zu erwähnen sind die Produktionsverpflichtungen zu den Jahrestagen der DDR oder anderen ‚gesellschaftlichen Ereignissen'. Das Hauptziel besteht darin, neben einmaligen Höchstleistungen eine Bewußtseinslage bei den Werktätigen zu erzeugen, die eine ständige Leistungssteigerung zur Selbstverständlichkeit und zur erstrangigen politischen Aufgabe werden läßt.

Für die Realisierung der Pläne wird in der DDR dem „sozialistischen Wettbewerb" eine herausragende Rolle zugesprochen, wie z. B. die Kampagnen vor und nach dem XI. Parteitag der SED im April 1986 und anläßlich der Volkskammer-Wahl am 8. Juni 1986 zeigten. Er soll die Erfüllung und gezielte Übererfüllung der Pläne in den Betrieben sichern und darüber hinaus auch zur Entwicklung des „sozialistischen Bewußtseins" beitragen. Der mit der Organisation und Durchführung der „sozialistischen Wettbewerbe" verbundene Aufwand ist erheblich; die Ergebnisse sind vielfach von größerer propagandistischer denn von ökonomischer Bedeutung (‚dröhnender Aktivismus').

Von nicht geringer Bedeutung und auch Wirkung ist die unter dem Stichwort „Anleitung und Kontrolle" von der SED-Führung über den Parteiapparat („Parteiaufträge") erfolgende politische Steuerung und Lenkung der Volkswirtschaft.

4.3.2. Indirekte (parametrische) Lenkung

Die direkte Einwirkung auf die Bereiche, Zweige, Kombinate, Betriebe und Arbeitskollektive durch verbindliche Vorgaben von Zielen, Mitteln und Lösungszeiträumen wird ergänzt durch indirekte Methoden, welche das initiative Handeln auf die Erfüllung der zentralen Planziele orientieren sollen. Im Rahmen der zentralen Vorgaben haben die wirtschaftenden Einheiten Entscheidungsspielräume, die sie unterschiedlich nutzen können und auch nutzen. Mit den indirekten Lenkungsmethoden wird die Handlungsweise dieser Einheiten im Sinne der zentralen Ziele beeinflußt.

Zu den indirekten Instrumenten gehören vor allem monetäre Größen, finanzielle Kennziffern, Preise, Prämienregelungen, Steuersätze u. a. m., zumal, wenn sie noch Bandbreiten zulassen (von-bis-Angaben). Zu nennen sind in diesem Zusammenhang auch die „Methoden der materiellen Stimulierung" (finanzielle Anreize und Belohnungen bei bestimmter Leistung)

und die mit der „wirtschaftlichen Rechnungsführung" verbundenen Maßnahmen.

Insbesondere seit der Wirtschaftsreform von 1963 (NÖS) wird mit der Einführung des „Systems ökonomischer Hebel" die Diskussion um die indirekte Steuerung von Wirtschaftsprozessen in Zentralverwaltungswirtschaften sowjetischen Typs geführt, obgleich bereits vorher die „wirtschaftliche Rechnungsführung" eine Reihe parametrischer Lenkungsmethoden enthielt. Auch der rigorose Abbruch des Wirtschaftsexperiments in der DDR beendete weder die Diskussion um diesen Problembereich, noch die Anwendung ökonomischer Lenkungsinstrumente.

Im Zentrum der Überlegungen stehen Fragen zur Gestaltung des jeweiligen Kennziffernsystems. Die verschiedenen zentralen Regelungen zur Planung und Plandurchführung enthalten eine Vielzahl von Kennziffern, die relativ häufigen Änderungen unterliegen, wobei in unterschiedlichem Maße Kennziffern der direkten oder der indirekten Steuerung des Wirtschaftsgeschehens dominieren.

Ein weiteres Problem ist ihre ‚Stimmigkeit': Sehr häufig zeigt erst die Praxis, daß verschiedene Kennziffern sich in ihrer Wirkung beeinträchtigen oder gar gegenseitig aufheben können.

Auch die Suche nach einer Kennziffer, die allen Anforderungen gerecht würde (‚synthetische Kennziffer') blieb bislang erfolglos. Aus diesem Grund ist die ‚Vervollkommnung der Leitung, Planung und Stimulierung' eng verbunden mit Experimenten zur Effektivierung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und dabei vor allem des Kennziffernsystems.

An die Kennziffern werden eine Reihe von Anforderungen gestellt; sie sollen „wissenschaftlich begründet", vergleichbar, überschaubar, abrechenbar, aufteilbar (desaggregierbar) und zusammenfaßbar (aggregierbar), kombinierbar sowie leistungsbezogen sein. Die Plankennziffern müssen auf die Ebene Betriebe ‚übersetzt' werden, damit sie dort handhabbar sind. Nur solche Kennziffern seien von den Kombinaten, Betrieben und Werktätigen auch beeinflußbar. In der praktischen Ausgestaltung werden sie weder als System noch einzeln diesem Idealbild gerecht — ein weiterer Grund für die häufigen Experimente.

Einige markante aktuelle Beispiele parametrischer Steuerung:

- Mit der als „Beitrag für gesellschaftliche Fonds" bezeichneten Regelung müssen die Betriebe und Kombinate 70 vH des „tatsächlich verausgabten Lohnfonds" an den Staatshaushalt abführen[6]. Damit sollen nach erklärter Absicht der Partei- und Staatsführung der DDR die Betriebe zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität und in diesem Zusammenhang zur Einsparung von Arbeitskräften veranlaßt werden. Die den Betrieben entstehenden Kosten sind von ihrer eigenen Entscheidung abhängig, wieviele Arbeitskräfte sie als für die Planerfüllung notwendig ansehen und beschäftigen.
- Die derzeitigen kreditpolitischen Maßnahmen[7] sind ebenfalls parametrischer Art. Die Gewährung von Zinszu- und -abschlägen ist ebenso wie die Kreditgewährung vom Verhalten der Betriebe/Kombinate bestimmbar. Plankonforme Leistungen werden materiell durch zusätzliche Kreditgewährung bei niedrigeren Zinsen (auch durch Zinsabschläge) belohnt, es können aber auch Zinszuschläge verlangt werden, wenn die Leistungskriterien nicht erfüllt werden.
- Auch einige Abgaben der Kombinate und Betriebe an den Staatshaushalt wie z. B. die Produktionsfondsabgabe[8] gelten als indirekte Steuerungsinstrumente.
- Generell wird in der DDR die ‚wirtschaftliche Rechnungsführung' in den Kombinaten und Betrieben zu den ökonomischen, d. h. parametrischen Lenkungsmethoden gezählt. Die derzeit gültige Verordnung[9] verfolgt das Ziel, die „ökonomischen Kategorien, wie Kosten, Preis, Kredit und Zins, verstärkt zu nutzen und die Verantwortung der Kombinate und Betriebe für die Erwirtschaftung der finanziellen Mittel und ihrer volkswirtschaftlich effektiven Verwendung zu erhöhen". Gleichzeitig werden den Betrieben eine ganze Reihe von Kennziffern als „verbindlicher, unveränderlicher Maßstab" (§ 3) vorgegeben. Daran wird deutlich, daß in der DDR als primär „indirekt" bezeichnete Methoden in der realen Ausgestaltung keineswegs diesem Anspruch gerecht werden.

4.3.3. Die Lenkungsfunktion des Wirtschaftsrechts

Werner Klein

Die Lenkung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses durch das Wirtschaftsrecht ist ein wesentlicher Bestandteil des Wirtschaftssystems der DDR[10]. Als Gegenstand des Wirtschaftsrechts gelten „die gesamtgesellschaftlich organisierten Wirtschaftsbeziehungen der wirtschaftsleitenden Staatsorgane, der warenproduzierenden Wirtschaftseinheiten und der weiteren Glieder der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums[11]". Unter diesem Aspekt sollen Rechtsnormen sowohl die Beziehungen zwischen den wirtschaftsleitenden Staatsorganen als auch die Leitungs- und Austauschbeziehungen zwischen den produzierenden Einheiten regeln[12]. Inhaltlich sind diese Normen als Gesetze, Verordnungen sowie veröffentlichte Beschlüsse und Anordnungen des Ministerrats gefaßt. Rechtsnormen begründen Rechtsverhältnisse. Diese sollen das ökonomische Verhalten der am Planungs-, Leitungs- und Produktionsprozeß Beteiligten an den in den Rechtsnormen ausgedrückten „Sollwerten" ausrichten. In dieser Sicht wird die allumfassende rechtliche Steuerung ökonomischer Hergänge in der DDR vermittels von Wirtschaftsrechtsnormen und Wirtschaftsrechtsverhältnissen sowie deren Durchsetzung als Wirtschaftsrechtsmechanismus begriffen[13]. Wirtschaftsrechtsverhältnisse, als konkreter Ausdruck der Beziehungen zwischen den Leitungsorganen, Kombinaten und Kombinatsbetrie-

ben sowie anderen Wirtschaftsrechtssubjekten werden durch planbestimmte Rechtsentscheidungen begründet. Damit sind einerseits Einzelentscheidungen und andererseits Wirtschaftsverträge gemeint, vermittels derer die Umsetzung und Präzisierung der zentralen Leitungsaufgaben durch die dazu befugten bzw. verpflichteten Staatsorgane und Wirtschaftseinheiten bewirkt werden sollen.

Wirtschaftsverträge werden als horizontale Koordinationsinstrumente eingesetzt, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen „gleichberechtigten" Staatsorganen bzw. Wirtschaftseinheiten im Prozeß der Vorbereitung und Konkretisierung staatlicher Planung rechtlich zu normieren. Inhaltlich werden Wirtschaftsverträge aus dem staatlichen Volkswirtschaftsplan abgeleitet und erfüllen damit eine Planungsfunktion, indem in ihnen die staatlichen Plananforderungen zu detaillieren sind. In Wirtschaftsverträgen werden damit Zielsetzung und Ablauf (Algorithmus) der Produktionskooperation und der Austauschprozesse zwischen den betreffenden Staatsorganen bzw. Wirtschaftseinheiten geregelt. Insgesamt soll dadurch die „Einheit von Plan, Bilanz und Vertrag" hergestellt werden[14].

Entsprechend seiner Bedeutung für die Leitung, Planung und Kontrolle ist das Recht der Wirtschaftsverträge umfassend im Vertragsgesetz (VG) geregelt[15]. Generell besteht für die Wirtschaftseinheiten eine Vertragspflicht, die beim Vorliegen planbestimmter Voraussetzungen zur gegenseitigen Vertragsabschlußpflicht wird. Das Vertragsgesetz sieht drei Grundtypen von Wirtschaftsverträgen vor. In Koordinierungsverträgen verpflichten sich die Vertragspartner zu plangemäßem Verhalten im Prozeß der Planung und Bilanzierung, bei der Abstimmung von Investitionen, der Entwicklung von Produktionssortimenten und der Vorbereitung von Importen und Exporten. Leistungsverträge normieren die Vereinbarungen über Leistung und Gegenleistung in Form von Liefer-, Dienstleistungs- und Nutzungsverträgen sowie von Werkverträgen über wissenschaftlich-technische Leistungen und zur Vorbereitung und Durchführung von Investitionen. Verträge über gemeinschaftliche Lösungen von Aufgaben einschließlich Organisationsverträge regeln (insbesondere in Form von Leistungsverträgen) die internen Leitungs- und Leistungsbeziehungen rechtsfähiger Produktionsgemeinschaften.

Der instrumentelle Charakter des Wirtschaftsrechts, insbesondere des Vertragsrechts (Planungsfunktion), zeigt sich sehr deutlich in den Bestimmungen und der Anwendung des Rechtsinstituts der materiellen wirtschaftlichen Verantwortlichkeit. Hiermit sind die Rechtsfolgen (Sanktionen) von Rechtsverletzungen gemeint. Verzögerter Vertragsabschluß, fehlende Planentscheidungen zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses oder von Leistungen und anderes können — ohne daß dadurch ein Schaden entstanden sein muß — als gröbliche Verletzung der Staatsdisziplin[16] mit Strafen bis zur Höhe von 500 000 M zur Zahlung an den Staatshaushalt geahndet werden[17]. — Leistungsstörungen wegen Vertragsverletzung[18] haben Vertragsstrafen und Schadenersatz und/oder die Anwendung von sogenannten Leistungssicherungsrechten (Garantieforderungen, Abnahme- und Zahlungsverweigerungsrechte, Rücktrittsrechte) zur Folge.

Während das Wirtschaftsrecht der DDR, insbesondere das Vertragsrecht, zwingendes Instrument der zentralen Leitung, Planung, Lenkung und Kontrolle der Volkswirtschaft sein soll, ist die Privatrechtsordnung der Bundesrepublik durch das Prinzip der Vertragsfreiheit gekennzeichnet. Demgegenüber können in der DDR Wirtschaftsverträge geändert oder aufgehoben werden, wenn dies „im gesellschaftlichen Interesse" notwendig erscheint. Übergeordnete Leitungsorgane können damit jederzeit eine von bestehenden Verträgen abweichende neue verbindliche Planentscheidung mit den geschilderten Rechtsfolgen für die Vertragspartner treffen[19]. Dies bedeutet für die Vertragspartner einen Zustand permanenter Rechtsunsicherheit.

Trotz der Vielfalt wirtschaftsrechtlicher Lenkungsmethoden und Instrumente sollte deren ökonomische Effizienz nicht überschätzt werden. Insoweit Rechtsverhältnisse in der DDR inhaltlich durch die Anwendung von Kennziffern, Normen und Normativen bestimmt werden, sind erstere mit den gleichen ökonomischen Problemen befrachtet wie die letzteren selbst.

4.4. Das Anreizsystem

Für jedes arbeitsteilig organisierte Wirtschaftssystem stellt sich das als Leistungsproblem bekannte Phänomen, wie die Planausführenden zu jenem Leistungsverhalten motiviert werden können, das von den Plandisponenten erwartet wird. Für die in diesem Kontext darzustellende ordnungspolitische Gestaltung des Wirtschaftssystems der DDR ist es kennzeichnend, daß die Motivationsstruktur[20] auf die mit der zentralen staatlichen Leitung und Planung zu verwirklichenden gesellschaftlichen und ökonomischen Zielstellungen auszurichten ist.

Unmittelbar das ökonomische Handeln bestimmende und beeinflussende Instrumente des Leistungsanreizes werden in der DDR als Formen der Stimulierung bezeichnet und nach ihrem Ansatzpunkt klassifiziert. Sozialpsychologisch wirkende Anreize gelten als Mittel ideeller Stimulierung, von denen die Formen materieller (ökonomischer) Stimulierung unterschieden werden. Methoden ideeller Stimulierung bestehen beispielsweise in der Präsentation bewährter Mitarbeiter in den Medien, in der Verleihung von Wanderfahnen, Wimpeln und Ehrenbannern sowie der Auszeichnung mit Orden, Medaillen und Ehrentiteln (z. B. „Held der Arbeit", „verdienter Meister", „Kollektiv der sozialistischen Arbeit"). — Auch die Formen ökonomischer Stimulierung sind in der DDR in vielfacher Weise verwirklicht. Sie sollen in ihren Funktionen und in ihrer Ausgestaltung als konkreter Ausdruck des Prinzips der materiellen Interessiertheit im Rahmen der wirtschaftlichen Rechnungsführung (s. Kap. VI.4.2.) das sozialistische Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung zur

Geltung bringen. Ökonomische Stimulierung, Leitung und Planung sollen gesamtheitlich insbesondere auf die Anforderungen der „weiteren Intensivierung" ausgerichtet sein[21].

Als primär auf die persönliche materielle Interessiertheit abzielende Methoden ökonomischer Stimulierung gelten die verschiedenen Lohnformen und -systeme (vgl. dazu Kap. X.2.). Eine weitere, systemtypische Form des Leistungsanreizes besteht in der Gewährung von Prämien aus Mitteln des Betriebsprämienfonds, die neben dem Lohn eine zweite wichtige Quelle persönlichen Einkommens darstellen. In der derzeit gültigen Verordnung wird umfassend die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds volkseigener Betriebe und anderer Organisationen, die nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten, geregelt[22]. Neben einem in absoluter Höhe festgelegten Grundbetrag können die Betriebe weitere Prämienmittel planen und auszahlen. Hierzu sind aus den vier Hauptkennziffern der Leistungsbewertung (vgl. dazu V.3.4.5.) zwei durch die Staatliche Plankommission (SPK) auszuwählen, die im Planungsprozeß zu überbieten und in der Realisierungsphase zu erfüllen oder überzuerfüllen sind. Zusatzbedingung ist die Erfüllung von zwei weiteren von insgesamt acht Kennziffern.

Im Betriebskollektivvertrag werden die Bedingungen für die verschiedenen Formen der Prämiierung festgelegt: die Einzelpersonen oder Kollektiven zustehenden Initiativprämien im Rahmen des „sozialistischen Wettbewerbs", die Zielprämien entsprechend aufgeschlüsselten Leistungskennziffern und Schwerpunktaufgaben sowie die auftragsgebundenen Prämien für die Erfüllung wissenschaftlich-technischer Vorhaben. Die Jahresendprämie als Form kollektiven Leistungsanreizes soll eine zusätzliche materielle Belohnung der Betriebsangehörigen für die Jahresgesamtleistung eines Betriebes darstellen. Sie ist grundsätzlich auf höchstens 800 M je Vollbeschäftigtem und Jahr festgelegt, kann aber je nach Leistung unter Berücksichtigung von Schichtarbeit für die Arbeiter differenziert werden. Die Prämiierung der leitenden Kader der Kombinate und Betriebe hängt von der „allseitigen" Planerfüllung in ihrem Verantwortungsbereich ab.

Neben dem Prämienfonds wurde 1972 als weiteres Instrument primär des kollektiven Leistungsanreizes der Leistungsfonds eingeführt. Nach der derzeit gültigen Anordnung[23] sollen besondere Leistungen der Betriebskollektive materiell entlohnt werden. Maßgeblich ist dabei die Kennziffer Nettogewinn einschließlich Exportergebnisse, wenn die Betriebe über die staatliche Planaufgabe bzw. Planauflage hinaus zusätzlichen Nettogewinn planen und erwirtschaften. — Mit den Mitteln des Leistungsfonds sollen vor allem Rationalisierungsinvestitionen (mindestens 25 vH des Leistungsfonds), die Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln, Großreparaturen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen finanziert werden. Auch können Bauvorhaben von Betriebsangehörigen (Eigenheimbau) personenbezogen aus diesen Mitteln finanziell unterstützt werden.

Kombinate bilden als weiteres Instrument der Leistungsstimulierung einen Verfügungsfonds[24]. Die Mittel dieses im Kombinat zentralisierten Fonds werden unabhängig von dem Grad der Planerfüllung aus Nettogewinnabführungsanteilen der Betriebe gespeist und sollen hervorragende Leistungen einzelner Werktätiger, von Kollektiven oder auch ganzer Betriebe materiell entlohnen. Leistungsmaßstab bilden die Lösung wissenschaftlich-technischer Aufgaben und die Durchführung von Intensivierungsmaßnahmen.

Die ökonomische Stimulierung vermittels Prämienfonds und Leistungsfonds ist eingebunden in den sog. „sozialistischen Wettbewerb"[25]. Dieser soll die Wirtschaftseinheiten veranlassen, die staatlichen Planziele durchzusetzen, die Überbietung der Planvorgaben und die Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne in zeitlicher, quantitativer und qualitativer Hinsicht zu gewährleisten. Methodisch als „Masseninitiative" durch den FDGB organisiert, werden Inhalt und Formen dieses „Wettbewerbs" mit der Ausarbeitung des betrieblichen Planentwurfs festgelegt. Das Prinzip der Öffentlichkeit soll die Ziele des Wettbewerbs transparent machen, durch Vergleich der erreichten Ergebnisse ein massenhafter Anreiz zu höheren Leistungen ausgelöst werden. — Die in der Konzeption des „sozialistischen Wettbewerbs" enthaltenen Ziele, Verpflichtungen, Maßnahmen sowie Art und Umfang der finanziellen und ideellen Anerkennung besonderer Leistungen werden rechtlich im Betriebskollektivvertrag festgelegt[26].

Eine zusammenfassende Wertung des ökonomischen Anreizsystems in der DDR hat zu berücksichtigen, daß die ihm zugrundeliegenden Leistungsparameter überwiegend in Form von Kennziffern, insbesondere von Wertkennziffern, dargestellt werden, die als Gradmesser wirtschaftlicher Leistungen wegen des ungelösten Problems ökonomisch adäquater Preisbildung (s. Kapitel V.5.) weitgehend ungeeignet sein dürften. Darüber hinaus bieten manche Formen des Leistungsanreizes (insbesondere der Leistungsfonds) weitgehend keine direkten persönlichen Vorteile. Gleichwohl mögen insbesondere für die Führungskräfte (leitende Kader) der Wirtschaft in der DDR geldwerte materielle und immaterielle Vorteile, wie Auslandsreisen, Dienstwagen, Wochenendhaus (Datscha) und anderes leistungsmotivierend wirken. — Generell leistungs- und damit effizienzmindernd dürfte aber das Ordnungsprinzip der Planerfüllung wirken, mittels welcher Kennziffern diese auch immer gemessen wird. Da die beschriebenen Formen der Leistungsanreize in der DDR in ihrer ökonomischen Bewertung am Prinzip der Planerfüllung gemessen werden, initiieren sie betriebliche Verhaltensweisen, die ein eher auf leichte Planerfüllung gerichtetes denn ein an hohen Leistungen interessiertes Handeln bewirken.

4.5. Das Netz der Kontrollen

Zur Lösung des bereits geschilderten Leistungsproblems (s. Kapitel V.4.4.) ist in der DDR ein Netz von systemtypischen Kontrollen entwickelt worden.

Es umfaßt sowohl den Prozeß der Planung und des Planvollzugs[27] als auch alle dem Lenkungssystem zugehörigen Kontrollmaßnahmen. Die hierarchisch strukturierte Leitungs- und Planungsorganisation ist auch mit Kontrollrechten und -pflichten ausgestattet. So dient das Verfahren der Verteidigung von Planentwürfen nachgeordneter Wirtschaftseinheiten zugleich als ein Kontrollverfahren zur Einhaltung von Planvorgaben (Planaufgaben) und rechtlichen Vorschriften (Planungsordnung etc.) durch die jeweils untergeordneten Wirtschaftseinheiten. Eine Reihe weiterer Institutionen auf gesamtwirtschaftlicher und auf der Ebene der Kombinate haben Kontrollfunktionen verschiedener Art wahrzunehmen[28]. — Zu den Kontrollinstitutionen auf zentraler Ebene ist die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik zu zählen, die die zu kontrollierenden Daten und Informationen bereitzustellen hat[29]. Als weitere staatliche Prüfungsorganisation fungiert die Staatliche Finanzrevision[30]. Dem Minister der Finanzen unterstellt hat diese nahezu allumfassende Kontrollaufgaben zu erfüllen, die sowohl das Wirtschaftsgeschehen der Wirtschaftseinheiten als auch das wirtschaftliche Gebaren der öffentlichen Einrichtungen betreffen. Ihre Kontrollinstrumente in den Betrieben beziehen sich im wesentlichen auf die Prüfung der finanzwirtschaftlichen Tätigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Jahresbilanzen.

Nach ihrem gesetzlichen Auftrag hat die Staatsbank der DDR „eine staatliche Kontrolle durch die Mark auszuüben, die schwerpunktmäßig auf die langfristige Vorbereitung, Planung und Durchführung des Produktionsprozesses zu richten ist“[31]. Sie soll insbesondere die betriebliche Planung und Plandurchführung kontrollieren. Daher sind die Betriebe zur Kontoführung bei einer Filiale der Staatsbank verpflichtet, wodurch die Kontrolle des Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs, der Lohnfondsentwicklung, der Abführungen an den Staatshaushalt sowie der Kredite über entsprechende Kontenbewegungen finanziell ermöglicht werden soll.

Vorwiegend der rechtlichen Kontrolle der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Betrieben verpflichtet, insbesondere in Fällen von Vertragsverletzungen, ist das Staatliche Vertragsgericht (StVG)[32]. Als Organ des Ministerrats ist es kein Gericht im herkömmlichen Sinne. Es hat unter Kontrollaspekten die Aufgabe, die Einhaltung der „Staatsdisziplin“ und der Rechtsvorschriften bei der Vorbereitung und Erfüllung von Wirtschaftsverträgen sicherzustellen. Das StVG wird aufgrund einer Verfügung bei vertraglichen Streitfällen und vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen oder auch ohne Antrag tätig.

Im Zuge der Bildung von Kombinaten ist eine ganze Reihe neuer Instanzen geschaffen worden, wovon die Staatliche Bilanzinspektion (SBI)[33] von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung sein dürfte. Ihre Aufgabe besteht im Rahmen der MAK-Bilanzierung darin, im Interesse der Leistungssteigerung alle materiellen und finanziellen Reserven planwirksam zu machen, die Anwendung wissenschaftlich-technischer Höchstnormative durchzusetzen, auf die Einhaltung von Verwendungsgeboten und -verboten zu achten, die ordnungsgemäße Abrechnung der MAK-Bilanzen zu kontrollieren sowie die Abrechnungsergebnisse auszuwerten. Die umfangreichen Kontrollfunktionen der SBI erfassen sowohl öffentliche Verwaltungen als auch Kombinate, Betriebe, Genossenschaften und sonstige Einrichtungen. — Daneben ist eine ganze Reihe von staatlichen Inspektionen mit der Kontrolle spezifischer ökonomischer Hergänge betraut. Die Vorbereitung und Durchführung von Investitionen wird durch die Zentrale Staatliche Inspektion für Investitionen überwacht. Andere Inspektionen sollen den Einsatz von Energie und Sekundärrohstoffen sowie das Transportwesen hinsichtlich ihrer ökonomischen Effizienz kontrollieren. Staatliche Ämter, deren Kontrollaufgaben sich unmittelbar erkennen lassen, sind das Amt für Preise, das die Einhaltung der staatlichen Preisbildungsvorschriften zu überwachen hat (vgl. V.5.3.) sowie das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung (ASMW), dem auch Aufgaben bei der Qualitätskontrolle zufallen.

Als eine der wichtigsten gesellschaftlichen Kontrollinstitutionen fungiert die seit 1963 bestehende „Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI)“[34]. Die allumfassenden Kontrollfunktionen der ABI kommen sowohl in deren Aufgabenstellung als auch in deren Arbeitsweise und Organisationsstruktur zum Ausdruck. In der Unterstellung des zentralen Führungsorgans der ABI, des Komitees der ABI der DDR, sowohl unter das ZK der SED als auch den Ministerrat, zeigt sich die Wahrnehmung von Kontrollfunktionen sowohl im Partei- als auch im Staatsauftrag. In hierarchischer Stufung unterstehen dem Komitee der ABI unter territorialem Aspekt Betriebs-, Kreis- und Stadt- bzw. Stadtbezirkskomitees mit weiteren Untergliederungen. Auch in den zentralgeleiteten Kombinaten bestehen Einrichtungen entsprechender Inspektionen der ABI. Aufgabe der ABI ist es besonders, die Erfüllung der Beschlüsse und Direktiven von Partei und Regierung durch Betriebe, Genossenschaften und die staats- und wirtschaftsleitenden Organe zu kontrollieren, auf die Realisierung der Produktionspläne und die Verbesserung von Leitung und Planung einzuwirken. — Spezielle Überwachungsaufgaben erfüllen die Leiter der Abteilungen Preise (Preiskontrolle) und die Staatliche Qualitätsinspektionen des ASMW (Qualitätskontrolle) sowie die Technische Kontrollorganisation (TKO: Qualitätskontrolle).

Auch auf der Ebene der Kombinate und Betriebe finden sich verschiedene Kontrollinstitutionen. Von herausragender Bedeutung sind in diesem Kontext Position und Funktion des Hauptbuchhalters[35] im Kombinat, in den Kombinatsbetrieben und in den wirtschaftsleitenden Organen. Dem Generaldirektor des Kombinats formal unterstellt, aber an dessen Weisungen nicht gebunden und als „Direktor für Rechnungsführung und Finanzkontrolle“ dem Leitungskader des Kombinats zugehörig, wird der Hauptbuchhalter des Kombinats nicht, wie die übrigen Kombinatsdirektoren, vom Generaldirektor, sondern vom zuständigen Industrieminister im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen berufen. Die kombinatsinternen Kontrollfunktionen erstrecken sich auf Rechnungsfüh-

rung und Statistik, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Aufbereitung der Jahresbilanzen. Der Hauptbuchhalter des Kombinats ist gegenüber dem Generaldirektor und dem zuständigen Zweigminister sowie in Fällen schwerwiegender Pflichtverletzungen durch den Generaldirektor auch dem Minister für Finanzen gegenüber berichtspflichtig. — Aus der Doppelfunktion des Hauptbuchhalters, zum einen staatsbeauftragter Betriebskontrolleur und zum anderen für die Leitungs-, Planungs- und Produktionsprozesse des Kombinats mitverantwortlich zu sein, können persönliche Konfliktsituationen entstehen. Auch verschiedene Parteiorgane überwachen das Betriebsgeschehen zur Durchsetzung der Direktiven und Absichten der Partei: der Beauftragte des ZK der SED beim Kombinat, die Betriebsparteiorganisation sowie der aus ausgewählten Parteisekretären der Kombinatsbetriebe zusammengesetzte Rat der SED-Parteisekretäre des Kombinats[36].

Die Vielfalt gesellschaftlicher, staatlicher und politischer Kontrollen im Wirtschaftssystem der DDR hat mannigfache Gründe. Die ökonomischen Hergänge der Planung und Planverwirklichung auf den verschiedenen Ebenen und in den einzelnen Institutionen der Volkswirtschaft müssen beim Anspruch auf die Durchsetzung staatlicher Ziele daraufhin kontrolliert werden, daß die Nutzung persönlichen und deswegen prinzipiell nicht zentralisierbaren Wissens durch die Leitungs- und Planungsorganisationen und insbesondere durch die Wirtschaftseinheiten möglichst keine zielkonträren Effekte hat. Daneben wächst mit der Größe einer Wirtschaftseinheit (Kombinat) die Gefahr der Bildung versteckter Reserven (organizational-slack)[37]. Mit der Länge der dadurch institutionalisierten Kontrollketten wachsen aber auch die Kontrollkosten. Von daher ergeben sich die ökonomischen Grenzen der Kontrollfähigkeit und -tätigkeit gleichsam systemlogisch von selbst.

Die im System der Wirtschaftsadministration der DDR angelegten Kontrollen sind vielfältig mit dem Prinzip der Planerfüllung verknüpft. Damit wird aber eine Interessenidentität von Kontrolleuren und Kontrollierten ordnungspolitisch präformiert, die die angestrebte Kontrolleffizienz erheblich schmälern kann[38]. Somit dürfte sich letztlich auch die Qualität des Netzes wirtschaftlicher Kontrollen in der DDR als weniger wirksam erweisen als von der Partei- und Staatsführung offiziell erwartet.

Fußnoten

1 Vgl. dazu beispielhaft Kinze u. a. 1983; Friedrich u. a. 1976; Gerisch 1985; Neumann u. a. 1984.

2 Koziolek 1985, S. 1291.

3 Vgl. Beyer 1972.

4 Milke u. a. 1979, S. 84.

5 Kombinats-VO 1979 — Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatsbetriebe und volkseigenen Betriebe vom 8. November 1979. GBl. Teil I. Nr. 38. 13. 11. 1979. S. 355ff.

6 VO gesellsch. Fonds 1983 — Verordnung über den Beitrag für gesellschaftliche Fonds vom 14. April 1983. GBl. Teil I. Nr. 11. 4. 5. 1983. S. 105ff.

7 Kreditverordnung 1982 — Verordnung über die Kreditgewährung und die Bankkontrolle der sozialistischen Wirtschaft — Kreditverordnung — vom 28. Januar 1982. GBl. Teil I. Nr. 6. 25. 2. 1982; Finanzierungsrichtlinie 1983 — Anordnung über die Finanzierungsrichtlinie für die volkseigene Wirtschaft vom 14. April 1983. GBl. Teil I. Nr. 11. 4. 5. 1983; VO Leistungsfonds 1983 — Anordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Leistungsfonds der volkseigenen Betriebe vom 14. April 1983. GBl. Teil I. Nr. 11. 4. 5. 1983.

8 VO Produktionsfondsabgabe 1983 — Verordnung über die Produktionsfondsabgabe vom 14. April 1983. GBl. Teil I. Nr. 11. 4. 5. 1983; VO Produktionsfondsabgabe 1985 — Verordnung über die Produktionsfondsabgabe vom 9. Mai 1985. GBl. Teil I. Nr. 13. 31. 5. 1985.

9 VO Rechnungsführung 1982 — Verordnung über die weitere Vervollkommnung der wirtschaftlichen Rechnungsführung auf der Grundlage des Planes vom 28. Januar 1982. GBl. Teil I. Nr. 3. 5. 2. 1982; VO Rechnungsführung 1985 — Dritte Verordnung über die weitere Vervollkommnung der wirtschaftlichen Rechnungsführung auf der Grundlage des Planes vom 7. Mai 1985. GBl. Teil I. Nr. 13. 31. 5. 1985.

10 Derix 1983, S. 173ff.

11 Autorenkollektiv (Ltg. Heuer) 1985, S. 35.

12 Ibid.

13 Ibid., S. 55.

14 Autorenkollektiv (Ltg. Rost) 1985, S. 55.

15 Gesetz über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft — Vertragsgesetz —. Gesetzblatt der DDR. 1982. Teil I, Nr. 14, S. 293ff. — Erste bis fünfte Durchführungsverordnung zum Vertragsgesetz, Gesetzblatt der DDR. 1982. Teil I, Nr. 16, S. 325ff. — Durchführungsbestimmung zum Vertragsgesetz. Fristen zum Abschluß von Leistungsverträgen. Gesetzblatt der DDR. 1982. Teil I, Nr. 29, S. 531ff.

16 Beier 1985, S. 74ff.

17 § 110 VG.

18 Pflicke/Süss 1985, S. 53ff.

19 § 78 Abs. 1 VG.

20 Gutmann 1987, Volkswirtschaftslehre, S. 24f.

21 Gutmann 1981, Die DDR-Wirtschaft am Beginn der 80er Jahre, S. 7—37.

22 Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds für volkseigene Betriebe. Gesetzblatt der DDR. Teil I, Nr. 34, 1982, S. 595ff.

23 Anordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Leistungsfonds der volkseigenen Betriebe. Gesetzblatt der DDR. Teil I, Nr. 11, 1983, S. 121ff.; Klein 1978, S. 43ff.

24 Anordnung über die Finanzierungsrichtlinie für die volkseigene Wirtschaft. Gesetzblatt der DDR. Teil I, Nr. 11, 1983, S. 110ff.

25 Erdmann 1985, S. 1192ff.

26 Beschluß des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik und des Bundesvorstands des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds zur Richtlinie für die jährliche Ausarbeitung der Betriebskollektivverträge. Gesetzblatt der DDR. Teil I, Nr. 31, 1975, S. 581ff.; Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Gesetzblatt der DDR. Teil I, Nr. 18, 1977, S. 185ff., § 28, S. 191.

27 Förster/Erdmann/Krakat 1983.

28 Müller 1980, S. 35ff.; Cornelsen/Melzer/Scherzinger 1984, S. 212ff.

29 Verordnung über Rechnungsführung und Statistik. Gesetzblatt der DDR. Teil I, Nr. 23, 1985, S. 261ff., § 21.

30 Beschluß über die Aufgaben, die Arbeitsweise und den Aufbau der Staatlichen Finanzrevision. Gesetzblatt der DDR. Teil II, Nr. 49, 1967, S. 329ff.

31 Gesetz über die Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik. Gesetzblatt der DDR. Teil I, Nr. 62, 1974, S. 588ff., § 10 Abs. 1.

32 Verordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Staatlichen Vertragsgerichts. Gesetzblatt der DDR. Teil II, Nr. 29, 1970, S. 209ff.; Gesetz über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft — Vertragsgesetz —. Gesetzblatt der DDR. Teil I, Nr. 14, 1982, S. 293ff., § 22, S. 296.

Kapitel V

[33] Verordnung über die Aufgaben und Arbeitsweise der Staatlichen Bilanzinspektion bei der Staatlichen Plankommission. Gesetzblatt der DDR. Teil I, Nr. 5, 1981, S. 65ff.

[34] Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik über die Arbeiter- und Bauern-Inspektion der Deutschen Demokratischen Republik. Gesetzblatt der DDR. Teil I, Nr. 42, 1974, S. 389ff.

[35] Verordnung über die gesellschaftliche Verantwortung, die Vollmachten und Pflichten des Hauptbuchhalters in den volkseigenen Betrieben — Hauptbuchhalterverordnung —. Gesetzblatt der DDR. Teil I, Nr. 18, 1979, S. 158ff.

[36] Förster/Erdmann/Krakat 1983, S. 17.

[37] Klein 1983, S. 79ff.

[38] Klein 1975, S. 866.

Literatur

Autorenkollektiv (Ltg. Finger H., Gärtig W.): Stimulierung in Industriebetrieben und Kombinaten. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1982.

Autorenkollektiv (Ltg. Gebhardt G.): Sozialistische Finanzwirtschaft. Hochschullehrbuch. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1981.

Autorenkollektiv (Ltg. Heuer J.-U.): Wirtschaftsrecht. Lehrbuch. Berlin (Ost). Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik. 1985.

Autorenkollektiv (Ltg. Rost H.): Planungsordnung 1986—1990. Wichtiges Instrument zur Verwirklichung der ökonomischen Strategie. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1985.

Beier B.: Die Wirtschaftssanktion. Realisierungsform der Verantwortlichkeit für die Verletzung der sozialistischen Staatsdisziplin. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner" (Hrsg.). Berlin (Ost). H. 2/1985. S. 74ff.

Beyer A.: Die Reformpolitik der SED in den Parteibeschlüssen. In: Wirtschaftssysteme des Sozialismus im Experiment — Plan oder Markt? Hrsg. Bress L., Hensel K. P. Frankfurt/Main. Athenäum Verlag. 1972.

Brunner G.: Einführung in das Recht der DDR. München. Verlag C. H. Beck. 2. Aufl. 1979.

Cassel D. (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im Systemvergleich. Konzeption und Praxis der Wirtschaftspolitik in kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftssystemen. München. Verlag F. Vahlen. 1984.

Cornelsen D., Melzer M., Scherzinger A.: DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten. DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung (Hrsg.). H. 2/1984. S. 200ff.

Derix H.-H.: Die Konzeption des Wirtschaftsrechts der DDR. Grundzüge, Probleme, Perspektiven. In: Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme. Hrsg. Gutmann G. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1983.

Erdmann K.: Sozialistischer Wettbewerb. In: DDR Handbuch. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.). Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. Bd. 2, M—Z/1985.

Förster W., Erdmann K., Krakat K.: Wirtschaftskontrollen in der DDR. FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. H. 4/1983.

Friedrich G.u. a.: Leitung der sozialistischen Wirtschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1976.

Gerisch R. (Ltr. eines Autorenkollektivs): Wirtschafts- und Leitungsorganisation in den Kombinaten und Betrieben. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1985.

Gutmann G.: Volkswirtschaftslehre. Eine ordnungstheoretische Einführung. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz. Verlag W. Kohlhammer. 2. A. 1987.

Gutmann G.: Die DDR-Wirtschaft am Beginn der 80er Jahre. Fortschritt durch Intensivierung?. In: FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. H. 10/1981. S. 7—37.

Gutmann G. (Hrsg.): Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1983.

Hamel H. (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland — DDR. Die Wirtschaftssysteme. München. Verlag C.H. Beck. 4. Aufl. 1983.

Handbuch der Planung für Kombinate und Betriebe. Industrie. Berlin. Verlag Die Wirtschaft. 1981.

Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg.): Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie. Lehrbuch. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 3. Aufl. 1980.

Ischertz H.-J.: Der sozialistische Wettbewerb. — Darstellung und Problematik. Diss. Berlin. 1976.

Kinze H.-H., Knop H., Seifert E.: Sozialistische Volkswirtschaft. Hochschullehrbuch. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1983.

Klein W.: Das Kombinat. Eine organisationstheoretische Analyse. In: Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme. Hrsg. Gutmann G. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1983. S. 79ff.

Klein W.: Organisation in der Zentralverwaltungswirtschaft. In: Handbuch Organisation. Hrsg. Linnert P. Gernsbach. Deutscher Betriebswirte-Verlag GmbH. 1975. S. 845ff.

Klein W.: Wirtschaftspolitische Aspekte der Rezentralisierung in der DDR. In: Deutschland Archiv. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. H. 1/1978. S. 36ff.

Koziolek H.: Die sozialistische Planwirtschaft in der DDR und ihre weitere Vervollkommnung. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft Heft 9/1985, S. 1286ff.

Lexikon der Wirtschaft. Volkswirtschaftsplanung. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1979.

Mampel S.: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar. Frankfurt a. M. Verlag Metzner. 2. Aufl. 1982.

Marx H. u. a.: Die wirtschaftliche Rechnungsführung. Berlin (Ost). Dietz-Verlag. 1984.

Milke H. u. a.: Die Planmäßigkeit der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft. Berlin (Ost). Dietz-Verlag. 1979.

Müller D.: Die staatliche Finanzkontrolle der Industriebetriebe in der DDR. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1980. S. 35ff.

Neumann J. (Ltr. eines Autorenkollektivs und Herausgeber): Ökonomie der Produktionsdurchführung. Handbuch für Organisation, Planung, Lenkung, Kontrolle und Abrechnung der Produktion in Kombinaten und Betrieben. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1984.

Ökonomie der Produktionsdurchführung. Handbuch für Organisation, Planung, Lenkung, Kontrolle und Abrechnung der Produktion in Kombinaten und Betrieben. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1984.

Otto W.: Ökonomische Strategie und volkswirtschaftliche Masseninitiative. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1984.

Pflicke P., Süss I.: Zu den Voraussetzungen der materiellen Verantwortlichkeit aus Wirtschaftsverträgen. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner" (Hrsg.). Berlin (Ost). H. 2/1985. S. 53ff.

Pütsch M.: Die Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik. Frankfurt a. M. Verlag F. Knapp. 1978.

Weidhauer R., Wetzel A.: Kombinate erfolgreich leiten. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1984.

Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft". Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft.

5. Preise und Preispolitik

Friedrich Haffner

Inhalt Seite

5.1. Die Funktionen der Preise und ihre Entwicklung 147

5.2. Das heutige Preissystem der DDR 149

5.3. Organe und Instrumente der Preispolitik 150

5.1. Die Funktionen der Preise und ihre Entwicklung

a) Die Preise im planwirtschaftlichen System der DDR unterscheiden sich grundlegend nach dem Zustandekommen und der Wirkung von Preisen in einem marktwirtschaftlichen System. In der DDR gibt es keinen Markt-Preis-Mechanismus, welcher die Koordination der arbeitsteiligen Volkswirtschaft bewirkt; an seine Stelle ist die zentrale Planung getreten, die in der Realität auf Preise auch nicht verzichten kann, weil die Volkswirtschaft nicht vollständig durchgeplant ist und deshalb die Geldrechnung und Bezahlung bei Käufern von Produktions- und Konsumgütern bestehen bleiben. Zusätzlich dienen die Preise verschiedenen planwirtschaftlichen Zwecken. „... der Preis wird im Sozialismus zu einem Instrument der bewußten Leitung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und seiner Teilsysteme" [1]. Ob und wie erfolgreich die Preise die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen, hängt von der theoretischen Konzeption des planwirtschaftlichen Preissystems und seiner Realisierung ab. Die Preise dienen aber nicht nur der Erfüllung staatlicher Planaufgaben und anderen gesellschaftlichen Zielvorstellungen, sondern sie sind selbst Gegenstand staatlich-administrativen Handelns: sie entstehen nicht durch den Marktmechanismus, sondern werden von Behörden festgesetzt oder auf Grund von gesetzlichen Regelungen (z. B. Kalkulationsrichtlinien) in den Kombinaten gebildet. Dabei bilden sich vor allem durch differenzierte Abgaben und Preisstützungen unterschiedliche Preisebenen, insbesondere zwischen Produzenten- und Verbraucher- bzw. Verwenderpreisen. Der administrative Charakter der Preise bewirkt, daß die institutionellen Bedingungen, die Hierarchie der Preisbildungsorgane in der DDR und die Techniken der staatlichen Preisbildungen die Erfolge und Mißerfolge dieser Art von Preispolitik stark beeinflussen.

b) In den Funktionen der Preise kommen die den Preisen im Wirtschaftssystem gestellten oder praktisch von ihnen wahrgenommenen Aufgaben zum Ausdruck. Sie sind nur vordergründig durch die staatlich gesetzte Wirtschaftsordnung definiert, tatsächlich ist die Wirkung (und Entwicklung) der Preise auch durch die Unzulänglichkeiten der planwirtschaftlichen Ordnung selbst bestimmt.

Eine den Marktwirtschaften noch vergleichbare Lenkungsfunktion üben die Preise, vor allem die Einzelhandelspreise, bei der Gestaltung der Nachfrage der Bevölkerung aus, da diese nicht direkt geplant wird. Die Preise sollen — im Idealfall — auch hier ein Gleichgewicht zwischen der Nachfrage der Bevölkerung und dem Planangebot herstellen. Wie die ständig auftretenden Fälle von Übernachfrage einerseits und unverkäuflichen Beständen bei anderen Waren und Sortimenten andererseits jedoch zeigen, wird dieses Gleichgewicht oft nicht erreicht. Die Gründe dafür liegen nicht nur im Unvermögen der Preisbildungsorgane, Gleichgewichtspreise zu finden, sondern auch darin, daß die Preise gleichzeitig anderen Erfordernissen genügen sollen, z. B. möglichst stabil zu sein (vgl. u.). Darüber hinaus liegen Ursachen für Marktungleichgewichte, insbesondere für Versorgungsmängel, bei den Fehlern in der Produktionsplanung. Mit wachsenden Volkseinkom-

men, die immer mehr auch eine notwendige Reservenbildung zulassen, und bei verbesserten Planungstechniken, auch auf dem Gebiet der Preisfestsetzung, hat sich in der DDR das Problem der Versorgungsengpässe aus dem Bereich des Grundbedarfs (außer bei der Wohnungsversorgung) stärker auf die differenzierteren, gehobeneren, häufig Luxusbedürfnisse verlagert.

Über die Preise wird auch in sozialistischen Wirtschaften die Einkommensverteilung gesteuert. Die Einkommensverteilungs- und Einkommensumverteilungsfunktion der Preise bezieht sich auch auf die Betriebe, weil über die Preise der Vor- und Endprodukte die Höhe des Gewinns oder Verlustes und damit die Abführungen an den Staatshaushalt oder Zuschüsse beeinflußt werden. Die Verteilungsfunktion der Preise ist aber besonders wichtig im Hinblick auf die Realeinkommen der Bevölkerung: Die Höhe der Preise bestimmt (neben der Höhe der Löhne und der Steuern) die Kaufkraft der Mark und damit Niveau und Struktur des Konsums der Bevölkerung. Über eine gezielte Preispolitik kann darauf Einfluß genommen werden. So begünstigen niedrige (weil meist subventionierte) Preise für den Grundbedarf der Bevölkerung die Bezieher niedriger Einkommen und erhöhen real die niedrigen Nominaleinkommen, z. B. für Rentner, etwas. Zu niedrigen Preisen zählen vor allem die für Grundnahrungsmittel, die Wohnungsmieten sowie die Verkehrstarife. Relativ hohe Preise für viele Industriewaren, insbesondere Luxusgüter (nach DDR-Maßstab), belasten dagegen stärker die Bezieher höherer Einkommen. Darüber hinaus werden soziale und kulturelle Struktureffekte erzielt, wenn die Preise für Kindersortimente, Bücher, kulturelle Veranstaltungen u. a. verbilligt werden. Die wachsende Bedeutung von einer an Niveau und Struktur der Einzelhandelspreise orientierten Preispolitik kommt in den zunehmenden Preissubventionen zum Ausdruck, die 1986 (ohne Wohnungswesen) 46,2 Mrd. M, das sind fast 20 Prozent des Staatshaushalts der DDR, ausmachen[2], während es 1976 noch weniger als 10 Prozent waren.

c) Es zeigt sich, daß die DDR zunehmend Mühe hat, ihr seit Anbeginn proklamiertes Ziel der Preisstabilität durchzuhalten, das sich grundsätzlich auf alle Preise bezieht, aber für die Konsumgüterpreise sozial und politisch besonders wichtig ist. Mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der Preisstabilität wurde 1971 ein allgemeiner Preisstopp verfügt, ein spektakuläres Ereignis für eine Planwirtschaft, in der der Staat sowieso eine Art Preisbildungsmonopol besitzt! Tatsächlich ist (neben den hohen Preisen auf schwarzen und grauen Märkten) der Druck der Betriebe, möglichst hohe Preise bei den Preisbildungsbehörden durchzusetzen, um so größer, je mehr die Kosten steigen und je mehr von den Gewinnen die Prämieneinkommen und in gewissem Umfang eine selbständige Verfügung über Gewinnanteile abhängen (zur Inflationsproblematik vgl. V.6.1.). Jedoch zwangen die DDR die steigenden Weltrohstoffpreise der 70er Jahre und die im Dienste der Wachstumssteigerung notwendige Förderung des technischen Fortschritts, der häufig, vor allem in der Anlauf- und Einführungsphase neuer Produkte, zu Preissteigerungen führt, dazu, die Ausnahmeregelungen vom Preisstopp auszudehnen und 1979/80 schließlich den Preisstopp ganz aufzugeben[3]. Damit macht eine dezidiert verkündete, aber letztlich wirkungslose Politik genereller Preisstabilität einer im ganzen wohl rationelleren Preispolitik im Konsumgüterbereich Platz, die das Stabilitätsziel mit wachsendem und immer schwerer zu verkraftendem Subventionsaufwand nur noch für den Grundbedarf der Bevölkerung ernsthaft verfolgt, im übrigen aber kosten- und fortschrittsbedingte Preissteigerungen, vor allem auch bei importierten oder importabhängigen Gütern auf die Einzelhandelspreise überwälzt. Der Überwälzungsprozeß läuft nicht spontan, sondern unter strengen staatlichen Kontrollen, deren Wirksamkeit jedoch auf Grund der bisherigen Erfolge der Betriebe, erhöhte Preise durchzusetzen, und auf Grund anderer inflationärer Kräfte bezweifelt werden muß. Dies wird in dem hohen Preisniveau der Exquisit- und Delikatläden deutlich, in denen vor allem importierte Güter und Spitzenqualitäten der eigenen Produktion angeboten werden.

d) So sehr aus politischen und sozialen Gründen Verbrauchsgüterpreise im Vordergrund stehen, ist für das Funktionieren einer Planwirtschaft, d. h. vor allem für einen effizienten Einsatz von Produktionsfaktoren und damit für das Wachstum der Volkswirtschaft, die Rolle der Preise von Produktion- und Investitionsgütern von grundlegender Bedeutung. Geht es doch dabei um den rationellen Einsatz knapper Mittel. Dabei kann man auf Preise als Knappheitsindikatoren nur in unrealistisch abstrakten Modellen reiner Mengenplanung oder in Zeiten extremer Mangellagen (Kriege, Katastrophen) verzichten, in denen die Richtungen der Produktion unmittelbar, meist politisch definiert werden, so daß genaue Wirtschaftlichkeitsrechnungen — jedoch auch hier bei Effizienzverlusten — entbehrlich sein können. Von solchen Ausnahmesituationen abgesehen, sind Preise erforderlich, um gesamtwirtschaftliche Aggregate (z. B. in der Volkseinkommens- oder in der Input-Output-Rechnung) und mikroökonomische Kosten- und Ertragsgrößen (Gewinn, Rentabilität) sowie Wertkennziffern zu bilden, welche die Voraussetzungen für fast alle Formen von Wirtschaftsrechnung sind. Sie dienen gesamtwirtschaftlich der Festlegung der Hauptproportionen der wirtschaftlichen Entwicklung und einzelwirtschaftlich den Produktions- und Investitionsentscheidungen, dem rationellen Mitteleinsatz im allgemeinen. Die Preise erfüllen diese Rechenfunktion jedoch nur, wenn sie die gesellschaftliche Bewertung der Güter und Dienstleistungen, ihre Knappheiten, richtig zum Ausdruck bringen (Meßfunktion), andernfalls verhindern sie geradezu eine effiziente Mittelverwendung. Dies trifft für das administrativ geprägte Preissystem der DDR weitgehend zu.

In der DDR, einem entwickelten Industrieland, hat mit der Überwindung der Nachkriegsschäden und mit der Verfeinerung planwirtschaftlicher Steue-

rungsmethoden der wirtschaftliche Rechnungsbedarf ständig zugenommen. Dadurch wächst die Rolle der Preise. Insbesondere erfordern Rohstoff- und Energieknappheit, Knappheit von Arbeitskräften und Kapital sowie eine forcierte Umsetzung des technischen Fortschritts auf breiter Basis exakte rechnerische Begründungen. Dies ist eine wichtige Bedingung für den Übergang von der „extensiv zur intensiv erweiterten Reproduktion" in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft[4]. Von der richtigen Bewertung der Güter und Leistungen in den Preisen hängt entscheidend das wirtschaftliche Wachstum und die weitere wirtschaftliche Entwicklung der DDR ab. Je weniger die Preise dieses Erfordernis erfüllen, um so mehr muß auf fragwürdige Hilfsrechnungen, z. B. mit naturalen Größen, die nur Teile des Effizienzproblems erfassen, zurückgegriffen werden[5].

e) Die Preise erfüllen in den sozialistischen Ländern auch die Funktion, die Wirtschaftseinheiten in ihrem Selbständigkeitsbereich zu steuern, der ihnen im System der direkten Steuerung verbleibt, weil die Zentrale entweder nicht alle Bereiche direkt planen will (Konsumentennachfrage, innerbetriebliche Produktionsorganisation) oder dies gar nicht kann (detaillierte Sortiments- und Qualitätsbestimmung der Produktion, betriebliche Effizienz). So dient der Preis als „ökonomischer Hebel", um die Betriebe zusätzlich zu den direkten Plananweisungen bei der Verfolgung ihrer eigenen Interessen (z. B. Prämienerlangung) auf die Planziele des Staates zu lenken. Dadurch werden die Preise zu Parametern in der Zielfunktion der Betriebe; ihre Veränderung (z. B. Erhöhung) soll Umdispositionen der Betriebe bewirken. So soll die Erhöhung der Energiepreise eine Einsparung erzielen, hohe Betriebsabgabepreise für hochwertige Produkte sollen zu Produktionssteigerungen führen. Die Wirkung der Preise in ihrer „Hebelfunktion" ist um so stärker, je schwächer das direkte Planungssystem ist, und umgekehrt. Insofern ist diese Wirkung der Preise auf das engste mit Zentralisierung und Dezentralisierung verknüpft. In der DDR ist mit dem Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung (NÖSPL) 1963 dieses System der indirekten Steuerung neben der zentralen Planung ausgebaut worden. Mit der Rezentralisierung und der Verstärkung der direkten Planung in den 70er Jahren wurde die indirekte Steuerung über die Preise zurückgedrängt, ohne daß sie beseitigt worden wäre. Inzwischen hat sich ein nicht genau definiertes Nebeneinander zwischen direkter Planung und indirekter Steuerung über Preise und finanzielle Hebel entwickelt, wobei die direkte Planung eindeutig dominiert. Aber je komplizierter die einzelwirtschaftlichen Prozesse werden und je weniger sie direkter Planung durch Kennziffern zugänglich sind, desto mehr greift die indirekte Steuerung. Sind die Preise nicht genau auf die präsumptiven Reaktionen der Betriebe abgestellt, kommt es zu Fehldispositionen und zu wirtschaftlichen Effizienzverlusten.

Die Anforderungen, welche an Preise gestellt werden müssen, die ein bestimmtes Verhalten bei den Betrieben hervorrufen sollen, sind andere als diejenigen, die ein Marktgleichgewicht herstellen oder bestimmte Verteilungsfunktionen hervorrufen oder der Knappheitsmessung dienen sollen. Die von den Preisen erwarteten Leistungen sind untereinander nicht kompatibel, die Preisfunktionen widersprechen sich also z. T., so daß die Einzelpreise nicht nach einheitlichen Grundsätzen gebildet werden, sondern an unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Zielen ausgerichtet werden müssen.

5.2. Das heutige Preissystem der DDR

a) Das Preissystem der DDR beruht im wesentlichen auf staatlich administrierten Preisen, welche an die Stelle von Marktpreisen getreten sind. Zwar gibt es am Rande auch Marktpreise, auf den Bauern- und Altwarenmärkten; ihre Bedeutung ist jedoch gering. Eine gewisse Korrektur des administrierten, zentralstaatlichen Charakters des Preissystems ist jedoch insofern erforderlich, als auch auf die staatliche Preisbildung interessenbedingte Einflüsse der Ministerien, Kombinate und Betriebe, z. B. durch interessenbedingte Auslegung und Manipulation bei der Anwendung der Kalkulationsvorschriften wirksam werden, so daß es nicht zu einer rein an Planzielen orientierten Preisbildung kommt.

Gefördert werden die dezentralen Einflüsse bei der Preisbildung durch die informationell von der Zentrale wegen der Kompliziertheit und Komplexität gar nicht mehr erfaßbaren technisch-wirtschaftlichen Vorgänge in der modernen Industrie. Deshalb mußten auch Preisbildungstechniken entwickelt werden, welche die Preisbildungszentrale von nicht mehr lösbaren Problemen entlastete. Dabei werden den Ministerien und Kombinaten in gewissem Umfang Preisbildungsbefugnisse eingeräumt, ohne daß die Einheitlichkeit der staatlichen Preisbildung verlorengehen sollte oder die Preise gar dem staatlichen Zugriff und seiner Kontrolle entgleiten dürften. Dies sollen Preisbildungsvorschriften, Kalkulationsrichtlinien, Preisantragsverfahren, Kontrollen u. a. gewährleisten.

Das Preissystem verbindet also mit stark zentralisierten Preisbildungskompetenzen eine Reihe von dezentralen Preisbildungsbefugnissen. Die verschiedenen Techniken zentraler und dezentraler Preisbildung und deren Kontrolle, ihre Stärken und Schwächen sind die konkrete Bedingung dafür, wieweit es gelingt, die preispolitischen Ziele zu erreichen (vgl. V.5.3.). Je zentralisierter die Preisbildung ist, desto eher kann es gelingen, einheitliche Preisbildungsgrundsätze zu verwirklichen und der zentralen Preispolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Umgekehrt gilt, daß eine stark dezentralisierte Preisbildung zwar informationell besser abgesichert ist, aber — bei der bestehenden Organisationsstruktur — starke interessenbedingte Tendenzen hat. In der DDR hatte der Zentralisationsgrad der Preisbildung mit dem Preisstopp von 1971 einen sehr hohen Grad erreicht, der durch die oben erwähnte Aufweichung und folgende Aufhebung wieder vermindert wurde. Deshalb wurde

gleichzeitig die staatliche Reglementierung und Kontrolle der verbleibenden dezentralen Preisbildung verstärkt.

b) Welche Qualität die Preise haben, hängt entscheidend von den theoretischen Vorstellungen ab, die der staatlichen Preisbildung zugrunde liegen. Sie beziehen sich im wesentlichen auf die Marxsche Wert- und Preistheorie, nach der der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand die Wertgröße einer Ware bildet, um die die Preise oszillieren. Aber da gerade die Wertgröße als ein langfristig stabiler Gleichgewichtspreis weder kalkulatorisch noch statistisch erfaßt werden kann, wurde die Marxsche Wertlehre in eine Preisbildungstechnik uminterpretiert, nach der in der Regel den durchschnittlichen Produktionskosten ein durchschnittlicher Gewinnaufschlag zugerechnet wird. Dabei werden verschiedene wertbildende und wertabweichende Faktoren berücksichtigt[6]. Die ursprüngliche Ablehnung der kalkulatorischen Zinsen als Kosten ist durch die Einführung des „Fondspreises" (s. u.) zeitweilig weitgehend aufgehoben, dann aber z. T. wieder wirksam geworden. Als typisch marxistische Besonderheit bleibt die Ablehnung von Grenzkosten und die Orientierung der Preise an den Durchschnittskosten. In den Optimalpreismodellen wird diese volkswirtschaftlich nicht haltbare Position aufgegeben; diese Modelle sind aber kaum geeignet, unmittelbar der praktischen Preisbildung zu dienen, weil dafür die informationellen und entscheidungstheoretischen Grundlagen fehlen. So läßt sich das Preissystem nur oberflächlich und formell mit der marxistischen Arbeitswertlehre begründen. Tatsächlich besteht eine konsistente Preistheorie für die Praxis der Preisbildungsbehörden nicht, sie ist vielmehr durch wirtschaftspolitische Ziele, Praktiken und Techniken, die für einzelne Zweige und Sektoren verschieden sind, bestimmt.

Jedoch hat die Marxsche Theorie eine für die Preisbildung wichtige Diskussion, um den richtigen Preistyp, ausgelöst, die seit dem Ende der 50er Jahre geführt wird[7]. Es geht dabei darum, im Verhältnis zu welcher Basis der Gewinnaufschlag im Preis berechnet werden soll, proportional zu den Kosten wie früher oder im Verhältnis nur zu den Lohnkosten oder dem eingesetzten Kapital (Fonds) oder zu anderen Basisgrößen. 1968 hat sich die DDR für den Fondspreis entschieden[8] und damit das Sachkapital als Gewinnaufschlagsbasis akzeptiert. Bis 1971 war nur ein Teil der Preise nach diesem Modell reformiert worden, als die Umwandlungsaktion abgebrochen wurde. Danach wurde zwar bei der Neupreisfestsetzung, z. B. nach den Kalkulationsrichtlinien[9], dieses „Produktionspreismodell" berücksichtigt. Neuerdings werden aber die Verarbeitungskosten (d. h. Kosten ohne den Materialeinsatz) dem Gewinnaufschlag zugrunde gelegt[10]. So sind tatsächlich Preise in Kraft, die nach unterschiedlichen Preistypmodellen errechnet wurden. Die neueingeführte Lohnfondsabgabe (Beitrag für die gesellschaftlichen Fonds) wird künftig auch bei der Preisbildung berücksichtigt werden müssen.

c) Ein wichtiger Mangel bei der Errechnung von Preisen nach der Kalkulation von Kosten und Gewinnaufschlag besteht darin, daß die Preise so stark kostenorientiert sind und die Nachfrage, d. h. die Bewertung durch die Verbraucher, zu wenig berücksichtigt wird. Unter Rückgriff auf die Marxsche Lehre vom Gebrauchswert wurde deshalb in der DDR 1976 die Preisbildung in den Betrieben nach dem Preis-Leistungsverhältnis eingeführt, die bei technisch neuentwickelten Produkten eine Teilung des zusätzlichen Vorteils im Verhältnis zu den vergleichbaren alten Erzeugnissen zwischen Produzent und Anwender des neuen Produkts vorsah[11]. Dadurch wurden die Preise neuer Produkte in das bestehende Preisnetz eingefügt und ein Anreiz zur Entwicklung und Einführung von Neuerungen geschaffen. Dieses Preisberechnungsverfahren wurde jedoch zum 1. 1. 1984 aufgehoben; statt dessen sind die Betriebe auf ein Preisantragsverfahren[12] verwiesen, das zeigt, daß die staatlichen Preisbildungsorgane zunehmend selbst neben anderen Preisbildungsargumenten die Preisrelation zu vergleichbaren Produkten auf Grund ihrer Gebrauchseigenschaften berücksichtigen.

d) Die staatlich administrierten Preise sind in der Regel Festpreise, unabhängig davon, wie sie zustande kamen. Aber die Voraussetzungen, unter denen sie errechnet wurden, die Kosten, die Nachfrage, die Planpräferenzen, die Weltmarktbedingungen usw. ändern sich ständig, so daß die Preise eigentlich ständig angepaßt werden müßten. An die Stelle der früher üblichen Praxis, für große Bereiche der Volkswirtschaft auf einmal alle Preise zu ändern, ist ein stärker dosiertes Vorgehen getreten, bei dem in diskreten Verfahren für kleine Teilbereiche die Preise revidiert werden. So sind in den letzten Jahren für einzelne Gütergruppen zahlreiche Preisanordnungen ergangen, die auf nicht veröffentlichte Preislisten Bezug nehmen und die für einzelne Gütergruppen Sonderregelungen vorsehen. Allein 1984 sind über 130 solcher Preisanordnungen im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht worden. Durch die Preisbildung für neue Produkte werden auch die einmaligen, meist für mehrere Jahre festgesetzten Preise ergänzt. Mechanische Preisänderungsverfahren, wie das „Industriepreisregelsystem", das bei Kostensenkung bestimmter Produkte Preissenkungen vorsah, haben sich nicht bewährt und wurden wieder abgeschafft. Stufenförmige Preisdegressionen spielen eine geringe Rolle. Dagegen wurden eine engere Verbindung zwischen Volkswirtschaftsplanung und staatlicher Preisfestsetzung zumindest formal realisiert, indem die Preisentwicklung mit den Plänen zeitlich harmonisiert wurde. Es muß jedoch bezweifelt werden, ob damit auch eine theoretisch fundierte Abstimmung der Preise mit den Planzielen im einzelnen erfolgt ist.

5.3. Organe und Instrumente der Preispolitik

a) An der Preisfestsetzung ist eine Hierarchie von Preisbildungsbehörden beteiligt, die sichern

soll, „daß die Preise auch weiterhin fest in der Hand des sozialistischen Staates bleiben" [13]. Die Entscheidungen über die Hauptrichtungen der Preispolitik, z. B. über planmäßige Industriepreisänderungen, aber auch über Kosten- und Preisvorgaben für einzelne Erzeugnisse, „die bestimmend für das Kosten- und Preisniveau der Volkswirtschaft sind" oder für den Lebensstandard der Bevölkerung von Bedeutung sind, liegen beim Ministerrat [14]. Dadurch ist die Verantwortung für die allgemeine Preispolitik und -entwicklung in die Kompetenz einer hohen politischen Autorität gelegt. Jedoch wird die Vorbereitung und die eigentliche technisch-ökonomische Arbeit vom Amt für Preise geleistet, dessen Leiter Ministerrang besitzt und das über einen administrativen Unterbau verfügt. Dieses Amt ist in seiner Schlüsselfunktion für die Preisbildung der Staatlichen Plankommission für die Volkswirtschaftsplanung vergleichbar: Von hier aus wird die gesamte staatliche Preisbildungsarbeit zentral gesteuert; alle Formen und Methoden der Preisbildung werden hier entwickelt und kontrolliert.

Neben den zentralen Preisbildungsinstanzen sind in Abstufung nach der Wichtigkeit einzelner Preise und Preisgruppen die Industrieminister, die Generaldirektoren der Kombinate und die Kombinatsbetriebe für die Preisbildung oder einzelne Teilaufgaben der Preisbildung verantwortlich. Ihnen stehen dafür z. T. eigene Abteilungen zur Verfügung. Für einzelne Verbraucherpreisgruppen besitzen auch der Minister für Handel und Versorgung und für Produkte vorwiegend örtlicher oder regionaler Bedeutung auch die Räte der Bezirke beschränkte Preissetzungskompetenzen. Die zentrale staatliche Verantwortung wird auch bei den dezentralen Preisbildungsrechten durch die Kompetenz der politischen Zentralinstanzen und durch ein engmaschiges Netz der Berichterstattung und Kontrolle gesichert.

b) Die wichtigsten Formen administrativer Preisplanung sind der staatlich fixierte Festpreis, der Kalkulationspreis und der Vereinbarungspreis. Der Festpreis ist das Hauptinstrument staatlicher Preisplanung. Als Festpreise werden die Preise für die wichtigsten Güter gebildet, sie sind allgemein verbindlich. Sie sind meist nicht für einen festgelegten Zeitraum fixiert, sondern gelten bis zu ihrer Aufhebung, manchmal über mehr als zehn Jahre. Obwohl die Zahl der Festpreise nicht bekannt ist — sie schwankt ständig —, dürfte sie sich in die Millionen belaufen. Trotz der großen Zahl bilden sie nur ein Grundgerüst, in das mit Hilfe von Auf- und Abschlägen die Preise für Sortiments- und Qualitätsdifferenzierungen eingefügt werden. Die Kombinate und Ministerien nehmen durch allgemeine Preis- und Kostenstatistiken sowie im Preisantragsverfahren auf die zentrale Preisbildung Einfluß.

Demgegenüber erfolgt bei den Kalkulationspreisen die Preisbildung in den Ministerien und Kombinaten, also dezentral, aber unter Anwendung der staatlichen Kalkulationsrichtlinien [15] und der darin vorgesehenen Kosten- und Gewinnormative. Die Kalkulationsrichtlinien sind auch im Preisantragsverfahren zu verwenden. Sie bilden ebenfalls die Grundlage für Preisformen, bei denen Produzent und Abnehmer zusammenwirken. Dazu zählen Vereinbarungen über Gewinnaufschläge und Nutzenteilung sowie insbesondere die Vereinbarungspreise selbst. Es handelt sich dabei nur um zweiseitige Absprachen für genau definierte Preisbildungsprozesse, insbesondere bei enger langfristiger Zusammenarbeit von Betrieben in Industrie und Landwirtschaft. In letzter Zeit ist die Bedeutung der Kalkulations- und Vereinbarungspreise zugunsten zentraler Preissetzung zurückgegangen.

c) Um den unterschiedlichen Anforderungen an die Preise, wie sie in den z. T. widersprüchlichen Preisfunktionen zum Ausdruck kommen, Rechnung zu tragen, wurde die Preisbildung methodisch und nach Wirtschafts- und Industriezweigen stark differenziert. Das allgemeine Schema der Preiskalkulation sieht eine Reihe von Möglichkeiten der Anpassung an die spezifischen Gegebenheiten und praktischen Ziele vor. Für Industrieprodukte ist die Unterscheidung zwischen „Betriebspreis", der für die produzierenden Betriebe, und „Industriepreis", der für die Abnehmer gilt, ferner die Kategorie des „Verbraucherpreises" wichtig. Die Betriebspreise sind stark kostenorientiert und beeinflussen die Produktionsentscheidungen der Kombinate und Betriebe. Der Industriepreis enthält zusätzlich die produktgebundene Abgabe (differenzierte Umsatzsteuer) und Preisstützungen (Subventionen) nach differenzierten Sätzen, so daß eine Steuerung der Verwendung über die Preise betrieben werden kann. Diese Preiselemente spielen auch bei der Differenzierung der Verbraucherpreise eine wichtige Rolle, es tritt hier noch die staatlich festgesetzte Handelsspanne hinzu. Die landwirtschaftlichen Preise sind seit der Aufhebung der Preisspaltung von Plan- und Überplanpreisen als „gesetzlich festgelegte einheitliche Erzeugerpreise", jedoch mit Zuschlägen verschiedener Art, neben den Planauflagen zu Instrumenten der Steuerung der Struktur und des Niveaus der landwirtschaftlichen Produktion gemacht worden [16].

Die Differenziertheit des Preissystems nach unterschiedlichen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Erfordernissen ohne einheitliche theoretische Grundlage läßt die Rationalität der auf Preise gegründeten Entscheidungen fragwürdig erscheinen. Darin liegt ein wichtiger Grund für die Effizienzdefizite der DDR-Wirtschaft.

Fußnoten

1 Ambrée K., Bösche J., Matho E. 7/1979, S. 1000.
2 Neues Deutschland Nr. 281 vom 30. 11./1. 12. 1985, S. 1.
3 Melzer M. 1983, S. 64.
4 Armann W. 3/1979, S. 31.
5 Heinrichs W. 7/1984, S. 968.
6 Haffner F. 1984, S. 41 ff.
7 Bardmann M. 1985.
8 „Richtlinien zur Einführung des fondsbezogenen Industriepreises . . ." v. 26. 6. 1968, Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 67, 1968, S. 498 ff.

[9] Anordnung über die zentrale staatliche Kalkulationsrichtlinie zur Bildung von Industriepreisen vom 17. 11. 1983, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 35 v. 19. 12. 1983, Anlage 3/II, S. 363 f.

[10] Anordnung Nr. 2 über die zentrale staatliche Kalkulationsrichtlinie zur Bildung von Industriepreisen v. 5. 12. 1985, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 34 v. 27. 12. 1985, Anlage 4, S. 380.

[11] Baum H., Mann H. 1/1979, S. 21 ff; Anordnung über die zentrale Kalkulationsrichtlinie zur Bildung von Industriepreisen v. 10. 6. 1976, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 24 v. 13. 7. 1986, S. 321 ff.

[12] Anordnung Nr. Pr. 305 über das Preisantragsverfahren v. 29. 2. 1980, S. 91 ff., geändert durch Anordnung vom 17. 11. 1983, Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 35 v. 17. 11. 1983.

[13] Beschluß über die Leitung und Organisation der Arbeit auf dem Gebiet der Preise v. 14. 2. 1980, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 8 v. 3. 3. 1980, S. 58.

[14] Ebenda II/3, S. 58 und III/2, S. 60.

[15] Die Kalkulationsrichtlinien sind trotz Änderungen in den Jahren 1980 und 1983 im wesentlichen unverändert geblieben. Erdmann, K. 7-1984, S. 25.

[16] Schinke, G. 1983, S. 115 ff.

Literatur

Ambrée K., Bösche J., Matho F.: Theoretische Grundlagen der Entwicklung des Preissystems im ökonomischen System des Sozialismus. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 7/1979. S. 1000.

Ambrée K. u. a. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft. Preise. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 3. neuverf. Aufl. 1982.

Armann W.: Zu einigen Aufgaben der Forschung auf dem Gebiet der Industriepreise. In: Wissenschaftliche Zeitschrift. Hochschule für Ökonomie Bruno Leuschner. (Hrsg.) Berlin (Ost). 3/1979. S. 31.

Bardmann M.: Die Preistypdebatte, ihre Grundlagen und ihr Einfluß auf die praktische Ausgestaltung des Preissystems der DDR. Berlin. Verlag Arno Spitz. 1985.

Baum H., Mann H., Industriepreisbildung und Leistungsbewertung. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1/1979. S. 21 ff.

Drahota H., Gruner R.: Industriepreisbildung. Handbuch. Berlin (Ost). Die Wirtschaft. 1979.

Erdmann K.: Aspekt der DDR-Reformfähigkeit — Intensivierung und Experimente. In: FS-Analysen. 7-1984. S. 25.

Haffner F.: Theorie und Praxis der Preisbildung in der Sowjetunion und in der DDR. In: Preise im Sozialismus, Kontinuität im Wandel. Teil II: Zur Theorie und Praxis gesamtwirtschaftlicher Preissysteme. Hrsg. Bohnert A. Berlin. Verlag Duncker & Humblodt. 1984.

Heinrichs W.: Umfassende Intensivierung und Reproduktionstheorie. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 7/1984. S. 968.

Melzer M.: Wandlungen im Preissystem der DDR.In: Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme. Hrsg. Gutmann G. Stuttgart. New York. Gustav Fischer Verlag. 1983.

Prochnow M., Stromberg, J.: Die Stimulierung weltmarktfähiger Erzeugnisse durch die Industriepreisbildung. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 6/1985. S. 909.

Rohr. E.: Die Industriepreisreform in der DDR (1964-1967). Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin. (Hrsg.). Berlin. 1971.

Schinke E.: Agrarpreispolitik in der DDR. In: Preise im Sozialismus, Kontinuität im Wandel. Teil I: Agrarpreissysteme in RGW-Ländern. Hrsg. Bohnert A., Schinke E. Berlin. Verlag Duncker & Humblodt. 1983.

Schöne U., Preis im Widerstreit der Ideologien. Berlin (Ost). Die Wirtschaft. 1981.

Stinglwagner W.: Preispolitik in der DDR und in Ungarn. Wirtschaftspolitische Varianten sozialistischer Warenproduktion. Frankfurt. Verlag Haag u. Herchen. 1981.

6. Ausgewählte Problembereiche der zentralen Wirtschaftsplanung und -lenkung

Gernot Gutmann, Günter Lauterbach, Karl Hohmann

Inhalt Seite

6.1. Effizienz- und Stabilitätsprobleme 152

6.2. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt 156

6.3. Umweltpolitik 158

6.1. Effizienz- und Stabilitätsprobleme

Gernot Gutmann

a) Gemäß den Kernthesen der marxistischen politischen Ökonomie müßte in den Zentralverwaltungswirtschaften des sowjetischen Typs — mithin auch in der DDR — infolge der Wirksamkeit des „Ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus" sowie des „Gesetzes der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft" ein weitgehend störungsfreier und von Disproportionen freier Ablauf des Wirtschaftsgeschehens zu beobachten sein[1].

Die Wirklichkeit ist jedoch von diesem Idealbild weit entfernt. Die Wirtschaft der DDR weist eine Reihe von Effizienz- und Funktionsproblemen auf, die ihre Ursache nicht zuletzt in den charakteristischen Eigenarten der bestehenden Wirtschaftsordnung haben.

b) In der DDR werden den Betrieben — wie bereits beschrieben — vielerlei Mengen- und Wertkennziffern über die Produktion, die Verwendung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, den Arbeitseinsatz und die Durchführung von Investitionen, den Absatz im Inland und den Export sowie über Preise, Gewinne und Finanzierungsmittel von den verschiedenen Instanzen der Planung vollzugsverbindlich vorgeschrieben. Die konkreten Arbeitsbedingungen in den Betrieben und deren tatsächliche Leistungspotentiale sind aber diesen Planungsgremien stets nur unvollständig bekannt. Unterschätzungen oder Überschätzungen betrieblicher Leistungsmöglichkeiten sind daher an der Tagesordnung. Ein System von materiellen und immateriellen Belohnungen für tatsächlich erbrachte Leistungen und von Bestrafungen für Minderleistungen kann infolge dieser unvermeidbaren Informationsmängel nicht so aufgebaut werden, daß dadurch das volkswirtschaftliche Leistungsproblem zureichend gelöst wird. Auf die Informationsdefizite der Planungs- und Lenkungsgremien reagieren die Betriebe interessenbedingt mit einer „Politik der weichen Pläne", wodurch neue Informationslücken geschaffen werden. Die Betriebe versuchen, in der Phase der Ausarbeitung ihrer Planprojekte die Planungsinstanzen über ihr tatsächliches Leistungsvermögen und über die Erfordernisse hinsichtlich des Einsatzes von Produktionsmitteln falsch oder unzulänglich zu unterrichten. Anforderungen auf Zuteilung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen werden überhöht, um durch solchermaßen gewonnene Leistungsreserven die jeweils prämienrelevanten und für die Lohneinkommen bedeutsamen Haupt- und Nebenkennziffern erfüllen oder übererfüllen zu können. Folge dieses Verhaltens für die Volkswirtschaft sind vergleichsweise niedrige Arbeitsproduktivität, mangelhafte Rentabilität der Produktion und unzureichende Versorgung des Gemeinwesens mit vielerlei Produktarten.

Das angebotene Sortiment an Konsumgütern entspricht häufig weder quantitativ noch qualitativ der Nachfrage. Immer wieder lassen sich Versorgungsengpässe feststellen. Bei vielen Gütern des täglichen Bedarfs ist das Angebot unbefriedigend und beim Kauf bestimmter Produkte des gehobenen Bedarfs — wie bei Personenkraftwagen — müssen mehrjährige Wartezeiten in Kauf genommen werden. Viele Erzeugnisse sind mit solchen Qualitätsmängeln behaftet, daß sie schnell reparaturbedürftig werden. Dies ist deshalb besonders nachteilig, weil es an der Bereitstellung von Ersatzteilen ständig mangelt [2].

c) Die „Politik der weichen Pläne" wird durch Autarkiebestrebungen der Kombinate und durch das Unterhalten illegaler Tauschbeziehungen flankiert. Die Schattenwirtschaft ist in der DDR ebenso Realität wie in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, wenngleich aus zum Teil ganz anderen Gründen. Die Kombinate und Betriebe sind für die Erzielung ihrer Leistungsprämien darauf angewiesen, die Erfüllung oder Übererfüllung bestimmter Plankennziffern nachzuweisen. Diese prämienrelevanten Planauflagen können jedoch nur dann erfüllt werden, wenn die Zulieferung von Rohstoffen und Material den sachlichen und zeitlichen Anforderungen des Produktionsprozesses gemäß erfolgt. Die Betriebe und Kombinate müssen daher daran interessiert sein, von möglichem mangelhaftem Leistungsverhalten ihrer Zulieferer zumindest partiell unabhängig zu werden und auch daran, sich vor Auswirkungen möglicher Umdispositionen der Planungsorgane hinsichtlich des volkswirtschaftlichen Materialflusses zu schützen. Die Strategie der Prämienerzielung fördert daher nicht nur das Ansammeln schwarzer Bestände von Material und Fertigprodukten, sondern auch illegale Tauschtransaktionen zwischen den Wirtschaftseinheiten, um dadurch Versorgungsengpässen in der Material- und Rohstoffzuführung zu begegnen. Einerseits tragen so entstehende schwarze Bestände zur Unwirtschaftlichkeit im Gebrauch der Produktionsfaktoren bei, was die politische Führung des Landes ständig zu wirtschaftspolitischen Handlungen zwingt, die eine „Intensivierung" der Produktion (sparsame Materialverwendung, Verbesserung der Arbeitsproduktivität und der Rentabilität) zum Ziel haben [3]. Andererseits werden durch schattenwirtschaftliche Aktivitäten der skizzierten Art sicherlich auch mancherlei Unwirtschaftlichkeiten vermieden, die durch die geringe Anpassungsflexibilität des administrativen Planungssystems an Datenänderungen ansonsten verursacht würden. Freilich darf auch vermutet werden, daß das Ausmaß schattenwirtschaftlicher Aktivitäten in der Wirtschaft der DDR vergleichsweise geringer ist als in anderen Ländern des RGW.

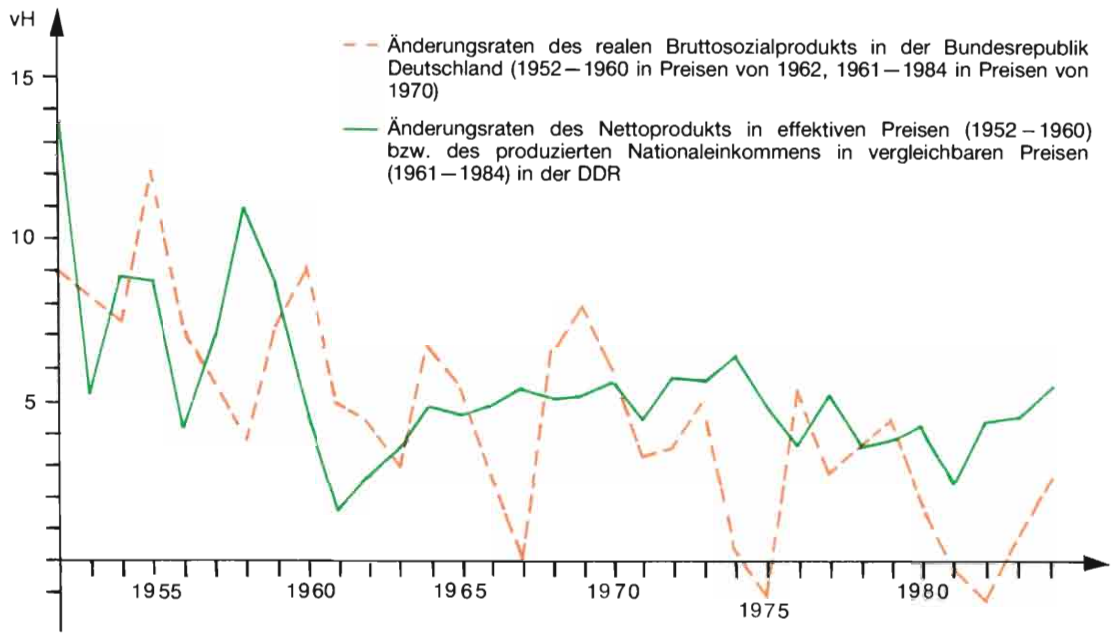
Die Wirtschaft der DDR wird aber nicht nur von solchen Effizienzproblemen belastet, sie wird darüber hinaus auch von gesamtwirtschaftlichen Instabilitäten betroffen, die ähnlichen Charakters sind wie Konjunkturbewegungen, Inflationen und Beschäftigungsschwankungen in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland.

d) Es kann heute als gesicherte Erkenntnis gelten, daß Zentralverwaltungswirtschaften sowjetischen Typs den Konjunkturbewegungen in Marktwirtschaften ähnliche Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität aufweisen [4]. Mißt man solche Aktivitätsschwankungen an den jährlichen Änderungsraten des realen Bruttosozialprodukts (Bundesrepublik Deutschland) und des Nettoprodukts bzw. des Nationaleinkommens (DDR), dann zeigt sich im Vergleich der beiden Volkswirtschaften das folgende Entwicklungsbild:

Kapitel V

Schaubild 17

Jährliche Änderungsraten des realen Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik Deutschland und des Nettoprodukts (Nationaleinkommens) in der DDR 1952—1984.



Quellen: SVR Jahresgutachten 1976/77 und 1984/85; Statistisches Jahrbuch der DDR verschiedene Jahrgänge; Statistisches Taschenbuch der DDR 1985.

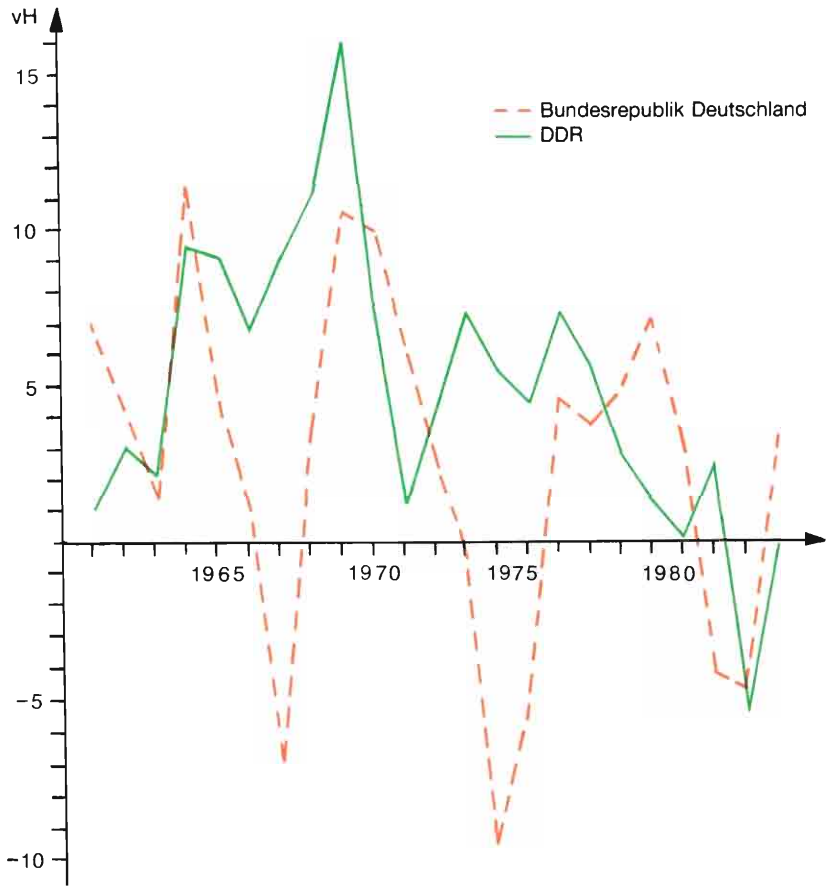
Die Gegenüberstellung zeigt, daß auch in der DDR die Wachstumsraten des Nettoprodukts/Nationaleinkommens Schwankungen unterworfen sind. Allerdings ist deren Varianz seit Mitte der sechziger Jahre wesentlich geringer als die der Wachstumsraten des realen Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik. Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsentwicklung verlief während dieses Zeitraums in der DDR stetiger, wenngleich nicht schwankungsfrei. Vor allem die Investitionen weisen erhebliche Schwankungen in ihren jährlichen Wachstumsraten auf[5] (s. Schaubild 18).

e) Würde man die statistisch offen ausgewiesene Arbeitslosigkeit als die einzig mögliche Erscheinungsform von Unterbeschäftigung des Faktors Arbeit ansehen, dann bestünde in der DDR derzeit keine Beschäftigungslosigkeit. Im Statistischen Jahrbuch der DDR wurde die Zahl arbeitssuchender Personen letztmalig für das Jahr 1958 angegeben. Ökonomisch betrachtet ist aber Unterbeschäftigung mit jeder Situation gleichzusetzen, in der Arbeitskräfte, die arbeitswillig und arbeitsfähig sind, nicht oder nur zu einem Teil der üblichen Arbeitszeit ihrer Qualifikation gemäß produktiv tätig sind[6]. Das gilt unbeschadet der Tatsache, daß unterschiedliche Erscheinungsformen von Unterbeschäftigung unter psychologischem oder sozialem Aspekt verschieden beurteilt werden können. Einmal ist die in der DDR häufig beklagte hohe Fluktuationsarbeitslosigkeit zu berücksichtigen, die durch freiwilligen, „volkswirtschaftlich nicht notwendigen" Arbeitsplatzwechsel entsteht, und die jährlich bei etwa 500 000 Personen liegt[7]. Bedeutender ist jedoch der — quantitativ kaum zuverlässig meßbare — Tatbestand der versteckten Unterbeschäftigung. Es handelt sich dabei darum, daß Arbeitskräfte zwar über „Planstellen" verfügen, dort jedoch keinen oder nur einen geringen Beitrag zur Entstehung des Sozialprodukts leisten. Bei relativ starker Zunahme der Kapitalintensität (Ausstattung der Arbeitsplätze mit Kapitalgütern) gibt es in der DDR in beträchtlichem Maße versteckte Unterbeschäftigung. Dieser Typus von Unterbeschäftigung ist mit einem beträchtlichen Rückstand in der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität (Produktion je Beschäftigten) verbunden[8]. Dieser Rückstand in der Arbeitsproduktivität in der Wirtschaft der DDR gegenüber dem in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland wurde von Erich Honecker mit rund 30 vH beziffert[9].

f) Auch das Phänomen des Kaufkraftschwundes des Geldes (Inflation) ist nicht nur für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für die Wirtschaft der DDR beobachtbar. Lange Zeit war die DDR darauf bedacht, ein stabiles Preisniveau (Index der Einzelhandelsverkaufspreise) zu halten. Das hat sich seit 1979 teilweise geändert. Wenn auch die Preise der Waren und Leistungen des Grundbedarfs nach wie vor niedrig gehalten werden, so ist doch darauf zu verweisen, daß die Zahl der Güterarten, die zum Grundbedarf gerechnet werden, mit der Zeit kleiner wurde. Die Preise für

Schaubild 18

Jährliche Änderungsraten der realen Bruttoanlageinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland 1961—1983 in vH und in der DDR 1961—1983 in vH



Quellen: SVR 1984/85; Statistisches Taschenbuch der DDR 1985.

höherwertige Güter wurden allmählich verteuert[10]. Eine besondere Rolle spielen die Delikatläden und die Exquisitläden. Es handelt sich dabei um Verkaufsstellen, in denen qualitativ höherwertige Produkte aus Inlandsproduktion und aus Importen zu Preisen angeboten werden, die bis zu drei- oder viermal so hoch sind wie sonst üblich.

Es kommt jedoch noch etwas anderes hinzu. Es gibt nämlich auch Preissteigerungen, die sich in den offiziellen Statistiken überhaupt nicht niederschlagen. Oftmals werden Güter in relativ unwichtigen Details verändert und dann als „weiterentwikkelte" Produkte mit höheren Preisen ausgezeichnet, ohne daß das notwendig in jenem Warenkorb berücksichtigt werden müßte, der für die Berechnung des offiziellen Index der Einzelhandelsverkaufspreise benutzt wird[11]. Will man Kaufkraftveränderungen in der DDR analysieren, dann muß auch noch jene Verschlechterung der Kaufmöglichkeiten berücksichtigt werden, die sich bei administrativ fixierten Preisen dadurch auswirkt, daß den Geldeinkommen kein genügendes Warenangebot gegenübersteht (zurückgestaute Inflation)[12]. Die Einkommensbezieher sind genötigt, verfügbare Kaufkraft (Geld) als Kasse zu halten.

Fußnoten

1 Vgl. Akademie der Wissenschaften der UdSSR 1955, S. 472ff.
2 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 1984, S. 286f.
3 Vgl. Gutmann 1982.
4 Vgl. Gutmann 1983; Paraskewopoulos 1985.
5 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 1984, S. 228f.
6 Vgl. Gutmann 1978; Derix 1978; Paraskewopoulos 1979.
7 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 1984, S. 60.
8 Vgl. Wilkens 1976, S. 114.
9 Vgl. Neues Deutschland 27/28. Nov. 1982, S. 3.
10 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 1984, S. 1040f.
11 Vgl. Wagner 1977.
12 Vgl. Cassel, Thieme 1976; Haffner 1977; Thieme 1978; Hartwig, Thieme 1979; Thieme 1980.

Literatur

Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Hrsg.): Politische Ökonomie. Lehrbuch. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1955.

Cassel D., Thieme H. J.: Verteilungswirkungen von Preis- und Kassenhaltungsinflation. In: Einkommensverteilung im Systemvergleich. Hrsg. Cassel R., Thieme H. J. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 1976. S. 101—121.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Handbuch DDR-Wirtschaft. Reinbek b. Hamburg. Rowohlt Verlag. Aktual. u. erw. Neuausgabe. 1984.

Derix H.-H.: Arbeitslosigkeit im realen Sozialismus. In: Politische Studien. München. Verlag G. Olzog. Nr. 242/1978. S. 615—630.

Gutmann G.: Das Beschäftigungsproblem in kollektivistischen Wirtschaftsordnungen. In: Stabilität im Wandel. Wirtschaft und Politik unter dem evolutionsbedingten Diktat. Festschrift für B. Gleitze zum 75. Geburtstag. Hrsg. Gemper B. B. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1978. S. 77—92.

Gutmann G.: Intensiviertes Wachstum — Strategie der DDR für die achtziger Jahre. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.). Köln. Deutscher Institutsverlag. Bd. 100/1982.

Gutmann G.: Wirtschaftliche Aktivitätsschwankungen in der Zentralverwaltungswirtschaft. Ansätze zur Erklärung eines wenig beachteten Phänomens. In: Struktur und Dynamik der Wirtschaft. Beiträge zum 60. Geburtstag von Karl Brandt. Hrsg. Enke H., Köhler W., Schulz W. Freiburg. Verlag R. Haufe. 1983. S. 339—357.

Haffner F.: Institutionelle Ursachen und Hemmnisse für inflationäre Prozesse in sozialistischen Planwirtschaften. In: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften II. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1977. S. 95—129.

Hartwig K. H., Thieme, H. J.: Schwankungen von Geldmenge, Umlaufgeschwindigkeit und Inflationsrate. Diagnose und Meßprobleme in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen. In: Gesamtwirtschaftliche Instabilitäten im Systemvergleich. Hrsg. Thieme H. J. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1979. S. 97—115.

Melzer M.: Preissystem und Preispolitik. In: DDR Handbuch. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.). Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 3. Aufl. Bd. 2. 1985. S. 1032—1044.

Paraskewopoulos S.: Arbeitslosigkeit und Instrumente ihrer Bekämpfung. In: Gesamtwirtschaftliche Instabilitäten im Systemvergleich. Hrsg. Thieme H. J. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1979. S. 147—159.

Paraskewopoulos S.: Konjunkturkrisen im Sozialismus. Eine ordnungstheoretische Analyse. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 1985.

Thieme H. J.: Inflation in westlichen Marktwirtschaften und östlichen Planwirtschaften. In: List-Forum 1977/78. Bd. 9. Düsseldorf. List-Verlag. H. 6/1978. S. 290—309.

Thieme H. J.: Probleme der Definition und Messung von Inflationen in Systemen zentraler Planung. In: Lenkungsprobleme und Inflation in Planwirtschaften. Hrsg. Schenk K. E. Schriften des Vereins für Socialpolitik. N.F. Bd. 106. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1980. S. 45—70.

Wagner U.: Inflation im Sozialismus. Erscheinungsformen und Ursachen. In: Inflation ohne Ende. Wer verliert, wer gewinnt? Hrsg. Kaltenbrunner G.-K. München. Verlag Herder. 1977. S. 72—91.

Wilkens H.: Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.). Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Sonderheft 115/1976.

6.2. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt

Günter Lauterbach

1. Dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt wird im Wirtschaftskonzept der DDR ein hoher Stellenwert eingeräumt. Wirtschaftswachstum und Erfolge bei der Intensivierung der Produktion sollen überwiegend auf der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Anwendung neuer Technologien beruhen. Eine schnelle Umsetzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse in neue absatzfähige Produkte und Verfahren ist für die DDR auch aus außenhandelspolitischen Gesichtspunkten erforderlich. Weltweit erfolgt heute die Ablösung vorhandener Produkte und Verfahren durch leistungsfähigere in kurzen Zeitabständen. Die DDR muß diesem Trend folgen, wenn sie ihre Position im Kreis der Industriestaaten halten und gegen die stark aufkommende Konkurrenz der „Schwellenländer" bestehen will.

2. Die personellen und finanziellen Voraussetzungen im Bereich von Forschung, Entwicklung und Ausbildung sind dafür nicht schlecht. Die DDR verfügt auch im internationalen Vergleich über eine verhältnismäßig gute Versorgung mit Forschungspersonal und Forschungsmitteln. Auffallend ist jedoch, daß der Ertrag aus der Forschung relativ gering ist. Es werden zu wenige Erzeugnisse hergestellt, die das internationale Niveau mitbestimmen. Im Jahre 1977 sollen es nach Angaben von E. Honecker nur etwa 10 Prozent gewesen sein; in der Büromaschinenindustrie, der Produktion von Luft- und Kältetechnik oder Medizin- und Laborgeräten war der Anteil sogar noch geringer.

   Woran liegt es, daß sich der technische Fortschritt im administrativen Sozialismus der DDR relativ langsam durchsetzt? Wo liegen die Ursachen für die „technologische Lücke", die die DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in vielen Industriezweigen aufweist?

3. Der Rückstand tritt z. T. schon dadurch auf, daß zukunftsträchtige Entwicklungen nicht rechtzeitig erkannt und vom Staat gefördert werden. Im Prozeß der Forschung und Entwicklung selbst treten weitere Rückstände auf (fehlende Risikobereitschaft, unzureichende Ausstattung mit leistungsfähiger Forschungstechnik u. a.). Als besonders problematisch erweist sich in der DDR aber die Phase der unmittelbaren Überführung technischer Lösungen in die Produktion. An dieser Stelle des Übergangs von der Forschung und Laborentwicklung in die wirtschaftliche Verwertung bestehen Barrieren, die von den Kombinaten und Betrieben nur zögernd überwunden werden und die Innovationsträgheit des Systems zur Folge haben.

4. Entwicklung, Einführung und Produktion von Neuerungen sind generell mit ökonomischen Risiken verbunden, weil das zur Planung und Abstimmung erforderliche Wissen fehlt. Deshalb sind Fehlschläge von Innovationen nicht auszuschließen. Um aber erkannte Fehlentwicklungen zu

vermeiden, ist eine schnelle Reaktion erforderlich. Eine flexible Korrektur der wissenschaftlich-technischen Ziele ist eine wichtige Vorraussetzung, um auf Datenänderungen im Planvollzug zu reagieren. Doch gerade diese Anforderung kann eine weitgehend zentral geplante Wirtschaft nur höchst unvollkommen erfüllen.

5. Im Wirtschaftssystem der DDR werden alle wissenschaftlich-technisch bedeutsamen Vorhaben im jährlich aufzustellenden Staatsplan Wissenschaft und Technik zentral geplant. Staatsaufträge spielen dabei seit dem Ende der 70er Jahre eine zunehmend wichtigere Rolle. Sie müssen von den Kombinaten und Forschungseinrichtungen vorrangig bearbeitet werden. Bei der Personal-, Finanz- und Sachmittelzuteilung genießen sie Priorität. Staatsaufträge können nur verändert werden, wenn der Ministerrat der DDR dazu seine Zustimmung erteilt. Infolge dieser Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen verfügen Leitungskräfte auf der Kombinatsebene über keine Möglichkeiten, bei FuE-Projekten, die aus Staatsaufträgen abgeleitet sind, schnelle und unbürokratische Anpassungen an veränderte Daten vorzunehmen.

6. Nun sind aber die Kombinate und Betriebe der DDR im Bereich Wissenschaft, Technik und Innovation durch zentrale Auflagen nicht voll „ausgeplant". Sie verfügen über einen gewissen Entscheidungsspielraum, den sie in eigener Verantwortung für Innovationen nutzen können. Ihre Vorschläge für die Inangriffnahme und Überleitung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben werden aber im Rahmen der Jahresvolkswirtschaftsplanung regelmäßig von den übergeordneten Instanzen mit den staatlichen Planvorgaben verglichen und nach der Genehmigung am Ende des Planjahres abgerechnet.

7. Da neue Produkte und Verfahren Umstellungen im Produktionsprozeß erfordern, vergrößert sich für die Kombinate und Betriebe das Risiko, die vorgegebenen Kennziffern bzw. das Plansoll nicht zu erfüllen. Eine Nichterfüllung der staatlichen Planauflagen hat aber negative Konsequenzen für die Produktionseinheiten zur Folge: Die an die Planerfüllung gekoppelten Zuführungen zu den verschiedenen betrieblichen Fonds, z. B. zum Prämien-, Sozial-, Investitions- oder Leistungsfonds, verringern sich entsprechend den rechtlichen Vorschriften. Um diese negativen Sanktionen zu vermeiden, werden die Kombinats- und Betriebsleitungen möglichst risikolose Neuerungen präferieren, und das sind im Regelfall Weiterentwicklungen, Produktverbesserungen oder Nachentwicklungen von Erzeugnissen und Verfahren, die bereits eingeführt sind. Aus dem Planerfüllungsprinzip der sozialistischen Planwirtschaft ergibt sich somit für die eigenverantwortliche Innovationsplanung der Produktionseinheiten eine Strategie der kleinen technischen Fortschritte.

   Dieses Innovationsverhalten praktizieren vor allem Kombinate, die ihre Erzeugnisse überwiegend auf dem Binnenmarkt anbieten. Sie sehen sich dort keinem Konkurrenzkampf mit anderen Produzenten ausgesetzt und müssen auch keinen potentiellen Konkurrenten fürchten, da in der DDR keine Möglichkeit besteht, daß private Unternehmen zur Verwertung von Erfindungen gegründet werden. Demgegenüber sind Kombinate mit Zugang zu den westlichen Auslandsmärkten innovationsfreudiger. Sie stellen sich dort dem Sanktionsmechanismus des Marktes, wodurch für sie ein größerer Neuerungsdruck entsteht. Kombinate mit Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Ländern weisen häufig eine größere Erneuerungsrate ihrer Produktion auf.

8. Es bleibt jedoch für das Wirtschaftssystem der DDR aufgrund der zentralen staatlichen Planung wichtiger Vorhaben des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des relativ geringen Spielraumes, über den die Produktionseinheiten verfügen, eine allgemeine Neuerungsträgheit zu konstatieren. Die Wirtschaftsführung der DDR versucht diese Trägheit durch zahlreiche Maßnahmen zu beseitigen. So wurden im Zuge der Kombinatsbildung beträchtliche FuE-Kapazitäten in die Kombinate eingegliedert. 1985 hat man beschlossen, die Forschungsfinanzierung zu ändern und einen größeren Teil der FuE-Projekte aus dem Fonds Wissenschaft und Technik der Kombinate zu finanzieren. Dadurch soll die FuE-Planung produktionsgerechter erfolgen und das Interesse der Kombinate an der Verwertung technischer Fortschritte zunehmen.

   Da auch in der DDR mittlere und kleine Betriebe mitunter innovationsfreudiger sind und schneller auf Angebotslücken reagieren als große, wird postuliert, „in den Kombinaten flexibel reagierende, intelligenzintensive Bereiche bzw. solche kleinen bis mittleren Betriebe zu schaffen, die . . . solche Forschungsergebnisse aufgreifen, die unterhalb der ‚Reizschwelle' der jetzigen F/E-Bereiche der Kombinate liegen" [1].

9. Zusätzlich zu den erwähnten Maßnahmen versucht die Parteiführung durch Appelle, Mahnungen, Kampagnen etc. Neuerungspotential zu mobilisieren und Neuerungsdruck zu erzeugen. Die Leitungskräfte in den Kombinaten werden z. B. aufgefordert, sich „entschlossen für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt einzusetzen" und alles für seine Beschleunigung zu tun. Gleichzeitig werden sie aber daran erinnert, daß der „entscheidende gesellschaftliche Maßstab" für die Bewertung ihrer Tätigkeit die Durchführung der Parteibeschlüsse und die Erfüllung der staatlichen Planauflagen ist. Da die jährliche Planerfüllung letztlich das entscheidende Kriterium für die Leistungsbeurteilung ist, nach welchem Prämien, Gratifikationen und Ansehen verteilt werden, bleiben Aufrufe und politisch initiierte Masseninitiativen ohne größere Wirkung auf die Innovationsbereitschaft.

10. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, die sich in einer verhältnismäßig langsamen Durchsetzung und Ausbreitung technischer Fortschritte

und einer technologischen Rückständigkeit zeigt, nicht auf eine unzureichende Versorgung mit Forschungs- und Entwicklungspotential zurückgeführt werden kann. Vielmehr ist die Innovationsschwäche systembedingt. Sie hängt ursächlich mit der realisierten Wirtschaftsordnung und dem etablierten Lenkungssystem zusammen. Die Kombinate in der DDR werden stärker an kleinen technischen Fortschritten als an grundlegenden Neuerungen interessiert, die Leitungskräfte weichen risikoreichen Innovationsentscheidungen aus.

Fußnoten

[1] Das Hochschulwesen 10/1985, S. 278

Literatur

Buck H. F.: Forschungs- und Technologiepolitik in der DDR — Ziele, Lenkungsinstrumente, Mobilisierungsmittel und Ergebnisse. In: Das Wirtschaftssystem der DDR. Hrsg. Gutmann G. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1983. S. 229 bis 309.

Hartmann W.-D., Haustein, H.-D.: Leitung industrieller Forschung und Entwicklung. Theoretische und praktische Probleme von Innovationen. Berlin (Ost). Akademie Verlag. 1979.

Lauterbach G.: Technischer Fortschritt und Innovation. Zum Innovationsverhalten von Betrieben und Kombinaten in der DDR. Erlangen. Verlag Deutsche Ges. für zeitgeschichtliche Fragen e.V. 1982.

Leipold H.: Eigentum und wirtschaftlich-technischer Fortschritt. Eine dogmenhistorische und systemvergleichende Studie. Köln. Bachem. 1983.

Wagner U.: Innovationsprobleme im Wirtschaftssystem der DDR. In: Das Wirtschaftssystem der DDR. Hrsg. Gutman G. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1983. S. 311 bis 329.

6.3. Umweltpolitik

Karl Hohmann

Die als Kritik der „kapitalistischen" Produktionsweise zu verstehende marxistisch-leninistische Ideologie geht auch hinsichtlich des Umweltschutzes davon aus, daß das aus dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln resultierende Bestreben zur „Profitmaximierung" weder ein kontinuierliches und gesamtwirtschaftlich ausgewogenes noch ein umwelt- und ressourcenschonendes Wirtschaftswachstum ermöglicht. Demzufolge sei nur ein auf sozialistischem Eigentum und zentraler Planung basierendes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem unter Führung einer auf wissenschaftlicher Grundlage und nach objektiven Maßstäben entscheidenen Partei — als die sich die SED versteht — in der Lage, ein abgestimmtes Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz zu gewährleisten.

Bei der Einlösung dieses hohen theoretisch-ideologischen Anspruchs sind in der DDR jedoch — teils ideologie- und systembedingt, teils ressourcenbedingt — beachtliche Defizite festzustellen. Zum einen sind die als „Ökonomische Gesetze des Sozialismus" bezeichneten Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung eindeutig auf hohe Produktivität und stetiges Wirtschaftswachstum ausgerichtet, was nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck kommt, daß seitens der DDR „ein stabiles Wachstum wirtschaftlicher Leistungen, eine ständig steigende Produktivität und Qualität" als „für den Sozialismus unverzichtbar" angesehen werden[1].

Zum anderen bedingt die Bewertung von Produkten und Leistungen nach der Marx'schen Arbeitswerttheorie, daß Naturressourcen an sich kein ökonomischer Wert zugestanden wird[2], da sie nicht Produkte menschlicher Arbeit sind. Insofern gelten Investitionen und Aufwendungen für den Umweltschutz schon aus dem systemtheoretischen Ansatz heraus als effizienzmindernde und das Nationaleinkommen beeinträchtigende Ausgaben, zumindest solange, wie sie nicht zu quantifizierbaren ökonomischen Effekten führen. Grundsätzlich gilt, daß „eine etwaige Verringerung des ökonomischen Wachstums aus Gründen der Schonung der Naturressourcen und des Schutzes der Umwelt" sowohl für die SED als auch für die maßgeblichen Wirtschaftswissenschaftler der DDR derzeit „keine Alternative für die Ausprägung der Wechselbeziehungen der sozialistischen Gesellschaft zu ihren natürlichen Lebensgrundlagen" ist[3].

Im Bemühen, die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems — insbesondere auf ökonomischem Gebiet — zu beweisen, wurden deshalb die verfügbaren Investitionen fast ausschließlich auf die sogenannten „produktiven Wirtschaftsbereiche" konzentriert und in Umweltschutztechniken i. d. R. nur dann investiert, wenn damit eine einigermaßen kostengünstige Rückgewinnung von Rohstoffen verbunden war. Jedoch hat die SED, begründet in der Rohstoffarmut der DDR und außenwirtschaftlichen Zwängen, die Wiederverwendung genutzter Rohstoffe (Recycling von Papier, Schrott, Glas, Kunststoffen u. a. m.) zeitlich früher und in vergleichsweise größerem Umfang vorangetrieben als die Bundesrepublik.

Die insbesondere seit Mitte der 70er Jahre in den westlichen Industrieländern öffentlich und z. T. sehr kontrovers geführte Diskussion um ökologische Fragen (Medien, Parteien, Bürgerinitiativen usw.), durch die sich in der Bevölkerung ein wachsendes Umweltbewußtsein gebildet hat, ist jedoch auch in der DDR nicht ohne Wirkung geblieben. Die Machtpositionen der SED in Wirtschaft und Gesellschaft und damit ihre Einflußmöglichkeiten auf Medien und gesellschaftliche Organisationen haben bisher jedoch weitgehend verhindert, daß in der DDR derartige Fragestellungen auch öffentlich diskutiert werden. Die Diskussion von Umweltproblemen bleibt auch heute noch weitgehend (wenn auch nicht ausschließlich) auf kirchliche Kreise und bestimmte Organisationen (z. B. Gesellschaft für Natur und Umwelt) beschränkt, die im Vergleich zu Organisationen und Verbänden in westlichen Demokratien weit weniger Chancen haben, erkannte ökologische Notwendigkeiten auch politisch wirksam zu machen.

Besorgt um ihre internationale Reputation und angesichts nicht mehr zu übersehender Umweltschäden ist die SED jedoch in den letzten Jahren stärker als noch in den 70er Jahren bemüht (zumindest punktuell und wo es ohne allzu hohen Aufwand möglich scheint), mehr als bisher in den Umweltschutz zu investieren. Erschwerend wirkt sich dabei jedoch die angespannte wirtschaftliche Lage der DDR und insbesondere die aufgrund außenwirtschaftlicher Bedingungen forcierte Ablösung von importierten Energieträgern durch inländische Braunkohle aus. Insofern erschweren einerseits die ideologischen Grundlagen des sozialistischen Gesellschaftssystems, seine wirtschaftspolitischen Maximen und die Nichtplanbarkeit externer Ereignisse und deren Auswirkungen in einer komplex organisierten Volkswirtschaft, andererseits aber auch eine Vielfalt von Kompetenzüberschneidungen der staatlichen Planungs- und Leitungsorgane im Umweltsektor — trotz relativ früher, umfangreicher und z. T. vorbildlicher gesetzlicher Grundlagen (vgl. Teil B, Abschn. 1.5.1.) — die Durchsetzung eines wirksamen Umweltschutzes.

So obliegt dem bereits 1972 gegründeten Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft[4] gemäß dem 1975 veröffentlichten Statut[5] neben der internationalen Vertretung der DDR in Umweltfragen vorrangig die Erarbeitung von Vorschlägen zur Koordinierung der Umweltforschung und des Umweltschutzes. Vor allem soll es dafür Sorge tragen (§ 1, Abs. 2 des Statuts), daß die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Jahres- und Fünfjahrpläne „auf dem Wege der Intensivierung . . ., der Erhöhung der Effektivität und des ständigen Wachstums der Arbeitsproduktivität" erreicht werden. Mit Ausnahme seiner „Hauptabteilung Wasserversorgung und Abwasserbehandlung", den „Wasserwirtschaftsdirektionen" und dem „Institut für Wasserwirtschaft" als zentralem Koordinierungsorgan für die wasserwirtschaftliche Forschung in der DDR verfügte das Ministerium jedoch bis zur Einrichtung der „Staatlichen Umweltinspektion" im Jahre 1985[6] kaum über eigene wirkungsvolle Institutionen und Organe zur Kontrolle und Durchsetzung der geltenden Umweltschutzbestimmungen.

Mit speziellen ressortübergreifenden Kompetenzen im Rahmen der staatlichen Leitung und Planung von Umweltmaßnahmen sind das Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, das Ministerium des Inneren, die Oberste Bergbehörde beim Ministerrat und das Ministerium für Gesundheitswesen ausgestattet. Letzterem untersteht u. a. auch die für den Anwohnerschutz, die Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden sowie die Lärmbekämpfung zuständige staatliche Hygieneinspektion mit ihren Instituten. Darüberhinaus sind in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich die einzelnen Industrieministerien für die Durchsetzung und Kontrolle des Umweltschutzes selbst verantwortlich[7] — und hier ist i. d. R. die Erfüllung der Produktionspläne oberstes Kriterium. Das wiederum hat zur Folge, daß einzelne Wirtschaftsbereiche oder Territorien (Bezirke, Kreise) unter Hinweis auf die Gefährdung der vorgegebenen bzw. angestrebten Planziele durch — mehr oder weniger befristete — Ausnahmeregelungen von Umweltschutzauflagen befreit sind. In vielen Fällen ist es für die Betriebe ohnehin lukrativer, die für Umweltverschmutzungen festgesetzten Sanktionen (Staub- und Abwasserentgelte) zu entrichten, als teuere Umweltschutzmaßnahmen und -techniken zu installieren bzw. erst einmal zu entwickeln.

Auch mit der in der DDR begonnenen Umorientierung von vorwiegend extensiven zu einem intensiveren Wachstum — bei weiterer Forcierung der Rückgewinnung von Rohstoffen aus Abluft und Abwasser sowie noch strafferer Recyclingpolitik auf der einen Seite, andererseits aber vermehrter Nutzung von Braunkohle (und Kernenergie) — dürfte per Saldo kein entscheidender Durchbruch im Umweltschutz erreichbar sein. Gemessen an dem hohen Anspruch des sozialistischen Gesellschaftssystems und an den selbstgesetzten Normen ist daher nicht erkennbar, daß die festzustellenden beachtlichen Vollzugsdefizite der Umweltpolitik in der DDR in absehbarer Zukunft beseitigt werden könnten.

Fußnoten

[1] Vgl. „Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990" in: Neues Deutschland vom 23. 4. 1986, S. 3

[2] Vgl. Graf 1980; sowie insbesondere die in den Heften 9/1983, 9 und 12/1984 der Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft", Berlin (Ost) geführte Diskussion um eine Bewertung der Naturressourcen.

[3] W. Heinrichs (Direktor des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR), Heft 11/1985, S. 1601-1624 (hier S. 1617).

[4] Gesetzblatt der DDR Teil I, 1972, Nr. 2

[5] Gesetzblatt der DDR Teil I, 1975, Nr. 43

[6] Gesetzblatt der DDR Teil I, 1985, Nr. 19

[7] Vgl. Autorenkollektiv 1982, S. 167/168 sowie „Anordnung über die Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1981—1985" (Planungsordnung) GBl, SDr. 1020, Teil P.

Literatur

Autorenkollektiv: Sozialismus und Umweltschutz. Berlin (Ost). Dietz-Verlag. 1982.

Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990. In: Neues Deutschland vom 23. 4. 1986. S. 3.

Graf D.: Ökonomische Bewertung von Naturressourcen im entwickelten Sozialismus. Berlin Ost. Akademie-Verlag. 1980.

Haendcke-Hoppe M., Merkel K. (Hrsg): Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1986.

Heinrichs W.: Ökonomisches Wachstum und umfassende Intensivierung. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Heft 11/1985.

Spindler B.: Die Verwertung von Sekundarrohstoffen in der DDR. Gesamtdeutsches Institut. Hrsg. Bonn. 1985.

Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 1985.

Würth G.: Umweltschutz und Umweltzerstörung in der DDR. Frankfurt a. M., Bern, New York. Verlag P. Lang. 1985.

7. Reformbedarf und Reformfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR

Karl C. Thalheim

In Abschnitt II.2.4. dieses Teils der „Materialien" wurde dargelegt, daß das im Jahre 1963 eingeführte „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" der bisher am weitesten gehende Versuch einer Reform des traditionellen Wirtschaftssystems der DDR war. Die administrative Befehlswirtschaft sollte damals durch ein „in sich geschlossenes System ökonomischer Hebel" ersetzt werden. Das bedeutete auch, daß wesentliche wirtschaftliche Entscheidungskompetenzen von den Zentralinstanzen zu den Betriebsleitungen verlagert wurden.

Obwohl das „Neue Ökonomische System" 1971 wieder durch eine stärkere Zentralisierung der Entscheidungen abgelöst wurde, blieben doch einige damals entwickelte Methoden und Instrumente erhalten. Ein besonders deutliches Beispiel dafür ist die Produktionsfondsabgabe, eine von den Betrieben zu zahlende Abgabe auf die „Grund- und Umlauffonds", d. h. das ihnen zur Verfügung gestellte Sach- und Geldkapital, in der Regel in Höhe von 6 vH. Diese Produktionsfondsabgabe ist also ein Surrogat für den Kapitalzins; sie soll die Betriebsleitungen zu sparsamer Kapitalverwendung veranlassen. Seit 1984 ist die „Abgabe für gesellschaftliche Fonds" in Höhe von 70 vH der tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter an die Seite der Produktionsfondsabgabe getreten; sie soll die möglichst effektive Nutzung der Arbeitskräfte durch die Betriebe bewirken. In gleicher Richtung wirkt die sog. „Schwedter Initiative", die 1978 im Stammbetrieb des Petrolchemischen Kombinats Schwedt unter der Devise „Weniger produzieren mehr" entwickelt wurde, mit dem Ziel, durch rationelle Nutzung der Arbeitskräfte und des Sachkapitals Arbeit einzusparen und die freiwerdenden Arbeitskräfte für andere Aufgaben einzusetzen.

Im „Neuen Ökonomischen System" wurde ferner dem Betriebsgewinn eine wichtige Rolle als Antrieb zu sparsamer Wirtschaftsführung und als Maßstab der Betriebsleistung beigemessen, er wurde sogar zur Hauptkennziffer erklärt. Nach dem Ende des „Neuen Ökonomischen Systems" wurde einige Zeit hindurch diese Rolle wieder eingeschränkt. Seit 1983 gehört der Betriebsgewinn aber wieder zu den 4 Hauptkriterien der Betriebsleistung.

Wenn so Instrumente des „Neuen Ökonomischen Systems" weiterhin angewendet und andere, seinen Grundgedanken entsprechende Methoden und Instrumente neu entwickelt werden, so kann doch von einem „in sich geschlossenen System ökonomischer Hebel" heute schwerlich gesprochen werden. Geblieben sind zum guten Teil die Effizienzschwächen, die 1963 zum damaligen ersten großen Reformversuch führten, durch den diese Schwächen freilich nicht beseitigt werden konnten.

Ein unter dem Aspekt der heutigen wirtschaftspolitischen Ziele der SED besonders unerfreuliches Versagen des traditionellen Systems liegt in seiner „Innovationsschwäche", die in den vorhergehenden Abschnitten verschiedentlich angesprochen wurde. Das ist jetzt besonders schwerwiegend, da der Wissenschaft und Technik für die angestrebten Verbesserungen eine entscheidende Rolle beigemessen wird. Sehr stark betont wird in diesem Zusammenhang die Rolle der „Schlüsseltechnologien": Mikroelektronik, elektronische Rechentechnik, Informationstechnologien, Robotertechnik, CAD/CAM (Computer-Aided Design und Computer-Aided-Manufacturing)-Stationen, Biotechnologie, Lasertechnik. Nicht zu bestreiten sind der Rückstand der DDR in wichtigen Bereichen von Forschung und Entwicklung und die daraus resultierenden unzureichenden Innovationen, am stärksten in solchen Zweigen, denen von der politischen Führung keine Priorität zuerkannt wird. Besonders unangenehm wirkt sich das für die Konkurrenzfähigkeit der DDR-Industrie auf den Märkten der nichtsozialistischen Industrieländer aus, auf die in den letzten Jahren immerhin 27 bis 30 vH des Außenhandelsumsatzes der DDR entfielen. An dem Export der DDR in diese Länder haben nicht zuletzt deshalb industrielle Fertigerzeugnisse nur einen ziemlich geringen Anteil.

Ein weiterer „traditioneller" Nachteil ist die immer wieder erwiesene (obwohl von der SED-Führung nachdrücklich bestrittene) geringe Flexibilität der sozialistischen Planwirtschaft, die die Anpassung an veränderte Voraussetzungen sehr erschwert. Änderungen von Plänen in einer laufenden Planperiode, die z. B. durch Wandlungen der Technik oder der Marktlage beim Export in das „nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet" notwendig werden, sind unbequem, und infolge der Interdependenz aller wirtschaftlichen Vorgänge können daraus Störungen für andere Planbereiche entstehen; es fehlt der Druck des Wettbewerbs, der unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen die Unternehmensleiter zu raschem Handeln zwingt. Der mit der zentralen Planung unlöslich verbundene Bürokratismus erschwert und verlangsamt Planänderungen erheblich.

Schließlich stellt die reale Entwicklung auch immer wieder eine Grundthese der „politischen Ökonomie des Sozialismus" in Frage, daß nämlich durch dieses System die „planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft" gesichert sei. Tatsächlich zeigen sich jedoch in der Wirtschaft der DDR nicht selten Disproportionen, die gerade durch die Planung hervorgerufen werden (wenn auch in geringerem Umfang als in anderen RGW-Ländern). Wenn im Produktionsablauf immer wieder Materialengpässe auftreten, so ist das meist ein Beweis dafür, daß in der Planung die richtigen Proportionen verfehlt worden sind.

Die SED-Führung sah sich aus den genannten Gründen — mit denen keineswegs alle Effizienzschwächen des Wirtschaftssystems der DDR beschrieben sein sollen — sehr bald nach der Übernahme der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs mit der Tatsache konfrontiert, daß im Gegensatz zu den Erwartungen der Klassiker des Marxismus die Effizienz und das Wachstum der Wirtschaft und damit nicht zuletzt auch der Stand der Versorgung der Bevölkerung in der DDR sichtbar schlechter waren als in der Bundesrepublik Deutschland; deren wirtschaftliche Einholung und Überholung hatte aber Ulbricht 1958 ausdrücklich als „ökonomische Hauptaufgabe" bezeichnet[1]. Bis heute ist es der DDR jedoch nicht gelungen, in der Effizienz der Wirtschaft und im Lebensstandard der Bevölkerung die Bundesrepublik einzuholen, geschweige denn zu überholen. Im Abschnitt 3.6. des Teils B dieser „Materialien" kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zu dem Ergebnis, daß in der Summe der produzierenden Bereiche (einschl. Handel und Verkehr) sich ein Produktivitätsrückstand der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland von rund 50 vH ergibt und daß die DDR von 1970 bis 1983 kaum aufgeholt hat, wenn sich auch im Bau und im produzierenden Gewerbe der Abstand etwas verringert hat.

Wenn die These von dem überlegenen Wachstumstempo der sozialistischen Planwirtschaft im Vergleich zu kapitalistischen Marktwirtschaften sich bewahrheitet hätte, dann wäre es möglich gewesen, sowohl den Investitions- als auch den Konsumbereich ausreichend zu entwickeln. Aber diese Überlegenheit hat es eben nicht gegeben, wenn man von den wenigen Schwerpunktbereichen absieht, denen eine besonders hohe Priorität zugebilligt wurde. Ein Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland zeigt das am deutlichsten durch den Rückstand der Arbeitsproduktivität. Bedenkt man, daß Lenin die Arbeitsproduktivität als „in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung" bezeichnete und erklärte, der Kapitalismus würde dadurch endgültig besiegt werden, „daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft"[2], so ist dieser Rückstand für die Führung der DDR besonders bedrückend. Die Notwendigkeit von Veränderungen des „Wirtschaftsmechanismus" ist daher schon aus diesen Gründen zwingend.

Zu den traditionellen Schwächen des Systems kommen jedoch nun im Zeichen der „ökonomischen Strategie der SED für die achtziger Jahre" weitere unabdingbare Ursachen für solche Veränderungen. Sie liegen in den Konsequenzen, die der (in Kap. II.2.6. behandelte) Übergang zur „intensiv erweiterten Reproduktion", d. h. zu intensivem statt extensivem Wirtschaftswachstum hat. In der Direktive zum Fünfjahrplan 1986—1990 wird dieser als „Wende von prinzipieller Bedeutung" bezeichnet.

Intensives Wachstum ist wesentlich schwieriger zentral planbar als extensives; es setzt wesentlich mehr an Dezentralisation von Entscheidungen voraus. Das „traditionelle" administrative Leitungssystem, das den Betriebsleitungen nur einen geringen Spielraum für eigene Entscheidungen ließ, entspricht diesen Anforderungen nicht. Veränderungen dieses traditionellen Systems sind daher eine unbedingte Notwendigkeit, wenn der Übergang zu intensivem Wachstum bewältigt werden soll. Dabei spielt auch eine wichtige Rolle die Verknappung bzw. Verteuerung besonders der Energieträger, aber auch vieler Rohstoffe, die die unter den früheren Planungs- und Leitungsmethoden vielfach übliche Verschwendung nicht mehr zuläßt.

Zu Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre wurde die Erkenntnis der Notwendigkeit von Veränderungen mit Nachdruck von einer Reihe von Politökonomen der DDR vertreten. Beispiele dafür sind in Kap. II.2.6. angeführt. Die entscheidende Frage ist dabei: Welche Veränderungen sind im Rahmen des herrschenden wirtschaftlichen und politischen Systems möglich? In welcher Weise und in welchem Umfang ist das Wirtschaftssystem der DDR reformfähig? Es ist deshalb bemerkenswert, daß auch von den in dieser Beziehung besonders „progressiven" Politökonomen der Terminus „Reform" kaum gebraucht wurde, erst recht galt und gilt das von der politischen Führung. Man spricht von „Vervollkommnung" oder „Weiterentwicklung" des Systems der „Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung". Das hat mehr als nur verbale Bedeutung: die Leugnung eines Reformbedarfs bedeutet, daß das bestehende System verbessert, nicht aber grundsätzlich verändert werden soll.

Die zögernde Haltung der politischen Führung hat verschiedene Gründe. Dazu gehören einmal die Erfahrungen mit dem „Neuen Ökonomischen System" in den sechziger Jahren. Die Übertragung weitgehender wirtschaftlicher Entscheidungsrechte an die Betriebsleitungen führte damals vielfach zu Diskrepanzen zwischen den gesamtwirtschaftlichen Zielen der Parteiführung und den Ergebnissen dieser dezentralen Entscheidungen. Wahrscheinlich spielt auch die Erinnerung an die tschechoslowakische Reformbewegung 1967/68 eine Rolle; aus der Forderung nach ökonomischen Reformen erwuchsen dort damals bald solche nach politischen Reformen, die „führende Rolle der Partei" (richtiger: der Parteiführung) wurde dadurch gefährdet. Dazu kommt der noch immer kaum erschütterte Dogmatismus im ökonomischen Denken: die vollzugsverbindliche „sozialistische Planwirtschaft" ist nicht nur Verfassungsgebot, sondern gilt der Parteiführung nach wie vor als das überlegene Wirtschaftssystem, über das es keine Diskussion gibt.

Eine „sozialistische Marktwirtschaft" wird von der SED-Führung deshalb nach wie vor entschieden abgelehnt. Aber auch die vorsichtige Hereinnahme marktwirtschaftlicher Elemente mit Einschränkung der Vollzugsverbindlichkeit der Pläne und wesentlich erweitertem Entscheidungsspielraum für die Betriebsleitungen wie im ungarischen „neuen Wirtschaftsmechanismus" wird von ihr bisher offenbar nicht erwogen. Unter diesen Voraussetzungen sind die Grenzen für tiefergehende Reformen recht eng gezogen.

Das gilt besonders hinsichtlich des „sozialistischen Eigentums" an den Produktionsmitteln und der Negierung selbstständiger Wirtschaftstätigkeit, aller-

dings mit zwei Ausnahmen: Die eine ist, wie schon oben (vgl. V.1.1.2.) erwähnt, seit 1976 die Beendigung des Kampfes gegen das private Handwerk, das seither sogar, wenn auch in beschränktem Umfang, gefördert wird. Die zweite Ausnahme ist die Förderung der individuellen Hauswirtschaften in der Landwirtschaft, der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter.

Die Ablehnung jeder Art von „sozialistischer Marktwirtschaft" bedeutet, daß die „sozialistische Planwirtschaft" in der DDR weiterhin auf die zwei stärksten Antriebskräfte der Marktwirtschaft verzichten muß: den Wettbewerb und das individuelle Erfolgs- und Gewinnstreben. Die Wirkungen des sogenannten „sozialistischen Wettbewerbs" können mit denen marktwirtschaftlicher Konkurrenz überhaupt nicht verglichen werden. Erfolgsstreben gibt es natürlich auch in der „sozialistischen Planwirtschaft"; ohne individuelles Eigentum an den Produktionsmitteln ist seine Basis jedoch begrenzt, und die Bindung an den Plan sowie ein vielgestaltiges Geflecht administrativer Regelungen engen seine Möglichkeiten beträchtlich ein. Deshalb werden vor allem bestimmte andere Leistungen dieses Systems — wirkliche ebenso wie vorgetäuschte — von der Propaganda (und auch von der Wissenschaft der DDR) ständig und nachdrücklich in den Vordergrund gerückt, an erster Stelle die „soziale Sicherheit und Geborgenheit als feste Lebensqualität", wie es in der Direktive zum Fünfjahrplan 1986—1990 formuliert wird. Besonders betont werden dabei das Fehlen von Arbeitslosigkeit und die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Nicht genannt werden dabei allerdings die im politischen und wirtschaftlichen System der DDR begründeten negativen Ursachen für die Existenz der Vollbeschäftigung: lange Zeit hindurch die starke Abwanderung nach Westdeutschland, die wesentlich geringere Arbeitsproduktivität, die erheblich niedrigeren Löhne und Gehälter, die Tendenz der Betriebe zur Hortung von Arbeitskräften, der Personalbedarf der Planungs- und Wirtschaftsbürokratie.

Die dargestellte Lage — Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen des „Wirtschaftsmechanismus", aber weiterhin Bindung an die entscheidenden Elemente einer „sozialistischen Planwirtschaft" — bedeutet für die DDR-Führung geradezu einen Zwang zum Experiment. Denn es gibt für ein solches System weder ein theoretisches Modell noch ein praktisches Vorbild. Das wichtigste Experiment der DDR in der Richtung auf „Vervollkommnung" des Wirtschaftssystems ist der Ausbau der Kombinate und ihrer Funktionen. Sie sollen „zu Zentren des technologischen Fortschritts" entwickelt werden[3]. Dieser Ausbau ist auch mit einer gewissen Dezentralisation der Entscheidungen über den Wirtschaftsablauf — jedoch immer auf der Grundlage der zentralen Planung — verbunden. Der größere Entscheidungsspielraum für die Kombinatsleitungen soll den Übergang zu intensivem Wachstum erleichtern. Dies setzt voraus, daß die Lenkung des wirtschaftlichen Geschehens (größtenteils noch immer mit dem Ziel der Planerfüllung) in möglichst großem Umfang nicht durch administrative (direktive), sondern durch indirekte (parametrische) Methoden erfolgt, durch jene Methoden also, die seit dem „Neuen Ökonomischen System" als „Ökonomische Hebel" bezeichnet werden. Ein „in sich geschlossenes System" solcher „ökonomischer Hebel" gibt es jedoch, wie oben festgestellt wurde, heute noch weniger als in der Zeit des NÖS. Infolgedessen steht neben den indirekten Methoden noch eine große Fülle der direkten Methoden administrativer Leitung, d. h. der generellen oder speziellen Anweisungen, die den Betrieben und anderen wirtschaftenden Einheiten von übergeordneten Stellen gegeben werden.

Da die indirekten Methoden in der Regel unmittelbar oder mittelbar mit Preisen verbunden sind, wird ihre Wirksamkeit dadurch beeinträchtigt, daß die Preisbildung nach wie vor behördlich erfolgt. Die so gebildeten Preise geben die wirklichen ökonomischen Knappheiten in der Regel nicht richtig wieder, was zu Verzerrungen und Fehlsteuerungen führt (vgl. Abschnitt V.5.). Die Frage, wie im Sinne des Systems „ökonomisch richtige" Preise gebildet werden können, ist nach wie vor ungelöst.

Angesichts der unverkennbaren Mängel im Wirtschaftssystem der DDR war es wichtig, ob auf dem XI. Parteitag der SED (April 1986) Anzeichen für weitergehende Reformen des Wirtschaftssystems der DDR zu erkennen waren. Daß Parteitage der SED für beabsichtigte Veränderungen in der wirtschaftspolitischen Generallinie der SED bedeutsam werden können, zeigte z. B. der VIII. Parteitag im Jahre 1971, auf dem die Neuformulierung der „ökonomischen Hauptaufgabe" bekanntgegeben wurde. Dem XI. Parteittag der SED konnte man mit besonderem Interesse entgegensehen, weil auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 deren Generalsekretär seit 1985, Michail Gorbatschow, scharfe Kritik an dem Zustand der Wirtschaft der Sowjetunion geübt und tiefgreifende Reformen des bisherigen Wirtschaftssystems angekündigt hatte. Manche Beobachter im Westen erwarteten Ähnliches vom Parteitag der SED; doch wurden diese Erwartungen von der Mehrzahl der wissenschaftlichen Sachverständigen in der Bundesrepublik Deutschland nicht geteilt.

Diese Skepsis erwies sich als berechtigt: in den beiden Hauptreden des Generalsekretärs der SED Honecker und des Vorsitzenden des Ministerrates Stoph ebenso wie in der vom Parteitag beschlossenen Direktive zum Fünfjahrplan 1986 bis 1990 wurden keinerlei grundsätzliche Veränderungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems der DDR angekündigt. Was aus den Reden von Honecker und Stoph an beabsichtigten Veränderungen herauszulesen ist, hält sich in sehr engen Grenzen.

Im übrigen waren die Hauptreden Honeckers und Stophs durch einen recht optimistischen Grundton gekennzeichnet. Honecker erklärte, die DDR verfüge über ein gut funktionierendes System der sozialistischen Planwirtschaft, das sich als leistungsfähig, dynamisch und flexibel erwiese. In der Direktive zum Fünfjahrplan heißt es: „Nicht viele Länder haben es vermocht, kontinuierlich derart hohe ökonomische Wachstumsraten zu realisieren." Dabei spielte sicherlich eine wesentliche Rolle, daß es der DDR gelungen war, die kritische Zahlungsbilanzsituation zu Anfang

der achtziger Jahre durch eine entschiedene Restriktionspolitik zu überwinden, allerdings auf Kosten der Investitionen und z. T. auch des Lebensstandards der Bevölkerung. Das Jahr 1985 hatte befriedigend abgeschlossen, nicht zuletzt auch durch die bisher beste Ernte, die von der Landwirtschaft der DDR eingebracht wurde. Einem beachtlichen Teil der Kombinate war es gelungen, die Produktionsziele zu ereichen.

In der optimistischen Beurteilung der Wirtschaftslage in der DDR konnte sich die DDR-Führung darauf berufen, daß Gorbatschow sich dazu in zwei Reden recht positiv geäußert hatte. Im Vergleich mit den meisten anderen RGW-Ländern schneidet in der Tat die DDR hinsichtlich der Effizienz ihrer Wirtschaft günstig ab.

Diese tatsächlichen Erfolge wurden z. T. dadurch möglich, daß seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit der Ausschöpfung des erheblichen „Verbesserungspotentials" der DDR-Wirtschaft begonnen wurde. Daß ein solches vorhanden ist, zeigt der erhebliche Produktivitätsrückstand im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland. Ein wesentlicher Teil seiner Ursachen kann freilich nur bei einer tiefgreifenden wirklichen Reform des Wirtschaftssystems beseitigt werden; sie müßte die Kräfte des Wettbewerbs und — mindestens in großen Teilbereichen der Wirtschaft — des individuellen Gewinnstrebens wiederherstellen und durch marktmäßige Bildung der Preise diese zu wirklichen Indikatoren relativer Knappheiten machen. Das ist aus den oben angeführten Gründen nicht zu erwarten, und die grundlegenden Effizienzschwächen der Wirtschaft der DDR können nicht überwunden werden, wenn das System der „sozialistischen Planwirtschaft" im wesentlichen unverändert bleibt.

Aber auch eine Summe kleiner Korrekturen kann das bestehende System leistungsfähiger machen. Noch keineswegs gelöst ist freilich das Problem des Zusammenwirkens bzw. der Abgrenzung zwischen der zentralen Planung und der „eigenverantwortlichen" Initiative der Kombinats- und Betriebsleitungen. Wie weit dieser Initiative Raum gegeben wird, ist entscheidend für die Möglichkeit weiterer Effizienzsteigerungen in der DDR-Wirtschaft. Es ist unverkennbar, daß die Bürokratie des Staates, aber auch der Partei dieser Eigeninitiative enge Grenzen zu ziehen sucht.

Nicht gelöst ist auch trotz aller optimistischen Erklärungen der SED-Führung das Problem unzureichender Leistungsmotivierung der Arbeiter und Angestellten; sie müssen nach wie vor mit einer recht bescheidenen Entlohnung vorlieb nehmen, und die in der Direktive vorgesehenen Ziele für die Periode 1986—1990 (Erhöhung des Realeinkommens pro Kopf der Bevölkerung um 20 bis 23 vH gegenüber 1985) sind nicht sehr attraktiv. Die Parteiführung ist deshalb verstärkt bemüht, die „moralischen" Antriebskräfte zur Mehrleistung zu verstärken, z. B. durch regelmäßige Veröffentlichung der Wettbewerbsvorhaben großer Kombinate. Von erheblicher Bedeutung sind auch die Wirkungen der neuen Techniken auf die Arbeitswelt. Die z. T. sehr hohen Kosten der neuen Produktionsanlagen verstärken die Tendenz zum Mehrschichtenbetrieb, was von den Arbeitenden keineswegs immer gern akzeptiert wird. Hieraus können sich in Zukunft erhebliche Probleme ergeben.

Schließlich bleibt auch das Verhältnis, in dem direkte (administrative) oder indirekte (parametrische) Methoden zur Sicherung der Planrealisierung eingesetzt werden, ein offenes Problem der „sozialistischen Planwirtschaft" der DDR.

Von einem Systemwandel in der Wirtschaft der DDR kann also bisher nicht die Rede sein, und ein solcher ist auch nicht beabsichtigt. Dafür spricht auch, daß die Direktive für den Fünfjahrplan 1986—1990 im Unterschied von der Direktive des X. Parteitages für den Fünfjahrplan 1981—1985 nicht einmal mehr ein besonderes Kapitel über „Die Aufgabe zur weiteren Vervollkommnung der Leitung und Planung" enthält. Dennoch werden freilich weitere Versuche, „Leitung, Planung und wirtschaftliche Rechnungsführung" zu „verbessern", sicherlich für die ganze Fünfjahrplanperiode 1986—1990 kennzeichnend bleiben.

Fußnoten

[1] Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, S. 68.

[2] Lenin 1919, S. 416.

[3] Otto Reinhold in: Neues Deutschland vom 15./16. 5. 1986

Literatur

Cornelsen D., Scherzinger A.: DDR-Wirtschaftssystem. Reform in kleinen Schritten. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 2/1984. S. 200—223.

Erdmann K., Haendcke-Hoppe M., Homann W., Krakat K., Hohmann K., Schneider R.: Ausgewählte wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte des XI. Parteitages der SED. In: FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. H. 2/1986.

Hamel H.: Reformen des Wirtschaftsmechanismus. In: Das Wirtschaftssystem der DDR. Hrsg. Gutmann G.. Stuttgart und New York 1983. Gustav Fischer Verlag. S. 27—50.

Lenin W. I.: Die große Initiative. 1919. In: Werke. Bd. 29. Berlin (Ost). Dietz Verlag 1963.

Mittag G.: Ökonomische Strategie der Partei — klares Konzept für weiteres Wachstum. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. H. 1/1984. S. 5—60.

Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10.—16 Juli 1958. Berlin (Ost) 1959. Dietz Verlag. 1959.

Thalheim K. C., Erdmann K., Haendcke-Hoppe M., Homann W, Krakat K.: Gegenwärtige Reformansätze im Wirtschaftssystem der DDR — Renaissance des „Neuen Ökonomischen Systems?". In: FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. H. 1/1984.

Thalheim K. C.: Ordnungspolitische Aspekte der heutigen Wirtschaftspolitik der DDR. In: Deutschland Archiv. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. H. 5/1984. S. 509—527.

Thalheim K. C.: Wirtschaftsreformen in den Ostblockländern. Zwischen Stagnation und Wandel. In: Schriftenreihe Hochschule/Wirtschaft. Studienkreis Hochschule/Wirtschaft Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). Düsseldorf. H. 1/1984.

Kapitel VI
Die einzelwirtschaftlichen Handlungsbereiche in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR

Herbert Hax / Michael-Burkhard Piorkowsky

Zusammenfassung

Betriebe, d. h. organisatorische Einheiten, die Leistungen für fremden Bedarf erbringen, gibt es in allen Wirtschaftssystemen. Systembedingte Unterschiede zwischen Betrieben ergeben sich daraus, daß sie in unterschiedlichem Maße über autonome Entscheidungsbereiche verfügen; damit hängt auch zusammen, mit welchen Instrumenten ihr Verhalten gesteuert wird, ob dies über Märkte oder über hierarchische Leitungssysteme geschieht.

In der Bundesrepublik Deutschland bilden das Recht der freien Berufswahl, die Gewerbefreiheit und das Privateigentum die Grundlage unternehmerischer Betätigung. Die Autonomie der Unternehmen wird durch staatlich gesetzte Rahmenbedingungen eingegrenzt, vor allem aber beschränkt durch die Notwendigkeit, den Marktbedingungen Rechnung zu tragen.

Für die DDR ist die Verbindung von Marktelementen und Hierarchie in der Form staatlicher Planung und Leitung des gesamten Wirtschaftsprozesses charakteristisch. Das Privateigentum an Betrieben ist nur für Unternehmen zugelassen, die ganz überwiegend auf der persönlichen Arbeit der Inhaber beruhen. Die Verfügungsrechte sind weitgehend eingeschränkt und die Betriebe in die zentrale Wirtschaftsplanung eingebunden. Die privaten Unternehmen spielen nur in den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk, Binnenhandel und Dienstleistungswirtschaft eine nennenswerte und für die Nahversorgung wichtige, aber insgesamt geringe Rolle.

Die sozialistischen, d. h. volkseigenen und genossenschaftlichen Betriebe überwiegen die übrigen bei weitem. Und von diesen kommt den volkseigenen Betrieben (VEB) insgesamt die größte Bedeutung zu; in der Industrie ist der VEB die ausschließliche Eigentums- und Rechtsform. Seit Anfang der achtziger Jahre sind die VEB der Industrie und der Bauwirtschaft in Kombinaten zusammengefaßt.

Inhalt Seite

1. Unternehmen und Betriebe im gesamtwirtschaftlichen Funktionszusammenhang ... 165
2. Entwicklungstendenzen von Betriebs- und Unternehmensformen ... 166
2.1. Entwicklungstendenzen der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland ... 166
2.1.1. Entwicklung der Unternehmen nach Anzahl und Größe ... 166
2.1.2. Die Rechtsformen der Unternehmen ... 167
2.1.3. Gründungen, Liquidationen und Insolvenzen ... 167
2.1.4. Die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen ... 168
2.2. Entwicklungstendenzen von Betriebs- und Unternehmensformen in der DDR ... 169
2.2.1. Die Eigentumsformen der Betriebe ... 169

Seite

2.2.2. Die Rechtsformen der Betriebe ... 170

2.2.3. Die Formen der Zusammenschlüsse von Betrieben ... 171

3. Die Handlungsbedingungen der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland ... 172

3.1. Die Autonomie der Unternehmen ... 172

3.1.1. Marktwirtschaftliche Steuerung und Autonomie ... 172

3.1.2. Begrenzung der Autonomie durch den Markt ... 172

3.1.3. Begrenzung der Autonomie durch den Staat ... 172

3.2. Finanzierung und Kapitalmarkt ... 173

3.2.1. Formen der Beteiligungsfinanzierung ... 173

3.2.2. Notwendigkeit des Eigenkapitals ... 173

3.2.3. Voraussetzung der Beteiligungsfinanzierung ... 174

3.2.4. Der rechtliche Rahmen der Beteiligungsfinanzierung ... 174

3.3. Die Stellung der Arbeitnehmer im Unternehmen ... 175

4. Handlungsbedingungen der Kombinate und volkseigenen Betriebe in der DDR ... 176

4.1. Das Kombinat als wirtschaftliche Grundeinheit ... 176

4.2. Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung ... 177

4.3. Das betriebliche Rechnungswesen ... 177

4.4. Das Prinzip der Einzelleitung ... 178

4.5. Der Entscheidungs- und Handlungsbereich des Kombinatsbetriebes 179

1. Unternehmen und Betriebe im gesamtwirtschaftlichen Funktionszusammenhang

Als Betriebe werden organisatorische Einheiten bezeichnet, deren Funktion die Erstellung von Leistungen für fremden Bedarf ist; sie unterscheiden sich damit von den privaten Haushalten, in denen zwar auch Leistungen erstellt werden, aber ganz überwiegend für den eigenen Bedarf. Betriebe in diesem weiten Sinne gibt es in allen entwickelten Wirtschaftssystemen. Die Handlungsbedingungen, unter denen sie sich betätigen können, sind aber je nach Wirtschaftssystem sehr unterschiedlich.

Betriebe, die fremden Bedarf decken und ihre Leistungen zu einem im Prinzip kostendeckenden Preis abgeben, werden als Unternehmen bezeichnet. Sie bieten private Güter an, wobei die Entscheidung über die Verwendung bei den Käufern liegt. Unternehmen in diesem Sinne gibt es in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen. Wesentliche Unterschiede zwischen Wirtschaftssystemen bestehen aber hinsichtlich der Art und Weise, wie Kostendeckung bei der Leistungsabgabe erreicht wird. In einer zentralgelenkten Wirtschaft können kostendeckende Preise von Planungsinstanzen festgelegt werden, so daß den Abnehmern nur noch die Wahl bleibt, zu kaufen oder auf das Gut zu verzichten. Bei marktwirtschaftlicher Koordination stehen Unternehmen im Wettbewerb mit anderen Anbietern; sie müssen ihre Leistungserstellung so gestalten, daß sie im Wettbewerb auf dem Markt Kostendeckung erreichen und dadurch ihren Fortbestand sichern.

In der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland werden „Unternehmen" als die kleinsten rechtlich selbständigen und gesondert bilanzierenden Wirtschaftseinheiten definiert. In der DDR ist die Bezeichnung „Unternehmen" nicht üblich. In der amtlichen Statistik und in offiziellen Verlautbarungen wird von Betrieben, in der Wirtschaftstheorie von Warenproduzenten gesprochen[1].

Betriebe, die zwar fremden Bedarf decken, für ihre Leistungen aber keine kostendeckenden Entgelte erhalten, sondern zur Finanzierung ihrer Leistungserstellung auf andere Quellen wie Beiträge, Zuschüsse oder Steuern angewiesen sind, fallen nicht unter den Begriff des Unternehmens; sie werden auch als „Verbände" bezeichnet[2]. Betriebe dieser Art finden sich in der Bundesrepublik Deutschland als öffentliche Verwaltungsbetriebe und Behörden sowie als private Verbände, in der DDR als staatliche Organe und Ein-

richtungen sowie als gesellschaftliche Organisationen. Der Betätigungsbereich dieser Betriebe liegt vor allem in der Erstellung von Leistungen, die den Charakter öffentlicher Güter haben. Bei öffentlichen Gütern ist die Abgabe zu kostendeckenden Preisen entweder technisch nicht durchführbar, weil die Inanspruchnahme nicht auf einen bestimmten Empfängerkreis begrenzt werden kann (spezifisch öffentliche Güter), oder ihr Nutzen wird aufgrund politisch vorgegebener Werturteile höher eingeschätzt, als in der unmittelbaren Wertschätzung durch den Konsumenten zum Ausdruck kommt (meritorische Güter).

Bei Systemvergleichen ist zu beachten, daß bestimmte Bereiche der Leistungserstellung in unterschiedlicher Weise auf Unternehmen einerseits und Betriebe ohne Unternehmenscharakter andererseits aufgeteilt werden können.

Hierfür können unterschiedliche Anschauungen und Wertungen über den Charakter der Güter maßgeblich sein. In der Bundesrepublik Deutschland wird der Kreis der privaten Güter weiter gezogen als in der DDR. Dies hat zur Folge, daß manche Leistungen, die in der Bundesrepublik Deutschland von Unternehmen erstellt und angeboten werden, in der DDR staatlichen Organen und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen übertragen sind (insbesondere im Dienstleistungsbereich, z. B. Wohnungsvermittlung, Wirtschaftsberatung).

Der Charakter eines Wirtschaftssystems wird wesentlich dadurch geprägt, in welchen Bereichen sich Unternehmen betätigen, über welchen autonomen Entscheidungsbereich sie verfügen und mit welchen Instrumenten ihr Verhalten gesteuert wird. Die wichtigsten Steuerungsinstrumente sind einerseits Märkte, andererseits hierarchische Leitungssysteme; durch zusätzliche Elemente wie Wahlen und Gruppenverhandlungen können diese Steuerungsinstrumente modifiziert werden[3]. Je nachdem, welches dieser Instrumente vorrangig eingesetzt wird, haben die Unternehmen ein unterschiedliches Maß an Autonomie. In einer Zentralverwaltungswirtschaft werden die Unternehmen hierarchisch gesteuert. Hingegen setzt eine Steuerung über Märkte autonome Unternehmen voraus, die gemäß ihren eigenen Zielen über Güterangebot und Produktionsweise entscheiden.

In konkreten Wirtschaftssystemen werden die genannten Steuerungsinstrumente meist kombiniert, aber mit unterschiedlichen Schwerpunkten eingesetzt. In der DDR wird die Verbindung von Markt und Hierarchie in der Form staatlicher Planung und Leitung des gesamten Wirtschaftsprozesses als ein Wesenszug des Wirtschaftssystems herausgestellt. Dagegen spielt in der Bundesrepublik Deutschland die hierarchische Steuerung nur bei öffentlichen Gütern in Verbindung mit Wahlen eine Rolle. Insgesamt kommt deshalb in der Bundesrepublik Deutschland der Leistungserstellung durch autonome Unternehmen eine herausragende Bedeutung zu, während in der DDR die Autonomie der Unternehmen weitgehend eingeschränkt ist.

2. Entwicklungstendenzen von Betriebs- und Unternehmensformen

2.1. Entwicklungstendenzen der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland

Herbert Hax

2.1.1. Entwicklung der Unternehmen nach Anzahl und Größe

Grundlage unternehmerischer Betätigung in der Bundesrepublik Deutschland sind das Recht der freien Berufswahl, die Gewerbefreiheit und das Privateigentum. Jeder hat das Recht, im Rahmen der geltenden Gesetze allein oder in Verbindung mit Partnern selbständig tätig zu werden, Leistungen auf dem Markt anzubieten und, sofern er damit Erfolg hat, daraus Gewinne zu erzielen; ebenso hat jeder das Recht, sein Vermögen oder Teile davon als Beteiligungs- oder Kreditkapital für selbständige unternehmerische Tätigkeit zur Verfügung zu stellen und dafür ein Entgelt in Form von Gewinnbeteiligung oder Zinsen zu beziehen.

Einen umfassenden Überblick über den Umfang selbständiger unternehmerischer Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland liefert die Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes, die im wesentlichen alle Einheiten erfaßt, die in nennenswertem Umfang Marktleistungen erbringen[4]. Für 1982 sind 1 752 358 Steuerpflichtige angegeben; im Vergleich mit 1974 (1 584 812 Steuerpflichtige) zeigt sich eine erhebliche Zunahme, die in erster Linie auf den Dienstleistungssektor entfällt.

Die in der Umsatzsteuerstatistik erfaßten Einheiten verteilen sich auf ein sehr breites Spektrum von Unternehmensgrößen. Übersicht 5 enthält Angaben über die Verteilung auf Umsatzgrößenklassen.

Der größte Teil der Steuerpflichtigen entfällt auf die unterste Größenklasse; die Untergrenze der Erfassung lag 1974 niedriger als 1982; trotzdem hat auch in dieser Größenklasse die Zahl der Unternehmen leicht zugenommen. Wesentlich stärker ist die Zunahme aber in den oberen Größenklassen. Auch wenn man berücksichtigt, daß der Aufstieg in höhere Umsatzgrößenklassen teilweise durchPreissteigerungen bedingt ist, läßt sich feststellen, daß die Unternehmen im Vergleichszeitraum nicht nur zahlreicher, sondern auch, an ihrem Umsatz gemessen, im Durchschnitt größer geworden sind.

Übersicht 5

Steuerpflichtige nach Umsatzgrößenklassen

Umsatz	1974	1982	1974 = 100
bis 1 Million DM	1 415 789	1 488 443	105,1
1 Million DM — 50 Millionen DM	166 237	257 576	155,9
über 50 Millionen DM	3 786	6 339	167,4
Insgesamt	1 584 812	1 752 358	110,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Umsatzsteuerstatistik 1974 und 1982

2.1.2. Die Rechtsformen der Unternehmen

Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland sieht verschiedene Rechtsformen für Unternehmen vor; die Wahl der Rechtsform steht denjenigen, die sich unternehmerisch betätigen wollen, weitgehend frei. Neben der von einem Unternehmer allein und persönlich getragenen Einzelunternehmung gibt es verschiedene Formen der Personengesellschaften (Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Stille Gesellschaft) und der Kapitalgesellschaften (Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien); weitere Rechtsformen sind in ihrer Anwendbarkeit auf bestimmte Bereiche begrenzt (Genossenschaft, Bergrechtliche Gewerkschaft, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts). Kapitalgesellschaften sind mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet; wegen der Erfordernisse eines Mindestkapitals (100 000 DM für Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, 50 000 DM für Gesellschaften mit beschränkter Haftung) kommen sie für Kleinunternehmen nicht in Frage.

Kapitalgesellschaften werden häufig auch als Tochtergesellschaften anderer Unternehmen, die in der Regel selber auch Kapitalgesellschaften sind, gegründet. Das betreffende Unternehmen ist dann alleiniger Gesellschafter der Tochtergesellschaft. Kapitalgesellschaften, deren Anteile ganz oder überwiegend von anderen Unternehmen gehalten werden, können von diesen beherrscht werden und verlieren damit weitgehend ihre Autonomie. Sie werden damit zu Organgesellschaften im Sinne des Steuerrechts[5].

Die Gliederung nach Rechtsformen gemäß der Umsatzsteuerstatistik für die Jahre 1974 und 1982 geht aus Übersicht 6 hervor. Auffallend ist die starke Zunahme bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung bei gleichzeitig nicht unerheblichem Rückgang der Aktiengesellschaften. Allerdings hat die Aktiengesellschaft trotz der geringen und im Vergleichszeitraum noch sinkenden Anzahl nach wie vor besondere Bedeutung als bevorzugte Rechtsform für Großunternehmen. Von den 100 umsatzstärksten privaten Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland hatten im Jahre 1984 64 die Rechtsform der Aktiengesellschaft oder der Kommanditgesellschaft auf Aktien, 22 die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung; die 20 umsatzstärksten Unternehmen waren alle Aktiengesellschaften[6]. Die Rechtsform der Aktiengesellschaft ist auch keineswegs auf Unternehmen beschränkt, die sich durch Ausgabe von börsenfähigen Aktien an anonyme Kapitalanleger finanzieren. An deutschen Börsen werden ca. 450 Aktien deutscher Gesellschaften gehandelt; dies ist weniger als ein Drittel der in der Umsatzsteuerstatistik ausgewiesenen Unternehmen dieser Rechtsform.

Übersicht 6

Steuerpflichtige nach Rechtsformen

Rechtsform	1974	1982	1974 = 100
Einzelunternehmen und Personengesellschaften	1 479 468	1 557 862	105,3
Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien	2 159	1 682	77,9
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	47 424	163 440	344,6
Übrige Rechtsformen	55 761	29 374	52,7
Insgesamt	1 584 812	1 752 358	110,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Umsatzsteuerstatistik 1974 und 1982

Die Zahl der öffentlichen Unternehmen wird für das Jahr 1982 mit 4 070 angegeben[7]; hierunter sind auch Unternehmen privater Rechtsform (insgesamt 2 135, davon 345 Aktiengesellschaften) erfaßt, an deren Stimmrechten die öffentliche Hand zu mehr als 50 vH beteiligt ist. Fast die Hälfte der öffentlichen Unternehmen (1 995) entfällt auf den Wirtschaftszweig Versorgung und Verkehr, zu dem die beiden Großunternehmen Bundesbahn und Bundespost gehören. Die Bedeutung der öffentlichen Unternehmen ist größer, als sich aus der Anzahl entnehmen läßt; auf die öffentlichen Unternehmen entfielen 1982 10,7 vH der Bruttowertschöpfung und 8,9 vH der abhängig Beschäftigten[8].

2.1.3. Gründungen, Liquidationen und Insolvenzen

Aufgrund privater Initiativen werden ständig neue Unternehmen gegründet; andererseits werden bestehende Unternehmen liquidiert, teils aufgrund persönlicher Motive der Inhaber, teils erzwungen durch

ihre schlechte wirtschaftliche Lage. Die Zunahme der Anzahl der Unternehmen ist der Saldo der Zu- und Abgänge, läßt also das Ausmaß der Fluktuation nicht erkennen. Übersicht 7 enthält eine Schätzung der Gründungen und Liquidationen, die auf der Statistik der Gewerbean- und -abmeldungen beruht[9].

Übersicht 7

Gründungen und Liquidationen

	1980	1981	1982	1983	1984
Gründungen	177 660	214 751	269 492	296 724	297 893
Liquidationen	135 064	184 023	206 479	234 959	254 431
Saldo	42 596	30 728	63 013	61 765	43 462

Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (Clemens/Friede/Dahremöller 1986)

Aus Übersicht 7 wird erkennbar, daß die Fluktuation erheblich ist. Zu vermuten ist allerdings, daß viele neugegründete Unternehmen kurzlebig sind und bald wieder liquidiert werden; es bleibt aber ein erheblich positiver Saldo.

Besondere Beachtung finden in der Öffentlichkeit die Fälle, in denen Unternehmen wegen Insolvenz zur Liquidation gezwungen werden. Die Zahl der Insolvenzen von Unternehmen ist in den letzten Jahren, wie aus Übersicht 8 zu ersehen ist, erheblich gestiegen.

Übersicht 8

Insolvenzen von Unternehmen und Freien Berufen

	1980	1981	1982	1983	1984
Insolvenzen	6 315	8 494	11 916	11 845	12 018

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1985

In dem Ansteigen der Insolvenzen kommt zum Ausdruck, daß Unternehmen zunehmend in krisenhafte Lagen geraten, zum einen durch schlechte Ertragslage, zum anderen durch Kapitalmangel bedingt. Allerdings zeigt sich auch, daß die Insolvenzen an der Unternehmensfluktuation insgesamt nur verhältnismäßig geringen Anteil haben und keineswegs den positiven Saldo wesentlich beeinträchtigen. Da neugegründete Unternehmen in besonderem Maße insolvenzbedroht sind, ist das Ansteigen der Insolvenzen zum Teil auch eine Folge der verstärkten Gründungsaktivität.

2.1.4. Die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen

Für Gründung und Expansion privater Unternehmen ist die Ausstattung mit Eigenkapital von grundlegender Bedeutung. Da die Kreditfinanzierungsmöglichkeiten begrenzt und an die Eigenkapitalausstattung gebunden sind, können sich aus Mangel an Eigenkapital Grenzen des Unternehmenswachstums ergeben. Das Eigenkapital neugegründeter Unternehmen stammt zunächst aus Einlagen der Gründer; durch Thesaurierung von Gewinnen kann ein begrenztes Eigenkapitalwachstum erreicht werden. Reichen diese Finanzierungsquellen nicht aus, so bleibt nur die Finanzierung über den Markt durch Aufnahme von Beteiligungskapital. Das ist grundsätzlich in allen Rechtsformen möglich, wird aber erheblich erleichtert, wenn das Unternehmen als Kapitalgesellschaft geführt wird. Der Zugang zu einem breiten Markt von Kapitalanlegern wird durch die Rechtsform der Aktiengesellschaft ermöglicht.

Aus Erhebungen der Deutschen Bundesbank ergibt sich, daß der Eigenkapitalanteil an der Unternehmensfinanzierung in den letzten 20 Jahren stark zurückgegangen ist, von ca. 30 vH der Bilanzsumme im Zeitraum 1965/69 auf ca. 18 vH im Jahre 1984[10]. Wie aus Übersicht 9 hervorgeht, ist die Ausstattung mit Eigenkapital größen- und rechtsformabhängig.

Im Sinken der Eigenkapitalquoten kommt zum Ausdruck, daß in den letzten 20 Jahren viele Unternehmen zur Finanzierung ihrer Investitionen in erheblichem Maße auf Kreditfinanzierung angewiesen waren. Außerdem wirkt sich aus, daß Eigenfinanzierung im Vergleich zur Fremdfinanzierung steuerlich benachteiligt wird. Je kleiner die Unternehmen sind, desto geringer sind die Eigenkapitalquoten. Dies liegt daran, daß für kleine und mittlere Unternehmen der Entschluß zur Aufnahme von Beteiligungstiteln besonders schwerfällt. Zum einen ist für sie der Markt für Beteiligungsmittel eng und unübersichtlich, zum

Übersicht 9

Eigenkapitalquoten 1983 nach Rechtsformen und Umsatzgrößenklassen

Eigenmittel in vH der Bilanzsumme bei	Unternehmen mit Umsätzen von				
	weniger als 5 Mio. DM	5 bis unter 10 Mio. DM	10 bis unter 25 Mio. DM	25 bis unter 100 Mio. DM	100 Mio. DM und mehr
Kapitalgesellschaften	8,1	13,0	17,0	22,0	24,7
Personengesellschaften	9,9	11,4	12,6	14,9	18,4
Einzelkaufleute	8,7	13,9	←- - - - - 17,3 - - - - - →		
Alle Unternehmen	9,3	12,6	14,8	18,7	24,0

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, November 1985

anderen muß mit der Aufnahme von Beteiligungskapital stets eine Einschränkung der unternehmerischen Unabhängigkeit in Kauf genommen werden. Es kommt hinzu, daß bei Einzelkaufleuten und Personengesellschaften die persönliche Haftung der Inhaber eine stärkere Inanspruchnahme von Krediten ermöglicht. Bei den größeren Unternehmen sind die Eigenkapitalquoten höher, deutlich vor allem bei den Kapitalgesellschaften. In jüngster Zeit ist eine Belebung des Marktes für Beteiligungskapital zu beobachten. Sie findet Ausdruck vor allem in Umwandlungen zu Aktiengesellschaften in Verbindung mit der Ausgabe und Börsenzulassung neuer Aktien. Allerdings steht diese Finanzierungsweise nur größeren Unternehmen offen. Die große Masse der Unternehmen bleibt hinsichtlich der Wachstumsfinanzierung durch Eigenkapital im wesentlichen auf einbehaltene Gewinne angewiesen.

2.2. Entwicklungstendenzen von Betriebs- und Unternehmensformen in der DDR

Michael-Burkhard Piorkowsky

2.2.1. Die Eigentumsformen der Betriebe

Bei den Eigentumsformen der Betriebe sind vier Formen zu unterscheiden: 1) das gesamtgesellschaftliche Volkseigentum, 2) das genossenschaftliche Gemeineigentum werktätiger Kollektive, 3) das Eigentum gesellschaftlicher Organisationen der Bürger und 4) das private Eigentum. Davon gelten nach Artikel 10 Abs. 1 der Verfassung der DDR die ersten drei Formen als sozialistische Eigentumsformen, denen im Selbstverständnis der Staats- und Wirtschaftsführung eine gegenüber dem privaten Eigentum an Betrieben höhere Wertigkeit zukommt (vgl. Mampel, Kapitel III.2.). Insgesamt überwiegen deshalb die sozialistischen Eigentumsformen und unter diesen das Volkseigentum.

Nach Artikel 12 Abs. 1 der Verfassung der DDR ist das Volkseigentum für die Betriebe verschiedener Wirtschaftsbereiche sogar vorgeschrieben, und zwar vor allem für die Betriebe der produzierenden Bereiche, weniger für die Betriebe der — nach der marxistischen Wertlehre — nicht produzierenden Bereiche. Zur ersten Gruppe gehören die Bereiche 1) Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei, 2) Industrie, 3) Bauwirtschaft, 4) Handel, 5) Verkehr- und Fernmeldewesen und 6) Sonstige Produzierende Zweige. Zur zweiten Gruppe gehören die Bereiche 7) Dienstleistende Wirtschaft, 8) Kulturelle und Soziale Einrichtungen sowie 9) Staatliche Verwaltung und Gesellschaftliche Organisationen.

Das Volkseigentum erstreckt sich nach Artikel 12 Abs. 1 der Verfassung der DDR in den produzierenden Bereichen auf die Volkseigenen Güter in der Landwirtschaft, ferner auf die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren, Industriebetriebe, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, der Seeschiffahrt und der Luftfahrt sowie auf die Post- und Fernmeldeanlagen. Für die nicht produzierenden Bereiche ist das Volkseigentum nur für die zur Dienstleistenden Wirtschaft (Wirtschaftsbereich 7) gehörenden Banken und Versicherungsbetriebe nach der Verfassung festgelegt. Daneben kommt Volkseigentum in weiteren Wirtschaftsbereichen vor, insbesondere in der Bauwirtschaft, dem Binnenhandel und den sonstigen Produzierenden Zweigen.

Das genossenschaftliche Eigentum kommt in verschiedenen Formen vor, die sich zum einen hinsichtlich der Stellung der Genossen im gesamtwirtschaftlichen Prozeß als Produzenten (Produktionsgenossenschaften) oder als Konsumenten (Konsumentengenossenschaften) und zum anderen bei den ersteren im Umfang der Kollektivierung der Produktionsmittel unterscheiden. Vor allem in der Landwirtschaft kommt gemischtes, d. h. genossenschaftlich-privates Eigentum vor. Das genossenschaftliche Eigentum gilt allerdings nicht als isoliertes Gruppeneigentum, sondern als „sozialistisches Gemeineigentum werktätiger Kollektive". Die Verfügungsmöglichkeiten der Genossenschaftsmitglieder sind entsprechend eingeschränkt.

Das Eigentum gesellschaftlicher Organisationen, wie Parteien und Gewerkschaften, gilt ebenfalls nicht als isoliertes Gruppeneigentum, sondern, wie das der Genossenschaften, als eine niedrige Form des sozialistischen Eigentums der Bürger.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist nur für Unternehmen, die ganz überwiegend auf der persönlichen Arbeit der Inhaber beruhen — wie insbeson-

Kapitel VI

Übersicht 10

Anteile der Eigentumsformen am Nettoprodukt (vH)

Jahr	Sozialistische Betriebe	Betriebe mit Kommissionsvertrag oder staatlicher Beteiligung	Private Betriebe
1950	56,8	—	43,2
1970	85,9	8,6	5,5
1975	95,9	0,8	3,4
1980	96,5	0,6	2,9
1983	96,6	0,6	2,8
1984	96,5	0,6	2,9

Quelle: Statistisches Taschenbuch der DDR 1984, 1985, S. 27

dere in der Landwirtschaft, dem Handwerk und der dienstleistenden Wirtschaft —, unter sehr weitgehender Beschränkung der Verfügungsrechte und Einbindung in die staatliche Wirtschaftsplanung zugelassen. Seit 1976 wird das private Handwerk wegen seiner Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung wieder stärker gefördert. Allerdings ist die Betriebsgröße auf höchstens zehn Beschäftigte begrenzt. Die früheren Mischformen von privatem und staatlichem Eigentum an Unternehmen in der Form staatlicher Beteiligung sind am Anfang der siebziger Jahre fast ausnahmslos in Volkseigentum umgewandelt worden. Dagegen sind noch private Unternehmer, insbesondere im Binnenhandel, mit Kommissionsverträgen mit volkseigenen Betrieben und damit faktisch als Angestellte dieser Betriebe tätig[11].

Die Veränderungen der Anteile ausgewählter Gruppen von Eigentumsformen der Betriebe der produzierenden Bereiche am produzierten Nationaleinkommen (Nettoprodukt) in ausgewählten Jahren zeigt die Übersicht 10.

2.2.2. Die Rechtsformen der Betriebe

Die Rechtsformen der Betriebe können nicht gewählt werden. Diese werden vielmehr teils mit den Eigentumsformen, teils im Rahmen derselben vom Gesetzgeber bestimmt. In rechtlichen Regelungen für einzelne oder mehrere Wirtschaftsbereiche, insbesondere in den Verordnungen über die Rechte und Pflichten der Betriebe sowie in Musterstatuten, werden die Form und der Inhalt der Wirtschaftstätigkeit geregelt.

Die staatlichen Unternehmen, die Genossenschaften und die gesellschaftlichen Organisationen sind juristische Personen. Die wichtigste Rechtsform der staatlichen Unternehmen ist in den meisten Wirtschaftsbereichen der volkseigene Betrieb (VEB), daneben in der Landwirtschaft das volkseigene Gut (VEG), im Außenhandel die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) sowie im Bank- und Versicherungswesen die Aktiengesellschaft (AG), allerdings mit dem ausschließlichen Aktienbesitz in den Händen des Staates. Die wichtigsten Rechtsformen der Produktionsgenossenschaften sind die Landwirtschaftliche und die Gärtnerische Produktionsgenossenschaft (LPG), (GPG) sowie die Produktionsgenossenschaften werktätiger Fischer (PwF) und werktätiger See- und Küstenfischer (FPG) sowie die des Handwerks (PGH). Die Konsumentengenossenschaften sind solche des Handels (Konsumgenossenschaften) sowie des Wohnungsbaus (Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften) (AWG). Von den Rechtsformen der Betriebe der gesellschaftlichen Organisationen, z. B. deren Ver-

Übersicht 11

Anteile der Eigentums- bzw. Rechtsformen am Nettoprodukt nach Wirtschaftsbereichen 1983 (vH)

Wirtschaftsbereiche	Volkseigene Betriebe	Genossenschaftliche Betriebe	Betriebe mit Kommissionsvertrag oder staatlicher Beteiligung	Private Betriebe
Land- und Forstwirtschaft	(zusammen: 95,6)		—	4,4
Industrie und produzierendes Handwerk (ohne Bauhandwerk)	96,7	1,1	—	2,2
Bauwirtschaft	74,7	17,9	—	7,4
Binnenhandel	70,1	21,3	5,7	3,0
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	96,9	—	1,6	1,5
Sonstige Produzierende Zweige *	93,2	0,6	0,1	6,1
Wirtschaftsbereiche insgesamt	(zusammen: 96,6)		0,6	2,8

* Hierzu gehören hauptsächlich: Leistungen der Projektierungsbetriebe, Umsatz der Verlage, Leistungen der Textilreinigungsbetriebe, der hauswirtschaftlichen Reparaturkombinate und -betriebe sowie der Rechenbetriebe und „produktive Leistungen" der Filmstudios.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1984, S. 95 und 97

lage, ist der Organisationseigene Betrieb (OEB) zu nennen; seine Bedeutung ist insgesamt gering.

Die privaten Eigentümer sind als natürliche Personen Träger des Unternehmens. Für die noch bestehenden, sehr wenigen privaten Unternehmen mit staatlicher Beteiligung ist die Rechtsform der Kommanditgesellschaft (KG) mit dem Staat als Kommanditisten und dem früheren Alleininhaber als unbeschränkt haftendem Gesellschafter vorgeschrieben.

Die Anteile ausgewählter Eigentums- bzw. Rechtsformen der Betriebe der produzierenden Bereiche am produzierten Nationaleinkommen (Nettoprodukt) nach Wirtschaftsbereichen 1983 zeigt die Übersicht 11.

2.2.3. Die Formen der Zusammenschlüsse von Betrieben

Die Zusammenschlüsse von Betrieben werden in Artikel 42 Abs. 2 der Verfassung der DDR im Grundsatz geregelt. Danach können zur Erhöhung der gesellschaftlichen Produktivität von den staatlichen Organen, den Betrieben und Genossenschaften Vereinigungen und Gesellschaften gebildet sowie andere Formen der kooperativen Zusammenarbeit entwickelt werden. Drei Grundformen von Zusammenschlüssen lassen sich unterscheiden: 1) die Vereinigung, 2) das Kombinat und 3) die Kooperation.

Die Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB) dienten von 1948 bis 1951 der Zusammenfassung der verstaatlichten Betriebe, insbesondere in der Industrie. Die VVB vereinigten die unterstellten VEB horizontal, also nach Industriezweigen; dies wird als Branchenprinzip bezeichnet. Ende 1951 wurden die Vereinigungen volkseigener Betriebe in Verwaltungen volkseigener Betriebe umbenannt und nach einem weiteren Jahr durch Hauptverwaltungen in den Industrieministerien ersetzt. Seit 1958 wurden sie wieder als wirtschaftsleitende Organe der mittleren Ebene zwischen Ministerien und Betrieben bzw. Kombinaten eingesetzt, aber seit Ende der siebziger Jahre erneut aufgelöst.

Kombinate als Großbetriebsformen mit einer mehr oder weniger großen Zahl unselbständiger Betriebsstätten, vor allem in der Industrie, spielten erst in den fünfziger Jahren, zunächst bei der Wiederingangsetzung, später bei der Entwicklung einzelner Industriezweige, z. B. der Grundstoffindustrie, eine Rolle. Aber erst seit Anfang der achtziger Jahre sind — nach der Auflösung der VVB - alle VEB im Bereich der Industrie von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen in gegenwärtig 129 zentralgeleiteten und 95 bezirksgeleiteten Kombinaten zusammengefaßt (Stand April 1986). Die Kombinate vereinigen die unterstellten VEB teils horizontal, teils vertikal. Bei den neuen Kombinaten dürften die vertikalen Konzentrationen überwiegen, also die Zusammenschlüsse von Betrieben aufeinanderfolgender Produktionsstufen; dies wird als Produktions- oder Reproduktionsprinzip bezeichnet.

Die Kombinate sind — wie die in das Kombinat eingeordneten, nur formal rechtlich und wirtschaftlich selbständigen Betriebe — juristische Personen und wirtschaften als konzernähnliche Unternehmenszusammenschlüsse. Über die Gründung der Kombinate entscheidet entweder der Ministerrat oder der für den Industriezweig zuständige Minister oder der Rat des Bezirkes nach Zustimmung des fachlich zuständigen Ministers. Die Zahl der formal selbständigen Betriebe der zentralgeleiteten Kombinate beträgt überwiegend zwischen 20 und 40, in einigen Fällen über 150. Die Zahl der Beschäftigten der zentralgeleiteten Kombinate beträgt zwischen 2 000 und 70 000, im Durchschnitt 25 000, die der bezirksgeleiteten Kombinate im Durchschnitt 2 000.

Die mit der Kombinatsbildung vollzogene Konzentration bestand ganz überwiegend in einer organisatorischen, nicht in einer örtlichen Zusammenfassung der Betriebe. Aber der Umbau in der Wirtschaftsorganisation bedeutet nicht nur eine Veränderung in der Unterstellung der Betriebe. Diese ist vielmehr als eine Quasi-Wirtschaftsreform zu werten, die durch eine Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen der Ministerien und durch eine Zentralisierung von solchen der Betriebe bei den Kombinaten gekennzeichnet ist. Damit sollen die Unsicherheiten zentraler staatlicher Planung verringert werden[12]. Die Kombinate spielen deshalb eine wichtige Rolle im Wirtschaftssystem der DDR (vgl. dazu VI.4.).

Die Kooperation von Betrieben kommt in verschiedenen Formen vor. Dabei handelt es sich überwiegend um eine auf bestimmte Tätigkeitsbereiche bezogene Zusammenarbeit der Betriebe, auch über die Bereichsgrenzen der wirtschaftsleitenden Organe hinaus, die zwar auf gesetzlicher Grundlage, aber der Form nach nicht durch eine staatliche Entscheidung, sondern durch einen freiwilligen Vertragsschluß (z. B. Kooperationsvertrag) zustandekommt. Die Kooperation steht aber im Dienst der Planerfüllung und damit der staatlichen Planung und Leitung der Wirtschaft. Bei der Kooperation entstehen ganz überwiegend keine neuen Wirtschaftseinheiten mit juristischer Selbständigkeit[13].

Die Kooperation dient insbesondere teils der horizontalen, teils der vertikalen Zusammenarbeit von Betrieben gleicher, aber auch unterschiedlicher Eigentums- und Rechtsformen sowie von zentral und örtlich geleiteten Betrieben, i.d.R. unter Führung eines Leitbetriebes. Häufig werden die vertikalen Kooperationen als Kooperationsverbände und die horizontalen als Kooperationsgemeinschaften bezeichnet. Daneben werden noch Erzeugnisgruppen genannt. Dabei handelt es sich um die Zusammenarbeit von Betrieben, die gleiche oder vergleichbare Erzeugnisse herstellen oder arbeitsteilig an der Herstellung von Enderzeugnissen beteiligt sind.

3. Handlungsbedingungen der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland

Herbert Hax

3.1. Die Autonomie der Unternehmen

3.1.1. Marktwirtschaftliche Steuerung und Autonomie

Marktwirtschaftliche Steuerung setzt voraus, daß die Wirtschaftssubjekte aufgrund eigener freier Entscheidung als Anbieter und Nachfrager auftreten. Autonome Unternehmer sind unerläßliche Voraussetzungen für das Funktionieren dieses Systems. Beschränkt wird diese Autonomie durch staatlich gesetzte Rahmenbedingungen, vor allem aber durch die Notwendigkeit, den Marktbedingungen Rechnung zu tragen. Durch die Wahrnehmung von Marktchancen im Wettbewerb sorgen autonome Unternehmen dafür, daß die Leistungserstellung sich wandelnden Rahmenbedingungen anpaßt und daß neue Möglichkeiten zur Erhöhung des Wohlstandes erschlossen werden. Hierzu gehört auch, daß autonome Wirtschaftssubjekte Unternehmen gründen können, ebenso aber auch, daß Unternehmen, die im Wettbewerb auf dem Markt nicht bestehen, ausscheiden müssen.

Diese Voraussetzungen sind in der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Die Rechtsordnung gewährleistet jedem Bürger die Möglichkeit, sich als selbständiger Unternehmer zu betätigen. Die Unternehmen sind autonom in dem Sinne, daß die Entscheidungen über Leistungsangebot und Form der Leistungserstellung von ihnen selbständig getroffen werden. Es gilt das Prinzip der Selbstverwaltung, d. h., die Entscheidungen werden in den Unternehmen durch die durch Gesetz oder Satzung dafür bestimmten Organe getroffen. Eine direkte Einflußnahme staatlicher Instanzen gibt es grundsätzlich nicht; eine Ausnahme hiervon bilden lediglich öffentliche Unternehmen, in denen eine staatliche Einflußnahme in den satzungsmäßigen Entscheidungsorganen erfolgt.

3.1.2. Begrenzung der Autonomie durch den Markt

Die Unternehmen müssen zum einen die für die Leistungserstellung benötigten Einsatzgüter auf Märkten erwerben, zum anderen die damit erstellten Leistungen auf Märkten veräußern. Das Marktgeschehen wird vom Grundsatz der Vertragsfreiheit beherrscht; jeder Marktteilnehmer ist frei, mit jedem anderen zu dem Preis und den Konditionen zu kontrahieren, auf die die Partner sich einigen. Preise und Konditionen, zu denen man Güter erwerben oder verkaufen kann, hängen davon ab, was potentielle Anbieter bzw. Nachfrager zu akzeptieren bereit sind; welche Preise und Konditionen zustande kommen, wird wesentlich dadurch bestimmt, ob Wettbewerb besteht, ob also der einzelne Nachfrager die Auswahl zwischen mehreren Nachfragern hat. Ein Unternehmen kann seinen Fortbestand nur sichern, wenn es ihm gelingt, sein Leistungsprogramm und seine Produktionsweise so zu gestalten, daß die auf Absatzmärkten erzielten Erträge die von den Beschaffungsmärkten her bedingten Kosten mindestens decken. In dieser Lage sind die Unternehmen gezwungen, ihre Dispositionen ganz auf die Märkte auszurichten. Besondere Bedeutung hat im allgemeinen der Absatzmarkt; von dem Erfolg des Leistungsprogramms auf diesem Markt hängt entscheidend ab, ob ein Unternehmen auf Dauer seinen Fortbestand sichern kann.

Unternehmen, denen die Deckung der Kosten durch Erträge über den Markt nicht gelingt, können allenfalls dann fortbestehen, wenn sie von staatlicher, eventuell auch von privater Seite subventioniert werden. Unternehmen, die keine Kostendeckung erreichen und auch nicht durch Subventionen erhalten werden, beenden im allgemeinen ihre Tätigkeit durch freiwilligen Entschluß ihrer Träger. Wenn dies nicht geschieht, wird die Stillegung auf die Dauer dadurch erzwungen, daß die Unternehmen insolvent und durch Konkursverfahren zur Aufgabe gezwungen werden.

3.1.3. Begrenzung der Autonomie durch den Staat

Die staatliche Gesetzgebung setzt der Autonomie der Unternehmen Grenzen, zum einen direkt durch Gebote, Verbote und Genehmigungsvorbehalte, zum anderen durch Regelungen, die in das Marktgeschehen eingreifen, insbesondere indem sie die Vertragsfreiheit begrenzen. Im einzelnen sind für die Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland folgende Bereiche rechtlicher Regelungen von Bedeutung:

- Bürgerliches Recht und Handelsrecht sind Grundlage der Rechtsbeziehungen zwischen Marktpartnern; hier gilt der Grundsatz der Vertragsfreiheit, der allerdings durchbrochen wird, wo es dem Gesetzgeber zur Sicherung und Vereinfachung des Rechtsverkehrs oder zum Schutz bestimmter Vertragspartner angemessen erscheint.
- Das Gesellschaftsrecht regelt die Beziehungen von Unternehmen zu ihren Kapitalgebern und ist damit für den Kapitalmarkt von besonderer Bedeutung.
- Das Arbeitsrecht ist maßgeblich für die Gestaltung der Beziehungen zum Arbeitsmarkt; zum einen wird die private Vertragsfreiheit für Arbeitsverträge eingeschränkt, zum anderen wird durch das Prinzip der Koalitionsfreiheit und das darauf begründete Tarifvertragsrecht der Abschluß von Kollektivverträgen ermöglicht.
- Das Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsrecht steht in engem Zusammenhang mit dem Arbeitsrecht; durch die Gewährleistung von Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten für die

Arbeitnehmer greift es in die Unternehmensverfassung ein, die im übrigen durch die Eigentumsordnung und das Gesellschaftsrecht bestimmt wird.

- Das Wettbewerbsrecht bietet zum einen Schutz gegen unlautere Entartungen des Wettbewerbs, soll zum anderen und in erster Linie Beschränkungen des Wettbewerbs verhindern.
- Das Gewerberecht regelt den Zugang zu gewerblicher Tätigkeit sowie die Genehmigung und Kontrolle betrieblicher Anlagen; es dient damit dem Arbeitsschutz und, in neuerer Zeit zunehmend an Bedeutung gewinnend, dem Umweltschutz.

Wesentliche vom Staat gesetzte Rahmenbedingungen sind weiter:

- Subventionen haben erheblichen Einfluß auf die Tätigkeit der Unternehmen. Die Besteuerung dient primär als staatliche Einnahmequelle; darüber hinaus kann sie aber gezielt als wirtschaftspolitisches Instrument zur Beeinflussung der Unternehmen eingesetzt werden.
- Die Betätigungsmöglichkeiten der Unternehmen werden wesentlich durch Möglichkeiten und Grenzen des internationalen Waren- und Leistungsaustausches bestimmt. Der Abbau von Handelsschranken im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft hat seit Gründung der Zollunion im Jahre 1968 die Handlungsbedingungen der Unternehmen grundlegend verändert.
- Einfluß auf die Handlungsbedingungen der Unternehmen ergibt sich auch dadurch, daß der Staat als Nachfrager und Anbieter auf den Märkten auftritt. Die Nachfrage des Staates konzentriert sich dabei auf bestimmte Branchen. Als Anbieter wird der Staat in erster Linie indirekt durch öffentliche Unternehmen tätig, denen zum Teil eine rechtlich abgesicherte Monopolstellung eingeräumt wird.

3.2. Finanzierung und Kapitalmarkt

3.2.1. Formen der Beteiligungsfinanzierung

Das zur Finanzierung eines Unternehmens benötigte Kapital kann auf verschiedene Weise beschafft werden. Unterschieden werden zunächst Eigenfinanzierung und Fremdfinanzierung; bei ersterer sind Eigentümer oder Teilhaber die Kapitalgeber; bei letzterer ist der Kapitalgeber Gläubiger.

Eigenfinanzierung kann in der Weise erfolgen, daß der Eigentümer oder eine Gruppe von Teilhabern Kapital aus eigenen Mitteln aufbringen und dem Unternehmen zuführen; zusätzliches Eigenkapital kann aus thesaurierten Gewinnen gebildet werden. Diese Quellen der Eigenfinanzierung reichen allerdings vielfach nicht aus. Dann kommt als weitere Möglichkeit die Beteiligungsfinanzierung über den Markt in Frage. Die Anbieter von Beteiligungskapital sind an rentabler Anlage interessiert; das kapitalsuchende Unternehmen muß für die Beteiligung Konditionen bieten, die unter diesem Gesichtspunkt attraktiv genug sind, um mit anderen Unternehmen auf diesem Markt konkurrieren zu können. Wesentliche Voraussetzung für die Aufnahme von Beteiligungskapital ist vor allem, daß die Marktpartner von der Fähigkeit des Unternehmens überzeugt werden können, in Zukunft eine hinreichende Verzinsung des Kapitals zu erwirtschaften.

Einen Markt für Beteiligungskapital gibt es in zweifacher Hinsicht. Zum einen gibt es den Primärmarkt, auf dem sich Unternehmen als Nachfrager und Kapitalanleger als Anbieter von Kapital gegenüberstehen. Zum anderen gibt es den Sekundärmarkt, auf dem die Inhaber von Unternehmen und Unternehmensanteilen diese an andere Kapitalanleger veräußern können; durch eine Transaktion auf dem Sekundärmarkt wird das Unternehmen selber nicht berührt.

Mit welchen Konditionen ein Beteiligungstitel ausgestattet werden kann, hängt wesentlich von der Rechtsform des Unternehmens ab. Bei Personengesellschaften läßt das Gesetz weitgehende Freiheit für die Vertragsgestaltung; bei Kapitalgesellschaften ist die Vertragsfreiheit durch zwingende gesetzliche Regelungen stärker eingeschränkt. Von der Rechtsform und der rechtlichen Ausgestaltung im einzelnen hängt auch ab, in welcher Weise sich ein Sekundärmarkt entwickeln kann. Die Voraussetzungen dafür sind um so günstiger, je leichter der Beteiligungstitel veräußert werden kann. Der für den Sekundärmarkt am besten geeignete Beteiligungstitel ist die Aktie, bei der die Veräußerung durch drei Eigenschaften besonders einfach gestaltet ist, durch die Haftungsbeschränkung, die Anonymität des Inhabers ermöglicht, durch Verbriefung als Wertpapier und die damit verbundene einfache Form der Rechtsübertragung sowie durch Stückelung in kleine homogene Anteile, die auch die Anlage kleinerer Beträge ermöglicht.

Die Aktiengesellschaft ist die Rechtsform, bei der die Aufbringung großer Beträge als Beteiligungskapital über den Markt am besten bewerkstelligt werden kann. Zwar gibt es auch Primär- und Sekundärmärkte für Beteiligungstitel anderer Gesellschaftsformen. Aber auf diesen Märkten bedarf es erheblicher Vermittlungsbemühungen, um Transaktionen zustande zu bringen. Die Ausgabe von Aktien hingegen ist ein Standardvorgang, bei dem mit Hilfe von Banken als Vermittlern ein breites Anlagepublikum angesprochen werden kann; ein wohlorganisierter Sekundärmarkt für Aktien besteht in Form der Wertpapierbörse. Die Vorteile der Aktiengesellschaft bei der Beschaffung von Beteiligungskapital werden heute in zunehmendem Maße von Unternehmen wahrgenommen, die in anderer Rechtsform an finanzierungsbedingte Wachstumsgrenzen stoßen. Die Umwandlung zur Aktiengesellschaft und das öffentliche Angebot von Aktien erweisen sich als besonders wirksames Mittel, zusätzliches Eigenkapital zu gewinnen.

3.2.2. Notwendigkeit des Eigenkapitals

Für ein Unternehmen in einer Marktwirtschaft ist Eigenkapital unentbehrlich, weil unsicher ist, ob es ihm gelingt, Erträge zu erwirtschaften, die die Kosten

übersteigen oder mindestens decken. Diese Unsicherheit muß im Unternehmen bewältigt werden; sieht man von Sonderfällen der Subventionierung ab, so gibt es keine Instanz, die mögliche Verluste abdeckt. Die Autonomie der Unternehmen ist untrennbar verbunden mit der Eigenverantwortlichkeit für die Erhaltung des investierten Kapitals[14].

Die Inhaber von Beteiligungstiteln erhalten für ihre Kapitaleinlage keine feste Verzinsung, sondern ein Residualeinkommen. Ihnen fließt als Gewinn der Überschuß zu, der nach Abgeltung aller anderen, vertraglich begründeten Ansprüche noch verbleibt. Sie müssen aber auch Verluste als Minderung ihrer Kapitaleinlage hinnehmen. Bei beschränkter Haftung kann dies bis zum völligen Verlust der Kapitaleinlage, bei unbeschränkter Haftung zu noch darüber hinaus gehenden Einbußen führen. Die Funktion, Schwankungen der erzielten Überschüsse abzufangen, kann nur schwer vom Beteiligungskapital getrennt werden. Das neben dem Beteiligungskapital eingesetzte Fremdkapital kann diese Funktion im allgemeinen nicht übernehmen. Zwar wäre es denkbar, das damit verbundene Risiko durch einen Risikozuschlag zum Zins abzugelten. Ein Kreditgeber ist aber im allgemeinen weder bereit noch in der Lage, die Tätigkeit der Unternehmensleitung so zu überwachen, wie es notwendig wäre, wenn er das gesamte daraus erwachsende Verlustrisiko zu tragen hätte.

Unternehmen, deren Eigenkapitalausstattung begrenzt ist, können darüber hinausgehende Investitionen nur begrenzt mit Krediten finanzieren. Sie stoßen zum einen an die Grenzen in der Bereitschaft der Kreditgeber, die steigenden Risiken zu tragen; zum anderen erhöht sich mit wachsender Verschuldung das Risiko, die damit verbundenen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr aus den im Unternehmen erwirtschafteten Mitteln decken zu können und damit zahlungsunfähig zu werden. Unternehmen, die über dieses beschränkte Kreditpotential hinaus investieren wollen, sind auf die Beteiligungsfinanzierung über den Markt angewiesen[15].

3.2.3. Voraussetzung der Beteiligungsfinanzierung

Beteiligungsfinanzierung setzt voraus, daß Beteiligungstitel angeboten werden können, die hinreichend attraktiv sind. In erster Linie ist von Bedeutung, daß den Kapitalanlegern Aussicht auf zukünftige Gewinne eröffnet wird. Gewinne werden aber wesentlich durch unternehmenspolitische Entscheidungen bestimmt. Die Kapitalanleger sind zum Erwerb von Beteiligungstiteln nur dann bereit, wenn sie damit rechnen können, daß die maßgeblichen Entscheidungsorgane eine Unternehmenspolitik betreiben, die diesen Interessen entspricht. Beteiligungstitel sind daher in der Regel mit Verfügungsrechten verbunden, d. h. mit Leitungs-, Mitentscheidungs- und Informationsrechten.

Wie die mit Beteiligungstiteln verbundenen Verfügungsrechte im einzelnen ausgestaltet sind, hängt von Rechtsform und Vertragsgestaltung ab. Für Einzelunternehmen und einen großen Teil der Personengesellschaften ist charakteristisch, daß die Verfügungsrechte durch Eigentümer bzw. Gesellschafter unmittelbar als Unternehmensleiter wahrgenommen werden. Soweit Verfügungsrechte nicht mehr direkt wahrgenommen werden, kommt es zu einer Trennung der Funktion der Unternehmensleitung einerseits von der Kapitalbeteiligung und dem damit verbundenen Risiko andererseits. Die Inhaber von Beteiligungstiteln können ihre Rechte wahren, soweit ihnen bestimmte Entscheidungs- und Kontrollrechte vorbehalten bleiben, insbesondere das Recht, die Unternehmensleitung einzustellen und zu entlassen. Die Wahrnehmung dieser Rechte wird erschwert, wenn die Zahl der Teilhaber groß und der Anteil des einzelnen dementsprechend gering ist. In den großen Unternehmen, deren Aktien an der Börse gehandelt werden, ist die Position der Anteilseigner gegenüber der Unternehmensleitung oft schwach. Die mit den Aktien verbundenen Mitentscheidungs- und Kontrollrechte haben aber auch für die Anteilseigner grundlegende Bedeutung, die selber kaum davon Gebrauch machen. Allein das mit den Aktien verbundene verfügungsrechtliche Potential bildet eine Sanktionsbedrohung gegen Unternehmensleitungen, die die Interessen der Anteilseigner vernachlässigen. Es ist immer möglich, daß das Potential aktiviert wird[16].

Die mit Beteiligungstiteln verbundenen Verfügungsrechte sind für die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarkts, speziell des Marktes für Beteiligungstitel von grundlegender Bedeutung. Ein Finanzierungstitel, der nicht mit dem Anspruch auf feste Zins- und Tilgungszahlungen ausgestattet ist, sondern nur die Anwartschaft auf Residualeinkünfte des Unternehmens verbrieft, kann vom Markt nicht akzeptiert werden, wenn es keine Möglichkeit der Einflußnahme auf die Unternehmenspolitik gibt, von der die Höhe dieser Residualeinkünfte abhängt.

3.2.4. Der rechtliche Rahmen der Beteiligungsfinanzierung

Der rechtliche Rahmen für die Beteiligungsfinanzierung ist in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung vielfach durch gesetzgeberische Eingriffe verändert worden.

- Die Unternehmensverfassung wird zunächst im wesentlichen durch das Gesellschaftsrecht bestimmt. Für Großunternehmen ist vor allem das Aktienrecht von Bedeutung. Durch die Novellierung des Aktiengesetzes im Jahre 1965 ist die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung neu geregelt worden. Gegenüber dem alten Aktiengesetz von 1937 ist die Kompetenz der Hauptversammlung leicht erweitert worden. Eine offene Frage ist, ob es zur Erhöhung der Attraktivität der Beteiligungsfinanzierung zweckmäßig wäre, die Verfügungsrechte der Aktionäre noch weiter zu stärken, als dies 1965 geschehen ist[17].
- Ein wesentliches Element der Unternehmensverfassung in der Bundesrepublik Deutschland bilden die Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte der

Arbeitnehmer. Diese Regelungen sollen den Arbeitnehmern die Wahrung ihrer Interessen ermöglichen; sie stehen unvermeidlich in einem gewissen Spannungsverhältnis zu der verfügungsrechtlichen Grundlage der Beteiligungsfinanzierung.

— Durch Vorschriften über Rechnungslegung und Publizität werden die Unternehmen verpflichtet, der Öffentlichkeit Informationen über ihre Geschäftstätigkeit zu übermitteln. Dies ist der Beteiligungsfinanzierung insoweit förderlich, als es eine wirksame Überwachung und Ausübung von Verfügungsrechten ermöglicht. Das Aktiengesetz von 1965 hat die Anforderungen an die Publizität im Vergleich zum älteren Recht erheblich erhöht. Durch das Publizitätsgesetz von 1968 sind ähnliche Regelungen auch für Großunternehmen eingeführt worden, die nicht in Form der Aktiengesellschaft geführt werden. Das Bilanzrichtliniengesetz von 1985 bringt neue Regelungen zur Rechnungslegung zum einen für Kapitalgesellschaften, darüber hinaus aber auch für alle Unternehmen anderer Rechtsform. Rechnungslegungs- und Publizitätsvorschriften werden heute nicht mehr ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Information für den Kapitalmarkt gesehen; vielmehr soll nach verbreiteter Auffassung damit eine öffentliche Kontrolle der Großunternehmen ermöglicht werden [18]. Dies wirft die Frage auf, ob Rechnungslegungs- und Publizitätsvorschriften einer Beteiligungsfinanzierung über den Markt nicht eher hinderlich sind, weil sie über die vom Markt bedingten Informationsanforderungen hinausgehen und damit der Beteiligungsfinanzierung vor allem für Klein- und Mittelunternehmen unnötig große und aufwendige Belastungen entgegenstellen.

— Das Steuerrecht hat Einfluß auf die Finanzierung der Unternehmen, wenn die Steuerlast je nach Finanzierungsweise unterschiedlich ist. Historisch bedingt findet man in vielen Ländern eine stärkere Steuerbelastung der Eigenfinanzierung im Vergleich zur Fremdfinanzierung; diesen Effekt hat neben anderen Regelungen vor allem die bei Kapitalgesellschaften vielfach eintretende Doppelbelastung der ausgeschütteten Gewinne, einmal im Unternehmen und dann erneut beim Empfänger. Die Reform der Körperschaftsteuer von 1977 hat diesen Effekt weitgehend beseitigt. Die steuerliche Benachteiligung der Beteiligungsfinanzierung wurde damit wesentlich gemildert, aber nicht völlig behoben. Sie liegt heute vor allem im Bereich der Gewerbesteuer, außerdem für Kapitalgesellschaften bei der Vermögensteuer und der Gesellschaftsteuer.

3.3. Die Stellung der Arbeitnehmer im Unternehmen

Arbeitnehmer stehen zum Unternehmen in einer Vertragsbeziehung; die Höhe des Einkommens, das sie beziehen, hängt nicht von einem zu erwirtschaftenden Residuum ab, sondern ist kontraktgebunden. Die Interessen der Arbeitnehmer werden bei Verhandlungen über Abschluß und Änderung von Verträgen wahrgenommen [19]. Dies gilt zunächst für jeden einzelnen Arbeitsvertrag. Die Position der Arbeitnehmer als Vertragspartner wird aber durch die Rechtsordnung in zweifacher Hinsicht verstärkt:

— Die Arbeitnehmer können sich zu Koalitionen zusammenschließen und Kollektivverträge abschließen.

— Bestimmte Regelungen des Arbeitsverhältnisses sind gesetzlich vorgeschrieben und vertraglich nicht abdingbar.

Zusätzlich zu der Stärkung der Verhandlungsposition als Vertragspartner eröffnet die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland den Arbeitnehmern eine weitere Möglichkeit der Interessenwahrnehmung durch die im Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsrecht verankerten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte.

Die Verbindung einer durch das Koalitionsrecht gestärkten Verhandlungsposition mit gesetzlich verankerten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten verschaffen den Arbeitnehmern in den Unternehmen eine starke Position. Die Rechtsordnung trägt hiermit dem besonderen Charakter des Arbeitsverhältnisses Rechnung, der starken Abhängigkeit des Arbeitnehmers von seinem Arbeitsplatz und dem Risiko, das mit dem Arbeitsplatzverlust verbunden ist. Dafür wird eine nicht unerhebliche Einschränkung der mit Eigentum oder Beteiligung verbundenen Verfügungsrechte in Kauf genommen. Dies ist im Hinblick auf die Funktionsweise des Kapitalmarkts nicht unproblematisch. Wesentlich ist, daß die prekäre Grenze nicht überschritten wird, von der ab die Marktgängigkeit von Beteiligungstiteln beeinträchtigt ist [20].

4. Handlungsbedingungen der Kombinate und volkseigenen Betriebe in der DDR

Michael-Burkhard Piorkowsky

4.1. Das Kombinat als wirtschaftliche Grundeinheit

Das Kombinat ist nach § 1 Abs. 1 der „Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatsbetriebe und volkseigenen Betriebe" vom 8. November 1979 die grundlegende Wirtschaftseinheit der materiellen Produktion auf der Grundlage des einheitlichen staatlichen Volkseigentums[21]. Damit wird die große Bedeutung der 224 Industriekombinate (Stand 1986) betont, in denen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, seit Anfang der achtziger Jahre alle VEB der Industrie zusammengeschlossen sind. Die formal juristisch und wirtschaftlich selbständigen Kombinatsbetriebe werden als Bestandteile einer umfassenden Wirtschaftseinheit betrachtet, die jedoch im Kombinat nicht untergeordnet, sondern lediglich eingeordnet seien. Aber faktisch werden die Kombinatsbetriebe in die Arbeitsteilung des Kombinats eingebunden. Im Gegensatz dazu wurden in der Phase des Neuen Ökonomischen Systems und des Ökonomischen Systems des Sozialismus (1963—1970) die Betriebe, aber nicht deren Zusammenschlüsse als die Grundeinheiten der Volkswirtschaft verstanden.

Für die generelle Kennzeichnung der Handlungsbedingungen ist hervorzuheben, daß die Kombinate und die nicht einem Kombinat angehörenden VEB nach § 2 Abs. 2 bzw. § 31 Abs. 1 der Kombinats-Verordnung ihre Tätigkeit in Verwirklichung der Beschlüsse der SED und im Auftrag des Staates auf der Grundlage der Gesetze und anderen Rechtsvorschriften ausüben.

Aber die tatsächlichen Handlungsbedingungen der Kombinate und VEB sind sowohl die formalen Gegebenheiten des für die Betriebe bedeutsamen Teils des Wirtschaftssystems, vor allem der Aufbau (Organisation) und die Lenkung (Planung, Leitung, Stimulierung und Kontrolle) der Betriebe, als auch die informellen Gegebenheiten, insbesondere die Motivation sowie das Informations- und Entscheidungsverhalten der in den Betrieben Tätigen. Dabei spielen die informellen Elemente im Wirtschaftssystem der DDR auf der Ebene der Betriebe hauptsächlich für die Gewinnung und Ausschöpfung von autonomen Handlungsbereichen, also von Handlungsspielräumen, eine Rolle. Denn mit den Planungsrichtlinien wird keinesfalls der gesamte Bereich betrieblichen Handelns abgesteckt.

Ein Hauptziel der Zusammenfassung der industriellen VEB in Kombinaten war die Um- und Neubildung großer, sowohl horizontal als auch vertikal konzentrierter Wirtschaftseinheiten, die über einen relativ geschlossenen Wirtschaftskreislauf verfügen, d. h. eigene technische und ökonomische Forschungs- sowie Produktions- und Absatzkapazitäten vereinigen sollen. Damit sollte zum einen der mangelhaften Innovation und Absatzorientierung der Produktion und zum anderen der zunehmenden Verknappung von Produktionsfaktoren und Umweltgütern entgegengewirkt werden. Denn bei vertikaler Betriebskonzentration können leichter relativ geschlossene Stoffkreisläufe und absatznahe Produktionsprozesse organisiert werden. Bei der Kombinatsbildung wurden deshalb bestimmten Produktionsbetrieben die wichtigsten Lieferanten, aber auch Forschungseinrichtungen und Betriebe der Absatzwirtschaft, insbesondere Außenhandelsbetriebe, in erster Linie für den Export, zugeordnet[22].

Aber es konnten nicht alle Zulieferbetriebe (mit ihrer gesamten Produktion) einzelnen Kombinaten ausschließlich zugeordnet werden, so daß auch Lieferbeziehungen zwischen den Betrieben verschiedener Kombinate bestehenbleiben mußten. Da aber die Bedarfe innerhalb einer Wirtschaftseinheit vorrangig gedeckt werden können, bestand bei der Kombinatsbildung die Tendenz, Betriebe anzugliedern anstatt abzugeben, und zwar auch bei einer unwirtschaftlichen Nebenproduktion, um von Belieferungen durch Betriebe außerhalb des Kombinats unabhängig zu sein. Denn unter den Bedingungen einer zentralen Planwirtschaft ist für die Industriebetriebe die Beschaffung schwieriger als der Absatz. Es ist deshalb fraglich, ob bei der Kombinatsbildung eine optimale, gleichermaßen einzel- und gesamtwirtschaftlich sinnvolle Zusammenfassung der Betriebe erreicht wurde[23].

Ein weiteres Hauptziel der Kombinatsbildung war die Konzentration der Produktion in einer überschaubaren Zahl von Wirtschaftseinheiten und damit die Verkürzung der Informationswege zwischen wirtschaftsleitenden und wirtschaftenden Betrieben. Dadurch sollten das System der Planung und Leitung vereinfacht und die Entscheidungen der Betriebe bzw. Kombinate näher an den Lieferanten und Abnehmern getroffen werden können.

Allerdings sind vor Beginn der Kombinatsbildung weder die Frage der optimalen Betriebsgröße noch die der möglichen Monopolstellung der neuen Wirtschaftseinheiten geklärt worden, die sich aus der Zusammenballung von Managementfunktionen und Verhandlungsmacht sowohl gegenüber Lieferanten und Abnehmern als auch im System der bürokratischen Wirtschaftsplanung und -leitung ergibt. Tatsächlich war und ist unklar, welche Kombinatsgröße im Rahmen der Planung und Leitung der Volkswirtschaft steuerbar ist, ohne daß sich die Interessen der Beschäftigten des Kombinats und der Kombinatsbetriebe gegen die gesamtwirtschaftlich für notwendig gehaltenen und administrativ bestimmten Ziele durchsetzen. Dafür ist aber — als ein Gegengewicht zu der begrenzten Dezentralisierung im Hinblick auf die Ministerien — die Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe stark ausgebaut worden.

4.2. Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung

Das Kombinat und die Kombinatsbetriebe sowie die nicht einem Kombinat angehörenden VEB arbeiten nach § 18 Abs. 1 bzw. § 34 Abs. 6 der Kombinats-Verordnung nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Dieses Prinzip ist die Grundlage der unternehmensmäßigen Steuerung der Betriebe im Sozialismus sowjetischen Typs. Es handelt sich dabei genaugenommen um mehrere Grundsätze für die Bereitstellung von privaten Gütern unter den Bedingungen einer zentralen Planwirtschaft, die teils der Unternehmerpraxis, teils der Verwaltungspraxis entlehnt sind[24].

Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Rechnungsführung steht das Prinzip der Rentabilität. Danach müssen die Betriebe nicht nur die Ausgaben durch eigene Einnahmen decken, d. h. die Gütererstellung durch kostendeckende Entgelte finanzieren, sondern auch einen möglichst hohen Gewinn erzielen. Damit sollen die Betriebe sowohl die Substanzerhaltung als auch das Wachstum finanzieren sowie die Prämien- und Leistungsfonds bilden und die Finanzabgaben an den Staat (Produktionsfondsabgabe, Produktgebundene Abgaben, Nettogewinnabführung und — seit 1984 — Beitrag für gesellschaftliche Fonds) erwirtschaften. Als ein weiteres Prinzip sei das der finanzwirtschaftlichen Kontrolle erwähnt, wonach die Wirtschaftstätigkeit der Betriebe mit wertmäßigen Kennzahlen kontrolliert werden soll.

Die Kombinate und die nicht in Kombinate eingegliederten VEB sollen die wirtschaftliche Rechnungsführung voll anwenden. Dagegen gelten für die Kombinatsbetriebe die eingeschränkte und für die unselbständigen Betriebsteile und die Abteilungen der Kombinate, Kombinatsbetriebe und nicht eingegliederten VEB die innerbetriebliche wirtschaftliche Rechnungsführung. Diese Einschränkung gilt insbesondere für das Rentabilitätsprinzip.

Die begrenzte Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Kombinat ist noch mit erheblichen Problemen verbunden. Unklar ist insbesondere, wie die Produktionsfaktoren auf die formal selbständigen, aber faktisch untergeordneten Kombinatsbetriebe verteilt werden und welche Rolle den Betrieben bei der Erwirtschaftung und Verwendung von Gewinn zugestanden werden kann bzw. muß, um die Interessen von Kombinat und Kombinatsbetrieben zu harmonisieren[25].

Das Rentabilitätsprinzip sowie das Prinzip der finanzwirtschaftlichen Kontrolle gelten als Begründung für das Rechnungswesen der Betriebe. Dieses wird allerdings nicht als betriebliches Rechnungswesen, sondern als (bis Mitte der siebziger Jahre: Einheitliches System von) Rechnungsführung und Statistik bezeichnet. Tatsächlich bildet es die Grundlage für die Gewinnung der Informationen, die gleichermaßen der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Steuerung der Betriebe und damit der gesamtwirtschaftlichen Prozesse dienen (vgl. dazu V.3.4.).

4.3. Das betriebliche Rechnungswesen

Das Rechnungswesen der Kombinate und Betriebe ist systemtypisch geprägt. Als Besonderheit hervorzuheben ist erstens die Vielzahl der vorgeschriebenen Rechnungen. Für das Kombinat und die Kombinatsbetriebe sind es die folgenden Gruppen von Einzelrechnungen: Grundmittelrechnung (Grundmittel entsprechen dem Anlagevermögen nach marktwirtschaftlich-betriebswirtschaftlichem Verständnis, und die Grundmittelrechnung erfaßt insbesondere die Struktur der Grundmittel und deren Veränderung), Investitionsrechnung, Materialrechnung, Warenrechnung, Leistungsrechnung, Arbeitskräfterechnung, Kostenrechnung, Finanzrechnung und Nutzenrechnung. Zweitens sind die verbindlichen Gliederungen der Rechnungen zu nennen, z. B. die Gliederung der Bilanz. Und drittens gelten einheitliche, zentral festgesetzte und verbindlich vorgegebene, normative Erfassungs-, Bewertungs- und Verrechnungsverfahren der Wirtschaftsgüter und der Güterentstehung, wie die Abschreibungsverfahren und die Abschreibungssätze. Besonders stark systemtypisch geprägt sind die Kostenrechnung und die Finanzrechnung[26].

Die theoretische Grundlage der Kostenrechnung ist ein Kostenbegriff, der im Sinne des Wert- und Kostenverständnisses der marxistischen Wirtschaftslehre am „gesellschaftlich notwendigen Aufwand" orientiert ist (vgl. Haffner, Kapitel V.5.2.). Dieser Kostenbegriff erfaßt allerdings zum einen nicht den tatsächlichen betrieblichen, sondern den normativen branchenbezogenen Werteverzehr der Wirtschaftsgüter und gestattet zum anderen nicht die Kalkulation aller Kosten, z. B. nicht die Lohnzuschläge für nicht planmäßige Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit.

Den Grundaufbau der Kosten- und Industriepreiskalkulation nach der „Anordnung über die zentrale staatliche Kalkulationsrichtlinie zur Bildung von Industriepreisen" zeigt das folgende Schema[27]:

Selbstkosten je Stück
+ Normativer Gewinn
+ Extragewinn
+ Gewinnzuschlag
= Betriebspreis
+ Produktgebundene Abgabe bzw. Preisstützung
= Industrieabgabepreis

Bei den Selbstkosten handelt es sich um die staatlich anerkannten Einzel- und Gemeinkosten für Forschung und Entwicklung, Beschaffung, Herstellung, Absatz sowie Leitung, einschließlich des neuerdings eingeführten Beitrags für gesellschaftliche Fonds. Bei der — für die Preisbildung maßgeblichen — Vorkalkulation werden einheitliche, industriezweigbezogene Kostennormative, z. B. für den Materialverbrauch, zugrundegelegt (vgl. Meyer, Kapitel V.3.5.). Die Ziffern der Vorkalkulation sind Planwerte, die bei der Kostenkontrolle den tatsächlichen abrechenbaren Kosten gegenübergestellt werden.

Für die Kalkulation des normativen Gewinns werden die Planbestände des betriebsnotwendigen Vermögens (produktive Fonds) und die für den Industriezweig festgelegte Produktionsmenge zugrundege-

legt. Die Kalkulation von Extragewinnen kann für neu in die Produktion aufzunehmende Erzeugnisse von den Betrieben beantragt werden. Voraussetzung für die im Grundsatz auf drei Jahre begrenzte Gewährung ist der Nachweis der volkswirtschaftlichen Effektivität der Produkte. Die Kalkulation von Gewinnzuschlägen wird für die überplanmäßige Produktion von ausgewählten Konsumgütern, insbesondere für die Waren der Exquisit- und Delikatläden sowie für Ersatzteile, gewährt; für Ersatzteile beträgt der Gewinnzuschlag 50 vH des normativen Gewinns. Daneben sind Preiszu- und -abschläge vorgesehen, wenn bestimmte Qualitätsstandards erreicht bzw. unterschritten werden; z. B. ein Preiszuschlag von 2 vH auf den Betriebspreis bei Erzeugnissen mit dem Gütezeichen „Q".

Durch die Kalkulation der produktgebundenen Abgabe bzw. durch die Preisstützung wird der Zusammenhang zwischen Kostenrechnung, Kalkulation und Preisbildung grundsätzlich aufgelöst. Während mit dem Industrieabgabepreis die Nachfrage gelenkt werden kann, ist der Betriebspreis ein Instrument der Steuerung der Betriebe, dient also zentraler Planung und Kontrolle der dezentralen Leistungserstellung. Der Kontrolle dient insbesondere die Nachkalkulation zu Ist-Selbstkosten sowie die Ursachenanalyse bei Abweichungen zwischen Normativ- bzw. Plan- und Ist-Selbstkosten.

Trotz des verbindlichen Charakters der Kosten- und Preiskalkulation nutzen die Betriebe soweit möglich die Spielräume der staatlichen Wirtschaftsplanung für die Verfolgung der eigenen Interessen. Solche Möglichkeiten bestehen nicht nur bei der Kostenzurechnung, insbesondere bei der Kalkulation neuer Produkte, sondern auch bei der Begründung von Extragewinnen bzw. von Gewinn- und Preiszuschlägen, die nicht immer in einem angemessenen Verhältnis zur Qualitätsverbesserung des neuen bzw. alten Produktes stehen.

In der Finanzrechnung werden die materiellen und finanziellen Mittel, das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit (Gewinn oder Verlust) sowie die Verwendung der erwirtschafteten und erhaltenen Mittel wertmäßig auf Konten entsprechend der Gliederung des verbindlichen Kontenrahmens und nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung erfaßt und nachgewiesen. Dies schließt die Aufstellung der Bilanz und der Ergebnisrechnung ein.

Die Bilanz des Betriebes wird zur Abgrenzung von den gesamtwirtschaftlichen Bilanzen als buchhalterische Bilanz bezeichnet. Dabei handelt es sich um eine Einheitsbilanz, denn die Unterscheidung von Handels- und Steuerbilanz erübrigt sich auf Grund des staatlichen Eigentums an den Unternehmen. Das Bilanzbild ist durch den Grundsatz der Unversehrtheit und planbestimmten Verwendung des staatlichen Eigentums bestimmt. In der Bilanz werden überwiegend, aber nicht konsequent die Aktiva als Mittel und die Passiva als Fonds bezeichnet. Die Grund- und Umlaufmittel können als Entsprechung zum Anlage- und Umlaufvermögen und die eigenen und fremden Fonds als Analogon zum Eigen- und Fremdkapital in den Bilanzen marktwirtschaftlicher Unternehmen verstanden werden. Aber die eigenen wie auch die fremden Fonds stehen den Betrieben nur zur — plangemäßen — Nutzung zu.

Der strikten Zweckbindung der Passiva entspricht die umfassend normierte, einheitliche Bewertung der Aktiva. Da das starre Preissystem den tatsächlichen Wert des Anlagevermögens, insbesondere die durch technischen Fortschritt bedingte Wertminderung, nicht angemessen zum Ausdruck bringt, müssen immer wieder Umbewertungen vorgenommen werden, die zur Ableitung der Abschreibungssätze dienen. Eine solche Umbewertung ist zuletzt 1985 durchgeführt worden, davor 1966; allerdings ist zwischenzeitlich eine statistische Umrechnung zu Preisen von 1980 vorgenommen worden.

Die Ergebnisrechnung ist eine Gegenüberstellung von Kosten und Erlösen. Als Ergebnis wird ein Reingewinn oder ein Fondsverlust ausgewiesen. Die Bedeutung der Ergebnisrechnung hat mit der Aufwertung der Rolle des Gewinns als eine der vier Hauptkennziffern für die Leistungsbewertung der Kombinate und Betriebe zugenommen. Allerdings ist der Gewinn — wie gezeigt — ganz weitgehend planbestimmt und damit gleichermaßen Planungs- und Kontrollziffer.

Der systemimmanenten Ausformung des betrieblichen Rechnungswesens als Kontrollinstrument der zentralen Wirtschaftsplanung entspricht die herausgehobene Stellung des Hauptbuchhalters im Kombinat[28].

4.4. Das Prinzip der Einzelleitung

Das Kombinat und die Kombinatsbetriebe sowie die nicht einem Kombinat angehörenden VEB werden nach § 24 Abs. 1 und § 27 Abs. 1 bzw. § 32 Abs. 1 der Kombinats-Verordnung nach dem Prinzip der Einzelleitung geleitet. Dieses Prinzip gilt als Grundlage für die Zuordnung von Kompetenz- und Verantwortungsbereichen.

Das Kombinat wird von einem Generaldirektor geleitet. Dieser hat sehr weitgehende Rechte gegenüber den Fachdirektoren und den Direktoren der Kombinatsbetriebe bei der Gestaltung der Wirtschaftsprozesse im Kombinat. Der Generaldirektor wird — wenn das Kombinat, wie im Regelfall, einem der elf Industrieministerien unterstellt ist — vom zuständigen Minister berufen und abberufen; er ist dem Minister direkt unterstellt, erhält nur von diesem seine Weisungen und ist diesem persönlich für die Erfüllung der Aufgaben des Kombinats verantwortlich. Damit soll ein enger Leitungszusammenhang zwischen einer kleinen Gruppe von Führungskräften hergestellt werden.

Auf Grund der Sachkompetenz der Generaldirektoren sind Entscheidungshilfen für die staatliche Wirtschaftsführung auch dort zu erwarten, wo die Marktinformationen insbesondere mangels richtiger Preise versagen. Dem Generaldirektor wird deshalb eine — häufig widersprüchliche — Doppelrolle als „Beauftragter des Ministers" und als „sozialistischer Mana-

ger" zugewiesen[29]. Diese Doppelrolle entspricht allerdings der bipolaren Betriebsstruktur des staatlich-sozialistischen Produktionsbetriebes als abhängiges Glied der zentralen Wirtschaftsverwaltung einerseits und als relativ selbständige Wirtschaftseinheit andererseits[30].

Im Rahmen der Wirtschaftsleitungs- und Personalkompetenz des Kombinats beruft der Generaldirektor die Direktoren der Kombinatsbetriebe sowie die Fachdirektoren des Kombinats und beruft sie ab. Er hat auch das Recht, mit Zustimmung des Ministers Fachdirektoren und Direktoren der Kombinatsbetriebe als seine Stellvertreter einzusetzen. Er gestaltet ferner die Leitungsorganisation des Kombinats, über deren Anwendung aber der Minister entscheidet. Dafür kommen drei Grundformen in Betracht, die Kombinatsleitung durch einen Stammbetrieb, dessen Direktor der Generaldirektor ist, sowie die ausgegliederte, selbständige Kombinatsleitung, entweder (divisional) mit Leitbetrieben für Erzeugnisgruppen oder (funktional) mit Betrieben für die Güterumsatzphasen, wie Beschaffung und Produktion[31]. Die Leitung des Kombinats über einen Stammbetrieb ist die vorherrschende und von der Wirtschaftsführung bevorzugte Form.

Im Rahmen der Organisations- und Fondskompetenz des Kombinats kann der Generaldirektor Funktionen und Aufgaben der Kombinatsbetriebe ändern, auf andere Kombinatsbetriebe übertragen oder die Produktion zwischen den Kombinatsbetrieben verlagern. Dazu kann er Betriebsteile bilden und bestehende Betriebsteile aus Kombinatsbetrieben ausgliedern und anderen Kombinatsbetrieben angliedern. Gleichzeitig entscheidet er, inwieweit Fonds oder Fondsbestandteile zu übertragen sind und materielle Mittel entgeltlich oder unentgeltlich übertragen werden.

In diesem Zusammenhang kann der Generaldirektor ferner festlegen, welche Aufgaben zentralisiert wahrgenommen oder auf bestimmte Betriebe des Kombinats übertragen werden sollen. Dabei können Interessenkonflikte zwischen Kombinats- und Betriebsleitungen nicht ausbleiben, etwa dann, wenn es um die Verlagerung einer vorteilhaften oder unvorteilhaften Produktion sowie um die Zentralisierung und Übertragung von Mitteln und Aufgaben und damit von betrieblichen Kompetenzen geht.

Im Rahmen der Planungskompetenz des Kombinats schlüsselt der Generaldirektor in der ersten Planungsphase die zentral vorgegebenen Planaufgaben auf die Betriebe auf, verteidigt den Planentwurf vor dem Minister und gibt den Betrieben in der zweiten Planungsphase die — verbindlichen — Planauflagen vor. Er ist berechtigt, die fast hundert zentral erteilten staatlichen Plankennziffern durch weitere kombinatsinterne Kennziffern zu ergänzen, um die Planauflagen für das Kombinat in betriebsbezogene Aufgaben umzuformen; und er ist verpflichtet, die Ziele der staatlichen Pläne bis in die Betriebe durchzusetzen. Die Planungskompetenz schließt die Verantwortung für die Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzierung ein (vgl. Meyer, Kapitel V.3.4.).

4.5. Der Entscheidungs- und Handlungsbereich des Kombinatsbetriebes

Der Entscheidungsbereich des Kombinatsbetriebes wird ganz überwiegend durch sein Sachziel im Rahmen der Arbeitsteilung im Kombinat bestimmt. Zu den Entscheidungskompetenzen des im engeren Sinn produzierenden Betriebes gehören — innerhalb des von der Kombinatsleitung gesetzten Rahmens — die Festlegung organisatorischer und technischer Maßnahmen zur qualitäts- und termingerechten Produktion, der Abschluß von Beschaffungs- und Lieferverträgen, die Durchsetzung eines wirtschaftlichen Einsatzes der Produktionsfaktoren und verbesserter Produktionstechniken, die Entwicklung neuer und verbesserter Erzeugnisse sowie die Planung und Realisierung eines Teils der Exportproduktion des Kombinats[32].

Daneben darf der informelle Handlungsspielraum der Kombinatsbetriebe nicht unterschätzt werden. Denn bereits bei der Planausarbeitung ist die Kombinatsleitung von den Informationen der Kombinatsbetriebe abhängig. Diese sind an weichen, leicht erfüllbaren Plänen und an einer vorteilhaften Produktion sowie an Kapazitätspolstern interessiert, weil damit ein Bündel sicherer und leichter Mittel bei der Maximierung vorgegebener sowie autonomer betrieblicher Ziele verfügbar ist, sei es die Maximierung des Produktionsziels, des Prämienfonds oder der Arbeitszufriedenheit[33]. Da der Generaldirektor einerseits zumindest teilweise dieselben Interessen verfolgt und andererseits die Verantwortung für die Planerfüllung trägt, ist es fraglich, ob dieser bei Interessenkonflikten als „Beauftragter des Ministers" oder als „sozialistischer Manager" handelt.

Fußnoten

1 Piorkowsky 1980, S. 25—29
2 Kirsch 1976
3 Rieger 1982, S. 67—126
4 Die Umsatzsteuerstatistik erfaßt alle Steuerpflichtigen mit Umsätzen, die eine bestimmte Mindestgrenze (1974: 12 000 DM, 1982: 20 000 DM) überschreiten; hierin sind außer den Unternehmen im üblichen Sinne auch die Freien Berufe enthalten, die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe jedoch nur zu einem geringen Teil.
5 Die Umsatzsteuerstatistik erfaßt Organgesellschaften nicht, da sie als solche nicht steuerpflichtig sind. Die in Übersicht 6 enthaltenen Zahlen sind deswegen niedriger als die vom Statistischen Bundesamt angegebenen Zahlen für ins Handelsregister eingetragene Kapitalgesellschaften (1982: 2 140 Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, 293 693 Gesellschaften mit beschränkter Haftung).
6 Monopolkommission 1984, S. 370—372
7 Die öffentliche Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, CEEP-Jahrbuch 1984, S. 30
8 ebenda, S. 33 und 34
9 Clemens, Friede, Dahremöller 1986, S. 61—64; mit der Umsatzsteuerstatistik sind diese Zahlen nicht vergleichbar, weil landwirtschaftliche Betriebe und Freie Berufe bei den Gewerbeanmeldungen nicht erfaßt sind, wohl aber Kleinbetriebe, die in der Umsatzsteuerstatistik unberücksichtigt bleiben.

10 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, November 1980 und November 1985; Eigenkapitalquoten können in sehr unterschiedlicher Weise erhoben und berechnet werden; s. zu dieser Problematik und speziell zu der Aussagefähigkeit der von der Deutschen Bundesbank erhobenen Zahlen Sachverständigenrat 1985, S. 84—88

11 Haendcke-Hoppe 1984

12 Haffner 1980

13 Mampel 1982, S. 846—866

14 Blümle 1980; Hax 1981; Hax 1985

15 Albach 1983, S. 8—19

16 Leipold 1983, S. 66—83; Picot 1981, S. 166 f.; Ridder-Aab 1980, S. 70—131

17 Pütz, Willgerodt 1985, S. 85—123; Schüller 1983, S. 178 bis 183

18 Spieker 1986

19 Mayer-Maly 1985; Wenger 1984

20 Benelli 1983, S. 149—212; Küpper 1974, S. 219—227

21 Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatsbetriebe und volkseigenen Betriebe, v. 8. November 1979, GBl. DDR 1979, Teil I, Nr. 38, S. 355—366; Verordnung über Rechnungsführung und Statistik, v. 11. Juli 1985, GBl. DDR 1985, Teil I, Nr. 23, S. 261—267

22 Beyer, Koerner 1985, S. 1061

23 Erdmann, Melzer 1980, S. 939; Haffner 1980, S. 21—23

24 Marx, Matho, Möller, Schilling 1984, S. 52—57

25 Erdmann 1983

26 Förster 1967; Förster 1981; Piorkowsky 1981

27 Anordnung über die zentrale staatliche Kalkulationsrichtlinie zur Bildung von Industriepreisen, v. 17. November 1983, GBl. DDR 1983, Teil I, Nr. 35, S. 364—365; Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Kombinaten und Betrieben, v. 6. August 1985, GBl. DDR 1985, Sonderdruck Nr. 800/1

28 Reich 1984

29 Erdmann, Melzer 1980, S. 935 und 940

30 Förster 1967, S. 32

31 Klein 1983

32 Melzer 1986

33 Hamel 1981; Piorkowsky 1980, S. 63—66

Literatur

Albach H.: Zur Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Risikokapital. Institut für Mittelstandsforschung (Hrsg.). ifm-materialien Nr. 9. Bonn. 1983.

Autorenkollektiv: Handbuch der Planung für Kombinate und Betriebe. Industrie. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1982.

Benelli G.: Mitbestimmung und Selbstverwaltung. Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln (Hrsg.). Köln. 1983.

Beyer E.-M., Koerner T.: Konsequenzen aus der Intensivierung des Reproduktionsprozesses der Kombinate für die Weiterentwicklung der sozialistischen Betriebswirtschaftslehre. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. H. 7/1985. S. 1059—1064.

Blümle G.: Ungewißheit und Verteilung in marktwirtschaftlichen Ordnungen. In: Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen. Hrsg. Streißler E., Watrin E. Tübingen. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1980. S. 253—288.

Clemens R., Friede C., Dahremöller A.: Existenzgründungen in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart. Verlag C.E. Poeschel. 1986.

Erdmann K.: Wirtschaftliche Rechnungsführung im Kombinat. Betriebswirtschaftliche Aspekte und Konsequenzen. In: Das Wirtschaftssystem der DDR, Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme. Hrsg. Gutmann G. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1983. S. 121—153.

Erdmann K., Melzer M.: Die neue Kombinatsverordnung in der DDR. Möglichkeiten und Grenzen von Leistungsimpulsen der neugebildeten Kombinate. In: Deutschland Archiv. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. H. 9/1980. S. 929—942. H. 10/1980. S. 1046—1062.

Förster W.: Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung. Zur Diagnose der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs und ihrer Reformen aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1967.

Förster W.: DDR. Besonderheiten des Rechnungs- und Prüfungswesens. In: Handwörterbuch des Rechnungswesens. Hrsg. Kosiol E., Chmielewicz K., Schweitzer M. Stuttgart. Verlag C.E. Poeschel. 2. völlig neu gestaltete Auflage. 1981. Sp. 383 bis 392.

Förster W., Erdmann K., Krakat K.: Wirtschaftsprüfung in der DDR und in anderen Staatshandelsländern.In: Handwörterbuch der Revision. Hrsg. Coenenberg A.G., Wysocki K. v. Stuttgart. C.E. Poeschel Verlag. 1983. Sp. 1742—1752.

Haendcke-Hoppe M.: Neueste Entwicklungen im privaten und genossenschaftlichen Handwerk in der DDR sowie in der sonstigen Privatwirtschaft. In: FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. H. 2/1984.

Haffner F.: Die neueren Entwicklungen des Wirtschaftssystems der DDR und der Sowjetunion im Lichte eines erweiterten Systemansatzes. In: FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. H. 6/1980. S. 20—30.

Hamel H.: Sozialistische Unternehmenskonzentration und Managerverhalten. Die Kombinatsbildung als Effizienzproblem. In: Anreiz- und Kontrollmechanismen in Wirtschaftssystemen. Bd. 1. Hrsg. Hedtkamp G. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1981. S. 67—97.

Handbuch gesellschaftlicher Organisationen in der DDR. Massenorganisationen, Verbände, Vereinigungen, Gesellschaften, Genossenschaften, Komitees, Ligen. Berlin (Ost). Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik. 1985.

Hax H.: Die arbeitsgeleitete Unternehmung — Kritische Überlegungen zu einer alternativen Unternehmenskonzeption in der Marktwirtschaft. In: Selbstinteresse und Gemeinwohl. Hrsg. Rauscher A. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1985.

Hax H.: Unternehmung und Wirtschaftsordnung. In: Zukunftsprobleme der sozialen Marktwirtschaft. Schriften des Vereins für Socialpolitik. N.F. Bd. 116. Hrsg. Issing O. Berlin. Duncker und Humblot. 1981. S. 421—440.

Kirsch G.: Verbände als Produzenten von Kollektivgütern. In: Verbände. Hrsg. Blümle E.-B., Wittmann W. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1976. S. 22—36.

Klein W.: Das Kombinat. Eine organisationstheoretische Analyse. In: Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme. Hrsg. Gutmann G. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1983. S. 79—101.

Küpper H.: Grundlagen einer Theorie der betrieblichen Mitbestimmung. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1974.

Leipold H.: Eigentum und wirtschaftlich-technischer Fortschritt. Grundlagen — Eigentum und Politik. Hrsg. vom Otto A. Friedrich-Kuratorium. Bd. 7. Köln. 1983.

Mampel S.: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar. Frankfurt am Main. A. Metzner Verlag. 2. völlig neubearb. u. erw. Aufl. 1982.

Marx H., Matho F., Möller U., Schilling G.: Die wirtschaftliche Rechnungsführung. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1984.

Mayer-Maly T.: Überwindung des Lohnvertrages.In: Selbstinteresse und Gemeinwohl. Hrsg. Rauscher A. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1985. S. 13—36.

Melzer M.: Die Rolle der Kombinate und Betriebe im Wirtschaftssystem der DDR. In: Betrieb und Partizipation in Osteuropa. Hrsg. Gramatzki H.-E., Nutzinger H.G. Frankfurt am Main, New York. Verlag Campus. 1986. S. 445—469.

Monopolkommission. Ökonomische Kriterien für die Rechtsanwendung. Hauptgutachten 1982/83. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 1984.

Picot A.: Der Beitrag der Theorie der Verfügungsrechte zur ökonomischen Analyse von Unternehmungsverfassungen. In: Unternehmungsverfassung als Problem der Betriebswirtschaftslehre. Hrsg. Bohr K., u. a. Berlin. Verlag E. Schmidt. 1981. S. 153—197.

Piorkowsky M.-B.: Sozialistische Warenproduktion und Betriebswirtschaftslehre. Zur Entwicklung der Unternehmen und der Unternehmenstheorie im Sozialismus sowjetischen Typs. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1980.

Piorkowsky M.-B.: Osteuropa. Besonderheiten des Rechnungswesens. In: Handwörterbuch des Rechnungswesens. Hrsg. Kosiol E., Chmielewicz K., Schweitzer M., Stuttgart. C.E. Poeschel Verlag. 2. völlig neu gestaltete Aufl. 1981. Sp. 1255 bis 1266.

Pütz P., Willgerodt H.: Gleiches Recht für Beteiligungskapital. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 1985.

Reich M. (Hrsg.): Handbuch des Hauptbuchhalters. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1984.

Ridder-Aab C.-M.: Die moderne Aktiengesellschaft im Lichte der Theorie der Eigentumsrechte. Frankfurt und New York. Verlag Campus. 1980.

Rieger F. H.: Unternehmen und öffentliche Verwaltungsbetriebe. Ein betriebswirtschaftlicher Vergleich zum Aufbau einer Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung. Berlin. Verlag E. Schmidt. 1982.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Chancen für einen langen Aufschwung. Jahresgutachten 1984/85. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. 1985.

Schüller A.: Property Rights. Theorie der Firma und wettbewerbliches Marktsystem. In: Property Rights und ökonomische Theorie. Hrsg. Schüller A. München. Verlag F. Vahlen. 1983. S. 145—183.

Spieker W.: Gezielte Erweiterung von Unternehmenspublizität und Pflichtprüfung. In: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung. 1986. S. 25—38.

Wenger E.: Die Verteilung von Entscheidungskompetenzen im Rahmen von Arbeitsverträgen. In: Ansprüche, Eigentums- und Verfügungsrechte. Hrsg. Neumann M. Schriften des Vereins für Socialpolitik. N.F. Bd. 140. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1984. S. 199—217.

Die öffentliche **Wirtschaft** in der Bundesrepublik Deutschland. In: Die öffentliche Wirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft. CEEP-Jahrbuch 1984. Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft (CEEP) (Hrsg.). Brüssel, Berlin. 1984. S. 25—65.

Kapitel VII
Geld und Kredit in beiden Wirtschaftssystemen

H. Jörg Thieme

Zusammenfassung

Die mit der Existenz von Geld und Kredit in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR verbundenen Vorteile (Verringerung der Transaktionskosten) zu nutzen und die Gefahren (Inflationen) zu vermeiden, hängt wesentlich von der Geld- und Kreditversorgung ab. Sie wird in der Bundesrepublik Deutschland durch das Zusammenspiel der Deutschen Bundesbank mit den Geschäftsbanken und Nichtbanken auf Geld- und Kreditmärkten gewährleistet (doppelstufiges Bankensystem). Die Bundesbank ist gesetzlich verpflichtet, durch Einsatz ihrer geldpolitischen Instrumente die Währung zu sichern (innere und äußere Geldwertstabilität) und in diesem Rahmen die Wirtschaftspolitik der Regierung zu unterstützen. In der DDR übernimmt die Staatsbank im einstufig organisierten staatlichen Bankensystem umfassende gesamtwirtschaftliche Emissions-, Zahlungs-, Finanzierungs-, Kontroll- und Sanktionsfunktionen. Ziel der Staatsbank ist es, mit den Instrumenten der monetären Zentralplanung und der Kreditpolitik die Entwicklung des Geldangebots planmäßig der gesamtwirtschaftlichen Güterproduktion anzupassen (innere Geldwertstabilität).

In der Bundesrepublik Deutschland wird eine zieladäquate Geldpolitik weniger durch institutionell-organisatorische Hemmnisse behindert, sondern vielmehr durch eine mangelhafte außenwirtschaftliche Absicherung der Geldpolitik sowie durch Konflikte bei der Auswahl der geldpolitischen Strategie gefährdet. In der DDR ist die Geldpolitik der Staatsbank außenwirtschaftlich weitgehend abgesichert. Funktionsprobleme existieren, weil die Staatsbank verschiedene Aufgaben zu lösen hat (Geldversorgung und Kapitallenkung) und die Wirtschaftseinheiten vorhandene Entscheidungsspielräume nutzen, wodurch die Geld- und Kreditpolitik durchkreuzt werden kann.

Inhalt Seite

1. Funktionen und Abgrenzungen von Geld und Kredit 183
2. Institutionen und Organisation der Geld- und Kreditversorgung 185
3. Ziele und Instrumente der Geld- und Kreditpolitik 187
4. Probleme einer zieladäquaten Geldpolitik 189

Die Bedeutung von Geld und Kredit in beiden Wirtschaftssystemen erfassen und die Unterschiede ihrer Wirkungsweise vergleichen zu wollen, erfordert

- die speziellen Funktionen und Abgrenzungen von Geld und Kredit in den unterschiedlichen Wirtschaftssystemen zu bestimmen (1.);
- Institutionen und Organisation der Geld- und Kreditversorgung vor dem Hintergrund der Funktionsweise der Wirtschaftssysteme zu beschreiben (2.);
- Ziele und Instrumente der Geld- und Kreditpolitik in ihren systemspezifischen Ausprägungen zu erfassen (3.).

Ein solcher Vergleich erlaubt es schließlich, Probleme und Schwierigkeiten einer zieladäquaten Geld- und Kreditpolitik aufzuzeigen (4.).

1. Funktionen und Abgrenzungen von Geld und Kredit

In industrialisierten Volkswirtschaften wie der Bundesrepublik Deutschland und der DDR werden wirtschaftliche Güter und Handlungen in Geldeinheiten bewertet, wird Geld für Zahlungszwecke sowie zur Vermögenshaltung verwendet. Der Grund für dieses systemindifferente Phänomen liegt in den erheblichen Vorzügen, die mit der Existenz von Geld verbunden sind: Eine funktionierende Geld- und Kreditwirtschaft senkt die Zahl der Preise, vermindert Suchaktivitäten nach geeigneten Tauschpartnern, bietet nominalwertsichere Anlagemöglichkeiten und reduziert damit die Informations- und Veränderungskosten (Transaktionskosten) sowie Risiken wirtschaftlicher Transaktionen.

Geldwirtschaften bergen aber auch Gefahren, weil erst in ihnen Inflation denkbar ist, durch die der Vorteil der Geldverwendung abgebaut und — im Extremfall — die Geldwirtschaft selbst zerstört werden kann. Der Verfall der Kaufkraft des Geldes zeigt sich in Marktwirtschaften bei flexiblen Preisen in einem anhaltenden Preisniveauanstieg (Preisinflation), der die Wirtschaftssubjekte zwingt, für eine bestimmte Gütermenge zunehmend mehr Geldeinheiten zu zahlen. Sind hingegen — wie in sozialistischen Planwirtschaften — die Preise fixiert, drücken sich Inflationen darin aus, daß die Wirtschaftssubjekte den in Geldeinheiten repräsentierten Anspruch auf das Sozialprodukt nicht realisieren können und somit Kassenmittel ungewünscht anhäufen müssen (Kassenhaltungsinflation, zurückgestaute Inflation, Zwangssparen). Beide Formen der Inflation verändern das Verhalten, sobald die Wirtschaftssubjekte sie wahrnehmen, also nicht der Geldillusion unterliegen.

Diese Zusammenhänge sind in der ökonomischen Theorie marktwirtschaftlicher Systeme schon lange bekannt. Im Gegensatz hierzu ging die Politische Ökonomie des Sozialismus zunächst davon aus, daß Inflationen wegen staatlicher Festpreise unmöglich seien, Geld in sozialistischen Planwirtschaften nur eine rudimentäre Übergangsrolle spiele und im entwickelten Sozialismus ganz verschwinde. Obwohl Geld- und Kreditbeziehungen mittlerweile als integraler Bestandteil sozialistischer Planwirtschaften akzeptiert werden, wird in der Politischen Ökonomie des Sozialismus, aber auch in systemvergleichenden Analysen westlicher Nationalökonomen kontrovers diskutiert, ob und in welchem Ausmaß Geld in sozialistischen Planwirtschaften — ähnlich wie in Marktwirtschaften — aktiv den Wirtschaftsprozeß beeinflußt oder nur passiv die zentral festgelegten, naturalen Plangrößen in Geldgrößen transformiert und damit die Umsetzung der zentralen Volkswirtschaftspläne erleichtert [1].

In marktwirtschaftlichen Systemen fungiert Geld als Recheneinheit, als Tausch- bzw. Zahlungsmittel und als temporäres sowie dauerhaftes Wertaufbewahrungsmittel. Monetäre Außenwirtschaftsbeziehungen werden gefördert durch die Konvertibilität des inländischen Geldes, d. h. die Möglichkeit, es frei in andere (konvertible) Währungen umzutauschen.

Auch in sozialistischen Planwirtschaften werden — außer den Naturaltauschbeziehungen auf außerstaatlichen Märkten — die wirtschaftlichen Transaktionen zwischen den Wirtschaftseinheiten (private Haushalte und Betriebe, staatliche und genossenschaftliche Betriebe, Banken, Staatshaushalt) in Geld abgewikkelt; es wird in Geldgrößen gerechnet und bilanziert, und Teile des Vermögens bestehen aus monetären (Finanz-)Aktiva. Dies gilt nicht nur für den privaten, sondern auch für den dominierenden sozialistischen Sektor: Die volkseigenen oder genossenschaftlichen Betriebe leisten Zahlungen in Geld und verfügen über Kassenbestände und Bankguthaben, die Bestandteil der finanziellen Umlaufmittelfonds der Betriebe sind. Insoweit handelt es sich nur um terminologische Unterschiede, wenn die Geldfunktionen in der Politischen Ökonomie des Sozialismus anders benannt werden (Funktionen als Zirkulations- und Zahlungsmittel, als Wertmaßstab sowie als Akkumulations- und Sparmittel) [2]. Diese sprachlichen Besonderheiten resultieren aus dem Rückgriff auf die Geldanalyse von Marx. Das gilt auch für die lange Zeit vertretene Auffassung, nur Bargeld erfülle die Geldfunktionen. Seit der bargeldlose Zahlungsverkehr in der DDR erheblich zugenommen hat und geldtheoretische Aspekte in der sozialistischen Ökonomie generell ein stärkeres Gewicht erhalten, werden auch dem Giralgeld Geldfunktionen in der staatlichen und privaten Wirtschaft zuerkannt. Nach wie vor wird an der Nichtkonvertibilität der Inlandswährung strikt festgehalten, obwohl sozialistische Planwirtschaften zunehmend in die Weltwirtschaft integriert sind.

Der Kredit hat in beiden Wirtschaftssystemen als Instrument zeitweiliger Kaufkraftübertragung zur Finanzierung von Investitionen und Konsumgüterkäufen eine zentrale Bedeutung. In beiden Wirtschaftssystemen ist der Zins der Preis des Kredits. Gravierende Unterschiede existieren aber in den gesamtwirtschaftlichen Funktionen von Kredit und Zins sowie in der Art und Weise, wie Kreditvolumen und Zinssatz bestimmt werden.

Im marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland werden Kreditzinssätze und -volumen durch Kreditangebot und -nachfrage bestimmt. Grundsätzlich sorgen Marktkräfte dafür, daß der Kredit die Funktionen der Fristentransformation und der Risikoverlagerung erfüllt, und der Zins gesamtwirtschaftliche Ersparnisse in ökonomisch effiziente Verwendungen lenkt. Die währungspolitischen Institutionen können dabei nur indirekt auf die Vielzahl der untereinander verflochtenen Kreditmärkte (z. B. Geldmarkt, Depositenmarkt, Bankenkreditmarkt, Kapitalmarkt) einwirken, indem sie die gesetzlich verankerten geld- und kreditpolitischen Instrumente einsetzen.

Kapitel VII

In der sozialistischen Planwirtschaft der DDR übernimmt ein staatlicher Kreditplan diese Funktionen. Kapitalmärkte existieren nicht, Konsumentenkredite sind relativ unbedeutend. Im Kreditplan werden direkt die Höhe der verschiedenen Kreditzinssätze und das gesamtwirtschaftliche Kreditvolumen für die Planperiode festgelegt, das den Betrieben vom staatlichen Bankensystem bereitzustellen ist. Mit der Zuteilung von Kreditmitteln (Investitions-, Umlaufmittel- und Devisenkredite) soll die Verwirklichung der staatlichen Planaufgaben gesichert werden. Der Zins soll als „ökonomischer Hebel" Lenkungs-, Kontroll- und Sanktionsfunktionen bei der Plandurchführung erfüllen.

Trotz dieser massiven Unterschiede im Ausmaß der staatlichen Regulierung des Kreditmarktgeschehens besteht eine wichtige Gemeinsamkeit, die zugleich den Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlicher Kredit- und Geldversorgung herstellt: In beiden Wirtschaftssystemen entsteht Geld durch Kreditvergabe und wird durch Kredittilgung vernichtet.

Je nach den institutionellen Rahmenbedingungen des monetären Sektors sowie den gesamtwirtschaftlichen Aspekten, die analysiert werden sollen, sind verschiedene Geldabgrenzungen notwendig und üblich. Für marktwirtschaftliche Systeme werden — auch von der Deutschen Bundesbank — unterschiedliche Geldaggregate abgegrenzt und statistisch erfaßt[3]: Die Geldmenge (M1), die in erster Linie Zahlungs- und Tauschmittelfunktionen erfüllt, setzt sich zusammen aus den Bargeldbeständen inländischer (und ausländischer) Nichtbanken und den Sichteinlagen inländischer Nichtbanken bei den Geschäftsbanken. Addiert man dazu die Termineinlagen (bis 4 Jahre) und schließlich die Spareinlagen (mit gesetzlicher Kündigungsfrist) inländischer Nichtbanken bei den Geschäftsbanken, erhält man weitere Geldmengenabgrenzungen, die die Wertspeicherfunktion des Geldes stärker betonen. Strikt hiervon zu unterscheiden ist die sogenannte Geldbasis (Zentralbankgeld), die das von Notenbank und Staat geschaffene „Primärgeld" erfaßt, auf dessen Basis die Geschäftsbanken — im Zusammenspiel mit den Nichtbanken — Giralgeld produzieren. In einer einfachen Abgrenzung umfaßt die Geldbasis — von der Verwendungsseite her definiert — die Bargeldbestände der Nichtbanken (Noten und Münzen) sowie die Reservehaltung der Geschäftsbanken (vorwiegend gesetzliche Mindestreserven bei der Notenbank). Basisgeld entsteht, wenn die Notenbank Kredite an den Staat (Kassenkredite, Ankauf von Staatsanleihen) oder an die Geschäftsbanken (Diskont- oder Lombardkredite) vergibt bzw. Gold oder Devisen erwirbt (Kredite an das Ausland).

In der DDR besteht die oberste Aufgabe der währungspolitischen Autoritäten darin, die Volkswirtschaft mit der notwendigen Menge an Tausch- und Wertaufbewahrungsmitteln zu versorgen, die sich aus den (naturalen) zentralen Volkswirtschaftsplänen unter Berücksichtigung der staatlichen Preisfixierungen ableiten läßt. Daraus resultiert eine weite, die Wertspeicherfunktion einschließende Geldmengenabgrenzung[4]. Sie umfaßt die Bargeldbestände der privaten Nichtbanken (vorwiegend private Haushalte), die Sicht-, Termin- und Spareinlagen der privaten Nichtbanken bei den Filialen der Staatsbank, die Einlagen der staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe und Organisationen bei den Bankfilialen sowie die ausgabenwirksamen Einlagen der öffentlichen Haushalte bei der Zentralbank.

Diese Abgrenzung informiert über die Verwendung der gesamtwirtschaftlichen Geldmenge, wobei die Bargeldbestände des privaten Sektors neben einer Binnen- auch eine Außenwährungskomponente umfassen: Seit dem Inkrafttreten des Devisengesetzes der DDR am 1. 2. 1974 können DDR-Bürger Westdevisen halten und damit knappe Güter in Intershops erwerben. Westdevisen werden zunehmend als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel verwendet (Nebenwährung[5]).

Die Entstehung und Vernichtung der inländischen Geldbestände („Mark der DDR"), die Verbindlichkeiten des Staatsbankensystems darstellen und insofern Zentralbankgeld repräsentieren, wird in den Aktivposten der zentralen Kreditbilanz sichtbar. Geld entsteht, wenn die Staatsbank Kredite an den privaten Sektor (Haushalte und Betriebe), an staatliche und genossenschaftliche Betriebe sowie Organisationen oder an das Ausland (Währungsreserven) vergibt. Geld wird vernichtet, wenn solche Kredite getilgt werden. Formal sind Bargeld- und Buchgeldkreislauf zwar getrennt, weil z. B. die staatlichen Betriebe verpflichtet sind, alle Zahlungen in Buchgeld abzuwikkeln und nur in begrenztem Umfang Bargeldbestände halten dürfen[6]. Im ökonomischen Sinne sind sie jedoch auch in der DDR verknüpft, weil durch die Einkommenszahlungen der Betriebe (z. B. Prämien) die Bargeldbestände im privaten Sektor verändert werden.

Der Vergleich von Geldfunktionen und -abgrenzungen verdeutlicht, daß in beiden Wirtschaftssystemen Geld durch Kreditvergabe entsteht und bei Kredittilgung vernichtet wird. In beiden Wirtschaftssystemen werden Kredite für verschiedene Zwecke (Konsumenten- oder Investitionskredite), für unterschiedliche Laufzeiten (kurz- und langfristige Kredite) und zu unterschiedlichen Zinssätzen vergeben. Wesentliche Unterschiede zwischen beiden Wirtschaftssystemen bestehen jedoch in der Vielfalt von Kreditbeziehungen sowie in der Art und Weise, wie sie gesamtwirtschaftlich gesteuert werden. Dies wird deutlich in der monetären Organisation und den Institutionen, die in den Rahmenbedingungen beider Wirtschaftssysteme verankert sind.

2. Institutionen und Organisation der Geld- und Kreditversorgung

In der Bundesrepublik Deutschland wird die Geld- und Kreditversorgung geprägt durch ein „doppelstufiges" Bankensystem: auf der einen Seite die Deutsche Bundesbank mit Landeszentralbanken und regionalen Filialen, auf der anderen Seite eine Vielzahl von Universal- und einigen Spezialbanken mit ihren Filialen. Die Deutsche Bundesbank verfügt — zusammen mit dem Staat, der die Münzen emittiert (Münzregal) — über das Monopol der Primärgeldproduktion und unterliegt dabei — anders als in anderen Marktwirtschaften — keinen direkten staatlichen Anweisungen. Sie ist im Rahmen der gesetzlichen Regelungen (Bundesbankgesetz) währungspolitisch autonom.

Die Bundesbank wickelt als „Hausbank" des Staates den bargeldlosen Zahlungsverkehr für Bund und Länder ab, unterstützt den Staat bei der Kreditaufnahme und gewährt ihm gegebenenfalls kurzfristige Kassenkredite, deren Höhe allerdings eng begrenzt ist. Mit diesen Kassenkrediten dürfen nur zahlungsbedingte Diskrepanzen zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben überbrückt und insofern keine dauerhaften Haushaltsdefizite finanziert werden. Durch den strikten Kreditplafonds ist es dem Staat unmöglich, die Bundesbank zu einer unfreiwilligen Zentralbankgeldproduktion zu zwingen. Allerdings kann der Staat als Teilnehmer an internationalen Währungsabkommen (z. B. im System von Bretton Woods bis zur Freigabe der Wechselkurse im Frühjahr 1973; seit 1979 im Europäischen Währungssystem) die Bundesbank veranlassen, auf den Devisenmärkten mit dem Ziel zu intervenieren, die Wechselkurse zu stabilisieren (An- oder Verkauf von Devisen gegen DM). Ferner sind Gewinne, die die Bundesbank bei ihren verschiedenen Kreditgeschäften im In- und Ausland erwirtschaftet, an den Bundeshaushalt abzuführen, wenn sie eine bestimmte, durch §27 Bundesbankgesetz näher festgelegte Grenze überschreiten. Die Bundesbank ist zugleich die „Bank der Banken". Sie versorgt die Geschäftsbanken auf dem Kreditwege mit dem notwendigen Primärgeld und bestimmt dabei die Bedingungen, zu denen die Geschäftsbanken bei ihr Kredite erhalten können.

Die zweite Säule des Geld- und Kreditsystems der Bundesrepublik Deutschland repräsentieren die Geschäftsbanken (Kreditinstitute), die — von wenigen Ausnahmen abgesehen (z. B. Hypothekenbanken, Teilzahlungskreditinstitute) — alle relevanten Bankgeschäfte (Einlagen-, Kredit- und Wertpapiergeschäfte, Abwicklung des Zahlungsverkehrs) für ihre Kunden wahrnehmen können (Universalbankensystem). Die Geschäftsbanken unterscheiden sich in den Eigentumsformen (privates, öffentliches Eigentum) und in den rechtlichen Organisationsformen (Personen- und Kapitalgesellschaften). Drei Gruppen sind besonders bedeutsam: In Privateigentum befindliche Kapitalgesellschaften in Form von Aktiengesellschaften (Großbanken), kapitalgesellschaftsähnliche Genossenschaften (Genossenschaftsbanken) sowie im öffentlichen Eigentum befindliche juristische Personen des öffentlichen Rechts (Sparkassen). Sie konkurrieren miteinander im Aktiv- und Passivgeschäft, wobei seit Aufhebung der Zinsbindung neben allgemeinen Geschäftsbedingungen, Kreditkonditionen, Serviceleistungen usw. der Zins als zentrales Wettbewerbsinstrument eingesetzt wird. Die Zahl der Kreditinstitute ist — bei erheblich gestiegenen Geschäftsvolumina — insbesondere durch das Ausscheiden von Privatbankiers und durch Fusionen, z. B. im Genossenschafts- und Sparkassensektor, kontinuierlich gesunken. Dieser Rückgang der Zahl der (selbständigen) Kreditinstitute wurde jedoch begleitet von einem Anstieg der Bankstellen durch Ausbau des Zweigstellennetzes. Diese trotz der Konzentrationstendenzen nach wie vor differenzierte Geschäftsbankenstruktur korrespondiert mit der Vielzahl dezentralisierter Kreditmärkte, auf denen die Geschäftsbanken agieren: Auf dem Geldmarkt stellen sich die Geschäftsbanken gegenseitig überschüssige Zentralbankguthaben kurzfristig zur Verfügung und nehmen Refinanzierungskredite bei der Bundesbank auf bzw. refinanzieren sich bei ihr durch Rückgabe von Offenmarktpapieren; auf dem Kapitalmarkt werden Schuldtitel oder Beteiligungspapiere gehandelt, wobei die Geschäftsbanken auf dem Rentenmarkt die größte Anleger- und Emittentengruppe sind; auf dem Depositenmarkt nehmen die Geschäftsbanken Einlagen von Nichtbanken herein, und auf dem Bankenkreditmarkt vergeben die Geschäftsbanken Kredite an Nichtbanken.

Die Konkurrenz zwischen den Geschäftsbanken, die dezentralisierten Entscheidungsstrukturen sowie die Existenz verschiedener, miteinander verflochtener Kreditmärkte bieten ökonomische Entscheidungsalternativen für Kreditanbieter und -nachfrager und sichern eine effiziente Kapitallenkung, sofern der Wettbewerb funktioniert.

Allerdings unterliegt das Kreditmarktgeschehen staatlichen Regulierungen, die sich in verschiedenen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, aber auch in den prozeßpolitischen Steuerungsaktivitäten der Bundesbank niederschlagen: Da alle Geschäftsbanken jederzeit in Zentralbankgeld liquide sein müssen, beeinflußt die Bundesbank mit ihren geld- und kreditpolitischen Instrumenten die Liquiditätssituation der Geschäftsbanken und damit auch deren Möglichkeiten zur Kreditvergabe. Auf der anderen Seite sind in verschiedenen Rechtsvorschriften ordnungspolitische Regeln über die Tätigkeit der Geschäftsbanken verankert, deren Einhaltung von speziellen Institutionen kontrolliert wird (z. B. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen). Das Gesetz über das Kreditwesen regelt das Einlagen- und Kreditgeschäft der Geschäftsbanken mit dem Ziel, die Interessen der Bankgläubiger zu schützen (Erfordernis eines „angemessen" haftenden Eigenkapitals sowie Sicherung

einer „ausreichenden" Zahlungsbereitschaft der Geschäftsbank) und den Einfluß der Geschäftsbanken auf sowie ihre Abhängigkeit von Nichtbanken zu beschränken (z. B. Meldepflicht für Großkredite; Begrenzung der Großkredite einzelner Banken).

Die Doppelstufigkeit des Bankensystems prägt den Prozeß der gesamtwirtschaftlichen Geldversorgung: die staatliche, autonome Bundesbank als Produzent des Zentralbankgeldes und die Vielzahl von Geschäftsbanken, die auf dieser Basis — bei entsprechender Kreditnachfrage der Nichtbanken — auf dem Kreditwege Giralgeld produzieren. Der Geldschöpfungsspielraum der Geschäftsbanken wird begrenzt durch Mindestreserveforderungen der Zentralbank sowie durch den Zentralbankgeldabfluß, der bei Barverfügungen der Nichtbanken entsteht. Da weder ein zentraler, staatlicher Kreditplan existiert noch eine direkte Kreditbeschränkung (allgemeine Kreditplafonds) möglich ist, hängt die gesamtwirtschaftliche Geldversorgung letztlich davon ab, wie effizient die Bundesbank das vorhandene geld- und kreditpolitische Instrumentarium zur indirekten Steuerung des Kreditverhaltens und der Geldkapitalbildung von Nichtbanken und Geschäftsbanken einsetzt, wobei ihr verschiedene Möglichkeiten offenstehen: Sie kann über liquiditäts- und zinspolitische Instrumente versuchen, die Bankenliquidität und die Kreditnachfrage zu beeinflussen, oder direkt die Menge des den Geschäftsbanken zur Verfügung stehenden Zentralbankgeldes kontrollieren, was in der Geldtheorie überwiegend als der sicherere Weg angesehen wird.

In der DDR ist der monetäre Sektor straff in das System der zentralen Leitung und Planung integriert. Das monetäre Plansystem muß die zentral geplanten, güterwirtschaftlichen, mit Preisen bewerteten Transaktionen für die Planperiode finanzieren. Zusammen mit anderen staatlichen Planinstanzen ist es Aufgabe des staatlichen Bankensystems, durch „materiell abgesicherte" Kredite jene Geldmenge planmäßig bereitzustellen, die eine reibungslose, von im monetären Sektor verursachten Disproportionen freie Planverwirklichung gewährleistet. Neben dieser anspruchsvollen, kaum realisierbaren Planaufgabe, die zudem eine Prognose der Umschlagshäufigkeit des Geldes in der jeweiligen Planperiode einschließt, obliegt es dem Bankensystem in der DDR, umfassende Zahlungs-, Finanzierungs-, Kontroll- und Sanktionsfunktionen im Wirtschaftsprozeß wahrzunehmen.

Das Bankensystem in der DDR ist deshalb — mit Ausnahme einer kurzen Dezentralisierungsphase (1968 bis 1971) — einstufig organisiert[7]. Wichtigste Institution ist die Staatsbank mit ihren Bezirksdirektionen, Kreisfilialen und Zweigstellen. Sie ist zuständig für die Wirtschaftssektoren Industrie, Bauwesen, Handel und Verkehr sowie für den — quantitativ allerdings unbedeutenden — Verkauf von Devisen an die Bevölkerung. Der Staatsbank sind für eng umrissene Aufgabenbereiche Spezialbanken zugeordnet:

- die Sparkassen als Banken der Bevölkerung;
- die Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft;
- die Genossenschaftsbanken für Handwerk und Gewerbe sowie
- die Deutsche Außenhandelsbank für den gesamten Zahlungsverkehr der Außenhandelsbetriebe und die Deutsche Handelsbank für Transitgeschäfte.

Diese Spezialbanken sind vollständig in das System der monetären Zentralplanung integriert und der Staatsbank verantwortlich. Als „Emissionsbank" stellt sie nicht nur die notwendige Bargeldmenge zur Verfügung, sondern durch Kreditvergabe auch das gesamte Giralgeld: Bargeld wird einerseits verwendet für Zahlungen zwischen staatlichen sowie genossenschaftlichen Betrieben und privaten Haushalten (Lohn- und Prämienzahlungen; Einzelhandelsumsätze im Konsumgütersektor); andererseits für finanzielle Transaktionen innerhalb des privaten Sektors. Zahlungen zwischen staatlichen bzw. genossenschaftlichen Betrieben sowie zwischen ihnen und gesellschaftlichen Organisationen (einschließlich Staatshaushalte) sind bargeldlos abzuwickeln. Für diese Betriebe besteht die gesetzliche Pflicht, Bareinnahmen bei den zuständigen kontoführenden Bankfilialen in Einlagen umzuwandeln.

Die Staatsbank entwickelt den monetären Gesamtplan für eine Planperiode aus verschiedenen zentralen Planbilanzen, wobei hervorzuheben sind die Bilanz des Staatshaushalts, die Bilanzen der Geldeinnahmen und -ausgaben der sozialistischen Wirtschaft und der Bevölkerung, die Bargeldbilanz („Kassenplan" der Staatsbank) und die Kreditbilanz. Letztere fungiert als Emissionsdirektive der Staatsbank; die geplanten Kredite dürfen nur bei einer bedarfsgerechten güterwirtschaftlichen Planübererfüllung ausgeweitet werden, weil die damit verbundene monetäre Expansion sonst nicht „materiell abgedeckt" wäre. Das vom Bankensystem bereitzustellende Kreditvolumen ergibt sich aus den Produktionsauflagen der Betriebe sowie den betrieblichen Finanzierungsplänen für Umlaufmittel und Investitionen, die mit den kontoführenden Bankfilialen abzustimmen, durch Vorverträge abzusichern und nach Zustimmung durch übergeordnete Leitungsorgane zuzuteilen sind. Neben diesen planmäßigen Umlaufmittel- und Investitionskrediten gewähren die Banken außerplanmäßige Kredite, mit denen Planabweichungen in Form von Nichterfüllung der Produktions- und Finanzpläne bzw. Übererfüllung bei der Produktion nicht bedarfsgerechter und damit nicht absetzbarer Güter (Ladenhüter) finanziert werden. Außer der Finanzierungsfunktion erfüllen die Banken umfassende Kontrollaufgaben gegenüber den Betrieben (Kontrolle der Kreditanträge, der Betriebsberichte, der planmäßigen Bildung und Verwendung der Geldfonds und besonders des Lohnfonds). Kontroll- und Eingriffsrechte der Banken werden ergänzt durch Sanktionsinstrumente, die die Banken bei festgestellten Planwidrigkeiten differenziert einsetzen: Präferiert werden dabei insbesondere Strafzinsen (bis zu 12 vH), die zusätzlich zu dem seit langem konstanten Grundzinssatz (5 vH) für Umlaufmittel- und Investitionskredite erhoben werden können[8].

Die Einstufigkeit des staatlichen Bankensystems, seine umfassenden Finanzierungs-, Kontroll- und Sanktionsbefugnisse und die zentrale Kreditplanung bieten in der DDR formal sehr günstige organisatorische Voraussetzungen für eine zieladäquate Kreditvolumen- und damit Geldmengensteuerung. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn berücksichtigt wird, daß

- der Staatshaushalt in der Vergangenheit keine Defizite, sondern — wenn auch quantitativ unbedeutende — Überschüsse aufwies, so daß hiervon keine expansiven Geldmengenimpulse ausgingen;
- vom Ausland keine unerwünschten Einflüsse auf die inländische Geldversorgung ausgehen können, wenn der Außenwirtschaftssektor strikt von der Binnenwirtschaft separiert ist (Nichtkonvertierbarkeit der Währung; zentrale Planung der Devisenzuflüsse durch staatliches Valuta- und Außenhandelsmonopol bei zentral festgesetzten Wechselkursen (Ausnahme: Westdevisen im privaten Sektor); kein direkter Preiszusammenhang zwischen In- und Ausland, da staatliche Außenhandelsunternehmen mit den heimischen Ex- und Importeuren auf Inlandspreisbasis verrechnen).

Ob und inwieweit diese formal günstigen Rahmenbedingungen tatsächlich eine reibungslose Geld- und Kreditversorgung im Wirtschaftssystem der DDR sichern, hängt wesentlich ab von Informationsgehalt und Exaktheit der güterwirtschaftlichen und monetären Zentralplanung sowie insbesondere vom einzelwirtschaftlichen Verhalten bei der Planverwirklichung.

Organisatorische und institutionelle Rahmenbedingungen des monetären Sektors in beiden Wirtschaftssystemen weichen grundsätzlich voneinander ab. Deshalb unterscheiden sich auch Ansatzpunkte, Strategien und eingesetzte Instrumente der Geld- und Kreditpolitik der währungspolitischen Autoritäten bei dem Versuch, die geldpolitischen Ziele zu verwirklichen.

3. Ziele und Instrumente der Geld- und Kreditpolitik

In der Bundesrepublik Deutschland hat die Deutsche Bundesbank traditionell eine herausragende Position bei dem Versuch, die dezentralisierten Marktprozesse monetär zu alimentieren und dabei gesamtwirtschaftliche Disproportionen weitgehend zu vermeiden oder abzubauen. Ziele und Instrumente der Bundesbank sind im Bundesbankgesetz verankert; kontrovers werden die geldpolitischen Strategien diskutiert und beurteilt[9].

Gesetzlich ist die Bundesbank vorrangig dazu verpflichtet, ihre Geld- und Kreditpolitik so zu gestalten, daß die Währung auf Dauer gesichert wird (§ 3 Bundesbankgesetz), worunter die Bundesbank die (innere und äußere) Stabilität des Geldwertes auf längere Sicht versteht. Sie hat darüber hinaus die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen (§ 12 Bundesbankgesetz), sofern hieraus kein Konflikt zu ihrer eigentlichen Aufgabe resultiert.

Da ein direkter Zusammenhang zwischen den geldpolitischen Instrumenten, über die die Bundesbank verfügt, und dem Ziel der Geldwertstabilität (= Stabilität des Preisniveaus) nicht besteht, verwendet sie sogenannte Zwischenziele, die sie durch Einsatz ihres Instrumentariums zu verwirklichen sucht. Früher war sie hauptsächlich bestrebt, Kreditzinssätze zu beeinflussen und — von der Bundesregierung im Rahmen des Abkommens von Bretton Woods und des EWS dazu verpflichtet — Wechselkurse stabil zu halten. Dieses Konzept einer kurzfristig agierenden, zins- und wechselkursorientierten Geldpolitik wurde Anfang der siebziger Jahre modifiziert: Seither versucht die Bundesbank, das Wachstum der Zentralbankgeldmenge (in einer speziellen Abgrenzung: Bargeldbestände der Nichtbanken und Mindestreservesoll der Geschäftsbanken berechnet mit konstanten Reservesätzen vom Januar 1974 [10]) zu steuern mit der Absicht, das für das Folgejahr prognostizierte reale Wachstum der Volkswirtschaft bei weitgehender Preisniveaustabilität gesamtwirtschaftlich zu finanzieren. Über die geplante Veränderungsrate der Zentralbankgeldmenge informiert sie die Wirtschaftssubjekte mit dem Ziel, die Erwartungsbildung über den zukünftigen geldpolitischen Kurs zu erleichtern (1985: 3—5 vH; 1986: 3,5—5,5 vH). Gegenüber früher versucht sie, ihre eigene Politik zu verstetigen und kurzfristige monetäre Schocks zu vermeiden, an die sich Geschäftsbanken und Nichtbanken zeitverzögert auf den Märkten anpassen müssen.

Diese Strategie verfolgt die Bundesbank, indem sie ihre geld- und kreditpolitischen Instrumente mit wechselnder Intensität einsetzt:

- Mit der Refinanzierungspolitik variiert die Bundesbank die Bedingungen und Möglichkeiten, unter denen die Geschäftsbanken bei ihr kurzfristig Kredite gegen Einreichung von Handelswechseln (Diskontpolitik) oder Verpfändung von Wertpapieren (Lombardpolitik) aufnehmen können. In der Höhe der aufgenommenen Kredite entsteht Zentralbankgeld, das bei der Kredittilgung wieder vernichtet wird. Die Bundesbank kann dabei die Mindestanforderungen an rediskontierbare Wechsel oder lombardfähige Wertpapiere, direkt die Rediskont- und Lombardkontingente der Geschäftsbanken und schließlich die Zinssätze (Diskont- und Lombardsatz) variieren.
- Durch Offenmarktpolitik verändert die Bundesbank die Zentralbankgeldmenge, indem sie auf Märkten für kurz- oder langfristige Kredite Wertpapiere kauft oder verkauft (Schatzwechsel,

Schatzanweisungen, langfristige festverzinsliche Staatsanleihen). Seit 1979 betreibt sie u. a. verstärkt Offenmarktgeschäfte mit Rückkaufvereinbarung über lombardfähige Wertpapiere (sogenannte Pensionsgeschäfte), wobei sie die Konditionen — Laufzeit, Zinssatz und Gesamtmenge — je nach der gesamtwirtschaftlichen Liquiditätslage kurzfristig variiert.

— Im Rahmen der Mindestreservepolitik legt die Bundesbank mit differenzierten Mindestreservesätzen (für Sicht-, Termin-, Spar- und Ausländereinlagen) fest, welchen Teil der Nichtbankeneinlagen die Geschäftsbanken als unverzinsliche Guthaben bei der Bundesbank zu halten haben. Durch — in den letzten Jahren unterlassene — Variationen der Reservesätze verändert sie die frei verfügbare Basisgeldmenge der Geschäftsbanken und damit deren Spielräume für Giralgeldproduktion durch Kreditvergabe. Die jüngste Mindestreservesatzsenkung (Mai 1986: Freisetzung von ca. 8 Mrd. DM) zielt darauf ab, die internationale Wettbewerbsposition deutscher Bankenplätze zu verbessern und hat für das Konzept der Geldmengensteuerung keine prinzipielle Bedeutung.

Mit diesen Instrumenten vermag die Bundesbank direkt das Wachstum der Geldbasismenge zu bestimmen und indirekt das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen (Tausch-)Geldmenge zu steuern. Allerdings gilt das nur, wenn diese binnenwirtschaftlichen Instrumente außenwirtschaftlich abgesichert sind, die Bundesbank also nicht — wie bis 1973 — verpflichtet ist, wichtige Wechselkurse durch An- bzw. Verkäufe von Devisen auf den Devisenmärkten längerfristig stabil zu halten. Seit 1973 hat die Bundesbank zwar mehrfach nicht nur „kursglättend" insbesondere auf dem Dollarmarkt eingegriffen, sondern auch längerfristige Wechselkursziele verfolgt; sie war dazu aber — mit Ausnahme der Interventionen im Rahmen des Europäischen Währungssystems — nicht verpflichtet. Besonders seit 1981 hat die Bundesbank außerdem bei ihrer Geldmengenpolitik zu berücksichtigen, daß die — im wesentlichen als Zinserträge aus in- und ausländischen Kreditgeschäften der Bundesbank entstandenen — Bundesbankgewinne in den Bundeshaushalt eingestellt werden (1985: ca. 13 Mrd. DM), bei deren Ausgabe die Geldbasis entsprechend steigt. Diese Quelle der Geldproduktion kann die Bundesbank — sofern notwendig — jedoch durch ihre übrigen Instrumente neutralisieren.

Trotz Doppelstufigkeit des Bankensystems, Expansion der dezentralisierten Kreditmärkte und starker Integration in Auslandsmärkte ist es der Bundesbank in den vergangenen zehn Jahren gelungen, den Wachstumstrend der gesamtwirtschaftlichen Geldmenge — allerdings bei starken zyklischen Schwankungen — zu reduzieren und die Inflationsrate von ca. 6,5 vH (1981) auf unter 2 vH (1986) zu senken. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür war die außenwirtschaftliche Absicherung der Geldpolitik durch ein System weitgehend freier Wechselkurse.

Obwohl in der DDR die organisatorischen monetären Rahmenbedingungen günstig scheinen und weder vom Staatshaushalt noch von den Außenwirtschaftsbeziehungen starke Störeffekte auf die binnenwirtschaftliche Geldversorgung ausgehen, ist aus verschiedenen Gründen eine plangerechte Geldversorgung nicht möglich und damit eine aktive, kurzfristig agierende und reagierende Geld- und Kreditpolitik erforderlich[11]:

— Erstens existieren zahlreiche Unvollkommenheiten der güterwirtschaftlichen Zentralplanung und Bilanzierung (Fehlinformationen, unvollständige Planbilanzen etc.), die entsprechende Lücken und Fehler in den monetären Kredit- und Geldplänen induzieren. Daraus resultierende Disproportionen, die auch durch bewußte Fehlinformationen der Betriebe entstehen, sind von der Staatsbank bei der monetären Versorgung ad hoc zu berücksichtigen und in ihren Wirkungen zu mindern.

— Zweitens entstehen bei der Planverwirklichung monetäre Fehlentwicklungen, wenn Lohn- und Prämienfonds aktiv als Anreiz- und Kontrollinstrument eingesetzt werden, um die einzelwirtschaftlichen, an Einkommensinteressen ausgerichteten Entscheidungen und Handlungen auf Planverwirklichung auszurichten. Dadurch entsteht immer wieder ein außerplanmäßiger Finanzierungsbedarf, den die Staatsbank befriedigen muß, soll die Planverwirklichung nicht behindert werden.

— Drittens existiert in der DDR ein umfangreicher privater Sektor mit erheblichen Entscheidungs- und Handlungsspielräumen: Die privaten Haushalte entscheiden frei darüber, wie sie ihr Geldeinkommen für Konsumgüterkäufe (auf offiziellen oder inoffiziellen Märkten) verwenden, in welcher Form sie nichtkonsumierte Einkommen halten (z. B. Bargeldkassenhaltung, Sicht- oder Spareinlagen) und mit welcher Intensität und in welcher Qualität sie — im Rahmen gesetzlicher Arbeitszeitregelungen — ihre Arbeitsleistungen den Betrieben anbieten („leisure on the job"). Seit das strikte Verbot von Devisenbesitz aufgehoben ist, verwenden die privaten Haushalte außerdem zunehmend Nebenwährungen als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel. Diese Verhaltensspielräume werden, wie die Erfahrung zeigt, intensiv genutzt und begründen erhebliche, zentral nicht planbare Risiken, die kurzfristige Interventionen der Staatsbank erfordern können.

Oberstes geldpolitisches Ziel der Staatsbank ist es, die „Stabilität des Geldumlaufs" bzw. eine „gleichgewichtige Geldversorgung" zu sichern. Es gilt als verwirklicht, wenn sich das Geldangebot planmäßig und in ökonomisch begründeter Relation zur gesamtwirtschaftlichen Güterproduktion entwickelt[12]. Als geldpolitisches Zwischenziel folgt daraus, daß die monetäre Expansionsrate langfristig mit der Wachstumsrate des gesamtwirtschaftlichen Outputs übereinstimmen muß. Unter dieser Bedingung gilt Geldwertstabilität (stabiles Preisniveau) als dauerhaft realisierbar.

Neben der monetären Zentralplanung setzt die Staatsbank kreditpolitische Instrumente zur Steuerung des Geldmengenwachstums ein. Da ca. 95 vH des in der Kreditbilanz erfaßten gesamtwirtschaftli-

chen Kreditbestandes auf die staatlichen Betriebe entfallen, ist die Kreditpolitik darauf ausgerichtet, das einzelwirtschaftliche Verhalten der Betriebe im Sinne der zentralen Planaufgaben zu beeinflussen. Dies geschieht — wie erwähnt — durch umfassende Kontrollen der betrieblichen Planung und Planverwirklichung im allgemeinen und der Finanz- und Kreditplanung im besonderen, durch differenzierte Einlagen- und Kreditzinsen sowie direkte Kreditkontingente. Kreditkontingente und Zinssätze regulieren auch die — gesamtwirtschaftlich weniger bedeutsame — Kreditnachfrage des privaten Sektors; die Verzinsung der Sicht- und Spareinlagen des privaten Sektors mit 3,25 vH[13] bei den Bankfilialen und Sparkassen soll den — kaum kontrollierbaren — Bargeldumlauf auf niedrigem Niveau halten.

Der Erfolg einer zieladäquaten Geldangebotssteuerung durch die Staatsbank der DDR hängt davon ab, ob und inwieweit die gesamtwirtschaftliche Kreditnachfrage auf das geplante, ökonomisch begründete Niveau beschränkt oder das Kreditangebot des Bankensystems strikt fixiert werden kann[14]. Die private Kreditnachfrage ist durch Zinsvariationen oder (Konsumenten-)Kreditkontingente von der Staatsbank in der gewünschten Weise steuerbar. Für die Kreditnachfrage der sozialistischen Betriebe gilt dies besonders aus zwei Gründen nicht: Erstens begründet die — in der DDR seit jeher angewendete und trotz des 1984 geänderten Kennziffernsystems zur Leistungsbewertung prinzipiell auch weiterhin gültige — Kombination von Planerfüllungsprinzip und Prämiensystem das betriebliche Interesse an möglichst hohen, stillen Leistungsreserven („Hortungsstreben" bei Umlaufmitteln und Arbeitskräften). Hierdurch entsteht ein permanenter, überhöhter Finanzierungsbedarf, der durch planmäßige oder außerplanmäßige Kredite zu decken ist. Solche Kredite für ungenutztes Grund- und Umlaufvermögen bewirken einen Anstieg der Geldmenge, dem keine entsprechenden Outputsteigerungen gegenüberstehen. Zweitens ist die Effizienz sowohl der administrativen Bankenkontrollen als auch der zinspolitischen Sanktionsmaßnahmen relativ gering. Erhöhte Kreditzinsen oder gar Strafzinsen werden — insbesondere von finanzschwachen Betrieben — in der beantragten Kreditmenge antizipiert und erhöhen deshalb eher das Kreditvolumen anstatt die Kreditnachfrage zurückzudrängen.

Das Staatsbankensystem kann das Kreditangebot theoretisch zwar beschränken, indem betriebliche Kreditwünsche nicht befriedigt werden. In der Praxis funktioniert dies jedoch nur teilweise, weil in den betrieblichen Finanzplänen feste Ausgabenpositionen (z. B. Lohn-, Mindestprämien- und Steuerzahlungen) vorhanden sind, die finanzschwache Betriebe auch bei Nichterfüllung der Plankennziffern bedienen müssen. Die jeweilige Bank ist verpflichtet, die hierfür erforderlichen Finanzoperationen (außerplanmäßige Kredite) durchzuführen. Eine strikte Mengenrationierung des Kreditangebots funktioniert nicht, weil die sozialistischen Betriebe nicht konkursfähig sind, zahlungsunfähige Betriebe also vom Bankensystem kreditär zu alimentieren sind. Unter diesen ordnungspolitischen Bedingungen der Konkursunfähigkeit üben die Betriebe insofern einen massiven Einfluß auf die Kredit- und damit letztlich die Geldversorgung aus.

Einstufigkeit des staatlichen Bankensystems, vollständige Integration in den zentralisierten Planungs- und Bilanzierungsprozeß sowie umfangreiche administrative Kontroll- und Sanktionsbefugnisse der Staatsbank können nicht verhindern, daß systemspezifische Probleme der gesamtwirtschaftlichen Kredit- und Geldversorgung existieren. Sie resultieren in wiederkehrenden Diskrepanzen zwischen monetären („Kauffonds") und güterwirtschaftlichen („Warenfonds") Plan- und Istgrößen, worüber zunehmend auch in der Politischen Ökonomie des Sozialismus diskutiert wird. Das inflatorische Potential eines zu hohen Geldmengenwachstums, wie es bis Ende der sechziger Jahre für die DDR typisch war, zeigte sich allerdings statistisch nicht in einer offiziellen Preisinflation, sondern im Anstieg der Güterpreise auf inoffiziellen Märkten und besonders im Anstieg der Geldbestände des privaten Sektors (Kassenhaltungsinflation[15]). In den vergangenen fünfzehn Jahren ist es in der DDR — besser als in anderen sozialistischen Planwirtschaften — gelungen, die im Leitungs- und Planungssystem angelegten Diskrepanzen zwischen monetärer und güterwirtschaftlicher Entwicklung gering zu halten.

4. Probleme einer zieladäquaten Geldpolitik

Der Vergleich der monetären Systeme zeigt in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Gemeinsam ist beiden Wirtschaftssystemen die Bedeutung, die eine stabilitätsgerechte Geldentstehung und -vernichtung und die Kreditversorgung für die Sicherung des Zahlungsverkehrs und eines möglichst reibungsarmen Ablaufs gesamtwirtschaftlicher Prozesse haben. In beiden Wirtschaftssystemen sind neben Bankensystem und Staat auch Haushalte und Unternehmen (insbesondere als Geld- und Kreditverwender) aktiv an der Geldentstehung und -vernichtung beteiligt. In beiden Wirtschaftssystemen beabsichtigen die währungspolitischen Institutionen mit verschiedenen kredit- und geldpolitischen Instrumenten, die Stabilität des Geldwertes zu sichern, also Preis- und Kassenhaltungsinflationen zu vermeiden. Dies ist in beiden Ländern nicht immer, im Vergleich zu anderen Ländern mit ähnlichen Wirtschaftssystemen insgesamt jedoch relativ gut gelungen.

Unterschiedlich ist in beiden Wirtschaftssystemen nicht nur die formale Organisation des Bankensystems, sondern auch und insbesondere die funktionale Bedeutung, die die Geld- und Kreditpolitik bei

dezentraler und zentraler Planung des Wirtschaftsprozesses hat: In der Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland existieren zahlreiche, miteinander verflochtene Geld- und Kapitalmärkte, die die Aufgabe der Kapitallenkung in effiziente Verwendungen — weitgehend unabhängig von direkten Eingriffen der Geld- und Kreditpolitik — durch das Zusammenspiel von Kreditnachfragern und -anbietern lösen. Die Zentralbank kann sich auf ihr Ziel einer längerfristigen Geldwertsicherung konzentrieren. In der sozialistischen Planwirtschaft der DDR hingegen fehlen solche Institutionen, so daß die Staatsbank neben ihrer geldpolitischen Aufgabe auch die Funktionen der Kapitallenkung entsprechend den zentralen Planaufgaben zu erfüllen hat. Hierdurch entstehen häufig Konflikte, die bisher auch durch einzelne Reformen des geld- und kreditpolitischen Instrumentariums nicht gelöst wurden.

Hervorzuheben ist schließlich, daß die Funktionsprobleme einer zieladäquaten Geldpolitik in beiden Wirtschaftssystemen unterschiedlich sind. In der Bundesrepublik Deutschland resultieren die Probleme einer zieladäquaten Geldpolitik nicht aus den institutionell-organisatorischen Rahmenbedingungen des monetären Sektors. Das vorhandene geld- und kreditpolitische Instrumentarium ist geeignet, die Geldentstehung und -vernichtung bei doppelstufigem Bankensystem, dezentralisierten Kreditmärkten und rentabilitätsorientierten Handlungen von Geschäftsbanken und Nichtbanken zu steuern. Der Regierung ist der direkte Zugriff auf die Geldschöpfung verwehrt. Unter solchen Bedingungen resultieren Funktionsprobleme der Geldpolitik erstens aus einer mangelhaften außenwirtschaftlichen Absicherung der binnenwirtschaftlichen Instrumente der Bundesbank: Für ein international stark verflochtenes Land wie die Bundesrepublik Deutschland ist es bei festen Wechselkursen mit Interventionspflicht der Bundesbank unmöglich, eine preisniveaustabile Geldversorgung im Inland auf Dauer zu sichern, wenn dies nicht auch im Ausland geschieht. Zweitens hängen Erfolg oder Mißerfolg der Geldpolitik entscheidend davon ab, welche gesamtwirtschaftlichen Ziele geldpolitisch verwirklicht werden sollen (Beschäftigungsförderung oder Geldwertsicherung), auf welche monetären Zwischenziele das geldpolitische Instrumentarium ausgerichtet wird (Zinssätze, Wechselkurse oder Geldmenge) und welche Zeithorizonte dabei berücksichtigt werden. Bei dieser Strategiewahl können Konflikte innerhalb der Entscheidungsgremien der Bundesbank, aber auch zwischen ihr und anderen politischen Entscheidungsträgern bestehen, so daß selbst bei außenwirtschaftlicher Absicherung eine längerfristig angelegte, verstetigte und preisniveaustabile Geldpolitik be- oder verhindert werden kann[16].

In der DDR dagegen haben — zumindest in der Vergangenheit — weder Staatshaushaltsdefizite noch wesentliche Auslandseinflüsse die monetäre Zentralplanung und die Geldpolitik der Staatsbank durchkreuzt. Die Ursachen von monetären Fehlentwicklungen liegen vielmehr insbesondere in den Verhaltensweisen der staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe, die in den institutionellen Rahmenbedingungen des Wirtschaftssystems der sozialistischen Planwirtschaft begründet sind. Planerfüllungsprinzip, Systeme monetärer Leistungsanreize und die trotz bestehender Sanktionen und neu eingeführter Steuerungsinstrumente nach wie vor vorhandene Konkursunfähigkeit der sozialistischen Betriebe begrenzen die Effizienz des kreditpolitischen Instrumentariums der Staatsbank. Dies wird sich — wie die zahlreichen Wirtschaftsreformen in der DDR belegen — kaum ändern, solange Planerfüllungs- und Prämiensystem überhöhte Kreditanforderungen der Betriebe induzieren und das staatliche Bankensystem leistungsunfähige Betriebe kreditär alimentieren muß.

Fußnoten

[1] Grossman 1966; Grossman 1983; Levchuk 1979; Pickersgill 1976; Wanless 1985.
[2] Schliesser, Zufelde 1985; Autorenkollektiv 1986.
[3] Deutsche Bundesbank 1983.
[4] Ehlert, Hunstock, Tannert 1985.
[5] Sell, Thieme 1980; Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen 1985.
[6] Haffner 1985.
[7] Hartwig 1983.
[8] Ehlert, Hunstock, Tannert 1985.
[9] Thieme 1982.
[10] Deutsche Bundesbank 1983.
[11] Thieme 1983.
[12] Kolloch, Thümmler 1977; Schliesser 1979; Hartwig, Thieme 1985 (a).
[13] Buck 1985.
[14] Hartwig, Thieme 1985 (b).
[15] Cassel, Thieme 1976; Cassel 1985; Thieme 1985.
[16] Hartwig 1983/84.

Literatur

Autorenkollektiv: Geldtheoretische Fragen der Gestaltung der intensiv erweiterten sozialistischen Reproduktion. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. H. 34/1986. S. 358—373.

Buck H.F.: Geldtheorie und Geldpolitik. In: DDR-Handbuch. Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.). Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 3. Aufl. 1985. S. 487—509.

Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR-Handbuch. Stichwort Intershop. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 3. Aufl. 1985. S. 672.

Cassel D.: Inflation und Inflationswirkungen in sozialistischen Planwirtschaften. In: Geldtheorie. Hrsg. Thieme H. J. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 1985. S. 255—286.

Cassel D., Thieme H. J.: Verteilungswirkungen von Preis- und Kassenhaltungsinflation. In: Einkommensverteilung im Systemvergleich. Hrsg. Cassel D., Thieme H. J. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 1976. S. 101—121.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Die Deutsche Bundesbank. Geldpolitische Aufgaben und Instrumente. Frankfurt. 2. Aufl. 1983.

Ehlert W., Hunstock D., Tannert K.: Geld und Kredit in der DDR. Berlin (Ost). Die Wirtschaft. 1985.

Grossman G.: Gold and the Sword. Money in the Soviet Command Economy. In: Industrialization in Two Systems. Essays in Honour of Alexander Gerschenkron. Hrsg. Roskovsky H. New York, London, Sydney. Verlag J. Wiley. 1966. S. 204—236.

Grossman G.: A Note on Soviet Inflation. In: Joint Economic Committee Congress of the United States, Soviet Economy in the 1980's: Problems and Prospects. Washington D. C. 1983. S. 267—286.

Haffner F.: Monetäre Zentralplanung und Volkswirtschaftsplanung. In: Geldtheorie. Hrsg. Thieme H. J. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 1985. S. 189—209.

Hartwig K.-H.: Aufbau und Funktionsweise des Währungssystems der DDR.In: Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR. Hrsg. Gutmann G. Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung. Bd. VII. Asperg b. Stuttgart. Edition Meyn. 1983. S. 167—185.

Hartwig K.-H.: Bundesbankautonomie und Inflationsbekämpfung: Politische Ökonomie des Notenbankverhaltens. In: List-Forum. Düsseldorf. List-Verlag. H. 12/1983/84. S. 307—322.

Hartwig K.-H., Thieme H. J.: Monetary Goals, Targets, and Indicators in Centrally Planned Economies: The Example of the GDR. In: Jahrbuch der Wirtschaft Osteuropas. Osteuropa-Institut-München (Hrsg.). München, Wien. Verlag G. Olzog. H. 11/1985 (a). S. 173—186.

Hartwig K.-H., Thieme H. J.: Determinanten des Geld- und Kreditangebots in sozialistischen Planwirtschaften. In: Geldtheorie. Hrsg. Thieme H. J. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 1985 (b). S. 211—233.

Kolloch K., Thümmler W.: Zu den Gesetzmäßigkeiten des Geldumlaufs und ihrer praktischen Ausnutzung im Sozialismus. In: Geld und Finanzen in der sozialistischen Reproduktion. Hrsg. Autorenkollektiv. Berlin (Ost). Die Wirtschaft. 1977. S. 220—233.

Levchuk I.: Money Circulation and the Role of Money under Socialism. Übers. a. d. Russ. In: Problems of Economics. New York. International Notes and Sciences Press. H. 22/1979. S. 71—87.

Pickersgill J.: Financial Planning in the Soviet Economy. In: Economic Analysis of the Soviet-Type System. Hrsg. Thornton J. Cambridge, London, New York, Melbourne. Cambridge University Press. 1976. S. 141—155.

Sell E., Thieme H. J.: Nebenwährungen bei zentraler Planung der Wirtschaftsprozesse. In:Außenwirtschaftspolitik und Stabilisierung von Wirtschaftssystemen. Hrsg. Schüller A., Wagner U. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 1980. S. 127—141.

Schliesser W. (Hrsg.): Wertgesetz und Wertkategorie in der sozialistischen Planwirtschaft. Berlin (Ost). Dietz. 1979.

Schliesser W., Zufelde U.: Zu den Funktionen des Geldes in der sozialistischen Planwirtschaft. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. H. 33/1985. S. 692—712.

Thieme H. J.: Keynesianismus — Monetarismus: Was bleibt? In: Geldordnung und Geldpolitik einer freiheitlichen Gesellschaft. Hrsg. Starbatty J. Tübingen. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1982. S. 18—34.

Thieme H. J.: Geldpolitik im Wirtschaftssystem der DDR. In: Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR. Hrsg. Gutmann G. Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung. Bd. VII. Asperg b. Stuttgart. Edition Meyn. 1983. S. 187—212.

Thieme H. J.: Produktions- und Beschäftigungseffekte monetärer Impulse in sozialistischen Planwirtschaften. In: Geldtheorie. Hrsg. Thieme H. J. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 1985. S. 287—310.

Wanless P. T.: Inflation in the Consumer Goods Market in Poland, 1971—1982. In: Soviet Studies. Quarterly review of the social and economic institutions of the USSR. Ed. at the University of Glasgow. H. 37/1985. S. 403—416.

Kapitel VIII
Die öffentliche Finanzwirtschaft als Systemelement

Günter Hedtkamp

Zusammenfassung

Während im marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystem die öffentliche Aktivität einer besonderen Legitimation bedarf, mithin beschränkt ist, umfaßt die öffentliche Finanzwirtschaft in sozialistischen Ländern das gesamte monetäre Rechnungswesen bis hin zum Kredit-, Versicherungs- und Finanzierungssystem der sozialistischen und genossenschaftlichen Wirtschaft. Die einzelnen Bereiche sind grundsätzlich nicht nach dem individualistischen, sondern nach dem kollektivistischen System organisiert; das gilt auch für die Sozialversicherung.

In der Bundesrepublik ist die Tendenz zum Interventionsstaat, die sich nicht zuletzt auch in einer wachsenden Staatsquote niederschlägt, unübersehbar. Dies ist weniger im Vordringen öffentlicher als vielmehr in der wachsenden Bereitstellung solcher Güter zu sehen, die entgegen oder in Ergänzung der Konsumentenwünsche bereitgestellt werden. In zunehmendem Maße werden sowohl zahlreiche (Transfer-) Ausgaben als auch Einnahmen (Einkommensteuer) von verteilungspolitischen Zielsetzungen bestimmt. Schließlich bestimmen oft auch stabilisierungspolitisch orientierte Ausgabenprogramme die staatliche Finanzpolitik.

Mit der sozialistischen Budgetpolitik werden Güter und Faktoren in eine ganz bestimmte, vom Plan vorgegebene Verwendung gelenkt. Instrument ist der alle Einzelhaushalte der Gebietskörperschaften umfassende einheitliche Haushalt. Die Finanzströme sollen grundsätzlich Spiegelbild der Mengenplanung sein, wenngleich de facto die monetären Ströme eine gewisse Eigendynamik entfaltet haben. Dies gilt zumindest für die Umverteilungsfunktion des Staatshaushalts, gemäß der die volkswirtschaftlichen Ressourcen zwischen Branchen und Sektoren über Abgaben und Zuweisungen aus dem Staatshaushalt umverteilt werden. Er ist gleichzeitig wichtigstes Akkumulations- und schließlich auch Investitionsinstrument. Über die monetären Ströme, die den Staatshaushalt mit den einzelnen Wirtschaftseinheiten verbinden, ist schließlich auch eine Plan- und Effizienzkontrolle möglich.

Der Haushalt spiegelt nicht nur inhaltlich, sondern auch im Prozeß seiner Verabschiedung das politische und ökonomische System. Während Haushaltsberatung und Haushaltsdebatte Höhepunkte des parlamentarischen Systems darstellen und der Weg des Haushaltsplans von der Gewaltenteilung bestimmt wird, stehen im Sozialismus die Beratung des Volkswirtschaftsplans, die Prädominanz der Partei bei der Festlegung der Ziele, die dienende Funktion des Haushalts und die geringe Bedeutung der parlamentarischen Beratung als systemtypische Merkmale im Vordergrund. Einheitliche Staatsgewalt, mangelnde Öffentlichkeit und Vorherrschaft der Verwaltung charakterisieren das Haushaltswesen.

Während bei den öffentlichen Einnahmen in der Bundesrepublik das Leistungsfähigkeitsprinzip, Umverteilungsabsichten und nur in geringem Umfange lenkende Aufgaben das System bestimmen, vielmehr Steuerneutralität als ideal erscheint, haben die öffentlichen Einnahmen in der DDR primär lenkende Funktion. Dem allumfassenden Planungssystem entsprechend, spielen die Abgaben der sozialistischen und genossenschaftlichen Wirtschaft die entscheidende Rolle, während die sogenannten Abgaben der Bevölkerung einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge der Werktätigen sich relativ bescheiden ausnehmen. Im Zuge der ständigen Wirtschaftsreformen wurden auch die öffentlichen Einnahmen in ihrer Struktur und jeweiligen Ausgestaltung zur Lösung der mannigfachen Planungsprobleme eingesetzt. Das betrifft sowohl den sparsamen Einsatz der Produktionsfaktoren als auch das brennende Problem der Material- und Energieeinsparung. Schließlich soll durch

die ökonomischen Hebel des Finanzsystems „die Produktivität" gesteigert werden. Zur Besserung der Versorgungslage werden über steuerliche Maßnahmen sowohl die landwirtschaftliche Produktion im genossenschaftlichen Bereich als auch die in Privateigentum verbliebenen, durch zentrale Planung nicht beherrschten Bereiche des Handwerks, des Handels, des Gaststättenwesens und einiger Dienstleistungen gefördert.

Während die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in der Bundesrepublik wie in anderen marktwirtschaftlichen Ländern in den letzten Jahren eher dadurch gekennzeichnet ist, daß die Staatsquote durch Privatisierung einzelner Bereiche oder durch Zurückdrängung meritorischer Leistungen verringert wird, und im Bundeshaushalt die Sozial- und Verteidigungsausgaben, in den Ländern die Kultur- und Bildungsausgaben und in den Gemeinden die Dienstleistungen und öffentlichen Investitionen dominieren, wird der Staatshaushalt der DDR von seiner Umverteilungsfunktion bestimmt, und dies gilt vor allem für die den Staatshaushalt prägenden Ausgaben für die Volkswirtschaft. Ausgaben für Investitionen und Entwicklung, Verteidigung und im großen Maße für Subventionen im Dienste der Preispolitik bestimmen hier die Haushaltsstruktur.

Das Wachstum der Staatsquote in der Bundesrepublik ist zum großen Teil auf steigende Transferzahlungen und Dienstleistungen und in den letzten Jahren auf Ausgaben für den Schuldendienst zurückzuführen. Die Entwicklung des Staatshaushalts der DDR spiegelt die Reformen der Nachkriegszeit in einem steigenden Gewicht der Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft und in Verschiebungen der Investitions- und Forschungsaufgaben zwischen Budget und Wirtschaft (Zentralisierung versus Dezentralisierung). Aber auch dort war die Zuwachsrate der öffentlichen Ausgaben größer als die des Nationaleinkommens. Als dringendes Problem stellt sich die Frage nach der Finanzierbarkeit des Subventionierungssystems.

Inhalt Seite

1. Die unterschiedliche Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft in den Wirtschaftssystemen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ... 194

2. Funktionen der öffentlichen Finanzwirtschaft ... 195

2.1. Die Rolle der öffentlichen Finanzwirtschaft in der Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ... 195

2.1.1. Lenkende Funktion ... 195

2.1.2. Verteilungsfunktion ... 195

2.1.3. Stabilisierungsfunktion ... 195

2.2. Die Rolle der öffentlichen Finanzwirtschaft im zentralen Planungssystem der DDR ... 196

2.2.1. Die Lenkung von Gütern und Produktionsfaktoren in eine bestimmte Verwendung ... 196

2.2.2. Die Finanzen im Dienste zentraler (Mengen-)Planung ... 196

3. Politische und administrative Aspekte des öffentlichen Haushalts ... 197

3.1. Haushaltsaufstellung, finanzpolitische Willensbildung und Haushaltsvollzug in der Bundesrepublik Deutschland ... 197

3.2. Haushaltsplanung und -vollzug im Rahmen des politischen und ökonomischen Systems der DDR ... 197

4. Die Struktur der öffentlichen Einnahmen ... 198

4.1. In der Bundesrepublik Deutschland ... 198

4.2. In der DDR ... 199

5. Die Struktur der öffentlichen Ausgaben ... 202

Kapitel VIII

Seite

5.1. In der Bundesrepublik Deutschland 202

5.2. In der DDR 202

6. Entwicklungstendenzen der öffentlichen Finanzwirtschaft in der Nachkriegszeit 203

6.1. In der Bundesrepublik Deutschland 203

6.2. In der DDR 203

1. Die unterschiedliche Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft in den Wirtschaftssystemen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

In marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystemen bedarf Ausmaß und Struktur der öffentlichen Finanzwirtschaft einer besonderen Legitimation; ist doch das Wirtschaftssystem — innerhalb des staatlich gesetzten Rechtsrahmens — im Prinzip individualistisch konzipiert, setzt also individuelles Eigentum an den Produktionsmitteln und Koordination aller Einzelpläne über den Markt voraus. Im Gegensatz zur so angelegten freien Interaktion privater Haushalte und Unternehmen ist in einem kollektivistischen, prinzipiell staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln fordernden Wirtschaftssystem die gesellschaftliche, in imperativen zentralen Plänen festgelegte Koordination das systemspezifische Merkmal; die lenkende staatliche Aktivität spiegelt sich in der öffentlichen Finanzwirtschaft monetär wider.

Entsprechend umfaßt die öffentliche Finanzwirtschaft in marktwirtschaftlichen Systemen in erster Linie die staatlichen Aktivitäten, die sich vorzugsweise in den Budgets der Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) und den Sondervermögen (Bundespost, Bundesbahn) niederschlagen, evtl. erweitert um den wichtigen Parafiskus, die Sozialversicherung, da diese sich sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Leistungsseite vom Äquivalenz- resp. Versicherungsprinzip entfernt und zahlreiche versicherungsfremde (oft auf Redistribution zielende) Elemente aufgenommen hat. Ganz anders erscheint finanzwirtschaftliche Aktivität des Staates in einer kollektivistischen, vom Staat zentral geplanten Wirtschaft, in der wesensgemäß alle finanziellen Beziehungen zwischen dem Staat und den staatlichen Wirtschaftseinheiten bis hin zu den staatlichen Unternehmen in die öffentliche Finanzwirtschaft eingebunden sind. Die öffentliche Finanzwirtschaft der DDR umfaßt daher auch das gesamte monetäre Rechnungswesen im gesamten, weit definierten staatlichen Sektor der Wirtschaft. So kann deren öffentliche Finanzwirtschaft in vier Hauptbereiche untergliedert werden: 1. das Finanzierungssystem der sozialistischen (staatlichen) Wirtschaft und der sozialistischen Genossenschaften (als mindere Form sozialistischen Eigentums), 2. das Kreditsystem, 3. das Versicherungssystem und 4. den Staatshaushalt.

Dabei umfaßt das Finanzsystem der sozialistischen Wirtschaft die (zentralisierten und dezentralisierten) Geldfonds der volkseigenen Betriebe und Kombinate, der sozialistischen Genossenschaften sowie deren monetäre Beziehungen untereinander und zu den jeweiligen Leitungsorganen und Ministerien, zu den Banken und Versicherungen sowie zum Staatshaushalt. Zum zentral geplanten und gesteuerten Kreditsystem, das die zentral geplanten realen Güterströme widerspiegeln soll (realiter mit einer gewissen Eigendynamik im Koordinationsprozeß), gehören die Geld- und Kreditbeziehungen zwischen sozialistischen Unternehmen und Genossenschaften sowie die innerhalb des Bankensektors fließenden Ströme. Dazu gehört die (Noten-)Staatsbank, die nicht nur als Bank der Banken die Konten der übrigen Banken führt und Bankier des Staates ist, sondern darüberhinaus das gesamte kurzfristige Kreditgeschäft der Volkswirtschaft abwickelt und damit auch die mengenmäßige Planerfüllung überwacht. Hinzu kommen die Spezialbanken (Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR sowie die Genossenschaftsbanken für Handwerk und Gewerbe) sowie die Sparkassen und zwei Außenhandelsbanken.

Das verstaatlichte Versicherungssystem ist nach Sparten gegliedert und wird von der „Staatlichen Versicherung der DDR" als Aufsichtsstelle geführt, die ihrerseits vom Finanzministerium kontrolliert und „angeleitet" wird. Systemspezifisch ist der größere Anteil von Pflichtversicherungen, vor allem für Produktionsmittel des sozialistischen Sektors und die Diskriminierung freiwilliger Versicherungen, die aus dem Gewinn zu finanzieren sind und deren Prämien bei der Preiskalkulation nicht zu den staatlich akzeptierten Kosten (wie die Pflichtversicherung) zählen.

Eine Sonderstellung nimmt die Sozialversicherung der DDR ein, die noch in sehr starkem Maße Merkmale der Sozialversicherung des Reiches aufweist. Im Gegensatz zu einigen anderen sozialistischen Ländern (z. B. zur Sowjetunion) kennt die Sozialversicherung der DDR neben den Beiträgen der Unternehmen noch solche der Arbeitnehmer. Wie in der Bundesrepublik wurde der Kreis der Versicherten praktisch auf die Gesamtbevölkerung ausgedehnt.

Für den hier unternommenen Vergleich der Finanzsysteme scheint es sinnvoll und vertretbar, das Schwer-

gewicht auf die öffentliche Finanzwirtschaft im engeren Sinne zu legen, jedoch mit der Maßgabe, daß das Finanzsystem der DDR nie isoliert von seinen sehr viel weiter gesteckten Aufgaben zu betrachten ist und die unterschiedlichen Organisationsstrukturen zu beachten sind.

2. Funktionen der öffentlichen Finanzwirtschaft

2.1. Die Rolle der öffentlichen Finanzwirtschaft in der Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Die staatliche Aktivität beschränkt sich nicht, wie es dem klassischen Liberalismus vorschwebte, auf die Setzung eines rechtlichen Rahmens für private Aktivitäten. Der Staat übernimmt heute neben den klassischen Tätigkeitsfeldern (Außenpolitik, öffentliche Sicherheit nach innen und außen sowie Justiz) eine Fülle von Aufgaben, die (in Anlehnung an Musgrave) in die Produktionsfaktoren und Güter lenkende Funktion (Allokationsfunktion), die Verteilungsfunktion (Korrektur der privaten Einkommens- und Vermögensverteilung) und die Stabilisierungsfunktion (Wachstums- und Beschäftigungspolitik) systematisiert werden können. Dies schlägt sich mehr oder weniger in staatlichen Ausgaben und den zu ihrer Finanzierung notwendigen Einnahmen nieder, wenngleich häufig auch schwerwiegende Eingriffe, die mit hohen Zahlungsverpflichtungen einhergehen, außerhalb des Budgets finanziert werden, wie z. B. die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, die von den Unternehmen zu leisten ist. Die absolute und auch relative Ausweitung der Staatsausgaben (Wagner'sches Gesetz) wird mit Hilfe der Staatsquote (Staatsausgaben in Relation zum BSP) gemessen, die als Beziehungszahl (unechte Quote) auch die Transferzahlungen an den privaten Sektor enthält und mithin nicht als vom Staat beanspruchtes Sozialprodukt interpretiert werden kann, gleichwohl aber die staatlich gelenkten und kontrollierten Finanzströme erfaßt und somit als ein Hilfsmaß für das Ausmaß der Staatseingriffe fungieren kann. Diese Staatsquote ist inzwischen in der Bundesrepublik auf ca. 47 vH angestiegen (inkl. Sozialversicherung).

2.1.1. Die lenkende Funktion

Die Theorie der öffentlichen Güter versucht, das Verhältnis von privaten und öffentlichen Gütern (Güterallokation) aus der Notwendigkeit staatlicher Aktivität im Interesse ökonomischer Effizienz zu erklären. Diese ist danach dann legitimiert, wenn sogenanntes Marktversagen vorliegt, sei es daß externe Wirkungen eigener oder fremder Aktivitäten nicht in die privaten Wirtschaftsrechnungen eingehen oder daß die Produktion bestimmte Eigenschaften z. B. durch fallende Grenz- (Kosten der letzten produzierten Einheit) bzw. Stückkosten aufweist, so daß eine private Produktion i. d. R. zu Verlusten führen würde. Bei Marktversagen erhebt sich selbstverständlich immer die Frage, ob die staatliche Bereitstellung der Güter auch wirklich effizienter ist als die private, wenn diese nur das Optimum verfehlt. In der Nachkriegszeit sind in zunehmendem Maße budgetäre Instrumente auch zur Beeinflussung der Wirtschafts- und Regionalstruktur eingesetzt worden.

Für den Systemvergleich besonders wichtig ist das vom Staat bereitgestellte Angebot solcher Güter und Dienste, die nach Menge oder Qualität mit den Wünschen der Konsumenten nicht in Einklang stehen (das sind die sogen. meritorischen Güter) sowie das Ausmaß jener privaten Nachfrage, die durch staatliche Maßnahmen (z. B. Tabak- und Alkoholbesteuerung) diskriminiert wird (sogen. Demeritorisierung). Die individualistische oder kollektivistische Orientierung eines Wirtschaftssystems und dessen Entwicklung läßt sich u. a. auch mit dem Umfang solcher Abweichungen von den Konsumentenwünschen kennzeichnen.

2.1.2. Verteilungsfunktion

Der Staat beschränkt sich nicht auf Lenkung der produktiven oder konsumtiven Verwendung von Faktoren, Gütern und Leistungen (Allokationspolitik), er greift auch in die Einkommens- und Vermögensverteilung im Interesse des sozialen Friedens ein. Dabei bedient er sich der Besteuerung von Einkommen und Vermögen (progressive Einkommensteuer, Vermögensteuer und Erbschaftsteuer) einerseits und der Transferzahlungen an Bürger mit niedrigem Einkommen und Vermögen andererseits. Dadurch wird die vom Markt geschaffene (Primär)Verteilung im Hinblick auf ein abweichendes, vom Staat angestrebtes Verteilungsziel korrigiert. Solche Politik steht in Konkurrenz zum Effizienzziel, da mit Umverteilungsmaßnahmen die Leistungsanreize des marktwirtschaftlichen Systems beeinträchtigt werden können.

Zu diesem Steuer-Transfersystem kann auch die Sozialversicherung der Bundesrepublik gezählt werden, deren Beiträge oder Leistungen zwar immer noch in Anlehnung an das ursprünglich zugrundeliegende Versicherungsprinzip geprägt werden, das jedoch durch zahlreiche Umverteilungselemente und andere versicherungsfremde Regelungen erheblich modifiziert wurde.

2.1.3. Stabilisierungsfunktion

Die Instabilitäten des marktwirtschaftlichen Systems sollen durch eine Stabilisierungspolitik reduziert werden; der Wachstumspfad der Wirtschaft soll auf ein

möglichst hohes Niveau gebracht und konjunkturelle Schwankungen wenn nicht vermieden, so doch geglättet werden. Diese Politik bediente sich in der Nachkriegszeit vor allem der antizyklischen Steuerung der privaten und öffentlichen Nachfrage, vor allem der Investitionstätigkeit. Eine mittelfristige Finanzplanung soll für die Stetigkeit der Politik, die Kompatibilität von Zielen und Instrumenten und für einen unverzögerten Mitteleinsatz sorgen, während spezielle Gremien (Konjunktur- und Finanzplanungsrat) für koordiniertes Handeln aller Gebietskörperschaften und der Bundesbank (für die Geldpolitik) sorgen sollen.

2.2. Die Rolle der öffentlichen Finanzwirtschaft im zentralen Planungssystem in der DDR

2.2.1. Die Lenkung von Gütern und Produktionsfaktoren in eine bestimmte Verwendung

Die öffentlichen Finanzen der DDR sind Teil und Instrument des Volkswirtschaftsplans. Dies erfordert nicht nur, daß die Finanzpläne mit allen übrigen Teilplänen, vor allem aber mit den Mengenbilanzen synchron aufgestellt und verabschiedet werden. Darüberhinaus verlangt das Planungssystem den Gleichschritt aller Gebietskörperschaften, der mit dem einheitlichen Staatshaushalt, der u. a. die Einnahmen und Ausgaben aller Gebietskörperschaften umfaßt, garantiert wird, während in der Bundesrepublik ein solcher Gesamthaushalt sich im Rahmen der Finanzstatistik oder der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur errechnen läßt. Er umfaßt vier Ebenen: den zentralen Haushalt, die Haushalte der Bezirksräte und Bezirke, die Haushalte der Kreisräte und Kreise sowie die Haushalte der Städte und Gemeinden.

Nach einem „Schachtelprinzip" sind die Haushalte miteinander verbunden, so daß alle staatlichen Ebenen in aufsteigender Weise Bestandteil des Haushalts der nächsthöheren Ebene sind. Dem Weisungsrecht der jeweils höheren Ebene entspricht die Ausführung und laufende Informationspflicht der jeweils unteren Ebenen. Der Haushaltsplan als Finanzbilanz des Staates stellt im gesamten Planungssystem eine der wichtigsten globalen Finanzbilanzen dar. Als gesamtwirtschaftliches Planungsinstrument wird er als Staatsbilanz sowohl als Jahresbilanz als auch als Perspektivplan für die Fünfjahresplanung erstellt. Diese Art der mittelfristigen Finanzplanung folgt grundsätzlich der Volkswirtschaftsplanung, die mittelfristig nur als aneinandergereihte Fünfjahresplanung, nicht jedoch wie die mittelfristige Finanzplanung in der Bundesrepublik als gleitende, d. h. von Jahr zu Jahr fortgeschriebene Planung erfolgt.

Als güter- und faktorlenkendes System fungiert in den meisten sozialistischen Ländern grundsätzlich und ideologiekonform die Mengenplanung. Durch ein Bilanzierungssystem werden Ressourcen und intermediäre Güter auf die verschiedenen Produktionszweige und -einheiten verteilt und die Endprodukte den verschiedenen Wirtschaftssubjekten zugewiesen oder über ein Verteilungssystem (z. B. Handel) bereitgestellt. Eine aktive Funktion der Finanz-(Wert-)bilanzen sollte nach dem Scheitern einer Wirtschaft ohne jede „Dazwischenkunft des Geldes" (F. Engels) in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution (Kriegskommunismus) auf die Güterverteilung an die Bevölkerung beschränkt werden. Im Laufe der Zeit gewann jedoch die monetäre Planung darüberhinaus eine gewisse Bedeutung im (allokativen) Planungsprozeß. Dies führte in den sozialistischen Ländern zur ideologisch brisanten Diskussion über die Frage nach der Gültigkeit des „Wertgesetzes" und der Bedeutung der „Geld-Ware-Beziehungen im Sozialismus", die beide positiv beantwortet wurden. Die Abstimmung von Mengen- und Wertplanung ist seither eines der schwierigsten Probleme der Wirtschaftsplanung, mit dem sich auch die Wirtschaftstheorie immer wieder beschäftigt.

Die Haushaltsplanung beschränkt sich somit nicht nur auf die monetäre Gegenrechnung zur Mengenplanung, sie ist gleichzeitig ein führendes Instrument dieser Planung. Dabei spielt die sogenannte Umverteilungsfunktion eine entscheidende Rolle, die sich im Gegensatz zur Redistributionsfunktion des Bundeshaushalts nicht auf die Umverteilung von Einkommen zwischen einzelnen Personen, sondern auf die Ressourcen- und Güterumverteilung zwischen Sektoren und Branchen bezieht. Der Haushaltsplan spiegelt insofern die Prioritäten des Volkwirtschaftsplans, insbesondere das zentralisierte Investitionsvolumen und dessen Verteilung.

2.2.2. Die Finanzen im Dienste zentraler (Mengen-)Planung

Der Haushaltsplan wird auf der Einnahmenseite zum Akkumulationsinstrument, aus dem die geplanten Mittelverwendungen finanziert werden. Die makroökonomischen Plangrößen müssen dazu auf die verschiedenen Güterarten und die mikroökonomischen Ebenen (Kombinate, Betriebe) aufgefächert, also zunehmend disaggregiert und in imperative Planaufgaben (Kennziffern und Normative) der betrieblichen Finanzplanung transformiert werden. Diese bilden den organisatorischen und instrumentalen Rahmen für das System von Leistungsanreizen (Stimulierungssystem). Die Einheitlichkeit in den Verbuchungsgrundlagen soll durch das „einheitliche staatliche System von Rechnungsführung und Statistik" gewährleistet werden. Als planungs- und buchungstechnisches Kontrollinstrument fungiert die staatliche Finanzrevision. Sie umfaßt die Kontrolle der Belege und der Gewinn- und Verlustrechnung ebenso wie eine Analyse der „Tüchtigkeit" der Betriebsmitglieder.

Das System materieller Anreize steht anstelle der marktwirtschaftlichen Sanktionsmechanismen und soll zu hoher Leistung und Produktivität stimulieren, die Planerfüllung bei sparsamem Ressourcenverzehr (eine Hauptaufgabe des letzten Fünfjahresplanes) garantieren, den technischen Fortschritt beschleunigen und die Ausbreitung neuer Produktionstechniken sichern und zur Übererfüllung der Pläne motivieren;

eine vorhergehende Festlegung bzw. Überbietung der zentralen Planvorgaben ist notwendig, damit strukturelle Verwerfungen („volkswirtschaftliche Proportionen") durch unterschiedliche Planerfüllungsgrade vermieden werden. Solcher materieller Anreize würde es nicht bedürfen, wenn der Sozialismus den neuen Menschen mit den erhofften Verhaltensweisen erzeugt hätte.
Während der Staatshaushalt in der Bundesrepublik das Aktionsprogramm der Regierung, die Optionen der politischen Führung widerspiegelt, kommt diese „politische Ordnungsfunktion" in einem umfassenden Planungssystem dem Volkswirtschaftsplan insgesamt zu, während der Staatshaushalt zwar entscheidende Teile, jedoch nur von der nicht dominanten monetären Seite widerspiegelt. Als wichtigster Teil der Finanzplanung kann dem Staatshaushalt jedoch eine wesentliche Planungs- und Plankoordinierungsfunktion für die mit dem Staatshaushalt verbundenen Teilbilanzen beigemessen werden sowie eine Finanzierungsfunktion für die im Staatshaushalt verbuchten, im Vergleich zur Bundesrepublik erheblich erweiterten Aktivitäten. Schließlich kommt den Finanzbilanzen und hier auch wesentlich dem Staatshaushalt eine Kontrollfunktion zu. Spiegeln die Finanzbilanzen die Mengenbewegungen, so kann darüber die mengenmäßige Planerfüllung kontrolliert werden. Die „Kontrolle durch die Mark" tritt (wenn auch nicht ausschließlich) an die Stelle einer naturalen Kontrolle der Planerfüllung.

3. Politische und administrative Aspekte des öffentlichen Haushalts

3.1. Haushaltsaufstellung, finanzpolitische Willensbildung und Haushaltsvollzug in der Bundesrepublik Deutschland

Im System der parlamentarischen Demokratie ist Beratung und Verabschiedung des Haushalts die wichtigste, den Primat der Legislative dokumentierende Aufgabe des Parlaments. Der Exekutive fällt jedoch die Aufgabe zu, das beabsichtigte Regierungsprogramm für das nächste Jahr in Form des Budgets in das Parlament einzubringen (Exekutivbudget). Die detaillierte Beratung des Entwurfs erfolgt vor allem im Haushalts- und Finanzausschuß, bei voller Auskunftspflicht der Exekutive einschließlich des jeweils zuständigen Ministers, der zur Sitzung geladen werden kann. In den Parlamentsdebatten, vor allem in der dritten Lesung vor der endgültigen Verabschiedung des vom Parlament veränderten, evtl. auch ergänzten (Haushaltsinitiative) Haushalts wird die Regierungspolitik insgesamt und getrennt nach politischen Verantwortungsbereichen einer kritischen Würdigung durch Opposition und Regierungsparteien unterzogen. Auch wenn die parlamentarische Kontrolle heute im wesentlichen von der Opposition ausgeübt wird, während zwischen Regierungsparteien und Regierung politische Rücksichtnahme die Gewaltenteilung einschränkt, so bleibt doch die Haushaltsberatung und -verabschiedung Höhepunkt der parlamentarischen Machtausübung und Angelpunkt der demokratischen Staatsform. Neben dem Bewilligungsrecht spielt die Kontrolle des Vollzugs im Zusammenwirken mit der dritten Gewalt, der Jurisdiktion, und hier in erster Linie mit den Rechnungshöfen (Bundes- resp. Landesrechnungshof) eine wesentliche Rolle; sie übernehmen die rechtliche (Gesetzmäßigkeit, Planmäßigkeit) und wirtschaftliche (Wirtschaftlichkeit) Kontrolle des Haushaltsvollzugs, berichten jährlich dem Parlament und ermöglichen mit ihren „Erinnerungen" und „Bemerkungen" eine sachgerechte parlamentarische Entscheidung über die für das Fortbestehen der Regierung notwendige Entlastung. Über die Legalität der Beziehungen zwischen der öffentlichen Hand und den Privaten wachen die Finanzgerichte und der Bundesfinanzhof als Rechtsmittel- und Revisionsinstanz.

Naturgemäß stehen die Fragen der rationalen Entscheidung, der Wahlstrategien und -defekte, der legalen und illegalen außerparlamentarischen Einflußnahme (Interessengruppen) und die Optimalität der Haushaltsstrukturen im Hinblick auf die Präferenzen der Bürger im Mittelpunkt des politischen und wissenschaftlichen Interesses. Rationalität und Legalität werden in Haushaltsgrundsätzen (Vollständigkeit, Grundsatz der Gesamtdeckung, Vorherigkeit, Klarheit, Einheit, Genauigkeit, Spezialität und Öffentlichkeit) beschrieben und in der Finanzverfassung und den Haushaltsordnungen von Bund und Ländern resp. den Gemeindeordnungen sowie dem für alle Gebietskörperschaften maßgebenden Haushaltsgrundsätzegesetz festgelegt. Dabei spielt die exakte Bindung der Exekutive an den Willen der Legislative, die eine vollständige Erfassung aller Aktivitäten im Haushalt voraussetzt, sowie die Öffentlichkeit des Haushalts eine systemspezifische Rolle.

3.2. Haushaltsplanung und -vollzug im Rahmen des politischen und ökonomischen Systems der DDR

Der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR entsprechend, wird der Haushaltsplan zusammen mit dem Volkswirtschaftsplan von der Volkskammer der DDR verabschiedet. Im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie liegt jedoch das Schwergewicht der politischen, hier wirtschaftspolitischen Entscheidungen, nicht bei der Volkskammer, sondern bei der herrschenden Partei (SED) und deren Führungsorganen. Oft in Personalunion mit der Parteispitze ist die Verwaltung auf die Ziele der Partei verpflichtet. Die parallele Organisationsstruktur ermöglicht die faktische doppelte Unterstellung und die Kontrolle der Exekutive. Der von der Verwaltung im Zusammenwirken

mit den Planungsorganen entwickelte Haushaltsplan wird formal wie in der Bundesrepublik von der Volkskammer beraten und verabschiedet, doch in anderer Funktion und damit in anderer Intensität. Es geht nicht um die Kontrolle der Regierung durch das Parlament und die Diskussion alternativer politischer Ziele und Strategien, sondern um die effiziente Gestaltung des politischen Willens der Partei in Gesamt- und Einzelplänen. Ebenso wird die Finanzkontrolle und -revision im wesentlichen auf den Volkswirtschaftsplan bezogen. Es nimmt daher nicht Wunder, daß die eigentliche politische Diskussion nicht den Staatshaushalt, sondern den Staatsplan betrifft und wichtiger als die Diskussion der Volkskammer die politische Willensbildung in der Partei ist. So werden die Haushalte in den sozialistischen Ländern meist ohne eingehende Diskussion und einstimmig verabschiedet.

Grundlage der Finanzwirtschaft sind neben allgemeinen Richtlinien der Verfassung die Staatsordnung der DDR und einschlägige Gesetze. Das Ministerium der Finanzen regelt daneben vieles auf dem Wege von Erlassen, Richtlinien und Verfügungen, was in der Bundesrepublik eines Gesetzes bedürfte. Das Ministerium ist weisungsbefugt gegenüber allen anderen Haushaltsorganen und -ebenen, während in der Bundesrepublik die Stellung des Finanzministers nur im Planungsprozeß gegenüber anderen Ministerien herausgehoben ist; eine Weisungsbefugnis gegenüber anderen Gebietskörperschaften oder gar ein Hineinregieren schließt die Verfassung aus. Alle finanztechnisch und planungspolitisch motivierten Haushaltsgrundsätze sind in einem zentral geplanten Wirtschaftssystem eher wichtiger als in einem marktwirtschaftlichen System und daher Bestandteil der rechtlichen Ordnung des Finanzwesens. Ebenso sind formal auch die Regeln des Vollzugs und der Abrechnung sowie die Gliederung (Systematik des Haushaltsrechts) sehr ähnlich. Doch gibt es keine Kontrolle der Exekutive durch eine unabhängige Gewalt (Rechnungshof), sondern die der Partei, die sich der Staatlichen Finanzrevision bedient, deren Bericht und Prüfungsvermerk der Volkskammer vorgelegt wird.

Im Gegensatz zur Öffentlichkeit des Haushaltsplans wird in der DDR de facto nicht viel mehr als das Mantelgesetz mit wenig differenzierten Globalzahlen für die Haupteinnahmen- und Ausgabenkategorien veröffentlicht; dies wird mit Geheimhaltungserfordernissen begründet. Doch ist es von Kategorie zu Kategorie sehr unterschiedlich, inwieweit detailliertere Haushaltszahlen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, so daß insbesondere über die Struktur einzelner Ausgabenarten nur Vermutungen angestellt werden können. Zu einem zusätzlichen Haushaltsgrundsatz ist die Forderung nach einem materiell ausgeglichenen Haushalt avanciert. Haushaltsüberschüsse gelten in der UdSSR seit der NEP als erstrebenswert und die DDR gehört zu denjenigen sozialistischen Ländern, die dieses Prinzip weiterhin hochhalten.

Der Weg des Haushaltsplans vom Entwurf über den Vollzug bis zur Finanzkontrolle und die Dauer des Budgetkreislaufs ähneln wiederum formal denen in der Bundesrepublik, doch durch die Einbettung in den Planungsprozeß und die Integration aller Gebietskörperschaften in den Einheitshaushalt ergeben sich materiell sehr unterschiedliche Organisationsstrukturen und -verfahren.

4. Struktur der öffentlichen Einnahmen

Betrachtet man die Haushaltsstrukturen in der Bundesrepublik und der DDR in Einnahmen und Ausgaben, so zeigt sich, daß neben wenigen neueren Kategorien in der DDR meist altvertraute Begriffe erscheinen, die jedoch mit einem, dem System entsprechenden neuen Inhalt gefüllt wurden und nicht zu dem Urteil verleiten sollten, die Unterschiede seien nur quantitativer Art.

4.1. In der Bundesrepublik Deutschland

Während Gebühren und Beiträge in Anlehnung an das Prinzip von Leistung und Gegenleistung (Äquivalenzprinzip) nur noch bei den Gemeinden eine wichtige Rolle spielen, sind die Steuern und besonders im letzten Jahrzehnt die Kreditfinanzierung wesentliche Einnahmekategorien. Im Vordergrund des Einnahmesystems steht das fiskalische Ziel der Einnahmenerzielung und erst in zweiter Linie dient das Steuersystem auch wirtschaftspolitischen Zielen.

Für die Haupteinnahmenkategorie, die Steuern, spielen Leistungsfähigkeitsgesichtspunkte und Umverteilungsabsichten eine entscheidende Rolle. Soweit die Steuern von Vermögensbeständen erhoben werden, sei es in Ergänzung anderer Steuern (z. B. Vermögensteuer als Ergänzung der Einkommens- und Gewinnbesteuerung) oder als autonome Abgaben (Erbschafts- und Schenkungsteuer), knüpfen die Steuern an den Produktionsprozeß (z. B. Gewerbesteuer), an die Einkommensverteilung bzw. Gewinnentstehung (Einkommen- und Körperschaftsteuer) oder an die Einkommensverwendung (Verbrauchersteuer) an. Damit werden Einkommensströme und damit Ansprüche auf Ressourcen von den Privaten auf den Staat übertragen. Dabei entspricht es den Gerechtigkeitsvorstellungen, ein besonderes Gewicht auf die Einkommensteuer zu legen, da hier die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit sowohl nach Bemessungsgrundlage als auch nach (progressivem) Steuersatz eher möglich scheint als in anderen Steuern, bei denen die Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit nur indirekt über das Ergebnis einer vermuteten, im Durchschnitt zutreffenden Überwälzung möglich ist. Die Besteuerung der Unternehmergewinne anonymer Gesellschaften erfolgt nicht mehr unabhängig von den Anteilseignern, sondern die aus-

geschütteten Gewinne der Körperschaften werden i. d. R. auf die Einkommen und die gezahlte Körperschaftsteuer auf die Steuerschuld des Anteilseigners zu bzw. angerechnet (sog. Anrechnungsverfahren). Das individualistische Prinzip beherrscht also die gesamte Einkommens- und Gewinnbesteuerung.

Als zweitwichtigste Steuer entwickelte sich besonders nach der Umsatzsteuerreform des Jahres 1968 die sog. Mehrwertsteuer, von der nicht die gesamte Wertschöpfung, sondern nur der um die gesamtbetrieblichen Investitionen reduzierte hinzugefügte Produktionswert (sog. Mehrwert) erfaßt wird. Gesamtwirtschaftlich entspricht eine solche Bemessungsgrundlage dem Konsum; die Überwälzung auf den Konsumenten ist vom Gesetzgeber gewollt. Die Exporte werden an der Grenze von der inländischen Mehrwertsteuer entlastet, während die Importe damit belastet werden.

Eine ebenfalls in der Produktionsstufe einsetzende Steuer ist die Gewerbesteuer, die zusammen mit der Grundsteuer das Realsteuersystem der Gemeinden bildet. Wenn ursprünglich alle Faktoren (Kapital, Lohnsumme und Boden) sowie nochmals der Rohertrag insgesamt herangezogen wurden, verlor diese Steuer durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer und die Reduzierung der Gewerbekapitalsteuer ihre ursprüngliche Funktion.

Steuern auf spezielle Güter, vielfach Verbrauchs- und Gebrauchsgüter (Mineralöl, Alkohol, Tabak, Kaffee, Tee) und solche besonderen Aufwands (Kfz) sind die dritte Säule des Steuersystems. Ihre Legitimation erfolgt mit äquivalenztheoretischen (Straßenbenutzung) und demeritorischen (Schädlichkeit der Genußmittel) Argumenten.

Von einem rationalen Steuersystem im Sinne eines gemeinsamen Ordnungsprinzips kann zwar nicht die Rede sein, doch entspricht der Ressourcenzugriff des Staates über die mit Steuern erreichte Reduzierung der privaten Einkommen in der Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsphase des Sozialprodukts der Eigentumsordnung und dem Primat der privaten Wirtschaft. Die von der Besteuerung ausgehenden Wirkungen werden im wesentlichen von den Verhaltensreaktionen des privaten Sektors bestimmt.

4.2. In der DDR

Sieht man auch hier von einigen Zwergsteuern, Gebühren und Beiträgen (die Räte der Bezirke erheben die Gewerbesteuer, die Renn-, Wett- und Lotteriesteuer sowie eine Erbschaft- und Schenkungsteuer und die Städte und Gemeinden die Grundsteuer sowie die Vergnügungs- und Hundesteuer) ab, so setzt sich das Einnahmensystem der DDR aus folgenden Abgaben zusammen:

1. den Gewinnabführungen, der Produktions- und Handelsfondsabgabe, der produktgebundenen Abgabe und dem Beitrag für gesellschaftliche Fonds (Lohnsummensteuer),
2. den Steuern der sozialistischen Genossenschaften sowie der privaten Handwerks- und Gewerbetreibenden,
3. den Abgaben der Bevölkerung i. e. S. und
4. den Sozialversicherungsbeiträgen der Werktätigen und der Betriebe.

Der sozialistischen Eigentumsordnung und dem zentralen Planungssystem entsprechend, dominieren die unter 1) genannten Abgaben der sozialistischen Betriebe. Die geplanten „Betriebsgewinne" werden zu einem erheblichen Teil an das Budget abgeführt und die akkumulierten Mittel den Planprioritäten entsprechend „umverteilt"; insofern übernimmt der Staatshaushalt hier eine Funktion, die in marktwirtschaftlichen Systemen dem Kapitalmarkt zufällt. Die sog. Nettogewinnabführungen unterscheiden sich von einer Gewinnsteuer dadurch, daß es sich bei der Bemessungsgrundlage Gewinn nicht um eine sich autonom ergebende Restgröße, sondern im Prinzip um eine (bei fixierten Preisen) vom Staat vorgegebene Kennziffer handelt und die Abgabelast von Betrieb zu Betrieb aufgrund eines jährlichen Ministerbeschlusses festgelegt wird. Der Nettogewinn errechnet sich aus dem geplanten Bruttogewinn nach Abzug der Produktionsfondsabgabe (zinsähnliche Kapitalsteuer). Durch die staatliche Fixierung der betrieblichen Produktpreise und auch der Preise aller Kostengüter einschließlich der Löhne und durch die Festlegung eines planmäßigen Gewinnzuschlags ist der betriebliche Einfluß auf die Höhe des Nettogewinns auf die Planerfüllung und die überplanmäßigen Produktivitätsfortschritte beschränkt. Dies ist denn auch der Angelpunkt des an den Gewinn anknüpfenden Anreizsystems. Denn der geplante Nettogewinn wird nicht zur Gänze an den Staatshaushalt abgeführt, ein Teil dient der Auffüllung betrieblicher Fonds (z. B. des Investitionsfonds und des lohnaufbessernden Prämienfonds), deren Verwendung bindend festgelegt ist. Überplanmäßige Gewinne müssen zu einem im Plan festgelegten Anteil an den Staatshaushalt abgeführt werden, der Rest wird zu festen Schlüsseln den betrieblichen Fonds einschl. des Sozialfonds und des Prämienfonds zurückgeführt. Bei Untererfüllung ist die Nettogewinnabführung gleichwohl in voller Höhe fällig. Diese an Planerfüllung und geplante Übererfüllung geknüpften Folgen stimulieren nicht nur zur Leistung, sondern auch zur Durchsetzung „weicher", d. h. leicht erfüllbarer und übererfüllbarer Pläne durch Fehlinformationen oder Informationszurückhaltung gegenüber der Zentrale. Um eine größere Wirksamkeit zu erreichen, werden die Jahresprämien nicht mehr generell erhöht, sondern nur noch bei besonderer Leistung.

Die Produktions- und Handelsfondsabgabe (PFA) wurde mit der Wirtschaftsreform 1967 zunächst versuchsweise und 1971 generell eingeführt. Mit der Belastung des eingesetzten Kapitals i. w. S. soll eine Kapitalverschwendung verhindert werden, die bei kostenlosem Kapital durch administrative und kontrollierende Maßnahmen allein nicht verhindert werden konnte. Darüber hinaus soll eine rationale Kapitalausscheidung und der Mehrschichtsbetrieb ange-

regt werden. Die PFA wurde als „staatliches langfristiges Normativ" zunächst mit einem Normalsatz von i. d. R. 6 vH auf den Bruttowert des Anlagevermögens (die Grenze beträgt DM 2 000,—) erhoben. Der Steuersatz wird inzwischen im Plan jeweils festgelegt. Zwar sollen durch Differenzierung des Satzes kapitallenkende Effekte erzielt werden, doch dienen viele Ermäßigungen eher der Konservierung eingefahrener Strukturen. Künftig soll nach einer (höheren) Neubewertung nur noch der Nettowert (bei verlängerter Nutzungsdauer für die Abschreibungen) zur PFA herangezogen werden, so daß die Investitionsneigung der Betriebe zurückgehen wird; dies liegt im Interesse vermehrter Anstrengungen auf anderen Gebieten (Produktivität, Rohstofferschließung, Außenhandel u.s.w.). Da es aus ideologischen Gründen keinen Kapitalzins geben darf (da das Kapital keine eigene Produktivität hat), ist man auf diese „Abgabe" als Zinsersatz verfallen. Diese Interpretation wird in den sozialistischen Ländern vehement bestritten, da es sich bei der PFA um keinen Kostenfaktor, sondern um eine Belastung des Bruttogewinns handele, als wenn es nicht gleichgültig wäre, in welcher Reihenfolge die geplanten Größen im betrieblichen Rechnungswesen verbucht werden. Auch hier wird darauf verwiesen, daß der Staat als Eigentümer der Produktionsmittel diese Abgabe aus äquivalenztheoretischen Erwägungen fordern könne.

Eine Zusatzabgabe wird für verspätete Inbetriebnahme von Anlagen, für exzessive Lagerhaltung und für unterbeschäftigte Anlagen erhoben (ohne Berücksichtigung von Abschreibungen), inkl. noch nicht abgeschlossener Investitionsvorhaben (zur Verkürzung der oft allzulangen Bau- und Ausrüstungszeiten), der aktivierten Bodennutzungsgebühr (eine Art Bodenrente) und der Umlaufmittel. Die Handelsfondsabgabe, durch die Grundmittel mit 6 vH und die Umlaufmittel mit 3 vH belastet werden (Hotels und Gaststätten mit 1 vH), ergänzt die PFA für den Handels-, Hotel- und Gaststättenbereich.

Als (zweiten oder dritten) „Kanal" ergänzen die produktbezogenen Abgaben das Einnahmensystem, eine oft Umsatzsteuer genannte klassische Einnahmenkategorie sozialistischer Länder. Diese Abgaben unterscheiden sich ganz erheblich von Umsatz- oder Verbrauchsteuern marktwirtschaftlich orientierter Länder und sind logischer und integrierender Bestandteil des Planungssystems. Wenn die Preise der Endprodukte als Rationalisierungsinstrumente („bewußte Ausnutzung des Wertgesetzes") eingesetzt werden und auf der anderen Seite die Preise der Ressourcen und der übrigen Kostengüter vom Staat nach anderen ideologischen oder planungspolitischen Motiven festgelegt werden, so ergibt sich eine Diskrepanz zwischen Erlös und Kosten, die auch ganz oder teilweise als Gewinn abgeschöpft werden könnte. Dann würden aber auch alle Verwendungen eines Gutes mit einheitlichem Preis versehen werden und im Erzeugerbetrieb (z. B. von Luxusgütern) würden z. T. extrem hohe Gewinne anfallen, deren Abschöpfung mit Effizienzverlusten verbunden sein könnte. So wird der Industrieabgabepreis nach anderen Kriterien festgelegt als der Endproduktpreis für den Konsumenten und die jeweilige Differenz zwischen Industrieabgabepreis (zuzüglich Handelsspanne) und Endpreis als produktbezogene Abgabe an den Staat abgeführt. Das Prinzip dieser Differenzsteuer wird nur in bestimmten Fällen zur Steuervereinfachung mit einem für eine Produktgruppe einheitlichen Umsatzsteuersatz oder einem Steuerbetrag pauschaliert. Auch für Importgüter wird das Differenzverfahren angewendet. Selbstverständlich „trägt" diese Steuer der Endverbraucher, aber nicht aufgrund eines Überwälzungsprozesses, sondern aufgrund staatlicher Preisfestlegungen. Diese Abgabe war das Instrument par excellence zur Konsumbeschränkung resp. Kapitalakkumulation in der Sowjetunion. Daß diese Abgabe nur die Aufteilung des Unterschiedsbetrages zwischen Selbstkosten und Preis berührt, ist bei einem Vergleich mit westlichen Verbrauchs- und Umsatzsteuern zu berücksichtigen (es gibt weder Allokations- noch Preiseffekte). Die Abgabe hat den Charakter einer geplanten Abschöpfung und ist daher mit der Gewinnabführung und anderen Gewinnabgaben eng verbunden, so daß bei Änderung des Gewichts eines ökonomischen „Hebels" auch das Aufkommen der übrigen Kategorien entsprechend variiert.

Diese Abgaben werden seit 1984 durch den „Beitrag für gesellschaftliche Fonds" ergänzt, der von den VEB und Kombinaten in Industrie und Bauwesen in Höhe von 70 vH des Lohnfonds (geplante Lohnsumme) monatlich zusammen mit der Gewinnabführung (aus der gleichen Quelle) an den Staatshaushalt zu entrichten ist. Die Bauwirtschaft wird erst ab 1985 herangezogen. Der Name der Steuer will offenbar eine keineswegs festgelegte Zweckbestimmung suggerieren.

Diese exorbitant hohe Abgabe ergänzt für den Produktionsfaktor Arbeit die Produktionsfondsabgabe, so daß nunmehr auch Druck auf den rationelleren Einsatz dieses immer knapper werdenden Faktors ausgeübt wird; sie erhöht die Lohnkosten, ist aber im Gegensatz zu einer Lohnerhöhung in westlichen Ländern nicht mit einem Kaufkraftzuwachs der Lohnempfänger verbunden. Da diese Abgabe im Gegensatz zur PFA von vornherein als Kostenfaktor konzipiert wurde, geht sie bei konstanten Planpreisen zu Lasten der Gewinne, so daß auch die Stimulierungsfonds berührt werden. Auch hier ist der Vergleich mit der früheren Lohnsummensteuer in der Bundesrepublik nur formal richtig, materiell gibt es keine Verwandtschaft, denn eine Überwälzung auf den Preis ist wegen der staatlichen Preissetzung ausgeschlossen.

Es läßt sich trefflich darüber streiten, ob diese Abgaben der staatseigenen Wirtschaft als Steuern oder, wie es die sozialistische Ideologie will, als Erwerbseinkünfte klassifiziert werden sollen. Das gewünschte Ergebnis, daß es im Sozialismus nämlich kaum noch Steuern gäbe, ist sehr vordergründig. Wenn Steuern als Zwangsabgaben ohne spezielle Entgeltlichkeit definiert werden und den Betrieben im Sozialismus eine wirtschaftliche Eigenständigkeit im Rahmen des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung zugestanden wird, so sind alle diese Abgaben Steuern.

Zu diesen Abgaben der VEB und Kombinate kommen noch die Sozialversicherungsbeiträge (i. d. R. 12,5 vH des Bruttolohns, bis zur Beitragsbemessungsgrenze

von 600,— Mark, also maximal 75,— Mark pro Arbeitnehmer), die Unfallumlage (3 vH der Lohnsumme multipliziert mit der Gefahrenklasse) und die Bodennutzungsgebühr (Fixbetrag einmalig, maximal 400 000,— Mark).

Mit dem Ziel, Produktion und Effizienz zu steigern sowie den Material- und Energieverbrauch zu vermindern, wurde zum 1. 1. 1981 eine Änderung der Besteuerung der LPG vorgenommen, nach der in der Pflanzenproduktion der realisierte Gewinn (Bruttoeinnahmen nach Abzug der Produktionskosten) unter Berücksichtigung der Anbaufläche und der jeweiligen Produktionsbedingungen progressiv belastet wurde. Bei ungünstigen Produktionsbedingungen blieb ein Gewinn von bis zu 200,— Mark pro ha steuerfrei, während bei guten Böden die über 700,— Mark liegenden Gewinne mit 50 vH belastet wurden. Seit 1. 4. 1984 werden Betriebe der Pflanzenproduktion zum einen je nach Festbeträgen pro ha und zum anderen der verbleibende Gewinn pro ha progressiv besteuert.

Betriebe der Tierproduktion und gemischte Betriebe werden nach der Gewinnrate (Erlöse pro 1 000,— Mark primärer Produktionskosten) progressiv bis zu einem Satz von 55 vH besteuert.

An sich sollten Steuern als Instrument der Machtausübung des kapitalistischen Staates im Kommunismus zusammen mit dem Staat absterben, gibt es doch keinen mehr zu unterdrücken. Im Sozialismus sollte die Steuer nur als Instrument des Klassenkampfes und zur Überwindung kapitalistischer Institutionen und Verhaltensweisen dienen. In diesem Kontext ist das Überleben der im Prinzip noch progressiven Lohnsteuer für alle Arbeitnehmer zu sehen, auch wenn deren fiskalische Bedeutung gering ist und der Spitzensteuersatz der Arbeiter und Angestellten nach Abzug von Werbungskosten, Sonderausgaben, steuerfreien Zuwendungen (Prämien), außergewöhnlichen Belastungen, Leistungen aus der Sozialversicherung u. a. m. je nach Familienstand (Steuerklassen I bis III) nur 20 vH beträgt. Hinzu kommen allerdings Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 10 vH, bei Selbständigen 20 vH bei einer Beitragsbemessungsgrenze von 600,— Mark, also maximal 60,— Mark; durch die freiwillige Zusatzversicherung (ohne Bemessungsgrenze) werden die Beiträge de facto auf das Gesamteinkommen erhoben. Da der Staat (wie die übrigen Güter- und Faktorpreise) auch den Lohn primär nach politischen Gesichtspunkten festlegt, erübrigt sich eine Lohnbesteuerung aus Redistributionsgründen. Nur ökonomische Erwägungen, etwa um Anreize in der Lohnstruktur zu schaffen, die später wieder korrigiert werden sollen, oder die Ausnutzung der Geldillusion machen eine Lohnbesteuerung verständlich. Folgerichtig wurde in der Sowjetunion schon einmal erwogen, diese Steuer ganz abzuschaffen.

Ganz anders sind die Einkommensteuer (und die mangels Steuerpflichtigen kaum noch veranlagte Körperschaftsteuer) auf die Einkommen bzw. Gewinne des verbliebenen privaten Sektors zu sehen, die fiskalisch zwar uninteressant sind, den Klassenkampfcharakter aber voll zum Ausdruck bringen. Hier beginnt der Eingangsteuersatz bei 1 200,— Mark Jahreseinkommen mit 16,— Mark + 15 vH des übersteigenden Betrages, erreicht bei 12 000,— bis 15 000,— Mark den Betrag von 3 826,— Mark + 50 vH des 12 000,— Mark übersteigenden Betrages und endet bei einem Spitzensteuersatz von 98 vH bei 400 000,— Mark, wobei ein maximaler Durchschnittsteuersatz von 90 vH erreicht wird.

Aus wirtschaftspolitischen Gründen sind vor allem private Handwerker (Gesetz vom 16. 3. 1966) sowie auch private Kommissionäre im Handel und Gaststättengewerbe (Gesetz vom 26. 5. 1966) einer erheblich niedrigeren Steuer als der Einkommensteuer unterworfen worden, die im Prinzip der Besteuerung der Arbeiter und Angestellten jedoch mit der Maßgabe entspricht, daß die Progression bei den Handwerkern bei Einkommen über 20 000,— Mark um zusätzliche 10 vH für den übersteigenden Betrag angehoben wurde und bei größeren Betrieben eine Lohnsummensteuer zwischen 6 und 15 vH fällig wird.

Das Lohn- und Einkommensteuersystem der DDR präsentiert sich also als ein System von Einzeleinkommensteuern (sogen. Schedulensteuer), die nach politischer und ökonomischer Opportunität differenziert sind.

Alle nichtstaatlichen Betriebe einschl. der Genossenschaften des Handwerks (PGH) unterliegen zusätzlich einer Umsatzsteuer (3 vH) sowie der Produktionsfondssteuer (6 vH). Die PGH unterliegen zwar einer Gewinnsteuer (Gewinn je Genossenschaftsmitglied), die je nach Produktabnehmer zwischen 2 bis 45 vH oder 2 bis 60 vH liegt; die Löhne werden nach der Staffel für Arbeiter und Angestellte herangezogen; Mehrleistungsvergütungen werden mit 5—20 vH, Gewinnausschüttungen mit 10 vH besteuert.

Wegen des einheitlichen Staatshaushalts der DDR fließen alle Abgaben der Zentrale zu, von der die unteren Ebenen im wesentlichen finanziert werden. Eine Ausnahme bilden die oben erwähnten Zwergsteuern sowie die nach dem Äquivalenzprinzip erhobenen Gebühren und Beiträge. Es gibt in der DDR keinen Finanzausgleich im eigentlichen Sinne, denn dieser würde die finanzielle Autonomie der nachgeordneten Gebietskörperschaften voraussetzen, sondern anstelle von dezentralisierten Finanzen nur eine dekonzentrierte Finanzverwaltung mit gewissen, sehr begrenzten Spielräumen für die unteren Ebenen. Soll das Einnahmesystem unter die üblichen Kategorien subsumiert werden, so kann von einem Gesamtverbundsystem mit getrennter Steuerverwaltungskompetenz gesprochen werden. Finanzzuweisungen der Zentrale spielen die dominierende Rolle. Dies steht im Gegensatz zu Finanzautonomie und Selbstverwaltung einerseits, Trennsystem mit Einzelverbund bestimmter großer Steuern andererseits in der Bundesrepublik.

5. Die Struktur der öffentlichen Ausgaben

5.1. In der Bundesrepublik Deutschland

Das Ergebnis der parlamentarischen Willensbildung findet in der Struktur der öffentlichen Ausgaben seinen Niederschlag, sie spiegelt die Rangordnung und das Gewicht der politischen Ziele. Jede Aktivität erfordert nach Quantität und Qualität eine besondere Legitimation, gilt doch das Prinzip der Subsidiarität, das die Kompetenz grundsätzlich der nachgelagerten Ebene zuweist, nicht nur im staatlichen Bereich, sondern auch im Verhältnis von Staat und Privaten und innerhalb des privaten Sektors.

Neben den verfassungsrechtlich, ordnungspolitisch und ökonomisch unbestrittenen klassischen Staatsausgaben (s. o.), den „öffentlichen" und „meritorischen" Gütern, vor allem im Bereich der Infrastruktur und der Dienstleistungen spielen zunehmend sozialpolitisch motivierte Transfers an private Haushalte eine Rolle, aber auch direkte und indirekte Subventionen an Industrie und Landwirtschaft.

Die Haushaltspläne bieten eine tiefe Auffächerung der einzelnen Sach- und Personalausgaben bis hin zu den Besoldungsgruppen im angefügten Stellenplan. Bürger und Politiker haben die gleichen Informationsmöglichkeiten. Im Interesse größter Klarheit erfolgt die Gliederung nicht nur nach den (den Haushalt durchführenden) Ressorts (Einzelpläne), sondern auch nach zusammenfassenden einzelnen Ausgabearten (Gruppierungsplan) und politischen Funktionen (Funktionenplan). Hinzu kommen noch Haushaltsübersichten. In den Finanzberichten wird auch der konsolidierte öffentliche Gesamthaushalt ausgewiesen. Bei allen Gebietskörperschaften zusammengenommen dominieren die Einkommensübertragungen, gefolgt vom Staatsverbrauch und (mit großem Abstand) den Zinsen, den Bruttoinvestitionen und den Vermögensübertragungen. Im Bundeshaushalt herrschen die Sozialausgaben vor, gefolgt von den Verteidigungsausgaben, während bei den Ländern die Kultur- und Bildungsausgaben den größten Umfang aufweisen. Bei den Gemeinden spielen vor allem die kommunalen Dienstleistungen und die öffentlichen Investitionen eine besondere Rolle.

Bei den mit der wirtschaftlichen Aktivität der Privaten komplementär (z. B. öffentliche Investitionen für die Infrastruktur) oder substitutiv (öffentliche Verkehrsleistungen) verbundenen öffentlichen Gütern bestimmen i. d. R. allokative Ziele Ausmaß und Struktur der Ausgaben, doch kommen auch stabilitätspolitische Erwägungen (Konjunktur- und Wachstumspolitik) in Betracht (s. o.). Schließlich sind auch verteilungspolitische Gründe zu beachten, denn je nach dem vermuteten Nutzen und der Nutzungshäufigkeit bestimmter Leistungen können solche Naturaltransfers das erreichte Nutzenniveau eines Staatsbürgers verändern.

5.2. In der DDR

Während die Ausgabenkategorien im sowjetischen Staatshaushaltsplan extremer Geheimhaltung unterliegen, gibt die veröffentlichte Haushaltsrechnung der DDR einen, wenn auch bescheidenen Einblick in die Ausgabenstruktur. Die hier ausgewiesenen Zahlen stimmen jedoch nicht mit den Globalzahlen des Staatshaushaltsplans überein. Die Informationen im Statistischen Jahrbuch der DDR (1985 nur 7 Seiten gegenüber 38 für die Bundesrepublik) stützen sich auf die Haushaltsrechnung. Die Tiefe des gewährten Einblicks hängt von der jeweiligen Ausgabenkategorie ab. Die Informationen sind spärlich und unzureichend für politisch sensible Bereiche (Verteidigung), und das gilt sogar für die Investitionen.

Im Staatshaushalt der DDR stehen wegen seiner planpolitischen Funktion (Umverteilungsfunktion) die Ausgaben für die Volkswirtschaft i. w. S. an der Spitze. Die großen zentralen Investitionsvorhaben werden über den Staatshaushalt finanziert, während für Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen die Investitionsfonds der Betriebe und Kombinate zur Verfügung stehen. Investitionen über 5 Mill. Mark bedürfen der staatlichen Bestätigung. Die Forschung wird auch heute noch zu einem wesentlichen Teil aus dem Budget finanziert. Die überaus große Zentralisierung von Forschung und Entwicklung in der Vergangenheit mag ein Grund für die Defizite in der Entwicklung und Verbreitung technischen Fortschritts gewesen sein, so daß die neuerliche teilweise Verlagerung von etwa $^2/_3$ der Gesamtausgaben in die Kombinate und Staatsbetriebe ein Schritt in die richtige Richtung sein könnte. Bedeutsamer als die Investitionen und die Forschungsaufwendungen sind jedoch die Subventionen für die volkseigene Wirtschaft (Grund- und Rohstoffe, Preisausgleichsfonds), die Landwirtschaft und die Verbraucherpreise und -tarife. Hierdurch wird im Produktionsbereich die Preiskonstanz vieler Inputs, der Export von Waren unter den Erzeugerkosten bzw. der Import zu höheren als den Verrechnungspreisen ermöglicht. Die Subventionierung der Mieten, Verkehrsleistungen und Grundnahrungsmittel wurde als Errungenschaft des Sozialismus gesehen, stößt heute aber in allen RGW-Ländern an die Grenze der Finanzierbarkeit. Für diese Zwecke wurde in der DDR 1984 (nach der Preisanhebung beim Ankauf landwirtschaftlicher Produkte) mehr als das Vierfache der haushaltsfinanzierten Investitionen und der Forschung ausgegeben. Etwa in der Größenordnung der Subventionen (ohne Wohnungswirtschaft) bewegen sich die Sozialversicherungsausgaben (trotz des relativ niedrigen Rentenniveaus). Die Subventionen stiegen von 64 Mrd. im Jahre 1980 auf 112 Mrd. für 1985.

Relativ bescheiden nehmen sich die ausgewiesenen Ausgaben für innere und äußere Sicherheit aus, doch

muß angenommen werden, daß ein Teil dieser Ausgaben in den nicht-aufgegliederten Ausgaben (fast ein Viertel des Ausgabenvolumens) sowie in anderen Bereichen (bei Gesundheit z. B. für Militärkrankenhäuser) verborgen wird.

Auch die extrem niedrigen Ansätze für den Verwaltungsaufwand lassen sich nicht ganz aus dem niedrigen Besoldungsniveau erklären, sie täuschen eine Verwaltungseffizienz vor, die es in dieser Weise nicht geben kann; auch hier wird ein erheblicher Teil der Ausgaben nicht sichtbar, da er anderen Bereichen zugerechnet wird (der Partei, den gesellschaftlichen Organisationen wie z. B. den Gewerkschaften oder den wirtschaftlichen Unternehmen).

Der Ideologie entsprechend, müßte ein immer größerer Teil der bisher über den Preis rationierten Güter und Leistungen über das Budget (gesellschaftliche Fonds) kostenlos zur Verfügung gestellt werden, um so schrittweise zu einer kommunistischen Verteilung nach den Bedürfnissen zu gelangen. Doch zeigt die Entwicklung des Budgets diese Richtung nicht; eher zwingt die Haushaltsentwicklung zu einer Konsolidierung durch Abbau kostenloser oder subventionierter Leistungen.

6. Entwicklungstendenzen der öffentlichen Finanzwirtschaft in der Nachkriegszeit

6.1. In der Bundesrepublik Deutschland

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik zeigt ein deutliches Wachstum der Staatsquote vor allem in den 70er Jahren und bestätigt insofern das „Wagner'sche Gesetz" der auch relativ wachsenden Staatstätigkeit. Dieses Wachstum ist vor allem auf die steigenden Transferzahlungen im sozialen Bereich zurückzuführen. Zieht man die Sozialversicherung in die Betrachtung ein, so wird diese Tendenz noch verstärkt, nicht nur wegen zusätzlicher und besserer sozialer Leistungen im Bereich der Rentenversicherung und des Gesundheitswesens („Kostenexplosion"), sondern auch wegen der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung. Das nachlassende, teilweise negative reale Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat auch die Bezugsgröße, das Bruttosozialprodukt, stagnieren lassen (Basiseffekt).

Da ein großer Teil der staatlichen Aktivität aus Dienstleistungen besteht, bei denen nur geringe Produktivitätsfortschritte realisiert werden, jedoch annähernd gleiche Löhne wie im produktiven privaten Sektor gezahlt werden (sog. Baumol'sche Kostenkrankheit), ergibt sich auch aus diesem Grunde eine Verteuerung und ein Wachstum des Budgets selbst bei mengenmäßig gleichbleibenden Leistungen. Die Bildungsexplosion während der 70er Jahre ließ diesen personalintensiven Bereich stark ansteigen, was vor allem die Länderhaushalte belastete.

Schwächer wachsende Steuereinnahmen einerseits und wachsende Ausgaben andererseits öffneten eine Schere, die bei weitgehender Ausschöpfung der Steuerquellen nur durch vermehrte Kreditaufnahme geschlossen werden konnte, die jedoch wegen der wachsenden Schuldendienstzahlungen auch bald an eine ökonomische und politische Grenze stieß und auch jede konjunkturpolitische Aktivität verhinderte. Eine Konsolidierungspolitik mit einer Rücknahme oder Begrenzung des Wachstumstempos der öffentlichen Ausgaben vor allem im Transferbereich kennzeichnet seither die Entwicklung der öffentlichen Haushalte.

6.2. In der DDR

Die Entwicklung des Staatshaushalts der DDR ist durch die verschiedenen Reformmaßnahmen in der Nachkriegszeit bestimmt. Auf der Einnahmenseite zeigt sich das in den Verschiebungen des Gewichts der einzelnen Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft.

Aber auch die Ausgaben für die Wirtschaft sind Spiegelbild der Veränderungen im Lenkungssystem, vor allem der verschiedenen Dezentralisierungs- und Rezentralisierungsmaßnahmen für Investitionen und Forschungsmittel. Durch die Kombinatsbildung wurde in den letzten Jahren wieder eine Dekonzentration, in bescheidenen Grenzen auch eine Dezentralisierung (im Hinblick auf die ökonomischen Entscheidungen) eingeleitet.

Bei globaler Betrachtung des Staatshaushalts ist ferner interessant, daß während der 70er Jahre die Zuwachsrate der öffentlichen Ausgaben über der des Nationaleinkommens lag. Diese Entwicklung war zu Beginn der 70er Jahre auf das Wachstum der zentralen Investitionen sowie der Sozialversicherungsausgaben zurückzuführen, aber auch auf das schnellere Wachstum von Subventionen und Verteidigungsausgaben. Für das Wachstum der Sozialausgaben kann jedoch nicht die demographische Entwicklung und nur beschränkt die Verteuerung der Dienstleistungen verantwortlich gemacht werden.

In den letzten Jahren zeigt sich in der DDR wie in anderen Ländern des RGW, daß das staatliche Subventionierungssytem je länger je mehr auf Finanzierungsschwierigkeiten stößt. Durch Manipulation des Güterangebots (hin zu den teureren Gütern) oder durch die Anhebung der Konsumgüterpreise wird auch hier versucht zu konsolidieren, obwohl der Staatshaushalt der DDR wie derjenige der Sowjetunion wenigstens formal immer mit einem Überschuß abschloß; ob unter den nicht ausgewiesenen Einnahmen kreditähnliche verbucht sind und ob Ausgaben aus dem Budget verlagert wurden, ist nicht bekannt. Die Preispolitik der DDR und die Aufspaltung des

Konsumgütermarktes in einen normalen und einen (politisch problematischen) Markt des „gehobenen" Bedarfs offenbart jedoch, daß es ernste Finanzierungsprobleme gibt.

Literatur

Autorenkollektiv (Ltg. Gebhardt G.): Sozialistische Finanzwirtschaft. Hochschullehrbuch. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1981.

Autorenkollektiv (Ltg. König E.): Das sozialistische Finanzwesen der DDR. Fachschullehrbuch. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1980.

Bielig W.: Steuern in der DDR. In: Sozialistische Finanzwirtschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. H. 4/1976. S. 37f.

Bielig W., Gurtz J.: Die Staatseinnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. H. 16/1974. S. 41f.

Buck H. J.: Die Entwicklung der Staatsfinanzen der DDR 1984. In: Analysen und Berichte. Gesamtdeutsches Institut. Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (Hrsg.). Bonn. H. 10/1985.

derselbe: Das Staatsbudget der DDR für das Haushaltsjahr 1985. In: Analysen und Berichte. Gesamtdeutsches Institut. Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (Hrsg.). Bonn. H. 19/1984.

derselbe: Steuern. In: DDR Handbuch. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.). Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. Bd. 2/1985. S. 1311—1330.

derselbe: Steuerpolitik im Ost-West-Systemvergleich. Berlin. Berlin Verlag. 1982.

Finanzsystem im Sozialismus. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1981.

Gebhardt G. u. a.: Finanzen und Finanzsystem im Sozialismus. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1981.

Gurtz J., Kaltofen G.: Der Staatshaushalt der DDR. Grundriß. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1982.

Gutmann G. (Hrsg.): Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR. Geld-, Finanz- und Preispolitik. Asperg b. Stuttgart. Verlag Meyn. 1983.

Haase H. E.: Grundzüge und Strukturen des Haushaltswesens der DDR. In: Schriftenreihe des Osteuropa-Instituts an der FU Berlin. Berlin. 1978.

derselbe: Hauptsteuern im sozialistischen Wirtschaftssystem. In: Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der FU Berlin. Berlin. Bd. 39/1980.

derselbe: Staatshaushalt. In: DDR Handbuch. Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.). Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. Bd. 2/1985. S. 1280—1296.

derselbe: Steuern im Abgabensystem der DDR. In: FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. H. 1/1977.

derselbe: Zur Besteuerung der Einkommen privater Haushalte in alternativen Wirtschaftssystemen. In: Osteuropa-Wirtschaft. Stuttgart. Deutsche Verlags-Anstalt. H. 2/1981. S. 88—104.

Hartwig K. H.: Steuersystem und Einkommensverteilung. In: Einkommensverteilung im Systemvergleich. Hrsg. Cassel D., Thieme H. J. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 1976. S. 179—192.

Hedtkamp G.: Finanzwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Stuttgart, Tübingen, Göttingen. Fischer, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Vandenhoeck & Ruprecht. Bd. 12/1965. S. 585—591.

Hedtkamp G., **Brodbeck** K.: Finanzwirtschaft der DDR. In: Handbuch der Wirtschaftswissenschaft (HDWW). Stuttgart, New York, Tübingen, Göttingen, Zürich. Gustav Fischer, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Vandenhoeck & Ruprecht. 1981. S. 195—211.

Kaemmel E.: Das Finanzsystem der DDR. In: Handbuch der Finanzwissenschaft (HdF). Hrsg. Gerloff W., Neumark F. Tübingen. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). Bd. 3/1958. S. 396—419.

Kitsche A.: Das Steuersystem in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Gelsenkirchen-Buer. Verlag Neufang. 1960.

Lemmnitz A.: Die Wandlung des Wesens und der Funktionen der Steuern im Sozialismus. In: Deutsche Finanzwirtschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. H. 2/1949. S. 56—62.

Ministerium der Finanzen in der DDR (Hrsg.): Besteuerung des Arbeitseinkommens. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1981.

Rhode E., Siebenhaar H.: Haushalts- und Finanzwirtschaft der Städte und Gemeinden. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1975.

Rzesnitzek F.: Theorie und Entwicklung der Staatseinnahmen in der DDR. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1959.

Scheel H. (Hrsg.): Zur aktiven Rolle der Finanzen. Berlin (Ost). Akademie-Verlag. 1980.

Kapitel IX
Die Außenwirtschaftssysteme

Hans-Heribert Derix, Maria Haendcke-Hoppe

Zusammenfassung

Die Außenwirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist gekennzeichnet durch einen relativ hohen Freiheitsgrad im Außenwirtschaftsverkehr und ein großes Maß an institutionell abgesicherter supranationaler Integration in die Europäische Gemeinschaft. Das für sie konstitutive Gestaltungsprinzip ist der im Außenwirtschaftsgesetz festgelegte Grundsatz der Außenwirtschaftsfreiheit. Entsprechend erfolgt die Koordination der auf den grenzüberschreitenden Handelsverkehr gerichteten Pläne der Einzelwirtschaften durch Marktpreise. Weitgehend außer Kraft gesetzt ist dieser Lenkungsmechanismus allerdings im Gemeinsamen Agrarmarkt der EG.

In der DDR ist dagegen das staatliche Monopol in der Außenwirtschaft Ordnungsmerkmal des Wirtschaftssystems. Das Außenwirtschaftsmonopol dient der Gewährleistung der Leitung und Planung der Außenwirtschaft durch den Staat. Das Recht zur Abwicklung von Außenhandelsgeschäften haben grundsätzlich nur vom Ministerium für Außenhandel autorisierte staatliche Außenhandelsbetriebe.

Mit der Entscheidung für die Freiheit des gren erschreitenden Güteraustauschs korrespondiert in der Bundesrepublik die Freiheit des Zahlungsverkehrs bei voller Konvertibilität. Auch auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs bestehen heute keinerlei außenwirtschaftsrechtliche Beschränkungen. Der Bundesrepublik war daher eine weitgehende Einbindung in das internationale System monetärer Transaktionen möglich.

Aufgrund der geltenden autonomen Preisfestsetzung in der DDR ist die „Mark der DDR" eine nicht konvertible reine Binnenwährung; der dadurch bedingte komplizierte Verrechnungsmodus für Exporterlöse und Importaufwendungen verursacht schwere Bewertungsmängel.

Das Außenwirtschaftsmonopol umfaßt das staatliche Devisenmonopol (Valutamonopol). Alle Devisen sind ausschließlich bei der Staatsbank der DDR und zwei von ihr beauftragten Banken konzentriert.

Internationale monetäre Beziehungen der DDR entstehen primär aus dem Warenverkehr. Dabei ist die DDR in den letzten 15 Jahren sowohl gegenüber den westlichen Industrieländern als auch gegenüber der UdSSR als Kreditnehmer aufgetreten. Umfang und Art des Zahlungsverkehrs sind aufgrund der Geheimhaltung der Zahlungsbilanz nicht bekannt.

Die Außenwirtschaftsordnung der Bundesrepublik wird in erheblichem Maße durch ihre Integration in die Europäischen Gemeinschaften geprägt. Zu nennen sind insbesondere die Einbindung in die gemeinsame Handelspolitik der EG und die Mitgliedschaft im Europäischen Währungssystem. Die Bundesrepublik hat damit auf die Ausübung handels- und währungspolitischer Befugnisse als nationalstaatliche Souveränitätsrechte verzichtet.

Als Gegenstück zur EG-Mitgliedschaft der Bundesrepublik gilt die Mitgliedschaft der DDR im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Dieser ist nicht wie die EG supranational organisiert, es gilt vielmehr das Souveränitätsprinzip. Allerdings herrscht im Gegensatz zur EG durch die politische Übermacht und die Autarkiefähigkeit der UdSSR eine erhebliche Asymmetrie der Interessenlagen. Angesichts der systemspezifischen Hemmnisse, wie die autonomen Preissysteme und die damit verbundenen ungelösten Währungsprobleme, und aufgrund der fehlenden Pla-

nungskompetenz des Rates ist das Integrationsinstrumentarium außerordentlich begrenzt und beschränkt sich auf Kooperation und Koordinierung.

Zwischen EG und RGW wurde 1985 nach längerer Pause eine neue Gesprächsrunde zur Aufnahme offizieller Beziehungen eingeleitet.

Inhalt

		Seite
1.	Prinzipien und rechtliche Grundlage	207
1.1.	Außenhandelsfreiheit als konstitutives Gestaltungsprinzip des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik Deutschland	207
1.1.1.	Das Außenwirtschaftsgesetz als rechtliche Grundlegung der Außenhandelsfreiheit	207
1.1.2.	Das handelspolitische Instrumentarium	208
1.2.	Staatliches Außenwirtschaftsmonopol als konstitutives Prinzip des DDR-Wirtschaftssystems	209
1.2.1.	Die staatliche Außenwirtschaftsorganisation als Garant des Außenwirtschaftsmonopols	209
1.2.2.	Auswirkungen der Reformierung in den 80er Jahren	210
1.2.3.	Das handelspolitische Instrumentarium	211
2.	Preisbildung im Außenhandel	212
2.1.	Die Marktpreisbildung im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland	212
2.2.	Die gespaltenen Preissysteme in der DDR	212
2.2.1.	Die Außenhandelspreisbildung	212
2.2.2.	Die inländische Verrechnung der Außenhandelspreise	212
3.	Monetäre zwischenstaatliche Beziehungen	213
3.1.	Der Geld- und Kapitalmarkt als Ausgleichsmechanismus in der Bundesrepublik Deutschland	213
3.1.1.	Freier Zahlungsverkehr bei voller Konvertibilität	213
3.1.2.	Internationale Kapital- und Kreditbeziehungen	213
3.2.	Der Zahlungsausgleich unter den Bedingungen der DDR-Binnenwährung	214
3.2.1.	Überwiegender bilateraler Ausgleich	214
3.2.2.	Internationale Finanzbeziehungen	214
4.	Integration	215
4.1.	Die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften (EG)	215
4.1.1.	Integrationsziel: Wirtschaftsunion	215
4.1.2.	Supranationale Organe	216
4.1.3.	Methoden und Instrumentarien	216
4.2.	Die DDR als Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)	217
4.2.1.	Ziele und Interessenlage	217
4.2.2.	Souveränitätsprinzip und Koordinierungsorgane	218

Seite

4.2.3. Methoden und Instrumentarien 218

4.3. Verhandlungen zwischen EG und RGW 219

5. Mitgliedschaft in internationalen Wirtschaftsorganisationen 219

5.1. Die Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartner multilateraler Wirtschaftsorganisationen und Abkommen 219

5.2. Bilateralität als herrschendes Prinzip für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der DDR 220

1. Prinzipien und rechtliche Grundlagen

1.1. Außenhandelsfreiheit als konstitutives Gestaltungsprinzip des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik Deutschland

1.1.1. Das Außenwirtschaftsgesetz als rechtliche Grundlage der Außenhandelsfreiheit

Die bestehende Außenwirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist gekennzeichnet durch einen relativ hohen Freiheitsgrad im Außenwirtschaftsverkehr, ein großes Maß an institutionell abgesicherter supranationaler Integration in die Europäische Gemeinschaft und im Rahmen der internationalen Handels- und Währungsbeziehungen durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und im Internationalen Währungsfonds (IMF).

Anders als die sozialistische Verfassung der DDR enthält das Grundgesetz explizit keine Aussagen über die Gestaltung der Außenwirtschaftsordnung. Der Grundsatz der Außenwirtschaftsfreiheit ist im Rahmen der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik vielmehr dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) vom 28. 4. 1961[1] zu entnehmen. Er wird in § 1 Abs. 1 AWG dahingehend umschrieben, daß der Waren-, Dienstleistungs-, Kapital-, Zahlungs- und sonstige Wirtschaftsverkehr mit fremden Wirtschaftsgebieten[2] sowie der Verkehr mit Auslandswerten und Gold zwischen Gebietsansässigen grundsätzlich frei ist.

Der grundlegenden Bedeutung der Außenwirtschaftsfreiheit entsprechend, sind die nach § 1 Abs. 1 Satz 2 AWG zulässigen Beschränkungen gemäß § 2 Abs. 2 AWG nach Art und Umfang auf das Maß zu begrenzen, das nach dem Ermächtigungszweck notwendig ist und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung so wenig wie möglich einschränkt. Unter diesen Voraussetzungen sind allgemeine Beschränkungen außenwirtschaftlicher Rechtsgeschäfte und Handlungen nach den §§ 5–7 AWG zulässig

- zur Erfüllung zwischenstaatlicher Vereinbarungen
- zwecks Vorbeugung oder Abwehr gesamtwirtschaftlich oder sektoral schädlicher Einwirkungen durch Maßnahmen in fremden Wirtschaftsgebieten
- zur Abwehr gesamtwirtschaftlich gefährdender Geld- und Kapitalzuflüsse aus fremden Wirtschaftsgebieten und
- zum Schutz der Sicherheit bzw. der auswärtigen Interessen der Bundesrepublik[3].

Daneben gelten, da das AWG keine abschließende rechtliche Regelung des Wirtschaftsverkehrs mit fremden Wirtschaftsgebieten enthält[4], den Außenwirtschaftsverkehr berührende Vorschriften anderer Gesetze, insbesondere zum Schutz der Gesundheit sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung[5].

Die zur Zeit möglichen rechtlichen Beschränkungen des Außenwirtschaftsverkehrs sind im einzelnen in der Außenwirtschaftsverordnung vom 22. 8. 1961 (AWV)[6] aufgeführt. Während das AWG als Rahmengesetz konzipiert ist, enthält die AWV Ausführungsbestimmungen insbesondere zur Wareneinfuhr-[7] und eine Ausfuhrliste[8].

Die Zuständigkeit für den Erlaß von Rechtsverordnungen liegt nach § 27 AWG bei der Bundesregierung und für die Erteilung von Genehmigungen bei von den Landesregierungen bestimmten Behörden, soweit keine bundeseinheitliche zentrale Entscheidung eine ausschließliche Bundeszuständigkeit erfordert. Auch nachdem seit dem 1. 1. 1970 das Außenwirtschaftsrecht der Bundesrepublik bis auf den Kapitalverkehr im engeren Sinne[9] autonomes europäisches Gemeinschaftsrecht geworden ist, das innerstaatlich unmittelbar verbindlich ist und dabei jedem nationalen Recht eines Mitgliedslandes vorgeht, und insoweit gemäß Art. 113 des EWG-Vertrages die Zuständigkeit für die Handelspolitik auf Organe der Europäischen Gemeinschaft übergegangen ist[10], werden Zuständigkeit und Verfahren bei Genehmigungen, Meldepflichten usw. überwiegend noch durch einzelstaatliches Sonderrecht geregelt. Die entsprechenden Vorschriften des AWG und der AWV über die Ermächtigung zum Erlaß von Verfahrens- und Meldevorschriften sowie die Erteilung von Genehmigungen sind daher weiterhin geltendes Recht.

Kapitel IX

1.1.2. Das handelpolitische Instrumentarium

Die dem Außenwirtschaftsgesetz somit zugrundeliegende Entscheidung zugunsten einer am Grundsatz der Außenhandelsfreiheit (mit Beschränkungsvorbehalt) orientierten Handelspolitik legt — wie schon die zehn Jahre vorher am 1. 10. 1951 mit dem Beitritt zum GATT übernommenen vertraglichen Verpflichtungen — bezüglich der handelspolitischen Instrumente den Verzicht auf den grenzüberschreitenden Verkehr beschränkende be- bzw. entlastende Maßnahmen wie Zölle, Exportsubventionen, Kontingentierungen usw. nahe. Zu solchen, als Handelshemmnisse bezeichneten Instrumenten zählen alle Eingriffe in den außerwirtschaftlichen Güter- und Leistungsverkehr, die — gemessen an der Freihandelssituation — Ausmaß, Struktur und/oder die Richtung der Güter- und Leistungsströme verzerren. Dazu gehören Zölle („tarifäre Handelshemmnisse") wie auch statt dessen oder ergänzend vorgenommene preisbezogene, mengenbeschränkende oder administrative („nicht-tarifäre") Handelshemmnisse. Soweit sie nicht handelsausschließenden Charakter haben, gelten allerdings tarifäre Handelshemmnisse im Unterschied zu anderen, vor allem mengenmäßigen Beschränkungen als mit dem marktwirtschaftlichen System vereinbar, da sie den Marktmechanismus nicht außer Kraft setzen.

Als Mitgliedstaat der durch den Abschluß der Römischen Verträge am 25. März 1957 begründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ist die Bundesrepublik auch Mitglied der als Kernstück des Gemeinsamen Marktes angesehenen Zollunion der EG. Mit diesem Zusammenschluß der EG-Länder zu einem einheitlichen Zollgebiet verbunden waren die Beseitigung der Binnenzölle zwischen den Mitgliedsstaaten, die Schaffung eines gemeinsamen Außenzolltarifs gegenüber Drittländern[11] und die Verteilung der Zolleinnahmen unter den Mitgliedsstaaten nach einem von ihnen vereinbarten Schlüssel. Zugleich mit der Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs am 1. Juli 1968 ist auch die Zolltarifhoheit der Mitgliedstaaten auf die Gemeinschaft übergegangen. Nachdem die ursprünglichen Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs bereits als Ergebnis der Zollsenkungsverhandlungen im Rahmen der sogenannten Kennedy-Runde (1964—1967) um durchschnittlich 35 vH gesenkt worden waren, sehen die 1979 als Ergebnis der Tokyo-Runde des GATT beschlossenen Zollsenkungen eine schrittweise weitere Reduzierung der Zölle um rund 1/3 über einen Zeitraum von acht Jahren ab 1980 vor[12].

Schon nach Art. XI der GATT-Regeln sind mengenmäßige Beschränkungen der Ein- und Ausfuhr wie auch Einfuhr- und Ausfuhrbewilligungen grundsätzlich verboten. Innerhalb der EG wurden am 31. 12. 1961 zusammen mit den Ausfuhrbeschränkungen auch die Einfuhrkontingente vollständig beseitigt[13]. Seither sind innerhalb der Grenzen der EG Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverbote oder -beschränkungen seitens der Mitgliedstaaten nur noch nach Art. 36 des EWG-Vertrages zulässig, u. a. aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutz von Leben und Gesundheit usw.

Unter den rein mengenmäßigen Instrumenten der Einfuhrpolitik sind zum einen mit Exportländern vereinbarte Selbstbeschränkungen über Einfuhren in die Gemeinschaft zu erwähnen. Zum anderen sind hier zu nennen Beschränkungen aufgrund von Schutz-, Notstands- oder Ausweichklauseln sowohl gegenüber Drittländern als auch gegenüber Mitgliedern der Gemeinschaft. Nach dem endgültigen Übergang der handelspolitischen Kompetenzen auf die EG-Organe werden seit dem 1. 1. 1975 im Rahmen der „autonomen Einfuhrpolitik" gegenüber den Staatshandelsländern die Kontingentslisten gemeinschaftlich geführt und durch den Rat auf Initiative der Regierungen und unter Berücksichtigung der nationalen Interessen modifiziert. Dadurch sollen die Unterschiede zwischen den nationalen Regelungen abgebaut, zumindest aber soll im Rahmen von Konsultationsverfahren eine gewisse Koordinierung erreicht werden.

Während Ausfuhrbeschränkungen der EG gegenüber Drittländern nur in Einzelfällen vorkommen und entsprechend Art. XVI (Abschnitt B) des GATT eine offene Exportförderung vermieden wird, sind sogenannte versteckte oder indirekte Exportsubventionen als Exportförderungsmaßnahmen nicht selten. Zu nennen sind hier u. a. staatliche Kreditbeihilfen und -garantien, staatliche Kreditversicherungen sowie die Übernahme von Wechselkurs- und Preisrisiken durch öffentliche Institutionen.

Die nichttarifären Handelshemmnisse sind vor allem technischer und administrativer Art. Um im Gemeinsamen Markt binnenmarktähnliche Verhältnisse zu schaffen, müßten auch sie beseitigt werden. Ein Abbau technischer Handelshemmnisse, insbesondere technischer Sicherheitsvorschriften und Industrienormen setzt hier ebenso wie der von administrativen Vorschriften, internen Verwaltungsanweisungen und Behinderungen des Außenhandels durch die Verwaltungspraxis, vornehmlich der Zollbehörden, zunächst die Vereinheitlichung der entsprechenden Normen seitens der Gemeinschaft voraus. Seit entsprechenden „Allgemeinen Programmen" des EG-Rates aus dem Jahre 1969 wurden bisher vom Rat ca. 150, von der EG-Kommission 43 Richtlinien verabschiedet; im Bereich des EGKS-Vertrages[14] sind für bestimmte Eisen- und Stahlerzeugnisse bereits 150 Euronormen festgelegt[15]. Die Bemühungen der EG-Kommission um den Abbau administrativer Handelshemmnisse beschränkten sich bisher auf eine möglichst weitgehende Vereinfachung und Vereinheitlichung der Kontrollverfahren[16], da eine Beseitigung durch die Abschaffung innergemeinschaftlicher Grenzkontrollen zwar als wünschenswert, aber derzeit nicht realisierbar gilt.

In ihrer Außenhandelspolitik bedient sich die Bundesrepublik Deutschland unterschiedlicher Rechtsformen: des Handelsvertrages, des Handelsabkommens und — insbesondere im intersystemaren Rechtsverkehr mit Staatshandelsländern[17] — des Kooperationsabkommens.

Die Handelsverträge beschränken sich weitgehend auf die längerfristig angelegte rechtliche Festlegung

des ordnungspolitischen Rahmens des zwischenstaatlichen Leistungsaustauschs. Handelsabkommen hingegen enthalten regelmäßig laufende detaillierte Vereinbarungen über Umfang, Zusammensetzung und Abwicklung des gegenseitigen Warenaustausches. Seit dem 1. 1. 1970 mit Inkrafttreten des Art. 113 des EWG-Vertrages liegt allerdings die handelspolitische Kompetenz für den Abschluß bilateraler wie multilateraler Handelsabkommen bei der Europäischen Gemeinschaft; seit dem 1. 1. 1973 ist die Gemeinschaft auch für den Abschluß solcher Abkommen mit Staatshandelsländern zuständig.

Während im RGW die einzelnen Mitgliedstaaten für den Drittlandshandel einschließlich des Westhandels die alleinige Zuständigkeit besitzen, sind die EG-Mitgliedstaaten daher bei Handelsabkommen auf die Mitwirkung ihrer Vertreter in den Gemeinschaftsorganen an Gestaltung und Ausführung der Abkommen beschränkt.

Trotz jahrelanger beiderseitiger Bemühungen um eine „Normalisierung" ihres Verhältnisses besteht jedoch noch immer zwischen EG und RGW ein vertragsloser Zustand. Die Ursachen dafür liegen zum einen in der — seitens der EG hervorgehobenen — fehlenden Eigenschaft der Supranationalität des RGW und der daher nicht gegebenen Handlungskompetenz des RGW für seine Mitglieder, vor allem aber in den Befürchtungen der EG-Länder hinsichtlich einer noch stärkeren Beschränkung der ohnehin eingeschränkten Handlungsfreiheit der kleineren RGW-Länder. Zum anderen sind hier die langjährigen Vorbehalte des RGW gegenüber der ausschließlichen handelspolitischen Zuständigkeit der EG zu nennen.

Die EG-Länder haben daher im Zeichen der westlichen Entspannungspolitik und des zunehmenden Konkurrenzkampfes um neue Auslandsmärkte durch den Abschluß bilateraler Kooperationsverträge, für die keine volle Gemeinschaftskompetenz besteht, sondern nur eine Konsultationspflicht, die Zuständigkeit der Gemeinschaft unterlaufen. So liegt auch seitens der Bundesrepublik der Schwerpunkt der Vereinbarungen im Außenwirtschaftsverkehr mit den Staatshandelsländern seit den siebziger Jahren auf den langfristigen Kooperationsabkommen als „pragmatische Antwort auf bestimmte Erfordernisse und Möglichkeiten, die für den Ost-West-Handel kennzeichnend sind"[18]. Formen und Methoden dieser inhaltlich über die in Handelsabkommen üblicherweise geregelten Fragen hinausgehenden, nämlich langfristig angelegten Vereinbarungen wirtschaftlicher, technischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit, werden maßgeblich durch die besonderen ordnungspolitischen Bedingungen der Staatshandelsländer bestimmt. So sind allen Kooperationsabkommen gemeinsam der Abschluß für eine längere Zeitdauer (mindestens 10 Jahre), ein über den bloßen Kauf und Verkauf von Gütern und Leistungen hinausgehendes Kooperationsziel[19] und die Mitwirkung der Regierungen bei Zustandekommen und Durchführung der Zusammenarbeit[20].

1.2. Staatliches Außenwirtschaftsmonopol als konstitutives Prinzip des DDR-Wirtschaftssystems

1.2.1. Die staatliche Außenwirtschaftsorganisation als Garant des Außenwirtschaftsmonopols

Dem Prinzip der individuellen Außenhandelsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland steht in der DDR das staatliche Monopol in der Außenwirtschaft (Staatshandelsland) gegenüber. Unmittelbar nach dem Ende des II. Weltkrieges wurde im Zuge der Übertragung des sowjetischen Wirtschaftssystems auf die damalige SBZ auch das von Lenin als „eine Kommandohöhe der Wirtschaft" definierte staatliche Außenhandelsmonopol installiert. Damals wie heute gilt es als „die spezifische Form absoluter Gewährleistung der Leitung und Planung des Außenhandels durch die sozialistische Staatsmacht"[21]. Seine umfassende gesetzliche Regelung fand das Außenhandelsmonopol viel später im „Gesetz über den Außenhandel" von 1958[22], erst in der DDR-Verfasung von 1968 wurde es in Art. 9 Abs. 5 als staatliches Außenwirtschaftsmonopol verankert.

Diese begriffliche Erweiterung sollte den ständig wachsenden, über den reinen Handel hinausgehenden außenwirtschaftlichen Beziehungen Rechnung tragen. Als Ergebnis der Reformperiode der 60er Jahre hatte außerdem in allen „sozialistischen" Ländern die Außenwirtschaft einen Funktionswandel vom reinen Ergänzungsfaktor (Lückenbüßer) für die nationale Wirtschaft zum Wachstumsfaktor erfahren.

Das Außenwirtschaftsmonopol umfaßt neben dem Außenhandelsmonopol das staatliche Devisenmonopol (Valutamonopol) und das Außenhandelstransportmonopol.

Die Funktion des Außenwirtschaftsmonopols, die nicht mit den Funktionen der Außenwirtschaft identisch ist, sind aus der Sicht der DDR:

- die staatliche Außenwirtschaftspolitik durchzusetzen
- die institutionelle und verfahrensmäßige Durchführung von Handels-, Dienstleistungs- und Kapitalbeziehungen in staatlicher Regie zu gewährleisten
- die Wirtschaftsorgane der DDR vor systemzerstörenden Einflüssen zu schützen
- den grenzüberschreitenden Personenverkehr zu reglementieren und zu kontrollieren.

Institutionell bedeutet der Monopolbegriff nicht, wie etwa in den Anfängen der Sowjetunion, daß für die Planung, Leitung und Durchführung außenwirtschaftlicher Aktivitäten ein einziges staatliches Organ zuständig ist, sondern daß bei zentraler Leitung durch ein Staatsorgan die operative Durchführung speziellen untergeordneten staatlichen Organen übertragen wird. An der Spitze der staatlichen Außenwirtschaftsorganisation stehen die höchsten Staatsorgane. Neben der Volkskammer und dem Staatsrat, denen vornehmlich die völkerrechtliche Vertretung

zukommt, ist das der Ministerrat der DDR, der weitreichende Kompetenzen für Außenwirtschaft und Außenwirtschaftspolitik hat. Diese sind allerdings immer durch die im Rahmen des Politbüros der SED gefällten Grundsatzentscheidungen abgesteckt.

Wichtigstes zentrales Organ des Ministerrates für die Planung ist dabei die Staatliche Plankommission (SPK). Diese ist im Rahmen der Volkswirtschaftsplanung auch für die Planung der Außenwirtschaft und die Koordinierung im RGW zuständig. Die SPK balanciert die volkswirtschaftlich wichtigen Exporte und Importe aus und plant in Abstimmung mit dem Ministerium für Außenhandel (MAH) und dem Ministerium der Finanzen die Zahlungsbilanz.

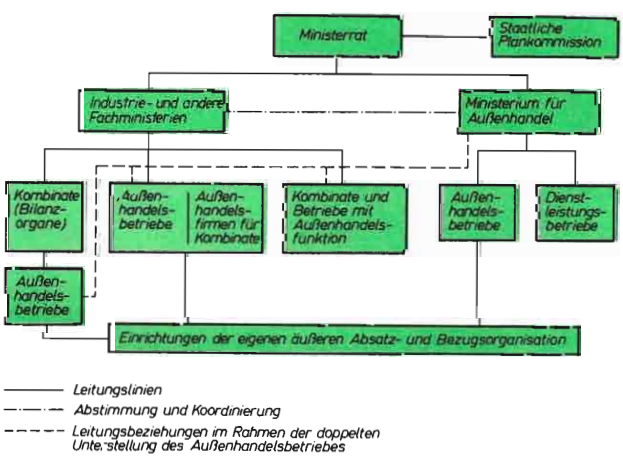
An der Spitze der dem Ministerrat unterstellten zentralen wirtschaftsleitenden Staatsorgane stehen die Industrieministerien und das Ministerium für Außenhandel (MAH), letzteres war bis zur Reform allein verantwortlich für:

- die Ausarbeitung des Außenhandelsplanes
- die Planung der Exporte und Importe nach unterschiedlichen Währungsgebieten („sozialistische" und „nichtsozialistische" Währungen)
- die Realisierung der geplanten Devisenerlöse
- die Leitung der Absatz- und Bezugsorgane im Ausland
- die Genehmigung internationaler Wirtschaftsverträge[23].

Für die Durchführung bestimmter Aufgaben sind dem MAH juristisch selbständige Organe unterstellt. Dazu gehören die Kammer für Außenhandel der DDR, das Amt für Außenwirtschaft und das Zentrale Büro für Internationalen Lizenzhandel der DDR. Die wichtigste Rolle spielen die dem MAH unterstellten juristisch selbständigen staatlichen Außenhandelsbetriebe (AHB), die grundsätzlich das alleinige Recht haben, Außenhandelsgeschäfte abzuschließen (Außenhandelsfunktion)[24].

Schaubild 19

Die Leitung und Planung sozialistischer Außenwirtschaftsbeziehungen



Quelle: Autorenkollektiv: Sozialistische Außenwirtschaft (Lehrbuch) Berlin (Ost) 1985, S. 305

Die organisatorische Ausgestaltung des staatlichen Monopols in der Außenwirtschaft hat seit Anfang der 80er Jahre erhebliche Veränderungen erfahren. Im Zusammenhang mit der Kombinatsum- und -neubildung kam es zu einer völligen Reorganisation des unflexiblen staatlichen Außenhandelsapparates. Mit dem 1. 1. 1981 wurden fast alle AHB aus der bis dahin alleinigen Kompetenz des MAH herausgelöst und entweder auch den jeweiligen Industrie- und Fachministerien oder aber direkt den Generaldirektoren der Kombinate unterstellt oder neu gegründet.

In den AHB, die den Industrieministerien unterstellt sind, sind branchenspezifische Außenhandelsbereiche (unselbständige Firmen) eingerichtet und den ihren Leistungsprogrammen entsprechenden Kombinaten zugeordnet worden.

1.2.2. Auswirkungen der Reformierung in den 80er Jahren

Die geschilderte bisher umfassendste Reformierung der organisatorischen Ausgestaltung des staatlichen Außenwirtschaftsmonopols — in der DDR „Vervollkommnung des Monopols" genannt — bedeutet noch keine grundsätzliche Veränderung des Systems, stellt aber dennoch eine bemerkenswerte Modifikation innerhalb des Systems dar.

1. Die rd. 30 beim MAH konzentrierten, streng zentralistisch aufgebauten „Mammut-AHB" wurden von einer facettenreichen, der Produktionspalette der Kombinate angepaßten absatzorientierten Organisation von 62 spezialisierten AHB abgelöst.

2. Die Doppelunterstellung der AHB unter das MAH und die Fachministerien beinhaltet eine Übertragung der bisher oben angeführten alleinigen Verantwortlichkeit des MAH zur Wahrnehmung und Durchsetzung des staatlichen Monopols nunmehr auch auf die Industrieministerien[25]. In der Praxis wird davon ein Zwang zur besseren Koordinierung von Außenhandel und Industrie erwartet.

3. Die Verlagerung der Verantwortung bedeutet nicht gleichzeitig eine Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse im Außenhandel auf die Ebene der Produktionsbetriebe, wie sie in der Reform der 60er Jahre konzipiert, aber wegen der damit verbundenen erheblichen Kollision mit dem staatlichen Außenwirtschaftsmonopol nur vereinzelt realisiert wurde. Damals wurde einigen wenigen Produktionsbetrieben die Außenhandelsfunktion direkt erteilt (z. B. Carl Zeiß, Jena).

   Gegenwärtig sind nur wenige Kombinate und Betriebe bekannt, die die Außenhandelsfunktion besitzen und ohne Vermittlung eines AHB Außenhandelsgeschäfte tätigen können. Neben der Außenhandelsfunktion gibt es noch die jederzeit widerrufbare Übertragung des Abschlusses von Außenhandelsverträgen (Eigengeschäftstätigkeit)

an Kombinate (ohne eigenen AHB) und Betriebe unter der Regie des zuständigen AHB.

Alle übrigen zentralgeleiteten Betriebe und Kombinate schließen ausfuhrseitig mit dem AHB weiter Exportkommissionsverträge ab (Außenhandelsbinnenbeziehungen). Die AHB verkaufen die Ware an den ausländischen Partner dann in eigenem Namen auf Rechnung des inländischen Produzenten. Eine Neuerung besteht allerdings darin, daß der Betriebsdirektor erstmalig im Gegensatz zu früher auf sein Verlangen oder das des AHB an den Verhandlungen mit den ausländischen Partnern beteiligt werden kann[26].

Die seit der Einführung des staatlichen Monopols bestehende strikte organisatorische Trennung von Außenhandel und Produktion ist durch diese Reformmaßnahmen sichtbar gemildert worden. Wie bei den Reformbemühungen der 60er Jahre ist allerdings die ausschließliche Beschränkung auf den Export charakteristisch. Importseitig besteht vornehmlich wegen der ständig angespannten Devisenlage die strikte Trennung von Außenhandel und Produktion fort. So wird der Import durch die AHB nach wie vor in eigenem Namen und auf eigene Rechnung abgewickelt.

Für die Bildung eines AHB im Kombinat ist bisher die einzige Rechtsgrundlage die Kombinatsverordnung. Durch die fehlende rechtliche Ausgestaltung des Unterstellungsverhältnisses unter das Kombinat und die Industrieministerien einerseits und das MAH andererseits sind zusätzliche Kompetenzkonflikte vorprogrammiert.

1.2.3. Das handelspolitische Instrumentarium

Die vorangegangene Darstellung galt dem staatlichen Außenwirtschaftsmonopol als Ordnungsmerkmal des DDR-Wirtschaftssystems und seiner organisatorischen Ausgestaltung. Daneben ist es gleichzeitig übergeordnetes Instrument zur Durchsetzung der „sozialistischen" Außenwirtschafts- und Außenhandelspolitik. Vornehmlich in der Entstehungszeit des staatlichen Außenhandelsmonopols in der UdSSR bestand seine Hauptfunktion im Schutz der nationalen Produktion. Angesichts der Rohstoffpreisturbulenzen auf den Weltmärkten seit Mitte der 70er Jahre wird diese Schutzfunktion des Monopols wieder besonders hervorgehoben. Seine entscheidende Funktion hat das Außenwirtschaftsmonopol aber als Instrument zur Sicherung des Systems der zentralen Planung.

Die Verbindlichkeit der zentralen staatlichen Planaufgaben für Exporte und Importe nach Menge, Wert, Struktur und Region und die Abwicklung der Außenhandelsgeschäfte durch den staatlichen Außenhandelsapparat ersetzen klassische Instrumente wie Kontingente und Einfuhrzölle.

Ein weiteres wesentliches Instrument zur Durchsetzung der staatlichen Außenhandelspolitik und der zentralen Planung sind die Handelsabkommen. Insbesondere deren Langfristigkeit ist wichtige Voraussetzung für die Außenhandelsplanung. Mit Ländern gleichartiger Wirtschaftssysteme, wie vor allem den RGW-Partnern oder anderen zentralgeplanten Volkswirtschaften, ist hier eine ähnliche Interessenlage gegeben. Dementsprechend werden in zeitlicher Abstimmung mit den mittelfristigen Planperioden (Fünfjahrpläne) Handelsabkommen abgeschlossen, die durch jährliche Warenprotokolle spezifiziert oder, wenn notwendig, auch korrigiert werden. Unter diesen Voraussetzungen werden reichlich zwei Drittel des DDR-Außenhandelsumsatzes langfristig vertraglich bilateral festgelegt und geplant. Die Nachteile dieses starren Systems zeigten sich seit Mitte der 70er Jahre besonders deutlich, als aufgrund von Lieferausfällen (polnische Krise, Kürzung sowjetischer Lieferungen) für die DDR Produktionsstörungen auftraten.

Auch mit den übrigen Ländern besteht aus Gründen der Planung höchstes Interesse an möglichst langfristigen Abkommen, dabei können reine Handelsverträge seit 1975 nur noch mit Nicht-EG-Mitgliedern abgeschlossen werden. Mit EG-Ländern werden seither Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit (Kooperationsabkommen) vereinbart.

Das Auftreten als nationaler Nachfragemonopolist ermöglicht der DDR theoretisch, auf internationalen Märkten die Preispolitik als handelspolitisches Instrument einzusetzen. Bei geschickter Ausnutzung der Marktsituation könnten die Importpreise in begrenztem Maße beeinflußt werden. In der Praxis ist die Marktposition der DDR meistens zu schwach. Im Rahmen der westlichen Konjunkturkrisen mit der sie begleitenden Arbeitslosigkeit gelang es der DDR zunehmend, ihre Importe mit Abnahmeverpflichtungen der Lieferanten für DDR-Waren zu koppeln. Diese Methode — unter dem Stichwort Kompensations- und Gegengeschäfte bekannt — dient der DDR und anderen Staatshandelsländern seit Mitte der 70er Jahre als Hauptinstrument zur Überbrückung der eigenen Marktschwächen auf dem Weltmarkt. Das nationale Angebotsmonopol ermöglicht gezielte Preisunterbietungen bis hin zum Dumping.

Wegen der Vertragspreise im RGW-Handel besteht ein Spielraum in der Preispolitik grundsätzlich nur bei zusätzlich zu den Abkommen vereinbarten Lieferungen.

Aufgrund der oben dargestellten Steuerung über Mengen- sowie Wert- und Regionalplanung des Außenhandels sind Zölle im kommerziellen Warenverkehr überflüssig. Die von der DDR stets geforderte und häufig erreichte Vereinbarung der Meistbegünstigung ist daher in der Regel ein einseitiger Vorteil für die DDR. Das dennoch umfangreiche Zollrecht der DDR regelt zum einen detailliert die Kontrolle des grenzüberschreitenden Warenverkehrs, zum anderen die Erhebung von Zöllen und Genehmigungsgebühren im Personenreiseverkehr und im Postverkehr[27]. Sowohl bei der individuellen Ausfuhr als auch bei der Einfuhr bestehen im Personenreiseverkehr umfangreiche Verbote.

2. Preisbildung im Außenhandel

2.1. Die Marktpreisbildung im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland

Der ordnungspolitischen Grundentscheidung für einen freiheitlichen Außenwirtschaftsverkehr entsprechend erfolgt auch die Koordination der auf den grenzüberschreitenden Handelsverkehr gerichteten Pläne der Einzelwirtschaften durch Marktpreise. In diesem Koordinationsprozeß sollen die Preise neben der Abstimmungsfunktion zwei weitere Funktionen erfüllen: die Information der Marktteilnehmer über die relative Knappheit der Güter und deren Veränderungen und die entsprechende Lenkung der knappen Ressourcen in optimale Verwendungen.

Weitgehend außer Kraft gesetzt ist dieser Lenkungsmechanismus bei den Preisen für landwirtschaftliche Produkte. So gelten im Gemeinsamen Agrarmarkt der EG vom Ministerrat festgelegte Richtpreise. Der Richtpreis ist der Preis, der für in der Gemeinschaft erzeugte Agrarprodukte erzielt werden soll. Zu dem davon abgeleiteten Schwellenpreis dürfen die betreffenden Agrarprodukte in die Gemeinschaft eingeführt werden. Er ist für die Berechnung der variablen Abschöpfungen und Erstattungen bei der Ein- und Ausfuhr von Agrarerzeugnissen maßgebend[28]. Diese errechnen sich nämlich aus der Differenz zwischen dem Schwellenpreis und dem Angebotspreis der eingeführten Produkte frei Grenze[29]. So werden beispielsweise niedrigere Preise für Agrargüter aus Drittländern durch die sogenannten Abschöpfungen auf das Niveau des Schwellenpreises hochgeschleust und schirmen so die Landwirte in der Gemeinschaft vor ausländischem Preiswettbewerb ab. Ebenso dem Schutz der inländischen Erzeuger dient der Interventionspreis als staatlich garantierter Mindestpreis, der in der Gemeinschaft nicht unterschritten werden darf. Zu diesem Preis müssen deshalb die Interventionsstellen die ihnen angebotenen Agrarerzeugnisse ankaufen[30].

2.2. Gespaltene Preissysteme in der DDR

Typisches Merkmal des DDR-Außenwirtschaftssystems ist nicht nur die durch das staatliche Außenwirtschaftsmonopol bedingte — inzwischen zwar gelokkerte — organisatorische Trennung von Produktion und Außenhandel, sondern auch die auf dem Binnencharakter der „Mark der DDR" basierende Trennung von Binnen- und Außenhandelspreisen.

2.2.1. Die Außenhandelspreisbildung

Im Handel mit „sozialistischen", d. h. vornehmlich mit den RGW-Ländern, und „nichtsozialistischen" Ländern gelten unterschiedliche Preisbildungsprinzipien.

Der Handel mit den RGW-Ländern wird zu Vertragspreisen abgewickelt. Aufgrund der fehlenden Konvertibilität aller RGW-Währungen ist die Festsetzung der Vertragspreise außerordentlich kompliziert. Deshalb wird der überwiegende Teil dieser Preise auf der Basis der Weltmarktpreise (Preise auf den jeweiligen Hauptwarenmärkten) gebildet. Bis 1975 galt dafür die sogenannte Bukarester Preisformel[31], dabei wurden in der Regel konstante Preise für eine fünfjährige Periode festgelegt, die auf den Durchschnittsweltmarktpreisen der der Abkommenperiode vorangegangenen fünf Jahre basierten. Als Folge der Rohstoff- und insbesondere der Erdölpreisexplosionen wurde 1975 die Bukarester Preisformel von der sogenannten Moskauer Preisformel abgelöst[32], seither werden die Vertragspreise alljährlich verändert, und zwar ab 1976 auf der Basis der durchschnittlichen Weltmarktpreise der dem jeweiligen Planjahr vorangegangenen fünf Jahre[33]. Durch diese gleitende alljährliche Preisanpassung im RGW wirken die raschen Weltmarktpreissteigerungen der 70er Jahre zwar verzögert auf den RGW-Außenhandel, das gleiche gilt aber auch für die Preissenkungen der 80er Jahre. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen hinken entsprechend nach. So setzten z. B. die rigorosen Energiesparmaßnahmen in der DDR erst 1981 ein.

Die Preise im Handel mit den übrigen „sozialistischen Ländern", das ist vor allem Jugoslawien, orientieren sich an den aktuellen Weltmarktpreisen. Für den Handel mit den „nichtsozialistischen" Ländern gilt die Marktpreisbildung. Im Handel mit diesen Ländern wird ein flexibles Reagieren auf die schnellen Veränderungen des internationalen Preisgefüges durch die systembedingte mangelhafte Preisorientierung der AHB erschwert. Das unter Wettbewerbsbedingungen selbstverständliche Verhalten, zu den günstigsten Preisen zu exportieren, muß in Staatshandelsländern wie der DDR erst von oben verordnet werden. So besteht seit dem X. Parteitag der SED die ausdrückliche Forderung: „. . . zu gewährleisten, daß die Exporterzeugnisse zu vorteilhaften Preisen und Bedingungen verkauft werden"[34]. Gerade hinsichtlich der sogenannten Auslandspreisarbeit und der bisher völlig unzulänglichen Marktforschungspraktiken wird von der produktionsorientierten Reformierung der Außenhandelsorganisation ab 1981 eine erhebliche Verbesserung erwartet.

2.2.2. Die inländische Verrechnung der Außenhandelspreise

Bis zur Reformperiode der 60er Jahre wurden jegliche Einflüsse von Außenhandelspreisen nicht nur auf das Binnenpreisniveau, sondern vor allem auch auf das Betriebsergebnis der Produktionsbetriebe automatisch ausgeschaltet. Der Produktionsbetrieb hatte seinen Plan durch Ablieferung geplanter Warenmengen

zu Binnenpreisen an den AHB erfüllt. Der Ausgleich von Gewinn oder Verlust aus dem Export erfolgte für den AHB aus dem Staatshaushalt über das Preisausgleichskonto. Eine Messung der betrieblichen Exportrentabilität war nicht möglich. Die unter dem Slogan „Konfrontation der einheimischen Produzenten mit den Weltmarktbedingungen" durchgeführte Außenhandelsreform der 60er Jahre brachte als wichtigstes Ergebnis die Einbeziehung der im Export erzielten Erlöse in die betriebliche Abrechnung, die Bildung des sogenannten einheitlichen Betriebsergebnisses. Voraussetzungen dafür waren die Erteilung von wertmäßigen Exportplanauflagen nicht mehr zu Binnenpreisen, sondern zu Devisenverrechnungspreisen, den sogenannten Valutagegenwerten, und die Veränderung der rechtlichen Beziehungen zwischen AHB und Produktionsbetrieb. Wie bereits erwähnt, verkaufen diese seither auf der Basis von Exportkommissionsverträgen die Waren auf Rechnung des Produzenten im Ausland.

Bereits im Experimentierstadium der Reform stellte sich heraus, daß die „Exporterlöse" nicht ungefiltert in das Betriebssystem eingehen konnten. So ergaben sich vor allem aufgrund des gespaltenen Binnen- und Auslandspreisniveaus zu starke Verzerrungen für das einheitliche Betriebsergebnis. Deshalb werden seither regional und nach Währungen differenzierte Umrechnungskoeffizienten angewendet, die wiederum den Einfluß des tatsächlichen Exporterlöses auf das einheitliche Betriebsergebnis stark verwässern. Die Devisenverrechnungspreise werden ausschließlich im Export angewendet. Die Importe werden bei den Betrieben nach wie vor zu Inlandspreisen (Importabgabepreisen) verrechnet. Wurden diese Importabgabepreise bis in die 70er Jahre generell an das binnenländische Preisniveau (sogenannte Relationspreisbildung) angepaßt, gilt heute grundsätzlich der Importaufwandspreis, um die internationale Preisentwicklung „sichtbar zu machen" [35].

Die fehlende Konvertibilität der Mark der DDR und der dadurch notwendige komplizierte Verrechnungsmodus für Exporterlöse und Importaufwendungen in Verbindung mit dem ungelösten binnenländischen Preisproblem sind Ursache für schwere ökonomische Bewertungsmängel. So ist z. B. die Exportrentabilität der inländischen Produzenten ebensowenig exakt meßbar wie zweigspezifische Exportverflechtungen. Gravierende Mängel weist auch die DDR-Außenhandelsstatistik auf, da die Exporterlöse und Importaufwendungen im Gegensatz zu allen anderen statistischen Ausweisen in einer fiktiven statistischen Recheneinheit, der Valutamark (VM), ausgedrückt werden. Die Relation dieser Valutamark zur Binnenmark ist aber Staatsgeheimnis. Die Außenhandelsverflechtung der DDR-Volkswirtschaft (Relation von Export zu Nationaleinkommen) kann daher nur unzureichend festgestellt werden.

3. Monetäre zwischenstaatliche Beziehungen

3.1. Der Geld- und Kapitalmarkt als Ausgleichsmechanismus in der Bundesrepublik Deutschland

3.1.1. Freier Zahlungsverkehr bei voller Konvertibilität

Mit der Entscheidung für einen freien grenzüberschreitenden Güteraustausch korrespondiert in der Bundesrepublik Deutschland seit 1958 die Freiheit des Zahlungsverkehrs, d. h. die Möglichkeit, die eigene Währung und ausländische Valuten in eine andere umzutauschen und über diese frei zu verfügen. Die in der Bundesrepublik bestehende Vollkonvertibilität gilt für alle (auch die aufgrund von Kapitaltransaktionen entstehenden) Guthaben von Inländern (Inländerkonvertibilität) und von Ausländern (Ausländerkonvertibilität).

Der grundsätzlich freie zwischenstaatliche Zahlungsverkehr kann nach § 1 Abs. 1 AWG nur ausnahmsweise beschränkt werden. So kann nach § 6a AWG zur Abwehr unerwünschter Geld- und Kapitalzuflüsse Inländern auferlegt werden, bei der Aufnahme eines Auslandskredits einen bestimmten Vomhundertsatz zinslos bei der Bundesbank zu deponieren. Eine solche Bardepotpflicht bestand in der Bundesrepublik nur in den Jahren 1972 bis 1974. Seither ist von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht worden.

3.1.2. Internationale Kapital- und Kreditbeziehungen

Grad und Bedeutung der Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland mit den internationalen Kapitalmärkten [36] werden nicht zuletzt daran deutlich, daß die DM derzeit die zweitwichtigste Reservewährung der Welt ist, die Bundesrepublik die dritthöchste Quote im Internationalen Währungsfonds (IMF) hat und aufgrund ihrer erheblichen Kreditengagements beim IMF, der Weltbank und seitens des privaten Bankensystems zu den gewichtigsten Gläubigerländern der Welt zählt. Die ausländischen Geld- und Kapitalanlagen in DM am Euromarkt wie in der Bundesrepublik selbst sind bis heute stetig gestiegen. Auf den internationalen Anleihemärkten nimmt die DM als Emissionswährung den dritten Platz ein.

Eine so weitgehende Einbindung in das internationale System monetärer Transaktionen und der verstärkte finanzielle Verbund der Bundesrepublik mit der übrigen Welt setzen die Freizügigkeit des Kapitalverkehrs mit fremden Wirtschaftsgebieten voraus.

Tatsächlich sind in der Bundesrepublik nur in den ausdrücklich im AWG vorgesehenen Fällen Beschränkungen des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs zulässig.

Seit Mai 1981 bestehen in der Bundesrepublik auch auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs keinerlei außenwirtschaftliche Beschränkungen mehr.

3.2. Der Zahlungsausgleich unter den Bedingungen der DDR-Binnenwährung

3.2.1. Überwiegender bilateraler Ausgleich

Internationale monetäre Beziehungen entstehen in der DDR primär durch den Außenhandel und grenzüberschreitende Dienstleistungen. Wichtigstes Instrument zur Regelung zwischenstaatlicher monetärer Beziehungen ist in der DDR das staatliche Devisenmonopol (Valutamonopol). Die konkrete Ausgestaltung des Devisenmonopols ist im Devisengesetz[37] verankert. Seine Hauptmerkmale entsprechen denen des staatlichen Außenhandelsmonopols.

- Alle Devisen sind ausschließlich bei staatlichen Organen konzentriert. Es sind dies die Staatsbank der DDR und die von ihr beauftragte Deutsche Außenhandelsbank AG (DABA) sowie die Deutsche Handelsbank AG.
- Alle Devisen-Transaktionen werden auf der Basis des staatlichen Valutaplanes durchgeführt.
- Ausfuhr und Einfuhr von fremden Währungen sind reglementiert.
- Die Ausfuhr und Einfuhr von „Mark der DDR" durch Privatpersonen ist verboten.

Zur Durchführung der Transaktionen werden „Valutafonds" gebildet, deren Struktur sich nach dem Einsatz richtet, z. B. transferable Rubel zur multilateralen Verrechnung im RGW, konvertierbare Währungen und nicht konvertierbare bilateral gebundene Verrechnungswährungen. Neben der Struktur des Valutafonds wird außerdem nach dem Verwendungszweck bzw. nach der Entstehung in kommerzielle (Handel) und nichtkommerzielle Leistungen (Tourismus, Unterhalt diplomatischer Vertretungen u.ä.) unterschieden.

Mit der Gründung der Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ) wird seit 1964 die multilaterale Verrechnung auf der Basis der sogenannten kollektiven internationalen Währung des RGW, des transferablen Rubels (tr. Rbl.), angestrebt. Jedes Mitglied unterhält ein Verrechnungskonto, über das sämtliche Handelsoperationen mit den übrigen RGW-Ländern verrechnet werden. Es entstehen keine Verbindlichkeiten und Forderungen zwischen den einzelnen RGW-Ländern, sondern nur gegenüber der IBWZ, de facto besteht die streng bilaterale Verrechnung jedoch fort. Die seit Mitte der 70er Jahre auftretenden hohen Handelsbilanzungleichgewichte der DDR und anderer RGW-Länder gegenüber der UdSSR wurden mit IBWZ-Krediten ausgeglichen, die aber die Einlagen dieser Länder übertrafen, deshalb mußte die UdSSR zum Ausgleich der Leistungsbilanzen hohe Beträge in die IBWZ einschießen.

Mit „sozialistischen" Nicht-RGW-Ländern wird als bilaterale Verrechnungseinheit der Verrechnungsrubel eingesetzt (nicht zu verwechseln mit dem „multilateralen" transferablen Rubel im RGW). Auch mit einem Teil der „nichtsozialistischen Länder" gilt auf der Basis von Zahlungs- und Verrechnungsabkommen ein streng bilaterales Clearing. Bekanntestes Beispiel ist das bilaterale Clearing im Innerdeutschen Handel (IDH) auf der Basis von Verrechnungseinheiten (1 VE = 1,— DM)[38]. Auch der Handel mit Finnland, der Türkei und mit einer Reihe von Entwicklungsländern basiert auf bilateralem Clearing. In allen diesen Fällen ist zur technischen Abwicklung die Vereinbarung eines gegenseitigen Überziehungskredites (Swing) notwendig[39].

Mit den übrigen „nichtsozialistischen Ländern" wird der Zahlungsverkehr auf der Basis konvertierbarer Devisen durchgeführt.

3.2.2. Internationale Finanzbeziehungen

Die internationalen Finanzbeziehungen der DDR resultieren vornehmlich aus dem Warenverkehr; hinzu kommen die Bewegungen für kommerzielle (z. B. Transitleistungen für den Warenverkehr) und nicht kommerzielle Dienstleistungen (z. B. Tourismus, Unterhalt von diplomatischen Vertretungen im Ausland, einseitige Transferzahlungen wie z. B. Hilfsleistungen) und die internationalen Kreditbeziehungen. Umfang und Art des Zahlungsverkehrs sind aufgrund der Geheimhaltung der Zahlungsbilanz nicht bekannt.

Die internationalen Kreditbeziehungen haben in den letzten 15 Jahren für die DDR erhebliche Bedeutung erlangt. Durch die negative Entwicklung ihrer Handelsbilanz, zunächst gegenüber westlichen Ländern, ab 1975 auch gegenüber der UdSSR, ist die DDR vornehmlich als Kreditnehmer aufgetreten. Neben kommerziellen Lieferantenkrediten handelt es sich in den Jahren 1983—1985 vor allem um verbürgte und nicht verbürgte ungebundene Finanzkredite. Eine Weitergabe kommerzieller Devisenkredite durch die AHB an inländische Produzenten findet wegen des staatlichen Devisenmonopols grundsätzlich nicht statt[40]. Bei Verkäufen der AHB gegen Kredit an ausländische Kunden erfolgt die Refinanzierung für die inländischen Produzenten durch die zuständigen Banken der DDR.

Im RGW-Bereich übernimmt, wie oben dargestellt, die Finanzierung kommerzieller Kredite die IBWZ. Mittel- bis langbefristete Investitionskredite werden als Regierungskredite oder durch die Internationale Investitionsbank (IIB) vergeben. Als Ersatz für den fehlenden internationalen Kapitalmarkt spielen die sogenannten Investitionsbeteiligungen in Form von Sachleistungen (Naturalkrediten) eine wichtige Rolle im RGW.

Kapitalbeteiligungen westlicher Länder in der DDR, z. B. Joint Ventures, gibt es bisher nicht.

4. Integration

4.1. Die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG)

4.1.1. Integration. Integrationsziel: Wirtschaftsunion

Die Außenwirtschaftsordnung der Bundesrepublik wird — wie schon die Ausführungen zur Handelspolitik deutlich machen — in erheblichem Maße von ihrer Integration in die Europäischen Gemeinschaften geprägt. Ihr liegt die Annahme zugrunde, daß „. . . Europa nur durch konkrete Leistungen, die zunächst eine tatsächliche Verbundenheit schaffen, und durch die Errichtung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung aufgebaut werden kann . . ."[41]. Die hierzu gewählte Form der Integration ist durch einen relativ weitgehenden Souveränitätsverzicht der Mitgliedstaaten gekennzeichnet. Langfristig wird insbesondere von deutscher Seite eine institutionelle Integration, d. h. eine Wirtschafts- und Währungsunion mit koordinierter Wirtschaftspolitik angestrebt. Nach Artikel 2 des EWG-Vertrages, des bedeutsamsten der europäischen Vertragswerke[42], sollen durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische wirtschaftliche Entwicklung, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung und engere Beziehungen zwischen den Staaten der Gemeinschaft herbeigeführt werden. Die in Artikel 3 aufgeführten Regelungsbefugnisse der Gemeinschaft machen deutlich, daß dabei das Schwergewicht auf der Errichtung des Gemeinsamen Marktes liegen soll, während für die Wirtschaftspolitik die Mitgliedstaaten zuständig bleiben.

Die in den beiden ersten Teilen des Vertrages formulierten Grundsätze lassen die EG als eine den Prinzipien eines Wirtschaftssystems dezentraler Planung und Lenkung verpflichtete Ordnung erscheinen.

Grundelemente dieser gemeinschaftlichen Wirtschaftsverfassung sind

- Die Gewährleistung einer Wettbewerbsordnung
- die Gleichheit der Bürger
- die Freiheit des Warenverkehrs
- die Freizügigkeit der Arbeitnehmer
- die Niederlassungsfreiheit
- die Freiheit des Dienstleistungsverkehrs und
- die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs, „. . . soweit es für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes notwendig ist" (Beschränkung auf bestimmte Transaktionen und bestimmte „Berechtigte").

Da die in die Gemeinschaftsverträge eingegangenen Lenkungsregeln das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den unterschiedlichen ordnungspolitischen Vorstellungen der Gründungsmitglieder der Gemeinschaft sind, enthält die Wirtschaftsverfassung auch Elemente einer „gelenkten Wirtschaft". Daraus werden unterschiedliche Schlüsse gezogen. Während besonders im deutschen Schrifttum die Wirtschaftsverfassung der EG als „bedingt freie Wettbewerbswirtschaft"[43] gekennzeichnet wird, betonen französische Autoren Elemente eines gemischten Wirtschaftssystems. Nach einer dritten Auffassung ist die Wirtschaftsverfassung der EG weitgehend systemneutral, schließt nur die beiden Extreme einer laissez-faire-Marktwirtschaft und einer Zentralverwaltungswirtschaft aus und eröffnet im übrigen einen weiten gestaltungsfreien Spielraum. Eine genauere Analyse der einzelnen Bestimmungen der Gemeinschaftsverträge zeigt jedoch, daß die marktwirtschaftlichen Elemente eindeutig dominieren und den Gemeinsamen Markt als solchen konstituieren.

Von einzelnen Mitgliedsländern der EG angestrebte Fortschritte über den derzeitigen Stand der Europäischen Integration[44] hinaus, vornehmlich die Ergänzung des Gemeinsamen Marktes durch eine gemeinsame Abstimmung insbesondere der Stabilisierungspolitik der Mitgliedstaaten scheiterte bislang am dafür notwendigen weitergehenden nationalen Autonomieverzicht.

Auf der Konferenz des Europäischen Rates am 2./3. 12. 1985 in Luxemburg kam es zu einer Grundsatzvereinbarung über eine Reform der Gemeinschaftsorgane, durch die das Funktionieren der Gemeinschaft verbessert und ihr Zuständigkeitsbereich erweitert werden soll. Diese Vereinbarung betrifft zum einen insbesondere die häufigere Anwendung der Mehrheitsabstimmung bei der Verwirklichung eines einheitlichen Marktes bis Ende 1992[45]. Zum anderen sollen die Zuständigkeiten der Gemeinschaft auf neue Bereiche (Währung, Forschung und Technologie, Umwelt etc.) ausgedehnt werden. Die „finanzielle Solidarität" der Mitgliedstaaten soll gestärkt, die Befugnisse des Europäischen Parlaments sollen erweitert, außerdem soll ein Rechtsrahmen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik[46] gesetzt werden. Die „Einheitliche Europäische Akte", die sich aus Änderungen und Ergänzungen des EWG-Vertrages sowie den neuen Vertragsbestimmungen zur „Europäischen Zusammenarbeit in der Außenpolitik" zusammensetzt, wurde am 17. bzw. am 28. Februar 1986 von allen zwölf Mitgliedstaaten unterzeichnet.

Im Bereich der währungspolitischen Integration soll das seit dem 13.März 1979 bestehende Europäische Währungssystem (EWS) zu einer engen währungspolitischen Zusammenarbeit und damit zu einem höheren Maß an Währungsstabilität (vor allem im

Bereich der Wechselkurse) in der Gemeinschaft führen, die Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung (bezüglich Lebensstandard, Verringerung der regionalen Ungleichheiten und schrittweiser Rückkehr zur Vollbeschäftigung) erleichtern und der Entwicklung zur Wirtschafts- und Währungsunion neue Impulse geben.

Die wesentlichen Elemente des EWS sind

- die Europäische Währungseinheit (ECU), definiert durch einen Währungskorb aus der Summe fester prozentualer Anteilsbeträge der Mitgliedswährungen:
- als Bezugsgröße für die Festsetzung der Leitkurse im EWS-Wechselkursverbund[47]
- als Grundlage zur Berechnung des Abweichungsindikators
- als Rechengröße für Operationen im Interventions- und Kreditmechanismus[48]
- als Recheneinheit im Saldenausgleich zwischen den Währungsbehörden der Gemeinschaft;
- das Interventionssystem, das bei Abweichungen der Währungen von der festgelegten Bandbreite die jeweils betroffenen Zentralbanken verpflichtet, durch Interventionen die Wechselkurse ihrer Währung in den vorgegebenen Bandbreiten zu halten;
- der Abweichungsindikator, der jene Währungen anzeigen soll, die sich deutlich anders entwickeln als der Durchschnitt der Gemeinschaftswährungen und damit Spannungen im Wechselkursgefüge verursachen. Bei Auslösen des Abweichungsindikators wird „vermutet", daß die betroffene Währungsbehörde „angemessene Maßnahmen" ergreift;
- das Beistandsystem, umfassend die sehr kurzfristige Finanzierung, den kurzfristigen Währungsbeistand der Zentralbanken und den mittelfristigen finanziellen Beistand.

Sieben Jahre nach der Einführung des EWS ist dessen ökonomische und integrationspolitische Bedeutung immer noch umstritten. Gemessen an den selbstgesetzten Zielen werden die an das EWS geknüpften Erwartungen nur in bezug auf ein höheres Maß an Wechselkursstabilität als erfüllt angesehen, während die übrigen Ziele „weitgehend verfehlt wurden"[49]. In den einzelnen Mitgliedsländern konnte insbesondere weder ein höheres Maß an Vollbeschäftigung und an Wirtschaftswachstum erreicht werden noch eine Angleichung des Lebensstandards, eine Verringerung der regionalen Disparitäten oder eine größere Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung[50]. Auch die vom EWS erhofften neuen Integrationsimpulse für die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion blieben aus; mangels politischer Bereitschaft kam es weder zur Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik noch zum Verzicht auf integrationsgefährdende Instrumente[51].

4.1.2. Supranationale Organe

Seit Inkrafttreten des Fusionsvertrages im Jahre 1965 werden die sich aus den europäischen Verträgen ergebenden Befugnisse der drei europäischen Gemeinschaften von einheitlichen Organen wahrgenommen: dem Ministerrat, der Kommission, dem Parlament und dem Europäischen Gerichtshof[52] sowie dem Wirtschafts- und Sozialausschuß und dem Rechnungshof als Hilfsorgane.

Der (Minister) Rat besteht aus weisungsgebundenen Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten. Ihm obliegt der Erlaß von Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen. Daneben ist er zuständig für den Abschluß von Verträgen mit Drittländern und besitzt Kontrollrechte gegenüber der Kommission und dem Europäischen Gerichtshof. Für Beschlüsse von grundsätzlicher oder politischer Bedeutung bzw. mit weitreichender Auswirkung auf die nationalen Interessen ist Einstimmigkeit erforderlich, bis heute de facto die Regel.

Die Kommission, deren Angehörige von den Mitgliedstaaten einvernehmlich ernannt werden, ist als Exekutivorgan zuständig für die Ausführung der Verträge und der Beschlüsse des Ministerrats. Als „Hüterin der Verträge" nimmt sie insbesondere bei Verstößen von Regierungen gegen das Gemeinschaftsrecht, unterstützt durch den Europäischen Gerichtshof, die Rechtsaufsichtsfunktion der Gemeinschaft wahr. Gegenüber den Mitgliedstaaten kann sie in einzelnen Fällen Richtlinien und Entscheidungen erlassen sowie den Europäischen Gerichtshof anrufen. Administrative Durchführungsakte und Entscheidungen über Schutzmaßnahmen stehen ausschließlich ihr zu.

Das Europäische Parlament verfügt nur über wenige Gesetzgebungsbefugnisse. Seine Zuständigkeit beschränkt sich weitgehend auf Beratungs- (Anhörungs-)rechte und Kontrollrechte gegenüber der Kommission sowie ein begrenztes Entscheidungsrecht in Fragen des europäischen Haushalts.

Der Europäische Gerichtshof, dessen Richter von der Gesamtheit der Mitgliedstaaten auf sechs Jahre ernannt werden, ist für die Auslegung der europäischen Verträge und der von den Gemeinschaftsorganen erlassenen Verordnungen, Richtlinien und Empfehlungen wie auch für die Überwachung der Einhaltung der Vertragsbestimmungen durch die Mitgliedsländer zuständig. Klagebefugt sind dabei nicht nur die Kommission und die einzelnen Mitgliedstaaten, sondern auch natürliche und juristische Personen.

4.1.3. Methoden und Instrumentarien

Die EG verfügt über eine weit über eine bloße wirtschaftliche Zusammenarbeit (Kooperation) hinausgehende institutionelle Handlungsstruktur. Als supranationale Gemeinschaft unterscheidet sie sich nicht nur wesentlich von dem System der regionalen Koordination im RGW, sondern auch von den bekannten anderen internationalen Organisationen. Bisher den Einzelstaaten vorbehaltene Befugnisse gegenüber natür-

lichen und juristischen Personen sind auf Gemeinschaftsorgane übertragen, so daß insoweit zwischen der Gemeinschaft und dem jeweiligen Mitgliedstaat ein sonst nur innerhalb von Staaten übliches Über-Unterordnungsverhältnis besteht. Schließlich können sich auch natürliche und juristische Personen in Verfahren gegen einen Mitgliedstaat oder gegenüber anderen Personen in weitem Umfang vor nationalen Gerichten auf das Europäische Gemeinschaftsrecht als autonome Rechtsordnung berufen. Ohne daß es eines zusätzlichen staatlichen Vollzugsakts bedarf, sind die vom Gerichtshof getroffenen Entscheidungen unmittelbar verbindlich. Analog dem Vorrang des Bundesrechts gegenüber dem Landesrecht in Bundesstaaten genießt auch das Gemeinschaftsrecht Vorrang vor dem nationalen Recht der Mitgliedstaaten. Inwieweit die Gemeinschaftsorgane von den ihnen eingeräumten Entscheidungskompetenzen Gebrauch machen, hängt wesentlich ab von der Kommission, die nach dem EWG-Vertrag das alleinige Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren und insofern eine integrationspolitische Schlüsselfunktion besitzt, aber auch davon, ob es zu einer gemeinsamen Willensbildung und Entscheidung zwischen Ministerrat, Kommission und Parlament kommt. Die tatsächlichen Möglichkeiten der Kommission zur Wahrnehmung dieser Schlüsselrolle werden allerdings beschränkt durch das de facto im Ministerrat geltende Einstimmigkeitsprinzip und damit durch die Möglichkeit des Rates, vom Gesetzgebungsvorschlag der Kommission abzuweichen. Zum anderen werden sie häufig neutralisiert durch die faktische Bedeutung von wirtschaftspolitischen Entscheidungen und Empfehlungen der jährlich als Europäischer Rat tagenden Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer. Möglichkeiten und Wirksamkeit supranationaler Information und Koordination treten dann hinter die entsprechenden Vereinbarungen zurück.

In ihrer gemeinsamen Handelspolitik gemäß Artikel 113 des EWG-Vertrages orientiert sich die EG grundsätzlich an den durch das Prinzip der Meistbegünstigung[53] und der Gleichbehandlung inländischer und ausländischer Waren gekennzeichneten Regeln des GATT, wird jedoch in jüngster Zeit auch durch handels- und währungspolitische Interventionsabsichten bestimmt, wie der Verordnungsentwurf der EG-Kommission zur Stärkung der gemeinsamen Handelspolitik vom Februar 1983 belegt. Umstritten ist, ob die gemeinsame Handelspolitik gemäß Art. 113 Abs. 1 des EWG-Vertrages eine Gemeinschaftskompetenz nur zur Festlegung einheitlicher Grundsätze für die Handelspolitik enthält oder eine umfassende handelspolitische Gemeinschaftskompetenz begründet.

4.2. Die DDR als Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

4.2.1. Ziele und Interessenlage

Als Gegenstück zur EG-Mitgliedschaft der Bundesrepublik gilt die seit dem 25. 9. 1950 bestehende Mitgliedschaft der DDR im RGW[54]. Seine Gründung am 25. 1. 1949 war zunächst eine vornehmlich politisch motivierte Reaktion, einmal auf den Marshallplan, zum anderen auf den Abfall Jugoslawiens von Moskau im Jahre 1948[55]. Die in den Gründungsdokumenten formulierten ökonomischen Ziele, wie z. B. die Koordination der Volkswirtschaftspläne, sollten jedoch erst im Rahmen der Neubewertung der Außenwirtschaft als Wachstumsfaktor Ende der 60er Jahre die wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Außenhandelsbeziehungen hinaus in den Mittelpunkt rükken. Diese sogenannte Sozialistische Ökonomische Integration (SÖI) erhielt ihre Grundlage durch das auf der XXIV. Tagung des RGW 1971 verabschiedete „Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistisch ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW"[56]. Mit der Novellierung der DDR-Verfassung 1974 fand die „zielstrebige Verwirklichung der sozialistischen ökonomischen Integration" in Art. 9 Abs. 1 ihre Verankerung. Eine geschlossene theoretische Konzeption für die SÖI fehlt bisher ebenso wie für die westeuropäische Integration. Während aber im EWG-Vertrag als Integrationsziel die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes fixiert ist, ist das in dieser Form für die SÖI weder aus dem RGW-Statut noch aus dem Komplexprogramm von 1971 ersichtlich. In diesem Komplexprogramm[57] wird ein „bewußt und planmäßig gestalteter Prozeß der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" als Integration bezeichnet[58]. Um dafür überhaupt die Voraussetzungen zu schaffen, ist als vorrangiges Ziel die schrittweise Angleichung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus angestrebt (vgl. I.1.2.).

Aus dem bestehenden erheblichen Niveaugefälle, der ökonomischen Struktur und Entwicklung sowie der quasi erzwungenen Mitgliedschaft resultieren bis heute die unterschiedlichen Interessenlagen der einzelnen RGW-Länder. Insbesondere für die DDR, aber auch für die CSSR als höchstentwickelte Volkswirtschaften im RGW bedeutet das, wichtigste Investitionsgüter- und damit Technologielieferanten im RGW zu sein. Unter dem Aspekt der internationalen Arbeitsteilung hat der Warenaustausch mit den übrigen Mitgliedsländern eine wenig vorteilhafte komplementäre Struktur.

Abgesehen vom stärkeren Niveaugefälle im RGW ist die Asymmetrie der Interessenlagen im Gegensatz zur EG, in der die USA nicht Mitglied sind, vor allem durch die politische Übermacht und die wegen ihres quantitativen ökonomischen Potentials bestehende Autarkiefähigkeit des Mitgliedes Sowjetunion gekennzeichnet. Das allgemeine Integrationsziel einer engeren wirtschaftlichen Verflechtung beinhaltet aufgrund der sowjetischen Vormachtstellung die engere Verflechtung der einzelnen RGW-Länder mit der sowjetischen Wirtschaft. Auf dem „Gipfeltreffen" des RGW im Juni 1984 in Moskau, das als weitere Integrationsetappe bezeichnet wird, wurde der ausdrückliche Beschluß gefaßt, daß die kleineren europäischen RGW-Länder ihre Zusammenarbeit mit der UdSSR verstärken sollen.

Kapitel IX

4.2.2. Souveränitätsprinzip und Koordinierungsorgane

Im Gegensatz zur supranationalen Organisationsform der EG gilt für den RGW das Souveränitätsprinzip. Dementsprechend sind Organisationsstruktur und Willensbildung so gestaltet, daß formal die nationale Souveränität der Mitglieder gewährleistet ist.

Der streng hierarchische Aufbau des RGW gliedert sich in auf der Basis von Statuten gebildete Hauptorgane und beratende Nebenorgane[59].

Die Hauptorgane sind, mit Ausnahme des Sekretariats, Ländervertretungen:

Die Ratstagung als oberstes Organ:

besteht aus den Vertretern der Mitgliedsländer unter Vorsitz der jeweiligen Ministerpräsidenten. Sie tagt einmal im Jahr abwechselnd in den Hauptstädten der Mitgliedsländer. Nicht ausdrücklich in den Statuten vorgesehen sind die Tagungen unter der Leitung der Parteichefs, die sogenannten Gipfelberatungen, die 1958, 1962, 1963, 1966, 1969 und 1984 stattgefunden haben.

Das Exekutivkomitee des Rates als Hauptvollzugsorgan:

besteht aus Stellvertretern der Ministerpräsidenten.

Die Komitees des Rates (4):

für die Zusammenarbeit bei der Planungstätigkeit, im wissenschaftlich-technischen Bereich, bei der materiell-technischen Versorgung sowie im Maschinenbau. Sie sind relativ junge Organe, die sich aus den entsprechenden Ressortchefs der einzelnen Mitgliedsländer zusammensetzen.

Die ständigen Kommissionen (23):

entweder branchenspezifisch (19) oder fachlich (4), in ihnen sind die nationalen Ressortchefs vertreten.

Das Sekretariat mit Sitz in Moskau:

besteht aus dem Sekretär und Stellvertretern der einzelnen Mitgliedsländer, es ist vornehmlich administratives Organ. Seit Gründung des Rates kommt der Sekretär aus der UdSSR.

Der Rat besitzt keine Planungsvollmachten, sondern hat nur Koordinierungsfunktionen. Die Organe können nur Empfehlungen an die Regierungen der Mitgliedstaaten aussprechen. Alle Beschlüsse in den Ratsgremien müssen einstimmig gefaßt werden, jedes Mitglied hat dabei eine Stimme. Die die Zusammenarbeit blockierende Wirkung der Einstimmigkeit ist seit 1967 dahingehend modifiziert worden, daß dieses Prinzip nur für die „interessierten Mitglieder" gilt.

Neben dem Rat bestehen zwischenstaatliche internationale Organisationen[19] auf völkerrechtlicher Basis, die als Spezialorganisationen des RGW bezeichnet werden, die aber auch Nichtmitgliedern offenstehen. Es handelt sich um 6 Industriezweigorganisationen, davon eine „Interchim" in der DDR (Halle), 3 Transportorganisationen, 2 Post- und Fernmeldeorganisationen, 3 Wissenschaftsorganisationen, die beiden RGW-Banken IIB und IBWZ, sowie drei weitere Organisationen. Im Rahmen des Komplexprogramms entstanden außerdem (16) multilaterale oder bilaterale internationale Wirtschaftsorganisationen (IWO), die keine zwischenstaatlichen Organisationen sind, sondern als spezifische Rechtsform des RGW internationale Gesellschaften zur Koordinierung gemeinsamer Wirtschaftstätigkeit darstellen (z. B. Interatominstrument, Intertextilmasch, Assofoto, Domochim). Keine davon hat ihren Sitz in der DDR.

4.2.3. Methoden und Instrumentarien

Angesichts der divergierenden Interessenlagen und der systemspezifischen Hemmnisse, wie die autonomen Preispolitiken der einzelnen RGW-Länder und die damit verbundenen ungelösten Währungsprobleme, ist das bisherige Integrationsinstrumentarium außerordentlich begrenzt wirksam und beschränkt sich auf Kooperation. Die als wichtigstes Instrument bezeichnete Koordinierung der Planung ist nach wie vor in erster Linie auf die bilaterale Abstimmung des Warenaustausches begrenzt, da weitergehende Koordinierungen auf dem Investitionssektor aufgrund der genannten Probleme bis heute kaum erfolgreich waren. Ein neues Instrument stellen die längerfristigen Zielprogramme dar, die über die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne für eine Fünfjahresplanperiode hinausgehen und über die reine Koordinierung hinaus Elemente gemeinsamer Planungspolitik enthalten. Voraussetzung dafür ist allerdings wiederum eine gemeinsame Investitionspolitik. Gerade auf diesem Gebiet sind bisher keine Fortschritte gemacht worden. Die im Komplexprogramm von 1971 dafür vorgesehenen gemeinsamen Schritte auf dem Investitionssektor konzentrieren sich vor allem auf die wenig integrationswirksamen Investitionsbeteiligungen, die den Charakter von Großkompensationsgeschäften tragen und in Ermangelung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes weitgehend in naturaler Beteiligung der einzelnen Länder bestehen[60]. Die Objekte sind Eigentum des Standortlandes. Die integrationsintensiven Investitionen zur Gründung gemeinsamer Betriebe bilden dagegen immer noch die Ausnahme. Paradebeispiel ist nach wie vor die gemeinsam von der DDR und Polen errichtete Baumwollspinnerei in Zawiercie.

Wegen der nationalen Widerstände bei den Mitgliedsländern ist auch die dritte Form der Zusammenarbeit, die Produktionsspezialisierung und Kooperation, noch ungenügend und einseitig entwickelt. Sie konzentriert sich bisher vornehmlich auf die Finalerzeugnisse und nicht auf die integrationsintensive Baugruppenspezialisierung. Insbesondere die Sorge vor zu großer Abhängigkeit von anderen RGW-Ländern, die Auswirkungen auf die Exportlinien in westliche Industrieländer, die ungelösten Währungsprobleme sowie die fehlenden supranationalen Kompetenzen haben auch hier eine gemeinsame Politik verhindert. In der Fünfjahrplanperiode bis 1990 sind auf Betreiben der UdSSR erneute Anstrengungen vorprogrammiert, wobei wie in der Vergangenheit die übrigen Mitgliedsländer gefordert sind, während die

Sowjetunion ihrerseits ihre kompletten Produktionslinien weitgehend beibehält. Aufgrund des Souveränitätsprinzips stehen auch der im Komplexprogramm von 1971 geforderten Herausbildung eines Gemeinschaftsrechtes als wichtiges Integrationsinstrument große Hindernisse im Wege. Durch die Schaffung neuer Regelungsformen, wie RGW-Standards, Allgemeine Lieferbedingungen (ALB) und rechtliche Regelungen für die IWO, sind hier in den letzten Jahren Fortschritte in Richtung spezifischer Gemeinschaftsregelungen erzielt worden.

4.3. Verhandlungen zwischen EG und RGW[61]

Der Übergang der Außenhandelskompetenz der EG-Mitglieder an die Gemeinschaft am 1. Januar 1973 führte ab 1. Januar 1975 zu einem vertragslosen Zustand mit den RGW-Mitgliedsländern. Vor diesem Hintergrund ist es 1973 zu ersten Kontakten zwischen dem RGW-Sekretär und dem EG-Präsidenten gekommen.

Da seitens der EG dem RGW aufgrund der fehlenden supranationalen Rechtsnatur die Handlungskompetenz für seine Mitglieder abgesprochen wurde, übergab die EG-Kommission im Oktober 1974 Abkommenschemata an die einzelnen RGW-Länder, die ohne Reaktion blieben. Der RGW hatte erstmalig im Komplexprogramm von 1971 gemeinsame außenwirtschaftspolitische Aktionen angesprochen. Im Juni 1974 wurde dann das Recht des Rates zum Abschluß von Verträgen mit Drittländern und internationalen Organisationen im RGW-Statut verankert[62]. Im Gegensatz zum EWG-Vertrag wurden aber keine Modalitäten festgelegt, und die Kompetenz des Rates zum Vertragsabschluß ist eingeschränkt. Entsprechend der Regeln für die Beschlußfassung muß dem Rat von Fall zu Fall eine Einzelermächtigung erteilt werden (Prinzip der enumerativen Einzelermächtigung)[63].

Im Februar 1976 legte der RGW den Entwurf eines Rahmenabkommens mit der EG vor[64], in dem die Zusammenarbeit bis hin zur Handels- und Kreditpolitik sowie die Gründung einer gemeinsamen Kommission vorgesehen war. Auf dieses Maximalangebot des Rates reagierte die Gemeinschaft ihrerseits mit einem Abkommensentwurf, der lediglich Arbeitsbeziehungen vorsah, die zwischen der EG und einzelnen RGW-Staaten vertraglich geregelt werden sollten.

Auf der Basis der gegensätzlichen Entwürfe wurde in mehreren Runden bis 1980 verhandelt. Aufgrund der Meinungsverschiedenheiten über die unterschiedliche Rechtsnatur von EG und RGW, aber auch der Bedenken seitens der EG, die Vormachtstellung der UdSSR im RGW zu stärken, konnten keine Fortschritte erzielt werden. Durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan gerieten die Verhandlungen ins Stocken.

Erst 1985 kam auf Initiative Gorbatschows wieder Bewegung in die Angelegenheit. Im September 1985 schickte RGW-Sekretär Sytschow an EG-Kommissar de Clercq den Entwurf einer Erklärung zur Aufnahme der Beziehungen zwischen RGW und EG.

Ende Januar 1986 erfolgte seitens der EG eine zweigleisige Antwort.

1. In einem Brief an das RGW-Sekretariat erklärte die EG ihre Bereitschaft zur Fortführung des Dialogs und bot die Aufnahme von Expertengesprächen an. Außerdem wurde die Prüfung der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen EG und RGW nach Reaktion der einzelnen RGW-Regierungen zugesagt.
2. Ein zweiter Brief an die RGW-Regierungen enthielt das Angebot zur Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der EG einerseits und den einzelnen RGW-Ländern andererseits.

Bei der Übermittlung des EG-Briefes an den DDR-Botschafter in Brüssel wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Innerdeutsche Handel vom EG-Angebot nicht tangiert werde.

Im Mai 1986 erteilten die RGW-Mitgliedsstaaten eine positive Antwort, indem sie ihre grundsätzliche Bereitschaft zu offiziellen Beziehungen zur EG bekundeten.

5. Mitgliedschaft in internationalen Wirtschaftsorganisationen

5.1. Die Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartner multilateraler Wirtschaftsorganisationen und Abkommen

Der Unterstützung aller Bestrebungen zur (Wieder-) Herstellung und dauerhaften Sicherung eines weltweiten freien Außenwirtschaftsverkehrs wie auch der vielfältigen Bemühungen zur wirtschaftlichen Förderung der Entwicklungsländer dienten auch die hier bereits mehrfach angesprochene Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in zahlreichen internationalen Organisationen und ihr Beitritt zu multilateralen Abkommen. Angesichts der Fülle und Vielfalt dieser Mitgliedschaften beschränkt sich die nachfolgende Darstellung auf eine exemplarische stichwortartige Aufzählung.

So ist die Bundesrepublik Mitglied der drei bedeutendsten Träger internationaler Wirtschaftspolitik, deren Gründungsverträge sich grundsätzlich an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientieren, nämlich des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), des IMF (International Monetary Fund) und der Weltbank (World Bank).

Mit ihrem Beitritt zum GATT-Abkommen im Jahre 1951 hat die Bundesrepublik insbesondere gemäß Artikel I Abs. 1 dieses Vertrages die Verpflichtung übernommen, alle Vorteile, Vergünstigungen, Vorrechte und Befreiungen, die sie für Waren eines Vertragspartners gewährt, unverzüglich und ohne Bedingungen auch für alle gleichartigen Waren aus dem Gebiet anderer Vertragsparteien zu gewähren (Grundsatz der unbedingten Meistbegünstigung). Hinzu kommen u. a. die Beachtung des Verbots von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen (Artikel XI) und des Mißbrauchs nationaler Abgaben (Artikel III und VIII) sowie die in mehreren sog. Zollrunden vereinbarten Zollsenkungen.

Seit dem 14. 8. 1952 ist die Bundesrepublik Mitglied des IMF. Der IMF — Teil eines ursprünglich umfassenden Plans zur Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg[65] — ist eine unabhängige Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie besitzt erhebliche Entscheidungsbefugnisse bei Wahrnehmung ihrer eng miteinander verbundenen ordnungspolitischen, finanziellen und beratenden Funktionen. Ziele des IMF sind insbesondere

- die Förderung der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit,
- die Erleichterung eines in sich ausgeglichenen Wachstums des Welthandels,
- die Förderung der Währungsstabilität,
- die Aufrechterhaltung geordneter Währungsbeziehungen zwischen den Mitgliedern,
- die Errichtung eines multilateralen Zahlungssystems für die laufenden Geschäftsbeziehungen zwischen den Mitgliedern,
- die Beseitigung von Beschränkungen des Devisenverkehrs und
- die Bereitstellung von Fondsmitteln (Ziehungen bzw. Sonderziehungsrechte) unter angemessenen Sicherungen, um den Mitgliedern die Möglichkeit zur Korrektur von Zahlungsbilanzstörungen ohne negative Beschäftigungs- und Wohlstandseinbußen zu geben.

Mit neun anderen Industrieländern des Westens ist die Bundesrepublik auch Mitglied des sog. Zehnerklubs zur gegenseitigen Unterstützung bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten im Rahmen des IMF. Dieses Gremium nimmt insbesondere wegen der hohen Anteile seiner Mitglieder an den Quoten des IMF auf dessen Politik einen relativ erheblichen Einfluß.

Durch ihre seit 1952 bestehende Mitgliedschaft bei der Weltbank wirkt die Bundesrepublik auch an der Erfüllung der vielfältigen Aufgaben dieser internationalen Institution mit, so u. a. bei der Förderung privater ausländischer Investitionen, den Bemühungen um eine Ausdehnung des internationalen Handels und die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Zahlungsbilanz und insbesondere den unterschiedlichen entwicklungspolitischen Aktivitäten mit. In der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), einer 1959 als Tochtergesellschaft der Weltbank gegründeten UN-Sonderorganisation, die unter wesentlich günstigeren Bedingungen als die Weltbank Infrastrukturprojekte in Entwicklungsländern finanziert, gehört die Bundesrepublik zu den Ländern, die den vollen Zeichnungsbetrag zur Verfügung gestellt haben. Als Mitglied der Internationalen Finanz-Corporation (IFC), eines der Weltbank nahestehenden, aber von ihr getrennten Instituts, beteiligt sich die Bundesrepublik als eines der zur Kategorie I, d. h. der Gruppe der beitragspflichtigen Industriestaaten zugehörigen Länder maßgeblich an der Finanzierung von Investitionen und am Kapital privater Industrieunternehmen, vor allem in Entwicklungsländern.

Auch im Rahmen ihrer Mitarbeit in der UNO, der die Bundesrepublik am 18. 9. 1973 nach Abschluß des Grundvertrages, der auch der DDR die Aufnahme in die Vereinten Nationen ermöglichte und so zu gleichzeitig gestellten Aufnahmeanträgen führte, beitrat, in ihren Organen und Sonderorganisationen nimmt die Bundesrepublik an der internationalen Erörterung auch ökonomischer Fragen und Probleme teil, so im Rahmen des hier zuständigen Wirtschafts- und Sozialrats und deren regionaler Wirtschaftskommisssion für Europa (ECE). Außer zur Erarbeitung von Empfehlungen an die Mitgliedstaaten der UNO und an internationale Organisationen soll die ECE als derzeit einziges europäisches Forum der Zusammenarbeit von Ländern mit unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen in wirtschaftlichen Fragen von regionaler Bedeutung dienen.

Unter den Mitgliedschaften der Bundesrepublik in internationalen Organisationen ist schließlich diejenige in der OEEC bzw. ihrer Nachfolgeorganisation, der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) zu nennen. Diese, vornehmlich der konjunktur-, wachstums- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ihrer Mitgliedstaaten (19 westeuropäische Länder, USA, Kanada, Japan, Finnland, Australien und Neuseeland) dienende Institution ist im wesentlichen ein Gesprächsforum zum Austausch wirtschaftlicher Daten und Erfahrungen, zur Koordination der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und zur Lösung ökonomischer Interessenkonflikte. Beschlüsse und Entscheide des Rates als des obersten Organs der OECD sind für die Mitgliedstaaten — nach Erfüllung der innerstaatlichen verfassungsmäßigen Voraussetzungen — verbindlich. Außerdem kann die OECD neben Entschließungen auch Vereinbarungen und Empfehlungen treffen, deren Durchführung jedoch im Ermessen der einzelnen Staaten liegt.

5.2. Bilateralität als herrschendes Prinzip für internationale Wirtschaftsbeziehungen der DDR

Die Mitgliedschaft der DDR in multilateralen internationalen Wirtschaftsorganisationen konzentriert sich vornehmlich auf die oben erwähnten zwischenstaatlichen Spezialorganisationen der Mitgliedsländer des RGW. In der Zusammenarbeit mit dem Westen herr-

schen dagegen immer noch bilaterale Beziehungen vor.

Die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen der Staatshandelsländer wirken sich hemmend auf eine Multilateralisierung der Wirtschaftsbeziehungen zum Westen aus. Für die Aufnahme Polens, Rumäniens und Ungarns in das GATT bedurfte es Sonderregelungen. Aus dem IMF trat Polen 1950 wieder aus, die CSSR wurde 1954 ausgeschlossen. Im Jahr 1972 wurde Rumänien und erst 10 Jahre später Ungarn auf eigenen Antrag im IMF aufgenommen. Der 1981 gestellte Antrag Polens scheiterte zunächst am amerikanischen Veto und hat erst 1986 zur Aufnahme geführt.

Die DDR wurde im Zusammenhang mit der Aufnahme in die UNO am 18. 9. 1973 Mitglied in einer Reihe von internationalen Wirtschaftsorganisationen. Ihre aktive Mitarbeit beschränkt sich allerdings vornehmlich auf die Wirtschaftskommission der UNO in Europa, die ECE — in der sie im Januar 1973, kurz vor der Aufnahme in die UNO, Vollmitglied wurde — und die UNCTAD. Auf einen Beitritt zu den UNO-Spezialorganisationen FAO, IFC und IDA verzichtete die DDR bisher. Ein Beitritt zur Weltbank und zum IMF ist, wie Erich Honecker 1983 in einem Interview für einen japanischen Zeitungskonzern ausführte[66], nicht vorgesehen. Die Gründe für die Enthaltsamkeit der DDR dürften auch in der „Gefolgschaftstreue" zur Sowjetunion — die ebenfalls nicht Mitglied in den genannten Organisationen ist — zu suchen sein.

In den Sonderorganisationen der UNO für die multilaterale wirtschaftliche Entwicklungshilfe UNDP, UNICEF und UNIDO beteiligt sich die DDR lediglich mit Pflichtbeiträgen.

Eine Mitgliedschaft der DDR besteht bei den nichtstaatlichen Wirtschaftsorganisationen Baltische Internationale Schiffahrtskonferenz (BIMCO), beim Internationalen Eisenbahnverband (UIC) und bei der Internationalen Federation der Spediteurorganisationen (FIATA). An der Dritten Seerechtskonferenz nahm sie seit ihrer Aufnahme in die UNO teil.

Fußnoten

1 BGBl. 1961 I, S. 481 ff.

2 Die DDR ist weder Wirtschaftsgebiet im Sinne des AWG noch, wie dessen § 4 Abs. 1 Nr. 2 ausdrücklich klarstellt, fremdes Wirtschaftsgebiet. Der innerdeutsche Handel ist daher nicht Außenwirtschaftsverkehr im Sinne des AWG.

3 Zu diesen nach dem AWG zulässigen allgemeinen Beschränkungen wie auch zu den speziellen Beschränkungsmöglichkeiten nach den §§ 8—24 AWG vgl. u. a. Gutmann, G. (1979), S. 181—186 sowie Lampert, H. (1985), S. 205.

4 Vgl. § 1 Abs. 2 AWG, nach dem auch die zwischenstaatlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik von den Bestimmungen des AWG unberührt bleiben. Zu letzteren gehören insbesondere die Verpflichtungen aus der Zugehörigkeit zu den Europäischen Gemeinschaften, zum GATT, zur OECD und zum IWF.

5 Vgl. u. a. die einschlägigen Regelungen des Fleischbeschau-, des Pflanzenschutz-, des Waffen- und des Atomgesetzes sowie des Lebensmittel- und des Arzneimittelrechts.

6 BGBl. 1961 I, S. 1381 ff.

7 Von den rund 9 000 Einzelpositionen dieser Warenliste unterliegt der größte Teil keinen Einfuhrbeschränkungen nach dem AWG. Soweit noch Beschränkungen bestehen, werden diese laufend den „wirtschaftspolitischen Erfordernissen" angepaßt.

8 Die hierin aufgeführten Beschränkungen der Warenausfuhr beruhen auf dem AWG oder auf Rechtsvorschriften des Rates oder der Kommission der EG.

9 Unter Kapitalverkehr im engeren Sinne wird hier der Kapitalverkehr verstanden, der ohne Zusammenhang mit dem Waren- oder Dienstleistungsverkehr erfolgt.

10 Seit dem 1. 1. 1970 gilt daher das jeweilige einzelstaatliche Außenwirtschaftsrecht, von wenigen Ausnahmen, insbesondere im Kapitalverkehr, abgesehen, nur noch im Verhältnis der EG-Mitgliedstaaten zu Drittländern, während innerhalb der EG deren Gemeinschaftsrecht maßgebend ist. Die sich auf den Kapitalmarkt beziehenden §§ 22—24 AWG sowie die entsprechenden Vorschriften der AWV sind daher weiterhin nicht nur gegenüber Drittländern geltendes materielles Außenwirtschaftsrecht.

11 Nicht als Drittland gilt die DDR im Rahmen des innerdeutschen Handels. Zu den Sonderregelungen für die auf diese Weise in die Bundesrepublik eingeführten Waren vgl. die Darstellung im zweiten Teil zum „Innerdeutschen Handel" (BVII1).

12 Zur Zeit liegt die durchschnittliche Zollbelastung in der EG im gewerblichen Sektor bei 6,9 vH; auf mehr als die Hälfte aller eingeführten Waren werden überhaupt keine Zölle mehr erhoben (Harbrecht, W. 1984, S. 147).

13 Dies gilt im wesentlichen auch für die seit 1973 der EG beigetretenen Länder, denen allerdings Übergangszeiten eingeräumt wurden.

14 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. 4. 1951 (BGBl. II 1952, S. 447 ff.).

15 Harbrecht 1984, S. 150.

16 So gilt beispielsweise seit dem 1. 1. 1970 ein gemeinschaftliches Versandverfahren für die Abfertigung grenzüberschreitender Waren; einheitliche Zoll- und Versandpapiere in der Gemeinschaft wurden am 1. 1. 1978 eingeführt.

17 Staatshandelsländer sind die Länder mit staatlichem Außenhandelsmonopol, d. h. mit einheitlicher staatlicher Leitung, Planung und Organisation des Außenhandels.

18 United Nations 1973, S. 35.

19 Hierbei geht es um ergänzende oder sich wechselseitig bedingende Maßnahmen im Bereich der Produktion, der Entwicklung, des Technologietransfers und des Vertriebs mit einer für sowjetsozialistische Zentralplanwirtschaften systemtypischen „gewissen Planmäßigkeit".

20 Zur ordnungspolitischen Problematik der Kooperationsabkommen mit Staatshandelsländern vgl. u. a. Biskup, R. 1978, S. 15—20 und S. 42—54; Schüller, A. 1978, S. 67—77.

21 Autorenkollektiv: Außenwirtschaftsrecht (1985), S. 19.

22 GBl I/1958, S. 69 und GBl II/1964, S. 287.

23 GBl I/1973, S. 420.

24 GBl I/1974, S. 77.

25 Autorenkollektiv: Außenwirtschaftsrecht (1985), S. 39. Wichtige Gesetze wie die Außenhandelsverordnung, das Statut des MAH und die AHB-Verordnung sind in dieser Hinsicht überholt. Einzige gesetzliche Grundlage für diese Ausweitung der Verantwortung auf die Industrieministerien ist bisher AO Nr. 4 über die Ergänzung der Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1981—1985. Abschnitt XVIII Ziff. 1, 3—7 (GBl 1983, SDr. Nr. 1122).

26 GBl I/1982, S. 33.

27 GBl I/1962, S. 42.

28 Durch das System variabler Abschöpfungen und Erstattungen werden bei der Einfuhr von Agrargütern die Weltmarktpreise dem Gemeinschaftsniveau angepaßt, bei der Ausfuhr die Gemeinschaftspreise dem Weltmarktpreisniveau.

29 Dieser Angebotspreis entspricht dem Weltmarktpreis einschließlich Transportkosten bis Grenze.

Kapitel IX

30 Finanziert werden diese Interventionen und die Lagerung der sogenannten Interventionsbestände aus dem gemeinsamen Agrarfonds (Abteilung „Garantie").

31 Auf der IX. Ratstagung des RGW 1958 in Bukarest festgesetzt.

32 Auf der 70. Tagung des Exekutivkomitees des RGW im Januar 1975 in Moskau festgelegt.

33 Für 1975 wurde um der schnelleren Anpassung willen eine dreijährige Durchschnittsperiode gewählt. Offenbar zur rascheren Anpassung an die zweite Erdölkrise von 1979 läßt sich zumindest bei Erdöl und Erdgas ab 1981 rechnerisch wiederum ein Dreijahresdurchschnitt nachweisen.

34 Mittag, G. (1981), S. 79.

35 Vgl. Autorenkollektiv: Außenwirtschaftsrecht (1985), S. 80 und 204.

36 Unter Kapitalmärkten werden Märkte für mittel- bis langfristige Finanzierungsmittel (insbesondere langfristige Kredite und Kapitalanlagen) verstanden.

37 GBl I/1973, S. 579.

38 Die DDR kann also im IDH nicht, wie häufig fälschlich behauptet wird, konvertierbare DM verdienen. Andererseits braucht sie im IDH westliche Waren auch nicht mit konvertierbaren Devisen zu bezahlen.

39 Vgl. hierzu den Abschnitt über den Innerdeutschen Handel im zweiten Teil der Materialien.

40 In Ausnahmefällen können Devisenkredite an Industriebetriebe ausgereicht werden. Außerdem erhalten ausgewählte Exportbetriebe Devisenanrechte bei Übererfüllung der staatlichen Planauflagen.

41 Vgl. die Präambel des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. 4. 1951 (EGKS) (BGBl. II 1952, S. 447ff.).

42 Die rechtliche Grundlage der drei Europäischen Gemeinschaften, die seit dem 1. Juli 1976 über gemeinsame Organe verfügen, bilden der bereits erwähnte EGKS-Vertrag, der Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) und der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. 3. 1957 (BGBl. II 1957, S. 753ff.).

43 Darunter ist ein umfassendes Wettbewerbssystem zu verstehen, in das nur fallweise und mit marktkonformen Mitteln eingegriffen werden darf, um den Wettbewerb nicht zu verfälschen.

44 Der derzeitige Integrationsstand ist gekennzeichnet durch das Bestehen einer Zollunion, die Beseitigung institutioneller Mobilitätshemmnisse für die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, eine relative Harmonisierung der Steuerpolitik und einen gemeinsamen wettbewerblichen Ordnungsrahmen.

45 Nach Artikel 2 der Vereinbarung wird in den Artikeln 28, 57 Abs. 2 Satz 2, 59 Abs. 2, 70 Abs. 1 und 84 das Wort „einstimmig" durch die Worte „mit qualifizierter Mehrheit" ersetzt. Nach dem neu eingefügten Artikel 100a des EWG-Vertrages werden die Maßnahmen zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten, die die Schaffung und das Funktionieren des Binnenmarktes zum Gegenstand haben, mit qualifizierter Mehrheit vom Rat erlassen. Vgl. Kommission (1985), S. 9.

46 Der Entwurf eines Vertrages über die europäische Zusammenarbeit in der Außenpolitik sieht u. a. die schrittweise Entwicklung und Festlegung gemeinsamer Grundsätze und — mindestens viermal jährlich — ein Treffen der Außenminister und eines Kommissionsmitglieds vor. Mit dem Vorsitz im Rat der EG ist gleichzeitig die Präsidentschaft in der politischen Zusammenarbeit verbunden, die von einem in Brüssel eingerichteten Sekretariat unterstützt wird. Vgl. zum ganzen den Text des Vertragsentwurfs in: Kommission (1985), S. 16—18.

47 Der Wechselkursverbund erfolgt hier durch den ECU als Währungskorb, in dem jede Währung der EG-Mitgliedstaaten mit einem dem wirtschaftlichen Gewicht der jeweiligen Volkswirtschaft entsprechenden prozentualen Anteil („Gewicht") vertreten ist. Zusammensetzung und Gewichtung der Währungen sollen regelmäßig überprüft werden. Zuletzt wurden neue Leitkurse und damit veränderte Wechselkurse im EWS auf der Konferenz der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten in Ootmarsum am 6. 4. 1986 festgelegt.

48 Zur Finanzierung der Interventionen werden im Rahmen der „sehr kurzfristigen" Finanzierung zwischen den Zentralbanken Devisenkredite bereitgestellt. Eine Verlängerung der Kreditdauer im Falle von Zahlungsbilanzungleichgewichten ermöglichen die Kreditmechanismen des sog. kurzfristigen und des mittelfristigen Währungsbeistands.

49 Harbrecht 1984, S. 184.

50 In der Beurteilung des EWS steht daher neben der Auffassung, daß das EWS erste Anfangserfolge und eine gewisse integrative Kraft aufweise, die Bewertung des EWS als Fehlkonstruktion, die ihr Ziel nicht einmal ansatzweise erreicht habe. Vgl. zur Diskussion u. a. die Beiträge in: Scharrer, H. E. / Wessels, W. (1983).

51 Vgl. im einzelnen dazu die Analyse bei Hasse, R. (1986), S. 181.

52 Kein in den Verträgen vorgesehenes, aber de facto für alle grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Fragen zuständiges Organ ist der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer, der Leitlinien und Aufträge an die EG-Organe beschließt und die tatsächliche Macht der Mitgliedstaaten verkörpert.

53 Gemäß diesem Prinzip wird jede handelspolitische Begünstigung, die einem eingeräumt wird, automatisch ohne besondere Gegenleistung auch allen Drittländern gewährt, mit denen Meistbegünstigung vereinbart wurde.

54 Mitglieder sind Albanien (Mitgliedschaft ruht), Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, UdSSR, Ungarn, Mongolei (1962), Kuba (1972), Vietnam (1978).

55 Vgl. hierzu Wolfgang Seiffert (1982), S. 25f.

56 Grunddokumente (1978), S. 47ff.

57 Auf der 41. außerordentlichen RGW-Tagung im Dezember 1985 wurde inzwischen ein zweites „Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW bis zum Jahr 2000" angenommen. Vgl. Neues Deutschland vom 19. 12. 1985.

58 Text in deutscher Übersetzung bei Alexander Uschakow (1983), S. 22—33.

59 Vgl. hierzu Wolfgang Seiffert (1982), S. 191ff.

60 Vgl. hierzu Maria Haendcke-Hoppe (1985).

61 Zur Geschichte der Beziehung EG-RGW vgl. Alexander Uschakow (1981), S. 133—141.

62 Art. III 2 b, GBl II/1976, S. 142.

63 Vgl. hierzu Wolfgang Seiffert (1982), S. 188.

64 Text bei Alexander Uschakow (1983), S. 982—986.

65 In der Diskussion um ein neues Weltwährungssystem standen dabei insbesondere die Pläne J. M. Keynes' und Harry D. Whites im Mittelpunkt der Überlegungen. Während der Keynes-Plan eine als internationale Zahlungsbank konzipierte internationale Clearing-Union vorsah, enthält Whites Konzeption, die sich dann weitgehend durchsetzte, den Plan eines „Stabilisierungsfonds der Vereinten und Assoziierten Nationen".

66 Neues Deutschland vom 24. 5. 1983.

Literatur

Außenwirtschaftsrecht 85. VWV-Reihe zur Außenwirtschaft Band 1. Köln. Wirtschaftsdienst-Verlag. 1985.

Autorenkollektiv (Ltg. Faude E., Grote G., Luft CH.): Sozialistische Außenwirtschaft. Lehrbuch. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1984.

Autorenkollektiv (Ltg. Kemper M.,Maskow D.): Internationales Wirtschaftsrecht. Außenwirtschaftsrecht der DDR. Berlin (Ost). 1985.

Bethkenhagen J., H. Machowski: Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Entwicklung, Organisation, Erfolge und Grenzen. Berlin. Berlin Verlag. 2. erw. Aufl. 1976.

Beutler B., R. Bieber u. a.: Die Europäische Gemeinschaft — Rechtsordnung und Politik. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 2. Aufl. 1982.

Biskup R.: Wirtschaftliche Kooperation mit Staatshandelsländern — ein neues Instrument in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen?. In: Wirtschaftliche Kooperation mit Staatshandelsländern — Perspektiven und Risiken -. Hrsg. Biskup R..Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Köln. 1978. S. 9—54.

Bleckmann A.: Europarecht. Das Recht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Köln, Berlin, Bonn, München. Heymanns-Verlag. 4. Aufl. 1985.

Brendel G., Dubrowsky H.J., Schickram K.: Ware-Geld-Beziehungen zwischen den RGW-Ländern. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1983.

Direktive des X. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981—1986. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1981.

Förster W.: Das Außenhandelssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Die Entwicklung der Organisation und Technik des sowjetzonalen Außenhandels. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.). Bonn. Deutscher Bundesverlag. 2. unveränderte Aufl. 1956.

Groeben H. v. d., Boeckh H. v., u. a.: Kommentar zum EWG-Vertrag. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 3. Aufl. 1983.

Grunddokumente des RGW. Institut für ausländisches Recht und Rechtsvergleichung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hrsg.). Berlin (Ost). Staatsverlag. 1. Aufl. 1978.

Gutmann G., W. Klein u. a.: Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 2. Aufl. 1979.

Haendcke-Hoppe M.: Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der UdSSR. Teil I. Die Investitionsbeteiligungen in den 70er Jahren. FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. H. 1/1985.

dies.: Außenwirtschaftsreform und Außenwirtschaftsmonopol. In: Die Wirtschaft der DDR am Ende der Fünfjahrplanperiode. FS-Analysen. Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.). Berlin. H. 5/1985.

dies., Lieser-Triebnigg E.: Ökonomische und juristische Aspekte der Veränderungen im DDR-Außenhandelssystem. In: Recht, Wirtschaft, Politik im geteilten Deutschland. Festschrift für Siegfried Mampel. Hrsg. Zieger G. Köln, Berlin, Bonn, München. C. Heymanns Verlag KG. 1983. S. 541—561.

Harbrecht W.: Die Europäische Gemeinschaft. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 2. Aufl. 1984.

Hasse R.: Ziele und Konflikte des Europäischen Währungssystems. In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WIST). München u. a.. Beck. Heft 4/1976. S. 177—181.

Internationale ökonomische Organisation der RGW-Länder — Dokumente. Berlin (Ost). Staatsverlag. 1985.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Bulletin der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.). Brüssel. Nr. 11/1985. S. 9—11.

Lampert H.: Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland. München — Wien. Verlag G. Olzog. 8. Aufl. 1985.

Lieser-Triebnigg E., Uschakow A.: Die DDR in der osteuropäischen Wirtschaftintegration. Eine juristische Analyse. Abhandlungen zum Ostrecht. Bd. 16. Institut für Ostrecht der Universität zu Köln; Institut für Recht, Politik und Gesellschaft der sozialistischen Staaten der Universität Kiel; Abt. für Öffentliches Recht, Ostrecht und Politikwissenschaft der Universität Würzburg; Studiengruppe für Ostrecht (Hrsg.). Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 1982.

Machowski H. (Hrsg.): Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in Osteuropa. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Bd. 16. Berlin. Berlin Verlag. 1985.

Scharrer H. E., Wessels W. (Hrsg.): Das Europäische Währungssystem. Bilanz und Perspektiven eines Experiments. Bonn. Europa Union Verlag. 1983.

Scherer J.: Die Wirtschaftsverfassung der EWG. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 1970.

Schüller A.: Stabilisierung oder Gefährdung der Marktwirtschaft durch staatliche Osthandelsförderung. In: Wirtschaftliche Kooperation mit Staatshandelsländern — Perspektiven und Risiko —. Hrsg. Biskup R. Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Köln. 1978. S. 55—85.

Seiffert W.: Das Rechtssystem des RGW. Eine Einführung in das Integrationsrecht des COMECON. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 1. Aufl. 1982.

Seiffert W. (Hrsg.):Außenwirtschaftsrecht der DDR. Berlin. Berlin Verlag. 1983.

Uschakow A.: Probleme eines Rahmenabkommens EG-RGW. In: Recht in Ost und West. Berlin. Verlag Vereinigte Druckereien Chmielorz. H. 4/1981. S. 133—141.

ders.: Integration im RGW (Comecon). Dokumente. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 2. Aufl. 1983.

United Nations (Hrsg.):Economic Commission for Europe (E.C.E.). Analytical report on industrial Co-operation among ECE countries. Genf. 1973.

Weber A.: Geschichte der internationalen Wirtschaftsorganisationen. Wiesbaden. Verlag F. Steiner. 1983.

Woyke W. (Hrsg.): Europäische Gemeinschaft. Problemfelder — Institutionen — Politik. Pipers Wörterbuch zur Politik 3. Hrsg. Nohlen D.. München — Zürich. Verlag R. Piper. 1984.

Kapitel X
Die Arbeitsverfassung

1. Die Arbeitsverfassung der Bundesrepublik Deutschland

Heinz Lampert

Zusammenfassung

Die Arbeitsverfassung hat für die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik zentrale Bedeutung. Der überwiegende Teil der Verfassungsnormen, die die Wirtschaftsverfassung konstituieren, ist gleichzeitig Grundlage der Arbeitsverfassung. Die realisierte Arbeitsverfassung entspricht sowohl den ordnungspolitischen Prinzipien des Grundgesetzes als auch dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Bedingungen des Erwerbs einer Berufsausbildung und des Zugangs zu den Arbeitsmärkten sowie die vor allem durch Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie geprägte Ordnung der Arbeitsmärkte sind auf das Ziel ausgerichtet, allen Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen entsprechend ihren individuellen Neigungen und Fähigkeiten möglichst ununterbrochen und zu bestmöglichen Bedingungen in bezug auf Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsplatzumwelt Beschäftigung zu sichern. Die betriebene Arbeitsmarktausgleichspolitik ist auf die Verbesserung der Verwertungschancen der Arbeitskräfte ausgerichtet. Die Arbeitnehmerschutzpolitik und die Ausgestaltung der Arbeitnehmerrechte im Betrieb und im Unternehmen sorgen für die Sicherung von Grundrechten und für die Berücksichtigung elementarer Interessen der Arbeitnehmer im Arbeitsleben.

Inhalt Seite

1.1. Definition der Begriffe „Wirtschaftsverfassung" und „Arbeitsverfassung" ... 225

1.2. Die Arbeitsverfassung als wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsverfassung ... 225

1.3. Die Prinzipien der Arbeitsverfassung der Bundesrepublik Deutschland ... 226

1.4. Die reale Ausgestaltung einzelner Dimensionen der Arbeitsverfassung ... 226

1.4.1. Berufswahl und Berufsausbildung ... 226

1.4.2. Die Ordnung der Arbeitsmärkte ... 227

1.4.3. Die Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte ... 228

1.4.4. Arbeitsmarktprozeßpolitik ... 228

1.4.5. Arbeitnehmerschutzpolitik ... 228

1.4.6. Die Ausgestaltung der Arbeitnehmerrechte im Betrieb und im Unternehmen ... 229

1.1. Definition der Begriffe „Wirtschaftsverfassung" und „Arbeitsverfassung"

Im folgenden werden die Begriffe Wirtschaftsverfassung bzw. Arbeitsverfassung im normativen wie auch im realen Sinn verwendet. Im normativen Sinn gehören zur Wirtschaftsverfassung bzw. zur Arbeitsverfassung alle Rechtsnormen, die in der Verfassung (oder in anderen Gesetzen, z. B. im Tarifvertragsgesetz oder im Betriebsverfassungsgesetz) enthalten sind und das Wirtschaftsleben bzw. das Arbeitsleben nach bestimmten Zielen ordnen und regeln. Im realen Sinn versteht man unter der Wirtschaftsverfassung bzw. unter der Arbeitsverfassung die tatsächlichen Ordnungs- und Wirkungszusammenhänge des Wirtschaftslebens bzw. des Arbeitslebens.

1.2. Die Arbeitsverfassung als wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsverfassung

Allein aufgrund der Tatsache, daß in allen Volkswirtschaften die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ihre Existenzgrundlage durch die wirtschaftliche Verwertung ihrer Arbeitskraft als unselbständig Beschäftigte sichert, wird die Arbeitsverfassung zum bedeutendsten Bestandteil der Wirtschaftsverfassung (in der Bundesrepublik Deutschland gab es 1984 21,9 Mill. Arbeitnehmer und 2,3 Mill. Selbständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger).

Die zentrale Bedeutung der Arbeitsverfassung für die Wirtschaftsverfassung ergibt sich nicht in erster Linie daraus, daß sie für die erwerbstätige Bevölkerung die Qualität der Arbeitswelt und des Arbeitslebens und damit eines Großteil des aktiven Lebens überhaupt entscheidend bestimmt, sondern daraus, daß der überwiegende Teil der die Wirtschaftsverfassung konstituierenden grundlegenden Verfassungsnormen gleichzeitig grundlegende Normen der Arbeitsverfassung sind (vgl. Abschnitt 4 und 5) und aus der Tatsache, daß sich die Qualität eines Wirtschaftssystems vor allem in seiner Arbeitsverfassung als Normensystem und als Realität niederschlägt. Denn die Arbeitsverfassung ist entscheidend für die Chancen der Verwertung der Arbeitskraft, für die Höhe und Stetigkeit des Arbeitseinkommens als der für die meisten Menschen entscheidenden Existenzgrundlage, für den Schutz vor gesundheitlichen Gefährdungen, die mit der Arbeitsausübung verbunden sein können, für die Sicherung der Menschenwürde am Arbeitsplatz und für die freie Entfaltung der Persönlichkeit durch Arbeit. Gleichzeitig wird mit der Qualität der Arbeitsverfassung eine wichtige Bedingung für die Erreichung wirtschaftlichen Wohlstands und die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft gelegt.

Von den Grundgesetzartikeln, die die Wirtschaftsverfassung bestimmen (vgl. dazu Kap. III.1.), sind für die Arbeitsverfassung direkt konstitutiv

- Artikel 1, der die Menschenwürde — auch im Arbeitsleben — schützt;
- Artikel 2 Abs. I, der das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und damit auch die allgemeine Handlungsfreiheit auf wirtschaftlichem Gebiet gewährleistet, also u. a. die Konsumfreiheit, die Unternehmensfreiheit und die Wettbewerbsfreiheit als die Freiheit, mit anderen auch im Arbeitsleben in Wettbewerb zu treten;
- Artikel 3 Abs. II und III, nach dem Männer und Frauen gleichberechtigt sind und niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf; dieses Differenzierungsverbot erstreckt sich auch auf das Wirtschafts- und Arbeitsleben;
- Artikel 9 Abs. III, der jedermann und für alle Berufe das Recht einräumt, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, und damit vor allem die Bildung von freien Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zuläßt;
- Artikel 11, der die persönliche Freizügigkeit, d. h. das Recht jedes Staatsbürgers gewährleistet, innerhalb des Staatsgebietes nach freier Wahl eine Niederlassung zu gründen und Wohnung zu nehmen (Freizügigkeit ist im übrigen für Bundesbürger auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gewährleistet);
- Artikel 12, der die freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl zusichert.

Indirekt von Bedeutung sind für die Arbeitsverfassung Artikel 14 und Artikel 20 Abs. I sowie Artikel 28 Abs. I. Das Gewicht von Artikel 14 ergibt sich aus der Gewährleistung des Privateigentums auch an Produktionsmitteln, das Grundlage für marktwirtschaftliche Unternehmens- und Betriebsverfassungen ist[1]. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß die Unternehmer — die Eigentümer der Produktionsmittel oder ihre Beauftragten — die Produktion organisieren und zur Durchführung der Produktion Arbeitskräfte auf der Grundlage von Arbeitsverträgen in ihren Dienst stellen. Aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln folgt das Recht der Kapitaleigentümer, die Unternehmensleitung zu bestellen, über den Einsatz der Produktionsfaktoren und über den Produktionsertrag zu disponieren. Aus dieser Unternehmensverfassung ergibt sich ein Schutzbedürfnis der Arbeitnehmer.

Die Bedeutung von Artikel 20 Abs. I und Artikel 28 Abs. I für die Arbeitsverfassung folgt aus der in diesen Artikeln begründeten Verantwortung des Staates für die Herstellung und Wahrung sozialer Gerechtigkeit, die als Ziel auch und vor allem für die Arbeitswelt hohe Priorität hat. Wesentliche Dimensionen der Arbeitsverfassung, nämlich der Arbeitnehmerschutz (vgl. Abschnitt 1.4.5.), die Tarifautonomie (vgl. Abschnitt 1.4.2.) und das Betriebsverfassungsrecht sowie das Recht der Mitbestimmung im Unternehmen (vgl. Abschnitt 1.4.6.) werden durch das Ziel sozialer Gerechtigkeit stark geprägt.

Schließlich ist auch Artikel 109 des Grundgesetzes als gesetzliche Grundlage für eine auf die Herstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung abzielende Globalsteuerung[2] für die (realisierte) Arbeitsverfassung relevant, denn die faktische Substanz des Rechtes auf freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, die Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen in den Betrieben und die Entwicklung der Realeinkommen sind vom Beschäftigungsgrad abhängig.

1.3. Die Prinzipien der Arbeitsverfassung der Bundesrepublik Deutschland[3]

Ungeachtet der immer noch nicht abgeschlossenen Auseinandersetzung, welche Wirtschaftsverfassungen das Grundgesetz zuläßt[4], wird nicht bestritten, daß die wirtschaftordnungspolitische Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Da diese ordnungspolitische Konzeption auch für die auf das Arbeitsleben bezogene Wirtschaftspolitik (Arbeitsmarktordnungspolitik, Arbeitsmarktausgleichspolitik, Arbeitnehmerschutzpolitik, Betriebs- und Unternehmensverfassungspolitik) verwirklicht wurde, kann man davon ausgehen, daß die in der Bundesrepublik realisierte Arbeitsverfassung sowohl den ordnungspolitischen Prinzipien des Grundgesetzes als auch dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft entspricht.

Diese Arbeitsverfassung stellt sich wie die Wirtschaftsverfassung dar als eine Verfassung, „die individualrechtliche Freiheitsverbürgungen und sozialrechtliche Freiheitsbindungen in einem System ausgleichender Ordnung zusammenfaßt“[5]. Diesem Verfassungsinhalt entspricht die Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Leitbild, das auf eine Synthese zwischen der wirtschaftlichen Freiheit als einem untrennbaren Teil der persönlichen und politischen Freiheit und den sozialstaatlichen Ideen der sozialen Sicherheit und sozialen Gerechtigkeit abzielt. Die arbeitsverfassungsrechtlich relevanten Grundrechte der Wahrung der Menschenwürde (Artikel 1 Abs. I), der freien Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 Abs. I), der Freiheit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl (Artikel 12) sowie der Freizügigkeit (Artikel 11) sichern eine den Zielen der freien Entfaltung der Persönlichkeit und der individuellen Freiheit dienende freiheitliche Arbeitsmarktordnung, die jedoch entsprechend den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Sozialstaatlichkeit (Artikel 20 und Artikel 28) modifiziert werden muß. Diese sozialrechtlichen Freiheitsbindungen werden gewährleistet durch das Gleichbehandlungsgebot des Artikels 3, durch ein entwickeltes Arbeitnehmerschutzrecht, durch eine soziale Ausgestaltung der Betriebs- und der Unternehmensverfassung, insbesondere aber durch die Koalitionsfreiheit und die Garantie der Tarifautonomie der Sozialpartner (Artikel 9 Abs. I und III). Entsprechend dem Prinzip der Selbstverwaltung sozialer Angelegenheiten haben die Arbeitsmarktparteien die Möglichkeit, die Arbeitsverfassung innerhalb des gesetzlich gezogenen Rahmens inhaltlich selbst auszufüllen[6].

Die Notwendigkeit besonderer ordnungspolitischer Regelungen im Sinne der eben aufgeführten sozialrechtlichen Freiheitsbindungen auf den Arbeitsmärkten ergibt sich aus der ohne solche Regelungen bestehenden marktformenbedingten Unterlegenheit der Anbieter von Arbeitsleistungen gegenüber den Nachfragern und aus dem hohen Grad der Unvollkommenheit der Arbeitsmärkte[7].

1.4. Die reale Ausgestaltung einzelner Dimensionen der Arbeitsverfassung

Die reale Ausgestaltung der Arbeitsverfassung in der Bundesrepublik ist das Ergebnis eines langen historischen Entwicklungsprozesses. Für diese Ausgestaltung sind folgende Dimensionen von Bedeutung: die Möglichkeiten der Berufswahl und der Berufsausbildung, die Ordnung der Arbeitsmärkte, die Verfassung der Arbeitsmärkte, die Arbeitsmarktprozeß-, insbesondere die Beschäftigungspolitik[8], die Arbeitnehmerschutzpolitik und die Rechte der Arbeitsanbieter in den Betrieben bzw. den Unternehmen.

1.4.1. Berufswahl und Berufsausbildung

Entsprechend dem Grundrecht der freien Berufs- und Arbeitsplatzwahl muß der Staat auf eine Beeinflussung der Berufs- und Arbeitsplatzwahlentscheidung verzichten und sich auf Beratungshilfe und Maßnahmen der Förderung der Berufsbildung beschränken. Er stellt daher Institutionen zur Berufsberatung im Sinne von §§ 25 ff. des Arbeitsförderungsgesetzes bereit und fördert die berufliche Bildung im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 8. Juni 1983 und des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969, um allen Jugendlichen eine ihren Begabungen und Talenten entsprechende Ausbildung ohne Rücksicht auf Herkunft und Einkommen zu ermöglichen.

Die Berufsausbildung nicht akademisch vorgebildeter Arbeitnehmer beruht in der Bundesrepublik auf dem dualen System, das die Ausbildung im Betrieb mit einer in Berufs-, Berufsaufbau- und Berufsfachschulen erworbenen Berufsbildung verknüpft.

Besondere Probleme der beruflichen Ausbildung traten mit dem Einrücken der geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre in das Erwerbspersonenpotential in Form nicht ausreichender Ausbildungsplätze auf. Mit Hilfe des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes von 1976 und (befolgter) Appelle an die Wirtschaft konnte die Lage durch eine Erhöhung der Ausbildungsplätze für neue Lehrverhältnisse von rd. 513 900 im Jahre 1976 auf 716 200 im Jahre 1986 entschärft werden.

Als Defizit des Ausbildungssystems, das durch die seit 10 Jahren anhaltend hohe Arbeitslosigkeit besonders erkennbar wurde, wird eine zu geringe Orientierung am Beschäftigungssystem diskutiert[9]. Es wird bemängelt, daß das Ausbildungssystem zu wenig die Fähigkeit vermittelt, ohne Hilfe durch Dritte zu lernen, daß es die Schulabgänger zu wenig auf die Notwendigkeit

vorbereitet, lebenslang zu lernen, daß es zu wenig zur Arbeits- und Wirtschaftswelt hinführt, daß es nicht in ausreichendem Umfang über die institutionellen und finanziellen Voraussetzungen für ein lebenslanges Lernen verfügt[10], und daß es noch zu wenig auf die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen abstellt, die die Arbeitnehmer zur schnellen und reibungslosen Erschließung von wechselndem Spezialwissen befähigen[11].

1.4.2. Die Ordnung der Arbeitsmärkte

Ohne wirtschaftordnungspolitische Eingriffe auf den Arbeitsmärkten wären die vielen um Arbeitsplätze konkurrierenden Arbeitsanbieter gegenüber der viel geringeren Zahl von Nachfragern nach Arbeitsleistungen in einer unterlegenen Marktposition (monopsonistische bzw. oligopsonistische Form der Arbeitsmärkte) — vor allem, wenn Arbeitslosigkeit besteht. Daher hat der Gesetzgeber in der Bundesrepublik die Stellung der Arbeitnehmer durch die Einführung der Koalitionsfreiheit gestärkt und die Arbeitsmärkte durch die Einführung der Tarifautonomie in die Form des zweiseitigen Monopols bzw. Oligopols transformiert.

Aufgrund dieser Übertragung lohnpolitischer Befugnisse auf die Arbeitsmarktparteien können diese im Rahmen der geltenden Rechtsnormen selbstgewählte Ziele setzen und durch kollektive Vertragsverhandlungen, erforderlichenfalls nach Führung eines Arbeitskampfes, Arbeitsvertragsnormen vereinbaren. Diese werden vom Gesetzgeber als Mindestnormen mit unmittelbarer und zwingender Wirkung für die Angehörigen der tarifschließenden Parteien anerkannt. Von den Tarifvertragsnormen darf in Individualarbeitsverträgen nur zugunsten der Arbeitnehmer abgewichen werden.

Die Tarifautonomie bewirkt eine Ausschaltung des Unterbietungswettbewerbs der Arbeitnehmer, sie kompensiert die Marktmacht der Arbeitgeber durch die Organisation der Arbeitnehmer (Bildung gegengewichtiger Marktmacht) und sichert die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen durch geschulte, verhandlungserfahrene Berufsfunktionäre, hinter denen die gewerkschaftliche Organisationsmacht steht.

Hinter dem Konzept der Tarifautonomie steht neben der Überzeugung, daß Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie zu einer gleichgewichtigen Arbeitsmarktform führen, die wirtschafts- und sozialpolitische Auffassung, daß durch Tarifautonomie gleichzeitig die ökonomisch und unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit beste Beilegung des Konfliktes um die Verteilung des Produktionsertrages zwischen Arbeit und Kapital möglich wird.

Dieser Verteilungskonflikt ergibt sich daraus, daß in einer Gesellschaftsordnung mit Privateigentum an Produktionsmitteln den Kapitaleigentümern das Recht der freien Verfügung über das erzeugte Produkt und über den Produktionsertrag zusteht. Daher beziehen die Kapitaleigner im Falle wirtschaftlichen Erfolges außer der marktgerechten Kapitalverzinsung Gewinneinkommen, während der Faktor Arbeit durch das vertraglich vereinbarte Entgelt entlohnt wird, unabhängig davon, daß der ökonomische Wert der Arbeitsleistung erst nach der marktlichen Verwertung des Arbeitsprodukts feststeht. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich das sogenannte Zurechnungsproblem als das Problem, den Produktionsertrag auf die Produktionsfaktoren entsprechend ihrem Beitrag zur Gesamtleistung aufzuteilen. Für diese Zurechnung gibt es keine objektiven Maßstäbe.

Für die Lösung von Konflikten stehen einer Gesellschaft prinzipiell zur Verfügung: Die Marktpreisbildung, Verhandlungen der Konfliktbeteiligten, Entscheidungen durch Dritte, insbesondere durch staatliche Institutionen, und die machtmäßige Auseinandersetzung, d. h. der Kampf. Vergleicht man diese Instrumente zur Konfliktentscheidung systematisch, dann zeigt sich zunächst, daß eine Marktpreisbildung ungeeignet ist, weil sie allenfalls bei Vollbeschäftigung die vergleichsweise schwächere Marktstellung der Arbeitnehmer nicht zur Geltung kommen ließe. (Die sogenannte Lohndrift, d. h. die Veränderung der (positiven) Differenz zwischen Effektiv- und Tariflöhnen, die gelegentlich als Marktpreisbildung interpretiert wird, ist ein Preisbildungselement, das auf der Basis kollektivvertraglich vereinbarter Löhne diese Tariflöhne entsprechend dem gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsgrad und der Lage auf Teilarbeitsmärkten modifiziert.) Von den verbleibenden Instrumenten — Verhandlungen, drittinstanzliche Entscheidungen, Kampf — sind die Verhandlungen aus folgenden Gründen vorzuziehen: erstens ist die Lohnfindung in die Hände derjenigen gelegt, die die besten Kenntnisse über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in dem Bereich haben, für den die Arbeitsbedingungen festgesetzt werden sollen; zweitens finden die unmittelbar Konfliktbeteiligten mit größerer Wahrscheinlichkeit einen Interessenausgleich als staatliche Organe; drittens werden damit gleichzeitig die Selbstbestimmungsrechte und die Selbstverwaltung sozialer Gruppen gewahrt; viertens schließlich wird bei einvernehmlicher Einigung und Beilegung des Konfliktes durch die unmittelbar Beteiligten der soziale Friede gesichert.

Da die Eignung der Verhandlungslösung als Entscheidungsmechanismus mit der gegenseitigen Verhandlungs- und Konzessionsbereitschaft steht und fällt, sind Streik und (Abwehr-) Aussperrung als Möglichkeit, die Gegenseite bei fehlender Konzessionsbereitschaft mit der Alternative von wirtschaftlichen Verlusten zu bedrohen, unverzichtbare Elemente der Tarifvertragsautonomie. Solange Arbeitskämpfe ihren ultima-ratio-Charakter wahren, wie das für die Bundesrepublik festgestellt werden kann, sind sie letztlich ein Instrument zur Sicherung des sozialen Friedens.

Voraussetzung für die positive Bewertung der Tarifautonomie ist, daß der Staat als Träger der wirtschaftspolitischen Verantwortung und die Zentralnotenbank als geld-, kredit- und währungspolitisch steuernde Institution fähig sind, durch die Setzung entsprechender wirtschafts- und geldpolitischer Rahmenbedingungen zu verhindern, daß durch die Tarifautonomie gesamtwirtschaftliche Ziele wie insbesondere die

Preisniveaustabilität, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht und die Vollbeschäftigung entscheidend und nachhaltig gefährdet werden[12]. Für die Bundesrepublik ist eine solche Gefährdung potentiell nicht auszuschließen, jedoch ist sie nach dem Urteil des Verfassers wegen der auf lange Sicht und im großen und ganzen verantwortungsbewußten Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften kein gravierendes Problem. Allerdings wird diese Frage kontrovers beurteilt[13].

Die im Tarifvertragsgesetz vom 9. April 1949 in der Neufassung vom 25. August 1969 rechtlich ausgeformte Tarifautonomie ist so effektiv und so flächendeckend, daß eine nach dem Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen vom 11. Januar 1952 mögliche staatliche Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen praktisch überflüssig geworden ist.

1.4.3. Die Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte

Der Gesamtarbeitsmarkt ist ein typisch unvollkommener Markt. Er besteht erstens aus einer Vielzahl fachlich-beruflich, personell und räumlich differenzierter Märkte; zweitens ist er für die Marktteilnehmer, vor allem für die Arbeitnehmer, in hohem Maße intransparent; drittens wird auf den Arbeitsmärkten der Abbau von Ungleichgewichten durch eine mehr oder minder stark beeinträchtigte Mobilität von Arbeit und Kapital erschwert. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer auf die graduelle Vervollkommnung der Arbeitsmärkte gerichteten Arbeitsmarktpolitik. Gesetzliche Grundlage dieser Politik ist das Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969, das neben anderem folgende Instrumente bereitstellt:

- die Arbeitsvermittlung;
- die Arbeits- und Berufsbildungsberatung, d. h. die Beratung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Arbeitsmarktlage, die Entwicklung der Berufe, die Notwendigkeit und die Möglichkeiten der beruflichen Bildung und deren Förderung;
- die Berufsberatung, d. h. die Erteilung von Rat und Auskunft in Fragen der Berufswahl und des Berufswechsels, die Unterrichtung über die mögliche Förderung der beruflichen Bildung und die Aufklärung über beruflich bedeutsame Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt;
- die Förderung der beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung durch die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen, die Gewährung von Unterhaltsgeld, die Übernahme der Lehrgangs-, Lernmittel-, Fahrt-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten und die Förderung des Aufbaues, der Erweiterung und der Ausstattung beruflicher Bildungseinrichtungen durch Darlehen und Zuschüsse;
- die Förderung der Arbeitsaufnahme durch Zuschüsse zu den Bewerbungskosten, den Reise- und den Umzugskosten.

1.4.4. Arbeitsmarktprozeßpolitik

Oberstes Ziel der Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik ist es, allen Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen eine ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende, ununterbrochene Beschäftigung zu bestmöglichen Bedingungen zu sichern. Letztlich erhält die freiheitliche Arbeitsverfassung ihren vollen Wert erst aus dieser Zielsetzung, weil eine möglichst wenig eingeschränkte materiale Freiheit — verstanden als die Möglichkeit, im Rahmen der durch Gesetz, Sitte und Technik gezogenen Schranken selbst gesteckte Ziele zu verwirklichen — für die überwiegende Zahl der Gesellschaftsmitglieder von der regelmäßigen Erzielung von Arbeitseinkommen abhängt. Auch der materiale Gehalt anderer Freiheitsrechte, z. B. der freien Berufs- und Arbeitsplatzwahl, hängen vom Beschäftigungsgrad ab. Die Aufgabe, Arbeitsplätze für alle zu sichern, obliegt der Vollbeschäftigungspolitik und der Arbeitsmarktausgleichspolitik.

Das in § 1 des Gesetzes zur Förderung von Wachstum und Stabilität und in § 1 des Arbeitsförderungsgesetzes verankerte Vollbeschäftigungsziel muß seit 1975 als verfehlt gelten. Die zahlreichen Gründe können hier nicht dargestellt werden. Besondere Probleme der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergeben sich aus ihrer zum großen Teil außenwirtschaftlichen Verursachung (nämlich aus der Erdölpreispolitik des internationalen Ölkartells, aus dem Einrücken der geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre in das Arbeitskräftepotential und aus der gestiegenen Erwerbsquote der Frauen)[14].

Besondere prozeßpolitische Aufgaben sind die Verringerung struktureller Arbeitsmarktungleichgewichte und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei schwer zu vermittelnden Arbeitnehmergruppen wie Behinderten, Schwerbeschädigten, älteren Arbeitnehmern, Arbeitnehmern ohne Ausbildung und Arbeitnehmern mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Der Lösung dieser Aufgaben dienen die im Arbeitsförderungsgesetz verankerten Instrumente der Arbeitsplatzerhaltungs- und Arbeitsplatzbeschaffungspolitik, nämlich Kurzarbeitergeld (§§ 63 ff. AFG), die Maßnahmen zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft (§§ 74 ff. AFG), berufsfördernde Leistungen zur Rehabilitation körperlich, geistig oder seelisch Behinderter (§ 56 AFG), die Zahlung von Ausbildungszuschüssen an Arbeitgeber für die Ausbildung körperlich, geistig oder seelisch Behinderter (§ 60 AFG), die finanzielle Förderung der Einstellung von Arbeitnehmern mit überdurchschnittlichem Einarbeitungsbedarf (§ 49 AFG) oder von schwervermittelbaren Arbeitnehmern (§ 54 AFG), die Zahlung von Zuschüssen zu den Lohnkosten älterer Arbeitnehmer (§§ 97 ff. AFG) und die Zahlung von Zuschüssen an die Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (§§ 91—96 AFG).

Arbeitnehmer, die trotz der Vermittlungsbemühungen der Arbeitsverwaltung, trotz der Förderung der Umschulung und der beruflichen Fortbildung sowie trotz des Einsatzes der unter Ziffer 20 genannten Instrumente arbeitslos werden, erhalten im Rahmen der Arbeitslosenversicherung Arbeitslosengeld für

längstens 24 Monate in Höhe von 68 vH (Arbeitslose mit mindestens einem Kind) bzw. 63 vH (Arbeitslose ohne Kinder) des letzten durchschnittlich pauschalierten Nettoarbeitsentgelts bzw. — im Falle der Bedürftigkeit — im Anschluß an den Bezug von Arbeitslosengeld Arbeitslosenhilfe. Die Arbeitslosenhilfe beträgt für Arbeitslose mit Kindern 58 vH, für Arbeitslose ohne Kinder 56 vH. Diese Lohnersatzleistungen der Arbeitslosenversicherung bzw. des Bundes (Arbeitslosenhilfe) müssen im Einzelfall umso unzulänglicher werden, je länger die Arbeitslosigkeit andauert.

1.4.5. Arbeitnehmerschutzpolitik

Ein für die Qualität der Arbeitsverfassung wichtiger Bereich politischer Gestaltung ist der Arbeitnehmerschutz mit den Teilbereichen Arbeitszeitschutz, Gefahren- oder Betriebsschutz und Kündigungsschutz. In diesen Bereichen werden durch den Gesetzgeber Mindestnormen definiert, die für den Abschluß von kollektiven und individuellen Arbeitsverträgen als Mindestbedingungen gelten.

Um die Gesundheit der Arbeitnehmer vor Überforderungen zu schützen und um durch Sicherung einer bestimmten Freizeit die zeitliche Voraussetzung für eine freie Entfaltung der Persönlichkeit zu schaffen, läßt der Arbeitsschutz Arbeit gegen Entgelt nur in bestimmtem Umfang und nur zu bestimmten Zeiten zu. Einen besonderen Arbeitsschutz genießen Jugendliche, Frauen und Mütter.

Der Gefahren- oder Betriebsschutz zielt darauf ab, durch gesetzliche Mindestnormen zu verhindern, daß Leben und Gesundheit der Arbeitskräfte durch Betriebsvorrichtungen, Maschinen, die Arbeitsplatzausstattung, die Arbeitsplatzumgebung oder die Organisation der Arbeit beeinträchtigt werden.

Die vor allem im Kündigungsschutzgesetz in der Fassung vom 25. August 1968 niedergelegten Bestimmungen schränken das Kündigungsrecht der Arbeitgeber durch die Bindung der Rechtswirksamkeit von Kündigungen an die Einhaltung bestimmter Fristen ein und erklären sozial ungerechtfertigte Kündigungen als rechtsunwirksam. Als rechtsunwirksam gelten Kündigungen, die nicht entweder durch dringende betriebliche Erfordernisse oder durch Gründe bedingt sind, die in der Person oder dem Verhalten des Arbeitnehmers liegen. Ein verstärkter Kündigungsschutz gilt für Betriebsräte, Mütter, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende. Der gesetzliche Kündigungsschutz wird ergänzt durch tarifvertragliche Kündigungsschutzbestimmungen, die für zahlreiche Wirtschaftsbereiche bestehen und u. a. vorsehen, daß die Arbeitsverhältnisse von Arbeitnehmern, die eine bestimmte Altersgrenze und eine bestimmte Dauer der Betriebszugehörigkeit überschritten haben, unkündbar sind.

1.4.6. Die Ausgestaltung der Arbeitnehmerrechte im Betrieb und im Unternehmen

In einer marktwirtschaftlichen Arbeitsverfassung ist das wirtschaftliche Schicksal und das Arbeitsleben der Arbeitskräfte weitgehend durch marktabhängige, an ökonomischen Kriterien orientierte Arbeitgeberentscheidungen bestimmt. Durch diese Markt- bzw. Arbeitgeberabhängigkeit können elementare Arbeitnehmerinteressen gefährdet werden. Zur Vermeidung solcher Gefährdungen ist eine sozial orientierte Ausgestaltung der Betriebsverfassung und der Unternehmensverfassung erforderlich.

Gesetzliche Grundlagen der betrieblichen Mitbestimmung sind das Betriebsverfassungsgesetz vom 15. Januar 1972, das Bundespersonalvertretungsgesetz vom 15. März 1974 und die Personalvertretungsgesetze der Bundesländer. Gegenüber dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 und den Personalvertretungsgesetzen der Jahre 1955ff. wurden die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer in den Betrieben und in öffentlichen Dienststellen der Zahl und der Qualität nach erweitert.

Das Betriebsverfassungsgesetz und die Personalvertretungsgesetze sichern den Arbeitnehmern bzw. den von ihnen gewählten Betriebsräten Informationsrechte, Mitberatungs- und Mitbestimmungsrechte in bezug auf die Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung, in bezug auf allgemeine personelle Angelegenheiten, die Berufsbildung und personelle Einzelmaßnahmen, in bezug auf soziale Angelegenheiten (Fragen der Betriebsordnung, der Arbeitszeitregelungen, der Unfallverhütung, der Verwaltung von Sozialeinrichtungen, der betrieblichen Lohngestaltung) und in bezug auf wirtschaftliche Angelegenheiten [15].

Gesetzliche Grundlagen der Mitbestimmung im Unternehmen sind das Montanmitbestimmungsgesetz vom 21. Mai 1951, das Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Oktober 1952, das Mitbestimmungsergänzungsgesetz vom 7. August 1956 und das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976. Mit dem zuletzt genannten Gesetz wurden die seit 1951 für Unternehmen der Bergbau-, der Eisen- und der Stahl erzeugenden Industrie geltenden Mitbestimmungsregelungen durch Mitbestimmungsregelungen für alle Unternehmungen außerhalb der Montanindustrie ergänzt, die mehr als 2 000 Arbeitnehmer beschäftigen und keine „Tendenzunternehmen" im Sinne von § 118 des Betriebsverfassungsgesetzes sind. Beide Gesetze geben den Arbeitnehmern das Recht, in Unternehmen bestimmter Größenordnung (Montanunternehmen über 1 000 Arbeitnehmer, Nicht-Montanunternehmen über 2 000 Arbeitnehmer), die in der Form einer Aktiengesellschaft, einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, einer GmbH oder einer Genossenschaft betrieben werden, in den Aufsichtsrat eben soviele Vertreter zu entsenden wie die Kapitaleigner [16]. Dadurch partizipieren die Arbeitnehmervertreter an allen Entscheidungs- und Kontrollrechten, die einem Aufsichtsrat zustehen (Bestellung der Vorstandsmitglieder, Beratung über die und Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes und Prüfung des Jahresabschlusses). Ende 1986 waren 507 Unternehmen und Konzerne mitbestimmt.

Die Mitbestimmung schließt wenigstens zwei gesamtwirtschaftliche Gefahren in sich ein: erstens die Gefahr, daß Arbeitgeber und Gewerkschaften versucht sein können, Konflikte zwischen unternehmenspolitischen Zielen (Rentabilität, Anwendung arbeitskräftesparenden technischen Fortschritts) und Arbeitnehmerinteressen (Arbeitsplatzsicherung und hohe Realeinkommen) durch Forderungen gegenüber dem Staat nach einer konfliktentschärfenden Wirtschaftspolitik zu lösen[17]; zweitens die Gefahr, die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an Änderungen der Marktverhältnisse, der Faktorpreisrelationen und der Technologie ebenso wie die weltwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber nicht mitbestimmten Unternehmen zu beeinträchtigen[18]. Nach dem Urteil des Verfassers ist die Mitbestimmung ein geeignetes Instrument, um den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus in einer eigenständigen Synthese aufzuheben, denn „eine von der rechtlichen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung zwischen Anteilseignern und Arbeitnehmern im Unternehmen ausgehende Ordnung verläßt den Gedankenkreis des Kapitalismus und schreitet zu einem neuen Gestaltungsprinzip fort, das . . . zwischen Kapitalismus und Sozialismus steht, wenn man so will, eine gegenüber beiden neutrale, dritte Alternative bildet" [19].

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Arbeitsverfassung der Bundesrepublik als bedeutendster Teil der Wirtschaftsverfassung den grundlegenden freiheitlichen und sozialstaatlichen Normen des Grundgesetzes und dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft entspricht. Die betriebene Arbeitsmarktordnungspolitik, die Arbeitsmarktausgleichspolitik, die Arbeitnehmerschutzpolitik und die Arbeitnehmerrechte im Betrieb und im Unternehmen sorgen dafür, daß die elementaren Interessen der Arbeitnehmer im Arbeitsleben berücksichtigt werden und daß die Arbeitnehmer durch eine schrittweise, laufende Verbesserung ihrer Beschäftigungsbedingungen am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben. Allerdings war es — bedingt durch eine Vielzahl von wirtschaftspolitisch nicht und schwer kontrollierbaren Bedingungen — seit 1975 nicht mehr möglich, das Vollbeschäftigungsziel zu erreichen.

Fußnoten

1 Vgl. Materialien 1972, Ziff. 315.
2 Vgl. Maunz-Dürig-Herzog-Scholz 1983 sowie Materialien 1972, Ziff. 240—248 und Materialien 1974, Ziff. 320.
3 Vgl. Kleinhenz 1979.
4 Vgl. Rupp 1982.
5 Huber 1953, S. 30f.
6 Vgl. Materialien 1972, Ziff. 242 und 315—321 sowie Materialien 1974, Ziff. 349f.
7 Vgl. Lampert 1981 und 1985, S. 200f.
8 Soweit beschäftigungspolitische Ziele mit spezifisch arbeitsmarktpolitischen Instrumenten erstrebt werden, die im Arbeitsförderungsgesetz enthalten sind oder auf die Arbeitsmarktordnung und die Arbeitsmarktverfassung einwirken, handelt es sich um Arbeitsmarktpolitik; soweit beschäftigungspolitische Ziele mit anderen, insbesondere geld- und fiskalpolitischen Instrumenten der Globalsteuerung erstrebt werden, handelt es sich um Beschäftigungspolitik.
9 Vgl. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel 1977, S. 483, S. 490 u. S. 493; Hegelheimer 1971; Winterhager 1973; Klein 1974; Kühlewind, Tessaring 1975.
10 Winterhager 1973, S. 33f.
11 Mertens 1974, S. 36ff.
12 Vgl. zu diesen Problemen Lampert, Schönwitz 1986; Arndt 1957; Rothschild 1963; Stiller 1964; Bombach 1969; Teichmann 1982, S. 288ff.; Giersch 1977, S. 251ff.; Külp 1981.
13 Vgl. zu den möglichen Gefährdungen des Vollbeschäftigungs- und Geldwertstabilisierungszieles durch die Lohnentwicklung Giersch 1977, S. 251ff.; Oberhauser 1985, S. 201ff. sowie Scherf 1978, S. 159ff.
14 Vgl. zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit Buttler, Hof 1977; Hassemer 1980; Görgens 1981; Arndt 1984; Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1975ff.; Priewe 1984.
15 Vgl. Gaugler 1980 und die dort angegebene Literatur.
16 Vgl. Hamm 1980 und die dort angegebene Literatur.
17 Vgl. Hamm 1981, S. 14f.; Gäfgen 1981, S. 9ff., insbes. S. 33; O. v. Nell-Breuning 1968, S. 152f.
18 Vgl. dazu Hamm 1981, S. 23f. und Gäfgen 1981, S. 33.
19 Raiser 1973, S. 66; ähnlich Fabricius 1982.

Literatur

Arndt E.: Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik. Tübingen. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1957.

Arndt H.: Vollbeschäftigung. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1984.

Bombach G.: Möglichkeiten und Grenzen einer Verteilungspolitik. In: Lohnpolitik und Einkommensverteilung. Hrsg. Arndt H. Schriften des Vereins für Socialpolitik. N.F. Bd. 51. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Berlin 1969.

Brinkmann G.: Ökonomik der Arbeit. 3 Bde. Stuttgart. Verlag Klett-Cotta. 1981.

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1972. Bonn. 1972.

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974. o.O. 1974.

Buttler G., Hof B.: Bevölkerung und Arbeitsmarkt bis zum Jahre 2000. Köln. Deutscher Instituts-Verlag. 1977.

Fabricius F.: Unternehmensrechtsreform und Mitbestimmung in einer Sozialen Marktwirtschaft. Stuttgart, Mainz, Köln. Verlag W. Kohlhammer. 1982.

Gäfgen G.:Zur volkswirtschaftlichen Beurteilung der Entscheidungsteilnahme in Unternehmen: Die deutsche Mitbestimmungsregelung als Beispiel. In: Die Kosten der Mitbestimmung. Hrsg. Steinmann H. u. a. Zürich. Bibliographisches Institut. 1981.

Gaugler E.: Mitbestimmung im Betrieb. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft. Hrsg. Albers W. u. a. Stuttgart u. a. Gustav Fischer, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Vandenhoeck und Ruprecht. Bd. 5/1980. S. 251ff.

Giersch H.: Konjunktur- und Wachstumspolitik. Wiesbaden. Verlag Gabler. 1977.

Görgens E.: Beschäftigungspolitik. München. Verlag F. Vahlen. 1981.

Hamm W.: Mitbestimmung im Unternehmen. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft. Hrsg. Albers W. u. a. Stuttgart u. a. Gustav Fischer, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Vandenhoeck und Ruprecht. Bd. 5/1980. S. 261ff.

Hamm W.: Erfahrungen mit der Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland. Zürich. 1981.

Hassemer W. u. a. (Hrsg.): Arbeitslosigkeit als Problem der Rechts- und Staatswissenschaften. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. 1980.

Hegelheimer A.: Berufsbildung und Arbeitsrecht. Berufsbildungsforschung. Ziele — Methoden — Forschungsprogramm. Stuttgart, Mainz, Köln, Verlag W. Kohlhammer. 1971.

Huber E. R.: Wirtschaftsverwaltungsrecht. Tübingen. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 2. Aufl. Bd. 1/1953.

Klein K.P.: Chancen und Probleme der beruflichen Integration von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluß. Göttingen. Verlag Schwartz. 1974.

Kleinhenz G.: Verfassung und Struktur der Arbeitsmärkte in marktwirtschaftlichen Systemen. In: Arbeitsmarktpolitik. Hrsg. Lampert H. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1979.

Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen. Verlag Schwartz. 1977.

Kühlewind G., Tessaring M.: Argumente für und gegen eine beschäftigungsorientierte Bildungspolitik. Göttingen. Verlag Schwartz. 1975.

Külp B.: Verteilungstheorie. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 2. Aufl. 1981.

Lampert H.: Arbeitsmarktpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft. In: Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft. Schriften des Vereins für Socialpolitik. Hrsg. Issing O. N. F. Bd. 116. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1981. S. 753 ff.

Lampert H.: Lehrbuch der Sozialpolitik. Berlin, Heidelberg, New York. Verlag Springer. 1985.

Lampert H., Schönwitz D.: Lohnpolitik. In: Evangelisches Staatslexikon. Hrsg. Kunst H., Herzog R., Schneemelcher W. Stuttgart, Berlin. Verlag Kreuz. 3. Aufl. 1986.

Maunz Th., Dürig G., Herzog R., Scholz R., u. a.: Grundgesetz. Kommentar. München. Verlag C. H. Beck. 6. Aufl. 1983.

Mertens D.: Schlüsselqualifikationen. Thesen zur Schulung für eine moderne Gesellschaft. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Stuttgart, Mainz, Köln, Verlag W. Kohlhammer. 1974. S. 36 ff.

Mertens D., Kühl J.: Arbeitsmarktpolitik. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft. Hrsg. Albers W. u. a. Stuttgart u. a. Gustav Fischer, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Vandenhoeck und Ruprecht. Bd. 1/1977. S. 279 ff.

Müller J. H., Klauder W.: Arbeitsmarkt. In: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Hrsg. Görres-Gesellschaft. Freiburg u. a. Verlag Herder. 7. Aufl. Bd. 1./1985. S. 284 ff.

Nell-Breuning O. v.: Mitbestimmung. Frankfurt/M. Europäische Verlagsanstalt. 1968.

Oberhauser A.: Lohnsteigerungen und Beschäftigung. In: Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung. Hrsg. Langkau J., Köhler C. Bonn. Verlag Neue Gesellschaft. 1985.

Priewe J.: Zur Kritik konkurrierender Arbeitsmarkt- und Beschäftigungstheorien und ihrer politischen Implikationen. Frankfurt u. a. Verlag F. Lang. 1984.

Raiser Th.: Marktwirtschaft und paritätische Mitbestimmung. Zur Kritik des Berichts der Mitbestimmungskommission. Heidelberg. Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft. 1973.

Rothschild K.: Lohntheorie. Berlin. Verlag F. Vahlen. 1963.

Rupp H. H.: Wirtschaftsverfassung. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft. Hrsg. Albers W. u. a. Stuttgart u. a. Gustav Fischer, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Vandenhoeck und Ruprecht. Bd. 9/1982. S. 141 ff.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Jahresgutachten. Stuttgart, Mainz, Köln. Verlag W. Kohlhammer. 1975 ff.

Scherf H.: Inflation. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft. Hrsg. Albers W. u. a. Stuttgart u. a. Gustav Fischer, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Vandenhoeck und Ruprecht. Bd. 4/1978. S. 159 ff.

Söllner A.: Arbeitsrecht. Stuttgart, Mainz, Köln. Verlag W. Kohlhammer. 7. Aufl. 1981.

Stiller E. (Hrsg.): Lohnpolitik und Vermögensbildung. Basel und Tübingen. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 1964.

Teichmann U.: Grundriß der Konjunkturpolitik. München. Verlag F. Vahlen. 3. Aufl. 1982.

Winterhager W. D.: Anforderungen an ein Berufbildungssystem aus gesellschaftlicher, individueller und betrieblicher Sicht. Göttingen. Verlag Schwartz. 1973.

Zöllner W.: Arbeitsrecht. München. Verlag C. H. Beck. 3. Aufl. 1983.

2. Die Arbeitsverfassung der DDR

Hartmut Zimmermann

Zusammenfassung

Arbeit gilt im Marxismus-Leninismus als grundlegende Form „gesellschaftlicher Praxis", Arbeit ist aus dieser Sicht immer auch ein politisch-ideologischer und sozialer Erziehungsprozeß. Entsprechend umfassend sind die Arbeitsverfassung und die Aufgabenzuweisung an die Betriebe ausgestaltet. Weiter wird die Arbeitsverfassung geprägt von den Strukturprinzipien des Gesamtsystems: Führende Rolle der SED, demokratischer Zentralismus, sozialistisches Eigentum an den Produktionsmitteln, zentrale Leitung und Planung der Volkswirtschaft. Das Recht auf Arbeit bedeutet zugleich die Verpflichtung zur Ausübung einer „gesellschaftlich nützlichen" Tätigkeit. Die Verteilung der Arbeitskräfte ist Gegenstand der Arbeitskräfteplanung und -lenkung vor allem durch die örtlichen Staatsorgane, die den Betrieben entsprechende Auflagen machen. Lohnpolitik ist Teil der zentralen Planung und läßt den Betrieben nur einen geringen Spielraum bei der Konkretisierung der zentralen Vorgaben. In gleicher Weise sind Arbeitszeit, Urlaub usw. weitgehend durch allgemeingültige Rechtsnormen geregelt. Die betrieblichen Mitwirkungsrechte, wesentlich an den FDGB gebunden, orientieren sich im ökonomischen Bereich auf die optimale Planerfüllung und bewegen sich bei der betrieblichen Sozialpolitik in den Grenzen der den Betrieben zur Verfügung stehenden Fonds.

Inhalt Seite

2.1. Ideologisch-theoretische Grundlagen der Arbeitsverfassung 232
2.2. Arbeitsverfassung als Bestandteil der Wirtschaftsverfassung 233
2.3. Prinzipien der Arbeitsverfassung 234
2.4. Die Ausgestaltung einzelner Dimensionen der Arbeitsverfassung ... 235
2.4.1. Berufslenkung, Planung und Lenkung des Arbeitskräfteeinsatzes ... 235
2.4.2. System der Entlohnung 235
2.4.3. Arbeitsvertrag, Arbeitszeit, Urlaub 236
2.4.4. Der Betrieb und die Mitwirkungsrechte der Werktätigen 237

2.1. Ideologisch-theoretische Grundlagen der Arbeitsverfassung

Arbeit gilt im Marxismus-Leninismus als „grundlegende Form gesellschaftlicher Praxis". Der Arbeitsverfassung (im folgenden: Av.) — dieser Begriff wird in der DDR nicht verwendet — kommt daher für das Gesamtsystem zentrale Bedeutung zu. Sie wird aus marxistisch-leninistischer Sicht vor allem durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte (wissenschaftlich-technisches Niveau, Qualifikation der Arbeitenden) sowie durch die Eigentumsordnung geprägt. Aus der fast völligen Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln in der DDR folgt in der gleichen Interpretation, daß die Produktionsfaktoren nicht mehr durch „spontane", am Eigeninteresse der Wirtschaftssubjekte orientierte Marktprozesse zueinander in ökonomische Beziehungen gebracht, sondern „bewußt", „planmäßig" genutzt werden können bzw. müssen. Zugleich habe sich die Stellung des arbeitenden Menschen verändert. Er sei nicht mehr „Lohnabhängiger", sondern „Werktätiger"; seine Arbeitsleistung käme der sozialistischen Gesellschaft und damit ihm selbst unmittelbar und in vollem Umfange zugute. Daher läge die optimale Nutzung des eigenen Arbeitsvermögens sowie der ökonomisch-technischen Ressourcen (d. h. die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität) im Eigeninteresse jedes Werktätigen.

Die ökonomischen Ziele könne sich die Gesellschaft jedoch nicht selbst setzen, dazu bedürfe es vielmehr

der marxistisch-leninistischen Partei, die allein über die erforderlichen Kenntnisse der „historischen Gesetzmäßigkeiten" und damit über die prognostischen Fähigkeiten verfüge, um die ökonomischen Aufgaben der weiteren politisch-sozialen Entwicklung, das „gesamtgesellschaftliche Interesse" in Form eines alle Gesellschaftsmitglieder verpflichtenden „Planes" festzulegen. Der Staat als Träger der wichtigsten wirtschaftlichen Eigentumsrechte dient der Partei dabei als „Hauptinstrument" zur Leitung und Planung der Wirtschaftsprozesse.

Die Existenz sozialer Gruppen mit eigenen Interessen wird gesehen. Diese sollen mit Hilfe der „gesellschaftlichen Organisationen" (z. B. Gewerkschaft, Jugendverband) in das einheitlich konzipierte, auch in seinen Teilstrukturen von der Partei geführte politische System eingebunden werden. Damit werden zugleich die Grenzen deutlich, die der Artikulation derartiger partikularer Interessen gesetzt sind: Sie müssen sich im Rahmen des sich im „Plan" ausdrückenden, von der Partei formulierten „Gesamtinteresses" bewegen.

Aus der Bewertung der „Arbeit" als der wichtigsten Form sozialer Tätigkeit wird ferner abgeleitet, daß diese nicht nur der materiellen Sicherung des einzelnen und der Gesellschaft dient. Der Arbeitsprozeß sei darüber hinaus ein bewußt zu gestaltender Erziehungs- und Selbsterziehungsprozeß, in dem sich „sozialistische Persönlichkeiten" herausbilden und bewähren sollen. Entsprechend gilt der Betrieb nicht nur als Ort organisierter Arbeitstätigkeit, sondern ebenso als „Zentrum sozialer, kultureller und politischer Tätigkeit". Die Betriebe sowie die in ihnen wirkenden Betriebsorganisationen der SED und der gesellschaftlichen Organisationen haben daher einen umfassenden gesellschaftspolitischen Auftrag wahrzunehmen, der auch zahlreiche Aufgaben in den umliegenden Wohngebieten sowie dem Freizeitbereich mit umfaßt. Umgekehrt wirken die örtlichen Staatsorgane, die regionalen Parteiorganisationen usw. auch in nichtökonomischen Fragen auf die Betriebe ein.

2.2. Arbeitsverfassung als Bestandteil der Wirtschaftsverfassung

Die Wirtschaftsverfassung — zentraler Teil des politisch-sozialen Gesamtsystems — ist in ihren Grundzügen Teil der Verfassung der DDR von 1968 i. d. F. von 1974. Sie wird wesentlich geprägt von der Führungsrolle der Partei, dem sozialistischen Eigentum an Produktionsmitteln, der Festlegung auf die Leitung und Planung der Volkswirtschaft, dem Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus (vgl. Kap. III.2.). Neben diesen grundlegenden Strukturprinzipien der Wirtschaftsverfassung, die zugleich die Av. determinieren, enthält die DDR-Verfassung eine Reihe weiterer Bestimmungen, die für die Ausgestaltung der Av. von Relevanz sind. Zu nennen sind u. a. die „Grundrechte und Grundpflichten der Bürger". Diese konstituieren, wie diese Formulierung bereits erkennen läßt, keine eigenständige Rechts- und Freiheitssphäre des Individuums gegenüber dem Staat. Die marxistisch-leninistische Staatstheorie postuliert vielmehr, daß die sozialistische Gesellschaft keine klassenbedingten Antagonismen mehr kenne und die politische Organisationsform daher im Dienste aller gesellschaftlichen Gruppen stünde. Grundrechte sind in diesem Verständnis daher immer zugleich (zumindest moralische) Verpflichtungen des einzelnen, durch deren Wahrnehmung an dem planmäßigen Entwicklungsprozeß der Gesamtgesellschaft aktiv teilzunehmen. Dieses Grundrechtsverständnis zeigt sich deutlich im Art. 24,1, der das Recht auf Arbeit enthält und in seinem Abs. 2 die „gesellschaftlich nützliche Tätigkeit" als „eine ehrenvolle Pflicht für jeden arbeitsfähigen Bürger" bezeichnet: „Das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit bilden eine Einheit".

Art. 24,1 schreibt das Leistungslohnprinzip, den Anspruch auf „Lohn nach Qualität und Leistung", unabhängig von Alter und Geschlecht, fest. Als eine besondere staatliche Aufgabe nennt Art. 20,2 darüber hinaus die Förderung der berufstätigen Frauen, insbes. bei dem Erlangen beruflicher Qualifikationen. Der Art. 38, in dem Ehe, Familie und Mutterschaft unter den Schutz des Staates gestellt werden, macht ferner Zusagen für den Schwangerschaftsurlaub, das Kindergeld usw.

Art. 25,1 enthält ein gleiches Recht auf Bildung, wobei der Abs. 2 das Bildungsziel, den vom „sozialistischen Patriotismus und Internationalismus" durchdrungenen „allseitig gebildeten und harmonisch entwickelten Menschen" benennt. Sein Abs. 4 sieht die „allgemeinbildende zehnjährige Oberschulpflicht" vor, nennt die Möglichkeit des Oberschulabschlusses in Einrichtungen der Berufsausbildung sowie in solchen der Aus- und Weiterbildung und postuliert darüber hinaus: „Alle Jugendlichen haben das Recht und die Pflicht, einen Beruf zu erlernen." Die Möglichkeit, jeweils zur nächsthöheren Bildungsstufe überzugehen, wird im Art. 26,1 an drei Bedingungen geknüpft: an das Leistungsprinzip, an die gesellschaftlichen Erfordernisse und an die „Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung".

Unter den zahlreichen Verfassungsartikeln, die Aussagen über den Arbeits- und Gesundheitsschutz machen, sind im Hinblick auf die Av. vor allem zu nennen: Art. 34, in dem aus dem Recht auf Erholung und Freizeit die gesetzliche Regelung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, der Anspruch auf einen bezahlten Jahresurlaub sowie der Ausbau der Erholungs- und Urlaubszentren hergeleitet wird. Art. 35 enthält das Recht auf Schutz der Gesundheit und der Arbeitskraft, das u. a. durch eine umfassende Sozialpolitik, durch die Förderung des Sports sowie durch ein Sozialversicherungssystem gewährleistet werden soll. Mit ihm korrespondiert der Art. 36, der das „Recht auf Fürsorge der Gesellschaft im Alter und bei Invalidität" enthält. Die Art. 35 und 36 sind, auch wenn im folgenden nicht näher darauf eingegangen werden kann, insoweit für die Av. von erheblicher Relevanz, als die Gewerkschaften die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten (SV) leiten (Art. 45,3), sehr viele Aufgaben der SV dementsprechend in und von den Betrieben wahrgenommen wer-

den und über wesentliche Leistungen der SV von den betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen (BGO) entschieden wird.

Art. 9,3 definiert die Wirtschaftsordnung als „sozialistische Planwirtschaft", in der die „zentrale Leitung und Planung der Grundfragen" mit der „Eigenverantwortung" der Betriebe sowie der „Eigeninitiative der Werktätigen" zu verbinden sei. Die Eigenverantwortung der Betriebe, die Eigeninitiative der Werktätigen, das Mitwirkungsrecht im Betrieb (Art. 42,1) sind jeweils eingeordnet in das hierarchisch aufgebaute, entsprechend den Prinzipien des demokratischen Zentralismus funktionierende Gesamtsystem. Sie sind daher wesentlich ausgerichtet auf die Erfüllung zentraler Vorgaben, auf die Konkretion allgemeiner Regeln entsprechend den speziellen Bedingungen der Betriebe bzw. der Arbeitsplätze und auf die optimale Nutzung der zur Verfügung gestellten Ressourcen.

Die betrieblichen Mitwirkungsrechte sind zudem überwiegend an die gesellschaftlichen Organisationen, vor allem an den FDGB gebunden. Zwar enthält Art. 29 ein allgemeines Vereinigungsrecht der Bürger, doch nennt Art. 44,1 ausschließlich den FDGB als Gewerkschaft und schließt damit implizit die Existenz konkurrierender Organisationen aus. Art. 44,2 betont zwar: „Die Gewerkschaften sind unabhängig. Niemand darf sie in ihrer Tätigkeit einschränken", doch gilt auch für den FDGB der Führungsanspruch der SED, den er im übrigen in seiner Satzung auch ausdrücklich anerkennt. Der FDGB ist ferner Teil der Nationalen Front, der Zusammenfassung aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen „zum gemeinsamen Handeln für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft" (Art. 3).

Die dem FDGB in Art. 44,1 zugewiesene Rolle der Interessenwahrnehmung für die Werktätigen unterliegt also den gleichen Rahmenbedingungen wie die allgemeinen Mitwirkungsrechte. Das in Art. 45 für den FDGB enthaltene Recht über alle die Arbeits- und Lebensbedingungen betreffenden Fragen mit den staatlichen Organen, den Betriebsleitungen und anderen wirtschaftsleitenden Organen Vereinbarungen zu treffen, bewegt sich dementsprechend innerhalb der jeweils geltenden Pläne. Der FDGB hat ferner die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die „gesetzlich garantierten Rechte der Werktätigen" tatsächlich gewahrt werden. Da der FDGB in den Volksvertretungen mit eigenen Abgeordneten vertreten ist, ein Anhörungsrecht bei den staatlichen Leitungen hat und zudem die Partei- und Gewerkschaftsleitungen miteinander verzahnt sind, ist er integraler Teil des politischen Herrschaftssystems. — Streik und Streikrecht werden als an die kapitalistische Gesellschaft gebunden für die eigene Gesellschaft abgelehnt. Gewerkschaftliche Interessenvertretung würde „auf neue Art, mit neuen Mitteln und Methoden" verwirklicht[1].

Die allgemeinen Festlegungen, Strukturprinzipien usw. der Verfassung werden in zahlreichen staatlichen Gesetzen und Rechtsverordnungen, in den Anordnungen von Kombinaten und Betrieben, aber auch in den Satzungen der gesellschaftlichen Organisationen differenziert und präzisiert. Von besonderer Relevanz für die Av. sind das Arbeitsgesetzbuch (AGB), die Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatsbetriebe und volkseigenen Betriebe (KombinatsVO), aber auch die Satzung des FDGB und das Statut der SED. — Die sich daraus ergebende, auf Einheitlichkeit und Kontrollierbarkeit ausgerichtete normative Verfaßtheit des Betriebes wird überformt und konkretisiert durch die je besonderen materiellen und personellen Bedingungen, die sich in ihm vorfinden. Dieser Wirkungszusammenhang, der zu durchaus unterschiedlichen betrieblichen Situationen führt, ist hier jedoch nicht darstellbar.

2.3. Prinzipien der Arbeitsverfassung

Grundsätzlich wird von der Pflicht aller arbeitsfähigen Bürger ausgegangen, einer geregelten Arbeit nachzugehen. „Arbeitsscheu", die zu einer Beeinträchtigung des gesellschaftlichen Lebens oder der öffentlichen Ordnung und Sicherheit führt, und die abgegrenzt wird von wiederholten „Fehlschichten", dem Ablehnen bestimmter Arbeiten, dem häufigen Wechsel des Arbeitsplatzes, ist in der DDR ein Straftatbestand und kann mit Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren, im Wiederholungsfall oder bei Vorliegen einer Vorstrafe wegen Verbrechens bis zu fünf Jahren bestraft werden[2].

Das umfassende Verständnis von Arbeit, wie es einleitend dargestellt wurde, prägt auch den § 80 des AGB, in dem die Anforderungen an den Werktätigen formuliert sind: Dieser „hat seine Arbeitspflichten mit Umsicht und Initiative wahrzunehmen. Er ist insbesondere verpflichtet, seine Arbeitsaufgabe ordnungs- und fristgemäß zu erfüllen, die Arbeitszeit und die Produktionsmittel voll zu nutzen, die Arbeitsnormen und andere Kennzeichen der Arbeitsleistung zu erfüllen, Geld und Material sparsam zu verwenden, Qualitätsarbeit zu leisten, das sozialistische Eigentum vor Beschädigung und Verlust zu schützen und die Bestimmungen über den Gesundheits- und Arbeitsschutz und den Brandschutz sowie über Ordnung, Disziplin und Sicherheit einzuhalten". Werktätige, die fahrlässig oder vorsätzlich gegen die Arbeitsdisziplin verstoßen oder deren Verhalten zu Schäden am sozialistischen Eigentum führt, können disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden. Disziplinarstrafen sind: der Verweis, der strenge Verweis, die fristlose Entlassung. Grundsätzlich besteht eine Pflicht zum Schadenersatz, im Falle der Fahrlässigkeit bis zur Höhe eines Monatsgehalts, bei Vorsatz in voller Höhe.

Der Betrieb seinerseits hat solche Arbeitsbedingungen zu schaffen, „die den Werktätigen hohe Arbeitsleistungen ermöglichen, die bewußte Einstellung zur Arbeit und das Schöpfertum fördern, die Arbeitsfreude erhöhen und zur Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten sowie zur sozialistischen Lebensweise beitragen" (AGB § 71). Bei der Gestaltung der Arbeitsplätze sind die jeweils neuesten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse anzuwenden und die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen einzuhalten. Der

Betrieb ist seinerseits zum Schadenersatz verpflichtet, wenn ein Werktätiger ohne eigenes Verschulden einen Arbeitsunfall erleidet oder sich eine Berufskrankheit zuzieht.

2.4. Die Ausgestaltung einzelner Dimensionen der Arbeitsverfassung

2.4.1. Berufslenkung, Planung und Lenkung des Arbeitskräfteeinsatzes

Eine zentrale Planwirtschaft kann auf die Planung und Lenkung der Arbeitskräfte nicht verzichten. Das Recht auf „freie Wahl" des Arbeitsplatzes, d. h. das Recht des einzelnen, ein Arbeitsverhältnis nach eigenem Willen einzugehen, schränkt die Möglichkeit eines direkten Zugriffs auf die Werktätigen jedoch ein. Arbeitskräfteplanung und -lenkung sind vor allem auf die Beeinflussung der Berufswahl und verbindliche Regelungen für die Betriebe verwiesen.

Wichtiges Steuerungsinstrument ist die inner- und außerschulische Berufsberatung, durch die die Schulabgänger in diejenigen Berufe gelenkt werden sollen, bei denen entsprechend der angenommenen wirtschaftlichen sowie wissenschaftlich-technischen Entwicklung ein zahlenmäßig auszuweisender zukünftiger Bedarf errechnet worden ist. In diese Planungen gehen die Ausbildungsplätze der Betriebe, der staatlichen Einrichtungen usw. ebenso ein wie die Studienplätze an den Fachschulen, an den Universitäten und Hochschulen. Ein ausgedehntes System der Aus- und Weiterbildung bietet die Möglichkeit, sich während der Berufstätigkeit höher zu qualifizieren, zur Umschulung bei sich veränderndem Bedarf an fachlicher Qualifikation sowie zur Anpassung der Kenntnisse an den jeweiligen technisch-wissenschaftlichen Entwicklungsstand. Das Ausbildungsniveau in der DDR ist hoch: 1984 hatten 84,25 vH der Beschäftigten in der sozialistischen Wirtschaft eine abgeschlossene Berufsausbildung. In jüngerer Zeit häufen sich jedoch Klagen, daß Arbeitskräfte nicht qualifikationsgerecht eingesetzt werden. Die Gründe liegen in Planungsfehlern, in der Vernichtung qualifikationsgerechter Arbeitsplätze durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, aber auch in der Weigerung von Beschäftigten, den Betrieb zu verlassen oder sich an Umschulungsmaßnahmen zu beteiligen.

Im übrigen sehen die volkswirtschaftlichen Mehrjahres- und Jahrespläne eine bestimmte territoriale und wirtschaftszweigspezifische Verteilung der Arbeitskräfte vor (Arbeitskräfteplan). Die Umsetzung dieser Vorgaben liegt auf der Bezirksebene bei den Ämtern für Arbeit und Löhne sowie bei den Ämtern für Arbeit der Räte der Kreise. Diese Einrichtungen unterstehen nicht nur dem jeweiligen örtlichen Rat, sondern zugleich dem Staatssekretariat für Arbeit und Löhne (St. f. A. u. L.). Die Arbeitskräftepläne dieser örtlichen Staatsorgane (differenziert u. a. nach Beschäftigtengruppen, der Alters- und Qualifikationsstruktur, der Arbeitszeitbilanz) korrespondieren mit den staatlich bestätigten Plänen der Kombinate und Betriebe. Volkswirtschaftlich wichtige Vorhaben (z. B. Investitionen zentral geleiteter Kombinate) haben Vorrang (Sicherungsprogramm). Die Ämter für Arbeit sind darüber hinaus auch die Anlaufstelle für Arbeitssuchende; ihnen müssen die Betriebe freigesetzte Arbeitskräfte ebenso melden wie unbesetzte Arbeitsplätze. Den Kombinaten, Betrieben usw. können darüber hinaus Einstellungsbeschränkungen auferlegt und die Einsparung von Arbeitsplätzen vorgeschrieben werden. Den Betrieben ist die öffentliche Anwerbung von Arbeitskräften nur in Ausnahmefällen gestattet. Auch bei der Vergabe von Wohnraum ist der Aspekt der Arbeitskräftelenkung zu berücksichtigen.

Im Ergebnis der Arbeitskräftelenkungsmaßnahmen konnte die DDR bisher die Vollbeschäftigung sichern und — mit Einschränkungen — den Arbeitskräftebedarf bei Produktionsanlagenerweiterungen bzw. bei Großbauvorhaben sichern. Allerdings kam es bei den Rationalisierungen in den letzten Jahren regional zu Schwierigkeiten, freigesetzte Arbeitskräfte in von diesen akzeptierte Arbeitsplätze zu vermitteln. Eine Arbeitslosenversicherung besteht in der DDR nicht. — Die Betriebe tendieren noch immer dazu, sich — z. B. für einen unregelmäßigen Produktionsablauf — Arbeitskräftereserven zu halten und/oder solche Beschäftigte freizusetzen, die besondere Probleme im Betriebsablauf bereitet haben. Um auf die Betriebe Druck auszuüben, die bestehenden Arbeitskräftereserven aufzulösen, wurde in der Industrie zum 1. 1. 1984, im Bauwesen zum 1. 1. 1985 ein „Beitrag für gesellschaftliche Fonds" als neue Abgabe eingeführt, wonach ein Betrag von 70 vH bezogen auf den geplanten Lohnfonds in die Pläne einzusetzen und entsprechend den tatsächlich gezahlten Löhnen abzuführen ist.

2.4.2. System der Entlohnung

Das Entlohnungssystem hat verschiedene Aufgaben zu erfüllen: die Stimulierung der Arbeitsleistung (Leistungslohn), die Lenkung der Arbeitskräfte entsprechend den wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen, die Abgeltung von besonderen Arbeitserschwernissen, die Anerkennung für besonders komplizierte Arbeitsaufgaben, die Berücksichtigung der tatsächlichen und formalen fachlichen Qualifikation, die Förderung der Bildung von Stammbelegschaften. Da es ein freies Aushandeln der Vergütungen nicht gibt, beruhen das Lohnsystem, die Lohndifferenzierungen und die verschiedenen Lohnformen letztlich auf politischen Entscheidungen. Das Lohnsystem wird durch ein Prämiensystem ergänzt, durch das besondere individuelle und kollektive Arbeitsleistungen anerkannt werden.

Grundlage des Lohnsystems ist das Tarifsystem. Seine Grundsätze werden vom Ministerrat gemeinsam mit dem Bundesvorstand (BV) des FDGB auf der Grundlage der Volkswirtschaftspläne festgelegt. Auf dieser Basis schließen die Einzelgewerkschaften mit den zuständigen Ministerien, anderen zentralen staatlichen Organen sowie dazu bevollmächtigten weiteren Institutionen (z. B. Räte der Bezirke) Rahmenkollektivverträge (RKV) ab. Diese enthalten Angaben über die Eingruppierungsmerkmale sowie die entspre-

chenden Tarifsätze, Aussagen über Arbeitszeit, Erholungsurlaub, besonders zu berücksichtigende Arbeitserschwernisse usw. Soweit die Tarifregelungen für Lohn- und Gehaltsgruppen „Von-Bis-Spannen" vorsehen, wird in den RKV festgelegt, wie diese Spannen für Leistungsstimulierungen zu verwenden sind. Die RKV bedürfen der Bestätigung und Registrierung durch das St. f. A. u. L., das die Einhaltung der lohnpolitischen Bestimmungen überprüft. Für die unterste Einkommensgruppe ist ein monatlicher Mindestbruttolohn für Vollbeschäftigte festgelegt (seit 1976: 400 M).

Die Bestimmungen des RKV sind für den Betrieb verbindlich, müssen aber auf dessen spezifische Bedingungen hin konkretisiert werden. Ferner sind die anzuwendenden Lohnformen (z. B. Stücklohn, Prämienlohnformen) festzulegen. Besonderes Gewicht kommt dabei den Arbeitsnormen und anderen Leistungskennzahlen zu.

Zur Anerkennung besonderer Leistungen gibt es in jedem Betrieb einen Prämienfonds. Der Betrieb erhält für diesen Fonds einen Grundbetrag je Beschäftigten, weitere Zuführungen ergeben sich aus der Übererfüllung der Pläne, aus hohen Exportleistungen sowie aus der Erfüllung von Aufgaben bei der Konsumgüterproduktion. Seine Mittel dienen zur Anerkennung von Leistungen im Wettbewerb (Zielprämien, Initiativprämien, auftragsgebundene Prämien) sowie zur Anerkennung der Jahresleistung des Betriebes und des Beitrages, den der einzelne dazu geleistet hat, in Form der Jahresendprämie. Die im Betrieb anzuwendenden Lohnformen, die Leistungsparameter, die Zahlung der Prämien usw. bedürfen jeweils der Zustimmung durch die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL).

2.4.3. Arbeitsvertrag, Arbeitszeit, Urlaub

Wesentliche Inhalte des Arbeitsverhältnisses sind durch das AGB, die RKV und sonstige Normative verbindlich geregelt; von ihnen darf nicht abgewichen werden. Ein Arbeitsvertrag kommt — in schriftlicher Form — durch übereinstimmende Willenserklärung von Betrieb und Werktätigem zustande. Er muß Angaben über Arbeitsort und -aufgabe, die Lohn- bzw. Gehaltsgruppe und die Dauer des Erholungsurlaubs enthalten. Bei länger währender Abordnung eines Werktätigen an einen anderen Betrieb wird ein Delegierungsvertrag geschlossen; er läßt das Arbeitsverhältnis mit dem delegierenden Betrieb in der Regel bestehen. Das Arbeitsverhältnis kann vom einzelnen jederzeit formlos, fristgemäß (mindestens 2 Wochen; Fristen bis zu 3 Monaten sowie das Monatsende als Kündigungstermin können vereinbart werden) gelöst werden. Es wird allerdings angestrebt, zu einer vereinbarten Regelung in Form eines Aufhebungsvertrages zu kommen. Wenn der Betrieb seinerseits ein bestehendes Arbeitsverhältnis lösen will, hat er dem Werktätigen entweder eine zumutbare Arbeit im eigenen Betrieb (Änderungsvertrag) oder, wenn dieses nicht möglich ist, eine zumutbare Tätigkeit in einem anderen Betrieb nachzuweisen. Im letztgenannten Fall wird ein sog. Überleitungsvertrag angestrebt. Erst wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind, ein Aufhebungsvertrag nicht erreicht wird, kann der Betrieb fristgemäß kündigen, wenn das wegen Änderung der Produktion oder des Arbeitskräfteplanes notwendig bzw. wenn der Werktätige für die ihm übertragene Arbeitsaufgabe ungeeignet ist. Die fristlose Entlassung gilt als strengste Disziplinarmaßnahme bei „schwerwiegender Verletzung der sozialistischen Arbeitsdisziplin oder staatsbürgerlicher Pflichten". Sie soll in der Regel erst ausgesprochen werden, wenn andere Erziehungs- und Disziplinarmaßnahmen erfolglos geblieben sind. (Als Verletzung staatsbürgerlicher Pflichten ist vielfach die Stellung eines Übersiedlungsantrags in die Bundesrepublik gewertet worden). Die fristgemäße Kündigung ist bei zahlreichen Personengruppen unzulässig, bei weiteren erschwert; gleiches gilt für die fristlose Entlassung (AGB § 58, § 59). Kündigung und Entlassung bedürfen der vorherigen Zustimmung der BGL, bei dem besonders geschützten Personenkreis des Rates des Kreises bzw. des Stadtbezirks. — Diese arbeitsrechtlichen Regelungen gelten nicht für Arbeitsrechtsverhältnisse, die durch Berufung oder Wahl (leitende bzw. Wahlfunktionen) zustande kommen. Angehörige der Intelligenz können „in Anerkennung ständiger hervorragender Leistungen" Einzelverträge mit besonderen Inhalten erhalten. Absolventen der Universitäten, Hochschulen und Fachschulen müssen bereits während ihres letzten Studienjahres auf der Grundlage des Einsatzbeschlusses der Kommission für Arbeitsvermittlung der Studieneinrichtung einen Arbeitsvertrag mit ihrem zukünftigen Einsatzbetrieb abschließen, den sie frühestens nach 3 Jahren mit 6-monatiger Kündigungsfrist auflösen dürfen.

Arbeitszeit und Jahresurlaub sind gesetzlich geregelt. Als Normalarbeitszeit gelten seit 1967 43 3/4 Arbeitsstunden, bei einer Aufteilung auf eine 5-Tage-Arbeitswoche. Die im AGB enthaltene Absichtserklärung, die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden zu verkürzen, blieb bisher unerfüllt. Für Mütter, Schichtarbeiter, Arbeitende unter erschwerten Bedingungen usw. sind jedoch kürzere Arbeitszeiten in Geltung. Ein darüber hinausgehender Personenkreis hat ferner Ansprüche für einen über den Grundurlaub von 18 Arbeitstagen (Arbeitstage: Montag—Freitag) hinausgehenden Urlaub. Die betrieblichen Regelungen über die Arbeitszeit und den Urlaub werden in einem Arbeitszeit- bzw. Urlaubsplan festgelegt, der der Zustimmung durch die BGL bedarf.

Angesichts des verstärkten Übergangs zur Schichtarbeit kommt den Bestimmungen über die Nachtarbeit (Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr) besonderes Gewicht zu. Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nicht zwischen 18 Uhr und 6 Uhr beschäftigt werden. Allerdings gilt dieses Verbot nicht für Lehrlinge nach vollendetem 16. Lebensjahr „wenn es die Ausbildung erfordert". Für Schwangere und stillende Mütter ist Nachtarbeit verboten. Schwerbeschädigte werden nur nach Maßgabe ärztlicher Untersuchungen zur Nachtarbeit herangezogen. Mütter mit Kindern im Vorschulalter können die Nachtarbeit ablehnen, ebenso Werktätige, die pflegebedürftige Haushaltsangehörige zu versorgen haben.

2.4.4. Der Betrieb und die Mitwirkungsrechte der Werktätigen

Der Betrieb, Teil des hierarchisch strukturierten wirtschaftlichen Leitungs- und Planungssystems, hat vor allem auszuführen und zu konkretisieren, was ihm durch die Pläne und allgemein verbindliche Regeln vorgegeben ist. Damit ist zugleich der Rahmen und sind die Ziele deutlich, in denen sich Mitwirkung im Betrieb bewegen kann. Allerdings ist kein Regelwerk so dicht, daß es nicht auch Möglichkeiten interner Sonderentwicklungen eröffnen würde. Die im AGB (§ 28,2) enthaltene Bestimmung, daß Vereinbarungen, beispielsweise im Betriebskollektivvertrag (BKV), die gegen andere Rechtsvorschriften verstoßen, rechtsunwirksam sind, läßt derartige Praktiken erkennen. Die Kombinatsbildung der 70er Jahre hat allerdings die einzelnen Kombinatsbetriebe in ihren Entscheidungsspielräumen weiter eingeschränkt, da der Kombinatsdirektor auch bei der betrieblichen Ausgestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, bei der Bestimmung von Wettbewerbsinhalten, bei Regelungen im Bereich der Berufsaus- und Weiterbildung usw. selbst eingreifen kann. Neben der Einordnung in die vertikalen Strukturen des Wirtschaftsapparats haben in jüngerer Zeit zunehmend auch die horizontalen Verbindungen zu den örtlichen Staatsorganen an Gewicht gewonnen. Der Betrieb beeinflußt mit seiner Entwicklung nicht unwesentlich die regionale Infrastruktur, wie er umgekehrt auf das angewiesen ist, was ihm die örtlichen Staatsorgane an Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen.

Der Betrieb wird von einem Betriebsleiter nach dem Prinzip der Einzelleitung „bei kollektiver Beratung der Grundfragen und umfassender Mitwirkung der Werktätigen" (Ausprägung des Prinzips des demokratischen Zentralismus im wirtschaftlichen Bereich) geleitet. Der Betriebsleiter ist nicht nur Wirtschafts-, sondern immer auch politischer Funktionär. Er hat für die Planerfüllung ebenso zu sorgen wie für die Verbesserung der umfassend verstandenen Arbeits- und Lebensbedingungen der Betriebsangehörigen und deren Förderung zu „sozialistischen Persönlichkeiten". Ausdrücklich wird er auf eine enge Zusammenarbeit mit der Betriebsparteiorganisation (BPO) sowie den betrieblichen Gewerkschafts- und FDJ-Organisationen verpflichtet (KombinatsVO § 27,1).

Die SED erhebt auch im Betrieb einen politischen Führungsanspruch (KombinatsVO § 27,2). Sie wacht über die Einhaltung der politischen und staatlichen Direktiven, mobilisiert die eigenen Mitglieder, aber auch die anderen Werktätigen für die jeweiligen politischen und ökonomischen Ziele und leitet die im Betrieb tätigen gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere die BGO an. Der Sekretär der BPO hat ein umfassendes Informations- und Kontrollrecht gegenüber dem Betriebsleiter, ohne daß er bzw. die BP-Leitung (BPL) direkt in den betrieblichen Entscheidungsprozeß eingreifen darf. Durch die Berichtspflicht an die anleitende SED-Kreisleitung, das Recht zu Beschwerden usw. bei anderen vorgeordneten Instanzen wirkt er jedoch maßgeblich auf den Betriebsleiter ein. Ferner sind die Werkleiter und die Vorsitzenden der wichtigsten Massenorganisationen, wenn diese, was in der Regel der Fall ist, der Partei angehören, auch Mitglieder der BPL, so daß eine unmittelbare politische Integration in die Partei erfolgt.

Die entscheidenden Mitwirkungsrechte der Belegschaftsmitglieder liegen bei den BGO bzw. bei den BGL: Die BGO „und ihre Organe vertreten die Interessen der Werktätigen im Betrieb" (AGB § 22,1). Untergliedert in Gewerkschaftsgruppen, in Abteilungsgewerkschaftsorganisationen, ausgestattet mit einer Reihe auf die spezifischen Aufgabenbereiche ausgerichteten Kommissionen, verfügt die BGO über ein den ganzen Betrieb umfassendes Organisationsnetz.

Die Mitwirkungsrechte der BGO sind differenziert ausgestaltet und von unterschiedlicher rechtlicher Relevanz: Der BGL-Vorsitzende hat ein an seine Person gebundenes umfassendes Recht zur Einsichtnahme in alle betrieblichen Unterlagen einschließlich der Personalakten. Zustimmungsrechte (d. h. Entscheidungen des Werkleiters bedürfen der Zustimmung durch die BGL, um Geltung zu erlangen) bestehen z. B. für vom Betrieb ausgesprochene Kündigungen, fristlose Entlassungen, die Gewährung von Prämien, die Verwendung des Kultur- und Sozialfonds, das Inkraftsetzen von Arbeitsnormen und Leistungskennziffern usw.

Ein umfassendes Kontrollrecht erstreckt sich auf die Einhaltung der für den Betrieb geltenden Rechtsnormen. Von Bedeutung ist auch das Vereinbarungsrecht, nach dem der BKV mit seinen verschiedenen Anlagen zwischen Betriebsleitung und BGL zu vereinbaren sind. Ein allgemeines Informations- und Anhörungsrecht besteht z. B. beim Abschluß von neuen Arbeitsverträgen, bei der Beendigung von Arbeitsverhältnissen durch Aufhebungs- bzw. Überleitungsverträge. Darüber hinaus ist der Betriebsleiter verpflichtet, die Gewerkschaftsarbeit nach Kräften zu unterstützen, die notwendigen Informationen zu geben und über den Stand der Planerfüllung, die Erfüllung des BKV laufend Rechenschaft abzulegen. Die BGL kann grundsätzlich zu allen Fragen des Betriebes dem Betriebsleiter Vorschläge unterbreiten (konsultatives Vorschlagsrecht). Die BGO organisiert die Plandiskussion und den sozialistischen Wettbewerb; über die Auswertung der dabei gemachten Vorschläge ist der Betriebsleiter rechenschaftspflichtig. Der Vorsitzende der BGL nimmt an der „Planverteidigung" des Betriebes bei der übergeordneten Wirtschaftsleitung teil. — Besonders ausgestaltet sind die Aufgaben des FDGB im Arbeits- und Unfallschutz. Zwar können die mit entsprechenden Funktionen beauftragten und für ihre Tätigkeit ausgebildeten betrieblichen, ehrenamtlichen Funktionäre dem Betriebsleiter nur Forderungen und Vorschläge unterbreiten, die bei den Bezirksvorständen bestehenden Arbeitsschutzinspektionen mit entsprechenden Instrukteuren sind jedoch berechtigt, dem Direktor „Auflagen" zu erteilen und können bei Gefahr für das Leben die unverzügliche Stillegung von Anlagen veranlassen (AGB §§ 201,2; 293,3). — Die Mitglieder der BGL, der Konfliktkommissionen und Angehörige von Gewerkschaftsvorständen genießen einen besonde-

ren Kündigungsschutz (AGB § 26). — Die Betriebsleiter und leitende Betriebsmitarbeiter werden bei schuldhafter Verletzung arbeitsrechtlicher Bestimmungen „disziplinarisch, materiell, ordnungsstrafrechtlich bzw. strafrechtlich zur Verantwortung gezogen" (AGB § 295). — Die genannten Rechte sind immer zugleich auch Verpflichtungen der BGO. Die Tätigkeit der BGO richtet sich einerseits an die Betriebsleiter, andererseits an die eigene Mitgliedschaft. Gewerkschaftliche Tätigkeit ist Vertretung des „gesamtgesellschaftlichen Interesses", zielt also auf die Erfüllung der Betriebspläne und sonstiger vorgegebener politisch-sozialer Aufgaben, und zugleich Vertretung der unmittelbaren Mitgliederinteressen im Rahmen der gesetzlichen und sonstigen Regelungen. Der in diesen unterschiedlichen Zielsetzungen angelegte Konflikt wird in der DDR nur selten benannt; er gilt als „nichtantagonistischer" (jeweils im Rahmen der Mitwirkungsrechte lösbarer) Widerspruch. Der Charakter des FDGB als integraler Teil des politischen Organisationensystems zeigt sich auch in seiner Aufgabe, „Schule des Sozialismus" zu sein, d. h. die Mitglieder zu sozialistischer Arbeitsmoral und -disziplin zu erziehen, sowie aktiv ein entsprechendes „gesellschaftliches Bewußtsein" zu fördern.

Neben der BGO hat die betriebliche Grundorganisation (GO) der FDJ geringere Bedeutung. Ihre Rechte und Pflichten richten sich auf die jugendlichen Werktätigen, vor allem auf die Lehrlinge. Die GO organisiert u. a. jugendspezifische Formen des Wettbewerbs, bemüht sich um jugendgemäße Formen des Betriebs- und Wehrsports, ein möglichst angemessenes Freizeit- und Kulturangebot usw. Sie arbeitet den „Jugendförderungsplan" aus, in dem diese verschiedenen Maßnahmen zusammengefaßt werden. — In jüngerer Zeit haben die Betriebssektionen (BS) der Kammer der Technik (KDT), die gesellschaftliche Organisation der technischen Intelligenz, an Bedeutung gewonnen. Die BS wirken z. B. mit bei der Entwicklung, Überführung und Anwendung neuer Verfahren in der Produktion (unterstützt durch entsprechende Wettbewerbsformen), bei der Aus- und Weiterbildung der eigenen Mitglieder, aber auch in den betrieblichen und überbetrieblichen Bildungseinrichtungen.

Ebenso wie der Betrieb selbst sind auch die in ihm wirkenden GO der verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen in sich nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus verfaßt und stehen in einem hierarchischen Leitungsaufbau. Diese Konstruktion der Verbändekonstellation, die geprägt ist von dem Führungsanspruch der SED, soll sowohl die Durchsetzung von Sonderinteressen verhindern als auch das einheitliche Handeln des Gesamtsystems sichern.

Plandiskussion und sozialistischer Wettbewerb gelten in offizieller Sicht als die wichtigsten Formen betrieblicher Mitwirkung. Die auf der Grundlage zentraler Vorgaben von den Betriebsleitungen verfaßten Planentwürfe werden vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres in den Betrieben zur Diskussion gestellt. Die von der BGO getragene und organisierte Plandiskussion stellt zum einen ein Informationsangebot dar, das den einzelnen mit den Aufgaben des Betriebes und denen an seinem Arbeitsplatz vertraut machen soll. Zum zweiten zielt die Plandiskussion auf die Aufdekkung von Reserven und eine weitere Optimierung des Plans.

Der Betriebsplan ist Grundlage für den sozialistischen Wettbewerb. Mit ihm werden Elemente sozialer Konkurrenz in die Belegschaften hineingetragen, um zusätzliche Arbeitsenergien freizusetzen. Allerdings sollen dabei nicht so sehr Einzelleistungen hervorgerufen werden, vielmehr soll mit Hilfe des Wettbewerbs eine dauerhafte Erhöhung der Leistung des gesamten Arbeitskollektivs erreicht werden. Auch der sozialistische Wettbewerb orientiert sich an den Planzielen und den Entwicklungsperspektiven des Betriebes. Zu diesem Zweck arbeitet der Betriebsleiter in Ausfüllung zentraler und kombinatsinterner Vorgaben die Wettbewerbskonzeption aus. Es ist Aufgabe der BGL, angeleitet und unterstützt von der BPL, der GO der FDJ usw. diese Zielvorgaben in Wettbewerbsverpflichtungen von Arbeitskollektiven umzusetzen. Grundsätzlich sind alle Aufgaben des Betriebes „wettbewerbsfähig", doch stehen heute die sich aus dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt, der Rationalisierung und Intensivierung der Produktion usw. ergebenden Aufgaben im Vordergrund. Die Beteiligung am sozialistischen Wettbewerb lag 1984 bei fast 5 Mill. Werktätigen. Damit ist das angestrebte Ziel, daß möglichst alle — auch in den Verwaltungen — unter „Wettbewerbsbedingungen" arbeiten, fast erreicht. Über die ökonomische und soziale Bedeutung des Wettbewerbs ist wenig auszumachen, da er heute zum Arbeitsalltag gehört. Klagen über seine formale Handhabung sind jedoch nicht selten.

Eine spezielle Form der Wettbewerbsbewegung ist die Neuererbewegung. Auch das Neuererwesen ist nicht durch „spontane" Initiative von Werktätigen gekennzeichnet, durch die beliebige Verbesserungsvorschläge gemacht werden. Vielmehr werden mit ihm prinzipiell die gleichen betrieblichen Ziele verfolgt, wie sie auch in den Wettbewerbsverpflichtungen zum Ausdruck kommen. Zu diesem Zweck wird vor Beginn der Neuereraktivitäten eine Vereinbarung abgeschlossen, die Inhalt und Ziel des zu erarbeitenden Neuerervorschlags enthält, den Zeitpunkt, an dem die Arbeiten abgeschlossen sein werden, festlegt, den zu erwartenden Nutzen und die sich daraus ergebenden Neuerervergütungen abschätzt, die vom Betrieb zu erbringenden Leistungen an Material und Maschinenkapazität benennt usw. Mit fast 2 Mill. Teilnehmern 1984 (Jahresnutzen: 5,6 Mrd. M) ist auch die Neuererbewegung zu einer „normalen" Arbeitsform in der volkseigenen Wirtschaft geworden. Die trotz aller Bemühungen um Planmäßigkeit nur schwer zu kalkulierende Ergiebigkeit der Neuerervorschläge sowie der damit zusammenhängende hohe verwaltungsmäßige Aufwand führt immer erneut dazu, daß die Betriebsleitungen sich eher zögernd und lediglich formal mit der Neuererbewegung befassen.

Zusammen mit dem Betriebsplan wird auch der BKV in der Plandiskussion behandelt. Der BKV ist eine Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und BGL, in dem sich beide verpflichten, die ökonomischen, sozialen und politischen Ziele des Betriebes in gemeinsa-

mer Anstrengung zu erreichen. Ausgehend von einer „Grundorientierung" des Kombinatsdirektors (soweit es sich um Kombinatsbetriebe handelt, sonst sind die jeweilig dem Betrieb übergeordneten Leitungen für die Herausgabe vergleichbaren „Vorgaben" verantwortlich) wird der BKV entsprechend den besonderen Bedingungen des Einzelbetriebes ausgearbeitet. Die Inhalte des BKV sind außerordentlich umfangreich. In den BKV gehen die Bedingungen zur Ausarbeitung und Erfüllung der Wettbewerbsziele, die Grundsätze für die Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, die Festlegungen für den Rationalisierungsmittelbau, die Qualitätsentwicklung der Erzeugnisse, die Senkung der Materialverbrauchsnormen, die Schichtauslastung von Produktionsmitteln, die Einsparung von Arbeitsplätzen, die Verleihung von Wettbewerbsauszeichnungen, die Förderung der Neuerer usw. ein. Ein besonderer Abschnitt bzw. eine Anlage zum BKV befasst sich mit Fragen der Leistungsentlohnung und der Prämienvergabe. Dazu gehören auch die im Betrieb anzuwendenden Lohnformen und Eingruppierungsmerkmale für die einzelnen Arbeitsplätze und vor allem detaillierte Festlegungen über die Verwendung des Prämienfonds.

Die besonderen Probleme der Frauenarbeit werden in dem „Frauenförderungsplan" erfaßt, der sich sowohl auf die frauengerechte Ausgestaltung der Arbeitsplätze, die gesundheitliche Betreuung von Frauen, als auch auf Fragen der beruflichen Qualifikation und Weiterbildung, auf den Einsatz von Frauen in Leitungspositionen erstreckt.

Der gesundheitlichen und sozialen Betreuung der Betriebsangehörigen ist ein weiterer Abschnitt des BKV gewidmet. Dazu gehören u. a. das betriebliche Gesundheitswesen, das Kantinenessen, die Betriebsferienheime und betrieblichen Kinderferienlager, die Unterstützung der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften, die Förderung des Eigenheimbaus, aber auch Fragen des Berufsverkehrs, die Zahlung von Unterstützungen an Betriebsangehörige in Notfällen usw.

In der jüngeren Zeit haben die Festlegungen des BKV zur Förderung des Sports und der betrieblichen Kulturarbeit an Bedeutung gewonnen. Klub- und Kulturhäuser von Großbetrieben, die Gewerkschaftsbibliotheken, der Betriebssport (einschl. Wehrsport) haben vielfach über den Betrieb hinausgehende Bedeutung auch für die Städte und Gemeinden. Die kulturellen und sozialen Aufgaben im Betrieb werden aus dem Kultur- und Sozialfonds des Betriebes, der in ähnlicher Weise wie der Prämienfonds gebildet wird, finanziert. Soweit die Betriebe Aufgaben im Wohnumfeld wahrnehmen, beteiligen sich auch die örtlichen Räte an den Aufwendungen.

Fußnoten

[1] Lexikon Wirtschaft. Arbeit — Bildung — Soziales 1982, S. 854.

[2] Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik 1981, S. 555ff.

Literatur

Arbeitsgesetzbuch und andere ausgewählte Rechtsvorschriften. Textausgabe. Staatssekretariat für Arbeit und Löhne (Hrsg.). Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1983.

Autorenkollektiv: Grundfragen der sozialistischen Wirtschaftsführung. Schriftenreihe zur sozialistischen Wirtschaftsführung. Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung d. ZK der SED (Hrsg.). Berlin (Ost). Dietz Verlag. 2. völl. überarb. u. erg. Aufl. 1985.

Autorenkollektiv (Ltg. Kunz F., Thiel W.): Arbeitsrecht. Lehrbuch. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 3. geringf. überarb. Aufl. 1986.

Autorenkollektiv (Ltg. Kunz F.): Arbeitsrecht von A bis Z. Lexikon. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1983.

Autorenkollektiv (Ltg. Schubert E.): Sozialistische Betriebswirtschaft. Industrie. Hoch- und Fachschullehrbuch für Ingenieure. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1986.

Autorenkollektiv (Ltg. Ellereit R.): Wettbewerb und Wirtschaftsstrategie. Berlin (Ost). Verlag Tribüne. 2. überarb. Aufl. 1985.

Autorenkollektiv (Ltg. Heuer U.-J.): Wirtschaftsrecht. Lehrbuch. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1985.

Belwe K.: Mitwirkung im Industriebetrieb der DDR. Planung — Einzelleitung — Beteiligung der Werktätigen an Entscheidungsprozessen des VEB. Schriftenreihe des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin. Bd. 31. Opladen. Westdeutscher Verlag. 1979.

Berger M., Kurzweg V., Prang J.: Zur Kultur- und Bildungsarbeit des FDGB. Positionen — Probleme — Aufgaben. Berlin (Ost). Verlag Tribüne. 1986.

Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Richtlinie zur Arbeit mit dem Betriebskollektivvertrag. In: GBl. I. Nr. 14 v. 12. 6. 1985. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1985. S. 173ff.

Sozialistisches **Bildungsrecht.** Berufsbildung. Textausgabe. Staatssekretariat für Berufsbildung. (Hrsg.). Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 4. überarb. u. erw. Aufl. 1985.

DDR Handbuch. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.). Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 3. erw. u. überarb. Aufl. 1985.

Funke H.: Wie führen wir die Plandiskussion?. Berlin (Ost). Verlag Tribüne. 3. überarb. Aufl. 1985.

Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik v. 4. 7. 1985. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1985.

Grundlagen und allgemeine Forderungen zur Gewährleistung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes. Rechtsvorschriften. Ausgew. u. zusgest. v. M. Freitag, U. Rieger u. M. Rudloff. Berlin (Ost). Verlag Tribüne. 3. überarb. Aufl. 1985.

Hein E., Rosenfeld K.: Frauen in Ausbildung und Beruf. Recht in unserer Zeit. Heft 65. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1985.

Statistisches **Jahrbuch** der Deutschen Demokratischen Republik 1985. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.). Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1985.

Kapitel X

Kosing A.: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1985.

Lexikon Wirtschaft. Arbeit — Bildung — Soziales. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1982.

Mampel S.: Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht in Mitteldeutschland. Köln. Verlag W. Kohlhammer. 1966.

Mampel S.: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar. Frankfurt a. M. Alfred Metzner Verlag. 2. völlig überarb. u. erw. Aufl. 1982.

Pompoes H. u. a.: Arbeitsschutzrecht der DDR. Berlin (Ost). Verlag Tribüne. 1985.

Sozialpolitik. Hrsg. Manz G., Winkler G. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1985.

Staatsrecht der DDR. Lehrbuch. Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft d. DDR (Hrsg.). Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 2. vollst. überarb. Aufl. 1984.

Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar zum Strafgesetzbuch. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 3. überarb. Aufl. 1981.

Theuer G.: Kollektiv der sozialistischen Arbeit. Fragen und Antworten. Berlin (Ost). Verlag Tribüne. 2. Aufl. 1984.

Teil B: Vergleichende Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR seit 1970

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Einleitende Bemerkungen zum Vergleich von Entwicklung und Struktur der Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Der Vergleich von Entwicklung und Struktur zweier Volkswirtschaften, die auf eine gemeinsame Geschichte zurückblicken, sich aber nun schon seit mehr als vier Jahrzehnten an unterschiedlichen Gesellschaftssystemen orientieren, ist eine Herausforderung für jeden empirisch orientierten Wirtschaftswissenschaftler. So waren auch schon in der Vergangenheit Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) an der Erstellung der „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation" mit Analysen über die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wesentlich beteiligt. Wir haben es daher sehr begrüßt, daß der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Herr Heinrich Windelen, bald nach seinem Amtsantritt den Auftrag für die „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987" gab. Dankbar sind wir dem Minister dafür, daß er unsere jahrzehntelangen Arbeiten auf dem Gebiet der DDR-Forschung dadurch anerkannte, daß er dem DIW den Auftrag erteilte, den Teil der „Materialien" (Teil B) zu erarbeiten, der den Vergleich von Entwicklung und Struktur der beiden deutschen Volkswirtschaften zum Gegenstand hatte.

Dieser Teil wird als Ganzes vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung verantwortet. Materialien von dem hier vorgelegten Typ erfordern eine enge Kooperation zwischen Bearbeitern verschiedener Sachgebiete, aber auch zwischen den Spezialisten für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und die der DDR. Diese Voraussetzungen waren im DIW mit seinen verschiedenen Fachabteilungen vorhanden. In zwei Fällen hat es Kooperationen mit anderen Institutionen gegeben. Das Kapitel Landwirtschaft ist in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin, das Kapitel Wissenschaft, Forschung und Entwicklung mit dem Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW), Erlangen, entstanden. Dankbar sind wir diesen Institutionen für die gute Zusammenarbeit. Bedanken möchten wir uns bei der Kommission, die zur Begleitung der „Materialien" eingesetzt wurde, und die sich der schon quantitativ erheblichen Mühe unterzog, die Texte zu lesen. Wir haben von der Kommission wertvolle Anregungen erhalten. Die letztendliche Verantwortung für den Text wird von uns getragen.

Grundsätzlich schließt die uns gestellte Aufgabe an die „Materialien" des Jahres 1974 an. Sie war allerdings in zweifacher Weise verändert: Seinerzeit lautete der erste Abschnitt des Kapitels Wirtschaft „Ordnung und Gestaltung der Wirtschaft". Hier waren Überlegungen zum Wirtschaftssystem und Strukturüberlegungen in stärkerem Maße miteinander verbunden, als dies jetzt der Fall ist. Außerdem wird über den Zeitraum seit 1970 berichtet, ein Zeitraum, der groß genug ist, um der Darstellung von Entwicklungen ein größeres Gewicht zu geben.

Der Aufbau des von uns vorgelegten Teils versucht, den komplexen Tatbestand zweier so unterschiedlicher Volkswirtschaften dadurch gerecht zu werden, daß er

— im Grundsatz dem Ansatz der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung folgend — die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Volkseinkommens als Ausgangspunkt der Gliederung verwendet. Einer Darstellung der an der Entstehung der Produktion beteiligten Faktoren folgen Überlegungen zur Verteilung und Umverteilung des Volkseinkommens. Schließlich werden Aussagen über den Konsum, die Verwendung des Einkommens gemacht. Überlagert ist diese Gliederung an einigen Stellen von sektoralen Gesichtspunkten. Sie erlaubt dem Ökonomen, interessante Fragestellungen schnell zu finden. Sie hilft dem nicht ökonomisch Gebildeten, die berichteten Tatbestände im ökonomischen Zusammenhang zu sehen.

Der empirische Vergleich von zwei Volkswirtschaften, die sich nicht nur an einem ganz unterschiedlichen Wirtschaftssystem orientieren, sondern die auch in ganz unterschiedlicher Weise Informationen bereitstellen, ist eine sehr schwierige Aufgabe. Die Bedingungen, unter denen eine derartige Arbeit stattfinden kann, haben sich in den letzten zehn Jahren keineswegs verbessert. Die Berichterstattung der DDR ist — aus welchen Gründen auch immer — eher restriktiver geworden. Viele Daten, die früher noch verfügbar waren, werden heute nicht mehr veröffentlicht. Manche Einzelheiten über die Bundesrepublik Deutschland konnten in den Vergleich nicht einbezogen werden, weil die DDR-Statistik dazu gar nichts liefert. Ähnlich problematisch ist der Fall, wo nur wenige Angaben aus der DDR vorlagen und die detaillierten Informationen über die Bundesrepublik auf das dadurch vorgegebene grobe Raster reduziert werden mußten. Bei der Arbeit an den „Materialien" war also immer ein Kompromiß zwischen einer adäquaten Beschreibung der jeweiligen Situation in den beiden Staaten einerseits und einer hohen Vergleichbarkeit andererseits zu machen.

Der gewählte Kompromiß hat eine Konsequenz, über die der Leser sich klar sein sollte. Bei der Darstellung von Entwicklung und Struktur der Volkswirtschaften wird zunächst ein möglichst genaues Bild über die Situation vor dem Hintergrund des jeweiligen Staates gegeben. Diese Darstellungen haben häufig den Nachteil, daß sie nicht unmittelbar vergleichbar sind. Dann wird der Versuch gemacht, die Vergleichbarkeit herzustellen. Eine Schwierigkeit war, daß viele Tatbestände zwar noch den gleichen Namen tragen, aber jeweils mit unterschiedlichem Inhalt versehen sind. Außerdem mußte auf Annahmen und Schätzungen zurückgegriffen werden, wo wirklich zuverlässige Informationen fehlten. Die Frage, ob man dann auf den Vergleich verzichtet, ist im Einzelfall sorgfältig abgewogen worden. Im Zweifel fiel die Entscheidung für den Vergleich, da so viele Bausteine wie möglich für das Gesamtergebnis gesammelt werden sollten.

Der hier vorgelegte Vergleich hat noch eine zweite Dimension. Es geht nicht nur um die gegenwärtigen ökonomischen Strukturen der beiden deutschen Staaten, sondern auch darum, die Entwicklung seit Anfang der siebziger Jahre nachzuzeichnen. 1974 erschienen zum letzten Mal „Materialien", die ein umfangreiches Kapitel ‚Wirtschaft' enthielten. Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich seitdem in gravierender Weise verändert, die Reaktion darauf war in beiden deutschen Staaten unterschiedlich. Die in den siebziger Jahren besonders stürmische Entwicklung von Forschung und Wissenschaft wurde auf verschiedene Weise aufgenommen. Dies hat insgesamt sehr unterschiedliche Entwicklungen der Produktions- und Preisstruktur zur Folge gehabt. In einer solchen Situation kommt es darauf an, die Preisänderungen angemessen zu interpretieren und den Einfluß von Strukturverschiebungen und von Qualitätsänderungen zu bestimmen. Dies gilt besonders in einem Wirtschaftssystem wie dem der DDR, das zunächst von der Fiktion konstanter Preise ausging, diese dann teilweise aufgab, ohne die Preisänderungen ausreichend zu dokumentieren.

Dieser Hintergrund hat dazu beigetragen, daß zur Herstellung der zeitlichen Vergleichbarkeit Berechnungen des DIW in den „Materialien" von Beginn der siebziger Jahre revidiert werden mußten, und zwar bei Produktion und Produktivität der Industrie. Angesichts der geringen Verfügbarkeit von Informationen ist es meist auch nicht möglich anzugeben, inwieweit die Korrekturen auf die Anwendung neuer Preisstrukturen, auf neue und zusätzliche Kenntnisse und tatsächliche Fehler der damaligen Zahl zurückzuführen sind. Auch hier galt wieder, daß jede neue Information als Baustein für das Gesamtbild wichtig ist.

Wirtschaftswissenschaft hat es immer mit einer Vielzahl von Tatbeständen zu tun, die allerdings in der Regel miteinander zusammenhängen; dies ist Last und Chance

zugleich. Die an der Interdependenz anknüpfende ökonomische Theorie und die moderne Kreislaufanalyse bieten zahlreiche Möglichkeiten, die Konsistenz ökonomischer Aussagen zu überprüfen. Ob aus den vielen kleinen Bausteinen, die bei der Beschreibung von Entwicklung und Struktur der beiden Volkswirtschaften vorgelegt werden, ein konsistentes Gesamtbild entsteht, ist auf diese Weise der wissenschaftlichen Überprüfung zugänglich. Wir haben unsere Aufgabe daher nicht nur darin gesehen, viele Einzelheiten darzustellen, sondern auch zu fragen, ob sich hieraus ein in sich konsistentes Gesamtbild ergibt. Die Tatsache, daß dies der Fall ist, vergrößert unsere Sicherheit auch an den Stellen, wo lückenhafte Informationen Anlaß zu Unsicherheit gaben. Dies gilt insbesondere für die Frage, wie sich denn die Produktivität und davon abgeleitet die Möglichkeiten zur Verbesserung des Lebensstandards im Vergleich der beiden Staaten und in der Entwicklung darstellen.

Die Berechnung der Produktivität beruht auf einer Vielzahl von Angaben über Mengen und Preise auf der Produktionsseite der Volkswirtschaft. Die nominalen Einkommen sind aus der Verteilungsseite der Volkswirtschaft abgeleitet, die Preise der Lebenshaltung aus der Verwendungsseite. Auch diese Daten wurden aus einer Vielzahl von Quellen zusammengetragen. Es ist gleichermaßen interessant wie beruhigend festzustellen, daß sich aus den Angaben der Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsseite der Volkswirtschaft über den Rückstand der DDR ein konsistentes Bild ergeben hat: Der Produktivitätsrückstand der DDR ist nunmehr für 1971 auf rund 50 vH zu beziffern; er hat sich seitdem kaum verringert. Der reale Einkommensrückstand der DDR beläuft sich ebenfalls auf 50 vH. Bei dieser Feststellung sollte man freilich nicht übersehen, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Rangfolge der modernen Industriestaaten des Westens eine Spitzenposition einnimmt. Es mag daher fair sein, darauf zu verweisen, daß der Abstand der DDR bei Produktivität und Realeinkommen zu westlichen Industrieländern wie Großbritannien und Italien sehr viel kleiner ist.

Unsere Arbeit stellt den Versuch dar, soweit möglich Tatbestände an den jeweiligen immanenten Wertvorstellungen zu messen. Nur auf diese Weise ist darstellbar, inwieweit die beiden Staaten ihren eigenen Zielen gerecht geworden sind. Dies kann aber nicht heißen, daß wir darauf verzichten konnten, auch diejenigen Informationen zu geben, die eine Bewertung auf der Grundlage der in der Bundesrepublik Deutschland vorherrschenden Wertvorstellungen erlauben. In einer pluralistischen Demokratie kann es nicht Aufgabe der Wissenschaft sein, diese Bewertung vorzunehmen. Im Gegenteil, im Rahmen des Möglichen muß versucht werden, Tatbestandsbeschreibungen von Werturteilen zu trennen. Unsere Absicht war es aber, diejenigen Informationen vorzulegen, die für einen Vergleich der wirtschaftlichen Situation in den beiden Staaten benötigt werden, der von den Wertvorstellungen ausgeht, die den weithin gemeinsamen Grundkonsens in der Bundesrepublik darstellen.

Damit leistet die empirische Analyse auch einen Beitrag zur Systemdiskussion, wie es ja ohnehin — streng genommen — sehr schwer ist, Entwicklung und Struktur von Volkswirtschaften ohne Diskussion der Unterschiede im Wirtschaftssystem darzustellen. Gerade für diejenigen, die die Entscheidung für eine konkrete Wirtschaftsordnung an ihrer Leistungsfähigkeit orientieren wollen, sind sachliche Informationen darüber unerläßlich. Eine Darstellung der Situation und der Entwicklung in beiden deutschen Staaten zeigt, daß das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland in seiner Leistungsfähigkeit eindeutig überlegen ist. Von dieser Leistungsfähigkeit zeugen auch das Niveau und die Gestaltung der sozialen Leistungen. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Diskussion um die Vor- und Nachteile verschiedener Wirtschaftssysteme an Schärfe gewinnen könnte, wenn die hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik statt zu sinken noch steigen sollte.

Berlin, den 5. Dezember 1986

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
(Präsident des DIW)

Verzeichnis der Bearbeiter

Bernd **Bartholmai:** 4.4. Wohnungswirtschaft

Egon **Baumgart:** 1.4. Investitionen und Anlagevermögen

Klaus-Dietrich **Bedau:** 4.1. Einkommen

Jochen **Bethkenhagen:** 1.1. Bodenschätze, 3.2. Energie

Eckhard **Casser:** 3.2. Energie

Oskar de la **Chevallerie:** 3.6. Sozialprodukt

Doris **Cornelsen:** Einführung, 3.6. Sozialprodukt

Bernd **Görzig:** 1.3. Erwerbstätigkeit

Klaus **Henkner:** 6.1. Außenhandel

Rainer **Hopf:** 3.4. Verkehr

Kurt **Hornschild:** 2.2. Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

Peter **Hrubesch:** 3.3. Landwirtschaft

Wolfgang **Jeschek:** 2.1. Bildung und Ausbildung

Wolfgang **Kirner:** 1.4. Investitionen und Anlagevermögen

Horst **Lambrecht:** 3.3. Landwirtschaft, 6.1. Außenhandel, 7. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

Maria **Lodahl:** 4.3. Indikatoren der Lebenshaltung

Heinrich **Machowski:** 6.2. Spezialbereiche der Außenwirtschaft: Zahlungsbilanz und Kapitalverkehr

Volker **Meinhardt:** 5.2. Hauptaspekte der sozialen Sicherung

Manfred **Melzer:** 1.4. Investitionen und Anlagevermögen, 1.5. Umweltschutz, 4.2. Preise und Kaufkraft, 4.4. Wohnungswirtschaft

Karin **Müller-Krumholz:** 3.6. Sozialprodukt

Reinhard **Pohl:** 6.2. Spezialbereiche der Außenwirtschaft: Zahlungsbilanz und Kapitalverkehr

Brigitte **Preißl:** 1.2. Bevölkerung

Joachim **Priem:** 1.1. Bodenschätze

Angela **Scherzinger:** 2.2. Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, 3.5. Groß- und Einzelhandel, 4.3. Indikatoren der Lebenshaltung

Jochen **Schmidt:** 3.5. Groß- und Einzelhandel, 4.3. Indikatoren der Lebenshaltung

Siegfried **Schultz:** 6.2. Spezialbereiche der Außenwirtschaft: Entwicklungshilfe

Cord **Schwartau:** 3.1. Industrie

Dieter **Vesper:** 5.1. Staatshaushalt

Heinz **Vortmann:** 1.2. Bevölkerung, 1.3. Erwerbstätigkeit, 4.1. Einkommen, 4.2. Preise und Kaufkraft, 5.2. Hauptaspekte der sozialen Sicherung

Ulrich **Weißenburger:** 5.1. Staatshaushalt

Hans-Joachim **Ziesing:** 1.5. Umweltschutz

sowie

Karl **Hohmann** (Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin) 3.3. Landwirtschaft

Günter **Lauterbach** (Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg) 2.2. Forschung und Entwicklung

Konrad **Merkel** (Technische Universität Berlin sowie Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin) 3.3. Landwirtschaft

Projektleitung

Doris **Cornelsen**

Lektoren

Klaus **Henkner**

Horst **Seidler**

Technische Redaktion

Wolfgang **Steinbeck**

Erläuterungen

1. Abgrenzung

Die statistisch-geographischen Grundeinheiten waren stets die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West); die DDR einschließlich Berlin (Ost).

Als Zeitraum wurden grundsätzlich die Jahre 1970 bis 1984 gewählt. Neuere Entwicklungen wurden aufgenommen, soweit sie für das Gesamtbild wesentlich waren.

2. Gliederung und Zusammenfassung

Die vergleichende Darstellung ist gegliedert in sieben Kapitel mit jeweils mehreren Abschnitten. Den einzelnen Abschnitten sind kurze Zusammenfassungen der Ergebnisse vorangestellt.

3. Anhang der Abschnitte

Die Anmerkungen sind in jedem Abschnitt getrennt gezählt und jeweils im Anschluß an den Text angefügt. Danach folgen:

- Methodische Hinweise, die für das Verständnis der Grundbegriffe, der Untersuchungsmethoden und der Systematik des Vergleichs von Bedeutung sind,
- Verzeichnis der Quellen,
- Übersicht über weiterführende Literatur.

4. Übersichten, Schaubilder und Tabellen

Übersichten und Schaubilder sind in den Text eingefügt; am Schluß der Arbeit befindet sich ein Tabellenanhang. In der Numerierung von Übersichten, Schaubildern und Tabellen kennzeichnen die ersten beiden Ziffern den jeweiligen Abschnitt des Textes.

Einführung: Probleme der Statistik

Zusammenfassung

Der empirische Vergleich von Niveau und Entwicklung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR muß sich in erster Linie auf das veröffentlichte statistische Material stützen. Dabei ist die veröffentlichte Wirtschaftsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland sehr ausführlich, die in der DDR sehr dürftig.

Die Zuverlässigkeit der Statistik wird generell durch systematische Fehler berührt. Sie hängen ab von den Bedingungen, unter denen das Material gesammelt wird, außerdem entstehen sie, wenn sich die Zusammensetzung der Produktion rasch verändert. Diese Fehler sind nicht auf die DDR beschränkt; ihr Umfang und ihre Richtung sind überall ungewiß. Dagegen besteht unter den DDR-Forschern in der Bundesrepublik weitgehende Einigkeit darüber, daß willkürliche Manipulierungen und Verfälschungen der Statistik nicht vorgenommen werden. Die DDR greift im Fall ungünstiger Entwicklungen zum Mittel der Geheimhaltung.

Die Vergleichbarkeit wird durch unterschiedliche Begriffe und Abgrenzungen sowie durch die unterschiedliche Bewertung (D-Mark/Mark der DDR) beeinträchtigt. Dabei ist die begriffliche Einheitlichkeit relativ leicht herzustellen. Das Problem der Bewertung konnte nicht überall gelöst werden. Teilweise wurde es durch Rückgriff auf reale Größen umgangen, in anderen Fällen wurde im „Austauschverhältnis" geschätzt.

Inhalt Seite

1. Umfang der veröffentlichten Statistik 248
2. Zuverlässigkeit 249
3. Vergleichbarkeit 250

Der empirische Vergleich von Niveau und Entwicklung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR muß sich in erster Linie auf das veröffentlichte statistische Material stützen. Zusätzliche Informationen aus Auswertungen anderer Quellen — z. B. Monographien, Fachzeitschriften, Pressemeldungen, Verbands- und Tagungsberichte — können zwar das Bild vervollständigen; gleichwohl ist die offizielle Statistik die wesentliche Grundlage für den Vergleich.

Wo immer eine Untersuchung auf Wirtschaftsstatistiken aufgebaut ist, erhebt sich die Frage nach der Aussagekraft, Vollständigkeit und Genauigkeit der zugrunde liegenden Daten. Dies gilt insbesondere bei zwischenstaatlichen Vergleichen, wenn Organisation und Struktur der Wirtschaft voneinander abweichen und die Sammlung, Aufbereitung und Auswertung des Materials unter unterschiedlichen Gesichtspunkten in verschiedenen Institutionen vorgenommen wird. Für den Vergleich Bundesrepublik Deutschland — DDR kommt hinzu, daß Statistiken aus der DDR im Westen häufig auf mehr oder weniger starke Vorbehalte treffen. So bedarf ihre Verwendung — zusätzlich zur Darstellung in den einzelnen Sachkapiteln — einer einführenden Erläuterung. Die meisten der dabei angesprochenen Probleme tauchen bei jedem zwischenstaatlichen Wirtschaftsvergleich auf, einige sind spezifisch für den hier angestellten deutsch-deutschen Vergleich. Als Kriterien werden Umfang, Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit der Statistiken herausgegriffen.

Umfang der veröffentlichten Statistik

Eine Bestandsaufnahme der veröffentlichten Wirtschaftsstatistik von Bundesrepublik Deutschland und DDR zeigt enorme Unterschiede. Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes umfassen:

- Zusammenfassungen:
  a) allgemeine Querschnittsveröffentlichungen (z. B. Statistisches Jahrbuch, die Monatsschrift Wirtschaft und Statistik, Statistischer Wochendienst),
  b) thematische Querschnittsveröffentlichungen,
  c) Veröffentlichungen zu Organisations- und Methodenfragen
- 19 Fachserien mit jeweils mehreren Reihen.
- Systematische Verzeichnisse (z. B. Betriebssystematiken, Gütersystematiken).

Hinzu kommen Berichte der Statistischen Landesämter, Veröffentlichungen von Bundesministerien, anderen Bundesbehörden und Bundesbank sowie Firmen- und Verbandsnachrichten.

Dagegen nimmt sich die veröffentlichte Statistik der DDR außerordentlich dürftig aus. Die einzige Quelle ist das Statistische Jahrbuch (und seine Kurzfassung, das Statistische Taschenbuch). Die Monatsschrift Statistische Praxis wurde 1979 (letztes Heft 2/1979) angeblich wegen Papiermangels eingestellt. Diese Zeitschrift war allerdings in den letzten Jahren ihres Erscheinens nur noch wenig informativ.

Einige zusätzliche Informationen werden von der DDR an internationale Organisationen gemeldet und in deren Veröffentlichungen aufgenommen. Zu nennen ist hier das Statistische Jahrbuch des RGW (in russischer Sprache). Es enthält einen stark aggregierten Überblick über die Wirtschaft der einzelnen RGW-Länder nach spezieller Methodik, in einigen Einzelfällen auch Informationen, die im Statistischen Jahrbuch der DDR nicht enthalten sind. Wenige zusätzliche Daten finden sich auch im Statistischen Jahrbuch der Vereinten Nationen. Eine weitere überregionale Statistik ist die monatliche Berichterstattung der Economic Commission for Europe (ECE), Genf, die ausgewählte Daten der hier zusammengeschlossenen Länder publiziert. Damit sind für einige Tatbestände monatliche und vierteljährliche Zahlen greifbar.

Der Umfang der nationalen Statistiken ist nicht selten ein Spiegelbild des Wohlstands eines Landes. Statistiken sind gewissermaßen ein Teil der Infrastruktur einer Volkswirtschaft. Länder mit einer hochentwickelten Wirtschaft können sich allgemein eine hochentwickelte Infrastruktur und darunter auch eine vergleichsweise umfangreiche Wirtschaftsstatistik leisten. Bei Ländern mit geringerer Wirtschaftskraft fällt die Kostenfrage stärker ins Gewicht. Das Kosten-Argument trifft jedoch für eine Planwirtschaft wie die DDR nicht zu. Sie ist für ihre Planung auf sehr detaillierte Aufzeichnungen angewiesen, veröffentlicht jedoch nur einen kleinen Bruchteil davon. In der DDR-Literatur wurden früher gelegentlich spezielle Veröffentlichungen zitiert — z. B. Statistische Jahrbücher (Jahresberichte/Taschenbücher) der Bezirke und Kreise, Statistische Jahrbücher der Bevölkerung, des Gesundheitswesens, des Bauwesens, der Landwirtschaft und des Bildungswesens. Es ist nicht sicher, ob diese Publikationen auch heute noch herausgegeben werden, in jedem Fall sind sie nicht allgemein zugänglich.

Eine Standardquelle für Wirtschaftsinformationen sind die Statistischen Jahrbücher. Damit wollen die Herausgeber eine Gesamtdarstellung aller gesellschaftlich und wirtschaftlich als relevant erachteten Merkmale des Landes bieten, soweit sie statistisch erfaßt sind und nicht geheimgehalten werden sollen. Der rein quantitative Vergleich der Jahrbücher von Bundesrepublik Deutschland und DDR zeigt folgendes Bild (am Beispiel der Jahrbücher von 1985):

- Gemessen an der Seitenzahl ist das Statistische Jahrbuch der DDR (Tabellenteil ohne internationale Übersichten: 424 S.) um ein Viertel kleiner als das Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland. Unterschiede im Format und im Druck erhöhen den Abstand geringfügig.
- 83 Seiten (= 20 vH des Gesamtumfangs) im Jahrbuch der DDR entfallen auf zwei vorangestellte Abschnitte mit Zusammenfassungen und regionalen Übersichten, in denen fast nur Daten aus den später folgenden Abschnitten enthalten sind.
- Dagegen wird auf die Wirtschaftsbereiche viel weniger Platz verwendet. Es sind in der Bundesrepublik Deutschland 230 Seiten (= 40 vH des Gesamtumfanges), in der DDR 135 Seiten (= 32 vH des Umfanges).

Zur Aktualität: Das Statistische Jahrbuch der DDR steht (lt. Eingangsvermerk der Bibliothek des DIW) dem Benutzer jeweils im Oktober/November zur Verfügung; das Statistische Taschenbuch im September. Das Statistische Jahrbuch der Bundesrepublik trifft gewöhnlich im August ein.

Die Lücken in der DDR-Statistik sind groß. So fehlen beispielsweise wichtige Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Wohnungszählung von 1981, eine Einkommens-Gesamtrechnung, viele Daten der Industrie (tiefe Gliederung, Lohnsumme, Investitionen und Anlagevermögen, Export), Reihen über die Preisentwicklung, eine Umweltstatistik, eine Zahlungsbilanz, die außenwirtschaftliche Verflechtung und viele andere, im allgemeinen für selbstverständlich gehaltene Informationen. In einigen Fällen sinkt der Informationsgehalt durch die Reduzierung der absoluten Zahlen auf Anteile oder Indexreihen, in anderen ist die Aussagekraft nicht eindeutig, z. B. bei der Bewertung der Außenhandelsergebnisse in Valuta-Mark.

Die vergleichsweise karge Information aus der DDR ist sicherlich nicht — oder nicht in erster Linie — eine Kostenfrage. Vielmehr ist es ein politisch motivierter Entschluß, den Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse zu beschränken. Die dürftige Statistik behindert im übrigen auch die wirtschaftswissenschaftliche Analyse in der DDR selbst. Wissenschaftler außerhalb der engeren Führungsgremien sind auf die veröffentlichten Daten angewiesen. Nicht auszuschließen ist jedoch, daß das hohe Maß der Zurückhaltung in der Statistik in wesentlichem Umfang auf die Existenz der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen ist, die eine immer wieder neue Herausforderung für das System der DDR ist.

Mit dieser Handhabung steht die DDR in eklatantem Gegensatz zu der in der Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki festgelegten Absichtserklärung der beteiligten Länder (zu denen auch die DDR gehört!), Qualität, Quantität, Vergleichbarkeit und Aktualität der Informationen über Handel und Wirtschaft zu erhöhen. Tatsächlich hat die DDR nach der Konferenz ihre Informationen — jedenfalls über den Außenhandel — sogar noch reduziert. Während die anderen RGW-Länder ein gesondertes Außenhandelsjahrbuch herausgeben und z. T. monatlich über den Außenhandel berichten, ist die DDR das Land mit der dürftigsten Außenhandelsstatistik im RGW.

Teilweise konnten Informationslücken durch Auswertung der anderen anfangs genannten Quellen ausgefüllt werden. Insgesamt jedoch bedeutet die Knappheit der Statistik, daß für den Vergleich der Informationsgehalt der Statistik in der Bundesrepublik Deutschland bei weitem nicht ausgeschöpft werden konnte.

Zuverlässigkeit

Die Frage nach der Zuverlässigkeit von Statistiken ist heikel und läßt sich nicht eindeutig beantworten. Zuverlässigkeit ist nicht allein abhängig von der statistischen Praxis, dem Stand der statistischen Arbeiten und der Ausbildung des Personals, sondern auch von den Bedingungen, unter denen das Material gesammelt wird, der Einstellung der Befragten und dem Gegenstand der Statistik. Generell ist einzuräumen, daß kein statistisches System fehlerfrei ist. Auch bei einem gut ausgebauten Berichtswesen und selbst in traditionellen Sparten, die zum Standardrepertoire der Statistik gehören, sind Fehler möglich. So sind sich die Experten in der Bundesrepublik Deutschland darüber einig, daß die fortgeschriebene Bevölkerungszahl um 1 Million Personen oder noch mehr über der vermuteten richtigen Zahl liegen kann.

Die Zuverlässigkeit der Statistik soll hier unter zwei Aspekten diskutiert werden: Es geht um systematische Fehler, die im Material zwangsläufig enthalten sind sowie um Verzerrungen oder Verfälschungen von Statistiken, die willkürlich vorgenommen werden.

Systematische Fehler hängen ab von den Bedingungen, unter denen das Material gesammelt wird, außerdem entstehen sie, wenn sich die Zusammensetzung der Produktion rasch verändert. Beide Arten systematischer Fehler sind ein generelles Problem und nicht auf die DDR beschränkt.

So ist in der Bundesrepublik Deutschland seit längerer Zeit eine ausgeprägte Statistik-Aversion verbreitet. Ob dies auf die Sorgfalt bei den berichtenden Unternehmen abfärbt, ist nicht erforscht, auch die Richtung des daraus möglicherweise stammenden Fehlers ist ungewiß. In der DDR-Statistik ist ein derartiger Fehler vermutlich nicht vorhanden. Das bestehende einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik, strenge Vorschriften und ein engmaschiges Kontrollsystem dürften sicherstellen, daß die Ergebnisse der betrieblichen Abrechnung auch in die statistische Berichterstattung eingehen. Dabei gibt es jedoch die Gefahr eines anderen, nicht weniger schwerwiegenden Fehlers. Die statistischen Berichte der Betriebe sind — und das ist charakteristisch für das Berichtswesen der sozialistischen Planwirtschaft — identisch mit den betrieblichen Planerfüllungsberichten. Diese wiederum beeinflussen die finanzielle Situation der Betriebe (Fondsbildung) und damit auch die materiellen Vorteile für die Belegschaft. Die Betriebe, die Belegschaft und manchmal auch ihre zuständigen Ministerien haben somit unmittelbares Interesse an einer bestimmten Einschätzung ihrer Tätigkeit. Es gilt als sicher, daß damit ein spezifischer Fehler unbekannter Größe und Richtung in das Primärmaterial der DDR Eingang findet. Sicher versuchen die Kontrollinstanzen und die Zentralverwaltung für Statistik, dagegen anzugehen, weil ein fehlerhaftes statistisches Instrumentarium den Planungsprozeß tangiert. Inwieweit sie aber erfolgreich sind, kann schwer beurteilt werden.

Ein weiterer systematischer Fehler erwächst aus dem praktisch unlösbaren Problem der Bewertung bei sich veränderndem Produktionsprofil. Bei der üblichen Methode der Preisbereinigung werden die Produkte jeder Folgeperiode mit den Preisen einer Basisperiode bewertet. Das ist mißlich bei sich rasch ändernden technologischen Bedingungen und dem Erscheinen neuer Produkte, für die nichts Vergleichbares in der Basisperiode vorhanden ist. Die Problematik neuer Güter ist ein allgemeines statistisches Phänomen, sie wird allerdings im Fall der DDR zusätzlich verschärft. Dort wird seit 1983 — zur Durchsetzung und Stimulierung von technischen Fortschritten — die „Erneuerungsrate" der Produktion als Plankennziffer vorgegeben; neue Produkte erhalten höhere Gewinnzuschläge und bieten auch die Möglichkeit der ungerechtfertigten Kostenzurechnung. Um den Plan zu erfüllen, werden sicherlich auch geringfügige Verbesserungen als Neuerung deklariert, mit höheren Preisen abgerechnet und mit größeren Zuwachsraten produziert als das Standardsortiment. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik hat dann die praktisch un-

lösbare Aufgabe, zwischen Preissteigerung und Qualitätsverbesserung zu unterscheiden. Die inzwischen eingeführten strengen Maßstäbe bei der Einstufung als Neuerung dürften das Grundproblem nicht völlig aus der Welt geschafft haben. Der Umfang der Preissteigerungen, der damit als reale Entwicklung abgerechnet wird, ist nicht zu schätzen. Neuerungen gibt es insbesondere in solchen Bereichen, für die Mengenangaben wenig Aussagekraft besitzen. Im Grundstoffbereich ist der reale Produktionswert mit Hilfe von Mengenangaben aus der Produktionsstatistik zu überprüfen. Bereiche wie die Elektrotechnik und der Maschinenbau entziehen sich dagegen einer solchen Gegenrechnung. Als Konsequenz ist festzuhalten, daß die Zuwachsraten gesamtwirtschaftlicher Daten in unbekanntem Ausmaß überhöht ausgewiesen werden, insbesondere für die Jahre — und im Detail auch für die Bereiche — , in denen die Erneuerungsquote besonders hoch ausfällt.

Verfälschungen, Verzerrungen oder Lücken in den Statistiken sind z. B. aus Gründen der militärischen Sicherheit denkbar, oder auch, um den Mißerfolg einer Wirtschaftspolitik oder Wirtschaftsplanung zu verheimlichen. Im Prinzip hat jede Regierung die Neigung, die jeweils für sie günstigen Zahlen herauszustellen. Dies kann durch Auswahl und Kommentierung, aber auch durch Änderungen der statistischen Abgrenzung oder durch eine Begrenzung des Umfangs der veröffentlichten statistischen Angaben geschehen. Beispiel für derartige Vorgehensweisen gibt es auch in der Bundesrepublik Deutschland. So erscheinen in der Arbeitslosenstatistik bis Mitte des Jahres 1986 etwa 40 000 Arbeitslose nur deswegen nicht, weil aufgrund einer Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes Arbeitslose über 58 Jahre durch Antrag erreichen können, daß sie sich nicht mehr vermitteln lassen wollen (dies hat zur Folge, daß sie nicht als Arbeitslose gezählt werden, obwohl sie Arbeitslosengeld beziehen). Immerhin dürfte diese auf eine Abgrenzungsänderung zurückgehende Abnahme der statistisch erfaßten Arbeitslosigkeit mehr als die Hälfte der von Anfang bis Mitte des Jahres 1986 registrierten Gesamtabnahme betragen. Da derartige Abgrenzungsänderungen in der Regel zu politischen Kontroversen führen, bestehen hierfür in Demokratien westlicher Prägung nur relativ geringe Möglichkeiten.

In der DDR hat die Statistik ganz offiziell die politisch-ideologische Grundfunktion der Agitation und Propaganda. Dies ist augenfällig bei der Auswahl der Daten und ihrer Kommentierung in den Planerfüllungsberichten. Auch Abgrenzungsänderungen, insbesondere aber die Nichtveröffentlichung von Daten spielen eine wesentliche Rolle. Besonders unübersichtlich sind die Veröffentlichungen über den Staatshaushalt der DDR. Ein Teil der relevanten Zahlen wird überhaupt nicht veröffentlicht, einheitliche Abgrenzungskriterien gibt es nicht, der Inhalt einzelner Positionen geht aus ihrer Bezeichnung oft nicht eindeutig hervor, und überdies wurden offensichtlich mehrfach Umgruppierungen vorgenommen, die für einen Außenstehenden nicht nachvollziehbar sind.

Theoretisch bestünde die Möglichkeit, falsche Zahlen zu veröffentlichen. Dies geschieht weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in der DDR. Es besteht unter den DDR-Forschern in der Bundesrepublik weitgehende Einigkeit darüber, daß die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik veröffentlichten Zahlen von dieser nicht bewußt verfälscht oder manipuliert sind. Jedenfalls ist ein Beweis für eine Verfälschung nicht geliefert worden. Die DDR greift im Fall ungünstiger Entwicklungen eher zum Mittel der Geheimhaltung. Das abrupte Verschwinden von relevanten Außenhandelszahlen für die Jahre nach 1974, die auch nicht mehr veröffentlichte Ausfuhrstruktur des Maschinenbaus nach Ländergruppen (letztmals für 1975), die Zusammenführung von Export- und Importzahlen, das Verschweigen der umfänglichen Reexporte an Rohöl sind markante Beispiele für dieses Vorgehen.

Gegen eine generelle Verfälschung der Tatsachen in der Statistik spricht, daß nach allen vorhandenen Informationen die publizierten Statistiken auch von der Wirtschaftsführung der DDR verwendet werden. Sie sind nicht nur die Basis für die empirische Forschung, sondern liegen auch der Volkswirtschaftsplanung zugrunde. Eine „doppelte Buchhaltung" für die veröffentlichte Statistik und die Planung wird offenbar nicht geführt. Dies wird auch von Wissenschaftlern und Praktikern bestätigt, die aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt sind.

Vergleichbarkeit

Das Problem der Vergleichbarkeit hat zwei Aspekte:

- Vergleichbarkeit hinsichtlich der verwendeten Definitionen, Begriffe und Abgrenzungen,
- Vergleichbarkeit hinsichtlich der Bewertung.

Das Problem der Vergleichbarkeit der Begriffe ist international vielfach diskutiert worden. So enthält die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zum Problem der Wirtschaftsstatistik die Absichtserklärung, „die Arbeiten zur Angleichung von statistischen Nomenklaturen auf internationaler Ebene, insbesondere im Rahmen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, zu fördern". Auch gibt es bereits umfangreiche Aktivitäten der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen sowie der OECD, der Europäischen Gemeinschaften und des RGW, ohne daß allerdings zufriedenstellende Lösungen gefunden worden sind.

Eine Gemeinsamkeit der Begriffe und Definitionen der Statistik von Bundesrepublik Deutschland und DDR ist trotz gemeinsamer Kultur und Ausgangslage heute nicht mehr gegeben. Zu stark haben inzwischen die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme auch die Begriffswelt verändert. Die Schwerpunkte und Akzente der Statistik werden unterschiedlich gesetzt. Beispielsweise folgt die DDR in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dem in den RGW-Ländern allgemein gebräuchlichen Konzept des „Material Product System" (MPS), während in der Bundesrepublik — wie in den anderen westlichen Ländern — das „System of National Accounts" (SNA) verwendet wird. Auch in den einzelnen wirtschaftlichen Teilbereichen sind Begriffe und Abgrenzungen unterschiedlich.

Die begriffliche Vergleichbarkeit kann aber durch Umstellung hergestellt werden. Die amtlichen „Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik" (Loseblattausgabe) sind in der DDR zwar nicht frei im Handel, aber gleichwohl in der Bundesrepublik Deutschland verfügbar. In den einzelnen Kapiteln des folgenden Leistungsvergleichs wird die DDR-Abgrenzung jeweils erörtert und der Vergleich je nach Zweckmäßigkeit entweder auf die Abgrenzungen der Bundesrepublik Deutschland oder auf die der DDR abgestellt.

Gravierender ist das Problem der Leistungsbewertung. Die D-Mark und die Mark der DDR tragen zwar beide die Bezeichnung „Mark", sie unterscheiden sich aber erheblich. Die D-Mark ist eine international konvertible Währung, die Preise der Waren und Dienstleistungen bestimmen sich überwiegend nach Angebot und Nachfrage. Im allgemeinen ist ein internationaler Preiszusammenhang gegeben, und Wechselkurse zeigen den Außenwert der D-Mark.

Die Mark der DDR ist dagegen — wie die Währungen der anderen RGW-Länder — eine reine Binnenwährung. Die Preise werden von den zentralen Wirtschaftsbehörden autonom nach den Bedürfnissen der nationalen Wirtschaftsplanung festgesetzt. Es gibt keinen ökonomisch begründeten und allgemein anerkannten Wechselkurs, weder gegenüber den übrigen RGW-Währungen, noch gegenüber den konvertierbaren westlichen Währungen. Aus diesen Gründen ist es nicht ohne weiteres möglich, die in den jeweiligen Währungseinheiten ausgedrückten statistischen Wertgrößen der beiden deutschen Staaten zu vergleichen.

Die Preisproblematik konnte in der vorliegenden Arbeit nur teilweise gelöst werden. In einigen Fällen konnte sie umgangen werden, weil für den Vergleich auch Mengenangaben zur Verfügung standen. Dies gilt z. B. für die Kapitel Energiewirtschaft, Landwirtschaft, Wohnungsbau. In anderen Fällen wurde versucht, ein „Austauschverhältnis" zwischen der D-Mark und der Mark der DDR zu schätzen. Dies geschieht sehr ausführlich im Kapitel Preise und Kaufkraft. Mit diesen Ergebnissen konnte auch im Kapitel Einkommen ein Vergleich der Realeinkommen durchgeführt werden. Auch für die Industrieproduktion wurde — zum ersten Mal in dieser Ausführlichkeit — ein „Austauschverhältnis" geschätzt. Bei einigen Kapiteln war die Preisproblematik jedoch unlösbar; z. B. für den Staatshaushalt, auch für Investitionen und Anlagevermögen. Hier mußte sich der Vergleich im wesentlichen auf Struktur und Entwicklung beschränken.

Übersicht E-1

Gliederung der Wirtschaftsbereiche
für einen Vergleich der Volkswirtschaften beider deutscher Staaten

Bundesrepublik Deutschland		DDR
Bereichsgliederung	Gliederung der Zweige in der VGR	Bereichsgliederung
Produzierende Bereiche	—	Produzierende Bereiche
Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft; gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung; Forstwirtschaft; Fischerei	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
Warenproduzierendes Gewerbe	—	Industrie, produzierendes Handwerk und Bauwirtschaft
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung; Kohlenbergbau	Energie- und Brennstoffindustrie
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	übriger Bergbau (ohne Eisen- und NE-Metallerze); Chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen; Mineralölverarbeitung; Herstellung von Kunststoffwaren; Gummiverarbeitung	Chemische Industrie

noch Übersicht E-1

Bundesrepublik Deutschland		DDR
Bereichsgliederung	Gliederung der Zweige in der VGR	Bereichsgliederung
Metallerzeugung und -bearbeitung	Eisen- und NE-Metallerze; Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke; Ziehereien, Kaltwalzwerke	Metallurgie
Steine und Erden	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	Baumaterialienindustrie
Wasserversorgung	Wasserversorgung	Wasserwirtschaft
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	Gießereien; Stahlverformung; Stahl- und Leichtmetallbau; Schienenfahrzeugbau; Maschinenbau; Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen; Schiffbau; Luft- und Raumfahrzeugbau; Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	Maschinen- und Fahrzeugbau
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen; Elektrotechnik, Reparatur von elektr. Haushaltsgeräten; Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau
Textilgewerbe	Textilgewerbe	Textilindustrie
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	Feinkeramik; Herstellung und Verarbeitung von Glas; Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.; Holzbearbeitung; Holzverarbeitung; Druckerei, Vervielfältigung; Ledergewerbe; Bekleidungsgewerbe	Leichtindustrie
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Ernährungsgewerbe; Getränkeherstellung; Tabakverarbeitung	Lebensmittelindustrie
Baugewerbe	Bauhaupt- und Ausbaugewerbe	Bauwirtschaft
Handel	Groß-, Einzelhandel, Handelsvermittlung	Handel
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Post; Eisenbahnen; Schiffahrt, Wasserstraßen, Häfen; übriger Verkehr	Verkehr, Post- und Fernmeldewesen
Dienstleistungen, Staat	—	Nichtproduzierende Bereiche *
Wohnungsvermietung	Wohnungsvermietung	Wohnungswirtschaft
Dienstleistungen (einschl. Organisationen ohne Erwerbszweck)	Kreditinstitute; Versicherungsunternehmen; Gastgewerbe, Heime; Bildung, Wissenschaft, Kultur usw., Verlagsgewerbe; Gesundheits- und Veterinärwesen; private Organisationen ohne Erwerbszweck; übrige Dienstleistungen	Staat und restliche private Dienste *
Staat	Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	
Alle Wirtschaftsbereiche	—	Alle Wirtschaftsbereiche

* einschl. „sonstige produzierende Zweige".

1. Produktionsfaktoren

1.1. Bodenschätze

Zusammenfassung

Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR sind arm an hochwertigen Lagerstätten. Ausnahmen sind die reichen Braunkohle- sowie Kali- und Steinsalzvorkommen und — in der Bundesrepublik — die erheblichen Steinkohlenvorräte sowie eine große Zahl von Steine- und Erden-Vorkommen.

Vor allem in der DDR verschlechtern sich die geologischen Abbaubedingungen. Während in der Bundesrepublik die Rohstofförderung eine leicht rückläufige Tendenz aufweist, hat die DDR in den letzten Jahren vor allem die Förderung von Braunkohle und Erdgas ausgeweitet.

Inhalt Seite

1.1.1. Bundesrepublik Deutschland 253

1.1.2. DDR 254

Quellen und Literaturhinweise zu 1.1. 256

1.1.1. Bundesrepublik Deutschland

Die abbauwürdigen Steinkohlenvorkommen befinden sich insbesondere im Ruhrgebiet sowie im Aachener, Ibbenbürener und im Saarrevier. Hinsichtlich Menge und Qualität gehören sie zu den bedeutendsten in Westeuropa. Die Lagerstättenvorräte (bis 1500 m Tiefe) von rund 24 Mrd. t verteilen sich etwa zu 25 vH auf Flamm- und Gaskohlen, 55 vH auf Fettkohlen, gut 15 vH auf Eß- und Magerkohlen und zu knapp 5 vH auf Anthrazit. Der überwiegende Teil eignet sich für die Kokserzeugung sowie für die Verwendung in der chemischen Industrie. Gut drei Viertel der Vorräte stehen in flacher, der Rest in geneigter und z. T. auch in steiler Lagerung an. Die Gewinnung ging infolge abnehmenden Inlandsverbrauchs sowie stark verminderter Exporte weiter zurück. Während die Bundesrepublik mit 111 Mill. t 1970 weltweit noch das fünftgrößte Förderland war, lag sie 1984 mit 79 Mill. t nur noch an achter Stelle. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der fördernden Schachtanlagen von 69 auf 34 ab; die mittlere Förderteufe nahm von 750 auf 900 m zu. Der theoretische Selbstversorgungsgrad (Inlandsproduktion in vH des Inlandsverbrauchs) liegt über 100 vH, allerdings bei einem stark zurückgegangenen Außenhandelsüberschuß von 17 Mill. t (1970) auf nur noch 8 Mill. t (1984).

Nach dem heutigen Stand der Tagebautechnik sind von den Braunkohlenvorräten in Höhe von 60 Mrd. t etwa 35 Mrd. t wirtschaftlich gewinnbar. Weit mehr als 90 vH dieser Vorräte liegen im Rheinland zwischen Köln, Aachen und Düsseldorf. Weitere Lagerstätten befinden sich in Niedersachsen (Helmstedt) sowie in Hessen (Borken, Wölfersheim). Der Heizwert der im wesentlichen zur Verstromung eingesetzten Rohbraunkohle liegt im Rheinland bei 8000 bis 8400 kJ/kg, nimmt aber im neuaufgeschlossenen Tieftagebau Hambach bis auf 12000 kJ/kg zu. Die Wassergehalte betragen zwischen 43 (Hessen) und 59 vH (Rheinland). Der durchschnittliche Schwefelgehalt der rheinischen Braunkohle liegt bei 0,35 (0,25 bis 0,5) Gewichtsprozent, derjenige des Helmstedter Reviers bei 1,7 (Salzkohle 2,5). Die Förderung nahm von 108 Mill. t (1970) auf 135 Mill. t im Jahre 1976 zu. Sie hat sich bei rund 125 Mill. t in einer Größenordnung, die energiepolitisch auch längerfristig angestrebt wird, stabilisiert. Fast 95 vH hiervon wurden im rheinischen Revier produziert, der Rest in Niedersachsen und Hessen. Das Leistungsverhältnis Abraum (m^3) zu Kohle (t) stieg von 2,0 : 1 (1971) auf 3,6 : 1 (1984) und dürfte sich bis zum Jahr 2000 auf etwa 5 : 1 weiter verschlechtern. Das A : K-Verhältnis des neuen Tieftagebaus Hambach, der von Mitte der neunziger Jahre an 40 vH der Gesamtförderung erbringen soll, wird — bei einer tiefsten Fördersohle von 470 m — im Durchschnitt 6,1 : 1 betragen. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach der DDR und der UdSSR der drittgrößte Braunkohlenproduzent der Welt. Der Selbstversorgungsgrad (Inlandsproduktion in vH des Inlandsverbrauchs) beträgt nahezu 100 vH.

Erdöl- sowie Erdgasvorkommen tragen ebenfalls — wenn auch nur zu einem geringen Teil — zur Versorgung mit Energierohstoffen bei. Die Vorräte kon-

zentrieren sich insbesondere auf Niedersachsen sowie auf Schleswig-Holstein (Erdöl) und Bayern. Bei der gegenwärtigen Fördermenge und einem Selbstversorgungsgrad von nur noch 4 vH (Erdöl) bzw. 32 vH (Erdgas) beträgt die Reichweite der Vorkommen z. Z. 10 bzw. 12 Jahre.

Trotz erheblicher Bemühungen bei der Prospektion auf Uran ist die Bundesrepublik nahezu vollständig auf Importe angewiesen, die allerdings zu 75 vH aus Lagerstätten stammen, an deren Abbau westdeutsche Unternehmen beteiligt sind. Geringe Vorkommen wurden im Schwarzwald, in der Pfalz und im nördlichen Bayern entdeckt. Die Roherzproduktion aus untertägigen Untersuchungsbetrieben betrug in den vergangenen Jahren jeweils einige tausend Tonnen.

Kalisalze, deren Vorräte schätzungsweise 500 Mill. t (K_2O-Inhalt) betragen, werden im Hannoverschen Raum (steile Lagerung, 12 bis 20 vH K_2O) und im Werra-Fulda-Gebiet (flache Lagerung, 9 bis 12 vH K_2O) abgebaut. Die Bundesrepublik ist der viertgrößte Kaliproduzent in der Welt. Bei einem etwa gleichbleibenden Förderniveau zwischen 2,0 und gut 2,7 Mill. t K_2O geht die Produktion zu gleichen Teilen in die eigene Versorgung sowie in den Export.

Steinsalzlagerstätten befinden sich vor allem in Niedersachsen und Baden-Württemberg, aber auch in Nordrhein-Westfalen und in Bayern. Die Steinsalzvorräte dürften 10 Bill. t betragen. Auch die Produktion von Steinsalz ist seit 1970 bei einer Größenordnung von 10 bis 12 Mill. t etwa konstant geblieben, allerdings bei starker Zunahme der Solegewinnung.

Blei-Zink-Erze werden auf zwei niedersächsischen Gruben (Harz) sowie als Nebenprodukt auf einer Grube in Nordrhein-Westfalen abgebaut. Die Versorgung aus eigener Bergwerksproduktion ging im Berichtszeitraum leicht auf 9 vH (Blei) bzw. 28 vH (Zink) zurück. Die Gewinnung von Eisenerz aus heimischen Vorkommen ist weitgehend zugunsten hochwertiger Importerze eingestellt worden. Bei einer Roheisenproduktion von 30,2 Mill. t wurden 1984 nur noch 0,98 Mill. t Eisenerz mit einem Fe-Inhalt von 0,29 Mill. t gefördert.

Im Bereich der Steine und Erden — insbesondere zur Versorgung der Bauindustrie — kann in der Bundesrepublik überwiegend auf heimische Lagerstätten zurückgegriffen werden. Lediglich die Nachfrage z. B. nach Kaolin, Asbest, Kieselgur, Phosphat, Flußspat, Schwerspat, Schwefel, Glimmer, Talk, Graphit und Perlit muß teilweise oder auch vollständig durch Importe gedeckt werden.

Übersicht 1.1.-1

Wirtschaftlich gewinnbare Vorräte ausgewählter Rohstoffe in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR
Stand 1984

	Einheit	Bundesrepublik Deutschland	DDR
Steinkohle	Mrd. t	23,9	—
Braunkohle	Mrd. t	35,2	20
Erdöl	Mill. t	42	2
Erdgas	Mrd. m^3	193	150
Kalisalz	Mill. t K_2O	500	800

Quellen: Jahrbuch für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie 1984/85. Essen. — Mitteilungen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Hannover. — Krug H. und Naundorf W. (Hrsg.): Braunkohlenbrikettierung. Leipzig 1984, S. 30.

1.1.2. DDR

Die geologisch erkundeten Braunkohlenvorkommen der DDR werden mit 45 Mrd. t angegeben, davon gelten 20 Mrd. t als ökonomisch gewinnbar. Die Vorräte befinden sich vor allem in den ostelbischen (Bezirke Cottbus/Dresden: rd. 50 vH) und den westelbischen Revieren (Halle/Leipzig: 37 vH). Knapp 10 vH der Vorräte entfallen auf Salzkohle. Die westelbische Kohle ist relativ alt; Heizwert und Schwefelgehalt sind im Vergleich zur ostelbischen Kohle hoch, der Wassergehalt ist dagegen niedrig:

	Westelbische Kohle	Ostelbische Kohle
Wassergehalt in vH	47—54	58
Heizwert in kJ/kg	9100—11200	7100—9600
Schwefelgehalt in vH	1,4—2,8	0,3—1,3

Diese Werte können in Einzelfällen deutlich über- bzw. unterschritten werden.

Die Kohle wird im kostengünstigen, aber witterungsanfälligen Tagebau gewonnen. Allerdings verschlechtern sich die Abbaubedingungen: Die Abbauteufe wird von derzeit 40 bis 80 m auf 80 bis 120 m zunehmen. 1983 betrug das Verhältnis Abraum zu Kohle 4,33 : 1, in den nächsten 20 Jahren wird ein Wert von 6 bis 7 m^3/t erwartet. Kostensteigernd wirkt auch, daß künftig kleinere Felder mit kompliziertem geologischen Aufbau in Produktion gehen müssen. Dies erschwert den Einsatz von Großanlagen. Tendenziell verschlechtern sich aber auch die Qualitätsparameter: Der Wasser- und Aschegehalt und in vielen Fällen auch der Schwefelgehalt steigen, der Heizwert — derzeit im DDR-Durchschnitt etwa 8900 kJ/kg — sinkt.

Als Reaktion auf die weltweite Verteuerung von Energieträgern ist die Braunkohlenförderung in der DDR vor allem nach 1980 stark ausgeweitet worden, so daß der Primärenergieverbrauch 1984 zu 70 vH durch Braunkohle gedeckt werden konnte. Mit einem Anteil von über einem Viertel an der Weltförderung ist die DDR der größte Braunkohlenproduzent. Die Förderung übersteigt geringfügig den Eigenverbrauch; sie stammt überwiegend (1984: rund 65 vH) aus den ostelbischen Tagebauen. Auch künftig ist hier eine überdurchschnittliche Steigerung geplant.

Übersicht 1.1.-2

Gewinnung[1] ausgewählter Rohstoffe in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR

	Einheit	1970	1976	1980	1981	1982	1983	1984
		Bundesrepublik Deutschland						
Steinkohle	Mill. t	111,4	89,6	87,1	88,5	89,0	82,2	79,4
Braunkohle	Mill. t	107,8	134,5	129,9	130,7	127,3	124,4	126,7
Erdöl	Mill. t	7,5	5,5	4,6	4,5	4,3	4,1	4,1
Erdgas	Mrd. m^3	11,9	18,0	17,5	17,8	15,1	16,1	16,8
Kalisalze	1 000 t K_2O	2 306	2 036	2 738	2 593	2 056	2 420	2 645
Steinsalz	1 000 t	8 325	6 375	6 759	8 367	7 034	6 265	7 110
Industriesole	1 000 t NaCl	1 421	4 129	4 637	4 174	3 944	4 137	4 550
Siedesalz	1 000 t	701	814	873	757	771	466	552
Eisenerz[2]	1 000 t	1 773	750	598	478	387	280	293
Bleikonzentrat[2]	1 000 t	50,0	42,1	31,3	29,0	29,6	29,7	27,0
Zinkkonzentrat[2]	1 000 t	160,8	143,0	120,8	110,7	105,8	113,5	113,0
		DDR						
Steinkohle	Mill. t	1,0	0,5	—	—	—	—	—
Braunkohle	Mill. t	261,5	246,9	258,1	266,7	276,0	278,0	296,3
Erdöl	Mill. t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Erdgas	Mrd. m^3	1,0	8,0	7,7	8,5	9,8	11,8	13,1
Kalisalze	1 000 t K_2O	2 420	3 161	3 422	3 460	3 434	3 431	3 465
Steinsalz	1 000 t	2 131	2 508	3 076	3 056	3 060	3 070	3 075
Siedesalz	1 000 t	49,3	52,1	52,1	55,9	55,4	56,3	58,4
Eisenerz[2]	1 000 t	422	60	20	20	20	18	18
Kupfer[2]	1 000 t	10,0	16,0	11,0	12,0	13,0	13,0	12,0
Zinn[2]	1 000 t	1,0	1,2	1,8	1,5	2,0	2,0	2,0
Nickel[2]	1 000 t	.	2,8	2,7	2,7	2,5	2,2	2,2

[1] Verwertbare Förderung oder Erzeugung.
[2] Metallinhalt.

Quellen: Der Bergbau in der Bundesrepublik Deutschland. Zusammengestellt von den Bergbaubehörden des Bundesgebietes in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft. Dortmund. Div. Jahrgänge. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Bureau of Mines (Hrsg.): Minerals Yearbook. Volume 3, Area Report. Washington D.C. Div. Jahrgänge. — Schätzungen des DIW.

Die abbauwürdigen Erdgasvorkommen der DDR liegen vor allem im Grenzgebiet bei Salzwedel (Bezirk Magdeburg), Felder von geringer Bedeutung befinden sich in Thüringen; sie sind z. T. erschöpft und werden als Gasspeicher genutzt. Angaben über den Umfang der Erdgasreserven werden von der DDR nicht gemacht. Die Vorräte bei Salzwedel werden auf 150 Mrd. m^3 geschätzt, wovon 10 vH in das Gebiet der Bundesrepublik hineinreichen. Das Gas hat einen sehr hohen Stickstoffanteil (65 vH); sein Heizwert von 12700 kJ/m^3 liegt weit unter demjenigen von westeuropäischem Erdgas (32000 kJ/m^3).

Trotz geringer Vorräte und niedrigem Heizwert ist die Erdgasproduktion von 1970 an stark ausgeweitet worden. Der Inlandsverbrauch konnte 1984 — gemessen am Heizwert — zu 44 vH gedeckt werden.

Die Uranvorkommen im Süden der DDR werden von der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut (SDAG Wismut) abgebaut. Umfang der Vorräte und Produktionsmengen sind Staatsgeheimnis. Das Uran wird von der UdSSR beansprucht. Das für den Kernkraftwerksbetrieb erforderliche angereicherte Uran erhält die DDR von der UdSSR, die auch die Wiederaufarbeitung bzw. Lagerung der Brennstäbe übernimmt.

Mangels abbauwürdiger Vorkommen wurde die Steinkohlenförderung 1978 eingestellt. Auch die

Übersicht 1.1.-3

Selbstversorgungsgrad[1] bei ausgewählten Rohstoffen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR in vH

	1970	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	Bundesrepublik Deutschland						
Steinkohle	118	117	113	109	103	107	111
Braunkohle	98	98	98	98	97	97	97
Erdöl[2]	6	5	4	4	4	4	4
Erdgas	75	41	32	34	31	32	32
Kalisalze	178	169	199	197	212	196	196
	DDR						
Steinkohle	10	6	0	0	0	0	0
Braunkohle	102	101	101	102	102	102	106
Erdöl[2]	2	1	0	0	0	0	0
Erdgas	73	49	32	35	38	42	44
Kalisalze	355	431	556	577	572	652	503

[1] Inlandsproduktion in vH des Inlandsverbrauchs.
[2] Einschließlich Mineralölprodukte.

Quellen: Der Bergbau in der Bundesrepublik Deutschland. Zusammengestellt von den Bergbaubehörden des Bundesgebietes in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft. Dortmund. Div. Jahrgänge. — Zahlen zur Kohlenwirtschaft. Essen und Köln, monatl. — Vereinigung Industrieller Kraftwirtschaft. Essen. Verlag Energieberatung GmbH. Div. Jahrgänge. — Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 7, Reihe 2, Außenhandel nach Waren und Ländern. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge. — Datenbank RGW-Energie des DIW. — Statistische Jahrbücher der DDR.

Erdölvorkommen (Ostseeküste) erlauben keine nennenswerte Eigenversorgung (ca. 50000 t pro Jahr).

Die wirtschaftlich bedeutenden Kalisalzvorkommen der DDR befinden sich im Werrarevier (Merkers) an der Grenze zur Bundesrepublik, im Gebiet zwischen Unstrut und Südharz (u. a. Sondershausen) und nördlich von Magdeburg (Zielitz). Die derzeit erschlossenen Lagerstätten werden bis über das Jahr 2000 hinaus ergiebig sein; der Abbau muß aber in immer größere Teufen vorstoßen (derzeit bis zu 1150 m, geplant 1350 m). Die Nutzung von Begleitstoffen (u. a. Brom, Magnesiumchlorid) gewinnt an Bedeutung.

Im Fördergut sind 8 bis 15 vH Kaliumchlorid enthalten, die Verkaufsprodukte — vor allem Kalidünger — werden auf 40 bis 60 vH K_2O angereichert. Die Kaligewinnung stagniert von 1979 an bei 3,4 Mill. t. Damit ist die DDR nach der UdSSR und Kanada der drittgrößte Produzent der Welt. Die Erzeugung wird überwiegend exportiert; der Eigenverbrauch betrug in den vergangenen Jahren nur 0,6 Mill. t. Relativ hoch ist mit rd. 3 Mill. t auch die Produktion von Steinsalzen, die ihren Schwerpunkt in den Gebieten der Kalifördерung hat; rund 40 vH werden exportiert.

Die Buntmetallvorräte in der DDR sind gering, so daß der Bedarf im wesentlichen durch Importe gedeckt werden muß. Am bedeutendsten ist der Kupfererzbergbau, der in den südlich des Harzes gelegenen Mulden von Mansfeld und Sangerhausen betrieben wird. Bei einem Cu-Gehalt von bis zu 3 vH wird die Jahresfördermenge auf 12000 bis 14000 t Cu geschätzt. Abbauwürdige Blei- und Zinkerze (Gehalt etwa 2 bis 5 vH) befinden sich im Freiberger Raum; im Mansfelder Kupferschiefer treten sie als Beimengungen auf. Zentrum des Zinnerzbergbaus ist Altenberg im Osterzgebirge. Die Jahresproduktion wird auf 1600 t geschätzt. Auch bei der Roheisenproduktion ist die DDR fast ausschließlich auf Erzimporte angewiesen. Die heimischen Lagerstätten sind weitgehend erschöpft; die Jahresproduktion von etwa 10000 bis 20000 t dürfte aus einer Eisenerz-Lagerstätte bei Elbingerode stammen.

Quellen

Der **Bergbau** in der Bundesrepublik Deutschland. Zusammengestellt von den Bergbaubehörden des Bundesgebietes in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft. Dortmund. Bellmann-Verlag. Div. Jahrgänge.

Brecht C. u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie. Essen. Glückauf Verlag. Div. Jahrgänge.

Bureau of Mines (Hrsg.): Minerals Yearbook. Volume 3, Area Report. Washington D.C. Div. Jahrgänge.

Literaturhinweise

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hrsg.): Jahresberichte zur Rohstoffsituation. Hannover. Jährlich.

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hrsg.): COMECON Rohstoffwirtschaftlicher Überblick. Stuttgart. E. Schweizerbart'sche Verlagsbuchhandlung. 1979.

Friedensburg F./ Drostewitz G.: Die Bergwirtschaft der Erde. Stuttgart. Enke-Verlag. 1976.

Gesamtdeutsches Institut — Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (Hrsg.): Die Rohstoffwirtschaft der DDR. Bonn. Als Manuskript vervielfältigt. 1980.

Krug H. und Naundorf W. (Hrsg.): Braunkohlenbrikettierung. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie. 1984.

Wirtschaftsvereinigung Bergbau e.V. (Hrsg.): Das Bergbauhandbuch. Essen. Glückauf Verlag. 1983.

1.2. Bevölkerung

Zusammenfassung

Am 31. 12. 1984 lebten in der Bundesrepublik Deutschland 61,049 Mill. Menschen, darunter 56,641 Mill. mit deutscher und 4,408 Mill. mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Zum gleichen Zeitpunkt wies die DDR eine Bevölkerungszahl von 16,660 Mill. auf. Damit betrug die Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik Deutschland 246 — in der DDR 154 Personen pro km². Gegenüber 1970 hat sich die Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik Deutschland kaum verändert. In der DDR nahm sie seit 1970 kontinuierlich ab, und zwar um insgesamt 0,408 Mill. bzw. 2,4 vH.

In den Grundzügen ähnelt sich die Altersstruktur in beiden Teilen Deutschlands auch heute noch. Auffällig ist der höhere Anteil der Bevölkerung im Kindesalter in der DDR.

Seit Mitte der sechziger Jahre sind die Geburtenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland rückläufig. In der DDR ging die Zahl der Lebendgeborenen seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre ebenfalls zurück. Mit Hilfe geburtenfördernder Maßnahmen gelang es ihr jedoch, den Trend umzukehren. Der Geburtenrückgang bewirkte, daß die Bundesrepublik und die DDR die Staaten mit den niedrigsten Geburtenraten der Welt wurden. Für die Bundesrepublik gilt dies noch immer. Die DDR nimmt aufgrund ihrer aktiven Bevölkerungspolitik jetzt in Europa einen Mittelplatz ein.

In beiden Staaten reichen die Geburten nicht zur Bestandserhaltung der Bevölkerung aus. Die DDR ist ihr aber wesentlich näher als die Bundesrepublik.

Im Jahre 1970 wurden je 1000 Einwohner in West und Ost fast gleich viele Ehen geschlossen. In der Bundesrepublik ging die Zahl der Eheschließungen danach zurück; in der DDR stieg sie zunächst deutlich an und sank erst 1978 wieder ab. Parallel zum Rückgang der Heiratsziffern wuchs in der Bundesrepublik der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften.

Die Zahl der Scheidungen hat sich seit 1970 in beiden Staaten stark erhöht. Die Scheidungsquote (Ehescheidungen je 1000 der Bevölkerung) war in der DDR in jedem Jahr beträchtlich größer als in der Bundesrepublik — 1983 um die Hälfte — und gehört zu den höchsten der Welt.

Die Säuglingssterblichkeit (Sterbefälle im ersten Lebensjahr bzw. im ersten Lebensmonat) war 1970 in der Bundesrepublik deutlich höher als in der DDR, 1982 dagegen etwas geringer.

Die Lebenserwartung der Männer (bezogen auf Personen nach Vollendung des ersten Lebensjahrs) betrug zu Beginn der achtziger Jahre in beiden Staaten etwa 70 Jahre. Hier wie dort werden die Frauen im Mittel 5 bis 6 Jahre älter.

Für die Bevölkerungsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland spielen Wanderungsbewegungen über die Staatsgrenzen eine große Rolle. Sie betreffen vor allem Zu- und Fortzüge ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien. Außenwanderungen haben für die DDR eine weitaus geringere Bedeutung.

Im Mai 1981 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 25,10 Mill. private Haushalte. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 2,46 Personen. In der DDR wurden im gleichen Jahr 6,51 Mill. private Haushalte gezählt. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 2,53 Personen.

Inhalt:

		Seite
1.2.1.	Wohnbevölkerung und Altersstruktur	259
1.2.1.1.	Bevölkerungsstand	259
1.2.1.2.	Bevölkerungsentwicklung	259
1.2.1.3.	Altersaufbau	259
1.2.2.	Natürliche Bevölkerungsbewegung	261
1.2.2.1.	Geburtenentwicklung und Fruchtbarkeit	261
1.2.2.2.	Ehen, Scheidungen, Familienstand	264
1.2.2.3.	Sterblichkeit	266
1.2.3.	Wanderungen	267
1.2.3.1.	Außenwanderungen	267
1.2.3.2.	Binnenwanderungen	268
1.2.4.	Bevölkerungsdichte und -verteilung	269
1.2.5.	Bevölkerungsvorausschätzung	270
1.2.6.	Private Haushalte	271
Fußnoten, Quellen und Literaturhinweise zu 1.2.		272

In der Bundesrepublik und der DDR gibt es auf dem Gebiet der Bevölkerung eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten. Der Altersaufbau ist in beiden Staaten durch die Auswirkungen der Weltkriege, der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre und durch die Tendenz zur Kleinfamilie deformiert. Bis Mitte der siebziger Jahre bestand auch weitgehende Übereinstimmung im generativen Verhalten; die Geburtenrate in West und Ost gehört zu den niedrigsten in der Welt. Durch Verbesserungen im Gesundheitswesen ist hier wie dort die Lebenserwartung gestiegen; die Säuglingssterblichkeit ist gesunken. Auch bei der durchschnittlichen Größe der privaten Haushalte (insgesamt und nach sozialen Gruppen) zeigen sich große Ähnlichkeiten: In Rentner- und Arbeitnehmerhaushalten leben in beiden Staaten im Durchschnitt nahezu gleich viele Personen.

Erhebliche Unterschiede ergaben sich dagegen bei den Außenwanderungen. Bis zum Bau der Berliner Mauer (1961) war die Situation durch starke Abwanderungen aus der DDR und entsprechende Zuwanderungen in die Bundesrepublik gekennzeichnet. Danach konnten nur noch relativ wenige Menschen die DDR verlassen; gleichwohl hatte die Bundesrepublik weiterhin starke Wanderungsgewinne — jetzt durch den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte und deren Familien. Bemerkenswerte Unterschiede sind seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auch bei der Geburtenentwicklung vorhanden. Mit einer gezielten Bevölkerungspolitik ist die Zahl der Geborenen in der DDR wieder gestiegen; sie nimmt jetzt bei der Geburtenrate wieder einen europäischen Mittelplatz ein, während die Bundesrepublik nach wie vor am Ende der Skala steht.

1.2.1. Wohnbevölkerung und Altersstruktur

1.2.1.1. Bevölkerungsstand

Am 31. 12. 1984 lebten in der Bundesrepublik Deutschland (einschl. Berlin-West) 61,049 Mill. Menschen, darunter 56,641 Mill. mit deutscher und 4,408 Mill. mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Zum gleichen Zeitpunkt wies die DDR eine Bevölkerungszahl von 16,660 Mill. auf. Damit betrug die Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik Deutschland 246 — in der DDR 154 Personen pro km². Das Verhältnis von Männern zu Frauen lag im Westen bei 100 : 109. Hier machte sich der höhere Anteil der Männer in der ausländischen Bevölkerung bemerkbar. Betrachtet man nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ergibt sich eine Relation von 100 : 112. In der DDR betrug das Verhältnis ebenfalls 100 : 112. Damit ging der kriegsbedingte Frauenüberschuß in beiden Staaten weiter zurück.

1.2.1.2. Bevölkerungsentwicklung

Gegenüber 1970 hat sich die Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik Deutschland kaum verändert. Die Entwicklung verlief indes uneinheitlich. Bis 1973 war ein Aufwärtstrend zu verzeichnen; der Jahresendwert erreichte in diesem Jahr mit 62,101 Mill. Einwohnern einen Höchststand. Dann fielen die Bevölkerungszahlen bis 1978. Nach einer kurzen gegenläufigen Entwicklung von 1979 bis 1981 setzte sich der Bevölkerungsrückgang bis heute fort. Der Grund für diesen unregelmäßigen Verlauf liegt einmal in abwechselnd auftretenden Zuzugs- und Fortzugsschüben ausländischer Arbeitnehmer und zum anderen in Variationen des generativen Verhaltens. Seit 1972 ist ein Überschuß der Zahl der Gestorbenen über die der Geborenen zu verzeichnen; er erreichte seinen Höchstwert 1978 und ging danach deutlich zurück. In den Jahren 1979 bis 1981 hat es erhebliche Zuwanderungsgewinne gegeben. Die deutsche Bevölkerung verringerte sich seit 1970 um 1,622 Mill. bzw. 2,8 vH. Der ununterbrochene Abwärtstrend setzte 1971 mit der Abnahme der Geborenenzahl ein.

Auch in der DDR nahm die Bevölkerung seit 1970 kontinuierlich ab, und zwar um insgesamt 0,408 Mill. bzw. 2,4 vH. Der stärkste Rückgang trat infolge des Geburtenausfalls nach Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs im Jahre 1972 ein. Mit dem Wiederanstieg der Geborenenzahl von 1976 an wurde die Bevölkerungsabnahme gebremst. Da seit 1979 die Zahl der Lebendgeborenen die der Gestorbenen übersteigt, ist der nunmehr geringe Bevölkerungsrückgang einem Abwanderungsüberschuß zuzuschreiben. Auffällig ist der relativ hohe Bevölkerungsverlust im Jahre 1984, dies hängt sehr wahrscheinlich mit dem (einmaligen) Ausreiseschub aus der DDR zusammen.

Betrachtet man die Entwicklung der Bevölkerungsrelation zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, so ergibt sich durch den beiderseits zu verzeichnenden Abwärtstrend seit 1973 ein stabiles Verhältnis von etwa 100 : 27. In den drei Jahren davor betrug die Relation 100 : 28.

1.2.1.3. Altersaufbau

In den Grundzügen ähneln sich die Alterspyramiden in beiden Teilen Deutschlands auch heute noch. Die Jahrgänge der vor dem Ersten Weltkrieg Geborenen sind in beiden Staaten stark besetzt. Dies ist die Folge der damals höheren Geburtenquote und der Verbesserungen im Gesundheitswesen (längere Lebenserwartung). Kennzeichnend für die älteren Jahrgänge ist außerdem ein erheblicher Frauenüberschuß (Kriegsverluste bei den Männern), der sich erst bei den Geburtenjahrgängen nach 1930 nicht mehr zeigt.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Männer zwischen 15 und 65 Jahren, Frauen zwischen 15 und 60 Jahren) ist hier wie dort schwächer besetzt. Der Altersaufbau in diesen Altersgruppen ist durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre und des Zweiten Weltkriegs gekennzeichnet. Die Kriege haben einige Altersjahrgänge in erschreckendem Umfang reduziert und zogen außerdem, wie auch die Wirtschaftskrise, Geburtenausfälle nach sich. Diese Einbrüche setzen sich in abgeschwächter Form wellenartig fort. Außerdem war eine Tendenz zur Kleinfamilie schon zwischen den beiden Weltkriegen erkennbar; sie wurde durch die Verbesserung der Methoden zur Empfängnisverhütung noch verstärkt. Es gibt im Altersaufbau der erwerbsfähigen Bevölkerung aber auch Abweichungen, insbesondere aufgrund der ungleichen Wanderungsentwicklung. Die große Wanderungsbewegung von Ost nach West bis 1961 — überwiegend jüngere Leute — führte zu entgegengesetzten Verschiebungen im Altersaufbau beider deutscher Staaten. Durch den Bau der Mauer wurden die Abwanderungen aus der DDR weitgehend unterbunden, der Zustrom in die Bundesrepublik hielt indes an: Es kamen ausländische Arbeitskräfte und ihre Familien in großer Zahl. Dies zeigt sich in der Altersstruktur der Bundesrepublik deutlich bei den mittleren Jahrgängen.

Übersicht 1.2.-1

Altersgliederung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR Anteile in vH

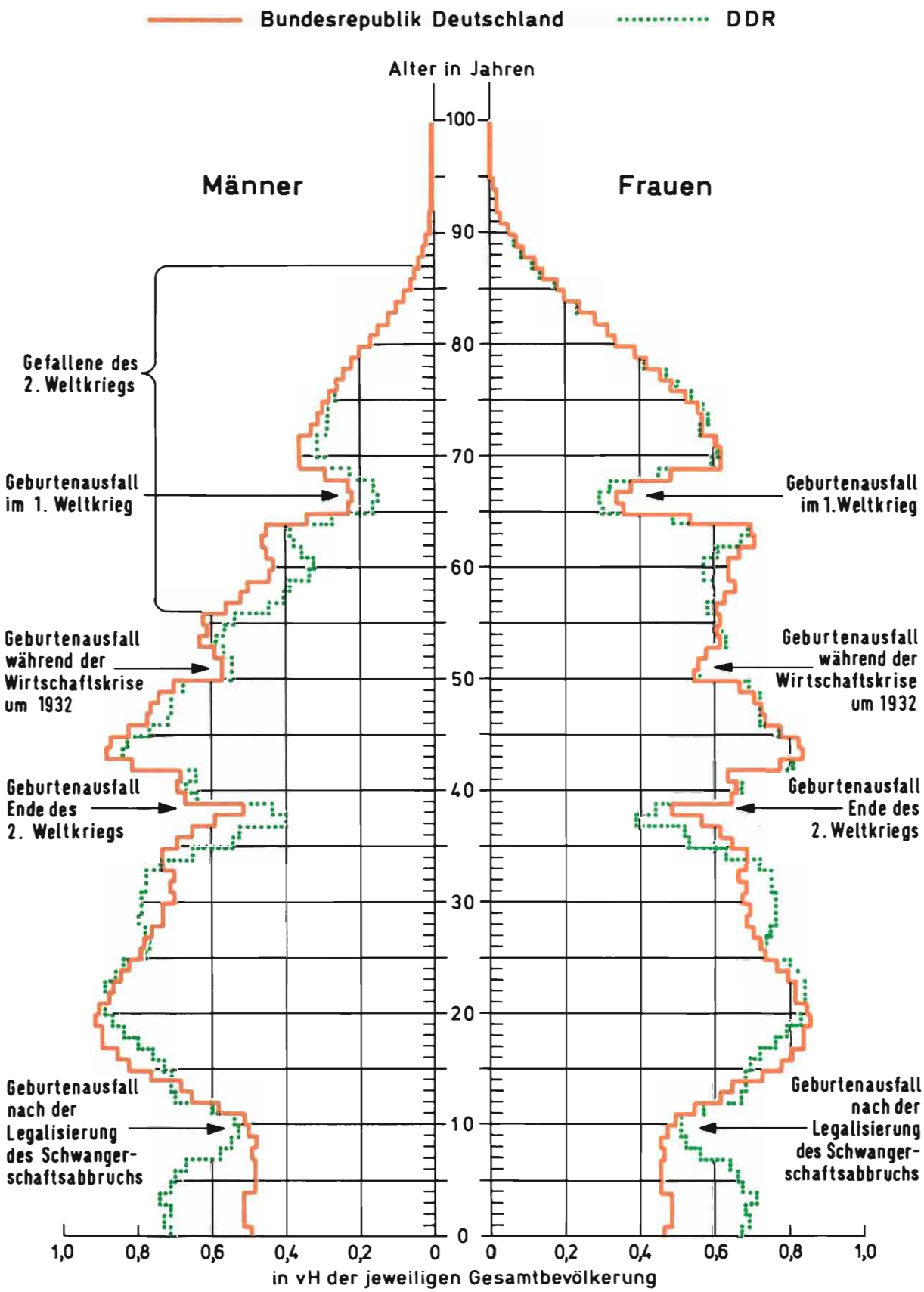
Altersgruppe	Bundesrepublik Deutschland[1]		DDR[2]	
	1970	1983	1970	1983
0 bis unter 15 Jahre	23,2	15,9	23,3	19,3
15 bis unter 60 Jahre (Frauen) bzw. unter 65 Jahre (Männer)	60,1	66,2	57,2	63,8
60 Jahre und älter (Frauen) bzw. 65 Jahre und älter (Männer)	16,7	17,9	19,5	16,9

[1] Stand: 1970 Jahresmitte; 1983 Jahresende.
[2] Stand: Jahresende.

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland und Statistische Jahrbücher der DDR.

Schaubild 1.2.-1

Altersaufbau der Wohnbevölkerung in beiden deutschen Staaten am 31. Dezember 1983



Die größten Unterschiede bestehen indes bei der Bevölkerung im Kindesalter. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre war die Zahl der Lebendgeborenen in beiden deutschen Staaten stark rückläufig. Während sie sich in der Bundesrepublik danach auf niedrigem Niveau stabilisierte, stieg sie in der DDR mit Hilfe einer gezielten geburtenfördernden Politik wieder an. Im Ergebnis führte das in der DDR zu einer stärkeren Besetzung der Geburtsjahrgänge von 1977 an.

Der Anteil der Personen im Kindesalter betrug 1983 in der DDR 19,3 vH, in der Bundesrepublik dagegen nur 15,9 vH; 1970 sind die Quoten in beiden Staaten noch gleich groß gewesen. Das Gewicht der erwerbsfähigen Bevölkerung ist in West und Ost gestiegen; geburtenstarke Jahrgänge sind in das Erwerbsalter hineingewachsen. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist aber nach wie vor in der Bundesrepublik anteilmäßig stärker besetzt. Dies war 1970 noch dem höheren Anteil älterer Menschen in der DDR zuzuschreiben; 1980 resultierte die Differenz vornehmlich aus der relativ größeren Kinderzahl der DDR.

Aus dem Altersaufbau der Bevölkerung ergeben sich sogenannte Belastungsquoten; sie geben an, wieviel nichterwerbsfähige Personen (Kinder, Alte) von je 100 Erwerbsfähigen ‚versorgt' werden müssen.

Übersicht 1.2.-2

Anzahl der nichterwerbsfähigen Bevölkerung je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter

	1970	1983
Bundesrepublik Deutschland	66	51
DDR	75	57

Die Belastungsquoten sind in beiden Vergleichsgebieten zurückgegangen, bewegen sich aber in der DDR — wie schon 1970 — auf einem höheren Niveau.

1.2.2. Natürliche Bevölkerungsbewegung

Unter natürlicher Bevölkerungsbewegung versteht man die Veränderung des Bevölkerungsbestandes durch Geburten und Sterbefälle.

1.2.2.1. Geburtenentwicklung und Fruchtbarkeit

Seit Mitte der sechziger Jahre sind die Geburtenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland rückläufig. Kurzfristig ansteigende Werte zwischen 1979 und 1981 konnten den Trend nicht umkehren. 1984 kamen nur noch 584 000 Kinder lebend zur Welt, gegenüber 810 000 im Jahre 1970. Der Anteil der Ausländerkinder an den Geborenen erreichte 1974 mit 17,3 vH einen Höchststand und fiel dann kontinuierlich auf 9,4 vH (1984). Er lag in jedem Jahr höher als der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Zugenommen hat die Zahl der nichtehelich Geborenen: Von 100 Kindern waren 1970 5 nichtehelich, 1984 hingegen 9.

In der DDR ging die Zahl der Lebendgeborenen seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre ebenfalls zurück und betrug 1970 237 000. Dieser Abwärtstrend wurde durch einen scharfen Einbruch verstärkt, der im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den legalen Schwangerschaftsabbruch 1972 stand. Zunächst schien es so, als würden sich die Geburtenziffern bei 180 000 einpendeln. Mit Hilfe geburtenfördernder Maßnahmen gelang es jedoch, den Trend umzukehren. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hat sich die Geburtenzahl wieder erhöht und schwankt seit 1977 zwischen 223 000 und 245 000. Wie in der Bundesrepublik ist auch die Zahl der nichtehelich Geborenen gestiegen. Bereits 1970 war der Anteil der nichtehelichen Kinder mit gut 13 vH in der DDR erheblich höher, 1984 betrug er über 29 vH, d. h. nahezu jedes dritte Kind wurde von einer nicht verheirateten Mutter geboren.

Besser als Absolutwerte eignen sich zum Vergleich der Geburten- bzw. Fruchtbarkeitsentwicklung standardisierte Größen.

Übersicht 1.2.-3

Geburtenquoten und Fruchtbarkeitsziffern

	Geburtenquote (Lebendgeborene je 1 000 Einwohner)		Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer (Lebendgeborene je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahre)	
	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR
1970	13,4	13,9	67,2	70,1
1973	10,3	10,6	51,1	52,4
1975	9,7	10,8	47,6	52,3
1978	9,4	13,9	44,5	64,9
1980	10,1	14,6	46,7	67,4
1983	9,7	14,0	44,2	64,5
1984	9,5	13,7	43,6	63,2

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland und Statistische Jahrbücher der DDR.

Die Geburtenquoten und auch die allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern zeigten in beiden deutschen Staaten bis Mitte der siebziger Jahre einen sehr ähnlichen Verlauf. Bereits 1970 lagen die Werte im europäischen Vergleich im unteren Bereich. Der weitere Rückgang bewirkte, daß die Bundesrepublik und die DDR die Staaten mit den niedrigsten Geburtenraten in der Welt wurden. Für die Bundesrepublik gilt dies noch immer. In der DDR hat man mit einer aktiven Bevölkerungspolitik erfolgreich gegengesteuert; sie nimmt jetzt in Europa einen Mittelplatz ein.

Der Rückgang der Geburten seit 1970 zeigt sich in der Bundesrepublik Deutschland in allen Altersklassen der weiblichen Bevölkerung. Besonders stark macht er sich in der Gruppe der Frauen unter 25 Jahren bemerkbar. Der vorübergehende Anstieg der Geburtenziffern 1980 und 1981 betraf nur die Frauen im Alter von 25 bis 35 Jahren; jüngere und ältere Frauen waren daran nicht beteiligt. Auch in den anderen Jahren nach 1975 weisen die Geburtenziffern der Frauen vom 30. bis zum 35. Lebensjahr eine leicht steigende Tendenz auf.

Das Alter mit der höchsten Geburtenhäufigkeit hat sich im Beobachtungszeitraum nach hinten verschoben (1970: 23 Jahre, 1982: 26 Jahre). Dies hängt mit einer Erhöhung des durchschnittlichen Heiratsalters zusammen. Eine bedeutende Rolle spielt die längere Ausbildungsdauer der Frauen und eine veränderte Einstellung zur Erwerbstätigkeit.

In der DDR verteilte sich der Geburtenrückgang von 1970 bis 1975 auf alle Altersstufen der Frauen zwischen 15 und 44. Lediglich in der Gruppe der 19- bis 23jährigen war er etwas ausgeprägter als in den übrigen. Am Anstieg der Geburtenziffern zwischen 1975 und 1982 waren die Frauen, die zwischen 19 und 29 Jahre alt waren, besonders stark beteiligt. Auffällig ist das niedrigere Alter der Mütter in der DDR. Die höchste altersspezifische Geburtenziffer wurde 1970 von der Gruppe der 20jährigen Frauen erreicht, 1982 von den 21jährigen. Auch hier verschiebt sich also das Alter mit der höchsten Geburtenhäufigkeit, allerdings vergleichsweise wenig. Seit 1975 ist ein relativer Rückgang der Geburten bei Frauen über 35 Jahren zu beobachten.

Über die Gründe des Geburtenrückgangs gehen die Meinungen auseinander; einig ist man sich indes darüber, daß es keine monokausale Erklärung gibt. Häufig werden genannt

- unzureichende Wohn- und Lebensbedingungen,
- Berufstätigkeit der Frauen,
- andere, mit dem Kinderwunsch konkurrierende Lebensziele,
- erweiterte Möglichkeiten der Familienplanung.

Bei der Beseitigung der ersten beiden Hemmnisse könnte eine Bevölkerungspolitik ansetzen.

Der Geburtenrückgang löste hüben wie drüben Besorgnis aus, in der Bundesrepublik kreist die Diskussion insbesondere um die Folgen für die langfristige Rentenfinanzierung. Aber — im Gegensatz zur DDR — wird hier keine aktive Bevölkerungspolitik betrieben. Sie wird als unzulässiger Eingriff des Staates in die Freiheit des Individuums angesehen. Die Entscheidung über die Anzahl der Kinder und den Zeitpunkt der Geburt soll bei den Eltern liegen. Daher haben die Bundesregierungen in der Vergangenheit stets Maßnahmen, die direkt auf diese Entscheidung einwirken, als politisch nicht akzeptabel abgelehnt. Zuletzt wurde eine diesbezügliche Stellungnahme 1982 abgegeben[1]. Die Stichhaltigkeit dieser Argumentation ist umstritten. Dagegen wird vorgebracht, daß eine Verbesserung der Stellung von Personen mit Kindern den Entscheidungsspielraum des Individuums für die Realisierung des Kinderwunsches erweitern würde. Gleichwohl gibt es auch in der Bundesrepublik Regelungen, die nicht bevölkerungsneutral sind. Negativ ist z. B. die Ausgestaltung des Rentenrechts (unzureichende Anrechnung von Ausfallzeiten, die durch Kindererziehung entstehen). Positiv könnten wirken:

- Steuervergünstigungen für Familien mit Kindern,
- Kinder- und Erziehungsgeld,
- Mutterschaftsleistungen,
- Wohngeld bzw. Familienförderung im sozialen Wohnungsbau,
- Ausbildungsunterstützung,
- Familiengründungsdarlehen,
- subventionierte Dienstleistungen (Kinderkrippen und -tagesstätten).

Als Begründung für die bevölkerungsrelevanten Maßnahmen wird der besondere Schutz von Ehe und Familie genannt und die Sicherung menschenwürdiger Lebensbedingungen. Gleichwohl würden auch positive Auswirkungen der Maßnahmen auf die Geburtenentwicklung begrüßt; sie sind indes nicht erkennbar. Im übrigen wird eine stetige demographische Entwicklung ohne große Schwankungen als wünschenswert angesehen.

In der DDR gibt es klar formulierte bevölkerungspolitische Vorstellungen. Angestrebt wird Bevölkerungswachstum, das Minimalziel ist, den Bevölkerungsstand zu halten. Zu seiner Realisierung bedarf es Familien mit im Durchschnitt zwei bis drei Kindern; so kann es nicht verwundern, daß dieser Familientyp offiziell als Leitbild gilt.

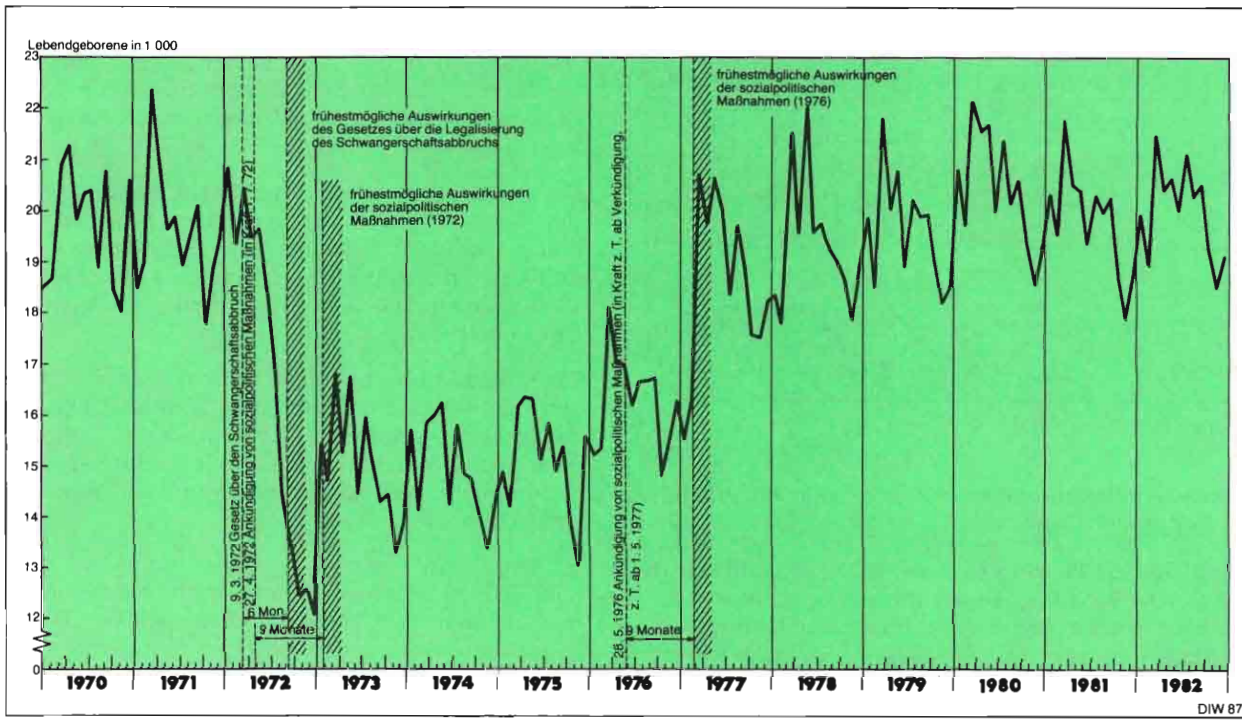
Nach der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs 1972 war die DDR von der Verwirklichung ihres Minimalziels weit entfernt. In den ersten zwölf Monaten nach Inkrafttreten der Fristenlösung wurden von 100 Schwangerschaften (Geburten und gemeldete Schwangerschaftsabbrüche) 43 nicht ausgetragen.

Noch nicht einmal zwei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Unterbrechung der Schwangerschaft wurden auf die Geburtenförderung gerichtete sozialpolitische Maßnahmen beschlossen. Die wichtigsten waren:

- Verlängerung des bezahlten Schwangerschafts- und Wochenurlaubs,
- Erhöhung der Geburtenbeihilfe,
- Gewährung von zinslosen Krediten, deren Rückzahlung sich durch die Geburt von Kindern verringert oder gar entfällt,
- Arbeitszeitverkürzung und Urlaubsverlängerung ohne Lohnminderung für Mütter mit mehreren Kindern.

Schaubild 1.2.-2

Geburtenentwicklung in der DDR



In der Folgezeit stieg die Zahl der Geburten wieder leicht an, ohne indes den früheren Stand zu erreichen. Vermutlich aus diesem Grund folgte 1976 ein zweites sozialpolitisches Paket zur Geburtenförderung. Es enthielt im Kern:

- abermals Verlängerung des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs,
- die Möglichkeit der bezahlten Freistellung von der Arbeit nach der Geburt des zweiten und jedes weiteren Kindes im Anschluß an den Schwangerschafts- und Wochenurlaub bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes („Babyjahr"),
- Verbesserung bei den Regelungen zur Arbeitszeitverkürzung für Frauen mit zwei Kindern.

Genau neun Monate nach Verkündung und Inkrafttreten der wichtigsten sozialpolitischen Maßnahmen — also im März 1977 — schnellte die Geburtenzahl nach oben. Nimmt man hinzu, daß der Geburtenanstieg 1977 vorwiegend von den zweiten Kindern getragen wurde und daß sich 80 vH der Mütter dieser Kinder von der Arbeit freistellen ließen, kann kein Zweifel über die Maßnahme bestehen, die das vor allem bewirkt hat: das „Babyjahr".

Die Erhaltung des Bevölkerungsbestandes war indes immer noch nicht vollständig gewährleistet. Wahrscheinlich deshalb und weil die Geburtenzahl seit 1983 wieder im Abnehmen begriffen ist, wurde 1984 ein Maßnahmenbündel zur Verbesserung der materiellen Lage von Familien mit drei und mehr Kindern verkündet. Unter anderem enthält der Leistungskatalog die Möglichkeit, daß Mütter nach der Geburt des dritten und jedes weiteren Kindes bis zur Vollendung des 18. Lebensmonats des Kindes bezahlte Freistellung in Anspruch nehmen können. Seit Mai 1986 haben nun auch Mütter nach der Geburt des ersten Kindes Anrecht auf bezahlte Freistellung von der Arbeit bis zum Ende des ersten Lebensjahres des Kindes.

DDR-Wissenschaftler haben errechnet, zur vollständigen Bestandserhaltung müßte sich insbesondere der Anteil der dritten Kinder erhöhen. Ob dies infolge der geburtenfördernden Regelungen von 1984 geschehen wird, läßt sich noch nicht sagen.

In der Regel ändert sich die Zahl der Geborenen, wenn die weibliche Bevölkerung im gebärfähigen Alter zu- oder abnimmt; auch bei gleichbleibender Gesamtzahl tritt dieser Effekt bei Verschiebungen in der Besetzung der einzelnen Altersjahrgänge ein. Dieser Struktureffekt wird als demographische Komponente bezeichnet; alle übrigen Veränderungen werden unter dem Begriff generative Komponente subsumiert.

Wegen der z. T. gegenläufigen Trends bietet sich an, den Einfluß beider Komponenten für die Zeitabschnitte 1970 bis 1975 und 1975 bis 1983 getrennt zu betrachten.

Aufgrund des Altersstruktureffektes hätte die Zahl der Lebendgeborenen in der Phase 1970 bis 1975 in der Bundesrepublik und in der DDR steigen müssen. Die Veränderung des generativen Verhaltens

Übersicht 1.2.-4

Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen in vH

Zeitraum	tatsächliche Veränderung	demographische Komponente	generative Komponente
	Bundesrepublik Deutschland		
1970/75	−25,9	+ 3,0	−28,9
1975/83	− 1,1	+10,1	−11,2
	DDR		
1970/75	−23,3	+ 8,5	−31,8
1975/83	+28,6	+10,7	+17,9

Quelle: Berechnungen des DIW.

bewirkte indes in beiden Staaten einen erheblichen Rückgang der Geburten.

Von 1975 bis 1983 zeigten in der DDR beide Effekte in die gleiche Richtung. In der Bundesrepublik war die Situation auch in der zweiten Phase durch entgegengesetzte Einflüsse gekennzeichnet. Einem positiven Altersstruktureffekt stand ein negativer, allerdings gegenüber der vorangegangenen Periode stark abgeschwächter, Effekt des generativen Verhaltens gegenüber.

Der deutliche Wandel des generativen Verhaltens in der DDR macht die positiven Wirkungen der geburtenfördernden Maßnahmen sichtbar. Die Isolierung des Altersstruktureffektes relativiert jedoch das Ausmaß.

Eine zentrale Kennzahl zur Charakterisierung der Geburtenentwicklung ist die Nettoreproduktionsziffer. Sie gibt an, ob die Zahl der geborenen Mädchen — konstante Fruchtbarkeits- und Sterbeverhältnisse unterstellt — ausreicht, um eine Frauengeneration zu ersetzen. Eine Nettoreproduktionsziffer von 1,0 bedeutet Bestandserhaltung; bei Werten über 1,0 wächst und bei Raten unter 1,0 schrumpft die Bevölkerung.

Übersicht 1.2.-5

Nettoreproduktionsziffern der Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Jahr	Bundesrepublik Deutschland			DDR
	insgesamt	Deutsche	Ausländer	
1970	0,95	0,94	1,01	1,05
1975	0,68	0,64	1,10	0,74
1980	0,68	0,66	0,96	0,93
1982	0,66	0,65	0,84	0,89
1983	0,63	0,62	0,72	0,86

Quellen: Bundesrepublik Deutschland: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Reihe 1, 1983. — DDR: Berechnungen des DIW.

Die Ziffern lassen folgende Entwicklung erkennen:

- Im Jahre 1970 war die Bestandserhaltung der Bevölkerung in der Bundesrepublik noch nahezu gewährleistet und in der DDR sogar noch ein leichtes Wachstum vorhanden.
- Die Nettoreproduktionsziffern nahmen danach in der Bundesrepublik — besonders stark in der ersten Hälfte der siebziger Jahre — sukzessive ab; zu Beginn der achtziger Jahre reichte die Zahl der Geborenen nur noch zu einer Zweidrittel-Deckung des Bevölkerungsstandes aus.
- Bei der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik lagen die Werte stets höher als bei der deutschen. Sie waren bis 1976 größer als 1, fielen aber dann beträchtlich; die ausländische Bevölkerung scheint sich im generativen Verhalten der deutschen anzunähern.
- Zu Beginn der siebziger Jahre hatte zunächst auch die DDR rückläufige Nettoreproduktionsraten zu verzeichnen; von 1976 an kehrte sich der Trend jedoch um. Anfang der achtziger Jahre wurde die Frauengeneration zu 90 vH durch ihre Kinder ersetzt.
- Auch in der DDR reichte trotz der Aufwärtsentwicklung bislang die Zahl der Geborenen zur Bestandserhaltung nicht aus, aber im Gegensatz zur Bundesrepublik ist sie ihr wesentlich näher[2].

1.2.2.2. Ehen, Scheidungen, Familienstand

Die Zahl der Eheschließungen je 1 000 Einwohner war 1970 in West und Ost fast gleich groß. In der Bundesrepublik ging sie danach zurück; 1984 wurden etwa ein Fünftel weniger Ehen geschlossen als 1970. Anders die Entwicklung in der DDR: Dort stieg die Zahl der Eheschließungen zunächst deutlich an und sank erst 1978 wieder ab; aber es wurden auch 1984 immer noch mehr Ehen geschlossen als 1970.

Übersicht 1.2.-6

Anzahl der Eheschließungen

Jahr	insgesamt 1970 = 100		je 1 000 der Bevölkerung	
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
1970	100	100	7,3	7,7
1975	87	109	6,3	8,4
1980	82	103	5,9	8,0
1984	82	102	5,9	8,0

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland und Statistische Jahrbücher der DDR.

Als Grund für die relativ hohe Zahl der Heiraten in der DDR gilt nach wie vor der Wunsch nach einer eigenen Wohnung. Außerdem werden nach Scheidungen viele Zweit- und Drittehen geschlossen, was die Heiratshäufigkeit insgesamt erhöht.

In der Bundesrepublik heirateten die Paare relativ spät. Das durchschnittliche Alter bei der ersten Heirat nahm von 1970 bis 1982 bei Männern und Frauen noch zu. Das Erstheiratsalter der Männer und Frauen in der DDR lag im Durchschnitt deutlich darunter und ging seit 1970 leicht zurück.

Übersicht 1.2.-7

Durchschnittliches Heiratsalter Lediger

Jahr	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1970	25,6	23,0	24,0	21,9
1975	25,3	22,7	23,2	21,3
1980	26,1	23,4	23,4	21,3
1982	26,6	23,8	23,7	21,6

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland und Statistische Jahrbücher der DDR.

Parallel zum Rückgang der Heiratsziffern wuchs in der Bundesrepublik die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften; die amtliche Statistik macht hierüber keine Angaben. Für 1984 liegen indes Werte aus einer Stichprobe vor. Danach waren 3,3 vH aller Haushalte nichteheliche Lebensgemeinschaften (Paare ohne sonstige Personen). Zählt man die nichtehelich zusammenlebenden Paare mit Kindern oder sonstigen erwachsenen Personen hinzu, waren es sogar 4,4 vH aller privaten Haushalte[3].

Für die DDR liegen hierzu keine Zahlen vor. Wegen der Schwierigkeiten der Wohnungsbeschaffung für nicht verheiratete Paare dürften nicht allzu viele Fälle auftreten. Doch auch hier ist eine steigende Tendenz zu vermuten.

Die Zahl der Scheidungen hat sich seit 1970 in beiden Staaten stark erhöht. In der Bundesrepublik Deutschland wurde der Anstieg durch die Änderung des Scheidungsrechts 1977 und 1978 unterbrochen, setzte sich dann aber fort.

Die Scheidungsquote (Ehescheidungen je 1000 der Bevölkerung) war in der DDR in jedem Jahr beträchtlich größer als in der Bundesrepublik — 1983 um die Hälfte — und gehört zu den höchsten der Welt.

Das Verhältnis von Eheschließungen zu Ehescheidungen entwickelte sich in beiden Staaten rückläufig. 1970 wurden in der Bundesrepublik noch 5,8 mal mehr neue Ehen geschlossen als durch Scheidung gelöst, 1983 kamen auf jede Scheidung nur 3,3 Eheschließungen. In der DDR betrug das Verhältnis 1970 4,8 Eheschließungen je Scheidung, 1983 2,5 : 1.

Übersicht 1.2.-8

Anzahl der Ehescheidungen

Jahr	insgesamt 1970 = 100		je 1000 der Bevölkerung	
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
1970	100	100	1,3	1,6
1975	140	152	1,7	2,5
1980	126	163	1,6	2,7
1983	159	181	2,0	3,0

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland und Statistische Jahrbücher der DDR.

Ehen werden nicht nur durch Scheidung, sondern auch durch den Tod eines Ehepartners beendet. 1970 lagen die Ehelösungen in der Bundesrepublik insgesamt noch unter der Zahl der Eheschließungen, 1975 aber schon erheblich darüber. In der DDR wurden in allen Jahren des Beobachtungszeitraums mehr Ehen durch Tod oder Scheidung aufgelöst als neu geschlossen. Die Zahl der durch den Tod beendeten Ehen war in beiden Staaten stets wesentlich größer als die, die durch Ehescheidungen endeten.

Die Gliederung der Bevölkerung nach dem Familienstand ist in beiden deutschen Staaten sehr ähnlich und hat sich hier wie dort seit 1970 nur wenig verändert. Erwartungsgemäß nahm der Anteil der Geschiedenen in allen Altersgruppen zu und zwar in der DDR stärker als in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tatsache, daß insgesamt mehr Frauen als Männer geschieden sind, weist auf eine höhere Wiederverheiratungsquote bei Männern hin.

In beiden Staaten ging von 1970 bis 1982 der Anteil der Verheirateten in den Altersgruppen bis 45 Jahre zugunsten der Ledigen und Geschiedenen zurück. Die Zunahme des Anteils der Geschiedenen war in

Übersicht 1.2.-9

Wohnbevölkerung nach Familienstand
Anteile in vH, Wohnbevölkerung insgesamt = 100

	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	1970	1982	1970	1982
ledig	39,6	39,6	37,9	37,0
verheiratet	49,9	48,7	49,8	49,3
verwitwet	8,6	8,8	9,4	8,8
geschieden	1,9	2,9	2,8	4,9

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland und Statistische Jahrbücher der DDR.

der DDR und in der Bundesrepublik bei den 34- bis 45jährigen am größten. Unter den über 45- bis 60jährigen gab es in der DDR 1982 relativ mehr Verheiratete als 1970. In der Bundesrepublik galt dies für die 50- bis 65- und die 70- bis 75jährigen. Dafür nahm in beiden Staaten in den genannten Altersgruppen der Anteil der verwitweten Personen ab. Gleichwohl ist die Zahl der Verwitweten nach wie vor hoch, insbesondere die der Frauen; sie ist in beiden Staaten fünfmal größer als die der Männer. Dies ist das Ergebnis der Kriegsverluste bei den Männern, der höheren Lebenserwartung der Frauen und des Altersabstandes zwischen den Ehepartnern (Männer sind zumeist älter).

1.2.2.3. Sterblichkeit

Die Sterblichkeit je 1 000 Einwohner war in der DDR von 1970 bis 1983 höher als in der Bundesrepublik. Sie ging in beiden Staaten im Untersuchungszeitraum leicht zurück. In der DDR hängt die Abnahme teilweise mit einem gesunkenen Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung zusammen. In der Bundesrepublik vergrößerte sich diese Altersgruppe im Verhältnis zur Bevölkerung. Die Zahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner blieb in der deutschen Bevölkerung gleich, während sie sich bei den Ausländern nahezu halbierte. Dies ist auf Veränderung im Altersaufbau der ausländischen Bevölkerung zurückzuführen. Die Sterbequoten der Ausländer sind insgesamt sehr niedrig, weil wenig alte Menschen in die Bundesrepublik kommen und viele Ausländer nach dem Eintritt ins Rentenalter in ihr Heimatland zurückkehren.

Übersicht 1.2.-10

Gestorbene je 1 000 Einwohner

Jahr	Bundesrepublik Deutschland			DDR
	insgesamt	Deutsche	Ausländer	
1970	12,1	12,5	3,1	14,1
1983	11,7	12,5	1,7	13,3

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland. — Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A (bzw. 1), Reihe 1, 1970 und 1983 und Reihe 2, 1983. — Statistische Jahrbücher der DDR.

Die Säuglingssterblichkeit (Sterbefälle im ersten Lebensjahr bzw. im ersten Lebensmonat) war 1970 in der Bundesrepublik deutlich höher als in der DDR, 1983 dagegen etwas geringer. Von einem ungünstigen Ausgangsniveau aus wurden in der Bundesrepublik erhebliche Fortschritte erzielt. Die 1970 schon relativ niedrigen Werte in der DDR konnten auch noch beachtlich gesenkt werden. Dies gilt sowohl für die Säuglingssterblichkeit im 1. Lebensjahr als auch im 1. Lebensmonat.

Übersicht 1.2.-11

Gestorbene je 1 000 Lebendgeborene

Jahr	im 1. Lebensjahr		im 1. Lebensmonat	
	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR
1970	23,4	18,5	18,4	13,0
1983	10,2	10,7	5,9	7,8

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland. — Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Reihe 1, 1983. — Statistische Jahrbücher der DDR.

In der Bundesrepublik war die Säuglingssterblichkeit in allen Phasen bei ausländischen Kindern höher als bei deutschen. Im europäischen Vergleich nahm die DDR 1983 in bezug auf die Säuglingssterblichkeit den 10., die Bundesrepublik Deutschland den 8. Rang ein. 1970 hatte die DDR ebenfalls auf dem 10., die Bundesrepublik aber auf dem 15. Platz gelegen. Die niedrigste Säuglingssterblichkeit wiesen 1970 Schweden (11,7 im 1. Lebensjahr Gestorbene je 1 000 Lebendgeborene) und 1983 Island und Finnland (je 6,2 Gestorbene) auf.

Bei der Lebenserwartung (bezogen auf Personen nach Vollendung des ersten Lebensjahrs) zeigen sich zwischen der Bundesrepublik und der DDR eine Reihe von Ähnlichkeiten. Hier wie dort werden Frauen im Mittel 5 bis 6 Jahre älter als Männer. Der Abstand hat sich gegenüber 1970/72 in beiden Fällen vergrößert. Die Lebenserwartung ist in Ost und West bei Männern und Frauen gestiegen. Unterschiede gibt es im Tempo der Veränderungen; in der DDR war die Entwicklung schwächer. Hatten die Männer in der Bundesrepublik zu Beginn der siebziger Jahre noch eine um ein halbes Jahr kürzere Lebenserwartung als in der DDR, so war sie 1981/83 um 1,2 Jahre höher. Bei den Frauen vergrößerte sich der Vorsprung der Bundesrepublik von einem halben auf zwei Jahre. Daraus einen negativen Einfluß der Erwerbstätigkeit der Frauen auf die Lebensdauer abzuleiten, scheint indes verfrüht.

Übersicht 1.2.-12

Durchschnittliche Lebenserwartung nach Vollendung des ersten Lebensjahrs in Jahren

Jahr	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1970/72	68,20	74,32	68,70	73,74
1981/83	70,32	76,84	69,10	74,83

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1985 und Statistische Jahrbücher der DDR 1975 und 1985.

In der Bundesrepublik Deutschland gab es zuletzt 1970 einen positiven Saldo von Geburten und Sterbefällen. Seither überstieg die Zahl der Gestorbenen die der Lebendgeborenen in jedem Jahr um mehr als 90000. Das Defizit erreichte 1975 mit 149000 einen Höchststand. Betrachtet man nur die deutsche Bevölkerung, so ergibt sich wegen des deutlichen Geburtenüberschusses bei den Ausländern eine wesentlich größere Lücke zwischen Geborenen und Gestorbenen.

Anfang der siebziger Jahre bestand in der DDR ein geringes Geburtendefizit, das sich bis 1975 verstärkte und dann wieder abnahm. Seit 1979 ist die Zahl der Geborenen größer als die der Gestorbenen, wobei der Überschuß seit 1982 schrumpft.

Übersicht 1.2.-13

Lebendgeborenen(+)- bzw. Gestorbenen(−)-Überschuß in 1 000 Personen

Jahr	Bundesrepublik Deutschland			DDR
	insgesamt	Deutsche	Ausländer	
1970	+ 76,0	+ 21,0	+55,0	− 3,9
1975	−148,7	−235,6	+86,9	−58,6
1983	−124,2	−177,6	+53,4	+11,1

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland und Statistische Jahrbücher der DDR.

1.2.3. Wanderungen

1.2.3.1. Außenwanderungen

Für die Bevölkerungsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland spielen Wanderungsbewegungen über die Staatsgrenzen eine große Rolle. Sie betreffen vor allem Zu- und Fortzüge ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien. Außenwanderungen haben für die DDR eine weitaus geringere Bedeutung. Es handelt sich hier meist um Fortzüge in die Bundesrepublik. Da die DDR keine Zahlen über Außenwanderungen veröffentlicht, lassen sich entsprechende Informationen nur annäherungsweise aus dem Vergleich der Bestandsdaten und der Daten der natürlichen Bevölkerungsbewegung sowie aus der bundesdeutschen Wanderungsstatistik ermitteln. Die Abweichungen zwischen beiden Quellen lassen vermuten, daß in begrenztem Umfang Zuwanderungen aus osteuropäischen Staaten stattfinden.

Übersicht 1.2.-14

Wanderungsgewinne (+) und -verluste (−) in der Bundesrepublik Deutschland in 1 000 Personen

	insgesamt	Deutsche	Ausländer
1970	+574,0	+32,5	+541,6
1975	−199,2	+34,2	−233,4
1980	+311,9	+65,7	+246,3
1984	−151,1	+62,0	−213,1

Quelle: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland.

In der Wanderungsstatistik der Bundesrepublik Deutschland zeichnen sich vier Phasen ab: Bis 1973 gab es einen hohen Überschuß der Zuzüge; von 1974 bis 1976 überwogen die Abwanderungen mit einer Spitze von 200000 im Jahre 1975. Die Jahre 1977 bis 1981 wiesen wiederum einen positiven Wanderungssaldo auf. Seit 1982 liegt ein deutlicher Überschuß der Fortzüge über die Zuzüge vor, der von Jahr zu Jahr größer wurde.

Die Wanderungssalden werden in erster Linie durch die Zu- und Fortzüge von Arbeitnehmern aus den sechs wichtigsten Herkunftsländern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei bestimmt. Innerhalb dieser Gruppe nahmen die Arbeitnehmer aus der Türkei und ihre Familienangehörigen die bedeutendste Stellung ein. Eine deutliche Veränderung gab es 1973, als sich der Anwerbestopp für die Länder Griechenland, Jugoslawien, Marokko, Portugal, Spanien, Türkei und Tunesien bemerkbar machte. Die Zuzüge aus diesen Ländern nahmen von

Übersicht 1.2.-15

Zu- und Fortzüge nach ausgewählten Ländern alle Zu- bzw. Fortzüge = 100

Jahr	wichtigste Herkunftsländer[1]		Türkei		Polen	
	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge
1970	75,2	69,1	17,0	8,6	0,4	0,5
1975	54,9	73,6	23,1	22,8	4,8	2,0
1983	28,9	52,5	8,0	20,8	15,7	7,3

[1] Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien, Türkei.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A (bzw. 1), Reihe 3, 1970, Tab. 13 und 2a; Reihe 2.3, 1975, Tab. 32.1 u. Tab. 7; Reihe 2, 1980, Tab. 16.61 u. Tab. 16.3; Reihe 1, 1983, Tab. 12.

61 vH aller Zuzüge aus dem Ausland (1973) auf 50 vH (1983) ab. Gleichzeitig verschob sich die Zuwanderung von Erwerbs- auf Nichterwerbspersonen (Familienangehörige). Waren 1973 noch 61 vH aller Zuwanderer aus Anwerbestoppländern Erwerbspersonen gewesen, so betrug ihr Anteil 1974 nur noch 26 vH.

Seit 1976 ist eine starke Zuwanderung aus Polen zu beobachten. Die Zuzüge stiegen von 45000 (1976) auf 135000 (1981), danach gingen sie wieder zurück (1983: 55000).

In den vergangenen fünf Jahren bildeten die Asylsuchenden eine wichtige Gruppe von Zuwanderern. Ihre Zahl war 1980 mit 108000 am höchsten, sank dann bis 1983 auf 19700 und stieg 1984 wieder auf 35000[4]. Während 1980 der größte Teil der Asylbewerber Türken waren, kamen in den folgenden Jahren die meisten Asylsuchenden aus asiatischen Ländern. 1981 und 1982 stieg die Zahl der aus Osteuropa kommenden Personen wegen der Ereignisse in Polen deutlich an.

Die Wanderungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR waren von 1970 bis 1983 weiter rückläufig. Die Zuzüge verringerten sich von 20300 im Jahre 1970 auf 13400 im Jahre 1983. Eine außerordentlich große Zahl von Ausreisegenehmigungen ließ die Zuzüge aus der DDR und Berlin (Ost) 1984 auf etwa 46700 steigen. Von der Bundesrepublik in die DDR zogen relativ wenige Personen — 1970 waren es noch 2100, 1983 1300 und 1984 etwa 3300. Verglichen mit 1970 waren 1983 unter den aus der DDR Zugezogenen mehr Männer, mehr Erwerbspersonen und mehr jüngere Leute. Diese Strukturverschiebung ergab sich mit der Erweiterung der Ausreisemöglichkeiten für Personen, die noch nicht im Rentenalter sind.

Übersicht 1.2.-16

Zuzüge aus der DDR

	Personen		in vH	
	1970	1982	1970	1982
Kinder unter 15 Jahren	456	2 073	2,2	13,3
Personen im Erwerbsalter[1]	3 818	8 218	18,5	52,9
Personen im Rentenalter[2]	16 390	5 253	79,3	33,8
Insgesamt	20 664	15 544	100	100

[1] Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahre; Frauen im Alter von 15 bis unter 60 Jahre.

[2] Männer im Alter über 65 Jahre; Frauen im Alter über 60 Jahre.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A (bzw. 1), Reihe 3, 1970, Tab. 2 und 3; Reihe 1, 1982, Tab. 16.7.

Die Zuwanderung Deutscher aus den europäischen RGW-Ländern (ohne DDR) erhöhte sich seit dem Beginn des Untersuchungszeitraumes beträchtlich. Während 1970 aus den Ländern Polen, Rumänien, Sowjetunion und Tschechoslowakei lediglich etwa 6200 Deutsche zuzogen, waren es 1980 47100 und 1983 32800. Als ‚Spätaussiedler' konnten sie die verbesserten Ausreisemöglichkeiten, die infolge der KSZE-Konferenz in Helsinki und verschiedener Regierungsabsprachen zustande kamen, nutzen.

1.2.3.2. Binnenwanderungen

Die Binnenwanderungen über Kreisgrenzen je 1000 Einwohner waren 1970 in der Bundesrepublik dreimal so hoch wie in der DDR. Inzwischen hat die Mobilität der Bevölkerung in beiden Staaten abgenommen. Obwohl die Binnenwanderungen in der Bundesrepublik stärker zurückgegangen sind, betragen sie (je 1000 der Bevölkerung) immer noch das 2,7fache des entsprechenden Wertes für die DDR. Durch die Kreisreform (1968 bis 1978) wurde die Zahl der Kreise in der Bundesrepublik Deutschland erheblich verringert. Es ist nicht möglich, die in den Statistiken ausgewiesenen Zahlen zur Binnenwanderung über Kreisgrenzen nach Effekten der Verwaltungsreform und tatsächlichen Veränderungen aufzuschlüsseln.

Übersicht 1.2.-17

Binnenwanderung über Kreisgrenzen je 1000 der Bevölkerung

	Bundesrepublik Deutschland	DDR
1970	48,2	15,8
1982	35,8	13,3

In der Bundesrepublik gab es zwei globale, sich zum Teil überlagernde Wanderungstendenzen — eine in Nord-Süd-Richtung und eine aus den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin (West) in die Flächenstaaten. Die Industriegebiete Nordrhein-Westfalens erlitten ebenfalls erhebliche Wanderungsverluste. Mehr Fort- als Zuzüge gab es bis 1982 außerdem im Saarland. Länder mit positivem Wanderungssaldo waren Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern, seit 1977 bzw. 1980 auch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Im Jahre 1983 erzielte Berlin (West) erstmals Wanderungsgewinne, während Hessen und Baden-Württemberg nach mehreren Jahren mit Wanderungsüberschüssen wieder mehr Ab- als Zuwanderungen zu verzeichnen hatten. Ein charakteristisches Merkmal der Binnenwanderung war in den siebziger Jahren in allen Bundesländern die Wanderung aus den Großstädten in die Randzonen der Ballungsgebiete.

Die räumliche Bevölkerungsbewegung war in der DDR auf der einen Seite durch Wanderungsverluste in den Ballungsgebieten gekennzeichnet und auf der anderen durch eine positive Wanderungsbilanz in

Berlin (Ost), den mittleren und den südwestlichen Bezirken. Dabei erzielte Berlin (Ost) die höchsten Wanderungsgewinne, Halle die größten -verluste. Die meisten nach Berlin (Ost) Zuziehenden kamen aus den umliegenden Bezirken Frankfurt und Potsdam. Trotzdem waren in beiden Bezirken, ebenso wie im Bezirk Gera, insgesamt die Zuwanderungen größer als die Abwanderungen. Der negative Wanderungssaldo der Ballungsgebiete war von 1972 bis 1976 am höchsten.

1.2.4. Bevölkerungsdichte und -verteilung

Die Bundesrepublik Deutschland ist wesentlich enger besiedelt als die DDR. Im Jahre 1984 betrug die Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik 246, in der DDR 154 Personen je km². Von 1970 bis 1974 stieg sie zunächst in der Bundesrepublik an (von 246 auf 250), fiel danach aber kontinuierlich ab. In der DDR lebten 1970 noch durchschnittlich 158 Personen auf einem km². Die Differenz zwischen den Bevölkerungsdichten in beiden Staaten hat sich also leicht vergrößert.

Zwischen den einzelnen Regionen bestehen hier wie dort sehr große Unterschiede bei der Bevölkerungsdichte. In der Bundesrepublik standen die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie Berlin (West) mit Abstand an der Spitze. Hier verringerte sich jedoch die Zahl der Personen je km² am stärksten. Am niedrigsten war die Dichte 1970 und 1983 in Niedersachsen. In den Bundesländern, die 1970 relativ dünn besiedelt waren, stieg die Bevölkerungsdichte merklich an, während sie in allen eng besiedelten Regionen zurückging. Der seit einigen Jahren beobachtete Trend der Wanderung aus Großstädten in die umliegenden Ballungsrandgebiete läßt sich an der Entwicklung der Bevölkerungsdichte in kreisfreien Städten (1970 bis 1980: −7 vH) und Landkreisen (+6,6 vH) ablesen. In der DDR blieb im gleichen Zeitraum die Bevölkerungsdichte in den relativ dünn besiedelten Bezirken im Norden, in der Mitte und im Südwesten fast unverändert. Die Ballungsgebiete um Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Dresden und Halle verzeichneten indes eine beträchtliche Abnahme (−6 vH), während in Berlin (Ost) die Zahl der Personen je km² stieg (+9 vH). Es findet also einerseits eine Entkernung der Ballungsgebiete und andererseits eine Konzentration der Bevölkerung in Berlin (Ost) statt. Die Ballungsgebiete und Berlin (Ost) haben zusammen einen Anteil von 25 vH an der Fläche der DDR, stellen aber 48,4 vH der Wohnbevölkerung.

In der Bundesrepublik ist zwar die Konzentration auf bestimmte Verdichtungsräume auch sehr ausgeprägt, sie beschränkt sich allerdings nicht auf ein Zentrum, sondern auf eine ganze Reihe von Agglomerationsräumen. 1981 lebten in Regionen mit großer Verdichtung, die 14 vH der Fläche der Bundesrepublik ausmachen, 47,4 vH der Bevölkerung. Die räumliche Verteilung der Bevölkerung war ansonsten auf zwei Achsen konzentriert, die die Ballungsgebiete miteinander verbinden. Die eine der beiden Achsen läuft vom Raum Hannover/Braunschweig zum Ruhrgebiet, die andere reicht von dort über den Rhein-Main-Nekkar-Raum bis München. Hinzu kommen die Verdichtungsräume Hamburg, Bremen und Nürnberg[5].

Übersicht 1.2.-18

Bevölkerungsdichte nach Regionen
Personen je km²

Bundesrepublik Deutschland[1]

Bundesland	1970	1983
Schleswig-Holstein	159	166
Hamburg	2 377	2 133
Niedersachsen	149	153
Bremen	1 788	1 675
Nordrhein-Westfalen	479	494
Hessen	255	264
Rheinland-Pfalz	184	183
Baden-Württemberg	249	259
Bayern	149	155
Saarland	436	409
Berlin (West)	4 421	3 863

[1] Stand: 1970 Jahresmitte; 1983 Jahresende.

DDR[2]

Region[3]	1970	1983
Norden	79,0	79,0
Mitte	101,1	100,5
Ballungsgebiete	277,2	260,6
Südwesten	167,5	166,4
Berlin (Ost)	2 696	2 942

[2] Stand: Jahresende.
[3] Norden: Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg; Mitte: Bezirke Potsdam, Magdeburg, Frankfurt, Cottbus; Ballungsgebiete: Bezirke Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Dresden, Halle; Südwesten: Bezirke Erfurt, Gera, Suhl.

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland und Statistische Jahrbücher der DDR.

Bei der Verteilung der Bevölkerung nach Gemeindegrößen traten in der Bundesrepublik auffälligere Veränderungen ein als in der DDR. Hier muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Aussagefähigkeit der Zahlen durch die von 1968 bis 1978 durchgeführten Gebietsreformen stark eingeschränkt ist. Diese bewirkte durch die Festlegung neuer Gemeindegrenzen eine Abnahme der Wohnbevölkerung der kleinen zugunsten der der mittleren und großen Gemeinden um 17,7 vH-Punkte. Welcher Anteil der statistisch beobachteten Veränderung auf tatsächliche Zu- und Abwanderungen zurückzuführen ist, ist nicht festzustellen. Laut Statistik erhöhte sich bis 1975 die Einwohnerzahl der großen und mittleren Städte auf Kosten der Kleinstädte und Dörfer. Dann verringerte sich der Bevölkerungsanteil der Großstädte, dies führte zusammen mit den anhaltenden Bevölkerungs-

verlusten der ländlichen Gebiete zu einer Zunahme des Anteils der Bevölkerung in Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern. In der DDR war hingegen im gesamten Untersuchungszeitraum eine Umverteilung von ländlichen in großstädtische Räume zu beobachten, die noch anhält. Die Abwanderung vom Land verlief jedoch in den letzten Jahren langsamer als Anfang der 70er Jahre. Bei den Städten über 100 000 Einwohner verzeichneten Cottbus, Schwerin, Potsdam, Jena und Rostock den größten Anstieg. Bevölkerungsverluste erlitten Zwickau, Leipzig und Halle (ohne Halle-Neustadt).

Übersicht 1.2.-19

Bevölkerungsverteilung nach Gemeindegrößen

Anteile in vH

Wohnbevölkerung	Bundesrepublik Deutschland[1]			DDR[2]		
	1970	1975	1983	1970	1975	1983
unter 500	4,4	1,4	0,7	7,4	5,9	6,3
500 bis unter 2 000	14,3	6,8	5,4	18,9	18,6	17,2
2 000 bis unter 10 000	20,7	19,2	20,0	20,3	20,1	18,7
10 000 bis unter 20 000	9,4	13,2	14,6	9,4	8,8	8,8
20 000 bis unter 100 000	18,8	24,2	26,2	22,1	22,2	22,8
über 100 000	32,4	35,2	33,1	21,9	24,2	26,4

[1] Stand: 1970 und 1983 Jahresmitte; 1975 Jahresende.

[2] Stand: Jahresende.

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland. — Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Reihe 1, IV/1975. — Statistische Jahrbücher der DDR.

1.2.5. Bevölkerungsvorausschätzung

Nach einer Vorausschätzung des Statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000 auf 58,42 Mill. Personen zurückgehen (54,231 Mill. Deutsche, 4,192 Mill. Ausländer). Gegenüber 1984 entspräche das einer Abnahme um 2,625 Mill. Personen (Deutsche: — 2,410 Mill.; Ausländer: — 0,216 Mill.).

Dabei wurde für die deutsche Bevölkerung unterstellt, daß ab 1986 ein konstantes Geburtenniveau gilt. Ferner wurden eine rückläufige Sterblichkeit und ein positiver Wanderungssaldo angenommen.

Der Prognose für die ausländische Bevölkerung liegen folgende Annahmen zugrunde:

— negativer Wanderungssaldo bis 1990,

— konstante Sterbewahrscheinlichkeit,

— konstantes Geburtenniveau.

Die Bevölkerungszahl der DDR wird sich nach einer Vorausschätzung des DIW bis zum Jahr 2000 ebenfalls verringern und zwar um 0,215 Mill. auf 16,445 Mill. Personen. Bei dieser Prognose wurde von konstanten Geburten-, Sterbe- und (negativen) Wanderungsraten ausgegangen.

Demnach wird sich die Bevölkerungszahl im Zeitraum von 1984 bis 2000 in der Bundesrepublik um insgesamt 4,3 vH vermindern und in der DDR um 1,3 vH. Zunächst ist für die DDR mit einer sich wenig verändernden Bevölkerungszahl zu rechnen; die Abwärtsbewegung setzt erst in den 90er Jahren ein.

In der Bundesrepublik wird bei der deutschen Bevölkerung der Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen bis 1988 sinken, aber dann — aufgrund des veränderten Altersaufbaus — kontinuierlich ansteigen. Der Wanderungssaldo (einschl. Ermessenseinbürgerungen) wird über alle Jahre positiv sein, allerdings mit sinkender Tendenz. Entscheidend für die zukünftige Entwicklung der deutschen Bevölkerung ist der Gestorbenenüberschuß; die Wanderungsgewinne werden überkompensiert.

Für die Ausländer in der Bundesrepublik ist mit einem abnehmenden Geburtenüberschuß zu rechnen. Wegen der unterstellten hohen Fortzüge bis 1990 wird sich der Geburtenüberschuß bis dahin nicht in steigenden Bevölkerungszahlen niederschlagen. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung wird nach der vorliegenden Schätzung bis 1990 auf 6,8 vH absinken und dann wieder steigen. Für das Jahr 2000 ist mit 7,2 vH ein Wert zu erwarten, der dem von 1984 entspricht.

Der Verlauf in der DDR wird voraussichtlich anders aussehen: Geburtenüberschuß bis zum Ende dieses Jahrzehnts, danach aber wieder eine höhere Gestorbenenzahl und negative Wanderungssalden während des gesamten Zeitraums.

Im Altersaufbau der Bundesrepublik werden sich voraussichtlich einige Verschiebungen ergeben. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung wird der Anteil der Personen im

- Kindesalter nur geringfügig schwanken,
- erwerbsfähigen Alter bis 1990 nahezu konstant bleiben, danach aber zurückgehen,
- Rentenalter weiter zunehmen.

In der Altersstruktur der DDR dürften dagegen keine größeren Veränderungen eintreten.

Bei der Belastungsquote (Relation von Nichterwerbs- und Erwerbsbevölkerung) bestand 1983 zwischen der Bundesrepublik (51) und der DDR (57) noch ein beträchtlicher Unterschied. In den 90er Jahren werden sich die Werte — aufgrund steigender Quoten im Westen und nahezu konstanter im Osten — voraussichtlich annähern.

1.2.6. Private Haushalte

Im Mai 1981 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 25,10 Mill. private Haushalte. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 2,46 Personen. Darunter befanden sich 1,64 Mill. Haushalte mit einem ausländischen Haushaltsvorstand. Hier lebten im Durchschnitt 2,97 Personen je Haushalt. In der DDR wurden im gleichen Jahr 6,51 Mill. private Haushalte gezählt. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 2,53 Personen [6].

Übersicht 1.2.-20

Durchschnittliche Größe der privaten Haushalte
Personen je Haushalt

	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	insgesamt	Mehrpersonenhaushalte	insgesamt	Mehrpersonenhaushalte
1971	2,66	3,21	2,63	3,21
1981	2,46	3,10	2,53	3,09

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Reihe 3, 1981. — Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31. 12. 1981 in der DDR.

Von 1971 bis 1981 hat sich in beiden Staaten die Zahl der privaten Haushalte erhöht, in der Bundesrepublik allerdings ungleich stärker. Die Werte für die Bundesrepublik zeigen dabei eine deutliche Verschiebung zugunsten der Einpersonenhaushalte. Hüben wie drüben handelt es sich bei den Einpersonenhaushalten zum größeren Teil um Personen im Rentenalter — meist Witwen oder Witwer. Im Vergleich zu 1971 ist in der DDR der Anteil älterer Menschen in Einpersonenhaushalten gestiegen, in der Bundesrepublik nicht, hier haben die jüngeren Jahrgänge an Gewicht gewonnen.

Übersicht 1.2.-21

Einpersonenhaushalte nach Altersgruppen
alle Einpersonenhaushalte = 100

Jahr	Personen im Alter von . . . Jahre			
	unter 25	25 bis unter 40	40 bis unter 65	65 und älter
	Bundesrepublik Deutschland			
1971	6	13	33	48
1981	11	16	26	47
	DDR			
1971	3	7	33	57
1981	5	9	18	68

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Reihe 3, 1981. — Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 1. Januar 1971 bzw. 31. 12. 1981 in der DDR.

In beiden Staaten ist der Anteil der Einpersonenhaushalte um so höher, je größer die Gemeinden sind. Der geringere Wert in der DDR drückt zum Teil die geringere Verstädterung aus.

Die Verteilung der Mehrpersonenhaushalte nach der Haushaltsgröße wies zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1971 in den Anteilen keine bedeutenden Abweichungen auf. Zehn Jahre später war in beiden Staaten der Anteil der großen Haushalte (fünf und mehr Personen) deutlich gesunken; er ist in der Bundesrepublik aber nach wie vor höher.

Übersicht 1.2.-22

Private Haushalte nach Haushaltsgrößen
alle privaten Haushalte = 100

Jahr	Haushalt mit . . . Person(en)				
	1	2	3	4	5 und mehr
	Bundesrepublik Deutschland				
1971	26,7	27,3	19,0	15,1	11,9
1981	30,8	28,7	17,5	14,5	8,9
	DDR				
1971	26,0	28,2	20,4	14,9	10,6
1981	26,6	27,1	22,5	17,2	6,6

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Reihe 3, 1981. — Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31. 12. 1981 in der DDR.

In beiden Staaten besteht der größte Teil der Mehrpersonenhaushalte aus Ehepaaren mit unverheirateten Kindern. Auf diesen Haushaltstyp entfielen in der

DDR 1971 und 1981 56 vH aller Familien. Der Wert für die Bundesrepublik war ungefähr gleich hoch mit leicht sinkender Tendenz.

Nahezu unverändert blieb jeweils der Anteil von Alleinstehenden mit Kindern. Er war in der DDR mit 9 vH aller Haushalte aber deutlich höher als in der Bundesrepublik (6,5 vH). Dies dürfte eine Folge der unterschiedlichen Scheidungshäufigkeiten sein.

Bei den Mehrpersonenhaushalten gab es in der Bundesrepublik bei den Anteilen eine Verschiebung zugunsten von Haushalten ohne Kinder (+2 vH-Punkte), in der DDR nicht.

Übersicht 1.2.-23

Mehrpersonenhaushalte nach der Zahl der Kinder
alle Mehrpersonenhaushalte = 100

Jahr	ohne Kinder	ein Kind	zwei Kinder	drei und mehr Kinder
	Bundesrepublik Deutschland			
1971	49,9	22,4	17,1	10,6
1981	52,1	24,1	17,1	6,7
	DDR			
1971	48,4	25,5	16,1	10,0
1981	48,6	29,2	18,4	3,8

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A, Reihe 5, 1971; Fachserie 1, Reihe 3, 1981. — Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31. 12. 1981 in der DDR, S. 63.

Für beide Staaten galt sowohl zu Anfang der siebziger, als auch zu Anfang der achtziger Jahre, daß mit steigender Zahl der Einwohner in einer Gemeinde die durchschnittliche Haushaltsgröße abnimmt. Zu einem nicht unerheblichen Teil dürften die vergleichsweise größeren Haushalte in kleinen Gemeinden der landwirtschaftlichen Bevölkerung zuzuschreiben sein. Es leben in beiden Staaten im Durchschnitt mehr Personen in bäuerlichen Haushalten als in Haushalten von anderen sozialen Gruppen.

In der Bundesrepublik ist der gegenläufige Zusammenhang von Haushalts- und Gemeindegrößen wesentlich stärker ausgeprägt als in der DDR. Im Jahre 1971 zeigte er sich in der DDR z. B. nur in Großstädten über 100000 Einwohnern gegenüber kleineren Gemeinden. Für Orte mit geringerer Bevölkerungszahl ergab sich keine eindeutige Beziehung.

Über Mehrgenerationenhaushalte liegen für die DDR keine Angaben vor. Da jedoch der Anteil der in Haushalten mit drei und mehr Personen lebenden Personen im Rentenalter abgenommen hat, ist zu vermuten, daß auch die Zahl der Mehrgenerationenhaushalte zurückgegangen ist. Ein ähnliches Phänomen läßt sich für die Bundesrepublik an der Entwicklung der Haushalte mit drei und mehr Generationen ablesen.

Der Prozeß der Familienbildung verläuft in beiden Staaten ähnlich. Heirat und Geburt von Kindern bewirken zumeist die Gründung eines eigenen Hausstandes. Nichteheliche Lebensgemeinschaften haben aber an Bedeutung gewonnen. Die Großelterngeneration lebt nur noch selten bei den erwachsenen Kindern. Weiter fortgesetzt hat sich die Tendenz zur Kleinfamilie mit allenfalls zwei Kindern.

Im Vergleich zur Bundesrepublik könnte die oft kürzere Ehedauer und die relativ größere Zahl der Berufstätigen unter den Frauen in der DDR Gründe für den geringen Anteil von Haushalten mit drei und mehr Kindern sein. Die hohe Zahl der Scheidungen läßt dort mehr unvollständige Familien entstehen.

Fußnoten

[1] Regierungsberichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, der Niederlande und Österreichs zur Europäischen Bevölkerungskonferenz 1982. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. Wiesbaden. Verlag W. Kohlhammer. Heft 3/1982, S. 347ff.

[2] Zur Geburtenentwicklung und Bevölkerung in der DDR vgl. Vortmann H. (Bearb.): Anhaltend hohe Geburtenzahlen in der DDR. In: Wochenbericht des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 30/1979, S. 315ff.

[3] Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim (Hrsg.): Das Sozio-ökonomische Panel, 1. Befragungswelle. Berlin, Frankfurt, Mannheim 1984. (unveröffentlicht).

[4] Die Zahlen beziehen sich auf neu gestellte Asylanträge. Abweichungen von den tatsächlichen Zuzügen ergeben sich, weil ein Teil dieser Personen keine Anträge stellt und außerdem Zuzugs- und Antragsjahr nicht immer identisch sind.

[5] Vgl. Bucher H./Gatzweiler H.-P./Schmalenbach I.: Das regionale Bevölkerungsprognosemodell der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BFLR). In: BFLR (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung. Bonn. Heft 12/1984, S. 1148ff.

[6] Die Angaben über private Haushalte für die Bundesrepublik Deutschland beruhen auf Stichproben (Mikrozensus). Für die DDR wurden die Volkszählungsergebnisse von 1971 und 1981 ausgewertet.

Quellen

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Div. Jahrgänge.

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 1. Januar 1971. Berlin (Ost). Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31. 12. 1981 in der DDR. Berlin (Ost).

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer:

— Fachserie A, Reihe 1: 1970 bis 1975
Reihe 2: 1973
Reihe 3: 1970, 1973, 1974
Reihe 5: 1971.

— Fachserie 1, Reihe 1: 1975, 1981 bis 1984
Reihe 2: 1975, 1979, 1980, 1983
Reihe 3: 1981, 1982.

Literaturhinweise

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Demographische Fakten und Trends in der Bundesrepublik Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. Boppard. Harald Boldt Verlag. Heft 3/1984, S. 295-397.

Fleischer H.: Die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR seit 1970. In: Beiträge aus der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung. Festschrift für Hermann Schubnell. Boppard. Harald Boldt Verlag. 1983, S. 241-255.

Leenen W.-R.: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in beiden deutschen Staaten. In: Deutschland Archiv. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik, Berend von Nottbeck. Heft 10/1977, S. 609-625.

Porst R.: Haushalte und Familien 1982. Zur Erfassung und Beschreibung von Haushalts- und Familienstrukturen mit Hilfe repräsentativer Bevölkerungsumfragen. In: Zeitschrift für Soziologie. Stuttgart. Enke-Verlag. Heft 2/1984, S. 165-175.

Proebsting H./ Fleischer H.: Bevölkerungsentwicklung 1984. In: Wirtschaft und Statistik. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Heft 9/1985, S. 729-736.

Schulz D./ Strohbach E.: Die Entwicklung der Bevölkerung und des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in der DDR bis zum Jahr 2000. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Nr. 11/1981, S. 1345-1354.

Südfeld E.: Konsequenzen der Gebietsreform für die Regionalstatistik. Eine Bilanz aus der Sicht der Bundesstatistik. In: Wirtschaft und Statistik. Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Heft 10/1980, S. 668-673.

Vortmann H.: Population trends and population policy in the German Democratic Republik. In: Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.). Wiesbaden. Heft 13/1979, S. 185-208.

Winkler-Büttner D.: Bevölkerungsrückgang und Arbeitskräfteangebot. In: Wirtschaftsdienst. Hamburg. Verlag Weltarchiv. Heft 5/1985, S. 253-258.

1.3. Erwerbstätigkeit

Zusammenfassung

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre veränderte sich die Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) in der Bundesrepublik kaum. Danach ist sie ständig gestiegen und erreichte 1983 mit 27,4 Mill. einen absoluten Höchstwert. In der DDR hat die Zahl der Erwerbspersonen (= Erwerbstätige) seit 1970 von 8,7 Mill. auf 9,4 Mill. (1983) zugenommen.

Die Erwerbsbeteiligung war im Untersuchungszeitraum in der Bundesrepublik stets niedriger als in der DDR. In der Bundesrepublik ging die Erwerbsbeteiligung der Männer bei steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen zurück. In der DDR nahm die Erwerbsbeteiligung bei Männern und Frauen weiter zu.

Obgleich die Frauen in beiden Teilen Deutschlands etwa die Hälfte der Personen im erwerbsfähigen Alter ausmachen, stellen sie in der Bundesrepublik — trotz ebenfalls steigender Tendenz — nur reichlich ein Drittel der Beschäftigten, in der DDR hingegen nahezu 50 vH.

Nach einer langandauernden Phase der Vollbeschäftigung befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik seit zehn Jahren in einer Situation, die von hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Seit Beginn des jetzigen Aufschwungs im Jahre 1983 verharrt die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen bei 2,3 Mill.

Das Problem verbreiteter offener Arbeitslosigkeit gibt es in der DDR seit Mitte der fünfziger Jahre nicht mehr. Für die DDR stellt weniger die offene, sondern eher die verdeckte Arbeitslosigkeit ein ungelöstes Problem dar.

Im Jahre 1983 haben die Arbeitnehmer der Bundesrepublik im Durchschnitt 1 620 Arbeitsstunden geleistet, das waren 140 Stunden bzw. 8 vH weniger als 1970. In der DDR dürfte die Zahl der tariflichen Arbeitsstunden 1983 um etwa 10 vH höher gelegen haben, wobei der Abstand gegenüber 1970 etwas größer geworden ist.

In der Bundesrepublik waren 1983 87 vH aller Erwerbstätigen Arbeitnehmer, in der DDR betrug die Quote 90 vH. Der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen an den Erwerbstätigen insgesamt war 1983 in der Bundesrepublik mit 13 vH wesentlich höher als in der DDR (2 vH).

Auf das produzierende Gewerbe entfiel in der Bundesrepublik und in der DDR 1970 nahezu die Hälfte aller Beschäftigten. In der DDR hat sich dieser Anteil nicht verändert, in der Bundesrepublik reduzierte sich der Anteil indes auf 42 vH.

In der Landwirtschaft gab es in beiden Staaten einen Rückgang, der allerdings in der DDR wesentlich schwächer war und seit einigen Jahren zum Stillstand gekommen ist.

Expansiv war hier wie dort die Beschäftigung im Dienstleistungssektor. In der Bundesrepublik wurde anfangs der siebziger Jahre im Zuge der Reformen im Gesundheits- und Bildungswesen das Personal im staatlichen Bereich erheblich ausgedehnt. Auch in der DDR erhöhte sich die Beschäftigung im Gesundheits- und Bildungswesen ganz erheblich.

Die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik stieg bis 1973 auf 2,6 Mill. Seitdem ist die Zahl der Ausländer wieder etwas zurückgegangen, doch ist ihr Anteil an den Erwerbspersonen in keinem Jahr unter 8 vH gesunken. Ausländische Arbeitskräfte gab es in der DDR nie in vergleichbarem Ausmaß.

Die Zahl der Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung hat sich in beiden Staaten ständig erhöht. In der Bundesrepublik beträgt ihr Anteil an der Bevölkerung im Alter von mehr als 20 Jahren gegenwärtig 60 vH — 5 Prozentpunkte mehr als 1976. In der DDR hatte bereits 1971 die Hälfte der Bevölkerung über 20 Jahre eine abgeschlossene Berufsausbildung. Ende 1981 waren es gut 70 vH.

Generell gilt in beiden deutschen Staaten: Von den jüngeren Arbeitskräften haben mehr eine abgeschlossene Berufsausbildung als von den älteren. Das Qualifikationsniveau der Frauen liegt unter dem der Männer. Die Unterschiede haben sich, verglichen mit den frühen siebziger Jahren, aber erheblich verringert.

Inhalt: Seite

1.3.1. Erwerbspersonen und Erwerbsbeteiligung 274
1.3.2. Arbeitslosigkeit 278
1.3.3. Arbeitszeit 280
1.3.4. Sozio-ökonomische Gruppen 280
1.3.5. Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen 281
1.3.6. Ausländische Erwerbstätige 282
1.3.7. Qualifikationsstruktur 283
Fußnoten und Literaturhinweise zu 1.3. 284

1.3.1. Erwerbspersonen und Erwerbsbeteiligung

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre veränderte sich in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) kaum. Danach ist sie ständig gestiegen und erreichte 1983 mit 27,4 Mill. einen absoluten Höchstwert. Bis zum Jahre 1973 wurde der Rückgang bei den deutschen Erwerbspersonen durch den Anstieg bei den ausländischen Arbeitskräften auf knapp 2,6 Mill. kompensiert. Danach ging der Anteil der Ausländer wieder zurück. In den achtziger Jahren lag die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen im Durchschnitt bei knapp 2,2 Mill.

In der DDR hat die Zahl der Erwerbspersonen (= Erwerbstätige) seit 1970 von 8,7 Mill. auf 9,4 Mill. (1983) zugenommen. Der Anstieg vollzog sich über den gesamten Zeitraum relativ gleichmäßig und betrug im Durchschnitt gut 50000 pro Jahr[1].

Die Zunahme der Erwerbspersonen in der Bundesrepublik seit 1977 ist überwiegend auf die Entwicklung bei den Deutschen zurückzuführen. Dabei war vor

Übersicht 1.3.-1

Anzahl der Erwerbspersonen[1]
in Mill. Personen

Jahr	Bundesrepublik Deutschland			DDR[2]
	insgesamt	Deutsche	Ausländer	
1970	26,8	24,9	1,9	8,7
1973	27,0	24,4	2,6	8,8
1978	26,7	24,7	2,0	9,1
1983	27,4	25,2	2,2	9,4

[1] Erwerbstätige zuzüglich registrierte Arbeitslose im Jahresdurchschnitt.
[2] Einschließlich der von der amtlichen Statistik nicht ausgewiesenen Erwerbstätigen.

Quellen: Bundesrepublik Deutschland: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. — DDR: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

allem die demographische Entwicklung von erheblichem Einfluß. Während des gesamten vergangenen Jahrzehnts hat in der Bundesrepublik die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zugenommen. In den letzten Jahren hat sich der Anstieg in dieser Bevölkerungsgruppe noch verstärkt. Dies ist die Folge der hohen Geburtenraten in den sechziger Jahren, die sich mit entsprechender Verzögerung auf das Erwerbspersonenangebot ausgewirkt haben. Wäre das alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsverhalten unverändert geblieben, so hätte in den Jahren von 1970 bis 1978 allein die demographische Entwicklung die Zahl der Erwerbspersonen um knapp 1,5 Mill. steigen lassen. Etwa ebenso groß war die demographische Komponente in der noch kürzeren Zeitspanne von 1978 bis 1983.

Diesem demographischen Effekt standen zwei Einflüsse gegenüber, die die Erwerbsbeteiligung vermindert haben: Die Expansion im Bildungswesen führte zu einem erheblichen Rückgang der Erwerbsbeteiligung in den Altersjahren bis 25. Die Flexibilisierung der Altersgrenze für den Rentenbezug reduzierte die Erwerbsbeteiligung in den oberen Altersklassen.

Vor allem in den Jahren bis 1978 minderten diese Faktoren das Erwerbspersonenangebot in erheblichem Umfang. Allein durch geringere Erwerbsbeteiligung der 15- bis 25jährigen und der über 60jährigen wurde die demographisch bedingte Zunahme in dieser Zeit mehr als ausgeglichen. Trotz zunehmender Erwerbsbeteiligung bei den Frauen in fast allen Altersklassen ging daher die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt zurück.

In den Jahren nach 1978 ist die Erwerbsbeteiligung bei den über 60jährigen nur noch wenig gesunken. Die Arbeitsmarktentwicklung in Verbindung mit den Maßnahmen zur Senkung der Altersgrenze in der Altersversicherung führten in dieser Periode nur bei den männlichen Erwerbspersonen in der Altersklasse der 55- bis 60jährigen zu einem verstärkten Rückgang. Während sich bei den Männern im Alter von 15 bis 25 Jahre die Erwerbsbeteiligung in etwa gleichem Umfang reduzierte wie in den Jahren vor 1978, hat sich bei den Frauen der Rückgang der Erwerbsbeteiligung in dieser Altersgruppe stark abgeschwächt. Die Neigung jüngerer Frauen zur verbesserten Ausbildung hat offenbar nicht mehr in dem Maße wie früher zugenommen. Bei weiterhin steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen in allen Altersjahren bis zu den 60jährigen hat sich das Erwerbspersonenangebot der Frauen insgesamt weiter erhöht. Diese Entwicklung kommt auch in den seit 1978 steigenden Erwerbsquoten der Frauen insgesamt zum Ausdruck. Per Saldo hat sich die Erwerbsquote in der Bundesrepublik in den Jahren seit 1978 weiter reduziert, da die Erwerbsquote der Männer unvermindert stark gesunken ist. Der Rückgang der Erwerbsbeteiligung ist jedoch erheblich geringer gewesen als in den Jahren zuvor. Anders als in den Jahren bis 1978 reichte er bei weitem nicht aus, um den demographisch bedingten Anstieg des Erwerbspersonenangebots auszugleichen.

Die zunehmende Zahl der Erwerbspersonen konnte von der Wirtschaft der Bundesrepublik nicht beschäftigt werden. Die Zahl der Personen, die tatsächlich einer Erwerbstätigkeit nachgingen, verminderte sich von 1970 bis 1983 sogar um 1,43 Mill.

Die Veränderung der Zahl der Erwerbspersonen in der DDR kann ebenfalls in demographische und in Verhaltenseinflüsse aufgeschlüsselt werden, allerdings nur nach dem Geschlecht — wegen der unzureichenden Datenbasis nicht nach dem Alter.

Wie in der Bundesrepublik hat sich auch in der DDR die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter der Zahl nach vergrößert. Allein aufgrund der demographischen Entwicklung war von 1970 bis 1978 eine Erhöhung der Zahl der Erwerbspersonen um 385000 zu erwarten, tatsächlich ist sie sogar noch etwas stärker gestiegen (425000). Auf den ersten Blick deutet dies auf geringfügige Veränderungen im Erwerbsverhalten hin. Bei einer getrennten Betrachtung nach Männern und Frauen ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Die Beschäftigungszunahme wurde weit überwiegend von weiblichen Personen getragen (+345000), wobei die demographische Komponente aber nur einen relativ kleinen Teil erklärt (75000). Anders war die Entwicklung bei den Männern. Trotz eines großen demographischen Effekts (+310000) trat nur eine relativ kleine tatsächliche Veränderung ein (+80000).

Das Erwerbsverhalten ist demnach nicht gleich geblieben. Der Anteil der weiblichen Berufstätigen an den Frauen im erwerbsfähigen Alter hat sich von 1970 bis 1978 erhöht, die Erwerbsquote der Männer ist hingegen gesunken. Da ein Vergleich der altersmäßigen Aufgliederung der Erwerbspersonen in den Jahren 1970 und 1978 mit den vorliegenden Statistiken nicht durchführbar ist, lassen sich über die Gründe des gewandelten Erwerbsverhaltens lediglich Mutmaßungen anstellen. Längere Ausbildungszeiten wirkten sowohl bei Männern als auch bei Frauen tendenziell vermindernd auf das Erwerbspotential; bei den

Übersicht 1.3.-2

Veränderung der Zahl der Erwerbspersonen in 1 000 Personen (bzw. in vH)

	1970 bis 1978			1978 bis 1983		
	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt
	Bundesrepublik Deutschland					
tatsächliche Veränderung	− 363	+238	− 125	+ 153	+600	+ 753
	(− 2,1)	(+ 2,4)	(− 0,5)	(+ 0,9)	(+ 5,9)	(+ 2,8)
demographische Komponente	+ 929	+543	+1 472	+1 207	+232	+1 438
	(+ 5,5)	(+ 5,5)	(+ 5,5)	(+ 6,8)	(+ 2,2)	(+ 5,1)
Verhaltenskomponente	−1 292	−305	−1 597	−1 054	+369	− 685
	(− 7,6)	(− 3,1)	(− 6,0)	(− 5,9)	(+ 3,7)	(− 2,3)
	DDR					
tatsächliche Veränderung	+ 80	+345	+ 425	+ 175	+ 85	+ 260
	(+ 1,6)	(+ 8,5)	(+ 4,8)	(+ 3,6)	(+ 2,0)	(+ 2,8)
demographische Komponente	+ 310	+ 75	+ 385	+ 250	+ 70	+ 320
	(+ 6,6)	(+ 1,9)	(+ 4,5)	(+ 5,0)	(+ 1,7)	(+ 3,5)
Verhaltenskomponente	− 230	+270	+ 40	− 75	+ 15	− 60
	(− 5,0)	(+ 6,6)	(+ 0,3)	(− 1,4)	(+ 0,3)	(− 0,7)

Quelle: Berechnungen des DIW.

Frauen wurde dieser Trend indes durch die vermehrte Arbeitsaufnahme von bisher nicht Erwerbstätigen überkompensiert. Die Gewinnung zusätzlicher Arbeitskräftereserven, insbesondere aus der weiblichen Bevölkerung, war ein Ziel der Arbeitsmarktpolitik in der DDR.

Auch in den Jahren von 1978 bis 1983 war mit einer demographisch bedingten Zunahme der Zahl der Erwerbspersonen zu rechnen (320 000). Die effektive Ausweitung fiel — anders als in der Vorperiode — jedoch geringer aus (260 000), und es zeigten sich weit weniger ausgeprägte Abweichungen vom demographischen Verlauf. In Übereinstimmung mit der Bevölkerungsentwicklung erhöhte sich nunmehr vor allem die Zahl der männlichen Erwerbspersonen. Gleichwohl blieb bei den Männern die tatsächliche Steigerung wiederum hinter dem demographischen Erwartungswert zurück, während sie bei den Frauen erneut größer war.

Die veränderte Situation hatte vermutlich mehrere Gründe: Der Trend zur längeren Ausbildung setzte sich offenbar nicht im gleichen Tempo fort, und die Arbeitskräftereserven bei Frauen waren weitgehend erschöpft. Außerdem ließ von der Nachfrageseite her der Druck auf den Arbeitsmarkt nach; im Zuge der generellen Akzentverschiebung in der Wirtschaftspolitik (intensives statt extensives Wachstum) wurde der Schwerpunkt stärker als früher auf den rationelleren Umgang mit dem Produktionsfaktor Arbeit gelegt.

Wie schon vor 1970 war die Erwerbsbeteiligung auch im Untersuchungszeitraum in der Bundesrepublik stets niedriger als in der DDR.

Die Erwerbspersonen machten in der Bundesrepublik gleichbleibend knapp 45 vH der Wohnbevölkerung aus; in der DDR betrug diese Quote 1970 50 vH und erhöhte sich bis 1983 auf über 55 vH. Der Unterschied ist in erster Linie auf den Frauenanteil zurückzuführen. Er ist zwar hier wie dort gestiegen, die Differenz hat sich indes vergrößert. Bezogen auf die weibliche Bevölkerung waren 1983 in der Bundesrepublik ein Drittel der Frauen Erwerbspersonen, in der DDR hingegen die Hälfte. Bei den Männern waren im Ver-

Übersicht 1.3.-3

Erwerbspersonen in vH der Wohnbevölkerung

	Bundesrepublik Deutschland			DDR		
	Männer	Frauen	ins-gesamt	Männer	Frauen	ins-gesamt
1970	59,0	30,9	44,2	59,7	43,8	51,1
1983	57,0	33,4	44,7	62,9	50,4	56,3

Quelle: Berechnungen des DIW.

gleich dazu die Unterschiede wenig ausgeprägt, 1970 sogar noch kaum vorhanden. Betrachtet man anstelle der Erwerbspersonen die Erwerbstätigen, vergrößert sich in den achtziger Jahren wegen der hohen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik der Abstand bei Männern und Frauen um drei bis vier Prozentpunkte.

Besser als allgemeine Erwerbsquoten eignen sich zur Charakterisierung der Nutzung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvermögens Relationen zu der Bezugsgröße Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Daran gemessen betrug die Erwerbsbeteiligung in der Bundesrepublik 1970 gut 70 vH; in der DDR war die Quote mit knapp 85 vH schon damals erheblich höher. Die Differenz hat sich seitdem durch einen Rückgang in der Bundesrepublik und eine leichte Zunahme in der DDR weiter vergrößert.

Übersicht 1.3.-4

Erwerbspersonen in vH der erwerbsfähigen Bevölkerung[1]

	Bundesrepublik Deutschland			DDR		
	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt
1970	89,6	52,7	71,2	92,0	76,2	84,0
1983	78,9	55,0	67,4	88,4	82,5	85,5

[1] Erwerbsfähige Bevölkerung: Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahre zuzüglich erwerbstätige Männer im Alter über 65 Jahre; Frauen im Alter von 15 bis unter 60 Jahre zuzüglich erwerbstätige Frauen im Alter über 60 Jahre.

Quelle: Berechnungen des DIW.

Hinter dieser gegenläufigen Entwicklung verbergen sich dennoch ähnliche Trends: In beiden Staaten ist die Erwerbsbeteiligung der Männer gesunken und die der Frauen gestiegen. Während aber in der Bundesrepublik die Abwärtsbewegung bei den Männern die Gesamtentwicklung bestimmte, war es in der DDR der Anstieg bei den Frauen.

Im Jahre 1970 unterschieden sich die Erwerbskoeffizienten der Männer in Ost und West kaum und betrugen etwa 90 vH. Der dann folgende Rückgang war in der Bundesrepublik rascher, so daß bis 1983 eine Differenz von 10 vH-Punkten entstand. Die Gründe für die Abnahme wurden bereits genannt: In beiden Staaten bewirkte die Ausweitung des Bildungswesens eine Reduzierung des Arbeitskräftepotentials bei den jüngeren Jahrgängen. Die Möglichkeiten zum vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand verbesserten sich dagegen nur in der Bundesrepublik und führten hier zu einer Minderung der Nutzung des Arbeitsvermögens bei der älteren Bevölkerung.

Viel gravierender als bei den Männern waren die Unterschiede bei den Frauen. In der Bundesrepublik beteiligte sich 1970 nur gut die Hälfte der Frauen im arbeitsfähigen Alter am Erwerbsleben; in der DDR betrug der Anteil reichlich drei Viertel. Die Schere hat sich inzwischen noch weiter geöffnet. Zwar ist auch in der Bundesrepublik die Quote gestiegen, aber nicht in dem Ausmaß wie in der DDR.

Bezieht man nicht die Erwerbspersonen, sondern die Erwerbstätigen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, so erhält man einen Indikator für die tatsächliche Nutzung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvermögens. Für die DDR ändern sich die Größenordnungen dadurch nicht, makroökonomisch betrachtet ist die offene Arbeitslosigkeit dort verschwindend gering. Ähnliches galt für die Bundesrepublik zu Beginn der siebziger Jahre. Die spätere hohe Arbeitslosigkeit führte indes zu einer Verringerung des Anteils der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter; er betrug 1983 bei den Männern 73,2 vH, 49,6 vH bei den Frauen und 61,8 vH insgesamt.

Die erheblich größere Bedeutung der Erwerbstätigkeit der Frauen in der DDR hat mehrere Gründe: Wie in allen sozialistischen Staaten gilt die wirtschaftliche Unabhängigkeit und damit die Berufstätigkeit der Frauen als wesentliches Element der Gleichberechtigung und wird dementsprechend gefördert. Weiterhin machte die lange Zeit bestehende Knappheit an Arbeitskräften die möglichst vollständige Ausschöpfung des weiblichen Erwerbspotentials zu einem ökonomischen Ziel. Hinzu kommt, daß der Arbeitslohn der Frau einen willkommenen, oft sogar unentbehrlichen Beitrag zum Familieneinkommen darstellt.

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen in der DDR gehört zu den höchsten in der Welt. Bis auf Schülerinnen, Studentinnen, Mütter von Kleinkindern und kinderreiche Mütter dürften nahezu alle Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig sein. Negative Auswirkungen der (Voll-)Beschäftigung von Mann und Frau auf Kinder und Familienleben werden zwar nicht mehr generell bestritten, aber als unvermeidbar hingenommen.

Die unterschiedliche Stellung der Frauen im Arbeitsprozeß in beiden deutschen Staaten verdeutlicht auch ihr jeweiliger Anteil an den Berufstätigen. Obgleich sie hüben wie drüben etwa die Hälfte der Personen im erwerbsfähigen Alter ausmachen, stellen sie in der Bundesrepublik — trotz ebenfalls steigender Tendenz — nur reichlich ein Drittel der Beschäftigten, in der DDR hingegen nahezu 50 vH.

Der Frauenanteil ist — wie schon 1970 — in der DDR in allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme der

Übersicht 1.3.-5

Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen in vH

	Bundesrepublik Deutschland	DDR
1970	36,8	46,2
1983	38,3	47,2

Quelle: Berechnungen des DIW.

Landwirtschaft höher als in der Bundesrepublik. Gleichwohl arbeiten auch in der DDR die meisten weiblichen Erwerbstätigen in Bereichen mit traditionell hohen Frauenanteilen, wie Dienstleistungen (Gesundheits- und Sozialwesen, Erziehung, Verwaltung) und Handel.

1.3.2. Arbeitslosigkeit

Nach einer langandauernden Phase der Vollbeschäftigung, die Mitte der fünfziger Jahre begann und — unterbrochen nur von einem kurzen Anstieg der Arbeitslosigkeit Mitte der sechziger Jahre — bis zur Mitte der siebziger Jahre reichte, befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik seit zehn Jahren in einer Situation, die von hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Entstanden ist die heutige Arbeitslosigkeit in zwei großen Schüben jeweils im Gefolge der zwei großen Weltrezessionen von Mitte der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre. Konnte aber nach der ersten Rezession die Zahl der Arbeitslosen bis 1979 von über einer Million um 200 000 vermindert werden, verharrt seit Beginn des jetzigen Aufschwungs im Jahre 1983 die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen bei 2,3 Mill. Zu berücksichtigen sind bei einer Würdigung der Arbeitsmarktsituation darüber hinaus diejenigen Personen, die zwar unter günstigeren Arbeitsmarktbedingungen einer Arbeit nachgehen würden, derzeit aber ihre Bemühungen um einen Arbeitsplatz eingestellt haben. Die sogenannte stille Reserve umfaßt nach verschiedenen Schätzungen einen Personenkreis von 700 000 bis 1,3 Mill.

Das anhaltende Überschußangebot am Arbeitsmarkt hat dazu geführt, daß Auswahlprozesse in Gang gesetzt wurden, die zu einem „Aussieben" weniger qualifizierter Arbeitskräfte führen. Bei der langen Dauer der Arbeitslosigkeit hat sich die Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen verschlechtert und die Diskrepanz zwischen den Anforderungen an Stellenbewerber und deren Fähigkeiten vergrößert.

Über 50 vH der Arbeitslosen im Jahre 1985 hatten keine Berufsausbildung. Auch die Beschäftigungschancen für ältere Arbeitslose, für Langzeitarbeitslose, für Frauen nach unterbrochener Erwerbstätigkeit, für Schwerbehinderte und für Ausländer haben sich verschlechtert. Personen, auf die mehrere dieser Merkmale zutreffen, sind überdurchschnittlich betroffen.

Die Bestandszahl von 2,3 Mill. Arbeitslosen im Durchschnitt der letzten Jahre verdeckt die Tatsache, daß im Zeitablauf nicht der gleiche Personenkreis von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Im Jahre 1985 meldeten sich über 3,7 Mill. Personen neu arbeitslos, während sich ebenfalls über 3,7 Mill. aus der Arbeitslosigkeit abmelden konnten. Die individuelle Arbeitslosigkeit dauert im Durchschnitt derzeit etwa sieben Monate und steigt angesichts der verbesserten Beschäftigungssituation nicht weiter. Dagegen erhöht sich noch immer der Anteil der — vor allem älteren — Personen, die mehr als ein Jahr ohne Erwerbstätigkeit sind. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen betrug 1985 31 vH, im Jahre 1983 lag er noch bei rund 25 vH. In der Gruppe der Schwerbehinderten und derjenigen Arbeitslosen, die über 55 Jahre alt sind, ist jeder zweite länger als ein Jahr ohne Arbeit.

Ein rascher Abbau der Arbeitslosigkeit wird auch dadurch erschwert, daß die Zahl der Erwerbspersonen in den achtziger Jahren zugenommen hat. Insbesondere die Erwerbsbeteiligung der Frauen erhöhte sich deutlich. Dem steht allerdings entgegen, daß viele Ausländer, die in der Bundesrepublik arbeitslos geworden waren, in ihre Heimatländer zurückgegangen sind.

Das Problem verbreiteter offener Arbeitslosigkeit besteht in der DDR seit Mitte der fünfziger Jahre nicht mehr[2]. Kennzeichnend für die Arbeitsmarktlage in den sechziger und siebziger Jahren war, daß die Zahl der Arbeitsplätze das Angebot an Arbeitskräften überstieg. Von Strukturwandlungen betroffenen Arbeitnehmern wurde in der Regel rechtzeitig ein neuer Arbeitsplatz nachgewiesen. Der akute Arbeitskräftemangel in nahezu allen Bereichen bot den Erwerbstätigen zudem ausreichend Möglichkeit, unter den zur Verfügung stehenden Arbeitsplätzen zu wählen. Eine administrative Zuweisung von Arbeitsplätzen gibt es — von Ausnahmen abgesehen — nicht[3]. Eine unerwünschte Folge der Diskrepanz zwischen Nachfrage und Angebot an Arbeitskräften war die hohe Fluktuation. Die Zahl der Arbeitsplatzwechsel war um jährlich eine halbe Million größer, als aus betrieblichen Gründen als unumgänglich angesehen wurde. Das entsprach einer Fluktuationsquote von 7 bis 8 vH (gemessen an den insgesamt Beschäftigten)[4]. In der Bundesrepublik liegt die Zahl der Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz aufgeben, um anschließend ein neues Arbeitsverhältnis aufzunehmen, nach Angaben der Beschäftigtenstatistik bei 1,7 Mill. im Jahr. Angesichts der lang anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit ist allerdings der Umfang dieser „freiwilligen Fluktuation" zurückgegangen. Mit jährlich mehr als 3,5 Mill. Personen, die sich arbeitslos melden[5], ist die unfreiwillige Fluktuation gegenwärtig erheblich größer.

Zu Beginn der achtziger Jahre hat sich die Situation in der DDR geändert. Der beschleunigte Strukturwandel und die forciert betriebene Rationalisierung führten zu erheblichen Freisetzungseffekten. Neben dem autonomen Strukturwandel kam es als Folge von geplanten direkten und indirekten staatlichen Eingriffen in den Arbeitsmarkt (Einstellungsbeschränkungen, verbindliche Auflagen für Frei- und Umsetzungen, Stärkung der Ämter für Arbeit, Verteuerung des Faktors Arbeit durch eine Art Lohnsummensteuer in Höhe von 70 vH des Lohnfonds) zu einer gewollten Verknappung des Stellenangebots. Mit den administrativen Maßnahmen war u. a. beabsichtigt, den Arbeitskräfteplanungen zuwiderlaufende Reaktionen einzuschränken. Insbesondere sollte die Fluktuation eingedämmt und die Beschäftigten zur sozialen Akzeptanz der Schichtarbeit veranlaßt werden. Im Jahre 1983 arbeiteten gut ein Drittel aller Produktionsarbeiter in der Industrie zwei- oder dreischichtig. Im Ergebnis ist rein quantitativ eine größere Übereinstimmung zwischen der Zahl der Erwerbspersonen

Übersicht 1.3.-6

Strukturdaten zur Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland

	Arbeitslose				Arbeitslosenquote [1]		Langzeitarbeitslose in vH	
	in 1000 Personen		in vH					
	1973	1983	1973	1983	1973	1983	1973	1983
Arbeitslose, insgesamt	273	2 258	100	100	1,2	9,1	8,8	28,5
darunter:								
Frauen	124	985	45,4	43,6	1,5	10,1	4,8	27,0
Ausländer	18	292	6,6	12,9	0,8	14,7	.	30,6
Arbeitslose ohne Qualifikation	157	1 147	57,5	50,8	.	.	.	32,6
Schwerbeschädigte	8	131	2,9	5,8	.	.	.	45,1
Arbeitslose über 55 Jahre	57	248	20,9	11,0	.	.	8,7	41,9

[1] Arbeitslose in vH der entsprechenden Gruppe von abhängigen Erwerbspersonen.

Quellen: Statistisches Bundesamt. — Bundesanstalt für Arbeit.

und der Arbeitsplätze erreicht worden, auch die Fluktuation soll zurückgegangen sein. Es liegen keine gesicherten Informationen vor, ob im Zuge des Strukturwandels und der staatlichen Eingriffe in den Arbeitsmarkt Umsetzungen auf niederwertige Tätigkeiten erfolgt sind oder ob eher eine Aufwertung von Tätigkeiten eingetreten ist. Das angestrebte Wirtschaftswachstum zwingt die DDR zu einem sparsameren Umgang mit dem Faktor Arbeit; eine wesentliche Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen ist in den nächsten Jahren demographisch bedingt nicht mehr möglich.

Trotz der gesamtwirtschaftlichen Übereinstimmung der Zahl der Arbeitskräfte und Arbeitsplätze gab es regionale Beschäftigungsprobleme. Gelegentlich wurde auch von Fällen berichtet, in denen nach Verlust des Arbeitsplatzes längere Zeit keine neue Tätigkeit in der Umgebung nachgewiesen werden konnte — entweder, weil dort keine freien Stellen vorhanden waren oder weil die Leistungsanforderungen der neuen Stellen nicht der Qualifikation der Arbeitskräfte entsprachen. Die Zahl der davon betroffenen Personen dürfte aber sehr klein gewesen sein.

In den nächsten Jahren dürften sich die mit dem Strukturwandel einhergehenden Arbeitsmarktprobleme verschärfen, u. a. aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen, wie etwa dem Einsatz der Mikroelektronik. Eine größere offene Arbeitslosigkeit ist dennoch nicht zu erwarten, weil noch etliche Bereiche personell nur ungenügend versorgt sind, z. B. der Dienstleistungssektor.

Das Recht auf Arbeit (allerdings nicht auf eine bestimmte) gehört in der DDR zu den Grundrechten; die gesetzlichen Bestimmungen im Arbeitsgesetzbuch (hoher Kündigungsschutz, Pflicht zum Nachweis eines anderen Arbeitsplatzes im gleichen oder in einem anderen Betrieb bei produktionsbedingtem Wegfall des Arbeitsplatzes) garantieren eine hohe Sicherheit des Arbeitsplatzes. Unter den Erwerbstätigen ist in bezug auf die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzsicherheit ein ausgeprägtes Besitzstandsdenken entstanden. Das Recht auf Arbeit wird die DDR in jedem Fall schützen. An die Mobilität der Erwerbstätigen werden in Zukunft jedoch ganz neue Anforderungen gestellt. Neben dem Recht auf Arbeit ist auch die Pflicht zur Arbeit gesetzlich verankert. In der Praxis wird die Verpflichtung zur Arbeit zumeist nur dann strikt durchgesetzt, wenn nichterwerbstätige Personen (obwohl erwerbsfähig) sozial auffällig werden oder Anspruch auf öffentliche Leistungen erheben.

Für die DDR stellt weniger die offene, sondern eher die verdeckte Arbeitslosigkeit eine ungelöste Aufgabe dar. Bei der verdeckten Arbeitslosigkeit treten die betroffenen Personen als Arbeitssuchende nicht in Erscheinung. Es handelt sich dabei u. a. um Fälle, in denen Arbeitskräfte ihren Platz behalten, obwohl sie für den Arbeitsprozeß entbehrlich wären. Diese Form der verdeckten Arbeitslosigkeit ist insbesondere in sozialistischen Staaten anzutreffen. Als Indiz hierfür kann die dort vergleichsweise niedrige Arbeitsproduktivität angesehen werden. Die Gründe für dieses Phänomen sind vielfältig, zu nennen sind vor allem die Tendenz der Betriebe, Arbeitskräfte zu horten, um ihre Planaufgaben leichter erfüllen zu können, und der fehlende Anreiz zur Kosteneinsparung, zumal bei der amtlichen Festsetzung der Preise meist die Kosten der Betriebe zugrunde gelegt werden und damit überwälzbar sind.

Der unrationelle Umgang mit dem Faktor Arbeit ist von der zentralen Wirtschaftsführung nicht etwa gewollt, weil keine anderen Einsatzmöglichkeiten für diese Beschäftigten vorhanden wären und sonst eine

offene Arbeitslosigkeit entstehen würde, sondern das Ergebnis der Schwierigkeiten, betriebliche und gesamtwirtschaftliche Interessen in Einklang zu bringen. Wiederholte Versuche, die Arbeitskräfteverschwendung zu beheben, hatten keinen durchschlagenden Erfolg. Ob die neue Lohnsummensteuer und die Maßnahmen, mit denen die Wirtschaftsführung jetzt stärker auf die Arbeitskräftelenkung einwirkt, nachhaltig Abhilfe schaffen werden, bleibt abzuwarten.

1.3.3. Arbeitszeit

Stärker als die Zahl der Erwerbstätigen hat sich in der Bundesrepublik seit 1970 die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden reduziert. Der Rückgang wurde von mehreren Faktoren bewirkt. Durch tarifliche Vereinbarungen erhöhte sich der Jahresurlaub im Mittel von 21 auf 29 Arbeitstage; die wöchentliche Arbeitszeit verringerte sich bis 1983 von 42 auf 40 Stunden. Diese in den siebziger Jahren durch tarifliche Vereinbarungen erreichte Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit setzte sich in dieser Form in den achtziger Jahren nicht fort. Erst die jüngsten Tarifabschlüsse in der Metallindustrie lassen eine weitere Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit erwarten. Berücksichtigt man weiterhin die Entwicklung von Krankenstand und Teilzeittätigkeit, so haben 1983 die Arbeitnehmer im Durchschnitt 1620 Arbeitsstunden geleistet, das waren 140 Stunden bzw. 8 vH weniger als 1970. Bezieht man auch Überstunden und Ausfallzeiten wegen Kurzarbeit, Schlechtwetter sowie Arbeitskämpfe in die Rechnung ein, ergibt sich für 1983 eine durchschnittliche jährliche Arbeitszeit von 1680 Stunden und damit eine Abnahme um fast 250 Stunden (−13 vH) gegenüber 1970. Den gegenüber der ersten Rechnung erheblich höheren Rückgang hat in erster Linie der Abbau von Überstunden bewirkt[6].

Für die DDR lassen sich aufgrund der Datenlage keine so differenzierten Angaben machen; die Trends können indes durch grobe Schätzungen bestimmt werden. Die jährliche Arbeitszeit ist in der DDR länger. Dort müssen die Arbeitnehmer wegen der geringeren Zahl von Feiertagen jährlich etwa fünf Tage mehr arbeiten. Die generelle gesetzliche Arbeitszeit beträgt nach wie vor 43¾ Stunden. Gleichwohl hat es im Untersuchungszeitraum auch in der DDR Arbeitszeitverkürzungen gegeben; für Schichtarbeiter und vollbeschäftigte Frauen mit zwei und mehr Kindern ist die Wochenarbeitszeit auf 42 bzw. 40 Stunden festgelegt worden. Außerdem können jetzt alle ganztags beschäftigten Frauen, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, monatlich einen bezahlten Hausarbeitstag in Anspruch nehmen. Früher war dies nur verheirateten Frauen mit Kindern bis zu 18 Jahren oder mit pflegebedürftigen Familienangehörigen möglich. Für drei Viertel aller vollbeschäftigten Arbeitnehmer gilt aber noch die 43¾-Stundenwoche. Der Urlaub ist nach 1970 mehrmals verlängert worden, er ist im Durchschnitt aber auch jetzt um etwa ein Viertel kürzer als in der Bundesrepublik. Per Saldo dürfte 1983 die Zahl der tariflichen Arbeitsstunden in der DDR um etwa 10 vH über der in der Bundesrepublik gelegen haben, wobei der Abstand gegenüber 1970 etwas größer geworden ist. Aufgrund der stärker verbreiteten Teilzeittätigkeit in der DDR und wegen des dort höheren Krankenstandes vermindert sich allerdings die Differenz um einige vH-Punkte. Nicht quantifizieren lassen sich für die DDR Überstunden und Ausfallzeiten[7].

1.3.4. Sozio-ökonomische Gruppen

Die Verteilung der Erwerbstätigen nach sozio-ökonomischen Gruppen in der Bundesrepublik und in der DDR weist eine Reihe von Ähnlichkeiten, aber auch gravierende Unterschiede auf. Arbeitnehmer waren bereits 1970 die mit weitem Abstand größte Gruppe in beiden Staaten. Ihr Anteil hat seither hier wie dort zugenommen; 1983 waren in der Bundesrepublik 87 vH aller Erwerbstätigen Arbeitnehmer, in der DDR betrug die Quote 90 vH. Die (absolute) Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer blieb in der Bundesrepublik, von konjunkturellen Schwankungen abgesehen, nahezu unverändert. Im anderen Teil Deutschlands ist sie hingegen kontinuierlich gestiegen. Alle anderen sozialen Gruppen in West und Ost hatten absolut und relativ Rückgänge zu verzeichnen.

Der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen an den Erwerbstätigen insgesamt war 1983 in der Bundesrepublik mit 13 vH wesentlich höher als in der DDR (2 vH). Dies gilt, wenn man den genossenschaftlichen Sektor in der DDR (Landwirtschaft überwiegend, Handwerk zu einem großen Teil) nicht zu den Selbständigen rechnet. Bezieht man die Genossenschaftsmitglieder in diesen Personenkreis ein, so ergibt sich für die DDR ein Anteil von 10 vH. Dieser Anteil hat in beiden Staaten seit 1970 um ein Viertel bis ein Drittel abgenommen. Damals lagen die entsprechenden Werte noch bei 17 vH bzw. 15 vH.

In der Bundesrepublik wurde diese Entwicklung in erster Linie durch den Beschäftigungsrückgang in der Land- und Forstwirtschaft geprägt. Vor allem die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen verminderte sich auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen beträchtlich, während die der Selbständigen im Bereich der Dienstleistungen sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen eine steigende Tendenz hatte.

Verglichen mit 1970 ist in der DDR die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in allen Bereichen gesunken. Selbständige wurden in der Vergangenheit als Fremdkörper im sozialistischen System angesehen; etliche Maßnahmen zielten darauf, den privatwirtschaftlichen Sektor zurückzudrängen. Diese Politik fand ihren Abschluß mit der nahezu vollständigen Verstaatlichung der privaten Industrie- und Baubetriebe im Jahre 1972. Zur besseren Versorgung der Bevölkerung wurde 1975/76 eine Kurskorrektur vorgenommen. Es setzte eine gezielte Förderung des privaten Handwerks und Handels ein. Sie führte allerdings lediglich dazu, daß sich die Zahl der Selbständigen auf niedrigem Niveau stabilisiert hat.

Übersicht 1.3.-7

Erwerbstätige nach sozio-ökonomischen Gruppen

	Anteile in vH				Entwicklung	
	1970		1983		1983 (1970 = 100)	
	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR
Selbständige	*10,2*	*2,4*	*9,2*	*1,5*	85,6	67,0
Mithelfende Familienangehörige	*6,4*	*0,7*	*3,6*	*0,4*	53,1	61,5
Mitglieder von Produktionsgenossenschaften	—	*11,5*	—	*8,2*	—	76,1
Arbeitnehmer	*83,4*	*85,4*	*87,2*	*89,9*	98,9	113,7
Erwerbstätige, insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	94,6	107,8

Quellen: Statistisches Bundesamt. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Die Gruppe der Selbständigen ist in West und Ost sehr heterogen. Gut ein Drittel von ihnen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) waren 1983 in der Bundesrepublik Landwirte, je ein Viertel im produzierenden Gewerbe und im Bereich Handel/Verkehr tätig; ein Fünftel entfiel auf Dienstleistungen. Den mit Abstand größten Anteil an den Selbständigen in der DDR stellen mit über 60 vH die privaten Handwerker. Es folgen mit 20 vH Kommissions- und private Einzelhändler. Der Rest verteilt sich auf freiberuflich Tätige, einige Bauern und Gärtner sowie auf sonstige Gewerbetreibende.

Eine Besonderheit der DDR und anderer sozialistischer Länder ist das umfangreiche Genossenschaftswesen, insbesondere in der Landwirtschaft und im Handwerk. Die Genossenschaften in der DDR sind nicht mit Genossenschaften im Westen gleichzusetzen: Im Westen dient der freiwillige Zusammenschluß zu Genossenschaften der Erhaltung und der Überlebenschance des privaten Eigentums; in sozialistischen Ländern bilden sie eine Form — nach eigener Einschätzung die niedere Form — des sozialistischen Eigentums. Seit Mitte der sechziger Jahre nahm in der DDR die Zahl der Genossenschaftsmitglieder sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk ab. Der Rückgang in der Landwirtschaft hat verschiedene Ursachen: Fortschritte bei der Mechanisierung und die Großproduktion erlaubten die Freisetzung von Arbeitskräften. Hinzu kam, daß viele LPG-Mitglieder aus Altersgründen ausschieden. Die Landflucht spielte ebenfalls eine Rolle. Durch die Umwandlung der industriell produzierenden Genossenschaften des Handwerks in volkseigene Betriebe im Jahre 1972 wurde auch die Zahl der PGH-Mitglieder erheblich reduziert. Der Abwärtstrend hielt bis 1979 an, danach ist die Zahl der Genossenschaftsmitglieder sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk wieder leicht gestiegen. Genossenschaftsbauern und -handwerker stellten 1983 8 vH aller Erwerbstätigen, 1970 waren es noch 12 vH.

1.3.5. Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen

Die Verteilung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen weist in beiden deutschen Staaten in der Grobgliederung die gleiche Rangfolge auf.

Auf das produzierende Gewerbe entfiel in der Bundesrepublik und in der DDR 1970 nahezu die Hälfte aller Beschäftigten. In der DDR hat sich dieser Anteil nicht verändert, in der Bundesrepublik reduzierte sich der Anteil indes auf 42 vH. Die abnehmende Bedeutung des produzierenden Gewerbes für die Beschäftigung in der Bundesrepublik ist Ausdruck des strukturellen Wandels der Produktionstätigkeit. Konjunkturell bedingte Einbrüche in der Beschäftigung des produzierenden Gewerbes konnten in den nachfolgenden Aufschwungphasen nur teilweise kompensiert werden.

Von der Rezession 1974/75 wurde in der Bundesrepublik vor allem das produzierende Gewerbe betroffen. Die erste Ölkrise und die damit verbundene Abschwächung des Welthandels führte in vielen exportabhängigen Wirtschaftszweigen zu verstärktem Wettbewerbsdruck. Der verminderte Nachfrageanstieg und die durch Kostensteigerungen bedingten Rationalisierungsbestrebungen bewirkten eine erhebliche Reduzierung der Beschäftigung. Stark vermindert wurde die Beschäftigung auch im Baugewerbe gegen Ende der siebziger Jahre, als die öffentlichen Aufträge ausblieben, und auch die private Bautätigkeit angesichts des erheblich gestiegenen Zinsniveaus stark zurückging.

In der DDR wird die Industrie als Kernbereich der Wirtschaft angesehen, den es vorrangig zu entwickeln gilt. Auch aus diesem Grund ist die Zahl der Arbeitskräfte in der Industrie der DDR — im Gegensatz zu hochindustrialisierten westlichen Ländern — nicht gesunken. Die Ausweitung der Erwerbstätigkeit im Baugewerbe hängt mit dem Anfang der siebziger

Übersicht 1.3.-8

Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen

	Anteile in vH				Entwicklung	
	1970		1983		1983 (1970 = 100)	
	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR
Land- und Forstwirtschaft	*8,5*	*12,1*	*5,5*	*10,1*	60,6	89,6
Produzierendes Gewerbe	*48,9*	*48,8*	*41,8*	*48,3*	90,0	106,7
Handel und Verkehr	*17,9*	*17,1*	*18,8*	*16,4*	99,5	103,4
Dienstleistungen (einschl. Staat)	*24,7*	*22,0*	*33,9*	*25,2*	129,8	123,7
Erwerbstätige, insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	94,6	107,8

Quellen: Statistisches Bundesamt. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Jahre begonnenen Wohnungsbauprogramm zusammen.

In der Landwirtschaft gab es in beiden Staaten einen Rückgang, der allerdings in der DDR wesentlich schwächer war und seit einigen Jahren zum Stillstand gekommen ist. In jüngster Zeit hat die Zahl der Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig sogar wieder zugenommen. Mit 10 vH ist der Beschäftigungsanteil in der DDR-Landwirtschaft doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik.

Expansiv war hier wie dort die Beschäftigung im Dienstleistungssektor. In der Bundesrepublik wurde Anfang der siebziger Jahre im Zuge der Reformen im Gesundheits- und Bildungswesen das Personal im staatlichen Bereich erheblich ausgedehnt. In den letzten Jahren bewirkte die Haushaltskonsolidierung nur noch einen abgeschwächten Anstieg der Beschäftigung im öffentlichen Sektor. Dagegen verstärkte sich die Expansion in einer Reihe von privaten Dienstleistungsbereichen, insbesondere bei den Kreditinstituten und den unternehmensorientierten Diensten.

In der DDR entfielen zwei Drittel der gesamten Beschäftigungszunahme im Zeitraum 1970 bis 1983 auf den lange vernachlässigten Dienstleistungssektor. Im einzelnen läßt sich davon die Entwicklung im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen nachweisen. Wie in der Bundesrepublik erhöhte sich dort der Personalstand ganz erheblich (+42 vH); drei Viertel des Arbeitskräftezuwachses im Dienstleistungssektor — das ist die Hälfte des Anstiegs in allen Zweigen der Volkswirtschaft — kamen diesen Bereichen zugute. Generell gilt, daß im Dienstleistungssektor der Spielraum für Produktivitätserhöhungen wesentlich enger ist als in den produzierenden Branchen, entsprechend größer ist der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften. Mit einem Anteil von 25 vH an den Erwerbstätigen insgesamt ist das Gewicht der Dienstleistungen in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik (34 vH) aber noch relativ gering. Dabei muß berücksichtigt werden, daß auch die Bundesrepublik bei einer Reihe von Dienstleistungen keinesfalls eine international führende Stellung einnimmt.

1.3.6. Ausländische Erwerbstätige

Der wirtschaftliche Aufschwung zu Beginn der siebziger Jahre wurde in der Bundesrepublik zu einem erheblichen Teil durch zusätzliche Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ermöglicht. Die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik stieg bis 1973 auf 2,6 Mill. Das waren mehr als 9 vH aller Erwerbspersonen. Seitdem ist die Zahl der Ausländer wieder etwas zurückgegangen, doch ist ihr Anteil an den Erwerbspersonen in keinem Jahr unter 8 vH gesunken.

Die durchschnittliche Verweildauer der Ausländer hat sich von anfangs 6 Jahren auf nunmehr 11 Jahre erhöht. 1970 kamen zwei Drittel der Ausländer zu etwa gleichen Teilen aus Italien, Jugoslawien und der Türkei. Im Zeitablauf nahm vor allem die Zahl der türkischen Arbeitskräfte zu. Gegenwärtig kommt nahezu jeder dritte ausländische Arbeitnehmer aus der Türkei.

Die Ausländer fanden anfangs überwiegend im warenproduzierenden Gewerbe Beschäftigung. 1972 erreichte hier der Anteil der Ausländerbeschäftigung einen Höchstwert von 16 vH. Gegenwärtig finden Ausländer, bei nach wie vor hohen Anteilswerten im produzierenden Gewerbe, zunehmend auch Beschäftigung im Handel und in bestimmten Dienstleistungsbereichen, beispielsweise im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Ausländerquote 1981: 22 vH).

Ausländische Arbeitskräfte gab es in der DDR nie in vergleichbarem Ausmaß. Erst seit Mitte der sechziger Jahre werden sie in nennenswertem Umfang in der DDR eingesetzt. In den siebziger und zu Beginn der

achtziger Jahre dürften dort etwa 50000 Ausländer tätig gewesen sein, das entspricht 0,5 vH aller Erwerbstätigen. Das größte Kontingent stellen die Polen, Anfang der achtziger Jahre rund die Hälfte der ausländischen Arbeitskräfte. In den siebziger Jahren waren die Ungarn die zweitstärkste Gruppe. Bei den Polen handelt es sich neben „Grenzgängern" in der Regel um Arbeitskräfte, die zur Montage im Auftrag polnischer Firmen entsandt werden. Die ungarischen Erwerbstätigen hielten sich aufgrund eines 1967 abgeschlossenen und 1973 (bis 1980) verlängerten Abkommens mit Ungarn in der DDR auf. Die meisten von ihnen waren jugendliche Facharbeiter, die sich beruflich weiterbilden wollten oder durch den höheren Lohn in der DDR angezogen wurden. Mitte der siebziger Jahre hat ihre Zahl bei 10000 gelegen; nach Auslaufen des Abkommens waren es nur noch etwa 1000.

Eine besondere Gruppe unter den ausländischen Arbeitskräften bildet jener Personenkreis, der aufgrund von Regierungsabkommen sowie Vereinbarungen zwischen gesellschaftlichen Organisationen ausschließlich zur beruflichen Ausbildung in der DDR weilt. In den siebziger Jahren handelte es sich dabei überwiegend um junge Menschen aus Vietnam, Laos, der Mongolischen Volksrepublik und Kuba. Inzwischen erhalten Ausländer aus mehr als 30 Ländern eine Berufsausbildung. Hinzugekommen sind vor allem politisch nahestehende Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika (u. a. Algerien, Angola, Äthiopien, Kamputschea, Mosambik, Südjemen). Im Jahre 1982 befanden sich über 5000 Ausländer (ohne Studenten) zum Zwecke der Berufsausbildung in der DDR.

Die Aufenthaltsdauer ausländischer Arbeitnehmer ist in der DDR im allgemeinen auf einige Jahre befristet; an eine Integration ist nicht gedacht.

1.3.7. Qualifikationsstruktur

Die Zahl der Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung hat sich in der Bundesrepublik ständig erhöht. Ihr Anteil an der Bevölkerung im Alter von mehr als 20 Jahren beträgt gegenwärtig 60 vH — 5 vH-Punkte mehr als 1976. Der größte Teil der Ausbildungsabschlüsse entfällt auf die Lehre. Knapp jeder zweite Bundesbürger im Alter von über 20 Jahren hat eine Lehrausbildung abgeschlossen. Lediglich 6 vH dieser Bevölkerungsgruppe hatten einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluß. Dieser vergleichsweise niedrige Wert ist vor allem auf die geringen Akademikerquoten bei den älteren Personen zurückzuführen. In der Gruppe der 30- bis 35jährigen ist der Anteil der Hoch- und Fachhochschulabsolventen mit 12 vH doppelt so hoch wie im Durchschnitt.

Trotz einer Zunahme der Zahl der Frauen in allen Ausbildungskategorien ist ihr Anteil immer noch unterdurchschnittlich. Dies gilt insbesondere für die weiblichen Hoch- und Fachhochschulabsolventen, deren Anteil an der Gesamtgruppe gegenwärtig bei 33 vH liegt. Stärker zugenommen auf nunmehr 44 vH hat der Anteil der Frauen an den Personen mit Lehrab-

Übersicht 1.3.-9

Bevölkerung über 20 Jahre nach dem höchsten beruflichen Bildungsabschluß

Bundesrepublik Deutschland

	1976	1982	
	Anteile in vH		Frauenquote[4] in vH
Insgesamt	100	100	55
mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung	55	60	42
Hoch- und Fachhochschulabschluß[1]	5	6	33
Fachschulabschluß[2]	5	5	22
Lehrabschluß[3]	45	49	44
ohne Ausbildungsabschluß	45	40	70

[1] Einschließlich Ingenieurabschluß und Lehrerausbildung.
[2] Einschließlich Meister- und Technikerausbildung.
[3] Lehr- und Anlernausbildung einschließlich gleichwertigem Berufsfachschulabschluß.
[4] Anteil der Frauen an der jeweiligen Gruppe (Männer und Frauen = 100).
Quelle: Statistisches Bundesamt.

DDR

	1971	1982[3]	
	Anteile in vH		Frauenquote[4] in vH
Insgesamt	100	100	55
mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung	52	71	46
Hochschulabschluß	3	17	48
Fachschulabschluß[1]	5		
Meisterabschluß	4	55	46
Facharbeiterabschluß	40		
ohne Ausbildungsabschluß[2]	48	29	75

[1] 1982 einschließlich der Personen, die aufgrund der Fachschulanerkennung von 1975 einen Facharbeiterabschluß im Gesundheitswesen besitzen.
[2] Einschließlich angelernter Personen und solcher mit Teilberufsausbildung.
[3] 31. 12. 1981.
[4] Anteil der Frauen an der jeweiligen Gruppe (Männer und Frauen = 100).
Quellen: Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 1. Januar 1971 bzw. am 31. 12. 1981 in der DDR.

schluß. Bei den Personen mit Fachschulabschluß ist der Anteil der Frauen traditionell gering.

Nachwuchsförderung und Erwachsenenqualifizierung werden in der DDR seit langem mit großem finanziellen und propagandistischem Aufwand betrieben. Bereits 1971 (Volks- und Berufszählung) hatten die Hälfte der Bevölkerung bzw. zwei Drittel aller Erwerbstätigen über 20 Jahre eine abgeschlossene Berufsausbildung. Inzwischen sind weitere Fortschritte erzielt worden; zum Zeitpunkt der jüngsten Volks- und Berufszählung (Ende 1981) besaßen gut 70 vH der Bevölkerung und nahezu 85 vH der Berufstätigen über 20 Jahre eine berufliche Ausbildung. Etwa 7 vH der Beschäftigten verfügte über einen Hochschulabschluß und etwa 13 vH hatten eine Fachschule besucht. Zu Meistern hatten sich 4 vH qualifiziert, eine Facharbeiterprüfung war von knapp 60 vH abgelegt worden. Gegenüber 1971 ging der Anteil der Un- und Angelernten um die Hälfte von 34 auf 17 vH zurück. Die größten Zunahmen waren im Hoch- und Fachschulbereich zu verzeichnen; dies hängt sicher mit der auch in der DDR zu Beginn der siebziger Jahre stattgefundenen — inzwischen wieder eingeschränkten — Expansion im Bildungswesen zusammen.

Wie in der Bundesrepublik hat auch in der DDR der Anteil der Frauen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung überall zugenommen. Fast jeder zweite Hoch- und Fachschulabsolvent ist eine Frau; ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Facharbeitern. Gleichwohl besteht auch in der DDR nach wie vor ein Rückstand zu den Männern. Drei Viertel aller Personen über 20 Jahre ohne Ausbildungsabschluß sind Frauen.

Generell gilt in beiden deutschen Staaten: Von den jüngeren Arbeitskräften haben mehr eine abgeschlossene Berufsausbildung als von den älteren, zudem sind die Jungen — gemessen am höchsten Abschluß — besser ausgebildet. Das Qualifikationsniveau der Frauen liegt unter dem der Männer. Die Unterschiede haben sich verglichen mit den frühen siebziger Jahren aber erheblich verringert; bei den jüngeren Altersgruppen nähern sich die geschlechtsspezifischen Qualifikationsstrukturen einander an. Die Verteilung der hochqualifizierten Arbeitskräfte auf die einzelnen Wirtschaftszweige ist uneinheitlich. Überproportional sind Hochschulabsolventen im Dienstleistungsbereich (einschließlich Staat) beschäftigt.

Fußnoten

1 Diese Angaben enthalten die von der amtlichen Statistik der DDR nicht ausgewiesenen Beschäftigten. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Angehörige der Nationalen Volksarmee, der Polizei und sonstiger militärischer und gesellschaftlicher Organisationen sowie um Beschäftigte im Uranerzbergbau, in Rüstungsbetrieben und Strafanstalten. Ihre Zahl wird vom DIW auf 500000 bis 600000 Personen geschätzt.

2 Die Zahl der registrierten Arbeitssuchenden wurde von der DDR-Statistik letztmalig für das Jahr 1958 ausgewiesen; sie lag damals zwischen 15000 und 20000 Personen im Jahresdurchschnitt. Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR 1958. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1959, S. 210.

3 Die Wahl des Arbeitsplatzes ist in der DDR grundsätzlich frei (Ausnahme: Fach- und Hochschulabsolventen in den ersten Jahren nach Abschluß des Studiums sowie „Bummelanten"). Da jedoch jede Kündigung durch den Arbeitnehmer schriftlich begründet werden soll und in der Regel erst nach Diskussion bzw. Umstimmungsversuchen von der Betriebsleitung angenommen wird, besteht häufig ein moralischer Druck (Makel nicht den Gesellschaftsinteressen zu dienen), auf den angestrebten Arbeitsplatzwechsel zu verzichten. Die Kündigung wird indes nicht durch die betriebliche Stellungnahme rechtsunwirksam. Arbeitsplatzwechsel — soweit damit eine Veränderung des Wohnortes verbunden ist — werden desweiteren durch die Wohnraumknappheit erschwert.

4 Vgl. Lexikon der Wirtschaft. Band Arbeit, Bildung, Soziales. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1982, S. 333. Fluktuation wird nach DDR-Terminologie definiert als „Abgang von Arbeitskräften aus Betrieben und Institutionen, der aus persönlichen oder disziplinarischen Gründen erfolgt und betrieblich oder volkswirtschaftlich nicht notwendig wäre. Nicht zur Fluktuation zählen Abgänge aus natürlichen Gründen (Invalidität, Rentenalter, Tod), gesellschaftlich notwendige Abgänge (Aufnahme eines Direktstudiums, Einberufung zur Nationalen Volksarmee der DDR, geplante Versetzungen und Berufungen, Freisetzungen aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen und Strukturveränderungen) sowie Abgänge auf der Grundlage eines ruhenden Arbeitsrechtsverhältnisses, z.B. bei Müttern im Anschluß an den Wochenurlaub." Ebenda. — Die (so definierte) Fluktuation wird in der Regel negativ beurteilt, es wird aber auch nicht verkannt, „daß ein als Fluktuation auftretender Abgang im Betrieb volkswirtschaftlich nützlich sein kann, weil die fluktuierende Arbeitskraft für ihre speziellen Kenntnisse und Fähigkeiten am neuen Arbeitsplatz bessere Bedingungen vorfindet und somit volkswirtschaftlich effektiver wird". — Ministerrat der DDR, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Ausgabe 1980, Teil V, S. 18.

5 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg. Verlag Bundesanstalt für Arbeit. Heft 2/1984, S. 93.

6 Vgl. Reyher L., Bach H.-U., Kohler H., Teriet B.: Arbeitszeit und Arbeitsmarkt. Volumenrechnung, Auslastungsgrad und Entlastungswirkung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Heft 3/1979 und Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983 — insgesamt und regional. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. A. a. O. Heft 1/1983.

7 Außer Ansatz blieben sowohl für die Bundesrepublik als auch für die DDR Fehlzeiten bei Mutterschaft, Kuren und Freistellungen für Weiterbildung.

Literaturhinweise

Brasche U., Büchtemann C. F., Jeschek W., Müller W.: Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt. Anforderungen des Strukturwandels an das Beschäftigungssystem. Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. In: Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 80/1984.

Erhöhter **Handlungsbedarf** im Strukturwandel. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1983. In: Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 79/1984.

Kosta J.: Manpower problems in the GDR. In: Employment policies in the Soviet Union and Eastern Europe. New York. Verlag Macmillan. 1982, S. 49—71.

Schrimpff W.: Heterogene Koordinationsinstrumente im Beschäftigungssystem der DDR. In: Kooperations- und genossenschaftswissenschaftliche Beiträge. Band 8. Münster. Verlag Regensburg. 1983.

Vortmann H.: Beschäftigungsstruktur und Arbeitskräftepolitik in der DDR. In: Höhmann H.-H. (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Wirtschaftsplanung. Beiträge zur Beschäftigungsstruktur und Arbeitskräftepolitik in Osteuropa. Köln, Frankfurt am Main. Europäische Verlagsanstalt. 1977.

1.4. Investitionen und Anlagevermögen

Zusammenfassung

Durch Investitionen wird das Anlagevermögen erneuert und erweitert. In der Marktwirtschaft aber auch in der Planwirtschaft ist die Entwicklung der Investitionen durch periodische Schwankungen gekennzeichnet: Im Westen besteht ein starker Konjunkturzusammenhang, im Osten liegt die Ursache sowohl in Interessengegensätzen zwischen Planenden und Ausführenden als auch in Unvollkommenheiten der Planung.

Im Zeitraum von 1972 bis 1983 (zwei Jahren mit ähnlicher Konjunktursituation) sind die Investitionen in der Bundesrepublik real nur um 1 vH, in der DDR um 38 vH gestiegen. Dabei zeigen die Sektoren deutliche Abweichungen von der Gesamtentwicklung sowie extreme Gegensätze zwischen beiden Staaten. Daraus resultieren wiederum merkliche Unterschiede in der Struktur der Investitionen beider Gebiete nach Sektoren.

Das Brutto-Anlagevermögen ist in der DDR bis 1983 mit 1 176 Mrd. Mark gegenüber 1970 um 71 vH gestiegen, in der Bundesrepublik lag es mit 7 512 Mrd. DM um 65 vH über dem Wert von 1970 (berechnet zu den Preisen von 1980 des jeweiligen Gebietes). Der Sektor Dienstleistungen und Staat umfaßt in der Bundesrepublik nunmehr 65 vH, in der DDR lediglich 36 vH. Innerhalb der produzierenden Bereiche hat das warenproduzierende Gewerbe in der DDR einen höheren Anteil als in der Bundesrepublik und darin wiederum die Grundstofferzeugung.

Obwohl es mangels entsprechender Daten nicht gelang, das Problem der sehr unterschiedlichen Bewertung der Kapitalgüter in Ost und West durch Ermittlung einer „Parität" für Investitionsgüter zu überwinden, wurde in grober Annäherungsrechnung eine Gegenüberstellung der durchschnittlichen Kapitalausstattung je Beschäftigten (Kapitalintensität) für beide Staaten zu westdeutschen Preisen versucht. Dabei ergeben sich nicht nur eine starke Streuung der Werte der Einzelsektoren, sondern auch deutliche Unterschiede in Höhe und Entwicklung zwischen beiden Staaten.

Schließlich wurde der Versuch gemacht, Indikatoren der Investitionsfinanzierung für beide Staaten nach den drei Sektoren Wohnungswirtschaft, Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft und Staat gegenüberzustellen. Dabei gelang es, die unterschiedliche Rolle von staatlichen Investitionszuschüssen, von Krediten und Abschreibungen darzustellen.

Inhalt Seite

1.4.1. Überblick ... 286
1.4.2. Entwicklung und Struktur der Investitionen ... 288
1.4.2.1. Entwicklung ... 288
1.4.2.2. Struktur der Investitionen ... 290
1.4.3. Anlagevermögen ... 293
1.4.4. Kapitalintensität ... 294
1.4.5. Indikatoren zur Investitionsfinanzierung ... 297
Fußnoten, methodische Hinweise und Literaturhinweise zu 1.4. ... 299

1.4.1. Überblick

Durch Investitionen wird das Anlagevermögen erneuert und erweitert. Ersatzinvestitionen dienen dem Austausch abgenutzter Gebäude und Anlagen, mit Rationalisierungsinvestitionen sollen weiterzunutzende Anlagegüter auf ein höheres Leistungsniveau gebracht werden und über Erweiterungsinvestitionen werden bestehende Kapazitäten vergrößert oder neue geschaffen. Damit sind die Investitionen ein wichtiger Bestimmungsfaktor für das Niveau und die Struktur der künftig möglichen Wirtschaftsentwicklung: Sie bestimmen entscheidend Höhe und Veränderung des Angebotspotentials.

Für die Marktwirtschaft ist die Entscheidungsfreiheit einzelner Unternehmen über die Höhe der Investitionen ein konstitutives Element. Dennoch darf nicht verkannt werden, daß nur ein Teil der Investitionsentscheidungen diesem Leitbild entspricht. Andere Prinzipien gelten für den Bereich der Infrastruktur, hier investiert der Staat in eigener Regie. Außerdem nimmt der Staat auch Einfluß auf eine Vielzahl von Investitionen im privaten Sektor, sei es durch die Festlegung rechtlicher Rahmenbedingungen, sei es durch ökonomische Interventionen in Form von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen. Die staatliche Einflußnahme auf Investitionsprozesse sowohl auf sektoraler als auch auf regionaler Ebene zur Erhaltung vorhandener Strukturen oder zur Initiierung erwünschter Strukturveränderungen spielt somit eine große Rolle. Praktisch haben nahezu alle Maßnahmen staatlicher Wirtschaftspolitik — direkt oder indirekt — Einfluß auf die Investitionstätigkeit.

Im planwirtschaftlichen System der DDR wird die gesamte Investitionstätigkeit zentral gesteuert. Die „Rang- und Reihenfolge" der zu realisierenden Projekte orientiert sich dabei an allgemeinen Zielen wie internationale Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit, Aufbau einer ausgeglichenen und den Planzielen adäquaten Produktionsstruktur; aber auch an spezifischen Entscheidungen der Wirtschaftsführung (z. B. Wohnungsbauprogramm, Stärkung der heimischen Rohstoffbasis, Modernisierung statt Neubau).

Im marktwirtschaftlichen System beeinflussen die Investitionen den Pfad der konjunkturellen Entwicklung beträchtlich. Und je nach Einschätzung der künftigen Kosten- und Erlössituation ändert sich wiederum die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Als Folge dieser Wechselwirkungen ist die Entwicklung der Investitionen im Zeitverlauf durch erhebliche zyklische Schwankungen gekennzeichnet.

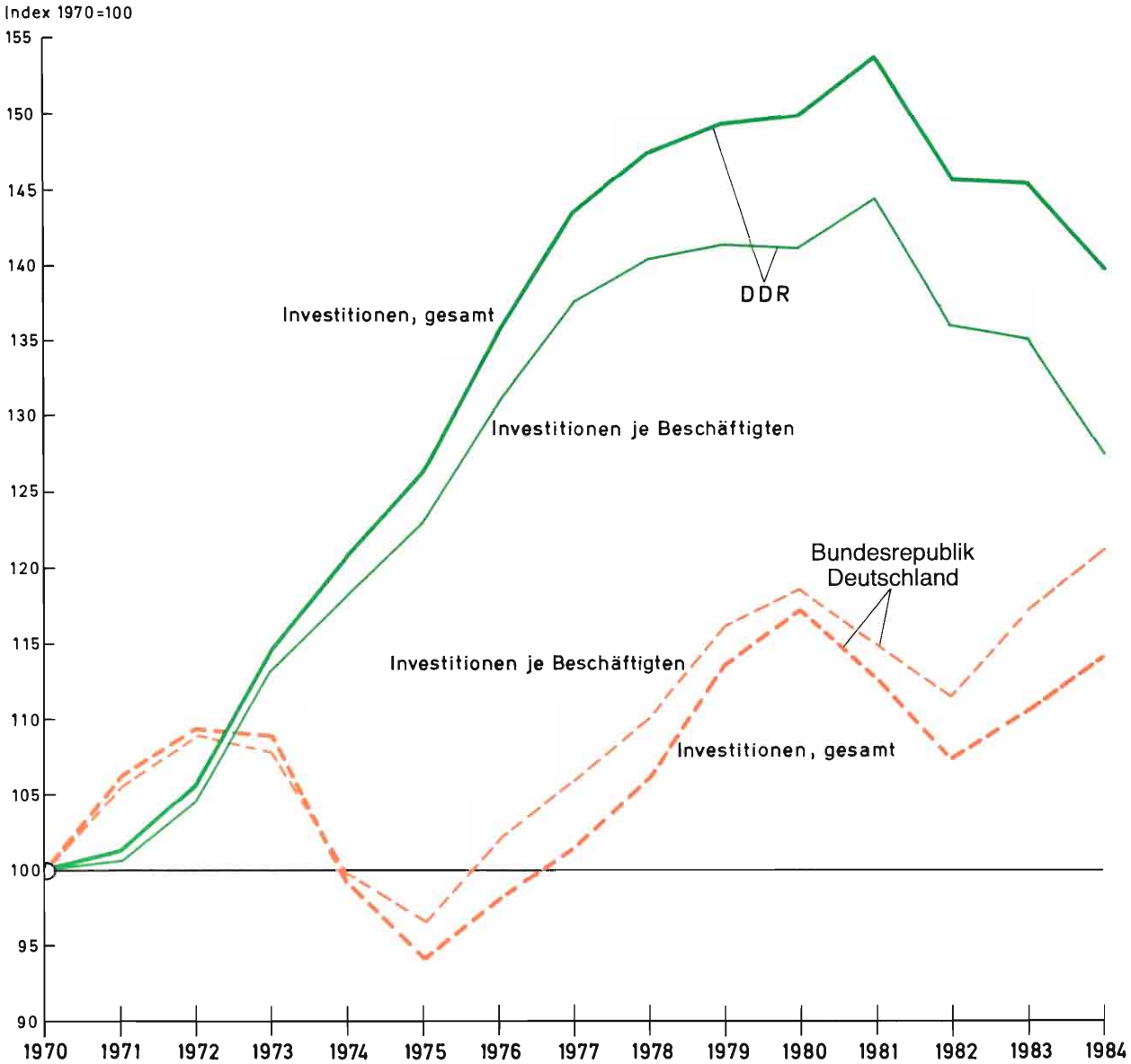
Im planwirtschaftlichen System dagegen, wo die Investitionen nicht von der Entscheidung der Betriebe abhängen, wäre ein eher kontinuierlicher Verlauf zu erwarten. Tatsächlich läßt die Investitionstätigkeit in der DDR jedoch ebenfalls erhebliche periodisch wiederkehrende Aktivitätsschwankungen erkennen. Ihre Ursachen sind vielfältig [1]: Innerhalb der Fünfjahrplanperiode gab es bisher jeweils am Anfang, wenn neue größere Investitionsvorhaben begannen, einen Schub bei den Bauinvestitionen. Aber auch innerhalb der Fünfjahresperioden nahmen in Zwischenjahren spezielle Programme für Branchen und Zweige ihren Anfang, oder es wurden mit ihrer Verkündung neue Schwerpunkte der Investitionstätigkeit gesetzt (z. B. Verkündung des Wohnungsbauprogramms 1973). Vorgesehene Projekte ließen sich kaum so in die mittelfristigen Planungen einpassen, daß ein gleichmäßiger Investitionsverlauf eintrat. Überdies verschärften Verzögerungen, Änderungen, Kostenüberschreitungen sowie später eingefügte Vorhaben (z. T. auch ungeplante Schwarzbauten) den zu beobachtenden Investitionsrhythmus. Von Einfluß waren auch strukturpolitische Umschichtungen zwischen Zweigen sowie der Übergang zu stärkerer Intensivierung (ressourcensparende Produktionen). Zur theoretischen Erklärung für auftretende Schwankungen in Ostblockstaaten wird generell auf Interessengegensätze zwischen Planenden und Ausführenden hingewiesen [2]: Die Planer bevorzugen den Investitionssektor, die Ausführenden eher den Konsumsektor, woraus sich Konflikte und schließlich „Quasi-Zyklen" ergeben. Eine Aufschwungphase mit hohen Investitionszielen führt zu Engpässen und Disproportionen sowie Problemen hauptsächlich im Konsumgütersektor. Die Leistungsbereitschaft und die Wachstumsraten sinken, bis ein Prozeß der Konsolidierung durch stärkere Berücksichtigung des Konsums eingeleitet wird. Darauf beginnt der Zyklus wieder von neuem.

Seit Beginn der achtziger Jahre beeinträchtigt der Vorrang des Abbaus der außenwirtschaftlichen Belastung in der DDR die Entwicklung des im Inland verfügbaren Nationaleinkommens, was die Wirtschaftsführung wiederum veranlaßte, eine restriktive Investitionspolitik festzulegen [3]. Bezieht man das für 1981 bis 1985 geplante Investitionsvolumen von 256 Mrd. Mark (zu Preisen von 1980) auf den Ist-Wert von 1980 [4] (54,5 Mrd. Mark), so errechnet sich eine durchschnittliche jährliche Abnahme von 2,1 vH (für 1976 bis 1980 lag der Vergleichswert bei +3,7 vH). Die tatsächliche Entwicklung begann 1981 infolge beschleunigter Fertigstellung laufender Projekte mit einer Zunahme von 2,7 vH, der Rückgang setzte dann 1982 ein. Berücksichtigt man die leichte Zunahme im Jahre 1985, so wurden wahrscheinlich mit knapp 264 Mrd. Mark (zu Preisen von 1980) insgesamt etwa gleich viel Investitionen realisiert wie 1976 bis 1980.

Da in den achtziger Jahren ein großer Teil der Investitionen für den Ausbau der heimischen Rohstoffbasis, die Weiterführung des langfristigen Wohnungsbauprogramms, die Elektrifizierung wichtiger Eisenbahnstrecken sowie einiger technologischer Schwerpunkte (Mikroelektronik, Robotertechnik) gebunden wurde, waren darüber hinaus nur begrenzte Erweiterungen des Anlagenbestandes möglich. Stillegungen und Verschrottungen wurden deshalb hinausgezögert und der Bau neuer Gebäude (Ausnahme: Wohngebäude) möglichst vermieden. Stattdessen versucht

Schaubild 1.4.-1

Entwicklung von Investitionen und Investitionsintensität in beiden deutschen Staaten (1970 bis 1984)*



* *Investitionen je Beschäftigten in 1000 Mark bzw. DM.*

man, der kostengünstigeren Rekonstruktion gegebener Altbausubstanz Vorrang einzuräumen und über die umfassende Modernisierung der Ausrüstungen zu einer leistungsfähigeren Güterartenstruktur des Anlagevermögens zu gelangen[5]. Die Zahl neuer Projekte wurde erheblich eingeschränkt, ihre Kontrolle verschärft, die Vorbereitung verbessert, und die Effizienzanforderungen wurden heraufgesetzt[6]: So ist z. B. vorgeschrieben[7], nur neueste Technologien einzusetzen, die Fertigungszeiten auf maximal zwei

Jahre zu kürzen sowie zu prüfen, ob die Rationalisierung bestehender Kapazitäten nicht kostengünstiger wäre als die Errichtung neuer. Denn von der Modernisierung vorhandener Anlagen und der Einfügung hochproduktiver Rationalisierungen (z. B. Roboter) in den gegebenen Anlagenpark erhofft man sich nachhaltige Effizienzerhöhungen[8]. Die Verbindung von Anlagen der Energie- und Stoffumwandlung mit der informationsverarbeitenden Steuerungstechnik soll ressourcensparende Produktivitätssteigerungen ermöglichen[9].

Weniger günstig wirkt sich bei dieser neuen Investitionspolitik aus, daß den Betrieben und Kombinaten auferlegt ist, Bauten und Rationalisierungsmittel z. T. selbst zu fertigen. Dies dürfte in der Regel nur bei überhöhten Kosten möglich sein. Allerdings ist auch nicht ganz von der Hand zu weisen, daß man mit dem Eigenbau auch zu verbesserten zweigspezifischen Technologien gelangen kann[10]. Bei anpassungsfähigen Produktionsprozessen dürfte ebenfalls eine stärkere Flexibilität hinsichtlich der Reaktion auf veränderte Bedarfsanforderungen erzielbar sein[11], wenn entsprechend notwendige Veränderungen an den Ausrüstungen schnell selbst vorgenommen werden können. Immerhin haben sich die Eigenfertigungen von Rationalisierungsmitteln in der DDR-Industrie seit 1975 verachtfacht. 1984 wurden im Bereich der Industrieministerien für 5,3 Mrd. Mark Rationalisierungsmittel im Eigenbau (zu Industrieabgabepreisen von 1980) erstellt. Bezieht man sie auf die Ausrüstungsinvestitionen dieses Bereichs, so entspricht das einem Anteil von 30 vH.

Beim Vergleich von Investitionen und Anlagevermögen in beiden deutschen Staaten sind die Bewertungsprobleme besonders gravierend. Auch bei den Kapitalgütern sind Niveau und Struktur der Preise in der Bundesrepublik und der DDR sehr unterschiedlich. Anders als bei den Gütern des privaten Verbrauchs ist es aber hier nicht gelungen, Einzelpreise für Investitionsgüter in ausreichendem Maße zu ermitteln und daraus eine „Parität" zu errechnen. Für den Preisstand von 1980 sind lediglich einige Grundstrukturen erkennbar: So sind die Preise für vergleichbare Ausrüstungsgüter in der DDR (in Mark) teurer als in der Bundesrepublik (in D-Mark), die Preise für Bauten dagegen billiger. Innerhalb der Ausrüstungsgüter ist insbesondere die moderne Technik sehr teuer, die herkömmliche Technik billiger. Die Summe der Investitionen und des Anlagebestands wäre schon allein wegen ihrer verschiedenen Zusammensetzung nach Kapitalgüterarten unterschiedlich in marktgerechte westdeutsche Preise umzurechnen. Zur Berechnung fehlten also nicht nur eine repräsentative Auswahl von Preisen, sondern auch Kenntnisse über die Struktur nach Güterarten. Deshalb mußte sich der Vergleich für die Investitionen und das Anlagevermögen auf die Struktur nach Bereichen und die Entwicklung beschränken.

Bei der Kapitalintensität wurde allerdings ein Vergleich mit westdeutschen Preisen versucht. Dieser darf jedoch nur als grobe Annäherung verstanden werden.

1.4.2. Entwicklung und Struktur der Investitionen

1.4.2.1. Entwicklung

In der Bundesrepublik hat es seit Anfang der siebziger Jahre im Investitionssektor erhebliche Preissteigerungen gegeben: Die Preise haben sich von 1970 bis 1983 fast verdoppelt (+85 vH). Auch sind in dieser Zeit erhebliche konjunkturbedingte Schwankungen aufgetreten: So hatte das westdeutsche Investitionsvolumen (real) infolge des Einbruchs zur Mitte der siebziger Jahre erst 1977 das Ausgangsniveau wieder erreicht und im anschließenden Investitionsschub bis 1980 um 17 vH überschritten, fiel dann aber bis 1982 auf einen Stand zurück, der vier Jahre davor bereits einmal erreicht war. Für einen Entwicklungsvergleich erscheint es zur Vermeidung unterschiedlicher Konjunkturlagen der Bezugsjahre sinnvoll, 1972 als Basisjahr zu verwenden. Denn 1972 und 1983 ähneln einander als Jahre leichten Aufschwungs (vgl. Schaubild 1.4.-1). Im Zeitraum 1972 bis 1983 sind die gesamten Investitionen in der Bundesrepublik real nur um 1 vH gestiegen.

Das jährliche Investitionsvolumen der DDR (zu Preisen von 1980) stieg von 1972 bis 1983 von 38,5 auf 53,1 Mrd. Mark, das entspricht einer Gesamtzunahme von 38 vH. Obwohl diese Entwicklung mehr oder weniger unberührt vom internationalen Konjunkturverlauf den zentralen Planvorstellungen folgte, gab es auch hier Höhepunkte des Wachstums (1973 und 1976). Mitte der siebziger Jahre hat sich das Wachstum deutlich abgeschwächt. 1981 wurde die bisher höchste Investitionssumme erreicht, danach war die Entwicklung (bis 1984) rückläufig (vgl. Schaubild 1.4.-1).

Eine Gegenüberstellung der Investitionsentwicklung für beide deutsche Staaten für den Zeitraum 1972 bis 1983 zeigt bei den jeweiligen Sektoren nicht nur deutliche Abweichungen von der Gesamtentwicklung sowie Tempowechsel nach Zeitperioden, sondern auch extreme Gegensätze (vgl. Übersicht 1.4.-1).

Bei der Metallerzeugung und -bearbeitung hat die Stahlkrise in der EG das Investitionsvolumen dieses Sektors in der Bundesrepublik bis 1983 auf weniger als die Hälfte seines Niveaus von 1972 schrumpfen lassen. In der DDR stand dieser Bereich mit dem Ausbau der Veredlungsmetallurgie (z. B. Konverterstahl, Formstahl und Walzwerkserzeugung) an der Spitze der investitionsexpansiven Bereiche, sein Investitionsvolumen hat sich nahezu vervierfacht.

In den Bereichen Chemie (einschl. Mineralöl-, Kunststoff- und Gummiverarbeitung) sowie Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hat die DDR ihr Investitionsvolumen von 1972 bis 1983 um ein Drittel bzw. ein Viertel ausgeweitet. Bei der Restlichen Verbrauchsgütererzeugung waren es sogar zwei Drittel. Auch hier standen Bemühungen um höhere Produktveredlung im Vordergrund (z. B. Vertiefung der Erdölverarbeitung sowie der Kunststoff- und Kunstfaserverarbeitung). Demgegenüber sind die realen Investitionen dieser Bereiche in der Bundesrepublik deutlich geschrumpft.

Übersicht 1.4.-1

Brutto-Anlageinvestitionen in beiden deutschen Staaten 1972 und 1983

	Bundesrepublik Deutschland					DDR				
	absolut		Struktur		Entwicklung	absolut		Struktur		Entwicklung
	1972	1983	1972	1983	1972 bis 1983	1972	1983	1972	1983	1972 bis 1983
	in Mrd. DM[1]		in vH		(1972 = 100)	in Mrd. M[2]		in vH		(1972 = 100)
Land- und Forstwirtschaft	8,2	9,3	2,6	2,9	113,2	4,7	4,6	12,2	8,6	97,4
Warenproduzierendes Gewerbe	92,4	92,7	29,0	28,7	100,3	21,1	31,7	54,8	59,7	150,1
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	16,1	20,8	5,0	6,4	129,2	5,4	7,8	14,1	14,7	143,2
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	12,3	10,8	3,9	3,3	87,3	4,5	5,9	11,6	11,1	131,4
Metallerzeugung und -bearbeitung	7,2	2,8	2,3	0,9	38,6	0,9	3,7	2,4	7,0	394,5
Steine und Erden	3,8	2,1	1,2	0,6	54,6	0,8	0,6	2,0	1,1	79,4
Wasserversorgung	2,9	3,4	0,9	1,1	118,1	1,0	1,5	2,5	2,8	150,8
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	16,8	22,3	5,3	6,9	132,3	3,1	5,3	8,0	10,0	171,5
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	6,4	9,3	2,0	2,9	145,5	1,2	1,9	3,2	3,6	155,9
Textilgewerbe	2,1	1,4	0,7	0,4	67,5	0,7	0,6	1,8	1,2	95,4
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	8,1	6,9	2,5	2,2	85,5	1,2	2,1	3,2	3,9	167,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	8,3	7,2	2,6	2,2	86,7	1,3	1,6	3,5	3,1	122,8
Baugewerbe	8,4	5,7	2,6	1,8	68,3	1,0	0,7	2,5	1,2	68,5
Handel	19,3	22,3	6,1	6,9	115,1	1,3	1,2	3,4	2,3	94,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	27,3	29,3	8,5	9,1	107,5	3,2	3,8	8,2	7,2	119,9
Dienstleistungen/Staat	171,8	169,2	53,8	52,4	98,5	8,2	11,8	21,4	22,2	143,8
Alle Bereiche	319,0	322,8	100,0	100,0	101,2	38,5	53,1	100,0	100,0	138,0

[1] Zu Preisen von 1980 der Bundesrepublik.
[2] Zu Preisen von 1980 der DDR.
Quelle: Berechnungen des DIW.

Die Elektrotechnik als ein Bereich mit relativ viel zukunftsweisender Technologie hat in der Bundesrepublik ihr Investitionsvolumen trotz der Einbrüche zu Anfang der siebziger und achtziger Jahre unter den produzierenden Bereichen von 1972 bis 1983 am stärksten ausweiten können (insgesamt um 45 vH). In der DDR ist dieser Sektor Anfang der siebziger Jahre mit stark abnehmenden Investitionsmitteln bedacht worden, erst danach trat eine Expansion ein. Die Einführung moderner Technik (z. B. Mikroelektronik, Steuerungstechnik, EDV-Anlagen) wurde seitdem deutlich gefördert.

Ähnlichkeit in der Richtung ihrer Investitionsentwicklung zeigen ebenfalls die meisten übrigen produzierenden Bereiche in der DDR und der Bundesrepublik. Der Grundstoffbereich Energiewirtschaft (einschl. Kohlenbergbau) sowie der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau gehören in West und Ost zu den Wirtschaftsbereichen mit überdurchschnittlicher Investitionsentwicklung. Der Ölpreisschock hat in der DDR die Rückbesinnung auf die heimische Braunkohle und in der Bundesrepublik ebenfalls Substitutionsprozesse von Öl durch heimische Energieträger ausgelöst. Beim Maschinen- und Fahrzeugbau spie-

geln sich im Osten nicht nur Bemühungen um den Einsatz ressourcensparender Ausrüstungen wider, sondern generell die strategische Bedeutung dieses Sektors als Multiplikator neuer Technologien. Die Bereiche Wasserversorgung und Verkehr und Nachrichtenübermittlung (DDR: Entwicklungsschwerpunkt 1973 bis 1976) haben ihr Investitionsvolumen ebenfalls merklich ausgeweitet.

Ähnlich gleichgerichtet war auch die Investitionsentwicklung in den schrumpfenden Sektoren wie Baugewerbe und dem ihm vorgelagerten Bereich Steine und Erden. Besonders starke Investitionsabnahmen gab es in den achtziger Jahren wegen der rückläufigen Baukonjunktur hier und der Modernisierung anstelle von Neubau dort. Das Textilgewerbe zeigt in beiden deutschen Staaten, besonders seit den achtziger Jahren, gleichfalls Investitionsabnahmen; hier dürfte die zunehmende Konkurrenz aus der Dritten Welt eine Rolle gespielt haben.

Auffallend sind schließlich die deutlichen Schwankungen der Investitionstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft beider deutscher Staaten. Beide verzeichnen in den achtziger Jahren allerdings gleichermaßen Rückgänge: Unsicherheit gegenüber der EG-Agrarmarktordnung in der Bundesrepublik und Zweifel an der in den siebziger Jahren vollzogenen Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion in der DDR dürften gemeinsam mit der Restriktionspolitik hierfür die Gründe sein.

In der Bundesrepublik haben die Investitionen des Handels — abgesehen vom konjunkturbedingten Einbruch zur Mitte der siebziger Jahre — noch bis 1979 expandiert, in der DDR gab es von 1974 bis 1977 deutliche Zunahmen. In den achtziger Jahren zeigen beide Länder Abnahmen.

Ein Vergleich der Investitionsentwicklung des Nichtproduzierenden Bereichs (Dienstleistungen und Staat) ist besonders problematisch. Denn jede Differenzierung zwischen privaten und öffentlichen Diensten wird aufgrund der gesellschaftspolitischen Normen des sozialistischen Systems der DDR verwischt. Wohnungswesen, Kreditinstitute und Versicherungen, Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur, Bildung und Wissenschaft, gesellschaftliche Organisationen sowie übrige Dienstleistungen sind in gewisser Weise Funktionsträger der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Zentralgewalt, d. h. diese Bereiche folgen nicht dem originären Bedarf der Bevölkerung, sondern vordringlich den staatlich anerkannten Normen. Entsprechende Sektoren in gleicher Abgrenzung wie für die Bundesrepublik lassen sich für die DDR nicht disaggregieren.

1.4.2.2. Struktur der Investitionen

Der Bereich Dienstleistungen und Staat umfaßt in der Bundesrepublik mehr als die Hälfte aller Investitionen, in der DDR hingegen nicht einmal ein Viertel. Größter Teilsektor ist die Wohnungswirtschaft, die in der DDR ihr Gewicht im Zusammenhang mit dem Wohnungsbauprogramm während des Zeitraums von 1970 bis 1983 von gut 8 auf über 13 vH ausweitete (ihr Investitionsvolumen hat sich in dieser Zeit mehr als verdoppelt). Dennoch blieb das relative Gewicht der Wohnungswirtschaft nicht einmal halb so groß wie in der Bundesrepublik.

Die in der DDR ohnehin unterentwickelten restlichen Dienste (Dienste und Staat ohne Wohnungswirtschaft) haben mit dem besonders stark gestiegenen Investitionsanteil dieses Sektors in der Bundesrepublik nicht im entferntesten Schritt gehalten (vgl. Anhangtabellen 1.4.-1 und -2). In diesem Bereich ist jedoch ebenso wie beim Staatssektor ein Vergleich von Inhalt und Abgrenzung her kaum möglich. Auf den Staat (als Zusammenfassung der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung) entfielen in der Bundesrepublik von der Gesamtheit des Investitionsvolumens der Jahre 1970 bis 1983 etwa 16 vH; in der DDR (als Zusammenfassung mit Dienstleistungen wie Bildung/Wissenschaft, Gesundheits- und Sozialwesen sowie sonstiger Staat) waren es nur etwa 8 bis 10 vH. Bei derartigen methodischen Divergenzen in der Abgrenzung muß der Vergleich nach Sektoren zwangsläufig auf die produzierenden Wirtschaftsbereiche beschränkt bleiben.

Innerhalb der produzierenden Bereiche gibt es erhebliche Unterschiede in der Gewichtsverteilung der Investitionen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Übersicht 1.4.-2

Struktur der Investitionen in den produzierenden Bereichen beider deutscher Staaten
Anteile in vH

	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	1970	1983	1970	1983
Landwirtschaft	6,9	6,0	16,3	11,1
Warenproduzierendes Gewerbe	64,6	60,4	67,0	76,7
Handel	11,8	14,5	5,8	3,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,7	19,1	10,9	9,2
	100,0	100,0	100,0	100,0

Besonders auffällig ist der relativ niedrige Anteil in den Sektoren Handel sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung (vgl. Übersicht 1.4.-2). Darin kommt deutlich zum Ausdruck, daß in einer zentralverwalteten Wirtschaft der Aufwand für die Distribution der Waren eine erheblich geringere Rolle spielt als in Ökonomien mit marktwirtschaftlicher Prägung. Die Einsparungen an Ressourcen an dieser Stelle haben zweifellos Defizite in der Versorgungsdichte mit Gütern bewirkt.

In der DDR haben die hohe Eigenversorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und die Industrialisierungsbemühungen zu Anfang der siebziger Jahre im Bereich Landwirtschaft zu einem weitaus höheren Investitionsanteil geführt als in der Bundesrepublik. Seit Mitte der siebziger Jahre ist er deutlich gesunken, übertrifft aber noch immer den der Bundesrepublik.

Innerhalb des warenproduzierenden Gewerbes (vgl. Übersicht 1.4.-3) gibt es ebenfalls erhebliche Unterschiede in der Investitionsstruktur. Sie lassen sich grob skizziert so zusammenfassen, daß das Bild in der DDR sehr viel stärker von Investitionen in die Grundstoffindustrien geprägt ist als dies in der Bundesrepublik der Fall ist. In den Investitionsgüterindustrien und den verbrauchsnahen Bereichen dagegen wird verhältnismäßig sehr viel weniger investiert als in der Bundesrepublik. Diese Unterschiede galten grundsätzlich bereits schon zu Anfang der siebziger Jahre, wenngleich bei den Einzelbranchen im Zeitverlauf Verschiebungen aufgetreten sind.

Übersicht 1.4.-3

Struktur der Investitionen im warenproduzierenden Gewerbe
Anteile in vH

	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	1970	1983	1970	1983
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	11,9	22,4	18,0	24,6
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	16,4	11,6	20,1	18,6
Metallerzeugung und -bearbeitung	7,0	3,0	4,0	11,7
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	20,8	24,1	16,0	16,7
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	8,0	10,0	9,3	6,1
Übrige Bereiche	35,9	28,9	32,6	22,3
	100,0	100,0	100,0	100,0

Eine Grundvoraussetzung der sozialistischen Wachstumspolitik ist der Vorrang der Produktion von Grundstoffen und Investitionsgütern. In der DDR hatte man in den sechziger Jahren versucht, Strukturverlagerungen zur Produktion moderner Ausrüstungen bei gleichzeitiger Umstellung der Primärenergie zu mehr Erdöl zu vollziehen und die Petrochemie zu fördern. Dabei wurde der Bedarf an Energie genauso wie der an anderen Vorleistungen unterschätzt, was in den siebziger Jahren vermehrte Westeinfuhren von industriellen Rohstoffen und Vorerzeugnissen erforderte. Hinzu kamen die Ölpreisschocks von 1973 und 1979/80, die in ihrer Folge eine Rückbesinnung auf heimische Rohstoffquellen, insbesondere auf die Braunkohle bewirkten. Selbst bei der Chemie sollte Braunkohle Erdöl als Rohstoff substituieren. Mehrere Großkraftwerke wurden erweitert (z. B. Hagenwerder, Jänschwalde, Pumpspeicherwerk Markersbach, Kernkraftwerk Greifswald), neue Braunkohlentagebaue wurden aufgeschlossen, Chemiekapazitäten richtete man auf höhere Veredlung aus (z. B. Kunststoffe, Chemiefasern, PVC) oder schuf auch neue (z. B. für Harnstoff, Kalidüngemittel, Chlor- und Natronlauge, Stickstoff, Magnesiumchloridsole).

Im Vergleich zur Bundesrepublik hat die Chemie in der DDR einen deutlich höheren Anteil an der Investitionstätigkeit. Dies erklärt sich aus dem Übergang zur Erdölchemie. In den achtziger Jahren und auch schon davor wollte man hier — genauso wie bei anderen verarbeitenden Zweigen — durch den Ausbau eigener Kapazitäten nachhaltige Ablösungen von Westimporten erreichen. Das brachte teilweise sogar Effizienzverluste, gemessen an dem höheren ökonomischen Wirkungsgrad westlicher Importgüter. Trotz eines deutlichen technologischen Rückstands zum Westen behauptet die DDR-Chemiewirtschaft innerhalb des sozialistischen Wirtschaftsverbundes allerdings meist die technologische Spitzenstellung.

Innerhalb des Berichtszeitraums hat die DDR die stärkste Gewichtsverschiebung bei der Metallerzeugung und -bearbeitung erlebt (vgl. Übersicht 1.4.-3). In diesem Bereich hat die DDR neben Anlagenerweiterungen für Zuliefererzeugnisse vielfältige neue Kapazitäten errichtet (z. B. Fein- und Elektrostahl, nahtlose Rohre, Grau- und Stahlformguß, Kabel, Bandstahl, Kaltwalzerzeugnisse, aluminiumbedampftes Stahlband). Dahinter steht ein zunehmender Bedarf an hochwertigen Stahlerzeugnissen für die hohen Exporte an Ausrüstungen und Fahrzeugen (wie z. B. Schiffe, Eisenbahnwaggons) im RGW-Intrablockhandel sowie für die Verbesserung und Rationalisierung des heimischen Maschinenparks. In der Bundesrepublik weist dieser Bereich dagegen mit zunehmender Konkurrenz auf dem Weltmarkt eine drastische Schrumpfung seiner Investitionstätigkeit auf.

Bei der Elektrotechnik-Feinmechanik-Optik konnte die DDR trotz Schwerpunkt-Investitionen im Bereich von Halbleitern, Mikroelektronik und EDV-Technik die Umstellung zu einer modernen Sortimentspalette nicht im gleichen Maße wie die Bundesrepublik vollziehen; sie ist bis 1983 auf einen Investitionsanteil zurückgefallen, der deutlich unter dem westdeutschen liegt.

Bei den verbrauchsnahen Sektoren gewann das Textilgewerbe in der DDR ein zunehmend größeres Gewicht als in der Bundesrepublik, obwohl die Investitionstätigkeit auf beiden Seiten inzwischen eingeschränkt worden ist, in der Bundesrepublik allerdings früher und umfassender als in der DDR. Bei den Restlichen Verbrauchsgüterzweigen und dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hat die DDR an Gewicht gewonnen, weil die Investitionsentwicklung dieser besonders konjunktursensiblen Bereiche im Westen nur sehr gedämpft verlaufen ist.

Beim Baugewerbe und dem Sektor Steine und Erden schließlich ist die Reduzierung des Investitionsvolumens im Osten schneller vor sich gegangen als im Westen, Folge der drastischen Einschränkung der Bautätigkeit (Ausnahme: Wohnungsbau).

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Vor allem die Chemie, die Metallerzeugung und -bearbeitung und selbst das Textilgewerbe besetzen im Investitionsverhalten der DDR einen relativ weit höheren Stellenwert als in der Bundesrepublik, und diese Tendenz hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt (vgl. Schaubild 1.4.-2). Auch die Zweige des Restlichen Verbrauchsgütergewerbes sind seit jüngster Zeit in diese Gruppe hineingewachsen. Die Landwirtschaft und die Energiewirtschaft sind im Investitionsaufkommen der DDR gleichfalls mit größeren Anteilen vertreten als in der Bundesrepublik, im Zeitverlauf jedoch abgeschwächt, teils durch größere Investitionsanstrengungen im Energiebereich der Bundesrepublik, teils infolge drastisch reduzierter Investitionszuweisungen für die Landwirtschaft in der DDR. Das Investitionsvolumen aller übrigen Sektoren ist im Verhältnis zur Bundesrepublik mehr oder weniger unterdimensioniert, besonders augenfällig im Handel, im Verkehr, im Baugewerbe und im gesamten Nichtproduzierenden Bereich (vgl. Anhangtabellen 1.4.-1 und -2).

Übersicht 1.4.-4

Brutto-Anlagevermögen in beiden deutschen Staaten 1970 und 1983

	Bundesrepublik Deutschland					DDR				
	absolut		Struktur		Entwicklung	absolut		Struktur		Entwicklung
	1970	1983	1970	1983	1970 bis 1983	1970	1983	1970	1983	1970 bis 1983
	in Mrd. DM[1]		in vH		(1970 = 100)	in Mrd. M[2]		in vH		(1970 = 100)
Land- und Fortstwirtschaft	229,7	264,4	5,1	3,5	115,1	57,4	108,1	8,4	9,2	188,4
Warenproduzierendes Gewerbe	982,5	1 551,8	21,6	20,7	157,9	236,3	507,2	34,4	43,1	214,6
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	190,6	335,6	4,2	4,5	176,1	54,5	108,2	7,9	9,2	198,4
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	134,3	201,5	3,0	2,7	150,1	42,9	94,0	6,3	8,0	219,1
Metallerzeugung und -bearbeitung	78,2	94,8	1,7	1,2	121,2	13,6	37,6	2,0	3,2	275,8
Steine und Erden	32,9	42,0	0,7	0,6	127,7	8,3	16,6	1,2	1,4	200,7
Wasserversorgung	29,0	62,3	0,6	0,8	215,3	16,8	30,1	2,5	2,5	178,9
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	182,4	312,3	4,0	4,2	171,2	34,9	82,4	5,1	7,0	236,2
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	55,2	119,8	1,2	1,6	217,1	11,9	30,3	1,7	2,6	254,1
Textilgewerbe	34,1	35,4	0,8	0,5	103,8	11,0	20,0	1,6	1,7	182,2
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	94,1	139,2	2,1	1,8	147,8	17,2	36,1	2,5	3,1	209,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	92,4	128,0	2,0	1,7	138,6	16,8	32,1	2,4	2,7	191,7
Baugewerbe	59,3	80,8	1,3	1,1	136,2	8,4	19,8	1,2	1,7	235,7
Handel	204,6	360,3	4,5	4,8	176,1	14,9	30,4	2,1	2,6	203,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	274,9	480,4	6,0	6,4	174,8	59,8	101,3	8,7	8,6	169,6
Dienstleistungen/Staat	2 849,8	4 855,1	62,8	64,6	170,4	318,2	429,2	46,4	36,5	134,9
Alle Bereiche	4 541,5	7 512,0	100,0	100,0	165,4	686,6	1 176,2	100,0	100,0	171,3

[1]) Zu Preisen von 1980 der Bundesrepublik.
[2]) Zu Preisen von 1980 der DDR.
Quelle: Berechnungen des DIW.

1.4.3. Anlagevermögen

Unter Brutto-Anlagevermögen versteht man den produktiven Sachgüterbestand der Volkswirtschaft ohne Grund und Boden, in der Regel bewertet zu Wiederbeschaffungspreisen. In der DDR wurde 1963 eine derartige Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen von 1962 vorgenommen. Um die seitdem aufgetretenen Veränderungen der Herstellungskosten der Kapitalgüter zumindest annähernd abzufangen, wurde das Vermögen offiziell mit wahrscheinlich groben Annäherungskoeffizienten auf die Preisbasis von 1980 umgerechnet. Erläuterungen hierzu fehlen allerdings völlig. Wahrscheinlich sind die Abschreibungen den neuen Werten aber nicht angepaßt worden. Fraglich ist außerdem, ob die Fortschreibung des Vermögensbestandes seit 1963 tatsächlich immer zu den Preisen des Basiszeitraums vorgenommen worden ist. Bekannt ist, daß in der betrieblichen Statistik die hinzukommenden Kapitalgüter mit ihren Anschaffungspreisen bewertet werden[12]. Die volkswirtschaftliche Vermögensrechnung geht von der Betriebsstatistik aus. Inwieweit dabei überhaupt eine Korrektur der Bewertung vorgenommen wird, ist unbekannt. Die Bewertung neuer Kapitalgüter für weit zurückliegende Zeiträume wirft große und kaum zu überwindende Probleme auf. Ein — allerdings nicht quantifizierbarer — Effekt durch Preissteigerungen könnte somit als reale Zunahme in die Fortschreibung des Anlagevermögens eingegangen sein.

Bei der Bruttorechnung wird der Grad alter bzw. veralteter Bestände nicht widergespiegelt. Obwohl für die DDR keine Angaben zur Altersstruktur verfügbar sind, kann bei der relativ geringen Aussonderungsquote sowie der seit einigen Jahren verfügten Verlängerung der Nutzungsdauer der Ausrüstungen auf eine hohe Veralterung geschlossen werden. Dieser qualitative Faktor konnte in der Vergleichsrechnung zur Bundesrepublik — für beide Staaten auf Basis der jeweiligen Preise von 1980 — leider keine Berücksichtigung finden.

Obwohl die Investitionen von 1970 bis 1983 in der DDR um ein Drittel stärker gestiegen sind als in der Bundesrepublik, hat sich der Ausbau des gesamten Anlagenbestandes in beiden deutschen Staaten mit sehr ähnlichen Zuwachsraten vollzogen. Grund dafür ist, daß das Niveau der jährlichen Investitionen bezogen auf den Vermögensbestand zu Anfang der siebziger Jahre in der Bundesrepublik noch deutlich höher war als in der DDR. Im Jahresdurchschnitt 1983 lag das Brutto-Anlagevermögen in der DDR mit 1176 Mrd. Mark um 71 vH über dem Ausgangsniveau von 1970; in der Bundesrepublik war es im gleichen Zeitraum um 65 vH auf 7512 Mrd. DM angewachsen (vgl. Übersicht 1.4.-4). Preisbasis der Vermögenswerte sind für beide Gebiete die jeweiligen Preise von 1980.

Anders sieht das Bild aus, wenn man zwischen dem produzierenden und dem nichtproduzierenden Bereich (Dienstleistungen und Staat) in Ost und West unterscheidet. Während das reale Anlagevermögen der produzierenden Bereiche der Bundesrepublik in dieser Zeit um 57 vH gestiegen ist, hat es sich in der DDR verdoppelt. Im produzierenden Bereich der DDR hat damit ein dreimal so starker Anlagenausbau wie im nichtproduzierenden (+35 vH) stattgefunden.

In der Bundesrepublik entfielen bereits 1970 63 vH auf den nichtproduzierenden Bereich, dieser Anteil ist bis 1983 noch auf 65 vH gewachsen. In der DDR führen die Angaben für den nichtproduzierenden Sektor im gleichen Jahr hingegen nur zu einem Anteil von

Übersicht 1.4.-5

Struktur des Brutto-Anlagevermögens in den produzierenden Bereichen beider deutscher Staaten
Anteile in vH

	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	1970	1983	1970	1983
Landwirtschaft	13,6	9,9	15,6	14,5
Warenproduzierendes Gewerbe	58,1	58,4	64,1	67,9
Handel	12,1	13,6	4,1	4,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,2	18,1	16,2	13,5
	100,0	100,0	100,0	100,0

Übersicht 1.4.-6

Struktur des Brutto-Anlagevermögens im warenproduzierenden Gewerbe in beiden deutschen Staaten
Anteile in vH

	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	1970	1983	1970	1983
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	19,4	21,6	23,1	21,3
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	13,7	13,0	18,1	18,5
Metallerzeugung und -bearbeitung	8,0	6,1	5,8	7,4
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	18,5	20,1	14,8	16,3
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	5,6	7,7	5,0	6,0
Übrige Bereiche	34,8	31,5	33,2	30,5
	100,0	100,0	100,0	100,0

36 vH des gesamten Anlagevermögens, allein drei Viertel davon entfallen auf die Wohnungswirtschaft. Der Rest läßt sich nur schwer als Anteil des Staates und der sonstigen Dienstleistungen interpretieren.

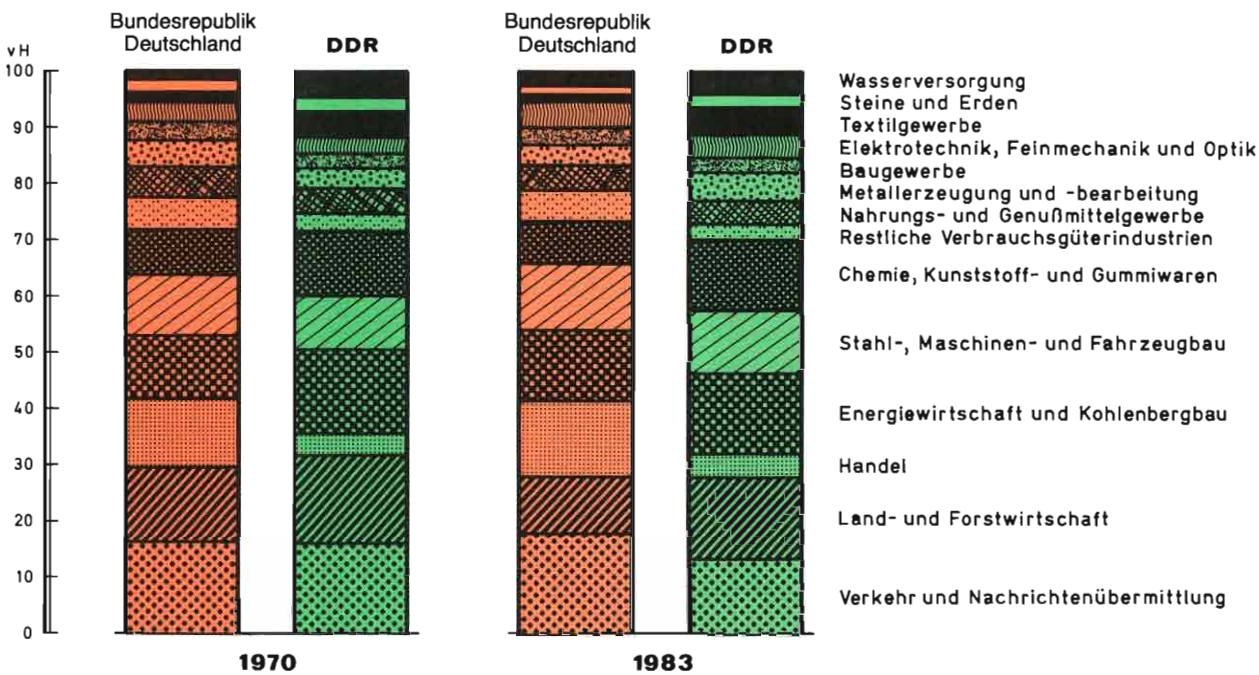
Innerhalb der produzierenden Bereiche dominiert in beiden deutschen Staaten das warenproduzierende Gewerbe, in der DDR ist sein Gewicht vergleichsweise größer, es hat im Berichtszeitraum sogar noch zugenommen (vgl. Übersicht 1.4.-5). Auch die Landwirtschaft weist wegen des angestrebten hohen Eigenversorgungsgrades einen höheren Anteil am Brutto-Anlagevermögen auf als in der Bundesrepublik.

Auf der anderen Seite stehen die aus den oben genannten Gründen in der DDR unterdimensionierten Sektoren Handel sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung, letzterer mit seit Jahren weiter abnehmenden Strukturanteilen.

Beim warenproduzierenden Gewerbe vollzog sich der Ausbau des Kapitalstocks in der DDR in den Einzelsektoren intensiver als in der Bundesrepublik. Einzige Ausnahme stellt die Wasserversorgung dar. Stark gefördert wurden in der DDR Metallerzeugung und -bearbeitung, Elektrotechnik sowie Maschinen- und Fahrzeugbau. Ihre Anteile am Anlagevermögen der warenproduzierenden Bereiche nahmen seit 1970 erheblich zu, mit Ausnahme der Metallerzeugung liegen sie allerdings noch unter denen der Bundesrepublik (vgl. Übersicht 1.4.-6). Die DDR sieht bei diesen für die Investitionsgütererzeugung wichtigen Sektoren, besonders bei höher veredelten Erzeugnissen und Spezialitäten, noch Expansionsspielräume, sowohl hinsichtlich vermehrter RGW-Exporte als auch weiterer Modernisierung des heimischen Ausrüstungsbestandes. Die für sozialistische Länder typische Ausrichtung auf die Grundstofferzeugung, bei der DDR gilt dies besonders für die Chemie, und die relative Zurückstufung der verbrauchsnahen Sektoren spiegelt sich ebenfalls an den Anteilen am Anlagevermögen wider. Allerdings bildet das schon traditionell in der DDR konzentrierte Textilgewerbe eine Ausnahme, 1983 hatte es mit 4 vH ein fast doppelt so hohes Gewicht am Anlagevermögen des warenproduzierenden Gewerbes wie in der Bundesrepublik.

Schaubild 1.4.-2

Struktur des Brutto-Anlagevermögens der produzierenden Bereiche in beiden deutschen Staaten



DIW 87

1.4.4. Kapitalintensität

Die Kapitalintensität mißt die durchschnittliche Kapitalausstattung je Beschäftigten in den Produktionszweigen. Eine Erhöhung kann auf kapitalgebundenen technischen Fortschritt aber auch auf die Substitution von Arbeit durch Kapital zurückzuführen sein. Aufgrund der sektoral sehr unterschiedlichen Verfahrenstechnik des Produktionsablaufs und den Bedingungen ihrer wirtschaftlichen Organisierbarkeit

sowie der divergierenden Verhältnisse zwischen der Betriebsausrüstung und dem zur jeweiligen Erzeugung notwendigen baulichen Bestand besteht unter den einzelnen Wirtschaftsbereichen eine breite Streuung der Kapitalintensität.

Um einen Niveauvergleich der Kapitalintensität der produzierenden Bereiche für beide deutsche Staaten zu ermöglichen, wurden die DDR-Anlagevermögenswerte in grober Annäherung auf westdeutsche Preise von 1980[13] umgerechnet. Da es bei der Berechnung — wie bereits oben erläutert — allerdings nur unvollkommen gelang, die Bewertungsprobleme zu lösen, werden die Niveauunterschiede in der Kapitalintensität nur in grober Annäherung widergespiegelt.

Insgesamt betrug die Kapitalintensität im Jahre 1983 — zu westdeutschen Preisen von 1980 — in den produzierenden Bereichen der DDR 150 000 DM gegenüber 160 000 DM in der Bundesrepublik. Im Jahre 1970 lagen die Vergleichswerte noch bei 76 000 bzw. knapp 85 000 DM. Der Abstand hat sich somit zwischen beiden Ländern nur wenig verringert. Dieser Vergleich ist — wie erwähnt — nur eine sehr grobe Annäherung. Einschränkungen ergeben sich insbesondere aus der möglicherweise durch Preiseffekte überhöhten Vermögensrechnung der DDR. Hinzu kommt, daß die Zusammensetzung der Kapitalausstattung, deren Altersstruktur und vor allem das technologische Niveau die Vergleichbarkeit dieser Werte beeinflussen. Leider sind hierüber keine Angaben verfügbar. Hier sollen deshalb lediglich die Strukturunterschiede in der Kapitalintensität beider Staaten gegenübergestellt werden. Die durch den Produktivitätsrückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik verursachten Leistungsunterschiede werden im Abschnitt 3.1. behandelt.

Der Kapitalaufwand je Beschäftigten reichte 1970 in der Bundesrepublik bei den produzierenden Bereichen von 25 000 DM im Baugewerbe bis zu knapp 724 000 DM in der Wasserversorgung (vgl. Übersicht 1.4.-7). Wesentlich über dem Durchschnitt lagen die in der grundstoffnahen Erzeugung tätigen Sektoren (Energiewirtschaft-Bergbau, Metallerzeugung und -bearbeitung, Chemie, Steine-Erden und Landwirtschaft), aber auch der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Das Baugewerbe, die Elektrotechnik-Feinmechanik-Optik, das restliche Verbrauchsgütergewerbe oder der Stahl-Maschinen-Fahrzeugbau produzierten dagegen mit einer um ein bis zwei Drittel geringeren als der durchschnittlichen Kapitalintensität.

In der DDR war die Streuung der sektoralen Kapitalintensitäten zum gleichen Zeitpunkt noch etwas breiter (vgl. Übersicht 1.4.-7). Sie reichte von 17 000 DM im Baugewerbe bis zu 1,1 Mill. DM in der Wasserversorgung. Dabei deutet alles darauf hin, daß die Kapitalintensität in den grundstoffnahen Bereichen um 10 bis 20 vH größer, in den übrigen und besonders den verbrauchsnahen Sektoren zwischen 10 und 30 vH kleiner, im Handel und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe weniger als halb so groß wie in der Bundesrepublik war.

Bis 1983 gelang der DDR eine Erhöhung der Kapitalausstattung je Beschäftigten trotz der restriktiven Investitionspolitik der achtziger Jahre, weil in den letzten Jahren die Anlagennutzung deutlich verlängert wurde. Das Vermögen wuchs gegenüber 1970 etwas schneller als in der Bundesrepublik.

In den produzierenden Bereichen insgesamt hat sich die Kapitalintensität im Zeitraum von 1970 bis 1983 in beiden deutschen Staaten fast gleichermaßen nahezu verdoppelt. Branchenspezifisch fiel die Entwicklung allerdings recht unterschiedlich aus. In der DDR verzeichneten nur Wasserversorgung, Energiewirtschaft und Kohlenbergbau, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Nahrungs- und Genußmittelgewerbe eine unterdurchschnittliche Ausweitung der Kapitalintensität; bei Energiewirtschaft und Kohlenbergbau war dies bedingt durch eine starke Zunahme der Beschäftigten um knapp 28 vH. Bei allen übrigen Sektoren nahm die Kapitalintensität überdurchschnittlich zu (Spitzenreiter: Metallerzeugung und -bearbeitung). Beim Textilgewerbe und den sonstigen Verbrauchsgüterindustrien hat zu dieser Entwicklung auch eine rückläufige Beschäftigung beigetragen.

In der Bundesrepublik zeigen fünf Sektoren mit gleichzeitig rückläufiger Beschäftigung eine unterdurchschnittliche Erhöhung der Kapitalintensität: Chemie, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, Baugewerbe, Metallerzeugung sowie Steine/Erden. Die Kapitalausstattung je Beschäftigten stieg unterdurchschnittlich auch beim Handel und Verkehr. Die übrigen Sektoren weisen überdurchschnittliche Erhöhungen auf (Spitzenreiter: Elektrotechnik). Bei der Landwirtschaft und der Textilindustrie, deren Anlagevermögen seit 1970 kaum expandiert hat, und auch bei den sonstigen Verbrauchsgüterindustrien ist diese Entwicklung auf die starke Einschränkung der Beschäftigung (40 bis 50 vH seit 1970) zurückzuführen.

Ein Niveauvergleich der Intensitätsziffern läßt erkennen, daß die DDR die Bundesrepublik im Jahre 1983 in vier Industriesektoren übertraf: Chemie, Metallerzeugung, Wasserversorgung sowie Steine/Erden. Diese kapitalintensiven grundstoffnahen Branchen produzierten (mit Ausnahme von Steine und Erden) in der DDR bereits 1970 mit höherem Kapitaleinsatz je Beschäftigten als in der Bundesrepublik. Bei der Wasserversorgung haben in der DDR die angespannte Lage der Wasserwirtschaft sowie die geologisch anderen Gegebenheiten den umfangreichen — aber noch keinesfalls ausreichenden — Aufbau von Talsperren, Speicheranlagen und anderen wasserwirtschaftlichen Kapazitäten bedingt. Das Ergebnis wird möglicherweise auch dadurch beeinflußt, daß in der Bundesrepublik die Abwasserbeseitigung zum kommunalen Bereich gehört und in der Wasserversorgung nicht enthalten ist. Im Sektor Steine und Erden schließlich dürften die stark verbreiteten kapitalintensiven Kapazitäten für die Fertigbauweise im Wohnungsbau eine große Rolle spielen.

Im Sektor Energiewirtschaft-Bergbau ist der ehemals größere Kapitalaufwand je Beschäftigten in der DDR im Zuge des mit umfangreichen Zechenstillegungen

Übersicht 1.4.-7

Vergleich der Kapitalintensität beider deutscher Staaten zu westdeutschen Preisen von 1980*

	Bundesrepublik Deutschland			DDR			DDR in vH der Bundesrepublik Deutschland	
	1970	1983	1983 (1970 = 100)	1970	1983	1983 (1970 = 100)	1970	1983
	1 000 DM			1 000 DM				
Produzierende Bereiche	84,6	159,9	189	76,2	150,1	197	*90*	*94*
Land- und Forstwirtschaft	101,5	192,8	190	74,5	156,7	210	*73*	*81*
Warenproduzierendes Gewerbe	75,7	147,6	195	78,5	158,2	202	*104*	*107*
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	372,9	734,3	197	416,4	647,6	156	*112*	*88*
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	130,3	208,7	160	155,4	334,5	215	*119*	*160*
Metallerzeugung und -bearbeitung	134,5	232,4	173	144,7	353,9	245	*108*	*152*
Steine und Erden	117,1	202	173	113,3	227,4	201	*97*	*113*
Wasserversorgung	723,7	1 385,1	191	1 131,4	1 700,1	150	*156*	*123*
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	57,3	110	192	47,5	99,1	209	*83*	*90*
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	36,3	93,2	257	35,2	74,5	212	*97*	*80*
Textilgewerbe	60,8	127,8	210	54,7	120,4	220	*90*	*94*
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	47,7	106,7	224	38,3	83,7	219	*80*	*78*
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	93,9	153,1	163	46,6	80,4	173	*50*	*53*
Baugewerbe	25,6	42,8	167	17,0	39,2	231	*66*	*92*
Handel	61,1	109,9	180	30,1	61,3	204	*49*	*56*
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	195,4	331,1	169	130,4	205,2	157	*67*	*62*
Dienstleistungen/Staat	434,7	570,5	131	.	.	104	.	.
Wohnungsvermietung	20 093,1	24 068,5	120	.	.	.	.	.
Dienstleistungen	70,6	134,4	190	.	.	.	.	.
Staat	260,3	344	132	.	.	109	.	.
Alle Wirtschaftsbereiche	171	299	175	.	.	159	.	.

* Kapitalintensität = durchschnittliche Kapitalausstattung je Beschäftigten.
Quelle: Berechnungen des DIW.

einhergehenden Beschäftigtenabbaus im Westen (von 1970 bis 1983 um 10,6 vH) bei gleichzeitig starker Beschäftigungsausweitung im Osten (um 27,6 vH) heute unter das westdeutsche Niveau der Kapitalintensität gesunken. Alle übrigen Sektoren zeigen in der DDR eine deutlich niedrigere Kapitalausstattung je Beschäftigten als in der Bundesrepublik. Bei der Elektrotechnik ist dies vornehmlich auf Beschäftigungsausweitungen seit 1970 zurückzuführen, denn 1970 waren die Intensitätsziffern noch recht ähnlich. Im Baugewerbe haben sich die Kapitalintensitäten in den letzten Jahren in beiden deutschen Staaten angenähert; der Anstieg dieser Ziffer in der Bundesrepublik infolge deutlicher Beschäftigungsminderung wurde in der DDR bei etwa gleichbleibendem Arbeitseinsatz durch überproportionale Vermögensausweitungen überkompensiert.

Insgesamt wird erkennbar, daß in der Bundesrepublik bei der Substitution von Arbeit durch Kapital in den letzten Jahren ein teilweiser Kapazitätsabbau bzw. Kapazitätsumbau eine zunehmende Rolle gespielt hat. Nachhaltige Kapazitätsausweitungen waren hingegen auf einige wenige Bereiche mit modernen Technologien wie Elektrotechnik, Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, auf den Handel sowie auf Grundstoffbereiche wie Wasserwirtschaft, Energie und Kohlenbergbau beschränkt.

In der DDR dagegen vollzog sich die Substitution von Arbeit durch Kapital noch relativ langsam. Einen Arbeitsplatzabbau verzeichneten lediglich die von der internationalen Konjunkturlage eher berührten Zweige Textilgewerbe und restliche Verbrauchsgüterindustrien sowie die in den siebziger Jahren von Umstrukturierungen zu größeren Produktionseinheiten betroffene Landwirtschaft. Kapazitätserweiterungen betrafen nahezu alle Sektoren: Die gleichzeitige Ausweitung von Arbeit und Kapital vollzog sich bei Metallerzeugung und -bearbeitung, bei der Elektrotechnik, beim Maschinen- und Fahrzeugbau, aber auch bei Energiewirtschaft und Kohlenbergbau sowie beim Handel und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. In den achtziger Jahren spielten dabei allerdings Kapazitätserhöhungen durch Rationalisierung bestehender Anlagen und Einfügung leistungssteigernder neuer Ausrüstungen eine vermehrte Rolle. Die Politik verlängerter Nutzung alter Anlagen beinhaltet allerdings die Gefahr teilweiser Konservierung veralteter Technik sowie erhöhten Reparaturaufwands.

1.4.5. Indikatoren zur Investitionsfinanzierung

In der Übersicht 1.4.-8 sind Indikatoren zur Investitionsfinanzierung für das Jahr 1984 zusammengestellt worden. Gerade in diesem Bereich ist ein Vergleich außerordentlich heikel, weil die Informationsbasis für die DDR zum einen außerordentlich schmal ist und zum anderen auch über die Inhalte der jeweiligen Finanzierungspositionen nur sehr vage Vorstellungen zu gewinnen sind. Die Vergleichszahlen für die Bundesrepublik wurden daher so ausgewählt, daß sie den Informationen für die DDR möglichst nahe kommen. Deshalb sind einige methodische Anmerkungen unerläßlich, um Mißverständnisse zu vermeiden.

Zunächst muß betont werden, daß es sich bei den hier vorgestellten Finanzierungsrechnungen nicht um Bewegungsbilanzen im herkömmlichen Sinne handelt, bei denen die Veränderung sämtlicher Aktiva den Veränderungen der Passiva gegenübergestellt werden. Von der Aktivseite werden für die beiden Sektoren „Wohnungswirtschaft" und „Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft" vielmehr nur die Bruttoinvestitionen ausgewiesen, die für die Bundesrepublik auch die Veränderung der Lagerbestände enthalten. Damit zumindest in Größenordnungen auch die Beiträge des Staates zur Investitionsfinanzierung verglichen werden können, sind beim Staat auch die Ausgaben für Investitionszuschüsse in die Mittelverwendung (Aktivseite) aufgenommen worden. Diese Beträge korrespondieren mit entsprechenden Werten beim Mittelaufkommen (Passivseite) der Unternehmen.

Beim Mittelaufkommen zur Investitionsfinanzierung wurde unterschieden zwischen der Kreditaufnahme und den sonstigen Mitteln, wobei von den sonstigen Mitteln noch die Abschreibungen nachgewiesen werden konnten[14]. Die Höhe der Abschreibungen hängt ganz wesentlich von dem gewählten Bewertungsverfahren ab. Bei einem steigenden Preistrend für Anlageinvestitionen liegen die Werte zu Wiederbeschaffungspreisen sehr viel höher, als wenn der Verschleiß zu Anschaffungspreisen bewertet wird. Wie bereits erwähnt, wurde das Anlagevermögen in der DDR im Jahre 1963 zu Wiederbeschaffungspreisen von 1962 bewertet; die seitdem hinzugekommenen Kapitalgüter gingen dann allerdings mit ihren Anschaffungspreisen in die betriebliche Statistik ein[15]. Damit beruhen die Abschreibungen neuerer Investitionsjahrgänge zwar auf der Bewertung zu Anschaffungspreisen, dies gilt jedoch nicht für noch vorhandene Investitionsgüter aus der Zeit vor 1963. Um diesem Tatbestand Rechnung zu tragen, wurden daher für die Wohnungswirtschaft und den Staat, beides Bereiche, in denen langlebige Anlagen eine große Rolle spielen, für die Bundesrepublik Abschreibungen in Rechnung gestellt, die sich als Mittelwert aus den Beträgen zu Anschaffungspreisen und zu Wiederbeschaffungspreisen ergeben. Für die Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft spielen dagegen noch vorhandene Investitionen aus der Zeit vor 1963 eine sehr viel geringere Rolle, so daß hier von den Abschreibungen zu Anschaffungspreisen ausgegangen werden konnte.

Da nur ausgewählte Ströme der Finanzierungsrechnung bilanziert worden sind, ist der Restposten „übrige Mittel" nur von begrenzter Aussagekraft. Im Grunde handelt es sich um einen Sammelposten, in dem sich — saldiert — diejenigen Positionen der Finanzierungsrechnung niederschlagen, die in der Rechnung nicht gesondert ausgewiesen werden konnten. Insofern ist er nur ein sehr bedingter Indikator für die Eigenmittel, die zur Finanzierung der Investitionen verwendet worden sind.

Übersicht 1.4.-8

Indikatoren zur Investitionsfinanzierung für das Jahr 1984

	absolute Beträge		Struktur in vH	
	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR
	Wohnungswirtschaft			
Mittelverwendung				
Bruttoinvestitionen	112,4	7,0	*100,0*	*100,0*
Mittelaufkommen				
Kreditaufnahme (netto)	53,3	2,5	*47,4*	*35,7*
Sonstige Mittel	59,1	4,5	*52,6*	*64,3*
davon				
Abschreibungen	35,3	2,5	*31,4*	*35,7*
staatliche Investitionszuschüsse	1,5	1,7	*1,3*	*24,3*
übrige Mittel	22,3	0,3	*19,9*	*4,3*
	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft [1]			
Mittelverwendung				
Bruttoinvestitionen	201,7	44,0	*100,0*	*100,0*
Mittelaufkommen				
Kreditaufnahme (netto)	27,5	12,0	*13,6*	*27,3*
Sonstige Mittel	174,2	32,0	*86,4*	*72,7*
davon				
Abschreibungen	116,5	15,0	*57,8*	*34,1*
staatliche Investitionszuschüsse	23,7	6,0	*11,8*	*13,6*
übrige Mittel	34,0	11,0	*16,8*	*25,0*
	Staat			
Mittelverwendung	67,3	12,7	*100,0*	*100,0*
Bruttoinvestitionen	42,1	5,0	*62,6*	*39,4*
Investitionszuschüsse	25,2	7,7	*37,4*	*60,6*
Mittelaufkommen				
Kreditaufnahme (netto)	33,9	0,7	*50,4*	*5,5*
Sonstige Mittel	33,4	12,0	*49,6*	*94,5*
davon				
Abschreibungen	10,2	1,5	*15,1*	*11,8*
Mittelbereitstellung aus öffentlichen Haushalten	23,2	10,5	*34,5*	*82,7*

[1] Ergebnisse für die Bundesrepublik ohne Kreditinstitute und Versicherungen.

Betrachtet man die Ergebnisse, so zeigt sich, daß 1984 bei den Unternehmen der aus Abschreibungen finanzierte Teil der Bruttoinvestitionen in der DDR niedriger ist als in der Bundesrepublik. Dies ist mit darauf zurückzuführen, daß bei der Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik sowohl in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre als auch nach 1980 erhebliche Einbrüche zu verzeichnen waren. Denn bei etwa gleichbleibenden Abschreibungen (für in der Vergangenheit angeschaffte Anlagen) muß der aus Abschreibungen finanzierte Anteil der Bruttoinvestitionen mit abnehmenden Investitionen steigen. Von Preiseinflüssen bereinigt, war das Investitionsvolumen des hier betrachteten Jahres 1984 sogar noch etwas niedriger als in den konjunkturell günstigen Jahren 1972/73. Diese Entwicklung hat sich auf die Altersstruktur des Anlagevermögens negativ ausgewirkt und den Anteil der Reinvestitionen zunehmen lassen.

In der Wohnungswirtschaft unterscheiden sich die Finanzierungsbeträge aus Abschreibungen nicht wesentlich voneinander. Etwas geringer als in der Bundesrepublik ist in der DDR der Anteil der Kreditfinanzierung, wesentlich höher sind dagegen die staatlichen Investitionszuschüsse, die 1984 etwa ein Viertel der Investitionssumme dieses Bereichs ausgemacht haben. Die vergleichsweise geringen Beträge, die in der Bundesrepublik in Form solcher bilanzwirksamen staatlichen Vermögensübertragungen in diesen Sektor fließen, vermitteln allerdings kein zutreffendes Bild über den Umfang der staatlichen Förderung des Wohnungsbaus. Dies liegt daran, daß die Wohnungswirtschaft in der Bundesrepublik in stärkerem Maße mit laufenden Übertragungen in Form von Subventionen und mit staatlichen Einnahmeverzichten in Form von Steuervergünstigungen gefördert wird; beides wirkt sich indirekt auch auf die Investitionsfinanzierung insofern aus, als die Eigenmittel gestärkt werden.

In der DDR ist auch bei den Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft) der Anteil der Investitionszuschüsse an der Investitionsfinanzierung höher als in der Bundesrepublik; die Unterschiede waren 1984 allerdings nur geringfügig. Stärker schlägt hier die Kreditaufnahme zu Buche, deren Anteil 1984 in der DDR etwa doppelt so hoch war wie in der Bundesrepublik.

Das größere Gewicht, das in der DDR generell staatliche Investitionszuschüsse am Mittelaufkommen zur Finanzierung der Investitionen in der Wirtschaft haben, zeigt sich auch in der Mittelverwendung des Staates für Investitionszwecke: 60 vH entfielen auf diese Ausgaben und nur 40 vH auf eigene Investitionen des Staates. In der Bundesrepublik war das Verhältnis mit 40 zu 60 genau umgekehrt. Gravierend sind auch die Unterschiede im Mittelaufkommen zur Finanzierung der investitionswirksamen Ausgaben des Staates. Im Gegensatz zur Bundesrepublik spielt in der DDR die Kreditaufnahme des Staates praktisch keine Rolle: Nur 5 vH entfallen auf diese Einnahmen, während in der Bundesrepublik ziemlich genau die Hälfte des auf eigene Investitionen und Investitionszuschüsse entfallenden Betrages auf dem Kreditwege finanziert wird.

Es bleibt noch anzumerken, daß die Finanzierungsstruktur der DDR im Rahmen der Planung in der — allerdings unveröffentlichten — Finanzbilanz des Staates jährlich zentral bestimmt wird[16]. Sie besteht aus einer Gegenüberstellung des Aufkommens und der Verwendung von Haushaltsmitteln, Krediten, Eigenmitteln und Leistungen der Versicherungen, und zwar jeweils für die Finanzierung der Bereiche Investitionen, Umlaufmittel, Außenwirtschaft sowie für Umverteilungsbeziehungen. Durch Aufschlüsselung werden den Wirtschaftsbereichen, Zweigen, Kombinaten und Betrieben — je nach unterschiedlichen Aufgaben und Bedingungen — differenzierte Vorgaben zur Finanzierungsstruktur ihrer Investitionen vorgegeben, insbesondere unter Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Umfang ihrer geplanten Investitionstätigkeit. Wichtig ist ebenfalls die in der DDR gegenüber der Bundesrepublik veränderte Rolle der Banken: Sie üben Kontrollfunktionen hinsichtlich der Investitionstätigkeit aus, die 1982 noch verschärft worden sind[17]. Sie gehen weit über die Prüfung der Kreditvoraussetzungen hinaus. Die Banken legen nicht nur Kennziffern des Krediteinsatzes fest (z. B. Eigenmittelbeteiligung, Zins, Tilgung, Kreditlaufzeit) und stimulieren effiziente Vorhaben sowie ihre schnelle Realisierung. Vielmehr begutachten sie auch Vorbereitungen, ziehen Vergleiche zu anderen Vorhaben und weisen auf erreichbare Leistungserhöhungen hin. Insbesondere kontrollieren sie die Durchführung der Vorhaben in bezug auf Aufwand und Nutzen, auf Einhaltung der zentral bestätigten Rang- und Reihenfolge der Projekte, auf Übereinstimmung mit den Grundsatzentscheidungen sowie auf Einhaltung vielfältiger Vorbedingungen (z. B. volle Auslastung gegebener Kapazitäten, ausgeschöpfte Modernisierungsmöglichkeiten, Effizienzvorgaben und andere Kennziffern). Sofern Ausrüstungen aus eingespartem Material von den Betrieben selbst erstellt werden können, gewähren die Banken zusätzliche zinsgünstige Rationalisierungskredite.

Fußnoten

[1] Vgl. Roesler J.: Investitionsrhythmus und materielle Interessiertheit in der Volkswirtschaft der DDR von 1950 bis 1970. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Berlin (Ost). Akademie-Verlag. Band II/1985, S. 139ff.

[2] Vgl. Paraskewopoulos S.: Konjunkturkrisen im Sozialismus — Eine ordnungstheoretische Analyse. Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. Heft 37/1985, S. 58ff.

[3] Vgl. hierzu: Gemeinsamer Beschluß des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates über die Erhöhung der Effektivität der Investitionen zur weiteren Stärkung der ökonomischen Leistungsfähigkeit der DDR. In: Neues Deutschland (Berlin-Ost, Verlag Neues Deutschland) vom 10./11. November 1979, S. 3. — Verordnung über die Durchführung von Investitionen vom 27. März 1980. In: GBl. der DDR, Teil I/1980, S. 107ff. — Zweite Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen. In: GBl. der DDR, Teil I/1980, S. 15f. — Gemeinsame Direktive des Politbüros des ZK der SED, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1981. In: Neues Deutschland vom 8. Juli 1980, S. 3/4. — Dritte Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen. In: GBl. der DDR, Teil I/1981, S. 375ff.

[4] Vgl. Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1981-1985. In: GBl. der DDR, Teil I/1981, S. 406.

[5] Vgl. Brossmann K. U.: Neuerungsprozesse und Grundfondsreproduktion. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie. Berlin (Ost). Heft 2/1982, S. 23ff.

[6] Vgl. Anordnung über die Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1981 bis 1985, Anlage L (Planung der sozialistischen Rationalisierung, Planung der Grundfonds und Investitionen). In: Sonderdruck des GBl. der DDR, Nr. 1020 1. — Anordnung über die Ergänzung der Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1981 bis 1985. In: GBl. der DDR, Teil I/1981, S. 149ff.

[7] Vgl. Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen. In: GBl. der DDR, Teil I/1985, S. 197ff. — Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen — Staatliche Begutachtung von Investitionen. In: GBl. der DDR, Teil I/1985, S. 205ff. — Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen — Vorbereitung der Investitionen des komplexen Wohnungsbaus —. In: GBl. der DDR, Teil I/1985, S. 393ff.

[8] Vgl. Autorenkollektiv: Grundfonds — Reparaturen — Investitionen. Berlin (Ost). 1983, S. 71ff. — Siehe auch Haberland F., Rosenkranz R.: Rationalisierungsmittelbau — wichtiger Effektivitätsfaktor. In: Einheit. Berlin (Ost). Dietz Verlag. Heft 7/1984, S. 627ff.

[9] Vgl. Langendorf G., Nick H.: Tendenzen der qualitativen Veränderung der Arbeitsmittel. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Heft 1/1983, S. 15ff.

[10] Vgl. Rind K.: Eigenbau von Rationalisierungsmitteln, Weg zur Modernisierung der Grundmittel und zu höherer Effektivität. Reihe: Blickpunkt Wirtschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Heft 1/1985, S. 11-14.

[11] Vgl. Gerisch R., Rosenkranz R., Seifert A.: Erzeugnisspezifische Zulieferungen und Flexibilität der Produktion in Kombinaten des Maschinenbaus. In: Wirtschaftswissenschaft. A. a. O. Heft 6/1983, S. 823ff.

[12] Vgl. Forbig G., Brosch O., Wolff U.: Betriebsstatistik. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1983, S. 130/131.

[13] Da DDR-Einzelpreise für Investitionsgüter nicht in genügendem Umfang ermittelt werden konnten, wurden zur Überwindung der Preishürde zunächst alle DDR-Anlagevermögenswerte auf die Preisbasis von 1962 zurückbewertet und entsprechend der nur für die damalige Zeit vorliegenden Angaben in Bauten und Ausrüstungen aufgeteilt. Unter Zugrundelegung der in einer früheren Untersuchung für die DDR-Industrie ermittelten Umrechnungsfaktoren eines Wertevergleichs (vgl. Melzer M.: Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials. Berlin 1980, S. 115/116) gelang es, sie auf damalige westdeutsche Werte umzubasieren. Dabei mußten Umrechnungsfaktoren für die übrigen Wirtschaftsbereiche in Anlehnung an die der Industrie geschätzt werden. Die so ermittelten DDR-Vermögensdaten konnten mit Hilfe der nach Sektoren differenzierten Investitionsgüterpreisindizes auf die westdeutsche Preisbasis von 1980 hochgerechnet werden.

[14] Quelle für die Bundesrepublik sind die Berechnungen der Deutschen Bundesbank über die Finanzierung der Vermögensbildung. Sie sind abgestimmt mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes, die Auskunft gibt auch über die Investitionszuschüsse des Staates an die Wirtschaft und den Wohnungsbau. Die Kreditaufnahme wurde netto gestellt, d. h. mit der jeweiligen Geldvermögensbildung der Sektoren saldiert. Quelle für die DDR sind Angaben über die investiven Ausgaben des Staatshaushalts sowie zur offiziellen Berechnung des Gesellschaftlichen Gesamtproduktes. Dort werden die gesamten Abschreibungen allerdings nur in einer Summe mit Mieten, Pachten und Nutzungsentgelten ausgewiesen, so daß ihre Höhe in guter Annäherung bestimmt werden kann.

[15] Offensichtlich bewirkte die offizielle Umrechnung des Brutto-Anlagevermögens zu Preisen von 1980 (erstmals veröffentlicht im Statistischen Taschenbuch der DDR 1984), die den Wert des gesamten Vermögens um 45 vH erhöhte (in Industrie und Verkehr war es ein Drittel), bisher noch keine Erhöhung der Abschreibungen. Hinzu kommt, daß die in den letzten Jahren angestrebte Verlängerung der normativen Nutzungsdauer der Anlagen (um durchschnittlich 30 vH) einer Erhöhung der Abschreibungsbeträge wieder entgegengewirkt hat (vgl. Anordnung zur Überprüfung und Überarbeitung der normativen Nutzungsdauer und der Abschreibungssätze für Grundmittel. In: GBl. der DDR, Teil I/1983, S. 236ff. Siehe ebenfalls Anordnung Nr. 2 zur Überprüfung und Überarbeitung der normativen Nutzungsdauer und der Abschreibungssätze für Grundmittel. In: GBl. der DDR, Teil I/1984, S. 187ff.).

[16] Vgl. Jasinski K. H., Sturm M., Wolf P.: Planung und Finanzierung von Investitionen. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1983, S. 151ff.

[17] Vgl. Verordnung über die Kreditgewährung und die Bankkontrolle der sozialistischen Wirtschaft. In: GBl. der DDR, Teil I/1982, S. 126ff.

Methodische Hinweise

Höhe und Entwicklung der Anlageinvestitionen konnten für die Bundesrepublik an Hand der statistischen Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) bis 1983 aufgezeigt werden[1]. Diese Quelle bietet Angaben sowohl nominal (zu jeweiligen Preisen) als auch real (zu Preisen von 1976). Die Investitionsdaten umfassen die gesamte Volkswirtschaft und sind nach dem hauptbeteiligten Unternehmenskonzept disaggregiert in 45 Wirtschaftsbereiche, einschließlich Staat und Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Für die DDR werden die Investitionen real zu Preisen von 1980 (bzw. 1975) für 8 Wirtschaftsbereiche bis zum Jahr 1984 sowie zu Preisen von 1975 bis zum Jahre 1976 zusätzlich auch für 10 Industriesektoren ausgewiesen[2]. Ab 1977 gibt es für die sektorale Entwicklung nicht ganz übereinstimmende Daten aus der RGW- sowie der ECE-Statistik[3], darauf aufbauend konnte die Struktur in guter Annäherung bestimmt werden.

Um eine geeignete gemeinsame Aggregation für beide deutsche Staaten zu erreichen, wurden die Daten in gleich abgegrenzte Wirtschaftssektoren und auf die vergleichbare Preisbasis des Jahres 1980 umgerechnet. Diese Rechnung erforderte eine weitgehende Anpassung der westdeutschen Daten an die Systematik der Wirtschaftszweige der DDR (vgl. Übersicht E-1). Zusätzlich galt es, die in der westdeutschen Statistik im Bereich sonstige Dienstleistungen erfaßten Investitionen des gewerblichen Leasing zum Zwecke der Vermietung und Verpachtung, die in der DDR überhaupt nicht vorkommen, den Nutzerbereichen zuzuordnen. Hierfür konnte auf eine vom IFO-Institut durchgeführte Bereinigung zurückgegriffen werden[4].

Für eine Darstellung von Höhe und Entwicklung des Anlagevermögens stand für die Bundesrepublik die Anlagevermögensrechnung des DIW bis 1983 zur Verfügung. Sie ist definitorisch und in ihrer Aggregation an die VGR angepaßt, d. h. sie berechnet das Anlagevermögen der gesamten Volkswirtschaft in gleicher Aufgliederung wie die Investitionsdaten. Die Werte sind zu Wiederbeschaffungspreisen von 1976 ausgewiesen und konnten auf die Preisbasis von 1980 umgerechnet werden.

Für die DDR werden die Anlagevermögenswerte bis 1982 für 7 Wirtschaftsbereiche (ein achter läßt sich schätzen) und bis

1976 für 10 Industriesektoren — zu Preisen von 1962 — durch die offizielle Statistik nachgewiesen[5]. Seit 1962 haben die Herstellungkosten der Kapitalgüter jedoch vielfältige Änderungen erfahren, insbesondere als Folge der Energie- und Rohstoffverteuerung. Seit kurzem gibt es nunmehr Vermögensdaten für die 7 Wirtschaftsbereiche zu Preisen von 1980, die durchschnittlich um 45 vH höher liegen als die Daten zur alten Preisbasis[6]. Die Aufteilung in Bauten und Ausrüstungen fehlt allerdings völlig. Zur Ableitung einer geschlossenen Vermögensrechnung wurden die bis 1976 gegebenen Daten der Industriesektoren in Annäherung an die Umbewertung des gesamten Industrievermögens auf die Preisbasis 1980 umgerechnet und gleichzeitig für die Jahre ab 1977 anhand der sektoralen Investitionsentwicklung (unter Berücksichtigung von Abgängen) fortgeschrieben.

Fußnoten zu „Methodische Hinweise"

[1] Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1. Konten und Standardtabellen 1983 und Reihe S 5, revidierte Ergebnisse 1960 bis 1981. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Erschienen Oktober 1984 und Oktober 1982.

[2] Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Div. Jahrgänge.

[3] Vgl. United Nations/Economic Commission for Europe (Ed.): Economic Survey of Europe in 1985—1986. United Nations Publication. 1986, S. 178. Siehe ebenfalls: Statisticeskij ezegodnik stran clenov Soveta Ekonomiceskoj Vzaimopomosci 1985. Moskau. Finansy i Statistika. 1985, S. 159ff.

[4] Vgl. Gertenberger W., Heinze J., Vogler-Ludwig K.: Investitionen und Anlagevermögen der Wirtschaftszweige nach Eigentümer- und Benutzerkonzept. Ifo-Studie zur Strukturforschung. München. Verlag Duncker & Humblot. Heft 6/1984.

[5] Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR. A. a. O.

[6] Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR 1984, S. 105 und 1985, S. 107.

Literaturhinweise

Autorenkollektiv (Ltg. Schnarr M.): Anlageninvestitionen. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1984.

Autorenkollektiv (Ltg. Holicki A., Katzer W., Kiermeyer J.): Grundfonds—Reparaturen—Investitionen. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1983.

Autorenkollektiv (Ltg. Wolf P.): Planung und Finanzierung von Investitionen. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1983.

Baumgart E. R.: Kapital, III. Messung des Kapitalstocks. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW). Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. 1977, S. 369ff.

Baumgart E. R. und Krengel R.: Die industrielle Vermögensrechnung des DIW. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 10/1970.

Görzig B. und Kirner W.: Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. A. a. O. Heft 41/1976.

Matterne K. und Tannhäuser S.: Die Grundmittelwirtschaft in der sozialistischen Industrie der DDR. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1968.

Melzer M.: Investitionsplanung der DDR im Zeichen der Intensivierung. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 4/1977.

Melzer M.: Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. A. a. O. Heft 59/1980.

Melzer M.: Die Bewertung von Anlagevermögen in sozialistischen Volkswirtschaften — das Beispiel der industriellen Vermögensrechnung der DDR. In: Krüsselberg H. G. (Hrsg.): Vermögen im Systemvergleich von Wirtschaftsordnungen. Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. Heft 34/1984, S. 144-166.

Strauß W. und Rentzsch G.: Grundfondsökonomie. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1979.

1.5. Umweltschutz

Zusammenfassung

Braunkohle als wichtigste Primärenergiebasis hat in der DDR eine besonders hohe Belastung der Luft an SO_2 bewirkt — 1982: 4,9 Mill. t (= 296 kg/a je Einwohner). In der Bundesrepublik waren es 3 Mill. t (= 49 kg/a je Einwohner). Die NO_x-Emissionen spielen in der DDR dagegen nur eine geringe Rolle, im Jahre 1982 erreichten sie 0,57 Mill. t gegenüber 3,1 Mill. t in der Bundesrepublik. Gründe dafür sind die vergleichsweise niedrigen Verbrennungstemperaturen der Braunkohlenkraftwerke sowie ein anderes Emissionsverhalten der Zweitakt-Motoren von PKW.

Bei Wasser gehört die DDR zu den benachteiligten und die Bundesrepublik eher zu den begünstigten Gebieten. Bei ohnehin nur geringem natürlichen Wasserdargebot können in der DDR lediglich 17 vH der Hauptwässerläufe — nach entsprechender Aufbereitung — zur Trinkwasserversorgung herangezogen werden. Besonders hohe Wasserverschmutzungen konzentrieren sich in beiden Staaten auf die Bal-

lungsgebiete. Gefahren gehen nicht mehr allein von den industriellen Abwasserbelastungen aus, vielmehr spielen zunehmend die Verwendung von Düngemitteln, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in der Landwirtschaft eine Rolle. Dadurch nimmt wiederum die Bodenbelastung zu: Die Bodenfunktionen werden jedoch auch durch Schadstoffablagerungen aus der Luft sowie durch Abfälle und Altablagerungen beeinträchtigt.

In beiden deutschen Staaten sind in den vergangenen Jahrzehnten umfangreiche gesetzliche Grundlagen zum Schutz der Umwelt geschaffen worden. Damit sollen Umweltbeeinträchtigungen vermieden oder zumindest reduziert werden. Neben regelmäßigen Messungen der Konzentration wichtiger Schadstoffe erfolgen zudem in beiden Staaten vielfältige Umweltforschungen. Bei den konkreten Maßnahmen begannen die siebziger Jahre in beiden Gebieten mit größeren umweltschutzpolitischen Aktivitäten (DDR-Umweltschutzprogramm 1971—1975 : 7 Mrd. Mark); in der Bundesrepublik wurden diese auch in der Folgezeit fortgesetzt, in der DDR setzte jedoch infolge der Priorität der Wachstumsziele bei erschwerter gesamtwirtschaftlicher Situation eine Schwächung der Umweltpolitik ein.

Inhalt Seite

1.5.1. Umweltprobleme 302

1.5.2. Gesetzliche Grundlagen und Maßnahmen 306

1.5.2.1. Gesetzliche Grundlagen 306

1.5.2.2. Umweltschutzmaßnahmen 307

1.5.3. Internationale und innerdeutsche Zusammenarbeit 310

Fußnoten, Quellen und Literaturhinweise zu 1.5. 311

1.5.1. Umweltprobleme

Die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten war fast überall von einer oftmals erheblichen Belastung der Umweltmedien Boden, Wasser und Luft begleitet. Mit der steigenden Umweltbelastung wuchs die Erkenntnis, daß es sich bei den Umweltgütern nicht um unbegrenzt beanspruchbare ‚freie' Güter handelt, sondern daß die Umwelt quasi als Produktionsfaktor zur Schranke weiteren wirtschaftlichen Wachstums werden kann. Die OECD z. B. schätzt allein die Schadenskosten aufgrund der Luftverunreinigungen auf 3 bis 5 vH des Bruttosozialprodukts ihrer Mitgliedstaaten. Diese Einsicht hat dazu geführt, daß man in der Bundesrepublik und der DDR zumindest seit Anfang der siebziger Jahre beginnt, die Umweltschäden stärker zu beachten und weitere Umweltbeeinträchtigungen einzuschränken.

Die DDR steht zwei besonders schwerwiegenden Problemen gegenüber:

1. Schon traditionell stellt die Braunkohle die wichtigste Primärenergiebasis dar. Als Reaktion auf die zweimaligen drastischen Anhebungen der Weltmarktpreise für Erdöl hat die DDR die eigene Braunkohlenförderung auf inzwischen über 300 Mill. t ausgeweitet. Die Veredelung und Verbrennung derart großer Braunkohlenmengen ist mit einer besonders hohen Luftbelastung — insbesondere durch Schwefeldioxid und Staub — verbunden. Außerdem führt der Braunkohlentagebau zu einer beträchtlichen Flächeninanspruchnahme und zu einer Beeinträchtigung des Grundwasserhaushaltes.

2. In der DDR sind die Wasserressourcen sehr knapp. Das natürliche Wasserdargebot[1] beträgt in Normaljahren lediglich 11 Mrd. m^3, in Jahren mit geringen Niederschlägen sogar nur 7 bis 9 Mrd. m^3. In Trockenjahren wird das Wasserdargebot bereits zu 90 vH genutzt[2]. Trotz der inzwischen vergrößerten Speicher- und Klärwerkskapazitäten kann der Bedarf an Trink- und Brauchwasser in der DDR oftmals nur unzureichend gedeckt werden. Die Wasserverschmutzung verschärft dieses Problem zusätzlich.

Auch in der Bundesrepublik ist die Luftverschmutzung eines der zentralen Umweltprobleme. Hier sind

es die Belastungen aus der Steinkohlenverstromung, insbesondere aber die Schadstoffemissionen des Verkehrs. Die wachsende Motorisierung hat außerdem durch die kräftige Ausweitung des Straßennetzes zu einem zunehmenden Flächenverbrauch sowie zu einer Zerschneidung von Naturräumen geführt. Hinzu kommen besondere Probleme im Zusammenhang mit den hohen Abfallmengen.

In vielen Bereichen ähneln sich die Umweltprobleme in beiden Staaten, wenn auch deren Art und Umfang Unterschiede aufweisen. Soweit vergleichbare Informationen vorliegen, sollen die auf Luft, Wasser und Boden einwirkenden Belastungen sowie die Abfallproblematik skizziert werden.

Luftbelastung

Die anthropogene Belastung der Luft mit Schadstoffen kann Gesundheitsbeeinträchtigungen von Menschen und Schäden bei Tieren ebenso zur Folge haben wie klimatische Veränderungen oder Material- und Vegetationsschäden[3]. Augenfällig sind hierbei vor allem die seit Jahren schnell zunehmenden neuartigen Waldschäden. Nach der in der Bundesrepublik erstmalig im Jahre 1982 durchgeführten flächendeckenden Waldschadenserhebung waren 8 vH aller Wälder geschädigt. In der DDR wird eine Vergleichszahl von 12 vH genannt[4]. In den Folgejahren haben sich die Waldschäden rapide ausgebreitet. Nach der jüngsten Erhebung wies 1985 über die Hälfte aller Waldflächen in der Bundesrepublik Schäden auf. Eine ähnliche Entwicklung ist in der DDR wahrscheinlich.

Die Schadstoffbelastung der Luft ist überwiegend auf den Einsatz fossiler Brennstoffe in Feuerungsanlagen und Verbrennungsmotoren, aber auch auf industrielle Produktionsprozesse zurückzuführen. Über die Emission der Schadstoffe Kohlenmonoxid (CO), Schwefeldioxid (SO_2), Stickoxide (NO_x), Stäube sowie organische Verbindungen (CH) liegen in der Bundesrepublik seit 1966 Angaben vor (vgl. Anhangtabelle 1.5.-1). Die Emission von SO_2 und NO_x in der DDR 1982 wurde vom DIW berechnet.

Wie die Gegenüberstellung zeigt, waren die SO_2-Emissionen 1982 in der DDR mit 4,9 Mill. t um über 60 vH höher als in der Bundesrepublik (3 Mill. t), obwohl der Primärenergieverbrauch um fast zwei Drittel geringer war. Dies ist auf die besondere Struktur der Primärenergiebasis in der DDR zurückzuführen. Dort ist die — relativ schwefelreiche — Braunkohle mit fast zwei Dritteln am Primärenergieverbrauch beteiligt, während es in der Bundesrepublik — bei einer schwefelärmeren Braunkohle — nur rund 10 vH sind. Die Folgen werden besonders sichtbar im Kraftwerksbereich (vgl. Anhangtabelle 1.5.-2), der in beiden Staaten mit Anteilen von jeweils rund drei Fünfteln der mit Abstand größte SO_2-Emittent ist. In der DDR stießen die Kraftwerke 1982 rund 2,9 Mill. t SO_2 aus, davon entfielen auf Braunkohlenkraftwerke 95 vH. In der Bundesrepublik waren die SO_2-Emissionen mit knapp 1,9 Mill. t um 40 vH niedriger, obwohl hier die Stromerzeugung in fossil befeuerten Kraftwerken dreimal so hoch und der Einsatz fossiler Brennstoffe zur Strom- und Wärmeerzeugung in Kraftwerken sowie Heiz(kraft)werken um 50 vH höher war als in der DDR. In diesem Ergebnis schlagen sich die im Vergleich zur Bundesrepublik schlechteren Wirkungsgrade, vor allem aber die doppelt so hohen spezifischen SO_2-Emissionen in den Braunkohlenkraftwerken der DDR nieder. Noch ungünstigere Relationen zeigen sich bei den Haushalten und Kleinverbrauchern (vgl. Anhangtabelle 1.5.-3). Auch in der DDR-Industrie führt der vorrangige Einsatz von Braunkohle — trotz wesentlich geringeren Produktionsvolumens — zu erheblich höheren SO_2-Emissionen als in der Industrie der Bundesrepublik.

Dagegen spielen die NO_x-Emissionen in der DDR eine geringere Rolle. 1982 betrugen sie 0,57 Mill. t; das war etwa ein Fünftel des entsprechenden Wertes in der Bundesrepublik (3,1 Mill. t). Die Emission von NO_x ist von den Verbrennungstemperaturen abhängig, die bei den Braunkohlenkraftwerken in der DDR ver-

Übersicht 1.5.-1

SO_2- und NO_x-Emissionen 1982 in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR nach Emittentengruppen

	SO_2		NO_x	
	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR
	in 1 000 t			
Kraftwerke/ Heizwerke	1 860	2 911	860	279
Industrie	750	1 064	430	157
Haushalte/ Kleinverbraucher	280	950	110	38
Verkehr	110	18	1 700	96
Insgesamt	3 000	4 943	3 100	570
desgleichen in t je qkm	12,1	45,6	12,5	5,3
desgleichen in kg je Einwohner	48,7	296,0	50,3	34,1
	in vH			
Kraftwerke/ Heizwerke	*62,1*	*58,9*	*27,7*	*49,0*
Industrie	*25,2*	*21,5*	*14,0*	*27,5*
Haushalte/ Kleinverbraucher	*9,3*	*19,2*	*3,7*	*6,7*
Verkehr	*3,4*	*0,4*	*54,6*	*16,8*
Insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*

Quellen: Dritter Immissionsschutzbericht der Bundesregierung. — Berechnungen des DIW.

gleichsweise niedrig sind. Außerdem sind für das Ergebnis die Strukturunterschiede im Verkehrsbereich relevant. Zweitakter, mit denen die PKW in der DDR überwiegend ausgestattet sind, haben ein anderes Verbrennungsverfahren als Viertakter und mithin auch ein anderes Emissionsverhalten: Sie emittieren — bei gleicher Fahrleistung — nur etwa ein Zehntel der entsprechenden Stickoxide, jedoch das etwa Fünf- bis Zehnfache an Kohlenwasserstoffen. Die verkehrsbedingten Stickoxidemissionen lagen deshalb in der DDR 1982 bei weniger als 0,1 Mill. t. In der Bundesrepublik waren es 1,7 Mill. t, was einem Anteil von 55 vH aller NO_x-Emissionen (DDR: ein Sechstel) entspricht.

Der Einfluß der Primärenergiebasis auf die Schadstoffemissionen läßt sich aus Anhangtabelle 1.5.-4 erkennen. In der DDR sind über 90 vH aller SO_2-Emissionen und drei Viertel aller NO_x-Emissionen auf Braunkohle zurückzuführen. In der Bundesrepublik stammt der größte Teil des Schwefeldioxidausstoßes aus der Steinkohlenverwendung, bei den Stickoxidemissionen stehen mit einem Anteil von nahezu zwei Dritteln die Mineralöle (Treibstoffe) im Vordergrund.

Angaben über die Emissionen von Luftschadstoffen lassen wegen deren zumeist weiträumigen Transports keine unmittelbaren Aussagen über die Luftbelastung in einer Region zu. Hierfür sind Immissionsangaben erforderlich, die für die DDR nicht zur Verfügung stehen. Angesichts der skizzierten Emissionssituation — insbesondere beim Schwefeldioxid — muß jedoch mit hohen Immissionswerten gerechnet werden. Dies gilt vor allem für die industriellen Ballungsgebiete um Halle/Leipzig und um Cottbus. In der Bundesrepublik sind die SO_2-Immissionen von Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre infolge einer ‚Politik der hohen Schornsteine' noch zurückgegangen, seitdem sind sie in den Ballungsgebieten nahezu unverändert geblieben. Im allgemeinen liegen die Immissionen seit 1981 unter den maximal zulässigen Werten. Die Stickoxidimmissionen (NO_x als NO_2) sind in den Belastungsgebieten in den vergangenen Jahren weiter leicht gestiegen, wenn auch die festgelegten Immissionswerte an keiner Meßstelle überschritten werden[5].

Wasserverschmutzung

Hinsichtlich der quantitativen Verfügbarkeit von Wasser gehört die Bundesrepublik zu den begünstigten, die DDR zu den benachteiligten Gebieten[6].

Erhebliche Probleme für die Wasserversorgung wirft in beiden Staaten die starke Verschmutzung der Oberflächen- und Küstengewässer sowie des Grundwassers auf. Abwasser, Abfälle und Abgase aus Industrie- und Gewerbebetrieben sowie aus privaten Haushalten enthalten eine Vielzahl von gewässerbelastenden Schadstoffen. Besonders problematisch sind schwer abbaubare Stoffe wie organische Verbindungen, Salze und Schwermetalle, aber auch Wärmeeinleitungen durch aufgeheiztes Kühlwasser.

Die Verschmutzung der Oberflächengewässer und des Grundwassers konzentriert sich in der DDR vor allem auf die Ballungsgebiete mit den Flüssen Pleiße, Elster, Unstrut und Saale. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt sind es die Flüsse Chemnitz, Zwickauer Mulde und Weiße Elster sowie in Thüringen die Flüsse Werra und Ulster. Nur noch etwa 17 vH der Hauptwasserläufe können mit vertretbarem Aufwand zur Trinkwasserversorgung herangezogen werden, die übrigen sind so stark verschmutzt, daß ihre Aufbereitung komplizierte und kostspielige Verfahren voraussetzen würde, zu deren Finanzierung sich die DDR gegenwärtig nicht in der Lage sieht. Verursacher sind die chemischen Betriebe, die Zellstoff- und Papierverarbeitung, die Textilveredelungsindustrie sowie die Braunkohlen- und Metallveredelung. Im Thüringer Raum bewirkt die Kaliindustrie mit ihrer starken Absonderung von Salzlauge die Gewässerbelastung. Dies hat auch negative Folgen für Werra und Weser auf westdeutschem Gebiet. Die aus den Kaligruben in Thüringen stammenden Salzfrachten und -konzentrationen in Weser und Werra sind derart hoch, daß die Trinkwassergewinnung aus der Weser und dem ufernahen Grundwasser teilweise bereits aufgegeben werden mußte[7].

Auch in der Bundesrepublik konzentriert sich die Gewässerverschmutzung auf die industriellen Ballungsräume, vor allem im Niederrheingebiet, im Untermaingebiet, im Raum Mannheim/Ludwigshafen und Stuttgart. Ein großer Teil der Fließgewässer in diesen Regionen gilt als ‚kritisch belastet' bis ‚übermäßig verschmutzt'[8].

Gefahren gehen in erheblichem Maße auch von der Verwendung von Düngemitteln, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in der Landwirtschaft aus. In der Bundesrepublik wurden besonders hohe Nitratgehalte im Trinkwasser in der Niederrheinischen Bucht (Gemüse- und Zuckerrübenanbau), im Oberrheintalgraben (Wein- und Gemüseanbau), in den Tälern von Rhein, Mosel, Main und Neckar (Weinanbau) und in der Region München (Hopfenanbau) festgestellt. In der DDR wird je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ähnlich viel Stickstoffdünger verbraucht, so daß der Nitratgehalt ähnlich hoch sein dürfte.

Mit Eingriffen in den Grundwasserhaushalt sind auch der Kohlentagebau und die Gewinnung von Sand und Kies verbunden. Dabei ähneln sich die Probleme in beiden Staaten, sie sind aufgrund der forcierten Nutzung der Braunkohle in der DDR aber besonders ausgeprägt. So hat der Braunkohlenabbau im Cottbusser Raum mit seinen Grundwasserabsenkungstrichtern die Flüsse Pleiße, Schwarze Elster und untere Mulde stark beeinträchtigt[9]. Minderungen der Grundwasservorräte sind ebenso eine Folge wie Verschmutzungen, insbesondere durch Sulfate, Phenole, Schwefelsäure, Eisen und Schwebstoffe.

Auch die Meere (Ostsee!) weisen beträchtliche Verunreinigungen auf. Durch die mit organischen und anorganischen Stoffen belasteten Flüsse gelangen Schadstoffe ebenso ins Meer wie durch die direkte Einleitung kommunaler und industrieller Abwasser und die unmittelbare Verbringung von Abfallstoffen mit Spezialschiffen ins Meer. Verschmutzungen resul-

tieren weiterhin aus dem Schiffsverkehr — insbesondere aus dem Öltransport — sowie aus dem Schadstoffeintrag aus der Atmosphäre.

Für die Gewässerreinhaltung sind Art und Umfang der Abwasserbeseitigung von wesentlicher Bedeutung. In der Bundesrepublik sind im Bereich der öffentlichen Abwasserbeseitigung etwa neun Zehntel aller Einwohner an die Kanalisation angeschlossen. Hier fallen jährlich etwa 8 Mrd. m^3 Abwasser an. Der überwiegende Teil wird in den mehr als 8000 Kläranlagen behandelt, der Mengenanteil des vollbiologisch behandelten Abwassers liegt bei fast zwei Dritteln. Im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe fallen jährlich (1981) rund 11 Mrd. m^3 Abwasser an. Davon werden reichlich 70 vH — vorwiegend ohne Rückkühlung — unmittelbar in Oberflächengewässer und/oder in den Untergrund eingeleitet. Nahezu ein Viertel wird in betriebseigenen Anlagen behandelt, der Rest fließt in die öffentliche Kanalisation. Den mit Abstand größten Abwasseranfall haben die öffentlichen Wärmekraftwerke mit 25,2 Mrd. m^3 (1981). Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Kühlwasser, dessen Abwärmeinhalt ebenfalls zu einer Gewässerbelastung führt.

Über den Stand der Abwasserbeseitigung in der DDR liegen nur vereinzelte Informationen vor. Danach gibt es dort rund 1000 Kläranlagen, das Abwassernetz umfaßt eine Länge von rund 34000 km, etwa 70 vH der Bevölkerung sind angeschlossen. Ein Teil der Leitungssysteme ist stark veraltet und wird damit selbst zu einer Quelle der Boden- und Gewässerbelastung.

Bodenbelastung

Der Boden ist Auffangbecken für die Mehrzahl der in die Umwelt gelangenden schädlichen Substanzen; er kann damit auch selbst — etwa für das Grundwasser oder für die Vegetation — zu einer Quelle für die Belastung werden. Die natürlichen Bodenfunktionen werden durch die Schadstoffablagerungen aus der Luft (z. B. die sauren Depositionen als Folge der SO_2- und NO_x-Emissionen oder die Depositionen von Schwermetallemissionen), durch den unmittelbaren Schadstoffeintrag durch Abwässer, Klärschlamm, Abfälle, Altablagerungen, durch Düngung und Verwendung von Pflanzenschutzmitteln beeinträchtigt, ebenso durch die unterschiedlichen Formen der direkten Bodennutzung. Hier spielt der zunehmende Landverbrauch und die Zerschneidung von Naturräumen durch Bebauung, Zersiedelung, Verkehrsstraßen und durch den Abbau von Rohstoffen eine wichtige Rolle [10].

Ein besonderes Problem stellt für die DDR wiederum der forcierte Braunkohlenabbau dar: Für die Aufschließung neuer Tagebaue werden jedes Jahr 2000 bis 3000 ha Landflächen beansprucht [11]. Die DDR behauptet, daß seit 1965 bereits 87 vH der für die Kohlengewinnung in Anspruch genommenen Flächen — das waren 40728 ha — rekultiviert worden sind [12]. In der Bundesrepublik sind fast 30000 ha vom Braunkohlenbergbau beansprucht worden. Bisher wurden davon etwa zwei Drittel rekultiviert [13]. Die derzeitigen Abbauflächen für die Gewinnung von Rohstoffen nehmen in der Bundesrepublik rund 0,3 vH des Gesamtgebietes ein. Der zusätzliche jährliche Flächenbedarf für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe wird auf 6000 ha veranschlagt, davon entfallen allein 5000 ha auf den Sand- und Kiesabbau [14].

Die Belastungen der Böden durch Schadstoffeinträge sind in beiden Staaten bisher nur wenig untersucht worden. Generelle Aussagen sind daher nicht möglich, zumal sich die Belastbarkeit einzelner Böden erheblich voneinander unterscheidet. Hohe und weitgehend irreversible Kontaminationen der Böden mit den Schwermetallen Blei, Cadmium und Thallium sind in der Bundesrepublik vor allem in der Umgebung von Standorten festgestellt worden, in denen Schwermetallerze abgebaut und verhüttet werden [15]. Schädlich ist auch die Belastung durch die Klärschlammaufbringung, in der DDR zusätzlich die Aufbringung von Streusalzen zur Bekämpfung von Straßenglätte im Winter.

Abfälle

Das Abfallproblem ist besonders groß in der Bundesrepublik, wo zuletzt das gesamte Abfallaufkommen rund 270 Mill. t betrug. Daran war das produzierende Gewerbe mit 190 Mill. t beteiligt, rund zwei Drittel davon entfielen auf Bauschutt und Bodenaushub. Im Bereich der öffentlichen Abfallbeseitigung lagen die Abfallmengen im Jahre 1982 bei 80 Mill. t. An Hausmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und Sperrmüll wurden dabei 23 Mill. t bzw. fast 130 Mill. m^3 eingesammelt — je Einwohner und Jahr sind dies über 2 m^3. Demgegenüber beläuft sich das Aufkommen an Siedlungsmüll (Haus- und Sperrmüll) in der DDR lediglich auf 18 Mill. m^3 — also auf nur wenig mehr als 1 m^3 je Einwohner und Jahr. Der dort vergleichsweise geringe Müllanfall ist u. a. damit zu erklären, daß Verpackungen einen Engpaß darstellen und Einwegflaschen wie Einweggläser kaum in Umlauf sind.

Von dem gesamten Hausmüll werden in der Bundesrepublik etwa drei Viertel deponiert und etwa ein Fünftel an Müllverbrennungsanlagen geliefert. Insgesamt bestehen knapp 3000 Deponien sowie 44 Müllverbrennungsanlagen. In der DDR wird gegenwärtig lediglich eine Müllverbrennungsanlage betrieben, der überwiegende Teil des Müllanfalls wird deponiert, ein kleinerer Teil auch kompostiert. Noch immer aber werden etliche Mengen ‚wild' abgelagert. Über die Industrieabfälle in der DDR sind keine Angaben verfügbar.

In beiden deutschen Staaten werden Abfallprodukte als Sekundärrohstoffe genutzt. 1984 konnten in der DDR 12 vH des Bedarfs an Industrierohstoffen damit gedeckt werden; bei Rohstahl erreicht der Schrottanteil 70 vH und bei Papier und Pappe 50 vH [16]. In der Bundesrepublik beruht nahezu ein Drittel der metallischen Einsatzstoffe zur Rohstahlerzeugung auf Schrott, in der Papier- und Pappeindustrie werden Größenordnungen wie in der DDR erreicht, fast 30 vH der Einsatzstoffe für die Behälterglasproduktion bestehen aus Glasscherben, und in der NE-Metallproduktion besteht im Durchschnitt etwa ein Drittel der

Einsatzmenge aus Bearbeitungsabfällen und Schrott. In beiden deutschen Staaten werden die in Hochöfen und Stahlwerken anfallenden Schlacken wiederverwertet, auch die Grob- und Flugaschen aus Steinkohlen- bzw. Braunkohlenkraftwerken.

Ein Problem sind überall die verlassenen und stillgelegten Ablagerungsplätze mit kommunalen und gewerblichen Abfällen sowie wilde Ablagerungen, Aufhaldungen und Verfüllungen mit umweltgefährdenden Produktionsrückständen. In der Bundesrepublik wurden insgesamt rund 30 000 bekannte Altdeponien ermittelt, von denen etwa 1 000 bis 2 000 als problematisch angesehen werden müssen[17].

1.5.2. Gesetzliche Grundlagen und Maßnahmen

1.5.2.1. Gesetzliche Grundlagen

In beiden deutschen Staaten sind in der Vergangenheit umfangreiche gesetzliche Grundlagen zum Schutz der Umwelt geschaffen worden, die darauf abzielen, die jeweiligen Verursacher zu veranlassen, Umweltbeeinträchtigungen nach Möglichkeit zu vermeiden, mindestens aber auf die gesetzlich vorgeschriebenen Werte zu reduzieren. In der DDR ist der Umweltschutz in der Verfassung verankert[18]. Mit dem darauf basierenden Landeskulturgesetz vom Mai 1970 sowie den dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen und -verordnungen sind hier alle wichtigen Umweltbereiche erfaßt. Zwar wurden schon vorher einige umweltrelevante Bestimmungen erlassen, doch erst seit Anfang der siebziger Jahre sah sich die DDR — wie im übrigen auch die Bundesrepublik — durch den wachsenden Problemdruck veranlaßt, eine Fülle weiterer gesetzlicher Regelungen — meist anknüpfend an das Landeskulturgesetz — in Kraft zu setzen (vgl. Übersicht 1.5.-2). Unabhängig von diesen gesetzlichen Regelungen sind die verschärften Normen und Normative zum effizienteren Energie- und Materialeinsatz indirekt mit positiven Umwelteffekten verbunden.

1971 wurde das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft gebildet. Ein Teil der Verantwortung für die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen ist aber auf die Bezirksleitungen und örtlichen Organe übertragen worden. Ihnen obliegt insbesondere die Aufgabe, die Ziele der Planerfüllung mit denen des Umweltschutzes in Einklang zu bringen und ggf. Prioritätsentscheidungen zu treffen.

Fragen des Umweltschutzes fallen in der Bundesrepublik weitgehend in die Zuständigkeit der Länder. Mit Ausnahme einiger Bundesländer ist dem Umweltschutz bislang zwar kein Verfassungsrang eingeräumt worden, doch sind praktisch auf allen seinen Gebieten Rechtsvorschriften erlassen worden (vgl. Übersicht 1.5.-2). Im Juni 1986 erfolgte schließlich die Gründung des Bundesministeriums für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Zur Verhinderung der Umweltkriminalität bildet das Umweltstrafrecht seit 1980 einen eigenen Abschnitt im Strafgesetzbuch. Damit soll deutlich gemacht werden, daß der Umwelt der gleiche Rang zukommt wie anderen strafrechtlich geschützten Rechtsgütern.

Von mittelbarer umweltschutzpolitischer Bedeutung sind des weiteren die gesetzlichen Regelungen zur sparsamen und rationellen Energieverwendung. Zu nennen sind hier vor allem das Energieeinsparungsgesetz und die darauf beruhenden Verordnungen (u. a. Wärmeschutzverordnung, Heizungsanlagenverordnung). Umweltbedeutsam sind schließlich solche Regelungen, die der finanziellen Förderung von Umweltschutzmaßnahmen dienen (z. B. steuerliche Vergünstigung nach Einkommensteuergesetz; verschiedene Investitionsprogramme).

Im Unterschied zur DDR gab es in der Bundesrepublik bis Juni 1986 auf Bundesebene kein Umweltministerium; vielmehr waren und sind hier auch heute noch mehrere Bundesressorts für Umweltaufgaben verantwortlich. Das Bundesinnenministerium war für Grundfragen des Umweltschutzes zuständig und federführend für die Bereiche Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Wasser- und Abfallwirtschaft, Umweltchemikalien und Strahlenschutz. Nunmehr sind diese Aufgaben des Bundesinnenministeriums auf das neue Umweltministerium übertragen worden. Der Bundesregierung und dem Umweltministerium stehen zur fachlichen Unterstützung zahlreiche Institutionen zur Verfügung, so etwa das 1974 gegründete Umweltbundesamt, das Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene im Bundesgesundheitsamt sowie die Bundesanstalt für Gewässerkunde. Als wissenschaftliches Beratungsorgan wurde 1971 die Bildung eines Rates von Sachverständigen für Umweltfragen beschlossen, der in der Folgezeit eine Vielzahl von gutachterlichen Stellungnahmen zu Fragen des Umweltschutzes vorgelegt hat (z. B. das Sondergutachten „Energie und Umwelt" aus dem Jahre 1981).

Nach dem Grundgesetz unterliegen der Vollzug von Bundesgesetzen und die übrigen Verwaltungsaufgaben des Umweltschutzes den dabei in eigener Verantwortung handelnden Ländern, bei denen diese Aufgaben teilweise in eigenen Umweltministerien wahrgenommen werden. Der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern dienen in erster Linie die Umweltministerkonferenz und eine Reihe von Ausschüssen und Arbeitskreisen.

Bei den nach Bundes- bzw. Landesrecht durchzuführenden Verfahren ist teilweise eine Bürgerbeteiligung vorgesehen. Anhörungs- und Einwendungsrechte bestehen insbesondere bei Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, nach dem Atomgesetz und nach dem Bundesbaugesetz. Eine rechtzeitige Beteiligung von bestimmten Naturschutzverbänden sieht das Bundesnaturschutzgesetz bei allen wichtigen Maßnahmen zur Natur- und Landschaftspflege sowie bei beabsichtigten Eingriffen in Natur und Landschaft vor.

Bei ihrer Umweltschutzgesetzgebung lassen sich beide deutschen Staaten programmatisch von ähnlichen Prinzipien leiten. Im Mittelpunkt steht das Verursacherprinzip. Festgesetzt werden Emissions- und Immissionsgrenzwerte, Verfahrens- und Produktnor-

Übersicht 1.5.-2

Wichtige gesetzliche Regelungen zum Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR

Bundesrepublik Deutschland	DDR
Bundesimmissionsschutzgesetz (1974) einschließlich der darauf basierenden Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften (z. B. Verordnung über Großfeuerungsanlagen vom 22. Juni 1983 und TA-Luft vom 28. Februar 1986)	Landeskulturgesetz (1970)
Benzin-Blei-Gesetz (1971)	Wassergesetz (1963 und 1982)
Fluglärmgesetz (1971)	Regelungen zur Reinhaltung des Wassers (1970, 1971 und 1974) und zur Gewässeraufsicht (1978)
Straßenverkehrsgesetz	Wasserschadstoffverordnung (1978)
Wasserhaushaltsgesetz (1976)	Altölanordnung (1977 und 1980)
Waschmittelgesetz (1975) mit der darauf basierenden Phosphathöchstmengenverordnung (1980)	Bodennutzungsverordnung (1964 und 1981)
Abwasserabgabengesetz (1976)	Verordnung zum Waldschutz (1965) bzw. zum Baumschutz (1981)
Chemikaliengesetz (1982)	Amtliche Schadstoffliste (1978 und 1981)
Trinkwasserverordnung (1975)	Luftverunreinigungsanordnung (1968)
Bundesnaturschutzgesetz (1976)	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (1964, 1968 und 1971)
Bundeswaldgesetz (1975)	Vorschriften zur Instandhaltung von Kraftfahrzeugen (1973) und zur Minderung der Emissionen von Verbrennungsmotoren (1983)
Flurbereinigungsgesetz (1976)	Strahlenschutzverordnung (1969)
Pflanzenschutzgesetz (1968)	Strahlenschutzbauartprüfung von Strahlenquellen (1978)
Düngemittelgesetz (1977)	Strahlenschutzgenehmigung (1978)
Abfallbeseitigungsgesetz (1972)	Bestimmungen zur Endlagerung von radioaktiven Stoffen (1981)
Altölgesetz (1979)	Bestimmungen zur Atomsicherheit (1984)
Atomgesetz (1960)	
Strahlenschutzverordnung (1960)	

men, Gebote und Verbote und spezielle Einzelanweisungen. Abgaberegelungen finden in beiden Staaten nur begrenzte Anwendung. Potentielle Umweltschädiger sollen grundsätzlich gezwungen werden, bestimmte festgelegte Umweltstandards einzuhalten. Die Verfolgung des Verursacherprinzips bedeutet, daß sämtliche Kosten für die Vermeidung, die Beseitigung oder den Ausgleich von Umweltbelastungen dem Verursacher vollständig zugerechnet werden sollen. In der Anwendung und Durchsetzung des Verursacherprinzips zeigen sich in beiden Staaten in der Realität freilich einige Schwierigkeiten und Differenzen. Die Festlegung der Umweltstandards ist abhängig von den mit ihrer Einhaltung verbundenen Kosten. In der Bundesrepublik sollen die aus Umweltschutzmaßnahmen resultierenden Kosten grundsätzlich auf die Preise überwälzt werden, wirtschaftliche Schranken für zu strenge Standards ergeben sich im Grunde erst bei einer Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. In der DDR werden im allgemeinen weder Preisheraufsetzungen zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen zugelassen, noch — zum Ausgleich hierfür — ausreichende Subventionen gewährt. Umweltinvestitionen werden in der DDR dadurch begrenzt, daß den Betrieben oftmals die dafür erforderlichen Ressourcen nicht zur Verfügung gestellt werden. Dies kann sogar dazu führen, daß selbst bindende Standards praktisch nicht einzuhalten sind.

1.5.2.2. Umweltschutzmaßnahmen

Forschung und Entwicklung

Wirksame Umweltschutzpolitik setzt adäquate Informationen über Art und Umfang der jeweiligen Umweltbelastungen, über deren Verursacher und Folgewirkungen sowie über deren Minderungs- bzw. Vermeidungsmöglichkeiten voraus. Der im Umweltbereich häufig noch sehr begrenzte Kenntnisstand z. B. über bestimmte Wirkungszusammenhänge erfordert dabei noch erhebliche Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen.

In der DDR wird in zahlreichen wissenschaftlichen Institutionen an der Erforschung von Umweltproblemen gearbeitet[19]. Da in der DDR lärmbedingte Berufskrankheiten stark verbreitet sind, wurde dort

die Lärmschutzforschung vorrangig entwickelt und zum Gegenstand einiger großer in der DDR veranstalteter Kongresse gemacht.

In der Bundesrepublik sind ebenfalls zahlreiche universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen an der Umweltforschung beteiligt. Zentrale Dienste für die Ressortforschung und für die Koordinierung der Umweltforschung des Bundes leistet das Umweltbundesamt. Beim Bundesminister für Forschung und Technologie gibt es einen eigenen Bereich Umweltforschung, aus dem im Jahre 1984 Förderungsbeiträge in Höhe von knapp 280 Mill. DM geleistet worden sind. Damit wurden Universitäten und Forschungsinstitute und auch die Umweltforschung im Bereich der Wirtschaft finanziert. Allein auf dem Gebiet der Luftreinhaltung hat die Bundesregierung von 1976 bis 1980 mehr als 620 FuE-Vorhaben mit einem Mitteleinsatz von 540 Mill. DM gefördert.

Erfassung von Umweltbelastungen

Eine wesentliche Bedeutung hat die kontinuierliche Erfassung der Umweltbelastungen. In der DDR werden hinsichtlich der Luftverschmutzung z. B. von den Hygiene-Instituten der Bezirke sowie von der Abgasprüfstelle in Berlin-Adlershof regelmäßige Messungen der Konzentration wichtiger Schadstoffe vorgenommen und mit den für den gesamten RGW gültigen maximal zulässigen Immissionskonzentrationen (MIK-Werte) verglichen. Das ‚Amt für Wasserwirtschaft' überwacht die Gewässer, der ‚Rat für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft' kontrolliert tierische und pflanzliche Produkte. Für die Messung und Vermeidung von Strahlenschäden ist das ‚Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz' zuständig. Schließlich werden von den örtlichen Organen als Voraussetzung für Lärmminderungsmaßnahmen Lärmkarten erstellt. Gleichzeitig werden alle ‚Lärmarbeitsplätze' (Lärmpegel >85 db) erfaßt und hierfür entsprechende Schutzvorrichtungen eingeführt. Bereichsübergreifend soll die 1985 gegründete staatliche Umweltinspektion Belastungen überwachen, Grenzwerte festlegen und ihre Durchsetzung kontrollieren [20].

Zur Beurteilung und Überwachung der Luftqualität müssen in der Bundesrepublik die Länder nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz Belastungsgebiete ausweisen und hierfür Emissions- und Immissionskataster aufstellen. Die Anlagenbetreiber sind zur Abgabe von Emissionserklärungen verpflichtet. Die Immissionen werden von zahlreichen kontinuierlich registrierenden Meßstationen erfaßt [21]. Mit der Überwachung der Umweltradioaktivität und mit der Ermittlung der Strahlenexposition der Bevölkerung sind unterschiedliche Stellen beauftragt. Derzeit umfaßt das Meßnetz acht Leitstellen, die sämtliche Umweltbereiche regelmäßig auf ihren Gehalt an radioaktiven Stoffen überwachen. Über die Ergebnisse wird regelmäßig berichtet. Die Qualität der Oberflächengewässer wird von mehreren Institutionen überprüft. Von der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser werden im Turnus von fünf Jahren Gewässergütekarten herausgegeben. Die Wasserqualität in der Nord- und Ostsee wird von den Küstenländern regelmäßig untersucht. Informationen über die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung liegen seit 1975 aufgrund der Erhebungen nach dem ‚Gesetz über Umweltstatistiken' für die öffentliche Wasserversorgung, die Industrie und die Kraftwerke vor.

Auf der Grundlage dieses Gesetzes werden ebenfalls Informationen über die Abfallbeseitigung gesammelt. Seit 1982 werden Waldschadenserhebungen durchgeführt und in Waldschadenskarten zusammengefaßt.

Maßnahmen

In der DDR werden die konkreten Maßnahmen zum Umweltschutz in den mittelfristigen und jährlichen Plänen festgelegt. Im Fünfjahrplan 1971 bis 1975 gab es zum ersten Mal ein Umweltprogramm mit einem Volumen von 7 Mrd. M. Hierin waren allerdings auch Meliorationsmaßnahmen einbezogen. In den folgenden beiden veröffentlichten Fünfjahrplänen war weder eine Umweltkonzeption noch die Bereitstellung von Mitteln für Umweltschutzmaßnahmen enthalten. Es wurde lediglich von ihrer planmäßigen Weiterführung gesprochen. Es ist zu vermuten, daß die dafür zur Verfügung gestellten Mittel rückläufig gewesen sind. Im Zusammenhang mit der hohen außenwirtschaftlichen Belastung ist auch die Investitionstätigkeit insgesamt eingeschränkt worden.

Dies hat dazu geführt, daß das vordringliche Problem der Luftreinhaltung bislang keiner Lösung nähergebracht worden ist. Zwar müssen Industrie und Kraftwerke bei Überschreiten vorgegebener Grenzwerte für bestimmte Schadstoffe ein Staub- und Abgasgeld entrichten. Auch können Zwangsgelder bei Nichteinhaltung von Auflagen erhoben werden. Diese Regelungen haben in der Vergangenheit im wesentlichen jedoch nur dort Konsequenzen gehabt, wo positive Effekte mit vergleichsweise geringem Mittelaufwand erzielt werden konnten (Staubemissionen). Für die Entwicklung wirksamer Abgasreinigungsverfahren zur Entschwefelung von Rauchgasen bei den Braunkohlenkraftwerken stehen jedoch nach wie vor keine ausreichenden Investitionsmittel zur Verfügung [22]. Im Rahmen der ‚Konvention über grenzüberschreitende Luftverschmutzung' der ECE (Economic Commission for Europe) hat die DDR die Verpflichtung übernommen, die SO_2-Emissionen bis 1993 um mindestens 30 vH unter die Werte von 1980 zu senken. Trotz der inzwischen angekündigten Maßnahmen dürfte dieses Ziel kaum zu erreichen sein.

Auch beim Gewässerschutz liegen die Probleme in der DDR weniger in einem fehlenden Regelwerk als in dessen wirksamer Durchsetzung. Grundsätzlich müssen die Betriebe bestimmte Grenzwerte einhalten, wovon allerdings befristete Ausnahmen möglich sind, wenn die betrieblichen Kapazitäten zur Reinigung von Abwässern überlastet sind bzw. repariert werden. Werden die zulässigen Grenzwerte überschritten, so ist — je nach Art und Menge der eingeleiteten Schad- und Abfallstoffe — ein Abwassergeld zu entrichten. Für eingeleitete Gifte, besonders gefährdende Stoffe

(z. B. Altöl) und bei Schäden infolge unzulänglicher Schutzmaßnahmen werden Ordnungsstrafen und Bußgelder erhoben. Die nach wie vor sehr hohe Gewässerverschmutzung läßt erkennen, daß diese Maßnahmen offenkundig nicht ausreichend sind. Auch fehlt es wegen ungenügender Investitionszuweisungen noch immer an den notwendigen zusätzlichen Klärwerkskapazitäten. Statt dessen versucht man, den Wasserverbrauch zu beschneiden. So sollte etwa im Rahmen des Fünfjahrplans 1981/1985 die jährliche Zunahme des industriellen Wasserverbrauchs auf maximal 1 vH begrenzt und die Trinkwasserentnahme der Industrie aus dem öffentlichen Netz spürbar reduziert werden. Mit Hilfe von Normvorgaben für die Wasserentnahme und den -bedarf wurde gleichzeitig eine Senkung des spezifischen Wasserverbrauchs um insgesamt 25 vH angestrebt[23].

Maßnahmen auf dem Gebiet des Natur- und Landschaftsschutzes konzentrieren sich in der DDR weitgehend auf die Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten, in denen in unterschiedlichem Maße Nutzungsbeschränkungen z. B. hinsichtlich der Bebauung, Industrieansiedlung, Verkehrsflächen vorgeschrieben sind. Gegenwärtig gibt es 751 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von über 1000 km² (0,94 vH des DDR-Gebietes) sowie 403 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von 19300 km² (18 vH)[24].

Die DDR beabsichtigt, die Nutzung der Kernenergie in Zukunft weiter voranzutreiben. Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl ist es derzeit jedoch offen, in welchem Tempo dies geschehen soll. Um die mit der Kernenergie verbundenen Umweltgefahren auszuschließen, werden Errichtung, Inbetriebnahme und bauliche Veränderungen der Kernkraftwerke einem komplizierten Genehmigungsverfahren unterzogen. Allerdings vermuten Fachleute, daß Sicherheit und Schutz bei Störfällen nicht das in westlichen Ländern erreichte Niveau haben. In Zukunft wird mit wesentlich verschärften Sicherheitsanforderungen gerechnet werden müssen. Das Entsorgungsproblem spielt derzeit in der DDR noch keine große Rolle: Hochradioaktive Abfälle werden in die Sowjetunion zur Endlagerung überführt, schwachradioaktive Abfälle bleiben in der DDR[25].

In der Bundesrepublik wurden wie in der DDR größere umweltschutzpolitische Aktivitäten Anfang der siebziger Jahre eingeleitet. Nach einem 1970 beschlossenen ‚Sofortprogramm Umweltschutz' wurde von der Bundesregierung ein Jahr später das erste umfassende Umweltprogramm vorgelegt. Die danach erlassenen Gesetze und Rechtsverordnungen enthalten vorwiegend Normen und Grenzwerte. Vielfach werden Umweltschutzmaßnahmen über direkte Zuschüsse bzw. Steuer- und Kreditvergünstigungen mit öffentlichen Mitteln gefördert. Hinzu kommen die unmittelbar von der öffentlichen Hand für Umweltschutzmaßnahmen geleisteten Ausgaben. Für die Jahre 1971 bis 1981 werden diese auf nahezu 120 Mrd. DM geschätzt. Hiervon entfielen nahezu zwei Drittel auf Maßnahmen zum Gewässerschutz und knapp 28 vH auf solche im Bereich der Abfallwirtschaft[26]. Im produzierenden Gewerbe betrugen die Umweltschutzinvestitionen von 1975 bis 1982 gut 20 Mrd. DM. Daran waren Investitionen für die Luftreinhaltung etwa zur Hälfte beteiligt, gefolgt von solchen zum Gewässerschutz (ein Drittel) sowie zur Abfallbeseitigung und zur Lärmbekämpfung (jeweils 8 bis 9 vH).

Durch die Setzung höchstzulässiger Emissionsgrenzwerte konnte in der Vergangenheit bei einigen Schadstoffen (z. B. Staub, CO, Blei) bereits eine deutliche Emissionsverminderung bewirkt werden, doch waren die aus den Grenzwerten resultierenden Anforderungen insgesamt zu schwach, um größere Erfolge zu erreichen. Wenn auch von vielen noch immer nicht als ausreichend angesehen, werden die 1985 EG-weit getroffenen Vereinbarungen zur Herabsetzung von Schadstoffgrenzwerten für Kraftfahrzeuge, insbesondere die verschärften Anforderungen nach der 1983 verabschiedeten Großfeuerungsanlagenverordnung in Zukunft zu einer erheblichen Verringerung vor allem der SO_2- und NO_x-Emissionen führen. Durch den Einbau von Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen, deren Investitionskosten zusammen auf mindestens 15 Mrd. DM geschätzt werden, dürften sich bis Mitte der neunziger Jahre nach Berechnungen des Umweltbundesamtes[27] gegenüber 1980 allein im Kraftwerksbereich die SO_2-Emissionen um drei Viertel und die NO_x-Emissionen um über zwei Drittel reduzieren. Außerdem wird der Staubausstoß noch einmal halbiert. Die SO_2-Emissionen insgesamt können dadurch auf die Hälfte des Ausgangsniveaus gesenkt werden. Mit der geplanten Vorschrift zur weiteren Herabsetzung des Schwefelgehalts im leichten Heizöl (von 0,3 auf 0,15 vH) ist ein noch stärkerer Rückgang wahrscheinlich. Die Entwicklung der gesamten NO_x-Emissionen hängt entscheidend von der Verbreitung der mit Katalysatoren ausgestatteten bzw. anderen schadstoffarmen PKW ab. Durch eine zeitlich begrenzte Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer soll dieser Prozeß beschleunigt werden.

Dem Schutz der Gewässer dienen bundeseinheitliche Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwässern, die in Verwaltungsvorschriften für jeden Produktionszweig festgesetzt werden. Dabei müssen allerdings bislang nur die ‚anerkannten Regeln der Abwassertechnik', nicht aber — wie in anderen Bereichen — das wesentlich schärfer wirkende Kriterium des jeweils neuesten ‚Standes der Technik' beachtet werden. Um für die Gewässernutzer einen ökonomischen Anreiz zum Bau von Kläranlagen zu bewirken, wird seit 1981 eine Abwasserabgabe erhoben, die zunächst 12 DM pro Schadeinheit und Jahr betrug und die bis 1986 auf 40 DM steigen soll. Die bisherigen Maßnahmen — zu denen auch die vorgeschriebene Begrenzung des Phosphatgehalts in Wasch- und Reinigungsmitteln sowie die Regelungen zur Altölbeseitigung zählen — haben tendenziell zu einer Verbesserung der Gewässergüte geführt, ohne daß aber bisher ein generell zufriedenstellender Zustand erreicht wäre. Dem speziellen Schutz der Trinkwasserversorgung soll die Festlegung von Wasserschutzgebieten zugute kommen. Insgesamt sind 14000 Schutzgebiete für Grundwasser mit einer Fläche von 25000 km² sowie 47 Schutzgebiete für Trinkwasser-

quellen und elf solcher Gebiete für Seen bereits festgesetzt oder noch festzusetzen.

Zur Verhinderung von Umweltbeeinträchtigungen durch das in der Bundesrepublik sehr hohe Abfallaufkommen müssen die Länder Abfallbeseitigungspläne aufstellen, in denen insbesondere Standorte für Abfallbeseitigungsanlagen festzulegen sind. Verstöße gegen die Bestimmungen des Abfallbeseitigungsgesetzes können als Ordnungswidrigkeiten verfolgt und mit Geldbußen bis zu 100 000 DM geahndet werden. Die bisherigen Maßnahmen haben den Trend einer steigenden Abfallmenge nicht verhindert. Mit der geplanten Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes soll deshalb auch dem Gesichtspunkt der Abfallvermeidung und der Abfallverwertung z. B. über die Kodifizierung von Rücknahmepflichten (Mehrwegverpackungen) und von Verwertungsgeboten Rechnung getragen werden[28]. Besondere Beachtung soll dabei auch das Problem der industriellen Sonderabfälle finden, die gegenwärtig noch in einer Menge von rund 5 Mill. t/a anfallen, von denen ein Teil auch zur Endlagerung in die DDR verbracht wird.

Wie in der DDR dient auch in der Bundesrepublik vor allem die Ausweisung bestimmter Schutzgebiete dem Natur- und Landschaftsschutz. Die dem strengsten Flächenschutz unterworfenen Naturschutzgebiete sind in den vergangenen Jahren auf inzwischen 1 850 erweitert worden. Gegenwärtig stehen rund 2 500 km² — also 0,99 vH der Bundesgebietsfläche — unter Naturschutz. Die festgesetzten 63 Landschaftsschutzgebiete umfassen eine Fläche von über 53 000 km² (Flächenanteil rd. 22 vH). Natur- und landschaftsschützende Aktivitäten sind in der 1985 von der Bundesregierung verabschiedeten Bodenschutzkonzeption vorgesehen, in der darüber hinaus auch ein breites Spektrum von in andere Umweltbereiche greifenden Maßnahmen konkretisiert wird.

Die Nutzung der Kernenergie hat in der Bundesrepublik mit einem Anteil von derzeit rund einem Drittel an der Stromerzeugung öffentlicher Kraftwerke erhebliche Bedeutung erlangt. Auch hier sind die Konsequenzen des Reaktorunfalls von Tschernobyl noch nicht absehbar. Bau und Betrieb kerntechnischer Anlagen, der Umgang mit radioaktiven Stoffen sowie die Beseitigung radioaktiver Abfälle sind durch eine Vielzahl von Vorschriften im Atomgesetz und in der Strahlenschutzverordnung geregelt. Bisher wurden die radioaktive Belastung im Normalbetrieb der Kernreaktoren sowie die atomaren Risiken bei Störfällen für gering angesehen. Das Entsorgungsproblem soll über die Errichtung zentraler Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente sowie mit dem Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage gelöst werden. Entscheidungen über die Errichtung eines Endlagers für hochaktive Abfälle stehen noch aus.

1.5.3. Internationale und innerdeutsche Zusammenarbeit

Der Umweltschutz bedarf internationaler Zusammenarbeit, zum einen, weil Umweltbelastungen vor Grenzen keinesfalls haltmachen. Zum anderen muß die nationale Umweltpolitik mit internationalen Gegebenheiten in gewissem Grade harmonisiert werden, weil in den einzelnen Ländern unterschiedlich gesetzte Anforderungen sonst Wettbewerbsverzerrungen zur Folge haben. Die Bundesrepublik und die DDR sind durch ihre zentrale Lage in Europa sowohl die Betroffenen als auch die Verursacher von grenzüberschreitenden Umweltbelastungen. Deshalb reicht für beide Staaten die jeweilige Blockorientierung nicht aus, vielmehr ist die Beteiligung an übergreifenden internationalen Regelungen geboten (z. B. im Rahmen der ECE), auch Verhandlungen miteinander sind unabdingbar.

Die Bundesrepublik ist an internationalen Umweltschutzabkommen beteiligt und fördert aktiv die Umweltforschung auf internationaler Ebene. Schon im Jahre 1950 wurde die Konvention zum Schutz des Rheins von den Anliegerstaaten gegründet, in deren Rahmen 1976 ein Übereinkommen zum Schutz gegen chemische Verunreinigungen folgte. Hinsichtlich der Meere sind 1974 zwei zwischenstaatliche Organisationen ins Leben gerufen worden: die Oslo-Kommission für die Nordsee sowie die Paris-Kommission für den Nordostatlantik. Bei ersterer gilt ein grundsätzliches Einbringungsverbot bestimmter gefährlicher Stoffe; 1984 fand die erste Nordseeschutz-Konferenz statt. Bei der Paris-Kommission versucht man stufenweise, die Meeresverschmutzung vom Lande aus (durch Minderung der Belastungen der Flüsse) zu senken. Innerhalb der EG gibt es seit 1973 eine grundsätzlich gemeinsame Umweltpolitik, deren Ausprägung in verschiedenen Aktionsprogrammen (z. B. 1977, 1983) ihren Niederschlag gefunden hat. Die inzwischen von der EG beschlossenen etwa 70 Richtlinien verpflichten die Mitgliedstaaten dazu, die festgelegten EG-Mindestanforderungen in nationales Umweltrecht umzusetzen. Dabei zeigte sich allerdings, daß bundesdeutsche Bestimmungen teilweise den EG-Vorstellungen schon voraus sind (z. B. Abfallregelungen, Bleigehalt im Benzin).

Weltweit koordiniert die 1972 gegründete Umweltorganisation der Vereinten Nationen (UNEP) Umweltaktivitäten. Schwerpunkte der Mitarbeit der Bundesrepublik sind die Erhaltung gefährdeter Tierarten, die Verhinderung der weiteren Ausbreitung von Wüsten, die Erhaltung der Ozonschicht, die Verbesserung der Meß- und Informationssysteme. Im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist die Bundesrepublik besonders an dem Programm über die Sicherheit chemischer Stoffe beteiligt, gleichzeitig hat sie Anteil z. B. an Untersuchungen über ökologische Probleme in Ballungszonen, über Ökosysteme von Gebirgen und tropischen Regenwäldern sowie über Fragen der Umwelterziehung. Umweltaktivitäten finden sich auch im Rahmen der OECD, der NATO und der IMO (Intergovernmental Maritime Organization).

Die DDR hat ihre internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes auf die RGW-Länder konzentriert. Hier ist das Hauptanliegen vor allem die Verbesserung der technisch-wissenschaftlichen Kooperation, die Festlegung ähnlicher Standards sowie die Einbeziehung von Umweltmaßnahmen in die Pla-

nung. An den wissenschaftlich-technischen Forschungsvorhaben des RGW zum Umweltschutz ist die DDR stark beteiligt, z. B. bei Fragen des Schutzes der Atmosphäre, des Wasserschutzes, der Abfallverwertung, aber auch der Sicherheit von Kernkraftwerken. Etwa zweimal im Jahre tritt der zur Koordinierung der RGW-Umweltforschung 1973 gegründete „Rat für Fragen des Umweltschutzes" zusammen, dem die jeweiligen stellvertretenden Minister für Umweltschutz der einzelnen Länder angehören. Mitte der siebziger Jahre wurde die Einführung eines globalen Umweltüberwachungssystems beschlossen. Die einzelnen Länder berichten über den Stand ihrer Umweltmaßnahmen. 1983 wurden als Forschungsschwerpunkte Technologien mit vermindertem Abfallaufkommen, besserem Sekundärrohstoffeinsatz und erhöhter Entschwefelung festgelegt.

Mit westlichen Ländern arbeitet die DDR hinsichtlich der Ostsee zusammen. Ziel ist, die Verschmutzungen vom Lande aus sowie die durch Schiffe zu vermindern. Im Jahre 1970 haben die Ostsee-Anrainerstaaten ein Abkommen ausgehandelt, das die Ölverschmutzung eindämmen sollte. Drei Jahre später kam es in Danzig zu einer Ostseekonferenz, die eine „Konvention über den Fischfang und den Schutz der biologischen Ressourcen der Ostsee" beschloß. Im Jahre 1974 ist auf einer Konferenz in Helsinki eine „Konvention zum Schutz der Meeresumwelt im Ostseegebiet" verabschiedet worden. Seitdem wurden auch mit westlichen Ländern einige bilaterale Verträge abgeschlossen.

Die DDR ist ebenfalls bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) vertreten und arbeitet zunehmend auch mit anderen Organisationen der UNO (z. B. WHO, FAO, ILO) sowie mit Spezialorganisationen auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und der Atomsicherheit[29]. Im Rahmen der ECE wurde 1983 ein Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen abgeschlossen, dem die DDR beigetreten ist. Schließlich hat sie auch die UNEP-Konvention zum Schutz der Ozonschicht (1985) mitunterzeichnet. Jedoch gibt es nur wenige bilaterale Abkommen mit westlichen Ländern (z. B. Dänemark/DDR 1985), weil die DDR noch immer eine gewisse Zurückhaltung ausübt. Das betrifft besonders das deutsch-deutsche Verhältnis. Die Bundesrepublik ist insbesondere durch Gewässerverschmutzungen aus der DDR belastet (z. B. Elbe und Werra). Aber auch bei der grenzüberschreitenden Luftverschmutzung zeigen sich gravierende Probleme, hier ist ein dringender Kooperationsbedarf im Hinblick auf die Abgasentschwefelung gegeben. Übereinkünfte zwischen beiden deutschen Staaten auch über größere Projekte dürften auf diesem Gebiet allerdings wesentlich von der Bereitschaft der Bundesrepublik zu wirtschaftlicher und technischer Hilfe abhängen.

Immerhin haben 1983 in Leipzig und Bonn erste Fachgespräche über Probleme der Rauchgasentschwefelung stattgefunden; 1984 erklärte sich die DDR auf der Münchener Umweltkonferenz — zusammen mit anderen ECE-Staaten — bereit, bis zum Jahre 1993 die SO_2-Emission um mindestens 30 vH unter das Niveau von 1980 zu senken. 1984 wurden ebenfalls Gespräche von Forstexperten beider deutscher Staaten über die Problematik der Waldschäden durchgeführt. Zudem laufen seit Mitte 1985 zwischen beiden Ländern Verhandlungen bezüglich eines Regierungsabkommens zum Umweltschutz, dabei geht es neben dem Informationsaustausch auch um Ansätze zu konkreter Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen sollen Fragen der Waldschäden, des Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung und der Abfallbeseitigung umfassen. Daneben werden Verhandlungen zur Erreichung einer Reduzierung der Salzbelastung von Werra und Weser weitergeführt sowie auch Expertengespräche über den Strahlenschutz und die Sicherheit kerntechnischer Anlagen fortgesetzt[30].

Insgesamt ist also die Liste der in West und Ost begonnenen sowie der blockübergreifenden Aktivitäten auf diesem Gebiet recht eindrucksvoll. Nachhaltige Erfolge dürften jedoch erst auf sehr lange Sicht zu erwarten sein.

Fußnoten

1 Differenz zwischen Niederschlag, Verdunstung und natürlichem Abfluß.

2 Vgl. Reichelt H.: Wasser ist natürlicher Reichtum — gut verwenden, nicht verschwenden. In: Tribüne (Berlin-Ost, Verlag Tribüne) vom 14. Juni 1985, S. 11.

3 So werden etwa in der Bundesrepublik die Gebäudeschäden und Korrosionsschäden an Materialien sowie die Ausgaben für zusätzlichen Wasch- und Reinigungsaufwand zusammen auf etwa 3 bis 4 Mrd. DM pro Jahr beziffert. Damit dürfte allerdings die unterste Grenze der Schadenskosten aufgrund der Luftverschmutzung angegeben sein. — Vgl. auch: Dritter Immissionsschutzbericht der Bundesregierung. Bonn 1984, S. 6/7.

4 Nach einer Studie des UNO-Wirtschaftsausschusses für Europa wird das Waldsterben in der DDR als am weitesten vorangeschritten eingestuft: Etwa 12 vH der DDR-Waldfläche von 2,9 Mill. ha — das wären 350000 ha — sollen bereits geschädigt sein. Es folgen die Tschechoslowakei mit 10 vH, die Bundesrepublik mit 8 vH und Polen mit 7 vH.

5 Zur Immissionsentwicklung in der Bundesrepublik vgl. Dritter Immissionsschutzbericht der Bundesregierung, S. 16ff.

6 Das gesamte natürliche Wasserdargebot — definiert als Differenz zwischen Niederschlagsmenge und Verdunstung einschließlich des Saldos aus natürlichen Abflüssen und Zuflüssen — beträgt in der Bundesrepublik im jährlichen Mittel reichlich 160 Mrd. m^3 — also rund 2600 m^3 pro Einwohner und Jahr (DDR: 700 m^3). — Vgl. Umweltbundesamt (Hrsg.): Daten zur Umwelt 1984. Berlin 1985, S. 219.

7 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Was Sie schon immer über Wasser und Umwelt wissen wollten. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz. Verlag W. Kohlhammer. 1984, S. 14.

8 Vgl. hierzu die vorliegenden Gewässergütekarten 1975 und 1980. In: Umweltbundesamt (Hrsg.): Daten zur Umwelt 1984, S. 174/175.

9 Vgl. Schulz H.: Nutzung von Grubenwasser des Cottbusser Raumes für Brauch- und Trinkwasserzwecke. In: Kommission für Umweltschutz beim Präsidium der Kammer der Technik (Hrsg.): Rationelle Wasserverwendung. Leipzig 1984, S. 69ff.

10 Zur Problematik der Bodenbelastung in der Bundesrepublik vgl. auch: Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung. Bonn 1985.

11 Vgl. Neues Deutschland (Berlin-Ost, Verlag Neues Deutschland) vom 2. August 1984, S. 3.

[12] Vgl. Presse-Informationen (hrsgg. vom Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin-Ost) vom 12. Oktober 1984.

[13] Vgl. Statistik der Kohlenwirtschaft: Der Kohlenbergbau in der Energiewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1983. Essen und Köln. Eigenverlag des Vereins Statistik der Kohlenwirtschaft. 1984, S. 20.

[14] Vgl. Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung, S. 39.

[15] Hierbei handelt es sich insbesondere um die Standorte Oker-Harlingerode (Blei-Zink-Hütte), Nordenham (Bleihütte), Stolberg (Bleihütte), Duisburg-Ruhrgebiet (Metallhütten), Hamburg (Metallhütten) und Lengerich (Zement).

[16] Im Jahre 1984 wurden in der DDR im „Mach mit!"-Wettbewerb je Haushalt 16,3 kg Altpapier gesammelt. Vgl. Berliner Zeitung (Berlin-Ost, Berliner Verlag) vom 5. Juni 1985, S. 3.

[17] Vgl. Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung, S. 27/28.

[18] Im Artikel 15 der Verfassung der DDR (Ausgabe 1974) heißt es: „(1) Der Boden der DDR gehört zu ihren kostbarsten Naturreichtümern. Er muß geschützt und rationell genutzt werden. Land- und forstwirtschaftlich genutzter Boden darf nur mit Zustimmung der verantwortlichen staatlichen Organe seiner Zweckbestimmung entzogen werden. (2) Im Interesse des Wohlergehens der Bürger sorgen Staat und Gesellschaft für den Schutz der Natur. Die Reinhaltung der Gewässer und der Luft sowie der Schutz der Pflanzen- und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheiten der Heimat sind durch die zuständigen Organe zu gewährleisten und sind darüber hinaus auch Sache jedes Bürgers."

[19] Als Beispiele seien genannt: Ein Institut im Tharandter Waldgebiet (Bezirk Dresden), das die Resistenz von Pflanzen, insbesondere von Laubbäumen, gegenüber Schadstoffen — wie SO_2, Fluor- und Chlorverbindungen sowie Industrieabgasen — testet, um widerstandsfähige Arten erkennen und züchten zu können. Mit ihnen hofft man, in belasteten Gebieten Grüngürtel anlegen zu können. — Das Institut für Meereskunde in Rostock führt in Zusammenarbeit mit den anderen Anrainerstaaten der Ostsee Messungen über Sauerstoffverhältnisse und Giftstoffe (z. B. Schwefelwasserstoff, Phosphor, Stickstoff) in diesem Meer durch.

[20] Vgl. Verordnung über die staatliche Umweltinspektion vom 12. 6. 1985. In: GBl. der DDR, Teil I/1985, S. 238ff.

[21] Ende 1983 gab es u. a. die folgenden behördlich betriebenen ortsfesten Meßstationen: 261 für Schwefeldioxid, 159 für Stickoxide, 134 für Kohlenmonoxid, 297 für Schwebstaub, 91 für Blei, 89 für Cadmium sowie 4557 für Staubniederschläge. Vgl. Umweltbundesamt (Hrsg.): Daten zur Umwelt 1984, S. 157.

[22] Man experimentiert mit dem Kalkstein-Additivverfahren, das in kleineren Heizwerken stundenweise bei ungünstiger Wetterlage angewandt wird. Viel erfolgversprechender wäre die — allerdings sehr investitionsintensive — Wirbelschichtfeuerung zur Erhöhung der Aschebindung von Schwefel.

[23] Vgl. Reichelt H.: Unsere Naturreichtümer rationell nutzen und wirksam schützen. In: Freie Presse (Karl Marx-Stadt, Verlag Freie Presse) vom 28. Mai 1982, S. 6. — Siehe ebenfalls Sawatzki P. und Glieme G.: Technologie der rationellen Wasserverwendung. In: Kommission für Umweltschutz beim Präsidium der Kammer der Technik (Hrsg.): Rationelle Wasserverwendung. Leipzig 1984, S. 19ff.

[24] Rund die Hälfte aller Naturschutzgebiete sind vielfältige Naturausstattungen enthaltende Schutzgebiete, ein Viertel dient dem Waldschutz und ein Sechstel sind zoologische Schutzräume. Zu den Landschaftsschutzgebieten rechnen Teile der Ostseeküste, die Insel Rügen, Teile der mecklenburgisch-brandenburgischen Seen, Gebiete des Erzgebirges, des Thüringer Waldes und des Harzes.

[25] Hierfür gibt es einen zentralen Betrieb: VE Kombinat Kernkraftwerke „Bruno Leuschner", Betrieb Endlager für radioaktive Abfälle, Morsleben; geringe Mengen radioaktiver Stoffe werden auch in einem früheren Salzbergwerk in Bartensleben gelagert. Zum Problem des Strahlenschutzes vgl. Melzer M.: Zum nuklearen Umweltschutz in der DDR. In: Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR. Hrsg.: Redaktion Deutschland Archiv. Köln 1985, S. 83ff.

[26] Vgl. Umweltbundesamt (Hrsg.): Umweltschutzausgaben des öffentlichen Bereichs — Darstellung, Erfassung und Finanzierung 1971—1981. In: Forschungsberichte, Nr. 2/1985.

[27] Vgl. Rosolski P.: Schadstoffemissionen aus Kraftwerken. Auswirkungen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung auf die Schwefeldioxid-, Stickstoffoxid- und Staubemissionen aus Kraftwerken. In: Informationen zur Raumentwicklung. Energie und Umwelt. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.). Bonn. Heft 7/8-1984, S. 688.

[28] Vgl. hierzu den Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes. In: Bundestags-Drucksache 10/2885 vom 21. Februar 1985.

[29] Dazu gehören
- Internationale Vereinigung für Strahlenschutz (International Radiaton Protection Association — IRPA),
- Internationale Kommission für Strahlenschutz (International Commission on Radiological Protection — ICRP),
- Internationale Kommission für radiologische Einheiten und Messungen (International Commission on Radiological Units and Measurements — ICRU),
- Internationale Elektrotechnische Kommission (International Electrotechnical Commission — IEC).

[30] Vgl. Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bulletin. Bonn. Nr. 27 vom 15. März 1986, S. 206.

Quellen

Bethkenhagen J., Hopf R., Melzer M., Schwartau C., Projektleitung Cornelsen D.: SO_2- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982. Forschungsbericht des DIW. Veröffentlichung in Vorbereitung.

Bethkenhagen J., Cornelsen D., Hopf R., Melzer M., Schwartau C. (Bearb.): Luftverunreinigung in der DDR: Die Emission von Schwefeldioxid und Stickoxiden. In: Wochenbericht des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 30/1985.

Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung. In: Bundestags-Drucksache 10/2977 vom 7. März 1985.

Dritter Immissionsschutzbericht der Bundesregierung. In: Bundestags-Drucksache 10/1354 vom 25. April 1984.

Landeskulturgesetz der DDR. In: GBl. der DDR, Teil I/1970, S. 67ff.

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Div. Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 19, Reihe 3, Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 19, Reihe 2.1, Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1979. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 19, Reihe 2.2, Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung 1981. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer.

Umweltbundesamt (Hrsg.): Daten zur Umwelt 1984. Berlin. E. Schmidt Verlag. 1985.

Literaturhinweise

Autorenkollektiv (Ltg. Mohry H. und Riedel H.-G.): Reinhaltung der Luft. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie. 1981.

Autorenkollektiv (Ltg. Müller H. J.): Ökologie. Jena. VEB Gustav Fischer Verlag. 1984.

Autorenkollektiv (Ltg. Roos H. und Striebel G.): Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1979.

Haendcke-Hoppe M., Merkel K. (Hrsg.): Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1986.

Kommission für Umweltschutz beim Präsidium der Kammer der Technik (Hrsg.): Meßtechnik und metereologische Aspekte der Luftüberwachung. Reihe Technik und Umweltschutz, Luft — Wasser — Boden — Lärm. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie. Heft 21/1979.

Kommission für Umweltschutz beim Präsidium der Kammer der Technik (Hrsg.): Beispiele zur abproduktfreien Technologie. Reihe Technik und Umweltschutz. A. a. O. Heft 25/1982.

Kommission für Umweltschutz beim Präsidium der Kammer der Technik (Hrsg.): Rationelle Wasserverwendung. Reihe Technik und Umweltschutz. A. a. O. Heft 28/1984.

Kommission für Umweltschutz beim Präsidium der Kammer der Technik (Hrsg.): Umwandlung und Ausbreitung von Luftschadstoffen. Reihe Technik und Umweltschutz. A. a. O. Heft 30/1985.

Redaktion Deutschland Archiv (Hrsg.): Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 1985.

Umweltbundesamt (Hrsg.): Daten zur Umwelt 1984. Berlin. E. Schmidt Verlag. 1985.

Umweltbundesamt (Hrsg.): Forschungsberichte. Berlin. E. Schmidt Verlag. Div. Hefte.

Umweltbundesamt (Hrsg.): Materialien des Umweltbundesamtes. Berlin. E. Schmidt Verlag. Div. Hefte.

Wicke L. unter Mitarbeit von Franke W.: Umweltökonomie. München. F. Vahlen Verlag. 1982.

2. Bildung und Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

2.1. Bildung und Ausbildung
Der Aufbau der Bildungs- und Ausbildungssysteme, die Entwicklung der Anzahl der Schüler und Studenten sowie der Bildungsbeteiligung

Zusammenfassung

Neben gemeinsamen Strukturmerkmalen der Bildungs- und Ausbildungssysteme, dem Abitur, der „dualen" Berufsausbildung und dem leistungsstarken Fachschulsystem, gibt es auch divergierende Merkmale als Ergebnis unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Zielsetzungen. So wurde in der DDR ein einheitliches und zentralstaatliches Modell verwirklicht, in dem die Verfügungsgewalt über das gesamte System bei der Zentralregierung liegt und die Bildungsplanung zur Abstimmung des Bildungs- und Beschäftigungssystems eingesetzt wird. Im dezentralen Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland üben dagegen die Bundesländer überwiegend die Bildungshoheit aus. Eine Abstimmung zwischen dem Bildungs- und dem Beschäftigungssystem nach Bedarfsgesichtspunkten wie in der DDR gibt es nicht.

Das Bildungs- und Ausbildungssystem in der DDR hat weniger Schularten als das in der Bundesrepublik. Der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule, die als Pflichtschule die grundlegende Schulart in der DDR darstellt, stehen in der Bundesrepublik ein dreigliedriges allgemeinbildendes Schulsystem und die Gesamtschulen gegenüber. Während in der DDR bereits bei der Zulassung der zum Abitur führenden erweiterten polytechnischen Oberschule eine Reduzierung der Schülerzahlen vorgenommen wurde, kam es in der Bundesrepublik zu einem kontinuierlichen Anstieg der Absolventen mit weiterführenden allgemeinbildenden Abschlüssen. Von besonderer Bedeutung bei der beruflichen Ausbildung ist in beiden Staaten das „duale System", in dem die Auszubildenden (Lehrlinge) ihre Ausbildung zugleich in den Berufsschulen in Teilzeitform und in den Betrieben oder Lehrwerkstätten erhalten. An den Hochschulen wird in beiden Staaten überwiegend eine fachlich spezialisierte Ausbildung vermittelt.

Die Bevölkerung im Bildungsalter (6 bis unter 25 Jahre) verringerte sich insgesamt zwischen 1973 und 1982 in beiden deutschen Staaten um rund ein Viertel bei gleichzeitiger Zunahme in der Altersgruppe der 15- bis unter 25jährigen. Die Bildungsbeteiligung dieser Altersgruppe lag 1973 in der Bundesrepublik mit 74 vH bereits 3 vH-Punkte über dem Niveau in der DDR und erhöhte sich bis 1982 auf 82 vH, während sie in der DDR auf das Ausgangsniveau zurückfiel. Allerdings trägt zur höheren Quote auch die Ausbildungsdauer bei.

In der Bundesrepublik wird durch die Expansion des Bildungs- und Ausbildungssystems eine vorübergehende Entlastung des Arbeitsmarktes von 0,9 Mill. Personen erreicht. Dies geschieht in der DDR nicht, da die Zunahme der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 25 Jahren sich in einer gleich großen Erhöhung der Anzahl der Erwerbspersonen niederschlägt.

Inhalt Seite

2.1.1. Überblick 315

2.1.2. Der Aufbau der Bildungs- und Ausbildungssysteme 318

2.1.2.1. Die allgemeinbildenden Schulen 318

Seite

2.1.2.2. Die beruflichen Schulen und das berufliche Ausbildungswesen ... 318

2.1.2.3. Die Hochschulen ... 320

2.1.3. Anzahl der Schüler und Studenten sowie Bevölkerung im Bildungsalter ... 320

2.1.4. Die Bildungsbeteiligung im zeitlichen Vergleich ... 322

2.1.4.1. Der relative Schulbesuch in den Bildungs- und Ausbildungssystemen ... 322

2.1.4.2. Bildungsbeteiligung der 15- bis unter 25jährigen ... 322

Fußnoten, methodische Hinweise, Quellen und Literaturhinweise zu 2.1. ... 324

2.1.1. Überblick

Vom gleichen historischen Ursprung her zeichnen sich die Bildungs- und Ausbildungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR auch durch gemeinsame Strukturmerkmale aus. Zu ihnen zählen das Abitur als Voraussetzung des Hochschulzugangs und die „duale" Berufsausbildung, bei der die Lehrlinge zugleich in der Berufsschule und im Betrieb, einer betrieblichen oder überbetrieblichen Ausbildungswerkstätte unterrichtet werden. Außerdem ist in beiden Staaten ein ausgebautes und leistungsstarkes Fachschulwesen vorhanden [1].

Zu den gemeinsamen kommen jedoch auch divergierende Merkmale, die das Ergebnis der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Leitbilder und Voraussetzungen in beiden deutschen Staaten sind. In der DDR wurde ein einheitliches und zentralstaatliches Modell verwirklicht, in dem die Verfügungsgewalt über das gesamte Bildungs- und Ausbildungssystem bei der Zentralregierung liegt [2]. Im dezentralen Bildungssystem der Bundesrepublik haben dagegen die Länder überwiegend die Kompetenz, insbesondere im Schulwesen und in wesentlichen Teilen des Hochschulbereichs. Die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes liegen bei der betrieblichen Berufsbildung, der Ausbildungsförderung, der Förderung der wissenschaftlichen Forschung und dem Hochschulrahmenrecht. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a, b GG nehmen der Bund und die Länder gemeinsame Aufgaben wahr.

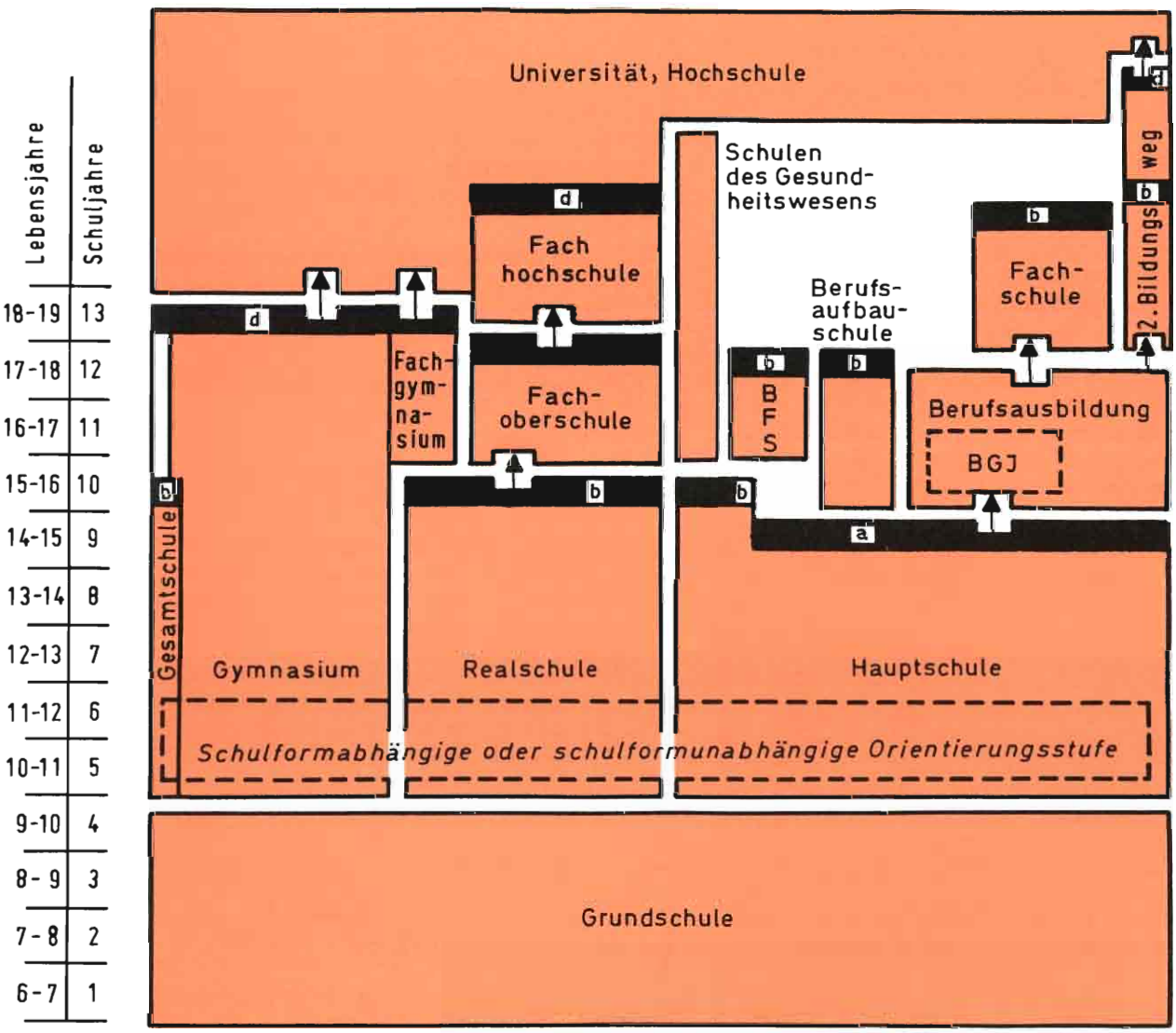
Im einheitlichen und zentralstaatlichen System in der DDR wird das Instrument der Bildungsplanung auf gesetzlicher Grundlage mit programmatischen Vorgaben eingesetzt. Die Bildungsplanung wird mit der Volkswirtschaftsplanung verzahnt, eine Abstimmung zwischen dem Bildungs- und dem Beschäftigungssystem vorgenommen [3]. Leitungsorgane sind das Ministerium für Volksbildung, das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und das Staatssekretariat für Berufsbildung. Ihre Aufgabe ist es, die grundsätzlichen Normen des Bildungsgesetzes zu erfüllen. Spezifische Aufgaben in einem abgegrenzten Kompetenzbereich nehmen in geringerem Ausmaß auch andere Fachministerien wahr.

Das Bildungs- und Ausbildungswesen in der Bundesrepublik weist im Vergleich hierzu eine größere Eigenständigkeit auf, die sich im Grundgesetz und anderen Gesetzen manifestiert und in der historischen Entwicklung begründet ist. Eine organisierte, planmäßige Verzahnung zwischen dem Bildungs- und dem Beschäftigungssystem findet kaum statt. Die Wahl der Ausbildung und des Berufs ist jedem einzelnen — unabhängig von Bedarfsgesichtspunkten — nach dem Grundgesetz freigestellt. Verbindliche Schulentwicklungsplanungen werden im allgemeinen nur auf der Ebene einzelner Kommunen und Länder formuliert. Als Instrumente einer übergreifenden Koordination fungieren insbesondere die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder und die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK). Die Konferenz der Kultusminister regelt unter Wahrung der Länderzuständigkeit kulturpolitische Angelegenheiten von überregionaler Bedeutung mit dem Ziel einheitlicher Willensbildung und der Vertretung gemeinsamer Anliegen. Zu ihnen zählen beispielsweise die gegenseitige Anerkennung von Bildungsgängen, Schulformen und Abschlüssen. Die Bund-Länder-Kommission wurde 1970 nach einer Änderung des Grundgesetzes als Gesprächs- und Planungsforum für die von Bund und Ländern gemeinsam zu lösenden Aufgaben des Bildungs- und Ausbildungswesens gegründet. Vorgelegt wurden u. a. gemeinsame Entschließungen zum mittelfristigen Ausbau des Bildungswesens und ein Bildungsgesamtplan, die aber keinen Vollzugszwang für einzelne Bundesländer nach sich ziehen. Wie sensibel die Länder auf die Erhaltung ihrer Einflußsphäre achten, zeigt ihre Reaktion auf den Bericht der Bundesregierung von 1978, in dem auf die Probleme des föderativen Bildungssystems hingewiesen wurde, die für die einheitlichen Lebensverhältnisse durch unterschiedliche länderspezifische Regelungen entstehen können. Die Bundesländer widersprachen geschlossen. Sie wiesen den „Mängelbericht" und die in ihm enthaltene Vorstellung einer Kompetenzverlagerung

auf den Bund zurück mit dem Hinweis auf erfolgreiche föderale Abstimmungen und gleichgerichtete Entwicklungen in den einzelnen Ländern; gleichwohl betonen sie, daß in der Bundesrepublik ein höheres Maß an Einheitlichkeit angestrebt werden muß[4]. Seit 1982 hat die BLK sich verstärkt mit den Ursachen und Auswirkungen von Strukturproblemen im Verhältnis von Bildungswesen und Beschäftigungssystem befaßt. Koordinierende Aufgaben in einzelnen Bereichen des Bildungs- und Ausbildungssystems nehmen außerdem der Planungsausschuß für den Hochschulbau, der Wissenschaftsrat, die Westdeutsche Rektorenkonferenz und der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung wahr.

Schaubild 2.1.-1

Bundesrepublik Deutschland
Gliederung des Bildungs- und Ausbildungssystems [1)]



Abkürzungen:

1. Schulformen: BFS = Berufsfachschule, BGJ = Berufsgrundbildungsjahr

2. Abschlüsse: a = Hauptschulabschluß, b = Mittlerer Abschluß, c = Fachhochschulreife d = Hochschulreife

Die Flächen sind nicht proportional den Quantitäten.

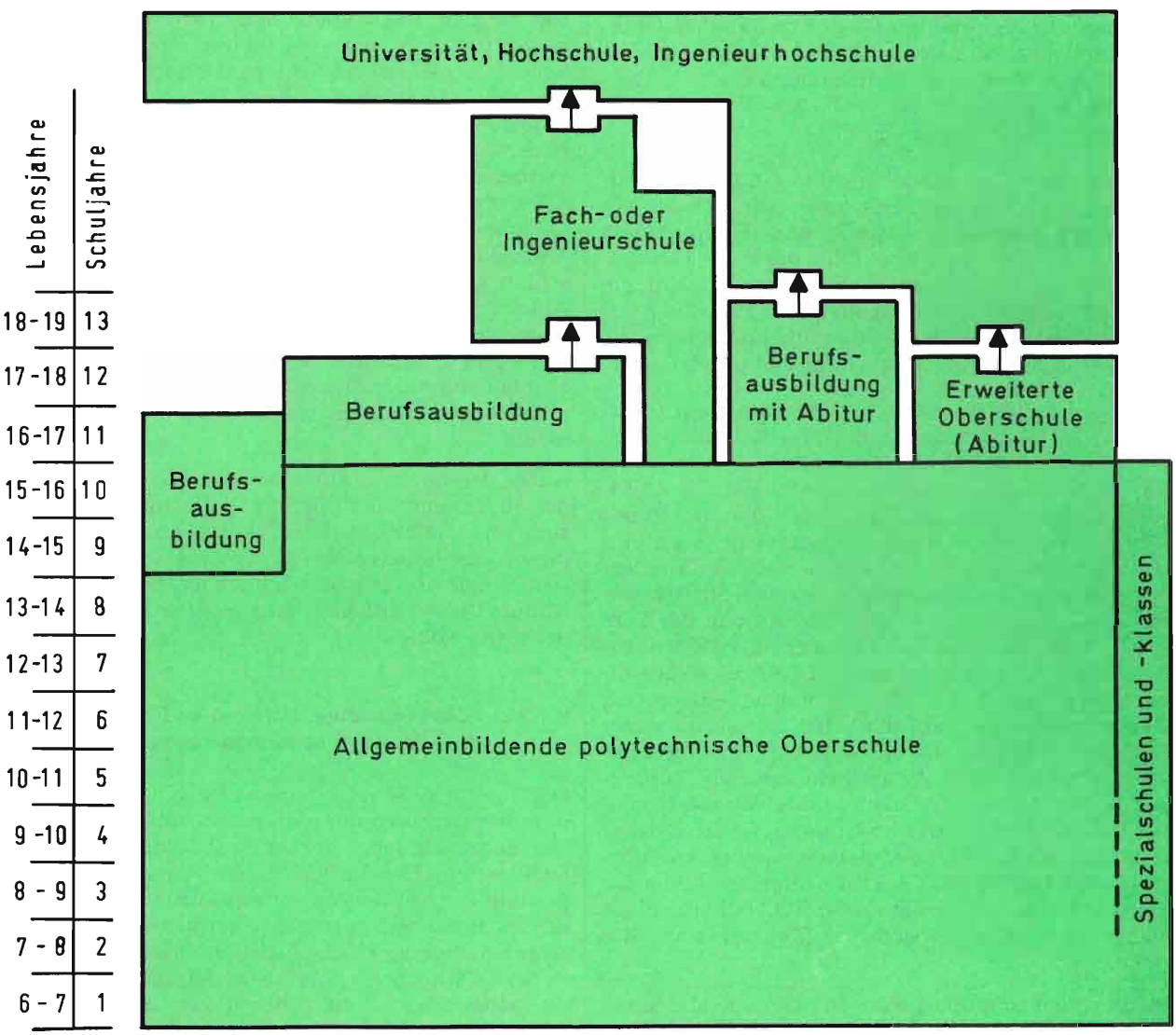
1) *Ohne Sonderschulen, Kindergärten und berufliche Weiterbildung.*

DIW 87

Den zentralstaatlich ausgerichteten Entscheidungsstrukturen in der DDR entspricht auch ein im Vergleich zur Bundesrepublik strafferer und vereinheitlichterer Aufbau des Bildungs- und Ausbildungssystems, der sich in der Art und Anzahl der Schularten zeigt. Klammert man in beiden Staaten die Einrichtungen der vorschulischen Erziehung und der Weiterbildung aus und faßt den Hochschulbereich zusammen, so stehen sieben Schularten in der DDR sechzehn in der Bundesrepublik gegenüber. In der DDR sind es die zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen (POS); die Sonderschulen (teilweise als Berufsschulen); die erweiterten allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen (EOS); die Spezialschulen; die Berufsschulen, teilweise mit Abiturklassen; die Fach- und die Hochschulen. In der Bundesrepublik gibt es die Grundschulen; die Gymnasien; die Gesamt-, Real-, Haupt- und Sonderschulen; die Schulen der allgemeinen Fortbildung; die Berufsschulen in Teilzeitform; die Berufsschulen in Vollzeitform (BGJ); die Berufsfach-; Berufsaufbau-; Fach- und Fachoberschulen; die Fachgymnasien; Schulen des Gesundheitswesens und die Hochschulen (vgl. Schaubilder 2.1.-1 und -2)[5].

Schaubild 2.1.-2

DDR
Gliederung des Bildungs- und Ausbildungssystems [1)]



Die Flächen sind nicht proportional den Quantitäten.

1) *Ohne Sonderschulen, Kindergärten und berufliche Weiterbildung.*

DIW 87

2.1.2. Der Aufbau der Bildungs- und Ausbildungssysteme

2.1.2.1. Die allgemeinbildenden Schulen

Das allgemeinbildende Schulsystem besteht in der DDR aus vier Schularten: den polytechnischen Oberschulen, den Spezialschulen, den erweiterten Oberschulen und den Sonderschulen.

Die zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen (POS) stellen als Pflichtschule den grundlegenden Schultyp des Bildungssystems dar, den alle Schüler in der Regel bis zum 16. Lebensjahr besuchen sollen. Es gilt als vorrangiges Ziel der Bildungspolitik in der DDR, den Schulbesuch bis zur 10. Klasse allen Kindern — bis auf diejenigen, die am Unterricht in Sonder- und Spezialschulen teilnehmen — zu ermöglichen. Es gelang auch, den Anteil der Schüler der 8. Klasse, die in die 9. überwechseln, von 90 vH im Jahre 1973 auf rund 94 vH im Jahre 1982 zu erhöhen[6]. Die Schüler, die die polytechnischen Oberschulen bereits nach der 8. Klasse verlassen, treten in der Regel in eine Lehrlingsausbildung ein und erhalten die Möglichkeit, den POS-Abschluß teilweise nachzuholen.

Die POS unterscheidet sich nicht nur in ihrer einheitlichen Form von den verschiedenen Schularten in der Bundesrepublik (den Grund- und Hauptschulen sowie den Unter- und Mittelstufen der Real-, Gesamtschulen und Gymnasien), sondern in ihr wird ein anderer Akzent bei den Inhalten und zwar auch mit der Vermittlung beruflicher Grundkenntnisse an alle Schüler im polytechnischen Unterricht gesetzt[7].

Der Besuch der erweiterten polytechnischen Oberschulen (EOS) führt zum Abitur, das nach einem zweijährigen Schulbesuch, der im unmittelbaren Anschluß an die POS erfolgt, abgelegt werden kann. Die Zulassung der Schüler zur EOS wird nach den drei in der Verfassung genannten Kriterien geregelt: nach Leistungsgesichtspunkten, gesellschaftlichen Erfordernissen und Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung (Art. 26, Abs. 1). Der Ausbau der EOS wurde nach dem VIII. Parteitag der SED 1971 beendet, da eine weitere Expansion der Zahl der Akademiker nicht dem Bedarf der Ökonomie entspreche. Danach nahm die Zahl jährlicher Zulassungen zur EOS um ein Fünftel ab und stagniert seit Mitte der 70er Jahre bei rund 23 000 Schülern. Die Zurücknahme der Zulassungszahlen wirkte wie ein Numerus-Clausus-System, das im Unterschied zu anderen vergleichbaren Bildungssystemen bereits vor dem Abitur am Beginn der Oberstufe allgemeinbildender Schulen greift. Das Abitur an der EOS behielt jedoch seine Funktion als wichtigster Zugang zum Studium.

In der Bundesrepublik wird das allgemeinbildende Schulsystem von sieben Schularten gebildet. Auf die horizontal einheitliche, überwiegend vierklassige Grundschule, deren Besuch in der Regel für alle Kinder obligatorisch ist, baut ein vertikal dreigliedriges Bildungssystem auf. Es besteht aus den Hauptschulen, den Realschulen und den Gymnasien. Die Entscheidung über die Schullaufbahn eines Schülers fiel damit oft bereits vor dem Beginn des 5. Schuljahres. Mit der nicht unbestrittenen Begründung, die Wahl der Schullaufbahn später zu treffen, damit sie besser den Fähigkeiten der Schüler entspricht, wurden inzwischen für die meisten Schüler Orientierungsstufen in den Klassen 5 und 6 eingerichtet; Ausbau und Organisationsform sind in den Bundesländern jedoch nicht gleich[8]. Auch mit der Einführung von Gesamtschulen, die bis zum Abitur führen können und einen parallelen Bildungsgang zum dreigliedrigen Schulsystem anbieten, besteht die Möglichkeit, die Nachteile einer zu frühen Entscheidung über die Bildungskarriere der Schüler zu vermeiden. Allerdings wird auch diese Möglichkeit kontrovers bewertet, faktisch ist sie durch die geringe Zahl der Gesamtschulen begrenzt.

Die Schulpflicht an den allgemeinbildenden Schulen beträgt mindestens neun Jahre. Nach dieser Zeit des Schulbesuchs kann der Hauptschulabschluß erworben werden, die Mittlere Reife (Realschulabschluß) nach 10 Jahren und das Abitur nach 13 Jahren. Obwohl der Anteil der Schüler, die nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht ohne Abschluß die Hauptschulen verlassen, an den Absolventen der allgemeinbildenden Schulen in der Vergangenheit kleiner wurde, lag er 1982 noch bei knapp 7 vH. Die Zahl der Schüler, die an die weiterführenden Schulen, die Gesamt- und Realschulen sowie die Gymnasien überwechselten, nahm im Laufe der Zeit stark zu. Dies schlug sich in einem kontinuierlichen Anstieg des Anteils der Schüler mit Realschulabschluß oder gleichwertigen Abschlüssen an den Absolventen der allgemeinbildenden Schulen (ohne Sonderschulen für Lernbehinderte) auf rund 36 vH und mit allgemeinem oder fachgebundenem Abitur auf 20 vH im Jahre 1982 nieder[9].

Außer den Sonderschulen werden noch die Schulen der allgemeinen Fortbildung in der Bundesrepublik zum allgemeinbildenden Schulsystem gezählt. An diesen Institutionen des 2. Bildungsweges werden schulische Abschlüsse nachgeholt, vor allem das Abitur. Dieser Bildungsgang spielt quantitativ eine geringere Rolle.

2.1.2.2. Die beruflichen Schulen und das berufliche Ausbildungswesen

Das berufliche Schulsystem setzt sich in der DDR aus den Berufsschulen und den Fachschulen zusammen. Die Berufsschulen, alle als Ausbildungsstätten des fachtheoretischen Unterrichts in Teilzeitform konzipiert, bilden zusammen mit den Ausbildungsplätzen in den Betrieben ebenfalls ein duales System. Die Abstimmung zwischen „Arbeiten" und „Lernen" ist in der DDR jedoch enger als in der Bundesrepublik, wo nahezu alle Berufsschulen von den Betrieben rechtlich und organisatorisch getrennt sind. In der DDR dagegen besuchten 1982 rund sieben Zehntel aller Jugendlicher betriebliche Berufsschulen, die weitgehend in die Betriebe integriert sind; dieser bereits hohe Anteil weist eine steigende Tendenz auf.

Die Berufsschulen werden im allgemeinen von Jugendlichen nach zehnjähriger Vollzeitschulpflicht besucht, die alle auf der Basis eines Lehrvertrages einen Ausbildungsplatz haben. Allerdings beinhaltet der Lehrvertrag nicht für alle Berufsschüler eine volle berufliche Qualifizierung. Bei Schülern, die die allgemeinbildende polytechnische Oberschule nicht mit dem Abschluß der achten Klasse verlassen oder von Sonderschulen kommen, kann sich die Ausbildung auch auf einen Teilbereich eines Berufes beschränken. Die Dauer des Schulbesuchs hängt von der Ausbildungszeit im gewählten Lehrberuf ab[10]. In den meisten Berufen wird die Ausbildung nach zweijähriger Lehrzeit mit der Lehrabschlußprüfung beendet. Der Unterricht in den Berufsschulen umfaßt neben den fachlichen auch allgemeine Lerninhalte; für Schüler, die vorzeitig von der POS abgehen, haben die allgemeinen Lerninhalte in der Form eines Zusatzunterrichtes größeres Gewicht.

Ein besonderes Strukturmerkmal der Berufsschulen in der DDR stellen die Abiturklassen dar, in denen Schüler einen Lehrberuf erlernen und gleichzeitig zum Abitur geführt werden. Die Belastung der Jugendlichen, die aus der Kombination beider Bildungs- und Ausbildungswege entsteht, verlangt eine Verlängerung der Ausbildungsdauer auf drei Jahre. Zugelassen werden nur Schüler, die die zehnte Klasse der POS mit Erfolg absolviert haben. In der ersten Hälfte der 70er Jahre halbierte sich die Zahl der Neuzulassungen, in den letzten Jahren stabilisierte sie sich bei 11 000 Personen. Als Lehrberuf ist nur eine Auswahl aus den Ausbildungsberufen zugelassen[11].

Zu den Fachschulen zählen in der DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik auch die Ingenieurschulen. Kriterium der Zulassung ist der erfolgreiche Abschluß der 10. Klasse der POS. Bei den technischen Disziplinen, den Agrar- und den Wirtschaftswissenschaften wird außerdem die Qualifikation zum Facharbeiter in einem zum Fachschulstudium zugelassenen Lehrberuf verlangt und eine zusätzliche Tätigkeit im Beruf gewünscht. Bei den künstlerischen Fachrichtungen wird eine fachspezifische Begabung oder Eignung gefordert.

In den Fachschulen wird entweder eine weitergehende fachliche Ausbildung — vor allem in den bereits genannten Fachrichtungen — angeboten (Fortbildung) oder auch eine berufliche Erstausbildung vermittelt. Die Fortbildung führt — meist in drei Jahren — zu einer zweiten Qualifikationsstufe, dem „Fachschulberuf". Berufliche Erstausbildung konzentriert sich auf die beiden Fachrichtungen Pädagogik aller Wissenschaftszweige und Medizin-Gesundheitswesen, den nichtakademischen Bereich des Gesundheitswesens; zu nennen sind aber auch die künstlerischen Fachschulen. Die Ausbildung dauert in der Regel drei bis vier Jahre und beginnt unmittelbar nach der zehnjährigen Oberschule. Der Nachwuchs für den nichtakademischen Gesundheitsdienst und die pädagogischen Berufe, zu denen auch Lehrer für die unteren Klassen der polytechnischen Oberschulen zählen, wird in diesem Bereich der Fachschulen ausgebildet. Als Unterrichtsform kommen das Direkt-, das Fern- und das Abendstudium vor. Quantitativ am bedeutendsten ist das Direktstudium. Das Fern- und das Abendstudium sind in der DDR weit ausgebaut und werden in den meisten Fachrichtungen an den Fach- und Hochschulen durchgeführt. Sie spielen eine bedeutende Rolle bei der Weiterbildung der Kader aus der Praxis. Allerdings weisen beide Studienformen, insbesondere das Abendstudium, vom Beginn der 70er Jahre bis zur Gegenwart im Trend rückläufige Schülerzahlen auf[12].

Wenn länderspezifische Sonderformen unberücksichtigt bleiben, dann wird das berufliche Schulsystem in der Bundesrepublik Deutschland von neun unterschiedlichen Schularten gebildet, deren Bildungswege teilweise parallel laufen. Die Einrichtungen dienen der beruflichen Ausbildung und der weitergehenden Fortbildung im Beruf.

Die Berufsschulen in Teilzeitform haben mit Abstand das größte Gewicht. Sie werden im allgemeinen pflichtmäßig nach der mindestens neunjährigen Vollzeitschulpflicht von Jugendlichen besucht, die in der beruflichen Erstausbildung mit einem Ausbildungsvertrag stehen. Hinzu kommen Arbeitslose und Personen, die sich in einem anderen Arbeitsverhältnis befinden und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Schulbesuchsdauer richtet sich nach der Ausbildungszeit im gewählten Lehrberuf und beträgt meistens drei Jahre. Abgeschlossen wird die Ausbildung mit der Lehrabschlußprüfung. Der Unterricht gliedert sich in eine Grund- und eine Fachstufe und soll neben fachlichen Lerninhalten auch allgemeine aufweisen. Die Grundstufe kann auch in der Form des Berufsgrundbildungsjahres im einjährigen Vollzeitunterricht vermittelt werden. An das Berufsgrundbildungsjahr schließt in der Regel eine verkürzte Ausbildung im dualen System an. Für Jugendliche, die psychisch oder physisch behindert sind, bestehen Berufssonderschulen.

Die Berufsaufbauschulen, die neben einer Berufsschule oder nach erfüllter Berufsschulpflicht von Jugendlichen besucht werden, vermitteln eine über die Berufsschule hinausgehende allgemeine und fachtheoretische Bildung, die mit der Fachschulreife abgeschlossen wird, einem dem Realschulabschluß gleichwertigen Examen. Die Fachoberschulen und die Fachgymnasien bauen auf einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluß auf und führen über allgemeine und berufsfachliche Lerninhalte zur Fachhochschulreife oder zur allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife. Die Fachgymnasien können durch ein Angebot in beruflichen Schwerpunkten auch den Abschluß in einem anerkannten Beruf ermöglichen.

Die Berufsfachschulen sind Vollzeitschulen mit mindestens einjähriger Dauer, für deren Besuch keine Berufsausbildung oder Berufstätigkeit vorausgesetzt wird. Der Unterricht ist meistens berufsvorbereitend, er kann aber auch zu einem Berufsabschluß führen. Bei einem zweijährigen Schulbesuch entspricht der Abschluß der Fachschulreife.

Die Fachschulen werden in der Bundesrepublik Deutschland nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung oder einer entsprechenden praktischen

Berufstätigkeit freiwillig besucht. Teilweise wird auch als weitere Zugangsvoraussetzung eine vorangegangene Berufsausübung gefordert, manchmal genügt der Nachweis einer fachspezifischen Begabung. In ihnen wird im allgemeinen eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf angeboten (Fortbildung). Die Dauer des Schulbesuchs liegt zwischen einem halben und drei Jahren bei Vollzeitunterricht und schwankt im Teilzeitunterricht im allgemeinen zwischen sechs und acht Halbjahren. Bekanntere Formen des Abschlusses einer beruflichen Fortbildung sind die Meisterprüfung oder das Technikerexamen.

Eine besondere Form der beruflichen Ausbildungsstätten stellen die Schulen des Gesundheitswesens dar. Nach dem Schulrecht der einzelnen Bundesländer ist umstritten, ob der überwiegende Teil dieser Einrichtung als „Schule" gewertet werden kann und ob sie der Aus- oder der Fortbildung dienen. In ihnen wird die Ausbildung für die nichtakademischen Gesundheitsdienstberufe vorgenommen. Die Aufnahmebedingungen sind unterschiedlich und hängen von der Berufswahl ab. Die Aufnahme erfolgt in der Regel erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres unter der Voraussetzung einer einschlägigen Berufsausbildung oder schulischen Berufsvorbereitung.

2.1.2.3. Die Hochschulen

In beiden deutschen Staaten sind die Hochschulen Institutionen, an denen die Wissenschaften und die Künste durch Forschung, Lehre und Studium entwickelt werden und an denen auf Berufstätigkeiten vorbereitet wird, die eine Anwendung oder Auswertung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse oder die Fähigkeit zur künstlerischen Gestaltung erfordern. An den Hochschulen wird in der Regel keine Allgemeinbildung — wie beispielsweise in Großbritannien und den USA — vermittelt, sondern eine fachlich spezialisierte Ausbildung, die in einigen Studiengängen sogar eine typische Berufsausbildung ist. Allerdings wurden in der DDR auch allgemeinbildende Inhalte (Sprachen, Sport und weltanschauliche Schwerpunkte, insbesondere Marxismus-Leninismus) in die Studienpläne verbindlich aufgenommen [13].

Zu den Hochschulen gehören in beiden Staaten vor allem die Universitäten, die Technischen Hochschulen, die Pädagogischen Hochschulen sowie die Musik-, Kunst- und Sporthochschulen. Außerdem zählen in der DDR zum Hochschulbereich Einrichtungen für spezifische Disziplinen wie Medizinische Akademien, ökonomische, juristische oder land- und forstwirtschaftliche Hochschulen und Parteihochschulen sowie hochschulähnliche Institutionen mit Promotionsrecht und eigenen Aus- und Weiterbildungsgängen [14]. In den fünfziger und vor allem in den sechziger Jahren wurde der Hochschulbereich in der DDR ausgebaut. Damals hat sich die Zahl der Hochschulen mehr als verdoppelt, allein 1969 wurden zehn Ingenieurhochschulen gegründet [15]. Seit Beginn der siebziger Jahre blieb ihre Zahl etwa konstant. 1982 gab es 54 Universitäten und Hochschulen, die zumindest indirekt dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen unterstellt waren.

In der Bundesrepublik werden zum Hochschulbereich neben den genannten Hochschularten vor allem die Fachhochschulen, die theologischen und die Gesamthochschulen gerechnet. Die Expansion des Hochschulwesens ging in der Bundesrepublik — im Gegensatz zur DDR — in den siebziger Jahren ungebrochen weiter. Vor allem geschah dies durch den Aufbau eines differenzierten Systems von Fachhochschulen, die oft aus der Umwandlung der Ingenieur- und höheren Fachschulen entstanden sind, durch die Gründung von Gesamthochschulen und die Integration der Ausbildung der Lehrer aller Schulstufen und Schularten in den Hochschulbereich. Im Jahre 1982 gab es in der Bundesrepublik 234 Hochschulen ohne Zweigstellen, 118 davon waren Fachhochschulen, die kein Promotionsrecht besitzen.

Während die Zahl der Studenten an den Hochschulen in der DDR mit insgesamt rund 161 000 Personen, darunter knapp 114 000 im Direktstudium [16], bereits 1972 infolge der kontraktiv wirkenden Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED ihr Maximum erreichte, wuchs ihre Zahl in der Bundesrepublik Deutschland bis in die Gegenwart weiter, 1982 lag sie bei rund 1,2 Mill. Studenten. Bezogen auf 10 000 Personen der Wohnbevölkerung gab es 1972 in der DDR rund 67 Studenten im Direktstudium, in der Bundesrepublik waren es 107 Studenten. Bis zum Jahre 1982 erhöhte sich die Niveaudifferenz auf das Dreifache: bei leicht verringerter Quote studierten in der DDR je 10 000 Einwohner knapp 65 Personen im Direktstudium, dagegen 195 in der Bundesrepublik.

In der DDR erfolgen neben der bereits erwähnten Drosselung der Zulassungen zu den Erweiterten Polytechnischen Oberschulen und zur Berufsausbildung mit Abitur die Begrenzungen über die Zulassungskommissionen an den Hochschulen [17]. In den einzelnen Fünfjahrplanperioden stieg der Anteil der Zulassungen zum Direktstudium am Altersjahrgang ständig bis zur Planperiode 1971—1975 auf rund 10,6 vH und fiel seitdem, 1976—1980 auf etwa 9,9 vH [18].

In der Bundesrepublik ist der Hochschulzugang überwiegend unlimitiert. Die Beschränkungen konzentrieren sich auf relativ wenige Numerus-Clausus-Fächer. Abgesehen von diesen unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen wirkten sich in der Bundesrepublik längere Studienzeiten aus. Für die DDR kann — bei unzureichenden empirischen Unterlagen — davon ausgegangen werden, daß die überwiegende Anzahl der Studenten nach einem genau reglementierten Studium mit obligatorischen Studienzeiten die Examina nach vier bis fünf Jahren ablegt [19]. In der Bundesrepublik wurde 1981 eine durchschnittliche Studiendauer von 6,2 Jahren ermittelt [20].

2.1.3. Anzahl der Schüler und Studenten sowie Bevölkerung im Bildungsalter

Von der Mitte der 60er Jahre bis zum Anfang der 70er Jahre expandierte das Bildungs- und Ausbildungssystem in beiden deutschen Staaten. Im Zeitraum von 1973 bis 1982, der näher untersucht wird [21], verlief die Entwicklung sowohl im Gesamtsystem als auch bei

den einzelnen Schularten unterschiedlich. Die maximale Zahl von Schülern und Studenten wurde in der DDR bereits im Jahre 1973 mit rund 3,3 Mill. Personen erreicht, sie verringerte sich bis 1982 auf knapp 2,8 Mill. In der Bundesrepublik dagegen stieg die Zahl der Schüler und Studenten von 1973 bis 1976 noch leicht an auf rund 13,2 Mill. Personen und fiel bis 1982 wieder — um knapp 3 vH im Vergleich zu 1973 — auf 12,3 Mill. Die Phase der Expansion des gesamten Bildungs- und Ausbildungssystems war somit in der DDR 1973 abgeschlossen, während sie in der Bundesrepublik bis 1976 reichte und die darauf folgende Abnahme der gesamten Schüler- und Studentenpopulation anteilig wesentlich geringer als im anderen deutschen Staat war.

Im Jahre 1982 befanden sich in der Bundesrepublik Deutschland von den rund 12,3 Mill. Schülern und Studenten 68,3 vH in den allgemeinbildenden Schulen, 21,9 vH in den beruflichen Schulen und 9,8 vH an den Hochschulen. In der DDR waren von den knapp 2,8 Mill. Schülern und Studenten weit mehr (76,8 vH) an den allgemeinbildenden Schulen, etwa gleich viele (19,3 vH) an den beruflichen Schulen[22] und nur 3,9 vH besuchten die Hochschulen. Die Verteilung hängt neben den unterschiedlichen Bildungsgängen auch von der Ausbildungsdauer ab.

Die Entwicklung der Schülerzahlen ist in der Altersgruppe bis 15 Jahre fast identisch mit der Veränderung der Bevölkerungszahlen. Auch für die älteren Schüler, Auszubildenden und Studenten sind die Abhängigkeiten von der jeweiligen Bevölkerungsstruktur so groß, daß eine isolierte, auf die Zahlen der Bildungs- und Ausbildungsstatistik begrenzte, Verlaufsanalyse wenig aufschlußreich ist. Die Zahlen für beide Staaten sind den Tabellen im Anhang zu entnehmen.

Im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Ausbildungssystem interessiert vor allem die Entwicklung der 6- bis unter 25jährigen Wohnbevölkerung, denn aus dieser Altersklasse setzt sich die Schul- und Hochschulbevölkerung größtenteils zusammen. Die Zu- und Abnahme der Geburtenzahlen in den 60er Jahren in beiden deutschen Staaten führten im Zeitraum von 1973 bis 1982 zu unterschiedlich expansiven und kontraktiven Veränderungen der Bevölkerung im Schul- und Hochschulalter.

1973 waren die Bevölkerungsstrukturen beider Staaten zwar verschieden, aber viel ähnlicher als 1982. In der Bundesrepublik waren 1982 von 19 Jahrgängen im Alter von 6 bis unter 25 Jahren vier Jahrgänge mit rund 600 000 (6—9 Jahre), vier mit 800 000 (10—13 Jahre) und die übrigen elf mit durchschnittlich einer Million Personen (14—24 Jahre) besetzt. Der Geburtenrückgang wirkte sich also voll im Grundschulalter aus, während die starken Altersjahrgänge noch nahezu ganz im Bildungs- und Ausbildungssystem vertreten sind.

Übersicht 2.1.-1

Bevölkerung, Schüler und Studenten nach Altersgruppen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR
in 1 000 Personen und vH

Alter von . . . bis unter . . . Jahre	1973	1982	Veränderung 1982 gegenüber 1973	
	in 1 000 Personen			in vH
	Bundesrepublik Deutschland			
6 bis 15 Bevölkerung	8 970	6 808	−2 162	−24,1
Schüler und Studenten	8 604	6 281	−2 323	−27,0
15 bis 20 Bevölkerung	4 293	5 320	1 027	23,9
Schüler und Studenten	3 166	4 360	1 194	37,7
20 bis 25 Bevölkerung	4 270	4 957	687	16,1
Schüler und Studenten	641	1 089	448	69,9
	DDR			
6 bis 15 Bevölkerung	2 491	1 845	−646	−25,9
Schüler und Studenten	2 319	1 712	−607	−26,2
15 bis 20 Bevölkerung	1 305	1 354	49	3,8
Schüler und Studenten	923	957	34	3,7
20 bis 25 Bevölkerung	1 255	1 385	130	10,4
Schüler und Studenten	91	92	1	1,1

In der DDR streuten 1982 die stärksten Altersjahrgänge nicht um das Alter von 20 Jahren, sondern die Spitze lag in der Altersgruppe 25 bis 29. Da ferner der Geburtenrückgang schwächer war, verteilten sich die Jahrgänge in der Altersgruppe 6 bis unter 25 Jahre nicht in der Spanne 600—800—1000, sondern — auf gleiches Niveau umgerechnet — 600—740—900.

Unter dem Aspekt der Bildungsbeteiligung wurde die Wohnbevölkerung im Alter von 6 bis unter 25 Jahren folgendermaßen gegliedert: in die Gruppen der 6 bis unter 15, 15 bis unter 20 und 20 bis unter 25 Jahre. In der ersten Gruppe besuchen nahezu alle Kinder die allgemeinbildenden Schulen, in der zweiten, bei den 15- bis unter 20jährigen, sind die dominierenden Anteile in den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen sowie als Lehrlinge in der Berufsausbildung, und bei den 20- bis unter 25jährigen repräsentiert die Altersspanne im wesentlichen die Fach- und Hochschulbevölkerung.

Im Jahre 1982 hat die Gruppe der 6- bis unter 15jährigen in beiden Staaten nur noch einen Anteil von rund 40 vH (1973 Bundesrepublik Deutschland: 51 vH, DDR: 49 vH). Die Anzahl der schulpflichtigen Bevölkerung nahm um rund ein Viertel ab, in der Bundesrepublik Deutschland absolut um fast 2,2 Mill. und in der DDR um fast 650 000. Die Anzahl der Schüler in der selben Altersgruppe verringerte sich in beiden Staaten ebenfalls um ein Viertel. Die 15- bis unter 20jährigen Jugendlichen nahmen in der Bundesrepublik am stärksten zu (um eine Million oder 24 vH), in der DDR dagegen kaum (50 000 oder 4 vH).

Die Anzahl der Schüler und Studenten in der selben Altersgruppe erhöhte sich in der Bundesrepublik überproportional zur Bevölkerung, während sie sich in der DDR parallel zur Bevölkerung entwickelte. Bei den 20- bis unter 25jährigen schließlich war der Zuwachs mit 16 vH bzw. 10 vH weit ausgeglichener (absolut 690 000 bzw. 130 000). Allerdings nahm die Zahl der Schüler und Studenten dieser Altersgruppe in der Bundesrepublik gemessen an der Bevölkerungsbewegung um das Vierfache zu, während die Zunahme in der DDR unterhalb des Bevölkerungsanstiegs verlief.

2.1.4. Die Bildungsbeteiligung im zeitlichen Vergleich

2.1.4.1. Der relative Schulbesuch in den Bildungs- und Ausbildungssystemen

Mit dem Indikator Bildungsbeteiligung wird der relative Schulbesuch gemessen. Er gibt an, wie hoch der Anteil einer Gruppe von Schülern und Studenten an der Wohnbevölkerung in einer bestimmten Altersklasse ist. Die Veränderung der Bildungsbeteiligung kann auf eine Vielzahl möglicher Ursachen zurückgeführt werden, beispielsweise ein geändertes Bildungsverhalten oder bildungspolitische und schulorganisatorische Maßnahmen, die das Angebot an Bildungs- und Ausbildungsplätzen regulieren, oder eine Verlängerung der Verweildauer in den Schulen und Hochschulen.

Von den insgesamt 12,7 Mill. Schülern und Studenten, die 1973 das Bildungssystem in der Bundesrepublik besuchten, waren 2,5 vH schon 25 Jahre alt und älter (270 000 Personen). Der Anteil dieser Schüler und Studenten stieg kontinuierlich und erreichte 1982 4,8 vH (590 000) bei einer Gesamtzahl von 12,3 Mill. Personen. Während in der Bundesrepublik Deutschland beinahe für jedes Jahr und nahezu vollständige Informationen über die Altersstrukturen der Bildungspopulation vorliegen, wurden sie in der DDR mit der Ausnahme einzelner Eckwerte für 1981 zumindest nicht veröffentlicht[23]. Deshalb wird unter Berücksichtigung der Angaben für 1981 von der Annahme ausgegangen, daß in diesem Staat alle Schüler und Studenten bis auf rund 11 000 Personen, dies sind 0,4 vH im Jahre 1982, der Altersklasse der 6- bis unter 25jährigen angehören. Diese Arbeitshypothese läßt sich auch mit der Struktur des Bildungswesens in der DDR und den kürzeren Regelstudien- und Ausbildungszeiten begründen.

Bereits im globalen Vergleich zeigen sich Strukturunterschiede in beiden Staaten. In der DDR betrug 1973 der Anteil der 6- bis unter 25jährigen Schüler und Studenten an der Bevölkerung in dieser Altersgruppe 66 vH und fiel bis 1982 auf 60 vH. In der Bundesrepublik lag das Niveau 1973 mit 71 vH höher und verringerte sich auf 69 vH nur wenig.

Obwohl in den Bildungs- und Ausbildungssystemen beider deutscher Staaten auch übereinstimmende, konstitutive Strukturmerkmale vorhanden sind, hat der Unterschied im Niveau nicht nur in der differierenden Ausbildungsdauer, sondern auch in den verschiedenartigen Zugangsmöglichkeiten zu den einzelnen Bildungsbereichen seine Ursachen. Während die nahezu vollständige Integration der 6- bis unter 15jährigen Wohnbevölkerung in das Bildungssystem in beiden Staaten gelang, in der DDR vor allem in die allgemeinbildende polytechnische Oberschule, in der Bundesrepublik Deutschland in die verschiedenen allgemeinbildenden Schulen, konzentrieren sich die Unterschiede in der Bildungsbeteiligung auf die Altersklasse der 15- bis unter 25jährigen. Deshalb soll die Bildungsbeteiligung in dieser Altersklasse, differenziert nach zwei Altersgruppen, untersucht werden.

2.1.4.2. Bildungsbeteiligung der 15- bis unter 25jährigen

Im Jahre 1982 lag die Bildungsbeteiligung sowohl in der Altersklasse der 15- bis unter 20- als auch der 20- bis unter 25jährigen in der Bundesrepublik Deutschland deutlich über dem Niveau der Vergleichsgruppen in der DDR. Mit 53 zu 38 vH bestand in der Altersklasse 15 bis 24 insgesamt eine Niveaudifferenz von 15 vH-Punkten. Im Zeitraum von 1973 bis 1982 blieb das Niveau in der DDR — bei relativ geringen Schwankungen — mit durchschnittlich 40 vH konstant, in der Bundesrepublik erhöhte es sich von 44 auf 53 vH.

Bei den 15- bis unter 20jährigen differierte die Bildungsbeteiligung 1982 um 11 vH-Punkte. In der Bun-

Übersicht 2.1.-2

Bildungsbeteiligung nach Altersklassen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR in vH

Im Alter von . . . bis unter . . . Jahre	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
	Bundesrepublik Deutschland									
15 bis 20	74	75	78	78	78	80	82	82	82	82
20 bis 25	15	16	17	18	18	19	20	21	22	22
15 bis 25	44	46	48	49	50	51	53	53	53	53
	DDR									
15 bis 20	71	71	72	74	74	74	73	72	71	71
20 bis 25	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
15 bis 25	40	39	39	41	41	42	41	40	39	38

Quellen: Vgl. Anhangtabellen 2.1.-2 und -3.

desrepublik Deutschland besuchten reichlich 80 vH dieser Altersgruppen Schulen, Hochschulen und berufliche Bildungseinrichtungen, in der DDR rund 70 vH. Die Niveaudifferenz war an den allgemeinbildenden Schulen (7 vH-Punkte) und an den beruflichen Schulen (5 vH-Punkte) ähnlich groß. Nur bei den — relativ wenigen — Studenten im Alter bis 20 Jahre war in beiden Staaten die Bildungsbeteiligung annähernd gleich.

Die allgemeinbildenden Schulen besuchten in der Bundesrepublik 39 vH der Altersgruppe, während es in der DDR nur 32 vH waren. Obwohl in der DDR durch die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule bei den 15- bis 16jährigen eine höhere Bildungsbeteiligung im Bereich der allgemeinen Schulen vorlag, wirkte sich in der Altersgruppe der 15- bis unter 20jährigen insgesamt der in der Bundesrepublik Deutschland höhere Anteil der Jugendlichen aus, die am Unterricht an den Gymnasien teilnahmen. Allerdings trug zur höheren Quote auch die Schulbesuchsdauer bei. Die erweiterte allgemeinbildende polytechnische Oberschule in der DDR führt bereits nach zwei Jahren zum Abitur, die Oberstufen der Gymnasien und der Gesamtschulen in der Bundesrepublik in der Regel nach drei Jahren.

Geringer als bei den allgemeinbildenden Schulen war im Jahre 1982 der Unterschied bei der Bildungsbeteiligung im Bereich der beruflichen Schulen und Ausbildungseinrichtungen. In der DDR lag die Bildungsbeteiligung bei 37 vH, in der Bundesrepublik Deutschland dagegen bei 42 vH. Zu den beruflichen Schulen zählen in der DDR die Berufsschulen, in denen die Lehrlingsausbildung im Teilzeitunterricht stattfindet, und die Fachschulen. Das Spektrum der beruflichen Schulen in der Bundesrepublik Deutschland setzt sich aus einer größeren Zahl unterschiedlicher Schultypen zusammen. Neben den Teilzeitberufsschulen gliedert sich dieser Bereich vor allem in die Berufsaufbau-, Fachober- und Fachschulen sowie die Fachgymnasien und Schulen des Gesundheitswesens. Rund 6 vH der Altersgruppe der 15- bis unter 20jährigen besuchte 1982 in der DDR die Fachschulen, in der Bundesrepublik verteilten sich 13 vH auf die verschiedenen Formen der beruflichen Schulen, jedoch ohne Teilzeitberufsschulen. Am Unterricht in den Berufsschulen in Teilzeitform nahmen in der DDR knapp 31 vH der Altersgruppe teil, in der Bundesrepublik nur rund 29 vH. Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, daß die durchschnittliche Ausbildungsdauer in der DDR etwa zwei, in der Bundesrepublik hingegen fast drei Jahre beträgt. Unter gleichen Bedingungen — jeweils 3 Jahre — würde die Quote in der DDR bei rund 40 vH liegen. Die höhere Zahl verdeutlicht besser den Stellenwert der Lehrlingsausbildung im Bildungssystem der DDR, bezogen auf die einzelnen Aufnahmejahrgänge ist die Kapazität des dualen Systems in der DDR größer als in der Bundesrepublik. Zu beachten ist ferner, daß in der DDR alle Berufsschüler einen Ausbildungsplatz haben, während in der Bundesrepublik zu den Berufsschülern in Teilzeitform auch Jugendliche ohne Ausbildungsplatz zählen.

Die Hauptursache für die steigende Bildungsbeteiligung in der Bundesrepublik war der zunehmende Übergang zu den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen. Die Schülerzahlen an den Gesamtschulen, aber vor allem an den Realschulen und Gymnasien nahmen stärker zu als die Zahl der Jugendlichen, so stieg der entsprechende Anteil an der Altersgruppe von 27 vH (1973) auf 39 vH (1982). Diese Entwicklung war von einer Verringerung des Schulbesuchs an den beruflichen Schulen um 3 vH-Punkte auf 42 vH begleitet. Die Abnahme ging zu Lasten der Berufsschulen in Teilzeitform, während die beruflichen Bildungseinrichtungen in Vollzeitform überproportional zunehmende Schülerzahlen aufwiesen. Absolut stieg aber auch die Zahl der Berufsschüler in den Teilzeitberufsschulen. Hervorzuheben ist, daß sich die Zahl der Berufsschüler ohne Ausbildungsplatz um 100 000 Personen verringerte. Jedoch waren auch 1982 noch

120 000 Schüler registriert, die keinen Ausbildungsplatz fanden. In der Altersgruppe stieg die Zahl der Auszubildenden von 1,2 auf knapp 1,5 Mill., ihr Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung nahm von 28,7 vH auf 27,6 vH leicht ab.

In der DDR änderte sich nicht nur insgesamt, sondern auch in den einzelnen Schulzweigen die Bildungsbeteiligung wenig. Auf die POS und EOS entfiel 1973 ein Anteil von 34 vH; er stieg bis 1976 um 2 vH-Punkte und nahm bis 1982 auf rund 32 vH ab. Die Zunahme bei den beruflichen Schulen — um 2 vH-Punkte auf 37 vH — betraf nicht nur die Lehrlingsausbildung, sondern auch das Direktstudium an den Fachschulen, insbesondere in den Bereichen Medizin, Pädagogik und Kunst. Allerdings ging diese Expansion in der DDR zu Lasten der allgemeinbildenden Schulen.

Die Bildungsbeteiligung der 20- bis unter 25jährigen lag 1982 in beiden deutschen Staaten im Niveau um 15 vH-Punkte auseinander. Während in der Bundesrepublik noch 22 vH dieser Altersgruppe die Schulen und die Hochschulen besuchten, waren es in der DDR nur 7 vH der gleichaltrigen Wohnbevölkerung. Die allgemeinbildenden Schulen sind in dieser Altersgruppe nur noch in der Bundesrepublik mit einem Rest von 1 vH vertreten. An den beruflichen Schulen beliefen sich die Schulbesuchsanteile in der Bundesrepublik auf 8 vH und in der DDR auf knapp 2 vH, an den Hochschulen auf 13 vH und auf 5 vH.

Die Differenz an den beruflichen Schulen erklärt sich zu einem großen Teil durch die Berufsschüler in den Teilzeitberufsschulen in der Bundesrepublik, die älter als 20 Jahre waren (4,4 vH). In der DDR zählten die Jugendlichen dieser Altersgruppe zu den Fachschülern im Direktstudium, vornehmlich zu den Fachrichtungen Technische Wissenschaften und Agrarwissenschaften. In der Bundesrepublik verteilten sich die übrigen Schüler auf eine Vielzahl von Schularten der beruflichen Aus- und Fortbildung, dazu gehören auch die Schulen des Gesundheitswesens.

Die quantitativ bedeutsamste Differenz in dieser Altersgruppe betrifft den Hochschulbereich. Während sich an den beruflichen Schulen ohne Teilzeitberufsschüler 1982 Quoten von 4 und 2 vH gegenüberstehen, sind es an den Hochschulen 13 und 5 vH. Auch 1973 war der Unterschied der Bildungsbeteiligung in beiden Staaten mit 10 und 5 vH an den Hochschulen groß. In den Zahlen für den Hochschulbereich spiegelt sich weitgehend die Konsequenz, die der Abstand der Bildungsbeteiligung an den allgemeinbildenden Schulen mit sich bringt: In der Altersgruppe 15 bis unter 20 Jahre war dieser Abstand mit 7 vH-Punkten fast ebenso groß. Damit wird deutlich, welchen Stellenwert das Abitur in der Bildungspolitik beider Staaten einnimmt. In der Bundesrepublik setzten die Abiturienten überwiegend die Ausbildung mit einem Hochschulstudium fort, in der DDR wurde mit der Begrenzung der Abiturientenzahl zugleich der Zugang zum Studium gedrosselt.

Die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt zeigen sich in den Anhangtabellen 2.1.-2 und -3 beim Vergleich der Bevölkerungszahlen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren und der jeweiligen Restkomponente „Sonstige", die in erster Linie aus Erwerbspersonen besteht. In beiden Staaten nahm die Bevölkerung in dieser Altersgruppe von 1973 bis 1982 zu, um 16 vH in der Bundesrepublik und um 10 vH in der DDR. Absolut betrug die Zunahme in der Bundesrepublik fast 690 000 Personen, in der DDR 130 000. Von diesem Zuwachs war in der Bundesrepublik nur ein Drittel „beschäftigungswirksam", d.h. zwei Drittel der nachwachsenden Generation — absolut rund 450 000 — verblieben zunächst im Bildungssystem. Davon entfallen reichlich die Hälfte auf die beruflichen Schulen, der Rest überwiegend auf die Hochschulen. In der DDR zeigte sich keine derartige Pufferwirkung des Bildungs- und Ausbildungssystems, sondern die Zunahme der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 25 Jahren um rund 130 000 schlug sich per Saldo in einer gleich großen Erhöhung der Erwerbspersonenzahl nieder.

Betrachtet man zusätzlich die „sonstigen Jugendlichen" im Alter von 15 bis unter 20 Jahren, die sich nicht in der Ausbildung befinden, so werden die Unterschiede noch deutlicher. Die Restkomponente entsprach 1982 in der Bundesrepublik knapp einem Geburtenjahrgang und in der DDR rund eineinhalb Geburtenjahrgängen im Alter von 18 bis 19. Sie entwickelte sich in der Bundesrepublik seit 1973 bei steigender Jahrgangsstärke rückläufig, so daß auf die zusätzliche Bildungsbeteiligung rund 450 000 Personen entfallen. Damit steht dem beschäftigungsneutralen Bildungs- und Ausbildungssystem der DDR in der Bundesrepublik ein negativer Beschäftigungseffekt von rund 0,9 Mill. Personen oder fast einem geburtenstarken Jahrgang gegenüber. Die Zahl der Neuzugänge am Arbeitsmarkt wurde also, wenn auch nur vorübergehend, über das Bildungs- und Ausbildungssystem erheblich reduziert.

Fußnoten

[1] Die deutsche Bildungstradition im Bereich der Fachschulen wird auch in der DDR besonders hervorgehoben. — Vgl. beispielsweise Günther K.-H. u. a. (Autorenkollektiv): Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost) 1983, S. 121.

[2] Vgl. Mitter W.: Wandel und Kontinuität im Bildungswesen der beiden deutschen Staaten. Bad Homburg v. d. Höhe 1983, S. 456ff.

[3] Die Planzahlen für die Zulassung zum Hoch- und Fachhochschulstudium werden vom Planjahr 1978 an zusammengefaßt im Gesetz über den Volkswirtschaftsplan veröffentlicht. Davor wurden die Planzahlen für die Zulassung zum Hochschulstudium vorübergehend in den jährlichen Volkswirtschaftsplänen veröffentlicht (1974 und 1975). Allerdings kam es immer zu Abweichungen gegenüber den Planzahlen, die sowohl unter- als auch überschritten werden. — Vgl. hierzu: Schmidt G.: Hochschulen in der DDR. Eine Untersuchung zum Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem. Köln und Wien 1982, Band 15/4, S. 190f. — Vgl. zum Planungsmechanismus Cornelsen D.: Bildung und Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR — Planung, Entwicklung und Finanzierung. Berlin 1978, S. 1ff.

[4] Vgl. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems.

[5] Für die Vergangenheit liegen bereits vergleichende Analysen der Bildungs- und Ausbildungssysteme beider deutscher

Staaten vor. Neben den bereits zitierten Studien von Cornelsen D. und Mitter W. vgl. beispielsweise: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971. Bonn 1971, S. 187ff. — Hegelheimer A.: Berufsausbildung in Deutschland. Ein Struktur-, System- und Reformvergleich der Berufsausbildung in der Bundesrepublik und der DDR. Frankfurt am Main 1972. — Rudolph H. und Husemann R.: Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion. Ein Vergleich der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1983.

[6] Angaben über Schüler, die von der 8. in die 9. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule überwechseln, wurden nur bis 1978 veröffentlicht. Die Quote für 1982 wurde auf der Basis der in den Statistischen Jahrbüchern veröffentlichten Anzahl der Schüler nach Klassenstufen geschätzt. — Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1979, S. 288. In der DDR besteht eine allgemeine zehnjährige Oberschulpflicht, die in der Verfassung genannt wird und im allgemeinen an der POS zu erfüllen ist (Art. 26, Abs. 4), die in der DDR als Einheitsschule für alle Schüler bis zur Mittelstufe konzipiert ist. Statistische Angaben über die Schüler, die Spezialschulen oder Spezialklassen besuchen und damit eine „Elitebildung" erhalten, werden in allgemein zugänglichen Publikationen nicht veröffentlicht, denn diese Form der Bildungseinrichtungen widerspricht dem Prinzip der Einheitsschule für alle Schüler. Geschätzt wird, daß 3—5 vH der Schüler der entsprechenden Jahrgänge in sie aufgenommen werden. — Vgl. Mitter W., a. a. O., S. 464 und Vogt H.: Einheitliches sozialistisches Bildungssystem. Köln 1985, S. 327ff.

[7] Außerdem wurde mit dem Wehrkundeerlaß von 1978 in der POS die Wehrkunde als Fach ab der 9. Klasse eingeführt. Wehrkundlicher Unterricht und entsprechende Übungen finden als Pflichtveranstaltungen auch in der EOS und während des Studiums statt. — Vgl. Günther K.-H. u. a., a. a. O., S. 83 und Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Das Bildungswesen in der DDR. Bonn 1983, S. 28ff.

[8] In den Bundesländern Berlin und Bremen umfaßt die Grundschule die ersten 6 Schuljahre. In den meisten Bundesländern wurde das dreigliedrige Schulsystem durch die Einführung von Orientierungs- oder Förderstufen ergänzt, in denen die Schüler der 5. und 6. Klassen auf ihre Schullaufbahn vorbereitet werden und somit die Durchlässigkeit zwischen den Schularten erhöht wird. Während 1975 knapp die Hälfte der Schüler derartige Einrichtungen besuchten, waren es 1982 bereits 73,2 vH von 1,5 Mill. Die Orientierungsstufen werden in schulformabhängige und schulformunabhängige eingeteilt, an den unabhängigen waren 20 vH der Schüler eingeschult. — Vgl. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1983/84. Bad Honnef 1983, S. 42.

[9] Vgl. Kultusministerkonferenz (Hrsg.): Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1975 bis 1984. Bonn 1985, S. 123.

[10] Nach der Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Systematik der Ausbildungsberufe von 1980 gab es in der DDR 318 Ausbildungsberufe zum Facharbeiter mit etwa 600 Spezialisierungsmöglichkeiten, bei denen die traditionellen Berufsbezeichnungen der 972 Ausbildungsberufe vielfach noch erkennbar sind, die gegen Ende der fünfziger Jahre bestanden. Bei der Reform der Ausbildungsberufe wurden auch die 28 besonders breit profilierten Grundberufe geschaffen. 225 Facharbeiterberufe können nur mit dem Abschluß der Klasse 10 der POS erlernt werden, darunter fallen alle Grundberufe. 66 Facharbeiterberufe erfordern den Abschluß der 8. Klasse der POS und 27 Berufe sind für die Qualifizierung Erwachsener vorgesehen. — Vgl. Günther K.-H. u. a., a. a. O., S. 95ff. In der Bundesrepublik Deutschland gab es gegen Ende der fünfziger Jahre rund 650 Ausbildungsberufe, die im Verlauf der Reformen des Berufsausbildungssystems bis 1982 zu 439 Berufen zusammengefaßt wurden.

[11] Zur Berufsausbildung mit Abitur sind 89 Ausbildungsberufe zugelassen.

[12] 1982 wurden zum Fernstudium an den Fachschulen knapp 15 000 und zum Abendstudium 2 000 Studierende zugelassen (1971 rund 20 000 und 12 000). Das Fernstudium spielt gegenwärtig nur noch in den Wirtschaftswissenschaften, wo 1982 die Zulassungen die des Direktstudiums um das Zweieinhalbfache übertrafen, und bei den Technischen Wissenschaften eine größere Rolle. An den Hochschulen zeigt sich ein noch steilerer rückläufiger Trend der Studentenzahlen im Fern- und Abendstudium, 1982 wurden nur noch 2 800 und 37 Studenten immatrikuliert. — Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1983, S. 298ff.

[13] Vgl. beispielsweise: Günther K.-H. u. a., a. a. O., S. 166ff.

[14] Zum Hochschulsystem zählen auch die 9 Hochschulen, die dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstehen, und die 4 Hochschulen, die zum Zuständigkeitsbereich des Ministeriums des Inneren gehören. Die Zahl der Studenten dieser Einrichtungen wird in der Hochschulstatistik nicht ausgewiesen. — Vgl. auch Schmidt G., a. a. O., S. 217f. und Glaeßner G.-J.: Universitäten und Hochschulen. Köln 1985, S. 1384.

[15] Überwiegend wurden bestehende Fachschulen (Ingenieurschulen) in Hochschulen umgewandelt.

[16] Da das Fern- und Abendstudium an den Hochschulen in der DDR gegenwärtig quantitativ kaum noch eine Rolle spielt, werden die Studenten in diesen Studiengängen nicht in die Berechnungen einbezogen. Vgl. Fußnote 12.

[17] Dabei stellt die Zulassung zur Hochschule nach der erfolgten Vorentscheidung im Vergleich zur Lenkung in die einzelnen Studienrichtungen ein vergleichsweise geringeres Problem dar. Die einzelnen Hochschulen sind in die Wirtschaftsstruktur der Region integriert, die Anzahl der Studienplätze einer Studienrichtung wird mit dem regionalen Arbeitskräftebedarf abgestimmt. — Vgl. Günther K.-H. u. a., a. a. O., S. 160ff. und Cornelsen D., a. a. O., S. 10ff.

[18] Vgl. Günther K.-H. u. a., a.a.O., S. 156.

[19] Nur im Ausnahmefall kann mit einer Erlaubnis gerechnet werden, ein Studienjahr wiederholen zu dürfen. Zu diesen Ausnahmen zählen Krankheit und bei Frauen eine Schwangerschaft.

[20] Vgl. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1983/84, a. a. O., S. 178.

[21] Für diesen Zeitraum konnten Zeitreihen für vergleichende Analysen erstellt werden, die die Entwicklung über die 70er Jahre bis in die Gegenwart verdeutlichen. Die Stichjahre davor und danach konnten nicht vollständig vergleichbar gemacht werden.

[22] Im Jahre 1974 wurden die medizinischen Berufsschulen in Fachschulen umgewandelt. In diesem Jahr und den unmittelbar folgenden wird deshalb der Vergleich zwischen Berufs- und Fachschülern verzerrt und nach Möglichkeit die übergeordnete Klasse beruflicher Schulen analysiert.

[23] In der Bundesrepublik werden die altersstrukturierten Schüler- und Studentenzahlen auf die Bevölkerung im Jahresdurchschnitt bezogen, in der DDR auf die Bevölkerung am Jahresende. Zu den Eckwerten für die DDR vgl. Lötsch I.: Statistischer Anhang. In: Institut für Soziologie und Sozialpolitik (Hrsg.): Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1985. Berlin (Ost) 1985, S. 519ff.

Methodische Hinweise zur Berechnung der Altersstruktur der Schüler und Studenten in der DDR

In die Berechnungen der Zeitreihen einbezogen werden altersspezifische Eckwerte für Schüler, Lehrlinge und Direktstuden-

ten der Fach- und Hochschulen, die auf den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung von 1981 fußen und im Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik von 1985 veröffentlicht sind. Allerdings liegen diese Angaben nur zusammengefaßt für alle vier Kategorien von Schülern und Studenten in ausgewählten Altersgruppen vor, so daß insbesondere in den Altersklassen der 15- bis unter 20- und der 20- bis unter 25jährigen zusätzliche Annahmen für Berufsschüler und Direktstudenten an den Fach- und Hochschulen sowie die Ermittlung der Zeitreihen zu setzen sind. Aus der Gesamtzahl der Berufsschüler, die zur Altersklasse der 15- bis unter 20jährigen gezählt werden, wird jährlich die Anzahl der Lehrlinge berechnet, die jünger als 15 Jahre alt sind, und zu den Schülern der Altersklasse der 6- bis unter 15jährigen addiert. Die Berechnungen orientieren sich am Bevölkerungsjahrgang und der Quote der Schüler, die den Abschluß der 8. Klasse der POS nicht erreichen. Von der Bildungspopulation an den Fachschulen werden die Direktstudenten der Fachrichtungen Medizin, Pädagogik und Kunst zur Altersklasse der 15- bis unter 20jährigen gezählt, da sie in der Regel unmittelbar nach dem Besuch der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule auf die Fachschule überwechseln. Die Direktstudenten der übrigen Fachrichtungen an den Fachschulen werden, nachdem sie um 1 000 Personen der Altersgruppe der 25jährigen und älteren verringert wurden, auf die beiden Altersklassen aufgeteilt. Bei den Direktstudenten an den Hochschulen werden die ersten beiden Jahrgänge der weiblichen Studenten in die Altersklasse der 15- bis unter 20jährigen einbezogen, während nahezu alle anderen Direktstudenten zur Altersklasse der 20- bis unter 25jährigen zu zählen sind, d. h. bis auf jährlich 10 000 Personen, die älter als 24 Jahre sind.

Die gesetzten Annahmen lassen sich vor allem mit den eng geregelten Ausbildungswegen, Ausbildungszeiten und Übergängen zwischen den verschiedenen Schularten erklären.

Quellen

Neben den jeweiligen Statistischen Jahrbüchern für die Bundesrepublik Deutschland und der DDR wurden für die quantitativen Angaben und Berechnungen die folgenden Quellen verwendet:

Der **Bundesminister für Bildung und Wissenschaft** (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1983/84. Bad Honnef. Verlag Karl Heinrich Bock. 1983.

Kultusministerkonferenz (Hrsg.): Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1975 bis 1984. Dokumentation Nr. 93. Bonn. 1985.

Lötsch I.: Statistischer Anhang. In: Institut für Soziologie und Sozialpolitik (Hrsg.): Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1985. Berlin (Ost). Akademie-Verlag. 1985, S. 511 ff.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 11, Reihe 1, Allgemeines Schulwesen; Reihe 2, Berufliches Schulwesen; Reihe 4.1, Studenten an Hochschulen. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildung im Zahlenspiegel. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge.

Literaturhinweise

Der **Bundesminister für Bildung und Wissenschaft** (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems. Schriftenreihe Bildung und Wissenschaft. Bonn. Verlag Gersbach und Sohn. 1978.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971. Bonn. 1971.

Cornelsen D.: Bildung und Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR — Planung, Entwicklung und Finanzierung. Gutachten des DIW im Auftrage des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft. Berlin. 1978.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Das Bildungswesen in der DDR. Bonn. Verlag Neue Gesellschaft. 1983.

Gericke B. u. a. (Autorenkollektiv): Zur Theorie und Praxis der Berufsberatung. Berlin (Ost). Verlag Volk und Wissen. 1984.

Glaeßner G.-J.: Universitäten und Hochschulen. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR Handbuch. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 1985, S. 1382 ff.

Günther K.-H. u. a. (Autorenkollektiv): Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost). Verlag Volk und Wissen. 1983.

Hegelheimer A.: Berufsausbildung in Deutschland. Ein Struktur-, System- und Reformvergleich der Berufsausbildung in der Bundesrepublik und der DDR. Frankfurt am Main. Europäische Verlagsanstalt. 1972.

Mitter W.: Wandel und Kontinuität im Bildungswesen der beiden deutschen Staaten. In: Avenarius H. u. a. (Hrsg.): Festschrift für Erwin Stein zum 80. Geburtstag. Bad Homburg v. d. Höhe. Verlag Gehlen. 1983, S. 456 ff.

Rudolph H. und Husemann, R.: Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion. Ein Vergleich der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin. 1983.

Schmidt G.: Hochschulen in der DDR. Eine Untersuchung zum Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem. In: Mitter W. (Hrsg.): Studien und Dokumentationen zur vergleichenden Bildungsforschung. Köln und Wien. Verlag Böhlau. Band 15/4, 1982.

Vogt H.: Einheitliches sozialistisches Bildungssystem. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR Handbuch. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 1985, S. 327 ff.

2.2. Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

Zusammenfassung

Forschung und Entwicklung (FuE) ist Voraussetzung für Innovation, für wirtschaftliches Wachstum sowie für die Lösung dringender, insbesondere auch ökologischer Probleme. Der technologische Stand entscheidet in hohem Maße über die Konkurrenzfähigkeit und damit auch über den Wohlstand einer Volkswirtschaft. Der Vergleich der FuE-Inputs zeigt, daß beide Staaten seit 1970 ihre Anstrengungen in Forschung und Entwicklung erheblich forciert haben. Trotz der vergleichsweise hohen Aufwendungen im FuE-Bereich ist es der DDR nicht gelungen, die technologische Lücke zur Bundesrepublik zu verringern. Entscheidend dafür sind die dem planwirtschaftlichen System immanenten größeren Barrieren bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Produktion: Fehlen des binnenwirtschaftlichen Wettbewerbsdrucks, geringe autonome Entscheidungsbefugnisse der Kombinate, zentrale Preisfestlegungen sowie der Verzicht auf stimulierende Wirkungen von Nachfrage und Gewinn müssen in einem Bereich, in dem Risikofreudigkeit und Kreativität die impulsgebenden Kräfte sind, als besonders hemmend eingestuft werden.

Trotz des dominierenden Handels mit den RGW-Staaten strebt die DDR an, auch ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den westlichen Industriestaaten zu erhöhen. Daß die DDR aber noch weit davon entfernt ist, international technologisch konkurrenzfähig zu sein, zeigt der unbedeutende Anteil sogenannter High-Tech-Produkte am Warenexport in die westlichen Industrieländer und die nur geringe Zahl an internationalen Patentanmeldungen.

Eine Einschätzung der künftigen technologischen Konkurrenzfähigkeit ist zwar generell problematisch, doch deutet vieles darauf hin, daß die Bundesrepublik auch künftig im technologischen Bereich international eine Spitzenstellung einnehmen wird, während die DDR hier eher noch an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen dürfte. Dafür sprechen vor allem drei Gründe: die eng begrenzten Möglichkeiten bei der Durchführung aufwendiger Forschungsprojekte, die Innovationsträgheit der Wirtschaftseinheiten sowie das inflexible Planungssystem, das schnelle Anpassungsprozesse kaum zuläßt.

Inhalt: Seite

2.2.1. Einführung 328

2.2.2. Die Organisation in der Bundesrepublik Deutschland 328

2.2.2.1. Wissenschaft 329

2.2.2.2. Staat und Wirtschaft in der Wissenschaft 329

2.2.3. Die Organisation in der DDR 329

2.2.3.1. Die Akademie der Wissenschaften (AdW) 330

2.2.3.2. Hochschulforschung 330

2.2.3.3. Industrieforschung in der DDR 331

2.2.4. Die forschungspolitische Strategie in der Bundesrepublik Deutschland 331

2.2.5. Die forschungspolitische Strategie in der DDR 332

2.2.6. Aufwendungen und Beschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland 333

Seite

2.2.6.1. Öffentlicher Sektor ... 333

2.2.6.2. Private Wirtschaft ... 334

2.2.7. Aufwendungen und Beschäftigte in der DDR ... 336

2.2.7.1. Akademie der Wissenschaften und Hochschulen ... 336

2.2.7.2. Industrie ... 337

2.2.8. Instrumente der Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ... 337

2.2.8.1. Großforschungseinrichtungen ... 337

2.2.8.2. Direkte Projektförderung ... 338

2.2.8.3. Indirekt-spezifische Förderprogramme ... 338

2.2.8.4. Indirekte Förderprogramme ... 338

2.2.8.5. Technologietransfers, Unternehmensgründungen ... 339

2.2.9. Instrumente der Forschungspolitik in der DDR ... 339

2.2.9.1. Planungsinstrumente ... 339

2.2.9.2. Forschungsfinanzierung und -stimulierung ... 339

2.2.9.3. Förderung des Technologietransfers und Forschungskooperationen 340

2.2.10. Resumee ... 340

Fußnoten, 2 Anhänge, Quellen und Literaturhinweise zu 2.2. ... 341

2.2.1. Einführung

Forschung und Entwicklung (FuE) ist Voraussetzung für Innovation, für wirtschaftliches Wachstum sowie für die Lösung dringender, insbesondere auch ökologischer Probleme. Der technologische Stand entscheidet in hohem Maße über die Konkurrenzfähigkeit und damit auch über den Wohlstand einer Volkswirtschaft. Erfolgreich in der direkt marktorientierten FuE wird sie indes nur dann sein, wenn sie über einen leistungsfähigen Wissenschaftsbereich verfügt. Seine Aufgabe ist es, im Rahmen der Grundlagenforschung den Erkenntnisstand allgemein zu vergrößern und auch zu vermitteln. Damit liefert die Wissenschaft das für FuE erforderliche Basiswissen und bildet einen Teil der im FuE-Bereich Tätigen aus.

Trotz grundlegend gleicher Aufgabenstellung sind insbesondere bei FuE in den Wirtschaftssystemen gravierende Unterschiede zu beachten: In der Marktwirtschaft zwingt die Konkurrenz im Inland und auf dem Weltmarkt zu Produkt- und Verfahrensinnovationen; Nachfrage- und Gewinnerwartungen induzieren die Innovationsbereitschaft der Unternehmen (Demand-Pull-Theorie)[1]. Demgegenüber bestehen in einer Planwirtschaft andere Rahmenbedingungen: Alle bedeutenden Vorhaben für Forschung und Entwicklung sind Teil der zentralen Volkswirtschaftsplanung und mit den grundlegenden Zielen der staatlichen Strukturpolitik verflochten.

2.2.2. Die Organisation in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland ist die direkt auf Innovationen ausgerichtete angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung (FuE)[2] weitgehend Aufgabe der Unternehmen. Diese entscheiden im Rahmen ihrer Leistungs- und Ertragskraft autonom über Ziel und Umfang der hier einzusetzenden Ressourcen. Anders als in dem zentral planenden Wirtschaftssystem der DDR werden die technologischen Entwicklungen in der Bundesrepublik mithin vorwiegend dezentral über marktwirtschaftliche Prozesse bestimmt. Bei den staatlichen Maßnahmen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation in der Wirtschaft geht es vor allem darum, die Eigeninitiative der Unternehmen und die Antriebskräfte des Marktes zu stärken. Staatliche Forschungsförderung und -subventionierung werden in allen westlichen Industrieländern betrieben, wenn auch in unterschiedlichem Umfang.

Grundlagenforschung[3] und wissenschaftliche Lehre sind zentrale Aufgabenfelder von Bund und Ländern. Der Übergang zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung ist fließend, er bemißt sich an der praktischen Anwendbarkeit des Forschungsziels. In Grenzbereichen haben Staat und Unternehmen, und zwar jeder Sektor nach den für ihn geltenden Kosten-Nutzenerwägungen, über Forschungsvorha-

ben zu entscheiden. Insbesondere dort, wo gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Ziele mit Unternehmensinteressen zusammentreffen, bieten sich Kooperationen zwischen Staat und Unternehmen an. Das Entstehen neuer Technologien mit hohem Forschungsaufwand sowie Rohstoff-, Energie- und Umweltprobleme haben im Untersuchungszeitraum diesen Grenzbereich stark vergrößert und die Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesrepublik entsprechend geprägt.

2.2.2.1. Wissenschaft

Die Freiheit der Forschung — sie ist im Grundgesetz (Artikel 5 III) verankert — ist zusammen mit einer weitgehenden Selbstverwaltung der Wissenschaft Grundlage der Wissenschaftsförderung des Bundes und der Länder. Die Aufgabenbereiche sind wie folgt gegliedert:

- Die Hochschulen betreiben Forschungen in allen Einzeldisziplinen in enger Verbindung mit der Lehre. Sie unterstehen der Länderhoheit, der Bund ist am Ausbau und Neubau von Hochschulen und über die Deutsche Forschungsgemeinschaft an der zusätzlichen Finanzierung der Hochschulforschung beteiligt und fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs.

- Der außeruniversitären Forschung dienen die von Bund und Ländern oder Bund und Sitzland finanzierten Forschungseinrichtungen. Als wichtige Beispiele sind zu nennen: Die Institute der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die im Rahmen der Grundlagenforschung in ausgewählten Bereichen vor allem der Naturwissenschaften arbeiten und die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), die anwendungsorientiert mit Schwerpunkt in den Gebieten der Natur- und Ingenieurwissenschaften tätig sind[4].

  Mit den Großforschungseinrichtungen sollte insbesondere die deutsche Kernenergieforschung vorangetrieben werden.

- Bundes- und Landesforschungseinrichtungen betreiben Ressortforschung. Sie umfaßt Entscheidungshilfen für die Ressorts sowie Grundlagen- und angewandte Forschung im Interesse bestimmter Zielgruppen.

2.2.2.2. Staat und Wirtschaft in der Wissenschaft

In marktwirtschaftlichen Systemen sind die technologischen Entwicklungen zwar weitgehend Ergebnis dezentraler Unternehmensentscheidungen, es wäre aber sicherlich falsch, die Rolle des Staates zu unterschätzen. Die Einflußnahme reicht von der Gestaltung globaler Rahmenbedingungen, innerhalb der sich die ökonomischen Prozesse vollziehen, über Maßnahmen, mit denen die unternehmerischen Entscheidungen ausgerichtet werden sollen, bis zu Fällen, in denen der Staat die technologische Entwicklung direkt bestimmt. Die wissenschaftliche Infrastruktur — hierzu zählen Hochschulen, Forschungsinstitute und von der öffentlichen Hand getragene Einrichtungen mit Aufgaben in den Bereichen von Wissenschaft sowie FuE — schafft die für FuE notwendigen Voraussetzungen. Über Steuern, Abschreibungen und spezielle Förderprogramme wirkt der Staat auf Unternehmensentscheidungen ein. Öffentliche Aufträge und zwischenstaatliche Vereinbarungen schaffen häufig erst die Basis für rentable Entwicklungen und die Einführung des technischen Fortschritts. In welchem Umfang der Staat von seinen Möglichkeiten Gebrauch macht und welche Handlungsparameter eingesetzt werden, ist nicht zuletzt abhängig von ökonomischen Entwicklungen im In- und Ausland sowie von den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen der Regierung.

In der Bundesrepublik soll heute wieder verstärkt nach dem Subsidiaritätsprinzip verfahren werden: Öffentliche Mittel werden nur dort eingesetzt, wo eigene staatliche Verantwortung liegt und wo aus übergeordneten gesellschaftlichen oder gesamtwirtschaftlichen Gründen Forschung und Entwicklung einer staatlichen Unterstützung bedürfen. Förderprogramme setzen dort an, wo die privatwirtschaftlichen Kräfte allein nicht ausreichen, um die aus wirtschaftspolitischer Sicht für erforderlich gehaltenen Maßnahmen überhaupt oder rechtzeitig in Gang zu bringen. Solche allgemein formulierten Rahmenbedingungen für Förderungsmaßnahmen lassen der öffentlichen Hand freilich umfangreichen Handlungsspielraum: Marktversagen, geeignete Kriterien und spezielle Maßnahmen sind nicht definiert. Innovationsziele und Innovationsprozesse sind in der Bundesrepublik Deutschland mithin im wesentlichen Resultate ertragsorientierter Unternehmensentscheidungen.

2.2.3. Die Organisation in der DDR

Die Aufteilung für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Entwicklung (FuE) — die Begriffe werden nicht immer trennscharf verwendet, Wissenschaft schließt häufig FuE mit ein — sind in der DDR anders strukturiert als in der Bundesrepublik. In funktionaler Gliederung, also bei den Zuständigkeiten für Wissenschaft, Lehre, angewandte Wissenschaft (FuE) zeigen sich gleichwohl Übereinstimmungen. Die Akademie der Wissenschaften und die Hochschulen entsprechen dann dem zum öffentlichen Sektor zählenden Wissenschaftsbereich in der Bundesrepublik, die Kombinate und Betriebe sind in einer solchen Betrachtung mit den Unternehmen zu vergleichen.

Staat, Wissenschaft (Grundlagenforschung, Lehre) und Wirtschaft (FuE) sind in der DDR eng miteinander verknüpft. Wissenschaft sowie Forschung und Entwicklung werden als Gesamtaggregat betrachtet, das an zentralstaatlichen Vorgaben ausgerichtet ist. In der Wissenschaftspolitik der DDR geht es darum, die Beziehungen und Wechselwirkungen der „Teilpotentiale" (Kombinate, AdW, Universitäten) zu regeln,

- welche Forschungsgebiete und -einrichtungen vorrangig finanziell und materiell gefördert werden sollen;

- wie die verschiedenen Teilbereiche miteinander verflochten bzw. zu verbinden sind; dazu zählen

vor allem Kommunikation und Kooperation zwischen den „Teilaggregaten".

— International geht es um den Grad der Verflechtung der Wissenschaftspotentiale der sozialistischen Länder.

Grundlagenforschung wird in der DDR vorwiegend in den Instituten der Akademie der Wissenschaften und in den Hochschulen betrieben, die angewandte Forschung (FuE) überwiegend in den Kombinaten. Die Grundlagenforschung an der Akademie der Wissenschaften soll dabei vorrangig zukunftsträchtige disziplinäre Forschungsrichtungen und interdisziplinäre Gebiete erschließen. Aufgabe der Hochschulforschung ist es, entsprechend den Bedürfnissen der Lehre auf möglichst breiter Front internationale Entwicklungstrends zu verfolgen. Die Ergebnisse der Grundlagenforschung sollen in den Instituten der AdW bzw. der Hochschuleinrichtungen auch bis zur Praxisreife weitergeführt werden, sofern es Spezialerzeugnisse (z. B. Geräte der Isotopen- und Strahlentechnik) oder Grundsatzlösungen für verschiedene Industriezweige sind.

Schnittstelle von der Grundlagen- zur angewandten Forschung sind die Forschungseinrichtungen der Kombinate und Betriebe mit der Aufgabe, Ergebnisse technologischer Grundlagenforschung in den Produktionsprozeß zu überführen.

2.2.3.1. Die Akademie der Wissenschaften (AdW)

Die Akademie der Wissenschaften hat nach der Reform von 1968 die Aufgabe, an der Lösung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Grundprobleme mitzuwirken. Die stärkere Ausrichtung der Akademieforschung auf praxisrelevante Fragestellungen erfolgte anfangs (1968) über das Instrument der Vertragsforschung, durch das die bis dahin übliche Haushaltsfinanzierung der Akademieinstitute ergänzt wurde. Um der damit einhergehenden Gefahr einer Vernachlässigung der Grundlagenforschung vorzubeugen, wurden bereits 1972/1973 die gesetzlichen Grundlagen der Forschungsfinanzierung geändert und festgelegt, daß Projekte der Grundlagenforschung überwiegend aus dem Staatshaushalt zu finanzieren sind. Von 1985/1986 an sollen die Industriekombinate wieder einen größeren Teil der Grundlagenforschung der AdW und Hochschulen über Wirtschaftsverträge finanzieren (bis 1990 über die Hälfte), um den Technologietransfer zu verbessern (vgl. 2.2.5.). Die periodischen Veränderungen zeigen die Problematik einer sinnvollen Verknüpfung von Industrie- und Akademieforschung. Analoge finanzrechtliche zeitliche Veränderungen galten auch für die Hochschulforschung.

Heute ist die AdW die bedeutendste Einrichtung der Grundlagenforschung in der DDR. Von den 53 Instituten sind 41 mit naturwissenschaftlichen, medizinischen, technologischen und mathematischen Forschungen befaßt, 12 betreiben gesellschaftswissenschaftliche Forschungen. Insgesamt sind die Institute, die auf ähnlichen Gebieten arbeiten, in 6 Forschungsbereiche zusammengefaßt: Biowissenschaften und Medizin; Chemie; Geo- und Kosmoswissenschaften; Mathematik und Informatik; Physik; Gesellschaftswissenschaften.

Im Jahre 1983 stellte sich die Situation der Akademieforschung wie folgt dar: Von der naturwissenschaftlich-technischen „Kapazität"[5] wurde ein Drittel für die Aufgaben des „Staatsplanes Wissenschaft und Technik" — diese Aufgaben genießen höchste Priorität und können nur von der Regierung verändert werden — eingesetzt, etwa die Hälfte entfiel auf Projekte der Grundlagenforschung, etwa 5 vH bis 10 vH wurden für sogenannte Initiativforschung — verantwortlich ist hier der jeweilige Institutsleiter — aufgewendet.

Die AdW hatte 1983 mit fast der Hälfte der zentralgeleiteten Industriekombinate der DDR Kooperations- bzw. Forschungsverträge abgeschlossen, doch wird in der DDR weiterhin über Mängel und Probleme berichtet. Sie treten vor allem bei der Koordination der FuE-Vorhaben zwischen Industrie und Akademieinstituten auf, bei der Inangriffnahme von risikoreichen Projekten durch die Kombinate, dem Wissenschaftleraustausch zwischen Akademieeinrichtungen und Praxispartnern.

Schließlich gilt auch die Konzentration des Forschungspotentials in der Akademie selbst nach wie vor als diskussionswürdig.

Im Vergleich zu den wissenschaftlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik läßt sich das Aufgabenfeld der Akademie der Wissenschaften am ehesten als eine Kombination von Max-Planck-Gesellschaft (Grundlagenforschung) und Fraunhofer-Gesellschaft (Auftragsforschung) umschreiben.

2.2.3.2. Hochschulforschung

Die Hauptaufgabe der Hochschulen besteht zwar in der Forschung und Lehre, sie unterhalten daneben aber auch — ähnlich wie die Institute der Akademie der Wissenschaften — vielfältige vertragliche Kooperationsbeziehungen zu Industriekombinaten (Auftragsforschung). Es wird aber nicht verkannt, daß gerade bei größeren technologischen Projekten die vertragliche Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Industrie wegen der unzulänglichen Geräteausstattung der Institute schnell an Grenzen stoßen kann. Kritikpunkte in der DDR-Fachpresse an der Hochschulforschung sind seit Jahren die Scheu der Hochschullehrer, risikoreiche Forschungsvorhaben in Angriff zu nehmen, der geringe Anteil grundsätzlich neuer Themen, die Zersplitterung von personellen und finanziellen Mitteln auf zu viele Projekte. Darüber hinaus wird eine Verkürzung der Bearbeitungsfristen der FuE-Themen angestrebt: Projekte der Grundlagenforschung sollen nur noch maximal vier Jahre, solche der angewandten Forschung maximal drei Jahre bearbeitet werden. Liegen dann keine anwendungsbereiten Ergebnisse vor und ist ein erfolgreicher Abschluß nicht zu erwarten, soll die Bearbeitung eingestellt werden[6].

Für die kommenden Jahre zeichnet sich ab, daß das Forschungspotential der Hochschulen gegenüber dem der Industrie in der Tendenz relativ abnimmt, da in den Kombinaten eine eigene — zweifellos eher anwendungsbezogene — Grundlagenforschung aufgebaut werden soll.

2.2.3.3. Industrieforschung in der DDR

Ende der siebziger Jahre hatte die überbetriebliche Industrieforschung in der DDR noch eine relativ große Bedeutung. Zur überbetrieblichen Forschung gehörten:

— Ressortforschung

Sie wird in Zentralinstituten — einige davon wurden bereits in den fünfziger Jahren gegründet — betrieben. Sie unterstehen seit 1966 den Industrieministerien und sollen die für den jeweiligen Industriezweig zentralen Forschungsgebiete abdekken. Ihre Finanzierung erfolgt sowohl aus dem Staatshaushalt als auch aus Auftragsforschungen für die Industrie.

— Forschung und Entwicklung in den Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB)

Die VVB wurden 1963 von administrativen Verwaltungsstellen zu „ökonomischen Führungsorganen" ihrer Branche aufgewertet. Gleichzeitig wurden auf dieser mittleren Ebene vermehrt Forschungskapazitäten mit unterschiedlichen Aufgaben und Bezeichnungen installiert[7]. 1979/80 wurden die VVB schließlich abgeschafft, seither gibt es diese mittlere Ebene also nicht mehr.

Die Bedeutung der überbetrieblichen Forschung hat jedoch inzwischen zugunsten der betrieblichen Forschung abgenommen. Die betriebliche Forschung ist in der DDR in den den Industrieministerien direkt unterstellten Kombinaten konzentriert. In der letzten Kombinatsgründungswelle 1979/80 spielte die Einbeziehung von FuE in die Kombinate eine wichtige Rolle. Die noch außerhalb der Kombinate bestehenden Zentralinstitute[8] haben nur einen Anteil von etwa 4 vH an der gesamten Industrieforschung (gemessen an der Zahl des FuE-Personals).

Die vormalige Trennung von Forschung und Produktion hatte zu spürbaren Reibungsverlusten geführt. Mit einer engeren Verbindung von Forschung und Produktion soll die Forschung produktionsgerechter werden. Die großen Betriebseinheiten sollen eine bessere Nutzung der ‚Economies of Scale' ermöglichen und Parallelforschungen verhindern. Allerdings gibt es auch Kombinate, wo FuE nicht zentralisiert, sondern in einzelnen Kombinatsbetrieben angesiedelt ist (vorwiegend in Großbetrieben des Maschinenbaus, der elektrotechnischen und elektronischen Industrie, der chemischen Industrie und der Metallurgie). Teilweise gibt es auch Forschungszentren, die Aufgaben für andere Kombinate mit übernehmen. Zu nennen ist vor allem das Forschungszentrum des Werkzeugmaschinenbaus beim Werkzeugmaschinenkombinat „Fritz Heckert" (Karl-Marx-Stadt). Inzwischen gibt es auch in der DDR-Wirtschaftspresse erste Hinweise auf die Vorteile kleiner beweglicher Einheiten für den Innovationsprozeß. Es finden sich vereinzelt erste Ansätze, solche Bereiche oder kleinere und mittlere Betriebe in Kombinaten anzusiedeln, die sich auf abgegrenzte FuE-Vorhaben konzentrieren und darüber hinaus auch die Umsetzung in die Produktion durchführen — teilweise in Zusammenarbeit mit AdW- oder Hochschulinstituten.

Übersicht 2.2.-1

Verteilung der FuE-Beschäftigten in der zentralgeleiteten Industrie der DDR
Anteil in vH

	1970	1975	1980	1984
in zentralgeleiteten Kombinaten im Bereich der Industrieministerien	38	44	96	96
auf VVB[1]-Ebene	37	31	—	—
in Zentralinstituten	5	5	4	4
in übrigen Betrieben und Kombinaten[2]	20	20	—	—
Zentralgeleitete Industrie, insgesamt	100	100	100	100

[1] Vereinigungen Volkseigener Betriebe.
[2] VVB-unterstellt.

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW anhand von DDR-Pressemeldungen.

2.2.4. Die forschungspolitische Strategie in der Bundesrepublik Deutschland

Im Zentrum der staatlichen Forschungspolitik stand zunächst die Entwicklung von Schlüsseltechnologien. Man war der Ansicht, daß diese Aufgabe wegen des dafür notwendigen hohen Forschungsaufwandes nur von staatlichen Einrichtungen und Großunternehmen wahrgenommen werden könne. Im Zeitraum 1956 bis 1969 wurden neun der dreizehn heute bestehenden Großforschungseinrichtungen gegründet. In ihnen sollte die Grundlagenforschung mit Großgeräten vor allem auf den Gebieten der Kernenergie sowie der Luft- und Raumfahrtforschung vorangetrieben werden (vgl. 2.2.8.1). Zur Stimulierung der unternehmensinternen FuE in den als besonders wichtig angesehenen Technologiebereichen, wie Datenverarbeitung, Nachrichtentechnik, Elektronik, Weltraum- und Luftfahrtforschung, sind darüber hinaus projektbezogene Förderungen konzipiert worden (vgl. 2.2.8.2). Das Vordringen Japans im High-Tech-Bereich sowie Erfolge kleinerer Unternehmen in den USA haben Mitte der siebziger Jahre zu einem Umdenken in der Technologiepolitik geführt. Die raschen Fortschritte Japans waren möglich, obwohl in jenem Land ver-

gleichsweise wenig Grundlagenforschung betrieben wurde. Dies warf die Frage nach der Effizienz der bundesdeutschen Forschungskonzeption auf. Das Beispiel USA zeigte, daß das universitäre Know-how auch stärker für die Praxis zu nutzen ist. Aus diesen Beobachtungen zog man in der Bundesrepublik — teilweise auch auf Länderebene — eine Reihe von Konsequenzen: Ziel der Technologiepolitik ist seitdem nicht mehr nur das Vorantreiben der Entwicklung sogenannter Spitzentechnologien, vielmehr soll das technologische Niveau der gesamten Wirtschaft angehoben werden. Die anwendungsorientierte Forschung (FuE) wurde intensiviert. Stärker gefördert werden jetzt die Aktivitäten von kleinen und mittelgroßen Unternehmen im Bereich Forschung und Entwicklung sowie der Technologietransfer zwischen Grundlagenforschung (Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen) und angewandter Forschung (FuE). Folgerichtig haben die Ausgaben — gemessen am Förderungsvolumen — für Großforschungsprojekte und direkte Projektförderung gegenüber der indirekten Förderung (vgl. 2.2.8.4) deutlich an Bedeutung verloren. Darin zeigt sich eine Akzentverschiebung in der Forschungsförderung: Die indirekte Förderung zielt vor allem auf kleinere Betriebe; sie überläßt Richtung und Schwerpunktbildung der angewandten Forschung weitgehend den Unternehmen selbst.

Seit Juli 1985 beteiligen sich die zwölf Mitgliedstaaten und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie die sechs EFTA-Staaten und die Türkei an einem Programm verstärkter europäischer FuE-Zusammenarbeit (EUREKA). EUREKA soll durch intensive Kooperation von Unternehmen und Forschungsinstituten die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit Europas auf dem Weltmarkt steigern. Dies wird erreicht durch die Förderung und Erleichterung einer verstärkten industriellen, technologischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit bei Projekten, die auf die Entwicklung von Produkten, Systemen und Dienstleistungen mit einem weltweiten Marktpotential ausgerichtet sind und auf Hochtechnologien aufbauen. EUREKA-Projekte dienen zivilen Zwecken und sind auf die Märkte des privaten wie des öffentlichen Sektors ausgerichtet.

Die Projekte entstehen durch Initiative der Kooperationspartner aus Industrie und Wissenschaft und durch Zustimmung der Regierungen derjenigen Länder, aus denen diese Partner kommen. EUREKA ist also kein vorab inhaltlich definiertes und von den Regierungen im Konsens beschlossenes Programm, sondern ein offener Rahmen für Initiativen von Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Bis Ende 1986 sind 109 EUREKA-Projekte notifiziert worden. Die Bundesrepublik Deutschland ist an 33 Projekten beteiligt. Die Zusammenarbeit weist eine außerordentliche Breite auf: Sie reicht von Mikroelektronik und Materialforschung über Produktionstechnik und Informationstechnik bis zur Erforschung grenzüberschreitender Probleme, vor allem im Umweltbereich und zum Aufbau einer verbesserten Infrastruktur für den Informationsaustausch von Wissenschaft und Technik in Europa.

2.2.5. Die forschungspolitische Strategie in der DDR

Die Forschungs- und Technologiepolitik der DDR wird grundsätzlich von der Wirtschaftspolitik, speziell von aktuellen wirtschaftlichen Anforderungen inhaltlich-thematisch bestimmt. Der internationale Wettbewerb und das in den achtziger Jahren verfolgte Ziel der „Intensivierung" bedingen den hohen Stellenwert von Forschung und Entwicklung; dazu zählen Verbesserung der Aufwand-Ertrags-Relation, Senkung des spezifischen Produktionsverbrauchs, Modernisierung und Rationalisierung der Produktion. Da der technische Fortschritt nur bedingt durch Importe von Lizenzen und Patenten sicherzustellen ist, muß die eigene Forschung leistungsfähiger werden. Die zweite grundlegende Bestimmungsgröße für die Forschungs- und Technologiepolitik ist die interne Entwicklung, die sich in den wissenschaftlichen Disziplinen selbst vollzieht. In diesem Spannungsverhältnis von wirtschaftlichen Anforderungen und wissenschaftsinternen Fortschritten werden konkrete Vorhaben der Forschung, Entwicklung und Innovation zentral geplant.

In ihrer Forschung und Technologie folgt die DDR weitgehend den führenden westlichen Industriestaaten, ohne allerdings bis jetzt — von Ausnahmen abgesehen — die gegenüber diesen Ländern bestehende „technologische Lücke" schließen zu können. Ständig wird gefordert, für jedes Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Weltstandsvergleiche" durchzuführen.

Mitte 1985 wurde in neuen umfangreichen gesetzlichen Regelungen festgelegt, daß künftig die Industriekombinate einen relativ großen Teil der Grundlagenforschung, die in der Akademie und in den Hochschulen betrieben wird, auf der Basis von Wirtschaftsverträgen zu finanzieren haben. Dadurch soll einmal der Einfluß der Industrie verstärkt werden, vor allem durch eine Konzentration auf die als „Schlüsseltechnologien" bezeichneten Gebiete (insbesondere Mikroelektronik, Biotechnologie, Kommunikationstechnik, Werkstofforschung). Gleichzeitig soll damit aber auch Druck auf die Kombinate zur Entwicklung eigener FuE-Konzepte ausgeübt werden; sie sollen dadurch dazu gebracht werden, mehr grundlegende, international wettbewerbsfähige Innovationen durchzuführen und sich weniger — wie meist üblich — auf die technische Perfektion vorhandenen Wissens mit geringem Risikogehalt zu beschränken. So wurde außerdem festgelegt, daß in der Finanzplanung der Kombinate auch der für die Grundlagenforschung und angewandte Forschung vorgesehene Betrag als jährliche Plangröße auszuweisen ist. Eine tatsächliche Kontrolle ist den zentralen Instanzen aber dadurch erschwert, daß eine klare Trennung zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung nicht möglich ist.

Forschungsschwerpunkt der letzten Jahre war vor allem die Informationstechnologie mit den Bereichen industrielle Fertigungstechnik (Industrieroboter und Handhabungstechnik, rechnergestützte Entwurfs- und Konstruktionssysteme, flexible Fertigungssy-

steme), Computer und Computeranwendung, elektronische Bauteile.

In die „Mikroelektronik" als Basisinnovation mit branchenübergreifender Entwicklungsperspektive setzt die Partei- und Staatsführung der DDR große Erwartungen („Kettenglied für die nächsten Schritte auf Hochtechnologien und weitere Veredelung"). Als wichtiger Schwerpunkt entwickelt sich seit 1979 die Karbo- und Petrolchemie, die Anfang der siebziger Jahre eingeschränkt worden war; seit 1981 kristalliert sich als neues Gebiet die Bio- und Gentechnologie heraus. Erdölverhefung und die Enzymetechnologie für die Ernährungswirtschaft zeichnen sich als Förderungsschwerpunkte ab. Mit einer verstärkten Förderung der Bio- und Gentechnologie ist in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zu rechnen.

Neben der Konzentration auf relativ wenige industrielle FuE-Schwerpunkte versucht die DDR ihre forschungs- und technologiepolitischen Ziele durch internationale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu lösen. Im Rahmen der RGW-Kooperation beteiligt sie sich sowohl an Gemeinschaftsaufgaben (z. B. Forschungen zur Kernenergie) als auch an bilateralen Forschungsprogrammen (z. B. Entwicklung von Industrierobotern mit der Sowjetunion). Zur Intensivierung der technologischen Kooperation im RGW wurde im Dezember 1985 das „Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW bis zum Jahre 2000" beschlossen. Es sieht folgende fünf Entwicklungs-Richtungen vor: 1. Elektronisierung der Volkswirtschaft. 2. Automatisierung der Massenproduktion (einschl. flexibler Produktionssysteme). 3. Kernenergie. 4. Neue Werkstoffe und Technologien ihrer Produktion und Verarbeitung. 5. Biotechnologie. Die Programme sollen den gesamten Innovationszyklus umfassen, von der Forschung bis zu großangelegter Überleitung der erprobten Forschungsergebnisse in die Produktion. Vorrang wurde der Grundlagenforschung eingeräumt.

2.2.6. Aufwendungen und Beschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland

Der technische Stand einer Volkswirtschaft zeigt sich aktuell am Resultat der Produktionsprozesse, d. h. in den neuen oder verbesserten Produkten und Produktionsverfahren. Den bisher zur Messung dieses Outputs entwickelten Konzepten fehlt aber die dazu notwendige statistische Datenbasis; zu nennen sind: das „Konzept der neuartigen Güter", bei dem der Nutzwert in Relation zu den Kosten ermittelt wird oder das „Produktionszykluskonzept", das davon ausgeht, daß Güter entsprechend einer bestimmten technischen Konzeption charakteristische Reifephasen durchlaufen.

Besser zu erfassen sind die Inputs; die für Wissenschaft und noch mehr für FuE getätigten Aufwendungen zeigen, mit welcher Intensität eine Volkswirtschaft versucht, ihren technologischen Stand zu verbessern. Folgt man der These, daß sich Unternehmen bei ihren FuE-Aktivitäten ähnlich wie bei Investitionsentscheidungen von Kosten-Ertrags-Überlegungen leiten lassen, dann sind die dafür getätigten Aufwendungen ein wichtiger Indikator zur Einschätzung des künftigen Technologieoutputs. Während die Outputmessung versucht, das gegenwärtige technologische Niveau zu beschreiben, hat das Inputkonzept — abgesehen von der besseren statistischen Erfaßbarkeit — den Vorteil, daß es in höherem Maße zukunftsorientiert ist. Die Nachteile bestehen in der Schwierigkeit, den künftigen Nutzen der Inputs zu bestimmen, sowie der nur geringen Möglichkeit, konkrete Ergebnisse den entsprechenden Inputs zuzuordnen. Wichtige Indikatoren zur Messung der Inputs in Wissenschaft, FuE sind die dafür getätigten Aufwendungen sowie das dafür eingesetzte Personal. In der Bundesrepublik sind die Inputs in den genannten Bereichen vergleichsweise gut dokumentiert. Eine zentrale Berichterstattung wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) vorgenommen. Die Bundesforschungsberichte enthalten differenzierte Angaben über die staatlichen wie privaten Aufwendungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich.

Eine Aufteilung der Aktivitäten nach den Bereichen Grundlagenforschung sowie angewandte Forschung (FuE) ist indes nur näherungsweise möglich. Das Hauptkriterium für die Abgrenzung von angewandter Forschung und experimenteller Entwicklung gegenüber der Grundlagenforschung ist das Vorhandensein eines nennenswerten Elements der Weiterentwicklung[9]. Hinzu kommt, daß in den Hochschulen Forschung und Lehre in enger Beziehung zueinander stehen, da der größte Teil des wissenschaftlichen Personals beide Tätigkeiten ausübt und die meisten Gebäude und Ausstattungen beiden Zwecken dienen. Das BMFT weist seit 1981 für den wissenschaftlichen Bereich wie Universitäten und Institute auch FuE-Anteile aus. Für die Jahre davor mußten diese Angaben geschätzt werden.

Die vom BMFT ausgewiesenen FuE-Inputs des Unternehmenssektors basieren auf Erhebungen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Dieser befragt in Abständen von zwei Jahren die Wirtschaft der Bundesrepublik zu diesem Themenkreis.

Einen Überblick über die in FuE-Beschäftigten und die für FuE getätigten Aufwendungen in sektoraler Aufgliederung gibt die folgende Übersicht (detaillierte Daten finden sich in den Anhangtabellen 2.2.-1 und -2).

2.2.6.1. Öffentlicher Sektor

Die Aufwendungen der öffentlichen Haushalte für Wissenschaft sowie für Forschung und Entwicklung haben von 1970 bis 1983 in der Bundesrepublik kräftig expandiert, und zwar von 11,2 Mrd. DM auf 35,5 Mrd. DM.

Der Stellenwechsel von FuE innerhalb der jeweiligen Wirtschaftspolitik ist vor allem über Vergleiche mit den Entwicklungen anderer öffentlicher Ausgaben oder volkswirtschaftlicher Globalgrößen zu beantwor-

Übersicht 2.2.-2

Beschäftigte und finanzielle Aufwendungen in Forschung und Entwicklung nach Bereichen in der Bundesrepublik Deutschland 1983

	Beschäftigte		Finanzielle Aufwendungen	
	in 1 000 Personen	Anteile in vH	in Mrd. DM[2]	Anteile in vH
Wissenschaftl. Einrichtungen[1]	48	13	3	13
Hochschulen	74	20	4	15
Übrige Bereiche	252	67	18	72
darunter: Industrie	240	64	16	65
Gesamte Forschung und Entwicklung	374	100	25	100

[1] Einrichtungen des Staates sowie private Institutionen ohne Erwerbszweck, die überwiegend vom Staat subventioniert werden (z. B. Großforschungs-Einrichtungen, Institute der Max-Planck-Gesellschaft und Fraunhofer-Gesellschaft).
[2] In Preisen von 1970.

Quellen: Vgl. Anhangtabellen 2.2.-1 und -2.

ten. Darüber hinaus setzt die Bewertung des staatlichen Engagements eine Preisbereinigung voraus. Als Orientierungsgröße wurde der Staatsverbrauch gewählt. Er ist trotz verschiedener methodischer Bedenken als Maßstab geeignet, da in ihm die unentgeltlichen staatlichen Leistungen und damit auch die staatlichen Aufwendungen für Wissenschaft sowie FuE erfaßt sind. Die Gegenüberstellung der Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung mit dem Staatsverbrauch verdeutlicht — wie dies die Übersicht 2.2.-3 zeigt — den hohen Stellenwert den die öffentliche Hand in der Bundesrepublik diesem Bereich beigemessen hat. Sowohl in nominaler als auch in realer Betrachtung [10] stiegen die dafür getätigten Ausgaben schneller als der gesamte Staatsverbrauch.

Der Ausgabenzuwachs führte zu einer kräftigen Aufstockung des Personals im wissenschaftlichen Bereich. In den Hochschulen nahm die Beschäftigung von 150 000 auf 270 000 zu, in den wissenschaftlichen Einrichtungen stieg die Zahl der Mitarbeiter von 40 000 auf 60 000. Mit zuletzt 330 000 war das Beschäftigungsniveau im wissenschaftlichen Bereich des öffentlichen Sektors immerhin um rund 140 000 Personen höher als 1970.

Die in den letzten Jahren verstärkten Bemühungen um eine Intensivierung der angewandten Forschung machen sich in der Ausgabenstruktur noch nicht bemerkbar. Im Gegenteil: Von den für Hochschulen und wissenschaftliche Institute insgesamt aufgewendeten Mitteln entfielen auf Forschung und Entwicklung 1970 rund 43 vH, 1983 dagegen nur 34 vH. Der Rückgang des FuE-Anteils an den Wissenschaftsausgaben insgesamt hat sich indes nicht kontinuierlich vollzogen, sondern ist auf den Einbruch in den Jahren 1974 und 1975 zurückzuführen. In dieser Zeit haben die für Hochschulen und Institute bereitgestellten Mittel nach teilweise zweistelligen Zuwachsraten nur noch schwach zugenommen. Die gleichzeitig stark steigenden Studentenzahlen führten zu hohen Belastungen im Lehrbereich mit entsprechenden Konsequenzen für die FuE-Aktivitäten.

Das mit FuE-Aufgaben befaßte Personal stieg im Untersuchungszeitraum in den Hochschulen von 46 000 auf 74 000, in den überwiegend vom Staat finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen von 36 000 auf 48 000 und in den zum geringeren Teil vom Staat finanzierten Instituten von 900 auf 2 500. Damit arbeiteten rund 124 000 Personen im Staatssektor an FuE-Projekten. Davon waren Wissenschaftler 51 000, Techniker 43 000 und sonstiges Personal 30 000.

Werden auch die für FuE in den Unternehmen bestimmten Mittel in die Betrachtung einbezogen, dann zeigt sich seit 1976 wieder ein leichter Anstieg der Forschungsausgaben. Diese Entwicklung verdeutlicht, daß die Umorientierung zu mehr angewandter Forschung zunächst weniger im institutionellen Bereich stattgefunden hat, sondern vor allem im Unternehmenssektor.

2.2.6.2. Private Wirtschaft

Die Erhaltung oder Verbesserung der Wettbewerbsposition der Unternehmen ist auch — häufig sogar entscheidend — von der eigenen Forschung und Ent-

Übersicht 2.2.-3

Staatsverbrauch sowie Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

	1970	1983	
	Mrd. DM		gegenüber 1970 in vH (1970 = 100)
	Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung		
nominal	12,6	40,7	323,0
in Preisen von 1970	12,6	21,6	171,4
	Staatsverbrauch		
nominal	106,5	336,5	316,0
in Preisen von 1970	106,5	178,7	167,8

Quellen: Bundesministerium für Forschung und Technologie. — Statistisches Bundesamt. — Berechnungen des DIW.

wicklung abhängig. Die hier aufgewendeten Mittel oder die Zahl der im FuE-Bereich tätigen Personen geben zwar nicht unmittelbar Auskunft über die technologische Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, sie werden aber allgemein als wichtiger Indikator für das technologische Entwicklungspotential angesehen.

Die Unternehmen in der Bundesrepublik haben im Untersuchungszeitraum ihre FuE-Aktivitäten erheblich verstärkt: Einschließlich der staatlichen Fördermittel betrugen im Jahre 1970 die FuE-Ausgaben 8,9 Mrd. DM, im Jahre 1983 bereits 31,6 Mrd. DM und übertrafen damit das Ausgangsniveau um das Zweieinhalbfache. In realer Betrachtung zu Preisen von 1970 beträgt die Zunahme 88 vH. Die Zahl der in der Wirtschaft im FuE-Bereich eingesetzten Personen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von knapp 200 000 um mehr als ein Viertel auf 250 000.

In der Verlaufsbetrachtung fällt auf, daß die Unternehmen in der Bundesrepublik ihre Anstrengungen im FuE-Bereich seit 1978 erheblich forciert haben — offensichtlich eine Reaktion auf die zunehmende vor allem japanische Konkurrenz. In den Jahren 1978, 1979 und 1980 nahmen die entsprechenden Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 19 vH (1978), um 17 vH (1979) und um 8 vH (1980) zu. Auch nach Abzug der Preiskomponente von jeweils rund 6 vH ändert sich an der grundlegenden Aussage einer in dieser Zeit besonders kräftigen Ausweitung der Forschungsanstrengungen der Unternehmen in der Bundesrepublik nichts.

Im gleichen Tempo wie die gesamten FuE-Aufwendungen der Unternehmen haben die öffentlichen Fördermittel expandiert. Der Staat wendete für FuE im Unternehmensbereich 1970 rund 1,5 Mrd. DM auf, 1983 waren es mit 5,3 Mrd. DM 3,5mal soviel. Preisbereinigt — zu Preisen von 1970 — ist der Anstieg der öffentlichen FuE-Förderung geringer, mit annähernd 90 vH aber immer noch beträchtlich. Der öffentliche Finanzierungsanteil an den FuE-Aufwendungen der privaten Wirtschaft schwankte im Untersuchungszeitraum 1970 bis 1983 zwischen 16,5 vH (1970) und 21,4 vH (1974) und lag zuletzt bei 16,7 vH.

Die Bedeutung eigener FuE ist nicht zuletzt abhängig von der Produktionspalette der Unternehmen. Unternehmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie forschen zwar im Produktbereich, die zur Produktion benötigte Verfahrenstechnik wird indes in der Regel von Betrieben entwickelt, die zum Investitionsgüterbereich zählen. Das Beispiel Nahrungs- und Genußmittelindustrie gilt für andere Branchen entsprechend. So verwundert es nicht, daß zwar in allen Industriezweigen FuE betrieben wird, die dafür getätigten Aufwendungen aber in bestimmten Industriezweigen konzentriert sind, wie die Übersicht 2.2.-4 zeigt.

Eine noch größere Konzentration zeigt sich bei der Verteilung der staatlichen FuE-Förderung. Allein ein Viertel aller FuE-Förderungen — 1971 waren es sogar mehr als die Hälfte — gingen an Flugzeugbau und Raumfahrt. Dies verdeutlicht die Sonderstellung des Flugzeugbaus innerhalb des verarbeitenden Gewer-

Übersicht 2.2.-4

Daten über die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nach Wirtschaftsbereichen 1983

Bereiche	Beschäftigte	Finanzielle Aufwendungen			
		gesamt	darunter: Staatliche Förderung		
	in 1 000 Personen	in Mrd. DM		in vH von gesamt	Anteile der Bereiche in vH
Verarbeitendes Gewerbe	238	29,73	3,24	*10,9*	*70*
darunter:					
Elektrotechnik	66	7,77	0,96	*12,4*	*21*
Chemie	53	6,64	0,15	*2,3*	*3*
Kraftfahrzeugbau	33	4,88	0,14	*2,9*	*3*
Maschinenbau	34	3,65	0,23	*6,3*	*5*
Luftfahrzeugbau	10	1,70	1,15	*67,9*	*25*
Übrige Wirtschaftsbereiche	8	2,78	1,36	*48,9*	*30*
darunter:					
Bergbau	1	0,51	0,21	*41,8*	*5*
Alle Wirtschaftsbereiche	246	32,51	4,59	*14,1*	*100*

Quellen: Bundesministerium für Forschung und Technologie. — Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

bes. Die hohen Entwicklungskosten und die starke überseeische Konkurrenz sowie die wirtschaftspolitische Absicht, in diesem als technologisch interessant angesehenen Bereich auch auf internationaler Ebene Schritt zu halten, sind wichtige Bestimmungsgründe für die hohen Zuschüsse. Neben den rein ökonomischen Aspekten dürften hier indes auch militärische Gesichtspunkte eine nicht geringe Rolle bei der Mittelvergabe spielen.

Zweitgrößter Empfänger von FuE-Förderung ist mit einem Anteil von zuletzt 21 vH die Elektrotechnik, gefolgt von Bergbau und Maschinenbau mit je 5 vH.

Der Bergbau in der Bundesrepublik Deutschland ist weitgehend reguliert, er hat einmal die Aufgabe, einen Teil des Primärenergiebedarfs der Bundesrepublik zu decken (Energiesicherungsfunktion), zum anderen sollte er aber auch gegenüber den Produzenten anderer Energien konkurrenzfähig sein. Im Untersuchungszeitraum konnte die Kohleförderung in der Bundesrepublik nur über die Subventionen und FuE-Zuschüsse aufrechterhalten werden.

Im verarbeitenden Gewerbe wurden — gemessen an ihren FuE-Gesamtaufwendungen — besonders der Luftfahrzeugbau (einschließlich Raumfahrt), aber auch die elektrotechnische Industrie leicht überdurchschnittlich gefördert. Für alle anderen Zweige, sogar für den Maschinenbau, errechnen sich unterdurchschnittliche Quoten. Im gesamten verarbeitenden Gewerbe betrug der Anteil der staatlichen Förderung an den FuE-Aufwendungen 11 vH (vgl. Übersicht 2.2.-4).

2.2.7. Aufwendungen und Beschäftigte in der DDR

In der DDR werden FuE-Daten vergleichsweise schlecht dokumentiert. Häufig gibt es divergierende Angaben. Im allgemeinen sind die Zeitreihen kaum durchgängig oder die einzelnen Jahre nicht voll vergleichbar. Die Gesamtausgaben für Wissenschaft und Technik werden nur zu laufenden Preisen ausgewiesen. Disaggregierte Daten sind sporadisch und lükkenhaft. Dies gilt z. B., was Personal und Aufwendungen betrifft, für die einzelnen Sektoren der Forschung, einzelne Institute der Ressortforschung oder der Akademie der Wissenschaften. Eine besonders gravierende Lücke ist aber die fehlende detaillierte Information über die Strukturierung der Forschungsressourcen in den einzelnen Industriebranchen.

Einen Überblick über die in FuE-Beschäftigten und die für FuE getätigten Aufwendungen in sektoraler Aufgliederung gibt die folgende Übersicht (detaillierte Daten finden sich in den Anhangtabellen 2.2.-3 und -4).

Die Zahl der Beschäftigten wuchs von 1970 bis 1984 von 123 000 auf annähernd 200 000, die Aufwendungen für FuE sind im gleichen Zeitraum von 4,2 Mrd. Mark auf 9,0 Mrd. Mark gestiegen. Allerdings ist das ausgewiesene Finanzvolumen für den Bereich der

Übersicht 2.2.-5

Beschäftigte und finanzielle Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der DDR nach Bereichen 1984

	Beschäftigte		Finanzielle Aufwendungen	
	in 1 000 Personen	Anteile in vH	in Mrd. M	Anteile in vH
Akademie der Wissenschaften	20	10	0,63	7
Universitäten, Hochschulen	12	6	0,43	5
Übrige Bereiche	168	84	7,97	88
darunter Industrie	152	76	7,30	81
Gesamte Forschung und Entwicklung	200	100	9,03	100

Abgrenzungen und Quellen: Vgl. Anhangtabellen 2.2.-3 und -4.

Industrie im Vergleich zur Bundesrepublik überhöht, um schätzungsweise 5 — 10 vH, da hier eine weiter gefaßte Definition zugrunde gelegt wird als in der Bundesrepublik [11].

2.2.7.1. Akademie der Wissenschaften und Hochschulen

Die Akademie der Wissenschaften beschäftigte im Jahr 1983 rund 22 500 Personen, schätzungsweise sind davon 20 000 in FuE tätig. Ihr Forschungsetat

Übersicht 2.2.-6

Daten zur Entwicklung im Hochschulwesen der DDR

	1970	1984
	Beschäftigte in 1 000 Personen	
Wissenschaftler	24,6	36,5
(darunter: mit FuE-Aufgaben)	(7)	(12)
davon		
Professoren	2,1	3,2
Dozenten	2,5	3,8
übrige Wissenschaftler	20	29,6
	in Mrd. Mark	
Finanzielle Aufwendungen für FuE	0,20	0,43

Quellen: Vgl. Anhangtabellen 2.2.-3 und -4.

belief sich — ohne gesellschaftswissenschaftliche Forschung — auf 583 Mill. M. Damit waren zuletzt 10 vH des gesamten FuE-Personals der DDR in der AdW beschäftigt, gut ein Fünftel (21,3 vH) der staatlichen FuE-Aufwendungen gingen an diese Institution. Gegenüber 1970/71 hat sich die Zahl der in FuE-Beschäftigten mehr als verdoppelt.

Der Hochschulbereich ist in der DDR im Untersuchungszeitraum auch weiter ausgebaut worden; das Expansionstempo war jedoch etwas geringer als bei der AdW. Gemessen am gesamten FuE-Personal der DDR haben die Hochschulen (von den Hochschul-Beschäftigten wurden für 1984 nur 30 vH als FuE-Potential berücksichtigt) einen Anteil von 6 vH, an den staatlichen Aufwendungen von 5 vH.

2.2.7.2 Industrie

In der Industrie waren in der DDR zuletzt etwa 150 000 Personen im Bereich von Forschung und Entwicklung tätig, die entsprechenden Aufwendungen lagen bei rund 7,3 Mrd. M. Gemessen an den jeweiligen Gesamtaggregaten für die gesamte Volkswirtschaft betragen die Anteile 76 vH bzw. 81 vH. Diese Zahlen zeigen die auch in der DDR starke Konzentration von FuE im Produktionsbereich. Der noch höhere Anteil bei den Aufwendungen ist Ausdruck der dort gegenüber dem Wissenschaftsbereich geräteintensiveren Forschung (zur Struktur in der Bundesrepublik vgl. Übersicht 2.2.-2).

Die zunehmende Bedeutung der produktionsorientierten Forschung und Entwicklung verdeutlichen die überdurchschnittlichen Zuwachsraten bei FuE-Personal und FuE-Aufwendungen. Innerhalb des Untersuchungszeitraums 1970 bis 1984 hat sich die Zahl der in der Industrie im FuE-Bereich Beschäftigten um 73 vH erhöht, sind die Aufwendungen um 135 vH gestiegen. Gemessen an der gesamten Industriebeschäftigung hat sich der Anteil der in FuE-Beschäftigten von 2,4 vH auf immerhin 3,9 vH erhöht.

Über die Aufgliederung des Forschungspersonals auf einzelne Industriezweige sind nur grobe Entwicklungslinien bekannt. In den sechziger Jahren wurden die zukunftsträchtigen Bereiche Chemie, Elektrotechnik/Elektronik, Feinmechanik/Optik vernachlässigt und der Maschinenbau — auf den gut die Hälfte der FuE-Beschäftigten entfiel — besonders gefördert. Für 1972 liegen Daten vor, nach denen sich die Beschäftigten in FuE wie folgt verteilen (alle FuE-Beschäftigten der zentralgeleiteten Industrie = 100):

Elektrotechnik/Elektronik und Gerätebau	35,5
Maschinen- und Fahrzeugbau	26,0
Chemie	23,5
Leichtindustrie	8,0
Grundstoffindustrie (ohne Chemie)	7,0

Nach überschlägigen Berechnungen für das Jahr 1983 läßt sich feststellen, daß diese Rangfolge auch heute noch gilt. Die starke Förderung der Mikroelektronik dürfte das Gewicht des Bereiches Elektrotechnik/Elektronik inzwischen noch erhöht haben. Dabei gibt es erhebliche branchenabhängige Unterschiede, betrachtet man die Forschungsintensität (gemessen an der Zahl des FuE-Personals bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten im jeweiligen Kombinat): So arbeiten in einigen Kombinaten im Bereich Elektrotechnik/Elektronik zwischen 16 und 12 vH in der Forschung und Entwicklung (Kombinat Automatisierungsanlagenbau, Berlin 16 vH, Kombinat Mikroelektronik, Erfurt 13,5 vH, Kombinate Carl Zeiss Jena und Robotron 12 vH). Im Bereich Chemie sind es durchschnittlich 8,5 vH, im Bereich Schwermaschinen- und Anlagenbau sind es 5 vH, im Bereich Glas- und Keramikindustrie 4 vH, in der Energie-, Rohstoff- und Grundstoffindustrie zumeist noch weniger.

2.2.8. Instrumente der Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

2.2.8.1. Großforschungseinrichtungen

Die Großforschungseinrichtungen bilden eine Schnittstelle zwischen staatlicher Grundlagenforschung und angewandter industrieller FuE (vgl. Anhang 2.2.-1 nach den Fußnoten). Ihre zentrale Aufgabe ist es, in technologischen Schlüsselbereichen die Grundlagenforschung soweit voranzutreiben, daß die Ergebnisse in den Unternehmen weiterentwickelt und schließlich marktfähig werden. Zu ihren Aufgabenfeldern gehören:

- klassische Aufgaben der Großforschung: Erforschung von Grundlagen der Elementarteilchen und Vielteilchensysteme; Energiesysteme; Weltraum und Luftfahrt;
- Mensch, Umwelt, Erde: Biologie und Medizin; Umwelt und Ökosysteme;
- neue Technologien: Biotechnologie, Information und Kommunikation, Materialforschung.

Die Großforschungseinrichtungen werden heute differenziert beurteilt. Weitgehende Einigkeit besteht darin, daß zur Entwicklung von Hochtechnologien staatliches Engagement notwendig ist, will die Bundesrepublik auch künftig auf dem Weltmarkt erfolgreich sein. Verwiesen wird dabei darauf, daß in allen wichtigen Industrieländern — sei es über umfangreiche Militärprogramme oder in Form von Kooperationen zwischen Staat und Wirtschaft — der Staat versucht, wichtige technologische Entwicklungen voranzutreiben. Inzwischen wird aber eingeräumt, daß man durch die Großforschungszentren diesem Ziel tatsächlich aber nur sehr begrenzt näher kommt. Es wird weitgehend die Meinung vertreten, daß sie in der Grundlagenforschung zwar leistungsfähig seien, den Erwartungen hinsichtlich auch industriell umsetzbarer Ergebnisse aber nicht entsprochen haben. So fordert die Bundesregierung heute eine grundsätzliche Orientierung der Großforschung an der Nützlichkeit ihrer Arbeit für Wissenschaft, Wirtschaft und Staat. Bei vorgegebenen Forschungszielen sind die Handlungsspielräume aber sehr begrenzt. Als weiterer Problemkreis gelten die immer geringer werdende Mobilität der Wissenschaftler und die — auch dadurch bedingt — nur noch geringen Möglichkeiten zur

Einstellung von wissenschaftlichem Nachwuchs. Der jährliche Wechsel von 70 bis 80 Wissenschaftlern in die Industrie wird unter dem Gesichtspunkt „Blutauffrischung" in den Großforschungseinrichtungen sowie unter dem Aspekt des Technologietransfers als zu gering angesehen. Mit verschiedenen Maßnahmen versucht daher die Bundesregierung, den Personaltransfer von den Großforschungseinrichtungen in die Wirtschaft zu intensivieren.

Den Stellenwert der Großforschungseinrichtungen in der außeruniversitären Forschung verdeutlichen Ausgabenvolumina und Zahl der Beschäftigten: Von den für Wissenschaft und Forschung vom Staat verausgabten Mitteln (ohne Hochschulbereich) in Höhe von 4,8 Mrd. DM (1970) bzw. 15 Mrd. DM (1983) gingen 18 vH bzw. 17 vH an diese Einrichtungen. Sie beschäftigten zuletzt rund 19 000 Personen, davon waren etwa 38 vH Forscher.

2.2.8.2. Direkte Projektförderung

Mit der direkten Projektförderung wurden innerhalb von Fachprogrammen vor allem längerfristig angelegte, zunächst mit einem hohen Forschungs- und Entwicklungsrisiko belastete Vorhaben der industriellen „Vorlauf"-Forschung und Entwicklung gefördert. Hintergrund dieser Förderung ist die Annahme, daß der technische Fortschritt vor allem im High-Tech-Bereich besonders aufwendig und hinsichtlich seiner marktmäßigen Verwertbarkeit auch risikoreich ist. Ähnlich wie bei den Großforschungseinrichtungen handelt es sich hier um eine technologische Schwerpunktförderung — nur auf einer anderen Stufe: Das Forschungsziel ist ein auch marktmäßig verwertbares Ergebnis, Forschungsträger sind Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen. Heute wird die direkte Projektförderung zwar immer noch als wichtiges Instrument in der Technologiepolitik angesehen, wenn auch mit mittelfristig eher abnehmendem Fördervolumen. Dies machte sich bereits in der 1983 gewährten Fördersumme der direkten Projektförderung des BMFT bemerkbar. Nach einem seit 1976 kontinuierlichen Anstieg von 1,8 Mrd. DM auf 3,9 Mrd. DM im Jahre 1982 — zu Preisen von 1970 errechnet sich eine Zunahme von 1,3 Mrd. DM auf 2,2 Mrd. DM — ging sie im Jahre 1983 auf 3,3 Mrd. DM (1,7 Mrd. DM zu Preisen von 1970) zurück.

Die Gründe für die abnehmende direkte Projektförderung resultieren aus einer stärkeren Betonung der Marktwirtschaft und aus einer weitergehenden Auslegung des Subsidiaritätsprinzips. Danach wird nicht nur die Wirtschaft mehr auf ihre Selbstverantwortung und Selbstfinanzierung verwiesen, sondern auch die Forschungsrichtungen sollen wieder stärker durch autonome unternehmerische Entscheidungen bestimmt werden.

In der „Standardförderung" der direkten BMFT-Projektförderung — darüber hinaus bestehen die Fördermodelle „marktnahe Vorhaben" und „exklusive Nutzung" — müssen die Unternehmen dem Staat sowie dritten Unternehmen, abgestuft nach dem Fördersatz und ohne die berechtigten eigenen Verwertungsinteressen unangemessen zu beeinträchtigen, den Zugang zu den Forschungsergebnissen ermöglichen. Die Eigenleistungen des Zuwendungsempfängers sollen grundsätzlich 50 vH betragen; in Ausnahmefällen sind aber auch Förderungen bis zu 100 vH der Kosten möglich. Gefördert werden Projekte in 19 Schwerpunktbereichen (vgl. Anhang 2.2.-2 nach den Fußnoten). Die gemessen am Fördervolumen wichtigsten Programme sind „Energieforschung und Energietechnologien"; auf dieses Programm entfielen in dem hier zu betrachtenden Untersuchungszeitraum 1973 bis 1983 allein 45 vH der Fördermittel, gefolgt von Informationstechnologie und Transport- und Verkehrstechnologie mit Anteilen von 12,5 vH bzw. 8 vH.

2.2.8.3. Indirekt-spezifische Förderprogramme

„Zwischen der allgemeinen Stärkung des FuE-Potentials der Wirtschaft und der Förderung ganz spezifischer Problemlösungen liegen weitere Aufgaben der FuE-Politik, bei denen zwar ein spezifisches Förderziel angestrebt wird, den Unternehmen aber individuelle Lösungswege bei ihrem FuE-Problem offengelassen werden. Hier kommt das indirekt-spezifische Förderverfahren in Frage, das allgemein dort angebracht ist, wo aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen Forschung und Entwicklung auf wichtigen Technologiefeldern einer breitenwirksamen befristeten Förderung bedürfen, die nach Möglichkeit degressiv sein sollte." So beschreibt das BMFT das Aufgabenfeld der indirekt-spezifischen Projektförderung [12].

Anders als mit der direkten BMFT-Projektförderung wird mit diesen Förderkonzepten eine Beschleunigung der Diffussion ausgewählter Technologien angestrebt. Damit sollen insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen in die Lage versetzt werden, rechtzeitig die als notwendig erachteten technologischen Anpassungsprozesse einzuleiten.

Gefördert wurden bislang die „Anwendung der Mikroelektronik", die „Fertigungstechnik" und die „Mikroperipherik". Der Zielgruppe entsprechend einfach gestaltet sind die Antrags- und Abwicklungsverfahren der Förderprogramme. Im Interesse der Breitenwirkung sind die Förderkriterien wie eine individuelle Maßnahme gestaltet: Bezuschußt werden Personal, Entwicklungsaufträge an Dritte und produktbezogene technische Beratung; die Förderhöhe ist limitiert. Bei der Beantragung wird auf eine umfangreiche Bewertung nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten verzichtet.

2.2.8.4. Indirekte Förderprogramme

Verfahren der indirekten FuE-Förderung werden vor allem dann benutzt, wenn es gilt, allgemeine FuE- und Innovationsprobleme der Unternehmen zu lösen oder allgemein deren Innovationspotential zu stärken. Die Akzentverschiebungen, die die christlich-liberale Regierung in der Forschungs- und Technologiepolitik vorgenommen hat bzw. beabsichtigt, zielen auf ein stärkeres Gewicht der indirekt-spezifischen und indirekten Fördermaßnahmen, und zwar mit der Begrün-

dung, die indirekte Förderung stärke — unter Ausnutzung der Suchfunktion des Marktes — die Eigenkräfte der Wirtschaft und verringere die Gefahr staatlicher Fehllenkungen.

Zur indirekten FuE-Förderung rechnen:

FuE-Personalkostenzuschüsse (PKZ)

Dieses Programm soll der Stärkung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen dienen. Einem Regierungsbeschluß zufolge ist das Programm bis 1988 verlängert und das Mittelvolumen aufgestockt worden. Neuerdings werden kleinere, ihr FuE-Personal aufstockende Firmen besonders gefördert. Für das zusätzlich eingestellte Personal erhalten sie über 15 Monate einen erhöhten Zuschuß.

Sonderabschreibungen

Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1984 wurde die bis 1974 geltende Möglichkeit der Sonderabschreibung für FuE-Investitionen wieder eingeführt (§ 51 Abs. 1 EStG). Die Sonderabschreibung beträgt bei beweglichen Wirtschaftsgütern 40 vH, bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern sind die Sätze 15 vH bzw. 10 vH.

Investitionszulage

Für FuE-dienliche Investitionen wird bei Anschaffungen von jährlich bis 500 000 DM eine steuerfreie Investitionszulage von 20 vH, für darüberliegende Beträge werden 7,4 vH gewährt.

2.2.8.5. Technologietransfers, Unternehmensgründungen

Ein weites Spektrum von Maßnahmen — hier gibt es auch viele Programme auf Länderebene — zielt auf Verbesserung des Technologietransfers und technologieorientierte Unternehmensgründungen. Damit sollten Entwicklungen wie sie vor allem in den Vereinigten Staaten, in Silicon Valley und in Boston, beobachtet worden waren, auch in der Bundesrepublik eingeleitet werden. Dateninformationssysteme, an Universitäten angegliederte sogenannte Technologieparks, Technologieberatungsstellen sowie Risikosparprämien für Unternehmensgründungen sind Beispiele für Maßnahmen, mit denen versucht wird, den Strukturwandel der Wirtschaft „von unten" einzuleiten.

2.2.9. Instrumente der Forschungspolitik in der DDR

2.2.9.1. Planungsinstrumente

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene gibt es verschiedene Pläne Wissenschaft und Technik, und zwar kurz-, mittel- und langfristige. Wichtigstes Instrument der zentralen Planung ist der „Staatsplan Wissenschaft und Technik" mit einem besonderen Grad an Verbindlichkeit. Hauptbestandteil sind die „Staatsaufträge Wissenschaft und Technik", deren Stellenwert in den letzten Jahren erhöht wurde. „Staatsaufträge" haben eine andere Bedeutung als im westlichen Sprachgebrauch. Sie umfassen ressortübergreifend die Plandaten von strukturpolitisch wichtig angesehenen Projekten bis zur Produktionsreife, also auch die Bereitstellung von Versuchsanlagen und Investitionen für die zukünftige Produktion. Damit will die Wirtschaftszentrale technologische Schlüsselprobleme besser lösen.

Folgende zentrale Organe sind an der FuE-Planung beteiligt: das Ministerium für Wissenschaft und Technik, die Staatliche Plankommission, die zuständigen Industrieministerien und im übrigen die betreffenden Kombinate oder wissenschaftlichen Einrichtungen. Über den Umfang der zentral festgelegten Vorhaben und Inhalte gibt es kaum Informationen, immerhin wird etwa ein Drittel der FuE-Kapazitäten durch Staatsplanprojekte gebunden. Hinzu kommen noch weitere zentrale Vorgaben, so daß auf den zentralen Entscheidungsbereich damit etwa insgesamt 40 bis 50 vH des FuE-Potentials entfallen. Damit verfügen die Kombinate doch über einen beträchtlichen Dispositionsspielraum im Bereich von FuE. Die geplanten Projekte unterliegen aber gleichwohl einem breit gefächerten Kontrollsystem, das in den Jahren 1981 bis 1983 wirtschaftsrechtlich noch strenger und detaillierter geregelt wurde. Im Grundsatz sollen alle FuE-Aktivitäten präzise nach Kosten und Ertrag kalkuliert werden (zu diesen Instrumenten zählen die sogenannten Pflichtenhefte, die sogenannte ökonomische Gesamtrechnung und die sogenannte Jahresabschlußrechnung)[13]. Diese bürokratischen Reglementierungen und zeitaufwendigen Planungsprozeduren sind ein wesentlicher Grund dafür, daß die Kombinate ihren eigenverantwortlichen Entscheidungsspielraum kaum voll ausnutzen.

Die ständige Fortentwicklung bzw. Neuinstallierung wirtschaftsrechtlicher Instrumente zeigt, wie schwer der komplizierte Innovationsprozeß in einer Planwirtschaft zu regeln ist, vor allem die FuE-Projekte mit den anderen Teilen des Volkswirtschaftsplanes zu verknüpfen sind. Als besondere Lösungsversuche sind die eingangs genannten „Staatsaufträge" zu sehen sowie die 1982 getroffene Regelung, die Planentwürfe für „Wissenschaft und Technik" in den Kombinaten und Betrieben zeitlich vor anderen Teilen des Volkswirtschaftsplanes auszuarbeiten und einzureichen.

2.2.9.2. Forschungsfinanzierung und -stimulierung

FuE wird in der DDR überwiegend aus dem Staatshaushalt und aus Mitteln der Kombinate und Betriebe (Fonds Wissenschaft und Technik) finanziert: Vom Staatshaushalt werden Mittel für Projekte der „erkundenden" Grundlagenforschung der AdW und Hochschulen, für gesellschaftswissenschaftliche Forschung sowie für Vorhaben bereitgestellt, die volkswirtschaftlich von Bedeutung sind und deren wissenschaftlich-technisches und wirtschaftliches Risiko besonders hoch ist. Aus dem Fonds Wissenschaft und Technik

werden dagegen die FuE-Arbeiten der Industrie und die vertraglich vereinbarten Forschungsprojekte mit den AdW- und Hochschuleinrichtungen finanziert. Bis 1990 soll so durch die Kombinate mehr als die Hälfte der Mittel für Akademie- und Hochschulforschung bereitgestellt werden, um die Zusammenarbeit im Bereich der Grundlagenforschung zu verbessern.

Zentrale vollzugsverbindliche Planauflagen sowie die Zuweisung von Finanzmitteln bestimmen in der DDR in hohem Maße Ziel und Umfang der FuE-Aktivitäten. Innerhalb dieses starren Rahmens versucht man, mit einem differenzierten Prämiensystem, Gehaltszulagen und anderen Gratifikationen die Motivation der in Forschung und Entwicklung beschäftigten Personen zu steigern, und zwar sowohl im Akademie- und Hochschulbereich als auch in der Industrie. Um die ökonomische Ergiebigkeit von FuE zu steigern, wurden 1984 zwei weitere Instrumente einer Erfolgskontrolle installiert: Die Kombinate und Betriebe müssen von ihren eigenen oder ihnen unterstellten FuE-Einrichtungen wissenschaftlich-technische Problemlösungen kaufen und die verkaufenden FuE-Zentren Gewinne erwirtschaften. Es werden sog. Vereinbarungspreise angewandt, d.h. auf den endgültigen Preis einigen sich die Vertragspartner erst nach dem Vorliegen des FuE-Ergebnisses. Seit 1986 gilt dieser Preismodus analog für Auftragsprojekte, die von Kombinaten an Akademie- und Hochschulinstitute vergeben werden.

2.2.9.3. Förderung des Technologietransfers und Forschungskooperationen

Der Verbesserung des Technologietransfers wird auch in der DDR hohe Bedeutung beigemessen. In der DDR spricht man von „Nahtstellen" des Innovationsprozesses. Es gibt sie einmal innerhalb der Kombinate, sie bestehen dort zwischen den Bereichen Forschung und Entwicklung, Produktion, Absatz. Zur Minderung von Kommunikationsmängeln sind eine Reihe von Verfahren entwickelt worden [14].

Zum anderen gibt es vielfältige Formen der Kooperation zwischen den Industriekombinaten sowie den Akademie- und Hochschulinstituten. Gegenstand der vertraglichen Vereinbarungen sind in erster Linie FuE-Leistungen, aber auch der gegenseitige Wissenschaftleraustausch, die gemeinsame Anschaffung und Nutzung leistungsfähiger Forschungstechnik, der Austausch von Forschungsgeräten sowie die Unterstützung bei der Beschaffung von Forschungsausrüstungen und Hilfsmaterial für die Forschung. Technika wurden in der Industrie, in Hochschulen und der AdW geschaffen, um den Übergang von labortechnischen zu kleintechnischen Versuchen zu ermöglichen. Bis 1985 waren im Hochschulbereich 11 und an der AdW 13 Technika entstanden [15]. Weitere Formen der Zusammenarbeit sind Akademie-Industriekomplexe (5) und die gegenwärtig etwa 100 Hochschul-Industriekomplexe. Dabei handelt es sich um Organisationsformen, in denen Institute der AdW oder der Hochschulen auf vertraglicher Basis mit den Kombinaten gemeinsam neue Technologien entwikkeln. Akademie-Industriekomplexe gibt es u. a. auf den Gebieten technische Mikrobiologie, Arzneimittelforschung, organische polymere Werkstoffe.

2.2.10. Resumee

Größere Barrieren als in der Bundesrepublik Deutschland bestehen im planwirtschaftlichen System der DDR offensichtlich bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen in konkrete Produktion. Fehlen des binnenwirtschaftlichen Wettbewerbsdrucks, geringe autonome Entscheidungsbefugnisse der Kombinate, zentrale Preisfestlegungen sowie der Verzicht auf stimulierende Wirkungen von Nachfrage und Gewinn müssen in einem Bereich, in dem Risikofreudigkeit, divergentes Denken und Kreativität die impulsgebenden Kräfte sind, als besonders hemmend eingestuft werden. Das entscheidende Problem ist die Innovationsträgheit der Betriebe und Kombinate. Es gibt zu wenig Innovationsfreudigkeit im Sinne von Denken in neuen Produkt- und Faktorkombinationen; meist wird nur technische Perfektion oder die Kombination vorhandenen Wissens verfolgt, weniger aber die mit besonderem Risiko behafteten grundlegenden Innovationen. Der entscheidende Grund ist, daß ein Fehlschlag von Innovationen stärker sanktioniert wird als ein „Unterlassen" möglicher Neuerungen. Von den Rahmenbedingungen her gibt es aufgrund sehr knapper Ressourcen noch einen gewissen Innovationsdruck hinsichtlich neuer Verfahren; er wird verstärkt durch zentrale Auflagen (Material- und Energieverbrauchskennziffern) und Ressourcenkontingente. Kaum Anreiz gibt es dagegen für Produktinnovationen für den Binnenmarkt (Verkäufermarkt!). Der entscheidende Anstoß für Produktinnovationen geht vom Außenhandel aus. Durch komplizierte Antrags- und Genehmigungsverfahren wird der Forschungsprozeß nicht nur in die Länge gezogen, sondern sind der Anpassungsfähigkeit enge Grenzen gesetzt.

Von den Anhängern der Planwirtschaft werden als Vorteile zentraler Technologielenkung genannt: der direkte Zugriff der Wirtschaftszentrale zu den Technologiekenntnissen und die Schwerpunktplanung. In Marktwirtschaften bestehe dagegen Informationszurückhaltung aus Konkurrenzgründen, Parallelentwicklungen seien hier mithin systemimmanent. Dagegen steht, daß Irrtümer der Wirtschaftszentrale verhängnisvollere Folgen als im marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik haben, wo durch die Vielzahl der überwiegend dezentralen Entscheidungen Fehleinschätzungen besser auszugleichen sind.

Auch wenn im Technologiebereich Kosten-Nutzen-Vergleiche auf der volkswirtschaftlichen Ebene methodisch noch nicht soweit gelöst sind, um wissenschaftlich fundierte Aussagen zu ermöglichen, so kann doch generell festgestellt werden: Die Bundesrepublik Deutschland nimmt international technologisch eine Spitzenstellung ein, die DDR hat dagegen nach wie vor Schwierigkeiten im Wettbewerb mit westlichen Industriestaaten. Zwar wurde insbesondere Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre die Befürchtung geäußert, die Bundesrepublik

habe im High-Tech-Bereich gegenüber den USA und Japan an Terrain verloren. Indes zeigt die Auswertung von Patentanmeldungen und der Warenaustausch mit sogenannten High-Tech-Gütern, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik im Spiegel der internationalen Patentstatistik ihre gute Position im internationalen Wettbewerb in den siebziger Jahren insgesamt hat halten können[16]. Die Zahl der Patentanmeldungen, die Qualität der Neuanmeldungen sowie die Exporterfolge deuten in letzter Zeit sogar auf eine Stärkung der Innovationskraft hin. Abzuwarten bleibt allerdings, inwieweit es der Industrie gelingt, auch in Hochtechnologien wie der Mikroelektronik und der ADV-Bürotechnik Anschluß an die hier führenden Länder USA und Japan zu gewinnen. Die finanziellen Anstrengungen der Wirtschaft im internationalen Vergleich sind zweifellos beachtlich: Bezieht man die gesamten FuE-Ausgaben der Bundesrepublik auf das Bruttosozialprodukt, so liegen diese in der Bundesrepublik mit 2,8 vH (1984) in einer ähnlichen Größenordnung wie in den USA und in Japan.

Ebenso wie die Bundesrepublik möchte die DDR als Land mit hoher Außenhandelsabhängigkeit im Niveau ihrer Produkte nicht zurückfallen. Zwar ist sie im dominierenden Handel mit RGW-Staaten der stärkeren Konkurrenz durch höher entwickelte Staaten entzogen. Im Handel mit den westlichen Industrieländern strebt die DDR aber auch auf Dauer ein wettbewerbsfähiges Niveau der Lieferungen an. Der unbedeutende Anteil sogenannter High-Tech-Produkte am Warenexport in die Industrieländer und die nur geringe Zahl an internationalen Patentanmeldungen sind Indizien dafür, daß die DDR noch weit davon entfernt ist, international technologisch konkurrenzfähig zu sein[17].

Der Vergleich der FuE-Inputs zeigt, daß beide Länder seit 1970 ihre Anstrengungen in Forschung und Entwicklung erheblich forciert haben. In der DDR nahm bis 1983 die Zahl der dort Beschäftigten von 123 000 um 58 vH auf knapp 200 000 zu, der Anteil an der Gesamtbeschäftigung erhöhte sich von 1,4 vH auf 2,1 vH. In der Bundesrepublik war die Zunahme mit 39 vH von 266 000 auf gut 370 000 geringer; gemessen an der Gesamtbeschäftigung stieg der Anteil des FuE-Personals um 0,5 vH-Punkte auf 1,5 vH. Die sektorspezifische Betrachtung zeigt dabei, daß in der DDR die Zunahme bei den FuE-Beschäftigten vorwiegend in der Industrie stattgefunden hat, während in der Bundesrepublik die Industrie erst von 1977 an überdurchschnittliche Wachstumsraten zu verzeichnen hat. Schneller noch als das FuE-Personal haben die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zugenommen: In der DDR von 4,3 Mrd. M auf 8,5 Mrd. M, in der Bundesrepublik von 15 Mrd. DM auf gut 46 Mrd. DM (1983).

Als ein wichtiger Indikator für einen Vergleich gelten die FuE-Ausgaben gemessen am Sozialprodukt. In der DDR werden die FuE-Ausgaben auf das produzierte Nationaleinkommen bezogen, daran gemessen sind die Anteile von 3,6 vH (1970) auf 4,0 vH (1983) gestiegen. Man rechnet damit, daß auf absehbare Zeit ein Grenzwert von 5 vH nicht überschritten wird. Wählt man als Bezugsbasis für die DDR das Sozialprodukt in westlicher Abgrenzung, so belaufen sich die Quoten auf 2,8 vH (1970) und 3,2 vH (1983) sowie 4,0 (Grenzwert). Für die Bundesrepublik betragen die entsprechenden Anteile am Bruttosozialprodukt 2,2 (1970) und 2,8 (1983) (vgl. Anhangtabellen 2.2.-2 und -4).

Eine Einschätzung der künftigen technologischen Konkurrenzfähigkeit ist zwar generell problematisch, doch deutet vieles darauf hin, daß die DDR große Anstrengungen unternehmen muß, um die technologische Lücke nicht noch größer werden zu lassen. Vor allem drei Gründe sprechen indes dafür, daß dies auf absehbare Zeit nicht gelingen wird: Die eng begrenzten Möglichkeiten bei der Durchführung aufwendiger Forschungsprojekte, die Innovationsträgheit der Wirtschaftseinheiten sowie das inflexible Planungssystem, das schnelle Anpassungsprozesse kaum zuläßt.

Fußnoten

[1] Neben der Nachfragesog-These gibt es auch noch die Technologiedruck-These (technology-push); sie besagt, daß hauptsächlich der technische Wissensstand und die damit verbundenen technologischen Möglichkeiten Innovationen stimulieren.

[2] Angewandte Forschung: Forschung, die auf die Gewinnung neuer wissenschaftlicher oder technischer Erkenntnisse gerichtet ist, mit dem Ziel praktischer Anwendbarkeit oder spezifischer Problemlösung. Experimentelle Entwicklung: Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, um zu neuen oder wesentlich verbesserten Materialien, Geräten, Produkten, Verfahren, Systemen oder Dienstleistungen zu gelangen.

[3] Grundlagenforschung: Forschungsarbeiten, die in erster Linie auf die Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse gerichtet sind, ohne an einem bestimmten Ziel zur praktischen Anwendbarkeit orientiert zu sein.

[4] Die **Max-Planck-Gesellschaft** zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG) ist eine Trägerorganisation für derzeit 60 Institute und Forschungsstellen mit 10 000 Mitarbeitern (davon über 4 000 Wissenschaftler). Sie widmet sich vorwiegend der Grundlagenforschung und will Forschungsrichtungen aufgreifen, die für die Hochschulforschung noch nicht reif oder wegen ihres Umfangs oder von der Organisationsstruktur her wenig geeignet sind. Forschungsschwerpunkte bestehen im medizinisch-biologischen Bereich, bei physikalischen und chemischen Arbeitsrichtungen sowie auch in einigen rechtvergleichenden und sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Der Jahresetat der MPG beträgt gegenwärtig rund 1,1 Mrd. DM. Grundlage für seine Finanzierung ist seit 1976 die Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91 b des Grundgesetzes. Aus diesen Mitteln finanziert die MPG annähernd 90 vH ihres Haushalts, die restlichen Mittel erhält sie aus der Projektförderung und von EURATOM.

Die **Fraunhofer-Gesellschaft** zur Förderung der angewandten Forschung e.V. (FhG) betreibt in 34 Einrichtungen angewandte Forschung und Entwicklung auf natur- und ingenieurwissenschaftlichen Gebieten. Sie beschäftigt gegenwärtig rund 3 200 Mitarbeiter, davon ein Drittel Wissenschaftler. Ihr Schwerpunkt liegt in der Vertragsforschung für Unternehmen sowie für staatliche Stellen. Darüber hinaus ist sie in der Verteidigungsforschung und im Dienstleistungsbereich (Patentstelle für die Deutsche Forschung) tätig. Die FhG hat einen Jahresetat von gegenwärtig rund 470 Mill. DM. Er wird finanziert aus Erträgen der Vertrags- und Projektfor-

schung (50 vH) sowie institutioneller Förderung von Bund und Ländern.

[5] Wie meist, ist dieser Begriff nicht klar definiert, d. h. nicht ersichtlich, ob hier sowohl Personal als auch Finanzmittel gemeint sind.

[6] Um das Leistungsniveau der Hochschulforschung anzuheben und ihre ökonomische Effizienz zu erhöhen, werden seit 1980/81 freie Lehrstühle und Dozenturen öffentlich ausgeschrieben und für ihre Besetzung Mehrfachvorschläge verlangt. Zudem werden geeignete Nachwuchswissenschaftler, die sich für die Hochschullaufbahn entschieden haben, besonders gefördert; zu den Privilegien und Gratifikationen gehören u. a. leistungsbezogene Gehaltszuschläge, bevorzugte Versorgung mit Wohnraum, Studienaufenthalte im (sozialistischen) Ausland, Delegierung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu „Spitzenforschern" an die AdW, individuelle Arbeitszeitregelung, Zugang zu moderner Forschungstechnik.

[7] „Wissenschaftlich-technische Zentren (WTZ)" übernahmen technologische Steuerungsfunktionen, „Ingenieurbüros für Rationalisierung" wurden mit der Lösung einschlägiger Fertigungsprobleme betraut, „Institute" wie das Institut für Chemiefasern oder für Halbleiter- und Regeltechnik übernahmen eigene FuE-Aufgaben. Schließlich wurde das Aufgabengebiet der nicht unmittelbar der VVB unterstehenden „Technologischen Zentren" erweitert. Sie dienten seither auch als Anlaufstellen für spezielle Probleme des Technologietransfers.

[8] Zu nennen sind das
- Zentralinstitut für Schweißtechnik (ZIS), Halle (dem Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau unterstellt);
- Institut für Leichtbau und ökonomische Materialverwertung, Dresden;
- Institut für Sekundärrohstoffwirtschaft, Berlin (beide dem Ministerium für Materialwirtschaft unterstellt);
- Zentralinstitut für Verpackungswesen;
- Institut für Energetik (Ministerium für Kohle und Energie);
- Zentralinstitut für Metallurgie — seit 1985 umbenannt in Kombinat Zentraler Industrieanlagenbau der Metallurgie, Berlin;
- Institut für Rationalisierung der elektrotechnischen Industrie;
- Zentralinstitut für Fertigungstechnik des Maschinenbaus;
- Zentralinstitut für mineralische Rohstoff- und Lagerstättenwirtschaft (Ministerium für Geologie);
- Zentralinstitut für Bezirksgeleitete und Lebensmittelindustrie, Berlin.

[9] Die Messung wissenschaftlicher und technischer Tätigkeiten — „Frascati-Handbuch 1980", S. 33 ff.

[10] Die Deflationierung wurde auf der Basis der Preisentwicklung des Bruttosozialproduktes vorgenommen.

[11] Der sog. Planteil Wissenschaft und Technik der Industriekombinate ist maßgeblich für die Zurechnung für FuE. In diesem sind Aufgaben enthalten, die nur im weitesten Sinne zu FuE zuzurechnen sind.

[12] Bundesbericht Forschung 1984, S. 29. Die Bundesregierung setzt bzw. setzte die indirekt-spezifische Förderung ein
- beim Sonderprogramm ‚Ausweitung der Mikroelektronik' (das Programm ist inzwischen ausgelaufen)
- bei der Förderung der Anwendung von CAD/CAM und der Roboterentwicklung in der fertigungstechnischen Industrie (Laufzeit 1984 bis 1987),
- bei dem geplanten Sonderprogramm ‚Mikroperipherik im Rahmen des Förderkonzepts Informationstechnik' (Laufzeit 1985 bis 1988).

[13] Das **Pflichtenheft** ist von den Kombinaten als eine umfangreiche Dokumentation auszuarbeiten und dem zuständigen Industrieminister vorzulegen. Es muß projektbezogen Kosten und Nutzen durch eine Vielzahl technisch-ökonomischer Daten (z. B. Obergrenze für Selbstkosten, Devisenrentabilität, Arbeitsetappen) nachweisen. Die Kunden, der Binnenhandel und die Außenhandelsbetriebe sollen in die Ausarbeitung mit einbezogen werden.
Darüber hinaus sollen in einer **ökonomischen Gesamtrechnung** (Aufwand-Ergebnis-Rechnung) die konkreten ökonomischen Auswirkungen von FuE-Projekten auf zahlreiche wichtige Kombinatskennziffern im voraus nachgewiesen werden, und zwar für das Einführungs- und erste Folgejahr.
In einer **Jahresabschlußrechnung** Wissenschaft und Technik sind dann ex-post die tatsächlichen Ergebnisse nachzuweisen. Dadurch sollen die durch FuE erbrachten Ergebnisse für das abgelaufene Planjahr als Information für den zuständigen Minister anhand einzelner Indikatoren nachgewiesen werden (Steigerung der Nettoproduktionen, Arbeitsproduktivität, Devisenrentabilität, Qualitätsfortschritte usw.).

[14] Als spezielle Ansätze sind zu nennen:
1. Die Zusammenarbeit über die Grenzen einer funktionalen Einheit hinaus (z. B. Konstruktion, Fertigungstechnik) soll verbessert werden, u. a. durch „Überleitungskollektive". 2. Es wird ein „Auftragsleitersystem" angewandt. Damit ist eine Organisationsform gemeint, die der in westlichen Unternehmen unter dem Begriff der Matrixorganisation bekannten projektorientierten Forschungsleitung entspricht. Aufgabe des als „Auftragsleiter" bezeichneten Projekt- und Produktionsmanagers ist es, durchgängig über die Abteilungsgrenzen und Linienorganisationen hinweg ein Forschungsprojekt von den Anfängen der Planung, Entwicklung und Durchführung bis zur Überleitung in die Produktion abzuwickeln und damit zu beschleunigen. Als „Auftragsleiter" kann auch ein stellvertretender Minister für Projekte eingesetzt werden, die mehrere Kombinate tangieren. 3. Es soll die Dauer des gesamten Innovationsprozesses in jeder Phase verkürzt werden, darüber hinaus wird ein Überlappen der einzelnen Stufen und eine Parallelität der einzelnen Phasen angestrebt.

[15] So bestehen u. a. ein Technikum für Mikroelektronik an der TH Karl-Marx-Stadt, eines für Prozeß- und Simulationstechnik an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden, ein Technikum für Schichttechnologie und Sonderbauelemente und eines für technische Chemie und Feinchemikalien an der Universität Jena; geplant ist der Aufbau eines Biotechnikums an der Universität Halle.

[16] „Auch gemessen an den Schlüsselpatenten steht die Bundesrepublik an zweiter Stelle hinter den USA, jedoch ist hier der deutsche Anteil wesentlich geringer. Vergleicht man die Zunahme der „Auslandsanmeldungen insgesamt" zwischen den Zeiträumen 1976 bis 1981 und 1972 bis 1975, so konnte die Bundesrepublik ihre Position in etwa halten." — Vgl. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (Hrsg.): Ifo-Schnelldienst. Berlin und München. Verlag Duncker & Humblot. Heft 17-18/1984, S. 2.

[17] „Von rund 42 470 Patenten, die vom Patentamt in Ost-Berlin im Zeitraum von 1971 bis 1980 erteilt wurden, hat die Wirtschaftsführung der DDR selber nur 15 v. H. ausgewählt, um sie dem Münchener Patentamt zur Prüfung einzureichen (Zahl der Anträge in diesen zehn Jahren = 6 234). Von diesen über 6 000 angemeldeten Erfindungen hat nun das Münchener Amt während der Jahre von 1971 bis 1980 nur 18 v. H. mit einem Patent belohnt und den Antragstellern die begehrten Schutz-, Nutzungs- und Ausschließungsrechte im Wirtschaftsgebiet der Bundesrepublik gewährt." — Vgl. Buck H.F.: Forschungs- und Technologiepolitik in der DDR. Stuttgart, New York. 1983, S. 292.

Anhang 2.2.-1

Die Großforschungseinrichtungen in der Bundesrepublik

AWI Das Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung mit Sitz in Bremerhaven hat sich vorwiegend die Erforschung des Südpolarmeeres und der Antarktis zur Aufgabe gemacht.

DESY Das Deutsche Elektronen-Synchrotron in Hamburg hat als Forschungsschwerpunkt die Elementarteilchen-Physik, hauptsächlich an den beiden großen Elektron-Positron Speicherringen DORIS und PETRA.

DFVLR Die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt mit verschiedenen Forschungszentren ist an vielen Luft- und Raumfahrtprojekten beteiligt, zum Beispiel auch an der Spacelab-Mission D 1.

DKFZ Das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg ist auf allen Bereichen der Krebsforschung engagiert, besonders in der Tumorbiologie sowie der Erforschung krebsauslösender Faktoren.

GBF Die Gesellschaft für biotechnologische Forschung in Braunschweig versucht im multidisziplinären Verbund, biologische Systeme zur Durchführung von Stoffumwandlungen im technischen Maßstab zu nutzen.

GKSS Das Forschungszentrum Geesthacht hatte seinen Gründungsauftrag, den Betrieb des Atomschiffes „Otto Hahn", 1979 abgeschlossen und befaßt sich heute mit Unterwassertechnik, Umweltforschung und Reaktorsicherheit.

GMD Die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, Schloß Birlinghoven, führt Forschungsaufgaben zur Informations- und Kommunikationstechnik durch.

GSF Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung in München ist ein Zentrum für Umweltwissenschaften mit einem interdisziplinären Fächerspektrum.

GSI Die Gesellschaft für Schwerionenforschung in Darmstadt betreibt mit dem Schwerionenbeschleuniger UNILAC und vielen Versuchsaufbauten Grundlagenforschung an schweren Ionen.

HMI Das Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung in Berlin beschäftigt sich vor allem mit Kern- und Atomphysik und anderen Bereichen, zum Beispiel auch mit der Entwicklung neuer Halbleiter-Materialien.

IPP Das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching hat die Fusionsforschung als Schwerpunkt und betreibt den Tokamak ASDEX und den Stellarator Wendelstein.

KFA Die Kernforschungsanlage Jülich pflegt vor allem die Verbindung von Grundlagenforschung, angewandter Technik und Hochschulen. Einer ihrer Schwerpunkte ist die Energietechnik.

KfK Das Kernforschungszentrum Karlsruhe ist ein auf Technologie-Entwicklung ausgerichtetes Zentrum. Der Schwerpunkt der Arbeiten ist die Kerntechnik.

Anhang 2.2.-2

Förderbereiche der FuE-Leistungsplansystematik des Bundes (LP)

- Trägerorganisationen; Aus- und Neubau von Hochschulen
- Sonderbereiche der Grundlagenforschung (insbesondere Großgeräte)
- Meeresforschung und Meerestechnik; Polarforschung
- Weltraumforschung und Weltraumtechnik
- Energieforschung und Energietechnologie
- Umweltforschung; Klimaforschung; Sicherheitsforschung
- Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit
- Forschung und Entwicklung zur Humanisierung des Arbeitslebens
- Informationstechnik (einschl. Fertigungstechnik)
- Biotechnologie
- Materialforschung; chemische Verfahrenstechnik; physikalische Technologien
- Luftfahrtforschung und -entwicklung
- Forschung und Technologie für bodengebundenen Transport und Verkehr (einschl. Verkehrssicherheit)
- Geowissenschaften und Rohstoffsicherung
- Raumordnung und Städtebau; Bauforschung
- Innovation und verbesserte Rahmenbedingungen
- Fachinformation
- Geisteswissenschaften; Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
- Übrige, nicht anderen Bereichen zugeordnete Aktivitäten

Quellen

Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.): Bundesbericht Forschung VI. Berichte und Dokumentationen, Band 4. Bonn. 1979.

Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.): Bundesbericht Forschung 1984. Bundestags-Drucksache. Nr. 10/1543. Bonn. 1984.

Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.): Faktenbericht 1986 zum Bundesbericht Forschung. Bundestags-Drucksache. Nr. 10/5298. 1986.

Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der AdW (hrsgg. von Kröber G.): Das Forschungspotential im Sozialismus. Berlin (Ost). Akademie-Verlag. 1977.

Kröber G.: Wachstumstendenzen und Entwicklungserfordernisse des Forschungspotentials der DDR. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gesellschaftswissenschaften. Berlin (Ost). Akademie-Verlag. Nr. 5/6 1982.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft. Arbeitsschrift A. Essen. Div. Jahrgänge.

Literaturhinweise

Bentley R.: Technological Change in the German Democratic Republic. Boulder (USA) and London. Westview Press. 1984.

Buck H. F.: Forschungs- und Technologiepolitik in der DDR — Ziele, Lenkungsinstrumente, Mobilisierungsmittel und Ergebnisse. In: Das Wirtschaftssystem der DDR. Gutmann G. (Hrsg.): Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. Heft 30/1983.

Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.): Die Messung wissenschaftlicher und technischer Tätigkeiten. „Frascati-Handbuch 1980". Bonn. 1982.

Faust K., Schedl H.: Internationale Wettbewerbsfähigkeit und strukturelle Anpassungserfordernisse. Ifo-Institut. München. 1984.

Großforschung — wohin? Dokumentation eines zweitägigen Symposions in Zürich. In: Bild der Wissenschaft. Stuttgart. Deutsche Verlags-Anstalt. Nr. 9/1985, S. 110ff.

Hamel H. (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland — DDR. Die Wirtschaftssysteme. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. München. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. 1983.

Erhöhter **Handlungsbedarf** im Strukturwandel. Strukturberichterstattung des DIW 1983. In: Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 79/1984.

Hornschild K.: Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin. Sonderheft des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 142/1985.

Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (Hrsg.): Das Wissenschaftssystem in der DDR. 2. Auflage. Erlangen. Verlag Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen e. V. 1979.

Lauterbach G.: Technischer Fortschritt und Innovation. Zum Innovationsverhalten von Betrieben und Kombinaten in der DDR. Erlangen. Verlag Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen e. V. 1982.

Leipold H.: Eigentum und wirtschaftlich-technischer Fortschritt. Eine dogmenhistorische und systemvergleichende Studie. Köln. J. P. Bachem KG. 1983.

Scherzinger A.: Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR. Sonderheft des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 116/1977.

Scherzinger A.: Aspekte der Planung von Forschung und Entwicklung in der DDR. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 1/1983, S. 76ff.

Scholz L.: Technik-Indikatoren. Berlin und München. Verlag Duncker & Humblot. 1977.

Scholz L.: Innovation in der Industrie. Struktur und Entwicklung der Innovationsaktivitäten 1979 — 1982. München. 1985.

Schüller A., Leipold H., Hamel H. (Hrsg.): Innovationsprobleme in Ost und West. Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen. Stuttgart, New York. Gustav Fischer Verlag. Heft 33/1985.

Staudt E. u. a.: Innovationsförderung und Technologietransfer. Berlin. Verlag E. Schmidt. 1980.

Wirkungsanalyse der Zuschüsse für Personal in Forschung und Entwicklung. Zusammenfassung eines Gutachtens des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung. In: Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung. Bonn. Nr. 64/1984.

3. Produktion und Produktivität

3.1. Industrie

Zusammenfassung

Die industrielle Produktion in der DDR erreichte 1983 etwa ein Viertel der Erzeugung in der Bundesrepublik Deutschland, benötigte dafür aber relativ doppelt soviel Arbeitskräfte, d. h. die Arbeitsproduktivität liegt im Vergleich nur bei etwa 50 vH. Obwohl sich die Industriebeschäftigung in beiden Staaten von 1970 bis 1983 gegensätzlich entwickelte, wurden in dieser — für das „Leben" einer Volkswirtschaft sehr kurzen — Zeitspanne die strukturellen Gemeinsamkeiten nur wenig berührt. Der Rückstand der DDR blieb in allen Sektoren der Volkswirtschaft noch groß. Dabei verringerte sich der Abstand dort, wo die staatliche Führung durch den Einsatz zusätzlicher finanzieller und personeller Mittel Akzente setzte und vergrößerte sich, wo in alten Anlagen durch mehr Beschäftigung — z. B. durch mehr Schichtarbeit — eine höhere Produktion erzielt werden sollte.

Zahlreiche Fallstudien aus verschiedenen Industriezweigen belegten die Zweigleisigkeit der Produktion auf veralteten und modernen Anlagen. Dadurch wurde das Leistungsniveau deutlich gedrückt. Offenbar gehorchen viele Sektoren der DDR-Industrie anderen Wachstumsgesetzen als die entsprechenden in der Bundesrepublik. In der DDR werden die alten Anlagen nur sehr selten ganz stillgesetzt oder demontiert, in westlichen Industrieländern werden sie schneller durch neue Ausrüstungen ersetzt, auch um den Preis des Abbaus von Beschäftigten. Übergroße beschäftigungs- und kapitalintensive Anstrengungen der DDR an traditionellen Standorten sind vom ökonomischen Ergebnis her oft nicht gerechtfertig, erfüllen aber das Ziel, z. B. bei strategisch wichtigen Grundstoffen, vom Außenhandel unabhängig zu sein. Versorgungssicherheit hat deshalb oft einen höheren Stellenwert als Rentabilität.

Viele Ursachen der geringen Flexibilität zentralgeleiteter Volkswirtschaften sind zwar seit langem bekannt, doch ergab der detaillierte Leistungsvergleich, daß die Industriezweige der DDR ganz unterschiedlich betroffen sind.

Neben einer verkommenen Infrastruktur, restriktiv wirkender Informationspolitik, unzureichend ausgebauter Verkehrs- und Kommunikationswege, sind es Ressortegoismus bei Betrieben, Kombinaten und Industrieministerien, die einer sinnvollen Arbeitsteilung im Wege stehen. Das zentrale Planungssystem ist bis heute nicht einmal in der Lage, sich international als besonders vorteilhaft herausbildende Entwicklungen mit einem geringen Zeitverzug zu imitieren. Die Arbeitsteilung macht in der DDR vergleichsweise nur geringe Fortschritte. Jede Kombinatsleitung strebt nach größerer Unabhängigkeit von Zulieferungen und Diensten, deren kontinuierliche Bereitstellung das zentrale Planungssystem erfahrungsgemäß nicht sicherstellen kann. Ressourcen für die Instandhaltung überalterter Anlagen und Betriebsteile müssen bereitgestellt werden. Die Vernachlässigung des Dienstleistungssektors zugunsten der produzierenden Bereiche, ganz besonders auch das Fehlen zweigübergreifender produktionsorientierter Dienste, erfordern in der DDR einen erheblich höheren Einsatz menschlicher Arbeitskraft. Während in der Bundesrepublik die Konzerne immer stärker diversifiziert sind, somit produktionsorientierte Dienste auch innerhalb eines Unternehmensverbandes zweigübergreifend eingesetzt werden können, selbst Handelsfunktionen in den Industrieunternehmen ein immer größeres Gewicht gegenüber den Fertigungsfunktionen erhalten, verstärkt die DDR die Fertigung personell weiter.

Bevorzugt wurden besonders exportfähige Zweige und Erzeugnisgruppen, überwiegend aus dem Grundstoff- und Investitionsgüterbereich. Andere Sektoren, insbesondere der ganze Bereich Nahrungs- und Genußmittel, wurden stark vernachlässigt und konnten nicht einmal die Substanz erhalten.

Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie lag 1970 mit einer Pro-Kopf-Arbeitsleistung von 60 vH im Vergleich zur Bundesrepublik deutlich über dem Durchschnitt.

1983 bildete sie das Schlußlicht, lag mit 41 vH erheblich unter dem Durchschnitt. Dies ist das Ergebnis eines zu großen Einflusses der zentralen Entwicklungsplanung. Die zentral vernachlässigten Bereiche und Industriezweige sind kaum in der Lage, sich selbst zu regenerieren. In der DDR sind es die konsumnahen Bereiche und Zweige, die wenig zum Wachstum beitragen können, obwohl die inländische Nachfrage qualitativ, oft auch quantitativ, keineswegs ausreichend befriedigt werden kann.

Eine abschließende Wertung muß jedoch positiv hervorheben, daß es der DDR-Wirtschaftsführung trotz der gesetzlich verankerten Beschäftigungsgarantie und eines wenig leistungsgerechten Subventionssystems durchaus gelungen ist, den Rückstand zu der sich stärker arbeitsteilig entwickelnden Bundesrepublik seit 1970 nicht größer werden zu lassen. Die Industrie der Bundesrepublik verbesserte zwar ihre Struktur und hat heute ein vergleichsweise höheres Leistungsniveau, erreichte diese Ziele aber um den Preis eines Abbaus der Beschäftigung, da Staat und Dienstleistungsbereiche seit über einem Jahrzehnt die von der Industrie freigesetzten Arbeitskräfte nicht mehr voll übernehmen können.

Mißt man allerdings die tatsächlich erbrachten Leistungen in den einzelnen Industriezweigen, ist die DDR angesichts des weiter bestehenden Niveauunterschiedes von insgesamt etwa 50 vH heute negativer zu beurteilen als 1970. Viele Industrieländer innerhalb und außerhalb Europas haben im Vergleich zur Bundesrepublik aufgeholt, sie konnten ihre Produktivität, aber auch Einkommen und Verbrauch der Bevölkerung, relativ stärker erhöhen. Bei sich weiter verbessernder Konjunktur nach 1983 dürfte der Abstand zwischen beiden deutschen Staaten wieder zugenommen haben. Fallender Dollar und fallende Ölpreise stellen mit unterschiedlichem Vorzeichen ebenso hohe Anforderungen an die Anpassungsflexibilität einer Volkswirtschaft wie die Rohstoffkrisen der siebziger Jahre.

Inhalt Seite

3.1.1. Überblick 347

3.1.1.1. Datenlage 347

3.1.1.2. Entwicklung von Produktion und Beschäftigung nach Industriebereichen 1970 bis 1983 347

3.1.1.3. Beitrag der Industriebereiche zum industriellen Wachstum 347

3.1.2. Leistungsvergleich 350

3.1.2.1. Energiewirtschaft und Kohlenbergbau 350

3.1.2.2. Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren 353

3.1.2.3. Metallerzeugung und -bearbeitung 359

3.1.2.4. Steine und Erden 363

3.1.2.5. Wasserversorgung 364

3.1.2.6. Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau 365

3.1.2.7. Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik 374

3.1.2.8. Textilgewerbe 378

3.1.2.9. Restliche Verbrauchsgüterindustrien 380

3.1.2.10. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe 384

3.1.3. Leistungsentwicklung 1970 bis 1983 389

Fußnoten, methodische Hinweise, Quellen und schematische Darstellung zum Industrievergleich zu 3.1. 393

3.1.1. Überblick

3.1.1.1. Datenlage

Zuletzt wurde 1970 vom DIW ein Vergleich der Arbeitsproduktivität in der DDR und der Bundesrepublik vorgelegt[1]. Damals wurde einleitend vermerkt, daß man die beiden Volkswirtschaften nicht nach üblichen Methoden der empirischen Wirtschaftsforschung vergleichen kann. Es fehlen wichtige Umrechnungskoeffizienten wie Wechselkurse und Erzeugerpreisparitäten, außerdem sind die Preise und Preisstrukturen völlig unterschiedlich. Diese Einschränkungen gelten auch heute noch. Hinzu kommt, daß die statistische Berichterstattung der DDR dürftiger geworden ist.

Das Statistische Jahrbuch der DDR wies bis 1967 noch für 300 repräsentative Erzeugnisse der Industrie Produktionsmengen aus, das waren damals etwa 50 vH der gesamten Produktion. Inzwischen werden nur noch 168 Industrieerzeugnisse einzeln nach Mengen gemeldet, die zwar immer noch einen erheblichen Beitrag zur industriellen Bruttoproduktion leisten, doch sind diese nicht mehr repräsentativ. Grundstoffnahe und einfache Erzeugnisse überwiegen, Abgrenzungen sind unbekannt, moderne Erzeugnisse sind kaum aufgeführt. Außerdem wurde bis 1976 die Industrieproduktion für 42 Industriezweige veröffentlicht, danach wurden die Angaben auf 13 Industriezweige reduziert. So mußten für den Vergleich noch mehr Lücken als früher aufgefüllt werden. Dies wurde auf der Basis des seit 1979 aufgebauten Industriearchivs des DIW versucht.

Die Industriesystematik der DDR enthält 66 Industriezweige, die in 10 Bereiche zusammengefaßt werden und in ihrer Summe die Industrie einschließlich Energie und Bergbau abbilden. Die Daten über die Industriebereiche (Beschäftigte und Warenproduktion) wurden auf 66 Industriezweige disaggregiert. Die Industriedaten für die Bundesrepublik[2] wurden in gleicher Abgrenzung diesen 66 Zweigen und 10 Bereichen zugeordnet. Der „Umsteigeschlüssel" von den Produktionsstatistiken des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden zur Betriebssystematik des Statistischen Amtes der DDR[3] nach 66 Industriezweigen ist in der Grafik der Anlage dargestellt. Damit wurden — jeweils für beide deutsche Staaten — die produktionsstatistischen Grundlagen erarbeitet (vgl. ausführlich die methodischen Hinweise zu diesem Abschnitt).

3.1.1.2. Entwicklung von Produktion und Beschäftigung nach Industriebereichen 1970 bis 1983

In einer ersten Auswertung des Materials kann die Entwicklung in beiden Volkswirtschaften auf der Grundlage ihrer jeweiligen Bewertung (Bruttoproduktion zu Betriebspreisen in Mark bzw. Umsätze in D-Mark; Preisbasis 1980) verglichen werden.

In der Berichtszeit (1970 bis 1983) ist die Industrieproduktion in beiden deutschen Staaten gewachsen, die Zahl der in der Industrie Beschäftigten nur in der DDR. In der Bundesrepublik wuchsen die Umsätze der Industrie von 1970 bis 1983 preisbereinigt auf 127 vH, dabei nahm die Beschäftigung um 16 vH ab. Ein starker Rückgang der Beschäftigung erfolgte schon Mitte der siebziger Jahre; zu Beginn der achtziger Jahre gab es eine erneute große Abnahme. Ähnliche Tendenzen, die in großem Umfang von der Ölpreisentwicklung und konjunkturellen Wechsellagen geprägt sind, zeigt die Entwicklung der realen Umsätze und der Umsätze je Beschäftigten (vgl. Anhangtabellen). Mitte der siebziger Jahre ist eine deutliche Abschwächung zu erkennen, zu Beginn der achtziger Jahre gingen die Umsätze real zurück. Der Umsatz pro Beschäftigten stieg in den letzten Jahren weniger als zu Beginn der siebziger Jahre. Der konjunkturelle Aufschwung wurde in vielen Industriebereichen noch von Kurz- und Teilzeitarbeit begleitet.

In der DDR erhöhte sich die Bruttoproduktion (Preise von 1980) von 1970 bis 1983 auf 190 vH. Auch hier war das Wachstum zu Beginn der Periode höher als später: bis 1976 durchschnittlich gut 6 vH, von 1976 bis 1983 gut 4 vH jährlich. Anders als in der Bundesrepublik ist die Zahl der Beschäftigten in der Industrie der DDR ständig gestiegen, allerdings mit sinkender Tendenz. In der Bundesrepublik beschleunigte sich die Freisetzung von Arbeitskräften durch Rationalisierung schon in den siebziger Jahren. In der DDR wurde die Einsparung von überflüssigen Arbeitsplätzen erst Ende der siebziger Jahre forciert. Die „Schwedter Initiative", die diesen Zweck verfolgt, wurde 1978 eingeführt[4]. Die Produktion pro Beschäftigten ist in der DDR trotz geringeren Ausgangsniveaus lange Zeit weniger gestiegen als in der Bundesrepublik. Erst als Umsatzrückgang und Kurzarbeit hier zunahmen, hat die DDR etwas aufgeholt.

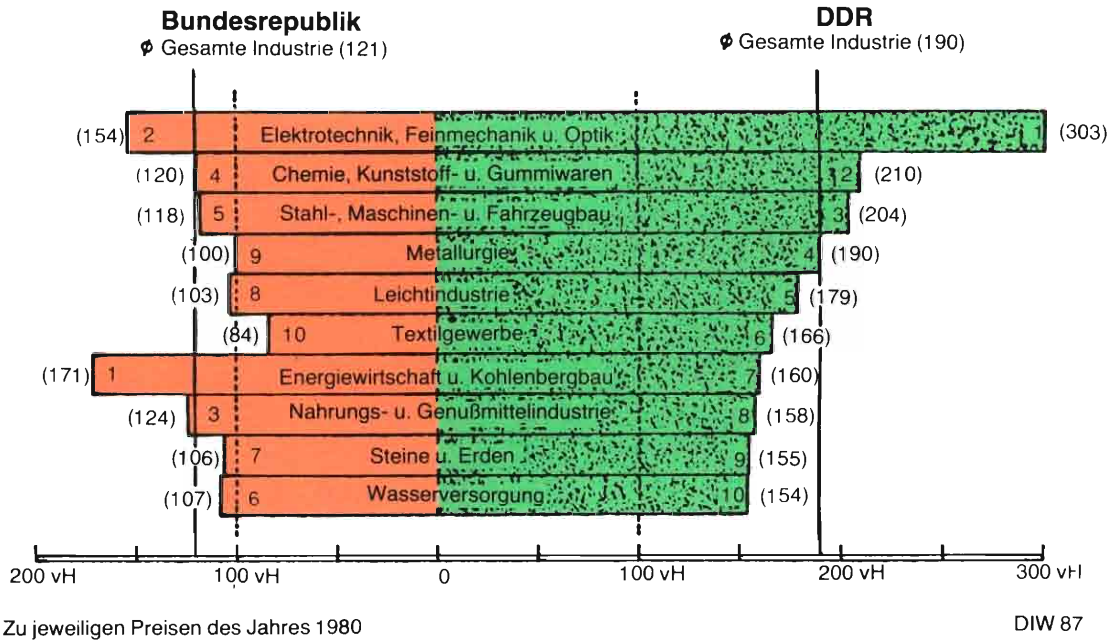
3.1.1.3. Beitrag der Industriebereiche zum industriellen Wachstum

Die Wirtschaftsbereiche zeigen in beiden deutschen Volkswirtschaften sehr unterschiedliche Wachstumsverläufe. In der DDR lagen die Elektrotechnik, Feinmechanik und optische Industrie an der Spitze, es folgten die chemische Industrie und der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, in der Bundesrepublik waren es die Energiewirtschaft (einschließlich Kohlenbergbau), die Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik.

Trotz der deutlichen Bevorzugung bei den Investitionen entwickelten sich Energiewirtschaft und Kohlenbergbau in der DDR unterdurchschnittlich (Rang 7).

Schaubild 3.1.-1

Rangfolge industriellen Wachstums 1973 bis 1983 Bruttoproduktion bzw. Umsatz**
1970 = 100



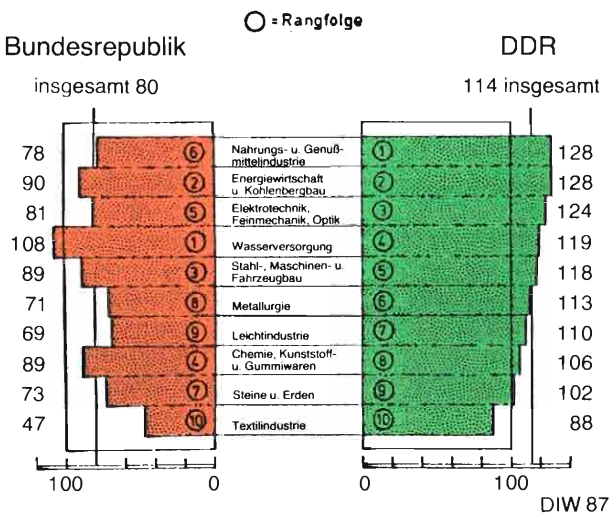
Am Ende der Wachstumsskala lagen in der DDR die Bereiche Wasserwirtschaft sowie Steine und Erden; in der Bundesrepublik das Textilgewebe und die Metallurgie. Diese beiden Bereiche, die in der Bundesrepublik starken Strukturveränderungen und schwierigen weltwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen unterworfen waren, sind in der DDR immer noch mit durchschnittlichen Zuwachsraten vertreten. Große Unterschiede gibt es auch im Industriebereich Nahrungs- und Genußmittel: überdurchschnittliches Wachstum in der Bundesrepublik (Rang 3) und deutliches Zurückbleiben in der DDR (Rang 8).

Mit Ausnahme des relativ kleinen Sektors der Wasserwirtschaft ist die Beschäftigung in der Bundesrepublik überall zurückgegangen, am deutlichsten im Textilgewerbe. Dieser Rückgang findet sogar eine Parallele in der DDR: Die Textilindustrie ist der einzige Industriebereich mit rückläufigen Beschäftigungszahlen. Ansonsten hat die Beschäftigung überall zugenommen, besonders stark im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Hinsichtlich der Entwicklung entsprechen sich Wachstumsrang und Beschäftigtenzunahme in der DDR bei der Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik. Dieser Bereich hat im Untersuchungszeitraum zusätzlich 93 000 Personen mehr beschäftigt, in der Bundesrepublik wurden über 200 000 Beschäftigte freigesetzt. Das hohe Produktionswachstum ist in der Bundesrepublik deutlicher als in der DDR auch auf Modernisierung ganzer Zweige zurückzuführen, Produktionswachstum und Beschäftigtenrückgang schließen sich deshalb nicht aus. Ein anderes Phänomen zeigt sich im Vergleich der Chemie: Die chemische Industrie wurde in der DDR bei den Investitionen

Schaubild 3.1.-2

Beschäftigtenentwicklung nach Industriezweigen
von 1971 bis 1983
1970 = 100

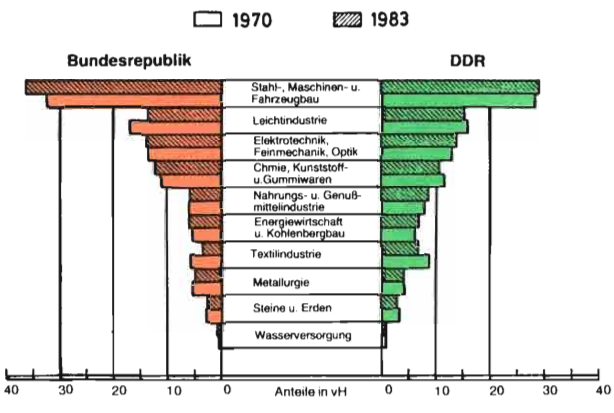


stark bevorzugt, hatte dort bei der Produktion einen überdurchschnittlichen Zuwachs, aber eine vergleichsweise niedrige Beschäftigungszunahme. In der Bundesrepublik wuchs die chemische Industrie unterdurchschnittlich, hatte aber einen relativ geringen Rückgang der Beschäftigung. Relativ geringe Beschäftigungsschwankungen sind typisch für hochautomatisierte kapitalintensive und große Produkti-

onskomplexe, die in der chemischen Industrie vorherrschen. Obwohl sich die Industriebeschäftigung in beiden deutschen Staaten von 1970 bis 1983 sehr unterschiedlich entwickelte, ist doch deutlich zu erkennen, daß in dieser Zeitspanne die strukturellen Gemeinsamkeiten nur wenig berührt worden sind. Die Veränderungen, wenn auch im Ausmaß unterschiedlich, hatten ganz überwiegend die gleiche Richtung.

Schaubild 3.1.-3

Anteile der Industriebereiche an den Industriebeschäftigten 1970 und 1983



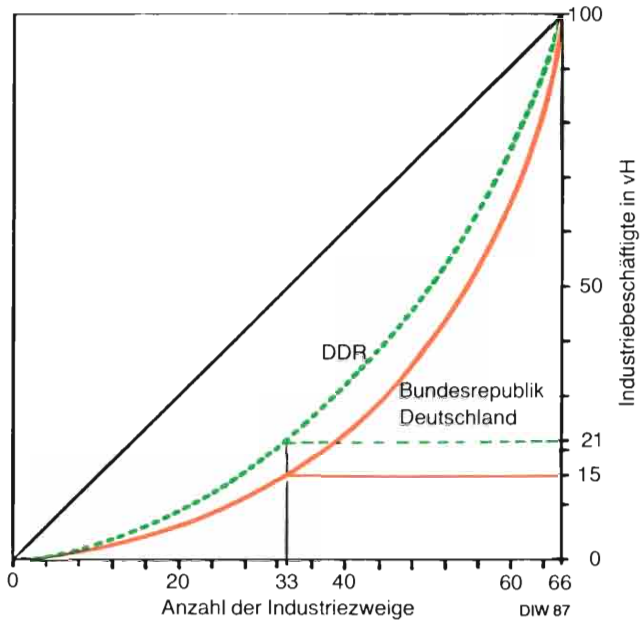
Gemessen an der Zahl der Beschäftigten stimmt die Rangfolge sowohl bei den vier größten, als auch bei den beiden kleinen Wirtschaftsbereichen nach wie vor überein, nur im Mittelfeld gibt es einige Unterschiede und Rangveränderungen. In der DDR arbeiten in den vier größten Wirtschaftsbereichen knapp 70 vH der Beschäftigten, in der Bundesrepublik sind es 77 vH. Ihre Bedeutung für die Beschäftigung hat hier wie dort zugenommen.

Eine Auflistung der 66 Industriezweige nach ihrer Rangfolge hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten zeigt eine unterschiedliche Konzentration der Industrie: In der Bundesrepublik hatten 1983 die 15 größten Industriezweige einen Anteil von 60 vH (1970: 57 vH) der Gesamtbeschäftigten, in der DDR waren es 49 vH (1970: 49 vH).

Dies läßt auch das Lorenz-Konzentrationsmaß erkennen: Seine graphische Darstellung verdeutlicht, daß die Arbeitskräfte in beiden deutschen Staaten ungleich verteilt sind. Auf der Abzisse läßt sich die kumulierte Zahl der Industriezweige — geordnet nach der Beschäftigtenzahl —, auf der Ordinate der dazugehörige (kumulierte) Anteil der in diesen Industriezweigen beschäftigten Personen ablesen. Je näher die Kurven zur Diagonalen (Gleichverteilungsgrade) liegen, um so geringer ist die Konzentration. Schaubild 3.1.-4 zeigt z. B., daß die 33 kleinsten Industriezweige in der Bundesrepublik Deutschland einen Anteil von

Schaubild 3.1.-4

Konzentration der Beschäftigten in 66 Industriezweigen Vergleich Bundesrepublik-DDR 1983



Übersicht 3.1.-1

Beschäftigte der DDR in vH der Beschäftigten der Bundesrepublik

Bundesrepublik Deutschland = 100

Industriebereich	1970	1976	1980	1983
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	45	50	54	57
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	35	39	39	42
Metallerzeugung und -bearbeitung	27	32	36	43
Steine und Erden	39	46	55	55
Wasserversorgung	54	59	58	60
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	30	38	36	40
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	31	43	41	48
Textilgewerbe	53	76	82	98
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	32	47	44	53
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	45	61	68	74
Gesamte Industrie	34	44	44	49

Quelle: Vgl. methodische Hinweise.

15 vH, in der DDR von 21 vH an den in der Industrie insgesamt Beschäftigten haben.

1970 waren in der Bundesrepublik fast dreimal soviel Personen in der Industrie beschäftigt als in der DDR; heute beschäftigt die DDR-Industrie bereits eine halb so große Zahl von Arbeitnehmern im Vergleich zur Bundesrepublik.

In der Bundesrepublik nahm die Zahl der in der Industrie Beschäftigten von 1970 bis 1980 um über eine Million Personen ab; in der DDR wurden in diesem Zeitraum 350 000 Personen zusätzlich eingesetzt. Da sich diese gegensätzlichen Entwicklungen auch noch nach 1980 — in der Bundesrepublik verstärkt, in der DDR abgeschwächt — fortsetzten, hat sich gemessen an den Beschäftigten das Gewicht der Industrie in beiden deutschen Staaten deutlich verschoben.

Übersicht 3.1.-2

Entwicklung der Produktion, der Arbeiskräfte sowie der Arbeitsproduktivität seit 1970

Index

	1970	1976	1980	1983
	Bundesrepublik Deutschland			
Umsatz	100	111	125	121
Beschäftigte	100	85	84	80
Umsatz je Beschäftigten	100	130	149	152
	DDR			
Bruttoproduktion	100	143	169	190
Beschäftigte	100	109	112	113
Bruttoproduktion je Beschäftigten	100	131	151	168

durchschnittliche jährliche Veränderung in vH

	1971/76	1977/80	1981/83
	Bundesrepublik Deutschland		
Umsatz	+1,8	+3,0	−1,1
Beschäftigte	−2,6	−0,5	−1,6
Umsatz je Beschäftigten	+4,5	+3,5	+0,6
	DDR		
Bruttoproduktion	+6,1	+4,3	+4,1
Beschäftigte	+1,4	+0,6	+0,4
Bruttoproduktion je Beschäftigten	+4,6	+3,7	+3,7

Die Umsätze bzw. die Bruttoproduktion je Beschäftigten stiegen preisbereinigt von 1970 bis 1980 in der Bundesrepublik Deutschland um 49 vH, in der DDR um 51 vH. Diese parallele Entwicklung sagt allein nichts über den realen Leistungszuwachs aus, denn das Ausgangsniveau war in beiden deutschen Staaten nicht gleich. Dies gilt einmal für die Industrie insgesamt, zum anderen — im Ausmaß unterschiedlich — für jeden der 66 Industriezweige.

3.1.2. Leistungsvergleich

Für alle Industriezweige konnten für beide deutsche Staaten auf Basis ihrer jeweiligen Währung Produktivitätskennziffern ermittelt werden. Die Warenproduktion (DDR) wird zu Betriebspreisen bewertet, enthält also keine produktgebundenen Abgaben, die Umsätze (Bundesrepublik) enthalten keine Mehrwertsteuer. Die Produktivitätsentwicklung ist somit vergleichbar. Für den Vergleich des Produktivitätsniveaus fehlen jedoch die Erzeugerpreisparitäten.

Zur Messung des Produktivitätsniveaus beider Volkswirtschaften wurden unterschiedliche Methoden angewandt. Bei Dominanz eines Rohstoffes oder eines Hauptproduktes konnte bei vergleichbaren Verarbeitungsprinzipien (z. B. in der Braunkohlen-, Mineralöl-, Kali- und der Zuckerindustrie) der Produktionsvergleich direkt auf Mengenangaben pro Beschäftigten zurückgeführt werden. In Industriezweigen mit überschaubarem und vergleichbarem und nur in der Struktur unterschiedlichem Produktionssortiment (z. B. Schiffbau, Schienenfahrzeugbau, Fischindustrie) konnten, wenn die Erzeugnismengen bekannt sind, einheitliche Bewertungen vorgenommen werden. Bei Industrien mit breiter Produktpalette wurden schließlich auf der Grundlage von zahlreichen Einzelmeldungen über die Preise (Betriebspreise bzw. Produktionspreise) mit der Beschäftigung gewichtete Erzeugerpreisparitäten ermittelt; z. B. für Industriezweige aus dem Bereich der chemischen Industrie.

Wo immer sinnvoll möglich, wurden auch mehrere Methoden gleichzeitig herangezogen (z. B. bei Zweigen des Maschinenbaus, der Leichtindustrie und der Elektrotechnik). Dabei konnte überwiegend ein hoher Grad an Übereinstimmung erzielt werden (zur Ermittlung der Preisrelationen vgl. auch methodische Hinweise).

3.1.2.1. Energiewirtschaft und Kohlenbergbau

In der DDR sank der Anteil dieses Industriebereichs an der industriellen Warenproduktion bis 1983 auf 11 vH, in der Bundesrepublik stieg der Anteil am realen Umsatz in der gleichen Zeit fast auf den gleichen Wert. In der Bundesrepublik nahm die Zahl der Beschäftigten zwischen 1970 und 1983 ab, in der DDR nahm sie zu. Hier wie dort haben sich die Relationen innerhalb dieses Sektors zugunsten der Energiewirtschaft verschoben, dieser Industriezweig gehört in beiden Volkswirtschaften zu den zehn größten nach der Zahl der Beschäftigten. Gemessen an der Produktion war er in der DDR mit über 9 vH der

Übersicht 3.1.-3

Industriebereich „Energiewirtschaft und Kohlenbergbau"

	Bundesrepublik		DDR	
	1970	1983	1970	1983
	Umsatz bzw. Bruttoproduktion			
Insgesamt, in Mrd. DM bzw. M	67,83	116,08	24,81	39,70
in vH der gesamten Industrie	7,5	10,6	12,8	10,8
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Energiebetriebe	63,8	82,9	73,0	84,6
Steinkohlenindustrie	32,5	15,4	3,9	.
Braunkohlenindustrie	3,7	1,7	23,1	15,4
	Beschäftigte			
Insgesamt, in 1 000 Personen	460	415	206	236
in vH der gesamten Industrie	5,2	5,9	6,8	6,9
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Energiebetriebe	38,9	50,4	36,9	42,4
Steinkohlenindustrie	55,9	44,8	7,3	.
Braunkohlenindustrie	5,2	4,8	55,8	57,6

Quelle: Vgl. Anhangtabellen.

größte, in der Bundesrepublik (mit 8,8 vH des Umsatzes) hinter dem Straßenfahrzeugbau der zweitgrößte der 66 Industriezweige.

Ein Leistungsvergleich kann sich auf sehr detaillierte Angaben der Produktionsmengen beziehen. Dabei werden strukturelle Unterschiede deutlich. In der DDR dominiert die Braunkohle, der Steinkohlenbergbau bei Zwickau wurde 1976 aufgegeben. In der Bundesrepublik hat die Steinkohle das größere Gewicht. Aus dem Einsatz verschiedener Rohstoffe für die Energiebetriebe folgen andere Produktionsbedingungen: Braunkohlenkraftwerke sind personalintensiver als Kernkraftwerke, die Gaserzeugung auf Kohlebasis ist aufwendiger als die Stadtgaserzeugung unter Verwendung von Erdgas oder Benzin. Die klaren Erzeugnisstrukturen, überschaubare Verflechtungen zwischen Vorleistungen und Finalprodukt, dazu eine gute Informationsbasis ermöglichen für diesen wichtigen Wirtschaftsbereich präzise Einsicht in die Leistungsfähigkeit. In der Produktion sind in beiden Staaten so große Unternehmensverbände tätig, daß aus einzelwirtschaftlichen Daten Anhaltspunkte über die Leistungsfähigkeit des Sektors gesammelt werden können.

Der Vergleich des Braunkohlenbergbaus kann sich einerseits auf die Geschäftsberichte der Rheinbraun AG und einiger kleiner Wettbewerber in Niedersachsen und Hessen stützen, andererseits auf Informationen aus den beiden Braunkohlenkombinaten in der DDR. Die Tabelle orientiert sich an der Förderung; Brikettierung, Verkokung und andere Erzeugnislinien wurden herausgerechnet. Der Vergleich der Braunkohlen-Großkraftwerke bezieht sich auf seiten der DDR auf das gleichnamige Kombinat in Jänschwalde, für die Bundesrepublik wurden verschiedene Unterlagen herangezogen, Kapazität und Kohleneinsatz beziehen sich auf die Braunkohlenkraftwerke der Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke. Die Zahl der Kraftwerke und deren Durchschnittsalter ist durchaus vergleichbar. Lediglich die Gasversorgung beider Volkswirtschaften ist sehr unterschiedlich strukturiert. In der DDR liegt die Erzeugung zu 90 vH im Verantwortungsbereich des Gaskombinats Schwarze Pumpe, in der Bundesrepublik gibt es kleine, mittlere und große Unternehmen der Gaswirtschaft.

Die Beschäftigten des DDR-Braunkohlenbergbaus brachten 1983 ohne Berücksichtigung einer um 17 vH höheren Arbeitszeit 46 vH der Pro-Kopf-Leistung in der Bundesrepublik. Diese Relation verschlechtert sich auf 41 vH, wenn man auch die Braunkohlenverarbeitung zu Brikett für Hausbrand und Industrie sowie hochwertigem Braunkohlenstaub in die Untersuchung einbezieht. Der Leistungsabstand zur Bundesrepublik ist trotz Renaissance der Braunkohle, d. h. auch trotz erheblicher Investitionen in diesen Bereich, bestehen geblieben. Allerdings zeigen auch

Übersicht 3.1.-4

Ausgewählte Daten zum Vergleich im Bereich „Energiewirtschaft und Kohlenbergbau" 1983

	Bundesrepublik Deutschland	DDR
	Braunkohlen-Großkraftwerke *	
Kraftwerksleistung (MW)	10 131	11 009
Braunkohleneinsatz (Mill. t)	101	98
Stromerzeugung (GWh)	73 480	62 119
Beschäftigte (1 000 Personen)	10,4	19,5
Stromerzeugung/Beschäft. (MWh)	7 065	3 186
dto. (DDR in vH der Bundesrepublik Deutschland)	100	45
	Gasversorgung	
Erzeugung (Mill. m^3)	54 031	7 230
Beschäftigte (1 000 Pers.)	24	8
Erzeugung/Beschäft. (1 000 m^3)	2 251	904
dto. (DDR in vH der Bundesrepublik Deutschland)	100	40
	Braunkohlen-bergbau	
Braunkohlen-Förderung (Mill. t)	124	278
Beschäftige (1 000 Pers.)	21	103
Förderung/Beschäft. (t)	5 905	2 699
dto. (DDR in vH der Bundesrepublik Deutschland)	100	46

* Bundesrepublik: RWE; DDR: Kombinat Braunkohlenkraftwerke.

Quellen: RWE-Jahresbericht 1983/84. — Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. — Statistisches Jahrbuch der DDR. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

in der Bundesrepublik die Schichtleistungen im Braunkohlenbergbau erhebliche Unterschiede: 1983 waren es in Hessen knapp 17 t pro Mann und Schicht, in Niedersachsen 32 und im Rheinland 101 t. Geologische Voraussetzungen, Tiefe, Verlauf und Stärke der Kohleflöze, Abraum-Kohle- und Wasser-Kohle-Verhältnisse, Größe der Tagebaue sowie die einsetzbare Technologie sind hier entscheidend.

Im Rheinland beträgt das Abraum-Kohle-Verhältnis 2,6 : 1, zur gleichen Zeit (1983) war es in der DDR 4,3 : 1. 1979 wurde noch für die DDR gemeldet, daß die Förderkosten insgesamt gegenüber 1970 um ein Drittel gestiegen seien; 1980 wurde die entsprechende Aufwandssteigerung mit 100 vH beziffert, nach anderer Quelle allein mit 50 vH zwischen 1976 und 1980. Die Kosten der Braunkohlenförderung sollen 1970 noch bei 6,70 M je Tonne gelegen haben, 1979 bei 11,02 M; 1983 wurden allein die Abraumkosten mit rd. 22,— Mark angegeben und Ende 1985 die Förderkosten schon mit 27,50 M je Tonne deklariert[5].

Es ist nicht klar, ob diese Beträge auch die Erschließungskosten, die Amortisation der Anlagen, die Bergbaufolge- und die Umweltkosten beinhalten. Übereinstimmend finden sich in der DDR-Presse noch wesentlich höhere Zahlen: „Alles in allem gerechnet, kostet heute schon jede geförderte Tonne Kohle mehr als 100 Mark". Der Standort der Tagebaue ist in der Bundesrepublik zu vernachlässigen; denn die Kohle wird an Ort und Stelle verstromt. In der DDR jedoch muß die Kohle oft über größere Entfernungen transportiert werden, z. B. in die großen Kombinate der Chemie, in die Brikettfabriken bei Halle oder nach Norden in die Heizwerke.

Das ältere Bergbaugebiet im Raum Halle/Leipzig, Sitz des Braunkohlenkombinats Bitterfeld, förderte 1983 etwa 110 Mill. Tonnen Braunkohle und produzierte in 23 Brikettfabriken etwa 18 Mill. Tonnen Brikett. Das Kombinat hat 53 000 Beschäftigte und hält somit einem Vergleich mit der Rheinbraun AG nicht stand. Fast ⅔ der Braunkohle kamen in der Bundesrepublik 1983 aus zwei Tagebauen. Im Rheinland arbeiten nur 17 000 Beschäftigte und förderten 117 Mill. Tonnen Braunkohle, erzeugten 1983 12 Mill. Tonnen Kesselbrikett und Kohlenstaub, dazu noch 3,5 Mill. Tonnen Brikett für den Hausbrand. Vergleichsweise unbedeutend ist das Braunkohlenrevier bei Helmstedt.

In Bitterfeld sind die Voraussetzungen aber ähnlich wie in Helmstedt. Hier wie dort sind die leicht zugänglichen Flöze ausgekohlt, findet sich Salzkohle und gibt es zum Teil noch relativ altes Gerät. Dieser Vergleich zeigt eine etwa gleiche Pro-Kopf-Leistung.

Modernes Fördergerät wird in den Tagebauen der Lausitz eingesetzt. Bandbetrieb statt Zugbetrieb, Arbeiten im Direktversturz — ein Gerät baggert, fördert und verkippt den Abraum — und im Durchschnitt größere Tagebaue sind die positiven Merkmale.

Negativ wirkt sich aus, daß sich das Abraum-Kohle-Verhältnis schnell verschlechtert und die geologischen Bedingungen den Einsatz von Großgerät erschweren. So erreichen auch die 50 000 Beschäftigten des Braunkohlenkombinats Senftenberg pro Kopf nur 50 vH der Leistung im Rheinland. In beiden Kombinaten — Bitterfeld und Senftenberg — werden auch sehr ungünstig liegende Restflöze genutzt, kleine und wenig leistungsfähige Tagebaue mit alten Geräten drücken den Durchschnitt.

Wegen des hohen Repräsentationsgrades der gemeldeten Mengen ist der Leistungsvergleich für den gesamten Bereich des Braunkohlenbergbaus möglich. Ohne Berücksichtigung der geleisteten Arbeitsstunden ergibt sich eine Pro-Kopf-Leistung der DDR von 41 vH im Vergleich zur Bundesrepublik.

Das Ergebnis wird dadurch stark beeinflußt, daß die DDR im Untersuchungszeitraum in Tagebauausrüstungen investiert hat, nicht jedoch in die Weiterverarbeitung (z. B. Brikettfabriken). Die Rheinbraun AG

investierte dagegen 1985 etwa 900 Mill. DM zu gleichen Teilen in die Tagebaue und die Verarbeitung.

Die Energiebetriebe in der Bundesrepublik haben den realen Umsatz von 1970 bis 1983 mehr als verdoppelt (+ 120 vH), auch durch strukturelle Verbesserungen, Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung und Ausbau des Fernwärmenetzes. Ersatz traditioneller Gas- und Hüttenwerke durch Misch- und Spaltanlagen für Erdgas und Benzin, Reduzierung von Umwandlungsverlusten, Umstellung der Rohstoffbasis erhöhten die Wirkungsgrade und damit in der Regel auch die Arbeitsleistung. In der DDR ist die Erzeugung von Elektrizität und Stadtgas in der gleichen Zeit um 90 vH gestiegen, doch da die Zahl der Beschäftigten zunahm, ist die Arbeitsleistung trotz sehr hoher Investitionen in den Kraftwerken weiter zurückgeblieben. Selbst neue Kraftwerke in der DDR sind vergleichsweise weniger effizient.

Die Großkraftwerke des Kombinats Braunkohlenkraftwerke verbrauchen je Kilowattstunde im Durchschnitt 15 vH mehr Braunkohle als vergleichbare Kraftwerke in der Bundesrepublik. Das Kraftwerk in Offleben bei Helmstedt (790 Beschäftigte), dessen Leistung von 770 MW teilweise durch das neue Kraftwerk in Buschhaus ersetzt werden soll, erzeugte 1983 pro Beschäftigten 7 Gigawattstunden pro Jahr. Das modernste und größte Kraftwerk in Boxberg (Lausitz) hat heute knapp 5 000 Beschäftigte und eine Kapazität von 3 520 MW. Hier werden jährlich pro Kopf mit knapp 5 Gigawattstunden mehr als im Durchschnitt aller Braunkohlenkraftwerke der DDR (3,2 GWh) erzeugt. Insgesamt erreichen die Großkraftwerke der DDR pro Kopf 45 vH der Leistung vergleichbarer Kraftwerke in der Bundesrepublik. Offenbar ist die Qualität der Kohle schlechter, der Anlagenwirkungsgrad geringer, so daß für Lager-, Transportwesen und Instandhaltung mehr Personal gebraucht wird. Hinzu kommen wohl auch mehr Beschäftigte in Verwaltung und Betriebsführung.

Nach Angaben der DDR erwirtschaftet das Gaskombinat Schwarze Pumpe erhebliche Gewinne. Daß gleichwohl nur 40 vH der Pro-Kopf-Leistung der Bundesrepublik erreicht werden, hat sicherlich strukturelle Gründe. Kohlegaswerke sind personalintensiver als Spalt- und Mischstationen. Die Bevorzugung heimischer Rohstoffe bei der Gaserzeugung in der DDR und die Substitution der Kohle durch modernere Energie in der Bundesrepublik schlagen zusammengenommen für die DDR negativ zu Buche. Dem steht nicht entgegen, daß das Gaswerk in Schwarze Pumpe eine beachtliche Leistung im Vergleich zu traditionellen Gas- und Hüttenwerken erbringt.

Mit dem Braunkohlenbergbau, den Großkraftwerken und der Gasversorgung in der beschriebenen Zusammensetzung ist für die DDR mehr als die Hälfte des Industriebereichs erfaßt.

Aus Kontrollrechnungen kann festgestellt werden, daß der gesamte Bereich in der DDR eine Pro-Kopf-Leistung von 48 vH des Standes der Bundesrepublik erreicht. Dabei ist die Produktionsstruktur der DDR Grundlage des Vergleichs.

3.1.2.2. Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren

Dieser Bereich hat für beide Volkswirtschaften traditionell eine große Bedeutung. Die IG-Farben-Nachfolger in der Bundesrepublik (BASF, Bayer und Farbwerke Hoechst) sind die größten Chemieunternehmen der Welt; die auf die gleiche Tradition zurückgehenden Chemiekombinate in Leuna, Buna und Bitterfeld sind zwar eine Größenordnung kleiner, aber im Durchschnitt doppelt so groß wie die nächstgrößeren Konzerne in der Bundesrepublik Henkel, Enka, Degussa, Schering und Rütgerswerke. Hier wie dort sind die Mineralölproduzenten (die Mineralölindustrie gehört nach der Betriebssystematik der DDR zur chemischen Industrie) Spitzenreiter bei den Pro-Kopf-Umsätzen und eng mit den traditionellen Chemiebetrieben verbunden.

Der gesamte Bereich ist — der DDR-Systematik entsprechend — nach acht Industriezweigen gegliedert. Dabei haben grundstoffnahe Bereiche — gemessen an den Produktionswerten und den Beschäftigten — in der DDR tendenziell ein größeres Gewicht, als forschungsnahe oder relativ moderne Bereiche. Die Pharmazie und die kunststoffverarbeitende Industrie (DDR-Terminus: Plastindustrie) — haben bei Umsatz und Beschäftigung in der DDR nur halb so hohe Anteile wie in der Bundesrepublik.

In beiden Volkswirtschaften sind die Industriezweige stark miteinander verflochten. Traditionell bildet das Steinsalz aus der Kaliindustrie die Grundlage für die anorganische Chemie (z. B. in Buna und Bitterfeld), als Produkt der Elektrolysen läßt es sich in den Kunststoffbereich (PVC) verfolgen, einen langen Weg nehmen erdölstämmige Produkte, die wiederum mit kohlestämmigen Produkten (z. B. Carbid) in Konkurrenz stehen. Die komplizierten verflochtenen Strukturen erschweren den Vergleich. Produktionsstatistiken, konzentriert auf traditionell bedeutsame Grundstoffe wie Benzine, Säuren, Laugen, Salze oder Fertigprodukte wie Düngemittel, Reifen und Waschmittel können eine hochentwickelte chemische Industrie keineswegs repräsentieren. Der Leistungsvergleich bezieht sich deshalb weniger auf einzelne Produkte, sondern stärker auf die Parameter wichtiger Produktionsprozesse und erfaßt damit eine breite Palette von Erzeugnissen.

Von 1970 bis 1983 erreichte die chemische Industrie in der DDR ein relativ stetiges Wachstum. Dagegen gab es in der Bundesrepublik größere strukturelle Veränderungen, z. B. steht einem Einbruch bei der Mineralölindustrie auf 79 vH (Basis 1970 = 100) zu Beginn der achtziger Jahre das Wachstum der kunststoffverarbeitenden Industrie auf 176 vH gegenüber. Ursachen dieser Unterschiede sind die drastischen Rohstoffpreiserhöhungen, daraus folgend Verbrauchseinschränkungen und weltweite Überkapazitäten. Deshalb hat die chemische Industrie in der Bundesrepublik, in erster Linie die Mineralölindustrie, ihre Produktionsanlagen ab Mitte der siebziger Jahre kaum noch erweitert, bei der Mineralölindustrie begann 1978 der Abbau der Kapazitäten[6]. Die Verteuerung des Erdöls brachte allerdings neue Innovationsschübe, die besonders auf Energiekostensenkung

Übersicht 3.1.-5

Industriebereich „Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren"

	Bundesrepublik		DDR	
	1970	1983	1970	1983
	Umsatz bzw. Bruttoproduktion			
Insgesamt, in Mrd. DM bzw. M	164,85	198,20	28,19	59,20
in vH der gesamten Industrie	18,3	18,1	14,6	16,1
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Erdöl-, Erdgas- und Kohlewertstoffindustrie	37,2	24,4	33,9	32,8
Anorganische und organische Grundchemie	18,1	19,8	21,0	20,4
Pharmazeutische Industrie	5,7	8,2	3,7	3,9
Industrie chem. u. chem.-techn. Spezialerzeugnisse	12,6	15,7	19,4	17,9
Chemiefaserindustrie	1,8	2,2	5,6	7,1
Plastindustrie [1]	16,0	23,5	9,8	11,7
Gummi- und Asbestindustrie	7,6	5,3	2,7	2,5
Kali- und Steinsalzindustrie	1,0	0,9	3,9	3,7
	Beschäftigte			
Insgesamt, in 1 000 Personen	978	866	344	363
in vH der gesamten Industrie	11,1	12,3	11,4	10,6
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Erdöl-, Erdgas- und Kohlewertstoffindustrie	4,3	4,1	10,8	10,7
Anorganische und organische Grundchemie	20,0	21,1	27,9	27,2
Pharmazeutische Industrie	10,4	11,2	5,8	5,5
Industrie chem. u. chem.-techn. Spezialerzeugnisse	21,5	22,6	23,5	23,7
Chemiefaserindustrie	5,5	2,9	7,3	8,0
Plastindustrie [1]	22,2	25,6	11,6	12,6
Gummi- und Asbestindustrie	14,7	11,0	3,5	3,5
Kali- und Steinsalzindustrie	1,4	1,5	9,6	8,8

[1] Kunststofferzeugung und -verarbeitung

Quelle: Vgl. methodische Hinweise

zielten. Die Arbeitsproduktivität in der chemischen Industrie der Bundesrepublik (ohne Mineralölindustrie) ist bis 1980 gegenüber 1970 über 50 vH gestiegen[7].

In der DDR hatte die Chemie traditionell einen hohen Rang, doch ging bis 1970 international fast ihr Anschluß verloren, da sie weitgehend noch auf die alten Rohstoffe fixiert war (zu fast 80 vH Kohlechemie, Übergewicht der anorganischen Grundstoffchemie). Seitdem wurden wichtige Produktionen auf petrochemische Rohstoffe umgestellt, auch westliche Anlagen importiert („Chemisierung der Volkswirtschaft"). Das reale Wachstum gegenüber 1970 ist mit relativ wenig zusätzlichen Arbeitskräften erreicht worden. Der Anteil der Chemiearbeiter an der Industriebeschäftigung sank von 1970 bis 1983 von 11,4 auf 10,6 vH, in der Bundesrepublik verringerte sich die Zahl der Beschäftigten in der chemischen Industrie unterdurchschnittlich, so daß ihr Anteil von 11,1 auf 12,3 vH gestiegen ist.

Erdöl-, Erdgas- und Kohlewertstoffindustrie

Dieser Industriezweig umfaßt die Erdöl- und Erdgasförderung, die Mineralölindustrie und die Kohlewertstoffindustrie. Die Kohlewertstoffindustrie prägt in der

DDR den gesamten Industriezweig; sie ist Ursache dafür, daß hier seit 1976 absolut mehr Personen beschäftigt sind als in der Bundesrepublik. Zweites unterschiedliches Merkmal sind Niveau und Entwicklung bei der Produktion je Beschäftigten. In der Bundesrepublik betrug die Pro-Kopf-Produktion in diesem Industriezweig 1970 das Vierzehnfache des durchschnittlichen realen Umsatzes in der Industrie, 1983 das Neunfache, in der DDR stieg die Relation vom 1,5-fachen (1970) auf das 4,6-fache des industriellen Durchschnitts (1983). Absatzkrise der hochproduktiven Mineralölindustrie einerseits und Substitution der Kohlewertstoffindustrie durch die Mineralölindustrie andererseits sind Ursachen dieser gegenläufigen Entwicklung.

Rund 11 000 Beschäftigte der Erdöl- und Erdgasförderindustrie der Bundesrepublik erzielten 1983 einen realen Umsatz von 7 Mrd. DM und förderten 4,1 Mill. t Erdöl und 17,7 Mrd. m³ Erdgas, bei letzteren 33 vH des inländischen Bedarfs.

Die 5 400 Beschäftigten des Kombinats Erdöl/Erdgas in Gommern förderten im gleichen Jahr 0,06 Mill. t Erdöl und 11,8 Mrd. m³ Erdgas. Das Erdgas hat allerdings einen sehr geringen Heizwert. Die Pro-Kopf-Leistung dieses Sektors beträgt rund 44 vH der Leistung der Beschäftigten in der Bundesrepublik.

In den sechziger Jahren verdreifachten sich die Raffineriekapazitäten in der Bundesrepublik auf 120 Mill. t/a 1969[8], in der DDR begann damals erst der Übergang von der Kohlewertstoffindustrie zur Mineralölindustrie, ihre Kapazitäten verfünffachten sich von 2 auf knapp 10 Mill. t/a im Jahre 1970. In beiden Volkswirtschaften wurden zwischen 1970 und 1983 die Destillationskapazitäten weiter ausgebaut, hier auf 160 Mill. t/a (1978) , in der DDR auf 23 Mill. t/a (1980)[9]. In der Bundesrepublik und in der DDR fielen die Investitionsentscheidungen in die Zeit vor der ersten Ölpreiserhöhung.

Die Raffinerien wurden in der DDR in Schwedt und an den klassischen Standorten der Kohlechemie in Böhlen, Leuna und Zeitz gebaut, allerdings wurde die Kohlechemie auch hier nie ganz aufgegeben: Das Hydrierwerk in Zeitz hat 4 500 Beschäftigte. Davon arbeiten noch nicht einmal 1 000 in der Raffinerie.

Übersicht 3.1.-6

Daten zur Leistung der Raffinerien
in Mill. t

	1970	1976	1980	1983
	Bundesrepublik			
Rohöleinsatz	105	102	99	71
(Kapazitätsauslastung, vH)	*(87,5)*	*(66,3)*	*(65,0)*	*(60,2)*
Produktion von Benzin	13,9	17,3	21,4	20,1
Diesel[1]	9,8	9,8	11,7	11,7
Heizöl	62,2	58,6	53,0	37,8
	DDR			
Rohöleinsatz	10	18	18	17
(Kapazitätsauslastung, vH)	*(100,0)*	*(100,0)*	*(81,8)*	*(77,3)*
Produktion von Benzin	2,2	3,0	3,3	4,0
Diesel[1]	3,6	5,1	6,1	6,1
Heizöl	4,6	8,8	7,4	5,8
	DDR in vH der Bundesrepublik			
Rohöleinsatz	*9,5*	*17,6*	*18,1*	*23,9*
Produktion von Benzin	*15,8*	*17,3*	*15,4*	*19,9*
Diesel[1]	*36,7*	*52,0*	*52,1*	*52,1*
Heizöl	*7,4*	*15,0*	*14,0*	*15,3*

[1] Einschließlich Petroleum.

Quellen: Mineralöl-Zahlen 1984. Hrsg.: Mineralölwirtschaftsverband e. V. — Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Produktion im Produzierenden Gewerbe des In- und Auslandes. Fachserie 4. Div. Jahrgänge. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

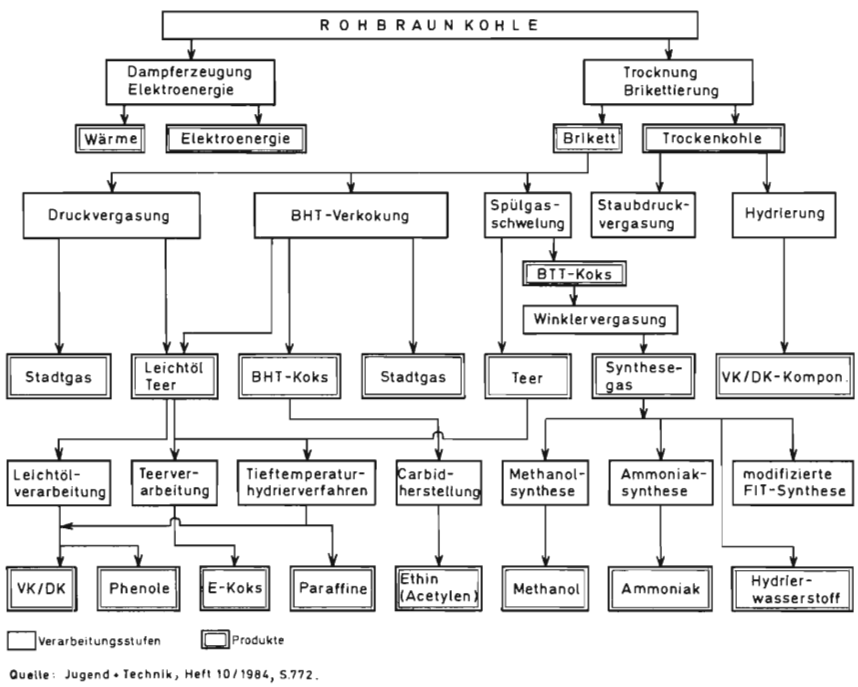
Auch in der Mineralölindustrie gibt es in der Bundesrepublik und in der DDR hinsichtlich des Umfangs der verarbeiteten Rohstoffe vergleichbare Unternehmen. Die Raffinerien der Deutschen Shell AG setzten 1983 etwa 10 Mill. t Rohöl ein und verarbeiteten — wie fast alle Produzenten in der Bundesrepublik — zusätzlich über 5 Mill. t zugekaufte Produkte. Das Petrolchemische Kombinat in Schwedt verarbeitete 1983 gut 14 Mill. t Rohöl und dazu noch knapp 1 Mill. t Braunkohlenteer, überwiegend aus eigenen Schwelereien. Die Deutsche Shell erzielte 1983 mit 4 400 Beschäftigten einen Umsatz von 22,5 Mrd. DM, das Kombinat in Schwedt mit 30 000 Beschäftigten erreichte eine Warenproduktion von 25 Mrd. Mark. In Schwedt hat allerdings die Kohlechemie immer noch einen — gemessen an den Beschäftigten — sehr hohen Anteil. Zum Kombinat gehören z. B. die Schwelereien in Böhlen, Espenhain und Deuben und die Teerverarbeitung im VEB Hydrierwerk Zeitz. Die Mineralölverarbeitung ist überwiegend konzentriert im Stammbetrieb, wo von 1980 bis 1982 durch die Inbetriebnahme von Konversionskapazitäten (1,2 Mill. t/a) zur Verarbeitung von Heizöl und eine Anlage zur Erzeugung von Aromaten der Wert der Anlagen verdoppelt worden ist. Beschäftigt werden 8 000 Personen, darunter 1 800 Instandhalter, also fast doppelt so viele wie die Shell AG in all ihren Betrieben. Daraus wird ersichtlich, daß in der DDR ein Leistungsrückstand auch in der Mineralölindustrie besteht.

Die modernste Raffinerie der DDR befindet sich in den Leuna-Werken. Die Kapazität war ursprünglich höher projektiert, dann auf nur 5 Mill. t/a ausgebaut. Verarbeitet wurden 1983 gut 3,5 Mill. t.

Etwa 10 vH der Rohbraunkohlenförderung der DDR — 1983 waren es 28 Mill. t — bilden die Grundlage für die Kohlewertstoffchemie der DDR. Alle Kohleveredelungsanlagen verursachen hohe Belastungen der Umwelt, einmal durch die Emission von Schwefeldioxid, zum anderen durch Lärm, Staub und Geruchsstoffe.

Schaubild 3.1.-5

Die Möglichkeiten der stoffwirtschaftlichen Nutzung der Braunkohle



Quelle: Jugend + Technik, Heft 10/1984, S.772.

Die Kohlewertstoffindustrie in der Bundesrepublik basiert auf Nebenprodukten der Steinkohlenzechen und -gaswerke. Die Braunkohle spielt kaum eine Rolle. Es wurden nur 0,1 Mill. t (1983) Braunkohlenkoks hergestellt, in der DDR dagegen 3,2 Mill. t Tieftemperaturkoks in den Schwelereien und 2,5 Mill. t Hochtemperaturkoks im Gaskombinat „Schwarze Pumpe".

Trotz erheblicher Investitionen in Schwedt und Leuna hat die DDR den Anschluß an westeuropäische Verhältnisse nicht erreicht. Mit insgesamt 26 vH bleibt die Pro-Kopf-Leistung je Beschäftigten in diesem Zweig deutlich zurück.

Anorganische und organische Grundchemie

Mineralöl- und Kohlewertstoffindustrie liefern wichtige Vorleistungen für den Zweig Grundchemie. 80 vH aller chemischen Erzeugnisse der Bundesrepublik waren 1983 organischen Ursprungs [10]. In der DDR

Übersicht 3.1.-7

Entwicklung des nichtenergetischen Verbrauchs nach Energieträgern in Mill. t SKE

Energieträger	1970	1976	1980	1983
	Bundesrepublik Deutschland			
Kohlewertstoffe	3,2	2,1	2,1	1,7
Mineralölprodukte	19,4	19,6	22,1	20,4
Erd- und Erdölgas	2,0	3,7	3,2	3,7
Nichtenergetischer Verbrauch, gesamt	24,6	25,4	27,4	25,8
(darunter Kohlewertstoffe in vH)	*(13,0)*	*(8,3)*	*(7,7)*	*(6,6)*
	DDR			
Kohlewertstoffe	2,8	2,0	1,5	2,0
Mineralölprodukte	0,8	1,7	2,5	3,0
Erd- und Erdölgas	0,0	0,9	1,7	1,7
Nichtenergetischer Verbrauch, gesamt	3,6	4,6	5,7	6,7
(darunter Kohlewertstoffe in vH)	*(77,8)*	*(43,5)*	*(26,3)*	*(29,8)*
	DDR in vH der Bundesrepublik			
Kohlewertstoffe	*87,5*	*95,2*	*71,4*	*117,6*
Mineralölprodukte	*4,1*	*8,7*	*11,3*	*14,7*
Erd- und Erdölgas	.	*24,3*	*53,1*	*45,9*
Nichtenergetischer Verbrauch, gesamt	*14,6*	*18,1*	*20,8*	*26,0*

Quellen: Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland. — Casser E., Wittke F.: Die künftige Entwicklung des nichtenergetischen Verbrauchs. Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Berlin 1983. — DDR-Industriearchiv sowie Datenbank RGW-Energie des DIW.

hat die Bedeutung der organischen Chemie zwischen 1970 und 1983 auch erheblich zugenommen, die Grundchemie setzt sich heute je zur Hälfte aus organischen und anorganischen Grundstoffen zusammen.

In der Bundesrepublik 1983 haben sich schon in den siebziger Jahren die Kapazitäten zur tieferen Erschließung auch petrochemisch nutzbarer Grundstoffe (Konversionsanlagen) vervielfacht, so daß trotz sinkenden Rohöleinsatzes ständig mehr Mineralölprodukte für die organische Chemie zur Verfügung standen. In der DDR wurde die Erdölverarbeitung zunächst nur extensiv erweitert. Inzwischen sind in Schwedt und Leuna zusätzliche Konversionsanlagen zur tieferen Aufarbeitung von Heizöl hinzugekommen. Die nichtenergetische Nutzung des Erdöls ist aber niedriger als in der Bundesrepublik.

Die Kohlewertstoffe haben in der Bundesrepublik am nichtenergetischen Verbrauch von Energieträgern nur eine geringe und absolut wie relativ sinkende Bedeutung. In der DDR ist ihr Anteil nach der Wiederbelebung der Schwelereien und der Verarbeitung in Schwarze Pumpe und Zeitz wieder auf über 30 vH gestiegen.

Der Industriebereich Grundchemie hatte in der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre einen erheblichen Umsatzverlust hinzunehmen, so daß die DDR sehr stark aufgeholt hatte. Auch wurden in dieser Zeit in Absprache mit der CSSR in Böhlen große Olefinkapazitäten errichtet. Mit der Erholung der Grundchemie in der Bundesrepublik nach 1980 fiel die DDR wieder zurück, zumal sie sich neben einer inzwischen wettbewerbsfähigen organischen Basis noch immer zu 50 vH auf zum Teil sehr alte unrentable Anlagen stützen muß.

Überall in der DDR gibt es noch Altsubstanz, die von der Chemisierung der Volkswirtschaft nicht profitierte, weil die Wirtschaftsführung der DDR ihre Aufmerksamkeit stärker der organischen und dort vor allem der Petrochemie widmete. Produktive moderne Technik und unproduktive Altanlagen sind häufig verbunden. Leuna I stammt noch aus der Vorkriegszeit. Die DDR-Presse berichtet, daß die Leuna-Werke 12 000 Instandhalter benötigen, dies sind 40 vH der Beschäftigten[11]. Leuna I hatte 1965 20 000 Arbeiter, in Leuna II brachten 2 000 Arbeiter den gleichen Produktionswert. Buna II — mit westlicher Technologie 1980 fertiggestellt — produziert ebensoviel Chlor wie das Altwerk Buna I und etwa die Hälfte des PVC.

Buna I hat 26 000, Buna II 1 200 Beschäftigte. Das Altwerk wird noch stark durch die Erzeugung von Karbid geprägt. Auch in Bitterfeld, Wolfen, Piesteritz, Böhlen gibt es alte stark vernachlässigte Substanz neben neuen modernen Anlagen. Die durchschnittliche Leistung ist dadurch vergleichsweise niedrig.

Die chemische Industrie der DDR gehorcht offenbar anderen Wachstumsgesetzen als die in der Bundesrepublik. In der DDR werden die alten Anlagen nicht aufgegeben, in der Bundesrepublik werden sie durch neue Anlagen ersetzt, auch um den Preis des Abbaus von Beschäftigung.

Ein Beispiel ist die Schwefelsäureproduktion. Diese Säure — ehemals „Blut" der Chemie genannt — wird hier wie dort in erheblichem Umfang erzeugt. Nur eine der DDR-Anlagen, die Fabrik in Coswig, ist mit 300 000 Jahrestonnen nach westlichen Maßstäben konkurrenzfähig, alle anderen, die zusammen eine Kapazität von 700 000 t aufweisen, sind klein, alt und basieren z. T. auf so unrentablen Rohstoffen (z. B. Pyrit), daß selbst bei optimalem Zustand der Anlagen mit verfahrensbedingtem Produktivitätsabstand (Kapital- und Arbeitsproduktivität) von 40 vH gerechnet werden muß[12].

Die Erzeugnisse der chemischen Grundstoffindustrie der DDR sind qualitativ besser als die Prozesse, nach denen sie erzeugt werden. Eine Zusammenfassung der Rechnung ergibt — ohne Berücksichtigung der Arbeitszeit — eine Pro-Kopf-Leistung der DDR verglichen mit der Bundesrepublik von 46 vH.

Pharmazeutische Industrie

Die pharmazeutische Industrie beider deutschen Staaten unterscheidet sich insbesondere im Niveau des Sortiments[13]. Damit entzieht sich dieser Bereich einem detaillierten Leistungsvergleich. Die forschungsintensiven Spezialitäten der Arzneimittelproduzenten der Bundesrepublik werden in der DDR kaum oder mit großem Zeitverzug hergestellt. Der Anteil der pharmazeutischen Industrie ist in der Bundesrepublik 1983 sowohl bei den Produktionswerten, als auch bei der Beschäftigung mit 8,2 vH bzw. 11,2 vH der chemischen Industrie etwa doppelt so hoch wie in der DDR. Gemeinsam ist beiden eine große Bedeutung des Arzneimittelexports.

In der Bundesrepublik gehört dieser Sektor zu den Industriezweigen mit dem höchsten Wachstum und außerdem zu den wenigen, die seit 1976 wieder eine Beschäftigungszunahme aufweisen. In der DDR hat die Zahl der Beschäftigten stagniert, dabei hat sich die Produktion verdoppelt. Eine Sortimentsverschiebung zu teureren Medikamenten hat in beiden Volkswirtschaften stattgefunden. 1983 standen fast 9 000 Spezifikationen in der Bundesrepublik 1 750 in der DDR gegenüber. Seit Beginn der achtziger Jahre hat der Export der DDR bei pharmazeutischen Produkten stark zugenommen und dürfte heute schon bei fast 50 vH liegen, damit ist er deutlich höher als in der Bundesrepublik (1982: 32 vH). Der Leistungsvergleich kann sich nur auf die Struktur der DDR beziehen, also auf Pharmazeutika mit hoher Anwendungsbreite. Damit beträgt die Pro-Kopf-Leistung der pharmazeutischen Industrie in der DDR, also bei Arzneien der Grundversorgung, 68 vH.

Chemisch-technische Spezialerzeugnisse

Der Industriezweig enthält ganz unterschiedliche Produkte, z. B. Kosmetika, Lacke und Farben, Waschmittel, Photomaterial, Schaum- und Klebstoffe. Die qualitativen Unterschiede zwischen der DDR und der Bundesrepublik sind auch hier erheblich; dies schlägt sich auch in der Struktur der Produktionswerte nieder. Kosmetika haben in der DDR einen Anteil von nur etwa 10 vH der Warenproduktion, in der Bundesrepublik ist der Umsatzanteil dreimal so hoch. Die Photochemie wird durch die Kalkulation hoher Betriebspreise in der DDR offenbar stark überbewertet. Hinzu kommt, daß die Substitution petrochemischer oder importierter Grundstoffe durch heimische Rohstoffe zu Beginn der achtziger Jahre in der DDR zu Qualitätsverschlechterungen führt. Die auffällig zurückhaltende Berichterstattung bei Lacken und Farben, Filmen und Kosmetika, auch relativ geringe Investitionen in diese Bereiche und die ständige Hervorhebung einzelner, aber relativ unbedeutender „Errungenschaften", z. B. die Produktion nach westdeutscher Lizenz (Gestattungsproduktion) von Schuhpflegemitteln (Salamander) im Petrochemischen Kombinat, sprechen gegen eine hohe Durchschnittsqualität. Bei der Leistungsbewertung im internationalen Zusammenhang muß man beachten, daß die DDR-Produkte — besonders Filme, Seifen und Kosmetika — bei den RGW-Partnern so begehrt sind, daß die DDR große Mengen produzieren kann. Dies schlägt sich bei Standardware in relativ niedrigen Preisen nieder. Bei Beschränkung des Vergleichs auf das DDR-Sortiment ergibt sich eine Relation der Produktivität pro Beschäftigten von 59 vH.

Chemiefaserindustrie

Die Chemiefaserindustrie der DDR beschäftigt seit einigen Jahren absolut mehr Personen als die der Bundesrepublik. 1970 war dies umgekehrt. Bei überdurchschnittlichem Wachstum halbierte sich die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik, in der DDR hat sich die Produktion verdoppelt und die Zahl der Beschäftigten um 16 vH erhöht. In der Bundesrepublik wurde diese Entwicklung durch den technischen Fortschritt und die Absatzlage erzwungen. Die DDR — von internationalen Trends weitgehend abgekoppelt — hat dagegen ihre Kapazitäten kontinuierlich ausgebaut. Die Produktion von Synthesefasern hat sich gegenüber 1970 verdreifacht, die Produktion von Polyesterseide verzwölffacht, die von Polyesterfasern war gut achtmal so hoch. Dennoch ist die Pro-Kopf-Leistung der DDR in diesem Industriezweig weiter zurückgeblieben. Die Gründe sind dieselben wie bei der chemischen Grundstoffproduktion: Neben den neuen Anlagen läuft die Produktion in den alten Anlagen weiter. Die Produktion von Viskosefasern, z. B. in der Zellwollefabrik Wittenberge, die auf heimischen Rohstoffen wie Holz und Lumpen aufgebaut ist, wurde sogar noch ausgedehnt. Diese Zweigleisigkeit führte dazu, daß in diesem Industriezweig 1983 nur

eine Leistung von knapp 20 vH des westdeutschen Standes erreicht wurde.

Plastindustrie

Die Plastindustrie (kunststofferzeugende und kunststoffverarbeitende Industrie) hat trotz aller Turbulenzen seit 1970 einen großen Sprung nach vorn gemacht. In der Bundesrepublik stieg die Produktion bis 1983 auf fast 250 vH. Dieser Sektor hatte 1983 sowohl bei der Beschäftigung als auch beim Umsatz ein doppelt so hohes Gewicht wie in der DDR. Doch auch dort konnte dieser Zweig relativ an Bedeutung gewinnen. Im Chemiewerk Eilenburg wurde das PVC ursprünglich erfunden. Mit dem Namen Buna verbindet man in der ganzen Welt Kautschuk. In den siebziger Jahren wurde sowohl in Leuna als auch in Buna (Uhde-Anlagen) kräftig in Anlagen zur Erzeugung von Kunststoffen investiert. Im Gegensatz zur Chemiefaserindustrie gibt es keine so alten Anlagen. Zudem ist der DDR-Werkzeugmaschinenbau bekannt für gute kunststoffverarbeitende Maschinen.

Die Plastindustrie der DDR erreichte pro Kopf eine Leistung von 72 vH im Vergleich zur kunststoffverarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik. Das ist aus dem Bereich Chemie für die DDR die beste Relation.

Gummi- und Asbestindustrie

In der Bundesrepublik steckt dieser Zweig seit Jahren in einer Krise, in der DDR hat er ein geringes Gewicht. Über die Asbestindustrie wird in der DDR nur wenig berichtet. Der Vergleich konzentriert sich deshalb auf die Gummiindustrie. In der Bundesrepublik ging hier von 1970 bis 1976 der reale Umsatz und die Beschäftigung um rund ein Fünftel zurück. Seitdem stagnieren die realen Umsätze, die Beschäftigung sank weiter (1983: 66 vH). Zu über zwei Dritteln prägt die Reifenindustrie, damit Motorisierung, Export und ausländische Konkurrenz in der Automobilindustrie, Absatz und Leistung des Industriezweiges in der Bundesrepublik. In der DDR ist der Einfluß der Außenwirtschaft geringer. Die zunehmende Motorisierung im Inland hat in der Reifenindustrie Menge und Qualität der Produktion nicht ausreichend erhöht, Reifen sind knapp, der Anteil runderneuerter Reifen ist hoch, moderne Hochgeschwindigkeitsreifen wurden auch 1983 vergleichsweise wenig produziert. Schon die Betriebspreise bei LKW-Reifen, aber auch bei herkömmlichen Reifen, sind in der DDR sehr hoch. In der Bundesrepublik ist der Wettbewerb auch aufgrund eines hohen Anteils importierter Reifen hart, die Preise sind niedrig. Die Reifenindustrie der DDR hat im Vergleich zur Bundesrepublik eine Pro-Kopf-Leistung von 48 vH. Die DDR hat damit den Abstand gegenüber der Bundesrepublik 1970 verringern können.

Kali- und Steinsalzindustrie

Sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR gehören zu den größten Kaliproduzenten der Welt. Hüben wie drüben liegt die Produktion überwiegend in der Hand eines Anbieters: hier ein Tochterunternehmen der BASF, dort das Kombinat Kali in Sondershausen. Nicht zuletzt durch die Erschließung eines neuen Reviers bei Zielitz hat die DDR die Bundesrepublik sowohl in der Förderung des Salzes als auch bei der Produktion von Düngemitteln überholt. In beiden Volkswirtschaften hat diese Industrie aber ein abnehmendes Gewicht. Dabei fällt auf, daß die Beschäftigung in der Bundesrepublik mit unterschiedlichem Absatz schwankt und in der DDR bei steigender Produktion fast konstant blieb. Seit einigen Jahren ist die Zunahme der Produktion in der DDR nicht mehr auf Erhöhung der Mengen, sondern auf verbesserte Qualität und verstärkte Nutzung von Begleit-Rohstoffen zurückzuführen. Da die Förderbedingungen in der DDR schwieriger sind als in der Bundesrepublik, besonders auch im neuen Revier bei Zielitz und neben neuen auch sehr alte Werke vorhanden sind, ist der Leistungsabstand zur Bundesrepublik immer deutlich geblieben. Eine Pro-Kopf-Leistung von 48 vH korrespondiert mit den Umsätzen der beiden Unternehmen.

In der chemischen Industrie der DDR ist — beginnend schon in den sechziger Jahren — erheblich investiert worden. Dazu gehören auch einige der spektakulärsten Anlagenkäufe in westlichen Ländern. Die Leistungsfähigkeit dieses Industriebereichs — verglichen mit der Bundesrepublik Deutschland — wird jedoch im wesentlichen durch zwei Faktoren beeinträchtigt:

- Neben modernen Anlagen werden alte Anlagen weiter betrieben.
- Die Wiederbelebung der Kohlechemie hat den Anteil wenig produktiver Zweige erhöht.

Insgesamt betrug die Leistung je Beschäftigten in der DDR nur 50 vH des Standes in der Bundesrepublik.

3.1.2.3. Metallerzeugung und -bearbeitung

Durch eine tiefe, lang anhaltende Krise der Stahlindustrie hat dieser Industriebereich in der Bundesrepublik an Bedeutung verloren. Das Produktionsniveau der Eisen- und Stahlindustrie fiel nach 1980 bis auf den Stand Mitte der sechziger Jahre zurück. In vier Jahren (1980 bis 1983) sank die Zahl der Beschäftigten in der Metallerzeugung und Metallbearbeitung und der Umsatz um etwa 15 vH. Dabei haben sich die Umsätze — deutlicher als die Beschäftigung — zugunsten der NE-Metallurgie verschoben. In der DDR dagegen haben Warenproduktion und Beschäftigte in der Schwarzmetallurgie kontinuierlich zugenommen; nach wie vor entfallen rund zwei Drittel der Warenproduktion und der Beschäftigten des Industriebereichs auf diesen Zweig. Offenbar hat sich die Schwarzmetallurgie in der DDR am stärksten von den internationalen Tendenzen entkoppelt. Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit haben Vorrang gegenüber Rentabilität.

Immer noch ist die Produktion in der DDR niedriger als der Bedarf. Die Preise werden hoch angesetzt, um die Verbraucher, z. B. die Metallverarbeitung und die

Übersicht 3.1.-8

Industriebereich „Metallerzeugung und -bearbeitung"

	Bundesrepublik		DDR	
	1970	1983	1970	1983
	Umsatz bzw. Bruttoproduktion			
Insgesamt, in Mrd. DM bzw. M	63,53	63,34	16,29	30,96
in vH der gesamten Industrie	7,0	5,8	8,4	8,4
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Schwarzmetallurgie	80,8	68,0	66,0	66,1
NE-Metallurgie	19,2	32,0	34,0	33,9
	Beschäftigte			
Insgesamt, in 1 000 Personen	476	338	128	145
in vH der gesamten Industrie	5,4	4,8	4,2	4,3
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Schwarzmetallurgie	80,3	79,3	64,1	64,1
NE-Metallurgie	19,7	20,7	35,9	35,9

Quelle: Vgl. methodische Hinweise.

Bauindustrie, zum sparsamen Einsatz zu erziehen. Gemeinsam ist beiden deutschen Staaten, daß die geleistete Arbeitszeit in diesem Sektor überdurchschnittlich rückläufig war: Die Beschäftigten der DDR arbeiteten 1983 gegenüber 1970 noch 91 vH (Durchschnitt: 97 vH) der Jahresarbeitsstunden, die der Bundesrepublik 82 vH (Durchschnitt: 88 vH).

Schwarzmetallurgie

Die Bundesrepublik verfügt über eine der modernsten Stahlindustrien der Welt[14]. Sie kämpft beim Einsatz modernster Technologie — meßbar an den Anteilen der Oxygenstahlerzeugung und des Stranggusses — mit Japan, Schweden und Österreich um die internationale Spitzenposition. Dagegen entspricht der technische Stand der Schwarzmetallurgie der DDR dem Durchschnitt in den osteuropäischen Ländern. Beim Strangguß liegt sie gegenüber Jugoslawien, Ungarn und Rumänien deutlich zurück[15]. In der Rohstahlproduktion überwiegen die Siemens-Martin-Öfen, die zwar hohe Stahlqualität erzeugen, jedoch wegen ihrer Energieverschwendung, schlechten Rohstoffausnutzung und Umweltschädlichkeit in der Bundesrepublik nicht mehr anzutreffen sind[16].

Roheisen wird in der DDR kaum produziert. Die Rohstahlproduktion basiert nur zu einem Viertel auf Roheisen. Nur zwei der fünf mehrstufigen Stahlwerke haben Hochöfen und zwar älterer Bauart (sechs in Betrieb). In der Bundesrepublik basiert die Rohstahlproduktion zu über zwei Drittel auf Roheisen. Dem entsprach in der Bundesrepublik 1983 sowohl der Bestand (63) als auch die Zahl der noch in Betrieb befindlichen Hochöfen (36). Diese erzeugten durchschnittlich 740 000 t/a Roheisen, die der DDR nur gut 300 000 t/a. Die technisch kostenoptimale Betriebsgröße liegt heute bei über drei Millionen Tonnen Roheisen pro Jahr. Allerdings wächst mit der Größe der Öfen das Ausfallrisiko; zudem müssen die Öfen in größeren Intervallen überholt werden. Auch ist die Größe der Hochöfen abhängig von der Größe der Hüttenwerke, in die sie integriert sind. So sind auch in der Bundesrepublik die Stahlwerke in der Regel nicht so groß, daß sie Roheisen in den Mengen einsetzen könnten, wie sie bei kostenoptimaler Auslegung von Hochöfen anfallen. Der leistungsfähigste Hochofen der Bundesrepublik erzeugt mehr Roheisen als alle Öfen der DDR zusammengenommen. Die Thyssen-Hochöfen verbrauchten 1982 im ölfreien Betrieb um 500 kg Steinkohlenkoks (Optimum 450 kg) pro erzeugter Tonne Stahl, die der DDR mindestens 30 vH mehr.

Die Technologie der zweiten Stufe der Schwarzmetallurgie bestimmt den Rohstoffeinsatz (Roheisen/Schrott). Bei Konverterstahlwerken (Oxygenstahl) überwiegt der Einsatz von Roheisen, bei Siemens-Martin-Öfen und Elektroöfen braucht man Schrott als Rohstoff. Schon seit Beginn der siebziger Jahre dominiert in der Bundesrepublik Oxygenstahl, 1983 wurden 83 vH in modernen Konvertern erzeugt. Die optimale Größe solcher Stahlwerke liegt heute bei 8 bis 10 Mill. Jahrestonnen. Dies ist mehr als die Jahresproduktion in der DDR. In der Bundesrepublik hat die Absatzlage dazu geführt, daß 1983 nur noch 30 von 41 Oxygenstahlwerken in Betrieb waren. Weitere drei

Übersicht 3.1.-9

Ausgewählte Daten zur Produktion der Eisen- und Stahlindustrie in Mill. t

	1970	1976	1980	1983
	Bundesrepublik Deutschland			
Roheisen	33,6	31,8	35,9	26,6
Rohstahl	45,0	42,4	43,8	35,7
(darunter Strangguß)	(3,7)	(12,0)	(20,2)	(25,7)
davon				
Oxygenstahl	25,1	30,5	34,4	28,8
Elektrostahl[1]	4,4	5,3	6,5	7,0
Siemens-Martin-Stahl	11,8	6,1	2,9	—
Thomasstahl	3,6	0,6	—	—
	DDR			
Roheisen	2,0	2,5	2,5	2,2
Rohstahl	5,1	6,7	7,3	7,2
(darunter Strangguß)	(—)	(0,5)	(0,7)	(1,2)
davon				
Oxygenstahl[2]	—	0,7	0,7	0,7
Elektrostahl	0,7	1,7	2,1	2,2
Siemens-Martin-Stahl	3,8	4,3	4,5	4,3
Thomasstahl	0,6	—	—	—
	DDR in vH der Bundesrepublik			
Roheisen	*6,0*	*7,9*	*7,0*	*8,2*
Rohstahl	*11,3*	*15,8*	*16,7*	*20,2*
(darunter Strangguß)	*(—)*	*(4,2)*	*(3,5)*	*(4,7)*
davon				
Oxygenstahl[2]	—	*2,3*	*2,0*	*2,4*
Elektrostahl	*15,9*	*32,1*	*32,3*	*31,4*
Siemens-Martin-Stahl	*32,2*	*70,4*	*155,2*	—
Thomasstahl	*16,7*	—	—	—

[1] Ab 1970 geschätzt.
[2] Blasstahl in umgebauten Thomaskonvertern.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 4, Reihe 8.1. Eisen und Stahl, 1. Vjh. 1981. — Die Verbreitung „reifer" Technologien. In: ifoschnelldienst 6/84, S. 3ff. — Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 9/1984, S. 776ff. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

wurden in den letzten Jahren verschrottet. Die Werke erreichen im Durchschnitt eine Produktion von knapp 1 Mill. Jahrestonnen. Das Produktionsniveau ist nicht nur vom technischen Optimum, sondern auch von der Auslastung bzw. vom Absatz abhängig. Nach Angaben aus der DDR erreicht das LD-Stahlwerk, das in Eisenhüttenstadt errichtet worden ist (Lieferant: Voest Alpine), etwa die siebenfache Arbeitsproduktivität eines Siemens-Martin-Stahlwerkes[17].

Siemens-Martin-Stahlöfen sind nicht mehr wettbewerbsfähig. Sie haben zwar den Vorzug, daß sie einen guten Stahl erzeugen. Jedoch ist der Verbrauch an Schrott und Energie außerordentlich hoch, außerdem sind die Öfen wegen ihrer geringen Größe und der langen Reisezeit — der Zeit zwischen den einzelnen Abstichen — nicht sehr leistungsfähig. In der Bundesrepublik wurde diese Technik deshalb nach hundertjähriger Geschichte endgültig aufgegeben. In der

DDR soll sie offenbar bis in die neunziger Jahre hinein betrieben werden.

Die modernen Verfahren der 3. Umwandlungsstufe, also auch der Walzwerke, erfordern heute einen möglichst stetigen Materialstrom, der am besten durch das Stranggießen erreicht wird. Abstiche in schnellerer Folge, möglichst aus mindestens zwei großen LD-Konvertern, erlauben einen störungsfreien Betrieb und versorgen die Walzwerke kontinuierlich mit Stahl. Eine Bleche produzierende Breitbandstraße erreicht erst bei 5 bis 6 Mill. t Rohstahl pro Jahr eine befriedigende Auslastung. Solche Anlagen sind für ein kleines Land ohne eigene Rohstoffbasis — bei weltweiten Überkapazitäten — indiskutabel. In der DDR setzt man daher, stärker als in der Bundesrepublik, auf Elektrostahl, der dort einen höheren Anteil hat als hier. Auch die Elektroöfen werden mit Stranggußanlagen kombiniert. In der DDR wurden 1983 aber erst 15 vH des Rohstahls solchen Anlagen zugeführt, in der Bundesrepublik bereits 75 vH im Strang vergossen. Der Rohstahleinsatz in Röhrenwerken spielt in beiden deutschen Staaten eine große Rolle. Das Stahlwerk in Riesa ist auf nahtlose Röhren spezialisiert, geschweißte Großrohre produziert die DDR an verschiedenen Standorten, z. B. in Bitterfeld. Der Anteil nahtloser Rohre ist in der DDR auf 60 vH gestiegen. In der Bundesrepublik ist der Trend schon wieder umgekehrt; der Anteil nahtloser Rohre sank unter 40 vH.

Die Roheisen-, Rohstahl- und Walzwerkproduktion beider Länder ist statistisch nachgewiesen. Zu berücksichtigen ist allerdings die Stahlqualität. Insgesamt ergibt sich, daß die Pro-Kopf-Leistung in diesem Industriezweig in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik knapp 62 vH beträgt, im Vergleich zu anderen Grundstoffindustrien noch ein relativ gutes Ergebnis.

NE-Metallurgie

In der Bundesrepublik und in der DDR ist das eigene Aufkommen an NE-Metallen niedriger als der Bedarf. In der DDR störte der Mangel bei Kupfer wiederholt den Produktionsablauf bei Verarbeitern. Erfolgreich durchgeführte Substitutionsversuche, z. B. in der Kabelindustrie durch Aluminium und beginnend mit den achtziger Jahren auch durch Glasfasern, lassen den Kupferbedarf nicht mehr so rasch steigen.

Beide Volkswirtschaften stützten sich bei den NE-Metallen auf das sogenannte „2. Bergwerk" im eigenen Land, d.h. die Rückgewinnung dieser Metalle aus Schrott [18]. Ihr Anteil liegt hier wie dort bei Kupfer zwischen 35 und 40 vH. In der DDR ist die Quote — bedingt durch akuten Devisenmangel Anfang der achtziger Jahre — kurzfristig auf 60 vH hochgeschnellt. Die Produktionszahlen von NE-Metallen werden in der DDR nicht veröffentlicht; Erzeugung und Verbrauch lassen sich nur grob schätzen. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß die DDR-NE-Metallindustrie insgesamt 15 vH der Produktionsmenge der Bundesrepublik erzeugt.

In beiden deutschen Staaten trägt der Metallerzbergbau nur noch gering zum Aufkommen bei. 1984 enthielten in der Bundesrepublik 1,8 Mill. t Roherz bezahlte Metallinhalte von Zink, Blei und Kupfer von 115 000 t [19]. In der DDR ist das Verhältnis wesentlich ungünstiger.

Übersicht 3.1.-10

Verbrauch von ausgewählten NE-Metallen 1983 in 1 000 t

	Aluminium	Kupfer	Blei
	Bundesrepublik		
Verbrauch	1 450	988	318
Schrotteinsatz [1] bei der Produktion	562	363	147
	DDR		
Verbrauch	320	140	80
Schrotteinsatz bei der Produktion	64	49	40
	DDR in vH der Bundesrepublik		
Verbrauch	*22,1*	*14,2*	*25,2*
Schrotteinsatz bei der Produktion	*11,4*	*13,5*	*27,2*

[1] Aluminium: Rohgewinnung aus Alt- und Abfallmaterial sowie direkter Schrotteinsatz. Kupfer: Schrottverwertung sowie direkter Schrotteinsatz. Blei: Produktion aus Sekundärblei sowie Schrottverwertung.

Quellen: Metallstatistik 1974—1984. (Hrsg.: Metallgesellschaft AG). Frankfurt am Main 1985. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

In den Mansfelder Kupfergruben fördern 6 500 Bergleute unter schwierigen Bedingungen gegenwärtig etwa 800 000 Tonnen Kupferschiefer pro Jahr. Nach mehreren Anreicherungsprozessen — zunächst in Helbra, dann in Hettstedt — unter Verwendung von 105 000 t Steinkohlenkoks werden neben einigen Begleitmetallen 13 000 t Kupfer (1983) mit einem bundesdeutschen Wert von gut 50 Millionen DM gewonnen. Das Mansfeld Kombinat hat insgesamt rund 46 000 Beschäftigte. Es verarbeitet auch Kupferschrott, produziert Halbzeug und verfügt über moderne Drahtstraßen. Noch aufwendiger, bei vergleichbarem Ertrag, ist die Zinnerzgewinnung und -aufbereitung in den Betrieben des Bergbau- und Hüttenkombinats in Freiberg. Das Zinnerz in Altenberg und Ehrenfriedersdorf hat einen Zinngehalt von 0,3 vH. Jährlich werden etwa 700 000 t Erz gefördert und daraus 1 500 t Zinn gewonnen, das nach Weltmarktpreisen von 1983 einen Wert von 50 Mill. DM repräsentiert.

Aluminium erzeugt die DDR in den alten Elektrolysebädern des Chemiekombinats Bitterfeld und im Aluminiumwerk Lauta. In der Bundesrepublik wurden in den letzten Jahren moderne NE-Metallhütten errichtet. Dabei traten traditionelle Standortfaktoren, wie Nähe zum Bunterzbergbau, zugunsten preiswerter

Energie und guter Verkehrsinfrastruktur zurück. Hamburg wurde zum Standort der größten Rohkupferhütte und eines großen Aluminiumwerks (Hütte und Walzwerk)[20].

Die übergroßen Anstrengungen der DDR an den traditionellen Standorten sind vom ökonomischen Ergebnis her nicht gerechtfertigt. Vielleicht ist es eine Frage der Tradition, vermutlich aber eher das Ziel, bei strategisch wichtigen Erzeugnissen unabhängig zu sein. Versorgungssicherheit scheint auch hier — wie bei der Rückkehr zur traditionellen Braunkohlenindustrie — einen zu hohen Stellenwert zu besitzen.

Rechnungen auf der Basis der gesamten NE-Metallerzeugung zeigen, daß dieser Industriezweig mit einer Leistungsfähigkeit pro Kopf von 21 vH viel ungünstiger zu beurteilen ist als die Schwarzmetallurgie.

Für den Industriebereich der Metallerzeugung und -bearbeitung insgesamt errechnet sich für das Jahr 1983 eine Pro-Kopf-Leistung DDR-Bundesrepublik von 47 vH.

3.1.2.4. Steine und Erden

Dieser Bereich mit seinen beiden Zweigen Baustoffindustrie und Vorfertigungsindustrie der Bauwirtschaft hat seit 1970 in beiden Volkswirtschaften an Bedeutung verloren.

In der Bundesrepublik entspricht die Pro-Kopf-Umsatzleistung der Beschäftigten etwa dem Durchschnitt der gesamten Industrie, in der DDR war und ist dies anders: Bis 1976 erreichten die Beschäftigten 74 vH, 1980 dann 68 und 1983 nur noch 61 vH des Durchschnitts. Produktivitätsniveau und -entwicklung waren also niedriger als in anderen Industriebereichen. Für das geringere Niveau dürften die Betriebspreise im Bereich Steine und Erden ursächlich sein, die durchweg auf relativ niedrigem Niveau gehalten werden (vgl. dazu auch die methodischen Hinweise). Die schwächere Entwicklung ist weniger eindeutig zuzuordnen. Auch in diesem Industriebereich wurden neue Kapazitäten in Betrieb genommen (z. B. in den Zementfabriken Deuna) und moderne Produktionsverfahren eingeführt. Allerdings ist seit 1980 die Produktion deutlich zurückgefahren worden, ohne daß dabei die Zahl der Beschäftigten abgenommen hat. In der Bundesrepublik müssen dagegen die Unternehmen bei Absatzrückgängen mit Entlassungen reagieren. In der DDR hat die Zahl der Beschäftigten im Bereich Steine und Erden seit 1970 zugenommen, in der Bundesrepublik waren 1983 rund 70 000 Arbeitskräfte oder 27 vH weniger im Einsatz als 1970.

Im Bereich Steine und Erden sind die Leistungsunterschiede innerhalb der DDR wieder sehr ausgeprägt. Relativ leistungsfähig sind die großen alten und die modernen Zementfabriken[21], die neuen Gasbetonwerke, zum Teil mit westlichen Anlagen ausgestattet, und die große Feuerfestindustrie. Die 227 über die gesamte DDR verstreuten Ziegeleien, die Harzer Kalkwerke in Rübeland und die personalintensiven Kreidewerke auf Rügen beeinflussen den Durchschnitt negativ[22].

Übersicht 3.1.-11

Industriebereich „Steine und Erden"

	Bundesrepublik		DDR	
	1970	1983	1970	1983
	Umsatz bzw. Bruttoproduktion			
Insgesamt, in Mrd. DM bzw. M	26,20	27,69	4,24	6,57
in vH der gesamten Industrie	2,9	2,5	2,2	1,8
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Baustoffindustrie	42,9	36,3	62,0	59,4
Vorfertigungsindustrie der Bauwirtschaft	57,1	63,7	38,0	40,6
	Beschäftigte			
Insgesamt, in 1 000 Personen	247	181	97	99
in vH der gesamten Industrie	2,8	2,6	3,2	2,9
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Baustoffindustrie	32,8	32,0	55,7	55,6
Vorfertigungsindustrie der Bauwirtschaft	67,2	68,0	44,3	44,4

Quelle: Vgl. methodische Hinweise.

Übersicht 3.1.-12

Ausgewählte Produktionsdaten zum Bereich „Steine und Erden"

		1970	1976	1980	1983
		Bundesrepublik Deutschland			
Zement	(Mill. t)	40,7	35,4	35,9	31,2
Branntkalke	(Mill. t)	.	9,4	8,6	6,9
Gips, gebrannt	(Mill. t)	1,2	1,3	2,0	2,0
Mauerziegel[1]	(Mrd. St.)	6,5	4,4	6,0	4,9
Wand- und Bodenfliesen	(Mill. m²)	43,6	46,8	47,8	42,2
		DDR			
Zement	(Mill. t)	8,0	11,3	12,4	11,8
Branntkalke	(Mill. t)	.	3,4	3,4	3,5
Gips, gebrannt	(Mill. t)	0,2	0,3	0,3	0,3
Mauerziegel[1]	(Mrd. St.)	1,3	1,3	1,2	1,1
Wand- und Bodenfliesen	(Mill. m²)	3,8	5,4	6,2	6,8
		DDR in vH der Bundesrepublik			
Zement		*19,6*	*32,0*	*34,5*	*37,8*
Branntkalke		.	*36,1*	*39,7*	*50,3*
Gips, gebrannt		*20,8*	*23,7*	*15,4*	*14,8*
Mauerziegel[1]		*19,8*	*30,5*	*20,6*	*22,7*
Wand- und Bodenfliesen		*8,7*	*11,5*	*13,0*	*16,0*

[1] Normalformat

Quellen: Statistisches Bundesamt. — Statistische Jahrbücher der DDR.

In der Bundesrepublik hatte der Bereich Steine und Erden nicht nur hohen Anpassungsbedarf an die insgesamt sinkende Nachfrage der Bauwirtschaft. Stark steigende Heizöl- und Erdgaspreise zwangen außerdem zur Substitution beim Energieeinsatz zugunsten von Steinkohle und Steinkohlenkoks. Der Heizölanteil, der Mitte der siebziger Jahre noch über 50 vH am Gesamtenergiebedarf dieses Sektors betrug, sank bis 1983 auf etwa 15 vH[23].

Für die Ziegeleien in der DDR wurde durch Beschluß vom 14.5.1981 angeordnet, daß binnen Jahresfrist alle Ziegelwerke von Heizöl auf Braunkohlen umzustellen seien. Mitte 1982 wurde Vollzug gemeldet. Auch die Zementfabriken mußten Heizöl ersetzen, die Kalköfen in Rübeland statt Steinkohlen- nun Braunkohlenkoks verwenden. Der schlechtere energetische Wirkungsgrad der Braunkohle fällt hier sehr negativ ins Gewicht und erhöht den spezifischen Energieeinsatz. Schon 1979 wurden in der DDR je Produktionseinheit 60 vH mehr Energie als in der Bundesrepublik Deutschland benötigt[24].

Die Vorfertigungsindustrie ist in der DDR unterentwickelt, ebenso die Gipsindustrie und die Grob- und Sanitärkeramik. Diese Bereiche wurden inzwischen in Kombinaten zusammengefaßt, um die Leistungsfähigkeit insgesamt zu erhöhen. Die Pro-Kopf-Leistung im Vergleich zur Bundesrepublik ist in diesem Industriebereich vergleichsweise niedrig, nämlich nur 41 vH. Allerdings haben die Beschäftigten — anders als bei anderen Industriezweigen — eine ähnliche Jahresarbeitszeit. In der DDR waren es 1983 insgesamt 1 820, in der Bundesrepublik 1 845 Stunden.

3.1.2.5. Wasserversorgung

Der kleinste Industriebereich hat seit 1970 in beiden Volkswirtschaften die Produktion erhöht, in der Bundesrepublik stiegen die realen Umsätze stärker als in der DDR die Bruttoproduktion.

Die DDR hat im Untersuchungszeitraum über 15 Mrd. Mark in die Wasserversorgung investiert, 1983 waren es 60 vH der Bruttoproduktion. Auch in der Bundesrepublik wurden die Investitionen erhöht, sie erreichten inzwischen mehr als ein Viertel des Umsatzes. Beim Ausbau und bei der Erneuerung des Versorgungsnetzes, aber auch beim Bau von Klärwerken, hat die DDR noch erheblichen Nachholbedarf[25]. Schon 1970 wurden fast alle Wohnungen in der Bundesrepublik zentral versorgt, in der DDR sind es bis heute nur gut

Übersicht 3.1.-13

Industriebereich „Wasserversorgung"

	Bundesrepublik		DDR	
	1970	1983	1970	1983
	Umsatz bzw. Bruttoproduktion			
in Mrd. DM bzw. M	6,05	6,48	1,45	2,23
in vH der gesamten Industrie	0,7	0,6	0,8	0,6
	Beschäftigte			
in 1 000 Personen	39	42	21	25
in vH der gesamten Industrie	0,4	0,6	0,7	0,7

Quelle: Vgl. methodische Hinweise.

90 vH, obwohl die Zahl der zentralversorgten Haushalte seit 1970 um mehr als 12 vH zugenommen hat. Die pro Kopf abgegebene Menge stieg in der DDR von 100 (1970) auf 141 Liter täglich. Dies sind 50 Liter weniger als in der Bundesrepublik. Hier pendelte sich der Verbrauch um 195 Liter ein[26].

Die Industrie beanspruchte in der DDR 1983 41 vH der Wassermenge, in der Bundesrepublik 18 vH der öffentlichen Wasserversorgung. Ein Grund dafür dürften die nicht kostendeckenden Wasser- und Abwasserpreise der DDR sein, die das allgemeine Sparbewußtsein nicht fördern. Auch nach der erheblichen Preisanpassung zum 1.1.1984 (Trinkwasser um 28 vH auf 0,90 Mark, Abwasser um 33 vH auf 0,60 Mark pro Kubikmeter) sind die Endverbraucherpreise niedrig[27]. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Strukturen ist die Pro-Kopf-Leistung eines Beschäftigten in der DDR — ohne Berücksichtigung der geleisteten Arbeitsstunden — etwa 70 vH der entsprechenden Leistung in der Bundesrepublik.

3.1.2.6. Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau

In der Bundesrepublik umfaßt dieser Industriebereich im wesentlichen die 2 000 Unternehmen in 31 Fach- und Arbeitsgemeinschaften (ohne die Büro- und Informationstechnik), die im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau zusammengeschlossen sind (VDMA), außerdem den Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau, die Kraftfahrzeugindustrie und die Haushaltsgeräteindustrie. Der gesamte Industriebereich hatte 1983 einen Anteil am Industrieumsatz von 27 vH, an den Beschäftigten von 36 vH.

In der DDR repräsentieren 24 Industriezweige diesen Bereich. In den über 1 300 meldepflichtigen Betrieben sind 30 vH aller Beschäftigten der DDR-Industrie tätig. Sie tragen fast ein Viertel zur industriellen Bruttoproduktion bei.

Nahezu alle Betriebe des Maschinenbaus der DDR sind inzwischen zu Kombinaten zusammengeführt und überwiegend drei Industrieministerien unterstellt worden:

- dreizehn Kombinate dem Minister für Schwermaschinen- und Anlagenbau,
- sechs Kombinate dem Minister für Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau,
- neun Kombinate dem Minister für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau.

Übersicht 3.1.-14

Industriebereich „Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau"
a: Umsatz bzw. Bruttoproduktion

	Bundesrepublik		DDR	
	1970	1983	1970	1983
	Umsatz bzw. Bruttoproduktion			
Insgesamt, in Mrd. DM bzw. M	254,00	298,83	41,37	84,39
in vH der gesamten Industrie	28,1	27,3	21,4	22,9
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Gießereien und Schmieden	10,2	7,1	6,7	6,8
Bau von Metallkonstruktionen	5,4	4,8	3,1	3,1
Schienenfahrzeugbau	1,6	1,4	6,6	5,9
Straßenfahrzeug- und Traktorbau	29,0	40,6	13,7	13,3
Schiffbau	2,1	2,3	5,6	5,3
Energiemaschinen	0,4	0,7	1,7	1,5
Bau von Bergbauausrüstungen	0,8	0,7	2,6	2,4
Metallurgieausrüstungen	1,0	0,8	1,7	1,5
Chemieausrüstungsbau	1,3	1,0	2,5	2,3
Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau	2,5	1,9	4,9	4,7
Bau von luft- und kältetechnischen Anlagen	1,9	2,0	3,1	2,9
Werkzeugmaschinenbau	4,1	2,7	4,3	6,5
Werkzeug- und Vorrichtungsbau	1,4	1,2	1,7	1,7
Plast- und Elastverarbeitungsmaschinenbau[1]	1,2	0,9	0,7	1,1
Holzbearbeitungs- und Papierindustriemaschinenbau	0,8	0,5	0,2	0,2
Polygraphiemaschinenbau	2,2	1,8	1,6	1,5
Textil-, Konfektions- und Lederverarbeitungsmaschinenbau	2,8	1,4	2,7	2,7
Lebensmittel- und Verpackungsmaschinenbau	2,2	1,9	2,1	1,6
Landmaschinenbau	1,6	1,2	6,1	9,2
Fördermittel- und Hebezeugbau	2,2	2,3	4,3	4,0
Pumpen- und Verdichterbau	1,4	1,1	3,6	3,1
Bauteile- und Maschinenelementeindustrie	5,0	4,8	8,1	7,7
Bau von technologischen Spezialausrüstungen	2,2	3,3	4,5	3,2
Metallwarenindustrie	16,7	13,6	7,9	7,8

noch Übersicht 3.1.-14

Industriebereich „Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau"
b: Beschäftigte

	Bundesrepublik		DDR	
	1970	1983	1970	1983
	Beschäftigte			
Insgesamt, in 1 000 Personen	2 859	2 546	860	1 012
in vH der gesamten Industrie	32,5	36,3	28,5	29,7
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Gießereien und Schmieden	12,4	9,7	7,2	7,5
Bau von Metallkonstruktionen	5,4	5,6	3,5	3,3
Schienenfahrzeugbau	2,0	2,3	8,7	8,9
Straßenfahrzeug- und Traktorbau	21,9	30,6	12,5	11,4
Schiffbau	2,4	1,9	5,1	4,9
Energiemaschinen	0,3	0,5	2,3	2,3
Bau von Bergbauausrüstungen	0,9	1,2	1,9	2,1
Metallurgieausrüstungen	1,3	1,3	2,1	1,7
Chemieausrüstungsbau	0,9	1,1	3,7	3,5
Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau	2,5	1,6	3,8	4,0
Bau von luft- und kältetechnischen Anlagen	4,0	4,4	4,4	4,2
Werkzeugmaschinenbau	4,6	3,4	5,1	5,0
Werkzeug- und Vorrichtungsbau	2,0	1,9	1,6	1,6
Plast- und Elastverarbeitungsmaschinenbau[1]	1,0	0,8	0,7	0,8
Holzbearbeitungs- und Papierindustriemaschinenbau	0,8	0,9	0,5	0,4
Polygraphiemaschinenbau	1,8	1,2	1,7	1,6
Textil-, Konfektions- und Lederverarbeitungsmaschinenbau	3,1	2,4	3,6	3,5
Lebensmittel- und Verpackungsmaschinenbau	2,5	2,8	1,5	1,4
Landmaschinenbau	1,4	1,0	5,8	5,9
Fördermittel- und Hebezeugbau	1,4	1,3	3,8	3,6
Pumpen- und Verdichterbau	1,5	1,8	3,1	2,9
Bauteile- und Maschinenelementeindustrie	5,6	6,4	7,1	6,6
Bau von technologischen Spezialausrüstungen	1,6	2,5	2,4	2,6
Metallwarenindustrie	18,7	13,4	7,9	10,3

[1] Maschinen für die Kunststoffverarbeitung.

Quelle: Vgl. methodische Hinweise.

Außerdem gehören in diesen Bereich zentralgeleitete Kombinate, die organisatorisch anderen Ministerien zugeordnet sind, z. B. VEB Kombinat Anlagenbau Braunkohle (Ministerium für Kohle und Energie), Chemieanlagenbaukombinat (Ministerium für chemische Industrie) und Kombinat für Technische Gebäudeausrüstung (Ministerium für Bauwesen). Nach sachlichen Kriterien lassen sich jedoch auch diese drei Unterbereichen zuordnen:

Übersicht 3.1.-15

Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau in der DDR

	Beschäftigte[1] (1 000 Pers.)		Bruttoproduktion[2] (Mrd. M)		Exportquote[3]
	1970	1983	1970	1983	1983
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, gesamt	860	1 012	41,4	84,4	42
			Anteile in vH		
Schwermaschinen- und Anlagenbau	35,8	35,4	34,6	31,9	40
Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau	17,5	17,4	15,2	17,8	80
Allgemeiner Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau	46,7	47,2	50,2	50,3	30

[1] Arbeiter und Angestellte (einschl. Lehrlinge) im Jahresdurchschnitt.
[2] Zu konstanten Planpreisen vom 1. 1. 1980.
[3] Wert der jeweils exportierten Waren in vH des gesamten Produktionsvolumens des jeweiligen Bereichs.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen des DIW.

In der DDR hat sich die Bruttoproduktion des ganzen Industriebereiches mehr als verdoppelt; die Zahl der Beschäftigten nahm fast überall zu. In der Bundesrepublik zeigt die Betrachtung über die gesamte Zeitspanne hinweg unterschiedliche Phasen. Das Basisjahr 1970 war für den Maschinenbau ein vergleichsweise gutes Jahr. Bis 1976 hatten sich die Umsätze kaum erhöht, Rationalisierungsinvestitionen führten zu einem erheblichen Rückgang der Zahl der Beschäftigten um 220 000 Personen. Ende der siebziger Jahre erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten, Anfang der achtziger ging sie wieder zurück, ohne allerdings, wie in der elektrotechnischen Industrie, den Stand von 1976 zu unterschreiten.

Der Maschinenbau ist sehr personalintensiv. Fachkräfte sind knapp und werden auch in der Bundesrepublik nach Möglichkeit gehalten[28]. Bei Absinken der inländischen Nachfrage im Konjunkturverlauf versucht die Industrie den Export zu forcieren. Fünf Industriezweige haben jedoch zwischen 1970 und 1983 über ein Drittel der Arbeitnehmer entlassen, weitere zehn (von insgesamt 24) ebenfalls Beschäftigte freigesetzt.

Der Maschinenbau ist in beiden deutschen Staaten traditionell exportorientiert. Im Textilmaschinenbau z. B. beträgt die Exportquote sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik über 90 vH.

Mit dem Wandel der Technik verwischen sich klassische Grenzen zwischen den Industriezweigen, besonders deutlich auch beim Maschinenbau. Die Vereinigung von Mechanik und Elektronik in einzelnen Maschinen und Aggregaten, die Verkettung von Maschinen, Anlagen und Transportsystemen zu Fertigungsabschnitten oder Prozeßkomplexen, die Symbiose zwischen Hardware und Software und das Ineinandergreifen kaufmännischer und technischer Abläufe in den Steuerungsprozessen erweitern das Aufgabengebiet des Maschinenbaus in Richtung der Modernisierung ganzer Fabriksysteme. Zunächst hat sich jedoch der Anteil des Maschinenbaus an den Ausrüstungsinvestitionen in der Bundesrepublik verringert, die Bedeutung der Elektroindustrie, der Elektronik und Datenverarbeitung hat zugenommen. Hier wie auch in der DDR reagieren die Maschinenbaubetriebe mit dem Aufbau eigener Elektronik- und Softwareabteilungen. Flexible Fertigungssysteme sind — ausgehend von Standardkomponenten — leicht auf unterschiedliche Aufgabenprofile auszurichten. Die Umstrukturierung der Produktion erfordert ganz erhebliche Investitionen. Unternehmen in der Bundesrepublik sehen darin einen Beitrag zur Sicherung ihrer Zukunft, denn kurzfristig kann dieser Aufwand nicht vom Markt über den Preis honoriert werden. In der DDR nutzen die Kombinate die Umsetzung der Mikroelektronik im Maschinenbau offenbar zu Preiserhöhungen bei den neuentwickelten Erzeugnissen. Selbst bei kleinen Serien wird versucht, eine schnelle Amortisation von Forschung und Entwicklung zu erreichen. Dieses Verhalten wird im Wirtschaftssystem der DDR durch die Preisbildungsmethoden und die Vorschriften über Investitionen sowie Forschung und Entwicklung geradezu herausgefordert, es ist jedoch nicht marktgerecht und widerspricht den Tendenzen in der westlichen Welt.

Trotz des unterschiedlichen Niveaus — qualitativ wie quantitativ — ist der Straßenfahrzeugbau hüben wie drüben der wichtigste Industriezweig des Maschinenbaus, gefolgt jeweils von der sehr heterogen zusammengesetzten Metallwarenindustrie. Schlüsselstellungen als Zulieferer haben Gießereien und Schmieden und die Bauteile- und Bauelementeindustrie.

Straßenfahrzeugbau

Das Automobil hat in Deutschland Tradition, in Zwikkau, Plauen, Eisenach ebenso wie in Köln und Stuttgart. Die Wirtschaftsführung der DDR hat diesen

Übersicht 3.1.-16

Inlandsproduktion von Straßenfahrzeugen in 1 000 Stück

	1970	1976	1980	1983
	Bundesrepublik Deutschland			
PKW/Kombi	3 527,9	3 546,9	3 520,9	3 877,6
LKW	285,3	283,3	315,0	243,6
Omnibusse	14,7	20,1	17,4	13,3
	DDR			
PKW/Kombi	126,6	164,0	176,8	188,3
LKW	24,2	35,9	37,0	39,6
Omnibusse	2,6	2,5	2,9	1,7
	DDR in vH der Bundesrepublik			
PKW/Kombi	*3,6*	*4,6*	*5,0*	*4,9*
LKW	*8,5*	*12,7*	*11,7*	*16,3*
Omnibusse	*17,7*	*12,4*	*16,7*	*12,8*

Quellen: Tatsachen und Zahlen aus der Kraftverkehrswirtschaft. Hrsg.: Verband der Automobilindustrie e. V. Div. Jahrgänge. — Statistische Jahrbücher der DDR.

Industriezweig verkümmern lassen. Die Großunternehmen in der Bundesrepublik dominieren auf dem Inlandsmarkt, exportieren über die Hälfte der Fahrzeuge und produzieren selbst im Ausland mehr, als die DDR im Inland. Der Straßenfahrzeugbau der Bundesrepublik steigerte zwischen 1970 und 1983 den Umsatz real um 65 vH, investierte viel in die Automatisierung und Flexibilität der Produktion und beschäftigte über 150 000 Personen mehr. In der DDR wuchs die Beschäftigung unterdurchschnittlich. Technisch entsprechen weder Nutzfahrzeuge noch PKW internationalen Standards, technologisch bleibt die Automobilindustrie der DDR selbst hinter rumänischen und sowjetischen Erzeugnissen zurück[29]. Schwere LKW, vor dem Krieg von VOMAG in Plauen produziert, werden nicht mehr gebaut, bei PKW und Omnibussen reicht die Produktion nicht aus, die Inlandsnachfrage angemessen zu bedienen; hier sind im Rahmen der RGW-Spezialisierung andere Länder Hauptlieferanten, z. B. Ungarn für IKARUS-Omnibusse und die UdSSR für LADA-PKW.

Ohne Kooperation wird es für die DDR schwer sein, Anschluß an das internationale Niveau zu finden. Für kleine Volkswirtschaften ist eine rentable Produktion und die darauf aufbauende Modellpolitik am besten durch Zusammenarbeit möglich — prominentes Beispiel ist der Vertrag zwischen niederländischen und schwedischen Unternehmen. Außerdem sind große Serien ohne Export unmöglich.

Nur das IFA-Kombinat Nutzfahrzeuge erreicht über den Export große Serien, allerdings bei starker Beschränkung des Sortiments. Die Exportquote belief sich zu Beginn der achtziger Jahre auf über 90 vH. Bisher hat sich das Kombinat nicht von unrentablen Produktionen trennen können. Nach überholten Konzepten werden Kleintransporter (Barkas), industrielle Minitransporter (Multicar) und leichte LKW (Robur) in Kleinserien produziert. Der Robur hat als Dreitonner ein so hohes Eigengewicht, daß er in der Bundesrepublik schon zu den mittleren LKW gerechnet werden müßte. Auch der größte LKW der DDR, der Fünftonner (W 50) ist zu schwer. Seine Robustheit schätzen Kunden im RGW ebenso wie Abnehmer in Entwicklungsländern, aber dieses Fahrzeug, das bereits seit über zwanzig Jahren gebaut wird, ist heute keineswegs wirtschaftlich; moderne LKW aus westdeutscher Produktion sind erheblich leistungsfähiger.

Der Fünftonner (W 50) erreicht eine Seriengröße von jährlich 30 000 und erlaubt eine im Bereich kostenoptimaler Fertigung liegende Produktion[30]. Daimler-Benz produzierte 1982 rund 45 000 LKW dieser Leistungsklasse, Magirus 6300 und MAN 640. Westliche Anbieter können auch kleine Serien rentabel fertigen. In den USA gibt es z. B. für Kunden die Möglichkeit zu bestimmen, aus welchen Komponenten verschiedener Zulieferer der LKW montiert wird. Zulieferer bedienen verschiedene Montagewerke und liefern Motoren, Achsen, Getriebe und Aufbauten. Sie können betriebsoptimale Losgrößen erreichen.

In der DDR ist das zentrale Planungssystem zu einer solchen Arbeitsteilung offenbar nicht in der Lage. Das Kombinat in Ludwigsfelde muß „fast alles" selbst produzieren. Außerdem baut das Kombinat Schiffbau Rostock Dieselaggregate und Getriebe, das Schwermaschinenbaukombinat Karl Liebknecht (SKL) in Magdeburg Dieselmotoren und das Landmaschinenkombinat Fortschritt Neustadt ebensolche in Schönebeck. Zu einer abgestimmten und standardisierten Baureihe, z. B. bei Variation der Zahl der Zylinder, für LKW, Traktoren, Mähdrescher und Baumaschinen, ist es jedoch nicht gekommen. Es fehlt der Wettbewerbsdruck, der durch die zentrale Planung nicht ersetzt werden kann. Einer höheren Effizienz stehen außerdem Betriebs- und Kombinatsegoismus sowie die Zuständigkeit verschiedener Industrieministerien im Wege.

Noch deutlicher als bei den Nutzfahrzeugen ist der Leistungsabstand bei den Personenkraftwagen. Das IFA-Kombinat hat bis heute — trotz vergleichbarer Angebotspalette — nicht einmal den Stand erreicht, den die Borgward-Werke bei ihrer Schließung im Jahr 1961 hielten. Der Trabant (Zweitakter, Zweizylinder, 600 cm^3) leistet heute weniger als der Lloyd-Alexander (Viertakter, Zweizylinder, 600 cm^3) und verbraucht deutlich mehr Kraftstoff.

Insgesamt erreicht der Fahrzeugbau der DDR trotz zum Teil diskutabler Seriengrößen, der Modernisierung einiger Werke (z. B. in Eisenach) und des Einsatzes auch prozeßflexibler Robotertechnik im Vergleich zur Bundesrepublik nur eine Produktivität von 37 vH. Dies ist ein schlechtes Ergebnis für den größten Industriezweig des Maschinenbaus in der DDR.

Schwermaschinen- und Anlagenbau

Betriebe aus fast 30 Kombinaten der DDR und folgenden Industriezweigen, gehören hierher:

- Gießereien und Schmieden
- Schienenfahrzeuge
- Schiffbau
- Energiemaschinen- und Kraftwerksanlagenbau
- Bau von Bergbauausrüstungen
- Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau
- Chemieanlagenbau
- Bau von luft- und kältetechnischen Anlagen
- Fördermittel- und Hebezeugbau
- Verbrennungskraftmaschinen
- Pumpen- und Verdichterbau.

Darunter sind auch wichtige Zulieferer, z. B. über einhundert Gießereien sowie das Kombinat für Hydraulik und Pneumatik und das Armaturenkombinat.

Trotz Fehlens einer eigenen metallurgischen Rohstoffbasis hat der Schwermaschinenbau der DDR ein höheres Gewicht als der Schwermaschinenbau in der Bundesrepublik. Naturgemäß überwiegen in diesem Bereich Einzelanfertigungen und kleine Serien, damit ist dieser Sektor auch sehr personalintensiv. Die Exportquote betrug in der DDR 40 vH und ist auch in der Bundesrepublik vergleichbar hoch. Der Anlagenbau zeigt international starke Beschäftigungsschwankungen, von denen sich offenbar nur sozialistische Staaten weitgehend abgeschirmt haben. In der Bundesrepublik ist die Zahl der Beschäftigten im Schwermaschinenbau seit 1970 deutlich rückläufig, extrem im Schiffbau, im Gefolge der Stahlkrise bei den Metallurgieausrüstungen, bei Baumaschinen und dann auch bei Gießereien und Schmieden. In der DDR nahm die Beschäftigung in den eben genannten Zweigen weiter zu. Diese Industrien gehören zu den Stützen des Exports in den RGW-Raum, besonders in die Sowjetunion. Der Schienenfahrzeugbau, der Schiffbau, der Großmotoren- und selbst der Chemieanlagenbau erreichen dabei Losgrößen, die auf westlichen Märkten nur bei staatlichen, z. B. militärischen, Aufträgen möglich sind. Serien von 15, 20, 30 und mehr See- und Binnenschiffen gleichen Typs, Reisezugwagen in Auflagen von mehreren hundert Exemplaren, 1 000 Kühlwaggons mit den dazugehörigen Aggregaten oder auch einige hundert Schiffsdiesel gleicher Bauart ermöglichen eine betriebsgrößenoptimale Konstruktion und Fertigung, sowohl bei den Finalproduzenten als auch in der Zulieferindustrie.

In der Bundesrepublik ist dieser Bereich ganz anders strukturiert. Besonders bei den Zulieferern dominieren noch mittelständische Anbieter, meist neben einem oder wenigen Großbetrieben: 240 Unternehmen bilden die Fachgemeinschaft Klima und Luft im VDMA, viele kleine Firmen beleben den Wettbewerb bei der Antriebstechnik (Getriebe und Kupplungen), aber auch in den Zweigen Armaturen, Fördertechnik, MHI (Montage — Handhabung — Industrieroboter), Ölhydraulik und Pneumatik. Gerade kleinere Anbieter müssen den technischen Fortschritt schnell anwenden, sich spezialisieren, um noch vor der Konkurrenz — und dies sind oft auch größere Wettbewerber — lieferfähig zu sein.

Die Schiffswerft in Stralsund, die größte Spezialwerft der Welt für Fischfangschiffe, ist offenbar voll darauf konzentriert, die sowjetischen Aufträge termingemäß abzuwickeln und die zum Teil umfangreichen Garantieleistungen im Reparaturbetrieb zu erfüllen. Dabei können zwar alle Vorteile, die die Großserie bietet, genutzt werden, für Innovationen oder Verbesserungen an der laufenden Serie besteht aber wenig Veranlassung. Das gleiche gilt auch für die Zulieferer, z. B. das Schwermaschinenbaukombinat Karl Lieb-

Übersicht 3.1.-17

Produktion der Eisen- und Stahlgießereien in 1 000 t

	1970	1976	1980	1983
	Bundesrepublik Deutschland			
Eisenguß [1]	3 763	3 012	2 742	2 191
Gußeisen mit Kugelgraphit	428	575	693	776
Temperguß	295	213	187	138
Stahlguß	391	306	294	207
Insgesamt	4 877	4 106	3 916	3 312
	DDR			
Eisenguß [1]	837	994	983	929
Gußeisen mit Kugelgraphit	19	39	69	78
Temperguß	22	35	39	41
Stahlguß	190	238	234	237
Insgesamt	1 068	1 306	1 325	1 285
	DDR in vH der Bundesrepublik			
Eisenguß	*22,2*	*33,0*	*35,8*	*42,4*
Gußeisen mit Kugelgraphit	*4,4*	*6,8*	*10,0*	*10,1*
Temperguß	*7,5*	*16,4*	*20,9*	*29,7*
Stahlguß	*48,6*	*77,8*	*79,6*	*114,5*
Insgesamt	*21,9*	*31,8*	*33,8*	*38,8*

[1] Ohne duktiles Gußeisen (Gußeisen mit Kugelgraphit und Temperguß).

Quellen: Jahresberichte des Deutschen Gießereiverbandes. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen des DIW.

knecht (SKL) in Magdeburg und die Kühlaggregatebauer des Kombinats Kältetechnik, die auch die Kühlzüge ausrüsten. Zu Beginn der achtziger Jahre waren SKL-Motoren bezogen auf ihre Leistung 50 vH schwerer als international üblich. Das führt zu Materialverschwendung, einem vergleichsweise geringerem Wirkungsgrad beim Motor selbst, aber auch zu überdimensionierten Aggregaten und Schiffsböden. Die reine Mengenentwicklung verdeckt hier häufig Verlustproduktionen.

Die Entwicklung der Gußproduktion in beiden deutschen Staaten ist ein ähnliches Beispiel.

Guß läßt sich durch andere Materialien substituieren. Die Erzeugung in den Gießereien der Bundesrepublik nahm im Untersuchungszeitraum um fast ein Drittel ab, obwohl die wertmäßige Produktion des Maschinenbaus zunahm. In der DDR stieg die Gußproduktion. In der Bundesrepublik haben die Gießereien im Wettbewerb selbst dazu beigetragen, die Gußmenge je Erzeugniseinheit drastisch zu reduzieren, mit dem Ziel, selbst Material zu sparen und z. B. gegenüber Stahlkonstruktionen bestehen zu können. Die Erzeugnisse wurden optimiert und dabei leichter. Neue Gußverfahren und -sorten wurden entwickelt. Dabei konnten die Gießereien Kunden zurückgewinnen, nicht zuletzt durch die Spezialisierung auf duktiles Eisen, also Kugelgraphit- und Temperguß. Der Anteil des Kugelgraphits stieg im Untersuchungszeitraum in der Bundesrepublik von 9 auf 23 vH, in der DDR von 2 auf 6 vH.

Bis auf wenige moderne Großgießereien ist der Durchschnitt der Gießereiindustrie in der DDR alt, personalintensiv, umweltbelastend und unrentabel. 98 vH des Eisens wird noch in Kupolöfen älterer Bauart geschmolzen, nur wenige Öfen nutzen den Brennstoff — hochwertiger Steinkohlengießereikoks — optimal aus, elektrisch beheizte Vorrinnen sind kaum vorhanden und nur 50 vH der Öfen haben Staubabscheider[31].

Schiffbau (Kombinat Schiffbau, Rostock), Hafen- und Hallenkrane (Schwermaschinbaukombinat TAKRAF, Leipzig), Metallurgieausrüstungen und Kabelwerke (Schwermaschinenbaukombinat „Ernst Thälmann" — SKET —, Magdeburg), Standard-Schienenfahrzeuge und Elektrolokomotiven (Kombinat Lokomotivbau-Elektrotechnische Werke „Hans Beimler", Hennigsdorf) sind nicht zuletzt wegen des Exports in den RGW-Raum im Untersuchungszeitraum ausgebaut und modernisiert worden. Diese Zweige erreichen vergleichsweise hohe Economies of Scale und sind auch im Vergleich zur Bundesrepublik relativ leistungsfähig. Der Anlagenbau, auch der Chemieanlagenbau, gehört zu den weniger leistungsfähigen Zweigen.

In wichtigen Bereichen ging die internationale Entwicklung und selbst die Entwicklung im RGW an der DDR vorbei. Dies gilt z. B. für Kernkrafttechnik. Der Industriezweig Energiemaschinen hat in der Bundesrepublik seit 1970 die höchsten Wachstumsraten bei Umsatz und Beschäftigung erreicht. Der Kraftwerksanlagenbau der DDR dagegen repariert alte Braunkohlenkraftwerke, entwickelt und fertigt Braunkohlenkessel zur Substitution heizölbefeuerter Industrieöfen, experimentiert mit Generatorgasanlagen. Dies sind zwar gesamtwirtschaftlich nützliche Aufgaben, sie sind Domänen für kleine und mittelständische Anbieter. Das traditionsreiche Unternehmen Bergmann-Borsig scheint als Großbetrieb dafür weniger geeignet[32]. Dem amerikanischen Embargo verdankt der Betrieb allerdings die interessantesten Aufträge der letzten Jahre. Bergmann-Borsig baut Verdichterstationen für die Erdgastrasse in der Sowjetunion.

Insgesamt läßt der Schwermaschinenbau der DDR große Leistungsunterschiede erkennen. Nur durch die Großserienproduktion in wichtigen Zweigen wird im Vergleich zur Bundesrepublik eine Arbeitsproduktivität von 64 vH erreicht.

Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau

Diesem Sektor sind nach der Betriebssystematik Betriebe aus folgenden Industriezweigen zugeordnet[33]:

- Werkzeugmaschinenbau
- Plast- und Elastverarbeitungsmaschinenbau
- Polygraphiemaschinenbau
- Textil-, Konfektions- und Lederverarbeitungsmaschinenbau.

In der DDR ist die Produktion in diesem Bereich schneller gewachsen als in den übrigen Industriezweigen des Maschinenbaus. Auch die Zahl der Beschäftigten hat zugenommen, allerdings nur unterdurchschnittlich. Insgesamt gehen die Entwicklungen in beiden deutschen Staaten völlig auseinander. In der Bundesrepublik ist der Werkzeugmaschinenbau, der Textilmaschinenbau, die Druckmaschinenindustrie und auch der Plast- und Elastverarbeitungsmaschinenbau in der Berichtszeit geschrumpft, und zwar insbesondere auch zu Beginn der achtziger Jahre. 36 000 Beschäftigte verloren allein von 1980 bis 1983 ihren Arbeitsplatz.

In der DDR gab es von 1980 bis 1983 in fast allen Sparten des Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbaus beachtliche Zuwachsraten. Dem entsprechen hohe Exportsteigerungen in die Sowjetunion.

Allerdings sind insgesamt Zweifel an der Aussagekraft der Statistik angebracht, und zwar wegen des hier möglicherweise besonders gravierenden Problems der Bewertung von Neuerungen im Rahmen von Angaben zu konstanten Preisen. Aus der DDR ist bekannt, daß für die modernen Steuerungen und neuen Maschinen sehr hohe Preise festgesetzt sind, so daß die Elektronisierung den Index nach oben treibt. Aus dem Heckert-Kombinat verlautet, daß 1 kg herkömmliche Werkzeugmaschine einer Warenproduktion von 30 Mark entspricht, 1 kg flexibles, numerisch gesteuertes Fertigungszentrum jedoch einer Warenproduktion von 100 Mark. Diese Wirkung der Elektronik widerspricht internationalen Trends. In der Bundesrepublik kostete 1 kg konventionelle spanabhebende Werkzeugmaschine 1980 gut 30 DM. Inzwi-

Übersicht 3.1.-18

Produktion von spanabhebenden Werkzeugmaschinen

	1970	1976	1980	1983
	Bundesrepublik Deutschland			
Spanabhebende Werkzeugmaschinen (1 000)	164,4	134,4	138,7	91,6
darunter				
numerisch gesteuert (Stück)	762	1 289	3 009	7 484
	DDR			
Spanabhebende Werkzeugmaschinen (1 000)	22,2	19,3	17,5	20,4
darunter				
numerisch gesteuert (Stück)	339	655	853	1 182
	DDR in vH der Bundesrepublik			
Spanabhebende Werkzeugmaschinen	*13,5*	*14,4*	*12,6*	*22,2*
darunter				
numerisch gesteuert	*44,5*	*50,8*	*28,3*	*15,8*

Quellen: Fachgemeinschaft Werkzeugmaschinen im VDMA. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen des DIW.

schen hat sich der Anteil numerisch gesteuerter Maschinen stark erhöht. Der Preis stieg für Werkzeugmaschinen aller Art 1983 im Durchschnitt auf 37 DM. Das kg numerisch gesteuerter Werkzeugmaschine kostet 42,50 DM, das kg Bearbeitungszentrum 46,27 DM[34]. Elektronisierung ist in Marktwirtschaften bei Berücksichtigung der Leistungssteigerung reale Preissenkung, sonst wäre sie kein Fortschritt.

Auch die Bundesrepublik gehört nicht zu den Ländern, die bei der Produktion numerischer Steuerungen, insbesondere für Werkzeugmaschinen, vorangingen. Auch wurde Klage geführt, diese Steuerungen seien teurer als z. B. in den USA. In einer Zeit unausgelasteter Kapazitäten, als Investitionen aufgeschoben wurden oder ausfielen, war der Werkzeugmaschinenbau der Bundesrepublik deshalb hart getroffen. Inzwischen hat er den Anschluß wieder gefunden. Die Produktion numerischer Steuerungen liegt weit über der der DDR.

Die DDR hat inzwischen über 50 000 Roboter und Handhabungsgeräte im Einsatz, darunter zunehmend auch echte, d.h. rechnergesteuert, mehrarmig und flexibel einsetzbar. Koordinierungszentrum für diese Kampagne war das Forschungszentrum des Werkzeugmaschinenbaus in Karl-Marx-Stadt. Überschlägig wird für diese Geräte mit dazugehöriger Peripherie ein Wert von über 10 Mrd. Mark genannt. Soweit sie in eigens dazu eingerichteten Rationalisierungsbetrieben entwickelt, gebaut und zum Einsatz gebracht oder vom Werkzeugmaschinenbau selbst produziert wurden, steigern sie in diesen Bereichen die Produktion. Auch diese Geräte sind — international gesehen — zu teuer.

Der Textilmaschinenbau ist in der Bundesrepublik und der DDR auf den Export angewiesen, die Exportquoten liegen jeweils bei 90 vH. Das Kombinat Textima produziert auch Konsumgüter, z. B. Haushaltsnähmaschinen, Bügelautomaten und Fahrräder.

Druckmaschinen aus der DDR, auch Maschinen für die Buchbinderei, haben international einen guten Ruf und stehen der Konkurrenz aus der Bundesrepublik kaum nach. Allerdings hat die DDR den Anschluß an die moderne Satz- und Reprotechnik verloren. Diese Komponenten sollten im Rahmen der Arbeitsteilung im RGW von RGW- Partnern entwickelt werden. Da der Erfolg ausgeblieben ist, kann auch die DDR jetzt keine modernen Druckereien ohne westliche Hilfe betreiben oder komplett exportieren. Sie arbeitet in diesem Bereich häufig mit Anbietern aus der Bundesrepublik zusammen.

Für den gesamten Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau ergibt sich im Vergleich zur Bundesrepublik eine Pro-Kopf-Leistung von 60 vH.

Allgemeiner Maschinen- und Landmaschinenbau

Neben dem Fahrzeugbau, der wegen seiner Bedeutung schon gesondert behandelt worden ist, gehören zu diesem Sektor klassische Zweige des Maschinenbaus, ganz unterschiedlicher Größe und Bedeutung:

- Holzbearbeitungs- und Papierindustriemaschinenbau,
- Lebensmittel- und Verpackungsmaschinenbau,
- Landmaschinenbau,

— Bauteile- und Maschinenelementeindustrie,

— Bau von technologischen Spezialausrüstungen,

— Metallwarenindustrie.

In der Bundesrepublik und in der DDR ist die Metallwarenindustrie (z. B. Staubsauger, Kühlschränke, Waschmaschinen und Bestecke) der Zweig mit dem größten Gewicht, gemessen an der Beschäftigung. Für die Bundesrepublik ist die Bauteile- und Maschinenelementeindustrie außerdem von großer Bedeutung. In diesem Zweig ist die Zahl der Beschäftigten seit 1970 konstant geblieben. Für die DDR ist der Landmaschinenbau einer der wichtigsten Zweige. Dies ist in der Bundesrepublik anders. Der reale Umsatz dieses Zweiges stagniert seit 1970, viele kleine Hersteller haben aufgegeben oder wurden von anderen Unternehmen, auch aus dem Ausland, übernommen, weitergeführt oder stillgelegt. Im Bereich der Traktoren sind fast nur noch Anbieter im Markt, die auf Maschinen hoher Leistung gesetzt hatten; Spezialisten, z. B. Schlüter, haben so bis heute ihre Position verteidigen können. Dennoch schrumpfte der Landmaschinenbau und beschäftigt in der Bundesrepublik nur noch gut 25 000 Personen.

In der DDR ist das Kombinat Landmaschinenbau Neustadt der absolut größte Exporteur, überwiegend in den RGW-Raum. Das Kombinat verdreifachte seine Produktion seit 1970 und erfaßt heute einen ganzen Industriezweig. Neue Betriebe im Kombinatsverbund, so in Güstrow und Torgau, liefern Komponenten, z. B. Antriebselemente und Mähwerke, ein eigenes Werk in Schönebeck produziert Motoren. Unter anderem wurden 1983 1 400 Mähdrescher gebaut, vergleichbare Geräte kosten in der Bundesrepublik über 100 000 DM. Für die Produktion in der Bundesrepublik gilt allerdings keine so ausgeprägte vertikale Integration. Motore, Getriebe, Achsen und anderes werden von Spezialherstellern gekauft, während der Bau der Gehäuse und die Montage im Werk des Herstellers erfolgt[35]. Ein Quasi-Monopolist wie das Kombinat Fortschritt kann in dem kleinen Land, bei der vorhandenen industriellen Struktur und den organisatorischen Eigenheiten des Systems, trotz interessanter Seriengrößen nicht in gleichem Maße Nutzen aus der Arbeitsteilung ziehen wie westliche Unternehmen. Dadurch steigen tendenziell die Kosten. Auch die zum Teil international wettbewerbsfähigen Produkte des Landmaschinenbaus der DDR sind zu hoch bewertet, sie erzielen bei Lieferungen in die Bundesrepublik oft nur vergleichsweise niedrige Preise.

Das Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk in Suhl produziert jährlich etwa 80 000 Motorräder (MZ) und 200 000 Kleinkrafträder (Mopeds und Kleinroller), das ist jeweils etwa doppelt so viel wie in der Bundesrepublik zusammengenommen. Die Fahrzeuge sind in der DDR sehr gefragt, obwohl vergleichsweise teuer.

Die Produktion von Lebensmittel- und Verpackungsmaschinen hat sich in der Bundesrepublik gut behaupten können, die Beschäftigung blieb im Berichtszeitraum etwa konstant. In der DDR gehört diese Produktion in das Kombinat Nagema Verpackungsmaschinen, Schokoladenmaschinen und Waegetechnik Dresden. Das Kombinat ist vergleichsweise klein und wenig expansiv, obwohl die Wachstumschancen hier besonders günstig einzuschätzen sind: Der Nachholbedarf der Nahrungs- und Genußmittelindustrie in der DDR selbst und der Bedarf der Sowjetunion nach Maschinen der Nahrungsgüterverarbeitung ist groß, auch gibt es große Möglichkeiten der Modernisierung.

Die Produktion von Metallwaren, insbesondere der sogenannten Weißen Ware[36], konzentriert sich auf Konsumgüter. In der Bundesrepublik ist dieser Sektor zunehmend durch kapitalintensive Großserienfertigung geprägt. 1973 waren noch 94 000 Personen für die Produktion elektrischer Haushaltsgeräte eingesetzt, bis 1981 waren es trotz steigender Produktion 20 000 weniger, der Umsatz je Beschäftigten verdoppelte sich. Da für einige Geräte (Kühlschränke, Waschmaschinen, Kaffeeautomaten) der Bedarf gedeckt ist, bewegen sich Angebot und Nachfrage in Richtung höherwertiger, energie- und arbeitszeitsparender Erzeugnisse, z. B. Gefriergeräte, Wäschetrockner, Geschirrspüler, Mikrowellenherde. In der DDR gibt es bis heute nur für wenige moderne Produkte Großserienfertigung, die Qualität hält westlichen Vergleichen nicht stand. Auf dem Inlandsmarkt sind die Geräte vergleichsweise zu teuer. Gleichwohl kann die Produktion auch bei Standardgeräten oft kaum die Ersatznachfrage decken. In vielen Haushalten der DDR gibt es noch Kohleherde und Wellrad-Waschmaschinen, keine Geschirrspüler und Mikrowellenherde. Zwar steigerte das Kombinat Haushaltsgeräte seine Produktion, z. B. bei Tiefkühltruhen und Gefrierschränken, doch binden kleine Serien zu viel Beschäftigte.

Zahlreiche Produktionsmittel herstellende Kombinate in der DDR produzieren im Rahmen einer allgemeinen Kampagne auch Haushaltsgeräte und langlebige Gebrauchsgüter wie Wäscheschleudern, Rasenmäher, Betonmischer, PKW-Anhänger und Heimwerkerbedarf. Doch geschieht dies oft ohne ausreichendes Know-how, ohne leistungsfähige Anlagen und geeignetes Material. Die Produktionsmittel herstellenden Kombinate können nur punktuell zu Fortschritten beitragen[37].

Vor einer Bewertung des allgemeinen Maschinenbaus sei darauf hingewiesen, daß weit über die Hälfte aller Maschinenbaubetriebe in der DDR bis 1982 kleine Betriebe im Rahmen der bezirksgeleiteten Industrie gewesen sind. Diese Betriebe sind inzwischen zu — bezirksgeleiteten — Kombinaten zusammengefaßt worden. Durch organisatorische Zusammenlegungen wird sich die Zahl der selbständigen Kleinbetriebe weiter reduzieren. Dies soll ihre Leistungsfähigkeit erhöhen, könnte jedoch auch ihre Flexibilität verringern.

Aus der schlechten Qualität der Metallwaren, der zu hohen Bewertung der Kraftfahrzeugindustrie und des Landmaschinenbaus und der geringen Leistungsfähigkeit in anderen Bereichen ergibt sich für diesen Sektor im Vergleich zur Bundesrepublik nur eine Leistung von 48 vH.

Übersicht 3.1.-19

Produktion ausgewählter Erzeugnisse der Metallwarenindustrie in 1 000 Stück

	1970	1976	1980	1983
	Bundesrepublik Deutschland			
Staubsauger	2 376	3 303	3 136	3 450
Elektrovollherde [1]	1 206	1 100	1 196	994
Waschmaschinen	1 629	1 946	1 803	1 711
Kälteschränke [2]	2 264	2 982	3 009	2 808
Nähmaschinen	530	500	385	220
Heißwasserbereiter [3]	1 483	1 263	1 530	1 613
	DDR			
Staubsauger	471	840	1 048	1 206
Elektrovollherde [1]	85	125	168	212
Waschmaschinen [4]	254	390	468	504
Kälteschränke [2]	380	554	637	763
Nähmaschinen	190	206	242	282
Heißwasserbereiter [3]	384	837	607	622
	DDR in vH der Bundesrepublik			
Staubsauger	*19,9*	*25,4*	*33,4*	*35,0*
Elektrovollherde	*7,0*	*11,4*	*14,0*	*21,3*
Waschmaschinen	15,6	20,0	26,0	29,5
Kälteschränke	*16,8*	*18,6*	*21,2*	*27,2*
Nähmaschinen	*35,8*	*41,2*	*62,9*	*128,2*
Heißwasserbereiter	*25,9*	*66,3*	*39,7*	*38,6*

[1] Ohne Tischherde und Kochmulden.
[2] Kühlschränke, Kühl-Gefrierkombinationen, Gefrierschränke und -truhen.
[3] Elektrisch- und gasbeheizt, einschließlich Durchlauferhitzer.
[4] Einschließlich Waschmaschinen in Holzausführung.

Quellen: Statistisches Bundesamt. — Statistische Jahrbücher der DDR.

Insgesamt zeigt sich aus der der Detailanalyse, in wie hohem Maße dieser Bereich in der DDR in seiner traditionellen Struktur ruht, während sich in westlichen Volkswirtschaften erhebliche Veränderungen ergeben haben. Tendenziell findet sich eine relativ hohe Leistungsfähigkeit im Maschinenbau, weniger bei Erzeugnisgruppen für den Inlandsbedarf, sondern bei Produkten mit hoher Exportquote. Dies scheint der Wirtschaftsführung deshalb so dringlich, weil davon der Umfang der Importe abhängt. Dabei wurden andere Bereiche, die ohnehin schon überaltert sind, weiter sich selbst überlassen. Da es solche störenden unproduktiven Einschlüsse in sonst teilweise leistungsfähigerer Umgebung in der Bundesrepublik kaum noch gibt, sinkt der Leistungsdurchschnitt zuungunsten der DDR. Für den Industriebereich Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau beträgt unter Heranziehung der Beschäftigtenstruktur der DDR die Arbeitsproduktivität im Vergleich zur Bundesrepublik 56 vH.

3.1.2.7. Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik

In beiden deutschen Staaten ist der Industriebereich Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik ein Wachstumsträger der industriellen Entwicklung. Mit jeweils — fast übereinstimmend — gut einem Zehntel der industriellen Produktion und 14 vH der Industriebeschäftigten hat dieser Bereich hier wie dort eine Schlüsselrolle für die Modernisierung der Industrie, die Rationalisierung der Verwaltung, bei der Energieeinsparung, für die Versorgung der Bevölkerung mit langlebiger Unterhaltungselektronik und nicht zuletzt beim Export. In der DDR untersteht er der Verantwortung des Ministeriums für Elektrotechnik/Elektronik. Schon vor der Kombinatsreform hat es in der Elektrotechnik über zwanzig Kombinate gegeben; sie unterstanden teils den ehemaligen Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB), teils dem Ministerium direkt. Die VVB wurden 1978/79 aufgelöst, neue Kombinate gebildet und bereits bestehende Kombinate zusammengeschlossen [38].

In der Bundesrepublik bilden seit 1970 die Warenklasse Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen und die feinmechanische und optische Industrie eigenständige Branchen [39]. In beiden deutschen Staaten hat die elektrotechnische Industrie eine geringe Kapitalintensität im Produktionsbereich, eine entsprechend große Personalintensität und einen hohen personellen und finanziellen Aufwand für Forschung und Entwicklung [40]. Der Beitrag zum technischen Fortschritt setzt außerdem eine hohe Anpassungsflexibilität voraus. In beiden deutschen Staaten haben sich seit 1970 Strukturveränderungen vollzogen, tendenziell in die gleiche Richtung. Ein Stichwort dafür ist die Einführung der Mikroelektronik.

Die Elektrotechnik ist bis heute keine Industrie „auf der grünen Wiese" — sie benötigt Ballungsräume, die Nähe zur Grundlagenforschung an den Universitäten, einerseits ausgebildete Fachkräfte, andererseits besonders in Montage- und Prüfprozessen Routinearbeit, meist Frauenarbeit. Berlin, Dresden, Frankfurt/Main, Leipzig, München sind wichtige Zentren der deutschen Elektroindustrie.

Nach der Industriesystematik der DDR gliedert sich der Industriebereich in vier Industriezweige, von denen die elektrotechnische und elektronische Industrie in beiden Staaten das größte Gewicht haben. Dieser Zweig erfaßt den Bau von Anlagen zur Elektrizitätserzeugung, -umwandlung und Elektrizitätsverteilung, Nachrichtentechnik, Unterhaltungselektronik, elektrische Kraftfahrzeug-Ausrüstungen und Bauelemente der Elektronik. Trotz unterschiedlicher Entwicklungslinien in diesem Zweig war eine Grundtendenz hier wie dort vorherrschend: abnehmende Bedeutung der Starkstromtechnik, zunehmendes Gewicht der Mikroelektronik bzw. der Schwachstromtechnik.

Die realen Umsätze des gesamten Industriebereichs wuchsen in der Bundesrepublik von 1970 bis 1980 auf 150 vH, bis 1983 stieg der Index vergleichsweise geringfügig auf 154. Anders in der DDR: 1976 erreichte die Warenproduktion schon 170 vH, stieg dann weiter bis 1980 auf 234 vH und erreichte 1983 fast unglaubliche 303 vH.

Bei der Beschäftigung war die Entwicklung sehr unterschiedlich. In der DDR stieg die Zahl der Beschäftigten 1970 bis 1976 um 70 000 Personen auf 118 vH, in der Bundesrepublik wurden im gleichen Zeitraum 186 000 Arbeitskräfte (−14 vH) bei wachsenden Umsätzen (+22 vH) freigesetzt. In der DDR setzte sich die Beschäftigungszunahme danach sehr abgeschwächt fort; in der Bundesrepublik gab es zunächst eine Zunahme, dann wieder einen Rückgang. Diese Entwicklungen spiegeln die relativ hohe Personalintensität des Wirtschaftsbereichs wider. In der Bundesrepublik reagiert die Branche auf Rationalisierung und Wachstumsschwäche mit Entlassungen, benötigt bei verbesserter Marktlage aber auch sofort wieder zusätzliche Arbeitskräfte. Die DDR hat bis 1976 das Wachstum auf zusätzliche Arbeitskräfte gestützt, dann, mit einem Zeitverzug von einigen Jahren, traten Modernisierung und strukturelle Veränderungen in den Vordergrund. Die reale Entwicklung in der Bundesrepublik ist von den Absatzmöglichkeiten bestimmt, in der DDR dominiert der Plan. Mikroelektronik, Steuer-, Meß- und Regelungstechnik, Elektronische Datenverarbeitung wurden seit 1976 durch zentrale Beschlüsse personell und finanziell gefördert. Der Abstand war 1970 noch sehr groß und ist es bis heute geblieben.

In beiden deutschen Staaten beläuft sich die Exportquote des Industriebereichs auf etwa 50 vH. Dabei ist deutlich, daß die Bundesrepublik die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung viel stärker nutzt und nutzen kann als die DDR. Beschäftigungsintensive Standardproduktionen sind im Untersuchungszeit-

Übersicht 3.1.-20

Industriebereich „Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik"

	Bundesrepublik		DDR	
	1970	1983	1970	1983
	Umsatz bzw. Bruttoproduktion			
Insgesamt, in Mrd. DM bzw. M	75,57	116,34	12,65	38,33
in vH der gesamten Industrie	*8,4*	*10,6*	*6,5*	*10,4*
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Industrie der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik	*29,5*	*25,7*	*13,8*	*12,3*
Elektrotechnische und elektronische Industrie	*53,0*	*53,2*	*65,9*	*64,5*
Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie	*5,3*	*10,9*	*9,5*	*10,4*
Feinmechanische und optische Industrie	*12,2*	*10,2*	*10,8*	*12,8*
	Beschäftigte			
Insgesamt, in 1 000 Personen	1 232	1 003	386	479
in vH der gesamten Industrie	*14,0*	*14,3*	*12,8*	*14,0*
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Industrie der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik	*25,1*	*30,4*	*12,2*	*12,9*
Elektrotechnische und elektronische Industrie	*54,2*	*48,1*	*64,8*	*61,0*
Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie	*6,9*	*7,8*	*10,3*	*11,3*
Feinmechanische und optische Industrie	*13,8*	*13,7*	*12,7*	*14,8*

Quelle: Vgl. methodische Hinweise.

raum aus der Bundesrepublik ins Ausland, sowohl in europäische, aber auch in Schwellenländer verlagert worden. Bauelemente werden importiert und exportiert. Die DDR muß ihre Vorleistungen in großem Umfang selbst entwickeln und produzieren. In beiden Volkswirtschaften gibt es neben den direkten Exporten umfangreiche indirekte Exporte. Besonders deutlich ist dies z. B. bei Kfz-Ausrüstungen. Nach Schätzungen des Ifo-Instituts betragen solche indirekten Exporte in der Bundesrepublik nochmals 15 vH der Produktion[41].

Industrie der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik

Dieser Zweig hat in der Bundesrepublik bei Produktion und Beschäftigung ein doppelt so hohes Gewicht wie in der DDR und einen qualitativen Vorsprung. Im Untersuchungszeitraum hat sich die Produktionsstruktur zugunsten der elektrischen Regelungs- und Steuergeräte verschoben, dagegen halbierte sich die Produktion von Elektrizitätszählern. Einmal ist ihr Bedarf abhängig von der Entwicklung des Wohnungsbaus und der Investitionen, zum anderen bauen Länder mit großem Infrastrukturbedarf, also Entwicklungs- und Schwellenländer, die überwiegend recht einfachen Geräte selbst. Die DDR hat ihr umfangreiches Wohnungsbauprogramm noch nicht abgeschlossen, ihre RGW-Partner haben zum Teil ebenfalls noch großen Bedarf.

Die Nachfrage nach Steuer- und Regeltechnik ist allerdings in beiden deutschen Staaten gestiegen. Automatisierung der Fertigungsabläufe und -prozesse, verstärkt durch Impulse aus der Energieverteuerung, führten in der Bundesrepublik sehr rasch zur Umprofilierung dieses Industriezweiges. Dabei konnte auch die hohe Beschäftigtenzahl gehalten werden. Die DDR ist hier noch weit zurück. Bis weit in die siebziger Jahre fehlte noch die mikroelektronische Basis, außerdem mußten Betriebe aus der Starkstromtechnik erst umprofiliert werden, so z. B. der Starkstromanlagenbau Karl-Marx-Stadt, der heute Alleinhersteller für moderne Werkzeugmaschinensteuerungen ist. Dieser Mangel führte auch dazu, daß viele Anwender, besonders aus dem Bereich des Maschinenbaus, sich ihre Steuerungen zunächst selbst bauen mußten. Daraus haben sich allerdings in den letzten Jahren recht leistungsfähige Betriebe entwickelt, deren Produktion sich in der DDR-Statistik nicht in diesem Industriezweig niederschlägt, sondern in den jeweiligen Zweigen des Maschinenbaus. Die DDR wird den Bereich Steuer- und Regeltechnik weiter stark fördern. Das Kombinat Automatisierungsanlagenbau, Berlin, verdoppelte inzwischen die Zahl seiner Beschäftigten auf 56 000 durch Fusion mit dem eher starkstromorientierten Kombinat Energieanlagenbau Leipzig.

Die Industrie der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik der DDR liegt in ihrer Leistung im Vergleich zur Bundesrepublik noch deutlich zurück, hat allerdings etwas aufgeholt. 1983 wurde hier — verglichen mit der Bundesrepublik — pro Kopf eine Leistung von 46 vH erreicht.

Elektrotechnische und Elektronische Industrie

An der Produktion dieses Industriezweiges sind in der DDR Betriebe aus mehr als 15 Kombinaten tätig. Im Vergleich zur Bundesrepublik hat dieser Zweig ein zu großes Gewicht, die Komponente Starkstrom war 1983 noch sehr ausgeprägt.

In der Bundesrepublik Deutschland ist von 1970 bis 1983 die Zahl der Beschäftigten um 185 000 Personen zurückgegangen (−28 vH), in der DDR hat sie um 42 000 Personen zugenommen (+17 vH). Nach Angaben aus der DDR sollen inzwischen weit über 100 000 Beschäftigte der Elektroindustrie mit der Produktion mikroelektronischer Bauelemente und mikroelektronisch bestückter elektrotechnischer Geräte beschäftigt sein. Dies wurde sowohl durch den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte als auch durch Freisetzung in traditionellen Fertigungen möglich. Nachholbedarf ohne die Möglichkeit des Imports von mikroelektronischen Bauelementen ließ die Produktion nach 1980 real weiter steigen, in der Bundesrepublik sank der Umsatzindex von 159 auf 154.

Ein ähnlicher Unterschied kennzeichnet viele der Elektronisierung zugänglichen Wirtschaftszweige. Dabei ist die Entwicklung in der DDR vermutlich in nicht quantifizierbarem Umfang von Preissteigerungen beeinflußt; bei der statistischen Erfassung werden Preisbereinigungen vermutlich nicht vorgenommen. Das statistische Problem liegt hier in der Bewertung „neuer" Produkte. In der Bundesrepublik ist durch den Wettlauf um Zukunftsmärkte grundsätzlich eine andere Preis-Leistungs-Bewegung zu beobachten als in der DDR. Moderne Bauelemente der Elektronik werden nicht nur billiger, sondern neue Produkte dringen in alte Wettbewerbsbeziehungen oft zum gleichen Preis ein, obwohl sie eine vielfache Leistung gegenüber der vorangegangenen Produktgeneration haben. Der Preis ist gerade hier von der starken ausländischen Konkurrenz (z. B. aus den Schwellenländern) und nicht von den Entwicklungs-, Investitions- und laufenden Kosten geprägt. Dagegen sehen die Preisbildungsmethoden der DDR Kostendeckung vor. Ein zweites Kriterium für die Höhe des Preises ist das sogenannte Preis-Leistungs-Verhältnis, d. h. höhere Leistung und höherer Nutzen für den Anwender rechtfertigen einen höheren Preis. Sogenannte Neuerungen erhalten Preiszuschläge. Prototypen der Nachrichtenelektronik, der Unterhaltungselektronik, der Fahrzeugelektrik liegen oft Jahre vor ihrer Serienfertigung vor, somit auch die durch das Preisamt der DDR bestätigten Preise. Wenn das Produkt in Serie geht, ist es manchmal zu alt, meist aber zu teuer. Vergleichbare Produkte werden durch Schwellenländer schon zu nicht kostendeckenden Preisen angeboten, denn neue Produkte sind inzwischen oft um ein Vielfaches besser, auch zuverlässiger und billiger. Da die neuen Produkte — wenn auch nochmals mit Zeitverzug — in die Berechnungen des Preisindex in der DDR unkorrigiert aufgenommen werden, ist die Bruttoproduktion der DDR im Vergleich zu den realen Umsätzen in der Bundesrepublik überzeichnet. Dies ist insbesondere dann spürbar, wenn die Erneuerungsrate und damit die Zahl der neu zu genehmigenden Preise steigt.

In der Starkstromtechnik der DDR dürften 1983 noch fast 90 000 Personen gearbeitet haben. In der Bundesrepublik sind es inzwischen weniger als 90 000. Der Rückgang im Wohnungsbau und bei den Investitionen, Energiesparmaßnahmen und die stärker werdende ausländische Konkurrenz führten dazu, daß bei Geräten zur Elektrizitätserzeugung und Elektrizitätsverteilung forschungsintensive, hochspezialisierte Fertigungen wettbewerbsfähig blieben. In der Bundesrepublik baut man z. B. heute vergleichsweise weniger Wechselstrommotoren in Serie, sondern mehr leistungsfähige Gleichstrommotoren sowie ganze Aggregate und Systeme für besondere Einsatzfälle. Die DDR suchte ihren Vorteil dagegen in der Entwicklung einer kompletten Leistungsreihe genormter Wechselstrommotoren, eine technisch durchdachte Standardreihe, die sich international zwar verkaufen läßt, aber in Konkurrenz zu Schwellenländern steht, und damit in westlichen Ländern kaum kostendeckend kalkuliert werden kann.

Die Nachrichtentechnik war in der Bundesrepublik, gefördert durch das hohe Auftragsvolumen der Bundespost, aber auch durch den Kommunikationsbedarf der Betriebe, ein wesentlicher Wachstumsträger der ganzen Elektroindustrie. Die Bundespost betreibt seit 1981 Lichtleiterversuchsstrecken, einschließlich der dazugehörigen digitalisierten Sender, Verstärker und Empfänger. Die größten Anbieter sammelten inzwischen schon sehr gewinnbringende Erfahrungen auf dem Markt für Nebenstellenanlagen. Hardware wird durch Software ergänzt bzw. in den Umsätzen schon übertroffen[42].

Technisch war die DDR auch so weit, allerdings fehlten zur Umsetzung die finanziellen Mittel. Der 1961 aufgenommene automatische Telefonverkehr ist deshalb immer noch nicht vollendet. Innerhalb kürzester Zeit waren Anfang der sechziger Jahre 50 bis 60 Prozent des Telefonverkehrs der DDR automatisiert worden. Dann wurden weitere Mittel nicht mehr zur Verfügung gestellt[43]. Die Prototypen für vollelektronisierte Fernschreiber standen 1979, Digitalisierungsgeräte und Lichtleiterstrecken 1981 bereit. Versuchsstrecken werden — wie in der Bundesrepublik — seit 1981 betrieben. Mit mehrjähriger Verspätung wird jetzt auch produziert. Das internationale Preisniveau für derartige Geräte hat sich inzwischen mehr als halbiert.

Die Unterhaltungselektronik ist für beide deutsche Staaten ein Problem. Starke ausländische Konkurrenz, gesättigte Nachfrage in einigen Bereichen brachten dieser Industrie in der Bundesrepublik 1978 einen erheblichen Rückschlag, der auch nicht durch die zunehmende Nachfrage nach moderner Fernsehelektronik (Recorder und Cameras) wettgemacht werden konnte. Die DDR begann erst in den achtziger Jahren mit dem Aufbau von Kapazitäten zur Massenfertigung von Farbfernsehern, die schon bei Inbetriebnahme nicht den Anforderungen an betriebsoptimale Losgrößen entsprachen[44]. Die Entwicklung in den anderen Bereichen der Unterhaltungselektronik wurde verpaßt, die Nachfrage des Inlands qualitativ nicht befriedigt. Die überhöhten Preise dieses Bereiches schöpfen die übergroße Nachfrage ab, bei besonders begehrten Produkten dürften die produktgebundenen Abgaben ein Vielfaches der Produktionskosten betragen.

Insgesamt bleibt die Pro-Kopf-Leistung, die sich auf die Angebotsstruktur der DDR bezieht, mit 54 vH beträchtlich hinter der Bundesrepublik zurück.

Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie

Dieser Industriezweig hatte in der Bundesrepublik großen Anpassungs- und Nachholbedarf und blieb von krisenhaften Entwicklungen nicht verschont. Nach Überwindung der Strukturkrise Mitte der siebziger Jahre hat jedoch kein anderer Zweig ein vergleichbares Wachstum aufzuweisen. Seitdem verdreifachten sich die realen Umsätze, die Beschäftigung nahm zu.

In der DDR hat die Büromaschinenindustrie eine große Tradition. Der Anschluß an die moderne Technik wurde jedoch völlig verfehlt. Robotron, das Kombinat, das verantwortlicher Produzent dieser Erzeugnisse ist, hat offenbar versagt[45]. Rechner, die im Rahmen der Spezialisierung im RGW (ESER-Programm) in Abstimmung mit den Partnern entwickelt und seit Jahren gebaut werden, entsprechen zwar international der mittleren Leistungsklasse der 3. Generation, werden aber in so geringer Stückzahl produziert, daß selbst Kombinate der Elektrotechnik noch mit Rechnern der 2. Generation (R 300) arbeiten müssen. Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung hat eine vergleichsweise geringe Bedeutung. Der Rückstand gegenüber der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren eher vergrößert. Da Robotron als einziger Hersteller von EDV-Anlagen in der DDR über 70 vH seiner Produkte exportiert und die Importmöglichkeiten der DDR beschränkt bleiben, ist dieser Rückstand kaum aufzuholen. Erst jetzt kommen bei Kleinrechnern Stückzahlen auf den Inlandsmarkt, die auf Serienproduktionen beruhen, z. B. der PC 1715, ein 8-Bit-Rechner (wie Apple II) — 1986 = 21 000 Stück. In der Bundesrepublik wurden 1985 rund 230 000 Stück verkauft, die allerdings teilweise weit leistungsfähiger waren. Taschenrechner gingen in der DDR in Serienfertigung, als die Industrie in der Bundesrepublik sie wegen Preisverfalls aufgab. Auch fehlt es in der DDR an den nötigen Voraussetzungen, dezentrale Kleinrechner sinnvoll kommunizieren zu lassen, sie also als intelligente Terminals einzusetzen. Das Telefonnetz der DDR ist dafür zu überlastet. Immerhin verfügt seit 1986 die Zentralverwaltung für Statistik über ein Datenbanksystem mit eigenem Netz zu allen Stellen der Kreisämter.

Robotron hat den Anschluß nicht nur versäumt, weil die DDR-Führung offenbar darauf bestand, daß alle Komponenten aus eigener Produktion stammen müßten. Auch westliche Software kann nicht ohne weiteres verwendet werden, während der im Entstehen begriffene Bedarf an Software in der DDR in keiner Weise befriedigt werden kann.

Die weltweite Anerkennung der DDR-Bürotechnik ist auf die jahrzehntelange Massenfertigung mechanischer Reiseschreibmaschinen des Typs Erika und

anderer — bis vor kurzem durchweg mechanischer — Schreib- und Buchungsgeräte zurückzuführen. Der Wechsel in der Unternehmensleitung von Robotron hat allerdings nach 1983 die Nutzung der Mikroelektronik beschleunigt. Der Bereich ist deshalb heute etwas positiver einzuschätzen. Die geringe Leistungsfähigkeit im Vergleich zur Bundesrepublik kommt in der Relation von 28 vH zum Ausdruck.

Übersicht 3.1.-21

Produktion ausgewählter Erzeugnisse der Unterhaltungselektronik, Feinmechanik und Optik
in 1 000 Stück

	1970	1976	1980	1983
	Bundesrepublik Deutschland			
Rundfunkempfangsgeräte	6 720	5 443	3 706	3 290
Fernsehgeräte	2 985	3 727	4 425	4 705
davon				
farbig	872	2 909	4 157	4 705
schwarz-weiß	2 113	818	268	.
Ferngläser	279	177	140	133
Fotoapparate	5 483	3 478	4 041	1 427
Armbanduhren	8 214	7 551	5 895	3 170
	DDR			
Rundfunkempfangsgeräte	807	1 122	915	976
Fernsehgeräte	380	560	578	667
davon				
farbig	9	74	264	321
schwarz-weiß	371	486	314	346
Ferngläser	136	193	248	239
Fotoapparate	723	844	935	980
Armbanduhren	3 307	3 942	3 702	3 274
	DDR in vH der Bundesrepublik			
Rundfunkempfangsgeräte	*12,0*	*20,6*	*24,7*	*29,7*
Fernsehgeräte	*12,7*	*15,0*	*13,1*	*14,2*
davon				
farbig	*1,0*	*2,5*	*6,4*	*6,8*
schwarz-weiß	*17,6*	*58,0*	*117,2*	.
Ferngläser	*48,7*	*109,0*	*177,1*	*179,7*
Fotoapparate	*13,2*	*24,3*	*23,1*	*68,7*
Armbanduhren	*40,3*	*52,2*	*62,8*	*103,3*

Quellen: Statistisches Bundesamt. — Statistische Jahrbücher der DDR.

Feinmechanik und Optik

Die Produktion dieses Industriezweiges in der DDR wird beherrscht von einem großen Kombinat, Carl Zeiss Jena. Die Krise zu Beginn der siebziger Jahre hat dieses Kombinat unter der Leitung eines dynamischen Funktionärs und einer jungen Mannschaft überwunden. Carl Zeiss in Oberkochen ist offenbar auch sehr erfolgreich, steht aber im Wettbewerb mit anderen Anbietern und hält einen Marktanteil von 24 vH am Umsatz des Industriezweiges. Die beiden Zeiss-Stiftungen in Jena und in Oberkochen haben erbitterte Markengefechte geführt. Das Produktionsprogramm beider Unternehmen ist heute nicht mehr identisch. Zum traditionellen Produktionsprogramm beider Anbieter gehören aber immer noch Planetarien, optische Geräte, Brillengläser, Feldstecher. 1985 kamen für Zeiss-Jena noch die Kameraproduktion (vormals Kombinat Pentacon) sowie einige bezirksgeleitete Anbieter hinzu. Ein Randsortiment bei Carl Zeiss Jena ist die Brillenproduktion der Optischen Werke Rathenow, wo preiswerte Brillen nach medizinisch korrekter Indikation hergestellt werden. Die Produktion bezüglich Breite und Design kann sich aber z. B. mit Rodenstock in der Bundesrepublik nicht messen.

Carl Zeiss Jena zeigt eine gute Entwicklung, Steigerung der Bruttoproduktion von 1970 bis 1983 auf über 350 vH bei Zunahme der Beschäftigung auf 145 vH. Die Beschäftigung in der Bundesrepublik ist in diesem Industriezweig von 1970 bis 1983 mit einigen Schwankungen um 20 vH zurückgegangen; die realen Umsätze waren Anfang der achtziger Jahre rückläufig. Die Produktivität des Industriezweiges Feinmechanik, Optik in der DDR betrug im Vergleich zur Bundesrepublik 64 vH.

Zusammenfassend ergibt sich aus den vier Industriezweigen, gewichtet nach ihrer Beschäftigtenstruktur, für 1983 eine Leistung der DDR von 52 vH gegenüber der Bundesrepublik. Dieser relativ niedrige Wert sollte nicht täuschen. Die Originalwerte zeigen, daß die DDR hier aufgeholt hat, daß Investitionen in diesem Bereich positiv auf die Struktur wirken.

3.1.2.8. Textilgewerbe

Dieser Industriebereich hatte 1983 in beiden deutschen Staaten weniger Beschäftigte als 1970, hat aber in der Bundesrepublik ungleich stärker an Bedeutung verloren als in der DDR. Die DDR beschäftigt in der Textilindustrie heute ebensoviel Personen wie die Unternehmen der Bundesrepublik. Die Beschäftigungsstrukturen sind in beiden deutschen Staaten schon 1970 recht unterschiedlich gewesen, in der DDR entfällt fast die Hälfte der Beschäftigung auf die Industrie textiler Flächengewebe, in der Bundesrepublik hat dagegen der Zweig Wirkereien, Strickereien, Textilveredlungs- und Reparaturbetriebe, also der Bereich der Fertigerzeugnisse, ein höheres Gewicht. Die Probleme der Textilindustrie in der Bundesrepublik waren allgemein, doch war Massenware stärker betroffen als Spezialsortimente. Die DDR produziert dagegen überwiegend Massenware, hat die Beschäf-

Übersicht 3.1.-22

Industriebereich „Textilgewerbe"

	Bundesrepublik		DDR	
	1970	1983	1970	1983
	Umsatz bzw. Bruttoproduktion			
Insgesamt, in Mrd. DM bzw. M	32,56	27,44	12,40	20,58
in vH der gesamten Industrie	3,6	2,5	6,4	5,6
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Industrie zur Aufbereitung textiler Rohstoffe; Spinnereien und Zwirnereien	34,4	31,0	30,0	26,4
Industrie textiler Flächengebilde	38,2	37,9	40,9	44,6
Wirkereien und Strickereien, Textilveredelungs- und Reparaturbetriebe	27,4	31,1	29,1	29,0
	Beschäftigte			
Insgesamt, in 1 000 Personen	501	238	265	232
in vH der gesamten Industrie	5,7	3,4	8,8	6,8
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Industrie zur Aufbereitung textiler Rohstoffe; Spinnereien und Zwirnereien	30,7	30,4	24,3	23,8
Industrie textiler Flächengebilde	29,6	29,1	49,1	48,5
Wirkereien und Strickereien, Textilveredelungs- und Reparaturbetriebe	39,7	40,5	26,6	27,7

Quelle: Vgl. methodische Hinweise.

tigung ebenfalls etwas reduziert, jedoch in allen drei Industriezweigen noch ein Wachstum der Warenproduktion ausgewiesen.

Da auch Entwicklungsländer ihre Industrien mit modernen Textilmaschinen ausrüsten, zudem auch über Rohstoffe, z. B. Baumwolle und Wolle verfügen, wird sich die traditionell in beiden deutschen Staaten ansässige Textilindustrie nur behaupten können, wenn sie Spezialsortimente und höchste Qualität erzeugt. In diese Richtung hat sich die Textilindustrie der Bundesrepublik gesundgeschrumpft, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wurde durch jährliche Investitionen in Milliardenhöhe gestärkt.

In der DDR sind die Investitionen seit 1977 rückläufig und waren 1983 geringer als 1970. Sie stützt ihre Produktion jeweils zu etwa einem Drittel auf Naturfasern (Baumwolle und Wolle), die zu über 95 vH importiert werden müssen, auf Synthesefaserstoffe, deren Produktion sich mit dem Ausbau der Petrochemie verdreifacht hat sowie traditionell auf Viskosefaserstoffe, also Fasern und Fäden zellulosischen Ursprungs[46]. Ganze Produktionskomplexe sind überaltert, die schwankende Qualität der Viskosefasern steht im übrigen dem Einsatz in Hochleistungsmaschinen im Wege. In die Renaissance heimischer Rohstoffe wurde angesichts der Devisenprobleme Anfang der achtziger Jahre auch die Textilindustrie einbezogen, über darauf zurückzuführende Qualitätsprobleme und Betriebsstörungen wurde berichtet. Während strukturelle Veränderungen in der Bundesrepublik schon in den siebziger Jahren begonnen haben, hat die DDR zunächst nur organisatorisch einen Schritt zur Modernisierung ihrer Textilindustrie getan. Im Zuge der Kombinatsbildung wurden einige hundert bezirksgeleitete Kleinbetriebe den großen Textilkombinaten angeschlossen. Jetzt decken sechs große Kombinate den Bereich der Textilindustrie fast ganz ab. Allerdings weist dieses Vorgehen in die gleiche Richtung, wie sie schon in anderen Bereichen zu beobachten war. Ziel ist nicht Spezialisierung, sondern Standardisierung und Massenproduktion. Damit stellt sich die DDR noch stärker der Konkurrenz der Entwicklungsländer, bleibt verwundbar bei Erhöhung der Rohstoffpreise und muß bei der Fertigproduktion mit Billig-Lohn-Ländern konkurrieren.

Übersicht 3.1.-23

Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Textilgewerbe

	1970	1976	1983
	Bundesrepublik		
Chemiefasererzeugung (1 000 t)	723	915	908
Gewebe, ganz oder überwiegend aus Baumwolle (Mill. m²)	930	906	844
Raumtextilien (Mill. m²)	339	413	342
davon			
Möbelstoff	24	25	18
Dekorationsstoff	76	74	54
textiler Fußbodenbelag	75	132	142
undichter Vorhangstoff	164	182	128
Untertrikotagen (Mill. Stück)	337	350	194
Strumpfwaren (Mill. Paar)	372	178	167
	DDR		
Chemiefasererzeugung (1 000 t)	215	284	306
Gewebe, ganz oder überwiegend aus Baumwolle (Mill. m²)	248	274	298
Raumtextilien (Mill. m²)	177	276	289
davon			
Möbelstoff	23	34	35
Dekorationsstoff	55	78	82
textiler Fußbodenbelag	15	27	37
undichter Vorhangstoff	84	137	136
Untertrikotagen (Mill. Stück)	145	163	181
Strumpfwaren (Mill. Paar)	199	291	357
	DDR in vH der Bundesrepublik		
Chemiefasererzeugung	*29,7*	*31,0*	*33,7*
Gewebe, ganz oder überwiegend aus Baumwolle	*26,7*	*30,3*	*35,3*
Raumtextilien	*52,3*	*66,9*	*84,7*
davon			
Möbelstoff	*97,5*	*137,6*	*192,5*
Dekorationsstoff	*72,2*	*105,1*	*152,0*
textiler Fußbodenbelag	*19,8*	*20,2*	*25,8*
undichter Vorhangstoff	*51,3*	*75,5*	*106,3*
Untertrikotagen	*42,9*	*46,6*	*93,4*
Strumpfwaren	*53,3*	*163,8*	*213,9*

Quellen: Statistisches Bundesamt. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen des DIW.

Die Industrie zur Aufbereitung textiler Rohstoffe spürt die Rohstoffabhängigkeit besonders stark. Sie ist zu Beginn der achtziger Jahre auch in der DDR kaum noch gewachsen. Zwei Kombinate, Baumwolle, Karl-Marx-Stadt mit 70 000 sowie Wolle und Seide, Meerane mit 40 000 Beschäftigten, verarbeiten das ganze Faseraufkommen der DDR zu Fäden, Garnen und Stoffen, verfügen auch schon über Weiterverarbeitungskapazitäten. Die Kombinate Technische Textilien, Karl-Marx-Stadt (26 000 Beschäftigte) und Deko, Plauen (40 000) stellen aus den Fäden textile Flächengebilde wie Teppiche, Gardinen, Decken, Zelte, aber auch Netze und Seile her. Die Qualitätsprobleme in dieser Produktionsstufe erlauben dann später auch bei der Konfektion nur die Herstellung von Standardware.

Das Schwergewicht der Produktion von textilen Fertigprodukten liegt beim Strumpfkombinat Esda (17 000 Beschäftigte), dem 47 bezirksgeleitete Betriebe zugeordnet wurden und beim Kombinat Trikotagen (58 000), das mit über 100 zusätzlichen Klein- und Mittelbetrieben die Wäscheproduktion der DDR abdeckt. Die Modernisierung und Integration der Kleinbetriebe wird die DDR in den achtziger Jahren noch vor erhebliche Probleme stellen. Der bisherige Umfang der Investitionen reicht dafür in keiner Weise aus.

Insgesamt hat sich die Textilindustrie der DDR ganz gut halten können. Die Chemiefaserindustrie ist dort erst in den siebziger Jahren stärker aufgebaut worden, d. h. die Textilindustrie kann heute dreimal so viel höherwertige Fasern verarbeiten wie 1970, sie steigerte auf dieser Grundlage Menge und Qualität. Im Vergleich zur Bundesrepublik fehlt jedoch der Strukturwandel in Richtung auf Spezialsortimente und höchste Qualität. Unproduktive Produktionen sind nicht aufgegeben worden, auch wurde zu wenig investiert. Die sichere Absatzlage der DDR-Textilindustrie im Inland und im Handel mit der Sowjetunion hat diese Veränderungen bisher noch nicht erzwungen. In ihrem Westhandel wurden die Strukturprobleme allerdings schon deutlich. Pro Kopf betrug die Leistung im Vergleich zur Bundesrepublik 56 vH.

3.1.2.9. Restliche Verbrauchsgüterindustrien

Dieser Industriebereich hat in der Bundesrepublik stark an Bedeutung verloren, von 1970 bis 1983 ging die Beschäftigung um ein Drittel zurück. Dahinter stehen Entwicklungen, die kaum umkehrbar sind, sie sind überwiegend Folgen des technischen Fortschritts und des zunehmenden Standortvorteils von Schwellenländern. Daß vor allem technischer Fortschritt Arbeitskräfte freisetzte, zeigt sich darin, daß trotz des großen Rückgangs der Beschäftigung die realen Umsätze insgesamt leicht zunehmen konnten. Die DDR ist in einer etwas anderen Position. Viele Produktionen in diesem Bereich — er wird in der DDR Leichtindustrie genannt — bieten ihr bei vergleichsweise niedrigen Arbeitskosten einen vermeintlichen Vorteil. Diese Produkte basieren zu einem großen Teil auf heimischen Rohstoffen und lassen sich recht erfolgreich exportieren. Dies gilt z. B. für Möbel, Porzellan und Bekleidung. So wurde die Zahl der Beschäftigten bis

Übersicht 3.1.-24

Industriebereich „Restliche Verbrauchsgüterindustrien"

	Bundesrepublik		DDR	
	1970	1983	1970	1983
	Umsatz bzw. Bruttoproduktion			
Insgesamt, in Mrd. DM bzw. M	113,25	116,54	19,92	35,65
in vH der gesamten Industrie	12,5	10,7	10,3	9,7
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Holzbearbeitende Industrie	24,3	26,5	17,8	21,3
Zellstoff- und Papierindustrie	17,9	22,3	13,5	12,9
Polygraphische Industrie	15,0	15,8	5,7	4,4
Kulturwarenindustrie [1]	4,6	4,7	10,0	9,8
Konfektionsindustrie	18,9	15,4	22,0	21,9
Leder-, Schuh- und Rauchwarenindustrie	9,5	5,7	17,0	15,4
Glas- und feinkeramische Industrie	9,8	9,6	14,0	14,3
	Beschäftigte			
Insgesamt, in 1 000 Personen	1 492	994	479	526
in vH der gesamten Industrie	17,0	14,2	15,9	15,4
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Holzbearbeitende Industrie	19,7	24,5	18,4	17,9
Zellstoff- und Papierindustrie	14,0	14,9	11,3	9,9
Polygraphische Industrie	15,1	16,1	5,2	4,5
Kulturwarenindustrie [1]	4,1	5,6	14,2	15,2
Konfektionsindustrie	25,5	19,9	22,9	23,6
Leder-, Schuh- und Rauchwarenindustrie	9,8	7,2	13,6	13,7
Glas- und feinkeramische Industrie	11,8	11,8	14,4	15,2

[1] Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Volkskunst usw.

Quelle: Vgl. methodische Hinweise.

1976 noch um 12 vH erhöht. Inzwischen wurde allerdings auch hier, wie bei der Textilindustrie, langsam mit dem Abbau von Beschäftigten begonnen.

Strukturverschiebungen zeigen sich deutlich in der Bundesrepublik. Holz sowie Zellstoff und Papier haben ihr Gewicht innerhalb der Industrie 1983 gegenüber 1970 erhöht, Bekleidung und Leder haben an Gewicht verloren. Dies gilt für den realen Umsatz und die Beschäftigung, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Die DDR hat auch in diesem Industriebereich organisatorische Veränderungen vorgenommen. 1979 wurden 450 bezirksgeleitete Klein- und Mittelbetriebe, die bis zu Beginn der siebziger Jahre zumindest teilweise noch Privatbetriebe waren, den bestehenden Kombinaten angegliedert. In der Möbelindustrie, in der holzbearbeitenden Industrie und bei Sportgeräten[47] wurden damals erst die Kombinate gebildet.

Die holzbearbeitende Industrie umfaßt auch die Möbelindustrie. Diese Erzeugnisgruppe hatte sich in der Bundesrepublik in den siebziger Jahren recht gut entwickelt, die Umsätze stiegen von 1970 bis 1980 auf 133 vH, die Beschäftigung blieb mit einigen Schwankungen konstant. Die Nachfrage ging, parallel zur Entwicklung der Bauindustrie, danach so rapide zurück, daß auch in diesem Bereich 50 000 Beschäftigte freigesetzt wurden.

In der DDR wurden unter der Regie des Kombinats Holzhandel in allen Bezirken die Betriebe der Nutz-

holzindustrie, vor allem Sägewerke, Faser- und Spanplattenbetriebe, zu bezirksgeleiteten Kombinaten zusammengefaßt, um das Aufkommen inländischer Hölzer möglichst zentral zu erfassen und zu verteilen. Holz ist knapp in der DDR, gut 1,5 Mill. m^3 müssen jährlich aus der Sowjetunion importiert werden. Die sieben Möbelkombinate haben sich jeweils spezialisiert, z. B. Polstermöbel, Wohnraummöbel usw. Mehrere Hundert teils handwerklich betriebene Produktionsstätten stellen Massenware mit durchaus hoher Verarbeitungsqualität für den Export und für den Eigenbedarf her. Große Spanplattenwerke, z. B. in Ribnitz-Damgarten liefern das Material. Westliches Design und modernes Marketing werden erfolgreich eingesetzt (IKEA).

Dieses Rezept scheint, von Anlaufschwierigkeiten einmal abgesehen, aufzugehen. Fraglich ist jedoch, ob der Aufwand beim Export über den Erlös gedeckt werden kann. Die Möbelindustrie in der Bundesrepublik hat diese Märkte jedenfalls weitgehend aufgegeben und setzt auf höhere Qualität bei kleiner Serie. Die Berechnungen ergeben für die DDR im Vergleich zur Bundesrepublik 1983 eine Leistung pro Beschäftigten von 58 vH. Der Abstand war 1970 noch sehr groß und ist in den siebziger Jahren allmählich, dann nach Bildung der Möbelkombinate 1979 deutlich geringer geworden.

Die Zellstoff- und Papierindustrie hat in beiden deutschen Staaten im Berichtszeitraum ihre Umsätze steigern können, in der Bundesrepublik aber stark rationalisiert und in erheblichem Umfang Arbeitskräfte freigesetzt. Die hohe Qualität der Papier- und Zellstoffwerke, aber auch die Leistungsfähigkeit z. B. der Pappeindustrie hat diesen Zweig in der Bundesrepublik in die Lage versetzt, selbst dem Ansturm der Kunststoffe Paroli zu bieten. Die Qualität der Erzeugnisse in der DDR ist ausgesprochen schlecht. Die DDR hat einen etwas höheren Altpapiereinsatz und eine eigene Sulfitzellstoffbasis, aber nicht ausreichend Holz, Kreide und Kaolin. Bis auf die Papierfabrik in Rosenthal sind alle Zellstoffabriken alt, unwirtschaftlich und umweltschädigend. Die Wellpappenproduktion ist wegen Rohstoffmangels auf einem so niedrigen Stand geblieben, daß auch qualitativ schlechteres Verpackungsmaterial zur Deckung des Bedarfs herangezogen werden muß. Insgesamt bringt dieser Zweig mit 62 vH eine relativ hohe Leistung. Offenbar nutzt die DDR, unabhängig von westlichen Modewechseln, Größenvorteile in der Produktion.

Die polygraphische Industrie, also vor allem die Druckereien, haben in der Bundesrepublik schmerzhafte Strukturanpassungsprozesse hinter sich. Zwar kann sich die Produktion von Büchern und Zeitschriften noch recht gut gegen die neuen Medien behaupten, ja zum Teil zeigen sich auch deutliche Symbiosen zwischen ihnen — z. B. das Buch zur Sendung oder zum Film. Die neuen Techniken revolutionierten jedoch diesen Zweig selbst, Traditionen einer alten Zunft gerieten ins Hintertreffen, die Beschäftigung ging um über ein Viertel zurück, obwohl die Umsätze auf hohem Niveau noch leicht gestiegen sind.

In der DDR ist die Produktion niedrig, die Zahl der Beschäftigten verschwindend klein. In der Bundesrepublik wurden doppelt so viel Arbeitskräfte frei, wie die DDR im Einsatz hat. Druckereikapazität ist knapp, die Qualität entspricht der Monopolstellung des Anbieters. Die Tageszeitungen werden auf Großanlagen gedruckt. Werbung spielt in der DDR keine Rolle. Die Auflagen der Zeitungen und Bücher sind im Vergleich zur Bundesrepublik so hoch, daß die Größenvorteile, die das Offset-Verfahren in Verbindung mit elektronischem Satz (Fotosatz, Lichtsatz) bietet, voll zum Tragen kommen könnten. Auch gehören die Maschinen aus der DDR, also von Polygraph, absolut noch in die Spitzengruppe der internationalen Druck- und Bindetechnik. Insgesamt ergibt sich für die polygraphische Industrie der DDR eine Relation von 56 vH. Es gibt jedoch zu wenig neue Druckereien und sehr viele alte, so daß die durchschnittliche Leistung stark gedrückt wird.

Die Kulturwarenindustrie ist ein recht heterogener Zweig, der in der DDR schon 1970 mehr Beschäftigte als in der Bundesrepublik hatte. Er enthält Sektoren, die oft viel handwerkliches Geschick erfordern und einer Massenproduktion nicht immer zugänglich sind. Viele dieser Produkte werden in der Bundesrepublik in Handwerksbetrieben gefertigt, in der DDR hat man auch sie zu großen und kleinen Kombinaten zusammengefaßt. Hierzu gehören die Kombinate Musikinstrumente, Spielwaren, Turn- und Sportgeräte und erzgebirgische Volkskunst. Gerade letztgenanntes Kombinat verdeutlicht, daß trotz einer organisatorischen Bindung in einem Kombinat die handwerkliche Fertigung überwiegt. Das Ergebnis ist deshalb für die DDR weniger gut, die Leistung beträgt 31 vH im Vergleich zur Bundesrepublik.

Die Konfektions- oder Bekleidungsindustrie erreichte in der Bundesrepublik ihren Höhepunkt 1972 und hat ihre Umsätze bis 1980 noch behaupten können. Die Zahl der Beschäftigten hat sich jedoch bis 1983 fast halbiert, nach 1980 wurden nochmals 57 000 Arbeitsplätze aufgegeben[48].

In vielen Schwellenländern, z. B. der Türkei, aber auch in Rumänien, nahm die Konfektionsindustrie — überwiegend auch Lohnveredelung — einen solchen Aufschwung, daß auch leistungsfähige mittelständische Unternehmen in der Bundesrepublik nicht mehr damit konkurrieren konnten. Die Schwellenländer dagegen nutzen damit die Chance, nicht nur für den Export zu rationalisieren, sondern auch den Nachholbedarf der eigenen Bevölkerung zu befriedigen. Die Betriebe in der Bundesrepublik versuchen es mit Erzeugnissen höchster Qualität und sind damit z. T. sehr erfolgreich. Die Konfektionsindustrie der DDR ist auch nach Gründung von spezialisierten Kombinaten nicht sehr konkurrenzfähig. Es dominiert die Massenfertigung. Inzwischen hat die Beschäftigung geringfügig abgenommen, die Bruttoproduktion ist erheblich gestiegen. Die Relation fällt angesichts des Vorherrschens von Standardqualität unterdurchschnittlich aus, die Pro-Kopf-Leistung betrug 1983 nur 44 vH der Leistung der Konfektionsindustrie der Bundesrepublik.

Auf höhere Qualität setzten zwei: das Kombinat Schuhe in Weißenfels und die Salamander AG. Sala-

Übersicht 3.1.-25

Ausgewählte Produkte der restlichen Verbrauchsgüterindustrien

		1970	1976	1980	1983
		Bundesrepublik Deutschland			
Sperrholz	(1 000 m³)	603	442	429	334
Spanplatten	(1 000 m³)	3 778	6 046	6 243	5 768
Verpackungskarton und Pappe	(1 000 t)	647	706	842	1 003
Pianos und Flügel	(Stück)	23 594	25 975	31 377	24 554
Schallplatten	(Mill. Stück)	.	176	188	184
Straßenschuhe	(Mill. Paar)	144	98	90	60
Fensterglas	(1 000 m²)	46 664	20 554	5 155	1 788
Thermoscheiben	(1 000 m²)	5 406	9 765	16 668	12 642
Sicherheitsglas	(1 000 m²)	12 709	12 861	13 074	14 803
		DDR			
Sperrholz	(1 000 m³)	73	79	82	77
Spanplatten	(1 000 m³)	451	662	735	859
Verpackungskarton und Pappe	(1 000 t)	343	401	400	384
Pianos und Flügel	(Stück)	21 051	25 118	28 425	23 645
Schallplatten	(Mill. Stück)	6	15	16	17
Straßenschuhe	(Mill. Paar)	38	43	40	43
Fensterglas	(1 000 m²)	20 978	20 498	23 296	23 645
Thermoscheiben	(1 000 m²)	935	1 700	2 481	2 450
Sicherheitsglas	(1 000 m²)	1 072	1 400	1 559	1 734
		DDR in vH der Bundesrepublik			
Sperrholz		*12,1*	*17,9*	*19,0*	*23,1*
Spanplatten		*11,9*	*10,9*	*11,8*	*14,9*
Verpackungskarton und Pappe		*53,0*	*56,8*	*47,5*	*38,3*
Pianos und Flügel		*89,2*	*96,7*	*90,6*	*96,3*
Schallplatten		.	*8,5*	*8,5*	*9,0*
Straßenschuhe		*26,6*	*43,5*	*44,7*	*72,1*
Fensterglas		*45,0*	*99,7*	*451,9*	*1 322,4*
Thermoscheiben		*17,3*	*17,4*	*14,9*	*19,4*
Sicherheitsglas		*8,4*	*10,9*	*11,9*	*11,7*

Quellen: Statistisches Bundesamt. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen des DIW.

mander hat heute in der DDR einen größeren Marktanteil als in der Bundesrepublik. Die Qualität des Schuhsortiments ist in der DDR gestiegen, die Quantität auch — die DDR ist auf Schuhimporte aus den Partnerländern kaum noch angewiesen [49]. In der Bundesrepublik mußte diese Branche ihre Umsätze von 1970 bis 1983 auf 63 vH reduzieren, das ist — wie auch beim Lederverarbeitungsmaschinenbau (61 vH) — der größte Rückgang aller Industriezweige. Gleichzeitig wurde investiert und rationalisiert. Dies führte zu einer Halbierung der Beschäftigung, die Talsohle ist aber wohl durchschritten. Die Relationen haben sich für die DDR gebessert. Die Leistung beträgt 69 vH im Vergleich zu einer kleinen, aber international wettbewerbsfähigen Industrie in der Bundesrepublik.

Die Glas- und feinkeramische Industrie in der Bundesrepublik hat ihre Umsätze 1983 gegenüber 1970 halten können, aber die Beschäftigung um ⅓ abgebaut. In der DDR nahm die Beschäftigung zu, die Warenproduktion wuchs um 83 vH. Diese unterschiedlichen Entwicklungen lassen sich recht gut auf ihre Ursachen zurückführen. In der Glasindustrie der Bundesrepublik leidet vor allem die Bauglasindustrie, einmal weil die Bautätigkeit zurückgeht, zum anderen, weil die hohen Energiekosten in der Glaserzeugung den Wettbewerbsvorteil für Länder mit preiswerter Energie vergrößern. In der DDR hat der Wohnungsbau, Neubau und Altbaurenovierung, noch bis auf weiteres höchste Priorität. Glas basiert auf heimischen Rohstoffen, Energie wurde unrealistisch niedrig kalkuliert, erst ab Mitte der siebziger Jahre wurden die Energiepreise deutlich angehoben. Zu dieser Zeit ging das Kombinat Technisches Glas in Ilmenau in Betrieb, die neuen Schmelzwannen des Flachglaskombinats in Torgau waren schon projektiert. Glas ließ sich in Ost und West gut verkaufen.

Die feinkeramische Industrie [50] hat sich zu Beginn der achtziger Jahre hier wie dort recht positiv entwickelt, sowohl bei Beschäftigung als auch beim Umsatz. Bei den Artikeln aus Selb und Henneberg-Ilmenau, KPM und Meißen ist die Spezialisierung oft bis auf das Einzelstück getrieben. Manufakturwaren haben einen Namen, ihren Preis und ihre Käufer. Als Aushängeschild einer Industrie fördern sie deren internationales Ansehen. Porzellan aus Kahla und Ilmenau ließe sich ohne Tradition vielleicht nicht so gut verkaufen. Der Leistungsabstand zur Bundesrepublik ist mit 88 vH viel geringer als in anderen Industriezweigen.

Der ganze Industriebereich Leichtindustrie der DDR steht hinsichtlich der Produktivität relativ gut da, wenn man berücksichtigt, wie stark in den meisten Industriezweigen in der Bundesrepublik rationalisiert werden mußte. Dennoch bleibt die unübersehbare Tendenz zur Massenproduktion ein Risiko. Auch die Ansprüche der RGW-Partner an Qualität und modischem Design steigen. Massenware erzielt international kaum noch kostendeckende Preise. Dies gilt zunehmend auch für den Intrablock-Handel. Die Produktivität erreicht 57 vH im Vergleich zur Bundesrepublik.

3.1.2.10. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

Das wenig differenzierte Angebot, das schmale Sortiment und die allgemein nicht sehr hohe Qualität der Nahrungs- und Genußmittel gehören zu den ersten Eindrücken, die man bei Reisen in die DDR gewinnt. Dieser Bereich ist in der Tat nicht sehr leistungsfähig. Der Abstand zur Bundesrepublik war 1970 schon deutlich, zu Beginn der achtziger Jahre ist er noch viel größer. Die Produktion ist unterdurchschnittlich gewachsen, obwohl seit 1970 die Zahl der Beschäftigten in diesem Sektor um 28 vH zugenommen hat. Die Bruttoarbeitsleistung je Beschäftigten in diesem Bereich war 1980 niedriger als 1976. Dagegen ist die Lebensmittelindustrie der Bundesrepublik, gestützt durch erhebliche Ersatzinvestitionen mit großer Rationalisierungswirkung, zwischen 1970 und 1983 überdurchschnittlich gewachsen und hat sich erheblich verändert. Die Zahl der Beschäftigten nahm bis 1983 um 115 000 auf 400 000 ab. Zur Zeit erreichen über die Hälfte der 12 Industriezweige der Nahrungsmittelindustrie in der DDR nicht einmal ein Drittel der Pro-Kopf-Leistung der entsprechenden Industriezweige in der Bundesrepublik. Die einseitige Bevorzugung exportintensiver Bereiche der DDR-Volkswirtschaft stellte die für die Versorgung der Bevölkerung wichtigen Zweige in den Schatten.

Trotz Rückgang der Fisch- und Tabakwarenindustrie, Entwicklungsproblemen bei Milch-, Mühlen-, Backwaren-, Zucker- und Getränkeindustrie hat die Lebensmittelindustrie in der Bundesrepublik ihren Anteil bei Umsatz und Beschäftigung behaupten können.

In der DDR wird heute 1 vH der industriell Beschäftigten zusätzlich von der Lebensmittelindustrie gebunden, die Bedeutung dieses Bereichs — gemessen an der industriellen Warenproduktion — hat um fast 3 vH-Punkte abgenommen.

Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist in der DDR durch eine Vielfalt der Betriebs- und Unternehmensformen gekennzeichnet. Das Handwerk, insbesondere Bäcker und Fleischer, aber auch z. B. noch Müller und Brauer, hat eine für die Versorgung der Bevölkerung hohe Bedeutung. Diese ist für Qualitätsprodukte noch größer, als es in den zusammengefaßten Kennziffern zum Ausdruck kommt.

Eine große Rolle, über 10 vH der Produktion des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes, spielt nach wie vor der Verband der Konsumgenossenschaften in der DDR, vor allem beim Back- und Fleischwarengewerbe. Andere genossenschaftliche Vereinigungen, auch eingebunden in die Planungshierarchie, sind von Gewicht in der fisch- und milchverarbeitenden Industrie.

Die Fischindustrie ringt in beiden deutschen Staaten um die Sicherstellung ihrer Fanggründe. Die Fangergebnisse bei Seefisch sind rückläufig. Obwohl sich die Fischindustrie der Bundesrepublik bemüht, der Verarbeitung ein relativ höheres Gewicht zu geben, konnte ein Rückgang der Beschäftigung insgesamt nicht aufgehalten werden. Fisch steht heute in

Übersicht 3.1.-26

Industriebereich „Nahrungs- und Genußmittelgewerbe"

	Bundesrepublik		DDR	
	1970	1983	1970	1983
	Umsatz bzw. Bruttoproduktion			
Insgesamt, in Mrd. DM bzw. M	99,20	123,16	32,35	51,11
in vH der gesamten Industrie	11,0	11,3	16,7	13,9
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Fischindustrie	1,7	1,2	1,9	1,8
Fleischindustrie	7,3	12,3	24,2	26,3
Milch- und eiverarbeitende Industrie	19,4	18,3	16,5	15,8
Mühlen-, Nährmittel- und Backwarenindustrie	9,7	8,6	10,2	9,6
Pflanzenöl- und -fettindustrie	3,6	4,6	6,1	5,9
Zucker- und Stärkeindustrie	4,0	3,7	4,1	4,0
Süßwaren-, Kaffee-, Tee- und Kakaowarenindustrie	7,7	12,2	5,8	6,2
Obst- und gemüseverarbeitende Industrie	3,2	3,6	3,0	3,4
Futtermittelindustrie	5,1	6,5	2,0	1,9
Gewürz- und übrige Lebensmittelindustrie	3,0	2,8	1,2	1,3
Gärungs- und Getränkeindustrie	19,3	15,1	17,1	17,9
Tabakwarenindustrie	16,0	11,1	7,9	5,9
	Beschäftigte			
Insgesamt, in 1 000 Personen	514	399	230	294
in vH der gesamten Industrie	5,8	5,7	7,6	8,6
	(Anteile in vH, insgesamt = 100)			
davon				
Fischindustrie	2,5	2,4	8,0	7,1
Fleischindustrie	8,4	12,5	16,8	17,8
Milch- und eiverarbeitende Industrie	11,1	11,0	9,8	9,8
Mühlen-, Nährmittel- und Backwarenindustrie	10,9	17,5	13,8	14,9
Pflanzenöl- und -fettindustrie	2,9	2,4	1,9	2,0
Zucker- und Stärkeindustrie	4,1	4,5	8,3	8,6
Süßwaren-, Kaffee-, Tee- und Kakaowarenindustrie	16,9	11,5	6,0	5,6
Obst- und gemüseverarbeitende Industrie	5,5	4,2	6,7	7,1
Futtermittelindustrie	2,5	3,5	3,1	1,9
Gewürz- und übrige Lebensmittelindustrie	2,1	3,5	1,0	1,1
Gärungs- und Getränkeindustrie	27,1	22,0	17,6	18,2
Tabakwarenindustrie	6,0	5,0	7,0	5,9

Quelle: Vgl. methodische Hinweise.

Übersicht 3.1.-27

Produktion ausgewählter Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes in 1 000 t

	1970	1976	1980	1983
	Bundesrepublik			
Fischkonserven	53	55	49	41
Fleisch- und Wurstwaren	408	529	866	906
Fleisch- und Wurstkonserven[1]	181	260	311	323
Butter[2]	446	405	479	519
Käse	460	527	695	795
Trockenmilch	399	550	830	879
Mehl aller Sorten	2 937	2 813	3 198	2 747
Teigwaren	186	210	196	199
Brot und Kleingebäck	954	1 048	1 476	1 835
Pflanzenöl, raffiniert	1 087	1 252	1 612	1 610
Margarine	542	520	511	500
Weißzucker	1 854	2 382	2 643	2 478
Zuckerwaren	255	282	324	328
Marmelade und Fruchtgelees	139	173	178	185
Süßmost und trinkfertige Säfte[3]	482	784	1 265	1 695
Obstkonserven	118	159	130	148
Gemüsekonserven	319	184	162	115
Bohnenkaffee, geröstet	195	265	312	339
Bier (Mill. hl)	82	91	90	92
Spirituosen[4] (Mill. l)	342	430	388	311
Zigaretten (Mrd. Stück)	130	148	161	156
	DDR			
Fischkonserven	18	21	17	20
Fleisch- und Wurstwaren	313	408	442	463
Fleisch- und Wurstkonserven[1]	35	43	53	53
Butter[2]	216	278	280	291
Käse	167	196	210	225
Trockenmilch	97	176	171	144
Mehl aller Sorten	1 325	1 332	1 330	1 363
Teigwaren	47	53	61	69
Brot und Kleingebäck	694	789	845	893
Pflanzenöl, raffiniert	229	223	244	239
Margarine	188	179	172	177
Weißzucker	540	667	733	846
Zuckerwaren	41	84	88	93
Marmelade und Fruchtgelees	47	56	55	53
Süßmost und trinkfertige Säfte[3]	47	77	100	135
Obstkonserven	30	63	59	63
Gemüsekonserven	100	125	164	198
Bohnenkaffee, geröstet	40	43	49	56
Bier (Mill. hl)	17	21	24	25
Spirituosen[4] (Mill. l)	115	156	210	250
Zigaretten (Mrd. Stück)	17	20	26	27

noch Übersicht 3.1.-27

	1970	1976	1980	1983
	DDR in vH der Bundesrepublik			
Fischkonserven	*34,7*	*38,1*	*34,8*	*48,2*
Fleisch- und Wurstwaren	*76,7*	*77,1*	*51,0*	*51,1*
Fleisch- und Wurstkonserven[1]	*19,1*	*16,6*	*16,9*	*16,6*
Butter[2]	*48,4*	*68,5*	*58,4*	*56,0*
Käse	*36,3*	*37,1*	*30,2*	*28,3*
Trockenmilch	*24,3*	*32,1*	*20,6*	*16,4*
Mehl aller Sorten	*45,1*	*47,3*	*41,6*	*49,6*
Teigwaren	*25,3*	*25,0*	*31,1*	*34,7*
Brot und Kleingebäck	*72,7*	*75,2*	*57,2*	*48,7*
Pflanzenöl, raffiniert	*21,1*	*17,8*	*15,2*	*14,9*
Margarine	*34,6*	*34,4*	*33,6*	*35,4*
Weißzucker	*29,1*	*28,0*	*27,7*	*34,1*
Zuckerwaren	*16,2*	*29,7*	*27,3*	*28,3*
Marmelade und Fruchtgelees	*34,0*	*32,1*	*30,9*	*29,0*
Süßmost und trinkfertige Säfte[3]	*9,7*	*9,8*	*7,9*	*8,0*
Obstkonserven	*25,1*	*39,6*	*45,4*	*42,2*
Gemüsekonserven	*31,2*	*67,9*	*101,5*	*172,7*
Bohnenkaffee, geröstet	*19,5*	*16,3*	*15,5*	*16,5*
Bier	*20,4*	*23,4*	*26,4*	*27,6*
Spirituosen[4]	*33,7*	*36,3*	*54,0*	*80,2*
Zigaretten	*12,8*	*13,4*	*16,2*	*17,6*

[1] Einschließlich Fleisch- und Wurstpräserven.
[2] Nicht berücksichtigt wurden unterschiedliche Fettgehalte.
[3] Ohne Gemüsesäfte.
[4] Nicht berücksichtigt wurden unterschiedliche Alkoholgehalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt. — Statistische Jahrbücher der DDR.

der Bundesrepublik in sehr guter Qualität zur Verfügung, hat allerdings auch seinen Preis. In der DDR ist Fisch bisher preiswertes Grundnahrungsmittel geblieben, die Breite des Angebots ist nicht gestiegen.

In der Fischindustrie der DDR arbeiten etwa 20 000 Personen, davon 16 000 im Fischkombinat Rostock. 4 000 Seefischer dieses Unternehmens konnten 1983 205 000 t anlanden (1970: 60 000 t), die 2000 Seefischer der Bundesrepublik fingen 273 000 t (1970: 613 000 t). Die einst so große Hochsee-Fischfangflotte der Bundesrepublik schrumpfte bis auf 12 Fabrikschiffe und 7 Trawler zusammen, diese sind durchweg aber ebenso moderner Bauart wie die Schiffe des Kombinats Rostock. In Bremerhaven arbeiten 7 000 Personen in der Fischverarbeitung, in der DDR sind es 10 000 Beschäftigte. Das Produktionsergebnis ist in der Bundesrepublik jedoch mehr als doppelt so groß. Frischfisch hat in der DDR ein größeres Gewicht als in der Bundesrepublik.

Mit einigem Erfolg hat sich die DDR bemüht, Ausfälle beim Seefischfang durch Produktionssteigerung bei den Küsten- und Binnenfischern auszugleichen. Die 3 000 Küstenfischer landen etwa 50 000 Tonnen an, sind zum Teil genossenschaftlich organisiert und verarbeiten anteilig mehr als das Fischkombinat. Die Bedeutung, die die Wirtschaftsführung der DDR der Fischindustrie für die Versorgung der Bevölkerung zumißt, hat sich auf die Qualität kaum ausgewirkt, die Verarbeitungsbetriebe sind weniger leistungsfähig als der Fischfang.

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Struktur, Tiefe und Quantität der Fischverarbeitung errechnet sich für diesen Industriezweig eine Relation im Vergleich zur Bundesrepublik von 44 vH je Beschäftigten.

Die Fleischindustrie hat in der Bundesrepublik trotz des schon hohen Ausgangsniveaus seit 1970 ihre Produktion verdoppeln können, die der DDR dagegen

nicht. Allerdings hat in der Bundesrepublik gleichzeitig die Bedeutung des Fleischerhandwerks abgenommen. In der DDR sind die 15 staatlichen Fleischkombinate und die Betriebe des Verbandes der Konsumgenossenschaften sehr unterschiedlich in ihrer Leistung, sowohl in bezug auf die Zahl der geschlachteten Tiere als auch bei Tiefe und Qualität der Verarbeitung. Alte Verarbeitungsbetriebe, wie der für die Versorgung Berlins wichtige Schlachthof am Prenzlauer Berg überwiegen, moderne Anlagen wie in Eberswalde sind die Ausnahme. Im innerbetrieblichen Transport — ein Bereich, der in der Bundesrepublik schon früh rationalisiert wurde, arbeitet im Durchschnitt fast ein Drittel aller Beschäftigten. Der Anteil der Verarbeitung zu Wurst und Konserven ist geringer, Tiefkühlware ist quantitativ und qualitativ bemerkenswert schwach vertreten. Die Fleischkombinate sind den Handwerksbetrieben besonders bei der Verarbeitung unterlegen.

Die privaten Betriebe müssen ihre Rohware ohnehin von den Großbetrieben beziehen, stehen auch unter deren Kontrolle bei der Preis- und Sortimentsgestaltung.

Gemessen an der Angebotsstruktur der DDR ergibt sich eine für die Lebensmittelindustrie noch überdurchschnittliche Pro-Kopf-Leistung von 60 vH im Vergleich zur Fleischwarenindustrie der Bundesrepublik.

Die milch- und eiverarbeitende Industrie hat in der Bundesrepublik stärker als in der DDR ihren dezentralen Charakter verloren. Auch im ländlichen Raum wird die Milch an wenigen zentralen Orten verarbeitet. Die Zahl der Beschäftigten hat in der ersten Hälfte der siebziger Jahre stark abgenommen, die Umsätze waren rückläufig. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre sind sie dann wieder deutlich auf ein hohes Niveau gestiegen. Die hohe Qualität bei zunehmender Verarbeitungstiefe und Sortimentsbreite hat sich auch in einer hohen Pro-Kopf-Umsatzleistung in diesem Industriezweig niedergeschlagen. 1983 war sie dreimal so hoch wie der industrielle Durchschnitt und betrug über eine halbe Million DM im Jahr.

Die Beschäftigten in der DDR erreichten im gleichen Jahr mit 82 000 Mark nicht den Durchschnitt der Industrie und nicht einmal die Leistung von 1970. Viele Betriebe sind in ihrer ländlichen Umgebung verblieben, sie werden durch die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe betrieben. Ohne die zusätzlichen Arbeitskräfte hätte die Leistung in den alten, unrentablen Anlagen nicht gesteigert werden können. Die Sortimentsbreite hält in keiner Weise einem Vergleich mit der Bundesrepublik stand. Zwar ist die Butterproduktion relativ höher, Joghurt spielt dagegen keine nennenswerte Rolle, Käse erreicht nur 45 vH der Butterproduktion (in der Bundesrepublik sind es 10 vH mehr). Diese unterschiedlichen Sortimentsstrukturen werden beim Leistungsvergleich ausgeklammert. Bezogen auf die Betriebsstruktur der DDR ergibt sich bei einer Produktivität von 58 vH ein noch immer großer Leistungsabstand zur Bundesrepublik.

Die Mühlen-, Nährmittel- und Backwarenindustrie hat in der DDR die Zahl ihrer Beschäftigten seit 1970 konstant gehalten, in der Bundesrepublik aber deutlich gesteigert. Die Verarbeitungstiefe und Sortimentsbreite hat sich auch in diesem Industriezweig erhöht, allerdings sind die Umsätze 1983 gegenüber 1980 rückläufig. Mühlen- und Futtermittelindustrie sind in der DDR besonders eng miteinander verbunden, sowohl im ländlichen Raum, in dem die Beschäftigten der DDR noch ganz überwiegend tätig sind, als auch im Getreidekombinat Magdeburg, dessen insgesamt 2 700 Mitarbeiter in den Magdeburger Mühlenwerken, in sieben Getreidewirtschaftsbetrieben und in fünf Futtermittelwerken beschäftigt sind. Nährmittel, also überwiegend verarbeitetes Getreide, spielen in der DDR eine geringere Rolle, ihre Qualität hält zudem einem Vergleich mit der Bundesrepublik nicht stand, dies gilt auch für Kindernahrung.

Ein großes Gewicht haben die Großbetriebe der Backwarenindustrie der DDR, meist Brotfabriken, repräsentiert durch 31 Kombinate, 15 staatliche und 16 des Verbandes der Konsumgenossenschaften. Auch die 250 privaten Bäckereibetriebe Berlins beziehen das Brot zu 80 vH aus der Fabrik und stellen selbst nur Konditorei- und Backwaren her. Dieser Industriezweig hat sich in beiden deutschen Staaten, gemessen an der Produktion, zwar unterdurchschnittlich entwickelt, doch hat die DDR im Bereich der Backwaren etwas aufgeholt. Gemessen am Sortiment der DDR ergab sich ein Leistungsabstand von immer noch 50 vH.

Die Pflanzenöl- und Fettindustrie, die Gewürz- und übrige Lebensmittelindustrie sowie die Tabakwarenindustrie sind in der DDR — verglichen mit der Bundesrepublik — ausgesprochen unterentwickelt. In der genannten Reihenfolge erreichen sie eine Pro-Kopf-Leistung im Vergleich zu den entsprechenden Zweigen in der Bundesrepublik von 30, 29 und 20 vH. Die Tabakwarenindustrie in der Bundesrepublik gehört zu den Zweigen, die — allerdings auf sehr hohem Niveau — Sättigungserscheinungen zeigen. Die Reaktion führte zu einem Abbau von über 30 vH der Beschäftigten. Die Tabakwarenindustrie der DDR hat ihre Warenproduktion noch steigern können, doch dafür auch über ein Drittel mehr Personen beschäftigt.

Die Zucker- und Stärkeindustrie der DDR erreicht ohne Berücksichtigung der Aushilfskräfte in der Saison pro Kopf 25 vH der Leistung vergleichbarer Betriebe in der Bundesrepublik, die Obst- und Gemüseverarbeitung gar nur 11 vH. In beiden Zweigen hat die DDR inzwischen ebenfalls Kombinate gebildet, ändern wird sich die Situation aber erst dann, wenn gründlich investiert wird. Das Beispiel Zuckerindustrie zeigt, daß die DDR offenbar ganze Wirtschaftszweige hat verkommen lassen, wenn mit vorhandenen Anlagen der laufende Inlandsbedarf befriedigt werden kann und der Export weitgehend keine Rolle spielt.

Hüben wie drüben arbeiten die Zuckerfabriken überwiegend in ihren alten Gebäuden vor der Jahrhundertwende. Während aber in der Bundesrepublik neue Technik in die alten Gebäude Einzug hielt, die Produktion vervielfacht wurde, blieb es in der DDR

Übersicht 3.1.-28

Vergleich zwischen den Kapazitätsstrukturen der Zuckerindustrie in der Bundesrepublik Deutschland mit der in der DDR 1980/81

	Bundesrepublik	DDR
Anzahl der Zuckerfabriken	49	47 [1]
davon:		
Rohzucker	8	21
Weißzucker	41	25
Verarbeitungskapazität (t Zuckerrüben pro Tag)		
aller Fabriken	228 060	64 900
Durchschnitt je Fabrik	4 600	1 380
Betriebsgrößen (Fabriken mit einer Tageskapazität von . . .)		
1 800 t Zuckerrüben	2	37
1 800—3 000 t Zuckerrüben	15	9
3 000 t Zuckerrüben	32	0

[1] Einschließlich einer Dicksaftfabrik.

Quelle: Olbrich H.: Zum Jubiläum „100 Jahre Landwirtschaftliches Studium in Berlin (1881—1981)". Schriftenreihe „Beiträge zur Entwicklungsgeschichte der Zuckerwirtschaft und der Zuckerindustrie". Berlin 1981, S. 238.

überwiegend bei den alten Ausrüstungen. Nur eine neue Zuckerfabrik (in Güstrow) wurde errichtet. Die Vorkriegsproduktion wird wegen der Anfälligkeit der alten Maschinen nicht erreicht. Bei der Obst- und Gemüseverarbeitung ist die technische Ausrüstung fast ausnahmslos veraltet; hinzu kommt bei Einengung des Sortiments auf heimische Erzeugnisse eine vergleichsweise niedrige Durchschnittsqualität.

Das Kombinat Süßwaren repräsentiert zusammen mit dem Kombinat Nahrungsmittel und Kaffee einen weiteren Industriezweig, den wachstumsstärksten der Lebensmittelindustrie.

Die Zunahme des teuren Sortiments bei Kakao, Süßwaren und Dauergebäck erklärt den relativen Erfolg dieses Industriezweiges, weniger die gestiegene Produktionsleistung. Das Niveau dieses Industriezweiges ist in der Bundesrepublik ungleich höher, die realen Umsätze stiegen wesentlich stärker als die Produktion in der DDR, die Zahl der Beschäftigten hat sich hier halbiert, in der DDR dagegen nahm sie um 40 vH zu. Dadurch ist dieser Bereich im Vergleich zur Bundesrepublik bei schon deutlich niedrigerem Ausgangsniveau weiter zurückgeblieben. Die Pro-Kopf-Arbeitsleistung beträgt 58 vH.

Die Gärungs- und Getränkeindustrie ist hier wie dort überwiegend vertreten durch Brennereien, Brauereien und Abfüllbetriebe, mit unterschiedlichem Gewicht auch durch Weinkellereien. In der Bundesrepublik waren die Umsätze auf hohem Niveau rückläufig, die Betriebe der DDR holten in der Produktion auf, benötigen dazu aber relativ mehr Arbeitskräfte.

200 Brauereien mit 600 Betriebsteilen produzieren hauptsächlich die Sorten Pils und Hell, Spezialbiere haben einen nur geringen Anteil. Nur ein gutes Dutzend der Brauereien sind mit hochmodernen Gärreaktoren ausgerüstet. In beiden deutschen Staaten ist wohl die „Sättigungsgrenze" beim Bier erreicht. Im Kombinat Spirituosen, Wein, Sekt Berlin sind drei Sorten vereint, die in beiden Ländern, dem Angebot aber auch der Tradition entsprechend, unterschiedliche Bedeutung haben. Wein und Sekt sind im Verhältnis zu den Spirituosen, also Korn, Weinbrand etc., zu teuer und nicht durchgehend im Angebot. Die Verbraucher in der DDR trinken mehr „harte" Spirituosen als die Bürger der Bundesrepublik. Melasse aus den Zuckerfabriken, etwa 200 000 t pro Jahr, ist die Grundlage für 80 vH aller höherwertigen Spirituosen der DDR und wird durch den VEB Gärungschemie Dessau hergestellt. Aus den zur Verfügung stehenden Angaben über die Getränkeerzeugung in beiden deutschen Staaten ergibt sich eine Leistung von 53 vH pro Beschäftigten. Auch in diesem Bereich ziehen alte Brauereien und weniger leistungsfähige Abfüllbetriebe den Durchschnitt in der DDR nach unten.

Die chronische Vernachlässigung des gesamten Nahrungs- und Genußmittelgewerbes durch die DDR-Wirtschaftsführung bei den Investitionen hat dazu geführt, daß die DDR weiter zurückgeblieben ist. Die Pro-Kopf-Leistung ist inzwischen im Vergleich zur Bundesrepublik auf 43 vH gesunken.

3.1.3. Leistungsentwicklung 1970 bis 1983

Durch Verbindung der Detailanalysen wird erstmals ein stark mikroökonomisch abgesicherter Vergleich möglich, ein Versuch also, die makroökonomischen Rahmendaten der offiziellen amtlichen Statistik beider Staaten durch Sekundärmaterial zu vervollständigen. Dabei hat sich die Datenlage durch den systematischen Ausbau des DIW-Archives so verbessert, daß die vorgelegten Ergebnisse für die achtziger Jahre höhere Anforderungen an Genauigkeit erfüllen als die von vorangegangenen Untersuchungen.

Die Verknüpfung der Entwicklung von zehn Industriebereichen (Längsschnitt auf der Grundlage der jeweiligen amtlichen Statistik in vergleichbarer Abgrenzung) mit dem Leistungsvergleich (Querschnitt unter zusätzlicher Einbeziehung von Sekundärmaterial) basiert jeweils auf Leistungsvergleichen nach 66 Sektoren.

Schon aus der Gegenüberstellung der Originalwerte lassen sich relative Leistungsverschiebungen erkennen. Vergleichbar werden sie durch die Berechnung von Bewertungsfaktoren. Diese Faktoren sind ihrer Natur nach Preisrelationen. Allerdings gelten sie nicht für einzelne Industriezweige, sondern sind das Ergebnis mehrstufiger Durchschnittsbildungen und an der

Beschäftigungsstruktur der DDR orientierter Gewichtungen (vgl. genauer die methodischen Hinweise nach den Fußnoten).

Die in Übersicht 3.1.-29 verwendeten aggregierten Bewertungsfaktoren für die Industriebereiche zeigen sehr unterschiedliche Werte. Das war auch zu erwarten, da die Preisstrukturen in der DDR wirtschaftspolitisch gesetzt sind und keinen marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten unterliegen. Hinter der unterschiedlichen Bewertung einzelner Industriezweige in der DDR stehen wirtschaftspolitische Ziele. Tendenziell werden in der Metallurgie durch das Preisamt höhere Preise akzeptiert. Die Modernisierung dieses Bereiches im Untersuchungszeitraum erforderte hohe Aufwendungen für Investitionen in Anlagen und Infrastruktur, aber auch für Generalüberholungen. Mit diesen Kosten werden offenbar die qualitativ besseren Stahlsorten relativ stärker belastet, um über die Erträge schon kurz- bis mittelfristig zur Kostendekkung beizutragen. Gleichzeitig fördern die hohen Betriebspreise bei den Verbrauchern den sparsameren Einsatz dieser Sorten. Materialersparnis in der metallverarbeitenden Industrie ist erklärtes Ziel der Wirtschaftspolitik in der DDR. Ein vergleichsweise niedriges Betriebspreisniveau kennzeichnet den Bereich Steine und Erden. Die Erzeugnisse — z. B. Ziegel, Sand, Kies, Kalk und Zement — wurden in den letzten Jahren nur unwesentlich veredelt, haben also Betriebspreise, die nicht selten schon vor Jahrzehnten kalkuliert worden sind. Sie werden bis heute niedrig gehalten, um die Kosten für das umfangreiche Wohnungsbauprogramm nicht zu sehr zu erhöhen. In stark miteinander verflochtenen Sektoren, in denen in späteren Stufen ohnehin stark subventioniert werden muß, steht offenbar die Kostenkalkulation der vorleistenden Bereiche schon unter besonders scharfer Kontrolle des Preisamtes.

Aus der Gegenüberstellung der Originaldaten ergibt sich mit Ausnahme der Metallurgie, daß die Produktion je Beschäftigten in der DDR (bewertet in Mark) niedriger ist als der Umsatz je Beschäftigten in der Bundesrepublik (in DM). Dies gilt unabhängig davon, ob die entsprechenden Industriezweige Grundstoffe, Investitionsgüter, Fertigungs- oder Hilfsstoffe oder Konsumgüter herstellen.

Die Aggregation der Preisrelationen der 66 Industriezweige zu Bewertungsfaktoren für die Industriebereiche wurde durch Gewichtung mit der Beschäftigtenstruktur der DDR-Industrie durchgeführt. Übersicht 3.1.-30 ist jedoch zu entnehmen, daß bei Gewichtung mit der Beschäftigtenstruktur der Bundesrepublik für die Industrie insgesamt ein ähnliches Ergebnis ermittelt wurde. Allerdings zeigt sich, daß in beiden deutschen Staaten bei stärker unterschiedlich strukturierten Industriebereichen größere Differenzen auftreten.

Abweichungen ergeben sich z. B. bei der chemischen Industrie durch den hohen Anteil der Carbochemie in der DDR und das günstigere Verhältnis zwischen organischer und anorganischer Chemie in der Bundesrepublik.

Der mögliche Einwand, daß der unterschiedliche Umfang der Arbeitsteilung in beiden deutschen Staa-

Übersicht 3.1.-29

Arbeitsproduktivitätsunterschiede
DDR in vH der Bundesrepublik, Bundesrepublik = 100

Industriebereich	Originalwerte[1]				Bewertungsfaktor[2]	Vergleichbare Werte			
	1970	1976	1980	1983		1970	1976	1980	1983
Energiewirtschaft, Kohlenbergbau	*82*	*62*	*58*	*60*	0,80	*66*	*50*	*46*	*48*
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	*49*	*59*	*66*	*71*	0,70	*35*	*42*	*46*	*50*
Metallerzeugung und -bearbeitung	*95*	*109*	*102*	*114*	0,41	*39*	*45*	*42*	*47*
Steine und Erden	*41*	*47*	*45*	*43*	0,95	*39*	*45*	*43*	*41*
Wasserversorgung	*45*	*53*	*55*	*58*	1,21	*54*	*64*	*66*	*70*
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	*54*	*59*	*65*	*71*	0,79	*43*	*47*	*51*	*56*
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	*53*	*54*	*63*	*69*	0,75	*40*	*41*	*47*	*52*
Textilgewerbe	*72*	*72*	*76*	*77*	0,73	*52*	*52*	*55*	*56*
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	*55*	*54*	*57*	*58*	0,98	*54*	*53*	*56*	*57*
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	*73*	*66*	*59*	*56*	0,77	*57*	*52*	*46*	*43*
Gesamte Industrie	*63*	*63*	*64*	*69*	0,76	*48*	*48*	*49*	*52*

[1] Errechnet aus: Bundesrepublik: Umsatz in DM je Beschäftigten, DDR: Bruttoproduktion in Mark je Arbeiter und Angestellten (einschließlich Lehrlinge); jeweils zu konstanten Preisen.
[2] Errechnet aus den durchschnittlichen Preisrelationen der jeweiligen Industriezweige im Jahre 1983 bei Berücksichtigung der Beschäftigtenstruktur innerhalb der Industriebereiche; vgl. methodische Hinweise.

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Übersicht 3.1.-30

Arbeitsproduktivitätsunterschiede
DDR in vH der Bundesrepublik, Bundesrepublik = 100

Industriebereich	Vergleichbare Werte				desgl. nach Gewichtung mit der bundesdeutschen Beschäftigtenstruktur			
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983
Energiewirtschaft, Kohlenbergbau	*66*	*50*	*46*	*48*	*72*	*56*	*45*	*49*
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	*35*	*42*	*46*	*50*	*31*	*38*	*40*	*44*
Metallerzeugung und -bearbeitung	*39*	*45*	*42*	*47*	*39*	*46*	*43*	*48*
Steine und Erden	*39*	*45*	*43*	*41*	*37*	*43*	*40*	*40*
Wasserversorgung	*54*	*64*	*66*	*70*	*54*	*64*	*66*	*69*
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	*43*	*47*	*51*	*56*	*44*	*49*	*51*	*57*
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	*40*	*41*	*47*	*52*	*41*	*41*	*46*	*51*
Textilgewerbe	*52*	*52*	*55*	*56*	*56*	*55*	*57*	*57*
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	*54*	*53*	*56*	*57*	*56*	*54*	*59*	*60*
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	*57*	*52*	*46*	*43*	*61*	*56*	*49*	*46*
Gesamte Industrie	*48*	*48*	*49*	*52*	*46*	*48*	*50*	*51*

Quelle und Abgrenzungen: Vgl. Übersicht 3.1.-29.

ten die Ergebnisse verzerrt, konnte entkräftet werden. Einmal dringt die Untersuchung so tief in die Strukturen der Volkswirtschaften ein, daß auch Art und Umfang der Vorleistungsströme in den Vergleich einbezogen werden konnten, zum anderen werden für die gesamte Bruttoproduktion in beiden deutschen Staaten Vorleistungsquoten in gleicher Größenordnung angegeben (vgl. dazu die methodischen Hinweise).

In der Regel verbesserte sich die Arbeitsproduktivität zugunsten der DDR ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, ein Ergebnis, das sicherlich von zwei Hauptfaktoren bestimmt wird: Wachstum der DDR-Industrie und Abschwächung der Entwicklung in der Bundesrepublik. Das Bild ändert sich jedoch, wenn die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden berücksichtigt werden (vgl. Übersicht 3.1.-31).

In der Berichtszeit ist die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit in der Industrie der Bundesrepublik weiter deutlich zurückgegangen. In der DDR stieg die Zahl der Beschäftigten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre stark an, die pro Beschäftigten geleistete Arbeitszeit ist dabei nur wenig gesunken. Im Ergebnis zeigen die um die Arbeitszeit bereinigten Relationen, daß die DDR arbeitsstündlich erst 1983 etwa wieder den gleichen Abstand zur Bundesrepublik erreichen konnte, nachdem sich die Arbeitsproduktivität bis 1976 gegenüber 1970 relativ zur Bundesrepublik besonders deutlich verschlechtert hatte (vgl. Übersicht 3.1.-32).

Der Rückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik war schon 1970 wesentlich größer als bisher angenommen und liegt heute bei 50 vH. Eine deutliche Tendenz zur Leistungsnivellierung zwischen den Industriebereichen — positiv wie negativ — auf seiten der DDR ist unverkennbar. Die beiden 1970 sehr deutlich unter dem Durchschnitt liegenden Industriebereiche Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren sowie Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik wurden zentral stark gefördert. Verbessern konnten sich auch die Metallerzeugung und -bearbeitung sowie der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, wenn auch nicht so stark wie die beiden erstgenannten Bereiche.

Bevorzugt wurden besonders exportfähige Zweige und Erzeugnisgruppen, überwiegend aus dem Grundstoff- und Investitionsgüterbereich. Andere Zweige, insbesondere der ganze Bereich Nahrungs- und Genußmittel wurden stark vernachlässigt und konnten nicht einmal die Substanz erhalten.

Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie lag 1970 mit einer Pro-Kopf-Arbeitsleistung von 60 vH im Vergleich zur Bundesrepublik deutlich über dem Durchschnitt. 1983 bildete sie das Schlußlicht, lag mit 41 vH erheblich unter dem Durchschnitt. Dies ist das Ergebnis eines zu großen Einflusses der zentralen Entwicklungsplanung. Die zentral vernachlässigten Bereiche und Industriezweige sind kaum in der Lage, sich selbst zu regenerieren. In der DDR sind es die konsumnahen Bereiche und Zweige, die wenig zum Wachstum beitragen können, obwohl die inländische

Übersicht 3.1.-31

Geleistete Jahresarbeitszeit von Industriearbeitern in beiden deutschen Staaten
Niveauunterschiede und Entwicklung

Industriebereich	DDR in vH der Bundesrepublik (Bundesrepublik = 100)				Entwicklung (1970 = 100)					
					Bundesrepublik			DDR		
	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Energiewirtschaft, Kohlenbergbau	*108*	*121*	*123*	*117*	92	88	86	103	101	93
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	*103*	*108*	*104*	*106*	94	90	90	99	91	92
Metallerzeugung und -bearbeitung	*96*	*109*	*107*	*105*	89	87	82	101	97	91
Steine und Erden	*89*	*97*	*98*	*99*	91	87	83	99	95	91
Wasserversorgung	*87*	*117*	*117*	*107*	85	83	81	113	111	99
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	*97*	*105*	*110*	*106*	91	86	84	98	97	92
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	*104*	*108*	*109*	*108*	95	91	91	98	95	94
Textilgewerbe	*98*	*94*	*96*	*98*	97	92	92	93	90	92
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	*98*	*97*	*97*	*99*	96	92	91	95	90	92
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	*95*	*101*	*107*	*104*	97	92	91	102	103	99
Gesamte Industrie	*100*	*107*	*111*	*110*	93	89	88	100	99	97

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Übersicht 3.1.-32

Arbeitsproduktivitätsunterschiede
DDR in vH der Bundesrepublik, Bundesrepublik = 100

Industriebereich	Vergleichbare Werte				desgleichen nach Berücksichtigung der gleichen Arbeitszeit			
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983
Energiewirtschaft, Kohlenbergbau	66	50	46	48	61	41	37	41
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	35	42	46	50	34	39	44	47
Metallerzeugung und -bearbeitung	39	45	42	47	41	41	39	45
Steine und Erden	39	45	43	41	44	46	44	41
Wasserversorgung	54	64	66	70	62	55	56	65
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	43	47	51	56	44	45	46	53
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	40	41	47	52	38	38	43	48
Textilgewerbe	52	52	55	56	53	55	57	57
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	54	53	56	57	55	55	58	58
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	57	52	46	43	60	51	43	41
Gesamte Industrie	48	48	49	52	48	45	44	47

Quelle und Abgrenzungen: Vgl. Übersichten 3.1-29.

Nachfrage qualitativ, oft auch quantitativ, keineswegs ausreichend befriedigt werden kann.

Eine abschließende Wertung muß jedoch positiv hervorheben, daß es der DDR-Wirtschaftsführung trotz der gesetzlich verankerten Beschäftigungsgarantie und eines wenig leistungsgerechten Subventionssystems durchaus gelungen ist, den Rückstand zu der sich stärker arbeitsteilig entwickelnden Bundesrepublik seit 1970 nicht größer werden zu lassen. Die Industrie der Bundesrepublik verbesserte zwar ihre Struktur und hat heute ein vergleichsweise höheres Leistungsniveau, erreichte diese Ziele aber um den Preis eines Abbaus der Beschäftigung, da Staat und Dienstleistungsbereiche seit über einem Jahrzehnt die von der Industrie freigesetzten Arbeitskräfte nicht mehr voll übernehmen können.

Mißt man allerdings die tatsächlich erbrachten Leistungen in den einzelnen Industriezweigen, ist die DDR angesichts des weiter bestehenden Niveauunterschiedes von insgesamt etwa 50 vH heute negativer zu beurteilen als 1970. Viele Industrieländer innerhalb und außerhalb Europas haben im Vergleich zur Bundesrepublik aufgeholt, sie konnten ihre Produktivität, aber auch Einkommen und Verbrauch der Bevölkerung, relativ stärker erhöhen. Bei sich weiter verbessernder Konjunktur nach 1983 dürfte der Abstand zwischen beiden deutschen Staaten wieder zugenommen haben. Fallender Dollar und fallende Ölpreise stellen mit unterschiedlichem Vorzeichen ebenso hohe Anforderungen an die Anpassungsflexibilität einer Volkswirtschaft wie die Rohstoffkrisen der siebziger Jahre.

Viele Ursachen der geringen Flexibilität zentralgeleiteter Volkswirtschaften sind zwar seit langem bekannt, doch ergab der detaillierte Leistungsvergleich, daß die Industriezweige der DDR ganz unterschiedlich betroffen sind.

Neben einer vernachlässigten Infrastruktur, restriktiv wirkender Informationspolitik, unzureichend ausgebauten Verkehrs- und Kommunikationswegen sind es Ressortegoismus bei Betrieben, Kombinaten und Industrieministerien, die einer sinnvollen Arbeitsteilung im Wege stehen. Das zentrale Planungssystem ist bis heute nicht einmal in der Lage, sich international als besonders vorteilhaft herausbildende Entwicklungen mit einem geringen Zeitverzug zu imitieren. Die Arbeitsteilung macht in der DDR vergleichsweise nur geringe Fortschritte. Jede Kombinatsleitung strebt nach größerer Unabhängigkeit von Zulieferungen und Diensten, deren kontinuierliche Bereitstellung das zentrale Planungssystem erfahrungsgemäß nicht sicherstellen kann. Ressourcen für die Instandhaltung überalterter Anlagen und Betriebsteile müssen bereitgestellt werden. Die Vernachlässigung des Dienstleistungssektors zugunsten der produzierenden Bereiche, ganz besonders auch das Fehlen zweigübergreifender produktionsorientierter Dienste, erfordern in der DDR einen erheblich höheren Einsatz menschlicher Arbeitskraft. Während in der Bundesrepublik die Konzerne immer stärker diversifiziert sind, somit produktionsorientierte Dienste auch innerhalb eines Unternehmensverbandes zweigübergreifend eingesetzt werden können, selbst Handelsfunktionen in den Industrieunternehmen ein immer größeres Gewicht gegenüber den Fertigungsfunktionen erhalten[51], verstärkt die DDR die Fertigung personell weiter.

Die Intensivierungsstrategien zu Beginn der achtziger Jahre, also die verstärkte Konzentration der Mittel auf die Erhaltung und Modernisierung vorhandener Substanz, brachte bereits Erfolge. Für viele Industriezweige kommt diese Politik sehr spät.

Fußnoten

1 Vgl. z. B. Wilkens H. (Bearb.): Arbeitsproduktivität in der Industrie der DDR und der Bundesrepublik — ein Vergleich. In: Wochenbericht des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 20/1970, S. 137 ff.

2 Vgl. u. a. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979. Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (Sypro) mit Meldenummern des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982 (GP).

3 Die Industriezweigstatistik der DDR nach Warenproduktion, Betrieben, Beschäftigten und Erzeugnissen blieb zwischen 1970 bis 1984 von der Kombinatsbildung unberührt, ebenso wie von der Verstaatlichung vieler privater oder halbstaatlicher Industriebetriebe zu Beginn der siebziger Jahre.

4 Am 4. Januar 1978 erhielt das Petrolchemische Kombinat in Schwedt durch das Sekretariat der Bezirksleitung Frankfurt/Oder den Parteiauftrag, die zur Ausweitung der Produktionsanlagen erforderlichen Arbeitskräfte nicht zusätzlich einzustellen, sondern selbst aus eigener Kraft durch Umsetzung zu gewinnen. Vgl. dazu: Frohn W.: Kombinate haben sich erfolgreich entwickelt. In: Neues Deutschland vom 19. April 1986, S. 11 f. und Klink E., Schnabel E. und Zimmermann G.: Kennzeichen der Schwedter Initiative: Veränderung der Arbeitsaufgaben. In: Arbeit und Arbeitsrecht. Heft 3/1986, S. 51 ff.

5 Vgl. dazu Stinglwagner W.: Die Braunkohlenindustrie der DDR — eine tragfähige Brücke ins Atomzeitalter? In: Deutschland Archiv. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. Nr. 12/1981, S. 1296 ff. — Horst Jungnickel im Gespräch: Wie steht es um Energie? In: „wir". Beilage der Sächsischen Zeitung vom 15. Februar 1980, S. 3. — VEB Braunkohlenwerk Oberlausitz: Vorhaben, Probleme, Gefühle. In: Sächsische Zeitung vom 29./30. Januar 1983, S. 3. — Schramm G., Hahn W.: Entwicklungstendenzen bei Dampfturbinen für Kraftwerke und Einsatzperspektiven in der DDR. In: Energietechnik. Heft 12/1985, S. 447. — Pfau G.: Warum für uns „Dreck" ein wichtiger Energieträger ist. In: Der Neue Weg vom 29. September 1980, S. 5. — Wackwitz H.-G.: Wie hoch hängen die Trauben in Cottbus-Nord? In: Lausitzer Rundschau vom 26. Juli 1983, S. 3.

6 Vgl. Streck R.: Chemische Industrie. München 1983.

7 Krengel R.: Produktionsvolumen und -potential. Statistische Kennziffern, 24. Folge. Hrsg.: DIW. Berlin. 1982.

8 Vgl. Casser E.: Mineralölproduktion. In: Müller J.: Empirische Untersuchung von industriellen Größenvorteilen (Economies of Scale) nach der Methode der Ingenieurschätzungen. Im folgenden zitiert: „Größenvorteile". Berlin 1985, S. 179 ff.

9 Schwartau C. (Bearb.): Die Chemische Industrie in der DDR, Renaissance einheimischer Rohstoffe durch Beschränkung der Erdölimporte. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 47/1980, S. 486 ff.

[10] Vgl. Wessels H.: Chemische Grundstoffe. In: Größenvorteile, a. a. O., S. 199ff.

[11] Römer D.: Qualität ist Ehrensache für jeden Leuna-Werker. In: Tribüne vom 19. November 1981, S. 1. Zum Zustand und zur Leistung der Grundchemie vgl. auch ausführlich: Bethkenhagen J., Cornelsen D., Hopf R., Melzer M. und Schwartau C.: SO_2- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Beiträge zur Strukturforschung des DIW (in Vorbereitung), S. 105ff. (im folgenden zitiert: „Luftverunreinigungen").

[12] Vgl. Wessels H.: Chemische Grundstoffe, a. a. O., S. 215ff. und Luftverunreinigungen, a. a. O., S. 161ff.

[13] Die pharmazeutische Industrie der DDR wurde vor kurzem im DIW eingehend mit der Bundesrepublik verglichen: vgl. Cornelsen C., Koch A., Lambrecht H. und Scherzinger A.: Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 87/1985, S. 125ff. (im folgenden zitiert: „Konsumgüterversorgung").

[14] Vgl. Wallacher L.: Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie. In: Wirtschaft und Statistik. Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Nr. 9/1984, S. 776ff.

[15] Die Verbreitung „reifer" Technologien. ifo schnelldienst 6/1984, S. 3ff.

[16] Hornschild K.: Stahl. In: Größenvorteile, a. a. O., S. 224ff. und Luftverunreinigungen, a. a. O., S. 186ff.

[17] Vgl. Mit klarem Konzept für die 80er Jahre. Manfred Drodowsky im Gespräch mit Rosi Schimke und Gerd-Uwe Fritsch. In: Neuer Tag vom 28. Januar 1984, S. 3 und Wenzel S.: Fragen der umfassenden Intensivierung in Auswertung der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED. In: Wirtschaftswissenschaft. Heft 6/1985, S. 801ff., hier S. 809.

[18] Schabel E.: Kupfer und Co. — das Zeug zum Erfolg in den 80er Jahren? In: Metall. Berlin. Metallverlag. Heft 11/1983, S. 1143ff.

[19] Vgl. Wirtschaftsvereinigung Metall (Hrsg.): Bericht über das Geschäftsjahr 1984. Düsseldorf. Juni 1985, S. 3ff.

[20] Vgl. dazu ausführlich: Wettig E.: Regionale Strukturveränderungen in der NE-Metallindustrie der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1958 bis 1976. In: Metall. Heft 11/1980, S. 1033ff.

[21] Vgl. dazu Schwalbach J.: Das Produkt Zement. In: Größenvorteile, a. a. O., S. 250ff.

[22] Vgl. Luftverunreinigungen, a. a. O., S. 212ff.

[23] Vgl. zu Umwelt und Energie: Bundesverband Steine und Erden e.V. (Hrsg.): Jahresbericht 1983/84, S. 16ff. bzw. 48ff. Frankfurt/Main. April 1985.

[24] Vgl. dazu Zahlen und Fakten: Zum rationellen Energieeinsatz in der Baumaterialienindustrie. In: Presse-Informationen. Nr. 106 vom 5. September 1980, S. 6.

[25] Vgl. dazu Reichelt H.: Erfolgreiche Bilanz der Wasserwirtschaft zum 35. Jahrestag der DDR. In: Wasserwirtschaft — Wassertechnik. Heft 6/1984, S. 146ff. und Melzer M. unter Mitarbeit von Steinbeck W.: Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten — ein Vergleich. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 74/1983, S. 129ff.

[26] Rammer P.: Investitionsausgaben der Wasserwirtschaft wieder über 2 Mrd. DM. In: ifo schnelldienst 30/1985, S. 22ff.

[27] Schulze H.: Zur Wirkungsweise der ab 1. Januar 1984 geltenden neuen Wassernutzungsentgelte und Industriepreise der Wasserwirtschaft. In: Wasserwirtschaft — Wassertechnik, Heft 5/1984, S. 114ff.

[28] Pommerening G., Brandis S. unter Mitarbeit von van Gerpen H.: Branchenstrukturuntersuchung Maschinenbau. Gutachten des Instituts zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Hamburg 1982, S. 71f.

[29] Zum Fahrzeugbau und zur Konsumgüterproduktion im Maschinenbau vergleiche ausführlich: Konsumgüterversorgung, a. a. O., S. 96ff.

[30] Vgl. Neckermann G.: Lastkraftwagen. In: Größenvorteile, a. a. O., S. 46ff.

[31] Vgl. Eisen und Stahlguß. In: Luftverunreinigungen, a. a. O., S. 195ff.

[32] „Zukünftig wird dieser Betrieb seine Entwicklungs- und Produktionskapazitäten nicht mehr auf den Neubau von Turbinen lenken, sondern auf die Rekonstruktion von Kraftwerken, die von Bergmann-Borsig vor 20/30 Jahren gebaut bzw. als sowjetische Importanlagen montiert wurden". In: Berliner Rundfunk vom 27. November 1981, Treffpunkt Alexanderplatz, Mittagskommentar.

[33] Vgl. Schwartau C. (Bearb.): Der Werkzeugmaschinenbau der DDR. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 29/1982, S. 384ff.

[34] Vgl. VDMA, Fachgemeinschaft Werkzeugmaschinen: Amtliche Produktionserhebungen, diverse Jahrgänge und NC-Werkzeugmaschinen-Produktion in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main, als Kopien zur Verfügung des Verfassers.

[35] Vgl. Müller J.: Ackerschlepper und Mähdrescher. In: Größenvorteile, a. a. O., S. 55ff.

[36] Zur kostenoptimalen Produktion vgl. Müller J.: Weiße Ware. In: Größenvorteile, a. a. O., S. 87ff.

[37] Scherzinger A. (Bearb.): Konsumgüterproduktion in der Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie der DDR. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 6/1986, S. 74ff.

[38] Schwartau C. (Bearb.): Die elektrotechnische Industrie in der DDR — Rückstand bei der Anwendung moderner Technologien. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 42/1981, S. 475ff.

[39] Vgl. Boneß A., Neckermann G., Pischner R. und Stäglin R.: Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen — eine Branchenstudie. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 82/1984 und dieselben (Bearb.): Wachstumsbranche: Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 50/1984, S. 595ff.

[40] Berger M.: Elektrotechnische Industrie. Strukturwandlungen und Entwicklungsperspektiven. München 1983, S. 31ff.

[41] Ebenda, S. 85 f.

[42] Vgl. ausführlich Seufert W.: Digitale Telefonvermittlungseinrichtungen. In: Größenvorteile, a. a. O., S. 133ff.

[43] Kloppisch K.-H.: Die größte Maschine der Welt, 500 Millionen Telefone. Gesprächsnotizen bei Prof. Karl-Heinz Kleinau. In: Die Union vom 11. September 1983, S. 3.

[44] Seufert W.: Unterhaltungselektronik. In: Größenvorteile, a. a. O., S. 117ff.

[45] Dies führte 1983, also sehr spät, zu personellen Konsequenzen, in der „Einheit" wie folgt vorbereitet: „Es ist Sache der Genossen im Kombinat Robotron, mit ihrer politischen Führungsarbeit zu sichern, daß die Forderungen an Forschung und Entwicklung erhöht, die Konfrontation mit dem Stand und den Ansprüchen des Marktes konsequent wirksam gemacht und junge Wissenschaftler rascher an die entscheidenden Aufgaben herangeführt werden." Modrow H.: Leistungsvergleiche fördern Leistungsanstieg. In: Einheit. Heft 6/1983, S. 562ff., hier S. 564.

[46] Vgl. zur Textilindustrie: Konsumgüterversorgung, a. a. O., S. 57ff.

[47] Vgl. Koch A.: Die Leichtindustrie der DDR. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 4/1983, S. 357ff.

[48] Vgl. Adler U., Breitenacher M.: Bekleidungsgewerbe. Strukturwandlungen und Entwicklungsperspektiven. München 1983.

[49] Vgl. Neitzel W.: Der Schuhmarkt wird zunehmend schwieriger, Salamander-Ostgeschäft hat hohen Stellenwert. In: Die Welt vom 19. Mai 1982.

[50] GEWIPLAN — Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Marktplanung (Hrsg.): Branchenbild für die feinkeramische Industrie. Frankfurt/Main 1984, S. 11ff.

[51] Vgl. Bade F.-J. (Bearb.): Produktionsorientierte Dienste — Gewinner im wirtschaftlichen Strukturwandel. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 16/1985, S. 202ff.

Methodische Hinweise

Die Produktions- und Beschäftigungsstatistik weicht in beiden deutschen Staaten nicht nur in ihrem Umfang ab, sondern auch in ihrer Systematik. Die Grundlage für den Entwicklungsvergleich bildet die Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur der DDR-Statistik in der Gliederung nach zehn Bereichen und 66 Industriezweigen (Industrie- bzw. Betriebssystematik). Unter Benutzung der Systematik der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes (Ausgabe 1979 — Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe: Sypro) konnten die dort ausgewiesenen 36 Industriegruppen (Branchen; zweistellige Meldenummern) mit ihren über 200 Industriezweigen (vierstellige Meldenummern) der Industriesystematik der DDR zugeordnet und entsprechend zusammengefaßt werden. In schwierigen Fällen konnte zusätzlich auf das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP — Ausgabe 1982) zurückgegriffen werden. Darin sind über 6 000 Güterarten (sechsstellige Meldenummern) verzeichnet. In einem weiteren Schritt wurden die Beschäftigten zugeordnet.

Im Untersuchungszeitraum hat sich die Klassifizierung der Industriestatistik in der Bundesrepublik mehrfach verändert. Nur für Industriegruppen (Branchen) gibt es lange Reihen. Güterarten wurden im Zeitablauf unterschiedlich zugeordnet, Art und Umfang der erfaßten Betriebe verändert. Vor 1976 wurden z. B. Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten erfaßt, später nur noch solche mit mehr als 20 Beschäftigten. Die Einbeziehung des produzierenden Handwerks ist unterschiedlich. In tiefer Gliederung weist die Statistik aus Gründen der Geheimhaltung (Wettbewerbsschutz) auch erhebliche Lücken auf. Für einzelne Jahre, z. B. 1976, fehlen Daten für die Industriezweige (Viersteller) ganz. Sie wurden unter Berücksichtigung der systematischen Veränderungen aus den Angaben von 1975 und 1977 und unter Hinzunahme des vorhandenen Ausweises der Daten für die Industriegruppen (Zweisteller) geschätzt. Für andere Vergleichsjahre mußten Produktion und Beschäftigung der Industriezweige aus der Berichterstattung nach Güterarten (Sechssteller) zusammengeführt werden. Gerade auf dieser untersten Ebene fehlt oft der Ausweis, weil der Konzentrationsprozeß der deutschen Industrie zur Bildung enger Oligopole, in einigen Fällen zu Monopolen (z. B. Kaliindustrie) geführt hat. Geschäftsberichte der Unternehmen und Verbandsnachrichten der Mitgliedsverbände des Bundesverbandes der Deutschen Industrie enthalten zwar entsprechende Angaben, sind allerdings am Tätigkeitsfeld der Mitgliedsunternehmen ausgerichtet und folgen nur ausnahmsweise den Abgrenzungen der amtlichen Statistik. Vor dieser Problematik stehen aber alle Wissenschaftler, die sich mit der Entwicklung der Industrie in der Bundesrepublik auseinandersetzen. Es konnte deshalb auf zahlreiche Gutachten und Branchenanalysen des DIW und anderer Forschungsinstitute zurückgegriffen werden.

Der Umfang des statistischen Ausweises der DDR ging im Untersuchungszeitraum weiter zurück. Lediglich für die 10 Industriebereiche ist aus den veröffentlichten Daten eine lükkenlose Entwicklung der Bruttoproduktion zu konstanten Preisen und der Beschäftigten vorhanden. Auch dafür war es erforderlich, einige statistische Korrekturen vorzunehmen. So mußte die Zahl der Auszubildenden geschätzt werden, für die konstanten Preise war eine Indexverknüpfung erforderlich.

Bis 1967 wies das Statistische Jahrbuch der DDR für über 60 Industriezweige, teilweise in wechselnder Abgrenzung und unterschiedlicher Bewertung, Daten über Produktion und Beschäftigung aus (einschl. halbstaatlicher Betriebe, Privatbetriebe, Produktionsgenossenschaften des industriell produzierenden Handwerks). Nach der seit 1968 verbindlichen Industriesystematik wurden bis 1976 für 42 Industriezweige Indizes für die Bruttoproduktion ausgewiesen, danach noch für 13 Industriezweige. Für den Untersuchungszeitraum seit 1970 werden für keinen der Industriezweige Zahlen über die Beschäftigung veröffentlicht. Sie mußten ebenso wie die Bruttoproduktion durch Auswertung umfangreichen Sekundärmaterials über die Betriebe, deren Produktion und Beschäftigte zusammengestellt und errechnet, zum Teil auch geschätzt werden. Anhaltspunkte dafür lieferten die Entwicklung der Industriebereiche und die bis 1967 ausgewiesenen Strukturdaten. Da die Grenzen der wirtschaftsstatistischen Systematik quer durch die Kombinate geht, konnten weder Angaben aus den Fachministerien noch der Kombinatsleitungen unmittelbar für die Datenerfassung genutzt werden, sie lieferten indirekt jedoch Hinweise für die Plausibilität der errechneten Werte. Der ganz überwiegende Teil der Produktion und Beschäftigung der 4 000 Betriebe mit rund 12 000 Betriebsteilen wurde ausgewertet und den Sektoren zugeordnet. Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten sind fast ausnahmslos berücksichtigt worden. In ihnen arbeiten etwa 90 vH aller in der Industrie Beschäftigten.

In einem Zwischenarbeitsgang wurden für beide deutsche Staaten die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung gegenübergestellt. Dabei kristallisierten sich bei einigen der 66 Industriezweige auffällige Ausreißer heraus. Ausnahmslos konnten diese auf statistische, meist systematisch bedingte Inkonsistenzen der Produktionsstatistik der Bundesrepublik Deutschland zurückgeführt werden.

Die DDR-Statistik liefert die Daten über die zehn Industriebereiche zu unterschiedlichen Bewertungen, z. B. zu konstanten Planpreisen mit verschiedenen Basisjahren bzw. auch zu laufenden Preisen. Durch Indexverknüpfung gelang es, die Preiskomponente herauszurechnen und die Werte zu konstanten Preisen von 1980 zu ermitteln. Für die Bundesrepublik Deutschland werden Preisindizes in unterschiedlicher Aggregation veröffentlicht. Durch Sonderrechnungen ließ sich auch hier die preisbereinigte Produktion — zu konstanten Preisen 1980 — nach Industriebereichen und Industriezweigen bestimmen (vgl. die Tabellen im Anhang).

Für das eigentliche Ziel der Analyse, die Messung des Leistungsabstandes beider deutscher Staaten stellte sich das Problem der Preisparitäten, denn die Leistungen der DDR werden in Mark, die der Bundesrepublik in DM bewertet. Die Ermittlung der Preisparitäten stützt sich erstmals überwiegend auf Sekundärmaterial, auf Produktionsmengen, Beschäftigte, Produktionswerte zu Betriebspreisen und Preisangaben für Einzelgruppen, also auf Material, das dem DDR-Industriearchiv des DIW zu entnehmen ist. Dabei bestimmte die Datenlage, also Art und Umfang des Materials, das Vorgehen im einzelnen. Bei Industriezweigen, deren Leistung nach verschiedenen Methoden verglichen werden konnte, zeigte sich im Ergebnis allerdings ein so hoher Grad der Übereinstimmung, daß der aufgezwungene Methodenpluralismus vertretbar ist.

Eine sehr zuverlässige und einfache Methode der Leistungsmessung, die allerdings bei komplexen Erzeugnissen versagt, also in erster Linie bei Grundstoffen angewendet werden kann, berücksichtigt die realen Produktionsmengen von Gütern gleicher Norm mit weitgehend übereinstimmenden technischen und qualitativen Parametern und stellt diesen die in beiden deutschen Staaten benötigten Arbeitskräfte gegenüber. Auf diese Weise lassen sich für sehr viele Industriezweige Bruttoarbeitsproduktivitäten ermitteln. Da die Bewertung der Mengen

in beiden Währungen ebenfalls bekannt ist (Bruttoproduktion bzw. Umsatz), konnten dann auch Erzeugerpreisparitäten errechnet werden. Die reale Methode setzt also das Wissen um Art und Menge der Produkte voraus, die Genauigkeit der Analyse ist um so größer, je austauschbarer die Erzeugnisse sind. Grundstoffnahe Bereiche, z. B. die Kaliindustrie, die Bereiche Steine und Erden, Energie und Wasser, aber auch Erzeugnisse aus Prozessen mit vergleichbarer Technologie und konstanten Skalenerträgen, z. B. aus dem Bereich der chemischen Industrie und der Metallurgie sind für die reale Methode besonders zugänglich. Hilfsweise kann oft auch der Rohstoffeinsatz pro Beschäftigten herangezogen werden, beispielsweise der Erdöleinsatz in der Mineralölindustrie, die Menge des Eisens bei der Gußproduktion und die verarbeitete Wolle in einer Kammgarnspinnerei. Je komplizierter jedoch die Erzeugnisse, umso größer die Wahrscheinlichkeit, daß Erzeugnisart und Produktionstechnologie in beiden Volkswirtschaften so unterschiedlich werden, daß ein realer Leistungsvergleich nicht mehr sinnvoll ist — die Skalenerträge werden variabel.

Die zweite Methode wurde schon bei den Materialien 1971 verwendet. Aus dem Vergleich der für ganze Industriezweige repräsentativen Erzeugnisse und deren Mengen werden Bewertungen der DDR-Produktion in D-Mark vorgenommen. Diese Methode kann sich zunächst auf die 168 Erzeugnisse stützen, über die das Statistische Jahrbuch der DDR Produktionsmengen veröffentlicht. Da diese Produkte häufig in grundstoffnahen Industriezweigen erzeugt werden, konnte in vielen Fällen gleichzeitig die reale Methode angewendet werden. Für den Beginn der achtziger Jahre wurden dem DDR-Industriearchiv darüber hinaus zusätzliche Informationen entnommen, die sowohl die Zahl der in diesen Vergleich einbezogenen Produktionsmengen vervielfachte, aber auch differenziertere Angaben über die Struktur — auch der im Jahrbuch gemeldeten — Produktionsmengen erlaubte, z. B. Zusammensetzung und Qualität des Kalidüngers, der Anteil unterschiedlicher Gußverfahren an der Gießereiproduktion, Umfang und Struktur der Rohrproduktion (nahtlos oder geschweißt, Anteil der Großrohre), unterschiedliche Leistungsklassen in der LKW-Produktion, mengenmäßige Zusammensetzung des Zucker- bzw. Backwarensortiments und die Struktur der Papier- und Pappeproduktion. Durch die erstmalig in den mikroökonomischen Bereich vordringende Tiefe der Analyse gelang es für viele der untersuchten Sektoren, den Repräsentationsgrad der verglichenen Erzeugnisse für den jeweiligen Sektor nahe 100 vH zu bringen, so z. B. im Schiffbau, im Schienenfahrzeugbau und in der Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie.

Auf der Basis beider Methoden konnten mehr als 80 vH aller Industriezweige verläßlich verglichen werden, darunter einige jeweils nach beiden Methoden. Bei den übrigen Zweigen war der Repräsentationsgrad aber sehr gering, so daß versucht worden ist, Preisparitäten übergreifend zu schätzen.

Dies trifft z. B. für viele Industriezweige der chemischen Industrie zu. Hier herrschen Prozesse mit variablen Skalenerträgen vor, produziert werden je Industriezweig nicht selten mehr als 100 Produktarten. Für zahlreiche wichtige Güterarten konnten Preise und repräsentative Preisrelationen (Stückpreise bzw. Erzeugerpreis je Menge) und daraus Erzeugerpreisparitäten gebildet werden. Dabei müssen stark abweichende Relationen vom Mittelwert, wie sie z. B. bei pharmazeutischen Spezialitäten für gleiche Indikationen auftreten, als untypisch ausgeschieden werden. Für einige Kombinate, z. B. aus dem Bereich der Chemie, des Maschinenbaus und der Elektrotechnik lagen darüber hinaus Selbsteinschätzungen der Kombinate darüber vor, wieviel ihre industrielle Warenproduktion in D-Mark wert sei. Dabei ergab sich eine hohe Übereinstimmung mit unseren errechneten Werten.

Da die Leistungsbewertung sich ganz überwiegend nur auf Bruttowerte stützen konnte, stellt sich die Frage nach der Vergleichbarkeit der Vorleistungsstruktur in beiden deutschen Staaten. Zerlegt man die gesamte industrielle Bruttoproduktion der DDR und die industriellen Umsätze in der Bundesrepublik in gleicher Weise in wichtige Komponenten, ergeben sich für 1980 überraschende Übereinstimmungen. Die Vorleistungen insgesamt betragen bei vergleichbarer Abgrenzung jeweils rund 63 vH (DDR 62,9 und Bundesrepublik 63,4 vH).

Hinter einer solchen Übereinstimmung können sich bei einem so hohen Aggregat natürlich voneinander abweichende Strukturen verbergen. Die tiefere Analyse dieses Problems zeigt, daß Umfang und Art der Vorleistungen in vielen Industriezweigen in beiden deutschen Staaten — oft rohstoff- oder technologisch bedingt — doch auch traditionell noch sehr ähnlich sind: Energiebetriebe sind z. B. durch einen hohen Brennstoffeinkauf, Raffinerien durch das Erdöl, die Metallerzeugung durch qualitativ vergleichbare Vorprodukte, der Bereich der Baustoffindustrie durch mineralische Grundstoffe geprägt. Zwar melden für die Bundesrepublik relativ mehr Produktionsstätten, doch herrscht hier Wettbewerb, d.h. fast jede Zulieferung erfolgt von mehreren im Wettbewerb stehenden Anbietern, es gibt für jede Produktart also viele Meldungen. In der DDR ist die Industriestatistik betriebsweise aufgebaut, es melden alle VEB, ja sogar Betriebsteile; die Kombinatsbildung hat die Berichterstattung kaum tangiert.

Abschließend zwei weitere methodische Annahmen, die in dieser Analyse noch getroffen werden mußten: Einmal wurden nur die größeren Betriebe der neugebildeten bezirksgeleiteten Industrie erfaßt und dabei für die Produktion der übrigen die durchschnittlichen Arbeitsproduktivitäten des jeweiligen Industriezweiges angenommen. Dies wird für 1983 eine eher etwas zu positive Einschätzung bringen, das Gewicht dieser Betriebe ist allerdings sehr gering. Zum anderen gründet sich eine Leistungsbewertung nicht nur auf die Produktionswerte, sondern nach Bildung der Kennziffer Arbeitsproduktivität auch auf die Qualifikation der Arbeitskraft. Dabei wurde von der vereinfachenden Annahme ausgegangen, daß in der Bundesrepublik und in der DDR die Beschäftigten das gleiche fachliche Können besitzen und mehr noch, daß die Fähigkeiten in der DDR in den Industriebereichen und -zweigen ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland verteilt sind. Die noch immer bestehenden Unterschiede in der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit konnten dagegen berücksichtigt werden.

Quellen

Vorbemerkung

Nur die wichtigsten und stets archivierten Quellen wurden aufgelistet. Berichte und gutachterliche Stellungnahmen von den Betrieben, Kombinaten, Ministerien und Forschungsinstituten bzw. Universitäten der DDR, auch technischen Inhalts, wurden im einzelnen ebensowenig benannt wie z. B. die Geschäftsberichte von Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland.

1. Zeitschriften (DDR)

Arbeit und Arbeitsrecht. Zeitschrift für sozialistische Arbeit und Arbeitsrecht. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft.

Architektur der DDR. Zeitschrift für Städtebau und Architektur. Berlin (Ost). VEB Verlag für Bauwesen.

AW-Dokumentation zur Außenwirtschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft.

Chemie in der Schule. Berlin (Ost). Volk und Wissen Volkseigener Verlag.

Chemische Technik. Wissenschaftliche Zeitschrift für Technik und Ökonomie in der Chemieindustrie. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie.

Der Handel. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Binnenhandels. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft.

Deutsche Lehrerzeitung. Berlin (Ost). Volk und Wissen Volkseigener Verlag.

Die Wirtschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft.

Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus. Berlin (Ost). Dietz Verlag.

Energieanwendung. Zeitschrift für Technik und Ökonomie des Energieeinsatzes. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie.

Energietechnik. Technisch-wissenschaftliche Zeitschrift für Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie.

Fahrt frei. Zeitschrift der Eisenbahner. Berlin (Ost). transpress VEB Verlag für Verkehrswesen.

Fertigungstechnik und Betrieb. Fachzeitschrift für Vorbereitung und Durchführung der Produktion in der Metallverarbeitenden Industrie der DDR. Berlin (Ost). VEB Verlag Technik.

Für Dich. Illustrierte Wochenzeitung für die Frau. Berlin (Ost). Berliner Verlag.

Gießereitechnik. Technische Zeitschrift für das Gießereiwesen. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie.

IPW-Berichte. Aktuelle Information über Fragen der internationalen Politik und Wirtschaft. Berlin (Ost). Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik.

Jugend und Technik. Populärtechnische Monatszeitschrift. Berlin (Ost). Verlag Junge Welt.

Kernenergie. Zeitschrift für Kernforschung und Kerntechnik. Berlin (Ost). Akademie-Verlag.

Lebensmittelindustrie. Zeitschrift für Wissenschaft und Technik. Leipzig. VEB Fachbuchverlag.

Luft- und Kältetechnik. Zeitschrift für die Fachgebiete Lüftungstechnik, Kältetechnik, Entstaubungs- und Tieftemperaturtechnik. Berlin (Ost). VEB Verlag Technik.

NBI. Die Zeit im Bild. Berlin (Ost). Berliner Verlag.

Neue Bergbautechnik. Wissenschaftliche Zeitschrift für Bergbau, Geowissenschaften und Aufbereitung. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie.

Neue Hütte. Zeitschrift für Entwicklung, Gewinnung, Umformung und Prüfung metallischer Werkstoffe. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie.

Plaste und Kautschuk, mit Fachteil Anstrichstoffe. Zeitschrift für Wirtschaft, Wissenschaft und Technik der hochpolymeren Werkstoffe. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie.

Presse-Informationen. Herausgegeben vom Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost).

Silikattechnik. Wissenschaftlich-technische Zeitschrift für Glas, Email, Keramik und Bindemittel. Berlin (Ost). VEB Verlag für Bauwesen.

Sonntag. Kulturpolitische Wochenzeitung. Berlin (Ost). Aufbau-Verlag.

Sozialistische Arbeitswissenschaft. Theoretische Zeitschrift für arbeitswissenschaftliche Disziplinen. Hrsg.: Zentrales Forschungsinstitut für Arbeit beim Staatssekretariat für Arbeit und Löhne. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft.

Sozialistische Finanzwirtschaft. Zeitschrift für das Finanz- und Kreditwesen der DDR. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft.

Spectrum. Monatszeitschrift. Hrsg.: Akademie der Wissenschaften. Berlin (Ost).

Technische Gemeinschaft. Hrsg.: Kammer der Technik. Redaktion „Technische Gemeinschaft". Berlin (Ost).

Textiltechnik. Technisch-wissenschaftliche Zeitschrift für alle Zweige der Textilindustrie. Leipzig. VEB Fachbuchverlag.

Urania. Populärwissenschaftliche Zeitschrift. Leipzig. Urania-Verlag.

Volksarmee. Berlin (Ost). Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik.

Wasserwirtschaft — Wassertechnik (wwt). Wissenschaftliche Zeitschrift für Technik und Ökonomik der Wasserwirtschaft. Berlin (Ost). VEB Verlag für Bauwesen.

Wirtschaftsrecht. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Sozialistischen Wirtschaftsrechts. Berlin (Ost). Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik.

Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft.

Wissenschaft und Fortschritt. Populärwissenschaftliche Monatszeitschrift für Naturwissenschaften und Mathematik. Berlin (Ost). Akademie Verlag.

Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Hrsg.: Friedrich-Schiller-Universität. Redaktion „Wissenschaftliche Zeitschrift". Jena.

Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie. Hrsg.: Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner". Bibliothek, Abteilung Lehr- und Informationsmaterial. Berlin (Ost).

Wochenpost. Berlin (Ost). Berliner Verlag.

Zeitschrift für angewandte Geologie. Berlin (Ost). Akademie-Verlag.

2. Zeitungen (DDR)

Bauern-Echo. Berlin (Ost). Bauern-Verlag.

Berliner Zeitung. Berlin (Ost). Berliner Verlag.

Brandenburgische Neueste Nachrichten. Potsdam. Zeitungs-Verlag National, Zweigverlag BNN.

Der Demokrat. Rostock. Verlag Der Demokrat.

Freie Erde. Neubrandenburg. Verlag und Druckerei Freie Erde.

Freie Presse. Karl-Marx-Stadt. Verlag Freie Presse.

Freies Wort. Suhl. Freies-Wort-Verlag.

Freiheit. Halle. Verlag Freiheit.

Junge Welt. Berlin (Ost). Verlag Junge Welt.

Lausitzer Rundschau. Cottbus. Verlag Lausitzer Rundschau.

Leipziger Volkszeitung. Leipzig. Leipziger Volkszeitung Verlag.

Liberal-Demokratische Zeitung. Halle. Verlag Liberal-Demokratische Zeitung.

Märkische Union. Potsdam. Union-Verlag — VOB Dresden.

Märkische Volksstimme. Potsdam. Verlag Märkische Volksstimme.

Mitteldeutsche Neueste Nachrichten. Leipzig. Zeitungsverlag National, Zweigverlag MNN.

Der Morgen. Berlin (Ost). Verlag Der Morgen.

National-Zeitung. Berlin (Ost). Zeitungsverlag National, Zweigverlag NZ.

Neuer Tag. Frankfurt. Neuer-Tag-Verlag.

Neues Deutschland. Berlin (Ost). Verlag Neues Deutschland.

Der Neue Weg. Halle. Verlag Der Neue Weg.

Neue Zeit. Zentralorgan der CDU. Berlin (Ost). Verlag Neue Zeit VOB.

Norddeutsche Neueste Nachrichten. Rostock. Zeitungsverlag National, Zweigverlag NNN.

Norddeutsche Zeitung. Schwerin. Verlag Norddeutsche Zeitung.

Ostsee-Zeitung. Rostock. Ostsee-Zeitung-Verlag.

Sächsische Neueste Nachrichten. Dresden. Zeitungsverlag National, Zweigverlag SNN.

Sächsisches Tageblatt. Dresden. Verlag Sächsisches Tageblatt.

Sächsische Zeitung. Dresden. Sächsische Zeitung Verlag.

Schweriner Volkszeitung. Schwerin. Schweriner Volkszeitung Verlag.

Thüringer Neueste Nachrichten. Weimar. Zeitungsverlag National, Zweigverlag TNN.

Thüringer Tageblatt. Weimar. Verlag Thüringer Tageblatt.

Thüringische Landeszeitung. Weimar. Verlag Thüringische Landeszeitung.

Tribüne. Berlin (Ost). Verlag Tribüne.

Die Union. Dresden. Union-Verlag VOB Dresden.

Die Union. Halle. Verlag der Neue Weg.

Das Volk. Erfurt. Verlag Das Volk.

Volksstimme. Magdeburg. Volksstimme-Verlag.

Volkswacht. Gera. Verlag Volkswacht.

3. Veröffentlichungen von Verbänden der Industrie (Bundesrepublik Deutschland)

Verband der **Automobilindustrie** e.V. (VDA) (Hrsg.): Auto. Jahresbericht. Frankfurt am Main. Div. Jahrgänge.

Hauptverband der Deutschen **Bauindustrie** e.V. (Hrsg.): Jahresbericht. Wiesbaden. Div. Jahrgänge.

Bundesverband **Bekleidungsindustrie** (Hrsg.): Die Bekleidungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland. Div. Jahrgänge.

Verband der **Chemischen Industrie** e.V. (Hrsg.): Chemiewirtschaft in Zahlen. Jahrgang 1984.

Verband der **Chemischen Industrie** e.V. (Hrsg.): Jahresbericht. Frankfurt am Main. Div. Jahrgänge.

Bundesverband **Druck** e.V. (Hrsg.): Jahresbericht. Wiesbaden. Jahrgang 1984.

Zentralverband der **Elektrotechnischen Industrie** e.V. (Hrsg.): Die Elektrotechnische Industrie. Statistischer Bericht. Div. Jahrgänge.

Bundesvereinigung der Deutschen **Ernährungsindustrie** (Hrsg.): Jahresbericht 1984. Der Mitgliederversammlung vorgelegt am 26. März 1985.

Verband der **Fahrrad- und Motorrad-Industrie** (Hrsg.): Bericht der Geschäftsführung. Bad Soden. Jahrgang 1984.

Verband der Deutschen **Feinmechanischen und Optischen Industrie** e.V. (Hrsg.): Jahreszahlen. Köln. Div. Jahrgänge.

Deutscher **Gießereiverband** (Hrsg.): Die Gießerei-Industrie im Jahre . . ., Eisenguß, duktiles Gußeisen, Stahlguß. Düsseldorf. Div. Jahrgänge.

Hauptverband der **Deutschen Holzindustrie und verwandter Industriezweige** e.V. (HDH) (Hrsg.): HDH Aktuell. Geschäftsbericht. Jahrgang 1984/1985.

Arbeitsgemeinschaft **Keramische Industrie** e.V. (AKI) (Hrsg.): Jahresbericht. Frankfurt am Main. Div. Jahrgänge.

Gesamtverband **kunststoffverarbeitende Industrie** (Hrsg.): Kunststoffverarbeitung. Jahresbericht. Frankfurt am Main. Jahrgang 1981/82.

Verband der Deutschen **Lederindustrie** (Hrsg.): Jahresbericht und Statistische Übersichten zum Jahresbericht. Jahrgang 1982.

Verband Deutscher **Maschinen- und Anlagenbau** e.V. (VDMA) (Hrsg.). Frankfurt am Main:
- Tätigkeitsbericht 1980—1983. Vorgelegt zur Mitgliederversammlung am 29. September 1983.
- Produktion (Amtl.) über WZM und NC-WZM 1981—1984. Interzonenhandel.
- Statistiken der Fachgemeinschaft Näh- und Bekleidungsmaschinen im VDMA. „Produktion von Näh- und Bekleidungsmaschinen" für die Jahre 1983 und 1984.
- Statistischer Bericht. Fachgemeinschaft Druck- und Papiermaschinen im VDMA. Jahrgang 1980.

Wirtschaftsvereinigung **Metall** e.V. (Hrsg.): Bericht über das Geschäftsjahr. Düsseldorf. Jahrgang 1984.

Mineralölwirtschaftsverband e.V. (Hrsg.): Mineralöl. Zahlen. Hamburg. Jahrgang 1984.

Bundesverband der Deutschen **Musikinstrumentenhersteller** e.V. (BDMH), Fachverband Deutsche Klavierindustrie e.V. (FDK), Fachverband historische Tasteninstrumente e.V. (FHT), Forschungsgemeinschaft Musikinstrumente e.V. (FG) (Hrsg.): Jahresbericht. Jahrgang 1984/85.

Verband Deutscher **Papierfabriken** e.V. (Hrsg.): Papier. Ein Leistungsbericht der Deutschen Zellstoff- und Pappeindustrie. Frankfurt am Main. Div. Jahrgänge.

Hauptverband der **Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie** e.V. (Hrsg.): Geschäftsberichte und Statistiken. Div. Jahrgänge.

Vereinigung Deutscher **Sägewerksverbände** e.V. (Hrsg.): Jahresbericht. Wiesbaden. Div. Jahrgänge.

Verband der Deutschen **Schiffbauindustrie** e.V. (Hrsg.): Deutscher Schiffbau. Div. Jahrgänge.

Industrieverband **Schmuck- und Silberwaren** (ISS) (Hrsg.): Presse-Information. Pforzheim. 1985.

Hauptverband der Deutschen **Schuhindustrie** e.V. (Hrsg.): Geschäftsbericht. Offenbach/Main. Div. Jahrgänge.

Wirtschaftsverband **Stahlbau- und Energietechnik** (SET) (Hrsg.): Bericht der Geschäftsführung. Köln. Div. Jahrgänge.

Wirtschaftsverband **Stahlbau- und Energietechnik** (SET) (Hrsg.): Wirtschaftsdaten für den Stahl- und Leichtmetallbau. Köln. Ausgabe 1985.

Deutscher **Stahlbau-Verband** (DSTV) (Hrsg.): Bericht der Geschäftsführung. Köln. Div. Jahrgänge.

Deutscher **Stahlbau-Verband** (DSTV) (Hrsg.): Der Deutsche Stahlbau. Köln. Ausgabe 1985.

Wirtschaftsverband **Stahlverformung** (Hrsg.): Statistische Daten für den Wirtschaftsverband Stahlverformung und seine Fachverbände. Hagen. 1985.

Bundesverband **Steine und Erden** e.V. (Hrsg.): Jahresbericht 1983/84. Frankfurt am Main. 1985.

Gesamtverband der **Textilindustrie** in der Bundesrepublik Deutschland — Gesamttextil — e.V. (Hrsg.): Die Textilindustrie der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Fachstatistik. Frankfurt am Main. Div. Jahrgänge.

Gesamtverband der **Textilindustrie** in der Bundesrepublik Deutschland — Gesamttextil — e.V. (Hrsg.): Jahrbuch der Textilindustrie. Frankfurt am Main. Div. Jahrgänge.

Gesamtverband der **Textilindustrie** in der Bundesrepublik Deutschland — Gesamttextil — e.V. (Hrsg.): Textilbericht. Aktuelles für die Textilindustrie. Textilkonjunktur 1982. Frankfurt am Main. 1983.

4. Gutachten

Adler U. und Breitenacher M.: Bekleidungsgewerbe. Strukturwandlungen und Entwicklungsperspektiven. IFO-Institut für Wirtschaftsforschung. München. 1983.

Berger M.: Elektrotechnische Industrie. Strukturwandlungen und Entwicklungsperspektiven. IFO-Institut für Wirtschaftsforschung. München. 1983.

Cornelsen D., Lambrecht H., Machowski H., Melzer M., Schwartau C.: Stand und Entwicklung der DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren unter Berücksichtigung der RGW-Integration und der Auswirkungen auf den Innerdeutschen Handel. Forschungsauftrag an das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung durch den Bundesminister für Wirtschaft. Berlin. 1983.

Cornelsen D., Koch A., Lambrecht H. und Scherzinger A.: Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 87/1985.

GEWIPLAN — Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Marktplanung mbH (Hrsg.): Branchenbild für die feinkeramische Industrie. Untersuchungsbericht für den Bundesminister für Wirtschaft. Frankfurt am Main. März 1984.

Müller J. (Projektleitung): Empirische Untersuchung von industriellen Größenvorteilen (Economies of Scale) nach der Methode der Ingenieurschätzungen. Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrage der Monopolkommission. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1985.

Pommerening G., Brandis S. unter Mitarbeit von van Gerpen H.: Branchenstrukturuntersuchung Maschinenbau. Gutachten des Instituts zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft. Hamburg. Februar 1982.

Streck W. R.: Chemische Industrie. Strukturwandlungen und Entwicklungsperspektiven. IFO-Institut für Wirtschaftsforschung. München. 1983.

5. Amtliche Statistiken

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.):
Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Div. Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer:

Fachserie 17, Reihe 2.
Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise).

Fachserie 4, Reihe 3.1.
Produktion im Produzierenden Gewerbe des In- und Auslands. Div. Jahrgänge.

Fachserie 4, Reihe 4.1.1.
Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe. Div. Jahrgänge.

Alphabetisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken. Ausgabe 1982.

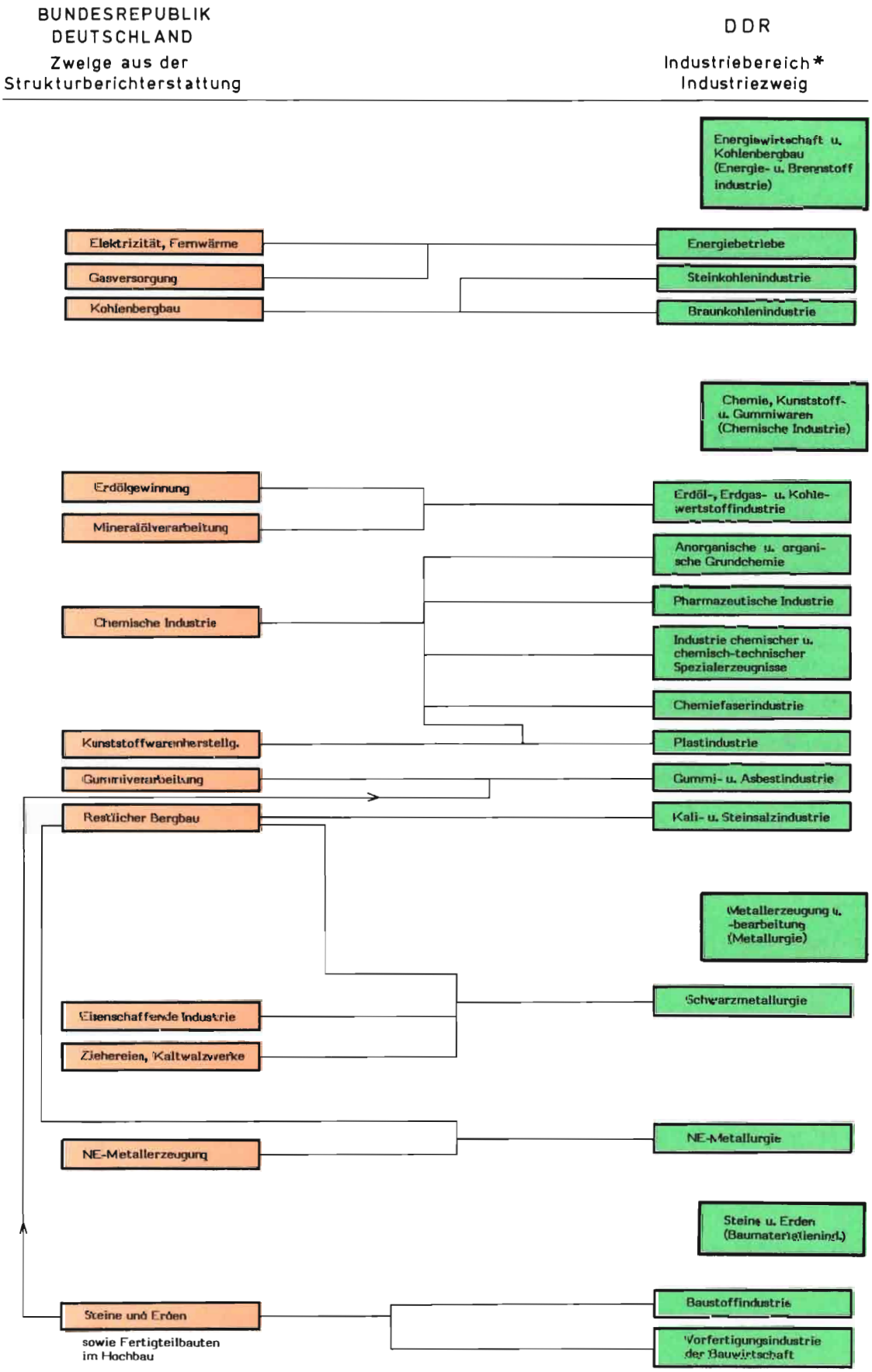
Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen. Ausgabe 1979.

Warenverzeichnis für die Industriestatistik.

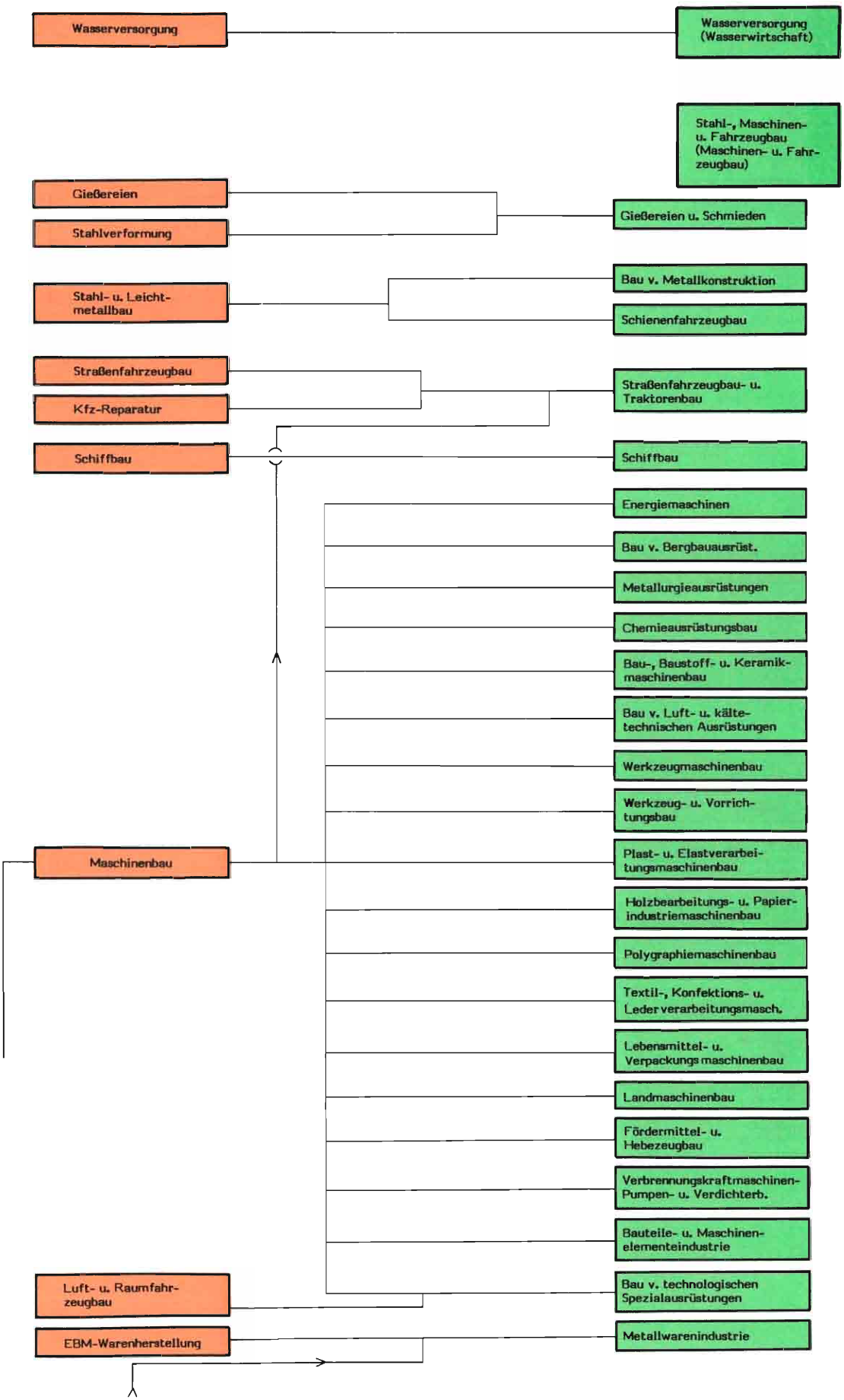
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Div. Jahrgänge.

Schaubild 3.1.-6

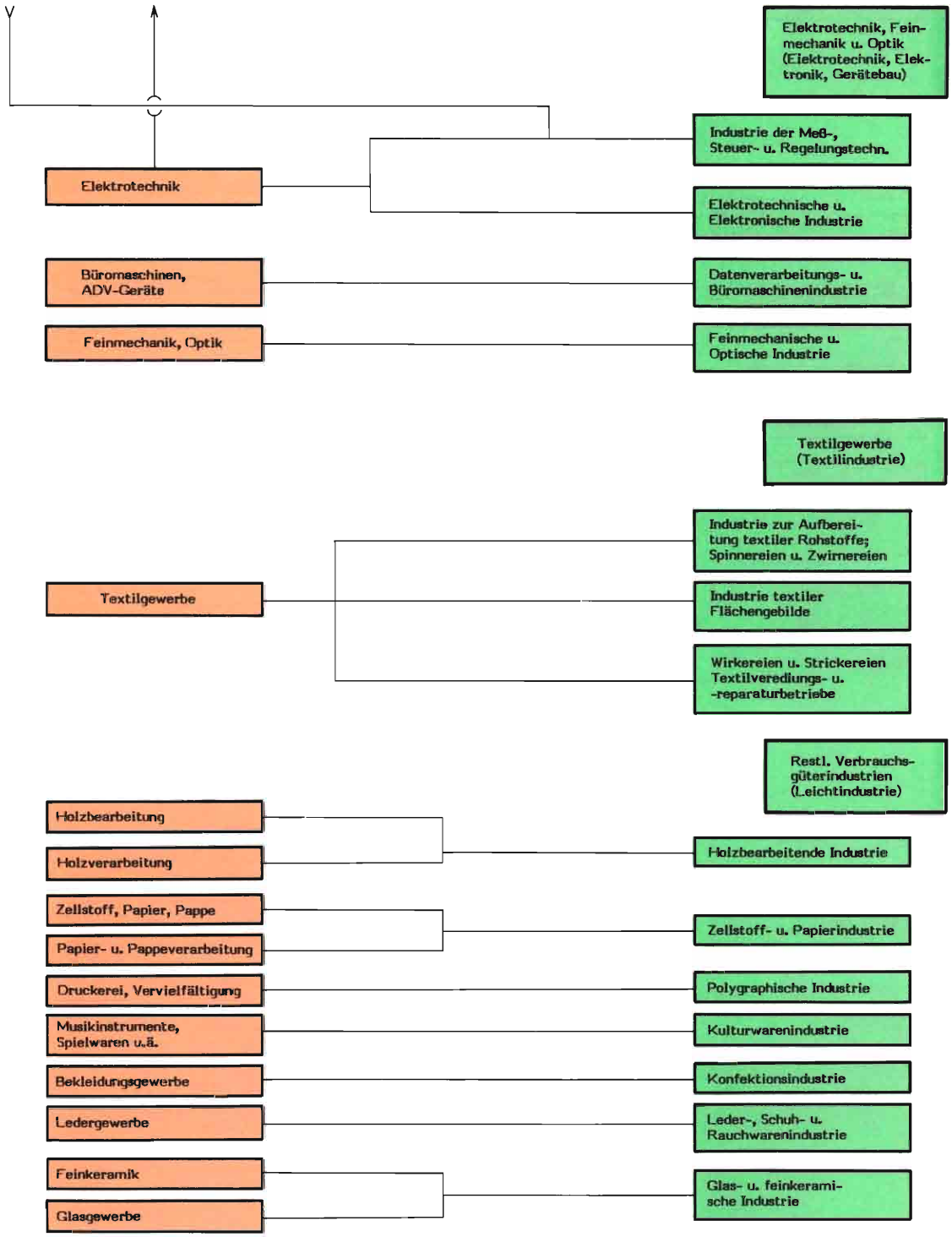
Vereinfachtes Schema zur Gegenüberstellung der Industrien beider deutscher Staaten



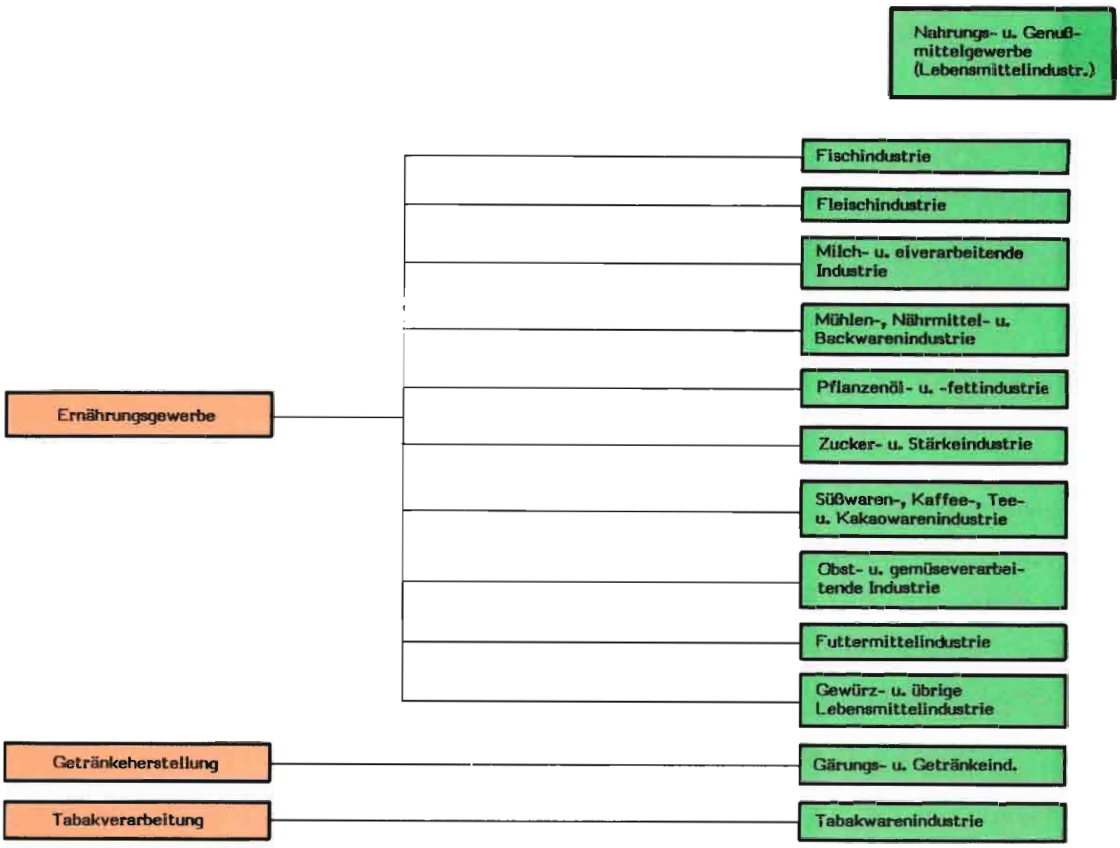
noch Schaubild 3.1.-6



noch Schaubild 3.1.-6



noch Schaubild 3.1.-6



*Zum besseren Verständnis wurden hier westdeutsche Begriffe benutzt. Die DDR-Begriffe stehen in Klammern. DIW 87

3.2. Die Energiewirtschaft

Zusammenfassung

Die Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und der DDR weisen folgende Unterschiede auf:

- Das Verbrauchsniveau — gemessen am Primärenergieverbrauch je Einwohner — ist in der DDR höher; 1984 um 20 vH.
- Die Verbrauchsstruktur in der DDR ist sehr stark auf die im Inland verfügbare Braunkohle ausgerichtet.
- Der Selbstversorgungsgrad der Energieversorgung der DDR ist relativ hoch. Die Importe werden fast ausschließlich aus der UdSSR bezogen. Die Bundesrepublik deckt dagegen weiterhin einen relativ hohen Anteil ihres Energiebedarfs durch Importe und bemüht sich um eine Diversifizierung nach Bezugsquellen und Energieträgern.
- Die Bedeutung der Kernenergie hat in der Bundesrepublik in den letzten Jahren viel stärker zugenommen als in der DDR, obwohl dort keine öffentliche Diskussion über die Risiken dieses Energieträgers stattgefunden hat.
- Von den beiden Ölpreisschüben ist die DDR nicht so stark und so abrupt getroffen worden wie die Bundesrepublik: Der Ölanteil am Primärenergieverbrauch (PEV) ist dort deutlich niedriger; außerdem werden die Preise im RGW-Intra-

blockhandel als gleitende Durchschnitte der Weltmarktpreise der vorangegangenen fünf Jahre gebildet. Dies verzögerte den Preisanstieg und führte indirekt zu einer Preissubventionierung durch die UdSSR.

Beide Staaten haben vor allem nach dem zweiten Ölpreisschub umfangreiche Maßnahmen zur Energieeinsparung ergriffen. Im Zeitraum 1980 bis 1983 konnte die volkswirtschaftliche Energieintensität deutlich gesenkt werden. Insgesamt war das Tempo der Energieeinsparung in der Bundesrepublik größer als in der DDR. Dort dürften vor allem ein älterer Anlagenbestand, geringere materielle Anreize und eine ungünstigere Struktur des Energieangebots (hoher Anteil von Braunkohle!) Einsparungen behindern.

Inhalt Seite

3.2.1. Ausgangslage und Ausmaß der Ölverteuerung 405

3.2.1.1. Struktur des Primärenergieverbrauchs 1973 405

3.2.1.2. Preisveränderungen für Importenergien 1973 bis 1984 405

3.2.1.3. Auswirkungen auf die Handelsbilanz 406

3.2.2. Energiepolitische Reaktionen 407

3.2.2.1. Ziele der Energiepolitik 407

3.2.2.2. Energiepolitische Maßnahmen 407

3.2.2.2.1. Energiepolitische Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland 407

3.2.2.2.2. Energiepolitische Maßnahmen in der DDR 411

3.2.3. Entwicklung des Energieverbrauchs 1973 bis 1984 412

3.2.3.1. Primärenergieverbrauch und Wirtschaftswachstum 412

3.2.3.2. Entwicklung des Energieverbrauchs in den einzelnen Verbrauchssektoren 1973 bis 1984 414

3.2.3.2.1. Bundesrepublik Deutschland 414

3.2.3.2.2. DDR 416

3.2.4. Umstrukturierung des Energieverbrauchs 416

3.2.4.1. Primärenergie 416

3.2.4.2. Elektrizitätswirtschaft 418

3.2.4.3. Fernwärme 419

3.2.5. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen 419

Fußnoten, Quellen und Literaturhinweise zu 3.2. 420

3.2.1. Ausgangslage und Ausmaß der Ölverteuerung

3.2.1.1. Struktur des Primärenergieverbrauchs (PEV) 1973

Der PEV der Bundesrepublik Deutschland betrug im Jahre 1973 knapp 11 100 Petajoule (PJ)[1]. In der DDR lag er nach Schätzungen des DIW[2] bei 3 240 PJ; der Energieverbrauch je Einwohner war jedoch um 7 vH höher als in der Bundesrepublik. Das höhere Verbrauchsniveau ist vor allem auf die Struktur des Energieträgereinsatzes und auf eine durch das Wirtschaftssystem begünstigte Tendenz zur Energieverschwendung zurückzuführen; hinzu kommt ein höheres Durchschnittsalter für den Kapitalstock. Unterschiede in der Industriestruktur spielten indes keine Rolle[3].

Übersicht 3.2.-1

Struktur des Primärenergieverbrauchs im Jahre 1973

	Bundesrepublik	DDR
Primärenergieverbrauch (PJ)	11 092	3 243
davon (in vH)		
Steinkohle	22,2	10,8
Braunkohle	8,7	67,6
Mineralöl	55,2	17,6
Naturgase	10,2	3,4
Kernenergie	1,1	0,1
Primärstrom u. sonst. Energieträger	2,6	0,5

In der Bundesrepublik Deutschland erreichte die Einfuhr von Energieträgern 1973 einen Anteil am PEV von über 68 vH; abzüglich der Energieexporte betrug der Anteil noch fast 56 vH (Nettoimportquote) (vgl. Anhangtabelle 3.2.-1).

Von den Energieimporten entfielen rund 86 vH auf Rohöl und Mineralölprodukte; die Rohölimporte stammten fast ausschließlich (96 vH) aus dem OPEC-Bereich und konzentrierten sich hier zu über 83 vH auf nur fünf Länder. Die Rohölversorgung war damit in eine risikoreiche Abhängigkeit von nur wenigen Ländern geraten.

Vom Primärenergieverbrauch im Jahre 1973 wurden mehr als zwei Drittel in den Endenergieverbrauchssektoren, d. h. im übrigen Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Verkehr sowie in den Haushalten und bei den Kleinverbrauchern (einschl. militärische Dienststellen) eingesetzt. Knapp 8 vH wurden für die stoffwirtschaftliche Verwertung (nichtenergetischer Verbrauch) genutzt; 25 vH entfielen auf Verluste und Verbrauch im Umwandlungssektor.

Die DDR befand sich 1973 in einer Umstellungsphase: Die im Hinblick auf Transport, Umwandlung und Umweltbelastung günstigeren Kohlenwasserstoffe (Erdöl und Erdgas) sollten ein größeres Gewicht am Primärenergieverbrauch erhalten. Die Ausweitung der Öl- und (von 1973 an) der Erdgasimporte diente aber auch dem Ziel, die damals noch herrschende Energieknappheit abzubauen.

Die Importabhängigkeit der Energieversorgung hatte damit zwar auch in der DDR zugenommen (vgl. Anhangtabelle 3.2.-1), doch war sie mit rund 30 vH 1973 aber noch immer relativ gering (1970: 21 vH). Der mit Abstand wichtigste Energielieferant war die Sowjetunion. Auf sie entfielen 1973 rd. drei Fünftel der Bruttoimporte, wobei der Lieferanteil allein bei Erdöl 80 vH betrug. Am Inlandsverbrauch der DDR hatten die sowjetischen Energielieferungen insgesamt einen Anteil von rd. 20 vH. Aus OPEC-Staaten importierte die DDR 1973 lediglich 3 Mill. t Rohöl; davon stammten knapp 1 Mill. t aus dem Irak, über die Herkunft von 1,9 Mill. t gibt es keine Angaben.

3.2.1.2. Preisveränderungen für Importenergien 1973 bis 1984

Wichtigste Importenergien waren im Jahre 1973 für die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland Mineralöl und Erdgas, wobei dem Mineralöl die weitaus größte Bedeutung zukam (knapp 86 vH). Daran hat sich bis 1984 grundsätzlich nichts geändert, obwohl der Anteil des Mineralöls an den importierten Energieträgern auf 64 vH gesunken und der des Erdgases auf über 16 vH gestiegen ist. Seit Mitte der 70er Jahre hat sich als Folge der rasch steigenden Stromerzeugung in Kernkraftwerken der Anteil der Kernenergie an den gesamten Energieimporten kräftig erhöht, von 1,5 vH im Jahre 1973 auf über 12 vH im Jahre 1984.

Die Preissteigerungen für diese drei Importenergien stellen für Energiewirtschaft und Verbraucher seit 1973 eine erhebliche Belastung dar. Ausgelöst wurden sie durch die Ölpreiskrise 1973/74, als der offizielle OPEC-Verkaufspreis für Rohöl von durchschnittlich 3,4 Dollar/Barrel auf 11,3 Dollar/Barrel mehr als verdreifacht wurde. Bis 1979 stieg der durchschnittliche fob-Rohölpreis der OPEC-Länder zwar im jährlichen Mittel um 10,6 vH, wegen der Wertsteigerung der D-Mark gegenüber dem Dollar ergab sich auf DM-Basis jedoch ein geringerer Anstieg (4,4 vH p.a.). Gemessen an der Preisentwicklung des Bruttosozialprodukts hat der reale Einfuhrpreis frei Grenze für Rohöl nahezu stagniert.

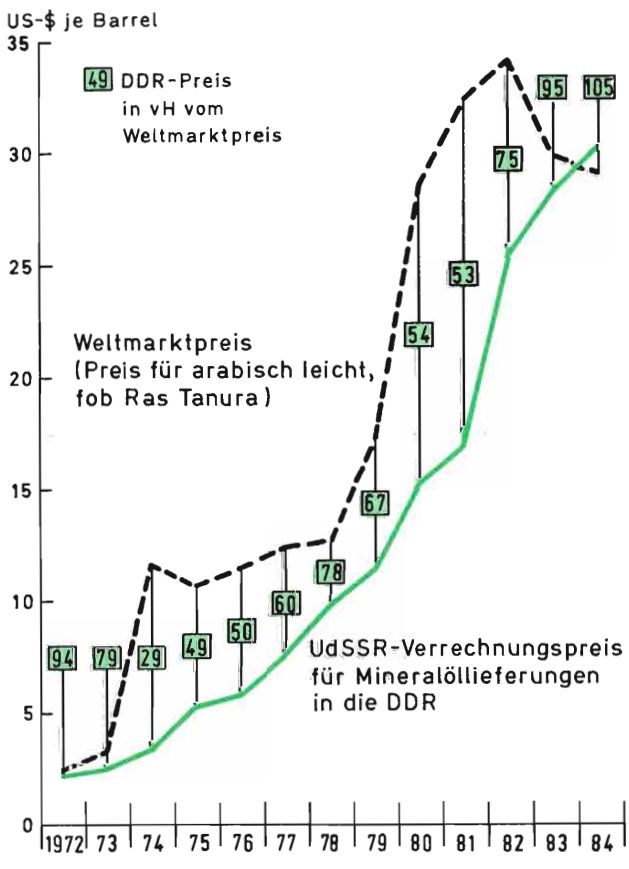
Die zweite drastische Anhebung der offiziellen Rohölpreise im Jahr 1979 führte bis zum Jahr 1981 zu einer

Verzehnfachung des Dollarbetrages (34,5 Dollar/Barrel) gegenüber 1973. In Verbindung mit starken Kursverlusten der D-Mark gegenüber dem Dollar stieg der Einfuhrpreis des Rohöls bis zum Jahre 1984 auf 622 DM/t, obwohl der durchschnittliche offizielle Rohölpreis nach seinem Höchststand im Jahre 1981 um insgesamt 17 vH wieder gefallen war. Insgesamt hat sich damit der Rohölpreis frei Grenze von 1973 bis 1984 um 660 vH erhöht (vgl. Anhangtabelle 3.2.-3). Mit dem Rohölpreis sind auch die Importpreise aller Mineralölprodukte gestiegen, teilweise aber mit sehr viel geringeren Raten.

Die Preisveränderungen für importiertes Erdgas sind denen des Mineralöls verzögert gefolgt. Dies ist insbesondere auf die Anbindung der Erdgasimportpreise an die Preisentwicklung des schweren Heizöls zurückzuführen. Insgesamt hat sich der Erdgaspreis frei Grenze im Zeitraum 1973 bis 1984 um 670 vH erhöht.

Schaubild 3.2.-1

Entwicklung der Erdölpreise
Weltmarktpreis und Preis für DDR-Importe aus der UdSSR
1972 bis 1984



Die Brennstoffkosten eines Kernkraftwerks haben sich in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1973 bis 1984 vervierfacht[4], von rund 0,6 Pfg/kWh auf etwa 2,5 Pfg/kWh. Zu dieser Kostenentwicklung trugen vor allem die Preissteigerungen für Natururan von 53 DM auf 188 DM je kg U_3O_8 (Kontraktpreise) und für angereichertes Uran von 96 DM auf 442 DM je t UTA (Urantrennarbeit) bei, die gegenwärtig etwa 50 vH der Kosten des Kernbrennstoffkreislaufs ausmachen.

Von der Verteuerung des Öls und der übrigen Energieträger wurde auch die DDR betroffen, über viele Jahre jedoch nicht so stark wie die Bundesrepublik. Die DDR bezieht ihre Energieimporte überwiegend aus der UdSSR. Die Verrechnungspreise im RGW-Intrablockhandel werden grundsätzlich in Anlehnung an die Weltmarktpreise in den vorangegangenen fünf Jahren gebildet. Während die Preise bis 1974 über fünf Jahre stabil gehalten wurden, werden sie seit 1975 jährlich angepaßt.

Stellt man die UdSSR-Verrechnungspreise den jeweiligen Weltmarktpreisen gegenüber (vgl. Schaubild 3.2.-1), so zeigt sich, daß die sowjetischen Preise von 1973 bis 1983 unter dem Weltmarktniveau lagen; in einigen Jahren um 40 bis 50 vH. Erst 1984 wurde es geringfügig, nämlich um 5 vH, überschritten[5].

Die sich aus diesem Preisbildungsprinzip ergebenden Einsparungen lassen sich insgesamt allerdings nicht genau quantifizieren. Denn auch die Preise der von der DDR in die UdSSR gelieferten Waren orientieren sich nach diesem Prinzip. Da jedoch die Energiepreise erheblich schneller gestiegen sind als die übrigen Preise, dürfte sich per Saldo ein positiver Nettoeffekt für die DDR ergeben haben. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß zumindest von 1973 bis 1983 eine indirekte Subventionierung der DDR durch die UdSSR erfolgt ist. Die Sowjetunion hat sich hierzu vermutlich aus politisch-ökonomischen Gründen entschlossen. Hätten die DDR und die übrigen kleinen RGW-Länder die jeweiligen Weltmarktpreise bezahlen müssen, wären sie in noch größere Finanzierungsschwierigkeiten geraten[6].

3.2.1.3. Auswirkungen auf die Handelsbilanz

Durch die starken Preissteigerungen bei den Energieimporten ist die Handelsbilanz der Bundesrepublik Deutschland erheblich belastet worden. Das Defizit im Außenhandel mit Energieträgern stieg von 12 Mrd. DM im Jahre 1973 auf über 72 Mrd. DM im Jahre 1984. Die Leistungsbilanz war vorübergehend — in den Jahren 1979 bis 1981 — sogar negativ. Per Saldo ist es der Bundesrepublik jedoch besser als der DDR gelungen, die Energieverteuerungen durch Steigerung der Exporte aufzufangen.

Die DDR mußte zunächst beträchtliche Handelsbilanzdefizite hinnehmen; erst von 1982 an konnten im gesamten Außenhandel Überschüsse erzielt werden.

In der Warengruppe Brennstoffe, mineralische Rohstoffe und Metalle (RGW-Nomenklatur) stieg das Defizit von 2 Mrd. Valuta-Mark (VM) im Jahre 1970 auf rd. 20 Mrd. VM (1984).

Am Import aus der UdSSR nahm der Energieanteil beträchtlich zu:

Anteile von Energie[1] am Import aus der UdSSR in vH

1973	1976	1980	1981	1982	1983	1984
14	25	40	44	51	55	55

[1] Kohle, Mineralöl, Erdgas, Strom.

Trotz des geringen Anteils von Mineralöl am Primärenergieverbrauch und trotz der relativ günstigen sowjetischen Verrechnungspreise war die DDR nicht in der Lage, die Energieverteuerung durch erhöhte Exporte auszugleichen. Seit 1975 gab es ein Handelsbilanzdefizit gegenüber der UdSSR. Über die Jahre kumuliert erreichte es bis 1984 3,8 Mrd. TRbl; das entspricht etwa der Hälfte des Wertes der Waren, die die DDR 1984 aus der UdSSR bezogen hat. Dieses Defizit dürfte für die Sowjetunion das Hauptmotiv für das Einfrieren ihrer Energielieferungen im Jahre 1981 auf dem Vorjahrsniveau und für die Kürzungen ihrer Erdölexporte in den Jahren 1982 und 1983 gewesen sein (insgesamt 10 vH).

Bemerkenswert ist, daß die DDR von 1979/80 an dennoch stets mehr Rohöl aus der UdSSR importiert hat, als sie zur Deckung des Inlandsbedarfs benötigte (vgl. Abschnitt 3.2.4). Der Reexport von Rohöl aus der Sowjetunion erleichterte die Bilanzverbesserung im Westhandel der DDR.

3.2.2. Energiepolitische Reaktionen

Die Bundesregierung hat direkte Eingriffe in den Preisbildungsprozeß auf dem Energiesektor abgelehnt. Dies hatte zur Folge, daß die Ölpreisschübe unmittelbar auf den Inlandsmarkt durchschlugen und hier Energieeinsparungen bewirkten.

In der DDR löste die erste Ölpreissteigerungswelle auf dem Weltmarkt zunächst keine verschärften Energiesparmaßnahmen aus. Offensichtlich hielt man die Preissteigerungen für eine singuläre Entwicklung; außerdem hatte man mit der UdSSR 1975 noch einen Handelsvertrag für 1976 bis 1980 abschließen können, der einen jährlichen Anstieg der sowjetischen Energielieferungen um durchschnittlich 48 PJ vorsah (5 vH p.a.).

1978 wurde der DDR von der UdSSR vermutlich signalisiert, daß in den 80er Jahren nicht mit einem weiteren Anstieg der Energielieferungen zu rechnen sei. Mit dem erneuten Preisschub beim OPEC-Öl im Jahr 1979 wurde außerdem klar, daß auch die sowjetischen Energielieferungen sich weiter verteuern werden und daß sich damit das Handelsbilanzdefizit gegenüber der UdSSR vergrößern werde.

3.2.2.1. Ziele der Energiepolitik

Wenn auch die energiepolitischen Reaktionen auf die Veränderungen am Weltmarkt in der Bundesrepublik und in der DDR zu unterschiedlichen Zeitpunkten einsetzten, so waren die Ziele weitgehend identisch:

- Verminderung der volkswirtschaftlichen Energieintensität,
- Senkung des Mineralölanteils am Primärenergieverbrauch,
- stärkere Nutzung inländischer Energieressourcen.

Für die Bundesrepublik ergab sich zusätzlich die Notwendigkeit, die politischen Risiken der Importabhängigkeit bei der Energieversorgung zu verringern. Dies sollte allerdings weniger durch eine Ausweitung der inländischen Gewinnung von Energieträgern, sondern primär durch Diversifizierung der Bezugsquellen und Energieträger (Nordseeöl, UdSSR-Erdgas, Kernenergie) geschehen.

Die DDR war darauf angewiesen, eine Politik der Importsubstitution zu verfolgen: Erdöl- aber auch Steinkohlenimporte sollten vor allem durch die im Inland verfügbare Braunkohle ersetzt werden.

Die Ziele Energieeinsparung und Importsubstitution sind allerdings nicht widerspruchsfrei: Transport und Umwandlung von Braunkohle erfordern im Vergleich zu Erdöl einen höheren Energieeinsatz. Die Umstrukturierung des Energieverbrauchs zugunsten der Braunkohle behindert somit die Bemühungen um Energieeinsparung.

3.2.2.2. Energiepolitische Maßnahmen

3.2.2.2.1. Energiepolitische Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik ist auch die Preisbildung in der Energiewirtschaft — bis auf die elektrische Energie — frei von direkten staatlichen Eingriffen. Die staatliche Einflußnahme auf die Elektrizitätswirtschaft beschränkt sich auf eine Strompreiskontrolle und eine Genehmigungspflicht für Strompreiserhöhungen im Bereich der Tarifabnehmer (vorwiegend private Haushalte), auf den im Jahre 1984 etwa 40 vH des gesamten Stromverbrauchs entfielen.

Als Folge der beiden Ölpreisschübe stiegen die Verbraucherpreise für Energie — vor allem im industriellen Bereich — erheblich an (vgl. Anhangtabelle 3.2.-4), so daß die Verbraucher zu Einsparreaktionen herausgefordert wurden.

Um die Verbraucher zu energiesparenden Investitionen anzuregen, hat die Bundesregierung sowohl für private Verbraucher wie auch für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft (verarbeitendes Gewerbe, Kleinverbraucher, Energieerzeugungs- und -verteilungsunternehmen) von 1978 an u. a. folgende Maßnahmen ergriffen: 4,35 Mrd. DM-Programm zur Förderung heizenergiesparender Investitionen in Wohnungen und Gebäuden, Investitionszulagen für den

Übersicht 3.2.-2

Ausgewählte Daten zur Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	1970	1973	1976	1980	1981	1982	1983	1984
Inlandsförderung von Primärenergieträgern									
Steinkohle	Mill. t	111,4	97,6	89,6	87,1	88,5	89,0	82,2	79,4
Braunkohle	Mill. t	108,4	118,7	134,5	129,9	130,7	127,3	124,4	126,7
Erdgas	Mrd. m^3	12,0	18,8	18,4	18,2	18,5	15,8	16,9	17,9
Erdöl	Mill. t	7,5	6,6	5,5	4,6	4,5	4,3	4,1	4,1
Wasserkraft	TWh	16,4	14,0	12,6	17,3	18,2	17,9	17,0	16,7
Produktion von Sekundärenergieträgern									
Steinkohlenkoks	Mill. t	42,5	35,5	32,9	29,3	28,3	26,7	23,0	21,5
Steinkohlen- und Braunkohlenbriketts	Mill. t	13,3	8,8	5,7	5,9	5,5	5,2	4,8	5,2
Motorenkraftstoffe	Mill. t	25,0	27,9	25,8	33,7	36,1	36,3	36,0	36,2
Heizöl leicht	Mill. t	27,4	32,4	29,3	28,9	24,8	23,7	22,6	23,6
Heizöl schwer	Mill. t	33,5	34,9	27,7	22,3	21,6	19,4	16,0	14,3
Strom	TWh	242,6	299,0	333,6	368,8	368,8	366,9	373,8	394,9
Einfuhr von Energieträgern									
Rohöl	Mill. t	98,9	110,5	99,2	97,9	79,6	72,5	65,2	66,9
Mineralölprodukte	Mill. t	32,1	42,8	42,7	39,4	36,0	38,1	43,5	43,3
darunter									
Motorenkraftstoffe	Mill. t	6,1	7,9	11,1	9,9	10,8	10,6	11,7	11,6
Heizöl leicht	Mill. t	17,8	21,7	20,2	14,4	11,7	12,0	14,3	14,0
Heizöl schwer	Mill. t	3,7	4,9	5,0	5,3	7,3	8,4	9,8	10,0
Erdgas	Mrd. m^3	3,8	15,6	28,8	43,1	39,6	36,5	36,7	37,6
Strom	TWh	14,1	18,0	12,9	19,2	21,9	20,2	23,7	19,5
Ausfuhr von Energieträgern									
Steinkohle	Mill. t	15,9	14,0	12,9	12,0	11,9	9,9	10,5	10,5
Steinkohlenkoks	Mill. t	10,3	10,5	7,4	7,8	6,5	4,2	4,1	6,7
Mineralölprodukte	Mill. t	8,1	8,6	6,3	6,8	6,8	7,4	6,7	6,5
darunter									
Motorenkraftstoffe	Mill. t	1,4	3,5	1,1	1,8	2,0	2,3	1,8	1,7
Heizöl leicht	Mill. t	1,2	1,1	0,8	1,2	0,9	0,6	0,5	0,6
Heizöl schwer	Mill. t	2,9	2,1	1,7	1,8	2,1	2,6	2,7	2,4
Erdgas	Mrd. m^3	—	0,1	0,1	2,6	3,0	2,4	1,7	1,3
Strom	TWh	6,3	7,7	11,8	13,5	14,0	13,4	13,3	15,4
Kraftwerkskapazität	GW	50,8	62,0	81,7	87,3	89,6	90,5	91,8	94,9
darunter									
Kernkraftwerke	GW	1,0	2,4	6,5	9,3	9,1	10,4	10,4	15,6

Übersicht 3.2.-3

Ausgewählte Daten zur Energiewirtschaft der DDR

	Einheit	1970	1973	1976	1980	1981	1982	1983	1984[1]
Förderung von Primärenergieträgern									
Braunkohle	Mill. t	261,5	246,2	246,9	258,1	266,7	276,0	278,0	296,0
Steinkohle	Mill. t	1,0	0,8	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erdgas	Mrd. m^3	1,0	7,0	9,2	7,7	8,5	9,8	11,8	13,0
Erdöl	Mill. t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Wasserkraft	TWh	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Produktion von Sekundärenergieträgern									
Braunkohlenbriketts	Mill. t	57,1	50,2	48,7	49,7	49,8	50,0	50,0	50,3
BHT-Koks	Mill. t	1,3	1,9	2,1	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5
BTT-Koks	Mill. t	5,0	3,9	3,4	2,7	2,7	2,9	3,2	3,3
Stadtgas	Mrd. m^3	4,3	4,8	5,5	6,2	5,9	6,3	7,2	7,7
Benzin	Mill. t	2,2	2,7	3,0	3,3	3,4	3,9	4,0	4,1
Diesel	Mill. t	3,6	4,0	5,1	6,1	5,6	6,1	6,1	6,1
Elektroenergie	TWh	67,7	76,9	89,2	98,8	100,7	102,9	104,9	110,1
Einfuhr von Energieträgern									
Steinkohle	Mill. t	8,2	9,5	6,1	6,8	5,4	4,7	4,2	3,6
darunter									
aus der UdSSR	Mill. t	3,5	3,7	4,1	3,4	2,6	2,9	3,0	2,4
Steinkohlenkoks	Mill. t	3,1	3,2	2,9	3,1	2,4	2,0	1,8	1,8
darunter									
aus der UdSSR	Mill. t	1,5	1,1	1,1	1,2	1,3	1,1	1,0	1,2
Erdöl	Mill. t	10,3	16,0	18,0	21,9	22,7	21,7	22,6	23,2
darunter									
aus der UdSSR	Mill. t	9,2	12,9	16,0	19,0	19,0	17,7	17,1	17,1
Erdgas	Mrd. m^3	0,2	0,8	3,4	6,4	6,3	6,4	6,4	6,2
darunter									
aus der UdSSR	Mrd. m^3	0,0	0,0	3,4	6,4	6,3	6,4	6,4	6,2
Strom	TWh	1,4	1,7	1,5	4,2	4,2	4,3	4,6	4,2
Ausfuhr von Energieträgern									
Braunkohlenbriketts	Mill. t	3,8	2,3	2,3	2,2	2,8	3,0	3,3	4,0
Erdöl und Erdölprodukte	Mill. t	1,3	2,4	2,4	7,2	8,6	9,5	11,8	13,8
davon									
statistisch nachgewiesen[2]	Mill. t	1,3	2,4	2,4	3,0	4,1	4,3	5,8	6,6
Strom	TWh	0,8	0,4	1,1	2,7	2,4	3,1	3,3	3,9
Installierte Kraftwerkskapazität	GW	12,6	14,9	17,5	20,4	21,4	21,9	21,8	22,3
darunter									
Kernkraftwerke	GW	0,1	0,1	0,1	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8

[1] Angaben für 1984 teilweise vorläufig.

[2] Vgl. Statistisches Jahrbuch des RGW, Moskau, diverse Jahrgänge.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. — Datenbank RGW-Energie des DIW.

Bereich der Energieerzeugung und -verteilung, Investitionszuschüsse für den beschleunigten Ausbau der Fernwärme im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen, Förderung einer beschleunigten Markteinführung energiesparender Produkte und Technologien.

Für den wichtigen Bereich des Wohnungswesens wurde ein ganzes Bündel administrativer Maßnahmen beschlossen: Wärmeschutzverordnungen für Neubauten und bauliche Veränderungen in Altbauten, Verordnungen über energiesparende Anforderungen an Anlagen und Betrieb von Heizungen und Warmwasseranlagen sowie Verordnung über die verbrauchsabhängige Abrechnung von Heiz- und Warmwasserkosten.

Zur Förderung des freiwilligen Energiesparens betreibt und unterstützt die Bundesregierung eine intensive Öffentlichkeitsarbeit über eine rationelle und sparsame Energieverwendung. Einschließlich der Beratung zur Energieeinsparung bei kleinen und mittleren Unternehmen wurden vom Bundeswirtschaftsministerium im Zeitraum 1979 bis 1985 hierfür Mittel in Höhe von rund 200 Mill. DM bereitgestellt[7].

Mit einzelnen Industriezweigen wurden Vereinbarungen erzielt, ihre Produkte mit Energieverbrauchsangaben auszuzeichnen (z. B. Haushaltsgeräteindustrie) oder bei der Werbung Energieverbrauchsdaten anzugeben (z. B. Kraftstoffverbrauch im dreistufigen Fahrzyklus von Personenkraftwagen).

Die Sicherung der Energieversorgung stellt einen besonderen Schwerpunkt der Energiepolitik dar. Mit der Ölpreiskrise 1973 war klargeworden, daß bilaterale Lösungen durch isolierte Reaktionen der westlichen Industrieländer gegenüber den OPEC-Staaten nicht möglich waren. Aus diesem Grunde hat die Bundesregierung von Anfang an auf eine internationale Kooperation im Energiebereich gesetzt, die bereits im November 1974 zur Errichtung der International Energy Agency (IEA) führte. In ihr haben sich alle OECD-Länder mit Ausnahme Frankreichs zusammengeschlossen.

Die IEA hat für den Fall einer Ölkrise (Versorgungsausfall von mindestens 7 vH des Verbrauchs in den Mitgliedsländern) einen Krisenmechanismus erarbeitet, der für sämtliche Mitglieder automatisch Verbrauchseinschränkungen vorsieht, Notstandsreserven in den Mitgliedsländern heranzieht und verbleibende verfügbare Ölmengen nach einem festgelegten Schlüssel auf die Mitgliedsländer verteilt.

Neben den für diesen internationalen Krisenmechanismus erforderlichen gesetzlichen Regelungen hat die Bundesregierung eine Reihe zusätzlicher Krisenmaßnahmen festgelegt, die speziell die nationalen Interessen berücksichtigen. Sie stützen sich im wesentlichen auf das Energiesicherungsgesetz von 1975 mit seinen Rechtsverordnungen, die dem Staat im Falle einer Energiekrise Eingriffe in die gesamte Energiewirtschaft ermöglichen, und auf eine zusätzliche Bevorratung mit Energieträgern, wie: Bundesrohölreserve in Höhe von 10 Mill. t und nationale Kohlenreserve in Höhe von ebenfalls 10 Mill. t.

Die langfristige Absicherung eines ausreichenden Energieangebotes setzt voraus, daß Öl verdrängt wird, die Ölimportquellen diversifiziert werden, der Beitrag von im Inland verfügbaren Energieträgern stabilisiert wird und die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Energiesektor intensiviert werden.

Zur Substitution von Erdöl durch heimische Energieträger wird z. B. eine Ausbreitung des Öleinsatzes in der Elektrizitätswirtschaft durch einen Genehmigungsvorbehalt seitens des Bundeswirtschaftsministers beim Neubau von Kraftwerken bzw. bei der Errichtung von leistungssteigernden Anlagen über 10 Megawatt faktisch verhindert. Zusätzlich verpflichtete sich die Elektrizitätswirtschaft in Form einer Selbstbindung, die Stromerzeugung aus Öl auf einen unvermeidbaren Rest zu reduzieren. Eine ähnliche Genehmigungsklausel wurde für die Errichtung von Erdgaskraftwerken eingeführt.

Die Diversifizierung der Ölimporte sollte die Rohölversorgung nicht nur auf eine größere Anzahl von Lieferländern gleichmäßiger verteilen, sondern auch eine Umstrukturierung auf politisch als zuverlässig geltende Länder bewirken. Der Erfolg dieser Strategie läßt sich aus der Gegenüberstellung der Rohölimportstruktur in Anhangtabelle 3.2.-5 ablesen.

Stabilisierungsmaßnahmen für inländisch verfügbare Energieträger beziehen sich im wesentlichen auf die Steinkohle, die durch Mineralöl und Erdgas verdrängt worden war, insbesondere auf ihren Einsatz bei der Strom- und Fernwärmeerzeugung. Zwischen Elektrizitätswirtschaft und Steinkohlenbergbau wurde zuletzt im Jahre 1981 eine stufenweise Steigerung des Einsatzes zur Verstromung inländischer Steinkohle bis zu 47,5 Mill. t SKE im Jahre 1995 festgelegt. Diese Vereinbarungen werden durch das 3. Verstromungsgesetz finanziell flankiert. Die erforderlichen Mittel werden durch Erhebung einer Ausgleichsabgabe (sog. Kohlepfennig) von den Stromabnehmern aufgebracht; im Jahre 1984 erreichten die Einnahmen aus dieser Ausgleichsabgabe rd. 1,95 Mrd. DM.

Ein wichtiger Bereich zur Energieeinsparung und zum Einsatz inländischer Steinkohle ist die Fernwärme. Mit umfangreicher Hilfe durch die öffentliche Hand sollte ein verstärkter Ausbau erreicht werden. Hierfür wurden allein im Zeitraum 1975 bis 1982 Mittel in Höhe von gut 1,6 Mrd. DM zur Verfügung gestellt, denen ein Investitionsvolumen von insgesamt 5,2 Mrd. DM[8] gegenüberstand.

Für die Forschungsförderung auf dem Energiesektor wurden im Rahmen von bislang drei Forschungsprogrammen vom Staat erhebliche Mittel eingesetzt. Von 1974 bis 1983 erreichten die Aufwendungen eine Höhe von insgesamt 17,7 Mrd. DM, von denen 11,5 Mrd. DM (65 vH) nukleare Energieforschung, 5,3 Mrd. DM (30 vH) auf die nichtnukleare Energieforschung und 0,9 Mrd. DM (5 vH) auf die Fusionsforschung entfielen[9].

3.2.2.2.2. Energiepolitische Maßnahmen in der DDR Energieplanung und Verbrauchsnormen

Für Leitung und Planung der Energiepolitik ist in der DDR das Ministerium für Kohle und Energie zuständig. 1979 wurde eine „Zentrale Energiekommission beim Ministerrat" gebildet, die Vorschläge für energiepolitische Maßnahmen ausarbeiten sowie deren Koordinierung, Anleitung und Kontrolle übernehmen soll[10]. Die Arbeitsgruppe „Rationelle Energieanwendung beim Ministerrat der DDR" ist für die Ausarbeitung von Konzepten für den effizienten Energieeinsatz verantwortlich. Regelmäßige Seminare „Rationelle Energieanwendung" für Leitungsorgane sollen die Durchsetzung der Energiepolitik unterstützen.

Den Betrieben in der Industrie wurde der Energieverbrauch erstmals 1979 als staatliche Plankennziffer vorgegeben. Zuvor wurden nur die Liefermengen festgelegt. Dies ermöglichte den Betrieben, Energierohstoffe zu horten; dabei kam es oft zu relativ hohen Lagerverlusten. Der Energieverbrauch muß jetzt monatlich abgerechnet werden.

Ministerien und Kombinate müssen bei der Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne nachweisen, welche Maßnahmen sie zur rationellen Energienutzung bzw. -einsparung ergriffen haben. Nach der 1980 verabschiedeten Energieverordnung (EVO)[11] ist die Nutzung der sogenannten Anfallenergie (Abwärme) — sofern volkswirtschaftlich vertretbar — gesetzliche Pflicht. Für 1983 wurde das technisch-ökonomisch nutzbare Potential an sog. Sekundärenergie auf 10 vH des Primärenergieverbrauchs der DDR geschätzt, davon wurden zwei Drittel genutzt. Für Erzeugnisse, Anlagen und Technologien werden Energieverbrauchsnormative vorgegeben. Die Mehrzahl dieser bisher existierenden 550 Normative wurde Anfang der achtziger Jahre um 15 vH gesenkt[12]. Für vorhandene Produktionsanlagen werden Verbrauchsnormen festgelegt, die mindestens nach drei Jahren zu überarbeiten sind.

Die ständige Anpassung von Normativen und Normen an die technische Entwicklung ist ein zentrales Problem der administrativen Verbrauchssteuerung. Da die Betriebe daran interessiert sind, über Energiereserven zu verfügen, werden sie an die zentralen Stellen tendenziell überhöhte Verbrauchsforderungen stellen. So ist zu erklären, daß bei einer Analyse der gültigen Normative festgestellt wurde, der tatsächliche Energieverbrauch habe zum Teil um bis zu 50 vH unter den Normativwerten gelegen; die Richtwerte des Ministeriums für Verkehrswesen für den Kraftstoffverbrauch bei PKW wurden um bis zu 1,5 l je 100 km dauerhaft unterschritten[13].

Maßnahmen im Bau- und Wohnungswesen sind von langfristiger Bedeutung. Für Neubauten werden Wärmeverbrauchsnormative vorgegeben. Es wird aber beklagt, daß diese Anforderungen durch Qualitätsmängel in der Bauausführung nicht erreicht werden[14].

Wärmedämmstoffe werden bisher nicht in größerem Umfang eingesetzt. Hierfür könnte u. a. die Forderung nach Erdöleinsparung verantwortlich sein, denn die Dämmstoffe werden überwiegend aus Erdölprodukten produziert. Eine Umstellung auf Silikatprodukte ist jedoch vorgesehen.

Für die Beheizung von Arbeits- und Wohnräumen — hierfür wird etwa ein Drittel der Gebrauchsenergie verwendet — sind in einem Ministerratsbeschluß vom September 1979 Höchstwerte für Raumtemperaturen vorgegeben worden[15]. Sie betragen u. a. für Wohnungen 19° bis 21°C. Oft verhindert aber allein schon das Fehlen von Regelungseinrichtungen die Einhaltung der Vorschriften. Zumindest für neue Industriebauten sind aber automatische Raumtemperaturregelungsanlagen verbindlich vorgeschrieben[16].

Beträchtliche Energieeinsparungen sind auch durch Senkung des spezifischen Materialverbrauchs zu erreichen. Für den Fünfjahrplan 1981/85 sollte die geforderte Einsparung von Walzstahl, Aluminium, Kupfer und Zement einem Energieäquivalent von 20 Mill. t Rohbraunkohle entsprechen, das sind knapp ein Drittel der vorgesehenen Gesamteinsparung[17].

Umfangreiche Maßnahmen zur Verwirklichung der Einspar- und Substitutionsziele sind im Transportsektor ergriffen worden. Der bis 1980 überdurchschnittlich expandierende Werksverkehr wurde zugunsten des zentralisierten Kraftverkehrs eingeschränkt. Damit sollten unnötige Fahrten vermieden und durch Bündelung von Transportprozessen Einsparungen erreicht werden. Der Werksverkehr wurde offensichtlich recht großzügig gehandhabt: Den Betrieben war es gelungen, relativ hohe Kraftstoffkontingente zu erhalten; für den zentralisierten Kraftverkehr waren die staatlichen Normative für den Treibstoffverbrauch um 20 vH niedriger[18]. Daher wurde von 1982 an die Kontingentierung von Treibstoffen außerhalb des privaten Sektors verschärft.

Den zentralen energiepolitischen Zielen dient auch die Verlagerung von Straßentransporten auf Schienen- und Wasserfahrzeuge; hier soll der relative Energieaufwand nur rund ein Fünftel des Aufwands für Straßentransporte betragen.

Der Anteil der Eisenbahn an den Güterverkehrsleistungen innerhalb der DDR stieg von 1981 bis 1984 von 67 auf 73 vH. Gleichzeitig wurde das elektrifizierte Streckennetz von 1700 auf 2320 km erhöht; das entsprach einem Anteil von fast 14 vH; rund ein Drittel der Transportleistungen wird auf diesen Streckenabschnitten abgewickelt (1980 : 20 vH). Die Kosten der elektrischen Traktion sollen um etwa 40 vH unter denen der Dieseltraktion liegen[19]; außerdem kann der Strom aus inländischer Braunkohle produziert werden.

Geschwindigkeitsbeschränkungen gab es in der DDR bereits vor 1973. Während das Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen nicht verändert worden ist, wurde 1979 die Höchstgeschwindigkeit auf Landstraßen von 90 auf 80 km/h reduziert. 1984 wurden mit dem Ziel einer sparsamen Kraftstoffverwendung für Nutzfahrzeuge typenabhängige Limite zwischen 60 und 80 km/h festgelegt[20].

Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen

Ein Kontrollorgan ist die „Energieinspektion" der Zentralen Energiekommission beim Ministerrat der DDR. Bei Verstößen können Auflagen erteilt und Zwangsgelder bis zu 100 000 M erhoben werden. Werden die Auflagen nicht erfüllt, können Ordnungsstrafen an die Verantwortlichen in Höhe von höchstens 1 000 M verhängt werden. In der Praxis ist davon allerdings selten Gebrauch gemacht worden[21]. In den ersten beiden Jahren ihrer Tätigkeit haben die Kontrollmaßnahmen zu Einsparungen von rd. 0,8 Mill t Rohbraunkohlenäquivalent geführt[22]. Bei Überschreitung der staatlich vorgegebenen Energiekontingente können Sanktionen in Höhe des zehnfachen Industrieabgabepreises des jeweiligen Energieträgers fällig werden[23]. Außerdem ist in den Tarifbestimmungen ein Aufschlag von 50 vH bei Überschreitung der vertraglich vereinbarten Bezugsmenge bzw. -leistung vorgesehen.

Preisveränderungen

Als einziges RGW-Land hat die DDR die Preise und Tarife für den Energieverbrauch der privaten Haushalte im Beobachtungszeitraum nicht verändert. Der Energiebezug wird als ein Grundbedürfnis angesehen; es soll zu einem niedrigen Preis befriedigt werden. So kostet seit 1946 eine Kilowattstunde Elektroenergie 8 Pfennige (vgl. Anhangtabelle 3.2.-6), die Stromerzeugungs- und -transportkosten betrugen Anfang der achtziger Jahre dagegen 12 Pfennige[24]. Die Differenz gleicht der Staat durch Subventionen aus. Der Energiebezug einer fernbeheizten Wohnung wird im Durchschnitt jährlich mit rund 800 Mark subventioniert[25]. Von den Haushalten selbst werden dagegen für Strom, Gas, Heizung und Wasser zusammengenommen nur 300 M p.a. aufgewendet.

Beträchtlich erhöht worden sind jedoch die Industriepreise. Erste Veränderungen gab es 1976; die Verteuerungen betrugen z. B. für Erdgas 200 vH, für Rohbraunkohle 40 vH[26]. Nach einer DDR-Quelle ist bis 1985 — bezogen auf 1979 — das Preisniveau für die Importenergien Heizöl und Steinkohle um rund 50 vH, für Stadt- und Erdgas um rund ein Drittel und für Braunkohle, Elektroenergie und Fernwärme um 12 vH angehoben worden[27]. Dem Ziel der Energieeinsparung diente auch die Erhöhung der Frachttarife.

Die Struktur der Preise für Endenergieträger (DDR-Terminus: Gebrauchsenergie) ist eindeutig auf das Ziel der Substitution von Importenergie ausgerichtet. Setzt man den Wärmepreis für Rohbraunkohle gleich 100, so beträgt die Relation zur Steinkohle 480 und zu Heizöl 1 150[28].

Die DDR hat also — trotz grundsätzlicher Abschottung ihres Preissystems — auf Veränderungen am Weltmarkt reagiert, indem sie für gewerbliche Abnehmer die Preisstruktur verändert und das Niveau der Energiepreise z. T. beträchtlich erhöht hat. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen ist aber von vornherein begrenzt, denn Preise haben nur eine geringe Bedeutung für das Verhalten der Betriebe. Der private Verbraucher hat die Energieverteuerung nicht zu spüren bekommen. Auch dies erschwert die Ausbreitung eines Energiesparbewußtseins und dürfte eine effizientere Energienutzung nicht nur im privaten Bereich behindern.

Motivationsmaßnahmen

Von der Zentralen Energiekommission wird eine Urkunde „Für vorbildliche energiewirtschaftliche Arbeit" verliehen. Sie ist mit einer finanziellen Anerkennung verbunden und kann u. a. an Kombinate und Betriebe vergeben werden.

Für Energie- und Materialeinsparungen werden in der DDR individuelle Prämien gezahlt, die nach Energieträgern gestaffelt sind. Spezielle Prämien werden für Berufskraftfahrer gewährt. Sie können bis zu 0,75 M je eingespartem Liter Kraftstoff betragen[29].

Krisenvorsorge

Die DDR deckt ihren Energiebedarf zu vier Fünfteln aus eigenen Quellen, die Importe stammen überwiegend aus der UdSSR, Polen und CSSR. Damit betreibt die DDR eine blockautarke Energiepolitik. Dies schließt zwar Engpässe nicht gänzlich aus (Steinkohle aus Polen 1981!), macht sie aber doch insgesamt so unwahrscheinlich, daß sich eine Vorsorge gegen politisch motivierte Lieferunterbrechungen weitgehend erübrigt.

3.2.3. Entwicklung des Energieverbrauchs 1973 bis 1984

3.2.3.1. Primärenergieverbrauch und Wirtschaftswachstum

Wesentliche Erfolge bei der Energieeinsparung sind in der Bundesrepublik erst nach 1979 zu verzeichnen. Die erste Ölkrise hatte zwar bei den Energieverbrauchern schockartige Reaktionen ausgelöst, die bis zum Jahre 1975 einen Rückgang des Primärenergieverbrauchs um insgesamt 8 vH bewirkten. Aufgrund der sich nach 1975 entspannenden Lage auf dem Weltölmarkt, der Kursgewinne der D-Mark gegenüber dem Dollar und der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung stieg der Primärenergieverbrauch jedoch bis 1979 relativ stark, auf fast 12 000 PJ; er lag damit um knapp 8 vH über dem Verbrauch im Jahre 1973. Erst der zweite Ölpreissprung von 1979/80 führte in Verbindung mit der wirtschaftlichen Rezession und einer Reihe energiepolitischer Maßnahmen bis 1982 zu einer Verringerung des Primärenergieverbrauchs um über 11 vH. Mit der Überwindung der Rezession zog der Energieverbrauch zwar wieder leicht an; er lag aber im Jahre 1984 noch immer leicht unter dem Niveau im Jahre 1973.

Primärenergieverbrauch und Wirtschaftswachstum galten in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit als zwei Größen, die in ihrer Entwicklung bis auf

Übersicht 3.2.-4

Der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984

Jahr	Bundesrepublik Deutschland			DDR			
	Insgesamt		je Einwohner	Insgesamt		je Einwohner	
	PJ	1973 = 100	TJ	PJ	1973 = 100	TJ	BRD = 100
1970	9 870	89	163	3 017	93	117	109
1971	9 948	90	162	3 095	95	181	112
1972	10 383	94	168	3 121	96	183	109
1973	11 092	100	179	3 243	100	191	107
1974	10 723	97	173	3 243	100	192	111
1975	10 191	92	165	3 269	101	194	118
1976	10 853	98	176	3 397	105	202	115
1977	10 912	98	178	3 473	107	207	117
1978	11 401	103	186	3 555	110	212	114
1979	11 964	108	195	3 605	111	215	110
1980	11 436	103	186	3 563	110	213	115
1981	10 964	99	178	3 574	110	214	120
1982	10 596	96	172	3 510	108	210	122
1983	10 689	96	174	3 507	108	210	121
1984	11 022	99	180	3 601	111	216	120

geringfügige Schwankungen untrennbar miteinander verbunden sind. Für den Zeitraum 1960 bis 1972 läßt sich diese Aussage halten (vgl. Anhangtabelle 3.2.-7). Danach verlief die Entwicklung wesentlich differenzierter.

Der Primärenergieverbrauch fiel bis zum Jahre 1975 um über 8 vH und damit weitaus stärker als das Bruttosozialprodukt (−1 vH). Der spezifische Energieverbrauch der Volkswirtschaft hatte sich um gut 7 vH verringert. Diese Entwicklung setzte sich aber bis 1979 nicht fort, vielmehr nahm die Energieintensität bis 1979 wieder geringfügig zu (vgl. Schaubild 3.2.-2).

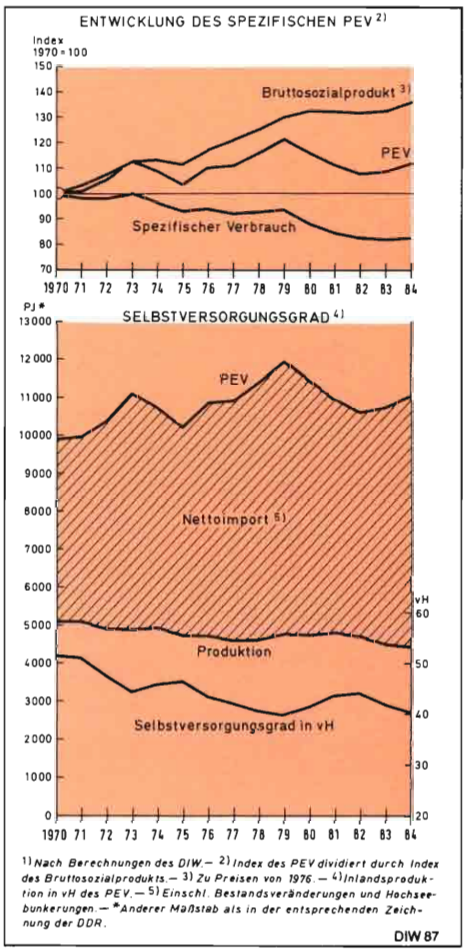
Erst nach der zweiten Ölpreiskrise 1979/80 konnte der spezifische Energieverbrauch der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung erheblich gesenkt werden. Mit 8,435 Gigajoule je 1000 DM lag er im Jahre 1983 um 12 vH niedriger als 1979 (vgl. Anhangtabelle 3.2.-7).

Die Verringerung der volkswirtschaftlichen Energieintensität ist jedoch nicht nur das Ergebnis intensiver Energieeinsparung, sondern auch von konjunkturellen und strukturellen Veränderungen sowie von Witterungseffekten. Vom gesamten Rückgang des Primärenergieverbrauchs im Zeitraum 1979 bis 1982 um 930 PJ sind rund zwei Fünftel auf Energieeinsparung und drei Fünftel auf konjunkturelle und klimatische Einflüsse zurückzuführen[30].

Der Primärenergieverbrauch in der DDR betrug 1984 rund 3 600 PJ. Mit 215 TJ war der Pro-Kopf-Verbrauch um 20 vH höher als in der Bundesrepublik. Im Jahre 1973 hatte der Abstand nur 7 vH betragen. Dies weist auf eine weniger effiziente Energieverwendung hin, denn beim realen Sozialprodukt je Einwohner erreicht die DDR nur etwa drei Viertel der westdeutschen Leistung[31].

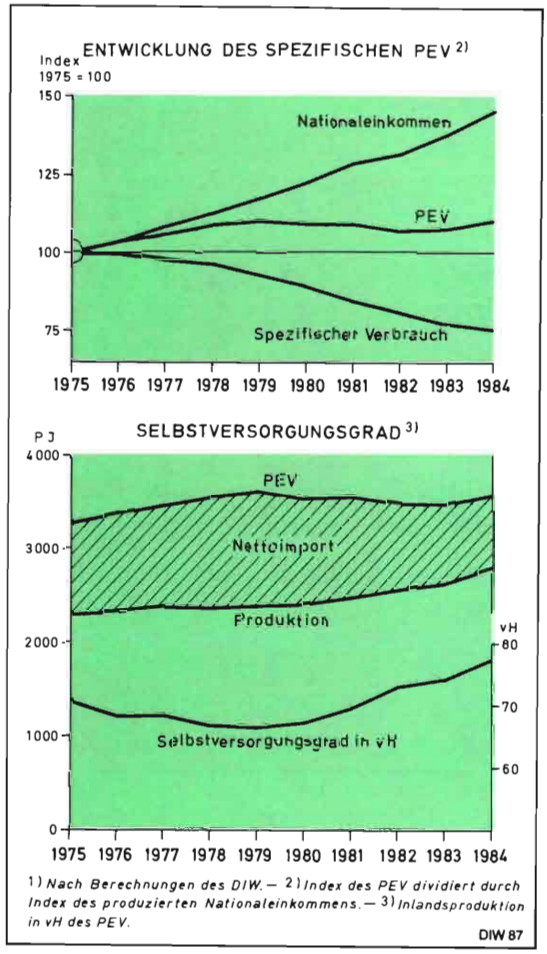
Schaubild 3.2.-2

Der Primärenergieverbrauch (PEV) in der Bundesrepublik Deutschland



1) Nach Berechnungen des DIW. — 2) Index des PEV dividiert durch Index des Bruttosozialprodukts. — 3) Zu Preisen von 1976. — 4) Inlandsproduktion in vH des PEV. — 5) Einschl. Bestandsveränderungen und Hochseebunkerungen. — *Anderer Maßstab als in der entsprechenden Zeichnung der DDR.

Der Primärenergieverbrauch (PEV) in der DDR[1]



1) Nach Berechnungen des DIW. — 2) Index des PEV dividiert durch Index des produzierten Nationaleinkommens. — 3) Inlandsproduktion in vH des PEV.

In der Entwicklung des Primärenergieverbrauchs ist 1980 ein Trendumschwung festzustellen. Bis 1979 nahm der Energieverbrauch zu, von 1976 bis 1978 sogar schneller als in den fünf Jahren zuvor (2,8 vH bzw. 1,6 vH p.a.). Im Zeitraum 1980 bis 1983 zeigten die forcierten Bemühungen um Einsparung jedoch Erfolge: Der Primärenergieverbrauch konnte gesenkt werden. Erst 1984 kam es wieder zu einem nennenswerten Verbrauchsanstieg (2,7 vH); der bisherige Höchstwert des Jahres 1979 wurde aber noch nicht wieder übertroffen.

Die Verbrauchssenkungen sind insofern bemerkenswert, als sie bei gleichzeitig hohem Wirtschaftswachstum erreicht werden konnten:

Primärenergieverbrauch und Wirtschaftswachstum
— Zunahme im Jahresdurchschnitt in vH —

	1979/70	1983/79	1984/83
Primärenergieverbrauch	2,0	−0,7	2,7
Produz. Nationaleinkommen	4,8	4,1	5,5

Der relativ starke Rückgang im sog. gesamtwirtschaftlichen spezifischen Verbrauch, das ist die rechnerische Größe für den Primärenergieverbrauch je Einheit Nationaleinkommen, ist sicher auch durch das hohe Verbrauchsniveau begünstigt worden. Wird, wie in der DDR, Energie verschwendet, können Einsparungen zunächst ohne großen Kostenaufwand erreicht werden.

In der langfristigen Planung der DDR wird weiterhin ein funktionaler Zusammenhang zwischen Energiebedarf und Wirtschaftswachstum angenommen. Er ist komplizierter geworden und nicht durch direkte Proportionalität gekennzeichnet[32].

3.2.3.2. Entwicklung des Energieverbrauchs in den einzelnen Verbrauchssektoren 1973 bis 1984

3.2.3.2.1. Bundesrepublik Deutschland

Die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs ist das Ergebnis teilweise sehr unterschiedlicher Entwicklungen in den einzelnen Verbrauchssektoren, für die

in der Bundesrepublik jährlich detaillierte Statistiken veröffentlicht werden: Endenergieverbrauch (übriger Bergbau und verarbeitendes Gewerbe, Verkehr sowie Haushalte und Kleinverbraucher), nichtenergetischer Verbrauch (stoffwirtschaftliche Nutzung) und Umwandlungsverbrauch.

In allen Sektoren hat sich der Energieverbrauch in den ersten beiden Jahren nach der Ölkrise 1973/74 zunächst verringert, dann aber bis 1979 wieder erheblich erhöht. Erst danach ist der Energieverbrauch — ausgenommen den Verkehrssektor — gefallen. Von 1979 an hat sich mit Ausnahme des Verkehrssektors auch der Anteil des Mineralöls am sektoralen Energieverbrauch zum Teil beträchtlich verringert.

Besonders stark ist im Zeitraum 1973 bis 1984 der Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe (über 18 vH) zurückgegangen, obwohl seine reale Wertschöpfung (ohne Bergbau und Mineralölverarbeitung) um knapp 8 vH gewachsen ist. Dieses Ergebnis ist nicht nur durch strukturelle Veränderungen, sondern vor allem durch die Bemühungen zur sparsamen und rationellen Energieverwendung erreicht worden. Erfolge gab es vor allem im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, dessen Anteil am Endenergieverbrauch des verarbeitenden Gewerbes bei über 70 vH liegt.

In erheblichem Maße konnte hier der Mineralöleinsatz substituiert bzw. durch Einsparungen verringert werden. Im Jahre 1984 lag der Mineralölverbrauch mit 408 PJ um 62 vH unter dem Verbrauchsniveau im Jahre 1973. Zwei Drittel der Verringerung des Mineralölverbrauchs des gesamten verarbeitenden Gewerbes entfielen auf nur vier Industriezweige der Grundstoffindustrie:

- Steine und Erden 27 vH
- Eisenschaffende Industrie 23 vH
- Chemische Industrie 12 vH
- Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung 4 vH

Der einzige Sektor im Endenergiebereich, der 1984 gegenüber 1973 einen höheren Energieverbrauch aufweist, ist der Verkehrssektor. Wesentlichster Grund hierfür ist die Zunahme des gesamten Kraftfahrzeugbestandes. Die PKW-Dichte je 1000 Einwohner (je 1000 Haushalte) hat sich im Zeitraum 1973 bis 1984 von 275 (748) auf 412 (990) erhöht[33].

Obwohl die Automobilindustrie beachtliche Erfolge bei der Verringerung des spezifischen Kraftstoffverbrauchs erzielt hat, die durchschnittlichen Fahrleistungen der PKW im Jahre 1984 um 8 vH geringer waren als 1973 und der Anteil von verbrauchsgünstigeren Diesel-PKW am Gesamtbestand von 3,3 vH auf über 8 vH gesteigert wurde[34], hat sich der Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr um knapp 35 vH erhöht. Einen ähnlichen Verbrauchsanstieg (32 vH) weist der Luftverkehr auf. Demgegenüber ist der Energieverbrauch im Schienenverkehr um 20 vH und in der Küsten- und Binnenschiffahrt um 29 vH gesunken. Insgesamt hat der Energieverbrauch im Verkehrssektor um 27 vH zugenommen, wodurch sich sein Anteil am Endenergieverbrauch von 18 vH im Jahre 1973 auf knapp 24 vH im Jahre 1984 vergrößert hat.

Im Sektor Haushalte und Kleinverbraucher war der Energieverbrauch nach der ersten Ölkrise zunächst um 8 vH bis zum Jahre 1975 gesunken, dann aber bis zum Jahre 1979 wieder um knapp 17 vH auf sein bisher höchstes Niveau von 3 550 PJ gestiegen. Erst die weiteren massiven Preiserhöhungen für leichtes Heizöl und Erdgas (vgl. Anhangtabelle 3.2.-4) und die Realisierung von Einsparmöglichkeiten führten im Jahre 1984 zu einem um gut 2 vH niedrigeren Energieverbrauch als 1973. In der Dekade 1973 bis 1983, vor allem aber seit 1979 sind erhebliche Einsparungen realisiert worden, wenn berücksichtigt wird, daß

- sich der gesamte Wohnungsbestand um 3,4 Mill. Wohnungen erhöht hat,
- der Anteil der sammelbeheizten Wohnungen, die gegenüber den ofenbeheizten einen höheren spezifischen Energieverbrauch aufweisen, von 50 vH auf über 70 vH gestiegen ist,
- die durchschnittliche Wohnfläche von 75 m^2 auf 83 m^2 gewachsen ist und
- der Ausstattungsgrad der Haushalte mit energieverbrauchenden Haushaltsgeräten wesentlich gesteigert wurde.

Bezieht man den Energieverbrauch der Haushalte auf den gesamten Wohnungsbestand, so wurde im Zeitraum 1973 bis 1983 der spezifische Energieverbrauch je Wohnung von jährlich 83,5 MJ auf 74,8 MJ um gut 10 vH verringert.

Beachtliche Erfolge wurden im Sektor Haushalte und Kleinverbraucher bei der Einsparung und Substitution von Mineralöl erreicht. Der Mineralölverbrauch ging im Zeitraum 1973 bis 1983 um über 28 vH zurück. Sein Anteil am Energieverbrauch dieses Sektors konnte dadurch von 63 vH auf 49 vH gedrückt werden.

Der nichtenergetische Verbrauch, der nach der ersten Ölpreiskrise zunächst besonders kräftig gesunken war, erhöhte sich von 1975 an mit durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten von 8,6 vH auf seinen bisherigen Spitzenwert im Jahre 1979. Änderungen des statistischen Erfassungssystems führten dann bis zum Jahre 1984 zu einem Rückgang des nichtenergetischen Verbrauchs um 20 vH; ohne Berücksichtigung dieser statistischen Effekte hätte der Energieträgereinsatz im Jahre 1984 um rund 28 vH höher liegen müssen, so daß im Zeitraum 1973 bis 1984 von einer Erhöhung um gut 11 vH auszugehen ist.

Der Energieverbrauch im Umwandlungsbereich (Verbrauch und Verluste im Energiesektor) hat sich im Zeitraum 1973 bis 1984 um fast 12 vH erhöht. Dies ist fast ausschließlich auf die Entwicklung im Bereich der Stromerzeugung zurückzuführen. Dagegen sank der Energieverbrauch aufgrund geringerer Produktionen im Kohlenbergbau und seinen Veredlungsbetrieben um 46 vH und bei den Raffinerien um 29 vH.

3.2.3.2.2. DDR

Von der DDR werden Daten über den Energieverbrauch nach Bereichen nicht systematisch veröffentlicht. Aussagen können nur auf der Grundlage von Einzelangaben gemacht werden.

Etwa 6 vH des Primärenergieaufkommens der DDR werden nichtenergetisch genutzt (z. B. Petrochemie). Der übrige Teil wird überwiegend umgewandelt (z. B. Rohbraunkohle in Briketts oder Strom), bevor er als Endenergie eingesetzt wird.

In den siebziger Jahren konnte die Effizienz der Energieumwandlung verbessert werden; in den achtziger Jahren hat sich dieser Trend wieder umgekehrt:

	1970	1975	1978	1980	1983
Energetisch genutzter Primärenergieverbrauch in PJ	2 912	3 076	3 342	3 371	3 290
Endenergieverbrauch					
in PJ	1 725	1 883	2 059	2 086	1 850
in vH des PEV	59,2	61,2	61,6	62,0	56,2

Quellen: Ufer, D. und Gerisch, G.: Die Energiestrategie der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Widerspiegelung in der nationalen Energiebilanz. In: Energietechnik. A.a.O. Heft 12/1983, S. 457. — Ufer, D., a.a.O., S. 408.

Die Substitution von Öl durch Braunkohle hat den Wirkungsgrad ebenso verschlechtert wie das überproportionale Wachstum der Stromproduktion mit ihren relativ hohen Umwandlungsverlusten. Außerdem ist der spezifische Brennstoffverbrauch in den Braunkohlenkraftwerken der DDR noch immer hoch. Das für 1985 angestrebte Ziel für Großkraftwerke von 10 950 kJ/kWh liegt um 7 vH über dem Durchschnittswert für alle Braunkohlenkraftwerke in der Bundesrepublik (rd. 10 250 kJ/kWh).

Rund die Hälfte des Endenergieverbrauchs entfällt auf die Industrie[35]; hier sind — wie in der Bundesrepublik — die größten Einsparungen erzielt worden. So hat der Endenergieverbrauch von 1971 bis 1984 nur um 10 vH zugenommen, der spezifische Verbrauch konnte sowohl von 1976 bis 1980 als auch von 1981 bis 1984 um 4,1 vH p.a. gesenkt werden. Zu den Einsparungen hat sicher auch die verstärkte Nutzung von Abwärme (DDR-Terminus: Sekundärenergie) beigetragen. Die Planungen sahen vor, 1984 rund 80 vH des ökonomisch nutzbaren Potentials auszuschöpfen.

Im öffentlichen Verkehrswesen, das rd. ein Drittel der Energie für Transportprozesse verbraucht, wurden die Einsparbemühungen erst nach 1980 forciert. Dies führte dazu, daß 1983 im Transportsektor 16 vH weniger Dieselkraftstoff, 42 vH weniger Benzin und 36 vH weniger Heizöl im Vergleich zu 1980 verbraucht wurden. Der Stromverbrauch dürfte indes infolge der weiteren Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken gestiegen sein. Die Einsparungen sind nicht nur auf die Verlagerung von Straßentransporten auf die Bahn[36], sondern auch auf eine bessere Auslastung der Verkehrsmittel zurückzuführen.

Erheblich schneller als in den produzierenden Bereichen ist der Endenergieverbrauch für die Befriedigung des gesellschaftlichen und individuellen Konsums gestiegen. Der nichtproduktive Bereich verbrauchte 1981 rd. 45 vH der Endenergie (55 GJ/Einwohner), 1960 waren es 28 vH. Stark expandiert hat insbesondere der Energieverbrauch der privaten Haushalte. Hierfür ist vor allem die Verbesserung in der Ausstattung der Haushalte mit elektrischen Geräten verantwortlich. Sie ist u. a. durch das Wohnungsbauprogramm induziert worden. Untersuchungen haben ergeben, daß der Verbrauch von Elektroenergie in Neubauten um 40 vH über dem DDR-Durchschnitt liegt (der Warmwasserverbrauch sogar um 100 vH)[37]. Die Zunahme der privaten Motorisierung führte zu einem Anstieg des Benzinverbrauchs, und zwar um 30 vH von 1980 bis 1984. Neben diesen objektiven Faktoren dürften Verbrauchssteigerungen aber auch durch die Politik konstanter Energiepreise für die Bevölkerung begünstigt worden sein.

Die Energieeinsparungen im produzierenden Sektor sind sicher auch durch die in der DDR beklagte Energieverschwendung begünstigt worden. Durch Anordnungen und Kontrollen läßt sich kurzfristig ein relativ großes Sparpotential ausschöpfen und damit eine Niveaukorrektur erreichen. Hingegen ist ein breites Energiesparbewußtsein in der Bevölkerung ohne eine Erhöhung der Verbraucherpreise für Energieträger kaum zu erzielen.

3.2.4. Umstrukturierung des Energieverbrauchs

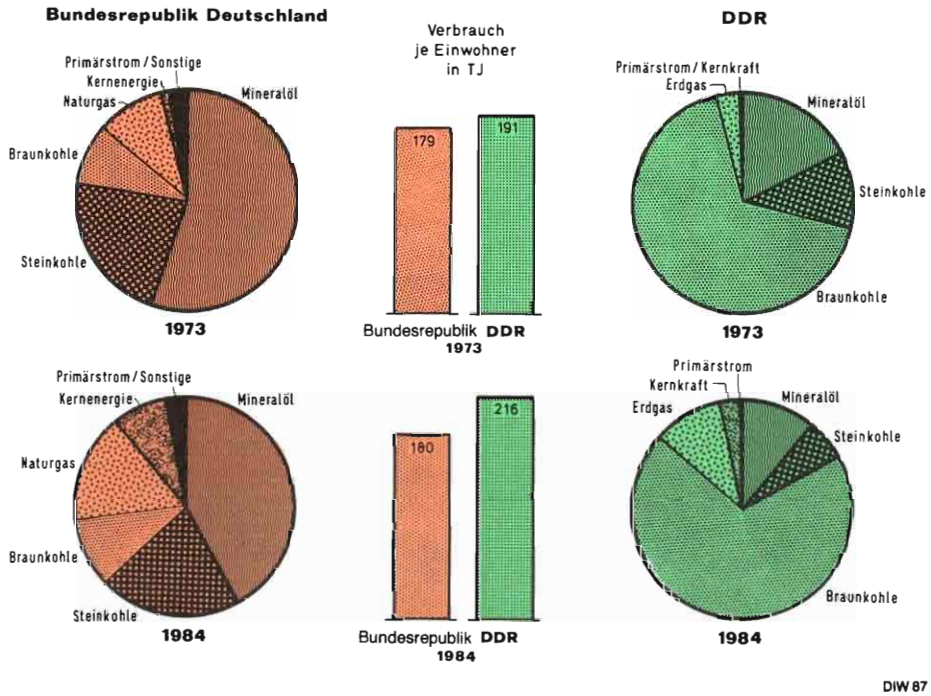
3.2.4.1. Primärenergie

Die Veränderungen der Energieträgerstruktur im Endenergiebereich und im Umwandlungseinsatz haben dazu geführt, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR beim Primärenergieverbrauch nach Energieträgern im Zeitraum 1973 bis 1984 Strukturverschiebungen ergeben haben (vgl. Schaubild 3.2.-3 und Anhangtabelle 3.2.-2).

Durch diese Strukturverschiebungen wurde die Importabhängigkeit der Energieversorgung der Bundesrepublik — quantitativ gesehen — nicht wesentlich verringert. Die Einfuhr von Energieträgern nahm im Zeitraum 1973 bis 1984 lediglich um 214 PJ ab; ihr Anteil am Primärenergieverbrauch sank dadurch von 68,3 auf 66,7 vH. Allerdings haben sich in der Importstruktur nach Energieträgern wesentliche Verschiebungen ergeben. Der Import von Rohöl und Mineralölprodukten konnte insgesamt um 1 767 PJ reduziert werden, so daß ihr Importanteil gegenüber 1973 von 86 vH auf 64 vH gefallen ist. Dabei kam es zu einem erheblichen Abbau der Destillationskapazitäten bei den Raffinerien um über 40 Mill. Jahrestonnen und einen schlechteren Auslastungsgrad der Destillationsanlagen (1973: 83,3 vH, 1984: 64,6 vH). Die Rohölim-

Schaubild 3.2.-3

Struktur des Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1973 und 1984



porte verringerten sich um 39 vH, der Import von Mineralölprodukten nahm hingegen um 2,4 vH zu. Die schwache Änderung der Importabhängigkeit insgesamt ist hauptsächlich auf die Importsteigerungen beim Erdgas (143 vH) und bei der Kernenergie (679 vH) zurückzuführen.

In der DDR ist hinsichtlich der Struktur des Primärenergieverbrauchs 1979/80 eine Zäsur eingetreten. 1984 wurden in der DDR knapp 300 Mill. t Braunkohle gefördert (1974: 243 Mill. t). Der überwiegende Teil (60 vH) wird in den Kraft- und Heizwerken direkt verfeuert. Ein relativ hoher Anteil der Braunkohle wird in der DDR veredelt. Erste Verarbeitungsstufe ist die Brikettierung; rd. 100 Mill. t Rohbraunkohle werden in den Brikettfabriken verarbeitet. Der Mitte der sechziger Jahre eingeleitete Abbau ihrer Kapazitäten wurde 1973 gestoppt. Seither werden jährlich rund 50 Mill. t Braunkohlenbriketts produziert. Etwa ein Viertel des Brikettaufkommens geht in den Haushaltsbereich, ein weiteres Viertel wird für die zweite Veredelungsstufe — Entgasung, Vergasung, Verflüssigung — genutzt. Diese Briketts werden in den Schwelereien (Espenhain, Böhlen, Deuben), den Braunkohlenhochtemperatur(BHT)-Kokereien (Lauchhammer, Schwarze Pumpe) und den Festbettdruckvergasungsanlagen (Schwarze Pumpe) weiterverarbeitet. Eine direkte Kohlenverflüssigung gibt es noch nicht, sie wird aber angestrebt. Derzeit werden über die Verschwelung rd. 1 Mill. t Flüssigprodukte — Treibstoffe und Chemierohstoffe — gewonnen. Im fortgeschrittenen Entwicklungsstadium befindet sich die Staubdruckvergasung von Braunkohle; Zielprodukt ist Synthesegas für die chemische Industrie.

Die Produktion von Steinkohle ist in der DDR 1978 eingestellt worden. Der Bedarf wird überwiegend durch Importe aus der UdSSR und Polen gedeckt. Die Bezüge aus der Bundesrepublik sind mit rd. 0,3 Mill. t im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1984 dagegen gering.

Die größten Anteilssteigerungen konnte Erdgas im gesamten Beobachtungszeitraum verbuchen, das 1984 rd. 10 vH des Primärenergieverbrauchs deckte (1970: 1 vH). Es stammt aus eigener Förderung und aus der UdSSR, wobei der Heizwert des DDR-Gases um rund ein Drittel niedriger ist.

Den Verbrauch an Mineralöl hat die DDR noch bis 1978 ausgeweitet. Danach sind aber beträchtliche Verbrauchskürzungen vorgenommen worden. Vom absoluten Maximum in Höhe von 18 Mill. t (1978) sank der Mineralölverbrauch auf rd. 10 Mill. t (1984). Dies entspricht einer Abnahme des Anteils am Primärenergieverbrauch von 21 auf 11 vH. Bei der Interpretation dieser Verbrauchsmenge ist jedoch zu berücksichtigen, daß sie als Restposten ermittelt wurde. Der Verbrauch von Heizöl soll in der DDR bis 1984 um über 80 vH im Vergleich zu 1978 gesenkt worden sein[38].

Mindestens ebenso bemerkenswert ist jedoch die Entwicklung des Außenhandels mit Erdöl und Erdölprodukten. Bei gedrosseltem Inlandsverbrauch wurden die Importe gesteigert. Dies ermöglichte eine kräftige Erhöhung der Exporte. Mit rund 14 Mill. t erreichten sie 1984 ein Rekordniveau (1979: 3,3 Mill. t). Statistisch ausgewiesen ist für 1984 nur der Export von 6,5 Mill. t Mineralölprodukten, so daß die DDR in großem Umfang Rohöl exportiert haben muß. Mit derar-

tigen Transaktionen hat die DDR vermutlich 1980 begonnen; sie dürften im Zusammenhang mit dem Devisenbedarf für den Schuldendienst gegenüber westlichen Gläubigern stehen.

Der Reexport von OPEC-Öl kann ökonomisch sinnvoll auch bei geringer oder negativer Handelsspanne sein: Kauft die DDR z. B. das Öl gegen Einräumung eines Zahlungsziels und verkauft sie es gegen Kasse, so erzielt sie einen Liquiditätsgewinn. Bei einer angespannten Finanzlage kann dieser ökonomisch wichtiger sein als die Rentabilität eines einzelnen Handelsgeschäfts. Möglicherweise würden auch die zur Liquiditätsbeschaffung erforderlichen Exporte von eigenen Produkten zu höheren Verlusten führen. Reexportiert die DDR Erdöl aus der UdSSR, so bezahlt sie das Öl in der Verrechnungseinheit Transfer-Rubel und sie erlöst Dollar. Ob sie darüber hinaus auch noch die Differenz aus Weltmarkt- und Verrechnungspreisen für sich verbuchen kann, ist eher unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist vielmehr, daß die UdSSR für das reexportierte Öl die aktuellen Weltmarktpreise verlangt hat. Dies würde auch erklären, warum der von der DDR an die UdSSR gezahlte Preis in den achtziger Jahren höher war, als der durchschnittliche Weltmarktpreis der vorangegangenen fünf Jahre.

Hauptöllieferant der DDR ist die Sowjetunion. Von 1979/80 an waren ihre Lieferungen aber stets höher als der Inlandsverbrauch in der DDR (in Mill. t):

	1980	1981	1982	1983	1984
Rohölimporte insgesamt	21,9	22,7	21,7	22,6	23,2
darunter aus der UdSSR	19,0	19,0	17,7	17,1	17,1
Mineralölverbrauch der DDR	15,1	14,6	12,4	11,1	9,6

Einen nur geringen Teil des Primärenergiebedarfs deckt die Kernenergie: Seit 1979 sind es nahezu unverändert rd. 3 vH. Die DDR verfügt zwar über eigene Uranvorkommen, die von der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut ausgebeutet werden; sie ist aber auf die Lieferung von Kernbrennstäben aus der UdSSR angewiesen. Die Sowjetunion hat im RGW das Anreicherungsmonopol und übernimmt die genutzten Brennstäbe; die Kernenergienutzung erhöht mithin die Importabhängigkeit.

Regenerative Energiequellen sind in der DDR noch im Stadium der Forschung und Entwicklung. Von Sonnen-, Wind- und Erdwärmeenergien kann auch nach überwiegender Auffassung in der DDR in den nächsten 20 Jahren kein bedeutender Beitrag erwartet werden[39].

Insgesamt weist das Primärenergieaufkommen der DDR wieder einen sehr hohen Selbstversorgungsgrad auf. Während dieser noch bis 1979 von knapp 80 vH (1970) auf 67 vH gesenkt worden war, ist er seitdem erneut auf den Ausgangswert gestiegen (vgl. Anhangtabelle 3.2.-1).

3.2.4.2. Elektrizitätswirtschaft

Im Gegensatz zum Primärenergieverbrauch hat in der Bundesrepublik Deutschland der Bruttostromverbrauch im Zeitraum 1973 bis 1984 zugenommen (2,3 vH p.a.). Er lag mit 399 Mrd. kWh um knapp 90 Mrd. kWh über dem Verbrauchsniveau im Jahre 1973 (vgl. Anhangtabelle 3.2.-8). Seit 1982 ist der Stromverbrauch je Einwohner in der DDR geringfügig höher (1984: +2 vH) als in der Bundesrepublik. In den Haushalten der DDR wird dagegen deutlich weniger Strom verbraucht.

Der um 40 vH niedrigere Verbrauch in der DDR ist zum einen auf den geringeren Ausstattungsgrad mit langlebigen Konsumgütern und auf die kleineren Wohnungsgrößen zurückzuführen. Zum anderen wird in der Bundesrepublik — anders als in der DDR — Strom auch zum Heizen verwendet. Bereinigt man den Verbrauch um die Nachtstromspeicherheizung, so betrug der Abstand zur Bundesrepublik 1984 nur noch 23 vH; der Verbrauch je Haushalt war in der DDR 1984 etwa so hoch wie in der Bundesrepublik im Jahre 1974.

Sehr viel stärker als der Stromverbrauch hat sich jedoch in der Bundesrepublik die Stromerzeugungskapazität erhöht, von 62 GW auf rund 95 GW. Der Kapazitätszuwachs erfolgte insbesondere bei der Kernenergie (13,2 GW), beim Heizöl (6,0 GW) und beim Gas (7,9 GW); Heizöl- und Erdgaskraftwerke wurden noch bis 1980 bzw. 1981 hinzugebaut, seither erfolgt ein Abbau dieser Kapazitäten.

Strom wurde im Jahre 1984 (1973) zu 58 vH (60 vH) auf Stein- und Braunkohlenbasis, zu 23 vH (4 vH) auf Kernenergiebasis und nur noch zu 11 vH (26 vH) auf Öl- und Erdgasbasis erzeugt (vgl. Anhangtabelle 3.2.-9).

In der DDR war die Stromerzeugung lange Zeit ein Engpaß. Insbesondere in den siebziger Jahren ist die Kraftwerkskapazität gesteigert worden; dies hat zu einer gewissen Entspannung in der Versorgungssituation geführt.

Strom wird in der DDR zu 83 vH aus Rohbraunkohle erzeugt. Die Kraftwerke sind in den Bezirken Halle/Leipzig und in der Lausitz (Cottbus/Dresden) nahe den Tagebauen konzentriert. Der spezifische Brennstoffverbrauch der Braunkohlenkraftwerke der DDR betrug 1983 rd. 11 600 kJ/kWh (Bundesrepublik 10 200 kJ/kWh).

Die hohe Schadstoffemission aus Braunkohlenkraftwerken setzt deren Ausbau enge Grenzen. Künftig soll der zusätzliche Strombedarf fast ausschließlich aus Kernkraft gedeckt werden, die 1984 rd. 11 vH des Stromaufkommens erzeugte. Der Ausbau der Kernenergie verzögert sich jedoch. Ende 1985 verfügte die DDR über eine Kernkraftkapazität von 1 830 MW aus zwei Atomkraftwerken in Rheinsberg (70 MW) und Lubmin/Greifswald. Sowohl für das Kernkraftwerk Nord als auch für das geplante dritte Atomkraftwerk in Stendal ist eine Endkapazität von je 3 500 MW vorgesehen.

Übersicht 3.2.-5

Stromverbrauch der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984

Jahr	Bundesrepublik Deutschland				DDR			
	Einschließlich NSSH[1]		Ohne NSSH[1]		kWh	1973 = 100	Bundesrepublik = 100	
							Einschließlich NSSH[1]	Ohne NSSH[1]
	kWh	1973 = 100	kWh	1973 = 100				
1970	1 881	73	1 693	81	1 110	95	59	66
1973	2 571	100	2 083	100	1 171	100	46	56
1975	2 861	111	2 305	111	1 370	117	48	59
1976	3 017	117	2 396	115	1 509	129	50	63
1980	3 450	134	2 626	126	1 846	158	54	70
1984	3 646	142	2 884	138	2 209	189	61	77

[1] Nachtstromspeicherheizungen.

3.2.4.3. Fernwärme

Die Fernwärmeversorgung ist in der Bundesrepublik Deutschland weit weniger ausgeprägt als in der DDR. In der Bundesrepublik wurden im Jahre 1984 mit 1,9 Mill. Wohnungen nur etwa 7,5 vH des Wohnungsbestandes über Fernwärme beheizt; dafür standen 130 Heizkraftwerke und 358 Heizwerke zur Verfügung. Im Zeitraum 1973 bis 1984 hat sich der Anschlußwert um 56 vH, von 20 420 MJ/s auf 31 883 MJ/s erhöht; die Anzahl der Übergabestationen konnte dabei um über 47 340 auf 135 700 gesteigert werden. Die ins Netz eingespeiste Wärme stammte im Jahre 1984 zu 76 vH aus Heizkraftwerken, zu 22 vH aus Heizwerken und zu rund 2 vH aus der Industrie als Abwärme.

Die Fernwärmeerzeugung ist im Zeitraum 1973 bis 1984 um 24 vH auf 211 PJ gestiegen. Dieser Anstieg wurde voll durch den zusätzlichen Verbrauch im Sektor Haushalte und Kleinverbraucher getragen. Auf ihn entfielen von der gesamten Fernwärmeproduktion im Jahre 1984 über 67 vH, 1973 waren es noch 57 vH gewesen. Rund 17 vH der Produktion verbraucht derzeit (1973: 23 vH) das verarbeitende Gewerbe.

In der DDR wurden Ende 1984 rund 20 vH aller Wohnungen (1970: 6 vH) aus 178 Heizkraftwerken und 761 Heizwerken der Energiekombinate der Bezirke und der Industrie zentral mit Wärme versorgt. Einen hohen Versorgungsgrad weisen die Städte Cottbus und Neubrandenburg mit rund 50 vH auf. In Berlin (Ost) und in den Bezirken Cottbus und Rostock wird rund ein Drittel der Wohnungen fernbeheizt. Seit dem Winter 1984/85 wird Greifswald über eine 20 km lange Fernleitung aus dem Kernkraftwerk Nord mit Wärme beliefert[40].

3.2.5. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen

In der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland ist es gelungen, die volkswirtschaftliche Energieintensität im Zeitraum 1973 bis 1984 zu senken. In der Bundesrepublik Deutschland hat sich diese Entwicklung in Form von Niveausprüngen in den Jahren 1974 und 1975 bzw. 1980 bis 1983 vollzogen. Die direkten Energiekosten haben sich im Zeitraum 1972 bis 1980 um 164 vH von 66,5 Mrd. DM auf 175,7 Mrd. DM erhöht. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt ist dadurch von 8,0 vH auf 11,8 vH gestiegen. Die zusätzliche Belastung entfiel mit 70,1 Mrd. DM auf Mineralöl, mit 22,1 Mrd. DM auf elektrische Energie, mit 10,9 Mrd. DM auf Erdgas und mit 6,1 Mrd. DM auf Kohle[41]. Seit 1980 dürfte sich die Energiekostenbelastung der Volkswirtschaft weiter, wenn auch abgeschwächt erhöht haben.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik hat sich die DDR für eine weitgehend autarke Energieversorgung entschieden. Sind Importe unvermeidbar, stammen sie aus Ländern der eigenen Wirtschaftsgemeinschaft (UdSSR, Polen, CSSR).

Die relative Schwäche der eigenen Exportindustrie dürfte ein wesentlicher Grund für den forcierten Ausbau der inländischen Energiebasis — und das ist vor allem die Braunkohle — gewesen sein. Eine exportorientierte Strategie, bei der der Ausbau moderner Industrien für die Erwirtschaftung von Devisen für Energieimporte im Zentrum steht, ist gar nicht öffentlich diskutiert worden. Statt dessen gibt man der Importsubstitution den Vorzug. Diese Strategie ist mit beträchtlichen direkten und indirekten Belastungen verbunden.

Die Energie- und Brennstoffindustrie ist der kapitalintensivste Industriebereich der DDR. Mit einem Anteil von rd. 25 vH am Anlagevermögen werden nur knapp 10 vH des Nettoprodukts erwirtschaftet. Etwa ein Viertel aller Investitionen der Industrie fließt jährlich in diesen Sektor. Nach Berechnungen aus der DDR repräsentieren diese Investitionen aber nur die Hälfte der gesamten Aufwendungen für den Ausbau der Energiewirtschaft. Für die Deckung des Energiebedarfs werden noch einmal soviel Mittel in der chemi-

schen und in der metallverarbeitenden Industrie, in der Bauwirtschaft, im Transportwesen und für Investitionsbeteiligungen an Energieprojekten im RGW aufgewendet[42]. Damit aber wird der Handlungsspielraum für andere Bereiche der Wirtschaft immer enger.

Außerdem ist die intensive Nutzung der Braunkohle mit beträchtlichen Umweltbelastungen verbunden. Dies betrifft neben den Problemen der Devastierung von Land[43] vor allem die Luftverunreinigung. Das daraus resultierende Problem der Umweltschutzinvestitionen wird immer dringender. Auf lange Frist soll es durch forcierten Ausbau der Kernenergie entschärft werden. Hier hat sich jedoch die Entwicklung erheblich verzögert.

Fußnoten

[1] Die Energieträger werden in ihren spezifischen Einheiten (Tonnen, Kubikmeter, Kilowattstunde) oder in der Wärmeeinheit Joule ausgewiesen. Das Wärmeäquivalent von einem Joule beträgt 0,2388 cal. Die Vielfachen von Joule sind 10^3 = kJ (Kilo); 10^6 Joule = MJ (Mega); 10^9 Joule = GJ (Giga); 10^{12} Joule = TJ (Tera); 10^{15} Joule = PJ (Peta). 1 PJ entspricht 0,0341 Mill. t Steinkohleneinheiten (SKE) bzw. 1 Mill. t SKE = 29,308 PJ.

[2] Mit der statistischen Berichterstattung über den Primärenergieverbrauch in der Volkswirtschaft hat die DDR 1982 mit der Veröffentlichung von Daten von 1975 an begonnen. Ausgewiesen sind der Primärenergieverbrauch insgesamt sowie der von festen Brennstoffen, darunter Rohbraunkohle. Geschätzt werden mußten somit die Verbrauchsmengen für die Jahre 1970 bis 1974 sowie von 1975 an der Verbrauch für die nicht genannten Energieträger. Zu den methodischen und statistischen Problemen vgl. Bethkenhagen J. (Bearb.): Der Primärenergieverbrauch in der DDR und seine Struktur. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 51-52/1985, S. 406.

[3] Ein entsprechender Vergleich für das Jahr 1970 kommt jedenfalls zu dem Ergebnis, daß die Anteile der wichtigsten energieverbrauchenden Bereiche an der industriellen Bruttoproduktion weitgehend identisch waren: Chemie, Metallurgie sowie Energie- und Brennstoffindustrie vereinigten in beiden deutschen Staaten rd. 35 vH der Industrieproduktion. Vgl. Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Materialien zum Bericht zur Lage der Nation. Bonn 1974. S. 354.

[4] Kernbrennstoffkreislauf, Handelsblatt vom 31. Oktober 1985.

[5] Für eine Analyse der sowjetischen Ölpreispolitik gegenüber der DDR wurden die Durchschnittswerte anhand der sowjetischen Angaben (fob-Werte) und — von 1977 an — der Mengenangaben der DDR berechnet. Als Weltmarktpreise wurde der Listenpreis für arabisch leicht, fob Ras Tanura gewählt. Dieser Preis wird im RGW vermutlich als Referenzpreis für die Preisverhandlungen benutzt. Hierfür spricht z. B. die regelmäßige Veröffentlichung dieses Preises in der DDR-Zeitschrift AW-Dokumentationen zur Außenwirtschaft (Hrsgg. vom Zentrum für Information und Dokumentation der Außenwirtschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft).

[6] Rumänien ist hierfür ein Beispiel. Als einziges RGW-Land hat es von der UdSSR kein Öl zu RGW-Verrechnungspreisen importiert. Die Zahlungsschwierigkeiten des Landes sind vor allem auf die Belastungen aus den Ölimporten vom Weltmarkt zurückzuführen. Daher auch das rumänische Drängen auf sowjetische Öllieferungen zu Verrechnungspreisen.

[7] Vgl. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Ifo-Studie zur Energiewirtschaft 3/2, Quantitative Wirkungen der Energiesparpolitik in der Bundesrepublik Deutschland — Abschätzung von Energieeinsparungen bis 1985 —. München 1982, S. 18ff.

[8] Vgl. Diekmann J., Horn M., Ziesing H.-J. (Bearb.): Ausbau der Fernwärmeversorgung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 21/1984, S. 252.

[9] Vgl. Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.): Zweites Programm Energieforschung und Energietechnologie. Bonn 1981.

[10] Vgl. Girlich E.: Die Wirksamkeit des sozialistischen Rechts bei der rationellen Energieanwendung durch Kombinate, Betriebe und Einrichtungen. In: Energietechnik. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie. Heft 10/1982, S. 394 und Antwort auf Fragen zur rationellen Energieanwendung. In: Presse-Informationen. Hrsgg. vom Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Berlin (Ost). Beilage vom 27. Dezember 1985, S. 8.

[11] Vgl. Verordnung über die Energiewirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. In: GBl. der DDR. Teil I/1980, Nr. 33.

[12] Vgl. Ziergiebel H.: Rationelle Energieanwendung — ein Wesenszug der Energiepolitik der DDR. In: Energieanwendung. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie. Heft 5/1983, S. 162ff. Energieverbrauchsnormative sind als DDR-Standards u. a. für elektrisch- und brennstoffbeheizte Industrieöfen zum Schmelzen, Erwärmen und Wärmebehandeln von Eisen, NE-Metallen und Glas sowie für Öfen und Trocknungsanlagen in der keramischen, der Gießerei- und der Zementindustrie in Kraft. Vgl. Riesner W.: Rationelle Energieanwendung. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie. 1984, S. 101.

[13] Vgl. Ziergiebel H.: Spürbare Verbesserung in der Energieökonomie sichern. In: Energieanwendung. A. a. O. Heft 1/1981, S. 3f.

[14] Schulz C.-G. und Müller H.: Geregelte Raumheizung. In: Die Wirtschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Nr. 2/1979, S. 18.

[15] Vgl. Neues Deutschland (Berlin-Ost. Verlag Neues Deutschland) vom 21. September 1979.

[16] Vgl. Riesner W., a. a. O., S. 72.

[17] Derselbe, a. a. O., S. 32.

[18] Vgl. Dreßler I. u. a.: Gemeinsam fährt man billiger. In: Die Wirtschaft. A. a. O. Nr. 2/1981, S. 7f.

[19] Vgl. Berliner Zeitung (Berlin-Ost. Berliner Verlag) vom 17. Dezember 1984.

[20] Vgl. Zweite Verordnung über das Verhalten im Straßenverkehr vom 25. September 1979. In: GBl. der DDR. Teil I/1979, Nr. 34, S. 323. — Anordnung über die Geschwindigkeitsbeschränkung von Nutzfahrzeugen zur sparsamen Verwendung von Kraftstoff vom 27. August 1984. In: GBl. der DDR. Teil I/1984, Nr. 27.

[21] Vgl. Dohler W.: Hohe Anforderungen an die Energieökonomie. In: Wirtschaftsrecht. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Heft 4/1981, S. 183.

[22] Vgl. Kudevita B.: Die Rolle der Energieinspektion bei der Verwirklichung der Energiepolitik der DDR. In: Energieanwendung. A. a. O. Heft 1/1982, S. 1.

[23] Vgl. Verordnung über die Energiewirtschaft . . ., a. a. O., S. 333.

[24] Vgl. Sächsische Zeitung (Dresden. Sächsische Zeitung Verlag) vom 2. Juli 1981.

[25] Vgl. Riesner W., a. a. O., S. 40.

[26] Vgl. Roth H.: Thermodynamische und energiewirtschaftliche Optimierung der Verfahren der Erdölverarbeitung. In: Chemische Technik. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie. Heft 5/1979, S. 221f.

[27] Vgl. Riesner W. und Sieber W.: Wirtschaftliche Energieanwendung. Leipzig 1982, S. 28.

[28] Riesner W., a. a. O., S. 94.

[29] Vgl. Riesner W., a. a. O., S. 96. — Anordnung über die materielle Anerkennung der Werktätigen für Einsparungen von

Kraftstoff mit Kraftfahrzeugen im Straßenverkehr vom 20. Januar 1983. In: GBl. der DDR. Teil I/1983, Nr. 4, S. 39.

30 Vgl. Schiffer H.-W.: Entwicklung und struktureller Wandel im Energieverbrauch der Bundesrepublik Deutschland seit 1979. In: Zeitschrift für Energiewirtschaft. Braunschweig. Wiesbaden. Friedrich Vieweg & Sohn Verlag. Heft 3/83, S. 224ff.

31 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Handbuch DDR-Wirtschaft. Reinbek bei Hamburg. Rowohlt Taschenbuchverlag. 1985, S. 144.

32 Vgl. Ufer D.: Langfristige optimale Planung der Energiewirtschaft. In: Energietechnik. A. a. O. Heft 11/1985, S. 406.

33 Vgl. Hopf R. (Bearb.): Aktualisierte Pkw-Bestandsprognose für die Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 37/1985, S. 420.

34 Vgl. Verkehr in Zahlen 1985. Bearb.: Enderlein H. Hrsg.: Der Bundesminister für Verkehr. Bonn. 1985.

35 Vgl. United Nations/Economic Commission for Europe (Hrsg.): An Efficient Energy Future. London. Butterworth. 1983, S. 169.

36 1983 waren die Transportleistungen im Straßengütertransport ein Drittel geringer als 1980. Vgl. Bär G. u. a.: Stand und Ergebnisse bei der Anwendung von Transportkennziffern und Transportnormativen sowie Grundrichtungen für die Weiterentwicklung der Transportplanung. In: DDR-Verkehr. Berlin (Ost). transpress VEB Verlag für Verkehrswesen. Heft 1/1984, S. 2.

37 Vgl. Huber G. und Laschke B.: Energieverbrauch in der Konsumtion unter den Bedingungen intensiv erweiterter Reproduktion. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Heft 4/1984, S. 1158ff.

38 Vgl. Steinitz K.: Intensiv erweiterte Reproduktion und Entwicklung der Produktionsstruktur. In: Wirtschaftswissenschaft. A. a. O. Heft 8/1985, S. 1129.

39 Vgl. hierzu auch Stinglwagner W.: Wenig Chancen für alternative Energiegewinnung. Zur Nutzung nichtfossiler und nichtnuklearer Energiequellen in der DDR. S. 1320ff.

40 Vgl. Presse-Informationen. A. a. O. Beilage vom 13. September 1985, S. If.

41 Vgl. Filip-Köhn R., Horn M. unter Mitarbeit von Blazejczak J.: Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen der Energieverteuerung und internationaler Energiedifferenzen. Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 84/1985, S. 107ff.

42 Vgl. Heinrichs W.: Wirtschaftswachstum und langfristige Deckung des Energiebedarfs (reproduktionstheoretische Probleme). In: Wirtschaftswissenschaft. A. a. O. Heft 10/1982, S. 1453.

43 Von 1960 bis 1982 hat sich der Anteil der Abbaufläche an der gesamten Wirtschaftsfläche der DDR von 0,4 vH auf 0,8 vH verdoppelt. Vgl. Stinglwagner W.: Die Energiewirtschaft der DDR. Bonn 1985, S. 48.

Quellen

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (Hrsg.): Energiebilanzen für die Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1 und 2. Frankfurt a. M. Verlags- und Wirtschaftsgesellschaft der Elektrizitätswerke mbH — VWEW. Div. Jahrgänge.

Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Daten zur Entwicklung der Energiewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1984. Bonn. 1985.

Economic Commission for Europe (Hrsg.): Annual Bulletin of General Energy Statistics for Europe. New York. United Nations Publication. Div. Jahrgänge.

Economic Commission for Europe (Hrsg.): Annual Bulletin of Electric Energy Statistics for Europe. New York. United Nations Publication. Div. Jahrgänge.

Gesetzblätter der DDR. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR:

Verordnung über die Energiewirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. In: GBl. der DDR. Teil I/1980, Nr. 35.

Zweite Verordnung über das Verhalten im Straßenverkehr vom 25.September 1979. In: GBl. der DDR. Teil I/1979, Nr. 34.

Anordnung über die materielle Anerkennung der Werktätigen für Einsparungen von Kraftstoff mit Kraftfahrzeugen im Straßenverkehr vom 20. Januar 1983. In: GBl. der DDR. Teil I/1983, Nr. 4.

Anordnung über die Geschwindigkeitsbeschränkung von Nutzfahrzeugen zur sparsamen Verwendung von Kraftstoff vom 27. August 1984. In: GBl. der DDR. Teil I/1984, Nr. 27.

Mineralölwirtschaftsverband e.V. (MVV) (Hrsg.): Jahresbericht 1984. Braunschweig. ACO Druck GmbH. 1985.

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Div. Jahrgänge.

Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.: Der Kohlenbergbau in der Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1984. Essen und Köln. 1985.

Literaturhinweise

Bethkenhagen J. (Bearb.): Der Primärenergieverbrauch in der DDR und seine Struktur. In: Wochenbericht des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 51-52/1985.

Bethkenhagen J. (Bearb.): Die Kernenergiepolitik der RGW-Länder. In: Wochenbericht des DIW. A. a. O. Nr. 25/1986.

Dietz R.: Die Energiewirtschaft in Osteuropa und der UdSSR. Wien, New York. Springer Verlag. 1984.

Lücke F.: Ölkrise: 10 Jahre danach. Bonn. Verlag TÜV Rheinland. 1984.

Mettler-Meibom B., Wichmann: Informationsstand und Einstellung als Verhaltensregulative. In: VDI, VED, FfE, IfE, Socialdata. Einfluß des Verbraucherverhaltens auf den Energiebedarf privater Haushalte. Berlin. 1982.

Prognos AG: Energieprognose: die Entwicklung des Energieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland und seine Dekkung bis zum Jahre 2000. Horst Poller Verlag. Stuttgart. 1984.

Riesner W., Sieber W.: Wirtschaftliche Energieanwendung. Leipzig. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie. 1982.

Schäfer H.: Struktur und Analyse des Energieverbrauchs der Bundesrepublik Deutschland. Gräfelfing/München. Resch-Verlag. 1980.

Schulz W.: Ordnungsprobleme der Elektrizitätswirtschaft. Schriftenreihe des Energiewirtschaftlichen Instituts. Minden. R. Oldenbourg Verlag. 1979.

Stinglwagner W.: Die Energiewirtschaft der DDR. Bonn. Als Manuskript vervielfältigt. 1985.

Stinglwagner W.: Wenig Chancen für alternative Energiegewinnung. Zur Nutzung nichtfossiler und nichtnuklearer Energiequellen in der DDR. In: Deutschland Archiv. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. Nr. 12/1985.

3.3. Landwirtschaft

Zusammenfassung

Wie in keinem anderen Wirtschaftszweig entwickelten sich in der Landwirtschaft die Produktions- und Lebensbedingungen auseinander: Der existenzfähige bäuerliche Familienbetrieb steht als agrarpolitisches Leitbild in der Bundesrepublik dem vergesellschafteten Großbetrieb mit „industriemäßigen" Produktionsmethoden in der DDR gegenüber. Die heutige Agrarverfassung ist in der DDR das Ergebnis eines gezielten gesellschaftspolitischen und betrieblichen Umstellungsprozesses; in der Bundesrepublik stellt sie das Resultat historisch gewachsener Strukturen dar. Obwohl die Agrarpolitik der Bundesregierung im Vergleich zur DDR einen konservierenden Charakter hat, vollzog sich auch in der westdeutschen Landwirtschaft ein erheblicher struktureller Wandel. Allerdings hat er in der Bundesrepublik nicht annähernd zu einem Konzentrations- und Spezialisierungsgrad geführt, der dem in der DDR gleicht.

Gemeinsamkeiten und Parallelitäten in der Landwirtschaft beider deutscher Staaten finden sich vor allem im Faktoreinsatz und in den Produktionsstrukturen, aber auch in wichtigen agrarpolitischen Zielen und sogar beim Einsatz agrarpolitischer Instrumente. Durch immer intensivere Bewirtschaftungsformen (vermehrter Einsatz von Maschinen, Dünger, Pflanzenschutzmitteln und Energie) ist der Vorleistungsanteil am jeweiligen Produktionswert laufend gestiegen. Gemeinsam für beide deutsche Staaten ist auch, daß der Beitrag der Landwirtschaft zum Sozialprodukt langfristig deutlich sinkt und unter dem Anteil an den Beschäftigten, am Produktivkapital und an den Investitionen liegt. Dies macht die Landwirtschaft hier wie dort zu einem Sektor mit zahlreichen Problemen. Zu ihrer Lösung werden in beiden Staaten zahlreiche Förderungsinstrumente eingesetzt, vor allem hohe Erzeugerpreise, Subventionen und Steuervergünstigungen.

Die Agrarproduktion ist in der Bundesrepublik und in der DDR durch ein hohes Leistungsniveau gekennzeichnet, das ihrem jeweiligen industriestaatlichen Rang entspricht. Nimmt man den mengenmäßigen Produktionsausstoß zum Maßstab der Leistungsfähigkeit, dann hat die Landwirtschaft beider deutscher Staaten ihre Produktion laufend zu steigern vermocht und damit eines der wichtigsten agrarpolitischen Ziele, die Ernährungssicherung auf einem hohen internationalen Standard, erreicht.

Trotz jeweils gestiegener Leistungen zeigen Produktivitätsvergleiche beachtliche Rückstände der DDR-Landwirtschaft. Das betrifft die pflanzliche und tierische Produktion, noch stärker aber die gesamte Erzeugnisleistung der Landwirtschaft auf eigener Bodengrundlage (Netto-Nahrungsmittelproduktion je Flächeneinheit) sowie besonders die Arbeitsproduktivität. Dies erklärt, weshalb in der DDR ein größerer Förderungsbedarf als in der Bundesrepublik besteht. Er kommt in wesentlich höheren Erzeugerpreisen bzw. in einer stärkeren Subventionsintensität zum Ausdruck. Im Hinblick auf das zweite agrarpolitische Ziel, die Sicherung der sozialen Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen, gilt: Bei einem starken Einkommensgefälle zwischen beiden deutschen Staaten liegen die Durchschnittseinkommen der landwirtschaftlichen Haushalte jeweils in der Nähe der Arbeiter- und Angestellten-Haushalte.

Trotz der erfolgreichen Ernährungs- und Einkommenssicherung hat die Agrarpolitik in beiden deutschen Staaten zu erheblichen Fehlentwicklungen geführt. Dies sind in der Bundesrepublik vor allem die Überschußproduktion mit ihren bekannten volkswirtschaftlichen Kosten und Belastungen der öffentlichen Haushalte und in der DDR neben den Ertragsdefiziten in erster Linie die zu hohen Produktionskosten. Darüber hinaus sind in beiden deutschen Staaten die Probleme der Umweltbelastung durch die Landwirtschaft zu wenig beachtet worden. Dies alles hat in der Agrarpolitik beider deutscher Staaten neuerdings zu partiellen Kurskorrekturen geführt. In der DDR wird das Prinzip „je größer und je spezialisierter, desto besser" nicht mehr weiter verfolgt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß grundsätzlich von dem Konzept der industriemäßig organisierten landwirtschaftlichen Großproduktion abgegangen worden wäre. Auch in der Bundesrepublik haben sich die Korrekturansätze bisher nur gegen die drängendsten Probleme gerichtet, ohne die Ursachen der Fehlentwicklungen zu beseitigen.

Inhalt Seite

3.3.1. Agrarverfassung der Bundesrepublik Deutschland, Ziele und Instrumente der Agrarpolitik ... 423
3.3.2. Agrarverfassung der DDR, Ziele und Instrumente der Agrarpolitik 424
3.3.3. Struktureller Wandel in der westdeutschen Landwirtschaft ... 425
3.3.4. Hoher Grad der Betriebskonzentration in der DDR ... 429
3.3.5. Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft ... 432
3.3.6. Produktionsfaktoren und Betriebsmitteleinsatz ... 432
3.3.7. Produktion und Produktivität der Landwirtschaft ... 438
3.3.8. Förderung der Landwirtschaft durch Erzeugerpreise und Subventionen ... 443
3.3.9. Landwirtschaftliche Einkommen ... 449
3.3.10. Landwirtschaft und Umwelt ... 452
3.3.11. Erfolge, Fehlentwicklungen, Korrekturansätze der Agrarpolitik ... 453
Fußnoten, Literaturhinweise und Begriffserläuterungen zu 3.3. ... 454

Die Landwirtschaft ist in beiden deutschen Staaten — wie allgemein in hochentwickelten Industriegesellschaften — ein Problembereich. Wie in keinem anderen Wirtschaftszweig entwickelten sich hier im Nachkriegsdeutschland als Folge gegensätzlicher gesellschaftspolitischer Vorstellungen und agrarpolitischer Leitbilder die Produktions- und Lebensbedingungen auseinander.

Demgegenüber zeigen sich — unabhängig vom System — allein aus der Funktion der Landwirtschaft im Prozeß der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auch Parallelitäten. Sie betreffen vor allem Produktionsstrukturen, Produktionsergebnisse sowie den Einsatz industrieller Vorleistungen. Auch sind in einer Reihe zentraler agrar- und ernährungspolitischer Ziele Gemeinsamkeiten festzustellen, z. B. hinsichtlich der Ernährungssicherung, der Produktivitätssteigerung sowie der Sicherung der sozialen Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Zudem bedient man sich teilweise der gleichen agrarpolitischen Instrumente. So werden in beiden deutschen Staaten die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise fast ausschließlich administrativ und zugunsten der Landwirtschaft festgelegt. Der Absatz der Agrarprodukte ist in der Bundesrepublik weitgehend, in der DDR dagegen vollständig staatlich garantiert.

3.3.1. Agrarverfassung der Bundesrepublik, Ziele und Instrumente der Agrarpolitik

Die Agrarverfassung der Bundesrepublik ist vor allem geprägt durch das private Eigentum. Sozialökonomisches Leitbild ist der existenzfähige bäuerliche Familienbetrieb auf der Basis von ein bis zwei Arbeitskräften, der einer Familie ausreichendes Einkommen gewährleistet. Es wurde lange Zeit ausschließlich im sogenannten Vollerwerbsbetrieb zu verwirklichen versucht. Erst Ende der siebziger Jahre hat der Nebenerwerbsbetrieb agrarpolitische Anerkennung und in allerjüngster Zeit auch agrarstrukturpolitische Förderung erfahren[1], weil die Bundesregierung die Vielfalt von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben für besonders anpassungsfähig an die volkswirtschaftliche Entwicklung hält. Damit ist die offizielle Agrarpolitik der tatsächlichen Entwicklung der Agrarstruktur gefolgt.

Nach verschiedentlichen Schwerpunktverlagerungen gelten heute die folgenden agrar- und ernährungspolitischen Hauptziele[2]:

- Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum sowie Teilnahme der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung,
- ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Produkten der Agrarwirtschaft zu angemessenen Preisen,
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Verbesserung des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes sowie des Tierschutzes,
- Beitrag zur Lösung der Weltagrar- und -ernährungsprobleme sowie Verbesserung der agrarischen Außenwirtschaftsbeziehungen.

Ein besonderes Anliegen der Bundesregierung ist neuerdings auch der Schutz und die Sicherung derje-

nigen Familienbetriebe, die durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Viehhaltung und Flächenausstattung gekennzeichnet sind. Damit soll ein weiteres Vordringen der einseitig ausgerichteten Tierhaltung ohne ausreichende eigene Futterbasis verhindert werden.

Priorität in der Agrarpolitik der Bundesrepublik hat seit je die Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen. Sie wurde bis zuletzt überwiegend mit Hilfe der Erzeugerpreis-Politik zu erreichen versucht. Daneben nimmt aber auch die Agrar-Sozialpolitik einen hohen Stellenwert ein: Zwei Drittel des Agrarhaushalts der Bundesrepublik fließen derzeit in das System der sozialen Sicherung der Landwirte. Die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" von Bund und Ländern wird erst in jüngster Zeit mit der Marktpolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft koordiniert. Im Zielkatalog der Bundesregierung wird heute auch der Schutz der natürlichen Ressourcen, des Erholungswertes der Landschaft und die Erhaltung eines artenreichen Pflanzen- und Tierbestandes hervorgehoben. Diese und andere Teilziele der Agrarpolitik sind indes nur bedingt mit den genannten Hauptzielen in Einklang zu bringen; zum Teil stehen sie sogar in Widerspruch zu ihnen. Selbst die Hauptziele sind durch Widersprüchlichkeiten untereinander gekennzeichnet.

Gesetzliche Grundlage der Agrarpolitik in der Bundesrepublik ist das „Landwirtschaftsgesetz" [3] aus dem Jahre 1955. Seine Grundidee ist, daß die Landwirtschaft wegen naturbedingter und struktureller Nachteile nicht automatisch an der Prosperität anderer Wirtschaftsbereiche teilhaben könne, ihr aber die Sicherung der Ernährung als gesellschaftliche Aufgabe zufalle. Hieraus wird die Rechtfertigung für staatliche Eingriffe und insbesondere für eine sektorspezifische Einkommenspolitik abgeleitet: Die Landwirtschaft ist von den in der Bundesrepublik geltenden marktwirtschaftlichen Prinzipien weitgehend ausgenommen, die Agrarpolitik trägt in hohem Maße protektionistische und dirigistische Züge. Obwohl der EWG-Vertrag aus dem Jahr 1957 als der zweiten bindenden Grundlage der Agrarpolitik in der Bundesrepublik in seinen Artikeln 38 bis 42 stärker auf die Produktivitätssteigerung als geeignetes Mittel zur Einkommenssicherung zielt, steht die praktische Gestaltung der EG-Agrarpolitik mit ihren Marktordnungen auch im supranationalen Rahmen mit marktwirtschaftlichen Prinzipien nicht in Einklang. In einigen Fällen, z. B. bei den Zuckerkontingenten und Milchquoten, gibt es sogar extreme Reglementierungen.

Zur Verwirklichung der agrarpolitischen Ziele stützt sich die Bundesregierung sowohl auf Verordnungen und Richtlinien der gemeinsamen Agrarpolitik im Rahmen der EG als auch auf originäres nationalstaatliches Recht. Während die Agrarmarktpolitik vollständig in den Zuständigkeitsbereich der EG übergegangen ist, verblieb der Bundesrepublik, wie allen Mitgliedstaaten, die eigene Entscheidungsbefugnis in der Struktur- und Sozialpolitik. Auch die Finanz- und Steuerpolitik kann von der Bundesrepublik weitgehend autonom als agrarpolitisches Instrumentarium eingesetzt werden.

3.3.2. Agrarverfassung der DDR, Ziele und Instrumente der Agrarpolitik

Während die Agrarverfassung der Bundesrepublik das Resultat eines evolutionären Prozesses und historisch gewachsener Strukturen darstellt, ist die heutige Agrarverfassung der DDR das Ergebnis eines gezielten gesellschaftspolitischen und betrieblichen Umstellungsprozesses, für den es kein Vorbild in der deutschen Agrargeschichte gab. Er wurde von der politischen Führung in mehreren Etappen systematisch vorangetrieben. Agrarpolitisches Leitbild ist der vergesellschaftete landwirtschaftliche Großbetrieb mit „industriemäßigen" Produktionsmethoden. Bestimmend hierfür war neben der ideologischen Vorgabe des nichtprivaten, d. h. staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, vor allem die dem Marxismus-Leninismus innewohnende Überzeugung, daß der Großbetrieb überall — mithin auch in der Landwirtschaft — dem Klein- und Mittelbetrieb überlegen sei.

Nach dem Selbstverständnis der DDR befindet sich ihre Landwirtschaft seit Ende der sechziger Jahre in der 3. Phase der Entwicklung, der ihrer Industrialisierung. Als frühere Phasen gelten die unmittelbar nach dem Kriege durchgeführte Bodenreform [4] und die von 1952 bis 1960 durchgezogene Kollektivierung [5], d. h. die Überführung der privatbäuerlichen Betriebe in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG).

Hatte es 1955 noch über 800 000 landwirtschaftliche Betriebe mit einer durchschnittlichen Nutzfläche von 8 ha gegeben, so wurden nach der fast vollständigen Kollektivierung im Frühjahr 1960 über 90 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) von sozialistischen Betrieben mit durchschnittlich 300 ha bewirtschaftet — von rund 19 300 LPG und knapp 700 Volkseigenen Gütern (VEG). 1970 betrug die durchschnittliche Größe der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe bereits rund 600 ha. In einem weiteren Prozeß der Konzentration und Spezialisierung wurde die pflanzliche Produktion aus den herkömmlichen LPG schrittweise herausgelöst: Die pflanzliche Erzeugung mehrerer LPG und VEG wurde in sogenannten Kooperativen Abteilungen der Pflanzenproduktion (KAP) zusammengefaßt und schließlich als spezialisierte Betriebe der Pflanzenproduktion — LPG (P) bzw. VEG (P) — verselbständigt. 1975 gab es neben einigen bereits spezialisierten Betrieben 1 210 KAP mit einer durchschnittlichen Flächenausstattung von rd. 4100 ha; sie bewirtschafteten 80 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Parallel dazu wurden Agrochemische Zentren gebildet (ACZ). Sie übernahmen für jeweils vier bis fünf Betriebe der Pflanzenproduktion vor allem die Aufgaben von Düngung und Pflanzenschutz. Die verbliebenen Rumpf-Betriebe wurden zu spezialisierten Einheiten der Tierproduktion — LPG (T) und VEG (T) — und selbständig weitergeführt. Seither sind pflanzliche und tierische Produktion juristisch, ökonomisch und organisatorisch voneinander getrennt [6].

Das sozialistische Eigentum der LPG ist in Artikel 13 der neuen Verfassung von 1974 verankert. Stellung

und Funktionsweise der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind in den 1977 verabschiedeten Musterstatuten und Musterbetriebsordnungen sowie im LPG-Gesetz von 1982 in der neuesten Form festgeschrieben[7]. In dem Prozeß des angestrebten industriell arbeitenden Landwirtschaftsbetriebes ist die Pflanzenproduktion am weitesten vorangeschritten. Die tierische Erzeugung ist erst zu einem Fünftel industrialisiert. Nach derzeitiger Auffassung gelten für industriemäßige Anlagen folgende Mindestgrößen:

Milchvieh	800 Plätze
Kälber und Jungvieh	1 000 Plätze
Rindermast	2 000 Plätze
Schweinezucht	600 Plätze
Schweinemast	3 000 Plätze

Neben dem industriellen Landwirtschaftsbetrieb gehört „die Angleichung von Stadt und Land" zum Leitbild sozialistischer Agrarpolitik. Damit ist gemeint, daß die Lebens- und Arbeitsbedingungen der im Agrarsektor Tätigen denen in anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere in der Industrie, angeglichen werden sollen. Zur „Annäherung der Klasse der Genossenschaftsbauern an die Arbeiterklasse" zählt nicht zuletzt auch der Abbau der Unterschiede in den Einkommensverhältnissen.

Außer den gesellschaftspolitischen Zielen hat in der Agrarpolitik der DDR die Erhöhung der Erzeugnisleistungen stets einen hohen Rang eingenommen: Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsgütern aus eigenem Aufkommen auf einem international hohen und steigenden Niveau ist als vorrangiges Ziel u. a. in den Dokumenten der letzten beiden Parteitage festgeschrieben und nicht zuletzt Folge außenhandelspolitischer Erwägungen.

Wegen Devisenmangels und stark eingeschränkter Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten ist die Versorgung mit Nahrungsmitteln weitgehend auf die Eigenproduktion abgestellt. Auch die noch bestehenden Einfuhren von Futtergetreide sollen schrittweise abgebaut werden. Eine solche Autarkiepolitik auf nationalstaatlicher Basis existiert in der Bundesrepublik nicht. Hier wird die Sicherstellung der Ernährung bei Aufrechterhaltung eines gewissen Außenhandels mit Agrargütern im größeren Rahmen der EG angestrebt. Neuerdings wird bei den agrarpolitischen Zielen in der DDR „die Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ertrag" in den Landwirtschaftsbetrieben stärker herausgestellt. Sie ist seit dem Fünfjahrplan 1981 bis 1985 sogar zu einer Hauptaufgabe in der Landwirtschaft erklärt worden.

Die Landwirtschaft der DDR ist in die zentrale Planwirtschaft integriert. Das bedeutet im wesentlichen:

- Mengenplanung von Produktion, staatlichem Aufkommen und Vorleistungen,
- administrativ festgesetzte Preise für landwirtschaftliche Produkte und Produktionsmittel, innerhalb eines spezifischen Preissystems für die Landwirtschaft,
- Investitions- und Arbeitskräfteplanung.

Die zentral für die gesamte Landwirtschaft erarbeiteten Pläne werden auf Bezirks- und Kreisebene regionalisiert und schließlich als Planauflage den Betrieben vorgegeben. Sie sind die Grundlage der Betriebspläne.

3.3.3. Struktureller Wandel in der westdeutschen Landwirtschaft

Die Agrarstruktur eines Landes ist gekennzeichnet durch das Verhältnis der Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital zueinander, die Betriebsstruktur und Betriebssysteme, die Eigentums- und Besitzverhältnisse, die Struktur der Märkte für Vorleistungen und landwirtschaftliche Produkte sowie die Einkommensverhältnisse. Die Landwirtschaft ist in der Bundesrepublik einem ständigen Strukturwandel ausgesetzt. Dazu haben die außerlandwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die innerlandwirtschaftlichen Ertrags-Aufwands-Verhältnisse, generative Veränderungen sowie die steigende Tendenz zur Diversifizierung der Erwerbsquellen beigetragen.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe über 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) hat sich seit 1970 von rund 1,1 Mill. um mehr als ein Viertel auf rd. 730 000 verringert. Das entspricht einem jahresdurchschnittlichen Rückgang um 2,8 vH. Im gleichen Zeitraum hat sich die durchschnittliche Betriebsgröße von etwa 12 auf 16 ha LF erhöht. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat zu Beginn der siebziger Jahre besonders rasch abgenommen. Seither hat sich die Rate der jährlich ausscheidenden Betriebe deutlich verringert und liegt derzeit bei 1,3 vH. Ergebnis dieses Prozesses ist die allmähliche Vergrößerung der Betriebe (vgl. Übersicht 3.3.-1): Gehörten noch vor zwei Jahrzehnten die Betriebe zwischen 15 und 20 ha LF zu der Größenklasse, die im Wachsen begriffen war, so nimmt gegenwärtig nur noch die Zahl der Betriebe über 30 ha und damit auch ihr Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche zu.

Allerdings können auch Betriebe auf kleiner Bodenfläche hohe Erlöse erwirtschaften, z. B. in der relativ bodenunabhängigen Mast oder im Weinbau. Daher muß die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe auch anhand des „Standardbetriebseinkommens" dargestellt werden[8]. Die Übersicht 3.3.-2 zeigt, daß in der Berichtszeit der Anteil der Betriebe mit einem Standardbetriebseinkommen unter 10 000 DM abgenommen hat, der Anteil derjenigen mit mehr als 50 000 DM jedoch deutlich gestiegen ist.

Die durchschnittlichen Bestandsgrößen der Viehhaltung haben 1983 — nach einer Verdoppelung seit 1971 — bei Milchkühen 14, bei Mastschweinen 33 und bei Legehennen 130 Tiere erreicht. Sie sind damit insgesamt noch weit von Größenordnungen entfernt, in denen eine stückkostengünstige Produktion möglich ist. In vielen Kleinbetrieben, die in der Regel im Nebenerwerb bewirtschaftet werden, wird sie auch gar nicht angestrebt. Allerdings sind in einigen Fällen, z. B. in der Schweine- und Hähnchenmast sowie in der Legehennenhaltung, regional und einzelbetrieblich Produktionskapazitäten aufgebaut worden, die zwar

Übersicht 3.3.-1

Veränderung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in verschiedenen Größenklassen in der Bundesrepublik Deutschland von 1960 bis 1984
in vH

Zeitraum von . . . bis . . .	Betriebsgröße von . . . bis unter . . . ha landwirtschaftlich genutzte Fläche									insgesamt
	1 bis 2	2 bis 5	5 bis 10	10 bis 15	15 bis 20	20 bis 30	30 bis 50	50 bis 100	100 und mehr	ab 1 ha
1960 bis 1964	−2,7	−3,0	−2,6	−0,9	3,8	2,0	0,8	1,1	0,8	−2,0[1]
1965 bis 1969	−2,7	−3,5	−3,6	−1,0	−1,0	2,5	2,5	1,4	0,5	−2,0
1970 bis 1974	−4,9	−6,0	−5,7	−5,7	−3,9	1,0	6,3	7,3	6,1	−3,8
1975 bis 1979	−4,2	−4,4	−3,8	−3,3	−2,9	−0,6	1,6	4,4	2,5	−2,7
1980 bis 1984	−2,9	−3,0	−2,8	−2,7	−2,5	−1,8	0,3	3,6	3,3	−2,1
1960 bis 1984	−3,8	−4,2	−3,9	−2,9	−1,3	0,8	2,4	3,5	2,8	−3,3[1]

[1] Von 1960 bis 1964 einschließlich der Betriebe mit einer Fläche unter 1 ha.

Quellen: Agrarbericht der Bundesregierung. Bundestags-Drucksache. Div. Jahrgänge. — Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft. Fachserie 3, Reihe 1. Div. Jahrgänge. — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland. Münster-Hiltrup. Landwirtschaftsverlag GmbH. Div. Jahrgänge.

Übersicht 3.3.-2

Strukturmerkmale der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland
Zahl der Betriebe in 1 000 und Anteil der Größenklassen in vH

Betriebsgröße Betriebseinkommen	1970		1975		1980		1983		
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	1970 = 100
a) Betriebsgröße von . . . bis unter . . . ha LF									
1 bis 10	638,5	59,0	490,7	54,2	406,9	51,0	369,0	49,6	57,8
10 bis 20	267,8	24,7	211,7	23,4	181,3	22,7	167,0	22,4	62,4
20 bis 50	157,5	14,5	176,1	19,5	177,9	22,3	173,0	23,3	109,8
50 bis 100	16,3	1,5	22,3	2,5	26,9	3,4	29,9	4,0	183,4
100 und mehr	3,0	0,3	3,9	0,4	4,4	0,6	4,9	0,7	163,3
insgesamt	1 080,1	100,0	904,7	100,0	797,4	100,0	743,8	100,0	68,7
b) Standardbetriebseinkommen von . . . bis unter . . . DM									
unter 10 000	622	57,4	485	53,6	376	47,2	344,2	46,7	55,3
10 000 bis 20 000	222	20,5	167	18,5	127	15,9	112,2	15,9	50,5
20 000 bis 50 000	204	18,9	204	22,5	196	24,6	173,6	23,9	85,1
50 000 und mehr	35	3,2	49	5,4	98	12,3	98,4	13,5	181,1
insgesamt	1 083	100,0	905	100,0	797	100,0	728,4 *	100,0 *	67,3 *

* Ohne Gartenbau.

Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland. Div. Jahrgänge.

dem betriebswirtschaftlichen Optimum eher entsprechen, aber als existenzbedrohende Konkurrenz für viehhaltende bäuerliche Familienbetriebe und als erhebliche Belastung der unmittelbaren Umwelt angesehen werden. Am stärksten ist die Konzentration in der Geflügelhaltung. So werden derzeit mehr als ein Drittel aller Legehennen in Beständen über 50 000 Tieren gehalten, und zwar von weit weniger als einem Prozent aller Betriebe (vgl. Übersicht 3.3.-3). Bei Mastschweinen wird heute knapp ein Fünftel in Bestandsgrößen von mehr als 600 Tieren gehalten. In der Milchviehhaltung waren im Jahre 1971 noch über vier Fünftel der Kühe in Betrieben mit höchstens 20 Tieren anzutreffen. Diese Quote hat sich seither auf weniger als 50 vH vermindert. Andererseits wird heute ein Zehntel aller Milchkühe in Beständen von 50 und mehr Milchkühen gehalten. Der höchste Anteil von Großbeständen ist im Raum Niedersachsen und Schleswig-Holstein anzutreffen. In südlichen Bundesländern ist dagegen spezialisierte Tierhaltung in Großbeständen wenig verbreitet[9].

Eines der wesentlichen Strukturmerkmale der westdeutschen Landwirtschaft ist das Nebeneinander von Betrieben mit unterschiedlichem Erwerbscharakter. Nach der überwiegenden Herkunft des Einkommens und nach dem zeitlichen Arbeitsaufwand für landwirtschaftliches und nichtlandwirtschaftliches Einkommen wird zwischen Haupterwerbs- und Nebenerwerbsbetrieben unterschieden. Die Haupterwerbsbetriebe werden weiter untergliedert in Vollerwerbs- und Zuerwerbsbetriebe[10]. Nach dieser sozio-ökonomischen Zuordnung werden u. a. strukturwirksame Instrumente eingesetzt. So erhielten in der Bundesrepublik bis 1984 im Rahmen des „Einzelbetrieblichen Förderungsprogramms" nur Vollerwerbslandwirte Finanzhilfen; die Bedingung des Vollerwerbs aus Landwirtschaft gilt auch für die neu eingeführte finanzielle Förderung von Junglandwirten, einer Starthilfe für Unternehmensneugründungen vergleichbar.

Wie Übersicht 3.3.-4 zeigt, ist die Zahl der Voll- und Nebenerwerbsbetriebe seit 1970 jeweils um gut 20 vH

Übersicht 3.3.-3

Viehhaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben[1] in der Bundesrepublik Deutschland 1971 und 1983

Tiere je Betrieb	Betriebe				Tiere			
	Anzahl		Anteil in vH		Zahl in 1 000		Anteil in vH	
	1971	1983	1971	1983	1971	1983	1971	1983
	mit Milchkühen[2]				Milchkühe[2]			
unter 20	675 251	298 626	*94,7*	*75,7*	4 467,8	2 501,9	*81,5*	*45,4*
20 bis unter 50	37 061	87 360	*5,2*	*22,1*	940,0	2 461,4	*17,2*	*44,6*
50 und mehr	1 051	8 591	*0,1*	*2,2*	72,6	553,2	*1,3*	*10,0*
zusammen	713 363	394 577	*100,0*	*100,0*	5 480,4	5 516,5	*100,0*	*100,0*
	mit Mastschweinen[3]				Mastschweine[3]			
unter 50	383 871	249 194	*93,0*	*91,6*	5 811,4	3 120,7	*50,6*	*23,0*
50 bis unter 600	29 019	22 559	*7,0*	*8,3*	5 267,7	8 226,4	*45,8*	*60,7*
600 und mehr	28	128	*0,0*	*0,1*	411,4	2 205,4	*3,6*	*16,3*
zusammen	412 918	271 881	*100,0*	*100,0*	11 490,5	13 552,5	*100,0*	*100,0*
	mit Legehennen[4]				Legehennen[4]			
unter 20	435 570	223 187	*60,1*	*69,2*	4 737,1	2 373,5	*9,4*	*5,6*
20 bis unter 500	279 637	93 353	*38,5*	*29,0*	12 119,2	3 728,1	*24,0*	*8,9*
500 bis unter 5 000	9 993	5 694	*1,4*	*1,8*	25 388,2	20 928,4	*50,3*	*49,9*
5 000 und mehr	73	130	*0,0*	*0,0*	8 263,2	14 942,5	*16,3*	*35,6*
zusammen	725 273	322 364	*100,0*	*100,0*	50 507,7	41 972,5	*100,0*	*100,0*

[1] Ergebnisse der Agrarberichterstattung 1983 und der Landwirtschaftszählung 1971.
[2] Ohne Ammen- und Mutterkühe.
[3] Mit 20 kg und mehr Lebendgewicht und Ebern.
[4] Ein halbes Jahr und älter.

Quelle: Agrarbericht der Bundesregierung 1985. Bundestags-Drucksache 10/2850.

Übersicht 3.3.-4

Landwirtschaftliche Betriebe[1] in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Erwerbscharakter in 1 000 und in vH

Jahr- bzw. Jahrfünft	Haupterwerb						Nebenerwerb		insgesamt	
	Vollerwerb		Zuerwerb		zusammen					
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
1970	466,5	*43,1*	233,9	*21,6*	700,4	*64,7*	382,7	*35,3*	1 083,1	*100,0*
1975	409,1	*45,2*	138,7	*15,3*	547,8	*60,5*	356,9	*39,4*	904,7	*100,0*
1980	397,3	*49,8*	86,5	*10,8*	483,8	*60,7*	313,7	*39,3*	797,5	*100,0*
1984	364,4	*49,7*	71,8	*9,8*	436,2	*59,5*	296,3	*40,4*	732,5	*100,0*
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in vH									
1975/70	*−2,6*		*−9,9*		*−4,8*		*−1,4*		*−3,5*	
1980/75	*−0,6*		*−9,0*		*−2,5*		*−2,5*		*−2,5*	
1984/80	*−2,1*		*−4,5*		*−2,6*		*−1,4*		*−2,1*	
1984/70	*−1,7*		*−8,1*		*−3,3*		*−1,8*		*−2,8*	

[1] Betriebe ab 1 ha LF.

Quellen: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland. Div. Jahrgänge. — Agrarbericht der Bundesregierung 1985.

Übersicht 3.3.-5

Landwirtschaftliche Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland mit Pachtflächen[1]

Erhebungsjahr bzw. Größe in ha	Landwirtschaftliche Betriebe			Landwirtschaftlich genutzte Fläche				
	insgesamt[2]	darunter: mit gepachteter LF		insgesamt[2]	darunter: Pachtfläche			Pachtentgelt
	1 000		vH	1 000 ha		vH	ha je Betrieb mit Pachtfläche	in DM je ha
1971	1 068	632	*59,2*	12 616	3 616	*28,7*	5,7	230
1975	908	511	*56,3*	12 435	3 615	*29,1*	7,1	245
1979	831	472	*56,8*	12 034	3 654	*30,4*	7,7	296
1983	768	443	*57,6*	11 923	3 921	*32,9*	8,9	363
	Nach Betriebsgrößenklassen 1983							
unter 1	37,2	6,4	*17,2*	18,8	2,1	*11,2*	0,3	1 945[3]
1 bis 5	222,1	71,5	*32,2*	576,0	97,4	*16,9*	0,8	395
5 bis unter 20	301,1	197,8	*65,7*	3 399,9	864,0	*25,4*	4,4	340
20 bis 50	172,8	138,1	*79,9*	5 235,0	1 836,5	*35,1*	13,3	358
50 und mehr	34,4	28,5	*82,8*	2 693,1	1 121,4	*41,6*	39,3	386

[1] Ergebnisse der Landwirtschaftszählungen und Agrarberichterstattungen von 1971 bis 1983.

[2] Gesamtzahl der Betriebe und gesamte LF sind nur teilweise mit anderen Veröffentlichungen vergleichbar, da nur Betriebe mit selbstbewirtschafteter LF einbezogen wurden, Betriebe ohne LF hier gänzlich fehlen und die LF sich nur auf auf selbstbewirtschaftete LF bezieht.

[3] Vornehmlich Sonderkulturflächen.

Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1984.

zurückgegangen, während sich die der Zuerwerbsbetriebe sogar um 70 vH verringert hat. Sie stellen häufig eine Übergangsform zum Nebenerwerb dar. Derzeit entfallen auf sie nur noch 10 vH aller Betriebe. An den Verkaufserlösen waren die Vollerwerbsbetriebe 1984 mit rund 80 vH, die Zu- und Nebenerwerbsbetriebe mit jeweils rund 10 vH beteiligt.

In der Landwirtschaft der Bundesrepublik wird, historisch bedingt durch sehr differenziertes Erbrecht, ein großer Teil der Flächen auf Pachtbasis bewirtschaftet. Der Anteil der gepachteten LF ist bis zum Jahre 1983 auf 33 vH (vgl. Übersicht 3.3.-5) angestiegen. Mehr als die Hälfte aller Betriebe pachten Flächen, wobei sie kräftig steigende Preise in Kauf nehmen müsen. Bei den großen Betrieben über 50 ha LF beträgt der Pachtanteil sogar rund 40 vH der gesamten Fläche. In der Regel werden Einzelgrundstücke hinzugepachtet. Gegenüber dieser Parzellenpacht hat die Pachtung von ganzen Betrieben (Hofpacht) in der Bundesrepublik nur untergeordnete Bedeutung.

3.3.4. Hoher Grad der Betriebskonzentration in der DDR

Gegenüber der Bundesrepublik hat die Landwirtschaft der DDR im Ergebnis des Kollektivierungs- und Industrialisierungsprozesses heute einen extremen Konzentrationsgrad erreicht. 1984 wurden 92 vH der 6,24 Mill. ha umfassenden landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) von nur noch 1 437 Betrieben bewirtschaftet. Die Pflanzenproduktionsbetriebe haben eine Durchschnittsgröße von 4 700 ha, durchschnittlich 260 Beschäftigte und umfassen die Gemarkungen von fünf bis sieben Dörfern. Die auf Tierproduktion spezialisierten 3 368 Betriebe hielten 91 vH des Viehbestandes (in Großvieheinheiten = GV). Sie hatten einen durchschnittlichen Viehbestand von 1 680 GV und im Mittel 120 Beschäftigte.

In der Tierproduktion gibt es mit den rund 900 industriemäßig produzierenden Anlagen sehr moderne Betriebsstätten mit hohen Bestandsgrößen, vollständiger Technisierung und z. T. extremer Spezialisierung (vgl. Übersicht 3.3.-6). Dem steht die Mehrzahl der LPG und VEG gegenüber, bei denen in alten, wenig technisierten und über mehrere Ortschaften verstreuten Stallungen produziert wird und in denen die — oft schwere — körperliche Arbeit vorherrscht. 1980 gab es noch rund 19 000 Ställe aus den fünfziger und sechziger Jahren sowie 49 000 Einzelställe ganz überwiegend aus der Zeit vor der Kollektivierung. Ein Drittel der Milchkühe war noch in Ställen mit weniger als 90 Plätzen untergebracht. Ende der siebziger Jahre wurden je Betrieb noch 34 Ställe bewirtschaftet. Gegenwärtig gibt es noch annähernd 50 000 Ställe und Stallanlagen, in denen maximal vier Arbeitskräfte beschäftigt sind. Die durchschnittlichen Bestände je Einzelstall und Anlage betrugen 1980 bei Rindern 198 und bei Schweinen 532 Tiere.

Das Füttern wurde 1980 in der Sauenhaltung zu einem Drittel, in der Schweinemast und bei den Mastrindern erst gut zur Hälfte und beim Milchvieh zu drei Vierteln mechanisch durchgeführt. Der Mechanisierungsgrad beim Entmisten betrug damals in der Sauenhaltung rund 50 vH, in der Schweinemast und der Mastrinderhaltung jeweils zwei Drittel, beim Milchvieh 85 vH. Gemolken wurde fast vollständig maschinell. Unter den wichtigen Zweigen der Tierproduktion ist die arbeitsaufwendige Milchviehhaltung am stärksten mechanisiert.

Übersicht 3.3.-6

„Massentierhaltung" in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1979

Tierart	Mindestbestand	vH der Bestände
	Bundesrepublik Deutschland	
Kühe	50	5,9
Rinder	100	12,7
Zuchtsauen	50	26,3
Mastschweine	400	13,2
Legehennen	30 000	40,0
	DDR	
Kühe	800	14,8
Jungrinder	1 000	38,7
Mastrinder	2 000	10,3
Zuchtsauen	600	22,8
Mastschweine	3 000	30,5
Legehennen	100 000	34,0

Quellen: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1981. — Schwedler H.: Bilanz im Veterinärwesen zu Ehren des X. Parteitages der SED. In: Monatshefte für Veterinärmedizin. Jena. Heft 7/1981, S. 243.

Die Hälfte aller Betriebe der Tierproduktion hatte 1980 noch mehr als sechs Tierarten bzw. Produktionsstufen; rund 10 vH waren auf die Erzeugung einer Tierart bzw. Produktionsstufe ausgerichtet. Solche z. T. extrem spezialisierten Betriebe sind vor allem in der Geflügelwirtschaft (Legehennenhaltung, Hähnchenmast), der Schweinemast, der Milchvieh- und der Mastrinderhaltung zu finden. Derzeit wird rund ein Fünftel aller Tiere in solchen Anlagen gehalten. Es sind dies vorwiegend die 1984 vorhandenen 223 zwischengenossenschaftlichen bzw. zwischenbetrieblichen Einrichtungen (ZGE bzw. ZBE)[11] und die 34 Kombinate Industrielle Mast (KIM). Von den auf Tierproduktion spezialisierten LPG (1984: 2 702) und VEG (320) produzieren insgesamt rund 650 auch in industriemäßigen Anlagen, indes ist die Spezialisierung dieser Betriebe insgesamt längst nicht so stark wie bei den ZGE/ZBE und KIM. Daß bei dieser Massentierhaltung Umweltprobleme in noch erheblicherem Maße als in der Bundesrepublik auftreten, liegt auf der Hand.

Die zwischengenossenschaftlichen und zwischenbetrieblichen Einrichtungen und die Kombinate Industrielle Mast sind hauptsächlich in den 70er Jahren entstanden. Es sind Mammutbetriebe, die entweder als Serienprojekte oder als Unikate konzipiert worden sind. In der Milchviehhaltung gibt es heute über 100 serienmäßige Anlagen mit jeweils 2 000 Plätzen, in der Schweinemast 31 Produktionsstätten mit mindestens 12 500 Plätzen. Als Einzelobjekte sind in der DDR u. a. drei Schweinezucht- und -mastkombinate mit jeweils 150 000, 80 000 und 50 000 sowie eine Bullenmast- und -aufzuchtanlage mit inzwischen mehr als 40 000 Tierplätzen errichtet worden.

Derartige Produktionsstätten wurden lange Zeit als Musterbetriebe herausgestellt. Es wurde betont, daß sich in ihnen das Bild der künftigen Landwirtschaft abzeichne. Zwischengenossenschaftliche und zwischenbetriebliche Einrichtungen sowie die Kombinate Industrielle Mast haben einen unterschiedlichen Ursprung: Die ZGE/ZBE sind gleichsam als Tochterbetriebe mehrerer LPG und VEG entstanden. Sie wurden später verselbständigt. Die KIM dagegen sind reine Staatsbetriebe, die dem Rat des Bezirkes unterstehen. Sie sind hauptsächlich in der Erzeugung von Schlachtgeflügel und Eiern anzutreffen; hier sind sie mit je einem Drittel am Gesamtaufkommen beteiligt.

Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind mit Anteilen von 93 vH an der LN, 84 vH am Viehbestand, 80 vH am Anlagevermögen (Grundfonds) und 85 vH an den ständig Berufstätigen die dominierende Betriebsform der sozialistischen Landwirtschaft in der DDR. Sie sind Betriebe mit gemischt genossenschaftlich-privatem Eigentum an den Produktionsmitteln. Die Inventarbeiträge an Gebäuden, Maschinen und Vieh, die von den LPG-Mitgliedern eingebracht werden mußten, sowie die aus den eigenen Leistungen der LPG angeschafften Produktionsmittel sind genossenschaftliches Eigentum, ebenso die erwirtschafteten Erträge. Der Grund und Boden bleibt — im Grundbuch eingetragenes — privates Eigentum der Mitglieder bzw. ihrer Erben[12]. Die Genossenschaft hat allerdings das uneingeschränkte und dauernde Nutzungsrecht. Daß privates Bodeneigentum nicht nur ein formaler Rechtstitel ist, sondern einkommenswirksam werden kann, geht daraus hervor, daß viele LPG noch eine pachtähnliche Vergütung (Bodenanteile) gewähren. Auch beim Verkauf für nichtlandwirtschaftliche Zwecke erhält der Bodeneigentümer den staatlich festgesetzten Erlös[13].

Organisation und Funktionsweise der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind im LPG-Gesetz und den Musterstatuten und -betriebsordnungen geregelt:

- Höchstes Organ ist die Vollversammlung; sie hat über alle wesentlichen personellen und produktionsrelevanten Entscheidungen zu befinden. Faktisch sind die Grenzen der Mitbestimmung oder auch des Einflusses weit enger gezogen, nicht zuletzt weil von außen (hauptsächlich von Partei- und Staatsorganen) auf die innerbetrieblichen Entscheidungen eingewirkt wird.
- Ausführendes Organ der Vollversammlung ist der auf drei Jahre gewählte Vorstand. Er wird vom Vorsitzenden der Genossenschaft geleitet. Der Vorsitzende wird von der Vollversammlung gewählt. Seine Wahl bedarf der Bestätigung durch den Rat des Kreises. Er, sein Stellvertreter und ein weiteres Vorstandsmitglied vertreten die LPG im Rechtsverkehr.
- Die Grundform der Arbeitsorganisation sind Brigaden. Sie können in Abteilungen zusammengefaßt oder in kleinere selbständige Arbeitskollektive, sogenannte Arbeitsgruppen, untergliedert sein.

Ihre Vergütung erhalten die Genossenschaftsmitglieder nach einem System von Abschlagzahlung und Jahresendabrechnung nach Arbeitseinheiten (AE). Der Wert hängt vom jeweiligen Betriebsergebnis ab (Residualeinkommen).

Die Volkseigenen Güter als Staatsbetriebe unterscheiden sich von den Genossenschaften u. a. darin, daß ihre Leiter (Direktoren) vom Rat des Bezirkes eingesetzt werden und daß hier ein anderes Vergütungssystem gilt: Die Arbeiter und Angestellten der VEG werden — wie in der Industrie — nach Stundenlöhnen bezahlt, die im „Rahmenkollektivvertrag" geregelt sind.

Der private Bereich spielt heute in der DDR-Landwirtschaft insgesamt nur noch eine geringe Rolle. Neben privaten und kircheneigenen Landwirtschaftsbetrieben[14] gibt es private landwirtschaftliche Erzeugung in den Hauswirtschaften der Genossenschaftsbauern und Landarbeiter (persönliche Hauswirtschaft) und bei sonstigen individuellen Kleinproduzenten, die überwiegend im „Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter" (VKSK) organisiert sind. Die private landwirtschaftliche Erzeugung wurde — früher nur widerstrebend — geduldet, neuerdings aber wohlwollend betrachtet und in gewissem Rahmen sogar gefördert. So werden den Genossenschaftsbauern beispielsweise kostenlos Splitterflächen zur Verfügung gestellt oder sie dürfen Naturalien in LPG und VEG hinzukaufen. Auch wird ihnen beim Abschluß von Mastverträgen Getreide aus dem staatlichen Futterfonds verkauft.

Die individuelle Erzeugung ist — wie am Aufkommen nach Einzelerzeugnissen oder an der Tierhaltung nach Eigentumsformen abzulesen ist — recht unterschiedlich: In der Kleintierhaltung und bei der Obstversorgung hat sie eine große Bedeutung, in anderen Fällen ist sie marginal. 60 vH der gesamten Obsterzeugung, die Hälfte der Eier- und ein Viertel der Wollproduktion stammten 1980 aus der individuellen Produktion. Kaninchenfleisch und Honig wurden sogar ausschließlich von Kleinproduzenten erzeugt[15]. Von den gesamten Tierbeständen werden derzeit rund 9 vH privat gehalten, von der gesamten LN werden 5 vH privat genutzt. Das Motiv der politischen Führung für die Förderung der landwirtschaftlichen Kleinerzeugung ist in erster Linie das Interesse an einer Stabilisierung der Versorgung. Die Erzeuger sind — neben der Eigenversorgung — vor allem aus Erwerbsgründen an der privaten Produktion interessiert.

Übersicht 3.3.-7

Private Tierhaltung in der DDR[1]

Tierarten	1971	1977	1983
Kühe	17,4	3,1	1,6
sonstige Rinder	12,9	6,7	5,9
Zuchtsauen	11,1	2,7	4,1
Mastschweine	19,6	10,3	12,9
Schafe	17,7	20,7	28,7
Ziegen	99,8	99,8	99,7
Pferde	61,9	61,9	69,1
Legehennen	63,8	63,8	52,3
sonstiges Geflügel	31,4	31,4	33,1

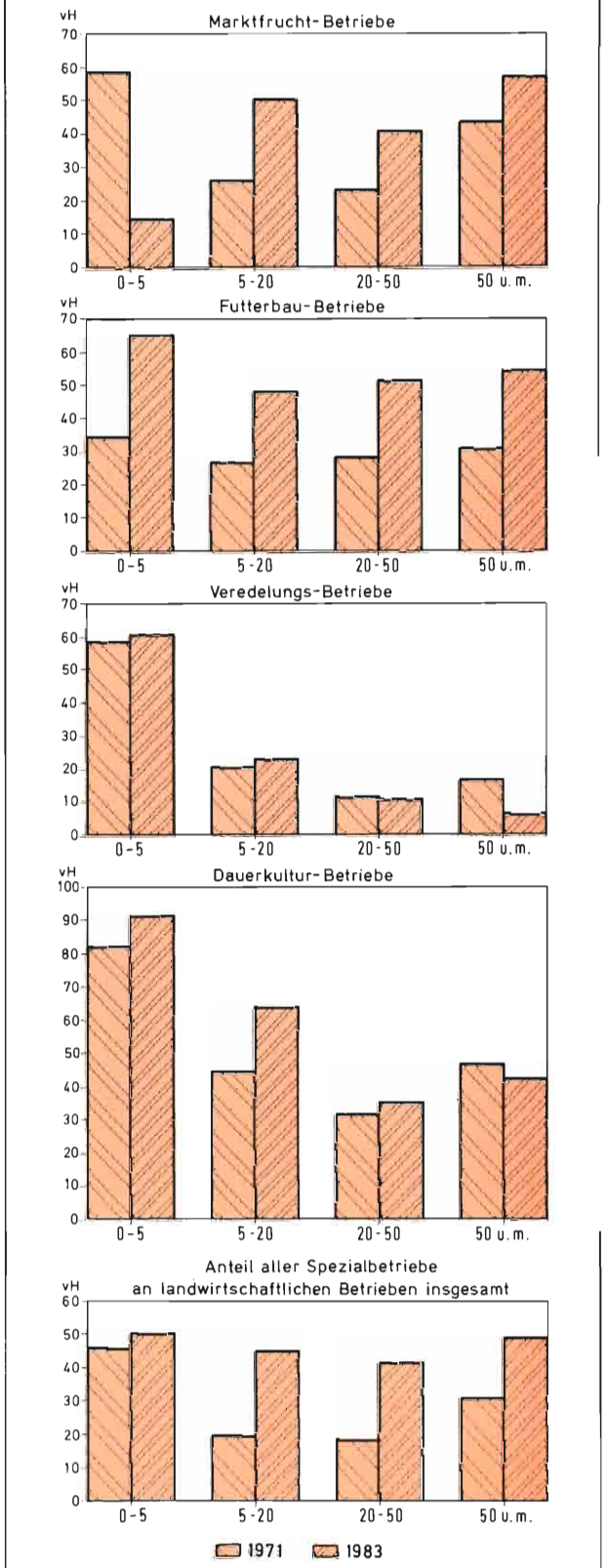
[1] Anteile in vH am Gesamtbestand der jeweiligen Tierart. Private und kircheneigene Landwirtschaftsbetriebe, Hauswirtschaften der Genossenschaftsbauern und Landarbeiter sowie Mitglieder des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) und sonstige private Produzenten.

Quellen: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg): Statistisches Jahrbuch der DDR 1984. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1984. — Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Sekretariat (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 1984. Moskau. 1984. — Berechnungen des Autors.

Hinsichtlich der Spezialisierung der Landwirtschaftsbetriebe gibt es in der DDR und in der Bundesrepublik unterschiedliche Informationen und unterschiedliche Kriterien ihrer Beurteilung. Zwar ist für die DDR mit der konsequenten Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion und mit dem Aufbau von einseitig produzierenden Großanlagen die extreme Spezialisierung dokumentiert. Darüber hinaus fehlen aber differenzierte Angaben, inwieweit noch LPG und VEG mit einem vielfältigen Produktionsprogramm arbeiten oder sich bereits auf Produktionsrichtungen und Produktionsstufen beschränken. Für die Bundesrepublik läßt sich ein Bild über den Spezialisierungsgrad der landwirtschaftlichen Betriebe aus den Daten über die Betriebssysteme[16] gewinnen. Die Zuordnung der Betriebe richtet sich nach dem Gewicht der einzelnen Produktionszweige am Betriebsergebnis. Unterschieden wird zwischen Marktfrucht-, Futterbau-, Veredelungs- und Dauerkulturbetrieben. Entscheidend für die Zuordnung ist, daß mehr als 50 vH des Betriebsergebnisses in einem Produktionszweig erzielt werden. Sind es mehr als 75 vH, so gelten die Betriebe als Spezialbetriebe der entsprechenden Kategorie. Außerdem gibt es die Gemischtbetriebe, bei denen kein Betriebszweig dominiert. Seit Anfang der siebziger Jahre hat es eine eindeutige Gewichtsverlagerung von den Gemischtbetrieben zu den Betrieben mit Produktionsschwerpunkt gegeben, der Anteil der Gemischtbetriebe ist von 22 auf 8 vH zurückgegangen. Hatten die Spezialbetriebe insgesamt 1971 noch einen Anteil von 30 vH, so ist er inzwischen auf über 50 vH gestiegen. Nicht nur bei Dauerkulturen, auch bei Marktfrüchten (Getreide und Hackfrüchte) und im Futterbau (Milch und Rindermast) hat der Spezialisierungsgrad zugenommen (vgl. Schaubild 3.3.-1). Über-

Schaubild 3.3.-1

Spezialisierungsgrad[1]*) in den landwirtschaftlichen Betriebssystemen der Bundesrepublik Deutschland 1971 und 1983*



[1]) *Anteil der Spezialbetriebe am Gesamtbestand des jeweiligen Systems, nach Größenklassen. In Spezialbetrieben stammen 75 vH und mehr des Standarddeckungsbeitrages aus einem speziellen Produktionsbereich.*

Quelle: Berechnungen des DIW.

DIW 87

dies ist der Anteil der viehlos wirtschaftenden an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 10 vH (1971) auf 18 vH (1983) gewachsen.

3.3.5. Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft

Die Landwirtschaft hat in beiden deutschen Staaten, wie aus den Indikatoren der Übersicht 3.3.-8 zu erkennen ist, unterschiedliche gesamtwirtschaftliche Bedeutung. Dies gilt insbesondere für den Anteil am Sozialprodukt. Außerdem beschäftigt die Landwirtschaft der DDR anteilig etwa doppelt soviel Personen wie die der Bundesrepublik. Wie in allen Industriegesellschaften ist die Landwirtschaft auch in beiden deutschen Staaten einem Schrumpfungsprozeß unterworfen, der mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung verbunden ist: Das gilt langfristig insbesondere für den Wertschöpfungsanteil. Bei den Erwerbstätigen hat der Anteil in der Bundesrepublik Deutschland durchgängig abgenommen, in der DDR nur bis Mitte der siebziger Jahre. Allerdings hat die Bedeutung der Landwirtschaft insofern zugenommen, als sie in beiden deutschen Staaten verstärkt in die gesamtwirtschaftliche Arbeitsteilung integriert worden ist: Der Vorleistungsanteil am jeweiligen Produktionswert ist laufend angestiegen und beträgt gegenwärtig in der Bundesrepublik rund 53 vH, in der DDR rund 56 vH.

Übersicht 3.3.-8

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft[1] *in beiden deutschen Staaten*

Anteile der Landwirtschaft an makroökonomischen Kenngrößen in vH

Indikator	1970	1975	1980	1984
	Bundesrepublik Deutschland			
Bruttosozialprodukt zu Preisen von 1980	2,7	2,5	2,2	2,4
Erwerbstätige	8,5	6,9	5,5	5,5
Bruttoanlageinvestitionen zu Preisen von 1980	3,3	3,1	2,7	2,6
Bruttoanlagevermögen zu Preisen von 1980	5,7	4,5	4,0	3,5
	DDR			
Bruttosozialprodukt zu Preisen von 1980	10,1	9,1	7,8	7,4
Berufstätige	12,1	10,6	10,1	10,2
Bruttoinvestitionen zu Preisen von 1980	13,0	11,8	9,7	8,7
Grundmittel zu Preisen von 1980	8,4	8,7	9,0	9,2

[1] Einschließlich Forstwirtschaft und Fischerei.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Fachserie 18, Reihe S. 8. — Statistisches Jahrbuch der DDR. Div. Jahrgänge. — Berechnungen des DIW.

Bemerkenswert ist für beide deutsche Staaten, daß der Beitrag der Landwirtschaft zum Sozialprodukt deutlich unter ihrem Anteil an den Beschäftigten, am Produktivkapital und an den Investitionen liegt. Darin kommt letztlich ein Rückstand in der Arbeitsproduktivität dieses Sektors zum Ausdruck. Dieser Niveauunterschied hat sich in der Bundesrepublik vermindert, weil sich die Produktivität in der Landwirtschaft doppelt so schnell erhöht hat wie in der übrigen Wirtschaft. In der DDR hat sich der Niveauunterschied vergrößert.

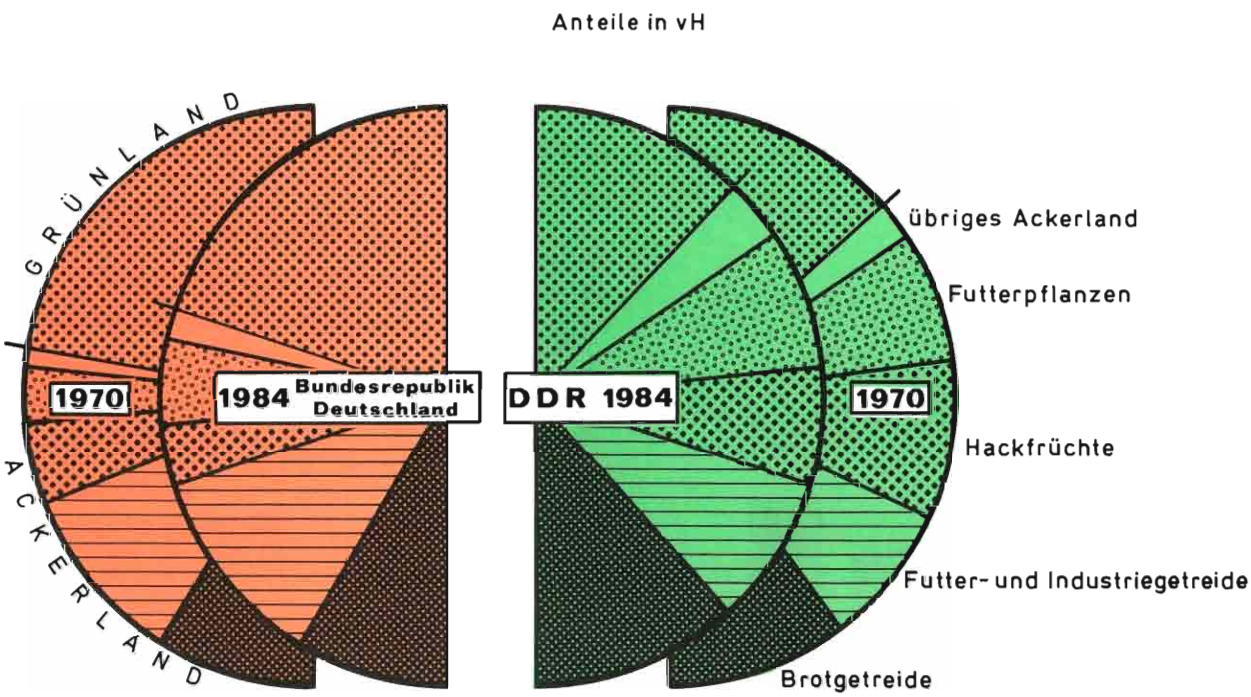
3.3.6. Produktionsfaktoren und Betriebsmitteleinsatz

Von der Gesamtfläche wurden 1984 in der Bundesrepublik 49 vH, in der DDR 58 vH landwirtschaftlich genutzt. Je Einwohner stehen in der Bundesrepublik 0,20 ha LF, in der DDR 0,37 ha LN zur Verfügung. Der Grünlandanteil ist in der Bundesrepublik mit 38 vH deutlich höher als in der DDR (20 vH). Auch in der Nutzung der Ackerfläche, der Komplementärgröße zum Grünlandanteil, gibt es zwischen den beiden deutschen Landwirtschaften deutliche Unterschiede. So werden in der Bundesrepublik fast 70 vH des Ackerlandes mit Getreide bestellt, in der DDR dagegen nur gut 50 vH. Der Hackfruchtanbau hat in der DDR demgegenüber mit 17 vH ein größeres Gewicht (vgl. Übersicht 3.3.-9 und Schaubild 3.3.-2). Preis- und marktpolitische Bedingungen im Rahmen der EG-Agrarpolitik haben dazu geführt, daß in der Bundesrepublik der Anbau von Ölfrüchten ausgeweitet, der Kartoffelanbau dagegen eingeschränkt worden ist.

In der DDR ist der Viehbestand in Großvieheinheiten (GV) je Flächeneinheit (Viehbesatz) um rund 20 vH geringer, je Einwohner (Viehdichte) aber um fast 50 vH höher als in der Bundesrepublik. Bei in beiden Landwirtschaften leicht gestiegenen Viehbeständen gibt es hinsichtlich der Struktur und Entwicklung viele Gemeinsamkeiten, jedoch auch Unterschiede. So ist die in der DDR ohnehin geringere Bedeutung der Rinderhaltung seit 1970 zugunsten der Schweinebestände weiter zurückgegangen. Sogar gegenläufig haben sich die Geflügelbestände in beiden deutschen

Schaubild 3.3.-2

Struktur der landwirtschaftlichen Nutzfläche [1)]
Ackerland – Grünland



1) *Bundesrepublik Deutschland: landwirtschaftlich genutzte Fläche.* DIW 87

Übersicht 3.3.-9

Ackerflächenverhältnis in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 und 1984

Früchtegruppe	Bundesrepublik Deutschland				DDR			
	1970		1984		1970		1984	
	Anbauflächen				Ernteflächen			
	1 000 ha	vH	1 000 ha	vH	1 000 ha	vH	1 000 ha	vH
Ackerland insgesamt	7 539	*100,0*	7 222	*100,0*	4 618	*100,0*	4 729	*100,0*
Getreide	5 184	*68,8*	4 940	*68,4*	2 286	*49,5*	2 517	*53,2*
Hackfrüchte	1 261	*16,7*	741	*10,3*	1 131	*24,5*	826	*17,5*
Handelsgewächse	117	*1,6*	287	*4,0*	116	*2,5*	149	*3,2*
Futterpflanzen[1]	839	*11,1*	1 175	*16,3*	923	*19,9*	965	*20,4*
Sonstiges	138	*1,8*	79	*1,0*	162	*3,6*	272	*5,7*

[1] Einschließlich Silo- und Grünmais.

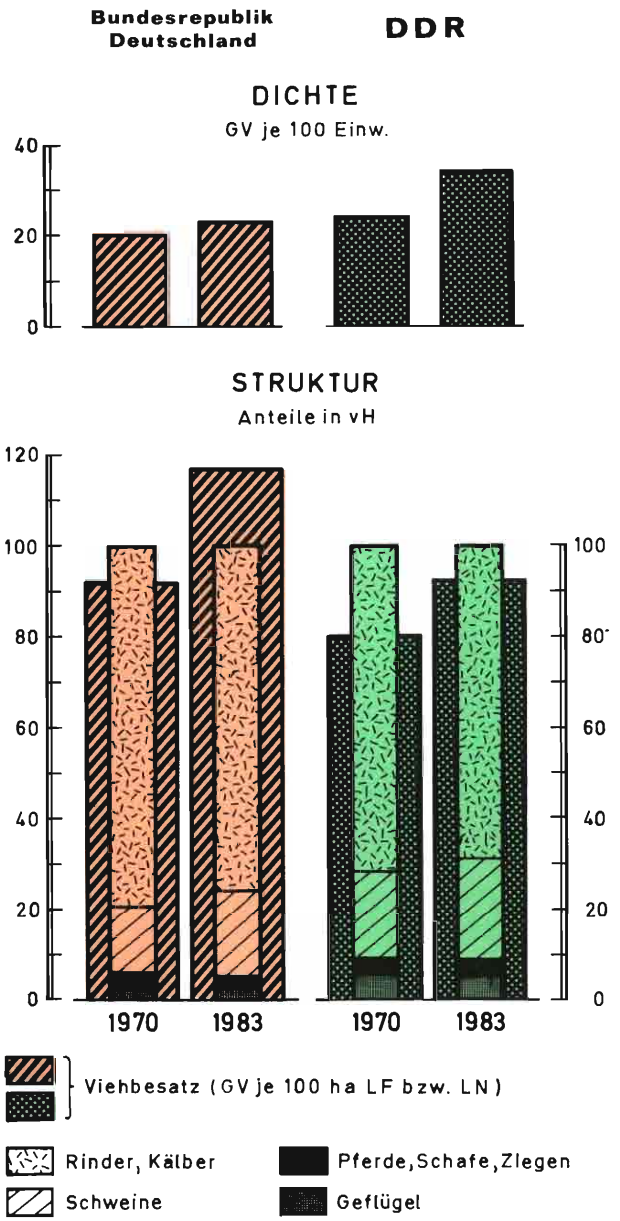
Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft. Fachserie 3, Reihe 1. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge. — Statistisches Jahrbuch der DDR. Div. Jahrgänge.

Staaten entwickelt (vgl. Übersicht 3.3.-10 und Schaubild 3.3.-3). Bemerkenswert ist, daß hier wie dort die Schafhaltung zugenommen hat. Bei den Pferdebeständen ist in der Bundesrepublik schon seit 1970, in der DDR hingegen erst seit Ende der siebziger Jahre, eine steigende Tendenz zu verzeichnen.

Die Messung des Arbeitskräfteeinsatzes in der Landwirtschaft ist sowohl für die Bundesrepublik als auch für die DDR äußerst problematisch. Dies gilt erst recht für vergleichende Untersuchungen. In der Bundesrepublik erschweren das Nebeneinander von Betrieb und Haushalt, die schwierige Zuordnung der Arbeitszeit bei Erwerbskombinationen von landwirtschaftlichen mit außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten und eine Reihe anderer Faktoren (z. B. Erhebungszeitpunkt und Periodizität der Erhebung) die Messung der betrieblichen Arbeitsleistung. So liegen der Umrechnung von erwerbstätigen Personen in Vollarbeitskräfte (AK) pauschale Annahmen zugrunde. In der DDR werden in der Arbeitskräftestatistik auch solche Beschäftigte der Landwirtschaft zugerechnet, die in der Bundesrepublik in anderen Wirtschaftszweigen geführt werden, z. B. die Bau- und Reparaturhandwerker oder die im sozialen und kulturellen Bereich Tätigen. Dieser Personenkreis machte 1980 rund 15 vH aus[17]. Dagegen fehlen in der Arbeitskräftestatistik der DDR-Landwirtschaft die „nicht ständig Berufstätigen" und die Arbeitsleistungen von Hilfskräften (z. B. Schüler, Studenten, Soldaten). Ihr Anteil am gesamten Arbeitsvolumen in der Landwirtschaft wird für 1980 auf 8 vH beziffert[18]. Zur Umrechnung der Beschäftigten in Vollarbeitskräfte liegen nur ganz grobe Anhaltspunkte vor. In Anlehnung an DDR-Quellen wird die Zahl der ständig Berufstätigen mit dem Faktor 0,9 umgerechnet.

Schaubild 3.3.-3

Viehbestand



Sieht man über diese Unzulänglichkeiten der Statistik hinweg, so fällt vor allem der starke Rückgang im Arbeitseinsatz in der Bundesrepublik und der relativ gleich gebliebene Arbeitskräftebestand in der DDR auf (vgl. Übersicht 3.3.-11). In der Bundesrepublik sind von 1970 bis 1983 jährlich etwa 4 vH der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft ausgeschieden. Die Abwanderungsrate übertrifft damit deutlich die Rate der Betriebsaufgabe. Insbesondere von 1965 bis 1975 haben die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu einem verstärkten Übergang der Landwirte in Berufe mit günstigeren Einkommenschancen beigetragen. Mit dem Ende des konjunkturellen Aufschwungs hat die Abwanderung deutlich nachgelassen. Auch im Arbeitskräfteeinsatz hat es strukturelle Veränderungen gegeben. Der Anteil der familienfremden Beschäftigten ist von rund 9 vH (1970) auf 13 vH (1983) gestiegen.

In der DDR ist — entgegen der Tendenz in allen industrialisierten Ländern — die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft nicht nur sehr hoch und hat langfristig nur wenig abgenommen. Seit 1977 ist sogar wieder ein kontinuierlicher Anstieg (von 0,5 vH p.a.) zu verzeichnen. Der hohe Arbeitskräftebesatz ist ein zentrales Problem für die Landwirtschaft in der DDR und die Hauptursache für ihren Produktivitätsrückstand sowohl innerhalb der DDR-Wirtschaft als auch im Vergleich mit der Bundesrepublik. Der Arbeitskräftebesatz (AK je 100 ha LN) ist in der DDR heute trotz großbetrieblicher Produktionsweise 60 vH höher als im Durchschnitt aller Betriebe in der Landwirtschaft der Bundesrepublik. Zieht man zum Vergleich nur die größeren Betriebe mit mehr als 50 ha LF in der westdeutschen Landwirtschaft heran, die mit einem Besatz von 3,2 AK wirtschaften, so ist die für die DDR errechnete Kennzahl (12,3 AK) selbst dann nicht verständlich, wenn man die sozialen Bedingungen in der DDR-Landwirtschaft berücksichtigt (geregelte Arbeits- und Urlaubszeiten).

Übersicht 3.3.-10

Viehbestand nach Tierarten in Großvieheinheiten (GV)[1]

Tierarten	Bundesrepublik Deutschland				DDR			
	1970		1983		1970		1983	
	1 000 GV	vH	1 000 GV	vH	1 000 GV	vH	1 000 GV	vH
Insgesamt	12 516	*100,0*	14 134	*100,0*	5 034	*100,0*	5 767	*100,0*
Rinder	9 946	*79,4*	10 732	*76,0*	3 603	*71,6*	3 980	*69,1*
Schweine	1 835	*14,7*	2 655	*18,8*	970	*19,3*	1 276	*22,1*
Geflügel	406	*3,2*	313	*2,2*	172	*3,4*	212	*3,7*
Pferde	258	*2,1*	328	*2,3*	132	*2,6*	89	*1,5*
Schafe	75	*0,6*	106	*0,7*	157	*3,1*	210	*3,6*
Nachrichtlich:								
Viehbesatz (GV je 100 ha LF/LN)	92		117		80		92	
Viehdichte (GV je 100 Einwohner)	20		23		29		34	
Zahl der Milchkühe je 100 Einwohner	9,2		9,4		12,7		12,6	
Zahl der Schweine je 100 Einwohner	34,6		38,3		56,7		78,2	

[1] Berechnet nach dem Großvieh-Einheiten-Schlüssel der Bundesrepublik Deutschland.

Quellen: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland. — Berechnungen des Autors nach dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1985.

Übersicht 3.3.-11

Entwicklung und Struktur der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Jahr	Erwerbstätige Personen in 1 000		Betriebliche Arbeitsleistung der Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe[1]			
	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	nur Landwirtschaft	1 000 AK	darunter: weiblich		Arbeitskräfte je 100 ha LF/LN
				1 000 AK	in vH	
	Bundesrepublik Deutschland					
1970	2 262	2 079	1 428	499	*34,9*	11,3
1975	1 773	1 661	1 168	420[2]	*36,0*[2]	9,4
1980	1 436	1 320	987	330[3]	*33,4*[3]	8,1
1984	1 370	1 250	906	289	*31,9*	7,6
	DDR					
1970	977	946	817[4]	369	*45,2*	13,0
1975	895	841	746[4]	318	*42,6*	11,9
1980	879	823	738[4]	307	*41,6*	11,8
1984	914	854	769[4]	305	*39,7*	12,3

[1] Land- und Forstwirtschaft. [2] 1974/75. [3] 1979.

[4] Ständig Berufstätige in der Landwirtschaft einschließlich Agrochemische Zentren, Multipliziert mit dem Faktor 0,9.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft, Fachserie 3, Reihe 1. A. a. O. Div. Jahrgänge. — Agrarbericht der Bundesregierung. Bundestags-Drucksache. Div. Jahrgänge. — Statistisches Jahrbuch der DDR 1985.

Der hohe Arbeitskräftebesatz in der DDR ist angesichts der umfangreichen Investitionen auch seit Ende der sechziger Jahre bemerkenswert. Die bis 1977 auf 5,8 Mrd. M kontinuierlich gestiegenen Agrarinvestitionen hätten eine deutlichere Substitution von Arbeit durch Kapital erwarten lassen. Seither sind die Investitionen schrittweise auf nur noch 4,0 Mrd. M (1984) zurückgenommen worden. Damit ist der Substitutionsprozeß völlig zum Erliegen gekommen. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit liegt derzeit bei Modernisierung und Rekonstruktion bestehender Anlagen. Wurden 1977 noch mehr als 80 vH aller Investitionen für Neuanlagen aufgewendet, so waren 1980 dafür nur noch 20 vH vorgesehen. Seit 1981 sind in der Tierproduktion keine neuen Großprojekte mehr errichtet worden.

Die Kapitalausstattung der landwirtschaftlich Beschäftigten hat sich in der DDR seit 1970 mehr als verdoppelt; sie stieg stärker als im Durchschnitt der Volkswirtschaft und der Industrie. Derzeit beträgt der Niveauunterschied nur noch 15 vH bzw. 22 vH. In der Bundesrepublik ist das Produktivvermögen der Landwirtschaft (einschließlich Vieh) im Beobachtungszeitraum mit 70 vH weniger gestiegen als in der DDR. Aufgrund des drastischen Rückgangs der Zahl der Erwerbstätigen ist jedoch die Kapitalausstattung je Erwerbstätigen wesentlich stärker gewachsen als in der DDR. Das Niveau der Vermögensausstattung je Erwerbstätigen in der Landwirtschaft der Bundesrepublik liegt seit 1970 bei zwei Drittel des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts (vgl. Übersicht 3.3.-12).

Übersicht 3.3.-12

Kapitalausstattung der Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft und Landwirtschaft der beiden deutschen Staaten[1]

in 1 000 DM/Mark

Indikator	1970	1975	1980	1984
	Bundesrepublik Deutschland			
Bruttoanlagevermögen je Erwerbstätigen — Gesamtwirtschaft —	60,5	93,1	127,8	175,2
Bruttoanlagevermögen je Erwerbstätigen — Landwirtschaft —	40,7	61,2	94,1	112,9
Landwirtschaft in vH von Gesamtwirtschaft	*68*	*66*	*73*	*64*
	DDR			
Bruttoanlagevermögen je Erwerbstätigen — Gesamtwirtschaft —	88,4	111,9	126,2	143,3
Bruttoanlagevermögen je Erwerbstätigen — Landwirtschaft —	55,7	78,6	104,6	121,8
Landwirtschaft in vH von Gesamtwirtschaft	*63*	*70*	*83*	*85*

[1] Zu Preisen von 1980.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Fachserie 18, Reihe S. 8. — Statistisches Jahrbuch der DDR. — Berechnungen des Autors.

Ein Teilaspekt der Kapitalausstattung der Landwirtschaft ist die Mechanisierung. Aus den Unterschieden in den Betriebsstrukturen, dem Bedürfnis der Betriebsleiter nach organisatorischer Unabhängigkeit und dem Zwang, ausscheidende Arbeitskräfte durch Technik zu ersetzen, resultiert in der Bundesrepublik eine insgesamt sehr hohe Ausstattung mit Maschinenkapital je Flächeneinheit. Dies läßt sich am Beispiel der Ackerschlepper und Mähdrescher deutlich zeigen (Übersicht 3.3.-13). Der Traktorenbesatz ist je Betrieb seit 1970 von rund 1,2 auf derzeit 2,0 gestiegen. Gleichzeitig ist die Leistung je Maschine um 50 vH gewachsen. Die Zugkraftausstattung je ha LF stieg im gleichen Zeitraum um 85 vH. Bei Mähdreschern ist zwar die Zahl der eingesetzten Maschinen zurückgegangen, die jährliche Durchschnittleistung der Mähdrescher bleibt mit ca. 30 ha abgeernteter Fläche jedoch weit unter der technisch möglichen Auslastung und damit hinter einem kostengünstigen Einsatz zurück.

In der DDR beträgt die durchschnittliche Leistung der Mähdrescher mit 170 ha rund das Sechsfache der westdeutschen Erntefläche je Gerät. Dies ist nicht nur eine Folge der größeren Arbeitsbreite, sondern auch — wie bei anderen Maschinen — des Schicht- und überbetrieblichen Einsatzes. In der DDR muß die Mechanisierung in erster Linie vor dem Hintergrund der großbetrieblichen Struktur gesehen werden. Obwohl das Zugkraftaufkommen (Traktoren, LKW, selbstfahrende Erntemaschinen) in der DDR auf das 2½fache gestiegen ist, liegt es mit rund 250 kW je 100 ha LN noch deutlich unter dem Niveau der Bundesrepublik (470 kW je 100 ha LF). Typisch ist der Einsatz von LKW, deren Zahl sich seit 1970 verdoppelt hat. Ihr Anteil am Zugkraftaufkommen beträgt derzeit ein Drittel.

Die in beiden deutschen Staaten zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft läßt sich beispielhaft am Einsatz von Mineraldünger, Pflanzenschutzmitteln und Energie nachweisen: Der im internationalen Vergleich 1970 bereits hohe Düngeraufwand — insbesondere bei Stickstoff — wurde in beiden Staaten weiter gesteigert.

Bis Ende der siebziger Jahre lag er in der DDR trotz niedrigerem Ertragsniveau sogar über dem in der Bundesrepublik (vgl. Übersicht 3.3.-14 und Schaubild 3.3.-4). Werden die im organischen Dünger (Stallmist, Jauche, Gülle) enthaltenen Nährstoffe mitberücksichtigt, so erhöht sich z. B. im Jahr 1980 der Stickstoffaufwand in der DDR um 80 kg/ha LN, in der Bundesrepublik um 65 kg/ha LF[19].

Mit 5,2 kg Wirkstoff setzt die DDR je Hektar Ackerland auch rund 40 vH mehr Pflanzenschutzmittel ein als die Landwirtschaft in der Bundesrepublik. Der

Übersicht 3.3.-13

Mechanisierung und Motorisierung in der Landwirtschaft[1] der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

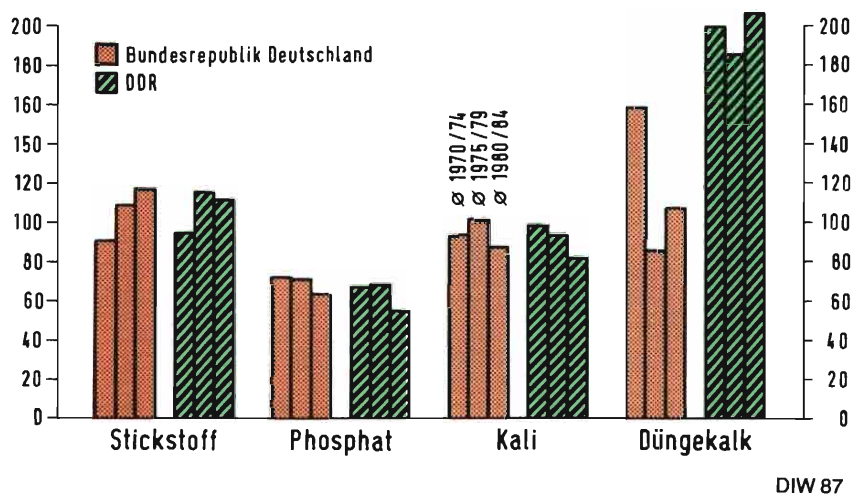
Maschinenart	1970		1975		1980		1984	
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
Lastkraftwagen, gesamt	9645[5]	27186	7694	42518	8056	51510	9073	54005
LKW je 100 ha LF/LN	0,13[5]	0,43	0,16	0,67	0,15	0,82	0,14	0,87
Traktoren in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft u. Fischerei (in 1000)	1356,1	148,9	1437,6	140,0	1469,0	144,5	1483,0	156,1
Traktoren i. d. Landwirtsch. (in 1000)	1334,6	.	1401,0	.	1417,3	.	1425,4	.
Motorleistung je Traktor in kW	20,6	32,8	24,6	39,9	29,3	47,3	31,5	50,0
Motorleistung je Flächeneinheit (kW je 100 ha LF/LN)	202,6	77,3	258,4	89,1	340,1	108,9	373,2	125,1
desgleichen einschließlich LKW[2]	.	101,8	.	158,7	.	215,6	.	246,5
Mähdrescher, insgesamt[3] (in 1000)	179,5	17,9	155,4	11,2	169,3	13,6	157,7	15,9
a) im Alleinbesitz	167,5	.	140,4	.	151,3	.	138,9	.
b) Überbetriebliche Verwendung[4]	12,0	.	15,0	.	18,0	.	18,7	.
je 100 ha Druschfläche	2,95	0,74	3,48	0,42	3,17	0,51	3,31	0,59

[1] Stand 1. Juli; einschließlich der aus steuerlichen oder anderen Gründen vorübergehend abgemeldeten Fahrzeuge für die Bundesrepublik. Einschließlich Verarbeitungs-, Reparatur- und Baubetriebe der sozialistischen Landwirtschaft der DDR.
[2] Sowie Mähdrescher, Rübenvollerntemaschinen und Schwadmäher.
[3] Für die Bundesrepublik: im Alleinbesitz landwirtschaftlicher Betriebe.
[4] Überbetriebliche Verwendung zum Teil geschätzt.
[5] Landwirtschaftszählung 1971.

Quellen: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland. Div. Jahrgänge. — Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft 1984. Fachserie 3, Reihe 1. — Statistisches Jahrbuch der DDR 1985.

Schaubild 3.3.-4

Mineraldüngeraufwand in beiden deutschen Landwirtschaften
jährlicher Aufwand je Flächeneinheit kg Nährstoff je ha LF bzw. LN



Übersicht 3.3.-14

Mineraldüngeraufwand in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR in kg Nährstoff je Flächeneinheit[1]

Nährstoff	Durchschnitt der Jahre		
	1970 bis 1974	1975 bis 1979	1980 bis 1984
	Bundesrepublik Deutschland		
Stickstoff	91,3	108,7	117,5
Phosphat	72,2	70,7	63,2
Kali	93,7	101,4	87,4
Düngekalk	158,7	85,3	107,3
	DDR		
Stickstoff	94,6	116,1	111,9
Bundesrepublik = 100	103,6	106,8	95,2
Phosphat	66,8	67,8	54,9
Bundesrepublik = 100	92,6	96,0	86,9
Kali	98,6	92,6	82,1
Bundesrepublik = 100	105,3	91,4	93,9
Düngekalk	198,9	185,0	206,5
Bundesrepublik = 100	125,3	216,8	192,4

[1] Bundesrepublik Deutschland: LF = Landwirtschaftlich genutzte Fläche; DDR: LN = Landwirtschaftliche Nutzfläche.

Quellen: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland. Div. Jahrgänge. — Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft. Fachserie 3, Reihe 1. Div. Jahrgänge. — Statistisches Jahrbuch der DDR 1985.

Energieverbrauch der DDR-Landwirtschaft ist seit 1970 um 50 vH gestiegen und lag 1980 mit rund $25 \cdot 10^9$ Joule/ha LN um rund 60 vH über den für die westdeutsche Landwirtschaft ermittelten Vergleichswerten[20]. Ursachen dafür sind u. a. die Steigerung des Zugkraftpotentials in der Landwirtschaft, die Verdopplung der inner- und zwischenbetrieblichen Transportentfernungen, die technische Trocknung und Strohpelletierung sowie der Aufbau der industriemäßigen Tierproduktion. Allein die in der Bundesrepublik weit weniger gebräuchliche technische Trocknung und nicht übliche Strohpelletierung beanspruchten in den siebziger Jahren rund ein Fünftel des landwirtschaftlichen Energieverbrauchs. Die zunehmende Mechanisierung hat zwar Arbeitserleichterungen gebracht, aber auch die Produktion erheblich verteuert. In der DDR sind z. B. allein in den Pflanzenproduktionsbetrieben die Reparaturkosten von 1971 bis 1981 um 145 vH auf 555 Mark je ha LN gestiegen[21] und die Zahl der Beschäftigten im landwirtschaftlichen Reparaturwesen ist um 70 vH gewachsen. In der Bundesrepublik haben die Unterhaltskosten für Maschinen seit 1970 um 60 vH auf 300 DM/ha LN zugenommen.

3.3.7. Produktion und Produktivität der Landwirtschaft

Die Agrarproduktion ist in beiden deutschen Staaten durch ein hohes Leistungsniveau gekennzeichnet. Nimmt man den mengenmäßigen Produktausstoß zum Maßstab der Leistungsfähigkeit, dann haben beide Landwirtschaften ihre Produktion laufend zu steigern vermocht (vgl. Anhangtabelle 3.3.-1). In der Bundesrepublik stieß die Agrarproduktion damit an die Grenzen des Aufnahmevermögens der Märkte, während in der DDR die Erhöhung des Produktionsvolumens sowie der Produktivitäten der Landwirtschaft weiterhin hochrangige agrarpolitische Ziele sind.

In der Brutto-Bodenproduktion, mit der die Gesamtmenge der pflanzlichen Erzeugung auf der landwirtschaftlich genutzten Fläche erfaßt wird, war das Jahr 1984 hier wie dort das bisherige Rekordjahr. Die Spitzenergebnisse dieses Jahres lagen mit 66,92 Mill. t Getreide-Einheiten (GE) in der Bundesrepublik bzw. 27,61 Mill. t GE in der DDR um 10,14 bzw. 5,36 Mill. t

Schaubild 3.3.-5

Schema der Gesamtrechnungen über die landwirtschaftliche Erzeugung



1) Einschl. Bruteierbedarf
2) Getreide, Hackfrüchte, Rauhfutter

Quelle: Nieschulz u. Richnow: Produktion, Verkaufserlöse und Betriebsausgaben der Landwirtschaft im Bundesgebiet. In: Agrarwirtschaft. Hannover. Verlag Alfred Strothe. Heft 2/1965, S. 133.

GE oder 18 vH bzw. 24 vH über den Ergebnissen des jeweiligen Fünfjahresdurchschnitts 1970/74. Mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von rd. 52 vH der entsprechenden Fläche in der Bundesrepublik wurde 1984 in der DDR eine Bodenleistung von 41 vH der Bodenleistung im Bundesgebiet erbracht.

Die Leistungen der landwirtschaftlichen Viehhaltung erhöhten sich von 1970/74 bis 1983 in der Bundesrepublik um 10,25 auf 60,82 Mill. t GE, in der DDR um 2,83 auf 20,05 Mill. t GE. Das entspricht einem Zuwachs von rd. 20 vH in der Bundesrepublik und von 16 vH in der DDR. Mit einem Gesamtviehbestand, der in der Berichtszeit bei rund 40 vH des jeweiligen Bestandes in der Bundesrepublik lag, erreichte die DDR rund ein Drittel der tierischen Leistungen im Bundesgebiet.

Das Volumen der Nahrungsmittelproduktion, das alle aus der landwirtschaftlichen Pflanzen- und Tierproduktion verfügbar gewordenen Mengen an Nahrungsmitteln und an Rohstoffen für gewerbliche Zwecke umfaßt, wurde im Vergleich der Fünfjahresmittel 1970/74 und 1980/84 in der Bundesrepublik von 59,55 auf 71,09 Mill. t GE, in der DDR von 20,63 auf 23,82 Mill. t GE gesteigert, d.h. um 19 vH bzw. 15 vH. Die durchschnittliche relative Zuwachsrate der Nahrungsmittelproduktion war in den elf Jahren von 1970/74 bis 1984 p.a. in der Bundesrepublik mit 2,0 vH fast doppelt so groß wie in der DDR mit 1,1 vH. Die landwirtschaftliche Nahrungsmittelproduktion der DDR erreichte 1970/74 rund 35 vH und 1980/84 rund 34 vH des entsprechenden Volumens in der Bundesrepublik.

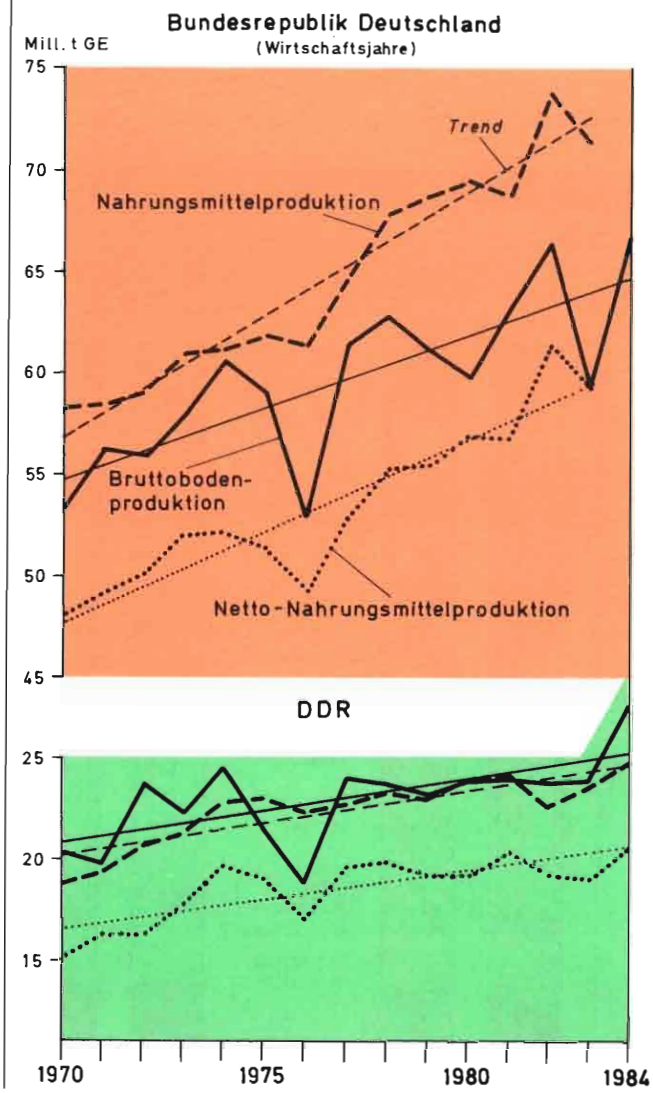
Die Netto-Nahrungsmittelproduktion, die sich aus der Nahrungsmittelproduktion durch Abzug der eingeführten Futtermittel ergibt, ist von 1970/74 bis 1980/84 in der Bundesrepublik um 17 vH bzw. um 8,43 Mill. t GE auf 58,74 Mill. t GE, in der DDR um 15 vH bzw. um 2,64 Mill. t GE auf 19,69 Mill. t GE erhöht worden. Sie stellt die Erzeugung der Landwirtschaft aus eigener Kraft, d. h. die Produktion aus heimischer Bodenleistung dar. Mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von rund 52 vH und einem Gesamtviehbestand von 42 vH der entsprechenden Größen im Bundesgebiet wurde im Fünfjahresdurchschnitt 1980/84 in der DDR rund ein Drittel der Netto-Nahrungsmittelproduktion der Bundesrepublik erzeugt.

Wie Schaubild 3.3.-6 und Anhangtabelle 3.3.-1 zeigen, ist der Anteil der Netto-Nahrungsmittelproduktion an der Brutto-Bodenproduktion in der DDR durchweg kleiner als in der Bundesrepublik. Ursachen hierfür sind offensichtlich niedrigere Futterreserven, höhere Tierverluste, in erster Linie aber eine schlechtere Futterverwertung. Das erklärt auch, daß der Rückstand der pflanzlichen und tierischen Leistung bei gleicher Quote importierter Futtermittel (rd. 22 vH) kleiner ist als bei der Netto-Nahrungsmittelproduktion. Angesichts der zentralen Rolle, die Futterwirtschaft und Nutzviehhaltung für den Gesamtertrag beider deutscher Landwirtschaften spielen, ist es in der DDR immer noch ein entscheidendes, bisher nicht gelöstes landwirtschaftliches Erzeugungsproblem, einen nach Umfang und Produktionsrichtung zweckmäßig abgegrenzten Viehbestand mit den zur besten Leistungsentfaltung notwendigen Futtermitteln quantitativ und qualitativ in dem Maße zu versorgen, wie das im Bundesgebiet der Fall ist.

Für die Leistungssteigerung der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion spielte in beiden deutschen Staaten importiertes Futtergetreide und Kraftfutter eine erhebliche Rolle. In der DDR sind allerdings erst von 1970 an größere Mengen importierter und im innerdeutschen Warenverkehr bezogener Futtermittel eingesetzt worden. Am Ende der Untersuchungsperiode, d. h. im Durchschnitt der Jahre 1980/84 wurden in beiden deutschen Landwirtschaften jeweils rund 22 vH der tierischen Nahrungsmittelproduktion bzw. rund 17 vH der gesamten Nahrungsmittelproduktion mit Auslandsfutter erzeugt (vgl. Anhangtabelle 3.3.-2).

Schaubild 3.3.-6

Agrarproduktion in beiden deutschen Staaten

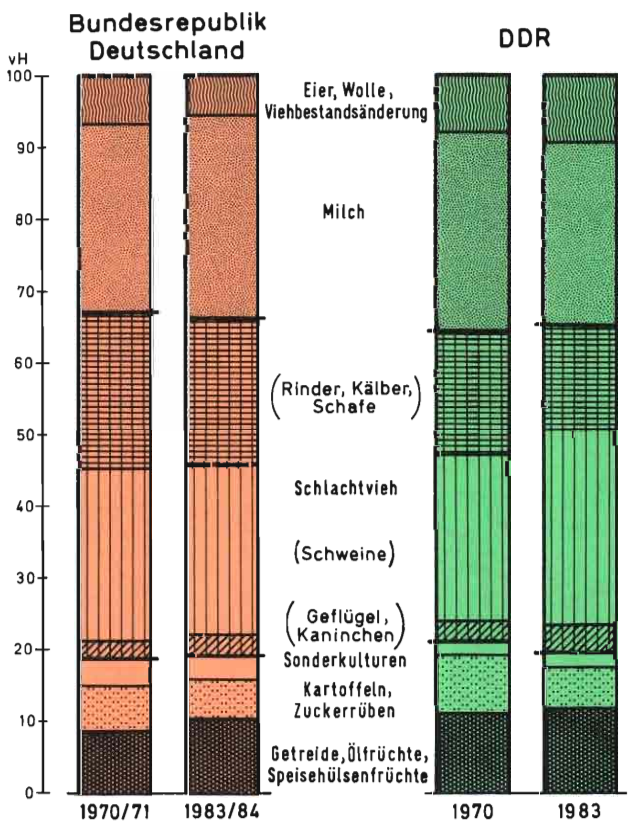


Die Struktur der Nahrungsmittelproduktion wird in beiden deutschen Staaten durch das Vorherrschen der tierischen Produktion bestimmt (Anhangtabelle 3.3.-3). Jeweils rund 80 vH der Nahrungsmittelproduktion in Getreideeinheiten entfallen auf tierische und 20 vH auf pflanzliche Erzeugnisse. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß — trotz gegensätzlicher Agrarsysteme — die Struktur der Nahrungsmittelproduktion beider deutscher Landwirtschaften in den wesentlichen Merkmalen große Übereinstimmungen zeigt. Innerhalb der tierischen Produktion dominiert in der Bundesrepublik die Erzeugung von Kuhmilch, mit 27 vH, vor der von Schweinen, mit 24 vH, und von Rindern, mit 20 vH der Nahrungsmittelproduktion (NMP); in der DDR steht in der Rangordnung die Erzeugung von Schweinen mit rund 27 vH der NMP obenan, gefolgt von Kuhmilch (rd. 25 vH) und Rindern (14 vH).

In der pflanzlichen Produktion liegt das Schwergewicht in beiden Staaten auf der Getreideproduktion (Bundesrepublik Deutschland: 10 vH der NMP; DDR: 11 vH der NMP). Unterschiede in der pflanzlichen Produktionsstruktur ergeben sich hauptsächlich aus unterschiedlichen klimatischen Verhältnissen, vor allem in der Produktion von Weinmost und anderen Sonderkulturen, die in der Bundesrepublik stärker ins Gewicht fallen als in der DDR.

Schaubild 3.3.-7

Struktur der Nahrungsmittelproduktion
Anteile in vH



Übersicht 3.3.-15

Versorgungskapazität der Agrarproduktion in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR

Jahr[1]	Nahrungsmittelproduktion je Einwohner in dt GE[2] (Versorgungskapazität der Agrarproduktion)		
	Bundesrepublik	DDR	DDR in vH der Bundesrepublik
1970/74	9,7	12,1	*125*
1975/79	10,6	13,6	*128*
1980/84	11,6	14,3	*123*

[1] Fünfjahresdurchschnitt; Bundesrepublik Deutschland = Wirtschaftsjahre; DDR = Kalenderjahre.
[2] Nach dem Getreideeinheiten-Schlüssel der Bundesrepublik Deutschland.

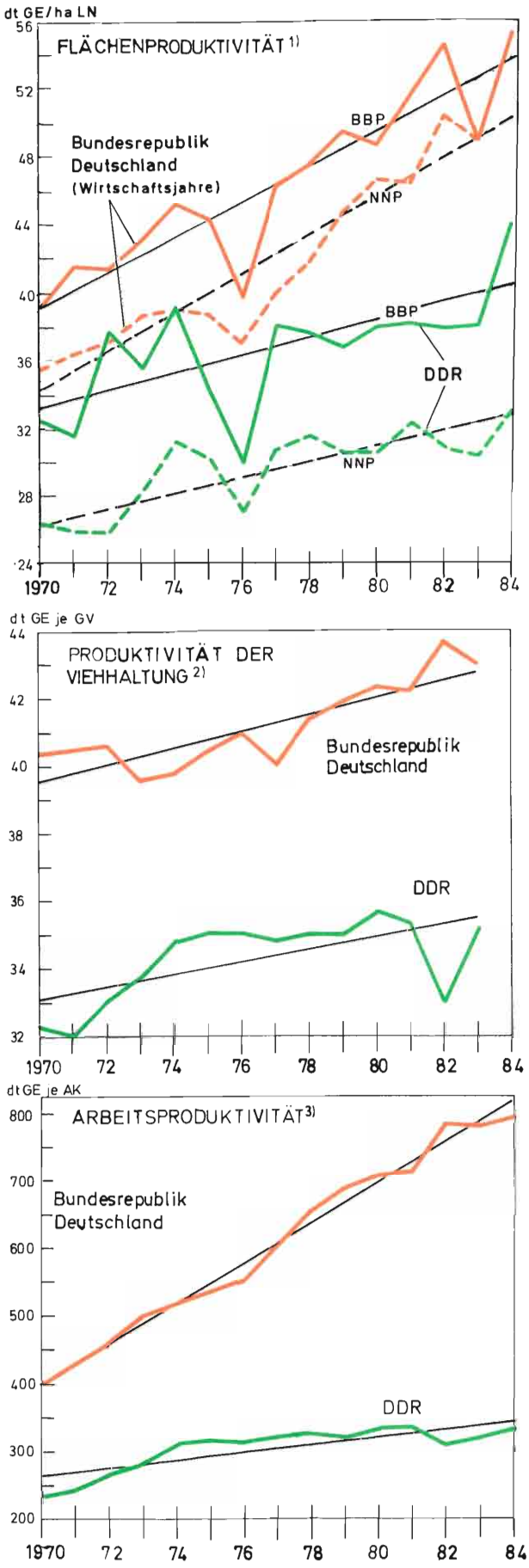
Quellen: Vgl. Anhangtabelle 3.3.-1.

Wird die Nahrungsmittelproduktion auf die zu versorgende Bevölkerung bezogen, ergibt sich die Versorgungskapazität der Agrarproduktion (vgl. Übersicht 3.3.-15). Diese ist in der DDR, als Folge der geringeren Bevölkerungsdichte, größer als in der Bundesrepublik. Je 100 ha landwirtschaftlicher Fläche gerechnet wohnten 1984 im Bundesgebiet 508 Menschen, in der DDR dagegen 374. Im gleichen Jahre wurden je Einwohner in der Bundesrepublik 11,8 dt GE, in der DDR 14,9 dt GE Nahrungsmittel von der Landwirtschaft produziert. Pro Kopf der Bevölkerung war damit die mengenmäßige Erzeugung der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion am Ende der Untersuchungsperiode in der DDR um rund 26 vH größer als in der Bundesrepublik.

Produktivitätsvergleiche zwischen der Bundesrepublik und der DDR sind im Agrarsektor nur in beschränktem Umfang möglich. Zwar lassen sich die Flächenproduktivität der Pflanzenproduktion (Brutto-Bodenproduktion je Flächeneinheit), die Flächenproduktivität der pflanzlichen und tierischen Erzeugungsleistung (Netto-Nahrungsmittelproduktion je Flächeneinheit) sowie die Produktivität der Viehhaltung (Tierische Gesamtleistung in GE je Großvieheinheit) vergleichen. Über die landwirtschaftliche Arbeitsproduktivität (Nahrungsmittelproduktion je Vollarbeitskraft) sind jedoch nur ungefähre Größenordnungen zu vermitteln. Einer vergleichenden Darstellung der Kapitalproduktivität beider Landwirtschaften stehen infolge Datenmangels und unterschiedlicher Bewertung dieses Produktionsfaktors unüberwindliche Hindernisse entgegen.

Die Flächenproduktivität der Pflanzenproduktion erreichte im Rekorderntejahr 1984 in der Bundesrepublik 55,4 dt GE je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche, in der DDR 44,2 dt GE je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die DDR lag damit in der Flächenproduktivität der gesamten pflanzlichen Agrarproduktion um rund 20 vH unter dem Niveau der Bundesrepublik (vgl. Anhangtabelle 3.3.-4).

Schaubild 3.3.-8
Produktivitätsverläufe



1) Brutto-Bodenproduktion (BBP) und Netto-Nahrungsmittelproduktion (NNP) je Flächeneinheit
2) Tierische Leistungen insgesamt, bezogen auf den Viehbestand

Hinter diesen aggregierten Größen verbergen sich allerdings große Unterschiede in den Naturalerträgen der einzelnen Fruchtarten und Früchtegruppen (vgl. Übersicht 3.3.-16). Während z. B. der Rückstand beim Getreideertrag insgesamt vergleichsweise gering ist, bleiben die Hektarerträge bei den Hackfrüchten und beim Grünmais stark zurück, dagegen weisen sie bei den Feldfutterpflanzen Klee und Luzerne, die seit Beginn der siebziger Jahre in der DDR verstärkt beregnet werden, sogar eine deutliche Überlegenheit auf.

Die Netto-Nahrungsmittelproduktion je Flächeneinheit ist als Beziehungszahl für einen globalen Niveauvergleich besonders gut geeignet, weil sie die Flächenproduktivität der gesamten Erzeugungsleistung der Landwirtschaft (pflanzlich und tierisch) auf eigener Bodengrundlage, d. h. ohne die auf Importfutter basierenden Tierprodukte ausdrückt. Dieser ernährungswirtschaftliche Produktionsertrag aus eigener Bodenleistung betrug je Flächeneinheit 1984 in der Bundesrepublik 50,3 dt GE, in der DDR 33,1 dt GE. Das landwirtschaftliche Produktionsniveau der DDR lag somit bei dieser Bezugsgröße um ein Drittel unter dem der Bundesrepublik (vgl. Anhangtabelle 3.3.-4).

Übersicht 3.3.-16

Hektarerträge ausgewählter Feldfrüchte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR in dt

Land	1970	1975	1980	1984
1. Getreide insgesamt				
Bundesrepublik Deutschland	33,4	40,2	44,3	53,6
DDR	28,2	35,5	38,1	45,1
DDR in vH der Bundesrepublik	*84,4*	*88,3*	*86,0*	*84,1*
2. Weizen				
Bundesrepublik Deutschland	37,9	44,7	48,9	62,6
DDR	35,6	39,7	43,8	52,3
DDR in vH der Bundesrepublik	*93,9*	*88,8*	*89,6*	*83,5*
3. Roggen				
Bundesrepublik Deutschland	30,8	34,0	38,4	43,9
DDR	21,8	26,4	28,3	35,0
DDR in vH der Bundesrepublik	*70,8*	*77,6*	*73,7*	*79,7*
4. Gerste				
Bundesrepublik Deutschland	32,2	39,7	44,1	51,3
DDR	30,1	39,6	41,1	47,8
DDR in vH der Bundesrepublik	*93,5*	*99,7*	*93,2*	*93,2*

noch Übersicht 3.3.-16

Land	1970	1975	1980	1984
5. Kartoffeln				
Bundesrepublik Deutschland	272,3	261,3	259,4	331,5
DDR	195,7	133,6	179,7	244,0
DDR in vH der Bundesrepublik	*71,9*	*51,1*	*69,3*	*73,6*
6. Zuckerrüben				
Bundesrepublik Deutschland	444,2	448,3	483,7	494,7
DDR	320,1	241,5	281,0	325,3
DDR in vH der Bundesrepublik	*72,1*	*53,9*	*58,1*	*65,8*
7. Klee und Luzerne (in Heuwert)				
Bundesrepublik Deutschland	78,1	79,2	81,3	84,5
DDR	72,8	79,6	105,9	115,1
DDR in vH der Bundesrepublik	*93,2*	*100,5*	*130,3*	*136,2*
8. Grünmais (in Grünmasse)				
Bundesrepublik Deutschland	444,9	445,5	417,5	435,5
DDR	348,0	281,0	313,6	300,6
DDR in vH der Bundesrepublik	*78,2*	*63,1*	*75,1*	*69,0*

Quellen: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland. Div. Jahrgänge. — Statistische Monatsberichte des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1984 und 1985. — Statistisches Jahrbuch der DDR 1985.

Wird der Bestand aller Vieharten und Altersklassen nach dem Lebendgewicht (LG) zusammengefaßt, wobei 500 kg Lebendgewicht einer Großvieheinheit (GV) entsprechen, so läßt sich mit Hilfe dieses Maßstabes die Produktivität der gesamten Viehhaltung berechnen. Auf die Großvieheinheit bezogen, betrugen die tierischen Leistungen der gesamten landwirtschaftlichen Viehhaltung im Vierjahresdurchschnitt 1980/83 in der Bundesrepublik 42,8 dt GE, in der DDR 34,9 dt GE. In der Produktivität der Tierhaltung lag die DDR damit um 18 vH, im Fünfjahresdurchschnitt 1975/79 um 15 vH, unter dem jeweiligen Stand in der Bundesrepublik (vgl. Anhangtabelle 3.3.-5).

Der Produktivitätsrückstand der DDR in der Viehhaltung ist am größten in der Fleischleistung je Rind, am geringsten im Milchertrag je Kuh (vgl. Übersicht 3.3.-17).

Den größten Rückstand weist die Landwirtschaft der DDR in der Arbeitsproduktivität auf. Diese läßt sich messen, indem das Volumen der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion zur Zahl der jeweiligen Vollarbeitskräfte der Landwirtschaft in Beziehung gesetzt wird (vgl. Anhangtabelle 3.3.-6). Bei aller Problematik der jeweiligen Arbeitskräftestatistiken und ihrer Vergleichbarkeit, läßt sich hinreichend gesichert

Übersicht 3.3.-17

Tierische Leistung je Tier in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Land	1970	1975	1980	1984
1. Milchertrag je Kuh in kg				
Bundesrepublik Deutschland[1]	3 800	3 997	4 538	4 607
Bundesrepublik Deutschland[2]	4 126	4 362	4 979	5 120
DDR[2]	3 314	3 803	3 923	4 187
DDR in vH der Bundesrepublik	*80,3*	*87,2*	*78,8*	*82,0*
2. Fleischleistung je Rind des Durchschnittsbestandes in kg LG				
Bundesrepublik Deutschland	171	173	187	188[4]
DDR	116	131	117	113
DDR in vH der Bundesrepublik	*67,8*	*75,7*	*62,6*	*60,1*
3. Fleischleistung je Schwein des Durchschnittsbestandes in kg LG				
Bundesrepublik Deutschland	161	169	170	165[4]
DDR	110	126	125	125
DDR in vH der Bundesrepublik	*68,3*	*74,6*	*73,5*	*75,8*
4. Umtrieb des Schweinebestandes[3] in vH				
Bundesrepublik Deutschland	*146*	*151*	*159*	*160*[4]
DDR	*94*	*103*	*103*	*107*
DDR in vH der Bundesrepublik	*64,4*	*68,2*	*64,8*	*66,9*
5. Legeleistung je Henne in Stück				
Bundesrepublik Deutschland	220	239	240	265
DDR	168	195	205	217
DDR in vH der Bundesrepublik	*76,4*	*81,6*	*85,4*	*81,9*

[1] Zum effektiven Fettgehalt von 3,80 vH (1970); 3,82 vH (1975); 3,84 vH (1980); 3,89 vH (1984).
[2] Auf der Basis von 3,5 vH Fettgehalt.
[3] Schlachtungen in vH des durchschnittlichen Schweinebestandes.
[4] Vorläufig.

Quellen: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland. Div. Jahrgänge. — Statistische Monatsberichte des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1984 und 1985. — Die Futterwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Div. Jahrgänge. — Statistisches Jahrbuch der DDR. Div. Jahrgänge.

aussagen, daß sich die landwirtschaftliche Arbeitsproduktivität in der DDR bisher nicht an das Niveau der Bundesrepublik hat annähern können. Der Rückstand hat sich sogar kontinuierlich vergrößert.

In der Größenordnung erreichte sie 1970/74, 1975/79 und 1980/84 rund 58 vH, 53 vH und 44 vH des Niveaus in der Bundesrepublik. Demnach konnte die landwirtschaftliche Arbeitsproduktivität in der DDR in den Jahren 1970/74 bis 1984 (1,1 vH) nur mit einem Fünftel des Tempos der westdeutschen Landwirtschaft (5,0 vH) gesteigert werden.

Trotz aller dieser Leistungsunterschiede ist der Selbstversorgungsgrad, d. h. der prozentuale Anteil der Inlandserzeugung am Gesamtverbrauch von Nahrungs- und Futtermitteln, in beiden deutschen Staaten nahezu identisch. Allerdings ist beim Vergleich des Selbstversorgungsgrades zu berücksichtigen, daß im zentralverwaltungswirtschaftlichen System der DDR die Pläne darüber entscheiden, was und wieviel produziert bzw. im Außenhandel bezogen oder geliefert wird und der Bevölkerung letztlich zur Verfügung steht. Der Selbstversorgungsgrad kann hier also nicht, wie in der Bundesrepublik, an den im freien Spiel der Marktkräfte sich ergebenden Produktions- und Verbrauchsmengen, sondern nur an den Mengen gemessen werden, die der Bevölkerung verfügbar gemacht worden sind. In der DDR wird der Grad der Eigenversorgung mit „landwirtschaftlichen Primärerzeugnissen" für 1980 mit 91 vH angegeben[22]. Aus den verfügbaren Angaben geht allerdings nicht hervor, ob die auf Importfutter basierende tierische Produktion in diese Berechnung einbezogen wurde, was naheliegt. In der Bundesrepublik betrug der Selbstversorgungsgrad der Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1980/81 mit Erzeugung aus Auslandsfutter 91 vH, ohne Erzeugung aus Auslandsfutter 75 vH. Nachdem er 1982/83 auf 97 vH bzw. 80 vH gestiegen war, lag er 1983/84 bei 95 vH bzw. 78 vH[23].

3.3.8. Förderung der Landwirtschaft durch Erzeugerpreise und Subventionen

Der hohe Grad der Selbstversorgung mit Ernährungsgütern in beiden deutschen Staaten und das Ziel, die landwirtschaftlich Beschäftigten am allgemeinen Wohlstand teilhaben zu lassen sowie der Produktivitätsrückstand des Agrarsektors in beiden Volkswirtschaften bedingen eine umfangreiche Förderung dieses Wirtschaftsbereichs hier wie dort. Sie geschieht auf vielfältige Weise, zuvörderst jedoch durch hohe Erzeugerpreise, zahlreiche Subventionen (z. B. für Vorratshaltung in der Bundesrepublik, für verbilligte Vorleistungen in der DDR) sowie Steuerpräferenzen bzw. Steuerbefreiung bei landwirtschaftlichen Einkommen.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise ist in der Bundesrepublik aufs engste verknüpft mit der Agrarmarkt- und -preispolitik im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik der EG. Mit den einzelnen „Gemeinsamen Marktorganisationen", für die im allgemeinen Sprachgebrauch der Begriff „EG-Agrarmarktordnung" benutzt wird, ist eine Vielzahl von produktspezifischen Preis-, Beihilfen- und Mengensystemen geschaffen worden. Sie folgen keinem einheitlichen ordnungspolitischen Grundprinzip, sondern reichen von Regelungen, die denen der EG-Zollunion vergleichbar liberal sind, bis zu Systemen mit umfassendem außen- und binnenwirtschaftlichen Interventionismus.

Erzeugnisse mit dem höchsten Protektionsgrad und der größten Intensität staatlicher Intervention sind: Getreide und Getreideerzeugnisse, Milch und Milcherzeugnisse, Rindfleisch, Ölsaaten sowie pflanzliche Öle und Fette. Für diese Produktgruppen werden jährlich vom EG-Ministerrat Erzeuger-Mindestpreise in Europäischen Rechnungseinheiten (ECU) festgesetzt. Die Festlegung der jeweiligen Preise — das gilt auch für andere Marktordnungen, sofern sie eine Erzeugerpreisklausel enthalten[24] — wird politisch und unter fast ausschließlicher Berücksichtigung landwirtschaftlicher Interessen vorgenommen. Dies bedeutet zugleich, daß das Preisniveau gesichert werden muß durch:

- obligatorische oder fakultative Verpflichtung des Staates zum Ankauf der Produkte zu Interventionspreisen,
- staatliche oder subventionierte private Vorratshaltung,
- Ausschaltung von Konkurrenz aus Drittländern durch Gleitzölle, sogenannte Abschöpfungen, die den Preisvorteil der Auslandsprodukte zunichte machen,
- Zahlung von gleitenden Exportsubventionen, sogenannte Erstattungen, die die teuren EG-Produkte auf Drittlandsmärkten konkurrenzfähig machen,
- Konsequenz ist zunehmender „Staatshandel", der, unter weitgehendem Ausschluß des privaten Handels, Agrarprodukte subventioniert an Nachfrager aus der EG oder aus Drittländern vermittelt.

Die enorme Überschußproduktion bei Milch hat inzwischen — auf ausdrücklichen Wunsch der Bauernverbände — die Einführung von Milchquoten, d. h. einzelbetrieblich fixierte Höchstmengen mit Preisgarantie, gebracht. Marktordnungen mit geringen staatlichen Eingriffen und mit zugleich relativ geringen Belastungen für den EG-Haushalt gelten bei Obst und Gemüse, Schlachtschweinen, Eiern und Geflügel. Zunehmend in den Protektionismus einbezogen worden sind dagegen Olivenöl und Wein. Keine Marktordnungen bestehen für ölhaltige und eiweißreiche Futtermittel.

Häufig wird die Begünstigung der Bauern durch die Erzeugerpreise ergänzt durch direkte, produktgebundene Beihilfen (z. B. Hopfen, Ausgleichszulage für Vieh in benachteiligten Gebieten) und Währungsausgleichszahlungen, die keinen Niederschlag in den Agrarpreisstatistiken finden.

Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise haben in beiden deutschen Staaten ein sehr unterschiedliches

Übersicht 3.3.-18

Erzeugerpreisniveau der DDR in vH
Bundesrepublik = 100

Jahr	pflanzliche Erzeugnisse	tierische Erzeugnisse	landwirtschaftliche Erzeugnisse insgesamt
1970	120	211	189
1975	98	164	149
1983	90	167	149
1984	183	273	255

Niveau, und sie haben sich seit 1970 auch sehr unterschiedlich weiterentwickelt. In der Bundesrepublik sind sie bis 1976 schnell gestiegen (auf 142 vH), danach aber nur noch stark verlangsamt (auf 150 vH in 1983 gegenüber 1970)[25]. In der DDR hat es bis 1983 nur eine geringe Zunahme der durchschnittlichen „Verkaufserlöse je Produkteinheit" (= durchschnittlicher Erzeugerpreis) gegeben (auf 118 vH). Mit der Agrarpreisreform 1984 wurde jedoch eine drastische Anhebung des Erzeugerpreisniveaus um weitere 52 vH vorgenommen. Ein Preisvergleich des DIW zeigt, daß das Erzeugerpreisniveau in der DDR 1970 um 90 vH über dem der Bundesrepublik lag, wenn eine D-Mark gleich eine Mark gesetzt wird. Aufgrund der beschriebenen Preisentwicklung verringerte sich dieser Niveauabstand bis 1983 erheblich. 1984 belief er sich dann sogar auf 155 vH. Hierzu kam es auch, weil die Erzeugerpreise in der Bundesrepublik zuletzt gefallen sind.

In der DDR gibt es zwischen pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen ein deutliches Preisgefälle zugunsten der tierischen Produkte (vgl. Übersicht 3.3.-19). Dieser Tatbestand ist Ausdruck für ein Bekenntnis zur Veredelungswirtschaft und mitverantwortlich für das relative Zurückbleiben der Pflanzenproduktion in der DDR.

Auch wenn man die in beiden deutschen Staaten in ihrem Niveau sehr unterschiedlichen Erzeugerpreise in die Betrachtung einbezieht, d. h. die Verkaufserlöse analysiert, ergeben sich strukturelle Gemeinsamkeiten: Mit einem Anteil von rund drei Vierteln dominieren in beiden deutschen Staaten Schlachtvieh und Milch. Die pflanzlichen Erzeugnisse haben nur einen

Übersicht 3.3.-19

Ausgewählte durchschnittliche Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte

Produkt	Bundesrepublik		DDR		
	1970/71	1983/84	1970	1983	1984
	DM/t		M/t		
Getreide	350	484	409	434	651
darunter					
Weizen	358	488	368	393	610
Roggen	329	479	411	468	649
Kartoffeln	164	309	193	286	487
Zuckerrüben[1]	77	129	86	102	142
Schlachtvieh[2]					
Schweine	2 224	2 827	4 945	5 166	7 669
Rinder[3]	2 386	3 682	4 402	6 135	9 225
Geflügel[4]	1 731	2 359	5 314	5 181	8 137
Milch[5]	369	646	746	909	1 485
Eier	2 478	2 905	5 527	5 527	6 283

[1] Bundesrepublik: Vor Abzug der EG-Erzeugerabgabe; einschl. Schnitzelvergütung.
[2] Lebendgewicht; einschl. Ausfuhr.
[3] Einschl. Kälber, Pferde, Schafe und Ziegen; eine andere Abgrenzung läßt die DDR-Statistik nicht zu.
[4] Einschl. Kaninchen.
[5] Bundesrepublik: Vor Abzug der EG-Erzeugerabgabe; natürlicher Fettgehalt. DDR: umgerechnet auf 3,5 vH Fett.

Quellen: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland. Div. Jahrgänge. — Statistische Monatsberichte. Div. Jahrgänge. — Statistisches Jahrbuch der DDR 1985. — Berechnungen des DIW.

Schaubild 3.3.-9

Verkaufserlöse der Landwirtschaft
Fünfjahresdurchschnitte
in Mrd. DM bzw. M

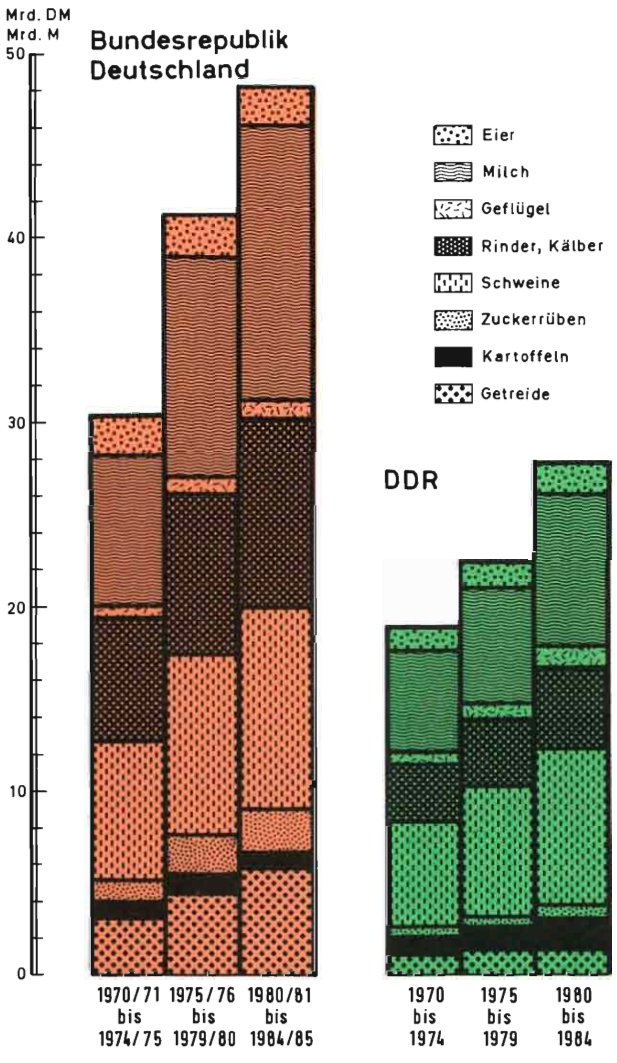
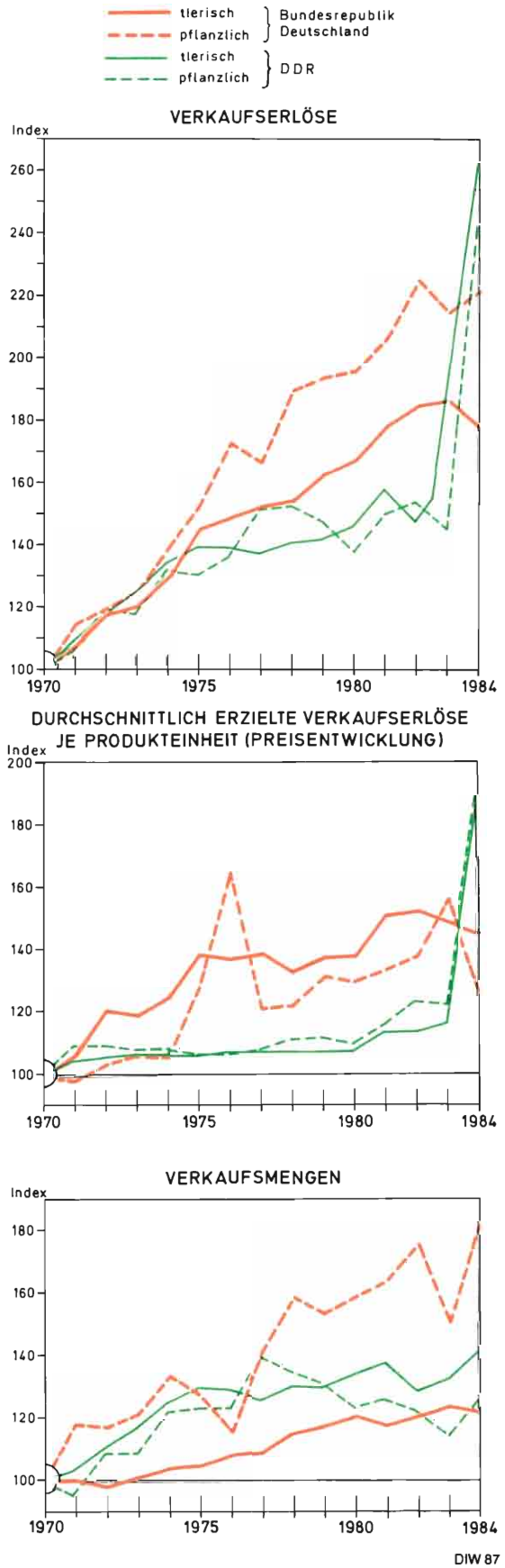


Schaubild 3.3.-10

Entwicklung der Verkaufserlöse
und ihrer Ursachen
1970=100



Übersicht 3.3.-20

Struktur der Verkaufserlöse
in vH

Produkt[1]	Bundesrepublik Deutschland			DDR		
	1970/71 bis 1974/75	1975/76 bis 1979/80	1980/81 bis 1984/85	1970 bis 1974	1975 bis 1979	1980 bis 1984
Getreide	10,0	10,8	11,9	5,6	5,5	4,6
Weizen	5,0	5,2	5,9	1,7	1,7	1,7
Roggen	1,3	1,4	1,2	1,5	1,4	1,2
sonstiges Getreide	3,7	4,2	4,8	2,4	2,4	1,7
Ölfrüchte	0,5	0,6	1,1	1,3	1,5	1,3
Kartoffeln	3,0	2,8	1,9	5,4	6,1	6,2
Zuckerrüben	4,1	4,8	4,7	2,5	2,3	2,4
Pflanzliche Erzeugnisse[2]	17,6	19,0	19,6	14,8	15,4	14,5
Schlachtvieh	48,5	47,1	45,7	49,0	49,7	49,1
Schweine	24,7	23,8	22,4	29,5	30,1	29,9
Rinder	21,9	21,2	21,2	16,0	16,0	15,5
Geflügel	1,9	2,1	2,1	3,5	3,6	3,7
Milch	26,7	28,7	30,5	28,6	27,4	29,2
Eier	7,2	5,2	4,2	6,5	6,2	5,8
Wolle	0,0	0,0	0,0	1,1	1,3	1,4
Tierische Erzeugnisse[2]	82,4	81,0	80,4	85,2	84,6	85,5
Verkaufserlöse insgesamt[2]	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

[1] Abgrenzungen wie in Übersicht 3.3.-19.

[2] Aus Gründen des zwischenstaatlichen Vergleichs Summe der hier ausgewiesenen Positionen; die nicht ausgewiesenen Produkte (z. B. Hülsenfrüchte, Obst, Gemüse, Wein, Hopfen, Tabak, Blumen, Sämereien, aber auch Honig) hätten nach bundesdeutscher Abgrenzung in der Bundesrepublik einen Anteil von rund 13 vH.

Quellen: Berechnungen des DIW nach: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland, Agrarwirtschaft, Statistischer Monatsbericht, Statistisches Jahrbuch der DDR, jeweils div. Jahrgänge. Für die Bundesrepublik: Verkaufsmengen der Landwirtschaft einschl. Ausfuhr. Für die DDR: ermittelt aus Mengenaufkommen (Staatliches Aufkommen) und durchschnittlichen Verkaufserlösen je Produkteinheit.

Anteil von 20 vH bzw. 15 vH an den Verkaufserlösen (vgl. Übersicht 3.3.-20).

In bezug auf die Komponenten der Verkaufserlöse ergibt sich folgendes: Für die Landwirtschaft der Bundesrepublik war im Berichtszeitraum die Steigerung der Verkaufserlöse etwas stärker auf die Erhöhung der Erzeugerpreise zurückzuführen als auf die Steigerung der Verkaufsmengen. Das gilt insbesondere für die tierischen Erzeugnisse. In der DDR waren dagegen bis 1983 die Produktionssteigerungen für die Zunahme der Verkaufserlöse wichtiger (vgl. Übersicht 3.3.-21). Im Jahre 1984 dominierte wegen der Agrarpreisreform die Preiskomponente. Die preisbedingten Mehrerlöse betrugen in diesem Jahr 13,5 Mrd. Mark.

Übersicht 3.3.-21

Komponenten der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse in beiden deutschen Staaten

Erzeugnisse	1983 gegenüber 1970 in vH[1]		
	Erzeugerpreise	Marktproduktion[2]	Verkaufserlöse
	Bundesrepublik Deutschland		
pflanzliche	156	151	215
tierische	149	125	187
gesamt	150	130	192
	DDR		
pflanzliche	122	115	145
tierische	117	133	155
gesamt	118	128	154

[1] Bundesrepublik: 1983/84 gegenüber 1970/71 in vH.

[2] Bundesrepublik: Verkaufsmengen (einschl. Ausfuhr), DDR: Staatliches Aufkommen.

Quelle: Berechnungen des DIW. Erzeugerpreise: vgl. Fußnote 25; Marktproduktion: jeweiliges Mengenaufkommen bewertet in GE, nach dem Schlüssel der Bundesrepublik; Verkaufserlöse: vgl.Übersicht 3.3.-20.

Während der landwirtschaftliche Output in beiden deutschen Staaten statistisch hinreichend dokumentiert ist, gilt das für den Input nicht: Aufgrund des Datenmangels für die DDR ist ein Vergleich von Kostenniveau und Kostenstruktur nicht möglich[26]. Bekannt sind allerdings gewisse Tendenzen: In der Bundesrepublik sind die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im Berichtszeitraum deutlich schwächer gestiegen als die Preise der Vorleistungen (vgl. Übersicht 3.3.-22).

Für die DDR läßt sich eine unterschiedliche Entwicklung von Erzeuger- und Vorleistungspreisen u. a. an den im Staatshaushalt ausgewiesenen Subventionen für landwirtschaftliche Produktionsmittel ablesen: Sie sind von 0,3 Mrd. Mark (1971) auf 7,8 Mrd. (1983) gestiegen, während die Verkaufserlöse — bei einer Mengenausdehnung — etwa um den gleichen Betrag zugenommen haben. Anders als in der Bundesrepublik hat sich damit die Schere zwischen Erzeuger- und Vorleistungspreisen zugunsten der Landwirtschaft geöffnet, denn bis 1983 war die Landwirtschaft der DDR beim Bezug von Vorleistungen von der Erhöhung der Industriepreise ausgenommen.

In der Volkswirtschaft der DDR gibt es vier voneinander getrennte Preisebenen: Preise für industrielle Güter, landwirtschaftliche Produkte, Verbraucherpreise im Einzelhandel und Preise im Außenhandel. Zwischen diesen Ebenen gibt es nur wenig Interdependenz.

Grundsätzlich ist die Agrar- und Ernährungspolitik der DDR durch hohe landwirtschaftliche Erzeugerpreise bei gleichzeitiger starker Subventionierung der Verbraucherpreise und Stützung von landwirtschaftlichen Vorleistungen aus dem Staatshaushalt gekennzeichnet. Dieses System, das sowohl der Landwirtschaft als auch dem Verbraucher zugute kommt, erhielt durch die Agrarpreisreform des Jahres 1984 noch stärkere Konturen. Der Staatshaushalt der DDR weist in diesem Zusammenhang folgende Ausgabenpositionen aus:

Art der Zuwendung	in Mrd. Mark		
	1975	1983	1984
Zuwendungen für die Landwirtschaft	3,0	11,4	4,2
darunter			
Subventionen für landwirtschaftliche Produktionsmittel	1,0	7,8	2,0
Subventionen für Nahrungsmittel	7,2	12,1	20,6*

* außerdem — nicht in der Haushaltsrechnung, aber im Haushaltsplan ausgewiesen — Erlöszuschläge für die Milch- und Getreidewirtschaft in Höhe von 5,5 Mrd. M.

Damit ist das erklärte Ziel der Agrarpreisreform, den volkswirtschaftlichen Kosten- und Preiszusammenhängen in der Produktionssphäre besser Rechnung zu tragen, erreicht worden. Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel spiegeln heute jedoch noch weniger als bisher ihre Gestehungskosten wider.

Anders als die DDR subventioniert die Bundesrepublik die Landwirtschaft direkt. Die Landwirtschaft ist auch hier einer der außerordentlich subventionsintensiven Bereiche. Er verursacht sowohl hohe Belastungen für die Volkswirtschaft als auch — über hohe Erzeugerpreise — für die Verbraucher.

Staatliche Unterstützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft in der Bundesrepublik kommen aus Haushaltsmitteln der EG, des Bundes und der Länder. Sie werden in Finanzhilfen und Steuervergünstigungen untergliedert. In den Finanzhilfen sind auch die agrarmarktbedingten Zahlungen aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) enthalten, die über den Bundeshaushalt oder nachgeordnete Institutionen (z. B. Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnungen) abgewickelt werden. Am Agrarmarktsystem der EG partizipieren in großem Umfang aber auch Bereiche, die Dienstleistungen für die Landwirtschaft erbringen, wie Handel und Lagerhaltung[27]. Steuervergünstigungen und eine Reihe von direkten Subventionen wie Dieselkraftstoffverbilligung, Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten sind dagegen unmittelbar einkommenswirksam.

Ein exakter Vergleich der Subventionsintensität beider deutscher Landwirtschaften ist vor allem wegen Lücken in der Datenbasis für die DDR unmöglich: Einmal ist nicht sicher, ob im Staatshaushalt alle Zuwendungen für die Landwirtschaft ausgewiesen sind, zum anderen ist die Zurechenbarkeit bei den ausgewiesenen Daten problematisch. Das betrifft insbesondere die Subventionen für die Nahrungsmittel.

Übersicht 3.3.-22

Indizes der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel[1] in der Bundesrepublik Deutschland
1970/71 = 100[2]

Erzeugnis Betriebsmittel	Wägungszahl	1970/71	1975/76	1980/81	1983/84
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt[3]	1 000	100	144,8	148,9	160,0
Pflanzliche Produkte	280	100	159,4	181,9	197,1
darunter					
Getreide	98	100	120,9	128,7	138,9
Kartoffeln	13	100	260,2	180,8	305,6
Zuckerrüben	39	100	130,6	146,4	161,9
Sonderkulturen	110	100	152,3	195,1	197,3
Tierische Produkte	720	100	139,2	137,9	147,6
darunter					
Schlachtvieh	376	100	139,8	130,8	139,1
Milch[4]	243	100	141,5	152,4	169,5
Landwirtschaftliche Betriebsmittel	1 000	100	139,6	168,0	187,2
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	795	100	140,1	167,2	185,2
darunter					
Düngemittel	108	100	154,3	176,3	179,3
Futtermittel	277	100	124,8	138,8	153,8
Brenn- und Treibstoffe	114	100	159,4	259,7	297,0
Neubauten und neue Maschinen	205	100	139,0	171,2	195,3
darunter					
Maschinen	170	100	140,9	167,9	193,6

[1] Ohne Mehrwertsteuer.
[2] Originalpreisbasis 1980 = 100.
[3] Ohne Aufwertungsausgleich über die Mehrwertsteuer.
[4] Die seit 1977 von der Mehrzahl der milcherzeugenden Betriebe zu leistende EG-Mitverantwortungsabgabe ist abgezogen.
Quelle: Agrarbericht der Bundesregierung 1985, Materialband, S. 28 und 29.

Übersicht 3.3.-23

Finanzhilfen des Bundes und der Länder und Steuervergünstigungen an die Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Mittel	1970	1974	1978	1984
	in Mill. DM			
Finanzhilfen des Bundes, einschließlich EAGFL[1]	4 759	4 122	5 707	5 760
Finanzhilfen der Länder	1 789	2 207	2 457	2 880
Steuervergünstigungen	1 894	2 661	2 401	3 470
Finanzhilfen und Steuervergünstigungen insgesamt	8 442	8 990	10 565	12 110
Finanzhilfen und Steuervergünstigungen in vH der Bruttowertschöpfung	39	35	33	36
in DM je Erwerbstätigen in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	3 732	4 880	6 878	8 712

[1] EAGFL = Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft.
Quellen: Haushaltspläne des Bundes und der Länder. — Subventionsberichte. — Berechnungen des DIW.

Nahrungsgütersubventionen in Verbindung mit den hohen Erzeugerpreisen sind Ausdruck einer teueren landwirtschaftlichen Produktion und haben mithin ihre Ursache in der Landwirtschaft selbst. Wohl auch aus diesem Grunde wurden sie in früheren Staatshaushaltsplänen (1960 bis 1963) jeweils im Abschnitt Landwirtschaft aufgeführt. Setzt man sich über diese Schwierigkeiten der Datenlage hinweg, so dürfte für 1984 eine Subventionssumme von 18 Mrd. Mark realistisch sein[28]. Sie ergibt sich aus den im Zuge der Agrarpreisreform verbleibenden Subventionen (1984: 4,2 Mrd. M) sowie den auf die Verbraucherebene verlagerten Preisstützungen (Differenz zu 1983: 8,5 Mrd. M) plus 5,5 Mrd. M Erlöszuschläge für die Milch- und Getreidewirtschaft[29]. Das bedeutet nicht nur, daß die Subventionen in der DDR — DM gleich Mark gesetzt — absolut genau so hoch sind wie in der Bundesrepublik, sondern auch, daß die Subventionsintensität in der DDR beträchtlich höher ist als in der westdeutschen Landwirtschaft. So entfielen 1984 folgende Beträge auf einen in der Landwirtschaft Beschäftigten bzw. auf eine Einheit Nahrungsmittelproduktion:

DM bzw. Mark	Bundesrepublik Deutschland	DDR
je GE Nahrungsmittelproduktion	163	726
je Beschäftigten	8 712	19 694

3.3.9. Landwirtschaftliche Einkommen

Die Statistik der DDR veröffentlicht nur für die in der volkseigenen Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten Daten über die Agrareinkommen. Für den Kreis der Genossenschaftsbauern, mithin für 70 vH der landwirtschaftlichen Einkommensbezieher, liegen nur vereinzelte, z. T. recht vage Angaben in der Literatur vor. Aus den Daten über Arbeiter und Angestellte ist insgesamt eine Angleichung des Einkommensniveaus erkennbar: Seit Mitte der siebziger Jahre ist das Gefälle zu den Industriearbeitern verschwunden. In der Bundesrepublik dagegen liegen die Ecklöhne der Landarbeiter, die nur rund ein Zehntel der Beschäftigten dieses Sektors stellen, deutlich unter den Löhnen der Industriearbeiter. Bezogen auf die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne hat die absolute Differenz sogar zugenommen (vgl. Übersicht 3.3.-24).

Eine über die gesamte Untersuchungsperiode konsistente Zeitreihe der landwirtschaftlichen Einkommen ist auch für die Bundesrepublik nicht verfügbar. Es ist zwar mit dem 7 000 bis 8 000 Betriebe umfassenden Testbetriebsnetz schon frühzeitig die statistische Grundlage geschaffen worden, um die Einkommen der Landwirte — die wichtigste Orientierungsgröße für die Agrarpolitik — analysieren zu können. Zahlrei-

Übersicht 3.3.-24

Durchschnittlicher Bruttostundenlohn in der Landwirtschaft und in der Industrie[1] der Bundesrepublik Deutschland

Lohn/Lohndifferenz	1970	1975	1980	1984
Landarbeiter DM/Stunde	4,02	7,07	10,12	12,18
Industriearbeiter DM/Stunde	6,09	9,85	13,38	15,77
Differenz DM/Stunde	2,07	2,78	3,26	3,59

[1] bei vergleichbarem Qualifikationsniveau.
Quellen: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland. Div. Jahrgänge. — Agrarberichte der Bundesregierung.

Übersicht 3.3.-25

Streuung des Gewinns[1] in den landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben in der Bundesrepublik Deutschland

Wirtschaftsjahr	Gewinn je Familienarbeitskraft in DM				Verhältnis des untersten zum obersten Quartil
	Betriebe insgesamt	oberstes Viertel aller Betriebe (Quartil)	unterstes Viertel aller Betriebe (Quartil)	Absoluter Abstand	
1969/70	13 161	27 355	4 504	22 851	1 : 6,1
1974/75	21 010	42 806	7 033	35 775	1 : 6,1
1979/80	24 309	57 823	7 586	50 237	1 : 7,6
1984/85	24 828	54 948	2 226	52 722	1 : 24,7

[1] Gewinn ist die Differenz zwischen Unternehmensertrag und Unternehmensaufwand.

Quelle: Agrarbericht der Bundesregierung. Div. Jahrgänge.

che methodische Änderungen erschweren aber einen Langfristvergleich. Dieses Instrument ist über Jahrzehnte hinweg ausschließlich auf Vollerwerbsbetriebe ausgerichtet gewesen. Erst seit Mitte der siebziger Jahre werden auch die Nebenerwerbsbetriebe in die Einkommensanalyse einbezogen. Die Informationen über die Vollerwerbsbetriebe zeigen die bekannte Tatsache, daß die Gewinne je Betrieb und je Familienarbeitskraft nach der Betriebsgröße stark voneinander abweichen und sie starken zeitlichen Schwankungen unterworfen sind. Insgesamt sind die Einkommen der Vollerwerbsbetriebe bis Mitte der siebziger Jahre noch gestiegen; danach stagnierten sie bei starken jährlichen Schwankungen. In der gleichen Zeit hat die Einkommensstreuung in der Landwirtschaft kräftig zugenommen.

Nebenerwerbsbetriebe sind in bezug auf die Gesamteinkommen der Familie besser gestellt als die Vollerwerbs- und Zuerwerbsbetriebe (vgl. Übersicht 3.3.-26). Die insgesamt kontinuierlicher fließenden Einkommen aus nichtlandwirtschaftlichem Erwerb stellen in der Regel einen stabilisierenden Faktor im Gesamteinkommen dar. Sie machen rund drei Viertel des gesamten Familieneinkommens aus.

Übersicht 3.3.-26

Einkommenskennzahlen in landwirtschaftlichen Betrieben des Testbetriebsnetzes in der Bundesrepublik Deutschland

Kennzahl	Einheit	Haupterwerb				Nebenerwerb	
		Vollerwerb		Zuerwerb			
		76/77	84/85	76/77	84/85	76/77	84/85
Betriebsgröße	ha LF	24	26	12	19	10	11
Arbeitskräfte	AK/Betrieb	1,5	1,5	0,8	1,2	0,7	0,7
Viehbesatz	GV/100 ha LF	.	188	.	161	.	142
Gewinn	DM/Unternehmen	28 090	33 000	9 680	19 500	5 530	5 100
Gewinn	DM/AK	.	24 800	.	18 900	.	7 600
Gesamteinkommen	DM/Familie	30 220	34 000	18 760	37 300	32 760	39 600
Erwerbseinkommen aus nichtselbständiger Arbeit	DM/Familie	72	38	7 833	15 300	24 960	32 700

Quelle: Agrarberichte der Bundesregierung (Zahlen gerundet).

Einen Einblick in die relative Einkommensposition der Haushalte selbständiger Landwirte in der Bundesrepublik bieten die in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung integrierten Einkommensanalysen des DIW und neuerdings auch des Statistischen Bundesamtes (vgl. Übersicht 3.3.-27).

Übersicht 3.3.-27

Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1984 durchschnittliche monatliche Haushaltseinkommen in DM

Haushalte von . . .	vor der Umverteilung [1]	nach der Umverteilung [2]
Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft	4 596	3 887
Selbständigen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft	14 398	10 941
Angestellten	6 516	3 985
Beamten	5 774	4 394
Arbeitern	4 994	3 126
Rentnern	789	2 307
Versorgungsempfängern des öffentlichen Dienstes	1 039	3 144
Alle privaten Haushalte	4 264	3 581

[1] Bruttoeinkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit und aus Vermögen.

[2] Unter Berücksichtigung der geleisteten und empfangenen laufenden Übertragungen (Steuern, Sozialabgaben, Transferzahlungen).

Quelle: Bedau K.-D. (Bearb.): Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1984. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 45/1985, S. 512–515.

Hieraus geht u. a. hervor, daß die Einkommen der Selbständigen-Haushalte in der Landwirtschaft (nach der Umverteilung) über dem Durchschnitt aller privaten Haushalte liegen und etwa den Einkommen der Angestellten-Haushalte entsprechen. Pro Haushaltsmitglied ist das Einkommen niedriger, weil die Selbständigen-Haushalte in der Landwirtschaft im Durchschnitt die größte Zahl an Personen aufweisen. Die Einkommen der landwirtschaftlichen Selbständigen-Haushalte unterliegen stärkeren Schwankungen als die der anderen sozialen Gruppen; hinter dem Durchschnittseinkommen verbergen sich überdies sehr große Unterschiede im einzelnen. Verglichen mit den Einkommen der übrigen Selbständigen ist der Abstand gewaltig. Dies prägt sich besonders aus in der Einkommensschichtung [30]. Vor der Umverteilung waren 1984 fast 80 vH aller landwirtschaftlichen Selbständigen-Haushalte in den Einkommensgruppen von 2 000 bis 6 000 DM/Monat zu finden, während es den gleichen Anteil der Haushalte bei den übrigen Selbständigen in der Einkommenskategorie von 8 000 DM/Monat und mehr gab. Bei den Haushalten von Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft waren 1984 z. B. 24 vH in der Einkommensgruppe von 10 000 bis 15 000 DM/Monat zu finden, bei den landwirtschaftlichen Haushalten dagegen nur ein vH.

Seit Anfang der siebziger Jahre haben die verfügbaren Einkommen der Selbständigen-Haushalte in der Landwirtschaft viel weniger zugenommen als die Einkommen aller Haushalte. Noch größer waren die Unterschiede, wenn man die Einkommensentwicklung der Selbständigen-Haushalte außerhalb der Landwirtschaft zum Vergleich heranzieht [31].

Aus den für die DDR vorliegenden Einzelinformationen über landwirtschaftliche Einkommen läßt sich folgendes ablesen:

- Das durchschnittliche jährliche Arbeitseinkommen der Genossenschaftsbauern aus betrieblicher Tätigkeit lag zu Beginn der sechziger Jahre um etwa ein Drittel und das der Arbeiter in der volkseigenen Landwirtschaft um ein Fünftel unter dem der Lohnempfänger in der Industrie; bis heute hat es, bei sehr großen Unterschieden im einzelnen, fast das Niveau der Haushalts-Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten in der Industrie erreicht. Da die aus genossenschaftlicher Arbeit erzielten Einkommen, anders als die übrigen, steuerfrei sind, besteht bei den Bruttoeinkommen noch eine Differenz zu den sonstigen Einkommensbeziehern [32].
- Stellt man in Rechnung, daß die ebenfalls steuerfreien außerbetrieblichen Einkommen (persönliche Hauswirtschaft und Naturaleinkünfte) in der Landwirtschaft weit stärker zu Buche schlagen als bei den übrigen Bevölkerungsgruppen, kann von einer vollen Einkommensparität oder sogar einem leichten Plus gegenüber den Arbeitnehmer-Haushalten gesprochen werden [33].
- Bei den Pro-Kopf-Einkommen der landwirtschaftlichen Haushalte (Genossenschaftsbauern und Arbeiter) gibt es offensichtlich noch eine Differenz zu den Haushalten der übrigen Bevölkerung. Als Gründe hierfür werden die größere Anzahl der Familienmitglieder und ein höherer Anteil nicht Berufstätiger auf dem Lande genannt.

Die Selbständigen-Haushalte der Landwirtschaft in der Bundesrepublik erreichen derzeit — brutto — knapp das Einkommensniveau von Arbeiter-Haushalten; nach der Umverteilung erreichen sie das Niveau von Angestellten-Haushalten (vgl. Übersicht 3.3.-27).

In der DDR gibt es zwischen den Genossenschaftsbauern sowie den Arbeitern und Angestellten (der gesamten Volkswirtschaft) Einkommensparität. Insofern stimmen die Ergebnisse in der Bundesrepublik und in der DDR überein. Gleichwohl sind die Mechanismen der Einkommensbildung sehr unterschiedlich: Während in der Bundesrepublik das aus landwirtschaftlicher Tätigkeit erzielte Einkommen zum größten Teil das Ergebnis der Unternehmertätigkeit ist, hat die genossenschaftliche Einkommensbildung in der DDR einen eigenen Charakter. Von der Entstehung her handelt es sich bei den genossenschaftlich erzielten

Einkommen um Residualeinkommen. Allerdings wird das ökonomische Ergebnis nicht durch das Maß einzelunternehmerischer Leistung bestimmt wie beim echten Unternehmereinkommen. Das Betriebsergebnis wird gemeinsam erarbeitet und über seine Verwendung wird kollektiv verfügt.

Die Höhe des genossenschaftlichen Einkommens hängt vor allem ab von der

- Ertragslage der einzelnen LPG,
- Leistung der einzelnen Mitglieder,
- Verteilung der genossenschaftlichen Einkünfte auf Akkumulation und Konsumtion.

Da es bei der Ertragslage und den Leistungen der Mitglieder zwischen den LPG außerordentliche Unterschiede[34] gibt, ist das Einkommensspektrum sehr breit gefächert. Die Leistung des einzelnen wird in Arbeitseinheiten (AE) gemessen und vergütet. Der Arbeitseinheitenschlüssel differenziert nach Quantität und Qualität der Arbeit sowie der Qualifikation der Arbeitskräfte. Die Arbeit eines Melkers wird z. B. doppelt so hoch bewertet wie die eines manuell in der Pflanzenproduktion Tätigen.

Neben den genossenschaftlichen Einkommen spielen in der Landwirtschaft der DDR der Naturalverbrauch und die Bodenanteile eine gewisse Rolle. Etwas wichtiger als Erwerbsquelle dürften die von zwei Dritteln der Haushalte betriebenen persönlichen Hauswirtschaften sein. Ihr Anteil an den Gesamteinkommen genossenschaftsbäuerlicher Familien wird für 1980 mit etwa 11 vH angegeben. Hierbei sei allerdings der Aufwand für die Hauswirtschaften unberücksichtigt[35].

3.3.10. Landwirtschaft und Umwelt

Ausgelöst durch schwerwiegende Belastungen der gesamten Biosphäre ist in beiden deutschen Staaten das Bewußtsein dafür gewachsen, daß auch von der intensiven Landbewirtschaftung z. T. erhebliche Gefahren für Natur und Umwelt ausgehen. Der ökonomische Zwang zu Ertragssteigerungen hat hier wie dort zu Extremformen der Landwirtschaft geführt, die nicht nur Boden, Wasser und Luft erheblich beeinträchtigen, sondern auch einen scharfen Rückgang der Artenvielfalt an pflanzlichen und tierischen Lebewesen nach sich ziehen.

Intensivierung, Spezialisierung und Technischer Fortschritt in all seinen Ausprägungen haben in beiden deutschen Staaten dazu geführt[36], daß

- die Flächenerträge mit wesentlicher Unterstützung durch industrielle Dünge- und Pflanzenschutzmittel (Fungizide, Herbizide, Insektizide) sowie andere Chemikalien rasch gesteigert,
- die ehemals breitgefächerte Fruchtfolge eingeschränkt und praktisch durch Monokulturen abgelöst,
- die Viehhaltung regional oder wie im Fall der DDR generell stark konzentriert und teilweise vom Verbund mit der Pflanzenproduktion losgelöst worden sind.

Besonders schwerwiegende Eingriffe in die Biosphäre und das ökologische Gleichgewicht brachten hier wie dort auch die landeskulturellen Maßnahmen:

- Flurbereinigung, mit Flächenzusammenlegung, Trockenlegung von Feuchtgebieten, Abholzungen, Entfernung von Buschwerk;
- wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen, mit Dränagen, Flußbegradigungen und Asphaltierung von Wirtschaftswegen;
- in der Bundesrepublik auch die Eindeichung von Flachmeergebieten an der Nordseeküste.

Diese und andere Maßnahmen haben die Landschaft ökologisch verarmen lassen, eine Entwicklung, die in der DDR noch stärker zutrifft. Zum Beispiel sind die Schläge in der DDR auf 50 ha vergrößert worden (Bundesrepublik 2 ha).

Die Folgen sind u. a. darin erkennbar, daß

- ein großer Teil des Ackerlandes durch Wind- und/oder Wassererosion beeinträchtigt ist,
- die Ackerflächen durch technisch bedingte Bodenverdichtung und durch Humusmangel beeinträchtigt sind,
- der Nitratgehalt des Grund- und Trinkwassers inzwischen teilweise die zulässigen Grenzwerte überschritten hat,
- die Artenvielfalt von Flora und Fauna stark reduziert worden ist[37].

Auf die Probleme und Erfordernisse einer umweltverträglichen Landbewirtschaftung hat in der Bundesrepublik der Sachverständigenrat für Umweltfragen in einem umfangreichen Gutachten hingewiesen[38]. Darin fordert er als wichtigste umweltpolitische Maßnahmen:

- Sicherung und Freisetzung ausreichender Flächen für naturbetonte Biotope,
- Einschränkung der Schadstoffausbringung bei intensiver Produktion,
- Erhöhung der Produktionsvielfalt, insbesondere durch Erweiterung der Fruchtfolge.

Als ein geeignetes Mittel sieht der Sachverständigenrat die Herausnahme agrarisch genutzter Flächen aus der Produktion (Flächenstillegung) und Rücknahme der speziellen Intensität an. In letzter Zeit werden in der Bundesrepublik produktions- und umweltentlastende Überlegungen als Elemente der offiziellen Agrarpolitik eingebracht. Daß man in Richtung auf eine mehr extensive Landwirtschaft hinsteuert, zeigen u. a. die Flächenstillegungspläne und die Diskussion um Ausgleichszahlungen für verminderten Düngereinsatz.

Eine ähnlich problemorientierte Neuausrichtung der Agrarproduktion ist für die DDR noch nicht in Sicht, wenngleich auch dort — solange es ohne größere Pro-

duktionseinbußen oder finanzielle Aufwendungen möglich scheint — Umweltaspekte offensichtlich stärker als bisher berücksichtigt werden. So sind z. B. in den letzten Jahren vermehrt Windschutzstreifen angepflanzt, die teilweise über 100 ha Schläge wieder untergliedert, den organischen Düngern wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt und nicht zuletzt die (zu knappen) Lagerkapazitäten für Gülle erweitert sowie z. T. sogar Ställe wieder von Gülle auf Festmist umgerüstet worden.

3.3.11. Erfolge, Fehlentwicklungen, Korrekturansätze der Agrarpolitik

In beiden Staaten garantiert die Landwirtschaft die Ernährungssicherung auf einem international hohen Standard. In der DDR wurde der angestrebte hohe Grad der Eigenversorgung erreicht. In der Bundesrepublik haben Produktivitätsgewinne und hohe Erzeugerpreise die Produktion in unvorstellbarer Art und Weise stimuliert. Die beabsichtigte Ernährungssicherung mündete dadurch in eine z. T. beträchtliche Überschußproduktion mit den bekannten volkswirtschaftlichen Kosten und Belastungen der öffentlichen Haushalte.

Hinsichtlich des Einkommensstatus der landwirtschaftlichen Bevölkerung hat die Agrarpolitik in beiden deutschen Staaten unterschiedliche Erfolge aufzuweisen. Bei einem starken Einkommensgefälle zwischen beiden deutschen Staaten sind die Einkommen der landwirtschaftlichen Haushalte inzwischen jeweils in die Nähe der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte gerückt. In der Bundesrepublik hat sich die relative Stellung der Landwirte gegenüber den anderen sozio-ökonomischen Gruppen seit Beginn der siebziger Jahre insgesamt jedoch verschlechtert. Zudem wuchs das Einkommensgefälle innerhalb der Landwirtschaft. An dieser Entwicklung haben auch hohe Erzeugerpreise nichts zu ändern vermocht. Sie haben zur Steigerung der Verkaufserlöse zwar mehr beigetragen als die Produktionsausweitung. Ihre Wirkung wurde aber durch die noch steilere Preisentwicklung bei Vorleistungen geschmälert. Die DDR konnte das angestrebte paritätische Einkommen der landwirtschaftlich Beschäftigten zwar erreichen, aber nur um den Preis einer im Vergleich zur Bundesrepublik wesentlich höheren Subventionsintensität. Gegenüber der westdeutschen Landwirtschaft besteht ein beträchtliches Produktions- und Produktivitätsgefälle. Bei den pflanzlichen und tierischen Leistungen haben sich die absoluten Ertragsdifferenzen seit 1970 vergrößert; der Rückstand in der Arbeitsproduktivität hat sich im Berichtszeitraum sogar relativ erheblich verschlechtert. Wie in der Bundesrepublik haben in der DDR die Produktionssteigerungen allein nicht ausgereicht, um das angestrebte Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit zu erreichen. So wurden auch hier die Erzeugerpreise wichtigstes Instrument ökonomischer Förderung. Hinzu kam in der DDR, daß die ehrgeizigen Investitionsziele einer dem Industrialisierungskurs verpflichteten Landwirtschaft außergewöhnlich hohe Mittel beanspruchten.

Die drastische Kürzung der landwirtschaftlichen Investitionen in der DDR ist Teil eines Bündels agrarpolitischer Korrekturansätze in jüngster Zeit. Sie sind Ergebnis einer kritischen Überprüfung der Agrarpolitik seit Ende der siebziger Jahre. Die Ernüchterung über das Ausbleiben erhoffter Produktivitätserfolge in der industrialisierten Landwirtschaft und verschlechterte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen setzten einem derart kostspieligen gesellschaftspolitischen Experiment engere Grenzen als zuvor. Dieses Umdenken dokumentiert sich in:

- Stopp des Neubaus von agroindustriellen Anlagen zugunsten der Modernisierung und Erweiterung bestehender Bauten;
- Untergliederung der Betriebe in arbeitsorganisatorischer Hinsicht. Das heißt, unter Beibehaltung der Betriebe als rechtliche und finanzielle Grundeinheiten wurden vor allem in der Pflanzenproduktion „territoriale Produktionsbereiche" gebildet, die sich in der Regel an der Gemarkung eines Dorfes orientieren;
- Wiedergewinnung einer funktionsfähigen Zusammenarbeit von Pflanzen- und Tierproduzenten durch die „Kooperationsräte"[39]. Sie treffen bestimmte produktions- und investitionsrelevante Planungsentscheidungen, ohne daß die juristische und ökonomische Selbständigkeit der Betriebe angetastet werden soll oder daß sie Keimzellen für noch größere Betriebseinheiten werden;
- Ökonomisierung der landwirtschaftlichen Produktion durch veränderte Vorleistungs- und Erzeugerpreise: Neben der Absicht, produktionssteigernde Effekte zu erzielen, sollen im Zuge der Agrarpreisreform nicht zuletzt auch Anreize zum sparsamen Einsatz von Produktionsmitteln geschaffen werden.

Die neueren agrarpolitischen Entscheidungen der DDR bedeuten keinen Verzicht auf Industrialisierung der Landwirtschaft; sie bedeuten aber mit Sicherheit, daß die Vollendung dieses agrarpolitischen Leitbildes in eine noch fernere Zukunft hinausgeschoben und offenbar auch das Konzept teilweise mit neuen Inhalten versehen worden ist[40]. Eine Neubesinnung in der Agrarpolitik der DDR ist auch insofern festzustellen, als sie nicht mehr nach dem Motto „je größer und je spezialisierter, desto besser" betrieben wird. Außerdem werden nicht mehr Produktionssteigerungen um jeden Preis angestrebt, sondern es stehen Kostenersparnis und ökonomisches Denken im Vordergrund.

Die in die Europäische Gemeinschaft fest eingebundene westdeutsche Agrarpolitik hat zu vielen Problemen geführt. Korrektur- und Reformbestrebungen gibt es praktisch seit Ende der sechziger Jahre. Schon vor Beginn der Untersuchungsperiode dieses Berichts haben auch offizielle Stellen der Bundesrepublik zu erkennen gegeben, daß sie Fehlentwicklungen entgegentreten möchten. Außerordentlich schwierig ist es allerdings, den politischen Konsens in einer Wirtschaftsgemeinschaft von erst sechs und gegenwärtig zwölf Mitgliedsstaaten umfassenden Staatengruppe zu finden. Dies zeigen die Auseinandersetzungen um

eine tiefgreifende Reform, die seit 1984 intensiver geführt werden.

Anstoß für einen Kurswechsel in der Agrarmarktpolitik waren die seit Ende der siebziger Jahre ausufernden Kosten einer insgesamt zu normalen Bedingungen nicht mehr absetzbaren Agrarproduktion und die Verzerrungen des innergemeinschaftlichen Wettbewerbs aufgrund des Währungsausgleichs. Deshalb haben sich die Korrekturansätze zunächst auch nur gegen die drängendsten Probleme gerichtet, ohne daß ernsthaft an den Wurzeln der Fehlentwicklungen angesetzt wurde: Gemessen an den Absatzmöglichkeiten besteht weiterhin ein zu hohes Preisniveau, und die Beihilfenpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten wird auch in Zukunft produktionsstimulierend wirken.

Die „Reform"-Beschlüsse von 1984 über die Kontingentierung der Milchproduktion und die Bekräftigung von Abnahmegarantien zu bestimmten Preisen haben nur teilweise zu Produktionseinschränkungen geführt. Dies geschah aber um den Preis einer weiteren Verschärfung dirigistischer Eingriffe. Für die Bundesrepublik ist mit dem gleichzeitig beschlossenen Abbau des deutschen Währungsausgleichs zunächst eine Senkung der Erzeugerpreise verbunden gewesen, sie wird jedoch — auf die Dauer von acht Jahren — dadurch kompensiert, daß den Bauern aus Bundesmitteln ein steuerlicher Ausgleich in Höhe von insgesamt ca. 20 Mrd. DM gewährt wird. Obwohl im Jahre 1984 erstmalig in der EG insgesamt eine geringfügige Senkung der Erzeugerpreise beschlossen worden ist, ist sie praktisch nicht wirksam geworden, weil die Neuformulierung des Währungsausgleichssystems den währungsschwachen EG-Ländern sogar Preisanhebungen gestattet.

Die Bundesrepublik weitet wie die anderen Mitgliedstaaten nationale Spielräume in den weniger stringent gehandhabten Teilbereichen der Agrarpolitik der Gemeinschaft aus. Dies zeigen z. B. die Kompensation des „abgeschafften" Währungsausgleichs, der 1984 erfolgte Einstieg in ein — strukturkonservierend wirkendes — landwirtschaftliches Agrarkreditprogramm und die Ausweitung der staatlichen Hilfe im Sozialbereich, die Landwirte vergleichsweise deutlich besserstellt als lohnabhängige Erwerbstätige in der übrigen Wirtschaft. Zwar sind diese Korrekturansätze, die ökonomische Fehlentwicklungen der bisherigen Agrarpolitik beseitigen sollen, ihrerseits unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zum Teil problematisch, doch muß die Agrarpolitik auch in ihren gesellschaftspolitischen und sozialen Komponenten gesehen werden. In diesem Zusammenhang gewinnen in zunehmendem Ausmaß jene bereits langjährig debattierten Vorschläge agrarpolitische Akzeptanz, die eine marktgerechtere Preisgestaltung mit direkten Einkommensübertragungen und produktionseinschränkenden Maßnahmen wie Flächenstillegungen verbinden. Auch werden die Gefahren, die von der Konzentration der bodenunabhängigen tierischen Produktion in industriellen oder industrieähnlichen Größen für die bäuerlichen Familienbetriebe und die Umwelt ausgehen, heute von der offiziellen Agrarpolitik nicht mehr völlig ignoriert.

Fußnoten

[1] Vgl. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" für den Zeitraum 1985 bis 1988. Bundestags-Drucksache 10/3297. Bonn. Verlag Dr. Hans Heger. 1985.

[2] Vgl. Agrarbericht der Bundesregierung 1985. Bundestags-Drucksache 10/2850, S. 56.

[3] Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955. Bundesgesetzblatt. Bonn. Bundesanzeiger Verlagsges. m.b.H. Teil I/ 1955, S. 565.

[4] Von der Bodenreform erfaßt wurden jeweils rund ein Drittel der Wirtschaftsfläche bzw. der landwirtschaftlichen Nutzfläche (3,3 bzw. 2,2 Mill. ha). Über 14 000 Betriebsinhaber wurden entschädigungslos enteignet. Das überwiegend aus großen privaten Betrieben mit mehr als 100 ha stammende Bodenreformland wurde auf gut eine halbe Million Landempfänger verteilt. Über 50 vH der Fläche dienten der Errichtung neuer und selbständiger Landwirtschaftsbetriebe, ein Zehntel wurde für die Vergrößerung bestehender Betriebe verwandt, knapp ein Drittel bildete die Grundlage für die Staatsbetriebe, die Volkseigenen Güter (VEG). Nach der Bodenreform entfielen knapp 60 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Betriebe zwischen 5 und 20 ha. Die Durchschnittsgröße ging gegenüber 1939 um 4,3 ha LN (auf 9,6 ha LN) zurück. Die Bodenreform wurde zügig durchgeführt, bis zum 1. Februar 1946 waren bereits vier Fünftel der Fläche umverteilt. Auch in den westlichen Besatzungszonen gab es Auflagen der Alliierten für eine Bodenreform. Sie wurde jedoch gegen Entschädigung und nur in geringem Umfang durchgeführt (0,23 Mill. ha, d.h. gut 1 vH der Wirtschaftsfläche).

[5] Die Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften begann 1952 mit der Verkündung des Aufbaus des Sozialismus (II. Parteikonferenz der SED) und fand ihren vorläufigen Abschluß mit dem faktisch erzwungenen Zusammenschluß der meisten noch verbliebenen Privatbauern zu LPG. Der Kollektivierungsprozeß wurde je nach den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen im Zeitablauf unterschiedlich stark vorangetrieben. Ende 1955 waren 20 vH der LN in LPG zusammengefaßt, Ende 1959 bereits 45 vH, in den ersten fünf Monaten des Jahres 1960 wurde mit der Überführung von 2,6 Mill. ha (= 40 vH der Nutzfläche) die Genossenschaftsbildung zu einem hektischen Abschluß gebracht. — Die meisten Genossenschaften wurden zunächst als LPG Typ I und II, in denen das Nutzvieh nach wie vor individuell gehalten wurde, betrieben. Sie wurden allmählich in LPG Typ III, vollgenossenschaftlich produzierende Betriebe, überführt. Begleitet war diese Entwicklung von einem starken Konzentrationsprozeß: Betrug die Durchschnittsgröße einer LPG 1960 knapp 300 ha, so waren das 1970 bereits 600 ha LN; die Zahl der LPG verminderte sich in dieser Zeit von über 19 000 auf weniger als 9 000.

[6] Die parteipolitische Vorgabe dieser extremen Spezialisierung geht aus folgendem, einer Veröffentlichung der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED entnommenen, Zitat hervor: „Die entscheidende Konsequenz aus der Realisierung des objektiv notwendigen, industriemäßigen Typs der Spezialisierung und Konzentration der Produktion besteht darin, planmäßig und schrittweise, unter strikter Beachtung der biologischen Gesetzmäßigkeit, die unmittelbare technologische, organisatorische und ökonomische Verflechtung von Pflanzen- und Tierproduktion in einer LPG oder einem VEG zu überwinden". — Vgl. Sachse D. u. a. : Zur Agrar- und Bündnispolitik der SED bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1978, S. 105.

[7] GBl. der DDR (Berlin-Ost. Staatsverlag der DDR), Sonderdruck Nr. 937 vom 28. Juli 1977 und GBl. der DDR. Teil I/ 1982, Nr. 25.

[8] Zur Definition dieses Begriffes vgl. Fußnote 16.

[9] Zur ausführlichen Darstellung der räumlichen Konzentration der Tierhaltung vgl.: Doll H. und Neander E.: Stand und Entwicklung der Konzentration der Tierhaltung in der Bundesrepublik Deutschland. Institut für Strukturforschung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode (Hrsg.). Arbeitsbericht 83/5. Braunschweig. 1983.

[10] In Anlehnung an die EG-Strukturrichtlinien und die nationalen Förderungsgrundsätze für das „Einzelbetriebliche Förderungsprogramm" werden die landwirtschaftlichen Betriebe wie folgt in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe untergliedert:
- In Haupterwerbsbetrieben ist der Betriebsinhaber überwiegend im Betrieb tätig und das Erwerbseinkommen des Inhaberehepaares stammt überwiegend aus dem landwirtschaftlichen Unternehmen. Die Haupterwerbsbetriebe gliedern sich in Vollerwerbs- und Zuerwerbsbetriebe. In die erstgenannte Gruppe werden Betriebe eingereiht, in denen das außerlandwirtschafltiche Erwerbseinkommen weniger als 10 vH des gesamten Erwerbseinkommens umfaßt. In den Zuerwerbsbetrieben liegt der Anteil des außerbetrieblichen Erwerbseinkommens von Betriebsinhaber und seinem Ehepartner zwischen 10 und 50 vH.
- In Nebenerwerbsbetrieben ist der Betriebsinhaber überwiegend außerbetrieblich tätig und/oder das gesamte Erwerbseinkommen des Inhaberehepaares stammt überwiegend aus außerbetrieblichen Quellen.

[11] ZGE sind Produktionsstätten, die aus gemeinsamen Investitionen von LPG hervorgegangen sind. Sind VEG beteiligt, so handelt es sich um ZBE.

[12] Für eingebrachte Grundstücke aus dem während der Bodenreform an private Eigentümer verteilten Bodenfonds (ca. 2,2 Mill. ha) gilt jedoch, daß sie im Erbfall nur dann privates Eigentum bleiben, wenn der Erbe Mitglied einer Genossenschaft ist bzw. wird. — GBl. der DDR. Teil I/1975, Nr. 35.

[13] Differenziert sind die Eigentums- und Verfügungsrechte beim „Hofland" und bei den Flächen der „persönlichen Hauswirtschaft". Während über das Hofland vom Eigentümer frei verfügt werden kann, handelt es sich bei der privaten Hauswirtschaft lediglich um einen Rechtsanspruch des Genossenschaftsmitglieds auf persönliche Bodennutzung, deren Umfang maximal 0,5 ha je Familie umfassen darf.

[14] Derzeit gibt es noch rund 3 500 private Bauern und Gärtner sowie rund 60 kircheneigene Landwirtschaftsbetriebe.

[15] Vgl.: Groschoff K. u. a.: Stadt und Land in der DDR. Entwicklung, Bilanz, Perspektiven. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1984, S. 59 und S. 185.

[16] Die betriebswirtschaftlichen Begriffe Standarddeckungsbeitrag und Standardbetriebseinkommen sind im Abschnitt „Begriffsdefinitionen" der Agrarberichte der Bundesregierung erläutert.

[17] Vgl. Rempel E. u. a.: Ökonomie der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR. Berlin (Ost). VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag. 1983, S. 62.

[18] Ebenda, S. 60.

[19] Ebenda, S. 125 sowie Sachverständigenrat für Umweltfragen: Umweltprobleme der Landwirtschaft. Bundestags-Drucksache 10/3613, S. 117.

[20] Vgl. Hohmann K.: Zur energetischen Effizienz der Agrarproduktion in der DDR. In: FS-Analysen. Hrsg.: Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen. Berlin. Heft 4/1982.

[21] Vgl. Zierold R. u. a.: Zu ökonomischen Fragen der landtechnischen Instandsetzung in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. In: Internationale Zeitschrift für Landwirtschaft. Moskau — Berlin (Ost). VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag. Heft 4/1979, S. 388. — Felfe W.: Bessere Instandsetzung bei sinkenden Kosten. In: Neue Deutsche Bauernzeitung. Berlin (Ost). Verlag Neues Deutschland. Nr. 50/1982, S. 3. — Einer anderen Quelle zufolge (Kooperation, Berlin (Ost). VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag, Heft 4/1982, Beilage S. 172) werden die Instandhaltungskosten in den Betrieben der Pflanzenproduktion für 1981 sogar mit 650 Mark/ha LN angegeben.

[22] Vgl. Rempel E. u. a., a. a. O., S. 40.

[23] Vgl. Statistischer Monatsbericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Bonn. Heft 12/1985, S. 697.

[24] Für Zucker erhält der Landwirt im Rahmen des „A-Kontingents" einen höheren Preis als für das „B-Kontingent". Erst die über beide Kontingente hinausreichende Zuckerproduktion („C-Zucker") muß zu Weltmarktbedingungen exportiert werden.

[25] Berechnungen des DIW nach Laspeyres (Basis 1970) in der Abgrenzung der Marktproduktion der DDR. Im Unterschied zum amtlich ausgewiesenen Index der Bundesrepublik (vgl. Übersicht 3.3.-22) fehlen hier bestimmte Erzeugnisse: Hülsenfrüchte, Kohlrüben, Obst, Gemüse, Champignons, Wein, Hopfen, Tabak, Blumen, Sämereien, Baumschulerzeugnisse und Honig.

[26] So bezahlten die Landwirtschaftsbetriebe in der DDR bis 1983 unverändert 0,55 Mark/Liter für Dieselkraftstoff und 1,20 Mark/kg N für Stickstoffdünger, während in der Bundesrepublik die Preise von 1970 bis 1984 für Dieselkraftstoff um 327 vH und die für Stickstoffdünger um 52 vH gestiegen sind. Weitgehend unveränderten Preisen für Landmaschinen in der DDR standen Preiserhöhungen um 94 vH in der Bundesrepublik gegenüber. Im Zuge der Agrarpreisreform gab es ab 1984 in der DDR drastische Erhöhungen für landwirtschaftliche Vorleistungen: Die Preise für Dieselkraftstoff stiegen um 150 vH (auf 1,40 Mark/Liter), die für Stickstoff um 80 vH (auf 2,20 Mark/kg) und die für Maschinen durchschnittlich um 60 vH. Diesel und Stickstoffdünger kosteten damit (Mark = DM) 1984 mehr als in der Bundesrepublik.

[27] Die „Sickereffekte" der Subventionierung sind im Agrarbereich erheblich. Beim Landwirt, dessen Einkommen in erster Linie mit den verschiedensten Subventionen gesichert werden soll, kommt nur ein geringer Bruchteil der ursprünglichen Ausgabenansätze an, weil die reinen Systemkosten der EG-Agrarmarktpolitik (Gebäude-, Energie-, Transport- und Personalkosten der Marktverwaltung, Zahlungen an den Groß- und Einzelhandel mit Ernährungsgütern, Beihilfen an die Verarbeitende Industrie usw.) außerordentlich hoch sind.

[28] So gibt es z. B. die Aufwendungen aus dem Staatshaushalt für Zinsverbilligungen (von 5 vH auf 1,8 vH) bei Investitions- und Umlaufmittelkrediten der Landwirtschaft (vgl. GBl. der DDR. Teil I/1982, Nr. 6 und Teil I/1983, Nr. 6) sowie die Betriebszuschüsse für den Agrarflug und die Trocknungsanlagen (vgl. GBl. der DDR, Sonderdruck Nr. 1111 vom 31. Januar 1983), die keiner Haushaltsrechnung zu entnehmen sind. Im Subventionsvolumen fehlt auch der Zuschuß aus dem Staatshaushalt für die Sozialversicherung der Genossenschaftsbauern (1978: 909 Mill.Mark); vgl. Sachse D. u. a.: Arbeiter und Bauern im Bündnis. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1981, S. 163. Diese Position ist allerdings in den Subventionen für die westdeutsche Landwirtschaft (vgl. Übersicht 3.3.-23) auch nicht enthalten.

[29] Planzahlen aus dem Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1984; GBl. der DDR. Teil I/1983, Nr. 33.

[30] Vgl. Bedau K.-D. (Bearb.): Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1984. In: Wochenbericht des DIW. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 45/1985, S. 12-15.

[31] Vgl. Schüler K.: Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen. In: Wirtschaft und Statistik. Hrsg.: Statistisches Bundesamt. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Heft 7/1984, S. 275f.

[32] Vgl. Groschoff K. u. a.: Stadt und Land . . ., a. a. O., S. 182 sowie derselbe: Zur weiteren Verringerung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land in der DDR. In: Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion. Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften der DDR. Berlin (Ost). Akademie Verlag. 1979, S. 55.

[33] Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Handbuch DDR-Wirtschaft. Reinbek bei Hamburg. Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH. 1977, S. 225. — Vgl. Vortmann H.: Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre. In: Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 85/1985, S. 111f.

[34] Eine gewisse Nivellierung der Einkommen der Genossenschaften erfolgt allerdings durch eine differenzierte Besteuerung der Betriebe. Nach den — seit Januar 1984 geltenden — Abgaberegelungen für genossenschaftliche Landwirtschaftsbetriebe erfolgt die Besteuerung für die Pflanzenproduktion sowohl nach — an der Bodenqualität orientierten — Festbeträgen als auch nach einem progressiv gestaffelten Gewinnsystem. Betriebe auf schlechten Standorten erhalten dagegen Zuschüsse aus dem Staatshaushalt. Die Betriebe der Tierproduktion werden je nach Rentabilitätsniveau besteuert. — Vgl. GBl. der DDR, Sonderdruck Nr. 1111 vom 31. Januar 1983.

[35] Vgl. Groschoff K. u. a.: Stadt und Land . . ., a. a. O., S. 185.

[36] Vgl. Hohmann K.: Die Industrialisierung der Landwirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Umwelt in der DDR. In: Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1986 sowie Hrubesch P. (Bearb.): Landwirtschaft und Umwelt. Moderne Landbewirtschaftung als Quelle von Umweltbelastungen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 9/1986.

[37] Nach Angaben der DDR sind dort mehr als 50 vH des Ackerlandes durch Wind- und Wassererosion geschädigt, von technisch bedingten Bodenverdichtungen und Humusmangel betroffen sind jeweils rund 40 vH der Ackerflächen. In den letzten beiden Jahrzehnten stieg der Nitratgehalt des Trinkwassers um das Fünffache, die Aufnahme von Nitraten über Nahrungsmittel und Getränke je Einwohner hat sich seit 1970 verdoppelt, seit Mitte der sechziger Jahre sind 90 vH der Kriechtierarten und mehr als 40 vH der Ackerwildpflanzen ausgestorben oder gelten als im Bestand gefährdet.

[38] Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltprobleme der Landwirtschaft. Bundestags-Drucksache 10/3613.

[39] Im Jahre 1984 gab es 1180 Kooperationsräte. In ihnen sind in der Regel ein Betrieb der Pflanzenproduktion und zwei bis vier Betriebe der Tierproduktion vertreten. Der Kooperationsrat kann Beschlüsse nur einstimmig fassen. Er setzt sich aus den Betriebsleitern und anderen Betriebsangehörigen zusammen. Der Kooperationsrat hat bestimmte koordinierende Aufgaben, sog. wirtschaftsleitende Funktionen. Die kooperierenden Betriebe behalten einen eigenen Betriebsplan, einen eigenen Wert der Arbeitseinheit, können Wirtschaftsverträge abschließen und erwirtschaften ein eigenes ökonomisches Ergebnis. — Vgl. Musterkooperationsvereinbarung für die Kooperation der LPG und VEG. In: Neue Deutsche Bauernzeitung. Berlin (Ost). Verlag Neues Deutschland. Nr. 25/1985, S. 12ff.

[40] In diesem Sinne faßte auch einer der führenden Agrarwissenschaftler der DDR, Kurt Groschoff, das Ergebnis einer wissenschaftlichen Tagung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED zusammen. — Vgl. Richter A. und Warth S.: Die weitere Entwicklung der industriemäßigen Pflanzen- und Tierproduktion in der DDR. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Heft 3/1986, S. 414-419.

Literaturhinweise

Arends K., Hoell G.: Die Agrarverhältnisse im Sozialismus. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1985.

Arlt R. u. a.: Agrarrecht für Staats- und Wirtschaftsfunktionäre. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1984.

Bajaja V.: Organisation und Führung landwirtschaftlicher Großunternehmen in der DDR. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1978.

Bichler H.: Landwirtschaft in der DDR (Agrarpolitik, Betriebe, Produktionsgrundlagen und Leistungen). Berlin. Verlag Gebrüder Holzapfel. 1981.

Groschoff K. u. a.: Industriemäßige Produktionsmethoden in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. (Entwicklung der gesellschaftlichen Organisation der Produktion und der Arbeitsteilung.) Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1976.

Groschoff K. u. a.: Die Landwirtschaft der DDR. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1980.

Heyn B. u. a.: Die industriemäßig betriebene pflanzliche Agrarproduktion in der DDR. Hrsgg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Zusammenarbeit mit dem Land- und Hauswirtschaftlichen Auswertungs- und Informationsdienst e.V. (AID). Landwirtschaft — Angewandte Wissenschaft. Münster-Hiltrup. Landwirtschaftsverlag GmbH. Heft 204/1977.

Hohmann K. u. a.: DDR: industriemäßig betriebene tierische Agrarproduktion. Schriftenreihe des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Landwirtschaft — Angewandte Wissenschaft. Münster-Hiltrup. Landwirtschaftsverlag GmbH. Heft 241/1980.

Hoffmann M. u. a.: Instrumente zur Lenkung der landwirtschaftlichen Bodennutzung in der DDR. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1977.

Krambach K. u. a.: Genossenschaftsbauern — gestern — heute — morgen (Die Klasse der Genossenschaftsbauern im Prozeß der Gestaltung der industriemäßig produzierenden Landwirtschaft in der DDR). Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1977.

Krambach K. u. a.: Die Genossenschaftsbauern in den achtziger Jahren. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1984.

Lambrecht H.: Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960. Sonderheft des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 117/1977.

Lambrecht H., Merkel K.: Verbrauch und Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte in der DDR — Analyse und Projektion. Schriftenreihe des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Reihe A: Landwirtschaft — Angewandte Wissenschaft. Münster-Hiltrup. Landwirtschaftsverlag GmbH. Heft 240/1980.

Lemcke W.: Sozialistisches Eigentum in der Landwirtschaft der DDR. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg.). Berlin (Ost). 1980.

Merkel K., Immler H. (Hrsg.): DDR-Landwirtschaft in der Diskussion. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 1972.

Mathes E.: Tiere am Fließband. Leipzig/Jena/Berlin (Ost). Urania-Verlag. 1976.

Müller K.: Die mitteldeutsche Landwirtschaft 1945—1974 (Ein agrarsoziologisch-sozialgeographischer Beitrag zu ihrem Strukturwandel). Berlin. 1975.

Schieck H. u. a.: Intensivierung der Landwirtschaft der DDR. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1984.

Tömmel I.: Der Gegensatz von Stadt und Land im realen Sozialismus (Reproduktion kapitalistisch geprägter Industriestrukturen durch Planwirtschaft in der DDR). Urbs Et Regio. Kassel. Gesamthochschul-Bibliothek. Nr. 22/1981.

Tümmler E., Merkel K., Blohm G.: Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkung auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1969.

Begriffserläuterungen

Abschöpfung siehe Marktordnung

Arbeitseinheit (AE)

Maß zur Vergütung der Arbeitsleistung von LPG-Mitgliedern. Der Wert einer AE berücksichtigt die Qualität und Quantität der Arbeit sowie die Qualifikation der Arbeitskräfte. Sie wird ermittelt nach Abschluß des Kalenderjahres. Die während des laufenden Jahres gezahlten Vergütungen sind Abschlagszahlungen. Die Differenz zum tatsächlichen Wert der AE wird am Jahresende in Form einer Jahresendauszahlung abgegolten. Der Wert einer AE errechnet sich, indem der für die Verteilung an die Genossenschaftsmitglieder vorgesehene Teil des erwirtschafteten Produkts einer LPG durch die Zahl der von allen Mitgliedern geleisteten AE geteilt wird.

Arbeitskraft-Einheit (AK)

In der Landwirtschaft entspricht eine Arbeitskraft-Einheit einer voll arbeitsfähigen männlichen oder weiblichen Person, die während des Betrachtungszeitraums im Betrieb voll zur Verfügung steht (Vollarbeitskraft). Nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte werden nach der Arbeitszeit bewertet, die sie im Laufe des Jahres im Betrieb geleistet haben. Dabei werden derzeit 2 200 entlohnte oder 2 000 geleistete Stunden einer AK gleichgesetzt.

Der Arbeitskraft-Einheit in der Bundesrepublik Deutschland entspricht in der DDR die Vollbeschäftigten-Einheit (VbE), der gegenwärtig 2 257 Gesamtstunden bzw. 1 935 gearbeitete Stunden pro Jahr zugrundeliegen.

Brutto-Bodenproduktion

Die Brutto-Bodenproduktion stellt die Bodenleistung ohne Rücksicht auf die Art ihrer Verwertung dar. Alle landwirtschaftlich genutzten Flächen sind mit ihren ermittelten oder geschätzten Erträgen einbezogen.

Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)

Wesentlicher Bestandteil des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft. Seine Aufgabe ist es, den supranationalen Teil der Agrarpolitik in der Europäischen Gemeinschaft zu finanzieren: Lagerhaltung, Exportsubventionierung, Währungsausgleichszahlungen, Produktionsbeihilfen sowie Zuschüsse für agrarstrukturelle Maßnahmen.

Getreide-Einheit (GE)

Um die Naturalmengen der verschiedenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse zusammenzählen und das Gesamtergebnis in einer Zahl ausdrücken zu können, wird als Maßstab und als gemeinsamer Nenner sowohl bei der Brutto-Bodenproduktion als auch bei den tierischen Leistungen, bei der Nahrungsmittelproduktion und Netto-Nahrungsmittelproduktion sowie beim Selbstversorgungsgrad der landwirtschaftlichen Inlandserzeugung die Getreide-Einheit benutzt. Sie eignet sich zur Kennzeichnung der summarischen Ergebnisse der Agrarproduktion besser als eine monetäre Bewertung, weil unabhängig von den jeweiligen Preisen und Preisrelationen die einzelnen Agrarprodukte durch den Getreide-Einheiten-Schlüssel in ein bestimmtes Verhältnis zu Getreide gebracht werden, wobei 1 dt Getreide = 1 dt Getreide-Einheit gesetzt wird. Während die Bewertung der pflanzlichen Erzeugnisse auf ihrem Nettoenergiewert, ausgedrückt in Stärkeeinheiten sowie dem Verhältnis zum Nettoenergiewert von Getreide basiert, werden die tierischen Erzeugnisse nicht nach ihrem eigenen Nettoenergiegehalt, sondern nach dem Nettoenergiegehalt des Futters bewertet, das durchschnittlich zu ihrer Erzeugung erforderlich ist.

Großvieh-Einheit (GV)

Um den Umfang der Viehhaltung in einer Zahl ausdrücken zu können, wird als Maßstab und als gemeinsamer Nenner aller Tiergattungen und Altersstufen die Großvieh-Einheit (GV) benutzt, wobei grundsätzlich 500 kg Lebendgewicht als eine GV gelten.

Gülle

Bei einstreuloser Nutzviehhaltung (z. B. Spaltenboden- und Käfighaltung) anfallendes, fließfähiges Gemisch aus Kot und Harn der Tiere sowie ggf. Reinigungsabwässern und Futterresten.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) umfaßt: Ackerfläche, Dauergründlandfläche (Wiesen und Weiden), Obstfläche, weinbaulich genutzte Fläche, Hopfenfläche, Baumschulfläche, Flurholzfläche und Obst- und Gemüsefläche in Haus- und Nutzgärten (ohne Ziergärten).

Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)

Die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) umfaßt: die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), die Ziergarten- und Rasenfläche, private Parkanlagen und die nicht genutzte, aber landwirtschaftlich nutzbare Fläche (Sozialbrache).

Marktordnung Synonym „Marktorganisation"

Die Markt- und Preispolitik ist für nahezu alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der EG durch M. geregelt. Die Eingriffe in das Marktgeschehen werden in umfangreichen Binnenmarkt- und Außenhandelsregelungen vorgenommen. Im Zentrum der wichtigsten Marktordnungen steht die Preispolitik. Sie bedient sich im wesentlichen folgender Instrumente:

- Abschöpfungen: Gleitzölle, die die Preisdifferenz zwischen hohem Inlandsniveau und Weltmarktpreisen beim Import in die Gemeinschaft ausgleichen, um so die Binnenagrarmärkte vor Konkurrenz zu schützen.
- Intervention: Staatlich verordneter und finanzierter Ankauf von Agrarerzeugnissen, die vom Binnenmarkt saisonal oder dauerhaft nicht aufgenommen werden.
- Beihilfen: Zahlungen an die Erzeuger, die in der Regel zusätzlich zu den garantierten Mindestpreisen für bestimmte Produkte geleistet werden. Auch pauschale Beihilfen je Flächeneinheit.
- Kontingente: Instrument zur Eindämmung der Überschüsse. Begrenzung der Preisgarantie auf bestimmte Höchstmengen (sog. Quoten oder Garantiemengen). Kontingente werden vor allem bei Milch und Zucker angewandt.

Nahrungsmittelproduktion

Die Nahrungsmittelproduktion umfaßt alle Mengen, die an Nahrungsmitteln und an Rohprodukten für gewerbliche Zwecke verfügbar werden. Darunter fallen sowohl die pflanzlichen Erzeugnisse, die für die menschliche Ernährung direkt verwendet werden oder zur Verarbeitung im Ernährungsgewerbe dienen, als auch die tierischen Erzeugnisse aus den ver-

schiedenen Zweigen der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft. Darin sind der Eigenverbrauch der landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Erzeuger sowie die über den Markt verwerteten Mengen enthalten. Berücksichtigt sind auch die Veränderungen des Viehbestandes, bereinigt um die Einfuhren von Nutz- und Zuchtvieh. Die für Futterzwecke verwendeten landwirtschaftlichen Erzeugnisse treten in der tierischen Erzeugung in Erscheinung. Die als Saatgut verwendeten Mengen sind dagegen nicht in diese Berechnung einbezogen worden, ebenso die Bruteier und das Spannviehfutter. Die Nahrungsmittelproduktion enthält auch jene Mengen, die aus eingeführten Futtermitteln erzeugt worden sind und die Ausfuhren an Nutz- und Schlachtvieh.

Netto-Nahrungsmittelproduktion

Die Netto-Nahrungsmittelproduktion wird aus der Nahrungsmittelproduktion durch Abzug der Futtermitteleinfuhren errechnet. Sie stellt die Erzeugung aus heimischer Bodenleistung dar.

Persönliche Hauswirtschaft

Im Unterschied zum „Hofland" (Wohngebäude mit Garten sowie nicht in LPG eingebrachte Wirtschaftsgebäude), das als privates Eigentum vererbt, veräußert oder auch beliehen werden kann, ist die persönliche Hauswirtschaft ein an die Person und die Mitarbeit in einem Landwirtschaftsbetrieb gebundenes, einklagbares Recht von LPG-Mitglieder (seit 1977), auch von Landarbeitern auf steuerfreie, private Nutzung einer begrenzten Fläche (maximal 0,25 ha LN/Person bzw. 0,50 ha LN/Familie) und private — seit 1977 nicht mehr zahlenmäßig begrenzte — Nutzviehhaltung. Darüber hinaus werden auch von Personen außerhalb der Landwirtschaft Flächen privat bewirtschaftet und Nutztiere privat gehalten. Diese individuellen Kleinproduzenten sind meist im Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) organisiert.

Tierische Leistungen insgesamt

Die tierischen Leistungen insgesamt stellen die viehwirtschaftliche Gesamtleistung dar. Alle Tierarten sind mit ihren ermittelten oder geschätzten Leistungen für die Nahrungsmittelproduktion und mit ihren Verlusten sowie gegebenenfalls mit ihren Zugleistungen einbezogen.

Währungsausgleich Synonym „Grenzausgleich"

Die gemeinsame Agrarpolitik beruht u. a. auf einer einheitlichen Basis zur Berechnung der Erzeugerpreise und der Finanztransfers für die Landwirtschaft. Die künstliche Währungsform „Rechnungseinheit", die speziell für den Agrarmarkt geschaffen worden ist, funktioniert indes nur solange, als die verschiedenen nationalen Währungen keinen Paritätsänderungen unterworfen werden. Da die EG-Preise für landwirtschaftliche Marktordnungsprodukte in Rechnungseinheiten festgelegt worden sind, aber in nationaler Währung ausbezahlt werden, müssen Auf- und Abwertungen die Relationen zur gemeinsamen Rechnungseinheit verändern. Abwertungen führen in einem solchen System zur Erhöhung der nationalen Erzeugerpreise, Aufwertungen zur Senkung. In beiden Fällen kann es wirtschaftspolitisch unerwünscht sein, die Wirkung von Paritätsänderungen auf Landwirtschaft oder Konsument voll durchschlagen zu lassen. Werden paritätsänderungsbedingte Erlöseinbußen der Landwirtschaft aus staatlichen Mitteln ausgeglichen, so spricht man vom Währungsausgleich.

3.4. Verkehrswesen

Zusammenfassung

In beiden deutschen Staaten wird der Beitrag des Wirtschaftsbereiches Verkehr zum Bruttoinlandsprodukt mit einem — bezogen auf den Beitrag des Verkehrsbereichs zur wirtschaftlichen Gesamtleistung — überdurchschnittlich hohen Einsatz an Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte und Kapital) erbracht.

Zerstörung und Demontage hatten das Verkehrswegenetz Deutschlands bei Kriegsende erheblich in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Während jedoch in der Bundesrepublik die Infrastruktur für den Verkehrsbereich stark erneuert und erweitert wurde, genügt das Verkehrswegenetz der DDR in seiner strukturellen Zusammensetzung und seinem qualitativen Ausbauzustand nicht den Anforderungen, die Bevölkerung und Wirtschaft heute stellen.

Im Güterverkehr der Bundesrepublik war die Entwicklung von einer kräftigen Zunahme des Straßengüterverkehrs, einer in etwa gleichbleibenden Bedeutung der Binnenschiffahrt und einem rückläufigen Bahnanteil gekennzeichnet. In der DDR dominiert — wie auch in den anderen Staaten des RGW — die Bahn, während die Binnenschiffahrt praktisch keine Bedeutung hat. Der LKW-Verkehr, und hier insbesondere der Werkverkehr, der sich in den siebziger Jahren auch in der DDR stark ausweitete, wird derzeit aus energiewirtschaftlichen Gründen stark zugunsten von Bahn und Binnenschiffahrt zurückgedrängt.

Im Personenverkehr zeigt in beiden deutschen Staaten der öffentliche Personenverkehr zunehmend eine stagnierende Entwicklung, während der Individualverkehr demgegenüber hohe Zuwachsraten aufweist. Rund zwei Drittel aller Privathaushalte besitzen in der Bundesrepublik mindestens ein Auto. In der DDR sind es erst zwei Fünftel. Die Ausstattung der Haushalte mit Zweitwagen ist mit 12 vH in der Bundesrepublik ebenfalls deutlich höher als in der DDR (2 vH). In der DDR müssen

bei der Bestellung eines Autos mehr als 10 Jahre Wartezeit in Kauf genommen werden. Auch sind die Autos und das Autofahren erheblich teurer als in der Bundesrepublik.

Sowohl für die Bundesrepublik („Integrierte Bundesverkehrswegeplanung") als auch für die DDR („Generalverkehrspläne", „Generalsverkehrsschema") werden langfristige Verkehrspläne und -konzeptionen erarbeitet. Während in der Bundesrepublik neuerdings auch den ökologischen Aspekten stärker Rechnung getragen wird, sind in der DDR Ansätze für eine längerfristige umweltpolitische Strategie im Verkehrsbereich nicht zu erkennen.

Inhalt Seite

3.4.1. Verkehr in der Gesamtwirtschaft 459
3.4.2. Verkehrsinfrastruktur 460
3.4.3. Verkehrsleistungen 462
3.4.3.1. Güterverkehr 462
3.4.3.2. Personenverkehr 463
3.4.4. Planung und Entwicklungstendenzen 465
3.4.5. Post- und Fernmeldewesen 466
Literaturhinweise zu 3.4. 466

3.4.1. Verkehr in der Gesamtwirtschaft

Die Verkehrswirtschaft ist ein Wirtschaftszweig der Volkswirtschaft, in dem auch in vielen westlichen Ländern die staatliche Reglementierung besonders ausgeprägt ist. So war auch in Deutschland der Einfluß des Staates auf das Angebot der Eisenbahn und der Post, des städtischen Nahverkehrs, der Luftfahrt sowie der Hafenwirtschaft schon immer sehr groß.

Schwerpunkte privatwirtschaftlicher Tätigkeit waren — und sind es auch heute noch in der Bundesrepublik — vor allem der Straßenverkehr, die Speditionen und Lagereien, die Binnenschiffahrt, die Seeschiffahrt sowie die Reisebüros. In der DDR wurden diese Bereiche fast ausnahmslos verstaatlicht, so daß die Verkehrsleistungen — ohne Individual- und Werkverkehr — heute nahezu vollständig (98 vH) von volkseigenen Unternehmen bzw. Betrieben mit staatlicher Beteiligung erbracht werden.

Die staatliche Einflußnahme geht in der DDR jedoch noch wesentlich weiter. Während im Personenverkehr trotz vieler Restriktionen die Verkehrsmittelwahl und auch die Höhe der nachgefragten Beförderungsleistungen keinen staatlichen Beschränkungen unterworfen sind, kontrolliert der Staat im Güterverkehr nicht nur Verkehrswege und -mittel. Er schreibt den Betrieben und Kombinaten auch vor, welche Transportmengen sie höchstens (Transportlimite) mit welchen Transportmitteln und auf welchen Verkehrswegen transportieren dürfen. Die Anpassungsfähigkeit der Verkehrsträger an die Transportbedürfnisse der Wirtschaft wird durch die staatliche Investitions- und bis in die letzten Verästelungen gehende Transportplanung fast vollkommen eingeschränkt. Betriebe und Kombinate als Verkehrsnachfrager müssen sich einseitig an das gegebene Leistungsniveau der Verkehrsträger anpassen. Da vom Staat die Investitionen in die Verkehrswege und -mittel stark vernachlässigt wurden, ist der Leistungsstand des Verkehrsangebots sowohl qualitativ als auch quantitativ unzureichend. So erweist sich im Wirtschaftsgefüge der DDR der Transportsektor immer wieder als Engpaß.

In der Bundesrepublik gilt grundsätzlich das Prinzip der freien Wahl des Verkehrsmittels. Im Güter- wie im Personenverkehr kann jeder das Verkehrsmittel wählen, das er benutzen will. Gleichwohl gehört der Verkehrssektor zu den Bereichen, in dem staatliche Interventionen über das in einer Marktwirtschaft übliche Maß weit hinausgehen. Die Charakterisierungen des Verkehrsmarktes in der Bundesrepublik reichen von „kontrollierter Wettbewerbsordnung" bis hin zu „Verkehrsmarktdirigismus". Gestaltenden und bestimmenden Einfluß hat der Staat fast uneinge-

schränkt bei den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Daneben sind vor allem die Güterverkehrsmärkte stark reguliert.

Generell wird der staatliche Interventionismus in der Bundesrepublik damit begründet, daß der Verkehrsbereich eine Vielzahl außerwirtschaftlicher Aufgaben zu erfüllen habe, die sich nicht selbständig über den Markt regulieren ließen. Hierzu gehören gemeinwirtschaftliche, staats-, sozial- und regionalpolitische Aufgaben ebenso wie ökologische und städtebauliche Belange. Die speziellen Eingriffe in die Güterverkehrsmärkte — wie Marktzugangsbeschränkungen, staatliche Tarifaufsicht, steuerliche und verkehrstechnische Maßnahmen und Bestimmungen — werden vor allem damit gerechtfertigt, daß die Gefahr eines ruinösen Wettbewerbs bestünde, daß das mittelständische Güterkraftgewerbe in Gefahr sei und daß sie unverzichtbar zum Schutz der Bahn seien.

In der aktuellen verkehrspolitischen Diskussion wird diese Verkehrsmarktordnung, die strukturkonservierende Züge trage, stark kritisiert. Gefordert wird insbesondere von dem Europäischen Gerichtshof, Verkehrswissenschaftlern und der verladenden Wirtschaft ein „Mehr" an Wettbewerb, bzw. eine allgemeine Dienstleistungsfreiheit in den Mitgliedstaaten der EG, um Diskriminierungen abzubauen. Die derzeitige zwangskartellartige Marktorganisation verhindere zudem mögliche marktgerechte Kosten- und Preissenkungen, so daß die deutsche Wirtschaft für Verkehrsleistungen überhöhte Preise bezahlen müsse. Bei den beteiligten Verkehrsträgern, den Produzenten von Verkehrsleistungen, stößt eine Deregulierung der Verkehrsmärkte auf Widerstand. Generell umstritten ist auch die Frage, wie weit die Liberalisierung gehen soll.

Erklärtes Ziel aller an der Diskussion Beteiligten ist es, eine volkswirtschaftlich sinnvolle Aufgabenteilung zwischen den Verkehrsarten herzustellen. Dies gilt für die Arbeitsteilung zwischen Schienen-, Straßen-, Luft- und Binnenschiffsverkehr ebenso wie für die Abstimmung zwischen gewerblichem Verkehr und Werkverkehr. In dieser Grundforderung gibt es zwischen der Bundesrepublik und der DDR im übrigen keinen Unterschied. Das würde neben ordnungspolitischen Maßnahmen aber auch eine Lösung des Wegekostenproblems — Ermittlung der Gesamtkosten, einschließlich der zurechenbaren Wegekosten und Zurechnung auf Verkehrsarten und -mittel nach einheitlichen Kriterien — voraussetzen, die in der Bundesrepublik wie in der DDR bisher weitgehend nicht erfolgt ist. In der Bundesrepublik wird nach praktikablen Methoden zur Quantifizierung der Wegekosten geforscht (DIW). Gerade für die Planwirtschaft der DDR wäre die Ermittlung der Gesamtkosten für die Verkehrsarten, vor allem für die Steuerung der Arbeitsteilung zwischen Schiene und Straße, eine vordringliche Aufgabe.

Ein globaler Vergleich volkswirtschaftlicher Kennziffern — wenn aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen und Begriffsinhalte auch nur bedingt möglich — zwischen der Bundesrepublik und der DDR zeigt gewisse Ähnlichkeiten. Der Anteil des Verkehrswesens (ohne Post- und Fernmeldewesen sowie ohne Individual- und Werkverkehr) am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik und am Nettoprodukt der produzierenden Bereiche der DDR beträgt 3,5 bzw. 3 vH. Beide Kennziffern weisen, bedingt durch das Vordringen des Individual- und Werkverkehrs, eine leicht rückläufige Tendenz auf. Der Rückgang wichtiger Massengütertransporte sowie Strukturveränderungen der Produktion sind die wichtigsten Ursachen hierfür. Bei Einbeziehung des Post- und Fernmeldewesens ergibt sich für die Bundesrepublik ein leichter Anstieg (1984: rund 7 vH) und für die DDR eine Stagnation (rund 4 vH) der entsprechenden Kennziffern im Zeitverlauf. Der Beitrag des Wirtschaftsbereichs Verkehr (einschließlich Post- und Fernmeldewesen) zum Bruttoinlandsprodukt wird, wie in anderen Industrieländern, in beiden deutschen Staaten mit einem überdurchschnittlich hohen Einsatz an Produktionsfaktoren erbracht. Auf den Verkehrsbereich entfielen 1984 in der DDR 7,5 vH der Beschäftigten, rund 9 vH des Brutto-Anlagevermögens sowie rund 8 vH der Investitionen. Die Quoten für die Bundesrepublik betrugen rund 6 vH, 12 vH und 9 vH.

3.4.2. Verkehrsinfrastruktur

Zerstörung und Demontagen hatten das Verkehrswegenetz Deutschlands bei Kriegsende erheblich in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Hinzu kam, daß die Verkehrsströme aus einer bis zum Kriegsende vorherrschenden Ost-West-Richtung — mit einem entsprechend ausgebauten einheitlichen Verkehrswegenetz — nicht nur zerschnitten, sondern in beiden deutschen Staaten zunehmend in eine Nord-Süd-Richtung verlagert wurden. Während in der Bundesrepublik erhebliche Mittel in den Wiederaufbau und die Umgestaltung der Infrastruktur flossen, wurde das Wegenetz der DDR bis heute nicht grundlegend den veränderten Gegebenheiten angepaßt. Das Verkehrswegenetz ist zwar auch im Vergleich mit der Bundesrepublik relativ dicht, genügt in seiner strukturellen Zusammensetzung und seinem qualitativen Ausbauzustand aber nicht den Anforderungen, die Bevölkerung und Wirtschaft stellen. Erst Ende der sechziger Jahre und verstärkt in den siebziger Jahren begann man mit der Rekonstruktion und Erweiterung wichtiger Hauptverbindungen im Eisenbahn- und Straßenbereich (vgl. Übersicht 3.4.-1).

Das Streckennetz der Deutschen Reichsbahn (DR) ist mit 14 226 km halb so lang wie das Schienennetz in der Bundesrepublik — Deutsche Bundesbahn (DB) und nichtbundeseigene Eisenbahnen: 30 900 km —; es ist als sehr engmaschig zu bezeichnen. Das ursprüngliche Eisenbahnnetz war bei Kriegsende durch Zerstörung und Demontagen erheblich in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Die doppelte Aufgabe — Beseitigung der Zerstörungen bei gleichzeitig wachsenden Anforderungen — konnte bis heute nicht zufriedenstellend gelöst werden. In der DDR ist das Netz nur zu etwa 30 vH zwei- und mehrgleisig ausgebaut, und nur etwa 16 vH sind elektrifiziert (Bundesrepublik: 40 vH bzw. 38 vH). Weil es in der Vergangenheit u. a. auch wegen dieses mangelhaften Ausbauzustandes wiederholt zu Engpässen

Übersicht 3.4.-1

Verkehrswege 1984
km Straßenlänge je 1 000 km²

	Bundesrepublik Deutschland	DDR
Eisenbahnstrecken	124[1]	131
Hauptbahnen	73	71
elektrifiziert	47	21
Straßen insgesamt	1 965	1 111
Straßennetz	694	437
Autobahnen	32	18[2]
Bundesstraßen	127	104[3]
Land- und Kreisstraßen	535	315[4]
Gemeindestraßen	1 271	674[6]
Binnenwasserstraßen	18[5]	21
Rohrfernleitungen	9	12

[1] Deutsche Bundesbahn und nichtbundeseigene Eisenbahnen.
[2] Einschließlich Autobahnanschlußstellen.
[3] Fernverkehrsstraßen.
[4] Bezirksstraßen.
[5] Wasserstraßen.
[6] Kommunale Straßen 1980.

Quellen: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR 1985. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. — DIW, Enderlein H. (Bearb.): Verkehr in Zahlen 1985. Hrsg.: Der Bundesminister für Verkehr. Bonn. 1985.

kam und weil die Einbeziehung der Bahn in die binnenländischen Transportabläufe aus energiewirtschaftlichen Gründen künftig noch verstärkt werden soll, fließen derzeit über 50 vH des Investitionsfonds des gesamten Transportwesens in die Infrastruktur (Elektrifizierung) der Bahn. Das Streckennetz in der Bundesrepublik, das schon heute einen vergleichsweise hohen Modernitätsgrad aufweist, wird derzeit mit beträchtlichen Investitionen zu einem Hochgeschwindigkeitsnetz ausgebaut.

Das Straßennetz in der Bundesrepublik wurde erheblich erweitert; einschließlich der Gemeindestraßen ist die Netzdichte (km Streckenlänge/1 000 km²) fast doppelt so groß wie in der DDR. Allein seit 1970 sind etwa 50 000 km Gemeindestraßen hinzugekommen, ist das Autobahnnetz auf gegenwärtig 8 200 km verdoppelt worden. Parallel hierzu erfolgte eine qualitative Verbesserung des vorhandenen Netzes und eine Anpassung an die gestiegenen Anforderungen.

Auch das wesentlich kleinere Straßennetz der DDR kann im europäischen Vergleich als dicht bezeichnet werden. Die bereitgestellten Mittel wurden überwiegend für die Erhaltung und Erneuerung des bestehenden Wegenetzes von gegenwärtig rund 120 000 km verwendet. Dies gelang aber nur sehr unvollkommen. Der Zustand der Fahrbahndecken, die Ausbauprofile der Fernverkehrsstraßen sowie die vergleichsweise hohe Anzahl der niveaugleichen Schienenübergänge entsprechen nicht mehr den auch in der DDR durch die individuelle Motorisierung stark gestiegenen Erfordernissen des heutigen Straßenverkehrs. Das derzeitige Autobahnnetz von rund 1 900 km Länge war zum größeren Teil schon bei Kriegsende vorhanden. Hinzugefügt wurden die Autobahn (AB) Leipzig–Dresden (74 km), die AB Berlin–Rostock (229 km) sowie das Schlußstück (28 km) des vor Kriegsende begonnenen Autobahnringes um Berlin. Mit beträchtlicher finanzieller Unterstützung durch die Bundesrepublik wurden die für den Transit-Verkehr West-Berlin mit dem Bundesgebiet wichtigen Autobahnstrekken erneuert bzw. ausgebaut sowie der Neubau der Autobahnverbindung zwischen Berlin und Hamburg auf DDR-Gebiet abgeschlossen (Neubaustrecke ab Rostocker Autobahn, Abzweig Wittstock bis Zarrentin, Grenzübergangsstelle zur Bundesrepublik 128 km, zuzüglich Autobahnzubringer vom Berliner Ring (Velten) nach Stolpe-Dorf, Grenzübergangsstelle nach West-Berlin 12 km). Den größten Teil der Kosten für die Autobahn in Richtung Hamburg trug die Bundesrepublik Deutschland (1,2 Mrd. DM) ebenso wie für die Grunderneuerung der Haupttransitstrecke Berlin–Helmstedt sowie deren teilweisen sechsspurigen Ausbau (260 Mill. DM).

Im innerstädtischen Verkehr der Bundesrepublik wurde das U- und S-Bahnnetz erheblich erweitert, während zur Entlastung des individuellen Straßenverkehrs in den Städten das Straßenbahnnetz deutlich reduziert wurde. Mit Hilfe von „Park and Ride" und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen versucht man, die Innenstadtkerne vieler Städte zu entlasten und „wiederzubeleben". In der DDR sind Ausbau- und Erweiterungspläne für ein Schnellbahnnetz in einigen Großstädten — Berlin (Ost), Dresden, Halle, Leipzig, Magdeburg, Rostock — verwirklicht worden. Die Straßenbahn ist das Hauptverkehrsmittel. Lediglich in Berlin (Ost) existiert eine U-Bahn, der Obus nur in einigen Städten. Die Investitionsmittel werden zum größten Teil für die verkehrstechnische Erschließung neuer Wohnviertel benötigt, so daß für eine grundlegende Modernisierung der vorhandenen Infrastruktur kaum etwas übrig bleibt.

Die rund 4 300 km Binnenwasserstraßen haben für das binnenländische Gütertransportsystem der Bundesrepublik große Bedeutung. Sie verbinden wichtige Wirtschaftszentren miteinander und diese wiederum mit den wichtigsten Seehäfen. Es wurden neue Verbindungen geschaffen bzw. geplant (wie Mosel-, Neckar-, Elbe-Seiten- und Rhein-Main-Donau-Kanal) und die vorhandenen Kanäle den größeren Schiffseinheiten angepaßt.

Das schon 1945 gut ausgebaute Wasserstraßensystem in der DDR von derzeit rund 2 300 km Länge verlor wegen der veränderten Stellung Berlins und der Tatsache, daß Oder und Elbe zu Grenzflüssen der DDR wurden, erheblich an Bedeutung. Da die Industriege-

biete der DDR nicht durch leistungsfähige Wasserstraßen erschlossen sind, die Seehäfen der DDR ebenfalls keinen Wasserstraßenanschluß haben und eine Niedrigwasserregulierung von Elbe und Oder fehlen, ist nicht zu erwarten, daß die Binnenschiffahrt eine ähnliche Bedeutung wie in der Bundesrepublik erlangen kann.

Die bedeutendsten Seehäfen in der Bundesrepublik liegen an der Nordsee. Sie sind fast ausnahmslos durch Wasserstraßen-, Autobahn- und Eisenbahnanschluß mit den Wirtschafts- und Bevölkerungszentren der Bundesrepublik verbunden. Infolge der starken Außenhandelsorientierung konnten hier vor allem in den sechziger und siebziger Jahren beträchtliche Steigerungsraten bei den jährlichen Umschlagsleistungen erzielt werden. Hamburg erzielt gegenwärtig mit rund 50 Mill. t eine doppelt so große Umschlagsleistung wie der zweitgrößte Hafen Bremen-Bremerhaven. Demgegenüber sind die Ostseehäfen — mit Ausnahme Lübecks (9 Mill. t) — bedeutungslos.

In der DDR wurde Rostock mit gezielten Investitionen zu einem modernen Universalhafen ausgebaut. Hierfür sprachen neben dem Wunsch nach Unabhängigkeit im Seeverkehr von Hamburg und Stettin devisenwirtschaftliche Überlegungen, aber auch nationale Prestigegesichtspunkte. Wenn man bedenkt, daß Rostock vor dem Kriege keinerlei Bedeutung hatte, ein Binnenwasserstraßenanschluß fehlt und der Eisenbahnanschluß erst jetzt durchgehend elektrifiziert wird, ist die jährliche Umschlagsleistung von gegenwärtig 18 Mill. t beachtlich.

In beiden deutschen Staaten wurden zunächst auch die Handelsflotten beträchtlich erweitert. Die Leistungen der Seeschiffahrt stiegen in der Bundesrepublik und in der DDR allerdings nicht wie geplant bzw. erwartet, so daß die Flottenkapazitäten derzeit stagnieren (DDR) bzw. stark rückläufig (Bundesrepublik) sind.

Parallel zu den steigenden Passagierzahlen im Luftverkehr wurden in der Bundesrepublik zehn Verkehrsflughäfen von überregionaler oder internationaler Bedeutung aufgebaut. Der mit Abstand größte Flughafen ist Frankfurt am Main, auf dem 1984 rund 19 Mill. Fluggäste abgefertigt wurden. In der DDR wurde lediglich Berlin-Schönefeld als internationaler Großflughafen ausgebaut. Ein Grund für die trotz dieser Konzentration vergleichsweise niedrigen Fluggastzahlen (rund 2 Mill.) ist darin zu sehen, daß 1980 aus energiewirtschaftlichen Gründen der Inlandsflugverkehr vollkommen eingestellt wurde.

Für die Versorgung der chemischen Industrie, den erhöhten Treibstoffbedarf sowie einen allgemein steigenden Energieverbrauch von Wirtschaft und Bevölkerung wurden in beiden deutschen Staaten Rohrleitungsnetze (Bundesrepublik: rund 2 200 km; DDR: rund 1 300 km) gebaut. Die Wandlungen auf dem Mineralölsektor, der stagnierende bzw. rückläufige Verbrauch von Mineralölerzeugnissen haben dazu geführt, daß beide Netze seit Jahren nicht mehr erweitert wurden.

3.4.3. Verkehrsleistungen

3.4.3.1. Güterverkehr

Die Entwicklungen auf dem Güterverkehrsmarkt der Bundesrepublik haben in der Vergangenheit zu erheblichen Strukturwandlungen in der Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern geführt. Gekennzeichnet war die Entwicklung von einer kräftigen Zunahme des Straßengüterverkehrs, einer in etwa gleichbleibenden Bedeutung der Binnenschiffahrt und einem rückläufigen Bahnanteil. Die wichtigsten Gründe hierfür waren die Auswirkungen der Wettbewerbsbeziehungen — insbesondere des Leistungswettbewerbs — zwischen den Verkehrsträgern, Veränderungen in der Güterstruktur (Güterstruktureffekt) — Rückgang bzw. unterdurchschnittliches Wachstum der Gütergruppen, bei denen die Bahnanteile besonders hoch sind (z. B. Montangüter) — sowie vor allem die enorme Erweiterung des Fernstraßennetzes in der Bundesrepublik in den sechziger und siebziger Jahren. Auch die erheblich veränderten und differenzierteren Anforderungen der verladenden Wirtschaft an das Verkehrsgewerbe begünstigten die Ausdehnung des Straßengüterverkehrs.

Kennzeichnend für das Transportwesen der DDR ist — wie in allen Staaten des RGW — die Vorrangstellung der Eisenbahn. Eine stärkere Expansion des Straßengüterverkehrs hätte neben einer umfassenden Verbesserung und Erweiterung des Straßennetzes einen mit Devisenausgaben verbundenen Import von LKW oder einen erheblichen Ausbau der eigenen Kraftwagenproduktion erfordert. Da die Binnenschiffahrt wegen ihrer ungünstigen natürlichen Angebotsbedingungen ebenfalls nicht stärker in die binnenländischen Transportabläufe einbezogen werden konnte, blieb nur die Bahn als universelles Transportmittel.

Gleichwohl zeichneten sich wie in der Bundesrepublik deutliche Verkehrsverlagerungen im Güterverkehr von der Schiene zur Straße ab. Um die Transportengpässe im öffentlichen Verkehr zu umgehen, weitete sich vor allem der Werkverkehr mit LKW aus, eine Verkehrsart, die sich zunächst weitgehend der zentralen Planung entzog. Die kräftig steigenden Rohölpreise trafen den Verkehrsbereich als nach Industrie und Haushalten drittgrößtem Energieverbraucher besonders stark und führten zu einem grundsätzlichen Überdenken der staatlichen Verkehrspolitik (vgl. Übersicht 3.4.-2).

Verglichen mit der Bundesrepublik sind der Transportbedarf der Volkswirtschaft (t bzw. tkm je Einheit des gesellschaftlichen Gesamtprodukts) hoch. Während in den 60er Jahren die Werte für die DDR sowohl beim Verkehrsaufkommen (beförderte Menge in t) als auch bei den Verkehrsleistungen (gemessen in tkm) unter denen in der Bundesrepublik lagen, ist es heute umgekehrt. Bei entsprechenden einwohnerspezifischen Kennzahlen (t bzw. tkm je Einwohner) war die Entwicklung ähnlich ungünstig für die DDR. Diese Kenngrößen sind kein ausreichender Beleg für die Effizienz eines Transportsystems. Gründe für unterschiedlich hohen Transportumfang können andere Standortstrukturen, ein differierender vertikaler Kon-

Übersicht 3.4.-2

Kennzahlen zur Entwicklung des Güterverkehrs[1]

	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	Verkehrsaufkommen			
	in Mill. t	t/Einw.	in Mill. t	t/Einw.
1970	2 844,0	46,9	755,6	44,3
1975	2 777,4	44,9	923,9	54,9
1980	3 228,3	52,4	1 099,3	65,7
1981	3 035,3	49,2	1 063,8	63,7
1982	2 846,6	46,2	985,7	59,0
1983	2 898,3	47,2	964,5	57,8
1984	2 987,1	48,9	954,1	57,3
	Verkehrsleistung			
	in Mrd. tkm	1 000 tkm/Einw.	in Mrd. tkm	1 000 tkm/Einw.
1970	215,2	3,6	58,3	3,4
1975	213,5	3,5	73,2	4,4
1980	255,0	4,1	84,7	5,1
1981	246,4	4,0	83,0	5,0
1982	237,2	3,9	77,3	4,6
1983	241,0	3,9	77,1	4,6
1984	251,2	4,1	78,1	4,7

[1] Ohne Seeschiffahrt und ohne Luftverkehr.

Quellen: Verkehr in Zahlen 1985. — Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen des DIW.

zentrationsgrad, ein unterschiedlicher Veredelungsgrad der transportierten Produkte sowie ein divergierender Anteil des Dienstleistungssektors sein. In jedem Fall heißt die jetzt gültige Maxime, den Transportaufwand im Binnengüterverkehr zu senken und Energie einzusparen. Weil der spezifische Energieverbrauch (Kilojoule je Bruttotonnenkilometer) beim Kraftverkehr nach DDR-Berechnungen dreimal höher als bei Bahn und Binnenschiffahrt ist, wird seit Beginn der achtziger Jahre die Güterverkehrsnachfrage auf diese beiden Verkehrsträger gelenkt. Vom Wegenetz her ist es aber in erster Linie die ohnehin überlastete Eisenbahn, die für energiegünstige Transportverlagerungen in Frage kommt.

Gegenwärtig (1984) werden in der Bundesrepublik ein Viertel der Verkehrsleistungen (tkm) im binnenländischen Güterverkehr — ohne Seeschiffahrt — und ein Zehntel der transportierten Mengen (t) von der Eisenbahn erbracht, in der DDR sind es drei Viertel bzw. ein Drittel. Die DR hat 1984 fast 340 Mill. t Güter befördert, die Verkehrsleistung betrug 57 Mrd. tkm. Sie hat damit in etwa die gleichen Leistungskennzahlen wie die Eisenbahn in der Bundesrepublik (320 Mill. t und 60 Mrd. tkm), unter Berücksichtigung des mangelhaften Ausbauzustandes des Netzes eine erstaunliche Leistung. Bei Mineralölerzeugnissen, Baumaterialien, Halb- und Fertigwaren sowie Stückgut erbringt die DR Leistungen, die in der Bundesrepublik zu größeren Teilen auch von der Binnenschiffahrt und dem LKW übernommen werden.

Beim Straßengüterverkehr (einschließlich Nah- und Fernverkehr) sind die Gewichte deutlich anders verteilt. Während seine Anteile in der Bundesrepublik mit steigender Tendenz gegenwärtig bei vier Fünfteln (t) und rund der Hälfte (tkm) liegen, betragen die Vergleichswerte für die DDR knapp drei bzw. ein Fünftel. Der Güterverkehr mit LKW, und hier vor allem der Werkverkehr, der auch in der DDR in den siebziger Jahren kräftig expandierte, wird seit etwa 1980 mit gesetzlichen, administrativen und tariflichen Maßnahmen zurückgedrängt. Gleichzeitig sollen in der DDR die Werkfuhrparks verkleinert werden, die — wie in der Bundesrepublik — fast die Hälfte des binnenländischen Transportaufkommens befördern. Es wird versucht, den Betrieben die Verfügungsgewalt über die Werks-LKW zu entziehen, sie quasi zu „vergesellschaften" und in die Erfüllung überbetrieblicher Transportaufgaben einzubeziehen.

In der Bundesrepublik liegen die Verkehrsanteile der Binnenschiffahrt mit 8 vH (t) und 21 vH (tkm) nur knapp unter denen der Eisenbahn. Mit Anteilen von 2 vH bzw. 3 vH ist sie in der DDR ein unbedeutender Verkehrsträger. Darin wird sich nichts ändern, auch wenn sie als energiewirtschaftlich günstigstes Verkehrsmittel stärker an den Transportaufgaben beteiligt werden soll.

Obwohl für den Transport von Mineralöl und Mineralölprodukten in der DDR die Substitution der traditionellen Verkehrsträger durch Rohrfernleitungen fast 10 Jahre später als in der Bundesrepublik einsetzte, haben diese heute Anteile von 4 vH (t) bzw. 6 vH (tkm) gegenüber 2 vH und 4 vH in der Bundesrepublik. In beiden deutschen Staaten verlieren die Rohrfernleitungen für die binnenländischen Transportabläufe an Bedeutung.

Tendenziell rückläufig sind in der Bundesrepublik wie in der DDR die Leistungen (tkm) der Seeschiffahrt. Uneinheitlich entwickelte sich der Umschlag in den Seehäfen. Während die Umschlagsmenge in den Seehäfen der DDR kontinuierlich auf jetzt 23 Mill. t gesteigert wurde, stagniert sie in der Bundesrepublik — mit allerdings großen zwischenzeitlichen Abweichungen nach oben — bei rund 135 Mill. t.

Gütertransporte mit dem Flugzeug haben in beiden deutschen Staaten keine Bedeutung.

3.4.3.2. Personenverkehr

Wie in der Bundesrepublik Deutschland zeigt auch in der DDR der öffentliche Personenverkehr eine zunehmend stagnierende Entwicklung, während der Individualverkehr demgegenüber hohe Zuwachsraten aufweist. Diese Entwicklung überrascht zunächst, wenn man bedenkt, daß anders als in der Bundesrepublik in allen kurz-, mittel- und langfristigen Verkehrsplanun-

gen der DDR der Eisenbahn-, Bus- und städtische Nahverkehr uneingeschränkte Priorität hatten. In den veröffentlichten Jahres- und Fünfjahresplänen wird der Individualverkehr noch nicht einmal erwähnt. Diese Ausklammerung bedeutet offensichtlich das Eingeständnis, daß es auch in einem sozialistischen Staat fast unmöglich ist, diesen Teil des Verkehrs einer Planung zu unterziehen.

Eine Gegenüberstellung von Mobilitätskennziffern (Fahrten bzw. Pkm je Einwohner) für beide deutsche Staaten läßt trotz vieler Unterschiede Gemeinsamkeiten erkennen (vgl. Übersicht 3.4.-3).

Der Anstieg der Mobilität ist fast ausschließlich auf die Entwicklung des Individualverkehrs zurückzuführen. In der DDR nahm die Zahl der Fahrten je Einwohner und Jahr im Zeitraum 1970/84 um rd. die Hälfte zu, in der Bundesrepublik dagegen stieg sie — bedingt durch das höhere Ausgangsniveau — nur noch um ein Drittel. Dabei hat sich die Mobilität im Individualverkehr der DDR mehr als verdoppelt, jedoch bei weitem noch nicht das Niveau in der Bundesrepublik erreicht. Die vergleichsweise niedrigen Fahrtenzahlen im privaten Verkehr werden zum großen Teil durch die entsprechenden Werte bei öffentlichen Verkehrsmitteln kompensiert, für die die Kennziffer mehr als doppelt so hoch ist wie in der Bundesrepublik. Fast parallel hierzu entwickelten sich die Mobilitätsraten bei den Verkehrsleistungen (Pkm je Einwohner).

In der Bundesrepublik hatte der Individualverkehr 1984 einen Anteil am Verkehrsaufkommen (beförderte Personen) und an den Leistungen (Personenkilometer) von jeweils vier Fünfteln; in der DDR liegen die Werte gegenwärtig bei der Hälfte bzw. 55 vH. Diese Abweichungen lassen sich fast ausnahmslos durch die unterschiedlichen Motorisierungsgrade erklären. Während in der Bundesrepublik 1984 im statistischen Durchschnitt für jeweils 2,4 Einwohner ein PKW zur Verfügung stand, mußten sich in der DDR noch 5,3 Einwohner einen PKW teilen. Unter Einbeziehung der motorisierten Zweiräder (Motorräder und -roller sowie Mopeds) liegt der Motorisierungsgrad (Kraftfahrzeuge je 1 000 Einwohner) allerdings nur

Übersicht 3.4.-3

Kennzahlen zur Entwicklung des Personenverkehrs

	Bundesrepublik Deutschland			DDR		
	Verkehrsaufkommen — Fahrten je Einwohner					
	Insgesamt	Öffentlicher Verkehr[1]	Individual-verkehr[2]	Insgesamt	Öffentlicher Verkehr[1]	Individual-verkehr[2]
1970	500	119	381	321	204	117
1975	549	127	422	392	227	165
1980	599	129	470	454	245	209
1981	566	130	436	462	245	217
1982	572	125	447	466	243	223
1983	580	122	458	480	247	233
1984	579	116	463	495	250	245
	Verkehrsleistung — 1 000 Pkm je Einwohner					
	Insgesamt	Öffentlicher Verkehr[1]	Individual-verkehr[2]	Insgesamt	Öffentlicher Verkehr[1]	Individual-verkehr[2]
1970	8,0	1,7	6,3	4,7	2,5	2,2
1975	8,4	1,7	6,6	5,9	3,1	2,8
1980	9,7	2,0	7,6	6,7	3,3	3,4
1981	9,3	2,1	7,2	6,8	3,3	3,5
1982	9,5	2,0	7,5	6,9	3,3	3,7
1983	9,7	2,0	7,7	7,1	3,3	3,8
1984	9,9	2,0	7,9	7,4	3,3	4,1

[1] Eisenbahnen, Omnibusverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr, Luftverkehr.

[2] Verkehr mit Personen- und Kombinationskraftwagen sowie motorisierten Zweirädern.

Quellen: Verkehr in Zahlen 1985. — Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen des DIW.

Übersicht 3.4.-4

Entwicklung der Kfz-Dichte[1] in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR

	Bundesrepublik Deutschland			DDR		
	Kfz/1 000 Einw.		PKW-Anteil in vH	Kfz/1 000 Einw.		PKW-Anteil in vH
	Alle Kfz[2]	PKW[3]		Alle Kfz[2]	PKW[3]	
1970	251	230	92	239	68	28
1975	325	290	89	316	112	35
1980	423	377	89	370	160	43
1981	429	385	90	387	168	43
1982	438	391	91	403	175	43
1983	448	400	90	409	181	44
1984	460	412	90	419	190	45

[1] Ohne Nutzfahrzeuge.
[2] Personen- und Kombinationskraftwagen, Motorräder und -roller sowie Mopeds; DDR: Mopeds ab 1980 vom DIW geschätzt.
[3] Personen- und Kombinationskraftwagen.

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen des DIW.

geringfügig unter dem in der Bundesrepublik (vgl. Übersicht 3.4.-4).

Gegenwärtig besitzen rund zwei Fünftel aller Privathaushalte in der DDR mindestens ein Auto. In der Bundesrepublik beträgt dieser Wert rund zwei Drittel, wobei allerdings zu beachten ist, daß die Mehrfachausstattung in der Bundesrepublik — 12 vH aller Haushalte besitzen mindestens 2 Autos — wesentlich höher als in der DDR (2 vH) ist.

Das Autofahren ist in der DDR teurer als in der Bundesrepublik. Bei erheblich geringeren monatlichen Netto-Arbeitseinkommen muß ein DDR-Bürger für das billigste Auto fast 10 000 Mark bezahlen, Importautos sind mehr als doppelt so teuer. Auch die Kfz-Steuer (18 M je angefangene 100 cm^3 Hubraum) ist höher als in der Bundesrepublik (bisher 14,40 DM); niedriger dagegen sind die Beitragssätze für die Haftpflichtversicherung (z. B. 50 PS-Auto: 153 Mark). Dafür ist der Betrieb eines Autos wiederum teurer. Ein Liter Superbenzin kostet, seit Jahren allerdings unverändert, 1,65 M (Normalbenzin 1,50 M). Ein weiteres zentrales Problem für die Autofahrer in der DDR sind nach wie vor die Kfz-Instandhaltungskapazitäten, die dem gestiegenen Bedarf weit hinterher hinken. Trotz dieser Erschwernisse eilt die Nachfrage nach PKW dem Angebot weit voraus, müssen immer noch 10 Jahre Wartezeit und mehr in Kauf genommen werden.

Gegenüber den hohen Steigerungsraten des Individualverkehrs hat der öffentliche Verkehr in der DDR in den letzten Jahren nur noch unwesentlich zugenommen. Dies überrascht, kommen doch die Fahrpreise für Bus, S-Bahn oder Straßenbahn — i.d.R. 0,20 M — quasi einem Nulltarif gleich. Das Beförderungsaufkommen der öffentlichen Verkehrsmittel betrug 1984 etwa 4,2 Mrd., in der Bundesrepublik 7,1 Mrd. Im Durchschnitt fuhren täglich 11,4 Mill. Personen in der DDR mit einem öffentlichen Verkehrsmittel, in der Bundesrepublik waren es 1984 nur noch 19,4 Mill. Im städtischen Nahverkehr ist in der DDR die Straßenbahn das Hauptverkehrsmittel, in der Bundesrepublik ist es der Bus. Im Gegensatz zur Bundesrepublik überwiegt in den Städten der DDR zwar noch der öffentliche Verkehr, jedoch kehren sich wie in der Bundesrepublik auch dort die Verhältnisse allmählich um.

3.4.4. Planung und Entwicklungstendenzen

Sowohl für die Bundesrepublik („Integrierte Bundesverkehrswegeplanung") als auch für die DDR („Generalverkehrspläne", „Generalverkehrsschema") werden längerfristige Pläne und Konzeptionen erarbeitet. Diese Konzeptionen, basierend auf der Vergangenheit und Vorausschätzungen der wirtschaftlichen, demographischen, verkehrlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklungen, werden in beiden deutschen Staaten derzeit bis zur Jahrtausendwende erarbeitet. In ihnen werden die global, regional und technisch unterschiedlichen Wegesysteme aller Verkehrsträger erfaßt und ihr zunehmender Verflechtungsgrad berücksichtigt. Diese Planungen werden regelmäßig revidiert, in die kurz- und mittelfristigen Planungen übernommen sowie weiter fortgeschrieben.

Im Güterverkehr der DDR geht es in erster Linie um die Abstimmung zwischen Schiene und Straße. Die Ansätze für eine integrierte Verkehrspolitik, die die in den Fünfjahrplänen der DDR ausgewiesenen Einzelmaßnahmen an einem Gesamtkonzept ausrichtet, sind jedoch nicht überzeugend. Die optimale Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern wird derzeit fast ausschließlich unter energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen. Das gesamte Wegekostenproblem wird ausgeklammert. Unabhängig von den Gesamtkosten der Deutschen Reichsbahn und auch

unabhängig von den Bedürfnissen der verladenden Wirtschaft wird das Verkehrsaufkommen auf die ohnehin überlastete Bahn gelenkt. Die Zurückdrängung des Werkverkehrs, der sich gerade wegen der permanenten Engpässe bei den öffentlichen Verkehrsträgern (DR, öffentlicher Güterkraftverkehr und Binnenschiffahrt) und der unzureichenden Organisation der Staatsbetriebe erst so stark ausgedehnt hat, läßt eine wesentliche Effizienzsteigerung des Gütertransportsystems mithin nicht erwarten.

Eine effiziente Verkehrsleistungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland kann sich nicht allein durch eine Deregulierung der Güterverkehrsmärkte herstellen lassen. Der Verkehr verursacht in erheblichem Umfang externe Effekte (wie Verkehrslärm, Abgasbelastung, Verkehrsunfälle, Stauungskosten), deren Umwandlung in einzelwirtschaftliche Kosten- und Nutzengrößen zwar problematisch, aber dennoch mit Blickrichtung auf eine volkswirtschaftlich sinnvolle und effiziente Aufgabenteilung unumgänglich ist. Desgleichen wäre auch die Wegekostenproblematik zu lösen. Als stark wettbewerbsverzerrend beispielsweise ist die Tatsache zu sehen, daß die Kosten für die jeweiligen Verkehrswegenetze von Bahn, Binnenschiffahrt und LKW derzeit in ganz unterschiedlichem Umfang getragen werden.

Der derzeitige Marktordnungsrahmen im Verkehrsbereich steht auch insofern unter Druck, als die Bestrebungen der EG, die nationalen Verkehrsmärkte der Mitgliedsländer zu liberalisieren und die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der Gemeinschaft aufzuheben, auf mehr Wettbewerb gerichtet sind. Inwieweit sich letztlich eine überzeugende Verkehrskonzeption in der Bundesrepublik verwirklichen läßt, hängt nicht nur von einer Lösung der zuvor genannten Problembereiche, sondern auch davon ab, ob es gelingt, die nationalen und internationalen Wettbewerbsbedingungen der Verkehrsträger und -systeme zu harmonisieren und die Rolle der Deutschen Bundesbahn neu zu definieren.

Im Personenverkehr geht es in beiden deutschen Staaten um die Frage, wie man den öffentlichen Verkehr fördern und die mit der weiteren Expansion des Individualverkehrs verbundenen negativen Effekte verhindern kann. Das Auto ist auch in der DDR ein Massenverkehrsmittel geworden. Hier zeigt sich eine Entwicklung, die der in der Bundesrepublik, wenn auch mit einem erheblichen time-lag, weitgehend entspricht.

Die mit Sicherheit weiter steigende individuelle Motorisierung wird zwangsläufig eine Zunahme der Schadstoffbelastungen bringen. Während in der Bundesrepublik allerdings mittel- und langfristig aufgrund der jetzt beschlossenen Maßnahmen zur Einführung schadstoffarmer Autos zu erwarten ist, daß die Schadstoffbelastung sich deutlich vermindern wird, sind in der DDR wesentliche Schadstoffverminderungen im Verkehrssektor nicht zu erwarten. Selbst wenn es gelingt, den Verbrauch von Vergaserkraftstoffen der das Straßenbild der DDR prägenden Autos zu senken und bei den spezifischen Schadstoffemissionen noch Verbesserungen zu erzielen, dürfte der Anstieg noch beträchtlich sein. Ansätze für eine konsequente umweltpolitische Strategie sind im Verkehrsbereich der DDR nur im Gütertransportbereich zu erkennen, und hier auch nur als indirekter Nebeneffekt einer Politik, die ausschließlich auf Energieeinsparung zielt.

3.4.5. Post- und Fernmeldewesen

Im Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik sind die Leistungen deutlich höher als in der DDR. Die Sprechstellendichte im Telefonverkehr (Zahl der Hauptanschlüsse je 100 Einwohner) ist in der Bundesrepublik mit rd. 40 viermal so groß wie in der DDR. Noch immer werden rd. 4 vH aller Ferngespräche im Inland der DDR handvermittelt; infolge des sehr veralteten und ständig überlasteten Telefonnetzes kommt ein großer Teil der Gesprächsverbindungen nicht zustande. Die Leistungskennziffern im sonstigen Postverkehr sind vor allem deshalb niedriger als in der Bundesrepublik, weil in einer Planwirtschaft kein so umfangreicher Geschäfts- und Drucksachenversand zu bewältigen ist.

Im Bereich Funk und Fernsehen sind die Kennziffern in beiden deutschen Staaten ähnlich. Wie in der Bundesrepublik verfügt auch in der DDR fast jeder Haushalt über mindestens einen Rundfunkapparat bzw. einen Fernseher. Im Hörfunk der DDR gibt es vier Programme, und im Fernsehen, das die Farbsendungen nach dem französischen Secam-System ausstrahlt, zwei. In der Bundesrepublik gibt es ebenfalls zwei überregionale Fernsehprogramme. Darüber hinaus strahlen die neun Rundfunkanstalten noch jeweils ein eigenes, regional begrenztes, drittes Programm aus. Im Hörfunk gibt es erheblich mehr Programme als in der DDR. Dort ist auch noch nicht überall der Empfang des 2. DDR-Fernsehprogrammes gewährleistet, dafür ist aber in weiten Bereichen der DDR der Empfang der Programme aus der Bundesrepublik möglich, ebenso wie auch in der Bundesrepublik in den grenznahen Regionen die Programme aus den jeweiligen Nachbarstaaten empfangen werden können. Einige Anlagen mit Pilotcharakter für das Kabelfernsehen laufen in Thüringen und Sachsen, z. B. in Kurorten und in Dresden. Eine großflächige Verkabelung, wie in der Bundesrepublik derzeit beabsichtigt, kann wegen mangelnder finanzieller und technischer Ressourcen in der DDR auf absehbare Frist jedoch nicht verwirklicht werden.

Literaturhinweise

Dollinger W.: Verkehrsbericht des Bundesministers für Verkehr. Bonn. 1984.

Hamm W.: Mehr Markt im Verkehr. In: Schriftenreihe des Frankfurter Instituts für wirtschaftspolitische Forschung e.V. (Hrsg.: Kronberger Kreis), Bd. 4. Frankfurt. 1984.

Massenberg H.-J.: Deregulierung des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland. In: Beiträge aus dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster (Hrsg.: Seidenfus H. St.). Vandenhoek & Ruprecht in Göttingen. Heft 96/1981.

Seidenfus H. St.: Allokations- und Distributionsprobleme einer „Deregulierung" im Verkehrssektor der Bundesrepublik Deutschland. In: Ifo schnelldienst. München. Heft 31/1984, S. 10ff.

Tismer J. F.: Wirtschaftspolitische Strategie der Intensivierung im Binnengüterverkehr der DDR in den 80er Jahren. In: FS-Analysen. Hrsg.: Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen. Berlin. Heft 5/1982.

Verkehrswesen. In: DDR Handbuch (Hrsg.: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen). Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 1985, S. 1417ff.

Willeke R. unter Mitwirkung von Schild G. und Werner M.: Zur Liberalisierung der Marktordnung des Straßengüterverkehrs. Köln. 1984.

3.5. Groß- und Einzelhandel

Zusammenfassung

In der Bundesrepublik hat der Einzelhandel ein größeres Gewicht als in der DDR. Während hier — bezogen auf 1 000 Einwohner — 33 Personen im Einzelhandel tätig sind, sind es in der DDR 28. Hier wie dort ist ein Trend zu weniger, aber größeren Geschäften zu beobachten. In der Bundesrepublik ist die durchschnittliche Verkaufsfläche rascher gestiegen, sie ist derzeit fast dreimal so hoch wie in der DDR.

In der Bundesrepublik wird das Gros der Einzelhandelsunternehmen als Einzelunternehmen geführt, doch haben inzwischen Personen- und Kapitalgesellschaften erheblich an Boden gewonnen. Die Unterteilung nach Betriebsformen zeigt, daß in den letzten Jahren vor allem Super- und Verbrauchermärkte stark expandiert haben.

In der DDR dominiert der sozialistische Sektor, bestehend aus Konsumgenossenschaften und volkseigenem Handel. Der private Einzelhandel ist lange Zeit zurückgedrängt worden; erst seit 1976 gibt es wieder — allerdings begrenzte — staatliche Fördermaßnahmen.

Inhalt Seite

3.5.1. Arbeitsstätten 468
3.5.2. Beschäftigte 468
3.5.3. Eigentumsformen 469
3.5.4. Betriebsformen 470
3.5.5. Investitionen 472
Fußnote, Quellen und Literaturhinweise zu 3.5. 472

In der Bundesrepublik rechnen nach den Ergebnissen der letzten Handels- und Gaststättenzählung 1979 rund zwei Drittel aller Handelsunternehmen zum Einzelhandel und nicht ganz ein Fünftel zum Großhandel; der Rest (knapp 15 vH) ist in der Handelsvermittlung tätig. Gemessen an der Beschäftigung hat der Großhandel einen deutlich höheren Anteil — auf ihn entfällt fast ein Drittel der im Handel Tätigen —, da die Betriebseinheiten hier im Durchschnitt wesentlich größer sind als im Einzelhandel.

Groß- und Einzelhandel haben in der Bundesrepublik ganz unterschiedliche Funktionen und Abhängigkeiten. Während dem Einzelhandel vor allem die Aufgabe zukommt, einen Teil der privaten Verbrauchsnachfrage zu befriedigen, ist der Großhandel auf weit größerer Breite in die Warenströme eingeschaltet. Nur knapp zwei Fünftel der Großhandelsumsätze werden im Konsumgüterbereich erwirtschaftet; der Schwerpunkt liegt im Bereich der Grundstoffe, Halbwaren und Investitionsgüter. Insofern wird die Entwicklung

des Großhandels in erster Linie von der Investitions- und Bautätigkeit getragen, die des Einzelhandels dagegen ganz überwiegend von der Nachfrage der privaten Haushalte.

In der amtlichen Beschäftigungsstatistik der DDR wird nur der Bereich „Handel" insgesamt ausgewiesen. Dazu zählen: 1. der Binnenhandel, bestehend aus Einzelhandel und Großhandel, 2. der Außenhandel und 3. das Gaststättenwesen. In diesem so abgegrenzten Wirtschaftsbereich sind derzeit rund 900 000 Menschen tätig, das sind 10,1 vH aller Erwerbstätigen gegenüber 11 vH 1970. Im Einzelhandel arbeiten schätzungsweise 600 000 Erwerbstätige. Bekannt ist, daß im Gaststättenwesen 190 000 Personen tätig sind und somit etwa 100 000 Beschäftigte auf den Großhandel entfallen dürften. Die Beschäftigtenrelation zwischen Groß- und Einzelhandel beträgt also 1 : 6; schon hierin zeigt sich das im Vergleich zur Bundesrepublik geringere Gewicht des Großhandels.

In der DDR unterscheidet man beim Großhandel zwischen Produktionsmittelhandel und Konsumgütergroßhandel. Der Produktionsmittelhandel beliefert Betriebe mit Ausrüstungen, Rohstoffen und anderen Zulieferungen. Er hat vermutlich eine geringere Bedeutung als in der Bundesrepublik, da gut 70 vH dieser Warenströme direkt zwischen den Betrieben abgewickelt werden. Eine größere Rolle spielt der Großhandel im Konsumgüterbereich; zwei Drittel dieses (wertmäßigen) Warenangebots gelangen über den Großhandel in die Geschäfte. Detaillierte Daten zur Struktur des Großhandels in der DDR liegen — anders als beim Einzelhandel — nicht vor.

3.5.1. Arbeitsstätten

1979 gab es in der Bundesrepublik knapp 406 000 Arbeitsstätten im Einzelhandel, rund 10 vH weniger als 1968. Dabei hat sich die Struktur hinsichtlich der Absatzformen kaum verändert. Etwa 7 vH der Arbeitsstätten sind dem nicht stationären Einzelhandel (ambulanter Einzelhandel wie Markt-, Straßen- und Hausierhandel sowie Versandhandel) zuzurechnen. Beim stationären Einzelhandel besteht der weitaus größte Teil aus Ladengeschäften; der Rest — etwa ein Zehntel — entfällt auf Vertriebsformen wie Kioske, Handel vom Lager oder Tankstellen.

Auch die Zahl der Ladengeschäfte ist in diesem Zeitraum um etwa 10 vH zurückgegangen; sie lag 1979 bei 338 000. Gemessen an der Verkaufsfläche gab es ganz unterschiedliche Entwicklungen. Stark gesunken — um fast ein Viertel — ist die Zahl der Geschäfte mit einer Verkaufsfläche unter 100 qm; sie sind aber mit einem Anteil von 72 vH (1979) noch immer der dominierende Ladentyp. Umgekehrt ist die Zahl der größeren Geschäfte von 1968 bis 1979 rasch gestiegen, bei einer Verkaufsfläche von 100 bis 1 000 qm um 70 vH sowie bei einer Verkaufsfläche von über 1 000 qm sogar um 179 vH. Im Durchschnitt hat sich die Verkaufsfläche je Ladengeschäft in dieser Zeit auf das Doppelte erhöht — von knapp 84 auf 168 qm.

In der DDR bezieht sich der letzte ausführliche Bericht über das Verkaufsstellennetz im Einzelhandel auf das Jahr 1977, neuere Daten stammen aus der Wirtschaftspresse. 1982 gab es reichlich 77 000 Einzelhandelsverkaufsstellen mit Ladenraum, rund 20 000 weniger als 1971. Damit war der Rückgang noch stärker als in der Bundesrepublik. Die durchschnittliche Verkaufsfläche ist in dieser Zeit von 48 auf 64 qm gestiegen; sie liegt beträchtlich unter dem entsprechenden Wert in der Bundesrepublik. Bis 1985 schließlich ist die Zahl der Verkaufsstellen weiter auf 76 000 gesunken.

Übersicht 3.5.-1

Einzelhandelsverkaufsstellen mit Verkaufsraumfläche in der DDR

	Anzahl	Fläche in 1 000 qm	Fläche je Verkaufsfläche in qm
1971	97 269	4 705	48,4
1974	88 635	4 716	53,2
1977	81 657	4 773	58,4
1982	77 169	4 925	63,8

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR. Div. Jahrgänge. — Für 1982: Der Handel, Heft 6/1982, S. 271 ff.

Auch in der DDR dominieren die kleinen Ladengeschäfte. 1982 gab es noch 24 000 Kleinstobjekte mit weniger als 25 qm Verkaufsfläche (= 31 vH aller Läden). Auf Verkaufsstellen bis 50 qm entfielen 35 vH der gesamten Verkaufsfläche; sie erbrachten 30 vH des Einzelhandelsumsatzes. Zu den größeren Vertriebsformen (Kaufhallen, Kaufhäuser, Warenhäuser u. a.) sind etwa 2 000 Geschäfte (= 3 vH der Verkaufsstellen) zu rechnen.

3.5.2. Beschäftigte

Im Einzelhandel in der Bundesrepublik Deutschland sind derzeit mehr als 2 Mill. Menschen tätig, davon rund zwei Drittel Frauen. Bezogen auf 1 000 Einwohner sind das 33 Personen, die in diesem Wirtschaftszweig arbeiten. Die Zahl der hier Beschäftigten lag 1983 um 50 000 über der von 1970; da die Zahl aller Erwerbstätigen in diesem Zeitraum um knapp 1,3 Mill. zurückgegangen ist, hat sich der Anteil des Einzelhandels um einen halben Prozentpunkt — auf nunmehr 8 vH — erhöht.

Innerhalb des Einzelhandels hat es bei der Beschäftigung kräftige Strukturveränderungen gegeben. So ist der Beschäftigungszuwachs seit 1970 allein durch ein Mehr bei den abhängig Beschäftigten zustande gekommen, das den Rückgang bei den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen um rund 120 000 Personen mehr als wettmachte. Zu erwähnen ist auch die Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung, die in diesem Sektor kontinuierlich an Bedeutung gewonnen hat. Lag ihr Anteil 1960 erst bei gut 9 vH, hatte er 1970 bereits 18 vH erreicht und ist nunmehr auf 29 vH (1983) gestiegen.

Im Einzelhandel in der DDR sind zur Zeit schätzungsweise 600 000 Personen beschäftigt (= 6,7 vH der Erwerbstätigen bzw. knapp 28 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner), jeweils weniger als in der Bundesrepublik. Umgekehrt ist in der DDR der Frauenanteil bei den im Einzelhandel Beschäftigten mit vier Fünfteln wesentlich höher. Auch die Teilzeitbeschäftigung ist dort von Bedeutung, allerdings liegen nähere Angaben nicht vor.

3.5.3. Eigentumsformen

Bei einem Vergleich zwischen der Bundesrepublik und der DDR hinsichtlich der Eigentumsformen treten die Unterschiede in den Wirtschaftsordnungen deutlich zutage. In der Bundesrepublik zeigt die Unterscheidung nach Rechtsformen, daß das Gros der Einzelhandelsunternehmen — 1979 rund neun Zehntel — als Einzelunternehmen geführt wird. Den Rest teilen sich im wesentlichen Personen- und Kapitalgesellschaften. Eingetragene Genossenschaften[1] und sonstige Rechtsformen (z. B. Gesellschaft des bürgerlichen Rechts) spielen kaum eine Rolle.

Gemessen am Umsatz verschiebt sich diese Relation ganz erheblich, denn der Umsatz der im Durchschnitt recht kleinen Einzelunternehmen — 1979 kamen bei ihnen nicht einmal vier Beschäftigte auf ein Unternehmen — beträgt nur einen Bruchteil des durchschnittlichen Umsatzes der Personen- und Kapitalgesellschaften. Insgesamt vereinen diese beiden Unternehmensformen drei Fünftel des gesamten Einzelhandelsumsatzes auf sich (1978).

Die Bedeutung der Einzelunternehmen ist seit den sechziger Jahren ständig zurückgegangen. Erheblich an Boden gewonnen haben vor allem Personengesellschaften, aber auch Kapitalgesellschaften, wie die Entwicklung der jeweiligen Anteile am Einzelhandelsumsatz deutlich macht:

Übersicht 3.5.-2

Struktur des Einzelhandelsumsatzes in der Bundesrepublik Deutschland nach Rechtsformen

Anteile in vH

	1967	1978
Einzelhandelsumsatz insgesamt	100	100
davon entfielen auf		
Einzelunternehmen	53,1	38,7
Personengesellschaften	25,2	37,2
Kapitalgesellschaften	18,5	22,9
Sonstige Rechtsformen	3,2	1,2

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Handels- und Gaststättenzählung 1968 und 1979.

In der Wirtschaftsordnung der DDR spielt die Frage des Eigentums eine zentrale Rolle. Im Einzelhandel wird hier unterschieden zwischen volkseigenem (HO), genossenschaftlichem und privatem Sektor sowie beschränkt abhängigem Kommissionshandel. Die Staatliche Handelsorganisation (HO) und die Konsumgenossenschaften bilden zusammen den sozialistischen Sektor. Seit den fünfziger Jahren ist ein fortschreitender Rückgang des privaten Sektors zu verzeichnen: Durch Benachteiligung bei der Warenzuteilung, durch steuerliche und andere diskriminierende Maßnahmen waren die privaten Einzelhändler zur Betriebsaufgabe oder zur Änderung der Rechtsform gedrängt worden — ein Prozeß, der in Schüben verlaufen ist. Dies wird dokumentiert durch den Rückgang der Zahl der privaten Verkaufsstellen und stärker noch durch den schrumpfenden Umsatzanteil. Der Kommissionshandel ist eine spezielle — 1956 eingeführte — Rechtsform: Mit dem Abschluß eines Kommissionshandelsvertrages verpflichtet sich der private Einzelhändler, keine Geschäfte auf eigene Rechnung abzuschließen; der Staat trägt einen Teil der Kosten und zahlt Provision. Sie wurden zwar seither in der Belieferung dem sozialistischen Handel gleichgestellt, verloren aber ihren selbständigen Status. Damit nimmt der Kommissionshandel eine mittlere Stellung zwischen staatlichem und privatem Handel ein.

Übersicht 3.5.-3

Struktur des Einzelhandelsumsatzes[1] in der DDR nach Eigentumsformen

Anteile in vH

	1950	1960	1970	1980	1984
Privater Einzelhandel[2]	53	16	10	5	5
Kommissionshandel[3]	—	7	9	6	6
Sozialistischer Einzelhandel	47	77	81	88	88
davon					
Konsumgenossenschaften	17	33	31	34	32
Volkseigener Handel	30	44	50	54	56
Einzelhandel insgesamt[4]	100	100	100	100	100

[1] Einschl. Gaststättenumsatz.
[2] Einschl. Handwerk mit Einzelhandel.
[3] Einschl. Betriebe mit staatlicher Beteiligung.
[4] Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.
Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR. Div. Jahrgänge. — Berechnungen des DIW anhand von Pressemeldungen.

Zur besseren Versorgung der Bevölkerung wurde seit 1976 eine begrenzte Förderung des privaten Einzelhandels (ebenso der Gaststätten und des Handwerks) eingeleitet. Sie führte allerdings bislang lediglich zu einer gewissen Konsolidierung, so daß der Schrumpfungsprozeß aufgehalten wurde. Vor allem konnte der altersbedingte Rückgang der Zahl der Selbständigen durch neue Gewerbegenehmigungen ausgeglichen werden: Von 1976 bis 1980 wurden 7 950 Gewerbegenehmigungen zur Weiterführung bzw. Neueröffnung von privaten und Kommissionsläden erteilt. 1980 gab es etwa 15 400 Kommissions- und private

Einzelhändler, allein in Berlin (Ost) waren es 1 500 solcher Geschäfte. Im privaten und Kommissionshandel sind besonders Drogisten, Obst- und Gemüse sowie Eisenwarenhändler zu erwähnen. Offiziell begrüßt wird ihre Rolle auch bei kleineren Dienstleistungen (z. B. Änderung gekaufter Garderobe, Anfertigung von Gardinenbrettern, Kleinstreparaturen von Rollos und Elektroleuchten).

Die Konsumgenossenschaften sind ein im Prinzip örtlich geleitetes Handelssystem. Der Verband der Konsumgenossenschaften der DDR (VdK der DDR) ist das zentrale Organ für die von den Bezirksverbänden örtlich geleiteten Konsumgenossenschaften. Für die Mitglieder der Konsumgenossenschaften besteht eine Gewinnbeteiligung. Mit 4,5 Mill. Mitgliedern ist die Konsumgenossenschaft die zweitgrößte Massenorganisation nach den Gewerkschaften (FDGB). Fast jede zweite Verkaufsstelle des Einzelhandels ist ein Unternehmen der Konsumgenossenschaft. Traditionell liegt der Schwerpunkt bei der Versorgung der Landbevölkerung.

Gemessen an den Umsatzanteilen dominiert der sozialistische Sektor seit vielen Jahren. 1984 erzielten der volkseigene Handel (56 vH) und die Konsumgenossenschaften (32 vH) zusammen fast neun Zehntel des Einzelhandelsumsatzes; auf den privaten Handel und den Kommissionshandel entfielen jeweils etwas mehr als 5 bzw. 6 vH (vgl. Übersicht 3.5.-3).

3.5.4. Betriebsformen

Zusammenhängend mit der unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Rechtsformen — gekennzeichnet durch das Vordringen der Personen- und Kapitalgesellschaften —, hat es in der Bundesrepublik in den beiden letzten Jahrzehnten beträchtliche Marktanteilsverschiebungen in der Unterteilung nach Betriebsformen gegeben. Die Einführung neuer Betriebs- und Organisationsformen führte zu einem starken Auslese- und Konzentrationsprozeß, in dessen Verlauf vor allem der nichtorganisierte mittelständische Einzelhandel erheblich an Boden verlor; sein Anteil am Umsatz des Ladeneinzelhandels — 1964 noch 40 vH — halbierte sich bis 1980 (vgl. Übersicht 3.5.-4). Auch der in Einkaufsgenossenschaften bzw. in freiwilligen Ketten organisierte mittelständische Fachhandel konnte seine einstige Marktposition nicht halten und mußte besonders in den siebziger Jahren einen Rückgang seiner Umsatzanteile hinnehmen.

Eindeutiger Gewinner dieses Wandlungsprozesses waren die Verbrauchermärkte und Selbstbedienungswarenhäuser: Mitte der sechziger Jahre praktisch noch ohne Bedeutung, expandierte diese Betriebsform in den darauf folgenden Jahren stürmisch und erzielte 1980 bereits 15 vH des Umsatzes im Ladeneinzelhandel. Auf der Gewinnerseite standen auch die Filialunternehmen (mit überwiegendem Fachsortiment), die ihren Marktanteil von 1964 in Höhe von 11 vH bis 1980 fast verdoppeln konnten.

Die starke Expansion der Super- und Verbrauchermärkte sowie der Selbstbedienungswarenhäuser hat

Übersicht 3.5.-4

Umsatzstruktur des Ladeneinzelhandels in der Bundesrepublik Deutschland nach Betriebsformen

Anteile in vH

Betriebsform	1964	1970	1980
Mit gemischtem Sortiment[1]			
Warenhäuser[2]	9,5	11,0	11,6
Verbrauchermärkte[3]	0,2	6,3	15,0
Mit überwiegendem Fachsortiment			
Filialunternehmen	11,0	14,6	20,0
Konsumgenossenschaften (co-op)	3,3	3,0	2,6
Organisierter mittelständischer Fachhandel			
in Einkaufsgenossenschaften	19,5	18,3	16,7
in freiwilligen Ketten	16,4	16,1	13,4
Nichtorganisierter mittelständischer Einzelhandel	40,1	30,7	20,7
Ladeneinzelhandel insgesamt	100	100	100

[1] Ohne mittelständischen Gemischtwarenhandel.
[2] Einschl. Kleinpreisunternehmen.
[3] Mit einer Verkaufsfläche von mehr als 1000 qm; einschl. Selbstbedienungswarenhäuser.
Quellen: Markenartikel. Heft 2/1985, S. 69ff. — Berechnungen des DIW.

das strukturelle Gefüge des Einzelhandels nachhaltig verändert. Besonders im Lebensmittelbereich war — und ist — der Wettbewerb um Marktanteile außerordentlich intensiv und hat teilweise Verdrängungscharakter angenommen. Die Konzentration des Umsatzes auf nur wenige Unternehmen ist rasch vorangeschritten, bewirkt vor allem durch das seit den siebziger Jahren beschleunigte externe Unternehmenswachstum (Fusionen, Firmenaufkäufe und -übernahmen). Das Vordringen der meist überregional tätigen Groß- bzw. Massenfilialunternehmen ging überwiegend zu Lasten des kleinbetrieblichen Einzelhandels; hier sind viele Geschäfte infolge unzureichender Umsätze und Erträge aus dem Markt ausgeschieden.

Vergleicht man die Umsatzanteile von jeweils 1 vH der umsatzstärksten Unternehmen in den Jahren 1962 und 1982, werden die Konzentrationstendenzen deutlich sichtbar:

- Im Einzelhandel insgesamt stieg der Umsatzanteil jener Unternehmen von 37,7 auf 47,2 vH.
- Im Einzelhandel ohne Nahrungs- und Genußmittel war die Zunahme von 38 auf 42,5 vH nicht ganz so stark.

— Dagegen hat sich im Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln der Umsatzanteil der 1 vH umsatzstärksten Unternehmen in dieser Zeit auf das Doppelte erhöht — von 30,6 auf 59,3 vH.

Auch in der DDR ist ein Trend zu größeren Verkaufsstellen und damit zu anderen Betriebsformen zu beobachten, auch wenn die Entwicklung nicht so rasch vorangeschritten ist wie in der Bundesrepublik. Bei den größeren Geschäften wird zwischen vier Ladentypen unterschieden:

— Kaufhallen sind westlichen Supermärkten vergleichbar und haben die weiteste Verbreitung unter den größeren Vertriebsformen. Sie bieten Nahrungs- und Genußmittel, aber auch eine Vielzahl von Industriewaren in Selbstbedienung an; wie es heißt, sind es drei Viertel der täglich benötigten Waren (3 000 bis 4 000 Artikel). Der Anteil der Kaufhallen am Gesamtumsatz der „Waren des täglichen Bedarfs" beträgt rund ein Viertel. Von den derzeit 1 350 Kaufhallen mit etwa 40 000 Beschäftigten gehören 400 zur Konsumgenossenschaft, insgesamt knapp 160 befinden sich in Berlin (Ost). Es gibt noch 350 kleinere Kaufhallen, die schrittweise ausgebaut und rationalisiert werden sollen. Die ursprüngliche Mindestgröße war 180 qm, für die seit 1975 gebauten Kaufhallen beträgt sie 400 qm.

— Kaufhäuser haben ein auf eine oder mehrere Branchen spezialisiertes Angebot (Industriewaren wie Möbel, insbesondere aber Textilien und Bekleidung) oder sind auf einen Käuferkreis abgestimmt („Alles für das Kind", Jugendmode). Es gibt insgesamt 330 Kaufhäuser, davon 170 im volkseigenen (HO) und 160 im konsumgenossenschaftlichen Bereich. Allein die HO-Kaufhäuser waren 1983 mit 17 vH am Gesamtumsatz an Industriewaren des volkseigenen Einzelhandels beteiligt. Als Mindestgröße wird eine Verkaufsfläche von 1000 qm angestrebt.

— Warenhäuser sind die größten Betriebseinheiten im Einzelhandel mit einem universellen Warenangebot. Es gibt heute 27 Warenhäuser, davon 14 mit dem einheitlichen Namen „Centrum" und 13 genossenschaftliche Warenhäuser namens „konsument". Die „Centrum"-Warenhäuser erwirtschafteten 1984 mit ihren 13 000 Beschäftigten mit knapp 3 Mrd. Mark etwa 2,3 vH des Einzelhandelsumsatzes.

— Ländliche Einkaufszentren der Konsumgenossenschaften sind ähnlich im Sortiment wie Kaufhallen, aber auf den besonderen Bedarf der Landbevölkerung abgestellt. Sie führen z. B. auch Kleintextilien. Von 1971 bis 1984 stieg ihre Zahl von 218 auf 360. Viele dieser Zentren fungieren als Zweigstellen der Kundendienstzentralen. Außerdem werden hier technische Konsumgüter (Kühlschränke, Waschmaschinen u. a.) als Muster ausgestellt, die dann bestellt werden können.

Hervorzuheben sind noch spezielle Ladentypen in der DDR. Qualitativ hochwertige Produkte, z. T. auch aus westlichen Importen, werden in gesonderten Verkaufsketten zu stark überhöhten Preisen angeboten: „Delikat"-Läden (seit 1976 eingerichtet) führen Lebensmittel, „Exquisit"-Läden (seit 1962) Textilien, Schuhe, Lederwaren, Kosmetikartikel. 1982 gab es 550 Delikat- und 300 Exquisitverkaufsstellen. Sie haben gegenwärtig einen Umsatzanteil von etwa 10 vH an den genannten Warengruppen. Frischwaren wie Wurst und Käse machen heute gut ein Drittel am Umsatz in den Delikatläden aus. Während in diesen beiden Ladenketten in Mark der DDR eingekauft wird, ist im „Intershop" eine Zahlung in (frei konvertierbarer) westlicher Währung erforderlich. Die 1962 gegründeten Intershops hatten ursprünglich nur gegen Barzahlung an westliche Reisende ihre Waren abgegeben. Seit 1974 ist der direkte Verkauf an DDR-Bürger möglich, die im Besitz von Valuta sind, allerdings von 1979 an nur auf dem Umweg über das vorherige Eintauschen westlicher Devisen in „Mark-Wertschecks" bei der Forum-Außenhandels-GmbH. Die Produktpalette der etwa 250 Intershops ist wesentlich breiter als die der Delikat- und Exquisitläden, z. B. umfaßt sie auch Unterhaltungselektronik, Handwerker-, Ersatzteilbedarf, Sport- und Freizeitartikel, kurz: viele begehrte westliche Produkte. Das Preisniveau entspricht in etwa dem in der Bundesrepublik, bei Genußwaren liegt es im allgemeinen darunter. Intershops befinden sich inzwischen auch in Kleinstädten. Eine offizielle Angabe zum Umsatz liegt nur für 1978 vor, er wurde damals mit 700 Mill. DM beziffert.

Außerdem existieren seit 1973 unter dem Signum „A & V" besondere Läden für den An- und Verkauf gebrauchter Industriewaren. Anfangs gab es 50, 1984 bereits 670 spezielle A & V-Läden und außerdem 880 in Fachverkaufsstellen integrierte „second hand"-Abteilungen. Der Umsatz stieg im gleichen Zeitraum von 13,6 Mill. Mark auf 480 Mill. Mark, hat aber mit rund 0,5 vH nur einen geringen Anteil am Einzelhandelsumsatz.

Trotz des generellen Trends zur Konzentration — sei es durch Zusammenlegung von Kleinbetrieben zu größeren Verkaufseinheiten oder durch Neubau von Großobjekten — gibt es seit einiger Zeit eine Diskussion um die kleinen Läden. Man entdeckt wieder die Anziehungskraft kleiner Spezialgeschäfte für ein abwechslungsreiches Stadtbild und Handelsnetz, vor allem in Städten mit historischem Stadtkern, in Stadtzentren und Neubaugebieten sowie als Ergänzung zu vorhandenen größeren Einheiten in Einkaufspassagen und -zentren. Dabei sollen in der Vergangenheit geschlossene kleine Objekte als Spezialverkaufsstellen wieder funktionsfähig gemacht und damit die vorhandene „zweckentfremdete" Altbausubstanz in den Erdgeschoßzonen wieder genutzt werden.

Auch die Bemühungen um die Einrichtung regelmäßiger Wochenmärkte sind erwähnenswert. So sind in den letzten Jahren zahlreiche Obst- und Gemüsemärkte wieder belebt worden; für 1984 wurde ihre Zahl auf 500 beziffert.

In der DDR hat der Versandhandel nie eine nennenswerte Rolle gespielt. 1956 eingeführt, erreichte er zuletzt weniger als 1 vH des Einzelhandelsumsatzes und wurde 1974 ohne offizielle Begründung wieder

eingestellt. Dagegen hat der Versandhandel in der Bundesrepublik einen festen Platz unter den Betriebsformen des Einzelhandels und konnte seine Marktposition seit Mitte der sechziger Jahre sogar noch etwas ausbauen (Anteil am gesamten Einzelhandelsumsatz 1965: 4,5 vH, 1980: 5,2 vH).

3.5.5. Investitionen

In der Bundesrepublik lag die Investitionsquote im Einzelhandel (Investitionsausgaben des Einzelhandels gemessen am Einzelhandelsumsatz) 1983 bei 1,8 vH; noch Anfang der siebziger Jahre war diese Quote um einen Prozentpunkt höher. Von den gesamtwirtschaftlichen Investitionen entfielen 1983 auf den Einzelhandel 2 vH; auch dieser Anteil ist im Vergleich zu 1970 (2,5 vH) gesunken.

Für den Rückgang der Investitionsquote sind zwei Gründe zu nennen, einmal die anhaltend ungünstige Geschäftslage — besonders seit Beginn der achtziger Jahre —, zum anderen die Tatsache, daß inzwischen viele Einzelhandelsunternehmen von der Anlagenmiete Gebrauch machen. Denn in der amtlichen Statistik werden generell nur jene Investitionen erfaßt, die in das Eigentum des Investors übergehen, d. h. als Zugänge auf den Anlagekonten der investierenden Unternehmen verbucht werden. Nicht berücksichtigt werden jene Ausrüstungen und Bauten, die auf der Basis längerfristiger Miet- bzw. Leasing-Verträge genutzt werden, da sie Eigentum der Vermietungsgesellschaften bleiben.

Im Einzelhandel hat die längerfristige Mietung von Investitionsgütern zunehmende Bedeutung erlangt; verglichen mit den Leasing-Quoten der anderen Wirtschaftsbereiche liegt er mittlerweile an der Spitze. 1982 hatten allein die im Leasing-Verfahren übernommenen Ausrüstungen einen Wert von über 2 Mrd. DM, das war mehr als die Hälfte der nach dem Eigentümerkonzept verbuchten Ausrüstungsinvestitionen. Insofern ist die Investitionsquote des Einzelhandels nach dem Benutzerkonzept — auch das Immobilien-Leasing ist hier zu berücksichtigen — wesentlich höher anzusetzen.

Die Investitionen im Einzelhandel wurden etwa von Mitte der sechziger Jahre an durch die starke Expansion der Verbrauchermärkte und Selbstbedienungswarenhäuser bestimmt, sichtbar im steigenden Anteil der Bauten an den gesamten Investitionsausgaben des Einzelhandels. In der Tendenz ist dieser Anteil seit Mitte der siebziger Jahre wieder rückläufig, bedingt vor allem durch die Verlangsamung des Expansionstempos. Insbesondere seit Beginn der achtziger Jahre wird das Investitionsgeschehen im Einzelhandel eher von der Modernisierung und anspruchsvolleren Ausstattung vorhandener Verkaufsflächen — verbunden mit dem Einsatz modernster Technik — geprägt als von Kapazitätserweiterungen. Eine Rolle spielen dabei auch zunehmend Schwierigkeiten bei der Standortsuche und Probleme bei der Baugenehmigung, da sich bei der politischen Meinungsbildung mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß ein ungehemmtes Ausbreiten der großflächigen Vertriebsformen — meist in Stadtrandlage — auf Kosten der kleinen Anbieter nicht im Sinne eines lebendigen und attraktiven Stadtbildes ist.

In der DDR ist die materielle Ausstattung des Handelsapparates nur langsam verbessert worden: 1973 begann man damit, das Lagernetz des Großhandels zu modernisieren und zu erweitern. Die Modernisierung der Einzelhandelseinrichtungen konzentrierte sich auf große Verkaufseinrichtungen unter Vernachlässigung der kleinen und mittleren Verkaufsstellen. Die Gesamtinvestitionen im Binnenhandel hatten Mitte der siebziger Jahre einen kräftigen Aufschwung zu verzeichnen, doch nach dem Höhepunkt im Jahr 1977 mit einem Wert von mehr als 2,2 Mrd. M gingen sie bis 1983 (gut 1,2 Mrd. M) ständig zurück. Obwohl sich die Investitionsquote in der DDR (Investitionen des Binnenhandels bezogen auf den Einzelhandelsumsatz) der der Bundesrepublik nähert, besteht noch ein enormer Nachholbedarf. Dies zeigt sich auch in dem von 4,3 vH (1977) auf 2,6 vH (1984) gesunkenen Anteil der Investitionen im Binnenhandel an den Gesamtinvestitionen.

Im Großhandel ist die Ausstattung noch schlechter als im Einzelhandel. Die dort bestehenden Engpässe bei der Verpackung, im Lagerwesen und Transport haben schwerwiegende Auswirkungen auf die Distribution. Der Investitionsanteil des Großhandels an den Gesamtinvestitionen des Konsumgüterbinnenhandels beträgt etwa 25 vH.

Ein anderer Faktor für die unzulängliche „Verkaufskultur" ist die geringe Motivation des Verkaufspersonals. Der Handel gehört zu den Bereichen mit den niedrigsten Einkommen und dem geringsten „Sozialprestige". Zwar hat man versucht, durch Bindung der Prämien an den Umsatz einen gewissen Anreiz zu schaffen. Das Verkaufspersonal hat jedoch auf das Angebot nur wenig Einfluß, und die Jahresendprämie ist kein Anreiz zu höheren Leistungen, weil sie faktisch zum 13. Monatsgehalt geworden ist.

Fußnote

[1] Hier sind nur nach dem Genossenschaftsgesetz organisierte und in das Genossenschaftsregister eingetragene Vereinigungen erfaßt. Dazu rechnen nicht genossenschaftliche Organisationen wie Edeka, in der selbständige Einzelhandelskaufleute zusammengeschlossen sind. Da das Genossenschaftsgesetz dem Bedürfnis nach einer ausreichenden Kapitalgrundlage zu wenig entgegenkommt, werden expandierende Genossenschaftsunternehmen häufig in Kapitalgesellschaften umgewandelt.

Quellen

37. Arbeitsbericht der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Köln. 1984.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (Hrsg.): Vademecum des Einzelhandels 1984. Köln. Juli 1984.

Der **Handel.** Zeitschrift für Theorie und Praxis des Binnenhandels in der DDR. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Div. Jahrgänge.

Rehmann K./Gierl H.: Die Marktbedeutung der Betriebsformen des Einzelhandels in Vergangenheit und Zukunft. In: Markenartikel. Zeitschrift der Markenartikelindustrie. Wiesbaden. Markenartikelverlag. Heft 2/1985.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Handels- und Gaststättenzählung 1968 und 1979. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer.

Literaturhinweise

Batzer E./Lachner J./Meyerhöfer W./Träger U. Chr.: Die Warendistribution in der Bundesrepublik Deutschland. Ifo-Studien zu Handels- und Dienstleistungsfragen. Band 24. Hrsgg. vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. München. 1984.

Sozialistische **Betriebswirtschaft** im Binnenhandel. Fachschulbereich. Autorenkollektiv. 5. überarbeitete Auflage. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1985.

Handelsrecht. Autorenkollektiv. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1982.

3.6. Sozialprodukt

Zusammenfassung

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR basieren nicht auf dem gleichen Konzept.

Von den drei Darstellungsformen der Gesamtrechnung — Entstehung, Verwendung und Verteilung des Produkts — ist die Entstehungsseite am ehesten für einen Vergleich, insbesondere eine Produktivitätsanalyse, geeignet (allerdings begrenzt auf die „produzierenden Wirtschaftsbereiche" Land- und Forstwirtschaft, produzierendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel und Verkehr — da in der DDR z. B. die meisten Dienstleistungen nicht in die VGR einbezogen werden).

Hinzu kommt, daß die Gesamtrechnungen in beiden deutschen Staaten entscheidend vom jeweiligen Wirtschaftssystem geprägt sind. Ein Vergleich zeigt deshalb nicht die Leistungsunterschiede, sondern in erster Linie die systembedingten Unterschiede in der Lohn-, Abgaben- und Preispolitik.

Das DIW hat in einer Modellrechnung die Informationen über das Leistungsniveau in beiden deutschen Staaten, die in den Spezialkapiteln dieser Materialien enthalten sind, in den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang gestellt. Aus dieser Modellrechnung ergibt sich ein Produktivitätsrückstand der DDR von rund 50 vH; er hat sich seit Anfang der siebziger Jahre kaum verändert. In den Materialien von 1971 war der Produktivitätsrückstand mit 31 vH beziffert worden. Der jetzt ermittelte größere Unterschied ist ausschließlich dem produzierenden Bereich, d. h. der Industrie, zuzuschreiben.

Inhalt Seite

3.6.1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und ihre Methodik in Ost und West ... 474

3.6.2. Die „produzierenden Bereiche": Vergleich in jeweiligen Währungen ... 475

3.6.2.1. Vorbemerkung ... 475

3.6.2.2. Nettobeiträge der Wirtschaftsbereiche ... 475

3.6.2.3. Beschäftigung nach Wirtschaftsbereichen ... 477

3.6.2.4. Nettobeitrag je Beschäftigten ... 477

3.6.3. Die „produzierenden Bereiche": Leistungsvergleich ... 478

3.6.3.1. Modellrechnung ... 478

3.6.3.2. Vergleich mit anderen Ergebnissen ... 479

Fußnoten zu 3.6 ... 481

3.6.1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und ihre Methodik in Ost und West

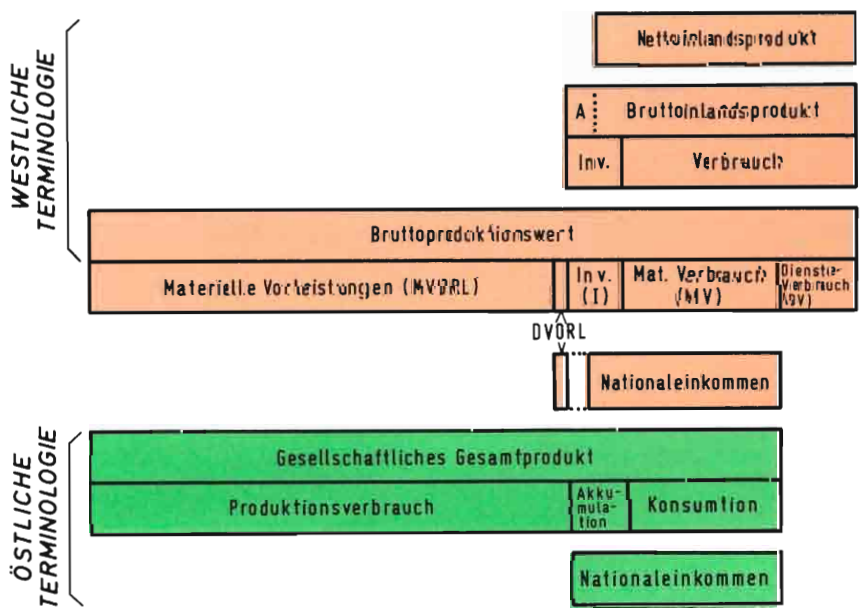
In den meisten Ländern werden zur Darstellung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" geführt. In solchen Rechnungen werden die Ergebnisse aus allen Wirtschaftsbereichen nach einheitlichen Berechnungsmethoden zu einem Gesamtbild zusammengefaßt. Die VGR haben im Prinzip drei Darstellungsformen:

- die Entstehung des Produkts: Sie zeigt die Produktionsergebnisse der Wirtschaftsbereiche — z. B. Industrie, Bau, Landwirtschaft. Berechnet wird jeweils die „Nettoproduktion", d. h. die Bezüge an Material und Vorleistungen von anderen Bereichen werden vom Bruttoproduktionswert abgezogen, damit Doppelzählungen ausgeschlossen werden;
- die Verwendung des Produkts: Hier wird die Produktion nicht danach gegliedert, wo sie entstanden, sondern wofür sie geschaffen worden ist. Die Fertiggüter und -leistungen werden nach ihrem Verwendungszweck aufgeteilt in Verbrauch, Investitionen (einschl. Lagerbildung) und Außenbeitrag (Export abzüglich Import);
- die Verteilung des Produkts: Bei der Produktion entstehen Einkommen — Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Vermögenseinkünfte, Gewinne, Einnahmen des Staates (Steuern). Sie werden in der Verteilungsrechnung nachgewiesen.

In der Bundesrepublik Deutschland, wie allgemein in den marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften, ist das 1953 von den Vereinten Nationen empfohlene System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (System of National Accounts = SNA) eingeführt. Ausgangsbasis für die Berechnung sind die Markttransaktionen; Beitrag der Bereiche zum Produkt ist der Umsatz (zuzüglich Lagerveränderung an eigenen Erzeugnissen und selbsterstellte Anlagen) abzüglich der von anderen erhaltenen Leistungen. Außerdem wird der Staat einbezogen, und zwar nach dem Kostenprinzip (gezahlte Löhne und Gehälter,

Schaubild 3.6.-1

Entstehung des Sozialprodukts in der westlichen und östlichen Statistik



A	Abschreibungen
MVORL	Vorleistungen zwischen Bereichen des materiellen Sektors
DVORL	Dienste-Vorleistungen an materiell produzierende Bereiche
I	Investitionen (einschl. Vorratsveränderungen)
MV	Verbrauch materieller Güter und Leistungen
DV	Dienstleistungen, die von privaten Haushalten und der öffentlichen Hand verbraucht werden

Quelle: Herbert Wilkens: Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland. Sonderhefte des DIW. Nr. 115 / 1976, S. 152.

DIW 87

Abschreibungen). Die Hauptkennziffer in diesem westlichen System ist das Bruttosozialprodukt. Auf der Verwendungsseite wird gegliedert in privater Verbrauch, öffentlicher Verbrauch, Anlageinvestitionen, Vorratsveränderung und Außenbeitrag.

In der DDR, wie in den anderen planwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften, folgt die Gesamtrechnung dem als Material Product System (MPS) bezeichneten Konzept. Dieses System weicht insbesondere in einem Punkt von der Empfehlung der Vereinten Nationen ab: Ausgehend von der Arbeitswertlehre von Karl Marx werden nur solche Leistungen als wertschöpfend angesehen, die sich in Produktion und Verteilung (Handel) materieller Produkte realisieren (produktive Leistungen/produzierender Bereich). Der große Bereich der Dienstleistungen (unproduktive Leistungen/nichtproduzierender Bereich) bleibt bei dieser Methode außer Betracht. Die hier erzielten Umsätze und Einkommen werden nicht als Produktion, sondern als Umverteilung der Einkommen angesehen, die in der „materiellen Sphäre" entstehen.

Ausgangsbasis für die Berechnungen nach dem MPS ist die materielle Produktion; Beitrag der Bereiche zum Produkt ist der Bruttowert aller produzierten materiellen Güter („gesellschaftliches Gesamtprodukt") abzüglich der von anderen bezogenen materiellen Leistungen und abzüglich der Abschreibungen. Hauptkennziffer ist das Nationaleinkommen. Auf der Verwendungsseite wird gegliedert in individuelle Konsumtion, gesellschaftliche Konsumtion und Akkumulation (einschl. Veränderung an materiellen Beständen). Der Außenbeitrag, die Brücke zwischen dem produzierten und dem verwendeten Nationaleinkommen, wird von der DDR nicht gesondert ausgewiesen.

Ein überschlägiger Vergleich der Berechnungsmethoden nach SNA und MPS läßt erkennen, daß das Bruttosozialprodukt nach SNA abzüglich der Abschreibungen (= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen) und abzüglich der Beiträge der Dienstleistungsbereiche, d. h. der „nichtproduzierenden" Wirtschaftsbereiche, dem Nationaleinkommen nach MPS ungefähr entspricht. Die beiden Systeme der VGR zeigt das Schaubild 3.6.-1.

3.6.2. Die „produzierenden Bereiche": Vergleich in jeweiligen Währungen

3.6.2.1. Vorbemerkung

Vergleiche der Wirtschaftsstrukturen der Bundesrepublik und der DDR sind im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung am ehesten mit der Entstehungsseite des Produkts durchzuführen. Hier stimmt die Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche weitgehend überein, allerdings ist der Dienstleistungsbereich — wie bereits erwähnt — nur zu einem kleinen Teil in der Nationaleinkommensrechnung enthalten. Der auf die materielle Produktion ausgerichtete Ansatz nach dem MPS-Konzept in der DDR kommt auch darin zum Ausdruck, daß nur Werte in vergleichbaren Preisen — zur Zeit auf der Basis 1980 — veröffentlicht werden.

Um eine Gesamtrechnung für beide Länder in vergleichbarer Abgrenzung zu erhalten, muß man sich entweder für eine „Hochrechnung" des Nationaleinkommens der DDR zum Sozialprodukt der Bundesrepublik oder für die Begrenzung der Rechnung auf die „produzierenden" Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, produzierendes Gewerbe (Industrie, produzierendes Handwerk, Bergbau, Energie), Baugewerbe, Handel und Verkehr entscheiden.

Eine Hochrechnung zum Sozialprodukt ist bei gegebener Datenlage der DDR-Statistik in vertretbaren Fehlergrenzen möglich. Methoden dazu wurden im DIW entwickelt; die Ergebnisse sind im Anhang (Tabelle 3.6.-5) beigefügt und bilden die Grundlage für die in den Spezialkapiteln verwendeten Vergleichsrelationen. „Reale" Rechnungen (zu konstanten Preisen) haben jedoch — unabhängig vom Wirtschaftssystem — den Schwerpunkt bei der materiellen Produktion. Nach westlichem Konzept werden zwar auch „Realwerte" für Dienstleistungen berechnet, doch der Informationsgehalt ist insbesondere bei Produktivitätsanalysen gering.

Im folgenden werden deshalb nur die Beiträge der genannten fünf Wirtschaftsbereiche zum Sozialprodukt bzw. Nationaleinkommen betrachtet. Die Beiträge für die DDR wurden unmittelbar aus den Veröffentlichungen zur Nationaleinkommensrechnung übernommen, während für die Bundesrepublik Umrechnungen erforderlich waren. Ausgehend von der „Bruttowertschöpfung" der fünf Bereiche zu Preisen von 1980 waren die geschätzten Entgelte für Bankdienstleistungen und die Abschreibungen (real) abzusetzen und Schätzbeträge für die nicht abzugsfähige Umsatzsteuer sowie für Einfuhrabgaben (ebenfalls real) zuzusetzen. Diese Steuern und die Bankdienstleistungen werden aus methodischen Gründen nur pauschal in das Sozialprodukt einbezogen.

Zu beachten ist, daß zunächst ein Vergleich in jeweiligen Währungen vorgenommen wird. In dieser Betrachtung dominiert zwangsläufig der Strukturvergleich. Ein Leistungsvergleich, der die unterschiedlichen Preise und Währungen ausschaltet, wird anschließend in einer Modellrechnung durchgeführt.

3.6.2.2. Nettobeiträge der Wirtschaftsbereiche

Im absoluten Niveau stehen sich 1970 für die fünf Wirtschaftsbereiche Beträge von insgesamt 727 Mrd. DM (Bundesrepublik Deutschland) und 121 Mrd. Mark (DDR) in der Relation 6 : 1 gegenüber. Bezogen auf die Beschäftigten — in der Relation 3 : 1 — verbleibt ein Niveauunterschied von 2 : 1. Seit 1970 hat sich die Produktion in der DDR nahezu stetig vergrößert, während in der Bundesrepublik zwei rezessive Einbrüche die Entwicklung stark hemmten. 1983 lag das Produktionsniveau in der DDR um fast 80 vH über dem Stand von 1970, in der Bundesrepublik nur um 20 vH.

Übersicht 3.6.-1

Nettobeiträge der produzierenden Bereiche jeweils Preise von 1980; Struktur in vH

	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	1970	1983	1970	1983
Land- und Forstwirtschaft	3	3	12	8
Produzierendes Gewerbe	59	58	66	72
Baugewerbe	15	13	7	6
Handel	16	17	10	9
Verkehr	7	9	5	4

Die Produktionsstrukturen weichen erheblich voneinander ab und haben gemeinsam nur den dominierenden Anteil des produzierenden Gewerbes. In der Bundesrepublik Deutschland beläuft sich der Anteil — in der hier gewählten Abgrenzung — auf rund 60 vH, in der DDR sind es sogar rund 70 vH. Auffallend sind weiter die krassen Unterschiede in der Land- und Forstwirtschaft (hoher Anteil in der DDR) und die Abweichungen im Baugewerbe und Verkehr (niedrige Anteile in der DDR). Im Baugewerbe stimmt allerdings die Tendenz zum abnehmenden Produktionsanteil überein. Beim Handel ist in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von Bundesrepublik und DDR die Bereichsabgrenzung nicht identisch. In der DDR umfaßt der „Handel" den Binnenhandel und die Gaststätten, in der Bundesrepublik Einzelhandel, Großhandel und Handelsvermittlung, nicht aber die Gaststätten.

Höhe und Struktur der Produktion sind nicht nur von der realen Leistung, sondern auch von ihrer Bewertung abhängig. In der Bundesrepublik Deutschland — wie in anderen Marktwirtschaften — gelten im Prinzip Marktpreise; in der DDR werden die Preise administrativ festgesetzt. Die Preisfestsetzung orientiert sich hier zwar grundsätzlich an den Kosten, folgt aber außerdem noch anderen — politisch begründeten — Vorstellungen. Dadurch sind Niveau und Struktur der Preise in beiden Staaten unterschiedlich, und dies zeigt sich deutlich in der — zu jeweiligen Preisen und Währungen — bewerteten Produktion.

Entscheidend sind die Unterschiede beim Beitrag des produzierenden Gewerbes. Er ist in der DDR — wie in den anderen RGW-Ländern — aus systemspezifischen Gründen überhöht. In den staatlich festgelegten Preisen für diesen Sektor sind — als Form der „sozialistischen Akkumulation" — vergleichsweise hohe Gewinne und Steuern enthalten, die der Staat im Prozeß der Umverteilung wieder abschöpft (Nettogewinnabführung, Produktionsfondsabgabe, produktgebundene Abgaben). Auch die staatlich festgesetzten Preise für andere Sektoren haben systembedingte Besonderheiten. Sie sind aber im produzierenden Gewerbe, aus dem der Staat den größten Teil seiner Einnahmen erhält, besonders auffällig.

In westlichen Untersuchungen[1] ist versucht worden, diesen systemspezifischen Effekt zu eliminieren. Der Beitrag aller Bereiche wurde auf der Basis der Arbeitskosten und einer Schätzung für die Kapitalkosten („adjusted factor cost") neu ermittelt. Der Beitrag des verarbeitenden Gewerbes ist dann niedriger und das Strukturbild ist mit westlichen Volkswirtschaften besser zu vergleichen. Dieses Verfahren soll jedoch hier nicht verwendet werden, weil damit lediglich der Strukturvergleich verbessert, nicht aber ein Niveauvergleich ermöglicht wird.

Wichtiger ist die Frage, ob und wie diese Unterschiede auch die Entwicklung beeinflussen. Nach der Statistik für beide Staaten betrug der Zuwachs für alle produzierenden Bereiche in 13 Jahren (von 1970 bis 1983) in der Bundesrepublik 20 vH, in der DDR 79 vH, das entspricht durchschnittlichen Jahresraten von 1,4 vH und 4,6 vH. Den Durchschnitt in der Bundesrepublik haben die zwei rezessiven Einbrüche geprägt; der höchste Zuwachs wurde 1976 mit 5,6 vH erreicht. In der DDR wichen die einzelnen jährlichen Raten ebenfalls vom Durchschnitt ab, den größten Zuwachs gab es 1974 mit 6,5 vH, den niedrigsten im Jahr 1982 mit 2,6 vH.

Auch in der Entwicklung spielt die Frage der Bewertung eine entscheidende Rolle, und zwar in erster Linie die Bewertung neuer Produkte. Technische Neuerungen sind nur eine unter vielen Komponenten des Wachstums, aber — statistisch gesehen — von besonderem Gewicht. Anders als bei einem „Warenkorb" mit festgelegtem Inhalt sind Preis- und Wertsteigerungen für neue oder veränderte Produkte nicht eindeutig zu bestimmen. Entsprechend bestehen Unschärfen bei der Quantifizierung von Wachstumserfolgen. Wenn sich außerdem — wie in der DDR — die Preise nicht über freie Märkte bilden, sondern — auch unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten — festgesetzt werden, so werden die Berechnungen zweifellos noch schwieriger. Hinzu kommen Unterschiede bei der Gewichtung der Einzeldaten bei der Umstellung auf eine neue Preisbasis. Bei der Fortschreibung der Nationaleinkommensrechnung in der DDR verlieren dabei insbesondere Güter und Dienste mit geringen Wachstumsmöglichkeiten viel stärker an Gewicht als in der Bundesrepublik. Dies ist systembedingt. In der DDR werden in großem Umfang Preise über die Subventionierung absolut niedrig gehalten; in der Bundesrepublik setzen sich Preisdifferenzierungen durch, d. h. in produktivitätsschwachen Bereichen steigen die Preise — sofern Nachfrage besteht — überdurchschnittlich. Damit bleibt der Anteil dieser Bereiche an den nominalen Produktionswerten zwar relativ hoch, sie drücken aber — im Vergleich mit der DDR — wegen ihres geringen Wachstums die durchschnittlichen Steigerungsraten. Tendenziell ist also zu vermuten, daß sich in der Bundesrepublik eher eine Unterbewertung, in der DDR eher eine Überbewertung des Wachstums in den statistischen Ergebnissen niederschlägt.

Diese Tatsache wird in der westlichen Literatur übereinstimmend so gesehen. In den Arbeiten von Alton[2]

wird daraus sogar die Konsequenz gezogen und ein eigener Mengenindex zur Neuberechnung des Wachstums für alle osteuropäischen Länder entwickelt. Für die DDR werden dabei fast alle Zuwachsraten, insbesondere die des produzierenden Gewerbes, beträchtlich reduziert. Die ausschließliche Verwendung von Mengen bringt jedoch die Gefahr der Unterbewertung, weil die Qualitätskomponente überhaupt nicht berücksichtigt wird. Eine andere Arbeitsgruppe[3], die im Auftrag der Weltbank die Vergleichbarkeit von Niveau und Wachstum des Sozialprodukts der zentralgeplanten Volkswirtschaft untersuchte, war vorsichtiger. Ihre Experten gingen zwar auch übereinstimmend von einem zu hohen Ausweis der Zuwachsraten aus, machten aber keine eigenen Berechnungen.

3.6.2.3. Beschäftigung nach Wirtschaftsbereichen

Die Gesamtbeschäftigung hatte in der Bundesrepublik Deutschland 1973 einen Höchststand mit 26,8 Mill. erreicht. Die Rezession 1974/75 führte zu einem starken Rückgang, der bis 1980 zu einem erheblichen Teil wieder aufgeholt werden konnte. Danach nahm — wiederum rezessionsbedingt — die Beschäftigung nochmals ab und stabilisierte sich 1983 bei 25,3 Millionen.

Im Basisjahr 1970 gab es in den „produzierenden Bereichen" 20 Mill. Beschäftigte, 1983 waren es nur noch 16,7 Mill. Der Anteil dieser Bereiche an der Gesamtbeschäftigung sank dadurch von 75 vH auf 66 vH. Der absolute Rückgang wurde zu knapp zwei Dritteln durch die Beschäftigungsexpansion im Dienstleistungsbereich aufgefangen.

In der DDR ist die Gesamtbeschäftigung im Beobachtungszeitraum nahezu stetig gestiegen. Auch hier ist ein Trend zu „mehr Dienstleistungen" zu beobachten, er ist aber weniger ausgeprägt. Der Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich nahm von 22 auf 25 vH zu (Bundesrepublik: von 25 auf 34 vH).

Übersicht 3.6.-2

Struktur der Beschäftigten in vH

	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	1970	1983	1970	1983
Land- und Forstwirtschaft	9	6	12	10
Produzierendes Gewerbe	40	34	41	41
Baugewerbe	9	8	8	7
Handel	13	13	10	10
Verkehr	5	6	7	7
Dienstleistungen	25	34	22	25

Das produzierende Gewerbe dominiert 1970 in beiden Staaten mit etwa 40 vH aller Erwerbstätigen. In der Entwicklung 1970 bis 1983 steht einem unveränderten Anteil in der DDR eine relative Abnahme in der Bundesrepublik um 6 vH-Punkte gegenüber. Überhaupt hat sich die Beschäftigungsstruktur in der DDR vergleichsweise weniger verändert. Auch der für Industriestaaten typische Beschäftigungsrückgang in der Landwirtschaft ist in der DDR sehr viel schwächer ausgefallen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß die Beschäftigungsstruktur in beiden Staaten ähnlicher ist als die Produktionsstruktur.

3.6.2.4. Nettobeitrag je Beschäftigten

Die Produktionsergebnisse je Beschäftigten — in jeweiligen Währungen — geben Aufschluß über die Unterschiede im Produktivitätsniveau zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen innerhalb einer Volkswirtschaft. Beim Vergleich von westlichen und östlichen Volkswirtschaften sind die unterschiedlichen Preise von ausschlaggebender Bedeutung. Ihr Einfluß auf den Nettobeitrag läßt sich anhand der Pro-Kopf-Beträge augenfällig demonstrieren.

So zeigt der Strukturvergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten. Gemeinsames Merkmal ist ein überdurchschnittliches Ergebnis im produzierenden Gewerbe. In der Bundesrepublik ist jedoch — abgesehen von der Landwirtschaft — der Abstand zwischen dem produzierenden Gewerbe und anderen Wirtschaftsbereichen sehr viel niedriger als in der DDR.

Auffallend sind die Ergebnisse für die Land- und Forstwirtschaft. In der Bundesrepublik fällt das Produktivitätsniveau — mit besonders niedrigen Beträgen — völlig aus dem Rahmen, die Produktivitätssteigerungen dagegen sind weit größer als in allen anderen Bereichen. Der darin zum Ausdruck kommende Zwiespalt geht darauf zurück, daß die Zahl der Landwirte in der Bundesrepublik in bezug auf die landwirtschaftliche Produktion zu weit abgegrenzt ist. Viele Bauern arbeiten nur zum Teil in der Landwirtschaft und erzielen weitere Einkünfte aus anderen Tätigkeiten. In der DDR ist das Produktivitätsniveau relativ hoch, die Steigerungen sind aber nur gering. Hier ist zu berücksichtigen, daß die DDR-Landwirtschaft mit hohen Erzeugerpreisen gestützt wird, außerdem ist ein Teil der Vorleistungen durch Subventionen verbilligt. Das Produktivitätsniveau ist somit in unbekanntem Umfang überhöht. Zutreffend — und von der Spezialanalyse über die Landwirtschaft bestätigt — ist jedoch, daß der Produktivitätsanstieg in der Bundesrepublik erheblich höher gewesen ist als in der DDR.

Groß sind die Niveauunterschiede der Nettobeiträge je Beschäftigten auch beim Verkehr. In der Bundesrepublik ist der Nettobeitrag je Kopf im Verkehr etwa so hoch wie im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft, in der DDR ist er nur halb so groß. Dennoch besteht in der

Übersicht 3.6.-3

Nettobeitrag je Beschäftigten
Durchschnitt der Bereiche = 100

	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	1970	1983	1970	1983
Land- und Forstwirtschaft	27	34	79	60
Produzierendes Gewerbe	111	113	126	131
Baugewerbe	127	113	69	62
Handel	94	87	77	75
Verkehr	100	99	52	46

Sache in beiden Staaten eine weitreichende Übereinstimmung. Der Verkehrsbereich ist hier wie dort ein ausgesprochener Subventionsempfänger. Bei der Eisenbahn übersteigen die gezahlten Löhne und Gehälter den Nettoproduktionswert erheblich, und auch andere Zweige des öffentlichen Personenverkehrs sind stark defizitär. In der DDR ist der Nettobeitrag des ganzen Verkehrsbereichs — im gesamten betrachteten Zeitraum — etwa so groß wie die Lohnkosten. In der Bundesrepublik entfielen in den achtziger Jahren im Verkehrsbereich reichlich 80 vH auf die Lohnkosten.

Der in beiden Staaten vergleichsweise niedrige Nettobeitrag je Beschäftigten im Handel geht vor allem darauf zurück, daß hier das Lohnniveau niedrig ist. Darüber hinaus variieren aber in beiden Staaten die Lohnrelationen zwischen den Wirtschaftsbereichen nicht so erheblich, daß davon gewichtige Einflüsse auf das jeweilige Niveau der Nettoproduktion ausgehen könnten. Bestimmend sind vielmehr die systembedingt unterschiedlichen Anteile von Lohnkosten und Abgaben.

Geht man von den Durchschnittslöhnen aus und unterstellt jeweils gleich hohe „Arbeitseinkommen" je Selbständigen, so beträgt in der Bundesrepublik der Anteil der „Arbeitskosten" am Nettobeitrag je Beschäftigten durchschnittlich rund 70 vH. In der DDR beläuft sich diese Quote auf schätzungsweise 50 vH. Dagegen ist der Anteil des Staates und der Unternehmen in der DDR erheblich höher, weil die Staatseinnahmen dort — anders als in der Bundesrepublik — überwiegend aus Abgaben der Unternehmen fließen. Der Anteil der indirekten Steuern am Nettobeitrag variiert zwar auch in der Bundesrepublik nach Wirtschaftsbereichen, die Streubreite ist aber vergleichsweise eng. In der DDR sind die Abgaben auf das produzierende Gewerbe konzentriert. Diese Zusammenhänge bestimmen die großen Abweichungen in den jeweiligen Strukturbildern.

Auch die Entwicklung wird von der Bewertung beeinflußt. Auf die sehr hohen Produktivitätsraten in der Landwirtschaft der Bundesrepublik ist schon hingewiesen worden. Hier liegt die DDR weit zurück. Übereinstimmung ist am ehesten im Verkehr gegeben, der — als stark subventionierter Bereich — in beiden Staaten ähnliche Produktivitätsraten hat. In den übrigen Bereichen — produzierendes Gewerbe, Baugewerbe und Handel — ist der Anstieg in der DDR jeweils um ein Viertel höher.

In jedem Fall ist festzuhalten, daß die mit Hilfe der jeweiligen Gesamtrechnung ermittelten Ergebnisse für die Wirtschaftsbereiche in beiden deutschen Staaten entscheidend von den Unterschieden im Wirtschaftssystem geprägt sind. Sie zeigen nicht die Leistungsunterschiede, sondern in erster Linie die Unterschiede im Preissystem, in der Quote der Arbeitskosten und im Steuer- und Abgabensystem, auch dessen starke Konzentration auf das produzierende Gewerbe. Eine Antwort auf die Frage nach den Leistungsunterschieden kann im Rahmen der VGR-Abgrenzungen also befriedigend nicht gegeben werden.

3.6.3. Die „produzierenden Bereiche": Leistungsvergleich

3.6.3.1. Modellrechnung

Eine andere Möglichkeit einer vergleichenden gesamtwirtschaftlichen Betrachtung ist durch die unabhängig von der VGR vorgenommenen Untersuchungen in den Spezialkapiteln dieser Materialien für die Wirtschaftsbereiche eröffnet worden. Hier gibt es für die Einzelbereiche Berechnungen über das Leistungsniveau in beiden deutschen Staaten. Diese Einzelergebnisse sollen hier noch einmal in den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang gestellt werden. Einschränkend ist allerdings anzumerken, daß damit der Rahmen der exakten Statistik verlassen wird. Die Ergebnisse der einzelnen Wirtschaftsbereiche sind nicht nach einer einheitlichen Methode entwickelt worden. Zum Teil wurden reale Größen verglichen, zum Teil wurden „Preisparitäten" geschätzt. In jedem Fall war die Basis nicht die Nettoproduktion, sondern die Bruttoproduktion. Die Einpassung der Daten in den Rahmen der Gesamtrechnung darf mithin nur als Modellrechnung verstanden werden.

Übersicht 3.6.-4

Modellrechnung:
Nettobeitrag je Beschäftigten in der DDR
Bundesrepublik Deutschland = 100

	1970	1980	1983
Land- und Forstwirtschaft	58	47	41
Produzierendes Gewerbe	48	49	52
Baugewerbe	48	52	57
Handel	40	44	43
Verkehr	50	50	46
Durchschnitt dieser Bereiche	46	47	49

In der Modellrechnung wird also nicht das Leistungsniveau in beiden deutschen Staaten unmittelbar aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet, der Weg ist vielmehr umgekehrt: Der Leistungsabstand, der in den Spezialkapiteln dieser Materialien ermittelt wurde, ist die Grundlage der Berechnung des Produkts; er wird auf den Nettobeitrag je Beschäftigten übertragen. Es entsteht ein überschlägiges Bild von Struktur und Entwicklung der Nettoproduktion in der DDR bei Bewertung in D-Mark zu Preisen der Bundesrepublik, ohne die Verzerrungen, die durch die unterschiedlichen Systeme in beiden Staaten entstehen.

Bei dieser Rechnung ändert sich die ursprüngliche Struktur der Beiträge und der Beiträge je Beschäftigten. In zwei Bereichen — Landwirtschaft und produzierendes Gewerbe — wird der Nettobeitrag kleiner, in zwei anderen — Baugewerbe und Verkehr — größer. Beim Handel erhöht sich der Wert für 1970.

In der Landwirtschaft der DDR ist der Nettobeitrag der Modellrechnung erheblich niedriger als der Wert aus der Nationaleinkommensrechnung. Der Vergleich im Kapitel Landwirtschaft hatte ergeben, daß die Arbeitsproduktivität in der DDR seit Beginn der siebziger Jahre erheblich schwächer gestiegen ist als in der Bundesrepublik; der Rückstand hat sich kontinuierlich vergrößert. Diese Tendenz war auch beim unmittelbaren Vergleich der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unverkennbar. Der modellmäßig ermittelte Niveauabstand beim Nettobeitrag je Beschäftigten — Rückstand der DDR 1970: 42 vH, 1983: 59 vH — paßt zu den Ergebnissen der Materialien von 1971.

Eine Reduzierung der Nettobeiträge gegenüber den VGR-Daten ergibt sich auch im produzierenden Gewerbe. Es wurde die aus der Industrieproduktion errechnete Relation zugrunde gelegt. Über das zum produzierenden Gewerbe gehörende Handwerk konnten keine Aussagen getroffen werden, dies dürfte aber wegen des nur geringen Gewichts die Ergebnisse kaum tangieren. Der Niveauabstand beim Beitrag je Beschäftigten ist schon im Basisjahr größer als 1971 geschätzt; insofern sind die Materialien von 1971 zu korrigieren. Von 1970 bis 1983 hat die DDR leicht aufgeholt; der Rückstand betrug zunächst 52 vH, zuletzt 48 vH.

Das Baugewerbe wurde beim Leistungsvergleich nicht insgesamt vorgestellt; lediglich der Wohnungsbau wurde ausführlich untersucht. Aus den Vorarbeiten für den Wohnungsbau über das gesamte Bauvolumen wurde der Niveauabstand für den Gesamtbereich Bau abgeleitet. Daraus ergibt sich für die DDR ein Rückstand im Jahr 1970 von 52 vH, der sich bis 1983 — infolge der stärkeren Expansion im Bauwesen — auf 43 vH verringert hat.

Die Leistung je Beschäftigten im Verkehrswesen wurde aus den realen Verkehrsleistungen (Tonnenkilometer bzw. Personenkilometer, ohne unterschiedliche Gewichtung) und den Beschäftigten errechnet. Hier ist der Abstand zur Bundesrepublik größer geworden (1970: 50 vH; 1983: 54 vH). Dies liegt in erster Linie am unterschiedlichen Zustand des Anlagevermögens, das für die Leistung des Verkehrswesens von besonderer Bedeutung ist.

Der detaillierte Leistungsvergleich im Handel hat keinen zusammenfassenden Ausdruck der Leistung je Beschäftigten geliefert. Legt man als Kennzahl die mengenmäßige Warenbereitstellung zugrunde, dann besteht hier ein sehr großer Rückstand der DDR (1970: 60 vH; 1983: 57 vH).

In der Summe aller Bereiche ergibt sich aus diesen Einzelergebnissen ein Produktivitätsrückstand der DDR von rund 50 vH. In den „Materialien" von 1971 war für Ende der sechziger Jahre der Produktivitätsrückstand noch mit rund 30 vH beziffert worden. Die Korrektur ist im wesentlichen das Ergebnis der Neuberechnung für die Industrie.

Von 1970 bis 1983 hat die DDR kaum aufgeholt. Allerdings gab es unterschiedliche Tendenzen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen: Bei der Landwirtschaft und im Verkehrsbereich hat sich der Abstand vergrößert, im Bau, im Handel und im produzierenden Gewerbe etwas verringert.

3.6.3.2. Vergleich mit anderen Ergebnissen

Im Kapitel 1.4., Investitionen und Anlagevermögen, wurde festgestellt, daß die Kapitalintensität (Anlagevermögen je Beschäftigten, in DM zu Preisen von 1980) in der DDR nur wenig niedriger als in der Bundesrepublik ist. Dieser Tatbestand kann jetzt mit der Modellrechnung des Nationaleinkommens verknüpft werden: Die Kapitalproduktivität (Produktion bezogen auf das Anlagevermögen) ist dann — ebenso wie die Arbeitsproduktivität — in der DDR nur halb so groß wie in der Bundesrepublik. Die Gründe liegen teilweise im in der DDR hohen Anteil des nicht direkt produktionswirksamen Bauvermögens und in der unterschiedlichen Struktur nach Sektoren, aber auch im hohen Altbestand an Anlagen und im Rückstand der Technik selbst bei neuen Anlagen. Nicht zuletzt bewirkt die geringere Effizienz des Wirtschaftssystems, daß für die gesamtwirtschaftliche Leistung ein vergleichsweise hoher Aufwand notwendig ist.

Erich Honecker hat den Abstand in der Arbeitsproduktivität — verglichen mit der Bundesrepublik Deutschland — auf der 5. Tagung des ZK der SED im November 1982 mit 30 vH angegeben. 1983 wurde in einem Aufsatz in der „Wirtschaftswissenschaft"[4], unter Bezug auf diese Angabe eine Rechnung vorgelegt, in der die Niveaudifferenz zahlenmäßig belegt wird. Als Basis dient das Nationaleinkommen plus Abschreibungen in der DDR und die Bruttowertschöpfung der produzierenden Bereiche in der Bundesrepublik. Wie oben dargelegt, ist auf dieser Grundlage ein Leistungsvergleich jedoch nicht zu führen.

Analysen westlicher Wissenschaftler kommen allgemein zu größeren Leistungsunterschieden. Der Vergleich ist überwiegend auf das Bruttonationalprodukt je Einwohner abgestellt. Rechnet man die Ergebnisse auf die Zahl der Beschäftigten um (vgl. die Übersicht 3.6.-5), sind die Relationen ähnlich wie in der vorliegenden Rechnung. Daß der Unsicherheitsbereich bei

Übersicht 3.6.-5

Sozialproduktvergleich: Neuere Quellen und Ergebnisse

Quelle	Gegenstand	Länder	Ergebnis: Niveau je Einwohner	Umgerechnet je Beschäftigten Bundesrepublik = 100
Alton	GNP je Einwohner in US-$	die 6 kleinen osteuropäischen Länder (als Vergleich: USA)	1985: DDR = 64 (USA = 100)	DDR = 48
Wharton	GDP (GNP) je Einwohner in US-$	alle Länder	1980: DDR = 45 (BRD = 100)	DDR = 34
Collier	GDP je Einwohner in US-$ und DM	DDR (als Vergleich: BRD)	1980: DDR = 70 (BRD = 100)	DDR = 54
BNL	GDP je Einwohner	200 Länder	1983: DDR = 65 (BRD = 100)	DDR = 48

Alton: Research Project on National Income in East Central Europe. Occasional Papers Nos. 90—94. L. W. International Financial Research, Inc. New York. New York 1986.
Wharton: Wharton Econometric Forecasting Associates: Centrally Planned Economics Outlook. October 1986, Vol. 7 Number 2.
Collier: Irwin L. Collier: The Estimation of Gross Domestic Product and Its Growth Rate for the German Democratic Republic. World Bank Staff Working Papers Number 773. A Background Study for Dollar GNPs of the U.S.S.R. and Eastern Europe. The World Bank Washington, D.C., USA. 1985.
BNL: Banca Nazionale del Lavoro, Rome: An Estimate of the 1983 National and Per-Capita Income of the 200 Countries of the World. Research Papers No. 1 — February 1985.

derartigen Rechnungen groß ist, zeigt die Spannweite der Ergebnisse.

Auf der Basis der Einwohnerzahlen sind die Relationen — siehe folgende Übersicht — für die DDR günstiger. Das gilt auch für die Entwicklung im Zeitverlauf. Der Grund ist die Erwerbsquote. Sie ist in der DDR höher und hat seit 1970 zugenommen, während sie sich in der Bundesrepublik noch verringert hat. In der Leistung je Einwohner hat die DDR also aufgeholt:

DDR in vH der Bundesrepublik

	1970	1980	1983
Leistung je Beschäftigten	46	47	49
Leistung je Einwohner	56	68	76

Diese recht beträchtliche Verbesserung zeigt sich jedoch nur in der Produktion, nicht aber bei der inländischen Verwendung.

In der Verwendungsrechnung werden die Güter und Leistungen aufgeteilt in Verbrauch, Investitionen (einschl. Lagerbildung) und Außenbeitrag (Export abzüglich Import). Die DDR veröffentlicht in ihrer VGR keine absoluten Zahlen über die inländische Verwendung und über den Außenbeitrag, d. h. die Differenz zwischen dem produzierten und dem verwendeten Nationaleinkommen wird nicht mitgeteilt. Es ist jedoch eindeutig, daß sich in der betrachteten Zeit der Außenbeitrag von einem Import- in einen Exportüberschuß verwandelt hat. Die inländische Verwendung hat sich dementsprechend sehr viel weniger erhöht als die Produktion. Dies ergibt sich auch aus der DDR-Statistik, nach der das im Inland verwendete Nationaleinkommen seit 1978 langsamer gewachsen ist und seit 1981 sogar stagniert hat.

Das Bild der inländischen Verwendung kann nur in Umrissen dargestellt werden. Der größte Posten, der private Verbrauch, ist relativ sicher. Hier hat sich die Position der DDR — je Einwohner gerechnet — gegenüber der Bundesrepublik Deutschland seit 1970 nicht verbessert; das Niveau des privaten Verbrauchs ist dort immer noch nur etwa halb so groß wie hier. Für die Bruttoinvestitionen und die „gesellschaftliche Konsumtion" (im wesentlichen Sachverbrauch in den nicht-produzierenden Bereichen) sind weder Daten aus der DDR-Statistik noch zuverlässige „Kaufkraftparitäten" verfügbar. Es ist jedoch zu vermuten, daß der Abstand in diesen beiden Verwendungsbereichen nicht so groß ist wie beim privaten Verbrauch. Für die inländische Verwendung (ohne die Dienstleistungen) je Einwohner ergibt sich daraus ein Niveau, das zunächst 1970 rund 52 vH und 1983 rund 57 vH der westdeutschen Werte erreicht hat. Entstehung und Verwendung sind damit — bei allen Einschränkungen des methodischen Vorgehens — in sich schlüssig.

Fußnoten

[1] Die Arbeitsgruppe unter Federführung von Thad Alton veröffentlicht seit Jahren regelmäßig ihre Untersuchungen zum Sozialprodukt der osteuropäischen Länder. — Vgl. Research Project on National Income in East Central Europe. Occasional Papers Nos. 90-94. L.W. International Financial Research, Inc. New York. New York 1986.

[2] ebenda.

[3] Marer P.: Alternative Estimates of the Dollar GNP and Growth Rates of the CMEA Countries. In: East European Economies: Slow Growth in the 1980's. Selected Papers submitted to the Joint Economic Committee Congress of the United States. October 28, 1985, Volume 1. Economic Performance and Policy, p. 133, sowie Collier I. L.: The Estimation of Gross Domestic Product and Its Growth Rate for the German Democratic Republic. World Bank Staff Working Papers Number 773. The World Bank Washington, D.C., USA 1985.

[4] Möller U., Schilling G.: Verschärfte ideologische Angriffe neokonservativer Kräfte auf die Wesensmerkmale der sozialistischen Planwirtschaft der DDR. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Heft 6/1983, S. 856ff.

Literaturhinweise

Barthel W., Karbstein W., Schmidt W.: Statistik des Nationaleinkommens. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1971.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland. Methoden und Probleme. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 2/1978.

Meyer Chr.: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR. Methodik, Inkonsistenzen, Ideologie. Reihe Volkswirtschaftliche Forschung und Entwicklung. Hrsg.: von Böventer E., Kuhbier P. München. Verlag V. Florentz GmbH. 1984.

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Div. Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Fachserie 18, Reihe 1: Konten und Standardtabellen. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer.

Wilkens H.: Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland. Sonderheft des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 115/1976.

4. Einkommen und Lebenshaltung

4.1. Einkommen

Zusammenfassung

Verteilungsgrundsätze und -ziele sind für die DDR konkreter als für die Bundesrepublik Deutschland zu benennen. Eine in sich geschlossene, widerspruchsfreie Konzeption „aus einem Guß" ist aber auch in der DDR nicht erkennbar.

In der Bundesrepublik Deutschland haben im Rahmen der Tarifautonomie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände entscheidende Bedeutung bei der Gestaltung der Lohnsätze. In der DDR werden grundsätzliche Fragen des Lohn- und Tarifsystems von den zentralen staatlichen Leitungsorganen geregelt.

Sowohl die Durchschnittslöhne und -gehälter als auch die durchschnittlichen Einkommen aus selbständiger Tätigkeit sind in der Bundesrepublik Deutschland stärker gestiegen als in der DDR. In beiden deutschen Staaten wurde ein Teil der nominalen Einkommenszunahme von Preissteigerungen aufgezehrt. Zwischen den Wirtschaftsbereichen und Industriezweigen gibt es in beiden deutschen Staaten branchenspezifische Einkommensdifferenzierungen.

In beiden Staaten werden aus den Erwerbseinkommen direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Abgabenbelastung der Arbeitnehmereinkommen erheblich gestiegen; sie war 1983 doppelt so hoch wie in der DDR. — Das durchschnittliche Nettoeinkommen der Arbeitnehmer-Haushalte in der DDR betrug 1970 64 vH, 1983 nur noch 46 vH des Haushaltseinkommens von Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Rentner-Haushalt der DDR hatte 1970 etwa 32 vH, 1983 nur noch 24 vH des Einkommens, das jeweils einem Rentner-Haushalt der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stand.

Ein Vergleich der Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied zeigt, daß in der Bundesrepublik Deutschland Rentner und Arbeitnehmer im Durchschnitt finanziell weitgehend gleichgestellt sind, während in der DDR nach wie vor ein deutlicher Einkommensrückstand der Rentner besteht.

Die Spannweite der Einkommen ist in der DDR sehr viel geringer als in der Bundesrepublik. In beiden deutschen Staaten hat sich die Einkommensdisparität verringert.

Der um Kaufkraftunterschiede bereinigte Einkommensrückstand von Arbeitnehmer-Haushalten in der DDR gegenüber denen in der Bundesrepublik Deutschland hat sich von reichlich 40 vH (1970) auf mehr als 50 vH (1983) vergrößert.

Inhalt Seite

4.1.1. Einkommensverteilung und Verteilungspolitik 483

4.1.1.1. Stufen der Einkommensverteilung 483

4.1.1.2. Verteilungspolitische Ziele 483

4.1.1.3. Ansatzpunkte der Verteilungspolitik 484

4.1.1.4. Tarifvertragssystem und Lohngestaltung 486

4.1.2. Gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung 488

4.1.2.1. Gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung 488

4.1.2.2. Gesamtwirtschaftliche Einkommenskomponenten 489

Seite

4.1.2.3. Gesamtwirtschaftliche Lohnquoten ... 490

4.1.3. Durchschnittliche Erwerbseinkommen ... 491

4.1.3.1. Arbeitnehmerverdienste und Einkommen aus selbständiger und genossenschaftlicher Tätigkeit ... 491

4.1.3.2. Bruttolöhne und -gehälter nach Wirtschaftsbereichen und Industriezweigen ... 494

4.1.4. Belastung der Erwerbseinkommen mit Abgaben ... 495

4.1.4.1. Einkommensteuer ... 495

4.1.4.2. Sozialabgaben ... 498

4.1.4.3. Einkommensabzüge zusammen ... 498

4.1.5. Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen ... 499

4.1.5.1. Entwicklung des Haushaltseinkommens ... 499

4.1.5.2. Nettoeinkommen der Arbeitnehmer-Haushalte ... 500

4.1.5.3. Nettoeinkommen der Rentner-Haushalte ... 501

4.1.5.4. Einkommensschichtung nach sozialen Haushaltsgruppen und der Höhe des Nettoeinkommens ... 502

4.1.5.5. Einkommensschichtung der Arbeitnehmer-Haushalte nach der Haushaltsgröße und der Höhe des Nettoeinkommens ... 503

4.1.6. Um Kaufkraftunterschiede bereinigte Einkommen ... 503

Fußnoten, methodische Hinweise, Quellen und Literaturhinweise zu 4.1. .. 504

4.1.1. Einkommensverteilung und Verteilungspolitik

4.1.1.1. Stufen der Einkommensverteilung

Einkommen entsteht im Produktionsprozeß. Die Verteilung des Einkommens an die in den Prozessen eingesetzten Produktionsfaktoren wird in Marktwirtschaften als funktionelle Verteilung bezeichnet; hier kann man das Einkommen nach seiner ökonomischen Herkunft in Entlohnung für unselbständige Arbeitsleistung, Entgelt für Unternehmertätigkeit, Entgelt für Kapitaleinsatz und Gewinn in engerem Sinne[1] gliedern.

Personen oder Personengruppen können Einkommen aus verschiedenen ökonomischen Funktionen beziehen. Dieser Sachverhalt heißt Querverteilung des Einkommens; mit ihm wird die Brücke von der funktionellen zur personellen Einkommensverteilung geschlagen, die die materielle Lage von Personen oder privaten Haushalten beschreibt.

Die durch den Produktionsprozeß sowie Markt- und Machtaspekte bestimmte funktionelle und personelle Verteilung wird als primäre Einkommensverteilung (Verteilung des Erwerbs- und Vermögenseinkommens) bezeichnet. Die Umverteilung des Einkommens — insbesondere durch direkte Steuern und Sozialbeiträge auf der einen sowie durch soziale Leistungen auf der anderen Seite — führt zur sekundären Verteilung (Verteilung des Nettoeinkommens).

Die marxistisch-leninistische Lehre geht auch von den in Produktionsprozessen entstehenden Einkommen aus; der Produktionsbegriff wird aber enger gefaßt. Während er im Westen alle wirtschaftlichen Vorgänge einbezieht, enthält er nach östlicher Auffassung nur den Bereich der sogenannten materiellen Produktion. Der größte Teil des Dienstleistungssektors bleibt außer Ansatz. Deshalb gelten nur die Einkommen, die im Bereich der materiellen Produktion entstehen, als Primäreinkommen. Sie werden zudem ausschließlich dem Produktionsfaktor Arbeit zugerechnet; nach der Marx'schen Arbeitswertlehre kann nur er Werte schaffen. Alle anderen Einkommen — es sind dies die außerhalb der materiellen Produktion erzielten Erwerbseinkommen, die Transfers und die Vermögenseinkommen — zählen zur Sekundärverteilung, d. h. sie entstehen erst im Umverteilungsprozeß. Das Ergebnis der Umverteilung führt wie im Westen zur Verteilung der Nettoeinkommen auf Personen und private Haushalte. Die unterschiedlichen theoretischen Ansätze haben also für die Ebene der Endverteilung keine Bedeutung.

4.1.1.2. Verteilungspolitische Ziele

In einer nach dem Marktprinzip organisierten Wirtschaft gibt es ein „Bündel" von Zielen der Verteilungspolitik[2]:

— auf dem Gebiet der Allokation[3], wenn sie auf ein „optimales" Ergebnis des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses gerichtet sind,

— auf dem Gebiet der Distribution, wenn sie auf eine Korrektur der Markteinkommen gerichtet sind, falls die Primärverteilung dem politischem Willen widerspricht,

— auf dem Gebiet der Redistribution, wenn sie auf die Sicherung der materiellen Existenz im Fall von Alter, Krankheit, Ausbildung, Arbeitslosigkeit oder weiterer sozialer Bedarfssituationen gerichtet sind.

Ziele der Verteilungspolitik können quantitativer oder qualitativer Natur sein. Verteilungspolitische Ziele sind — ebenso wie die Ziele anderer Bereiche der Wirtschaftspolitik — konkretisierte Wertvorstellungen gesellschaftlicher Gruppen. Wertvorstellungen und verteilungspolitische Ziele können in den einzelnen Gruppen deckungsgleich sein (und sind es auch wohl gewöhnlich); zwischen den Gruppen kann es aber Konflikte geben.

Konkreter als für die Bundesrepublik können die Verteilungsgrundsätze und -ziele für die DDR benannt werden. Eine differenzierte, in sich geschlossene, widerspruchsfreie einkommenspolitische Konzeption „aus einem Guß" ist aber auch in der DDR nicht erkennbar. Gleichwohl sind aus dem marxistisch-leninistischen Lehrgebäude und dem Aktionsprogramm von Partei und Regierung die Grundlinien abzulesen. Als dominierendes Prinzip wird die Verteilung nach der Arbeitsleistung angesehen. Der Grundsatz hat Eingang in die Verfassung gefunden. Daraus abgeleitet wird das Gleichbehandlungspostulat, d. h. für jeden soll dasselbe Verteilungskriterium (die Leistung) gelten. Dies impliziert eine Differenzierung der Erwerbseinkommen. „Gleichmacherei" (gleich hohe Einkommen für alle) ist kein Verteilungsziel des Sozialismus. Nicht Ergebnisgleichheit wird angestrebt, sondern Verfahrensgleichheit: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Außerdem beinhaltet die Gleichheitsvorstellung eine Annäherung der Einkommen aller „Klassen und Schichten" und die Überwindung der Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land. Die Verteilung nach der Arbeitsleistung bei Beachtung des Gleichbehandlungspostulats soll einmal die Erwerbstätigen zu hohen Arbeitsleistungen motivieren, zum anderen soll dem Gerechtigkeitsgedanken — so wie er in der DDR verstanden wird — entsprochen werden. Es spielen also sowohl Allokations- als auch Distributionsgesichtspunkte eine Rolle.

Problematisch ist auch im Sozialismus die Festlegung einer leistungsadäquaten Vergütung, da es dafür keinen objektiven Maßstab gibt. Faktisch wird ein Kurs der begrenzten Ungleichheit verfolgt. Längerfristig soll sich die Spanne zwischen den Arbeitseinkommen noch vermindern, weil erwartet wird, daß sich die Unterschiede in der Arbeitsleistung (z. B. durch höhere Qualifikationen) allmählich reduzieren. Vorerst wird die Verringerung der Spanne auf administrativem Wege von „unten nach oben" durch Anhebung der Mindestlöhne und niedrigen Einkommen herbeigeführt. Dies wird auch mit der Notwendigkeit einer Mindestniveausicherung — also mit redistributiven Argumenten — begründet.

Das Leistungsprinzip wird also als ergänzungsbedürftig angesehen. In Fällen, in denen es nicht anwendbar ist (z. B. bei Erwerbsunfähigkeit) oder zu Ergebnissen führt, die nicht gewollt sind (z. B. Benachteiligung von Familien mit vielen Kindern), richtet sich die Verteilung nach Bedürftigkeit oder auch nach sozialen Gesichtspunkten. Zur Finanzierung dieser Redistributionsvorgänge dienen in erster Linie die sogenannten gesellschaftlichen Fonds (des Verbrauchs)[4]. Darüber, nach welchen Prinzipien die gesellschaftlichen Fonds verteilt werden, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Weitgehend unstreitig ist jedoch, daß es sich nicht um eine kommunistische Verteilung nach Bedürfnissen handelt (allenfalls um eine unreife Keimform), weil nicht alle Bedürfnisse der Gesellschaftsmitglieder berücksichtigt und die anerkannten Bedürfnisse nicht voll befriedigt werden. Zudem besteht bei der Verteilung der Fonds in vielen Fällen eine Abhängigkeit von der derzeitigen oder früheren Arbeitsleistung (z. B. Renten, Krankengeld).

Außerdem sind „jene Gebiete, die eine besondere Rückwirkung auf die Entwicklung der Produktion besitzen, durch die Verteilung der gesellschaftlichen Fonds besonders zu fördern"[5]. Wachstumsrelevant sind z. B. Ausgaben für die Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft sowie für die Reproduktion der Bevölkerung. Wie bei den Erwerbseinkommen wird also auch bei den gesellschaftlichen Fonds von den sonst geltenden Verteilungskriterien — insbesondere dem Gleichbehandlungspostulat — abgewichen, um Wachstumsziele durchzusetzen. Das ist auch die logische Folge des in der Lehre verankerten Primats der Produktion; nicht eine — wie auch immer geartete — Verteilungsgerechtigkeit, sondern Wachstum ist das entscheidende Ziel.

4.1.1.3. Ansatzpunkte der Verteilungspolitik

Verteilungspolitische Aktivitäten können prinzipiell an recht unterschiedlichen Stadien des wirtschaftlichen Geschehens anknüpfen.

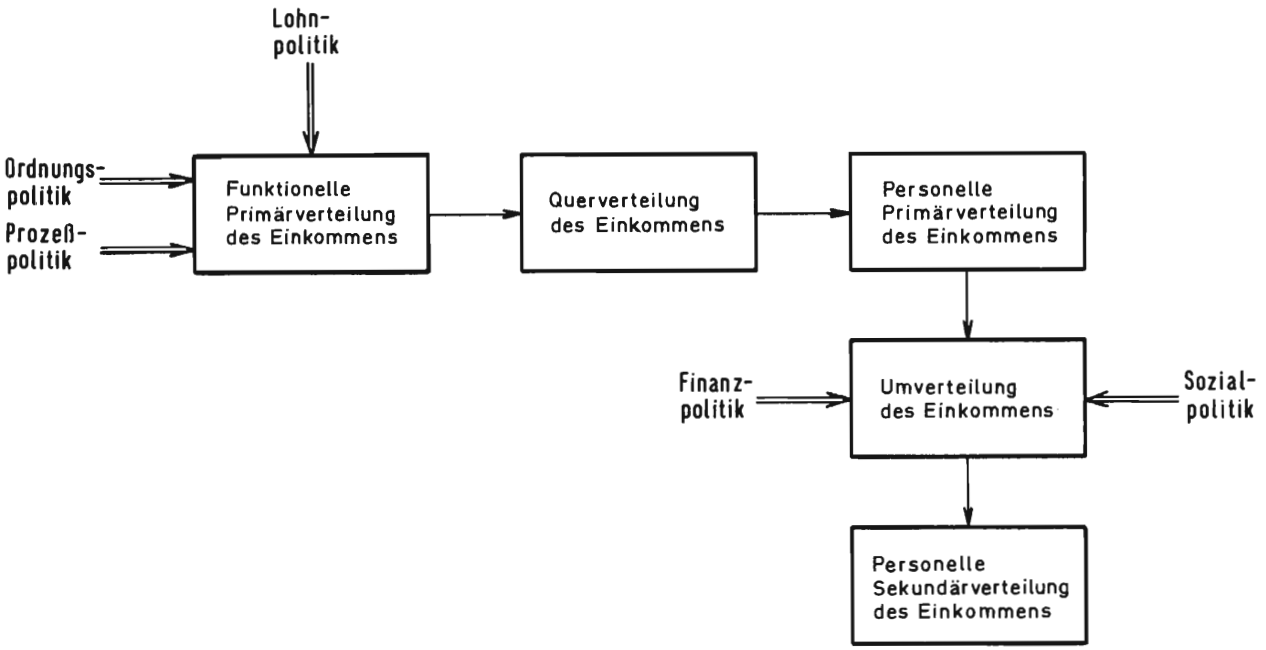
Die Produktionsprozesse sind in der Bundesrepublik Deutschland ganz überwiegend nach marktwirtschaftlichen Prinzipien organisiert; ihr Verlauf wird im wesentlichen bestimmt durch privates Eigentum an Produktionsmitteln, durch dezentrale Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte, durch Koordination der Einzelentscheidungen über den Preismechanismus, durch Vertragsfreiheit.

Im Rahmen der Tarifautonomie[6] entscheiden Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände im „Verteilungskampf" selbstverantwortlich über Lohn- und Arbeitsbedingungen. Neben einer Nominallohnpolitik verfolgen die Gewerkschaften dabei auch eine Lohnstrukturpolitik, die — beispielsweise durch Einführung von Sockelbeträgen oder durch Streichung von Niedriglohngruppen — auf die Einebnung von Lohndifferenzen zielt.

Auch Instrumente der staatlichen Wirtschaftspolitik wirken auf Produktionsprozeß und funktionelle Verteilung. Dies geschieht einmal über die staatliche

Schaubild 4.1.-1

Stufen der Einkommensverteilung und Ansatzpunkte der Verteilungspolitik



Ordnungspolitik, die den Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt, indem sie beispielsweise den Monopolgrad auf Güter- und Faktormärkten beeinflußt, den Arbeitnehmern betriebliche Mitbestimmungsrechte gewährleistet, einen Kündigungsschutz verleiht, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall regelt[7], zum anderen über die staatliche Prozeßpolitik, die den wirtschaftlichen Ablauf zu steuern versucht, indem sie beispielsweise die Zinssätze auf Geld- und Kapitalmarkt beeinflußt oder die Höhe der Staatsausgaben variiert.

Von erheblicher Bedeutung ist die staatliche Umverteilungspolitik. Aus der vorwiegend nach Markt- und Machtkriterien entstandenen originären Verteilung leitet der Staat Einkommensströme beträchtlichen Umfangs um. Dies geschieht durch die Finanzpolitik auf der einen, durch die Sozialpolitik auf der anderen Seite. Schließlich kann die Einkommensverteilung durch die Bildungspolitik beeinflußt werden.

Kennzeichnend für die Wirtschaft der DDR ist die zentrale (staatliche) Planung und Entscheidung über Produktion, Verteilung und Verwendung. Die Produktionsmittel sind ganz überwiegend sozialistisches Eigentum (volkseigen, genossenschaftlich). Der Entscheidungsspielraum der Betriebe ist eng, ihre Aufgabe besteht vor allem darin, die Pläne umzusetzen und zu erfüllen.

Im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Planung wird die Höhe der Einkommensaggregate zentral festgesetzt. Sie stellen für die staatlichen Planungsinstanzen den „Kauffonds" dar, dem sie ein entsprechendes Güterangebot gegenüberzustellen haben. Welcher Anteil des Sozialprodukts als Einkommen verteilt wird und an wen, ist letztlich eine politische Entscheidung; sie hängt ab von der Wirtschaftsentwicklung und den gesetzten Prioritäten (z. B. inländische Verwendung versus Außenbeitrag, Konsum versus Investition, privater Verbrauch versus öffentlicher Verbrauch).

Anders als in der Bundesrepublik (Tarifautonomie) werden die Primäreinkommen weitgehend durch den Staat festgesetzt. Die Gewerkschaften sind nur beratend und ausführend beteiligt. In der DDR ist — nach eigener Auffassung — durch die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln auch der Klassenkonflikt und der Verteilungskampf beseitigt worden. Somit sind Streiks zur Durchsetzung von Lohnforderungen ausgeschlossen. Das heißt indes nicht, daß die staatlichen Entscheidungsträger die Einkommen — zumindest kurz- und mittelfristig — beliebig festsetzen können. Dem stehen arbeitsrechtliche Regelungen (z. B. Lohn- und Gehaltstarife, Anspruch auf tarifgerechte Eingruppierung) entgegen und eine Art Besitzstandsgarantie, die zwar nicht gesetzlich verankert, aber für Arbeitnehmer — außer bei grobem Mißbrauch und Betrug — seit den Ereignissen vom Juni 1953 gängige Praxis ist. Nominale Kürzungen von Einkommen sind damit faktisch weitgehend ausgeschlossen, die Entscheidungen beschränken sich auf die Verteilung des Zuwachses.

Auch bei der Umverteilung hat der Staat eine andere Rolle. In der DDR braucht er wegen der direkten Einflußnahme bei der Festsetzung der Primäreinkommen diese kaum mit Hilfe der Finanzpolitik durch Abgaben zu korrigieren (Ausnahme: bestimmte Selbständige) und kann deshalb auf eine hohe direkte Belastung mit Steuern und Sozialabgaben verzichten.

Zur Deckung seines Finanzbedarfs zieht der Staat überwiegend die volkseigene Wirtschaft heran, aber auch die Bevölkerung mittels hoher indirekter Steuern (Verbrauchsteuern). Ähnlich groß ist indes das Gewicht des Staates bei der Gewährung von Sozialleistungen an Personen, die noch nicht, nicht mehr oder zeitweilig nicht am Erwerbsprozeß teilnehmen. Die Prinzipien, nach denen die Leistungen verteilt werden, sind aber in beiden Staaten nicht dieselben. Neben das ursprüngliche soziale Anliegen, Personen in bestimmten Lebensabschnitten abzusichern, in denen sie nicht oder nur unzureichend für sich und ihre Familien durch Erwerbstätigkeit selbst sorgen können, tritt in der DDR stärker als in der Bundesrepublik die Absicht, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele mit Hilfe der Sozialpolitik zu verfolgen.

4.1.1.4. Tarifvertragssystem und Lohngestaltung

In der Bundesrepublik Deutschland haben im Rahmen der Tarifautonomie die Tarifvertragsparteien — Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände — entscheidende Bedeutung bei der Gestaltung der Lohnsätze. Das Tarifvertragsgesetz setzt lediglich Rahmenbedingungen der Tarifpolitik; hier findet man beispielsweise Bestimmungen über Tariffähigkeit, Tarifzuständigkeit, regelungsfähige Inhalte von Tarifverträgen.

Grundsätzlich gibt es drei Arten von Tarifverträgen:

- Lohn- und Gehaltstarifverträge, die die Höhe der Löhne und Gehälter für die Laufzeit der Verträge regeln,
- Lohn- und Gehaltsrahmentarifverträge, die die einzelnen Lohn- und Gehaltsgruppen festlegen,
- Manteltarifverträge, die Bestimmungen über weitere Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Schichtarbeit, Urlaubsanspruch, Kündigungsfrist, Probezeit usw.) enthalten.

Die Gliederung der Lohn- und Gehaltsgruppen — auch als Grundlohndifferenzierung bezeichnet — geschieht mit Hilfe von Arbeitsbewertungsverfahren. Dabei wird entweder die am jeweiligen Arbeitsplatz erforderliche Qualifikation bewertet (summarische Arbeitsbewertung), oder es werden zusätzlich Grad der Verantwortung und der Belastung sowie weitere Faktoren berücksichtigt (analytische Arbeitsbewertung). Die Anzahl der Gruppen ist in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verschieden.

Die tatsächlich erzielten Verdienste unterscheiden sich mehr oder weniger stark von den in Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden vereinbarten Löhnen und Gehältern. Nicht selten zahlen Unternehmen den bei ihnen beschäftigten Arbeitern und Angestellten übertarifliche Arbeitsentgelte. Diese können sie bei Tariflohnerhöhungen von der vereinbarten Steigerung ausnehmen, so daß die Entwicklung der Gesamtverdienste dann hinter dem Ergebnis der Tarifverhandlungen zurückbleibt. Die Politik der Gewerkschaften ist darauf gerichtet, die Differenz zwischen dem Niveau der Effektiv- und der Tarifverdienste — die „Lohndrift" — möglichst gering zu halten, um den Arbeitgebern bei Tarifverhandlungen wenig Verhandlungsspielraum einräumen zu müssen. Über alle Wirtschaftsbereiche gerechnet, haben sich die Ausschläge der Lohndrift in der Bundesrepublik Deutschland seit der Mitte der siebziger Jahre deutlich verringert.

Erheblich über den Löhnen für geleistete Arbeitszeit liegen die Personalkosten der Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland, denn es gibt eine Reihe gesetzlicher, tariflicher oder betrieblicher Lohnnebenkosten (in vielem gilt dies auch für die DDR):

- Entgelt für arbeitsfreie Tage (Urlaub, Feiertage, Krankheitstage, Mutterschutzzeit und sonstige Ausfallzeiten),
- Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld, Gratifikationen, erfolgsabhängige Zahlungen, Tantiemen),
- Aufwendungen für Versorgungseinrichtungen (Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherung, Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung),
- sonstige Personalzusatzkosten (Familienhilfen, Aufwendungen für Vermögensbildung u. ä.).

In der DDR werden grundsätzliche Fragen der Gestaltung des Lohn- und Tarifvertragssystems für die Arbeitnehmer von den zentralen staatlichen Leitungsorganen geregelt — in Übereinstimmung mit dem FDGB. Die konkrete Gestaltung der Tariflöhne für die verschiedenen Bereiche, Zweige und Berufsgruppen in der Volkswirtschaft erfolgt in Rahmenkollektivverträgen; sie gelten in der Regel für einen langen Zeitraum und werden im sozialistischen und staatlichen Sektor zwischen den Fachministern, Leitern anderer zentraler Staatsorgane und den zentralen Organen der sozialistischen Genossenschaften auf der einen Seite und den Zentralvorständen der Gewerkschaften auf der anderen Seite abgeschlossen. Die Tarife für die privaten Betriebe werden zwischen Industrie- und Handelskammer und Gewerkschaft vereinbart. In jedem Fall werden die Verträge beim Staatssekretariat für Arbeit und Löhne geprüft und registriert.

Die Grundlagen für die Festlegung der Löhne und Gehälter werden mit Hilfe der Arbeitsklassifizierung und Arbeitsnormung geschaffen. Beides sind Methoden der Arbeitsbewertung. Die Arbeitsklassifizierung dient zur Ermittlung der Anforderungen (im wesentlichen Qualifikationen und Verantwortung) an die Arbeitsaufgabe und die Arbeitsnormung zur Messung der unterschiedlichen Leistungen der einzelnen Arbeitnehmer — ggf. bei gleichen Anforderungen. Über das Tarifsystem und über geeignete Lohnformen werden dann die Ergebnisse der Arbeitsbewertung umgesetzt in eine differenzierte Vergütung.

Die beiden wichtigsten Bestandteile des Tarifsystems sind:

- Eingruppierungsunterlagen zur Einstufung der Arbeitsaufgaben nach den Anforderungen an die

Übersicht 4.1.-1

Entwicklung der Effektiv- und der Tarifverdienste in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Effektivverdienste[1]		Tarifverdienste		Nachrichtlich: Lohndrift	
	in DM	in vH	in DM	in vH	in DM	in vH
1970	7,07	+16,8	5,45	+13,0	1,62	+3,8
1971	8,02	+13,4	6,22	+13,3	1,80	+0,1
1972	8,87	+10,5	6,82	+ 9,1	2,05	+1,4
1973	9,97	+12,4	7,54	+10,3	2,43	+2,1
1974	11,19	+12,2	8,52	+12,5	2,67	−0,3
1975	12,19	+ 9,0	9,31	+ 8,5	2,88	+0,5
1976	12,95	+ 6,2	9,86	+ 5,9	3,09	+0,3
1977	14,02	+ 8,3	10,54	+ 6,9	3,48	+1,4
1978	14,94	+ 6,6	11,14	+ 5,6	3,80	+1,0
1979	15,87	+ 6,2	11,69	+ 4,8	4,18	+1,4
1980	17,06	+ 7,5	12,48	+ 6,7	4,59	+0,8
1981	18,05	+ 5,8	13,17	+ 5,5	4,88	+0,3
1982	18,84	+ 4,4	13,71	+ 4,0	5,13	+0,4
1983	19,46	+ 3,3	14,16	+ 3,3	5,30	0,0
1984	20,02	+ 2,8	14,57	+ 2,7	5,45	+0,1

[1] Bruttolöhne und -gehälter je bezahlte Arbeitsstunde.

Quellen: Deutsche Bundesbank. — Berechnungen des DIW.

Qualifikation und Verantwortung der Arbeitnehmer in bestimmte Lohn- und Gehaltsgruppen (Wirtschaftszweiglohngruppenkataloge, Gehaltsgruppenkataloge, Arbeitsklassifizierungsmethodiken, Qualifikationsbücher),

— Tariftabellen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche, -zweige und/oder Beschäftigtengruppen, in denen die Tarifsätze (Geldbeträge pro Stunde oder pro Monat) für die verschiedenen Lohn- und Gehaltsgruppen zusammengefaßt sind.

Zur Differenzierung der Arbeitsentgelte nach der Leistung ist der Tariflohn allein nicht ausreichend, denn durch ihn finden quantitative und qualitative Leistungsunterschiede bei gleichen Arbeitsanforderungen keine Berücksichtigung. Das geschieht, soweit die Leistungen meßbar sind, mittels geeigneter Lohnformen. Die Ausarbeitung und Festlegung zweckmäßiger Lohnformen liegt in der Eigenverantwortung der Betriebe. Aufbauend auf den Tariflohn sind viele Lohnformen so gestaltet, daß die Erfüllung oder Übererfüllung vorgegebener Zeitnormen und/oder anderer Leistungskennziffern durch die Zahlung sogenannter Mehr(leistungs)löhne materiell anerkannt werden.

Die Vielfalt der möglichen Lohnformen läßt sich auf die beiden Grundlohnformen Zeitlohn und Stücklohn und deren Hauptvarianten Prämienzeitlohn und Prämienstücklohn zurückführen.

Das Lohnsystem der DDR soll

— die Verteilung nach Leistung (Quantität und Qualität der Arbeit) sichern,

— höhere und bessere Arbeitsergebnisse stimulieren,

— die Lenkung der Arbeitskräfte entsprechend der strukturpolitischen Vorstellungen des Staates unterstützen,

— Qualifizierung und Verantwortung fördern.

Bisher hat das Lohnsystem diese Anforderungen nur unzureichend erfüllen können. In den sechziger Jahren und auch noch in der ersten Hälfte der siebziger Jahre entfielen nur 50 vH des Effektivverdienstes der meisten Arbeitnehmer in den produzierenden Bereichen auf den eigentlichen Tariflohn. Die Wirkungsmöglichkeiten des Tarifsystems als Steuerungsinstrument war dadurch nahezu aufgehoben. Der leistungsgebundene Lohnteil (Mehrleistungslohn bzw. Mehrleistungsprämien) wiederum, ursprünglich als Mittel zur Leistungssteigerung eingeführt, hatte diese Funktion weitgehend verloren. Er wurde schon bei der Erfüllung der vorgegebenen Norm gezahlt. Zu- und

Abschläge bei der Über- und Untererfüllung waren gering.

Zudem hatten sich drei gravierende Nachteile dieses Mehrlohns herausgebildet:

1. Er widersprach einer leistungsgerechten Bezahlung immer dann, wenn Erhöhungen der Arbeitsproduktivität durch technologische und organisatorische Änderungen im Betrieb verursacht waren. Im Zuge des technischen Fortschritts stand die Betriebsleitung mithin permanent vor der unpopulären Aufgabe, die Normen zu erhöhen — eine Maßnahme, vor der sie häufig zurückschreckte.
2. Die Steigerung des Effektivlohns vollzog sich seit den fünfziger Jahren durch Erhöhung des Mehrleistungslohns; die Tarife waren im wesentlichen unverändert geblieben. Deshalb wurde die stärker nach Tarif vergütete Leistung — auch im gleichen Betrieb — schlechter gestellt. Da es sich hierbei häufig um Leistungen höher Qualifizierter (z. B. Angestellte, Meister, Techniker) handelte, stand dies der gewünschten Bereitschaft zu höherer Qualifizierung entgegen.
3. In einigen Bereichen der Wirtschaft (Handel, Dienstleistungen) wird überwiegend nach Tarif bezahlt. Die Benachteiligung dieser Gruppen hat zu unerwünschten Abwanderungen in Bereiche mit hohem Mehrlohnanteil geführt.

Wegen dieser Mängel wurde auf dem 8. FDGB-Kongreß (1972) eine Reform des Lohnsystems angekündigt, deren schrittweise Verwirklichung dann 1976 begann.

Kernstück der Reform sind die neuen Grundlöhne für Produktionsarbeiter. Diese Grundlöhne setzen sich aus dem Tariflohn und wesentlichen Teilen des bisherigen Mehrlohns zusammen. Ihr Anteil am Effektivlohn soll 70 bis 80 vH betragen. Der verbleibende Mehrlohn soll jetzt an „echte" Leistungskennziffern (Normen u. ä.) gebunden werden. Bezugsbasis für den Mehrlohn ist nicht mehr der Tariflohn, sondern der Grundlohn. (Beispiel: Eine zehnprozentige Normenübererfüllung bringt einen Mehrlohn von 10 Prozent des Grundlohns). Das Problem, die Normen laufend den veränderten Produktionsbedingungen anzupassen, besteht damit weiter. Die alten Tariflöhne bleiben die Berechnungsbasis für die Lohnsteuer sowie für bestimmte Ausgleichszahlungen und Zuschläge. Die über den Tariflohn hinausgehenden Teile des Grundlohns werden wie der Mehrlohn nur mit 5 vH besteuert.

Den zweiten Schwerpunkt der Reform stellen neue Gehaltstarife in den produzierenden Bereichen für Meister und Beschäftigte mit einem Fach- oder Hochschulabschluß dar. Bis Mitte 1985 wurden für 4,3 Mill. Arbeitnehmer Grundlöhne und leistungsabhängige Gehaltstarife eingeführt. In den meisten der übrigen Bereiche, z. B. 1981 für Heilhilfsberufe (Schwestern, Krankenpfleger u. ä.) sowie Erzieher und Lehrer und 1985 für Funktionäre und Angestellte in der staatlichen Verwaltung, sind aufbauend auf den alten Tarifen Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen vorgenommen worden.

Die Löhne und Gehälter sind nach unten durch einen Mindestbruttolohn begrenzt. Er wird von Zeit zu Zeit angehoben und beträgt seit 1976 400 M monatlich bei Ganztagstätigkeit.

Außerdem erhalten die Arbeitnehmer in der DDR Prämien. Auch diese sollen eigentlich nach Leistung verteilt werden. In der Praxis ist das aber häufig nicht der Fall, insbesondere nicht bei den Jahresendprämien, die sich de facto zu einer Art 13. Monatsgehalt entwickelt haben. Anspruch auf Jahresendprämie besteht grundsätzlich nach einjähriger Betriebszugehörigkeit. Die Jahresendprämie ist die mit Abstand wichtigste Prämienform für Beschäftigte in Betrieben, die nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten (im wesentlichen der produzierende Sektor). Auf sie entfallen etwa zwei Drittel aller Prämienmittel dieses Bereichs. Der Durchschnittsbetrag der Jahresendprämie liegt gegenwärtig in der Industrie zwischen 800 und 850 M (für vollbeschäftigte Arbeitnehmer). Es ist beschlossen worden, sie auf diesem Niveau einzufrieren. Der Prämienfondszuwachs soll jetzt stärker leistungsbezogen verteilt werden.

Beschäftigte in haushaltsgeplanten Einrichtungen (Verwaltung, Bildungswesen, Gesundheits- und Sozialwesen, örtliche Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen usw.) bekommen ebenfalls Prämien, allerdings keine Jahresendprämien. Während der Anteil der Prämien am Arbeitseinkommen in der Industrie und im Bauwesen etwa 10 vH beträgt, dürfte er bei den Beschäftigten im staatlichen Sektor um 5 vH liegen.

Weihnachtsgratifikationen sind in der DDR nur von untergeordneter Bedeutung. Sie betragen 35 M für Verheiratete, 25 M für Ledige und 10 M für Lehrlinge und werden nur an Arbeitnehmer mit einem Monatslohn von unter 500 M gezahlt.

4.1.2. Gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung

4.1.2.1. Gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung

Die Summe aller Brutto-(Geld-)Einkommen der Bevölkerung stieg in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis 1983 von 537 Mrd. DM auf 1 402 Mrd. DM und hat sich damit nominal (d.h. ohne Berücksichtigung der Geldwertveränderung) um 161 vH erhöht. In der DDR sind die Brutto-(Geld-)Einkommen im selben Zeitraum nominal von 91 Mrd. M auf 146 Mrd. M gestiegen; das entspricht einer Zunahme von 61 vH.

Im Durchschnitt betrug die jährliche Zunahme in vH:

	Bundesrepublik Deutschland	DDR
1971 bis 1975	10,5	4,5
1976 bis 1980	7,2	3,5
1981 bis 1983	3,8	2,8

In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Expansion der Einkommen von Konjunkturschwankungen beeinflußt. In der Mitte der siebziger und am Anfang der achtziger Jahre gab es Rezessionsphasen, in denen sich die Einkommensentwicklung verlangsamte.

4.1.2.2. Gesamtwirtschaftliche Einkommenskomponenten

Nettolöhne und -gehälter machen in beiden Staaten mehr als die Hälfte aller Einkommen der privaten Haushalte aus. Die zweitwichtigste Position nehmen inzwischen die öffentlichen Einkommensübertragungen ein. 1970 waren es in der Bundesrepublik Deutschland noch die entnommenen Gewinne und in der DDR die Einkommen aus selbständiger und genossenschaftlicher Tätigkeit. Sie rangieren nunmehr an dritter Stelle. Zu beachten ist indes, daß es sich bei den Einkommen aus selbständiger und den Einkommen aus genossenschaftlicher Tätigkeit um unterschiedliche Kategorien handelt. Die unzurei-

Übersicht 4.1.-2

Gesamtwirtschaftliche Einkommensaggregate

	Bundesrepublik in Mrd. DM		DDR in Mrd. M		Bundesrepublik in vH		DDR in vH	
	1970	1983	1970	1983	1970	1983	1970	1983
Bruttolöhne und -gehälter	307,9	742,3	56,0	97,3	57,4	52,9	61,9	66,6
Lohnsteuer und Sozialabgaben	69,8	234,0	7,4	14,1	13,0	16,7	8,2	9,7
Nettolöhne und -gehälter	238,1	508,3	48,6	83,2	44,4	36,2	53,7	56,9
Bruttoeinkommen aus selbständiger (DDR: selbständiger und genossenschaftlicher) Tätigkeit	113,7	262,8	17,6	18,2	21,2	18,7	19,4	12,5
direkte Steuern und Sozialabgaben	22,9	44,2	3,9	4,2	4,3	3,1	4,3	2,9
Nettoeinkommen aus selbständiger (DDR: selbständiger und genossenschaftlicher) Tätigkeit	90,8	218,6	13,7	14,1	16,9	15,6	15,1	9,6
öffentliche Einkommensübertragungen (brutto)	85,0	271,5	12,7	23,1	15,8	19,4	14,0	15,8
direkte Steuern und Sozialabgaben	1,1	5,2	—	—	0,2	0,4	—	—
öffentliche Einkommensübertragungen (netto)	83,9	266,3	12,7	23,1	15,6	19,0	14,0	15,8
übrige Bruttoeinkommen	30,1	125,9	—	—	5,6	9,0	—	—
direkte Steuern	1,9	5,3	—	—	0,3	0,4	—	—
übrige Nettoeinkommen	28,2	120,6	4,2	7,4	5,3	8,6	4,6	5,1
Bruttoeinkommen insgesamt	536,7	1 402,5	90,5	146,0	100,0	100,0	100,0	100,0
direkte Steuern und Abgaben insgesamt	95,7	288,7	11,3	18,2	17,8	20,6	12,5	12,5
Nettoeinkommen insgesamt	441,0	1 113,8	79,2	127,8	82,2	79,4	87,5	87,5

Quellen: Vgl. Anhangtabelle 4.1.-1.

chende Datenlage erlaubt keine exakte Trennung der beiden Einkommensströme. Übrige Einkommen, das sind z. B. Zinsen, Betriebsrenten und Leistungen aus Schadensversicherungen, sind gesamtwirtschaftlich von minderer Bedeutung.

Löhne und Gehälter in der Bundesrepublik haben zwar seit 1970 absolut zugenommen, ihr Anteil am gesamten Bruttoeinkommen der privaten Haushalte war aber im Zeitraum von 1970 bis 1983 rückläufig, in der DDR ist er gestiegen. Dies hängt z. T. mit der Beschäftigungsentwicklung zusammen; die Zahl der erwerbstätigen Arbeitnehmer hat in der Bundesrepublik leicht abgenommen, während sie sich in der DDR nicht unbeträchtlich erhöht hat. Das Gewicht der Einkommen aus selbständiger Tätigkeit ist in der Bundesrepublik gesunken, ebenso das der Einkommen aus selbständiger und genossenschaftlicher Tätigkeit in der DDR. In beiden Staaten hat sich die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen verringert, auch die Erwerbstätigkeit im genossenschaftlichen Sektor der DDR ist zurückgegangen:

	Zahl der			
	Selbständigen		mithelfenden Familienangehörigen	
	in 1 000 Personen			
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
1970	2 690	210	1 732	65
1983	2 354	140	871	40

Erheblich kräftiger als die Erwerbseinkommen sind in beiden deutschen Staaten die öffentlichen Einkommensübertragungen gestiegen. Insbesondere in den siebziger Jahren wurden in Ost und West die Sozialleistungen kräftig aufgestockt und der Empfängerkreis erweitert. Im Zuge der Sparpolitik sind in der Bundesrepublik in den letzten Jahren einige Leistungen eingeschränkt (Kindergeld, Ausbildungsbeihilfen) und andere (Renten) im Zuwachs begrenzt worden. In der DDR ist — verglichen mit den 70er Jahren — die Zeitspanne zwischen den Rentenerhöhungen verlängert worden; seit 1970 sind die Renten fünfmal angehoben worden, und zwar 1971, 1972, 1976, 1979 und 1984/85. Renten, Pensionen u.ä. haben in beiden Staaten einen Anteil von gut zwei Drittel an den Sozialeinkommen.

Die übrigen Einkommen haben in der Bundesrepublik ein größeres Gewicht als in der DDR; ihre Bedeutung ist im Zeitraum von 1970 bis 1983 aber in beiden Staaten gestiegen. Der mit weitem Abstand größte Einzelposten unter den übrigen Einkommen sind in West und Ost die Zinserträge. Die Zuwachsraten der Vermögenseinkommen in der Bundesrepublik lagen ganz erheblich über denen der Erwerbseinkommen; auch in der DDR haben sich die Zinserträge rascher erhöht, allerdings divergierte die Entwicklung dort weit weniger. In der Bundesrepublik machten die Vermögenseinkommen 1970 reichlich ein Drittel, 1983 über vier Fünftel der jährlichen Geldvermögensbildung der privaten Haushalte aus; in der DDR waren es 1970 ebenfalls gut ein Drittel, 1983 etwa die Hälfte.

4.1.2.3. Gesamtwirtschaftliche Lohnquoten

Die Aufteilung des Sozialprodukts auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital spielt in der verteilungspolitischen Diskussion eine gewichtige Rolle. Mit der Zusammensetzung des Sozialprodukts nach größeren Einkommenskomponenten bzw. deren Veränderung im Zeitablauf wird argumentiert, um „Gewinne" oder „Verluste" bestimmter Personengruppen nachzuweisen. Üblicherweise berechnet man dazu den — als gesamtwirtschaftliche Lohnquote bezeichneten — Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Tätigkeit am Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten). Da sich das Volkseinkommen der DDR nicht ermitteln läßt, wird hier — um einen Vergleich zu ermöglichen — das Einkommen aus unselbständiger Arbeit auf das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen bezogen, das sich vom Volkseinkommen um den Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen unterscheidet.

Die so definierte „Lohnquote" belief sich in der Bundesrepublik Deutschland 1983 auf knapp 63 vH; sie war reichlich 3 vH-Punkte höher als zu Beginn der Berichtszeit. Im Jahre 1981 hatte sie mit fast 65 vH ihren bisher höchsten Stand erreicht. Von 1970 bis 1983 ist aber auch der Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (um etwa 4 vH-Punkte) größer geworden. Berücksichtigt man dies in einer „bereinigten" Rechnung, indem die Zahl der Arbeitnehmer als konstant betrachtet wird, so zeigt sich, daß der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit 1983 nur wenig über dem von 1970 lag.

Die Lohnquote beschreibt das Verhältnis von Arbeits- und Kapitaleinkommen nur unvollkommen, denn auch die Selbständigeneinkommen bestehen zu einem Teil aus Arbeitseinkommen. Unter der — allerdings nicht unproblematischen — Annahme, daß das Arbeitseinkommen je Selbständigen (und mithelfenden Familienmitglied) dem durchschnittlichen Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer entspricht, lassen sich Arbeitsquoten berechnen. Sie betrug 1983 72 vH und hat sich damit gegenüber 1970 kaum verändert; ihr Höchstwert lag 1975 bei 75 vH. Bezieht man alle Arbeitseinkommen auf das Volkseinkommen (anstatt auf das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen), ergeben sich ausnahmslos in allen Jahren um gut 10 vH höhere Quoten. Auf den Produktionsfaktor Kapital entfielen demnach im gesamten Berichtszeitraum weniger als 20 vH der Primäreinkommen.

Eine Verteilungsrechnung für die DDR — mit der Basis Nettosozialprodukt zu Marktpreisen (jeweilige Preise) — läßt sich in groben Umrissen für die Jahre 1970 und 1980 schätzen. In der Verteilung der Einkommen auf Haushalte, Unternehmen und Staat in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR zei-

gen sich die Unterschiede der Wirtschaftsverfassungen besonders ausgeprägt. Ein Vergleich ist deshalb sehr problematisch und soll sich darauf beschränken, das Strukturbild zu erläutern[8].

In der Primärverteilung der DDR dominieren Staat und Unternehmen. Ihr Anteil belief sich zusammengenommen 1970 auf rund 30 vH, 1980 auf rund 40 vH am Nettosozialprodukt. In der Bundesrepublik waren es 1970 rund 19 vH, 1980 rund 14 vH. Beim Anteil der privaten Haushalte war das Bild entsprechend umgekehrt: geringere Quoten in der DDR, höhere in der Bundesrepublik.

Ein Teil der Unterschiede wird durch die Umverteilung der Einkommen wieder wettgemacht. In der Bundesrepublik belasten die direkten Steuern und das Sozialversicherungssystem zusammengenommen die privaten Haushalte erheblich. In der DDR dagegen überwiegen im Steuersystem die indirekten Steuern. Nach der Umverteilung weichen die Anteile des privaten Verbrauchs am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen in beiden deutschen Staaten weniger voneinander ab.

Die Verteilungsrechnung zeigt aber nicht nur das unterschiedliche Abgabensystem (direkte/indirekte Steuern, Gewicht der Sozialversicherungsbeiträge), sondern in erster Linie systembedingte Besonderheiten. Ein politischer Grundsatz in der DDR sind niedrige und konstante, zum Teil hochsubventionierte Preise für den „Grundbedarf" (Nahrungsmittel, bestimmte Industrieerzeugnisse, Tarife, Mieten, Dienstleistungen). Dieser „Grundbedarf" hat einen erheblichen Anteil am privaten Verbrauch. Daraus folgt, daß die Preissteigerungen im privaten Verbrauch niedriger sind als für das Gesamtprodukt, und zwar insbesondere seit 1975, als die Betriebspreise als Folge steigender Importpreise erhöht worden sind. Also sinkt der Anteil des Verbrauchs am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen (zu laufenden Preisen). Daraus folgt weiterhin eine restriktive Lohnpolitik, damit die Einkommen etwa im Einklang mit dem nominalen Angebot zunehmen. Der bei dieser Lohnpolitik entstehende Zuwachs an Gewinnen erhöht bei der Primärverteilung den Anteil des Staates und der Unternehmen; auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts steigt der nominale Anteil von Investitionen und Staatsverbrauch. In Zahlen ausgedrückt: In der DDR ist die gesamtwirtschaftliche Lohnquote von 1970 bis 1980 um 3 vH-Punkte auf 46 vH zurückgegangen. Der Anteil des privaten Verbrauchs nahm um 6 vH-Punkte ab. Dagegen hat sich das Gewicht der Investitionen und des Staatsverbrauchs — zum Teil auch preisbedingt — erhöht.

Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote — Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Tätigkeit am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen — in der DDR beschreibt also ganz andere Zusammenhänge als in der Bundesrepublik Deutschland.

4.1.3. Durchschnittliche Erwerbseinkommen

Die Lohn- und Gehaltssumme dividiert durch die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten ergibt die durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienste. Analog lassen sich die durchschnittlichen Erwerbseinkommen aus selbständiger Tätigkeit bzw. für die DDR aus selbständiger und genossenschaftlicher Tätigkeit errechnen.

4.1.3.1. Arbeitnehmerverdienste und Einkommen aus selbständiger und genossenschaftlicher Tätigkeit

Die durchschnittlichen monatlichen Arbeitnehmerverdienste (brutto) sind in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis 1983 nominal von 1 153 DM auf 2 817 DM gestiegen. Zu Beginn der Berichtsperiode hatte es hier eine stürmische Entwicklung gegeben; in den achtziger Jahren schwächte sich die Lohnexpansion allerdings merklich ab. Der Verlauf in der DDR war ähnlich, die Steigerungsraten allerdings erheblich niedriger. Im Jahre 1970 betrugen die durchschnittlichen Bruttoverdienste in der DDR 616 M; sie erhöhten sich bis 1983 auf 955 M. Durch die vergleichsweise schwächere Zunahme in der DDR vergrößerte sich der Abstand zwischen den Bruttoverdiensten in beiden Staaten; 1970 bestand eine Differenz von etwa 50 vH, die sich bis 1982 auf zwei Drittel erhöhte.

In der Berichtszeit hat es allerdings in beiden deutschen Staaten Preissteigerungen gegeben, von denen ein Teil der nominalen Einkommenszunahme aufgezehrt wurde. Die — in einzelnen Jahren erheblichen — Preissteigerungen in der Bundesrepublik relativieren die starken nominalen Einkommenserhöhungen. Von 1970 bis 1980 haben die preisbereinigten durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter um knapp ein Drittel zugenommen. 1981 und 1982 waren sie jeweils rückläufig; 1983 stagnierten sie. Doch seit 1984 sind die Durchschnittslöhne in der Bundesrepublik Deutschland wieder stärker gestiegen als die Kosten der Lebenshaltung.

Die nominalen Einkommen in der DDR lassen sich nicht in gleicher Weise um Preiseinflüsse bereinigen. Der von der amtlichen DDR-Statistik ausgewiesene Preisindex gibt die Veränderung der Verbraucherpreise nicht korrekt wieder und ist somit für preisbereinigte Einkommensrechnungen ungeeignet. Sicher ist indes, daß es auch dort Preissteigerungen gegeben hat. Sie dürften in den siebziger Jahren nicht sehr groß gewesen sein, aber nach der Kurskorrektur in der Preispolitik Ende 1979 — seither verteuern sich die Güter des höherwertigen Bedarfs, im Gegensatz zu früher mit offizieller Billigung — ist es zu beträchtlichen Preisschüben gekommen. Die faktische Einkommenszunahme hat auch in der DDR unter der nominalen gelegen. Vieles spricht für einen trendmäßig ähnlichen Verlauf wie in der Bundesrepublik: einen (nicht quantifizierbaren) realen Einkommenszuwachs in den siebziger Jahren und eine Stagnation oder einen Rückgang zu Beginn der achtziger Jahre.

Die Ermittlung durchschnittlicher Einkommen aus selbständiger Tätigkeit für die Bundesrepublik bzw. selbständiger und genossenschaftlicher Tätigkeit für die DDR ist in mehrfacher Weise problematisch. Ein-

Übersicht 4.1.-3

Verteilung und Umverteilung der Einkommen (jeweilige Preise)

	Bundesrepublik Deutschland				DDR			
	1970	1980	1970	1980	1970	1980	1970	1980
	in Mrd. DM		in vH		in Mrd. M		in vH	
Primärverteilung								
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	607,7	1 312,4	*100*	*100*	120,0	207,0	*100*	*100*
Anteil der privaten Haushalte	538,7	1 177,7	*88,6*	*89,7*	82,5	121,9	*68,8*	*58,9*
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	360,6	842,1	*59,3*	*64,2*	59,1	95,1	*49,3*	*45,9*
Übrige Einkommen der privaten Haushalte [1]								
Bundesrepublik: Entnahmen und Vermögenseinkommen	178,0	335,6	*29,3*	*25,5*	—	—	—	—
DDR: Einkommen aus genossenschaftlicher und selbständiger Tätigkeit sowie sonstige Einkommen	—	—	—	—	23,4	26,8	*19,5*	*12,9*
Anteil des Staates und der Unternehmen	69,0	134,7	*11,3*	*10,3*	37,5	85,1	*31,1*	*41,1*
Umverteilung								
Bruttoeinkommen	538,7	1 177,7	*88,6*	*89,7*	82,5	121,9	*68,8*	*58,9*
− Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge	201,3	471,0	*33,1*	*35,9*	15,8	25,0	*13,2*	*12,1*
+ Sozialeinkommen u. ä.	90,6	250,3	*14,9*	*19,1*	12,7	22,8	*10,6*	*11,0*
= verfügbares Einkommen	428,0	957,0	*70,4*	*72,9*	79,4	119,7	*66,2*	*57,8*
− Ersparnis	59,1	122,9	*9,7*	*9,4*	4,8	3,4	*4,0*	*1,6*
= Privater Verbrauch	368,9	834,0	*60,7*	*63,5*	74,6	116,3	*62,2*	*56,2*

[1] Die übrigen Einnahmen der privaten Haushalte haben in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR einen völlig anderen Inhalt. Um dies kenntlich zu machen, wurden verschiedene Vorspalten eingeführt.

Quellen: Bundesrepublik Deutschland: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1983. — DDR: Schätzungen des DIW.

mal handelt es sich bei Selbständigen bzw. Selbständigen und Genossenschaftsmitgliedern um sehr heterogene und nur mit erheblichen Einschränkungen vergleichbare Gruppen, zum anderen führt die Art der Einkommensberechnung zu überhöhten Durchschnittswerten. Die Einkommen der Selbständigen sind auch das Ergebnis der Tätigkeit von mithelfenden Familienangehörigen; ihre „fiktiven" Einkommen werden den Selbständigen zugerechnet. Außerdem sind hier alle Einkommen aus Wohnungsvermietung verbucht; sie fließen zum Teil aber an Nichtselbständige[9].

Das Einkommen, das private Haushalte aus Unternehmertätigkeit erzielen, besteht aus zwei großen Komponenten: den entnommenen Gewinnen und den nichtentnommenen Gewinnen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Die entnommenen Gewinne — je Selbständigen gerechnet — waren 1983 reichlich zweieinhalbmal so hoch wie 1970 und expandierten damit stärker als die Einkommen der Arbeitnehmer. Noch kräftiger war die Entwicklung, wenn man die Summe der entnommenen Gewinne jeweils auf die Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen bezieht, weil die Zahl

Übersicht 4.1.-4

Durchschnittliche Monatsverdienste der Arbeitnehmer

	Bundesrepublik Deutschland				DDR	
	nominal		preisbereinigt[1]		nominal	
	in DM	1970 = 100	in DM	1970 = 100	in M	1970 = 100
1970	1 153	100	1 153	100	616	100
1975	1 839	159	1 367	119	770	125
1980	2 494	216	1 519	132	877	142
1983	2 817	244	1 484	129	955	155

[1] Preisbereinigt mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

Quellen: Bundesrepublik Deutschland: Berechnungen des DIW aus Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Preisstatistik. — DDR: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

der mithelfenden Familienmitglieder stark zurückgegangen ist.

Seit 1973 — so registriert die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland — waren die entnommenen Gewinne Jahr für Jahr höher als das Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit, und für die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ergaben sich jeweils negative Beträge. Diese Entwicklung ist nicht immer zutreffend interpretiert worden.

Der im System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung Erfahrene weiß, daß die negativen nichtentnommenen Gewinne ganz überwiegend im Wirtschaftsbereich „Wohnungsvermietung" entstanden sind. Die nichtentnommenen Gewinne der übrigen Wirtschaftsbereiche waren nur in den Jahren 1975, 1981 und 1982 — d. h. in konjunkturell besonders ungünstigen Jahren — negativ.

Der gegenwärtige Stand der amtlichen Statistik erlaubt es leider nicht, dieser Frage detailliert nachzugehen. Die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, deren Verlauf — wie gesagt — in starkem Maße durch die Entwicklung in der Wohnungswirtschaft bestimmt wurde, auf die Gesamtzahl der Selbständigen zu beziehen, wäre sicher keine gute Lösung. Deshalb werden diese nichtentnommenen Gewinne hier ausgeklammert.

Die Entwicklung der entnommenen Gewinne in der Bundesrepublik Deutschland war vergleichsweise großen Schwankungen unterworfen. In konjunkturellen Abschwächungsphasen fielen die jährlichen Steigerungsraten der durchschnittlichen Entnahmen jeweils geringer aus als die der Arbeitsverdienste, in Aufschwungphasen dagegen stärker. In der DDR haben die durchschnittlichen Einkommen aus selbständiger und genossenschaftlicher Tätigkeit fast durchweg schwächer zugenommen als die Löhne und Gehälter.

Generell lagen aber die Einkommen dieser Gruppe bzw. Gruppen in beiden Staaten ganz erheblich über dem Niveau der durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienste — in der Bundesrepublik waren sie drei- bis viermal so hoch und in der DDR eineinhalb- bis zweimal.

Zu einem Teil ist der Einkommensvorsprung der Selbständigen vor den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik durch den Strukturwandel zu erklären, der sich seit langem im Bereich unternehmerischer Beschäftigung vollzieht. Im Zuge eines ökonomisch-technischen Konzentrations- und Ausleseprozesses gaben zahlreiche Personen ihre selbständige Erwerbstätigkeit auf. Insbesondere die augenfällige Schrumpfungstendenz in der Land- und Forstwirtschaft setzte sich während der siebziger und achtziger Jahre fort. Im verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und im Handel hat sich die Zahl der Selbständigen von 1970 bis 1983 ebenfalls weiter verringert. Diese Selbständigen waren in der Regel „Grenzunternehmer" mit vergleichsweise niedrigen Gewinnen, und ihr Ausscheiden hat rein rechnerisch das Durch-

Übersicht 4.1.-5

Durchschnittliche Bruttoeinkommen aus selbständiger Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und aus selbständiger und genossenschaftlicher Tätigkeit in der DDR in DM bzw. M je Selbständigen/Genossenschaftsmitglied und Monat

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	DDR
1970	3 522	1 197
1975	5 926	1 399
1980	8 349	1 601
1983	9 308	1 666

Quellen: Vgl. Anhangtabelle 4.1.-5.

schnittseinkommen der verbleibenden Unternehmer „verbessert".

Die, verglichen mit den Löhnen und Gehältern, geringere Zunahme der durchschnittlichen Einkommen der Selbständigen und Genossenschaftsmitglieder in der DDR hat mehrere Gründe: Im Jahre 1972 sind die Betriebe mit staatlicher Beteiligung sowie die letzten privaten Industrie- und Bauunternehmen fast ausnahmslos in die volkseigene Wirtschaft übergeführt worden. Die Inhaber dieser Betriebe hatten die höchsten Einkommen. Von der Verstaatlichung waren auch die industriell produzierenden handwerklichen Genossenschaften betroffen; die Verdienste ihrer Mitglieder lagen beträchtlich über dem Durchschnitt der übrigen Genossenschaftshandwerker. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde zudem die Regelung getroffen, die Arbeit der PGH-Mitglieder nach den Lohn- und Gehaltsstufen der entsprechenden Bereiche in der volkseigenen Wirtschaft zu vergüten. In den sechziger Jahren überstiegen die Einkommen von Genossenschaftshandwerkern deutlich die der Arbeitnehmer. Das private Handwerk wurde umstrukturiert und stärker in die staatliche Planung einbezogen. Industriell produzierende Firmen, das waren die mit den höchsten Gewinnen, mußten ihre Zulieferbeziehungen zur volkseigenen Wirtschaft weitgehend lösen und ihr Tätigkeitsfeld auf die weniger lukrativen Bereiche Reparatur-, Dienst- und andere Versorgungsleistungen für die Bevölkerung umstellen. Außerdem ist eine ganze Reihe von neuen Abgaberegelungen getroffen worden, mit dem Ziel, hohe Einkommen zu beschneiden. Schließlich hat sich der Anteil der Selbständigen an der Zahl der genossenschaftlichen und selbständigen Erwerbstätigen verringert. Selbständige verdienten im Durchschnitt mehr als Genossenschaftsmitglieder.

Tendenziell ist eine Nivellierung zwischen den durchschnittlichen Einkommen aller erwerbstätigen Gruppen seit 1970 eingetreten. Die DDR ist damit einigen ihrer verteilungspolitischen Ziele, nämlich der Verwirklichung des Gleichbehandlungsgrundsatzes, der Annäherung der Einkommen aller „Klassen und Schichten" und damit auch der Überwindung der Gegensätze zwischen Stadt und Land, einen Schritt nähergekommen. Obwohl nur spärlich Angaben vorliegen, spricht vieles dafür, daß im Durchschnitt eine finanzielle Gleichstellung von LPG-Bauern und Arbeitnehmern hergestellt worden ist, Genossenschaftshandwerker etwas mehr verdienen und die (verbliebenen) Selbständigen mit größerem Abstand — wenn auch nicht mehr so deutlich wie 1970 — die Einkommensskala anführen. Trotz Annäherung bei den durchschnittlichen Einkommen der einzelnen sozialen Gruppen bestehen innerhalb der Landwirtschaft und der Privatwirtschaft aber noch ausgeprägte intrasektorale Disparitäten.

Eine Gegenüberstellung der durchschnittlichen Einkommen aus selbständiger Tätigkeit in der Bundesrepublik und der Einkommen aus genossenschaftlicher und selbständiger Tätigkeit in der DDR zeigt, daß sich die Schere noch weiter geöffnet hat. Bereits 1970 lagen die östlichen Einkommen brutto wie netto um zwei Drittel unter den westlichen, bis 1983 hat sich der Abstand nominal auf über vier Fünftel vergrößert.

4.1.3.2. Bruttolöhne und -gehälter nach Wirtschaftsbereichen und Industriezweigen

Zwischen den Wirtschaftsbereichen gibt es in beiden deutschen Staaten branchenspezifische Einkommensdifferenzierungen. Sie werden in der DDR mit unterschiedlichen Arbeitsanforderungen begründet und mit der jeweiligen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Arbeit.

Ein Vergleich der Brancheneinkommen zwischen beiden Staaten stößt auf statistische Schwierigkeiten; die Daten sind nur mit Einschränkungen vergleichbar (siehe methodische Hinweise).

Bei einem Strukturvergleich werden gleichwohl bemerkenswerte Parallelen sichtbar, ungeachtet der Unterschiede bei der Lohnfindung. In der Industrie und im Verkehrsbereich liegen die Einkommen je Beschäftigten in beiden deutschen Staaten über den Durchschnittsverdiensten aller Bereiche, in der Land- und Forstwirtschaft darunter. Anders ist die Situation im Baugewerbe: in der DDR höhere Einkommen als im Durchschnitt, in der Bundesrepublik niedrigere. In den hier nachgewiesenen Verdiensten des Baugewerbes im Westen sind Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft (Schlechtwetter- und Wintergeld) nicht enthalten; diese Zuwendungen zählen in der Statistik zu den öffentlichen Einkommensübertragungen. Schließt man diese Zahlungen in die Berechnungen ein, so gilt gleichwohl, daß die im Baugewerbe beschäftigten Arbeitnehmer ihre Einkommensposition, die sie in den ersten siebziger Jahren erreicht hatten, in der zweiten Hälfte der Berichtszeit nicht aufrechterhalten konnten. Ebenfalls verändert hat sich die Einkommensposition der im Post- und

Übersicht 4.1.-6

Struktur der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter in ausgewählten Wirtschaftsbereichen
Durchschnitt der Wirtschaftsbereiche = 100

Wirtschaftsbereiche	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	1970	1983	1970	1983
Industrie	104	107	101	101
Baugewerbe	99	93	109	101
Land- und Forstwirtschaft	76	79	93	96
Verkehr	117	109	106	109
Post- und Fernmeldewesen	104	94	86	91
Handel	84	86	88	88
Zusammen	100	100	100	100

Quelle: Vgl. Anhangtabelle 4.1.—9.

Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer. Wie generell im öffentlichen Dienst sind die Löhne und Gehälter bei der Bundespost in den letzten Jahren vergleichsweise schwach gestiegen, so daß hier das Einkommensniveau unter den Durchschnitt der Wirtschaftsbereiche sank. In der DDR lag das bei der Post erzielte Einkommen stets unter dem Durchschnittsniveau.

Wenn in der Tendenz auch häufig gleich, waren und sind die Einkommensunterschiede im Ausmaß in der Bundesrepublik deutlicher ausgeprägt.

Im Jahre 1970 betrug der Abstand zwischen dem Bereich mit dem geringsten und dem größten Durchschnittseinkommen in der Bundesrepublik 42 vH-Punkte, in der DDR aber nur 23. Die entsprechenden Werte für 1980 lagen bei 29 und 21 vH-Punkte. Dies deutet auf eine Nivellierung in beiden Staaten hin. Wirklich eindeutig ist dieser Trend nur in der DDR, in der Bundesrepublik gab es in mehreren Bereichen auch gegenläufige Entwicklungen.

Einen Einblick in die Einkommensdifferenzierung in der Industrie gibt der Vergleich durchschnittlicher Arbeitnehmerverdienste nach Industriezweigen sowie nach Arbeitnehmergruppen. Auch hier zeigt sich in der Struktur ein erhebliches Maß an Übereinstimmung. An der Spitze der Verdienstskala stehen in Ost und West Beschäftigte in der Energie- und Brennstoffindustrie. In der Lebensmittelindustrie, vor allem aber in der Leichtindustrie und im Textilgewerbe werden dagegen in beiden Fällen deutlich unterdurchschnittliche Verdienste erzielt. Abgesehen von der Wasserwirtschaft ist die Metallerzeugung und -bearbeitung — hierzu zählen eisenschaffende Industrie, Nichteisenmetallerzeugung und -halbzeugwerke, Ziehereien sowie Kaltwalzwerke — der einzige Zweig, bei dem die Stellung in der Einkommenshierarchie beträchtlich voneinander abweicht. Früher nahm sie in beiden Vergleichsgebieten die Spitzenposition ein[10]. Die Krise dieser Branche in der Bundesrepublik hat zu (relativen) Einkommensabstrichen geführt.

Übersicht 4.1.-7

Struktur der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter nach Industriezweigen 1983
Durchschnitt der Industriezweige = 100

Industriezweige	Bundesrepublik Deutschland	DDR
Energie- und Brennstoffindustrie	111	111
Chemische Industrie	106	103
Metallerzeugung und -bearbeitung	98	108
Baumaterialienindustrie	100	98
Wasserwirtschaft	106	91
Maschinen- und Fahrzeugbau	103	103
Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau	101	102
Leichtindustrie (ohne Textilgewerbe)	88	91
Textilgewerbe	80	88
Lebensmittelindustrie	95	95
Zusammen	100	100

Quelle: Vgl. Anhangtabelle 4.1.-10.

4.1.4. Belastung der Erwerbseinkommen mit Abgaben

In beiden deutschen Staaten werden aus den Erwerbseinkommen direkte Steuern und Sozialbeiträge gezahlt. Die Abgabensysteme beider Staaten haben ihre gemeinsame Wurzel in der Gesetzgebung des Deutschen Reiches — insbesondere der Erzbergerschen Finanzreform (Aufbau einer reichseinheitlichen Steuerverwaltung, Einführung einer Reichsabgabenordnung, einer Reichseinkommensteuer anstelle von 27 Landeseinkommensteuern u. a.) auf der einen, der Reichsversicherungsordnung (Zusammenfassung der gesetzlichen Bestimmungen über die Invaliditäts- und Alterssicherung, die Krankenversicherung der Arbeiter sowie die Unfallversicherung zu einem einheitlichen Gesetzeswerk) auf der anderen Seite. Aber als sich die beiden Staaten in ihrer politischen und ökonomischen Entwicklung voneinander entfernten, wurden auch bald die gemeinsamen Rechtsgrundlagen der Einkommensbesteuerung und der Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen verlassen. Heute gibt es in der Ausgestaltung der Abgabensysteme beider deutscher Staaten zwar noch immer verwandte Züge, aber auch deutliche Unterschiede.

4.1.4.1. Einkommensteuer

Der Einkommensbesteuerung in der Bundesrepublik Deutschland unterliegen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit, nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sowie sonstigen Quellen (z. B. der Ertragsanteil einer Rente aus der gesetzlichen Sozialversicherung oder Einkünfte aus Spekulationsgeschäften). Zur Ermittlung der Einkünfte werden von den Einnahmen der einzelnen Einkunftsarten alle Aufwendungen abgesetzt, die durch den Betrieb oder den selbständig ausgeübten Beruf veranlaßt (Betriebsausgaben) bzw. zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen bestimmt sind (Werbungskosten). Vom Gesamtbetrag der Einkünfte können Sonderausgaben entweder in voller Höhe (z. B. Kirchensteuer) oder bis zu Höchstbeträgen (z. B. Vorsorgeaufwendungen, Parteibeiträge und Spenden) abgesetzt werden. Schließlich wird das Einkommen vor der Steuerermittlung um Freibeträge gekürzt, die tarifliche Einkommensteuer gegebenenfalls um Steuerermäßigungen gemindert. Das Einkommen wird mit einem progressiven Tarif besteuert, der Bezieher höherer Einkünfte prozentual stärker belastet als sol-

che mit niedrigen Einkünften. Sehr hohe Einkommen unterliegen einem proportionalen tariflichen Höchstsatz von 56 vH; sehr geringe Einkommen sind steuerfrei. Die Progression des Einkommensteuertarifs hat zur Folge, daß die Verteilungsdisparität der Nettoeinkommen geringer ist als die der Bruttoeinkommen. Neben der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Einkommensbezieher berücksichtigt die Einkommensbesteuerung die Bedürfnissituation, indem für verschiedene Haushaltstypen eine unterschiedliche Belastung festgelegt wird. So nimmt etwa die Steuerschuld eines Ehepaares mit steigender Kinderzahl ab.

Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) haben gezeigt, daß die effektive Steuerbelastung der Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland geringer ist, als dies aufgrund des Steuertarifs zu erwarten wäre. Dabei klaffen theoretische und effektive Steuerbelastung im Durchschnitt um so stärker auseinander, je höher das Einkommen ausfällt; in Einzelfällen kann dies aber auch umgekehrt sein. Grundsätzlich stehen steuerentlastende Möglichkeiten den Steuerpflichtigen aller Einkommensschichten offen.

Inflationsbedingte Einkommenssteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland hatten zur Folge, daß die Nominaleinkommen der Steuerpflichtigen mit höheren Steuersätzen belegt wurden, als dies bei stabilem Geldwert der Fall gewesen wäre. Um die Auswirkungen dieser „heimlichen Steuererhöhungen" einzudämmen, hat es in der Bundesrepublik Deutschland mehrfach Steuerreformen gegeben.

Zwischen den beiden Erhebungsformen der Einkommensteuer in der Bundesrepublik Deutschland — der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer — gibt es in zunehmendem Maße Abgrenzungsschwierigkeiten. Immer häufiger werden Arbeitnehmer, nachdem sie im Rahmen des Quellenabzugsverfahrens Lohnsteuer gezahlt haben, zur Einkommensteuer veranlagt, weil sie mit ihren Löhnen oder Gehältern bestimmte Einkommensgrenzen überschreiten oder neben dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit andere Einkünfte (z. B. aus Vermietung und Verpachtung) beziehen. Ergibt die Veranlagung von Arbeitnehmern zur Einkommensteuer, daß etwa Doppelverdiener-Ehepaaren im Quellenabzugsverfahren weniger an Lohnsteuer abgezogen wurde, als sie nach dem Tarif zu entrichten haben, so werden die Nachzahlungen dem Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer zugerechnet; Erstattungsbeträge „überzahlter" Lohnsteuer gehen zu Lasten der Einkommensteuereinnahmen. Diese Überschneidungen von Lohn- und veranlagter Einkommensteuer sind zu berücksichtigen, wenn man in der Statistik — über die gesamte Berichtszeit gerechnet — für die steuerliche Belastung der Arbeitnehmereinkommen eine kräftige Zunahme, für die Belastung der Selbständigeneinkommen indes einen deutlichen Rückgang erkennt. Da die Erstattungen bei der Veranlagung Lohnsteuerpflichtiger in den letzten Jahren stark zugenommen haben, dürfte die Steuerbelastung der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik tatsächlich geringer, die der Selbständigen höher gewesen sein, als dies in der Statistik gegenwärtig ausgewiesen wird[11].

Übersicht 4.1.-8

Durchschnittliche Belastung mit direkten Steuern in vH

	1970		1983	
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
Arbeitnehmer	11,8	6,8	17,1	8,2
Selbständige (DDR: Selbständige und Genossenschaftsmitglieder)	16,7	18,2	11,5	17,6

Wie in der Bundesrepublik unterliegen auch in der DDR Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Tätigkeit sowie aus Vermietung und Verpachtung der direkten Besteuerung. Nicht besteuert werden hingegen Zinserträge aus Ersparnis. Die Ermittlung der steuerpflichtigen Einkommen ist im Prinzip auch ähnlich; von den Einkünften bzw. Einnahmen werden Werbungskosten, Sonderausgaben und Freibeträge sowie ggf. Betriebsausgaben abgesetzt. Soziale Gesichtspunkte finden u. a. ihren Niederschlag in der Berücksichtigung des Familienstandes, des Alters und von Kindern (Steuerklassen).

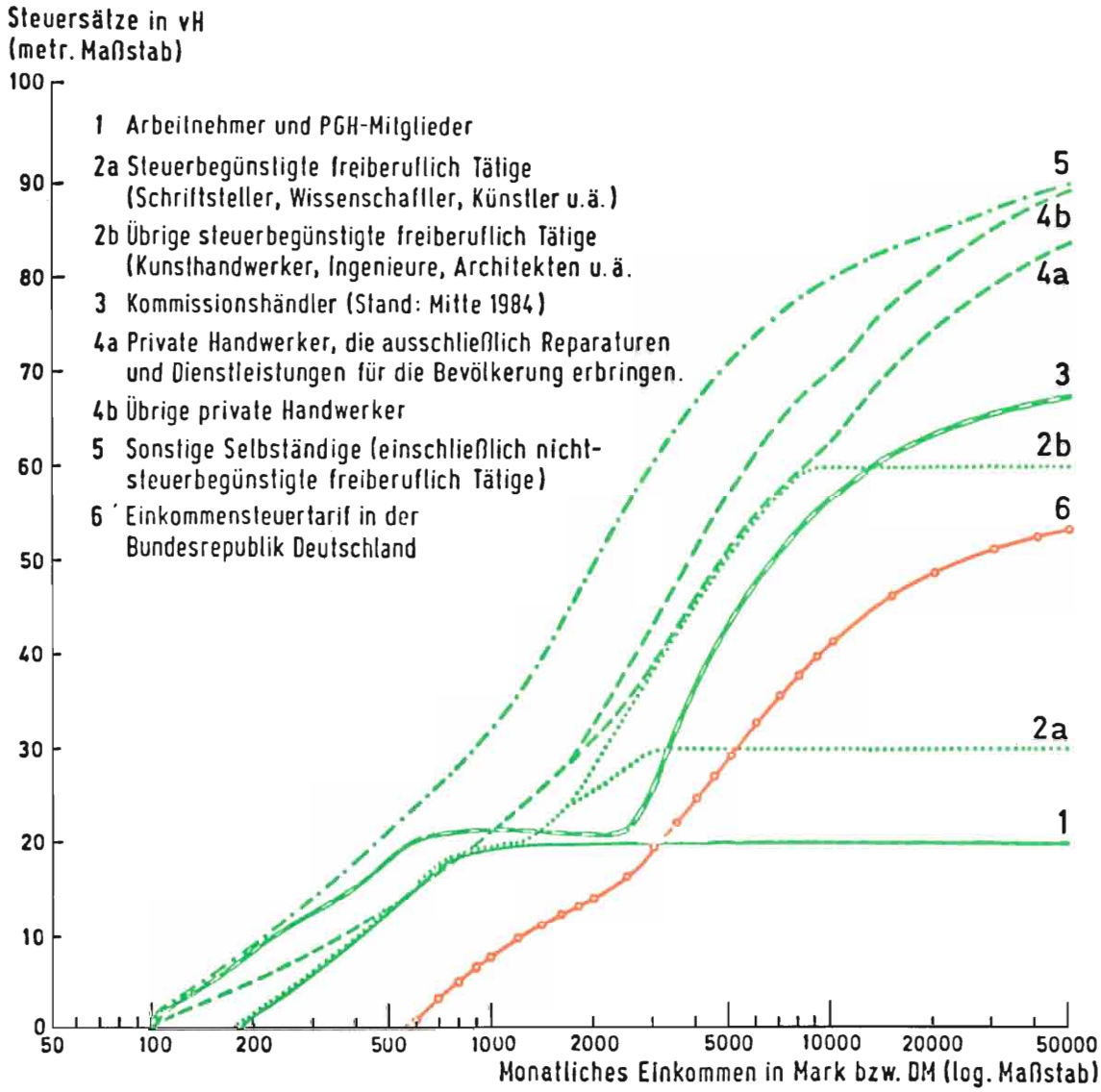
Anders als in der Bundesrepublik gibt es aber keinen einheitlichen Steuertarif für alle Einkommensarten. Charakteristisches Merkmal des Abgabesystems in der DDR ist eine nach wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielen differenzierte Besteuerung der Einkommen. Die daraus erwachsenen Unterschiede in der Veranlagung stehen im Widerspruch zum Gleichbehandlungsgrundsatz.

Arbeitnehmer müssen Lohnsteuern entrichten, deren Sätze im wesentlichen unverändert seit 1953 gelten. Nach einer Freigrenze von 182 Mark beginnt ihr Grundtarif für den darüber liegenden Teil des Monatseinkommens mit einem Durchschnittssteuersatz von 10 vH, der sich zunächst ziemlich rasch erhöht und bei 1 260 Mark in eine von da an konstant bleibende Quote von 20 vH einmündet. Während bei relativ niedrigen Einkommen die steuerliche Belastung progressiv ansteigt, geht sie bei höheren Einkommen in eine proportionale Zone über. Einige Einkommensteile sind entweder abgabenfrei oder werden nur gering besteuert; dies gilt vor allem für die Differenz zwischen Grund- und Tariflöhnen, für Mehrlöhne, Prämien usw., in beschränktem Umfang auch für Sonn- und Feiertagsentgelte. So ist auch in der DDR die effektive Steuerbelastung niedriger, als dies nach dem Steuertarif anzunehmen wäre.

Die Besteuerung der Selbständigen und Genossenschaftsmitglieder ist in der DDR nicht einheitlich geregelt. Mitglieder der Produktionsgenossenschaften des Handwerks werden steuerlich wie Arbeitnehmer behandelt, Arbeitseinkommen der Mitglieder land-

Schaubild 4.1.-2

Grundtarife der Einkommensbesteuerung 1983/84 in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Handbuch DDR-Wirtschaft. 4., erweiterte und aktualisierte Auflage. Reinbek 1985, S. 265.

DIW 87

wirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften sind steuerfrei. Für Arbeitseinkünfte freiberuflich Tätiger gelten anfangs Abgabensätze, die denen der Lohnsteuer entsprechen, hohe Einkommen werden indes stärker belastet. Für private Handwerker und sonstige Gewerbetreibende liegen die Durchschnittssteuersätze schon bei niedrigen Einkommen über denen aller anderen Gruppen in der DDR und auch über dem Einkommensteuertarif der Bundesrepublik Deutschland; sie steigen mit einer außerordentlich starken Progression bis zum Höchstsatz von 90 vH. Kommissionshändler der DDR werden höher als Arbeitnehmer, aber geringer als Selbständige besteuert.

Obwohl die durchschnittliche Belastung der Arbeitnehmer in der DDR nach wie vor erheblich geringer ist als die der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, ist sie ebenfalls gestiegen — allerdings vergleichsweise wenig. Die Steuerbelastung der Selbständigen und Genossenschaftsmitglieder in der DDR war 1983 etwa genauso groß wie 1970; sie ist nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie die der Arbeitnehmer. Der durchschnittliche effektive Steuersatz für genosssenschaftliche und selbständige Einkommen ist indes wenig aussagekräftig; die einzelnen Belastungen sind sehr unterschiedlich (s. o.).

4.1.4.2. Sozialabgaben

Die Sozialbeiträge unterscheiden sich in ihren Verteilungswirkungen infolge ihrer proportionalen Ausgestaltung von den direkten Steuern. Hinzu kommt, daß es in beiden deutschen Staaten Beitragsbemessungsgrenzen für die Sozialversicherungsbeiträge gibt. Bei Einkommen, die diese Grenzen überschreiten, nimmt die Belastung mit steigendem Einkommen degressiv ab.

Beiträge zur gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung der Bundesrepublik Deutschland werden in der Regel je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern geleistet; Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung werden in voller Höhe von den Arbeitgebern getragen. In funktioneller Sicht zählen die Arbeitgeberbeiträge zum Einkommen der Arbeitnehmer. Doch weil in der DDR eine andere Abgrenzung gilt, bleiben die Sozialbeiträge der Arbeitgeber hier außer Betracht (zu den Beitragsregelungen im einzelnen vgl. Kapitel 5.2.2.).

In der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung der Bundesrepublik Deutschland sind sowohl die Beitragssätze als auch die Beitragsbemessungsgrenzen erhöht worden. Aus diesem Grunde ist der Anteil, den die Sozialbeiträge am Bruttoeinkommen haben, von 1970 bis 1983 bei Arbeitnehmern kräftig, bei Selbständigen schwächer gestiegen.

In der DDR wird — ähnlich wie in der Bundesrepublik — bis zur Beitragsbemessungsgrenze ein zum Einkommen proportionaler Pflichtbeitrag zur Sozialversicherung erhoben. Beitragspflichtig sind ebenfalls sowohl die Erwerbstätigen als auch die Betriebe. Der Betriebsanteil wird indes nicht zum Einkommen gerechnet. Im Gegensatz zur Bundesrepublik gibt es aber in der DDR nicht einzelne Versicherungszweige, sondern grundsätzlich einen einheitlichen Versicherungsträger, und der Sozialversicherungsbeitrag ist nicht nach Risiken zu gliedern (Ausnahme: Arbeitsunfall und Berufskrankheit).

Übersicht 4.1.-9

Durchschnittliche Belastung mit Sozialbeiträgen in vH

	1970		1983	
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
Arbeitnehmer	10,8	6,8	14,4	6,4
Selbständige (DDR: Selbständige und Genossenschaftsmitglieder)	3,4	3,9	5,3	5,5

Anders als in der Bundesrepublik sind in der DDR der (Arbeitnehmer-)Beitragssatz und die Beitragsbemessungsgrenze der Sozialversicherung in den Nachkriegsjahren unverändert geblieben, so daß bei steigenden Einkommen die Quote der Sozialabgaben bis Mitte der siebziger Jahre sank. Dann wirkte sich die Einführung der „freiwilligen Zusatzrentenversicherung" aus, die Einkommensteile erfaßt, die über der Beitragsbemessungsgrenze liegen. Inzwischen hat die Zusatzrentenversicherung Massencharakter angenommen, und die Beitragsbemessungsgrenze hat faktisch ihre Bedeutung verloren. Die Sozialabgabenquote der Arbeitnehmer in der DDR war 1983 nur wenig niedriger als 1970; sie lag erheblich unter dem für die Bundesrepublik errechneten Wert. Bei Selbständigen bzw. Selbständigen und Genossenschaftsmitgliedern gab es in beiden deutschen Staaten geringe Unterschiede zwischen den Sozialabgabequoten.

4.1.4.3. Einkommensabzüge zusammen

Die Gesamtbelastung der Arbeitnehmereinkommen mit direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen ist von 1970 bis 1983 in der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestiegen. Inzwischen beanspruchen die Einkommensabzüge hier im Durchschnitt fast ein Drittel der Bruttolöhne und -gehälter. In der DDR hat die Belastung der Arbeitnehmereinkommen nur wenig zugenommen; sie war 1983 nicht einmal halb so hoch wie in der Bundesrepublik. Selbständige indes werden durch Einkommensabzüge in der DDR stärker belastet als im westlichen Deutschland, doch sei erneut darauf verwiesen, daß es statistische Abgrenzungsschwierigkeiten in der Zurechnung direkter Steuern auf Arbeitnehmer und Selbständige in der Bundesrepublik Deutschland gibt.

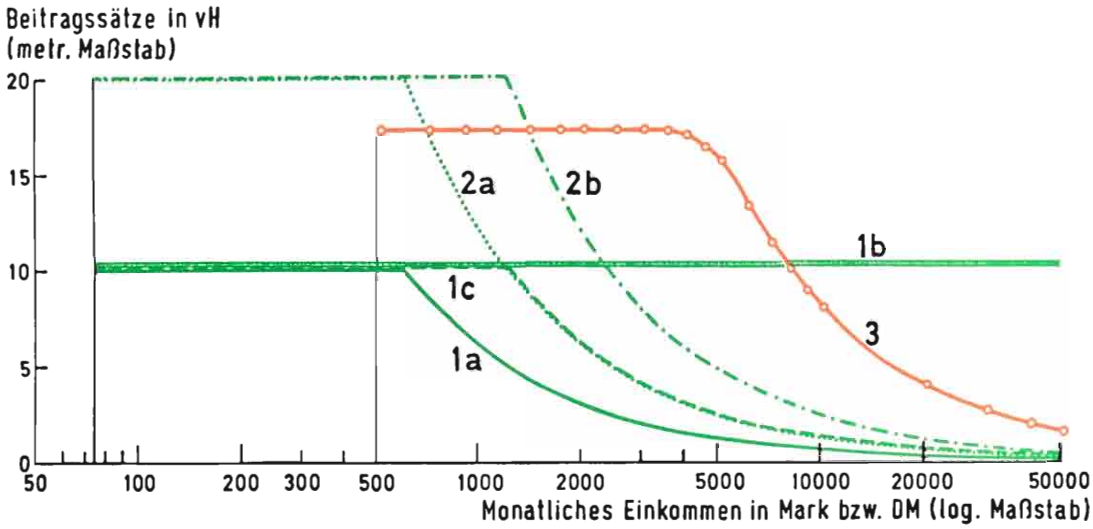
Übersicht 4.1.-10

Durchschnittliche Belastung mit Einkommensabzügen in vH

	1970		1983	
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
Arbeitnehmer	22,6	13,6	31,5	14,6
Selbständige (DDR: Selbständige und Genossenschaftsmitglieder)	20,1	22,1	16,8	23,1

Schaubild 4.1-3

Grundtarife der Sozialversicherungsbeiträge (ohne Betriebsanteile) 1983/84 in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland



1 a Arbeitnehmer und Genossenschaftsmitglieder; pflichtversichert

1 b Arbeitnehmer und Genossenschaftsmitglieder; zusätzlich freiwillig versichert; Beiträge werden für das gesamte Einkommen entrichtet

1 c Arbeitnehmer und Genossenschaftsmitglieder; zusätzlich freiwillig versichert; Beiträge werden für Einkommen bis 1200 Mark im Monat entrichtet (die Versicherten können zwischen den Varianten 1b und 1c wählen)

2 a Selbständige; pflichtversichert

2 b Selbständige; zusätzlich freiwillig versichert (keine Wahlmöglichkeit unter verschiedenen Varianten)

3 Eigenbeiträge der pflichtversicherten beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Beamte und Bergleute) zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Handbuch DDR-Wirtschaft. 4., erweiterte und aktualisierte Auflage, Reinbek 1985, S.268.

DIW 87

4.1.5. Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen

4.1.5.1. Entwicklung des Haushaltseinkommens

Im Haushaltseinkommen fließen jeweils die Einkünfte aller Mitglieder einer gemeinsam wirtschaftenden Personengruppe zusammen — neben dem Haupteinkommen des Haushaltsvorstands dessen zusätzliche Einkünfte und auch die Einkommen weiterer Haushaltsmitglieder. In Arbeitnehmer-Haushalten werden die Löhne und Gehälter, in Selbständigen-Haushalten die Gewinne nicht selten durch öffentliche Einkommensübertragungen und Vermögenseinkommen aufgestockt; auch Rentner-Haushalte erzielen mitunter Zinseinkünfte in nicht unbeträchtlicher Höhe. Kaufkraft und Wohlstandsniveau der jeweiligen Personengemeinschaft hängen vom insgesamt verfügbaren Haushaltseinkommen ab.

In der Bundesrepublik Deutschland ist das durchschnittliche Nettoeinkommen der privaten Haushalte von monatlich 1 570 DM (1970) auf 3 470 DM (1983) gestiegen, hat sich in der Berichtszeit also mehr als verdoppelt. In der DDR war das Haushaltseinkommen 1983 mit durchschnittlich 1 620 M im Monat um knapp 60 vH höher als 1970 (1 025 M). Jedem Haushaltsmitglied stand 1983 in der Bundesrepublik Deutschland rechnerisch ein Betrag zur Verfügung, der knapp zweieinhalbmal so hoch war wie zu Beginn der Berichtszeit; in der DDR hat sich das Pro-Kopf-Einkommen von 1970 bis 1983 um zwei Drittel erhöht.

Übersicht 4.1.-11

Durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR in DM/M je Haushalt und Monat

	1970	1983	Nachrichtlich: Zunahme in vH
	Bundesrepublik Deutschland		
Arbeitnehmer-Haushalte	1 606	3 556	+121
Selbständigen-Haushalte	3 384	8 833	+161
Rentner-Haushalte	994	2 323	+133
Private Haushalte zusammen	1 567	3 466	+121
	DDR		
Arbeitnehmer-Haushalte	1 031	1 653	+ 60
Rentner-Haushalte	315	560	+ 78
Private Haushalte zusammen	1 025	1 620	+ 58
	Nachrichtlich: Bundesrepublik Deutschland = 100		
Arbeitnehmer-Haushalte	64	46	—
Rentner-Haushalte	32	24	—
Private Haushalte zusammen	65	47	—

Quellen: Berechnungen des DIW aus Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland. — Statistische Jahrbücher der DDR 1975 bis 1984. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Ebenso wie die gesamtwirtschaftlichen Einkommensaggregate sind auch die durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre vergleichsweise stark gestiegen; später hat sich die Zunahme der Einkommen deutlich verringert. In beiden Staaten ist diese Entwicklung ähnlich verlaufen.

1970 belief sich das durchschnittliche Haushaltseinkommen der DDR auf 65 vH des entsprechenden Wertes der Bundesrepublik Deutschland. Bis 1983 hat sich diese Relation auf 47 vH verringert; der Abstand der nominalen Durchschnittseinkommen ist spürbar größer geworden.

4.1.5.2. Nettoeinkommen der Arbeitnehmer-Haushalte

Das Nettoeinkommen je Arbeitnehmer-Haushalt der Bundesrepublik Deutschland war 1983 reichlich doppelt so hoch wie 1970. Diese Zunahme ist schwächer ausgefallen, als sie für die anderen Haushaltsgruppen berechnet wurde. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, daß zu den Arbeitnehmern hier auch die Arbeitslosen gerechnet werden, deren Zahl in der Berichtszeit stark zugenommen hat. Bei Haushalten von Arbeitslosen ist das Einkommen erheblich schwächer gestiegen als bei denen von beschäftigten Arbeitnehmern.

Übersicht 4.1.-12

Zusammensetzung der Nettoeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR in vH

	1970		1983	
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
Nettolöhne und -gehälter	90	92	85	91
Übrige Einkommen	10	8	15	9

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Stärker als die durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter[12] sind in der Berichtszeit die an Arbeitnehmer-Haushalte geflossenen öffentlichen Einkommensübertragungen gestiegen. Hier hat sich insbesondere die Neuordnung des Familienlastenausgleichs zur Mitte der siebziger Jahre ausgewirkt, die eine starke Erhöhung der Kindergeldzahlungen mit sich brachte. 1982 und 1983 war das gesetzliche Kindergeld allerdings rückläufig — die Folge sowohl geringerer Kinderzahlen als auch gesetzlicher Leistungseinschränkungen. Erheblich zugenommen haben im Berichtszeitraum die Leistungen der Arbeitslosenversicherung. In den letzten Jahren hat die Arbeitslosenhilfe stark an Bedeutung gewonnen, weil immer mehr längerfristig Arbeitslose ihren Anspruch auf das für höchstens ein Jahr gewährte Arbeitslosengeld inzwischen ausgeschöpft haben. Von den Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland ist 1983 fast die Hälfte an Arbeitnehmer-Haushalte geflossen.

In der DDR sind die durchschnittlichen Haushaltseinkommen von 1970 bis 1983 um 60 vH gestiegen. Ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland haben sich dabei die öffentlichen Einkommensübertragungen und die übrigen Einkommen der Arbeitnehmer-Haushalte kräftiger erhöht als die Nettolöhne und -gehälter. Die strukturelle Zusammensetzung des Haushaltseinkommens der Arbeitnehmer in der DDR

hat sich allerdings nicht wesentlich verändert — im Gegensatz zum Haushaltseinkommen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, für die — wie erwähnt — Kindergeld und Arbeitslosenunterstützung, aber auch Vermögenseinkünfte an Bedeutung gewonnen haben.

Das durchschnittliche Nettoeinkommen der Arbeitnehmer-Haushalte in der DDR betrug 1970 64 vH, 1983 nur noch 46 vH des Haushaltseinkommens von Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland.

4.1.5.3. Nettoeinkommen der Rentner-Haushalte

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Rentner in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in der Berichtszeit stärker erhöht als das der Arbeitnehmer.

Zu den Rentnern zählen hier auch die Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes, deren Einkommensniveau nicht unwesentlich über dem von Leistungsempfängern der gesetzlichen Rentenversicherung liegt. Einmal sind die Durchschnittgehälter von Beamten aus strukturellen Gründen — schon wegen des hohen Gewichts der im Bildungssektor Beschäftigten — höher als das Durchschnittseinkommen anderer Arbeitnehmer; diese Durchschnittsgehälter und -löhne sind die Grundlage für Ruhegehalts- und Rentenberechnungen. Zum anderen erhalten Beamtenpensionäre bereits nach einem Erwerbsleben von 35 Jahren drei Viertel ihres letzten Gehalts als Ruhegeld, während Rentner diesen Satz auch bei längerer Erwerbstätigkeit kaum erreichen. Der Einkommensvorteil, den Beamtenpensionäre gegenüber Sozialrentnern haben, wird zwar dadurch gemindert, daß Versorgungsempfänger ihre Bezüge versteuern müssen und außerdem in der Regel Beiträge zu einer privaten Krankenversicherung zahlen; er wird aber selbst durch diese vergleichsweise hohen Einkommensabzüge keineswegs eingeebnet.

Einkommensarten, die nicht zu den öffentlichen Sozialleistungen zählen, machten 1983 mehr als ein Viertel des Nettoeinkommens der Rentner-Haushalte aus. Von nicht geringer Bedeutung waren Vermögenseinkünfte. Angehörige dieser sozialen Gruppe haben über längere Zeit hinweg Vermögensbestände in mitunter erheblichem Umfang kumuliert und sie oft auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben noch aufgestockt; aus ihrem Geldvermögen erzielen sie nun Zinsen in beachtlicher Höhe.

Das Nettoeinkommen je Rentner-Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland belief sich 1970 auf 62 vH, 1977 auf fast 68 vH des durchschnittlichen Haushaltseinkommens von Arbeitnehmern. Die vergleichsweise schwachen Rentenanpassungen der letzten Jahre hatten zur Folge, daß diese Relation bis 1983 auf 65 vH zurückging.

In der DDR sind die Einkommen der Rentner-Haushalte von 1970 bis 1983 als Folge der Rentenerhöhungen von 1971/72, 1976 und 1979 stärker gestiegen als die aller übrigen sozialen Gruppen. Dadurch hat sich der Abstand zwischen den Haushalten von Arbeitnehmern und Rentnern etwas verringert. Das durchschnittliche Nettoeinkommen eines Rentner-Haushalts in der DDR betrug 1970 nicht ganz 31 vH, 1983 trotz der Rentenerhöhungen erst knapp 34 vH des Einkommens von Arbeitnehmer-Haushalten. Der Abstand zwischen beiden sozialen Gruppen ist also nach wie vor wesentlich größer als im westlichen Deutschland.

Die durchschnittlichen Haushaltseinkommen der Rentner in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR haben sich während der Berichtszeit weiter voneinander entfernt. 1970 hatte ein Rentner-Haushalt der DDR etwa 32 vH, 1983 nur noch 24 vH des Einkommens, das jeweils einem Rentner-Haushalt der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stand.

Bezieht man das Nettoeinkommen auf die Zahl der jeweils im Haushalt zu versorgenden Personen, so stehen sich Rentner in der Bundesrepublik Deutschland durchschnittlich materiell günstiger als Arbeitnehmer. Allerdings muß man die unterschiedliche Struktur der Haushaltsgruppen berücksichtigen. Wenn man die vergleichsweise hohen Kosten der Wirtschaftsführung in Kleinhaushalten in Rechnung stellt, reduziert sich der Einkommensvorsprung, den die Pro-Kopf-Rechnung für Rentner — gegenüber Arbeitnehmer-Haushalten ergibt, fast gänzlich[13].

Für die DDR ergibt die Pro-Kopf-Rechnung, daß Angehörige von Rentner-Haushalten über etwa zwei Drittel des entsprechenden Einkommens in Arbeitnehmer-Haushalten verfügen. Während in der Bundesrepublik Deutschland Rentner und Arbeitnehmer im Durchschnitt weitgehend finanziell gleichgestellt sind, besteht in der DDR also nach wie vor ein deutlicher Einkommensrückstand der Rentner.

Übersicht 4.1.-13

Verhältnis zwischen dem durchschnittlichen Nettoeinkommen von Rentner- und Arbeitnehmer-Haushalten in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR
Arbeitnehmer-Haushalte = 100

	1970		1983	
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
Einkommensverhältnisse				
je Haushalt	62	31	65	34
je Haushaltsmitglied	108	61	110	69

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

4.1.5.4. Einkommensschichtung nach sozialen Haushaltsgruppen und der Höhe des Nettoeinkommens

Mit Globaldaten und Durchschnittswerten läßt sich die Einkommenssituation sozialer Gruppen nur unvollständig beschreiben. Durchschnittseinkommen stellen zudem die materielle Lage sozialer Gruppen günstiger dar, als sie es tatsächlich ist. Denn in der Regel liegt mehr als die Hälfte der Haushalte mit ihrem Einkommen unter dem rechnerischen Durchschnittswert des jeweiligen Haushaltstyps.

In der Bundesrepublik Deutschland war die Einkommensschichtung der Arbeitnehmer-Haushalte 1983 bei einem monatlichen Nettoeinkommen von etwa 2 700 DM am häufigsten besetzt; dieser Einkommenswert — auch dichtester oder Modalwert genannt — lag um rund ein Viertel unter dem Durchschnittseinkommen dieser Gruppe. Die Hälfte der Arbeitnehmer-Haushalte hatte 1983 monatlich höchstens 3 200 DM zur Verfügung; diesen Einkommensbetrag bezeichnet man in der Statistik als zentralen Wert oder Median.

In der DDR ist die Spannweite der Einkommen sehr viel geringer als in der Bundesrepublik. 1983 waren mehr als 75 vH der DDR-Arbeitnehmer mit ihrem Haushaltseinkommen im Bereich von 800 M bis 2 200 M je Monat zu finden — in der Bundesrepublik lagen 75 vH der Arbeitnehmer-Haushaltseinkommen 1983 zwischen 1 000 DM und 4 500 DM. In den Einkommensschichtungen der DDR sind häufigster Wert, Median und arithmetisches Mittel dicht beieinander; für Arbeitnehmer lagen diese Durchschnittswerte 1983 bei 1 630 M bis 1 650 M je Haushalt und Monat.

Die Einkommen der Selbständigen-Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland sind breiter gestreut als die anderer Haushaltsgruppen. Denn Selbständigen-Haushalte sind eine heterogene soziale Gruppe, zu der einmal die Haushalte von Landwirten zählen, deren Einkommensentwicklung durch ernte- und preisbedingte Schwankungen beeinflußt wird, zum anderen Haushalte von selbständigen Erwerbstätigen in Handel, Handwerk, Verkehrs- und Dienstleistungsgewerbe, die mitunter das Einkommen von Arbeitnehmer-Familien nicht erreichen, aber auch Haushalte von Ärzten, Rechtsanwälten, Architekten und Angehörigen anderer freier Berufe, die zumeist Spitzeneinkommen erzielen. 1983 hatte die Einkommensschichtung der Selbständigen-Haushalte ihren Modalwert bei 4 100 DM und ihren Median bei 7 400 DM je Haushalt und Monat.

Die Einkommensschichtung der Rentner-Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland war 1983 bei einem Monatseinkommen von 1 500 DM am häufigsten besetzt. Dieser Modalwert lag um ein Drittel niedriger als das Durchschnittseinkommen. Die Hälfte der Rentner-Haushalte verfügte 1983 über höchstens 2 000 DM monatlich. Wie erwähnt, werden hier zu den Rentnern auch die Beamtenpensionäre gezählt, deren Einkommensniveau nicht unerheblich über dem von Leistungsempfängern der gesetzlichen Rentenversicherung liegt. So konnte die Hälfte der Pensionärs-Haushalte 1983 bis zu 2 900 DM pro Monat ausgeben, während die Hälfte der Sozialrentner-Haushalte einen um rund ein Drittel geringeren Betrag zur Verfügung hatte.

Über die Einkommenschichtung der Rentner-Haushalte in der DDR gibt es nur wenige Informationen. Allerdings ist sicher, daß hier — ebenso wie bei den Arbeitnehmer-Haushalten — die Streuung der Einkommen sehr viel geringer ist als bei den entsprechenden Haushalten der Bundesrepublik. Unbekannt ist, ob im Durchschnittseinkommen der DDR-Rentner-Haushalte (1983: 560 M monatlich) auch die Leistungen von Zusatzversorgungseinrichtungen berücksichtigt werden.

Über alle sozialen Gruppen gerechnet, hatte die Hälfte aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1983 ein monatliches Nettoeinkommen von höchstens 2 900 DM. Mit ihrem Einkommen unter diesem Wert lagen rund zwei Fünftel der Arbeitnehmer-Haushalte, weniger als ein Zehntel der Selbständigen-Haushalte, aber fast ein Viertel der Rentner-Haushalte.

Eine entsprechende Betrachtung für alle privaten Haushalte der DDR läßt sich nicht anstellen, weil über die Haushaltseinkommen der Selbständigen und der Genossenschaftsmitglieder keine Informationen vorliegen. Die Hälfte der Arbeitnehmer- und Rentner-Haushalte — beide Gruppen machen über 90 vH aller privaten Haushalte der DDR aus — hatte 1983 monatlich höchstens 1 350 M zur Verfügung; das Einkommen der Rentner-Haushalte war weitaus geringer. Seit 1970 haben sich die Einkommensschichtungen beider deutscher Staaten voneinander entfernt, wie man es augenfällig in einer graphischen Darstellung erkennt. Das Medianeinkommen — derjenige Einkommenswert, den die Hälfte aller Haushalte nicht überschreitet — ist von 1970 bis 1983 jeweils um den

Übersicht 4.1.-14

Medianwerte der Einkommensschichtung nach der Höhe der Haushaltsnettoeinkommen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR in DM/M je Haushalt und Monat*

	1970		1983	
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
Arbeitnehmer-Haushalte	1 439	1 017	3 240	1 629
Selbständigen-Haushalte	2 704	.	7 417	.
Rentner-Haushalte	787	ca. 300	1 990	ca. 550

* Obere Einkommensgrenze für die Hälfte der Haushalte.
Quellen: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

folgenden Betrag gestiegen (in DM/M je Haushalt und Monat):

	Bundesrepublik	DDR
Arbeitnehmer-Haushalte	1 800	600
Selbständigen-Haushalte	4 700	.
Rentner-Haushalte	1 200	250

In beiden deutschen Staaten sind die Einkommensschichtungen der Arbeitnehmer-Haushalte im Zeitraum von 1970 bis 1983 „gleichmäßiger" geworden, d. h. die Disparität der Einkommensverteilung hat sich jeweils verringert. Dies ist zu erkennen, wenn man die relativen Einkommensverteilungen — entweder als Quintilendarstellung[14] oder als Lorenzkurve[15] — vergleicht. Diese Ausdrucksformen der relativen Verteilung zeigen zugleich, daß die Einkommen der Arbeitnehmer-Haushalte in der DDR nach wie vor gleichmäßiger verteilt sind als in der Bundesrepublik Deutschland.

4.1.5.5. Einkommensschichtung der Arbeitnehmer-Haushalte nach der Haushaltsgröße und der Höhe des Nettoeinkommens

Je mehr Personen in einem Haushalt zusammenleben, um so wahrscheinlicher ist es, daß neben dem Haushaltsvorstand weitere Personen zu einem gemeinsamen Einkommen beitragen. Aus diesem Grunde überrascht es nicht, daß im Durchschnitt mit der Haushaltsgröße auch das Haushaltseinkommen steigt.

In der Bundesrepublik Deutschland hatte die Hälfte der alleinlebenden Arbeitnehmer 1983 ein monatliches Nettoeinkommen, das 2 450 DM nicht überschritt; für Großhaushalte von fünf oder mehr Personen wurde ein Medianwert von 4 300 DM je Monat errechnet.

Übersicht 4.1.-15

Relative Verteilung des Nettoeinkommens der Arbeitnehmer-Haushalte nach Quintilen[1] in vH

	1970		1983	
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
1. Quintil	8,3	9,7	9,8	10,9
2. Quintil	12,7	16,1	14,7	16,3
3. Quintil	16,8	19,7	18,3	19,7
4. Quintil	22,3	23,4	22,9	22,9
5. Quintil	39,9	31,1	34,3	30,2

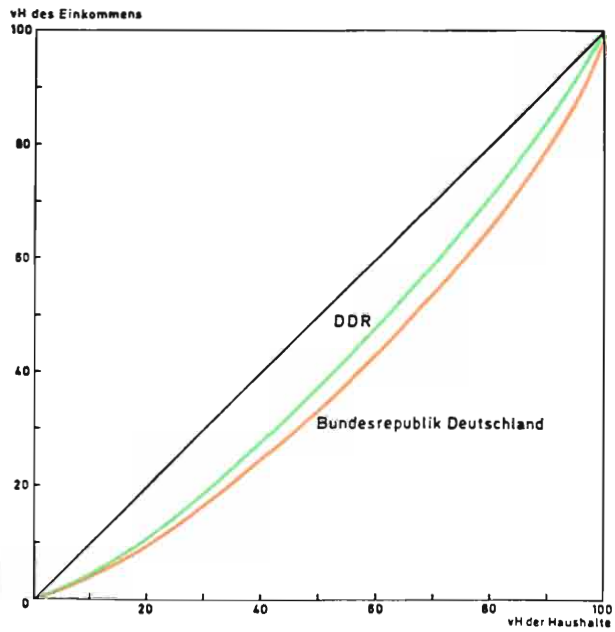
[1] Jedes Quintil umfaßt ein Fünftel der nach ihrer Einkommenshöhe geordneten Haushalte; ausgewiesen werden die Einkommensanteile der Quintile.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

In der DDR lag die obere Einkommensgrenze für die Hälfte aller alleinlebenden Arbeitnehmer 1983 bei 950 M, für die Hälfte aller Haushalte von fünf oder mehr Personen bei 2 100 M monatlich, belief sich also jeweils auf weniger als die Hälfte des Wertes, der für die entsprechenden Haushalte der Bundesrepublik Deutschland galt.

Schaubild 4.1.-4

Relative Verteilung des Nettoeinkommens der Arbeitnehmer-Haushalte 1983 (Lorenzkurve)



4.1.6. Um Kaufkraftunterschiede bereinigte Einkommen

Die bisher genannten Einkommen in beiden Staaten sind in den jeweiligen Währungen — D-Mark bzw. Mark der DDR — und damit ohne einen gemeinsamen Wertmaßstab angegeben. Sie sind darum auch nur mit Einschränkungen vergleichbar. Ein realistischeres Bild geben Einkommen, die um Kaufkraftunterschiede bereinigt worden sind. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, ermittelt in unregelmäßigen Abständen die Kaufkraftparitäten für ausgewählte Haushalte. Den höchsten Repräsentationsgrad der vom DIW untersuchten Haushaltstypen für alle privaten Haushalte weisen die 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte auf. Als Umrechnungsfaktor werden die Kaufkraftparitäten der gekreuzten Warenkörbe zugrunde gelegt (zur Methode und zu den Ergebnissen der Kaufkraftberechnungen vgl. Kapitel 4.2.).

Die Nominaleinkommen von Arbeitnehmerhaushalten lagen in der DDR 1970 um ein Drittel unter denen in der Bundesrepublik; wegen der niedrigen Kaufkraft der Mark im Vergleich zur DM war dieser

Abstand real etwa 10 vH-Punkte größer. Danach wurde die Entwicklung zunächst von zwei gegenläufigen Trends beeinflußt:

— Die Nominaleinkommen in der Bundesrepublik stiegen sehr viel rascher als in der DDR,

— die Kaufkraftparitäten veränderten sich zugunsten der Mark der DDR.

Entscheidend war die Zunahme der Nominaleinkommen; die Kaufkraftverbesserungen wurden überkompensiert. Die Schere zwischen den Einkommen öffnete sich sowohl nominal als auch real weiter. Der Abstand erhöhte sich (nominal und real) bis zu Beginn der achtziger Jahre auf rund 55 vH. Aufgrund der schwachen nominalen Entwicklung in der Bundesrepublik und der relativen Kaufkraftverbesserung der Mark (Ost) konnte die DDR seitdem etwas an Boden gutmachen, der reale Rückstand beträgt aber immer noch mehr als 50 vH. Über den gesamten Zeitraum betrachtet hat sich das Einkommensgefälle zwischen der Bundesrepublik und der DDR weiter vergrößert.

Schaubild 4.1.-5

Nettodurchscnittseinkommen der Arbeitnehmerhaushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1983

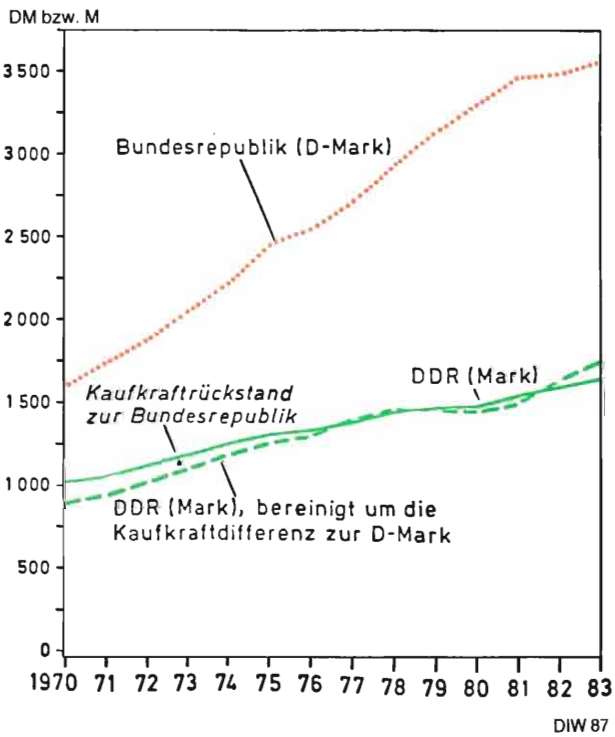
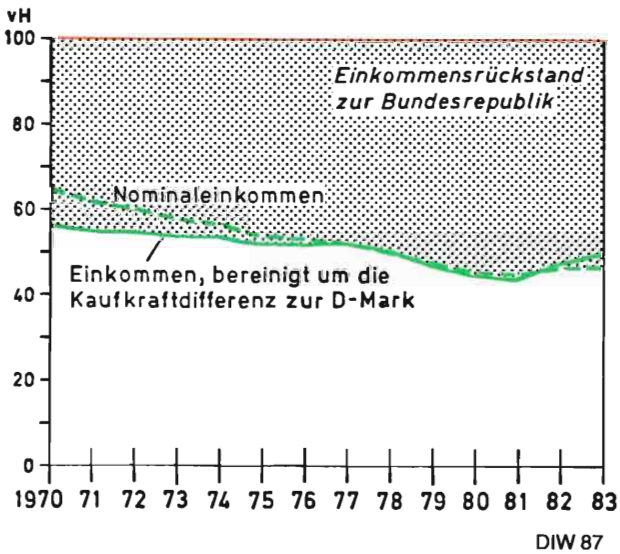


Schaubild 4.1.-6

Nettodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmerhaushalte in der DDR in vH der Nettodurchschnittseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1983



Fußnoten

[1] Eine Trennung von Unternehmerlohn und Gewinn in engerem Sinn ist allerdings nur unter bestimmten Annahmen möglich.

[2] Vgl. Werner J. und Külp B.: Wachstumspolitik, Verteilungspolitik. Stuttgart. Fischer-Verlag. 1971, S. 92.

[3] Als Allokation bezeichnet man die Lenkung der Produktionsfaktoren. Angestrebt wird knappheitsgerechte Lenkung. Sie vollzieht sich auf Märkten durch den Preismechanismus (Allokationsinstrument).

[4] Gemeint sind damit „Finanzierungsfonds der Gesellschaft für die laufende Konsumtion eines Jahres zur Befriedigung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse auf Rechnung der Gesellschaft". — Vgl. Bernard J.: Gesellschaftliche Fonds des Verbrauchs und sozial-ökonomische Aspekte der Verteilung im Sozialismus. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Heft 8/1974, S. 1149.

[5] Rößler H.: Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Produktion und Distribution. In: Rößler H. (Hrsg.): Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bei der Gestaltung von Distribution und Konsumtion in der sozialistischen Gesellschaft. Halle (Saale). 1977. S. 44.

[6] In der Bundesrepublik Deutschland ist die Tarifautonomie durch Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes verfassungsrechtlich verankert.

[7] Neben dem Betriebsverfassungs-, dem Kündigungsschutz- und dem Lohnfortzahlungsgesetz sind hier etwa das Arbeitsförderungs-, das Arbeitssicherheits-, das Arbeitsplatzschutz-, das Schwerbehinderten-, das Jugendarbeitsschutz-, das Mutterschutz-, das Berufsausbildungs-, das Bundesurlaubs-, das Beschäftigungsförderungs- und das Betriebsrentengesetz sowie die Arbeitsstättenverordnung und die Arbeitszeitordnung von Bedeutung.

[8] Vgl. hierzu auch Kapitel Sozialprodukt (3.6.).

[9] Allerdings macht das Einkommen aus Wohnungsvermietung in der Abgrenzung der westlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — nach Abzug von Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen — im längerfristigen Durchschnitt in der Bundesrepublik nur etwa 5 vH des Einkom-

mens der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit aus. In den letzten Jahren lag der Anteil deutlich unter diesem Wert.

[10] Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971. Hrsg.: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bonn. 1971, S. 133.

[11] Das statistische Bundesamt hat angekündigt, daß es die Verzerrung im Nachweis der Steuerlastverteilung bereinigen will.

[12] Hier wurden die Erstattungsbeträge „überzahlter" Lohnsteuer der Nettolohn- und -gehaltsumme zugeschlagen.

[13] Diese Ersparnis wird etwa berücksichtigt, wenn man die Haushaltsmitglieder in „Vollversorgungspersonen" umrechnet. 1983 belief sich das Nettoeinkommen je Vollversorgungsperson und Monat in Rentner-Haushalten der Bundesrepublik Deutschland auf 1 509 DM, in Arbeitnehmer-Haushalten auf 1 490 DM.

[14] Bei der Quintilendarstellung einer Einkommensschichtung wird die nach der Einkommenshöhe geordnete Zahl der Haushalte in fünf gleiche Teile geteilt. Je weniger die Anteile dieser Quintile am Gesamteinkommen der Einkommensschichtung von den Haushaltsanteilen abweichen, um so gleichmäßiger ist die Einkommensverteilung.

[15] Die Lorenzkurve ist eine grafische Darstellung der Einkommensschichtung. Dabei werden auf der Abszisse die kumulierten Anteile der Haushalte, auf der Ordinate die kumulierten Einkommensanteile aufgetragen. Je näher die Koordinaten an der Diagonalen des Schaubildes liegen (sie wird auch als „Gleichverteilungsgerade" bezeichnet), um so gleichmäßiger ist die Einkommensverteilung.

Methodische Hinweise

Wie auch in anderen Bereichen, wird eine Gegenüberstellung der Einkommen in der Bundesrepublik und in der DDR durch die restriktive Veröffentlichungspolitik der amtlichen DDR-Statistik beeinträchtigt. Zudem unterscheiden sich die Einkommensdefinitionen in Ost und West häufig in ihren Abgrenzungen.

Den hier verwendeten makroökonomischen Einkommensaggregaten für die Bundesrepublik liegen die amtlichen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrunde, wobei die Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit ohne die nichtentnommenen Gewinne betrachtet werden. Die DDR weist in ihrer offiziellen Statistik nur eine einzige gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße aus (Nettogeldeinnahmen). Alle anderen Angaben sind vom DIW aus einer Vielzahl von Einzelinformationen in der Fachliteratur zusammengetragen und durch Schätzungen ergänzt worden. Die Ergebnisse sind jüngst in einer Spezialveröffentlichung erschienen (vgl. Vortmann H.: Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 85/1985).

Die volkswirtschaftliche Einkommensgesamtrechnung in beiden deutschen Staaten unterscheidet sich inhaltlich in einigen Positionen. Um einen Vergleich zu ermöglichen, wurden die Abgrenzungen weitgehend vereinheitlicht. Dadurch ergeben sich Abweichungen von den amtlichen bundesdeutschen Daten und auch von den Größen, die vom DIW nach der östlichen Nomenklatur für die DDR ermittelt wurden.

Die durchschnittlichen Erwerbseinkommen errechnen sich aus der Summe aller Erwerbseinkommen dividiert durch die Zahl der Berufstätigen. Ein Teil der Arbeitnehmer wird von der Statistik der DDR jedoch nicht ausgewiesen. Ihre Zahl wurde errechnet bzw. geschätzt und ist in der oben genannten Veröffentlichung des DIW publiziert. Zu beachten ist bei der Gegenüberstellung der Durchschnittseinkommen, daß der unterschiedliche Umfang der Teilzeittätigkeit in beiden Staaten die Vergleichbarkeit beeinflußt. In der DDR dürfte der Anteil der Teilzeitbeschäftigten höher sein als in der Bundesrepublik Deutschland.

Bei den durchschnittlichen Löhnen und Gehältern nach Wirtschaftszweigen konnte für die DDR nicht entsprechend dem bisher angewendeten Muster (Lohn- und Gehaltssumme dividiert durch die Zahl der Arbeitnehmer) verfahren werden. Es stehen lediglich die durchschnittlichen Arbeitseinkommen von Vollbeschäftigten in der sozialistischen bzw. volkseigenen Wirtschaft zur Verfügung; Teilzeitbeschäftigte und Lehrlinge werden nicht erfaßt. Die westlichen Werte beziehen sich dagegen auf den Durchschnitt der Bruttolöhne und -gehälter aller erwerbstätigen (also auch der verkürzt beschäftigten) Arbeitnehmer einschließlich Auszubildender. Das verzerrt den Vergleich insbesondere in Branchen mit einem hohen Anteil von Teilzeitkräften (Handel) und witterungsbedingten Ausfallzeiten (Baugewerbe, Landwirtschaft). In den Arbeitseinkommen der DDR sind außerdem Bestandteile enthalten, die nach westlicher Definition nicht zu den Bruttolöhnen und -gehältern zählen (z. B. Kindergeld). Das wirkt in die gleiche Richtung.

Die Berechnungen zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen der Bundesrepublik Deutschland sind mit den Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgestimmt. Nicht einbezogen wird das Einkommen der Anstaltsbevölkerung und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Durchschnittseinkommen für alle privaten Haushalte der DDR gehen vom gesamtwirtschaftlichen Aggregat Nettoeinkommen aus, das um 1 vH für die Personen in Anstalten vermindert und anschließend durch die Zahl der Haushalte dividiert wurde. Die Einkommensdaten für Arbeitnehmer-Haushalte sind Ergebnisse von Stichproben; für Rentner-Haushalte wurden Stichprobenergebnisse mit den Veränderungsraten von Durchschnittsrenten aus den Jahren 1970 bis 1983 fortgeschrieben. Im Gegensatz zu dem aus gesamtwirtschaftlichen Daten ermittelten Durchschnittseinkommen aller privaten Haushalte gibt es bei Stichprobenergebnissen erfahrungsgemäß das Problem der Einkommensuntererfassung, d.h. die Einkommenswerte für alle privaten Haushalte sind nur unter Einschränkungen mit denen der Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalte vergleichbar.

Quellen

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Handbuch DDR-Wirtschaft. 4., erweiterte und aktualisierte Auflage. Reinbek bei Hamburg. Rowohlt Taschenbuch Verlag. 1985.

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Diverse Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.):
Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
Fachserie 13: Sozialleistungen
Fachserie 14: Finanzen und Steuern
Fachserie 15: Wirtschaftsrechnungen
Fachserie 16: Löhne und Gehälter
Fachserie 17: Preise
Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.
Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge.

Literaturhinweise

Bedau K.-D. (Bearb.): Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1984. In:

Wochenbericht des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 45/1985, S. 507 bis 518.

Cassel D. und Thieme H.J.: Einkommensverteilung im Systemvergleich. Stuttgart. Gustav Fischer Verlag. 1976.

Euler M.: Die Einkommensverteilung und -entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1962-1978 nach Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben. In: Konjunkturpolitik. Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Viertes Heft 1983, S. 199 bis 228.

Euler M.: Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik. Hrsg.: Statistisches Bundesamt. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Heft 1/1985, S. 56 bis 62.

Roberts C.C.: Die effektive Progression bei der Besteuerung des persönlichen Einkommens im Lichte der Ergebnisse der 1978er Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. In: WSI-Mitteilungen. Hrsg.: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Köln. Bund-Verlag. Heft 12/1984, S. 725 bis 732.

Schüler K.: Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen. Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1983. In: Wirtschaft und Statistik. A. a. O. Heft 7/1984, S. 561 bis 575.

Vortmann H.: Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre. Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 85/1985.

4.2. Preise und Kaufkraft

Zusammenfassung

In der DDR werden Preise für Grundnahrungsmittel, aber auch von Kinderbekleidung und Diensten sowie von einigen Industriewaren (z. B. Kohle und Strom) durch staatliche Subventionen niedrig gehalten. Erzeugnisse des gehobenen Bedarfs (z. B. Fernsehgeräte, Autos, Waschmaschinen), aber auch Genußmittel sind dagegen mit hohen Verbrauchsabgaben belastet und deshalb teuer. In der Bundesrepublik bilden sich die Preise in der Regel durch Märkte und Wettbewerb, allerdings ist auch hier ein Teil der Preise von staatlichen Maßnahmen beeinflußt (z. B. Agrarpreise). Somit stehen sich in beiden deutschen Staaten z. T. stark divergierende Konsumgüterpreise gegenüber.

In der Bundesrepublik bestimmen die differenzierten Preisrelationen zusammen mit den unterschiedlichen Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte die Kaufkraft der Währung. In der DDR kommt noch die mangelnde Verfügbarkeit der Waren hinzu, denn Lücken im Angebot, Warteschlangen und regionale Versorgungsunterschiede sind noch immer anzutreffen. Diese Faktoren lassen sich bei Kaufkraftvergleichen kaum erfassen.

In der Bundesrepublik haben sich die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten im Zeitraum von 1970 bis 1985 fast verdoppelt. Im administrativen Preissystem der DDR waren die Konsumgüterpreise nach offizieller Lesart bis Ende der siebziger Jahre konstant. Allerdings gab es verdeckte Preissteigerungen. Seit 1979 gilt ein neuer preispolitischer Grundsatz: Bei weiterhin stabilen Preisen für Erzeugnisse des Grundbedarfs wurden Preissteigerungen für höherwertige Güter offiziell zugelassen.

Infolge der verschiedenartigen Warenkörbe in Ost und West müssen die Kaufkraftparitäten nach der Verbrauchsstruktur beider Staaten ermittelt werden. Die Warenkörbe der Bundesrepublik sind erheblich reichhaltiger als die der DDR. Das gilt besonders hinsichtlich hochwertiger Güter. Je mehr solcher Güter einbezogen werden (Verbrauchsstruktur der Bundesrepublik), desto niedriger ist die relative Kaufkraft der Mark.

Bei einer Lebenshaltung nach der Verbrauchsstruktur in der Bundesrepublik (der DDR) betrug die durchschnittliche Kaufkraft der Mark 1985 für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte 89 vH (124 vH) der Kaufkraft der DM.

Die Kaufkraft der Mark der DDR bei den 2-Personen-Rentnerhaushalten ist höher, weil dort der Verbrauch infolge des niedrigeren Einkommens bescheidener ist. Unter Zugrundelegung des Warenkorbs der Bundesrepublik (der DDR) betrug die Kaufkraftrelation 1985 110 vH (145 vH).

Seit den siebziger Jahren hat sich die relative Kaufkraft der Mark für beide Haushaltstypen nach der Verbrauchsstruktur in der Bundesrepublik leicht und nach der Verbrauchsstruktur in der DDR deutlich verbessert.

Errechnet man Mittelwerte aus den Kaufkraftparitäten nach den Verbrauchsstrukturen in West und Ost (Kreuzung der Warenkörbe), so zeigt sich folgendes Bild: Bei den Arbeitnehmern ist die durchschnittliche Kaufkraft der Mark gegenüber der DM im Zeitraum von 1972 bis 1985 von 95 auf 107 vH gestiegen. Die Rentner verzeichneten eine Verbesserung von 115 auf 128 vH.

Die Kaufkraftparitäten der Währungseinheiten für sich genommen lassen keine Rückschlüsse auf Unterschiede im Lebensstandard zwischen beiden Vergleichsgebieten zu. Dies ist erst in Verbindung mit der Höhe der Einkommen bzw. der Verbrauchsausgaben möglich. Bereinigt um Kaufkraftunterschiede (mit den Relationen der gekreuzten Warenkörbe) beträgt der reale Einkommensrückstand der Arbeitnehmer in der DDR etwa 50 vH (1972: 45 vH). Bei den Rentnern ist der Unterschied noch gravierender.

Inhalt

		Seite
4.2.1.	Überblick	507
4.2.2.	Die Konsumgüterpreise	508
4.2.2.1.	Entwicklung	508
4.2.2.2.	Gegenwärtige Preisverhältnisse	509
4.2.3.	Verbrauchsstrukturen und Warenkörbe	510
4.2.4.	Kaufkraftvergleich	511
4.2.4.1.	Messung der relativen Kaufkraft	511
4.2.4.2.	Die Kaufkraftrelationen bei westdeutschem Konsumverhalten	512
4.2.4.3.	Die Kaufkraftrelationen beim DDR-Konsumverhalten	514
4.2.5.	Zusammenfassung der Ergebnisse	517
Fußnoten, methodische Hinweise, Quellen und Literaturhinweise zu 4.2.		518

4.2.1. Überblick

In der DDR werden alle Preise zentral bzw. unter der Kontrolle von staatlichen Preisorganen nach vorgegebenen Kriterien festgelegt. Die Preisbildung für Konsumgüter unterliegt dabei zu einem gewissen Grade auch sozialpolitischen Zielsetzungen: So werden seit Jahren die Preise für Grundnahrungsmittel, aber auch von Kinderbekleidung und Diensten (z. B. Mieten, Verkehrstarife, Leistungen der Wäschereien) sowie von einigen Industriewaren (z. B. Kohle und Strom) durch staatliche Subventionen niedrig gehalten. Technische Erzeugnisse des gehobenen Bedarfs (z. B. Fernsehgeräte, Autos, Waschmaschinen), aber auch Genußmittel sind dagegen mit hohen Verbrauchsabgaben belastet und werden deshalb zu weit höheren Preisen angeboten, als es die ausgewiesenen Kosten rechtfertigen. Den Preisen kommt hier eine gewisse Verteilungsfunktion zu: Sie sollen den Verbrauch der unteren Einkommensschichten fördern sowie bei den Beziehern höherer Einkommen Kaufkraft abschöpfen.

In der Bundesrepublik bilden sich die Preise in der Regel durch Märkte und Wettbewerb, allerdings ist auch hier ein Teil der Preise von staatlichen Maßnahmen beeinflußt (z. B. Agrarpreise).

Somit stehen sich in beiden deutschen Staaten z. T. stark divergierende Konsumgüterpreise gegenüber, im Extremfall gibt es sogar Unterschiede bis zur zehnfachen Höhe: Der Fahrpreis in öffentlichen Verkehrsmitteln beträgt in der DDR z. B. nur knapp ein Zehntel, Digitaluhren sind hingegen bis zu zehnmal so teuer wie in der Bundesrepublik. — In der Bundesrepublik bestimmen die differenzierten Preisrelationen zusammen mit den unterschiedlichen Verbrauchsge-

wohnheiten der privaten Haushalte die Kaufkraft der Währungen. In der DDR kommt noch hinzu, daß die mangelnde Verfügbarkeit der Waren eine entscheidende Rolle spielt, denn Lücken im Angebot, Warteschlangen und regionale Versorgungsunterschiede sind noch immer anzutreffen. Diese Faktoren lassen sich bei Kaufkraftvergleichen kaum erfassen.

Ziel von Kaufkraftanalysen ist die Bestimmung von Umrechnungsfaktoren, die es erlauben, in den jeweiligen Landeswährungen angegebene nominale Größen vergleichbar zu machen. Verbrauchergeldparitäten für sich genommen sind keine Wohlstandsindikatoren, auch nicht ihre Veränderungen im Zeitablauf. Erst in Verbindung etwa mit der Höhe der Einkommen oder des privaten Verbrauchs lassen sich vergleichende Aussagen über Niveau und Entwicklung der Lebenshaltung machen.

Wechselkurse eignen sich prinzipiell nicht zur Umrechnung, sie werden durch das Preisniveau der im Außenhandel getauschten Waren und Dienstleistungen sowie durch Transaktionen im Kapitalbereich bestimmt. Für die Verbraucher sind aber die inländischen Preise der Waren und Dienstleistungen maßgebend. In bezug auf die Mark der DDR liegen die Verhältnisse noch anders; sie ist eine reine Binnenwährung, nicht konvertierbar und wird deshalb an den internationalen Devisenbörsen nicht notiert. Neben dem von den DDR-Behörden mehr oder weniger willkürlich festgesetzten Touristenkurs (1 Mark der DDR = 1 D-Mark) gibt es lediglich den Kurs von privaten Wechselstuben im Westen (1985: 1 Mark der DDR = 0,20 D-Mark). Dieser Kurs ist für einen Kaufkraftvergleich unbrauchbar. Der Wechselkurs gilt auch auf dem „Schwarzen Markt" in der DDR und entspricht in vielen Fällen etwa dem Preisverhältnis von Intershop zu Delikat/Exquisit. Der Kurs ist das Ergebnis von Angebot und Nachfrage beider Währungen auf Teilmärkten. Die Nachfrage der DDR-Bürger nach D-Mark für Käufe im Intershop und Käufe im Westen ist weit höher als die Nachfrage von Westbürgern nach Mark der DDR, u. a. deshalb, weil das Güterangebot der DDR für Westbürger wenig attraktiv ist und zudem rigorose Ausfuhrverbote bestehen. Überdies ist der Kurs durch eine „Risikoprämie" (Einfuhr- und Ausfuhrverbot der DDR für ihre eigene Währung) verzerrt. Wie unsinnig eine Verwendung des Wechselstubenkurses für den Vergleich des privaten Verbrauchs wäre, zeigt folgendes Rechenexempel: Der private Verbrauch je Kopf in der DDR beliefe sich dann nur noch auf etwa 10 vH des Niveaus in der Bundesrepublik.

4.2.2. Die Konsumgüterpreise

4.2.2.1. Entwicklung

In der Bundesrepublik haben sich die Lebenshaltungskosten, das sind die Verbrauchsgüterpreise, gewichtet nach den durchschnittlichen Verbrauchsgewohnheiten aller privaten Haushalte, im Zeitraum von 1970 bis 1985 fast verdoppelt. Die stärksten Erhöhungen gab es in der Periode 1973/74 als Folge des ersten Ölpreisschocks sowie in den Jahren 1980 bis 1982 im Zusammenhang mit dem zweiten Ölpreisschub.

Die stärksten Verteuerungen weist der Sektor Haushaltsenergie auf, hier haben sich die Preise von 1970 bis 1985 mehr als verdreifacht, dabei gab es in den Jahren der Ölpreisschübe sogar jährliche Preissteigerungen bis zu 20 vH. Bei der Untergruppe Heizöl für Haushalte erreichte das Preisniveau 1985 fast die sechsfache Höhe von 1970. Auch bei Verkehrsleistungen und der Nachrichtenübermittlung, bei Gütern der Gesundheits- und Körperpflege sowie bei Kleidung und Schuhen zahlten die privaten Haushalte 1985 mehr als doppelt soviel wie zu Anfang der siebziger Jahre. Dem stehen unterdurchschnittliche Preiserhöhungen bei den Verwendungszwecken Nahrungs- und Genußmittel, bei den Gütern für Bildung, Unterhaltung, Freizeit sowie bei Möbeln und Haushaltsgeräten gegenüber. Hier spielte eine Rolle, daß viele technische Konsumgüter nur wenig teurer (z. B. langlebige elektrische Haushaltsgeräte: +38 vH) bzw. sogar billiger wurden (z. B. Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte: −11 vH).

Im administrativen Preissystem der DDR waren nach offizieller Lesart bis Ende der siebziger Jahre die Konsumgüterpreise konstant. Allerdings gab es verdeckte Preissteigerungen. Sie vollzogen sich dadurch, daß geringerwertige Waren aus dem Einzelhandelssortiment verschwanden oder sich bei unveränderten Preisen die Qualität und Ausstattung verschlechterte. Außerdem wurden neue Konsumgüter mit deutlich höheren Preisen in die Sortimente eingeführt. Gleichwohl wurde offiziell die Fiktion unveränderter Konsumgüterpreise aufrechterhalten[1]. Die Preissteigerungen haben in den siebziger Jahren aber deutlich unter denen in der Bundesrepublik gelegen.

Als Folge der seit 1976 auch im Inland verteuerten Industriepreise für Energie und Rohstoffe sah sich die DDR-Wirtschaftsführung 1979 zu einem neuen preispolitischen Grundsatz für Konsumgüter genötigt[2]: Bei weiterhin stabilen Preisen für Erzeugnisse des Grundbedarfs sollen Preise für höherwertige Industrieprodukte grundsätzlich die Kosten decken und Gewinne bringen. Damit wurden auch offene Preissteigerungen wegen verteuerter Inputs bei neu kalkulierten Erzeugnissen zugelassen. Seitdem werden zusammen mit echten (und scheinbaren) Gebrauchswertverbesserungen für neue Güter auch Kostensteigerungen oder ein Teil davon im Preis wirksam. Die Preisdifferenzierung zwischen einfachen Gütern und „glanzvolleren" Produkten — praktisch quer durch die meisten Hauptgruppen — wurde damit größer. Offiziell wird die Verteuerung bei Verbrauchsgütern des mittleren und gehobenen Bedarfs heruntergespielt[3].

Außerdem gibt es die Exquisit- und Delikat-Läden, die hochwertige DDR- und RGW-Produkte und aus westlichen Ländern importierte Erzeugnisse anbieten. Hier liegen die Preise z. T. auf einem drei- oder viermal höheren Niveau wie bei den einfacheren Gütern. Sehr fraglich ist, ob die Qualitätsunterschiede einen so starken Preisabstand rechtfertigen. Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß seit einigen Jahren für DDR-Bürger die Möglichkeit besteht,

gegen Devisen (z. B. DM-Geschenke von Verwandten) bzw. damit erworbenen Gutscheinen hochwertige Waren in Intershops zu kaufen.

4.2.2.2. Gegenwärtige Preisverhältnisse

Preisvergleiche sind schon innerhalb eines Landes, z. B. wegen regionaler Unterschiede, problematisch, dies gilt noch viel stärker für zwischenstaatliche Vergleiche, insbesondere bei andersartigen Wirtschaftssystemen wie im Falle von Bundesrepublik und DDR. Die Waren und die Dienstleistungen unterscheiden sich in beiden deutschen Staaten vielfach in Form, Qualität und Ausstattung. Güter, die in den DDR-Sortimenten heute noch eine bedeutende Rolle spielen, sind in der Bundesrepublik teilweise schon vor Jahren verschwunden oder spielen lediglich eine geringe Rolle. Andere Produkte sind in der DDR noch gar nicht vorhanden oder befinden sich in der Einführungsphase. Außerdem gibt es in der DDR sehr häufig Lücken im Angebot. Diese Faktoren sind nicht in Zahlen zu fassen und können daher auch in Preisvergleichen und Kaufkraftrechnungen (Mark der DDR zu D-Mark) nicht ausreichend berücksichtigt werden. Vielmehr muß in manchen Fällen — abweichend von den Grundsätzen eines echten Preisvergleichs —, soweit vertretbar, nach dem Kriterium des gleichen Verwendungszwecks entschieden werden. Das gilt z. B. bei Urlaubsreisen und einigen Diensten. Dennoch vermittelt eine solche Betrachtung brauchbare Vorstellungen über die wichtigsten Größenordnungen und Tendenzen. Für das Jahr 1985 läßt sich folgender Vergleich der Preise ziehen (vgl. Anhangtabelle 4.2.-1):

Bei Nahrungsmitteln waren die Preise in der DDR für Brot und Backwaren, Grobgemüse und Kartoffeln, wie schon seit vielen Jahren, besonders niedrig; sie lagen zwischen der Hälfte und etwa drei Vierteln der vergleichbaren westdeutschen Preise. Auch andere Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Fleischwaren, Fische, Milch, Käse, Nährmittel, Zucker und Kernobst waren in der DDR preiswerter. Butter und Margarine kosteten etwa genausoviel wie im Bundesgebiet. Teurer waren Eier, Mehl, Feingemüse und Nahrungsmittel höherer Verarbeitungsstufen. Weit über dem westlichen Niveau (häufig um ein Mehrfaches) lagen die Preise für viele Importwaren wie z. B. Südfrüchte, Kakao und Schokolade.

Anders ist das Verhältnis bei Genußmitteln — von Tee, Bier und Zigaretten einfacher Qualität einmal abgesehen. Bohnenkaffee kostet in der DDR mehr als viermal soviel wie in der Bundesrepublik, bessere Teesorten etwa das Doppelte. Auffallend niedrig sind in der DDR die Preise für Speisen in Kantinen und Gaststätten, die in der DDR in mehrere Preisklassen eingeteilt sind. Lediglich der Verzehr in Restaurants der höheren Klassen näherte sich dem Preisniveau im Bundesgebiet an.

Bei Bekleidung, Textilien und Schuhen sind die Preise in der DDR fast durchgängig höher als im Bundesgebiet. Schuhe einfacher bis mittlerer Qualität kosten 110 bis 200 vH der entsprechenden Artikel im Westteil Deutschlands, bei Textilien liegen die Relationen noch darüber. Es gibt zwar auch einige Waren, vor allem Berufskleidung, ein Teil der Kinderkleidung und Unterwäsche, die in der DDR relativ preisgünstig sind, für Oberbekleidung und Haushaltswäsche muß aber das Zwei- bis Dreifache sowie für Teppiche und Gardinen das Zweieinhalb- bis Vierfache ausgegeben werden. Dabei waren höherwertige Artikel relativ teuer und einfachere Qualitäten entsprechend billiger.

Die sehr heterogene Gruppe übrige Industriewaren weist breit gestreute Preisrelationen auf. In der Regel liegen die DDR-Preise über denen im Bundesgebiet, besonders bei Waren des gehobenen Bedarfs sowie bei Neuentwicklungen. Eineinhalb- bis dreimal so hoch waren sie beispielsweise bei Personenkraftwagen und Möbeln mittlerer Güteklasse, zwei- bzw. drei- bis fünfmal so hoch bei elektrotechnischen Haushaltsgroßgeräten sowie bei Fernseh- und Phonoartikeln. Demgegenüber haben Schnitt- und Topfblumen sowie Werkzeuge und Zubehör etwa gleiche Preise. Günstiger sind Waren, die dem Grundbedarf dienen, die in einfacher Qualität angeboten oder aus gesellschaftspolitischen Gründen gestützt werden, z. B. bestimmte Druckerzeugnisse (z. B. Zeitschriften, aber auch Bücher), Papierwaren, Artikel der Gesundheitspflege sowie Heizmaterial.

Die Preise für Dienstleistungen liegen in der DDR im Durchschnitt unter denen in der Bundesrepublik. Die Wohnungsmieten sind seit Kriegsende auf dem Niveau von 1936 eingefroren, für neugebaute Wohnungen gelten Festpreise, die praktisch seit den fünfziger Jahren unverändert blieben. Damit belaufen sich die Mietzahlungen gegenwärtig nur auf ein Fünftel der entsprechenden DM-Beträge. Lediglich rund ein Drittel kosten in der DDR die Leistungen in den Bereichen Energie sowie Kultur, Bildung und Sport, beim öffentlichen Verkehr sind es nur ein Fünftel, beim Nachrichtenwesen rund zwei Drittel. Bei den privaten Dienstleistungen liegen die Preise für Reparaturen an Haus, Hausrat sowie an Kraftfahrzeugen bei 40 bis 65 vH der westdeutschen Werte. Leistungen sonstiger Handwerker wie z. B. Schneider und Schuster kosten in der DDR weniger als die Hälfte, bei Friseuren ist es ein Drittel. Die Preise von Urlaubsaufenthalten in Gewerkschafts- und Betriebsheimen liegen bei etwa der Hälfte, selbständige Reisen bei zwei Dritteln. Für vom Reisebüro vermittelte Inlands-Kurzreisen muß man in der DDR etwa drei Viertel dessen ausgeben, was im Bundesgebiet üblich ist. Demgegenüber sind Gesellschaftsreisen ins Ausland, die für DDR-Bürger in der Regel nur ins sozialistische Ausland möglich sind, gut doppelt so kostspielig.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die DDR-Preise in den Gruppensortimenten meist stärker streuen als in der Bundesrepublik. Im allgemeinen sind vor allem lebensnotwendige Dienstleistungen — Miete, Strom, Gas, Nahverkehrsleistungen — sowie Nahrungsmittel und Industriewaren, die dem Grundbedarf zuzuordnen sind, weit unterhalb oder allenfalls nahe dem Preisniveau in der Bundesrepublik. Dagegen überschreiten die Preise von Genußmitteln, Industriewaren besserer Qualität und modischer Gestaltung, dauerhafte Gebrauchsgüter sowie generell Neuentwick-

lungen das Niveau im Bundesgebiet, teilweise um ein Mehrfaches.

4.2.3. Verbrauchsstrukturen und Warenkörbe

Der durchschnittliche Wert einer Währung — die Kaufkraft — hängt nicht allein von den Preisen ab, sondern auch von der Verbrauchsstruktur der Haushalte. Beim Vergleich der Kaufkraft zweier Währungen sind deshalb nicht nur die Preisverhältnisse für gleichartige Güter für einen bestimmten Zeitraum entscheidend, sondern gleichermaßen die Ausgabenstrukturen. Sie weichen in beiden deutschen Staaten voneinander ab, weil die Konsumgewohnheiten sich unterscheiden.

In ihren wichtigsten Größenordnungen lassen sich die Verbrauchsstrukturen anhand der Angaben über die Haushaltsbudgets von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten und 2-Personen-Rentnerhaushalten darstellen[4]. Diese Budgets vermitteln auch Vorstellungen über die Grobstruktur des privaten Verbrauchs aller Haushalte.

Generell bestätigt die Entwicklung der Ausgabenanteile in beiden Vergleichsgebieten seit Anfang der siebziger Jahre die allgemeine Erfahrung, daß mit wachsendem Wohlstand das Gewicht der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel sowie für Bekleidung an den Gesamtausgaben tendenziell zurückgeht. Demgegenüber expandierten grundsätzlich die Ausgabenanteile für Industrieerzeugnisse, in der Bundesrepublik auch die für die Dienstleistungen.

In der Bundesrepublik hat der Anteil der Ausgaben für Wohnungsmiete, für Energie und Brennstoffe, für Verkehr und Nachrichtenübermittlung deutlich zugenommen, ein wenig aber auch der für Bildung und Unterhaltung (vgl. Anhangtabelle 4.2.-2). Diese Entwicklung gilt gleichermaßen für den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt sowie für den 2-Personen-Rentnerhaushalt.

In der DDR zeigen die Gewichte der Dienstleistungen Schwankungen, bei den Industrieerzeugnissen (ohne Textilien und Bekleidung) gab es seit den siebziger Jahren nahezu kontinuierlich Ausweitungen der Budgetanteile. Interessant war zu Beginn der achtziger Jahre eine — dem allgemeinen Trend entgegengesetzte — Anteilserhöhung bei Nahrungs- und Genußmitteln (vgl. Anhangtabelle 4.2.-3). Sie erklärt sich neben der Reaktion auf Versorgungsengpässe bei den technischen Konsumgütern aus der Sortimentsverbreitung in Richtung qualitativ hochwertiger und damit relativ teurer Erzeugnisse. Gleiches gilt für Schuhe. Diese Entwicklung ist bei den beiden verwendeten Haushaltstypen ähnlich.

Stellt man die Verbrauchsstrukturen beider deutscher Staaten[5] einander gegenüber (vgl. Übersicht 4.2.-1), so zeigt zunächst einmal der Vergleich von Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalten, daß in beiden Staaten Rentner jeweils anteilig mehr für Nahrungs- und

Übersicht 4.2.-1

Ausgabenstruktur privater Haushalte 1985
in vH

Bedarfsgruppe	Bundesrepublik		DDR	
	4-Personen-Arbeitnehmer-haushalt	2-Personen-Rentner-haushalt	4-Personen-Arbeitnehmer-haushalt	2-Personen-Rentner-haushalt
Nahrungs- und Genußmittel	26,6	32,3	41,0	51,1
Nahrungsmittel	17,8	23,9	27,0	34,4
Genußmittel	5,3	5,2	9,8	13,3
Verzehr in Gaststätten	3,5	3,2	4,2	3,4
Industriewaren	35,4	22,4	41,8	30,4
Textilien und Bekleidung	6,9	6,2	11,1	9,1
Schuhe	1,8	0,9	3,2	1,9
Sonstige	26,7	15,3	27,5	19,4
Dienstleistungen und Reparaturen	34,4	43,3	14,7	16,9
Mieten	17,7	24,0	3,4	4,3
Strom, Gas, Wasser	4,8	7,3	1,8	2,4
Verkehrsleistungen	3,0	4,6	1,2	2,4
Reparaturen und sonstige Dienstleistungen	8,9	7,4	8,3	7,8
Steuern, Versicherungen, Beiträge	3,6	2,0	2,5	1,6
	100,0	100,0	100,0	100,0

Genußmittel sowie für Dienstleistungen und entsprechend weniger für Industriewaren ausgeben. Langlebige Güter der Haushaltseinrichtung stehen bei diesen Haushalten der meist älteren Bürger weniger im Vordergrund als kurzlebige Waren und Dienste.

Die Unterschiede in der Preisgestaltung, im Güterangebot und in der Höhe der Einkommen haben erhebliche Abweichungen bei den Einzelgruppen in beiden Staaten zur Folge. So ist der Anteil der Ausgaben für Dienstleistungen und Reparaturen in der DDR nur knapp halb so groß wie in der Bundesrepublik. Dies ist in erster Linie auf die sehr geringen Mieten zurückzuführen. Aber auch für Energie und Verkehrsleistungen braucht der DDR-Haushalt wegen der stark subventionierten Preise nur einen erheblich geringeren Anteil seines Einkommens auszugeben als der entsprechende Haushalt in der Bundesrepublik. Der Ausgleich für diese Strukturdifferenz liegt vor allem bei der Gütergruppe Nahrungs- und Genußmittel; ihr Budgetanteil liegt in der DDR — bei beiden Haushaltstypen — um gut die Hälfte höher als im Bundesgebiet. In der DDR ist das Gewicht der Genußmittel bei den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten rund doppelt so groß wie im Bundesgebiet; bei den 2-Personen-Rentnerhaushalten erreicht es sogar die zweieinhalbfache Höhe. Bei den Nahrungsmitteln überrascht der in der DDR merklich höhere Ausgabenanteil, weil viele Lebensmittel dort hoch subventioniert sind. Jedoch haben innerhalb dieser Gruppe höherwertige und damit gegenüber der Bundesrepublik sogar teurere Erzeugnisse zunehmend an Bedeutung gewonnen. Bei den Industriewaren werden von den DDR-Haushalten ebenfalls höhere Einkommensteile ausgegeben als in der Bundesrepublik, das gilt insbesondere für Textilien und Bekleidung sowie für Schuhe. Da Schuhe in der DDR z. T. recht teuer sind, erreicht der dortige Ausgabenanteil — bei beiden Haushaltstypen — rund die doppelte Höhe wie im Bundesgebiet.

Für Kaufkraftuntersuchungen reicht die hier skizzierte grobe Verbrauchsstruktur nicht aus. Da aber auch kaum alle Konsumgüter einbezogen werden können, muß man repräsentative Warenkörbe als Abbild der durchschnittlichen Verbrauchsgewohnheiten für jedes der beiden Länder bilden. Nur so gelangt man zu einem sinnvollen Preisniveauvergleich für ausgewählte Gütergruppen, wobei jedes aufgenommene Gut gleichzeitig auch stellvertretend für andere ähnliche Waren seiner Gütergruppe steht. Während für den Warenkorb der Bundesrepublik aus der amtlichen Statistik differenzierte Wägungsschemata vorliegen, mußte die Feinstruktur des DDR-Warenkorbs aufgrund einiger Hinweise geschätzt werden.

Infolge der verschiedenartigen Warenkörbe beider Gebiete müssen die Kaufkraftparitäten sowohl nach der Verbrauchsstruktur der Bundesrepublik als auch nach der der DDR ermittelt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich im Zeitverlauf auch die Zusammensetzung der Feinstruktur der Warenkörbe mit Änderungen der Konsumgewohnheiten sowie Verbesserungen in der Versorgung verändert.

Generell läßt sich feststellen, daß die Warenkörbe der Bundesrepublik erheblich reichhaltiger sind als die der DDR. Das gilt besonders für hochwertige Güter. Die Artikel der Exquisit- und Delikatläden haben nur einen relativ geringen Anteil am DDR-Verbrauch. Am Umsatz von Nahrungs- und Genußmitteln und an der Gruppe Textilien, Bekleidung, Schuhe sind sie jeweils nur mit etwa 10 vH beteiligt. Dies ist entsprechend berücksichtigt worden.

4.2.4. Kaufkraftvergleich

4.2.4.1. Messung der relativen Kaufkraft

Die Kaufkraftparitäten zeigen das Wertverhältnis zwischen DM und DDR-Mark für einzelne Güter bzw. — nach entsprechender Gewichtung und Zusammenfassung — für Gütergruppen oder für den gesamten privaten Verbrauch. Hierbei werden die einzelnen Preisverhältnisse und die Verbrauchsgewohnheiten — dargestellt an den unterschiedlichen Warenkörben — zugrundegelegt. Auf Basis der Verbrauchsgewohnheiten der Bundesrepublik konnten für neun Verbrauchsbereiche — und deren Untergruppen — jeweils für den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt und den 2-Personen-Rentnerhaushalt Kaufkraftrelationen für verschiedene Stichjahre ermittelt werden. Der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt spiegelt dabei mehr die durchschnittliche Verbrauchsstruktur wider, demgegenüber läßt der 2-Personen-Rentnerhaushalt stärker den vordringlich auf den lebensnotwendigen Bedarf ausgerichteten Verbrauch erkennen.

Eine gleiche Rechnung wurde mit dem mehr auf die Grundbedürfnisse ausgerichteten DDR-Warenkorb durchgeführt. Die ermittelten Kaufkraftrelationen zeigen die relative Kaufkraft der Mark gemessen an der DM für unterschiedliche Jahre für beide Haushaltstypen bei DDR-Verbrauchsgewohnheiten. Das Ergebnis der Berechnungen sind somit vier Kaufkraftrelationen, einer je Warenkorb und je Haushaltstyp[6].

Bei den Ergebnissen sind allerdings die bereits bei der Erörterung der Preisverhältnisse (vgl. Abschnitt 4.2.2.2.) erwähnten Vorbehalte eines zwischenstaatlichen Preisvergleichs zu beachten (z. B. Qualitäts- und Angebotsunterschiede). Insbesondere darf nicht außerachtbleiben, daß in der DDR Versorgungsengpässe und lange Wartezeiten (z. B. bei PKW, Tiefkühltruhen, hochwertigen Möbeln, Führerscheinerwerb) keine Preisaufschläge auslösen, wie es bei marktwirtschaftlicher Preisbildung der Fall wäre. Allenfalls gibt es den Fall erhöhter Gebrauchtwarenpreise: Gebrauchte Autos werden z. B. zwischen Privatpersonen zu höheren Preisen verkauft als Neuwagen im staatlichen Kfz-Handel. Von diesen Fällen abgesehen ergibt sich bei Kaufkraftvergleichen eine tendenzielle Überbewertung der DDR-Währung. Hinzu kommt aber auch, daß es mangels entsprechender statistischer Unterlagen nicht möglich ist, den DDR-Warenkorb auch nur annähernd so repräsentativ abzubilden wie den für die Bundesrepublik, was gewisse Unschärfen bei den Ergebnissen für die Gütergruppen zur Folge hat.

4.2.4.2. Die Kaufkraftrelationen bei westdeutschem Konsumverhalten

Bei einer Lebenshaltung nach der Verbrauchsstruktur in der Bundesrepublik betrug die durchschnittliche Kaufkraft der Mark 1985 für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte 89 vH der Kaufkraft der DM. Das bedeutet, für die gleichen Waren und Leistungen waren in der Bundesrepublik in DM 11 vH weniger zu zahlen als in der DDR[7] in Mark. Vergleicht man dieses Ergebnis mit den für verschiedene frühere Stichjahre nach den jeweiligen westdeutschen Verbrauchsverhältnissen errechneten Relationen, so zeigen sich insgesamt seit den siebziger Jahren nur geringe Veränderungen: In den siebziger Jahren lag die Kaufkraft der Mark gleichbleibend bei 88 vH der der DM. 1981 verschlechterte sich die Kaufkraftparität auf 83 vH, dies war insbesondere die Folge merklicher Verteuerungen verschiedener Konsumgüter des gehobenen Bedarfs in der DDR. In den Stichjahren 1983 und 1985 verbesserte sich die Kaufkraft der Mark wieder auf 88 bzw. 89 vH der der DM, weil sich die Verteuerung in der Bundesrepublik — wenngleich verlangsamt — fortgesetzt hat. Die Ergebnisse sind allerdings auch von den bereits oben aufgezeigten Strukturverschiebungen zwischen und innerhalb der Gütergruppen (vgl. Abschnitt 4.2.3.) beeinflußt worden.

Die Kaufkraft der Mark der DDR wird höher mit weniger anspruchsvollen Verbrauchsgewohnheiten, d. h. wenn weniger Güter des — in der DDR teuren — höherwertigen Bedarfs im Warenkorb enthalten sind. Dieser Tendenz entsprechend war die Kaufkraft der Mark der DDR bei den 2-Personen-Rentnerhaushalten höher, weil dort der Verbrauch infolge des niedrigeren Einkommens bescheidener ist. Unter Zugrundelegung des Warenkorbs der Bundesrepublik betrug die Kaufkraftrelation 1985 110 vH. Im Vergleich zu den Berechnungen für frühere Jahre zeigt sich eine Verbesserung, in den siebziger Jahren lag die Kaufkraftrelation um 105 vH, sie fiel Anfang der achtziger Jahre mit dem DDR-Preisauftrieb bestimmter Güter auf 98 vH zurück, erreichte aber schon 1983 mit 111 vH wieder ein günstigeres Ergebnis (vgl. Übersicht 4.2.-2).

Die relative Kaufkraft differiert zwischen den einzelnen Bedarfsgruppen erheblich. Der für die lebensnotwendigen Dienste und Güter (Mieten, Strom, Gas, Brennstoffe) erforderliche Betrag liegt in der Bundesrepublik weit über dem in der DDR. Diese Differenz hat sich seit den siebziger Jahren infolge der westdeutschen Preissteigerungen ständig vergrößert, was nicht ohne Einfluß auf das Gesamtergebnis ist[10]. Bei dem stärker auf lebensnotwendige Bedürfnisse konzentrierten Verbrauch der Rentner gibt es noch weitere Bedarfsgruppen (Reinigung, Körperpflege und Inlandsverkehr) mit einer die DM übersteigenden Kaufkraft der Mark.

Im einzelnen erreichte die Kaufkraft der Mark im Jahre 1972 bei der Bedarfsgruppe Wohnungsmiete das Dreifache (bei Rentnern sogar das Vierfache) der Kaufkraft der DM, bis zum Jahre 1985 hat sich diese Relation sogar — bei beiden Haushaltstypen — auf das gut Fünffache erhöht. Beim Aufwand für Elektrizität, Gas und Brennstoffe trat seit den siebziger Jahren bis heute ebenfalls eine Verbesserung der Kaufkraft der Mark ein: Sie stieg von der 2,3fachen auf die 3,5fache Höhe der Kaufkraft der DM und dies etwa gleichermaßen bei beiden Haushaltstypen.

Innerhalb der Bedarfsbereiche Ernährung und Genußmittel verzeichnet die DDR sehr viel größere Preisunterschiede als die Bundesrepublik. Bei Nahrungsmitteln insgesamt lag die Kaufkraft der Mark beim 4-PersonenArbeitnehmerhaushalt im Untersuchungszeitraum etwas unter der Kaufkraft der DM; für die auf etwas einfacheren Verbrauch ausgerichteten Rentnerhaushalte war es allerdings umgekehrt. Denn die Grundnahrungsmittel sind in der DDR deutlich billiger, während importierte und weiterverarbeitete Erzeugnisse höhere Preise haben. Seit 1972 hat sich die Kaufkraft der Mark bei beiden Haushaltstypen wegen des vergleichsweise schnelleren Preisanstiegs in der Bundesrepublik leicht verbessert. Für Genußmittel erreichte die Kaufkraft der Mark 1972 — je nach Haushaltstyp — nur 40 bis 50 vH der der DM. Hier traten in der Folgezeit — bei beiden Haushaltstypen — zwar zeitweilige leichte Verbesserungen auf, 1985 lagen die Relationen aber nahezu wieder auf dem Niveau von 1972. Für diesen Kaufkraftunterschied sind inbesondere die in der DDR recht hohen Preise für Kaffee, Weine und Spirituosen verantwortlich. Da der Verzehr in Kantinen und Gaststätten in der DDR nach wie vor bemerkenswert preiswert ist, erreicht die Kaufkraft der Mark heute rund das Doppelte der der DM, in den siebziger Jahren war es etwas weniger.

Der Ausgabenbereich Bekleidung und Schuhe weist eine deutlich niedrigere Kaufkraft der Mark auf, da die DDR-Preise in diesen Warengruppen fast durchweg sehr viel höher sind als in der Bundesrepublik. Sie liegt heute — für beide Haushaltstypen — bei nur etwas über 40 vH der Kaufkraft der DM, 1972 waren es noch gut 70 vH. Hier haben sich in der DDR Sortimentsverbreiterungen zu besseren und damit teureren Erzeugnissen sowie seit Beginn der achtziger Jahre generelle Preisauftriebstendenzen ausgewirkt.

Der Bedarfsbereich Haushaltsführung ist sehr heterogen. Er umfaßt dauerhafte Gebrauchsgüter wie Möbel und hochwertige Haushaltsmaschinen, Heiz- und Kochgeräte, Beleuchtungskörper, Bügeleisen, auch Porzellan und Glaswaren, Heimtextilien und Haushaltswäsche sowie Güter des täglichen Bedarfs (z. B. Wasch-, Putz- und Reinigungsmittel, Nägel und Schrauben, Filtertüten, Kerzen). Lediglich einfache Waren, aber auch herkömmliche Werkzeuge und Küchengeräte sind in der DDR vergleichsweise preisgünstig. Insgesamt ergibt sich für diesen Bereich bei Arbeitern und Angestellten eine Kaufkraft der Mark gegenüber der DM von 54 vH, 1972 waren es noch 63 vH. Bei Rentnern lag sie auf einem etwas höheren Niveau, aber auch für sie ergab sich seit den siebziger Jahren eine Minderung der relativen Kaufkraft von 71 auf 63 vH.

Bei Artikeln der Körper- und Gesundheitspflege sind die Körperpflegemittel in der DDR im Durchschnitt um gut die Hälfte teurer als im Bundesgebiet,

Übersicht 4.2.-2

Kaufkraftparitäten[1] zwischen D-Mark und Mark der DDR 1972 bis 1985 berechnet nach der Verbrauchsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland in vH

Ausgaben nach Bedarfsgruppen	1972[2]	1977[3]	1981[3]	1983[3]	1985[3]
Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt[4]					
Nahrungs- und Genußmittel	81	85	84	95	89
davon					
Nahrungsmittel	91	95	93	103	99
Genußmittel	50	56	50	57	52
Verzehr in Gaststätten	.	200	172	208	205
Bekleidung und Schuhe	70	57	47	43	43
Wohnungsmiete	303	370	417	484	530
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	227	278	303	330	341
Haushaltsführung	63	60	52	56	54
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	74	66	79	84	79
Körper- und Gesundheitspflege[5]	92	105	88	94	92
Bildung und Unterhaltung	82	83	57	55	59
Persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen[6 7]	.	96	99	89	91
Lebenshaltung insgesamt[7]	88	88	83	88	89
Lebenshaltung ohne Mieten[7]	78	78	73	77	76
Zwei-Personen-Rentnerhaushalt[8]					
Nahrungs- und Genußmittel	79	83	80	91	87
davon					
Nahrungsmittel	98	99	96	107	102
Genußmittel	42	49	42	48	42
Verzehr in Gaststätten	.	200	169	204	200
Bekleidung und Schuhe	74	54	47	42	41
Wohnungsmiete	416	392	417	482	592
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	238	313	323	353	356
Haushaltsführung	71	73	63	68	63
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	143	175	185	145	140
Körper- und Gesundheitspflege[5]	118	125	114	123	121
Bildung und Unterhaltung	152	97	52	64	71
Persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen[6 7]	.	110	99	91	91
Lebenshaltung insgesamt[7]	105	104	98	111	110
Lebenshaltung ohne Mieten[7]	88	88	81	90	88

[1] Die Kaufkraft der Mark in der DDR im Verhältnis zur Kaufkraft der D-Mark in der Bundesrepublik.
[2] Stand: Jahreswende 1972/73.
[3] Stand: Jahresmitte.
[4] Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[5] Ohne Dienstleistungen für die Gesundheitspflege.
[6] Uhren, Schmuck, Täschnerwaren, Urlaub und Reisen.
[7] Seit 1981 einschließlich Versicherungen, Steuern und Beiträge.
[8] Zwei-Personenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern.

Quelle: Berechnungen des DIW.

Waren der Gesundheitspflege kosten dagegen erheblich weniger. Entsprechend der leichten Verschiebungen in der westdeutschen Verbrauchsstruktur sowie der unterschiedlichen Preisentwicklung konnte sich die Kaufkraft der Mark bis 1977 verbessern, um danach wieder abzunehmen: 1977 war sie bei Arbeitern und Angestellten höher als die der DM, 1985 lag sie bei 92 vH. Bei den Rentnern, deren Verbrauchsstruktur stärker auf Standarderzeugnisse konzentriert ist, hat sich die relative Kaufkraft der Mark von 1972 bis 1977 von 118 auf 125 vH erhöht, sie ist bis 1985 aber wieder auf 121 vH gesunken.

Bei der Bedarfsgruppe Bildung und Unterhaltung beträgt die Kaufkraft der Mark gegenüber der DM, berücksichtigt man die Verbrauchsstruktur in der Bundesrepublik, gegenwärtig nur 59 vH für den Arbeitnehmer-Haushalt und 71 vH für den Rentner-Haushalt. In den siebziger Jahren lag sie bei 82 vH und bei den im Gegensatz zu den Arbeitnehmern mehr auf den Verbrauch von Zeitungen und Zeitschriften sowie weniger auf den Erwerb teurerer Geräte der Unterhaltungselektronik und der Fototechnik ausgerichteten Rentnern sogar bei 152 vH. Gerade Zeitungen und Zeitschriften, aber auch die bei dieser Haushaltsgruppe gewichtigen Rundfunk- und Fernsehgebühren haben sich seitdem in der Bundesrepublik stark verteuert. In der DDR stiegen die Preise für Druckerzeugnisse erst in den letzten Jahren an.

Die Leistungen des öffentlichen Verkehrswesens haben wegen hoher Subventionierung in der DDR sehr niedrige Tarife, die individuelle Kfz-Nutzung ist hingegen viel teurer. Bei den Leistungen des Nachrichtenwesens kosten Ortsgespräche aus öffentlichen Sprechstellen in beiden Ländern gleich viel, die Postgebühren liegen in der DDR jedoch weitaus günstiger. Daraus resultiert bei den Arbeitern und Angestellten eine im Vergleich zur DM um rund 20 vH niedrigere Kaufkraft der Mark, sie war Mitte der siebziger Jahre etwas geringer. Bei den Rentnern mit vergleichsweise niedriger Nutzung von eigenen Kraftfahrzeugen liegt die Kaufkraft der Mark um 40 vH über der der DM, nur Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre war sie noch höher. Ein wichtiger Grund dafür dürfte in den Preissteigerungen dieses Bereiches in der Bundesrepublik gelegen haben. 1973 bis 1975 waren es jährlich 6 bis 10 vH, 1980 und 1981 7 und 9 vH, während die Preise in der DDR weitgehend konstant geblieben sind.

Zum Bereich persönliche Ausstattung und sonstige Dienstleistungen gehören neben Uhren und Schmuck auch sonstige Waren wie Aktentaschen, Koffer, Tabakspfeifen und Feuerzeuge. Besonderes Gewicht haben aber eine Reihe von Dienstleistungen (z. B. Urlaub und Reisen, Versicherungen, Steuern und Gebühren). Einfache Uhren (z. B. Wecker und Küchenuhren) kosten in der DDR schon mehr als doppelt soviel wie im Bundesgebiet, moderne Uhren sind erheblich teurer. Echter Schmuck hat in der DDR in der Regel ebenfalls höhere Preise. Demgegenüber sind die Dienstleistungen bis auf wenige Ausnahmen (Auslandsreisen und Kfz-Steuern) in der DDR billiger. Somit erreicht bei diesem Bedarfsbereich gegenwärtig — für beide Haushaltstypen — die Kaufkraft der Mark 91 vH der der DM. Mitte der siebziger Jahre war sie noch etwas höher. Da die Rentner sich wegen ihrer Einkommensschwäche mit preiswerten Standarderzeugnissen und Inlandsreisen begnügen mußten, ergab sich für sie damals noch eine gegenüber der DM etwas höhere Kaufkraftrelation der Mark.

4.2.4.3. Die Kaufkraftrelationen beim DDR-Konsumverhalten

Die relative Kaufkraft der Mark ist höher, wenn sie nach den DDR-Verbrauchsgewohnheiten ermittelt wird. Sie betrug 1985 für Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte 124 vH der Kaufkraft der DM, d. h. für die gleichen Waren und Dienstleistungen waren in der Bundesrepublik 24 vH mehr zu zahlen als in der DDR. Anfang der siebziger Jahre war die relative Kaufkraft der Mark, berechnet nach den Verbrauchsverhältnissen der DDR, etwa gleich hoch wie die der DM; 1977 lag sie etwas höher und hatte 1983 etwa den gleichen Wert wie 1985. Für diese Entwicklung sind zwei tendenziell gegensätzliche Effekte verantwortlich. Bei der großen Gruppe von Basiserzeugnissen, die in der DDR seit langem zu in der Regel unveränderten Preisen verfügbar sind, haben sich die westdeutschen Verteuerungen der siebziger und zu Anfang der achtziger Jahre in einer deutlichen Erhöhung der Kaufkraft der Mark niedergeschlagen. Dem wirkten in der DDR seit 1979 ausgeprägte Preisheraufsetzungen bei der Gruppe der höherwertigen Güter entgegen. Dieser Effekt gewann in den letzten Jahren etwas an Bedeutung, da sich in der Bundesrepublik der Preisauftrieb deutlich verlangsamt hat. Hinzu kommt, daß die Verschiebungen innerhalb des DDR-Warenkorbes zu dieser Gütergruppe, die in den siebziger Jahren nur langsam erfolgten, in den achtziger Jahren eine leichte Beschleunigung erfuhren.

Bei den weniger anspruchsvollen Verbrauchsgewohnheiten der (Zwei-Personen-)Rentnerhaushalte ist die Kaufkraft der Mark der DDR generell höher; sie betrug 1985 für den Warenkorb der DDR 145 vH. Seit den siebziger Jahren (1972: 125 vH) ergab sich kontinuierlich eine deutliche Verbesserung, sie setzte sich allerdings in den letzten beiden Jahren nur noch geringfügig fort, da die niedrigen Einkommen dieser Haushalte eine Anhebung des Verbrauchs der teuren höherwertigen Erzeugnisse nicht zuließ.

Innerhalb der großen Gruppe der Nahrungs- und Genußmittel gilt für die Nahrungsmittel generell eine höhere Kaufkraft der Mark als für die DM. Sie liegt gegenwärtig bei den Arbeitnehmerhaushalten bei 118 vH im Vergleich zu der der DM, und für Rentner bei 126 vH. Im Zeitverlauf hat sich die Kaufkraft bei dieser Gütergruppe verbessert: Während sie zu Anfang der siebziger Jahre in beiden Staaten in etwa noch einander entsprach, lag sie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und zu Beginn der achtziger Jahre um ein Siebentel über der der DM. Diese Entwicklung war bei beiden Haushaltstypen sehr ähnlich. In den letzten Jahren liegt die Kaufkraft bei den Rentnern etwas über der für Arbeitnehmer.

Bei den Genußmitteln ist die Kaufkraft der Mark gegenüber der DM, angesichts vielfach sehr viel höherer DDR-Preise, recht niedrig. In den siebziger Jahren lag sie bei beiden Haushaltstypen nur bei etwa 55 vH. In den achtziger Jahren ergab sich mit dem bundesdeutschen Preisauftrieb eine Verbesserung bis auf rund 60 vH (1983), die allerdings bis 1985 nicht mehr gehalten werden konnte, insbesondere wegen Preisrückgängen bei Tabakwaren in der Bundesrepublik. Gegenwärtig erreicht die Kaufkraft der Mark für diese Güter bei beiden Haushaltstypen wieder rund 55 vH.

Der in der DDR recht preiswerte Verzehr in Kantinen und Gaststätten erreicht gegenwärtig gegenüber der DM eine gut doppelt so hohe Kaufkraft. Seit den siebziger Jahren schwankte das Kaufkraftniveau um diesen Wert (vgl. Übersicht 4.2.-3).

In den letzten Jahren haben bei den Industriewaren die in der DDR angebotenen Sortimente nach Breite und Qualität zwar zugenommen, dennoch überwiegen noch immer Erzeugnisse zur Befriedigung des mittleren, nur selten des gehobenen Bedarfs, die internationalen Maßstäben gerecht werden. Die Bedarfsgruppe der elektrotechnischen Geräte, die in der DDR mit Verbrauchssteuern (produktgebundene Abgaben) besonders belastet und schon deshalb sehr teuer sind, weist die geringste Kaufkraft der Mark aus: Sie liegt bei nur knapp 30 vH der DM. Bei der Gruppe Textilien und Bekleidung erreicht die Kaufkraft der Mark, wegen der auch hier z. T. recht hohen DDR-Preise, gegenwärtig bei beiden Haushaltstypen etwa 40 vH der der DM. Bei Möbeln liegt die Kaufkraft der Mark bei den Arbeitnehmern ebenfalls auf diesem Niveau, bei den Rentnern ist sie etwas höher (54 vH). Bei Schuhen und anderen Lederwaren sind es 60 vH bzw. 55 vH sowie bei Haushaltswaren rund 85 vH. Die Gruppe der übrigen Waren, deren Spektrum von Autos und Sportartikeln über optische Geräte, Uhren und Wirtschaftswaren bis hin zu Druckerzeugnissen, Papierwaren, Schnitt- und Topfblumen sowie Kraftstoffen und Heizmaterialien reicht, weist insgesamt gegenüber der DM bei den Arbeitnehmern eine etwa gleiche (102 vH) relative Kaufkraft der Mark auf. Hier kompensieren sich — bei den gegebenen Gewichten — günstige Preisverhältnisse für die DDR (z. B. für Heiz- und Brennstoffe, Zeitungen) mit ungünstigen (z. B. für Fotogeräte, Autos, Uhren). Da der Warenkorb der Rentner hinsichtlich der Gruppe der teureren Güter sehr viel spärlicher ausfällt, ergibt sich für sie bei dieser Gütergruppe eine deutlich höhere Kaufkraft (157 vH).

Betrachtet man die Entwicklung der Kaufkraftrelationen der Industriewaren im Zeitverlauf, so zeigen sich bei einigen Bedarfsgruppen seit den siebziger Jahren nur leichte Veränderungen. Hierzu gehören Möbel und in den achtziger Jahren auch elektrotechnische Erzeugnisse, bei denen die Kaufkraft der Mark in den siebziger Jahren allerdings infolge herkömmlicher und vorwiegend älterer Produktstrukturen noch merklich höher war. Zwei wichtige Bedarfsgruppen der Industriewaren weisen seit den siebziger Jahren bei beiden Haushaltstypen kontinuierliche Verminderungen der Kaufkraft der Mark auf, es sind Textilien und Bekleidung sowie Schuhe, Täschner- und Sattlerwaren. Bei den Haushaltswaren, aber gleichermaßen auch bei den übrigen Industriewaren, ergab sich bis 1983 generell eine Erhöhung der Kaufkraft der Mark, danach setzte sich diese Entwicklung infolge des Vordringens höherwertiger Produkte nicht weiter fort.

Die Dienstleistungen, die in der Regel recht arbeitsintensiv erbracht werden, sind in der DDR — wegen des dort niedrigeren Lohnniveaus — meist erheblich billiger als im Bundesgebiet. Verstärkend wirken in vielen Fällen die Subventionen; bestimmte Dienstleistungen (öffentlicher Verkehr, Bildung und Kultur) werden zwar auch in der Bundesrepublik gestützt, in der DDR aber in weitaus größerem Maße. Beeinträchtigt wird der Vergleich der Dienstleistungen allerdings dadurch, daß hier in der DDR ein besonders deutlicher Mangel an Kapazitäten besteht, z. B. von Reparaturwerkstätten, Tankstellen, Reinigungen, Hotels. Gerade diese Bereiche sind in westlichen Ländern viel stärker ausgebaut. Bei Mieten liegt gegenwärtig die Kaufkraft der Mark der DDR bei beiden Haushaltstypen über der fünffachen Höhe der der DM, bei den Aufwendungen für Strom, Gas, Wasser sowie bei den Verkehrsleistungen ist es gut das Dreifache. Leistungen des sehr preiswerten öffentlichen Verkehrswesens werden in der DDR sehr viel stärker beansprucht als die relativ viel teurere individuelle Kraftfahrzeugnutzung. Bei den in der DDR ebenfalls durchaus preisgünstigen Reparaturen erreicht die Kaufkraft der Mark heute rund das Doppelte der der DM, bei der Bedarfsgruppe Kultur, Sport, Unterhaltung und Reisen sind es — je nach Haushaltstyp — 172 bzw. 156 vH. Bei etwa gleicher Reisequote (Zahl der Urlaubsreisenden je 1 000 Einwohner) in beiden Gebieten dominiert in der DDR — im Gegensatz zur Bundesrepublik — noch der Inlandstourismus. Dies ist darauf zurückzuführen, daß den DDR-Bürgern nur in beschränktem Maße ein Auslandstourismus gestattet ist. Eine große Rolle spielen der Feriendienst der Gewerkschaften und der Betriebe. Vom Reisebüro vermittelte Kurzreisen sind fast so teuer wie im Bundesgebiet, Auslandsreisen in Ostblockländer, die allerdings zunehmen, sind hingegen doppelt so teuer. Bei den übrigen Dienstleistungen (z. B. Waschen, Reinigen, Fotoarbeiten, Friseurleistungen) erreicht die Kaufkraft der Mark bei dem Warenkorb der Arbeitnehmer 165 vH und bei dem der Rentner 192 vH der der DM.

Bei der Entwicklung der Kaufkraft der Dienstleistungen wird deutlich, daß seit Anfang der siebziger Jahre mit den laufenden Verteuerungen im Bundesgebiet insbesondere bei den Mieten erhebliche Kaufkraftverbesserungen der Mark eingetreten sind. Für Arbeitnehmer ergab sich eine Verbesserung gegenüber der DM von 300 auf knapp 540 vH, bei den Rentnern war es eine Erhöhung von 400 auf 550 vH. Bei den Haushaltsaufwendungen für Energie und Wasser waren ähnlich starke Erhöhungen zu verzeichnen. Hier verbesserte sich die Kaufkraft der Mark im Vergleich zur DM bei den Arbeitnehmern von gut 200 vH (1977) auf knapp 330 vH (1985), bei den Rentnern stieg sie in der gleichen Zeit von 230 auf 350 vH. Demgegenüber war die Kaufkraftverbesserung bei den Verkehrsleistungen geringer, die Paritäten erhöhten

Übersicht 4.2.-3

Kaufkraftparitäten[1] zwischen D-Mark und Mark der DDR 1972 bis 1985 berechnet nach der Verbrauchsstruktur in der DDR in vH

Ausgaben nach Bedarfsgruppen	1972[2]	1977[3]	1981[3]	1983[3]	1985[3]
Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt[4]					
Waren	.	89	88	97	93
Nahrungs- und Genußmittel	93	108	106	118	113
davon					
Nahrungsmittel	104	115	114	123	118
Genußmittel	55	54	56	60	56
Verzehr in Gaststätten	.	200	179	217	213
Industriewaren	.	67	72	77	73
davon					
Textilien, Bekleidung, Schuhe	.	57	50	48	46
davon					
Schuhe, Täschner- und Sattlerwaren	.	71	69	63	60
Textilien und Bekleidung	.	54	46	44	42
Möbel	.	40	40	45	42
Haushaltswaren	.	70	77	88	83
Elektrotechnische Erzeugnisse	.	33	27	29	28
übrige Waren	.	87	102	107	102
Dienstleistungen	.	250	256	282	294
Mieten	303	385	435	495	537
Strom, Gas, Wasser	.	204	227	308	327
Verkehrsleistungen	.	286	357	365	362
Kultur, Sport, Reisen	.	222	161	178	172
Reparaturen	.	167	192	202	196
Übrige Dienstleistungen	.	164	167	170	165
Steuern, Versicherungen, Beiträge	.	.	204	179	177
Lebenshaltung insgesamt[5]	101	112	120	125	124
Lebenshaltung ohne Mieten[5]	93	102	111	113	110
Zwei-Personen-Rentnerhaushalt[6]					
Waren	92	100	95	106	106
Nahrungs- und Genußmittel	89	108	105	115	113
davon					
Nahrungsmittel	100	114	115	125	126
Genußmittel	53	49	57	59	55
Verzehr in Gaststätten	.	200	172	215	210
Industriewaren	100	84	83	93	95
davon					
Textilien, Bekleidung, Schuhe[7]	75	53	47	45	43
davon					
Schuhe, Täschner- und Sattlerwaren	.	69	68	61	55
Textilien und Bekleidung	.	51	43	41	40
Möbel	116	55	50	55	54
Haushaltswaren		75	81	89	85
Elektrotechnische Erzeugnisse		40	27	28	28
Übrige Waren[7]		129	135	160	157
Dienstleistungen	278	256	256	303	322
Mieten	400	417	455	515	555
Strom, Gas, Wasser	.	233	233	333	354
Verkehrsleistungen	.	286	286	312	311
Kultur, Sport, Reisen	.	154	149	164	156
Reparaturen	.	179	189	210	202
Übrige Dienstleistungen	.	185	175	195	192
Steuern, Versicherungen, Beiträge	.	.	250	216	211
Lebenshaltung insgesamt[5]	125	126	130	143	145
Lebenshaltung ohne Mieten[5]	107	115	118	127	126

[1] Die Kaufkraft der Mark in der DDR im Verhältnis zur Kaufkraft der D-Mark in der Bundesrepublik.
[2] Stand: Jahreswende 1972/73.
[3] Stand: Jahresmitte.
[4] Durchschnitt aller Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte.
[5] Seit 1981 einschließlich Steuern, Versicherungen und Beiträge.
[6] Zwei-Personen-Rentnerhaushalte ohne Erwerbseinkommen.
[7] In der Abgrenzung von 1972 fallen Täschner- und Sattlerwaren unter die Rubrik „übrige Waren".

Quelle: Berechnungen des DIW.

sich dort von 290 vH zur Mitte der siebziger Jahre bis 1985 bei Rentnern auf 310 vH und bei den Arbeitnehmern auf 360 vH. Bei der Bedarfsgruppe Kultur, Sport und Reisen hat das merkliche Vordringen der teuren und in den achtziger Jahren auch in der DDR noch verteuerten Fernreisen die Kaufkraft der Mark in den achtziger Jahren (1983: 178 vH) deutlich gegenüber den siebziger Jahren gemindert (1977: 222 vH). Der über diese Niveauverminderung hinausgehende Einbruch im Jahre 1981 (161 vH) erklärt sich aus der im Zusammenhang mit der Polenkrise eingetretenen drastischen Reduzierung der billigen Polenreisen. Während die Kaufkraft der übrigen Dienstleistungen seit den siebziger Jahren bei den Arbeitnehmern nahezu konstant blieb bzw. bei den Rentnern — auf leicht höherem Niveau — im Zeitverlauf etwas schwankte, ist bei den Reparaturen eine Verbesserung eingetreten. Bei den Arbeitnehmern stieg die Kaufkraft der Mark im Vergleich zur DM im Zeitraum von 1977 bis 1983 von 167 auf 202 vH, bei den Rentnern von knapp 180 auf 210 vH. Für diese Entwicklung dürften die deutlichen Preissteigerungen im Bundesgebiet verantwortlich gewesen sein. Allerdings sind in den letzten Jahren auch in der DDR einige Reparaturpreise gestiegen; die Kaufkraft der Mark verbesserte sich nicht mehr.

4.2.5. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Berechnungen zeigen, daß die Preisverhältnisse für gleichartige Waren und Leistungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sehr breit streuen:

- Erheblich unter dem westdeutschen Niveau liegen die Preise für Waren des Grundbedarfs und der meisten Dienstleistungen,
- viel teurer sind hingegen Genußmittel, Erzeugnisse besserer Qualität und modischer Gestaltung sowie dauerhafte Gebrauchsgüter und technische Neuentwicklungen.

Diese Differenzierung der Preise bewirkt, daß die durchschnittliche Kaufkraft der Mark mit höherem Einkommen und anspruchsvolleren Verbrauchsgewohnheiten im Vergleich zur DM sinkt. Bei dem sehr viel reichhaltigeren Warenkorb der Bundesrepublik ist die Kaufkraft der Mark deshalb grundsätzlich auch niedriger als beim Warenkorb der DDR. Entsprechend ergibt sich bei den Warenkörben der Arbeitnehmer ebenfalls eine geringere Kaufkraft als bei den bescheideneren Warenkörben der Rentner. Allgemein gilt außerdem, daß die Kaufkraft der eigenen Währung in bezug auf den heimischen Warenkorb höher ist als gegenüber jedem anderen, weil sich das Verhalten der Verbraucher auf die jeweilige Angebots- und Preisgestaltung einstellt. In der DDR spielt dabei eine Rolle, daß höherwertige Erzeugnisse teilweise sehr knapp sind, weshalb Verbraucher in gewissem Grad auf verfügbare einfachere Güter ausweichen, sofern sie lange Wartezeiten nicht in Kauf nehmen wollen.

Die zeitliche Entwicklung der Kaufkraftparitäten erklärt sich sowohl aus den — aufgrund unterschiedlicher Preisentwicklung in beiden Ländern resultierenden — Veränderungen der Preisverhältnisse als auch aus den im Zeitverlauf eingetretenen Verschiebungen in der Grob- und Feinstruktur der Warenkörbe.

Ergebnis sind die nach unterschiedlichen Haushaltstypen und Verbrauchsstrukturen im Zeitverlauf dargestellten Kaufkraftparitäten (vgl. Übersicht 4.2.-4). Danach blieb die Kaufkraft der Mark der DDR im Ver-

Übersicht 4.2.-4

Kaufkraftparitäten[1] zwischen D-Mark und Mark der DDR 1972 bis 1985

Ausgaben nach Bedarfsgruppen insgesamt	1972[2 3]	1977[3 4]	1981[4]	1983[4]	1985[4]
	Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt in vH				
Verbrauchsstruktur in der Bundesrepublik	88	88	83	88	89
Verbrauchsstruktur in der DDR	101	112	120	125	124
Kreuzung der Warenkörbe	95	100	102	107	107
	Zwei-Personen-Rentnerhaushalt in vH				
Verbrauchsstruktur in der Bundesrepublik	105	104	98	111	110
Verbrauchsstruktur in der DDR	125	126	130	143	145
Kreuzung der Warenkörbe	115	115	114	127	128

[1] Die Kaufkraft der Mark in der DDR im Verhältnis zur Kaufkraft der D-Mark in der Bundesrepublik.
[2] Stand: Jahreswende 1972/73.
[3] Ohne Versicherungen, Steuern und Beiträge.
[4] Stand: Jahresmitte.
Quelle: Berechnungen des DIW.

hältnis zur Kaufkraft der D-Mark seit 1972 nach der westdeutschen Verbrauchsstruktur für Arbeitnehmerhaushalte etwa gleich und liegt bei knapp 90 vH; für Rentnerhaushalte stieg sie von 105 vH auf 110 vH. Die Relationen nach der Verbrauchsstruktur in der DDR sind generell höher und haben sich, z. T. deutlich, zugunsten der Mark der DDR verändert. Für Arbeitnehmerhaushalte nahm die Kaufkraft der Mark von 101 vH auf 124 vH und für Rentnerhaushalte von 125 vH auf 145 vH zu. Durch die Verwendung unterschiedlicher Haushaltstypen und Verbrauchsstrukturen ergibt sich eine große Spanne zwischen den Paritäten. Errechnet man Mittelwerte aus den Verbrauchergeldrelationen (Kreuzung der Warenkörbe), so zeigt sich folgendes Bild: Bei den Arbeitnehmern ist diese durchschnittliche Kaufkraft der Mark gegenüber der D-Mark im Zeitraum von 1972 bis 1985 von 95 auf 107 vH gestiegen. Die Rentner verzeichneten eine Verbesserung von 115 auf 128 vH. Die Verdichtung der Ergebnisse zu derartigen Durchschnitten ist allerdings problematisch.

Eine Mittelwertberechnung ist um so aussagekräftiger, je mehr sich die Verbrauchsgewohnheiten in den Vergleichsgebieten ähneln, sie verliert an Aussagekraft — wie in diesem Fall — bei bedeutenden Unterschieden in den Lebensbedingungen. Die zugrundegelegten Haushaltstypen repräsentieren jedoch etwa die gleichen sozialen Gruppen und nehmen jeweils bei den gegebenen Einkommens- und Verbrauchsverhältnissen des eigenen Gebietes eine gewisse Mittelstellung ein. Trotz der Differenzen im Lebensstandard erscheint daher die Durchschnittsbildung vertretbar.

Die Kaufkraftparitäten der Währungseinheiten für sich genommen, lassen keine Rückschlüsse auf Unterschiede im Lebensstandard zwischen beiden Vergleichsgebieten zu. Dies ist erst in Verbindung mit der Höhe der Einkommen bzw. der Verbrauchsausgaben möglich (vgl. Kapitel 4.1.6.). Obwohl in der DDR mehr Verdiener zum Haushaltseinkommen beisteuern, sind die durchschnittlichen Nettoeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte (gemessen in den jeweiligen Währungen) in der Bundesrepublik mehr als doppelt so hoch. Bereinigt um Kaufkraftunterschiede (mit den Relationen der gekreuzten Warenkörbe) beträgt der reale Einkommensrückstand der DDR etwa 50 vH (1972: 45 vH). Bei Rentnern ist der Unterschied noch gravierender. Der Abstand würde sich in beiden Fällen unter Berücksichtigung der Versorgungsprobleme in der DDR weiter vergrößern[9].

Fußnoten

[1] Der offizielle DDR-Index der Einzelhandelsverkaufspreise lag bis Ende der siebziger Jahre konstant bei rund 100.

[2] Vgl. Gemeinsam setzen wir den erfolgreichen Kurs des IX. Parteitages der SED fort. (E. Honecker im Gespräch mit Abgesandten des DFD — Demokratischer Frauenbund Deutschlands). In: Neues Deutschland (Berlin-Ost, Verlag Neues Deutschland) vom 28. September 1979, S. 4.

[3] „Bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten werden in der DDR die Verbraucherpreise für die Erzeugnisse des Grundbedarfs unverändert beibehalten. Das umfaßt 80 Prozent des Warenfonds für die Bevölkerung überhaupt. Auch künftig werden wir die Politik stabiler Verbraucherpreise für die Waren des Grundbedarfs sowie für Mieten, Tarife und Dienstleistungen fortführen. Wie bisher werden die Preise bei neuen und hochwertigen Erzeugnissen so festgelegt, daß sie in der Regel die Kosten decken und einen normalen Ertrag gewährleisten, der für die volkswirtschaftlichen Rechnungen erforderlich ist". — Vgl. Honecker E.: Bericht des ZK der SED an den X. Parteitag der SED. In: Neues Deutschland vom 12. April 1981, S. 9.

[4] Vom Statistischen Bundesamt werden für die Bundesrepublik Deutschland die Wägungsschemata von vier Haushaltstypen erstellt. Eine Übereinstimmung von sozialer Stellung und Haushaltsgröße mit den in der offiziellen DDR-Statistik ausgewiesenen Haushaltstypen ergibt sich lediglich für den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt und den 2-Personen-Rentnerhaushalt. Der in der Bundesrepublik nicht ausgewiesene 3-Personen-Arbeitnehmerhaushalt hätte zwar einen höheren Repräsentationsgrad, jedoch weichen erfahrungsgemäß die Verbrauchergeldparitäten für ähnliche Haushaltstypen kaum voneinander ab. — Vgl. hierzu Vortmann H. und Schwartau C.: Zur Berechnung von Verbrauchergeldparitäten zwischen D-Mark und Mark der DDR. In: Deutschland Archiv. Heft 1/1985, S. 33 ff., hier S. 45.

[5] Die Systematik der Ausgabenpositionen der buchführenden Haushalte ist in beiden deutschen Staaten unterschiedlich. Um wenigstens für die Gegenwart eine direkte Gegenüberstellung wichtiger aggregierter Positionen zu ermöglichen, wurden die entsprechenden Warengruppen und Dienstleistungen der westdeutschen Wirtschaftsrechnungen in das Gliederungsschema der DDR-Ausgabenstruktur umgerechnet. Damit konnten für 1984 die „echten" Strukturabweichungen sichtbar gemacht werden. Die in Übersicht 4.2.-1 dargestellten Ausgabenstrukturen unterscheiden sich leicht von denen des Abschnitts 4.3. (s. Anhangtabellen 4.3.-1 und -2): Zum einen wurde dort der Haushalt für Ehepaare mit 2 Kindern und nicht — wie hier — der durchschnittliche 4-Personen-Arbeiternehmerhaushalt zugrundegelegt (die Unterschiede der Ausgabenstruktur sind allerdings gering); zum anderen sind hier die kaufkraftrelevanten Ausgaben an Steuern, Versicherungen sowie an Beiträgen zusätzlich mit in die Budgetrechnungen aufgenommen worden.

[6] Ein sinnvoller Vergleich setzt möglichst äquivalente Warenkörbe voraus, die den Verbrauch ähnlicher sozialer Schichten widerspiegeln. Die DIW-Berechnungen beziehen sich dabei auf den durchschnittlichen Verbrauch von zwei Haushaltstypen: Der eine Typ wird in der Bundesrepublik durch den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes und in der DDR durch den 4-Personen-Arbeiter- und Angestelltenhaushalt mit durchschnittlichem Haushalts-Nettoeinkommen repräsentiert. Der andere Typ umfaßt in der Bundesrepublik die 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern, in der DDR sind es die 2-Personen-Rentnerhaushalte mit durchschnittlichem Haushalts-Nettoeinkommen ohne Arbeitseinkommen.

[7] Die Kaufkraftparitäten sind rechnerisch die Reziprokwerte der Preisverhältnisse. Beispiel: Ein gleichartiges Verbrauchsgut kostet in der DDR 160 M und in der Bundesrepublik 80 DM, es ist in der DDR also doppelt so teuer. Das Preisverhältnis (DM-Preis = 100) beläuft sich demzufolge auf 200 vH. Der Reziprokwert — die Kaufkraft der Mark bemessen an der DM — beträgt dann 50 vH (DM = 100); der Kaufkraftwert der Mark ist somit im gegebenen Fall nur halb so hoch wie der der DM.

[8] Wegen des relativ hohen Anteils der Mietausgaben in der Bundesrepublik und des damit entstehenden Einflusses auf das Ergebnis für die Kaufkraft der gesamten Lebenshaltung werden die Tabellen sowohl mit als auch ohne Mietausgaben ausgewiesen.

[9] In einer amerikanischen Arbeit ist — aufbauend auf einen früheren Kaufkraftvergleich des DIW — mit Hilfe eines ökonometrischen Modells für den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt (westdeutsche Verbrauchsstruktur) versucht worden, die Mängel in der Güterbereitstellung bei der Berechnung mit zu berücksichtigen. Danach war die Kaufkraft der Mark der DDR um etwa ein Achtel niedriger anzusetzen. — Vgl. Collier I. L.: Connections, Effective Purchasing Power and Real Product in the German Democratic Republic. Dissertation. Massachusetts 1984, S. 96.

Methodische Hinweise

Es gibt mehrere Verfahren zur Ermittlung von Kaufkraftrelationen. Häufig angewendet — so auch vom Statistischen Bundesamt und dem DIW — werden die Formeln von Laspeyres und Paasche. Danach gehen in die Rechnung ein: die Preise für gleichartige Güter in beiden Wirtschaftsräumen und die jeweilige Zusammensetzung der Käufe nach Waren und Diensten. Für jedes gleichartige Güterpaar gibt es eine Parität. Um aus der Vielzahl dieser Relationen Durchschnittswerte für bestimmte Gütergruppen oder für den Konsum sozialer Schichten zu bestimmen, werden die einzelnen Paritäten gewichtet. Da sich in Kaufkraftuntersuchungen schwerlich alle Konsumgüter einbeziehen lassen, werden repräsentative Warenkörbe (Wägungsschemata) zusammengestellt, wobei jedes dort aufgenommene Gut entsprechend seinem Anteil (bzw. dem Anteil der Gütergruppe, für die es stellvertretend steht) am Verbrauch berücksichtigt wird. Kaufkraftparitäten sind also mit Verbrauchsanteilen gewichtete Preisverhältnisse. Sie besagen, in welchem Verhältnis der im Land B aufzuwendende Betrag zu der im Land A notwendigen Ausgabensumme für den gleichen Verbrauch steht — oder anders ausgedrückt: Eine Kaufkraftparität gibt an, wieviel Geldeinheiten im Land B für eine bestimmte Gütermenge aufgewendet werden müßte, die in Land A Ausgaben in Höhe von 100 Geldeinheiten erfordern würde (z. B. 100 D-Mark = . . . Mark der DDR).

Unterschiede zwischen Verbrauchergeldparitäten im Zeitablauf ergeben sich durch Veränderungen

- von Preisen (in einem oder beiden Vergleichsländern),
- von Verbrauchsanteilen,
- in der Zusammensetzung der Warenkörbe (z. T. andere Güter).

Selbst bei einem real stagnierenden oder gar rückläufigen Verbrauch in einem Land und einer realen Zunahme im anderen Land können sich die Verbrauchergeldparitäten zugunsten des zurückbleibenden Wirtschaftsgebietes verändern.

Grundlage für die nach der Methode des Budgetvergleichs durchgeführten Berechnungen ist der Preisvergleich. Die Preise für die Güter der Lebenshaltung in der Bundesrepublik wurden — von speziellen Beobachtungen abgesehen — der sehr reichhaltigen amtlichen Preisstatistik sowie Versandkatalogen entnommen: Für die DDR wurden Angaben der amtlichen Statistik und sonstige Informationen, z. B. aus Presseberichten, ausgewertet. Dabei galt besonderes Augenmerk der Qualitätskomponente, um eine weitgehende Vergleichbarkeit mit westdeutschen Produkten zu gewährleisten.

Entscheidend ist neben den Preisen die Zusammensetzung der gekauften Waren und Leistungen. Bei der Verbrauchsstruktur in der Bundesrepublik wurde für beide Haushaltstypen von den Wägungsschemata ausgegangen, die vom Statistischen Bundesamt zur Berechnung der Preisindexziffern für die Lebenshaltung benutzt werden; sie wurden in einigen Fällen anhand der Ergebnisse der Wirtschaftsrechnung fortgeschrieben. Zusätzlich waren bei einigen Güterpositionen Modifizierungen nötig, da für die DDR nicht immer vergleichbare Daten verfügbar sind.

Quellen

Melzer M. und Vortmann H. (Bearb.): Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark der DDR 1985. In: Wochenbericht des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 21/1986.

Otto-Arnold Ch. (Bearb.): Die Kosten der Lebenshaltung in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik an der Jahreswende 1972/73. In: Wochenbericht des DIW. A. a. O. Nr. 21/1973.

Otto-Arnold Ch. (Bearb.): Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Sonderheft des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 129/1979.

Otto-Arnold Ch. und Vortmann H. (Bearb.): Das Kaufkraftverhältnis zwischen der D-Mark und der Mark der DDR Mitte 1981. In: Wochenbericht des DIW. Berlin. A. a. O. Nr. 3/1982.

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Div. Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Reihe 1. Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 17, Reihe 7. Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge.

Vortmann H. und Schwartau C. (Bearb.): Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark der DDR 1983. In: Wochenbericht des DIW. Berlin. A. a. O. Nr. 17/1984.

Literaturhinweise

Fürst G. (Hrsg.): Messung der Kaufkraft des Geldes. In: Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv. Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Göttingen. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht. Heft 10/1976.

Guckes S.: Aus der Praxis der Berechnung von Preisindizes. In: Allgemeines Statistisches Archiv. A. a. O. Heft 3/1979, S. 206 bis 220.

Günter H.: Zur Berechnungsmethode und Aussagebedeutung der internationalen Kaufkraftvergleiche. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Heft 8/1961, S. 443—449.

Resch K.: Statistische Methoden für den regionalen Kaufkraftvergleich. In: Allgemeines Statistisches Archiv. A. a. O. Heft 3/1979, S. 185—205.

Vortmann H. und Schwartau C.: Zur Berechnung von Verbrauchergeldparitäten zwischen D-Mark und Mark der DDR. In: Deutschland Archiv. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik, Bernd von Nottbeck. Heft 1/1985, S. 39—47.

4.3. Indikatoren der Lebenshaltung

Zusammenfassung

Im Vergleich zur Bundesrepublik ist die Konsumgüterversorgung in der DDR viel langsamer vorangekommen. Zwar ist dort der Grundbedarf an Nahrungsgütern und Industriewaren gesichert, doch beim Vergleich mit der Bundesrepublik ist unverkennbar, daß das Angebot in der DDR sowohl in quantitativer als vor allem auch in qualitativer Hinsicht erhebliche Mängel aufweist: Die produzierten Güter gehören allenfalls zur soliden „Standardqualität", Massenware dominiert, technische und gestalterische Neuerungen setzen sich nur langsam durch. Überdies gibt es Mängel bei der Verteilung des produzierten Güteraufkommens; auch dies macht den Einkauf in der DDR mühsam und zeitraubend. Schließlich werden die Engpässe bei Dienstleistungen, Reparaturen und Ersatzteilen als permanentes Ärgernis empfunden.

Die Ausgabenstrukturen beim privaten Verbrauch in der Bundesrepublik und in der DDR sind wegen der stark abweichenden Einkommensniveaus und Preisstrukturen nur schwer vergleichbar. Aufgrund der relativ niedrigen Einkommen in der DDR ist der Anteil von Nahrungs- und Genußmitteln an den Gesamtausgaben wesentlich höher als in der Bundesrepublik; geringere Ausgabenanteile weist die DDR bei Bereichen auf, in denen subventionierte Leistungen (Mieten, Energie, Verkehrstarife u. a.) enthalten sind.

Der mengenmäßige Pro-Kopf-Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln in der DDR entspricht seit langem bei den meisten Gütern dem der Bundesrepublik. Allerdings besteht ein beträchtliches Niveaugefälle hinsichtlich der Sortimentsbreite und der geschmacklichen Differenzierung. Verfeinerte Produkte finden sich am ehesten in Delikatläden zu recht überhöhten Preisen; analog gilt dies für hochwertige Textilien und Lederwaren, die überwiegend in Exquisitläden angeboten werden.

Bei der Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Konsumgütern gibt es in der DDR größere Ausstattungsdefizite bei Telefonen, Gefriergeräten und Geschirrspülmaschinen. Bei Personenkraftwagen liegen die DDR-Produkte weit unter dem in westlichen Ländern erreichten Standard.

Beim Tourismus sind Unterschiede weniger in der Reisehäufigkeit, dafür um so mehr in der Qualität und Vielfalt des Angebots festzustellen. Vor allem bei Auslandsreisen sind die DDR-Bürger benachteiligt. Die Freizügigkeit ist stark beschnitten. Die vom Reisebüro vermittelten Pauschalreisen sind rar, teuer und weisen häufig Mängel im Service auf. Bei Privatreisen ist oft ein Mindestmaß an Komfort in Anbetracht der knappen Devisenmittel unerschwinglich.

Inhalt

		Seite
4.3.1.	Begriffliche Abgrenzung	521
4.3.2.	Die allgemeine Versorgungslage	521
4.3.3.	Privater Verbrauch	523
4.3.4.	Der Verbrauch von Nahrungsgütern (Pro-Kopf-Verbrauch)	525
4.3.5.	Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern	528
4.3.6.	Tourismus	530
4.3.6.1.	Reiseintensität	530
4.3.6.2.	Reiseziele Inland	530
4.3.6.3.	Reiseziele Ausland	531
Fußnoten, Quellen, Literaturhinweise zu 4.3.		532

4.3.1. Begriffliche Abgrenzung

Jeder Vergleich des Lebensstandards wird dadurch erschwert, daß es keine exakte und allgemeingültige Definition gibt. Tendenziell zeichnet sich in der Diskussion westlicher Industriestaaten etwa seit den siebziger Jahren die Neigung zu einer umfassenderen Auslegung ab[1]. Eine allein an materiellen Gütern gemessene quantitative Größe wird als einseitig oder „eindimensional" empfunden. Die Kritik an der „Wegwerfgesellschaft" nimmt zu, ebenso die Erkenntnis, daß mit dem ständigen Wachstum von Produktion und Konsum eine Beeinträchtigung elementarer Ressourcen (Wasser, Luft, Natur) einhergeht. Als „mehrdimensionaler" Wohlfahrtsbegriff wird seit den siebziger Jahren „Lebensqualität" verwendet, ohne daß es aber für diese Zielgröße der individuellen Wohlfahrt präzise Meßgrößen gäbe. Eine gängige Definition versteht darunter sehr allgemein „gute Lebensbedingungen, die mit einem positiven subjektiven Wohlbefinden zusammengehen"[2], also eine Kombination von objektiven und subjektiven Faktoren. Bekanntlich sind objektive Lebensbedingungen nicht in jedem Falle ausschlaggebende Determinanten für Zufriedenheit; ein „sinnerfülltes Leben" und eine intakte Umwelt, mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz sowie persönliche Entfaltung durch mehr Freizeit gelten häufig als ebenso wichtig wie materieller Wohlstand. Solche Veränderungen in der Einstellung der Bevölkerung zeigen sich auch in Begriffen wie „postmaterialistische Kultur" — ein Wertewandel, der zweifellos erst bestimmte Gruppen der Gesellschaft erfaßt hat, sicherlich noch nicht die Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik („Pluralisierung der Lebensstile").

Zu den objektiven Indikatoren der Lebensbedingungen zählen Einkommen und Kaufkraft, Vermögen, Wohnbedingungen, soziale Sicherung (einschl. Gesundheitswesen), Beschäftigungsbedingungen, Beschäftigungs- und Bildungschancen, die Breite des Angebots von materiellen Gütern und Dienstleistungen sowie Möglichkeiten der Freizeitgestaltung (z. B. durch Reisen); häufig wird auch politische und soziale Partizipation sowie individuelle Freiheit (einschließlich Informations- und Publikationsmöglichkeiten) einbezogen. Zur Messung dieser Bereiche ist in den letzten Jahren ein immer feiner gefächertes System von „sozialen Indikatoren" entwickelt worden. Auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung der DDR wird inzwischen ansatzweise ein ähnliches Instrumentarium angewandt[3]. Im Unterschied zur Bundesrepublik wird der Begriff „Lebensqualität" nicht verwendet. Man spricht hier von der „sozialistischen Lebensweise" als umfassendem Begriff, in dem das materielle „Lebensniveau" (Lebensstandard) als ökonomische Voraussetzung eingeschlossen ist. Das Leitbild der „sozialistischen Lebensweise" ist freilich ebenso vage und konturlos wie der Begriff Lebensqualität, es umfaßt z. B. auch Möglichkeiten zur sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung im Bereich der Arbeit, bei kulturellen Aktivitäten und in der Freizeitgestaltung. In der DDR wurde der Begriff der Lebensqualität vor allem mit der Begründung abgelehnt, dies sei eine apologetische Formel des westlichen Krisenmanagements[4], das mit Teilreformen die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus für den einzelnen zu mildern versuche. Während der Konsum im Kapitalismus als Prestigekonsum noch durch die Werbung manipuliert werde (wachsende „Vergnügungsindustrie"), sei die Verbesserung des materiellen Lebensniveaus im Sozialismus verbunden mit gesunder Ernährung, Erleichterung der Hausarbeit, Gewinn an Freizeit und Möglichkeiten zur sinnvollen Freizeitgestaltung.

Ohne die Bedeutung dieser umfassenden Konzepte eingehender zu beurteilen, soll sich der Vergleich hier auf Meßgrößen des privaten Konsums konzentrieren. Weitere Faktoren, die die objektiven Lebensbedingungen mitbestimmen, finden sich in den Kapiteln: Einkommen, Preise und Kaufkraft, Wohnungsversorgung und soziale Sicherung.

4.3.2. Die allgemeine Versorgungslage

Von angebotsbedingten Versorgungsmängeln kann in der Bundesrepublik bereits seit den sechziger Jahren nicht mehr gesprochen werden. Das Angebot ist reichhaltig, und es ist eher die Vielfalt, die den Einkauf erschwert.

In der DDR ist die Verbesserung der Versorgung sehr viel langsamer vorangekommen. Noch heute gibt es häufig Engpässe beim Angebot. Die Lücke im Lebensstandard zwischen beiden deutschen Staaten tat sich schon sehr früh — nach den Währungsreformen in beiden Gebieten — auf. Hochgesteckte Ziele wie das „Einholen und Überholen" der Bundesrepublik Deutschland im Siebenjahrplan haben sich als Illusion erwiesen. Der Abstand ist vielmehr tendenziell größer geworden.

Auf dem VIII. Parteitag der SED (1971) wurde die „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus" zur ökonomischen „Hauptaufgabe" erklärt. In der Folgezeit konnten nennenswerte Fortschritte bei der Versorgung der Bevölkerung erzielt werden. Die Phase der Konsumförderung war indes nicht von Dauer. Die außenwirtschaftliche Belastung hat insbesondere zu Beginn der achtziger Jahre die Versorgung von zwei Seiten her eingeengt: Einerseits hat die Knappheit der Ressourcen zu einer allgemeinen Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums geführt, auf der anderen Seite wurde der Import von Konsumgütern gedrosselt und der Export forciert. Damit ist die Verbesserung der inländischen Versorgung deutlich gebremst worden. Dies kommt auch in den bis 1983 ständig verringerten Zuwachsraten beim Einzelhandelsumsatz zum Ausdruck (jährliche Veränderung in vH):

	1971 bis 1975	1976 bis 1980	1981	1982	1983	1984	1985
Einzelhandelsumsatz insgesamt	5,1	4,1	2,5	1,0	0,7	4,2	4,2
Nahrungs- und Genußmittel	3,5	3,4	2,9	2,1	1,6	3,3	2,7
Industriewaren	6,8	4,8	2,1	−0,1	−0,1	5,1	5,6

Die Ergebnisse für die Jahre 1984 und 1985 deuten allerdings darauf hin, daß sich die Versorgungslage inzwischen normalisiert hat und das Angebot und die Umsätze allgemein wieder steigen.

Insbesondere die Deckung des Grundbedarfs an Nahrungsgütern und Industriewaren ist gesichert; die DDR zählt heute zu den Ländern, die in dieser Hinsicht ausreichend versorgt sind. Im Vergleich mit den übrigen RGW-Staaten ist die angebotsbedingte Versorgungslage recht gut; allenfalls Ungarn weist eine attraktivere Konsumgüterpalette auf, jedoch zu relativ hohen Preisen. Allerdings vergleicht die DDR-Bevölkerung ihre Situation aus verständlichen Gründen mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland. Bei diesem Vergleich ist unverkennbar, daß das Angebot in der DDR sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht noch erhebliche Mängel aufweist. Die produzierten Konsumgüter gehören allenfalls zur „soliden Standardqualität", Massenware dominiert, technische und gestalterische Neuerungen setzen sich nur langsam durch. Der Zwang zur Materialeinsparung hat die Qualitätsprobleme zusätzlich verschärft. Dies ist in fast allen Zweigen der Konsumgüterproduktion erkennbar[5]:

- Die Rohstoffprobleme (Importsubstitution) haben Qualitätseinbußen in der Textilindustrie mit sich gebracht. Die Nachfrage nach Textilien aus Naturfasern wie Baumwolle ist kaum zu decken. In der Konfektion läßt die modische Gestaltung sehr zu wünschen übrig. Der produktionstechnische Fortschritt wird fast nur in außenhandelsrelevanten Bereichen gefördert. Im Inland werden attraktive modische Erzeugnisse fast ausschließlich in den teuren Exquisitläden angeboten.
- Qualitätsprobleme bestehen auch in der Schuhindustrie durch die Verarbeitung von minderwertigem Leder und Ledersubstituten. Die Importquote bei Straßenschuhen liegt bei nur 6 vH (1982). Hinzu kommt ein ungenügend breit gefächertes Sortiment.
- Bei Glas- und Porzellanerzeugnissen ist wegen der günstigen Rohstofflage das Angebot insgesamt zufriedenstellend und nur bei höherwertigen Sortimenten unzureichend. Bei der Papiererzeugung gibt es besondere Qualitätsprobleme, die sich auch nach Jahren kaum gebessert haben, insbesondere bei Schreibpapier, hygienischen Papieren und Produkten des graphischen Gewerbes.
- Herausragender Mangel bei elektrotechnischen Produkten ist der Rückstand in der technischen Entwicklung. In der Unterhaltungselektronik sind höherwertige Geräte (Tuner, Verstärker, Plattenspieler, Kassettenrecorder, Lautsprecherboxen) knapp, selbst einfache Geräte, die z. T. nicht einmal der Hi-Fi-Norm entsprechen, werden nicht in ausreichenden Mengen angeboten. Das Design ist allgemein rückständig.
- Haushaltsgeräte haben einen hohen Energieverbrauch. Das Angebot an Tiefkühlgeräten war bis Mitte 1985 spärlich; elektrische Wäschetrockner und Geschirrspüler für den privaten Haushalt werden noch gar nicht produziert.
- Bei Möbeln haben begrenzte inländische Holzvorräte und steigende Weltmarktpreise für Holz zu einer verstärkten Verarbeitung von Spanplatten und anderen Substituten geführt, die aber insgesamt noch eher akzeptiert werden als die Einförmigkeit der Gestaltung. Ästhetisch ansprechende Möbel sind sehr teuer.
- Bei dem allgemein verbreiteten und zunehmenden Streben nach einem Wochenendhaus sind die gravierenden Engpässe bei Baumaterialien ein permanentes, zeitraubendes Ärgernis.
- Dies gilt verstärkt für das unzureichende Angebot an PKW, die in der Wunschliste der DDR-Bürger ganz oben stehen.
- Bei Nahrungsmitteln wird nach wie vor über die unregelmäßige Versorgung geklagt. Warteschlangen z. B. vor Fleischereien sind keine Seltenheit. Obst und Gemüse kommen nicht frisch in die Verkaufsstellen: Es fehlt vielfach an Kühlkapazitäten und Verpackungsmaterial, die Transportwege sind zu lang. Verderb und Schwund sind deshalb unverhältnismäßig hoch, die Produktqualität häufig gemindert. Auch wird in den benachteiligten Gebieten die Bevorzugung von Berlin (Ost), den Bezirksstädten oder bestimmten Regionen als ungerecht empfunden. Solche regionalen Disparitäten, die es ebenso bei industriellen Konsumgütern gibt, machen sich bei Nahrungsmitteln besonders bemerkbar, da man bei deren Beschaffung auf Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe angewiesen ist.

Hinzu kommt, daß generell die für den Binnenmarkt zur Verfügung stehenden Konsumgüter nicht effizient verteilt werden: Der Handelsapparat ist schwerfällig. Engpässe bestehen vor allem bei den Transport-, Verpackungs- und Lagerkapazitäten. Der Einkauf in der DDR ist dadurch mühsam und zeitraubend.

Bei Dienstleistungen und Reparaturleistungen für die Bevölkerung klafft immer noch eine große Lücke zwi-

schen Angebot und Nachfrage, weil der Bedarf mit wachsendem Wohlstand steigt (höhere Ausstattung mit technischen Konsumgütern). Engpässe zeigen sich in langen Wartezeiten, z. T. auch bedingt durch die mangelhafte Bereitstellung von Ersatzteilen. Bei Kfz-Reparaturen gibt es Wartefristen bis zu einem halben Jahr, trotz der hier erkennbaren Anstrengungen (für den Zeitraum 1980 bis 1984 wird ein Leistungsanstieg von 55 vH hervorgehoben). Ähnlich hohe Wartezeiten gelten auch für Fahrschulen. Bereits seit längerer Zeit gibt es offiziell die Forderung nach verlängerten Öffnungszeiten der Werkstätten, Garantiedurchsichten und -reparaturen innerhalb von drei Wochen, nach Schnellinstandsetzungsdiensten, Wochenendservice sowie nach einer Ausdehnung des Drei-Schicht-Systems. Ähnliche Appelle gibt es seit Jahren auch für die anderen Dienstleistungsbereiche: mehr Qualitätsarbeit, längere Garantiefristen, Verkürzung der Wartezeiten, Ausbau der Ausleih- und Austauschdienste. Bei Wäschereien beispielsweise wird inzwischen eine Lieferfrist von gut zwei Wochen als Erfolg verbucht.

Wegen der Versorgungsengpässe gibt es bereits seit 1976 Fördermaßnahmen für das private Handwerk; in den Jahren 1984/85 wurden die finanziellen Begünstigungen weiter ausgebaut. Immerhin entfallen heute 60 vH aller vom Handwerk erbrachten Dienstleistungen und Reparaturen auf private Betriebe.

Seit Beginn der achtziger Jahre wird die Zusammenarbeit zwischen Betrieben verschiedener Eigentumsformen (private Betriebe, PGH, volkseigene Dienstleistungskombinate) in „Versorgungsgruppen" propagiert, deren Mitglieder Gebäude und Ausrüstungen gemeinsam nutzen und ihre Materialbeschaffung ebenso wie ihren Warenabsatz koordinieren sollen (z. B. Versorgungsgruppe „elektrische Haushaltsgeräte"). Versorgungsgruppen stehen zumeist unter Leitung volkseigener Dienstleistungskombinate oder anderer volkseigener Betriebe. Bezirksgeleitete Dienstleistungskombinate sind — nach dem Vorbild des bereits 1971 gebildeten Kombinats in Karl-Marx-Stadt — seit 1981 entstanden. Sie sind meist durch Fusion von volkseigenen Betrieben gebildet worden und konzentrieren die Dienstleistungs- und Reparaturkapazitäten im jeweiligen Umkreis, kooperieren sowohl mit der PGH und privaten Handwerksbetrieben als auch mit Industriebetrieben. Außerdem gibt es sogenannte Häuser der Dienste, welche verschiedene Sparten anbieten, aber auch als Annahmestellen fungieren, z. T. Schnellreparaturen selber durchführen und Kosmetik- und Friseursalons beherbergen. 1985 gab es knapp 200 solcher Einrichtungen, außerdem über 2 800 „Komplexannahmestellen" und 650 Auftragszentralen für den Kundendienst. Solche organisatorischen Maßnahmen allein können aber auf absehbare Zeit die Versorgungslücken nicht schließen; dazu wären wesentlich mehr Arbeitskräfte im Dienstleistungssektor notwendig.

4.3.3. Privater Verbrauch

Zu Beginn der siebziger Jahre waren in der DDR deutliche Bemühungen um eine bessere Konsumgüterversorgung zu erkennen. In den folgenden Jahren war dann auch eine beachtliche Ausweitung des privaten Verbrauchs (Käufe von Waren und Dienstleistungen) zu beobachten — um durchschnittlich 4,3 vH jährlich von 1970 bis 1980. Da sich bis Ende 1979 die Preiserhöhungen in Grenzen hielten, war diese Steigerung im wesentlichen real und dürfte damit in der Größenordnung der entsprechenden Rate in der Bundesrepublik gelegen haben.

Zu Beginn der achtziger Jahre kam es in der DDR — wie erwähnt — zu Abstrichen beim inländischen Konsumgüterangebot; bis 1983 stagnierte der reale private Verbrauch. Auch in der Bundesrepublik war die Entwicklung der realen privaten Nachfrage von 1980 bis 1984 durch Stagnationstendenzen geprägt, bedingt in erster Linie durch sinkende Realeinkommen.

Die Ausgabenstrukturen in der Bundesrepublik und in der DDR sind nur schwer vergleichbar: Die Einkommen in der DDR sind wesentlich niedriger als in der Bundesrepublik, und so wird ein höherer Anteil zur Deckung des Grundbedarfs (vor allem Nahrungsmittel) benötigt. Außerdem weicht die Preisstruktur in der DDR wegen der Subventionierung des Grundbedarfs einerseits und der hohen Besteuerung der höherwertigen Güter andererseits erheblich von der in der Bundesrepublik ab; auch dies hat Folgen für die Ausgabenstruktur.

So ist in der DDR der auf bezahlte Leistungen — Sammelbegriff für Mieten, Energieversorgung, Verkehrsleistungen und sonstige Dienstleistungen — entfallende Anteil an den Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch mit rund 15 vH[6] im Vergleich zu westlichen Ländern sehr gering (vgl. Übersicht 4.3.-1). In der Bundesrepublik liegt dieser Anteil mehr als doppelt so hoch (1984: 39 vH)[7]. Hauptgrund für diesen Niveauunterschied ist die starke Subventionierung vieler Leistungen in der DDR (z. B. Mieten, Strom, Gas, Post- und Verkehrstarife). Darüber hinaus spielt auch das niedrigere Lohnniveau eine Rolle, denn auch nicht subventionierte Dienstleistungen sind deshalb vergleichsweise billig. Beschränkungen im Angebot verhindern allerdings eine stärkere Inanspruchnahme dieser preiswerten Leistungen.

Entsprechend unterschiedlich sind die jeweiligen Anteile der Warenkäufe am privaten Verbrauch: rund 85 vH in der DDR und 61 vH in der Bundesrepublik (jeweils 1984). Bei den DDR-Werten ist von Bedeutung, daß einerseits zahlreiche Waren (z. B. Grundnahrungsmittel, Kinderkleidung, Druckerzeugnisse) durch Subventionen verbilligt werden, andererseits aber für andere Waren — für die meisten Genußmittel und einen Großteil der Industrieerzeugnisse — überhöhte Preise verlangt werden.

Trotz der Subventionierung von Nahrungsmitteln ist der Anteil dieser Ausgabenkategorie in der DDR mit 30 vH (1984) recht hoch und liegt damit deutlich — um rund 8 vH-Punkte — über dem in der Bundesrepublik. Der relativ hohe DDR-Wert ist auf den hohen mengenmäßigen Verbrauch, die vergleichsweise niedrigen Einkommen, aber auch auf den Trend zum Konsum

Übersicht 4.3.-1

Struktur der Ausgaben privater Haushalte[1]

Ausgabenposition	Bundesrepublik		DDR	
	1970	1984	1970	1984
Warenkäufe	68,9	61,1	85,0	85,0
davon				
Nahrungsmittel	30,0	22,3	36,1	30,0
Genußmittel	5,3	3,7	11,1	11,3
Industriewaren	33,6	35,1	37,8	43,8
davon				
Schuhe	2,1	1,6	2,6	3,2
Textilien und Bekleidung	10,0	7,3	13,7	11,0
Möbel und Polstermöbel	1,8	2,1	4,0	1,9
Haushaltswaren	3,2	2,7		
Elektronische Erzeugnisse	1,6	2,0	3,1	3,8
Sonstige Industriewaren	14,9	19,4	14,4	21,7
Bezahlte Leistungen	31,1	38,9	15,0	14,9
davon				
Verkehrsleistungen	1,6	1,4	1,9	1,1
Mieten	15,4	18,5	3,7	3,6
Strom, Gas, Wasser, Heizung	4,7	6,6	1,9	1,9
Bildung, Unterhaltung, Erholung	4,6	6,2	3,1	3,3
Reparaturen und sonstige Dienstleistungen	4,8	6,2	4,4	5,0
Ausgaben insgesamt	100	100	100	100

[1] 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte, in der Bundesrepublik mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstands.

Quellen und Anmerkungen: Vgl. Anhangtabellen 4.3.-1 und -2.

höherwertiger — und teurerer — Erzeugnisse sowie auf die relativ häufige Inanspruchnahme gastronomischer Leistungen zurückzuführen. Auch bei Genußmitteln gibt es eine erhebliche Niveaudifferenz (11 vH gegenüber 4 vH in der Bundesrepublik 1984). Ebenso ist der Anteil der Käufe von Textilien und Bekleidung sowie von Schuhen in der DDR wesentlich höher als in der Bundesrepublik. Für all diese zum lebensnotwendigen Bedarf zählenden Ausgabenkategorien muß also der Verbraucher in der DDR größere Einkommensteile bereitstellen als in der Bundesrepublik. Kompensiert wird dies weitgehend durch die auch zum Grundbedarf zählenden Aufwendungen für Mieten und Haushaltsenergie — sie sind in der DDR (1984: 5,5 vH) weitaus geringer als in der Bundesrepublik (25 vH) —, so daß insgesamt die Relation zwischen „gebundenen" und „freien" Einkommensteilen in der DDR kaum von der in der Bundesrepublik abweicht. Allerdings können daraus ohne Kenntnis der jeweiligen Einkommens- und Preisniveaus keine Schlüsse hinsichtlich des Lebensstandards gezogen werden.

In der Entwicklung der einzelnen Ausgabenbereiche gibt es manche Parallelen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. So hat gemäß der langfristigen internationalen Beobachtung, daß mit steigendem Wohlstand ein geringerer Prozentsatz des Einkommens für Nahrungsmittel verwendet wird, der Anteil dieser Kategorie von 1970 bis 1984 weiterhin abgenommen, in der DDR von 36 auf 30 vH und in der Bundesrepublik sogar von 30 auf 22 vH. Auch der Anteil von Textilien und Bekleidung ist hier wie dort gesunken.

Dagegen gab es bei den Ausgaben für Mieten und Haushaltsenergie unterschiedliche Entwicklungen. Während in der Bundesrepublik die relative Belastung hier 1984 deutlich höher war als 1970, blieb sie in der DDR in diesem Zeitraum fast gleich. Der erhöhte Anteil der Mietausgaben in der Bundesrepu-

blik ist — statistisch gesehen — das Ergebnis überdurchschnittlicher Mietsteigerungen. Zu berücksichtigen ist aber in diesem Zusammenhang — und dies gilt nicht nur hier —, daß Preissteigerungen oftmals mit Qualitätsverbesserungen einhergehen. Gestiegen ist also nicht nur das Entgelt für das gleiche Produkt „Wohnung", sondern gleichzeitig auch die Wohnqualität durch größere Wohnflächen und verbesserte Ausstattung der Wohnungen.

Per saldo ergibt sich sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR eine Abnahme der zur Deckung der Grundbedürfnisse notwendigen Einkommensteile und damit ein größerer finanzieller Spielraum für den gehobenen Bedarf. Die daraus resultierenden Veränderungen der Ausgabenstruktur schlugen sich in der DDR ganz besonders in höheren Anteilen der Käufe von technischen Konsumgütern nieder. Steigende Umsätze waren vor allem bei Haushaltsgütern, aber auch bei modernen Erzeugnissen, z. B. der Unterhaltungselektronik, sowie der Körper- und Gesundheitspflege zu registrieren. Auch die Ausgaben für die individuelle Motorisierung und im Freizeitbereich (z. B. Materialien für Heimwerkerarbeiten) expandierten überdurchschnittlich. Die Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes nach Branchen macht diese Tendenzen sichtbar. Die Produktgruppe mit der höchsten Umsatzsteigerung waren Baustoffe, Nutzholz, Brennstoffe, Treibstoffe; überdurchschnittlich entwickelten sich auch die Umsätze bei Haushalts- und Wirtschaftswaren (einschl. elektrische Haushaltsgeräte). Zweifellos gibt es bei den Produkten, die mit dem veränderten Verbraucherverhalten nach vorn gerückt sind, noch einen höheren Bedarf, als es im realisierten Einzelhandelsumsatz zum Ausdruck kommt. Gerade bei modernen Erzeugnissen — sowohl im Hinblick auf Technik als auch auf Mode — bleibt das Angebot in der DDR hinter der Nachfrage zurück.

In der Bundesrepublik wurde als Folge der in den siebziger Jahren weiter anhaltenden Ausdehnung der privaten Motorisierung ein immer größerer Teil des Einkommens für diesen Zweck beansprucht, und so expandierten die damit verbundenen Ausgaben — für Anschaffung, Kraftstoffe, Reparaturen, Zubehör usw. — stärker als die Gesamtausgaben. Das Mehr an frei verfügbarem Einkommen äußerte sich auch in höheren Aufwendungen für Dienstleistungen, z. B. im Bereich Bildung, Unterhaltung, Erholung. Mit der rasch gestiegenen Zahl privater Telefonanschlüsse nahmen auch die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung überdurchschnittlich zu.

4.3.4. Der Verbrauch von Nahrungsgütern (Pro-Kopf-Verbrauch)

Die Ernährung ist in beiden deutschen Staaten durch eine überhöhte Zufuhr von Nährstoffen gekennzeichnet[8]. So lag in der DDR der durchschnittliche energetische Verbrauch der Bevölkerung bereits 1960 mit gut 10 vH, 1980 mit einem Viertel über der Norm der DDR-Ernährungswissenschaft; mindestens jeder vierte Erwachsene gilt heute als übergewichtig. Ähnliches wird für die Bundesrepublik festgestellt.

In beiden deutschen Staaten ist — vom medizinischen Standpunkt aus — der Verbrauch von Fett (insbesondere von verdeckten Fetten), von Zucker (auch in Süßwaren und Getränken) und von Alkohol zu hoch. Die Diskussionen um die durch Übergewicht mitverursachten Erkrankungen (Herzkranzgefäß-Erkrankungen, Bluthochdruck, arteriosklerotische Schäden der Gehirngefäße) werden deshalb hier wie dort geführt. Die Schädlichkeit des Rauchens sowie von übermäßigem Alkoholkonsum ist ebenfalls unbestritten. Abhilfe verspricht man sich in beiden deutschen Staaten vor allem von intensiverer Information und Erziehung sowie einer Ausdehnung des Freizeitsports.

Die Besorgnis der Mediziner und Ernährungswissenschaftler ist verständlich, wenn man den Pro-Kopf-Verbrauch und seine Entwicklung bei einzelnen Lebensmitteln betrachtet. Prinzipiell sind der Verbrauch von Eiweiß, Fett, Kohlehydraten, Vitaminen und Mineralstoffen die eigentlichen Indikatoren für den Ernährungsstatus. Wegen der Erfassungsschwierigkeiten (unterschiedliche „Nährstoffdichte" der einzelnen Produkte) werden im allgemeinen Lebensmittelgruppen herangezogen, die leichter meßbar sind und die die genannten Nährstoffe in gewissem Umfang repräsentieren.

Vorausgeschickt werden muß bei diesem Vergleich, daß das Angebot an Nahrungsmitteln in der DDR sehr viel enger ist als in der Bundesrepublik. In der DDR ist das Angebot überwiegend auf Güter der heimischen Produktion begrenzt. Es fehlen die Sortimentsbreite, die geschmackliche Differenzierung und Spezialitäten; die Palette verarbeiteter Produkte (Tiefkühlgemüse, Fertiggerichte) ist eng. Verfeinerte Produkte und Importwaren finden sich am ehesten in Delikatläden — zu Preisen, die für untere und mittlere Einkommensgruppen kaum erschwinglich sind. Diese Einschränkungen sind bei der Interpretation des als mengenmäßiger Durchschnitt ausgewiesenen Verbrauchs zu berücksichtigen (vgl. Übersicht 4.3.-2).

Fleisch und Fleischerzeugnisse gelten als hochwertige Nahrungsmittel, die Höhe des Konsums häufig als Wohlstandsindiz. Nicht zuletzt auch wegen der relativ niedrigen Fleischpreise wurde Anfang der achtziger Jahre in der DDR beim mengenmäßigen Pro-Kopf-Verbrauch das Niveau der Bundesrepublik erreicht und inzwischen überholt.

Jedoch gibt es nach wie vor einen Abstand zur Bundesrepublik hinsichtlich der Qualität und der Sortimentsbreite (insbesondere bei Wurstwaren). In der Bundesrepublik wurde 1980 das Verbrauchsmaximum erreicht, seither ist die mengenmäßige Nachfrage eher rückläufig. In der DDR hat sich der Anstieg in den letzten Jahren verlangsamt. In beiden deutschen Staaten ist ein relativer — in der Bundesrepublik auch absoluter — Rückgang des Verbrauchs von Rind- und Kalbfleisch zugunsten von Schweinefleisch zu registrieren, in der DDR außerdem ein steigender Anteil von Geflügel. In der Bundesrepublik sind für die jüngste Entwicklung sicherlich auch die stagnierenden Einkommen verantwortlich. In der DDR dürfte die Struktur des Fleischverbrauchs eher angebotsbedingt sein. Der relativ hohe Fleischkonsum (der höchste im gesamten RGW) hängt nicht zuletzt mit der

Übersicht 4.3.-2

Jährlicher Pro-Kopf-Verbrauch ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel

Erzeugnis		Bundesrepublik Deutschland		DDR		DDR 1984 in vH der Bundesrepublik
		1979	1984	1970	1984	
Fleisch und Fleischerzeugnisse	(kg)	76,8	89,9	66,1	94,4	105
darunter Rind- und Kalbfleisch	(kg)	25,0	23,6	22,3	24,9	106
Schweinefleisch	(kg)	38,6	51,0	38,7	59,3	116
Geflügel	(kg)	8,4	9,5	5,1	10,1	106
Fisch und Fischerzeugnisse	(kg)	11,2	12,1	7,9	7,4	61
Eier	(Stück)	281	275	239	303	110
Nahrungsfette [1]	(kg)	26,4	25,8	27,7	24,9	97
darunter Butter [2]	(kg)	8,6	7,0	14,6	15,9	227
Margarine [2]	(kg)	8,9	8,0	11,0	10,7	134
Trinkmilch	(kg/Liter)	93,8	87,1	98,5	104,8	120
Käse	(kg)	10,0	15,1	4,6	8,3	55
Brotgetreidemehl	(kg)	62,5	64,9	92,2	94,1	145
Kartoffeln	(kg)	103,0	70,7	153,5	145,8	203
Gemüse	(kg)	63,2	72,5	84,8	92,3	127
Obst	(kg)	127,6	117,4	55,5	68,1	58
Zucker und Zuckererzeugnisse	(kg)	33,4	35,6	34,4	39,1	110
Tee	(g)	154	237	91	122	51
Kaffee	(kg)	4,3	5,7	2,2	3,3	58
Zigaretten	(Stück)	1 943	1 962	1 257	1 845	94
Wein und Sekt	(Liter)	17,2	26,2	5,0	10,9	42
Bier	(Liter)	141,1	144,7	95,7	142,2	98
Spirituosen	(Liter)	6,8	6,7	6,6	14,5	216
Alkohol insgesamt (100 %)	(Liter)	8,4	8,2	6,1	10,2	124

[1] Reinfett.
[2] Produktgewicht.

Quellen und Anmerkungen: Vgl. Anhangtabellen 4.3.-3 und -4.

Subventionierung von Fleisch zusammen. Als Grundnahrungsmittel eingestuft, blieben die Fleischpreise bisher stabil.

In der Bundesrepublik ging der Verbrauch von Milch in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zurück, hat sich aber seit 1976 auf einem relativ niedrigen Niveau stabilisiert. Gleichzeitig werden mehr Getränke auf Milchbasis verbraucht. Hauptgrund für den eher geringen Trinkmilchkonsum ist die Dominanz anderer alkoholfreier Getränke. In der DDR ist das Angebot an qualitativ zufriedenstellenden alkoholfreien Erfrischungsgetränken unzureichend. Ebenso ist der niedrige Käseverbrauch angebotsbedingt; Qualität und Sortenvielfalt lassen hier sehr zu wünschen übrig. Zwar hat sich der Verbrauch von 1970 bis 1984 deutlich erhöht, er liegt aber immer noch um 45 vH unter dem westdeutschen Niveau. Käse gehört inzwischen zu den Erzeugnissen, die immer mehr in den Delikatverkaufsstellen angeboten werden.

Nicht überraschend ist der in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik geringe Fischverbrauch. Bei wenig attraktiver Produktpalette (Probleme der Frischhaltung bei Seefischen, wenig schmackhafte Konserven und Marinaden) beträgt der Abstand gegenwärtig über ein Drittel.

Bei etwa gleichem absoluten Verbrauch von Fett (gemessen am Fettwert) gibt es zwei auffallende Unterschiede. In der DDR ist der Butterverzehr weit höher als in der Bundesrepublik; gemessen am Produktgewicht wird mehr als doppelt so viel, gemessen am Fettwert 70 vH (1984) mehr verbraucht. Dagegen ist der Verbrauch von pflanzlichen Speiseölen und Fetten weitaus geringer als in der Bundesrepublik.

Qualitätsprobleme sowohl bei Margarine als auch bei pflanzlichen Ölen und Fetten führen in der DDR dazu, vergleichsweise viel Butter zum Kochen und Braten zu verwenden. Immerhin ist seit 1971 — wegen des reduzierten Fettanteils — eine leicht sinkende Tendenz beim Butterverbrauch (gemessen am Fettwert) zu verzeichnen.

Im Vergleich zur DDR hat sich in der Bundesrepublik ein schnellerer Rückgang beim Verzehr von Kartoffeln vollzogen — vor allem zu erklären aus der stärkeren Anpassung an internationale Speisegewohnheiten und dem Bemühen um eine Kalorienreduzierung. Dabei beträgt der Anteil an industriell verarbeiteten Kartoffelprodukten (Tiefkühl- und Trockenprodukte, Kartoffelchips u. a.) heute (1982) bereits 30 vH (1970: 12 vH); durch diese Produkte konnte ein noch stärkerer Verbrauchsrückgang verhindert werden. In der DDR ist der Kartoffelverbrauch noch doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik, ein Niveau, das hier vor 25 Jahren zu registrieren war.

Der Verbrauch von Brotgetreidemehl stagniert in der DDR seit 1970; er liegt aber um mehr als 40 vH über dem westdeutschen Niveau, z. T. bedingt durch die starke Verfütterung von Brot (extrem niedrige Preise!).

Der Obstverbrauch in der Bundesrepublik ist relativ hoch, nahm aber in den letzten Jahren nicht mehr zu. In der DDR liegt der Verbrauch um mehr als ein Drittel unter dem in der Bundesrepublik. Das Angebot an Südfrüchten ist in der DDR sehr unregelmäßig. Es stieg bis 1977 und ist seither wieder rückläufig bzw. stagnierend. Allerdings gibt es seit kurzem ein besseres Angebot an Zitrusfrüchten, während z. B. Bananen und andere Südfrüchte kaum zu haben sind. Der Verbrauch von frischem Obst konnte insgesamt nicht gesteigert werden; so ist der Anteil am gesamten Verbrauch zugunsten von verarbeitetem Obst zurückgegangen, er beträgt derzeit etwa die Hälfte (ohne Südfrüchte). Der relativ hohe Frischobstverbrauch in der Bundesrepublik ist vor allem mit der generell reichhaltigeren Produktpalette und dem zu jeder Jahreszeit vielfältigen Angebot zu erklären.

In der DDR stieg der Gemüseverbrauch besonders in den sechziger Jahren, seit Anfang der siebziger Jahre gibt es keinen Zuwachs mehr. Der Anteil von Frischgemüse ist rückläufig (1960: 80 vH, 1970: 72 vH, 1984: 64 vH). Eine ähnliche Entwicklung gab es auch in der Bundesrepublik (1960: 75 vH, 1970: 62 vH, 1980: 54 vH). Sicherlich liegt diesem Trend eine zunehmende Bequemlichkeit zugrunde. Tiefkühlgemüse macht in der Bundesrepublik bereits einen Anteil von fast 10 vH am verarbeiteten Gemüse aus. Da das Angebot in der DDR mehr der heimischen Erzeugung entstammt, wird dort auch mehr Grobgemüse gegessen als in der Bundesrepublik; knapp ist Frischgemüse aus dem Treibhaus, ebenso aus wärmeren Regionen importiertes Gemüse. Der insgesamt um ein Drittel höhere Gemüseverbrauch der DDR ist offensichtlich Ausgleich für den geringeren Obstverbrauch.

1984 betrug in der DDR der Anteil der Kleingärtner und Siedler an den Lieferungen an den Groß- und Einzelhandel sowie an die gemüseverarbeitende Industrie (etwa 20 000 Ankaufstellen) bei Obst ein Drittel und bei Gemüse 15 vH. Hinzu kommt der Direktverkauf auf den Wochenmärkten, der in den letzten Jahren gefördert wurde. In der Bundesrepublik nahm hingegen der Anteil der Haus- und Kleingärtner ab: Während er 1960 noch knapp die Hälfte der Inlandsproduktion ausmachte, war es 1980 nur noch ein Drittel, gerade bei Feingemüse ist die Entwicklung rückläufig. 1980 bestanden etwa 55 vH des verfügbaren Angebots an unverarbeitetem Gemüse aus Importen gegenüber 25 vH im Jahre 1960.

Grund für den in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik geringen Kaffeeverbrauch ist vor allem das hohe Preisniveau. Der Abstand zum westdeutschen Konsum ist seit 1970 kaum geringer geworden, heute beträgt er gut 40 vH. Der relativ geringe Teeverbrauch in der DDR hat seine Ursache nicht in anderen Verbrauchsgewohnheiten, sondern eher in einem qualitativ nicht zufriedenstellenden Angebot. Der Abstand zur Bundesrepublik betrug Anfang der siebziger Jahre gut 60 vH, derzeit noch knapp 50 vH.

In der DDR ist der Alkoholkonsum von 1970 bis 1984 um fast 70 vH gestiegen, in der Bundesrepublik dagegen etwa konstant geblieben. Dadurch hat die DDR die Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch seit 1977 immer stärker übertroffen. 1984 lag der Durchschnittsverbrauch mit 10,2 l reinem Alkohol um ein Viertel über dem in der Bundesrepublik (8,2 l). Bezogen auf den Reinalkoholgehalt sind die Relationen von Bier, Wein/Sekt und Spirituosen in der DDR: 42 : 12 : 46; in der Bundesrepublik: 53 : 32 : 15. In der DDR werden halb so viel Wein, dreimal soviel hochprozentige Spirituosen und genausoviel Bier wie in der Bundesrepublik getrunken.

DDR-Wissenschaftler haben die Bevölkerungsgruppe der unter 15jährigen und die Gruppe, die ganz auf Alkohol verzichtet, abgezogen und kommen dann zu einem tatsächlichen jährlichen Reinalkoholkonsum von 21 l je Kopf der Alkohol trinkenden Bevölkerung[9]. Nach Auffassung von Ärzten in der DDR ist bereits die medizinisch kritische Schwelle erreicht, und der weit verbreitete Alkoholismus gilt als das „wichtigste sozialmedizinische Problem". Die Bemühungen um medizinische Aufklärung, aber auch ökonomische Sanktionen brachten bisher keinen Erfolg (z. B. Erhöhung der Kosten bei der ersten ärztlichen Hilfeleistung, Verweigerung von Krankengeld, betriebliche Disziplinarmaßnahmen). Auch in der Bundesrepublik ist der Alkoholkonsum ein Problem. Hier ist allerdings der Anstieg seit etwa 1976 gebremst worden (Erhöhung der Verbrauchssteuer). Es wurde nachgewiesen, daß bei Männern von 36 bis 65 Jahren im Durchschnitt 19 vH der Kalorienzufuhr aus alkoholischen Getränken stammt, bei Frauen sind es über 10 vH[10].

Bei niedrigem Ausgangsniveau ist der Zigarettenkonsum in der DDR schneller als in der Bundesrepublik gestiegen. Der Abstand hat sich von einem Drittel im Jahre 1970 auf nur noch 6 vH verringert. Bemerkenswert ist dabei, daß in der DDR jegliche Werbung für Zigaretten verboten ist. In der Bundesrepublik ist

der Verbrauch seit dem Höchststand 1981 leicht rückläufig.

Eine etwas größere Rolle als in der Bundesrepublik spielt in der DDR die Außer-Haus-Verpflegung durch eigens dafür geschaffene Einrichtungen. Für die DDR ist hier der statistische Nachweis sehr detailliert. Von 1960 bis 1980 stieg die Zahl der täglich in Betrieben und Schulen verzehrten Mahlzeiten von 2,7 auf 4,8 Mill.; hier werden 85 vH der „Gemeinschaftsverpflegung" angeboten, der Rest verteilt sich auf Kindergärten und -krippen, Mensen, Krankenhäuser, Altenheime und Einrichtungen des FDGB. In Betrieben werden derzeit (1984) etwa zwei Drittel der Beschäftigten und in Schulen vier Fünftel der Schüler mit einer warmen Mahlzeit versorgt. Auf Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung entfallen 13 vH des gesamten Verbrauchs von Nahrungsmitteln.

Auch in der Bundesrepublik ist die Außer-Haus-Verpflegung seit den fünfziger Jahren angestiegen. Täglich werden schätzungsweise 12 Mill. Mahlzeiten außerhalb angeboten [11].

4.3.5. Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern

Die Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Konsumgütern hat sich in den letzten fünfzehn Jahren sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR erhöht. Bei einigen Gütern wie Rundfunk- und Fernsehgeräten, Kühlschränken oder Staubsaugern kann inzwischen von Bedarfssättigung gesprochen werden. Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik und der DDR läßt eine einheitliche Beurteilung nicht zu: Teilweise haben sich die Unterschiede im Ausstattungsgrad seit 1970 verringert, teilweise sind sie gleich geblieben, und bei einigen Produkten sind sie sogar größer geworden (vgl. Schaubild 4.3.-1 sowie Anhangtabellen 4.3.-5 und -6).

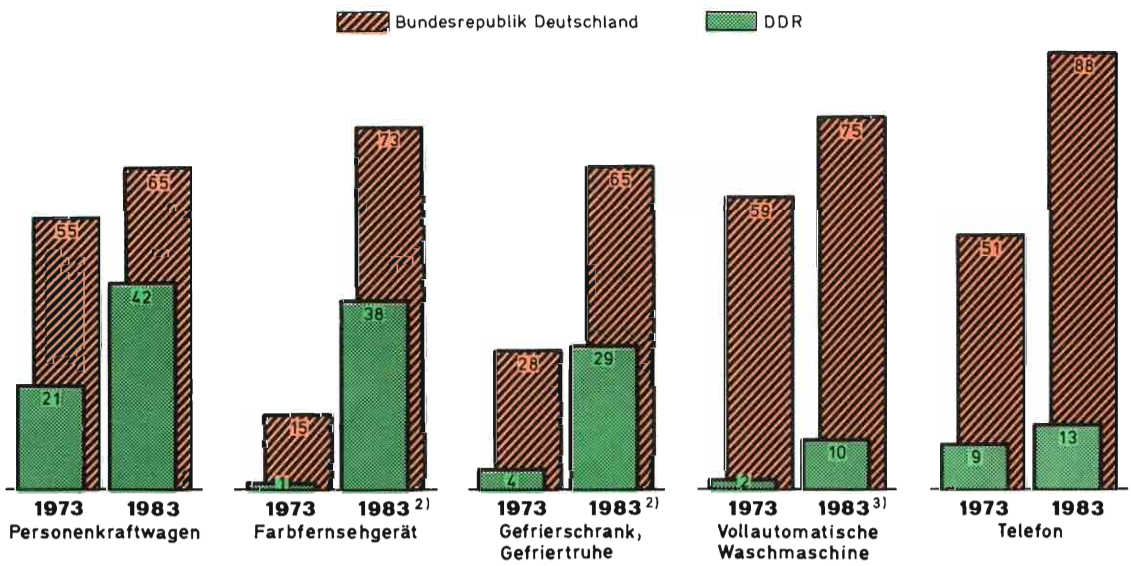
In einen derartigen Vergleich können allerdings qualitative Merkmale wie technische Ausstattung der Geräte, Bedienungskomfort oder Reparaturanfälligkeit nicht im einzelnen einbezogen werden, obwohl sie bei der Beurteilung des Lebensstandards eine wichtige Rolle spielen. Eine Berücksichtigung auch dieser Faktoren läßt generell deutliche Qualitätsunterschiede zuungunsten der DDR erkennen. Gemessen am Niveau in der Bundesrepublik dominieren dort Erzeugnisse unterer bis mittlerer Qualität; die Gestaltung entspricht insgesamt nicht dem modernen Stand der Technik. Zwar werden auch in der DDR in einigen Bereichen höherwertige Konsumgüter produziert, doch kommen sie im allgemeinen nicht den heimischen Verbrauchern zugute, sondern werden exportiert.

Bei der privaten Motorisierung herrschte in der DDR lange Zeit das Kraftrad vor, da die PKW-Produktion aus vielerlei Gründen — z. B. Ablehnung des Individualverkehrs — niedrig gehalten wurde. Inzwischen hat sich das Bild gewandelt. Während sich in der Bundesrepublik Sättigungstendenzen bei der Erstausstattung abzeichnen — von 1978 bis 1983 erhöhte sich der Ausstattungsgrad nur noch um 3 vH auf 65 vH der Haushalte —, ist in der DDR der PKW-Bestand mittlerweile kräftig gestiegen, so daß 1983 immerhin 42 vH der Haushalte (nach nur 16 vH im Jahre 1970) einen PKW besaßen. Gleichwohl bestehen in der DDR noch immer beträchtliche Nachfrageüberhänge; die langen Wartezeiten — 10 Jahre für einen Neuwagen sind keine Seltenheit — machen dies deutlich.

Allerdings zeigt sich gerade bei diesem — oft als Statussymbol dienenden — Konsumgut, daß ein rein quantitativer Vergleich die Verhältnisse höchst unzu-

Schaubild 4.3.-1

Ausstattungsgrad[1] der privaten Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern



[1] *Zahl der Haushalte, in denen entsprechende Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf 100 Haushalte.* — [2] *DDR 1985.* — [3] *Schätzung.*

DIW 87

länglich widerspiegelt; denn in kaum einem anderen Bereich liegen die DDR-Produkte so weit unter dem in westlichen Ländern erreichten Standard. Die beiden DDR-Modelle Trabant und Wartburg gelten als technisch veraltet und wenig komfortabel, der Kraftstoffverbrauch ist — gemessen an der Leistung — viel zu hoch. Auch sind keine Bemühungen um eine Reduzierung der Schadstoffemissionen zu erkennen. In der Bundesrepublik dagegen ist etwa seit Anfang der siebziger Jahre ein eher qualitatives als quantitatives Wachstum zu beobachten; durch innovatorische Verbesserungen im Hinblick auf Sicherheit, geringeren Verbrauch und Umweltverträglichkeit hat sich der Wert des einzelnen Fahrzeugs merklich erhöht. Auch die Strukturverschiebung hin zu größeren Fahrzeugen — der Anteil von PKW mit über zwei Liter Hubraum ist seit 1970 stark gestiegen — zeigt das Auseinanderdriften von wertmäßiger und stückzahlmäßiger Ausstattung.

Gravierend ist der Unterschied bei der Ausstattung mit Telefonen. Während in der Bundesrepublik inzwischen ein eigener Telefonanschluß fast eine Selbstverständlichkeit ist — neun von zehn Haushalten besitzen ein Telefon —, ist dies in der DDR noch die Ausnahme. 1983 hatten erst 13 vH der Haushalte einen eigenen Anschluß — kaum mehr als zehn Jahre zuvor. Das Telefonnetz in der DDR ist völlig veraltet und stark überlastet; mit einem zügigen Ausbau ist wegen mangelnder finanzieller Ressourcen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen.

Im Bereich der Unterhaltungselektronik sind die Kennziffern in beiden deutschen Staaten zum Teil ähnlich. Wie in der Bundesrepublik verfügt auch in der DDR fast jeder Haushalt über mindestens ein Rundfunk- und ein Fernsehgerät. Allerdings sind noch beträchtliche Strukturunterschiede zu beobachten. So besaßen 1985 erst 38 vH der DDR-Haushalte einen Farbfernseher; in der Bundesrepublik dürfte dieser Anteil heute mehr als doppelt so hoch liegen (1983: 73 vH). Obwohl in der DDR der Preis eines gut ausgestatteten Farbgerätes außerordentlich hoch ist — mit dem Ziel der Kaufkraftabschöpfung und Nachfragedämpfung —, richtet sich die Ersatznachfrage zunehmend auf Farbempfänger.

Im Audiobereich ist das Kriterium „Rundfunkgerät" — hierzu gehört das einfache Kofferradio ebenso wie die hochwertige Stereoanlage — viel zu allgemein, um die erheblichen produktspezifischen Unterschiede sichtbar zu machen. Auch hier ist der Rückstand der DDR groß. Die meisten Geräte sind einfach ausgestattet und ohne großen technischen Aufwand konstruiert; besonders auffällig ist der unzureichende Einsatz der Mikroelektronik. Höherwertige Produkte sind sehr teuer. Aus Einzelkomponenten bestehende Stereoanlagen, die in der Bundesrepublik schon in vielen Haushalten anzutreffen sind (1983 besaß ein Viertel der Haushalte eine solche Anlage mit Plattenspieler und Kassetten-Tonbandgerät), sind in der DDR noch Rarität.

Bei vielen Konsumgütern im Bereich der Haushaltsführung ist sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR ein hoher Ausstattungsgrad zu konstatieren, so bei Kühlschränken, Waschmaschinen, Staubsaugern, elektrischen Handrührern oder -mixern und elektrischen Kaffeemühlen; teilweise kann von Vollausstattung gesprochen werden. Ein größeres Ausstattungsdefizit gibt es in der DDR bei Gefrierschränken und -truhen, die 1985 erst bei 28 vH der Haushalte vorhanden waren (Bundesrepublik 1983: 65 vH).

In qualitativer Hinsicht sind bei den DDR-Erzeugnissen in der Regel Abstriche zu machen; in puncto Energieverbrauch, Handhabung und Zuverlässigkeit erreichen sie nicht den in der Bundesrepublik üblichen Standard. Zudem müssen Neuanschaffungen oftmals wegen des nicht ausreichenden Angebots verschoben werden, so daß die älteren, technisch überholten Geräte nicht ausrangiert werden können. Dies zeigt sich ganz deutlich bei Waschmaschinen, denn der hohe Ausstattungsgrad in der DDR kommt nur dadurch zustande, daß dort noch viele veraltete Maschinen mitgerechnet werden (z. B. auch die vor rund 30 Jahren entwickelten Wellradmaschinen). Demgegenüber ist der Anteil der heute in der Bundesrepublik üblichen Waschvollautomaten, die mit mehreren Programmen und eingebauter Schleuder versehen sind, noch ziemlich gering (1983 etwa 10 vH). Spiegelbild dieser Situation ist die jeweilige Ausstattung mit separaten Wäscheschleudern; sie ist in der Bundesrepublik kontinuierlich zurückgegangen, in der DDR dagegen zumindest noch bis 1978 — eine aktuellere Zahl liegt nicht vor — stark gestiegen.

Auch bei Nähmaschinen gibt es einen wesentlichen Strukturunterschied: Bei ähnlichem Ausstattungsgrad dominiert in der Bundesrepublik heute die elektrische Nähmaschine, während in der DDR noch der mechanische Typ vorherrscht.

Beim Vergleich mit westlichen Märkten fällt immer wieder die Begrenztheit der Sortimente im DDR-Angebot auf. Dies betrifft nicht nur Produktvarianten, sondern auch die Produktvielfalt. So werden beispielsweise Geschirrspülmaschinen, die mittlerweile in vielen Haushalten in der Bundesrepublik einen festen Platz haben (1983 betrug der Ausstattungsgrad 24 vH), in der DDR überhaupt nicht hergestellt. Dies trifft auch für andere in der Bundesrepublik langsam vordringende Güter wie elektrische Bügelmaschinen (Ausstattungsgrad in der Bundesrepublik 1983 15 vH), elektrische Wäschetrockner (10 vH) und Videorecorder (7 vH) zu.

Im Kontrast zu den gerade in der DDR postulierten Zielen, die für Hausarbeit erforderliche Zeit zu reduzieren, ist dort also die Ausstattung der Haushalte mit technischen Geräten im Vergleich zur Bundesrepublik bescheiden. Vor allem regelmäßige zeitaufwendige Prozeduren wie Wäschewaschen und Geschirrspülen nehmen übermäßig viel Zeit in Anspruch. Zeitbudgetrechnungen für die DDR kommen zu dem Ergebnis, daß sich in den letzten zehn Jahren kaum Zeiteinsparungen bei hauswirtschaftlichen Tätigkeiten ergeben haben.

4.3.6. Tourismus

4.3.6.1. Reiseintensität

In beiden deutschen Staaten ist eine hohe Reisefreudigkeit der Bevölkerung festzustellen. Zunahme der Einkommen und Verlängerung des Urlaubs haben diese Entwicklung in den siebziger Jahren begünstigt. Umfragen nach war bereits 1973 die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung [12] in der Bundesrepublik Deutschland und etwa 46 vH in der DDR während des Urlaubs für mehrere Tage verreist [13]. In der Bundesrepublik Deutschland erreichte die Reiseintensität ihren Höhepunkt 1980 mit 58 vH, infolge der anhaltend angespannten Wirtschaftslage sank sie jedoch auf 54 vH (1983). Diese Quote wurde in der DDR — nach letzten zur Verfügung stehenden Daten — 1980 erreicht. Eine Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung ergab für die DDR 1980 rund 9 Mill. Personen (einschl. Kinder) mit mindestens einer Urlaubsreise, in der Bundesrepublik waren es rund 38 Mill. Darüber hinaus hat in beiden Ländern das Gewicht von zweiten Urlaubsreisen zugenommen: 1973 waren ca. 1,6 Mill. DDR-Bürger zweimal verreist, 1980 waren es bereits über 2 Mill. In der Bundesrepublik Deutschland unternehmen seit 1979 knapp 6 Mill. Personen jährlich zwei oder sogar drei Urlaubsreisen [14]. In der Reisedauer gibt es einen geringen Unterschied. In der Bundesrepublik zählt die Haupturlaubsreise im Durchschnitt 17 Tage, in der DDR dagegen nur knapp 14 Tage.

Stärker als durch Alter oder Geschlecht wird die Reisetätigkeit in beiden deutschen Staaten durch die Schulbildung bzw. von der Zugehörigkeit zu den verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen beeinflußt. In der DDR stellen die Angestelltenhaushalte die reisefreudigste Gruppe. Bei Arbeiterhaushalten ist die Reisetätigkeit geringer, allerdings nähert sich allmählich das Reiseverhalten beider Haushaltsgruppen einander an. Die mit Abstand wenigsten Reisen werden in Haushalten von LPG-Mitgliedern und Rentnern unternommen. Als Gründe werden Faktoren genannt, die aus den persönlichen Lebensumständen hervorgehen, wie Unabkömmlichkeit von der Hauswirtschaft (privater Garten und Viehhaltung), Altersschwäche, gesundheitliche Probleme. Bei den Rentnern trägt dazu sicherlich auch das niedrige Rentenniveau bei. Immerhin ist etwa in einem Drittel der DDR-Haushalte die Urlaubsreise noch nicht zu einer ständigen oder regelmäßigen Gewohnheit geworden.

In der Bundesrepublik gehören Angestellte und Personen in Berufsausbildung beim Reisen zu den „Spitzenreitern", selbständige Landwirte sind am wenigsten reisefreudig. Die Reiseintensität steht in direktem Abhängigkeitsverhältnis zur Bildung und noch mehr zum Einkommen. Während bei jenen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen bis zu 1 500 DM 1983 knapp 40 vH, 1984 lediglich noch 31 vH verreisten, waren es bei den Höchstverdienern ab 4 000 DM jeweils über 70 vH. In den Jahren geringen wirtschaftlichen Wachstums und stagnierender Realeinkommen läßt die Reiseintensität in den unteren Einkommensschichten deutlicher nach als bei den überdurchschnittlich Verdienenden.

Der überwiegende Teil der Reisenden diesseits und jenseits der Grenze verbringt den Erholungsurlaub im Familienverband. Ungünstig sind dabei die Bedingungen für sehr große Familien. In der DDR wird festgestellt, daß es insbesondere an entsprechenden Unterbringungskapazitäten mangelt. In der Bundesrepublik werden dagegen von großen Familien finanzielle Gründe als größtes Hindernis angeführt; 40 vH der Familien in der Bundesrepublik mit drei und mehr Kindern haben noch nie eine Urlaubsreise gemacht [15].

4.3.6.2. Reiseziele Inland

Sehr unterschiedliche Ergebnisse zeigen sich, wenn man die Urlaubsziele in beiden deutschen Staaten nach Inland und Ausland betrachtet. Während in der Bundesrepublik seit Jahren nur gut ein Drittel (36 bis 37 vH) den Urlaub im Inland verbringt, ist es in der DDR immer noch weitaus die Mehrheit [16].

Der Inlandstourismus in der DDR wird in erster Linie vom Angebot des Feriendienstes der Gewerkschaft (FDGB) und der Betriebe bestimmt. 1983 vergab der FDGB-Feriendienst an die Beschäftigten und ihre Familien 1,9 Mill. Urlaubsreisen, die Feriendienste der Betriebe 3 Mill. In den letzten Jahren haben insbesondere die Betriebe ihr Angebot an Erholungsaufenthalten steigern können. Mehr als die Hälfte aller reisenden Familien nimmt das Angebot der Feriendienste wahr. Ansonsten wird der Urlaub privat organisiert mit Unterkunft bei Bekannten oder Verwandten bzw. im Camping. Die Dienste des Reisebüros fallen kaum ins Gewicht; 1983 wurden nur 84 000 Inlandsurlaubsreisen vermittelt, nicht einmal halb so viel wie 1970.

Verglichen mit den privaten Reisen und Reisebürofahrten bietet der Feriendienst des FDGB und der Betriebe eine preiswerte Urlaubsalternative. Für Gewerkschaftsmitglieder ist z. B. unter Berücksichtigung des Einkommens, der Jahreszeit und der Ausstattung der Erholungsheime ein Aufenthalt von zwei Wochen mit Vollverpflegung von 46 Mark (Mehrbettzimmer) bis 310 Mark (Luxusklasse) je Erwachsenen möglich. Dieser Preis entspricht nur knapp einem Drittel der tatsächlich anfallenden Kosten. Für Kinder bis zum Abschluß der 10. Klasse sind lediglich rund 15 vH dieser Kosten zu entrichten. Der Zuschuß aus Mitteln der Gewerkschaften und des Staates beträgt durchschnittlich je Erholungsaufenthalt 150 Mark [17]. Aus dem Staatshaushalt wurden hierfür 1983 286 Mill. Mark (1984: 283 Mill. M) gezahlt.

In der Bundesrepublik wird die Urlaubsreise vom frei disponiblen Teil des Haushaltsnettoeinkommens finanziert. Die durchschnittlichen Ausgaben je Urlaubsreise und erwachsener Person betrugen lt. Mikrozensus 1983 1 116 DM, gut das Doppelte des Betrages von 1970. Allerdings geben kinderreiche Familien (drei und mehr Kinder) pro Person sehr viel weniger aus (717 DM). Die Reisen in der Bundesrepu-

blik werden überwiegend individuell organisiert. Nur etwa ein Viertel nimmt die Dienste eines Reisevermittlers in Anspruch. Das Angebot gemeinnütziger Träger in Ferien- und Erholungsheimen sowie in Betriebsheimen ermöglicht zwar — ähnlich wie in der DDR — bestimmten Zielgruppen einen preiswerten Urlaub[18]. Die Kapazitäten dieser Einrichtungen sind aber sehr gering[19].

4.3.6.3. Reiseziele Ausland

Die DDR-Bürger können einen Auslandsurlaub nur in sozialistischen Ländern verbringen. Besuche im westlichen Ausland (außer Dienst- und Geschäftsreisen) sind nur Rentnern erlaubt, eine Teilnahme anderer Bevölkerungsgruppen ist nur in Ausnahmefällen (bei dringenden Familienangelegenheiten) möglich.

Einen großen Aufschwung nahm der Reiseverkehr 1972, als die mitteleuropäischen RGW-Länder die administrativen Beschränkungen reduzierten. Bis 1979 wurden in Polen und in der CSSR jeweils 4 bis 6 Mill. Besucher aus der DDR gezählt (vgl. Übersicht 4.3.-3). Dieser grenzüberschreitende Reiseverkehr umfaßt allerdings nicht nur Urlaubsreisen, sondern auch den Geschäftsverkehr sowie Tages und Kurzreisen, in Polen auch die Transitfahrten, die nicht gesondert ausgewiesen werden.

Inzwischen ist der Besucherverkehr nach Polen infolge der Zuspitzung der dortigen ökonomischen und politischen Probleme wieder eingeschränkt worden. Demgegenüber haben sich die Reisen in die CSSR auf einem hohen Niveau stabilisiert; die CSSR ist ein Reiseland ohne besondere Probleme. Bei Reisen nach Ungarn hat sich der Aufwärtstrend der siebziger Jahre nach den drastischen Preiserhöhungen für touristische Leistungen nicht mehr fortgesetzt.

Die meisten DDR-Urlauber fahren individuell. Das größte Hindernis dabei ist, daß sie nur über begrenzte Devisenbeträge verfügen, was zur Sparsamkeit bereits bei der Wahl der Unterkunft (Privatzimmer, Camping) und Verpflegung (Selbstversorgung) führt[20].

Das Reisebüro „DER" organisierte 1983 0,5 Mill. Urlaubsreisen. Das Angebot nimmt nur langsam zu, obwohl die Reisen stets schnell ausgebucht sind. Ein Preisvergleich mit der Bundesrepublik zeigt, daß die Auslandsreisen in der DDR teuer sind[21], obwohl auch diese organisierten Fahrten, insbesondere für Flug- und Eisenbahnbeförderung, vom Staatshaushalt Zuschüsse erhalten (1983: 270 Mill. M). Eine ähnliche hohe Unterstützung erhält das Reisebüro „Jugendtourist" für Reisen und Jugendherbergen. Jugendtourist organisierte 1983 210 000 Auslandsaufenthalte.

Bei Reisen der DDR-Bürger ins westliche Ausland stehen die Rentnerreisen im Mittelpunkt. Nach Schätzungen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen sind diese Reisen von 1 Mill. 1970 auf 1,6 Mill. 1984 gestiegen. Die Zahl der Besucher in dringenden Familienangelegenheiten ist absolut gesehen sehr niedrig und hat sogar 1984 um 5 vH auf 61 000 abgenommen.

Die Bundesbürger reisen freizügig ins Ausland. Zu den beliebtesten Reisezielen gehören Italien, Österreich und Spanien. Die DDR wird nur von etwa 1 vH der Urlauber als Reiseziel gewählt.

Ein Vergleich des Tourismus in der DDR und in der Bundesrepublik zeigt, daß Unterschiede kaum in der Reisehäufigkeit, dafür um so mehr in der Qualität und Vielfalt des Angebots festzustellen sind. Bei Inlandstourismus haben insbesondere die gewerkschaftlichen und betrieblichen Einrichtungen die Aufgabe, in der sommerlichen Hochsaison der größtmöglichen Zahl von Beschäftigten zu einem preiswerten Urlaub zu verhelfen. Bei Auslandsreisen sind die DDR-Bürger gleich doppelt benachteiligt. Die Freizügigkeit ist stark beschnitten. Die vom Reisebüro vermittelten Pauschalreisen sind rar, teuer und weisen häufig Mängel im Service auf. Bei Privatreisen ist oft ein Mindestmaß an Komfort in Anbetracht der knappen Devisenmittel unerschwinglich.

Übersicht 4.3.-3

Reisen[1] der DDR-Bürger in RGW-Länder — Partnerlandstatistik
in 1 000 Personen

	1970	1973	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Bulgarien	108	141	62	73	222	184	215	220
CSSR	331	4 500	6 225	5 785	5 184	5 088	5 646	5 700
Polen[2]	539	5 298	4 800	3 403	371	262	368	526
Ungarn	424	377	1 152	1 138	1 615	1 202	839	1 044
Rumänien[3]	9	21	19	14	13	12	5	10
Sowjetunion[3]	114	136	381	216	209	213	251	284

[1] Einschl. Geschäftsverkehr, Tages- und Kurzreisen.
[2] Einschl. Transit.
[3] Nur Reisen mit Reisebüro DER.
Quellen: Statistische Jahrbücher der betreffenden Länder.

Fußnoten

[1] Vgl. für die siebziger Jahre u. a. OECD (Hrsg.): List of Social Concerns Common to Most OECD Countries. Paris 1974 sowie Zapf W. (Hrsg.): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. Frankfurt/New York 1977.

[2] Vgl. Glatzer W., Zapf W. (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt/New York 1984, S. 23, vgl. auch S. 391 ff.

[3] Vgl. vor allem Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1984 sowie 1985. Berlin (Ost) 1984 bzw. 1985. Außerdem: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED sowie Zentralstelle für soziologische Information und Dokumentation (Hrsg.): Informationen zur soziologischen Forschung der DDR. Div. Jahrgänge, insbesondere Hefte 1, 5 und 6/1984.

[4] Vgl. Autorenkollektiv (unter Leitung von Manz G.): Lebensniveau im Sozialismus. Berlin (Ost) 1983, S. 67 ff. Vereinzelt ist allerdings seit 1985 auch von Lebensqualität gesprochen worden — ob damit eine ideologische Entschärfung einhergeht, kann noch nicht beurteilt werden. Vgl. die Rede von Egon Krenz auf der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz im Juni 1985: „. . . in sicheren Verhältnissen . . ., in Ruhe und Geborgenheit leben und arbeiten zu können, (ist) längst zu einer selbstverständlichen Lebensqualität geworden" (Neues Deutschland. (Berlin-Ost. Verlag Neues Deutschland) vom 27. Juni 1985, S. 4).

[5] Vgl. Cornelsen D., Koch A., Lambrecht H., Scherzinger A.: Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel. Berlin 1985.

[6] Verbrauchsstrukturen eines 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalts mit zwei Kindern.

[7] Verbrauchsstruktur eines 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalts mit zwei Kindern und mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstands (Haushaltstyp 2 der laufenden Wirtschaftsrechnungen).

[8] Über die in den Tabellen ausgewiesenen Quellen hinaus sind die meisten übrigen Angaben zum Ernährungsverhalten in der Bundesrepublik Deutschland dem Ernährungsbericht 1984 entnommen.

[9] Eine vergleichbare Berechnung liegt für die Bundesrepublik nicht vor. Allerdings gilt für Männer in der Altersgruppe 19 bis 50 Jahre ein Durchschnittsverbrauch von 25 l (1980/81) und für Frauen gleichen Alters 12,4 l. — Vgl. Ernährungsbericht 1984, a. a. O., S. 20/21.

[10] Vgl. Ernährungsbericht 1984, a. a. O., S. 34/35.

[11] Vgl. Ernährungsbericht 1984, a. a. O., S. 175.

[12] Bei der DDR-Bevölkerung ab 15 Jahre, und in der Bundesrepublik ab 14 Jahre.

[13] Eine Urlaubsreise dauert in der DDR mindestens 7 Tage, in der Bundesrepublik mindestens 5 Tage.

[14] Der Handel. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Heft 6/1981, S. 21. — Studienkreis für Tourismus (Hrsg.): Urlaubsreisen 1983. Starnberg 1984, S. 13.

[15] Kleine Anfrage der SPD an den Bundesfamilienminister vom 17. August 1984.

[16] Mitte der siebziger Jahre waren die Inlandsziele in der DDR mit 84 vH vertreten, gegenwärtig dürften es immer noch zwei Drittel bis drei Viertel sein.

[17] Vgl. Tribüne (Berlin-Ost. Verlag Tribüne) vom 20. Mai 1983.

[18] So kostet z. B. ein Aufenthalt von 14 Tagen bei weitgehend vergleichbaren Leistungen im FDGB-Heim 85 M und im Betriebsheim in der Bundesrepublik 135 DM. Die Bundesregierung fördert in Zusammenarbeit mit den Ländern den Bau und die Einrichtung von Familienferienstätten gemeinnütziger Träger. Der Bund hat hierfür von 1956 bis Mitte dieses Jahres über 137 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Die Länder haben von 1974 bis 1983 für den Bau und die Einrichtung von Familienferienstätten insgesamt über 111 Mill. DM aufgebracht. Die Länder gewährten darüber hinaus in den Jahren 1974 bis 1983 unter bestimmten — in den einzelnen Ländern unterschiedlichen — Voraussetzungen Zuschüsse für Reise- und Aufenthaltskosten in Höhe von insgesamt 236 Mill. DM. — Vgl. Bundestags-Drucksache 10/1886.

[19] Nach der letzten Erhebung 1981 waren Erholungs- und Ferienheime, Schulungsheime und Ferienzentren mit 9 vH an der gesamten Beherbergungskapazität (ohne Betriebe mit weniger als 9 Betten) beteiligt. — Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1984. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. S. 250.

[20] Die Urlauber erhalten Devisenbeträge, z. B. für 20 M pro Tag und Person bei Fahrten in die CSSR und nach Rumänien, für 30 bzw. 40 M bei Reisen nach Ungarn und Bulgarien. Daneben besteht, außer bei Reisen nach Bulgarien, die Möglichkeit, Benzingutscheine zu erwerben.

[21] Für eine 10tägige Bahnreise Berlin–Prag, einschließlich Vollpension, werden 1060 M verlangt, für eine Reise von Köln nach Amsterdam bei entsprechenden Dienstleistungen nur 541 DM. Eine 21tägige Flugreise nach Bulgarien (Albena) mit Vollpension kostet den DDR-Bürger 2 240 M, ein Bundesbürger zahlt für Entsprechendes auf Mallorca im Durchschnitt der Anbieter und etwaiger Saisonzuschläge nur gut die Hälfte. Eine 14tägige Flugreise nach Rumänien mit Vollpension (Magalia, Saturn) kostet schließlich in der DDR 1 880 Mark, in der Bundesrepublik 896 DM.

Quellen

Autorenkollektiv (unter Leitung von Manz G.): Lebensniveau im Sozialismus. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1983.

Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (Hrsg.): Ernährungsbericht 1984 im Auftrag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit und des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Frankfurt am Main. 1984.

Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik. Berlin (Ost). Akademie Verlag. 1984 und 1985.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Verbrauchsstichprobe 1969, 1973, 1978 und 1983. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge.

Literaturhinweise

Cornelsen D., Koch A., Lambrecht H., Scherzinger A.: Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 87/1985.

DDR und Osteuropa. Wirtschaftssystem, Wirtschaftspolitik, Lebensstandard. Ein Handbuch. Mit Beiträgen von Bethkenhagen J. u. a. Opladen. Leske-Verlag u. Budrich. 1981.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Erhöhter Handlungsbedarf im Strukturwandel. Strukturberichterstattung 1983. Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Berlin. November 1983.

Glatzer W., Zapf W. (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt/New York. Campus Verlag. 1984.

Nagel-Dolinga U.: Möglichkeiten und Grenzen eines Vergleichs der Lebenshaltung in beiden deutschen Staaten. Frankfurt/Bern, New York. Verlag Peter Lang. 1984.

Ruban M. E., Lodahl M., Machowski H., Vortmann H.: Die Entwicklung des Lebensstandards in den osteuropäischen Ländern. Sonderheft des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 108/1975.

Spindler B.: Versorgung mit Nahrungsgütern, Verbrauch von Lebensmitteln und Probleme der Ernährung der Bevölkerung in der DDR. Hrsg.: Gesamtdeutsches Institut — Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben. Als Manuskript vervielfältigt. Bonn. August 1986.

Zapf W.: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. Frankfurt/New York. Campus Verlag. 1977.

4.4. Wohnungswirtschaft

Zusammenfassung

Ende 1981 gab es in der DDR 6,6 Mill. Wohnungen (393 je 1 000 Einwohner) gegenüber 25 Mill. Wohnungen in der Bundesrepublik (404 je 1 000 Einwohner). Die westdeutschen Wohnungen sind bei einer Durchschnittsgröße von 82 qm erheblich größer als die der DDR (63 qm). Im Bundesgebiet standen somit je Einwohner im Durchschnitt 33 qm Wohnfläche zur Verfügung gegenüber 26 qm in der DDR. Bei der Altersstruktur entfallen in der DDR an bis 1945 gebauten Wohnungen zwei Drittel des Bestandes, in der Bundesrepublik ist es nur ein Drittel. Auch die Ausstattung zeigt ein deutliches Gefälle zuungunsten der DDR.

Die Mieten werden in der DDR vor allem aus sozialpolitischen Gründen sehr niedrig gehalten: Die Mietbelastungsquote der privaten Haushalte erreicht nur 3 vH gegenüber 10 bis 20 vH in der Bundesrepublik. Die DDR-Regierung muß deshalb eine Subventionierung nicht gedeckter Bewirtschaftungskosten aus dem Staatshaushalt durchführen. Demgegenüber sind die Mieten in der Bundesrepublik aus der Sicht des Vermieters in der Regel kostendeckend, neuere Bauten werden allerdings durch staatliche Zuschüsse, verbilligte Darlehen oder steuerliche Instrumente gefördert, daneben gibt es eine direkte Unterstützung der Mieter.

Infolge vernachlässigter Instandsetzungen hatte sich in der DDR der Bauzustand der Wohngebäude bis zum Anfang der siebziger Jahre rapide verschlechtert. Mit einem umfangreichen Wohnungs- und Sanierungsprogramm soll diese Bürde der Vergangenheit überwunden werden. Ziel ist es, im Zeitraum 1976 bis 1990 2,8 bis 3 Mill. Wohnungen neuzubauen bzw. zu modernisieren. Die Zahl der Neubauten stieg bis vor kurzem noch an, während in der Bundesrepublik nach der hohen Neubautätigkeit der fünfziger, sechziger und zu Anfang der siebziger Jahre deutliche Minderungen eintraten.

In beiden deutschen Staaten ist ein zunehmender Teil der Bauleistungen auf die Erneuerung des Altbestandes gerichtet. In der DDR handelt es sich vornehmlich um einen Nachholbedarf zur Erreichung heutiger Mindestanforderungen. In der Bundesrepublik geht es um Stadterneuerungen und Wohnumfeldmaßnahmen, da für manche Wohnkomplexe (auch solche aus der Nachkriegszeit) inzwischen Akzeptanzprobleme bestehen.

Inhalt Seite

4.4.1. Wohnungsversorgung 534
4.4.1.1. Wohnungsbestand, Wohnungsgröße und Eigentum an Wohnungen 534
4.4.1.2. Altersstruktur und Ausstattung 534
4.4.2. Mietenniveau 536
4.4.2.1. Mietenpolitik 536
4.4.2.2. Mietbelastung der Haushalte 537
4.4.2.3. Subventionierung der Mieten 538

Seite

4.4.3. Wohnungsbauleistungen 539

4.4.3.1. Überblick 539

4.4.3.2. Wohnungsneubau: Bauleistung und Ausstattungsmerkmale 540

4.4.3.3. Erneuerung des Altbaubestandes 541

4.4.4. Förderung der Bautätigkeit 542

Fußnoten, methodische Hinweise, Quellen und Literaturhinweise zu 4.4. .. 545

4.4.1. Wohnungsversorgung

4.4.1.1. Wohnungsbestand, Wohnungsgröße und Eigentum an Wohnungen

Im Jahre 1971 standen in der DDR gut 6 Mill. Wohnungen zur Verfügung. Somit gab es 355 Wohnungen je 1 000 Einwohner, das waren 8 vH mehr als in der Bundesrepublik (1968: 330 Wohnungen je 1 000 Einwohner). Vorher war der Abstand beider Gebiete noch größer, im Jahre 1961 betrug er 12 vH, im Jahre 1950 sogar 25 vH. Ursache für die ungünstigere Versorgung in der Bundesrepublik waren die vergleichsweise stärkeren Kriegszerstörungen an Wohngebäuden und die erheblichen Zuwanderungen; außerdem war bereits vor dem Kriege der Versorgungsgrad in Westdeutschland geringer als im heutigen Gebiet der DDR[1]. Etwa Mitte der siebziger Jahre hat die Bundesrepublik die DDR bei der globalen Wohnungsversorgung eingeholt.

Ende 1981 gab es in der DDR — bei einem Bestand von 6,6 Mill. Wohnungen und einer Wohnbevölkerung von 16,7 Mill. Personen — je 1 000 Einwohner 393 Wohnungen. In der Bundesrepublik waren es im April 1982 — bei einem Bestand von fast 25 Mill. Wohnungen — 404 Wohnungen.

Die westdeutschen Wohnungen sind durchschnittlich um 30 vH größer (82 qm) als die in der DDR (63 qm). Somit ist die an der Wohnfläche gemessene Versorgung in der Bundesrepublik noch weitaus günstiger. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner[2] lag in der Bundesrepublik bei 33 m², in der DDR bei 26 m² (vgl. Anhangtabelle 4.4.-1).

Die Struktur des Eigentums am Wohnungsbestand in der DDR hat sich seit 1971 geändert (in vH):

	1971	1981
Genossenschaften	10	15
Kommunale Wohnungsverwaltung	28	37
Privateigentum	62	48

Das Privateigentum ist nicht nur relativ, sondern auch absolut zurückgegangen. Rund 350 000 Wohnungen wurden auf die kommunalen Wohnungsverwaltungen übertragen, teils weil private Hausbesitzer in die Bundesrepublik abgewandert bzw. ohne Erben verstorben sind, teils weil die Erben eine Übernahme wegen der Unwirtschaftlichkeit abgelehnt haben. Hinzu kommen möglicherweise auch Gebäude, bei denen eine Sanierung nur durch Übernahme in kommunale Verwaltung möglich war.

Von den privaten Eigentümern von Miethäusern oder Eigenheimen wird (von 1971 bis 1981 unverändert) knapp ein Viertel aller Wohnungen selbst genutzt. Alle übrigen Wohnungsinhaber sind Mieter bzw. Mitglieder der Wohnungsbaugenossenschaften.

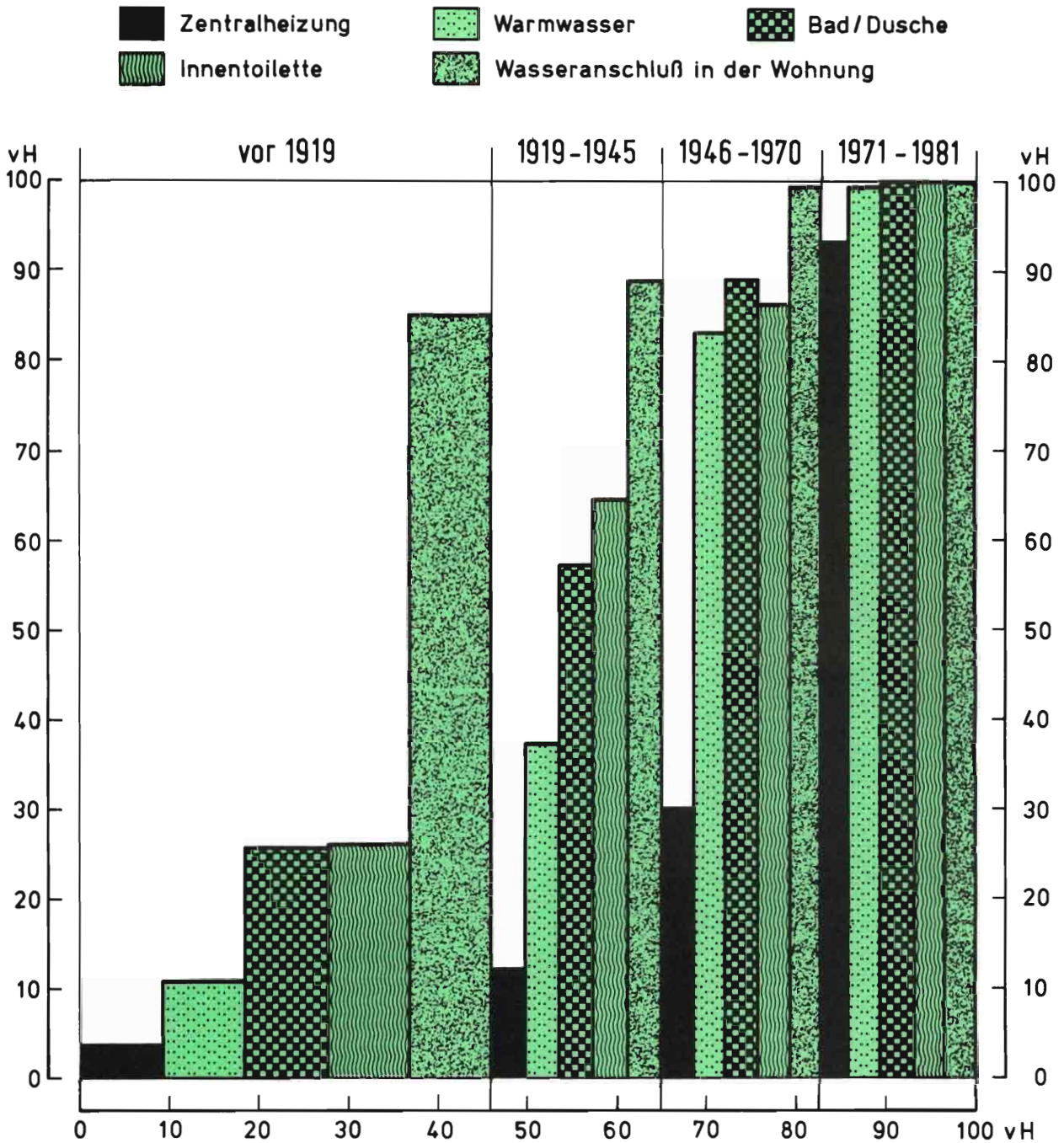
In der Bundesrepublik ist der Anteil der Wohnungen, die von privaten Eigentümern selbst genutzt werden, wesentlich höher. Im Jahre 1978 gab es 8,7 Mill. Eigentümerwohnungen und 15,1 Mill. Mietwohnungen. Die Wohneigentumsquote belief sich also auf 37 vH; sie ist ständig gestiegen und dürfte heute bereits mehr als 40 vH betragen. Auch die Mietwohnungen stehen zum größten Teil im Privatvermögen. 1978 wurden 9,7 Mill. Mietwohnungen von privaten Haushalten (einschl. Erbengemeinschaften und sonstigen Personengemeinschaften) gehalten. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen und öffentliche Organisationen verfügten über 4,2 Mill. Mietwohnungen; auf freie Wohnungsunternehmen und sonstige Unternehmen entfielen 1,2 Mill. Mietwohnungen.

4.4.1.2. Altersstruktur und Ausstattung

Die Altersstruktur der Wohngebäude ist in der DDR ungünstiger als in der Bundesrepublik (vgl. Anhangtabelle 4.4.-1). Im Jahre 1970 entfielen noch fast 80 vH des DDR-Wohnungsbestandes auf Altbauten aus der Zeit vor 1945, 57 vH stammten aus der Zeit vor 1919. In der Bundesrepublik machte der Altbestand im Jahre 1968 nur die Hälfte aus; 32 vH waren Wohnungen aus der Zeit vor 1919. Infolge der hohen Neubautätigkeit und der Abgänge verringerten sich die Altbestände im Anteil auf zwei Drittel in der DDR und ein Drittel in der Bundesrepublik.

Schaubild 4.4.-1

Altersstruktur und Ausstaltungsgrad des Wohnungsbestandes in der DDR vom 31. Dezember 1981



Quelle: DIW-Fortschreibung der Wohnungszählung vom 1. 1. 1971

DIW 87

In der Bundesrepublik ist der verbliebene Altbestand nur noch zum geringeren Teil als instandsetzungs- oder sanierungsbedürftig einzustufen, da die Eigentümer — unterstützt durch mietrechtliche und steuerliche Regelungen (Umlagefähigkeit von Modernisierungskosten auf die Miete bei gleichzeitiger steuerlicher Abzugsfähigkeit als Instandhaltungsaufwand) — im allgemeinen durchaus in der Lage waren, Instandsetzungen zu finanzieren. Im Gegensatz dazu wurde die Gebäudeinstandhaltung in der DDR — bedingt durch das niedrige Mietenniveau — fast durchweg über Jahrzehnte vernachlässigt, so daß der hohe Altbaubestand noch auf viele Jahre hinaus vergleichsweise hohe Sanierungsprobleme aufwerfen wird.

Die Ausstattungsmerkmale der Wohnungen hängen z.T. von der Altersstruktur ab. In der DDR hatte Anfang der siebziger Jahre nur jede zehnte Wohnung Zentralheizung, lediglich 40 vH waren mit Bad/Dusche und Innentoilette ausgestattet; bei den vor 1919 gebauten Wohnungen lagen die Anteile erheblich niedriger (vgl. Schaubild 4.4.-1). Außerdem waren noch ein Fünftel aller Wohnungen ohne eigenen Wasseranschluß. In gewissem Maße dürften diese Quoten auch von der in der DDR stärker ländlich ausgeprägten Siedlungsstruktur beeinflußt sein[3]. Bis 1981 haben sich mit der Förderung der Modernisierung deutliche Verbesserungen im Ausstattungsniveau ergeben: Rund 60 vH des Bestandes sind nunmehr mit Bad/Dusche bzw. Innentoilette versehen, indes ist bislang nur jede dritte Wohnung zentralbeheizt. Insgesamt gesehen entspricht die Ausstattung der Wohnungen etwa einem Niveau, das die Bundesrepublik bereits zu Anfang der sechziger Jahre erreicht hatte.

In der Bundesrepublik gehört mittlerweile eine vollständige sanitäre Ausstattung durchweg zum Standard (90 vH der Wohnungen), über Sammelheizung verfügen 70 vH der Wohnungen, wobei beachtet werden muß, daß auch bei der Einzelofenheizung inzwischen komfortable Anlagen auf Basis von Strom, Gas oder Öl weitaus überwiegen[4]. Weitere Unterschiede in der Ausstattung und der Bauqualität lassen sich statistisch nicht belegen, gleichwohl kann man annehmen, daß die Ausstattung, was Sanitärbereich, Einbauküchen, Wärmedämmung etc. anbetrifft, in der Bundesrepublik besser ist (ein Hinweis darauf liefern beispielsweise die Bauvorschriften für den öffentlich geförderten Wohnungsbau).

In der Bundesrepublik hat sich durch die Bautätigkeit im vergangenen Jahrzehnt — bedingt durch die hohe Quote des Eigenheimbaus — in erster Linie die Versorgung mit Wohnungen in den ländlichen bis mittelstädtischen Gebieten verbessert[5]. In der DDR ist die Bautätigkeit und Modernisierung seit Beginn der siebziger Jahre auf die Großstädte und die mittleren Industriestädte konzentriert worden. Hinsichtlich der Ausstattung ragt Ost-Berlin 1981 (wie auch schon 1971) über den Durchschnitt hinaus. Nach wie vor besteht ein Gefälle zwischen Stadtkreisen und Landkreisen, besonders drastisch ist der hohe Niveauabstand zwischen Bezirkshauptstädten und deren Umland[6].

4.4.2. Mietenniveau

4.4.2.1. Mietenpolitik

In der DDR werden die Wohnungsmieten vor allem aus sozialpolitischen Gründen auf niedrigem Niveau festgehalten, außerdem wollte man so auch die Rendite des Miethauseigentums beschränken. Es gab fast keine Erhöhung im Zeitablauf, und die Mieten variieren auch nur wenig mit der Qualität der Wohnungen. Zur Wohnungsvergabe dient eine vom Staat getragene Wohnraumlenkung, mit der erheblich in die Beziehung Mieter-Vermieter zugunsten des Mieters eingegriffen wird. Erst nach der Zuweisung dürfen zwischen beiden Parteien — entsprechend den gesetzlichen Vorschriften — Mietverträge geschlossen werden[7]. Bei Weigerung einer der Parteien können die gegenseitigen Rechte und Pflichten auf Antrag einer Seite durch das zuständige „Wohnraumlenkungsorgan" festgelegt werden.

Für Neubauwohnungen beträgt die Miete in Berlin (Ost) 1 M bis 1,25 M je qm Wohnfläche; in den Bezirken gelten Beträge von 0,80 bis 0,90 M. Hinzu kommen noch Entgelte für Nebenleistungen, wie Warmwasser und Fernheizung. Die Kosten für Zentralheizung bewegen sich zwischen 0,40 und 0,60 M pro qm. Die Altbaumieten befinden sich noch immer auf dem Stand von 1936. Schon 1945 waren sie auf diesem Niveau von der Sowjetischen Militäradministration eingefroren worden. Nach Gründung der DDR wurde dieses Dekret 1949 übernommen; 1955 wurde generell bestimmt, daß Preise — soweit nicht in speziellen gesetzlichen Regelungen geändert — ohne Bewilligung der Preisbehörde nicht erhöht werden dürfen[8].

Bei den genossenschaftlichen Wohnungen betragen die Nutzungsgebühren im allgemeinen in Großstädten 0,55 bis 0,65 M (in Berlin 0,80 bis 0,90 M), in kleineren Orten 0,50 bis 0,60 M je qm. Dies gilt sowohl für die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG), die durch die Bindung an einen Produktionsbetrieb gekennzeichnet sind, als auch für die sonstigen gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften (GWG). Die Verbilligung ergibt sich daraus, daß die Mitglieder mit ihren Genossenschaftsanteilen und mit Arbeitsleistungen an der Finanzierung und Errichtung ihrer Wohnung beteiligt sind.

In der Bundesrepublik waren die Wohnungsmieten über viele Jahre hinweg ebenfalls staatlich reglementiert. Mit dem Abbau des Nachfrageüberhangs — besonders im letzten Jahrzehnt — ist aber eine weitgehende Liberalisierung des Mietpreisrechts vollzogen worden, so daß sich die Mieten inzwischen weitgehend frei nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage entwickeln konnten. Für freifinanzierte neugebaute Wohnungen und Altbauten (Ausnahme: West-Berlin) bildet das System der „ortsüblichen Vergleichsmiete" lediglich eine Richtschnur, um übertriebene Mietforderungen (wesentliche Überschreitungen der Vergleichsmiete bzw. Mietwucher) im Einzelfall abzuwehren. Daneben gilt im öffentlich geförderten Mietwohnungsbau das „Kostenmieten-System", bei dem der Einsatz von verbilligten Darlehen oder

Zuschüssen die Senkung auf ein tragbares Niveau ermöglicht. Unter dem sozialen Aspekt hat daneben die Gewährung von Wohngeld, d. h. individuellen Mietzuschüssen, an Bedeutung gewonnen.

Der öffentlich geförderte Mietwohnungsbau hatte in der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren zentrale Bedeutung; für einige Zeit waren dabei auch die Mieten von Staats wegen fest vorgegeben. Mit dem I. Wohnungsbaugesetz (WoBauG) aus dem Jahre 1950 war den Gebietskörperschaften die Verpflichtung auferlegt worden, binnen 6 Jahren für die Errichtung von zwei Millionen Sozialwohnungen zu sorgen. Die „Richtsatzmieten" waren damals gesetzlich fixiert, sie betrugen höchstens 1 DM je qm. Da indes der Beitrag des Bundes zur Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaus in der Summe festgelegt war, sahen sich Länder und Gemeinden schon bald nicht mehr in der Lage, die öffentlichen Baudarlehen so weit aufzufüllen, wie es zum Ausgleich zwischen laufenden Aufwendungen (vor allem Kapitalkosten) und fixierten Mieten erforderlich gewesen wäre. Um das Mengenziel erreichen zu können, wurde bereits 1953 in einer Gesetzesnovelle die Aufstockung der Richtsatzmieten bis zu 30 vH zugelassen. Mit dem II. WoBauG sind 1956 die Richtsatzmieten abgeschafft und durch eine allgemeine Kostenbindung ersetzt worden, wobei allerdings weiterhin Höchstwerte für die Anfangsmieten vorgegeben werden. Bei diesem System der Senkung der Kostenmieten auf ein gewünschtes sozial tragbares Niveau ist es bis heute geblieben. Zuletzt lagen die Kostenmieten im Bundesdurchschnitt bei 20 DM, die Bewilligungsmiete hingegen bei 6 DM je qm[9]. Der Einsatz öffentlicher Mittel sollte dadurch begrenzt werden, daß für jeden Baujahrgang praktisch von vornherein eine Degression der Finanzhilfen und damit im Zeitablauf steigende Mieten vorgegeben wurden. Sehr bald hat sich aber herausgestellt, daß dieser Mietenanstieg zu steil gewählt worden war, so daß viele Bewohner von Sozialwohnungen finanziell überfordert waren. Die Bundesländer sahen sich in den letzten Jahren mit einem wachsenden Problem der Nachsubventionierung konfrontiert, was auch nicht ohne Rückwirkung auf den Neubau bleiben konnte.

Bei freifinanzierten Mietwohnungen, ebenso wie bei öffentlich geförderten Wohnungen ist das Mietenniveau stark von der Altersstruktur des Gebäudebestandes beeinflußt. Für die jeweils jüngeren Baujahrgänge können bei freifinanzierten Wohnungen die laufenden Kapital- und Bewirtschaftungskosten zumeist nicht gedeckt werden, so daß auf viele Jahre hinaus Anfangsverluste bestehen bleiben, bis im Zuge des allgemeinen Mietenanstiegs die Kostendeckung erreicht wird. Ältere Mietwohngebäude werfen hingegen oft beträchtliche Renten ab. Berücksichtigt man, daß sich die Baukosten in der Bundesrepublik seit 1950 nahezu alle zehn Jahre verdoppelt haben, so wird anschaulich, daß die am Markt erzielbaren Mieten einerseits durch den hohen Bestand an Altbauten und älteren Neubauten begrenzt sind, andererseits zieht die Baukostensteigerung zwangsläufig eine Anhebung des allgemeinen Mietenniveaus nach sich. Als Beispiel sei angeführt, daß Wohnungen aus der Zeit um 1970 und aus der Zeit um 1980 — bei nahezu gleicher Qualität, aber doppelten Kosten — miteinander konkurrieren. Von daher leuchtet es auch ein, daß der Mietwohnungsbau nicht nur aus Gründen der Marktsättigung, sondern auch unter dem Rendite-Aspekt immer weiter zurückgeht[10].

4.4.2.2. Mietbelastung der Haushalte

In der DDR ist die Mietbelastungsquote (durchschnittliche Ausgaben für Wohnungsmieten in Relation zum ausgabefähigen Einkommen) sehr gering. In den letzten 15 Jahren lag sie relativ konstant bei knapp 3 vH. In den fünfziger und sechziger Jahren war die Belastung etwas höher (4 vH); seitdem sind die Mieten jedoch konstant geblieben, während das Nettoeinkommen allmählich gestiegen ist. Die Relationen von Miete und Einkommen unterscheiden sich kaum nach Haushaltstypen. Nur bei Einpersonen-Haushalten und Rentner-Haushalten sind die Quoten — ähnlich wie in der Bundesrepublik — höher als im Durchschnitt (vgl. Anhangtabelle 4.4.-2).

In der Bundesrepublik müssen die Haushalte normalerweise 10 bis 20 vH ihres Nettoeinkommens für die Miete aufwenden. Neben den Ausgaben für die Wohnungsmiete haben die Ausgaben für Haushaltsenergie (einschl. Heizung und Wasser) im Zuge des rapiden Preisanstiegs starkes Gewicht erlangt; in der Wohnungswirtschaft spricht man schon von der „zweiten Miete". Besonders bei kleineren Haushalten und bei Rentnern zehren die Wohnungsausgaben insgesamt häufig einen ganz erheblichen Teil des Nettoeinkommens auf, so daß sie oft auf Wohngeld oder andere staatliche Unterstützung angewiesen sind.

In der DDR haben die Energiekosten einen vergleichsweise niedrigen Anteil am Nettoeinkommen, weil die Preissteigerung für Primärenergie für die Haushalte durch Subventionierung abgefangen wird. Deshalb hat sich die Gesamtbelastungsquote für Wohnungsausgaben im Zeitablauf kaum verändert. Betrachtet man die Ausgaben für unterschiedliche Einkommensschichten, so zeigt sich in der DDR eine nur geringe Abstufung der relativen Belastung (vgl. Anhangtabelle 4.4.-3). Offenbar ist dies auch ein Ergebnis der Wohnraumlenkung. Nur größere Haushalte — mit regelmäßig mehr Einkommensbeziehern (Frauenerwerbstätigkeit) — belegen auch größere Wohnungen, so daß die Gesamtausgaben nahezu proportional zum Einkommen steigen. In der Bundesrepublik ist die Streuung der Wohnungsausgaben im Verhältnis zum Einkommen sehr viel größer[11].

Die Mietendynamik in der Bundesrepublik läßt sich am besten anhand der 1%-Wohnungsstichproben und Mikrozensus-Erhebungen illustrieren (vgl. Anhangtabelle 4.4.-4): Der Vergleich dieser repräsentativen Querschnitte von 1972 bis 1982 zeigt, daß die Zahl der Haushalte mit einer Mietbelastungsquote unter 10 vH in dieser Zeit fast um die Hälfte zurückgegangen ist, während umgekehrt die Zahl derjenigen Haushalte, die mehr als ein Viertel des Nettoeinkommens für Miete aufwenden müssen, um 60 vH zunahm[12]. Bei allen Hauptmieterhaushalten ist das Einkommen von 1972 bis 1982 auf den 1,6fachen

Betrag angewachsen, während sich der Mietbetrag verdoppelt hat. Dementsprechend ist die Mietbelastung von 13,5 vH (1972) um ein Viertel auf 17 vH (1982) gestiegen.

Bemerkenswert ist zudem, daß das Durchschnittseinkommen der Mieterhaushalte immer weiter hinter dem Einkommen der Haushalte insgesamt zurückbleibt, während bei den Eigentümerhaushalten ein überproportionaler Anstieg zu verzeichnen ist. Weiter hat die Zahl der Wohnungseigentümer stark zugenommen (von 1972 bis 1982 um ein Viertel), die Zahl der Mieter ist hingegen seit 10 Jahren praktisch konstant geblieben. Daraus lassen sich zwei Folgerungen ziehen:

— Die Bildung von Wohneigentum der oberen Einkommensschichten schritt sehr viel rascher voran als die der Haushalte im mittleren Einkommensbereich,

— dementsprechend sind der Wohnungswirtschaft viele zahlungskräftige Haushalte als Mieter verlorengegangen; zugleich rückten andere, vor allem neugegründete Haushalte nach, die zumeist über relativ geringere Einkommen verfügen.

Die steigende Mietbelastung in der Bundesrepublik ist also teils aus diesem Umschichtungsprozeß zu Haushalten mit niedrigerem Einkommen, der auch eine Folge der seit langem forcierten Eigentumsförderung ist, zu erklären, teils aber auch aus dem gestiegenen Wohnstandard.

4.4.2.3. Subventionierung der Mieten

Zur Aufrechterhaltung des niedrigen Mietniveaus in der DDR sind hohe staatliche Zuschüsse für den laufenden Unterhalt der Wohnungen erforderlich. Mit vermehrter Instandhaltung und steigenden Preisen für Baureparaturen werden sie künftig weiter zunehmen. Die nicht gedeckten Bewirtschaftungskosten konnten aufgrund einiger Hinweise und spärlicher Angaben Honeckers im Jahre 1975 [13] nur größenordnungsmäßig geschätzt werden [14]. Danach ergibt sich — unter Berücksichtigung der staatlichen Subventionen in den letzten Jahren — das in Anhangtabelle 4.4.-5 dargestellte Bild. Im Jahr 1984 waren 9,2 Mrd. M Zuschüsse aus dem Staatshaushalt für den laufenden Unterhalt der Wohnungen erforderlich, neben 2,4 Mrd. M an Bankkrediten und Eigenleistungen der Bevölkerung. 1976 betrugen die staatlichen Zuschüsse erst 3,5 Mrd. M. Besonders stark expandierten seitdem die Zuschüsse für Baureparaturen und für die Wohnungsbewirtschaftung. Das Volumen der Kredite und Eigenleistungen — insbesondere beim Eigenheimbau — hat hingegen seit 1976 nur wenig zugenommen.

Bezieht man den Aufwand, der nicht durch den Mietertrag gedeckt ist (1984: 11,6 Mrd. M), auf den gesamten Wohnflächenbestand (1984: 430 Mill. qm), so ergibt sich je qm und Monat ein Durchschnittswert von 2,30 M. Unter Hinzurechnung der Miete würde sich somit eine „kostendeckende" Miete von 3,00 M bis 3,60 M ergeben. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die staatsnahen Träger der Wohnungswirtschaft (kommunale Wohnungsverwaltungen und Genossenschaften) und die Erbauer von Eigenheimen zur Erhaltung und Bewirtschaftung ihrer Wohnungen vom Staat stärker subventioniert werden als Privateigentümer von Miethäusern, denen praktisch über die Mieteinnahmen hinaus lediglich die Finanzierung mit Krediten offensteht. Somit könnten die Zuwendungen je qm Wohnfläche — läßt man dabei die nicht geförderten und nicht in Eigeninitiative reparierten Bestände (im wesentlichen private Miethäuser) weg — deutlich höher sein als der zuvor genannte Wert von 2,30 M. Das bedeutet aber, daß sich die kostenmäßig erforderlichen Mieten tatsächlich sogar auf 4 Mark oder mehr belaufen können.

In der Bundesrepublik sind die Mieten aus der Sicht des Vermieters im allgemeinen kostendeckend. Bei neueren Baujahrgängen wird die Differenz in den Anfangsjahren durch direkte staatliche Hilfen (Zuschüsse, verbilligte Darlehen) oder indirekte (steuerliche) Hilfen geschlossen. Außerdem gibt es eine direkte Unterstützung der Mieter. Seit dem Jahre 1965 (Einführung des Wohngeldgesetzes) können sie auf Antrag Beihilfen erhalten, wenn ihre Mietbelastung eine bestimmte Schwelle überschreitet und ihre Wohnungsgröße angemessen ist (Mietzuschüsse); bei entsprechenden Voraussetzungen können auch Haushalte, die Wohnungseigentum erworben haben, diese Beihilfe erlangen (Lastenzuschüsse). Die Gesamtausgaben des Bundes und der Länder für Wohngeldleistungen sind von 150 Mill. DM im Jahre 1965 binnen 10 Jahren rasch auf 1,65 Mrd. DM (1975) angestiegen, zuletzt lagen sie bei 2,4 Mrd. DM (1984). Die Zahl der Wohngeldempfänger stieg von zunächst 400 000 in den ersten zehn Jahren auf 1,85 Mill. (1975) an, fiel dann aber wieder zurück; zuletzt (1984) waren noch 1,4 Mill. Haushalte — davon 94 vH Mieter — begünstigt [15] (vgl. Anhangtabellen 4.4.-6 und -7). Die Schwankungen ergeben sich daraus, daß der Empfängerkreis mit wachsendem Einkommen jeweils enger wird, wenn nicht zugleich die gesetzlichen Anspruchskriterien an die Entwicklung von Mieten und Einkommen angepaßt werden. So werden auch mit der 6. Wohngeldnovelle, die 1986 in Kraft trat, die Höchstbeträge neu definiert.

Bei den Empfängern bilden die Einpersonen-Haushalte mit einer Quote von ca. 60 vH die weitaus größte Gruppe, gefolgt von den Zweipersonen-Haushalten mit ca. 16 vH. Bezieht man die Empfänger auf alle Haushalte der betreffenden Größe, so zeigt sich, daß von den Einpersonen-Haushalten 12 vH diese Unterstützung erhalten, von den Haushalten mit 2 bis 4 Personen sind es jeweils nur 3 bis 4 vH, während bei den Haushalten mit mehr als 5 Personen der Anteil wieder etwas höher liegt. Der durchschnittliche Wohngeldbetrag belief sich im Jahre 1983 bei Einpersonen-Haushalten auf ca. 90 DM, bei großen Haushalten etwa auf das Doppelte. Es werden vor allem Hauptmieter mit einer Belastung von 25 vH und mehr unterstützt, wobei die Belastungen infolge der Zahlungen auf 15 bis 20 vH gesenkt werden (vgl. Anhangtabelle 4.4.-8).

Ursprünglich war die Wohngeldregelung vor allem als eine soziale „Feinabstimmung" gedacht, die im

Zusammenhang mit der objektbezogenen Förderung des Sozialen Wohnungsbaus entstanden ist, um die mehr und mehr divergierenden Sozialmieten auszugleichen [16]. Indes blieb die Subjektförderung nicht auf den öffentlich geförderten Wohnungsbau beschränkt, sondern sie steht allen Mietern offen; im Jahre 1983 waren 44 vH der begünstigten Hauptmieter Inhaber von Sozialwohnungen, 34 vH Inhaber von freifinanzierten Wohnungen aus der Zeit nach 1948 und 22 vH Inhaber von Altbauwohnungen. Die Bedeutung des Wohngeldes als Instrument der Wohnungspolitik wird wegen der anhaltenden Strukturprobleme bei den Mieten des öffentlich geförderten Wohnungsbaus und wegen der allgemein (d. h. auch im Altbaubereich) steigenden Mietbelastung noch zunehmen. Viele der älteren preisgünstigen Sozialwohnungen fallen aus den Bindungen heraus, zugleich sind bei den neueren Sozialwohnungen infolge des degressiven Förderungsverlaufs erhebliche Mietsteigerungen vorprogrammiert; aus dieser Sicht kann die gezielte Subjektförderung als Alternative zu einer allgemeinen Nachsubventionierung angesehen werden.

4.4.3. Wohnungsbauleistungen

4.4.3.1. Überblick

Die Ergebnisse der Wohnungszählung 1971 hatten in der DDR entscheidende Bedeutung für die Wohnungspolitik, denn damals wurden der z. T. erschreckende Zustand der Bausubstanz und die Defizite im Ausstattungsniveau aufgedeckt. Nur ein Fünftel aller Wohnungen erwies sich als schadensfrei. Ausreichende Reparaturen und Modernisierungen hatten wegen des niedrig gehaltenen Mietenniveaus weder vom privaten Hausbesitz noch von den kommunalen Wohnungsverwaltungen finanziert werden können. Deshalb wurde 1973 ein umfangreiches Wohnungsbau- und Sanierungsprogramm festgelegt [17], mit dem Ziel, im Zeitraum 1976 bis 1990 insgesamt 2,8 bis 3 Mill. Wohnungen neuzubauen bzw. zu modernisieren.

Seit Beginn der Honecker-Ära wurde den sozialpolitischen Maßnahmen ein höherer Stellenwert im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen Ziele eingeräumt. Die Wohnungspolitik wurde in diesen Kontext eingereiht und sogar zum Kernstück erhoben, obgleich der Handlungszwang zunächst weniger auf soziale Entwicklungstendenzen, sondern schlicht auf Versäumnisse — Verfall der Bausubstanz — zurückging. Da man die Fehler der Vergangenheit nicht offen einräumen wollte, ist das Wohnungsbauprogramm nicht als Nachholbedarf, sondern als bedeutsame Zukunftsaufgabe dargestellt worden. Dies zeigt sich auch daran, daß die quantitative Versorgung keineswegs ungünstig war: Die Wohndichte (Zahl der Personen je Wohnung) betrug Anfang 1971 in der DDR 2,8 Personen (1950: 3,6) gegenüber 2,9 Personen (1950: 4,9) in Westdeutschland (vgl. Anhangtabelle 4.4.-1).

In der Bundesrepublik war die hohe Neubautätigkeit — bedingt durch stärkere Kriegszerstörung und die hohe Flüchtlingszuwanderung — schon in den fünfziger und sechziger Jahren vom Staat stark unterstützt worden. Mitte der siebziger Jahre klangen die Phasen steigenden Neubaus aus; seither haben die Modernisierungs- und Instandsetzungsleistungen immer mehr Gewicht gewonnen. Teilweise kann hier eine Umlenkung der staatlichen Förderung als Ursache angesprochen werden. Vorherrschend waren indes Marktkräfte: Der Ertragswert älterer Gebäude läßt sich mit relativ geringen Kosten verbessern; die Rentabilität von Neubauten fiel demgegenüber zurück. Die jeweilige Bedeutung des Wohnungsbaus wird durch den Anteil des Wohnungsbauvolumens am gesamten Bauvolumen gekennzeichnet. In der Bundesrepublik lag dieser Anteil seit 1970 zwischen 44 und 49 vH, in der DDR stieg er von 30 vH im Jahre 1970 bis zum Beginn der 80er Jahre auf etwas unter 40 vH (vgl. Anhangtabelle 4.4.-9), seither hält er sich in dieser Größenordnung.

Das Wohnungsbauvolumen 1985 betrug in der DDR 16 Mrd. M gegenüber 98 Mrd. DM in der Bundesrepublik, gerechnet zu Preisen von 1980 beider Gebiete (vgl. Anhangtabelle 4.4.-10). Der Neubauanteil am Wohnungsbauvolumen in der Bundesrepublik ist vom DIW mit rund zwei Dritteln ermittelt worden, er war seit Ende der siebziger Jahre relativ konstant [18], 1985 ging er auf weniger als 60 vH zurück. Für die DDR ergibt sich für den Zeitraum von 1975 bis 1980 ebenfalls ein Neubauanteil von gut zwei Dritteln. Erst in den letzten Jahren verschob sich die Struktur zugunsten der Baureparaturen (einschließlich Modernisierung), sie machten 1985 bereits 40 vH aus. In beiden deutschen Staaten haben also die auf Erhaltung des Wohnungsbestands ausgerichteten Bauleistungen ein beachtliches Gewicht. Betrachtet man nur den Neubau von Wohnungen (einschl. Aufschließung und Architektenleistungen) und bezieht ihn auf die gesamten Anlage-Investitionen, so zeigt sich folgendes Bild: Diese Quote fiel in der Bundesrepublik in den vergangenen fünfzehn Jahren von 25 auf 18 vH zurück; in der DDR ist sie hingegen als Ausdruck der Bedeutung des Neubaus im Wohnungsbauprogramm von 12 auf 19 vH gestiegen.

Übersicht 4.4.-1

Reale Wohnungsbauleistungen in westdeutschen Preisen von 1980 je Einwohner

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	DDR	DDR in vH der Bundesrepublik
1970	1 580	620	*40*
1976	1 700	1 000	*60*
1980	1 900	1 250	*65*
1981	1 790	1 280	*70*
1982	1 710	1 290	*75*
1983	1 800	1 330	*75*
1984	1 810	1 390	*75*
1985	1 600	1 450	*90*

Das Produktionsniveau aller Wohnungsbauleistungen unterscheidet sich in beiden deutschen Staaten erheblich voneinander: In der DDR erreichte das Wohnungsbauvolumen (in Mark) nur ein Sechstel des Wohnungsbauvolumens (in DM) der Bundesrepublik. Um die Leistungen voll vergleichbar zu machen, müssen neben dem Abstand der Einwohnerzahlen auch die Unterschiede im Preisniveau berücksichtigt werden. Im Jahre 1985 betrug die Wohnungsbauleistung je Einwohner 1450 DM in der DDR im Vergleich zu 1600 DM in der Bundesrepublik, der Abstand lag also bei 10 vH (1970: 60 vH).

Bei dieser Umrechnung wurde Folgendes berücksichtigt: Im Jahre 1967 stimmten die Baupreise in beiden Gebieten ungefähr überein, dies wurde bereits in einem früheren Bericht ausführlich begründet[19]. Seitdem verzeichnet die Bundesrepublik eine höhere Verteuerung der Bauten als die DDR. Im Zeitraum von 1967 bis 1980 stiegen die Baupreise in der Bundesrepublik um 133 vH (für Wohnbauten sogar um 142 vH), in der DDR stiegen die Baukosten schätzungsweise um 60 vH[20], wobei es keine Anhaltspunkte für eine Differenzierung nach Baubereichen gibt. Übernimmt man die Preissteigerung für den Wohnungsbau, so belief sich das DDR-Wohnungsbauvolumen von 1985 in Preisen der Bundesrepublik auf gut 24 Mrd. DM (Preisbasis 1980); das entspricht einem Viertel des Wohnungsbauvolumens in der Bundesrepublik (98 Mrd. DM zu Preisen von 1980).

Bei diesem Vergleich war es naturgemäß nicht möglich, qualitative Komponenten zu berücksichtigen, die sich aus den Unterschieden in Art und Umfang der errichteten Gebäude und Wohnungen ergeben. Dem Preisindex liegt ein starres Gerüst der Gewerke des Baugewerbes und der verwendeten Baumaterialien zugrunde. Schon bei der Betrachtung nur eines Gebietes kann mit dem Preisindex bekanntlich den Verschiebungen in der Bauwerks- und Qualitätsstruktur nur ungenügend Rechnung getragen werden. Die Umbasierung der DDR-Bauleistungen auf westdeutsche Preise kann daher nur einen groben Anhaltspunkt für den tatsächlichen realen Wert der dort geschaffenen Gebäude und Bauwerke liefern.

4.4.3.2. Wohnungsneubau: Bauleistung und Ausstattungsmerkmale

In der DDR sind bis zum Jahre 1985 insgesamt 3,1 Mill. Wohnungen gebaut worden, 2,69 Mill. Wohnungen in neuerrichteten Gebäuden und 0,43 Mill. Wohnungen, die durch Umbau und Ausbau (einschl. Wiederaufbau) entstanden sind. Rund 40 vH (1,24 Mill. Wohnungen) wurden erst seit Inkrafttreten des Wohnungsbauprogramms im Jahre 1976 erstellt.

In der Bundesrepublik sind im Zeitraum von 1949 bis 1985 insgesamt 18,2 Mill. Wohnungen errichtet worden, davon 17 Mill. Neubauten (einschl. sog. Wiederaufbauwohnungen) und 1,2 Mill. Wohnungen durch Umbau und Ausbau. Angesichts der vergleichsweise höheren Kriegszerstörungen sowie der starken Flüchtlingszuwanderungen war der Wohnungsbau schon seit den fünfziger Jahren forciert worden; bis Ende der sechziger Jahre sind bereits 11 Mill. Wohnungen entstanden.

Vergleicht man die Bautätigkeit seit 1970, so sind in der Bundesrepublik mit 7,1 Mill. absolut viermal soviel Wohnungen geschaffen worden wie in der DDR. Allerdings hat sich die Bautätigkeit in der Bundesrepublik seit Mitte der 70er Jahre erheblich abgeschwächt, während in der DDR ein starker Anstieg verzeichnet wurde (vgl. Anhangtabelle 4.4.-11).

Je Einwohner gerechnet blieb die DDR mit ihrer jährlichen Wohnungsbauleistung bis zur Mitte der siebziger Jahre hinter der Bundesrepublik zurück. Die bereits im Trend erkennbare Annäherung wurde durch den Bauboom in der Bundesrepublik in den Jahren 1971 bis 1973 zunächst aufgeschoben. Seit 1976 werden in der DDR je Einwohner mehr Wohnungen gebaut als in der Bundesrepublik (vgl. Schaubild 4.4.-2).

Vergleicht man anstatt der Zahl der Wohnungen die jährlich neu geschaffene Wohnfläche, so zeigt sich ebenfalls eine Annäherung zwischen beiden Gebieten, es bleibt jedoch ein größerer Abstand. In der DDR wurden in den letzten Jahren ca. 450 qm je Tausend Einwohner gebaut, das sind 20 bis 25 vH weniger als in der Bundesrepublik (550 bis 600 qm je Tausend Einwohner), 1985 verkürzte sich der Abstand auf 10 vH. In der DDR lag die Durchschnittsgröße[21] der neugebauten Wohnungen seit 1970 zwischen 56 und 60 qm, in der Bundesrepublik lag sie deutlich darüber: Bis 1980 stieg sie kontinuierlich von 86 auf 104 qm, danach fiel sie auf 92 qm (1985).

Übersicht 4.4.-2

Größe der fertiggestellten Wohnungen[1]

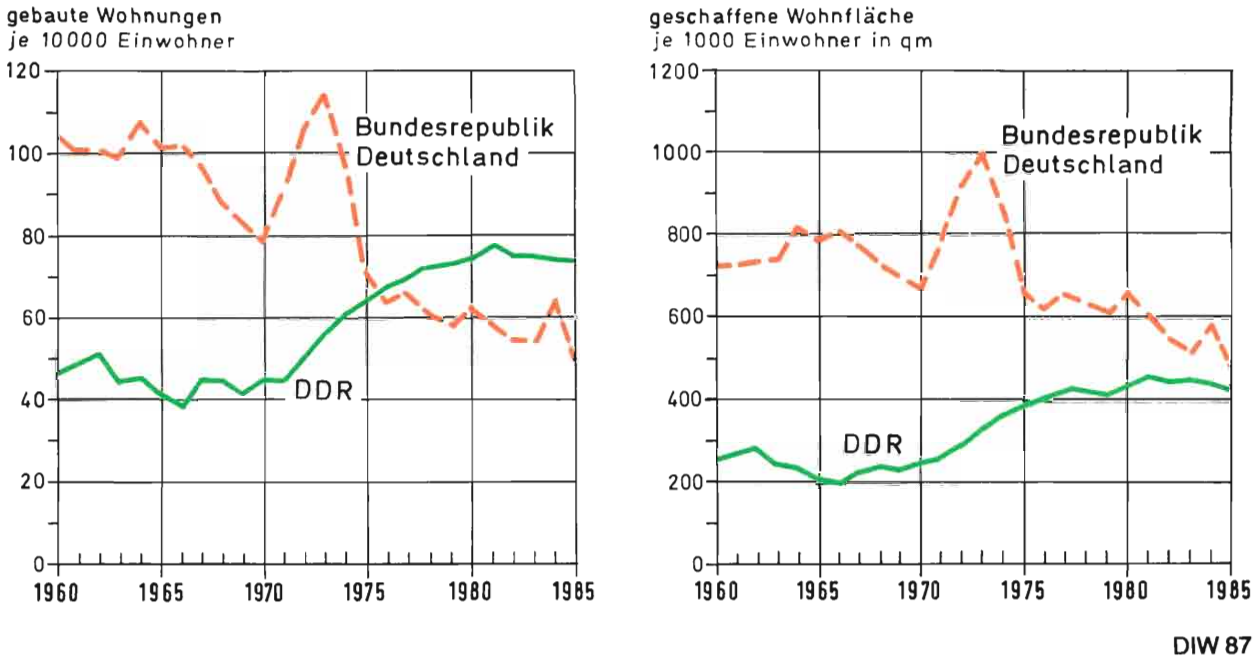
Jahr	Bundesrepublik Deutschland	DDR	DDR in vH der Bundesrepublik
1970	85,7	55,9	*65*
1976	98,0	59,9	*61*
1980	104,5	57,5	*55*
1981	101,8	59,3	*58*
1982	98,2	58,5	*60*
1983	94,4	58,9	*62*
1984	89,9	58,2	*65*
1985	92,0	58,0	*63*

[1] Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung bezogen auf alle Neubaumaßnahmen (einschließlich Umbau und Ausbau).

Die Wohnungsgröße hängt auch von der Art der neugebauten Wohnungen ab. Die Durchschnittsgröße der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in der Bundesrepublik betrug stets weniger als 80 m², in Eigenheimen hingegen mehr als 100 m². So ging auch der zuletzt erkennbare Rückgang bei der Größe aller Wohnungen in der Bundesrepublik mit einem vorübergehend verstärkten Mietwohnungsbau und einer

Schaubild 4.4.-2

Vergleich der jährlichen Wohnungsbauleistung in den beiden deutschen Staaten 1960 bis 1985



Verlagerung der Nachfrage von Eigenheimen zu Eigentumswohnungen einher. Der Anteil der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern macht schon seit langem mehr als die Hälfte der Neubautätigkeit aus (vgl. Anhangtabelle 4.4.-11). In der DDR ist der „individuelle Wohnungsbau" seit Beginn der 70er Jahre wieder gefördert worden, und zwar besonders für kinderreiche Familien. Während der Anteil der Eigenheime am Neubau bis dahin unbedeutend war, stieg er bis Ende der 70er Jahre auf ca. 15 vH. In der DDR gibt es sicherlich auch ein Größengefälle der Wohnungen, bedingt durch die Bauformen, allerdings dominiert der Geschoßwohnungsbau.

Die DDR-Statistik weist für die neueren Baujahrgänge aus, daß fast alle Wohnungen mit Zentralheizung und Bad versehen sind; bis zum Jahre 1970 hatte der Anteil zentralbeheizter Wohnungen noch unter 75 vH gelegen. In der Bundesrepublik gehörte diese Ausstattung schon etwas früher zum Standard.

Der durchschnittliche Bauaufwand je Wohneinheit läßt sich als Division des Neubauvolumens durch die fertiggestellten Wohnungen ermitteln[22]. In der Bundesrepublik lag dieser Wert seit Jahren bei 200 000 DM (zu Preisen von 1980); im Jahre 1970 waren es noch 150 000 DM. Der Anstieg — wie auch der 1984 verzeichnete Rückgang — hängt eng mit der Quote der Eigenheim-Wohnungen zusammen: 1970 lag sie noch bei 43 vH, 1980 erreichte sie mehr als zwei Drittel und nahm dann wieder ab. In der DDR entwickelte sich der Durchschnittsbetrag des Bauaufwandes im Zeitraum 1970 bis 1984 von 70 000 M auf 80 000 M (zu DDR-Preisen von 1980); zu westdeutschen Preisen von 1980 gerechnet sind das Beträge von 105 000 DM (1970) bzw. 120 000 DM (1984). Der Abstand und die relative Konstanz der Aufwandsgröße in der DDR ergibt sich vor allem daraus, daß überwiegend Geschoßwohnungen gebaut werden.

Übersicht 4.4.-3

Bauvolumen je Wohnung (Wohnungsneubau) zu Preisen von 1980

Jahr	Bundesrepublik in 1000 DM	DDR in 1000 M	DDR in 1000 DM	DDR in vH der Bundesrepublik
1970	155	70	105	65
1976	200	75	115	60
1980	215	80	120	55
1984	190	80	120	60

4.4.3.3. Erneuerung des Altbaubestandes

Ein zunehmender Anteil der Bauleistungen richtet sich in beiden deutschen Staaten auf Erhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes. In der Bundesrepublik waren es 1970 ca. ein Viertel des realen Wohnungsbauvolumens, zuletzt (1984) ca. ein Drittel. In der DDR entfiel bis zum Beginn der achtziger Jahre knapp ein Drittel der Wohnungsbauleistungen auf Baureparaturen, inzwischen (1984) sind es 38 vH.

In der Bundesrepublik sind die Bestandsbauleistungen seit langem auf Anhebung des Qualitätsstandards — energiesparende Investitionen im Bereich der Heizung und Wärmedämmung, qualitativ verbesserte Wohnungsausstattung, Stadtbildpflege etc. — gerichtet. In der DDR wird mit den Bestandsbauleistungen überwiegend ein Nachholbedarf erfüllt, damit bei zahlreichen Altbauwohnungen überhaupt einen Mindeststandard gewährleistet und der drohende Gebäudeverfall gestoppt wird.

Im Zeitraum von 1971 bis 1984 sind in der DDR 618 000 Wohnungen generalüberholt worden. Verglichen mit dem Gesamtbestand an Wohnungen aus der Zeit vor 1919 ist das etwa ein Fünftel. Schon an dieser Relation läßt sich ablesen, welch umfangreiche Sanierungsaufgaben noch immer zu bewältigen sein dürften. Die reinen Reparaturleistungen haben seit Beginn der siebziger Jahre ebenfalls stark zugenommen. Vor einigen Jahren ging man dazu über, in ganzen Straßenzügen Dacheindeckungen und Fassaden zu erneuern sowie Fundamente neu zu isolieren.

Übersicht 4.4.-4

Bauzustand der DDR-Wohngebäude 1971

Eigentumsform	Bestand[1] in 1 000	nach Bauzustandsklassen[2] in vH		
		I	II	III+IV
volkseigen	363,9	19,2	63,3	17,5
genossenschaftlich	130,6	29,5	57,6	12,9
privat	1 751,2	17,9	66,0	16,1
insgesamt	2 245,7	18,8	65,1	16,1

[1] Ohne Wohngebäude im Eigentum gesellschaftlicher Organisationen sowie von Betrieben mit staatlicher Beteiligung (0,3 vH des Bestandes).

[2] Klassifizierung der Wohngebäude nach Bauzustand: I = gut erhalten; II = geringe Schäden (Verschleißgrad: 6 bis 25 vH); III = mit schwerwiegenden Schäden (Verschleißgrad: 26 bis 50 vH); IV = unbewohnbar.

In der Bundesrepublik ist die Modernisierung in Teilen durch öffentliche Programme gefördert worden[23], weiterhin gilt dies für den Bereich der Stadterneuerung und der Wohnumfeldmaßnahmen, deren Stellenwert gegenüber dem Wohnungsneubau und der normalen Gebäudeerhaltung noch an Gewicht gewinnt. Die Schwerpunktverlagerung ergibt sich auch daraus, daß für manche Formen des Wohnungsbaus — nicht zuletzt auch für Wohnkomplexe aus den sechziger und siebziger Jahren — inzwischen Akzeptanzprobleme bestehen. Bei Großwohnanlagen zeigen sich mancherorts ein rapide ansteigender Instandsetzungsbedarf und zugleich wachsender Leerstand, so daß bereits ernsthaft über den Abriß derartiger Gebäudekomplexe nachgedacht wird[24].

In der DDR läuft der Bau von Trabantenstädten immer noch weiter, indes bemüht man sich inzwischen auch um Wiederbelebung der Innenstädte durch Wohnbauten. Nach neuesten Angaben soll der innerstädtische Wohnungsbau inzwischen schon 60 vH der Wohnungsbautätigkeit ausmachen. Dazu gehören Neubau in Baulücken bei gleichzeitiger Sanierung der Wohn-Mischgebiete und Aufbesserung erhaltenswerter Bausubstanz mit hohem „Kulturwert" (in besonderem Maße in Ost-Berlin, 750-JahrFeier!). Man hat bereits die Planungs- und Abrechnungsvorschriften geändert, um den komplizierten Bedingungen im innerstädtischen Bau besser gerecht zu werden.

4.4.4. Förderung der Bautätigkeit

Die Bautätigkeit wird in der Bundesrepublik auf direktem und indirektem Wege gefördert. Grundlage der direkten Förderung ist das im Laufe der Zeit vielfach novellierte Wohnungsbaugesetz. Lange Zeit stand der Mietwohnungsbau im Vordergrund, bis im Jahre 1976 festgelegt wurde, daß die Mittel nunmehr vorwiegend für die Eigentumsbildung eingesetzt werden sollten. Im Jahre 1982 wendeten Bund und Länder insgesamt ca. 8 Mrd DM als verbilligte Darlehen und Beihilfen zum Kapitaldienst auf; davon entfielen aber noch 5 Mrd. DM auf den Mietwohnungsbau, gegenüber 3 Mrd. DM für Eigenheime. Im Jahre 1970 waren es noch insgesamt 2,3 Mrd. DM, davon 1,4 Mrd. DM für Mietwohnungen und 0,9 Mrd. DM für Eigenheime. Der Anstieg war also beträchtlich, obgleich die Zahl der geförderten Wohnungen — vor allem der Mietwohnungen — seither zurückging[25]. In jüngster Zeit haben sich die Gewichte weiter zugunsten der Eigentumsförderung verschoben, vor allem deshalb, weil sich der Bund aus der weiteren Förderung des Mietwohnungsbaus zurückzog, so daß diese Aufgabe in verbliebenen Bedarfsgebieten allein den Ländern überlassen bleibt.

Der indirekte Weg einer Unterstützung der Bautätigkeit wird häufig darin gesehen, daß alle Bauherren, soweit sie einkommen- oder körperschaftsteuerpflichtig sind, Gestaltungsmöglichkeiten bei der Absetzung von Werbungskosten nutzen können, um Steuerentlastungen zu erzielen. Die Begriffe Förderung oder Vergünstigung sind in diesem Zusammenhang strittig, weil sich Vorteile nicht nur aus Regelungen ergeben, die explizit so bezeichnet sind (z. B. erhöhte Absetzungen für Abschreibungen), sondern auch aus Regelungen der Normalbesteuerung[26]:

- Auf diesen Sachverhalt hat bereits der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft in seinem Gutachten „Probleme der Wohnungswirtschaft im Jahre 1982" hingewiesen. Dort heißt es: „Die Begünstigungswirkungen des Steuerrechts entstehen im wesentlichen nicht durch gezielte steuerliche Subventionen, die politisch so gewollt sind. Sie resultieren vielmehr aus dem Zusammenwirken verschiedener Elemente der Normalbesteuerung, die bei geschickter und systematischer Ausnutzung besonders wirtschaftliche Vorteile ermöglichen".
- Außerdem hatte die Bundesregierung im Jahre 1982 einen Bericht über das Zusammenwirken

finanzwirksamer, wohnungspolitischer Instrumente vorgelegt, der ebenfalls von dieser Überlegung ausging und deshalb bei den steuerlichen Instrumenten nicht nur die explizit als Förderung konzipierten Elemente, sondern statt dessen die entstehenden Entlastungswirkungen bei den Investoren darstellte. Dieser Bericht geht auf einen Antrag des gesamten Deutschen Bundestages zurück; er wurde federführend vom Bundesbauministerium erarbeitet.

- Auch in den Subventionsberichten der Bundesregierung wird regelmäßig auf die Schwierigkeiten der Zuordnung steuerlicher Subventionen hingewiesen: „Durch die Ausgestaltung der Normalbesteuerung können, neben den gezielten Subventionen im Wohnungsbereich, weitere Wirkungen entstehen, die oft übersehen werden. Daher werden die Vorteile bestimmter Instrumente (die als Subventionen gekennzeichnet werden) oft überschätzt. Auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesminister für Wirtschaft hat . . . zu Recht auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Subventionsbegriff in diesem Zusammenhang zu relativieren". Ferner wird darauf verwiesen, daß im Subventionsbericht Steuervergünstigungen nur unter dem engen Aspekt „steuerlicher Ausnahmetatbestände" aufgeführt werden.

- Das DIW hatte im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983 Berechnungen vorgelegt, die analog zum Instrumentenbericht der Bundesregierung Steuerentlastungen aus der Sicht der Investoren beziffern; darüber hinaus wurden die steuerlich relevanten Verluste im Rahmen der Einkommensteuer analysiert. In der Stellungnahme der Bundesregierung vom 28.6.1984 hieß es: „Die Bundesregierung sieht in dem vom DIW in diesem Zusammenhang verwendeten Begriff der steuerlichen Entlastung allerdings keine geeignete Diskussionsgrundlage für Wohnungsbausubventionen. Gleichwohl teilt sie die Meinung des DIW, daß angesichts der Haushaltssituation und des weitgehend ausgeglichenen Wohnungsmarktes zukünftig ein effizienterer und zielgenauerer Einsatz der verfügbaren Mittel erforderlich ist und ungerechtfertigte Steuervorteile zu beseitigen sind. Erste Schritte dazu wurden mit dem Abbau von Vergünstigungen im sogenannten Bauherrenmodell vorgenommen".

Da es aus der Sicht der Investoren vor allem auf die praktischen Wirkungen der Rahmenbedingungen ankommt, scheint es zulässig, die Steuerentlastungen hier insgesamt, ohne weitere Differenzierung nach Subventionselementen, anzusprechen.

In der Regel verhält es sich so, daß die abzugsfähigen Aufwendungen in der Bauzeit und in den folgenden Jahren nach Fertigstellung noch lange die Mieteinnahmen übersteigen, so daß Verluste entstehen, die, mit anderen Einkünften verrechnet, Steuerentlastungen bewirken. Das Volumen der so entstehenden Steuerentlastungen läßt sich nur schätzungsweise eingrenzen, indes steht fest, daß es viel stärker ins Gewicht fällt als die direkten Finanzhilfen. Vom DIW sind hierzu verschiedene Berechnungen vorgelegt worden:

- Bezogen auf die Bautätigkeit im Jahre 1980 sind die mit einem Baujahrgang in der Folgezeit verbundenen direkten Zuschüsse und die Steuerentlastungen als Barwerte ausgedrückt worden. Dabei ergaben sich 5 Mrd. DM für die direkte Förderung und 17 Mrd. DM für die Steuerentlastungen[27].

- Die jährlichen kassenmäßigen Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer beziehen sich hingegen auf alle vorangegangenen Baujahrgänge, für die noch Absetzungen vorgenommen werden. Anhand der Einkommensteuerstatistik wurde die Summe der Steuerentlastungen für 1977 mit 7 Mrd. DM und für 1980 mit 13 Mrd. DM ermittelt; für das Jahr 1985 ist der entsprechende Betrag bereits mit ca. 25 Mrd. DM veranschlagt worden[28].

Bei der Interpretation dieser Daten ist zu beachten, daß die Finanzhilfen und Steuerverzichte des Staates teilweise eine Beteiligung an den durch Mieterträge nicht gedeckten Kosten der Mietwohnungen darstellen, teilweise aber auch als gezielte Hilfe zur Vermögensbildung privater Haushalte angelegt sind.

Bei den zuletzt genannten Größen für Steuerentlastungen sind die Absetzungen für den Erhaltungsaufwand von Gebäuden enthalten. Die Tatsache, daß diese Hilfe stark in Anspruch genommen wird, drückt sich auch darin aus, daß die Summe der Steuererträge aus dem weitgehend entschuldeten bzw. abgeschriebenen Gebäudebestand nur gering ausfällt (ca. 2 bis 3 Mrd. DM) und seit Jahren kaum zunimmt. Die gemeinsame direkte Förderung von Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen durch Bund und Länder — für die seit 1974 6,4 Mrd. DM aufgewendet wurden — ist im Jahre 1982 wieder eingestellt worden. Allerdings gibt es immer noch individuelle Programme der Länder, mit denen die Modernisierung oder Instandsetzung von Wohngebäuden unterstützt wird. Außerdem ist das Instrument der Städtebauförderung zu nennen, mit dem erhebliche Mittel zur Unterstützung örtlicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen bereitgestellt werden.

Die Bautätigkeit in der DDR wird größtenteils vom Staat selbst initiiert, da der Privatinitiative schon frühzeitig der Boden entzogen worden ist. Eine Ausnahme bildet nur das Eigenheimprogramm für kinderreiche Familien, das seit Beginn der 70er Jahre — in vergleichsweise bescheidenem Umfang — als eine Verknüpfung des Interesses an Wohneigentum mit sozialpolitischen Zielen aufgelegt worden ist. Indes werden dabei keine steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten eingeräumt, da der Nutzungswert der Wohnung von der Steuer freigestellt ist. Im Mietwohnungsbau, der nach wie vor weitaus das Übergewicht hat, fungieren die kommunalen Wohnungsverwaltungen und die Genossenschaften als Bauträger. Der Staat nimmt mit diesen Trägern die Bautätigkeit selbst in die Hand und sorgt auch noch weitgehend für die Finanzierung. Dazu dienen vor allem die direkten Staatshaushaltszuschüsse und günstige Kredite. In früherer Zeit versuchte man auch andere Finanzquellen zu nutzen;

z. B. die Ausgabe von Obligationen, Beträge aus Lotto- und Totoeinnahmen sowie begrenzt auch Bausparmittel. Diese Wege erwiesen sich jedoch als wenig erfolgreich, so daß man statt dessen auf eine Mobilisierung von Eigenleistungen der Bevölkerung (Eigenheimbau, Beteiligung bei den Genossenschaften) auswich. Das Schwergewicht der Finanzierung liegt wie eh und je bei Haushaltszuschüssen und Kredithilfen, seit den siebziger Jahren sind die Haushaltszuschüsse allerdings wesentlich stärker gestiegen. Für die Finanzierung des Wohnungsneubaus ergibt sich das in Anhangtabelle 4.4.-12 dargestellte Bild. Danach entfielen 1984 vom Mitteleinsatz in Höhe von 10,0 Mrd. M 3,1 Mrd. M auf Haushaltszuschüsse, 6,0 Mrd. M auf Kredite und 0,9 Mrd. M auf Eigenmittel. Drückt man die Finanzierungssumme in Preisen von 1980 aus, wobei der Preisanstieg mit 3,5 vH angenommen wurde, so deckt sie sich annähernd mit dem Neubauvolumen in gleicher Abgrenzung (ohne Planungsleistungen).

Ein Vergleich der Förderungsintensität in beiden deutschen Staaten stößt auf erhebliche Schwierigkeiten, weil die finanzwirksamen Instrumente völlig unterschiedlich angelegt sind. Dennoch soll versucht werden, zumindest für den Wohnungsneubau den jeweiligen Kostenanteil zu beziffern, der direkt oder indirekt vom Staat getragen wird. Dabei kommt es vor allem darauf an, die langfristig angelegten Förderungsanteile auf einen Gegenwartswert zusammenzufassen; dies sind einerseits Zinsvorteile durch verbilligte Darlehen, Zuschüsse zu den Kapitalkosten oder Tilgungsverzichte, die in beiden Staaten in ähnlicher Form gewährt werden, andererseits steuerliche Absetzungsmöglichkeiten (für Abschreibung, Schuldzinsen und andere Werbungskosten, soweit sie nicht durch die Mieten gedeckt werden) in der Bundesrepublik. Der einfachste Fall sind die unmittelbaren Haushaltszuschüsse in der DDR; sie betrugen im Jahre 1984 für den Neubau 3,1 Mrd. M.

Um den Subventionswert der 6,0 Mrd. M Wohnungsbaukredite in der DDR beziffern zu können, sind folgende Annahmen getroffen worden:

— Der Normalzinssatz für langfristige Kredite liegt bei etwa 4 %, die Tilgung wird normalerweise mit 1 % festgesetzt. Die Wohnungsbaukredite werden demgegenüber teils zinslos, teils verbilligt zu 2 bis 3 % Zinsen bei sehr langen Laufzeiten (von 30 Jahren und mehr) vergeben, außerdem wird oft für lange Zeit auf eine Tilgung verzichtet.

— Deshalb scheint es angemessen, den Zins- und Tilgungsvorteil der Wohnungsbaukredite mit 2,5 % p.a. zu veranschlagen. Bezogen auf das Kreditvolumen 1984 entspräche das einer jährlichen Entlastung von 0,15 Mrd. M. Über 30 Jahre gesehen, als Barwert abdiskontiert, leitet sich daraus ein Wert von ca. 2,7 Mrd. M ab[29], das ist knapp die Hälfte der Kreditsumme.

Somit könnte man sagen, daß die Kreditverbilligung alternativ durch sofortige Haushaltszuschüsse in dieser Höhe ersetzbar wäre. Der Staatsanteil an den Kosten des Neubauvolumens, das in der DDR 1984 9,5 Mrd. Mark erreichte, betrug also rund 60 vH.

In der Bundesrepublik ist das Neubauvolumen 1984 mit 71 Mrd. DM (zu Preisen von 1980) beziffert worden. Eine detaillierte Untersuchung des DIW, die sich an den sogenannten Instrumentenbericht der früheren Bundesregierung anlehnte[30], lieferte für den Baujahrgang 1980 Ergebnisse über den Barwert der direkten Wohnungsbauförderung und der Steuerentlastungen. Bei der direkten öffentlichen Förderung werden im Unterschied zur DDR verbilligte Darlehen oder Hilfen zum Kapitaldienst nur über einen Zeitraum von ca. 15 Jahren gewährt. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß der durchschnittliche Kapitalmarktzins in der Bundesrepublik doppelt so hoch ist; er ist zugleich als Bezugsbasis für die Vergünstigung wie auch bei den Barwertfaktoren zu berücksichtigen (die somit niedriger ausfallen). Die direkten staatlichen Hilfen haben schon deshalb in der Bundesrepublik generell ein geringeres Gewicht als in der DDR. Die Schwerpunkte sind aber auch von der Politik her anders gesetzt. Die direkte Förderung ist an besondere Ziele bzw. Voraussetzungen im Einzelfall geknüpft. Die Breitenwirkung geht vom Steuerrecht aus; die steuerlichen Absetzungen bewirken hohe Entlastungen für die Investoren, gleichbedeutend mit hohen Einnahmenverzichten des Staates. Während also in der DDR die Belastung des öffentlichen Haushalts durch den Wohnungsbau auf der Ausgabenseite unmittelbar in Erscheinung tritt, entsteht in der Bundesrepublik die Belastung von der Einnahmenseite her.

Überträgt man die für 1980 ermittelten Größen des fiskalischen Aufwands auf das reale Bauvolumen von 1984 — die Abweichung gegenüber 1980 ist gering — und berücksichtigt man zugleich neu geschaffene Steuerentlastungen (begrenzte Abzugsmöglichkeit von Schuldzinsen durch Eigennutzer), so ist der Barwert aller Steuerentlastungen mit etwa 19 Mrd. DM zu beziffern, der Barwert der direkten Förderung beläuft sich (bei 1984 geringerer Bautätigkeit) auf 4,5 Mrd. DM. Bezogen auf das Neubauvolumen ergibt sich insgesamt eine Förderungsintensität von etwa 30 vH.

Bei diesem Vergleich ist zu beachten, daß jeweils nur die zum Zeitpunkt des Neubaus feststehenden Finanzierungshilfen einbezogen worden sind. In beiden Staaten muß jedenfalls für die jüngeren Baujahrgänge mit einer Überschreitung der genannten Förderungsquoten gerechnet werden. In der Bundesrepublik wird sie sich beispielsweise daraus ergeben, daß ein Teil der annuitätsbezogenen Förderung nicht als verlorener Zuschuß, sondern an sich als Darlehen konzipiert ist, dessen Verzinsung und Tilgung nach ca. 15 Jahren einsetzen soll; indes scheint es sehr fraglich, ob diese sogenannten Aufwendungsdarlehen jemals auf die Miete umgelegt werden können. In der DDR zeigen alle bisherigen Erfahrungen, daß die Miete praktisch schon von Anfang an kaum ausreicht, um die Bewirtschaftungskosten zu decken; spätestens dann, wenn die Instandhaltungskosten zunehmen, muß der Staat erneut mit Subventionen einspringen.

Fußnoten

[1] Vgl. Arndt K.D.: Wohnverhältnisse und Wohnungsbedarf in der sowjetischen Besatzungszone. Sonderheft des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 50/1960, S. 11.

[2] Diese Kennziffer würde jeweils etwas höher ausfallen, wenn man die Bezugsbasis um die Anstaltsbevölkerung bereinigt.

[3] Vgl. hierzu im einzelnen: Melzer M. unter Mitarbeit von Steinbeck W.: Probleme und bisherige Erfolge des Wohnungsbauprogramms — Nord- und Mittelregionen der DDR. — Dieselben: Zwischenbilanz des Wohnungsbauprogramms — Ballungs- und Südwestregionen der DDR. In: Deutschland Archiv, Heft 1/1983, S. 76ff. sowie Heft 12/1983, S. 1289ff.

[4] Da in der DDR derartige Anlagen zu den „Zentralheizungen" gerechnet werden, ist der tatsächliche Abstand zwischen beiden Gebieten noch größer. Betrachtet man in der Bundesrepublik nur die mit festen Brennstoffen ofenbeheizten Wohnungen, so ergibt sich ein Anteil von 11 vH gegenüber 70 vH in der DDR.

[5] Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Räumliche Entwicklung der Bautätigkeit und Bauwirtschaft 1977 bis 1982. Fachserie 5: Bautätigkeit und Wohnungen, Reihe S. 4. — Ferner: Regionale Daten über Wohnungsbestand und Wohnungsbautätigkeit. Arbeitsunterlage 1979. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer.

[6] Vgl. Melzer M. unter Mitarbeit von Steinbeck W.: Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten — ein Vergleich. Berlin 1983, S. 106ff.

[7] Die Zuweisung von Wohnungen richtet sich nach der Dringlichkeit der Versorgungsfälle (Vorrang haben z. B. kinderreiche Familien, gesundheitsgeschädigte Bürger, junge Ehepaare) und nach allgemeinen Vorgaben über die Wohnfläche je Haushaltsmitglied. — Vgl. Melzer M.: Wohnraumlenkung und Mietverhältnisse — zur Wohnungspolitik in der DDR. In: Gemeinnütziges Wohnungswesen. Hamburg. Hammonia-Verlag GmbH. Heft 4/1983, S.191ff.

[8] Anfang der fünfziger Jahre lagen die Mieten je qm im Durchschnitt in den Großstädten bei 0,70 bis 0,80 M, in Mittelstädten bei 0,65 M sowie in kleineren Gemeindegrößen bei 0,25 bis 0,55 M. In villenartigen Einfamilienhäusern mit erstklassiger Ausstattung gab es auch Mieten von 1,10 M bis 1,80 M je qm. — Vgl. Cron G.: Wohnungsmieten in der DDR und in Westdeutschland. In: Deutsche Finanzwirtschaft (jetzt: Sozialistische Finanzwirtschaft). Berlin (Ost). Verlag die Wirtschaft. Heft 1/1953, S. 604.

[9] Zur Darstellung der Förderungssysteme und der Entwicklung des Förderungsvolumens vgl. Bartholmai B.: Förderung des Wohnungs- und Städtebaus. In: Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen von Veränderungen der Struktur des öffentlichen Sektors — Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Berlin 1984, S. 144ff.

[10] Vgl. hierzu auch Bartholmai B.: Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse. Sonderheft des DIW. A. a. O. Nr. 135/1982, S. 38ff.

[11] Vgl. Euler M.: Wohnungsmieter und Wohnungsmieten im Januar 1983 — Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. In: Wirtschaft und Statistik. Hrsg.: Statistisches Bundesamt. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Heft 5/1984, S. 460ff.

[12] Dabei sind die Mietbelastungsquoten für die Haushalte mit geringerem Einkommen offenbar stärker gestiegen als für die besser Verdienenden. Beispielsweise hatten von den Haushalten mit einem Nettoeinkommen unter 1 200 DM im Jahre 1978 noch 44 vH eine Mietbelastung von 25 vH und mehr; im Jahre 1982 waren es bereits 61 vH.

[13] Vgl. Honecker E.: Zur Durchführung der Parteiwahlen 1975/76. In: Neues Deutschland (Berlin-Ost. Verlag Neues Deutschland) vom 4./5. Oktober 1975, S. 4.

[14] Vgl. Melzer M. unter Mitarbeit von Steinbeck W.: Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten — ein Vergleich. Berlin 1983, S. 164ff.

[15] Vgl. hierzu den Wohngeld- und Mietenbericht 1985 der Bundesregierung. Bundestags-Drucksache 10/3222, S. 7.

[16] Vgl. ebenda, S. 4f.

[17] Vgl.: Junker W. (Minister für Bauwesen): Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 bis 1990. In: Neues Deutschland vom 4. Oktober 1973, S. 5ff.

[18] Vgl. Bartholmai B. (Bearb.): Nachfrage nach Neubauwohnungen und nach Wohnungen aus dem Bestand. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 35/1984 sowie derselbe: Entwicklung und Struktur der Wohnungsbauleistungen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 40/1982.

[19] Vgl. Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971. Bundestags-Drucksache VI/1690, S. 82.

[20] Angaben über die Baupreisentwicklung in der DDR werden überhaupt nicht veröffentlicht, deshalb muß hier auf grobe Schätzungen zurückgegriffen werden. Wichtiger Anhaltspunkt dafür ist der bei der Umbasierung des Anlagevermögens von der Preisbasis 1962 (vor der Industriepreisreform) zur Preisbasis 1980 verwendete offizielle Umbewertungskoeffizient. Er belief sich bei Bauten auf einen Zuschlag um etwa zwei Drittel (vgl. DIW (Hrsg.): Handbuch DDR-Wirtschaft. Reinbek bei Hamburg. Rowohlt Taschenbuch Verlag. 1985, S. 64/65). Demzufolge würde der Anstieg des Preisindex (Basis 1962) bis 1980 auf rd. 170 vH zu veranschlagen sein. Für den Vergleich mit der Bundesrepublik ist hingegen das Basisjahr 1967 (annähernd übereinstimmende Baukosten) besser geeignet, deshalb muß die Preisentwicklung 1962 bis 1967 in Abschlag gebracht werden. Einen Anhaltspunkt liefert die Industriepreisreform von 1967: Damals wurden die Baupreise um 26 vH angehoben (vgl. Melzer M.: Preispolitik und Preisbildungsprobleme in der DDR. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 3/1969, S. 319). Mit dieser Anhebung sollte das über Jahre hinweg zunehmende Auseinanderscheren von fiktiv konstant gehaltenen Preisen und tatsächlichen Kosten korrigiert werden. Der Baukostenanstieg von 26 vH ist allerdings nur zum kleineren Teil der Periode 1962/67 zuzurechnen. Aus diesen Gründen wurde der Preisindex (Basis 1967) für 1980 mit 160 veranschlagt.

[21] Sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik handelt es sich um die Gesamtfläche der Wohnung einschließlich der Wohnnebenräume, jedoch ohne Keller, Dachböden und Treppen. Die Angaben sind deshalb vergleichbar.

[22] Dabei wird eine gewisse Unschärfe in Kauf genommen, weil Bauvolumen und Fertigstellungen periodisch verschoben sein können.

[23] Insgesamt haben im Zeitraum 1974 bis 1982 Bund und Länder die Maßnahmen zur Wohnungsmodernisierung und Energieeinsparung mit 6,4 Mrd. DM unterstützt. Von der Modernisierungsförderung profitierten 600 000 Wohnungen und von der Energieeinsparungsförderung rund 1,2 Mill. Wohnungen. 350 000 Wohnungen wurden im Rahmen der konjunkturbedingten Sonderprogramme von 1974 und 1975 gefördert. In welchem Umfang letztlich Impulse von der staatlichen Förderung ausgegangen sind, läßt sich aber nur schwer abschätzen, weil die Förderung einherging mit dem weitverbreiteten Modernisierungsbedürfnis von Eigentümern und Mietern. — Vgl. Eiselt R.: Zahlen zur Wohnungsmodernisierung und deren Förderung nach dem ModEnG. In: Bundesbaublatt. Hrsg.: Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in Zusammenarbeit mit den für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen obersten Landesbehörden. Wiesbaden. Bauverlag GmbH. Heft 3/1981. — Ferner: Koopmann K.-D.: Förderung der Stadterneuerung von 1971 bis 1984 — Zusammenstellung der Bundes- und Landesbauprogramme. In: Bundesbaublatt. Heft 10/1984.

[24] Vgl. hierzu die Fachzeitschrift Bauwelt Nr. 24/1985 (Stadtbauwelt 86) — Gütersloh. Bertelsmann Fachzeitschriften GmbH — mit dem darauf bezogenen Schwerpunktthema. Ferner stand der internationale Kongress zum Wohnungswesen und Städtebau des Jahres 1985 (in Budapest) unter dem Motto „Verbesserung von Großwohnanlagen der Nachkriegszeit".

[25] Vgl. hierzu Bartholmai B.: Förderung des Wohnungs- und Städtebaus. A. a. O., S. 149ff.

[26] Vgl.: Probleme der Wohnungswirtschaft. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft. Bonn im März 1982. — Bericht der Bundesregierung über das Zusammenwirken finanzwirksamer, wohnungspolitischer Instrumente. Bundestags-Drucksache 9/1708, insbesondere S. 9. — Anmerkungen zum Subventionsbegriff im 10. Subventionsbericht der Bundesregierung. Bundestags-Drucksache 10/3821, Anlage 9, S. 298. — Stellungnahme der Bundesregierung zu den Strukturberichten 1983. Bundestags-Drucksache 10/1699.

[27] Vgl. Bartholmai B. (Bearb.): Die Bedeutung finanzwirksamer Instrumente für den Wohnungsneubau. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 8/1983.

[28] Vgl. Bartholmai B. (Bearb.): Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung: Steuerliche Verluste im Wohnungsbau nehmen rasch zu. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 21/1985.

[29] Geht man von 4% Zinsen aus, so ergibt die Summe der Barwertfaktoren über 30 Jahre den Wert von 17.94 = $\sum_{t}$ 0,96 exp (t-1).

[30] Vgl. Bericht der Bundesregierung über das Zusammenwirken finanzwirksamer, wohnungspolitischer Instrumente, a. a. O. und Bartholmai B. (Bearb.): Die Bedeutung finanzwirksamer Instrumente für den Wohnungsneubau. A. a. O.

Quellen

Bundesrepublik Deutschland: Wohnungszählung 1968; 1%-Wohnungsstichprobe 1978; Mikrozensus 1982; Bautätigkeitsstatistik; Wirtschaftsrechnungen — Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte; Wohngeld- und Mietenberichte der Bundesregierung.

DDR: Wohnungszählungen 1971 und 1981, laufende Berichterstattung über die Wohnungsbautätigkeit und die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte.

Methodische Hinweise

Beim Vergleich der Wohnungszählungsergebnisse für die DDR von 1971 und 1981 fällt auf, daß der Nettozugang nur 510 000 Wohnungen betrug, obwohl die Neubauleistung in dieser Zeit mehr als doppelt so hoch war. Ursache ist eine — offiziell nicht definierte — Änderung der statistischen Abgrenzung: 174 000 Wohnungseinheiten sind als Zusammenlegungen bzw. als aufgegebene Mansarden- oder Souterrainwohnungen im Jahre 1978 ausgebucht worden; weitere 244 000 Wohnungen wurden als der DDR-Bevölkerung nicht für Wohnzwecke zur Verfügung stehende Wohnungen (Umwidmungen bzw. von Ausländern belegter Wohnraum) bei der jüngsten Zählung ausgegliedert.

Zur Ermittlung des DDR-Wohnungsbauvolumens konnte auf Angaben über die Investitionen im Neubaubereich zurückgegriffen werden. Baureparaturen (in der DDR einschließlich Modernisierungen) sowie Aufschließungs- und Folgekosten mußten z. T. geschätzt werden; wesentliche Quelle war dabei der offizielle Index für Baureparaturen an Wohngebäuden. Die Aufschließungskosten waren für die DDR vergleichsweise höher anzusetzen, denn wegen der stark veralteten Versorgungsnetze sind häufig umfangreichere Neuverlegungen von Anschlußleitungen für neu errichtete Wohnkomplexe erforderlich. Auch die Architektenleistungen, die in der DDR nicht zur Bauleistung gerechnet werden, mußten schätzungsweise einbezogen werden.

Literaturhinweise

Bartholmai B., Casser E., Vesper D.: Analyse der Rahmenbedingungen für energiesparende Investitionen im Mietwohnbereich. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 90/1986.

Bartholmai B. (Bearb.): Zur Entwicklung der Mietbelastung privater Haushalte. In: Wochenbericht des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 4/1986.

Bartholmai B.: Förderung des Wohnungs- und Städtebaus, in Kapitel: Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen von Veränderungen der Struktur des öffentlichen Sektors — Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 81/1984, S. 144ff.

Melzer M. unter Mitarbeit von Steinbeck W.: Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten — ein Vergleich. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 74/1983.

Melzer M. unter Mitarbeit von Steinbeck W.: Probleme und bisherige Erfolge des Wohnungsbauprogramms — Nord- und Mittelregionen der DDR. Dieselben: Zwischenbilanz des Wohnungsbauprogramms — Ballungs- und Südwestregionen der DDR. In: Deutschland Archiv. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik, Berend von Nottbeck. Heft 1/1983, S. 76ff. sowie Heft 12/1983, S. 1289ff.

5. Öffentlicher Haushalt und soziale Sicherung

5.1. Staatshaushalt

Zusammenfassung

Die öffentlichen Finanzen spielen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR aufgrund des verschiedenen Stellenwerts staatlicher Aktivitäten eine unterschiedliche Rolle. In der Bundesrepublik wird staatliches Handeln nur bedingt als Voraussetzung und Komplement der wirtschaftlichen Entwicklung angesehen, in der DDR ist der Staatshaushalt ein wesentliches Steuerungsinstrument der staatlichen Wirtschaftsplanung.

Der Anteil der verschiedenen staatlichen Ebenen am öffentlichen Gesamthaushalt wird entscheidend vom Staatsaufbau bestimmt. Die föderative Staatsstruktur der Bundesrepublik findet ihren Niederschlag in der fast paritätischen Aufteilung der Einnahmen der Gebietskörperschaften auf den Bund einerseits und die Länder und Gemeinden andererseits. In der DDR dominiert demgegenüber der Haushalt der zentralen Staatsorgane. Weit geringer als in der Bundesrepublik ist in der DDR der Stellenwert der Sozialversicherung.

Gemessen am Bruttosozialprodukt liegt das Haushaltsvolumen in der DDR deutlich über dem in der Bundesrepublik. Dies ist ausschließlich auf Unterschiede in der Höhe der Transferausgaben zurückzuführen. Der Anteil der staatlichen Käufe von Gütern und Diensten am Bruttosozialprodukt unterscheidet sich in den beiden deutschen Staaten nicht wesentlich.

Ein Vergleich der Haushaltseinnahmen in der DDR mit denen in der Bundesrepublik ist nur nach dem sehr groben Klassifikationsschema „Steuern", „Sozialversicherungsbeiträge" und „sonstige Einnahmen" sinnvoll. In der DDR ist die Bedeutung der Steuern für die Haushaltsfinanzierung erheblich höher als in der Bundesrepublik; umgekehrt haben in der Bundesrepublik die Sozialversicherungsbeiträge ein sehr viel größeres Gewicht.

Eine Gegenüberstellung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach volkswirtschaftlichen Arten zeigt für die Bundesrepublik ein erheblich stärkeres Gewicht der Verbrauchsausgaben und der Transferzahlungen an private Haushalte, während in der DDR Transferzahlungen an Unternehmen von weitaus größerer Relevanz sind. Bei einer Aufschlüsselung nach Aufgabenbereichen ist der hohe Anteil der Ausgaben für den Bereich „Soziale Sicherung/Gesundheit" in der Bundesrepublik und für den Bereich „Wirtschaftsförderung" in der DDR bemerkenswert.

Inhalt Seite

5.1.1. Die Rolle des Staatshaushalts 548

5.1.2. Zur Abgrenzung des Staatssektors 548

5.1.3. Grundzüge der Finanzverfassung 549

5.1.4. Quantitative Aspekte der Staatstätigkeit 551

5.1.5. Einnahmen des Staatssektors 553

5.1.5.1. Steueraufkommen 553

5.1.5.1.1. Bundesrepublik Deutschland 553

5.1.5.1.2. DDR 553

5.1.5.2. Sozialbeiträge 555

Seite

5.1.5.3. Gebühren und sonstige Einnahmen 555

5.1.5.4. Nicht ausgewiesene Einnahmen im Staatshaushalt der DDR ... 556

5.1.5.5. Vergleich der Einnahmenseite 556

5.1.6. Aufgaben- und Ausgabenstruktur 557

5.1.6.1. Ausgaben nach volkswirtschaftlichen Arten 557

5.1.6.2. Ausgaben nach Aufgabenbereichen 559

5.1.7. Finanzpolitik als Bestandteil der Prozeßpolitik in der Bundesrepublik Deutschland 561

5.1.7.1. Finanzpolitik und wirtschaftliche Entwicklung in den siebziger Jahren 561

5.1.7.2. Zur Diskussion um die Staatsverschuldung 563

5.1.8. Zur Rolle und Bedeutung öffentlicher Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland 563

Fußnoten und methodische Hinweise zu 5.1. 564

5.1.1. Die Rolle des Staatshaushalts

Die Frage nach der Legitimation staatlicher Interventionen in den Wirtschaftsablauf hat in der Bundesrepublik Deutschland einen anderen Stellenwert als in der DDR. Hierzulande wird staatliches Handeln nur bedingt als Voraussetzung und Komplement der wirtschaftlichen Entwicklung angesehen. In den letzten Jahren wurde die These immer populärer, daß staatliche Aktivitäten die individuelle Dispositionsfreiheit einschränken und mehr als Hemmschuh denn als Stimulans für die wirtschaftliche Entwicklung wirken.

Staatliche Interventionen in der Bundesrepublik Deutschland erfolgen in abgestufter Form, einmal durch normative Regelungen individuellen Verhaltens (Gebote, Verbote), ferner durch Steuern/Transfers (Internalisierung externer Kosten bzw. Vorteile, Änderung der Verteilungsrelationen), drittens durch eine Funktionsteilung zwischen privater Produktion und öffentlicher Leistungsabgabe, viertens durch öffentliche Produktion und öffentliche Leistungsabgabe. Die Interventionen zielen auf die Allokation, Distribution und/oder Stabilisierung.

So erfüllen z. B. staatliche Infrastrukturinvestitionen eine Basisfunktion für die allgemeine ökonomische Entwicklung, indem sie einmal als Vorleistung die Kosten der privaten Produktion senken (z. B. Ausbildung, Grundlagenforschung, wirtschaftsnahe Infrastrukturen), zum anderen zur Wohlstandssteigerung beitragen, indem sie als Endprodukte nachgefragt werden. Daher besitzen Infrastrukturausgaben zugleich eine zentrale Stellung im Rahmen der Beschäftigungs- und Wachstumspolitik.

In der DDR besitzen staatliche Aktivitäten einen sehr viel höheren Stellenwert. Dort ist der Staatshaushalt im Rahmen des Finanzsystems das für die Planung und Lenkung der Volkswirtschaft wichtigste Steuerungsinstrument. Im Vordergrund steht seine Verteilungsfunktion, die entsprechend der in der DDR gebräuchlichen Definition auch die Allokationsfunktion und damit die Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen beinhaltet. Ausgehend von der Primärverteilung des Nationaleinkommens soll mit Hilfe des Staatshaushalts die Umverteilung in die vom Volkswirtschaftsplan angestrebten Verwendungsproportionen gewährleistet werden. Die Verteilungsfunktion umfaßt somit nicht nur die personelle Einkommensumverteilung, sondern auch die Umverteilung von Ressourcen zwischen den volkswirtschaftlichen Sektoren und zwischen den Regionen. Der Haushalt soll aber auch eine Stimulierungsfunktion wahrnehmen, indem durch die Gestaltung des Steuer- und Abgabensystems als „ökonomische Hebel" die Effizienz der Volkswirtschaft erhöht werden soll. Schließlich ermöglicht die vom Ministerium für Finanzen bei der Durchführung und Abrechnung des Staatshaushalts ausgeübte Finanzkontrolle noch eine Kontrolle über die Einhaltung der im Volkswirtschaftsplan vorgegebenen Aufgaben insgesamt, so daß dem Haushalt auch eine Kontrollfunktion zufällt.

5.1.2. Zur Abgrenzung des Staatssektors

Der numerische Ausweis der Staatstätigkeit im Wirtschaftskreislauf hängt entscheidend von der Abgrenzung des Staatssektors ab. Eine zwingende sachgerechte Abgrenzung gibt es nicht.

Nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes umfaßt der Sektor Staat die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sowie folgende Parafisci:

- Träger der Sozialversicherung: Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für Arbeiter und Angestellte der öffentlichen Hand, Altershilfe für Landwirte, gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung (einschließlich Ersatzkassen), fiktiver Pensionsfonds für Beamte.
- Kreditfonds (ERP-Sondervermögen des Bundes) oder öffentlich finanzierte Sonderfonds (Lastenausgleichsfonds).
- Zweckverbände und Organisationen ohne Erwerbscharakter, deren Mittel vornehmlich aus öffentlichen Abgaben stammen und die Aufgaben von Hoheits- und Kämmereiverwaltungen erfüllen.

Nicht zum Sektor Staat zählen hingegen die im Eigentum von Bund, Ländern, Gemeinden und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen. Das sind Betriebe und Einrichtungen, die nach dem Eigenbetriebsrecht — Eigenbetriebe sind Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit — oder als Sondervermögen mit unternehmerischer Aufgabenstellung und eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung arbeiten, sowie um Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts, letztere in Form von Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Danach sind staatliche Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen ebenso öffentliche Unternehmen wie Bundesbahn und Bundespost, Sparkassen und öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Versorgungs- und Verkehrsunternehmen, öffentliche (gemeinnützige) Wohnungsunternehmen oder industrielle Unternehmen, die sich vollständig oder mehrheitlich im staatlichen Eigentum befinden. Weitere Beispiele sind Domänen und Forstbetriebe, Druckereien und Münzen, Lotteriebetriebe, Stadt- und Messehallen oder Kur- und Badebetriebe. Nicht zu den öffentlichen Unternehmen im Sinne der Statistik zählen die Regiebetriebe, die nach dem Bruttoprinzip veranschlagen, d. h. deren Etat in vollem Umfang im Trägerhaushalt enthalten ist (z. B. Schlacht- und Viehhöfe).

In der finanzwissenschaftlichen Literatur der DDR wird der Staatshaushalt definiert als die „Gesamtheit der unmittelbar bei den Organen der Staatsmacht zentralisierten Geldfonds", dessen spezifisches Merkmal darin gesehen wird, daß Einnahmen und Ausgaben endgültiger und nicht äquivalenter Natur sind, d. h. weder mit einer Rückzahlungspflicht noch mit einer direkten gleichwertigen Gegenleistung verbunden sind[1]. Eine Finanzierung des Haushalts über Staatsanleihen und die Gewährung von Darlehen aus Haushaltsmitteln sind gemäß dieser definitorischen Festlegung wegen der hiermit verbundenen Rückzahlungsverpflichtungen ebenso systemfremd wie die Anwendung des Äquivalenzprinzips bei Entgelten für die Leistungen von Haushaltsorganisationen. Der Staatshaushalt ist nicht identisch mit den „Einnahmen und Ausgaben des Staates", die zwar ebenfalls im Haushaltsplan erscheinen, zu denen jedoch auch Fonds der volkseigenen Betriebe und Kombinate gehören, die diese aus Teilen ihres Gewinnes bilden und zweckgebunden für Investitionen, Prämien oder andere Maßnahmen einsetzen. Ebenso wie der Volkswirtschaftsplan wird der Staatshaushalt von der Volkskammer in Form eines Gesetzes verabschiedet. Die institutionelle Abgrenzung des Staatssektors in der DDR, wie sie aus dem Geltungsbereich des Staatshaushalts abgeleitet werden kann, entspricht formal derjenigen in der Bundesrepublik Deutschland, d. h. sie umfaßt die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung, nicht jedoch die staatlichen Unternehmen. Die dem Staatssektor zuzurechnenden staatlichen Organe und Einrichtungen werden als Haushaltsorganisationen bezeichnet. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß ihre Einnahmen und Ausgaben nach dem Bruttoprinzip geplant werden und daß sie grundsätzlich nicht nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten.

5.1.3. Grundzüge der Finanzverfassung

Die Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland ist kein geschlossen kodifiziertes System. Vielmehr sind die verschiedenen finanz- und steuerrechtlichen Regelungen in einer Vielzahl von Einzelgesetzen verankert. Als Teil der staatlichen Gesamtordnung orientiert sich auch die Finanzverfassung am föderativen Staatsaufbau. Von zentraler Bedeutung sind die Regelungen der Aufgabenteilung zwischen den einzelnen Haushaltsebenen, der Kompetenzen in der Steuergesetzgebungs- und Steuerertragshoheit sowie des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Diese Regelungen sind mehrmals modifiziert worden; das heute bestehende Geflecht der innerstaatlichen Finanzbeziehungen kann als „kooperativer Föderalismus" bezeichnet werden. Allerdings ist das bestehende Ausgleichssystem gerade in den letzten Jahren, als die gesamtwirtschaftlichen Probleme deutlicher geworden sind, an Grenzen gestoßen: Regionale „Sonderlasten", die zugleich von gesamtstaatlicher Bedeutung sind (z. B. Kohle-, Stahl- und Werftenkrise), können im Rahmen des Länderfinanzausgleichs nicht wirksam ausgeglichen werden.

Grundsätzlich sind Bund und Länder in ihrer Haushaltsführung selbständig und unabhängig; der Status der Gemeinden wird durch das in § 28 Abs. 2 GG verankerte Selbstverwaltungsrecht geprägt. Das Steueraufkommen wird auf die einzelnen Haushaltsebenen verteilt: Neben den Steuerarten, die ausschließlich einer der verschiedenen Haushaltsebenen zustehen (Trennsystem), gibt es die sog. Gemeinschaftssteuern (Verbundsystem), an deren Aufkommen Bund, Länder und auch Gemeinden beteiligt sind. Diese Steuerarten erbringen rund 70 vH der gesamten Steuereinnahmen; es handelt sich dabei in erster Linie um die Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuern.

Die Verteilung der Ausgaben erfolgt gemäß dem sog. Lastenverteilungsgrundsatz (Art. 104 a Abs. 1 GG), d. h. grundsätzlich besteht eine Deckungsgleichheit von Aufgaben- und Ausgabenträgern. Ausnahmen hiervon sind die Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a (Hochschulbau, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes)

und Art. 91b GG (Bildungsplanung, Forschungsförderung), ferner die Finanzhilfen des Bundes nach Art. 104a Abs. 4 GG (Städtebauförderung, Krankenhausfinanzierung, Gemeindeverkehrsfinanzierung, sozialer Wohnungsbau, Studentenwohnraumförderung) sowie Bundesgesetze, die Geldleistungen gewähren (Wohngeld, Wohnungsbauprämien). All diese Ausgaben werden vom Bund mitfinanziert (Mischfinanzierung). Daneben gibt es Aufgaben, die die Länder im Auftrag des Bundes übernehmen, z. B. Bundesfernstraßenbau, Finanzverwaltung.

Der Finanzausgleich ist ein zentrales Instrument des Interessenausgleichs im Föderalismus. Einmal soll die Finanzkraft der einzelnen Länder „angemessen" ausgeglichen werden, um die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu wahren, zugleich soll aber der Eigenverantwortlichkeit der leistungsschwachen Länder genügend Spielraum gelassen werden. Zum anderen soll im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs die Finanzkraft der Gemeinden insgesamt erhöht und die Unterschiede zwischen den Gemeinden verringert werden (vertikaler Ausgleich mit horizontalem Effekt).

Der Länderfinanzausgleich erfolgt auf vier Stufen: Im ersten Schritt wird das für die Steuerverteilung grundlegende Prinzip des örtlichen Aufkommens von Lohn- und Körperschaftsteuer unterbrochen: Die Lohnsteuer wird in jenes Bundesland abgeführt, in dem der Arbeitnehmer seinen Wohnsitz hat, und die Körperschaftsteuer von Unternehmen mit mehreren Niederlassungen wird auf die Länder aufgeteilt, in denen die Niederlassungen angesiedelt sind. Auf der zweiten Stufe werden 75 vH des Umsatzsteueranteils der Länder nach der Einwohnerzahl — und nicht nach dem Prinzip des örtlichen Aufkommens, also entsprechend der Wirtschaftskraft der jeweiligen Region — verteilt. Bis zu 25 vH werden vorab den finanzschwachen Ländern zugewiesen, damit sie zumindest 92 vH der durchschnittlichen Steuerkraft der Länder erreichen. Auf der dritten Stufe erbringen finanzstarke Länder sog. Ausgleichsleistungen. Diese Leistungen werden anhand von Meßzahlen ermittelt (Steuerkraft einerseits, Ausgleichsbedarf andererseits), wobei der Bundesdurchschnitt als Bezugsgröße dient und über eine Wertung der Einwohnerzahlen („Veredelung") Sonderbelastungen berücksichtigt werden. Damit soll die Steuerkraft der finanzschwachen Länder auf mindestens 95 vH des Bundesdurchschnitts angehoben werden. Die Ergänzungszuweisungen des Bundes als vierte Stufe stellen eine subsidiäre Ausgleichsform dar. Mit ihnen werden die verbleibenden Finanzkraftunterschiede weiter abgebaut, wobei über die Verteilung — gegenwärtig 1,5 vH des Umsatzsteueraufkommens — der Bund befindet. Insgesamt sind 1984 auf den vier Ausgleichsstufen knapp 10 Mrd. DM umverteilt worden, davon 3,5 Mrd. DM infolge der Lohn- und Körperschaftsteuerzerlegung, 2,3 Mrd. DM an Ausgleichsleistungen und 1,7 Mrd. DM als Ergänzungszuweisungen des Bundes.

Der kommunale Finanzausgleich erfolgt einmal über die Verteilungsmodalitäten des Einkommensteueranteils der Gemeinden, zum anderen über das System der Zuweisungen von den Ländern. Die Verteilung des Einkommensteueranteils setzt nicht an der Einwohnerzahl, sondern an der Zahl der Steuerpflichtigen und ihrer Steuerkraft an; eine gewisse Glättung wird erzielt, indem für die Ermittlung des Verteilungsschlüssels die Einkommensteuerleistungen nicht in voller Höhe, sondern nur bis zu einer bestimmten Höchstgrenze herangezogen werden. Die Zuweisungen der Länder an die Gemeinden — finanziert aus der Steuerverbundmasse (Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern und den Landessteuern) — erfüllen unterschiedliche Funktionen: Über die allgemeinen Finanzzuweisungen können die Gemeinden frei disponieren; diese Zuweisungen sollen die interkommunalen Steuerkraftunterschiede mildern. Rund vier Fünftel davon sind sog. Schlüsselzuweisungen, die anhand der Steuerkraft und des Finanzbedarfs — ähnlich dem Länderausgleich — errechnet werden. Bei den zweckgebundenen Zuweisungen werden zweckbezogene Verteilungsmaßstäbe angelegt.

Der Aufbau des Staatshaushalts in der DDR entspricht der zentralistischen Struktur der staatlichen Leitung. Er ist ein Gesamthaushalt, in dem neben dem zentralen Haushalt auch die Budgets der nachgeordneten Gebietskörperschaften integriert sind. Die Haushalte aller staatlichen Ebenen sind nach dem Schachtelprinzip miteinander verbunden, d. h. die Haushalte der Stadtbezirke, Städte und Gemeinden sind Bestandteil der Haushalte der jeweiligen Stadt- und Landkreise als der nächst höheren staatlichen Leitungsebene, diese wiederum sind in den Haushalten der Bezirke enthalten. Da der zentrale Haushalt neben den Haushalten der zentralen Staatsorgane überdies noch das Sozialversicherungsbudget umfaßt, ist der Staatshaushalt der DDR in dieser Abgrenzung vergleichbar mit dem konsolidierten Haushalt von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung in der Bundesrepublik.

Der Aktionsspielraum für die unteren staatlichen Ebenen ist außerordentlich begrenzt. Zwar verfügen die örtlichen Haushalte auch über verschiedene eigene Einnahmen (Steuern, Abgaben der ihnen unterstellten Staatsbetriebe, Gebühren und Beiträge), jedoch werden diese Finanzierungsquellen auf der Basis zentraler staatlicher Festlegungen ausgeschöpft. Ansonsten sind die nachgeordneten Gebietskörperschaften zur Erfüllung der für sie in den Volkswirtschaftsplänen vorgesehenen Aufgaben auf Finanzzuweisungen des Zentralstaates angewiesen, die seit 1965 als Anteile an den Gesamteinnahmen des Staates bezeichnet werden. Von einem Finanzausgleich nach westlichen Vorstellungen kann wegen des Einheitshaushalts nur sehr bedingt die Rede sein.

Ein Vergleich der Verteilung der Einnahmen in den Staatshaushaltsplänen der DDR auf die verschiedenen staatlichen Ebenen (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) mit den Anteilen der einzelnen Körperschaftsgruppen an den Gesamteinnahmen des Staates in der Bundesrepublik Deutschland ist nur mit großen Vorbehalten möglich. Trotz aller methodischen Probleme vermittelt er aber Aufschlüsse über Unterschiede in der Struktur des staatlichen Sektors in beiden deutschen Staaten.

Übersicht 5.1.-1

Verteilung der Einnahmen des Staates nach Ebenen 1983

Bundesrepublik Deutschland (ohne Übertragungen innerhalb des Staates)			DDR (ohne Übertragungen an die Sozialversicherung, Planzahlen)		
	Mrd. DM	in vH		Mrd. M	in vH
Bund	247,1	32,0	Zentrale Staatsorgane	136,6	72,0
Länder	175,1	22,7	Bezirke und nachgeordnete Gebietskörperschaften	37,2	19,6
Gemeinden	72,7	9,4			
Länder und Gemeinden	247,8	32,1			
Sozialversicherung	277,0	35,9	Sozialversicherung	15,9	8,4
Insgesamt	771,9	100,0	Insgesamt	189,7	100,0

Die Dominanz des Haushalts der zentralen Staatsorgane weist auf den zentralistischen Aufbau des Staates in der DDR hin. Überdies liegt die Entscheidungsgewalt über die Einnahmen der nachgeordneten Gebietskörperschaften ebenfalls weitgehend bei den zentralen Staatsorganen. Demgegenüber findet die föderative Staatsstruktur in der Bundesrepublik ihren Niederschlag in der fast paritätischen Aufteilung der Einnahmen der Gebietskörperschaften auf den Bund einerseits und die Länder und Gemeinden andererseits. Weit geringer als in der Bundesrepublik ist in der DDR das Gewicht der Einnahmen der Sozialversicherung an den Gesamteinnahmen des Staates. Hier muß allerdings berücksichtigt werden, daß fast die Hälfte der Ausgaben der Sozialversicherungen in der DDR mit Hilfe von Haushaltszuschüssen finanziert wird, während in der Bundesrepublik nur etwa ein Achtel der Sozialversicherungsausgaben durch Bundeszuschüsse gedeckt wird. Zudem hat ein Teil des bundesdeutschen Sozialversicherungssystems, nämlich die Arbeitslosenversicherung, in der DDR kein Gegenstück.

Betrachtet man die Entwicklung der verschiedenen Haushaltsebenen seit Beginn der siebziger Jahre, so läßt sich feststellen, daß sich in der Bundesrepublik die Haushaltsvolumina bei Bund, Ländern und Gemeinden weitgehend parallel entwickelt haben. Merklich höher waren die Einnahmen- und Ausgabensteigerungen bei den Sozialversicherungsträgern; ihr Gewicht an den Staatsausgaben ist von 28 auf 33 vH gestiegen. In der DDR war von 1970 bis 1977 tendenziell eine Zunahme der relativen Bedeutung der Bezirke zu verzeichnen, während sich seit 1978 der entgegengesetzte Trend zeigt. Demgegenüber ist der Stellenwert der Sozialversicherung für den Gesamthaushalt nahezu kontinuierlich zurückgegangen. Der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge an den gesamten Einnahmen des Staatshaushalts lag im Haushaltsplan 1985 nur noch bei 7 vH gegenüber 13 vH 1970, bei den Ausgaben reduzierte sich der Anteil der Sozialversicherungsträger von 21 auf 14 vH.

5.1.4. Quantitative Aspekte der Staatstätigkeit

Anknüpfend an die Kategorien der gesamtwirtschaftlichen Kreislaufanalyse ist zwischen drei Komponenten der in monetären Größen ausgedrückten Staatsaktivitäten zu unterscheiden:

Wertschöpfung des Staates: Sie bringt zum Ausdruck, in welchem Umfang der Staat primäre Produktionsfaktoren einsetzt. Neben dem Kapitalverzehr (Abschreibungen) werden nur die Lohnkosten in Rechnung gestellt; die Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden im Unternehmensbereich verbucht.

Käufe des Staates von Gütern und Diensten: Unter Einschluß der Wertschöpfung ergibt sich der Gesamtumfang der Ressourcen, die der Staat unmittelbar beansprucht (Staatsverbrauch und Investitionen). Der Staatsverbrauch ist eine saldierte Größe; abgesetzt sind die „Verkäufe des Staates" (spezielle Entgelte), so daß der Aufwand für Personal und laufende Käufe höher ist, als dies im Staatsverbrauch zum Ausdruck kommt.

Transferzahlungen: Mit den Transfers an Unternehmen, private Haushalte und Ausland bewirkt der Staat eine Umverteilung der Erwerbseinkommen; das Sozialprodukt wird nicht unmittelbar beansprucht. Auf der Einnahmenseite ist im Denkmodell der Kreislaufanalyse die Gliederung in Steuern und Sozialbeträge wesentlich.

Die Verbuchung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) orientiert sich an den Haushaltsrechnungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. In der Bundesrepublik Deutschland wird die Umgruppierung und Ergänzung der Einnahmen und Ausgaben des Staates für die Zwecke der VGR vom Statistischen Bundesamt vorgenommen. Für die DDR mußte versucht werden, diesen Rechengang selbst zu vollziehen.

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Anteil der staatlichen Käufe von Gütern und Diensten am

Bruttosozialprodukt von 1970 bis 1984 per Saldo von knapp 22 vH auf fast 25 vH gestiegen. Diese Entwicklung hat sich aber nicht stetig vollzogen. In der Unterteilung nach Gebietskörperschaften und Sozialversicherung wird deutlich, daß die Ausdehnung der staatlichen Käufe überwiegend auf das Konto der Sozialversicherungsträger ging. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften für die Käufe von Gütern und Diensten (einschl. der Personalausgaben) haben per Saldo nur um einen vH-Punkt zugenommen (1984: 18,3 vH). In der Unterteilung nach Verbrauchsausgaben und Investitionen wird deutlich, daß die Expansion zu Lasten der Investitionen ging; der Anteil der staatlichen Bruttoinvestitionen am Bruttosozialprodukt ist von 1970 bis 1983 um zwei vH-Punkte auf 2,6 vH gesunken.

Die Expansion der staatlichen Transferausgaben vollzog sich von 1970 bis 1974 relativ stetig, von knapp 18 vH auf über 20 vH BSP. Der Sprung auf fast 24 vH im Jahre 1975 hing mit der Umstellung der Kindergeldregelung als Teil der damaligen Steuerreform zusammen, war aber auch Folge der hohen Arbeitslosigkeit. Seitdem ist die Transferquote geringfügig gesunken.

Bis zu Beginn der 70er Jahre konnten die Staatsausgaben weitgehend aus dem Steuer- und Beitragsaufkommen (einschl. Gebühren u. ä.) finanziert werden. Mit der Steuerreform 1975 und des im Vergleich zu früheren Jahren schwächeren Wirtschaftswachstums änderte sich die Situation grundlegend. Die staatliche Verschuldung nahm rapide zu, von 165 Mrd. DM im Jahre 1973 auf 460 Mrd. DM im Jahre 1980 und auf 710 Mrd. DM im Jahre 1984. Die Folge waren u. a. sich kumulierende Zinszahlungen. Mehraufwendungen ergaben sich zudem durch das hohe Zinsniveau Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre: Die Zinslastquote, d. h. die Zinsausgaben im Verhältnis zu den gesamten Staatsausgaben, verdoppelte sich und erreichte 1983 knapp 6 vH; ihr Anteil am Bruttosozialprodukt betrug immerhin 3 vH.

Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote hat sich im Beobachtungszeitraum kaum verändert, sie schwankte um den Wert von 25 vH. Aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch als Folge der akzelerierenden Inflation sowie der Erhöhung der Verbrauchsteuersätze, stieg bis 1974 die Quote auf knapp 26 vH. Die nachfolgende Rezession und die Einkommensteuerreform 1975 führten dazu, daß die Steuerquote 1975 etwas sank. Nach 1977 versuchte die Finanzpolitik mittels in rascher Folge vorgenommener Steuerentlastungen, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stimulieren. Die Ausfälle bei den direkten Steuern wurden teilweise kompensiert durch mehrmalige Erhöhungen der Umsatzsteuersätze, zuletzt auf 14 vH.

Der Anteil der Sozialbeiträge am Bruttosozialprodukt — Beiträge zur gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung — hat sich von reichlich 12 vH auf über 17 vH erhöht. Auch hier haben sich die bedeutsamen Veränderungen bis zur Mitte der 70er Jahre vollzogen. Seit 1981 hat sich ihr Anteil kaum mehr verändert.

Das Volumen des Staatshaushalts der DDR hat sich von 1970 bis 1984 mehr als verdreifacht, seine Expansion ging damit weit über den in den offiziellen Statistiken ausgewiesenen Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens von ca. 90 vH in derselben Periode hinaus. Mit Ausnahme der Jahre 1976 und 1981 übertrafen die Steigerungsraten bei den Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts immer das gesamtwirtschaftliche Wachstum.

Diese überproportionale Ausdehnung des Staatsbudgets deutet zwar auf seine gewachsene Bedeutung im Verteilungsprozeß hin, jedoch muß einschränkend darauf hingewiesen werden, daß die Gegenüberstellung von produziertem Nationaleinkommen und Haushaltsvolumen nur eine begrenzte Aussagefähigkeit hat.

Bei der Berechnung des Nationaleinkommens in der DDR bleibt ein großer Teil der Dienstleistungen außer Betracht, so daß ein wesentliches Element der gesamten wirtschaftlichen Aktivitäten in dieser Kennziffer keinen Niederschlag findet; demgegenüber ist der Dienstleistungssektor in den Einnahmen- und Ausgabenmechanismus des Staatshaushalts integriert. Weiterhin wird das Nationaleinkommen in „vergleichbaren Preisen" (Preisbasis derzeit 1980) publiziert, während für die Haushaltsdaten die jeweiligen Preise gelten.

Schließlich wird der Umfang des DDR-Haushalts durch Verrechnungen zwischen den Teilhaushalten (vor allem zwischen dem Haushalt der zentralen Staatsorgane und dem Haushalt der Sozialversicherung), durch die Anwendung des Bruttoprinzips bei der Finanzierung der staatlichen Haushaltsorganisationen und durch gegenläufige Zahlungsströme in den Finanzbeziehungen zwischen Staatshaushalt und volkseigener Wirtschaft aufgebläht.

Um den Staatsquoten in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Bundesrepublik vergleichbare Kennziffern für die DDR zu ermitteln, muß zunächst im Staatshaushalt der DDR das Haushaltsvolumen von den Auswirkungen der Anwendung des Bruttoprinzips bereinigt werden. Weiterhin ist es notwendig, das Bruttosozialprodukt nach westlichem Konzept zu verwenden. Da die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR lediglich in konstanten Preisen vorliegt, ist eine Beschränkung auf das Jahr 1980 unumgänglich.

Legt man die bereinigten Ausgaben des Staatshaushalts einschließlich des Sozialversicherungshaushalts zugrunde, so ergibt sich für die DDR ein Anteil von 64 vH am Bruttosozialprodukt. Beschränkt man sich auf die Ausgaben der Gebietskörperschaften, gelangt man zu einer Relation von 58 vH.

Die Summe aller Transferzahlungen an Unternehmen und Haushalte einschließlich der geschätzten Investitionszuschüsse an die volkseigene Wirtschaft und der geschätzten Zahlungen an den Unternehmensbereich in den nicht ausgewiesenen Ausgaben hatte 1980 eine Höhe von 94 Mrd. Mark, die Transfer- oder Umverteilungsquote lag somit bei 40 vH. Zins- und Tilgungszahlungen waren in einer Höhe von

2 Mrd. Mark oder knapp 1 vH des BSP ausgewiesen. Für die Inanspruchnahme von Gütern und Dienstleistungen durch den Staat verbleibt ein Betrag von 54 Mrd. Mark oder 23 vH des BSP. Hierin sind 7 Mrd. Mark enthalten, über deren Verwendung weder der Haushaltsplan noch die Haushaltsrechnung Aussagen treffen. Ohne diese Restgröße der Staatsausgaben belaufen sich die staatlichen Käufe von Gütern und Diensten auf 47 Mrd. Mark oder 20 vH des BSP.

Wichtigste Finanzierungsquelle des Staatshaushalts der DDR sind die Steuern[2], über die 1980 dem Fiskus Einnahmen in einer Summe von fast 119 Mrd. Mark zuflossen. Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote lag damit bei etwas über 50 vH. Der Anteil der Sozialbeiträge am Bruttosozialprodukt machte 6 bis 7 vH aus.

Die nachfolgende Übersicht faßt die unterschiedliche quantitative Bedeutung der Staatstätigkeit in der Bundesrepublik und der DDR zusammen (Anteile am Bruttosozialprodukt in vH):

	Bundesrepublik			DDR
	1971	1980	1984	1980
Staatliche Käufe	23	26	25	20
Transferausgaben	18	23	24	40
Zinsausgaben	1	2	3	1
Nicht zuzuordnende Ausgaben	—	—	—	3
Steuern	24	26	25	50
Sozialbeiträge	13	17	17	6

5.1.5. Einnahmen des Staatssektors

5.1.5.1. Steueraufkommen

5.1.5.1.1. Bundesrepublik Deutschland

Das Steuersystem der Bundesrepublik umfaßt rund 40 Einzelsteuern mit sehr unterschiedlicher Dynamik und variierender Aufkommenshöhe. Das gesamte Steueraufkommen erreichte 1984 rund 440 Mrd. DM (in Abgrenzung der VGR) bzw. 415 Mrd. DM, wenn man das kassenmäßige Steueraufkommen zugrunde legt. Die höhere Summe in der VGR ergibt sich im wesentlichen aus der Bruttostellung bestimmter Steuervergünstigungen (z. B. Investitionszulagen, einbehaltene Umsatzsteuern) und der Einbeziehung von steuerähnlichen Abgaben (z. B. Kohlepfennig). Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote hat sich seit 1970 kaum verändert, in der Struktur des Steueraufkommens sind jedoch zum Teil erhebliche Verschiebungen erkennbar.

Das Hauptgewicht kommt den Steuern auf Einkommen und Vermögen zu. Allein wegen der stark überproportional expandierenden Lohnsteuer ist der Anteil der Steuern auf Einkommen und Vermögen am gesamten Steueraufkommen von 51 auf über 56 vH gestiegen. Die Lohnsteuer ist die aufkommenstärkste Einnahmequelle des Staates (1984: 136 Mrd. DM), ihr Anteil hat sich um 10 vH-Punkte auf ein Drittel erhöht. Hieran haben auch die verschiedenen Steuersenkungen seit Mitte der siebziger Jahre nichts geändert. Bei letztlich nur wenig veränderten Steuertarifen und Frei- bzw. Höchstbeträgen gerieten mit steigendem Nominaleinkommen immer mehr Steuerpflichtige aus dem Bereich der Proportionalbesteuerung in die Progressivbesteuerung. Ein völlig anderes Bild ergibt sich bei der veranlagten Einkommensteuer, deren Anteil am Steueraufkommen von über 10 auf 7 vH gesunken ist. Hier spielte der Progressionseffekt eine geringe Rolle, weil viele Einkommensbezieher bereits mit dem Spitzensteuersatz besteuert werden. Zudem haben Einkommensteuerpflichtige einen wesentlich größeren Gestaltungsspielraum bei der Festlegung des zu versteuernden Einkommens. Auch schmälern die Steuerausfälle der Haus- und Wohnungseigentümer nach den §§ 7b bzw. 7 Abs. 5 EStG das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer erheblich.

Der Anteil der Körperschaftsteuer ist per saldo nahezu gleich geblieben (6 vH); auch bezogen auf das steuerpflichtige Gewinneinkommen hat sich die Steuerquote kaum geändert. Vom Tarif her ist die Körperschaftsteuer als Proportionalsteuer konzipiert.

Die Steuern vom Umsatz gehören aufgrund der Bemessungsgrundlagen und des Tarifs zu den Steuern, die langfristig weitgehend an die Entwicklung des Sozialprodukts gekoppelt sind. Zu Abweichungen von diesem Trend kommt es — neben den Steuerrechtsänderungen — immer dann, wenn starke Strukturveränderungen in der Entwicklung des Sozialprodukts eintreten, wie z. B. im jüngsten Aufschwung, der bisher von den umsatzsteuerfreien Exporten und Investitionen getragen wurde. Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich ihr Anteil am gesamten Aufkommen um 5 vH-Punkte auf 27 vH erhöht, weil mehrmals die Steuersätze angehoben worden sind. Hingegen hat die Bedeutung der speziellen Verbrauchsteuern merklich abgenommen, obwohl die Steuersätze für die Tabak- und Mineralölsteuer sowie die Branntweinabgaben erhöht worden sind: Ihr Aufkommen der Verbrauchsteuern bemißt sich überwiegend an Mengen, so daß die Preissteigerung keine Auswirkungen auf die Einnahmen haben.

Fazit: Die dynamische Lohnsteuer hat trotz verschiedener Tarifkorrekturen die regressiven Einflüsse der Verbrauchsteuern überkompensiert. Die gewinn- und vermögensbezogenen Steuern haben — ebenso wie die speziellen Verbrauchsteuern — die gesamte Aufkommenselastizität geschmälert.

5.1.5.1.2. DDR

Bei den Einnahmen des Staatshaushalts wird in der DDR zwischen Abführungen der volkseigenen Wirtschaft und Steuern unterschieden. Dieser Einteilung liegt die Vorstellung zugrunde, daß nur solche Abgaben an den Staatshaushalt als Steuern zu bezeichnen sind, bei denen ein Eigentumswechsel vorliegt, so daß nur die Abführungen der genossenschaftlichen und privaten Wirtschaft und der Bevölkerung unter diesen

Begriff fallen. Zahlungen der staatlichen Wirtschaft an das Budget werden demgegenüber als Entnahmen aus dem eigenen Einkommen des Staates angesehen. Die Zugehörigkeit zum staatlichen bzw. zum nichtstaatlichen Bereich ist somit das dominierende Zuordnungskriterium bei der Unterscheidung der Haushaltseinnahmen.

Unter den gesamten Einnahmen des Staatshaushalts fällt den Abführungen der volkseigenen Wirtschaft die dominierende Position zu. Die Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft (ohne Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft) machen in den Haushaltsplänen inzwischen rund drei Viertel der Gesamteinnahmen aus. 1970 waren es 55 vH, 1980 waren es 72 vH.

Die Besteuerung der Betriebe und Kombinate bestand bis 1983 in einem sogenannten „Drei-Kanäle-System". Die „drei Kanäle" waren die Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe, die produktgebundenen Abgaben und die Nettogewinnabführungen. Seit 1984 wird in Gestalt des Beitrags für gesellschaftliche Fonds eine vierte große Abgabe erhoben. Diese vier Abgabearten sind die größten Einzelpositionen der Einnahmenseite des Budgets, ihr Anteil an den Gesamteinnahmen lag 1984 bei knapp zwei Drittel.

Die von den volkseigenen Betrieben in Industrie, Bauwirtschaft und Handel zu entrichtende Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe (PFA/HFA)[3] ist ihrem Charakter nach eine aus dem Gewinn zu zahlende Kapitalsteuer. In der bis einschließlich 1985 rechtskräftigen Ausgestaltung der PFA beträgt die jährliche normative Abgabenrate 6 vH des Bruttoanlage- und des Umlaufvermögens. Ab 1986 wird nicht mehr der Bruttowert, sondern der Nettowert (Bruttowert minus Abschreibungen) zugrunde gelegt, wodurch ältere Anlagen vergleichsweise niedriger belastet werden.

Die HFA wird mit einem Satz von 6 vH für die Grundmittel und 3 vH für die Umlaufmittel erhoben. Für den Produktionsmittelhandel beträgt der Abgabesatz einheitlich 3 vH, für das Hotel- und Gaststättengewerbe einheitlich 1 vH auf Grund- und Umlaufmittel.

Die PFA/HFA stellt unter allen Abführungen der volkseigenen Wirtschaft die stabilste Einnahmequelle für den Staatshaushalt dar. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen blieb seit 1971 nahezu unverändert. 1984 lag er bei 12 vH.

Mit den produktgebundenen Abgaben werden die meisten industriellen Konsumgüter sowie Genußmittel und Dienstleistungen belegt. Bei den entsprechenden Erzeugnissen tritt sie als Differenz zwischen den Betriebspreisen (Selbstkosten plus kalkulierter Gewinn) und den Industrieabgabepreisen (Abnahmepreis für den Groß- und Einzelhandel und alle Direktbezieher) in Erscheinung. Die Abgabesätze werden für die einzelnen Produkte und Produktgruppen jeweils gesondert festgelegt, die Höhe dieser Sätze wird jedoch nicht publiziert. Die Abgabe wird auch bei importierten Waren erhoben. Bevorzugte Objekte der Besteuerung sind langlebige technische Konsumgüter, hochwertige Bekleidung und Lederwaren, Spirituosen, Wein und Sekt, Kaffee und Tabakwaren.

Die produktgebundenen Abgaben können nicht mit westlichen Verbrauch- und Umsatzsteuern gleichgesetzt werden, da im Unterschied zu marktwirtschaftlichen Systemen auf Grund der staatlichen Festlegung der Preise von einer Steuerüberwälzung im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden kann. Die Verzahnung der produktgebundenen Abgaben mit den übrigen Elementen des Abgaben- und Finanzierungssystems ist zudem dermaßen eng, daß Veränderungen des Aufkommens aus dieser Steuer keine Rückschlüsse auf entsprechende Verschiebungen in der Belastung der Verbraucher zulassen. So zeigt sich z. B. 1981 und 1984, daß offen ausgewiesene Subventionen und Steuerentlastungen alternativ dazu genutzt wurden, Auswirkungen der Industriepreiserhöhungen auf die Verbraucherpreise zu verhindern. 1981 wurden die direkten Ausgleichzahlungen vermindert, gleichzeitig sanken die produktgebundenen Abgaben. Das umgekehrte Bild bietet sich 1984.

Der Anteil der produktgebundenen Abgaben schwankt seit 1970 zwischen 20 vH (1983) und fast 30 vH (1976) und erreichte 1984 rund 24 vH.

Die dritte zentrale Abgabe der volkseigenen Wirtschaft ist die Nettogewinnabführung (NGA), die im Rahmen des Jahresplans für jedes Kombinat und jeden Betrieb gesondert in Form eines absoluten Betrags festgelegt wird. Wird der geplante Nettogewinn überboten, so verbleibt ein im Plan festgelegter Anteil bei den Betrieben, während der Rest (bis 31. 12. 1983 waren mindestens 50 vH festgelegt) an den Staatshaushalt abzuführen ist. Erreichen die tatsächlichen Gewinne nicht das geplante Niveau, sind seit 1982 die festgelegten Nettogewinnabführungen dennoch in voller Höhe zu zahlen. Der Mindergewinn verringert ausschließlich die Zuführungen zu den Fonds der Betriebe und Kombinate. Unter Umständen müssen der gesamte erwirtschaftete Nettogewinn abgeführt, Fonds angegriffen oder gar Bankkredite aufgenommen werden.

Unter den Einnahmequellen des sogenannten „Drei-Kanäle-Systems" haben die Nettogewinnabführungen den größten Bedeutungszuwachs erfahren. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen hat sich von 1971 (14 vH) bis 1983 (29 vH) mehr als verdoppelt, von 1980 bis 1983 waren sie die größte Einnahmenposition des Budgets. Der ab 1. 1. 1984 zu entrichtende Beitrag für gesellschaftliche Fonds mußte jedoch zwangsläufig zu einer Reduzierung der Nettogewinne führen.

Seit 1984 wird in Gestalt des Beitrags für gesellschaftliche Fonds eine neue Abgabe von den staatlichen Betrieben und Kombinaten erhoben. Diese Abgabe mußte zunächst nur von der zentralgeleiteten Industrie entrichtet werden, ab 1985 trat die entsprechende Verordnung u. a. für das Bauwesen in Kraft. Mit Jahresbeginn 1986 wird die Zahlungspflicht weiter ausgedehnt[4].

Der Beitrag für gesellschaftliche Fonds ist eine Art Lohnsummensteuer, deren Bemessungsgrundlage der Lohnfonds ist. Der Steuersatz beträgt 70 vH der

tatsächlich gezahlten Lohn- und Gehaltssumme. Der Beitrag ist Bestandteil der betrieblichen Selbstkosten und der Betriebspreise, soll aber keine Veränderungen der Verbraucherpreise bewirken. Die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit soll die Betriebe zu einem effizienteren Arbeitskräfteeinsatz veranlassen. Für den Fiskus erbrachte die Erhebung des Beitrags für gesellschaftliche Fonds 1984 20 Mrd. Mark oder fast ein Zehntel der gesamten Haushaltseinnahmen.

Außerhalb des „Drei-Kanäle-" bzw. „Vier-Kanäle-Systems" werden Abführungen aus den Erträgen der Banken erhoben. Der Anteil der Abgaben der Banken an den Gesamteinnahmen beträgt derzeit knapp 4 vH gegenüber knapp 2 vH 1971.

Die in den Haushaltsrechnungen ausgewiesenen Steuerzahlungen der genossenschaftlichen und privaten Wirtschaft sowie der Bevölkerung setzen sich zusammen aus den Abgaben der Landwirtschaft, der Handwerks- und sonstigen Genossenschaften und des privaten Sektors, der Lohn- und Einkommensteuer und den Gemeindesteuern. Die Summe dieser Einnahmenpositionen belief sich 1984 auf 22 Mrd. Mark, das waren 10 vH der Gesamteinnahmen.

Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in der pflanzlichen und in der tierischen Produktion werden nach unterschiedlichen Abgabetarifen besteuert. Seit 1984 ist der Steuertarif der LPG der Pflanzenproduktion in zwei Teile aufgegliedert. Zunächst werden Festbeträge je Hektar Nutzfläche (abgestuft nach der Qualität der Böden) erhoben, danach werden die um die Festbeträge verringerten Gewinne je Hektar einer progressiven Besteuerung unterzogen. Bemessungsgrundlage für die von den LPG der Tierproduktion zu entrichtenden Steuern ist der Gewinn je 1000 Mark Bruttoproduktion. Mit zunehmendem Rentabilitätsniveau steigt auch hier die Abgabenbelastung progressiv an. Der Spitzensteuersatz beträgt 55 vH.

Die Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) zahlen eine Gewinnsteuer und entweder die Umsatz- oder die Produktionsfondssteuer. Die Mitglieder der PGH müssen im Unterschied zu denjenigen der LPG für ihre Erwerbseinkommen individuell Steuern abführen. Die privaten Handwerker werden gleichfalls zu einer (allerdings höheren) Gewinnsteuer und zur Umsatz- oder Produktionsfondssteuer veranlagt. Zusätzlich müssen sie bei einer Lohnsumme von über 12 000 Mark im Jahr die Lohnsummensteuer entrichten. Die privaten Gewerbetreibenden sind zur Zahlung von Produktionsfondssteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und Einkommensteuer verpflichtet, Kommissionshändler zur Zahlung einer Gewinnsteuer (Kommissionshandelsteuer).

Der Anteil der Steuerabführungen der PGH und der anderen Genossenschaften und der privaten Handwerker und Gewerbetreibenden an den Gesamteinnahmen ist in der ersten Hälfte der siebziger Jahre auf Grund der restriktiven Politik gegenüber dem nicht staatlichen Wirtschaftsbereich stark zurückgegangen. Die 1976 ergriffenen Maßnahmen zur Förderung des Handwerks und des privaten Dienstleistungssektors hatten seine Stabilisierung zur Folge.

Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland stellen die Steuern auf das Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten nur eine nachrangige Einnahmequelle für den Staatshaushalt der DDR dar. Der kontinuierliche Zuwachs der Beschäftigtenzahl und der Arbeitnehmereinkommen im Verlauf der siebziger und der ersten Hälfte der achtziger Jahre führte zwar dazu, daß dem Budget eine von Jahr zu Jahr ansteigende Lohnsteuersumme zufloß, jedoch war der Zuwachs des Steueraufkommens niedriger als derjenige des Haushaltsvolumens. 1984 betrugen die Einnahmen aus der Lohnsteuer 8 Mrd. Mark, ihr Anteil an der Summe der Einnahmen lag bei 4 vH.

5.1.5.2. Sozialbeiträge

In der Bundesrepublik Deutschland sind rund 37 vH aller Einnahmen des Staates Sozialbeiträge (1984: 305 Mrd. DM), gegenüber 1971 hat ihr Anteil um über 5 vH-Punkte zugenommen. Diese Einnahmen fließen der Sozialversicherung zu.

In der Entwicklung der Sozialbeiträge nach Trägern spiegeln sich vor allem die Änderungen der verschiedenen Beitragssätze wider. Die geringsten Steigerungsraten weisen die Beiträge zur Unfallversicherung auf, am stärksten haben, als Folge der Beitragserhöhung, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zugenommen. Die Beiträge zur Rentenversicherung — auf sie entfallen rund die Hälfte aller Sozialbeiträge — sind merklich langsamer als die zur gesetzlichen Krankenversicherung expandiert. Eine Aufteilung nach Beitragszahlern zeigt, daß die Arbeitgeberbeiträge etwas schneller als die der Arbeitnehmer gestiegen sind.

In der DDR beliefen sich die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung 1984 auf 17 Mrd. Mark, auf Sozialbeiträge entfielen damit 8 vH des Einnahmenvolumens. Im Vergleich mit 1971 hat sich dieser Anteil um knapp 5 vH-Punkte reduziert. 56 vH der Beitragszahlungen werden derzeit von den Unternehmen und staatlichen Institutionen geleistet, auf die Beschäftigten entfällt der Rest. Diese Relation ist in den letzten Jahren nahezu konstant geblieben.

5.1.5.3. Gebühren und sonstige Einnahmen

In der Bundesrepublik Deutschland entfallen rund 10 vH der staatlichen Gesamteinnahmen auf Gebühren und erwerbswirtschaftliche Einkünfte. Die Finanzierung über Gebühren knüpft an das Äquivalenzprinzip an und wird in der Regel für solche Güter gewählt, die in individuell meßbaren Quantitäten konsumiert werden können. Die Höhe der Gebühren wird häufig durch verteilungspolitische Ziele bestimmt, so daß Fragen nach dem ausschöpfbaren Gebührenpotential häufig in den Hintergrund treten.

Das zunehmende Gewicht der Gebühren und Erwerbseinkünfte in den späten siebziger Jahren war in erster Linie Ausdruck des Bemühens, die Gebühren als spezielle Entgelte für bestimmte staatliche Dienst-

leistungen stärker als bis dahin an die Kostenentwicklung anzupassen und die Kostendeckungsgrade verschiedener Dienstleistungsangebote anzuheben. Der Sprung Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre ist vor allem auf die hohen Gewinnabführungen von Bundespost und Bundesbank zurückzuführen.

In der DDR flossen dem Staatshaushalt aus Nutzungsentgelten, Gebühren und sonstigen Einnahmen 1984 mehr als 13 Mrd. Mark zu, das waren 6 vH der Gesamtsumme der Einnahmen. Die mit Abstand bedeutendste Einzelposition stellen mit knapp 8 Mrd. Mark die Einnahmen des staatlichen Gesundheitswesens dar, die allerdings zu ca. 80 vH aus Zahlungen der Sozialversicherung an das Gesundheitswesen bestehen, was zu Doppelzählungen führt. Alle übrigen Einnahmen der Staatsorgane und verschiedenen staatlichen Einrichtungen, die durchweg erst seit 1978 gesondert ausgewiesen werden, sind mit einem Anteil am Haushaltsvolumen von jeweils weit unter 1 vH fiskalisch von untergeordneter Bedeutung.

5.1.5.4. Nicht ausgewiesene Einnahmen im Staatshaushalt der DDR

18 Mrd. Mark, das sind über 8 vH der Einnahmen des Staatshaushalts der DDR, werden in der Haushaltsrechnung 1984 nicht spezifiziert; im Jahr zuvor waren es sogar über 20 Mrd. Mark oder knapp 11 vH. Eine Gegenüberstellung von Staatshaushaltsplan und Haushaltsrechnung zeigt, daß sich hinter den nicht ausgewiesenen Einnahmen fast ausschließlich Abführungen der volkseigenen Wirtschaft einschließlich der genossenschaftlichen Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft verbergen. Hierzu zählen Amortisations- und Umlaufmittelabführungen der VEW, Abführungen aus verschiedenen Fonds, Überweisungen nicht benötigter Mittel, Strafzahlungen verschiedener Art sowie andere planmäßige und außerplanmäßige Abführungen[5].

5.1.5.5. Vergleich der Einnahmenseite

Einer komparativen Analyse der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte in beiden deutschen Staaten sind aus mehreren Gründen enge Grenzen gesetzt. Eingeschränkt werden die Vergleichsmöglichkeiten durch die unterschiedliche Stellung und Funktion des Staatshaushalts innerhalb der jeweiligen Wirtschaftssysteme, durch grundlegende Unterschiede in der staatlichen Mittelbeschaffung im allgemeinen und in der Ausgestaltung der Steuer- und Abgabesysteme im besonderen, durch Unterschiede in der statistischen Abgrenzung sowie durch Lücken in der Datenbasis und nicht zuletzt durch verschiedene Mischpositionen in der DDR-Haushaltsrechnung. Die Finanzierungsquellen des Staatsbudgets der DDR können folglich nur in sehr allgemeiner Form denjenigen der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik gegenübergestellt werden.

Auf Grund der Dominanz des Staatseigentums an den Produktionsmitteln ist das Verhältnis zwischen Staat und dem überwiegenden Teil des Unternehmenssektors in der DDR ein grundsätzlich anderes als das in der Bundesrepublik Deutschland. Der Staat tritt der volkseigenen Wirtschaft sowohl als Fiskus als auch als Eigentümer gegenüber, so daß sich in bezug auf deren Abführungen keine Aufteilung in „Steuern" einerseits und „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit des Staates" andererseits vornehmen läßt. In den Abgaben der volkseigenen Wirtschaft und den Abführungen der Banken sind mithin auch Einnahmenteile enthalten, die in der Bundesrepublik den „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit des Staates" entsprechen (Nettogewinnabführung der Deutschen Post der DDR, Gewinnabführungen der Staatsbank).

Unumstritten ist demgegenüber die Klassifizierung der Abgaben der landwirtschaftlichen Betriebe, der Abgaben der PGH und der anderen sozialistischen Genossenschaften, der Abgaben der privaten Handwerker und Gewerbetreibenden, der Lohnsteuer und der Gemeindesteuer als Steuern in unserem Sinne. Vergleichbar sind auch die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung.

Unter diesen Umständen erscheint eine dem Zuordnungsschlüssel der bundesdeutschen Statistik entsprechende Unterteilung der Haushaltseinnahmen in der DDR nach Einnahmenarten nur nach dem sehr groben Klassifikationsschema „Steuern", „Sozialversicherungsbeiträge" und „sonstige Einnahmen" sinnvoll. Unberücksichtigt bleiben als Übertragung innerhalb des Staatssektors die Zahlungen der Sozialversicherung an das staatliche Gesundheitswesen, ferner aus Vergleichbarkeitsgründen die Einnahmen des Rundfunks und des Fernsehens. In der DDR ist die Bedeutung der Steuern für die Haushaltsfinanzierung erheblich höher als in der Bundesrepublik; umgekehrt haben in der Bundesrepublik die Sozialversicherungsbeiträge ein wesentlich größeres Gewicht (Anteile in vH):

	Bundesrepublik Deutschland			DDR		
	1971	1980	1983	1971	1980	1983
Steuern	60,6	56,1	53,6	76,1	76,6	76,9
Sozialversicherungsbeiträge	32,5	36,6	37,5	13,0	9,8	8,9
Sonstige Einnahmen	6,9	7,3	8,9	10,9	13,6	14,2

5.1.6. Aufgaben- und Ausgabenstruktur

5.1.6.1. Ausgaben nach volkswirtschaftlichen Arten

Die Staatsausgaben erreichten 1984 in der Bundesrepublik ein Volumen von 850 Mrd. DM (in Abgrenzung der VGR); gegenüber 1971 haben sie sich fast verdreifacht. In der Unterteilung der Ausgaben nach Ausgabearten zeigt sich eine Verschiebung hin zu den Transfer- und Zinsausgaben. Von 1970 bis 1983 hat sich der Anteil der Übertragungen des Staates an Dritte von gut 45 vH auf knapp 48 vH und der Anteil der Zinsausgaben von 2,5 vH auf über 6 vH erhöht. Die Aufwendungen für den Staatsverbrauch sind anteilmäßig nur wenig, auf 41 vH gestiegen. Merklich eingebüßt haben die Käufe für Investitionszwecke, sie machen inzwischen nur noch 5 vH (1970: 12 vH) aller Staatsausgaben aus.

Der Verlauf der staatlichen Verbrauchsausgaben wird zu einem großen Teil geprägt von der Beschäftigung und den Tarifabschlüssen im öffentlichen Sektor; mehr als ein Fünftel aller Staatsausgaben und die Hälfte der Verbrauchsausgaben (vor Abzug der Verkäufe) sind Personalkosten. Die Beschäftigungsentwicklung war primär bestimmt durch die Expansion in den Funktionsbereichen Gesundheit, Schule und Hochschulen: Von 1970 bis 1984 nahm die Zahl der Beschäftigten im Staatsdienst um über eine Million auf 4 Mill. zu, fast zwei Drittel davon sind in diesen Sektoren eingestellt worden. Während in den Schulen — gemessen an der Schüler-Lehrer-Relation — die Personalausstattung erheblich verbessert wurde, hielt die Personalausweitung im Hochschulbereich nicht Schritt mit dem Anwachsen der Studentenzahlen. Die zentralen Indikatoren im Gesundheitswesen — Relation von Ärzten bzw. Pflegepersonal und Krankenzugängen pro Jahr — weisen auf eine stetige Verbesserung der quantitativen Rahmenbedingungen der stationären Versorgung im öffentlichen Krankenhausbereich hin.

Im Zuge der Personalaufstockung sind auch die laufenden Sachaufwendungen erhöht worden; sie sind sogar noch etwas stärker als die Personalkosten gestiegen. Besonders kräftig haben die Verbrauchsausgaben der Sozialversicherung zugenommen, und hier vor allem die über die gesetzliche Versicherung finanzierten Arzt- und Krankenhausleistungen, Medikamente, Heil- und Hilfsmittel. Per Saldo hat sich ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Staates von 10 auf 13 vH erhöht; sprunghaft war der Anstieg in den frühen siebziger Jahren.

Die staatlichen Anlageinvestitionen besitzen beschäftigungs- und wachstumspolitisch einen hohen Stellenwert. In der wirtschaftspolitischen Praxis aber hat sich die staatliche Investitionstätigkeit nur selten an konjunktur- und wachstumspolitischen Überlegungen orientiert: Im Beobachtungszeitraum ist der Anteil der staatlichen Bruttoinvestitionen an den Gesamtausgaben um mehr als die Hälfte gesunken, und der Anteil am Bruttosozialprodukt bzw. an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen hat sich von 4,4 auf 2,4 vH bzw. von 17 auf 12 vH vermindert. Auch verhielten sich die öffentlichen Investoren in der Mehrzahl der Fälle prozyklisch.

Knapp ein Drittel aller staatlichen Investitionsausgaben entfällt auf den Verkehrssektor, 1970 waren es noch 40 vH. An Gewicht verloren haben auch die Investitionen im Schul- und Hochschulsektor, während im Gesundheits- und Erholungswesen ebenso wie in der allgemeinen Verwaltung und Öffentlichen Sicherheit relativ und absolut mehr investiert wird als zu Beginn der siebziger Jahre.

Die staatlichen Transferausgaben in der Bundesrepublik umfassen Subventionen, soziale Leistungen, sonstige laufende Übertragungen und die Vermögensübertragungen. Subventionen werden an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewährt, hierbei handelt es sich vor allem um Zahlungen im Rahmen der europäischen Agrarmarktordnung, um Hilfen für die Bundesbahn und den Steinkohlenbergbau sowie um Zinsverbilligungszuschüsse. Zu den sozialen Leistungen zählen u. a. die Renten und Pensionen, die Zuschüsse für die Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, aber auch das Kindergeld und die Sozialhilfe. Die Vermögensübertragungen umfassen Investitionszuschüsse (z. B. befristete und unbefristete Investitionszulagen im Rahmen der Regionalförderung oder der Konjunkturbelebung), Zuschüsse an die Bundesbahn, Spar- und Wohnungsbauprämien u. ä. 1984 erreichten die staatlichen Transfers ein Volumen von 404 Mrd. DM, das waren rund 47 vH aller Ausgaben der öffentlichen Haushalte.

Rund drei Viertel der Transferzahlungen sind soziale Leistungen an private Haushalte. Ihr Anteil hat sich im Untersuchungszeitraum kaum erhöht. Strukturverschiebungen gehen einmal darauf zurück, daß die sozialen Kriegsfolgelasten an Gewicht verloren haben, zum anderen, daß Maßnahmen wie die Neuordnung des Familienlastenausgleichs, das Wohngeld und die Ausbildungsförderung hinzugekommen sind. Von Bedeutung war auch, daß mit der Massenarbeitslosigkeit die Leistungen für Arbeitslosengeld und -hilfe in die Höhe geschossen sind: Zu Beginn der siebziger Jahre lag ihr Anteil an allen sozialen Leistungen bei 3 vH, 1984 waren es bereits mehr als ein Zehntel oder 33 Mrd. DM. Über die Hälfte der sozialen Leistungen sind Rentenzahlungen; sie haben sich seit 1970 stärker erhöht als das Bruttosozialprodukt und auch die Bruttolöhne und -gehälter.

Die Transferausgaben an die Unternehmen (Volumen 1984: 68 Mrd. DM) haben sich gegenüber 1970 nahezu verdreifacht; anteilsmäßig haben sie sich nur geringfügig auf 8 vH erhöht. Die größten Beträge fließen in den Verkehrssektor (Bundesbahn), gefolgt von der allgemeinen Wirtschaftsförderung, der Landwirtschaft und der Energieversorgung.

An Bedeutung gewonnen haben die Übertragungen an das Ausland und an die DDR. Ihr Volumen betrug 1984 33 Mrd. DM, das waren 4 vH aller Ausgaben (1970: 2,5 vH). In dieser Summe schlagen sich die Beiträge an die Europäischen Gemeinschaften und andere internationale Organisationen sowie die Zahlungen an die DDR nieder, z. B. die pauschalierte

Übernahme der Transitgebühren für den Berlin-Verkehr.

Die Ausgaben des DDR-Staatshaushalts werden in den Haushaltsrechnungen in insgesamt dreißig Einzelpositionen nachgewiesen, die ihrerseits noch in eine Reihe von Unterpositionen aufgegliedert sind. Weitgehend unverändert wird die Mittelverwendung in dieser Form seit 1978 publiziert. In den Jahren zuvor war die Rechnungslegung weit weniger detailliert. Das Gliederungsschema der Haushaltsrechnung entspricht nur partiell demjenigen des Staatshaushaltsplans.

Die Haushaltsrechnung enthält über einen großen Teil der Ausgabensumme keinerlei Angaben. 1984 wurde der Verbleib von rund einem Fünftel der Budgetmittel (43 Mrd. Mark), 1983 sogar von einem Viertel der Gesamtausgaben (48 Mrd. Mark) nicht ausgewiesen. Ebenso wie bei der Einnahmenseite vermittelt jedoch eine Gegenüberstellung von Staatshaushaltsplan und Haushaltsrechnung einen gewissen Aufschluß über die Verwendung dieser Mittel: Mehr als 70 vH der in der Haushaltsrechnung nicht ausgewiesenen Mittelverwendung dürften demnach auf Ausgabenkategorien entfallen, die im Staatshaushaltsplan als Aufwendungen für die volkseigene Wirtschaft firmieren. Die Haushaltssystematik nennt als entsprechende Ausgabenpositionen Verlust-, Fonds- und Exportstützungen an die VEW, Stimulierungsmittel für den Anlagenexport, Zuführungen für den Investitionsausgleich, Umlaufmittelzuführungen und sonstige Zuführungen an die VEW[6], durchweg folglich Leistungen mit Subventionscharakter.

Die Zusammenfassung der in den Haushaltsrechnungen der DDR angeführten Ausgabenpositionen nach volkswirtschaftlichen Arten kann lediglich für die Jahre nach 1978 vorgenommen werden, da die publizierten Daten in den Jahren zuvor eine Aufgliederung in Transferausgaben und Staatsverbrauch nur teilweise gestatten. Da die Investitionen nicht näher aufgeschlüsselt werden, müssen sie insgesamt betrachtet werden, d. h. einschließlich der haushaltsfinanzierten Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft.

Mit einem Volumen von 123 Mrd. Mark oder drei Fünftel der Gesamtausgaben erforderten die Transferausgaben 1984 eindeutig die meisten Mittel. Unter diesen dominieren die Transferzahlungen an den Unternehmensbereich. Die Transfers an private Haushalte, von denen zwei Drittel auf Renten entfallen, verzeichnen nur einen langsamen Zuwachs, ihre Bedeutung im Rahmen der gesamten Mittelverwendung ist rückläufig.

Die Transfers an den Unternehmenssektor beinhalten Subventionen für die volkseigene Wirtschaft einschließlich der Zuschüsse für Forschung und betriebliche Ausbildung, Zuwendungen für die Landwirtschaft in Gestalt von produktionsfördernden Maßnahmen (z. B. Bodenmelioration) und Investitionshilfen, Stützungen von Verbraucherpreisen und Tarifen sowie die Subventionierung der Mieten und Mietnebenkosten. Die mit Haushaltsmitteln getätigten Investitionen in der VEW sind hier nicht enthalten.

Einschließlich der geschätzten Subventionen in den in der Haushaltsrechnung nicht ausgewiesenen Ausgaben erreichten die Transfers an den Unternehmenssektor 1984 100 Mrd. Mark oder 49 vH der Gesamtausgaben; die Subventionen haben sich somit seit 1978 nahezu verdoppelt. Ihr relativer Anteil ist von 37 vH auf knapp die Hälfte des Ausgabenvolumens angestiegen. Besonders deutlich nahm die Subventionierung 1984 zu, sie wurde zu einem erheblichen Teil durch die Einführung des Beitrags für gesellschaftliche Fonds, der die Finanzkraft zahlreicher Unternehmen trotz verringerter Nettogewinnabführungen (vgl. Abschnitt 5.1.5.1.2.) offensichtlich überfordert, verursacht.

Die Landwirtschaft hatte sich während der zweiten Hälfte der siebziger und der Anfangsphase der achtziger Jahre zu einem der bedeutendsten Subventionsempfänger entwickelt. Die Anhebung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise zum 1. 1. 1984 bewirkte hier ein Sinken der Haushaltszuschüsse von über 11 Mrd. Mark 1983 auf 4 Mrd. Mark 1984. Die Reduzierung der Agrarsubventionen wurde jedoch in vollem Umfang kompensiert durch die Zunahme der Subventionierung der Verbraucherpreise von 22 auf 32 Mrd. Mark, die zu mehr als 80 vH auf den Anstieg der Subventionen für Nahrungsmittel zurückzuführen ist. 1985 sollen die Preisstützungen den Planungen zufolge ein Volumen von 40 Mrd. Mark und 1986 von 46 Mrd. Mark erreichen. Die Erhöhung der Agrarpreise hatte somit lediglich eine Verlagerung der Subventionierungsebene bei insgesamt zunehmendem Subventionsumfang zur Folge.

Die Investitionsausgaben umfassen neben der Haushaltsposition „Investitionen" die Aufwendungen für Verkehrswege und für „komplexen Wohnungsneubau"[7] sowie für die Modernisierung von Wohnungen. Sie spielen im Staatshaushalt der DDR nur eine untergeordnete Rolle, zudem ist ihr Stellenwert für den Gesamthaushalt rückläufig.

Die gesamten haushaltsfinanzierten Investitionen stiegen zwar absolut von 9 Mrd. Mark 1971 bis 1978 auf 11 Mrd. und bis 1984 auf 14 Mrd. Mark an, ihr relativer Anteil an den Gesamtausgaben sank jedoch von 12 vH 1971 auf 9 vH 1978 und 7 vH 1984. Ein wesentlicher Faktor für diese Entwicklung war sicherlich die Tatsache, daß die Staatsfinanzen durch die enorme Aufblähung des Subventionsvolumens erheblich beansprucht worden sind.

Der Anstieg der Verbrauchsausgaben (Personalausgaben und Sachaufwand) blieb von 1978 bis 1984 mit 33 vH deutlich hinter dem Zuwachs der gesamten Ausgaben von über 60 vH zurück, so daß sie 1984 nur noch 26 vH des Haushaltsvolumens ausmachten gegenüber knapp einem Drittel 1978. Da diese Ausgabenart zu einem erheblichen Teil aus Personalkosten besteht, dürfte das relativ langsam gestiegene Lohnniveau wesentlich diese Entwicklung beeinflußt haben.

Ausgaben für Zinsen und Tilgungen waren in der Haushaltsrechnung 1984 in Höhe von 2,8 Mrd. Mark ausgewiesen gegenüber 0,7 Mrd. Mark 1971 und 1,7 Mrd. Mark 1978. Diese Zahlungsverpflichtungen

Übersicht 5.1.-2

Ausgaben des Staates nach volkswirtschaftlichen Arten in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1984

	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	in Mrd. DM	in vH	in Mrd. M	in vH
Personalausgaben	187	22	53	26
Sachaufwand	204[1]	24		
abzüglich Verkäufe	54	6	7	3
Staatsverbrauch *	338[1]	40	47	23
Transferausgaben	404	48	123[2]	60
davon				
an Unternehmen	68	8	100[2]	49
an private Haushalte	294	35	23	11
an Ausland	33	4	o.a.	o.a.
Bruttoinvestitionen	42	5	14[3]	7
Zinsausgaben	53	6	3[4]	1
Nicht zuzuordnende Ausgaben	—	—	12	6

[1] Ohne Abschreibungen.
[2] Ohne Investitionszuschüsse an volkseigene Wirtschaft.
[3] Einschließlich Investitionszuschüsse an volkseigene Wirtschaft.
[4] Zins- und Tilgungszahlungen für Wohnungsbaukredite.
*Der Staatsverbrauch in der VGR ist eine saldierte Größe („Käufe" minus „Verkäufe").

sind entstanden in Verbindung mit der Kreditfinanzierung des Wohnungsbaus. Ob sich unter den nicht ausgewiesenen Ausgaben noch weitere Positionen dieser Art befinden, ist nicht bekannt. Der Bau staatlicher Einrichtungen der Bereiche Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur, Sport und Naherholung und von Bauten des Staatsapparates auf kommunaler Ebene unterliegt zwar erklärtermaßen denselben Finanzierungsvorschriften wie der Wohnungsbau, d. h. er wird teilweise über Kredite finanziert[8]. Es fehlen jedoch Angaben darüber, ob die Zinsen und Tilgungen für diese Kredite den Aufwendungen für den „komplexen Wohnungsbau" zugerechnet werden und in der oben genannten Haushaltsposition enthalten sind oder ob eine separate Verbuchung erfolgt.

Ein Vergleich der Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach volkswirtschaftlichen Arten in beiden deutschen Staaten zeigt für die Bundesrepublik ein erheblich stärkeres Gewicht der Verbrauchsausgaben und der Transferzahlungen an private Haushalte, während in der DDR Transferzahlungen an Unternehmen eine weitaus größere Bedeutung haben als in der Bundesrepublik. Dieser hohe Anteil der Subventionen im DDR-Haushalt ist vor allem das Resultat unterbliebener Preisanpassungen an gestiegenen Kosten, so daß Ausgleichszahlungen aus dem Budget unumgänglich wurden. Die geringere Bedeutung der Verbrauchsausgaben in der DDR wird weitgehend durch das niedrige Einkommensniveau im öffentlichen Dienst verursacht.

5.1.6.2. Ausgaben nach Aufgabenbereichen

In der Unterteilung der gesamten Staatsaufgaben auf Funktionsbereiche zeigt sich in der Bundesrepublik Deutschland die Dominanz der Ausgaben für die soziale Sicherung; auf sie entfallen mehr als 40 vH der Gesamtausgaben. Ihnen folgen die Ausgaben für das Gesundheitswesen (13 vH) und für Bildung und Wissenschaft (11 vH). Für die Allgemeine Verwaltung werden ebenso wie für die Verteidigung jeweils rund 6 vH ausgegeben, für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und für den Verkehrssektor jeweils 5 vH.

Im Zeitablauf haben die Ausgaben für die soziale Sicherung und die Gesundheit an Gewicht gewonnen, während die Verkehrs- und Verteidigungsausgaben relativ rückläufig waren. Nach dem Aufbau der Bundeswehr blieb die Expansion der Verteidigungsausgaben hinter der Entwicklung in den anderen Sektoren zurück; dies änderte sich erst wieder Ende der siebziger Jahre. Der Verkehrsbereich ist jener Sektor, der in besonderem Maße von den Veränderungen des staatlichen Investitionsverhaltens betroffen ist. Auch hier lag der Schwerpunkt der Aktivitäten in den fünfziger und sechziger Jahren, als der anlageintensive Ausbau der Infrastruktur, vor allem der Verkehrsinfrastruktur, forciert wurde; dem folgte in den siebziger Jahren eine Phase der personalintensiven Ausweitung, von der insbesondere das Bildungs- und Gesundheitswesen profitierten. Als Folge der Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die sich in erster Linie auf die Kürzung der

Investitionsausgaben konzentrierte, hat sich der Anteil der Verkehrsausgaben an den staatlichen Gesamtausgaben weiter verringert. Kaum verändert hat sich der Anteil der Ausgaben für die Politische Führung und Allgemeine Verwaltung.

Abweichungen in der Struktur erhält man, wenn die finanzstatistische Abgrenzung der funktionalen Betrachtung zugrunde gelegt wird. Für die achtziger Jahre zeigt dies Anhangtabelle 5.1.-13. Unterschiede ergeben sich insbesondere dadurch, daß in dieser Abgrenzung die „Verkäufe von Verwaltungsleistungen" nicht von den Ausgaben abgesetzt sind und zudem vermögenswirksame Transaktionen — die Darlehen und Beteiligungen des Staates — in die Rechnung einbezogen werden. Dadurch erhöhen sich z. B. die Ausgaben im Bereich der kommunalen Gemeinschaftsdienste oder auch des Gesundheitswesens.

Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden beliefen sich 1984 auf 718 Mrd. DM. Für den Zinsendienst mußten die öffentlichen Haushalte fast 53 Mrd. DM, also über 6 vH der Gesamtausgaben aufwenden; die Durchschnittsverzinsung der öffentlichen Schuld betrug somit über 7 vH. Gegenüber 1973 hat sich der Schuldenstand um fast 540 Mrd. DM erhöht, im jährlichen Schnitt war dies eine Zunahme um 15 vH (nominaler Anstieg des BSP: 6 vH).

In der Gliederung nach Aufgabenbereichen dominieren die Ausgaben für Wirtschaftsförderung in zunehmendem Maße die Mittelverwendung des DDR-Staatshaushalts. Die geschätzten Gesamtausgaben für diese Zwecke stiegen 1984 auf das Viereinhalbfache des Niveaus von 1971, ihr Anteil am bereinigten Haushaltsvolumen stieg von 27,5 vH auf knapp 46 vH. Im Unterschied zu den mit einer gewissen Unsicherheit behafteten Daten für die siebziger Jahre dürften die für die achtziger Jahre vorgenommenen Schätzungen ein ziemlich exaktes Bild von dem tatsächlichen Umfang der Aufwendungen für Wirtschaftsförderung liefern. Sie entsprechen der Summe der in den Haushaltsplänen genannten Ausgaben für die volkseigene Wirtschaft und die Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft (unter Abzug der entsprechenden Forschungsausgaben) und der Ausgaben für die Stützung der Verbraucherpreise (ohne die Subventionen für den öffentlichen Personenverkehr, für Trinkwasser und Abwasserbehandlung).

Die Aufwendungen für Gesundheitswesen und soziale Sicherung nehmen den zweiten Platz in der Rangfolge der angeführten Aufgabenbereiche ein. Ihr Anteil am Haushaltsvolumen ist allerdings rückläufig und lag 1984 bei 18 vH gegenüber 26 vH 1971. Dies ist ein erheblich niedrigerer Vomhundertsatz als in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Differenz dürfte zu einem beträchtlichen Teil auf das unterschiedliche Kostenniveau im Gesundheitswesen und auf das Fehlen von Unterstützungszahlungen für Arbeitslosigkeit in der DDR zurückzuführen sein, sie spiegelt jedoch auch die Unterschiede in der Höhe der Renten in beiden deutschen Staaten wider.

Die Ausgaben für die Aufgabenbereiche Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz haben 1983 erstmals die Höhe der Aufwendungen für Bildung, Wissenschaft und Forschung übertroffen und nehmen nunmehr den dritten Rang in der Mittelverwendung ein. Auf die Verteidigungsausgaben entfielen 6 vH. Sofern die Statistik in der DDR vollständig ist, entspricht dies ungefähr dem Anteil in der Bundesrepublik.

Schwer beurteilen läßt sich, in welchem Umfang die tatsächliche Höhe der Verteidigungslasten durch die im Staatshaushalt ausgewiesenen Zahlen wiedergegeben wird. Unbekannt ist die Art und Weise der statistischen Erfassung der Importe von Rüstungsgütern aus der Sowjetunion. Ferner fehlen Informationen über die Preise der vom Militär in Anspruch genommenen Güter und Dienstleistungen. Nicht ausgeschlossen werden kann schließlich, daß Militärausgaben in anderen Ausgabepositionen versteckt sind. Die Auffassungen westlicher Beobachter in dieser Frage sind nicht einheitlich. Während mehrere Autoren von der Unvollständigkeit der offiziellen Zahlen zu den Verteidigungsausgaben ausgehen, übernimmt das „International Institute for Strategic Studies" in London die DDR-Angaben.

Unterproportional zugenommen haben in den Jahren 1971 bis 1984 die in besonders hohem Maße von den Personalkosten abhängigen Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung und für politische Führung und zentrale Verwaltung. Der Anteil des ersten Aufgabenbereichs lag 1984 bei 8 vH gegenüber 13 vH 1971, der des zweiten Aufgabenbereichs bei etwas über 2 vH gegenüber knapp 5 vH 1971. Ebenso wie bei den Verbrauchsausgaben insgesamt dürfte dieser Rückgang auf den vergleichsweise langsamen Anstieg des Lohnniveaus zurückzuführen sein. In beiden Fällen liegen die relativen Anteile an den gesamten öffentlichen Ausgaben niedriger als in der Bundesrepublik.

Für Verkehr und Nachrichtenwesen wurden 1984 3,5 vH der Mittel des Staatshaushalts verausgabt, 1971 betrug diese Relation noch knapp 6 vH. In den letzten Jahren diente knapp die Hälfte der Aufwendungen für Subventionen der Verkehrstarife. Der geringe Umfang der investiven Ausgaben hat ohne Zweifel zu einer Vernachlässigung dieses für die volkswirtschaftliche Entwicklung wichtigen Sektors geführt.

Die Finanzierung des Wohnungswesens und der kommunalen Gemeinschaftsdienste erforderte 1971 bis 1984 in der Regel einen Anteil der Haushaltsmittel von gut 6 vH. Eine besonders hohe Zuwachsrate weist die Subventionierung der Wohnnebenkosten (Wärme-, Warmwasser- und Energieversorgung, Müllabfuhr usw.) auf, die in diesem Zeitraum von 0,2 Mrd. Mark auf 3 Mrd. Mark angestiegen ist.

Ein Vergleich der Struktur der Öffentlichen Haushalte in beiden deutschen Staaten, aufgeschlüsselt nach Aufgabenbereichen, zeigt als signifikantes Merkmal das unterschiedliche Gewicht der Aufgabenbereiche „Soziale Sicherung/Gesundheit" und „Wirtschaftsförderung". Für Gesundheit und soziale Sicherung werden in der Bundesrepublik ungefähr die Hälfte der öffentlichen Ausgaben getätigt, in der DDR nur etwa ein Fünftel. Umgekehrt flossen 1983 43 vH der Haushaltsmittel in der DDR in die Wirtschaftsförderung, in

Übersicht 5.1.-3

Öffentliche Ausgaben nach Aufgabenbereichen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1983

Aufgabenbereich	Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	in Mrd. DM	in vH	in Mrd. M	in vH
Politische Führung und zentrale Verwaltung	30,9	3,6	4,6[2]	2,5
Auswärtige Angelegenheiten	15,9	1,9		
Verteidigung	48,5	5,7	11,4	6,2
Öffentliche Sicherheit/Rechtsschutz	24,9	2,9	4,6	2,5
Bildung, Wissenschaft und Forschung	89,1	10,5	15,7	8,5
davon				
Schulen, sonstiges Bildungswesen (ohne Hochschulen)	57,5	6,8	9,9	5,4
Hochschulen, Wissenschaft und Forschung	31,7	3,7	5,8	3,1
Kulturelle Angelegenheiten	5,7	0,7	1,9	1,0
Sport, Erholung, Jugendeinrichtungen	11,9	1,4	1,6	0,9
Gesundheit	28,6	3,4	36,0	19,5
Soziale Sicherung	391,7[1]	46,2		
Wohnungswesen, kommunale Gemeinschaftsdienste	32,0	3,8	11,2	6,1
Verkehr und Nachrichtenwesen	27,3	3,2	6,5	3,5
Wirtschaftsförderung	28,3	3,3	78,8	42,6
Wirtschaftsunternehmen	22,0	2,6		

[1] Ohne Jugendhilfe und -einrichtungen.
[2] Einschließlich geplanter Ausgaben für außenpolitische Aufgaben.

der Bundesrepublik waren es (einschließlich der Ausgaben für Wirtschaftsunternehmen) nur 6 vH.

Der höhere relative Anteil der Ausgaben für Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste in der DDR ist darauf zurückzuführen, daß hier Positionen (Subventionierung der Mieten und Mietnebenkosten, Zins- und Tilgungszahlungen) enthalten sind, die in der Bundesrepublik anderen Aufgabenbereichen zugeordnet werden, so das Wohngeld der sozialen Sicherung. Das stärkere Gewicht der Ausgaben für politische Führung und zentrale Verwaltung sowie für Bildung, Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik dürfte durch höhere Personalkosten bedingt sein.

5.1.7. Finanzpolitik als Bestandteil der Prozeßpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

5.1.7.1. Finanzpolitik und wirtschaftliche Entwicklung in den siebziger Jahren

Seit über einem Jahrzehnt hat die bundesdeutsche Wirtschaft mit massiven Beschäftigungsproblemen zu kämpfen. Die hohe Arbeitslosigkeit muß im internationalen Zusammenhang gesehen werden: Seit Anfang der siebziger Jahre verlief die Konjunktur in den großen westlichen Industrieländern weitgehend synchron, weil die beiden Ölpreisexplosionen gleiche Auswirkungen auf die einzelnen Volkswirtschaften hatten und ähnliche Reaktionen der Wirtschaftspolitik hervorriefen.

In der Bundesrepublik waren die frühen siebziger Jahre von sich verschärfenden Verteilungskonflikten bei anhaltend hoher Kapazitätsauslastung und hohen Devisenzuflüssen geprägt. Geld- und Finanzpolitik reagierten auf die akzelerierenden Inflationsraten im Frühjahr 1973 mit einer Fülle von kontraktiven Maßnahmen. Diese wirkten rasch. Im Verbund mit den ölpreisbedingten Kaufkraftabschlüssen setzte Ende 1973 ein kumulativer Schrumpfungsprozeß ein, der die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger schon bald zu einem neuerlichen Kurswechsel veranlaßte. Die Geldpolitik reagierte zunächst noch verhaltener als die Finanzpolitik, von der schon 1974, noch mehr aber 1975, starke expansive Impulse ausgegangen sind, die den Weg für die konjunkturelle Wende ebneten: Neben der Steuer- und Kindergeldreform sowie

der Wirkung der in das Steuer- und Transfersystem eingebauten „Stabilisatoren" waren es vor allem zusätzliche öffentliche Investitionen, die für Anregung sorgten.

Der nachfolgende Aufschwung wurde zunächst von den finanzpolitischen und zunehmend auch von den außenwirtschaftlichen Impulsen getragen. Allerdings verlor er Anfang 1977 an Schubkraft. Die Finanzpolitik hatte als Reaktion auf den rapiden Anstieg der Staatsverschuldung Ende 1975 einen abrupten Kurswechsel vollzogen, und die Dynamik der Exportnachfrage war wegen der Aufwertung der D-Mark gebrochen. Sowohl die Geld- als auch die Finanzpolitik reagierten rasch, indem sie expansive Impulse gaben bzw. die geplante Zurückhaltung bei den Staatsausgaben nicht verwirklichten: Das Sinken der Kapitalmarktzinsen wurde von zusätzlichen Staatsaktivitäten, die auf mittlere Frist angelegt waren (Zukunftsinvestitions- und Energieeinsparungsprogramm), steuerlichen Entlastungen und verbesserten Abschreibungsbedingungen flankiert. Alles in allem hat die Finanzpolitik mit ihrer potentialorientierten Linie den Aufschwung der Jahre 1978 bis 1980 gestärkt. Die Zahl der Beschäftigten ist in diesen Jahren um etwa eine Million gestiegen, das Wachstum der Volkswirtschaft betrug 3,5 vH im Jahresdurchschnitt.

Die zweite Ölpreiswelle stieß zunächst — Mitte 1979 — noch auf recht robuste Güter- und Finanzmärkte. Die Bundesbank reagierte auf eine erstmals defizitäre Leistungsbilanz und den internationalen Zinsanstieg mit einer harten Restriktion. Sie wollte einen Inflationsimport verhindern.

Trotz umfangreicher Dollarverkäufe konnte der Kurs der D-Mark aber nicht gehalten werden, so daß die Exporte in die Höhe kletterten. Dennoch fehlten die Impulse für eine konjunkturelle Wende: Das anhaltend hohe Zinsniveau schwächte die Ausgabenneigung von Investoren und Konsumenten. Potentielle Investoren legten ihr Geld lieber in auf Auslandswährung lautenden Vermögenswerten an, weil sie deren Ertragsaussichten als Folge des Konjunktur- und Einkommensgefälles höher einschätzten. Die verminderte Sachkapitalbildung wiederum ließ die Bundesbank die Geldmenge weniger ausdehnen als im Falle einer höheren Investitionsquote, denn die Geldmengenexpansion folgte dem Wachstum des Produktionspotentials, das aber — eben wegen der niedrigen Investitionsquote — nur noch wenig wuchs.

Der untere Wendepunkt des jüngsten Zyklus fiel in die zweite Jahreshälfte 1982. Die Geldpolitik hatte — etwa ein Jahr zuvor — die Zügel etwas gelockert, so daß das hohe Zinsniveau allmählich abbröckelte. Auf der finanzpolitischen Seite waren zunächst noch die Wirkungen der expansiven Impulse von 1981 spürbar, allerdings bei weitem nicht so stark wie 1974/75. Hinzu kamen die selektive Förderung der privaten Investitionstätigkeit (befristete Investitionszulage, Zinsverbilligung für zukunftsweisende Investitionen und Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen) und die wohnungsbaupolitischen Beschlüsse nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982.

Der untere Wendepunkt kann durch das wirtschaftspolitische Verhalten erklärt werden. Schon nach 1978 hatte die Finanzpolitik stärker auf eine mittelfristige, verstetigende Orientierung gesetzt. Nach 1980 traten angebotsseitige Gesichtspunkte in den Vordergrund der Politik (vgl. zur Diskussion von Angebots- und Nachfrageorientierung in der Wirtschaftspolitik den Beitrag von Cassel in Teil A). Die Vernachlässigung der Nachfrageaspekte führte dazu, daß die Impulse für eine rasche und durchgreifende Besserung zu schwach waren. Dazu kam, daß nun die Bemühungen um eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Wirkung zeigte und die geldpolitische Lockerung — gemessen am gesamtwirtschaftlichen Problembefund — viel zu zögerlich war.

Die wirtschaftspolitischen Erfahrungen der Vergangenheit sind zunächst die, daß Wirtschaftspolitik dann effizient ist, wenn die verschiedenen Politikbereiche aufeinander abgestimmt sind. So werden z. B. von einer expansiven Finanzpolitik, der die geldpolitische Akkomodierung fehlt, zumindest auf längere Sicht kaum anregende Wirkungen auf den Wirtschaftsablauf ausgehen. Ebensowenig werden sie die Erwartungen an eine Politik der Lohnzurückhaltung erfüllen, wenn die Kostenentlastung nicht von wirtschaftspolitischen Anregungen begleitet werden.

Zu den Erfahrungen gehört aber auch, daß der wirtschaftspolitische Kurs immer stärker von den Zielen der Geldpolitik geprägt war. Wenn das Ziel der Preisstabilität mit dem Beschäftigungsziel konkurrierte, nahm die Wirtschaftspolitik eine höhere Arbeitslosigkeit hin. Die Bundesbank befürchtete auch immer wieder zinstreibende Effekte der hohen Staatsverschuldung und forderte niedrigere Defizite als Voraussetzung für einen „selbsttragenden" Aufschwung. So wunderte es nicht, wenn die finanzpolitischen Entscheidungsträger hin- und hergerissen waren zwischen expansiver und restriktiver Politik. Die häufigen Kurswechsel der Finanzpolitik aber haben die Erwartungen und das Verhalten der Wirtschaftssubjekte eher destabilisiert als gefestigt.

Hierzu trug auch bei, daß es häufig nicht gelang, finanzpolitische Aktivitäten zeitlich so zu gestalten, daß die Wirkungen in der beabsichtigten Konjunkturphase auftraten. Aus diesem Grunde wird eine Verstetigung des staatlichen Ausgabenstroms als angemessen angesehen. Auch gehen positive konjunkturelle Impulse von einer derartigen Politik aus, da die Verstetigung der Ausgaben zugleich bedeutet, daß der Staat nicht auf jede Einnahmenschwankung mit hektischen Ausgabenkorrekturen reagiert. Insofern haben sich auch die Vorstellungen derjenigen, die eine Globalsteuerung für notwendig halten, gewandelt.

Die Erfahrungen zeigen, daß eine Wirtschaftspolitik, die sowohl Nachfrage- wie auch Angebotselemente miteinander verknüpft und auf mittlere Frist angelegt ist, erfolgreich sein kann. Das Beispiel der späten siebziger Jahre hat dies gezeigt: Damals sind sowohl Wachstum wie auch die Beschäftigungszunahme deutlich kräftiger ausgefallen als nach 1982. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die ölpreisbedingten Verwer-

fungen der Weltwirtschaft in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eine erhebliche Belastung der nationalen Wirtschaftspolitik bedeuteten. Die These, daß es auf die Angebots- und Nachfrageseite ankomme, wird auch durch einen Vergleich Großbritanniens und der USA gestützt. Beide haben es nicht an angebotspolitischem Engagement fehlen lassen. Faktisch aber hat die amerikanische Geld- und Finanzpolitik eine kräftige Expansion der Nachfrage herbeigeführt, und es kam zu einer kräftigen Verminderung der Arbeitslosigkeit. In Großbritannien ist die Arbeitslosigkeit hingegen immer weiter gestiegen, eben weil im Unterschied zu den USA keine Nachfrageimpulse gesetzt worden sind.

5.1.7.2. Zur Diskussion um die Staatsverschuldung

Teils als Folge der allgemeinen Wachstumsabschwächung, teils als Folge des Bemühens, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren, ist die Staatsverschuldung in der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahrzehnt drastisch gestiegen. Dieser Tatbestand löste heftige Kritik aus. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß eine staatliche Inanspruchnahme des Kapitalmarktes zur Finanzierung relativ unproduktiver öffentlicher Güter zinstreibend wirke und zur Verdrängung hochproduktiver privater Investitionen führe. Darüber hinaus wurde die staatliche Schuldenaufnahme als rationales Instrument der Wirtschaftspolitik deshalb in Zweifel gezogen, weil zukünftige Generationen durch die zu leistenden Schuldendienste in ihrer ökonomischen Entfaltung behindert würden.

Die Verdrängungsthese hat — unbestritten — Bedeutung für den Zustand der Vollbeschäftigung, insbesondere dann, wenn man a priori einen Vorrang der privaten vor den staatlichen Ausgabenwünschen postuliert. In der Rezession stellt sich die Alternative, mehr öffentliche oder private Aktivitäten, nicht, sondern allenfalls die Frage, ob zusätzliche Staatsdefizite den hinreichenden Rückgang des Zinsniveaus behindern. Verzichtet der Staat in einer solchen Situation darauf, Ersparnisse kreislaufwirksam zu aktivieren, so würden weitere negative Einflüsse auf das Sozialprodukt und die Kreditnachfrage, aber auch auf das Kreditangebot ausgehen.

Die Wirkungen staatlicher Kreditaufnahme auf den Kapitalmarktzins und auf die realwirtschaftlichen Vorgänge sind unsicherer, als von den Verfechtern der Crowding-out-These unterstellt wird. Kapitalnachfrage und -angebot hängen vom Niveau der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten und damit nur zum (geringeren) Teil von der Finanzpolitik ab. Ein gewichtiges Faktum ist die Geldpolitik: Je restriktiver sie ist, um so eher sind zinssteigernde Wirkungen zusätzlicher Staatsdefizite bzw. Effekte wahrscheinlich, die ein Sinken der Zinsen im Aufschwung behindern. Welche Gründe aber sprechen in der Rezession für eine restriktive und damit kontraproduktiv wirkende Geldpolitik?

Tatsächlich reichen die empirischen Anhaltspunkte zur Stützung der These, daß die öffentlichen Defizite in den Jahren nach 1974 zinstreibend waren, nicht aus. Verschiedene ökonometrische Untersuchungen des IfW (Kiel), des RWI (Essen) und des DIW (Berlin) kommen zu dem Ergebnis, daß kreditfinanzierte Staatsausgaben private Aktivitäten nicht verdrängen, da die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere nur wenig steigt, obwohl die Defizite kräftig aufgestockt werden. Schon in einer „normalen" konjunkturellen Situation gehen von einer Erhöhung der öffentlichen Investitionen starke expansive Effekte aus, jedenfalls dann, wenn die Geldpolitik an einer potentialorientierten Geldmengenpolitik festhält. Sind die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten indes angespannt und verfolgt die Geldpolitik eine restriktive Linie, so sind Zinseffekte wahrscheinlich.

Die Diskussion über die intertemporale Lastenverteilung spricht längerfristige Aspekte an. Die entscheidenden Belastungen und Entlastungen im Wechsel der Generationen liegen im „realen" Bereich, und zwar bei den Investitionen und den Folgeschäden der Produktion. Gegenwärtig wird zu Lasten der kommenden Generation „konsumiert", und eine kreditfinanzierte Zukunftssicherung auf ökologischem Gebiet verbessert die Perspektiven der heutigen Jugend. In der Debatte um die Staatsverschuldung geht es aber weniger um diesen Aspekt, sondern darum, daß der Staat über die Verschuldung einen Finanzbedarf begründet, der später Steuererhöhungen erzwingt.

Derartige Befürchtungen sind durch die Konsolidierungspolitik nach 1981 abgebaut worden. Allerdings hat sie die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt, und der Verzicht auf kreditfinanzierte Ausgaben zur Beschäftigungssicherung hat zu Belastungen für die junge Generation geführt.

Die Frage nach dem Segen und dem Unheil der Staatsverschuldung ist viel differenzierter zu diskutieren als dies im politischen Raum geschehen ist. Notwendig gewesen wäre eine Diskussion der instrumentellen Funktion der öffentlichen Defizite. Die Höhe der Staatsverschuldung stellt kein eigenständiges Ziel der Wirtschaftspolitik dar.

5.1.8. Zur Rolle und Bedeutung öffentlicher Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland

Die Frage nach Art und Umfang staatlicher Interventionen in primär marktorientierten Systemen wie der Bundesrepublik schließt die Frage ein, in welcher Weise sich die Aktivitäten öffentlicher von privatwirtschaftlichen Unternehmen unterscheiden. Ein wesentlicher Unterschied ist die externe Zielbestimmung, denn in der Regel sind öffentliche Unternehmen eng an den politischen Entscheidungsprozeß bzw. an gesetzliche Bestimmungen gebunden. Dies legt es nahe, Ziele und Aufgaben öffentlicher Unternehmen anhand jener Kriterien zu erörtern, die in der ökonomischen Staatsdiskussion eine Rolle spielen. Nur so ist auch erklärbar, daß die öffentlichen Unternehmen in das ideologisch aufgeladene Spannungsfeld von Staat und Markt geraten sind. Vorschub geleistet hat aber auch die Tatsache, daß die vorherr-

schenden Legitimationsversuche staatlichen Handelns nur wenig zur Erklärung der Realität beitragen. Eine empirisch orientierte Funktionsanalyse staatlichen Handelns kann letztlich aber kaum über die Feststellung hinausreichen, daß Inhalt und Umfang der Staatsaktivitäten Ausdruck historisch gewachsener und politisch determinierter Wertvorstellungen sind, die sich im Zeitablauf — in Abhängigkeit der konkreten Versorgungs- und Bedürfnislage der Individuen — wandeln.

Unter Einschluß der industriellen Bundesbeteiligungen beschäftigen die öffentlichen Unternehmen fast ein Zehntel aller Arbeitnehmer und tätigen 15 vH aller Anlageinvestitionen. Ihre Stellung in der Gesamtwirtschaft ist ebenso heterogen wie es ihre Funktionen sind. Zum Teil sind die öffentlichen Unternehmen rentabilitätsorientiert und stehen in Konkurrenz zu privaten Produzenten; auch werfen sie Gewinne ab. Vielfach produzieren sie öffentliche Güter und arbeiten kostendeckend oder mit geplanter Kostenunterdeckung. Ihre Aktivitäten liegen schwerpunktmäßig in den Sektoren Versorgung, Nachrichtenübermittlung und Verkehr, aber auch im Kreditwesen und der Wohnungswirtschaft, also überwiegend in „klassischen" Infrastrukturbereichen. Teilweise handelt es sich um „natürliche" Monopole: Aus Gründen der Zweckmäßigkeit kommt nur ein Anbieter für ein bestimmtes Gut in Betracht (z. B. Verteilungsnetz leitungsgebundener Energie); für potentielle Konkurrenten ist der Marktzutritt verschlossen oder stark reglementiert. An die Stelle der marktlichen Koordinationsfunktion tritt der politisch-administrative Entscheidungsprozeß. Allerdings wird das Argument des natürlichen Monopols dann brüchig, wenn Substitutionskonkurrenz entsteht bzw. prinzipiell möglich ist. Beispiele hierfür finden sich im gesamten Bereich der Telekommunikation.

Insgesamt waren 1983 in öffentlichen Unternehmen rund 1,6 Mill., unter Berücksichtigung der industriellen Unternehmen mit Bundesbeteiligung 2 Mill. Arbeitnehmer beschäftigt. Größter Arbeitgeber mit über einer halben Million Arbeitsplätzen ist die Bundespost, gefolgt von der Bundesbahn. Die öffentlichen Versorgungsunternehmen (Gas, Wasser, Elektrizität) beschäftigen fast eine Viertelmillion Arbeitnehmer, ebenso die öffentlichen Kreditinstitute.

Nimmt man die Investitionen zum Maßstab, so kommt den öffentlichen Versorgungsunternehmen das größte Gewicht zu. Sie gaben 1983 über 16 Mrd. DM aus, das war mehr als ein Drittel aller Investitionsmittel der öffentlichen Unternehmen. Mit einem Anteil von knapp 30 vH ist die Bundespost zweitgrößter Investor, gefolgt von der Bundesbahn und den Wohnungsunternehmen; beide haben in den letzten Jahren als Investor an Bedeutung verloren. 1983 war das Investitionsvolumen der öffentlichen Unternehmen (ohne industrielle Bundesbeteiligungen) mit 45 Mrd. DM erstmals höher als das im unmittelbaren Staatssektor. Die Industrieunternehmen mit Bundesbeteiligung investierten 1983 mit 8,5 Mrd. DM mehr als die Bundesbahn, aber weniger als die Bundespost und auch die Versorgungsunternehmen.

Aussagen über das Preisverhalten öffentlicher Unternehmen sind nur eingeschränkt möglich. Gemessen an den Outputpreisen in jenen Sektoren, in denen öffentliche Unternehmen ein Monopol besitzen — Energieversorgung und Verkehr und Nachrichtenübermittlung — zeigt sich, daß von 1970 bis 1983 per Saldo hier die Preise langsamer als im gesamten Unternehmenssektor gestiegen sind.

Die öffentlichen Unternehmen arbeiten nicht nur in Verlustbereichen. So zeigen die Jahresabschlüsse der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen, daß diese in der Summe laufend Überschüsse erzielten; dabei wurden die Verluste der Eigenbetriebe überkompensiert durch die Überschüsse der in privater Rechtsform geführten Unternehmen. Allerdings ist weniger die Rechtsform als die Sparte für das Auftreten von Gewinnen bzw. Verlusten maßgeblich: Die Überschüsse wurden fast ausschließlich von den Versorgungs-, vor allem von den Elektrizitätsunternehmen erzielt; sie aber besitzen eine Monopol- bzw. Quasi-Monopolstellung. Auch die Bundespost erzielte in den letzten Jahren beachtliche Überschüsse. Nach Ablieferungen an den Bundeshaushalt in Höhe von jeweils rund 4 Mrd. DM verblieben der Post noch immer Mittel in Höhe von 2 bis 3 Mrd. DM. Chronisch defizitär sind dagegen die Jahresabschlüsse der Deutschen Bundesbahn, obwohl der Bund jährlich Leistungen in Höhe von etwa 13 Mrd. DM erbringt.

Fußnoten

[1] Vgl. Autorenkollektiv (Ltg. Gebhardt G.): Sozialistische Finanzwirtschaft, Hochschullehrbuch. Berlin (Ost) 1981, S. 103, 105 f. — Gurtz, J., Kaltofen G.: Der Staatshaushalt der DDR. Berlin (Ost) 1982, S. 17. — Die Finanzierung des staatlichen Wohnungsbaus über Kredite widerspricht diesen Grundsätzen zumindest in formaler Hinsicht nicht, da als Kreditnehmer die VEB der Wohnungswirtschaft fungieren. Der Staatshaushalt übernimmt allerdings die Zins- und Tilgungszahlungen.

[2] Für die Berechnung der Staatsquote ist hier von der im Westen üblichen Definition der Steuern ausgegangen worden, da ein Vergleich mit der Bundesrepublik sonst nicht möglich ist. Die Abgaben der staatlichen Unternehmen sind somit in den Steuern enthalten. In der DDR werden diese im Unterschied zu den Abführungen der genossenschaftlichen und privaten Wirtschaft und der Bevölkerung nicht den Steuern zugerechnet.

[3] Über die Erhebung der PFA in anderen Bereichen der volkseigenen Wirtschaft entscheiden die zuständigen Ministerien in Übereinstimmung mit der staatlichen Plankommission und dem Finanzministerium.

[4] 1985 sind hiervon die bezirksgeleitete Industrie, die obst- und gemüseverarbeitende Industrie, die Nahrungsgüterwirtschaft, die Wasserwirtschaft und der Produktionsmittelhandel betroffen, 1986 folgen das Verkehrswesen, die Forstwirtschaft, das Kombinat Datenverarbeitung und verschiedene einzeln aufgeführte Staatsbetriebe.

[5] Vgl. hierzu Systematik des Staatshaushalts der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1980, S. 93 ff.

[6] Vgl. Systematik . . ., a. a. O., S. 96 f., 133.

[7] Der komplexe Wohnungsbau beinhaltet neben dem Wohnungsneubau auch den Bau von Bildungs-, Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen in den Neubaugebieten.

[8] Vgl. Rohde E., Siebenhaar H.: Haushalts- und Finanzwirtschaft der Städte und Gemeinden. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. 1975, S. 61ff. — Richtlinien zur Finanzierung der Investitionen der staatlichen Organe und Einrichtungen sowie des Wohnungsbaus vom 20. September 1979. In: GBl. der DDR, Teil I, Nr. 32/1979, S. 310ff.

Methodische Hinweise

Bei der Berechnung der Staatsquoten im Abschnitt 5.1.4. mußten im Staatshaushalt der DDR gegenläufige Zahlungsströme nach Möglichkeit saldiert werden, um das Haushaltsvolumen von den Auswirkungen der Anwendung des Bruttoprinzips zu bereinigen. Die Bruttoausgaben für die Akademie der Wissenschaften und der Hochschulen, für das Wohnungs-, Bildungs- und Gesundheitswesen, für Kultur, Erholung, Sport und Jugend, für Rundfunk und Fernsehen, für kommunale Maßnahmen und Dienstleistungen, für verschiedene staatliche Einrichtungen und Maßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft und für allgemeine Verwaltung wurden hierbei mit entsprechenden Positionen auf der Einnahmenseite verrechnet. In der Summe reduzierte sich das Volumen der Gesamtausgaben 1980 um 10 Mrd. Mark auf 150 Mrd. Mark.

Die Schätzung der Gesamtsumme der Transferzahlungen an den Unternehmenssektor in Abschnitt 5.1.6.1. bzw. der Gesamtsumme der Wirtschaftsförderung in Abschnitt 5.1.6.2. erfolgte für die Jahre 1980 bis 1984 auf der Basis der Haushaltspläne, in denen die Aufwendungen für die volkseigene Wirtschaft und die Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft jeweils pauschal ausgewiesen sind. Eine Gegenüberstellung mit den in den Haushaltsrechnungen ausgewiesenen Ausgabenpositionen zeigt, daß 1980 bis 1983 nur über die Verwendung von 20 bis 25 vH der für diese Jahre veranschlagten Aufwendungen für die volkseigene Wirtschaft eine Abrechnung erfolgt, 1984 lag dieser Wert bei etwa 50 vH. Eine Diskrepanz zwischen geplanten und tatsächlichen Ausgaben ergibt sich mit Ausnahme des Jahres 1983 auch bei der Haushaltsfinanzierung der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. Wenn unterstellt wird, daß 50 vH der in der Haushaltsrechnung ausgewiesenen Investitionen aus Investitionszuschüssen an die volkseigene Wirtschaft (VEW) bestehen, so kann die Summe der Subventionen in den nicht ausgewiesenen Ausgaben der Haushaltsrechnung für 1980 bis 1984 wie folgt geschätzt werden (in Mrd. M):

1980: 31; 1981: 26; 1982: 31; 1983: 36; 1984: 31.

Für die siebziger Jahre gehen die Schätzungen davon aus, daß erstens Veränderungen bei den nicht ausgewiesenen Ausgaben der Haushaltsrechnung primär auf Verschiebungen bei den Subventionen zurückzuführen sind, wie dies für die achtziger Jahre nachgewiesen werden kann, und daß zweitens zwischen den Einnahmen aus der VEW und den Rückflüssen in Form von unterschiedlichen Zahlungen an die staatliche Wirtschaft eine ähnliche Relation bestand wie in den Haushaltsplänen der achtziger Jahre. Diesen Planungen zufolge sollten jeweils 30 bis 33 vH der Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft an die Staatsunternehmen zurückfließen. Auf Grund dieser Annahmen läßt sich schätzen, daß zu Beginn der siebziger Jahre etwa die Hälfte und am Ende dieser Periode ungefähr 70 vH der nicht ausgewiesenen Ausgaben auf Zahlungen an die VEW entfallen sind. Die Schätzung ist in ihren Ergebnissen nicht unplausibel, weil sie für das Jahr 1975, in dem die Wirtschaft der DDR erstmals mit einer Erhöhung der Industriepreise konfrontiert wurde, eine deutliche Zunahme der Subventionierung ergibt. Da die der Schätzung zugrundeliegenden Annahmen nicht durch DDR-Quellen abgesichert sind, sind im Anhangtabellen-Teil bei den Ausgaben nach volkswirtschaftlichen Arten die Transferzahlungen an Unternehmen und bei den Ausgaben nach Aufgabenbereichen die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sowohl in ihrer geschätzten Gesamthöhe als auch in der in den Haushaltsrechnungen ausgewiesenen Höhe aufgeführt.

Bei der Aufgliederung der Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen in Abschnitt 5.1.6.2. mußte für die DDR bei der Aufschlüsselung der in der Haushaltsrechnung pauschal ausgewiesenen Investitionen auf die in den Statistischen Jahrbüchern des RGW abgedruckten Zahlen über die Investitionen in den nichtproduzierenden Bereichen zurückgegriffen werden. Im Unterschied zu den Statistischen Jahrbüchern der DDR sind hier diese Investitionen neben dem gesonderten Nachweis des Wohnungsbaus noch weiter untergliedert (Kommunalwirtschaft und Dienstleistungen; Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kunst; Gesundheits- und Sozialwesen, Sport und Erholungswesen; ferner eine nicht näher spezifizierte Restgröße). Diese in konstanten Preisen angeführten Daten mußten in jeweilige Preise umgerechnet werden. Da die Finanzbeziehungen der staatlichen Organe und Einrichtungen mit dem Staatshaushalt dem Bruttoprinzip unterliegen, kann davon ausgegangen werden, daß die Investitionen in die entsprechenden staatlichen Bereiche in voller Höhe über das Budget abgerechnet werden. Um Doppelzählungen zu vermeiden, mußte allerdings berücksichtigt werden, daß die im Rahmen des „komplexen Wohnungsbaus" getätigten Investitionen in Einrichtungen des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens und in andere Infrastruktureinrichtungen in den Haushaltsrechnungen den Zuwendungen für das Wohnungswesen zugerechnet werden. Als Unterpositionen gesondert ausgewiesen werden diese Aufwendungen erstmals 1984, für die Vorjahre wurde ihr Anteil an den Ausgaben für Wohnungsneubau geschätzt. Die den RGW-Statistiken entnommenen Angaben über die Gesamtsumme der Investitionen in den jeweiligen Aufgabenbereichen wurden entsprechend reduziert. Was die nicht näher spezifizierte Restgröße der Investitionen in den nichtproduzierenden Bereich anbetrifft, so wurde unterstellt, daß 50 vH auf Investitionsmaßnahmen im Bereich der allgemeinen Verwaltung entfallen, über den Rest wurden wegen der damit verbundenen Unsicherheiten keine Annahmen gemacht.

Quellen

Gesetzblätter der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR.

Haushaltsrechnungen für die Jahre 1971 bis 1984. Z.T. veröffentlicht in den Statistischen Jahrbüchern der DDR, im Neuen Deutschland oder in Drucksachen der Volkskammer.

Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Sekretariat (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des RGW. Moskau. Div. Jahrgänge. (russ.)

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Div. Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe S.8: Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1984. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 3.1: Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge.

Literaturhinweise:

Autorenkollektiv (Ltg. Gebhardt G.): Sozialistische Finanzwirtschaft, Hochschullehrbuch. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1981.

Autorenkollektiv (Ltg. König E.): Das sozialistische Finanzwesen der DDR, Fachschullehrbuch. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1980.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR Handbuch. 2 Bände, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 1985, S. 23ff., 400ff., 1280ff., 1311ff.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Handbuch DDR-Wirtschaft. Reinbek bei Hamburg. Rowohlt Taschenbuch Verlag. 1985.

Gurtz J., Kaltofen G.: Der Staatshaushalt der DDR. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1982.

Haase H.E.: Hauptsteuern im sozialistischen Wirtschaftssystem. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1980.

Heilemann U.: Zur empirischen Relevanz des crowdingout-Effektes für die Bundesrepublik Deutschland. In: Wachstum in den achtziger Jahren. Beihefte der Konjunkturpolitik. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 30/1983.

Tewes T.: Kreditfinanzierte Staatsausgaben und private wirtschaftliche Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland. In: Die Weltwirtschaft. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (Hrsg.). Tübingen. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 1982, Heft 1.

Vesper D. und Zwiener R. (Bearb.): Konjunkturelle Effekte der Finanzpolitik 1974 bis 1981, Ergebnisse ökonometrischer Simulationsrechnungen. In: Wochenbericht des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 19/1982.

Vesper D. (Bearb.): Zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung öffentlicher Unternehmen. In: Wochenbericht des DIW. A. a. O. Nr. 11/1985.

5.2. Hauptaspekte der sozialen Sicherung

Zusammenfassung

Sowohl für die Bundesrepublik als auch die DDR gilt, daß es keine eindeutige Definition dessen gibt, was unter Sozialpolitik zu verstehen ist. Die enge Verflechtung von Wirtschafts- und Sozialpolitik läßt eine allgemein akzeptierte begriffliche Trennung nicht zu.

Zur sozialen Sicherung im engeren Sinn zählen die Einrichtungen und Maßnahmen, die bei Verlust oder Einschränkung der Fähigkeit zur Erlangung von Arbeitseinkommen, Tod des Ernährers, Unfall, Krankheit und Mutterschaft eintreten.

In der Bundesrepublik wird das Sozialleistungssystem im wesentlichen von drei Gruppen getragen: der öffentlichen Hand, der Sozialversicherung und den Unternehmen bzw. Betrieben. 1982 waren knapp 80 vH aller Erwerbspersonen in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert. Unter Einbeziehung der Beamten ergibt sich, daß 88 vH der Erwerbspersonen quasi pflichtversichert sind. 90 vH aller Erwerbspersonen waren in einer gesetzlichen Krankenversicherung versichert.

Auch in der DDR gibt es im wesentlichen die drei Gruppen von Trägern: Staat, Sozialversicherungen, Betriebe. Kennzeichnend für die Organisation der sozialen Sicherung ist dort eine starke Zentralisierung bei relativ wenigen Trägern mit jeweils breitem Aufgabenspektrum.

Die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten und die für Selbständige und Genossenschaftsmitglieder eingerichtete Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung der DDR sind als Einheitsversicherungen konzipiert; die verschiedenen Sozialversicherungszweige (Krankheit, Unfall, Renten) sind bei ihnen zusammengefaßt. Der Versicherungsgrad ist praktisch 100 vH.

Der größte Teil der staatlichen Sozialleistungen wird in der Bundesrepublik durch Beiträge aufgebracht. Die wichtigsten Zweige der Sozialversicherung — Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung — finanzieren sich im Umlageverfahren. Die Beiträge werden aus dem laufenden Einkommen gezahlt, d. h. die aktiv Erwerbstätigen finanzieren die Aufwendungen für die nicht (mehr) im Erwerbsleben Stehenden. In diesen drei Versicherungszweigen werden die Beiträge je zur Hälfte vom Arbeitgeber und den Arbeitnehmern getragen. Der Ausgabenanstieg hat, bedingt durch Leistungsverbesserungen und die hohe Arbeitslosigkeit, zu Anhebungen der Beitragssätze geführt. Die Beitragssätze sind in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber von je 13,25 vH des beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelts im Jahre 1970 auf 17,45 vH im Jahre 1983 erhöht worden. Staatliche Zuschüsse fallen in der Regel nur bei der Rentenversicherung an; 1983 betrug ihr Anteil an der Finanzierung 20 vH. Aus all-

gemeinen Steuermitteln der öffentlichen Haushalte werden staatliche Versorgungs- und Fürsorgeleistungen finanziert.

Auch in der DDR entrichten die Erwerbstätigen und die Betriebe Sozialversicherungsbeiträge. Die Leistungen werden wie in der Bundesrepublik über das Umlageverfahren finanziert. Der Beitragssatz für Arbeiter und Angestellte wurde — anders als in der Bundesrepublik — nicht erhöht und beläuft sich weiterhin auf 10 vH des beitragspflichtigen Arbeitsverdienstes. Da die Ausgaben der Sozialversicherung in der DDR deutlich stärker gestiegen sind als die Beitragseinnahmen, hat sich der Anteil der Staatszuschüsse von 20 vH im Jahr 1960 auf 45 vH im Jahr 1983 erhöht.

Die öffentlichen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland haben im Jahr 1983 insgesamt 370 Mrd. DM (1970: 109 Mrd. DM) für die soziale Sicherung (Geld- und Sachleistungen) ausgegeben. Dies ergibt gemessen am Bruttoinlandsprodukt eine Sozialleistungsquote von 22 vH (1970: 16 vH).

Die Summe aller öffentlichen Bar- und Sachleistungen betrug in der DDR 1983 etwa 35 Mrd. Mark und 1970 gut 18 Mrd. Mark. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt ergibt das für 1983 eine Sozialleistungsquote von gut 13 vH (1970: 12 vH). Sie hat sich im Gegensatz zur Bundesrepublik nur geringfügig erhöht.

In der Bundesrepublik gilt für den Bereich der sozialen Sicherung in der Regel das Versicherungsprinzip, das sich im Grundsatz der Beitragsäquivalenz niederschlägt. Hierbei wird — bis auf Ausnahmen — an die erbrachte Arbeitsleistung angeknüpft, wobei sowohl die Bezahlung dieser Arbeitsleistung als auch die Dauer der Beschäftigung berücksichtigt werden. Dies wird dadurch erreicht, daß die zu zahlenden Beiträge sich an der Einkommenshöhe orientieren und die von der Sozialversicherung zu erbringenden Leistungen von der Höhe und der Zahl der Beiträge abhängen. Für höhere Einkommen trifft das jedoch nicht zu. Die Übertragung der Einkommensdifferenzierung in den Leistungsbereich beschränkt sich auf niedrige und mittlere Einkommen. Die Höhe der Leistungen differiert allerdings nach dem leistungsauslösenden Grund und dem zuständigen Träger (Kausalprinzip). Die Orientierung an den erzielten Einkommen ist zugleich eine Orientierung am früheren Lebensstandard.

Ergänzt wird diese starke Orientierung an den erzielten Einkommen durch Momente des sozialen Ausgleichs dort, wo eine alleinige Berücksichtigung des Faktors Einkommen zu Lösungen führen würde, die als ungerecht empfunden würden (Sachleistungen in der Krankenversicherung, Zurechnungszeiten, Ausfallzeiten). Im Vergleich zu den Leistungen in der DDR zeigt sich, daß die Absicherung für das Alter in der Bundesrepublik insgesamt ein höheres Niveau erreicht, aber auch entsprechend der stärkeren Einkommensabstufung stärker differiert. In der Bundesrepublik ist mit der Einkommenskoppelung eine jährliche Anpassung der Transfers verbunden (Dynamisierung), während in der DDR im Kernbereich (Rentenpflichtversicherung) eine Anhebung in unregelmäßigen Abständen erfolgt.

Ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland knüpft auch in der DDR die Bemessung der Leistungen in weiten Bereichen der sozialen Sicherung prinzipiell an die Bezahlung und z. T. auch an die Dauer der Beschäftigung an. In Fällen, in denen das Leistungsprinzip nicht anwendbar ist (z. B. Sachleistungen in der Krankenversicherung) oder zu unerwünschten Ergebnissen führt (z. B. Benachteiligung von Familien mit Kindern), wird es auch dort durch Verteilungsgrundsätze mit sozialen Aspekten (z. B. Bedürftigkeit) ergänzt.

Wieweit für den Bereich der Sozialversicherung das Versicherungsprinzip gilt, ist umstritten. Einen engen Zusammenhang zwischen Höhe der Beiträge und Leistungsumfang gibt es in der DDR faktisch nur bei einem Teil der Barleistungen (z. B. Renten der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung, Krankengeld, bestimmte Leistungen im Falle der Mutterschaft), bei anderen ist er nur lose (z. B. Renten der Pflichtversicherung aufgrund der Mindestregelungen und der niedrigen Bemessungsgrenze). Eine jährliche Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung ist im Rentensystem nicht vorgesehen; in der Vergangenheit sind die Renten in einem Drei- bis Fünfjahresrhythmus erhöht worden. Das Äquivalenzprinzip kommt am stärksten bei den privaten Personenversicherungen zur Anwendung, das Versorgungsprinzip hingegen bei den Leistungen, die aus dem öffentlichen Haushalt bezahlt werden.

Inhalt Seite

5.2.1. Organisation und Sicherungskreis ... 569
5.2.2. Finanzierung ... 570
5.2.3. Ausgabenentwicklung ... 571
5.2.4. Leistungen ... 572
5.2.4.1. Altersversorgung ... 573
5.2.4.2. Invalidität ... 580
5.2.4.3. Hinterbliebenenversorgung ... 583
5.2.4.4. Krankheit ... 584
5.2.4.5. Leistungen bei der Geburt und der Betreuung von Kindern ... 585
5.2.4.6. Kindergeld ... 588
5.2.4.7. Verlust des Arbeitsplatzes ... 589
5.2.4.8. Sozialhilfe/Sozialfürsorge ... 592
5.2.5. Schlußbetrachtung ... 592
Fußnoten, Quellen und Literaturhinweise zu 5.2. ... 594

Für die Bundesrepublik Deutschland gilt das verfassungsrechtliche Sozialstaatsgebot. Damit ist die Grundlage für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik gegeben, in der die marktwirtschaftliche Steuerung durch Besteuerung, staatliche Arbeitsvermittlung, Tarifautonomie, Arbeitnehmerschutz, Mitbestimmung und soziale Sicherung ergänzt wird. Dieses soziale Geflecht und seine Weiterentwicklung kennzeichnen und prägen das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland. Sie gehören zum sozialen Sicherungssystem im weiteren Sinn.

Eine derartige Abgrenzung des sozialen Sicherungssystems ist nicht die einzig mögliche. Wirtschafts- und Sozialpolitik sind so eng verflochten, daß eine allgemein akzeptierte begriffliche Trennung nicht existiert: Normativer Gehalt und historischer Bezug des Begriffs Sozialpolitik führen zu unterschiedlichen Abgrenzungen von Wirtschafts- und Sozialpolitik [1].

In der DDR wurde Sozialpolitik zunächst — mit Hinweis auf die zentrale Stellung des Prinzips der Sorge um den Menschen im Sozialismus — als sinnwidrig oder gar überflüssig angesehen. Anders als in kapitalistischen Staaten diene die Politik insgesamt den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde diese Haltung modifiziert; sie gipfelt heute in der These, daß „echte" Sozialpolitik nur im Sozialismus möglich sei. Eine verbindliche Definition des Begriffs Sozialpolitik gibt es in der DDR ebenfalls nicht. Die Interpretationsbreite reicht von der Eingrenzung auf das klassische Gebiet der sozialen Sicherung bis (fast) zur Gleichsetzung mit der gesamten Gesellschaftspolitik [2]. In zunehmendem Maße wird der Begriff Sozialpolitik weit gefaßt. Sozialpolitik ist die „Gesamtheit der Ziele, Maßnahmen und Mittel . . . zur Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus und damit zur Förderung der sozialistischen Lebensweise sowie zur Formung sozialistischer Persönlichkeiten und zur Herausbildung einer der entwickelten sozialistischen Gesellschaft entsprechenden Sozialstruktur" [3]. Konkret erstreckt sich danach Sozialpolitik im wesentlichen auf die Bereiche Wohnen, Arbeit, Einkommen, Güterversorgung, Gesundheit, Freizeit und Erholung, Familie, Sicherung in bestimmten Lebenslagen, Umweltschutz und Sozialplanung. Seit Anfang der siebziger Jahre sieht man im Wohnungsbau das „Kernstück der Sozialpolitik". Generell wird stets auf die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" hingewiesen mit dem Tenor, daß erst Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung soziale Verbesserungen ermöglichen. Daß eine Steigerung der Mittel für den Sozialbereich nicht nur von hohen Leistungen abhängt, sondern auch das Ergebnis politischer Verwendungsentscheidungen ist, wird in der Regel nicht erwähnt.

Der Vergleich der sozialen Sicherung in beiden Staaten bleibt hier auf die Hauptaspekte der sozialen Sicherung beschränkt, auf Bereiche, die zum System der sozialen Sicherung im engeren Sinn zählen. Dazu werden die Einrichtungen und Maßnahmen gerechnet, die bei Verlust oder Einschränkung der Fähigkeit zur Erlangung von Arbeitseinkommen, Tod des Ernährers, Unfall, Krankheit und Mutterschaft eintre-

ten. Dargestellt werden jeweils die Grundzüge der Absicherung. Von einer Beschreibung der Vielfalt der Regelungen im einzelnen muß abgesehen werden.

5.2.1. Organisation und Sicherungskreis

Organisation und Sicherungskreis sollen in erster Linie, getrennt für beide Staaten, unter dem Aspekt der Trägerschaft — in der Reihenfolge, Staat, Sozialversicherung, Betriebe — behandelt werden.

In der Bundesrepublik wird das Sozialleistungssystem im wesentlichen von drei Gruppen getragen: der öffentlichen Hand, der Sozialversicherung und den Unternehmen bzw. Betrieben. Der Sektor „öffentliche Hand" umfaßt den Bund, die Länder und die Gemeinden; die verschiedenen Sozialversicherungsträger werden zum Sektor Sozialversicherung zusammengefaßt. Als einzelne Sozialversicherungsträger galten 1984 rund 1 200 gesetzliche Krankenversicherungen, 22 Träger der Rentenversicherung, 19 landwirtschaftliche Alterskassen, die Bundesanstalt für Arbeit, 97 Einrichtungen der Unfallversicherung. Dazu kommt noch eine Reihe von Versorgungswerken für freie Berufe und Zusatzversorgungsanstalten öffentlich-rechtlicher Natur.

Die Unternehmen bzw. Betriebe nehmen zwei Funktionen wahr. Einmal haben sie Sicherungsaufgaben in ihrer Funktion als Arbeitgeber (z. B. Gewährung von Betriebsrenten). Zum anderen sind die Unternehmen der Versicherungswirtschaft im Bereich der privaten Vorsorge tätig. Die private Vorsorge durch Ansparen von Guthaben bzw. Abschließen von Versicherungen besitzt dabei in den meisten Fällen ergänzende Funktion.

Die Anspruchsberechtigung für eine Leistung setzt die Zugehörigkeit zu dem Kreis der Personen voraus, für die der jeweilige Träger eine Absicherung übernommen hat. Eine Reihe von Leistungen ist darüber hinaus an eine Mindestpflichtversicherungszeit gekoppelt.

Arbeiter sind in allen Zweigen der Sozialversicherung grundsätzlich pflichtversichert. Angestellte sind in der Rentenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung ebenfalls grundsätzlich pflichtversichert, in der Krankenversicherung dagegen nur bis zur Pflichtversicherungsgrenze. Beziehen sie ein Einkommen oberhalb dieser Grenze, so können sie sich in der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig versichern oder zu einem privaten Krankenversicherungsträger überwechseln.

Die Regelungen für Selbständige sind sehr unterschiedlich. Wenn sie eine arbeitnehmerähnliche Tätigkeit versehen, sind sie kraft Gesetz pflichtversichert. Handwerker sind für eine Mindestdauer (18 Jahre) in der Arbeiterrentenversicherung pflichtversichert. Andere Selbständige sind in ihren berufsständischen Versorgungswerken pflichtversichert. Selbständige, die keiner Versicherungspflicht unterliegen, können sich innerhalb einer bestimmten Frist nach Berufsantritt in der Angestelltenversicherung auf Antrag pflichtversichern lassen.

Mit der Schaffung der Möglichkeit, daß alle Personen, die ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, sich nach Vollendung des 16. Lebensjahres freiwillig in der Rentenversicherung versichern können, daß Selbständige und freiberuflich Tätige sich auf Antrag pflichtversichern können und dem Aufbau der Künstlersozialversicherung hat sich der Kreis der Rentenversicherungsberechtigten auch auf einen Teil der nicht-abhängig erwerbstätigen Personen ausgedehnt. Versicherungsfrei in der Rentenversicherung sind vor allem die Beamten, denen der Staat auch in der Phase der Nichterwerbstätigkeit ausreichende Versorgungsbezüge zu gewähren hat (Alimentationsprinzip).

1982 waren knapp 80 vH aller Erwerbspersonen in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert[4]. Unter Einbeziehung der Beamten ergibt sich, daß 88 vH der Erwerbspersonen quasi pflichtversichert sind. 90 vH aller Erwerbspersonen waren in einer gesetzlichen Krankenversicherung versichert[5].

Die beiden wichtigsten sozialen Leistungen der Unternehmen sind die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und die Gewährung von Betriebsrenten. Anspruch auf die Lohnfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit (bis zu 6 Wochen) haben alle Arbeitnehmer. Der Kreis der Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft mit Ansprüchen auf eine betriebliche Altersversorgung hat sich vergrößert. Derzeit dürfte die Hälfte der Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft über Anwartschaften einer Betriebsrente verfügen. Der Anteil der Rentner, die eine Betriebsrente zusätzlich beziehen, liegt bei knapp einem Viertel.

Auch in der DDR gibt es im wesentlichen die drei Gruppen von Trägern: Staat, Sozialversicherungen, Betriebe. Kennzeichnend für die Organisation der sozialen Sicherung ist eine starke Zentralisierung bei relativ wenigen Trägern mit jeweils breitem Aufgabenspektrum.

Der Kern ist die aus zwei Trägern bestehende Sozialversicherung. Die beiden Träger sind die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten und die für Selbständige und Genossenschaftsmitglieder eingerichtete Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung der DDR. Beide sind als Einheitsversicherungen konzipiert; die verschiedenen Sozialversicherungszweige (Krankheit, Unfall, Renten) sind bei ihnen zusammengefaßt. Es wird ein einheitlicher, nach Risiken nicht aufspaltbarer Versicherungsbeitrag erhoben. Neben den traditionellen Sparten wurden der Sozialversicherung mit der Versorgung der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, der ehemaligen Beamten und früher auch der Arbeitslosen weitere Aufgaben zugewiesen. Die Freiwillige Zusatzrentenversicherung, die offiziell zusammen mit der Pflichtversicherung als Einheit angesehen wird, ist ebenfalls bei den Sozialversicherungsträgern angesiedelt. Für eine Reihe von Personengruppen gibt es außerhalb der Sozialversicherung Zusatz- und/oder Sonderversorgungseinrichtungen.

In der DDR besteht eine umfassende Sozialversicherungspflicht. Im Jahre 1984 waren rund 88 vH der Einwohner (Versicherte und Familienangehörige) in der

Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten und etwa 12 vH in der Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung. In die Freiwillige Zusatzrentenversicherung — die eine höhere Versorgung im Renten- und Krankheitsfall gewährleistet — waren zu Beginn der achtziger Jahre mehr als 75 vH aller beitrittsberechtigten Arbeiter und Angestellten und weit über 80 vH der Genossenschaftsmitglieder eingetreten. Beitrittsberechtigt sind Erwerbstätige mit höherem Einkommen.

Die wichtigste Barleistung der Betriebe im sozialen Bereich war in der DDR bis 1977 der Lohnausgleich im Krankheitsfall. Neben dem Krankengeld von der Sozialversicherung erhielten Arbeitnehmer für insgesamt 6 Wochen im Kalenderjahr die Differenz zwischen Krankengeld und 90 vH ihres letzten Nettodurchschnittsverdienstes früher von den Betrieben; 1978 ging die Absicherung im Krankheitsfall ganz auf die Sozialversicherung über. Betriebsrenten spielen in der DDR nur eine geringe Rolle.

Für die private Vorsorge gibt es auch in der DDR die Möglichkeit, entsprechende Versicherungen abzuschließen. Träger ist, wie bei der gesetzlichen Sozialversicherung für Selbständige und Genossenschaftsmitglieder, die Staatliche Versicherung; sie ist (u. a.) mit einem Monopol für private Personenversicherungen ausgestattet.

5.2.2. Finanzierung

Wiederum getrennt für beide Staaten soll die Finanzierung der Sozialleistungen (Art und Umfang) der drei großen Träger — Sozialversicherung, Staat, Betriebe — behandelt werden.

Die starke funktionale Gliederung des Trägersystems in der Bundesrepublik hat auch ein sehr differenziertes Finanzierungssystem zur Folge.

Der größte Teil der staatlichen Sozialleistungen wird durch Beiträge finanziert. Die Betragsfinanzierung hat gegenüber der Steuerfinanzierung den Vorteil, daß sich Beitrag und Leistung dem Grund und der Höhe nach bedingen (Äquivalenzprinzip). Eine Beitragszahlung ist eine direkte Vorleistung für den Versicherten oder seine Angehörigen. Aus der Zahlung von Steuern lassen sich dagegen keine individualisierbaren Leistungen ableiten.

Die einzelnen Zweige der Sozialversicherung finanzieren sich im Umlageverfahren. Die Beiträge werden aus dem laufenden Einkommen gezahlt, d. h. die aktiv Erwerbstätigen erwirtschaften die Aufwendungen für die nicht (mehr) im Erwerbsleben Stehenden. Bei der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung werden die Beiträge je zur Hälfte vom Arbeitgeber und den Arbeitnehmern getragen.

Beitragspflichtig ist ein Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Sie betrug in der Renten- und Arbeitslosenversicherung im Jahr 1984 5 200 DM je Monat; dies entspricht dem 1,8-fachen des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts aller Versicherten. In der Krankenversicherung ist die Beitragsbemessungsgrenze um ein Viertel niedriger. Die Bemessungsgrenzen sind an die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitsentgelte gekoppelt, d. h. sie werden jährlich angehoben.

Die Beitragssätze wurden in unregelmäßigen Abständen bei abzusehenden Finanzierungslücken erhöht. 1984 mußten Arbeitnehmer und Arbeitgeber Rentenversicherungsbeiträge in Höhe von je 9,25 vH des beitragspflichtigen Einkommens entrichten. In der Arbeitslosenversicherung waren es 2,3 vH und in der Krankenversicherung im Durchschnitt 5,7 vH. 1970 betrugen diese Sätze 8,5 vH in der Rentenversicherung, 0,65 vH in der Arbeitslosenversicherung und 4,1 vH in der Krankenversicherung. Staatliche Zuschüsse fallen in der Regel nur bei der Rentenversicherung an. Diese staatlichen Zuschüsse sind in ihrer Entwicklung an die Veränderung der durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelte gekoppelt, d. h. eine Komponente der Einnahmeseite. Da die Ausgaben im Zeitraum von 1960 bis 1983 stärker expandierten als die Einnahmen, hat sich die Relation Zuschüsse zu Ausgaben von knapp 30 vH auf 20 vH vermindert. Bei der Arbeitslosenversicherung hat der Staat nur dann Zuschüsse bereitzustellen, wenn die Ausgaben selbst nach Auflösung eigener Rücklagen nicht gedeckt werden können. Dies trat in den Jahren 1980 bis 1983 ein. Die gesetzliche Krankenversicherung finanziert sich allein aus Beiträgen.

Von diesen Grundsätzen abweichend ist die Finanzierung in der Unfallversicherung geregelt. Dort tragen allein die Arbeitgeber die Beiträge. Die Höhe der Beiträge wird nach Abschluß des Geschäftsjahres durch die Höhe der Aufwendungen bestimmt. Die Beiträge des einzelnen Betriebes werden nach der Höhe des Entgelts der Versicherten bemessen, wobei eine Abstufung nach Gefahrenklassen, in die die Betriebe je nach der Häufigkeit von Arbeitsunfällen eingeordnet werden, vorgenommen wird.

Ebenfalls allein finanzieren die Unternehmen die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, die Zuschüsse zum Mutterschaftsgeld und die betrieblichen Sozialleistungen. Zu den letzteren zählen vor allem die Aufwendungen für die betrieblichen Zusatzversorgungssysteme.

Aus allgemeinen Steuermitteln der öffentlichen Haushalte werden staatliche Versorgungs- und Fürsorgeleistungen finanziert. Zu diesen Leistungen zählen in der Bundesrepublik Deutschland:

- Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe (in den Jahren 1967 bis 1980 trug die Bundesanstalt für Arbeit die Aufwendungen für die Anschlußarbeitslosenhilfe);
- Jugendhilfe, Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich, Wiedergutmachung und Unterhaltssicherung.

Darüber hinaus werden Familienleistungen wie Kindergeld und Mutterschaftsgeld, Mutterschaftsurlaubsgeld (ab 1986 Erziehungsgeld) aus Mitteln der öffentlichen Haushalte aufgebracht. Ebenfalls aus dem Steueraufkommen finanzieren die öffentlichen Arbeitgeber die Beamtenversorgung.

Die stärkere Zentralisierung im Bereich der sozialen Sicherung führt in der DDR zu einer größeren Einheitlichkeit im Finanzierungssystem als in der Bundesrepublik.

In der DDR entrichten die Erwerbstätigen und die Betriebe ebenfalls Sozialversicherungsbeiträge. Die Leistungen werden wie in der Bundesrepublik über das Umlageverfahren finanziert. Die Beiträge tragen aber in deutlich geringerem Maß zur Finanzierung der Gesamtausgaben bei.

Es sind auch dort Einkommen nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze beitragspflichtig. Anders als in der Bundesrepublik ist die Bemessungsgrenze nie geändert worden und beträgt lediglich 600 Mark je Monat. Die Höhe der durchschnittlichen monatlichen Bruttolöhne und -gehälter (ohne Betriebsanteil zur Sozialversicherung) lag 1983 bei 950 Mark, d. h. das Einkommen der meisten Sozialversicherungspflichtigen liegt heute oberhalb der Bemessungsgrenze.

Auch der Beitragssatz für Arbeiter und Angestellte wurde — wiederum abweichend von den Regelungen in der Bundesrepublik — nicht erhöht und beläuft sich auf 10 vH des beitragspflichtigen Arbeitsverdienstes. Da dieser auf 600 M monatlich begrenzt ist, sind höchstens 60 Mark zu entrichten. Hinzu kam der Beitragsanteil der Betriebe von ebenfalls 10 vH (im Bergbau 20 vH). Der betriebliche Beitragsanteil ist 1978 auf 12,5 vH (Bergbau 22,5 vH) angehoben worden, als Konsequenz der vollen Übernahme des Lohnausgleichs im Krankheitsfall durch die Sozialversicherung; vorher wurde er teilweise von den Betrieben gezahlt. Eine Aufspaltung der Beiträge nach Risiken (z. B. Alter, Krankheit) — wie dies in der Bundesrepublik geschieht — gibt es — mit Ausnahme der Leistungen für Betriebsunfälle und Berufskrankheiten — in der DDR nicht, ebenso wenig eine Differenzierung der Bemessungsgrenze.

Für die Mitglieder der Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung gelten im Prinzip die gleichen Beitragssätze (10 vH für die Versicherten, 12,5 vH für die Betriebe). Dazu gehören Mitglieder der Produktionsgenossenschaften des Handwerks und landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. Die übrigen Versicherten bei der Staatlichen Versicherung (Selbständige) sind von der Neuregelung des Lohnausgleichs nicht betroffen und entrichten deshalb weiterhin 20 vH ihres Einkommens (höchstens 120 M), eine Beteiligung der Betriebe fehlt naturgemäß.

Für Bezieher von höheren Einkommen (mehr als 600 M monatlich) besteht seit 1971 die Möglichkeit, sich zu ähnlichen Beitragsbedingungen zusätzlich freiwillig zu versichern. 1982 beruhten schon über 15 vH der Beitragseinnahmen der beiden Versicherungsträger auf freiwilligen Zahlungen.

Zur Finanzierung der infolge von Arbeitsunfällen ausgelösten Leistungen wird von den Betrieben ähnlich der Konstruktion in der Bundesrepublik eine besondere Unfallumlage erhoben, deren Höhe sich nach der Lohnsumme und nach den Unfallgefahren des jeweiligen Betriebes richtet. Sie beträgt 0,3 bis 3,0 vH der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter.

Die Erhöhung der Einnahmen der Sozialversicherung vollzog sich im wesentlichen über die Anhebung des allgemeinen Einkommensniveaus und der damit — auch bei gleichbleibenden Beitragssätzen — verbundenen absoluten Zunahme der Beitragszahlungen. In der Bundesrepublik bewirkten außerdem die Anhebungen der Bemessungsgrenzen und der Beitragssätze den Anstieg. Die Ausgaben der Sozialversicherung sind auch in der DDR durch Erhöhungen und Ausweitungen der Leistungen erheblich rascher gestiegen. Während zu Beginn der fünfziger Jahre die Beitragseinnahmen für die Finanzierung der Leistungen noch ausreichten, mußte die Bilanz später in immer stärkerem Maße durch Staatszuschüsse ausgeglichen werden — 1960 zu 20 vH und 1983 zu knapp 45 vH. Eine Orientierung der Beiträge an den Ausgaben fehlte bis zu Beginn der siebziger Jahre völlig. Danach hat die Umgestaltung der Freiwilligen Zusatzversicherung (1971) und die Anhebung des betrieblichen Beitragsanteils im Zuge der Übernahme des Lohnausgleichs im Krankheitsfall (1978) zu einem höheren Beitragsaufkommen der Sozialversicherung geführt, es reicht aber nicht aus, um die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verringern.

Eine Reihe von Maßnahmen finanziert der Staat direkt aus allgemeinen Haushaltsmitteln. Es sind dies vor allem Kindergeld, Geburtenbeihilfe, Sozialfürsorge sowie bestimmte Renten (Ehrenpensionen, Altersversorgung der „nichttechnischen" Intelligenz). Mit der organisatorischen Abwicklung wurden z. T. die Sozialversicherung und die Betriebe betraut.

Als eigene Leistungen der Betriebe sind der (1978 auf die Sozialversicherung übergegangene) Lohnausgleich im Krankheitsfalle und die Betriebsrenten zu nennen.

5.2.3. Ausgabenentwicklung

Im Abschnitt Ausgabenentwicklung werden nacheinander für die Bundesrepublik und die DDR der Umfang und die Entwicklung der geamtwirtschaftlichen Sozialleistungsaggregate erörtert, und zwar in der Reihenfolge öffentliche Einkommensübertragungen (Geldleistungen), Sachleistungen und Sozialleistungen insgesamt — letztere mit Bezug zum Sozialprodukt. Außerdem werden die Quellen des öffentlichen Sozialbudgets, unabhängig von der Finanzierungsart der einzelnen Leistungen (unter Staat erfolgt z. B. eine Zusammenfassung der Zuschüsse zur Sozialversicherung und der direkt aus seinem Etat bezahlten Leistungen) sichtbar gemacht. Eigene Sozialaufwendungen der Unternehmen bzw. Betriebe bleiben wegen ihrer unzureichenden Erfaßbarkeit (für die DDR) außer Ansatz.

An öffentlichen Einkommensübertragungen wurden 1983 in der Bundesrepublik 265 Mrd. DM geleistet, dies entspricht gegenüber 1970 einer Verdreifachung. Neben Einkommensentwicklung hat die daran gekoppelte Erhöhung der Leistungen zu diesem Anstieg geführt. Bei den Geldleistungen dominieren

die Renten- und Pensionszahlungen mit 70 vH. Seit 1970 haben diese Zahlungen etwas an Gewicht verloren. Ebenfalls verringert hat sich der Anteil der Kriegsfolgeleistungen. Stark gestiegen sind dagegen die Zahlungen für Arbeitslosengeld und -hilfe. Ihr Anteil an den gesamten Geldleistungen ist von 3 vH auf knapp 12 vH gestiegen (vgl. Anhangtabellen 5.2.-1 und -2).

Der Wert der sozialen Sachleistungen — diese umfassen die Ausgaben für Arzthonorare, Krankenhausunterbringung, Arzneimittel etc. — betrug 1983 105 Mrd. DM und hat sich seit 1970 (vgl. Anhangtabelle 5.2.-4) vervierfacht. Er ist damit stärker gestiegen als der der Geldleistungen. Verschiedene Aktionen, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu dämpfen, führten lediglich zu vorübergehenden Erfolgen.

Die öffentlichen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland haben im Jahr 1983 insgesamt 370 Mrd. DM (1970: 109 Mrd. DM) für die soziale Sicherung (Geld- und Sachleistungen) ausgegeben. Dies ergibt gemessen am Bruttoinlandsprodukt eine Sozialleistungsquote von 22 vH (1970: 16 vH).

Zwei Drittel der öffentlichen Sozialleistungen werden über Beiträge (etwa je ein Drittel Arbeitnehmer und Unternehmen) finanziert. Der zweite größere Posten sind die staatlichen Zuweisungen. Vermögenserträge der einzelnen Sozialversicherungsträger fallen kaum ins Gewicht.

Die Ausgabenentwicklung der Sozialleistungen hat besonders im Bereich der Sozialversicherung zu einem erheblich gestiegenen Bedarf an Finanzierungsmitteln geführt. In weiten Bereichen wurde dieser Bedarf über eine Einnahmesteigerung aufgrund von Anhebungen der Beitragssätze und Bemessungsgrenzen gedeckt. Zum zweiten wurde der Ausgabenanstieg durch eine Vielzahl von Kürzungsmaßnahmen gebremst. Auch für die Zukunft zeichnet sich ein weitergehender Finanzbedarf ab. Dies gilt besonders für den Bereich der Alterssicherung, denn die demographische Entwicklung verschlechtert die Relation Erwerbstätige/Nichterwerbstätige.

Die Vorschläge zur Lösung zukünftiger Finanzprobleme umfassen ein weites Spektrum; dazu zählen Heraufsetzung der Altersgrenze für Altersruhegeld, Anhebung der Beitragssätze, Erhöhung des Bundeszuschusses, Kürzung der Leistungen, Veränderung der Bemessungsgrundlage (Maschinenbeitrag) und Aufhebung bzw. Verschiebung der Beitragsbemessungsgrenze.

Die öffentlichen Einkommensübertragungen in der DDR hatten 1983 ein Volumen von 23 Mrd. Mark, das entspricht — verglichen mit 1970 — nahezu einer Verdoppelung. Bestimmende Faktoren dieser Entwicklung waren Verbesserungen bestehender und Einführung neuer Leistungen. Im Berichtszeitraum ist eine Vielzahl von Beträgen einmal oder mehrmals erhöht worden, häufig verbunden mit Verlängerungen der Schutzfristen (Krankheit, Mutterschaft). Neue Leistungen (z. B. Übernahme des betrieblichen Lohnausgleichs, „Babyjahr") haben den Umfang der Übertragungen ebenfalls steigen lassen. Gegenläufige Trends sind hinsichtlich des Kreises der Leistungsberechtigten zu beobachten. Tendenziell vergrößernd wirkte auf den Umfang der Sozialeinkommen die Einbeziehung weiterer Gruppen in das soziale Sicherungssystem. Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur und der Erwerbsbeteiligung hatten bis Mitte der siebziger Jahre einen Anstieg der Rentnerzahl zur Folge, während die Kriegsopferversorgung nach und nach an Bedeutung verlor. Renten stellen wie in der Bundesrepublik den mit weitem Abstand wichtigsten Posten dar; 1983 entfielen zwei Drittel aller Transfers auf sie. Die erhebliche Zunahme der Geldleistungen bei Krankheit erklärt sich aus der Übernahme des betrieblichen Lohnausgleichs durch die Sozialversicherung im Jahre 1978. Die Ausgaben für Kindergeld fielen wegen der Abnahme der Zahl der Kinder zurück (vgl. Anhangtabelle 5.2.-3).

Der Umfang der Sachleistungen läßt sich aufgrund von Umstellungen in der Berichterstattung zuverlässig nur noch für den Bereich der Sozialversicherung ermitteln. Dort erhöhten sich die Aufwendungen von 4,3 Mrd. Mark (1970) auf 9,6 Mrd. Mark (1983) und stiegen damit — wie in der Bundesrepublik — rascher als die Einkommensübertragungen. Die Gründe für die überdurchschnittliche Ausgabenentwicklung bei den Sachleistungen sind z. T. die gleichen wie in der Bundesrepublik, z. B. Zunahme der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen, höhere Aufwendungen für die Arzneimittelversorgung, teurere Behandlungsmethoden. Etwa zwei Drittel der Sachleistungen entfielen auf die Kosten der ambulanten und stationären Versorgung. Nach überschlägigen Schätzungen dürften sich die aus dem Staatshaushalt direkt finanzierten Sachleistungen der Sozialfürsorge, Jugend- und Altenhilfe sowie des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ohne stationäre und ambulante Betreuung) u.ä. heute in einer Größenordnung von zwei bis drei Mrd. Mark bewegen. Zusammen mit der Sozialversicherung entspräche das einer Summe um 12 Mrd. Mark (1970: 5,5 Mrd. Mark) bzw. einem Drittel aller öffentlichen Sozialleistungen (vgl. Anhangtabelle 5.2.-5).

Die Summe aller öffentlichen Bar- und Sachleistungen betrug 1983 etwa 35 Mrd. Mark und 1970 gut 18 Mrd. Mark. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt ergibt das für 1983 eine Sozialleistungsquote von gut 13 vH (1970: 12 vH). Sie hat sich im Gegensatz zur Bundesrepublik nur geringfügig erhöht. Von den Finanzierungsquellen der öffentlichen Sozialleistungen ist der Staat — anders als in der Bundesrepublik — mit einem Anteil von mehr als der Hälfte die wichtigste. Bei den übrigen Mitteln handelt es sich im wesentlichen um Beiträge (gut ein Viertel Betriebe und ein Fünftel private Haushalte). 1970 hatten private Haushalte und Betriebe einen Anteil von je einem Viertel und der Staat genau die Hälfte.

5.2.4. Leistungen

Schwerpunkt des Vergleichs der sozialen Sicherung soll die Leistungsseite sein. Erstes Gliederungsmerkmal sind die Risiken (Alter, Unfall, Krankheit usw.).

Innerhalb der Abschnitte über die einzelnen Risiken werden die Bundesrepublik und die DDR mit ihren Leistungen gegenübergestellt, dabei wird ggf. nach Trägern differenziert. Innerhalb dieses Rahmens erfolgt die Darstellung der Leistungen selbst — soweit sachlich geboten und sinnvoll — jeweils unter folgenden Gesichtspunkten:

- Berechtigung für die Inanspruchnahme,
- Modalitäten (z. B. Berechnungsmodus, Länge der Schutzfristen),
- Leistungshöhe bzw. -umfang.

Organisatorische Fragen werden nur wieder aufgenommen, wenn detaillierte Ausführungen zum besseren Verständnis nötig sind.

5.2.4.1. Altersversorgung

Wie schon erwähnt, gibt es für die Versorgung im Alter in der Bundesrepublik ein mehrgliedriges System. Regelsicherungssysteme sind für Arbeiter und Angestellte die Rentenversicherungen für Arbeiter und Angestellte. Für Beschäftigte des Bergbaus übernimmt die knappschaftliche Rentenversicherung und für die Beamten die Beamtenversorgung neben einer Regel- auch eine Zusatzsicherung (sogenannte bifunktionale Systeme).

Seit dem 1. 1. 1983 werden selbständige Künstler und Publizisten über die Künstlersozialversicherung in der Rentenversicherung für Angestellte abgesichert. Die Altershilfe für Landwirte bietet eine Grundsicherung im Alter, die in Verbindung mit dem Altenteil und der privaten Vorsorge eine Lebensführung entsprechend dem früheren Lebensstandard gewährleisten soll. Personen mit freien Berufen sind in der Mehrzahl der Fälle im Alter ebenfalls über Versorgungsinstitutionen abgesichert. Für freie Berufe mit arbeitnehmerähnlichen Stellungen (Erzieher, Musiker, Hebammen etc.) besteht eine Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung. Freie Berufe, die in öffentlich-rechtlichen Berufskammern zusammengeschlossen sind, unterliegen meist einer Versicherungspflicht in den berufsständischen Versorgungswerken. Solche — auf Landesgesetzen beruhenden — Versorgungseinrichtungen bestehen vor allem für Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Notare und Rechtsanwälte.

Personen, die nicht pflichtversichert sind, können sich auf Antrag in der Rentenversicherung für Angestellte pflichtversichern lassen bzw. freiwillige Beiträge leisten (z. B. Hausfrauen).

Zusätzlich zu diesen Sicherungssystemen existiert eine Reihe von weiteren Einrichtungen zur ergänzenden Vorsorge im Alter. Als Institutionen sind die öffentlich-rechtlichen Zusatzversorgungen und die betriebliche Altersversorgung aufzuzählen. Die Beamtenversorgung und die knappschaftliche Rentenversicherung enthalten bereits eine solche Zusatzsicherung. Die Zusatzversicherung für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst ist tarifvertraglich geregelt, die betriebliche Altersversorgung in der Privatwirtschaft beruht in der Regel auf freiwilligen (vertraglich abgesicherten) Leistungen der Unternehmen.

Auf rein individueller Ebene kann jeder einzelne durch Ansparen von Guthaben bzw. durch das Abschließen von Lebensversicherungsverträgen für das Alter vorsorgen. 1983 hatten 15,7 Mill. Haushalte mindestens eine Lebensversicherung abgeschlossen. Insgesamt bestanden 1983 knapp 60 Mill. Lebensversicherungsverträge. Obwohl somit auf die einzelnen Haushalte mehrere Verträge entfallen, ist die je Haushalt zuzurechnende Versicherungssumme relativ klein. Für 80 vH der Haushalte mit einer Lebensversicherung beträgt die Versicherungssumme weniger als 50 000 DM[6].

Durch die hohe Erwerbsbeteiligung und die umfassende Versicherungspflicht in der DDR haben beinahe alle Personen, wenn die Altersgrenze erreicht ist, einen eigenen Rentenanspruch aus der Pflichtversicherung erworben. Die Pflichtversicherung wird ergänzt durch die 1971 umgestaltete Freiwillige Zusatzrentenversicherung. In die Freiwillige Zusatzrentenversicherung können Personen eintreten, deren Einkommen die Beitragsbemessungsgrenze der Pflichtversicherung (600 Mark/Monat) übersteigt. Die Zusatzrente wird später von den Teilen der Erwerbseinkommen abgeleitet, die oberhalb 600 Mark lagen und für die Beiträge entrichtet wurden.

Daneben gibt es schon seit langem für bestimmte Gruppen Sonder- und Zusatzversorgungseinrichtungen, die entweder Renten anstelle oder zusätzlich zu denen der Sozialversicherung zahlen. Bereits in den fünfziger bzw. Anfang der sechziger Jahre wurden spezielle Regelungen eingeführt für die „Intelligenz" (ausgewählte Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler, Mediziner, Künstler, Pädagogen u. ä.), für Angehörige der Reichsbahn, der Post, des Zolls, der Polizei, des Militärs und für besonders verdiente Staatsbürger sowie für freipraktizierende Ärzte und Zahnärzte. Mitte der sechziger Jahre sind Bestimmungen über die Versorgung von Opfern des Faschismus und von Kämpfern gegen den Faschismus in Kraft getreten. Für bestimmte Leitungs- und Fachkräfte in Ministerien, nachgeordneten Einrichtungen, Kreisen und Gemeinden besteht seit 1969/70 eine zusätzliche Altersversorgung. Schließlich wurde 1976 eine allgemeine Zusatzversorgung für Pädagogen geschaffen. Die meisten der genannten Gruppen gehören (nach westlichem Sprachgebrauch) zum öffentlichen Dienst. Zuverlässige Angaben über die Zahl der so privilegierten Personen sind nicht bekannt.

Betriebsrenten spielen in der DDR eine vergleichsweise geringe Rolle. Seit 1954 haben langjährige Mitarbeiter in den wichtigsten volkseigenen Betrieben Anspruch auf eine bescheidene zusätzliche Versorgung. Eine im Ergebnis ähnliche Regelung gibt es in vielen Genossenschaften. Die früher vorhandenen verschiedenen Formen der Unterstützung im Alter sind dort häufig zu einer Art Zusatzrente zusammengefaßt worden.

Auch in der DDR gibt es die individuelle Altersvorsorge in Form des Ansparens von Guthaben im erwerbsfähigen Alter und durch den Abschluß von

Lebensversicherungen, ihre Bedeutung ist aber geringer als in der Bundesrepublik. Am stärksten verbreitet sind in der DDR gemischte Versicherungen auf den Erlebens- und Todesfall. Im Jahre 1983 bestanden zwar 10,9 Mill. Lebensversicherungsverträge, die durchschnittliche Versicherungssumme dürfte indes niedrig gewesen sein — Angaben darüber fehlen.

Altersrenten der Sozialversicherung in der Bundesrepublik

Voraussetzungen für den Bezug einer Altersrente sind das Erreichen einer bestimmten Altersgrenze und eine Mindestversicherungszeit. Beim Vorziehen des Rentenantritts vor das Regelrenteneintrittsalter von 65 Jahren sind die Bedingungen strenger. Das früheste Eintrittsalter für ein Altersruhegeld ist die Vollendung des 60. Lebensjahres.

Anspruch auf Altersrente nach Vollendung des 65. Lebensjahres besteht, wenn eine Versicherungszeit von mindestens fünf Jahren vorliegt (Beitrags- und Ersatzzeiten).

Der Bezug einer Rente ist als Lohnersatz gedacht. Damit diese Funktion erfüllt wird, orientiert sich die Berechnungsweise der Rente an drei Zielen: Zum Ersten ist die relative Einkommensposition des Versicherten zu berücksichtigen, d. h. seine während des Erwerbslebens gewonnene Stellung in der Einkommenshierarchie soll auch während des Rentenbezugs im Vergleich zu den anderen Rentenbeziehern erhalten bleiben. Zum zweiten soll die Rentenhöhe bei der Erstfestsetzung an das allgemeine Einkommensniveau gekoppelt sein und drittens soll die Rente während der Laufzeit an die Entwicklung des allgemeinen Lebensstandards angepaßt werden (Dynamisierung).

Die Höhe der Rente wird bei Rentenbeginn nach folgender Formel berechnet und in der Regel entsprechend der Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte Jahr für Jahr erhöht:

$$\text{jährliche Rente} = \frac{P \times B}{100} \times \frac{I \times St}{100}$$

Dabei bedeuten die einzelnen Faktoren:

P: Prozentsatz der persönlichen Bemessungsgrundlage,

B: allgemeine Bemessungsgrundlage,

I: Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre, bestehend aus Beitragszeiten und sonstigen anrechnungsfähigen Zeiten,

St: Steigerungssatz je anrechnungsfähigem Versicherungsjahr.

Der Prozentsatz der persönlichen Bemessungsgrundlage (P) spiegelt das Verhältnis wider, in dem das der Beitragszahlung zugrundeliegende Entgelt des Versicherten (d. h. jeweils nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze) während des gesamten Versicherungslebens Jahr für Jahr zu dem jeweiligen durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten gestanden hat.

Die allgemeine Bemessungsgrundlage (B) wird jährlich festgesetzt, die Veränderung orientiert sich an der Entwicklung des Bruttoarbeitsentgelts. Für die erste Jahreshälfte 1984 betrug sie in der Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung 25 445 DM/Jahr, seit dem 1. 7. 1984 waren es 26 310 DM/Jahr. Durch die Multiplikation des Prozentsatzes der persönlichen Bemessungsgrundlage mit der allgemeinen Bemessungsgrundlage des Jahres der erstmaligen Festsetzung wird die relative Einkommensposition in einen

Übersicht 5.2.-1

Voraussetzungen für einen Anspruch auf Altersruhegeld in der Bundesrepublik Deutschland

Personengruppe	Altersgrenze	Voraussetzungen für Altersrente
Alle Versicherten	65	5 Beitrags- und Ersatzjahre
Alle Versicherten	63	35 anrechnungsfähige Versicherungsjahre, davon mindestens 180 Monate (15 Jahre) Beitrags- und Ersatzzeiten
Schwerbeschädigte, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrentner	60	
Arbeitslose	60	15 Beitrags- und Ersatzjahre, innerhalb der letzten eineinhalb Jahre 52 Wochen arbeitslos, in den letzten 10 Jahren mindestens 8 Jahre eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung
Frauen	60	15 Beitrags- und Ersatzjahre, davon mindestens 121 Monate mit Pflichtbeiträgen in den letzten 20 Jahren

Für Bergleute gelten Sonderregelungen.

absoluten Betrag entsprechend dem Niveau der aktuellen Bruttolöhne und -gehälter transformiert.

Mit der Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre (I) soll in erster Linie die Dauer der Erwerbstätigkeit berücksichtigt werden. Je mehr Jahre der einzelne Versicherte erwerbstätig war und somit Beiträge entrichtet hat, desto höher wird seine Rente. Über die Beitragszeiten hinaus werden auch Zeiten, in denen der Versicherte aus bestimmten Gründen eine Erwerbstätigkeit nicht ausüben konnte (Krieg, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Schul- und Hochschulausbildung etc.) angerechnet.

Der Steigerungssatz (St) für Altersrenten beträgt 1,5 vH. Für einen Arbeitnehmer, der 45 anrechnungsfähige Versicherungsjahre zuerkannt bekommt, ergibt sich somit ein Prozentsatz von 67,5 (1,5 x 45) der jeweils gültigen allgemeinen Bemessungsgrundlage. Hat dieser Arbeitnehmer Zeit seines Versicherungslebens ein Entgelt immer in Höhe des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten erhalten (d. h. eine persönliche Bemessungsgrundlage von 100 vH), so erhält er für die Zeit vom 1. 7. 1984 bis 30. 6. 1985 eine Rente in Höhe von ca. 1 480 DM/mtl. (Dies entspricht auf Jahresbasis 67,5 vH von 26 310 DM.) Bezogen auf das durchschnittliche Nettoarbeitsentgelt im Jahr 1984 sind dies 75 vH.

Eine Mindestrente ist im Rentenrecht der Bundesrepublik nicht vorgesehen. Allerdings wird in bestimmten Fällen ein Mindesteinkommen bei der Berechnung der Renten zugrunde gelegt. Wer mindestens 25 Versicherungsjahre nachweisen kann und in den Jahren vor 1973 im Durchschnitt weniger als 75 vH des Durchschnittsentgelts der Versicherten verdient hat, erhält eine Rente, deren Höhe sich an diesen 75 vH des Durchschnittsverdienstes orientiert. Mit dieser Regelung sollten vor allem die Renten von Frauen, die schlecht entlohnt wurden, angehoben werden.

Am 1. 7. 1984 zahlten die Arbeiter- und Angestelltenversicherungsträger in 13,1 Mill.[7] Fällen eine Rente. In 4,3 Mill. Fällen handelte es sich um eine Hinterbliebenenrente, unter den 8,8 Mill. Fällen einer Versichertenrente waren 6,3 Mill. Fälle eines Altersruhegeldes.

Bei den Männern betrug 1984 der Durchschnittsbetrag einer Altersrente 1 461 DM/mtl. (ArV: 1 293 DM/mtl., AnV: 1 767 DM/mtl.). Frauen erhielten eine erheblich niedrigere Altersrente in Höhe von 658 DM/mtl. (ArV: 519 DM/mtl., AnV: 893 DM/mtl.)[8].

Die Renten, die auf der Grundlage des seit 1957 geltenden Rechts berechnet wurden, lassen sich nach der Höhe des monatlichen Rentenbetrages schichten. Die folgenden Schaubilder geben die Verteilung der Renten getrennt nach dem Geschlecht und dem Versicherungsträger wieder. Bei den Männern liegt der dichteste Wert in der AnV in der Klasse von 1900 bis unter 2 300 DM/ Monat, in der ArV in der Klasse von 1 500 bis unter 1 900 DM/Monat.

Bei den Frauen liegt der dichteste Wert am unteren Ende der Einkommensbeträge. Sowohl in der AnV als auch der ArV ist es die Klasse 300 bis unter 700 DM je Monat. In der AnV beziehen 41 vH aller weiblichen Rentnerinnen ein Altersruhegeld von höchstens 700 DM, in der ArV sind es 70 vH der weiblichen Altersrentenempfängerinnen.

Hierbei ist allerdings zu beachten, daß die angegebene Rentenhöhe je Rentenfall gilt. In der Bundesrepublik beziehen Rentner häufig mehrere Renten, dies gilt besonders für Frauen, die neben ihrer eigenen Versichertenrente noch eine Witwenrente erhalten (Rentenkumulation). Die Höhe der einzelnen Rente beschreibt somit nicht die Einkommenssituation der Rentner bzw. Rentnerhaushalte. Das Ausmaß der Rentenkumulation in der Bundesrepublik zu erfassen ist schwierig. Auswertungen der Transfer-Enquete-Kommission auf der Basis des Mikrozensus haben ergeben, daß eine Kumulation öffentlicher Rentenzahlungen nur in einem Viertel der Fälle eintritt[9]. Werden auch sonstige Alterseinkünfte wie Betriebsrenten und Renten der Zusatzversorgungsanstalten einbezogen, so erhöhen sich die Kumulationen[10]. Bei den Männern erhalten gut 40 vH der Bezieher einer Rente der gesetzlichen Rentenversicherungsträger eine Betriebsrente oder eine Rente der Zusatzversorgungsanstalten, ca. 10 vH beziehen zugleich eine Pensionszahlung. Bei den Frauen überwiegt als Zweitrente die Witwenrente. Ca. 40 vH der Empfängerinnen einer eigenen Rente erhalten zusätzlich eine Witwenrente.

Die Renten werden in der Regel Jahr für Jahr entsprechend der Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte der Versicherten angehoben. Für die Jahre 1978 bis 1981 wurde von diesem Verfahren abgewichen. Für 1978 entfiel die Anpassung, für die Jahre 1979 bis 1981 wurden feste Anpassungssätze von 4,5 vH bzw. 4,0 vH angesetzt.

Als Indikator für die Entwicklung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung im Vergleich zu der der durchschnittlichen Löhne und Gehälter gilt das Standard-Rentenniveau[11]. Das Bruttorentenniveau betrug 1984 45,3 vH und liegt damit über dem Wert von 1970 (44,0 vH). Das Netto-Rentenniveau weist mit 65,3 vH im Jahr 1984 im Vergleich zu 56,8 vH im Jahr 1970 eine erhebliche Steigerung auf. Die finanzielle Absicherung der Rentner hat sich danach im Vergleich zur Einkommenslage der Arbeitnehmer seit 1970 verbessert.

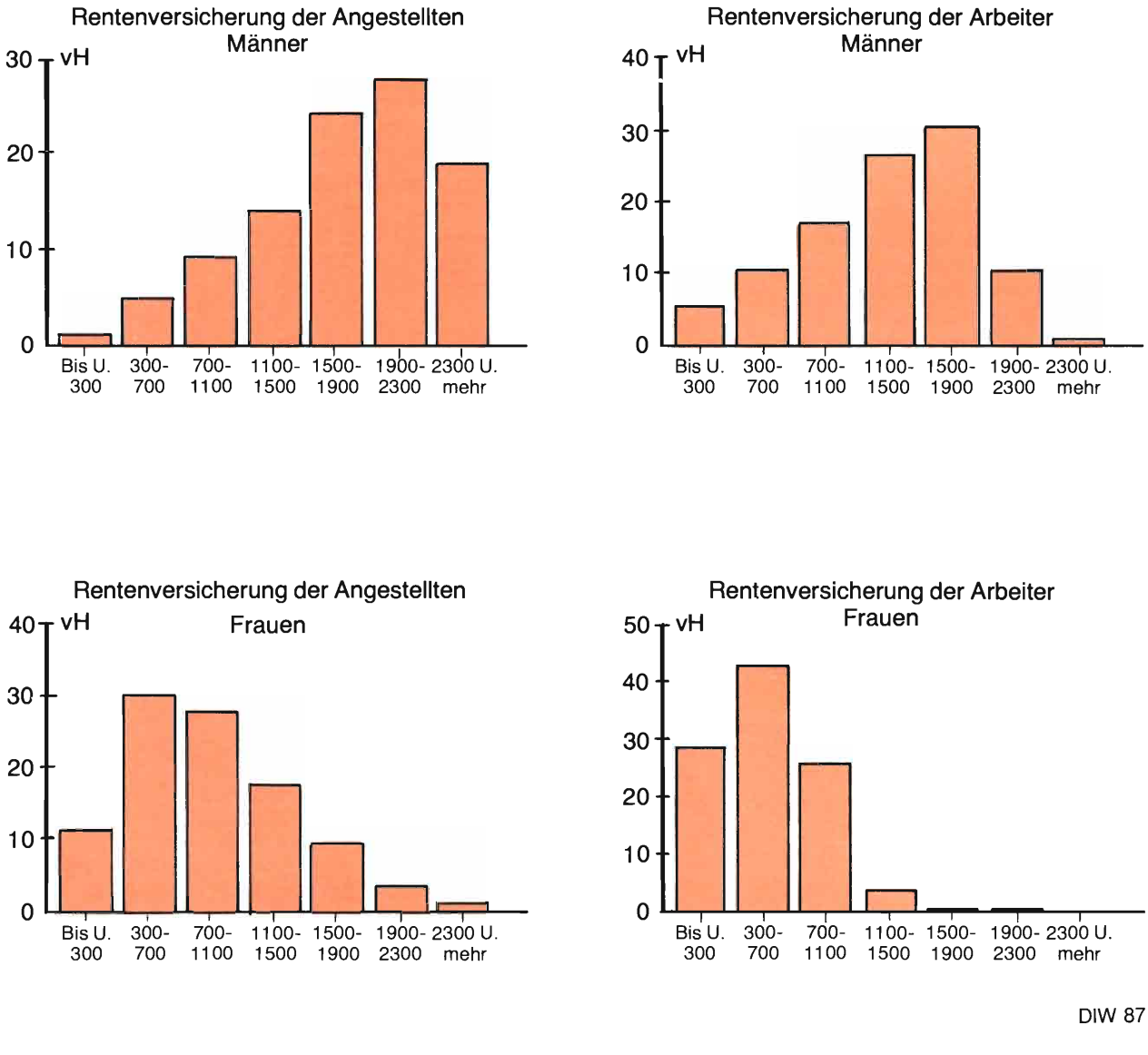
Für Renten, die bis zum Jahresende 1983 zuerkannt waren, wird ein Kinderzuschuß gezahlt. Bei Neurenten entfällt dies. Ehegattenzuschläge, so wie sie in der DDR vorgesehen sind, kennt das Rentenrecht der Bundesrepublik nicht.

Altersrenten der Sozialversicherung in der DDR

Die Voraussetzungen für den Bezug einer Altersrente aus der Sozialpflichtversicherung haben sich seit Gründung der DDR nicht prinzipiell geändert. Es muß die Altersgrenze erreicht sein (Männer 65, Frauen 60 Jahre) und eine mindestens 15jährige versicherungspflichtige Tätigkeit bestanden haben.

Schaubild 5.2.-1

Schichtung der Altersrenten nach monatlichem Rentenbetrag in der Bundesrepublik Deutschland – in DM
Stand 1. Juli 1984



DIW 87

Abweichende Regelungen hinsichtlich der Altersgrenze und der versicherungspflichtigen Zeiten gelten für Bergleute bei langjähriger bergmännischer Tätigkeit sowie für Kämpfer gegen den Faschismus und für Verfolgte des Faschismus. Für Frauen, die mehr als zwei Kinder geboren haben bzw. die zeitweise durch die Betreuung eines ständig pflegebedürftigen Familienangehörigen an der Ausübung einer Berufstätigkeit gehindert waren, verringert sich die geforderte Versicherungsfrist. Frauen mit fünf und mehr Kindern haben seit 1973 unabhängig von Versicherungszeiten in jedem Fall Anspruch auf Altersrente nach Vollendung des sechzigsten Lebensjahres.

Die Höhe der Rente hängt ab von

- einem Festbetrag,
- der Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre, bestehend aus Zeiten einer versicherungspflichtigen Tätigkeit und Zurechnungszeiten,

— dem durchschnittlichen beitragspflichtigen Verdienst in den letzten 20 Jahren und

— dem Steigerungssatz.

Die in der DDR geltende Rentenformel ist einfacher gestaltet als die der Bundesrepublik. Der Rentenbetrag errechnet sich aus dem Festbetrag von 140 Mark (vor dem 1. 12. 1985: 110 Mark) und aus dem Steigerungsbetrag von grundsätzlich 1 vH (Ausnahmen: Bergleute 2 vH, Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens 1,5 vH) des beitragspflichtigen Durchschnittseinkommens für jedes Jahr der anrechnungsfähigen Versicherungszeit. Als Durchschnittsverdienst wird das Mittel der beitragspflichtigen Entgelte in den letzten 20 Jahren vor Beendigung der Erwerbstätigkeit zugrunde gelegt. Wegen der Beitragsbemessungsgrenze von 600 Mark in der Pflichtversicherung kann der Steigerungsbetrag für ein Jahr höchstens 6 Mark (1 vH von 600 Mark) ausmachen. Bei einer maximal möglichen anrechnungsfähigen Versicherungszeit von 50 Jahren ergibt sich ein Steigerungsbetrag von insgesamt 300 Mark (6 Mark x 50 Jahre). Zusammen mit dem Festbetrag errechnet sich daraus eine Höchstrente von 440 Mark (vor dem 1. 12. 1985: 410 Mark).

Anders als in der Bundesrepublik werden die Renten nach unten begrenzt. Mindestrenten werden gezahlt, wenn aufgrund der Berechnung nach der allgemeinen Rentenformel Beträge ermittelt werden, die unterhalb des festgesetzten Minimums liegen. Das Rentenrecht der DDR kennt von Anfang an Mindestrenten, seit 1971 sind ihre Beträge nach Arbeitsjahren gestaffelt. Mit dem Instrument der Mindestrenten soll offensichtlich einmal die Sicherung der zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Ausgaben gewährleistet werden, zum anderen eine Honorierung der früheren Arbeitsleistung — auch bei vormals niedrigen Verdiensten — erfolgen.

Das Spektrum der Altersrenten in der Pflichtversicherung bewegt sich also heute zwischen 300 und 440 Mark monatlich, wobei die überwiegende Zahl der Rentenbezieher Mindestrenten erhält. Der Durchschnittsbetrag (einschließlich der Leistungen aus der

Übersicht 5.2.-2

Monatliche Mindestrenten, Ehegatten- und Kinderzuschläge zur Rente in der Sozialversicherung der DDR seit 1971
Beträge in Mark

Rentenarten	gültig ab				
	1971	1972	1976	1979	1984
	1. März	1. Sept.	1. Dezember		
Mindestrente für Alters- und Invalidenrenten bei . . . Arbeitsjahren[1]					
weniger als 15	160	200	230	270	300
15 bis 19	170	210	240	280	310
20 bis 24			250	290	320
25 bis 29		220	260	300	330
30 bis 34			270	310	340
35 bis 39		230	280	320	350
40 bis 44			290	330	360
45 und mehr		240	300	340	370
Mindestrenten für . . .					
Witwen	160	200	230	270	300
Vollwaisen	90	150	150	150	180
Halbwaisen	65	100	100	100	130
Rentenzuschläge für . . .					
arbeitsunfähige Ehegatten	45	75	100	100	150[2]
Kinder	45	45	45	45	45

[1] Einschließlich Zurechnungszeiten.
[2] Gültig ab 1. Dezember 1985.

Freiwilligen Zusatzversicherung, die sich nicht ausgliedern lassen) lag im Dezember 1984 bei 360 Mark.

Seit 1974 erhalten Angehörige der „betrieblichen Kampfgruppen der Arbeiterklasse" und ihre Hinterbliebenen Zuschläge zu den Alters-, Unfall- (bei einem Körperschaden von zwei Drittel und mehr) und Invalidenrenten. Voraussetzung ist eine mindestens 25jährige Zugehörigkeit bzw. das Ausscheiden wegen eines Einsatzunfalls oder wegen gesundheitlicher Untauglichkeit nach zwanzigjähriger Zugehörigkeit. Die Höhe der Zuschläge beträgt für die Versicherten 100 Mark, für Witwen 60 Mark, Vollwaisen 40 Mark und für Halbwaisen 30 Mark.

Eine Dynamisierung, d. h. eine jährliche Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung, ist im Rentensystem der DDR (dies gilt auch für die Freiwillige Zusatzrentenversicherung) nicht vorgesehen. Von Zeit zu Zeit werden aber die Renten aufgrund spezieller Beschlüsse der politischen Führung erhöht. Dies ist in der Vergangenheit in der Regel in einem Drei- bis Fünfjahresrhythmus geschehen. Im Ergebnis sind seit 1970 — wie in der Bundesrepublik — die Renten stärker gestiegen als die (Netto-) Erwerbseinkommen. Ein Vergleich der jeweiligen Relationen zwischen Rente und Erwerbseinkommen, entsprechend der für die Bundesrepublik errechneten Rentenniveaus (Standardrentner), ist wegen Datenmangels nicht möglich.

Von der Erhöhung der Mindestrenten profitierten insbesondere Frauen. Lag bei der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten die durchschnittliche Altersrente der Frauen 1970 noch um ein Drittel unter der der Männer, so verringerte sich der Rückstand nach der mehrmaligen Aufstockung der Mindestsätze bis Ende 1976 auf ein Viertel. Diese Entwicklung hat sich sicherlich fortgesetzt (neuere Angaben stehen nicht zur Verfügung).

Für erwerbsunfähige Ehegatten ohne eigenen Rentenanspruch und für Kinder in der Ausbildung werden in der Pflichtversicherung familienbedingte Zuschläge gezahlt (vgl. Übersicht 5.2.-2). Diese Zuschläge gelten so oder in ähnlicher Form auch für Bezieher von Invaliden-, Unfall- und Kriegsbeschädigtenrenten.

Auch in der DDR gibt es den Mehrfachbezug von Renten. Generell gilt: Bei gleichzeitigem Anspruch auf Altersrente, Invalidenrente und Kriegsbeschädigtenrente wird nur die höhere gezahlt, die zweite entfällt. Bei Zusammentreffen einer dieser Renten mit einer Hinterbliebenenrente, steht dem Versicherten die höhere der beiden Renten ungekürzt zu, die andere nur zu 25 vH. Ist die andere Rente eine Unfallrente, wird die niedrigere von beiden zu 50 vH gewährt. Die Leistung der Zweitrente ist nach unten auf 50 Mark begrenzt — außer bei Unfallrenten in Fällen von Körperschäden unter zwei Dritteln. Zuschläge für Kinder und Ehegatten werden nur für eine Rente gezahlt. Von den Beziehern einer Alters-, Invaliden- und Witwen-(Witwer-)Rente erhielten 1984 im Durchschnitt zwar etwa ein Drittel eine zweite Rentenleistung, aber mit einem Durchschnittsbetrag von nur 55 Mark im Monat (ohne Berücksichtigung von Zusatz- und Sonderversorgungen).

Von den beiden großen Sozialversicherungsträgern wurden 1984 als erste Rentenleistung 2,6 Mill. Altersrenten (einschl. Altersinvalidenrenten), 0,3 Mill. Invalidenrenten und 0,2 Mill. Hinterbliebenenrenten gezahlt. Zusammen sind das 3,1 Mill.; hinzu kamen 1,1 Mill. Zweitrenten. Die Zahl der Rentenfälle (Summe aus ersten und zweiten Leistungen) belief sich demnach auf 4,2 Mill.

Verglichen mit der Bundesrepublik ist die Höhe der Renten in der DDR niedrig. Die durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen der DDR-Rentner beliefen sich 1983 z. B. nominal nur auf ein Viertel der Haushaltseinkommen von Rentnern in der Bundesrepublik; bei Berücksichtigung der Kaufkraftunterschiede waren es knapp ein Drittel. Aber auch innerhalb der Einkommenshierarchie beider Staaten unterscheidet sich die Stellung der Rentner. Während in der Bundesrepublik im Durchschnitt eine weitgehende finanzielle Gleichstellung von Rentnern und Arbeitnehmern hergestellt ist, besteht in der DDR immer noch ein deutlicher Einkommensrückstand der Rentner. Er hat sich allerdings gegenüber 1970 leicht verringert (vgl. Kapitel 4.1.).

Altersrenten der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung in der DDR

Infolge des gestiegenen Einkommensniveaus und der unveränderten Bemessungsgrenze von 600 Mark/Monat hätte sich längerfristig die Schere zwischen den Einkommen aus Berufstätigkeit und den Renten weiter geöffnet. Um dies zu verhindern, ist 1971 die Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR) völlig umgestaltet worden. Die wesentliche Neuregelung besteht in der faktischen Aufhebung der Bemessungsgrenze für Arbeiter, Angestellte und Genossenschaftsmitglieder. Für Selbständige gibt es allerdings auch bei der Zusatzversicherung eine obere Bemessungsgrenze; sie liegt bei einem Einkommen von 1 200 Mark im Monat. Bis 1977 galt das auch für Arbeitnehmer und Genossenschaftsmitglieder. Die Höhe der Zusatzaltersrente errechnet sich aus

- der Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre,
- den 600 Mark monatlich übersteigenden Einkommensteilen, für die Beiträge gezahlt wurden,
- dem Steigerungssatz.

Die monatliche Zusatzrente beträgt 2,5 vH des Einkommens über 600 Mark für jedes Jahr der Zugehörigkeit zur FZR. Sind z. B. für 25 Jahre Beiträge aufgrund eines monatlichen Durchschnittseinkommens von 1000 Mark entrichtet worden, beläuft sich die Zusatzaltersrente auf 250 Mark im Monat (25 x 0,025 x 400). Älteren Erwerbstätigen wurden für eine Übergangszeit (bis 1977) beitragslose Zurechnungszeiten eingeräumt. Dies war nötig, weil für sie sonst wegen der wenigen Beitragsjahre (von 1971 bis zum Rentenbeginn) die Zusatzversicherung völlig uninteressant gewesen wäre.

Im Unterschied zur Pflichtversicherung kennt die FZR keine Wartezeiten, keinen Festbetrag und keine Mindestleistungen, zudem wird das anrechnungsfähige Einkommen aus allen Jahren der Zugehörigkeit zur FZR als Durchschnittswert zugrunde gelegt und nicht das Durchschnittseinkommen in den letzten 20 Jahren vor dem Rentenbeginn. Indes sind die Altersgrenzen identisch mit denen der Pflichtversicherung; die Zusatzrenten werden ebenfalls nicht jährlich dynamisiert.

In Zukunft werden die Altersbezüge (aus Pflicht- und freiwilliger Versicherung) stärker an das vormalige Erwerbseinkommen gekoppelt sein, eine größere Differenzierung der Rentenhöhe ist absehbar. Da die Rentenleistungen der FZR wesentlich von der Anzahl der Versicherungsjahre abhängen — die Zusatzversicherung in dieser Form aber erst seit 1971 besteht — wird es noch geraume Zeit dauern, bevor sich das allgemeine Rentenniveau durch sie fühlbar erhöht. 1984 wurde in einem Viertel aller Fälle bei Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten Zusatzrenten mit einem Betrag von durchschnittlich 50 Mark gezahlt (eine Zurechnung auf die einzelnen Rentenarten ist mit den vorliegenden Statistiken nicht möglich).

Zusätzliche öffentliche und betriebliche Altersversorgung in der Bundesrepublik

Die betriebliche Altersversorgung (einschließlich der Zusatzversorgungen im öffentlichen Dienst) nimmt im System der Alterssicherungseinrichtungen neben dem Pflichtversicherungssystem der Rentenversicherung und dem individuellen Vorsorgesparen eine Zwischenstellung ein. Die betriebliche Alterssicherung ist an sich freiwillig, aber in der Regel über betriebliche oder tarifvertragliche Vereinbarungen abgesichert. Das Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (1975) regelt, daß betrieblich erworbene Anwartschaften nach einer bestimmten Zeit weder bei einem Wechsel des Arbeitgebers noch einer Insolvenz des Arbeitgebers verfällt.

Im öffentlichen Dienst werden alle Arbeiter und Angestellte in den jeweiligen Zusatzversorgungsanstalten aufgrund tariflicher Vereinbarungen versichert. In den sonstigen Bereichen ist eine Versorgung mit betrieblichen Rentenanwartschaften für 60 bis 65 vH der Vollzeitbeschäftigten zu finden[12]. Bezogen auf den Kreis der 25- bis 60jährigen Bevölkerung, die Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung, aber keine in öffentlich-rechtlichen Zusatzversorgungseinrichtungen erworben haben, sind dies 38 vH[13], bei den Männern 52 vH, bei den Frauen 21 vH.

Für die heutige Rentnergeneration ist der Anteil der Rentner, die bereits eine Betriebsrente beziehen, niedriger. 23 vH der Rentner, die den Jahrgängen 1903 bis 1921 angehören und in der Privatwirtschaft tätig waren, erhalten zusätzlich zu ihrer Rente der gesetzlichen Rentenversicherungsträger eine Betriebsrente. Dazu kommen etwa 0,6 Mill. Altersrenten der öffentlich-rechtlichen Zusatzversorgungsanstalten[14].

Die Höhe der Leistungen differiert sehr stark. Die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes ist als Gesamtversorgungssystem aufgebaut. Die Höhe der Gesamtversorgung wird ähnlich den für die Beamten geltenden Grundsätzen bestimmt. Die Zusatzversorgungsanstalt stockt die gesetzliche Rente bis zu der Höhe der Gesamtversorgung auf. Ein Rentner mit der höchsten gesamtversorgungsfähigen Zeit von 35 Dienstjahren erhält eine Gesamtrente in Höhe von ca. 90 vH seiner letzten Nettobezüge.

Betriebliche Renten im privatwirtschaftlichen Bereich sind nur sehr selten auf eine Gesamtversorgung ausgerichtet. In mehr als der Hälfte der Fälle wird eine Betriebsrente als dienstzeitgestaffelte Festbetragszusage gewährt.

Die Durchschnittsbeträge der Betriebsrenten in der privaten Wirtschaft liegen bei 330 DM für Männer und 270 DM für Frauen. Diese Durchschnittsbeträge zeichnen allerdings ein zu günstiges Bild über die gezahlten Beträge. Wenige Fälle mit sehr hohen Beträgen ziehen den Durchschnittsbetrag nach oben. Gut 60 vH der Männer erhalten eine Betriebsrente von höchstens 200 DM. Bei den Frauen ist es ähnlich. Die Zusatzrenten der Privatwirtschaft liegen im Durchschnitt um 200 DM unter denen der öffentlich-rechtlichen Versorgungsträger[15].

Beamtenversorgung in der Bundesrepublik

Die Beamtenversorgung übernimmt als Alterssicherungssystem neben einer Regel- auch die Funktion einer Zusatzsicherung. Dadurch wird — im Vergleich zu den Regelsicherungen — ein höheres Niveau erreicht.

Ein Beamter hat Anspruch auf Ruhegehalt, wenn er eine Dienstzeit von mindestens 5 Jahren abgeleistet hat.

Die allgemeine Altersgrenze für Beamte ist die Vollendung des 65. Lebensjahres. Für besondere Beamtengruppen, z. B. die in der Flugverkehrskontrolle, im Polizeivollzug oder Militär, gelten niedrigere Altersgrenzen.

Die Höhe des Ruhegehalts der Beamten in der Bundesrepublik Deutschland hängt von den ruhegehaltsfähigen Dienstbezügen und der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit ab. Das Ruhegehalt beträgt bis zur Vollendung einer zehnjährigen ruhegehaltsfähigen Dienstzeit 35 vH der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge. Bis zur Vollendung des 25. Dienstjahres steigt dieser Vomhundertsatz um jährlich 2 vH, von da an pro Jahr um 1 vH bis zum Höchstsatz von 75 vH.

Als ruhegehaltsfähige Dienstbezüge gelten die Bezüge, die dem Bediensteten zuletzt zugestanden haben. Die Ruhegehälter werden entsprechend der Erhöhung der Dienstbezüge der aktiven Bediensteten der allgemeinen wirtschaftlichen Veränderung angepaßt. Außerdem erhalten die Versorgungsempfänger

Zuschläge, um die Veränderungen im beamtenrechtlichen Besoldungsgefüge auszugleichen.

Am 1. 2. 1980 erhielten ca. 670 000 ehemalige Beamte ein Ruhegehalt. Der durchschnittliche Betrag der laufenden Brutto-Ruhegehälter betrug 2 614 DM je Monat[16].

Sonder- und Zusatzrenten außerhalb der Sozialversicherung in der DDR

Die Leistungs- und Finanzierungsregelungen bei den Sonder- und Zusatzversorgungseinrichtungen in der DDR sind häufig nicht bekannt; soweit sie veröffentlicht wurden, lassen sie keine einheitliche Linie erkennen. Die Leistungen bestehen im wesentlichen aus Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten sowie Einkommensersatz im Krankheitsfall. Die Empfänger sind z. T. wesentlich besser gestellt als die der Sozialversicherung. Das Spektrum der Alters- und Invalidenrenten reicht zumeist von 60 bis 90 vH des letzten Nettoeinkommens. Die Sonderversorgungseinrichtungen führen zu einer Zersplitterung des sonst sehr übersichtlich gestalteten Rentenrechts.

Beschäftigte in den wichtigsten volkseigenen Betrieben haben nach einer 20jährigen ununterbrochenen Tätigkeit im selben Betrieb im Alter Anspruch auf eine monatliche Betriebsrente in Höhe von 5 vH des durchschnittlichen monatlichen Nettoverdienstes der letzten fünf Jahre vor dem Entstehen des Anspruchs. Die Zahlungen dürften für die Berechtigten im Durchschnitt 30 bis 50 Mark im Monat betragen. Von vielen LPG werden — meist abgestuft nach der Anzahl der Mitgliedsjahre — Zuwendungen in ähnlichem Umfang gewährt.

Angesichts der im Normalfall niedrigen Altersrenten sind auch die Unterstützungen der Gewerkschaft von gewisser Bedeutung. Langjährigen Mitgliedern in der Gewerkschaft (mindestens 35 Jahre) werden vierteljährlich Unterstützungen in Höhe von 30 bis 50 Mark gezahlt. Mitte der siebziger Jahre erhielten fast 350 000 Personen diese Zuwendungen, 1984 nur noch 185 000.

5.2.4.2. Invalidität

Für die Bundesrepublik Deutschland gilt, daß alle Institutionen, die eine Sicherung im Alter vornehmen, auch für den Fall der Invalidität Leistungen vorsehen. Die Leistungen dieser Träger umfassen sowohl Rehabilitationsmaßnahmen als auch Rentenleistungen. Für Rehabilitationsmaßnahmen sind darüber hinaus eine Reihe weiterer Träger zuständig:

- gesetzliche Unfallversicherung,
- gesetzliche Krankenversicherung,
- Bundesanstalt für Arbeit,
- Kriegsopferversorgung und
- Sozialhilfe.

Ziel der Rehabilitationsmaßnahmen ist die Wiedereingliederung behinderter Menschen in die Gesellschaft. Die Leistungen umfassen medizinische und berufsfördernde Maßnahmen. Im Grundsatz gilt, daß eine Rehabilitation Priorität vor einer Rentenleistung wegen Invalidität hat. Dem Behinderten soll somit geholfen werden, daß er wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen und somit über Erwerbseinkommen verfügen kann.

Für den Fall, daß die Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheit oder sonstiger Behinderung auf weniger als die Hälfte eines gesunden Versicherten herabgesunken ist, wird eine Berufsunfähigkeitsrente gewährt. Eine Erwerbsunfähigkeitsrente wird gezahlt, wenn eine Erwerbstätigkeit regelmäßig nicht mehr ausgeübt werden kann und nur geringfügige Erwerbseinkünfte zu erzielen sind. Neben dieser gesundheitlichen Einschränkung muß zur Erlangung einer Invaliditätsrente der gesetzlichen Rentenversicherungsträger eine Wartezeit von 5 Jahren erfüllt und in den letzten 5 Jahren vor Eintritt der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mindestens 36 Monate mit Beiträgen für eine versicherungspflichtige Beschäftigung belegt sein. Bei der Bestimmung der letzten 5 Jahre werden bestimmte Zeiten wie z. B. Kindererziehungszeiten außer acht gelassen.

Die Höhe der Erwerbsunfähigkeitsrente wird nach derselben Formel bestimmt wie im Falle des Altersruhegeldes. Bei einer Berufsunfähigkeitsrente wird statt eines Steigerungssatzes von 1,5 vH einer von 1 vH eingesetzt. Berufsunfähigkeitsrenten sind somit ein Drittel niedriger als Erwerbsunfähigkeitsrenten.

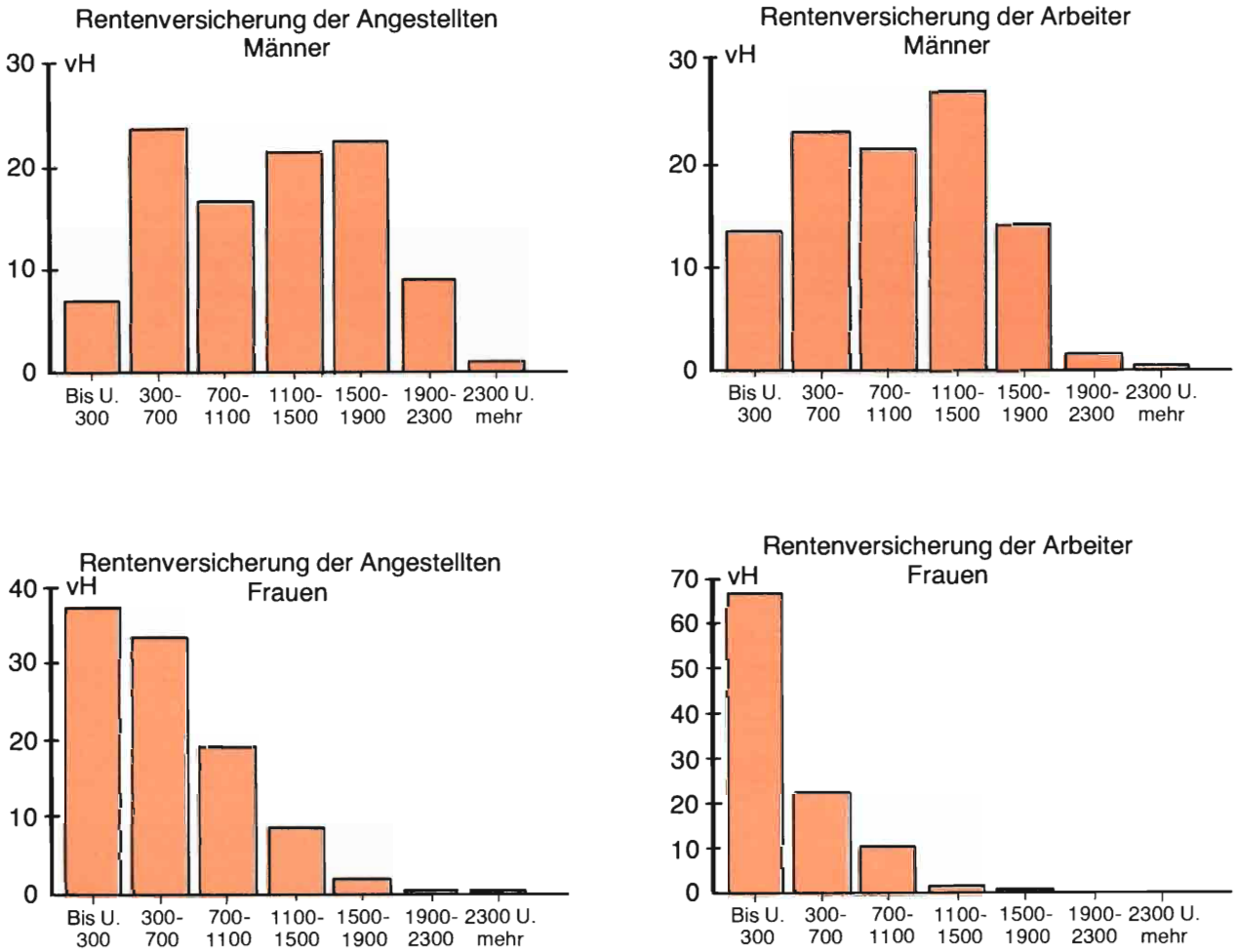
Da eine Invaliditätsrente bei einer frühzeitigen Erwerbsminderung sehr niedrig ausfallen würde, werden fiktive Versicherungszeiten hinzugerechnet. Tritt eine Invalidität vor dem 55. Lebensjahr ein, so wird die Differenz zwischen dem Alter bei Eintritt des Versicherungsfalles und dem 55. Lebensjahr als Zurechnungszeit berücksichtigt.

Invaliditätsrenten werden in starkem Maße beansprucht. 47 vH aller im Jahr 1984 neu zugegangenen Versichertenrenten für Männer waren Invaliditätsrenten. Bei den Frauen war der Anteil etwa gleich groß (48 vH). (Aufteilung nach Versicherungsträger für Männer: Arbeiter 55 vH, Angestellte 34 vH; für Frauen: Arbeiter 52 vH, Angestellte 44 vH). Diese Quote ist seit 1970 ungefähr konstant, allerdings hat sich aufgrund der Rechtsprechung eine Verschiebung von der Berufsunfähigkeits- zur Erwerbsunfähigkeitsrente ergeben. Vom Rentenbestand waren 1984 27 vH Invalidenrenten. Dabei ist zu beachten, daß Invaliditätsrenten in der Regel bei Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in Altersrenten umgewandelt werden.

Der durchschnittliche Rentenbetrag für eine Invalidenrente betrug 1984 bei den Männer 1 150 DM in der Angestellten- und 1 038 DM in der Arbeiterversicherung; bei den Frauen waren es 498 DM in der Angestelltenversicherung und 239 DM in der Arbeiterversicherung. Die Schichtung der Renten (Stichtag 1. 7. 1984) nach dem monatlichen Rentenbetrag sieht wie folgt aus: Bei den Männern der AnV zeigt sich eine zweigipflige Verteilung. In die Einkommensklasse

Schaubild 5.2.-2

Schichtung der Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrenten nach monatlichem Zahlbetrag in der Bundesrepublik Deutschland – in DM
Stand 1. Juli 1984



DIW 87

von 300 bis unter 700 DM/Monat fallen ca. 24 vH aller invaliden Rentenbezieher. Fast gleichviel fallen in die Klasse von 1 500 bis unter 1 900 DM/Monat. Bei den männlichen Invaliditätsrentnern der ArV beziehen 27 vH eine Rente zwischen 1 100 und 1 500 DM/Monat. Bei den Frauen der ArV beziehen zwei Drittel eine Rente von höchstens 300 DM/Monat. In der AnV sind es immerhin noch knapp 40 vH in dieser Einkommensklasse.

Die Beamtenversorgung und die Zusatzversorgungen des öffentlichen Dienstes sehen desgleichen Geldleistungen im Fall der Dienstunfähigkeit bzw. der Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit vor. In beiden Fällen wird ebenfalls die Zeit von dem Eintritt der Dienst- bzw. Erwerbsunfähigkeit bis zum 55. Lebensjahr als Zurechnungszeit analog zur Berücksichtigung der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit bei den Beamten mit sinkenden Vomhundertsätzen berücksichtigt.

Neben die Absicherung über die Alterssicherungssysteme tritt in besonderen Fällen der Invalidität eine Absicherung über die Unfallversicherung. Arbeitnehmer, die infolge eines Arbeitsunfalls oder einer

Berufskrankheit eine Leistungsminderung oder eine Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit erfahren, erhalten Leistungen der Unfallversicherung. Die Berechnung der Höhe der Unfallrente richtet sich nach dem letzten Einkommen. Dies und die Tatsache, daß die Beitragsbemessungsgrenze in den einzelnen Berufsgenossenschaften erheblich höher ist als die in der gesetzlichen Rentenversicherung, führt dazu, daß die von der Unfallversicherung gezahlten Renten höher sind als die der gesetzlichen Rentenversicherungsträger.

In der Bundesrepublik können Invaliditätsrenten der gesetzlichen Rentenversicherungsträger und Unfallrenten — wenn auch unter teilweiser Anrechnung — gleichzeitig bezogen werden. Die Unfallrente wird mit dem gleichen Anpassungssatz dynamisiert wie die Renten der Arbeiter- und Angestellten-Rentenversicherungsträger. Von den Trägern der Unfallversicherung wurden 1983 an 0,8 Mill. Personen Verletztenrenten gezahlt.

Das Gesundheits- und Sozialwesen der DDR, wie auch das der Bundesrepublik, unternimmt beträchtliche Anstrengungen zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Arbeitskraft; dies geschieht mit Hilfe einer Vielzahl von Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen. Der Verhütung der Invalidität und der Eingliederung von Personen, die in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt sind, in die Arbeitswelt werden in der DDR größere Aufmerksamkeit geschenkt als der Versorgung bei dauernder Erwerbsminderung bzw. Erwerbsunfähigkeit.

Invalidität liegt vor, wenn durch Krankheit, Unfall oder eine sonstige geistige bzw. körperliche Schädigung das Leistungsvermögen und der Verdienst um mindestens zwei Drittel gemindert sind und in absehbarer Zeit keine Änderung zu erwarten ist. Eine Verdienstminderung um mindestens zwei Drittel gilt stets als gegeben, wenn monatlich nicht mehr als der Mindestbruttolohn (seit 1976 400 Mark) erzielt wird. Neben diesen generellen Bedingungen müssen für die Zahlung einer Invalidenrente weitere Voraussetzungen erfüllt sein. Ein Anspruch besteht nur dann, wenn die Invalidität

- während einer — mindestens fünfjährigen ununterbrochenen — versicherungspflichtigen Tätigkeit oder in der sich ihr anschließenden zweijährigen Schutzfrist eintritt,
- für die bis zum 16. Lebensjahr zurückliegende Zeit mindestens bis zur Hälfte Versicherungspflicht bestand oder
- die auch für Altersrenten geforderten Versicherungszeiten erfüllt sind.

Seit 1973 wird abweichend davon auch für Personen, die wegen Invalidität keine Berufstätigkeit aufnehmen und deshalb nicht die Voraussetzungen erfüllen können, nach Vollendung des 18. Lebensjahres eine Invalidenrente in Höhe der Mindestrente gezahlt. Dasselbe gilt bei Invalidität auch für Frauen, die fünf und mehr Kinder geboren haben.

Die Bedingung, daß erst von einer Erwerbsminderung von zwei Dritteln an ein Anspruch auf Invalidenrente besteht, erklärt die relativ geringe Zahl der Bezieher dieser Rente. Die Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen sowie der hohe Beschäftigungsgrad von Schwerbeschädigten, Versehrten und Invaliden tragen auch dazu bei. Gemessen am Bestand der Altersrenten (einschl. der Invaliditätsrenten nach Überschreitung der Grenze für Altersrenten) betrug die Quote der Invalidenrenten von Personen im erwerbsfähigen Alter 1984 nur 11 vH. In der Bundesrepublik sind 27 vH der Bestandsrenten der Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten.

Die Invalidenrenten werden grundsätzlich wie die Altersrenten berechnet. Wie in der Bundesrepublik werden fiktive Versicherungszeiten berücksichtigt, und zwar vom Eintritt der Invalidität bis zum 65. Lebensjahr (Bundesrepublik bis zum 55. Lebensjahr). Die Bestimmungen über Mindestrenten sind für Alters- und Invalidenrenten identisch, auch die Höhe der durchschnittlich gezahlten Beträge unterscheidet sich kaum.

Die Bedingungen für Zusatzaltersrente der FZR gelten im Grundsatz ebenfalls für die Zusatzinvalidenrente, wobei die Zeiten zwischen dem Eintritt der Invalidität und der Vollendung des 65. Lebensjahres — wie in der Pflichtversicherung — vollständig Berücksichtigung finden (vor dem 1. 12. 1985 in beiden Fällen zu 70 vH). Allerdings beträgt der Steigerungssatz für diese Zurechnungszeit nicht 2,5 vH, sondern nur 1 vH. Beispiel: Eine Person tritt mit 40 Jahren der Zusatzversicherung bei und wird im Alter von 55 Jahren erwerbsunfähig, ihr Einkommen lag durchschnittlich bei 1 000 Mark im Monat. Die Zusatzinvalidenrente beträgt dann (15 x 0,025 x 400) + (10 x 0,01 x 400) = 190 M.

Die Zusatz- und Sonderversorgungseinrichtungen sowie die Regelung für die wichtigsten Betriebe sehen auch Leistungen für den Fall der Invalidität vor; sie ähneln denen der Altersversorgung.

Bei Arbeitsunfall und Berufskrankheit wird ebenso wie in der Bundesrepublik anstelle der Invalidenrente eine Unfallrente gezahlt. Ein zusätzlicher Anspruch auf Invalidenrente besteht nur, wenn aus anderen Gründen als aus Unfallfolgen Invalidität eingetreten ist. Die niedrigere der beiden Renten wird dann aber um 50 vH gekürzt. Unfallrenten erhalten Versicherte, die einen Körperschaden von mindestens 20 vH erlitten haben. Als Berechnunsgrundlage dient der beitragspflichtige Durchschnittsverdienst in den letzten 12 Monaten vor dem Unfall. Im Falle der Vollinvalidität werden davon zwei Drittel als Rente gezahlt, d. h. im günstigsten Fall 400 Mark monatlich (600 x $^2/_3$). Bei einer geringeren Erwerbsminderung leiten sich die Teilrenten entsprechend dem Invaliditätsgrad davon ab. Hinzu kommen Festbeträge bei Erwerbsminderung über 50 vH. Die Mindestunfallrente ist seit 1984 für Personen mit einem Körperschaden von zwei Dritteln und mehr auf 370 Mark im Monat festgesetzt. Für kriegsbedingte Körperschäden wird eine Rente überhaupt erst von einem Invaliditätsgrad von mindestens zwei Dritteln gewährt, sie beträgt einheitlich 370 Mark. Die Zahl der Unfallrenten (einschl. Teilren-

ten) ist relativ gering; im Jahre 1978 (letztmaliger Ausweis durch die DDR-Statistik) waren es 0,2 Mill. bezogen auf die Altersrenten entsprach das einer Quote um 6 vH.

5.2.4.3. Hinterbliebenenversorgung

Die Rentensicherungssysteme in der Bundesrepublik und in der DDR sehen nicht nur die Versorgung der Versicherten bzw. der Bediensteten vor, sondern beziehen auch die Ehepartner und die Kinder mit ein. Stirbt der unmittelbar Berechtigte, so erhalten Ehepartner und Kinder eine aus dem Anspruch des Verstorbenen abgeleitete Hinterbliebenenleistung.

In der gesetzlichen Rentenversicherung der Bundesrepublik erhalten Witwen grundsätzlich eine Witwenrente in Höhe von 60 vH der dem Verstorbenen zustehenden Berufsunfähigkeitsrente (ohne Berücksichtigung einer eventuell anfallenden Zurechnungszeit — „kleine Witwenrente"). Hat die Witwe das 45. Lebensjahr vollendet oder hat sie ein waisenrentenberechtigtes Kind zu erziehen oder ist sie berufs- oder erwerbsunfähig, so erhält sie Witwenrente in Höhe von 60 vH einer dem Verstorbenen zuzurechnenden Erwerbsunfähigkeitsrente („große Witwenrente"). Hat der Verstorbene bereits eine Altersrente bezogen, so ist die Witwenrente auf 60 vH dieser Rente aufzustocken, falls diese höher ist.

Witwer erhalten nur dann eine Witwerrente, wenn die Verstorbene den Unterhalt der Familie überwiegend bestritten hat. 1984 zahlte die gesetzliche Rentenversicherung in 4,3 Mill. Fällen eine Witwenrente, aber nur in knapp 9 000 Fällen eine Witwerrente.

Für bis Ende 1985 eingetretene Witwen- bzw. Witwerrentenfälle gilt, daß eine eigene Versichertenrente und eine Hinterbliebenenrente zusammen ungekürzt bezogen werden können.

Vom 1. 1. 1986 an ist das Hinterbliebenenrecht in der gesetzlichen Rentenversicherung neugeordnet. Danach haben Witwen und Witwer, deren Ehegatte nach dem 31. 12. 1985 gestorben ist bzw. stirbt, in gleicher Weise Anrecht auf eine Hinterbliebenenrente in Höhe von 60 vH der Rente, die dem verstorbenen Versicherten im Zeitpunkt seines Todes zugestanden hat oder hätte. Allerdings müssen sich Witwer und Witwe eigenes Einkommen oberhalb eines Freibetrages (33 vH der allgemeinen Bemessungsgrundlage, für die Zeit vom 1. 1. 86 bis 30. 6. 86 entspricht dies ca. 895 DM) anrechnen lassen. Der den Freibetrag überschreitende Betrag des Einkommens führt zu einer Kürzung der Hinterbliebenenrente um 40 vH dieses Differenzbetrages.

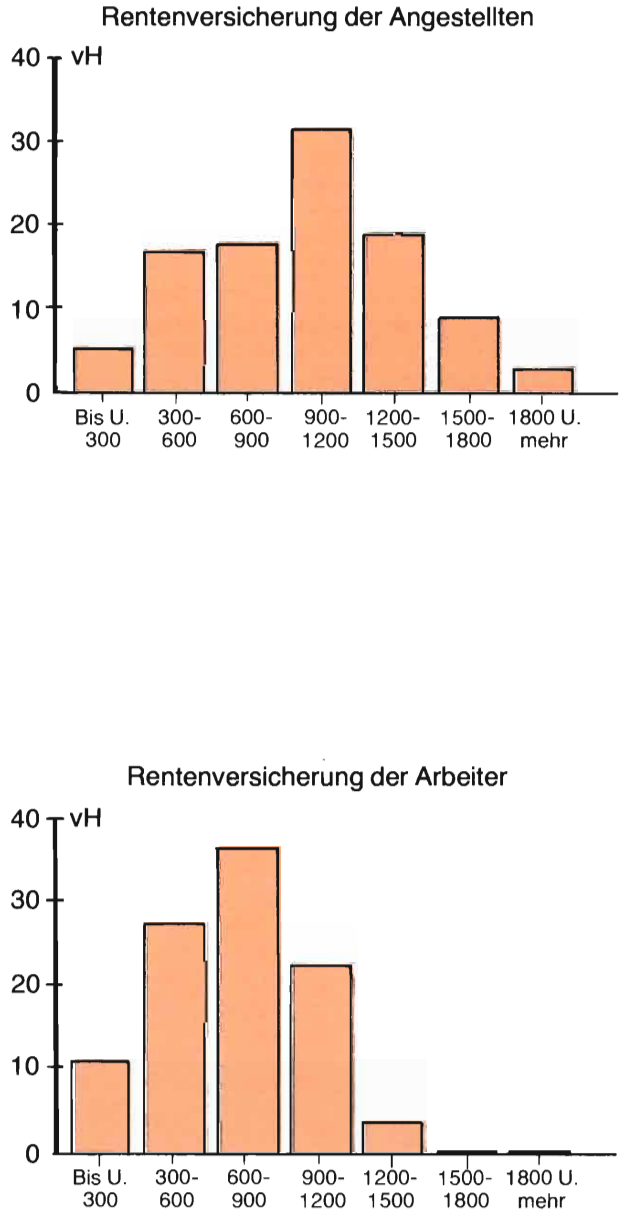
Für Ehepaare, die beide älter als 50 Jahre sind, existiert eine Übergangsregelung. Diese Ehepaare können bis Ende 1988 entscheiden, ob eventuell eintretende Hinterbliebenenansprüche nach altem oder neuem Recht berechnet werden sollen.

Andere Versorgungssysteme wie die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes oder das Beamtenversorgungssystem zahlen an Witwen ebenfalls eine Witwenrente bzw. Witwengeld in Höhe von 60 vH der Rente bzw. des Ruhegehalts des Verstorbenen.

Kinder eines verstorbenen Versicherten erhalten bis zum Alter von 18 Jahren eine Waisenrente. Befindet sich das Kind in einer Schul- oder Berufsausbildung, dann kann das Waisengeld bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres bezogen werden. Das Waisengeld beträgt bei Halbwaisen ein Zehntel, bei Vollwaisen ein Fünftel der dem Verstorbenen zuzurechnenden Erwerbsunfähigkeitsrente.

Schaubild 5.2.-3

Schichtung der Witwenrenten nach monatlichem Zahlbetrag in der Bundesrepublik Deutschland – in DM Stand 1. Juli 1984



DIW 87

In der DDR werden beim Tod des Ernährers Hinterbliebenenrenten gezahlt, wenn der Verstorbene zum Zeitpunkt des Ablebens die Voraussetzungen zum Bezug einer Alters-, Invaliden- oder Kriegsbeschädigtenrente erfüllt hatte und überwiegend den Unterhalt der Familie bestritt. Die Hinterbliebenenrenten leiten sich wie in der Bundesrepublik von der Rente des Verstorbenen ab.

Anspruch auf Witwen- bzw. Witwerrente besteht allerdings grundsätzlich erst nach Erreichen der Altersgrenze, bei Vorliegen von Invalidität oder wenn ein Kind unter drei bzw. zwei unter 8 Jahren zu versorgen sind. Ansonsten beschränkt sich der Rentenbezug auf eine Übergangszeit von zwei Jahren. Die Witwen-(Witwer-)Rente beträgt 60 vH der Rente des Verstorbenen, mindestens jedoch (seit Dezember 1984) 300 Mark monatlich. Im Jahre 1984 lag die Zahl der Fälle, in denen Witwen-(Witwer-)Rente als Erstleistung gezahlt wurde, bei nur 0,1 Millionen.

Kinder erhalten mindestens bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres und längstens bis zur Beendigung der Ausbildung (einschließlich Studium) eine Waisenrente. Halbwaisen bekommen 30 vH und Vollwaisen 40 vH der Rente des Versicherten, mindestens aber 130 bzw. 180 Mark (vor 1984 100 bzw. 150 Mark). Für Unfallhinterbliebene gelten Sonderregelungen; sie führen aber im Ergebnis zu Beträgen in ähnlicher Höhe.

Nichtberufstätige pflegebedürftige Personen, deren Leiden oder Körperschäden in absehbarer Zeit nicht behoben, gebessert oder gelindert werden können und die fremder Hilfe bedürfen, erhalten Pflegegelder. Voraussetzung dafür ist grundsätzlich der Anspruch auf eine Sozialversicherungsrente oder eine andere Versorgung. Die Zahl der Pflegegeldempfänger ist mit knapp 0,5 Mill. (1984) recht groß; der durchschnittliche Betrag je Fall aber mit weniger als 50 Mark monatlich gering. Entsprechende Regelungen im Sozialversicherungsrecht der Bundesrepublik gibt es nicht; bei Bedürftigkeit tritt in solchen Fällen die Sozialhilfe ein.

5.2.4.4. Krankheit

Bis auf wenige Ausnahmen (Beamte, Angestellte mit Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze) sind in der Bundesrepublik Arbeitnehmer in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert. Studenten, Rentner, Empfänger von Arbeitslosenunterstützung und weitere Gruppen unterliegen ebenfalls der Versicherungspflicht. Familienangehörige werden bei gleichem Beitragssatz mitversichert. Insgesamt sind 90 vH der Wohnbevölkerung in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert. 8 vH der Wohnbevölkerung haben eine private Krankenversicherung gewählt, 2 vH sind durch sonstige Maßnahmen geschützt (Soldaten), und ca. 0,3 vH haben überhaupt keinen Versicherungsschutz.

Bei Krankheit werden eine Reihe von Leistungen gewährt. Neben die Lohnfortzahlung bei den Arbeitnehmern treten Sach- und Geldleistungen der Krankenversicherungen. Der Lohn wird im Krankheitsfall in der Regel vom Arbeitgeber mindestens für 6 Wochen in voller Höhe fortgezahlt. Bei länger anhaltender Krankheit zahlen die Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung Krankengeld für maximal 78 Wochen innerhalb eines Zeitraums von 3 Jahren.

Das Krankengeld beträgt 80 vH des wegen der Krankheit entgangenen regelmäßigen Arbeitsentgelts abzüglich des Arbeitnehmeranteils für die Renten- und Arbeitslosenversicherung. Arbeitsentgelt wird maximal bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt (1984: 3 900 DM/Monat). Insgesamt entspricht das Krankengeld für Personen, die mit ihrem Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen, etwa dem entgangenen Nettoarbeitsentgelt, das es nicht übersteigen darf.

Personen, die eine private Krankenversicherung abgeschlossen haben, können sich für Zeiten, in denen sie krankheitsbedingt nicht arbeiten können, nach freier Wahl absichern.

Neben die Geldleistungen treten die Krankenhilfe und Früherkennungs- und Verhütungsmaßnahmen von Krankheiten. Anspruch auf Krankenhilfe haben in der gesetzlichen Krankenversicherung der Versicherte und die Familienangehörigen, die selbst keine Einkünfte erzielen. Die Krankenhilfe ist die umfangreichste Aufgabe der Krankenversicherung. Krankenhilfe umfaßt die Inanspruchnahme der Kassenärzte, die Krankenhausbehandlung, den Bezug von verschriebenen Medikamenten und Hilfs- und Heilmitteln. Eine Beteiligung an den Kosten der Behandlung fällt an bei Verordnungen (je Medikament 2,— DM, bei Brillen und Heilmitteln je 4,— DM), bei kieferorthopädischer Behandlung (bis zu 20 vH der Kosten) und bei Zahnersatz und Zahnkronen (40 vH der Kosten). Im Fall einer stationären Behandlung zahlt der Versicherte für höchstens 14 Tage 5,— DM je Kalendertag und je Kalenderjahr.

In der DDR ist der Zweig Krankenversicherung Teil der einheitlichen gesetzlichen Sozialversicherung. Außer auf Erwerbstätige erstreckt sich der Versicherungsschutz im Krankheitsfall auch auf Rentner, Studenten, Familienangehörige und weitere Gruppen, d. h. praktisch auf die gesamte Bevölkerung.

Bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit, Arbeitsunfall oder Berufskrankheit wird der Einkommensausfall vollständig oder teilweise bis zur Wiederherstellung bzw. bis zum Eintritt der Invalidität, längstens jedoch, wie in der Bundesrepublik, für 78 Wochen, von den Sozialversicherungen ausgeglichen.

Für die ersten sechs Wochen erhalten Arbeiter, Angestellte und Genossenschaftsmitglieder im Krankheitsfall 90 vH des Nettodurchschnittsverdienstes; wenn ein Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit vorliegt, beträgt das Krankengeld für die gesamte Zeit (also höchstens 78 Wochen) 100 vH. Selbständigen und ständig mitarbeitenden Ehegatten wird dagegen in den ersten Wochen unterschiedslos 50 vH des beitragspflichtigen Verdienstes gezahlt, demnach allenfalls 300 Mark monatlich.

Von der 7. Woche an richtet sich die Höhe des Krankengeldes nach der Zahl der Kinder und/oder der Mitgliedschaft in der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung und soll damit auch den Beitritt zu dieser Versicherung fördern. Der niedrigste Satz liegt für besser verdienende Nichtmitglieder ohne Kind oder mit einem Kind bei 50 vH des beitragspflichtigen Bruttoverdienstes. Wegen der Bemessungsgrenze von 600 M kann das Krankengeld dann 300 M im Monat nicht überschreiten. In allen anderen Fällen werden — ohne Beschränkung nach oben — 65 bis 90 vH des gesamten Nettoverdienstes gezahlt. Lediglich für Selbständige sind Einkünfte von höchstens 1 200 Mark im Monat zu berücksichtigen (Bemessungsgrenze für Selbständige in der FZR).

Nach 1970 sind die Regelungen über das Krankengeld mehrfach geändert worden. Seit 1972 sind Zahlungen bis zu 78 Wochen möglich (vorher 39 Wochen). Im Jahre 1971 wurde die Karenzzeit von drei Tagen für Selbständige abgeschafft und der Kreis der Anspruchsberechtigten auf alle Selbständigen ausgeweitet. Bis 1977 erhielten die Versicherten bei stationärer Behandlung Hausgeld in Höhe von 80 vH des Krankengeldes. Neben dem Krankengeld (bzw. Hausgeld) bekamen Arbeiter und Angestellte früher für insgesamt 6 Wochen im Kalenderjahr die Differenz zwischen Krankengeld und 90 vH ihres letzten Nettodurchschnittsverdienstes als Lohnausgleich von den Betrieben; 1978 übernahm die Sozialversicherung diese Leistung (auch für Genossenschaftsmitglieder). Die Staffelung des Krankengeldes nach der Zahl der Kinder gibt es seit 1967. Die unterschiedliche Höhe des Krankengeldes nach dem Grund der Erkrankung (Krankheit, Arbeitsunfall, Berufskrankheit) besteht seit 1978.

Die Sicherung bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit ist heute grundsätzlich als ausreichend anzusehen; relativ niedrig ist die finanzielle Versorgung lediglich bei Selbständigen in den ersten sechs Krankheitswochen und für Erwerbstätige ohne oder mit einem Kind, die trotz höherer Einkommen der Zusatzversicherung nicht angehören, von der 7. Woche an. Letztere Regelung soll die Bereitschaft zum Eintritt steigern. Nichtmitglieder mit höherem Einkommen, die zwei und mehr Kindern haben, erhalten indes ähnlich hohe Leistungen wie Mitglieder. Obwohl ein großes Interesse besteht, den Mitgliederkreis der Zusatzversicherung auszuweiten, hat hier offensichtlich der Schutz der Familie Vorrang. Im Vergleich zu den Renten besteht eine wesentlich günstigere Relation zwischen Arbeitseinkommen und Krankengeld.

Bestimmte Gruppen (z. B. Opfer des bzw. Kämpfer gegen den Faschismus, Angehörige der „Intelligenz" mit Sonderverträgen, Angehörige der bewaffneten Organe) erhalten — zum Teil vollen — Einkommensersatz im Krankheitsfall für eine längere Zeit bzw. ohne zeitliche Begrenzung.

Die Sach- und Dienstleistungen bestehen im wesentlichen aus freier ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung, Zahnersatz sowie Arznei-, Heil- und Hilfsmittel und aus prophylaktischen sowie Heil- und Genesungskuren. Bei medizinisch notwendigen Leistungen fehlt im allgemeinen die in der Bundesrepublik übliche — wenn auch geringe — finanzielle Beteiligung des einzelnen. Während Sach- und Dienstleistungen neben den Versicherten auch Familienangehörigen, Rentnern und Sozialfürsorgeempfängern zustehen, sind Geldleistungen nur für die erwerbstätigen Versicherten vorgesehen.

5.2.4.5. Leistungen bei der Geburt und der Betreuung von Kindern

Leistungen, die im Zusammenhang mit der Mutterschaft gewährt werden, waren in der Bundesrepublik bis zur Einführung des Erziehungsgeldes bzw. -urlaubs in erster Linie Schutzmaßnahmen für die erwerbstätigen Mütter. Für 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung (bei Früh- bzw. Mehrlingsgeburten 12 Wochen) besteht ein Beschäftigungsverbot (Schutzfristen). In dieser Zeit erhalten Mütter, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, einen finanziellen Ausgleich in Höhe des aus den letzten 3 Monaten zu ermittelnden durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts. Diese Einkünfte setzen sich aus dem Mutterschaftsgeld, das maximal 25 DM je Tag beträgt, und einem Arbeitgeberzuschuß in Höhe des Unterschiedbetrages zwischen diesen 25 DM je Tag und dem kalendertäglichen Nettoarbeitsentgelt zusammen.

Versicherte, die bei Beginn der Schutzfrist Anspruch auf Krankengeld wegen Arbeitsunfähigkeit oder Anspruch auf Arbeitslosengeld, -hilfe oder Unterhaltsgeld haben, erhalten während der Schutzfrist Mutterschaftsgeld in Höhe des Krankengeldes.

Mit dem Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs vom 25. Juni 1979 wurde der Schutz nach der Entbindung durch den Mutterschaftsurlaub erweitert. Die Mutter konnte eine Befreiung von der Arbeit für den Zeitraum bis zum Ende des sechsten Lebensmonats des Kindes wählen. In dieser Zeit des Mutterschaftsurlaubs erhielten die versicherten Mütter ein Mutterschaftsurlaubsgeld von maximal 17 DM je Kalendertag, d. h. maximal 527 DM im Monat[17].

Der Mutterschaftsurlaub wurde in starkem Maße in Anspruch genommen. Ca. 95 vH der Mütter, für die diese Wahlmöglichkeit existierte, haben diese verlängerte Schutzfrist beansprucht.

Für Geburten nach dem 31. 12. 1985 wurde die Mutterschaftsurlaubsregelung durch das Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub abgelöst. Mit diesen Regelungen wird stärker als bisher auf die Betreuung und Erziehung des Kindes abgestellt. Anspruch auf Erziehungsgeld haben — im Unterschied zum Mutterschaftsurlaub — nicht nur die Mütter, die vor der Geburt des Kindes in einem Arbeitsverhältnis standen, sondern alle Mütter oder Väter. Das Erziehungsgeld wird zehn Monate lang (ab 1. 1. 1988 zwölf Monate) gezahlt; es beträgt 600 DM pro Monat. Die ersten sechs Monate wird es unabhängig von der Höhe des Einkommens, danach einkommensabhängig gewährt.

Parallel zum Bezug des Erziehungsgeldes kann ein Erziehungsurlaub beantragt werden; diese Möglich-

Übersicht 5.2.-3

Mutterschaftsleistungen in der Bundesrepublik Deutschland
Stand 1986

Personenkreis	
Alle Frauen	Beschäftigungsverbot während der Schutzfrist: 6 Wochen vor der Entbindung 8 Wochen nach der Entbindung (12 Wochen nach der Entbindung bei Früh- und Mehrlingsgeburten)
Alle Mütter oder Väter	Ein monatliches Erziehungsgeld in Höhe von DM 600 unabhängig vom Einkommen in den ersten 6 Monaten nach Geburt des Kindes. In den nächsten 4 Monaten (ab 1988 6 Monaten) ist der Bezug des Erziehungsgeldes an Einkommensgrenzen gekoppelt. Für die Bezugszeit des Erziehungsgeldes können erwerbstätige Mütter oder erwerbstätige Väter Erziehungsurlaub beantragen[1]. Während des Erziehungsurlaubs und des Beziehens von Erziehungsgeld ist eine Beschäftigung von höchstens 18 Stunden wöchentlich erlaubt.
Versicherte erwerbstätige Frauen	*Während der Schutzfrist:* Mutterschaftsgeld von 3,50 DM bis 25 DM täglich und eine eventuelle Aufstockung bis zum durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelt durch einen Arbeitgeberzuschuß. In Sonderfällen Mutterschaftsgeld in Höhe des Krankengeldes. Erziehungsgeld nur als Aufstockung des Mutterschaftsgeldes bis zu 600 DM/Monat.
Nichtversicherte erwerbstätige Frauen	Mutterschaftsgeld von höchstens 400 DM für die gesamte Schutzfrist plus Arbeitgeberzuschuß in Höhe des Differenzbetrages zwischen dem durchschnittlichen kalendertäglichen Nettoarbeitsentgelt und 25 DM je Tag.
Versicherte und mitversicherte Frauen	*Einmalige Leistungen:* Nach der Entbindung bei Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen 100 DM.
Versicherte nichterwerbstätige Frauen	Mutterschaftsgeld in Höhe von 150 DM.
Mitversicherte Frauen	Mutterschaftsgeld in Höhe von 35 DM bis zu 150 DM.

[1] Ergänzt wird diese bundeseinheitliche Regelung in einzelnen Bundesländern durch länderspezifische, über diese Regelungen hinausgehende Unterstützungsmaßnahmen.

keit besteht wahlweise für Mütter oder Väter. Derjenige, der den Erziehungsurlaub antritt, ist während des Erziehungsurlaubs vor einer Kündigung geschützt. Nur in Ausnahmefällen kann mit Zustimmung der zuständigen Behörde gekündigt werden.

In der DDR erhalten versicherte erwerbstätige Frauen bei Mutterschaft einen Schwangerschaftsurlaub von 6 Wochen (vor der Niederkunft) und einen Wochenurlaub von 20 Wochen (nach der Entbindung), in komplizierten Fällen oder bei Mehrlingsgeburten 22 Wochen. Für diese Zeit besteht Anspruch auf Geldleistungen der Sozialversicherung in Höhe des letzten durchschnittlichen Nettoverdienstes[18]. Die Fristen sind im Laufe der Zeit mehrmals verlängert worden. Im Jahre 1972 wurde der Wochenurlaub von 8 auf 12 Wochen erhöht und 1976 von 12 auf 20 Wochen.

Nach Ablauf der 26 Wochen können Mütter seit 1976 für das zweite und jedes weitere geborene Kind bis zum Ende des 12. Lebensmonats des Kindes eine bezahlte Freistellung von der Arbeit in Anspruch nehmen; seit Mai 1986 gilt dies auch für Erstkinder, vorher war für sie eine unbezahlte Freistellung möglich. 1984 ist die entgeltliche Freistellung für das dritte und jedes weitere Kind bis zur Vollendung des 18. Lebensmonats verlängert worden. In begründeten Fällen wird seit neuestem anstelle der Mütter auch Vätern oder Großmüttern die bezahlte Freistellung gewährt. Die Frauen (bzw. Väter oder Großmütter) bekommen für diese maximal weiteren 32 bzw. 58 Wochen Mütterunterstützung in Höhe des Krankengeldes, das sie bei eigener Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit von der 7. Woche an erhalten würden. Die Mindestleistung für Vollbeschäftigte beträgt bei zwei Kindern 300 Mark monatlich, bei drei und mehr Kindern 350 Mark im Monat. Von der bezahlten Freistellung machen über 90 vH der in Betracht kommenden Frauen Gebrauch. Für die Zeit der Schwangerschaft

Übersicht 5.2.-4

Mutterschaftsleistungen in der DDR
Stand 1986 (Jahresmitte)

Personenkreis	
Erwerbstätige Frauen	*Schutzfrist* 6 Wochen vor der Entbindung, 20 Wochen nach der Entbindung, (22 Wochen nach der Entbindung bei Mehrlings- und komplizierten Geburten). *Leistungen während der Schutzfrist* Schwangerschafts- bzw. Wochengeld in Höhe des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts von der Sozialversicherung. (Für Selbständige, mitarbeitende Ehefrauen und Mitglieder von Rechtsanwaltskollegien begrenzt auf höchstens 1 200,— Mark monatlich). *Freistellung von der Arbeit* Im Anschluß an die Schutzfrist haben Mütter Anspruch auf Freistellung von der Arbeit: — bei 1. und 2. Kindern bis zum Ende des 12. Lebensmonats des zuletzt geborenen Kindes, — bei 3. und weiteren Kindern bis zum Ende des 18. Lebensmonats des zuletzt geborenen Kindes. *Leistungen während der Freistellung von der Arbeit* — Mütterunterstützung in Höhe des nach der sechsten Woche der Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit zu beanspruchenden Krankengeldes, mindestens jedoch bei einem Kind 250 Mark/Monat, bei zwei Kindern 300 Mark/Monat und bei drei und mehr Kindern 350 Mark/Monat.
alle Mütter	einmalige staatliche Geburtenbeihilfe von 1 000 Mark.

und des Wochenurlaubs sowie der bezahlten Freistellung besteht grundsätzlich Kündigungsverbot.

Müttern mit einem Kind bis zu 3 Jahren, die wegen der Geburt dieses Kindes vorübergehend ihre Berufstätigkeit unterbrechen mußten, weil kein Krippenplatz zur Verfügung gestellt werden konnte, steht bei der Geburt eines weiteren Kindes bis zum Ende des ersten Lebensjahres des zuletzt geborenen Kindes ein monatlicher Zuschuß zum Familienaufwand in Höhe von 200 Mark zu. Diese Regelung wurde ebenfalls 1976 eingeführt. Alleinstehende berufstätige Mütter bekommen schon seit 1972 vom 1. Kind an Mütterunterstützung, falls kein Krippenplatz vorhanden ist; die Höhe der Zahlung entspricht dem Krankengeld nach 6 Wochen, bei einem Kind erhalten Vollbeschäftigte jedoch mindestens 250 Mark im Monat.

Während die bisher genannten Leistungen von der Sozialversicherung erbracht werden, erhalten alle Mütter (nicht nur erwerbstätige) eine einmalige Geburtenbeihilfe aus dem Staatshaushalt; sie wurde 1972 einheitlich auf 1 000 Mark für jedes Kind festgesetzt. Davor war die Geburtenbeihilfe nach der Rangfolge der Kinder gestaffelt; ihre Höhe lag zwischen 500 Mark für erste Kinder und 1 000 Mark für fünfte und weitere Kinder. Voraussetzung für die vollständige Auszahlung ist, daß sich die Mutter vor der Entbindung zweimal in einer Schwangerschaftsberatungsstelle und danach viermal in einer Mütterberatungsstelle vorstellt, sonst wird ein geringerer Betrag gewährt (750 Mark).

Bereits seit den 50er Jahren gibt es Bestimmungen, nach denen sich alleinstehende Berufstätige zur Pflege erkrankter Kinder von der Arbeit freistellen lassen können. Für die Dauer von zwei Tagen erstattet die Sozialversicherung dann 90 vH des Nettoverdienstes. Ist eine längere Freistellung nötig, wird Alleinstehenden eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes gewährt, bei einem Kind für längstens vier Wochen, bei fünf und mehr Kindern 13 Wochen im Kalenderjahr. Seit 1984 werden in gleicher Weise verheiratete berufstätige Mütter mit drei und mehr Kindern freigestellt — seit Mai 1986 auch die mit zwei Kindern. Anstelle der Mütter können in begründeten Fällen Väter oder Großmütter die Freistellung in Anspruch nehmen. Auch bei Erkrankung des Ehegatten, der normalerweise die Kinder versorgt, bekommt der Versicherte seit 1978 für maximal 4 Wochen seinen Verdienstausfall teilweise in Form von Krankengeld ersetzt, wenn der Partner nicht berufstätig ist und er selbst die Betreuung der Kinder übernehmen muß.

Zu den Familienleistungen zählen ferner die aus dem Staatshaushalt finanzierte Unterstützung von kinderreichen Familien (Familien mit vier und mehr Kindern sowie Alleinstehende mit drei Kindern). Die 1967 eingeführten Regelungen wurden 1976 verbessert. Wenn das monatliche Bruttoeinkommen bei Familien mit vier Kindern 1 500 Mark (zuzüglich 100 Mark für das 5. und jedes weitere Kind) und bei Alleinstehenden mit 3 Kindern 1 000 Mark nicht übersteigt, wird sei-

ther der Teil der Miete (einschließlich Entgelte für Heizung, Warmwasser, sonstige Nebenleistungen), der über 3 vH des Bruttoeinkommens liegt, erstattet. Diese Familien können auch Zuwendungen für den Erwerb von Kinderbekleidung, Möbeln, Bettwäsche, Brennstoffen und für andere Anschaffungen, aber auch anläßlich eines Umzuges, der Jugendweihe und Teilnahme an Kinderferienlagern erhalten. Im Jahre 1984 ist der Kreis der Anspruchsberechtigten auf Nichtalleinstehende mit drei Kindern erweitert worden; Mietbeihilfen stehen ihnen allerdings nicht zu.

Mit der großzügigen Ausgestaltung der Mutterschafts- und Familienleistungen — insbesondere in den 70er Jahren — verfolgt die DDR über den Schutz in einer bestimmten Lebenslage hinaus weitere Ziele. Einmal erforderte die Arbeitskräfteknappheit und das Streben nach Gleichberechtigung (wirtschaftliche Unabhängigkeit gilt als Voraussetzung dafür) eine möglichst vollständige Erwerbsbeteiligung der Frauen, andererseits wird ein hohes Geburtenniveau als wünschenswert angesehen. Flankierende sozialpolitische Maßnahmen sollen helfen, beide konkurrierenden Ziele besser in Einklang zu bringen.

5.2.4.6. Kindergeld

Die Vorstellung, daß Familien durch die Erziehung von Kindern eine gesellschaftliche Leistung erbringen, ist allgemein akzeptiert. Daher soll ein teilweiser Ausgleich der von der Familie zu tragenden Aufwendungen erreicht werden.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde der Familienlastenausgleich in den letzten 15 Jahren verschiedentlich verändert. Grundlegend umgestellt wurde er zum 1. 1. 1975. Bis dahin erfolgte der Ausgleich durch das zweigleisige System von direkten Kindergeldzahlungen und indirekter Entlastung durch steuerliche Kinderfreibeträge. Kindergeld wurde erst vom zweiten Kind an gezahlt und war für Eltern, die nicht mehr als 2 Kinder hatten, an Einkommensgrenzen gekoppelt. Von 1975 an wird vom ersten Kind an ein vom Einkommen der Eltern unabhängiges, nach der Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld gewährt, steuerliche Kinderfreibeträge werden nicht mehr berücksichtigt. Das Kindergeld unterliegt keiner Dynamisierung, es wurde in der Vergangenheit in unregelmäßigen Abständen verändert. Ebenfalls geändert wurde in den letzten Jahren der Kreis der anspruchsberechtigten Kinder.

Für das Jahr 1984 gilt, daß Kindergeld grundsätzlich bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres gewährt wird[19]. Bis zum vollendeten 27. Lebensjahr werden Kinder berücksichtigt, wenn sie sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befinden, ein freiwilliges soziales Jahr leisten, behindert sind oder in bestimmten Fällen die Haushaltsführung übernommen haben. Der Anspruch auf Kindergeld entfällt für Auszubildende dieser Altersgruppen, wenn sie eine Ausbildungsvergütung von wenigstens 750 DM monatlich (brutto) oder Unterhaltsgeld von wenigstens 580 DM monatlich erhalten.

Übersicht 5.2.-5

Höhe des Kindergeldes nach dem Bundeskindergeldgesetz in DM/Monat

Jahr	1. Kind	2. Kind	3. Kind	4. und weiteres Kind
1975—1977	50	70	120	120
1978	50	80	150	150
1979—1980	50	100	200	200
1981	50	120	240	240
1982	50	100	220	240
1983[1]	50	100/70	220/140	240/140
1984	50	100/70	220/140	240/140

[1] Von 1983 an wird das Kindergeld für das zweite und jedes weitere Kind bei Überschreiten bestimmter Einkommensgrenzen bis auf einen Sockelbetrag reduziert.

Kinder, die arbeitslos sind oder einen Ausbildungsplatz suchen, werden berücksichtigt, wenn sie das 16. Lebensjahr, aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet haben[20].

Von 1983 an vollzieht sich der Familienlastenausgleich wiederum zweigleisig. Zusätzlich zum Kindergeld wurde wieder ein steuerlicher Kinderfreibetrag von 432 DM/Jahr eingeführt. Von 1986 an wird dieser Freibetrag auf 2 484 DM je Kind und Jahr erhöht. Die dadurch bewirkte Entlastung beträgt mindestens 45 DM und maximal 115 DM je Monat und Kind. Eltern, die den Kinderfreibetrag mangels hinreichenden Einkommens nicht oder nicht voll nutzen können, erhalten als Ersatz einen Kindergeldzuschlag in Höhe von bis zu 46 DM monatlich je Kind.

Auch allen DDR-Bürgern steht für ihre Kinder staatliches Kindergeld aus allgemeinen Mitteln des öffentlichen Haushalts zu. Es wird bis zur Beendigung der 10. Klasse gezahlt, in Ausnahmefällen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Die Höhe des Kindergeldes betrug — abgestuft nach der Zahl der Kinder — von 1969 bis 1981 monatlich für das

erste und zweite Kind	20 Mark,
dritte Kind	50 Mark,
vierte Kind	60 Mark,
fünfte und jedes weitere Kind	100 Mark.

Im Zuge der geburtenfördernden Bevölkerungspolitik, die seit Beginn der achtziger Jahre insbesondere auf Familien mit drei Kindern abstellt, sind die Leistungen für dritte und weitere Kinder einheitlich auf 100 Mark im Monat heraufgesetzt worden; die Sätze für Erst- und Zweitkinder blieben zunächst unverändert. Von Mai 1987 an sollen folgende Beträge gelten, für das

erste Kind	50 Mark,
zweite Kind	100 Mark,
jedes weitere Kind	150 Mark.

Das Steuerrecht in der DDR enthält ebenfalls soziale Komponenten. Steuerpflichtige Arbeitnehmer werden je nach Familienstand, Alter und Kinderzahl in verschiedene Steuerklassen eingruppiert. Der Steuernachlaß für Kinder ist abhängig von der Höhe des Einkommens und beträgt verglichen mit einem kinderlosen verheirateten Steuerpflichtigen bei Verdiensten über 300 Mark/Monat für jedes Kind 7 bis 17 Mark monatlich.

5.2.4.7. Verlust des Arbeitsplatzes Bundesrepublik Deutschland

Die Verflechtung von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen ist in der Bundesrepublik in keinem anderen Bereich so eng wie im Bereich der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik.

In diesem Abschnitt werden weniger die allgemeinen sozialen Wirkungen von beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen als vielmehr die finanziellen Sicherungsmaßnahmen für Arbeitnehmer bei Arbeitslosigkeit dargestellt. Einmal sind diese im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) geregelt. Zum anderen beinhalten die betrieblichen Sozialpläne (Sozialfonds, Abfindungen usw.) eine Reihe von Absicherungsmaßnahmen. Das AFG enthält neben den Vorschriften über die finanzielle Absicherung eine Reihe von Maßnahmen, mit denen Arbeitslosigkeit verhindert bzw. die Wiedereingliederung von Arbeitslosen ermöglicht werden soll.

Das Ablösen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) durch das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) zum 1. Juli 1969 ist Ausdruck des Abgehens von einer kausalorientierten Sozialpolitik und des Übergangs zu einer finalorientierten Sozialpolitik. Das AFG hat die Funktion, einen hohen Beschäftigungsstand zu erzielen und aufrechtzuerhalten[21]. Die finanzielle Absicherung der Arbeitslosen ist eine nachrangige Aufgabe des AFG. Anfang der siebziger Jahre entspricht auch das Ausgabeverhalten der Bundesanstalt für Arbeit dieser Funktionsvorgabe.

Faßt man die Arbeitslosengeld-, Arbeitslosenhilfe- und Kurzarbeitergeldzahlungen als Unterstützungszahlungen zusammen, so beanspruchten diese Zahlungen 1970 18 vH der gesamten Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit. Mit dem Anstieg der Zahl der Arbeitslosen in den Jahren 1974/75 nahm auch der Anteil der Unterstützungszahlungen an den gesamten Ausgaben auf 60 vH im Jahr 1975 zu. Diese dominierende Stellung der Unterstützungszahlungen blieb bis 1983 bestehen; und dies obwohl seit 1981 die gesamte Arbeitslosenhilfe direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt wird. Der Ausgabenanteil für Arbeitsförderungsmaßnahmen hat sich somit stark verringert, nämlich von ca. 80 vH im Jahre 1970 auf 40 bis 45 vH zu Beginn der achtziger Jahre; er machte 1983 gut 12 Mrd. DM aus (1970: 3,2 Mrd. DM).

Zu den Arbeitsförderungsmaßnahmen zählen einmal die Leistungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, zum anderen die Förderung der beruflichen Aus- und Fortbildung und der beruflichen Umschulung.

Die Zahl der Arbeitnehmer, die eine berufliche Förderungsmaßnahme begonnen haben, schwankt im Zeitraum 1970 bis 1983 zwischen 135 000 und 306 000. Unabhängig von dieser Schwankung hat sich der Anteil derjenigen, die vor Eintritt in eine Förderungsmaßnahme arbeitslos waren, seit 1973 kontinuierlich erhöht. 1973 betrug der Anteil knapp 6 vH, 1983 waren es 64 vH[22].

Zu den Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen zählen

- Kurzarbeitergeld zur Erhaltung von Arbeitsplätzen bei vorübergehendem Arbeitsmangel,
- Winterbauförderung und Schlechtwettergeld und
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM).

Kurzarbeitergeld wird gewährt, wenn zu erwarten ist, daß der Arbeitsausfall vorübergehender Art ist. Dem Arbeitnehmer soll sein Arbeitsplatz und dem Betrieb die eingearbeitete Belegschaft erhalten bleiben.

Die Zahl der Kurzarbeiter nimmt in Zeiten der beginnenden Rezession sehr stark zu und schwächt sich danach wieder ab. Die höchste jahresdurchschnittliche Zahl an Kurzarbeitern wurde 1975 mit über 770 000 erreicht. 1970 waren es ca. 9 600 und 1984 384 000. In vielen Fällen ist mit Kurzarbeitergeld eine Arbeitslosigkeit vermieden worden.

Die Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft (Winterbauförderung und Schlechtwettergeld) soll dazu beitragen, daß auch während der witterungsungünstigen Jahreszeiten die Beschäftigungsverhältnisse der Bauarbeiter aufrechterhalten werden.

Mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden zusätzliche Arbeiten gefördert, die einerseits im öffentlichen Interesse liegen und andererseits für Arbeitslose die Möglichkeit bieten, eine Dauerbeschäftigung zu erlangen[23]. Dem Arbeitgeber, der eine Förderung beantragt, werden Zuschüsse in Höhe von 60 bis 80 vH des Arbeitsentgelts gezahlt. 1984 wurden jahresdurchschnittlich 71 000 Arbeitnehmer mit derartigen Maßnahmen gefördert. Einen nennenswerten Umfang nahmen diese AB-Maßnahmen erst ab 1975 an. 1975 wurden 16 000 Arbeitnehmer gefördert, in den Folgejahren waren es 30 000 bis 50 000 Personen[24].

Wird ein Arbeitnehmer arbeitslos, so erhält er Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. In besonderen Fällen erhält er Konkursausfallgeld. Diese Leistungen sind jedoch an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft.

Neben diese öffentlichen Aufwendungen bei Arbeitslosigkeit treten in besonderen Fällen Leistungen der Unternehmen. So sollen sich Unternehmen und Betriebsrat bei Betriebsänderungen (Stillegung, Verlegung, Zusammenschluß usw.) durch die Aufstellung von Sozialplänen über den Ausgleich oder die Milderung der wirtschaftlichen Nachteile, die den Arbeit-

Übersicht 5.2.-6

Monatliche Durchschnittbeträge von Arbeitslosengeld nach Familienstand und Alter der Empfänger im Oktober 1984
in DM

Personengruppe	Altersgruppe des Empfängers (Jahre)				
	bis 19	20 bis 24	25 bis 29	30 bis 54	54 und darüber
Empfänger insgesamt	498	682	831	991	1 183
Männer					
verheiratet	710	979	1 113	1 277	1 377
nicht verheiratet	572	771	957	1 048	1 108
Frauen					
verheiratet	394	572	684	719	758
nicht verheiratet	433	611	853	927	870

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit. Heft 3/1985, S. 198.

nehmern entstehen, einigen. Eine Pflicht zur Aufstellung eines Sozialplans besteht, wenn es sich bei der Betriebsänderung um einen Personalabbau handelt und ein bestimmter Anteil der regelmäßig beschäftigten Arbeitnehmer entlassen werden soll. Der Anteil hängt von der Betriebsgröße ab; er beträgt z. B. bei mehr als 20 und weniger als 60 Arbeitnehmern 20 vH und bei mehr als 500 Arbeitnehmern 10 vH.

Arbeitslosengeld

„Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, die Anwartschaft erfüllt, sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet und Arbeitslosengeld beantragt hat" [25].

Arbeitnehmer, die in den der Arbeitslosigkeit vorausgegangenen letzten 3 Jahren mindestens ein Jahr beitragspflichtig beschäftigt waren und die eine Beschäftigung suchen, die sich auf mindestens 20 Stunden pro Woche erstreckt, erfüllen diese Anwartschaft.

Die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld richtet sich nach der Dauer der Beitragspflicht vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit. In der Regel gilt bei einer Beschäftigungsdauer von einem Jahr während der letzten vier Jahre vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit eine Anspruchsdauer von 17 Wochen. Die Anspruchsdauer verlängert sich bis zu 52 Wochen bei einer beitragspflichtigen Beschäftigungsdauer von 3 Jahren.

Für ältere Arbeitslose verlängert sich die Anspruchsdauer seit 1985 auf maximal zwei Jahre.

Das Arbeitslosengeld beträgt bei Arbeitslosen mit mindestens einem Kind 68 vH des — mit einem pauschalisierenden Verfahren bestimmten — Nettoentgelts, für die übrigen Arbeitslosen 63 vH des Nettoentgelts. Maximal konnte 1984 ein Arbeitslosengeld von 2 330 DM je Monat bezogen werden (1983 waren es 2 260 DM/Monat).

Der Durchschnittsbetrag betrug im Oktober 1984 896 DM im Monat [26]. Nur 20 vH aller Empfänger von Arbeitslosengeld bezogen eine Unterstützungszahlung von mehr als 1 200 DM je Monat [27].

Arbeitslosenhilfe

Arbeitslose, die die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld nicht erfüllen bzw. deren Anspruch wegen Ausschöpfung der Bezugsdauer ausgelaufen ist, können Arbeitslosenhilfe beantragen, wenn sie innerhalb des letzten Jahres vor der Antragstellung mindestens 150 Kalendertage in einer beitragspflichtigen Beschäftigung gestanden haben. Im Unterschied zum Arbeitslosengeld, das die Funktion des Lohnersatzes hat, wird die Arbeitslosenhilfe nur bei Bedürftigkeit gezahlt. Der Bezug von Arbeitslosenhilfe ist zeitlich nicht begrenzt.

Die Arbeitslosenhilfe ist niedriger als das Arbeitslosengeld. Bedürftige Arbeitslose mit mindestens einem Kind erhalten Arbeitslosenhilfe in Höhe von 58 vH des mit Pauschalen berechneten Nettoeinkommens. Für die übrigen bedürftigen Arbeitslosen gilt ein Satz von 56 vH. 1984 war der Höchstbetrag 1 990 DM/Monat (1983 waren es 1 926 DM/Monat).

Der Durchschnittsbetrag der Arbeitslosenhilfe betrug im Oktober 1984 766 DM [28]. Dabei ist zu beachten, daß in die Berechnung der Durchschnittswerte auch die Beträge der Arbeitslosen eingehen, deren Arbeitslosenhilfe wegen der Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen vermindert ist. Nur gut 15 vH aller Empfänger von Arbeitslosenhilfe bezogen eine Hilfeleistung von mehr als 1 000 DM/Monat, reichlich die Hälfte erhielten höchstens 800 DM/Monat [29].

Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe sind kranken-, renten- und unfallversichert.

Übersicht 5.2.-7

Monatliche Durchschnittsbeträge von Arbeitslosenhilfe nach Familienstand und Alter der Empfänger im Oktober 1984
in DM

Personengruppe	Altersgruppe des Empfängers (Jahre)				
	bis 19	20 bis 24	25 bis 29	30 bis 54	54 und darüber
Empfänger insgesamt	417	595	737	815	826
Männer					
verheiratet	550	788	857	905	922
nicht verheiratet	455	650	758	810	797
Frauen					
verheiratet	377	511	615	645	541
nicht verheiratet	368	489	637	693	645

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit. Heft 3/1985, S. 198.

Konkursausfallgeld

Tritt bei einem Arbeitgeber Zahlungsunfähigkeit ein, so kann der Arbeitnehmer, falls noch Ansprüche auf nicht gezahltes Arbeitsentgelt bestehen, diese Ansprüche für die letzten drei Monate bei der Bundesanstalt für Arbeit geltend machen. Das Konkursausfallgeld wird in Höhe des ausstehenden Nettoentgelts gezahlt.

DDR

Als integraler Bestandteil der Volkswirtschaftsplanung wird in der DDR der Einsatz der Arbeitskräfte nach Anzahl, Qualifikation, regionaler Verteilung und weiteren Strukturmerkmalen geplant. Auf der Grundlage der demographischen Entwicklung wird das Arbeitskräftepotential ermittelt und der Nachfrage von Wirtschaft und Staat gegenübergestellt. In einem iterativen Prozeß soll der Bedarf an Arbeitskräften und seine Deckungsmöglichkeiten abgestimmt werden, und zwar disaggregiert bis zur Betriebsebene unter Beachtung des Effizienzkriteriums und der Erhaltung der Vollbeschäftigung. Neben Jahresplänen werden Fünfjahr- und Langfristpläne aufgestellt, um vorausschauend rechtzeitig für Strukturveränderungen gewappnet zu sein; bei naturgemäß unvollständiger Information über die Zukunft kann dies auch zu Fehlentscheidungen führen. Zur Umsetzung der Planung in die Praxis steht den staatlichen Stellen ein umfangreiches Instrumentarium von direkten und indirekten Maßnahmen zur Verfügung. Sie reichen von der Nachwuchslenkung und der Steuerung der Erwachsenenqualifizierung über Auflagen für Freistellungen und Einstellungsbeschränkungen bis hin zur Lohndifferenzierung.

Gleichwohl war das Planungs- und Lenkungssystem in der Vergangenheit wenig wirkungsvoll. In den 60er und 70er Jahren überstieg die Nachfrage das Angebot an Arbeitskräften bei weitem. Die staatlichen Regulierungsmaßnahmen wurden durch eine Fluktuationsbewegung von großem Ausmaß unterlaufen. Das Problem der offenen Arbeitslosigkeit stellte sich praktisch nicht; durch Strukturveränderungen freigesetzte Arbeitskräfte konnten ohne größere Schwierigkeiten absorbiert werden. Es bestand zwar ein Zweig Arbeitslosigkeit bei der Sozialversicherung (mit Sätzen auf Sozialfürsorgeniveau), er hatte aber seit Ende der fünfziger Jahre keine Bedeutung mehr und wurde schließlich 1978 aufgelöst.

Anfang der achtziger Jahre sind Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt eingetreten. Durch eine Reihe administrativer Maßnahmen und durch den fortschreitenden Strukturwandel sowie verstärkte Rationalisierungsanstrengungen ist auf der einen Seite die Zahl der offenen Stellen verringert und sind andererseits Freisetzungen in erheblichem Umfang bewirkt worden. Regelungen für die sich daraus ergebenden sozialen Probleme sind im Arbeitsgesetzbuch von 1978 niedergelegt.

In erster Linie sind die freisetzenden Betriebe für die Absicherung der Betroffenen verantwortlich. Das soll in Form von Änderungsverträgen (Unterbringung im selben Betrieb auf einem anderen Arbeitsplatz), Überleitungsverträgen (Beschaffung eines Arbeitsplatzes in einem anderen Betrieb), Umschulungen u. a. geschehen. Bei Minderverdienst ist dieser von den Betrieben für ein Jahr auszugleichen.

Erklärtes Ziel ist nach wie vor die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung. Dies ist bisher im wesentlichen auch gelungen. Vereinzelt sind indes Fälle bekanntgeworden, in denen sich nach der Freisetzung nicht nahtlos eine neue Tätigkeit anschloß. Gesamtwirtschaftlich dürfte es sich dabei um marginale Größen handeln. Dem Gesetz nach müßte in solchen Situationen die Sozialfürsorge eintreten, wenn der Arbeitslose über kein sonstiges Einkommen oder über Vermögen verfügt bzw. keine unterhaltspflichtigen Familienangehörigen hat. In der Presse der Bundesrepublik

wurde aber auch von Unterstützungszahlungen berichtet, die nicht mit den Sozialfürsorgegesetzen übereinstimmen und nach Aufnahme einer neuen Tätigkeit zurückzuzahlen sind[30].

5.2.4.8. Sozialhilfe/Sozialfürsorge

Die Sozialhilfe hat die Funktion, in Notlagen einzutreten, die weder durch eigene oder familiäre Selbsthilfe noch durch andere Sozialleistungssysteme abgedeckt werden. Einmal erfüllen bestimmte Personenkreise nicht die Anspruchsvoraussetzungen anderer Sicherungsträger, zum anderen reichen die gewährten Leistungen nicht zur Bewältigung der Notlage aus.

Die Sozialhilfe wird in der Bundesrepublik als Hilfe zum Lebensunterhalt oder als Hilfe in besonderen Lebenslagen geleistet. Die Hilfe zum Lebensunterhalt wird zum größten Teil (85 vH) an Personen außerhalb von Einrichtungen (Anstalten, Heime o.ä.) gezahlt. Die Höhe der Zahlungen richtet sich nach den Regelsätzen, die nach Alter, Stellung im Haushaltsverband und Region gestaffelt sind.

Der rechnerische Durchschnittssatz für einen Haushaltsvorstand bzw. einen Alleinstehenden betrug seit Juli 1984 356 DM/Monat. Die Regelsätze für die übrigen Haushaltsangehörigen richten sich nach dieser Höhe. Für Kinder bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres werden 45 vH, für Kinder vom Beginn des 8. bis zur Vollendung des 11. Lebensjahres werden 65 vH gezahlt; den höchsten Satz erhalten Haushaltsangehörige, die zwischen 16 und 21 Jahre alt sind. Sie bekommen 90 vH des Regelsatzes, das waren 1984 durchschnittlich 321 DM/Monat.

Zusätzlich zu diesen Leistungen, mit denen die normale Lebensführung ermöglicht werden soll, werden die Mietausgaben voll vom Sozialhilfeträger übernommen. Ferner haben Empfänger laufender Sozialhilfe Anspruch auf einmalige Leistungen für Anschaffungen, die in den Regelsätzen nicht berücksichtigt sind, z. B. für Kleidung, Diät, Umzüge etc.

Die Hilfe in besonderen Lebenslagen wird schwerpunktmäßig an Personen in Einrichtungen und dort als Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe für Behinderte gezahlt. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen macht insgesamt ca. zwei Drittel der gesamten Ausgaben für Sozialhilfe aus.

1984 erhielten 1,9 Mill. Personen Hilfe zum Lebensunterhalt und 1,1 Mill. Personen Hilfe in besonderen Lebenslagen, darunter waren 0,3 Mill. Personen, die beide Leistungen erhielten[31].

In der DDR erhalten ebenfalls Personen, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt durch Arbeitseinkommen zu bestreiten, die über kein sonstiges ausreichendes Einkommen oder Vermögen verfügen und auch keine unterhaltspflichtigen Angehörigen haben, Sozialfürsorgeunterstützung. Als ausreichend gilt ein Einkommen in Höhe der Sozialfürsorgeunterstützung. Unterhaltspflichtig sind Angehörige mit einem Nettoeinkommen von über 900 Mark monatlich. Der Gewährung von Sozialfürsorgeunterstützung geht die Geltendmachung von Ansprüchen des Antragstellers auf andere Leistungen vor. Empfänger von Sozialfürsorgeunterstützung, die noch nicht im Rentenalter sind, haben sich darum zu bemühen, daß die Notwendigkeit der Zahlung entfällt. Amtliche Stellen sollen dabei Hilfestellung leisten (Bereitstellung geeigneter Arbeitsplätze, Kinderkrippen- und Kindergartenplätze). Grundsätzlich wird Sozialfürsorge nur unter der Bedingung der Erwerbsunfähigkeit gezahlt.

Die Leistungen der Sozialfürsorge sind auch in der DDR Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen. Alleinstehende erhalten seit 1984 260 Mark im Monat, Ehepaare 420 Mark; für Kinder wird ein Zuschlag von 45 Mark gewährt. Hinzu kommen Mietbeihilfen — gestaffelt nach der Zahl der Familienmitglieder — bis zur Höhe von monatlich 30 Mark bzw. 45 Mark. Ähnlich der Entwicklung bei den Renten haben sich auch die Sozialfürsorgesätze im Laufe der Zeit stufenweise erhöht; sie lagen in der Regel etwas unterhalb der jeweiligen Mindestrente. Tuberkulose-, Geschwulst- und Zuckerkranke erhalten zusätzliche Beihilfen.

Weitere Leistungen bestehen — unter bestimmten Voraussetzungen — in der Gewährung von Pflegegeld, Blindengeld und Sonderpflegegeld (wie für Sozialversicherungsrentner). Es können außerdem die Kosten für die Hauswirtschaftspflege übernommen und einmalige Beihilfen verschiedener Art (z. B. für Heizmaterial, Bekleidung, Einschulung, Jugendweihe) gezahlt werden. Im Krankheitsfall genießen alle Sozialfürsorgeempfänger den Schutz der Sozialversicherung, d. h. sie erhalten alle Sachleistungen, die auch den mitversicherten Familienangehörigen der Erwerbstätigen zustehen.

Gemessen an der Zahl der Bezieher — 1984 gab es 12 500 Empfänger von laufenden Unterstützungen (ohne Personen, die nur Pflege-, Sonderpflege- oder Blindengeld erhalten haben) — hat die Sozialfürsorge keine große Bedeutung mehr. Der Rückgang ist im Zusammenhang mit der angespannten Arbeitskräftelage zu sehen; für Personen, die nur beschränkt leistungsfähig sind, wurden in zunehmendem Maße geschützte Arbeitsplätze geschaffen. Die gestiegene Erwerbsbeteiligung hat auch dazu geführt, daß fast alle Personen im Alter einen eigenen Rentenanspruch haben. In der Vergangenheit trat statt seiner — insbesondere bei Frauen — subsidiär die Sozialfürsorge ein. Eine größere Rolle spielen aber noch einmalige Beihilfen und Bestattungskosten. Im Dezember 1984 wurden sie immerhin in über 90 000 Fällen gezahlt.

5.2.5. Schlußbetrachtung

Die soziale Komponente der marktwirtschaftlichen Grundordnung der Bundesrepublik soll dort ausgleichen, wo die Erzielung eines Leistungseinkommens (aus Arbeit und/oder Vermögen) nicht bzw. nur in unzureichendem Maße möglich ist, damit ein Leben unter zumutbaren Bedingungen geführt werden kann. Die Solidarität der Gesellschaft ist einmal gefordert, wenn es darum geht, das einzelne Individuum

gegen Risiken des Lebens zu sichern, zum anderen, wenn es gilt, die Lasten zu verteilen, die mit der gesellschaftlichen Lebensordnung verbunden sind (Ehe, Familie).

Für den Bereich der sozialen Sicherung gilt in der Regel das Versicherungsprinzip, das sich im Prinzip der Beitragsäquivalenz niederschlägt. Hierbei wird — bis auf Ausnahmen — an die erbrachte Arbeitsleistung angeknüpft, wobei sowohl die Bezahlung dieser Arbeitsleistung als auch die Dauer der Beschäftigung berücksichtigt werden. Dies wird dadurch erreicht, daß die zu zahlenden Beiträge sich an der Einkommenshöhe orientieren und die von der Sozialversicherung zu erbringenden Leistungen von der Höhe und der Zahl der Beiträge abhängen. Für höhere Einkommen trifft das jedoch nicht zu. Die Beitragsbemessungsgrenze, die z. B. in der Rentenversicherung praktisch nicht mehr als das 1,8fache des Durchschnittseinkommens ausmacht, beschränkt die Übertragung der Einkommensdifferenzierung in den Leistungsbereich auf niedrige und mittlere Einkommen. Die Höhe der Leistungen differiert allerdings nach dem leistungsauslösenden Grund und dem zuständigen Träger (Kausalprinzip).

Eine Mindestsicherung in den Regelsystemen entfällt, da hier ein normales Arbeitsleben mit ausreichender Entlohnung unterstellt wird. Die Aufgabe der Mindestsicherung wird an die Sozialhilfe verwiesen.

Die Orientierung an den erzielten Einkommen ist zugleich eine Orientierung am früheren Lebensstandard. Sie wird ergänzt durch Momente des sozialen Ausgleichs dort, wo eine alleinige Berücksichtigung des Faktors Einkommen zu Lösungen führen würde, die als ungerecht empfunden würden (Sachleistungen in der Krankenversicherung, Zurechnungszeiten, Ausfallzeiten). Sicherungsbereiche, für die das Versicherungsprinzip nicht gilt, werden nach dem Versorgungsprinzip (z. B. Beamtenversorgung) oder dem Fürsorgeprinzip (z. B. Sozialhilfe) geregelt.

Auch in der DDR wird das allgemeine Verteilungsprinzip, das sich in erster Linie an der Arbeitsleistung orientiert, durch soziale Aspekte ergänzt. Dies erfolgt in Fällen, in denen das Leistungsprinzip nicht anwendbar ist (Risiken des Lebens) oder zu unerwünschten Ergebnissen führt (z. B. Benachteiligung von Familien mit Kindern).

Im Bereich der sozialen Sicherung spielen prinzipiell — ebenso wie in der Bundesrepublik — für die Höhe der Barleistungen die Bezahlung und z. T. auch die Dauer der Beschäftigung eine Rolle. Diese Koppelung ist aber faktisch — zumindest in der Rentenpflichtversicherung — aufgrund der niedrigen Bemessungsgrenze stark eingeschränkt. In dieselbe Richtung wirkt die Mindestsicherungsregelung. In der Mehrzahl der Fälle bemißt sich die Rente nach diesem Grundsatz.

Wie weit für den Bereich der Sozialversicherung das Versicherungsprinzip mit Beitragsäquivalenz gilt, ist selbst unter DDR-Wissenschaftlern umstritten[32]. Einen engen Zusammenhang zwischen Höhe der Beiträge und Leistungsumfang gibt es nur bei einem Teil der Leistungen (z. B. Renten der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung, Krankengeld, bestimmte Leistungen im Falle der Mutterschaft), bei anderen ist er nur lose (z. B. Renten der Pflichtversicherung) oder überhaupt nicht vorhandenen (z. B. ärztliche Behandlung, Medikamente, Kuren). Das Äquivalenzprinzip kommt am stärksten bei den privaten Personenversicherungen zur Anwendung, das Versorgungsprinzip und Fürsorgeprinzip hingegen bei den Leistungen, die aus dem öffentlichen Haushalt bezahlt werden.

Im Vergleich zur DDR zeigt sich, daß die Absicherung der Rentner — gemessen an den jeweiligen Erwerbseinkommen in beiden Staaten — in der Bundesrepublik ein deutlich höheres Niveau hat. Die Rentenregelungen in der Bundesrepublik sind — anders als in der DDR — an der Erhaltung des Lebensstandards der Erwerbsphase orientiert. Dies wird auf verschiedenartige Weise erreicht: Die Höhe der erstmals festgesetzten Rente ist eng an die frühere Einkommensposition und die Dauer der Versicherungszeit gekoppelt. Der Entwicklung der Erwerbseinkommen nach Rentenbeginn wird in der Regel durch jährliche Anpassungen der Renten Rechnung getragen. Relativ häufig besteht zudem Anspruch auf mehrere Renten der gesetzlichen Sozialversicherung, die zumeist ungekürzt nebeneinander bezogen werden können. Die Absicherung durch die gesetzliche Rentenversicherung wird in der Bundesrepublik in zunehmendem Maße durch Zusatzversorgungssysteme ergänzt. Die Beamtenversorgung und die knappschaftliche Rentenversicherung vereinen Regel- und Zusatzsicherung in sich. Für Arbeiter und Angestellte im Öffentlichen Dienst besteht eine spezielle Zusatzversorgung, und für einen Teil der Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft übernimmt die betriebliche Altersversorgung die Zusatzsicherung.

In der DDR sichern die Renten aus der Pflichtversicherung lediglich eine Grundversorgung. Die Höhe der Renten bewegt sich, wegen der engen Begrenzung nach unten und oben, in einer schmalen Bandbreite. Eine Differenzierung, abgeleitet vom früheren Erwerbseinkommen, bzw. Orientierung am früheren Lebensstandard gibt es faktisch nur im geringen Umfang. Nivellierend wirkt der Festbetrag bei der Rentenberechnung, die Gewährung von Mindestleistungen und die relativ niedrige Leistungsbemessungsgrenze. Die geringe Höhe der Zweitrenten trägt ebenso dazu bei. Auch zwischen den einzelnen Rentenarten sind die Unterschiede hinsichtlich der Höhe der Beträge nicht ausgeprägt. Das Rentenrecht der DDR kennt keine jährliche Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung. In den fünfziger und sechziger Jahren galt (Ausnahme: Zusatz- und Sonderversorgungen außerhalb der Sozialversicherung) strikt eine Politik der Mindestniveausicherung. Der Schritt zu einer für alle gleichen Volksrente schien nicht mehr weit. Seit der Rentenreform von 1968, der Staffelung der Mindestrente nach Arbeitsjahren von 1971/1972 an, vor allem aber mit Einführung bzw. Umgestaltung der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung 1971 ist eine gewisse Abkehr von dieser Politik zu erkennen.

Begünstigt durch Sonder- und Zusatzrenten außerhalb der Sozialversicherung sind in der DDR vor allem

Personen, die im öffentlichen Dienst tätig waren. In der Regel liegt das Niveau ihrer Gesamtversorgung erheblich über dem der Sozialrentner. Die betriebliche Altersversorgung hat nur geringe Bedeutung.

Die Sicherung bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit wegen Krankheit oder Arbeitsunfall orientiert sich im Prinzip in der Bundesrepublik und in der DDR an der Höhe der jeweiligen Nettoeinkommen. Die Ausgestaltung der Mutterschafts- und Familienleistungen ist in der DDR — verglichen mit der Bundesrepublik — günstiger. Neben der Sicherung in solchen Lebenslagen werden in der DDR mit der Sozialpolitik in diesen Fällen weitere Ziele verfolgt: Bessere Ausnutzung des Arbeitsvolumens (Senkung des Krankenstandes, möglichst vollständige Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern) als ein Instrument der wirtschaftlichen Wachstumspolitik und Geburtenförderung als wesentliches Ziel der Bevölkerungspolitik.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Das Netz der sozialen Sicherung ist sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR eng. Für den Kernbereich der sozialen Sicherung — die Renten — besteht in der Bundesrepublik ein erheblich höheres Absicherungsniveau; in der DDR beinhaltet die Rentenversorgung — bisher zumindest — nicht mehr als eine Mindestsicherung. Langfristig wird sich aber die Lage der Rentner, im Zuge der allmählich an Bedeutung gewinnenden Leistungen der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung, in gewissem Umfang bessern. Die sozialpolitischen Instrumente sind — verglichen mit der Bundesrepublik — stärker final, d.h. auf die (von Seiten der politischen Führung) angestrebten Ergebnisse ausgerichtet und weniger nach den erbrachten Vorleistungen und den leistungsauslösenden Gründen (Kausalprinzip).

Global gesehen schlägt sich das höhere Leistungsniveau auch in einer stärkeren Beanspruchung des Sozialprodukts durch öffentliche Sach- und Geldleistungen an die privaten Haushalte nieder. Für die Bundesrepublik ergibt sich — bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt für 1983 — eine Quote von 22 vH, für die DDR dagegen eine Quote von gut 13 vH. Gegenüber 1970 hat sich der der Abstand zugunsten der Bundesrepublik vergrößert.

Fußnoten

[1] Eine Auflistung der Autoren, die sich an der seit Jahrzehnten andauernden Diskussion über die Definition der Sozialpolitik beteiligten, gibt Lampert H.: Sozialpolitik. Berlin, Heidelberg, New York 1980, S. 3f.

[2] Vgl. DDR Handbuch. Hrsg.: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. 2 Bände. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. 1985, S. 1212.

[3] Lexikon der Wirtschaft. Band Versicherung. Hrsg.: Bader H., Hein G., Thude G. 2., überarbeitete Auflage. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1982, S. 491f.

[4] Vgl. Auswertung des Mikrozensus 1982. Versicherte in der Kranken- und Rentenversicherung. Fachserie 13, Sozialleistungen, Reihe 1. Hrsg.: Statistisches Bundesamt. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. 1983, S. 49. Als pflichtversichert werden die Personen angesehen, die am Stichtag oder während der letzten 12 Monate Pflichtversicherungsbeiträge gezahlt haben.

[5] Vgl. Versicherte in der Kranken- und Rentenversicherung. Fachserie 13, Sozialleistungen, Reihe 1. A. a. O., S. 13f.

[6] Unter „Lebensversicherungsvertrag" werden folgende Vertragsarten zusammengefaßt: Versicherungen im Erlebens- oder Todesfall, Risikoversicherung (nur Todesfall), Sterbegeldversicherungen, Ausbildungsversicherungen, Aussteuerversicherungen u. ä.

[7] Vgl. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Die Rentenbestände in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik Deutschland, Stand 1. Juli 1984. Bonn. 1984, S. 19.

[8] Ebenda.

[9] Vgl. Transfer-Enquete-Kommission: Zur Einkommenslage der Rentner, Zwischenbericht der Transfer-Enquete-Kommission. Hrsg.: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Bonn. 1979, S. 129ff.

[10] Vgl. Daten zur Einkommenssituation im Alter, Infratest Erhebungen 1982, Band 2. Hrsg.: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Forschungsbericht 118. München. 1984, S. 247ff.

[11] Das Standard-Rentenniveau ergibt sich als Verhältnis zwischen der Jahresrente eines Rentners und dem durchschnittlichen Jahresentgelt aller Versicherten im gleichen Jahr. Für die Höhe der Rente des „Standard-Rentners" wird eine Versicherungszeit von 40 Jahren zugrunde gelegt und ein Entgelt, das in dieser Zeit immer dem jeweiligen Durchschnitt entsprach.
Das Verhältnis aus Rente und den Bruttolöhnen und -gehältern ergibt das Bruttorentenniveau, das Verhältnis aus Rente und dem durchschnittlichen Nettoentgelt das Nettorentenniveau.

[12] Vgl. Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen bei der Durchführung des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung. Bundestags-Drucksache 8/2377, S. 5. — Infratest Sozialforschung (Hrsg.): Zukünftige Rentnergenerationen. München. 1985, S. 156.

[13] Ebenda, S. 154ff.

[14] Vgl. Unterlagen zum empirischen und rechtlichen Vergleich der Alterssicherungssysteme. Anlagenband A zum Gutachten der Sachverständigenkommission Alterssicherungssysteme. Hrsg.: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Bonn. 1983, S. 22.

[15] Vgl. Krupp H.-J.: Empirischer Vergleich der Alterssicherungssysteme für abhängig Beschäftigte. In: Gutachten der Sachverständigenkommission Alterssicherungssysteme. Hrsg.: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Berichtsband 1. Bonn. 1983, S. 127. — Daten zur Einkommenssituation im Alter, Infratest Erhebungen 1982. A. a. O. Band 1. S. 85ff.

[16] Vgl. Unterlagen zum empirischen und rechtlichen Vergleich der Alterssicherungssysteme. A. a. O. S. 17 und 39.

[17] Bis Ende 1983 wurde ein Betrag von maximal 25 DM/Tag, d. h. maximal 775 DM/Monat gezahlt.

[18] Für Selbständige, mitarbeitende Ehefrauen und Mitglieder von Rechtsanwaltskollegien begrenzt auf höchstens 1 200 Mark monatlich.

[19] Vgl. § 2 Abs. 2 Satz Bundeskindergeld in der Fassung vom 22. 12. 1983.

[20] Bis Ende 1984 bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.

[21] Vgl. § 1 Arbeitsförderungsgesetz (AFG).

[22] Vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA). Hrsg.: Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg. Jahreszahlen 1976, S. 172; 1978, S. 198; 1984, S. 178.

[23] Vgl. § 91 AFG.

[24] Vgl. ANBA. Jahreszahlen 1976, S. 225; 1978, S. 259; 1984, S. 225.

[25] Vgl. § 100 AFG.

[26] ANBA 3/1985, S. 196.

[27] Vgl. ANBA 3/1985, S. 472.
[28] Vgl. ANBA 3/1985, S. 197.
[29] Vgl. ANBA 3/1985, S. 478.
[30] Vgl. z. B. Die Welt vom 30. November 1984 und Süddeutsche Zeitung vom 1./2. Dezember 1984.
[31] Vgl. Sozialhilfeempfänger 1984. In: Wirtschaft und Statistik. Hrsg.: Statistisches Bundesamt. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Heft 2/1986.
[32] Vgl. Radtke G. und Zschockelt W.: Die Sozialversicherung in der DDR — sozialpolitische Errungenschaft der Arbeiterklasse und Instrument der Finanzierung sozialer Prozesse. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. Heft 3/1980, S. 291-302. — Bader H.: Sozialversicherung — Versicherung ja oder nein? In: Wirtschaftswissenschaft. A. a. O. Heft 12/1981, S. 1471—1476.

Quellen

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Arbeits- und Sozialstatistik. Hauptergebnisse 1984. Bonn. 1984.

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Die Rentenbestände in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in der Bundesrepublik Deutschland. Stand 1. Juli 1984. Bonn. 1984.

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Sachverständigenkommission Alterssicherung: Vergleich der Alterssicherungssysteme und Empfehlungen der Kommission. Berichtsband 1 und 2, Anlagenband A. Bonn. 1983.

Gesetzblatt der DDR: Teil I. Diverse Ausgaben. Hrsg.: **Sekretariat des Ministerrats** Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR.

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Div. Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sozialleistungen. Fachserie 13, Reihe 1. Versicherte in der Kranken- und Rentenversicherung 1982. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. 1983.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Fachserie 18, Reihe S.8. Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1984. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. 1985.

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.): VDR Statistik Rentenbestand am 1. Januar 1985. Würzburg. 1985.

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.): VDR Statistik Rentenzugang des Jahres 1984 einschließlich Rentenwegfall/Rentenumwandlung. Würzburg. 1985.

Literaturhinweise

Hauser R. und Engel B. (Hrsg.): Soziale Sicherung und Einkommensverteilung. Frankfurt, New York. Campus Verlag. 1985.

Lampert H.: Sozialpolitik. Berlin, Heidelberg, New York. Springer Verlag. 1980.

Lampert H. und Kühlewind G. (Hrsg.): Das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg. Bd. 83/1984.

Leenen W.-R.: Zur Frage der Wachstumsorientierung der marxistisch-leninistischen Sozialpolitik in der DDR. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. 1977.

Mitzscherling P.: Zweimal deutsche Sozialpolitik. Sonderhefte des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 123/1977.

Ruß W.: Die Sozialversicherung in der DDR. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Zielsetzungen der marxistisch-leninistischen Sozialpolitik. 2., ergänzte und aktualisierte Auflage. Frankfurt am Main. Rita G. Fischer Verlag. 1981.

Schewe D. u. a.: Übersicht über die soziale Sicherung. Hrsg.: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Bonn. 1977.

Vortmann H.: Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre. Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 85/1985.

6. Außenwirtschaft

6.1. Außenhandel

Zusammenfassung

Die Unterschiede im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland und der DDR lassen sich darauf zurückführen, daß beide deutsche Staaten verschiedenartigen Wirtschaftssystemen angehören, die sich in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit deutlich voneinander unterscheiden. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach den USA, noch vor Japan, die zweitgrößte Welthandelsnation. Die Rolle der DDR im Welthandel ist von untergeordneter Bedeutung. Der Außenhandel der Bundesrepublik konzentriert sich auf den OECD-Raum, hier insbesondere auf die EG, der der DDR auf die Mitgliedsländer des RGW. Mit der Dritten Welt ist die Bundesrepublik wesentlich enger verflochten als die DDR. Dabei spielt eine Rolle, daß die DDR wie die anderen RGW-Länder im Handel und bei der Entwicklungshilfe die ideologische Komponente stark betonen.

Allen Ländern des RGW, und dies gilt auch für die DDR, ist gemeinsam, daß sie einerseits auf technisches Wissen aus dem Westen angewiesen sind, um die Effizienz ihrer Wirtschaft zu verbessern, andererseits mit ihren Industrieprodukten auf westlichen Märkten nur begrenzt Absatzchancen finden. Gleichwohl weist die Warenstruktur von Ausfuhr und Einfuhr der DDR die für hochindustrialisierte Länder typischen Merkmale auf. Ausgeführt werden hauptsächlich Industriewaren, eingeführt Primärgüter und Industriewaren. Von herausragender Bedeutung im RGW-Export der DDR sind Investitionsgüter. Wie der Handel der Bundesrepublik hat auch der der DDR mit dem RGW noch weitgehend komplementären Charakter. Für die Bundesrepublik ist der RGW-Handel allerdings gesamtwirtschaftlich von untergeordneter Bedeutung. Höher als bei der DDR ist der Anteil der Investitionsgüter am Export der Bundesrepublik in den OECD-Raum. Industrielle Verbrauchsgüter haben in der Ausfuhr der DDR und der Bundesrepublik insgesamt gesehen zwar etwa das gleiche Gewicht, doch zählt hier bei der Bundesrepublik der hohe Anteil des PKW-Exports, der im Export der DDR kein Gegenstück hat. Bei den Einfuhren ist der Anteil industrieller Verbrauchsgüter in der DDR schon von jeher deutlich geringer als in der Bundesrepublik; Investitionsgüter sind dagegen in der Einfuhr der DDR stärker vertreten als in der Einfuhr der Bundesrepublik.

Der Vergleich wird, insgesamt genommen, allerdings durch verschiedene Faktoren erschwert. Hierzu gehört, daß sich Währung und Wechselkurse beider Staaten nicht vergleichen lassen, vor allem aber, daß der Informationsgehalt der Außenhandelsstatistik der DDR, nicht nur an westlichen Maßstäben gemessen, gering ist. Darüber hinaus widersprechen sich DDR-Angaben teilweise, sie sind zudem mit den Angaben in den Statistiken der Partnerländer, insbesondere im Westen, häufig nicht kompatibel. Für die Analyse des Westhandels der DDR wurden deshalb die detaillierten Partnerlandstatistiken herangezogen. Auf dieser Grundlage ließ sich bestimmen, wie sich die Position der DDR auf den westlichen Märkten im Wettbewerb mit den wichtigsten westlichen Industrieländern entwickelt hat.

Inhalt Seite

6.1.1. Einleitung 597

6.1.2. Weltwirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Außenhandels 598

6.1.3. Entwicklung des Außenhandels 599

6.1.4. Warenstruktur 604

Seite

6.1.5. Regionalstruktur 607

6.1.5.1. RGW-Handel 607

6.1.5.2. Handel mit Entwicklungsländern 609

6.1.5.3. Handel mit den westlichen Industrieländern 610

Fußnoten und methodische Hinweise zu 6.1. 614

6.1.1. Einleitung

In außenwirtschaftlicher Sicht unterscheiden sich die Bundesrepublik Deutschland und die DDR durch die Art, wie der Außenhandel organisiert ist, durch die regionale Orientierung des Warenverkehrs und nicht zuletzt durch ihr weltwirtschaftliches Gewicht.

Ein Vergleich des Außenhandels beider Staaten ist freilich äußerst schwierig. Denn die Angaben der DDR sind in einem solchen Maße dürftig und wenig informativ, auch in sich widersprüchlich, das — an heutigen internationalen Gepflogenheiten gemessen — als ungewöhnlich bezeichnet werden muß. Bei der Analyse nach Waren und nach Regionen muß auf Angaben der Handelspartner der DDR zurückgegriffen werden. Auch bei diesem Vorgehen sind indes die Grenzen eng gezogen, weil die Angaben in den Partnerland-Statistiken, zumal über den Westhandel der DDR, von den spärlichen Daten der DDR-Statistik zumeist erheblich abweichen[1]. Die Preisentwicklung bei Ausfuhr und Einfuhr der DDR kann nur geschätzt werden. Währung und Wechselkurse der DDR sind von anderer Art als in westlichen Industrieländern; dies erschwert die Beurteilung der Außenhandelsströme beträchtlich. Auch kann der Informationsgehalt der ausführlichen Statistiken der Bundesrepublik für den Vergleich nicht ausgeschöpft werden, weil es an entsprechenden Angaben über die DDR fehlt.

Anders als in westlichen Ländern, wo sich der Außenhandel auf gewinnorientierte Entscheidungen einer Vielzahl von Unternehmen stützt, wird er in der DDR im Rahmen der Planwirtschaft vollständig vom Staat reglementiert. An die Stelle des Preismechanismus, der sich an Knappheitsrelationen am Weltmarkt orientiert, tritt in der DDR ein System von planwirtschaftlichen Regelmechanismen und politisch vorgegebenen Prioritäten. Zwar greift auch in der Bundesrepublik der Staat in den Außenhandel ein. So gibt es bei der Ausfuhr Subventionen. Bei der Einfuhr gibt es Zölle, und es gibt mengenmäßige Beschränkungen, beispielsweise im Welttextilabkommen, das die Europäische Gemeinschaft (EG) im Rahmen der Gemeinsamen Außenhandelspolitik durch bilaterale Verträge mit Entwicklungsländern ausfüllt. Der Unterschied zur DDR ist aber evident. Denn in der DDR hat der Staat ein absolutes Außenhandels- und Valutamonopol. Er steuert den Außenhandel uneingeschränkt. In der Bundesrepublik und in den anderen westlichen Industrieländern konzentrieren sich staatliche Eingriffe auf sensible Produkte, auf gezielte Hilfen für bestimmte Wirtschaftszweige und auf militärische Schlüsselprodukte.

In der DDR ist die Lenkungsfunktion des Staates beim Außenhandel ein wichtiges Instrument der Wirtschaftsführung im Rahmen der zentralgelenkten Planwirtschaft. Der Außenhandelsplan der DDR ist Bestandteil der jährlichen Volkswirtschaftspläne und der Fünfjahrespläne; er ist zum größten Teil in die Planungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) integriert. Die Währung der DDR ist nicht konvertibel, d. h. die Mark der DDR ist eine reine Binnenwährung. Das Umrechnungsverhältnis der Valuta-Mark[2], einer Verrechnungseinheit, in der die DDR ihren Außenhandel ausweist, wird nicht, wie prinzipiell der Wechselkurs der D-Mark, durch Angebot und Nachfrage auf den Devisenmärkten bestimmt, sondern von staatlichen Instanzen festgelegt. Die Valuta-Mark ist an den sowjetischen Transfer-Rubel gebunden. Der Verrechnungskurs des Transfer-Rubel gegenüber westlichen Währungen wird, orientiert an den Kursveränderungen auf den Devisenmärkten, von der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ) des RGW festgelegt.

Wirtschaftlich ist die DDR eng mit ihren Partnerländern im RGW verflochten, vor allem mit der Sowjetunion. Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland konzentriert sich auf die westlichen Industrieländer im Raum der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und dabei insbesondere auf die Partnerländer in der EG. Für die Bundesrepublik ist der Handel mit den RGW-Ländern gesamtwirtschaftlich von untergeordneter Bedeutung.

Allen Ländern des RGW, und dies gilt auch für die DDR, ist gemeinsam, daß sie einerseits auf technisches Wissen aus dem Westen angewiesen sind, um die Effizienz ihrer Wirtschaft zu verbessern, andererseits mit ihren Industrieprodukten auf den westlichen Märkten nur begrenzt Absatzchancen finden. Die Abschirmung der EG gegen industrielle Billigimporte wirkt sich hier aus; mehr noch sind es aber die Mängel im industriellen Warenangebot der RGW-Länder, die den Ost-West-Handel hemmen. Im innerdeutschen

Handel profitiert die DDR zwar erheblich von Sonderregelungen; sie wird prinzipiell nicht wie ein EG-Drittland behandelt. Aber auch für die Bezüge der Bundesrepublik aus der DDR gibt es Kontingente und Preisprüfungsverfahren.

Für den Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland hatten die Ölpreisschocks von 1973/74 und 1979/80 eine herausragende Bedeutung. Sie riefen in allen westlichen Industrieländern eine nachhaltige Störung der Wirtschaftstätigkeit hervor.

Nach der Ölverteuerung auf den Weltmärkten wurden im Intra-Block-Handel des RGW, wichtigste Bezugsquelle und wichtigster Absatzmarkt der DDR, die Preise für die Lieferungen von Energierohstoffen der Preisentwicklung auf den Weltmärkten angepaßt (vgl. ausführlicher in Abschnitt 6.1.3.). Die DDR hatte in den siebziger Jahren Defizite im Westhandel; seit der Preisanpassung im RGW hat sie auch Defizite im Handel mit der Sowjetunion, die ihr größter Rohstofflieferant ist.

Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik wurde erst Ende der siebziger Jahre, im Gefolge des zweiten Ölpreisschubs, vorübergehend defizitär. Beeinflußt wurde der Außenhandel der Bundesrepublik in den zurückliegenden Jahren auch durch die Umschichtungen im internationalen Währungsgefüge, zu denen es nach der Freigabe des Dollarkurses im Frühjahr 1973 — also noch vor dem ersten Ölpreisschub — gekommen war: durch den Kursverfall des Dollars und die Höherbewertung der D-Mark in den siebziger Jahren sowie durch die Umkehr dieser Entwicklung, die kräftige Aufwertung des Dollars, zu Beginn der achtziger Jahre.

6.1.2. Weltwirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Außenhandels

Die Wirtschaft der DDR ist ihrer Rohstoffarmut und des kleinen Binnenmarktes wegen in besonderem Maße auf den Warenaustausch mit der Außenwelt angewiesen. Der Außenhandel, von Wissenschaftlern in der DDR schon in den sechziger Jahren als Wachstumsfaktor der Volkswirtschaft erkannt, wurde inzwischen auch von der Wirtschaftsführung „zu einer Grundfrage für das gesamte volkswirtschaftliche Wachstum" erklärt[3].

Ein Vergleich auf der Basis von Exportquoten (Relation des Exports zum Nationaleinkommen bzw. zum Sozialprodukt) zeigt, daß die DDR-Wirtschaft — bei sehr viel geringerem weltwirtschaftlichen Gewicht — weniger stark in den Welthandel integriert ist als die Bundesrepublik Deutschland[4]. Nach Angaben der DDR betrug die Relation des Exports zum Nationaleinkommen im Jahre 1980 etwa 30 vH. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in westlicher Abgrenzung ergibt sich eine Quote von etwa 25 vH. Besonders exportintensiv sind Werkzeugmaschinenbau, wissenschaftlicher Gerätebau, polygraphischer Maschinenbau, Schiffbau. In der Produktion für den Export ist nach DDR-Angaben fast eine Million Erwerbstätige beschäftigt, unter Einbeziehung der Zulieferindustrien sind es mehr als 1,8 Mill. Insgesamt entspräche dies etwa 19 vH aller Erwerbstätigen.

Von der Bundesrepublik Deutschland wurden im Jahre 1983 — einschließlich des innerdeutschen Handels (dieser rechnet in der DDR zum Außenhandel, nicht dagegen in der Bundesrepublik[5]) — Waren im Werte von 7 150 DM je Einwohner exportiert. Unter Berücksichtigung des Wertunterschiedes zwischen Valuta-Mark und D-Mark errechnet sich aus der DDR-Statistik ein Exportwert je Einwohner von etwa der Hälfte dieses Betrages. Damit entspricht die Exportintensität der Relation der Wertschöpfung je Einwohner in beiden Staaten.

Die Bedeutung der DDR im Rahmen des Welthandels ist bei weitem nicht so hoch, wie es von der DDR selbst häufig herausgestellt wird. Im Jahre 1983 betrug ihr Anteil am Weltexport unter Einschluß des innerdeutschen Handels weniger als 1,5 vH. Sie lag damit im Welthandel auf dem 16. Rang, also weiter zurück, als ihrem Weltanteil an der Industrieproduktion entsprochen hätte. Im RGW ist die DDR jedoch nach der Sowjetunion der exportstärkste Staat.

Die Bundesrepublik exportierte 1983 Waren im Werte von 432 Mrd. DM; der DDR-Export wird mit 84 Mrd. Valuta-Mark ausgewiesen. Mit einem Anteil am Weltexport von 9,4 vH (Importanteil 8,1 vH) war die Bundesrepublik Deutschland nach den USA (11 vH) und noch vor Japan (8 vH) das zweitgrößte Exportland der Welt. Der größte Teil ihres Warenexports entfällt auf Industrieprodukte (1983 waren es in der Abgrenzung des internationalen Warenverzeichnisses der Vereinten Nationen für den Außenhandel — SITC 5 bis 8 — 86 vH); unter den westlichen Industrieländern hat nur Japan einen noch höheren Anteil bei Industriewaren (97 vH). Etwas mehr als die Hälfte des Industriewarenexports der Bundesrepublik entfällt auf die Kategorie Maschinen und Transportausrüstungen (Welthandelsanteil 15 vH).

Nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Bundesrepublik belief sich die Relation des Exports zum (nominalen) Sozialprodukt im Jahre 1980 auf 28,5 vH (einschließlich der Dienstleistungsexporte und des innerdeutschen Handels), 1983 auf 31,5 vH. Die Außenhandelsverflechtung der Bundesrepublik war damit ausgeprägter als zu Anfang der siebziger Jahre (1970: Exportquote 22,5 vH). Die Ausfuhren haben wie in der DDR nominal und real schneller zugenommen als Investitionen und Verbrauch. Besonders hoch ist die Exportquote in den Bereichen Büromaschinen/ADV-Geräte, Luftfahrzeugbau, Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau. Insgesamt war in den letzten Jahren in der Bundesrepublik jeder vierte Beschäftigte unmittelbar oder mittelbar — über die Vorleistungsproduktion — für die Ausfuhr tätig.

Im Jahre 1984 ist die Exportquote der Bundesrepublik, bezogen auf das Sozialprodukt, weiter, auf 33,5 vH, gestiegen. Statistisch ging der Welthandelsanteil des Exports deshalb etwas zurück (auf 9,1 vH), weil sich die D-Mark gegenüber dem Dollar abwertete.

Im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland dürfte die gesamtwirtschaftliche Exportquote der DDR —

nach westlicher Abgrenzung — auch zuletzt zurückgelegen haben. Grundsätzlich gilt jedoch, daß die Exportquote umso größer ist, je kleiner das Land ist. Für die DDR wäre mithin eine erheblich höhere Exportquote als für die Bundesrepublik Deutschland zu erwarten.

6.1.3. Entwicklung des Außenhandels

Die Entwicklung des Außenhandels der DDR ist in den siebziger Jahren wesentlich von den Preisturbulenzen, die 1973 auf den Weltmärkten einsetzten, aber auch von den Veränderungen in der Handelspolitik gegenüber den westlichen Ländern geprägt worden. Dadurch wurden die Handelsbilanz, die Regional- und Warenstruktur sowie die Entwicklung der Terms of Trade wesentlich beeinflußt.

Ein wichtiges Motiv für die Aufnahme einer weniger restriktiven Westhandelspolitik im RGW-Raum und auch in der DDR waren der Wille, stärker an der internationalen Arbeitsteilung zu partizipieren, und der Wunsch, über den Westhandel den Bedarf an hochproduktiven Industrieanlagen, technisch-organisatorischem und wissenschaftlichem Wissen sowie hochwertigen Konsumgütern zu decken. Dies führte dazu, daß die Partei- und Staatsführungen im RGW eine Importpolitik entwickelten, die den Rahmen der eigenen Exportmöglichkeiten überschritt, d. h. man war bereit, Einfuhren mit Krediten zu finanzieren. Im Westen waren die Voraussetzungen hierfür durch die politische Entspannung und die Bereitschaft der Banken zu einem breiten Kreditengagement im Ostgeschäft gegeben. Die Folge war, daß die Handelsbilanz der DDR gegenüber den kapitalistischen Industrieländern in den siebziger Jahren — und insbesondere in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts — kräftig defizitär wurde. Die Defizite summierten sich von 1970 bis 1980 nach DDR-Angaben auf 39 Mrd. Valuta-Mark; dieser Betrag war fast dreimal so hoch wie die Westexporte der DDR im Jahre 1980.

Defizitär entwickelte sich nach 1975 auch der Handel der DDR mit der Sowjetunion, ihrem mit weitem Abstand wichtigsten Handelspartner. Diese Entwicklung war durch die Rohstoffverteuerungen auf den Weltmärkten bedingt, die für die DDR spürbar wurden, als 1975 eine Preiskorrektur im RGW-Intra-Block-Handel vorgenommen wurde. Bis dahin hatte der Preisbildungsmodus des sogenannten Bukarester Prinzips aus dem Jahre 1958 gegolten, wonach auf der Basis der Weltmarktpreise für jeweils fünf Jahre (Fünfjahrplanperiode) konstante Preise festgelegt wurden. Nun sollten die Preise jährlich auf Basis des Durchschnitts der Weltmarktpreise in den vorangegangenen fünf Jahren (gleitende Fünfjahresdurchschnitte) angepaßt werden. Für das Jahr 1975 wurde eine Sonderregelung getroffen: Maßgebend für die Erhöhung der RGW-Preise waren die Weltmarktpreise in den Jahren 1972 bis 1974.

In den Jahren 1975 bis 1984 hatte die DDR gegenüber der Sowjetunion insgesamt ein Defizit von 16 Mrd. Valuta-Mark; dieser Betrag entsprach 50 vH ihrer Exporte in die Sowjetunion im Jahre 1984. Seit 1983 weist indes der Handel geringere Defizite aus.

Die Außenhandelspolitik der DDR zu Anfang der achtziger Jahre war von dem Zwang geprägt, die inzwischen aufgelaufenen Handelsbilanzdefizite abzubauen. Dies galt insbesondere gegenüber den westlichen Ländern. An der Außenhandelsstatistik läßt sich diese Zäsur deutlich ablesen: Im Jahre 1981 gab es im Vergleich zum Vorjahr gegenüber den kapitalistischen Industrieländern bereits eine drastische Reduzierung des Defizits, und von 1982 an wurden hier Exportüberschüsse erzielt.

Auch im Handel mit den Entwicklungsländern, der z. T. in konvertierbarer Währung abgewickelt wird, erzielt die DDR seit 1981 erhebliche Handelsbilanzüberschüsse. Von 1981 bis 1984 weist die DDR-Statistik für diesen Bereich einen kumulierten Exportüberschuß von 7 Mrd. Valuta-Mark aus.

Die Wende in der Westhandelspolitik der DDR war durch Veränderungen der Kreditpolitik der westlichen Banken eingeleitet worden. Das Verhalten der westlichen Banken hatte verschiedene Gründe: Es beruhte auf einer Vertrauenskrise, denn die Bonität der sozialistischen Länder war wegen der faktischen Zahlungsunfähigkeit von Polen und Rumänien ins Zwielicht geraten. Hinzu kam die zunehmende Spannung im Ost-West-Verhältnis. Außerdem war die Zinsbelastung der DDR — weniger wegen der Höhe der Schuldsumme als infolge des drastisch gestiegenen Zinsniveaus — von 1977 bis 1981 auf das Viereinhalbfache gestiegen. Da nach Angaben der BIZ, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die Kredite zu rund 40 vH kurzfristig waren (Restlaufzeit weniger als ein Jahr), errechneten sich aus Zins und Tilgung außerordentlich hohe jährliche Zahlungen für den Schuldendienst. Eine Fortschreibung der Entwicklung zeigte einen geradezu erschreckenden Umfang der künftigen Verschuldung und erschütterte das Vertrauen der Banken in die Zahlungsfähigkeit der DDR zusätzlich. Auch die DDR-Führung schätzte die Belastungen als zu hoch ein und entschloß sich schließlich zu der drastischen Konsolidierungspolitik. Wie die Partnerland-Statistiken zeigen, erhöhte die DDR ihre Ausfuhren im OECD-Handel (ohne innerdeutschen Handel) in den Jahren 1981 und 1982 um insgesamt 52 vH und drosselte ihre Einfuhren aus diesen Ländern allein 1982 um 25 vH.

Wie für hocharbeitsteilige Volkswirtschaften typisch, ist der Außenhandel der DDR langfristig überdurchschnittlich im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum gestiegen. Der Außenhandelsumsatz (Ausfuhr plus Einfuhr) nahm nach der DDR-Statistik von 1970 bis 1982 in nominaler Rechnung auf mehr als das Dreieinhalbfache zu; in konstanten Preisen, also in realer Rechnung, hat er sich verdoppelt. Das reale Wachstum beim Umsatz betrug 6 vH pro Jahr, das produzierte Nationaleinkommen stieg um knapp 5 vH.

Die Preissteigerung beim Außenhandelsumsatz[6] (also Ausfuhr und Einfuhr zusammengenommen) der DDR belief sich von 1970 bis 1982 auf rund 5 vH jährlich; diese Rate ergab sich sowohl gegenüber dem soziali-

stischen als auch gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet. Die Preissteigerungen waren jedoch im Zeitablauf sehr ungleichmäßig. Am größten waren die Preisschübe in den Jahren 1974 bis 1976 und 1980 bis 1982. Im Handel mit den nichtsozialistischen Ländern (westliche Industrieländer und Entwicklungsländer) stiegen die Preise vor allem 1973, 1974, 1979 und 1982; im Intra-Block-Handel 1975, 1976 und 1980 bis 1982. Im Intra-Block-Handel fällt mit einem Preisanstieg von 18,5 vH lediglich das Jahr 1975 insoweit aus dem Rahmen, als hier die Preise für die Lieferungen von Energierohstoffen nach dem ersten Ölpreisschock das erste Mal angepaßt wurden.

Die Preisentwicklung läßt sich aus der DDR-Statistik nur für den Außenhandelsumsatz, nicht getrennt für Ausfuhr und Einfuhr ablesen. Aussagen über die Entwicklung der Terms of Trade sind daher nach dieser Quelle nicht möglich. Nach Berechnungen des DIW dürften sich die Terms of Trade der DDR von 1973 bis 1982 um gut 15 vH verschlechtert haben. Dahinter verbirgt sich — warenstrukturbedingt — eine erhebliche Verschlechterung im Handel mit den sozialistischen Ländern und eine Verbesserung gegenüber den nichtsozialistischen Handelspartnern.

Folgt man den Angaben der DDR-Statistik, so zeigt sich, daß sich das Entwicklungstempo des Außenhandels der DDR im Zeitraum 1970 bis 1982 von dem der Bundesrepublik Deutschland offenbar kaum unterschied. Auch der Außenhandel der Bundesrepublik ist in dieser Zeit, zu laufenden Preisen gerechnet, auf das Dreieinhalbfache gestiegen. Real hat er allerdings schwächer zugenommen; die Preissteigerungen waren höher als beim Außenhandel der DDR.

Das geringere reale Wachstum des Außenhandels der Bundesrepublik ist dem schwächeren Expansionstempo der Einfuhr zuzuschreiben, das durch die Rezession im Gefolge der beiden Ölpreisschocks bestimmt worden ist. Auch bei den Ausfuhren der Bundesrepublik hat indes der weltweite wirtschaftliche Rückschlag nach den Ölpreisschüben seine Spuren hinterlassen. Nach der ersten Ölverteuerung expandierten sie nicht mehr so kräftig wie zuvor; während der Rezession Mitte der siebziger Jahre sind sie vorübergehend sogar gesunken — stärker als die Einfuhr und auch stärker als der Welthandel. In den achtziger Jahren, als der Welthandel stagnierte — er nahm erst 1984 wieder kräftig zu —, ist die Ausfuhr zwar weiter gestiegen, weil sich die D-Mark abwertete; ihre Expansion war aber geringer als vorher.

Wegen der Ölpreisschübe erhöhten sich die Einfuhrpreise im Außenhandel der Bundesrepublik in den Jahren 1973 bis 1982 kräftig. Obwohl sich in dieser Periode die D-Mark überwiegend aufwertete, die Importeure also für eine fremde Währung immer weniger DM-Beträge aufzuwenden hatten, erhöhten sich die DM-Einfuhrpreise um 8 vH p.a. Dabei hätte sich die DM-Aufwertung tendenziell verbilligend auswirken müssen. Die Mineralöleinfuhren verteuerten sich jedoch so sehr, daß auch die preisdämpfenden Effekte bei allen übrigen Einfuhren mehr als kompensiert wurden. Besonders stark haben sich die Einfuhrpreise im Jahr 1974 erhöht (um 28,5 vH) sowie in den Jahren 1979 bis 1981 (14 vH p.a.).

Die Ausfuhrpreise sind ebenfalls kräftiger als zuvor gestiegen. Auch hier wirkte sich die Aufwertung der D-Mark auf die DM-Preise dämpfend aus. Immerhin betrug in den Jahren 1973 bis 1982 die jahresdurchschnittliche Steigerungsrate 5,5 vH.

Das Verhältnis von Ausfuhrpreisniveau zu Einfuhrpreisniveau in inländischer Währung (Terms of Trade) ist ein Indikator für von der Außenwirtschaft ausgehende ‚Wohlfahrtseffekte'. Steigen — wie es im Berichtszeitraum der Fall war — die Einfuhrpreise schneller als die Ausfuhrpreise, so spricht man von einer ‚Verschlechterung' der Terms of Trade: Zur ‚Finanzierung' einer bestimmten Menge an Einfuhren müssen mehr Güter als zuvor ausgeführt werden, weniger stehen für den Verbrauch oder die Investitionen im Inland zur Verfügung.

In der Bundesrepublik haben sich die Terms of Trade in den Jahren 1973 bis 1982 um ein Fünftel verschlechtert. In der DDR war die Verschlechterung der Terms of Trade in dieser Periode weniger ausgeprägt, da sich hier die internationale Ölpreiskrise wegen der gleitenden Anpassung der Ölpreise im RGW weniger stark auswirkte. Freilich haben sich die Terms of Trade der Bundesrepublik in einigen Jahren auch verbessert. Die Verbesserungen in den Jahren 1975, 1978 sowie — trotz der Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar — 1982 und 1983 war durch die in diesen Jahren verhaltene Ölpreisentwicklung bedingt. Nur 1982 gaben die starken Preissteigerungen beim Export den Ausschlag, die die Unternehmen der Bundesrepublik — gerechnet in den Währungen dieser Länder — auf ihren Absatzmärkten erzielen konnten.

Trotz der überwiegend ungünstigen Entwicklung der Terms of Trade haben aber die Exporterlöse der Bundesrepublik zur Finanzierung der Wareneinfuhr stets ausgereicht. Die Ausfuhrerlöse waren so hoch, daß nach dem ersten Ölpreisschub auch die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz finanziert werden konnten. In den Jahren 1973/74 ist es nicht nur gelungen, das infolge der starken Verteuerung der Mineralöleinfuhren erhebliche Defizit im Außenhandel mit Öl und anderen Brennstoffen mit den Exportüberschüssen bei Industriewaren zu kompensieren, sondern gleichzeitig den Leistungsbilanzüberschuß von 3 Mrd. DM auf 27 Mrd. DM zu erhöhen.

In den Jahren 1979 und 1980 konnte indes die nochmalige Verdoppelung der Ölrechnung nur zu einem kleinen Teil durch die Steigerung der Industriewarenexporte ausgeglichen werden. Von der Verschlechterung der Leistungsbilanz in diesen beiden Jahren um insgesamt 47 Mrd. DM läßt sich reichlich die Hälfte auf die sich öffnende Schere zwischen der Entwicklung der Salden im Ölgeschäft und im Industriewarenhandel zurückführen. Von 1982 an wies die Leistungsbilanz der Bundesrepublik wieder Überschüsse auf.

Insgesamt gesehen ist die Erhöhung der Ölrechnung in den Jahren 1973 bis 1981 um 66 Mrd. DM durch die

Übersicht 6.1.-1

Indikatoren für die Preisentwicklung im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland

	Außenwert der D-Mark				Preisentwicklung im Außenhandel							
	nominal		real		Ausfuhr				Einfuhr		Terms of Trade[7]	
	gegenüber				alle Waren		Industrie-waren[4]		mit	ohne	mit	ohne
									Erdöl[6]			
	US-$	Währungen der Handelspartner			D-Mark	US-$	Relativpreis-index[5]		D-Mark			
		1	2	3								
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH											
1970	7,5	.	.	.	− 3,5	2,9	8,8	2,6	− 5,7	− 6,5	2,3	3,3
1971	4,9	.	.	.	4,0	9,3	8,0	3,1	1,4	− 2,8	2,6	6,7
1972	9,1	.	.	.	3,0	11,3	8,3	0,4	0,6	0,9	2,5	2,2
1973	21,7	10,4	9,2	15,8	4,9	27,9	25,8	7,2	7,2	5,9	− 2,1	− 0,9
1974	2,5	5,9	− 0,6	23,5	16,6	19,4	16,7	− 3,4	28,5	15,6	− 9,3	0,0
1975	5,3	1,5	− 4,6	9,8	8,2	13,6	13,4	0,9	2,9	2,3	5,2	5,6
1976	− 2,4	5,9	0,5	3,5	− 2,3	− 4,4	0,0	− 0,8	2,3	0,1	− 4,5	− 2,6
1977	8,5	7,2	1,4	9,9	2,5	11,1	10,3	1,3	3,5	3,8	− 1,0	− 1,3
1978	15,7	4,5	0,4	5,4	0,9	16,9	18,8	3,4	− 2,9	− 2,0	4,0	2,9
1979	9,5	5,0	0,6	10,6	5,3	15,0	12,4	− 1,6	11,3	6,0	− 5,4	− 0,9
1980	0,9	0,3	− 5,8	9,8	9,5	10,3	6,1	− 4,1	17,0	11,2	− 6,4	− 1,8
1981	−19,4	− 5,4	− 9,1	0,6	6,3	−14,4	−14,7	− 9,3	13,8	10,1	− 6,6	− 2,7
1982	− 7,1	5,1	1,9	9,6	4,3	− 3,0	− 0,7	0,4	0,6	1,2	3,7	3,2
1983	− 4,8	3,1	0,1	4,5	1,4	− 3,6	− 3,5	− 0,2	− 0,3	1,1	1,7	0,3
1984	−10,2	− 1,4	− 4,5	2,0	3,4	− 7,2	−10,4	− 7,2	6,0	5,7	− 2,4	− 2,1
nachrichtlich:	1972 = 100											
1979	176	148	107	208	141	248	245	107	162	135	87	103
	1979 = 100											
1984	65	101	83	129	127	82	78	81	142	132	90	97

[1] Entwicklung des gewogenen Außenwerts der D-Mark gegenüber den Währungen von 14 Industrieländern. Gewichte: Anteile der Länder am Außenhandelsumsatz (Einfuhr zuzüglich Ausfuhr) der Bundesrepublik Deutschland.

[2] Entwicklung des gewogenen Außenwerts der D-Mark gegenüber den Währungen von 14 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Raten bei den Verbraucherpreisen.

[3] Veränderung der Export-Durchschnittswerte der Bundesrepublik Deutschland in D-Mark multipliziert mit der Veränderung des Außenwerts der D-Mark gegenüber den Währungen von 14 Industrieländern.

[4] Warenklassen 5—8 SITC.

[5] Berechnet gegenüber dem Mittel der Export-Durchschnittswerte von 11 Industrieländern einschließlich Bundesrepublik Deutschland (Basis: US-$). Gewichte: Anteile dieser Länder am zusammengefaßten Industriewarenexport.

[6] Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse.

[7] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr gesamt in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 7, Reihe 1. — Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Statistische Beihefte, Reihe 5. — United Nations (Hrsg.): Monthly Bulletin of Statistics. — Berechnungen des Autors.

Übersicht 6.1.-2

Salden[1] im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland nach Warengruppen 1960 bis 1984

	Brennstoffe (SITC 3)	Industriewaren (SITC 5-8)	Übrige Waren (SITC 0,1, 2,4,9)	Waren insgesamt	Nachrichtl.: Saldo der Leistungsbilanz
	in Mrd. DM zu jeweiligen Preisen				
1960	– 0,4	24,8	–19,1	5,3	4,8
1965	– 2,5	30,2	–26,4	1,3	– 6,2
1970	– 5,9	48,5	–26,9	15,7	3,2
1971	– 8,2	52,3	–28,2	15,9	2,8
1972	– 7,9	57,0	–28,8	20,3	2,7
1973	–11,8	75,6	–30,8	33,0	12,3
1974	–26,4	109,6	–32,4	50,8	26,6
1975	–25,4	95,1	–32,3	37,4	9,9
1976	–32,4	105,8	–38,9	34,5	9,9
1977	–33,1	109,0	–37,4	38,5	9,5
1978	–30,1	107,3	–36,0	41,2	18,1
1979	–46,0	108,1	–39,7	22,4	–11,1
1980	–63,0	114,8	–42,9	8,9	–28,6
1981	–73,7	139,4	–38,0	27,7	–12,4
1982	–72,3	163,7	–40,1	51,3	8,2
1983	–68,1	149,6	–39,4	42,1	10,5
1984	–72,4	169,6	–43,2	54,0	17,8
	Differenz gegenüber dem Vorjahr in Mrd. DM				
1971	– 2,3	3,8	– 1,3	0,2	– 0,4
1972	0,3	4,7	– 0,6	4,4	– 0,1
1973	– 3,9	18,6	– 2,0	12,7	9,6
1974	–14,6	34,0	– 1,6	17,8	14,3
1975	1,0	–14,5	0,1	–13,4	–16,7
1976	– 7,0	10,7	– 6,6	– 2,9	0,0
1977	– 0,7	3,2	1,5	4,0	0,4
1978	3,0	– 1,7	1,4	2,7	8,6
1979	–15,9	0,8	– 3,7	–18,8	–29,2
1980	–17,0	6,7	– 3,2	–13,5	–17,5
1981	–10,7	24,6	4,9	18,8	16,2
1982	1,4	24,3	– 2,1	23,6	20,6
1983	4,2	–14,1	0,7	– 9,2	2,3
1984	– 4,3	20,0	– 3,8	11,9	7,3

[1] Einfuhrüberschuß: —; Ausfuhrüberschuß: ohne Vorzeichen.

Quellen: Eigene Berechnungen des Autors aufgrund von Daten des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 7, Reihe 1) und der Deutschen Bundesbank (Statistische Beihefte, Reihe 3).

Übersicht 6.1.-3

Salden im Außenhandel der DDR nach Warengruppen[1]
1960 bis 1984 in Mrd. Valuta-Mark

Jahr	Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel	Brennstoffe, Mineralische Rohstoffe, Metalle	Andere Rohstoffe[2] und Ernährungsgüter	Industrielle Konsumgüter	Chemische Erzeugnisse[3], Baumaterialien und andere Erzeugnisse	Alle Waren
1960	3,4	− 2,1	−3,1	0,9	0,9	0,1
1970	3,0	− 3,7	−4,3	3,0	0,9	−1,1
1971	4,0	− 3,7	−4,1	3,5	0,7	0,4
1972	4,9	− 4,0	−3,9	3,2	0,8	1,1
1973	4,4	− 3,8	−4,4	2,2	0,5	−1,2
1974	4,5	− 4,7	−5,5	2,7	−0,2	−3,1
1975	5,8	− 7,7	−5,7	3,2	0,3	−4,2
1976	5,8	− 8,8	−7,3	3,5	0,5	−6,4
1977	5,7	− 9,8	−7,9	4,1	−0,2	−8,0
1978	8,2	−10,4	−6,9	4,3	0,4	−4,5
1979	10,6	−12,3	−7,7	4,8	0,7	−4,0
1980	9,9	−14,7	−8,2	5,3	1,8	−5,8
1981	10,8	−13,6	−7,0	6,0	2,7	−1,1
1982	13,9	−14,0	−6,2	7,8	3,8	5,4
1983	17,5	−15,3	−6,9	8,5	4,2	8,0
1984	20,7	−18,9	−7,3	8,9	3,5	6,9

[1] Nach der Nomenklatur des RGW.
[2] Einschließlich Halbfabrikate für Industriezwecke.
[3] Einschließlich Düngemittel und Kautschuk.

Quelle: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Div. Jahrgänge.

gleichzeitige Ausweitung des Exportüberschusses im Industriewarenhandel um ein Viertel übertroffen worden. Hauptursache der hohen Leistungsbilanzdefizite in den Jahren 1979 bis 1981 war also nicht eine generelle Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in der Bundesrepublik, sondern die abermalige außergewöhnliche Verteuerung der Ölimporte.

Die Exporteure haben sich in den siebziger Jahren auf den Auslandsmärkten gut behauptet. Hierfür waren wie von jeher Faktoren wie Qualität und Service, Lieferbedingungen und Flexibilität der Exporteure entscheidend. Bedeutsam war, daß sich in dieser Zeit der Wechselkurs der D-Mark nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch gegenüber den Währungen der wichtigen Handelspartner in Westeuropa erhöhte. Gleichwohl geriet die Bundesrepublik im internationalen Preiswettbewerb kaum in Rückstand, weil in dieser Zeit, als der Preisauftrieb weltweit sehr ausgeprägt war, Kosten und Preise im Ausland erheblich schneller stiegen als in der Bundesrepublik. In realer Betrachtung, d. h. unter Berücksichtigung der Inflationsdifferenzen, wird deutlich, daß sich der Außenwert der D-Mark in den siebziger Jahren nur wenig erhöhte. Ein kräftiger realer Aufwertungseffekt ergab sich freilich nur 1973, als der Wechselkurs des Dollars freigegeben wurde. Danach wurde die DM-Aufwertung durch reale Abwertungen zum großen Teil wieder ausgeglichen.

Real stark abgewertet hat sich die D-Mark gegenüber dem Dollar dann zu Beginn der achtziger Jahre. Dadurch wurden die Exporte der Bundesrepublik angeregt; real nahmen sie damals im internationalen Vergleich überdurchschnittlich zu. Die Aufwärtsentwicklung wurde aber gehemmt, weil im Export Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien stark vertreten sind, bei denen die Nachfrage auf Preisveränderungen zumindest auf kürzere Sicht zumeist wenig elastisch reagiert. Dämpfend wirkte sich in dieser Zeit auf den Export auch die schwache Investitionskonjunktur im Ausland aus. Nominal, d. h. zu jeweiligen Preisen und in Dollar gerechnet, ist der Anteil der Bundesrepublik am Welthandel zu Beginn der achtziger Jahre gesunken, weil neben den genannten Einflüssen die starke Aufwertung des Dollars statistisch durchschlug.

Erkennbar ist, daß die Schwellenländer unter den Entwicklungsländern ihren nominalen Anteil am Welt-

handel mit Industrieerzeugnissen — hauptsächlich Verbrauchsgütern — weiter erhöhen konnten, ebenso Japan, dessen Währung sich aufwertete.

Die DDR hat am Anfang der achtziger Jahre auf westlichen Märkten ebenfalls Exportanteile gewonnen, d. h. sie hat ihren Industriewarenexport in den OECD-Raum (einschließlich der Lieferungen im innerdeutschen Handel) — anders als in den siebziger Jahren — stärker ausweiten können als westliche Industrieländer. Entscheidend dafür war der Konsolidierungsdruck in der DDR, der sie dazu zwang, den Westexport um jeden Preis zu steigern. Trotz der Marktanteilsgewinne beim Export von Grundstoffen und Produktionsgütern sowie bei Verbrauchsgütern blieb das Gewicht der DDR am zusammengefaßten Warenverkehr im OECD-Raum mit knapp 1 vH jedoch äußerst bescheiden. Dies gilt zumal im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland, dem größten Exporteur von Industriewaren in dieser Region (1983: knapp 20 vH; USA: 13 vH; Japan: 12 vH).

6.1.4. Warenstruktur

Ein Vergleich der Außenhandelsstrukturen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland stößt wegen der Datenlage auf erhebliche Schwierigkeiten. Augenfällig ist indes neben der unterschiedlichen regionalen Orientierung des Außenhandels beider Länder die Tatsache, daß die Warenstrukturen von Ausfuhr und Einfuhr die für hochindustrialisierte Länder typischen Merkmale aufweisen. Ausgeführt werden hauptsächlich Industriewaren, eingeführt Primärgüter und Industriewaren. Im einzelnen unterscheiden sich die Warenstrukturen aber ganz erheblich von einander. Eine Rolle spielt hierbei gewiß die jeweilige regionale Ausrichtung des Außenhandels, zugleich aber auch der unterschiedliche Entwicklungsstand beider Volkswirtschaften.

Weil die DDR die Handelsbeziehungen zum Westen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im RGW — aus politischen Gründen — unterordnet, ist ihre Wirtschaft dem Konkurrenzdruck des Weltmarktes und dem hiervon ausgehenden Zwang zur ständigen Rationalisierung nicht in dem Maße ausgesetzt wie die Wirtschaft der Bundesrepublik. Auf den Weltmärkten vollzieht sich die Integration hauptsächlich im Wege intraindustrieller Arbeitsteilung zwischen hochentwickelten Industrieländern. Über die Wettbewerbsfähigkeit entscheiden hier Spezialisierungsvorteile, Qualität und Service, Lieferbedingungen und technisches Wissen. Planauflagen können diesen Wettbewerbsdruck, wie sich immer wieder gezeigt hat, nicht ersetzen.

Den Außenhandel der DDR mit den osteuropäischen Handelspartnern, insbesondere mit der Sowjetunion, beherrscht noch weitgehend die Komplementarität. Dies ist durch den vergleichsweise hohen Industrialisierungsgrad der DDR bedingt, wodurch dieser im RGW die Rolle als wichtiger Investitionsgüterlieferant zufällt. Sind somit für die DDR schon wegen des Industrialisierungsgefälles im RGW die Möglichkeiten zum Industriewarenimport eingeschränkt, so hält sich ihr Westimport von hochentwickelten Industrieprodukten ebenfalls in engem Rahmen, da ihre Exportchancen im Westen auch wegen der Lieferverpflichtungen im RGW begrenzt sind.

Die Warenstruktur des Außenhandels der DDR ist auf der Importseite von den Sachzwängen der Rohstoffsicherung bestimmt; die Struktur der Exporte ist weitgehend ein Spiegelbild des industriellen Produktionspotentials der DDR. Bei den Investitionsgütern (Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel) sowie bei den industriellen Konsumgütern erzielt die DDR Exportüberschüsse, mit denen sie die Defizite im Rohstoffbereich (Brennstoffe, mineralische Rohstoffe und Metalle) deckt.

An dieser Grundstruktur hat sich weder in der Geschichte des DDR-Außenhandels überhaupt noch im Berichtszeitraum wesentliches geändert. Die Verschiebungen in der Warenstruktur sind zum großen Teil das Ergebnis der Preiseinflüsse des Weltmarktes.

Bei den Einfuhren der DDR dominieren die Rohstoffe und Vorerzeugnisse. Ohne landwirtschaftliche Rohstoffe und Ernährungsgüter entfielen auf sie 1983 rd. 50 vH aller Einfuhren. Der Anteil hat sich seit Mitte der siebziger Jahre infolge der Rohstoffverteuerungen beträchtlich erhöht. Die DDR bezieht drei Viertel ihres Imports von Brennstoffen, mineralischen Rohstoffen und Metallen aus den RGW-Ländern, vorrangig aus der UdSSR.

Das Vordringen der Rohstoffe hat den Spielraum für den Import anderer Erzeugnisse sicherlich eingeschränkt. Der Anteil von Maschinen, Ausrüstungen und Transportmitteln hat sich gegenüber dem Stand zu Anfang der siebziger Jahre etwas vermindert (von 34 vH auf 30 vH im Jahre 1983), die Einfuhren industrieller Konsumgüter bilden mit nach wie vor weniger als 5 vH einen kümmerlichen Restposten. Grundsätzlich sieht sich die Importpolitik der DDR vor dem Problem, daß die Devisendecke zu knapp ist, um eine größere Steigerung der Einfuhren von Konsumgütern aus dem Westen zu erlauben.

Die zunehmend einseitigere Struktur der Importe ist unter anderem auch das Ergebnis der seit Jahrzehnten sehr defensiven Außenhandelspolitik der DDR, die zu einem Integrationsdefizit geführt hat. Es zeigt sich ganz deutlich in der — verglichen mit kleineren westlichen Industrieländern — sehr viel niedrigeren Exportquote und wird noch unterstrichen durch die einseitige Zusammenarbeit mit dem RGW. Für die vergleichsweise zurückhaltende, d. h. wenig expansive Außenwirtschaftspolitik war sicher eine Reihe von Gründen ausschlaggebend: Die bis in die sechziger Jahre hinein zu beobachtende Unterschätzung des Außenhandels für Wirtschaftswachstum und Wohlstandsmehrung, die politisch vorgegebene Dominanz des Intra-Block-Handels mit weniger leistungsfähigen Partnern, die oft unzureichende Wettbewerbsfähigkeit gegenüber westlichen Ländern, nicht zuletzt aber auch die Friktionen, die sich aus einer jahrzehntelang praktizierten straff dirigistischen Handhabung des Außenhandelsmonopols ergeben haben.

Übersicht 6.1.-4

Warenstruktur des Außenhandels der DDR

Warengruppen[1]	1970	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	Anteile in vH						
Einfuhr, insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel	34,2	31,5	30,8	32,0	32,3	29,9	26,0
Brennstoffe, Mineralische Rohstoffe, Metalle	27,6	28,9	36,7	36,8	39,9	39,6	41,6
Andere Rohstoffe[2] und Ernährungsgüter	28,1	24,9	18,9	17,8	16,3	17,8	17,7
Industrielle Konsumgüter	4,5	4,8	5,0	4,9	4,1	4,4	5,7
Chemische Erzeugnisse[3], Baumaterialien und andere Erzeugnisse	5,6	9,9	8,6	8,5	7,4	8,3	9,0
Ausfuhr, insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel	51,7	51,2	51,3	48,9	48,5	47,8	46,9
Brennstoffe, Mineralische Rohstoffe, Metalle	10,1	11,3	14,8	16,8	18,5	17,7	17,5
Andere Rohstoffe[2] und Ernährungsgüter	7,4	10,4	6,4	7,5	6,9	7,9	8,3
Industrielle Konsumgüter	20,2	14,4	14,8	14,1	14,2	14,1	15,1
Chemische Erzeugnisse[3], Baumaterialien und andere Erzeugnisse	10,6	12,7	12,7	12,7	11,9	12,5	12,2

[1] Nach der Nomenklatur des RGW.
[2] Einschließlich Halbfabrikate für Industriezwecke.
[3] Einschließlich Düngemittel und Kautschuk.

Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR. A. a. O.

Der Maschinenbau, die metallverarbeitende Industrie, die chemische Industrie und die Leicht- (einschließlich der Textil-)industrie sind Hauptstützen der Ausfuhr. Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel dominieren (Exportanteil rd. 50 vH), mit Schwerpunkten bei elektrotechnischen Investitionsgütern, Schiffen und Schienenfahrzeugen sowie Metallbearbeitungsmaschinen (vor allem Werkzeugmaschinen). Landwirtschafts-, Büro- und Textilmaschinen sind weitere wichtige Positionen im Exportprogramm der DDR. Eine regionale Aufgliederung der Maschinenausfuhren zeigt eine einseitige Ausrichtung: Auf die sozialistischen Länder entfielen bis 1979 neun Zehntel — seither etwas weniger — dieser DDR-Exporte; allein die Hälfte ging in die UdSSR.

Die nach den Investitionsgütern wichtigsten Warengruppen in der Exportpalette sind Brennstoffe, mineralische Rohstoffe und Metalle mit 18 vH sowie industrielle Konsumgüter mit 14 vH Exportanteil im Jahre 1983. Bei den Brennstoffen handelt es sich um Mineralölerzeugnisse — seit 1979/80 auch um Rohöl — und Braunkohlenbriketts, die die DDR in westliche Länder, darunter in die Bundesrepublik, verkauft. Zu Beginn der achtziger Jahre hatten Brennstoffe im Export der DDR an Gewicht gewonnen. Einen großen Teil ihrer damals notwendigen Deviseneinnahmen erzielte die DDR mit Mineralöl und Mineralölprodukten[7].

Der Anteil der industriellen Konsumgüter an der Ausfuhr war in der ersten Hälfte der siebziger Jahre rückläufig; seitdem stagniert er bei rund 15 vH. Eine regionale Aufgliederung der Konsumgüterexporte zeigt eine Konzentration auf die sozialistischen Länder (zwei Drittel); größter Einzelabnehmer von DDR-Konsumgütern ist die Sowjetunion mit knapp zwei Fünfteln. Es folgt die Bundesrepublik mit einem Fünftel.

Trotz der vielen Schwierigkeiten, die einem Vergleich der Warenstrukturen des Außenhandels beider Staaten entgegenstehen, lassen sich bei Ausschöpfung aller Quellen über den DDR-Außenhandel, insbesondere der Statistiken der Partnerländer in Ost und West, einige Anhaltspunkte gewinnen. Es zeigt sich, daß die Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien in der Ausfuhr hier wie dort eine herausragende Rolle spielen. Der Außenhandel der Bundesrepublik stützt sich freilich, ihrem großen weltwirtschaftlichen Gewicht entsprechend, auf eine wesentlich breitere Warenpalette als der Außenhandel der DDR. Maschinen (Maschinenbauerzeugnisse sowie elektrotechnische Erzeugnisse) und Transportausrüstungen haben im Export der DDR und der Bundesrepublik — bei allerdings erheblichen Abweichungen im einzelnen — das größte Gewicht. Allein ein Drittel dieser Exporte der Bundesrepublik entfällt auf Straßenfahrzeuge, die teils dem Investitionsgüterexport, teils aber dem Konsumgüterexport zuzurechnen sind. Stark vertreten sind im Export der Bundesrepublik auch chemische Erzeugnisse. Brennstoffe, mineralische Rohstoffe und Metalle, die in der Ausfuhr der DDR eine wichtige Rolle spielen, sind im Export der Bundesrepublik von untergeordneter Bedeutung. Industrielle Verbrauchs-

Übersicht 6.1.-5

Struktur des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland 1984

	Anteil in vH (Rang)[1]			
	Ausfuhr		Einfuhr	
Agrarerzeugnisse	5,9	(5)	13,9	(1)
Bergbauliche Erzeugnisse	1,9		15,0	
Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine	0,7		13,3	(2)
Übrige	1,2		1,7	
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	26,9		28,5	
Chemische Erzeugnisse	14,2	(2)	9,1	(3)
Eisen und Stahl	4,5	(6)	3,0	(11)
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	2,5	(9)	4,1	(9)
Mineralölerzeugnisse	1,3	(15)	6,2	(5)
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	1,1		2,3	(14)
Übrige	3,3		3,8	
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	51,6		26,0	
Straßenfahrzeuge	16,4	(1)	5,2	(6)
Maschinenbauerzeugnisse	14,1	(3)	4,4	(8)
Elektrotechnische Erzeugnisse	9,9	(4)	7,2	(4)
Eisen-, Blech- und Metallwaren	2,7	(8)	1,5	(15)
Luft- und Raumfahrzeuge	2,5	(10)	2,7	(13)
Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	2,1	(11)	2,8	(12)
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	1,8	(13)	1,4	
Übrige	3,9		0,8	
Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien	11,3		14,1	
Textilien	3,4	(7)	4,7	(7)
Kunststofferzeugnisse	1,9	(12)	1,2	
Bekleidung	1,3	(14)	3,1	(10)
Übrige	4,7		5,1	
Sonstige Waren	2,4		2,5	

[1] Berechnet auf Basis jeweiliger Preise.

Quelle: Eigene Berechnungen des Autors aufgrund von Daten des Statistischen Bundesamtes.

güter haben in der Ausfuhr der DDR und der Bundesrepublik zwar etwa das gleiche Gewicht, doch zählt hier bei der Bundesrepublik der hohe Anteil des PKW-Exports (etwa ein Drittel der Verbrauchsgüterexporte), der im Export der DDR kein Gegenstück hat.

Auf der Einfuhrseite dominieren auch in der Bundesrepublik Rohstoffe und Vorerzeugnisse zusammengenommen mit einem Anteil von etwa 50 vH. Der Anteil industrieller Verbrauchsgüter an der Einfuhr ist schon von jeher in der DDR deutlich geringer als an der Einfuhr der Bundesrepublik; Investitionsgüter sind dagegen in der Einfuhr der DDR stärker vertreten als in der Einfuhr der Bundesrepublik.

Größte Warengruppe in der Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland ist neben Agrarerzeugnissen die Gruppe Erdöl/Erdgas; einschließlich der Einfuhr von Mineralölprodukten betrug der nominale Anteil der Öleinfuhr zuletzt 20 vH. Dies entsprach dem zusammengefaßten Gewicht wichtiger Einfuhren von Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien (elektrotechnische Erzeugnisse, Straßenfahrzeuge, Maschinenbauerzeugnisse, Büromaschinen/ADV-Geräte).

Die durch die beiden Ölpreisschübe bedingten Umschichtungen in der Warenstruktur der Einfuhr der Bundesrepublik zugunsten des nominalen Anteils der

Öleinfuhr gingen vor allem zu Lasten der Einfuhranteile der übrigen Rohstoffe und Vorerzeugnisse sowie der Agrarerzeugnisse; diese Einfuhranteile waren im Trend aber zuvor schon rückläufig gewesen. Enderzeugnisse haben dagegen — wenn auch mit Unterbrechungen in den Jahren der Ölverteuerung — insgesamt weiter an Boden gewonnen. Längerfristig hat sich somit in der Struktur der Wareneinfuhr der Bundesrepublik — anders als in der der DDR — die Verlagerung von Primärgütern zu industriellen Enderzeugnissen, die sich unter dem Einfluß der wachsenden Arbeitsteilung zwischen den westlichen Industrieländern vollzieht, fortgesetzt. Die Zusammensetzung der Ausfuhr der Bundesrepublik hat sich in dieser groben Struktur in den vergangenen Jahren dagegen kaum verändert, weil hier schon immer die Güter der gewerblichen Wirtschaft und unter ihnen mit Abstand die Enderzeugnisse (auf sie entfallen zwei Drittel der Warenausfuhr) im Vordergrund stehen.

Strukturell ist die Position der Bundesrepublik im internationalen Handel dadurch gekennzeichnet, daß Agrarprodukte, Rohstoffe und Vorerzeugnisse netto importiert, Enderzeugnisse netto exportiert werden. Exportüberschüsse werden bei Investitionsgütern, vor allem bei Maschinenbauerzeugnissen, Straßenfahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen, sowie bei chemischen Produkten erwirtschaftet. Der Außenhandel mit industriellen Verbrauchsgütern ist dagegen — anders als der Außenhandel der DDR, der sich auf den RGW konzentriert — insgesamt defizitär, insbesondere bei Schuhen, Textilien und Bekleidung; hier übertrafen die Defizite deutlich die Überschüsse im Export jener Straßenfahrzeuge (PKW bis 2 l Hubraum, Kombinationskraftwagen bis 1,5 l Hubraum, Krafträder), die den Verbrauchsgütern zugerechnet werden.

6.1.5. Regionalstruktur

6.1.5.1. RGW-Handel

In der DDR sind die außenwirtschaftlichen Aktivitäten in starkem Maße durch nichtökonomische Kriterien beeinflußt. Die Dominanz machtpolitischer Faktoren hat die Regionalstruktur des DDR-Außenhandels schon immer weitgehend geprägt. Die herausgehobene Position der Sowjetunion als mit weitem Abstand wichtigstem Handelspartner und eine starke Orientierung auf die RGW-Länder sind die sichtbare Konsequenz. Für den Außenhandel der DDR gilt ein Anteil der sozialistischen Staaten von rund 70 vH am Außenhandelsumsatz noch immer als politisch vorgegebene Richtschnur. Hierin spiegelt sich das überragende außenpolitische Ziel der DDR: die Aufrechterhaltung der Bindung zur Sowjetunion und die Zugehörigkeit zur sozialistischen Staatengemeinschaft. Aus sowjetischer Sicht sind das politische und das ökonomische Interesse der DDR an einer starken Einbindung der DDR in den Warschauer Pakt und den RGW deckungsgleich: Einmal, weil sie den Zusammenhalt und die Zusammenarbeit in diesem Bündnissystem fördert, und zum anderen, weil die UdSSR hierdurch das Potential des in diesem Block am höchsten entwickelten Wirtschaftspartners nutzen kann.

Übersicht 6.1.-6

Regionalstruktur des DDR-Außenhandels
Anteile in vH

Ländergruppen bzw. Länder	Fünfjahresdurchschnitt					
	1956 bis 1960	1961 bis 1965	1966 bis 1970	1971 bis 1975	1976 bis 1980	1981 bis 1985
	Einfuhr					
Sozialistische Länder	72,7	75,9	72,2	64,9	65,9	66,9
RGW-Länder	65,4	71,6	68,4	62,1	62,8	64,1
UdSSR	43,6	47,5	42,3	33,9	35,2	40,4
Übrige RGW-Länder	21,8	24,1	26,1	28,2	27,7	23,7
Westliche Industrieländer	23,3	20,1	23,9	30,9	29,0	28,9
Entwicklungsländer	4,0	3,9	3,9	4,0	5,1	4,2
	Ausfuhr					
Sozialistische Länder	75,9	76,9	74,6	72,7	72,6	64,9
RGW-Länder	68,3	72,9	69,3	68,9	68,9	62,3
UdSSR	43,0	44,7	39,9	36,6	35,2	36,2
Übrige RGW-Länder	25,3	28,2	29,5	32,3	33,7	26,1
Westliche Industrieländer	20,3	18,9	20,8	23,2	21,9	29,3
Entwicklungsländer	3,8	4,1	4,6	4,1	5,5	5,8

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. — Statistische Jahrbücher des RGW. — Außenhandelsjahrbücher der UdSSR. — Berechnungen des DIW.

Unter ökonomischen Gesichtspunkten ist die Partnerschaft mit der UdSSR für die DDR ambivalent. Die Vorzüge des Handels liegen für beide Länder in erster Linie in der Ergänzung ihrer Potentiale. Außerdem ist die Ähnlichkeit der Wirtschaftssysteme eine kalkulierbare Basis für den Güteraustausch. Durch Abstimmung der Perspektivpläne, die in langfristige Handelsverträge münden, wird eine von Weltmarkteinflüssen und Absatzrisiken relativ wenig beeinflußte Entwicklung gewährleistet. Für die DDR kommt hinzu, daß die UdSSR ein großer und aufnahmefähiger, außerdem nicht allzu schwieriger Markt für Investitions- und Verbrauchsgüter ist. Politische Risiken, wie sie sich westliche Länder z. B. bei ihrer Rohstoffbeschaffung gegenüber sehen, sind für die DDR relativ gering. Das gilt auch noch unter der Bedingung der seit 1981 eingeschränkten Erdöllieferungen. Den von der DDR stets betonten Vorteilen ihrer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion stehen langfristig aber gravierende Nachteile gegenüber. Die DDR ist mit einem Partner verbunden, bei dem Produktivitätsniveau, technischer Entwicklungsstand und individuelle Wohlfahrt deutlich niedriger sind als in der DDR. Von daher erhält sie also kaum Impulse, wenig Innovations- und Rationalisierungsdruck für ihre technologische und ökonomische Weiterentwicklung. Die gleichen Probleme hat die DDR zudem mit den meisten der anderen RGW-Länder.

Die Struktur des blockinternen Handels der DDR ist auch durch Spezialisierung und Kooperation im RGW beeinflußt. Bei der Spezialisierung handelt es sich um die internationale Aufteilung der Produktion von Fertigwaren, bei der Kooperation wird eine Zusammenarbeit bei Baugruppen und Einzelteilen vorgenommen. Damit sollen kostengünstigere Großserienproduktionen gefördert, Parallelinvestitionen vermieden und Forschungsaufwendungen konzentriert werden. Der Anteil spezialisierter Erzeugnisse an den Exporten der DDR in den RGW hat seit den siebziger Jahren stark zugenommen, zum Teil aber auch nur dadurch, daß herkömmliche Lieferungen in diesen Katalog übernommen worden sind. Überdurchschnittlich ist die Bedeutung dieser Vereinbarungen im Handel mit der UdSSR, und hier wiederum im Bereich der Maschinenbauerzeugnisse. Sie erstreckt sich aber auch auf die kleineren RGW-Länder. So werden für in der DDR gebaute Autokräne in Ungarn Spezialachsen und Zylinder gefertigt, die CSSR ist durch Zulieferung von Kupplungen und Schaltgetrieben beteiligt. Bei Schienenfahrzeugen und Bussen ist die DDR z. B. auf Reisezugwagen und Kühlwaggons spezialisiert, während Ungarns IKARUS-Busse in allen RGW-Ländern anzutreffen sind.

Der Handel der DDR mit der UdSSR ist auch heute noch weitgehend durch Komplementarität gekennzeichnet. Die DDR importiert vorwiegend Rohstoffe und liefert überwiegend Fertigwaren. Die Sowjetunion ist für die DDR der bedeutendste Lieferant von Energie, industriellen Rohstoffen und Halbwaren sowie einigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Bei jährlichen Schwankungen betrug der Anteil der UdSSR am Import bei Steinkohle und Koks etwa 50 vH, bei Schnittholz, Erdgas, phosphorhaltigen Rohstoffen und Baumwolle fast 100 vH, bei Eisenerz und Walzstahl rund 80 vH. Die von der DDR importierten Lastkraftwagen und Traktoren kommen zu rund 40 vH aus der Sowjetunion. Auch bei einigen NE-Metallen ist die sowjetische Beteiligung an den Gesamtimporten der DDR groß. Bei Erdöl war die Sowjetunion noch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre mit über 90 vH an den DDR-Importen beteiligt, bis zur Kürzung der Lieferungen im Jahre 1982 noch mit rund 85 vH. Der Anteil des Erdöls an den Gesamtimporten aus der UdSSR erhöhte sich von 4 vH im Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1965 auf 23 vH im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980. Dabei spielten nicht allein Preiseffekte eine Rolle, sondern auch erhebliche Mengenänderungen. 1960 importierte die DDR rund 2 Mill. t Erdöl aus der Sowjetunion, 1980 waren es 19 Mill. t.

Bei den Exporten der DDR in die UdSSR dominieren mit über 50 vH nach wie vor die Investitionsgüter, d. h. Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel. So lieferte die DDR auf der Grundlage von Spezialisierungs- und Kooperationsvereinbarungen in die UdSSR Werkzeugmaschinen, Schmiede- und Preßausrüstungen, Fischereifahrzeuge, Zentraleinheiten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen im Rahmen des „einheitlichen Systems elektronischer Rechentechnik" (ESER), Reisezugwagen und Kräne.

Die nach den Investitionsgütern wichtigsten Positionen bei den Exporten der DDR in die Sowjetunion sind Erzeugnisse der chemischen Industrie und industrielle Verbrauchsgüter. Auf sie entfallen 15 vH der DDR-Exporte in dieses Land. Schwerpunkte sind Medikamente, Bekleidung und Wäsche, sog. Haushaltskulturwaren — die wichtigsten sind z. B. Spielwaren, Musikinstrumente, elektrische Haushaltsgeräte — und Möbel. Etwa die Hälfte der von der DDR exportierten Spielwaren, Möbel und Polsterwaren werden in die Sowjetunion geliefert. Bei den Erzeugnissen der Damen- und Herrenoberbekleidung sind es zwei Drittel bis zu drei Viertel.

Auf die anderen RGW-Länder, zu denen mit der CSSR, Polen und Ungarn die jeweils dritt-, viert- und fünftgrößten Handelspartner der DDR gehören, entfiel 1982 gut ein Viertel des Außenhandelsumsatzes. Mit diesen drei RGW-Partnern hatte die DDR ein annähernd so großes Handelsvolumen wie mit allen westlichen Industrieländern zusammen (einschließlich Bundesrepublik).

Der Handel mit der CSSR, die als einziger RGW-Partner einen ähnlichen Entwicklungsstand wie die DDR aufweist, hat weitgehend substitutiven Charakter. Der Warenaustausch mit Maschinen und Ausrüstungen ist wesentlich ausgeglichener als im sonstigen Blockhandel der DDR. Die Statistik weist hier für den Warenverkehr in beiden Richtungen die Beteiligung der Maschinen mit 40 vH aus.

Bemerkenswert in der Regionalstruktur des DDR-Außenhandels ist der in den letzten Jahren gesunkene Anteil Polens. Hatte die DDR gerade in den siebziger Jahren mit diesem Land eine Intensivierung des Handelsaustauschs angestrebt und zum Teil bereits verwirklicht, so wurde diese Entwicklung infolge der Staats- und Wirtschaftskrise des viertwichtigsten

Handelspartners der DDR abrupt abgebrochen. Hervorzuheben ist, daß hiervon nicht nur die Importe der DDR betroffen sind, sondern auch die Exporte. Dies widerspricht nicht der Vermutung, die DDR leiste dem krisengeschüttelten Nachbarn Wirtschaftshilfe, denn Geschenke werden nach der Definition im Statistischen Jahrbuch in der Warenbilanz nicht erfaßt.

Bei den polnischen Ausfuhren in die DDR nehmen Maschinen und Ausrüstungen seit längerem den ersten Rang ein, nachdem früher die Steinkohle dominiert hatte. Auch bei den ungarischen Exporten in die DDR gewannen die Investitionsgüter stark an Boden. Schwerpunkte sind hier Fahrzeuge und elektrotechnische Artikel. Dagegen besteht die Ausfuhr Bulgariens und Rumäniens noch immer zum großen Teil aus Agrarerzeugnissen. Beide Länder sind wie Ungarn jene Handelspartner, die in der DDR zum Abbau des Versorgungsdefizits bei Obst und Gemüse am meisten beitragen.

Die Handelsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den RGW-Ländern (ohne innerdeutschen Handel), die an ihrem Außenhandel mit etwa 5 vH beteiligt sind — der Anteil der Bundesrepublik am Handel der RGW-Länder ist ähnlich gering (etwa 6 vH) — haben ebenfalls ausgeprägt komplementären Charakter. In der Ausfuhr der Bundesrepublik dominieren hier — und dies gilt insbesondere gegenüber dem größten Handelspartner, der UdSSR — Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien (z. B. Fabrikationsanlagen, Werkzeug- und Textilmaschinen, Meß- und Prüfgeräte) und der Produktionsgüterindustrien (chemische Erzeugnisse, Eisen und Stahl). Im Jahre 1984 entfielen vier Fünftel des Wertes der Lieferungen der UdSSR in die Bundesrepublik auf Erdöl und Erdgas; das entsprach der Hälfte aller Warenimporte der Bundesrepublik aus dem RGW. Seit 1981 ist der Handel der Bundesrepublik mit dem RGW — wegen der gestiegenen Importwerte gegenüber der Sowjetunion bei Erdöl und Erdgas — defizitär; Einfuhrüberschüsse ergaben sich beispielsweise auch bei Holz und Holzwaren, NE-Metallen und chemischen Düngemitteln.

Für die Bundesrepublik Deutschland als größtem westlichen Handelspartner des RGW sind diese Handelsbeziehungen gesamtwirtschaftlich freilich von untergeordneter Bedeutung. Hemmnis für eine wesentliche Ausweitung des Handels, vor allem mit der Sowjetunion, ist die einseitige Ausrichtung des Exports auf Rohstoffe und Vorprodukte. Wie im Handel mit den Entwicklungsländern zeigt sich, daß Komplementarität des Warenaustauschs dessen Expansion enge Grenzen setzt. Im Ost-West-Handel sind die Grenzen aus politischen Gründen aber noch enger gezogen.

6.1.5.2. Handel mit Entwicklungsländern

Die Entwicklungsländer[8] sind außenwirtschaftlich für die DDR nach wie vor von untergeordneter Bedeutung. Dies steht im Widerspruch zu den jahrzehntelangen Beteuerungen der DDR-Führung, den Handelsverkehr mit diesen Regionen zu fördern. In den achtziger Jahren erreichte das Handelsvolumen mit dieser Ländergruppe nur etwa 5 vH des Außenhandelsumsatzes der DDR. Damit blieb die DDR wesentlich hinter den Handelsquoten westlicher Industrieländer zurück. Die Quote der DDR ist vor allem deshalb so niedrig, weil sie — wie die übrigen sozialistischen Staaten — ihren Energie- und Rohstoffbedarf aufgrund strategischer und sicherheitspolitischer Überlegungen fast vollständig blockintern deckt.

Bei den Exporten der DDR in die Entwicklungsländer dominieren — mit einem Anteil von zwei Dritteln bis drei Vierteln — Maschinen und Ausrüstungen. Importiert werden ganz überwiegend industrielle Rohstoffe (Brennstoffe, mineralische Rohstoffe, Metalle) sowie Agrarerzeugnisse.

Im Gegensatz zur Warenstruktur hat es in der regionalen Verteilung des Güteraustausches mit den Entwicklungsländern seit Mitte der siebziger Jahre bemerkenswerte Veränderungen gegeben. Waren früher Ägypten und Indien die größten Handelspartner, so sind es nun die OPEC-Staaten Irak und Iran, die zusammen ein Drittel des Handels der DDR mit den Entwicklungsländern auf sich vereinigen. Einschließlich Syrien (4. Rang) und Libyen war es rund die Hälfte, so daß sich der Schwerpunkt des Güteraustausches der DDR mit den Entwicklungsländern inzwischen eindeutig in den Vorderen Orient verlagert hat (Erdölimporte!). Brasilien hat unter den Entwicklungsländern nach wie vor den dritten Platz.

Am Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland sind die Entwicklungsländer (1984 mit etwa 15 vH) wesentlich stärker beteiligt als am Außenhandel der DDR. Von Bedeutung für die engere Verflechtung der Bundesrepublik mit den Entwicklungsländern sind die größere Aufnahmefähigkeit ihres Binnenmarktes für Produkte dieser Länder und ihr entwicklungspolitisches Engagement, das sich auf Kapitalhilfe, Handelshilfe und technische Hilfe erstreckt; hinzu kommen die wichtigen Handelsbeziehungen zu den ölexportierenden Ländern in der OPEC. Infolge von Maßnahmen zur Energieeinsparung und wegen der Bemühungen um eine stärkere regionale Diversifizierung der Mineralölbezüge, die nach den Ölpreisschocks intensiviert wurden, hat sich die Abhängigkeit von den Lieferungen der OPEC-Staaten inzwischen jedoch deutlich verringert. Gleichwohl gehören zu den wichtigsten Entwicklungsländern im Handel der Bundesrepublik mehrheitlich OPEC-Länder (Saudi-Arabien, Libyen, Iran, Nigeria, Algerien), ferner die asiatischen Schwellenländer Hongkong, Taiwan und Südkorea sowie Brasilien.

Der Handel der Bundesrepublik mit den Entwicklungsländern verteilt sich derzeit annähernd gleich auf die OPEC-Staaten und die übrigen Entwicklungsländer. Ausgeführt werden von der Bundesrepublik vor allem Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel (50 vH) sowie chemische Produkte und andere Vorerzeugnisse (zusammen 30 vH), eingeführt zu vier Fünfteln Primärgüter (Rohstoffe, Vorerzeugnisse und Agrarprodukte); die Hälfte davon entfällt auf Mineralöl.

Während die Handelsbilanz der Bundesrepublik mit den OPEC-Ländern in den letzten Jahren heftigen

Schwankungen unterlag, war der Warenaustausch mit den übrigen Entwicklungsländern zumeist defizitär. Die Preisentwicklung im Handel mit beiden Ländergruppen war indes höchst unterschiedlich. Im Zuge der zweiten Ölpreiskrise hatten sich die Terms of Trade der Bundesrepublik gegenüber den OPEC-Ländern von 1978 bis 1981 um die Hälfte verschlechtert.

Exportüberschüsse gegenüber der Bundesrepublik bei industriellen Konsumgütern (vor allem Textilien und Bekleidung) erzielen die Schwellenländer. Mit den fortgeschrittenen Schwellenländern in Fernost (Hongkong, Taiwan, Südkorea, Singapur) werden fast ausschließlich Industriewaren ausgetauscht. Doch fehlen auch diesem Handel die Merkmale des — zwischen Industrieländern typischen — intraindustriellen Warenaustauschs, der sich auf gleichartige und technisch gleichwertige Industrieerzeugnisse stützt. In weiten Bereichen haben auch die Handelsbeziehungen zu den Schwellenländern, insbesondere in Lateinamerika, komplementären Charakter.

Spezielle Präferenzen genießen Entwicklungsländer, die mit der EG durch besondere Abkommen verbunden sind. Gegenüber den AKP-Staaten, den Ländern des Lomé-Abkommens im afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum, auf die ein Fünftel des Handels der Bundesrepublik mit den Entwicklungsländern außerhalb der OPEC entfällt, ist der Warenverkehr der Bundesrepublik in den letzten Jahren mit steigender Tendenz defizitär.

6.1.5.3. Handel mit den westlichen Industrieländern

Die Beurteilung des Handels der DDR mit den westlichen Industrieländern stößt auf besonders große statistische Schwierigkeiten. Die DDR-Angaben sind spärlich und in sich nicht widerspruchsfrei, und sie stimmen mit den entsprechenden Angaben des Partnerlandes nicht überein. Dies betrifft insbesondere die Rangfolge der einzelnen Länder, das Verhältnis von Einfuhren zu Ausfuhren sowie das Gewicht des Handels mit der Bundesrepublik im Rahmen des gesamten Westhandels der DDR. Für eine detaillierte und in sich geschlossene Darstellung der Waren- und Regionalstruktur des Westhandels der DDR sind die Angaben der DDR-Statistik nicht brauchbar; sie stützt sich im folgenden auf Partnerlandangaben im OECD-Raum.

Übersicht 6.1.-7

Regionalstruktur des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland in vH, Fünfjahresdurchschnitt

	Einfuhr			Ausfuhr			Umsatz [1]		
	1970/74	1975/79	1980/84	1970/74	1975/79	1980/84	1970/74	1975/79	1980/84
Westliche Industrieländer	78,0	75,4	76,4	81,9	77,1	78,9	80,1	76,3	77,7
EG-Länder [2]	51,5	49,5	47,9	47,3	46,9	48,0	49,2	48,2	47,9
Übriges Westeuropa [3]	12,4	13,2	15,3	21,2	19,9	19,4	17,2	16,7	17,5
Nordamerika [4]	10,2	8,3	8,3	9,6	7,2	8,1	9,9	7,7	8,2
Übrige [5]	3,9	4,4	4,9	3,8	3,1	3,4	3,8	3,7	4,1
Entwicklungsländer	17,6	19,4	17,9	12,3	16,1	15,7	14,7	17,6	16,8
OPEC-Länder [6]	8,5	9,7	8,5	3,5	7,9	7,4	5,8	8,7	7,9
Staatshandelsländer [7]	4,3	5,1	5,6	5,6	6,5	5,0	5,0	5,8	5,3
RGW [8]	4,0	4,7	5,0	5,1	5,8	4,4	4,6	5,3	4,7
darunter:									
Sowjetunion	1,3	2,1	2,8	1,6	2,4	2,2	1,5	2,3	2,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

[1] Ausfuhr zuzüglich Einfuhr.
[2] Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Irland, Dänemark, Griechenland.
[3] Island, Faroer, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich, Portugal, Spanien, Andorra, Gibraltar, Vatikanstadt, Malta, Jugoslawien, Türkei.
[4] USA und Kanada.
[5] Japan, Republik Südafrika (einschließlich Namibia), Australien, Neuseeland.
[6] Algerien, Libyen, Nigeria, Gabun, Venezuela, Ecuador, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.
[7] Einschließlich VR China, Vietnam, Mongolei, Nordkorea, Albanien.
[8] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 7, Reihe 1. Stuttgart und Mainz. Verlag W. Kohlhammer. Div. Jahrgänge.

Übersicht 6.1.-8

Die wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1984
Rangfolge und Umsatzanteil[1]

Herstellungsland/ Verbrauchsland	1984		Zum Vergleich							
			1970		1976		1980		1983	
	Rang	Umsatz-anteil	Rang	Umsatz-Anteil	Rang	Umsatz-Anteil	Rang	Umsatz-Anteil	Rang	Umsatz-Anteil
Frankreich	1	11,6	1	12,5	1	12,4	1	12,0	1	12,2
Niederlande	2	10,3	2	11,2	2	11,6	2	10,5	2	10,5
Vereinigte Staaten	3	8,5	3	10,0	5	6,7	5	6,8	5	7,4
Vereinigtes Königreich	4	8,0	7	3,7	6	4,3	6	6,6	4	7,6
Italien	5	7,8	4	9,4	4	7,9	3	8,2	3	7,7
Belgien und Luxemburg	6	6,8	5	8,8	3	8,2	4	7,5	6	7,3
Schweiz	7	4,5	6	4,7	12	1,8	7	4,6	7	4,4
Österreich	8	4,1	8	3,4	7	3,7	8	4,2	8	4,2
Japan	9	2,7	11	1,7	13	1,7	11	2,1	10	2,5
Sowjetunion	10	2,7	16	1,2	9	2,3	10	2,2	9	2,8
Schweden	11	2,5	9	3,3	8	2,9	9	2,5	11	2,4
Dänemark	12	1,9	10	1,9	11	2,1	13	1,8	12	1,9
Norwegen	13	1,7	12	1,5	16	1,3	14	1,7	13	1,8
Spanien	14	1,7	14	1,3	15	1,5	16	1,4	14	1,6
Insgesamt		74,8		74,6		68,4		72,1		74,3

[1] Jeweiliger Umsatz (Ausfuhr zuzüglich Einfuhr) in vH des Gesamtumsatzes (Gesamtausfuhr zuzüglich Gesamteinfuhr) der Bundesrepublik.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 7, Reihe 1. A. a. O.

Unter „OECD-Handel" der DDR wird hier der Handel der DDR mit den OECD-Ländern (ohne die Bundesrepublik Deutschland) verstanden.

Bei den Einfuhren der DDR aus den OECD-Ländern haben die Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien insgesamt und speziell die des Maschinenbaus ein etwas höheres Gewicht als im innerdeutschen Handel. Unterproportional entwickelte sich die Einfuhr von Erzeugnissen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Recht bescheiden sind die Einfuhren von Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrien. Sie machten 1983 nur noch 7 vH aller Importe aus den OECD-Ländern aus. Bei Produkten der Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes schlagen die Getreideimporte zu Buche.

Bei den Ausfuhren der DDR in den OECD-Raum dominieren Rohöl und Mineralölprodukte (vor allem Lieferungen nach Skandinavien) sowie chemische Erzeugnisse. Geringeres Gewicht haben Verbrauchsgüter und Investitionsgüter.

Wie im innerdeutschen Handel sind insbesondere die Maschinenbauerzeugnisse nur sehr mäßig in der Exportpalette der DDR vertreten. Die Quote hat sich seit Anfang der siebziger Jahre nahezu halbiert. Damit hat der Maschinenexport für den gesamten Westhandel der DDR nur noch minimale Bedeutung.

Wichtigste Abnehmer von DDR-Maschinen sind seit 1980 Italien, Frankreich und die USA. Chemische Produkte aus der DDR kaufen vor allem Belgien, Großbritannien, Österreich und Frankreich. Erzeugnisse der Konsumgüterindustrien exportiert die DDR vor allem nach Frankreich, Großbritannien, in die Niederlande und nach Schweden.

Bei einem Vergleich mit der Außenhandelsstruktur der Bundesrepublik fällt ins Gewicht, daß der Handel mit den OECD-Ländern für die Bundesrepublik eine ebenso herausragende Bedeutung hat wie für die DDR der Warenaustausch mit den RGW-Ländern. Gleichwohl hat der Westhandel für die DDR-Wirtschaft eine wichtige Funktion, bietet er doch die Möglichkeit zum Einkauf solcher Erzeugnisse, die auf den RGW-Märkten nicht erhältlich sind. Hier ist aber der Rahmen für die DDR eng gezogen, weil ihre eigene Angebotspalette und ihre Liefermöglichkeiten der Konkurrenz auf den westlichen Märkten nicht standhalten. So gesehen ist die Ausfuhrstruktur der DDR

durchaus ein Abbild ihrer Konkurrenzfähigkeit auf den OECD-Märkten. Bei der Einfuhr werden Verbrauchsgüter aus dem Westen nur streng selektiv und in bescheidenen Mengen in das Land gelassen, weil Investitionsgüter Vorrang haben.

Vorn in der Rangfolge der OECD-Handelspartner der DDR steht Frankreich. Auf den weiteren Rängen unterscheiden sich die jeweiligen Partnerländer. Deutliche Positionsgewinne im Außenhandel der DDR hatten in den letzten Jahren Österreich und Japan; eine herausragende Position nimmt seit langem Schweden ein.

Im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland stehen nach Frankreich die Niederlande an zweiter Stelle; Japan und Österreich fallen demgegenüber im Rang bei Einfuhr und Ausfuhr deutlich zurück. Zu den größten Handelspartnern zählen neben den EG-Ländern (ohne Griechenland und Irland) die USA; 1984 rückten die USA von Rang 5, den sie lange innehatten, auf Rang 3 vor.

Die enge Handelsverflechtung der Bundesrepublik mit den westlichen Industrieländern stützt sich zwar hauptsächlich auf den Austausch von Industriewaren; fast 90 vH der eingeführten Industriewaren stammen von dort, und vier Fünftel des Industriewarenexports finden dort ihre Abnehmer. Intensiv ist aber auch der Handel der Bundesrepublik mit den Industrieländern bei anderen Warenkategorien. Allein knapp zwei Drittel der Bezüge von ernährungswirtschaftlichen Erzeugnissen und Rohstoffen entfallen auf die Industrieländer. Wie bei Industrieerzeugnissen haben auch hier die Handelsbeziehungen der Bundesrepublik zu den EG-Ländern einen Schwerpunkt; insge-

Übersicht 6.1.-9

Warenstruktur des Außenhandels mit den OECD-Ländern bei Industriewaren[1] 1983
in vH

	Bundesrepublik Deutschland		DDR[2]	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
Maschinenbauerzeugnisse	19,6	16,0	9,7	23,6
Straßenfahrzeuge	19,7	10,4	1,6	1,1
Chemische Erzeugnisse	13,6	15,6	22,4	20,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	9,7	10,2	7,2	5,6
Textilien und Bekleidung	6,2	9,5	13,7	7,8
Eisen und Stahl	4,8	6,1	9,7	16,3
Eisen-, Blech- und Metallwaren	3,8	3,1	3,1	3,0
Sonstige Transportausrüstungen	3,6	2,8	0,6	3,8
NE-Metalle und NE-Metallhalbzeuge	3,0	3,9	6,7	9,9
Feinmech. und optische Erzeugnisse, Uhren	2,8	3,1	2,1	1,3
Druckereierzeugnisse	1,0	0,6	0,7	0,7
Leder und Lederwaren, Schuhe	0,9	2,7	1,6	1,7
Glas und Glaswaren	0,8	0,9	1,7	0,4
Papier und Pappewaren	0,8	0,6	0,7	0,3
Sonstige Industriewaren	9,7	14,5	18,5	4,0
Industriewaren, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
nachrichtlich[3]:				
Ernährungsgüter (0,1)	5,6	11,0	5,7	18,4
Rohstoffe (2,4)	2,5	6,2	5,2	5,1
Energieerzeugnisse (3)	3,9	13,8	27,9	6,2
Industriewaren (5-8)	86,0	68,1	60,8	68,3
Insgesamt (0-9)	100,0	100,0	100,0	100,0

[1] SITC 5-8.
[2] Einschließlich des innerdeutschen Handels.
[3] Angaben in Klammern: SITC-Klassen.

Quellen: UN (Hrsg.): Commodity Trade Statistics. — OECD (Hrsg.): Foreign Trade by Commodities, Series C. — Berechnungen des DIW (zur Methode siehe Hinweise nach den Fußnoten).

samt entfallen auf die EG 60 vH des Handelsumsatzes der Bundesrepublik mit den Industrieländern.

Trotz der hohen Einfuhrüberschüsse bei Brennstoffen — sie beruhen hauptsächlich auf Lieferungen von Rohöl aus Großbritannien und von Mineralölerzeugnissen aus Raffinerien in Rotterdam — und der Defizite bei Agrarerzeugnissen und industriellen Rohstoffen erzielt die Bundesrepublik gegenüber der EG wegen der Entwicklung bei Industriewaren Exportüberschüsse. Diese sind besonders hoch bei Straßenfahrzeugen (bei etwa 75 vH der Ausfuhren und Einfuhren in dieser Gruppe handelt es sich hier um PKW, die den Verbrauchsgütern zugerechnet werden) und bei Maschinenbauerzeugnissen. Defizite ergeben sich bei Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrien, z. B. Textilien, Bekleidung und Schuhen.

1983 und 1984 wies auch der Warenverkehr mit den USA Exportüberschüsse auf, und zwar ebenfalls vor allem bei PKW. Stark defizitär ist dagegen seit langem der Handel mit Japan. Das Defizit der Bundesrepublik erreichte 1984 fast zwei Drittel der gesamten Wareneinfuhr aus diesem Land. Die hohen Einfuhrüberschüsse entstehen im Bereich der Nachrichtentechnik, der Unterhaltungselektronik, bei Personenkraftwagen, Büromaschinen und ADV-Geräten, Erzeugnissen der Halbleitertechnik und bei Fotoapparaten. Waren bei Halbleitern die Exporte Japans und der USA in die Bundesrepublik 1984 etwa gleich groß, so erzielten die USA bei ADV-Geräten wesentlich höhere Exporte und Exportüberschüsse in der Bundesrepublik als Japan. Im Handel mit den übrigen EG-Ländern hatte die Bundesrepublik aber auch in diesen Positionen Exportüberschüsse.

Für eine weitere Analyse wurde — abweichend vom bisherigen Vorgehen — der OECD-Handel der DDR in der üblichen Abgrenzung mit dem innerdeutschen Handel zusammengefügt und dem OECD-Handel der Bundesrepublik gegenübergestellt. Die Daten lagen in gleicher Abgrenzung (UN-Statistik nach SITC) vor. Schon die Grobstrukturen des OECD-Handels beider Staaten lassen deutliche Unterschiede erkennen — das Übergewicht von importiertem und roh oder nach Weiterverarbeitung wieder exportiertem Mineralöl im Export der DDR ebenso wie die Verteilung von Investitionsgütern auf Export und Import. Investitionsgüter dominieren im Export der Bundesrepublik und im Import der DDR. Verbrauchsgüter sind im Import der Bundesrepublik wesentlich stärker vertreten als im Import der DDR. Im Export beider Länder haben Verbrauchsgüter zwar etwa das gleiche Gewicht. Auch hier heben sich die Strukturen aber deutlich voneinander ab, weil PKW im Außenhandel der Bundesrepublik, anders als im Außenhandel der DDR, eine erhebliche Rolle spielen.

Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse und Erzeugnisse des Straßenfahrzeugbaus sind im Industriewarenexport der Bundesrepublik von wesentlich größerer Bedeutung als im Export der DDR (1983: 49 vH gegenüber 18 vH); dies ist u. a. ein Indiz für die mangelnden Spezialisierungsvorteile im industriellen Exportangebot der DDR auf den westlichen Märkten, vor allem bei den Investitionsgütern aber

Übersicht 6.1.-10

Positionen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im OECD-Handel[1] bei Industrieerzeugnissen[2] zu jeweiligen Preisen in US-Dollar

	Bundesrepublik Deutschland	DDR
	1969 = 100	
Exportanteil[3] 1979	109,4	96,1
Komponenten:		
Wettbewerb[4]	99,9	92,8
Struktur[5]	109,5	103,6
	1979 = 100	
Exportanteil[3] 1983	90,7	105,5
Komponenten:		
Wettbewerb[4]	97,5	113,6
Struktur[5]	93,0	92,8
nachrichtlich:	insgesamt = 100	
Anteil am OECD-Handel[1] 1983 in vH	24,3	0,6

[1] Gemessen am Industriewarenexport von 13 westlichen Industrieländern (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien-Luxemburg, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Österreich, Norwegen, USA, Kanada, Japan) in die OECD-Länder, zuzüglich der Importe der OECD-Länder aus der DDR sowie der Bezüge der Bundesrepublik im innerdeutschen Handel.

[2] UN, SITC 5-8. Mineralölerzeugnisse werden in dieser Abgrenzung nicht als Industriewaren erfaßt.

[3] Anteil der Bundesrepublik bzw. der DDR am Handel im OECD-Raum.

[4] Gewichtete Veränderung der Marktanteile des Exports beider Länder regional und nach Warengruppen; nach der Ausschaltung von Struktureffekten.

[5] Einfluß von Umschichtungen in der Waren- und Länderstruktur des Handels im OECD-Raum auf die Entwicklung des Exports der Bundesrepublik bzw. der DDR.

Quellen: UN (Hrsg.): Commodity Trade Statistics. — OECD (Hrsg.): Foreign Trade by Commodities, Series C. — Berechnungen des DIW (zur Methode siehe Hinweise nach den Fußnoten).

wohl auch ein Zeichen für die starke Beanspruchung der Wirtschaft der DDR durch Lieferverpflichtungen im Rahmen des RGW.

Auch insgesamt gesehen haben Industriewaren im West-Export der DDR — Mineralölerzeugnisse zählen in dieser Abgrenzung, die sich auf das Schema der UN (SITC) stützt, nicht zu den Industriewaren — ein geringeres Gewicht als im Export der Bundesrepublik. Gleichwohl stellen sie den Hauptteil des Exports der DDR (61 vH gegenüber 86 vH für die Bundesrepublik). Stärker als im Industriewarenexport der Bundesrepublik sind im OECD-Export der DDR vertreten chemische Erzeugnisse (z. B. Kunstdünger und Kunststoffe auf Polymerisationsbasis), Textilien und Beklei-

dung, Eisen und Stahl, NE-Metalle sowie — in der Tabelle unter sonstige Industriewaren ausgewiesen — Möbel, Musikinstrumente, Spielwaren und Sportgeräte. Im Vergleich zum DDR-Export höhere Anteile hat die Bundesrepublik beispielsweise bei medizinischen und pharmazeutischen Waren, Werkzeugmaschinen, nachrichtentechnischen Geräten, Elektronenröhren sowie ADV-Geräten und -Anlagen.

Am Aufschwung des OECD-Exports der DDR bei Industrieprodukten in den achtziger Jahren waren vor allem chemische Erzeugnisse beteiligt. Exportanteile am West-Handel hat die DDR auch bei Eisen-, Blech- und Metallwaren gewonnen, ferner im Bereich der NE-Metalle sowie bei Verbrauchsgütern wie Möbeln, Spielwaren und Sportgeräten. In diesen Warengruppen hat die DDR in den achtziger Jahren ihre Exporte im internationalen Vergleich überdurchschnittlich erhöht (‚Wettbewerbskomponente' des Exports) ebenso bei Eisen und Stahl, bei Textilien und Bekleidung. Die Marktanteilsgewinne in den beiden letztgenannten Gruppen (Eisen und Stahl, Textilien und Bekleidung) haben sich jedoch wegen der ungünstigen Gesamtentwicklung dieser Märkte nicht voll in der Exportentwicklung niedergeschlagen.

Die Marktanteilsgewinne in wichtigen Bereichen des Exports der DDR in den achtziger Jahren spiegeln die erheblichen Anstrengungen der DDR unter dem Druck der Konsolidierungspolitik wider. Marktanteilsverluste mußte die DDR auch in dieser Zeit aber bei Maschinenbauerzeugnissen sowie feinmechanischen und optischen Erzeugnissen hinnehmen; doch hat sich in diesen Warengruppen der Export der DDR im internationalen Vergleich günstiger entwickelt als in den siebziger Jahren.

Stärker als in der Industriewareneinfuhr der Bundesrepublik sind in der Einfuhr der DDR Maschinen vertreten, ferner chemische Erzeugnisse, Eisen und Stahl, NE-Metalle. Dagegen haben vor allem Straßenfahrzeuge (überwiegend PKW) und elektrotechnische Erzeugnisse in der Einfuhr der Bundesrepublik ein größeres Gewicht. Selbst ohne den hohen PKW-Import ist der Anteil der Verbrauchsgüter am Import der Bundesrepublik doppelt so hoch wie am Industriewarenimport der DDR.

Fußnoten

[1] Die Abweichungen resultieren aus Unterschieden in der Bewertung, d. h. der Zurechnung der anteiligen Vertriebskosten (ausgedrückt in cif- oder fob-Werten), im Ausweis nach Bezugs- und Absatzgebieten, d. h. nach Herstellungs- oder Einkaufsland bei der Einfuhr, Verbrauchs- oder Käuferland bei der Ausfuhr. Ferner ist die zeitliche Abgrenzung von Belang. In der Westhandelsstatistik der DDR treten allerdings über das übliche Maß hinausgehende Differenzen auf. Außerdem hat sie in sich Widersprüche: Eine Summierung der für die einzelnen Länder angegebenen Werte ergibt nicht den ausgewiesenen Wert für die Gesamtgruppe. Speziell beim innerdeutschen Handel gibt es große Abweichungen, die ihn in der Relation zum Handel der DDR mit den übrigen westlichen Ländern als zu gering erscheinen lassen. Nach den Partnerlandangaben der OECD-Statistik betrug der innerdeutsche Handel in den letzten Jahren über 50 vH des gesamten Westhandels der DDR, nach der DDR-Statistik waren es nur rund 30 vH.

[2] Der Wert der Valuta-Mark (VM) zur Binnenwährung ist nicht bekannt. Gegenüber anderen Währungen wird er über den Transfer-Rubel (TRbl) ermittelt; diese Relation ist konstant und beträgt 1 TRbl = 4,67 VM.

[3] Vgl. Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED, Berichterstatter Erich Honecker. Berlin (Ost). Dietz Verlag. 1981, S. 41.

[4] Die Berechnung der Exportquote für die DDR erfolgte anhand der Sozialproduktrechnung des DIW.

[5] Auch nach der staatlichen Anerkennung der DDR wird sie in der Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland angesehen. Demzufolge gilt der Handel mit der DDR nicht als Außenhandel, er wird auch nicht in der Außenhandelsstatistik ausgewiesen.

[6] Die Preisentwicklung für den Außenhandel der DDR läßt sich mit DDR-Daten nur für den Umsatz (Einfuhr plus Ausfuhr) exakt ermitteln, da sowohl die nominale Entwicklung wie die zu vergleichbaren Preisen ausgewiesen ist. Für die Berechnung der Terms of Trade mußten anhand diverser anderer Angaben (Partnerlandangaben etc.) z. T. eigene Berechnungen vorgenommen werden, die jedoch mit der Preisentwicklung für den Umsatz abgestimmt sind.

[7] Neben der UdSSR, dem Hauptlieferanten von Erdöl, bezieht die DDR Öl auch aus dem Vorderen Orient (im Durchschnitt der letzten Jahre rund 5 Mill. t). Zu Aufkommen, Verbrauch und Außenhandel mit Erdöl und Mineralölprodukten vgl. Bethkenhagen J. (Bearb.): Der Primärenergieverbrauch in der DDR und seine Struktur. In: Wochenbericht des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 51-52/1985.

[8] Hier nach der Definition der DDR abgegrenzt; sie ist allerdings weitgehend politisch bestimmt. Das bedeutet z. B., daß sozialistisch orientierte Entwicklungsländer wie Kuba, Mongolei, Vietnam als RGW-Länder oder daß die VR China als sozialistisches Land in der Außenhandelsstatistik der DDR geführt werden. Demgegenüber sind in der Statistik der Bundesrepublik Entwicklungsländer nach den Kriterien der Vereinten Nationen, der Weltbank oder der OECD nach dem Entwicklungsstand, also ausschließlich ökonomisch abgegrenzt. Der Vergleich wird hierdurch jedoch kaum beeinträchtigt.

Methodische Hinweise

In der Übersicht 6.1.-10 wird dargestellt, wie sich die Anteile des Exports der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am Warenaustausch der OECD-Länder untereinander (die Importe der OECD-Länder aus der DDR sowie die Bezüge der Bundesrepublik im innerdeutschen Handel eingeschlossen) von 1969 bis 1979 bzw. von 1979 bis 1983 entwickelt haben. Der Warenaustausch zwischen den OECD-Ländern wurde auf Exportbasis ermittelt. Der Einfachheit halber wurden aber nicht die gesamten Exporte aller OECD-Länder erfaßt, sondern nur die Industriewarenexporte der dreizehn wichtigsten Industrieländer; diese Exporte wurden — ebenso wie die entsprechenden Lieferungen der DDR — nach 15 Warengruppen und sämtlichen Abnehmerländern im OECD-Raum untergliedert.

Auf der Grundlage dieses Zahlenmaterials läßt sich die Entwicklung des Anteils eines jeden hier erfaßten Exportlandes am OECD-Handel dergestalt zerlegen, daß die Veränderung von Marktanteilen erkennbar wird (‚Wettbewerbskomponente'), also beispielsweise die Veränderung der Position der Bundesrepublik im Export von Maschinenbauerzeugnissen nach Frank-

reich in Konkurrenz zu den Maschinenbauexporten der anderen Lieferländer nach Frankreich. Davon zu unterscheiden ist die Strukturkomponente, in der alle strukturellen Einflüsse auf die Exportentwicklung erfaßt werden. Die unterschiedliche Entwicklung der Importe der Handelspartner in den einzelnen Warengruppen ist hier ebenso wichtig wie die regionale Lieferstruktur des Exportlandes in den Warengruppen.

Die Strukturkomponente mißt im vorliegenden Zusammenhang die Bedeutung, die Umschichtungen in der Zusammensetzung des Handels im OECD-Raum nach Warengruppen und Importländern für die Exporteure hatten. Ob die Exporte mit der Entwicklung der Importe der Abnehmerländer in den Warengruppen Schritt gehalten haben oder nicht, zeigt die Entwicklung der Marktanteile. Die Einzelergebnisse der Berechnungen auf waren- und regionalspezifischer Basis sind zusammengefaßt worden und werden in der Tabelle jeweils für den OECD-Export der Bundesrepublik und der DDR ausgewiesen.

In der Entwicklung der Marktanteile des Exports spiegelt sich der Einfluß von Wettbewerbsfaktoren. Nicht erkennbar ist jedoch, welche Faktoren die wettbewerbstreibenden Kräfte gewesen sind. Zur Beantwortung dieser Frage bedarf es weiterer Analysen, die sich zumeist auf tendenzielle Veränderungen der Marktanteile in einem Zeitraum von mehreren Jahren erstrecken. Hier gibt freilich die DDR-Statistik Probleme auf, läßt sie doch nicht einmal eine Identifizierung von Preis- und Wechselkurseinflüssen auf die Außenhandelsergebnisse zu. Prinzipiell spricht aus methodischen Gründen gleichwohl nichts dagegen, das Verfahren der Komponentenrechnung für einen Vergleich der nominalen Entwicklung des Exports beider Länder heranzuziehen, obwohl deren Wirtschaftssysteme so grundlegend verschieden sind. Vgl. hierzu im einzelnen Henkner K.: Zur Stellung der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Handel. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 2—3/1981, S. 197 f. (Formelanhang).

6.2. Spezialbereiche der Außenwirtschaft

Zusammenfassung

In der Bundesrepublik, anders als in der DDR, gibt es keine Devisenbewirtschaftung. An Devisenmangel scheitert keine Auslandsreise, Gastarbeiter dürfen jederzeit ihre Ersparnisse ins Heimatland überweisen, und jedermann darf dort sein Geld anlegen, wo es am sichersten und ertragreichsten ist, und er darf dort Geld aufnehmen, wo es am billigsten ist. Dank dieser Freizügigkeit hat der Kapitalverkehr mit dem Ausland sehr stark expandiert: Während in der Zeit von 1970 bis 1984 das nominale Sozialprodukt auf das Zweieinhalbfache und die gesamten finanziellen Anlagen von inländischen Nichtbanken auf das Dreieinhalbfache zunahmen, erhöhten sich die inländischen finanziellen Anlagen im Ausland auf das Viereinhalbfache. Freizügigkeit des Kapitalverkehrs bringt zwar bei festen wie bei beweglichen Wechselkursen Probleme, besonders für die Geldpolitik, mit sich; diese wiegen aber gering im Vergleich zu den Vorteilen (Erhöhung des Wohlstands), die sich aus der Nutzung der internationalen Arbeitsteilung sowohl im Leistungs- als auch im Kapitalverkehr ergeben.

In der DDR, deren Währung nicht konvertibel ist, existieren zwei unterschiedliche Zahlungsbilanzen, eine in nicht-konvertiblen (weichen) und eine in konvertiblen (harten) Währungen. Statistische Angaben über die bisherige Entwicklung dieser Bilanzen wurden allerdings nicht veröffentlicht.

Der Leistungsaustausch der DDR mit der UdSSR, in der ersten Hälfte der siebziger Jahre eher gleichgewichtig, ist seit 1976 ins Defizit geraten. Es wurde durch einen sowjetischen (Verrechnungs-)Kredit ausgeglichen. Im Verkehr mit den übrigen osteuropäischen RGW-Staaten verrechnete die DDR ihren Fehlbetrag in der Tourismus- bzw. Verkehrsleistungsbilanz durch ihren Ausfuhrüberschuß.

Die Leistungsbilanz der DDR in harter Währung wies von 1971 bis 1981 ein Defizit auf. Es wurde durch Kredite finanziert, die auf westlichen Finanzmärkten aufgenommen wurden. Die Verbindlichkeiten der DDR betrugen 1981 rd. 14 Mrd. US-$ (1977: 7,5 Mrd.). Seit 1982 ist die DDR-Leistungsbilanz aktiv; die Verbindlichkeiten wurden um 2,5 Mrd. US-$ abgebaut und die Guthaben bei westlichen Geschäftsbanken um weitere 2,5 Mrd. auf 4,5 Mrd. US-$ aufgestockt.

Beide deutsche Staaten gewähren Entwicklungshilfe. Auf beiden Seiten finden sich dieselben Motive, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht. Die DDR veröffentlicht erst seit kurzem Zahlen über den Umfang ihrer Hilfe. Sie sind jedoch pauschaliert und mit westlichen Angaben nicht vergleichbar. Nach OECD-Schätzungen beläuft sich die DDR-Hilfe auf ein Zwanzigstel des Betrages der Bundesrepublik. Der Anteil der über internationale Organisationen vergebenen (multilateralen) Hilfe ist verschwindend gering.

Inhalt

Seite

6.2.1. Zahlungsbilanz ... 616

6.2.1.1. Bundesrepublik Deutschland ... 616

6.2.1.2. DDR ... 619

6.2.2. Entwicklungshilfe ... 622

Fußnoten zu 6.2. ... 625

6.2.1. Zahlungsbilanz

Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die DDR sind in hohem Maße auf den Außenhandel angewiesen. Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung im „güterwirtschaftlichen" Bereich werden allerdings von beiden Ländern in verschiedenem Grade und mit verschiedenen Methoden genutzt. Noch weit auffälliger ist der Unterschied bei den übrigen Transaktionen mit dem Ausland, z. B. den Auslandsreisen, den privaten Geldüberweisungen ins Ausland und beim Kapitalverkehr mit der übrigen Welt.

In der DDR unterliegen alle Transaktionen dem Devisenmonopol des Staates. Praktisch der gesamte Kapitalverkehr mit dem Ausland wird von staatlichen Stellen abgewickelt, sei es mit anderen öffentlichen Stellen im Ausland, sei es bei der Aufnahme und der Anlage von Geld auf den internationalen Kreditmärkten. Alle Fremdwährungen werden dort — im Rahmen des staatlichen Valutamonopols — auf die einzelnen Verwendungszwecke (einschließlich der Privatreisen ins Ausland) zentral zugeteilt; der Handel mit Devisen ist gesetzlich verboten.

In der Bundesrepublik Deutschland dagegen gibt es keine Devisenbewirtschaftung. An Devisenmangel ist noch keine Auslandsreise gescheitert. Gastarbeiter dürfen ihr hier verdientes und erspartes Geld jederzeit in ihre Heimat überweisen. Vor allem: Es gibt schon seit langem keine Kapitalverkehrsbeschränkungen mehr, so daß sich neben dem öffentlichen Kapitalverkehr ein umfangreicher, weitverzweigter und mannigfaltiger privater Kapitalverkehr entwickeln konnte.

Ein ungehinderter Kapitalverkehr kann Wirkungen haben, die von der heimischen Wirtschaft und von den wirtschaftspolitischen Instanzen als unerwünscht empfunden werden. Deshalb ist es nur konsequent, wenn die DDR ihre die Binnenwirtschaft und den Außenhandel betreffende zentrale Planung durch eine rigorose Reglementierung des Kapitalverkehrs mit der übrigen Welt „absichert". Ebenso konsequent ist es, wenn die Bundesrepublik, die auf die Vorteile einer „dezentralen Lenkung" der Volkswirtschaft durch den Markt setzt, auch den privaten Kapitalverkehr mit dem Ausland den Bürgern, den Unternehmern und den Finanzierungsinstituten überläßt und in Kauf nimmt, daß damit Probleme für die inländische Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik auftreten können.

6.2.1.1. Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik, anders als in der DDR, werden die meisten Transaktionen mit der übrigen Welt statistisch ausgewiesen. Die Zahlungsbilanz — sie ist im folgenden mit der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung[1] abgestimmt worden — enthält als wichtigste Teilbilanzen die Leistungsbilanz, die Kapitalbilanz und die Devisenbilanz (vgl. Anhangtabelle 6.2.-1, Abschnitt A „Zahlungsbilanz"). Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht gewöhnlich die Leistungsbilanz. Sie hat von 1951 bis heute — von den Jahren 1962, 1965 und 1979 bis 1981 abgesehen — mit zum Teil erheblichen Überschüssen der Einnahmen aus dem Ausland über die Ausgaben an das Ausland abgeschlossen. Die Leistungsbilanz umfaßt folgende Unterbilanzen:

Die Handelsbilanz. Sie verzeichnet seit 1951 stets einen — meist beträchtlichen — Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von Waren („Sachleistungen"), bei einem sehr viel stärker als das nominale Sozialprodukt expandierenden Handelsvolumen.

Die Dienstleistungsbilanz. Sie ist seit langem durch eine sehr kräftige Expansion bei zum Teil sehr hohen Defiziten gekennzeichnet. In der Zeit von 1970 bis 1984 stiegen die Einnahmen auf das Vierfache (von 30 auf 118 Mrd. DM) und die Ausgaben auf das Dreieinhalbfache (von 38 auf 131 Mrd. DM). Das Einnahmendefizit schwankte zwischen 8 Mrd. DM im Jahre 1970 und 21 Mrd. DM in den Jahren 1981 bis 1982. Die wichtigsten Positionen der Dienstleistungsbilanz sind der Reiseverkehr (die Ausgaben stiegen von 10,5 Mrd. DM auf fast 40 Mrd. DM, die Einnahmen von 5 auf 16 Mrd. DM), die Transportleistungen (Einnahmen und Ausgaben entwickelten sich fast parallel, von 8 bzw. 10 Mrd. DM auf 23 bzw. 25 Mrd. DM), die Kapitalerträge (die Einnahmen und Ausgaben stiegen — unter Schwankungen — von 7,2 bzw. 7,4 Mrd. DM auf 36 bzw. 31 Mrd. DM), und die „Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen an die im Inland stationierten ausländischen militärischen Dienststellen" (sie erhöhten sich von fast 6 Mrd. DM auf 19 Mrd. DM).

Die Bilanz der Übertragungen (unentgeltlichen Leistungen). Auch diese Bilanz ist — und zwar seit 1953 — defizitär. Von 1970 bis 1984 stiegen die Ausgaben von gut 13 Mrd. DM auf reichlich 47 Mrd. DM, während sich die Einnahmen von 2,4 Mrd. DM auf 11,6 Mrd. DM vergrößerten. In diesem Bereich domi-

nieren die öffentlichen Leistungen. Die Nettoausgaben an internationale Organisationen, vor allem an die Europäische Gemeinschaft, expandierten von 2 Mrd. DM auf 9 Mrd. DM. Die Zuwendungen an Entwicklungsländer erhöhten sich von 0,5 Mrd. DM auf 2 Mrd. DM, und die Wiedergutmachungsleistungen an das Ausland bewegten sich zwischen 1,5 bis 2 Mrd. DM. Der wichtigste Posten bei den privaten Übertragungen sind die Geldüberweisungen der Gastarbeiter an ihre Heimat (1970: 5 Mrd. DM, 1984: fast 10 Mrd. DM).

Der zweite wichtige Teil der Zahlungsbilanz ist die Kapitalbilanz. Sie umfaßt — mit Ausnahme der in der Devisenbilanz verbuchten Vorgänge — nach Möglichkeit alle rein finanziellen Transaktionen von privaten Haushalten, Unternehmen, Staat und Finanzierungsinstituten mit der übrigen Welt. Für manche Bereiche werden auch „Bruttoströme" ausgewiesen: einerseits die Neuanlagen von Kapital, z. B. der Kauf von ausländischen Wertpapieren, andererseits die „Liquidation", z. B. der Verkauf oder die Tilgung dieser Wertpapiere. Der Einfachheit halber werden hier aber nur Nettoströme dargestellt. In dieser engeren Fassung versteht man unter Kapitalexport und Kapitalimport die (um reine Bewertungsänderungen bereinigte) Änderung der finanziellen Auslandsaktiva bzw. -passiva; zu diesen zählen u. a. Bankguthaben, Bankkredite, Handelskredite, Direktdarlehen und Direktinvestitionen, festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, sonstige Beteiligungen, aber auch Grundstücke. Der Kapitalverkehr reagiert sehr sensibel auf politische und ökonomische Vorgänge (Krisen, Zinsdifferenzen, Wechselkursschwankungen); so schwankten die Kapitalexporte und die Kapitalimporte in den letzten anderhalb Jahrzehnten ganz erheblich.

Den Abschluß der Zahlungsbilanz bildet die Devisenbilanz. Sie registriert die (um Bewertungsänderungen bereinigten) Änderungen der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank. Diese bestehen fast ausschließlich aus den Netto-Währungsreserven, zu denen neben den Devisen im engeren Sinne der Goldbestand, aber auch Reservepositionen bei internationalen Organisationen gehören. Von Ende 1970 bis Ende 1978 wuchsen die Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank von 50 Mrd. DM auf 100 Mrd. DM; denn in dieser Zeit wies die Devisenbilanz überwiegend Überschüsse auf (diese werden in der Tabelle aus formalen Gründen mit einem Minuszeichen versehen). Danach schloß die Devisenbilanz mehrmals mit Fehlbeträgen (+) ab; die Netto-Auslandsaktiva schrumpften bis Ende 1984 auf knapp 70 Mrd. DM — eine immer noch recht stattliche Währungsreserve.

Die Summe dieser drei Teilbilanzen muß stets Null ergeben: Wenn die Bundesrepublik in der Leistungsbilanz einen Einnahmenfehlbetrag verzeichnet, müssen Kapitalbilanz und Devisenbilanz zusammen einen Überschuß aufweisen. 1980 und 1981 entstanden Leistungsbilanzdefizite von 31 Mrd. DM und 15 Mrd. DM. 1980 wurde das Defizit fast ausschließlich aus den Währungsreserven der Bundesbank, 1981 wurde es überwiegend mit einem Überschuß der Kapitalimporte über die Kapitalexporte finanziert. 1982 wies die Leistungsbilanz der Bundesrepublik einen Überschuß von 6 Mrd. DM, die übrige Welt dementsprechend ein Leistungsbilanzdefizit auf. Diesmal war es das Ausland, das zum Teil auf seine Währungsreserven zurückgriff, per saldo Kapital aus der Bundesrepublik importierte (3 Mrd. DM), so daß die Devisenbilanz und die Kapitalbilanz der Bundesrepublik mit Überschüssen von jeweils 3 Mrd. DM abschlossen. Es gab aber auch, infolge marktwidrig fixierter Wechselkurse, „perverse" Situationen: 1970 erzielte die Bundesrepublik einen Leistungsbilanzüberschuß von 3 Mrd. DM, doch anstatt per saldo Kapital zu exportieren, zogen die Kreditinstitute und die Wirtschaft in der Bundesrepublik sehr viel spekulative Auslandsgelder an sich (der Nettokapitalimport betrug 19 Mrd. DM), so daß in der Devisenbilanz eine Zunahme der Währungsreserven von 22 Mrd. DM verbucht wurde.

Das Leistungsbilanzdefizit eines Landes wird, da die Einnahmen zur Finanzierung der Ausgaben nicht ausreichen, häufig auch als „Finanzierungsdefizit" bezeichnet, das mit dem „Finanzierungsüberschuß" (also dem Leistungsbilanzüberschuß) der übrigen Welt gedeckt wird. Der Finanzierungssaldo eines Landes ist natürlich nichts anderes als die Summe aller einzelwirtschaftlichen Einnahmen- und Ausgabensalden in diesem Land (vgl. Anhangtabelle 6.2.-1, Abschnitt B „Finanzierungsrechnung"): Die privaten Haushalte insgesamt geben ihre Einnahmen (verfügbaren Einkommen) nicht voll für Verbrauch und Übertragungen aus, sondern bilden auch Geldersparnisse (Finanzierungsüberschüsse), die sie bei Kreditinstituten, Bausparkassen, privaten Versicherungen und in Wertpapieren anlegen. Ein Teil dieser Geldersparnisse wird von Inländern beansprucht: Der Staat nimmt seit 1974 Jahr für Jahr per saldo Kredite auf, um mehr für den öffentlichen Verbrauch, seine Investitionen, für Übertragungen und für Zinsen ausgeben zu können, als er — in Form von Steuern, sonstigen Abgaben und „Erwerbseinkommen" (z. B. Bundesbankgewinnen) — einnimmt. Auch der Bereich „Unternehmen" (zu dem in der vorliegenden Statistik auch diejenigen gezählt werden, die Wohnungen bauen oder erwerben) nimmt per saldo Kredite in Anspruch, um Ausgabenüberschüsse zu ermöglichen. Es gibt zwar immer Unternehmen, die Finanzierungsüberschüsse aus nicht-investierten Gewinnen bilden und auf den Geld- und Kapitalmärkten anlegen, aber bei der Mehrheit werden neben eigenen Mitteln auch Fremdmittel zur Finanzierung von Investitionen herangezogen. Besonders hoch ist die Fremdfinanzierung beim Bau und beim Erwerb von Wohnungen.

In den meisten Jahren nahmen Staat und Unternehmen zusammen nur 80 bis 90 vH — 1974 sogar lediglich 70 vH — der Geldersparnis der privaten Haushalte in Anspruch, so daß für die Gesamtwirtschaft nennenswerte Finanzierungsüberschüsse (also Leistungsbilanzüberschüsse) entstanden. Nur in den Jahren 1979 bis 1981 geriet die Bundesrepublik in eine Defizitposition gegenüber dem Ausland: Nach der zweiten drastischen Ölverteuerung gaben die Unternehmen mit Hilfe zusätzlicher Kredite sehr viel mehr als zuvor für Rohstoffeinfuhren aus. Ihr Finanzierungsdefizit und das des Staates zusammengenommen übertrafen in dieser Periode die Geldersparnis der privaten Haushalte nicht unerheblich.

Buchhalterische Beziehungen, wie die hier beschriebenen, gelten selbstverständlich unabhängig vom Wirtschaftssystem. Nicht unabhängig ist, wie sie zustandekommen: In der DDR können zwar die privaten Haushalte selbständig über die Aufteilung ihrer Budgets entscheiden, aber für die Betriebe werden Höhe und Struktur von Investitionen, Selbstfinanzierung, Kreditaufnahme und Geldanlage im Zusammenwirken mit den zentralen Lenkungsinstanzen geplant. Die Kreditbeziehungen mit dem Ausland werden ausschließlich von staatlichen Stellen unterhalten, bilateral mit anderen Ländern abgewickelt und auch sonst auf das Notwendigste beschränkt. In der Bundesrepublik dagegen können auch die Unternehmen und Finanzierungsinstitute — natürlich im Rahmen gesetzlicher Vorschriften — dezentral entscheiden, also aufgrund von Marktsignalen (Preisen, Löhnen, Wechselkursen, Zinsen, Sachkapitalrenditen, Informationen über die Qualität der Produkte, über Lieferfristen, über die Bonität der Kreditnehmer u. ä.) planen. Die Bundesrepublik verwehrt es niemandem, sein Geld dort anzulegen, wo es am sichersten und ertragreichsten ist, und dort Geld aufzunehmen, wo es am billigsten ist — sei es bei einer Sparkasse oder auf der Wertpapierbörse im Inland, sei es bei Banken, Unternehmen oder auf dem Anleihemarkt in anderen Ländern. Dank dieser Freizügigkeit entstanden sehr umfangreiche und vielfältige finanzielle Beziehungen zum Ausland.

Die finanziellen Auslandsanlagen haben stärker zugenommen als die gesamten finanziellen Anlagen von Inländern und noch sehr viel schneller als die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für Güter und Dienste. Dies belegen folgende Zahlen: In der Zeit von 1970 bis 1984 nahm das nominale Bruttosozialprodukt auf gut das Zweieinhalbfache zu, was einer Jahreszuwachsrate von 7 vH entspricht. Die gesamten finanziellen Anlagen der nichtfinanziellen inländischen Sektoren (private Haushalte, Unternehmen ohne Finanzierungsinstitute und Staat) stiegen in dieser Periode auf das Dreieinhalbfache, mit einer durchschnittlichen Jahresrate von knapp 9½ vH (etwas mehr, nämlich 9,7 vH, betrug die Rate, wenn auch die finanziellen Aktiva der Finanzierungsinstitute — ohne die Auslandsposition der Bundesbank — dazugerechnet werden). Am stärksten, nämlich auf das Viereinhalbfache und mit einer Jahresrate von 11½ vH, expandierten die — um die Auslandsposition der Bundesbank bereinigten — Auslandsaktiva der Bundesrepublik (vgl. Anhangtabellen 6.2.-2 und -3).

Diese Scherenbewegung hat sich in der Zeit von 1980 bis 1984 verstärkt: Während sich das nominale Sozialprodukt nur noch mit einer Jahresrate von gut 4 vH erhöhte und die gesamten finanziellen Anlagen der inländischen Sektoren (mit und ohne Finanzierungsinstitute) mit einer Jahresrate von 7½ vH zunahmen, expandierten die finanziellen Auslandsaktiva der Bundesrepublik weiterhin mit einer Jahresrate von 11½ vH.

An dem Anstieg der Auslandsaktiva von 1970 bis 1984 haben alle Anlageformen ziemlich gleichmäßig partizipiert: die Bankkredite mit einem Anteil an den gesamten Auslandsaktiva von 36 vH, die Handelskredite — sie nahmen etwas stärker als die Warenausfuhr zu — mit einem Anteil von 22 vH, die sonstigen Direktanlagen mit 18 vH, die Wertpapiere mit einem Anteil von 22 bis 23 vH. Vorübergehend kam es allerdings zu Strukturverschiebungen: In den Jahren 1971 und 1972 verkauften viele Inländer ausländische festverzinsliche Wertpapiere, da sie mit Aufwertungen der D-Mark und entsprechenden Wechselkursverlusten bei Rentenwerten rechneten. In den achtziger Jahren wurden allerdings, vor allem angesichts hoher Anleihezinsen in den USA und in Erwartung von Dollarkursgewinnen, vermehrt ausländische Rentenwerte gekauft.

Ein freier Kapitalverkehr mit dem Ausland ist nicht nur durch eine wachsende finanzielle Verflechtung mit dem Ausland gekennzeichnet, sondern auch dadurch, daß es keinen bilateralen Zahlungsbilanzausgleich zu geben braucht; die Wirtschaft ist nicht gezwungen, Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber einem bestimmten Land durch eigene Kapitalexporte in dieses Land zu finanzieren. 1984 erzielte die Bundesrepublik einen Leistungsbilanzüberschuß gegenüber den USA von 35 Mrd. DM und gegenüber Großbritannien von 7 Mrd. DM; der Netto-Kapitalexport in die USA betrug aber nur 9 Mrd. DM, und aus Großbritannien wurde per saldo sogar für 3½ Mrd. DM Kapital importiert. Spiegelbildlich zu Großbritannien verhielt es sich gegenüber Japan: Zu einem Leistungsbilanzdefizit von 12 Mrd. DM gegenüber diesem Lande kam ein Netto-Kapitalexport nach Japan in Höhe von fast 2½ Mrd. DM! Hierin ist allerdings nichts Bedenkliches zu sehen, sondern nur die Konsequenz dessen, was auch innerhalb eines Landes gilt: Hier käme niemand auf die Idee, von den einzelnen Haushalten und Unternehmen zu verlangen, sie sollten ihre zahllosen Finanzierungssalden gegenüber den übrigen Haushalten und Unternehmen bilateral durch Direktkreditbeziehungen ausgleichen. Wesentlich ist nur, daß das gesamte Einnahmendefizit des einzelnen, wie das des Landes, solide finanziert wird.

Über den Leistungs- und den Kapitalverkehr mit dem Ausland können die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung genutzt werden, es können aber auch Probleme „importiert" werden. Den Wirkungen einer Weltinflation und der Konjunkturschwankungen in anderen Ländern, den Bewegungen auf den internationalen Rohstoff- und Finanzmärkten kann sich kein Land entziehen; nur die Wege sind verschieden, auf denen diese Effekte auf die Binnenwirtschaft übertragen werden. In der DDR kann zwar mit administrativen Maßnahmen — auch mit Hilfe von Preisausgleichskonten und des staatlichen Devisenmonopols — verhindert werden, daß Rohstoffverteuerungen und Zinssteigerungen auf den Weltmärkten auf die inländischen Preise und Zinsen durchschlagen; aber mittelbar werden die Wirtschaft und die Bevölkerung schließlich doch davon betroffen: Die Einfuhrverteuerung und die Erhöhung des äußeren Schuldendienstes führen zu einer Einschränkung der heimischen Güterversorgung, da zum Ausgleich der Zahlungsbilanz mehr Güter exportiert werden müssen und weniger Güter importiert werden können. In marktwirtschaftlich organisierten Ländern hingegen ist die Abschot-

tung im „Vorfeld" der Binnenwirtschaft solange nicht möglich, wie mit anderen Ländern feste Wechselkurse vereinbart werden — wie unter dem bis März 1973 geltenden Weltwährungssystem von Bretton Woods. Weltweite Preissteigerungen führen dann zu Steigerungen der Einfuhr- und Ausfuhrpreise, die unmittelbar auf das inländische Preisniveau durchschlagen. Die Notenbank kann zwar versuchen, durch eine Verknappung und Verteuerung des inländischen Geld- und Kreditangebots einen Druck auf das heimische Preisniveau auszuüben, doch dies gelingt nur unvollkommen. Denn die inländische Zinserhöhung lockt Kapitalimporte an, die Notenbank muß die Devisen gegen Zentralbankgeld kaufen, und dies wird zu einer inflatorischen Aufblähung des inländischen Geldvolumens führen. Dieser Kapitalimport wird dadurch verstärkt, daß Wirtschaft und Banken im Inland und im Ausland schließlich mit Wechselkursgewinnen bei der Anlage in inländischer Währung rechnen, da die Notenbank den bisherigen Wechselkurs nicht durchhalten werde. Dies war vor allem in der Zeit von 1970 bis zum Frühjahr 1973 der Fall: Die USA betrieben eine laxe Geld- und Währungspolitik, sie überschwemmten die übrige Welt mit Dollars und heizten damit die weltweite Inflation an. Die Bundesbank versuchte, mit Kapitalverkehrskontrollen den Kapital- und Devisenzustrom einzudämmen und auch mit restriktiven Maßnahmen die inländische Geldmengenexpansion zu bremsen; doch die Kapitalverkehrskontrollen wurden vielfach umgangen, und die kontraktiven Maßnahmen wurden durch neue Liquiditätszuflüsse aus dem Ausland überspielt. So konnte sich die Bundesrepublik der weltweiten Inflationswelle nicht entziehen. Von Herbst 1969 bis zum Frühjahr 1973 stieg der (mit den Anteilen am Außenhandel der Bundesrepublik gewogene) Index der Verbraucherpreise in elf anderen wichtigen Industrieländern mit einer Jahresrate von 6 vH; mit 5½ vH blieb die Teuerungsrate in der Bundesrepublik nur wenig dahinter zurück.

Das zunehmende Überangebot an Dollars hatte zur Folge, daß das System fester Wechselkurse immer mehr aufgeweicht wurde und schließlich zusammenbrach. Als konsequente Alternative wurde damals von mehreren Wissenschaftlern ein System absolut beweglicher Wechselkurse vorgeschlagen: Wenn die Notenbank nicht mehr zur Stützung der Wechselkurse Devisen zu kaufen oder zu verkaufen brauche, könne sie eine autonome stabilitäts- und wachstumsgerechte Geldpolitik betreiben; vor einer stärkeren Inflation im Ausland werde das Inland durch eine entsprechende Höherbewertung der eigenen Währung abgeschirmt. Tatsächlich kam es damals zu einem Kompromiß: Im März 1973 gaben die meisten westlichen Industrieländer den Kurs ihrer Währungen gegenüber dem US-Dollar frei, ohne freilich in der folgenden Zeit auf Interventionen zur Glättung der Wechselkursschwankungen zu verzichten. Gleichzeitig vereinbarten mehrere europäische Länder, untereinander feste Kursrelationen (mit gewissen Bandbreiten) beizubehalten. Der europäische Wechselkursverbund ist — wenn auch mit wechselnden Teilnehmern — bis heute aufrecht erhalten worden: zunächst in der Form des „Block-Floatens", von März 1979 an in der Form des Europäischen Währungssystems. Dabei wurde von Anfang an nach dem Prinzip verfahren: grundsätzlich feste, aber bei Bedarf, etwa bei größeren Inflationsunterschieden, anpassungsfähige Währungsparitäten.

Manche Hoffnung ist inzwischen enttäuscht worden. Nach wie vor hängt die Wirtschaft der Bundesrepublik in hohem Maße vom Wachstum, von der Konjunktur und von der Arbeitsmarktsituation in anderen Ländern ab. Auch die Abkoppelung der inländischen Zinsen von denen im Ausland — namentlich in den USA — ist weniger gelungen, als mancher erwartet hat. Zusätzliche Probleme wurden dadurch aufgeworfen, daß der Dollarkurs, der ja erheblich von den Erwartungen und der Stimmung auf den internationalen Finanzmärkten abhängt, häufig eine für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik unerwünschte Richtung einschlug.

Einem wichtigen Ziel allerdings kam man in der Bundesrepublik erheblich näher als unter dem System fester Wechselkurse: der Abkoppelung von der weltweiten Inflation. Während vom Frühjahr 1973 bis Ende 1984 der gewogene Index der Verbraucherpreise in elf anderen Industrieländern mit einer Jahresrate von 9 vH stieg, betrug die durchschnittliche Inflationsrate in der Bundesrepublik nur 4½ vH. Diese Rate ist zweifellos hoch, aber dabei sollte berücksichtigt werden, daß sie zum großen Teil den Einfluß von zwei drastischen Ölpreissteigerungen widerspiegelt. In der letzten Zeit jedenfalls ist in der Bundesrepublik das Ziel der Preisstabilität weitgehend erreicht worden.

6.2.1.2. DDR

Die Währung der DDR ist nicht konvertibel, und es gibt auch nicht „die" Zahlungsbilanz des Landes. Der internationale Zahlungsverkehr der DDR zerfällt vielmehr in zwei vollständig voneinander getrennte Abschnitte. Im Verkehr mit den RGW-Staaten, sie werden zusammen mit der VR China, Jugoslawien, Laos und Nord-Korea dem sog. Sozialistischen Währungsgebiet (SW) zugerechnet, wird in Transfer-Rubel (TRbl) verrechnet. Der TRbl ist eine nicht-konvertible Verrechnungswährung. Die Transaktionen mit den sozialistischen Nicht-RGW-Staaten werden entweder in Verrechnungsrubel oder in einer anderen Währung verrechnet. Die Währungen der RGW-Länder sind allerdings in einem Teilbereich außenwirtschaftlicher Transaktionen beschränkt gegeneinander austauschbar, nämlich bei den sog. nicht-kommerziellen Zahlungen („die nicht durch den Außenhandel und damit zusammenhängende Operationen bedingt sind"). Dafür wurden besondere Wechselkurse festgelegt, die den Kaufkraftparitäten der RGW-Währungen entsprechen sollen. Die auflaufenden Salden dieser nicht-kommerziellen Zahlungen (über deren Höhe allerdings keine Statistiken vorliegen) werden mit Hilfe eines speziellen Koeffizienten in TRbl umgerechnet und dann mit den kommerziellen Salden (bilateral) verrechnet. In diesem Rahmen muß die DDR ihre Leistungsbilanz mit jedem einzelnen Partnerland ausgleichen.

Der Zahlungsverkehr mit dem sog. Nicht-Sozialistischen Währungsgebiet (NSW) wird demgegenüber in westlichen Währungen, in erster Linie in US-Dollar, durchgeführt; hier spielt allerdings der innerdeutsche Zahlungsverkehr eine besondere Rolle (vgl. Abschnitt 7.1.1.). Außerdem unterhielt die DDR 1984 mit Finnland und sieben Ländern der Dritten Welt Clearing-Abkommen; Anzahl und Bedeutung dieser zweiseitigen Abkommen haben indes seit 1970 deutlich abgenommen (vgl. Übersicht 6.2.-1). Abgesehen von diesen Spezialfällen ist die DDR gegenüber dem NSW nicht gezwungen, ihre Leistungsbilanz jeweils bilateral auszugleichen.

In der DDR existieren vor diesem Hintergrund immer zwei Zahlungsbilanzen, eine in nicht-konvertiblen (weichen) und eine in konvertiblen (harten) Währungen. Anders als in der Bundesrepublik werden in der DDR allerdings keine statistischen Angaben über die bisherige Entwicklung dieser Bilanzen veröffentlicht. Abgesehen von Polen werden die finanziellen Beziehungen mit dem Ausland auch in den übrigen RGW-Staaten statistisch nicht ausgewiesen (lediglich in Rumänien und Ungarn, beide Staaten sind IMF-Mitglieder, wird die Zahlungsbilanz in harten Währungen publiziert). Aus diesem Grunde kann hier auch nicht auf die östlichen Partnerland-Statistiken zurückgegriffen werden. Über die finanziellen Transaktionen zwischen der DDR und ihren RGW-Partnern können deswegen — ausgehend von der Handelsbilanz — nur Vermutungen angestellt werden. Über die DDR-Geschäfte in harten Währungen liegen einige westliche Schätzungen vor. Ihre Qualität läßt sich indes nur schwer beurteilen, so daß auch hier alle Aussagen cum grano salis gelten.

Zahlungsbilanz in weicher Währung

Über die Leistungsbilanz der DDR gegenüber der UdSSR und den fünf europäischen RGW-Partnern lassen sich einige Rückschlüsse aus der Entwicklung der Handelssalden seit 1970 gewinnen (vgl. Anhangtabelle 6.2.-4).

Der Handel der DDR mit der Sowjetunion war in der ersten Hälfte der siebziger Jahre insgesamt ausgeglichen. Dies ist ein Hinweis darauf, daß der gesamte Leistungsaustausch zwischen beiden Volkswirtschaften gleichgewichtig gewesen sein dürfte. Denn die übrigen (unbekannten) Teilabschnitte der Leistungsbilanz dürften nicht groß genug gewesen sein, um das Gesamtergebnis wesentlich zu beeinflussen. Außerdem werden in diesem Verrechnungssystem Kredite in weicher Währung, weil es sich de facto um Warenkredite handelt, auch bereits in der Handelsbilanz erfaßt; die buchhalterische Gegenbuchung wird auf den Verrechnungskonten vorgenommen, die beide Länder bei der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ) unterhalten. Dies gilt auch für die sowjetischen Warenlieferungen (in unbekannter Höhe) zum Ausgleich der Stationierungskosten für die sowjetischen Truppen in der DDR; diese Form des Kostenausgleichs wurde 1959 vereinbart und dürfte bis heute gültig sein.

Übersicht 6.2.-1

Clearing-Abkommen der DDR mit Entwicklungsländern

	1970	*1976*	*1980*	*1984*
Ägypten	×	×	×	–
Bangladesch	–	×	×	×
Brasilien	×	×	×	×
Ecuador	–	×	×	×
Guinea	×	×	–	–
Indien	–	×	×	×
Iran	–	×	×	×
Kolumbien	×	×	×	–
Mali	×	×	–	–
Marokko	×	–	–	–
Pakistan	–	×	×	×
Sao Tomé	–	–	×	×
Sri Lanka	–	×	–	–
Sudan	×	–	–	–
Syrien	×	×	–	–
Uruguay	×	–	–	–
nachrichtlich: Anteil der Länder[1] mit jeweils gültigem Clearing-Abkommen am gesamten Außenhandelsumsatz (Ausfuhr plus Einfuhr) der DDR mit Entwicklungsländern in vH	50,1	48,7	29,1	39,5

[1] Soweit im Statistischen Jahrbuch der DDR ausgewiesen.
Quelle: International Monetary Fund (IMF).

Zahlungen in Rubel bzw. Mark gibt es nur bei den genannten nicht-kommerziellen Transaktionen (Tourismus, Studentenaustausch, Unterhalt des RGW-Sekretariats usw.); und nur in diesem Zusammenhang gibt es in der DDR überhaupt eine Devisenbilanz. In diesem Bereich dürfte die DDR 1971 bis 1975 einen geringen Ausgabenüberschuß gehabt haben.

Der Handel mit der UdSSR hat sich für die DDR seit 1976 erheblich verschlechtert. Für die Jahre 1976 bis 1984 errechnet sich ein DDR-Defizit von kumuliert 3 Mrd. TRbl (= 14 Mrd. VM). Ihre Leistungsbilanz gegenüber der Sowjetunion dürfte einen eher noch höheren Passivsaldo aufweisen, der durch einen entsprechenden sowjetischen Kredit ausgeglichen wurde. Der Anstieg dieses Fehlbetrags hat sich in den letzten Jahren indes deutlich abgeschwächt, das zeigt jedenfalls die sowjetische (Partnerland-)Statistik. Nach anderen Schätzungen konnte die DDR in den Jahren 1983 und 1984 im Handel mit der UdSSR sogar einen Exportüberschuß erzielen — ein Ergebnis, das mit den Beschlüssen des RGW-Gipfeltreffens vom Juni 1984 übereinstimmt.

Die Position der DDR wäre ungünstiger gewesen, hätte sie sich nicht durch „materielle Lieferungen und Leistungen" an sowjetischen Rohstoffinvestitionen beteiligt. Diese „naturalen" Investitionsbeteiligungen, sie wurden kreditiert und werden (einschließlich einer — allerdings sehr bescheidenen — Verzinsung) mit sowjetischen Rohstofflieferungen getilgt, hatten folgenden Umfang:

1970 bis 1975: 0,4 Mrd. TRbl,
1976 bis 1980: 0,9 Mrd. TRbl.

Damit entfielen knapp 7,5 vH der gesamten DDR-Exporte in die UdSSR in den Jahren 1976 bis 1980 auf Lieferungen im Rahmen dieser Beteiligungen (1970 bis 1975: 5 vH). Gemessen an den gesamten Investitionen der DDR in den Jahren 1976 bis 1980 waren es 2,5 vH. Diese besondere Form der bilateralen Zusammenarbeit mit der UdSSR (und überhaupt im RGW) wurde in den achtziger Jahren fortgesetzt, statistische Angaben darüber wurden allerdings nicht mehr publiziert.

Die Handelsbilanz der DDR gegenüber den fünf kleineren osteuropäischen RGW-Partnern wies in der gesamten Berichtsperiode einen Exportüberschuß aus (kumuliert 3,3 Mrd. TRbl). Dieser war anscheinend erforderlich, um den Fehlbetrag in den übrigen Abschnitten der Leistungsbilanz auszugleichen; das gilt ganz besonders im Verhältnis zu Polen (DDR-Exportüberschuß: 1,4 Mrd. TRbl). Allein der Ausgabenüberschuß in der Tourismus-Bilanz wird für die DDR auf rd. 2 Mrd. TRbl geschätzt. Hinzu kommt ein Defizit aus der Bilanz der Verkehrsleistungen von knapp 1 Mrd. TRbl. Davon ging der größte Betrag an Polen, durch das bisher der überwiegende Teil der zwischen der DDR und der UdSSR gehandelten Waren transportiert wurde. Hier wird die DDR ab Herbst 1986 eine Entlastung finden: Dann soll die Eisenbahnfähre zwischen Rügen (Mukran) und Klajpeda (Memel) in Betrieb genommen werden, auf der ab 1990 über 5 Mill. t Güter befördert werden sollen, das entspricht ca. zwei Drittel der gegenwärtig zwischen der DDR und der UdSSR auf dem Seeweg transportierten Gütermengen (in Polen rechnet man mit Mindereinnahmen von 20 vH). An Polen zahlt die DDR außerdem für jeden polnischen „Gastarbeiter" jährlich einen Betrag von 3 500 M (2 100 M Versicherung, 390 M Steuern, 1 000 M sonstiges); Anfang der achtziger Jahre wurde die Zahl der polnischen Arbeiter auf 22 000 geschätzt, so daß diese Überweisungen etwa 75,5 Mill. M (ca. 12,5 Mill. TRbl) ausgemacht haben dürften. In dieselbe Kategorie fällt die DDR-Hilfe an das östliche Nachbarland in den Jahren 1980 bis 1982: Es handelte sich dabei um „Valuta-Güter" im Werte von 300 Mill. M (ca. 53,5 Mill. TRbl), um Warenhilfe für die polnische Bevölkerung (75 Mill. TRbl) und schließlich — alles nach DDR-Angaben — um „unentgeltliche Hilfe in freikonvertierbarer Währung in Höhe von 250 Mill. VM" (= 82 Mill. US-$).

Zahlungsbilanz in harter Währung

Der Handel der DDR mit Hartwährungs-Ländern war in den siebziger Jahren (ebenso wie der Westhandel aller übrigen RGW-Staaten) durch einen wachsenden Einfuhrüberschuß gekennzeichnet. Der kumulierte Passivsaldo der Handelsbilanz gegenüber den westlichen Industrieländern ist von 0,3 Mrd. (1970) auf 11,7 Mrd. US-$ (1980 und 1981), d.h. auf das vierzigfache gestiegen (vgl. Anhangtabelle 6.2.-5). Im Handel mit den Entwicklungsländern wies die DDR-Bilanz in diesen Jahren demgegenüber nur ein leichtes Defizit aus. Die Wende ist 1982 eingetreten: Seither wurde der kumulierte Importüberschuß gegenüber dem industrialisierten Westen um knapp 2 Mrd. US-$ reduziert, und im Handel mit der Dritten Welt wurde ein kumulierter Exportüberschuß von ebenfalls 2 Mrd. US-$ aufgebaut.

Von dieser Entwicklung wurde die Leistungsbilanz der DDR in harter Währung geprägt. Die UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) hat darüber — allerdings grobe — Schätzungen vorgelegt (vgl. Übersicht 6.2.-2).

Bei dieser Schätzung fällt insbesondere der unverändert hohe Saldo der Dienstleistungen und Übertragungen ins Auge. Hierin dürften auch die Zahlungen aus der Bundesrepublik an die DDR enthalten sein. Sie werden für die gesamte Berichtsperiode auf einen Betrag von 9,2 Mrd. DM geschätzt (= 4,5 Mrd. US-$); in diesem Betrag sind allerdings die Gewinne aus den Intershop-Läden und die Einnahmen aus dem Genex-Geschenkdienst nicht enthalten (vgl. Abschnitt 7.1.4.).

Übersicht 6.2.-2

Bilanzsalden der DDR
in Mrd. US-$

	Saldo der Leistungsbilanz	Saldo der Handelsbilanz	Saldo der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanzen	Saldo der Kapitalertragsbilanz
1979	−1,4	−1,8	+1,2	−0,8
1980	−1,8	−1,7	+1,1	−1,2
1981	−0,4	+0,2	+1,1	−1,7
1982	+1,2	+1,5	+1,1	−1,4
1983	+1,4	+1,3	+1,1	−1,0
1984	+1,3	+1,0	+1,2	−0,9

Der DDR ist es in den Jahren 1970 bis 1981 gelungen, Kredite auf den westlichen Finanzmärkten aufzunehmen, um ihre Leistungsbilanzdefizite finanzieren zu können. Die genannten Verbindlichkeiten der DDR erhöhten sich danach von 7,7 Mrd. im Jahre 1977 auf 13,9 Mrd. US-$ im Jahre 1981; dem standen damals eigene Guthaben bei westlichen Geschäftsbanken von 0,9 Mrd. bzw. 2,2 Mrd. US-$ gegenüber (vgl. Anhangtabelle 6.2.-6). Die DDR hat dann ihre Leistungsbilanzüberschüsse seit 1982 weniger zur Kredittilgung, sondern vielmehr zur Aufstockung der Guthaben verwendet, so daß sich ihre Nettoverschul-

dung von 1981 bis 1984 um knapp 5 Mrd. auf 6,8 Mrd. US-$ verringert hat. Bei der Interpretation dieser Zahlen ist indes stets zu beachten, daß dieses Ergebnis durch die seinerzeitige Aufwertung des US-$ (die DM verlor z. B. gegenüber dem US-$ von 1981 bis 1984 fast ein Viertel ihres Werts) für die DDR (in einem unbekannten Ausmaß) „verschönert" wird.

Im Handel mit der Dritten Welt ist der kumulierte Exportüberschuß von 2 Mrd. US-$ (1981 bis 1984) nicht mit Deviseneinnahmen identisch; ein Teil davon mußte zur Finanzierung der (bilateralen) Entwicklungshilfe verwendet werden.

Die erfolgreiche Zahlungsbilanzpolitik der letzten Jahre ist sicherlich eine Reaktion auf die außerordentlich prekäre Liquiditätslage zu Beginn der achtziger Jahre („Liquidität geht vor Rentabilität"). Diese Politik wurde dadurch erleichtert, daß die Zinsbelastung gesunken ist (die jährlichen Zinszahlungen sind von 1,6 Mrd. US-$ im Jahre 1981 auf 0,6 Mrd. US-$ im Jahre 1984 zurückgegangen) und die DDR wieder als gute Adresse auf den internationalen Finanzmärkten gilt. Hierzu hat auch die Bundesregierung beigetragen, indem sie im Juli 1983 für einen Euromarkt-Kredit an die DDR in Höhe von 1 Mrd. DM eine Garantieerklärung abgegeben hat (dem Vernehmen nach hat die DDR als Sicherheit dafür ihre vertraglichen Ansprüche auf Zahlung der Transitpauschale abgetreten).

6.2.2. Entwicklungshilfe

Terminologie

Der Begriff „Entwicklungshilfe" bezeichnet in der Bundesrepublik (und in den anderen 16 Mitgliedsländern des Entwicklungshilfeausschusses der OECD) die Gesamtheit der Leistungen im Rahmen der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit, die Ländern der „Dritten Welt" zu vergünstigten Bedingungen im nicht-militärischen Bereich zufließen. Es handelt sich dabei überwiegend um öffentliche Mittel, die von privaten ergänzt werden. Die Begriffe „Entwicklungsländer" und „Dritte Welt" werden weitgehend synonym benutzt.

In der DDR (wie auch in der UdSSR) wird der Ausdruck „sozialistische Hilfe" bevorzugt, um sich so gegen die angeblich in Wesen und Zielsetzung grundverschiedene Entwicklungshilfe abzugrenzen[2]. Er schließt alle Formen der Unterstützung von Entwicklungsländern ein, also auch Militärhilfe. Darüber hinaus werden auch die „zum gegenseitigen Vorteil"[3] gestalteten Handelsbeziehungen mit ihren angeblich anderen, besonders fortschrittlichen Formen der internationalen Arbeitsteilung einbezogen.

Entwicklungshilfe ist nach östlichem Verständnis ohnehin ein politisch-moralisch determinierter Transfer, zu dem allein die westlichen Industrieländer im Hinblick auf ihre historische Verantwortung für koloniale Ausbeutung und die derzeitige Unterentwicklung dieser Länder verpflichtet seien.

Motive und Konzepte der Entwicklungspolitik

Beide deutsche Staaten sind auf entwicklungspolitischem Gebiet engagiert und streichen ihre jeweilige Rolle bei der Förderung der politischen Emanzipation und der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Länder der Dritten Welt heraus. Sowohl der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik als auch derjenigen der DDR liegen im Prinzip dieselben Motive, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht, zugrunde: Keiner Seite können humanitäre Beweggründe abgesprochen werden; (außen-)politische Erwägungen haben zweifellos bei der DDR einen höheren Rang. Ökonomischen Gründen wuchs auf beiden Seiten im Laufe der Zeit ein höherer Stellenwert zu.

Die beiden deutschen Staaten folgen deutlich unterschiedlichen Konzepten in ihrer Hilfepolitik. Das westliche Konzept geht davon aus, daß im Wege der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung die Partnerländer in die Lage versetzt werden, das materielle Lebensniveau schließlich aus eigener Kraft zu heben und sich dem Weltmarkt zu öffnen. Darüber hinaus ist die Beseitigung von Engpässen und Schwachstellen im Bereich der Sozialentwicklung zu unterstützen. Bei der DDR geht es darum, gezielt jene Länder zu fördern, die einen Weg der sozialistischen Entwicklung eingeschlagen haben, und darum, diesen Weg mit der Entwicklungshilfe abzusichern.

Volumen

Die Hilfe aus West und Ost läßt sich nicht ohne weiteres vergleichen. Die DDR widersetzt sich einem detaillierten quantitativen Vergleich, weil damit grundverschiedene Charakteristika verdeckt würden[4]. Hier wird ein wesentlicher Unterschied deutlich: Während die Bundesrepublik in das ausführliche Berichtssystem der OECD eingebunden ist — und ihre Angaben über Entwicklungshilfeleistungen im zweijährigen Rhythmus von zwei anderen Industrieländern überprüft werden —, sind die offiziellen Verlautbarungen auf östlicher Seite unregelmäßig und spärlich. Vergleichsweise detailliert sind nur die Angaben über die mit Ländern der Dritten Welt abgeschlossenen Handels- und Kooperationsabkommen, mit denen freilich nur der formale Rahmen abgesteckt ist, in dem sich die entwicklungspolitische Zusammenarbeit abspielt.

Im Berichtszeitraum hat die Bundesrepublik die Mittel für die öffentliche (finanzielle und technische) Entwicklungszusammenarbeit, das sind Zuschüsse und Kredite sowie sonstige Kapitalleistungen zu Vorzugsbedingungen, erheblich angehoben. Nach relativ bescheidenen Steigerungen Anfang der siebziger Jahre haben sich die Nettoauszahlungen (effektive Leistungen abzüglich Rückzahlung früherer Kredite) von 1975 bis 1983 nahezu verdoppelt. Das Rekordniveau von 8,1 Mrd. DM (1983) konnte, bei erheblichen Tilgungsleistungen, knapp gehalten werden (1984: 7,9 Mrd. DM[5]).

Die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ; zuvor „Kapitalhilfe") ist vom Umfang her das bedeutendste Instrument der bilateralen entwicklungspolitischen Zusam-

Übersicht 6.2.-3

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
Nettoauszahlungen in Mrd. DM

Jahr	bi-lateral	multi-lateral	ins-gesamt	davon:	
				FZ	TZ
1970	1,7	0,5	2,2	1,5	0,7
1975	2,8	1,3	4,2	3,0	1,2
1976	2,6	1,4	4,0	2,9	1,1
1980	4,2	2,3	6,5	4,7	1,8
1981	5,1	2,1	7,2	5,2	2,0
1982	5,5	2,1	7,6	5,5	2,1
1983	5,4	2,7	8,1	6,0	2,1
1984	5,3	2,6	7,9	5,4	2,5

Quellen: Sechster Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung. In: Bundestags-Drucksache 10/3028, S. 121. — BMZ-aktuell: Deutsche Entwicklungspolitik im Jahre 1984. September 1985, S. 45.

menarbeit. Finanziert werden Anlageinvestitionen und Sachgüter im Bereich der Infrastruktur und der Produktion. Die FZ besteht zum überwiegenden Teil aus Darlehen, zum geringeren Teil aus nicht-rückzahlbaren Zuschüssen.

Mit der Technischen Zusammenarbeit (TZ) wird das Ziel verfolgt, „technische, wirtschaftliche und organisatorische Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln sowie die Voraussetzung für ihre Anwendung zu verbessern"[6]. Technische Hilfe ist unentgeltlich und besteht insbesondere in der Entsendung von Fachkräften, Lieferung von Sachgütern und sonstigen Dienst- und Werkleistungen (z. B. Beratung, Studien). Über viele Jahre hinweg betrug der TZ-Anteil gut ein Viertel der Auszahlungen, zuletzt (1984) lag er bei knapp einem Drittel.

Zu diesen öffentlichen Mitteln kommen nicht unerhebliche Beträge nicht-staatlicher Organisationen hinzu, die entweder mit selbständigen Programmen in Entwicklungsländern engagiert sind oder deren Entwicklungsarbeit von staatlicher Seite finanziell unterstützt wird. Dazu zählen die Kirchen, die politischen Stiftungen, Gewerkschaften, Verbände sowie Träger, die langjährige Erfahrungen in Ländern der Dritten Welt haben. Darüber hinaus gibt es nicht-staatliche Organisationen, die speziell für entwicklungspolitische Aufgaben geschaffen wurden bzw. die mit der Durchführung von Maßnahmen betraut werden. Allein seit 1975 hat sich die private Entwicklungshilfe etwa vervierfacht. Die Zuwendungen aus Eigenmitteln dieser Organisationen und die Spenden Privater haben 1983 eine Höhe von knapp einer Milliarde DM erreicht; 1984 waren es sogar 1,1 Mrd. DM.

Zum Umfang wie auch zur Aufteilung nach Hauptbestandteilen liegen keine vergleichbaren Informationen über das Hilfeprogramm der DDR vor. Es gibt — dies gilt im übrigen für alle RGW-Länder — nur sporadische und Teilbereiche betreffende Verlautbarungen, die kein konsistentes Gesamtbild ergeben. Hier ist man auf westliche Schätzungen (OECD, NATO, US-State Department) angewiesen[7]. Allerdings hat auch die DDR, dem sowjetischen Vorgehen folgend, in der Vollversammlung der Vereinten Nationen und im Rahmen von UNCTAD-VI Zahlen zum Volumen ihrer Hilfe genannt. Nach diesen Angaben hat sich die Unterstützung von Entwicklungsländern und Befreiungsbewegungen in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

	1981	1982	1983	1984
Materielle und finanzielle DDR-Hilfe (in Mrd. Mark)	1,53	1,59	1,66	1,82

Quellen: H. Ott, UN-General Assembly, 37. session, A/C.2/37.5 (21. 10. 1982); H. Sölle, UN-Conference on Trade and Development, 6. session, Belgrad, TD/304 (14. 6. 1983); H. Ott, UN-General Assembly, 39. session, A/C.2/39/4 (5. 10. 1984) sowie 40. session, A/C.2/40/2 (3. 10. 1985).

Darüber, wie sich diese Beträge aufgliedern und inwieweit sie international vergleichbar sind, ist nichts Näheres bekannt. Folgt man den Angaben der OECD, haben sich die Hilfeleistungen der DDR — eingestuft nach den Kriterien des Entwicklungshilfeausschusses und umgerechnet auf Dollarbasis — in der Zeitspanne von 1970 bis 1983 auf knapp 200 Mill. US-$ p.a. verdoppelt. Grob verglichen belief sich demnach die Hilfe der DDR auf ein Zwanzigstel des Betrages, der für die Bundesrepublik ausgewiesen ist. Vergleicht man auf dieser Basis beide deutsche Staaten, so lag der Finanzierungsbeitrag zu den Mitteln, die den Entwicklungsländern aus weltweiter externer Hilfe zuflossen, für die Bundesrepublik in der Berichtsperiode bei etwa 8 vH, für die DDR etwas unter 0,5 vH. — Der privaten Hilfe im Westen entsprechen auf östlicher Seite die Geld- und Sachspenden des FDGB, des Roten Kreuzes und des Solidaritätskomitees. Vermutlich sind diese Leistungen in den bereits genannten Beträgen enthalten.

UNO-Ziel

Die Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1981—1990) fordert von jedem entwickelten Land, daß seine öffentliche Entwicklungshilfe

- möglichst bis 1985, auf keinen Fall aber später als in der zweiten Hälfte der Dekade, 0,7 vH des Bruttosozialprodukts (BSP) erreicht,
- sobald wie möglich danach auf ein Prozent des BSP ansteigt.

Die Bundesregierung hat das 0,7 vH-Ziel für die ‚Entwicklungsabgabe' anerkannt; sie lehnt es jedoch ab, sich dabei zeitlich festzulegen. Von seiten der DDR wird zwar jeder Anspruch auf Entwicklungshilfe abgewehrt; seit den Mitteilungen in der UNO wird dieses Ziel aber nicht mehr ausdrücklich zurückgewiesen.

Gemäß eigener Verlautbarungen habe die Hilfe der DDR einen Umfang erreicht, der — bezogen auf das „Nationaleinkommen" — 1981 bei 0,78, 1982 und 1983 jeweils bei 0,79 gelegen und sich 1984 auf 0,82 vH erhöht habe[8]. Bei Umstellung auf das Meßkonzept „Bruttosozialprodukt" — hier gibt es Unterschiede vor allem bei der Zurechnung der Dienstleistungen — kämen Werte zustande (rund 0,6 vH), die über denen der Bundesrepublik (1984: 0,45 vH) und einiger anderer westlicher Industrieländer lägen[9]. Freilich ist nicht erkennbar, wie sich die genannte Verhältniszahl zusammensetzt, also ob dabei Tilgungsleistungen aus früheren Krediten berücksichtigt wurden und ob es sich um realisierte Beträge oder Zusagen handelt.

Ein gänzlich anderes Bild kommt nach den Berechnungen der OECD, auch unter Einschluß der Hilfe an ökonomisch rückständigere RGW-Mitglieder, zustande[10]. Danach hat sich die Kennzahl aus Entwicklungshilfe und BSP für beide deutsche Staaten im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt:

Übersicht 6.2.-4

Verhältnis von Entwicklungshilfe[1] und Bruttosozialprodukt in vH

	Bundesrepublik Deutschland	DDR
1970	0,33	0,08
1975	0,40	0,06
1980	0,44	0,15
1981	0,47	0,17
1982	0,48	0,15
1983	0,48	0,12
1984	0,45	.

[1] Nettoauszahlungen.

Quelle: OECD (Hrsg.): Development Co-operation (Chairman's Report), 1984 Review (op. cit.), S. 210 in Verbindung mit dem Entwurf des Berichts für 1985, DAC (85)19 (6. 9. 1985).

Selbst wenn man die DDR-Werte für die Jahre von 1981 an etwas nach oben korrigiert — dies war das generelle Ergebnis der Revision, die die OECD für die RGW-Hilfe 1984 vorgenommen hat[11] —, erreicht die Belastung der eigenen Wirtschaft im Falle der DDR, trotz einer Steigerung im untersuchten Zeitraum, kaum mehr als ein Drittel des Vergleichswerts für die Bundesrepublik.

Die Abweichung zwischen den DDR-Angaben und den Schätzwerten der OECD erklärt die OECD im wesentlichen damit, daß folgende Positionen — wie auch im Berichtssystem der westlichen Länder — nicht enthalten sind: Preissubventionen (im Handel mit Kuba und Vietnam), günstige Frachtraten sowie die Differenz der Kosten der entsandten Experten und gewährten Stipendien je nachdem, ob sie nach den Kalkulationssätzen der UNO oder gemäß den tatsächlichen Kosten der Geberländer bewertet werden.

Regionale Schwerpunkte der Entwicklungshilfe

Der konzeptionelle Ansatz bei der geographischen Verteilung von Entwicklungshilfe ist auf beiden Seiten grundverschieden. Die Bundesrepublik stellt mit ihrem entwicklungspolitischen Programm vornehmlich auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen, Bekämpfung der absoluten Armut und die Förderung der besseren Entwicklung des ländlichen Raums ab. Als Ziel verbindet sich damit seit Mitte der siebziger Jahre die vorrangige Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) und der durch die sogenannten weltwirtschaftlichen Veränderungen am meisten betroffenen Länder (MSAC). Ökonomisch relativ weit fortgeschrittene Länder (Schwellenländer) sollen hingegen aus der öffentlichen Förderung mit vergünstigten Mitteln entlassen werden; hier sei Platz für privatwirtschaftliches Engagement. Die Wirklichkeit wird diesem Anspruch nicht voll gerecht, weil einmal natürlich auch der „mittleren" Empfängergruppe durch langfristig angelegte Vorhaben weiterhin Mittel zufließen (z. B. Indien, Türkei), zum anderen die Deckung von Grundbedürfnissen in den letzten Jahren durch neue inhaltliche Schwerpunkte ergänzt wurde. Die Bundesrepublik pflegt traditionell mit einer großen Zahl von Ländern der Dritten Welt die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. 1982 waren es 144, im Jahre 1985 129 Entwicklungsländer, die aus Mitteln des BMZ-Haushalts gefördert wurden.

Die Vergabepraxis der DDR ist hingegen dadurch gekennzeichnet, daß sie sich (wie bei ihren Handelsbeziehungen[12]) bei ihren Hilfeleistungen auf nur wenige Länder konzentriert. Dies sind vor allem sogenannte sozialistische oder sozialistisch orientierte Entwicklungländer. Die Hilfemaßnahmen der DDR, die über die Unterstützung der RGW-Mitglieder Kuba, Mongolei und Vietnam hinausgehen, sind schwerpunktmäßig auf Länder in Afrika und im Nahen Osten ausgerichtet. Insbesondere ist das Engagement in Angola und Mosambik sowie in Äthiopien und einigen arabischen Ländern zu nennen. Während bei der Bundesrepublik entwicklungsstandorientierte Kriterien dominieren, ist die Länderauswahl auf Seiten der DDR Ausdruck politischer Prioritäten.

Multilaterale Hilfe

Die Aufteilung der Hilfeleistungen an die Dritte Welt auf bilaterale und multilaterale Vergabe zeigt signifikante Unterschiede zwischen West und Ost: Die Bundesrepublik unterstützt seit Jahren mit knapp 30 vH ihrer öffentlichen Mittel die Hilfeprogramme internationaler Organisationen, während bei der DDR — trotz ihres deutlich verstärkten politischen Engagements im Rahmen der Vereinten Nationen — der multilateral vergebene Anteil quantitativ weiterhin praktisch bedeutungslos ist. Die bisherigen DDR-Beiträge zur Finanzierung des UN-Entwicklungsprogramms belaufen sich, kumuliert, per 1985 auf rd. 9 Mrd. US-$[13]. Demgegenüber steuerte die Bundesrepublik bislang 266 Mrd. US-$ bei[14].

Bei den sonstigen Entwicklungsfonds und -programmen der Vereinten Nationen (UNICEF, Habitat, UNI-

TAR, etc.) konzentriert sich die DDR auf das Kinderhilfswerk der UNICEF und den Industrieentwicklungs-Fonds. Die Bundesrepublik ist hingegen bei der Unterstützung einer ganzen Reihe von Programmen finanziell engagiert. Den gesamten DDR-Beiträgen für entwicklungsorientierte UN-Programme in Höhe von jeweils etwas über eine Million US-$ in den Jahren 1982 und 1983 standen 73 bzw. 70 Mill. US-$ auf seiten der Bundesrepublik gegenüber[15]. Sie leistet außerdem Beiträge zum Weltnahrungsmittelprogramm (WFP), für den Agrarentwicklungsfonds (IFAD) sowie für die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA).

Fußnoten

1 Sie umfaßt die Veränderungen der finanziellen Aktiva (vor allem: Bargeld, Bankguthaben, Ansprüche an Versicherungen, Wertpapiere, Direktkredite) und der finanziellen Passiva (vor allem: Verbindlichkeiten) der volkswirtschaftlichen Sektoren.

2 Faulwetter H./Liebscher G.: Zum unüberbrückbaren Gegensatz zwischen „Entwicklungshilfe" und sozialistischer Hilfe für Entwicklungsländer. In: Asien, Afrika, Lateinamerika. Zeitschrift des Zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR. Berlin (Ost). Akademie Verlag. Heft 4/1981, S. 593-601, hier: S. 597 und 600.

3 Brock L./Spanger H.-J.: Konflikt und Kooperation — Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. In: Die beiden deutschen Staaten im Ost-West-Verhältnis. Fünfzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 1.—4. Juni 1982. Edition Deutschland Archiv. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. S. 108-123, hier: S. 111. — Vgl. auch Scharschmidt G./Spröte W.: DDR an der Seite der Entwicklungsländer im Kampf um demokratische Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. In: IPW-Berichte. Hrsg.: Institut für internationale Politik und Wirtschaft. Berlin (Ost). Staatsverlag der DDR. Heft 9/1984, S. 16-22 sowie 38, hier: S. 20 und 22.

4 Zinger H.: „Entwicklungshilfe" oder Unterstützung der Entwicklungsländer. In: Deutsche Außenpolitik. Hrsg.: Institut für internationale Beziehungen. Berlin (Ost). VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften. Heft 1/1978, S. 108-118, hier: S. 112.

5 BMZ, Deutsche Entwicklungspolitik im Jahre 1984; Memorandum der Bundesregierung zur DAC-Jahresprüfung 1985/86 (September 1985), Tabelle 1.

6 BMZ, Journalisten-Handbuch, Entwicklungspolitik 1985, Bonn 1985, S. 153.

7 Zur Abgrenzungsproblematik vgl. Machowski H./Schultz S.: RGW-Staaten und Dritte Welt — Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklungshilfe; Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Band 18. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn, November 1981, S. 35f.

8 S. Quellenangaben zu der Texttabelle über die absolute Höhe der DDR-Hilfe.

9 Zu den methodischen Bedenken bei derartigen Vergleichen s. auch Machowski/Schultz, a. a. O., S. 45. — Eine — wie es heißt, unabhängige — englische Studie, die die Entwicklungshilfe von RGW-Ländern untersucht hat, kommt zu wesentlich niedrigeren vH-Sätzen, die sich voll mit den OECD-Angaben decken. Vgl. UK/Foreign and Commonwealth Office (Hrsg.): Soviet, East European and Western development aid 1976-82. Foreign Policy Document No. 85. London 1983, S. 1 und 7f.

10 Für die Umrechnung bedient sich die OECD der Weltbank-Schätzungen für das BSP der RGW-Länder.

11 Seither wird auch die RGW-Hilfe an die Mongolei in die Zahlenangaben aufgenommen.

12 Vgl. Schultz S. (Bearb.): Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu Entwicklungsländern. In: Wochenbericht des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 51—52/1985.

13 Selbst eine Reihe von Entwicklungsländern hat höhere UNDP-Beiträge zur Verfügung gestellt. Dazu zählen — neben einigen OPEC-Ländern — Indien, Pakistan, Argentinien, Mexiko, China, Philippinen, Thailand und Ägypten. Die DDR-Beiträge entsprechen etwa den Leistungen des Irak bzw. der Hälfte dessen, was allein Mexiko bislang beigesteuert hat.

14 UNDP, „Generation", Portrait of the United Nations Development Programme. New York 1985, S. 71.

15 UN-General Assembly, 39. session, Operational Activities for Development, A/39/417 (18. 9. 1984), S. 52f.

7. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

Zusammenfassung

Der innerdeutsche Handel ist ein wesentliches Element der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. In den siebziger und achtziger Jahren haben sich die rechtlichen und institutionellen Grundlagen sowie die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Prinzip nicht geändert. Auch nach Abschluß des Grundlagenvertrages wird der Wirtschaftsverkehr mit der DDR von der Bundesrepublik Deutschland nicht als Außenhandel gesehen, er unterliegt weiterhin einem Sonderstatus.

Der Umsatz im Warenverkehr zwischen beiden deutschen Staaten hat in den siebziger und achtziger Jahren nominal stark expandiert. Da jedoch hohe Preissteigerungen zu verzeichnen waren, hat er real mit 3 vH p.a. nur bescheiden zugenommen. In den siebziger Jahren hat es eine Verbesserung der Terms of Trade zugunsten der DDR gegeben. Die Warenstruktur des innerdeutschen Handels ist dem Entwicklungsniveau beider Volkswirtschaften keineswegs angemessen. Das kommt insbesondere in dem großen Gewicht des Bereichs Grundstoffe und Produktionsgüter zum Ausdruck.

Positive Akzente hat es in den siebziger und achtziger Jahren im innerdeutschen Handel insofern gegeben, als die Formen des Leistungsaustausches — durch Großanlagengeschäfte, Gestattungsproduktion und Drittlandkooperation — vielfältiger und differenzierter geworden sind.

Sehr dynamisch haben sich die über den innerdeutschen Handel hinausgehenden wirtschaftlichen Transaktionen entwickelt. Insbesondere haben die Zahlungen aus dem Bundeshaushalt (für Transitpauschale und Investitionen im Berlin-Verkehr) im Zuge der Vertragspolitik der sozial-liberalen Koalition expandiert. Eine in den siebziger Jahren gelockerte Devisengesetzgebung der DDR führte zu erhöhten Intershop-Verkäufen. Neben den gestiegenen DM-Bartransfers von Privaten an Private hat der traditionelle Warentransfer über den Paket- und Päckchenverkehr einen gewissen lebensstandardfördernden Effekt. Ein neues Instrument in der Deutschlandpolitik und in den Wirtschaftsbeziehungen zur DDR sind die Milliardenkredite vom Juli 1983 und Juli 1984.

Inhalt Seite

7.1. Innerdeutscher Handel 627

7.1.1. Grundlagen, Rahmenbedingungen 627

7.1.2. Entwicklung 628

7.1.3. Wirtschaftliche Bedeutung und Warenstruktur 630

7.1.4. Besondere Formen des Leistungsaustauschs 632

7.2. Sonstige Wirtschaftsbeziehungen 633

Fußnoten und Literaturhinweise zu 7. 634

7.1. Innerdeutscher Handel

7.1.1. Grundlagen, Rahmenbedingungen

In den siebziger und achtziger Jahren haben sich für den innerdeutschen Handel die rechtlichen und institutionellen Grundlagen sowie die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Prinzip nicht geändert:

- Die rechtliche Basis ist — im Gegensatz zum liberalen Außenwirtschaftsgesetz der Bundesrepublik Deutschland — alliiertes Besatzungsrecht (Militärregierungsgesetz Nr. 53) mit seinen dirigistischen Grundzügen.
- Vertragliche Grundlage bleibt das Berliner Abkommen von 1951 (gültig in der Fassung vom 16. August 1960). Es wurde mit der Währungsgebietsklausel geschlossen. Das hat u. a. zur Folge, daß Berlin automatisch einbezogen ist. Darüber hinaus ist vereinbart, „daß von den Lieferungen und Bezügen ein angemessener Teil auf die Wirtschaft Berlins entfallen wird".
- Die administrative Betreuung unterliegt auf der Westseite dem Bundeswirtschaftsministerium bzw. der ihm nachgeordneten Treuhandstelle für Industrie und Handel (bis Ende 1981: Treuhandstelle für den Interzonenhandel), auf der Ostseite dem Ministerium für Außenhandel.
- Der Güteraustausch ist ein bilateraler Handel mit Verrechnungsverkehr auf der Grundlage von „Verrechnungseinheiten" (VE). Ihrem Werte nach entsprechen sie der D-Mark. Im Gegensatz zu sonst im Westhandel verdienten Devisen kann die DDR die VE nur im innerdeutschen Handel verwenden. Preisbasis ist für Lieferungen und Bezüge das westdeutsche Preisniveau.
- In der Sicht der Bundesrepublik Deutschland wird die DDR auch nach der staatlichen Anerkennung nicht als Ausland betrachtet. Dementsprechend wird der Handel mit der DDR nicht als Außenhandel angesehen. Daraus folgt der Sonderstatus für den innerdeutschen Handel, der sich vor allem in der Zoll- und Abschöpfungsbefreiung für DDR-Produkte manifestiert. Auf der anderen Seite dürfen — anders als bei Agrarexporten in Drittländer — für Lieferungen in die DDR[1] keine Ausfuhrerstattungen gezahlt werden. Außerdem gibt es spezifische Umsatzsteuerregelungen, die von den für den Außenhandel der Bundesrepublik geltenden abweichen (Besteuerung der Lieferungen, verminderte Mehrwertsteuersätze bei den Bezügen). In der DDR wird der Handel mit der Bundesrepublik und Berlin (West) seit den sechziger Jahren als Außenhandel angesehen[2].
- Der Sonderstatus des innerdeutschen Handels ist auch international abgesichert, z. B. im Sonderprotokoll der Römischen Verträge, die handelspolitische Kompetenz liegt weiterhin bei der Bundesregierung. Sie ist also nicht wie im Außenhandel auf die EG übergegangen.
- Für die Bundesregierung ist der innerdeutsche Handel vor allem aus politischen Gründen von Interesse. Die DDR ist dagegen vor allem aus ökonomischen Gründen an dem Wirtschaftsverkehr mit der Bundesrepublik interessiert.
- Das Hauptproblem des Westhandels der DDR besteht darin, daß einem immensen Importbedarf nur eine beschränkte Exportfähigkeit gegenübersteht. Das gilt auch für den Handel mit der Bundesrepublik. Die Expansionsfähigkeit dieses Güteraustausches wird daher von der Leistungskraft der DDR, des wirtschaftlich schwächeren Partners, bestimmt.
- Der innerdeutsche Handel ist in die gesamten Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten eingebettet. Das allgemeine Interesse an diesem Güteraustausch übersteigt bei weitem seine wirtschaftliche Bedeutung. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten waren in der Vergangenheit weniger Schwankungen unterworfen als die politischen. Der innerdeutsche Handel ist nach Ansicht beider Regierungen ein wesentliches Element der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

Unabhängig von diesen Grundtatbeständen waren für den innerdeutschen Handel im Berichtszeitraum vor allem der Abschluß des Grundlagenvertrags (am 21. Dezember 1972) und mehrere neue Swingregelungen bemerkenswert.

Mit dem Grundlagenvertrag erhielt der innerdeutsche Handel keine neue vertragliche Grundlage, die bestehende wurde vielmehr in das Vertragswerk der Gesamtbeziehungen eingebracht. Das Berliner Abkommen, in dem u. a. die Einbeziehung der ehemaligen Reichshauptstadt in diesen Güteraustausch festgelegt ist, wurde Bestandteil des Grundlagenvertrags. Im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 heißt es in Ziffer 1: „Der Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wird auf der Grundlage der bestehenden Abkommen abgewickelt." Überdies bekunden beide Seiten ihre Absicht, „. . . eine kontinuierliche Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern, überholte Regelungen anzupassen und die Struktur des Handels zu verbessern." Damit endete die Periode der isoliert-vertraglichen Regelung für den innerdeutschen Handel.

Für den Swing, den zinslosen Überziehungskredit, war Ende 1968 eine Dynamisierung vereinbart worden. Hiernach betrug der Kreditrahmen jeweils 25 vH der Lieferungen der DDR im vorausgegangenen Jahr. Diese Regelung galt von 1969 bis Ende 1975. Danach folgte wieder ein festes Kreditlimit (850 Mill. VE von Anfang 1976 bis Ende 1982). Die damals auslaufende

Swingvereinbarung wurde beim Treffen von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Generalsekretär Erich Honecker Ende 1981 am Werbellinsee um ein halbes Jahr verlängert, in der Hoffnung, die DDR würde Zugeständnisse im innerdeutschen Besuchsverkehr machen. Als dies abermals nicht geschah, wurde am 18. Juni 1982 eine schrittweise Reduzierung auf 600 Mill. VE bis 1985 festlegt; siehe Anhangtabelle 7.-1.

Inzwischen ist der Swing faktisch fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Zur Zeit der Dynamisierung hatte er zeitweise die Rolle eines Impulsgebers für den innerdeutschen Handel gespielt. Gemessen an den Warenbezügen aus der DDR hatte der in Anspruch genommene Swing Anfang bis Mitte der siebziger Jahre noch einen Anteil von 20 vH; 1985 waren es nur noch 2 vH. Ähnlich verminderte sich der Anteil des Swing an der Gesamtheit der Verbindlichkeiten, dem kumulierten Saldo (1975: 30 vH und 1985: 5 vH); vgl. Anhangtabelle 7.-1. Beigetragen zu dieser Entwicklung hat allerdings auch die Tatsache, daß die DDR den ihr eingeräumten Kreditrahmen in den letzten Jahren immer weniger genutzt hat. Die letzte, für die Jahre 1986 bis 1990 getroffene Vereinbarung sieht wieder einen Swing von 850 Mill. VE vor. Das bedeutet einen relativ engeren — zinslosen — Kreditrahmen als früher: Schon 1976 betrug der Swing 850 Mill. VE, die Warenbezüge aus der DDR haben sich aber inzwischen verdoppelt.

7.1.2. Entwicklung

Die Entwicklung des innerdeutschen Warenverkehrs verlief in den siebziger und achtziger Jahren recht unterschiedlich. Das trifft auf Lieferungen und Bezüge gleichermaßen zu; vgl. Anhangtabelle 7.-2. In nominaler Betrachtung hat der innerdeutsche Handel in dieser Zeit stark expandiert: Der Umsatz im Warenverkehr (Lieferungen plus Bezüge) stieg von 4,4 Mrd. VE (1970) auf 15,5 Mrd. VE (1985).

Vom Handelsergebnis her betrachtet, gab es seit 1970 zwei Perioden: Bis einschließlich 1979 erzielte die Bundesrepublik im Warenverkehr jährlich Überschüsse. Danach war die Bilanz insgesamt zugunsten der DDR positiv.

Überschüsse der Bundesrepublik im Warenverkehr sind ein wesentliches Charakteristikum der siebziger Jahre. Diese Entwicklung hatte in der zweiten Hälfte der 60er Jahre eingesetzt, als die Bundesregierung mit vielfältigen Förderungsmaßnahmen zur Zeit der Großen Koalition dem Handel kräftige Impulse vermittelte und damit auch den Prozeß der innerdeutschen Entspannungspolitik einleitete[3]. Hatte der kumulierte Saldo 1969 noch bei 1 Mrd. VE gelegen, betrug er 1974 bereits 2 und 1977 schon 3 Mrd. VE. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch den dynamischen Swing und durch eine Reihe anderer Tatbestände: z. B. durch die neugeschaffenen Kreditgarantien für Anlagengeschäfte, aber auch durch das zunehmende Interesse und Engagement der westlichen Banken an diesem Geschäft. Nicht zuletzt gab es im Zuge der Entspannungspolitik einen Gesinnungswandel auf der östlichen Seite, wo man nunmehr offensichtlich bereit war, kreditfinanzierten Importen zuzustimmen.

Daß diese Politik von Seiten der DDR in den letzten Jahren nicht fortgeführt worden ist, hat politische, aber auch ökonomische Gründe. Die DDR wollte Unabhängigkeit, Bonität und Liquidität demonstrieren. Das tritt ganz deutlich bei der Entwicklung des Jahres 1984 zutage, als die DDR einen Überschuß im Warenverkehr in einmaliger Höhe (1,3 Mrd. VE) verbuchte[4]. Aufgrund der Bonitätskrise zu Beginn der achtziger Jahre sind aber auch die Banken der Bundesrepublik vorsichtiger bei Krediten an die DDR geworden. Hinzu kam, daß die Bezüge der DDR bei Dienstleistungen seit 1979/80 stark zugenommen haben (Zinsdienst für Kredite, stärkere Inanspruchnahme des Hamburger Hafens!). Dies führte zu einer weiteren Erhöhung des Defizits in der Dienstleistungsbilanz gegenüber der Bundesrepublik. Sollte sich der aus dem Warenverkehr und dem Dienstleistungsaustausch sowie den Einzahlungen der DDR auf Konto S (Barzahlungskonto) errechnende kumulative Saldo (Finanzierungssaldo) unter diesen Umständen nicht weiter erhöhen, schien es geboten, in der Warenverkehrsbilanz eine Umkehr der früheren Verhältnisse einzuleiten.

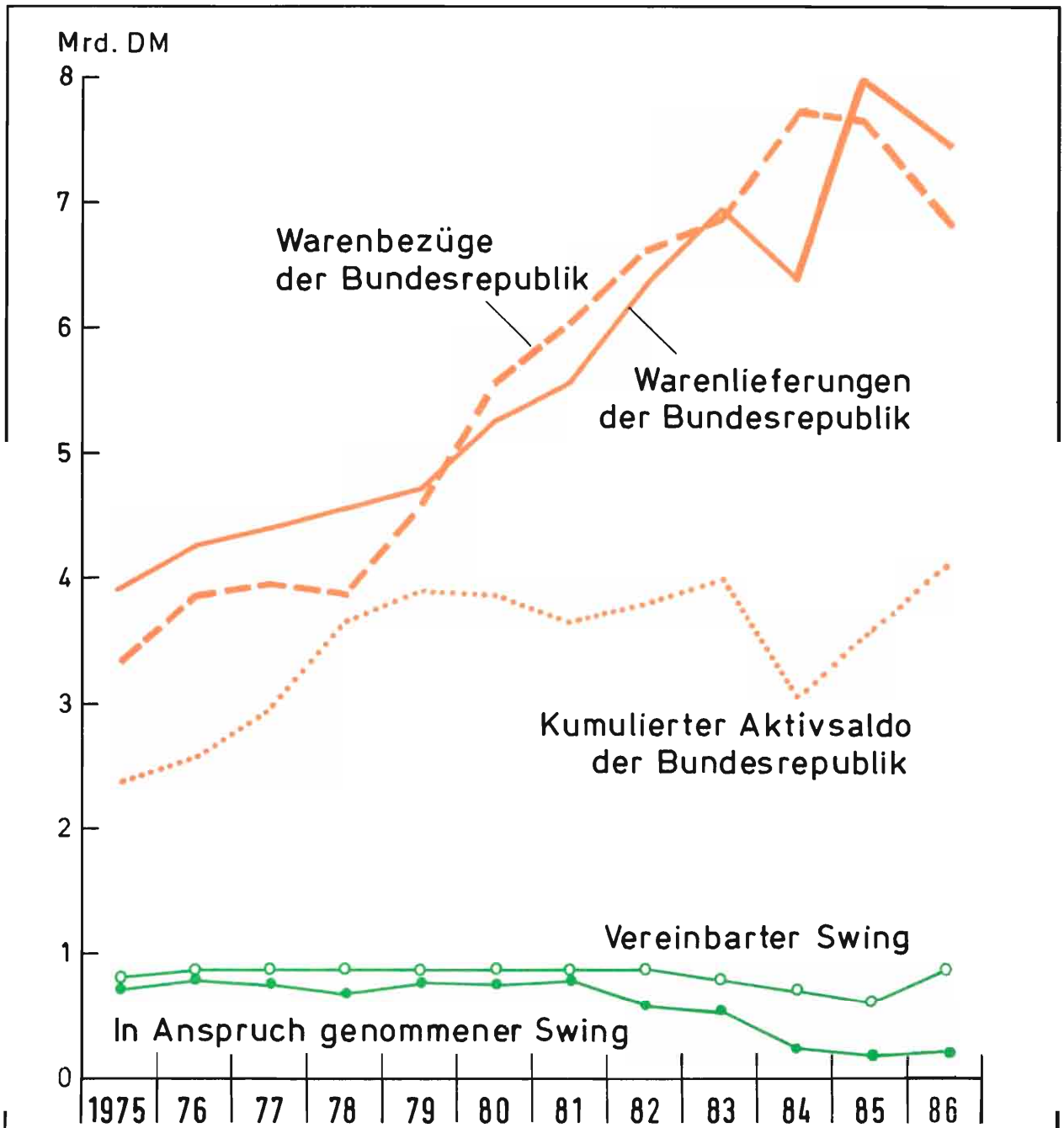
Die Entwicklung des innerdeutschen Handels ist seit längerem in erheblichem Umfang auch von der Preisentwicklung und der Struktur dieses Güteraustausches beeinflußt worden. Besonders große Preiseinflüsse gab es 1973 und 1974 sowie 1979 bis 1981. Bei den Bezügen lagen die jährlichen Preissteigerungen in diesen Jahren zwischen 10 und 27 vH, bei den Lieferungen zwischen 7 und 21 vH[5]. Hinter nominalen Zuwachsraten verbargen sich z. T. reale Umsatzrückgänge; vgl. Anhangtabelle 7.-2.

Um Preiseinflüsse bereinigt hat der Umsatz im innerdeutschen Handel in den siebziger Jahren um 2 vH p.a. zugenommen, in den achtziger Jahren um knapp 5 vH. Trotz einiger günstiger Entwicklungsphasen erreichte das reale Wachstum des innerdeutschen Handels von 1970 bis 1985 jahresdurchschnittlich nur rund 3 vH. Es blieb somit sowohl hinter der Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik als auch der des Außenhandels der DDR zurück. Die Preisberechnungen zeigen außerdem[6], daß es in den Jahren 1973 bis 1980 im innerdeutschen Warenverkehr z. T. beträchtliche Veränderungen der Terms of Trade zugunsten der DDR gegeben hat. Nach 1980 blieben die Terms of Trade ungefähr konstant. Insgesamt betrug die Verbesserung der Terms of Trade zugunsten der DDR 30 vH.

Hierzu wesentlich beigetragen hat die Entwicklung der Preise und Mengen bei den Bezügen von Mineralölerzeugnissen aus der DDR: Die Preise von Diesel, Heizöl und Benzin waren 1984 im Durchschnitt etwa achtmal so hoch wie 1972, die bezogenen Mengen haben sich in dieser Zeit verdoppelt (von 1,1 auf 2,2 Mill. t). Zwar verteuerte sich — entsprechend den Weltmarktpreisen — auch das in der Bundesrepublik eingekaufte Rohöl für die DDR drastisch. Per saldo überstiegen die preisbedingten Mehrerlöse der DDR aus dem Verkauf von Mineralölerzeugnissen ihre Mehraufwendungen aus dem Einkauf von Erdöl um

Schaubild 7.-1

Kennziffern zum innerdeutschen Handel



Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 6, Reihe 6, Bundesanzeiger und Pressemitteilungen des Bundesministers für Wirtschaft.

DIW 87

5 Mrd. VE. Ohne das Mineralölgeschäft wäre — mit Ausnahme von 1984 — die Warenverkehrsbilanz auch in den letzten Jahren negativ für die DDR abgeschlossen worden.

7.1.3. Wirtschaftliche Bedeutung und Warenstruktur

Die wirtschaftliche Bedeutung des innerdeutschen Handels ist für beide Staaten sehr unterschiedlich. Gemessen am Außenhandel der Bundesrepublik, d. h. ohne Handel mit der DDR, beträgt er nur 1,5 vH. Damit steht die DDR in der Rangfolge der Handelspartner der Bundesrepublik 1984 auf Platz 15 — nach Spanien und Norwegen sowie vor Jugoslawien und Südafrika. 1970 hatte die DDR mit 1,8 vH noch den 11. Platz inne. Für die DDR ist die Bundesrepublik als Handelspartner weitaus wichtiger. Sie nimmt nach der UdSSR die zweite Position ein und sie ist vor allem das mit weitem Abstand wichtigste westliche Handelsland. Nach der DDR-Statistik entfielen 1984 knapp 30 vH des gesamten Westhandels der DDR auf die Bundesrepublik. Nach den Partnerlandangaben waren es rund 50 vH[7]. Beiden Quellen zufolge war diese Quote seit Anfang der 70er Jahre leicht rückläufig. Am Außenhandelsumsatz der DDR war die Bundesrepublik 1984 mit 8,0 vH beteiligt. 1970 betrug der Anteil noch 10,2 vH.

Der innerdeutsche Handel ist für die DDR insgesamt und bei speziellen Produkten von relativ großer Bedeutung. Die DDR kauft eine Reihe von Spezialitäten und Engpaßgütern und hat bei ihren Verkäufen in die Bundesrepublik bei bestimmten Produkten einen relativ freien Marktzugang. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR sollte aber nicht überschätzt werden: Gemessen am produzierten Nationaleinkommen ist sein Wert auf etwa 3 vH zu veranschlagen.

Gemessen am Handel der Bundesrepublik mit allen sozialistischen Ländern, ihrem sogenannten Osthandel, entfiel auf den Warenverkehr mit der DDR 1984 ein Anteil von rund 20 vH. Auch diese Quote ist seit Beginn der siebziger Jahre rückläufig. Seit 1974 hat die Sowjetunion die DDR als größter Handelspartner übertroffen. Auch gemessen am Ost-West-Handel[8] hat der innerdeutsche Handel an Bedeutung kräftig verloren: Betrug der Güteraustausch zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1970 fast 7 vH, waren es 1984 nur noch 4 vH.

Die Warenstruktur des innerdeutschen Handels ist dem Entwicklungsniveau beider Volkswirtschaften keineswegs angemessen. Für den Warenaustausch zwischen hochindustrialisierten und sehr arbeitsteiligen Volkswirtschaften ist vor allem auf der Exportseite ein großer Anteil von Fertigerzeugnissen mit hoher Veredelung typisch. Für die Warenstruktur des innerdeutschen Handels trifft dieses Merkmal nicht zu. Sie ähnelt eher dem Handel zwischen weniger entwickelten Ländern. Das gilt für Lieferungen und Bezüge gleichermaßen. Der Anteil von Rohstoffen und Halbwaren ist bei beiden Warenströmen insgesamt sehr hoch, der von Fertigwaren (Vor- und Enderzeugnisse) dagegen unangemessen niedrig.

Das große Gewicht des Bereiches Grundstoffe und Produktionsgüter gehört auch in den siebziger und achtziger Jahren zu den Kennzeichen des Handels zwischen beiden deutschen Staaten. Dieser Produktionsbereich hat bei den Bezügen im Berichtszeitraum noch zugenommen. Das ist der Entwicklung des Mineralölgeschäfts zuzuschreiben. Mit einem Fünftel erreicht der Wert der in der DDR eingekauften Mineralölerzeugnisse inzwischen fast den Wert der Bezüge von industriellen Konsumgütern (vor allem Textilien, Bekleidung, Möbel und Gebrauchsartikel aus der elektrotechnischen Industrie). Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgüterbereichs sind mit über 50 vH bei den Bezügen inzwischen genau so stark beteiligt wie bei den Lieferungen. Bei den Bezügen aus der DDR spielt allerdings eine Rolle, daß sie zum großen Teil auch auf den Bedarf von Berlin (West) ausgerichtet sind und insofern, z. B. durch die Mineralölerzeugnisse, ein Sondereinfluß in Rechnung zu stellen ist. Beim Warenverkehr in beiden Richtungen spielen die Erzeugnisse der chemischen Industrie eine wichtige Rolle. Bei den Lieferungen sind die Produkte der Eisen- und Stahlindustrie mit einem Anteil von über 10 vH ein nach wie vor wichtiger Posten.

Investitionsgüter, vorrangig Maschinenbauerzeugnisse, nehmen auf der Lieferseite mit knapp 20 vH eine mittlere Position ein. Bei den Bezügen ist ihr Anteil erheblich niedriger: Dort spielen sie mit 10 vH eine bescheidene Rolle; vgl. Anhangtabelle 7.-4. Das gilt noch mehr für Maschinenbauerzeugnisse, die sich nunmehr schon seit über drei Jahrzehnten dauerhaft unterproportional entwickeln. Investitionsgüter und Maschinenbauerzeugnisse machen jeweils 2 bis 3 vH der Gesamtbezüge im innerdeutschen Handel aus. Gemessen an der Produktion sind das nur 1 vH. Da die DDR sich um den Markt der Bundesrepublik sehr bemüht und eine unterproportionale Entwicklung der Verkäufe von Maschinen — auf ebenfalls niedrigem Niveau — auch für den übrigen Westhandel der DDR typisch ist, muß dies als Zeichen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit gedeutet werden.

Bei industriellen Verbrauchsgütern sind die Bezüge im Rahmen des innerdeutschen Handels recht bedeutend: Verbrauchsgüter sind mit einem Anteil von rund einem Viertel im innerdeutschen Handel ein wichtiger Devisenbringer. Die Bundesrepublik ist hier nach der Sowjetunion der zweitwichtigste Markt und hat auch sonst ein ökonomisch relevantes Gewicht. So erreichten die Verbrauchsgüterbezüge im innerdeutschen Handel folgende Quoten:

Anteil an den gesamten Verbrauchsgüterexporten der DDR	20 vH
Anteil an den Westexporten der DDR bei Verbrauchsgütern	60 vH
Anteil an der Produktion der DDR	10 vH

Bei einzelnen Erzeugnissen, namentlich aus dem Textilbereich bzw. aus der Elektrobranche werden bis zu einem Viertel der Produktion in die Bundesrepublik geliefert[9].

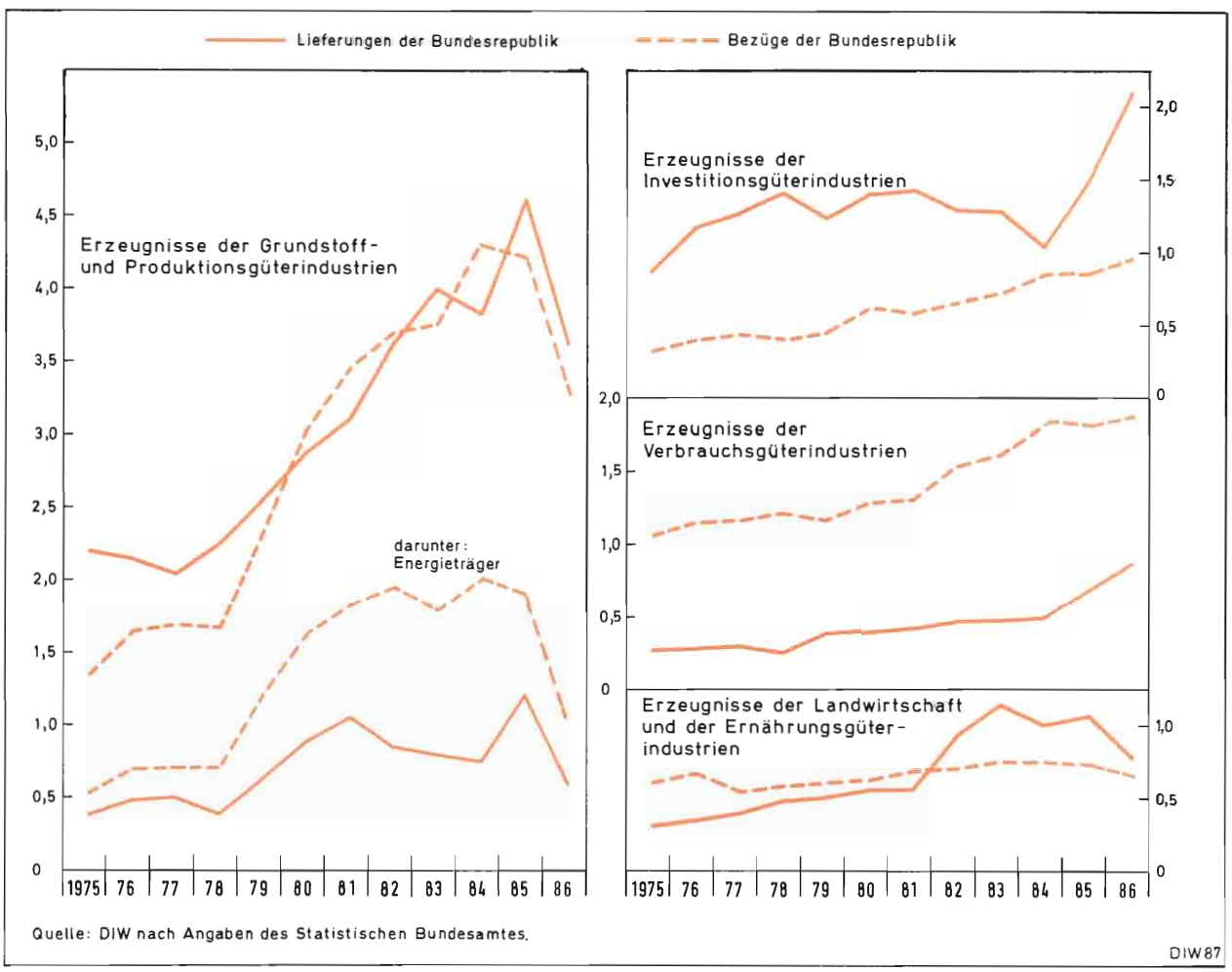
Eine relativ geringe Bedeutung haben diese Erzeugnisse allerdings auf dem Markt der Bundesrepublik: So entsprachen die Bezüge aus der DDR bei den Erzeugnissen der Bekleidungsindustrie weniger als 4 vH der gesamten Einfuhr. Die DDR hat seit 1970 hier beträchtliche Marktanteileinbußen hinnehmen müssen — trotz der sonderstatusbedingten Präferenzen, die ihr insbesondere gegenüber Drittländern Wettbewerbsvorteile bringen. Bei den Lieferungen haben die industriellen Konsumgüter eine vergleichsweise geringe Bedeutung (weniger als 10 vH der Lieferungen). Hinzu kommt, daß ein großer Teil dieser Produkte nicht Fertigwaren-Enderzeugnisse sind, sondern den Vorerzeugnissen zugerechnet werden müssen.

Der Bereich der Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes war bei den Lieferungen und Bezügen im Berichtszeitraum mit einem zwischen 10 und 20 vH liegenden Anteil an den jeweiligen Warenströmen vertreten. Hierbei überwogen in den siebziger Jahren die Bezüge; in der letzten Zeit war es umgekehrt. Bei den Lieferungen spielen Futtermittel (Ölkuchen und Schrote) traditionell eine wichtige Rolle, daneben sind pflanzliche Öle von Bedeutung. In den letzten Jahren haben auch hochwertige Nahrungs- und Genußmittel (namentlich für den „Delikat"-Bereich) einen nennenswerten Umfang erreicht. Die Bezüge aus der DDR konzentrieren sich — ebenso traditionell — auf Fleisch und Schlachtvieh, Getreide (Braugerste) sowie Zucker und Süßwaren. Sie sind hauptsächlich für Berlin (West) bestimmt. Obwohl damit bei einigen Einzelerzeugnissen ein nennenswerter Versorgungsanteil der Stadt bestritten wird, bleibt Berlin (West) bei Nahrungsgütern insgesamt (zu 95 vH) vom Westen versorgt. Für den Markt der Bundesrepublik haben die DDR-Agrarprodukte nur marginale Bedeutung. Auch für die Wirtschaft der DDR sind sie insgesamt von eher bescheidenem Gewicht.

Insgesamt besteht die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR vor allem darin, daß sie hier Güter erwirbt (Rohstoffe, Vorprodukte zur Veredelung und viele Spezialitäten), die sie selbst nicht produziert und im blockinternen RGW-Handel nicht beziehen kann, die aber für die eigene Produk-

Schaubild 7.-2

Der innerdeutsche Warenverkehr nach Erzeugnishauptgruppen in Mrd. DM



Quelle: DIW nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

tion unerläßlich sind. Die Struktur der Lieferungen in die DDR zeigt eindeutig, daß sie den innerdeutschen Handel in erster Linie zur Sicherung der laufenden Produktion und zur Sortimentsabrundung benutzt; Bezüge hochwertiger Technologie spielen eine vergleichsweise geringe Rolle. Nennenswerte lebensstandardfördernde Importe von Verbrauchsgütern erlaubt die Devisendecke offenbar nicht.

Die Bezüge der Bundesrepublik, d. h. die Exporte der DDR, werden hauptsächlich unter dem Aspekt gesehen, daß sie die erforderlichen Importe finanzieren müssen. Hilfreich für die Bezieher und für die DDR sind zweifelsohne die aus dem Sonderstatus resultierende Zollfreiheit und die steuerliche Präferenzierung der Bezüge im Rahmen des innerdeutschen Handels. Hierbei darf aber nicht übersehen werden, daß sich die DDR auch unabhängig von diesen Konditionen in das auf dem westdeutschen Markt bestehende Preis- und Qualitätsgefüge einordnen muß, da ihre Marktposition in der Regel zu schwach ist, um die Rolle eines Preisführers zu spielen. Das setzt dem Vermögen, den durch Zollbefreiung und Steuerpräferenzierung gegebenen Preisspielraum für sich zu nutzen, enge Grenzen. Nicht zuletzt das starke Interesse der westdeutschen Bezieher an den Sonderkonditionen des innerdeutschen Handels spricht dafür, daß diese weitgehend von den westdeutschen Handelspartnern realisiert werden.

Bei industriellen Konsumgütern versucht die DDR des öfteren, durch günstige Preiskonditionen für die Abnehmer, ihre Marktchancen zu verbessern. Das hängt sowohl mit den Sonderstatus bedingten Präferenzen zusammen, die gerade in diesem Bereich zu Buche schlagen, als auch mit der Tatsache, daß gerade hier der Preis als Absatzparameter zu gebrauchen ist. Hieraus erklärt sich auch, daß Niedrigpreisverkäufe besonders in diesem Bereich von der Konkurrenz in der Bundesrepublik beklagt werden.

Niedrigpreisverkäufe von Konsumgütern aus der DDR werden in der Bundesrepublik unterschiedlich betrachtet: Für den Verbraucher sind sie vorteilhaft, von den konkurrierenden Produzenten werden sie häufig kritisch beurteilt. Diese Niedrigpreisverkäufe werden oft mit dem Etikett „Dumping" versehen. Soweit berechtigte wirtschaftliche Interessen betroffener Firmen wirklich berührt sind, ist mit dem Preisprüfungsverfahren[10] ein geeignetes Instrument zur Abwehr von Schaden und Produktionsgefährdungen vorhanden. Der Ausgang der Preisprüfungsverfahren zeigt überdies, daß nur in einigen wenigen Fällen ein wirklicher Schaden für die betroffenen Firmen entstanden war. In diesen Fällen wurden Preiskorrekturen vorgenommen oder es kam zu Kontingentierungen.

Diskutiert werden die Bezüge aus der DDR manchmal auch wegen ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Einer Studie des DIW zufolge[11] ist der innerdeutsche Handel insgesamt als beschäftigungsneutral einzustufen. 1977 fanden etwa 65 000 Erwerbstätige (direkte und indirekte Effekte) durch Lieferungen in die DDR einen Arbeitsplatz. Das waren nur 0,3 vH der Beschäftigten aller Wirtschaftszweige. Die gleichen marginalen Quoten ergaben sich für die infolge der Bezüge aus der DDR eingebüßten Arbeitsplätze. Die Größenordnung dürfte sich seither nicht verändert haben. Hierbei muß noch darauf hingewiesen werden, daß es sich bei den DDR-Produkten nicht selten um Erzeugnisse mittleren und niederen Genres handelt, die von der heimischen Produktion gar nicht angeboten werden, die der Markt aber fordert und die sonst aus anderen Ländern — häufig aus Billigpreisländern der Dritten Welt — importiert werden müßten.

7.1.4. Besondere Formen des Leistungsaustauschs

Positive Akzente hat es in den siebziger und achtziger Jahren im innerdeutschen Handel insofern gegeben, als die Formen des Leistungsaustausches vielfältiger und differenzierter geworden sind. Es wurden nunmehr auch Anlagengeschäfte größeren Umfangs getätigt. Mit der Gestattungsproduktion und der Drittlandkooperation haben sich außerdem andere über den reinen Warenaustausch hinausgehende Formen des wirtschaftlichen Leistungsaustausches entwikkelt.

Die Zeit der Groß- und Anlagengeschäfte im innerdeutschen Handel begann im Frühjahr 1970 mit einem an die Salzgitter AG und andere Firmen vergebenes Großprojekt zur Errichtung eines Elektrostahlwerkes in Hennigsdorf (Auftragswert: 70 Mill. VE)[12].

Die Grundlage für derartige Geschäfte war durch entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten für Anlagengeschäfte zur Zeit der Großen Koalition geschaffen worden[13].

Die seitdem im innerdeutschen Handel getätigten Anlagengeschäfte konzentrieren sich schwerpunktmäßig auf die Sektoren Metallurgie und Chemie. In der chemischen Industrie ist auch das mit Abstand größte Einzelprojekt zu finden: Buna II mit einem Auftragswert von 1,2 Mrd. VE, kontrahiert 1976 und fertiggestellt 1980. Die Summe der zahlreichen Einzelprojekte im metallurgischen Bereich (Eisen, Stahl und Gießereien) betrug 0,7 bis 0,8 Mrd. VE. Bei traditionell gewichtigen Industriezweigen wie dem Maschinenbau, der Elektrotechnik, der Leichtindustrie (einschl. Textilien) fehlten bislang — von einer Ausnahme abgesehen — die Anlagengeschäfte im innerdeutschen Handel. Im Bereich des Verkehrswesen gab es eine Reihe von Einzelabschlüssen: mehrere Verträge zum Kauf von Waggons, das erste „Golf-Geschäft" und der Kauf eines Spezialtankers zum Transport chemischer Produkte (ein Flüssiggas-Tankschiff für fast 90 Mill.VE). Das neueste mit dem Volkswagenwerk geschlossene Kooperationsabkommen mit einem Finanzvolumen von 500 Mill. VE sieht die Lieferung einer Motorenfertigungsstraße (Jahreskapazität 290 000 Einheiten) und den Kauf von 15 000 VW-Transportern gegen Lizenzgebühren und die Rücklieferung von jährlich 100 000 Rumpfmotoren vor. Es wird damit gerechnet, daß dieses Geschäft außerdem noch Zusatzaufträge (Zubehör für den Motorbau) in Höhe von etwa 350 Mill. VE erbringt.

Abgesehen von Buna II und dem Hennigsdorfer Elektro-Stahlwerk wurde die Mehrzahl der Projekte bei Anlagen- oder größeren Einzelgeschäften in den Jahren 1979 bis 1981 kontrahiert. Allein 1980 und 1981 wurden von der DDR im innerdeutschen Handel Anlagengeschäfte von fast 600 Mill.VE in Auftrag gegeben. Seither hat es Anlagengeschäfte dieser Größenordnung nicht mehr gegeben. Das hängt mit der verlangsamten Investitionstätigkeit der DDR-Wirtschaft zusammen. Sie hat dazu geführt, daß auch die herkömmlichen Maschinenlieferungen in den letzten Jahren rückläufig waren. Die Verkäufe von Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrie erreichten 1984 das Niveau von 1975 und einen Anteil an den Gesamtlieferungen aus der Zeit um 1963.

Bei der seit Mitte der siebziger Jahre existierenden Gestattungsproduktion schließt die DDR mit westlichen Firmen Verträge mit lizenzähnlichem Charakter ab und produziert die westlichen Markenartikel im eigenen Land. Häufig werden Rezepte, Roh- und Vorprodukte, Produktionsberatung oder auch Maschinen geliefert. Bezahlt wird oft mit Waren aus dieser Produktion. Der westliche Vertragspartner kontrolliert die Qualität der Erzeugnisse. Die DDR erhält das Markennutzungsrecht, spart im Gegensatz zum Kauf dieser Erzeugnisse Devisen, bereichert das heimische Angebot mit hochwertigen westlichen Artikeln und setzt für die eigenen Verbrauchsgüter Qualitätsmaßstäbe. Obwohl von der Bundesregierung immer wieder als ausbaufähige Kooperationsform empfohlen (z. B. in den Jahreswirtschaftsberichten), gibt es derzeit — eingeschlossen die Vereinbarungen mit ausländischen Tochterfirmen — nur gut ein Dutzend Verträge über Gestattungsproduktion. Die meisten beziehen sich auf den Nahrungs- und Genußmittelsektor (z. B. Zigaretten). Eines der wenigen im non-food-Bereich angesiedelten Geschäfte betrifft die Herstellung von Salamander-Schuhen.

Die Drittlandkooperation der DDR mit Firmen der Bundesrepublik zählt — wie die Gestattungsproduktion — gut ein Dutzend Fälle. Die Projekte sind ausschließlich für Entwicklungsländer gedacht oder dort verwirklicht worden. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit erstreckte sich bisher auf den Investitionsgüterbereich.

Gemessen am Warenverkehr haben die Dienstleistungen nach dem Berliner Abkommen (einschließlich der Postausgleichszahlungen) langfristig überproportional zugenommen. Ihr Umsatzwert stieg 1984 auf 15 vH der Summe der gegenseitigen Warenlieferungen. Der Saldo aus aktiven und passiven Dienstleistungen hat sich überdies im Laufe der Zeit beträchtlich erhöht. Der Passivsaldo für die DDR betrug im Durchschnitt der Jahre:

1970 bis 1974: 140 Mill. DM
1975 bis 1979: 320 Mill. DM
1980 bis 1985: 500 Mill. DM

Wie im Warenverkehr gibt es bei den Dienstleistungen des innerdeutschen Handels deutliche Schwerpunkte. Bei den Einnahmen der Bundesrepublik sind Frachten einschließlich Nebenkosten mit gut 50 vH am wichtigsten. Als inzwischen zweite Position sind die Zinseinnahmen aus der DDR zu nennen; ihrer Bedeutung nach folgen Provisionen sowie Montage-, Reparatur- und Wartungskosten. Andere Posten — wie Lizenz- und Urheberrechtsgebühren sowie Messe- und Ausstellungskosten — sind auf beiden Seiten der Dienstleistungsbilanz zu finden. Bei den Einnahmen der DDR stehen Zahlungen für Frachten und Provisionen an erster Stelle. Jeweils einen Sonderfall bilden hier die Zahlungen aus Berlin (West) für Abfallstoffe und die Postpauschale. Bis 1977 betrugen die Postausgleichszahlungen für die Mehrleistungen der DDR im Postverkehr jährlich 30 Mill. DM und von 1978 bis 1982 jeweils 85 Mill. DM. Für die Jahre 1983 bis 1990 wurden jährlich 200 Mill. DM vereinbart. Die Postpauschale ist nicht Bestandteil der Dienstleistungsvereinbarung des Berliner Abkommens, sie wird aber im Rahmen des innerdeutschen Handels (in VE) abgerechnet.

7.2. Sonstige Wirtschaftsbeziehungen

Die über den innerdeutschen Handel hinausgehenden wirtschaftlichen Transaktionen zwischen beiden deutschen Staaten sind nur zum Teil statistisch belegt. Sie lassen sich unter drei Punkten zusammenfassen:

1) Zahlungen an die DDR aus dem Bundeshaushalt und anderen öffentlichen Haushalten,
2) Waren- und Geldleistungen von privater Seite,
3) Finanzkredite von Banken.

Die Zahlungen aus dem Bundeshaushalt stiegen in den siebziger Jahren erheblich: auf eine halbe Milliarde DM (1976 bis 1978) und auf etwa eine Milliarde (1979 bis 1982). Sie bestehen hauptsächlich aus zwei Positionen: der Transitpauschale mit derzeit 525 Mill. DM jährlich (einschl. der Pauschalabgeltung von Straßenbenutzungsgebühren für PKW: 575 Mill. DM) und den Investitionen im BerlinVerkehr; vgl. Anhangtabelle 7.-6.

Diese Positionen ergeben sich direkt oder indirekt aus Verträgen mit der DDR, die im Zuge der Entspannungspolitik zur Zeit der sozial-liberalen Koalition geschlossen wurden. Das gilt für die Kostenbeteiligung bei Investitionen im Berlin-Verkehr ganz offensichtlich, die in den Jahren 1979 bis 1982 am höchsten waren und der DDR in dieser Zeit p.a. durchschnittlich 440 Mill. DM einbrachten, vgl. Anhangtabelle 7.-6. Für den Zeitraum 1976 bis 1984 wurden Verkehrsinvestitionen in Höhe von 2,2 Mrd. DM vereinbart. Das teuerste Projekt war mit 1,2 Mrd. DM die Autobahn Berlin–Hamburg.

Die Transitpauschale für den Straßenverkehr von und nach Berlin (West) löste die bis 1970 von der DDR individuell erhobenen Gebühren ab. Durch das Viermächteabkommen und das Transitabkommen von 1971, das am 3. Juni 1972 in Kraft trat, kam es zu einer wesentlichen Erleichterung und damit sprunghaften Erhöhung des Berlin-Verkehrs. Auf dem Landweg gab es 1971: 7,6 Mill.; 1973: 13,7 Mill.; 1981: 21,8 Mill. Reisende in beiden Richtungen.

Die von der Bundesregierung pauschaliert übernommenen Gebühren wurden der jeweiligen Entwicklung angepaßt. Sie wurden in folgender Höhe mit der DDR vereinbart:

1972-1975: 235 Mill. DM,
1976-1979: 400 Mill. DM,
1980-1989: 525 Mill. DM p.a.

Ökonomisch positiv für die DDR wirkte sich die Vertragspolitik der siebziger Jahre auch dadurch aus, daß es im Besucher- und Reiseverkehr von West nach Ost eine sehr starke Zunahme gab (1971: 2,7 Mill. Reisen von Bürgern der Bundesrepublik und Berlin (West); 1973: 8,1 und 1977: 8,4 Mill.). Damit erhöhten sich die DM-Einnahmen der DDR aus Visagebühren und Mindestumtausch, auch nach dessen Anhebung 1980, als die Besucherzahlen zurückgingen (1981: 5,0 Mill.). Die Größenordnung der Einnahmen aus dem Mindestumtausch wird von westlichen Experten auf fast eine halbe Milliarde DM pro anno geschätzt.

Private und der Staat profitierten überdies von der Tatsache, daß die Devisengesetzgebung der DDR ab 1974 aufgelockert wurde: DDR-Bewohner dürfen sich seither Devisen schenken lassen, die letztendlich zu Einkäufen in Intershop-Läden verwendet werden. Der Staat muß für den Erwerb der Intershop-Waren zwar zunächst Devisen aufwenden, er profitiert aber an einer großzügig kalkulierten Gewinnspanne, die auch dadurch möglich ist, daß ein großer Teil des Intershop-Umsatzes auf hochversteuerte Artikel (Zigaretten, Alkohol) entfällt. Der über die Intershops laufende DM-Bartransfer in die DDR ist etwa auf eine dreiviertel Milliarde zu veranschlagen.

Den Charakter von Devisengeschenken haben auch die über den Genex-Geschenkdienst vertriebenen Waren an DDR-Bürger. Hier werden über ausländische Firmen vor allem DDR-Produkte vertrieben. Der Umsatz dieses Geschenkdienstes dürfte jährlich zwischen 150 und 200 Mill. DM betragen.

Die DM-Einnahmen der DDR — Zahlungen aus öffentlichen Haushalten und die DM-Transfers Privater — schätzt man auf derzeit 2 bis 2,5 Mrd. jährlich[14]. Das ist ein Betrag, der selbst 1981 und 1982 ausgereicht haben dürfte, um die Zinsverpflichtungen der DDR aus der Westhandelsverschuldung zu bestreiten. Das Anwachsen dieser DM-Transfers ist zweifellos das eigentlich dynamische Element in den Wirtschaftsbeziehungen zur DDR in den siebziger Jahren gewesen.

Traditionell ist dagegen der aus dem Paket- und Päckchenverkehr resultierende Warentransfer. Man schätzt, daß es durch den erheblichen Überhang der westdeutschen und West-Berliner Sendungen (1980: 26 Mill. Sendungen von West nach Ost und 9 Mill. Sendungen in umgekehrter Richtung) einen jährlichen Nettowarentransfer von gut einer dreiviertel Milliarde DM in die DDR gibt. Hinzu kommen mitgebrachte Waren von Westbesuchern und westreisenden DDR-Bürgern (Rentnern!), die mit gut 200 Mill. DM zu veranschlagen sein dürften.

Der Gesamtwert der Waren- und Geldleistungen von privater Seite dürfte sich auf knapp zwei Mrd. DM belaufen, das ist ein Betrag, der die Zahlungen aus öffentlichen Mitteln beträchtlich übersteigt. Je DDR-Bürger ergibt das gut 100 DM. Bei Umrechnung in Mark der DDR und bei Berücksichtigung der von westlichen Bürgern empfangenen Leistungen erbringen die privaten Waren- und Valutatransfers einen lebensstandardfördernden Effekt, der etwa 5 vH des Einzelhandelsumsatzes der DDR entspricht[15].

Ein neues Instrument sowohl in der Deutschlandpolitik als auch in den Wirtschaftsbeziehungen zur DDR sind die beiden — im Juli 1983 und im Juli 1984 — gegebenen Finanzkredite von 1 Mrd. DM und 950 Mill. DM mit Garantie der Bundesregierung. Dem Vernehmen nach hat die DDR als Sicherheit ihre vertraglichen Ansprüche auf Zahlung der Transitpauschale abgetreten. In beiden Fällen wurden die Kredite aus Euromitteln finanziert, in den Bankenkonsortien waren Landes- und Geschäftsbanken mit unterschiedlichem Engagement beteiligt. Die Verzinsung liegt um einen Prozentpunkt über Libor (= London Interbank offer rate); das waren z. Z. der Vertragsabschlüsse 5 3/8, 5 5/8 und 6,5 %. Die Laufzeit der Kredite beträgt jeweils fünf Jahre, je Halbjahr wird ein Zehntel der Kreditsumme fällig. Anders als beim ersten Kredit erhält die Bundesregierung für die Garantieübernahme beim 84er Vertrag eine Bürgschaftsprovision von ¼ des Libor-Aufschlags.

Die beiden Milliarden-Kredite sind in den innerdeutschen Handel nicht eingebunden, weder entstehungsgeschichtlich noch vom Verwendungszweck her. Gleichwohl sind sie für die westlichen Beteiligten kommerziell interessant, und sie haben dazu beigetragen, die internationale Zahlungsfähigkeit und Bonität der DDR zu verbessern. Nicht zuletzt waren sie politisch bedeutsam: Vor allem der mit dem Namen Franz Josef Strauß verbundene erste — unerwartete — Milliardenkredit hat nach dem Regierungswechsel statt der vielerseits befürchteten Wende in der Deutschlandpolitik Kontinuität signalisiert.

Fußnoten

[1] In Folgendem wird der Handel mit der DDR in der Regel aus der Sicht der Bundesrepublik dargestellt. Unter „Lieferungen" wird immer der Warenstrom aus der Bundesrepublik einschließlich Berlin-West verstanden; mit „Bezügen" werden immer die aus der DDR bzw. Berlin-Ost stammenden Güter bezeichnet. Wird der deutsch-deutsche Handel aus der Sicht der DDR dargestellt, so ist entsprechend der dortigen Einstufung dieses Güteraustausches von Exporten und Importen der DDR die Rede.

[2] Vorher wurde der Sondercharakter auch von der DDR sichtbar herausgestellt: Verwaltungsmäßig zuständig war das „Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel"

und der statistische Ausweis erfolgte im Jahrbuch im Abschnitt: Außenhandel und Handel mit Westdeutschland und Westberlin. Der statistische Ausweis geschieht bis heute getrennt.

[3] Siehe Volze A.: Zu den Besonderheiten der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen im Ost-West-Verhältnis. In: deutsche studien, Vierteljahreshefte der Ost-Akademie Lüneburg. Lüneburg. Hrsg. und Verlag: Ost-Akademie e.V. Sonderdruck Heft 83/1983, S. 4.

[4] Vgl. Lambrecht H. (Bearb.): Zum innerdeutschen Handel. Ergebnisse und Perspektiven. In: Wochenbericht des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 10/1985, S. 123ff.

[5] Vgl. Lambrecht H. (Bearb.): Westverschuldung der DDR begünstigt innerdeutschen Handel. In: Wochenbericht des DIW. A. a. O. Nr. 10/1983, S. 134.

[6] Eine offizielle Preisstatistik für den innerdeutschen Güteraustausch gibt es nicht. Vorstellungen über die Preisentwicklung vermitteln bislang lediglich die Berechnungen des DIW. Sie basieren zum größten Teil auf direkten Mengen- und Wertangaben. Für sehr viele Einzelpositionen gibt es somit sehr genaue Preisangaben. Soweit Einzelpreisberechnungen nicht möglich oder sinnvoll erscheinen, weil es sich um heterogene Güter handelt oder ein Gruppenausweis mehrerer Erzeugnisse vorliegt, wurden sowohl die Preisstatistik der Ausfuhr und Einfuhr der Bundesrepublik als auch die der industriellen Erzeugerpreise herangezogen. In beiden Rechnungen wurde jeweils mit der Warenstruktur des innerdeutschen Handels gewichtet.

[7] Das unterschiedliche Gewicht des Handels mit der Bundesrepublik nach der DDR-Statistik und den Partnerlandangaben konnte bislang nicht befriedigend geklärt werden. Zur ausführlichen Darstellung der Westhandelsstatistik der DDR vgl. Lambrecht H. (Bearb.): Zum Westhandel der DDR. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 39/1975. — Haendcke-Hoppe M. : Die DDR-Außenhandelsstatistik und ihr Informationswert. In: FS-Analysen. Hrsg.: Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen. Berlin. Heft 3-1978. — Bethkenhagen J., Lambrecht H.: Die Außenhandelsbeziehungen der DDR vor dem Hintergrund von Produktion und Verbrauch. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln. Heft 19/1979, S. 246, 259, 268, 270.

[8] Warenverkehr von Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, Ungarn, Sowjetunion mit allen westlichen Industrieländern.

[9] Vgl. Cornelsen D., Koch A., Lambrecht H. und Scherzinger A.: Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel. In: Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Heft 87/1985, S. 246ff.

[10] Mit der Preisprüfung soll festgestellt werden, ob die Bezüge aus der DDR — hinsichtlich von Preisen unter Berücksichtigung der Menge — zu erheblichen Schädigungen des Marktes führen. Durchgeführt wird das Verfahren von Behörden (Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft u. a.), eingeleitet wird es in der Regel von Verbänden oder Unternehmen. Eine Einleitung von Amts wegen ist möglich.

[11] Vgl. Lambrecht H. und Wessels H.: Produktions- und Beschäftigungseffekte im Innerdeutschen Handel. In: Beiträge zur Strukturforschung des DIW. A. a. O. Heft 51/1978.

[12] Vgl. Cornelsen D., Lambrecht H., Melzer M. und Schwartau C.: Die Bedeutung des Innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR. In: Sonderhefte des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 138/1983, S. 133ff.

[13] Vgl. Schlemper A.: Die Bedeutung des innerdeutschen Handels. Eine empirische Analyse unter besonderer Berücksichtigung sektoraler und betriebsgrößenspezifischer Aspekte. Göttingen. Verlag Otto Schwarz & Co. 1978, S. 97.

[14] Siehe Volze A.: Zu den Besonderheiten . . ., a. a. O., S. 6.

[15] Bethkenhagen J., Kupper S., Lambrecht H.: Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR vor dem Hintergrund von Kaltem Krieg und Entspannung. In: Beiträge zur Konfliktforschung. Köln. Markus-Verlagsgesellschaft mbH. 1980/4, S. 480—490.

Literaturhinweise

Brückner S., Andrä W.: Zur Expansivität und Aggressivität des Imperialismus der BRD — dargestellt an den Außenhandelsbeziehungen der BRD zur DDR — und der Kampf um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in diesen Beziehungen. Diss. Berlin (Ost). 1976.

Ehlermann C.-D. u. a.: Handelspartner DDR — Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen. Baden-Baden. Nomos Verlag. 1975.

Freund E.: Keine Handelsgrenzen durch Deutschland! Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1956.

Groß K.-H.: Entstehung und Bedeutung des innerdeutschen Handels. In: Deutschland Archiv. Köln. Verlag Wissenschaft und Politik. Heft 5/1978.

Kupper S.: Der innerdeutsche Handel. Rechtliche Grundlagen, politische und wirtschaftliche Bedeutung. Köln. Markus-Verlagsgesellschaft mbH. 1972.

Lambrecht H.: Die Entwicklung des Interzonenhandels von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Sonderheft des DIW. Berlin. Verlag Duncker & Humblot. Nr. 72/1965.

Lambrecht H.: Politischer Handel? Der Warenaustausch zwischen Bundesrepublik und DDR. In: Der Monat. Berlin und Frankfurt/Main. S. Fischer Verlag. Heft 236/1968.

Lambrecht H.: Der Innerdeutsche Handel — Ein Güteraustausch im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. Nr. 40/1982.

Nakath D.: Die Gestaltung der Außenhandelstätigkeit der DDR zur Abwehr des imperialistischen Wirtschaftskrieges der BRD gegen die DDR in den Jahren 1955 bis 1961. Diss. Berlin (Ost). 1982.

Nakath D.: Zur Geschichte der Handelsbeziehungen zwischen der DDR und der BRD in der Endphase der Übergangsperiode 1958 bis 1961. Rolle des Handels bei der Zuspitzung des imperialistischen Wirtschaftskrieges gegen die DDR. In: Jahrbuch für Geschichte. Berlin (Ost). Akademie-Verlag. 1984.

Orlopp J.: Eine Nation handelt über Zonengrenzen. Streifzug durch die Geschichte des innerdeutschen Handels. Berlin (Ost). Verlag Die Wirtschaft. 1957.

Rösch F., Homann H.: Thirty years of the Berlin Agreement — Thirty years of Inner-German-Trade: Economic and Political Dimensions. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Tübingen. Mohr Verlag. Nr. 137/1981.

Tabellenanhang

Inhaltsverzeichnis

Abschn. Nr.		Seite
1.2.-1	Entwicklung der Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 2000	642
1.2.-2	Entwicklung der Wohnbevölkerung in der DDR 1970 bis 2000	643
1.2.-3	Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach Alter und Geschlecht Jahresende 1983	644
1.2.-4	Bevölkerung der DDR nach Alter und Geschlecht Jahresende 1983	645
1.2.-5	Geborene und Gestorbene in beiden deutschen Staaten 1970 bis 1984	646
1.2.-6	Wohnbevölkerung der beiden deutschen Staaten nach ausgewählten Altersgruppen, Geschlecht und Familienstand 1983	647
1.2.-7	Wanderungen über die Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staaten 1970 bis 1984	648
1.2.-8	Wanderungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1970 bis 1984	649
1.2.-9	Private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR nach Haushaltsgröße	649
1.2.-10	Private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR nach Gemeindegrößengruppen	650
1.3.-1	Teilnahme der Bevölkerung am Erwerbsleben	650
1.3.-2	Aufgliederung der Wohnbevölkerung im arbeitsfähigen Alter nach Altersgruppen und Geschlecht	651
1.3.-3	Aufgliederung der Erwerbspersonen nach Altersgruppen und Geschlecht	652
1.3.-4	Erwerbsquoten der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter	653
1.3.-5	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen (in 1 000 Personen)	654
1.3.-6	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen (Struktur in vH)	655
1.3.-7	Erwerbstätige nach sozio-ökonomischen Gruppen	656
1.3.-8	Berufliche Qualifikationsstruktur der Bevölkerung	657
1.4.-1	Brutto-Anlageinvestitionen und Brutto-Anlagevermögen in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1983	658
1.4.-2	Brutto-Anlageinvestitionen und Brutto-Anlagevermögen in der DDR 1970 bis 1983	659
1.5.-1	Emissionen ausgewählter Luftschadstoffe in der Bundesrepublik Deutschland	660
1.5.-2	SO_2- und NO_x-Emissionen von fossil befeuerten Kraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1982	661
1.5.-3	Brennstoffverbrauch und SO_2- sowie NO_x-Emissionen im HUK-Bereich in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1982	661
1.5.-4	SO_2- und NO_x-Emissionen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1982 nach Brennstoffen	662
2.1.-1	Schüler und Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	663
2.1.-2	Bevölkerung, Schüler und Studenten nach Altersklassen und Schularten in der Bundesrepublik Deutschland	664
2.1.-3	Bevölkerung, Schüler und Studenten nach Altersklassen und Schularten in der DDR	665

Seite

2.1.-4 Anteil der Schüler und Studenten nach Schularten an den Altersklassen der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland 666

2.1.-5 Anteil der Schüler und Studenten nach Schularten an den Altersklassen der Bevölkerung in der DDR 667

2.2.-1 Beschäftigte im Bereich Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1983 668

2.2.-2 Für Forschung und Entwicklung eingesetzte Mittel in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1983 669

2.2.-3 Beschäftigte im Bereich Forschung und Entwicklung in der DDR 1970 bis 1984 670

2.2.-4 Für Forschung und Entwicklung eingesetzte Mittel in der DDR 1970 bis 1984 671

3.1.-1 Durchschnitt der tatsächlich geleisteten Jahresarbeitsstunden (einschließlich Überstunden) eines Industriearbeiters 672

3.1.-2 Umsätze der Industrie in der Bundesrepublik Deutschland 673

3.1.-3 Industriebeschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland 677

3.1.-4 Bruttoproduktion der DDR-Industrie 681

3.1.-5 Industriebeschäftigte in der DDR 685

3.1.-6 Entwicklung der Umsätze in der bundesdeutschen Industrie 689

3.1.-7 Entwicklung der Industriebeschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland 690

3.1.-8 Entwicklung der Bruttoproduktion in der DDR-Industrie 691

3.1.-9 Entwicklung der Industriebeschäftigten in der DDR 692

3.1.-10 Umsatz je Industriebeschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland 693

3.1.-11 Bruttoproduktion je Industriebeschäftigten in der DDR 694

3.2.-1 Primärenergiegewinnung nach Energieträgern in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984 695

3.2.-2 Entwicklung und Struktur des Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984 696

3.2.-3 Entwicklung der Importpreise für Rohöl, Mineralölprodukte und Erdgas 1973 bis 1984 697

3.2.-4 Entwicklung wichtiger Verbraucherpreise für Energie in der Bundesrepublik Deutschland 698

3.2.-5 Rohölimportstruktur der Bundesrepublik Deutschland nach Ländern 699

3.2.-6 Energiepreise für Endverbraucher in der DDR 699

3.2.-7 Entwicklung von Bruttosozialprodukt, Primärenergieverbrauch und spezifischem Energieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland 699

3.2.-8 Der Brutto-Stromverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984 700

3.2.-9 Kennziffern zur Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984 701

3.2.-10 Entwicklung des Stromverbrauchs nach Bereichen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984 702

3.3.-1 Agrarproduktion der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1970 bis 1984 703

3.3.-2 Anteil des Importfutters an der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984 704

3.3.-3 Struktur der Nahrungsmittelproduktion in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970/71 und 1983/84 bzw. 1970 und 1983 705

		Seite
3.3.-4	Flächenproduktivität der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984	706
3.3.-5	Produktivität der landwirtschaftlichen Viehhaltung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1983	704
3.3.-6	Nahrungsmittelproduktion, Arbeitskräfte und Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984	707
3.4.-1	Beschäftigte im Verkehrs- und Nachrichtenwesen	708
3.4.-2	Verkehrswege	709
3.4.-3	Güterverkehr	710
3.4.-4	Personenverkehr	712
3.4.-5	Post- und Fernmeldewesen	714
3.6.-1	Nettobeiträge der Wirtschaftsbereiche	715
3.6.-2	Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen	716
3.6.-3	Nettobeitrag je Beschäftigten	717
3.6.-4	Modellrechnung Nettobeitrag je Beschäftigten	718
3.6.-5	Hochrechnung des produzierten Nationaleinkommens der DDR zum Bruttoinlandsprodukt nach westlicher Methode	719
4.1.-1	Gesamtwirtschaftliche Einkommenskomponenten der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	720
4.1.-2	Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	721
4.1.-3	Anteil des Bruttoarbeitseinkommens am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen der Bundesrepublik Deutschland	721
4.1.-4	Durchschnittliche Monatsverdienste und Einkommensabzüge je beschäftigten Arbeitnehmer	721
4.1.-5	Durchschnittliche Monatsbruttoeinkommen und Einkommensabzüge aus selbständiger (DDR: selbständiger und genossenschaftlicher) Tätigkeit	722
4.1.-6	Durchschnittliche Belastung der Arbeitnehmerverdienste mit Einkommensabzügen	722
4.1.-7	Durchschnittliche Belastung der Bruttoeinkommen aus selbständiger (DDR: selbständiger und genossenschaftlicher) Tätigkeit mit Einkommensabzügen	723
4.1.-8	Lohnsteuertarif in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1983	724
4.1.-9	Durchschnittliche Bruttomonatslöhne und -gehälter in ausgewählten Wirtschaftsbereichen	725
4.1.-10	Durchschnittliche Bruttomonatslöhne und -gehälter nach Industriezweigen 1983	726
4.1.-11	Durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen	727
4.1.-12	Zusammensetzung des durchschnittlichen Nettoeinkommens der Arbeitnehmer-Haushalte	728
4.1.-13	Durchschnittliche Nettoeinkommen von Rentner-Haushalten in vH der von Arbeitnehmer-Haushalten	723
4.1.-14	Einkommensschichtung nach sozialen Haushaltsgruppen und der Höhe des Nettoeinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1970	729
4.1.-15	Einkommensschichtung nach sozialen Haushaltsgruppen und der Höhe des Nettoeinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1983	729
4.1.-16	Einkommensschichtung der Arbeitnehmer-Haushalte nach der Haushaltsgröße und der Höhe des Nettoeinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1983	730

Seite

4.1.-17 Einkommensschichtung der Arbeitnehmer-Haushalte nach der Höhe des Nettoeinkommens und nach der Haushaltsgröße in der DDR 1970 und 1983 ... 731

4.2.-1 Ausgewählte Verbraucherpreise in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR zur Jahresmitte 1985 ... 732

4.2.-2 Entwicklung der Verbrauchsstruktur der Bundesrepublik Deutschland für ausgewählte Haushaltstypen 1972 bis 1985 ... 737

4.2.-3 Entwicklung der Verbrauchsstruktur der DDR für ausgewählte Haushaltstypen 1972 bis 1985 ... 738

4.3.-1 Struktur der Ausgaben privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland ... 740

4.3.-2 Struktur der Ausgaben privater Haushalte in der DDR ... 741

4.3.-3 Jährlicher Pro-Kopf-Verbrauch ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel in der Bundesrepublik Deutschland ... 742

4.3.-4 Jährlicher Pro-Kopf-Verbrauch ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel in der DDR ... 743

4.3.-5 Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern in der DDR ... 744

4.4.-1 Wohnungsbestand in beiden deutschen Staaten ... 745

4.4.-2 Ausgaben von privaten Haushalten für Wohnungsmieten und sonstige Wohnungskosten ... 746

4.4.-3 Ausgaben für Mieten und sonstige Wohnungskosten von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Haushaltseinkommen in der DDR ... 747

4.4.-4 Entwicklung der Mieten in Relation zum Nettoeinkommen der Hauptmieter-Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland ... 748

4.4.-5 Der nicht durch Mieten gedeckte Aufwand für die Erhaltung des Wohnungsbestandes in der DDR ... 747

4.4.-6 Wohngeldleistungen von Bund und Ländern in der Bundesrepublik Deutschland ... 749

4.4.-7 Zahl der Empfänger von Wohngeldleistungen nach Haushaltsgröße in der Bundesrepublik Deutschland ... 750

4.4.-8 Mietbelastungsquoten der Hauptmieter mit Wohngeld in der Bundesrepublik Deutschland ... 750

4.4.-9 Bauvolumen und Wohnungsbauvolumen in beiden deutschen Staaten ... 751

4.4.-10 Wohnungsbauvolumen in beiden deutschen Staaten ... 752

4.4.-11 Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit in beiden deutschen Staaten seit 1970 ... 753

4.4.-12 Die Finanzierung des Wohnungsneubaus in der DDR ... 754

Bundesrepublik Deutschland
(Tab. 5.1.-1 bis -18) ...

5.1.-1 Staatsquoten (Anteile am BSP in vH) ... 755

5.1.-2 Einnahmen und Ausgaben des Staates insgesamt (in Mrd. DM) ... 756

5.1.-3 Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Staates insgesamt (Anteile in vH) ... 757

5.1.-4 Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo des Bundes . 758

5.1.-5 Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo der Länder .. 759

5.1.-6 Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo der Gemeinden ... 760

5.1.-7 Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo der Sozialversicherung ... 761

		Seite
5.1.-8	Entwicklung und Struktur des Steueraufkommens	762
5.1.-9	Tatsächliche Sozialbeiträge nach Trägern	763
5.1.-10	Gebühren und Vermögenseinkommen des Staates	764
5.1.-11	Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen (in Mrd. DM)	764
5.1.-12	Ausgabenstruktur des Staates nach Aufgabenbereichen (Anteile in vH)	765
5.1.-13	Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen in finanzstatistischer Abgrenzung	766
5.1.-14	Staatsverbrauch nach Aufgabengebieten (in Mrd. DM)	765
5.1.-15	Struktur des Staatsverbrauchs nach Aufgabengebieten (Anteile in vH)	767
5.1.-16	Bruttoinvestitionen des Staates nach Aufgabengebieten (in Mrd. DM)	767
5.1.-17	Struktur der Bruttoinvestitionen des Staates nach Aufgabengebieten (Anteile in vH)	768
5.1.-18	Beschäftigte und Anlageinvestitionen öffentlicher Unternehmen	769
	DDR (Tab. 5.1.-19 bis -29)	
5.1.-19	Verteilung der Einnahmen in den Staatshaushaltsplänen der DDR auf die verschiedenen staatlichen Ebenen 1971 bis 1985	770
5.1.-20	Staatshaushalt der DDR: Einnahmen 1971 bis 1984 (in Mrd. Mark)	771
5.1.-21	Staatshaushalt der DDR: Struktur der Einnahmen 1971 bis 1984 (Anteile in vH)	772
5.1.-22	Einnahmen des Staatshaushalts der DDR: Gegenüberstellung von Haushaltsplan und Haushaltsrechnung	773
5.1.-23	Entwicklung der Einnahmen des Staatshaushalts in der DDR nach Einnahmenarten 1971 bis 1984	774
5.1.-24	Staatshaushalt der DDR: Ausgaben DDR-Systematik 1971 bis 1984 (in Mrd. Mark)	775
5.1.-25	Staatshaushalt der DDR: Struktur der Ausgaben DDR-Systematik 1971 bis 1984 (Anteile in vH)	776
5.1.-26	Ausgaben des Staatshaushalts der DDR: Gegenüberstellung von Haushaltsplan und Haushaltsrechnung	777
5.1.-27	Staatshaushalt der DDR: Ausgaben nach volkswirtschaftlichen Arten 1978 bis 1984	778
5.1.-28	Ausgaben des Staatshaushalts der DDR nach Aufgabenbereichen 1971 bis 1984 (in Mrd. Mark)	779
5.1.-29	Ausgabenstruktur des Staatshaushalts der DDR nach Aufgabenbereichen 1971 bis 1984 (Anteile in vH)	780
5.2.-1	Öffentliche Einkommensübertragungen an private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland (in Mrd. DM)	781
5.2.-2	Struktur der öffentlichen Einkommensübertragungen an private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland (Anteile in vH)	782
5.2.-3	Öffentliche Einkommensübertragungen an private Haushalte in der DDR	783
5.2.-4	Öffentliche soziale Sach- und Geldleistungen an private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland	784
5.2.-5	Öffentliche Geld- und Sachleistungen an private Haushalte in der DDR	785
6.2.-1	Zahlungsbilanz und Finanzierungsrechnung für die Bundesrepublik Deutschland	786

		Seite
6.2.-2	Forderungen und Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der übrigen Welt (in Mrd. DM)	787
6.2.-3	Struktur der Forderungen und Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der übrigen Welt (Anteile in vH)	788
6.2.-4	Handelsbilanz der DDR in nicht-konvertibler Währung	789
6.2.-5	Handelsbilanz der DDR in konvertibler Währung	789
6.2.-6	Daten zur Westverschuldung der DDR	790
7.-1	Kennziffern zum innerdeutschen Handel	791
7.-2	Entwicklung des innerdeutschen Handels seit 1970	792
7.-3	Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland im innerdeutschen Handel	793
7.-4	Bezüge der Bundesrepublik Deutschland im innerdeutschen Handel	794
7.-5	Struktur des innerdeutschen Handels nach der Außenhandelssystematik	795
7.-6	Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an die DDR 1971 bis 1984	796

Tabelle 1.2.-1

Entwicklung der Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 2000

Jahr[1]	Wohnbevölkerung		davon					nachrichtlich: Ausländer[5]
	insgesamt	darunter weibliche Personen	Kinder unter 15 Jahre	Personen im Erwerbsalter			Personen im Rentenalter[4]	
				Männer 15 bis unter 65	Frauen 15 bis unter 60	zusammen		
	in 1 000							
1970[2]	60 651	31 784	14 058	18 573	17 904	36 477	10 116	2 976
1975	61 645	32 263	13 084	19 321	18 228	37 549	11 012	4 090
1980	61 658	32 177	11 003	20 434	19 218	39 652	11 002	4 453
1981	61 713	32 190	10 604	20 773	19 309	40 082	11 027	4 630
1982	61 546	32 118	10 177	21 001	19 351	40 352	11 017	4 667
1983	61 307	32 001	9 738	21 209	19 380	40 589	10 980	4 535
1984[3]	61 049	31 870	9 374	21 307	19 340	40 647	11 028	4 364
	voraussichtliche Entwicklung[6]							
1990	60 110	31 199	8 940	21 089	18 753	39 842	11 328	4 065
1995	59 527	30 715	9 056	20 567	18 241	38 808	11 663	4 144
2000	58 424	29 995	8 665	19 995	17 289	37 284	12 475	4 192
	in vH der Gesamtbevölkerung							
1970[2]	*100,0*	*52,4*	*23,2*	*30,6*	*29,5*	*60,1*	*16,7*	*4,9*
1975	*100,0*	*52,3*	*21,2*	*31,3*	*29,6*	*60,9*	*17,9*	*6,6*
1980	*100,0*	*52,2*	*17,9*	*33,1*	*31,2*	*64,3*	*17,8*	*7,2*
1981	*100,0*	*52,2*	*17,2*	*33,6*	*31,3*	*64,9*	*17,9*	*7,5*
1982	*100,0*	*52,2*	*16,5*	*34,1*	*31,5*	*65,6*	*17,9*	*7,6*
1983	*100,0*	*52,2*	*15,9*	*34,6*	*31,6*	*66,2*	*17,9*	*7,4*
1984[3]	*100,0*	*52,2*	*15,3*	*34,9*	*31,7*	*66,6*	*18,1*	*7,1*
	voraussichtliche Entwicklung[6]							
1990	*100,0*	*51,9*	*14,9*	*35,1*	*31,2*	*66,3*	*18,8*	*6,8*
1995	*100,0*	*51,6*	*15,2*	*34,6*	*30,6*	*65,2*	*19,6*	*7,0*
2000	*100,0*	*51,3*	*14,9*	*34,2*	*29,6*	*63,8*	*21,3*	*7,2*

[1] Stand Jahresende.
[2] Volkszählung am 27. Mai 1970.
[3] Vorläufige Angaben.
[4] Männer über 65 bzw. Frauen über 60 Jahre.
[5] Stand 1975 bis 1984 jeweils 30. September.
[6] Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Reihe 1: Gebiet und Bevölkerung 1983, S. 172 sowie Fachserie 1, Reihe 2: Ausländer 1983, S. 15. — Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland.

Tabelle 1.2.-2

Entwicklung der Wohnbevölkerung in der DDR 1970 bis 2000

Jahr[1]	Wohnbevölkerung		davon				
	insgesamt	darunter weibliche Personen	Kinder unter 15 Jahre	Personen im Erwerbsalter			Personen im Rentenalter[4]
				Männer 15 bis unter 65	Frauen 15 bis unter 60	zusammen	
	in 1 000						
1970[2]	17 068	9 203	3 970	4 815	4 958	9 773	3 325
1975	16 820	9 003	3 591	4 970	4 956	9 926	3 303
1980	16 740	8 883	3 271	5 268	5 204	10 472	2 997
1981[3]	16 706	8 857	3 244	5 324	5 194	10 518	2 944
1982	16 702	8 840	3 231	5 391	5 195	10 586	2 885
1983	16 701	8 825	3 223	5 453	5 202	10 655	2 823
1984	16 660	8 792	3 210	5 476	5 194	10 670	2 780
	voraussichtliche Entwicklung[5]						
1990	16 690	8 689	3 449	5 567	5 104	10 671	2 570
1995	16 574	8 549	3 354	5 588	5 081	10 669	2 551
2000	16 445	8 422	3 132	5 599	4 985	10 584	2 729
	in vH der Gesamtbevölkerung						
1970[2]	*100,0*	*53,9*	*23,3*	*28,2*	*29,0*	*57,2*	*19,5*
1975	*100,0*	*53,5*	*21,3*	*29,5*	*29,5*	*59,0*	*19,7*
1980	*100,0*	*53,1*	*19,5*	*31,5*	*31,1*	*62,6*	*17,9*
1981[3]	*100,0*	*53,0*	*19,4*	*31,9*	*31,1*	*63,0*	*17,6*
1982	*100,0*	*52,9*	*19,3*	*32,3*	*31,1*	*63,4*	*17,3*
1983	*100,0*	*52,8*	*19,3*	*32,7*	*31,1*	*63,8*	*16,9*
1984	*100,0*	*52,8*	*19,2*	*32,9*	*31,2*	*64,1*	*16,7*
	voraussichtliche Entwicklung[5]						
1990	*100,0*	*52,1*	*20,7*	*33,3*	*30,6*	*63,9*	*15,4*
1995	*100,0*	*51,6*	*20,2*	*33,7*	*30,7*	*64,4*	*15,4*
2000	*100,0*	*51,2*	*19,1*	*34,0*	*30,3*	*64,3*	*16,6*

[1] Stand Jahresende.
[2] Volkszählung am 1. Januar 1971.
[3] Volkszählung am 31. Dezember 1981.
[4] Männer über 65 bzw. Frauen über 60 Jahre.
[5] Fortschreibung des DIW.

Quellen: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistische Jahrbücher der DDR sowie Ergebnisse der Volkszählungen am 1. Januar 1971 sowie am 31. Dezember 1981. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 1.2.-3

Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach Alter und Geschlecht Jahresende 1983

Altersgruppe Alter von . . . bis unter . . . Jahren	in 1 000 Personen			Anteil der Altersgruppen in vH			weibliche Personen je 1 000 männliche
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
0 bis 5	3 007	1 541	1 467	4,9	5,3	4,6	952
5 bis 10	2 917	1 490	1 427	4,8	5,1	4,5	958
10 bis 15	3 814	1 950	1 863	6,2	6,7	5,8	955
15 bis 20	5 205	2 678	2 527	8,5	9,1	7,9	944
20 bis 25	5 135	2 640	2 494	8,4	9,0	7,8	945
25 bis 30	4 513	2 325	2 188	7,4	7,9	6,8	941
30 bis 35	4 278	2 181	2 097	7,0	7,4	6,6	961
35 bis 40	3 738	1 910	1 828	6,1	6,5	5,7	957
40 bis 45	4 703	2 411	2 291	7,7	8,2	7,2	950
45 bis 50	4 543	2 318	2 225	7,4	7,9	7,0	960
50 bis 55	3 608	1 817	1 791	5,9	6,2	5,6	986
55 bis 60	3 556	1 618	1 938	5,8	5,5	6,1	1 198
60 bis 65	3 310	1 310	2 000	5,4	4,5	6,2	1 527
65 bis 70	2 157	815	1 342	3,5	2,8	4,2	1 647
70 bis 75	2 825	1 026	1 799	4,6	3,5	5,6	1 753
75 bis 80	2 134	732	1 402	3,5	2,5	4,4	1 915
80 bis 85	1 222	380	842	2,0	1,3	2,6	2 216
85 bis 90	487	123	365	0,8	0,4	1,1	2 967
über 90	156	41	115	0,3	0,1	0,4	2 805
insgesamt	61 307	29 306	32 001	100,0	100,0	100,0	1 092

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1985, S. 61.

Tabelle 1.2.-4

Bevölkerung der DDR nach Alter und Geschlecht Jahresende 1983

Altersgruppen Alter von . . . bis unter . . . Jahren	in 1 000 Personen			Anteil der Altersgruppen in vH			weibliche Personen je 1 000 männliche
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
0 bis 5	1 171	600	572	7,0	7,6	6,5	954
5 bis 10	987	506	482	5,9	6,4	5,5	952
10 bis 15	1 064	545	519	6,4	6,9	5,9	952
15 bis 20	1 301	667	634	7,8	8,5	7,2	951
20 bis 25	1 420	728	692	8,5	9,2	7,8	950
25 bis 30	1 281	656	625	7,7	8,3	7,1	952
30 bis 35	1 226	624	601	7,3	7,9	6,8	964
35 bis 40	849	427	423	5,1	5,4	4,8	992
40 bis 45	1 267	633	634	7,6	8,0	7,2	1 001
45 bis 50	1 205	601	605	7,2	7,6	6,9	1 007
50 bis 55	962	471	491	5,8	6,0	5,6	1 041
55 bis 60	854	356	497	5,1	4,5	5,6	1 396
60 bis 65	798	290	508	4,8	3,7	5,8	1 752
65 bis 70	497	173	324	3,0	2,2	3,7	1 875
70 bis 75	741	254	487	4,4	3,2	5,5	1 921
75 bis 80	585	199	386	3,5	2,5	4,4	1 938
80 bis 85	335	106	229	2,0	1,3	2,6	2 153
85 bis 90	125	33	92	0,7	0,4	1,0	2 766
über 90	32	8	24	0,2	0,1	0,3	3 079
insgesamt	16 701	7 877	8 825	100,0	100,0	100,0	1 120

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1984, S. 345.

Tabelle 1.2.-5

Geborene und Gestorbene in beiden deutschen Staaten 1970 bis 1984

Jahr	Bundesrepublik Deutschland			DDR		
	Geborene*	Gestorbene*	Geborenen-(+) bzw. Gestorbenen-(−) überschuß	Geborene*	Gestorbene*	Geborenen-(+) bzw. Gestorbenen-(−) überschuß
	Personen, insgesamt					
1970	810 808	734 843	+ 75 965	236 929	240 821	− 3 892
1975	600 512	749 260	−148 748	181 798	240 389	−58 591
1980	620 657	714 117	− 93 460	245 132	238 254	+ 6 878
1981	624 557	722 192	− 97 635	237 543	232 244	+ 5 299
1982	621 173	715 857	− 94 684	240 102	227 975	+12 127
1983	594 177	718 337	−124 160	233 756	222 695	+11 061
1984	584 157	696 118	−111 961	228 135	221 204	+ 6 931
	Personen je 1 000 Einwohner					
1970	13,4	12,1	+1,3	13,9	14,1	−0,2
1975	9,7	12,1	−2,4	10,8	14,3	−3,5
1980	10,1	11,6	−1,5	14,6	14,2	+0,4
1981	10,1	11,7	−1,6	14,2	13,9	+0,3
1982	10,1	11,6	−1,5	14,4	13,7	+0,7
1983	9,7	11,7	−2,0	14,0	13,3	+0,7
1984	9,5	11,3	−1,8	13,7	13,3	+0,4

* Ohne Totgeborene.

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1985, S. 71. — Statistisches Jahrbuch der DDR 1985, S. 359ff.

Tabelle 1.2.-6

Wohnbevölkerung der beiden deutschen Staaten nach ausgewählten Altersgruppen, Geschlecht und Familienstand 1983

Altersgruppen Alter von . . . bis unter . . . Jahren	insgesamt		ledig		verheiratet		verwitwet		geschieden	
	in 1 000		Anteile an insgesamt in vH							
	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR
	Wohnbevölkerung insgesamt									
unter 15	9 737,9	3 223,1	100,0	100,0	0,0	—	—	—	0,0	—
15 bis 20	5 205,4	1 301,0	98,8	98,2	1,2	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0
20 bis 25	5 134,6	1 420,0	78,2	60,5	21,1	36,7	0,0	0,1	0,7	2,7
25 bis 30	4 513,0	1 280,9	41,9	21,4	54,9	70,6	0,2	0,2	3,1	7,8
30 bis 35	4 277,5	1 225,7	20,8	10,4	73,5	79,8	0,5	0,4	5,3	9,4
35 bis 40	3 737,8	849,5	12,0	6,5	80,5	82,5	0,9	0,7	6,6	10,3
40 bis 45	4 702,6	1 266,5	8,7	5,4	83,3	83,3	1,5	1,3	6,5	10,0
45 bis 50	4 542,8	1 205,2	7,1	4,9	84,6	84,1	2,8	2,5	5,5	8,5
50 bis 55	3 608,4	962,3	6,5	4,7	83,9	83,5	5,1	4,8	4,5	7,0
55 bis 60	3 555,7	853,6	6,7	5,8	80,0	78,5	9,3	9,3	4,1	6,4
60 bis 65	3 310,3	798,2	6,9	6,2	71,5	69,0	17,5	18,7	4,0	6,1
über 65	8 980,7	2 315,5	7,5	5,0	44,4	42,3	45,1	48,0	3,0	4,7
	männliche Wohnbevölkerung									
unter 15	4 890,6	1 650,7	100,0	100,0	—	—	—	—	—	—
15 bis 20	2 678,0	667,0	99,8	99,5	0,2	0,5	0,0	—	0,0	0,0
20 bis 25	2 640,2	728,0	87,8	73,4	11,8	24,9	0,0	0,0	0,3	1,7
25 bis 30	2 324,9	656,2	53,1	28,3	44,5	64,9	0,0	0,1	2,4	6,7
30 bis 35	2 180,8	624,2	27,7	13,4	67,3	77,9	0,2	0,1	4,8	8,6
35 bis 40	1 910,0	426,5	16,6	8,1	76,8	82,4	0,3	0,3	6,2	9,2
40 bis 45	2 411,2	632,9	11,3	6,3	81,9	84,3	0,6	0,6	6,2	8,8
45 bis 50	2 318,2	600,5	8,4	4,6	85,4	87,1	1,0	1,0	5,2	7,3
50 bis 55	1 816,9	471,4	6,2	2,8	87,9	89,9	1,9	1,9	4,1	5,4
55 bis 60	1 618,3	356,3	4,5	1,9	89,3	91,4	3,0	2,8	3,2	3,9
60 bis 65	1 310,3	290,1	3,7	1,6	89,0	91,1	4,6	4,5	2,7	2,8
über 65	3 116,4	773,2	4,0	1,8	75,1	74,3	18,8	21,9	2,0	2,0
	weibliche Wohnbevölkerung									
unter 15	4 757,3	1 572,4	100,0	100,0	0,0	—	—	—	0,0	—
15 bis 20	2 527,4	634,0	97,8	96,8	2,2	3,2	0,0	0,0	0,0	0,0
20 bis 25	2 494,4	691,9	68,0	47,0	30,9	49,1	0,1	0,1	1,0	3,8
25 bis 30	2 188,1	624,7	30,0	14,1	65,9	76,6	0,3	0,3	3,8	9,0
30 bis 35	2 096,7	601,5	13,5	7,3	80,0	81,7	0,8	0,7	5,8	10,3
35 bis 40	1 827,8	422,9	7,2	4,9	84,4	82,6	1,4	1,2	6,9	11,3
40 bis 45	2 291,4	633,6	5,9	4,5	84,7	82,2	2,5	2,1	6,8	11,2
45 bis 50	2 224,6	604,7	5,8	5,3	83,9	81,2	4,6	3,9	5,7	9,6
50 bis 55	1 791,4	490,9	6,8	6,5	79,9	77,4	8,5	7,7	4,8	8,4
55 bis 60	1 937,5	497,3	8,5	8,7	72,2	69,3	14,6	13,9	4,8	8,1
60 bis 65	2 000,0	508,1	9,0	8,9	60,0	56,4	26,0	26,8	4,9	7,9
über 65	5 864,3	1 542,4	9,4	6,6	28,1	26,2	59,0	61,0	3,5	6,2

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Reihe 1: Gebiet und Bevölkerung 1983, S. 210. — Statistisches Jahrbuch der DDR 1985, S. 351.

Tabelle 1.2.-7

Wanderungen über die Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staaten 1970 bis 1984
in 1 000 Personen

	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Zuzüge, insgesamt	1 072,4	456,1	753,4	625,1	420,8	372,0	457,1
darunter							
Türkei	177,6	99,2	213,1	84,7	43,1	28,3	34,6
Polen	3,8	20,5	67,9	135,3	58,8	55,5	82,4
Italien	186,2	53,1	88,9	67,6	43,8	38,5	40,2
Jugoslawien	239,5	46,1	42,4	34,4	22,7	17,7	20,0
Griechenland	94,8	18,6	16,5	19,3	13,5	10,7	10,0
Spanien	63,0	9,8	7,7	7,8	5,9	5,0	5,5
Fortzüge, insgesamt	498,4	655,3	441,5	472,7	496,1	489,2	608,2
darunter							
Türkei	42,8	149,1	71,0	71,5	87,4	101,3	214,8
Polen	2,3	13,0	28,6	50,0	33,6	35,5	52,8
Italien	139,8	106,9	80,1	83,7	84,9	75,2	64,9
Jugoslawien	89,9	100,7	41,7	40,6	41,8	36,8	34,3
Griechenland	30,7	66,3	23,0	16,5	18,9	19,9	17,6
Spanien	33,7	42,1	11,8	10,8	12,7	12,8	11,8
Salden[1]	+574,0	−199,2	+311,9	+152,4	−75,3	−117,2	−151,1
darunter							
Türkei	+134,8	− 49,9	+142,1	+ 13,2	− 44,3	− 73,0	−180,2
Polen	+ 1,5	+ 7,5	+ 39,3	+ 85,3	+ 25,2	+ 20,0	+ 29,6
Italien	+ 46,4	− 53,8	+ 8,8	− 16,1	− 41,1	− 36,7	− 24,7
Jugoslawien	+149,6	− 54,6	+ 0,7	− 6,2	− 19,1	− 19,1	− 14,3
Griechenland	+ 64,1	− 47,7	− 6,5	+ 2,8	− 5,4	− 9,2	− 7,6
Spanien	+ 29,3	− 32,3	− 4,1	− 3,0	− 6,8	− 7,8	− 6,3

[1] Überschuß der Zuzüge (+) bzw. der Fortzüge (−).

Quelle: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland.

Tabelle 1.2.-8

Wanderungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1970 bis 1984

Anzahl der Personen

Jahr	Zuzüge aus der DDR	Fortzüge in die DDR	Überschuß der Zuzüge
1970	20 664	2 082	18 582
1975	20 339	1 404	18 935
1980	15 774	1 560	14 214
1981	18 253	1 723	16 530
1982	15 544	1 528	14 016
1983	13 400	1 344	12 056
1984	42 316	1 643	40 673

Quelle: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland.

Tabelle 1.2.-9

Private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR nach Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	Bundesrepublik Deutschland[1]				DDR[2]			
	1 000 Haushalte		Anteile in vH		1 000 Haushalte		Anteile in vH	
	1971	1982	1971	1982	1971	1982	1971	1982
1 Person	6 106	7 926	*26,7*	*31,3*	1 663	1 729	*26,0*	*26,6*
2 Personen	6 245	7 283	*27,4*	*28,7*	1 807	1 764	*28,2*	*27,1*
3 Personen	4 343	4 474	*19,0*	*17,7*	1 304	1 466	*20,4*	*22,5*
4 Personen	3 456	3 636	*15,1*	*14,3*	951	1 123	*14,9*	*17,2*
5 und mehr Personen	2 701	2 017	*11,8*	*8,0*	678	428	*10,6*	*6,6*
Alle Haushalte	22 852	25 336	*100,0*	*100,0*	6 404	6 510	*100,0*	*100,0*

[1] Ergebnisse des Mikrozensus; jeweils April.

[2] Ergebnisse der Volkszählung am 1. Januar 1971 sowie am 31. Dezember 1981.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Reihe 3: Haushalte und Familien 1981, S. 128 sowie Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1985, S. 66. — Statistisches Jahrbuch der DDR 1985, S. 275.

Tabelle 1.2.-10

Private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR nach Gemeindegrößengruppen

Gemeinden mit . . . Einwohnern	Bundesrepublik Deutschland				DDR			
	1 000 Haushalte		Anteile in vH		1 000 Haushalte		Anteile in vH	
	1970[1]	1982[2]	1970[1]	1982[2]	1971[3]	1981[3]	1971[3]	1981[3]
unter 5 000	5 564	3 115	25,3	12,3	2 298	2 214	35,9	34,0
5 000 bis 20 000	3 949	5 725	17,9	22,6	1 151	1 057	18,0	16,2
20 000 bis 100 000	4 304	6 619	19,6	26,1	1 417	1 454	22,1	22,3
100 000 und mehr	8 192	9 876	37,2	39,0	1 538	1 786	24,0	27,4
insgesamt	22 009	25 336	100,0	100,0	6 404	6 510	100,0	100,0

[1] Ergebnisse der 10 vH-Stichprobe der Volkszählung am 27. Mai 1970.
[2] Ergebnisse des Mikrozensus vom April 1982.
[3] Ergebnisse der Volkszählungen am 1. Januar 1971 bzw. am 31. Dezember 1981.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Reihe 3: Haushalte und Familien 1981, S. 130 sowie Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1985, S. 66. — Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31. Dezember 1981 in der Deutschen Demokratischen Republik. Ausgewählte Ergebnisse. Berlin (Ost), S. 47.

Tabelle 1.3.-1

Teilnahme der Bevölkerung am Erwerbsleben

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland			DDR		
	gesamt	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich
	Wohnbevölkerung in 1 000					
1970	60 651	28 713	31 938	17 058	7 851	9 207
1978	61 327	29 208	32 119	16 756	7 826	8 930
1983	61 426	29 370	32 056	16 699	7 868	8 831
	Erwerbspersonen[2] in 1 000					
1970	26 817	16 944	9 873	8 715	4 685	4 030
1978	26 692	16 581	10 111	9 140	4 765	4 375
1983	27 445	16 734	10 711	9 400	4 940	4 460
	Erwerbsquoten[3] in vH					
1970	44,2	59,0	30,9	51,1	59,7	43,8
1978	43,5	56,8	31,5	54,5	60,9	49,0
1983	44,7	57,0	33,4	56,3	62,8	50,5

[1] Jahresdurchschnitt.
[2] Bundesrepublik Deutschland: Erwerbstätige und Arbeitslose; DDR: einschließlich der amtlich nicht ausgewiesenen Beschäftigten.
[3] Erwerbspersonen in vH der Wohnbevölkerung.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. — Berechnungen des DIW.
DDR: Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 1.3.-2

Aufgliederung der Wohnbevölkerung im arbeitsfähigen Alter nach Altersgruppen und Geschlecht

Jahr[2] Geschlecht	Wohnbevölkerung im arbeitsfähigen Alter[1]						
	insgesamt		davon nach Altersgruppen in Jahren				
			15 bis 25	25 bis 35	35 bis 55	55 bis 60	60 bis 65
	in 1000	vH	Anteile in vH				
	Bundesrepublik Deutschland						
1970 insgesamt	36 214	100	20,7	24,3	40,3	10,2	4,5
männlich	18 276	50,4	10,2	12,4	19,0	4,3	4,5
weiblich	17 938	49,6	10,5	11,9	21,3	5,9	×
1983 insgesamt	40 146	100	25,1	20,7	41,4	9,3	3,5
männlich	21 039	52,4	13,0	10,5	21,1	4,3	3,5
weiblich	19 107	47,6	12,1	10,2	20,3	5,0	×
	DDR						
1971 insgesamt	9 773	100	23,4	25,0	37,2	9,9	4,5
männlich	4 815	49,3	12,0	12,6	16,5	3,7	4,5
weiblich	4 958	50,7	11,4	12,4	20,7	6,2	×
1983 insgesamt	10 656	100	25,6	23,5	40,2	8,0	2,7
männlich	5 454	51,1	13,1	12,0	20,0	3,3	2,7
weiblich	5 202	48,9	12,5	11,5	20,2	4,7	×

[1] Männer im Alter von 15 bis 65 Jahre, Frauen 15 bis 60 Jahre.

[2] Bundesrepublik Deutschland: Jahresdurchschnitt; DDR: 1. Januar 1971 bzw. 31. Dezember 1983.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1: Mikrozensus sowie Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. — Berechnungen des DIW.
DDR: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 1. Januar 1971, Band 4, Wohnbevölkerung und Haushalte. Berlin (Ost) 1972 sowie Statistisches Jahrbuch der DDR 1984. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 1.3.-3

Aufgliederung der Erwerbspersonen nach Altersgruppen und Geschlecht

Jahr[1] Geschlecht	Erwerbspersonen								nachrichtlich: darunter Erwerbslose
	insgesamt		davon nach Altersgruppen in Jahren						
			15 bis 25	25 bis 35	35 bis 55	55 bis 60	60 bis 65	über 65	
	in 1 000	vH	Anteile in vH						
	Bundesrepublik Deutschland								
1970 insgesamt	26 817	100	18,1	24,2	39,1	8,3	6,5	3,8	0,6
männlich	16 944	63,2	9,3	16,3	25,2	5,3	4,6	2,5	0,3
weiblich	9 873	36,8	8,8	7,9	13,9	3,0	1,9	1,3	0,3
1983 insgesamt	27 445	100	21,1	22,6	44,9	7,7	2,6	1,1	8,2
männlich	16 734	61,0	11,6	13,5	28,7	4,9	1,7	0,6	4,4
weiblich	10 712	39,0	9,5	9,1	16,2	2,8	0,9	0,5	3,8
	DDR								
1971 insgesamt	8 671	100	19,0	25,0	36,6	8,2	6,6	4,6	—
männlich	4 662	53,8	10,4	13,9	18,2	3,9	4,2	3,2	—
weiblich	4 009	46,2	8,6	11,1	18,4	4,3	2,4	1,4	—

[1] Bundesrepublik Deutschland: Jahresdurchschnitt; DDR: 1. Januar 1971.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1: Mikrozensus sowie Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. — Berechnungen des DIW.
DDR: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 1. Januar 1971, Band 5. Berlin (Ost), 1972. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 1.3.-4

Erwerbsquoten der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter in vH[1]

Jahr[2] Geschlecht	Erwerbspersonen im arbeitsfähigen Alter						nachrichtlich: Erwerbspersonen im nichtarbeitsfähigen Alter	
	insgesamt	davon nach Altersgruppen in Jahren						
		15 bis 25	25 bis 35	35 bis 55	55 bis 60	60 bis 65	60 bis 65	über 65
	Bundesrepublik Deutschland							
1970								
insgesamt	69,8	64,9	73,4	72,0	60,1	75,4	22,9	12,1
männlich	89,0	67,5	96,8	98,5	89,9	75,4	×	20,2
weiblich	50,2	62,4	49,0	48,3	38,2	×	22,9	6,8
1983								
insgesamt	67,0	57,4	74,3	74,2	56,6	34,1	11,4	3,5
männlich	78,7	60,7	87,7	93,0	77,4	34,1	×	5,5
weiblich	54,1	53,9	60,5	54,7	38,8	×	11,4	2,4
	DDR							
1971								
insgesamt	82,5	71,9	88,7	87,2	73,8	83,4	31,5	15,0
männlich	91,1	76,8	98,1	98,0	92,4	83,4	×	27,2
weiblich	74,2	66,7	79,2	78,7	62,5	×	31,5	7,5

[1] Anteil der Erwerbspersonen im arbeitsfähigen Alter (Männer 15 bis 65, Frauen 15 bis 60) an der Wohnbevölkerung des entsprechenden Alters.

[2] Bundesrepublik Deutschland: Jahresdurchschnitt; DDR: 1. Januar 1971.

Quellen: vgl. Tabellen 1.3.-2 und -3.

Tabelle 1.3.-5

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen
in 1 000 Personen, Jahresdurchschnitte

	Bundesrepublik			DDR		
	1970	1978	1983	1970	1978	1983
Insgesamt	26 560	25 644	25 126	8 715	9 140	9 400
Land- und Forstwirtschaft	2 262	1 536	1 371	1 060	930	950
Produzierendes Gewerbe	12 987	11 386	10 514	4 250	4 475	4 540
Handel und Verkehr	4 755	4 872	4 731	1 490	1 525	1 540
Dienstleistungen	6 556	7 850	8 510	1 915	2 210	2 370
Männer, gesamt	16 799	16 049	15 494	4 685	4 765	4 940
Land- und Forstwirtschaft	1 119	749	683	600	550	585
Produzierendes Gewerbe	9 769	8 578	8 083	2 675	2 765	2 855
Handel und Verkehr	2 764	2 764	2 558	660	640	645
Dienstleistungen	3 148	3 958	4 170	750	810	855
Frauen, gesamt	9 761	9 595	9 632	4 030	4 375	4 460
Land- und Forstwirtschaft	1 143	787	688	460	380	365
Produzierendes Gewerbe	3 218	2 808	2 431	1 575	1 710	1 685
Handel und Verkehr	1 991	2 108	2 173	830	885	895
Dienstleistungen	3 408	3 892	4 340	1 165	1 400	1 515
Frauen in vH von insgesamt	*36,8*	*37,4*	*38,3*	*46,2*	*47,9*	*47,4*
Land- und Forstwirtschaft	*50,5*	*51,2*	*50,2*	*43,4*	*40,9*	*38,4*
Produzierendes Gewerbe	*24,8*	*24,7*	*23,1*	*37,1*	*38,2*	*37,1*
Handel und Verkehr	*41,9*	*43,3*	*45,9*	*55,7*	*58,0*	*58,1*
Dienstleistungen	*52,0*	*49,6*	*51,0*	*60,8*	*63,3*	*63,9*

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1: Mikrozensus sowie Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. — Berechnungen des DIW.
DDR: Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 1.3.-6

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen
Struktur in vH, Jahresdurchschnitte

	Bundesrepublik			DDR		
	1970	1978	1983	1970	1978	1983
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft	8,5	6,0	5,5	12,1	10,2	10,1
Produzierendes Gewerbe	48,9	44,4	41,8	48,8	48,9	48,3
Handel und Verkehr	17,9	19,0	18,8	17,1	16,7	16,4
Dienstleistungen	24,7	30,6	33,9	22,0	24,2	25,2
Männer, gesamt	100	100	100	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft	6,7	4,7	4,4	12,8	11,6	11,8
Produzierendes Gewerbe	58,1	53,4	52,2	57,1	58,0	57,8
Handel und Verkehr	16,5	17,2	16,5	14,1	13,4	13,1
Dienstleistungen	18,7	24,7	26,9	16,0	17,0	17,3
Frauen, gesamt	100	100	100	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft	11,7	8,2	7,1	11,4	8,7	8,2
Produzierendes Gewerbe	33,0	29,3	25,2	39,1	39,1	37,8
Handel und Verkehr	20,4	22,0	22,6	20,6	20,2	20,0
Dienstleistungen	34,9	40,5	45,1	28,9	32,0	34,0

Quellen: vgl. Tabelle 1.3.-5.

Tabelle 1.3.-7

Erwerbstätige nach sozio-ökonomischen Gruppen
Jahresdurchschnitte

	Bundesrepublik			DDR		
	1970	1978	1983	1970	1978	1983
	1 000 Personen					
Erwerbstätige, gesamt	26 560	25 644	25 126	8 715	9 140	9 400
Arbeitnehmer	22 138	22 209	21 901	7 440	8 215	8 450
Selbständige * (DDR: Selbständige und Genossenschaftsmitglieder)	4 422	3 435	3 225	1 275	925	950
Erwerbstätige Männer	16 799	16 049	15 494	4 685	4 765	4 940
Arbeitnehmer	14 351	14 047	13 560	3 945	4 220	4 365
Selbständige * (DDR: Selbständige und Genossenschaftsmitglieder)	2 448	2 001	1 934	740	545	575
Erwerbstätige Frauen	9 761	9 595	9 632	4 030	4 375	4 460
Arbeitnehmer	7 787	8 162	8 341	3 495	3 995	4 085
Selbständige * (DDR: Selbständige und Genossenschaftsmitglieder)	1 974	1 434	1 291	535	380	375
	Anteile in vH					
Erwerbstätige, gesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Arbeitnehmer	*83,4*	*86,6*	*87,2*	*85,4*	*89,9*	*89,9*
Selbständige * (DDR: Selbständige und Genossenschaftsmitglieder)	*16,6*	*13,4*	*12,8*	*14,6*	*10,1*	*10,1*
Erwerbstätige Männer	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Arbeitnehmer	*85,4*	*87,5*	*87,5*	*84,2*	*88,6*	*88,4*
Selbständige * (DDR: Selbständige und Genossenschaftsmitglieder)	*14,6*	*12,5*	*12,5*	*15,8*	*11,4*	*11,6*
Erwerbstätige Frauen	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Arbeitnehmer	*79,8*	*85,1*	*86,6*	*86,7*	*91,3*	*91,6*
Selbständige * (DDR: Selbständige und Genossenschaftsmitglieder)	*20,2*	*14,9*	*13,4*	*13,3*	*8,7*	*8,4*

* einschließlich mithelfende Familienangehörige.

Quellen: vgl. Tabelle 1.3.-5.

Tabelle 1.3.-8

Berufliche Qualifikationsstruktur der Bevölkerung
Anteile in vH

	Bevölkerung über 20 Jahre							
	insgesamt	nach Geschlecht		nach Altersgruppen in Jahren				
		männlich	weiblich	20 bis 30	30 bis 40	40 bis 50	50 bis 60	über 60
	Bundesrepublik Deutschland							
Insgesamt (April 1976)	100	100	100	100	100	100	100	100
mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung	55,4	71,2	41,8	65,5	66,9	56,5	53,3	41,1
Hochschulabschluß	5,3	7,9	3,0	5,3	8,3	5,4	4,8	3,3
Fachschulabschluß	5,0	8,6	1,9	4,0	6,3	5,9	5,0	4,0
Lehrabschluß	45,1	54,7	36,9	56,2	52,3	45,2	43,5	33,8
ohne Berufsausbildung	44,6	28,8	58,2	34,5	33,1	43,5	46,7	58,9
Insgesamt (April 1982)	100	100	100	100	100	100	100	100
mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung	60,2	74,4	47,8	66,2	74,7	64,9	57,0	45,3
Hochschulabschluß	6,4	9,3	3,9	5,7	11,7	7,0	5,3	3,7
Fachschulabschluß	5,2	8,6	2,2	3,4	6,8	6,7	5,4	4,2
Lehrabschluß	48,6	56,5	41,7	57,1	56,2	51,2	46,3	37,4
ohne Berufsausbildung	39,8	25,6	52,2	33,8	25,3	35,1	43,0	54,7
	DDR							
Insgesamt (1. Januar 1971)	100	100	100	100	100	100	100	100
mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung	51,8	71,3	36,5	79,7	67,3	56,8	46,9	25,9
Hochschulabschluß	3,0	5,0	1,4	3,8	5,6	4,2	1,9	0,7
Fachschulabschluß	5,3	7,7	3,3	7,2	8,7	7,2	3,8	1,6
Meisterabschluß	4,0	8,2	0,7	1,9	4,7	4,9	5,2	3,7
Facharbeiterabschluß	39,5	50,4	31,1	66,8	48,3	40,5	36,0	19,9
ohne Berufsausbildung	48,2	28,7	63,5	20,3	32,7	43,2	53,1	74,1
Insgesamt (31. Dezember 1981)	100	100	100	100	100	100	100	100
mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung	71,2	84,1	60,5	84,5	88,6	80,6	70,6	42,3
Hochschulabschluß Fachschulabschluß	16,5	18,9	14,5	16,3	27,1	21,7	16,6	6,1
Meisterabschluß Facharbeiterabschluß	54,7	65,2	45,9	68,2	61,5	58,9	54,0	36,2
ohne Berufsausbildung	28,8	15,9	39,5	15,5	11,4	19,4	29,4	57,7

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1: Mikrozensus — Berechnungen des DIW.
DDR: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 1. Januar 1971, Band 4. Berlin (Ost) 1972 sowie Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31. Dezember 1981 in der DDR, Ausgewählte Ergebnisse. Berlin (Ost). — Berechnungen des DIW.

Tabelle 1.4.-1

Brutto-Anlageinvestitionen und Brutto-Anlagevermögen in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1983 in Mrd. DM[1]

	Investitionen						Anlagevermögen					
	1970	1976	1980	1981	1982	1983	1970	1976	1980	1981	1982	1983
Produzierende Bereiche	139,6	130,0	156,5	153,3	147,4	153,6	1691,7	2184,4	2463,0	2534,2	2596,8	2656,9
Land- und Forstwirtschaft	9,5	9,3	9,6	8,6	8,4	9,3	229,7	247,1	260,5	262,2	263,1	264,4
Warenproduzierendes Gewerbe	90,2	79,0	96,9	94,9	90,7	92,7	982,5	1285,9	1442,8	1484,3	1519,5	1551,8
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	10,8	17,7	17,2	18,4	19,5	20,8	190,6	256,3	298,9	310,2	322,6	335,6
Chemie[2]	14,8	10,7	11,8	11,9	11,2	10,8	134,3	180,3	195,4	198,4	200,4	201,6
Metallerzeugung und -bearbeitung	6,3	5,6	4,5	4,4	3,7	2,8	78,2	95,6	95,9	96,2	95,9	94,8
Steine und Erden	3,1	2,0	2,8	2,5	1,9	2,1	32,9	41,2	42,7	43,1	42,6	42,0
Wasserversorgung	2,4	3,1	3,9	3,8	3,6	3,4	29,0	43,0	53,5	56,4	59,5	62,3
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	18,8	13,9	22,7	22,5	22,5	22,3	182,4	239,8	277,8	289,9	301,5	312,3
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	7,2	6,5	9,3	9,2	8,4	9,3	55,2	85,0	105,3	110,9	115,6	119,8
Textilgewerbe	2,4	1,5	1,6	1,2	1,2	1,4	34,1	37,1	36,9	36,6	35,9	35,4
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	9,0	6,4	8,5	7,7	6,7	6,9	94,1	119,3	133,1	136,2	137,9	139,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	7,9	6,6	7,3	7,6	7,0	7,2	92,4	114,3	123,3	125,3	126,8	128,0
Baugewerbe	7,5	5,0	7,3	5,7	5,0	5,7	59,3	74,0	80,0	81,1	80,8	80,8
Handel	16,5	18,4	22,6	21,6	21,0	22,3	204,6	273,2	324,2	336,9	348,6	360,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	23,4	23,3	27,4	28,2	27,3	29,3	274,9	378,2	435,5	450,8	465,6	480,4
Dienstleistungen/ Staat	152,5	156,3	185,7	176,0	166,2	169,2	2849,8	3757,0	4384,6	4550,9	4706,1	4855,1
Wohnungsvermietung	80,9	81,7	92,5	88,6	85,3	89,8	1828,5	2327,4	2645,4	2728,7	2808,2	2888,2
Dienstleistungen	20,4	25,5	39,6	37,8	35,8	37,8	246,2	367,7	490,6	526,2	559,0	589,1
Staat	51,2	49,1	53,6	49,6	45,1	41,6	775,1	1061,9	1248,6	1296,0	1338,9	1377,8
Alle Bereiche	292,1	286,3	342,2	329,3	313,6	322,8	4541,5	5941,4	6847,6	7085,1	7302,9	7512,0

[1] Zu Preisen von 1980.

[2] Einschließlich Kunststofferzeugnisse und Gummiwaren.

Quelle: Berechnungen des DIW, vgl. auch „Methodische Hinweise" und „Quellen" im Anhang zu 1.4.

Tabelle 1.4.-2

Brutto-Anlageinvestitionen und Brutto-Anlagevermögen in der DDR 1970 bis 1983 in Mrd. Mark[1]

	Investitionen						Anlagevermögen					
	1970	1976	1980	1981	1982	1983	1970	1976	1980	1981	1982	1983
Produzierende Bereiche	29,0	38,5	42,3	43,3	41,1	41,3	368,4	517,8	637,9	673,1	710,5	747,0
Land- und Forstwirtschaft	4,7	5,6	5,3	5,5	5,1	4,6	57,4	77,2	93,8	98,4	103,2	108,1
Warenproduzierendes Gewerbe	19,4	26,1	30,7	31,5	30,8	31,7	236,3	343,7	426,9	452,5	480,2	507,2
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	3,5	5,8	7,0	6,8	7,1	7,8	54,5	77,8	92,4	97,1	102,3	108,2
Chemie[2]	3,9	4,1	5,6	5,3	5,5	5,9	42,9	63,9	78,8	83,6	88,7	94,0
Metallerzeugung und -bearbeitung	0,8	1,6	3,1	3,3	3,6	3,7	13,6	19,5	27,7	30,7	34,1	37,6
Steine und Erden	1,0	1,0	1,1	1,1	0,7	0,6	8,3	12,1	14,8	15,6	16,2	16,6
Wasserversorgung	1,0	1,3	1,5	1,6	1,5	1,5	16,8	21,9	26,1	27,4	28,8	30,1
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	3,1	4,1	5,1	6,0	5,3	5,3	34,9	52,1	67,2	72,1	77,5	82,4
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	1,8	1,5	1,7	2,0	1,9	1,9	11,9	19,4	25,0	26,7	28,6	30,3
Textilgewerbe	0,6	0,9	0,8	0,7	0,7	0,6	11,0	15,1	18,0	18,7	19,4	20,0
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	1,4	2,0	1,8	1,9	1,9	2,1	17,2	25,3	31,0	32,5	34,3	36,1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1,1	1,8	1,6	1,6	1,6	1,6	16,8	23,7	28,4	29,5	30,8	32,1
Baugewerbe	1,2	2,0	1,4	1,2	1,0	0,7	8,4	12,9	17,5	18,6	19,5	19,8
Handel	1,7	1,7	1,7	1,5	1,3	1,2	14,9	20,4	26,8	28,1	29,4	30,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3,2	5,1	4,6	4,8	3,9	3,8	59,8	76,5	90,4	94,1	97,7	101,3
Dienstleistungen/ Staat	7,4	10,9	12,2	12,7	12,0	11,8	318,2	360,7	400,3	410,8	420,3	429,2
Bildung und Wissenschaft	1,4	1,8	2,2	2,4	2,3	2,2	19,1	26,5	32,3	34,5	36,1	37,3
Gesundheits- und Sozialwesen	0,6	0,9	1,1	1,1	1,0	0,9	17,0	22,9	26,8	28,0	28,8	29,4
Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Dienstleistungen	3,1	5,3	7,0	7,2	6,9	7,1	255,1	282,7	311,2	318,3	325,3	332,3
Sonstiger Staat und sonstige Dienste	2,3	2,9	1,9	2,0	1,8	1,6	27,0	28,6	30,0	30,0	30,1	30,2
Alle Bereiche	36,4	49,4	54,5	56,0	53,1	53,1	686,6	878,5	1038,2	1083,9	1130,8	1176,2

[1] Zu Preisen von 1980.

[2] Einschließlich Kunststofferzeugnisse und Gummiwaren.

Quelle: Berechnungen des DIW, vgl. auch „Methodische Hinweise" und „Quellen" im Anhang zu 1.4.

Tabelle 1.5.-1

Emissionen ausgewählter Luftschadstoffe in der Bundesrepublik Deutschland

	1966	1970	1974	1978	1982	1966	1970	1974	1978	1982
	Mill. t					vH				
SO_2 Insgesamt	3,2	3,6	3,6	3,4	3,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon										
Kraftwerke [1]	1,32	1,65	1,85	1,87	1,86	41,3	45,9	51,3	55,1	62,1
Industrie	1,14	1,16	1,08	0,95	0,76	35,7	32,3	30,0	27,8	25,2
Haushalte [2]	0,64	0,67	0,55	0,45	0,28	19,9	18,6	15,3	13,4	9,3
Verkehr	0,10	0,12	0,12	0,13	0,10	3,1	3,2	3,4	3,7	3,4
NO_x Insgesamt	2,0	2,4	2,7	3,1	3,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon										
Kraftwerke [1]	0,47	0,64	0,81	0,86	0,86	23,6	26,5	30,0	27,8	27,7
Industrie	0,61	0,61	0,57	0,52	0,43	30,6	25,5	21,0	16,7	14,0
Haushalte [2]	0,12	0,14	0,14	0,14	0,12	5,8	6,0	5,0	4,5	3,7
Verkehr	0,80	1,01	1,18	1,58	1,69	40,0	42,0	44,0	51,0	54,6
CO Insgesamt	12,5	13,0	11,2	9,1	8,2	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon										
Kraftwerke [1]	0,02	0,03	0,03	0,03	0,03	0,2	0,2	0,3	0,3	0,4
Industrie	1,73	1,78	1,87	1,36	1,12	13,8	13,7	16,7	14,9	13,6
Haushalte [2]	6,50	5,42	3,12	1,71	1,72	52,0	41,7	27,8	18,8	21,0
Verkehr	4,25	5,77	6,18	6,00	5,33	34,0	44,4	55,2	66,0	65,0
Staub Insgesamt	1,8	1,3	1,0	0,8	0,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon										
Kraftwerke [1]	0,45	0,28	0,20	0,18	0,15	25,2	21,8	19,6	22,7	21,7
Industrie	1,05	0,75	0,61	0,49	0,42	58,5	57,9	60,8	61,4	59,7
Haushalte [2]	0,25	0,21	0,13	0,07	0,06	13,7	15,8	13,4	8,0	9,2
Verkehr	0,05	0,06	0,06	0,06	0,07	2,6	4,5	6,2	7,9	9,4
Organische Verbindungen Insgesamt	1,4	1,7	1,8	1,8	1,6	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon										
Kraftwerke [1]	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6
Industrie	0,35	0,45	0,49	0,49	0,45	25,0	26,5	27,0	27,0	28,0
Haushalte [2]	0,64	0,71	0,72	0,64	0,52	46,0	42,0	40,0	35,5	32,4
Verkehr	0,40	0,53	0,58	0,66	0,62	28,5	31,0	32,5	37,0	39,0

[1] Einschließlich Fernheizwerke.
[2] Einschließlich Kleinverbraucher.
Quellen: Dritter Immissionsschutzbericht der Bundesregierung. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 1.5.-2

SO_2- und NO_x-Emissionen von fossil befeuerten Kraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1982

	Brennstoffverbrauch PJ	SO_2-Emissionen 1 000 t	spez. SO_2-Emissionen kg/TJ	NO_x-Emissionen 1 000 t	spez. NO_x-Emissionen kg/TJ
Braunkohlenkraftwerke					
Bundesrepublik	981	790	805	180	185
DDR	1 693	2 754	1 630	260	155
Steinkohlenkraftwerke					
Bundesrepublik	1 224	930	760	520	425
DDR	47	31	670	17	350
Heizölkraftwerke (HS)					
Bundesrepublik	164	120	730	40	240
DDR	87	126	1 450	18	210
Gaskraftwerke					
Bundesrepublik	460	10	2	110	240
DDR	136	0	0	12	90
Fossil befeuerte Kraftwerke, gesamt					
Bundesrepublik [1]	2 900	1 860	640	860	300
DDR [2]	1 963	2 911	1 480	307	160

[1] Einschließlich sonstige fossil befeuerte Kraftwerke.
[2] Einschließlich Brennstoffeinsatz in Heizkraft- und Heizwerken.

Quellen: Dritter Immissionschutzbericht der Bundesregierung. — Umweltbundesamt. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 1.5.-3

Brennstoffverbrauch und SO_2- sowie NO_x-Emissionen im HUK-Bereich [1] in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1982

	Brennstoffverbrauch TJ	SO_2-Emissionen 1 000 t	spez. SO_2-Emissionen kg/TJ	NO_x-Emissionen 1 000 t	spez. NO_x-Emissionen kg/TJ
	Bundesrepublik Deutschland				
Feste Brennstoffe [2]	222	80	360	10	45
Heizöle	1 305	200	153	70	55
Gase	650	0	1	30	45
Insgesamt	2 177	280	(129)	110	(51)
	DDR				
Feste Brennstoffe	505	949	1 880	36	70
Gase	40	1	35	2	50
Insgesamt	545	950	(1 743)	38	(69)

[1] Haushalte und Kleinverbraucher.
[2] Einschließlich Braunkohle, -torf.

Quellen: Dritter Immissionsschutzbericht der Bundesregierung. — Umweltbundesamt. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 1.5.-4

SO_2- und NO_x-Emissionen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1982 nach Brennstoffen

	SO_2		NO_x	
	Bundes-republik	DDR	Bundes-republik	DDR
	in 1 000 t			
Braunkohlen	820	4 718	190	436
Steinkohlen	1 110	31	570	17
Mineralöle	880	144	1 910	114
Gase	40	1	300 [1]	14
Insgesamt	2 850 [2]	4 894	2 970	581
	in vH			
Braunkohlen	*28,8*	*96,4*	*6,4*	*75,1*
Steinkohlen	*38,9*	*0,6*	*19,2*	*2,9*
Mineralöle	*30,8*	*3,0*	*64,3*	*19,6*
Gase	*1,5*	*0,0*	*10,1*	*2,4*
Insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*

[1] Ohne den Brennstoffen nicht zurechenbare Emissionen aus Industrieprozessen (SO_2: 150 000 t; NO_x: 130 000 t).
[2] Einschließlich andere Energieträger.

Quellen: Dritter Immissionsschutzbericht der Bundesregierung. — Umweltbundesamt. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 2.1.-1

Schüler und Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR in 1 000 Personen

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
	Bundesrepublik Deutschland									
Grundschulen	4 117	3 936	3 915	3 732	3 513	3 262	2 991	2 771	2 588	2 440
Hauptschulen	2 382	2 545	2 510	2 545	2 507	2 460	2 363	2 274	2 187	2 061
Realschulen	1 044	1 100	1 147	1 249	1 317	1 351	1 365	1 351	1 324	1 278
Gymnasien [1]	1 794	1 915	2 029	2 101	2 170	2 217	2 303	2 339	2 332	2 277
Sonderschulen	378	385	394	398	398	388	371	354	337	319
Schulen der allg. Fortbildung	35	37	38	36	36	36	37	39	42	42
Berufsschulen	1 637	1 639	1 629	1 622	1 691	1 805	1 911	1 957	1 934	1 901
Vollzeitform	13	17	29	44	58	85	102	109	123	126
Teilzeitform	1 623	1 622	1 601	1 578	1 633	1 720	1 809	1 848	1 811	1 775
Berufsfach- und Fachschulen [2]	609	643	669	617	608	633	672	712	761	800
Hochschulen	727	789	836	872	906	939	972	1 036	1 121	1 203
Insgesamt	12 723	12 990	13 168	13 173	13 145	13 090	12 985	12 833	12 625	12 321
	DDR									
Allgemeine Polytechnische Oberschulen	2 608	2 602	2 579	2 533	2 481	2 421	2 314	2 204	2 106	2 024
Erweiterte Polytechnische Oberschulen	52	49	48	48	47	46	46	47	46	45
Sonderschulen	77	74	71	69	67	65	63	61	60	59
Berufsschulen	432	419	413	434	453	463	462	459	448	431
Fachschulen [3]	65	73	84	97	99	100	101	103	104	105
Hochschulen [3]	110	105	103	102	104	104	104	106	107	108
Insgesamt	3 344	3 322	3 298	3 283	3 251	3 199	3 090	2 980	2 871	2 772

[1] Einschließlich Gesamtschulen.
[2] Einschließlich Berufssonder-, Berufsaufbau-, Fachoberschulen, Fachgymnasien und Schulen des Gesundheitswesens.
[3] Nur Direktstudium.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildung im Zahlenspiegel. — Statistische Jahrbücher der DDR.

Tabelle 2.1.-2

Bevölkerung, Schüler und Studenten nach Altersklassen und Schularten in der Bundesrepublik Deutschland
in 1 000 Personen

Altersklassen/Schulart	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Bevölkerung 6 bis unter 15	8 970	9 065	9 054	8 912	8 697	8 412	8 045	7 656	7 242	6 807
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen[1]	8 604	8 660	8 568	8 420	8 207	7 903	7 509	7 106	6 703	6 280
Sonstige	366	405	486	492	490	509	536	550	539	527
Bevölkerung 15 bis unter 20	4 293	4 410	4 520	4 646	4 782	4 924	5 079	5 218	5 302	5 320
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen	1 159	1 266	1 430	1 577	1 682	1 759	1 867	1 947	2 050	2 071
Beruflichen Schulen	1 949	1 971	2 019	1 974	2 017	2 129	2 232	2 272	2 242	2 241
Hochschulen	58	58	55	51	52	55	46	42	45	48
Sonstige	1 127	1 115	1 016	1 044	1 031	981	934	957	965	960
Bevölkerung 20 bis unter 25	4 270	4 288	4 240	4 225	4 279	4 367	4 493	4 662	4 830	4 957
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen	41	46	41	42	42	45	42	59	42	49
Beruflichen Schulen	174	184	199	208	236	277	315	355	405	408
Hochschulen	426	449	476	495	505	514	530	560	599	632
Sonstige	3 629	3 609	3 524	3 480	3 496	3 531	3 606	3 688	3 784	3 868
Bevölkerung 6 bis unter 25	17 533	17 763	17 814	17 845	17 758	17 703	17 617	17 536	17 374	17 084
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen	9 739	9 905	10 020	10 034	9 926	9 703	9 414	9 109	8 792	8 399
Beruflichen Schulen	2 188	2 222	2 237	2 187	2 258	2 410	2 551	2 630	2 650	2 650
Hochschulen	484	507	531	546	557	569	576	602	644	680
Sonstige	5 122	5 129	5 026	5 078	5 017	5 021	5 076	5 195	5 288	5 355
Schüler und Studenten 25 und älter	313	355	370	388	404	407	442	492	540	592
Schüler und Studenten gesamt	12 723	12 989	13 158	13 173	13 145	13 090	12 985	12 834	12 626	12 322

[1] Einschließlich einer geringen Anzahl Schüler in beruflichen Schulen.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland; Bildung im Zahlenspiegel; Allgemeines Schulwesen; Berufliches Schulwesen; Studenten an Hochschulen — Berechnungen des Autors.

Tabelle 2.1.-3

Bevölkerung, Schüler und Studenten nach Altersklassen und Schularten in der DDR in 1 000 Personen

Altersklassen/Schularten	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Bevölkerung 6 bis unter 15	2 491	2 454	2 404	2 342	2 283	2 186	2 078	1 979	1 903	1 845
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen[1]	2 319	2 286	2 242	2 180	2 122	2 049	1 955	1 856	1 778	1 712
Sonstige	172	168	162	162	161	137	123	123	125	133
Bevölkerung 15 bis unter 20	1 305	1 315	1 329	1 358	1 388	1 422	1 430	1 423	1 395	1 354
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen	444	464	480	491	495	504	487	473	451	432
Beruflichen Schulen	448	446	453	488	510	521	523	524	513	497
Hochschulen	31	29	26	27	27	28	28	28	28	28
Sonstige	382	376	370	352	356	369	392	398	403	397
Bevölkerung 20 bis unter 25	1 255	1 303	1 320	1 319	1 312	1 305	1 314	1 331	1 352	1 385
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beruflichen Schulen	22	20	19	19	19	20	20	20	21	22
Hochschulen	69	66	67	67	67	66	66	68	69	70
Sonstige	1 164	1 217	1 234	1 233	1 226	1 219	1 228	1 243	1 262	1 293
Bevölkerung 6 bis unter 25	5 051	5 072	5 053	5 019	4 983	4 913	4 822	4 733	4 650	4 584
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen	2 737	2 725	2 698	2 648	2 595	2 532	2 423	2 312	2 212	2 128
Beruflichen Schulen	496	491	496	530	551	562	562	561	551	535
Hochschulen	100	95	93	94	94	94	94	96	97	98
Sonstige	1 718	1 761	1 766	1 747	1 743	1 725	1 743	1 764	1 790	1 823
Schüler und Studenten 25 und älter	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11
Schüler und Studenten insgesamt	3 344	3 322	3 298	3 283	3 251	3 199	3 090	2 980	2 871	2 772

[1] Einschließlich einer geringen Anzahl Schüler in beruflichen Schulen.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. — Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg.): Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik. Berlin (Ost) 1985. — Berechnungen des Autors.

Tabelle 2.1.-4

Anteil der Schüler und Studenten nach Schularten an den Altersklassen der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland
in vH

Altersklassen/Schulart	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Bevölkerung 15 bis unter 20	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen	27,0	28,7	31,6	33,9	35,2	35,7	36,8	37,3	38,7	38,9
Beruflichen Schulen	45,4	44,7	44,7	42,5	42,2	43,3	43,9	43,5	42,3	42,1
Hochschulen	1,4	1,3	1,2	1,1	1,1	1,1	0,9	0,8	0,8	0,9
Sonstige	26,2	25,3	22,5	22,5	21,5	19,9	18,4	18,4	18,2	18,1
Bevölkerung 20 bis unter 25	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen	0,9	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9	1,3	0,9	1,0
Beruflichen Schulen	4,1	4,3	4,7	4,9	5,5	6,3	7,0	7,6	8,4	8,2
Hochschulen	10,0	10,5	11,2	11,7	11,8	11,8	11,8	12,0	12,4	12,8
Sonstige	85,0	84,1	83,1	82,4	81,7	80,9	80,3	79,1	78,3	78,0
Bevölkerung 15 bis unter 25	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen	14,0	15,1	16,8	18,2	19,0	19,4	20,0	20,3	20,6	20,6
Beruflichen Schulen	24,8	24,8	25,3	24,6	24,9	25,9	26,6	26,6	26,1	25,8
Hochschulen	5,7	5,8	6,1	6,2	6,1	6,1	6,0	6,1	6,4	6,6
Sonstige	55,5	54,3	51,8	51,0	50,0	48,6	47,4	47,0	46,9	47,0

Quellen: vgl. Tabelle 2.1.-2

Tabelle 2.1.-5

Anteil der Schüler und Studenten nach Schularten an den Altersklassen der Bevölkerung in der DDR in vH

Altersklassen/Schulart	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Bevölkerung 15 bis unter 20	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen	34,0	35,3	36,1	36,2	35,7	35,4	34,0	33,2	32,3	31,9
Beruflichen Schulen	34,3	33,9	34,1	35,9	36,7	36,6	36,6	36,8	36,8	36,7
Hochschulen	2,4	2,2	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1
Sonstige	29,3	28,6	27,8	25,9	25,6	26,0	27,4	28,0	28,9	29,3
Bevölkerung 20 bis unter 25	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Beruflichen Schulen	1,8	1,5	1,4	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	1,6	1,6
Hochschulen	5,5	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1	5,0	5,1	5,1	5,0
Sonstige	92,7	93,4	93,5	93,5	93,4	93,4	93,5	93,4	93,3	93,4
Bevölkerung 15 bis unter 25	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon in										
Allgemeinbildenden Schulen	17,3	17,7	18,1	18,3	18,3	18,5	17,8	17,2	16,4	15,8
Beruflichen Schulen	18,4	17,8	17,8	19,0	19,6	19,8	19,8	19,7	19,5	18,9
Hochschulen	3,9	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,4	3,5	3,5	3,6
Sonstige	60,4	60,9	60,6	59,2	58,6	58,2	59,0	59,6	60,6	61,7

Quellen: vgl. Tabelle 2.1.-3

Tabelle 2.2.-1

Beschäftigte im Bereich Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1983

	Insgesamt		nach Ausbildung			nach Bereichen				
									übrige Bereiche	
	in 1 000 Personen	in vH aller Beschäftigten	Forscher	Techniker	sonstige	Wissenschaftliche Einrichtungen[1]	Hochschulen	gesamt	gesamt	darunter Industrie in vH aller Industriebeschäftigten
			in 1 000 Personen							
1970	266	1,0	83	78	105	36	46	184	176	1,7
1971	293	1,1	90	85	118	37	56	200	191	1,9
1972	294	1,1	96	85	113	39	60	195	186	1,9
1973	296	1,1	101	84	111	40	66	190	181	1,8
1974	296	1,1	103	96	97	41	66	189	180	1,9
1975	294	1,1	104	100	90	42	65	187	178	2,0
1976[2]	303	1,2	108	102	93	43	67	193	184	2,1
1977	311	1,2	111	104	96	44	68	199	189	2,1
1978[2]	332	1,3	117	110	105	44	69	219	209	2,3
1979	355	1,4	122	116	117	46	70	239	229	2,6
1980[2]	360	1,4	125	116	119	46	72	242	232	2,6
1981	365	1,4	128	116	121	47	73	245	234	2,7
1982[2]	369	1,4	131	118	120	47	74	249	237	2,8
1983[3]	374	1,5	133	120	121	48	74	252	240	3,0
			Struktur in vH							
1970	100	.	31,2	29,3	39,5	13,5	17,3	69,2	66,1	.
1975	100	.	35,4	34,1	30,6	14,3	22,1	63,6	60,5	.
1980	100	.	34,8	32,3	33,1	12,8	19,9	67,3	64,4	.
1983	100	.	35,6	32,1	32,4	12,8	19,8	67,4	64,2	.

[1] Staatliche Einrichtungen sowie private, überwiegend öffentlich finanzierte Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2] Geschätzt.
[3] z. T. geschätzt.

Quellen: Bundesministerium für Forschung und Technologie. — Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. — Statistisches Bundesamt. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 2.2.-2

Für Forschung und Entwicklung eingesetzte Mittel in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1983 in Preisen von 1970

	Insgesamt		nach Herkunft		nach Bereichen				
								übrige Bereiche	
	in Mrd. DM	in vH des Brutto-sozial-produkts	aus dem Staats-haushalt	Eigenmit-tel der produzie-renden Bereiche	Wissen-schaftliche Einrich-tungen[1]	Hoch-schulen	gesamt	gesamt[2]	darunter Industrie in vH der Brutto-wert-schöpfung
	in Mrd. DM								
1970	14,80	2,2	6,90	7,61	2,39	2,70	9,71	8,44	3,3
1971	16,65	2,4	8,05	8,09	2,78	3,24	10,63	9,28	3,6
1972	16,92	2,3	8,44	8,07	2,86	3,44	10,62	9,39	3,6
1973	16,91	2,2	8,55	7,95	2,91	3,53	10,47	9,26	3,4
1974	17,21	2,3	8,76	7,98	3,00	3,42	10,79	9,53	3,5
1975	17,97	2,4	9,04	8,59	3,05	3,35	11,57	9,96	3,9
1976	18,09	2,3	8,64	8,85	3,04	3,37	11,67	10,09	3,7
1977	18,78	2,3	8,53	9,55	2,99	3,43	12,36	10,87	3,9
1978	20,55	2,5	8,95	10,96	3,12	3,47	13,96	12,33	4,3
1979	22,57	2,6	9,96	12,02	3,45	3,62	15,50	13,87	4,7
1980	23,27	2,6	10,17	12,54	3,71	3,66	15,90	14,24	5,0
1981	23,29	2,6	9,74	13,21	3,33	3,56	16,40	14,97	5,3
1982	23,82	2,7	10,03	13,43	3,27	3,46	17,09	15,64	5,7
1983	24,51	2,8	9,67	14,45	3,29	3,54	17,69	15,95	5,7
			Struktur in vH						
1970	100	.	46,6	51,4	16,2	18,2	65,6	57,0	.
1975	100	.	50,3	47,8	17,0	18,6	64,4	55,4	.
1980	100	.	43,7	53,9	15,9	15,7	68,3	61,2	.
1983	100	.	39,4	58,9	13,4	14,4	72,2	65,1	.

[1] Staatliche Einrichtungen sowie private, überwiegend öffentlich finanzierte Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2] Gerade Jahre geschätzt.

Quellen: Bundesministerium für Forschung und Technologie. — Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 2.2.-3

Beschäftigte im Bereich Forschung und Entwicklung in der DDR 1970 bis 1984

Jahr	Insgesamt		nach Ausbildung			nach Bereichen				
									übrige Bereiche	
	in 1 000 Personen	in vH aller Beschäftigten	Hochschulabschluß	Fachschulabschluß	übriges Personal	Akademie der Wissenschaften[1]	Universitäten und Hochschulen[2]	gesamt	gesamt	darunter Industrie in vH aller Industriebeschäftigten
	in 1000 Personen									
1970	123	1,4	32	32	59	10	7	106	88	2,4
1971	134	1,5	35	35	64	10	8	116	93	2,6
1972	139	1,6	38	37	64	10	8	121	96	2,6
1973	147	1,7	42	39	66	12	9	126	102	2,8
1974	153	1,7	46	40	67	14	10	129	106	2,9
1975	159	1,8	50	41	68	15	9	135	110	3,0
1976	163	1,8	54	42	67	15	10	138	115	3,1
1977	170	1,9	57	44	69	17	11	142	118	3,1
1978	175	1,9	61	46	68	18	11	146	121	3,2
1979	179	1,9	64	47	68	18	10	151	124	3,3
1980	182	2,0	66	47	69	19	11	152	126	3,3
1981	186	2,0	69	48	69	19	11	156	130	3,4
1982	190	2,0	73	48	69	20	11	159	139	3,6
1983	195	2,1	77	48	70	20	11	164	148	3,8
1984	200	2,1	81	49	70	20	12	168	152	3,9
			Struktur in vH							
1970	100	.	26	26	48	8	5	87	72	.
1975	100	.	31	26	43	9	6	85	69	.
1980	100	.	36	26	38	10	6	84	69	.
1984	100	.	41	24	35	10	6	84	76	.

[1] Einschließlich FuE-Personal im Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften.

[2] Die Gesamtzahl an Professoren, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern wurde nur zu 30 vH als FuE-Potential berücksichtigt. In der DDR wird z. T. auch ein höheres Potential ausgewiesen, und zwar — anstelle von 6 vH — 8 vH dadurch, daß hinzugerechnet werden: Ingenieure, Bibliothekare, Techniker, Meister, Facharbeiter sowie schließlich auch „Forschungsstudenten, Aspiranten und Diplomanden".

Quellen: Kröber G.: Wachstumstendenzen und Entwicklungserfordernisse des Forschungspotentials der DDR. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Nr. 5/G. Berlin (Ost) 1982. — Friedrich H.: Zu einigen Problemen der Nutzung der Vorzüge des Sozialismus für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der TU Dresden. Heft 2/3—1981, S. 55ff. — Kannengießer L./Meske W. (Hrsg.): Das Kaderpotential der Wissenschaft im Sozialismus. Berlin (Ost) 1982. — Autorenkollektiv: Sozialistische Volkswirtschaft. Fachschullehrbuch. Berlin (Ost) 1982, S. 58f. — AdW-Jahrbuch. Berlin (Ost), div. Jahrgänge. — Das Hochschulwesen. Berlin (Ost) div. Jahrgänge. — Buck H. F.: Forschungs- und Technologiepolitik in der DDR. — Berechnungen und Schätzungen des DIW sowie des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Tabelle 2.2.-4

Für Forschung und Entwicklung eingesetzte Mittel in der DDR 1970 bis 1984

Jahr	Insgesamt		nach Herkunft		nach Bereichen[5]				
								übrige Bereiche[7]	
	in Mrd. Mark[1]	in vH des produzierten Nationaleinkommens[2]	aus dem Staatshaushalt[3]	Eigenmittel der produzierenden Bereiche[4]	Akademie der Wissenschaften[6]	Hochschulen[6]	gesamt[8]	gesamt[9]	darunter Industrie in vH des Nettoprodukts
	in Mrd. Mark[1]								
1970	4,25	3,6	2,49	1,76	0,30	0,20	3,75	3,10	3,9
1971	4,65	3,8	2,45	2,20	0,30	0,20	4,15	3,30	3,9
1972	4,94	3,8	2,59	2,35	0,30	0,20	4,44	3,50	3,9
1973	5,07	3,7	1,80	3,27	0,35	0,25	4,47	3,65	4,3
1974	5,12	3,5	1,80	3,32	0,35	0,30	4,47	3,75	3,7
1975	5,27	3,5	1,85	3,42	0,35	0,25	4,67	3,85	3,6
1976	5,61	3,6	2,00	3,61	0,40	0,30	4,91	4,15	3,7
1977	6,10	3,7	2,12	3,98	0,40	0,35	5,35	4,50	3,8
1978	6,54	3,8	2,18	4,36	0,45	0,38	5,71	4,80	3,9
1979	6,93	3,9	2,31	4,62	0,48	0,40	6,05	5,10	4,0
1980	7,35	3,9	2,41	4,94	0,50	0,41	6,45	5,50	4,0
1981	7,98	4,1	2,60	5,38	0,52	0,42	7,09	6,10	4,2
1982	8,35	4,2	2,76	5,59	0,57	0,44	7,34	6,50	4,4
1983	8,45	4,0	2,74	5,71	0,58	0,43	7,44	6,70	4,3
1984	9,03	4,1	2,69	6,34	0,63	0,43	7,97	7,30	4,4
			Struktur in vH						
1970	100	.	58,6	41,4	7,1	4,7	88,2	72,9	.
1975	100	.	35,1	64,9	6,6	4,8	88,6	73,1	.
1980	100	.	32,8	67,2	6,8	5,6	87,6	74,8	.
1984	100	.	29,8	70,2	7,0	4,8	88,2	80,8	.

[1] Einschließlich der Herstellung der Nullserien sowie Anlaufkosten; zu jeweiligen Preisen.

[2] Die Werte für das produzierte Nationaleinkommen sind zu konstanten Preisen des Jahres 1980 ausgewiesen, die für Forschung und Entwicklung eingesetzten Mittel nur zu laufenden Preisen. Somit werden die vH-Anteile für den Zeitraum vor 1980 geringfügig zu niedrig und für die Jahre ab 1981 eher etwas zu hoch veranschlagt.

[3] Ohne Ausgaben des Staates für gesellschaftswissenschaftliche Forschungen.

[4] Als Differenz ermittelt.

[5] Bis 1977 geschätzt.

[6] Dargestellt sind nur die Mittel aus dem Staatshaushalt.

[7] Produzierende Bereiche sowie übrige staatliche Einrichtungen.

[8] Einschließlich der Mittel für Forschungsvorhaben, die im Rahmen der Auftragsforschung von der AdW bzw. von Universitäten und Hochschulen durchgeführt werden.

[9] Geschätzt.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. — Kröber G.: Wachstumstendenzen und Entwicklungserfordernisse des Forschungspotentials der DDR. — Haushaltsrechnungen für 1978 bis 1984. — Autorenkollektiv: Sozialistische Volkswirtschaft. Fachschullehrbuch. Berlin (Ost) 1982, S. 58f. — Buck H. F., a. a. O. — Berechnungen und Schätzungen des DIW sowie des IGW Erlangen.

Tabelle 3.1.-1

Durchschnitt der tatsächlich geleisteten Jahresarbeitsstunden (einschließlich Überstunden) eines Industriearbeiters
in Stunden

	1970		1976		1980		1983	
	Bundesrepublik	DDR[1]	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR
Energiewirtschaft, Kohlenbergbau	1 790	1 930	1 640	1 990	1 580	1 945	1 545	1 805
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	1 870	1 935	1 760	1 910	1 690	1 760	1 690	1 785
Metallerzeugung und -bearbeitung	1 930	1 850	1 715	1 875	1 675	1 795	1 590	1 675
Steine und Erden	2 225	1 990	2 020	1 965	1 930	1 885	1 845	1 820
Wasserversorgung	2 120	1 855	1 795	2 095	1 765	2 065	1 715	1 845
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	1 965	1 915	1 790	1 870	1 695	1 860	1 655	1 755
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	1 785	1 865	1 695	1 835	1 635	1 780	1 625	1 755
Textilgewerbe	1 790	1 765	1 735	1 640	1 650	1 590	1 650	1 615
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	1 835	1 800	1 770	1 710	1 680	1 625	1 675	1 660
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	2 030	1 935	1 965	1 975	1 860	1 985	1 850	1 920
Gesamte Industrie, Durchschnitt	1 897	1 888	1 770	1 890	1 691	1 872	1 664	1 828

[1] In der sozialistischen Industrie.

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 3.1.-2

Umsätze der Industrie in der Bundesrepublik Deutschland

	Mrd. DM (Preise von 1980)				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau (Energie- und Brennstoffindustrie)	67,78	96,41	113,66	116,08	7,51	9,62	10,06	10,61	142	168	171
Energiebetriebe	43,24	77,73	92,10	96,27	4,79	7,75	8,16	8,80	180	213	223
Steinkohlenindustrie	22,04	16,66	19,55	17,89	2,44	1,66	1,73	1,63	76	89	81
Braunkohlenindustrie	2,50	2,03	2,02	1,92	0,28	0,20	0,18	0,18	81	81	77
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren (Chemische Industrie)	164,85	191,65	204,05	198,20	18,26	19,12	18,07	18,12	116	124	120
Erdöl-, Erdgas- und Kohlewertstoffindustrie	61,41	63,35	62,91	48,47	6,80	6,32	5,57	4,43	103	102	79
Anorganische und organische Grundchemie	29,87	34,56	33,02	39,18	3,31	3,45	2,92	3,58	116	111	131
Pharmazeutische Industrie	9,40	13,48	15,48	16,24	1,04	1,34	1,37	1,48	143	165	173
Industrie chemischer und chemisch-technischer Spezialerzeugnisse	20,72	26,55	30,00	31,06	2,29	2,65	2,66	2,84	128	145	150
Chemiefaserindustrie	2,97	3,62	4,11	4,39	0,33	0,36	0,36	0,40	122	139	148
Plastindustrie	26,42	37,49	45,66	46,54	2,93	3,74	4,04	4,25	142	173	176
Gummi- und Asbestindustrie	12,47	10,91	11,01	10,52	1,38	1,09	0,97	0,96	88	88	84
Kali- und Steinsalzindustrie	1,60	1,69	1,87	1,81	0,18	0,17	0,17	0,17	105	117	113
Metallerzeugung und -bearbeitung (Metallurgie)	63,53	68,65	75,06	63,34	7,04	6,85	6,65	5,79	108	118	100
Schwarzmetallurgie	51,31	49,31	52,76	43,06	5,68	4,92	4,67	3,94	96	103	84
NE-Metallurgie	12,23	19,34	22,30	20,28	1,35	1,93	1,97	1,85	158	182	166
Steine und Erden (Baumaterialienindustrie)	26,20	28,87	27,09	27,69	2,90	2,88	2,40	2,53	110	103	106
Baustoffindustrie	11,25	10,24	8,49	10,04	1,25	1,02	0,75	0,92	91	76	89
Vorfertigungsindustrie der Bauwirtschaft	14,95	18,63	18,60	17,65	1,66	1,86	1,65	1,61	125	124	118
Wasserversorgung (Wasserwirtschaft)	6,05	5,78	6,39	6,48	0,67	0,58	0,57	0,59	96	106	107
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (Maschinen- und Fahrzeugbau)	254,00	265,12	310,51	298,83	28,13	26,45	27,50	27,31	104	122	118
Gießereien und Schmieden	25,85	22,26	24,81	21,20	2,86	2,22	2,20	1,94	86	96	82
Bau von Metallkonstruktionen	13,78	13,98	18,08	14,39	1,53	1,39	1,60	1,31	101	131	104

noch Tabelle 3.1.-2

	Mrd. DM (Preise von 1980)				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Schienenfahrzeugbau	4,04	4,06	3,49	4,12	0,45	0,41	0,31	0,38	101	86	102
Straßenfahrzeug- und Traktorenbau	73,58	91,91	113,85	121,38	8,15	9,17	10,08	11,09	125	155	165
Schiffbau	5,44	7,92	4,63	7,04	0,60	0,79	0,41	0,64	146	85	130
Energiemaschinen	0,91	1,98	1,84	2,01	0,10	0,20	0,16	0,18	218	202	221
Bau von Bergbau-ausrüstungen	2,12	2,59	2,34	1,99	0,24	0,26	0,21	0,18	122	110	94
Metallurgieausrüstungen	2,64	3,12	2,56	2,34	0,29	0,31	0,23	0,21	118	97	88
Chemieausrüstungsbau	3,39	3,07	3,23	2,96	0,38	0,31	0,29	0,27	91	95	87
Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau	6,46	5,87	8,06	5,58	0,72	0,59	0,71	0,51	91	125	86
Bau von luft- und kältetechnischen Anlagen	4,89	5,54	6,38	5,93	0,54	0,55	0,56	0,54	113	130	121
Werkzeugmaschinenbau	10,44	8,47	9,89	8,06	1,16	0,84	0,88	0,74	81	95	77
Werkzeug- und Vorrichtungsbau	3,67	2,64	3,79	3,67	0,41	0,26	0,34	0,34	72	103	100
Plast- und Elastverarbeitungsmaschinenbau	2,92	2,40	2,94	2,81	0,32	0,24	0,26	0,26	82	101	96
Holzbearbeitungs- und Papierindustrie-maschinenbau	1,92	1,63	2,11	1,63	0,21	0,16	0,19	0,15	85	110	85
Polygraphiemaschinenbau	5,60	4,52	5,67	5,27	0,62	0,45	0,50	0,48	81	101	94
Textil-, Konfektions- und Lederverarbeitungs-maschinenbau	7,06	5,61	5,06	4,31	0,78	0,56	0,45	0,39	80	72	61
Lebensmittel- und Verpackungsmaschinenbau	5,54	5,37	6,00	5,74	0,61	0,54	0,53	0,52	97	108	104
Landmaschinenbau	3,93	3,59	4,70	3,68	0,44	0,36	0,42	0,34	91	120	94
Fördermittel- und Hebezeugbau	5,47	6,05	7,01	6,81	0,61	0,60	0,62	0,62	110	128	124
Verbrennungskraft-maschinen, Pumpen und Verdichterbau	3,51	3,66	3,40	3,27	0,39	0,37	0,30	0,30	105	97	93
Bauteile- und Maschinen-elementeindustrie	12,70	14,04	15,76	14,28	1,41	1,40	1,40	1,31	111	124	112
Bau von technologischen Spezialausrüstungen	5,63	5,09	10,12	9,78	0,62	0,51	0,90	0,89	90	180	174
Metallwarenindustrie	42,52	39,73	44,80	40,56	4,71	3,96	3,97	3,71	93	105	95

noch Tabelle 3.1.-2

	Mrd. DM (Preise von 1980)				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau)	75,57	92,09	113,50	116,34	8,37	9,19	10,05	10,63	122	150	154
Industrie der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik	22,32	22,10	27,70	29,96	2,47	2,20	2,45	2,74	99	124	134
Elektrotechnische und elektronische Industrie	40,04	54,86	63,52	61,84	4,43	5,47	5,62	5,65	137	159	154
Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie	4,00	5,22	9,04	12,65	0,44	0,52	0,80	1,16	131	226	316
Feinmechanische und optische Industrie	9,22	9,90	13,24	11,90	1,02	0,99	1,17	1,09	107	144	129
Textilgewerbe (Textilindustrie)	32,56	30,49	30,85	27,44	3,61	3,04	2,73	2,51	94	95	84
Industrie zur Aufbereitung textiler Rohstoffe; Spinnereien und Zwirnereien	11,20	9,51	9,07	8,52	1,24	0,95	0,80	0,78	85	81	76
Industrie textiler Flächengebilde	12,42	11,95	11,84	10,39	1,38	1,19	1,05	0,95	96	95	84
Wirkereien und Strickereien, Textilveredelungs- und Reparaturbetriebe	8,93	9,04	9,95	8,54	0,99	0,90	0,88	0,78	101	111	96
Restliche Verbrauchsgüterindustrien (Leichtindustrie)	113,25	115,65	127,65	116,54	12,54	11,54	11,30	10,65	102	113	103
Holzbearbeitende Industrie	27,50	32,00	36,67	30,85	3,05	3,19	3,25	2,82	116	133	112
Zellstoff- und Papierindustrie	20,23	21,85	24,76	26,00	2,24	2,18	2,19	2,38	108	122	128
Polygraphische Industrie	17,04	16,31	19,57	18,48	1,89	1,63	1,73	1,69	96	115	108
Kulturwarenindustrie	5,27	6,02	5,87	5,45	0,58	0,60	0,52	0,50	114	111	103
Konfektionsindustrie	21,41	20,98	21,08	17,90	2,37	2,09	1,87	1,64	98	98	84
Leder-, Schuh- und Rauchwarenindustrie	10,71	7,79	7,31	6,71	1,19	0,78	0,65	0,61	73	68	63
Glas- und feinkeramische Industrie	11,09	10,69	12,39	11,15	1,23	1,07	1,10	1,02	96	112	101
Nahrungsmittel- und Genußmittelgewerbe (Lebensmittelindustrie)	99,20	107,76	120,50	123,16	10,99	10,75	10,67	11,26	109	121	124
Fischindustrie	1,71	1,61	1,65	1,50	0,19	0,16	0,15	0,14	94	96	88
Fleischindustrie	7,27	10,66	15,54	15,09	0,81	1,06	1,38	1,38	147	214	208
Milch- und Eiverarbeitungsindustrie	19,27	17,61	21,05	22,50	2,13	1,76	1,86	2,06	91	109	117
Mühlen-, Nährmittel- und Backwarenindustrie	9,59	12,89	12,39	10,54	1,06	1,29	1,10	0,96	134	129	110
Pflanzenöl- und Fettindustrie	3,55	5,53	5,90	5,65	0,39	0,55	0,52	0,52	156	166	159

noch Tabelle 3.1.-2

	Mrd. DM (Preise von 1980)				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Zucker- und Stärkeindustrie	4,02	3,87	5,31	4,54	*0,44*	*0,39*	*0,47*	*0,41*	96	132	113
Süßwaren-, Kaffee-, Tee- und Kakaowarenindustrie	7,60	12,31	15,33	15,02	*0,84*	*1,23*	*1,36*	*1,37*	162	202	198
Obst- und Gemüseverarbeitungsindustrie	3,14	3,49	4,17	4,44	*0,35*	*0,35*	*0,37*	*0,41*	111	133	142
Futtermittelindustrie	5,10	5,75	7,94	8,05	*0,56*	*0,57*	*0,70*	*0,74*	113	156	158
Gewürz- und übrige Lebensmittelindustrie	2,99	2,69	3,42	3,51	*0,33*	*0,27*	*0,30*	*0,32*	90	115	118
Gärungs- und Getränkeindustrie	19,13	17,68	17,14	18,66	*2,12*	*1,76*	*1,52*	*1,71*	92	90	98
Tabakwarenindustrie	15,83	13,66	10,67	13,66	*1,75*	*1,36*	*0,95*	*1,25*	86	67	86
Insgesamt	902,99	1002,47	1129,27	1094,11	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	111	125	121

Tabelle 3.1.-3

Industriebeschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland

	1 000 Personen				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau (Energie- und Brennstoffindustrie)	460	417	416	415	5,23	5,55	5,38	5,91	91	90	90
Energiebetriebe	179	198	206	209	2,04	2,64	2,67	2,98	110	115	117
Steinkohlenindustrie	257	195	189	186	2,92	2,60	2,45	2,64	76	74	72
Braunkohlenindustrie	24	24	21	20	0,27	0,31	0,27	0,29	99	87	86
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren (Chemische Industrie)	978	902	923	866	11,12	12,02	11,95	12,34	92	94	89
Erdöl-, Erdgas- und Kohlewertstoffindustrie	42	38	36	35	0,47	0,50	0,47	0,50	90	87	85
Anorganische und organische Grundchemie	196	196	205	183	2,23	2,61	2,66	2,60	100	105	93
Pharmazeutische Industrie	102	90	95	97	1,16	1,20	1,23	1,38	89	93	95
Industrie chemischer und chemisch-technischer Spezialerzeugnisse	210	209	198	196	2,39	2,78	2,57	2,80	99	94	93
Chemiefaserindustrie	54	36	29	25	0,61	0,49	0,37	0,36	68	53	47
Plastindustrie	217	212	238	222	2,46	2,83	3,08	3,16	98	110	103
Gummi- und Asbestindustrie	144	109	107	95	1,64	1,45	1,39	1,35	76	75	66
Kali- und Steinsalzindustrie	14	12	15	13	0,16	0,16	0,19	0,19	86	107	94
Metallerzeugung und -bearbeitung (Metallurgie)	476	429	395	338	5,41	5,71	5,11	4,81	90	83	71
Schwarzmetallurgie	382	349	316	268	4,34	4,65	4,09	3,82	91	83	70
NE-Metallurgie	94	80	79	70	1,06	1,06	1,02	1,00	85	84	75
Steine und Erden (Baumaterialienindustrie)	247	219	185	181	2,81	2,91	2,39	2,58	89	75	73
Baustoffindustrie	81	65	49	58	0,92	0,87	0,64	0,82	80	61	71
Vorfertigungsindustrie der Bauwirtschaft	166	153	136	123	1,88	2,04	1,76	1,76	93	82	74
Wasserversorgung (Wasserwirtschaft)	39	38	41	42	0,44	0,50	0,53	0,60	96	106	107
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (Maschinen- und Fahrzeugbau)	2 859	2 538	2 739	2 546	32,50	33,82	35,47	36,25	89	96	89
Gießereien und Schmieden	355	276	278	246	4,04	3,68	3,60	3,50	78	78	69
Bau von Metallkonstruktionen	155	148	151	142	1,77	1,97	1,95	2,02	95	97	91

noch Tabelle 3.1.-3

	1 000 Personen				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Schienenfahrzeugbau	58	55	62	58	0,66	0,73	0,81	0,83	95	108	101
Straßenfahrzeug- und Traktorenbau	625	640	812	780	7,10	8,52	10,52	11,11	102	130	125
Schiffbau	69	65	51	49	0,79	0,86	0,66	0,69	93	73	70
Energiemaschinen	7	12	14	14	0,07	0,16	0,18	0,20	188	213	213
Bau von Bergbau-ausrüstungen	26	30	31	30	0,30	0,39	0,40	0,43	113	119	115
Metallurgieausrüstungen	37	35	34	32	0,42	0,47	0,44	0,46	95	92	87
Chemieausrüstungsbau	24	27	27	27	0,27	0,36	0,35	0,39	111	114	114
Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau	72	53	57	42	0,82	0,70	0,74	0,59	73	80	58
Bau von luft- und kältetechnischen Anlagen	113	108	109	111	1,28	1,44	1,41	1,58	96	96	98
Werkzeugmaschinenbau	130	104	102	86	1,48	1,38	1,31	1,22	80	78	66
Werkzeug- und Vorrichtungsbau	57	51	50	49	0,65	0,68	0,64	0,70	89	87	86
Plast- und Elastverarbeitungsmaschinenbau	28	25	25	20	0,32	0,33	0,32	0,28	89	88	71
Holzbearbeitungs- und Papierindustrie-maschinenbau	24	22	23	23	0,27	0,30	0,30	0,33	93	95	96
Polygraphiemaschinenbau	52	39	35	30	0,59	0,52	0,45	0,43	74	67	58
Textil-, Konfektions- und Lederverarbeitungs-maschinenbau	89	74	70	60	1,01	0,99	0,91	0,85	83	78	67
Lebensmittel- und Verpackungsmaschinenbau	72	69	71	72	0,82	0,92	0,92	1,03	96	99	100
Landmaschinenbau	40	29	28	25	0,46	0,38	0,36	0,36	71	69	62
Fördermittel- und Hebezeugbau	41	46	43	34	0,47	0,61	0,56	0,49	111	104	83
Verbrennungskraft-maschinen, Pumpen und Verdichterbau	43	41	44	47	0,49	0,54	0,57	0,67	94	102	110
Bauteile- und Maschinen-elementeindustrie	161	156	159	162	1,83	2,07	2,06	2,31	96	99	101
Bau von technologischen Spezialausrüstungen	46	46	65	64	0,52	0,61	0,84	0,92	100	141	141
Metallwarenindustrie	533	391	399	342	6,06	5,21	5,16	4,86	73	75	64

noch Tabelle 3.1.-3

	1 000 Personen				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau)	1 232	1 053	1 116	1 003	14,00	14,03	14,45	14,28	86	91	81
Industrie der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik	309	310	322	305	3,51	4,13	4,18	4,34	101	104	99
Elektrotechnische und elektronische Industrie	668	540	550	483	7,59	7,20	7,12	6,87	81	82	72
Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie	85	67	82	78	0,97	0,89	1,07	1,11	78	97	92
Feinmechanische und optische Industrie	170	136	161	137	1,93	1,82	2,09	1,96	80	95	81
Textilgewerbe (Textilindustrie)	501	334	298	238	5,69	4,44	3,86	3,38	67	60	47
Industrie zur Aufbereitung textiler Rohstoffe; Spinnereien und Zwirnereien	154	103	89	72	1,75	1,37	1,15	1,03	67	58	47
Industrie textiler Flächengebilde	148	100	88	69	1,68	1,33	1,13	0,98	67	59	46
Wirkereien und Strickereien, Textilveredelungs- und Reparaturbetriebe	199	131	121	96	2,26	1,75	1,57	1,37	66	61	48
Restliche Verbrauchsgüterindustrien (Leichtindustrie)	1 492	1 145	1 179	994	16,96	15,25	15,27	14,16	77	79	67
Holzbearbeitende Industrie	293	257	294	243	3,33	3,42	3,81	3,47	88	100	83
Zellstoff- und Papierindustrie	209	164	165	148	2,38	2,18	2,13	2,11	78	79	71
Polygraphische Industrie	225	171	180	160	2,56	2,27	2,33	2,28	76	80	71
Kulturwarenindustrie	61	59	65	56	0,69	0,79	0,84	0,80	97	107	92
Konfektionsindustrie	381	272	255	198	4,33	3,63	3,30	2,82	71	67	52
Leder-, Schuh- und Rauchwarenindustrie	146	89	86	72	1,66	1,19	1,12	1,02	61	59	49
Glas- und feinkeramische Industrie	176	133	134	117	2,00	1,77	1,74	1,66	76	76	66
Nahrungsmittel- und Genußmittelgewerbe (Lebensmittelindustrie)	514	432	430	399	5,85	5,76	5,57	5,69	84	84	78
Fischindustrie	13	11	10	10	0,15	0,15	0,13	0,14	87	79	73
Fleischindustrie	43	49	55	50	0,49	0,65	0,71	0,71	115	128	116
Milch- und Eiverarbeitungsindustrie	57	48	46	44	0,65	0,64	0,60	0,62	84	81	77
Mühlen-, Nährmittel- und Backwarenindustrie	56	47	68	70	0,64	0,63	0,88	0,99	84	121	124
Pflanzenöl- und Fettindustrie	15	12	11	10	0,17	0,17	0,14	0,14	82	72	64

noch Tabelle 3.1.-3

	1 000 Personen				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Zucker- und Stärkeindustrie	21	18	18	18	0,24	0,25	0,23	0,25	88	85	85
Süßwaren-, Kaffee-, Tee- und Kakaowarenindustrie	87	64	54	46	0,99	0,86	0,70	0,65	73	62	53
Obst- und Gemüseverarbeitungsindustrie	28	21	21	17	0,32	0,28	0,27	0,25	75	73	62
Futtermittelindustrie	13	12	14	14	0,15	0,16	0,18	0,19	93	107	103
Gewürz- und übrige Lebensmittelindustrie	11	12	14	14	0,12	0,16	0,18	0,19	109	125	126
Gärungs- und Getränkeindustrie	139	114	98	88	1,58	1,52	1,27	1,25	82	70	63
Tabakwarenindustrie	31	22	22	20	0,35	0,29	0,29	0,29	72	73	65
Insgesamt	8 797	7 506	7 722	7 022	100,00	100,00	100,00	100,00	85	88	80

Tabelle 3.1.-4

Bruttoproduktion der DDR-Industrie

	Mrd. Mark (Preise von 1980)				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau (Energie- und Brennstoffindustrie)	24,81	30,02	35,56	39,70	*12,81*	*10,87*	*10,87*	*10,77*	121	143	160
Energiebetriebe	18,10	24,34	29,93	33,60	*9,35*	*8,81*	*9,15*	*9,11*	134	165	186
Steinkohlenindustrie	0,98	0,30	0,00	0,00	*0,51*	*0,11*	*0,00*	*0,00*	31	0	0
Braunkohlenindustrie	5,73	5,38	5,63	6,10	*2,96*	*1,95*	*1,72*	*1,65*	94	98	106
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren (Chemische Industrie)	28,19	44,82	52,74	59,20	*14,56*	*16,22*	*16,13*	*16,06*	159	187	210
Erdöl-, Erdgas- und Kohlewertstoffindustrie	9,55	14,70	17,12	19,40	*4,93*	*5,32*	*5,24*	*5,26*	154	179	203
Anorganische und organische Grundchemie	5,92	9,23	10,88	12,10	*3,06*	*3,34*	*3,33*	*3,28*	156	184	204
Pharmazeutische Industrie	1,04	1,74	2,21	2,30	*0,54*	*0,63*	*0,68*	*0,62*	167	213	221
Industrie chemischer und chemisch-technischer Spezialerzeugnisse	5,47	8,15	9,45	10,60	*2,82*	*2,95*	*2,89*	*2,87*	149	173	194
Chemiefaserindustrie	1,58	3,09	3,63	4,20	*0,82*	*1,12*	*1,11*	*1,14*	196	230	266
Plastindustrie	2,77	5,23	6,09	6,90	*1,43*	*1,89*	*1,86*	*1,87*	189	220	249
Gummi- und Asbestindustrie	0,76	1,13	1,32	1,50	*0,39*	*0,41*	*0,40*	*0,41*	149	174	197
Kali- und Steinsalzindustrie	1,10	1,55	2,04	2,20	*0,57*	*0,56*	*0,62*	*0,60*	141	185	200
Metallerzeugung und -bearbeitung (Metallurgie)	16,29	23,95	27,40	30,96	*8,41*	*8,67*	*8,38*	*8,40*	147	168	190
Schwarzmetallurgie	10,75	16,02	18,80	20,46	*5,55*	*5,80*	*5,75*	*5,55*	149	175	190
NE-Metallurgie	5,54	7,93	8,60	10,50	*2,86*	*2,87*	*2,63*	*2,85*	143	155	190
Steine und Erden (Baumaterialienindustrie)	4,24	6,23	6,63	6,57	*2,19*	*2,26*	*2,03*	*1,78*	147	156	155
Baustoffindustrie	2,63	3,72	3,96	3,90	*1,36*	*1,35*	*1,21*	*1,06*	141	151	148
Vorfertigungsindustrie der Bauwirtschaft	1,61	2,51	2,67	2,67	*0,83*	*0,91*	*0,82*	*0,72*	156	166	166
Wasserversorgung (Wasserwirtschaft)	1,45	1,81	2,05	2,23	*0,75*	*0,66*	*0,63*	*0,60*	125	141	154
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (Maschinen- und Fahrzeugbau)	41,37	58,33	73,29	84,39	*21,36*	*21,11*	*22,41*	*22,89*	141	177	204
Gießereien und Schmieden	2,79	3,93	5,30	5,70	*1,44*	*1,42*	*1,62*	*1,55*	141	190	204
Bau von Metallkonstruktionen	1,27	1,84	2,01	2,60	*0,66*	*0,67*	*0,61*	*0,71*	145	158	205

noch Tabelle 3.1.-4

	Mrd. Mark (Preise von 1980)				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Schienenfahrzeugbau	2,74	2,98	4,95	5,00	1,41	1,08	1,51	1,36	109	181	182
Straßenfahrzeug- und Traktorenbau	5,65	7,86	9,60	11,20	2,92	2,85	2,94	3,04	139	170	198
Schiffbau	2,33	3,15	3,65	4,50	1,20	1,14	1,12	1,22	135	157	193
Energiemaschinen	0,70	1,03	1,13	1,30	0,36	0,37	0,35	0,35	147	161	186
Bau von Bergbau-ausrüstungen	1,07	1,64	1,79	2,00	0,55	0,59	0,55	0,54	153	167	187
Metallurgieausrüstungen	0,69	1,03	1,22	1,30	0,36	0,37	0,37	0,35	149	177	188
Chemieausrüstungsbau	1,05	1,27	1,82	1,90	0,54	0,46	0,56	0,52	121	173	181
Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau	2,03	2,91	3,18	4,00	1,05	1,05	0,97	1,08	143	157	197
Bau von luft- und kältetechnischen Anlagen	1,27	1,91	2,11	2,40	0,66	0,69	0,65	0,65	150	166	189
Werkzeugmaschinenbau	1,80	3,16	4,31	5,50	0,93	1,14	1,32	1,49	176	239	306
Werkzeug- und Vorrichtungsbau	0,71	0,90	0,98	1,40	0,37	0,33	0,30	0,38	127	138	197
Plast- und Elastverarbeitungsmaschinenbau	0,27	0,51	0,73	0,90	0,14	0,18	0,22	0,24	189	270	333
Holzbearbeitungs- und Papierindustrie-maschinenbau	0,10	0,14	0,15	0,20	0,05	0,05	0,05	0,05	140	150	200
Polygraphiemaschinenbau	0,65	0,81	1,00	1,30	0,34	0,29	0,31	0,35	125	154	200
Textil-, Konfektions- und Lederverarbeitungs-maschinenbau	1,10	1,47	2,19	2,30	0,57	0,53	0,67	0,62	134	199	209
Lebensmittel- und Ver-packungsmaschinenbau	0,89	1,16	1,37	1,30	0,46	0,42	0,42	0,35	130	154	146
Landmaschinenbau	2,51	4,24	6,25	7,80	1,30	1,53	1,91	2,12	169	249	311
Fördermittel- und Hebezeugbau	1,80	2,27	3,20	3,40	0,93	0,82	0,98	0,92	126	178	189
Verbrennungskraft-maschinen, Pumpen und Verdichterbau	1,47	1,93	2,30	2,60	0,76	0,70	0,70	0,71	131	156	177
Bauteile- und Maschinen-elementeindustrie	3,37	4,92	5,85	6,50	1,74	1,78	1,79	1,76	146	174	193
Bau von technologischen Spezialausrüstungen	1,85	2,50	2,60	2,70	0,96	0,90	0,80	0,73	135	141	146
Metallwarenindustrie	3,26	4,77	5,60	6,59	1,68	1,73	1,71	1,79	146	172	202

noch Tabelle 3.1.-4

	Mrd. Mark (Preise von 1980)				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau)	12,65	21,50	29,59	38,33	6,53	7,78	9,05	10,40	170	234	303
Industrie der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik	1,75	2,86	3,49	4,70	0,90	1,04	1,07	1,27	163	199	269
Elektrotechnische und elektronische Industrie	8,34	14,40	19,60	24,73	4,31	5,21	5,99	6,71	173	235	297
Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie	1,20	2,21	3,35	4,00	0,62	0,80	1,02	1,08	184	279	333
Feinmechanische und optische Industrie	1,36	2,03	3,15	4,90	0,70	0,73	0,96	1,33	149	232	360
Textilgewerbe (Textilindustrie)	12,40	16,86	19,13	20,58	6,40	6,10	5,85	5,58	136	154	166
Industrie zur Aufbereitung textiler Rohstoffe; Spinnereien und Zwirnereien	3,72	4,59	5,34	5,44	1,92	1,66	1,63	1,48	123	144	146
Industrie textiler Flächengebilde	5,07	7,40	8,23	9,18	2,62	2,68	2,52	2,49	146	162	181
Wirkereien und Strickereien, Textilveredelungs- und Reparaturbetriebe	3,61	4,87	5,56	5,96	1,86	1,76	1,70	1,62	135	154	165
Restliche Verbrauchsgüterindustrien (Leichtindustrie)	19,92	29,08	32,31	35,65	10,29	10,53	9,88	9,67	146	162	179
Holzbearbeitende Industrie	3,54	6,01	6,59	7,60	1,83	2,18	2,02	2,06	170	186	215
Zellstoff- und Papierindustrie	2,69	3,79	4,26	4,60	1,39	1,37	1,30	1,25	141	158	171
Polygraphische Industrie	1,14	1,42	1,40	1,55	0,59	0,51	0,43	0,42	125	123	136
Kulturwarenindustrie	1,99	3,02	3,12	3,50	1,03	1,09	0,95	0,95	152	157	176
Konfektionsindustrie	4,38	5,96	7,25	7,80	2,26	2,16	2,22	2,12	136	166	178
Leder-, Schuh- und Rauchwarenindustrie	3,39	4,75	5,23	5,50	1,75	1,72	1,60	1,49	140	154	162
Glas- und feinkeramische Industrie	2,79	4,15	4,46	5,10	1,44	1,50	1,36	1,38	149	160	183
Nahrungsmittel- und Genußmittelgewerbe (Lebensmittelindustrie)	32,35	43,67	48,30	51,11	16,70	15,81	14,77	13,86	135	149	158
Fischindustrie	0,62	0,72	0,81	0,92	0,32	0,26	0,25	0,25	116	131	148
Fleischindustrie	7,83	11,19	13,17	13,43	4,04	4,05	4,03	3,64	143	168	172
Milch- und Eiverarbeitungsindustrie	5,33	7,07	7,77	8,10	2,75	2,56	2,38	2,20	133	146	152
Mühlen-, Nährmittel- und Backwarenindustrie	3,30	4,28	4,62	4,89	1,70	1,55	1,41	1,33	130	140	148
Pflanzenöl- und Fettindustrie	1,99	2,60	2,75	3,02	1,03	0,94	0,84	0,82	131	138	152

noch Tabelle 3.1.-4

	Mrd. Mark (Preise von 1980)				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Zucker- und Stärkeindustrie	1,33	1,79	1,84	2,07	*0,69*	*0,65*	*0,56*	*0,56*	135	138	156
Süßwaren-, Kaffee-, Tee- und Kakaowarenindustrie	1,87	2,67	2,88	3,15	*0,97*	*0,97*	*0,88*	*0,85*	143	154	168
Obst- und Gemüseverarbeitungsindustrie	0,97	1,39	1,54	1,73	*0,50*	*0,50*	*0,47*	*0,47*	143	159	178
Futtermittelindustrie	0,64	0,89	0,94	0,98	*0,33*	*0,32*	*0,29*	*0,27*	139	147	153
Gewürz- und übrige Lebensmittelindustrie	0,39	0,53	0,55	0,65	*0,20*	*0,19*	*0,17*	*0,18*	136	141	167
Gärungs- und Getränkeindustrie	5,52	7,73	8,53	9,13	*2,85*	*2,80*	*2,61*	*2,48*	140	155	165
Tabakwarenindustrie	2,56	2,81	2,90	3,04	*1,32*	*1,02*	*0,89*	*0,82*	110	113	119
Insgesamt	193,67	276,27	327,00	368,72	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	143	169	190

Tabelle 3.1.-5

Industriebeschäftigte in der DDR

	1 000 Personen				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau (Energie- und Brennstoffindustrie)	206	208	225	236	6,83	6,33	6,67	6,92	101	109	115
Energiebetriebe	76	87	96	100	2,52	2,65	2,85	2,93	114	126	132
Steinkohlenindustrie	15	6	0	0	0,50	0,18	0,00	0,00	40	0	0
Braunkohlenindustrie	115	115	129	136	3,81	3,50	3,83	3,99	100	112	118
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren (Chemische Industrie)	344	356	364	363	11,41	10,83	10,80	10,64	103	106	106
Erdöl-, Erdgas- und Kohlewertstoffindustrie	37	38	39	39	1,23	1,16	1,16	1,14	103	105	105
Anorganische und organische Grundchemie	96	98	99	99	3,18	2,98	2,94	2,90	102	103	103
Pharmazeutische Industrie	20	20	20	20	0,66	0,61	0,59	0,59	100	100	100
Industrie chemischer und chemisch-technischer Spezialerzeugnisse	81	84	85	86	2,69	2,55	2,52	2,51	104	105	106
Chemiefaserindustrie	25	28	29	29	0,83	0,85	0,86	0,85	112	116	116
Plastikindustrie	40	44	45	46	1,33	1,34	1,33	1,35	110	113	115
Gummi- und Asbestindustrie	12	12	14	13	0,40	0,36	0,42	0,38	100	117	108
Kali- und Steinsalzindustrie	33	32	33	32	1,09	0,97	0,98	0,92	97	100	95
Metallerzeugung und -bearbeitung (Metallurgie)	128	137	141	145	4,24	4,17	4,18	4,25	107	110	113
Schwarzmetallurgie	82	88	91	93	2,72	2,68	2,70	2,73	107	111	113
NE-Metallurgie	46	49	50	52	1,53	1,49	1,48	1,52	107	109	113
Steine und Erden (Baumaterialienindustrie)	97	101	101	99	3,22	3,07	3,00	2,90	104	104	102
Baustoffindustrie	54	56	56	55	1,79	1,70	1,66	1,61	104	104	102
Vorfertigungsindustrie der Bauwirtschaft	43	45	45	44	1,43	1,37	1,33	1,29	105	105	102
Wasserversorgung (Wasserwirtschaft)	21	22	24	25	0,70	0,67	0,71	0,73	105	114	119
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (Maschinen- und Fahrzeugbau)	860	952	994	1 012	28,51	28,95	29,49	29,67	111	116	118
Gießereien und Schmieden	62	69	75	76	2,05	2,11	2,22	2,23	112	121	123
Bau von Metallkonstruktionen	31	34	34	34	1,01	1,02	1,00	0,99	110	110	110

noch Tabelle 3.1.-5

	1 000 Personen				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Schienenfahrzeugbau	75	83	89	90	2,49	2,54	2,64	2,63	111	118	119
Straßenfahrzeug- und Traktorenbau	107	115	115	115	3,56	3,49	3,41	3,38	107	107	107
Schiffbau	44	50	50	50	1,45	1,51	1,48	1,47	114	114	114
Energiemaschinen	19	23	23	23	0,64	0,71	0,69	0,69	120	120	121
Bau von Bergbau-ausrüstungen	16	21	21	21	0,54	0,63	0,62	0,63	127	128	130
Metallurgieausrüstungen	18	18	18	17	0,60	0,55	0,52	0,51	100	97	96
Chemieausrüstungsbau	32	36	36	36	1,05	1,08	1,06	1,04	112	113	112
Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau	32	38	39	41	1,07	1,17	1,16	1,20	119	121	126
Bau von luft- und kältetechnischen Anlagen	38	42	43	43	1,26	1,29	1,26	1,25	112	112	113
Werkzeugmaschinenbau	44	47	49	50	1,46	1,42	1,44	1,47	106	110	114
Werkzeug- und Vorrichtungsbau	14	14	15	16	0,46	0,43	0,43	0,48	101	104	116
Plast- und Elastverarbeitungsmaschinenbau	6	6	7	8	0,20	0,19	0,22	0,24	108	125	139
Holzbearbeitungs- und Papierindustrie-maschinenbau	4	4	4	4	0,14	0,13	0,12	0,12	100	98	93
Polygraphiemaschinenbau	15	16	16	16	0,48	0,49	0,48	0,48	112	112	112
Textil-, Konfektions- und Lederverarbeitungs-maschinenbau	31	34	35	36	1,03	1,04	1,05	1,05	110	114	115
Lebensmittel- und Ver-packungsmaschinenbau	13	14	14	14	0,44	0,43	0,42	0,42	106	108	108
Landmaschinenbau	50	54	58	59	1,65	1,65	1,72	1,74	109	117	119
Fördermittel- und Hebezeugbau	32	35	36	37	1,07	1,07	1,08	1,08	109	112	113
Verbrennungskraft-maschinen, Pumpen und Verdichterbau	26	29	29	29	0,88	0,88	0,86	0,85	109	110	110
Bauteile- und Maschinen-elementeindustrie	61	62	66	66	2,04	1,89	1,96	1,94	101	107	108
Bau von technologischen Spezialausrüstungen	21	24	26	26	0,70	0,73	0,77	0,76	114	124	124
Metallwarenindustrie	68	83	96	104	2,24	2,51	2,86	3,05	122	142	154

noch Tabelle 3.1.-5

	1 000 Personen				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau)	386	456	462	479	12,80	13,87	13,71	14,04	118	120	124
Industrie der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik	47	60	61	62	1,56	1,82	1,81	1,82	128	130	132
Elektrotechnische und elektronische Industrie	250	286	287	292	8,29	8,70	8,51	8,56	114	115	117
Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie	40	50	52	54	1,33	1,52	1,54	1,58	125	130	135
Feinmechanische und optische Industrie	49	60	62	71	1,62	1,82	1,84	2,08	122	127	145
Textilgewerbe (Textilindustrie)	265	255	244	232	8,79	7,76	7,24	6,80	96	92	88
Industrie zur Aufbereitung textiler Rohstoffe; Spinnereien und Zwirnereien	65	62	60	55	2,14	1,89	1,78	1,61	96	93	85
Industrie textiler Flächengebilde	130	125	119	113	4,31	3,80	3,53	3,31	96	92	87
Wirkereien und Strickereien, Textilveredelungs- und Reparaturbetriebe	71	68	65	64	2,34	2,07	1,93	1,88	96	92	91
Restliche Verbrauchsgüterindustrien (Leichtindustrie)	479	537	523	526	15,88	16,33	15,51	15,42	112	109	110
Holzbearbeitende Industrie	88	96	97	94	2,92	2,92	2,88	2,76	109	110	107
Zellstoff- und Papierindustrie	54	56	52	52	1,79	1,70	1,54	1,52	104	96	96
Polygraphische Industrie	25	26	22	24	0,83	0,79	0,65	0,70	104	88	96
Kulturwarenindustrie	68	78	77	80	2,25	2,37	2,28	2,35	115	113	118
Konfektionsindustrie	110	130	126	124	3,65	3,95	3,74	3,64	118	115	113
Leder-, Schuh- und Rauchwarenindustrie	65	72	71	72	2,16	2,19	2,11	2,11	111	109	111
Glas- und feinkeramische Industrie	69	79	78	80	2,29	2,40	2,31	2,35	114	113	116
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (Lebensmittelindustrie)	230	264	293	294	7,63	8,03	8,69	8,62	115	127	128
Fischindustrie	19	19	20	21	0,61	0,58	0,59	0,62	103	108	114
Fleischindustrie	39	44	53	52	1,29	1,34	1,57	1,52	113	136	133
Milch- und Eiverarbeitungsindustrie	23	28	29	29	0,75	0,84	0,86	0,85	122	129	129
Mühlen-, Nährmittel- und Backwarenindustrie	32	39	43	44	1,06	1,17	1,28	1,29	120	134	138
Pflanzenöl- und Fettindustrie	4	5	6	6	0,14	0,15	0,18	0,18	117	143	143

noch Tabelle 3.1.-5

	1 000 Personen				Anteile in vH (insgesamt = 100)				Entwicklung (1970 = 100)		
	1970	1976	1980	1983	1970	1976	1980	1983	1976	1980	1983
Zucker- und Stärkeindustrie	19	22	25	25	*0,62*	*0,67*	*0,74*	*0,73*	118	134	134
Süßwaren-, Kaffee-, Tee- und Kakaowarenindustrie	14	16	17	17	*0,46*	*0,49*	*0,50*	*0,50*	114	121	121
Obst- und Gemüseverarbeitungsindustrie	15	18	21	21	*0,50*	*0,55*	*0,62*	*0,62*	120	140	140
Futtermittelindustrie	7	6	6	6	*0,23*	*0,18*	*0,18*	*0,16*	86	86	79
Gewürz- und übrige Lebensmittelindustrie	2	3	3	3	*0,07*	*0,09*	*0,09*	*0,09*	150	150	150
Gärungs- und Getränkeindustrie	41	47	52	54	*1,36*	*1,43*	*1,54*	*1,57*	115	127	130
Tabakwarenindustrie	16	17	18	17	*0,52*	*0,52*	*0,53*	*0,50*	109	115	109
Insgesamt	3 016	3 288	3 371	3 411	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	109	112	113

Tabelle 3.1.-6

Entwicklung der Umsätze in der bundesdeutschen Industrie

Industriebereich	1970	1976	1980	1983
	Mrd. DM (Preise von 1980)			
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	67,8	96,4	113,7	116,1
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	164,9	191,7	204,1	198,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	63,5	68,7	75,1	63,3
Steine und Erden	26,2	28,9	27,1	27,7
Wasserversorgung	6,1	5,8	6,4	6,5
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	254,0	265,1	310,5	298,8
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	75,6	92,1	113,5	116,3
Textilgewerbe	32,6	30,5	30,9	27,4
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	113,3	115,7	127,7	116,5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	99,2	107,8	120,5	123,2
Insgesamt	903,0	1 002,5	1 129,3	1 094,1
	Anteile in vH			
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	*7,5*	*9,6*	*10,1*	*10,6*
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	*18,3*	*19,1*	*18,1*	*18,1*
Metallerzeugung und -bearbeitung	*7,0*	*6,9*	*6,7*	*5,8*
Steine und Erden	*2,9*	*2,9*	*2,4*	*2,5*
Wasserversorgung	*0,7*	*0,6*	*0,6*	*0,6*
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	*28,1*	*26,5*	*27,5*	*27,3*
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	*8,4*	*9,2*	*10,1*	*10,6*
Textilgewerbe	*3,6*	*3,0*	*2,7*	*2,5*
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	*12,5*	*11,5*	*11,3*	*10,7*
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	*11,0*	*10,8*	*10,7*	*11,3*
Insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
	Entwicklung			
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	100	142	168	171
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	100	116	124	120
Metallerzeugung und -bearbeitung	100	108	118	100
Steine und Erden	100	110	103	106
Wasserversorgung	100	96	106	107
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	100	104	122	118
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	100	122	150	154
Textilgewerbe	100	94	95	84
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	100	102	113	103
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	100	109	121	124
Insgesamt	100	111	125	121

Tabelle 3.1.-7

Entwicklung der Industriebeschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland

Industriebereich	1970	1976	1980	1983
			1 000 Personen	
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	460	417	416	415
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	978	902	923	866
Metallerzeugung und -bearbeitung	476	429	395	338
Steine und Erden	247	219	185	181
Wasserversorgung	39	38	41	42
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	2 859	2 538	2 739	2 546
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	1 232	1 053	1 116	1 003
Textilgewerbe	501	334	298	238
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	1 492	1 145	1 179	994
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	514	432	430	399
Insgesamt	8 797	7 506	7 722	7 022
			Anteile in vH	
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	*5,2*	*5,6*	*5,4*	*5,9*
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	*11,1*	*12,0*	*12,0*	*12,3*
Metallerzeugung und -bearbeitung	*5,4*	*5,7*	*5,1*	*4,8*
Steine und Erden	*2,8*	*2,9*	*2,4*	*2,6*
Wasserversorgung	*0,4*	*0,5*	*0,5*	*0,6*
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	*32,5*	*33,8*	*35,5*	*36,3*
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	*14,0*	*14,0*	*14,5*	*14,3*
Textilgewerbe	*5,7*	*4,4*	*3,9*	*3,4*
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	*17,0*	*15,3*	*15,3*	*14,2*
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	*5,9*	*5,8*	*5,6*	*5,7*
Insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
			Entwicklung	
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	100	91	90	90
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	100	92	94	89
Metallerzeugung und -bearbeitung	100	90	83	71
Steine und Erden	100	89	75	73
Wasserversorgung	100	96	106	107
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	100	89	96	89
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	100	86	91	81
Textilgewerbe	100	67	60	47
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	100	77	79	67
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	100	84	84	78
Insgesamt	100	85	88	80

Tabelle 3.1.-8

Entwicklung der Bruttoproduktion in der DDR-Industrie

Industriebereich	1970	1976	1980	1983
	Mrd. Mark (Preise von 1980)			
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	24,8	30,0	35,6	39,7
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	28,2	44,8	52,7	59,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	16,3	24,0	27,4	31,0
Steine und Erden	4,2	6,2	6,6	6,6
Wasserversorgung	1,5	1,8	2,1	2,2
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	41,4	58,3	73,3	84,4
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	12,7	21,5	29,6	38,3
Textilgewerbe	12,4	16,9	19,1	20,6
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	19,9	29,1	32,3	35,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	32,4	43,7	48,3	51,1
Insgesamt	193,7	276,3	327,0	368,7
	Anteile in vH			
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	*12,8*	*10,9*	*10,9*	*10,8*
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	*14,6*	*16,2*	*16,1*	*16,1*
Metallerzeugung und -bearbeitung	*8,4*	*8,7*	*8,4*	*8,4*
Steine und Erden	*2,2*	*2,3*	*2,0*	*1,8*
Wasserversorgung	*0,8*	*0,7*	*0,6*	*0,6*
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	*21,4*	*21,1*	*22,4*	*22,9*
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	*6,5*	*7,8*	*9,1*	*10,4*
Textilgewerbe	*6,4*	*6,1*	*5,9*	*5,6*
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	*10,3*	*10,5*	*9,9*	*9,7*
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	*16,7*	*15,8*	*14,8*	*13,9*
Insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
	Entwicklung			
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	100	121	143	160
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	100	159	187	210
Metallerzeugung und -bearbeitung	100	147	168	190
Steine und Erden	100	147	156	155
Wasserversorgung	100	125	141	154
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	100	141	177	204
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	100	170	234	303
Textilgewerbe	100	136	154	166
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	100	146	162	179
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	100	135	149	158
Insgesamt	100	143	169	190

Tabelle 3.1.-9

Entwicklung der Industriebeschäftigten in der DDR

Industriebereich	1970	1976	1980	1983
		1 000 Personen		
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	206	208	225	236
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	344	356	364	363
Metallerzeugung und -bearbeitung	128	137	141	145
Steine und Erden	97	101	101	99
Wasserversorgung	21	22	24	25
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	860	952	994	1 012
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	386	456	462	479
Textilgewerbe	265	255	244	232
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	479	537	523	526
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	230	264	293	294
Insgesamt	3 016	3 288	3 371	3 411
		Anteile in vH		
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	*6,8*	*6,3*	*6,7*	*6,9*
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	*11,4*	*10,8*	*10,8*	*10,6*
Metallerzeugung und -bearbeitung	*4,2*	*4,2*	*4,2*	*4,3*
Steine und Erden	*3,2*	*3,1*	*3,0*	*2,9*
Wasserversorgung	*0,7*	*0,7*	*0,7*	*0,7*
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	*28,5*	*29,0*	*29,5*	*29,7*
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	*12,8*	*13,9*	*13,7*	*14,0*
Textilgewerbe	*8,8*	*7,8*	*7,2*	*6,8*
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	*15,9*	*16,3*	*15,5*	*15,4*
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	*7,6*	*8,0*	*8,7*	*8,6*
Insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
		Entwicklung		
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	100	101	109	115
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	100	103	106	106
Metallerzeugung und -bearbeitung	100	107	110	113
Steine und Erden	100	104	104	102
Wasserversorgung	100	105	114	119
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	100	111	116	118
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	100	118	120	124
Textilgewerbe	100	96	92	88
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	100	112	109	110
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	100	115	127	128
Insgesamt	100	109	112	113

Tabelle 3.1.-10

Umsatz je Industriebeschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland

Industriebereich	1970	1976	1980	1983
	1 000 DM (Preise von 1980)			
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	147	231	274	280
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	169	212	221	229
Metallerzeugung und -bearbeitung	134	160	190	187
Steine und Erden	106	132	147	153
Wasserversorgung	155	154	155	155
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	89	104	113	117
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	61	87	102	116
Textilgewerbe	65	91	104	116
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	76	101	108	117
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	193	249	280	309
Insgesamt	103	134	146	156
	Entwicklung			
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	100	157	186	190
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	100	126	131	136
Metallerzeugung und -bearbeitung	100	120	142	140
Steine und Erden	100	124	138	144
Wasserversorgung	100	99	100	100
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	100	118	128	132
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	100	142	166	189
Textilgewerbe	100	141	159	178
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	100	133	143	154
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	100	129	145	160
Insgesamt	100	130	142	152

Tabelle 3.1.-11

Bruttoproduktion je Industriebeschäftigten in der DDR

Industriebereich	1970	1976	1980	1983
	1 000 Mark (Preise von 1980)			
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	120	144	158	168
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	82	126	145	163
Metallerzeugung und -bearbeitung	127	175	194	214
Steine und Erden	44	62	66	66
Wasserversorgung	69	82	85	89
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	48	61	74	83
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	33	47	64	80
Textilgewerbe	47	66	78	89
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	42	54	62	68
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	141	165	165	174
Insgesamt	64	84	97	108
	Entwicklung			
Energiewirtschaft und Kohlenbergbau	100	120	131	140
Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren	100	154	177	199
Metallerzeugung und -bearbeitung	100	137	153	168
Steine und Erden	100	141	150	152
Wasserversorgung	100	119	124	129
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	100	127	153	173
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	100	144	195	244
Textilgewerbe	100	141	168	190
Restliche Verbrauchsgüterindustrien	100	130	149	163
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	100	118	117	124
Insgesamt	100	131	151	168

Tabelle 3.2.-1

Primärenergiegewinnung nach Energieträgern in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984

Energieträger	1970	1973	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	Bundesrepublik Deutschland							
	in jeweiligen Einheiten[1]							
Braunkohle	108,40	118,70	134,50	129,90	130,70	127,30	124,41	126,70
Steinkohle	111,40	97,60	89,60	87,10	88,50	89,00	82,20	79,40
Erdöl	7,54	6,64	5,52	4,63	4,46	4,26	4,12	4,06
Erdgas	11,98	18,85	18,41	18,23	18,50	15,84	16,90	17,68
Wasserkraft	16,40	14,00	12,60	17,30	18,20	17,90	17,00	16,70
Insgesamt	5 090,00	4 911,00	4 719,00	4 733,00	4 796,00	4 686,00	4 493,00	4 442,00
	in vH des jeweiligen Verbrauchs							
Braunkohle	*95,1*	*96,7*	*96,5*	*96,7*	*96,2*	*95,8*	*94,3*	*94,5*
Steinkohle	*115,1*	*115,9*	*126,7*	*114,4*	*114,2*	*117,3*	*107,1*	*100,9*
Erdöl	*6,1*	*4,6*	*4,2*	*3,6*	*3,9*	*3,9*	*3,8*	*4,0*
Erdgas	*75,8*	*55,7*	*39,5*	*31,2*	*34,0*	*31,8*	*32,9*	*32,7*
Wasserkraft	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
Insgesamt	*51,6*	*44,3*	*43,5*	*41,4*	*43,7*	*44,2*	*42,0*	*40,3*
	DDR							
	in jeweiligen Einheiten[1]							
Braunkohle	261,50	246,30	246,90	258,10	266,70	276,00	278,00	296,30
Steinkohle	1,00	0,80	50,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Erdöl	0,20	0,20	0,20	0,10	0,10	0,10	0,10	0,10
Erdgas	1,00	7,00	9,17	8,59	9,60	9,83	11,80	13,14
Wasserkraft	0,30	0,20	0,20	0,30	3,00	0,20	0,20	0,20
Insgesamt	2 372,00	2 304,00	2 330,00	2 408,00	2 497,00	2 582,00	2 623,00	2 803,00
	in vH des jeweiligen Verbrauchs							
Braunkohle	*101,7*	*100,0*	*100,5*	*101,8*	*102,0*	*102,8*	*102,1*	*105,6*
Steinkohle	*6,8*	*4,5*	*3,7*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*
Erdöl	*2,1*	*1,4*	*1,2*	*0,4*	*0,4*	*0,5*	*0,5*	*0,6*
Erdgas	71,7	77,2	49,7	32,6	35,5	35,8	40,0	43,6
Wasserkraft	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
Insgesamt	*78,6*	*71,1*	*68,6*	*67,6*	*69,9*	*73,6*	*74,8*	*77,8*

[1] In Mill. t, Erdgas in Mrd. m^3, Wasserkraft in Mrd. kWh, Insgesamt in PJ.

Tabelle 3.2.-2

Entwicklung und Struktur des Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984

Energieträger	1970	1973	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	Bundesrepublik Deutschland							
	in PJ							
Braunkohle	896	969	1 101	1 149	1 167	1 125	1 122	1 124
Steinkohle	2 839	2 467	2 072	2 259	2 293	2 247	2 277	2 324
Mineralöle	5 242	6 122	5 741	5 443	4 909	4 682	4 645	4 631
Naturgase	543	1 130	1 522	1 887	1 760	1 616	1 663	1 749
Kernenergie	61	116	233	420	518	613	633	892
Primärstrom [1]	289	288	184	278	317	313	349	302
Insgesamt	9 870	11 092	10 853	11 436	10 964	10 596	10 689	11 022
	Anteile in vH							
Braunkohle	*9,1*	*8,7*	*10,1*	*10,1*	*10,6*	*10,6*	*10,5*	*10,2*
Steinkohle	*28,8*	*22,2*	*19,1*	*19,7*	*20,9*	*21,2*	*21,3*	*21,1*
Mineralöle	*53,1*	*55,2*	*52,9*	*47,6*	*44,8*	*44,2*	*43,4*	*42,0*
Naturgase	*5,5*	*10,2*	*14,0*	*16,5*	*16,1*	*15,2*	*15,6*	*15,9*
Kernenergie	*0,6*	*1,1*	*2,2*	*3,7*	*4,7*	*5,8*	*5,9*	*8,1*
Primärstrom [1]	*2,9*	*2,6*	*1,7*	*2,4*	*2,9*	*3,0*	*3,3*	*2,7*
	DDR							
	in PJ							
Braunkohle	2 288	2 192	2 187	2 257	2 327	2 390	2 423	2 498
Steinkohle	319	350	260	228	179	153	131	221
Mineralöle	381	570	663	616	596	504	449	386
Naturgase	17	112	227	324	331	338	363	371
Kernenergie	5	4	55	121	121	111	125	120
Primärstrom [2]	6	16	5	18	21	14	16	5
Insgesamt	3 017	3 243	3 397	3 563	3 574	3 510	3 507	3 601
	Anteile in vH							
Braunkohle	*75,9*	*67,6*	*64,4*	*63,3*	*65,1*	*68,1*	*69,1*	*69,4*
Steinkohle	*10,6*	*10,8*	*7,7*	*6,4*	*5,0*	*4,4*	*3,7*	*6,1*
Mineralöle	*12,6*	*17,6*	*19,5*	*17,3*	*16,7*	*14,4*	*12,8*	*10,7*
Naturgase	*0,6*	*3,4*	*6,7*	*9,1*	*9,3*	*9,6*	*10,4*	*10,3*
Kernenergie	*0,2*	*0,1*	*1,6*	*3,4*	*3,4*	*3,2*	*3,6*	*3,3*
Primärstrom [2]	*0,2*	*0,5*	*0,2*	*0,5*	*0,6*	*0,4*	*0,4*	*0,2*

[1] Wasserkraft, Außenhandelssaldo Strom sowie sonstige Energieträger.
[2] Wasserkraft, Außenhandelssaldo Strom.

Tabelle 3.2.-3

Entwicklung der Importpreise für Rohöl, Mineralölprodukte und Erdgas 1973 bis 1984

Jahr	Offizieller Verkaufspreis[1]	Wechselkurs	Grenzübergangswerte						
			Rohöl[2]		Mineralölprodukte				Erdgas[4]
					Heizöle[4]		Motorenbenzin[4]	insgesamt[4]	
					schwer[3]	leicht			
	US-$/ barrel	DM/ US-$	DM/t	1973=100					
1973	3,39	2,66	82	100	100	100	100	100	100
1974	11,28	2,59	224	273	254	147	174	179	122
1979	18,67	1,83	278	339	315	301	276	314	311
1980	30,87	1,82	456	556	436	326	317	378	458
1981	34,51	2,26	619	755	612	397	402	464	668
1982	33,63	2,43	616	751	577	414	395	465	762
1983	29,31	2,56	579	706	567	376	373	437	736
1984	28,75	2,85	622	759	653	397	377	458	770

[1] Durchschnittlicher OPEC-Verkaufspreis (fob).
[2] Durchschnittspreis aller Rohölimporte.
[3] Bis 1,5 % Schwefelgehalt.
[4] Werte für 1973: Heizöl schwer — 82 DM/t, Heizöl leicht — 172 DM/t, Motorenbenzin — 201 DM/t, Mineralölprodukte insgesamt — 147 DM/t, Erdgas — 4,28 Pfg/kWh.

Quellen: Schiffer H. W.: Preisbildung für Mineralöl und Steinkohle auf dem Energiemarkt in der Bundesrepublik Deutschland. Glückauf. Heft 8/1985. — Statistik der Energiewirtschaft. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 3.2.-4

Entwicklung wichtiger Verbraucherpreise für Energie in der Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	1973	1978	1984	Index 1973=100			Veränderungen 1973—1984 in vH p.a.
					1973	1978	1984	
Motorenbenzin[1 2 3]	Pf/l	72,50	91,40	136,85	100	126	189	5,9
Dieselkraftstoff[1 3]	Pf/l	70,00	87,70	131,30	100	125	188	5,9
Heizöl leicht[3 4]	Pf/l	22,60	30,70	75,90	100	136	336	11,6
Heizöl schwer[5]	DM/t	92,00	195,00	540,00	100	212	587	17,5
Erdgas[6]								
Industrie	Pf/m³	7,75	18,06	41,90	100	233	541	16,6
Öffent. Kraftwerke	Pf/m³	.	13,29	32,34	.	.	.	.
Private Haushalte	Pf/m³	25,79	37,45	62,80	100	145	243	8,4
Strom[7]								
Industrie[8]	Pf/kWh	6,70	8,77	12,57	100	131	188	5,9
Private Haushalte (ohne Heizung)	Pf/kWh	13,40	16,96	22,94	100	127	171	5,0
Heiztarife für private Haushalte	Pf/kWh	4,45	6,22	10,07	100	140	226	7,7
Kraftwerkskohle[9]	DM/t SKE	89,40	164,00	254,00	100	183	284	10,0
Kokskohle[10]	DM/t SKE	96,90	168,00	240,50	100	173	248	8,6

[1] Arithmetischer Mittelwert aus den für SB und Bedienung an Markenstationen erhobenen Werten.
[2] Super- und Normalbenzin.
[3] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 7, Reihe 7.
[4] Bei Abnahme von 5 000 l Tankware.
[5] Bei Abgabe in Kessel- oder Tankkraftwagen; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 7, Reihe 2.
[6] Durchschnittserlöse aus der Abgabe an Letztabnehmer (ohne MwSt).
[7] Durchschnittserlöse aus der Abgabe an Letztabnehmer ohne Ausgleichsabgabe und MwSt.
[8] Hochspannungsabnehmer.
[9] Listenpreise der Ruhrkohle AG abzüglich 4,— DM/t SKE Treue- bzw. Mengenrabatt.
[10] Kostendeckende Preise der Ruhrkohle AG.

Quellen: Schiffer H.-W.: Preisbildung für Mineralöl und Steinkohle. In: Glückauf. Heft 8/1985, S. 624. — Preisbildung für Elektrizität, Erdgas und Fernwärme auf dem Energiemarkt der Bundesrepublik Deutschland. In: Glückauf. Heft 9/1985, S. 706.

Tabelle 3.2.-5

Rohölimportstruktur der Bundesrepublik Deutschland nach Ländern

	1973		1984	
	Mill. t	vH	Mill. t	vH
Rohöleinfuhr insgesamt	110,5	*100*	66,9	*100*
darunter OPEC	106,5	*96,4*	37,2	*55,6*
darunter Libyen	25,6	*23,2*	9,6	*14,3*
Saudi-Arabien	25,3	*22,9*	4,5	*6,7*
Iran	14,1	*12,8*	2,4	*3,6*
Nigeria	10,2	*9,2*	9,5	*14,2*
Algerien	9,7	*8,8*	2,7	*4,0*
Vereinigte Arabische Emirate	7,9	*7,1*	1,1	*1,6*
Kuwait	4,3	*3,9*	0,3	*0,4*
Venezuela	2,2	*2,0*	4,2	*6,3*
Großbritannien	—	—	17,8	*26,6*
Norwegen	0,4	*0,4*	2,6	*3,9*
UdSSR	2,7	*2,4*	5,8	*8,7*

Tabelle 3.2.-6

Energiepreise für Endverbraucher in der DDR in Mark

	Einheit	1970	1984
Braunkohlen-briketts			
bewirtschaftet	50 kg	1,70	1,70
frei käuflich	50 kg	3,53	3,51
Strom	Wohnraum/		
Grundpreis	Küche	0,50	0,50
Haushaltstarif	kWh	0,08	0,08
Stadtgas	m^3	0,16	0,16
Benzin			
Normal	l	1,50	1,50
Super	l	1,65	1,65
Dieselkraftstoff	l	1,30	1,30

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR.

Tabelle 3.2.-7

Entwicklung von Bruttosozialprodukt (BSP), Primärenergieverbrauch (PEV) und spezifischem Energieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland

	Index des BSP	Index des PEV	Spezifischer Energieverbrauch	
			GJ/1000 DM BSP[1]	Veränderungen
1960	100	100	10,105	1972 gegenüber 1960: *– 0,1 vH*
1965	126,9	125,1	9,959	
1970	156,1	159,2	10,308	
1972	167,7	167,5	10,091	
1973	175,4	179,0	10,311	1975 gegenüber 1973: *– 7,1 vH*
1974	176,2	173,0	9,921	
1975	173,4	164,4	9,578	
1975	100	100	9,578	1979 gegenüber 1975: *+ 0,6 vH*
1976	105,6	106,5	9,663	
1977	108,5	107,1	9,455	
1978	112,2	111,9	9,548	
1979	116,7	117,4	9,633	
1979	100	100	9,633	1984 gegenüber 1979: *–12,1 vH*
1980	101,9	95,6	9,041	
1981	101,6	91,7	8,681	
1982	100,7	88,5	8,476	
1983	102,0	89,3	8,435	
1984	104,7	92,1	8,476	

[1] In Preisen von 1976.

Quellen: Statistik der Energiewirtschaft, VIK 1984/85. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 3.2.-8

Der Brutto-Stromverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984

Jahr	Bundesrepublik			DDR			
	Insgesamt		je Einwohner	Insgesamt		je Einwohner	
	TWh	1973=100	kWh	TWh	1973=100	kWh	Bundesrepublik=100
1970	250,36	81	4 128	68,05	92	3 989	97
1971	266,21	86	4 344	69,88	89	4 096	94
1972	286,63	93	4 648	73,83	94	4 332	93
1973	309,29	100	4 990	78,18	100	4 604	92
1974	317,63	103	5 119	81,39	104	4 809	94
1975	309,64	100	5 008	85,19	109	5 056	101
1976	334,66	108	5 439	89,46	114	5 329	98
1977	341,30	110	5 559	92,50	118	5 517	99
1978	356,52	115	5 813	96,78	124	5 776	99
1979	372,81	121	6 076	98,13	126	5 860	96
1980	374,53	121	6 083	100,27	128	5 991	98
1981	376,71	122	6 107	102,44	131	6 121	100
1982	373,67	121	6 062	104,05	133	6 232	103
1983	384,21	124	6 255	106,28	136	6 364	102
1984	398,93	129	6 521	110,37	141	6 620	102

Tabelle 3.2.-9

Kennziffern zur Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984

	1970	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	Bundesrepublik Deutschland In TWh						
Produktion insgesamt	242,6	333,7	368,8	368,8	366,9	373,8	394,9
davon							
Braunkohlen	25,5	29,7	25,8	26,5	25,6	25,4	24,0
Steinkohlen	39,4	27,9	30,1	32,0	33,4	35,5	33,8
Öl	15,0	10,2	7,0	5,5	4,7	3,4	2,3
Erdgas	5,5	16,8	16,5	12,7	10,1	9,8	8,5
Kernkraft	2,5	7,3	11,9	14,5	17,3	17,6	23,4
Wasserkraft	7,3	4,2	5,0	5,4	5,3	5,0	4,7
Sonstige	4,8	4,2	3,7	3,4	3,6	3,3	3,3
	In MW						
Kapazität	50 833	81 726	87 257	89 631	90 503	91 802	94 934
	In vH						
Auslastung [1]	*54,5*	*46,6*	*48,3*	*47,0*	*46,3*	*46,5*	*47,5*
	In MJ/kWh						
Spezifischer Verbrauch [2]	10,6	10,9	.	9,5	9,6	9,6	.
	DDR In TWh						
Produktion insgesamt	67,7	89,2	98,0	100,7	102,9	104,9	110,1
davon							
Braunkohlen	85,0	82,9	78,7	79,8	82,0	81,3	83,0
Steinkohlen	1,4	0,6	0,5	0,3	0,3	0,2	0,2
Öl	2,6	3,3	1,2	0,9	0,7	0,5	0,5
Kernkraft	0,7	5,9	12,0	11,8	10,5	11,7	10,7
Wasserkraft	1,8	1,3	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6
Sonstige	8,4	6,0	5,9	5,4	4,8	4,6	4,0
	In MW						
Kapazität	12 569	17 467	20 454	21 367	21 857	21 790	22 264
	In vH						
Auslastung [1]	*61,5*	*58,3*	*54,7*	*53,8*	*53,7*	*55,0*	*56,5*
	In MJ/kWh						
Spezifischer Verbrauch [2]	14,4	12,9	13,0	13,2	11,5	11,3	.

[1] 8 760 h/Jahr = 100.

[2] In den Wärmekraftwerken; Bundesrepublik: Je kWh Netto-Produktion; DDR: Je kWh Brutto-Produktion.

Quellen: VIK (Hrsg.): Statistik der Energiewirtschaft. — Statistisches Jahrbuch der DDR. — ECE (Hrsg.): Electric Energy Statistics for Europe.

Tabelle 3.2.-10

Entwicklung des Stromverbrauchs nach Bereichen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984

	Industrie	Haushalte	Netzverluste	Übrige Bereiche	Insgesamt	Industrie	Haushalte	Netzverluste	Übrige Bereiche	Insgesamt
	Bundesrepublik Deutschland					DDR				
	Anteil am Brutto-Stromverbrauch in vH									
1970	52,6	17,2	5,6	24,6	100	68,5	10,6	6,1	14,8	100
1973	51,2	19,5	4,7	24,6	100	66,5	9,6	7,3	16,6	100
1975	47,6	21,9	4,8	25,7	100	66,6	10,4	6,6	16,4	100
1976	48,1	21,5	4,6	25,8	100	66,0	10,9	6,4	16,7	100
1980	46,8	22,9	3,9	26,4	100	63,0	12,0	6,7	18,3	100
1984	44,8	23,6	3,8	27,8	100	60,7	13,1	6,7	19,5	100
	Verbrauchswachstum im Jahresdurchschnitt in vH									
1973/70	6,3	11,8	1,6	7,3	7,3	3,7	1,6	10,9	1,2	4,7
1975/73	−3,5	6,2	0,5	2,3	0,1	4,5	8,4	−1,1	5,9	4,4
1980/75	3,5	4,8	−0,3	4,5	3,9	2,2	6,4	3,6	9,5	3,3
1984/80	0,7	3,2	1,5	3,8	2,1	1,5	4,7	2,4	4,0	2,4
1984/73	1,1	4,2	0,3	3,5	2,3	2,3	6,1	2,3	6,8	3,2

Tabelle 3.3.-1

Agrarproduktion der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1970 bis 1984[1] in Mill. t Getreideeinheiten (GE)[2]

Wirtschafts- bzw. Kalenderjahre	Brutto-Boden-produktion		Nahrungsmittelproduktion						Tierische Produktion aus Import-futter		Netto-Nahrungsmittelproduktion			
			pflanzlich		tierisch		insgesamt				tierisch		insgesamt	
	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR
1970/74 *	56,78	22,25	11,86	4,53	47,69	16,10	59,55	20,63	9,24	3,58	38,45	12,52	50,31	17,05
1975/79 *	59,41	22,30	12,86	4,74	51,95	18,15	64,81	22,89	12,00	3,95	39,95	14,20	52,81	18,94
1980/84 *	63,09	24,63	14,86	4,79	56,24	19,05	71,10	23,84	12,41	4,13	43,83	14,92	58,69	19,71
1970	53,30	20,44	10,98	3,96	47,37	14,89	58,36	18,85	10,14	3,64	37,23	11,25	48,22	15,21
1971	56,19	19,83	11,89	4,24	46,51	15,17	58,40	19,41	9,21	3,14	37,30	12,03	49,19	16,27
1972	55,88	23,81	11,52	4,70	47,45	15,99	58,97	20,69	8,92	4,38	38,54	11,61	50,06	16,31
1973	57,98	22,45	12,30	4,63	48,61	16,69	60,91	21,32	8,91	3,50	39,70	13,19	51,99	17,82
1974	60,58	24,71	12,59	5,14	48,52	17,75	61,10	22,89	9,00	3,22	39,52	14,53	52,11	19,67
1975	59,01	21,61	12,15	4,84	49,63	18,15	61,78	22,99	10,34	3,89	39,29	14,26	51,44	19,10
1976	52,87	18,94	11,02	4,34	50,30	18,02	61,32	22,36	12,06	5,32	38,24	12,70	49,26	17,04
1977	61,30	24,01	13,31	4,82	51,29	17,96	64,60	22,78	11,77	3,32	39,52	14,64	52,83	19,46
1978	62,78	23,78	14,18	5,04	53,49	18,24	67,67	23,28	12,44	3,39	41,05	14,85	55,23	19,89
1979[3]	61,09	23,16	13,62	4,67	55,04	18,36	68,66	23,03	13,39	3,82	41,65	14,54	55,27	19,21
1980	59,78	23,87	13,79	4,79	55,59	19,15	69,38	23,94	13,36	4,77	42,23	14,38	57,02	19,17
1981	63,16	24,00	14,18	4,79	54,57	19,37	68,75	24,16	12,08	3,86	42,49	15,51	56,67	20,30
1982	66,34	23,77	16,53	4,76	57,16	17,86	73,69	22,62	12,43	3,29	44,73	14,57	61,26	19,33
1983	59,26	23,88	13,85	4,58	57,91	18,99	71,76	23,57	12,61	4,54	45,30	14,45	59,15	19,03
1984	66,92	27,61	15,93	5,01	55,98	19,88	71,91	24,89	11,57	4,17	44,41	15,71	60,34	20,72

* Fünfjahresdurchschnitte.

[1] Bundesrepublik Deutschland = Wirtschaftsjahre; DDR = Kalenderjahre.

[2] Nach dem Getreideeinheitenschlüssel der Bundesrepublik Deutschland, veröffentlicht im Statistischen Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1984, S. 128.

[3] Brutto-Bodenproduktion der Bundesrepublik Deutschland: infolge Änderung der Bodennutzungshaupterhebung und der Ertragsschätzung für die Früchte, bei denen amtliche Ertragsschätzungen nicht vorgenommen werden, ab 1979/80 mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland. Div. Jahrgänge. — Statistischer Monatsbericht des BML 2/1985. — Rech G. und Schmidt M.: Produktion und Wertschöpfung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Agrarwirtschaft. Heft 3/1985. — Die Futterwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland 1983/84 und vorhergehende Wirtschaftsjahre.
DDR: Berechnungen von Konrad Merkel (TU Berlin) aus den regelmäßigen Teilstatistiken der pflanzlichen und tierischen Mengenerträge sowie der außenhandelsstatistischen Angaben in den Statistischen Jahrbüchern der DDR. Für die Ermittlung der tierischen Produktion aus eingeführten Futtermitteln sind zusätzlich die Angaben des Statistischen Bundesamtes (Hrsg.): Fachserie 6, Reihe 6: Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) verwendet worden.

Tabelle 3.3.-2

Anteil des Importfutters an der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984

Wirtschafts- bzw. Kalenderjahre[1]	Anteil des Importfutters[2] in vH der ...			
	tierischen Nahrungsmittelproduktion		gesamten Nahrungsmittelproduktion	
	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR
1970/74 *	19	22	16	17
1975/79 *	23	22	19	17
1980/84 *	22	22	17	17
1970	21	24	17	19
1971	20	21	16	16
1972	19	27	15	21
1973	18	21	15	16
1974	18	18	15	14
1975	21	21	17	17
1976	24	30	20	24
1977	23	19	18	15
1978	23	19	18	15
1979	24	21	19	17
1980	24	25	19	20
1981	22	20	18	16
1982	22	18	17	15
1983	22	24	18	19
1984	21	21	16	17

* Fünfjahresdurchschnitte.

[1] Bundesrepublik Deutschland = Wirtschaftsjahre; DDR = Kalenderjahre.

[2] Importfutter = eingeführte Futtermittel und Futtermittel, die aus der Verarbeitung importierter landwirtschaftlicher Rohstoffe gewonnen wurden.

Quellen: vgl. Tabelle 3.3.-1.

Tabelle 3.3.-5

Produktivität der landwirtschaftlichen Viehhaltung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984

Wirtschafts- bzw. Kalenderjahre[1]	Tierische Leistungen der Viehhaltung insgesamt		
	je GV[2] in dt GE[3] (Produktivität der Viehhaltung)		
	Bundesrepublik	DDR	DDR in vH der Bundesrepublik
1970/74 *	40,2	33,2	83
1975/79 *	41,0	35,0	85
1980/84 *	42,6	35,1	82
1970	40,4	32,3	80
1971	40,5	32,1	79
1972	40,6	33,1	82
1973	39,6	33,8	85
1974	39,8	34,8	87
1975	40,5	35,1	86
1976	41,0	35,1	86
1977	40,1	34,9	87
1978	41,4	35,1	85
1979	41,9	35,1	84
1980	42,3	35,8	85
1981	42,2	35,4	84
1982	43,7	33,1	76
1983	43,0	35,2	82
1984	41,7	36,1	87

* Fünfjahresdurchschnitte.

[1] Bundesrepublik Deutschland = Wirtschaftsjahre; DDR = Kalenderjahre.

[2] Zur Ermittlung der Großvieheinheiten in der DDR wurde der Umrechnungsschlüssel der Bundesrepublik Deutschland benutzt.

[3] Nach dem Getreideeinheitenschlüssel der Bundesrepublik Deutschland.

Quellen: vgl. Tabelle 3.3.-1.

Tabelle 3.3.-3

Struktur der Nahrungsmittelproduktion in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970/71 und 1983/84 bzw. 1970 und 1983

Erzeugnisse	Bundesrepublik		DDR		Bundesrepublik		DDR	
	1970/71	1983/84	1970	1983	1970/71	1983/84	1970	1983
	in 1 000 t GE[1]				Anteile in vH			
Pflanzliche Erzeugnisse	10 982	13 851	3 959	4 580	*18,8*	*19,3*	*21,0*	*19,4*
Getreide	4 838	6 903	1 910	2 467	*8,3*	*9,6*	*10,1*	*10,5*
Speisehülsenfrüchte	7	4	13	17	*0,0*	*0,0*	*0,1*	*0,1*
Ölsaaten	226	679	196	289	*0,4*	*0,9*	*1,0*	*1,2*
Kartoffeln	1 161	808	527	332	*2,0*	*1,1*	*2,8*	*1,4*
Zuckerrüben	2 494	3 011	961	1 020	*4,3*	*4,2*	*5,1*	*4,3*
Gemüse	261	238	156	164	*0,4*	*0,3*	*0,8*	*0,7*
Obst	801	631	130	261	*1,4*	*0,8*	*0,7*	*1,1*
Sonstige[2]	1 194	1 577	66	30	*2,0*	*2,2*	*0,4*	*0,1*
Tierische Erzeugnisse	47 374	57 906	14 894	18 986	*81,2*	*80,7*	*79,0*	*80,6*
Rinder[3]	12 049	14 087	3 027	3 295	*20,7*	*19,6*	*16,1*	*14,0*
Kälber[3]	666	673	93	50	*1,1*	*0,9*	*0,5*	*0,2*
Schafe[3]	115	250	191	137	*0,2*	*0,3*	*1,0*	*0,6*
Schweine[3]	14 020	16 905	4 370	6 442	*24,0*	*23,6*	*23,2*	*27,3*
Geflügel[3]	1 253	1 778	428	705	*2,2*	*2,5*	*2,3*	*3,0*
Kaninchen[3]	18	119	92	199	*0,1*	*0,2*	*0,5*	*0,9*
Kuhmilch	15 365	20 217	5 141	5 947	*26,3*	*28,2*	*27,3*	*25,2*
Ziegenmilch	10	6	50	9	*0,0*	*0,0*	*0,2*	*0,0*
Eier	3 557	3 083	1 010	1 331	*6,1*	*4,3*	*5,3*	*5,7*
Wolle	136	160	276	484	*0,2*	*0,2*	*1,5*	*2,1*
Viehbestandsänderung	+185	+628	+216	+387	*0,3*	*0,9*	*1,1*	*1,6*
Nahrungsmittelproduktion insgesamt	58 356	71 757	18 853	23 566	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*

[1] Nach dem Getreideeinheitenschlüssel der Bundesrepublik Deutschland.
[2] Weinmost, Hopfen, Tabak, Flachs- und Hanfstroh, Kohlrüben.
[3] Lebendgewicht.

Quellen: vgl. Tabelle 3.3.-1.

Tabelle 3.3.-4

Flächenproduktivität der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984

Wirtschafts- bzw. Kalenderjahre[1]	Brutto-Bodenproduktion je ha LN[2] in dt GE[3] (Flächenproduktivität der Pflanzenproduktion)			Netto-Nahrungsmittelproduktion je ha LN[2] in dt GE[3] (Flächenproduktivität der gesamten Agrarproduktion auf eigener Bodengrundlage)		
	Bundesrepublik	DDR	DDR in vH der Bundesrepublik	Bundesrepublik	DDR	DDR in vH der Bundesrepublik
1970/74 *	42,2	35,4	*84*	37,4	27,1	*73*
1975/79 *	45,5	35,4	*78*	40,5	30,1	*74*
1980/84 *	52,0	39,4	*76*	48,5	31,5	*65*
1970	39,2	32,5	*83*	35,5	24,2	*68*
1971	41,6	31,5	*76*	36,4	25,9	*71*
1972	41,5	37,8	*91*	37,1	25,9	*70*
1973	43,2	35,7	*83*	38,7	28,3	*73*
1974	45,4	39,3	*87*	39,1	31,3	*80*
1975	44,4	34,3	*77*	38,7	30,3	*78*
1976	39,8	30,1	*76*	37,1	27,1	*73*
1977	46,3	38,2	*83*	40,0	30,9	*77*
1978	47,6	37,8	*79*	41,9	31,7	*76*
1979	49,6	36,9	*74*	44,9	30,6	*68*
1980	48,8	38,1	*78*	46,7	30,6	*66*
1981	51,8	38,7	*74*	46,5	32,4	*70*
1982	54,7	38,0	*70*	50,5	30,9	*61*
1983	49,1	38,2	*78*	49,0	30,4	*62*
1984	55,6	44,2	*80*	50,1	33,2	*66*

* Fünfjahresdurchschnitte.

[1] Bundesrepublik Deutschland = Wirtschaftsjahre; DDR = Kalenderjahre.

[2] In der Bundesrepublik Deutschland ab 1970/71 landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), ab 1979/80 infolge Änderung der Bodennutzungshaupterhebung und der Ertragsschätzung für die Früchte, bei denen amtliche Ernteschätzungen nicht vorgenommen werden, mit den Vorjahren nur bedingt vergleichbar.

[3] Nach dem Getreideeinheitenschlüssel der Bundesrepublik Deutschland.

Quellen: vgl. Tabelle 3.3.-1.

Tabelle 3.3.-6

Nahrungsmittelproduktion, Arbeitskräfte und Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984

Wirtschafts- bzw. Kalenderjahre [1]	Nahrungsmittelproduktion		Arbeitskräfte [2]		Arbeitsproduktivität [3]		
	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR	DDR in vH der Bundesrepublik
	in 1 000 t GE		1 000 AK-Einheiten		in dt GE		
1970/74 *	59 548	20 634	1 303	776	457,0	265,9	*58,1*
1975/79 *	64 806	22 886	1 073	713	604,0	321,0	*53,1*
1980/84 *	71 096	23 835	942	728	754,7	327,4	*43,4*
1970	58 356	18 853	1 458	817	400,2	230,7	*57,6*
1971	58 400	19 413	1 359	801	429,7	242,5	*56,4*
1972	58 974	20 692	1 289	772	457,5	268,0	*58,6*
1973	60 905	21 322	1 224	751	497,6	284,1	*57,1*
1974	61 103	22 891	1 183	737	516,5	310,6	*60,1*
1975	61 778	22 986	1 154	728	535,3	315,9	*59,0*
1976	61 318	22 358	1 110	711	552,4	314,7	*57,0*
1977	64 595	22 782	1 070	706	603,7	322,7	*53,5*
1978	67 674	23 278	1 033	709	655,1	328,4	*50,1*
1979	68 663	23 028	997	712	688,7	323,4	*46,8*
1980	69 380	23 937	981	715	707,2	335,0	*47,4*
1981	68 746	24 160	962	720	714,6	335,8	*47,0*
1982	73 687	22 618	939	725	784,7	311,8	*39,7*
1983	71 757	23 566	920	735	780,0	320,5	*41,1*
1984	71 909	24 892	908	746	791,9	333,6	*42,1*

* Fünfjahresdurchschnitte.

[1] Bundesrepublik Deutschland = Wirtschaftsjahre; DDR = Kalenderjahre.

[2] Als Arbeitskraft-Einheiten (AK) wurden zugrunde gelegt: Bundesrepublik Deutschland = AK in der Landwirtschaft (einschließlich Stadtstaaten) gemäß Schätzungen des BML; DDR = Ständig Berufstätige (ohne Lehrlinge) in der Landwirtschaft (ohne Forstwirtschaft, Veterinärwesen und Pflanzenschutz sowie ohne Agrochemische Zentren) gemäß Statistisches Jahrbuch der DDR 1985, S. 185, umgerechnet mit dem in der DDR zur AK-Berechnung praktizierten Umrechnungsfaktor 0,9.

[3] Nahrungsmittelproduktion je AK-Einheit.

Quellen: vgl. Tabelle 3.3.-1.

Tabelle 3.4.-1

Beschäftigte im Verkehrs- und Nachrichtenwesen in 1 000

	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984
	Bundesrepublik Deutschland						
Verkehr	649	670	604	604	596	581	566
Eisenbahn[1]	414	433	354	353	346	333	320
Öffentlicher Straßenverkehr	146	162	175	178	179	178	176
Binnenschiffahrt	18	15	12	12	11	11	11
Seeschiffahrt[2]	48	32	28	26	25	24	23
Zivile Luftfahrt[3]	23	28	35	35	35	35	36
Post- und Fernmeldewesen	451	469	495	504	503	501	503
	DDR						
Verkehr	409	434	449	452	460	464	468
Eisenbahn	259	252	242	243	248	252	253
Öffentlicher Straßenverkehr	122	150	169	171	173	173	175
Binnenschiffahrt	7	6	8	8	8	9	9
Seeschiffahrt	17	20	23	23	23	23	24
Zivile Luftfahrt	4	6	7	7	8	7	7
Post- und Fernmeldewesen	134	140	135	135	133	133	134

[1] Deutsche Bundesbahn und Nichtbundeseigene Eisenbahnen.
[2] Bordpersonal.
[3] Ohne Berlin (West).

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland. — Verkehr in Zahlen 1985. — Statistische Jahrbücher der DDR.

Tabelle 3.4.-2

Verkehrswege
Streckenlänge in km

Verkehrswege	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984
	Bundesrepublik Deutschland						
Eisenbahnstrecken [1]	33 100	32 000	31 600	31 500	31 300	31 100	30 900
Hauptbahnen	18 500	18 400	18 400	18 400	18 400	18 300	18 200
elektrifiziert	8 900	10 300	11 500	11 500	11 500	11 500	11 600
Straßennetz [2]	162 410	168 148	171 492	172 438	172 484	172 919	172 680
Autobahnen	4 110	5 748	7 292	7 538	7 784	7 919	8 080
Bundesstraßen	32 200	32 600	32 300	32 600	32 400	32 200	31 600
Land- und Kreisstraßen	126 100	129 800	131 900	132 300	132 300	132 800	133 000
Gemeindestraßen	270 000	294 000	308 000	310 000	312 000	314 000	316 000
Binnenwasserstraßen [3]	4 383	4 381	4 395	4 378	4 322	4 302	4 354
Rohrfernleitungen	2 058	2 086	2 086	2 086	2 086	2 222	2 222
	DDR						
Eisenbahnstrecken	14 658	14 298	14 248	14 233	14 231	14 226	14 226
Hauptbahnen	7 365	7 577	7 621	7 639	7 638	7 634	7 651
elektrifiziert	1 357	1 454	1 695	1 808	1 930	2 096	2 321
Straßennetz [2]	45 729	47 644	47 475	47 459	47 461	47 381	47 261
Autobahnen [4]	1 413	1 632	1 756	1 789	1 887	1 887	1 919
Fernverkehrsstraßen	11 003	11 417	11 356	11 252	11 240	11 258	11 251
Land- und Kreisstraßen [5]	33 313	34 595	34 363	34 418	34 334	34 236	34 091
Kommunale Straßen [6]	74 202	71 395	73 053	.	.	.	.
Binnenwasserstraßen [7]	2 519	2 538	2 302	2 302	2 319	2 319	2 319
Rohrfernleitungen	681	951	1 301	1 301	1 301	1 301	1 301

[1] Deutsche Bundesbahn und Nichtbundeseigene Eisenbahnen.
[2] Ohne Gemeindestraßen bzw. Kommunale Straßen.
[3] Wasserstraßen.
[4] Einschließlich Autobahnanschlußstellen.
[5] Bezirksstraßen.
[6] Veränderung z. T. durch Neuklassifizierung der Straßen im Jahr 1973.
[7] 1980 Reduzierung der Binnenwasserstraßen durch Neuklassifizierung im Jahre 1979.

Quellen: Verkehr in Zahlen 1985. — Statistische Jahrbücher der DDR.

Tabelle 3.4.-3

Güterverkehr

	Bundesrepublik Deutschland						
	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984
	Verkehrsaufkommen in Mill. t						
Binnenländischer Verkehr	2 844,4	2 777,9	3 229,0	3 036,0	2 847,3	2 899,0	2 987,9
Eisenbahnen	378,0	315,0	350,1	335,0	307,5	299,7	319,2
Binnenschiffahrt	240,0	227,3	241,0	231,7	221,9	223,9	236,5
Straßenverkehr[1]	2 136,9	2 154,9	2 553,2	2 397,5	2 250,6	2 307,6	2 363,1
Nahverkehr	1 972,0	1 925,0	2 255,0	2 100,0	1 955,0	1 995,0	2 040,0
Fernverkehr	164,9	229,9	298,2	297,5	295,6	312,6	323,1
Rohrfernleitungen	89,2	80,3	84,0	71,1	66,7	67,1	68,3
Luftverkehr (in 1 000 t)	386,9	499,0	710,3	707,4	698,2	733,4	800,4
Seeschiffahrt	131,9	131,4	154,0	142,1	137,0	126,3	132,3
	Struktur in vH						
Binnenländischer Verkehr	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Eisenbahnen	*13,3*	*11,3*	*10,8*	*11,0*	*10,8*	*10,3*	*10,7*
Binnenschiffahrt	*8,4*	*8,2*	*7,5*	*7,6*	*7,8*	*7,7*	*7,9*
Straßenverkehr[1]	*75,2*	*77,6*	*79,1*	*79,0*	*79,1*	*79,6*	*79,1*
Nahverkehr	*69,4*	*69,3*	*69,8*	*69,2*	*68,7*	*68,8*	*68,3*
Fernverkehr	*5,8*	*8,3*	*9,3*	*9,8*	*10,4*	*10,8*	*10,8*
Rohrfernleitungen	*3,1*	*2,9*	*2,6*	*2,3*	*2,3*	*2,3*	*2,3*
Luftverkehr	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*
	Verkehrsleistungen in Mrd. tkm						
Binnenländischer Verkehr	215,3	213,7	255,3	246,6	237,4	241,3	251,5
Eisenbahnen	71,5	55,3	64,9	62,0	57,4	56,0	60,0
Binnenschiffahrt	48,8	47,6	51,4	50,0	49,4	49,1	52,0
Straßenverkehr[1]	78,0	96,0	124,4	121,7	119,8	125,3	129,4
Nahverkehr	36,1	36,7	44,4	41,5	39,4	40,2	41,3
Fernverkehr	41,9	59,3	80,0	80,2	80,4	85,1	88,1
Rohrfernleitungen	16,9	14,6	14,3	12,6	10,5	10,6	9,8
Luftverkehr (in Mill. tkm)	137,5	177,8	251,1	253,3	250,9	266,1	290,0
Seeschiffahrt	909,7	995,5	1 066,8	951,2	793,5	739,3	769,6
	Struktur in vH						
Binnenländischer Verkehr	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Eisenbahnen	*33,2*	*25,9*	*25,4*	*25,1*	*24,2*	*23,2*	*23,9*
Binnenschiffahrt	*22,7*	*22,3*	*20,1*	*20,3*	*20,8*	*20,4*	*20,7*
Straßenverkehr[1]	*36,2*	*44,9*	*48,8*	*49,4*	*50,5*	*51,9*	*51,4*
Nahverkehr	*16,8*	*17,2*	*17,4*	*16,8*	*16,6*	*16,6*	*16,4*
Fernverkehr	*19,5*	*27,8*	*31,4*	*32,5*	*33,9*	*35,3*	*35,0*
Rohrfernleitungen	*7,9*	*6,8*	*5,6*	*5,1*	*4,4*	*4,4*	*3,9*
Luftverkehr	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*

noch Tabelle 3.4.-3

Güterverkehr

	DDR						
	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984
	Verkehrsaufkommen in Mill. t						
Binnenländischer Verkehr	755,6	923,9	1 099,3	1 063,8	985,7	964,5	954,1
Eisenbahnen	262,9	289,0	311,6	315,2	322,5	325,6	337,4
Binnenschiffahrt	13,7	14,6	16,3	16,6	16,8	17,5	18,7
Straßenverkehr [1]	463,6	588,2	729,8	692,6	607,6	584,1	560,7
Nahverkehr	440,6	553,4	686,2	653,9	576,4	555,5	537,1
Fernverkehr	23,0	34,8	43,6	38,7	31,2	28,6	23,6
Rohrfernleitungen	15,4	32,1	41,6	39,4	38,8	37,2	37,3
Luftverkehr (in 1 000 t)	17,3	24,5	27,7	26,5	28,0	29,0	30,1
Seeschiffahrt	8,5	11,2	12,6	12,5	11,0	11,9	12,8
	Struktur in vH						
Binnenländischer Verkehr	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Eisenbahnen	*34,8*	*31,2*	*28,3*	*29,6*	*32,7*	*33,7*	*35,3*
Binnenschiffahrt	*1,8*	*1,6*	*1,5*	*1,6*	*1,7*	*1,8*	*2,0*
Straßenverkehr [1]	*61,4*	*63,7*	*66,4*	*65,1*	*61,7*	*60,6*	*58,8*
Nahverkehr	*58,3*	*59,9*	*62,4*	*61,5*	*58,5*	*57,6*	*56,3*
Fernverkehr	*3,0*	*3,8*	*4,0*	*3,6*	*3,2*	*3,0*	*2,5*
Rohrfernleitungen	*2,0*	*3,5*	*3,8*	*3,7*	*3,9*	*3,9*	*3,9*
Luftverkehr	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*
	Verkehrsleistungen in Mrd. tkm						
Binnenländischer Verkehr	58,3	73,2	84,7	83,0	77,3	77,1	78,1
Eisenbahnen	41,5	49,7	56,4	55,8	54,0	54,9	56,6
Binnenschiffahrt	2,4	2,4	2,2	2,4	2,3	2,4	2,6
Straßenverkehr [1]	12,2	16,7	21,0	19,9	16,2	15,4	14,5
Nahverkehr	7,9	10,1	12,4	12,2	10,1	9,5	9,2
Fernverkehr	4,3	6,6	8,6	7,7	6,1	5,9	5,3
Rohrfernleitungen	2,2	4,3	5,0	4,8	4,7	4,3	4,3
Luftverkehr (in Mill. tkm)	26,6	52,6	67,3	65,5	72,6	72,1	75,5
Seeschiffahrt	69,7	79,7	70,7	71,0	55,7	53,8	66,0
	Struktur in vH						
Binnenländischer Verkehr	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Eisenbahnen	*71,2*	*67,9*	*66,6*	*67,2*	*69,8*	*71,2*	*72,5*
Binnenschiffahrt	*4,1*	*3,3*	*2,6*	*2,9*	*3,0*	*3,1*	*3,3*
Straßenverkehr [1]	*20,9*	*22,8*	*24,8*	*24,0*	*21,0*	*20,0*	*18,6*
Nahverkehr	*13,6*	*13,8*	*14,6*	*14,7*	*13,1*	*12,3*	*11,8*
Fernverkehr	*7,4*	*9,0*	*10,2*	*9,3*	*7,9*	*7,7*	*6,8*
Rohrfernleitungen	*3,8*	*5,9*	*5,9*	*5,8*	*6,1*	*5,6*	*5,5*
Luftverkehr	*0,0*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*

[1] Bundesrepublik Deutschland: Gewerblicher Verkehr und Werkverkehr; DDR: Öffentlicher Verkehr und Werkverkehr.

Quellen: Verkehr in Zahlen 1985. — Statistische Jahrbücher der DDR.

Tabelle 3.4.-4

Personenverkehr

	Bundesrepublik Deutschland						
	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984
	Beförderte Personen in Mill.						
Insgesamt	30 364	33 920	36 864	34 909	35 257	35 617	35 377
Öffentlicher Verkehr	7 244	7 840	7 949	8 004	7 717	7 477	7 097
Eisenbahnen[1]	134	133	152	152	141	133	131
Omnibusverkehr[2]	74	91	109	105	108	106	108
ÖPNV[3]	7 015	7 588	7 652	7 711	7 433	7 202	6 819
Luftverkehr	21,3	27,7	35,9	35,9	35,0	35,9	38,6
Individualverkehr[5]	23 120	26 080	28 915	26 905	27 540	28 140	28 280
	Struktur in vH						
Insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Öffentlicher Verkehr	*23,8*	*23,1*	*21,6*	*22,9*	*21,9*	*21,0*	*20,1*
Eisenbahnen[1]	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,4*
Omnibusverkehr[2]	*0,2*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*	*0,3*
ÖPNV[3]	*23,1*	*22,3*	*20,8*	*22,1*	*21,1*	*20,2*	*19,3*
Luftverkehr	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*
Individualverkehr[5]	*76,2*	*76,9*	*78,4*	*77,1*	*78,1*	*79,0*	*79,9*
	Verkehrsleistungen in Mrd. Pkm						
Insgesamt	488,0	520,7	596,5	574,8	586,3	596,6	606,1
Öffentlicher Verkehr	105,7	115,3	126,2	129,0	125,8	123,2	122,0
Eisenbahnen[1]	23,6	23,1	26,4	26,8	24,9	23,7	24,2
Omnibusverkehr[2]	13,3	17,1	23,3	24,9	25,7	25,9	26,3
ÖPNV[3]	60,7	66,7	65,5	66,4	64,5	62,7	59,7
Luftverkehr	8,1	8,4	11,0	10,9	10,7	10,9	11,8
Individualverkehr[5]	382,3	405,4	470,3	445,8	460,5	473,4	484,1
	Struktur in vH						
Insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Öffentlicher Verkehr	*21,7*	*22,1*	*21,1*	*22,4*	*21,5*	*20,6*	*20,1*
Eisenbahnen[1]	*4,8*	*4,4*	*4,4*	*4,7*	*4,3*	*4,0*	*4,0*
Omnibusverkehr[2]	*2,7*	*3,3*	*3,9*	*4,3*	*4,4*	*4,3*	*4,3*
ÖPNV[3]	*12,5*	*12,8*	*11,0*	*11,5*	*11,0*	*10,5*	*9,9*
Luftverkehr	*1,7*	*1,6*	*1,8*	*1,9*	*1,8*	*1,8*	*1,9*
Individualverkehr[5]	*78,3*	*77,9*	*78,9*	*77,6*	*78,5*	*79,4*	*79,9*

noch Tabelle 3.4.-4

Personenverkehr

	DDR						
	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984
	Beförderte Personen in Mill.						
Insgesamt	5 479	6 598	7 594	7 710	7 787	8 014	8 254
Öffentlicher Verkehr	3 479	3 814	4 099	4 090	4 061	4 128	4 164
Eisenbahnen[1]	409	430	418	409	424	424	423
Omnibusverkehr[2]	1 137	1 177	1 232	1 215	1 149	1 139	1 142
ÖPNV[3]	1 931	2 205	2 447	2 464	2 485	2 562	2 596
Luftverkehr[4]	1,5	2,0	2,4	2,4	2,5	2,5	2,5
Individualverkehr[5]	2 000	2 784	3 495	3 620	3 726	3 886	4 090
	Struktur in vH						
Insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Öffentlicher Verkehr	*63,5*	*57,8*	*54,0*	*53,1*	*52,1*	*51,5*	*50,4*
Eisenbahnen[1]	*7,5*	*6,5*	*5,5*	*5,3*	*5,4*	*5,3*	*5,1*
Omnibusverkehr[2]	*20,8*	*17,8*	*16,2*	*15,8*	*14,8*	*14,2*	*13,8*
ÖPNV[3]	*35,2*	*33,4*	*32,2*	*32,0*	*31,9*	*32,0*	*31,5*
Luftverkehr[4]	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*
Individualverkehr[5]	*36,5*	*42,2*	*46,0*	*46,9*	*47,9*	*48,5*	*49,6*
	Verkehrsleistungen in Mrd. Pkm						
Insgesamt	80,2	99,3	111,8	113,5	116,0	119,0	123,1
Öffentlicher Verkehr	43,0	52,3	55,8	55,0	54,5	55,0	55,7
Eisenbahnen[1]	14,2	18,4	19,3	18,9	19,9	19,9	20,0
Omnibusverkehr[2]	17,3	20,8	20,9	20,1	18,1	18,1	18,0
ÖPNV[3]	9,8	10,5	11,5	11,8	12,1	12,8	13,4
Luftverkehr[4]	1,7	2,6	4,1	4,2	4,4	4,2	4,3
Individualverkehr[5]	37,2	47,0	56,0	58,5	61,5	64,0	67,4
	Struktur in vH						
Insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Öffentlicher Verkehr	*53,6*	*52,7*	*49,9*	*48,5*	*47,0*	*46,2*	*45,3*
Eisenbahnen[1]	*17,7*	*18,5*	*17,3*	*16,7*	*17,2*	*16,7*	*15,3*
Omnibusverkehr[2]	*21,6*	*21,0*	*18,7*	*17,7*	*15,6*	*15,2*	*14,6*
ÖPNV[3]	*12,2*	*10,6*	*10,3*	*10,4*	*10,4*	*10,8*	*10,9*
Luftverkehr[4]	*2,1*	*2,6*	*3,7*	*3,7*	*3,8*	*3,5*	*3,5*
Individualverkehr[5]	*46,4*	*47,3*	*51,1*	*51,5*	*53,0*	*53,8*	*54,7*

[1] Bundesrepublik Deutschland: Schienenfernverkehr; DDR: Ohne S-Bahn.

[2] Bundesrepublik Deutschland: Öffentlicher Straßenpersonenverkehr — Gelegenheitsverkehr; DDR: Überlandverkehr mit Kraftomnibussen einschließlich Werkverkehr.

[3] Öffentlicher Personennahverkehr: Bundesrepublik Deutschland: Schienennahverkehr der Eisenbahnen und Linienverkehr im öffentlichen Straßenpersonenverkehr; DDR: Straßenbahn, Omnibus, Obus, U-Bahn, S-Bahn.

[4] DDR: 1980 bis 1983 geschätzt.

[5] Bundesrepublik Deutschland: Verkehr mit Personen- und Kombinationskraftwagen, Krafträdern und Mopeds; DDR: Verkehr mit Personen- und Kombinationskraftwagen, Motorrädern und -rollern sowie Kleinkrafträdern.

Quellen: Verkehr in Zahlen 1985. — Statistische Jahrbücher der DDR. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 3.4.-5

Post- und Fernmeldewesen

		1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984
		Bundesrepublik Deutschland						
Zahl der Telefonhauptanschlüsse[1]	in 1 000	8 700	12 982	20 695	21 931	22 874	23 704	24 759
je 100 Einwohner	Anzahl	14,3	21,0	33,6	35,6	37,1	38,6	40,6
Zahl der Telexanschlüsse	in 1 000	80,4	106,2	138,5	145,5	150,5	154,9	159,4
je 100 Einwohner	Anzahl	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Eingelieferte Briefsendungen[2]	in Mill.	10 168	9 880	11 706	12 142	12 317	12 242	12 072
je 100 Einwohner	Anzahl	16 764	15 980	19 014	19 685	19 983	19 931	19 774
Eingelieferte Pakete	in Mill.	320	264	264	269	266	244	243
je 100 Einwohner	Anzahl	528	427	429	436	432	397	398
Ortsgespräche	in Mill.	6 878	9 215	14 148	14 473	15 378	16 063	16 543
je 100 Einwohner	Anzahl	11 340	14 904	22 980	23 464	24 949	26 151	27 098
Ferngespräche	in Mill.	3 338	4 848	7 755	8 306	8 786	9 345	9 889
je 100 Einwohner	Anzahl	5 504	7 841	12 596	13 466	14 254	15 214	16 198
Hörfunkteilnehmer[3]	in 1 000	19 622	21 125	23 323	23 748	24 158	24 604	25 046
je 100 Einwohner	Anzahl	32,4	34,2	37,9	38,5	39,2	40,0	41,0
Fernsehteilnehmer[3]	in 1 000	16 675	19 226	21 190	21 491	21 836	22 132	22 434
je 100 Einwohner	Anzahl	27,5	31,1	34,4	38,8	35,4	36,0	36,7
		DDR						
Zahl der Telefonhauptanschlüsse[1]	in 1 000	954	1 141	1 356	1 397	1 437	1 482	1 521
je 100 Einwohner	Anzahl	5,6	6,8	8,1	8,6	8,9	9,1	9,1
Zahl der Telexanschlüsse	in 1 000	9,2	11,4	14,9	15,2	15,7	15,9	16,2
je 100 Einwohner	Anzahl	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Eingelieferte Briefsendungen[2]	in Mill.	1 405	1 238	1 274	1 266	1 261	1 255	1 253
je 100 Einwohner	Anzahl	8 232	7 360	7 611	7 578	7 542	7 515	7 521
Eingelieferte Pakete	in Mill.	39	37	37	38	39	39	40
je 100 Einwohner	Anzahl	228	220	221	227	233	234	240
Ortsgespräche	in Mill.	923	1 142	1 281	1 285	1 296	1 338	1 384
je 100 Einwohner	Anzahl	5 408	6 790	7 652	7 692	7 758	8 011	8 307
Ferngespräche	in Mill.	381	526	676	698	719	733	759
je 100 Einwohner	Anzahl	2 232	3 127	4 038	4 178	4 305	4 389	4 556
Hörfunkteilnehmer[3]	in 1 000	5 985	6 167	6 409	6 459	6 440	6 490	6 563
je 100 Einwohner	Anzahl	35,1	36,6	38,3	38,6	38,6	38,9	39,4
Fernsehteilnehmer[3]	in 1 000	4 499	5 224	5 731	5 811	5 847	5 928	6 015
je 100 Einwohner	Anzahl	26,4	31,0	34,2	34,7	35,0	35,5	36,1

[1] Ohne öffentliche Sprechstellen.
[2] Einschließlich Päckchen.
[3] Gebührenpflichtige und gebührenfreie Genehmigungen.

Quellen: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland. — Statistische Jahrbücher der DDR.

Tabelle 3.6.-1

Nettobeiträge der Wirtschaftsbereiche vergleichbare Preise (Basis 1980)

	Bundesrepublik Deutschland			DDR			Bundesrepublik Deutschland			DDR		
	Mrd. DM			Mrd. M			Anteile in vH					
	1970	1980	1983	1970	1980	1983	1970	1980	1983	1970	1980	1983
Land- und Forstwirtschaft	22,5	23,0	25,0	14,9	16,6	17,5	*3,1*	*2,6*	*2,9*	*12,3*	*8,7*	*8,1*
Produzierendes Gewerbe[1]	432,4	528,4	511,1	80,5	136,1	156,7	*59,4*	*59,1*	*58,5*	*66,3*	*70,9*	*72,3*
Baugewerbe	106,8	121,0	112,5	8,2	11,7	13,0	*14,7*	*13,5*	*12,9*	*6,7*	*6,1*	*6,0*
Handel[2]	114,6	149,6	150,9	12,2	19,2	20,5	*15,8*	*16,7*	*17,2*	*10,1*	*10,0*	*9,4*
Verkehr	51,0	72,2	74,6	5,6	8,4	9,2	*7,0*	*8,1*	*8,5*	*4,6*	*4,3*	*4,2*
Nettobeiträge dieser Bereiche[3]	727,3	894,2	874,1	121,4	192,0	216,9	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
+ Dienstleistungen[4]	292,9	411,0	425,4	3,4	6,1	6,7						
− Verrechnungen[5]	.	.	.	7,4	11,0	13,2						
= Nettoinlandsprodukt	1 020,2	1 305,2	1 299,5	.	.	.						
bzw. Nationaleinkommen	.	.	.	117,4	187,1	210,4						

[1] Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung.
[2] DDR: nur Binnenhandel.
[3] Ohne Dienstleistungen.
[4] Bundesrepublik Deutschland: Dienstleistungen einschließlich Staat; DDR: sonstige produzierende Zweige.
[5] Verrechnungen für den Produktionsverbrauch, die nur pauschal abgezogen werden.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. — Statistisches Jahrbuch der DDR. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 3.6.-2

Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen

	Bundesrepublik Deutschland[5]			DDR			Bundesrepublik Deutschland[5]			DDR		
	1 000 Personen						Anteile in vH					
	1970	1980	1983	1970	1980	1983	1970	1980	1983	1970	1980	1983
Land- und Forstwirtschaft	2 262	1 437	1 391	1 055	930	950	8,5	5,5	5,5	12,1	10,1	10,1
Produzierendes Gewerbe[1]	10 668	9 496	8 643	3 580	3 820	3 865	40,2	36,1	34,2	41,1	41,3	41,1
Baugewerbe	2 319	2 090	1 898	670	685	675	8,7	8,0	7,5	7,7	7,4	7,2
Handel[2]	3 348	3 505	3 322	885	890	890	12,6	13,3	13,1	10,2	9,6	9,5
Verkehr	1 407	1 469	1 439	605	645	650	5,3	5,6	5,7	6,9	7,0	6,9
Summe dieser Bereiche[3]	20 004	17 997	16 693	6 795	6 970	7 030	75,3	68,5	66,0	78,0	75,4	74,8
+ Dienstleistungen[4]	6 556	8 281	8 579	1 920	2 270	2 365	24,7	31,5	34,0	22,0	24,6	25,2
= Gesamtwirtschaft	26 560	26 278	25 272	8 715	9 240	9 395	100	100	100	100	100	100

[1] Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung.
[2] DDR: Nur Binnenhandel.
[3] Ohne Dienstleistungen.
[4] Bundesrepublik Deutschland: Dienstleistungen einschließlich Staat; DDR: Alle Dienstleistungen (Staat einschließlich Soldaten) sowie Beschäftigte in den sonstigen produzierenden Zweigen.
[5] Erwerbstätige im Inland.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. — Statistisches Jahrbuch der DDR. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 3.6.-3

Nettobeitrag je Beschäftigten
vergleichbare Preise (Basis 1980)

	Bundesrepublik Deutschland			DDR		
	in DM			in M		
	1970	1980	1983	1970	1980	1983
Land- und Forstwirtschaft	9 943	16 013	18 001	14 174	17 870	18 463
Produzierendes Gewerbe[1]	40 530	55 643	59 136	22 486	35 628	40 543
Baugewerbe	46 041	57 909	59 268	12 239	17 080	19 259
Handel[2]	34 241	42 676	45 412	13 785	21 556	23 009
Verkehr	36 233	49 122	51 821	9 256	12 921	14 162
Durchschnitt dieser Bereiche[3]	36 355	49 684	52 361	17 866	27 547	30 853
	Relationen in vH					
Land- und Forstwirtschaft	*27,3*	*32,2*	*34,4*	*79,3*	*64,9*	*59,8*
Produzierendes Gewerbe[1]	*111,5*	*112,0*	*112,9*	*125,9*	*129,3*	*131,4*
Baugewerbe	*126,6*	*116,6*	*113,2*	*68,5*	*62,0*	*62,4*
Handel[2]	*94,2*	*85,9*	*86,7*	*77,2*	*78,3*	*74,6*
Verkehr	*99,7*	*98,9*	*99,0*	*51,8*	*46,9*	*45,9*
Durchschnitt dieser Bereiche[3]	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
	1970 = 100					
Land- und Forstwirtschaft	100	161,1	181,0	100	126,1	130,3
Produzierendes Gewerbe[1]	100	137,3	145,9	100	158,4	180,3
Baugewerbe	100	125,8	128,7	100	139,6	157,4
Handel[2]	100	124,6	132,6	100	156,4	166,9
Verkehr	100	135,6	143,0	100	139,6	153,0
Durchschnitt dieser Bereiche[3]	100	136,7	144,0	100	154,2	172,7

[1] Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung.
[2] DDR: Nur Binnenhandel.
[3] Ohne Dienstleistungen.
Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. — Statistisches Jahrbuch der DDR. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 3.6.-4

Modellrechnung
Nettobeitrag je Beschäftigten
vergleichbare Preise (Basis 1980)

	Bundesrepublik Deutschland			DDR		
	in DM			in M		
	1970	1980	1983	1970	1980	1983
	Leistungsniveau der DDR (Bundesrepublik = 100)[4]					
Land- und Forstwirtschaft				*58*	*47*	*41*
Produzierendes Gewerbe[1]				*48*	*49*	*52*
Baugewerbe				*48*	*52*	*57*
Handel[2]				*40*	*44*	*43*
Verkehr				*50*	*50*	*46*
Durchschnitt dieser Bereiche[3]				*46*	*47*	*49*
	Nettobeitrag je Beschäftigten					
Land- und Forstwirtschaft	9 943	16 013	18 001	5 767	7 526	7 380
Produzierendes Gewerbe[1]	40 530	55 643	59 136	19 454	27 265	30 751
Baugewerbe	46 041	57 909	59 268	22 100	30 113	33 783
Handel[2]	34 241	42 676	45 412	13 696	18 777	19 527
Verkehr	36 233	49 122	51 821	18 117	24 561	23 838
Durchschnitt dieser Bereiche[3]	36 355	49 684	52 361	16 723	23 351	25 657
	Relationen in vH					
Land- und Forstwirtschaft	*27,3*	*32,2*	*34,4*	*34,5*	*32,2*	*28,8*
Produzierendes Gewerbe[1]	*111,5*	*112,0*	*112,9*	*116,3*	*116,8*	*119,9*
Baugewerbe	*126,6*	*116,6*	*113,2*	*132,1*	*128,9*	*131,7*
Handel[2]	*94,2*	*85,9*	*86,7*	*81,9*	*80,4*	*76,1*
Verkehr	*99,7*	*98,9*	*99,0*	*108,3*	*105,2*	*92,9*
Durchschnitt dieser Bereiche[3]	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*

[1] Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung.
[2] DDR: Nur Binnenhandel.
[3] Ohne Dienstleistungen.
[4] Das Leistungsniveau der DDR für die Wirtschaftsbereiche wurde den entsprechenden Spezialkapiteln entnommen.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. — Statistisches Jahrbuch der DDR. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 3.6.-5

Hochrechnung des produzierten Nationaleinkommens der DDR zum Bruttoinlandsprodukt nach westlicher Methode in Mrd. Mark

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Landwirtschaft	15,3	14,7	16,3	16,5	17,7	17,7	16,2	17,9	17,5	18,3	18,4	18,9	18,7	19,6
Produzierendes Gewerbe	84,5	89,1	94,0	99,9	106,3	112,7	119,3	124,7	130,6	136,7	144,1	152,1	157,7	166,2
Baugewerbe	8,7	9,2	9,5	9,9	10,5	11,1	11,6	12,2	12,5	12,5	12,8	13,4	13,4	14,0
Handel	12,4	13,2	13,9	14,7	15,8	16,2	16,7	17,5	18,2	18,6	19,3	20,0	20,2	20,6
Verkehr	7,0	7,5	7,7	8,0	8,4	9,3	9,7	10,1	10,5	10,7	10,9	11,5	11,7	12,2
Dienstleistungen	28,4	29,3	30,0	31,2	32,1	33,4	34,3	35,3	36,5	37,6	38,6	39,8	41,0	42,0
Korrekturposten[1]	5,0	5,0	5,2	4,9	5,0	5,6	6,1	6,5	6,8	7,1	7,4	8,1	8,5	9,8
Bruttoinlandsprodukt	151,2	158,0	166,3	175,3	185,8	194,8	201,7	211,2	218,9	227,4	236,7	247,5	254,1	264,8

[1] Korrekturposten: A) Erhöhung für Generalreparaturen; B) Reduzierung um „Verrechnungen für Produktionsverbrauch" (DDR-VGR).

Quelle: Berechnungen des DIW.

Tabelle 4.1.-1

Gesamtwirtschaftliche Einkommenskomponenten der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR in Mrd. DM bzw. Mark *

	Bundesrepublik Deutschland						DDR					
	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1970	1975	1980	1981	1982	1983
Bruttolöhne und -gehälter [1]	307,9	485,7	687,8	717,2	732,2	742,3	56,0	75,2	87,9	91,2	94,4	97,3
Lohnsteuer [2]	36,3	71,7	112,1	116,3	121,8	126,8	3,7	5,3	6,8	7,2	7,6	7,9
Sozialversicherungsbeiträge [3]	33,5	59,9	92,3	98,6	103,9	107,2	3,7	4,8	5,7	5,8	6,0	6,2
Nettolöhne und -gehälter	238,1	354,1	483,4	502,2	506,5	508,3	48,6	65,1	75,4	78,2	80,8	83,2
Bruttoeinkommen aus selbständiger Tätigkeit/DDR: genossenschaftliche und selbständige Tätigkeit [4]	113,7	173,9	236,5	244,4	249,1	262,8	17,6	15,7	17,0	17,5	17,7	18,2
Direkte Steuern [5]	18,9	28,8	36,8	32,9	31,2	30,3	3,2	2,8	3,0	3,1	3,1	3,2
Sozialversicherungsbeiträge [3]	3,9	8,3	11,2	12,2	13,1	13,9	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,0
Nettoeinkommen aus selbständiger Tätigkeit	90,9	136,8	188,6	199,3	204,8	218,6	13,7	12,1	13,1	13,5	13,7	14,1
Öffentliche Einkommensübertr. (brutto)	85,0	171,7	234,0	251,0	263,9	271,5	12,7	16,8	22,8	22,8	23,3	23,1
Lohnsteuer auf Pensionen	1,1	2,3	3,4	3,7	4,0	4,5	—	—	—	—	—	—
Sozialversicherungsbeiträge [6]	—	—	—	—	—	0,6	—	—	—	—	—	—
Öffentliche Einkommensübertr. (netto)	83,9	169,4	230,6	247,3	259,9	266,3	12,7	16,8	22,8	22,8	23,3	23,1
Übrige Bruttoeinkommen [7]	30,1	54,3	94,1	114,3	123,6	125,9	4,2	5,3	6,7	7,0	7,2	7,4
Direkte Steuern	1,9	3,7	5,6	6,1	5,8	5,3	—	—	—	—	—	—
Übrige Nettoeinkommen	28,2	50,7	88,6	108,3	117,8	120,6	4,2	5,3	6,7	7,0	7,2	7,4
Bruttoeinkommen, insgesamt	536,7	885,6	1252,5	1326,8	1368,7	1402,5	90,5	113,0	134,4	138,5	142,6	146,0
Direkte Steuern, insgesamt	58,3	106,5	157,7	159,0	162,7	166,9	6,9	8,1	9,8	10,3	10,7	11,1
Sozialversicherungsbeiträge, insgesamt	37,4	68,2	103,5	110,8	117,0	121,8	4,4	5,6	6,6	6,8	7,0	7,2
Nettoeinkommen, insgesamt	441,0	710,9	991,3	1057,0	1089,0	1113,8	79,2	99,3	118,0	121,5	125,0	127,8

[1] Einschließlich Prämien, der von den Betrieben an kranke Arbeitnehmer gezahlten Beträge, Fahrtkostenzuschüsse u. ä.
[2] Bundesrepublik: vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage.
[3] Bundesrepublik: einschließlich freiwilliger Beiträge der Hausfrauen, Selbständigen u. ä. zur gesetzlichen Sozialversicherung; DDR: einschließlich Beiträge zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung.
[4] Ohne unterstellte Mieten für die Nutzung von Eigentümerwohnungen.
[5] Vor Abzug der Investitionszulagen.
[6] Eigenbeiträge der Rentner zur Krankenversicherung.
[7] Bundesrepublik: Vermögenseinkommen, Schadenversicherungsleistungen, Betriebsrenten u. ä., Saldo von empfangenen und geleisteten internationalen privaten Übertragungen, abzüglich: Rückerstattungen von Sozialleistungen, Strafen, Verwaltungsgebühren u. ä.; DDR: Vermögenseinkommen, Leistungen aus Risikoversicherungen, Lotteriegewinne, Betriebsrenten u. ä.
* Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1983; Reihe S. 5, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1981. — Berechnungen des DIW.
DDR: Vortmann H.: Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre. Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 85/1985. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 4.1.-2

Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	DDR
	Mrd. DM	Mrd. Mark
1970	23,4	2,0
1975	42,9	2,5
1980	73,3	3,3
1981	91,0	3,4
1982	98,0	3,5
1983	97,4	3,6

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1983, Reihe S. 5, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1981.
DDR: Statistische Jahrbücher der DDR 1971 bis 1984. — Vortmann H.: Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre. Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 85/1985. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 4.1.-3

Anteil des Bruttoarbeitseinkommens am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen der Bundesrepublik Deutschland in vH

Jahr	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		Bruttoarbeitseinkommen insgesamt[2]
	Tatsächlicher	Bereinigter[1]	
	Anteil		
1970	59,3	59,4	71,1
1975	64,3	62,9	75,4
1980	64,2	61,2	73,4
1981	64,9	61,9	74,2
1982	64,4	61,4	73,7
1983	62,9	60,1	71,8

[1] Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen bei konstant gehaltenem Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an der Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 1970.
[2] Bruttoarbeitseinkommen der Arbeitnehmer zuzüglich der unterstellten Arbeitseinkommen der Selbständigen (Annahme: Gleiche durchschnittliche Arbeitseinkommen wie Arbeitnehmer).

Quelle: Berechnungen des DIW aus Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Tabelle 4.1.-4

Durchschnittliche Monatsverdienste und Einkommensabzüge je beschäftigten Arbeitnehmer in DM bzw. Mark

Jahr	Bruttolöhne und -gehälter	Lohnsteuer der Arbeitnehmer[1]	Sozialbeiträge der Arbeitnehmer[2]	Nettolöhne und -gehälter
	Bundesrepublik Deutschland			
1970	1 153	136	125	892
1975	1 839	272	227	1 340
1980	2 493	406	335	1 752
1981	2 616	424	360	1 832
1982	2 725	453	387	1 885
1983	2 817	481	407	1 929
	DDR			
1970	616	42	42	532
1975	770	55	50	665
1980	877	68	57	752
1981	906	72	58	776
1982	931	75	60	796
1983	955	78	61	816

[1] Bundesrepublik: Vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage.
[2] Bundesrepublik: Einschließlich freiwilliger Beiträge der Hausfrauen u. ä.; DDR: Einschließlich Beiträge zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1983; Reihe S. 5, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1981. — Berechnungen des DIW.
DDR: Vortmann H.: Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre. Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 85/1985. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 4.1.-5

Durchschnittliche Monatsbruttoeinkommen und Einkommensabzüge aus selbständiger (DDR: selbständiger und genossenschaftlicher) Tätigkeit in DM bzw. Mark je Selbständigen (DDR: Genossenschaftsmitglied/Selbständigen)

Jahr	Bruttoeinkommen[1]	Direkte Steuern[2]	Sozialbeiträge[3]	Nettoeinkommen
	Bundesrepublik Deutschland			
1970	3 522	588	120	2 814
1975	5 926	981	283	4 662
1980	8 349	1 298	394	6 657
1981	8 717	1 175	434	7 108
1982	8 822	1 105	464	7 253
1983	9 308	1 073	492	7 743
	DDR			
1970	1 197	218	47	932
1975	1 399	250	71	1 078
1980	1 601	282	85	1 234
1981	1 638	290	94	1 264
1982	1 639	287	93	1 269
1983	1 666	293	92	1 291

[1] DDR: Einschließlich aller Pacht- und Mieteinnahmen.
[2] Bundesrepublik: Vor Abzug der Investitionszulage.
[3] Bundesrepublik: Pflichtbeiträge und freiwillige Beiträge der Selbständigen; DDR: Einschließlich Beiträge zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Berechnungen des DIW aus Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie der Erwerbstätigkeits-, der Einkommen- und der Vermögensteuerstatistik.
DDR: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 4.1.-6

Durchschnittliche Belastung der Arbeitnehmerverdienste mit Einkommensabzügen in vH der Bruttolöhne und -gehälter

Jahr	Belastung mit		Zusammen
	Lohnsteuer[1]	Sozialbeiträgen[2]	
	Bundesrepublik Deutschland		
1970	11,8	10,8	22,6
1975	14,8	12,3	27,1
1980	16,3	13,4	29,7
1981	16,2	13,8	30,0
1982	16,6	14,2	30,8
1983	17,1	14,4	31,5
	DDR		
1970	6,8	6,8	13,6
1975	7,1	6,5	13,6
1980	7,7	6,5	14,2
1981	7,9	6,4	14,3
1982	8,1	6,4	14,5
1983	8,2	6,4	14,6

[1] Bundesrepublik: Vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage.
[2] Bundesrepublik: Einschließlich freiwilliger Beiträge der Hausfrauen u. ä.; DDR: Einschließlich Beiträge zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1983; Reihe S. 5, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1981. — Berechnungen des DIW.
DDR: Vortmann H.: Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre. Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 85/1985. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 4.1.-7

Durchschnittliche Belastung der Bruttoeinkommen aus selbständiger (DDR: selbständiger und genossenschaftlicher) Tätigkeit mit Einkommensabzügen in vH der Bruttoeinkommen

Jahr	Belastung mit		Zusammen
	direkten Steuern [1]	Sozialbeiträgen [2]	
	Bundesrepublik Deutschland		
1970	16,7	3,4	20,1
1975	16,6	4,8	21,4
1980	15,5	4,7	20,2
1981	13,5	5,0	18,5
1982	12,5	5,3	17,8
1983	11,5	5,3	16,8
	DDR		
1970	18,2	3,9	22,1
1975	17,8	5,1	22,9
1980	17,6	5,3	22,9
1981	17,7	5,7	23,4
1982	17,5	5,7	23,2
1983	17,6	5,5	23,1

[1] Bundesrepublik: Vor Abzug der Investitionszulage.

[2] Bundesrepublik: Pflichtbeiträge und freiwillige Beiträge der Selbständigen; DDR: Einschließlich Beiträge zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Berechnungen des DIW aus Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie der Erwerbstätigkeits-, der Einkommen- und der Vermögensteuerstatistik.
DDR: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 4.1.-13

Durchschnittliche Nettoeinkommen von Rentner-Haushalten [1] in vH der von Arbeitnehmer-Haushalten [2] Arbeitnehmer-Haushalt = 100 vH

Jahr	je Haushalt		je Haushaltsmitglied	
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
1970	61,9	30,6	108,1	60,5
1972	65,3	29,3	114,5	59,8
1974	66,4	32,7	116,1	66,8
1976	67,0	31,3	117,4	65,0
1978	65,6	33,4	113,4	71,4
1980	64,5	37,5	111,3	76,2
1983	65,3	33,9	110,2	68,8

[1] In der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes und sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben; in der DDR Haushalte ohne regelmäßiges Einkommen aus Erwerbstätigkeit.

[2] In der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Berechnungen des DIW aus Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
DDR: Statistische Jahrbücher der DDR 1975 bis 1984. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 4.1.-8

Lohnsteuertarif in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1983 in DM bzw. Mark

Versteuertes Monats-einkommen	Ledige[1]		Verheiratete[2]			
			ohne Kinder		mit 2 Kindern	
	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Bundesrepublik Deutschland	DDR
200	—	3,—	—	—	—	—
300	—	18,—	—	10,50	—	—
400	—	38,—	—	28,—	—	10,50
500	—	62,—	—	50,—	—	28,—
600	6,90	92,—	—	77,—	—	50,—
700	24,70	126,—	—	109,—	—	77,—
800	42,50	148,50	—	137,30	—	109,—
900	60,40	171,—	—	159,80	—	137,30
1 000	78,20	193,50	—	182,30	—	159,80
1 200	117,—	238,50	31,60	227,30	15,80	204,80
1 400	158,—	280,—	67,30	270,—	51,50	249,80
1 600	198,—	320,—	105,—	310,—	89,10	290,—
1 800	238,—	360,—	141,—	350,—	125,—	330,—
2 000	279,—	400,—	176,—	390,—	160,—	370,—
3 000	581,—	600,—	374,—	590,—	347,—	570,—
4 000	992,—	800,—	578,—	790,—	548,—	770,—
5 000	1 466,—	1 000,—	849,—	990,—	793,—	970,—
6 000	1 973,—	1 200,—	1 195,—	1 190,—	1 129,—	1 170,—

[1] Steuerklasse I.

[2] Bundesrepublik Deutschland: Steuerklasse III; DDR: Steuerklasse II; Kinder werden steuerlich in beiden deutschen Staaten nur in sehr geringem Maße berücksichtigt; anstelle dessen wird in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR staatliches Kindergeld gezahlt.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Bundessteuerblatt, Beilage Nr. 55/82 vom 31. Dezember 1982.
DDR: Balling, H.: Nettolohnabrechnung. Berlin (Ost) 1971.

Tabelle 4.1.-9

Durchschnittliche Bruttomonatslöhne und -gehälter in ausgewählten Wirtschaftsbereichen*

Jahr	Bundesrepublik Deutschland in DM je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer						
	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	Verkehr	Deutsche Bundespost	Handel	Durchschnitt aller ausgewählten Bereiche
1970	1 175	1 118	867	1 327	1 178	949	1 134
1975	1 840	1 769	1 373	2 021	1 922	1 518	1 781
1980	2 622	2 330	1 968	2 719	2 441	2 128	2 480
1981	2 767	2 409	2 055	2 870	2 560	2 237	2 608
1982	2 903	2 547	2 156	2 976	2 617	2 325	2 729
1983	3 020	2 624	2 245	3 079	2 671	2 423	2 832
	Durchschnitt der ausgewählten Bereiche = 100						
1970	104	99	76	117	104	84	100
1975	103	99	77	113	108	85	100
1980	106	94	79	110	98	86	100
1981	106	92	79	110	98	86	100
1982	106	93	79	109	96	85	100
1983	107	93	79	109	94	86	100
Jahr	DDR in Mark je vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten in volkseigenen Betrieben						
	Industrie	Bauindustrie	Land- und Forstwirtschaft	Verkehr	Post- und Fernmeldewesen	Handel	Durchschnitt aller ausgewählten Bereiche
1970	770	833	710	806	653	668	762
1975	895	949	886	990	818	798	897
1980	1 039	1 041	1 000	1 127	928	905	1 030
1981	1 066	1 067	1 010	1 153	953	927	1 055
1982	1 087	1 083	1 029	1 175	963	943	1 075
1983	1 099	1 101	1 040	1 189	992	959	1 089
	Durchschnitt der ausgewählten Bereiche = 100						
1970	101	109	93	106	86	88	100
1975	100	106	99	110	91	89	100
1980	101	101	97	109	90	88	100
1981	101	101	96	109	90	88	100
1982	101	101	96	109	90	88	100
1983	101	101	96	109	91	88	100

* Bundesrepublik: Im Inland entstandene Bruttolöhne und -gehälter.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Reihe 1, Konten- und Standardtabellen 1983; Reihe S. 5, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1981. — Berechnungen des DIW.
DDR: Statistisches Jahrbuch der DDR 1984, S. 127. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 4.1.-10

Durchschnittliche Bruttomonatslöhne und -gehälter nach Industriezweigen 1983

	Bundesrepublik Deutschland[1]	DDR[2]	Bundesrepublik Deutschland	DDR
	je Arbeitnehmer in DM bzw. Mark		Durchschnitt aller Industriezweige = 100	
Energie- und Brennstoffindustrie	3 382	1 216	111	111
Chemische Industrie	3 245	1 131	106	103
Metallurgie	2 989	1 183	98	108
Baumaterialienindustrie	3 063	1 077	100	98
Wasserwirtschaft	3 231	1 003	106	91
Maschinen- und Fahrzeugbau	3 152	1 128	103	103
Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau	3 085	1 121	101	102
Leichtindustrie (ohne Textilindustrie)	2 679	1 000	88	91
Textilindustrie	2 449	970	80	88
Lebensmittelindustrie	2 903	1 040	95	95
Industrie, insgesamt	3 056	1 097	100	100

[1] Durchschnittslöhne und -gehälter in Betrieben mit 10 oder mehr Beschäftigten, berechnet aus Angaben für vier Erhebungsmonate, Gliederung der Wirtschaftszweige, auf die Bereichsgliederung der DDR umgerechnet.

[2] Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte in sozialistischen Betrieben.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 16, Löhne und Gehälter, Reihe 2.1, Arbeiterverdienste in der Industrie Januar, April, Juli und Oktober 1983; Reihe 2.2. Angestelltenverdienste in Industrie und Handel Januar, April, Juli und Oktober 1983. — Berechnungen des DIW.
DDR: Statistisches Jahrbuch der DDR 1984, S. 155. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 4.1.-11

Durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen

Jahr	Bundesrepublik Deutschland				DDR		
	Haushalte von			Alle privaten Haushalte	Haushalte von		Alle privaten Haushalte
	Arbeitnehmern[1]	Selbständigen	Rentnern[2]		Arbeitnehmern	Rentnern[3]	
	in DM/Mark je Haushalt und Monat						
1970	1 606	3 384	994	1 567	1 031	315	1 025
1972	1 880	4 194	1 227	1 866	1 126	330	1 115
1974	2 218	4 520	1 472	2 150	1 253	410	1 230
1976	2 549	5 732	1 708	2 493	1 343	420	1 320
1978	2 931	6 010	1 924	2 787	1 451	485	1 430
1980	3 303	7 294	2 131	3 163	1 490	555	1 500
1983	3 556	8 833	2 323	3 466	1 653	560	1 620
	in DM/Mark je Haushaltsmitglied und Monat						
1970	521	893	563	581	347	210	385
1972	615	1 160	704	703	376	225	425
1974	731	1 269	849	822	419	280	475
1976	847	1 623	994	971	446	290	515
1978	984	1 726	1 116	1 099	476	340	560
1980	1 128	2 121	1 255	1 268	512	390	590
1983	1 241	2 617	1 368	1 420	574	395	640

[1] Einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe.

[2] Einschließlich Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes und sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben.

[3] Haushalte ohne regelmäßiges Einkommen aus Erwerbstätigkeit.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Berechnungen des DIW aus Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
DDR: Statistische Jahrbücher der DDR 1975 bis 1984. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 4.1.-12

Zusammensetzung des durchschnittlichen Nettoeinkommens der Arbeitnehmer-Haushalte[1]

Jahr	Bundesrepublik Deutschland				DDR			
	Nettolöhne und -gehälter[2]	Öffentliche Einkommens-übertragungen	Übrige Einkommen[3]	Netto-einkommen	Nettolöhne und -gehälter	Öffentliche Einkommens-übertragungen	Übrige Einkommen	Netto-einkommen
	in DM/M je Haushalt und Monat							
1970	1 442	111	53	1 606	947	76	8	1 031
1972	1 702	136	42	1 880	1 034	83	9	1 126
1974	2 011	162	45	2 218	1 132	96	25	1 253
1976	2 202	250	97	2 549	1 210	105	27	1 343
1978	2 525	255	151	2 931	1 317	109	25	1 451
1980	2 859	291	152	3 302	1 356	109	25	1 490
1983	3 031	354	171	3 556	1 504	117	31	1 653
	in DM/M je Haushaltsmitglied und Monat							
1970	468	36	17	521	319	26	3	347
1972	557	44	14	615	346	28	3	376
1974	663	53	15	731	379	32	8	419
1976	732	83	32	847	402	35	9	446
1978	848	85	51	984	432	36	8	476
1980	977	99	52	1 128	466	37	9	512
1983	1 058	123	60	1 241	522	41	11	574

[1] In der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe.

[2] Einschließlich des Saldos von Erstattungen und Nachzahlungen an veranlagter Einkommensteuer, die Arbeitnehmer-Haushalten zuzurechnen sind.

[3] Vermögenseinkommen, Einkommen aus Wohnungsvermietung, Betriebsrenten u. ä.

Quellen: **Bundesrepublik Deutschland:** Berechnungen des DIW aus Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
DDR: Statistische Jahrbücher der DDR 1974 bis 1984. — Berechnungen des DIW.

Tabelle 4.1.-14

Einkommensschichtung nach sozialen Haushaltsgruppen und der Höhe des Nettoeinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1970
Anteile in vH

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Haushalte von			Alle sozialen Haushaltsgruppen
	Arbeitnehmern[1]	Selbständigen	Rentnern[2]	
unter 500	0,6	0,1	17,4	6,3
500 bis 1 000	16,8	3,3	46,7	25,7
1 000 bis 1 500	37,0	10,0	19,3	28,4
1 500 bis 2 000	23,9	15,3	8,9	17,9
2 000 bis 2 500	12,5	15,5	4,3	10,0
2 500 bis 3 000	4,1	13,0	1,8	4,1
3 000 bis 4 000	3,5	18,8	1,2	4,2
4 000 bis 5 000	1,2	13,5	0,3	1,8
5 000 oder mehr	0,4	13,5	0,1	1,6
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0
Nachrichtlich: Zahl der Haushalte in 1 000	12 284	2 090	7 453	21 827

[1] Einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe.
[2] Einschließlich Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes und sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Tabelle 4.1.-15

Einkommensschichtung nach sozialen Haushaltsgruppen und der Höhe des Nettoeinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1983
Anteile in vH

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Haushalte von			Alle sozialen Haushaltsgruppen
	Arbeitnehmern[1]	Selbständigen	Rentnern[2]	
unter 1 000	1,3	0,3	7,9	3,8
1 000 bis 2 000	12,0	1,3	42,6	23,3
2 000 bis 3 000	29,4	5,6	24,8	25,8
3 000 bis 4 000	26,6	8,6	16,0	20,9
4 000 bis 5 000	14,6	10,5	4,7	10,4
5 000 bis 10 000	15,9	44,1	4,0	13,4
10 000 bis 15 000	0,2	16,2	0,0	1,3
15 000 bis 20 000	0,0	7,9	0,0	0,6
20 000 oder mehr	0,0	5,5	0,0	0,5
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0
Nachrichtlich: Zahl der Haushalte in 1 000	13 062	1 874	9 824	24 760

[1] Einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe.
[2] Einschließlich Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes und sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Tabelle 4.1.-16

Einkommensschichtung der Arbeitnehmer-Haushalte[1] nach der Haushaltsgröße und der Höhe des Nettoeinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1983
in vH

Monatliches Haushalts-nettoein-kommen von ... bis unter ... DM	1-	2-	3-	4-	5- oder mehr-
	Personen-Haushalte				
unter 1000	4,6	1,6	0,4	0,0	0,0
1000 bis 2000	28,3	16,6	8,4	2,7	0,2
2000 bis 3000	33,7	35,6	33,7	23,7	9,4
3000 bis 4000	16,7	23,4	28,9	33,0	32,1
4000 bis 5000	8,0	11,5	14,1	19,0	25,5
5000 bis 10000	8,7	11,3	14,4	21,0	31,7
10000 bis 15000	0,0	0,0	0,1	0,5	0,8
15000 bis 20000	0,0	0,0	0,0	0,1	0,3
20000 oder mehr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Nachrichtlich: Zahl der Haushalte in 1000	2428	3190	3182	2836	1426

[1] Einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Tabelle 4.1.-17

Einkommensschichtung der Arbeitnehmer-Haushalte nach der Höhe des Nettoeinkommens und nach der Haushaltsgröße in der DDR 1970 und 1983

Jahr	Durchschnitt der Haushalte in M	Alle Haushalte	Anteil der Haushalte mit einem Einkommen von . . . Mark in vH									
			unter 600	600 bis 800	800 bis 1 000	1 000 bis 1 200	1 200 bis 1 400	1 400 bis 1 600	1 600 bis 1 800	1 800 bis 2 000	2 000 bis 2 200	mehr als 2 200
			Sämtliche Haushalte									
1970	1 031	100	14,9	14,3	19,0	22,0	14,4	8,1	3,3	2,0	0,9	1,1
1983	1 653	100	— 7,3 —		7,3	7,6	10,6	14,9	16,1	12,5	8,6	15,2
			1-Personen-Haushalte									
1970	535	100	72,9	19,8	5,0	1,1	0,6	0,3	0,1	0,1	0,1	—
1983	881	100	— 42,4 —		28,6	17,7	7,3	2,8	0,6	0,3	0,1	0,2
			2-Personen-Haushalte									
1970	928	100	14,8	22,6	24,6	21,1	10,3	3,9	1,4	0,7	0,3	0,3
1983	1 482	100	— 7,2 —		9,0	10,6	15,7	18,5	16,8	10,2	6,0	5,9
			3-Personen-Haushalte									
1970	1 121	100	3,7	11,4	22,2	27,3	18,3	9,9	3,5	2,2	0,8	0,7
1983	1 768	100	— 1,3 —		3,9	5,4	10,5	16,9	19,3	15,4	10,7	16,5
			4-Personen-Haushalte									
1970	1 209	100	1,8	8,5	18,6	27,2	19,4	12,8	5,2	3,3	1,5	1,7
1983	1 913	100	— 1,6 —			3,5	8,0	15,6	19,5	16,7	11,9	23,3
			5- und mehr Personen-Haushalte									
1970	1 287	100	0,8	6,5	15,1	24,8	21,1	13,9	7,5	4,3	2,4	3,6
1983	2 205	100	— 0,7 —			2,5	6,0	9,7	12,2	13,5	12,2	43,2

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR 1978 und 1984.

Tabelle 4.2.–1

Ausgewählte Verbraucherpreise in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR zur Jahresmitte 1985

	Einheit	Bundesrepublik Deutschland in DM	DDR in Mark	DDR-Preis in vH des bundesdeutschen Preises[1]
Nahrungsmittel				
Kartoffeln[2]	5 kg	5,32	4,05	*76*
Wirsingkohl	kg	1,65	1,—	*61*
Kopfsalat, ca. 250–300 g	Stück	–,60	0,50	*83*
Tomaten	kg	2,10	4,40	*210*
Äpfel, mittlere Qualität	kg	2,15	1,40	*65*
Zitronen	kg	3,82	5,—	*106*
Grapefruits	kg	2,95	4,40	*149*
Apfelmus, Konserven	900 g	1,02	1,80	*176*
Pfirsiche, Konserven, 500 g Fruchteinwaage[3]	.	2,50	7,30	*292*
Ananas, Konserven, in Stücken, 500 g Fruchteinwaage[3]	.	4,10	18,50	*451*
Rindfleisch zum Schmoren	kg	19,45	9,80	*50*
Schweinekamm	kg	10,45	7,60	*73*
Schweineschnitzel, ohne Filet	kg	14,99	10,—	*67*
Brathähnchen, Brust, tiefgekühlt	kg	9,90	11,—	*111*
Braunschweiger Mettwurst	kg	24,50	12,50	*51*
Salami, einfache Qualität	kg	17,50	12,40	*71*
Bockwürstchen, frisch	kg	9,90	8,—	*81*
Hering in Tomatensoße	200 g	1,99	3,70	*186*
Eier	10 Stück	2,39	3,40	*142*
Trinkvollmilch, standf. Packung[4]	1 l	1,21	–,66	*55*
Edamer Käse, 40–45 % Fett in Trockenmasse	kg	9,90	9,60	*97*
Camembert, inländisch	125 g	1,29	1,30	*101*
Speisequark, Magerstufe	250 g	–,85	–,45	*53*
Deutsche Markenbutter	kg	8,76	9,20	*105*
Delikatess-Margarine	kg	3,96	4,—	*101*
Roggenmischbrot	1,5 kg	4,54	–,93	*21*
Brötchen	ca. 50 g	–,20	–,05	*25*
Weizenmehl, Typ 405	kg	–,79	1,—	*127*
Eiernudeln	500 g	1,99	1,40	*70*
Reis, im Kochbeutel	250 g	–,79	–,80	*101*
Kakaopulver	100 g	–,99	4,—	*404*
Marmelade (Erdbeer)	500 g	2,76	2,40	*87*
Bienenhonig[3]	kg	9,98	25,90	*260*
Zucker, Raffinade	kg	1,72	1,59	*92*
Vollmilch-Schokolade, Tafel	100 g	–,89	3,85	*433*
Apfelsaft	0,7 l	–,99	1,45	*147*
Limonade	0,5 l	–,43	–,50	*116*
Tafelwasser	0,5 l	–,30	–,18	*60*

n o c h Tabelle 4.2.–1

	Einheit	Bundesrepublik Deutschland in DM	DDR in Mark	DDR-Preis in vH des bundesdeutschen Preises[1]
Genußmittel				
Bohnenkaffee, mittlere Qualität	250 g	5,25	25,—	*476*
Schwarzer Tee, mittlere Preislage	50 g	1,98	4,75	*240*
Bier, einfache Qualität	0,33 l	–,66	–,98	*149*
Weinbrand, Markenware	0,7 l	13,99	30,—	*214*
Whisky, Scotch[3]	0,7 l	17,98	46,—	*256*
Weißwein, einfache Qualität	0,7 l	3,98	7,80	*196*
Schaumwein, mittlere Qualität	0,7 l	6,49	22,—	*339*
Zigaretten, gängige Preislage	20 Stück	3,47	3,20	*92*
Rauchtabak, gängige Preislage	50 g	4,40	5,—	*114*
Zigarren, Sumatra, Fehlfarben	5 Stück	5,05	7,50	*149*
Verzehr in Gaststätten				
Rumpsteak	1 Port.	15,—	5,45	*36*
Schweineschnitzel	1 Port.	7,50	4,60	*61*
Heringsfilet, Hausfrauenart	1 Port.	6,—	2,05	*34*
Eisbein, ca. 500 g	1 Port.	8,50	4,89	*58*
Sülze mit Bratkartoffeln	1 Port.	5,50	2,60	*47*
Bier	0,25 l	1,88	–,75	*40*
Weinbrand, Markenware	2 cl	2,30	2,54	*110*
Bohnenkaffee	1 Tasse	1,80	–,84	*47*
Apfelsaft	0,25 l	1,80	–,70	*39*
Bekleidung, Textilien, Schuhe				
Herrenanzug, einfache Qualität		159,—	390,—	*245*
Herrenjeans		59,90	135,—	*225*
Herrenlederjacke, lang[5]		259,—	1 690,—	*653*
Damenkleid, Mischgewebe		69,50	174,50	*251*
Damen-Pullover, Kunstfaser		29,95	88,—	*294*
Damenledermantel[5]		339,—	850,—	*251*
Knaben-Anorak		59,90	74,80	*125*
Mädchenkleid, Kunstfaser		27,95	38,50	*138*
Herren-Oberhemd, einfache Qualität		20,—	41,—	*205*
Herren-Unterhose, Slip		14,—	18,—	*129*
Knaben-T-Shirt[6]		10,90	30,80	*283*
Damen-Hemd		7,90	9,—	*114*
Mädchen-Garnitur		15,—	14,10	*94*
Strampelhöschen		18,95	11,20	*59*
Herren-Socken		5,—	6,10	*122*
Damen-Strumpfhosen, mittlere Qualität		2,99	15,80	*528*
Kinderstrümpfe, Kunstfaser		10,—	10,80	*108*

n o c h Tabelle 4.2.–1

	Bundesrepublik Deutschland in DM	DDR in Mark	DDR-Preis in vH des bundesdeutschen Preises[1]
noch „Bekleidung, Textilien, Schuhe"			
Herrenhandschuhe, Leder	34,95	119,20	*341*
Damenhandschuhe, Kunstfaser	9,95	22,10	*222*
Herrenschuhe, Halbschuhe, Rindleder	89,90	218,—	*242*
Kinderschuhe, Halbschuhe, Rindleder	37,95	41,20	*109*
Damenschuhe, Pumps, Leder	89,—	224,—	*252*
Bettwäsche, Garnitur, Baumwolle	39,95	119,50	*299*
Frottier-Handtuch, 50×100 cm	5,—	12,—	*240*
Geschirrtuch	2,50	4,—	*160*
Tafeltischdecke, Synthetik, 100×160 cm	12,90	23,20	*180*
Auslegeware, Synthetik, 1 m^2	20,90	69,—	*330*
Stores, Synthetik, 250 cm	23,90	110,—	*460*
Sonstige Industriewaren			
Braunkohlen-Briketts, 50 kg[7]	19,40	3,51	*18*
Vollwaschmittel, grob 300 g	1,38	1,65	*120*
Putzmittel, Scheuerpulver 300 g	1,99	–,15	*8*
Wundpflaster, 2×6 cm, 10 Stück	1,99	–,90	*45*
Kinderwagen	198,—	420,—	*212*
Kaffeeservice für 6 Personen, 15teilig	179,—	345,—	*193*
Plastik-Eimer, 10 l, ohne Deckel	2,95	8,80	*298*
Hammer, 300 g	6,50	5,45	*84*
Glühlampe, 40 Watt	1,90	1,50	*79*
Leuchtstoffröhre[8]	9,—	12,25	*136*
Bratpfanne, mittlere Qualität	29,—	47,50	*164*
Haushaltsschere	12,95	22,—	*170*
Schlafzimmereinrichtung, komplett	1 870,—	4 728,—	*241*
Polster-Anbaugruppe	1 495,—	4 275,—	*286*
Elektroherd, 4 Platten, Backofen, einfach	389,50	815,—	*209*
Kühlschrank[9]	369,50	1 435,—	*388*
Waschmaschine[10]	869,50	2 750,—	*316*
Staubsauger, mittlere Ausführung	248,—	550,—	*221*
Dampfbügeleisen	49,95	142,—	*284*
Elektrische Kaffeemaschine	39,95	165,—	*413*
Elektrischer Handmixer	39,95	105,—	*263*
Leuchtstofflampe	49,95	84,60	*169*
Rundfunk-Cassettenrecorder, Koffergerät, Netzteil	199,95	1 160,—	*580*
Tragbares Fernsehgerät, schwarz-weiß, 37 cm, 12 Volt, Netzteil	339,95	1 610,—	*474*
Farbfernsehgerät, 61 bzw. 56 cm, PAL-Secam	1 199,—	5 650,—	*471*
Schallplatten, LP	17,90	12,10	*68*

n o c h Tabelle 4.2.–1

	Bundesrepublik Deutschland in DM	DDR in Mark	DDR-Preis in vH des bundesdeutschen Preises[1]
noch „Sonstige Industriewaren"			
Musikkassette, unbespielt, Chromdioxyd, C 60	5,45	30,—	*550*
Taschenrechner, einfache Ausführung	9,95	123,—	*1 236*
Spiegelreflex-Kamera	429,—	2 530,—	*588*
Dia-Projektor	299,—	1 320,75	*442*
Tageszeitung, Monats-Abonnement	18,83	3,60	*19*
Taschenbuch, Belletristik	11,—	8,50	*77*
Damentourenrad, 28 Zoll, ohne Schaltung	289,—	490,—	*170*
Kleinkraftrad[11]	1 490,—	2 050,—	*138*
PKW, Lada Nova, 1500 ccm	10 210,—	24 500,—	*240*
Normalbenzin, 88 bzw. 92–94 Oktan, 1 Liter	1,39	1,50	*108*
Autobatterie, 12 Volt	109,—	185,—	*170*
Herren-Armbanduhr, Quarz, Digital, Lederarmband	25,—	260,—	*1 040*
Luftmatratze	39,95	125,50	*314*
Briefumschläge, 100 Stück, ungefüttert	1,50	2,80	*187*
Rauhfasertapete, 1 Rolle	5,95	11,—	*185*
Mieten, Dienstleistungen			
Monats-Kaltmiete, 2-Zimmer-Wohnung, Küche, ohne Bad, Altbau	190,—	33,—	*17*
Monats-Kaltmiete, 2-Zimmer-Wohnung, Küche, Bad, Zentralheizung, Neubau	390,—	75,—	*19*
Elektrischer Strom, Grund- und Arbeitspreis für 75 kWh[12]	29,30	7,50	*26*
Gas, Grundpreis und Verbrauch von 1000 m^3[12]	95,40	38,—	*40*
Eisenbahnfahrt, 2. Klasse, 50 km	9,20	4,—	*43*
Eisenbahn-Wochenkarte, 2. Klasse, 15 km	26,—	2,50	*10*
Straßenbahn oder Bus, Einzelfahrt im Nahbereich	1,93	–,20	*10*
Monatskarte, Nahverkehr, Gesamtnetz[13]	96,—	20,—	*21*
Ortsgespräch von öffentlicher Fernsprechstelle	–,20	–,20	*100*
Briefporto, Inland 20 g	–,80	–,20	*25*
Fernsehgebühren für Teilnehmer mit mehreren Programmen	16,25	10,05	*62*
Kino-Eintrittskarte, mittlerer Platz	7,74	2,50	*32*
Kindergartengebühr, monatlich	140,—	7,—	*5*
Flugreise, Rumänien, 14 Tage, Vollpension	926,—	1 960,—	*212*
Reise in ein FDGB- bzw. Betriebsheim, pro Person (Erwachsene), 14 Tage, Vollpension	142,—	85,—	*60*
Besohlen von Herrenschuhen (einschließlich Absätze), Leder	34,—	18,—	*53*
Herren-Formhaarschnitt	11,25	1,90	*17*
Dauerwelle	45,—	9,90	*22*
Chemische Reinigung eines Herrenanzugs	12,35	7,20	*58*

Fußnoten (nächste Seite)

Fußnoten (Tabelle 4.2.–1)

[1] DM = 100 vH.
[2] Preise im Monat Juli; Bundesrepublik Deutschland: Handelsklasse I, abgepackt in 2½ kg-Beuteln; DDR: für Berlin (Ost).
[3] DDR: Delikat.
[4] Bundesrepublik Deutschland: 3,5 % Fettgehalt; DDR: 2,2 % Fettgehalt.
[5] DDR: Exquisit.
[6] Baumwolle, Größe 140.
[7] Durchschnittspreise Bundesrepublik Deutschland: bei Abnahme von 500 kg, frei Keller; DDR: Preis für frei verkäufliche Briketts ab Lager (bewirtschaftet 1,70/50 kg).
[8] Bundesrepublik Deutschland: 36 Watt; DDR: 40 Watt.
[9] 2 Sterne; Bundesrepublik Deutschland: 140 l; DDR: 130 l.
[10] 4,5 kg Trockenwäsche, 800 U/min. Schleuderleistung.
[11] Bundesrepublik Deutschland: 80 ccm, 6,8 PS, 4-Gang, 80 km/h; DDR: 50 ccm, 3,7 PS, 4-Gang, 60 km/h.
[12] Grundpreis bezieht sich auf eine 2-Zimmer-Wohnung mit Küche monatlich.
[13] Tarife für mittlere Großstädte; Bundesrepublik Deutschland: Dortmund; DDR: Leipzig.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 17, Reihe 7: Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung. – Statistisches Jahrbuch der DDR. – Div. Presseveröffentlichungen.

Tabelle 4.2.-2

Entwicklung der Verbrauchsstruktur der Bundesrepublik Deutschland für ausgewählte Haushaltstypen 1972 bis 1985
Ausgabenanteile wichtiger Bedarfsgruppen in vH

Ausgaben nach Bedarfsgruppen	1972	1977	1981	1983	1985
Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt[1]					
Nahrungs- und Genußmittel	33,9	37,9	30,4	27,4	26,6
davon:					
Nahrungsmittel	28,6	26,0	20,8	18,8	17,8
Genußmittel	5,3	8,8	5,8	5,1	5,3
Verzehr in Gaststätten	.	3,1	3,8	3,5	3,5
Bekleidung und Schuhe	.	10,5	8,6	8,1	7,7
Wohnungsmiete	15,0	15,0	15,0	16,0	17,7
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	.	4,5	5,0	6,7	6,4
Haushaltsführung	.	8,8	9,0	9,3	8,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	.	10,5	13,7	14,7	15,6
Körper- und Gesundheitspflege[2]	.	3,0	2,5	2,8	2,6
Bildung und Unterhaltung	.	7,1	9,1	8,5	7,9
Persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen[3][4]	.	2,7	6,7	6,5	7,2
Lebenshaltung insgesamt[4]	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Lebenshaltung ohne Mieten[4]	85,0	85,0	85,0	84,0	82,3
Zwei-Personen-Rentnerhaushalt[5]					
Nahrungs- und Genußmittel	43,4	44,3	38,9	33,5	32,3
davon:					
Nahrungsmittel	35,4	33,3	29,6	24,9	23,9
Genußmittel	8,0	9,5	6,9	5,9	5,2
Verzehr in Gaststätten	.	1,5	2,4	2,7	3,2
Bekleidung und Schuhe	.	7,1	6,3	5,6	5,9
Wohnungsmiete	20,3	20,2	22,4	22,8	24,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	.	7,6	7,7	9,9	9,3
Haushaltsführung	.	8,1	8,9	8,4	7,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	.	3,8	5,4	7,6	8,1
Körper- und Gesundheitspflege[2]	.	3,3	3,2	3,5	3,6
Bildung und Unterhaltung	.	4,3	4,7	5,1	4,5
Persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen[3][4]	.	1,3	2,5	3,6	4,7
Lebenshaltung insgesamt[4]	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Lebenshaltung ohne Mieten[4]	79,7	79,8	77,7	77,2	76,0

[1] Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstands.
[2] Ohne Dienstleistungen für die Gesundheitspflege.
[3] Uhren, Schmuck, Täschnerwaren, Urlaub und Reisen.
[4] Seit 1981 einschließlich Dienstleistungen der Versicherungen, Gebühren und Kraftfahrzeugsteuern.
[5] Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern.

Quelle: Berechnungen des DIW.

Tabelle 4.2.-3

Entwicklung der Verbrauchsstruktur der DDR für ausgewählte Haushaltstypen 1972 bis 1985
Ausgabenanteile wichtiger Bedarfsgruppen in vH

Ausgaben nach Bedarfsgruppen	1972	1977	1983	1985
Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt[1]				
Waren	85,2	84,9	83,3	82,8
Nahrungs- und Genußmittel	48,2	43,6	40,6	41,0
davon:				
Nahrungsmittel	37,5	28,4	26,9	27,0
Genußmittel	10,7	10,9	9,5	9,8
Verzehr in Gaststätten	.	4,3	4,2	4,2
Industriewaren	37,0	41,3	42,7	41,8
davon:				
Textilien, Bekleidung, Schuhe[2]	16,5	15,6	14,1	14,3
davon:				
Schuhe, Täschner- und Sattlerwaren[2]	2,9	2,7	2,9	3,2
Textilien und Bekleidung	13,6	12,9	11,2	11,1
Möbel	.	3,2	2,3	2,1
Haushaltswaren	.	1,5	2,0	1,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	2,9	3,4	3,6	3,4
Übrige Waren[2]	.	17,6	20,7	20,2
	20,5	25,7	28,6	27,5
Dienstleistungen	14,8	15,1	14,4	14,7
Mieten	3,8	3,6	3,1	3,4
Strom, Gas, Wasser	1,8	1,7	1,8	1,8
Verkehrsleistungen	1,4	1,6	1,3	1,2
Kultur, Sport, Reisen	3,2	3,9	3,9	3,7
Reparaturen	.	2,1	2,2	2,3
Übrige Dienstleistungen	.	2,2	2,1	2,3
	4,6	4,3	4,3	4,6
Steuern, Versicherungen, Beiträge	.	.	2,3	2,5
Lebenshaltung insgesamt[3]	100,0	100,0	100,0	100,0
Lebenshaltung ohne Mieten[3]	96,2	96,4	96,9	96,6

noch Tabelle 4.2.-3

Ausgaben nach Bedarfsgruppen	1972	1977	1983	1985
Zwei-Personen-Rentnerhaushalt[4]				
Waren	82,9	82,9	80,6	81,5
Nahrungs- und Genußmittel	59,2	54,9	49,5	51,1
davon:				
Nahrungsmittel	45,8	37,2	33,9	34,4
Genußmittel	13,4	12,4	12,4	13,3
Verzehr in Gaststätten	.	5,3	3,2	3,4
Industriewaren	23,7	28,0	31,1	30,4
davon:				
Textilien, Bekleidung, Schuhe[2]	9,3	11,2	11,6	11,0
davon:				
Schuhe, Täschner- und Sattlerwaren[2]	1,2	1,6	2,1	1,9
Textilien und Bekleidung	8,1	9,6	9,5	9,1
Möbel	.	1,2	1,4	0,9
Haushaltswaren	.	1,5	2,1	1,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	2,8	2,7	3,5	3,2
Übrige Waren[2]	.	11,4	12,5	13,6
	14,4	16,8	19,5	19,4
Dienstleistungen	17,1	17,1	17,9	16,9
Mieten	6,2	4,3	4,4	4,3
Strom, Gas, Wasser	2,4	2,3	2,3	2,4
Verkehrsleistungen	2,5	2,7	2,6	2,4
Kultur, Sport, Reisen	1,6	2,3	2,1	1,8
Reparaturen	.	2,1	3,0	2,3
Übrige Dienstleistungen	.	3,4	3,5	3,7
	4,4	5,5	6,5	6,0
Steuern, Versicherungen, Beiträge	.	.	1,5	1,6
Lebenshaltung insgesamt[3]	100,0	100,0	100,0	100,0
Lebenshaltung ohne Mieten[3]	93,8	95,7	95,6	95,7

[1] Durchschnitt aller Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte.
[2] In der Abgrenzung von 1972 fallen Täschner- und Sattlerwaren unter die Rubrik „übrige Waren".
[3] Seit 1981 einschließlich Steuern, Versicherungen und Beiträge.
[4] Zwei-Personen-Rentnerhaushalte ohne Erwerbseinkommen.

Quelle: Berechnungen des DIW.

Tabelle 4.3.–1

Struktur der Ausgaben privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland[1]
Anteile in vH

Ausgabenposition	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Warenkäufe	68,9	69,2	67,8	67,0	66,5	66,8	66,1	65,4	65,2	64,6	62,9	63,2	63,1	63,0	61,1
davon															
Nahrungsmittel[2]	30,0	28,6	28,2	27,0	26,6	25,5	25,4	24,7	24,9	23,8	24,0	23,6	23,1	22,4	22,3
Genußmittel[2]	5,3	5,3	5,1	4,7	4,6	4,3	4,3	4,3	4,3	4,1	4,1	3,8	3,8	3,7	3,7
Industriewaren	33,6	35,3	34,5	35,3	35,3	37,0	36,4	36,4	36,0	36,7	34,8	35,8	36,2	36,9	35,1
davon															
Schuhe	2,1	2,0	2,0	1,8	1,8	1,8	1,7	1,7	1,8	1,8	1,9	1,9	1,7	1,7	1,6
Textilien und Bekleidung	10,0	10,1	10,3	9,7	9,9	9,5	8,6	8,5	8,4	8,0	8,5	8,4	7,8	7,5	7,3
Möbel und Polstermöbel	1,8	2,5	2,2	2,9	2,5	2,4	2,6	2,7	2,1	2,5	2,4	2,2	2,6	3,4	2,1
Haushaltswaren	3,2	3,2	3,1	3,0	3,0	2,9	2,7	2,8	2,8	2,9	2,9	3,0	3,1	2,8	2,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	1,6	2,1	2,5	2,3	2,5	2,9	2,4	2,5	2,3	2,2	2,0	2,1	2,2	2,1	2,0
Sonstige Industriewaren	14,9	15,4	14,4	15,6	15,6	17,5	18,4	18,2	18,6	19,3	17,1	18,2	18,8	19,4	19,4
Bezahlte Leistungen	31,1	30,8	32,2	33,0	33,5	33,2	33,9	34,6	34,8	35,4	37,1	36,8	36,9	37,0	38,9
davon															
Verkehrsleistungen	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,2	1,4
Mieten[3]	15,4	14,9	15,9	15,4	15,9	15,5	15,7	15,6	15,8	15,5	16,4	16,4	16,5	17,3	18,5
Strom, Gas, Wasser, Heizung	4,7	4,5	4,4	5,0	5,0	5,0	5,2	5,3	5,0	6,4	6,5	6,3	7,0	6,7	6,6
Bildung, Unterhaltung, Erholung[4]	4,6	4,9	5,2	5,3	5,5	5,8	5,9	6,1	6,4	5,9	6,6	6,6	6,0	5,5	6,2
Reparaturen und sonstige Dienstleistungen[5]	4,8	5,0	5,2	5,8	5,6	5,4	5,7	6,2	6,2	6,2	6,2	6,2	6,1	6,3	6,2
Ausgaben insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

[1] 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstands.
[2] Einschließlich Verzehr in Gaststätten und Kantinen.
[3] Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnung sowie Untermieter und ähnliches.
[4] Einschließlich Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes und Pauschalreisen.
[5] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Reihe 1: Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte.

Tabelle 4.3.–2

Struktur der Ausgaben privater Haushalte in der DDR[1]
Anteile in vH

Ausgabenposition	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Warenkäufe	85,0	85,3	85,1	85,0	85,8	85,9	85,8	85,5	86,0	86,3	86,0	86,2	85,4	85,4	85,0
davon															
Nahrungsmittel	36,1	37,6	35,9	36,1	34,7	33,4	33,6	32,6	32,1	31,4	30,5	31,3	29,7	30,7	30,0
Genußmittel	11,1	10,7	10,3	10,9	10,5	10,9	10,0	10,3	10,6	10,9	10,7	10,7	10,8	10,9	11,3
Industriewaren	37,8	37,0	38,9	38,0	40,6	41,6	42,2	42,6	43,3	44,0	44,8	44,2	44,9	43,8	43,8
davon															
Schuhe	2,6	2,9	3,1	3,0	3,1	2,9	2,9	2,9	2,7	2,8	3,0	2,9	3,0	3,1	3,2
Textilien und Bekleidung	13,7	13,7	13,2	13,8	13,6	13,7	12,6	12,3	12,1	11,9	11,8	11,4	11,1	11,8	11,0
Möbel und Polstermöbel	4,0	4,7	4,8	4,4	4,9	5,2	3,1	2,9	3,3	3,7	2,9	2,3	2,4	2,7	2,2
Haushaltswaren							1,6	1,4	1,3	1,7	2,0	1,9	2,0	2,0	1,9
Elektrotechnische Erzeugnisse	3,1	2,9	3,0	2,5	2,9	2,9	3,0	3,5	3,1	3,4	4,7	3,0	4,1	4,6	3,8
Sonstige Industriewaren	14,4	12,8	14,8	14,3	16,1	16,9	19,0	19,6	20,8	20,5	20,4	22,7	22,3	19,6	21,7
Bezahlte Leistungen	15,0	14,7	14,9	15,0	14,2	14,1	14,1	14,5	14,0	13,7	14,0	13,8	14,6	14,6	14,9
davon															
Verkehrsleistungen	1,9	1,4	1,4	1,2	1,2	1,2	1,4	1,4	1,3	1,2	1,2	1,3	1,2	1,2	1,1
Mieten	3,7	3,8	3,7	3,7	3,6	3,3	3,4	3,3	3,3	3,2	3,4	3,4	3,5	3,6	3,6
Strom, Gas, Wasser, Heizung	1,9	1,8	1,9	2,0	1,8	1,8	1,7	1,8	1,8	1,9	1,9	1,7	1,9	1,9	1,9
Bildung, Unterhaltung, Erholung	3,1	3,3	3,3	3,7	3,6	3,7	3,5	3,6	3,4	3,4	3,4	3,3	3,8	3,6	3,3
Reparaturen und sonstige Dienstleistungen	4,4	4,4	4,6	4,4	4,0	4,1	4,1	4,4	4,2	4,0	4,1	4,1	4,2	4,3	5,0
Ausgaben insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

[1] 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. – Berechnungen des DIW.

Tabelle 4.3.–3

Jährlicher Pro-Kopf-Verbrauch ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel in der Bundesrepublik Deutschland

Erzeugnis	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Fleisch und Fleischerzeugnisse (kg)	76,8	79,7	79,6	77,9	80,7	82,0	83,9	84,7	88,7	89,9	91,1	89,3	88,4	88,5	89,9
darunter															
Rind- und Kalbfleisch[1] (kg)	25,0	25,2	24,1	23,6	24,0	24,2	25,4	25,0	25,4	25,6	25,4	24,2	23,0	22,9	23,6
Schweinefleisch (kg)	38,6	41,0	42,0	40,8	43,2	43,6	44,4	45,2	47,9	49,0	50,2	49,9	49,7	50,5	51,0
Geflügel (kg)	8,4	8,7	8,9	8,8	8,6	9,1	8,8	9,2	9,9	9,8	9,8	9,6	9,9	9,2	9,5
Fisch- und Fischerzeugnisse[2] (kg)	11,2	10,8	9,1	10,7	11,0	10,1	10,2	10,5	11,0	10,5	11,2	10,8	10,6	11,8	12,1
Eier (Stück)	281	281	292	289	285	288	282	291	289	281	285	284	285	276	275
Nahrungsfette[3] (kg)	26,4	26,4	25,4	25,8	25,1	24,7	25,4	25,5	25,6	26,2	26,4	26,3	26,0	25,8	25,8
darunter															
Butter[4] (kg)	8,6	7,9	7,1	7,3	7,1	6,8	6,4	6,6	6,8	7,0	7,1	7,1	6,9	6,5	7,0
Margarine[4] (kg)	8,9	9,0	9,1	8,8	8,7	8,3	8,8	8,8	8,7	8,4	8,4	8,4	8,4	8,3	8,0
Trinkmilch[5] (kg)	93,8	91,3	88,0	86,4	84,6	83,6	85,4	81,3	82,8	84,1	84,5	85,2	85,9	87,6	87,1
Käse[6] (kg)	10,0	10,5	11,0	11,1	11,4	11,8	12,3	12,8	13,1	13,3	13,7	14,1	14,4	14,7	15,1
Brotgetreidemehl (kg)	62,5	62,0	61,1	60,7	60,0	58,8	63,1	61,3	63,3	63,9	65,1	64,0	63,0	63,9	64,9
Kartoffeln (kg)	103,0	101,0	96,8	92,7	92,3	92,4	83,0	85,1	89,6	87,9	78,8	78,6	72,3	70,7	.
Gemüse[7] (kg)	63,2	62,7	65,5	70,6	66,8	68,5	71,1	71,5	75,4	76,1	64,2	68,2	69,3	66,9	72,5
Obst[8] (kg)	127,6	134,1	131,1	139,0	117,7	128,8	125,5	104,7	123,9	124,0	116,9	95,7	127,1	105,4	117,4
Zucker und Zuckererzeugnisse[9] (kg)	33,4	33,5	33,8	36,2	35,4	34,0	35,7	34,0	35,5	35,7	35,2	35,9	36,1	35,6	.
Tee (g)	154	134	154	164	173	169	171	196	179	207	225	241	239	226	237
Kaffee[10] (kg)	4,33	4,06	4,32	4,56	4,47	4,63	4,80	4,76	5,10	5,60	5,56	5,95	5,88	5,93	5,74
Zigaretten (Stück)	1 943	2 042	2 041	2 020	2 059	2 015	2 103	1 891	2 011	2 055	2 085	2 115	1 829	1 981	1 962
Wein und Sekt (Liter)	17,2	20,0	20,6	21,5	20,3	23,4	23,9	23,0	24,3	25,3	25,1	24,8	25,7	26,1	26,2
Bier (Liter)	141,1	144,4	145,3	146,7	146,9	147,8	151,0	148,8	145,9	145,4	145,9	147,2	148,1	148,5	144,7
Spirituosen (Liter)	6,8	7,9	6,6	7,2	7,2	7,6	8,4	6,8	7,9	7,9	8,0	7,6	6,8	6,5	6,7
Alkohol insgesamt (100 %) (Liter)	8,4	8,7	8,9	8,8	8,6	9,0	9,1	8,5	8,7	9,3	8,7	8,5	8,5	8,4	8,2

[1] Einschließlich Hammel-, Ziegen-, Kaninchen- und Wildfleisch.
[2] Fanggewicht.
[3] Reinfett.
[4] Produktgewicht.
[5] Einschließlich Eigenverbrauch in den landwirtschaftlichen Betrieben, Direktverkauf sowie Sauermilch- und Milchmischgetränke.
[6] Einschließlich Schmelzkäse.
[7] Einschließlich des Verbrauchs aus inländischer Verarbeitung und einschließlich nicht abgesetzter Waren.
[8] Einschließlich Schalenfrüchte und Trockenobst.
[9] Umgerechnet auf Weißzucker.
[10] Geröstet.

Quellen: Statistisches Bundesamt. – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. – Berechnungen des IFO-Instituts und des DIW.

Tabelle 4.3.–4

Jährlicher Pro-Kopf-Verbrauch ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel in der DDR

Erzeugnis	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Fleisch und Fleischerzeugnisse[1] (kg)	66,1	68,5	70,8	73,5	75,3	77,8	80,9	83,5	86,1	87,8	89,5	90,7	91,0	92,1	94,4
darunter															
Rind- und Kalbfleisch (kg)	22,3	20,6	19,9	20,6	21,7	22,2	23,2	23,5	23,8	23,8	22,8	23,7	24,8	24,4	24,9
Schweinefleisch (kg)	38,7	42,0	44,6	44,9	46,2	48,0	49,8	51,5	53,4	55,6	57,8	58,0	55,8	57,8	59,3
Geflügel (kg)	5,1	5,9	6,3	8,0	7,4	7,6	7,9	8,5	8,9	8,9	8,9	9,0	10,3	9,8	10,1
Fisch- und Fischerzeugnisse[2] (kg)	7,9	8,0	8,0	8,4	8,4	8,5	8,4	7,3	6,9	7,0	7,4	7,4	7,4	7,3	7,4
Eier (Stück)	239	246	240	250	264	269	274	274	282	284	289	288	301	302	303
Nahrungsfette[3] (kg)	27,7	26,8	27,0	25,8	25,3	25,5	25,8	25,5	25,4	25,6	26,8	25,8	25,7	24,7	24,9
darunter															
Butter[4] (kg)	14,6	14,2	14,1	14,0	14,0	14,7	15,0	15,1	15,0	15,1	15,2	15,3	15,7	15,7	15,9
Margarine[4] (kg)	11,0	11,2	11,3	11,1	11,2	10,7	10,7	10,6	10,5	10,5	10,6	10,5	10,8	10,6	10,7
Trinkmilch[5] (Liter)	98,5	99,6	98,6	99,1	100,4	100,8	100,2	97,6	98,4	98,6	98,7	99,2	100,9	104,0	104,8
Käse (kg)	4,6	4,6	4,7	4,8	5,1	5,5	6,0	6,8	7,0	7,2	7,5	7,8	7,9	7,7	8,3
Brotgetreidemehl (kg)	92,2	91,8	91,0	89,2	88,9	89,3	89,3	88,6	88,6	89,1	88,8	89,3	91,2	91,6	94,1
Kartoffeln[6] (kg)	153,5	150,6	145,7	145,4	140,9	142,1	144,4	139,2	140,7	142,6	142,7	140,1	144,9	143,6	145,8
Gemüse[7] (kg)	84,8	84,2	92,5	93,9	87,7	90,0	86,5	94,4	94,1	97,7	93,8	93,1	95,6	90,8	92,3
Obst[8] (kg)	55,5	57,6	62,7	60,2	60,9	66,6	66,7	61,8	63,7	73,4	71,1	60,4	70,2	76,3	68,1
Zucker und Zuckererzeugnisse[9] (kg)	34,4	34,4	34,9	35,1	36,9	36,8	38,6	37,8	39,3	40,8	40,6	40,8	41,9	39,2	39,1
Tee (g)	91	106	91	92	95	101	104	108	124	121	99	103	129	134	122
Kaffee[10] (kg)	2,2	2,3	2,3	2,3	2,4	2,4	2,5	2,7	2,7	2,7	2,8	2,9	3,2	3,3	3,3
Zigaretten (Stück)	1 257	1 310	1 307	1 356	1 413	1 451	1 469	1 577	1 681	1 730	1 720	1 645	1 788	1 808	1 845
Wein und Sekt[11] (Liter)	5,0	5,1	5,4	5,9	6,8	7,4	8,0	8,6	8,9	9,3	9,6	10,3	9,7	11,2	10,9
Bier (Liter)	95,7	104,1	107,3	112,0	113,5	119,7	124,5	127,0	130,0	135,0	139,1	140,7	147,0	146,7	142,2
Spirituosen (Liter)	6,6	6,7	6,7	7,3	8,1	8,6	9,1	9,8	10,5	11,4	12,3	12,6	12,7	14,4	14,5
Alkohol insgesamt (100 %) (Liter)	6,1	6,5	6,7	7,2	7,6	8,0	8,4	8,5	9,0	9,5	10,1	10,2	10,4	10,5	10,2

[1] Umgerechnet auf Fleisch mit Knochen, ohne bearbeitete tierische Fette.
[2] Effektives Warengewicht.
[3] Reinfett.
[4] Produktgewicht.
[5] 2,5 vH Fettgehalt.
[6] Ohne in der Lebensmittelindustrie zu Stärkeerzeugnissen weiterverarbeitete Kartoffeln.
[7] Umgerechnet auf Frischware, einschließlich Speisezwiebeln.
[8] Umgerechnet auf Frischware, einschließlich industriell verarbeitetes Obst und Obstsäfte sowie Südfrüchte einschließlich Südfruchtsäfte, Nüsse und Nußkerne.
[9] Umgerechnet auf Weißzucker.
[10] Geröstet.
[11] Nur industrielle Herstellung.

Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR.

Tabelle 4.3.–5

Ausstattungsgrad[1] der privaten Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern in der DDR

	1970	1973	1978	1983
Personenkraftwagen[2]	16	21	34	42
Motorrad, -roller[2]	19	19	19	18
Moped	22	27	34[10]	.
Fahrrad	63	63[11]	67	66[12]
Telefon[3]	.	9	11	13
Fernsehgerät[4]	69	78	87	91
darunter Farbfernsehgerät	0	1[11]	17[12]	38[14]
Rundfunkgerät[4]	92	95	98	99
Tonbandgerät[5]	10	17[13]	33	58
darunter Cassettenrecorder[6]	.	7[13]	21	43
Haushaltskälteschrank[7]	56	75	99	99
darunter Gefrierschrank, -truhe	1	4	9	20[15]
Elektrische Waschmaschine[8]	54	67	79	87
darunter vollautomatisch[9]	.	2[13]	6[12]	10
Wäscheschleuder	51	.	71	.
Staubsauger	79	.	89	91[12]
Handrührer oder -mixer	19	29	52	67[12]
Elektrische Kaffeemaschine	12	.	21	32[12]
Nähmaschine	56	.	58	.
darunter elektrisch	10	.	15	.

[1] Zahl der Haushalte, in denen entsprechende Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf 100 Haushalte.
[2] Angemeldete Fahrzeuge; ohne Fahrzeuge, die gewerblich bzw. von Verwaltungen genutzt werden.
[3] Hauptanschlüsse in Privatwohnungen.
[4] Empfangsgenehmigungen.
[5] Einschließlich Cassetten- und Radiorecorder.
[6] Einschließlich Radiorecorder.
[7] Kühl- und Gefrierschränke sowie Kombinationen.
[8] Mit und ohne Schleuder, einschließlich Holzbottichwaschmaschinen.
[9] Mit eingebauter Schleuder.
[10] 1977.
[11] 1972.
[12] 1980.
[13] 1974.
[14] 1985.
[15] 1985: 29 vH.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. – Diverse Presseinformationen aus der DDR. – Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 4.4.–1

Wohnungsbestand in beiden deutschen Staaten

Wohnungsbestand und Ausstattung, Wohnungsversorgung	Angabe in	Bundesrepublik Deutschland			DDR		DDR in vH der Bundesrepublik Deutschland	
		1968[1]	1978[2]	1982[3]	1970/71[4]	1981/82[5]	1970 bez. auf 1968	1982
Wohnungsbestand insgesamt[6]	1 000	19 624	23 770	(24 900)	6 057	6 562	*31*	*26*
darunter in Wohngebäuden	1 000	19 083	23 050	(24 100)	5 971	6 541	*31*	*27*
darunter bewohnt	1 000	18 789	22 380	23 350	5 847	6 235	*33*	*27*
nach Baujahrgängen								
bis 1918	vH	*32*	*22*		*57*	*46*	–	–
1919 bis 1948 (Bundesrepublik Deutschland) bzw. 1945 (DDR)	vH	*17*	*15*	*33*	*22*	*19*	–	–
nach 1948 bzw. nach 1945	vH	*51*	*63*	*67*	*21*	*35*	–	–
nach Ausstattung mit Zentral- bzw. Sammelheizung[7]	vH	*53*	*64*	*70*	*11*	*36*	–	–
Bad/Dusche	vH	*68*	*86*	*90*	*39*	*68*	–	–
Innentoilette	vH	*79*	*92*	.	*39*	*60*	–	–
Wasseranschluß[8]	vH	*99*	*100*	.	*82*	*94*	–	–
Wohnfläche insgesamt	Mill. qm	1 395	.	.	351	414	*25*	*21*
darunter in Wohngebäuden	Mill. qm	1 360	1 850	1 980	.	412		*21*
Wohnfläche je Wohnung	qm	71	80	82	58	63	*82*	*77*
Wohnfläche je Einwohner	qm	23	31	33	21	25	*91*	*76*
Wohnungen je 1 000 Einwohner[9]	Anzahl	330	388	404	355	393	*108*	*97*
Wohnungen je 100 Haushalte[10]	Anzahl	89	98	98	95	98	*107*	*100*

[1] Gebäude- und Wohnungszählung, Oktober 1968.
[2] 1 vH-Wohnungsstichprobe, April 1978.
[3] Mikrozensus-Zusatzerhebung, April 1982.
[4] Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung, 1. Januar 1971.
[5] Desgleichen, 31. Dezember 1981.
[6] Bundesrepublik: Wohnungen in Gebäuden, ohne die von ausländischen Streitkräften gemieteten Wohnungen; DDR: 1971 einschließlich, 1981 jedoch ohne zweckentfremdete und von Ausländern belegte Wohnungen.
[7] Bundesrepublik: einschließlich Fernheizung und Etagenheizungen, jedoch ohne Einzelofenheizung mit Nachtstrom, Gas oder Öl; DDR: einschließlich Fernheizung, einschließlich Einzelofenheizung mit Strom, Öl oder Gas.
[8] Anschluß an das öffentliche Versorgungsnetz oder eigene Wasserversorgung auf dem Grundstück mit Zapfstelle im Gebäude bzw. in der Wohnung.
[9] Bezogen auf die Wohnbevölkerung insgesamt (einschließlich Anstaltsbevölkerung).
[10] Bezogen auf die Zahl der Privathaushalte insgesamt (einschließlich Untermieter-Haushalte etc.).

Tabelle 4.4.–2

Ausgaben von privaten Haushalten für Wohnungsmieten und sonstige Wohnungskosten gemessen als Anteile am ausgabefähigen Einkommen in vH

Haushaltstyp		Zahl der Personen	Bundesrepublik Deutschland[1]				DDR[2]			
1	2		1972	1978	1980	1982	1972	1978	1980	1982
			Ausgaben für Mieten (Mietbelastungsquote)							
(1)	(1)	2	18,2	18,9	19,5	19,5	5,5	4,0	3,6	4,1
–	(2a)	3	–	–	–	–	2,7	2,6	2,6	2,6
(2)	(2b)	4	13,3	12,8	13,4	13,5	2,8	2,7	2,7	2,7
(3)	–	4	11,2	11,7	11,8	11,4	–	–	–	–
Alle Haushalte[3]			–	–	–	–	2,9	2,7	2,7	2,8
			Ausgaben für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Wasser, Heizung)							
(1)	(1)	2	6,0	6,1	7,6	8,4	2,3	2,0	2,0	2,1
–	(2a)	3	–	–	–	–	1,4	1,4	1,6	1,4
(2)	(2b)	4	3,7	4,1	5,3	5,7	1,4	1,5	1,6	1,5
(3)	–	4	2,7	3,3	4,1	4,2	–	–	–	–
Alle Haushalte[3]			–	–	–	–	1,4	1,5	1,6	1,5

[1] Quelle: laufende Wirtschaftsrechnungen des Statistischen Bundesamtes; diese sind nach Haushaltstypen differenziert, die aber nur einen Ausschnitt aus der Gesamtheit illustrieren,
Haushaltstyp (1): 2-Personen-Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern;
Haushaltstyp (2): 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen;
Haushaltstyp (3): 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen.

[2] Quelle: laufende Wirtschaftsrechnungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Verwendet wurden:
Haushaltstyp (1): 2-Personen-Rentner-Haushalte ohne Arbeitseinkommen;
Haushaltstyp (2a): Arbeiter- und Angestellten-Haushalte mit 3 Personen;
Haushaltstyp (2b): Arbeiter- und Angestellten-Haushalte mit 4 Personen.

[3] Die Angabe für die DDR bezieht sich auf die Arbeiter- und Angestellten-Haushalte aller Größenklassen (1-Personen- bis 5- und mehr-Personen-Haushalte).

Tabelle 4.4.–3

*Ausgaben für Mieten und sonstige Wohnungskosten von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten * nach Haushaltseinkommen in der DDR*

Anteile in vH der Nettoeinkommen

Monatliches Haushalts-nettoeinkommen in Mark	1972	1978	1980	1982
	Ausgaben für Mieten (Mietbelastungsquote)			
unter 1 200	3,4	3,3	4,0	3,4
1 200 – 1 600	2,7	2,7	2,8	
1 600 – 2 000	2,9	2,9	2,9	3,3
2 000 und mehr	2,8	2,7	2,7	2,4
	Ausgaben für Strom, Gas, Wasser, Heizung			
unter 1 200	1,8	1,9	2,1	1,8
1 200 – 1 600	1,7	1,6	1,7	
1 600 – 2 000	1,2	1,6	1,7	1,7
2 000 und mehr	1,0	1,3	1,4	1,4

* Arbeiter- und Angestellten-Haushalte bestehend aus jeweils 2 Erwachsenen und 2 Kindern.

Quelle: Zusammengestellt vom DIW anhand von Angaben in den Statistischen Jahrbüchern der DDR 1973, 1979, 1981, 1983.

Tabelle 4.4.–5

Der nicht durch Mieten gedeckte Aufwand für die Erhaltung des Wohnungsbestandes in der DDR in Mrd. Mark

Art der Mittel	1971 bis 1975	1976 bis 1980	1981	1982	1983	1984
Zuschüsse aus dem Staatshaushalt	13,4	22,0	6,0	6,5	7,1	9,2
davon						
für Baureparaturen am Wohnungsbestand	3,4	5,1	1,4	1,4	1,8	2,4
für Modernisierungen	0,6	1,0	0,3	0,3	0,2	0,4
für die Wohnungsbewirtschaftung[1]	3,8	6,8	2,0	2,3	2,3	3,3
für Zinsen und Tilgung von Investitionskrediten für den Wohnungsneubau	5,2	8,2	2,1	2,3	2,6	2,9
als Zinserlaß für die Inanspruchnahme von Krediten[2]	0,4	0,9	0,2	0,2	0,2	0,2
Kredite und Eigenleistungen	8,7	9,9	2,2	2,4	2,6	2,4
Zuschüsse, Kredite und Eigenleistungen insgesamt	22,1	31,9	8,2	8,9	9,7	11,6

[1] Einschließlich direkter Subventionen für Mietpreise.
[2] Einschließlich Krediterlaß für junge Eheleute.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. – Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 4.4.–4

Entwicklung der Mieten in Relation zum Nettoeinkommen der Hauptmieter-Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland

	Maßeinheit	Wohnungsstichprobe		Mikrozensus		Relation 1982/1972
		1972	1978	1980	1982	
Wohnungsinhaber-HH insgesamt [1]	in 1 000	20 966	22 224	22 778	23 213	1,10
Eigentümer-Haushalte	in 1 000	7 463	8 365	8 890	9 321	1,25
Hauptmieter-Haushalte	in 1 000	13 503	13 859	13 888	13 892	1,05
darunter in reinen Mietwohnungen [2]	in 1 000	9 656	9 900	10 358	10 308	1,05
mit einer Mietbelastung [3] von bis zu 10 %	in vH	*24,8*	*19,2*	*17,6*	*14,1*	*0,55*
10 – 15 %	in vH	*28,8*	*27,4*	*27,3*	*25,3*	*0,90*
15 – 20 %	in vH	*19,5*	*21,2*	*21,3*	*21,5*	*1,10*
20 – 25 %	in vH	*12,1*	*14,1*	*14,4*	*15,7*	*1,30*
mehr als 25 %	in vH	*14,8*	*18,1*	*19,4*	*23,4*	*1,60*
Durchschnittswerte für HH-Nettoeinkommen insgesamt [4]	in DM	1 460	2 070	2 340	2 540	1,75
HH-Nettoeinkommen Eigentümer [4]	in DM	1 660	2 390	2 800	3 080	1,85
	Abweichung in vH	*+ 14*	*+ 16*	*+ 20*	*+ 21*	–
HH-Nettoeinkommen Mieter [4]	in DM	1 350	1 880	2 050	2 180	1,60
	Abweichung in vH	*– 7,5*	*– 9*	*– 12*	*– 14*	–
Miete der Hauptmieter-Haushalte [5]	in DM	185	289	323	367	2,00
Mietbelastung [6] der Hauptmieter-HH	in vH	*13,5*	*15,5*	*16,0*	*17,0*	*1,25*

[1] Haushalte als Inhaber von Wohnungen in Wohngebäuden (1980, 1982) bzw. in Gebäuden (1972, 1978).

[2] Dabei blieben alle mietfrei oder verbilligt überlassenen Wohnungen unberücksichtigt; außerdem sind nur Haushalte mit Miet- und Einkommensangabe, ohne Haushalte mit einem Nettoeinkommen über 5 000 DM, bzw. über 3 000 DM (1972) einbezogen worden.

[3] Berechnet auf der Basis vorgegebener Einkommens-Mittelwerte nach Selbsteinstufung der Haushalte in Einkommensklassen.

[4] Berechnet über die Anteile der Haushalte in den Einkommensklassen (nach Selbsteinstufung) nach dem Modell einer log-Normalverteilung für die Einkommensschichtung.

[5] Durchschnittliche Miete der reinen Mietwohnungen.

[6] Durchschnittliche Miete in Relation zum durchschnittlichen Nettoeinkommen der Hauptmieter-Haushalte; dabei sind alle Hauptmieter-Haushalte, also auch diejenigen mit einem Nettoeinkommen über 5 000 DM, einbezogen.

Tabelle 4.4.–6

Wohngeldleistungen von Bund und Ländern in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Gesamtausgaben	Empfänger am 31. Dezember jeden Jahres		Anteil der Empfänger von [1]		Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch [2]	
		ohne rückwirkender Bewilligungen	einschließlich rückwirkender Bewilligungen	Mietzuschuß	Lastenzuschuß	Mietzuschuß	Lastenzuschuß
	Mill. DM	1 000		vH		DM	
1965	147,9	394,9		90,2	9,8	40,63	69,91
1967	428,9	691,3		88,8	11,2	44,35	79,09
1970	600,3	908,3		92,6	7,4	45,90	75,30
1972	1 201,7	1 277,8		93,7	6,3	58,30	81,30
1975	1 654,5	1 665,7	1 849,2	94,1	5,9	70,40	97,10
1976	1 620,2	1 585,4	1 757,2	94,8	5,2	70,50	93,90
1977	1 471,0	1 467,0	1 618,0	95,4	4,6	69,30	89,05
1978	1 784,4	1 548,9	1 755,0	93,9	6,1	81,65	107,35
1979	1 848,7	1 518,3	1 687,0	94,3	5,7	83,32	102,54
1980	1 829,7	1 485,7	1 622,1	94,7	5,3	85,42	97,42
1981	2 415,3	1 609,0	1 821,5	92,5	7,5	105,00	162,00
1982	2 667,8	1 610,9	1 840,3	92,9	7,1	106,00	146,00
1983	2 602,1	1 434,2	1 635,0	93,5	6,5	110,00	137,00
1984 [3]	2 411,2	1 332,3	1 518,8	93,9	6,1	112,00	134,00

[1] Jeweils zum 31. Dezember des Jahres.

[2] Die durchschnittlichen Wohngeldansprüche sind nicht mit der Entwicklung der Wohngeldleistungen an einzelne Haushalte im Zeitablauf gleichzusetzen, da sich in den Durchschnittsbeträgen auch Verschiebungen im Empfängerkreis widerspiegeln.

[3] Empfängerzahlen und durchschnittliche monatliche Wohngeldansprüche jeweils zum Stichtag 30. September 1984, bei den Empfängerzahlen wurde die Zahl der rückwirkenden Bewilligungen mit 14 vH geschätzt.

Tabelle 4.4.–7

Zahl der Empfänger von Wohngeldleistungen nach Haushaltsgröße in der Bundesrepublik Deutschland

Haushaltsgröße (Personen)	Zahl der Empfänger[1]					Anteil an allen Wohngeldempfängern				Anteil der Wohngeldempfänger an allen Haushalten der betreffenden Haushaltsgröße 1983[2]
	1980	1981	1982	1983	Veränderung 1983 gegen 1982	1980	1981	1982	1983	
	1 000				vH					
1	974,0	976,4	971,0	827,6	– 14,8	65,6	60,7	60,3	57,7	11,9
2	248,6	261,1	259,2	236,2	– 8,9	16,7	16,2	16,1	16,5	3,7
3	95,7	115,2	120,4	119,9	– 0,4	6,4	7,2	7,5	8,4	3,1
4	79,2	133,3	137,2	134,8	– 1,8	5,3	8,3	8,5	9,4	4,2
5	48,0	70,2	70,5	66,8	– 5,1	3,2	4,4	4,4	4,7	6,5
6 und mehr	40,1	52,7	52,6	48,9	– 7,1	2,7	3,3	3,3	3,4	
insgesamt	1 485,7	1 609,0	1 610,9	1 434,2	– 11,0	100	100	100	100	6,5

[1] Stichtag jeweils 31. Dezember des Jahres, rückwirkende Bewilligungen sind hier nicht erfaßt.
[2] Anzahl der Haushalte nach Mikrozensus 1982; Anteil der Wohngeldempfänger einschließlich 14 vH rückwirkender Bewilligungen.

Tabelle 4.4.–8

Mietbelastungsquoten der Hauptmieter mit Wohngeld in der Bundesrepublik Deutschland

Haushaltsgröße (Personen)	Durchschnittlicher Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Einkommen[1]			
	1982		1983	
	vor Wohngeld	nach Wohngeld	vor Wohngeld	nach Wohngeld
	vH			
1	32,9	20,1	37,6	22,7
2	32,3	19,1	35,4	22,0
3	33,6	19,2	35,7	22,1
4	27,7	17,4	29,0	18,8
5	24,7	15,4	25,6	16,4
6 und mehr	20,5	11,1	21,4	12,0
insgesamt	31,0	18,7	34,2	21,0

[1] Bezogen auf ein modellartig gebildetes verfügbares Einkommen (einschließlich Kindergeld), das die je nach Sozialstatus typischerweise zu erwartenden Abzüge für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt.

Quelle: Sonderaufbereitung der 25 %-Wohngeldstichprobe 1982 und 1983.

Tabelle 4.4.–9

Bauvolumen und Wohnungsbauvolumen in beiden deutschen Staaten in Preisen von 1980 des jeweiligen Gebietes

Jahr	Bundesrepublik Deutschland					DDR				
	Bauvolumen		darunter: Wohnungsbauvolumen[1]			Bauvolumen		darunter: Wohnungsbauvolumen[4]		
	in Mrd. DM	je Einwohner in DM	in Mrd. DM	Anteil am Bauvolumen in vH	je Einwohner in DM	in Mrd. Mark[2]	je Einwohner in Mark[3]	in Mrd. Mark	Anteil am Bauvolumen in vH	je Einwohner in Mark
1970	215,6	3 550	95,9	44,5	1 580	21,0 22,7	1 330	6,9	30,4	410
1976	215,1	3 500	104,3	48,5	1 700	29,6 32,3	1 920	11,1	34,4	660
1980	237,3	3 850	117,2	49,4	1 900	32,5 35,5	2 120	13,8	38,9	820
1981	226,2	3 670	110,7	48,9	1 790	33,8 36,5	2 180	14,3	39,2	860
1982	217,7	3 530	105,0	48,2	1 710	34,8 37,4	2 240	14,3	38,2	860
1983	219,2	3 570	110,1	50,2	1 800	35,9 38,3	2 290	14,7	38,4	880
1984	220,7	3 610	110,7	50,2	1 810	36,7 39,0	2 340	15,4	39,5	920
1985	205,6	3 370	97,7	47,5	1 600	38,2 40,5	2 430	16,2	40,0	970

[1] Summe aller wirtschaftlichen Leistungen zur Errichtung, Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden; jedoch ohne Instandsetzungsleistungen der privaten Haushalte.

[2] Bauproduktion sämtlicher Wirtschaftsbereiche (einschließlich Stahlschwerkonstruktionen des Hoch- und Brückenbaus, Metalleichtbau, Export von Bauleistungen); jedoch ohne Nach- und Garantiearbeiten, Lastenaufzüge, Fahrtreppen, Elektroinstallationen im Industriebau sowie ohne Projektierungsleistungen. Ermittelt anhand der zu Preisen von 1980 ausgewiesenen Werte für 1981, fortgeschrieben mit dem amtlichen Index der Bauproduktion der Volkswirtschaft.

[3] Desgleichen, ergänzt um die geschätzten Projektierungsleistungen (einschließlich Gebühren) und die gewerblichen Installationen.

[4] Bauleistungen (einschließlich Architektenleistungen) für den Wohnungsneubau sowie für die Erhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes.

Quellen: Bundesrepublik Deutschland: Bauvolumensrechnung des DIW (revidierte Zeitreihen 1960 bis 1985). – DDR: Statistische Jahrbücher der DDR. – Berechnungen des DIW.

Tabelle 4.4.–10

Wohnungsbauvolumen in beiden deutschen Staaten in Preisen von 1980 des jeweiligen Gebietes

Jahr	Bundesrepublik Deutschland				DDR				
	insgesamt	davon:		nachrichtlich:	insgesamt[3]	davon:			
		Neubau	Bauleistung an best. Gebäuden[1]	Investitionen[2]		Investitionen[4]	Aufschließung, Folgekosten[5]	Architektenleistungen[6]	Baureparaturen[7]
	in Mrd. DM				in Mrd. Mark				
1970	95,94	70,78	25,16	85,41	6,92	2,47	1,50	0,55	2,40
1975	98,04	69,20	28,84	81,77	10,11	4,16	1,91	0,92	3,12
1976	104,27	72,72	31,55	85,50	11,07	4,58	1,98	1,01	3,50
1977	107,21	74,11	33,10	88,50	11,74	4,77	2,10	1,08	3,79
1978	109,44	75,64	33,80	99,39	12,56	5,36	1,95	1,15	4,10
1979	114,84	79,57	35,27	98,04	13,31	5,56	2,37	1,13	4,25
1980	117,19	79,60	37,59	100,57	13,77	5,79	2,67	1,01	4,30
1981	110,72	70,79	39,57	95,99	14,30	6,15	2,55	1,02	4,58
1982	105,02	64,31	40,35	91,42	14,33	5,87	2,33	1,23	4,90
1983	110,11	70,63	39,48	96,45	14,66	6,21	1,89	1,23	5,33
1984	110,70	70,61	40,09	98,41	15,40	6,28	1,94	1,25	6,93
1985	97,71	56,00	41,71	88,05	16,20	6,76	1,76	1,25	6,43

[1] Modernisierung, Instandsetzung sowie Um- und Ausbau.

[2] Laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung für die Bundesrepublik: Neubau und werterhöhende Reparaturen.

[3] Bauleistungen (einschließlich Architektenleistungen) für den Wohnungsneubau sowie für die Erhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes.

[4] In der DDR definitionsgemäß nur Neubau.

[5] Als Differenz errechnet aus den Daten zum Finanzierungsaufwand einerseits, den Investitionen und den geschätzten Modernisierungen andererseits. Die „aufgewendeten Mittel für fertiggestellte Wohnungen" beziehen sich nicht nur auf Neubauten, sondern schließen Modernisierungen, Folgeeinrichtungen (z.B. Kinderkrippen, Waschstationen, Läden) sowie Aufschließungskosten ein; sie enthalten aber nicht die Instandhaltungskosten und die Kosten der Architektenleistungen. Um der periodengerechten Zuordnung zwischen Finanzierungsmittelaufwand und Fertigstellung der Wohnungen in etwa Rechnung zu tragen, wurde unterstellt, daß die Bauten jeweils zur Hälfte aus Mitteln des Vorjahres bzw. aus Mitteln des Fertigstellungsjahres finanziert wurden.

[6] Einschließlich Bodennutzungsgebühren, Abriß und Enttrümmerung, z.T. geschätzt.

[7] Baureparaturen an Wohngebäuden einschließlich Modernisierungen sowie An-, Um- und Ausbau. Die Wertgrößen wurden mit Hilfe des als Zeitreihe ausgewiesenen Index und des Wertes für 1971 ermittelt; der für 1971 genannte Wert (1,61 Mrd. Mark) ist zum Preisstand von 1967 ausgewiesen, er entspricht gut 2,4 Mrd. DM zu Preisen von 1980.

Quellen: Bundesrepublik: Bauvolumenrechnung des DIW (revidierte Zeitreihen 1960 bis 1985). – DDR: Statistische Jahrbücher der DDR. – Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 4.4.–11

Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit in beiden deutschen Staaten seit 1970

Jahr	Fertiggestellte Wohnungen				Anteil Wohnungen in Eigenheimen[3]	Wohnfläche[1] insgesamt
	insgesamt[1]	Neubau[1]	Um- und Ausbau	in Eigenheimen[2]		
	in 1 000				in vH	1 000 m²
	Bundesrepublik Deutschland					
1970	478,1	455,8	22,2	196,1	*43,0*	40 954
1976	392,4	371,2	21,2	207,8	*56,0*	38 463
1980	388,9	372,5	16,4	249,1	*66,9*	40 639
1981	365,5	349,1	16,4	220,0	*63,0*	37 207
1982	347,0	328,5	18,5	189,0	*57,5*	34 071
1983	340,8	320,8	20,0	167,1	*52,1*	32 187
1984	398,4	376,8	21,6	176,1	*46,7*	35 937
1985	312,1	291,9	20,2	151,8	*52,0*	28 699
	DDR					
1970	76,1	65,8	10,3	2,3	*3,5*	4 256
1976	114,7	103,1	11,6	11,1	*10,8*	6 869
1980	126,0	120,2	5,8	19,0	*15,8*	7 248
1981	131,1	125,7	5,4	21,5	*17,1*	7 772
1982	127,4	122,4	5,0	18,3	*15,0*	7 453
1983	127,1	122,6	4,5	18,5	*15,1*	7 493
1984	125,7	121,7	4,0	17,9	*14,7*	7 316
1985	124,2	120,7	3,5	17,9	*14,7*	7 207

[1] Wohn- und Nichtwohngebäude.
[2] Nur neuerrichtete Wohngebäude.
[3] Im Wohnungsneubau.

Quellen: Bundesrepublik: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland und Bautätigkeitsstatistik.
DDR: Statistische Jahrbücher der DDR.

Tabelle 4.4.–12

Die Finanzierung des Wohnungsneubaus in der DDR
in Mrd. Mark

Art der Mittel	1971 bis 1975[1]	1976 bis 1980	1981	1982	1983	1984
Zuschüsse aus dem Staatshaushalt für den Wohnungsneubau	5,0	8,5	2,4	2,5	2,4	3,1
Kredite	16,0	25,1	6,1	6,0	6,3	6,0
Eigenmittel[2]	1,9	2,8	0,8	0,7	0,8	0,9
Gesamtsumme[3]	22,9	36,4	9,3	9,2	9,5	10,0
Desgleichen zu Preisen von 1980[4]	27,0	39,5	9,0	8,6	8,6	8,7
Zum Vergleich:						
Neubauvolumen zu Preisen von 1980	.	42,6	9,7	9,4	9,3	9,5
Desgleichen ohne Architektenleistungen	.	37,2	8,7	8,2	8,1	8,2

[1] Angaben in Preisen des Jahres 1975: Alle übrigen Angaben zur Finanzierung sind in jeweiligen Preisen ausgewiesen.
[2] Eigenmittel der Genossenschaften und der Bürger für den Um- und Ausbau sowie für den Eigenheimbau.
[3] Finanzielle Mittel für Neubau, Um- und Ausbau sowie Modernisierung; einschließlich Aufschließung und Folgeeinrichtungen, ohne Baureparaturen und Architektenleistungen, Kreditmittel als Differenz geschätzt.
[4] Angaben im Statistischen Taschenbuch der DDR 1986, S. 61.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. – Berechnungen des DIW.

Tabellen 5.1.–1 bis –18 betreffen die Bundesrepublik Deutschland

Tabellen 5.1.–19 bis –29 betreffen die DDR

Tabelle 5.1.–1

Staatsquoten

Anteile am Bruttosozialprodukt in vH

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
Staatliche Käufe[1]	23,3	25,9	26,4	26,7	26,3	25,6	25,4
Zinsausgaben	1,0	1,6	1,9	2,3	2,8	3,0	3,0
Transferausgaben	18,1	23,8	23,1	23,5	23,8	23,2	23,1
Steuern	24,4	25,4	25,7	25,0	24,7	24,8	25,0
Sozialbeiträge	13,1	16,7	16,7	17,4	17,8	17,4	17,4

[1] Personalausgaben und lfd. Sachaufwand und Bruttoinvestitionen.

Tabelle 5.1.–2

Einnahmen und Ausgaben des Staates insgesamt

in Mrd. DM

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
Personalausgaben	70,76	123,43	162,66	173,00	178,07	183,59	187,27
Sachaufwand	70,20	128,53	176,30	190,00	196,45	204,22	216,43
abzüglich Verkäufe	14,14	30,23	41,17	44,84	48,33	51,28	53,54
Staatsverbrauch	126,92	221,73	297,79	318,16	326,19	336,53	350,16
Nettoinvestitionen	30,12	33,30	44,10	39,54	33,99	29,84	29,50
Zinsausgaben	7,34	17,45	28,55	35,47	44,03	50,09	52,65
Transferausgaben	136,27	267,53	342,43	362,52	380,50	387,98	404,37
an private Haushalte	102,98	203,41	251,59	272,43	287,79	291,20	294,14
darunter soziale Leistungen	96,66	194,66	244,53	265,52	281,80	285,47	289,42
an Unternehmen	22,97	42,52	57,09	54,95	56,25	58,85	67,70
darunter Subventionen	12,61	22,13	30,53	29,13	29,42	31,82	36,18
Vermögensübertrag	8,93	17,91	22,78	22,07	23,03	23,20	27,66
an Ausland	7,50	16,43	25,35	26,08	27,19	28,69	32,96
an private Organisationen o.E.	2,82	5,17	8,40	9,06	9,27	9,24	9,57
Ausgaben insgesamt	300,55	540,01	712,97	755,69	784,71	804,44	836,68
Finanzierungssaldo	– 38,82	– 94,72	– 42,97	– 56,65	– 52,48	– 41,15	– 33,83
Einnahmen insgesamt	261,73	445,29	669,90	699,04	732,23	763,29	802,85
Steuern	193,65	285,75	381,14	386,45	395,07	414,81	439,14
direkte	84,96	143,83	187,75	188,11	193,18	200,36	213,05
indirekte	98,69	141,92	193,39	198,34	201,89	214,45	226,09
Sozialbeiträge	98,51	188,18	248,61	268,82	284,48	291,58	305,51
tatsächliche	90,62	174,25	230,20	248,84	263,95	270,40	283,69
unterstellte	7,89	13,93	18,41	19,98	20,53	21,18	21,82
Vermögenseinkommen	9,27	10,63	16,75	20,76	30,20	30,68	31,20
sonstige Einnahmen (Differenz)	– 29,70	– 39,27	23,40	23,01	22,48	26,22	27,00

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Reihe S. 6.

Tabelle 5.1.–3

Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Staates insgesamt

Anteile in vH

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
Personalausgaben	23,5	22,9	22,8	22,9	22,7	22,8	22,4
Sachaufwand	23,4	23,8	24,7	25,1	25,0	25,4	25,9
abzüglich Verkäufe	4,7	5,6	5,7	5,9	6,1	6,4	6,4
Staatsverbrauch	42,2	41,1	41,8	42,1	41,6	41,8	41,9
Nettoinvestitionen	10,0	6,2	6,2	5,2	4,3	3,7	3,5
Zinsausgaben	2,5	3,2	4,0	4,7	5,6	6,3	6,3
Transferausgaben	45,3	49,5	48,0	48,0	48,5	48,2	48,3
an private Haushalte	34,3	37,7	35,3	36,0	36,7	36,2	35,2
darunter soziale Leistungen	32,2	36,1	34,3	35,1	35,9	35,5	34,6
an Unternehmen	7,6	7,9	8,0	7,3	7,2	7,3	8,1
darunter Subventionen	4,2	4,1	4,3	3,9	3,8	4,0	4,3
Vermögensübertrag	2,9	3,3	3,2	2,9	2,9	2,9	3,3
an Ausland	2,5	3,0	3,5	3,5	3,4	3,6	3,9
an private Organisationen o.E.	0,9	0,9	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1
Ausgaben insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Einnahmen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Steuern	70,2	64,2	56,9	55,3	54,0	54,4	54,7
direkte	32,5	32,3	28,0	26,9	26,4	26,3	26,5
indirekte	37,7	31,9	28,9	28,4	27,6	28,1	28,2
Sozialbeiträge	37,6	42,2	37,1	38,5	38,8	38,2	38,0
tatsächliche	34,6	39,1	34,4	35,6	36,0	35,4	35,3
unterstellte	3,0	3,1	2,7	2,9	2,8	2,8	2,7
Vermögenseinkommen	3,5	2,4	2,5	3,0	4,1	4,0	3,9
Sonstige Einnahmen (Differenz)	– 11,3	– 8,8	3,5	3,3	3,1	3,4	3,4

Quelle: vgl. Tabelle 5.1.–2.

Tabelle 5.1.–4

Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo des Bundes

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	in Mrd. DM						
Einnahmen insgesamt	110,51	161,55	217,29	225,32	237,51	250,65	262,83
darunter							
Steuern und andere Einnahmen	101,71	149,09	197,14	202,86	206,38	215,69	226,86
Verkäufe von Verwaltungsleistungen	0,69	1,81	2,15	2,47	2,81	2,70	2,75
Ausgaben insgesamt	106,70	186,31	242,32	258,15	271,02	276,90	286,06
Personalausgaben	14,28	22,69	27,85	29,63	29,91	30,83	31,48
Laufende Käufe	17,35	24,20	30,31	32,75	34,80	36,78	38,03
Bruttoinvestitionen	5,62	5,85	7,35	6,25	5,65	5,91	6,10
Zinsausgaben	3,05	7,29	14,00	18,02	22,45	26,52	28,14
Geleistete Übertragungen	66,39	126,27	162,80	171,49	178,20	176,55	182,30
an private Haushalte	18,96	35,53	39,60	43,81	43,50	44,22	44,20
an Unternehmen	14,04	24,81	33,92	32,43	34,72	36,38	40,45
an Ausland	5,12	11,88	20,48	21,00	21,99	23,34	25,44
an Staat	27,85	53,22	67,73	73,19	76,83	71,26	70,84
an private Organisationen o.E.	0,42	0,83	1,07	1,06	1,16	1,35	1,37
Produktionssteuern	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Finanzierungssaldo	3,81	– 24,76	– 25,03	– 32,83	– 33,51	– 26,55	– 23,23
	Anteile in vH						
Ausgaben insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
Personalausgaben	*13,4*	*12,2*	*11,5*	*11,5*	*11,0*	*11,1*	*11,0*
Laufende Käufe	*16,2*	*13,0*	*12,5*	*12,7*	*12,8*	*13,3*	*13,3*
Bruttoinvestitionen	*5,3*	*3,1*	*3,0*	*2,4*	*2,1*	*2,1*	*2,1*
Zinsausgaben	*2,9*	*3,9*	*5,8*	*7,0*	*8,3*	*9,7*	*9,9*
Geleistete Übertragungen	*62,2*	*67,8*	*67,2*	*66,4*	*65,8*	*63,8*	*63,7*
an private Haushalte	*17,8*	*19,1*	*16,3*	*17,0*	*16,1*	*16,0*	*15,4*
an Unternehmen	*13,1*	*13,3*	*14,0*	*12,6*	*12,8*	*13,2*	*14,1*
an Ausland	*4,8*	*6,4*	*8,5*	*8,1*	*8,1*	*8,4*	*8,9*
an Staat	*26,1*	*28,6*	*28,0*	*28,3*	*28,4*	*25,7*	*24,8*
an private Organisationen o.E.	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,5*	*0,5*
Produktionssteuern	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Reihe S. 8.

Tabelle 5.1.–5

Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo der Länder

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	in Mrd. DM						
Einnahmen insgesamt	86,88	147,62	195,68	200,39	207,41	216,60	228,05
darunter							
Steuern und andere Einnahmen	61,74	100,60	135,03	135,91	140,15	147,82	157,53
Verkäufe von Verwaltungsleistungen	3,25	7,51	10,08	10,79	11,73	12,37	12,98
Ausgaben insgesamt	90,95	159,44	213,31	222,36	228,92	234,33	242,18
Personalausgaben	35,43	62,87	83,90	89,08	92,01	94,96	96,70
Laufende Käufe	7,42	12,88	18,56	19,47	20,25	21,56	22,63
Bruttoinvestitionen	6,29	7,48	9,32	8,74	8,70	8,52	8,79
Zinsausgaben	1,94	5,14	8,56	10,49	13,55	15,72	17,10
Geleistete Übertragungen	39,82	70,98	92,87	94,48	94,31	93,46	96,84
an private Haushalte	12,15	20,99	26,97	28,69	28,83	27,66	26,02
an Unternehmen	6,34	13,67	15,58	15,05	14,97	16,46	19,89
an Ausland	1,55	1,76	1,75	1,86	1,82	1,79	1,69
an Staat	18,29	31,56	43,48	43,44	43,17	41,92	43,39
an private Organisationen o.E.	1,49	3,00	5,09	5,44	5,52	5,63	5,95
Produktionssteuern	0,05	0,09	0,10	0,10	0,10	0,11	0,12
Finanzierungssaldo	– 4,07	– 11,82	– 17,63	– 21,97	– 21,51	– 17,73	– 14,13
	Anteile in vH						
Ausgaben insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
Personalausgaben	*38,9*	*39,4*	*39,3*	*40,0*	*40,2*	*40,5*	*39,9*
Laufende Käufe	*8,2*	*8,1*	*8,7*	*8,8*	*8,9*	*9,2*	*9,3*
Bruttoinvestitionen	*6,9*	*4,7*	*4,4*	*3,9*	*3,8*	*3,6*	*3,6*
Zinsausgaben	*2,1*	*3,2*	*4,0*	*4,7*	*5,9*	*6,7*	*7,1*
Geleistete Übertragungen	*43,8*	*44,5*	*43,5*	*42,5*	*41,2*	*39,9*	*40,0*
an private Haushalte	*13,4*	*13,2*	*12,6*	*12,9*	*12,6*	*11,8*	*10,8*
an Unternehmen	*7,0*	*8,5*	*7,3*	*6,8*	*6,5*	*7,0*	*8,2*
an Ausland	*1,7*	*1,1*	*0,8*	*0,8*	*0,8*	*0,8*	*0,7*
an Staat	*20,1*	*19,8*	*20,4*	*19,5*	*18,9*	*17,9*	*17,9*
an private Organisationen o.E.	*1,6*	*1,9*	*2,4*	*2,5*	*2,4*	*2,4*	*2,4*
Produktionssteuern	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,0*	*0,1*	*0,1*

Quelle: vgl. Tabelle 5.1.–4.

Tabelle 5.1.–6

Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo der Gemeinden

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	in Mrd. DM						
Einnahmen insgesamt	55,09	98,17	136,03	137,79	141,00	145,52	152,15
darunter							
Steuern und andere Einnahmen	20,20	36,06	48,97	47,68	48,54	51,30	54,75
Verkäufe von Verwaltungsleistungen	10,17	20,89	28,91	31,50	33,70	36,12	37,71
Ausgaben insgesamt	63,23	100,55	140,31	145,94	146,31	143,81	148,11
Personalausgaben	17,29	30,53	41,67	44,40	45,67	46,85	47,86
Laufende Käufe	12,92	23,32	35,42	38,18	40,01	41,02	43,44
Bruttoinvestitionen	21,60	25,48	36,10	33,90	29,70	26,07	25,79
Zinsausgaben	2,35	5,01	5,97	6,88	8,01	7,54	7,40
Geleistete Übertragungen	9,03	16,12	21,03	22,46	22,80	22,21	23,50
an private Haushalte	4,46	8,26	9,83	10,65	11,05	11,51	11,89
an Unternehmen	2,46	3,70	5,61	5,59	5,04	4,20	4,98
an Ausland	0,10	0,12	0,13	0,13	0,12	0,12	0,15
an Staat	1,10	2,70	3,22	3,53	4,00	4,12	4,13
an private Organisationen o.E.	0,91	1,34	2,24	2,56	2,59	2,26	2,35
Produktionssteuern	0,04	0,09	0,12	0,12	0,12	0,12	0,12
Finanzierungssaldo	– 8,14	– 2,38	– 4,28	– 8,15	– 5,31	1,71	4,04
	Anteile in vH						
Ausgaben insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
Personalausgaben	*27,3*	*30,4*	*29,7*	*30,4*	*31,2*	*32,6*	*32,3*
Laufende Käufe	*20,4*	*23,2*	*25,2*	*26,2*	*27,3*	*28,5*	*29,3*
Bruttoinvestitionen	*34,2*	*25,3*	*25,7*	*23,2*	*20,3*	*18,1*	*17,4*
Zinsausgaben	*3,7*	*5,0*	*4,3*	*4,7*	*5,5*	*5,3*	*5,0*
Geleistete Übertragungen	*14,3*	*16,0*	*15,0*	*15,4*	*15,6*	*15,4*	*15,9*
an private Haushalte	*7,1*	*8,2*	*7,0*	*7,3*	*7,6*	*8,0*	*8,0*
an Unternehmen	*3,9*	*3,7*	*4,0*	*3,8*	*3,4*	*2,9*	*3,4*
an Ausland	*0,2*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*
an Staat	*1,7*	*2,7*	*2,3*	*2,4*	*2,7*	*2,8*	*2,8*
an private Organisationen o.E.	*1,4*	*1,3*	*1,6*	*1,8*	*1,8*	*1,6*	*1,6*
Produktionssteuern	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,1*

Quelle: vgl. Tabelle 5.1.–4.

Tabelle 5.1.–7

Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo der Sozialversicherung

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	in Mrd. DM						
Einnahmen insgesamt	108,24	212,38	276,60	300,62	318,72	319,20	331,82
darunter							
Steuern und andere Einnahmen	20,20	36,06	48,97	47,68	48,54	51,30	54,75
Verkäufe von Verwaltungsleistungen	0,03	0,02	0,03	0,08	0,09	0,09	0,10
Ausgaben insgesamt	101,05	211,55	272,63	294,32	310,87	318,08	332,33
Personalausgaben	3,76	7,34	9,24	9,89	10,48	10,95	11,23
Laufende Käufe	28,65	61,74	82,28	88,88	89,88	92,66	99,50
Bruttoinvestitionen	0,36	0,68	0,82	1,13	1,21	1,29	1,39
Zinsausgaben	0,00	0,01	0,02	0,08	0,02	0,01	0,01
Geleistete Übertragungen	68,27	141,77	180,26	194,33	209,27	213,16	220,19
an private Haushalte	67,41	138,63	175,19	189,28	204,41	207,81	212,03
an Unternehmen	0,13	0,34	1,98	1,88	1,52	1,81	2,38
an Ausland	0,73	2,67	2,99	3,09	3,26	3,44	5,68
an Staat	0,00	0,13	0,10	0,08	0,08	0,10	0,10
an private Organisationen o.E.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Produktionssteuern	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Finanzierungssaldo	7,19	0,83	3,97	6,30	7,85	1,12	– 0,51
	Anteile in vH						
Ausgaben insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
Personalausgaben	*3,7*	*3,5*	*3,4*	*3,4*	*3,4*	*3,5*	*3,4*
Laufende Käufe	*28,4*	*29,2*	*30,2*	*30,2*	*28,9*	*29,1*	*29,9*
Bruttoinvestitionen	*0,4*	*0,3*	*0,3*	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,4*
Zinsausgaben	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*
Geleistete Übertragungen	*67,5*	*67,0*	*66,1*	*66,0*	*67,3*	*67,0*	*66,3*
an private Haushalte	*66,7*	*65,5*	*61,3*	*64,3*	*65,7*	*65,3*	*63,9*
an Unternehmen	*0,1*	*0,2*	*0,7*	*0,6*	*0,5*	*0,6*	*0,7*
an Ausland	*0,7*	*1,2*	*1,1*	*1,1*	*1,1*	*1,1*	*1,7*
an Staat	*0,0*	*0,1*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*
an private Organisationen o.E.	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*
Produktionssteuern	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*

Quelle: vgl. Tabelle 5.1.–4.

Tabelle 5.1.–8

Entwicklung und Struktur des Steueraufkommens

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	in Mrd. DM						
Lohnsteuer	42,80	80,61	111,56	116,56	123,41	128,89	136,35
Veranlagte Einkommensteuer	18,34	30,86	36,80	32,93	30,60	28,28	26,37
Körperschaftsteuer	7,17	11,84	21,32	20,16	21,46	23,68	26,31
Steuer vom Umsatz	42,90	58,46	93,45	97,79	97,72	105,87	110,48
Vermögensteuer	3,12	3,92	4,66	4,69	4,98	4,99	4,49
Grundsteuer	2,80	4,80	5,80	5,98	6,31	6,77	7,10
Gewerbesteuer	12,31	20,11	27,09	26,05	26,10	26,18	28,32
Mineralölsteuer	12,42	18,12	21,35	22,18	22,84	23,34	24,03
Kraftfahrzeugsteuer	4,16	5,63	6,59	6,59	6,69	6,98	7,28
Tabaksteuer	6,86	9,38	11,29	11,25	12,21	13,88	14,43
Sonstige Verbrauchsteuern und andere Einnahmen	19,53	24,35	25,08	26,14	26,39	27,72	29,52
Steueraufkommen insgesamt	172,41	268,08	364,99	370,32	378,70	396,57	414,70
	Anteile in vH						
Lohnsteuer	*24,8*	*30,1*	*30,6*	*31,5*	*32,6*	*32,5*	*32,9*
Veranlagte Einkommensteuer	*10,6*	*11,5*	*10,1*	*8,9*	*8,1*	*7,1*	*6,4*
Körperschaftsteuer	*4,2*	*4,4*	*5,8*	*5,4*	*5,7*	*6,0*	*6,3*
Steuer vom Umsatz	*24,9*	*21,8*	*25,6*	*26,4*	*25,8*	*26,7*	*26,6*
Vermögensteuer	*1,8*	*1,5*	*1,3*	*1,3*	*1,3*	*1,3*	*1,1*
Grundsteuer	*1,6*	*1,8*	*1,6*	*1,6*	*1,7*	*1,7*	*1,7*
Gewerbesteuer	*7,2*	*7,5*	*7,4*	*7,0*	*6,9*	*6,6*	*6,8*
Mineralölsteuer	*7,2*	*6,7*	*5,8*	*6,0*	*6,0*	*5,9*	*5,8*
Kraftfahrzeugsteuer	*2,4*	*2,1*	*1,8*	*1,8*	*1,8*	*1,7*	*1,8*
Tabaksteuer	*4,0*	*3,5*	*3,1*	*3,0*	*3,2*	*3,5*	*3,5*
Sonstige Verbrauchsteuern und andere Einnahmen	*11,3*	*9,1*	*6,9*	*7,1*	*6,9*	*7,0*	*7,1*
Steueraufkommen insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*

Quelle: Finanzbericht 1986, BMF.

Tabelle 5.1.–9

Tatsächliche Sozialbeiträge nach Trägern

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	in Mrd. DM						
Rentenversicherung	52,53	85,73	118,70	128,93	130,94	130,40	139,79
Gesetzliche Krankenversicherung	29,92	67,24	83,50	90,89	96,35	98,75	100,75
Gesetzliche Unfallversicherung	4,60	7,39	9,50	9,78	10,44	10,76	11,04
Arbeitslosenversicherung	3,57	13,89	18,50	19,24	26,22	30,49	32,11
Insgesamt	90,62	174,25	230,20	248,84	263,95	270,40	283,69
darunter							
Arbeitgeberbeiträge	42,64	79,60	107,59	114,96	120,78	124,88	131,06
Arbeitnehmerbeiträge	36,92	66,63	90,60	96,95	101,74	105,17	110,70
	Anteile in vH						
Rentenversicherung	*58,0*	*49,2*	*51,6*	*51,8*	*49,6*	*48,2*	*49,3*
Gesetzliche Krankenversicherung	*33,0*	*38,6*	*36,3*	*36,5*	*36,5*	*36,5*	*35,5*
Gesetzliche Unfallversicherung	*5,1*	*4,2*	*4,1*	*4,0*	*4,0*	*4,0*	*3,9*
Arbeitslosenversicherung	*3,9*	*8,0*	*8,0*	*7,7*	*9,9*	*11,3*	*11,3*
Insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
darunter							
Arbeitgeberbeiträge	*47,1*	*45,7*	*46,7*	*46,2*	*45,8*	*46,2*	*46,2*
Arbeitnehmerbeiträge	*40,7*	*38,2*	*39,4*	*39,0*	*38,6*	*38,9*	*39,0*

Tabelle 5.1.–10

Gebühren und Vermögenseinkommen des Staates

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	in Mrd. DM						
Empfangene Vermögenseinkommen	8,48	9,36	15,68	19,79	29,11	29,66	30,06
Zinsen, Nettopachten und andere	5,52	6,83	8,71	10,70	11,53	10,97	10,69
Ausschüttungen von Unternehmen	2,96	2,53	6,97	9,09	17,58	18,69	19,37
Gebühren von Unternehmen	1,85	3,04	4,09	4,27	4,54	4,97	5,36
Gebühren von privaten Haushalten	1,94	3,83	5,50	6,04	6,41	7,08	7,73
Verkäufe von Verwaltungsleistungen	9,51	19,01	26,46	29,06	31,36	33,56	34,76
Insgesamt	21,78	35,24	51,73	59,16	71,42	75,27	77,91
	Anteile in vH						
Empfangene Vermögenseinkommen	*38,9*	*26,6*	*30,3*	*33,5*	*40,7*	*39,4*	*38,6*
Zinsen, Nettopachten und andere	*25,4*	*19,4*	*16,8*	*18,1*	*16,1*	*14,6*	*13,7*
Ausschüttungen von Unternehmen	*13,6*	*7,2*	*13,5*	*15,4*	*24,6*	*24,8*	*24,9*
Gebühren von Unternehmen	*8,5*	*8,6*	*7,9*	*7,2*	*6,4*	*6,6*	*6,9*
Gebühren von privaten Haushalten	*8,9*	*10,9*	*10,6*	*10,2*	*9,0*	*9,4*	*9,9*
Verkäufe von Verwaltungsleistungen	*43,7*	*53,9*	*51,2*	*49,1*	*43,9*	*44,6*	*44,6*
Insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18. – Berechnungen des DIW.

Tabelle 5.1.–11

Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen

Staat insgesamt, in Mrd. DM

	1971	1976	1980	1981	1982	1983
Politische Führung, zentrale Verwaltung	18,81	32,25	48,64	50,27	51,86	52,91
Verteidigung	24,03	34,65	41,76	45,03	46,64	49,38
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	10,79	18,30	25,37	27,11	27,71	28,55
Bildung, Wissenschaft und Forschung	37,10	62,07	85,12	89,34	91,09	91,63
Schulen, Vorschulen	25,18	41,40	55,99	58,97	59,45	59,82
Hochschulen	6,51	10,45	12,72	13,24	13,66	14,23
Sonstiges	5,41	10,22	16,41	17,13	17,98	17,53
Gesundheit	33,78	69,14	92,95	100,20	101,41	103,85
Soziale Sicherung	119,36	231,73	287,09	310,02	327,75	333,35
Erholung und Kultur	5,10	8,38	12,91	13,44	13,06	12,79
Wohnungswesen, Gemeinschaftsdienste	9,19	14,56	21,53	20,95	19,15	18,20
Verkehr und Nachrichten	23,97	30,47	40,48	38,55	37,59	36,45
Wirtschaftsförderung	14,83	27,20	37,96	35,79	35,69	39,19
Sonstige	7,34	17,45	28,55	35,47	44,03	50,09
Insgesamt	304,30	546,20	722,36	766,17	795,98	816,39

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe S. 6.

Tabelle 5.1.–12

Ausgabenstruktur des Staates nach Aufgabenbereichen
Staat insgesamt, Anteile in vH

	1971	1976	1980	1981	1982	1983
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6,2	5,9	6,7	6,6	6,5	6,5
Verteidigung	7,9	6,3	5,8	5,9	5,9	6,1
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3,5	3,3	3,5	3,5	3,5	3,5
Bildung, Wissenschaft und Forschung	12,2	11,4	11,8	11,7	11,4	11,2
Schulen, Vorschulen	8,3	7,6	7,7	7,7	7,5	7,3
Hochschulen	2,1	1,9	1,8	1,7	1,7	1,7
Sonstiges	1,8	1,9	2,3	2,3	2,2	2,2
Gesundheit	11,1	12,7	12,9	13,1	12,7	12,7
Soziale Sicherung	39,2	42,4	39,7	40,5	41,2	40,8
Erholung und Kultur	1,7	1,5	1,8	1,7	1,7	1,6
Wohnungswesen, Gemeinschaftsdienste	3,0	2,7	3,0	2,7	2,4	2,2
Verkehr und Nachrichten	7,9	5,6	5,6	5,0	4,7	4,5
Wirtschaftsförderung	4,9	5,0	5,2	4,7	4,5	4,8
Sonstige	2,4	3,2	4,0	4,6	5,5	6,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: vgl. Tabelle 5.1–11.

Tabelle 5.1.–14

Staatsverbrauch nach Aufgabengebieten
Staat insgesamt, in Mrd. DM

	1971	1976	1980	1981	1982	1983
Politische Führung, zentrale Verwaltung	12,47	19,48	25,49	26,84	27,67	28,22
Verteidigung	23,30	33,62	40,38	43,67	45,20	47,80
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	10,06	16,88	23,08	24,84	25,79	26,66
Bildung, Wissenschaft und Forschung	25,81	47,16	66,26	70,48	72,31	74,82
Schulen, Vorschulen	18,38	33,18	46,68	49,83	51,22	52,61
Hochschulen	4,14	8,13	11,02	11,62	12,04	12,53
Sonstiges	3,29	5,85	8,56	9,03	9,05	9,68
Gesundheit	31,26	64,71	86,81	93,87	94,55	97,26
Soziale Sicherung	10,95	20,49	28,24	29,99	32,38	33,89
Erholung und Kultur	2,35	4,38	6,92	7,38	7,45	7,62
Wohnungswesen, Gemeinschaftsdienste	2,69	4,01	5,75	5,96	5,54	5,06
Verkehr und Nachrichten	5,51	7,40	10,03	10,17	10,04	9,84
Wirtschaftsförderung	2,42	3,60	4,83	4,96	5,26	5,36
Insgesamt	125,82	221,73	297,79	318,16	325,19	336,53

Quelle: vgl. Tabelle 5.1–11.

Tabelle 5.1.–13

Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen in finanzstatistischer Abgrenzung

	1980	1981	1982	1983	1980	1981	1982	1983
	in Mrd. DM				Anteile in vH			
Politische Führung, zentrale Verwaltung	40,45	44,42	46,79	46,87	5,6	5,8	5,8	5,7
Verteidigung	40,94	44,20	46,02	48,45	5,7	5,7	5,7	5,9
Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz	22,23	23,53	24,15	24,86	3,1	3,1	3,0	3,0
Bildung und Wissenschaft	82,68	86,69	88,90	89,13	11,5	11,2	11,0	10,8
Schulen, Vorschulen	46,71	48,90	49,12	48,81	6,5	6,3	6,1	5,9
Hochschulen [1]	17,75	18,65	19,58	20,48	2,5	2,4	2,4	2,5
Sonstige Bildung und Forschung	18,22	19,14	20,20	19,84	2,5	2,5	2,5	2,4
Gesundheitswesen	23,85	25,14	26,26	27,47	3,3	3,3	3,3	3,3
Soziale Sicherung	339,12	367,78	389,13	396,78	47,1	47,8	48,4	48,0
Gebietskörperschaften	108,02	119,96	124,25	119,74	15,0	15,6	15,5	14,5
Sozialversicherung	231,10	247,82	264,88	277,04	32,1	32,2	32,9	33,5
Erholung und Kultur	13,57	13,95	13,83	13,75	1,9	1,8	1,7	1,7
Wohnungswesen, Gemeinschaftsdienste	31,19	32,49	31,51	32,03	4,3	4,2	3,9	3,9
Verkehr und Nachrichten	31,33	30,50	28,73	27,27	4,3	4,0	3,6	3,3
Wirtschaftsförderung	29,19	26,93	24,96	28,28	4,1	3,5	3,1	3,4
Sonstige	65,55	74,29	84,45	91,57	9,1	9,6	10,5	11,1
Insgesamt	720,10	769,89	804,72	826,50	100,0	100,0	100,0	100,0
Wirtschaftsunternehmen	21,28	20,99	23,24	22,04	3,0	2,7	2,9	2,7

[1] Einschließlich Hochschulkliniken.

Tabelle 5.1.–15

Struktur des Staatsverbrauchs nach Aufgabengebieten
Staat insgesamt, Anteile in vH

	1971	1976	1980	1981	1982	1983
Politische Führung, zentrale Verwaltung	9,8	8,8	8,6	8,4	8,5	8,4
Verteidigung	18,4	15,2	13,6	13,7	13,8	14,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	7,9	7,6	7,7	7,8	7,9	7,9
Bildung, Wissenschaft und Forschung	20,4	21,3	22,3	22,2	22,2	22,2
Schulen, Vorschulen	14,5	15,0	15,7	15,7	15,7	15,6
Hochschulen	3,3	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7
Sonstiges	2,6	2,6	2,9	2,8	2,8	2,9
Gesundheit	24,7	29,2	29,1	29,5	29,0	28,9
Soziale Sicherung	8,6	9,2	9,5	9,4	9,9	10,1
Erholung und Kultur	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,3
Wohnungswesen, Gemeinschaftsdienste	2,1	1,8	1,9	1,9	1,7	1,5
Verkehr und Nachrichten	4,3	3,3	3,4	3,2	3,1	2,9
Wirtschaftsförderung	1,9	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: vgl. Tabelle 5.1.–11.

Tabelle 5.1.–16

Bruttoinvestitionen des Staates nach Aufgabengebieten
Staat insgesamt, in Mrd. DM

	1971	1976	1980	1981	1982	1983
Politische Führung, zentrale Verwaltung	0,83	1,17	1,96	2,05	2,13	2,00
Verteidigung	0,20	0,21	0,30	0,25	0,25	0,31
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	0,72	1,37	2,22	2,19	1,86	1,82
Bildung, Wissenschaft und Forschung	8,73	9,39	9,16	8,55	7,46	6,34
Schulen, Vorschulen	6,18	6,84	6,93	6,49	5,38	4,24
Hochschulen	2,31	2,22	1,64	1,53	1,53	1,60
Sonstiges	0,24	0,33	0,59	0,53	0,55	0,50
Gesundheit	2,10	2,73	4,04	4,19	4,66	4,41
Soziale Sicherung	0,71	1,08	1,34	1,61	1,59	1,52
Erholung und Kultur	1,55	2,57	3,74	3,73	3,18	2,70
Wohnungswesen, Gemeinschaftsdienste	4,92	7,10	11,12	10,20	8,79	8,14
Verkehr und Nachrichten	12,96	12,56	17,37	15,54	13,88	13,26
Wirtschaftsförderung	1,15	1,31	2,34	1,71	1,46	1,29
Insgesamt	33,87	39,49	53,59	50,02	45,26	41,79

Quelle: vgl. Tabelle 5.1.–11.

Tabelle 5.1.–17

Struktur der Bruttoinvestitionen des Staates nach Aufgabengebieten

Staat insgesamt, Anteile in vH

	1971	1976	1980	1981	1982	1983
Politische Führung, zentrale Verwaltung	2,4	3,0	3,7	4,1	4,7	4,8
Verteidigung	0,6	0,5	0,6	0,5	0,6	0,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,1	3,5	4,1	4,4	4,1	4,4
Bildung, Wissenschaft und Forschung	25,8	23,8	17,1	17,1	16,5	15,2
Schulen, Vorschulen	18,3	17,3	12,9	13,0	11,9	10,1
Hochschulen	6,8	5,6	3,1	3,0	3,4	3,8
Sonstiges	0,7	0,9	1,1	1,1	1,2	1,3
Gesundheit	6,2	6,9	7,5	8,4	10,3	10,5
Soziale Sicherung	2,1	2,7	2,5	3,2	3,5	3,6
Erholung und Kultur	4,6	6,5	7,0	7,4	7,0	6,5
Wohnungswesen, Gemeinschaftsdienste	14,5	18,0	20,7	20,4	19,4	19,5
Verkehr und Nachrichten	38,3	31,8	32,4	31,1	30,7	31,7
Wirtschaftsförderung	3,4	3,3	4,4	3,4	3,2	3,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: vgl. Tabelle 5.1.–11.

Tabelle 5.1.–18

Beschäftigte und Anlageinvestitionen öffentlicher Unternehmen

	1971	1976	1980	1981	1982	1983
	Beschäftigte in 1 000					
Land- und Forstwirtschaft	40	36	35	35	35	35
Elektrizität, Gas, Wasser	222	232	235	238	238	238
Eisenbahnen	428	411	353	352	346	334
öffentlicher Personennahverkehr	84	86	89	90	90	90
übriges Verkehrswesen	45	50	57	57	57	57
Bundespost	470	467	494	504	510	509
Kreditinstitute, Versicherungen	224	238	263	267	275	278
Wohnungsunternehmen	14	15	15	15	15	15
Zusammen	1 527	1 535	1 541	1 558	1 566	1 556
Industrielle Bundesbeteiligungen	.	358	461	451	437	421
Mehrheitsbeteiligungen	.	108	119	121	117	112
Minderheitsbeteiligungen	.	250	342	330	320	309
Forschungseinrichtungen	30	35	38	38	36	36
Nachrichtlich:						
Staat	3 105	3 635	3 906	3 971	3 995	4 027
alle Wirtschaftsbereiche	22 510	21 878	22 935	22 793	22 335	21 941
Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung)	18 742	17 519	18 233	18 017	17 508	17 062
	Anlageinvestitionen in Mrd. DM (in jeweiligen Preisen)					
Land- und Forstwirtschaft	0,10	0,10	0,13	0,11	0,10	0,09
Elektrizität, Gas, Wasser	8,99	9,63	12,58	12,90	15,20	16,50
Eisenbahnen	4,62	5,86	6,15	5,96	5,93	5,98
öffentlicher Personennahverkehr	0,57	1,13	1,40	1,48	1,37	1,30
übriges Verkehrswesen	1,38	1,08	1,18	1,85	0,97	1,19
Bundespost	6,46	6,01	10,46	11,84	12,45	12,65
Kreditinstitute, Versicherungen	1,29	1,98	1,92	2,20	2,42	2,80
Wohnungsunternehmen	4,95	3,91	3,86	4,47	4,31	4,34
Zusammen	28,36	29,70	37,68	40,81	42,75	44,85
Industrielle Bundesbeteiligungen	.	3,75	6,88	8,37	8,43	8,51
Mehrheitsbeteiligungen	.	1,09	1,15	1,57	1,56	1,30
Minderheitsbeteiligungen	.	2,67	5,72	6,81	6,88	7,21
Nachrichtlich:						
Staat	32,11	37,02	52,50	49,91	45,47	42,21
alle Wirtschaftsbereiche	198,44	229,48	342,22	344,04	336,18	352,21
Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung)	110,21	127,60	192,06	195,25	193,29	205,54

Tabelle 5.1.–19

Verteilung der Einnahmen in den Staatshaushaltsplänen der DDR auf die verschiedenen staatlichen Ebenen (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) 1971 bis 1985

	Staatshaushalt insgesamt (Spalten 2 und 7)	Zentraler Haushalt					Haushalte der Bezirke		
		Zentr. Haushalt insgesamt (Spalten 3 und 4)	Haushalte der zentralen Staatsorgane	Haushalt der Sozialversicherung			Einnahmen insgesamt	Davon: Anteile an den Gesamteinnahmen des Staates	Zentralaufgebr. Mittel in vH zu den Gesamteinnahmen der Bezirkshaushalte
				Beitragseinnahmen	Zuschüsse aus dem Haushalt der zentr. Staatsorgane	Zuschüsse in vH zum Haushaltsvolumen d. Sozialversicherung			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	in Mrd. Mark								
1971	75,8	60,4	51,4	9,0	5,8	–	15,4	6,8	–
1976	115,9	87,6	75,6	11,9	9,0	–	28,4	15,4	–
1980	155,4	120,8	105,7	15,1	13,2	–	34,6	20,8	–
1981	164,5	128,8	113,6	15,2	13,7	–	35,7	20,4	–
1982	177,9	141,6	126,2	15,3	13,8	–	36,3	19,7	–
1983	189,7	152,5	136,6	15,9	13,9	–	37,2	18,3	–
1984	209,6	163,4	146,8	16,6	13,4	–	46,3	24,2	–
1985	231,1	186,6	169,7	16,9	14,3	–	44,5	18,0	–
	Anteile in vH[1]								
1971	*100*	*79,7*	*67,8*	*11,8*	*7,6*	*39,1*	*20,3*	*8,9*	*43,8*
1976	*100*	*75,5*	*65,2*	*10,3*	*7,8*	*43,0*	*24,5*	*13,3*	*54,2*
1980	*100*	*77,8*	*68,0*	*9,7*	*8,5*	*46,7*	*22,2*	*13,4*	*60,1*
1981	*100*	*78,3*	*69,1*	*9,2*	*8,3*	*47,3*	*21,7*	*12,4*	*57,2*
1982	*100*	*79,6*	*71,0*	*8,6*	*7,8*	*47,4*	*20,4*	*11,1*	*54,3*
1983	*100*	*80,4*	*72,0*	*8,4*	*7,3*	*46,6*	*19,6*	*9,6*	*49,2*
1984	*100*	*77,9*	*70,0*	*7,9*	*6,4*	*44,6*	*22,1*	*11,6*	*52,4*
1985	*100*	*80,7*	*73,4*	*7,3*	*6,2*	*45,8*	*19,3*	*7,8*	*40,5*

[1] Spalten 6 und 9 in vH zu den jeweiligen Teilhaushalten; Spalte 5 in den Werten von Spalte 3 enthalten.

Tabelle 5.1.–20

Staatshaushalt der DDR: Einnahmen 1971 bis 1984
in Mrd. Mark

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe	9,4	14,3	18,2	19,8	21,5	22,9	25,1
Nettogewinn	11,2	22,7	40,1	42,1	53,6	55,7	40,4
Produktgebundene Abgaben	19,6	33,8	39,3	37,7	38,4	39,3	50,2
Beitrag für gesellschaftliche Fonds	–	–	–	–	–	–	20,1
Abgaben der Banken	1,4	3,7	6,1	6,8	7,4	7,3	7,6
Abgaben der Landwirtschaft	1,1	1,1	1,4	1,2	1,1	1,4	5,1
Einnahmen von PGH und anderen Genossenschaften	3,7	2,6	3,1	3,3	3,7	4,0	3,8
Einnahmen von privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden	2,9	2,4	3,0	3,2	3,6	3,8	4,0
Lohnsteuer der Arbeiter und Angestellten[1]	3,8	5,5	6,8	7,2	7,6	7,9	8,2
Einnahmen der Sozialversicherung	10,0	12,3	15,2	15,7	16,1	16,5	17,0
Gemeindesteuern	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Sonstige ausgewiesene Einnahmen	10,1	7,0	10,4	11,0	11,8	12,6	13,4
Nicht ausgewiesene Einnahmen	6,3	11,8	16,5	19,0	17,4	20,4	18,1
Gesamteinnahmen	80,2	117,6	160,7	167,5	182,8	192,4	213,5

[1] 1971 einschließlich Steuern der freiberuflich Tätigen.

Tabelle 5.1.–21

Staatshaushalt der DDR: Struktur der Einnahmen 1971 bis 1984
Anteile in vH

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe	11,8	12,1	11,3	11,8	11,8	11,9	11,7
Nettogewinn	13,9	19,3	25,0	25,1	29,3	28,9	18,9
Produktgebundene Abgaben	24,4	28,8	24,5	22,5	21,0	20,4	23,5
Beitrag für gesellschaftliche Fonds	–	–	–	–	–	–	9,4
Abgaben der Banken	1,7	3,2	3,8	4,0	4,1	3,8	3,6
Abgaben der Landwirtschaft	1,3	1,0	0,9	0,7	0,6	0,7	2,4
Einnahmen von PGH und anderen Genossenschaften	4,7	2,2	1,9	2,0	2,0	2,1	1,8
Einnahmen von privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden	3,7	2,0	1,9	1,9	2,0	2,0	1,9
Lohnsteuer der Arbeiter und Angestellten[1]	4,8	4,7	4,2	4,3	4,2	4,1	3,8
Einnahmen der Sozialversicherung	12,5	10,4	9,5	9,4	8,8	8,6	7,9
Gemeindesteuern	0,7	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
Sonstige ausgewiesene Einnahmen	12,6	6,0	6,5	6,6	6,5	6,6	6,3
Nicht ausgewiesene Einnahmen	7,8	10,0	10,3	11,4	9,5	10,6	8,5
Gesamteinnahmen	100	100	100	100	100	100	100

[1] 1971 einschließlich Steuern der freiberuflich Tätigen.

Tabelle 5.1.–22

Einnahmen des Staatshaushalts der DDR: Gegenüberstellung von Haushaltsplan (P) und Haushaltsrechnung (R) in Mrd. Mark

	1980		1981		1982		1983		1984		1985	
	P	R	P	R	P	R	P	R	P	R	P	R
Volkseigene Wirtschaft (ohne Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft)	111,4	.	119,5	.	130,3	.	139,2	.	157,7	.	174,0	.
Volkseigene und genossenschaftliche Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	5,1	.	5,5	.	6,1	.	7,1	.	7,8	.	10,1	.
Volkseigene Wirtschaft und genossenschaftliche Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft insgesamt	116,5	.	125,0	.	136,4	.	146,3	.	165,4	.	184,1	.
In der Haushaltsrechnung ausgewiesene Einnahmen aus diesem Wirtschaftssektor[1]	.	106,1	.	108,6	.	123,1	.	128,3	.	150,5	.	159,7
davon												
Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe	.	18,2	.	19,8	.	21,5	.	22,9	.	25,1	.	28,8
Nettogewinnabführung	.	40,1	.	42,1	.	53,6	.	55,7	.	40,4	.	40,5
Produktgebundene Abgaben	.	39,3	.	37,7	.	38,4	.	39,3	.	50,2	.	46,0
Beitrag für gesellsch. Fonds	–	–	–	–	–	–	–	–	.	20,1	.	26,6
Abführung der Banken	.	6,1	.	6,8	.	7,4	.	7,3	.	7,6	.	8,5
Abgaben ldw. Betriebe	.	1,4	.	1,2	.	1,1	.	1,4	.	5,1	.	5,9
Gebühren und Beitragszahlungen der volkseigenen Wirtschaft und der Landwirtschaft[2]	.	0,9	.	1,1	.	1,0	.	1,6	.	2,0	.	3,4
Steuern und Abgaben[1]	13,3	13,4	14,1	14,3	15,2	15,4	15,7	16,2	16,1	16,5	17,2	17,7
davon												
Abgaben von PGH und anderen Genossenschaften	.	3,1	.	3,3	.	3,7	.	4,0	.	3,8	.	4,3
Abgaben privater Handwerker und Gewerbetreibender	.	3,0	.	3,2	.	3,6	.	3,8	.	4,0	.	4,4
Lohnsteuer	.	6,8	.	7,2	.	7,6	.	7,9	.	8,2	.	8,5
Gemeindesteuern	.	0,5	.	0,5	.	0,5	.	0,5	.	0,5	.	0,5
Einnahmen aus der Forschung der Akademie der Wissenschaften und der Hochschulen	.	0,4	.	0,5	.	0,6	.	0,6	.	0,7	.	0,7
darunter												
Akademie der Wissenschaften	0,2	.	0,2	.	0,2	.	0,3	.	0,3	.	0,3	.
Einnahmen des Gesundheitswesens	6,5	6,5	6,7	6,7	6,9	7,4	7,5	7,5	7,7	7,8	8,1	8,1
Einnahmen der Sozialversicherung	15,4	15,2	15,5	15,7	15,6	16,1	16,2	16,5	16,9	17,0	17,2	17,3
Mieteinnahmen der kommunalen Wohnungsverwaltungen	.	0,2	.	0,2	.	0,3	.	0,3	.	0,3	.	0,3
Sonstige Gebühren, Beiträge und Nutzungsentgelte[3]	2,2	2,3	2,3	2,5	2,4	2,5	2,5	2,6	2,6	2,7	2,7	2,8
Nicht ausgewiesene Einnahmenpositionen[4]	1,3	16,5	0,8	19,0	2,2	17,4	1,2	20,4	0,6	18,1	1,6	28,9
Gesamteinnahmen	155,4	160,7	164,5	167,5	177,9	182,8	189,7	192,4	209,6	213,5	231,1	235,5

[1] Errechnet aus den Einzelpositionen der Haushaltsrechnung.
[2] Einnahmen der staatlichen Einrichtungen der Landwirtschaft, der Wasserwirtschaftsdirektionen und aus Bodennutzungsgebühren.
[3] Einnahmen des Bildungswesens, der Einrichtungen für Kultur, Jugend, Erholung, Sport, des Rundfunks und Fernsehens, aus kommunalen Dienstleistungen sowie Gebühren und Verwaltungseinnahmen.
[4] Als Differenz ermittelt.

Quellen: Haushaltspläne und Haushaltsrechnungen der DDR.

Tabelle 5.1.–23

Entwicklung der Einnahmen des Staatshaushalts in der DDR nach Einnahmenarten 1971 bis 1984

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	in Mrd. Mark						
Steuern [1]	58,5	86,6	118,6	121,8	137,5	142,8	165,0
Sozialversicherungsbeiträge	10,0	12,2	15,2	15,7	16,1	16,5	17,0
Sonstige Einnahmen [2]	8,4	14,0	21,1	24,1	22,6	26,4	24,7
Gesamteinnahmen [3]	76,9	112,8	154,9	161,6	176,2	185,7	206,7
	Anteile in vH						
Steuern [1]	*76,1*	*76,8*	*76,6*	*75,4*	*78,0*	*76,9*	*79,8*
Sozialversicherungsbeiträge	*13,0*	*10,8*	*9,8*	*9,7*	*9,1*	*8,9*	*8,2*
Sonstige Einnahmen [2]	*10,9*	*12,4*	*13,6*	*14,9*	*12,8*	*14,2*	*12,0*
Gesamteinnahmen [3]	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*

[1] Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe, Nettogewinnabführung, produktgebundene Abgaben, Beitrag für gesellschaftliche Fonds (ab 1984), Abführungen der Banken, Abgaben der Landwirtschaft, Einnahmen von PGH und anderen sozialistischen Genossenschaften, Einnahmen von privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden, Lohnsteuer der Arbeiter und Angestellten, Gemeindesteuern, Einnahmen von Betrieben mit staatlicher Beteiligung (bis 1972). – Im Unterschied zu Tabelle 5.1.–22 erfolgt die Abgrenzung der Steuern hier entsprechend der westlichen Definition.

[2] Alle sonstigen ausgewiesenen Einnahmenpositionen und nichtausgewiesene Einnahmen abzüglich der Leistungen des Gesundheitswesens durch die Sozialversicherung und der Einnahmen von Rundfunk und Fernsehen.

[3] Ohne Zahlungen der Sozialversicherung an das Gesundheitswesen und die Einnahmen von Rundfunk und Fernsehen. Für die Jahre 1971 bis 1976 werden diese Größen geschätzt.

Tabelle 5.1.–24

Staatshaushalt der DDR: Ausgaben DDR-Systematik 1971 bis 1984
in Mrd. Mark

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
Forschung	2,5	2,0	2,6	2,8	2,9	2,9	2,9
Investitionen	5,3	6,7	5,8	6,6	8,1	8,1	7,1
Verkehrswege	2,8	3,0	2,9	3,1	3,1	3,2	3,7
Subventionen an VEW	3,9	5,9	7,1	7,5	7,2	7,6	25,3
davon							
Produktgebundene Subventionen für Roh- und Grundstoffe	–	3,8	6,1	6,9	5,5	6,7	8,3
Preisausgleichsfonds/Erlöszuschläge[1]	–	2,1	1,0	0,7	1,7	0,9	17,0
Zuwendungen an die Landwirtschaft	2,7	4,8	8,5	8,6	9,6	11,4	4,2
davon							
Zuwendungen für Melioration und andere produktionsfördernde Maßnahmen	2,4	2,5	2,4	2,2	2,7	3,6	2,2
Produktgebundene Subventionen für Produktionsmittel	0,3	2,4	6,1	6,4	6,9	7,8	2,0
Sonstige Staatsausgaben im Bereich Land- und Forstwirtschaft	–	–	0,6	0,7	1,0	0,6	0,7
Ausgaben für Wasserwirtschaft	–	–	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7
Subventionen für Verbraucherpreise und Tarife	8,5	13,1	17,0	20,5	21,6	22,0	31,9
Wohnungswirtschaft und Mietsubventionen[2]	2,5	4,6	7,2	8,4	9,0	9,5	11,9
Bildungswesen	6,4	8,8	9,8	10,6	11,0	11,1	11,8
Gesundheits- und Sozialwesen	6,1	8,2	9,5	10,0	11,0	11,2	11,8
Kultur, Sport, Erholung	11,0	2,0	2,7	3,0	3,1	3,3	3,5
Rundfunk/Fernsehen	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8
Sozialversicherung	6,2	22,2	29,4	29,6	30,5	30,5	30,9
Staatsapparat und Wirtschaftsverwaltung	3,0	3,6	3,7	3,8	3,8	3,7	3,8
Verteidigung, Innere Sicherheit, Rechtspflege	7,2	10,2	13,2	14,2	15,1	16,0	17,1
Kommunale Maßnahmen und Dienstleistungen	–	–	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Nicht ausgewiesene Ausgaben	10,6	20,2	38,2	35,6	43,0	48,3	42,8
Gesamtausgaben	79,1	117,1	160,3	167,2	182,1	191,7	211,8

[1] Bis 1983 „Preisausgleichsfonds" bzw. „Preisausgleichsfonds für Industriebetriebe zum zeitweiligen Ausgleich von Auswirkungen planmäßiger Industriepreisänderungen", 1984 „Staatlicher Erlöszuschlag für Betriebe zum zeitweiligen Ausgleich von Auswirkungen aus der Einführung des Beitrags für gesellschaftliche Fonds und von Auswirkungen planmäßiger Industriepreisänderungen".

[2] Mit Beginn der Haushaltsrechnung 1982 wird die Position „Krediterlaß für junge Eheleute und Zinserlaß für inanspruchgenommene Kredite" nicht mehr im Rahmen der Aufwendungen für das Wohnungswesen, sondern getrennt ausgewiesen. Entsprechend der ursprünglichen Praxis wurde diese Position hier wieder hinzuaddiert.

Tabelle 5.1.–25

Staatshaushalt der DDR: Struktur der Ausgaben DDR-Systematik 1971 bis 1984
Anteile in vH

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
Forschung	3,1	1,7	1,6	1,7	1,6	1,5	1,4
Investitionen	6,7	5,8	3,6	4,0	4,5	4,2	3,4
Verkehrswege	3,5	2,6	1,8	1,9	1,7	1,7	1,7
Subventionen an VEW	5,0	5,0	4,4	4,5	4,0	4,0	12,0
davon							
Produktgebundene Subventionen für Roh- und Grundstoffe	–	3,2	3,8	4,1	3,0	3,5	3,9
Preisausgleichsfonds/Erlöszuschläge[1]	–	1,8	0,6	0,4	0,9	0,5	8,1
Zuwendungen an die Landwirtschaft	3,5	4,1	5,3	5,1	5,3	6,0	2,0
davon							
Zuwendungen für Melioration und andere produktionsfördernde Maßnahmen	3,1	2,1	1,5	1,3	1,5	1,9	1,0
Produktgebundene Subventionen für Produktionsmittel	0,4	2,0	3,8	3,8	3,8	4,1	1,0
Sonstige Staatsausgaben im Bereich Land- und Forstwirtschaft	–	–	0,4	0,4	0,5	0,3	0,3
Ausgaben für Wasserwirtschaft	–	–	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3
Subventionen für Verbraucherpreise und Tarife	10,8	11,2	10,6	12,2	11,9	11,5	15,1
Wohnungswirtschaft und Mietsubventionen[2]	3,2	4,0	4,5	5,0	4,9	5,0	5,6
Bildungswesen	8,0	7,5	6,1	6,3	6,0	5,8	5,6
Gesundheits- und Sozialwesen	7,7	7,0	5,9	6,0	6,0	5,8	5,6
Kultur, Sport, Erholung	1,2	1,7	1,7	1,8	1,7	1,7	1,7
Rundfunk/Fernsehen	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Sozialversicherung	20,5	19,0	18,3	17,7	16,7	15,9	14,6
Staatsapparat und Wirtschaftsverwaltung	3,7	3,0	2,3	2,3	2,1	1,9	1,8
Verteidigung, Innere Sicherheit, Rechtspflege	9,0	8,7	8,2	8,5	8,3	8,3	8,1
Kommunale Maßnahmen und Dienstleistungen	–	–	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
Nicht ausgewiesene Ausgaben	13,4	17,2	23,8	21,3	23,6	25,2	20,2
Gesamtausgaben	100	100	100	100	100	100	100

[1] Bis 1983 „Preisausgleichsfonds" bzw. „Preisausgleichsfonds für Industriebetriebe zum zeitweiligen Ausgleich von Auswirkungen planmäßiger Industriepreisänderungen", 1984 „Staatlicher Erlöszuschlag für Betriebe zum zeitweiligen Ausgleich von Auswirkungen aus der Einführung des Beitrags für gesellschaftliche Fonds und von Auswirkungen planmäßiger Industriepreisänderugen".

[2] Mit Beginn der Haushaltsrechung 1982 wird die Position „Krediterlaß für junge Eheleute und Zinserlaß für inanspruchgenommene Kredite" nicht mehr im Rahmen der Aufwendungen für das Wohnungswesen, sondern getrennt ausgewiesen. Entsprechend der ursprünglichen Praxis wurde diese Position hier wieder hinzuaddiert.

Tabelle 5.1.–26

Ausgaben des Staatshaushalts der DDR: Gegenüberstellung von Haushaltsplan (P) und Haushaltsrechnung (R) in Mrd. Mark

	1980		1981		1982		1983		1984		1985	
	P	R	P	R	P	R	P	R	P	R	P	R
Volkseigene Wirtschaft (ohne Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft)	36,5	.	35,0	.	39,3	.	47,5	.	52,4	.	63,8	.
Volkseigene und genossenschaftliche Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	11,0	.	11,2	.	12,1	.	12,2	.	12,6	.	8,7	.
Volkseigene Wirtschaft und genossenschaftliche Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	47,5	.	46,1	.	51,4	.	59,7	.	65,0	.	72,4	.
In der Haushaltsrechnung ausgewiesene Ausgaben für diesen Wirtschaftssektor (ohne Investitionen)[1]	.	18,1	.	19,0	.	20,0	.	21,9	.	32,5	.	24,7
Volkseigene Wirtschaft[1]	.	8,7	.	9,3	.	9,1	.	9,5	.	27,2	.	17,4
Subventionen für Roh- und Grundstoffe	.	6,1	.	6,9	.	5,5	.	6,7	.	8,3	.	10,1
Preisausgleichfonds/ Erlöszuschlag	.	1,0	.	0,7	.	1,7	.	0,9	.	17,0	.	4,9
Wissenschaft u. Technik/VEW	.	1,1	.	1,2	.	1,2	.	1,2	.	1,1	.	1,5
Wasserwirtschaft	.	0,5	.	0,6	.	0,7	.	0,7	.	0,7	.	0,8
Land- und Forstwirtschaft[1]	.	9,4	.	9,6	.	10,9	.	12,4	.	5,3	.	7,3
Subventionen, Produktionsmittel	.	6,1	6,3	6,4	7,7	6,9	7,7	7,8	2,1	2,0	4,5	4,0
Subventionen, Melioration usw.	.	2,4	2,5	2,2	2,8	2,7	3,1	3,6	2,3	2,2	2,3	2,3
Veterinärwesen, Pflanzenschutz, Rekultivierung	.	0,6	.	0,7	.	1,0	.	0,6	.	0,7	.	0,7
Wissenschaft und Technik/ Land- und Forstwirtschaft	.	0,3	.	0,3	.	0,4	.	0,4	.	0,4	.	0,4
Investitionen	.	5,8	.	6,6	.	8,1	.	8,1	.	7,1	.	6,7
Investitionen Kultur-, Sozial- und Bildungseinrichtungen	1,3	.	1,3	.	1,5	.	1,4	.	1,3	.	1,3	.
Investitionen sowie Wissenschaft und Technik in Hoch- und Fachschulen, Gesundheitswesen, anderen staatl. Einrichtungen	.	.	.	.	1,1	.	1,4	.	1,3	.	1,4	.
Forschung und Entwicklung in Universitäten, Hoch- und Fachschulen, staatlichen Organen, gesellschaftswissenschaftliche Forschung	.	0,7	.	0,7	.	0,8	.	0,7	.	0,7	.	0,8
Akademie der Wissenschaften	0,7	.	0,8	.	0,8	.	0,9	.	0,8	.	0,8	.
Forschung u. Entwicklung AdW	.	0,5	.	0,5	.	0,6	.	0,6	.	0,6	.	0,7
Verkehrswege	3,0	2,9	3,1	3,1	3,2	3,1	3,2	3,2	3,5	3,7	4,5	4,7
Wohnungswesen[2]	7,3	7,2	7,9	8,4	8,8	9,0	9,8	9,5	11,3	11,9	13,5	14,3
Subventionen der Verbraucherpreise und Tarife[3]	16,4	17,0	19,8	20,5	21,2	21,6	21,8	22,0	33,1	31,9	40,0	40,7
Bildungswesen	10,0	9,8	10,7	10,6	11,1	11,0	11,2	11,1	11,9	11,8	12,4	12,4
Gesundheits- und Sozialwesen	9,5	9,5	9,8	10,0	11,1	11,0	11,1	11,2	11,6	11,8	12,3	12,4
Sozialversicherung	29,4	29,4	29,9	29,6	30,2	30,5	30,8	30,5	31,0	30,9	32,4	32,5
Kultur, Sport, Erholung, Jugend, Rundfunk, Fernsehen, Kommunale Dienste	4,2	4,1	4,3	4,6	4,7	4,7	4,7	4,9	4,9	5,1	5,2	5,5
Öffentliche Sicherheit, Rechtspflege, Grenzbewachung	3,7	3,7	3,9	3,9	4,2	4,2	4,4	4,4	4,7	4,7	5,0	5,0
Verteidigung	9,4	9,4	10,2	10,1	10,8	10,8	11,4	11,4	12,2	12,2	13,0	13,0
Zivilverteidigung, Brandschutz	.	0,1	.	0,1	.	0,1	.	0,1	.	0,1	.	0,1
Außenpolitische Aufgaben	0,1	.	0,2	.	0,2	.	0,2	.	0,2	.	0,2	.
Staatsapparat, Wirtschaftsleitung	3,7	3,7	3,7	3,8	3,8	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	3,9	4,1
Nicht ausgewiesene Ausgabenpositionen[4]	9,1	38,2	12,6	35,6	13,8	43,0	13,7	48,3	12,6	42,8	12,5	56,8
Gesamtausgaben	155,3	160,3	164,4	167,2	177,8	182,1	189,6	191,7	209,5	211,8	230,9	234,4

[1] Errechnet aus den Einzelpositionen der Haushaltsrechnung.
[2] Einschließlich Kredit- und Zinserlaß für junge Eheleute.
[3] Einschließlich kleiner Preiskorrekturen und Saisonmaßnahmen.
[4] Als Differenz ermittelt.

Quellen: Haushaltspläne und Haushaltsrechnungen der DDR.

Tabelle 5.1.–27

Staatshaushalt der DDR: Ausgaben nach volkswirtschaftlichen Arten 1978 bis 1984

	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
	in Mrd. Mark						
Personalausgaben/Sachaufwand [1]	40	42	44	47	50	51	53
abzüglich Verkäufe	– 4	– 4	– 5	– 5	– 5	– 6	– 7
= Staatsverbrauch	36	38	39	42	44	45	47
Transferausgaben lt. Haushaltsrechnung [2]	53	55	60	65	67	70	92
an Unternehmen [2]	32	34	37	42	44	47	69
an Haushalte	21	21	23	23	23	23	23
Geschätzte Gesamthöhe der Transferausgaben [2]	68	73	91	91	98	105	123
an Unternehmen [2]	47	52	68	68	75	82	100
Bruttoinvestitionen [3]	11	11	11	12	14	14	14
Zinsausgaben/Tilgungen	2	2	2	2	2	3	3
Nicht zuzuordnende Ausgaben	6	7	7	9	12	12	12
Gesamtausgaben [4]	127	135	155	161	176	185	205
	in vH						
Personalausgaben/Sachaufwand	*32*	*31*	*28*	*29*	*28*	*28*	*26*
Verkäufe	*3*	*3*	*3*	*3*	*3*	*3*	*3*
Staatsverbrauch	*28*	*28*	*25*	*26*	*25*	*24*	*23*
Transferausgaben lt. Haushaltsrechnung	*42*	*41*	*39*	*40*	*38*	*38*	*45*
an Unternehmen	*25*	*25*	*24*	*26*	*25*	*25*	*34*
an Haushalte	*17*	*16*	*15*	*14*	*13*	*12*	*11*
Geschätzte Gesamthöhe der Transferausgaben	*54*	*54*	*59*	*57*	*56*	*57*	*60*
an Unternehmen	*37*	*39*	*44*	*42*	*43*	*44*	*49*
Bruttoinvestitionen	*9*	*8*	*7*	*7*	*8*	*8*	*7*
Zinsausgaben/Tilgungen	*1*	*1*	*1*	*1*	*1*	*1*	*1*
Nicht zuzuordnende Ausgaben	*5*	*5*	*5*	*6*	*7*	*6*	*6*
Gesamtausgaben	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*

[1] Ohne Zahlungen der Sozialversicherung an das Gesundheitswesen. Ausgaben für Rundfunk und Fernsehen abzüglich Einnahmen. Ab 1980 sind die nur im Haushaltsplan aufgeführten Gesamtausgaben der Akademie der Wissenschaften und die Ausgaben für außenpolitische Aufgaben hier berücksichtigt.

[2] Ohne haushaltsfinanzierte Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft.

[3] Einschließlich haushaltsfinanzierte Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft.

[4] Ohne Zahlungen der Sozialversicherung an das Gesundheitswesen. Ausgaben für Rundfunk und Fernsehen abzüglich Einnahmen.

Tabelle 5.1.–28

Ausgaben des Staatshaushalts der DDR nach Aufgabenbereichen 1971 bis 1984 in Mrd. Mark

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
Politische Führung und zentrale Verwaltung[1]	3,6	4,3	4,6	4,8	4,7	4,6	4,7
Verteidigung, öffentliche Sicherheit, Rechtsschutz[2]	7,2	10,2	13,2	14,2	15,1	16,0	17,1
davon							
Verteidigung	.	.	9,4	10,1	10,8	11,4	12,2
Öffentliche Sicherheit, Rechtsschutz[2]	.	.	3,8	4,0	4,3	4,6	4,9
Bildung und Forschung[5]	9,9	12,1	14,0	15,1	15,6	15,7	16,4
davon							
Schulen, sonstiges Bildungswesen (ohne Hochschulen)[3]	5,7	8,0	9,0	9,7	9,8	9,9	10,5
Hochschulen, Wissenschaft und Forschung[4]	4,2	4,1	5,0	5,4	5,8	5,8	5,8
Kulturelle Angelegenheiten[5]	0,7	1,5	1,7	1,8	1,9	1,9	2,1
Sport, Erholung, Jugendeinrichtungen[6]	0,4	0,8	1,2	1,4	1,5	1,6	1,6
Gesundheit, soziale Sicherung[6]	19,6	26,6	34,3	34,9	36,0	36,0	36,9
Wohnungswesen, kommunale Gemeinschaftsdienste[7]	3,8	6,6	9,3	10,3	10,8	11,2	13,7
Verkehr und Nachrichtenwesen[8]	4,5	5,7	6,1	6,2	6,3	6,5	7,1
Wirtschaftsförderung einschließlich geschätzte Zahlungen an Unternehmensbereich in den nicht ausgewiesenen Ausgaben	20,8	36,3	63,9	63,5	71,5	78,8	93,7
Wirtschaftsförderung ohne nicht ausgewiesene Ausgaben	15,6	22,6	32,9	37,5	40,5	42,8	62,7
Gesamtausgaben *	75,7	112,3	154,6	161,4	175,6	185,1	204,9

* Ohne Zahlungen der Sozialversicherung an das Gesundheitswesen. Ausgaben für Rundfunk und Fernsehen abzüglich Einnahmen.

[1] Ab 1980 einschließlich der im Haushaltsplan ausgewiesenen Ausgaben für außenpolitische Ausgaben, die den Etat des Außenministeriums einschließlich der Auslandsvertretungen der DDR beinhalten dürften.

[2] Ab 1978 einschließlich Zivilverteidigung und Brandschutz.

[3] Einschließlich 75 vH der Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kunst abzüglich der vermutlich in den Aufwendungen für komplexen Wohnungsbau enthaltenen Ausgaben für Einrichtungen der Volksbildung.

[4] Einschließlich 20 vH der Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kunst.

[5] Einschließlich 5 vH der Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kunst.

[6] Der Anteil des Gesundheits- und Sozialwesens an den Gesamtinvestitionen in das Gesundheits- und Sozialwesen, Sport und Erholungswesen wurde auf 80 vH geschätzt, der Anteil der restlichen Sektoren auf 20 vH. Von diesen Summen wurden jeweils die vermutlich in den Aufwendungen für komplexen Wohnungsbau enthaltenen Ausgaben abgezogen.

[7] Einschließlich 50 vH der Investitionen in Kommunalwirtschaft und Dienstleistungen und einschließlich Subventionen für Trinkwasser und Abwasserbehandlung. Die ab 1978 in den Haushaltsrechnungen ausgewiesenen Ausgaben für kommunale Maßnahmen und Dienstleistungen wurden für die Jahre 1971 bis 1977 geschätzt mit einer jährlichen Zuwachsrate von jeweils 10 Mill. Mark.

[8] Einschließlich Subventionen für öffentlichen Personenverkehr und Nettoausgaben für Rundfunk und Fernsehen.

Tabelle 5.1.–29

Ausgabenstruktur des Staatshaushalts der DDR nach Aufgabenbereichen 1971 bis 1984
Anteile in vH

	1971	1976	1980	1981	1982	1983	1984
Politische Führung und zentrale Verwaltung[1]	4,8	3,8	3,0	3,0	2,7	2,5	2,3
Verteidigung, öffentliche Sicherheit, Rechtsschutz[2]	9,5	9,1	8,5	8,8	8,6	8,6	8,4
davon							
Verteidigung	.	.	6,1	6,3	6,2	6,2	6,0
Öffentliche Sicherheit, Rechtsschutz[2]	.	.	2,5	2,5	2,5	2,5	2,4
Bildung und Forschung[5]	13,1	10,8	9,1	9,4	8,9	8,5	8,0
davon							
Schulen, sonstiges Bildungswesen (ohne Hochschulen)[3]	7,5	7,1	5,8	6,0	5,6	5,4	5,1
Hochschulen, Wissenschaft und Forschung[4]	5,6	3,7	3,2	3,4	3,3	3,1	2,8
Kulturelle Angelegenheiten[5]	0,9	1,3	1,1	1,1	1,1	1,0	1,0
Sport, Erholung, Jugendeinrichtungen[6]	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,8
Gesundheit, soziale Sicherung[6]	25,9	23,7	22,2	21,6	20,5	19,5	18,0
Wohnungswesen, kommunale Gemeinschaftsdienste[7]	5,0	5,9	6,0	6,4	6,2	6,1	6,7
Verkehr und Nachrichtenwesen[8]	5,9	5,1	4,0	3,8	3,6	3,5	3,5
Wirtschaftsförderung einschließlich geschätzte Zahlungen an Unternehmensbereich in den nicht ausgewiesenen Ausgaben	27,5	32,3	41,3	39,3	40,7	42,6	45,7
Wirtschaftsförderung ohne nicht ausgewiesene Ausgaben	20,6	20,1	21,3	23,2	23,1	23,1	30,6
Gesamtausgaben *	100	100	100	100	100	100	100

Anmerkungen wie Tabelle 5.1.–28

Tabelle 5.2.–1

Öffentliche Einkommensübertragungen an private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland in Mrd. DM

	1970	1977	1978	1980	1981	1982	1983
Sozialversicherungsrenten und Pensionen	67,72	154,73	160,44	179,11	188,92	199,77	204,33
Renten der Rentenversicherung[1]	48,44	117,32	120,99	133,33	140,04	149,22	152,75
Sonstige Sozialversicherungsrenten[2]	4,95	11,19	11,97	14,60	16,06	17,10	18,02
Beamtenpensionen (netto)[3]	14,33	26,22	27,48	31,18	32,82	33,45	33,56
Kriegsfolgeleistungen	8,13	11,95	12,07	12,31	12,25	12,34	12,08
Kriegsopferversorgung	5,93	9,78	9,94	10,22	10,28	10,47	10,34
Sonstige Kriegsfolgeleistungen[4]	2,20	2,17	2,13	2,09	1,97	1,87	1,74
Geldleistungen der Krankenversicherung[5]	3,89	6,87	7,37	9,91	9,95	9,46	9,50
Arbeitslosengeld und -hilfe	2,71	11,80	13,57	16,63	25,27	32,96	33,87
Kindergeld	2,82	13,78	14,96	16,93	18,46	16,18	14,66
Sozialhilfe, Wohngeld	2,67	6,80	7,33	8,03	9,23	10,05	10,51
Sonstige Einkommensübertragungen[6]	1,19	5,29	5,69	7,88	8,13	7,91	7,52
Insgesamt	89,13	211,22	221,43	250,80	272,21	288,67	292,47
Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen[7]	5,23	17,36	16,73	20,16	24,95	28,75	27,52
Insgesamt	83,90	193,86	204,70	230,64	247,26	259,92	264,95

[1] Geldleistungen der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten sowie der Knappschaftlichen Rentenversicherung.
[2] Geldleistungen der Unfallversicherungen, der landwirtschaftlichen Alterskassen und der Zusatzversorgungsanstalten für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.
[3] Öffentliche Pensionen nach Abzug der auf diese Pensionen entfallenden Steuern.
[4] Lastenausgleich, Wiedergutmachung und Kriegsgefangenen- und Häftlingsentschädigungen.
[5] Einschließlich Mutterschafts- und Mutterschaftsurlaubsgeld.
[6] Ausbildungsbeihilfen, Beihilfen und Unterstützungen im öffentlichen Dienst, übrige soziale Leistungen.
[7] 1983 einschließlich Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Reihe 1: Konten und Standardtabellen 1983.

Tabelle 5.2.–2

Struktur der öffentlichen Einkommensübertragungen an private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland
Anteile in vH

	1970	1977	1978	1980	1981	1982	1983
Sozialversicherungsrenten und Pensionen	76,0	73,2	72,4	71,4	69,4	69,2	69,9
Renten der Rentenversicherung [1]	54,3	55,5	54,6	53,2	51,4	51,7	52,2
Sonstige Sozialversicherungsrenten [2]	5,6	5,3	5,4	5,8	5,9	5,9	6,2
Beamtenpensionen (netto) [3]	16,1	12,4	12,4	12,4	12,1	11,6	11,5
Kriegsfolgeleistungen	9,1	5,7	5,5	4,9	4,5	4,3	4,1
Kriegsopferversorgung	6,6	4,6	4,5	4,1	3,8	3,6	3,5
Sonstige Kriegsfolgeleistungen [4]	2,5	1,1	1,0	0,8	0,7	0,7	0,6
Geldleistungen der Krankenversicherung [5]	4,4	3,3	3,3	4,0	3,6	3,3	3,2
Arbeitslosengeld und -hilfe	3,0	5,6	6,1	6,6	9,3	11,4	11,6
Kindergeld	3,2	6,5	6,8	6,8	6,8	5,6	5,0
Sozialhilfe, Wohngeld	3,0	3,2	3,3	3,2	3,4	3,5	3,6
Sonstige Einkommensübertragungen [6]	1,3	2,5	2,6	3,1	3,0	2,7	2,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen [7]	5,9	8,2	7,6	8,0	9,2	10,0	9,4
Insgesamt	94,1	91,8	92,4	92,0	90,8	90,0	90,6

Anmerkungen und Quelle wie Tabelle 5.2.–1

Tabelle 5.2.–3

Öffentliche Einkommensübertragungen an private Haushalte in der DDR

	1970	1975	1978	1980	1981	1982	1983
	in Mrd. Mark						
Sozialversicherungsrenten und Altersversorgung	8,7	12,2	13,9	15,5	15,4	15,3	15,3
Sozialversicherungsrenten	8,4	11,6	13,3	14,8	14,7	14,6	14,5
Altersversorgung der Intelligenz und Sonderversorgungen	0,3	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,8
Kriegsfolgeleistungen [1]	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Geldleistungen bei Krankheit [2]	1,6	2,3	4,6	5,1	5,1	5,3	5,2
Kindergeld [3]	1,5	1,3	1,2	1,1	1,1	1,2	1,2
Sozialfürsorge	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sonstige Übertragungen [4]	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	1,0	1,0
Insgesamt	12,8	16,8	20,8	22,8	22,8	23,2	23,1
	Anteile in vH						
Sozialversicherungsrenten und Altersversorgung	*68,0*	*72,6*	*66,8*	*68,0*	*67,6*	*66,0*	*66,3*
Sozialversicherungsrenten	*65,6*	*69,0*	*63,9*	*64,9*	*64,5*	*63,0*	*62,8*
Altersversorgung der Intelligenz und Sonderversorgungen	*2,4*	*3,6*	*2,9*	*3,1*	*3,1*	*3,0*	*3,5*
Kriegsfolgeleistungen [1]	*3,1*	*1,8*	*1,4*	*1,3*	*1,3*	*1,3*	*1,3*
Geldleistungen bei Krankheit [2]	*12,5*	*13,7*	*22,1*	*22,4*	*22,4*	*22,8*	*22,5*
Kindergeld [3]	*11,7*	*7,7*	*5,8*	*4,8*	*4,8*	*5,2*	*5,2*
Sozialfürsorge	*0,8*	*0,6*	*0,5*	*0,4*	*0,4*	*0,4*	*0,4*
Sonstige Übertragungen [4]	*3,9*	*3,6*	*3,4*	*3,1*	*3,5*	*4,3*	*4,3*
Insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*

[1] Kriegsopferrenten, Ehrenpensionen.
[2] Kranken- und Hausgeld, Barleistungen bei Mutterschaft (einschließlich staatliche Geburtenbeihilfe).
[3] Einschließlich Ehegattenzuschläge.
[4] Stipendien, Ausbildungsbeihilfen, Barzuwendungen an kinderreiche Familien, sonstige Barleistungen der Sozialversicherung.

Quellen: Mitzscherling P.: Zweimal deutsche Sozialpolitik. Sonderhefte des DIW. Nr. 123/1978. – Vortmann H.: Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 85/1985. – Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 5.2.–4

Öffentliche soziale Sach- und Geldleistungen an private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland

	1970	1977	1980	1981	1982	1983
	in Mrd. DM					
Geldleistungen	83,90	193,86	230,64	247,26	259,92	264,95
Sachleistungen	25,23	72,61	92,65	100,46	102,17	104,96
Sozialversicherung	22,14	63,38	80,48	87,01	87,87	89,81
Gebietskörperschaften	3,09	9,23	12,17	13,45	14,30	15,15
Insgesamt	109,13	266,47	323,29	347,72	362,09	369,91
Bruttoinlandsprodukt	675,30	1 196,11	1 481,36	1 544,12	1 600,32	1 667,48
	in vH des Bruttoinlandsprodukts (BIP = 100)					
Geldleistungen	*12,4*	*16,2*	*15,6*	*16,0*	*16,2*	*15,9*
Sachleistungen	*3,8*	*6,1*	*6,2*	*6,5*	*6,4*	*6,3*
Sozialversicherung	*3,3*	*5,3*	*5,4*	*5,6*	*5,5*	*5,4*
Gebietskörperschaften	*0,5*	*0,8*	*0,8*	*0,9*	*0,9*	*0,9*
Insgesamt	*16,2*	*22,3*	*21,8*	*22,5*	*22,6*	*22,2*

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Reihe 1, Konten und Standardtabellen, 1983 sowie Reihe S.6, Der Staat in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. 1960 bis 1983.

Tabelle 5.2.–5

Öffentliche Geld- und Sachleistungen an private Haushalte in der DDR

	1970	1977	1983
	in Mrd. Mark		
Geldleistungen	12,8	19,2	23,1
Sachleistungen	5,3	ca. 8,9	11,6 – 12,6
Sozialversicherung [1]	4,3	7,3	9,6
Staat	1,0	ca. 1,6	2,0 – 3,0
Insgesamt	18,1	ca. 28,1	34,7 – 35,7
Bruttoinlandsprodukt [2]	151,2	211,2	264,5
	in vH des Bruttoinlandsprodukts (BIP = 100)		
Geldleistungen	*8,5*	*9,1*	*8,7*
Sachleistungen	*3,5*	*ca. 4,2*	*4,4 – 4,8*
Sozialversicherung	*2,3*	*3,5*	*3,6*
Staat	*0,7*	*ca. 0,7*	*0,8 – 1,2*
Insgesamt	*12,0*	*ca. 13,3*	*13,1 – 13,5*

[1] Einschließlich Verwaltungskosten.

[2] Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen (Preisbasis 1980). Durch die Verwendung des Bruttoinlandsprodukts zu konstanten Preisen (anstelle von laufenden Preisen) ergeben sich bei den Sozialleistungsquoten Verzerrungen von bis zu einem vH-Punkt.

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 6.2.–1

Zahlungsbilanz und Finanzierungsrechnung für die Bundesrepublik Deutschland in Mrd. DM

	1970	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	A Zahlungsbilanz						
1 Leistungsbilanz							
1.1 Handelsbilanz							
a) Ausfuhr von Waren	122,8	251,8	339,3	384,7	413,3	419,9	469,5
b) Einfuhr von Waren	101,1	213,2	325,1	349,7	354,3	365,5	409,2
c) Saldo (a-b)	+21,7	+38,6	+14,2	+35,0	+59,0	+54,4	+60,3
1.2 Dienstleistungsbilanz							
a) Einnahmen	30,1	57,3	83,0	97,4	104,2	106,5	117,9
b) Ausgaben	37,7	66,7	100,2	117,1	125,8	121,8	128,1
c) Saldo (a-b)	− 7,6	− 9,4	−17,2	−19,7	−21,6	−15,3	−10,2
1.3 Übertragungsbilanz							
a) Einnahmen	2,4	5,9	10,2	9,3	9,4	12,2	11,6
b) Ausgaben	13,4	26,3	37,8	39,6	40,9	42,4	47,2
c) Saldo (a-b)	−11,0	−20,4	−27,6	−30,3	−31,5	−30,2	−35,6
Leistungsbilanzsaldo	+ 3,1	+ 8,8	−30,6	−15,0	+ 5,9	+ 8,9	+14,5
2 Kapitalbilanz							
a) Netto-Kapitalimport	30,8	33,6	54,3	69,8	31,5	30,4	66,6
b) Netto-Kapitalexport	12,1	33,5	51,7	57,1	34,3	43,3	84,2
c) Saldo (a-b)	+18,7	+ 0,1	+ 2,6	+12,7	− 2,8	−12,9	−17,6
3 Devisenbilanzsaldo Überschuß: −, Defizit: +	−21,8	− 8,9	+28,0	+ 2,3	− 3,1	+ 4,0	+ 3,1
	B Finanzierungsrechnung						
1 Private Haushalte							
a) Einnahmen	428,0	729,6	964,0	1 025,7	1 052,4	1 078,6	1 116,9
b) Ausgaben	373,3	642,3	856,1	904,0	935,8	974,4	1 007,7
c) Finanzierungssaldo (a-b)	+54,7	+87,3	+107,9	+121,7	+116,6	+104,2	+109,2
2 Unternehmen (einschließlich Wohnungswirtschaft)							
a) Eigene Mittel	102,1	163,1	200,4	193,8	211,9	246,6	262,9
b) Bruttoinvestitionen	155,0	203,4	296,0	273,8	270,1	300,8	323,8
c) Finanzierungssaldo (a-b)	−52,9	−40,3	−95,6	−80,0	−58,2	−54,2	−60,9
3 Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung)							
a) Einnahmen	262,2	501,9	670,0	699,0	732,2	763,3	802,9
b) Ausgaben	260,9	540,0	712,9	755,7	784,7	804,4	836,7
c) Finanzierungssaldo (a-b)	+ 1,3	−38,1	−42,9	−56,7	−52,5	−41,1	−33,8
= Finanzierungssaldo der Bundesrepublik Deutschland	+ 3,1	+ 8,9	−30,6	−15,0	+ 5,9	+ 8,9	+14,5

Tabelle 6.2.–2

Forderungen und Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der übrigen Welt
Stand am Jahresende in Mrd. DM

	1970	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	Forderungen						
Geldmarktpapiere	0,1	0,0	0,6	0,7	0,8	1,1	1,8
Kurzfristige Bankkredite	17,9	54,0	63,4	77,2	75,8	73,3	94,2
Längerfristige Bankkredite	31,3	61,3	101,3	109,9	117,3	130,8	142,6
Darlehen der Versicherungen und Bausparkassen	0,0	0,8	2,4	2,8	3,1	2,9	3,0
Direktkredite	54,9	110,2	162,8	186,7	200,2	220,0	252,3
darunter Handelskredite	29,9	69,7	101,3	114,2	117,9	127,0	139,7
festverzinsliche Wertpapiere	13,8	11,1	30,2	36,4	47,4	53,1	68,8
Aktien	17,4	31,4	45,8	51,5	52,5	61,8	67,4
Insgesamt	135,4	268,8	406,5	465,2	497,1	543,0	630,1
Deutsche Bundesbank	51,8	88,5	81,9	80,3	86,9	84,0	84,1
Zusammen	187,3	357,3	488,5	545,5	584,0	627,0	714,2
	Verpflichtungen						
Geldmarktpapiere	2,5	1,6	2,5	2,5	3,4	4,3	3,7
Geldanlagen bei Banken	35,7	76,1	149,8	158,6	161,8	162,9	187,6
Sichteinlagen	9,7	19,2	28,6	26,3	29,6	32,1	39,3
Termingelder	24,1	53,7	116,5	127,2	126,4	124,5	141,4
Spareinlagen	1,9	3,2	4,7	5,1	5,7	6,3	6,8
Geldanlagen bei Versicherungen und Bausparkassen	0,3	0,9	2,5	2,7	2,7	2,0	2,4
Direktkredite	78,1	143,4	203,5	260,8	283,3	302,8	323,7
darunter Handelskredite	22,0	47,7	64,0	72,2	74,9	76,5	80,1
festverzinsliche Wertpapiere	5,6	19,5	24,7	23,2	25,4	36,2	50,2
Aktien	12,5	24,8	34,4	37,8	39,0	40,8	45,2
Insgesamt	134,7	255,3	417,1	485,6	515,6	549,0	612,8
Deutsche Bundesbank	1,4	2,6	14,8	12,7	15,6	13,3	15,3
Zusammen	136,1	269,0	432,1	498,4	531,2	562,5	628,2
Netto-Auslandsposition							
ohne Bundesbank	0,7	2,5	– 10,6	– 20,4	– 18,5	– 6,0	17,3
einschließlich Bundesbank	51,2	88,3	56,4	47,1	52,8	64,5	86,0
Nachrichtlich							
Auslands- und Inlandsforderungen							
a) inländische nicht-finanzielle Sektoren	887,9	1 684,7	2 338,1	2 545,7	2 737,0	2 931,3	3 119,9
b) alle Sektoren	1 867,2	3 590,4	5 156,6	5 656,8	6 080,7	6 503,2	6 964,4

Tabelle 6.2.–3

Struktur der Forderungen und Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der übrigen Welt
Anteile in vH

	1970	1976	1980	1981	1982	1983	1984
	Forderungen						
Geldmarktpapiere	0,1	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3
Kurzfristige Bankkredite	13,2	20,1	15,6	16,6	15,2	13,5	15,0
Längerfristige Bankkredite	23,1	22,8	24,9	23,6	23,6	24,1	22,6
Darlehen der Versicherungen und Bausparkassen	0,0	0,3	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Direktkredite	40,6	41,0	40,1	40,1	40,3	40,5	40,0
darunter Handelskredite	22,1	25,9	24,9	24,5	23,7	23,4	22,2
festverzinsliche Wertpapiere	10,2	4,1	7,4	7,8	9,5	9,8	10,9
Aktien	12,8	11,7	11,3	11,1	10,6	11,4	10,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Verpflichtungen						
Geldmarktpapiere	1,9	0,6	0,6	0,5	0,7	0,8	0,6
Geldanlagen bei Banken	26,5	28,6	35,9	32,7	31,4	29,7	30,6
Sichteinlagen	7,2	7,2	6,9	5,4	5,8	5,8	6,4
Termingelder	17,9	20,2	27,9	26,2	24,5	22,7	23,1
Spareinlagen	1,4	1,2	1,1	1,1	1,1	1,2	1,1
Geldanlagen bei Versicherungen und Bausparkassen	0,2	0,3	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4
Direktkredite	58,0	53,9	48,8	53,7	54,9	55,1	52,8
darunter Handelskredite	16,3	17,9	15,3	14,9	14,5	13,9	13,1
festverzinsliche Wertpapiere	4,1	7,3	5,9	4,8	4,9	6,6	8,2
Aktien	9,3	9,3	8,2	7,8	7,6	7,4	7,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Tabelle 6.2.–4

Handelsbilanz der DDR in nicht-konvertibler Währung in Mrd. TRbl (kumuliert seit 1970)

	1970	1976	1980	1981	1982	1983	1984
Insgesamt	+ 0,02	+ 1,11	+ 0,64	+ 0,37	+ 0,40	+ 1,12	+ 1,77
davon							
RGW-Staaten[1]	+ 0,05	+ 0,86	+ 0,29	– 0,01	– 0,03	+ 0,71	+ 1,45
darunter							
UdSSR	– 0,18	– 0,35	– 1,87	– 2,24	– 2,67	– 2,87	– 2,98
RGW(5)-Staaten[2]	+ 0,08	+ 0,90	+ 1,75	+ 1,87	+ 2,29	+ 2,84	+ 3,27
Übrige sozialistische Staaten[3]	– 0,03	+ 0,25	+ 0,35	+ 0,38	+ 0,43	+ 0,41	+ 0,32

[1] Albanien, Bulgarien, CSSR, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, UdSSR, Ungarn und Vietnam (seit 1978).
[2] Bulgarien, CSSR, Polen, Rumänien und Ungarn.
[3] VR China, Jugoslawien, Laos, Nordkorea und Vietnam (bis 1977).

Tabelle 6.2.–5

Handelsbilanz der DDR in konvertibler Währung in Mrd. US-$ (kumuliert seit 1970)

	1970	1976	1980	1981	1982	1983	1984
Insgesamt	– 0,29	– 5,51	– 11,90	– 11,54	– 10,21	– 8,62	– 7,93
davon							
Westliche Industrieländer[1]	– 0,29	– 5,31	– 11,72	– 11,75	– 10,86	– 9,92	– 9,92
Entwicklungsländer	0	– 0,20	– 0,18	+ 0,21	+ 0,65	+ 1,30	+ 1,99

[1] Sogenannte „Kapitalistische Industrieländer", d. h. OECD-Länder.

Tabelle 6.2.–6

Daten zur Westverschuldung der DDR

	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
	in Mrd. US-$							
Schuldenstand der DDR[1]								
Bankkredite (lt. BIZ/OECD)	5,28	6,79	8,55	9,93	10,73	9,11	8,60	8,54
Öffentliche und öffentlich garantierte Handelskredite (lt. BIZ/OECD)	1,00	1,20	1,30	1,40	1,50	1,62	1,95	1,71
Verpflichtungen aus dem innerdeutschen Handel[2]	1,38	1,96	2,26	1,96	1,62	1,57	1,49	1,00
Bruttoverschuldung	7,66	9,95	12,11	13,29	13,85	12,30	12,04	11,25
Guthaben (lt. BIZ)	– 0,90	– 1,32	– 1,96	– 2,15	– 2,18	– 1,99	– 3,35	– 4,54
Nettoverschuldung	6,76	8,63	10,15	11,14	11,67	10,31	8,69	6,71
Zinszahlungen[3]	0,36	0,51	0,83	1,19	1,58	1,11	0,73	0,59
Export der DDR[4]	2,50	2,86	3,57	4,53	5,37	6,43	7,27	7,22
	Relationen							
Nettoverschuldung								
je Einwohner in US-$	403	515	606	666	697	617	520	402
in vH der Exporte	*270*	*302*	*285*	*246*	*217*	*160*	*120*	*93*
Zinszahlungen in vH der Exporte	*14*	*18*	*23*	*26*	*29*	*17*	*10*	*8*

[1] Soweit statistisch nachgewiesen. Jeweils am Ende des Berichtszeitraums.
[2] Kumulierter Passivsaldo der DDR, in US-Dollar umgerechnet.
[3] Geschätzt anhand der Nettoverschuldung (ohne Swing). Für die Zinshöhe wurden folgende durchschnittliche Sätze verwendet: 1977: 5,6 vH, 1978: 6,2 vH, 1979: 8,5 vH, 1980: 11,1 vH, 1981: 13,9 vH, 1982: 11,0 vH, 1983: 8,6 vH, 1984: 8,9 vH.
[4] In die westlichen Industrieländer („kapitalistischen Industrieländer") nach der DDR-Statistik; umgerechnet in US-Dollar über den Rubelkurs.

Quellen: BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich): Halbjahresstatistik. Forderungen und Verpflichtungen der berichtenden Banken, ohne innerdeutschen Kapitalverkehr, ohne Bankinstitute, die der BIZ nicht berichteten, ohne Kredite von Nichtbanken und Lieferantenkredite. – BIZ/OECD: Statistics on external indebtedness: Bank and Trade-related non-bank external Claims on individual borrowing countries and territories. Die Berichterstattung (öffentliche und öffentlich garantierte Handelskredite) beginnt 1982. 1977 bis 1981: Schätzungen. – Verpflichtungen aus dem innerdeutschen Handel: Treuhandstelle für Industrie und Handel (TSI).

Tabelle 7.–1

Kennziffern zum innerdeutschen Handel

Jahr	kumulierter Aktivsaldo[1]	vereinbarter Swing	in Anspruch genommener Swing[2]	Zahlungen der DDR über das Sonderkonto „S"	Relativer Schuldenstand[3]	Swing-finanzierungsanteil[4]	Swing-Bezüge-Relation[5]
	Mrd. DM	Mill. DM			vH		
1970	1,35	380/440[6]	387	46	68	29	19
1971	1,20	440	413	110	52	34	18
1972	1,75	585	539	24	74	31	23
1973	1,75	620	592	317	66	34	22
1974	1,91	660	559	251	59	29	17
1975	2,39	790	711	161	72	30	21
1976	2,58	850	786	370	67	30	20
1977	2,97	850	748	187	75	25	19
1978	3,68	850	677	71	94	18	17
1979	3,91	850	748	34	85	19	16
1980	3,87	850	745	12	69	19	13
1981	3,65	850	676	19	60	19	11
1982	3,80	850	582	66	57	15	9
1983	4,10	770	543	73	60	13	8
1984	3,10	690	210	70	40	7	3
1985	3,50	600	170	50	46	5	2

[1] Aktivsaldo der Bundesrepublik Deutschland, Finanzierungssaldo aus dem Warenverkehr nach den Daten der Bundesregierung, den Dienstleistungen und dem Barzahlungskonto (Sonderkonto „S") per 31. Dezember.
[2] Von der DDR im Jahresdurchschnitt tatsächlich in Anspruch genommener Swing.
[3] Verhältnis von kumuliertem Aktivsaldo zu den Warenbezügen aus der DDR.
[4] Verhältnis von in Anspruch genommenem Swing zum kumulierten Aktivsaldo.
[5] Verhältnis von in Anspruch genommenem Swing zu den Warenbezügen aus der DDR.
[6] Bis 9. Mai: 380 Mill. DM, ab 10. Mai: 440 Mill. DM.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 6, Reihe 6: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost). – Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft. – Berechnungen des DIW.

Tabelle 7.–2

Entwicklung des innerdeutschen Handels seit 1970

Jahr	Warenverkehr				Zunahme im Warenverkehr gegenüber dem Vorjahr					
	nominal							preisbereinigt[2]		
	Bezüge[1]	Liefe-rungen[1]	Umsatz	Saldo	Bezüge	Liefe-rungen	Umsatz	Bezüge	Liefe-rungen	Umsatz
	in Mill. DM				in vH					
1970	1 996	2 415	4 411	+ 420	27,5	6,3	15,0	–	–	–
1971	2 319	2 499	4 817	+ 180	16,2	3,4	9,2	15,1	3,0	8,5
1972	2 381	2 927	5 308	+ 547	2,7	17,2	10,2	1,6	15,3	8,7
1973	2 660	2 998	5 658	+ 339	11,7	2,4	6,6	– 3,5	– 6,1	– 4,9
1974	3 252	3 671	6 923	+ 418	22,3	22,4	22,4	– 3,6	1,6	– 0,8
1975	3 342	3 922	7 264	+ 579	2,8	6,8	4,9	4,9	5,6	5,3
1976	3 877	4 269	8 145	+ 392	16,0	8,9	12,1	6,6	3,9	5,1
1977	3 961	4 409	8 370	+ 448	2,2	3,3	2,8	1,8	3,0	2,5
1978	3 900	4 575	8 475	+ 675	– 1,5	3,8	1,2	1,1	3,5	2,4
1979	4 589	4 720	9 309	+ 131	17,7	3,2	9,8	– 9,1	– 3,7	– 6,0
1980	5 580	5 293	10 873	– 286	21,6	12,2	16,8	5,6	2,8	4,0
1981	6 051	5 575	11 626	– 476	8,4	5,3	6,9	– 1,4	– 2,6	– 2,1
1982	6 639	6 382	13 022	– 257	9,7	14,5	12,0	10,3	12,3	11,4
1983	6 878	6 947	13 825	+ 69	3,6	8,8	6,2	6,0	7,7	7,0
1984	7 744	6 408	14 152	– 1 336	12,6	– 7,8	2,4	7,3	– 11,6	– 3,6
1985	7 636	7 903	15 539	+ 267	– 1,4	23,3	9,8	– 2,9	25,8	12,2

[1] Der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West).
[2] Unter Berücksichtigung der vom DIW errechneten Preisentwicklung.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 6, Reihe 6: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost). – Berechnungen des DIW.

Tabelle 7.–3

Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland[1] im innerdeutschen Handel

Waren bzw. Warengruppen	1971 bis 1975[2]	1976 bis 1980[2]	1981 bis 1985[2]	1984	1985
			Mill. DM		
Insgesamt	3 203	4 653	6 643	6 408	7 903
darunter					
Berlin (West)	207	343	370	316	419
			Anteile in vH		
Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien[3]	53,8	52,4	57,7	59,7	58,3
darunter					
rohes Erdöl	2,5	8,0	10,3	10,3	8,9
Eisen und Stahl[4]	12,8	9,8	11,9	12,8	11,8
chemische Erzeugnisse[5]	23,2	20,4	20,7	22,4	19,6
anorganische und organische Grundstoffe und Chemikalien	7,4	9,0	11,1	12,4	11,0
Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien	23,8	28,3	19,5	16,1	18,7
darunter					
Maschinenbauerzeugnisse	17,3	19,5	11,9	9,9	8,8
Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien	9,5	7,5	7,6	7,5	8,8
darunter					
Textilien und Bekleidung	6,1	3,9	4,3	4,2	4,9
Erzeugnisse der Landwirtschaft[6] sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrien	11,7	10,6	14,0	15,4	13,3
darunter					
Futtermittel (Ölkuchen und Schrote)	5,1	2,9	5,5	7,1	5,1
alle Waren[7]	100	100	100	100	100
Nachrichtlich:					
Dienstleistungen[8]	389	674	1 191	1 300	1 273

[1] Einschließlich Berlin (West).
[2] Fünfjahresdurchschnitt.
[3] Einschließlich Bergbauerzeugnisse.
[4] Einschließlich Gießereierzeugnisse sowie Erzeugnisse der Ziehereien, Kaltwalzwerke und der Stahlverformung.
[5] Einschließlich Kunststofferzeugnisse und Gummiwaren.
[6] Einschließlich Jagd-, Forstwirtschaft und Fischerei.
[7] Einschließlich nicht zugeordneter Waren.
[8] Konto 3 des Berliner Abkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 6, Reihe 6: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost). – Bundesanzeiger.

Tabelle 7.–4

Bezüge der Bundesrepublik Deutschland[1] im innerdeutschen Handel

Waren bzw. Warengruppen	1971 bis 1975[2]	1976 bis 1980[2]	1981 bis 1985[2]	1984	1985
			Mill. DM		
Insgesamt	2 791	4 381	6 990	7 744	7 636
darunter					
Berlin (West)	673	1 270	2 029	2 092	2 178
			Anteile in vH		
Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien[3]	38,5	47,3	55,7	55,7	55,3
darunter					
Mineralölerzeugnisse[4]	9,8	19,9	23,9	22,6	22,1
Eisen und Stahl[5]	7,7	6,5	6,2	6,4	7,4
chemische Erzeugnisse[6]	8,9	10,7	13,3	13,7	13,2
Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien	10,7	10,6	10,5	10,8	11,1
darunter					
Maschinenbauerzeugnisse	3,5	3,1	2,7	2,5	2,9
elektrotechnische Erzeugnisse	3,5	3,9	3,9	4,4	4,2
Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien	30,6	27,1	23,0	23,4	23,7
darunter					
Möbel	4,1	3,5	3,7	3,8	3,4
Textilien[7]	10,5	9,2	6,7	6,7	7,2
Bekleidung[8]	8,8	7,6	6,2	6,5	6,5
Erzeugnisse der Landwirtschaft[9] sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrien	19,5	14,3	10,3	9,6	9,5
darunter					
Schlachtvieh[10]	.	.	3,8	3,2	3,4
alle Waren[11]	100	100	100	100	100
Nachrichtlich:					
Dienstleistungen[12]	197	326	693	752	822

[1] Einschließlich Berlin (West).
[2] Fünfjahresdurchschnitt.
[3] Einschließlich Bergbauerzeugnisse.
[4] Motorenbenzin, Dieselkraftstoff, Heizöl u. a.
[5] Einschließlich Gießereierzeugnisse sowie Erzeugnisse der Ziehereien, Kaltwalzwerke und der Stahlverformung.
[6] Einschließlich Kunststofferzeugnisse und Gummiwaren.
[7] Hauptsächlich Heim- und Haustextilien, Wirk- und Strickwaren.
[8] Hauptsächlich Oberbekleidung.
[9] Einschließlich Jagd-, Forstwirtschaft und Fischerei.
[10] Einschließlich frischem Schweinefleisch.
[11] Einschließlich nicht zugeordneter Waren.
[12] Konto 3 des Berliner Abkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 6, Reihe 6: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost). – Bundesanzeiger.

Tabelle 7.–5

Struktur des innerdeutschen Handels nach der Außenhandelssystematik

Anteile in vH

	1970	1975	1980	1983	1984
	Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland[1]				
Ernährungswirtschaft[2]	12	8	10	15	15
Rohstoffe	6	8	12	12	12
Halbwaren	21	20	18	19	20
Fertigwaren	56	56	53	49	46
davon					
Vorerzeugnisse	24	25	21	27	26
Enderzeugnisse	32	31	32	22	20
Nicht zugeordnete Waren	5	8	7	5	7
	Bezüge der Bundesrepublik Deutschland[1]				
Ernährungswirtschaft[2]	22	17	11	10	9
Rohstoffe	7	6	4	5	4
Halbwaren	13	22	35	33	34
Fertigwaren	57	53	48	50	50
davon					
Vorerzeugnisse	14	17	17	18	18
Enderzeugnisse	43	36	31	32	32
Nicht zugeordnete Waren	1	2	2	2	3

[1] Einschließlich Berlin (West).
[2] Lebende Tiere, Nahrungsmittel tierischen Ursprungs, Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs, Genußmittel.

Quelle: Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Frankfurt/Eschborn.

Tabelle 7.–6

Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an die DDR 1971 bis 1984

	1971/1975[7]	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
1. Zahlungen aus dem Bundeshaushalt, insgesamt (Mill. DM)	234	477	523	513	991	921	1 046	1 002	744	711
davon Transitpauschale[1 8]	188	400	400	400	400	575	575	575	575	575
Kostenbeteiligungen an Investitionen im Berlin-Verkehr[2]	–	46	98	81	566	327	455	410	158	118
Erstattungen von Visa- bzw. Einreisegenehmigungsgebühren sowie Steuerausgleichsabgabe	46	31	25	31	25	19	17	17	11	18
2. Zahlungen aus anderen öffentlichen Haushalten, insgesamt (Mill. VE)[3]	82	60	72	140	84	73	96	76	240	190
davon Dienstleistungen[4] der DDR aufgrund vertraglicher Abmachungen des Landes Berlin[5]	37[9]	94	70	66	58	77	94	98	101	111
Zahlungen von Bundespost und Bundesbahn[6]	45[10]	−34	2[11]	74	26	−4	2	−22	139	79
3. Zahlungen von privater Seite für nicht erstattete Visa- und Straßenbenutzungsgebühren (Mill. DM)	36	69	73	80	80	40	35	35	37	37
Summe aus 1. bis 3.	352	607	668	733	1 155	1 034	1 177	1 113	1 021	938

Differenzen in den Summen durch Rundung.

[1] Ab 1980 einschließlich Straßenbenutzungsgebühren-Pauschale.
[2] Einschließlich Berliner Gewässer; ab 1984 (bis 1987) jährlich auch 4,5 Mill. DM für das Abwasser-Investitionsprojekt im Bereich des bayerisch-thüringischen Grenzflusses Röden.
[3] Im Gegensatz zu den Positionen 1. und 3., über deren Einnahmen die DDR frei verfügen kann, können diese Beträge nur über den innerdeutschen Handel verrechnet werden. Eine VE entspricht wertmäßig einer DM.
[4] U. a. Abfall- und Abwasserbeseitigung.
[5] Einschließlich seiner Eigenbetriebe.
[6] Einschließlich Verrechnung des Aktivsaldos der Bundesbahn (in Mill. VE): Durchschnitt 1973/75: 80; 1976: 70; 1977: 95; 1978: 22; 1979: 71; 1980: 101; 1981: 95; 1982: 121; 1983: 175; 1984: 121.
[7] Fünfjahresdurchschnitt.
[8] Ab 1972 mit einem jährlichen Betrag in Höhe von 235 Mill. VE.
[9] Einschließlich Wertausgleich aufgrund eines Gebietsaustausches in Höhe von 35 Mill. VE im Jahre 1972.
[10] Einschließlich eines Pauschalbetrages von 250 Mill. VE für Mehrleistungen der DDR-Post bis 1966, der im Haushaltsjahr 1971 anfiel; einschließlich Investitionskosten für Telefonleitungen in Höhe von 3 Mill. VE im Jahre 1972.
[11] Einschließlich Abgeltung für Mehraufwand im Zusammenhang mit einer Richtfunkstrecke (1,7 Mill. VE).

Quellen: Bundestags-Drucksachen 8/1554, 8/2598, 8/3790, 9/553 sowie 9/1391. – Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. – Zusammenstellung vom DIW.

Verzeichnis der Schaubilder

Teil A.

		Seite
1	Konzeptionen der Wettbewerbspolitik	59
2	Kartellarten nach dem GWB	64
3	Mißbrauchskontrolle nach § 22 GWB	66
4	Kontrollpflichtige Zusammenschlüsse gemäß § 24 GWB	69
5	Geldmengenentwicklung, Konjunktur- und Inflationszyklen in der Bundesrepublik 1964—85	79
6	Inflation (gp) und Arbeitslosigkeit (ALQ) in der Bundesrepublik Deutschland, 1960 bis 1985	82
7	Vereinfachte Leitungsstruktur der Volkswirtschaft der DDR	113
8	Leitungsprinzip der Volkswirtschaft der DDR	113
9	Der Ministerrat der DDR und die Arten seiner zentralen Organe	115
10	Synoptische Übersicht über die Entwicklung einiger grundlegenden Elemente der Leitung und Planung der zentralgeleiteten Industrie von 1945—1980	116
11	Gegenüberstellung der Merkmale von Prognosen, Konzeptionen und Plänen	122
12	Grundsätzlicher Ablauf der Ausarbeitung des Fünfjahrplanes und der Jahresvolkswirtschaftspläne nach dem Produktions- bzw. Zweigprinzip (Industrie)	124
13	Grundsätzlicher Ablauf der Ausarbeitung des Fünfjahrplanes und der Jahrespläne in den Örtlichen Staatsorganen nach dem Territorialprinzip	124
14	Übersicht über die Zeitabschnitte für die Ausarbeitung und Einreichung der Jahrespläne der Kombinate und Betriebe — Prinzipdarstellung	126
15	Datenfluß und Ebenen von Rechnungsführung und Statistik	130
16	Die Bilanzpyramide in der DDR	132
17	Jährliche Änderungsraten des realen Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik Deutschland und des Nettoprodukts (Nationaleinkommens) in der DDR 1952—1984	154
18	Jährliche Änderungsraten der realen Bruttoanlageninvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland 1951—1983 in vH und in der DDR 1951—1983 in vH	155
19	Die Leitung und Planung sozialistischer Außenwirtschaftsbeziehungen	210

Teil B.

Abschn. Nr.		Seite
1.2.-1	Altersaufbau der Wohnbevölkerung in beiden deutschen Staaten am 31. Dezember 1983	260
1.2.-2	Geburtenentwicklung in der DDR	263
1.4.-1	Entwicklung von Investitionen und Investitionsintensität in beiden deutschen Staaten (1970 bis 1984)	287
1.4.-2	Struktur des Brutto-Anlagevermögens der produzierenden Bereiche in beiden deutschen Staaten	294
2.1.-1	Bundesrepublik Deutschland, Gliederung des Bildungs- und Ausbildungssystems	316
2.1.-2	DDR, Gliederung des Bildungs- und Ausbildungssystems	317

Abschn. Nr.		Seite
3.1.-1	Rangfolge industriellen Wachstums 1973 bis 1983	348
3.1.-2	Beschäftigtenentwicklung nach Industriezweigen von 1971 bis 1983	348
3.1.-3	Anteile der Industriebereiche an den Industriebeschäftigten 1970 und 1983	349
3.1.-4	Konzentration der Beschäftigten in 66 Industriezweigen	349
3.1.-5	Die Möglichkeiten der stoffwirtschaftlichen Nutzung der Braunkohle	356
3.1.-6	Vereinfachtes Schema zur Gegenüberstellung der Industrien beider deutscher Staaten	400
3.2.-1	Entwicklung der Erdölpreise	406
3.2.-2	Der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	414
3.2.-3	Struktur des Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1973 und 1984	417
3.3.-1	Spezialisierungsgrad in den Betriebssystemen der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland 1971 und 1983	431
3.3.-2	Struktur der landwirtschaftlichen Nutzfläche	433
3.3.-3	Viehbestand	434
3.3.-4	Mineraldüngeraufwand in beiden deutschen Landwirtschaften	437
3.3.-5	Schema der Gesamtrechnungen über die landwirtschaftliche Erzeugung	438
3.3.-6	Agrarproduktion in beiden deutschen Staaten	439
3.3.-7	Struktur der Nahrungsmittelproduktion	440
3.3.-8	Produktivitätsverläufe — Flächenproduktivität, Produktivität der Viehhaltung und Arbeitsproduktivität	441
3.3.-9	Verkaufserlöse der Landwirtschaft	445
3.3.-10	Entwicklung der Verkaufserlöse und ihrer Ursachen	445
3.6.-1	Entstehung des Sozialprodukts in der westlichen und der östlichen Statistik	474
4.1.-1	Stufen der Einkommensverteilung und Ansatzpunkte der Verteilungspolitik	485
4.1.-2	Grundtarife der Einkommensbesteuerung 1983/84 in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland	497
4.1.-3	Grundtarife der Sozialversicherungsbeiträge (ohne Betriebsanteile) 1983/84 in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland	499
4.1.-4	Relative Verteilung des Nettoeinkommens der Arbeitnehmer-Haushalte 1983 (Lorenzkurve)	503
4.1.-5	Nettodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmerhaushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1983	504
4.1.-6	Nettodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmerhaushalte in der DDR in vH der Nettodurchschnittseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1983	504
4.3.-1	Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern	528
4.4.-1	Altersstruktur und Ausstattungsgrad des Wohnungsbestandes in der DDR vom 31. Dezember 1971	535
4.4.-2	Vergleich der jährlichen Wohnungsbauleistung in beiden deutschen Staaten 1960 bis 1984	541
5.2.-1	Schichtung der Altersrenten nach monatlichem Rentenbetrag in der Bundesrepublik Deutschland	576
5.2.-2	Schichtung der Berufs-/Erwerbsunfähigkeitsrenten nach monatlichem Zahlbetrag in der Bundesrepublik Deutschland	581
5.2.-3	Schichtung der Witwenrenten nach monatlichem Zahlbetrag in der Bundesrepublik Deutschland	583
7.-1	Kennziffern zum innerdeutschen Handel	629
7.-2	Der innerdeutsche Warenverkehr nach Erzeugnisgruppen in Mrd. DM	631

Verzeichnis der Übersichten

Teil A.

		Seite
1	Zielindikatoren in der Bundesrepublik Deutschland: Jahresprojektionen der Bundesregierung und Ist-Werte, 1968—1986	76
2	Struktur der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen	88
3	Ausgaben des öffentlichen Sektors für den Umweltschutz 1971—1981	93
4	Direkte und indirekte staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) in der gewerblichen Wirtschaft 1974—1984 (in Mill. DM)	94
5	Steuerpflichtige nach Umsatzgrößenklassen	167
6	Steuerpflichtige nach Rechtsformen	167
7	Gründungen und Liquidationen	168
8	Insolvenzen von Unternehmen und Freien Berufen	168
9	Eigenkapitalquoten 1983 nach Rechtsformen und Umsatzgrößenklassen	169
10	Anteile der Eigentums- bzw. Rechtsformen am Nettoprodukt nach Wirtschaftsbereichen 1983 (vH)	170

Teil B:

Abschn. Nr.		Seite
E-1	Gliederung der Wirtschaftsbereiche für einen Vergleich der Volkswirtschaften beider deutscher Staaten	251
1.1.-1	Wirtschaftlich gewinnbare Vorräte ausgewählter Rohstoffe in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	254
1.1.-2	Gewinnung ausgewählter Rohstoffe in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	255
1.1.-3	Selbstversorgungsgrad bei ausgewählten Rohstoffen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	256
1.2.-1	Altersgliederung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	259
1.2.-2	Anzahl der nichterwerbsfähigen Bevölkerung je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter	261
1.2.-3	Geburtenquoten und Fruchtbarkeitsziffern	261
1.2.-4	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	264
1.2.-5	Nettoreproduktionsziffern der Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR	264
1.2.-6	Anzahl der Eheschließungen	264
1.2.-7	Durchschnittliches Heiratsalter Lediger	265
1.2.-8	Anzahl der Ehescheidungen	265
1.2.-9	Wohnbevölkerung nach Familienstand	265
1.2.-10	Gestorbene je 1 000 Einwohner	266
1.2.-11	Gestorbene je 1 000 Lebendgeborene	266
1.2.-12	Durchschnittliche Lebenserwartung nach Vollendung des ersten Lebensjahrs	266

Abschn. Nr.		Seite
1.2.-13	Lebendgeborenen- bzw. Gestorbenenüberschuß	267
1.2.-14	Wanderungsgewinne und -verluste in der Bundesrepublik Deutschland	267
1.2.-15	Zu- und Fortzüge nach ausgewählten Ländern	267
1.2.-16	Zuzüge aus der DDR	268
1.2.-17	Binnenwanderung über Kreisgrenzen	268
1.2.-18	Bevölkerungsdichte nach Regionen	269
1.2.-19	Bevölkerungsverteilung nach Gemeindegrößen	270
1.2.-20	Durchschnittliche Größe der privaten Haushalte	271
1.2.-21	Einpersonenhaushalte nach Altersgruppen	271
1.2.-22	Private Haushalte nach Haushaltsgrößen	271
1.2.-23	Mehrpersonenhaushalte nach der Zahl der Kinder	272
1.3.-1	Anzahl der Erwerbspersonen	275
1.3.-2	Veränderung der Zahl der Erwerbspersonen	276
1.3.-3	Erwerbspersonen in vH der Wohnbevölkerung	276
1.3.-4	Erwerbspersonen in vH der erwerbsfähigen Bevölkerung	277
1.3.-5	Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen	277
1.3.-6	Strukturdaten zur Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland	279
1.3.-7	Erwerbstätige nach sozio-ökonomischen Gruppen	281
1.3.-8	Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen	282
1.3.-9	Bevölkerung über 20 Jahre nach dem höchsten beruflichen Bildungsabschluß	283
1.4.-1	Brutto-Anlageinvestitionen in beiden deutschen Staaten 1972 und 1983	289
1.4.-2	Struktur der Investitionen in den produzierenden Bereichen beider deutscher Staaten	290
1.4.-3	Struktur der Investitionen im warenproduzierenden Gewerbe	291
1.4.-4	Brutto-Anlagevermögen in beiden deutschen Staaten 1970 und 1983	292
1.4.-5	Struktur des Brutto-Anlagevermögens in den produzierenden Bereichen beider deutscher Staaten	293
1.4.-6	Struktur des Brutto-Anlagevermögens im warenproduzierenden Gewerbe in beiden deutschen Staaten	293
1.4.-7	Vergleich der Kapitalintensität beider deutscher Staaten	296
1.4.-8	Indikatoren zur Investitionsfinanzierung für das Jahr 1984	298
1.5.-1	SO_2- und NOx-Emissionen 1982 in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR nach Emittentengruppen	303
1.5.-2	Wichtige gesetzliche Regelungen zum Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	307
2.1.-1	Bevölkerung, Schüler und Studenten nach Altersgruppen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	321
2.1.-2	Bildungsbeteiligung nach Altersklassen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	323
2.2.-1	Verteilung der FuE-Beschäftigten in der zentralgeleiteten Industrie der DDR	331
2.2.-2	Beschäftigte und finanzielle Aufwendungen in Forschung und Entwicklung nach Bereichen in der Bundesrepublik Deutschland 1983	334

Abschn. Nr.		Seite
2.2.-3	Staatsverbrauch sowie Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland	334
2.2.-4	Daten über die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nach Wirtschaftsbereichen 1983	335
2.2.-5	Beschäftigte und finanzielle Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der DDR nach Bereichen 1984	336
2.2.-6	Daten zur Entwicklung im Hochschulwesen der DDR	336
3.1.-1	Beschäftigte der DDR in vH der Beschäftigten der Bundesrepublik	349
3.1.-2	Entwicklung der Produktion, der Arbeitskräfte sowie der Arbeitsproduktivität seit 1970	350
3.1.-3	Industriebereich „Energiewirtschaft und Kohlenbergbau"	351
3.1.-4	Ausgewählte Daten zum Vergleich im Bereich „Energiewirtschaft und Kohlenbergbau" 1983	352
3.1.-5	Industriebereich „Chemie, Kunststoff- und Gummiwaren"	354
3.1.-6	Daten zur Leistung der Raffinerien	355
3.1.-7	Entwicklung des nichtenergetischen Verbrauchs nach Energieträgern	357
3.1.-8	Industriebereich „Metallerzeugung und -bearbeitung"	360
3.1.-9	Ausgewählte Daten zur Produktion der Eisen- und Stahlindustrie	361
3.1.-10	Verbrauch von ausgewählten NE-Metallen 1983	362
3.1.-11	Industriebereich „Steine und Erden"	363
3.1.-12	Ausgewählte Produktionsdaten zum Bereich „Steine und Erden"	364
3.1.-13	Industriebereich „Wasserversorgung"	365
3.1.-14	Industriebereich „Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau"	366
3.1.-15	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau in der DDR	368
3.1.-16	Inlandsproduktion von Straßenfahrzeugen	369
3.1.-17	Produktion der Eisen- und Stahlgießereien	370
3.1.-18	Produktion von spanabhebenden Werkzeugmaschinen	372
3.1.-19	Produktion ausgewählter Erzeugnisse der Metallwarenindustrie	374
3.1.-20	Industriebereich „Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik"	375
3.1.-21	Produktion ausgewählter Erzeugnisse der Unterhaltungselektronik, Feinmechanik und Optik	378
3.1.-22	Industriebereich „Textilgewerbe"	379
3.1.-23	Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Textilgewerbe	380
3.1.-24	Industriebereich „Restliche Verbrauchsgüterindustrien"	381
3.1.-25	Ausgewählte Produkte der restlichen Verbrauchsgüterindustrien	383
3.1.-26	Industriebereich „Nahrungs- und Genußmittelgewerbe"	385
3.1.-27	Produktion ausgewählter Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	386
3.1.-28	Vergleich zwischen den Kapazitätsstrukturen der Zuckerindustrie in der Bundesrepublik Deutschland mit der in der DDR 1980/81	389
3.1.-29	Arbeitsproduktivitätsunterschiede (nach DDR-Beschäftigtenstruktur und preisbereinigt)	390
3.1.-30	Arbeitsproduktivitätsunterschiede (nach der bundesdeutschen Beschäftigtenstruktur)	391
3.1.-31	Geleistete Jahresarbeitszeit von Industriearbeitern in beiden deutschen Staaten (Niveauunterschiede und Entwicklung)	392

Abschn. Nr.		Seite
3.1.-32	Arbeitsproduktivitätsunterschiede (nach Berücksichtigung der gleichen Arbeitszeit)	392
3.2.-1	Struktur des Primärenergieverbrauchs im Jahre 1973	405
3.2.-2	Ausgewählte Daten zur Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland	408
3.2.-3	Ausgewählte Daten zur Energiewirtschaft der DDR	409
3.2.-4	Der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984	413
3.2.-5	Stromverbrauch der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 bis 1984	419
3.3.-1	Veränderung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in verschiedenen Größenklassen in der Bundesrepublik Deutschland von 1960 bis 1984	426
3.3.-2	Strukturmerkmale der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland	426
3.3.-3	Viehhaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben in der Bundesrepublik Deutschland 1971 und 1983	427
3.3.-4	Landwirtschaftliche Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Erwerbscharakter	428
3.3.-5	Landwirtschaftliche Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland mit Pachtflächen	428
3.3.-6	„Massentierhaltung" in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1979	429
3.3.-7	Private Tierhaltung in der DDR	431
3.3.-8	Volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft in beiden deutschen Staaten	432
3.3.-9	Ackerflächenverhältnis in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1970 und 1984	433
3.3.-10	Viehbestand nach Tierarten in Großvieheinheiten (GV)	435
3.3.-11	Entwicklung und Struktur der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	435
3.3.-12	Kapitalausstattung der Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft und Landwirtschaft der beiden deutschen Staaten	436
3.3.-13	Mechanisierung und Motorisierung in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und der DDR	437
3.3.-14	Mineraldüngeraufwand in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	438
3.3.-15	Versorgungskapazität der Agrarproduktion in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	440
3.3.-16	Hektarerträge ausgewählter Feldfrüchte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	441
3.3.-17	Tierische Leistung je Tier in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und der DDR	442
3.3.-18	Erzeugerpreisniveau der DDR in vH	443
3.3.-19	Ausgewählte durchschnittliche Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte	444
3.3.-20	Struktur der Verkaufserlöse	446
3.3.-21	Komponenten der landwirtschaftlichen Verkaufserlsöe in beiden deutschen Staaten	447
3.3.-22	Indizes der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel in der Bundesrepublik Deutschland	448

Abschn. Nr.		Seite
3.3.-23	Finanzhilfen des Bundes und der Länder und Steuervergünstigungen an die Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland	449
3.3.-24	Durchschnittlicher Bruttostundenlohn in der Landwirtschaft und in der Industrie der Bundesrepublik Deutschland	449
3.3.-25	Streuung des Gewinns in den landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben in der Bundesrepublik Deutschland	450
3.3.-26	Einkommenskennzahlen in landwirtschaftlichen Betrieben des Testbetriebsnetzes in der Bundesrepublik Deutschland	450
3.3.-27	Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1984	451
3.4.-1	Verkehrswege 1984	461
3.4.-2	Kennzahlen zur Entwicklung des Güterverkehrs	463
3.4.-3	Kennzahlen zur Entwicklung des Personenverkehrs	464
3.4.-4	Entwicklung der Kfz-Dichte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	465
3.5.-1	Einzelhandelsverkaufsstellen mit Verkaufsraumfläche in der DDR	468
3.5.-2	Struktur des Einzelhandelsumsatzes in der Bundesrepublik Deutschland nach Rechtsformen	469
3.5.-3	Struktur des Einzelhandelsumsatzes in der DDR nach Eigentumsformen	469
3.5.-4	Umsatzstruktur des Ladeneinzelhandels in der Bundesrepublik Deutschland nach Betriebsformen	470
3.6.-1	Nettobeiträge der produzierenden Bereiche	476
3.6.-2	Struktur der Beschäftigten in vH	477
3.6.-3	Nettobeitrag je Beschäftigten	478
3.6.-4	Modellrechnung: Nettobeitrag je Beschäftigten in der DDR	478
3.6.-5	Sozialproduktvergleich: Neuere Quellen und Ergebnisse	480
4.1.-1	Entwicklung der Effektiv- und der Tarifverdienste in der Bundesrepublik Deutschland	487
4.1.-2	Gesamtwirtschaftliche Einkommensaggregate	489
4.1.-3	Verteilung und Umverteilung der Einkommen (jeweilige Preise)	492
4.1.-4	Durchschnittliche Monatsverdienste der Arbeitnehmer	493
4.1.-5	Durchschnittliche Bruttoeinkommen aus selbständiger Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und aus selbständiger und genossenschaftlicher Tätigkeit in der DDR	493
4.1.-6	Struktur der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter in ausgewählten Wirtschaftsbereichen	494
4.1.-7	Struktur der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter nach Industriezweigen 1983	495
4.1.-8	Durchschnittliche Belastung mit direkten Steuern	496
4.1.-9	Durchschnittliche Belastung mit Sozialbeiträgen	498
4.1.-10	Durchschnittliche Belastung mit Einkommensabzügen	498
4.1.-11	Durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	500
4.1.-12	Zusamensetzung der Nettoeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	500
4.1.-13	Verhältnis zwischen dem durchschnittlichen Nettoeinkommen von Rentner- und Arbeitnehmer-Haushalten in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	501

Abschn. Nr.		Seite
4.1.-14	Medianwerte der Einkommensschichtung nach der Höhe der Haushaltsnettoeinkommen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR	502
4.1.-15	Relative Verteilung des Nettoeinkommens der Arbeitnehmer-Haushalte nach Quintilen	503
4.2.-1	Ausgabenstruktur privater Haushalte 1985	510
4.2.-2	Kaufkraftparitäten zwischen D-Mark und Mark der DDR 1972 bis 1985 berechnet nach der Verbrauchsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland	513
4.2.-3	Kaufkraftparitäten zwischen D-Mark und Mark der DDR 1972 bis 1985 berechnet nach der Verbrauchsstruktur in der DDR	516
4.2.-4	Kaufkraftparitäten zwischen D-Mark und Mark der DDR 1972 bis 1985	517
4.3.-1	Struktur der Ausgaben privater Haushalte	524
4.3.-2	Jährlicher Pro-Kopf-Verbrauch ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel	526
4.3.-3	Reisen der DDR-Bürger in RGW-Länder — Partnerlandstatistik	531
4.4.-1	Reale Wohnungsbauleistungen in westdeutschen Preisen von 1980 je Einwohner	540
4.4.-2	Größe der fertiggestellten Wohnungen	540
4.4.-3	Bauvolumen je Wohnung (Wohnungeneubau)	541
4.4.-4	Bauzustand der DDR-Wohngebäude 1971	542
5.1.-1	Verteilung der Einnahmen des Staates nach Ebenen 1983	551
5.1.-2	Ausgaben des Staates nach volkswirtschaftlichen Arten in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1984	559
5.1.-3	Öffentliche Ausgaben nach Aufgabenbereichen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR 1983	561
5.2.-1	Voraussetzungen für einen Anspruch auf Altersruhegeld in der Bundesrepublik Deutschland	574
5.2.-2	Monatliche Mindestrenten, Ehegatten- und Kinderzuschläge zur Rente in der Sozialversicherung der DDR seit 1971	577
5.2.-3	Mutterschaftsleistungen in der Bundesrepublik Deutschland	586
5.2.-4	Mutterschaftsleistungen in der DDR	587
5.2.-5	Höhe des Kindergeldes nach dem Bundeskindergeldgesetz	588
5.2.-6	Monatliche Durchschnittsbeträge von Arbeitslosengeld nach Familienstand und Alter der Empfänger im Oktober 1984	590
5.2.-7	Monatliche Durchschnittsbeträge von Arbeitslosenhilfe nach Familienstand und Alter der Empfänger im Oktober 1984	591
6.1.-1	Indikatoren für die Preisentwicklung im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland	601
6.1.-2	Salden im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland nach Warengruppen 1960 bis 1984	602
6.1.-3	Salden im Außenhandel der DDR nach Warengruppen 1960 bis 1984	603
6.1.-4	Warenstruktur des Außenhandels der DDR	605
6.1.-5	Struktur des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland 1984	606
6.1.-6	Regionalstruktur des DDR-Außenhandels	607
6.1.-7	Regionalstruktur des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland	610

Abschn. Nr.		Seite
6.1.-8	Die wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1984	611
6.1.-9	Warenstruktur des Außenhandels mit den OECD-Ländern bei Industriewaren 1983	612
6.1.-10	Positionen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im OECD-Handel bei Industrieerzeugnissen	613
6.2.-1	Clearing-Abkommen der DDR mit Entwicklungsländern	620
6.2.-2	Bilanzsalden der DDR	621
6.2.-3	Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit	623
6.2.-4	Verhältnis von Entwicklungshilfe und Bruttosozialprodukt	624

Abkürzungsverzeichnis

a. a. O.	an anderen Orten
ABI	Arbeiter- und Bauern-Inspektion
Abs.	Absatz
AEG	1. Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft 2. Allgemeines Eisenbahngesetz (1951 erlassen)
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Arbeitsgesetzbuch
AHB	Staatliche Außenhandelsbetriebe
AHU	Außenhandelsunternehmen
ALB	Allgemeine Lieferbedingungen
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel (auch im Plural)
ASMW	Staaliches Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung
Aufl.	Auflage
ausl.	ausländisches
Av	Arbeitsverfassung
AWG	1. Außenwirtschaftsgesetz 2. Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften
AWV	Außenwirtschaftsverordnung
b.	bei
BAG AG	BAG = Bundesarbeitsgericht AG = Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayVBl.	Bayrische Verwaltungsblätter
BB	Der Betriebs-Berater
BBkG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank
Bd.	Band
bes.	besonders
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BGO	Betriebsgewerkschaftsorganisation
BIMCO	Baltische Internationale Schiffahrtskonferenz
BKartA	Bundeskartellamt
BKV	Betriebskollektivvertrag
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BPL	Betriebsparteileitung
BPO	Betriebsparteiorganisation
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
BS	Betriebssektion
BSP	Bruttosozialprodukt
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CEEP	Centre europeen d'etudes de population = Europäisches Zentrum für Bevölkerungsforschung
COMECON	Council for Mutual Economic Assistance — Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
CSSR	Ceskoslovenska socialisticka republika — Tschechoslowakische Sozialistische Republik
d. h.	das heißt
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
ders.	derselbe
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
dt	Dezitonne (= dz-Doppelzentner, 100 kg)
ECE = UNECE	(United Nations) Economic Commission for Europe — Wirtschaftskommission (der Vereinten Nationen) für Europa
ECU	Europeen Currency Unit — Europäische Währungseinheit
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ELN	Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur
Erglfg.	Ergänzungslieferung
EOS	Erweiterte Oberschule (DDR)
ERP	Europeen Recovery Program — Europäisches Wiederaufbau- oder Europa-Hilfe-Programm
ESER	Einheitssystem für elektronische Rechentechnik
EURATOM	Europäische Gemeinschaft für Atomenergie
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Währungssystem

f., ff.	folgende(n)
FAO = UNFAO	(United Nations) Food and Agriculture Organization — Organisation (der Vereinten Nationen) für Ernährung und Landwirtschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FIATA	Federation internationale des associations de transitaires et assimiles — Internationale Förderation der Spediteurvereinigungen
FPG	Fischerei-Produktionsgenossenschaft
FuE	Forschung und Entwicklung
FuT	Forschung und Technologie
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade — Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GBl.	Gesetzblatt
GE	Getreideeinheit
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GJ	Giga-Joule
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO	Grundorganisation
GPG	Gärtnerische Produktionsgenossenschaft
GV	Großvieh-Einheit (= 500 kg Lebendgewicht)
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz)
H.	Heft
h	Stunde
ha	Hektar
Hrsg.	Herausgeber
HSL	Handels-Schlüsselliste
HWWA	Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
ibid.	ebenda, ebendort (lat. ibidem)
IBWZ	Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit
IDA	International Development Association — Internationale Entwicklungsgesellschaft
i. d. F.	in der Fassung
IDH	Innerdeutscher Handel
i. d. R.	in der Regel
i. e. S.	im eigentlichen Sinn — in engeren Sinn
IEV	Internationaler Eisenbahnverband
IFC	Internationale Finanz-Corporation
Ifo	Institut für Wirtschaftsforschung, Müchen
IIB	Internationale Investitionsbank
IMF	International Monetary Fund — Internationaler Währungsfonds
internat.	internationales
i. S.	im Sinne
IWF	Internationaler Währungsfonds
IWO	Internationale Wirtschaftsorganisation
i. w. S.	im weiteren Sinn(e)
J	Joule (1 J = 0,2388 cal.)
Jg.	Jahrgang
Kap.	Kapitel
K-Bilanzen	Kombinatsbilanzen
KDT	Kammer der Technik
KG	Kommanditgesellschaft
Kombinats-VO	Kombinats-Verordnung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
kWh	Kilowattstunde
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LF	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
LG	Lebendgewicht (bei Schlachttieren)
LN	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
Ltg.	Leitung
M-Bilanzen	Ministerbilanzen
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
MAH	Ministerium für Außenhandel
MAK-Bilanzen	Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanz
Mill. = Mio	Million(en)
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)
MJ	Mega-Joule
Mrd.	Milliarde(n)
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
N. F.	neue Folge
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NÖS	Neues Ökonomisches System
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
OEB	Organisationseigener Betrieb
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development — Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

p. a.	per anno (pro Jahr, jährlich)
PEV	Primärenergieverbrauch
PFA	Produktions- und Handelsfonds-abgabe
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
PJ	Peta-Joule
Pkm	Personen-Kilometer
Pkt.	Punkt
POS	Polytechnische Oberschule (DDR)
PWF	Produktionsgenossenschaft werktätiger Fischer
„Q"	Gütezeichen Q der DDR (Symbol)
RdNr.	Randnummer
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RKV	Rahmenkollektivvertrag
s	Sekunde
s.	siehe
s. a.	siehe auch
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
S-Bilanzen	Staatsbilanzen
SBZ	Sowjetisch besetzte Zone
SDr.	Sonderdruck
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannt(e)
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
StabG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz)
St.f.A.u.L.	Staatssekretariat für Arbeit und Löhne
StWG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
SVR	Sachverständigenrat (Bundesrepublik)
SVRG	Gesetz über die Bildung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZS	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
t	Tonne (1 000 kg)
TA Luft	Großfeuerungsanlagenverordnung
TJ	Tera-Joule
tkm	Tonnen-Kilometer
TRbl	Transfer-Rubel (Verrechnungseinheit im Außenhandel des RGW)
Tsd.	Tausend
TÜV	Technischer Überwachungsverein
Tz	Textziffern
u. a.	1. unter anderem, unter anderen 2. und andere(s)
u. ä.	und ähnliche(s)
u. a. m.	und andere(s) mehr
überarb.	überarbeitet
übers. a. d. Russ.	übersetzt aus dem Russischen
UIC	Union internationale des chemins de fer — Internationaler Eisenbahnverband
u. Ltg.	unter Leitung
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development — Welthandelskonferenz
UNDP	United Nations Development Programme — Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund — Weltkinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization — Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNO	United Nations Organization — Organisation der Vereinten Nationen
u. U.	unter Umständen
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
VE	Verrechnungseinheit
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VEW	Volkseigene Wirtschaft
VG	1. Vertragsgesetz 2. Verwaltungsgericht
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
vgl.	vergleiche
vgl. u.	vergleiche unter
vH	vom Hundert, d. h. Prozent
VM	1. Valuta-Mark 2. Volksmarine
VO	Verordnung
vollst.	vollständig
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe

z. B.	zum Beispiel
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZK	Zentralkomitee
z. T.	zum Teil
z. Z.	zur Zeit

Stichwortverzeichnis

Hinweise zur Benutzung des Stichwortverzeichnisses

Bei grundlegenden Ausführungen zum Stichwort erscheinen die Seitenzahlen im Fettdruck.

Überwiegend wurden in das Stichwortverzeichnis nur zentrale Begriffe aufgenommen, um die Orientierung des Lesers zu erleichtern.

Die im Stichwortverzeichnis benutzten Verweisworte kommen an den angegebenen Stellen nicht immer in wörtlicher Form vor, werden dort jedoch in jedem Falle sinngemäß behandelt.

In einigen Fällen wurden auch Abkürzungen in das Stichwortverzeichnis aufgenommen, wenn diese gebräuchlicher sind als die jeweilige Ausschrift (z. B. GATT).

Bei Wortkombinationen werden in der Regel die Adjektive nachgestellt (z. B. Verbrauch, privater).

Bei Eigennamen (z. B. Deutsche Bundesbank) und festen Begriffspaaren (z. B. Demokratischer Zentralismus) bleibt das Stichwort unverändert.

	Teil A Seite	Teil B Seite
Abschreibungen		297 ff., 339
Ackerfläche		**432 f.**
Agrarpolitik s. Landwirtschaft		
Agrarpreisreform		444, 446 ff.
Agrochemische Zentren (ACZ)		424
Akademie der Wissenschaften (AdW)		**330,** 336 f.
Aktiengesellschaften s. Kapitalgesellschaften		
Altersversorgung		**573 ff.**
Amt für Preise	117, 151	390
Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung (ASMW)	115 f.	
Anlagevermögen		285 ff., **293 ff.**
Anreizsysteme s. Motivierung		
Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI)	36, 144	
Arbeitnehmer/Werktätige	23, 175, **224 ff., 232 ff.**	
Arbeitnehmerschutz	16, **229 f.,** 233	
Arbeitsförderungsgesetz	228	589
Arbeitskräfte, ausländische		258 f., 261, 267, 274, **282 f.**
Arbeitslosigkeit	53, 73 ff., 154	**278 ff.,** 569 ff., **589 ff.**
Arbeitsmarkt	**227 ff.**	
Arbeitsproduktivität s. Produktivität		
Arbeitsverfassung	**224 ff., 232 ff.**	
Arbeitszeit	236	**280,** 391 f.
Ausfuhr		**598 ff.,** 627
Ausländer		259, 261, 264, 266, 268, 270

	Teil A Seite	Teil B Seite
Außenhandelsbetrieb (AHB)	7, 210	
Außenwirtschaft	**6 ff.**, 15 f., 37, **205 ff.**	**596 ff.**
Babyjahr		263
Banken	**185 ff.**	299, 634
Bauvolumen		**539 ff.**
Beitrag für gesellschaftliche Fonds	141, 160, 200	554 f.
Bekleidungsindustrie		378 ff., **382**
Bergbau		337, **350 ff.**, 362 f.
Berufswahl/Berufsausbildung	226, 235	318 ff.
Besatzungspolitik	**11 f.**, 20, 58	
Beschäftigung		275, **281 ff.**, 333 ff., 347 ff., 468 f., 477
Beschäftigungspolitik	53, **72, 228**	
Betriebe s. Unternehmen/Betriebe		
Betriebsergebnis, einheitliches	213	
Betriebsgewerkschaftsorganisation (BGO)	**237 f.**	
Betriebskollektivvertrag (BKV)	143, 238 f.	
Betriebsparteiorganisation (BPO)	**237**	
Bevölkerung		**257 ff.**, 320 ff.
— Altersaufbau		258, **259 ff.**, 271, 275, 320 ff.
— Wanderungen		**267 ff.**
Bilanzierungsmethode	**106 f., 131 ff.**, 178	
Bilanzinspektion, staatliche	144	
Bildung	226 f., 233, 235	**314 ff.**, 320 ff., 559 ff.
Binnenschiffahrt		411, 463
Bodenreform	12, 20	424
Bodenschätze		**253 ff.**, 362 f.
Braunkohle	105	253 ff., 302, 304, 305, 350 ff., 405, 408 f., 411, 417 ff.
Bundeskartellamt	14, 61	
Carbochemie s. Kohlechemie		
Chemische Industrie		331, 337, **353 ff.**
Delikat-Läden	155	471, 508 f.
Demokratischer Zentralismus	34 f., 37, **102,** 111 f.	
Deutsche Bundesbank	16, 77, 185, **187 f.**	562, 619
Devisen/Devisenmonopol	9, 37, 188, 209, 214	571 f., 616 ff.
Drittlandkooperation	214	632 f.
Dünger		436 ff.
Ehe		**264 ff.**
Eigenbau von Rationalisierungsmitteln		288
Eigentum/Eigentumsordnung	**28 f., 36, 38 ff.**, 48	423, 430, 469 f., 534
Eigentum, sozialistisches	19, 21, 34, **36, 41 f., 100 f.**, 169	424
Einfuhr		**405 ff.**

	Teil A Seite	Teil B Seite
Einkommen		449 ff., **482 ff.**
— Arbeitnehmer		**491 ff.**
— Landwirtschaft		**449 ff.**
— Rentner		**501 ff.**
— Schichtung der privaten Haushalte		451, **502 f.**
— Selbständige		451, **491 ff.**
Einkommenspolitik	54, 103 f., 148, 195, **235 f.**	483 ff.
Einzelhandel		**467 ff.**, 521 f.
Eisenbahn		411, 462 f., 465 f.
Elektrizitätswirtschaft		**350 ff.**, 407 ff., **418 f.**
Elektrotechnische Industrie		331, 337, 374 ff., **376 f.**
Emissionen (Schadstoffe)		**303 f.**
Energie		350 ff., **403 ff.**
— Einsparung	132	407, 410 ff.
— Inspektion (DDR)		412
— Verbrauch		403 ff., 412 ff., 438
Enteignung	20 f., 36	
Entwicklungshilfe	221	**622 ff.**
Erdgas		253 ff., 354 ff., 405 ff., 417 f.
Erdöl		253 ff., 354 ff., 405 ff., 417 f.
Erwerbspersonen		**273 ff.**, 276, 324
Erzeugerpreise s. Landwirtschaft		
Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur (ELN)	129 f.	
Europäische Gemeinschaft (EG)	15, 60 f., 95, 208 f., **215 ff.**	443, 612
Europäisches Währungssystem (EWS)	77, 215 f.	619
Exquisit-Läden	155	471, 508 f., 522
Fachschulen		318 ff., 323 f.
Feriendienst der Gewerkschaften	239	530, 532
Finanzsystem/Finanzpolitik	37, 77, 121, **192 ff.**	548 ff., 561 ff., 616 ff.
Fonds, betriebliche u. gesellschaftliche	103, 143, 178, 199	
Forschung und Entwicklung (FuE)	91 ff., **93, 156 ff.**, 160, 202	307, **327 ff.**
Frauenbeschäftigung		275 ff.
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) s. Gewerkschaften		
Fruchtbarkeitsziffern		261, 264
Fusionen	57, **68**, 101, 171	
Gastarbeiter s. Arbeitskräfte, ausländische		
GATT	208, 220	
Geburtenförderung		261, 263
Geldpolitik	74, 77, **182 ff.**	561 ff., 616 ff.
Genex-Geschenkdienst		634
Genossenschaften	**21, 41 f.**, 169, 170 f.	424, 429 f., 469 ff., 523
Genossenschaftsmitglieder		280 ff., 451 f., 571

	Teil A Seite	Teil B Seite
Gesamtprodukt, gesellschaftliches s. Sozialprodukt		
Gesamtrechnung, volkswirtschaftliche s. Sozialprodukt		
Gestattungsproduktion		633
Gewerkschaften	37, 51, 234, 237	485f., 530
Gewinn	4, **56,** 160, 177, 199	
Glas- und Keramikindustrie		380f., 383, **384**
Globalsteuerung	30, 73ff., 86f.	
Großhandel		467, 472
Grundrechte	14, **28f.,** 46, 225f., 233	
Grundvertrag		627
Güter, öffentliche	4f., 47, 52, 166, 195	
Güterverkehr		411, **462f.,** 465f.
Handwerk	101, 170	523
Hauptaufgabe	23	521
Hauptbuchhalter	144f.	
Haushalte, öffentliche	192ff.	**547ff.**
Haushalte, private		265, **271f.,** 537ff., 557f.
Haushaltspolitik s. Finanzsystem/Finanzpolitik		
Hektarerträge		**640ff.**
Hochschulen		320, 324, 329, 330, 334, 336f.
Individualverkehr		411, 464f., 466
Industrie		331, 334ff., **345ff.,** 415
Inflation	53, 73ff., 148, 154f., 183	562, 618f.
Information/Statistik	5, 120, **127,** 138, 153	**247ff.,** 395ff.
Innerdeutscher Handel (IDH)	214	**627ff.**
— Anlagengeschäfte im IDH		632f.
Insolvenzen	167f.	
Internationaler Währungsfonds (IWF)	220	
Intershop	184	471, 508f., 634
Intrablockhandel		597ff., 604f.
Investitionen	105f., 155, 218	285ff., **288ff.,** 436, 472, 557ff.
Investitionsfinanzierung	202	**297ff.,** 339, 407, 557ff.
Kaderpolitik	35f.	
Kapital	168f., **173ff.,** 213f.	
Kapitalgesellschaften	40, 167, 173	
Kartelle	57, **62ff.**	
Kaufkraft		503f., **506ff.**
Kennziffern	107, 109, 120, 127, **133f.,** 141, 179	
Kernenergie		309, 310, 405f., 408ff., 417f.
Kindergeld		**588f.**
Kohlechemie		354ff.

	Teil A Seite	Teil B Seite
Kollektivierung	21, 22	424
Kombinat	24, 101, 108, 112, 117f., 162, 172, **176ff.**	
Kompensationsgeschäfte	211	
Konsumgüter, Ausstattung		**528f.**
Konvertibilität	8f., 15f., **213**	619ff.
Konzertierte Aktion	77	
Kooperationsbetriebe	171	
Kraftwerke		303, 351ff., 408f.
Krankengeld		**584f.**
Krankenversicherung		569ff., **584f.**
Kreditpolitik	141, **182ff.**, 213f., 214	617f., 634
Kündigungsschutz	229, 237f.	
Kupfererzbergbau		256, 362
Landeskulturgesetz		306
Landwirtschaft	15, 16, 201	**422ff.**
— Arbeitskräfte		434ff.
— Arbeitsproduktivität		440ff.
— Einkommen		449ff.
— Erzeugerpreise	212	424, 443ff.
— Industrialisierung		424f.
— Konzentration		424ff.
— Mechanisierung		373, 436f.
— Protektionismus		443
— Spezialisierung		424
— Subventionen		443f., 447, 449
Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) s. Genossenschaften		
Lebensstandard		**520ff.**
Leichtindustrie		**380ff.**
Leistungsbilanz		598, **616ff.**
Leistungsfonds	143	
Leistungsvergleich		350ff., **389ff.**, 440ff., **478ff.**, 540f.
Leitung	34, 36, 43, **111, 137,** 178	
Lenkung s. Leitung; Wirtschaftssteuerung/-lenkung		
Liquidation	167f.	
Lohn- und Einkommensteuer	**198**	495ff., 553, 555
Markt	4, **45, 46f.**, 172	
Marktmacht s. Fusionen, Kartelle, Monopole, Wirtschaftsaufsicht/-kontrolle		
Marxismus-Leninismus	19, 34, 100, 232f.	
Maschinenbau		331, 337, **365ff.**
Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzen (MAK)	106, **131f.**	
Mieten		509f., 513, 516, **536ff.**
Mikroelektronik	160	332f., 374ff., **377**

	Teil A Seite	Teil B Seite
Mindestrente		577 f.
Mindestumtausch		634
Mineralölindustrie		**353 ff.,** 416 f.
Ministerrat	**112 ff.,** 114 ff.	
Mitbestimmung	16, 51 f., 139, **229 f., 237**	
Monopole	30 f., 53, 61 f., 209 f.	
Motivierung	3, **103,** 109 f., **142 f.,** 162, 199, 235	
Motorisierung		464 f., 528
Mutterschaftsleistungen		**585 ff.**
Nahrungsmittelindustrie		**384 ff.**
Nationaleinkommen s. Sozialprodukt		
NE-Metallurgie		359, **362 f.**
Nettogewinnabführung	**199**	554
Neuererbewegung	238	
Neues Ökonomisches System (NÖS)	**22**	
Nomenklatur	35 f., 134	
Normen	134	
OECD-Handel	220	599, **610 ff.**
Ökonomisches System des Sozialismus (ÖSS)	22	
Papierindustrie		380 f., **382**
Planung	29, 34, 36 f., 102 f., 118 ff., 179, 196 f.	339 f.
— Plandiskussion	107, 127, 238	
— Pläne, weiche	127, 138, **153 f.**	
Politische Ökonomie des Sozialismus	**24 f.**	
Planwirtschaft, sozialistische	3, 5, 34, **111**	
Post- und Fernmeldewesen	128	**466**
Potsdamer Abkommen	6	
Prämien	5, 110, 143, 153, 236	488
Preise (Bildung, Funktion)	4, **47,** 103, 117, **147,** 162, 177, **212**	350, 390 f., 395 ff., 412, 506 ff.
Preisprüfungsverfahren		632
Primärenergie		254, **405 ff.**
Produktgebundene Abgaben	151, 200	**554**
Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe	160, 199	**554**
Produktivität	20, 153, 160 ff.	350 ff., 389 ff., 440 ff., 479 f.
Pro-Kopf-Verbrauch		**525 ff.**
Qualifikationsstruktur der Bevölkerung		**283 f.**
Rahmenkollektivvertrag (RKV)	235 f.	
Räte, örtliche	117	
Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)	209, 212, **217 ff.**	310, 369 f., 372, 531, 597 f., 607 ff.

	Teil A Seite	Teil B Seite
Rechnungsführung und Statistik	**129ff.,** 196	251
Rechnungsführung, wirtschaftliche	108, 141, 177	
Rechnungswesen, betriebliches	129, 177f.	
Rechtsstaatsprinzip	28f., 46	
Rente		572, **573ff.**
Rentenversicherung		569ff., **573ff.**
Rezession	73ff., 153	
Säuglingssterblichkeit		**266**
Schattenwirtschaft	153	
Schichtarbeit	236	279
Schienenfahrzeugbau		366ff.
Schiffbau		366ff., **370ff.**
Schüler		318f., **320ff.**
Schularten		316, 317, **318ff.,** 323f.
Schwangerschaftsabbruch		259, 261ff.
Schwedter Initiative	160	347
Schwermaschinenbau		366f., **370f.**
Seeschiffahrt		462, 463
Sekundärrohstoffgewinnung		305f.
Selbständige	36, 38, 42, 101, 169f.	280ff.
Soziale Marktwirtschaft	4, **12,** 27, **45,** 226	627
Soziale Sicherung	46f., **53ff.**	559ff., **566ff.**
Sozialismus	**19ff.**	
— Aufbau des	21f.	
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	20, **34ff.,** 101f.	
Sozialistische Ökonomische Integration	133, 217ff.	
Sozialpolitik s. Soziale Sicherung		
Sozialprodukt	**127ff.**	341, 432, **473ff.,** 572, 598
Sozialstaatsprinzip	28f., 30, 46	
Sozialversicherung	16, 54, 194, 200f., 233f.	498, 549ff., 552, 555f., **569ff.**
Staat	19, **29,** 46, **52,** 75, **92,** 101, **112,** 172	597, 617f.
Staatliche Plankommission (SPK)	**114ff.,** 128, **195,** 210	
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik	129, 144	249
Staatsausgaben	103, **202**	333ff., 339f., **557ff.,** 570ff.
Staatsbank der DDR	144, **186,** 188f.	
Staatseinnahmen s. Steuern		
Staatshaushalt s. Haushalte, öffentliche		
Staatsquote	195, 203	552
Staatssekretariat für Arbeit und Löhne	117	
Staatsverschuldung	80	552, 560, 562f., 617
Stabilitätsgesetz (StabG)	**75**	

	Teil A Seite	Teil B Seite
Stabilitätspolitik	53, **72 ff.**, 152 ff., 187, 188 f., 195 f.	
Stagnation	73 ff., 153	
Stahlindustrie		**359 ff.**, 365 ff., 370
Steinkohle		253, 255, 351 ff., 405, 408 ff., 417 f.
Sterblichkeit		**266 f.**
Steuern	52, 175, **198 ff.**, 201	495 ff., 552 ff., 556
Stimulierung s. Motivierung		
Straßenfahrzeugbau		366 f., **368 f.**
Straßennetz		461
Strukturpolitik	**85 ff.**	
Studenten		320, 324
Subventionen	52, 87, 94, 103, 148, 151, 202	523, 538 f., 542 f., 557 ff.
— Landwirtschaft	212	443 f., 447, 449
Swing	214	627 f.
Tarifautonomie	28, 227 f.	486
Tarifsystem	235 f.	
Terms of Trade		599 ff., 628
Tourismus		**530 f.**
Transfer-Rubel	214	597, 619 ff.
Transit-Verkehr		557 f.
Transitabkommen		633 f.
Transitpauschale		633 f.
Treuhandstelle (TSI)		627
Umsatzsteuer	199	552 f.
Umweltschutz	**85 ff., 158 f.**	**301 ff.**, 452 f.
Unfallversicherung		580 ff.
Unternehmen/Betriebe	36, 41, **49 f.**, 107 f., **164 ff.**, 233	
Unternehmen, öffentliche	30, 38, 167	549, 563 f.
Uran		254 f., 406
Urlaub	236	280, 530 f.
Valuta-Mark	37, 213	597
Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK)		430
Verbrauch, privater		**523 ff.**
Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB)	171	331
Verflechtunsgsbilanzen	106, 132 f.	
Verfügungsfonds	143	
Verkehr		415 f., **458 ff.**, 560
Verkehrswegenetz		**460 ff.**
Verrechnungs-Einheiten (VE)	214	627
Verrechnungspreise im RGW	22, 212 f., 214	406 f., 599
Versicherungssystem, staatliches	194	
Versorgungslage (DDR)	**154**	521 ff.

	Teil A Seite	Teil B Seite
Verstaatlichung	12, 19, 21, **100**	
Verteidigungsausgaben		559ff.
Vertragsgericht, staatliches	144	
Viehhaltung		432, 434f., 439
Viereck, magisches	30, 75	
Volkseigene Betriebe (VEB) s. Unternehmen/Betriebe		
Volkseigene Güter (VEG)		424, 430
Volkseigentum s. Eigentum, sozialistisches		
Währungsreform	12	
Währungssystem/Währungspolitik	37, 77	
Warenkorb		**510ff.**
Wasserverbrauch		302, 304, 364f.
Wegekosten		466
Werbung	49	
Werkzeugmaschinenbau		331, 366f., **371ff.**
Wettbewerb	4, 14f., 41, 48f., **56ff.**	
Wettbewerb, sozialistischer	110, 143, 238	
Wirtschaftsaufsicht/-kontrolle	30, **61, 65,** 108f., 117, 137ff., 175	
Wirtschaftslenkung/Wirtschaftssteuerung	**2,** 29, **172,** 195	
Wirtschaftsordnung	3, **12, 19, 26,** 34, **45,** 207	
Wirtschaftsrecht	**26, 58ff.,** 65ff., 68ff., 75, **141f.,** 167, 172, 174f., 207	
Wirtschaftsverfassung	14, **27f.,** 225, 233f.	
Wirtschaftsverträge	142, 211	
Wirtschaftswachstum	72ff., 85ff., 91, **105f.,** 128, 134f., 154, 161	598
Wohnungen		**533ff.,** 560
— Altersstruktur		**534ff.**
— Ausstattung		**534ff.**
— Bauprogramm (DDR)		539ff.
— Größe		534
Zentralverwaltungswirtschaft s. Planwirtschaft		
Zölle	208, 211	
Zwischenbetriebliche Einrichtungen (ZBE)		429
Zwischengenossenschaftliche Einrichtungen (ZGE)		429

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333